
Digitized by Google

4° Epist. 675(1867, 1-6



Digitized by Google

<36626342290016

<36626342290016

Bayer. Staatsbibliothek

Digitized by Google


Bayerische Staatsbibliothek München

352

Neue Würzburger Zeitung

für das Jahr

1867.

Vierundsechzigster Jahrgang.

Würzburg.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung.

Digitized by Google

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MUENCHEN

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 1.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco	Dinstag, 1 Januar 1867

Rückblick.

1866, das denkwürdige, weltgeschichtliche Jahr liegt hinter uns. Es hat über Deutschland und die europäische Welt Ereignisse herbeigeführt, deren Bedeutung erst eine spätere Zeit in ihrem vollen Umfange wird überblicken und würdigen können. Nichtsdestoweniger ist es schon jetzt höchst lohnend und lehrreich, einen Blick auf die hervorragenden Momente zu werfen, wodurch das neue Jahr 1867 in Bezug auf unser deutsches Vaterland sich von den Zuständen vor einem Jahre unterscheidet. Die neueste Nummer der „Wochenschrift der Fortschrittspartei in Bayern" gibt hierüber zum Jahresschluß eine Betrachtung, welche wir, da sie in objektiver und leidenschaftsloser Weise Vergangenheit und Gegenwart bespricht, im Wesentlichen mittheilen.

Die völlige Ohnmacht der auch rechtlich anfechtbaren Bundesverfassung, das allgemeine Mißtrauen, als könne mit diesem Organe und dem Geist, der die Wortführer in demselben beseelte, einer gerechten Sache zum Sieg verholfen werden, hat sich bestätigt. Der deutsche Bund, wie ihn uns 1815 das mißgünstige Ausland und die eigene Kurzsichtigkeit aufgerichtet hatten, existirt nicht mehr. Ein Bundesstaat unter der Führung Preußens ist im Werden, und während sonst die Patrioten auf die Gefahr einer nur äußerlichen lockeren Verknüpfung der nationalen zur einheitlichen Regelung drängenden Interessen aufmerksam zu machen hatten, liegt jetzt der Gedanke näher, in dem straffen und strammen Zusammenfassen der nationalen Staatsmacht die berechtigten Eigenthümlichkeiten der Glieder zu betonen. Man redet hierbei häufig von einem Gegensatze der Einheit und Freiheit, eine Bezeichnung, die an sich schon ungenau ist, jedenfalls aber den Thatsachen dann nicht entspricht, wenn wir die Situation am Schlusse des vorigen und dieses Jahres vergleichen. Es ist wahr, daß durch die Vorgänge dieses Sommers die Einheit der Nation, das kräftige Auftreten der staatlichen Machtmittel Deutschlands einen großen Schritt vorwärts gethan hat, wir sehen jetzt die Grundmauern des deutschen Staates sich kräftig erheben, und wären wir selber blind dafür, so müßten uns die Stimme und das Urtheil des Auslandes die Sinne schärfen; aber irrig wäre die Behauptung, daß die Freiheit in Deutschland das Opfer dieser Umgestaltung geworden. Wir reden nicht von den Freiheitsträumen, wie sie der Enthusiasmus so Mancher mit der kahlen Wirklichkeit verwechselt, sondern von dem deutschen Staatsleben, inwiefern dieses uns vor einem Jahre die Rechte und die Pflichten der Freiheit thatsächlich darbot. Historische Rechte sind untergegangen, werthgehaltene, weil überkommene Eigenthümlichkeiten durch die rauhe Faust des Krieges und der Eroberung beseitigt worden, Schmerz und Enttäuschung darüber mögen in so mancher Mannesbrust noch lange die Oberhand behalten, aber Niemand kann sagen, daß ein wahres freiheitliches Gemeinwesen den Einheitsbestrebungen dieses Jahres zum Opfer gefallen ist. Kein wahrheitsliebender Deutscher soll und darf das Unrecht anders als bei seinem wahren Namen nennen und die Lehre, daß der Zweck die Mittel heilige, darf wenigstens in der deutschen Politik niemals Fuß fassen; aber ebenso sicher haben wir auch die Pflicht, die Wahrheit zu sagen, und Wahrheit ist es, daß die Freiheit, deren angeblichen Untergang man noch hie und da so laut bejammert, auf deutscher Scholle nicht bestanden hat. Die Geschichte hat gelehrt, daß in dem bisherigen losen Bunde einer Menge von Kleinstaaten weder die nationale Einheit noch die Freiheit gedieh. Der Untergang der bisherigen Bundesverfassung, — und dies bleibt doch eine der Hauptthatsachen der jüngsten Epoche, — hat weder die Einheit noch die Freiheit der Nation geschädigt.

Der zweite große Erfolg, welcher das Jahr 1866 bezeichnet, ist das Ausscheiden der habsburgischen Monarchie aus dem Kreis des deutschen Staatslebens. Manche wackere Patrioten, welche den Wiederumsturz des 1850 wider das Recht neu aufgerichteten Bundes als Vorbedingung einer wahren deutschen Reform betrachteten, hielten doch an der bisherigen Verbindung mit dem Kaiserstaate fest, aber daß der Einfluß der traditionellen habsburgischen Politik der deutschen Freiheit je Vorschub geleistet habe, wird ein wahrheitsliebender Anhänger dieser Richtung nicht behaupten wollen. Daß die nationale Einheit, die Herausbildung Deutschlands aus kleinstaatlichen Trümmern zu einem wahren Bundesstaate vom österreichischen Standpunkte aus nicht gefördert noch geduldet werden könne, haben zu verschiedenen Zeiten die verschiedensten Repräsentanten der Wiener Politik uns oft genug dargethan. Es ist etwas Wunderliches um die Vergeßlichkeit so mancher Leute, aber um so nothwendiger ist es, daran zu erinnern, daß der Ausdruck: Föderalismus, Föderativverfassung u. s. w., mit dem man jetzt demokratisch hausiren geht, aus der Wiener Schule stammt und noch in den Tagen des Frankfurter Fürstenkongresses und bis zur Schlacht von Königgrätz den Gegensatz des Bundesstaates, die blos staatenbundliche, völkerrechtliche Vereinigung der betreffenden Glieder bedeutete. Das Anrecht, welches wir auf die deutsch-

Feuilleton.

Vermischtes.

(Menschenhandel.) Bekanntlich grassirt noch immer in einem Theile von Hessen-Darmstadt und von Nassau der infame Menschenhandel, namentlich am hessischen Vogelsberg, an dem nördlichen Abhange des Taunus und an dem südwestlichen Abhange des Westerwaldes in Nassau. Die königliche Administration in Nassau hat, wie es scheint, mit Erfolg, energische Maßregeln zur Abstellung dieser Unsitte ergriffen, welche den deutschen Namen nicht nur in Europa, sondern auch in Amerika entehrt. Denn die Hurdy-Gurdy's oder Tanzmamsells, welche in den großen Städten der Ostküste der Union die Spielhöllen und im fernen Westen (in Oregon, Californien 2c.) die Tanz-Hotels bevölkern, sind ohne Ausnahme Deutsche und meistens aus Hessen und Nassau. Für eine „berechtigte Eigenthümlichkeit" dieser Länder wird sie nur der verstockteste Partikularismus halten. Auch die Presse und die Literatur widmet dieser sozialen Krankheit und deren Heilung immer größere Aufmerksamkeit. Neben den Nachrichten der „K. Z." und der „Allg. Ztg." und den ausführlichen Schilderungen in der Gartenlaube und in der Vierteljahrsschrift für Volkswirthschaft und Culturgeschichte von Michaelis und Faucher verdient ein Buch genannt zu werden, welches dieser Tage die Presse verlassen hat. Es heißt „Hurdy-Gurdy. Bilder aus einem Landgängerdorf, von Ottokar Schupp" (Bielefeld und Leipzig, Velhagen und Klasing, 1867). Der Verfasser hatte als Geistlicher auf einem im Nassauischen, am nordwestlichen Abhange des Taunusgebirges, im Amte Usingen gelegenen Dorfe, wo die sogenannte Landgängerei grassirt, Gelegenheit, die genauesten Detailstudien über diesen Gegenstand zu machen. Er hat für seine Darstellung die Form der Novelle gewählt. Aber die Details und die Thatsachen sind durchaus nicht erfunden, sondern buchstäblich wahr. Die poetische Komposition (die, beiläufig bemerkt, sich durch Geschick und Formgewandtheit auszeichnet) drängt nur das zusammen, was in Raum und Zeit weit aus einander liegt.

Brigham Young, das Haupt der Mormonen, hat unlängst seine vierundzwanzigste Frau begraben, und unmittelbar darauf seine fünfundvierzigste geheirathet! Ein wüsterer Scandal ist unter der vielmißbrauchten Firma des Christenthums wohl noch nie vorgekommen als diese Haremswirthschaft am Salzsee. Und auch die Mormonen berufen sich auf die Bibel! Dem Desert-Journal zufolge hat die Mormonen-Colonie, durch den Tod ihres Bischofs Peter Schmit einen schweren Verlust erlitten. Der ehrwürdige geistliche Herr ist 37 Jahre alt geworden und hinterläßt 11 Frauen und 14 kleine Kinder, welche an seinem Grabe weinen. Diese Nachkommenschaft ist indessen noch gering gegen die des Hauptes der Mormonen, Brigham Young, welcher glücklicher Vater von 623 Kindern ist.

Digitized by Google

österreichischen Provinzen haben, die Pflichten, welche die nationale Zusammengehörigkeit uns gegen sie auferlegt, sind durch das Wegfallen des Bundesrechtes nicht verändert. Klarblickende Deutschösterreicher wie Rechbauer und Kaiserfeld haben neulich dieser Wahrheit die Ehre gegeben und wenn eine solche Gesinnung überhaupt in Deutschösterreich erstarkt, darf man auch die Hoffnung hegen, daß in nicht allzuferner Zeit das deutsche Haus, welches an Stelle der Bundesbretterbude errichtet wird, auch seine östlichen Söhne unter dem schirmenden Dache beherbergt.

Weder das Zusammenbrechen des Bundes noch das Ausscheiden Oesterreichs enthalten für Deutschlands Einheit oder Freiheit eine Schädigung. Dies mag ein Trost für die Vergangenheit sein, aber die Zielpunkte der nationalen Politik bleiben immer jene beiden hohen Güter, die auf die Dauer unzertrennlich sind. Auf dem Boden, wie die Vergangenheit ihn bereitet hat, gilt es jetzt, für sie zu arbeiten. An diesem Baue mitzuarbeiten ist jedes deutschen Mannes Recht und Pflicht.

Stuttgart, 29. Dez. Ueber die in Vorbereitung begriffene Revision der Verfassung sollen, so weit es sich um die Zusammensetzung der beiden Kammern handelt, wie glaubwürdig versichert wird, bereits Verständigungen im Gesammtministerium über die leitenden Grundzüge stattgefunden haben, und es wäre hiernach der betreffende Abschnitt bereits in der Ausarbeitung begriffen.

Berlin, 28. Dez. Das Hauptthema aller politischen Kreise ist augenblicklich die norddeutsche Bundesverfassung und das Wahlverfahren bei den Wahlen der Abgeordneten zum norddeutschen Reichsparlament. Die „Weser-Ztg." hat alle erheblichen Bestimmungen der Verfassung zusammengestellt, und zwar aus bester Quelle, so daß an ihren Angaben nicht zu zweifeln ist. Ueber diese Bestimmungen gehen die politischen Kreise, je nachdem sie sich mehr durch ideale Theorien oder mehr durch praktische Bedürfnisse leiten lassen, weit auseinander. Den Theoretikern und Ideologen, die bekanntlich überall in Deutschland stark vertreten sind, genügen die Bestimmungen der von der preußischen Regierung entworfenen Verfassung nicht, weil sie eben mehr durch die praktischen Bedürfnisse und die Lage der Wirklichkeit diktirt sind; aber die Kreise, welche billig denken und erwägen, daß in dieser Welt alles allmählich aufgebaut sein will und daß der Weg zum Vollkommenen durch das Unvollkommene führt, sind mit den Bestimmungen zufrieden und sehen schon unendlich viel erreicht, wenn die Verkehrsverhältnisse der zu dem norddeutschen Bunde zusammengetretenen Staaten einheitlich geleitet, und die Angehörigen dieser Staaten durch keine staatlichen Schranken mehr von einander getrennt werden, sondern auf dem ganzen Bundesgebiete einheimisch sind und das Indigenat genießen. Wahrscheinlich wird der preußischen Regierung in dieser Richtung noch manches Vorurtheil entgegentreten, aber sie dürfte die Sache nicht aus den Augen verlieren und nicht ruhen, bis sie errungen ist.

Berlin, 28. Dez. Da die Einführung des preußischen Strafgesetzbuchs für Frankfurt bereits in den nächsten Tagen erfolgt, so liegt die Befürchtung nahe, daß auch Nassau dieses Schicksal bevorstehe. Die unveränderte Einführung dieses Strafcodex bedeutet für Nassau die Wiederherstellung der Todesstrafe. Um im Interesse Nassaus vor diesem Schritte zu warnen, hat Prof. Dr. v. Holtzendorff den hier in Betracht kommenden theoretischen und praktischen Bedenken in einem Artikel der „Nationalztg." Ausdruck gegeben. — Die „D. A. Z." schreibt: „Die Verhandlungen wegen Ueberlassung der Thurn und Taxis'schen Postverwaltung an Preußen gehen ihrem Ende entgegen. Es sind sämmtliche Verhältnisse, die in Betracht kommen, geklärt und geordnet und überhaupt so weit gediehen, daß es sich nur noch um definitive Feststellung der Abfindungssumme handelt. Dieselbe wird leicht zu finden und zu bestimmen sein, da Preußen die Verwaltung in letzter Zeit in Händen gehabt hat. Alle betheiligten Regierungen haben zu der Ueberlassung an Preußen bereits ihre Zustimmung gegeben. Wir werden demnach in Deutschland in Zukunft nur noch in Bayern, Baden und Württemberg selbständige Postverwaltungen haben, während alle andern Theile Deutschlands unter preußischer Verwaltung stehen werden. Der betreffende Vertrag soll dem Landtag noch in dieser Session vorgelegt werden."

Berlin, 29. Dez. Die „Prov.-Corr." veröffentlicht die Bestimmungen über die Wahlen zu dem „im Februar k. J. zusammentretenden" norddb. Parlament, welche im Wesentlichen Folgendes enthalten: „In jeder Gemeinde wird von dem Gemeindevorstande die Wählerliste aufgestellt und behufs der anzubringenden Reklamationen acht Tage lang in einem öffentlich zu bezeichnenden Lokale aufgelegt. Die Reklamationen werden in den Städten von der Gemeindeverwaltungsbehörde, in den Landgemeinden von dem Landrathe des Bezirks entschieden. Dasselbe Kompetenzverhältniß besteht bezüglich der Feststellung der Wahlbezirke zum Zwecke des Stimmabgebens. Die Wahlbezirke können aus einer Gemeinde für sich allein, oder aus zwei oder mehreren benachbarten Gemeinden, oder zu einer Gemeinde nicht gehörenden bewohnten Besitzungen bestehen. Auch können einzelne Gemeinden in mehrere Wahlbezirke getheilt werden. Die Wahlbezirke müssen ein möglichst zusammenhängendes und abgerundetes Ganzes bilden. Die Abgrenzung der Wahlbezirke, die Person des Wahlvorstehers und seines Stellvertreters, sowie das Lokal, in welchem die Wahl vorgenommen werden soll, werden mindestens acht Tage vor dem Wahltermin durch die zu amtlichen Bekanntmachungen dienenden Blätter veröffentlicht. Die Wahlhandlung selbst ist öffentlich. Dieselbe beginnt um 9 Uhr Morgens und wird um 9 Uhr Abends geschlossen. Das Wahlrecht wird in Person durch verdeckte in eine Wahlurne niederzulegende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt. (§ 11 des Gesetzes.) Die Wahl ist direkt (die zur Theilnahme an den Wahlen Berechtigten wählen nicht erst Wahlmänner und diese den Abgeordneten, sondern die Wähler geben gleich in den Urwahlbezirken ihre Stimmen für denjenigen ab, den sie zum Abgeordneten des ganzen Wahlkreises gewählt wissen wollen). Wählbar zum Abgeordneten ist jeder Wahlberechtigte, der einem zum norddeutschen Bunde gehörigen Staate seit mindestens drei Jahren angehört. (§ 5 des Gesetzes.) Die Wahl erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreise abgegebenen Stimmen. (§ 12 des Gesetzes.) Die Ausführung der Wahlen geschieht durch geheime Stimmabgabe mittelst Einlagen von Stimmzetteln in die Wahlurne. Ungültig sind: 1) Stimmzettel, welche keinen Namen oder unleserliche Schriftzüge enthalten; 2) Stimmzettel, aus welchen die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist; 3) Stimmzettel auf welchen mehr als Ein Name oder der Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist; 4) Stimmzettel, in welchen sich der Wähler, abgesehen von der Handschrift, kenntlich macht; 5) Stimmzettel, welche einen Protest oder Vorbehalt enthalten. Ueber die Gültigkeit einzelner Stimmzettel entscheidet der Wahlvorstand. Die ungültigen Stimmen kommen bei Feststellung des Wahlresultats nicht in Anwendung. Behufs Ermittelung des Wahlergebnisses für den ganzen Wahlkreis beruft der Wahl-Kommissär auf den dritten Tag nach dem Wahltermin mindestens 6 und höchstens 12 Wähler, welche ein unmittelbares Staatsamt nicht bekleiden, aus dem Wahlkreise zusammen und verpflichtet dieselben mittelst Handschlags an Eidesstatt. Außerdem ist ein Protokollführer, welcher ebenfalls Wähler sein muß, aber Beamter sein darf, zuzuziehen und in gleicher Weise zu verpflichten. Der Zutritt zu dem Lokale steht jedem Wähler offen. In dieser Versammlung werden die Protokolle über die Wahlen in den einzelnen Wahlbezirken durchgesehen und die Ergebnisse der Wahlen zusammengestellt. Das Ergebniß wird verkündet und demnächst durch die zu amtlichen Publikationen dienenden Blätter bekannt gemacht. Ueber die Bildung der Wahlkreise bestimmt das Wahlgesetz bekanntlich, daß auf durchschnittlich 100,000 Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung je ein Abgeordneter zu wählen ist. Ein Ueberschuß von mindestens 50,000 Seelen der Gesammtbevölkerung des Staates wird vollen 100,000 Seelen gleichgerechnet. Jeder Abgeordnete ist in einem besonderen Wahlkreise zu wählen (§ 7). Die Wahlkreise werden von der Staatsregierung bestimmt (§ 15). In Ausführung dieser gesetzlichen Vorschriften hat die Regierung, wie die „Prov.-Korr." weiter meldet, die Eintheilung der Wahlkreise für die altpreußischen Landestheile bereits vorgenommen und verkündet; ein Gleiches soll der „Kreuzztg." zufolge schon in der nächsten Zeit für die neu erworbenen Landestheile geschehen."

Hannover, 28. Dezbr. Die „Ztg. für Nordd." berichtet: „König Georg hat die Eidesentbindung der Offiziere und Unteroffiziere bewilligt. Jeder Offizier oder Militärbeamte, welcher den Abschied haben will, erhält denselben ausgefertigt durch den Generallieutenant v. Arentsschildt, welchem die nöthigen Vollmachten ertheilt sind; Unteroffiziere haben sich an ihren früheren Commandeur zu wenden; den bereits in preußischen Dienst eingetretenen wird der Abschied ohne Weiteres zugeschickt. Der Entschluß des Königs Georg wird überall die dankbare Anerkennung finden, welche derselbe verdient. Freilich gibt der König damit nicht etwas Wirkliches auf, nicht etwas, das in irgend einer Beziehung ihm wirklichen Nutzen gewähren könnte, während andererseits die Versagung der Abschiede unter den gegebenen Umständen eine nicht zu rechtfertigende Grausamkeit gewesen wäre, welche viele Hunderte der rechtschaffensten Männer ohne jegliches eigene Verschulden in die allerpeinlichste Lage versetzt hätte. Aber um des Königs Handlung nach ihrem vollen moralischen Werthe zu würdigen, muß man sich in seine Lage, seine Anschauungen und, sagen wir, seine Illusionen versetzen; dann wird man nachempfinden, wie groß in seinen Augen das dargebrachte Opfer ist und welche Selbstüberwindung es ihm gekostet haben muß, und wird ihm willig den Tribut gerechten Dankes zollen."

Digitized by Google

Aus **Mecklenburg**, 27. Dez. Auf eine aus einer Schweriner Ortschaft an das großh. Ministerium ergangene Anfrage, ob ein Mecklenburg-Strelitzer in Mecklenburg-Schwerin wählbar sei, ist ein verneinender Bescheid ergangen. Das Wahlgesetz bezeichnet die Mecklenburger im Allgemeinen als wahlberechtigt und wählbar, sofern sie die in dem Gesetze angegebene Qualifikation besitzen; erst diese Auslegung lehrt, daß der Begriff „Mecklenburger" in jedem Großherzogthum nur von den Angehörigen des eignen Staates verstanden wird.

Wien, 27. Dez. In der heutigen Sitzung des niederösterreichischen Landtags wurde der Bericht des Ausschusses über den Rechenschaftsbericht des Landesausschusses verlesen. Der Bericht erwähnt unter Anderm das von der Staatsverwaltung adoptirte System der Vergütung von Kriegsschäden. Mit Berufung auf das kaiserliche Wort: „Wer in dieser schweren Zeit für das Reich Opfer gebracht, hat auch Anspruch auf des Reiches Hilfe", spricht der Ausschuß seine Ueberzeugung dahin aus, daß die Staatsverwaltung verpflichtet sei, sämmtliche durch den Krieg verursachten Schäden aus Staatsmitteln zu vergüten. Der Landtag formulirte mehrere dahin zielende Anträge zur Erledigung in kürzester Frist.

Ein Berichterstatter der „K. Z." schreibt aus **London**, 27. Dez.: Es gab eine Zeit, wo die englische Tagespresse in Preußen sehr mißliebig war. Diese Zeit ist hoffentlich vorüber, denn regierungsfreundlicher als die englischen schreiben gegenwärtig kaum die inspirirtesten preußischen Blätter. Viel trägt dazu unzweifelhaft der glänzende Erfolg der preußischen Waffen bei, der dem gesammten Auslande aufs unwiderleglichste bewiesen hat, welcher deutsche Stamm den ersten Anspruch hat, Herr im deutschen Hause zu sein, mehr aber noch die instinktive Ahnung, daß Preußen das begonnene Werk zu Ende führen, und Deutschland zu einer Macht erheben werde, gewaltig genug, um alle dominirenden Gelüste im Osten und Westen Europas im Zaume zu halten. Vor dieser einen erwünschten Aussicht schweigen in England alle andern Bedenken. Was manchen patriotischen Deutschen fortwährend schmerzlichem Zweifel Preis gibt, ob es wirklich ein Gewinn war, Oesterreich aus dem Bunde hinaus zu dekretiren, eine Grenzlinie zwischen Nord- und Süddeutschland zu ziehen, auf gewaltsamem Wege erreicht zu haben, was sich vielleicht friedlicher hätte erstreben lassen, die Freiheit zeitweilig um der lieben Einheit wegen Preis zu geben und die konservative Partei auf Kosten der liberalen zu stärken, alle diese mehr oder weniger berechtigten Zweifel plagen den englischen Politiker nicht. Ihm kann es von untergeordneter Bedeutung sein, ob Preußen, resp. Deutschland einen größeren oder geringeren Grad von Preßfreiheit genießt, ob die Polizei schärfer oder milder auftritt, ob die Beamten je nach ihrer Tüchtigkeit oder Schmiegsamkeit angestellt werden; für ihn bleibt die Einheit, die Machtstellung und die Widerstandskraft Deutschlands die Hauptsache, und wer diese hebt, der ist sein Mann. Geleitet von diesem politischen Instinkte, den man immerhin egoistisch nennen mag, steht die englische Presse in diesem Augenblicke fast wie Ein Mann auf Seiten der preußischen Regierung, lobt, was an ihr zu loben ist, mit großer Wärme, während sie meist leise über das hinweggleitet, was ihr selbst von patriotischen, aber liberalen preußischen Blättern zum Vorwurfe gemacht wird. Dieser Instinkt ist es auch, der das Wunder zuwege gebracht hat, daß hier zu Lande für die Gesundheit des Grafen Bismarck — bald hätte ich gesagt: gebetet wird. Die Nachrichten über sein Befinden erregen kaum in Köln lebhafteres Interesse, als hier, denn, „da er das Werk so weit gefördert, sei es von der größten Wichtigkeit, da er es seiner Vollendung entgegenführe. . . . Er allein werde vielleicht im Stande sein, ganz Deutschland unter preußischer Führung zu einigen, ohne einen Krieg mit Frankreich zu provoziren". Dies und Aehnliches ist hier so ziemlich die allgemeine Anschauung. Eine merkwürdige Wandlung, fürwahr; doch keine größere, als die sich in Deutschland begeben hat, und wohl werth, daß man sie als bestehend bezeichnet, gleichviel, was Einer von ihr denke. — Aus Wien wird fortwährend Trauriges über die dortige Zerfahrenheit und Rathlosigkeit hieher gemeldet, zur Abwechslung auch manche Lüge, wie z. B., daß die galizischen Polen neuerer Zeit darauf rechnen, den heimkehrenden Erzherzog Max zum Könige eines jungen Polens zu erhalten, daß sich unter der kaiserlichen Armee das Gelüste rege, denselben Erzherzog Max, statt seines regierenden Bruders, zum Kaiser zu machen, und dergleichen Phantasieen mehr.

Frankreich. Die Gelüste nach einer Annexion Belgiens scheinen in Frankreich nicht erlöschen zu können; sie treten zwar nicht mehr so scharf ausgesprochen, wie nach den Tagen von Königgrätz hervor, aber man unterläßt nicht, von Zeit zu Zeit wieder daran zu erinnern; so stellt eine der neuesten Nummern des „Pays" die eigenthümliche Behauptung auf, daß, wenn man in Belgien das allgemeine Stimmrecht einführe, jedenfalls die Annexion an Frankreich votirt und der König Leopold denselben Weg nehmen werde, den der König von Hannover bereits eingeschlagen habe.

Madrid, 27. Dez. Die Königin soll das Dekret der Auflösung der Kortes unterzeichnet haben.

Die in **Florenz** zur Vertheilung gelangte Sammlung diplomatischer Aktenstücke (grünes Buch) enthält 371 Dokumente, darunter 36 auf die venetianische Frage bezügliche. Unter diesen ist das erste eine Note an den italienischen Gesandten in Paris vom 11. Januar 1866 und das letzte eine Depesche des Hrn. v. Bismarck an den preußischen Gesandten in Florenz vom 26. Oktober 1866. Man findet ferner unter diesen Dokumenten einige auf die Angelegenheiten von Kandia bezügliche Schriftstücke, u. A. die dem Kommandanten der Korvette „Maria Klotilde", welche sich in die Gewässer von Kandia begab, ertheilten Instruktionen.

Petersburg, 23. Dez. Bogdanow's „Russ. Korr." schreibt: „Die von Rom und Rußland für die Verwaltung der Angelegenheiten der römischen Kirche in den Besitzungen Rußlands vereinbarten Bestimmungen haben aufgehört, maßgebend zu sein. Das jetzt aufgehobene Konkordat war am 3. August 1847 abgeschlossen und verlieh der römischen Kirche große Vortheile. Sieben Bischofthümer wurden außer den acht schon bestehenden im Königreiche Polen im eigentlichen Rußland eingerichtet. Jeder der 15 Bischöfe erhielt vom Staate nicht nur ein beträchtliches, sondern auch ein weit höheres Gehalt als die orthodoxen Bischöfe, und übte auf die unter ihm stehenden Gemeinden und Seminare einen von der Regierung keineswegs beeinträchtigten Einfluß. Ja, diese unterhielt in den Seminarien eine gewisse Zahl von katholischen Zöglingen und sorgte reichlich für die Mittel zum Bau oder zur Verbesserung der Kirchen. Ueberdies war die gesetzliche Existenz des römischen Klerus durch ein internationales Uebereinkommen anerkannt. Nach der Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Höfen hatte das Konkordat auch keinen Sinn mehr. Sein seit mehreren Jahren beabsichtigtes und von dem ganzen Publikum gewünschtes Aufhören beseitigt eine falsche Situation ohne jede Verletzung des Gewissens. Da Religionsduldung zu unseren Sitten gehört, so haben die Katholiken nichts für die freie Uebung ihres Gottesdienstes zu fürchten, was sie übrigens schon aus einer langen Erfahrung wissen."

Petersburg, 28. Dezbr. Hier verlautet, daß die Pforte die Ansprüche Italiens auf Genugthuung für die Beschädigung des Dampfers „Tommaso" höflich ablehnend beantwortet und den Wunsch nach Veranstaltung einer Untersuchung in der betreffenden Angelegenheit ausgedrückt habe. (T. R.)

Amerika. Die Regierungen von Chili und Peru haben die von den vermittelnden Mächten vorgeschlagenen Friedensbedingungen als unannehmbar verworfen; sie sind sonach gesonnen, den Krieg mit Spanien fortzusetzen. — Der Präsident von Columbia, General Mosquera, wurde in Bogota und andern Städten als Thomas I. zum Kaiser gewählt; ob er dem Rufe folgt und dadurch den Bürgerkrieg entzündet, ist bisher nicht bekannt. Den Klerikalen geht der Präsident tüchtig zu Leibe; den Erzbischof der Hauptstadt hat er, als gegen seine Herrschaft konspirirend, verjagt.

Frankfurter Börse (24. bis 29. Dezember).

29. Dezember. Die heutige Berichtswoche umfasst nur 4 Geschäftstage. Der Montag gehörte bereits den Vorbereitungen zu der am Donnerstag (27.) stattgefundenen Ultimoliquidation an. Letztere ging gut von Statten; Prolongationen waren bei schlechtem Geldstand willig und auch die zahlreich ausstehenden Prämiengeschäfte wickelten sich leicht ab. Nach dem Ultimo war in den letzten Tagen das Geschäft in Amerikaner sehr lebhaft, es herrscht starke Liebhaberei in dem Effekt. 1882er Bonds wurden bis 77 (der höchste Kurs in diesem Jahre) bezahlt; sie schliessen in fester Haltung zu $76\frac{7}{8}$.

Oesterr. Fonds erhalten ihren Impuls jetzt aus Wien; ein selbständiges Tonangeben des hiesigen Platzes hat aufgehört. Sie können aber leider nicht voran und die geringe Besserung, welche in den letzten Tagen günstigere Notirungen aus Wien mit obligaten Reichsrathshoffnungen brachten, ging heute wieder verloren und sie schliessen in matterer Tendenz. — In süddeutschen Fonds war das Geschäft weniger lebhaft und Kurse haben eher etwas nachgegeben. In neuer sächsischer Anleihe ging einiges zu 100 [illegible]—110 um.

Von Bank- und Kreditaktien ist nichts zu berichten, sie werden fast an allen Börsen als Stiefkinder behandelt. Frankfurter [illegible] pCt. höher, bei den Aussichten für eine weitere Zukunft sind sie — selbst wenn die diesjährige Dividende noch gut ausfallen sollte — mit 29pCt. Agio mehr als reichlich bezahlt. Der Januarcoupon der österr. Kreditaktien wird mit fl. 7 eingelöst, man hatte weniger erwartet, doch genügen 1 oder 2 fl. noch nicht, um die ganze Situation des Instituts auf dauernde und zuverlässige Garantien zu begründen.

Bayer. Ostbahnen haben sich seit voriger Woche um 1 pCt. gebessert und schliessen $117\frac{1}{4}$ Geld; der Verkehr entwickelt sich in günstigster Weise, wie der jüngste Novemberausweis von Neuem dokumentirt. Auch Bexbacher höher; die Verwaltung der pfälzischen Bahnen hat sich, wie wir vernehmen, erboten, den Bau und Betrieb einer Zweigbahn Winden-Bergzabern in gleicher Weise zu übernehmen,

Digitized by Google

wie bei der Dürkheimer und Landstuhl-Kuseler Bahn; für die fragliche Zweigbahn ist bereits die 4pCt. Zinsengarantie vom Staate ausgesprochen, so dass, wenn die Geldverhältnisse sich günstig gestalten, bei der bekannten und bewährten Energie und Umsicht der Verwaltung eine Ausführung des Projekts in baldige Aussicht genommen werden kann. — Hanauer 107⅞; der Novemberausweis ist gut, das Plus gegen das Vorjahr, das lediglich dem Güterverkehr zu verdanken ist, beträgt 10 pCt., die Gesammteinnahme bis Ende November von fl. 498,848 weist trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse im verflossenen Frühjahr und Sommer gegen die gleiche Periode des Vorjahrs ein Mehr von fl. 28,038 auf. — Von E.-B.-Prioritäten Südbahn matter, Staatsbahnen unverändert; die Verhandlungen wegen einer neuen Emission derselben sind im vollen Gange. Sehr lebhaftes Geschäft fand heute in Livornesern statt, die auf die telegraphische Nachricht aus Florenz, dass der Januarcoupon in Gold — jedoch unter Abzug von 8 pCt. Steuer — gezahlt werden soll, sich bis 33⅞—34 hoben.

Dass Geldstand bei den Diskontoermässigungen der fremden Börsen nicht anziehen konnte, ist selbstverständlich, Papier auf den Platz bleibt spärlich. Von Wechseln schliessen, London, das in langer Sicht in den letzten Tagen sehr gesucht und höher bezahlt war, sowie Paris etwas matter, dagegen Thalervaluten beliebt und in steigender Tendenz. Von Geldsorten 20 fr.-Stücke und Dukaten niedriger. Ausländische Coupons aller Art sehr gesucht. Livorneser zu fl. 3. 4, Toskaner zu fl. 3. 6. Nachdem für erstere aber die Goldzahlung erwirkt sein soll, werden sich dafür wohl keine Geber mehr finden.

	24.	25.	26.	27.	28.	29.
5% Oestr. National	49¼			49¾	50	49⅝
5% do. Metal. (1859)	58¾			58⅛	58⅝ B	58⅜
5% do. Lose (1860)	62⅛ B			63	63¼	63 B
— do. do. (1864)	65			66⅛ B	66	66
Oestr. Kreditl. (58)	116 B			116 B	116⅛ B	116⅛ B
5% Bayer. Obligat.	99¾			99⅛	100⅛ B	100 B
4½% do. do.	94⅜			94½	94½	94½
4% do. do.	90¼ B			90⅜ B	90⅜	90⅛ B
4% do. 100 Thl.-L.	95⅛ B			95⅜ B	95⅜ B	95⅜ B
4½% Würtemb. Obl.	94¼ B			94⅛ B	94¼ B	94¼ B
3½% do. do.	83 B	Feiertag	Feiertag	83 B	83 B	83 B
4½% Badische do.	93⅜ B			93	93½ B	99⅜ B
4% do. do.	88⅞			89⅜ B	89½ B	89 B
3½% do. do.	82¾			82¾	—	—
4% Darmstädt. do.	93⅛			93⅜ B	94 B	—
3½% do. do.	—			—	—	—
4½% Nassauer do.	8⅞			93½	94¼ B	94¼ B
4% do. do.	88⅛ B			88¼ B	88 ¼ B	88⅛ B
3½% do. do.	82⅝			82¾ B	83 B	83½ B
4% Kurhess. do.	92⅝ B			92½ B	92½ B	93 B
3½% Frankf. do.	81⅛ B			80⅞	81⅜	81¾
3% do. do.	71¾			71⅞	71⅞	72¼
6% Amerik. (1882)	76⅛			76⅛	76⅞	76⅞
Oestr. Kredit.	131½			132½	134	133
Oestr. Nat.-Bank	638 B			636	644	647 B
Frankfurter do.	128			128¼ B	—	128½
Bexbacher E.-B.	152¼ B			152 B	152 B	152¼ B
Bayer. Ostbahnen	116⅝			116⅞	117¼	117¼

(Aktionär).

Neueres.

Wien, 31. Dez. Die amtliche Zeitung veröffentlicht heute ein Handschreiben des Kaisers an den Kriegsminister, worin Se. Maj. den Entwurf des neuen Wehrgesetzes billigt, für denselben die verfassungsmäßige Behandlung vorbehält und einige Aenderungen des bisherigen Heeresergänzungsgesetzes genehmigt. Das Wichtigste des Entwurfs besteht in folgenden Punkten: Die Wehrpflicht ist um 3 Jahre herabgesetzt. Die Tauglichen der ersten drei Altersklassen sind unbedingt einzureihen. Die Dienstpflicht beträgt 6 Jahre in der Linie, 6 in der Reserve, wovon 3 in der ersten, 3 in der zweiten Reserve. Loskauf ist nicht gestattet.

Kopenhagen, 29. Dez. Otto, Baron Plessen, ein Bruder des schleswig-holsteinischen Oberpräsidenten, bisheriger Gesandter in Petersburg und seiner Zeit eifrigster Förderer des russischen Heirathsprojektes, ist auf sein eigenes Ansuchen vom 1. Januar ab seines Amtes enthoben worden.

London, 30. Dez. Der Krystallpalast ist heute Nachmittags 3 Uhr in Flammen aufgegangen. Die Nordseite und das Mitteltransept sind fast vollständig zerstört.

Konstantinopel, 30. Dez. Auf Candia dauern die hartnäckigsten Gefechte fort, und die Insurrektion, welche durch Freiwillige verstärkt wurde, macht neue Anstrengungen zur Fortsetzung des Kampfes.

New-York, 26. Dez. Escobedo wurde durch die Truppen Ortega's gefangen und hingerichtet.

Athen, 24. Dez. Der Finanz- und der Cultusminister bestehen auf ihrer Demission. Es herrscht allgemeine Geldnoth. Gehalt und Pensionen sind seit vier Monaten nicht ausbezahlt worden.

Corfu, 26. Dez. Gestern sind hier vier britische Kriegsschiffe angekommen, und nachdem sie Proviant eingenommen, sind sie heute nach Candia abgegangen. — Der Aufstand in Thessalien schreitet fort. Die Insurgenten haben den griechischen Obersten Veli zu ihrem Anführer proklamirt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	61⅝ G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	58½—⅜ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	49⅞ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	—
„	4½ pCt.	37⅛ G.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100⅝ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	94½ G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	94⅜ P. ½ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90¼ G.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	90¼ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	94¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	83 P.
Baden	4½ pCt. Obl.	98¾ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	83 G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	94¾ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	88 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	83¾ G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	81⅜ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2½ pCt.	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	81⅞ G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	—;
„	6 pCt. ditto r. 1882	77—76¾ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	128 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	645 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	133—132G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	90½ P
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	206½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	—
Mitteldeutsche Kreditaktien	94½ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	348 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	108½ P
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	98 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 5/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	32 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	152 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	106½ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	46¼ P. ½ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 5/7	69⅜ G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	247 P.
3pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	117¼ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz	117¼P.116⅞G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	102½ P. 102G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	67 G.
„ fl. 500 v. 1860 5/7	63⅛ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	114¾ G.
„ do. v. 1864.	66 G.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	95¾ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 P.
Badische fl. 35	51½ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100½ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅛ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ P.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97⅜ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94¼ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118¾ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 100	—
München fl. 100 k. S.	99⅞ P.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅜ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	90 P. 89⅝ G.
do. in öst. W. l. S.	90 P. 89⅝ G.
Disconto	3½ pCt. G.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	52¾ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	146 P.
„ fl. 25 do.	38½ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38½ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	27 P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅝ P.

Frankfurt, 31. Dez. Die letzte Börse im laufenden Jahre war lebhafter als bisher. Der Hauptumsatz fand wie gewöhnlich in Amerikanern statt, welche in Folge der neuesten Goldnotirung (133¾) ihren Cours um ein Bruchtheil ermäßigten, jedoch verhältnißmäßig fest verkehrten, da viele Aufträge für Privatrechnung vorlagen. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 2.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 2. Januar 1867.

Abonnements-Einladung.

Bestellungen auf die mit dem Unterhaltungsblatte **Mnemosyne** und dem Beiblatte **Würzburger Anzeiger** verbundene

Neue Würzburger Zeitung

für das mit dem 1. Januar beginnende I. Quartal nehmen alle Postämter und Postboten an, und werden solche **rechtzeitig** erbeten. Der Abonnementspreis beträgt in ganz Bayern

vierteljährlich nur fl. 1. 30 kr.

(Bei außerbayerischen Postämtern findet eine geringe Preiserhöhung statt.)

Es kömmt somit jede Nummer der Zeitung **nebst Anzeiger** (welcher selbst an Sonntagen erscheint, was im Jahre anderen Blättern gegenüber ein Mehr von über 50 Nummern entziffert) sowie mit dem Unterhaltungsblatt Mnemosyne **zusammen** auf den außerordentlich billigen Preis von

täglich einem Kreuzer

im Abonnement zu stehen.

Die „Neue Würzburger Zeitung" bringt nach wie vor **Leitartikel** über jede bedeutende politische oder handelspolitische Zeitfrage, ferner **Original-Korrespondenzen** und bei besonders wichtigen Vorkommnissen

telegraphische Depeschen

aus den größeren Städten Europa's.

Außer dem im Hauptblatte enthaltenen Feuilleton bringt das belletristische Beiblatt „**Mnemosyne**" Originalnovellen u. s. w. aus der Feder bekannter Schriftsteller, und hofft mit denselben neben dem übrigen Neuesten und Interessantesten aus dem Gebiete der **Unterhaltungslektüre**, sowie ausgewählten Erzählungen, Gedichten, Miscellen, Aphorismen, Nekrologen, literarischen und Kunst-Kritiken u. s. w. ihre Leser nach jeder Richtung hin angenehm und lehrreich zu unterhalten.

Das täglich zur Zeitung erscheinende **Gratis-Beiblatt „Würzburger Anzeiger"** (welcher auch aparte um 42 kr. vierteljährlich bezogen werden kann) liefert alle lokalen Neuigkeiten, sowie eine kurzgefaßte Uebersicht der politischen Ereignisse, Markt-, Cours- und Sitzungsberichte u. s. w.

Exped. der „N. Würzburger Zeitung".

Rückblick.

Das Jahr 1866, das sich zum Schlusse noch so ganz gemüthlich und mit der Miene des wohlwollenden Biedermanns, der kein Wässerchen getrübt hat, abrollte, wird Keiner von uns vergessen, und wenn er auch zum Alter der Erzväter gelangen sollte. Es hob wie ein Musikstück mit einem Adagio an, ging dann in einem immer stürmischer werdenden Crescendo weiter, bis wie ein Donnerwetter vom Himmel ein Fortissimo einfiel, bei dessen Erinnerung uns noch jetzt die Ohren gellen, und dann sich die Sache immer decrescendo auf das Maß und den Charakter des heutigen Weltgangs herunterstimmte.

Es ist wohl nur Einer in der Welt, der durch die Wendung, die die Dinge nahmen, nicht überrascht wurde, und auch dieser Eine mußte erstaunt sein über die ungeahnte Größe seines Erfolges. Zwar hatte Mancher den Krieg prophezeit, aber diese Propheten glaubten selbst nicht daran. Hat doch noch in der historisch gewordenen Bundestagssitzung vom 14. Juni der bayerische Gesandte die zuversichtliche Hoffnung ausgesprochen, der Friede werde erhalten bleiben zum unvergänglichen Denkmal mitteleuropäischer Staatsweisheit. Die Noten, mit denen sich Oesterreich und Preußen bekomplimentirten, wurden zwar jeden Tag grober, allein man war diesen Ton schon gewohnt worden, so daß das Mehr oder Minder darin keinen Eindruck mehr machte. Allmählich fing man auch an Pferde anzukaufen, die Mannschaften wurden einberufen, die Zeughäuser öffneten sich, und ihr lang aufgestapeltes Material sonnte sich an der Frühlingssonne, und als auch schon nichts gewöhnlicher geworden war als Kanonen und Lazarethwagen, die durch die Straßen rollten, dachten noch die wenigsten daran, daß die Wechselwirkung, in der diese schrecklichen Merkzeichen des Krieges stehen, so bald zur Wahrheit werden sollte. Man hatte ja dasselbe 1855 gesehen und Alles war ruhig geblieben. Es hatte sich im Jahre 1859 wiederholt, ohne daß einem außerösterreichischen Landeskind ein Haar gekrümmt worden war. Unter unseren rede- und federfertigen Ministern suchte Niemand einen Mann des Krieges, man rechnete auf die Gewissenhaftigkeit und Aengstlichkeit des Königs von Preußen, auf den allgemeinen Widerwillen gegen den Krieg, auf den friedegebietenden Machtspruch Napoleons. So rechnete man namentlich in Wien, darum wies man daselbst das Schreiben des Königs Wilhelm vom 26. Mai, das eine Versöhnung beinahe anflehte, schnöde zurück, obwohl man von dem Ungenügenden der österreichischen Rüstungen wohl überzeugt sein mochte. Man zählte mit Bestimmtheit auf ein zweites Olmütz. Allein dieser Calcül war falsch, man hatte darin die Gewalt eines Mannes übersehen

Feuilleton.

Das gothaische genealogische Taschenbuch für 1867.

Die Hauptveränderungen des vergangenen Jahres haben sich, wie bekannt, in Deutschland zugetragen. Von den in Deutschland regierenden fürstlichen Familien sind 3 in die Reihe der „Nichtregierenden" gekommen. Der gothaische Kalender führt nämlich die entthronten Fürsten unter diesem Titel bei den ihnen verwandten Fürstenhäusern auf. Die k. Linie von Hannover wird unter Großbritannien und Irland als „nichtregierende Linie des Hauses Braunschweig-Lüneburg" aufgeführt, Nassau wird bei den Niederlanden und Kurhessen bei Großherzogthum Hessen aufgeführt.

Seit Ausgabe des letzten Taschenbuches sind von bedeutenden fürstlichen Persönlichkeiten folgende gestorben: Der König Leopold I. von Belgien am 10. Dez. 1865 in Schloß Laeken bei Brüssel; die Wittwe des Königs Louis Philipp der Franzosen, Maria Amalie, am 24. März 1866 zu Clarmont in England; der Prinz Louis Philipp von Orleans, Sohn des Herzogs von Aumale, am 24. Mai 1866 zu Sidney in Australien; der Landgraf Ferdinand von Hessen-Homburg, der letzte seines Stammes, am 24. März 1866 zu Homburg; der Prinz Otto von Italien, Sohn des Königs Viktor Emanuel, am 22. Januar 1866 zu Genua; die Prinzessin Katharina von Oldenburg am 23. Juni 1866 zu Römerbad in Steyermark; der zweijährige Prinz Sigismund von Preußen, Sohn des Kronprinzen, am 18. Juni 1866 zu Potsdam; der Prinz Anton von Hohenzollern am 5. August 1866 in Folge der in der Schlacht von Königgrätz erhaltenen Wunden. — Am Schlusse des genealogischen Theils zeigen uns zwei Regententafeln die europäischen Fürsten nach der Zeit des Regierungsantritts und nach dem Lebensalter geordnet. Am längsten regiert der Fürst Günther von Schwarzburg-Rudolstadt, nämlich seit dem 28. April 1807, am kürzesten der Herzog Georg II. von Sachsen-Meiningen, welcher in Folge der Abdankung seines Vaters die Regierung am 20. Septbr. 1866 übernahm. Der älteste europäische Fürst ist gegenwärtig der Fürst Heinrich LXVII. von Reuß j. L. (Schleiz), er zählte am 20. Okt. 1866 77 Jahre; der jüngste Fürst ist ebenfalls ein Reuß, nämlich Heinrich XXII. von Reuß ä. L. (Greiz). Der regierende König von Bayern ist in der ersten Reihe, nach der Zeit des Regierungsantrittes, der 39. Fürst in Europa; dem Alter nach ist er ebenfalls der 39ste. — Auch ein Ordensverzeichniß enthält das Taschenbuch; wir entnehmen daraus, daß es in Europa im Ganzen 138 Orden gibt; die meisten derselben besitzt

Digitized by Google

der sich der Fluth der europäischen Meinung allein entgegenstemmte, der mit furchtbarer Energie seinem Ziele zustrebte und der jede Handlung seiner Gegner zu einer Sprosse zu machen wußte, die ihn diesem Ziele näherte.

Es ist ein Spiel des Zufalls, daß die so lang vorbereitete Katastrophe mathematisch genau in die Mitte des Jahres fällt, am 26., 29. und 30. Juni, am 1., 2. und 3. Juli entschied sich das Schicksal Deutschlands. Damals konnte man wohl sagen, daß nur der Körper der Menschen zu Hause war, ihr Geist weilte auf den Schlachtfeldern Böhmens; die Höllenangst dieser Tage malt keine Phantasie. Aber wie verschieden war der Ausgang von dem, was die ersten Nachrichten verkündeten. Wir besonders in Südwest-Deutschland waren die Spielzeuge der österreichischen Sieges- und Lügentelegramme.

Am 30. Juni waren wir in Frankfurt, wo damals das Hauptquartier der Bundesarmee war. Schon hatte das unaufhaltbare Hereinbrechen der Preußen in Böhmen, die Niederlagen von Nachod und Skalitz gezeigt, auf welche Seite sich die Entscheidung neigen würde, und hier wiegte man sich noch in völliger Siegesgewißheit. Auf der Börse war das Gerücht ausgekommen, die Sache der Oesterreicher stünde schlecht, da wurde das Telegramm herumgegeben und an den Straßenecken angeschlagen, die Preußen seien bei Gitschin auf das Haupt geschlagen und in wilder Flucht nach Schlesien zurückgejagt. Und nun durfte Niemand mehr zweifeln, wenn er nicht als Feind gelten wollte. Furchtbares Gegenspiel der Wahrheit — in dem gleichen Moment eilten die Trümmer der bei Gitschin geschlagenen österreichischen Korps der Hauptarmee zu und trugen in diese hinein den Verlust der Siegeszuversicht, der die Schlacht bei Königsgrätz vorbereitete.

Diese Ereignisse erscheinen uns jetzt fremdartig wie eine Fabel; es ziemt sich daher wohl auch, die Moral dazu zu suchen. Sie scheint uns die zu sein, daß wir in großen Zeiten leben und daß wir all unserer politischen Kraft bedürfen, derselben nicht unwürdig zu sein.

(Pfälz. Kur.)

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 31. Dez. Vom k. Staatsministerium der Justiz wurde der geprüfte Rechtspraktikant M. Hefele zu Dachau von dem Antritte der Funktion als Staatsanwaltschaftsvertreter am k. Landg. Neumarkt a/R. auf Ansuchen enthoben und als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Neumarkt a/R. der gepr. Rechtspraktikant L. Rauch aus Weilheim, z. Z. Advokaten-Concipient in Deggendorf, aufgestellt.

Stuttgart, 30. Dez. In Betreff der Grundzüge der vorbereiteten Verfassungsrevision vernimmt man, soweit es die Zusammensetzung beider Kammern betrifft, daß nachfolgende Aenderungen beabsichtigt sind: Die erste Kammer, die jetzt nur aus den königlichen Prinzen, den Häuptern der standesherrlichen Familien und einer bestimmten Anzahl vom Könige auf Lebenszeit ernannter Mitglieder besteht, soll neue Elemente zugeführt erhalten und zwar durch den katholischen Landesbischof, zwei evangelische Prälaten und durch den Kanzler der Universität, welche aus der 2. Kammer herüberkommen würden. Auch sollen die Befugnisse des Königs zur Ernennung von Mitgliedern aus dem größeren Grundbesitz ohne Rücksicht auf Geburt, aus den Notabilitäten des Handels und der Industrie, sowie aus den höheren Intelligenzen jeder Art erweitert werden. (Die bisherigen lebenslänglichen Mitglieder mußten stets höhere Beamte sein.) In die zweite Kammer kämen zwar, wie bisher, gleichfalls Vertreter der evangelischen und katholischen Geistlichkeit, aber nur von der Geistlichkeit gewählte, ebenso ein gewählter Vertreter der Universität. An die Stelle des ritterschaftlichen Adels würden aus dem großen Grundbesitz Gewählte treten, ob adelig oder nicht adelig u. s. w.

(Bayer. Ztg.)

Man schreibt dem „Pfälz. Kur." aus **Mainz** vom 30. Dez.: „Während mehrere Blätter das Landwehrbataillon des 32. preußischen Regiments schon vor, bestimmt auf Weihnachten nach Hause reisen ließen, stehen die hart geprüften Männer noch immer hier im Garnisonsdienste und sind in völliger Ungewißheit über die nächsten Tage, während in den Familien der Unbemittelten derselben Armuth und Elend zunehmen. Das Militärkabinet in Berlin soll auf die letzten Tage des laufenden Jahres Bericht über die Führung der Mannschaften bestimmt haben, indessen ist unter diesen nichts bekannt, daß ein solcher aufgenommen worden ist. Dieses harte Verfahren mit Leuten, welche Herd, Familie und Existenz vor acht Monaten verließen, um mit Muth, Ausdauer und Tapferkeit, wie das ihnen allseitig gegebene Zeugniß lautet, dem Rufe des Königs zu folgen, beginnt jetzt unter den hier liegenden übrigen Truppen ihre Wirkung zu äußern, wenn auch der schlechte Eindruck, den dieses Spielen mit 1100 Existenzen der Strammheit eines militärischen Begriffes nur höchst vorsichtig in Worten sich kundgibt."

Eine offiziöse Correspondenz der „K. Z." aus **Berlin,** 30. Dez., schreibt: „Die Frage des Ausschlusses der Beamten von dem definitiven Reichstage hat einen ganzen Kreis von Behauptungen und Widersprüchen durchlaufen. Wie unterrichtete und glaubwürdige Personen unsere Nachricht vom 18. Dez., daß die Beamten von der Wählbarkeit ausgeschlossen sein sollten, falls sie richtig war, uns wiederholentlich bestreiten und uns zu einem Dementi der eigenen Nachricht veranlassen konnten, ist ein Räthsel, dessen Lösung uns bis jetzt nicht vollständig gelungen ist. Für das Publikum hat nur die Sache Interesse. Die ministeriellen Blätter und Correspondenzen bestätigen jetzt, die Beamten sollten von dem definitiven Reichstage ausgeschlossen werden und vertheidigen diese Bestimmung des Entwurfes mit großem Eifer. Bis jetzt hatte die ministerielle Presse über den Inhalt des Entwurfes vollständig geschwiegen. Daß gerade diese Bestimmung des Beamten-Ausschlusses hervorgehoben und eifrig vertheidigt wird, ist um so auffälliger, als die Wahlen für den definitiven Reichstag nicht bevorstehen, sondern vielleicht erst nach Jahresfrist zu erwarten sind. Es könnte dies zwei Gründe haben. Man kann einmal den Glauben verbreiten wollen, daß die Regierung auch für das nächste Parlament, von welchem Beamte auszuschließen das Wahlgesetz nicht erlaubt, die Wahl von Beamten wenigstens nicht wünscht. Andererseits könnte die Absicht vorhanden sein, durch die Besprechung dieser allerdings wichtigen Angelegenheit die Aufmerksamkeit von der noch wichtigeren des Normal-Budgets in der Verfassung abzulenken. Die liberale Partei wird jedenfalls auf ihrer Hut sein. Das Normal-Budget deswegen als eine Nothwendigkeit behandeln, weil Preußen die Regierungen vinkuliren müsse, heiße den kleinen Regierungen einen Einfluß auf unsere Verfassungszustände und zum Schaden derselben einräumen, welchen Oesterreich und die vier Königreiche früher nicht auszuüben vermochten.

Wien, 29. Dez. Wie in Paris, so hat auch hier, und wahrscheinlich ebenso in London, die Pforte eine Abschrift der Note vorgelegt, welche sie so eben an die griechische Regierung richtete. Die Note ist, wenigstens hier, nur zur Kenntnißnahme mitgetheilt worden, erheischt also keine Rückäußerung. Das Aktenstück ist insofern ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der gegen die türkische Herrschaft auf der Balkanhalbinsel und den Inseln im Mittelmeer gerichteten Wühlereien welche endlich den Aufstand der Kandioten herbeiführten; sie deckt in so entschiedener Weise die Rolle auf, welche von Athen aus in

---

Bayern, nämlich 8 für Männer und 4 für Frauen; dann folgt Spanien mit 10, Oesterreich und Preußen je 9 Orden.

Es ist erstaunlich, wie viele Veränderungen in den staatlichen Verhältnissen Europa's während der letzten 50 Jahre vorgegangen sind. Nehmen wir einmal den gothaischen Kalender für 1817 zur Hand und vergleichen ihn mit dem von 1867. Vor 50 Jahren gab es in Europa 60 Staaten; von diesen gehörten 39 dem deutschen Bundesgebiete an, von den übrigen 21 lagen 9 in Italien. Es waren 3 davon Kaiserreiche, 14 Königreiche, 1 Kirchenstaat, 1 Kurfürstenthum, 8 Großherzogthümer, 13 Herzogthümer, 11 Fürstenthümer, 1 Landgrafschaft und 8 Republiken. Zu den selbständigen Staaten sind 2 Königreiche hinzugekommen: Belgien und Griechenland. Ersteres wurde aus den südlichen Provinzen der Niederlande, letzteres aus türkischem Gebiete gebildet. Dagegen sind zwei andere dieser Staaten (abgesehen von den Veränderungen in Italien und Deutschland) gänzlich von der Landkarte verschwunden: die freie Stadt Krakau, welche 1846 von Oesterreich in Besitz genommen und die Republik der jonischen Inseln, welche 1863 mit dem Königreiche Griechenland vereinigt wurde. Ueberhaupt blieben von den nicht dem deutschen Bund angehörigen Staaten (die italienischen hier nicht mitgerechnet) nur 4, nämlich Portugal, Spanien, Schweden und die Schweiz ungeändert in ihrem Territorialbestande. Die andern Staaten hatten folgende Gebietsveränderungen: Frankreich wurde durch den Erwerb von Nizza und Savoyen im Jahre 1860 vergrößert; Großbritannien verzichtete im Jahre 1863 zu Gunsten Griechenlands auf das Protektorat über die jonischen Inseln; die Niederlande verloren die südlichen, nun das Königreich Belgien bildenden Provinzen, Dänemark mußte im Jahre 1864 die Herzogthümer Schleswig-Holstein und Lauenburg an Preußen und Oesterreich abtreten; Rußland trat einen Landstrich an den Donaumündungen 1856 an die Türkei ab und diese verlor die südlichen Provinzen, welche jetzt das Königreich Griechenland bilden. — Von den 9 Staaten, aus denen Italien im Jahre 1857 bestand, sind alle, bis auf Sardinien, den Kirchenstaat, Monaco und San Marino, untergegangen. Sardinien hat sich in das Königreich Italien verwandelt und die ganze Halbinsel zu einem Reiche vereinigt. Diese Vereinigung ist im Jahre 1866 durch die Erwerbung von Venedig zur vollendeten Thatsache

allen diesen Versuchen und Vorgängen gespielt wurde, daß der Angeklagten, nämlich der griechischen Regierung, diesem Requisitorium gegenüber kaum etwas Anderes übrig bleibt, als ein Zugeständniß — ein Zugeständniß wenigstens ihrer Unmacht Angesichts des heftig aufgeregten Volksgeistes im eigenen Lande. Wenn sie ganz aufrichtig sein will, wird sie nicht zu leugnen unternehmen, daß sie es unterlassen, diesen Volksgeist zu zügeln, solange hiezu noch Zeit gewesen wäre und sie es vermocht hätte. Es ist schwer abzusehen, wie auf eine solche geradezu unwiderlegliche Anklage etwas Anderes erfolgen könnte, als der offene Bruch. (Allg. Ztg.)

Paris, 28. Dez. Unter der Ueberschrift „Krieg dem Kriege" veröffentlicht Alphonse Karr an der Spitze der „Liberté" nachstehende, schon früher von ihm niedergeschriebene Sätze: „Tröstet eine Mutter, die ihren getödteten Sohn beweint, der Gedanke, daß eine andere Mutter zwei Söhne verloren hat? Findet der Landmann, dessen Feld verwüstet worden, eine Entschädigung darin, daß man 200 Stunden weit von ihm einem Landmanne zwei Felder verwüstet hat? Reifen in seinen unbesäeten Furchen darum Aehren, weil auch in anderen Ländern Furchen unbesäet geblieben sind? — Und doch stützte sich darauf stets der Ruhm der Eroberer, die da sagen: „Ich habe Euch mit Steuern überladen. Euer Gefilde zu dem grünen Teppich gemacht, auf dem ich Eure Söhne verspielte; allein — aus ist die Schlacht — da liegen die Todten auf zwei Haufen. Seht, welcher der größere ist!""

Italien. Ricasoli hat an die Bischöfe, die sich nach Rom zurückgezogen hatten, ein Schreiben gerichtet, das die Klage derselben beantwortet, als dürften sie nicht in ihre Diözesen zurückkehren. Er erklärt in demselben, daß ihnen die Freiheit zur Rückkehr schon zu der Zeit gegeben war, als sie ihren Wunsch nach derselben aussprachen und benützte diesen Anlaß, die Stellung der Kirche zum Staate im neuen Italien unter Hinweis auf allgemeine historische Betrachtungen auseinanderzusetzen. Das Aktenstück ist von hohem Interesse, da der Streit zwischen Kirche und Staat sich heute keineswegs auf Italien beschränkt und der Ausgang desselben in dem Sinne, wie ihn Ricasoli hinstellt, ein Postulat der ganzen Fortschrittsbestrebungen unseres Jahrhunderts ist. „Die italienische Regierung wünscht ebenso wie Sie — sagt Ricasoli den Bischöfen — daß Italien jenes großartige und erhabene religiöse Schauspiel bietet, wie die freien Bürger der nordamerikanischen Staaten angesichts des Nationalkonzils zu Baltimore, dessen Entscheidungen vom Papste gebilligt — überall ohne Exequatur oder Placet Anwendung finden. Die von Allen prinzipiell und thatsächlich geachtete Freiheit in der weitesten Anwendung auf dem Gebiete des bürgerlichen, politischen und sozialen Lebens macht ein solches Schauspiel möglich. In den Vereinigten Staaten kann Jeder sich zu dem Glauben bekennen, der ihm der beste dünkt. Neben der katholischen Kirche erhebt sich der protestantische Tempel, die Moschee, die chinesische Pagode — neben dem katholischen Klerus fungirt das Genfer Konsistorium und die Methodisten-Congregation. Ein solcher Stand der Dinge bringt keine Verwirrungen, keine Reibungen hervor. Und zwar aus keinem andern Grunde, als weil keine Religion vom Staate eine spezielle Protection, ein Privilegium verlangt; jede entwickelt sich unter dem Schutze der allgemeinen Gesetze, die Jedem eine gleiche Freiheit garantiren." Die Absicht der italienischen Regierung ist nun, zu beweisen, daß sie den festen Glauben in die Freiheit setzt. Sie gestattet daher auch den Bischöfen, in ihre Diöcesen zurückzukehren und knüpft daran nur die Bedingung, der sich jeder Bürger unterwerfen muß: das Gesetz zu beobachten und sich auf seine Functionen zu beschränken. Der Staat sorgt dafür, daß hierin Niemand gehindert werde, — gesteht aber auch Keinem ein Privilegium zu. Der Hauptgrundsatz eines jeden freien Staates, daß vor dem Gesetze Alle gleich seien, räumt für Niemanden eine Ausnahme ein. Das ist gewiß eine sehr klare und deutliche Sprache. Das Verhältniß zwischen Kirche und Staat, auf diese Grundsätze gebaut, ist ein so einfaches, daß schon damit jeder Grund zu Conflicten beseitigt ist.

Florenz, 25. Dez. Die Finanzfrage nimmt einen höchst ernsten Charakter an. Das Defizit von 1867 war im April dieses Jahres auf 247 Mill. veranschlagt worden. Theils durch Berücksichtigung des Ertrages der neu bewilligten Steuern, theils in Folge gewisser Ersparnisse konnte Scialoja dieses vorausgesehene Defizit jetzt auf 208 Millionen herabsetzen. Ueberdies ergibt Venetien bei 77 Mill. Einnahmen und 55 Mill. Ausgaben einen Ueberschuß von 22 Millionen, so daß jene Ziffer auf 186 Millionen sinkt. In Wirklichkeit aber wird sich das Defizit ganz gewiß um ein Bedeutendes höher stellen. Zunächst ist der römische Schuldantheil nicht mitgerechnet, der das Budget doch jährlich mit etwa 20 Millionen neu belastet; dann aber liegen auch begründete Zweifel in Betreff der von Scialoja vorausgesehenen Einnahmen vor. Man nimmt auch in offiziellen Kreisen 240—250 Mill. als den wirklichen Betrag des Defizits an. Dazu kommen die 250 Mill., welche der Bank zurückzuzahlen sind, um den Zwangskurs aufzugeben, und ferner noch die 250 Mill. Schatzbons, welche der Finanzminister permanent auszugeben ermächtigt ist. In welcher Weise man dem Staatsschatz zu Hilfe kommen wird, ist noch schwer zu sagen. Das Militärbudget hat ziemlich erhebliche Reduktionen erfahren, aber Armee und Flotte kosten trotzdem noch über 200 Millionen Fres. Man geht jetzt ernstlich mit dem Plane um, die Eisenbahnen für den Staat zurückzukaufen, indem man ihre nur zu tief gesunkenen Obligationen und Aktien zu den jetzigen Kursen in Rente umwandeln will. Die Zinsgarantie erfordert jetzt etwa 80 Mill., und jene Operation wird daher wahrscheinlich eine ziemlich bedeutende Ersparung ermöglichen. Die Eisenbahngesellschaften sind in einer so kläglichen Lage, daß sie ihrerseits gern auf diese Combination eingehen werden. (Schw. M.)

Petersburg, 19. Dez. Eine aus Slaven türkischer Provinzen, besonders aus Bulgarien und Serbien, bestehende Deputation ist am 10. d. Mts. hier angelangt, um eine Petition um Schutz für die orthodoxen Glaubensbrüder unter türkischem Scepter zu überreichen. Vom Staatsminister des Aeußern ist diese Deputation privatim empfangen, eine Audienz beim Kaiser ihr aber nicht bewilligt worden. (Schles. Z.)

Türkei. Ueber die aufständische Bewegung in Thessalien meldet ein pariser Korrespondent der „K. Z.": Halim Farfari Pascha, General-Gouverneur der Pforte daselbst, versuchte zwei Mal vergebens, durch verheißungsvolle Proklamationen die Insurgenten zur Niederlegung der Waffen zu bewegen. Das Aufstands-Comite hat darauf in einem Schreiben erwidert: „Daß es ihnen, obgleich in keiner Weise durch Halim Farfari persönlich gekränkt, unmöglich wäre, länger das türkische Joch zu ertragen; daß eine Versöhnung zwischen ihnen und der Pforte ferner undenkbar wäre, daß der Entschluß aller Thessalier ein fester sei, entweder sich mit Griechenland zu vereinen, oder mit den Waffen in der Hand unterzugehen." Diese Waffen schlechterdings scheinen ihnen aber zur Zeit noch sehr zu mangeln, denn sie haben ein Schreiben an das philokretische Comite zu Athen mit der dringenden Bitte gerichtet, sie durch baldige Waffen- und Munitionssendungen zu unterstützen. Am ersten Tage waren, nach griechischen Quellen, die thessalischen Insurgenten nur 200 Mann stark, fünf Tage darauf waren sie schon zu 2000 angewachsen. Schon ist eine Art Reiterei in der Organisation begriffen. Da aber Thessalien nicht

---

geworden. Italien umfaßt gegenwärtig 5166 Quadratmeilen mit 24,263,320 Einwohnern.

Wenden wir uns nun zu Deutschland. Durch den Wiener Kongreß wurde der deutsche Bund gegründet, derselbe umfaßte damals 39 Staaten. Vor dem Kriege von 1866 waren von diesen noch 33 vorhanden — die übrigen 6 sind durch Aussterben der Regentenfamilien an andere Linien derselben Häuser gekommen oder freiwillig an solche abgetreten worden. Es waren diese: Sachsen-Gotha, welche Linie im Jahre 1826 ausstarb und deren Länder an die übrigen Fürsten der sächsischen ernestinischen Linie vertheilt wurden; Anhalt-Köthen erlosch im Jahre 1847, Anhalt-Bernburg im Jahre 1863, sämmtliche anhaltische Lande bilden jetzt das Herzogthum Anhalt; die Fürstenthümer Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen wurden im Jahre 1849 an Preußen abgetreten; der letzte Landgraf von Hessen starb 1866, sein Land fiel damals an den Großherzog von Hessen. — Durch den Krieg von 1866 wurde der deutsche Bund aufgelöst und der Nation fehlt gegenwärtig ein rechtliches Band, welches sie einigt. Die Verhältnisse, welche zur Auflösung des deutschen Bundes führten, sowie staatsrechtlichen Akte, auf welche die jetzige Gestaltung Deutschlands basirt ist, sind in dem genealogischen Taschenbuche sehr genau und übersichtlich zusammengestellt. Das Gebiet des eben in der Gründung begriffenen norddeutschen Bundes umfaßt 22 Staaten mit einem Flächeninhalte von 7541 Quadratmeilen mit 29,348,333 Einwohnern. Von dieser Einwohnerzahl treffen auf Preußen 6395 Quadratmeilen mit 23,590,543 Einwohner, auf die übrigen 21 Staaten 1146 Quadratmeilen mit 5,757,790 Einw. Preußen zählte vor dem Kriege nur 5086 Quadratmeilen mit 19,304,843 Einwohnern und wuchs durch die bekannten Annexionen zu der Größe an, wie sie oben angegeben ist. — Die fünf süddeutschen Staaten zählen gegenwärtig 2095 Quadratmeilen mit 8,524,460 Einwohnern. — Was nun Oesterreich betrifft, so mußte dieses, wie bekannt, Venetien an Italien abtreten und verlor dadurch 457 Quadratmeilen mit 2,458,989 Einwohnern. Das heutige Oesterreich umfaßt nach diesem Verluste noch 11,304 Quadratmeilen mit 32,673,002 Einwohnern.

---

wie Kreta bergig und zerklüftet ist, vielmehr eine ebene, von allen Seiten offene Fläche darbietet, in der ein Guerillakrieg unmöglich ist, so wird man wohl bald von entscheidenden Schlachten zu hören bekommen.

Nach Nachrichten, die (auf dem Wege über die Vereinigten Staaten von Amerika) dem „Mémorial diplomatique" aus Mexico ohne Angabe des Datums zugegangen sind, hatten die Generale Miramon und Mendez, welche von Europa angekommen waren, sich nach Orizaba begeben, um den Kaiser Maximilian dringend zu ersuchen, die Regierung nicht niederzulegen. General Miramon machte geltend, daß er, ohne im Besitze des zwanzigsten Theiles der Hilfsquellen zu sein, über welche der Kaiser zu verfügen habe, dennoch während zwei Jahre die Präsidentschaft behalten habe; daß die 10,000 Mann völlig disziplinirter Truppen, an deren Spitze sich General Mejia befinde, einen Kern der Armee bilden, um welchen sich die Freiwilligen der Fremdenlegion schaaren würden. Miramon und Mendez versprachen außerdem, Kontre-Guerillas zu organisiren, die geeignet wären, Juarez im Schach zu halten, welcher überhaupt, da ihm Ortega den Rang streitig mache, den Kampf nicht lange fortzusetzen im Stande sein würde. Endlich gaben sie dem Kaiser die Versicherung, daß die Bevölkerungen im Innern des Landes, welche recht wohl die Segnungen einer regelmäßigen Regierung zu würdigen wissen und die Anarchie nach der Abreise des Kaisers befürchten, zu den größten Geldopfern bereit seien. Diese beim Kaiser Maximilian gethanen Schritte hätten, so schreibt man dem „Mémorial", in allen Klassen der amerikanischen Bevölkerung einen tiefen Eindruck hervorgerufen, zumal Miramon derjenige Kandidat zur „Präsidentschaft" sei, der bei einem Sturze des Kaiserreichs die meisten Aussichten haben würde. Die beiden Generale hätten sodann Orizaba verlassen, um in den Provinzen, wo ihr Name eines ziemlich großen Ansehens genieße, eine Art von Plebiszit zu Gunsten der Aufrechthaltung des Kaiserreichs vorzubereiten.

Die „New-York Times" veröffentlicht eine Proklamation des politischen Präfekten von Vera-Cruz, welche den Beschluß des Kaisers Maximilian, in Mexiko zu bleiben, anzeigt; sie lautet folgendermaßen: „Es lebe das Kaiserreich! Es lebe der Kaiser! Bewohner von Vera-Cruz! Eines der glücklichsten Ereignisse für jeden wahren Mexikaner geht in der Nation vor sich. Se. Maj. der Kaiser, der so viele Opfer für die Wohlfahrt und das Glück unseres lieben Landes gebracht hat, hat den größten Beweis seiner Anhänglichkeit an das Land, welches es verdient, geliefert. Unter dem Drucke der ganz natürlichen Aufregung, welche in Folge der Krankheit seiner erhabenen und edlen Gemahlin, unserer geliebten Kaiserin, sein Herz erfüllte und noch erfüllt, glaubte man einen Augenblick, er werde zeitweilig das Land verlassen, um sich ganz der Sorge zu widmen, welche der Zustand seiner Gemahlin erheischte. Aber der Kaiser opfert sich nochmals für Euch auf, indem er seine Pflichten als Mensch seinen Pflichten als Monarch hintansetzt. — In der jetzigen kritischen Stunde, während er unser Land durchreist, erklärt er feierlich, daß er bei der Vorhut bleiben und ohne Unterlaß kämpfen wird, bis er seinen letzten Blutstropfen für die Vertheidigung der Nation vergossen hat. Bewohner von Vera-Cruz, wünschen wir uns Glück und danken wir der Vorsehung, daß die Integrität unseres Vaterlandes gerettet ist. Begrüßen wir mit aller Gluth unserer Seele den Tag der Auferstehung unserer Nationalität, welche am Vorabende ihres Verschwindens stand. Vera-Cruz, den 1. Dezember 1866.

Der „Moniteur" erfährt aus Jeddo, daß auf Betreiben des Mikado (geistl. Oberhaupt in Japan) und als Zeugniß für die durch den Tod des letzten Taikun verursachte allgemeine Trauer, die militärischen Operationen gegen die Rebellen für den Augenblick eingestellt worden sind. Prinz Flotshibashi, der neue Taikun, ist nach Osaka zurückgekehrt, um von der Regierung Besitz zu nehmen. Am 31. Okt. hatte er zu Kioto den Mikado und die Daimios zusammen berufen, um neue Gesetze auszuarbeiten und das Reich auf festeren Grundlagen wieder aufzurichten. Unter den in Angriff genommenen großen Fragen befindet sich auch ein Reorganisationsplan des Militärwesens, der der Regierung die Unterhaltung einer zur Beendigung des Bürgerkriegs ausreichenden Armee gestatten soll.

Neueres.

Stuttgart, 31. Dez. Heute Nacht starb die Frau Gräfin Marie v. Taubenheim, geborne Gräfin v. Württemberg, eine Cousine Sr. Maj. des Königs, Gemahlin des Oberststallmeisters Grafen v. Taubenheim. (Sie war geboren den 29. Mai 1815.) Die Neujahrsfestlichkeiten sind abbestellt.

Paris, 31. Dec. Der Abend-„Moniteur" bemerkt bei Erwähnung der Verhaftung der spanischen Deputirten, daß dieselben, dem Vernehmen nach, nach den canarischen Inseln gebracht werden sollen. — Die „France" gibt die Zahl der behufs Abfassung einer Adresse an die Königin in Madrid versammelt gewesenen Deputirten auf 123 an, von denen die Regierung die Führer hat festnehmen und nach Porto-Rico und den canarischen Inseln transportiren lassen.

Madrid, 30. Dez. Mehrere Deputirte haben sich im Kongreß zusammengethan und eine Adresse an die Königin verfaßt. Rios Rosas, Salaverria, Fernandez de la Hoz und Andere haben Schritte gethan, um zur Ueberreichung der Adresse vorgelassen zu werden. Da diese Verfahrungsweise ordnungswidrig ist, so hat die Regierung kraft ihrer Amtsgewalt jene Deputirten aus dem Lande schaffen lassen. Von den Senatoren hat sich keiner an dieser Kundgebung betheiligt.

Madrid, 30. Dez. Ein vom heutigen Tag datirtes königliches Dekret spricht die Auflösung der Cortes aus. Die Wähler sind auf den 10. März einberufen; der Zusammentritt der neuen Kammern findet am 30. März statt.

Florenz, 31. Dez. Zur Ergänzung der diplomatischen Aktenstücke des italienischen Grünbuchs erfährt man in zuverlässiger Weise, daß der italienisch-preußische Vertrag vor dem Kriege am 8. April 1866 abgeschlossen wurde, einen conditionellen Charakter hatte und geheim bleiben sollte.

Petersburg, 31. Dez. Das Journal de St. Petersbourg und der Invalide reproduciren den Timesartikel über Kandia und sind erfreut, die eigenen Ansichten über den Orient darin wiederzufinden, hinzufügend, da die Frage zwischen Türken und Christen gestellt sei, so müsse Europa das Prinzip der Nichtintervention beobachten.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Am 9. Januar 1867 und den folgenden Tagen findet die **Ziehung der Kölner Dombau-Lotterie** bestimmt Statt.

Hauptgewinne Thlr. 25,000, 10,000, 5000

ferner viele **Geldgewinne von Thlr. 2000, 1000, 500, 200, 100, 50, 20,** und außerdem eine Anzahl Kunstwerke im Gesammtwerthe von **Thlr. 20,000.**

Loose zu einem Thaler per Stück sind noch von den Unterzeichneten zu beziehen.

Zur Ausführung aller Aufträge in der kurzen, noch vor der Ziehung liegenden Zeit, **wird um schleunige Bestellung gebeten.**

Die General-Agenten der Kölner Dombau-Lotterie.

Albert Heimann, Bischofsgartengasse 28 in Köln. | **D. Löwenwarter,** Waisenhausgasse 33 in Köln.

In Würzburg **A. Stuber's** Buchhandlung.

Im Verlage der **Stahel'schen** Buch- und Kunsthandlung in Würzburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die

antiochenische Schule

und ihre

Bedeutung auf exegetischem Gebiete.

Von

Ph. Hergenröther,

Religions- und Geschichtslehrer.

1866. 5 Bogen in Lex. 8⁰. Preis 36 kr. oder 12 Sgr.

Gegenwärtige Abhandlung wurde von der theologischen Fakultät zu Würzburg als gelöste Preisfrage gekrönt.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 3. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco | 64. Jahrgang. | Donnerstag, 3. Januar 1867.

Eine Stimme aus Oesterreich beim Jahreswechsel.

Ein Leitartikel der „Wiener Presse“ vom 1. Jan. enthält über die verhängnißvolle Lage des österreichischen Kaiserreiches folgende Betrachtungen:

„Auch sein Unglück vermag der Mensch mit Liebe zu umfangen. An der Tiefe seines Falles ermißt er die einstige und die künftige Größe; mitten unter Nesseln pflanzt er das Immergrün der Hoffnung, je härter der Druck der Gegenwart, desto fester der Glaube, daß die Zukunft nicht trauriger sein könne. Aber wenn, wie in Oesterreich, die Ursachen des Sturzes fortwalten, wenn die einförmige Misere des Daseins sich ins neue Jahr hinüberspinnt und selbst Donnerschläge, wie Gitschin und Chlum, die leitenden Männer nicht von der betretenen Bahn hinwegschrecken: dann ist die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht mehr Sache des Herzens, oder der Ueberzeugung, dann ist sie nur noch ein Ausfluß der Pflicht gegen das Vaterland; dann arbeitet der Bürger an der Pumpe des sinkenden Staatsschiffes, weil die Verzweiflung an der Rettung eine Feigheit und Ehrvergessenheit wäre.

„Wenige Tage hindurch waren die Hoffnungen auf den 1. Jänner gerichtet, der uns das vorenthaltene Recht des Volkes wiederbringen sollte. Heute wissen wir, daß nur eine neue Phase der Sistirungs-Politik eröffnet wird. Wir nehmen hinüber in das neue Jahr das alte Elend, die alten Wirren, die alte Schwäche, und müssen neue Wirren und neue Gefahr besorgen. Denn rings um unsere Grenzen finden wir unfertige, in Wandlung und Gährung begriffene Zustände, die den Zündstoff für neue Katastrophen bergen.

„Noch eben haben wir erlebt, wie die letzten Mauern des deutschen Reiches zusammengebrochen sind, weil der deutsche Bund nicht gegründet war auf dem einzig festen Baugrunde, dem freiheitlichen Willen des Volkes. Wir sehen, wie das tausendjährige päpstliche Reich wankt, welches unter seinen Trümmern Diejenigen begraben wird, die den Kirchenstaat wider das Interesse der Menschheit, wider die Forderungen des Volkswillens und der Freiheit zu erhalten suchen. Und wie die Gegenwart, so lehrt uns jede Seite der Geschichte, daß nichts dauernd ist, als der unablässige Fortschritt der Menschheit, und daß keine von der Vergangenheit überkommene Staatsform bestehen kann, wenn sie nicht vom Geiste des Fortschrittes belebt ist. Dennoch wird Oesterreich, ohne die Schuld seines Volkes, Schritt für Schritt rückwärts gedrängt. Der letzte Sonnenstrahl der Freiheit ist verglüht, dunkle Nacht lagert über dem Vaterlande und der Prometheus, der Licht bringen will in die Finsterniß, das Volk, voran das deutsch-österreichische, liegt gefesselt an den Felsen der Sistirung.

„So sind unsere öffentlichen Zustände. Niemand wird ihrer mit Freuden beim Jahreswechsel gedenken. Aber auch in den stillen Kreis der Familie hinein schleicht der Schmerz über die Lage Oesterreichs. Wer nicht mit Thränen des Sohnes, des Bruders gedenkt, den die böhmische Erde deckt, der sieht mit Sorgen auf die Kleinen, die mit hoffnungsfrohem Auge in die Zukunft blicken, weil sie nicht ahnen, daß im Vaterland schwerer wohnen ist, als im Vaterhause; nicht ahnen die klaffenden Sprünge und Risse, die, bis in die Grundmauern gehend, Sturm und Frost hineindringen lassen in den österreichischen Staatsbau. Wird auch ihnen, wie uns, der Gedanke an das Vaterland ein Schmerz sein? Wird, wenn sie herangewachsen sind zu Männern, Oesterreich dastehen, in der Fülle seiner Kraft, ein einziges, freies Reich, gefürchtet von seinen Feinden, ein Schirm allen Hilfsbedürftigen, ein Hüter des Rechts im Innern, wie nach Außen? Oder wird dieses große schöne Reich zerfallen sein in seine Bestandtheile, deren jeder einzelne in seiner Isolirung ein Raub der mächtigeren Nachbarn geworden ist?

„Die nächste Zukunft, das beginnende Jahr, liegt trübe vor uns, aber wir wollen nicht verzagen an Oesterreich, weil wir an ihm nicht verzagen dürfen. Wie unsere Altvordern zur Zeit der Belagerung durch die Türken, wollen wir unermüdet, und sei es unter den schwersten Gefahren, die Breschen füllen, welche unsere Gegner in die Einheit des Reiches schlagen. Und wenn wir noch jahrelang den Stein des Sisyphus wälzen, wir wollen nicht Muth, nicht Kraft sinken lassen. Dann werden unsere Söhne mächtiger erblühen als wir, weil sie

Der Brand des Krystallpalastes.

London, 31. Dez. Eine Feuersbrunst hat gestern Nachmittag die tropische Abtheilung des Krystallpalastes zerstört; ein Unglücksfall, welcher mittelbar der Strenge der englischen Sabbathfeier zuzuschreiben ist. Wie die Museen und Theater, so ist auch jener Palast, der berühmte Ausflugsort des Londoners und jedes Festländers, der englischen Boden betritt, an Sonntagen geschlossen; nur die geringe Zahl der Aktionäre hat Zulaß. So kam es denn, daß in dem an Wochentagen stets von vielen Menschen besuchten Gebäude gestern kein lebendes menschliches Wesen war, welches den Ausbruch des Feuers früh genug bemerkt hätte, um wirksame Hilfe zur Stelle zu rufen. Man vermuthet, daß sie von dem Heizapparate ausgegangen sei; der indische und der ägyptische Hof, die Alhambra, das Lesezimmer, die prachtvollen Palmen und andere exotische Pflanzen sind ein Raub der Flammen geworden und leider auch der größte Theil der Thiere, zumal eine Unzahl tropischer Vögel, trotzdem, daß die Hilfeleistenden sich der armen Geschöpfe zuerst anzunehmen suchten. Ein Mann holte 16 Canarienvögel heraus, die er in dem Schiffe des Palastes in Freiheit setzte; ein anderer rettete mehrere Eulen; ein dritter kam mit einem mächtigen Adler unter dem Arme aus der von den Flammen bedrohten Oertlichkeit hervor. Der Hippopotamus und der Chimpanse gingen elendiglich zu Grunde; die schrillen Schmerzensrufe des letztern durchtönten das Gebäude, aber ein Rettungsversuch war nicht mehr möglich. Um halb vier Uhr stürzten die Wände jenes Theiles ein; das Dach, geschmolzenes Glas und Blei, stürzten ein, so weit das nördliche Querschiff reicht, und die Flammen wälzten sich in dichten Massen empor. Hätte der Wind, von der anderen Seite des Palastes herkommend, nicht die Gluth von dem mittleren Querschiffe abgeweht, so wäre das ganze kolossale und prachtvolle Gebäude der Zerstörung anheimgefallen; denn gerade jenseit des nördlichen Querschiffes hätte eine Unmasse leicht entzündbaren Materials dem Brande Nahrung gegeben. Man hatte zwar schon den riesigen Weihnachtsbaum niedergehauen und fortgeschleppt, eine Anzahl von Stühlen, von Theater- und Konzert-Utensilien entfernt; doch wäre des Brennbaren innerhalb der gläsernen Mauern noch sehr viel geblieben. Die Feuerspritze des Krystallpalastes brachte um vier Uhr Kapitän Shaw, der berühmte und fast allgegenwärtige Londoner Branddirektor, die sehr wünschenswerthe Verstärkung; doch brannte der nördliche Wasserthurm noch bis 8 Uhr. Der Krystallpalast wird trotz des Unglücks ohne Unterbrechung geöffnet bleiben und jetzt vielleicht von Tausenden und aber Tausenden besucht werden, denen der Anblick der Vernichtung eine eben so große Befriedigung der Neugierde gewährt, als vordem die Statuen Ramses d s Großen oder der Palast von Khorsabad. Und es ist ja der bei Weitem größte Theil des Gebäudes, alles südlich von der Scheidewand des tropischen Departements Gelegene, von der Feuersbrunst verschont geblieben; in ihm glücklicherweise auch die wundervolle Orgel, das Händel-Orchester, die griechisch-römischen und italienischen Höfe.

Vermischtes.

München, 28. Dez. Verkehr auf den königl. bayer. Eisenbahnen im Monate November 1866: 395,466 Personen, 310,417 fl. Einnahme. 3,264,088 Zentner Frachtgüter, 305,540 Zentner Regiesendungen, 1.034,128 fl. Einnahme; Bagage, Equipagen, Thiere rc. 42,579 fl. Summe der Einnahmen einschließlich von 4402 fl. für Militärtransporte und Extrazüge 1,387,125 fl. Gegen den entsprechenden Monat des Vorjahrs mehr: 4923 Personen, 20,22 fl. Einnahme; 132,476 Zentner Frachtgüter, 38,307 Zentner Regiesendungen, 47,256 fl. Einnahme; Bagage, Equipagen, Thiere rc. 5000 fl. Gesammtmehreinnahme 54,279 fl.

ernten werden, was wir säen, besitzen werden, was wir erstreben, weil sie aufwachsen werden auf dem Boden des Rechts und der Freiheit, den wir erkämpfen."

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 1. Januar. Se. Maj. der König hat den Herrn Fürsten v. Hohenlohe zum Staatsminister des k. Hauses und des Aeußern ernannt; den bisherigen Oberhofmeister G. Fr. Grafen v. Castell zum Obersthofmeister und den bisherigen Oberstallmeister M. Grafen v. Holnstein zum Oberststallmeister ernannt; ferner dem Oberstkämmerer Dr. Fr. Grafen v. Pocci das Komthurkreuz des Verdienstordens der bayer. Krone, dann dem k. Oberceremonienmeister C. Frhrn. v. Moy, dem k. Hofmusik-Intendanten, k. Kämmerer Frhrn. v. Perfall, dem General-Staatsanwalt am obersten Gerichtshof Clemens v. Steyrer und dem Ministerialrath im k. Staatsministerium der Justiz, Dr. J. G. v. Heinzelmann das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayer. Krone verliehen.

Se. Maj. der König hat den Lyzealprofessor am Lyceum in Speyer, J. G. Rau, in den Ruhestand versetzt; die kath. Pfarrei Tölz, Bezirksamts gl. Namens, dem Priester Fr. Krayer, Prediger und Benefiziat daselbst, übertragen.

Die kath. Stadtpfarrei St. Martin in Amberg ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 2334 fl. 46 kr. 4 hl., und die kath. Pfarrei Hüttenkofen, k. Bezirksamts Landshut, mit einem solchen von 754 fl. 4 kr. in Erledigung gekommen.

Frankfurt, 31. Dez. Die darmstädtische Regierung hat es ihren Beamten bei dem hiesigen Hauptzollamte freigestellt, entweder in preußische Dienste zu treten oder im seitherigen Staatsdienerverbande zu bleiben. Wie positiv versichert wird, sollen in dem betreffenden Erlasse nicht undeutliche Winke enthalten sein, daß man den Uebertritt in preußische Dienste nicht gerade ungern sehen werde. Wenigstens will man dies aus dem Umstande schließen, daß die hessische Regierung auf die Auflösung der Rheinschifffahrts-Kommission und mehrerer anderer Zollstellen hingewiesen habe, wodurch eine Reihe von Stellen eingehen und somit für die nächste Zeit wenigstens eine größere Anzahl von Zollbeamten in dem Großherzogthum zur Disposition gestellt bleiben müßte. (Fr. J.)

△ **Frankfurt**, 30. Dez. Das Preßgesetz scheint unter dem neuen Regime schärfer gehandhabt zu werden als bisher der Fall war. Ein besonderer altpreußischer Beamte überwacht die Presse, während in den anderen Verwaltungszweigen die seitherigen Frankfurter Beamten geblieben sind. Nachdem sogar das halbamtliche „Frkf. Journ." einmal mit Beschlag belegt worden ist, sind nun auch die nichtpolitischen Blätter in's Auge gefaßt und zunächst dem seit 10 Jahren gänzlich unbehelligt gebliebenen „Arbeitgeber", der sich nur mit volkswirthschaftlichen Fragen, nie aber mit Politik befaßt, die Stellung einer Kaution auferlegt worden, weil er sich mit sozialen Fragen beschäftige (!). Das Gesetz fordert nämlich Kaution von allen Blättern, die soziale und politische Fragen behandeln. In den mehr als 10 Jahren, seitdem der „Arbeitgeber" besteht, hat man von amtlicher Seite nichts sozial-politisches im „Arbeitgeber" gefunden; der neuesten Zeit war es vorbehalten, diese Entdeckung zu machen. Diese Maßregel ist um so auffallender, weil der „Arbeitgeber" als das einzige rein volkswirthschaftliche Organ in Süd- und Mitteldeutschland, ein Hauptvertreter der Erhaltung des Zollvereins, der Gewerbfreiheit und Freizügigkeit war.

Hannover, 27. Dez. Gestern Abend sind die Obersten v. Stoltzenburg, v. Geyso und Gerdeman von Wien hier wieder eingetroffen. Mit ihrem Anliegen wegen der Eidentbindung hatten sie bei dem Könige Georg einen um so schwereren Stand, als von dem früheren Garde-Husaren-Regiment ꝛc. Offiziere nach Wien gesandt waren, die dem Könige darlegen sollten, wie die überwiegende Mehrzahl der hannover'schen Offiziere die Entbindung vom Fahneneide nicht wünsche und auf den Uebertritt verzichten wolle, um den Charakter als hannover'sche Offiziere zu wahren. Nach langen Verhandlungen mit diesen Herren gelang es den drei Obersten, endlich bei dem Könige Georg zu erreichen, daß dieser sich bereit erklärt hat, jedem hannover'schen Offizier, der es wünsche, den Abschied zu ertheilen. Das Abschiedsgesuch braucht nicht, wie sonst erforderlich, durch spezielle Angabe von Gründen motivirt zu werden. Der Generallieutenant v. Arentsschild, den man auch preußischerseits als Repräsentanten der hannover'schen Armee bei den nothwendigen geschäftlichen Abwicklungen betrachtet, wird die Erklärung erlassen, daß er beauftragt sei, die Abschiedsgesuche anzunehmen und darauf die Entlassung zu ertheilen.

Hannover, 29. Dez. Generallieutenant v. Arentsschildt veröffentlichte gestern die am heiligen Abend vom Könige Georg vollzogene und an ihn gerichtete Verfügung, welche lautet: „Ich verfüge hiedurch, daß alle diejenigen meiner Offiziere, Armee-Beamte, Unteroffiziere ꝛc., Musiker und Soldaten, welche ihre Entlassung wegen ihrer Verhältnisse zu haben wünschen, dieselbe erhalten sollen. Ich will daher, daß Sie in geeigneter Weise bekannt machen: Jeder Offizier und Armee-Beamte, welcher sein Abschiedsgesuch einreicht, soll den Abschied von Ihnen in meinem Auftrage ausgefertigt erhalten. 2) Diejenigen Unteroffiziere, Corporale, Musiker und Soldaten, welche ihren Abschied zu haben wünschen, können Sie ebenfalls in meinem Auftrage entlassen. Den Modus der Verabschiedung überlasse ich Ihnen. Ich verbleibe, mein lieber Generallieutenant, Ihr freundlich wohlgeneigter Georg Rex." — Im Anschluß an den Erlaß über Auflösung des königl. Haus-Ministeriums bringt der General-Gouverneur zur allgemeinen Kenntniß, daß die im hannoverschen Staatshandbuche unter der Rubrik des Hofstaates aufgeführten Behörden (das Oberhofmarschall-Amt, das Oberkammerherrn-Departement, das Oberhofmarstalls-Departement und das Oberjagd-Departement) amtliche Befugnisse nicht weiter auszuüben haben. Die von jenen Behörden wahrgenommenen, zu den Rechten und Prärogativen der Krone gehörig gewesenen Vermögens- und sonstigen Angelegenheiten sind dem Departement der Finanzen überwiesen.

Wien, 29. Dez. Als der Kaiser die letzte Adresse des ungarischen Landtags entgegennahm, um sie „in reifliche Erwägung zu ziehen," verwies er die Beantwortung derselben ausdrücklich auf den Weg eines kgl. Reskripts. Durch diese Form ist die Möglichkeit gegeben, die Antwort der Krone bis zu dem Zeitpunkt hinauszuschieben, wo die Siebenundsechziger-Kommission des ungarischen Landtages das Operat über die gemeinsamen Angelegenheiten erledigt haben und sich also, weil diese Kommission der zweifellose Ausdruck der weit überwiegenden Mehrheit des Landtages ist, vollständig übersehen lassen wird, inwieweit der Landtag den Voraussetzungen und Forderungen des Reskripts vom 17. Nov. Rechnung zu tragen willens ist. Sollte das Elaborat der Kommission wider Erwarten auf dem schroffen Rechtsstandpunkt verharren, so würde die königliche Antwort ohne Zweifel ihrerseits mit voller Schärfe das Gebot der politischen Nothwendigkeit zum wiederholten Ausdruck bringen, und der Ausgleich auf dem jetzt eingeschlagenen Wege kaum noch gehofft werden dürfen. Würde jenes Elaborat aber dem Regierungsstandpunkt in seinen wesentlichen Theilen gerecht werden, so würde die Krone voraussichtlich nicht zögern, noch bevor der Landtag selbst die Conklusionen seiner Kommission formell bindend sich angeeignet, mit der sofortigen Einsetzung eines ungarischen Ministeriums einen weiteren entgegenkommenden Schritt zu thun, und in die Hände dieses Ministeriums den endgültigen Abschluß der schwebenden Fragen zu legen.

Prag, 29. Dez. Der „Tagesbote aus Böhmen" meint: „Die Deutschböhmen würden an keiner bloß konsultativen Delegirtenversammlung theilnehmen. Die Czechen werden den „Narodni Listy" zufolge nur die Vertrauensmänner-Versammlung beschicken, nie aber an einem legislativen Vertretungskörper außerhalb Prag theilnehmen. (N. fr. Pr.)

Paris, 27. Dez. Die Abwicklung der mexikanischen Frage verursacht immer traurigere Eindrücke. Sogar die heftigsten Gegner der kaiserlichen Politik in dieser Frage sind von dem schmerzlichen Charakter ihrer Entwicklung ergriffen. Die Depeschen des Washingtoner Kabinets beleidigen den Nationalstolz und reißen die Wunde von Neuem auf, anstatt sie vernarben zu lassen. Man erwartet mit einer ängstlichen Ungeduld die Debatten hierüber im gesetzgebenden Körper. — P. Hyacinth vereinigt fortwährend um seine Kanzel ein unermeßliches und glänzendes Auditorium, unter welchem sich Bischöfe, Minister, politische Notabilitäten und die Elite der Pariser Gesellschaft befinden. — Der zwischen Frankreich und Oesterreich abgeschlossene Handels- und Schifffahrts-Vertrag dürfte als der erste Akt der von Hrn. v. Beust inaugurirten Politik in dem Sinne einer Annäherung an Frankreich betrachtet werden, und man hält dafür, daß dieser nicht der letzte sein werde. Die Beziehungen unseres Hofes zu dem Wiener Kabinete sollen jetzt sehr freundschaftlich sein, und man spricht sogar davon, daß der Kaiser in seiner Neujahrsrede diesen Gesinnungen Ausdruck verleihen werde, so daß sogar Viele der Ansicht sind, es sei nicht mehr gar weit hin zu einer französisch-österreichischen Allianz. Vom ehemals sächsischen Minister Frhrn. v. Beust hat Lord Clarendon einmal gesagt, „er sei ein Adler in einem Käfig." Heute kann der Adler seine Flügel ausbreiten an dem weiten Horizont der Großmacht Oesterreichs; es fragt sich hiebei nur, welche Beute er heimzutragen wissen wird. (A. Postz.)

Paris, 31. Dez. Nach dem „Constitutionnel" sind die Modifikationen, welche am Reorganisations-Projekte der französischen Armee angebracht worden sind, folgende: Das Kontingent der aktiven Armee besteht aus 100,000 Mann (wie bisher und nicht aus 80,000 Mann, wie das ursprüngliche Projekt wollte), deren Dienstzeit von 7 auf 6 Jahre reduzirt wird (wie es auch in dem ersten Projekt festgesetzt worden war). Diese 100,000 Mann werden in zwei Theile getheilt: die aktive Armee und die Depots. Der Rest der Klasse (also 60,000 Mann) bilden die Reserve der Armee. Die jungen Leute, welche zu derselben gehören, werden im Hauptorte des Kantons eingeübt, können sich vom 24. Jahre an verheirathen und nur in Kriegszeiten und durch ein Gesetz einberufen werden.

(Das ursprüngliche Projekt setzte das Kontingent für die aktive Armee auf 80,000 und das für die Reserve ebenfalls auf 80,000 Mann fest. Die Hälfte der Reserve, also 40,000 Mann pro Jahr standen fortwährend zur Verfügung des Kriegsministers, während die zweite Hälfte durch kaiserliches Dekret in Kriegszeiten einberufen werden konnte). Die mobile Nationalgarde besteht aus den Soldaten der Reserve und der Armee, welche ihre sechs Jahre abgedient haben. Sie dient drei Jahre und kann nur in Kriegszeiten einberufen werden. In Friedenszeiten braucht sie nur die nämlichen Uebungen und Revuen zu machen, wie die gewöhnliche Nationalgarde. Die Exoneration, die Stellvertretung und die Substitution sind in der Reserve und der Armee, aber nicht in der mobilen Nationalgarde gestattet. So weit der „Constitutionnel“. Die Meinung der Majorität der Staatsrathsmitglieder scheint also in dem Rathe des Kaisers den Sieg davon getragen zu haben. Ob das Projekt in seiner jetzigen Form einen besseren Eindruck auf die öffentliche Meinung machen wird, läßt sich noch nicht sagen. Jedenfalls aber wird die Regierung doch wohl nicht ohne Genehmigung des gesetzgebenden Körpers ihre 1,250,000 Mann einberufen können, wie dieses anfänglich die Absicht gewesen sein soll.

Paris. Der Florentiner Korrespondent der „Debats“ theilt (wie bereits gestern erwähnt) ein Schreiben aus der Hauptstadt des Kirchenstaats mit, in welchem der Ausbruch eines römischen Aufstandes in nahe Aussicht gestellt wird. Dieser Brief des Korrespondenten, der, wie die „Debats“ sagen, von der Lage der Dinge in Rom genau unterrichtet ist, lautet, wie folgt: „Es sind jetzt 14 Tage, daß die Franzosen Rom verlassen haben, und die Ruhe ist nicht gestört worden. Verdankt man dieses den päpstlichen Truppen oder der Langmüthigkeit der Römer? Wenn Sie die Elemente in's Auge fassen, aus denen das päpstliche Zuaven-Regiment besteht, so werden Sie ersehen, daß die Ruhe Roms ausschließlich diesem Volke zu verdanken ist, welches seine Kräfte nicht in Versuchen erschöpfen will, aus denen seine Feinde allein Nutzen ziehen würden. Indeß befürchte ich, daß die Dinge in Zukunft nicht auf dieselbe Weise vor sich gehen werden. Die als Türken verkleideten Vertheidiger der päpstlichen Regierung, die Zuaven, und dann die Polizei ermüden, die ersten durch fortwährendes Provociren und ihr arrogantes Auftreten, die zweite durch ihre Chicanen, die Geduld der Römer. Bis jetzt beschränken sich die feindseligen Kundgebungen der Bevölkerung auf das Räumen der Café's, wenn sich dort irgend ein Zuaven-Offizier zeigt. Aber die Geduld hat, wie alle Tugenden, ihre Grenzen, und wenn eine Emeute in Rom ausbricht, so muß man wissen, auf wen die Verantwortlichkeit fällt. Wen wird die Schuld treffen? Die Bevölkerung oder die sie provocirende Regierung? Welchen Vortheil wird die weltliche Gewalt davon haben? Denselben vielleicht, welchen ihr die Kriegslust des Herrn v. Merode im Jahre 1860 einbrachte. Die Haltung der Legion von Antibes ist sehr verschieden von der der Zuaven; die Franzosen, aus welchen dieselbe besteht, sind ruhigen Sinnes und die Bevölkerung schenkt ihnen keine besondere Aufmerksamkeit.“ „Die größte Gefahr für die päpstliche Regierung“ — so fügt hier der Florentiner Korrespondent der „Debats“ hinzu — „liegt in den Truppen selbst, die mit ihrer Vertheidigung betraut sind. Die jungen Edelleute aus dem Norden Frankreichs und aus Belgien sind ungeachtet ihrer glänzenden und liebenswürdigen Eigenschaften am wenigsten dazu geeignet, sich mit den Römern zu verständigen.“

Die „France“ theilt folgende, wie es scheint, von der spanischen Gesandtschaft zugegangene Einzelheiten mit: kaum sei das Dekret zur Auflösung der Cortes, wobei die Königin sich nur ihres konstitutionellen Rechtes bedient habe, erschienen gewesen, so hatten sich 123 Abgeordnete, unter Führung des Präsidenten des Kongresses, Rios Rosas und des ganzen Bureaus des Hauses, versammelt, um einen Protest zu erheben und der Königin unmittelbar eine Adresse wegen des Erlasses des Auflösungs-Decretes zu überreichen. Das Kabinet ließ auf der Stelle die „Urheber“ dieser Adresse verhaften, nämlich den Congreß-Präsidenten Rios Rosas, ferner Salaverria, Fernandez de la Hoz, Herrera und Robertz, und es wurde gleichzeitig Befehl ertheilt, die Verhafteten ohne Weiteres theils nach Portoriko theils nach den Canarien zu deportiren. Diese Maßregel rief in Madrid „eine lebhafte Agitation“ hervor. Einer anderen madrider Mittheilung vom 30. zufolge haben die vorgenannten Abgeordneten einen direkten Versuch gemacht, vor die Königin zu gelangen und ihr die Protest-Adresse zu überreichen, und die Regierung hat dies benutzt, sie sofort außer Landes zu schaffen. Kein einziges Mitglied des Senats hat sich an dem Proteste betheiligt.

Paris. Die „Opinion nationale“ vom 29. Dez. ist nicht der Ansicht, daß die Verringerung der russischen Flotte im schwarzen Meere (?) nur eine ökonomische Maßregel sei, denn in diesem Falle würde die russische Regierung schwerlich gleichzeitig Sorge tragen, ihre Armee auf einen so achtungsgebietenden Fuß zu bringen. Man müsse somit der Desarmirung im schwarzen Meere wie im stillen Ocean einen strategischen Zweck unterlegen. „Rußland, sagt die „Opinion“, begreift sehr wohl, daß im Falle eines Krieges und bei der jetzigen Sachlage es ihm unmöglich sein würde, im schwarzen Meere oder im stillen Ocean den Zusammenstoß der feindlichen Flotten zu ertragen. Der Krieg von 1854—55 hat dasselbe hierüber vollkommen ins Klare bringen müssen; es hat sich mithin sagen können, daß es in seinem Interesse liegt, einen anderen Schauplatz für die Kriege der Zukunft zu wählen, wenigstens bis es sein Eisenbahnnetz bis nach Odessa, Nikolajew, Sebastopol und Kertsch vervollständigt hat. Man hat deshalb in St. Petersburg gedacht, daß es vortheilhafter wäre, die ganze Seemacht des Kaiserreiches in der Ostsee zu konzentriren. Dort nämlich gerade ist Rußland vor allen Dingen verwundbar. Dort hätte es bei der Eventualität eines Krieges die schwersten Streiche abzuwehren, diejenigen, welche gegen Kronstadt, gegen St. Petersburg, gegen Polen und gegen Finnland gerichtet sind.“

Das „Mémorial dipl.“ hat Kenntniß von einer, „Orizaba, den 13. Dezember“ datirten Depesche des Kaisers Maximilian an die Kaiserin Charlotte. In dieser Depesche entschuldige sich der Kaiser, daß er zwei Kuriere habe abgehen lassen, ohne seiner Gemahlin Nachricht von sich zu geben. Das Wechselfieber, von welchem er eben erst befreit wurde, habe ihn hieran gehindert. Jetzt aber habe er einen langen Brief geschrieben, der mit dem englischen Paketboot abgegangen sei und am 30. d. M. in Miramare eintreffe. — Uebrigens hört das „Mémorial“ über New-York, daß die eben aus Europa zurückgekehrten Generale Miramon und Mendez sich nach Orizaba begaben, um dem Kaiser vorzustellen, daß seine Lage keineswegs eine verzweifelte sei, daß er sich mit den 10,000 Mann, die ihm zur Verfügung stünden, noch lange im Centrum des Reiches behaupten könnte, daß sie Gegen-Guerillas gegen Juarez organisiren würden u. s. w.

„Patrie“ und „Etendard“ beschweren sich um die Wette über die Zufuhr von Mannschaften und Hülfsmitteln, welche die kosmopolitische Revolution dem Aufstande auf Creta gewähren dürfe. 1700 Freiwillige seien noch ganz kürzlich von Athen aus auf die Insel expedirt worden, und die Zahl der fremden Abenteurer, welche dort den Kampf gegen die türkische Oberherrlichkeit unterhalten, müsse sich schon höher als auf 6000 belaufen. Die kleine Insel Syra sei täglich der Ausgangspunkt der Expeditionen der aus Griechenland und Italien, namentlich aus Ankona, herbeigeströmten Revolutionäre. Die „Patrie“ fragt, ob man unter solchen Umständen wohl noch von einem nationalen Aufstande sprechen könne. „La Presse“ erklärt geradezu, die Pforte wäre in ihrem Rechte, wenn sie Griechenland den Krieg erklärte.

London, 29. Dezbr. Gleich der „Times“ hat sich die „Saturday Review“ längst von den alten Anschauungen über die orientalische Frage emancipirt, die zur Zeit Lord Palmerstons für unfehlbar galten. Bei einem Blick auf den kretischen Aufstand sagt sie, die beste Lösung der orientalischen Frage sei ein Aufschub auf unbestimmte Zeit; aber es wäre ebenso unpolitisch wie ungerecht, die freiwilligen Anstrengungen der Christen in der Türkei zu bekämpfen. Der energische Beistand, welchen die Kreter von den Freiwilligen aus dem Königreiche Griechenland erhalten haben, sei ein besserer Beweis von Patriotismus, als die Deklamationen athenischer Politiker. Es sei nicht unmöglich, daß ein Zuwachs an Macht und Seelenzahl das wahre Heilmittel für die innere Mißregierung Griechenlands wäre, und kein englisches Interesse sollte sich einem solchen Experimente entgegenstellen. — In einem Artikel über Ungarn entwirft der einst sehr Kossuthisch gesinnte „Examiner“ von dem Sprachen- und Racengemisch des großen Donaulandes, von der verschiedenen Bedeutung, die der Name Ungarn in geographischer, ethnographischer und politischer Hinsicht hat, eine Schilderung, die sehr vielen Engländern neu sein wird und den ehemaligen festen Glauben des Blattes an die große Zukunft des Magyarenthums sehr erschüttert erscheinen läßt.

Italien. Die Eisenbahn von Florenz über Perugia nach Rom ist seit drei Tagen dem öffentlichen Verkehr übergeben. Die beiden Hauptpunkte Italiens stehen jetzt in unmittelbarer Verbindung, und man kann in zwölf Stunden von dem einen zum andern gelangen. Die Lösung der moralischen Interessen, die noch zwischen Rom und Florenz zu ordnen sind, hängt viel von diesem gewaltigen Verkehrsmittel ab, das ein italienischer Schriftsteller in beredter Weise den Kondensator der Zeit und des Raumes genannt hat.

Das Grüne Buch des italienischen Parlaments enthält über den diesjährigen Krieg nur Bekanntes und kein Aktenstück zur römischen Frage. Die „Italie“ erklärt die auf den ersten Blick befremdliche Erscheinung, wie folgt: „Die römische Frage ist durch die September-Convention eine lediglich innere geworden. Die einzige Verhandlung, welche in diesem Jahre stattfand, bezog sich auf die päpstliche Schuld. Nun wurde aber diese Verhandlung erst geschlossen, als das Grüne

Buch bereits im Druck war. Dokumente, wie sich auf die päpstliche Schuld beziehen, sind zur Begründung des Gesetzes, welches die Convention sanctionirt, der Kammer mitgetheilt worden und wahrscheinlich wird die Kammer den Druck derselben anordnen." Es ist ebenfalls nach der „Italie", in Florenz davon die Rede, das Budget des Kriegs auf 130 Millionen und das der Marine auf 30 Millionen zu reduciren. Nach Art. 2 des am Samstag votirten Gesetzes hat das Ministerium die Ziffern der Reduktion bis zum 15. Januar festzustellen.

Die „Perseveranza", welche in der Regel über Rom wohl unterrichtet ist, meint, die Mission Tonello werde folgendem Worte des Papstes gegenüber ziemlich in Frage gestellt: „Ihr habt mir Alles genommen, Ihr habt der Geistlichkeit das Ihrige genommen, und nun bietet Ihr uns die Freiheit an. Ich werde suchen, mich ihrer zu bedienen für die Bisthümer, die ihres Oberhauptes entbehren. Aber warum wollt Ihr, daß ich jetzt mit Euch unterhandle?"

Amerika. Die Botschaft des Präsidenten Johnson enthält einen kurzen, in dem langen Aktenstücke fast verschwindenden Paragraphen, der in anscheinend flüchtiger Weise auf die Nothwendigkeit einer amerikanischen Gesandtschaft in Athen hindeutet, weil in dem Osten Europas die kommerziellen und politischen Interessen der Vereinigten Staaten durch etwa eintretende Ereignisse berührt werden könnten. Bisher hatte der Gesandte in Konstantinopel auch die Vertretung in Athen übernommen. Die „Pall Mall Gazette" bringt jenen Paragraphen mit anderen Andeutungen von der Errichtung amerikanischer Konsulate in Bukarest und Belgrad in Verbindung. Was die Vereinigten Staaten in kommerzieller Beziehung von Rumänien oder Serbien wollen können, sagt sie, übersteigt unseren Horizont. In Cincinnati fehlt es gewiß noch nicht an Schweinefleisch, daß Amerika sich um neue Vorräthe nach Serbien, der großen officina porcorum des östlichen Europas, wenden müßte, noch kann man sich Amerika je in der Nothwendigkeit vorstellen, aus der alten Welt Brodstoffe zu importiren und sich deßhalb nach Rumänien zu wenden. Das Motiv der Vereinigten Staaten ist ein rein politisches und nicht derart, daß man sich einen heilsamen Einfluß auf die Ruhe im Osten Europas von ihm versprechen könnte.

Neueres.

Berlin, 2. Januar. Die „Prov.-Corresp." meldet, daß die feierliche Verkündigung der Besitzergreifung für die Herzogthümer Schleswig und Holstein, sowie für die ehemaligen bayerischen und darmstädtischen Landestheile binnen Kurzem erfolgen wird.

Berlin, 2. Januar. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: „Der Entwurf der Bundesverfassung legt dem Stimmverhältniß für den Bundesrath die Vertheilung der Stimmen des Plenums wie im ehemaligen Bundestage zu Grunde. Die Ausschließung von Beamten ist für den künftigen Reichstag, aber nicht für das jetzige Parlament vorzuschlagen."

Wien, 1. Jan. Uebermorgen wird ein kaiserliches Patent erwartet, welches die sechsjährige Landtags- und Reichsrathsperiode schließt und Neuwahlen für alle nichtungarischen Reichsprovinzen ausschreibt. Die Landtage sollen am 15. Februar, die außerordentliche Reichsrathsversammlung am 25. desselben Monats zusammentreten. Zweck der Berufung des Reichstags: Ausgleich mit Ungarn und Konstituirung der Gesammtmonarchie. Der ungarische Landtag bleibt.

Florenz, 1. Jan. Beim Empfang der Deputation des Parlaments sagte der König: „In der Friedensperiode, in welche wir jetzt eingetreten, werden wir nicht aufhören, große Sorgfalt der Armee zu schenken. Diese Armee ist nicht nur die Schutzwacht der Unabhängigkeit, welche sie zu erobern mit beigewirkt hat, sondern auch ein solides Mittel der innern Sicherheit und ein Element der Einheit und Civilisation."

Athen, 2. Januar. Das Ministerium ist konstituirt. Koumoundouras Präsident, Minister des Innern und provisorisch Justizminister; Botzaris Krieg, Trikoupis Aeußeres, Kehayer Finanzen, Christopulos Kultus, Lombardo Marine. — Eine russische Fregatte brachte 1200 Weiber und Kinder aus Selinos.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. M. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. dtto. à 94	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	61 7/8 G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	58 7/8 P. 1/2 G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	60 1/2 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation	—
"	4 1/2 pCt.	37 1/8 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 1/4 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	96 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 3/4—7/8 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	91 G.
"	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	91 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 7/8 P. 1/2 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 1/2 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	83 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	93 1/4 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	83 1/4 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	94 1/2 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	88 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	83 P. 82 1/2 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/2 pCt.	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	82 1/2 P. 1/4 G.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. 2 1/2	78 3/8 P.
"	6 pCt. dtto r. 1882	77 1/8—77 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	124 3/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	646 P. 643 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	157 1/2—8 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	90 1/8 P.
Darmst. Bank I. u. 2. Serie à fl. 250	207 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	—
Mitteldeutsche Kreditaktien	94 1/2 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 70 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	336 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	103 1/2 P. 1/4 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 2 fl.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	102 P. 101 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 4/2	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 104 4pCt. L.	32 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	152 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	104 3/8 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	47 1/4 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	69 5/8—70 G.
Südl. Bank-Akt. 40 pCt. Einz	—
5pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	117 5/8 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	117 1/4 G.

Wechsel in süddeutscher Wahrung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/2 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 1/4 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 1/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 3/4 P.
Cöln. Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88 1/2 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 G.
London L.st. 10 k. S.	118 3/4 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. ... 200 k. S.	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/8 P.
Petersburg 40 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	89 3/8 G.
do. in Oct. 20 k. S.	88 3/4 G.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	101 3/4 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	—
" fl. 500 v. 1860 4/7	63 3/4—5/8 G.
" fl. 100 Kreb. v. 1858.	—
" 100 v. 1864.	67 1/2 P. 67 G.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	95 3/4—5/8 G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 P.
Badische fl. 35	51 1/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	52 3/4 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	146 P.
" fl. 25 do.	38 1/2 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 1/2 P.
Sardinische Fr. 36 b. L.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. o. R.	27 G.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7	10 3/8 P.

Frankfurt, 2. Jan. Es gereicht uns zum Vergnügen, konstatiren zu können, daß die erste Börse im neuen Jahre eben so lebhaft als animirt war und hoffen wir, daß das Geschäft sich der Fesseln, welche es voriges Jahr stets in engen Grenzen bannten, endlich entledigt hat. Oesterreichische Effekten machten heute Amerikaner den Vorrang streitig, indem ein ausgedehntes Geschäft darin zu steigenden Coursen stattfand. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 4.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die drei spaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 4. Januar 1867.

Oesterreich gegenüber der Krisis im Orient.

Die sehr zweideutige Weisheit der europäischen Kabinette hat es glücklich wieder so weit gebracht, daß der anfangs so unerhebliche kretensische Aufstand eine sehr ernste Gefahr für den europäischen Frieden zu werden droht. Der türkische Gesandte in Athen steht jetzt auf dem Punkte, abberufen zu werden; jeden Augenblick können wir die Nachricht erhalten, daß die Pforte Griechenland den Krieg erklärt hat, und nachdem die türkische Regierung nun auch die Genugthuungs-Ansprüche Italiens wegen Beschießung eines italienischen Dampfers in den Gewässern von Kreta zwar höflich, aber entschieden abgelehnt hat, droht nun auch ein Konflikt zwischen der Türkei und Italien.

Gesellt sich aber zum griechisch-türkischen auch noch der italienisch-türkische Konflikt, so ist an eine auch nur kurze Passivität der Mächte schon gar nicht zu denken, und wenn schon nicht England, so wird doch sicherlich Frankreich ohne weiteres Farbe zu bekennen gezwungen sein.

Wir gestehen, daß uns jeder Maßstab für die Eventualitäten fehlt, die eine derartige Krise im Orient erzeugen kann. Außer der Türkei gibt es keine Macht in Europa, die dadurch in so hohem Grade gefährdet würde, wie Oesterreich, wenn es sich eben nicht zu einer sehr kühnen und entschiedenen Politik im Orient aufzuraffen im Stande ist. Nach unseren jüngsten diplomatischen und militärischen Erfahrungen aber wird es uns, ganz abgesehen von der inneren Lage des Reiches, außerordentlich schwer, an eine derartige Initiative zu glauben. Im Orient wäre Oesterreich allerdings berufen, eine entscheidende Rolle zu spielen. Längs der Donau sollte Niemand herrschen als Oesterreich; darauf weist die ganze Geschichte der Entstehung dieses Reiches hin. Oesterreich sollte und müßte den bis zum Schwarzen Meere vorgeschobenen Keil bilden, der es Rußland für alle Zeiten unmöglich macht, gegen Konstantinopel vorzudringen. Da nun der Tag immer näher rückt, an welchem die Türkenherrschaft in Europa zusammenbrechen wird, so müßte Oesterreich sich in Bereitschaft setzen, das Erbe des kranken Mannes im Osten anzutreten. Aber nur der Starke kann heutzutage seine wahrhaftigen Interessen erfolgreich vertheidigen, und nach den Proben, die unsere orientalische Politik in den Donaufürstenthümern abgelegt, können wir nur auf das Schlimmste gefaßt sein. Die sinn- und entschlußlose orientalische Politik unserer Staatskanzlei im Jahre 1855, welche uns den Haß Rußlands zuzog, ohne uns mit der Sympathie der Westmächte zu entschädigen, wird sich im Orient so furchtbar rächen, wie die deutsche Politik des Grafen Rechberg durch die Resultate des jüngsten Krieges mit Preußen schrecklich gestraft wurde.

Oesterreich kann in seiner jetzigen Lage, erschöpft durch den letzten Krieg, lahmgelegt durch die Sistirung und durch den Zwiespalt mit Ungarn, wenig thun, die Fehler seiner früheren Politik gutzumachen. Wie die Dinge jetzt liegen, ist es lediglich auf fromme Wünsche angewiesen, welche eben dahin gehen, daß der Ausbruch der großen Krise im Orient wenigstens noch für einige Zeit vertagt werde. Einige Aussicht, daß dies trotz griechisch-türkischem Konflikte und türkisch-italienischen Spannungen gelingen werde, ist allerdings vorhanden, da diese einen Weltkrieg in ihrem Schoße bergende Verwicklung heute schon keiner der Großmächte gelegen käme. Rußland ist noch nicht gerüstet genug, Preußen noch in voller Verdauungsarbeit begriffen, und Frankreich braucht noch andere Alliirte als Italien, um im Oriente mit Erfolg operiren zu können. Aber der große Konflikt kann eben nur durch stillschweigende Uebereinstimmung der Betheiligten für einige Zeit vertagt werden. Keine Macht der Erde jedoch wird den baldigen Ausbruch mehr verhindern können. Die „Times“ empfiehlt Oesterreich im Hinblick auf den Niedergang der großen orientalischen Lawine den Bund mit Deutschland, der allein es in den Stand setzen könne, seine Verluste im Osten zu ersetzen, während eine Allianz Oesterreichs mit Frankreich Preußen in die Arme Rußlands drängen würde, worauf dann Preußen die obere und Rußland die untere Donau erobern würden. Wir stimmen den Voraussetzungen der „Times“ bei, möchten aber doch die Richtigkeit der Konsequenzen, die sie zieht, sehr bezweifeln. Wenn Oesterreich mit

Vermischtes.

Die am 12. v. vor dem Landesgerichte in **Prag** begonnenen Verhandlungen gegen die Theilnehmer an den Hostomitzer Exzessen gegen Israeliten sind am 28. geschlossen worden. Die Anträge des Staatsanwalts lauten bezüglich 7, als Rädelsführer erkannter Angeschuldigter auf schwere Kerkerstrafen von 10 und 8 Jahren; bezüglich 30 als Theilnehmer bezeichneter Personen auf schwere Kerkerstrafe von 6, 4 und 3 Jahren; bezüglich der übrigen 3 Angeschuldigten auf Freisprechung. Die Urtheilsverkündigung wurde auf den nächsten 12. Januar festgesetzt.

Petersburg, 26. Dez. Die Cholera, von der so lange keine Erwähnung geschah, zeigt sich abermals hier hin und wieder, wie auch an verschiedenen Orten im Innern des Reiches. Hier in der großen Newastadt wurden bisher nur einzelne Fälle, meist mit tödtlichem Verlauf, wahrgenommen, aber sie wiederholen sich, und jeder Arzt eines größeren Civil- und Militärhospitals weiß davon zu berichten. In dem benachbarten Zarskoje-Selo, dem Sommeraufenthalt der kaiserlichen Familie und bekannt durch seine sehr günstigen hygienischen Verhältnisse, unterlagen in letzter Zeit einige vierzig Individuen der Cholera. Andeutungen genug, um die Besorgniß zu rechtfertigen, daß mit dem Beginn der besseren Jahreszeit sie wieder eine epidemische Ausbreitung gewinnen dürfte. — Auch die Febris recurrens, welche vor zwei Jahren mehrere tausend Bewohner hier wegraffte, zeigt sich gegenwärtig wieder häufiger und bösartiger, was daraus schon zur Genüge hervorgeht, daß in dem neu begründeten und erst seit fünf Monaten mit Kranken belegten Alexander-Newsky-Hospital der zehnte Patient am rekurrirenden Fieber leidet. Doch ist die Mortalität hier noch verhältnißmäßig gering. — Die „Deutsche St. Petersburger Zeitung“ berichtete vor Kurzem von einer sehr verbreiteten Epizootie in der Stadt Kiew, namentlich in den dem Dnjepr zunächst gelegenen Stadttheilen. Das Ministerium des Innern wird darüber demnächst näheres berichten. (A. Z.)

Den Hospitälern Londons ist in diesen Tagen eine reiche Schenkung zu Theil geworden. Ein hiesiger Advokat hatte für einen pensionirten Polizeimann die Führung eines Prozesses, bei dem es sich um die Summe von 150,000 L. handelte, unter der Bedingung übernommen, daß im Falle eines glücklichen Ausganges des Rechtsstreites 25,000 L. der streitigen Summe zum Besten der Londoner Spitäler, und weitere 25,000 L. für hülfsbedürftige Verwandte seines Klienten bei Seite gelegt werden sollten. Letzterer willigte ein, der Prozeß wurde für ihn gewonnen.

Aus dem statistischen Bureau des Departements des Innern in **Washington** sind die folgenden Angaben über das Areal des **Unionsgebietes**, seine Bevölkerung und deren Dichtigkeit hervorgegangen. Das Areal umfaßt 154,000 Quadratmeilen (deutsche), wovon 11,400 auf Wasser kommen; die Staaten enthalten 85,200 Quadratmeilen Land und die Territorien 57,400. Die Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten belief sich im Jahre 1860 auf 31,443,821, wovon 31,148,046 den Staaten, die Uebrigen den Territorien angehören. Es kommen demnach in den Staaten durchschnittlich 360 Einwohner auf die Quadratmeile, in den Territorien dagegen nur 5. In Massachusetts kommen auf die Quadratmeile 3300, in Rhode Island 2900, in New-York 1720 und in Pennsilvanien 1300 Einwohner. Wäre die Bevölkerungsdichtigkeit des ganzen Unionsgebietes die von Massachusetts, so würde das eine Gesammtbevölkerung von 472 Millionen ergeben. Bei der Bevölkerungsdichtigkeit von Frankreich würde die Union 528 Millionen Seelen, bei der von Großbritannien 924 Mill. und bei jener von Belgien gar 1195 Mill., d. h. mehr, als derzeit auf der ganzen Erde leben, enthalten.

Hilfe Deutschlands sich an der unteren Donau entschädigte, so würde Preußen eben Bedingungen machen, welche ihm gestatteten, an der oberen Donau in dem Maße zu gewinnen, als Oesterreich an der unteren Donau sich vergrößerte, was die Verwirklichung der bekannten Bismarck'schen Theorie von der Schwerpunktsverlegung wäre. Was die „Times" von der Allianz Oesterreichs mit Frankreich besorgt, das würde auch Oesterreichs Arrondirung im Osten mit Hilfe Preußens zur Folge haben. Darüber ist keine Täuschung möglich; für die Opferung des Hohenzollers in Bukarest würde Preußen Kompensation verlangen, und diese könnte Oesterreich nur gewähren, wenn es seinen Schwerpunkt nicht etwa blos nach Ofen, sondern gleich nach Konstantinopel verlegte. Damit wäre nicht nur die Theilung der Türkei, sondern auch die Oesterreichs vollzogen, ohne daß der Weltfriede dabei etwas gewänne; denn das Sechzig-Millionen-Reich Deutschland kann Frankreich so wenig als Italien erstehen lassen, wenn sie beide nicht bei der ersten Gelegenheit erdrückt werden wollen.

Solche weitaussehende Spekulationen haben vorderhand wohl noch geringe praktische Bedeutung. Noch gibt es ein Oesterreich und noch gibt es Mittel, es erstarken zu machen, ohne daß es dazu des Ersatzes im Osten bedarf, von welchem die „Times" spricht. Aber allerdings ist es die höchste Zeit, diese Mittel ausgiebig in Anwendung und das Reich wieder zum Bewußtsein seiner selbst zu bringen. In der Wiederherstellung der Verfassung und dem Ausgleich mit Ungarn liegt allein das Mittel der Rehabilitirung, und haben wir nur die Zeit dazu, dann werden wir auch angesichts der orientalischen Krise unsere Stellung zu behaupten im Stande sein, gleichviel, ob der norddeutsche Bund ein Satellit Rußlands oder unser begehrlicher Alliirter ist. Hoffen wir, daß die große orientalische Krise noch so lange sistirt bleibt, bis wir die Kraft gewonnen, Tendenzen siegreich zurückzuweisen, welche Oesterreich mit der Türkei auf Eine Stufe stellen und sein Schicksal gewissermaßen mit dem des Osmanenreiches besiegeln wollen.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 2. Januar. Se. Maj. der König hat dem ordinirenden Arzte am städtischen Krankenhause zu Hof, Dr. v. Rücker, die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des von Sr. Maj. dem Könige von Preußen ihm verliehenen Kronenordens 4. Kl. ertheilt; dem kgl. Kämmerer, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister M. Frhrn. Pergler v. Perglas in Paris die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des von Sr. Maj. dem Könige von Schweden ihm verliehenen Großkreuzes des Nordstern Ordens ertheilt; auf die erledigte Stelle des Präsidenten am Appellationsgerichte von Oberfranken den Präsidenten des Appellationsgerichts der Oberpfalz und von Regensburg, Dr. Fr. v. Vogt, auf dessen Ansuchen versetzt; auf die hiedurch in Erledigung kommende Präsidentenstelle am Appellationsgerichte der Oberpfalz und von Regensburg den ersten Direktor des Appellationsgerichts von Oberbayern, Fr. J. v. Schab, und zum ersten Direktor am Appellationsgerichte von Oberbayern den zweiten Direktor des Appellationsgerichts von Niederbayern, Dr. Fr. Steppes, befördert.

München, 2. Jan. Se. Maj. der König haben mit der regelmäßigen Ertheilung von Audienzen begonnen und heute schon eine größere Anzahl von Personen empfangen. (Bayer. Z.)

+ **München,** 2. Januar. Nachdem Fürst v. Hohenlohe seine beiden Ministerportefeuilles bereits übernommen, hat Frhr. v. d. Pfordten auch schon seine Dienstwohnung im Ministerium des Aeußern verlassen und vorläufig Wohnung im Nebenhause des Gasthofes zum „Bayer. Hofe" genommen. Hr. v. d. Pfordten ist Willens, sich gänzlich in das Privatleben zurückzuziehen und wird, sobald er von der vorhabenden Reise nach Italien zurückgekehrt ist, seine schöne Villa bei Seeshaupt am Starnbergersee beziehen. — Manches zu sprechen gibt die von den Blättern gemeldete Ertheilung des erblichen Adels an den Staatsrath v. Pfistermeister und an dessen Bruder, den Gendarmeriehauptmann. Man will nämlich bezüglich des Letzteren die „Allg. Z." nicht für ganz gut unterrichtet halten, welche meldete, Hauptmann v. Pfistermeister sei wegen seiner ausgezeichneten Führung einer Feldgendarmerie-Schwadron im letzten Kriege (wofür er bekanntlich schon den Militärverdienstorden erhielt) geadelt worden. Wäre dem so, so meint man, daß noch mehrere Verleihungen des erblichen Adels an verschiedene tapfere und wegen intelligenter Führung ihrer Mannschaften verdiente nichtadelige Offiziere zu erfolgen hätten. — Eigenthümlich berührt militärische Kreise die Unterscheidung der zwei Klassen des neugestifteten Denkzeichens; während nämlich das für die Theilnehmer am Feldzuge in Schleswig-Holstein bestimmte „Felddenkzeichen" genannt wird, heißt das für 1866 „Armeedenkzeichen." — Dem Vernehmen nach bewährt sich das nach dem Braunmüller'schen Hinterladungssystem umgeänderte Podewils-Gewehr nicht so, wie man erwartet hatte; dagegen liegt der Militär-Schießkommission jetzt das vom Amerikaner Remington erfundene Hinterladungsgewehr zur Prüfung vor, welches außer andern Vorzügen auch das Möglichste im Schnellfeuern — gegen 40 Schuß in der Minute — leisten soll. — Der Generaldirektor der kgl. Verkehrsanstalten, Frhr. v. Brück, hatte gestern das Unglück, in der Nähe des Hoftheaters auszugleiten und sich beim Fallen an der Hand ziemlich bedeutend zu verletzen.

Leipzig, 31. Dez. Die „Mitteldeutsche Volks-Zeitung" (bekannt durch ihre preußenfeindliche Richtung) nimmt Abschied von ihren Lesern. Sie bestätigt das schon vorausverkündigte Eingehen ihres Blattes mit Ende des Jahres, bemerkt aber, daß nicht, wie es bisher hieß, an dessen Stelle sofort ein anderes der gleichen Richtung treten werde; vielmehr sagt sie: Wir wollen die Zustände sich erst mehr klären lassen und günstigere Zeiten für das Erscheinen des neuen Blattes abwarten, welches wir an die Stelle der „Mitteldeutschen Volks-Zeitung" treten zu lassen beabsichtigt hatten."

Eisenach, 29. Dez. Bei der heute und gestern hier gehaltenen Ausschußversammlung der deutschen Turnvereine waren von 22 Mitgliedern 14 erschienen. Hauptgegenstand der Verhandlung war die Frage über die Abhaltung des bekanntlich auf dieses Jahr nach Nürnberg bestimmt gewesenen, jedoch der Ereignisse wegen vertagten deutschen Turnfestes. Mit 11 gegen 3 Stimmen wurde beschlossen, daß ein allgemeines deutsches Turnfest auch im Jahre 1867 in Nürnberg nicht gehalten werden solle. (Nürnb. Korr.)

Berlin, 1. Januar. Heute Vormittag fand in Potsdam die Hauptfeier des 60jährigen Dienstjubiläums Sr. Maj. des Königs und die Einsegnung der neuen Fahnen- und Standartenbänder an den Fahnen der hiesigen Garnison statt.

Berlin, 1. Januar. Wie die „Zukunft" meldet, ist im 6. Berliner Wahlbezirk beschlossen worden, die Wahl eines Abgeordneten zum norddeutschen Parlamente für diesen Bezirk auf einen Arbeiter zu lenken. Von einem Programm oder einer Resolution soll ganz abgesehen werden, weil man, bei der auch in der liberalen Partei herrschenden politischen Verwirrung, allein eine Bürgschaft in Personen von anerkannter Charakterfestigkeit, Unbeirrlichkeit des politischen Urtheils und anerkannt demokratischer Gesinnung finden zu können glaubte. Als solche Personen sollen in der am nächsten Sonntag Vormittags 11 Uhr in Schäfers Lokal (Albrechtstraße) abzuhaltenden Versammlung der Maschinenbauer Berlins die Herren Andreack (Schlosser bei Borsig) und Drewes (Schriftsetzer) vorgeschlagen werden.

Aus Holstein, 29. Dezbr. Vorgestern hat an verschiedenen Orten die Aushebung der Militärpflichtigen aus den Jahrgängen 1842—1845 begonnen, ohne daß es bis jetzt irgendwo zu Störungen der öffentlichen Ruhe gekommen wäre; indeß hören wir, daß die Zahl derjenigen, welche sich durch Auswanderung ihrer Dienstpflicht entzogen haben, größer ist, als man in der letzten Zeit erwartete. Ueber die milde Praxis, welche diesmal bei der Aushebung gehandhabt wird, herrscht nur eine Stimme. — Trotz der Agitation der Schleswiger, welche ihre Stadt gern zur Hauptstadt der Provinz Schleswig-Holstein bestimmt sähen, wird am 1. Januar der Sitz der Oberpostdirektion von Schleswig nach Kiel verlegt. (A. Z.)

Hamburg, 30. Dez. Gestern fand eine interessante Versammlung des Kaufmannskonventes statt. In derselben theilte die Kommerz-Deputation mit, daß sie in Berücksichtigung des bevorstehenden Anschlusses von Schleswig-Holstein an den Zollverein und der Bildung eines norddeutschen Bundes mit einheitlichem Zoll- und Handelsgebiet ein Cirkulär an Sachverständige aus allen bedeutenden Geschäftszweigen veranlaßt habe, um in Erfahrung zu bringen, ob die hiesige Kaufmannschaft auch jetzt noch die Aufrechthaltung der Freihafenstellung als eine Lebensfrage für Hamburgs Bedeutung im Welthandel betrachte oder ob sie die mit dem Eintritt in den Zollverein etwa verbundenen Vortheile für überwiegend halte. Hierauf sind 61 Gutachten eingelaufen, deren bei weitem überwiegende Zahl sich entschieden für die Freihafenstellung Hamburgs ausspricht. (Schw. M.)

Wien, 31. Dez. Der Entwurf des Wehrgesetzes enthält im Wesentlichen folgende Bestimmungen, welche zum Theil schon jetzt durch die Verordnung vom 28. ds. zur Geltung gebracht werden: die Wehrpflicht ist allgemein, der Loskauf nicht mehr gestattet, wogegen für Beamte, Lehrer, Studirende, Inhaber größerer Handels- oder Gewerbsunternehmungen ꝛc. ein ausgedehntes Beurlaubungssystem in Friedenszeiten dergestalt stattfindet, daß die dauernd Beurlaubten während der drei ersten Jahre ihrer Dienstzeit auf je fünf Wochen zum Zwecke der militärischen Ausbildung, außerdem nur bei drohendem Kriege oder Ausbruch desselben einberufen werden. Die gesammte Dienstpflicht wird auf sechs Jahre in der Linie und sechs Jahre in der Reserve festgesetzt, von welchen letzteren drei Jahre zur ersten und drei Jahre zur zweiten Reserve gehören. Außerdem treten alle wehrfähigen Jünglinge und Männer vom 18. bis zum 45. Jahre, die nicht im Heerverbande stehen, in das allgemeine Wehraufgebot. Das letztere bildet im Kriege den Landsturm zur Vervollständigung der Reichsvertheidigung, und zwar zur Unterstützung des Heeres in der

Abwehr des Feindes, wenn er in das Land einzudringen versucht oder zur Bekämpfung desselben, wenn er bereits eingedrungen ist. Die Verwendung desselben im Kriege außerhalb des Heimathsbezirks beschränkt sich nur auf die Entfernung einiger Tagemärsche von demselben. Wer vom Eintritte in das Heer nicht gesetzlich oder durch Untauglichkeit befreit ist, darf sich vor dem Austritte aus der dritten Altersklasse nicht verehelichen.

Paris, 31. Dez. Die spanischen Nachrichten sind nicht überraschend; sie wurden erwartet. Nur daß Narvaez sich in letzter Stunde entschlossen hat, sich den Eingebungen der Nonne Patrocinio und des Pater Claret zu fügen, ist unerwartet. So entging er seinem eigenen Falle. Wie Herr Mercier aus Madrid meldet, ist der Herzog überzeugt, der Staatsstreich werde bis zu Ende durchgeführt werden, ohne daß die öffentliche Ruhe in Spanien darunter zu leiden haben würde. Ich weiß aber nicht, ob die hiesige Regierung die Zuversicht des Herzogs von Valencia theilt. Die Kaiserin soll durch die Berichte aus Madrid sehr aufgeregt sein. — Die von General Allard vorgeschlagenen Modifikationen des Militärprojektes sind vom Kaiser angenommen worden; man wird der Constitutionalität mehr Rechnung tragen, als dies ursprünglich beabsichtigt war.

Der „Moniteur" meldet: „Laut einem aus New-York eingetroffenen Telegramme hat Präsident Johnson den französischen Fahrzeugen im Gebiete der Vereinigten Staaten dieselben Vorrechte, wie den Schiffen der Union bewilligt. In Gemäßheit des am 28. v. M. im „Moniteur" veröffentlichten Dekretes bleibt die amerikanische Flagge in Zukunft von allen Schiffsahrts-Abgaben frei.

Paris, 1. Januar. Der Bewegung auf Kandia kommt der Umstand sehr zu Statten, daß sie viel Geld zur Verfügung hat. Die reichen, im Auslande etablirten Griechen, und deren gibt es eine große Anzahl, unterstützen nämlich die Insurgenten mit Allem aufs reichlichste, und die Tausende von Freischärlern, die sich nach Kandia begeben, wurden von ihnen ausgerüstet und bezahlt. Ein Vorgehen Griechenlands selbst würde auch auf deren mächtige finanzielle Unterstützung zählen können. (K. Z.)

Wenn auch noch keine Allianz europäischer Mächte betreffs der orientalischen Frage besteht, so ist doch das Bemühen der meisten derselben, diese Frage zu vertagen, unverkennbar. Der „K. Z." wird aus **Paris** geschrieben: „Es scheint, daß in Folge der neuen Wendung der Dinge Frankreich die Hohe Pforte entschieden abmahnt, die Lage durch eine drohende Haltung gegen Griechenland noch verwickelter zu machen. Das vermittelnde Eingreifen der europäischen Mächte ist unvermeidlich geworden, und wird im Interesse der Vertagung der orientalischen Frage erfolgen. Soviel verlautet, werden die Meinungsverschiedenheiten und die ziemlich lauen Beziehungen, die zwischen einzelnen der europäischen Mächte bestehen, zum Schweigen gebracht werden, um durch rasches Einschreiten den Gefahren, welche den europäischen Frieden bedrohen, vorzubeugen." Im gleichen Sinne meldet ein Pariser Korrespondent der „A. Z.": „Die orientalische Frage könnte nur störend für die Ausstellung werden, wenn das Tuilerien-Kabinet mit seinen kräftigen Bestrebungen, dies zu verhindern, allein stünde. Der Telegraph hat aber in den letzten Tagen sehr viel gearbeitet und der türkische Botschafter konnte schon das bezügliche Ergebniß erfahren. Frankreich, England und Oesterreich vereinigen sich in der Politik, deren nächstes Ziel darin besteht, keine orientalische Frage aufkommen zu lassen. Nicht mehr und nicht weniger. Von da bis zu einer förmlichen Tripel-Allianz bezüglich einer Lösung der orientalischen Frage ist noch weit. Man darf annehmen, daß auch Italien in obiges Einverständniß einbezogen wird. Baron Ricasoli wird nicht auf eigene Faust und Rechnung orientalische Politik treiben wollen." — Diese einmüthige Haltung wäre wohl geeignet, Rußland einzuschüchtern.

Wie die „Patrie" hört, hat die englische Regierung auch die Haltung ihres Gesandten in Athen und ihre verschiedenen Consular-Agenten im griechischen Archipel desavouirt. Bekanntlich haben diese Vertreter Großbritanniens den Aufrührern von Candia Aufmunterungen zukommen lassen. Nach dem „Movimento" gedenkt auch die italienische Regierung den Ereignissen von Creta gegenüber die strengste Reserve zu beobachten.

Spanien. In Pariser Blättern finden wir Näheres über die gestern telegraphisch mitgetheilte Verhaftung einiger der hervorragendsten Mitglieder der aufgelösten Cortes von Spanien. Das Auflösungsdekret der Kammer war auf dem Punkte, amtlich publicirt zu werden, als 123 Deputirte, den Präsidenten des Kongresses, General Rios Rosas, und das gesammte Bureau an der Spitze, sich versammelten, um gegen diese Maßregel zu protestiren und der Königin direkt eine Verwahrungs-Adresse zu überreichen. Das Kabinet schritt nun ein, ließ die Urheber dieser ihm unbequemen Kundgebung, die Herren Rios Rosas, Salaverria, Fernandez de la Hoz, Herrera und Roberts verhaften und, wie die „France" hört, nach den Präsidien von Portorico und den Canarischen Inseln transportiren. Das Auflösungsdekret wurde publizirt, und in Folge dieser Maßregeln herrschte eine große Aufregung in Madrid. Nach dem „Etendard" sind die Verhaftungen in der Nacht vom 29. zum 30. Dezember erfolgt, und beschränken sich die Transportationen auf die genannten fünf Deputirten. In der am 28. erschienenen „Politica", dem Organ der Partei O'Donnel, liest man folgenden Erlaß der Regierung an den Redacteur des Blattes: „Sie werden in der heute Abends erscheinenden Nummer der „Politica" den Inhalt und die Abschriften der folgenden offiziellen Mittheilungen abdrucken. Sie werden diese Einrückung bewirken, ohne irgend eine Ausrede zu suchen und müßten Sie auch jedes andere Material aus den Pressen zurückziehen oder, wenn es sein muß, die Veröffentlichung des Blattes verzögern. Gott erhalte Sie noch lange Jahre! (Gez.) Marfori. Madrid, 28. Dezember." Dieser Weisung folgt ein Befehl des Generals Pezuela, alle Personen, ob Deputirte oder nicht, welche sich im Sitzungsgebäude der Kammer einfinden sollten, zu verhaften und an das Militärgefängniß einzuliefern, damit sie vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Die „Epoca" läßt sich aus **Lissabon** schreiben, daß es nicht unwahrscheinlich sei, daß die Königin Maria Pia, die jetzt in vollkommener Genesung ist, für einige Zeit nach Italien gehen werde. Wenn, wie versichert wird, König Viktor Emanuel im Laufe Januars nach Lissabon kommen wird, so ist anzunehmen, daß er seine Tochter für einige Zeit mit sich nach Italien bringen wird, damit sie einige Zeit entweder in Florenz oder Neapel verlebe.

Italien. Pius IX. hat, wie der „Etendard" berichtet, vor wenigen Tagen in einem Cardinal-Collegium eine Anrede gehalten, worin er gesagt hat: „Als Satan Jesus auf einen Berg führte und ihm die Reiche der Welt und alle die Herrlichkeiten zeigte, die zu ihnen gehörten, sagte er: Dies Alles soll dein eigen sein, wenn du vor mir das Knie beugest. Es gibt Leute, die uns die gleichen Vorschläge machen, um uns desto tiefer zu erniedrigen. Diesen Leuten aber kann man nur mit Jesus erwidern: Vade retro Satanas. Aber es gibt auch andere, welche sich uns mit dem Oelzweige des Friedens nahen, und diese dürfen wir anhören. Nun denn, ich glaube, daß wir in diesem Augenblicke uns im zweiten Falle befinden!"

Der „Tempo" von Venedig läßt sich aus **Treviso** melden, daß die zur Ruhe mahnenden Proklamationen abgerissen worden sind, sonst aber die Ruhe nicht weiter gestört wurde. Das Volk verlangt die Entfernung des Bischofs. Mehrere Behörden und angesehene Persönlichkeiten haben denselben Antrag an den Präfekten gestellt, der seinerseits von der Regierung Verhaltungsmaßregeln erbeten hat.

Bukarest, 24. Dez. Während der Eifer, womit Fürst Carl in alle Einzelheiten der verschiedenen Verwaltungszweige Einsicht zu nehmen und Mißbräuche abzuschaffen sucht, von Seiten der Romanen alle Anerkennung verdienen würde, fangen sie darüber zu murren an, daß er an den altehrwürdigen Schmutz der Faulheit und den Aussatz der Bestechlichkeit zu rühren wagt. Fürst Karl scheint sich durch dergleichen Anzeichen einer beginnenden Unpopularität durchaus nicht irre machen zu lassen. Er geht festen Schritts weiter, und die Pflichterfüllung des Fürsten nöthigt selbst seinen in Lethargie versunkenen Beamten Achtung ab. Die Kammer hat am 21. Dez. endlich mit ihren Arbeiten begonnen, nachdem ihr Bureau konstituirt worden war. Präsident ist Lascar Catargiu. Eine fürstliche Botschaft, vorgetragen von dem Finanzminister Mavroghem, legte den Budgetentwurf für das Jahr 1867 vor. In demselben soll gegen das Budget von 1865 eine Ersparniß von beinahe 14 Millionen Piastern gemacht sein; auch gab der Minister die Versicherung, daß die Ausgaben des künftigen Jahres die effektiven Einnahmen nicht überschreiten sollten.

Türkei. Der egyptische Parlamentarismus ist eine noch ärgere Karrikatur, als man vermuthet hat; die Berathungen des Parlaments werden unter dem Vorsitz Ragib Paschas täglich durch vier bis fünf Stunden auf der Citadelle von Kairo fortgesetzt. Vor und nach den Sitzungen berathen sich die Abgeordneten täglich mit Ismail Pascha und ihrem Präsidenten Ragib Pascha über die zu pflegenden Verhandlungen und werden demnach von der Regierung in jeder Weise vollständig beeinflußt. Von der gegenwärtigen, auf zwei Monate angesetzten Sitzungsperiode soll durchaus jede Oeffentlichkeit ausgeschlossen bleiben. Selbst den Privatverkehr sucht man streng zu kontroliren und einzuschränken, und zu diesem Behufe sind alle Parlamentsmitglieder in vizeköniglichen Palästen untergebracht und werden auch vom Vizekönig im Masafir-Hane verpflegt.

Amerika. Die amerikanischen Kongreßverhandlungen über Zulassung der Farbigen im Gebiete des Distriktes Kolumbia führte zu einer lächerlichen Diskussion über das Stimmrecht der Weiber, indem Cowan, der demokratische Senator für Pennsylvanien, ein Amendement zu Gunsten dieser Maßregel einbrachte. Anthony erklärte, es sei unlogisch, daß, wenn eine Frau als Königin regiere und

in dieser Eigenschaft eine Armee regieren könne, den Frauen das Stimmrecht vorenthalten werde. Williams war der Ansicht, Frauen sollten das Stimmrecht nicht haben, da sie ohnehin schon gewaltig viel Vorrechte besäßen, und bemerkte, es sei der Stolz und Ruhm der Amerikaner, das weibliche Geschlecht zu lieben und zu ehren. Dann aber mit einem plötzlichen Uebergang aus seinen Komplimenten erklärte er, stimmberechtigte Frauen würden jedes Haus zur Hölle auf Erden machen. Waden befürwortete den Vorschlag in begeisterten Worten über die Liebenswürdigkeit der Damen und hielt in seiner Begründung dem Hause vor, es würde eine sehr schwierige und verwickelte Sache sein, die Scheidelinie zwischen Mann und Weib zu ziehen, da beide denselben Gesetzen unterworfen seien. Bei der namentlichen Abstimmung fanden sich die Kämpfer für Frauenrechte in einer Minderheit von 9 gegen 37 Stimmen und damit sind die Aussichten der Damen auf die Senatorwürde für diesesmal wieder zu Nichte geworden.

Neueres.

Prag, 2. Jan. Gestern fand eine Conferenz der Großgrundbesitzer und der czechischen Fraktion statt. Es wurde, für den Fall der Einberufung einer Delegirten-Versammlung, beschlossen, dieselbe zu beschicken. Die für den Sylvester-Abend vorbereitet gewesene Jesuiten-Predigt ist vorsichtshalber unterblieben.

Athen, 31. Dez. Das Programm des neu ernannten Cabinets wird als der großgriechischen Idee günstig bezeichnet und die Verfolgung seiner entschiedeneren Politik gegenüber der Türkei erwartet.

Konstantinopel, 2. Jan. Der neue französische Botschafter hat heute seine Beglaubigungsschreiben überreicht. — Die Pforte gestattete den englischen, französischen und russischen Kriegsschiffen die Ueberführung der emigrirenden candiotischen Familien nach Griechenland.

Konstantinopel, 2. Jan. Die Pforte hat die Nachricht erhalten, daß Celino und Kissamos, zwei befestigte Punkte im Westen der Insel Kandia, welche die Insurgenten besetzt hielten, sich ergeben haben. Die mit einem Verlust von 200 Mann vollständig geschlagenen Insurgenten sind in Unordnung nach der Küste hin geflohen, von wo die meisten derselben auf Schiffen, die sie aufnahmen, die Insel verlassen konnten.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Am 9. Januar 1867 und den folgenden Tagen findet die **Ziehung der Kölner Dombau-Lotterie** bestimmt Statt.

Hauptgewinne Thlr. 25,000, 10,000, 5000

ferner viele **Geldgewinne von Thlr. 2000, 1000, 500, 200, 100, 50, 20,** und außerdem eine Anzahl Kunstwerke im Gesammtwerthe von **Thlr. 20,000.**

Loose zu einem Thaler per Stück sind noch von den Unterzeichneten zu beziehen.

Zur Ausführung aller Aufträge in der kurzen, noch vor der Ziehung liegenden Zeit, **wird um schleunige Bestellung gebeten.**

Die General-Agenten der Kölner Dombau-Lotterie.

Albert Heimann, Bischofsgartengasse 28 in Köln. | **D. Löwenwarter,** Waisenhausgasse 33 in Köln.

In Würzburg **A. Stuber's** Buchhandlung.

Im Verlage der **Stahel**'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die antiochenische Schule und ihre Bedeutung auf exegetischem Gebiete.

Von **Ph. Hergenröther,** Religions- und Geschichtslehrer.

1866. 5 Bogen in Lex. 8°. Preis 36 kr. oder 12 Sgr.

Gegenwärtige Abhandlung wurde von der theologischen Fakultät zu Würzburg als gelöste Preisfrage gekrönt.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Op. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	62 1/2 G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	59 1/2 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	50 1/2 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	—
„	4 1/2 pCt.	37 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 1/2 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	95 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 7/8 P. 5/8 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	91 G.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	91 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-K. dto.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	93 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	8[illegible] 1/4 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	93 5/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	8[illegible] 1/2 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	94 7/8 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	88 1/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	82 3/4 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	2 1/2 pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	82 3/8 P. 1/8 G.
N. Amerika	6 pCt. à 100fr. 1881 D. 2 1/2	78 5/8 P.
„	6 pCt. ditto r. 1882 .	77 1/4—3/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	12[illegible] 1/2 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	643 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	140—31 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	90 1/2 P
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	207 1/2 P. 207 G
Weimarische Bank à Thlr. 100 .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	93 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	338 P. 337 1/2 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	105 3/4 P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	102 P. 101 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	152 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt	88 1/2 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	100 3/8 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt	47 1/8 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	70 1/4 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	—
3pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	44 1/2 P.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	117 3/4 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	117 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/2 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	[illegible] 1/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 7/8 P
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 1/8 G
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 G.
London Lst. 10 k. S.	118 3/4 P. 1/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/8 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	85 7/8 P. 5/8 G.
do. in öst. W. L. S.	85 7/8 P.
Disconto . . .	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	102 1/4 P.
„	fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	—
„	fl. 500 v. 1860 6/7	63 3/4—5/8 G.
„	fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	—
„	do. v. 1864.	67 1/4 P.
	4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	95 1/4 G.
	Schwed. 10 Thlr. Loose	10 3/4 P.
	Badische fl. 35	51 1/4 P.
	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	52 3/4 P.
	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
	„ fl. 25 do	38 1/2 G.
	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 G.
	Sardinische Fr. 36 b. R.	—
	Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
	Freiburger 15 Frs.-Loose	—
	Mailänder 45 Frs. L. b. R.	27 G.
	St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z	—
	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 1/8 P.

Frankfurt, 3. Januar. Als wir heute das Börsenlokal betraten, gaben wir uns der angenehmen Hoffnung hin, schreiben zu dürfen: die günstige Tendenz machte für alle Effekten weitere Fortschritte, indem Oesterreicher sowohl als auch Amerikaner zu besseren Coursen eröffneten. Für erstere war diese günstige Tendenz nur von sehr kurzer Dauer, ein Wiener Telegramm, welches Napoleons höher meldete, genügte, um sowohl Creditaktien als auch Loose unter die gestrigen Schlußcourse zu drücken. Englische Metalliques und National dagegen hielten sich auf dem erhöhten Cours. Für Amerikaner war die Stimmung von Anfang bis zum Schluß günstig. Da neue Goldnotirungen nicht bekannt waren, ist dies allein großen Kaufaufträgen für Privatrechnung zuzuschreiben. Von Prioritäten Livorneser besser; andere Sorten unverändert. Eisenbahnaktien und süddeutsche Effekten ebenfalls wie gestern. Von Wechseln Wiener niedriger, welche 1/4 pCt. im Laufe der Börse einbüßten. Das Geschäft war im Ganzen ziemlich belebt. Coupons in Folge der schlechteren Wechselcourse und des großen Materials niederer als bisher. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
N. Würzb. Ztg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 5.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 5. Januar 1867.

Aussichten für die nächste Zukunft.

Wie begründet die allgemein vorhandenen Kriegsbefürchtungen, wie schwach bei den dermaligen politischen Verhältnissen die Aussichten auf einen Bestand des europäischen Friedens sind, hierüber enthält ein Neujahrsartikel der „Tagespost" folgende treffende Betrachtung:

„Aller Leute Sinn steht nach Krieg. Daraus folgt freilich noch nicht, daß wir im Frühjahre unter allen Umständen wieder Krieg haben werden, wie die Volksstimme, die in diesem Falle hoffentlich nicht Gottes Stimme ist, unermüdlich prophezeit. Derlei Befürchtungen hat es nach jedem größeren Kriege gegeben, den Krimkrieg etwa ausgenommen. Sie entspringen dem allgemeinen Bewußtsein, daß alle bis jetzt geführten Kriege die in Europa angehäuften Gährungsstoffe nicht ausgetilgt hatten. Die Ueberzeugung, daß jede nothdürftig gelöste Frage stets wieder eine neue gebäre, welche neuerdings mit dem Schwerte gelöst werden müsse, erhält die Phantasie des Volkes in beständiger Aufregung. In Wirklichkeit ist es freilich nicht so schlimm. Große Kriege werden nicht, wie große Ausstattungsstücke, in jeder Saison aufgeführt; dieselben verlangen vielmehr ein Maß von Vorbereitungen, das in den wenigen Wintermonaten nicht erschöpft ist. An diesen freilich höchst traurigen Erwägungen hängt vorläufig der europäische Friede.

„Aber Etwas, das fast noch schlimmer ist, als ein neuer, rasch verlaufender Krieg, liegt in der europäischen Situation, und das ist das plötzlich allenthalben erwachte Gefühl der Unzulänglichkeit der bisherigen militärischen Kraft. Der Krieg von 1866 hat den Beweis geliefert, daß das bisherige Verhältniß der Staaten zu ihrer Wehrkraft nicht mehr den Anforderungen der Zeit genügt. Er hat aber auch gleichzeitig bewiesen, daß ein Staat, welcher hinter diesen Anforderungen zurückbleibt, gegenüber der in Europa um sich greifenden Vergewaltigung nicht Stand zu halten vermag. Diese zwei Momente nagen wie böse Vampyre an dem Körper des Staates, sie absorbiren seine besten Kräfte, machen ihn für die Arbeiten des Friedens, der Wissenschaft und der Civilisation unfähig und erhalten ihn beständig in einem Zustande ungesunder, hastiger Aufregung. Es ist ein förmliches Fieber, das die europäischen Staaten ergriffen hat, ein Fieber, das, im Bilde wie im Leben, dieselben allmälig zu Grunde richtet, wenn nicht inzwischen ein anderer Zustand eintritt.

„Wir stehen eben vor einem jener historischen Prozesse, welche im Laufe der Weltgeschichte schon mehrmals gespielt und dem Staatensystem eine gründlich veränderte Gestalt gegeben haben. Der Wiener Kongreß hat Europa eine neue, aber nicht glücklich gewählte, weil unnatürliche Form gegeben und Machtverhältnisse geschaffen, denen schon damals keine Dauer prophezeit wurde. Die allgemeine Reaktion von 1815 bis 1848 bemühte sich, die Unzufriedenheit mit diesen Zuständen gewaltsam zu erdrücken und gerade, weil ihr dabei die durch den Kongreß geschaffene Vertheilung von Macht und Einfluß trefflich zu statten kam, mußte der Haß gegen dieselbe, gegen die europäischen Zustände mit jedem Jahre steigen. Die Revolution von 1848 lebte nicht lange genug, um auf diesem Felde etwas auszugleichen, und da die darauf folgende Reaktion in gleicher Weise wirthschaftete, mußte der Haß in gleichem Maße zunehmen. Das Jahr 1848 brachte zudem die Nationalitätenfrage zu regerem Leben, und nachdem gekrönte Häupter ihres Vortheiles wegen diese Bewegungen benützten, war der Kampf unvermeidlich.

„Wie immer in solchen Fällen hat auch jetzt eine Art militärischen Faustrechtes Platz gegriffen und Erwägungen sittlicher und rechtlicher Natur verhallen ungehört unter dem Donner der Kanonen. Die Kraft entscheidet über jedes Recht. Wie der Wiener Kongreß berufen war, die durch zahlreiche Kriege gänzlich verwirrte europäische Situation zu entwirren, so scheint heute einer Reihe von Kriegen die Aufgabe gestellt, das wieder zu zerreißen, was der Kongreß zusammengefügt und die Reaktion gebildet hat. Erst aus dem Chaos werden und müssen sich neue Gebilde entwickeln und der Genius der Menschheit gebe, daß sie naturgemäß und darum dauernd seien. Bis dahin ist an keine Ruhe zu denken; das Rad, welches in's Rollen gekommen, muß seinen Lauf vollenden. Darum mag uns das Schicksal noch einige Friedensjahre bescheeren. An der Zukunft im Allgemeinen wird das nichts ändern, denn es müssen noch Ströme des besten Männerblutes fließen, bis Ordnung eintritt in Europa und wir haben für lange Zeit hinaus nur die Wahl: ob Krieg oder Kriegsbereitschaft."

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 2. Januar. Se. Maj. der König hat auf das im Forstamte Kronach in Erledigung gekommene Revier Zeyern den Revierförster K. Zuber in Rieblich, seinem Ansuchen entsprechend, in gl. Diensteseigenschaft versetzt.

Durch den Tod des k. Forstmeisters Wilhelm Reber ist das Forstamt Waldmünchen in der Oberpfalz in Erledigung gekommen.

Vom k. Staatsministerium der Justiz wurde als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Zummenhade der Accessist des k. Appellationsgerichts von Oberbayern, W. Schmelcher, aufgestellt.

München, 3. Januar. Se. Maj. der König hat den Antrag der k. Hofmusik-Intendanz auf Einführung der Pariser Orchesterstimmung bei der k. Hofkapelle genehmigt.

München, 3. Jan. Aus Anlaß mehrfacher Anfragen über die Einreihung und Uniformirung der zum aktiven Landwehrdienste berufenen Insassen der Städte und Märkte hat das k. Staatsministerium des Innern unterm 1. Januar an sämmtliche Kreisregierungen, K. d. J., und Landwehr-Kreiskommando's eine Entschließung von nachstehendem wesentlichen Inhalte erlassen:

Nachdem der Friede hergestellt war, ist die allerh. Verordnung vom 21. Sept. v. J., — die Diensteaktivität der Landwehr betr. — in der Absicht und zu dem Zwecke ergangen, der Landwehr die durch den Krieg veranlaßte ausgedehntere Dienstleistung wieder zu erlassen, und dieselbe in die früheren Verhältnisse nach den für die Friedenszeit bemessenen Bestimmungen der allerh. Landwehrordnung vom 7. März 1826 zurückzuversetzen.

In Betracht jedoch, daß im Vollzuge der allerh. Verordnung vom 9. Juli v. J. in den mit Magistraten versehenen Städten und Märkten ein Theil der Insassen und der landwehrpflichtigen Einwohner bereits sich uniformirt und bewaffnet hatte, und in der Erwägung, daß in Folge der Einführung der neuen Gemeindeordnung und der Aenderungen des gesammten Wehrsystems des Königreiches auch die künftige Verpflichtung der bezeichneten Insassen zum Dienste nicht zweifelhaft erscheine, daß es sohin in mehrfacher Hinsicht unangemessen sei, die kaum uniformirten und exercirten Insassen zu entlassen, um sie in kurzer Zeit wieder zum Dienste einzuberufen, wurde durch die allerh. Verordnung vom 21. Sept. v. J. die Fortsetzung der Diensteaktivität der Insassen in den mit Magistraten bestellten Städten und Märkten und der dortigen, in anderen magistratischen Städten und Märkten ansässigen Einwohner ausgesprochen.

Hiebei war noch maßgebend, daß in einer Anzahl von Städten durch besondere allerh. Verfügungen gewisse Kategorien von Insassen bereits seit Jahren zur aktiven Dienstleistung berufen sind, und daß durch die Beiziehung der Insassen x. der Landwehrdienst der Gemeindeglieder wegen Vermehrung der Dienstleistenden erleichtert wird.

Doch sollen auch diesfalls die Bestimmungen der Landwehr-Ordnung wieder in volle Kraft treten und gemäß § 17 Nr. 1 daselbst, gleich den wirklichen Gemeindegliedern, nur jene Insassen, beziehungsweise Einwohner in Diensteaktivität bleiben, welche den Magistraten auch in ihren persönlichen Verhältnissen untergeben und vermögend sind, ohne Benachtheiligung ihrer häuslichen Verhältnisse die Uniform und Bewaffnung sich anzuschaffen.

In gleicher Weise sollen die Vorschriften im § 7 Nr. 2 der Landwehrordnung, wonach den Landwehrpflichtigen wegen gefährdeter dienstlicher Stellung oder häuslicher Erhaltung die Befreiung vom persönlichen Landwehrdienste zu gewähren ist, in vollster Ausdehnung zum Vollzuge gelangen.

Die vorstehende Darlegung des Zweckes und der Motive der allerh. Verordnung vom 21. Sept. v. J. wird genügende Anhalts-

punkte geben, wie bezüglich der in Frage gebrachten Einreihung und Uniformirung der Insassen zu verfahren sei.

Dabei werden die k. Regierungen, K. d. J., ermächtigt, den örtlichen und persönlichen Verhältnissen jene schonende Rücksicht zuzuwenden, welche Angesichts der bevorstehenden Aenderungen in der Gemeinde- und Wehrverfassung des Königreiches bedingt erscheint. (B.Z.)

Aus München, 2. Jan., wird der „A. Ztg." aus offenbar gut unterrichteter Quelle über das Programm des Fürsten Hohenlohe Folgendes geschrieben: „Die Ernennung des Fürsten v. Hohenlohe zum Minister des k. Hauses und des Aeußern ist also heute erfolgt. Es ist natürlich, daß während der langen Dauer der bezüglich der Uebernahme des Portefeuille's gepflogenen Unterhandlungen die Presse, je nach ihrem Parteistandpunkt, sich der kursirenden Gerüchte bemächtigte; ebenso natürlich ist, daß der Fürst und die wenigen Eingeweihten dem Ausgang der Krisis in keiner Weise vorgegriffen und jeder Aeußerung über dieselbe sich enthalten haben. So kam es, daß ein gar buntes Chaos von Nachrichten und Reflexionen über den Fürsten und dessen Programm, oder Programme, ins Publikum gekommen ist. Nachdem mit der Ernennung der Grund hinweggefallen, der jede Berichtigung in dieser Beziehung gehindert hat, bin ich in der Lage, Ihnen über den Gang der Unterhandlungen diejenigen Mittheilungen zu machen, welche zulässig und nöthig sind, um die bisherigen Nachrichten auf das thatsächlich richtige Maß zurückzuführen. Im November 1866 erhielt der Fürst den ehrenvollen Auftrag, seine Ansicht über die Stellung Bayerns in der deutschen Frage dem König darzulegen. Er that dies in einem Memorandum, welches, unter ausdrücklicher Verwahrung gegen bedingungslosen Eintritt in den norddeutschen Bund, den Versuch befürwortete, ein Verfassungsbündniß mit Preußen anzubahnen. Der Fürst war unmittelbar darauf veranlaßt, sich in Familienangelegenheiten nach Schlesien und Polen zu begeben. Bei seiner Rückkehr, Mitte Dezembers, wurde ihm der Auftrag, sein Programm aufzustellen und einzureichen. Wenn dieses nach Berathung mit einem Gesinnungsgenossen vom Fürsten am 17. Dez. 1866 formulirte Programm von der früher betonten Anbahnung eines Verfassungsbündnisses mit Preußen zur Zeit absieht, so war diese Aenderung nicht eine Konzession nach irgendwelcher Seite, sondern sie war der ehrliche Ausdruck der in der Zwischenzeit erlangten Ueberzeugung von der momentanen Undurchführbarkeit dieses nach wie vor als wünschenswerth erklärten Schrittes. Ueber den Inhalt dieses einen und einzigen vom Fürsten eingereichten Programms nur so viel, daß dasselbe die äußere und innere Politik umfaßt, bezüglich der ersteren Allianz Bayerns und der südwestdeutschen Staaten mit Preußen und Stellung unter dessen Führung im Kriegsfall unter Aufrechthaltung der bayerischen Souveränetät — bezüglich der letzteren entsprechende Heeresorganisation, Aufhebung der militärischen Aburtheilung gemeiner Vergehen und Verbrechen, Stellung des gesammten Sicherheitsdienstes unter die Verwaltung, energischen Angriff der Boden- und Handelskreditfrage, Erweiterung der Reichsrathskammer, endlich Regelung der Zuständigkeit des Ministerraths, zum Zweck der Ermöglichung eines einheitlichen Gesammtministeriums verlangt."

München, 1. Jan. Dem Vernehmen nach ist abermals der Gedanke aufgetaucht, hier ein großes katholisches Blatt zu gründen, und befindet sich zu diesem Zwecke ein Wiener Schriftsteller hier, der jedoch nach gepflogenen Besprechungen nicht allzu ermuthigende Winke und Andeutungen bekommen haben soll.

** **München**, 2. Jan. In seiner heutigen Sitzung setzte der Gesetzgebungsausschuß die Berathung und Beschlußfassung über die Anträge der Subkommission bezüglich des XXVIII. Hauptstücks fort. Art. 9 fand in der Weise Annahme, daß als Ziff. 1 eine Bestimmung hinsichtlich des Fristenlaufes für den in der vorigen Sitzung neu eingesetzten Fall der Wiederaufnahme des Verfahrens eingestellt, die Ziff. 6 aber als neuer Artikel 13 eingesetzt und materiell dahin abgeändert wurde, daß eine Frist für die Gläubiger und die Personen, welche vor Beendigung des Rechtsstreites, Rechte an der streitigen Sache erworben haben, nicht festgestellt, die Wiederaufnahme ausschloß, wenn sie Kenntnisse von dem Geschäfte erlangten, sich aber dem Urtheile unterwarfen Sodann fand Art. 10 als Art. 12, Art. 11 bis 23 als Art. 14—26 nebst den Marginalien und zwar zu Art. 12 nun 15 Erhebung, zu Art. 13 nun 16 Wirkungen, zu Art. 15 nun 18 Verfahren, zu Art. 20 nun 23 Urtheil, und zu Art. 23 nun 26 Rechtsmittel im Wesentlichen nach den Anträgen der Subkommission Annahme seitens des Ausschusses. Das XXIX. Hauptstück enthält die Bestimmungen über die Nichtigkeitsbeschwerde und zwar im Art. 1—8 die Zulässigkeit und Zuständigkeit, im Art. 9 die Frist für dieselbe, im Art. 10 ihre aufschiebende Wirkung, im Art. 11—22 das Verfahren, im Art. 23—31 das Urtheil, im Art. 32 das Verfahren nach dem Urtheile bei derselben. Der Ausschuß trat diesen Artikeln mit wenigen Abänderungen bei. Nunmehr unterstellt der Ausschuß noch die seitens der Subkommission zu den beiden ersten Büchern gemachten nachträglichen Vorschläge der Berathung. Als solche wurden in Vorschlag gebracht, dem Hauptstück I zwei neue Artikel, welche die Abhilfe gegen Verzögerung der Rechtspflege normiren, und dem Hauptstück VII einen neuen Art. 33 über die Anfechtung nicht appellabler Dekrete, dann im Hptst. VIII statt der bisherigen Art. 15—19, welche den Einspruch gegen das Versäumungsurtheil enthielten, eine neue Fassung dieser Artikel, welche auch im Exekutionsverfahren reproduzirt werden sollten, dann im Hauptstück IX einen 13. Artikel einzustellen, daß der obige Art. 33 des VII. Hauptstücks bei dem Beweisinterlocute keine Anwendung zu finden habe, endlich im Art. 3 des XXIV. Hauptstücks eine Aenderung mit Bezugnahme darauf, daß für den obersten Gerichtshof der Anwaltszwang nicht angenommen wurde, vorzunehmen. Der Ausschuß stimmte diesen Vorschlägen bei, worauf, nachdem hiemit die drei ersten Bücher erledigt, der Ausschußvorstand die Sitzung mit dem Bemerken schloß, daß wegen des am 5. l. M. einberufenen Landtages die Thätigkeit des Ausschusses vorläufig beendigt sei.

Frankfurt, 2. Jan. In gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen wird versichert, daß ein baldiger Abschluß der gegenwärtig in Wien stattfindenden Unterhandlungen zwischen Oesterreich und dem Zollvereine zu erwarten stehe. (Eine andere Ansicht hat bekanntlich noch vor nicht allzu vielen Tagen ein offiziöser Wiener Korrespondent der „A. Ztg." ausgesprochen, welcher den Verlauf dieser Verhandlungen einen „bis jetzt wenig hoffnungsreichen" nannte.) Von der einen, wie von der anderen Seite würden erhebliche Zugeständnisse gemacht werden. Der wesentliche Wunsch Oesterreichs, eine Herabsetzung der Weinzölle zu erlangen, soll Aussicht auf Erfüllung haben; Preußen soll sich geneigt zeigen, diesem Verlangen zu entsprech n, da Oesterreich seinerseits bereit wäre, zu Gunsten wichtiger zollvereinsländischer Erzeugnisse belangreiche Zugeständnisse eintreten zu lassen. Die rheinländischen, überhaupt die westdeutschen Weine werden die Konkurrenz der österreichischen nicht zu scheuen haben; sie besitzen Vorzüge, welche ihnen die Behauptung des Absatzes auf den gewohnten Märkten sichern. Die Ausfuhr rheinländischer Weine nach Amerika nimmt zudem seit dem Ende des Bürgerkrieges der Union wieder rasch und in ausgedehnten Verhältnissen zu. — Handelsbriefe aus Paris theilen mit, der Vizekönig von Aegypten stehe mit der Société Générale in Unterhandlung wegen eines Anlehens, um für den Fall eines Ausbruches der orientalischen Krisis die nöthigen Geldmittel in Bereitschaft zu haben, die ihm gestatten würden, die Unabhängigkeit Egyptens von der türkischen Oberherrschaft anzustreben. (N. C.)

Berlin. Die Zeitschrift „Kriegerheil", das Organ des Centralvereins zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Militärs, erscheint von Neujahr ab unter der gemeinschaftlichen Redaktion des Prof. Dr. Gurlt und des Dr. Runckel in erweiterter Gestalt. Dies Blatt wird sich fortan nicht mehr auf Berichte aus dem Thätigkeitskreise des genannten Central-Comite's beschränken, sondern auch erörternde Artikel über alle Fragen des Lazarethwesens bringen. Wie dasselbe anzeigt, sind ihm dazu sachkundige Einsendungen auch von Fremden sehr willkommen. — Dem Vernehmen nach hat die Staatsregierung das Verfahren des Prädenten v. Möller in der Angelegenheit des Dekans Vilmar in Melsungen in Kurhessen als in jeder Beziehung gerechtfertigt anerkannt. (Letzterer hatte nämlich, nachdem er wegen seiner antipreußischen Agitation auf eine andere Pfarrei versetzt worden, hiegegen Rekurs ergriffen, und in der letzten Zeit war von seinen Anhängern behauptet worden, das Verfahren des Herrn v. Möller habe, als den kurhessischen Gesetzen zuwiderlaufend, an höchster Stelle Mißbilligung gefunden.) Nachdem aber Hr. Vilmar sich an die Gnade des Königs gewandt und Gehorsam angelobt hat, ist derselbe neuerdings in seine frühere Stellung wieder eingesetzt worden.

Hannover, 31. Dez. In Minden befinden sich gegenwärtig außer den Militärpersonen 17 Verhaftete, davon sechs aus der Hauptstadt und eilf aus Hameln. — Als Parlaments-Candidat für Hannover und Umgegend tritt der hiesige Stadtsyndikus Albrecht auf; dagegen empfiehlt heute unser bekannter Fabrikant Egestorff seinen Mitwählern und besonders auch dem Arbeiterstande in einem warm geschriebenen Aufrufe, keinen Andern als Rud. v Bennigsen zu wählen, der, wie Herr Egestorff anzeigt, die Wahl unbedingt annehmen werde. Die specifisch hannover'sche Partei wird, wie man hört, den früheren Ministerpräsidenten v. Münchhausen aufstellen. (K. Z.)

Lübeck, 28. Dez. In der heutigen Versammlung der Kaufmannschaft stellte Dugge den Antrag, zu erklären, daß unbedingter Anschluß an den Zollverein für Lübeck wünschenswerth sei, und es möge der diesseitige Vertreter in Berlin dahin instruirt werden, daß er im Sinne dieses Anschlusses wirke. Nach einer stürmischen, theilweise sogar tumultuarischen Debatte wurde die Zulässigkeit dieses Antrages bei namentlichem Aufrufe mit 125 gegen 109 Stimmen

beschlossen, und vom Präses der Handelskammer die Zusage verlangt, daß die Handelskammer die Prüfung dieses Antrages so beschleunigen solle, daß derselbe binnen vierzehn Tagen in der Kaufmannschaft selbst zur Berathung gelangen könne. (H. N.)

Wien, 2. Jan. Bis jetzt führte eine Aushebung 84,000 Rekruten unter die Fahne, und es gelangten gewöhnlich 6 Altersklassen zur Stellung. Nach der neuen und sofort in Kraft getretenen provisorischen Verordnung über die Heeresergänzung wird es keine bestimmte Rekrutenziffer geben. Nach einer ziemlich zuverlässigen Schätzung dürften die 3 ersten Altersklassen (20. bis 22. Lebensjahr) mindestens 140,000 Mann liefern; rechnet man den Abgang zu beiläufig 40,000 Mann, so bleiben für die 6 Jahrgänge 800,000 Mann. Dazu kommen die 3 ersten Jahrgänge der Reserve mit etwa 300,000 Mann und die 3 letzten Jahrgänge mit etwa 200,000 Mann, so daß sich die volle Kriegsstärke des österreichischen Heeres auf 1,300,000 Mann berechnen würde. (N. Corr.)

Wien, 2. Jan. Dem — nach allgemeinem Vernehmen im nächsten Monate zusammentretenden — außerordentlichen Reichsrathe wird ein entscheidendes Votum über die künftige Reichsverfassung keineswegs zugestanden werden. Vielmehr scheint beabsichtigt zu sein, aus den Vertretungen der beiden Reichshälften Ausschüsse wählen zu lassen, welche gemeinschaftlich über die gemeinsamen Angelegenheiten der Monarchie zu verhandeln hätten. Die Regierung glaubt dadurch den bestehenden Verhältnissen einigermaßen gerecht zu werden, indem sie einerseits dem Sistirungssystem in den zisleithanischen Ländern entsagt und andererseits sich enthält, die sogenannte „Verwirkungstheorie" Ungarn gegenüber in Anwendung zu bringen. Es ist wohl zu erwarten, daß der außerordentliche Reichsrath, falls dessen Zusammentritte sich überhaupt keine Hindernisse entgegenstellen werden — was noch keine ausgemachte Sache ist —, sich dem Regierungsplane willfährig bezeigen werde; schwerlich aber dürfte Dies von Seite des ungarischen Landtags der Fall sein, da schon jetzt in Ungarn gewichtige Stimmen gegen ein solches Verfahren laut werden. Man will in Ungarn einmal von dem eingeschlagenen Wege um kein Haar breit weichen. Man besteht hartnäckig auf Herstellung der sogenannten Rechtskontinuität vor allem Andern; dann würde man sich großmüthig zu einem oder dem anderen Zugeständnisse entschließen. — Das in alle Familienverhältnisse so tief einschneidende neue Wehrgesetz wird wohl nicht allzubald der vorbehaltenen „verfassungsmäßigen Behandlung" zugeführt werden. Indessen beeilen sich wohlhabende Leute, so lange es noch Zeit sein dürfte — und diese möchte vielleicht schon abgelaufen sein —, für ihre Söhne die Militärbefreiungsgebühr zu erlegen. Wie groß der Andrang ist, zeigt unter Anderem, daß am letzten Tage des Jahres ein einziger Familienvater für seine sechs Söhne den bedeutenden Betrag von 6000 fl. erlegte. — Das neue Wuchergesetz findet in allen maßgebenden Korporationen große Widersacher. Man erwartet von Seite der Regierung erläuternde Zusätze zu dem in seiner jetzigen Gestalt ganz unpraktischen Gesetze. — Prinz Humbert von Italien wird künftigen Monat hier erwartet, wo ihm ein glänzender Empfang bereitet werden soll. (Nürnb. Korr.)

Wien, 3. Jan. Das kaiserliche Patent, datirt den 2. Jan., ist erschienen. Dasselbe sagt, daß die Regierung Verhandlung mit den Vertretern der ungarischen Kronländer eingeleitet. Im Hinblick auf den Stand dieser Verhandlung, und in der Absicht, eine gründliche, allseits gerechte und möglichst beschleunigte Lösung dieser hochwichtigen Aufgaben zu erzielen, hat der Kaiser beschlossen, die Vertreter der anderen Königreiche und Länder zur Mitwirkung zu berufen. Der Kaiser betrachtet als die erste und heiligste Pflicht, den gesicherten Bestand der Monarchie als Ziel unverrückbar festzuhalten. Die Zeitverhältnisse und die Lage des Reichs erfordern den Abschluß der Verhandlung über die Verfassungsfrage in kürzester Zeit und sonach die Austragung der verschiedenen Rechtsanschauungen und die Ansprüche der nichtungarischen Kronländer in einer gemeinsamen Versammlung. Der Kaiser fühlt sich daher bewogen, die Vertreter der nichtungarischen Kronländer zu einer außerordentlichen Reichsrathsversammlung zu berufen, unter der Ausdehnung der Berufung auf das Herrenhaus, und verordnet demnach: 1) die Auflösung der bisherigen nichtungarischen Landtage, da die sechsjährige Wahlperiode für dieselben demnächst abläuft; 2) die Neuwahlen der Landtage; 3) die Einberufung der neugewählten Landtage auf den 11. Februar; 4) die Wahl für eine außerordentliche Reichsrathsversammlung ist der alleinige Gegenstand der Wirksamkeit der einberufenen Landtage; 5) der außerordentliche Reichsrath ist auf den 25. Februar nach Wien einberufen; 6) die Berathung der Verfassungsfrage ist der alleinige Gegenstand der Thätigkeit dieser Reichsrathsversammlung.

In der Schlußsitzung des Krainer Landtags am 29. v. M. (welcher Landtag wegen der in demselben herrschenden Parteienspaltung keine Adresse erlassen hatte) hielt Graf Auersperg (Anastasius Grün) eine Rede über die großen politischen Fragen, die, nach einer Mittheilung in der „Presse", einen überwältigenden Eindruck auf die ganze Versammlung machte und mit begeisterter Zustimmung von allen Seiten des Hauses aufgenommen wurde. Die Hauptstellen der Rede lauteten: „Der Staat ist in früherer Zeit auch von schweren materiellen Bedrängnissen und Verlusten heimgesucht worden, aber er hat sich emporgeschwungen, er hat sich immer noch aufgerafft, seine alte Macht und Größe wieder errungen. Die größte Bedrängniß aber sehe ich jetzt in einer sittlich-moralischen Erschütterung, die durch das ganze Staatsgebäude geht, ich sehe sie in der Verkümmerung des staatsrechtlichen Selbstbewußtseins, in dem Brachliegen der Keime zu neuem politischen Aufschwunge der Volkskraft (Lebhafte Bravorufe), in der überhandnehmenden Vertrauens- und Glaubenslosigkeit, in dem Schwinden des Glaubens an den nie bleichenden Glücksstern Oesterreichs. . . . Wir haben jahrelang einträchtig zum Besten unseres Landes auf konstitutionellem Boden gearbeitet; leise Meinungserschütterungen haben schon damals vorgewaltet; die Einen hatten eine gewisse Vorliebe für den Oktober, die Anderen hatten den Februar acceptirt. Der Staatsakt vom 20. Sept. v. J. brachte jedoch diese Meinungserschütterung zu einem grellen Gegensatz. Ein heftiger Kampf entbrannte, weil die Einen auf die eröffnete „freie Bahn" mit Vertrauen eintraten, während die Anderen an dem Boden der Februarverfassung festhielten. Seitdem, glaube ich, ist keine der Parteien ihren Prinzipien untreu geworden, vielleicht jedoch sind die Einen in ihren Befürchtungen seither bekräftigt, die Anderen in ihren Hoffnungen seither enttäuscht worden. (Dr. Bleiweis und Dr. Toman, die Vorkämpfer der Slovenen: Leider! So ist es!) Vielleicht ist auch das Vertrauen in die Männer gesunken. . . . Eine der brennendsten Fragen ist wohl die des konstitutionellen Lebens der Gesammttheile des Reiches gegenüber der Osthälfte desselben, die Frage des Ausgleichs. Darin aber, glaube ich, sind wir Eines Sinnes, daß eine schroffe Personal-Union, ein starrer Dualismus den Staat nicht kann gesunden lassen. (Lebhafte Zurufe von allen Seiten: So ist es, Das soll unser Beschluß sein!) Mir scheint ein Staatskörper, welcher auf der Doppelkrücke des Dualismus einherschreitet, seiner Auflösung entgegenzugehen! (Minutenlange Bravos und Dobrorufe.) Ich kann mir einen staatsmännischen Heilplan nicht denken, welcher a priori auf die Amputation ausgeht! Ich kann mir einen gesunden staatsmännischen Heilplan nur so denken, daß er den gesunden, vollkommenen Bau des menschlichen Körpers im Staatskörper vor Augen hat, und soll und muß irgend ein Maß von Dualismus sein, so soll und kann es kein anderer sein, als wie die beiden Arme am menschlichen Körper, ein Dualismus, dessen beide Arme auch der Willenskraft Eines Geistes, dem Pulsschlage Eines Herzens gehorchen. (Begeisterte Zurufe von allen Seiten des Hauses.) Staatsrechtlich sehe ich die Form dafür, nachdem der Absolutismus abdizirt hat, in der gemeinsamen parlamentarischen Vertretung gemeinsamer Angelegenheiten in einem und demselben Reichsorgane (Dr. Toman und Dr. Costa: Ganz richtig!); über das Mehr oder Weniger, über das Maximum oder Minimum will ich mich hier in keine Erörterung einlassen. Das aber ist meine Ueberzeugung, daß, wenn Oesterreich noch als Großmacht bestehen will, es eines gewissen Maßes von Zentralisation, von Konzentrirung der sittlichen und geistigen Kraft des Volkes nicht entbehren kann. Wer das Reich will, muß auf dieser Grundbedingung seiner Lebensfähigkeit bestehen." (Allseitige Rufe: Ganz richtig!)

Paris, 2. Jan. Das Bülletin des Abend-„Moniteur" schließt seine Revue der Ereignisse von 1866 mit folgenden Bemerkungen: „Die Beziehungen des Kaisers zu allen Mächten könnten nicht befriedigender und freundlicher sein, als sie es sind; das Jahr 1867 fange also unter den günstigsten Auspizien an. — Dasselbe Bülletin sagt, die Räumung Mexikos werde am 1. März vollzogen sein, gänzlich unabhängig von den Entschlüssen des Kaisers Maximilian. — Aus Madrid wird die Verhaftung des Marschalls Serrano gemeldet. Die „Opinion nationale" versichert, die Verhafteten werden nach Fernando-Po transportirt werden.

Der „Moniteur" vom 1. Jan. schreibt: Eine telegr. Depesche aus New-York meldet, daß eine Proklamation des Präsidenten Johnson den französischen Schiffen in den Vereinigten Staaten die Behandlung der Nationalen zugesteht. Demnach wären, entsprechend den Bestimmungen des Dekrets vom 27. Dezember 1866, auch die amerikanischen Schiffe fortan von jedem Schifffahrtszoll in unseren Häfen entbunden.

In Betreff der inneren Zustände **Spaniens** rechnet das Kabinet besonders auch auf die Apathie und Verdumpfung der Massen. Wie es im jetzigen Spanien noch immer mit der Schulbildung steht, mag daraus erhellen, daß von den 72,157 Munizipalräthen der Monarchie gegenwärtig 12,479 nicht lesen und schreiben können; auch 422 Bürgermeister, 938 Adjunkten und 11,119 Regidores der Muni-

zipalitäten können weder lesen noch schreiben. Allerdings ist hiebei nicht zu übersehen, daß es gerade der ungebildetste Theil der Bevölkerung ist, der gegenwärtig das Land regiert; wer Talent und Bildung besitzt und der europäischen Civilisation huldigt, ist ausgeschlossen oder hält sich systematisch fern von Aemtern und Würden. Die Nichtleser sind gefeit gegen den Tadel der Oppositionsblätter und geschützt gegen alle liberalen Ideen, die bei Hofe ja seit Jahren zugleich für antikirchliche gelten.

Bukarest, 2. Dez. Die Adresse des Senats drückt ähnlich wie die Adresse der Kammer Hoffnungen auf die Zukunft des Landes aus. Der Fürst dankt für die zugesagte Unterstützung bei Regeneration des Landes und für die Naturalisation seines Vaters. — In Galatz sind die von dem Exfürsten Kusa bestellten Kriegsschiffe, ein Kriegsdampfer und Kanonenboote, eingetroffen.

Die Gerüchte von russischen Rüstungen wollen nicht verstummen. Aus **Zytomir** (Volhynien) bringt der „Dz. Pozn." Nachrichten vom 20. v. M., die man nicht verschweigen kann, selbst auf die Gefahr hin, den Zorn der Offiziösen abermals rege zu machen. Sie lauten: „Trotz aller Geheimthuerei gewahren wir hier eine Kette kriegerischer Maßregeln. Abgesehen von der im ganzen Lande angeordneten Rekrutirung, wurde Befehl gegeben, alles sich in kleineren Magazinen vorfindende Getreide aus dem ganzen Gubernium Volhynien in kürzester Frist nach dem Städtchen Miedzybor zu schaffen, wo bereits eingetroffene Ingenieure mit den Planen und Anordnungen zur Absteckung eines Lagers für vier Divisionen Truppen beschäftigt sind, die hier noch vor Eintritt des Frühjahrs sich sammeln sollen. Die Punkte sind bereits bezeichnet, an welchen längs der österreichischen Grenze Schanzen aufgeworfen werden sollen. Das Oberkommando über dieses 64,000 Mann starke Truppenkorps soll General Berg (Korff?) übernehmen. Miedzybor liegt nur vier Meilen von der galizischen Grenze entfernt, in einer großen waldfreien Ebene und ist ein wichtiger strategischer Punkt, von dem eine Armee sich ebenso leicht ost- als westwärts wenden kann."

New-York, 20. Dez. Das Haus der Repräsentanten hat eine Resolution angenommen, worin es der Exekutivgewalt seine Unterstützung bei Handhabung der Monroe-Doktrin, mit besonderem Hinblick auf Mexiko verspricht. Präsident Johnson hat dem Kongresse ein Schreiben des Kaisers von Rußland vorgelegt, in welchem derselbe seinen Dank für die Glückwünsche wegen Errettung von dem Meuchelmorde und die Hoffnung ausspricht, daß herzliche Beziehungen zwischen Rußland und Amerika, die ja keine gegenseitigen Unbilden zu vergessen hätten, auch in Zukunft bestehen und Amerika's Macht und Reichthum gedeihen und wachsen werde. Die Legislatur von Südkarolina hat in einer Resolution ihre Sympathie für Jefferson Davis kundgegeben. Das Comite der Demokraten von Connecticut hat eine Versammlung zur Erwägung der revolutionären Handlungen des Congresses zusammenberufen und es sollen Schritte gethan werden, um das Zusammentreten einer Nationalversammlung wegen derselben Angelegenheit zu veranlassen.

Neueres.

Berlin, 3. Jan. Die von der Mehrzahl des früheren gesetzgebenden Körpers in Frankfurt a. M. abgefaßte Petition ist dem Ministerpräsidenten durch Vermittlung des Herrn Geheimrath Wagner überreicht worden. Eine persönliche Ueberreichung an den Ministerpräsidenten war unthunlich, dagegen hatte der Abgesandte des gesetzgebenden Körpers gestern Abend bei dem Minister des Innern eine Audienz. Gutem Vernehmen nach ist Aussicht vorhanden, daß die Angelegenheit der Frankfurter Stadtverfassung in wenig Wochen definitiv geordnet sein wird. Auch ist die begründete Hoffnung, daß das Wahlgesetz der preußischen Städteordnung (Dreiklassensystem) hier nicht eingeführt wird, vielmehr Rücksicht genommen werden wird auf die Anschauungen der Frankfurter Bürgerschaft. (Fr. J.)

Paris, 3. Jan. Laut der „France" haben die Inhaber von Obligationen des Cavour-Kanals, gestützt auf ein Urtheil des Handelstribunals der Seine vom 27. Novbr., Beschlag legen lassen auf die zur Zahlung der italienischen Rente bestimmten Fonds, welche bei Rothschild hinterlegt sind.

Corfu, 1. Jan. 2800 thessalische Insurgenten kämpften zwischen Radowitzi und Zaimerka. — In Epirus herrscht große Aufregung und ist eine provisorische Regierung gebildet worden. Prinz Johann, Onkel des Königs Georgios, soll Regent während der Abwesenheit des Königs werden.

Konstantinopel, 3. Jan. Aus Creta ist weiter hieher gemeldet worden: Die Aufständischen erlitten eine Niederlage bei Phonia; 6000 hellenische und italienische Freischärler kämpften mit. Die Bezirke Cisamos und Selinos sind unterworfen. — Der Kriegsdampfer Ismail hat 8000 Gewehre und von den Bauern Kreta abgelieferte Trophäen nach Constantinopel mitgebracht.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Op. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	62 1/2 G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	55 3/4—7/8 G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	60 1/4—3/8 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	—
"	4 1/2 pCt.	37 3/8 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 1/2 G.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	95 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	95 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90 5/8 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	90 [illegible]
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 3/4 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 P. 93 7/8 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	93 1/4 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	8[illegible] 1/4 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	98 3/8 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	88 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	95 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	88 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	84 G.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	84 3/4 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/2 pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	82 3/8 P. 1/8 G.
N.-Amerika	6 pCt. à 100fr. 1881 D. 2 1/2	—
"	6 pCt. ditto v. 1882	77 3/4 P. 3/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126 1/2 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	644 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	160—[illegible] 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	90 1/2 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	210 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	93 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	342 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	106 3/8 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	101 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	152 1/2 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89 P. 88 1/2 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	106 1/4 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	47 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	69 1/2 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	44 1/2 P.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	117 1/2 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	117 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 1/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 7/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/8 G
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 G.
London Lst. 10 k. S.	118 5/8—3/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 1/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	90 P. 89 3/8 G.
do. in öst. W. l. S.	89 3/4 G.
Disconto . . .	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oestern.	fl. 250 v. 1839	102 P.
"	fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	—
"	fl. 500 v. 1860 6/7	63 3/4—7/8 G.
"	fl. 100 Kleb. L. v. 1858.	—
"	do. v. 1864.	66 3/4 G.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.		96 3/8—97 1/2 G.
Schwed. 10 Thlr. Loose		10 P.
Badische fl. 35 . . .		51 P.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	52 3/4 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
" fl. 25 do.	38 1/2 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	27 G.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7	10 3/4 P.

Frankfurt, 4. Jan. Das Geschäft war in Oesterreichern und Amerikanern lebhaft; erstere verkehrten in steigender Richtung, da die Effektenkourse von Wien höher gemeldet wurden. Besonders gesucht waren 1860er Loose, in welchen die Contremine stark engagirt ist und wegen bevorstehender Ziehung viele Aufträge einliefen, wodurch der ohnedieß herrschende Stückmangel noch vergrößert wird. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 6-7. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 7. Januar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 4. Januar. Se. Maj. der König hat die am Bezirksger. Nürnberg durch Versetzung des Bezirksger.-Rathes Dr. G. Schmitt nach Bamberg erled. Rathsstelle eingezogen; dagegen dem Bezirksgerichte Nürnberg einen Assessor beigegeben und auf die Stelle desselben den Assessor des Stadtg. Nürnberg, O. Frhrn. v. Stromer, berufen, dann die hiedurch sich ered. Stadtgerichts-Assessors-Stelle in Nürnberg dem Bezirksg.-Accessisten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landgerichte Windsheim, A. Schirmer, verliehen; den Oberstaatsanwalt E. Lang in Neuburg a/D. in Berücksichtigung seiner Gesundheitsverhältnisse in den zeitlichen Ruhestand, vorläufig auf die Dauer von zwei Jahren, versetzt und zum Verweser der hiedurch sich erled. Stelle den ersten Staatsanwalt am Bezirksger. Bamberg, K. v. Wallmenich, ernannt.

Durch den Tod des kgl. Revierförsters F. Held ist das Forstrevier Lemberg im Forstamt Pirmasens in Erledigung gekommen.

Se. Maj. der König hat dem bisherigen kgl. sächsischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am kgl. Hofe, geheimen Legationsrath v. Könneritz, das Großkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael verliehen; die erled. protest. Pfarrstelle zu Reichsenstadt, Dekanats Rüdenhausen, dem bisherigen Pfarrer zu Segringen, Dekanats Dinkelsbühl, G. T. Fr. Beyer, verliehen; auf die erled. Stelle des ersten Staatsanwalts am Bezirksger. Bamberg den ersten Staatsanwalt am Bezirksgerichte Weiden, K. Fr. Gb. Meinel, auf dessen Ansuchen, versetzt und auf dessen Stelle den Bezirksger.-Rath O. Schöninger in Donauwörth befördert; den Gerichtsschreiber Fr. Spitzelberger am Landger. Mitterfels wegen nachgewiesener Dienstesunfähigkeit für immer in den nachgesuchten Ruhestand versetzt und zum Gerichtsschreiber am Landger. Mitterfels den Tagschreiber des Landger. Landshut, G. Th. Ledermann, in prov. Eigenschaft ernannt.

Durch Finanzministerialreskript vom 2. Januar l. J. wurde der Assistent des Kreis-Obergeometers der kgl. Regierung der Pfalz, A. Huber, auf sein Ansuchen wieder zur Steuerkataster-Commission einberufen und die hienach in Erledigung kommende Stelle eines technischen Revisors bei der kgl. Regierung der Pfalz dem geprüften Messungs-Praktikanten G. Schaaf, zur Zeit bei der kgl. Steuerkataster-Commission verwendet, übertragen.

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 4. Jan. Versetzt werden: der Bataillonsquartiermeister R. Zech von der Armee-Montur-Depot-Commission zum Festungs-Gouvernement Landau; die Regiments-Aktuare J. Pfistermeister von der 1. Sanit.-Comp. zum Infant.-Leib-Reg., Fr. Flessa von der 2. San.-Comp. zur Armee-Montur-Depot-Commission, Gor. Stutzmann vom 2. Inf.-Reg. zum 4. Inf.-Reg. und M. Pfennenmacher von der Stadt- und Festungskommandantschaft Ingolstadt zur Gewehrfabrik-Direktion.

Se. Maj. der König hat dem Hauptmann M. v. Parseval vom Inf.-Leib-Regim. das Ritterkreuz 1. Kl. des Militär-Verdienst-Ordens verliehen; den Unterlieut. A. Abe vom 2. Inf.-Reg. zur Garn.-Compagnie Königshofen versetzt, den Oberkriegs-Commissär 1. Kl. und Direktor der Militär-Rechnungskammer, H. v. Keller, und den Regimentsquartiermeister M. Stadl von der Zeughaus-Haupt-Direktion, — Ersteren auf ein Jahr — in den Ruhestand versetzt; dem Gefreiten L. Neumaier vom Leib-Reg. die Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des päpstl. Denkzeichens Pro Petri Sede ertheilt.

Se. Maj. der König hat das Dienstestauschgesuch der Hauptl. Georg Veith vom 1. und K. Schenk vom 6. Jäg.-Bat. genehmigt, demgemäß dieselben in den genannten Abtheilungen gegenseitig versetzt; den Vorstand der Administrations-Commission der Militär-Fohlenhöfe, Generalmajor K. v. Knoll, in den Ruhestand versetzt; den Unterlieut. Fr. Mährlein vom 14. Inf.-Regiment aus dienstlichen und disziplinären Rücksichten von der Charge enthoben.

München, 4. Jan. Die Gesetzesvorlagen, welche im Laufe der letzten Monate für die Berathung im Landtage vorbereitet wurden und alsbald nach dessen Wiederzusammentritt eingebracht werden sollen, umfassen insbesondere die Ansässigmachung und Verehelichung, Heimath und Aufenthalt, die Gemeindeordnung, das Armenwesen und Gewerbswesen (Sozialgesetze), dann das Contumazialverfahren im Strafprozesse, die Kriegslasten-Ausgleichung und die Verlustentschädigung in Rinderpestfällen. Auch der Entwurf eines neuen Heerverfassungsgesetzes wird voraussichtlich schon diesem Landtage vorgelegt werden können.

Aus **München,** 1. Januar, schreibt man der „Allg. Zeitung“: „Um das Bild der Ausstellung des Jahres 1867 so imposant als möglich zu machen, hat man in Paris den Plan gefaßt, der modernen Industrie- und Kunstausstellung noch eine retrospective Ausstellung anzufügen. Diese „Exposition des oeuvres caracterisant les diverses Epoques de l'histoire du travail“ wird auf dem Marsfeld eine eigene Gallerie im Mittelpunkt des Gartens des großartigen Ausstellungsgebäudes, unmittelbar neben der Gallerie der Kunstwerke der Neuzeit, einnehmen, und Originalwerke der gewerblichen, industriellen und künstlerischen Thätigkeit von den frühesten Anfängen des menschlichen Kunstfleißes bis herauf zum Ende des 18. Jahrhunderts, sowie der ersten Epochen der Menschheit vorher bis zur Entdeckung der Metalle sollen dem Beschauer vorgeführt werden.“ Wie wir hören, wird Bayern in dieser Spezial-Ausstellung durch eine Darstellung der Entwicklungsstufen der Lithographie (Sennefelder, ihr Erfinder, war ein Bayer) und durch eine von Schleißheim gelieferte Sammlung von Modellen der verschiedenen Arten des Pflugs, vom Alterthum an bis auf die neueste Zeit vertreten sein. Ob das bayerische Nationalmuseum etwas von seinen Schätzen zu dieser Ausstellung herleiht, dürfte sehr zu bezweifeln sein, da Frhr. v. Aretin, der Vorstand desselben, mit allem Eifer dahin arbeitet, daß wo möglich bis zum Mai dasselbe vollständig geordnet dem Publikum eröffnet werden kann.

Feuilleton.

Vermischtes.

(Neue Unfälle in England.) Man schreibt darüber aus London unterm 1. Januar: Das Jahr 1866 hat sich durch eine besondere Fruchtbarkeit an Unfällen aller Art ausgezeichnet. Als ob es bis zum letzten Augenblick seinem Charakter treu bleiben wollte, hat es noch gestern in verschiedenen Theilen des Vereinigten Königreiches mehr oder minder arges Unheil gestiftet. So liest man heute von einer Feuersbrunst in Dundee, die, so viel man bis jetzt erfährt, für ungefähr 20,000 L. Eigenthum zerstört hat. In Greenhithe, einem Oertchen bei Gravesend, sind vier Menschen beim Brand eines Hauses ein Opfer der Flammen oder des Rauches geworden. Einige Unglücksfälle ähnlicher Art haben sich während der letzten Tage auch in London begeben. Abergläubische Personen sahen gestern mit Spannung und Herzklopfen dem Ablauf der letzten Jahresstunden entgegen und athmeten hoch auf, als es endlich 12 Uhr in der Sylvesternacht schlug.

(Raubanfall.) In der Nacht auf den 20. Dezember hat eine Räuberbande das in der Nähe von Chotin (Bessarabien) befindliche Schloß St. Marino, dem k. preuß. Konsul Herrn Rigler gehörig, überfallen und ausgeplündert. Unter dem gestohlenen Silberzeug und den Waffen sind unersetzliche Stücke: Gegenstände aus dem Nachlasse des berühmten Dr. Hufeland, Großvaters des Eigenthümers; unter den Waffen solche, die den Sturm auf Düppel mitgemacht hatten.

(Zur Weltausstellung 1867.) Dieser Tage erwartet man in Paris aus Nordamerika die erste Sendung für die allgemeine Industrie-Ausstellung. Dieselbe nimmt den Raum von 700 Tonnen ein. Es befinden sich in derselben viele neue Maschinen und auch der Wagen, in welchem der bekannte amerikanische General Sherman seinen Feldzug durch Südamerika machte. Er soll in demselben einen Weg von 4160 Meilen zurückgelegt haben.

Die französische Stadt Dieuze hat einen Lehrer nach Saarbrücken gesandt, der die Aufgabe hat, sich mit dem Turnwesen vertraut zu machen, wie es in dortiger Turnhalle betrieben wird. Das Turnen nach deutscher Methode soll in den französischen Elementarschulen eingeführt werden. Ueberhaupt schenkt man in Frankreich dem ganzen preußischen Volksunterrichtswesen jetzt viele Aufmerksamkeit. Daß dasselbe auch in der großen Welt-Industrie-Ausstellung auf Wunsch des Kaisers zur Anschauung gebracht werden wird, ist bekannt.

net werden kann. Außerdem würden wohl noch andere Bedenken gegen die Versendung so kostbarer Antiquitäten sprechen, Bedenken, die in gleichem Maße auch bei dem germanischen Museum sich geltend machen dürften.

Ueber den Inhalt des Programmes des neuen Ministers des königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten lauten die Nachrichten sehr widersprechend. Während die Einen dem Herrn Fürsten nach Außen eine nationalere und nach Innen eine freiheitlichere Politik prognosticiren — wollen die Anderen wissen, daß sein Programm in der Hauptsache nur eine Fortsetzung des v. d. Pfordten'schen Programms sei. Eine so ganz unbekannte Größe in der Politik ist Hr. v. Hohenlohe denn doch nicht, wie Manche behaupten wollen, indem seine Abstimmungen in der Kammer der Reichsräthe allerdings zu einem gewissen Schlusse auf sein politisches Glaubensbekenntniß berechtigen. So hatte er bei vielen Fragen in den reichsräthlichen Abstimmungen den Standpunkt der Mehrheit der Kammer der Abgeordneten. Auch dem Anschlußbegehren an Preußen seitens dieser Kammer ist Hr. v. Hohenlohe mit noch vier Kollegen in der Kammer der Reichsräthe beigetreten. Warten wir einfach ab, wie sich der neue Herr Minister „am Werke" zeigt. Was die auswärtige Politik Bayerns seiner realen Machtstellung und der eigenthümlichen politischen Situation der Gegenwart gegenüber anlangt, so wird, alles wohl erwogen, der neue Minister in der Hauptsache kein anderes Programm aufzustellen vermögen, als sein Vorgänger. Selbst Hr. v. d. Pfordten ist ja einem Anschlusse an Preußen grundsätzlich nicht entgegen getreten, sondern war der Meinung, derselbe sei nur eine Frage der Zeit und Gegenstand reiflicher allseitiger Erwägungen. Ohne Zweifel wird auf dem nächsten Landtage die Kammer der Abgeordneten jenen Anschluß noch schärfer betonen und verlangen, daß derselbe so rasch als möglich erfolgen möge. Eine Isolirungs-Politik für Bayern wurde also nicht einmal von dem abgetretenen Minister befürwortet, man erwartet mindestens dasselbe von dem Hrn. Fürsten v. Hohenlohe. . . . Auf dem Gebiete der Reformen ist im Königreich noch ungemein viel zu thun, hier ist ein eben so großes als dankbares Feld für den muthmaßlichen Liberalismus des neuen Herrn Ministers des Aeußern. Möge Fürst Hohenlohe seinen Einfluß geltend machen, daß insbesondere der polizeistaatliche Gesetzgebungs-Apparat aus den fünfziger Jahren einer gründlichen Revision unterzogen werde, wie z. B. das Preßgesetz mit seinen Präventiv-Beschlagnahmen und seinem lückenhaften Berichtigungs-Artikel, sowie das Vereinsgesetz mit seinen polizeilichen Ueberwachungs- und Auflösungs-Paragraphen. Auch die Reorganisation der Kammer der Reichsräthe, die schon wiederholt von der Kammer der Abgeordneten verlangt wurde, sowie ein neues, dem Geiste der Zeit und den Bedürfnissen des Volkes entsprechendes Schulgesetz, das die neuen, unter kirchlicher Obervormundschaft stehenden Präparandenschulen aufhebt, möge Herr Fürst v. Hohenlohe in den Kreis seiner ministeriellen Erwägungen und Beeinflussungen ziehen." (Pf. K.)

Aus **München**, 1. Januar, wird der „Fr. Ztg." geschrieben: „Ungeachtet der „Nürnberger Korr." unsere neuliche Mittheilung, daß auch Richard Wagner's Rückkehr oder Nichtrückkehr mit zu den bei der Ministerkrisis in Frage gekommenen Punkten gehöre, einen sonderbaren Einfall nennt, sind wir doch so frei, unsere Behauptung auch heute noch aufrecht zu erhalten, weil unsere Quelle hiefür eine jeden Zweifel ausschließende war, und auch neuere uns zugekommene gute Nachrichten von Vorgängen bestätigen uns die Richtigkeit. Mit Recht fragt die „A. A. Z.", wenn das Programm des Fürsten Hohenlohe sich sehr wenig oder gar nicht von dem seines Vorgängers unterscheidet, warum denn überhaupt ein Ministerwechsel? Es fällt eben gar manches in den höheren Regionen vor, in die nur Wenige zuweilen einen zufälligen Blick thun können. Dabei wollen wir, um allen Mißverständnissen vorzubeugen, ausdrücklich bemerken, daß wir nicht die allergeringste Neigung zu der Abneigung gegen Wagner haben und mit aller politischen Ruhe auf dessen Rückkehr nach München sehen könnten, da wir der festen Ueberzeugung sind, daß ein nachtheiliger Einfluß in politicis von Wagners Seite auf den König wohl ausgeschlossen ist, der Einfluß in monetis aber den Leuten nichts angeht, sondern hier nur die Verantwortlichkeit des Kabinetskassiers entscheidend ist, und über sein „non possumus" kommt auch schließlich ein Fürst nicht so leicht hinüber. — So denkt man wohl allenthalben im Lande und sieht des Königs Neigung zur Musik, selbst gerade der Wagner'schen, lieber als andere bei hohen Herren oft übliche Neigungen und Unterhaltungen, die auch zuweilen nicht billig sind! — Wie uns mitgetheilt wurde, ist es außer Zweifel, daß die von Hrn. v. d. Pfordten an seinen Gesandten in Dresden gerichtete Note, welche viel von sich reden machte, gefälscht an die Oeffentlichkeit gelangte. Der Minister lehnte es aber entschieden ab, das Schreiben nach seinem Wortlaute bekannt zu geben, weil er grundsätzlich alle Zeitungspolemik vermeide; nur in der Kammer werde er antworten. Jedenfalls eine eigenthümliche Anschauung, die mitunter recht bequem sein mag, aber gewiß nicht immer klug."

** **München**, 5. Jan. Vergangene Nacht starb nach mehrwöchentlicher Krankheit der Stadtkommandant der Residenzstadt (ehemaliger Kriegsminister) Generallieutenant Ritter v. Manz, Comthur des Verdienstordens der bayer. Krone und vom heil. Michael, Ritter des k. griechischen Erlöserordens, Großkreuz des groß. hessischen Verdienstordens Philipp des Großmüthigen, Commandeur des k. k. österreichischen Berg.-Ordens, Inhaber des kaiserl. königl. österreichischen Ordens der eisernen Krone, der großh. badischen Gedächtniß-Medaille von 1849 und des k. griechischen Denkzeichens für die Freiwilligen. Wilhelm von Manz war geboren zu Dillingen am 4. April 1804 und wurde nach achtjährigem Besuch des k. Cadettencorps am 12. Okt. 1823 als Junker angestellt. Am 9. Okt. 1825 zum Unterlieutenant befördert, wurde er behufs des Eintrittes in das griech. Freiwilligencorps am 10. Dez. 1832 temporär aus der Armee entlassen. Am 10. Okt. 1835 als Hauptmann aus dem griech. Dienste entlassen, wurde er am 19. Okt. 1835 in der bayer. Armee wieder als Unterlieutenant angestellt. Er wurde am 30. April 1838 Brigade-Adjutant des Generalmajors Frhrn. v. Gumpenberg und am 14. Juni 1839 Adjutant des Kriegsministers Frhrn. v. Gumpenberg. Am 25. Juni 1839 zum Oberlieutenant, am 27. April 1841 zum Hauptmann und am 18. Okt. 1844 zum Major befördert, als welcher er in das Kriegsministerium befördert wurde. Am 21. August 1848 erfolgte die Beförderung des Hrn. v. Manz zum Oberstlieutenant, am 24. Nov. 1850 zum Oberst extra statum und Chef der Verwaltung der mobilen Armee, am 15. Dezember 1850 wieder in das Kriegsministerium kommandirt und am 30. Juni 1851 zum statusmäßigen Oberst, dann am 19. Sept. 1852 als Commandant wieder zum 13. Inf.-Reg. rückbeordert. Am 25. März 1855 erfolgte die Ernennung des Hrn. v. Manz zum Kriegsminister und am 31. März seine Beförderung zum Generalmajor. Es wurde am 13. April 1859 von der Stelle als Kriegsminister enthoben und in Disponibilität gesetzt, am 27. April 1859 aber schon zum Stadtkommandanten von München ernannt. Am 23. Januar 1862 als Generallieutenant charakterisirt, wurde er am 25. Nov. zum wirklichen Generallieutenant befördert. Ausgezeichnet in allen Dienstesverhältnissen, erwarb sich der Verlebte, insbesondere als Kriegsminister hohe Verdienste und stand als solcher, wie als Commandant unserer Residenzstadt in hoher Achtung und Ansehen und dies namentlich auch bei der gesammten Bürgerschaft der Residenzstadt.

Darmstadt, 5. Jan. Ungeachtet des früheren Dementi's, daß Kastel und Kostheim dem norddeutschen Bunde nicht angehörten, ergibt sich aus der in dem heutigen Regierungsblatt enthaltenen Verordnung, daß dies dennoch der Fall, da für die Wahl des Reichstags des norddeutschen Bundes diese Orte dem Wahlbezirk Friedberg, Vilbel und Büdingen beigegeben sind.

Berlin. 3. Jan. Die „Weser-Ztg." schreibt: „Wenn General v. Moltke als künftiger Marineminister genannt wird, mit dem Hinzufügen, der General habe sich bereit erklärt, den Posten zu übernehmen, so wäre alle Hoffnung vorhanden, daß die preußische Marine endlich aus der bisherigen, etwas stiefmütterlichen Stellung entlassen wird. Zudem ist General v. Moltke, dessen hohe wissenschaftliche und allseitig praktische Begabung anerkannt ist, unstreitig die geeignetste Persönlichkeit. Die Hierherkunft des Gegenadmirals Jachmann dürfte mit den betreffenden Berathungen im engsten Zusammenhange stehen."

Köln. Die „Köln. Ztg." vom 4. d. bringt zur Beherzigung der mit der Wendung der deutschen Dinge im Jahr 1866 unzufriedenen Württemberger einen Brief ihres verstorbenen, als guter Patriot bekannten Königs Wilhelm, wobei es in der Einleitung heißt:

Preußen kann gar nicht anders, es ist durch seine eigenen Interessen darauf angewiesen, für Deutschland und nur für Deutschland einzutreten, während von dem großen vorherrschend slawischen Mischreiche im Osten sich das gerade Gegentheil behaupten läßt. Das Alles, so elementar es ist, wird von den Württembergern meistens noch verkannt. Das Schreiben, zu dessen Veröffentlichung wir ermächtigt sind, ist an einen hohen Verwandten gerichtet und lautet, wie folgt:

„Stuttgart, den 23. März 1842.

Aus Ihrem Briefe, der dem Berichte beilag, ersehe ich, daß Tettenborn dem Blittersdorff die nämlichen Nachrichten gegeben hat, welche mir Latour schon vor einiger Zeit mittheilte; aus beiden geht das lebhafteste Interesse heraus, uns mit Preußen zu entzweien, indem sie uns mißtrauisch machen. Es kann durchaus nicht in dem wohlverstandenen Interesse Preußens liegen, Süddeutschland zu schwächen, denn es würde diejenigen Hülfsmittel verringern, auf welche es nothwendiger Weise zugewiesen ist; dies sind österreichische Insinuationen, die Blittersdorff durchschauen muß, wenn er sich nicht mit

Digitized by Google

Wissen täuschen will. Preußen steht und fällt mit Süddeutschland, nicht so Oesterreich, dem Alles an der Schwäche von Deutschland liegt, um es desto bequemer für seine Privatzwecke benutzen zu können. Ich bin nicht blind für die wirklichen Fehler der preußischen Politik, aber in Hauptsachen sind sie gezwungen, im deutschen Interesse zu handeln — nicht so Oesterreich — und wenn ich noch daran gezweifelt hätte, so würden mich die Unterredungen mit Fürst Metternich, vorigen Herbst, davon ganz überzeugt haben. Sein übel verdeckter Grimm gegen den König von Preußen, seine Verhöhnung jedes echt deutschen Nationalgefühls, seine römische Tendenz sind alles Schlagbäume zwischen ihm und uns, die wohl mit Höflichkeit übertüncht werden können, aber auch veranlassen müssen, ihn immer mehr in seinen römischen Jesuitismus versinken zu sehen, und wenn die Welttrompete sich einst hören läßt und sein Staat in seiner ganzen natürlichen Schwäche erscheint, wenn Deutschlands Wiedergeburt vor sich gehen soll, muß Oesterreich untergehen; ist mein Wahlspruch, so lange ich lebe. Ewiger Krieg mit diesen Jesuiten und allen ihren Werken! Doch das alles unter uns. Hören muß man immer, was sie sagen, aber nichts glauben. Ihr ganz ergebener

Wilhelm."

Dieser Brief des Königs Wilhelm verdient nicht blos in Schwaben, sondern fürwahr in ganz Süddeutschland volle Beherzigung. Namentlich die Stelle, wo er von der unerkannten Schwäche Oesterreichs spricht, liest sich heute wahrhaft prophetisch.

Lübeck, 2. Jan. Die Frage, in welcher Form Lübeck dem Zollverein beitreten solle, ist hier schon früher nach allen Seiten hin von einer durch die Handelskammer veranlaßten Kommission gründlich erwogen. Sie hat ihren Bericht schon Ende Oktober abgestattet, aber derselbe tritt jetzt erst an die Oeffentlichkeit. Danach sind das Kontirungssystem, das Entrepot- oder Freilagersystem und das Freihafensystem mit Verkehrs-Erleichterungen als den lübeck'schen Interessen schädlich erkannt; dagegen entscheidet sich die Kommission für ein Freihafen-Entrepot-System, bei welchem die Stadt im Zollverein, vor derselben aber ein Freihafen und ein Freilager an der Trave sein würde. (Lüb. Z.)

Wien, 3. Januar. Ueber die Bedeutung des bevorstehenden außerordentlichen Reichsraths und der angeordneten Reichstagswahlen schreibt die „Presse": „Der außerordentliche Reichsrath ist kein ordentlicher. Darüber ist heute in Oesterreich alle Welt einig. Er ist kein weiterer, weil nur die Vertreter der cisleithanischen „Königreiche und Länder" berufen wurden; er ist kein engerer, denn dieser ist zur Berathung der Verfassungsfrage gesetzlich nicht berechtigt; er ist aber vor Allem kein gesetzgebender Körper, sondern ein Beirath, der über eine bestimmte Frage seine Meinung abgeben darf, dessen Ausspruch aber weder bindet, noch hindert. Da er gar kein Recht, nicht einmal das des Veto besitzt, ist er auch dem ungarischen Landtage beiweitem nicht ebenbürtig, und kann daher diesem gegenüber wohl eine Stimme, aber nimmermehr eine „gleichgewichtige" abgeben. Auf der Stufenleiter der vom Staate anerkannten Corporationen würde er in der Diätenklasse nicht blos nach den Landtagen, sondern auch nach den Gemeinderäthen und in gewisser Beziehung selbst nach den Handelskammern zu stehen kommen.

„Etwas Anderes ist es aber mit den Wahlen zu den Landtagen, welche ebenfalls, und zwar noch im Laufe dieses Monats, vorzunehmen sind. Die Wahlen zum Landtage haben diesmal eine ganz ungewöhnliche Bedeutung, denn durch sie wird vielleicht das Schicksal Oesterreichs für alle Zeiten entschieden werden. Mit einer in dieser Beziehung gewiß richtigen Würdigung der Lage des Reiches sagt daher auch das kaiserliche Patent vom gestrigen Tage: „Da Wir Unseren Völkern bei einer so hochwichtigen Aufgabe die erneuerte Ausübung des Wahlrechtes gewahrt wissen wollen, finden Wir Uns bewogen, eine Neuwahl der Landtagsmitglieder eintreten zu lassen." Dieses allerhöchsten Gnadenaktes können sich aber die Wähler und Wahlmänner gewiß auf keine Weise würdiger zeigen, als wenn sie den in dem nämlichen Patente ausgesprochenen kaiserl. Intentionen vollständig entsprechen, und „den gesicherten Bestand der Monarchie und deren Gesammt-Interesse als Ziel und Grenzpunkt unverrückt festhalten". Dieses Ziel ist aber der parlamentarische Einheitsstaat, gesetzlich entwickelt auf Grundlage der von Sr. Majestät am 26. Februar 1861 ertheilten Reichsverfassung."

Dem „Pesti Naplo" wird aus **Wien** geschrieben, daß wenn das Elaborat der Siebenundsechziger-Kommission dem November-Reskript nicht geradezu widerspreche, ein selbstständiges ungarisches Ministerium werde bewilligt werden. Dem außerordentlichen Reichsrathe werde die Regierung formulirte Vorschläge, den Hauptpunkten des Fünfzehner-Elaborats entsprechend, vorlegen, jedoch Delegationen ad hoc weder beantragen noch perhorresciren. Den Reichsrathswahlen werde eine politische Amnestie vorausgehen.

Triest, 2. Jan. (Ueberlandpost.) Calcutta, 7. Dezbr., Bombay, 13. Dez. Die Rebellion in Birma ist zu Ende. In Kabul geht das Gerücht, daß die britische Regierung dem verdrängten Herrscher Emir Schir Ali Khan eine Geldhilfe versprochen haben soll, und daß derselbe sogleich gegen Kabul aufbrechen werde. — Alexandria, 26. Dez. Die amerikanische Corvette „Swatara" ist von Malta hier hier eingetroffen, um den Mörder Lincolns, Surratt, an Bord zu nehmen. — Die ägyptischen Truppen aus Candia werden vor dem 18. Januar hier zurückerwartet. (W. Z.)

London, 1. Jan. Alle Gefahr wegen eines Wiederausbruches der Feuersbrunst im Krystallpalaste kann gegenwärtig als beseitigt betrachtet werden. Die Unglückspost hatte gestern eine große Anzahl Neugieriger nach dem Schauplatze des Brandes gezogen und das geräumige Gebäude hatte einen Zudrang aufzuweisen wie lange nicht. Die gewöhnlichen Vergnügungen gingen ihren Gang, als ob nichts geschehen sei und nur die in großer Menge in der abgesperrten tropischen Abtheilung mit dem Wegräumen der Trümmer beschäftigten Arbeiter und die zerstörten Hallen erinnern daran, daß in diesem von rauschender Musik durchtönten und von einer vergnügten Menge belebten Palaste gestern eine furchtbare Feuersbrunst wüthete und für circa 150,000 Pfd. St. Schaden anrichtete. Die Versicherungen bei verschiedenen Gesellschaften betragen für das Gebäude, Verschönerungen, Maschinen, Skulpturen, Gewächse 2c. im Ganzen nur 80,000 Pfd. St., von denen auf den beschädigten Theil des Gebäudes nur 20,000 Pfd. St. kommen, und schon werden Versuche gemacht, für das Fehlende eine Anleihe aufzubringen. Ueber die Ursache der Entstehung des Feuers ist man noch ganz im Unklaren.

Der westindische Postdampfer „Shannon" ist mit einer Baarfracht von 314,786 Doll. in Gold, 1,299,044 Doll. in Silber und Juwelen und Perlen im Werthe von 3950 Doll. in Southampton eingelaufen. Da auf der Fahrt nur ein Mann am gelben Fieber erkrankte, der auch an demselben starb und sonst mit Ausnahme einiger ungefährlichen Fälle von Wechselfieber, Mannschaften wie Passagiere vollkommen gesund sind, so erwartet man, daß nach eintägiger Quarantäne das Schiff zur Kommunikation zugelassen werden wird.

Der Postdampfer „Douro" mit der brasilianischen und La Plata-Post und einer Baarfracht von 45,425 Pfd. St., darunter 30,000 Pfd. St. in Gold, ist gestern Abend spät in Southampton eingetroffen. Vom Kriegsschauplatze in Brasilien bringt die Post nichts Neues. Der neue englische Admiral war in La Plata eingetroffen. Der neue englische Gesandte bei der argentinischen Regierung, Mr. George Buckley Mathew, hat dieselbe auf den Unfug aufmerksam gemacht, der neuerdings dort vielfach mit englischen Matrosen getrieben wird, die man in Montevideo anlockt, betrunken macht und in diesem Zustande anwirbt und zur Armee nach Buenos Ayres schickt. Auf seine Vorstellungen hin wurden drei Matrosen sofort aus der Kaserne entlassen und zeigte überhaupt der Vizepräsident das aufrichtigste Bestreben, den Wünschen des Gesandten entgegen zu kommen.

Der Artikel der „Times" über die orientalische Frage, dessen ziemlich ausführliche Analyse der Telegraph gebracht, bespricht die Eventualität eines griechisch-türkischen Krieges. Derselbe werde, wenn auch nicht in der nächsten Zeit, doch ziemlich gewiß zum Ausbruche kommen und dürfte in der ersten Zeit lokalisirt bleiben, denn keine der Mächte sei zur Lösung der orientalischen Frage gerüstet. Frankreich und Deutschland müßten sich nothgedrungen der Ruhe befleißen, und Rußland dürfte es in seinem Interesse finden, wenigstens die erste Zeit zuzuschauen. Denn für Rußland kämpfen die christlichen Völker der Türkei, und Frankreich und Preußen bewachen sich gegenseitig am Rhein und sind von der Donau weit entfernt. „Oesterreich", heißt es dann weiter, „dessen Streben ostwärts gerichtet sein sollte, hat weder eine innere, noch eine äußere Politik. Es hat weder einen Staatsmann, noch ein Volk. Wäre es seiner Bestimmung getreu, dann würde es vielleicht in den deutschen Elementen des Reiches und in einer Allianz mit Preußen und dem geeinigten Deutschland die Mittel finden, sich im Osten für seine Verluste im Westen zu entschädigen. Wie die Sachen aber stehen, ist es wahrscheinlicher, daß Beust und die Magyaren das Reich eher in den Zusammenfall des ottomanischen Reiches mit hineinziehen, als daß sie Oesterreich befähigen werden, sich beim Erraffen der Trümmer zu betheiligen. Der bloße Versuch einer Allianz mit Frankreich würde jedoch den gewissen Ruin Oesterreichs zur Folge haben; denn er würde Preußen gewaltsam in die Arme Rußlands treiben, würde die erstere Macht in den Besitz der oberen Donau setzen und die untere Donau dem Belieben des Czars oder der Gnade der verbündeten Vasallen des Czars, der rumänischen, serbischen und anderen Fürsten preisgeben. Was England betrifft, so hoffen wir, daß es sich am allerletzten an dieser Mêlée betheiligen werde. Getreu unserer Ueberzeugung, daß der Zusammenbruch der Türkei gewiß und daß es ebenso unrathsam sei, den Fall zu beschleunigen als zu verzögern, würden wir für unseren

Theil gerne bereit sein, den Ereignissen freien Lauf zu lassen. Und obwohl wir bis jetzt weder auf Griechenland, noch auf die Rumänen, noch auf eine andere von den früher der Türkei unterworfenen Racen große Stücke halten, so wünschen wir nichts besseres, als daß sie allein das gewinnen möchten, was die Pforte verlieren muß, und daß sie so in Stärke, Weisheit und Einigkeit zunehmen sollen, daß sie im Stande wären, das Ihrige gegen die ganze Welt zu behaupten."

London, 4. Jan. Von unvergleichlicher Wichtigkeit für Preußens und Deutschlands Zukunft — sagt die „Forthnightly Review" — wird die Form sein, welche das norddeutsche Parlament erhält. Die englische Reformpartei hat aus dem allgemeinen Stimmrecht, das seine Grundlage bilden soll, den Schluß gezogen, daß Graf Bismarck die Absicht habe, ein liberales Parlament zu schaffen. Dies ist ein sehr irriger Schluß. Der Kaiser Napoleon hat gelehrt, wie gut sich ein unbegrenztes Stimmrecht mit begrenzten Parlamentsbefugnissen in Einklang bringen läßt. Was nützt es, jedem Bürger das Wahlrecht zu geben, wenn dem zu Wählenden Freiheit und Einfluß streng mangelt. Zwei Dinge stehen außer Zweifel; erstens daß die dem Parlament zu gewährenden Privilegien nicht der Vorstellung entsprechen, die man von einem durch allgemeines Stimmrecht gewählten Parlament sich zu machen berechtigt wäre und zweitens, daß, welche Form auch die Verfassung des neuen Bundes annehmen möge, die Armee und Flotte, der Handel, die diplomatische Vertretung im Auslande und die Post- und Telegraphenverwaltung in den Händen der präsidirenden Macht, Preußens nämlich, werden concentrirt sein müssen.

Man meldet aus **Rom** unterm 30. Dezbr.: General Kanzler, der Waffenminister, hat, als er dem Papst seinen Glückwünsch darbrachte, im Namen der Offiziere der päpstlichen Armee seine Zuversicht ausgesprochen, daß die öffentliche Ruhe fortdauern werde und dabei gleichzeitig den guten Geist konstatirt, der die Römer beseelt. Er erklärte sich bereit, die Aufwiegler, die von Außen kommen könnten, zu bekämpfen. — Se. Heiligkeit antwortete, daß Sie auf die Einigkeit zwischen der Armee und den Einwohnern rechne. Der Pabst fügte hinzu, daß man bei einem von der Polizei verhafteten Emissär Papiere gefunden habe, welche dazu aufforderten, eine jede Bewegung zu vermeiden, da die Stunde der Befreiung nahe sei. — Der Finanzkonsulta antwortend, sprach der Papst von den Schwierigkeiten, welche aus der Vermehrung des Militärbestandes hervorgingen. Man sagt hier, daß Fonds erwartet werden.

Die am 5. Dez. in **Mexiko** veröffentlichte Proklamation Maximilians lautet: Mexikaner. — Umstände von großer Tragweite auf die Wohlfahrt unseres Landes haben in unserem Geiste die, noch durch unsere inneren Schwierigkeiten vermehrte Ueberzeugung zur Reife gebracht, in Betreff der uns anvertrauten Macht mit uns zu Rathe gehen zu müssen. Unsere Minister, die wir zum Rathe versammelten, haben uns ihre Meinung mitgetheilt, daß die Wohlfahrt Mexikos noch unser Bleiben an der Spitze der Geschäfte erfordert, und wir haben es für unsere Pflicht erachtet, ihrem Ansuchen Folge zu leisten, indem wir zu gleicher Zeit unsere Absicht kund thun, einen nationalen Kongreß auf breitester, liberaler Basis zusammenzuberufen, an dem alle politischen Parteien sich betheiligen können. Dieser Kongreß soll über die Fortdauer des Kaiserreiches entscheiden und im Falle er sich zu Gunsten desselben ausspricht, bei Festsetzung der Grundgesetze, die die öffentlichen Institutionen des Landes konsolidiren, mit beitragen. Unsere Räth. sind gegenwärtig beschäftigt, die dazu nöthigen Maßregeln zu treffen und solche Anordnungen zu veranstalten, daß alle Parteien der Uebereinkunft auf dieser Basis beitreten können. In der Zwischenzeit, Mexikaner, zählen wir, ohne irgend eine politische Klasse auszuschließen, auf Euch alle und führen, da wir einmal an die Spitze Eurer Landsleute gestellt worden sind, das Werk der Wiedergeburt mit Muth und Standhaftigkeit weiter. Gez. Maximilian.

Der Amerikanische Kongreß hat sich vor Weihnachten bis zum 3. d. M. vertagt; es sollte dann ein Antrag über Errichtung von Territotialregierungen in den Südstaaten gestellt werden, doch wußte man bereits, daß die erforderliche Zweidrittel-Majorität dafür nicht vorhanden sein werde. Man glaubt allgemein, der Statusquo werde während der Kongreßsitzung erhalten bleiben. Die Berichte Shermans über Mexico lauten ungünstig; er glaubt nicht, daß die Partei Juarez die Oberhand hat und meldet, daß eine Intervention Amerikas sehr unpopulär sein würde. Von den französischen Generalen wurde er mit großer Zuvorkommenheit behandelt.

. Neueres.

Berlin, 5. Januar. Der Gesandte in Stuttgart v. Canitz, ist für den Gesandtschaftsposten in Madrid bestimmt.

Berlin, 5. Januar. Der Erbprinz von Augustenburg erließ eine Ansprache an die Schleswig-Holsteiner, datirt Baden 2. Januar, worin er, unter Wahrung der Augustenburgischen Ansprüche, die Schleswig-Holsteiner von allen durch Eide, Gelöbnisse und Huldigungen ihm gegenüber übernommenen Verpflichtungen entbindet. — Die „Kreuzzeitung" meldet, der bisherige Gesandte in Rio de Janeiro, Leg.-Rath von Eichmann ersetzt den Hrn. von Canitz in Stuttgart.

Berlin, 5. Jan. Bank-Ausweis: Baarvorrath 69,758,000 Thlr., Papiergeld 3,183,000 Thlr., Portefeuille 72,062,000 Thlr., Lombardbestände 15,964,000 Thlr., Staatspapiere 14,878,000 Thlr., Notenumlauf 125,425,000 Thlr., Depositen 17,555,000 Thlr., Guthaben 1,857,900 Thlr.

Berlin, 5. Jan. Die Conferenz der thüringischen Fürsten in Meiningen betrifft das Projekt, die thüringischen Herzogthümer unter dem Großherzog von Weimar zu vereinigen.

Berlin, 6. Jan. Zufolge Wiener Privattelegramm soll die Dividende der österreichischen Nationalbank für das zweite Semester des Jahres 1866 auf $26^1/_2$ Gulden festgesetzt werden. Der Aktienertrag stellt sich demnach gegen das vorhergehende Jahr um $1^1/_{10}$ pCt. niedriger.

Petersburg, 5. Jan. Durch einen kaiserlichen Ukas werden die russischen Reglements für die polnische Finanzverwaltung eingeführt, eine provisorische Schatzdirektion in Warschau eingesetzt und den Gouverneuren Vollmachten ertheilt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Am 9. Januar 1867 und den folgenden Tagen findet die **Ziehung der Kölner Dombau-Lotterie** bestimmt Statt.

Hauptgewinne Thlr. 25,000, 10,000, 5000

ferner viele **Geldgewinne von Thlr. 2000, 1000, 500, 200, 100, 50, 20,** und außerdem eine Anzahl Kunstwerke im Gesammtwerthe **von Thlr. 20,000.**

Loose zu einem Thaler per Stück sind noch von den Unterzeichneten zu beziehen.

Zur Ausführung aller Aufträge in der kurzen, noch vor der Ziehung liegenden Zeit,

wird um schleunige Bestellung gebeten.

Die General-Agenten der Kölner Dombau-Lotterie.

Albert Heimann, Bischofsgartengasse 28 in Köln | **D. Löwenwarter,** [illegible] in Köln

In Würzburg **A. Stuber's** Buchhandlung.

Im Verlage der **Stahel**'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die

antiochenische Schule

und ihre

Bedeutung auf exegetischem Gebiete.

Von

Ph. Hergenröther,

Religions- und Geschichtslehrer.

1866. 5 Bogen in Lex. 8°. Preis 36 kr. oder 12 Sgr.

Gegenwärtige Abhandlung wurde von der theologischen Fakultät zu Würzburg als gelöste Preisfrage gekrönt.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
Würzb. Ztg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 8.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Letter	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 8. Januar 1867.

Rußland und die orientalische Frage.

Die Neujahrsrede des Kaisers Napoleon entspricht ganz der in den Hintergrund gerückten Stellung, welche die Regierung Sr. Maj. in auswärtigen Fragen seit den letzten Jahren einnimmt. Es fehlt an jeder positiven Andeutung und nur die Sorge um die Ausstellung entpreßt dem Kaiser den Wunsch nach Frieden und Versöhnung. Selbst die so drohend im Osten emporsteigende Gefahr wird ganz unberührt gelassen, was wir sicherlich nicht der Erwartung zuschreiben dürfen, daß der orientalische Sturm bedeutungslos vorüberrauschen wird.

Die russische Presse weist mit Behagen darauf hin, daß man in England mit der seither eingehaltenen Politik im Orient zu brechen beginne und dort für die Nichtintervention eintrete. Weiter wollen wir ja auch nichts, sagen die Russen, laßt die christlichen Völkerschaften mit den Türken den Kampf auskämpfen und uns ruhig zusehen.

Ein Artikel der „Moskauer Zeitung“ läuft in dieselben Schlüsse aus, wie jener der „Times“, wenngleich die Prämissen, von denen die beiden Blätter ausgehen, von einander abweichen. Das russische Blatt sagt: „Von dem Augenblicke an, als sich Rußland kategorisch für die Emancipation der Christen in der Türkei aussprechen und entschieden proklamiren würde, was alle Welt anerkennt und wovon Jeder überzeugt ist, aber was Niemand einzugestehen wagt, daß man nämlich angesichts der Thatsachen in Deutschland, Italien, Kandien und an der Donau den Christen im Orient nicht mehr das Recht absprechen kann, das türkische Joch abzuschütteln und sich selbstständig zu organisiren, von dem Augenblicke an, wo Rußland jede Idee einer Vergrößerung im Orient offen zurückweist und freiwillig von jeder materiellen Intervention sich ausschließt, wenn die übrigen Mächte dasselbe thun, ist das große und schwere Problem schon zur Hälfte gelöst. Die Wiedergeburt des Orients wird sich dann von selbst vollziehen, ohne die Ruhe und das Gleichgewicht Europas zu stören.“

In Frankreich wird man solche Offenbarungen gerade nicht mit der freundlichsten Miene und dem besten Humor aufnehmen. Rußland kann jeder entschiedenen Intervention im Oriente sich enthalten und wird dabei doch eine ganz andere Rolle als die übrigen Mächte spielen, die sich der gleichen Politik anschließen. Theils die nationale Abstammung, theils der Zusammenhang desselben Cultus sichern ihm für alle Fälle seinen Einfluß, und was es dann mit der Selbstständigkeit der christlichen Völker des Orients für ein Bewandtniß hätte, darüber macht sich wohl Niemand Illusionen. Der Hinweis auf Deutschland und Italien wird in Paris wohl verstanden werden und kann am allerwenigsten für Oesterreich gleichgiltig bleiben.

Der Ministerwechsel in Griechenland, der für die großgriechische Idee günstig, die zweifelhafte Haltung Englands, das schwankende und unsichere Benehmen Frankreichs sind keineswegs Vorboten einer Wendung der Dinge im Orient, welche die Oesterreich von Rußland aus drohende Gefahr beseitigen oder fernzuhalten hoffen lassen.

Betritt Rußland einmal den Weg, den seine Organe bereits ankündigen, dann muß es vorwärts; es ist dann nicht mehr im Stande, die Elemente zu bändigen, die es in seinem Reiche losgelassen und die mit der dieser Race eigenthümlichen wilden Leidenschaftlichkeit verzehrend weitergreifen. Es ist das ein schlimmes Memento, mit dem wir in das neue Jahr treten, aber die Wahrheit verlangt, dasselbe der öffentlichen Erwägung anheimzustellen.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 6. Januar. Se. Maj. der König hat dem kgl Regierungspräsidenten M. v. Gutschneider in Regensburg die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des von Sr. Maj. dem Könige von Sachsen ihm verliehenen Komthurkreuzes 1. Kl. des Albrechts-Ordens, dann dem kgl. Regierungs-Direktor K. v. Liubner in Regensburg die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des von Sr. Maj. dem Könige von Sachsen ihm verliehenen Comthurkreuzes 2 Klasse desselben Ordens ertheilt; dem rechtskundigen Bürgermeister Fr. Schubart in Regensburg die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des von Sr. Maj dem Könige von Sachsen ihm verliehenen Ritterkreuzes des Albrechts Ordens ertheilt

Se. Maj. der König hat genehmigt, daß der zum Konsul der Vereinigten Staaten von Nordamerika für die Pfalz ernannte G. F Kettell aus New-York zu Karlsruhe in dieser Eigenschaft anerkannt werde.

Die kath. Pfarrei Echsheim, kgl Bezirksamts Aichach, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 600 fl. in Erledigung gekommen.

München, 6. Jan. (Pariser Ausstellung.) Wie bekannt, werden auf der bevorstehenden internationalen Ausstellung zu Paris die Gegenstände in zehn Gruppen abgetheilt. Die Vertheilung der Preise geschieht nach den succesiven Operationen der Jurys de classe, der Jurys de groupe und eines Conseil supérieur. Von den zehn Präsidien der Jurys de groupe sind fünf von Frankreich, zwei von England und je eines von Preußen und den norddeutschen Staaten, von Bayern, Würtemberg, Baden und Großherzogthum Hessen, dann von Oesterreich zu besetzen. Die Besetzung

---

Feuilleton.

Das Eisenbahn-Unglück bei Zwickau.

Ueber dieses, wohl bis jetzt bedeutendste Eisenbahn-Unglück, das sich in Deutschland seit dem Bestehen der Schienenwege ereignet hat, werden uns noch folgende Details mitgetheilt. Die beiden Züge rasten mit so entsetzlicher Gewalt gegen einander, daß wenige Sekunden hinreichten, um die betreffende Unglücksstelle zu einem Bilde grauenvollster Vernichtung zu machen, und daß es geradezu wunderbar ist, wie überhaupt Jemand, der dabei gewesen, die entsetzliche Katastrophe überleben konnte. Die stärksten Eisenstangen zerknickten wie Holzstäbchen und metallene Wände bogen sich wie weiche Thonmassen. Die zertrümmerten Feuerbuxen, zersprengten Siederohre und Cylinder strömten solche Massen siedenden Dampfes aus, daß die meisten der Zerquetschten und Verstümmelten obendrein noch die fürchterlichsten Brandwunden davontrugen. Welch' herzzerreißende Scenen es an der von dunkler Nacht umhüllten Unglücksstätte auf freiem Felde bei tobendem Unwetter trotz der Nähe einer volkreichen Stadt gegeben hat, läßt sich nicht schildern. Ein Augenzeuge, ein sächsischer Kriegsreservist, der aus dem Voigtlande kam, wo er sich seinen Abschied geholt, erzählte über das entsetzliche Ereigniß Folgendes: „Ich kam von meinem Wagensitze auf den Eisenbahndamm hinaus — ich weiß nicht wie — mir that kein Glied weh, blos die Kleider waren zerrissen. Ich sprang schnell auf und wollte den armen Leuten helfen, so gut ich konnte; als ich aber das Kreischen der Weiber und Kinder hörte, raffte ich meine Mütze und den Stock auf und lief querfeldein, so weit mich meine Füße trugen.“ Und das war ein Mann, der bei Gitschin und Königgrätz alle Schrecknisse des Schlachtengetümmels erlebt hatte! — Leute, die zur Zeit des Zusammenstoßes auf der Reichenberger Chaussee sich befanden, verspürten eine Erderschütterung. In dem einen Wagen befand sich der Hausrath eines für Neujahr nach Chemnitz versetzten Vice-Packmeisters. Derselbe war in tausend Trümmer gegangen, nur oben darauf lagen ziemlich unversehrt — die Schulbücher und die Spielsachen der Kinder. Dicht daneben fand man den förmlich in Stücke zerrissenen Leichnam eines Lehrlings aus Zwickau und zwischen den zertrümmerten Lokomotiven einen fremden Reisenden zu einem blutigen Fleischklumpen zusammengequetscht, rings herum zerbrochene Neujahrspfeifen, mit denen der Reisende gehandelt zu haben scheint. Sieben Personen fanden den Tod auf der Stelle und von den 26 im Kreiskrankenhause in Zwickau Untergebrachten liegen mehrere hoffnungslos darnieder. Die Zwickauer Bevölkerung befindet sich in nicht geringer Aufregung, ist aber eher geneigt, den verhafteten Weichensteller, der aus Verzweiflung geistig gestört ist, zu entschuldigen, als den Umstand, daß auf einem so außerordentlich frequenten Bahnhofe mit wohl einem halben hundert Schienensträngen verhältnißmäßig wenig Weichensteller, mit geringem Gehalte (13 Ngr. täglich bei zwölf- bis fünfzehnstündiger Dienstzeit) angestellt sind.

des auf Süddeutschland fallenden Präsidiums einer Jury de groupe erfolgt von Seite Bayerns durch den geheimen Rath und Vorstand der Akademie der Wissenschaften Justus Frhrn. v. Liebig in München. Als Mitglieder der Jury de classe sind von Bayern bestimmt: der Maler Theodor Herschelt in München, der Gewerbskommissär Dr. Steg in Nürnberg, der Professor der Technologie an der Universität Würzburg, Dr. Wagner und der Fabrikant Schmidt von Pirmasens.

(Aus dem Jahresberichte des k. Konsuls in St. Louis pro 1865.) Die im Mai 1865 angenommene und in Kraft getretene neue Verfassung unseres Staates (Missouri) ist in Bezug auf die Einwanderung eine höchst liberale, indem sie dem Einwanderer, der seine Absicht, Bürger der Vereinigten Staaten zu werden, erklärt hat, schon nach einjährigem Aufenthalte volles Bürgerrecht ertheilt. Ob die, durch ein im Februar 1865 von unserer Legislatur erlassenes Gesetz geschaffene Behörde — Board of Emigration — für Beförderung der Einwanderung die sanguinischen Hoffnungen ihrer Gründer erfüllen wird, muß die Zeit lehren; ich hege darüber einige Zweifel; die wirksamste Propaganda machen nach meiner Erfahrung die Mittheilungen, welche von früher Ausgewanderten an zurückgelassene Freunde und Verwandten gesandt werden, und denen man natürlicherweise bei Weitem mehr Vertrauen schenkt, als den Haranguen der bezahlten und interessirten Agenten einer Emigrationsbehörde. Daß die südlichen Staaten dem Einwanderer in vieler Hinsicht große und lockende Avantagen offeriren, unterliegt keinem Zweifel, nur sollte derselbe nicht außer Acht lassen, daß das, was der Süden braucht und sucht, meistens Arbeiter zur Bebauung seiner Plantagen sind, welche die Stelle der nun freigewordenen Sklaven ausfüllen sollen. Das System der Sklaverei brachte aber als natürliche Folge mit sich, daß körperliche Arbeit in den südlichen Staaten nicht als etwas Ehrenhaftes betrachtet wurde, wie solches in den freien Staaten der Fall, sondern, eben weil dieselbe ausschließlich von Sklaven verrichtet wurde, als erniedrigend. Daß dieses Vorurtheil nicht sofort mit der Aufhebung der Sklaverei verschwinden wird, ist wohl für sicher anzunehmen, und so wird, wenigstens für die nächste Zukunft, der deutsche Einwanderer im Süden wenig mehr Achtung und Anerkennung genießen, als seither der Negersklave! Was nun die Stadt St. Louis und den Handel derselben speziell anbetrifft, so freut es mich, sagen zu können, daß die in meinem letztjährigen Berichte ausgesprochenen Erwartungen in jeder Beziehung in Erfüllung gegangen sind. Leider fehlen mir Anhaltspunkte, um die Zunahme der Bevölkerung in Zahlen anzugeben; daß dieselbe die frühere von 1861 nicht nur wieder erreicht, sondern bei Weitem übersteigt, unterliegt keinem Zweifel und wird durch den sehr fühlbaren Mangel an Wohnungen, trotz der vielen im Laufe des verflossenen Jahres errichteten neuen Gebäude am deutlichsten konstatirt, and gibt der Annahme, daß unsere Bevölkerung gegenwärtig die Zahl von 200,000 Einwohnern übersteigt, gerechten Anspruch auf Zuverlässigkeit. Die gegen frühere Jahre enorm hohen Preise aller Baumaterialien und der Arbeitslöhne sind ein großes Hinderniß, daß dem Mangel an Wohnungen schnell abgeholfen werden kann; sollte, wie man erwartet, im Laufe dieses Jahres eine Ermäßigung eintreten, dürfte am Schlusse desselben die Zahl der Neubauten eine imposante sein, denn der Bedarf macht sich täglich drückender fühlbar. Als besonders für dort interessant, habe ich zu erwähnen, daß sich mehrfach Neigung zu direkten Importationen kund gibt, und wenn sich dieselbe auch Anfangs nur auf wenige Artikel, als Weine, Porzellan, Steingut, Glas, Strumpfwaaren, Spiel- und kurze Waaren und dergleichen beschränkt, so dürfte doch das direkte Importations-Geschäft von Jahr zu Jahr an Wichtigkeit und Bedeutung gewinnen. — Es ist bekannt, daß die Föderal-Regierung auf höchst liberale Weise durch Donirung eines Viertels jeder Sektion (640 Acres) der öffentlichen Ländereien zum Besten der öffentlichen Schulen dafür Sorge getragen hat, daß, wo immer Ansiedler sich niederlassen, Gelegenheit geboten wird, Schulen zu errichten. Ist im Anfange auch wohl der wirkliche Werth des so donirten Landes nur ein geringer, so nimmt derselbe doch mit der sich vermehrenden Ansiedlung immer mehr und mehr zu, und da auch der Staat durch eine allgemeine Schultaxe das seinige dazu beiträgt, wird es ermöglicht, daß überall, wo sich neue Ansiedlungen bilden, Schulen errichtet werden können. Das rasche Aufblühen unserer Stadt, deren Einwohnerzahl in 25 Jahren von 20,000 auf 200,000 angewachsen, hatte zur natürlichen Folge, den Werth der für die öffentlichen Schulen reservirten Ländereien in demselben Verhältniß zu steigern. Daß die Verwaltung unserer öffentlichen Schulen nicht versäumt hat, die reichen Revenuen dazu zu verwenden, mehr und mehr Schulhäuser zu errichten, um dem mit jedem Jahre wachsenden Bedarf möglichst zu genügen, zeigen folgende vergleichende Zahlen: 1850 bestanden 6 Schulhäuser mit Sitzen für 1800 Schüler, 1865 sind es 22 Schulhäuser mit Sitzen für 10,000 Schüler, freilich noch immer nicht hinreichend, um allen Anforderungen zu entsprechen, und 2000 Applikationen mußten während des letzten Jahres wegen Mangel an Raum abgewiesen werden. (Bayer. Ztg.)

Karlsruhe. Die „Karlsr. Zeitung“ meldet, daß durch Entschließung des Großherzogs vom 3. d. M. der Landtag für 1866/67 als geschlossen erklärt sei, und fügt hinzu: „Die Absicht, diesem Landtag keine weiteren Vorlagen zu machen,“ ist von den Mitgliedern der großh. Regierung in beiden Kammern, als den Verhältnissen entsprechend, in bestimmter Weise angedeutet worden. Dem nächsten Landtag, welcher — falls nicht unerwartete politische Vorgänge eine außerordentliche Session wünschenswerth machen sollten — zur Fortsetzung der regelmäßigen Arbeiten der Landesvertretung gegen Schluß d. J. einberufen werden wird, sollen, wie man weiter vernimmt, die von der großh. Regierung bereits in Aussicht gestellten und in den Ressortministerien vorbereiteten Gesetzvorlagen gemacht werden.“

Frankfurt, 3. Jan. Die ständige Bürgerrepräsentation der Stadt Frankfurt (das Einundfünfziger-Kollegium, wie es nach der Zahl seiner Mitglieder genannt wird) ist durch eine vom 31. Dez. datirte königliche Verordnung mit allen ihren früheren Attributionen und Aemterdeputationen reactivirt und zugleich vom Beginne dieses Jahres an bis zur Einführung einer neuen Gemeindeverfassung mit den Befugnissen der ehemaligen gesetzgebenden Versammlung bezüglich der administrativen Angelegenheiten der Stadt bekleidet worden. (N. Korr.)

Aus **Hannover** wird der „Kreuzzeitung“ geschrieben: „Die Anmeldungen vormals hannoverischer Offiziere zum Eintritte in die kgl. preuß. Armee mehren sich seit den letzten Tagen. Eine Anzahl von Orden, welche der König Georg an verschiedene Offiziere der vormaligen hannoverischen Artillerie-Brigade zur Vertheilung eingeschickt hatte, darf den designirenden Herren nicht mehr übergeben werden, weil der General-Gouverneur die nachgesuchte Genehmigung nicht ertheilt hat.

Berlin, 4. Januar. Die Bevollmächtigten des norddeutschen Bundes sind sämmtlich wieder hier und haben heute bereits ihre Berathungen wieder aufgenommen. Das Normalbudget und die Beamtenausschließung sind die hervorragenden Gegenstände, welche augenblicklich überall diskutirt werden. Die Freunde der Regierung theilen die Bedenken nicht, welche die Gegner derselben gegen beide Punkte vorzubringen haben; sie nennen es eine doktrinäre Verblendung, wenn sich letztere gegen ein Normalbudget für das Bundesheer erklären, und meinen, daß sich nur durch die Aufstellung eines Normalbudgets eine Verständigung mit den Bundesregierungen über den Verfassungsentwurf erreichen lasse. Was die Beamtenausschließung von dem norddeutschen Parlamente betrifft, so ist es allerdings sonderbar, wenn gerade die demokratische Partei so sehr dagegen eifert. Diese Partei konnte in der Zeit, wo es sich um die Aufstellung der preuß. Verfassung handelte, nicht Gründe genug dafür auffinden. Es schien ihr damals eine Volksvertretung mit Beamten der Regierung eine contradictio in adjecto zu sein. Die demokratische Partei muß ein außerordentlich schlechtes Gedächtniß haben, daß sie sich an ihr früheres Programm so gar nicht mehr erinnert. Wenn sie übrigens jetzt auf einmal den Beamtenstand für den alleinigen Träger der politischen Intelligenz in Preußen ansieht, so macht sie sich selbst ein schlechtes Compliment und dem preußischen Volke einen schwer wiegenden Vorwurf, indem sie nichts Geringeres behauptet, als daß das preußische Volk unfähig sei, sich selbst zu vertreten. Welche Intelligenz von einem preußischen Vertretungskörper auch ohne Beamten entwickelt werden kann, hat die Ständecurie des vereinigten Landtags dargethan. Die Presse ist übrigens auch in den unabhängigen Blättern durchaus nicht einstimmig in der Verwerfung der Beamtenausschließung. Die Erwägungen der „Spen. Z.“ verdienen in dieser Beziehung die vollste Beachtung. Auch die „Post“ bringt heute einen ausgezeichneten Artikel über diesen Gegenstand.

Schleswig-Holstein. Die gestern gemeldete Proklamation des Herzogs Friedrich lautet: Schleswig-Holsteiner! Während einer ernsten und wechselvollen Zeit haben wir in fester Gemeinschaft ein großes Ziel erstrebt. Es galt eine nationale Pflicht zu erfüllen, die Herzogthümer von der Fremdherrschaft zu befreien und die von unseren Vorfahren gesetzten Grenzen Deutschlands zu retten. Wir preisen Gott, daß er unsere Bestrebungen segnete. Mochten wir auch verhindert werden, zum zweiten Male mit den Waffen für unsere Freiheit einzutreten, so war es doch unser erster ruhmreicher Befreiungskampf, Euer fester Widerstand in langen und trüben Jahren, es war mein Recht, welche den Waffen Oesterreichs und Preußens die Bahn brachen und unserer alten Losung: Frei von Dänemark! den endlichen Sieg errangen. Wir konnten unsere nationale Pflicht dadurch erfüllen, daß wir für das Recht des Landes auf Selbstständigkeit eintraten. Ihr wißt es, daß nicht persönlicher Ehrgeiz, sondern nur das Bewußtsein meiner Pflicht mein Handeln bestimmt hat. Die

freiheitliche Entwickelung des Landes war gesichert durch eine Verfassung, an die sich für uns theuere Erinnerungen knüpften. Ihr waret einig mit mir darin, daß Schleswig-Holstein allen Anforderungen genügen müsse, welche die bundesstaatliche Einigung Deutschlands an uns stellen mochte. Ja selbst als es sich darum handelte, Schleswig-Holstein in ein einseitiges Verhältniß zu Preußen, als der Vormacht in Norddeutschland, zu bringen, habe ich, Eurer Zustimmung gewiß, dem Könige von Preußen schon im ersten Monate des Krieges gegen Dänemark aus freien Stücken Anerbietungen gemacht, welche damals zu einer vollkommenen Verständigung zwischen dem Könige und mir führten. Ein blutiger Kampf hat die Verfassung Deutschlands gesprengt und, obgleich wir nicht in Waffen standen, obgleich die innere Selbstständigkeit Schleswig-Holsteins mit den neuen Formen, die man für Norddeutschland zu schaffen sucht, verträglich ist, unser Landesrecht niedergeworfen. Ich kann das Unrecht, welches den Herzogthümern widerfährt, nicht befördern. Ich werde daher mein und des Landes Recht verwahren. Und wenn Nordschleswig der dem Auslande verheißene Kaufpreis ist, um an uns ein Unrecht begehen zu dürfen, so will ich wenigstens das Recht der Nordschleswiger, bei Schleswig-Holstein zu bleiben, und das Recht Deutschlands auf Nordschleswig aufrecht erhalten. Aber ich bin außer Stande, das Landesrecht gegenwärtig mit Wirksamkeit zu vertheidigen oder Euch gegen die Gefahren, mit welchen die Gewalt jedes thatsächliche Eintreten für dasselbe bedroht, zu schützen. Ich darf daher die Gewissen nicht beschweren, und gebe Euch hiermit alle Verpflichtungen zurück, welche Ihr einzeln oder in Gemeinschaft durch Eide, Gelöbnisse oder Huldigungen gegen meine Person übernommen hat. Ich kann Euch daher auch nicht zu einem bestimmten Handeln auffordern, und es bedarf dessen nicht. In langen Kämpfen habt Ihr stets die Ehre des Landes aufrecht erhalten. Die Pflichten gegen Deutschland und Schleswig-Holstein werden auch in Zukunft der Leitstern Eures Handelns bleiben. — Schleswig-Holsteiner! Was auch die Zukunft bringen möge, wir dürfen auf die Vergangenheit mit dem Bewußtsein zurückblicken, einen guten Kampf gekämpft zu haben. Trotz aller Verlockungen habt Ihr den alten Ruhm der Holstentreue rein erhalten. Eure Treue und Liebe machten mir die Prüfungen dieser Jahre leicht. Die Zeit und die Wandlungen derselben werden das Band der Liebe und des Vertrauens, welches zwischen uns besteht, nicht lockern. Für alle Zeiten werde ich mit dem Glück und Unglück Schleswig-Holsteins mit allen Fasern meines Herzens verwachsen bleiben. Gott behüte Euch! Gott segne unser theures Vaterland! Baden, den 2. Januar 1867. Friedrich, Herzog von Schleswig-Holstein."

Wien, 5. Jan. In der inländischen Presse ist die Aufmerksamkeit ausschließlich dem Januar-Patent zugewendet. Die Organe der deutsch-österreichischen Verfassungspartei sind einmüthig darin, daß eine Abweichung von der bestehenden Wahlordnung zum Reichsrath jene Versammlung zu einer verfassungswidrigen machen würde. Sie sind aber auch ebenso einmüthig in der Mahnung zur Theilnahme an den Neuwahlen für die Landtage. Schon regt sich allerorten die Agitation für diese, und in Steiermark wie in Böhmen sind auch die Wahlen selbst bereits ausgeschrieben. Eine Amnestie soll dieselben noch einleiten.

Das „Mémorial Diplomatique" läßt sich aus **Wien** melden, der österreichische Minister des Auswärtigen habe den Unterzeichnern des Pariser Vertrages ein gemeinsames Einvernehmen im Hinblick auf die orientalischen Wirren vorgeschlagen, um zu verhindern, daß dieselben von einer einzelnen Macht zu ihrem Vortheile ausgebeutet werden. In solcher Allgemeinheit ist diese Nachricht nur von geringer Bedeutung. Wäre ein solches Einvernehmen möglich, so hätte es auch keine Gefahr mehr mit der orientalischen Frage. Uebrigens steht es mit der Angabe des „Mémorial" stark im Widerspruch, wenn gleichzeitig aus Paris gemeldet wird, daß Kaiser Napoleon schon früher in der griechischen Angelegenheit eine Konferenz in Vorschlag gebracht hat, welche jedoch an dem Widerstreben Oesterreichs und Englands gescheitert sei. Was ist für ein Unterschied zwischen der von Frankreich verlangten Konferenz und dem von Hrn. v. Beust nunmehr vorgeschlagenen Einvernehmen? Wir fürchten sehr, daß alle diese diplomatischen Versuche sich als ohnmächtig erweisen und die Voraussagung der „Kreuzzeitung" sich bewährt, wonach die orientalischen Angelegenheiten größere Dimensionen anzunehmen drohen. Aus Petersburg, 29. Dezember, wird gemeldet: „Es wird jetzt hier eine Ausstellung mit Lotterie zu Gunsten der „Candioten" vorbereitet. An der Spitze des Unternehmens steht niemand Geringerer als der Bruder Sr. Majestät, der Großfürst Nikolaus. So hat denn das Wort der „Moskauer Zeitung": man müsse etwas für die kämpfenden Kretenser thun, vorläufig in diesem Sinne gewirkt. Daß man übrigens durchaus nicht gesonnen ist, die Frage zu erdrücken, wie es Frankreich wünscht, geht aus allen Umständen hervor."

Die Frage, wer die Verantwortlichkeit dafür trägt, wenn in **Spaniens** Staatsleben die Ordnung eine fremde Welt ist, beantwortet die „K. Z." wie folgt: „Nicht zum kleinsten Theile der Hof und dessen Paladin, Narvaez, der sich jetzt in der „Gaceta" mit den Adhäsions-Adressen der Regimenter von der Madrider Besatzung rühmt, nachdem er unter den Offizieren durch die Unterschriften zwischen sich und der Nation hat abstimmen lassen und dies durch Abdruck der Offiziersnamen im „Staatsanzeiger" bekannt macht. Wie der Kriegsminister dieses Suffrage militaire bewirkt hat, begreift sich leicht. Die Mittel zum Staatsstreiche wurden in Paris vorbereitet, indem das Haus Fould u. Comp. eine Anleihe von neunzig Millionen dazu hergab. Daß an eine Herstellung des Gleichgewichts im Budget bei dieser Anleihe nicht gedacht, daß die Finanzlage dadurch folglich bedeutend verschlechtert wird, leuchtet ein, wie der „Espagnol" mit richtigem Blicke auch bereits zur Warnung für spekulationslustige auswärtige Kapitalisten nachgewiesen hat. Die Geschäftswelt wird wohl thun, wenn sie sich fernerhin nicht mehr mit diesen Narvaez, Fould u. Comp. gemein macht."

Das Organ der Kaiserin Eugenie, „La France", plaidirt denn auch dafür, daß Narvaez streng-konstitutionell handle. Nach Privatbriefen aus Madrid fügten die Behörden bei Verhaftung der Cortes-Mitglieder Hohn und Rohheit zur Gewalt; der Gouverneur von Madrid, Pezuela, habe sich dabei besonders ausgezeichnet und, was er gar nicht nöthig hatte, die ihm besonders verhaßten Deputirten in eigener Person verhaftet; ja Castro, den Sekretär des Hauses, habe er mit der Faust in's Gesicht geschlagen.

Frankfurter Börse (31. Dezember bis 5. Januar.)

5. Januar. Der Neujahrsgruss in Paris lautete diesmal so sanft und salbungsvoll ergeben, dass, wenn es nach den allerhöchsten Worten geht, man hoffen darf, es werde in diesem Jahr kein Wässerchen getrübt werden. Da von den Börsen gerade nicht zu sagen ist, dass sie Gefühlspolitik treiben, so lässt sich hoffen, dass, wenn nur irgend das neu begonnene Jahr sein Wort hält und gutes Wetter und Sonnenschein bringt, sie ihren lang und gewaltsam zurückgehaltenen Trieben freien Lauf lassen werden. Die letzten Tage zeigten wenigstens gute Dispositionen dafür.

Von süddeutschen Fonds waren bayerische gefragt; badische dagegen matt; eine zweite Serie des 4½ pCt. Anlehens von Thlr. 5,000,000 ist jetzt von dem Consortium, welches die Prämie darauf hatte, genommen worden. Sehr lebhaftes Geschäft fand in neuen bayer. 100 Thlr. Loosen statt, deren definitive Stücke jetzt ausgegeben werden. Namentlich die Händler des Inlandes kauften stark, indem sie auf steigende Nachfrage des Privatpublikums rechnen, auch wurden z. Z. hier und in Berlin viele Stücke nach Erscheinen lieferbar versprochen, die jetzt beschafft werden müssen. Das Effekt stieg an gestriger Börse um 1½ pCt. auf 97½, um heute gefragt zu 96½ zu schliessen. — Amerikaner im Laufe der Woche bereits bis 77½ à ¾, verloren gestern auf ungünstige Gerüchte über die Vorgänge im Kongress den 77er, befestigten sich jedoch heute wieder und bleiben 77½. Wie wir hören, beschäftigt man sich in massgebenden Kreisen mit Vorbereitungen, auch für andere amerikanische Effekten, als Eisenbahn-, Einzelstaaten-, Grafschaft- und Städtebonds, ein in früheren Jahren beliebtes Geschäft wieder in Gang zu setzen. Wir sagen — Eile mit Weile!

In österr. Fonds war in abgelaufener Woche etwas regerer Verkehr, da Wien etwas bessere Valuta meldete, und mehrere Kategorien schlossen mit einer kleinen Kursavance. Besonders gesucht waren 1860er Loose im Hinblick auf die bevorstehende Ziehung; es ist ohnedies Stückemangel in dem Effekt, das sich auf 63¼ erhöhte.

Von Kr.-A. haben sich österr. um fl. 5 gebessert, auch Darmstädter notiren um 1 pCt. im Briefkurs höher. Eine Dividenden-Abschätzung der ersteren ist nicht thunlich, da der Verwaltungsrath selbst die Abschlagszahlung per 1. Januar nur annähernd festsetzen konnte. Man mag froh sein, wenn sie gegen das Vorjahr (4½ pCt. nicht zurückbleibt. Berlin hat für Darmstadt keine Dividende angenommen und den Kurs unter Belassung der bereits gezahlten 4pCt. Zinsen nicht geändert; dies dürfte wohl auch zutreffen. Frankfurter Bank unverändert stagnirend, auch österr. Nationalbank in rückgängiger Tendenz; es wird sich zeigen, ob die Generalversammlung es durchsetzt, für ein Darlehen von 80 Millionen, welches sie dem Staate für das Privilegium der Notenemission zinslos gewährte, jetzt, nachdem dieses Privilegium durch die Staatsnotenemission thatsächlich gebrochen ist, eine entsprechende Zinsvergütung zu erhalten.

E.-B.-Aktien sind in das neue Jahr gut behauptet übergetreten und haben sich eher um eine Kleinigkeit im Kurs gebessert. — Der Dezember-Ausweis der Taunusbahn zeigt für den Dezember ein Minus von fl. 5557 gegen den gleichen Monat des Vorjahres; der Ausfall des ganzen Jahres beträgt bei einer Gesammteinnahme von fl. 547 [illegible] gegen 1865 im Ganzen fl. [illegible]; die Aktionäre müssen sich daher auf eine sehr geschmälerte Rente gefasst machen. — In Prioritäten, besonders Frankenwährung, lebhafter Verkehr, im Vordergrund standen Livorneser und Toskaner, die bis 55, resp. 64 gehandelt wurden.

Wir treten in das neue Jahr mit derselben Abundanz und Willigkeit des Geldmarktes, womit das alte schloss und es scheint nicht, dass bei der Masse unbeschäftigten Kapitals dieser Zustand so bald umschlagen werde, denn namentlich in England hat sich der Spekulationseifer gewaltig abgekühlt. Von fremden Wechseln London und Paris begehrt und besser bezahlt, auch Berlin nicht unter Pari, preussisches Papiergeld nur mit Agio zu haben. — Der Ausweis der Frankfurter Bank per 31. Dezember zeigt eine weiter verminderte Frage nach Kapital.

	31.	1.	2.	3.	4.	5.
5% Oestr. National	49 7/8		50 1/8	50 1/8	50 1/8	50 1/8
5% do. Metal. (1859)	58 3/8		58 1/2	58 1/8 B	58 1/2	58 1/8 B
4% do. Loose (1860)	63 1/2 B		63 5/8	63 1/2	63 5/8	63 3/4
— do. do. (1864)	66		67	67 1/4 B	66 3/4	66 3/4
Oestr. Kreditl. (58)	114 3/4		—	—	—	113 1/2
5% Bayer. Obligat.	100 1/2 B		100 1/4 B	100 1/4 B	100 1/4	100 1/4 B
4 1/2% do. do.	94 5/8		94 1/4	94 5/8	95 B	95 B
4% do. do.	90 1/4		91	91	90 1/2 B	90 1/2
4% do. 100 Thl.-L.	95 3/4 B		95 1/2	95 7/8	97 1/2	96 7/8
4 1/2% Württemb. Obl.	94 1/2 B		94 1/2 B	94 1/2 B	93 7/8	94 1/4 B
3 1/2% do. do.	83 B	Feiertag.	83 B	—	84 B	84 B
4 1/2% Badische do.	93 1/4 B		93 1/4 B	93 1/4 B	93 1/4 B	93 1/4 B
4% do. do.	88 1/2		89	89	89	89
3 1/2% do. do.	83		83 1/4 B	83 1/4 B	83 1/4	83 1/4
4% Darmstädt. do.	93 5/8		93 5/8	93 5/8 B	93 5/8	93 5/8
3 1/2% do. do.	87		87	87 1/2	88	88
4 1/2% Nassauer do.	94 3/4 B		94 7/8 B	94 7/8 B	95 B	95 1/4 B
4% do. do.	88		88	88 1/8	88	88
3 1/2% do. do.	83 3/4		—	84	84	84 1/2
4% Kurhess. do.	93 B		93 B	93 B	93 1/4 B	93 1/4 B
3 1/2% Frankf. do.	81 3/4		82 1/2	82 1/4 B	82 3/4 B	82 3/4 B
3% do. do.	72 1/2		72 1/2	73	72 7/8	72 7/8
6% Amerik. (1882)	76 5/8		77	77 3/8	77 3/8	77 1/8
Oestr. Kredit.	132		139	139	139 1/2	139 1/2 B
Oestr. Nat.-Bank	645 B		643	643	644	642
Frankfurter do.	128		128 3/4 B	128 1/2 B	128 1/4	128 1/4 B
Bexbacher E.-B.	152 B		152 B	152	152 1/2	153 B
Bayer. Ostbahnen	117 1/2 B		117 1/2	117 3/4 B	117 1/2 B	117 1/4 B
						(Aktionär).

Neueres.

Berlin, 7. Jan. Der „Montagszeitung" zufolge wird der König die Generale Manteuffel und Göben persönlich dotiren.

Berlin, 7. Jan. Das Herrenhaus ist definitiv zum Parlamentslokal designirt.

Berlin, 7. Jan. Durch eine Bekanntmachung des Ministers des Innern ist die Auslegung der Wahllisten zum Norddeutschen Parlament auf den 15. Januar und für die Wahlen selbst auf den 12. Februar c. für den ganzen Monarchieumfang festgesetzt.

Dresden, 4. Jan. Die „Const. Z." erfährt, daß sowohl Hr. v. Varnbühler wie Hr. v. Dalwigk sehr bald das Schicksal des Hrn. v. d. Pfordten theilen werden.

Prag, 5. Jan. In der gestrigen Versammlung des Bürger-Infanteriekorps haben stürmische Auftritte stattgefunden. Anlaß dazu gab die Frage der Einführung des Kommando's in czechischer Sprache. Die Versammlung blieb resultatlos. Der Korpskommandant hat sein Ehrenamt niedergelegt.

Agram, 6. Jan. In Folge aus Wien eingelangter Ordre hat der croatische Landtag seine Sitzungen einzustellen. Heute findet die letzte Sitzung statt.

Brüssel, 7. Jan. Man versichert, die Befürchtungen verschiedener Journale in Betreff einer Unterbrechung der Beziehungen zwischen Holland und Belgien wegen der Aeußerungen des holländischen Ministers des Aeußern und des Finanzministers in der ersten Kammer gegen den belgischen Minister Rogier seien unbegründet. Rogier wurde nur als Mitglied der Kammer angegriffen.

Konstantinopel, 6. Jan. In den bei Fonia stattgehabten Gefechten sind 300 Aufständische gefallen. Ein russisches Kriegsschiff hat 4500 nach der Meeresküste hingedrängte Insurgenten, worunter viele Frauen und Kinder, nach dem Pyräus geführt. — Ein kaiserlicher Kommissär wurde zu Selinos vom griechischen Klerus und der Bevölkerung freudig empfangen. Die Nachrichten der ausländischen Zeitungen über den Aufstand in Thessalien sind sehr übertrieben.

Konstantinopel, 7. Jan. Die Bulgaren überreichten dem Sultan eine Vertrauensadresse, darin die Emanzipirung vom lästigen Drucke der griechischen Kirche betonend. In allen Schichten der türkischen Bevölkerung herrscht eine zunehmende Erbitterung gegen Griechenland. Die Beziehungen der Pforte zu Frankreich sind die innigsten.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Op. l. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	62 1/4 G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	55 1/4 P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	50 3/4 P. 5/8 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	—
"	4 1/2 pCt.	37 6/4 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 1/2 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	95 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 7/8 P. 5/8 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	91 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	91
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 3/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 1/4 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	83 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	93 1/4 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	8. 1/4 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	88 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	94 1/2 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	86 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	84 6/8 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	83 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/2 pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	82 3/4 P.
N.Amerika	6 pCt. à 100fr. 1881 D. 2 1/2	77 1/2 P.
"	6 pCt. ditto r. 1882	77—76 7/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . .	124 1/2 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	653—50 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	140 1/2 P. 140 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	90 1/4 P
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	207 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	93 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	343 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	109 P.
Oest. V.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 5/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	152 1/2 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt	89 3/4 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	105 1/4 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt	46 3/8 P. 1/8 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	89 1/2 P. 1/4 G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	—
3pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	44 1/8 P. 43 7/8 G.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	117 1/4 P. 117 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	116 3/4 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 1/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Berlin Th. 60 k. S	105 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 1/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	118 5/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S	94 1/8 G.
Petersburg 60 S.-R	—
Triest fl. 100 k. S	—
Wien fl. 100 ö. W.	89 5/8 G.
do. in öst. W. l. S.	89 5/8 G.
Disconto . . .	3 1/2 pCt. fl.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	101 1/2 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	53 3/4 G.
" fl. 500 v. 1860 5/7	61 1/2—1/4 G.
" fl. 100 Kreb. L. v. 1858.	—
" do. v. 1864.	66 3/4 G.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	97 1/2 P. 96 7/8 G
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 P.
Badische fl. 35	61 1/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	52 5/8 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
" fl. 25 do.	39 7/8 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 P.
Sardinische Fr. 36 b. h.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28 1/8 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-1	10 3/4 P.

Frankfurt, 7. Jan. Aus der Fassung der neuesten Kabeldepesche geht hervor, daß die schon seit einiger Zeit cirkulirende Nachricht von einer beabsichtigten Anklage wider Johnson allerdings nicht aus der Luft gegriffen war. Die neuesten Goldkourse, welche abermals ungünstiger kamen, deuten ebenfalls auf eine starke Agitation, ja an der Pariser Börse cirkulirte gestern sogar das Gerücht von einer Verhaftung Johnsons. Amerikaner waren in Folge dessen hier ebenfalls matt und verkehrten etwas niederer, wie am letzten Börsentage. In österreichischen Werthen war das Geschäft ziemlich lebhaft, die bereits am Samstag Abend zum Durchbruch gekommene Hausse machte gestern und heute weitere Fortschritte und waren wiederum 60er Loose im Vordergrund des Verkehrs. In 5 pCt. Steuerfreien viel Geschäft, da Posten für Privatrechnung gegen andere Metalliques eingetauscht werden. Italienische Prioritäten wurden heute sehr lebhaft gehandelt und waren bedeutend höher, als bisher, da die Auszahlung von deren Coupons nunmehr hier begonnen hat; dagegen Staatsbahn flau. Für bayerische Loose machten sich die schon angegebenen Gründe in Berlin besonders geltend und gewannen solche seit unserem letzten Berichte 1 3/8 pCt. Von Eisenbahnaktien fand einiges Geschäft in Ostbahn und Hanau zu ziemlich unveränderten Coursen statt. Süddeutsche fest bei nicht belangreichem Geschäft. Von Wechseln Paris besser. Geldstand fortwährend günstig. Preußische Cassenscheine etwas matter. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
N. Würzb. Ztg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 9. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 9. Januar 1867.

München, 5. Jan. Da in den Zeitungen nicht selten Gewicht auf die angeblich großen Summen gelegt wird, welche die „Bayerische Zeitung“ kosten soll, so dürfte zur Richtigstellung dieser Behauptung die aus guter Quelle geschöpfte Notiz von Interesse sein, daß in dem eben abgelaufenen Jahr der ganze Zuschuß, welchen genanntes Blatt aus Staatsfonds erhielt, auf beiläufig tausend Gulden sich belaufen hat. Im vorigen Jahr soll, wenn ich recht berichtet bin, dieser Zuschuß etwa 2000 fl. betragen haben. Diejenigen haben also jedenfalls Unrecht, welche so reden, als ob die „Bayer. Zeitung“ die vom Landtage für Preßzwecke verwilligten jährlichen 20,000 fl. für sich allein oder größtentheils ausbrauche. (N. C.)

Frankfurt, 4. Jan. Der ehemalige Frankfurter Senator v. Bernus (ein hervorragendes Mitglied der großdeutschen Partei) hat in einem Privatbrief nunmehr definitiv von Frankfurt Abschied genommen. Die betreffende Stelle des Schreibens lautet im Auszug: „Mich von Frankfurt zu trennen, ist mir sehr schwer geworden, und es hat mich manche bittere Stunde gekostet, bis ich mit mir einig war. Das Beispiel meiner Vorfahren (französischer Emigranten in Folge der Aufhebung des Edikts von Nantes), die der Freiheit ihrer Ueberzeugung das Vaterland opferten, hat auch mich gestärkt, daß ich mir die Freiheit meiner Ueberzeugung wahre, als freier Bürger geboren, mir ein Vaterland (Schweiz) suche, wo ich als freier Bürger mich fühlen, als freier Mann einst sterben kann — so Gott will! Aber ich fühle das täglich tiefer, daß tausend und tausend Fäden der Seele mich an meine liebe Vaterstadt fesseln, daß sie meinem Herzen immer das wahre Vaterland bleiben wird und der erste freie Luftzug mich ihr wieder zuführt. Ich wünsche von ganzer Seele, daß meine Mitbürger meinen Schritt nicht mißdeuten. Der ganze Stolz meiner Seele war, mir die Achtung und Zuneigung meiner Mitbürger zu gewinnen; möcht' ich nichts davon verlieren, was ich etwa errungen habe. Gott segne Frankfurt!“

Frankfurt, 4. Jan. Von zwei hiesigen Bürgern, die dieser Tage, wenn auch nicht in offizieller Eigenschaft, in Berlin waren, sind Tröstung verheißende Mittheilungen mitgebracht worden, welche jedoch freilich über Versprechungen nicht hinausgehen. Sowohl Graf Bismarck-Bohlen (zu einer Audienz bei dem Ministerpräsidenten konnten sie nicht gelangen), wie der Minister v. Eulenburg und Justizrath Wagener, der bekannte Kreuzzeitungs-Mann, zu dessen Ressort die Frankfurter Angelegenheit gehört, haben sich mit einem der erwähnten Bürger in der eingehendsten Weise über unsere Verhältnisse unterhalten und dabei das regste Interesse dafür an den Tag gelegt. Als greifbares Resultat dieser Unterredung darf wohl angesehen werden, daß die preußische Städteordnung in nicht allzuferner Zeit, jedenfalls noch vor Oktober l. J., bei uns eingeführt werden wird, und daß wir auf Beibehaltung der Guldenwährung mit Sicherheit rechnen dürfen. Bezüglich der Hauptsache, der Rückzahlung der Sechsmillionen-Kontribution oder wenigstens Verwendung derselben zu höchst dringlichen Bauten ꝛc. scheint man sich jedoch in den maßgebenden Kreisen noch zu keiner bestimmten Zusage herbeigelassen zu haben.

Berlin, 3. Januar. Seit den Friedensschlüssen vom vorigen Sommer war in den Bezügen zu den süddeutschen Staaten ein Entgegenkommen Preußens bemerkbar, wenn auch bis jetzt nicht für den Eintritt in den norddeutschen Bund. Auch die Zuziehung von Bevollmächtigten Bayerns und Sachsens zu den handelspolitischen Verhandlungen in Wien ist ein neuer Beweis dafür. Andererseits deutet die Ernennung des Ministeriums Hohenlohe zu München darauf hin, daß ein süddeutscher Bund im anti-preußischen Sinne keine Fortschritte macht. Nach hiesiger Auffassung hat die Mäßigung Preußens nach dem Kriege darauf eingewirkt. Man erkennt überall, daß in gegebener Zeit europäische Krisen bevorstehen, welche ein Zusammenhalten der deutschen Staaten früher als man gewöhnlich annimmt, bewirken müßten. Es gibt eine in politischen Kreisen ziemlich verbreitete Ansicht, daß zwar nicht ein Krieg, doch eine diplomatische Verwickelung zwischen Preußen und Frankreich noch vor der definitiven Bildung des norddeutschen Bundes eintreten könnte. Frankreich wird sich aber doch mit der Erneuerung eines Versuches, dessen Mißlingen ihm keinen sonderlichen Ruhm eingebracht hat, nicht übereilen. Inzwischen ist die Neujahrsrede des Kaisers Napoleon sehr friedlich aus-

Feuilleton.

Vermischtes.

(Pariser Weltausstellung.) Aus Paris, 3. d., wird geschrieben: „Der Andrang von Restaurants zu der Ausstellung ist so groß, daß man die Zahl der Personen, welche täglich dort gespeist werden könnten, auf 100,000 berechnet. Nicht nur alle europäischen Küchen, sondern auch die culinarischen Künste der Egypter, der Tunesen und des himmlischen Reiches werden vertreten sein. Vor dem Pavillon der Kaiserin wird täglich ein Militär-Concert stattfinden. Es ist auch davon die Rede, daß die Musikbanden verschiedener fremder Armeen im Gefolge ihrer Souveräne nach Paris kommen und sich auf dem Marsfelde produziren sollen. Endlich entwirft man in diesem Augenblicke auch die Pläne zu einem in dem Park zu errichtenden Saale für Vorlesungen und technische Demonstrationen und Experimente.

(Auswanderer auf englischen Emigrantenschiffen.) Die „Engl. Corr.“ berichtet: Im Laufe des Jahres 1866 segelten auf den von der Regierung controlirten Emigrantenschiffen 106,757 Auswanderer ab, von denen 20,780 Ausländer waren; dazu kommen 5922 Cajüten-Passagiere, deren Nationalität nicht bekannt ist, sowie 9712 Auswanderer auf anderen Schiffen, so daß die Totalsumme sich auf 122,391 Personen — 1337 mehr als im vorigen Jahre stellt. Nach den Vereinigten Staaten gingen 92,224, nach Canada 6058, nach Neuschottland 634, die Uebrigen nach Australien.

(Ein deutsches Kunst- und Gewerbe-Museum in Berlin.) In der preußischen Metropole sind seit Jahr und Tag Vorbereitungen im Zuge, welche sich auf die Errichtung eines Kunst-Industrie-Museums beziehen, das den stolzen Titel: „Deutsches Kunst- und Gewerbe-Museum“ führen soll. Seit einigen Tagen liegt uns das Programm eines derartigen Institutes vor, unter dessen Gründern wir die Namen der hervorragendsten Abgeordneten, Kunstgelehrten und Industriellen von Berlin wiederfinden. Das Programm lehnt sich in seinen Hauptzügen dem Vorbilde des South-Kensington-Museums an und hat auch viele Einrichtungen von dem österreichischen Museum für Kunst und Industrie herübergenommen, dessen in der ehrenvollsten Weise gedacht wird. Zur Errichtung eines geeigneten Gebäudes für das Museum und zur Anlegung der nothwendigsten Sammlungen soll vorläufig ein Kapital von 250,000 Thalern durch Subscription herbeigeschafft werden. Der Appell richtet sich, wie billig, in erster Reihe an die Industriellen. Gleichzeitig mit dem Museum sollen Unterrichtskurse für den Gewerbestand ins Leben treten und mit jenem in unmittelbarer Verbindung stehen; sowohl das Museum als die Schule zerfallen in eine technisch-wissenschaftliche Abtheilung und in eine Kunstabtheilung. Das System des Museums für ornamentale Kunst ist jenem des österreichischen Museums vollständig analog; in der Kunstgewerbeschule sollen Zeichnen, Malen und Modelliren, mit praktischen Uebungen im Entwerfen von Mustern und im Componiren, ferner die Hilfsfächer: Anatomie, Perspective, Farbenlehre, Stillehre, Kunstgeschichte u. s. f. gelehrt werden. (N. fr. Pr.)

Die Eidesverweigerung aus religiösen Scrupeln ist eine seltene Erscheinung in den Gerichtssälen; doch ist sie in den letzten Wochen zweimal vorgekommen, das eine Mal in Antwerpen, woselbst der Verweigernde vorgab, daß er an keinen Gott glaube, das andere Mal in Brüssel von Seiten eines protestantischen Handwerkers, der den Eidschwur für eine Verletzung des biblischen Gebots erklärte. Der eine wie der andere wurde, trotz aller Garantien, welche die Verfassung für Gewissensfreiheit bietet, auf Grund des Code civil zu 100 Frs. Buße verurtheilt.

gefallen, wovon man hier, nach der offiziösen Sprache einiger Blätter zu urtheilen, schon vorher Kenntniß hatte. Die Erwähnung der „festen Throne“ ist nicht ohne ironischen Accent am Schlusse des für manchen Königssitz so verhängnißvollen Jahres. (Schw. M.)

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 4. d. schreibt: „Die preußische Regierung hat, wie wir erfahren, die Mitglieder des norddeutschen Bundes von ihrem Entschluß in Kenntniß gesetzt, das Parlament zum 15. Februar d. J. einzuberufen, und eine Anzahl Regierungen hat bereits ihre Uebereinstimmung mit diesem Entschlusse des preußischen Kabinets ausgesprochen. Preußischerseits sind alle Anstalten getroffen, um die Wahlen zum Parlament nach Möglichkeit zu beschleunigen. Aus dem Ministerium des Innern ist das Wahlreglement den Landräthen und den Bürgermeistern der Städte direkt, nicht, wie es sonst zu geschehen pflegt, durch Vermittlung der Bezirksregierungen zugefertigt worden. In einer Ministerialverfügung werden gleichzeitig die Behörden aufgefordert, die Vorbereitungen zu den Wahlen auf alle Weise zu beschleunigen und namentlich die Abgrenzung der Wahlbezirke, die Ernennung der Wahlvorstände und die Aufstellung der Wählerlisten unverzüglich zu veranlassen, damit am 15. Januar die Auslegung der Listen überall beginnen könne.

Die „Rheinische Zeitung“ hat eine Statistik ihrer Preßprozesse und der sonstigen polizeilichen Aufmerksamkeiten, deren Gegenstand sie im abgelaufenen Jahre war, veröffentlicht. Wir erfahren daraus, daß das Blatt in den aus dem Jahr 1865 datirenden Prozessen siebenmal verurtheilt und siebenmal freigesprochen wurde; während 31 Anklagen, welche wegen im Jahr 1866 begangener Preßvergehen erhoben wurden, in 19 Fällen mit Freisprechung und in 12 mit Verurtheilung endeten; 13 Artikel wurden Gegenstand von Anklagen, welche bis jetzt nicht verhandelt sind, und 31 Konfiskationen wurden über das Blatt verhängt, von denen 14 gar nicht zur gerichtlichen Verhandlung kamen, und 5 die schließliche Freigebung zur Folge hatten. Das neue Jahr begann mit der Konfiskation der Nummer 1, welche den Rückblick auf das Jahr 1866 enthielt. Die meisten Konfiskationen fanden im Monat August v. J. statt. (Fr. J.)

Gotha, 3. Jan. Das „Kob. Tagblatt“ schreibt unter diesem Datum: „Von Seiten unseres Herzogs, des Großherzogs von Weimar, der Herzoge von Altenburg und Meiningen war sicherem Vernehmen nach in Anbetracht der gegenwärtigen, die Existenz der deutschen Kleinstaaten im höchsten Grade gefährdenden Zeitumstände für den letzten Sonntag im vorigen Jahre eine **Konferenz** verabredet worden, welche hier stattfinden sollte; dieselbe hat jedoch trotzdem, daß bereits verschiedene Vorbereitungen dazu getroffen waren, aus bis jetzt unbekannten Gründen nicht stattgehabt. — Während nun von der Wiederaufnahme des Projekts nichts berichtet wird, erhält das „Fr. Journal“ folgende Depesche aus Berlin, 5. Januar: „Die Konferenz der thüringischen Fürsten in Meiningen betrifft das Projekt, die thüringischen Herzogthümer unter dem Großherzog von Weimar zu vereinigen.

Schleswig-Holstein. Die Eingabe der zweiunddreißig Schleswig-Holsteiner an das preußische Abgeordnetenhaus, in Anlaß des Berichts der Dreizehner-Commission über den Gesetzentwurf, betreffend die Vereinigung der Herzogthümer Schleswig und Holstein mit der preußischen Monarchie, war, mit einem Begleitschreiben versehen, von mehreren Herren dem Herzog **Friedrich** übersandt worden. Denselben ist nachstehendes Antwortschreiben zugegangen, welches dem Stuttgarter „Beobachter“ mitgetheilt wird:

„Geehrte Herren! Empfangen Sie meinen aufrichtigen Dank für das Schreiben, mit welchem Sie mir Ihre Eingabe an das preußische Abgeordnetenhaus übersandt haben, und für den in dieser Eingabe niedergelegten mannhaften Ausdruck der Ueberzeugung des Landes. Was auch der Erfolg der von Ihnen angerufenen Gründe des Rechts, der Moral und der Politik sein möge — wir Schleswig-Holsteiner sind nicht dazu gemacht, unsere Ueberzeugungen wie einen Handschuh umzukehren, und wir haben dazu um so weniger Ursache, als wir das Bewußtsein haben können, in der Verfolgung des Rechts der Herzogthümer nie die Pflichten gegen Deutschland außer Augen gelassen zu haben. Und auch in Zukunft werden wir, dessen bin ich überzeugt, immer bereit sein, einem in Macht und Freiheit geeinigten Deutschland jedes Opfer besonderer Wünsche zu bringen. Wer aber dieses Opfer von uns verlangt, wird es nur im Namen Deutschlands in Anspruch nehmen können, wird in Deutschland neben der Macht auch der Freiheit eine gesicherte Stätte gewähren müssen, muß wenigstens im Stande und gewillt sein, diejenigen Grenzen im Norden Deutschlands zu schützen, welche zur Zeit der Bundesverfassung ihm gesichert wurden. Die Vereinigung, nicht die Unterdrückung deutscher Bevölkerungen, die Fortbildung, nicht die Vernichtung ihrer Rechte, nicht der Bruch, sondern die Erfüllung des ihnen Verheißenen werden allein im Stande sein, Deutschland mächtig und glücklich zu machen. Diese Wahrheit mag in Zeiten großer Umwälzungen verdunkelt werden können, sie wird sich aber wieder Geltung verschaffen, und wenn dieselbe zur Anerkennung kommt, wird auch der Zeitpunkt gekommen sein, wo das, was wir erstreben, in welcher Form es auch sei, sich verwirklichen wird. Gern habe ich Ihrem Schreiben entnommen, daß mir im Herzen meines Volkes stets eine Stätte bleiben wird. Vertrauen Sie darauf, daß auch in Zukunft, wie in der Vergangenheit, das Wohl der Herzogthümer und Deutschlands das Ziel meines Strebens sein wird. Empfangen Sie, geehrte Herren, die Versicherung meiner aufrichtigen Hochachtung, womit ich bin Ihr ergebener **Friedrich**. Baden, 12. Dec. 1866.

Wien, 5. Jan. Eine Frage, welche in diesem Augenblicke die Wiener Blätter beschäftigt: die über die Zweckmäßigkeit einer **Weltmünze**, ist nicht bloß durch die bekannte Brochüre des Herrn Parieu über „Le Münzverein latin“ entstanden, oder durch die Agitation der englischen statistischen Gesellschaft für die Umwandlung des Pfund Sterlings in ein 25-Frankenstück, sondern es ist thatsächlich, daß der Handelsminister, Frhr. v. Wüllerstorff, sich persönlich mit Projekten in dieser Beziehung trägt und die Frage allseitig untersucht. — Mit dem 73 Millionen-Bunde, für dessen Geldverkehr das 20 Frankenstück das Medium bildet, steht Oesterreich direkt im innigsten Verkehr durch Italien; seit dem Krimkriege hat sich der Napoleon auch im Orient das Bürgerrecht erworben. Die Goldwährung wird jedenfalls die Silberwährung besiegen, schon weil jährlich zum Mindesten doppelt so viel Gold als Silber gewonnen wird. — Da nun die Papierwährung den Uebergang von einem Münzsystem zum andern sehr erleichtert, früher oder später doch die Silberwährung, auf welche das heutige Papiergeld Oesterreichs lautet, der Goldwährung Platz machen muß, so ist begreiflich, daß unser thätiger Handelsminister sehr geneigt ist, jede Gelegenheit zu benützen, um dafür zu streben, daß das österreichische Münzsystem dem des Münzvereins angeschlossen wird oder gar das Reich in den großen Münzbund eintritt. Die Haltung des Ministers in der Maß- und Gewichtsfrage läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er einer ganzen Maßregel vor einer halben den Vorzug gibt. — Bis jetzt scheinen thatsächliche Projekte der Regierung in Bezug auf eine Veränderung des Münzsystems nicht vorzuliegen, wenigstens enthält die heutige „Austria“, unser volkswirthschaftliches Wochenblatt, nichts darüber und da die „Austria“ seit dem 1. Januar wieder im Ministerium für Handel und Volkswirthschaft redigirt wird, so würde sie zweifellos eine bezügliche Andeutung gebracht haben, wenngleich sie fernerhin nur thatsächlichen, positiven Inhalt, aber keinen polemischen Theil enthalten wird.

Paris, 5. Jan. Man schreibt dem „Moniteur“ aus Rio Janeiro, 5. Dez., daß die Nachrichten vom Kriegsschauplatz bis zum 19. Nov. gehen. Marschall Caxias war am 14. in Corrientes angekommen, hatte sich am 17. nach Curuzu und dann nach Tuyuti begeben und von dort aus einen Tagesbefehl an die Armee erlassen. Er scheint ausschließlich mit Concentrirung der Truppen und mit Heranziehung von Verstärkungen beschäftigt zu sein. Vor einem Monat wird schwerlich irgend eine [illegible]bewegung versucht werden. General Porto Alegre und Admiral Tamandare begeben sich deßhalb beide auf einen Monat in Urlaub. Letzterer geht nach Rio, Ersterer bleibt an der Spitze des zweiten Armeekorps. In der argentinischen Republik sind Unruhen ausgebrochen, welche die Behörden in der Hauptstadt der Provinz Mendoza veranlaßt haben, in Buenos-Ayres um Truppenverstärkungen nachzusuchen. Zwischen Montevideo und Buenos-Ayres ist jetzt eine electrische Drahtverbindung hergestellt, und man arbeitet fleißig daran, um die Telegraphenlinie von Rio de Janeiro nach der südlichen Provinz Rio Grande zu vollenden. — Graf Bombelles, der dem Kaiser Maximilian bis zu dem Punkte entgegenreisen sollte, wo derselbe in Europa landen würde, hat durch das Paquetboot, das am 30. Dez. in Southampton angekommen ist, die Nachricht erhalten, daß sein Gebieter auf seine Reise verzichtet habe. Graf Bombelles wird deßhalb wieder nach Miramar zur Kaiserin Charlotte zurückkehren, deren Zustand in fortwährender Besserung begriffen ist. — Fürst Metternich hat, wie das „Memorial“ meldet, gelegentlich der Ratifikation des Handelsvertrages das Großkreuz der Ehrenlegion erhalten. (Fr. J.)

Paris, 6. Jan. Der Artikel der „Patrie“, welchen der heutige „Morgen-Moniteur“ für ein Werk reiner Einbildungskraft erklärt, lautet: „Auswärtige Blätter haben behauptet, daß die französische Regierung bei den Großmächten erfolglose Versuche gemacht habe, um den Zusammentritt einer Conferenz herbeizuführen, welche mit Auffindung einer Lösung für die orientalische Frage betraut werden würde. Diese Nachricht ist ohne alle Begründung. Wenn Frankreich in der letzten Zeit den edelmüthigen Gefühlen Gehör gebend, welche es immer den Christen im Orient bewiesen hat, in Konstantinopel Rathschläge der Mäßigung und [illegible] ertheilt hat, welcher die Regierung des Sultans aber gewissen Maßen durch die Annahme einer menschenfreundlichen Politik zuvorgekommen war, so hat sie nicht gezaudert, die

kandiotischen Bewegungen zu tadeln, welche in keinem Falle einen Ausgang haben konnten, der den von den Urhebern des Aufstandes formulirten Beschwerden Abhülfe verschaffen konnte. In dieser doppelten Haltung hat sich Frankreich mit England im Einklange gefunden, und die beiden Großmächte haben neuerdings die Nothwendigkeit anerkannt, im Interesse des europäischen Friedens die türkische Herrschaft im Archipel aufrecht zu erhalten."

Die „Liberté" erfährt aus **Madrid** einige Einzelheiten über die Unterredung, welche der Marschall Serrano mit der Königin gehabt hat. Der Marquis stellte der Königin vor, daß das Vorgehen des Ministeriums darauf gerichtet sei, die Verfassung umzustoßen und die absolute Monarchie zu proklamiren; daß es ein großer Irrthum wäre, zu glauben, die Nation werde einen Staatsstreich unterstützen. „Euere Majestät wird nicht Einen General finden, der ihr auf dieses Gebiet folgen wollte." Die Königin antwortete, daß sie auf den Besuch des Marschalls gerechnet habe und ihm dafür danke. „Glaube nicht," fügte sie hinzu, „daß ich zum Absolutismus zurückgreifen will; ich werde niemals absolute Königin sein." Indem er darauf zu der Adresse der Deputirten überging, sagte der Marschall: „Wenn Euere Majestät will, werde ich Ihr das Schriftstück bringen und Sie wird damit machen, was Ihr gutdünkt, und würde Sie es auch ins Feuer werfen, dieser Akt würde wenigstens die gegen die Unterzeichner ergriffenen Maßregeln annulliren." „Nein, nein!" antwortete die Königin, „ich will nichts sehen. Ich kann weder an dem Vorgehen des Ministeriums noch an diesem selbst etwas ändern, ich bin mit seinen Schritten einverstanden." — Gleich nach dieser Unterredung wurde Serrano verhaftet und nach den Canarischen Inseln deportirt.

Rom, 1. Jan. Bei den Beglückwünschungen zu Weihnachten, wie an seinem Namenstage (Giovanni), wo er die fremden Minister einzeln empfing, nahm der Papst Anlaß, sich je nach der Persönlichkeit nebenbei oder eingehend über die Nothwendigkeit der weltlichen Herrschaft für den heiligen Stuhl auszulassen. Als einer, man sagt Graf Sartiges, darauf hinwies, daß die vereinte Protection der katholischen Mächte künftig gewiß mehr vermögen werde, als es das päpstliche Militär-Contingent selbst mit der Unterstützung zweier katholischer Großmächte seit 1830 gekonnt, erwiederte er, „dann sei immerhin noch zu fürchten, daß der im Aeußern einem Erzbischofe von Paris, Wien, Madrid gleichgestellte Papst seine Autorität einbüßen werde, zumal wenn in jenen Erzbisthümern eine bedeutendere Capacität als in Rom die Würde bekleide". Der fremde Gesandte bat, an die Geschichte erinnern zu dürfen: „Wenn in den ersten Jahrhunderten die demokratische Gleichheit zwischen Volk und Priestern beanstandet wurde und während der Verfolgungen des Christenthums die Bischöfe von Jerusalem, Carthago, Alexandria, Rom und Mailand einer über den anderen das Haupt Anfangs nur schüchtern erhoben, so habe nach dem Siege des Christenthums doch der römische aus Gründen, die immer dieselben bleiben, den Sieg über die anderen erlangt, wobei die unmittelbare Lehnsträgerschaft durch den Apostel Petrus im Vordergrunde stehe." Darauf soll der Papst nachdenklich geschwiegen haben. (K. Z.)

Aus Oberitalien, 20. Dez. Als das italienische Parlament auf den Vorschlag des Grafen Cavour die bekannte Erklärung erließ, daß „Rom die Hauptstadt Italiens sei," dachten wohl die meisten, daß damit nur ein theoretischer Satz ausgesprochen wurde, dessen praktische Geltung auf sehr lange, unbestimmte Zeit hinausgeschoben blieb. Wenige, am wenigsten der große Staatsmann, hegten die Ueberzeugung, daß der Sitz der Regierung Italiens, in Folge jener Erklärung, wirklich von Turin weg verlegt würde. Der Vertrag vom 15. September war daher insofern, als damit der Sitz der Regierung nach Florenz versetzt wurde, im Gegensatze zu der Cavour'schen Politik, während die Räumung Roms von französischen Truppen derselben vollkommen entsprach. Ein fernerer höchst bedeutender Schritt im entgegengesetzten Sinne der Cavour'schen Politik ist die Thronrede, womit der König am 15. d. M. das Parlament eröffnete. Damit wurde das Aufgeben Roms als Hauptstadt Italiens ganz deutlich ausgesprochen, wird auf das Verbleiben des Regierungssitzes in Florenz hingewiesen, welches nicht mehr als eine Etappe zwischen Turin und Rom anzusehen ist. Durch eine solche Aufstellung ist die römische Frage in eine ganz neue Phase getreten; derselben ist es zuzuschreiben, daß jetzt selbst die alte klerikale Partei nicht mehr auf die Entfernung des Papstes aus Rom dringt und daß überhaupt versöhnlichere Gesinnungen am päpstlichen Hofe gegen Italien zum Vorscheine kommen. Doch darf man denselben keine zu große Tragweite beimessen, am wenigsten aber daraus auf das Gelingen der Sendung Tonello's schließen. Der italienische Gesandte ist ermächtigt, die größten Zugeständnisse zu machen, nämlich dem Papste die freie Ernennung der Bischöfe zu gestatten, den Eidschwur der Bischöfe und das Exequatur fallen zu lassen; die Hirtenbriefe oder sonstige Bekanntmachungen der Bischöfe sollen keine andere Beschränkungen erleiden, als die Verpflichtung, das erste Exemplar dem königl. Anwalte einzusenden, welcher damit wie mit allen anderen Drucksachen zu verfahren hat. Wenn Tonello keine anderen Vorschläge nach Rom gebracht hätte, so würde die Sendung den günstigsten Erfolg haben, denn diese Zugeständnisse sind ganz im Sinne der römischen Kurie. Aber welche Forderungen hat der italienische Gesandte als Gegenleistung zu stellen? Es ist ein alter, unverbrüchlicher Grundsatz der päpstlichen Kurie, alles was ihr günstig ist, anzunehmen, ohne irgend etwas zu gewähren. Tonello hat diese Ueberzeugung bereits gewonnen und seine Sendung schon als gescheitert angesehen; er verlangte daher abgerufen zu werden, aber die italienische Regierung bedeutete ihm auszuharren, da sie den Bruch der Unterhandlungen auf eklatantere Weise herbeizuführen und die Verantwortlichkeit desselben ganz der päpstlichen Regierung zuzuschieben wünscht. Die zurückkehrenden Bischöfe wurden überall mit großer Gleichgültigkeit angesehen und sie selbst waren so besonnen, jedes Aufsehen zu vermeiden. Die kleinen Exzesse in Fermo und Treviso zeigen nur, daß der katholische Klerus in Italien wohlgelitten ist, so lange er sich auf seine geistliche Mission beschränkt, aber auch auf's Aeußerste angefeindet wird, wenn er im reaktionären Sinne auf das politische Gebiet übertritt. Es liegt darin der Keim der Versöhnung zwischen den beiden Gewalten und Ricasoli zeigt dies trefflich in seinem Schreiben an die in Rom befindlichen verbannten Bischöfe. Dieses Schreiben wurde überall mit dem größten Beifalle aufgenommen, als der beste Kommentar zu dem Grundsatze: „Freie Kirche im freien Staate." Durch diese Vorgänge wird die öffentliche Meinung immer reifer zu dem großen Schritte, durch welchen die weltliche Gewalt der Kirche unter den gebildeten Staaten der Neuzeit verschwinden soll. (Schw. M.)

Bucharest, 27. Dez. Außer der Pruth-Schifffahrts-Konvention hat die Regierung der gesetzgebenden Versammlung ein neues Pensionsgesetz, die Aufhebung des Tabakmonopols, eine centrale Reorganisation des Finanzministeriums, eine provisorische Konvention in Bezug auf den Import von Branntwein und Alkohol, die Abänderung einiger Artikel des Comptabilitätsgesetzes und die Ratifikation des mit der Société Générale abgeschlossenen Vertrags wegen der rückgängig gemachten Anleihe von 150 Millionen vorgelegt. Der Premier-Lieutenant Catargiu ist vom Kriegsministerium auf zwei Jahre zur Dienstleistung bei der preußischen Armee kommandirt. (N.-Z.)

Griechenland. Der „Neuen Fr. Presse" wurde telegraphirt, das neue griechische Ministerium huldige panhellenischen Tendenzen; die griechischen Organe versichern, das neue Ministerium kündige eine Politik der Mäßigung an, Griechenland bedürfe der Ruhe, um seine Hilfsquellen zu entwickeln. Das Kabinet sei der Erhebung auf Kreta fremd und Griechenland werde, trotz seiner Sympathien für die Candioten, der Türkei gegenüber die Neutralität bewahren.

New-York, 22. Dez. Eine Depesche aus New-Orleans vom 2. Nov. sagt: „General Sheridan hat nach Washington seine Ansichten über die Lage der Dinge in Mexiko berichtet. Aus Aeußerungen, die er gelegentlich fallen ließ, ist ersichtlich, daß er sich in Betreff der Popularität der Partei des Juarez getäuscht fühlt, und vollständig zugibt, daß es so viele mit einander streitende Parteien und Interessen gibt, daß eine amerikanische Intervention in Mexiko höchst unpopulär sein würde. Er ist indessen nur mit den Imperialisten an der Grenze in Berührung gekommen, und glaubt, daß seine Ansichten durch Zusammenkünfte mit den Bewohnern des Innern, die meist liberal sind, sich ändern könnten. Die französischen Beamten behandelten ihn mit einer Höflichkeit, die an Zuvorkommenheit grenzte. Es steht fest, daß Juarez, der in Chihuahua sein soll, ersucht worden ist, Campbell am 15. Jan. in San Luis Potosi zu treffen. Sobald Sherman weitere Instruktionen erhalten hat, wird er nach Mexiko zurückkehren." — In New-York kündigt sich eine Gesellschaft an, die sich die „International Ocean Telegraph Company" nennt, und beabsichtigt, mit einem Capital von 1,600,000 Doll. in Aktien zu 100 Doll. eine Verbindung zwischen den Vereinigten Staaten und Cuba und den anderen westindischen Inseln über Florida herzustellen, und diese Linie weiter bis zum Isthmus von Panama zu führen „zur telegraphischen Kommunikation zwischen Süd- und Centralamerika und den Continenten von Europa und Afrika". Die Direktoren erklären, von den Vereinigten Staaten ausschließliche Concession für 14 Jahre zu haben und außerdem noch für Cuba und Portoriko eine spanische Konzession für 4 Jahre, und eine von Florida für 20 Jahre zu besitzen. Das erste Kabel wird von Key West nach Havannah gelegt.

Die „Times" bringt einige sehr interessante **Briefe aus Mexiko**, denen sie folgende Erklärung vorausschickt: „Diplomatische Agenten des Kaisers Maximilian, die bei europäischen Höfen beglaubigt sind, beklagen sich, daß Briefe aus Mexiko an sie aufgefangen werden. Depeschen, von denen bekannt ist, daß sie in mexikanischen Häfen Postschiffen übergeben wurden, haben niemals ihren Bestimm-

ungsort erreicht. Es kann natürlich nur gemuthmaßt werden, wo, von wem und zu welchen Zwecken dieses unredliche Spiel getrieben wurde. Es wird auf diese Art beinahe unmöglich, über die letzten Vorgänge in Mexiko authentische Nachrichten zu erhalten. Wir lassen einige wenige Briefe folgen, die der Verfolgung entgangen sind. Sie kommen aus kaiserlichen (mexikanischen) Quellen, aber die Briefsteller sind von hoher Achtbarkeit, und die von ihnen mitgetheilten Darstellungen können als unbezweifelt richtig angesehen werden. In dem ersten, aus Mexiko den 17. Novbr. datirten Schreiben heißt es: „Die Lage der Dinge ist äußerst schwierig in Folge der Haltung der Franzosen, ihres offenen Widerstreites mit der Regierung, welche nothwendig den Schein der Harmonie aufrechthalten muß, und ihres entschiedenen Bruches mit dem Kaiser Maximilian, den sie auf eine der Gewalt sehr ähnlich sehende Weise aus dem Lande zu treiben suchen. Inzwischen sitzen wir auf glühenden Kohlen; wir sehen einen Platz nach dem andern in die Gewalt des Feindes fallen, blos weil die Franzosen uns nicht erlauben wollten, eine nationale Armee zu bilden, während sie selbst durchaus gar nichts thun. Napoleon will die Vereinigten Staaten nicht vor den Kopf stoßen, und wir haben für die unbegreiflichen in dieser Expedition begangenen Fehler zu büßen." In einem Brief aus Veracruz vom 21. Nov. heißt es: „Das Land befindet sich in Folge unserer unglückseligen Lage in einem fieberhaften Zustande. Die Franzosen wollen den verderblichen Vertrag vom 30. Juli ausführen, welcher sie ermächtigt, von dem Ertrag der Zollämter in den Hafenplätzen 50 pCt. für sich zu nehmen. Wenn dies geschieht, bleibt der Regierung nur ein Rest von ein oder zwei pCt. jenes Ertrages, womit sie unmöglich bestehen kann. Alles ist hier durch unsern Mangel an Hülfsmitteln und durch das Uebelwollen der Franzosen gelähmt. Wir haben uns gezwungen gesehen, die militärischen Operationen einzustellen, und der Feind gewinnt täglich an Terrain. Die Franzosen sahen Gewehr im Arm und ganz unbewegt zu, wie Oaxaca mit all seinen Kriegsmaterialien und Vorräthen sich ergab. Die österreichische Besatzung von Jalapa ergab sich, dem Feinde ihre Waffen und ihren Munitionspark überlassend. Unsere völlige Thatlosigkeit ist eine Ermuthigung für die Juaristen. Die Generale Marquez und Miramon sind jetzt beim Kaiser, und beide hoffen mit Zuversicht, daß der Stand der Dinge sich bedeutend zum Bessern wenden kann. Aber die Franzosen bestehen darauf, den Ertrag der Zollämter, die einzige wichtige Einnahme des Landes, für sich zu verwenden, und dies verschlimmert das Uebel. Wir können mit diesem Dampfer kein Geld nach Yucatan senden zum Unterhalt der Truppen, die sich dort tapfer gegen die indischen Barbaren schlagen." Der Rest des Briefes schildert die von den Juaristen in Assam und anderswo begangenen zwecklosen Grausamkeiten.

Neueres.

München, 8. Jan. Heute wurden die bayerischen Kammern unter Anwesenheit des Ministers Fürsten Hohenlohe eröffnet. Die zur Vorlage kommenden Gesetzesentwürfe sind: die Kriegsentschädigung für die Provinzen; Gemeindeordnung; Gewerbefreiheit; außerordentlicher Credit für die Reorganisation des Heeres. — Heute findet eine Sitzung des Reichsraths statt.

Wien, 6. Jan. Die Behauptung des „Mémorial Diplomatique", daß das Wiener Cabinet den Mächten, welche den Vertrag von 1856 garantirt haben, Vorschläge in Bezug auf die orientalischen Angelegenheiten gemacht habe, wird auf das bestimmteste dementirt.

London, 8. Jan. Gewaltiger Sturm. — England hat Amerika angeboten, die schwebenden Differenzfragen einem Schiedsgerichte zuzuweisen, vorausgesetzt, daß eine Einigung über die Differenzpunkte zu erreichen ist.

New-York, 7. Jan. Das Repräsentantenhaus beschloß mit 108 gegen 38 Stimmen die Untersuchung der Johnson'schen Gesetzesübertretungen. Dieß ist der erste Schritt zur Inanklageversetzung Johnson's. Die Negerstimmrechtsbill wurde votirt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

(Verloosungs-Aktien-Kalender für 1867.) Dieser im Verlage der Jäger'schen Buchhandlung in Frankfurt schon seit mehreren Jahren erscheinende sehr praktische Kalender für Loosebesitzer, Kapitalisten, Banquiers u. s. w. bringt ein genaues Verzeichniß dessen, was jeden Monat an Loosgattungen gezogen wird nebst Angabe deren bis Ende 1866 gezogenen Serien. Eine Statistik über Aktiengesellschaften, sowie die Pläne der neuen Staatslotterie-Anlehen von Bayern, Hamburg, Mailand und Rußland sind in diesem Jahre eine willkommene Zugabe. Die Beigabe einer Courstabelle sämmtlicher Staats- und Privatanleihen, Aktien u. s. w., in welcher deren zuletzt notirter Cours aufgenommen, dürfte den praktischen Werth des Kalenders erhöhen und der weiteren Verbreitung desselben sehr förderlich sein. Der Preis von **36 kr.** ist angesichts des kostspieligen Tabellen- und Ziffernsatzes ein sehr mäßiger.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	68 1/4 G.
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	62 1/4 G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	55 1/4 P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	50 7/8 P. 51 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	—
"	4 1/2 pCt.	37 1/4 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 3/8 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	95 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	95 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90 3/4 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	90 3/4
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 3/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto	—
Würtemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 1/4 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	83 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	93 1/2 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	88 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	94 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	88 1/2 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	84 1/4 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	83 P. 82 3/8 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/2 pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	83 P.
N.Amerika	5 pCt. à 100 Dr. 1881 D. 2 1/2	—
"	6 pCt. ditto v. 1882 .	77 1/2—76 3/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	128 1/2 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	653—55 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	142—42 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	90 1/2 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	208 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	94 1/2 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	341 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	105 1/2 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	152 1/4 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89 1/8 P.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	106 3/4 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	47 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	70 1/2 G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	247 P. 245 G.
3pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	117 1/2 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	116 3/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	101 1/2 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	55 1/2 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	64 1/2—3/4 G.
" fl. 100 Stab.-L. v. 1858.	—
" dto. v. 1864.	63 G.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	98 7/8—99 3/4 G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 1/2 P.
Badische fl. 35	51 3/8 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	53 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
" fl. 25 do	39 1/4 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 P. 36 1/2 G.
Sardinische Fr. 36 b. b.	—
Neuenstater 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28 1/2 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 3/4 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/2 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 1/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96 7/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 1/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 G.
London Lst. 10 k. S.	115 5/8
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Fr. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 1/2 P.
Petersburg 80 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	90 P.
do. in Sst. W. L. S.	—
Diskonto . . .	3 1/2 pCt. G.

Frankfurt, 8. Januar. Seit Monaten haben wir gewöhnlich von guter Stimmung für Amerika und von desto schlechterer für Oesterreich zu melden. Heute hat sich das Blatt in so fern gewendet, als Oesterreich aus seinem langen Winterschlafe herausgetreten ist und den ersten Rang an der Börse einnahm. Besser gemeldete Wiener Course, motivirt durch Geldüberfluß, welcher an der Börse daselbst herrscht, und in Folge dessen die Betheiligung des dortigen Publikums an den Effekten, waren für hier zunächst die Ursache des Aufschwungs aller österreich. Spekulationseffekten und eines bedeutenden Geschäftes in denselben. Loose und österreich. Creditaktien standen im Vordergrund des Verkehrs. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
N. Würzb. Ztg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 10. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 10. Januar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 8. Januar. Se. Maj. der König hat dem Reichsrathe J. A. Ritter v. Maffei in München das Comthurkreuz des k. Verdienstordens vom h. Michael verliehen; die Funktion des Gerichtsschreibers am Cassationshofe für die Pfalz dem bisherigen Stellvertreter des Gerichtsschreibers am genannten Gerichtshofe, Oberappellationsgerichts-Sekretär Dr. Cl. Hellmuth übertragen; den Lycealprofessor in Regensburg, Priester Dr. W. K. Reischl, zum ordentl. Professor der Moral-Theologie in der theol. Fakultät der k. Universität München ernannt.

Der Forstgehilfe O. Kickinger zu Kimratshofen, Forstamts Kempten, wurde zum k. Forstamts-Aktuar nach Kronach und der Forstgehilfe Johann Schwingenstein zu Triesdorf, Forstamts Ansbach, zum prov. Forstwart in Beckstetten, Forstamts Mindelheim, ernannt.

München, 6. Jan. In der gestern stattgefundenen Sitzung des Staatsrathes wurde der neu ernannte Staatsminister des königl. Hauses und des Aeußeren, Herr Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst eingeführt und beeidigt.

München, 8. Jan. Der vom k. Staatsminister des Innern, Frhrn. v. Pechmann, heute Vormittags der Kammer der Abgeordneten vorgelegte Entwurf eines Kriegslastenausgleichungs-Gesetzes befaßt sich ausschließend mit den Lasten des vorjährigen Krieges und verfolgt in seinen Prinzipien die Allgemeinheit der Ausgleichung, die Ausdehnung derselben auf alle Gattungen von Kriegsschäden und die Feststellung zulänglicher Entschädigungen. — Nach all diesen Richtungen unterscheidet sich der Entwurf grundsätzlich vom Kriegslastenperäquationsgesetze des Jahres 1819. Während das letztere den größten Theil der Kriegslasten den Kreisen, Distrikten, Gemeinden und betheiligten Privaten überbürdet und nur einer bestimmten, genau abgegränzten Kategorie von Kriegsschäden einen Anspruch auf allgemeine Ausgleichung zugesteht, andererseits aber auch für die zugestandenen Entschädigungsansprüche verhältnißmäßig geringe und den dermaligen Preisverhältnissen längst nicht mehr angemessene Vergütungssätze aufstellt, spricht der vorliegende Gesetzentwurf den Grundsatz aus, daß alle Leistungen, welche im Kriege des Jahres 1866 für bayerische und mit denselben verbündete oder für feindliche Truppen in Bayern auferlegt wurden, sowie alle durch diesen Krieg im Inlande verursachten Beschädigungen an beweglichem und unbeweglichem Eigenthume eine allgemeine Landeslast bilden sollen und nach Maßgabe der weiteren Entwurfsbestimmungen zu vergüten seien. — Das Maß dieser Vergütung anlangend, so sollen nach Absicht des Gesetzentwurfes den Leistungen an Einquartierung und Verpflegung der Mannschaften und Pferde, an Handfrohnen, Botendiensten, Vorspann und Lieferungen anstatt der Bestimmungen des Peräquationsgesetzes von 1819 die weit günstigeren Vergütungssätze des für Friedenszeiten bestehenden Einquartierungsgesetzes vom Jahre 1850, sohin unter Beibehaltung der von den Kreisregierungen gemäß Art. 2 dieses Gesetzes erhöhten Vergütungssätze für Kostportionen und Fourage, zu Grunde gelegt, für die durch feindliche Befehlshaber nachweisbar angeordneten Mehrleistungen aber besondere nach Maßgabe der einzelnen Verhältnisse vom k. Staatsministerium des Innern festzusetzende Zuschüsse gewährt, für einzelne im Einquartierungsgesetze nicht vorgesehene Leistungen, namentlich auch für Verpflegung und ärztliche Behandlung erkrankter Soldaten und Pferde, für Medicamente, dann (unter Vorbehalt der Bestimmung in Art. 9 Abs. 3 des Einquartierungsgesetzes) für die Herstellung, Einrichtung und Ueberlassung von Gebäuden zu Kriegszwecken angemessene, dem wirklichen Kostenaufwande entsprechende Vergütungen normirt, die Leistungen an Geld nach ihrem Betrage, sonstige Leistungen und Lieferungen nach dem wirklichen Aufwande oder Werthe berechnet, endlich alle durch den Krieg verursachten Beschädigungen am beweglichen wie unbeweglichen Eigenthume in Ermanglung genügender Nachweisung durch Abschätzung ermittelt werden. Die Leistungen an bayerische Truppen fallen dem durch das Gesetz vom 24. Juni 1866 für außerordentliche Heeresbedürfnisse eröffneten Credite zur Last und sind — soweit noch nöthig — aus der Hauptkriegskasse zu vergüten; die Vergütungen für Leistungen und Lieferungen an nichtbayerische Truppen aber und für Beschädigungen sollen nach dem Entwurfe, in soweit sie nicht von anderen Landesregierungen gemäß dem deutschen Bundesverpflegs-Reglement vom 31. Dez. 1863 oder von Versicherungsanstalten (Art. 43 des Immobiliarbrandversicherungsgesetzes von 1852) entrichtet werden, von einer eigens zu bildenden Kriegslastenausgleichungs-Casse getragen und zur Dotation der letzteren eine nach dem Verhältnisse des Gesammtjahresbetrags der direkten Steuern und der Steuerbeischläge des Jahres 1866/67 umzulegende Kriegssteuer erhoben werden. — Die Höhe der zur Uebernahme auf die Kriegslasten-Ausgleichungskasse hienach geeigneten Verluste und Beschädigungen ist zwar in ihrer Ziffer noch nicht genau festgestellt, dürfte sich aber immerhin auf 4—4½ Mill. Gulden belaufen. — Schließlich enthält der Entwurf über das Verfahren bei Anmeldung, Nachweisung und Feststellung von Ansprüchen an die Kriegslasten-Ausgleichungskasse eine Reihe von Vorschriften, welche durch Anordnung eines einfachen und abgekürzenden amtlichen Geschäftsganges, einer regelmäßigen Tax- und Stempelfreiheit der bezüglichen Verhandlungen, Festsetzung einer einzigen Berufungsinstanz u. s. f., die Ansprüche der Betheiligten auf möglichst rasche und mindest kostspielige Vergütung der Kriegslasten sicherzustellen bestimmt sind.

München, 7. Jan. Heute Vormittags begannen die Sitzungen der Commission, welche zur Vorberathung des ausgearbeiteten Berggesetzentwurfs eingerufen ist. Die Sitzungen wurden durch den k. Staatsminister der Finanzen eröffnet und werden nunmehr ihren regelmäßigen Fortgang nehmen.

Dem Maschinenfabrikanten Constantin Pfaff von Chemnitz wurde unterm 27. Dez. v. J. ein Gewerbsprivilegium auf eine Construction eiserner Decken bei Krempeln für den Zeitraum von vier Jahren, vom 27. Dez. v. J. anfangend, verliehen.

L. C. **München**, 8. Jan. Heute fand die erste Sitzung der Abgeordnetenkammer statt. Die Mitglieder derselben hatten sich sehr zahlreich eingefunden, auch sämmtliche Minister waren anwesend. Präsident Pözl widmete den verstorbenen Abgeordneten Schrepfer und Joh. Adam Schmidt einen ehrenden Nachruf und empfahl beide der freundlichen Erinnerung der Kammer. Sodann gedachte er des am 10. Okt. vor. J. dahingeschiedenen Abgeordneten Frhrn. v. Lerchenfeld, welcher geboren wurde zur Zeit, da Deutschland in tiefster Erniedrigung darlag und gerade in dem Augenblicke von hinnen scheiden mußte, als Deutschland abermals zerrissen und dessen politische Einheit in Frage gestellt wurde. Redner hob nun die politische Wirksamkeit des Verlebten hervor, welcher volle 20 Jahre in der bayerischen Kammer thätig gewesen und bei allen wichtigen Gesetzgebungsarbeiten während dieser Zeit bestimmend eingewirkt habe. An der Reaktionsperiode der fünfziger Jahre, die nicht nur über Bayern, sondern über ganz Europa hereingebrochen, seien nicht Frhr. v. Lerchenfeld und seine Freunde schuld, sondern diejenigen, die in der sturmbewegten Zeit Maß zu halten versäumt hatten. Frhrn. v. Lerchenfeld lag die Sicherung der persönlichen Freiheit, der organische Ausbau der Verfassung, die Ergänzung ihrer Lücken, die Verbesserung ihrer Mängel am Herzen, er wollte einen kräftigen Bund der deutschen Staaten mit einer entscheidenden Stimme des Volkes im Parlament, er verwarf aber den Einheitsstaat, die Hegemonie, denn ohne Selbstständigkeit der Einzelstaaten sei eine wahrhaft politische Freiheit eine Unmöglichkeit. Um seiner Ueberzeugung Ausdruck zu geben, habe der edle Freiherr kein Opfer gescheut, sein ganzes Denken und Wirken sei dem Wohle des Vaterlandes geweiht gewesen, Lerchenfeld's Name werde für alle Zeiten fortleben als einer der rüstigsten und tüchtigsten Kämpfer für Recht und Freiheit und als ächter deutscher Patriot! — Hr. Präsident beeidigte hierauf die neu eintretenden Mitglieder der Kammer, die HH. Schultes von Schweinfurt, Kirchner von Sulzbach, Dr. Eugen Schneider von Bamberg, Mich. Schmitt von Ebern, (sämmtliche Bürgermeister), Frhr. v. Stauffenberg, Gutsbesitzer von Augsburg, Breidenbach, Bezirksamtmann von Freising und Bierbrauer Adolph Mayer von Monheim. — Der schon seit längerer Zeit erkrankte Bezirksamtmann Geigel erhielt einen 4wöchentlichen Urlaub. Die Abg. Späth, Tuchmacher von Wald-

münchen und Engert, Domkapitular von Bamberg, suchten wegen Krankheit um die Bewilligung zum Austritte aus der Kammer nach, sie wurde ihnen gewährt, ebenso wurde dem langjährigen Kammerpräsidenten Grafen Hegnenberg, dem es „die fortgesetzten Störungen seiner Gesundheit physisch unmöglich machen, seine Abgeordnetenpflicht zu erfüllen“, der nachgesuchte Austritt bewilligt. Präsident Pözl sprach dabei die Ueberzeugung aus, daß die Kammer dieses Austrittsgesuch mit schwerem Herzen genehmige, denn es scheide ein bedeutender, ein historischer Name aus diesem Hause; daß Graf Hegnenberg unter den schwierigsten Verhältnissen die Rechte der Kammer zu wahren und zu vertreten suchte, dafür gebühre ihm die höchste Anerkennung, die Versammlung möge diese aussprechen, indem sie sich von ihrem Sitze erhebe. Die ganze Kammer erhob sich. — Der **Finanzminister** v. **Pfretzschner** legte hierauf die Budgetnachweisungen pro 1864/65 (mit den Staatseinnahmen und den Stand der Staatsschuld) vor. Der **Minister des Innern, Frhr. v. Pechmann**, brachte einen Gesetzentwurf ein, die Ausgleichung der Kriegslasten betreffend. Er bemerkte dabei, daß bis jetzt von Seite der Staatsregierung zur Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse geschehen sei, was nur immer ohne Mitwirkung der Kammer geschehen konnte, möge die Berathung des Gesetzes nur bald erfolgen, für die **unaufhaltsame** Durchführung desselben werde die Staatsregierung schon sorgen. Sodann legte der Herr Minister einen Gesetzentwurf vor über Gemeindeordnung, Ansässigmachung und Verehelichung, Heimath und Aufenthalt, die Vorlage eines Gesetzes über das Armenwesen werde **allernächstens** erfolgen; er gab sich der Hoffnung hin, daß die vorgelegten Entwürfe, welche dem Geiste der Zeit und dem Umschwunge der Verhältnisse volle Rechnung trügen, eine freundliche Aufnahme finden werden. Der **Handelsminister Dr. v. Schlör** brachte einen Gesetzentwurf über das Gewerbewesen zur Vorlage, welcher zugleich mit den vorerwähnten Gesetzentwürfen berathen werden soll und in welchem der Grundsatz ausgesprochen ist: der Mensch hat freie Verfügung über seine Arbeitskraft, sie soll nur dann beschränkt werden, wenn es das Wohl der Gesammtheit absolut erheischt. Der **Kriegsminister** v. **Pranckh** brachte einen Gesetzentwurf ein über einen Kredit zur Deckung der Militärbedürfnisse der 8. Finanzperiode, da nämlich durch den erhöhten Pferdestand bei der Kavallerie und Artillerie, durch die Uniformirung und Abexerzirung der unmontirt Assentirten und schließlich durch die Beschaffung von Hinterladungsgewehren neue Ausgaben erwachsen, die jedoch das Budget nicht neuerdings belasten, sondern aus den noch nicht erschöpften Fonds des außerordentlichen jüngsten Militärkredits gedeckt werden können. Sämmtliche eingebrachte Gesetzentwürfe werden demnächst durch den Druck veröffentlicht werden; wann die nächste Abgeordnetensitzung stattfindet, ist zur Zeit nicht bestimmt.

Gunzenhausen, 6. Jan. Heute war dahier eine Versammlung von Mitgliedern der Fortschrittspartei zu dem Zwecke, vor dem Beginne des Landtags sich vertraulich noch einmal über Stimmung und Wünsche in der Partei auszusprechen. Der erste und hauptsächlichste Gegenstand war natürlich die Frage nach dem Anschluß an den neu erstandenen vorläufig norddeutschen Bund. Nach der eingehendsten Diskussion und nach Erwägung aller hieher bezüglichen Verhältnisse kam man zu dem allseitig angenommenen Ergebniß, ein Anschluß an den norddeutschen Bund sei für Bayern je eher je besser und eben so je enger je besser zu erstreben. Ob die Schwierigkeiten, die angeblich von Seiten Preußens gemacht werden, wirklich von diesem ausgehen aus Besorgniß vor dem Widerstande, den die Süddeutschen im Parlamente leisten würden, oder ob das ganze Widerstreben nur ein vom Ausland (Frankreich) erzwungenes sei, mußte dahingestellt bleiben. In Betreff der neuen Heeresorganisation wurde als erste Frage hingestellt, welche Garantien dafür zu erlangen seien, daß nicht auch eine verbesserte und vergrößerte Streitmacht zu irgend einer Zeit und unter irgend welchen Verhältnissen im Dienste des Auslandes gegen Deutschland gebraucht werde. Wenn es auch keine ganz sichere Garantie der Art gibt, so lange nicht der wirkliche Anschluß erfolgt ist, so daß militärische und diplomatische Oberleitung in den Händen der Centralgewalt vereinigt sind, so sind doch alle sonstigen Garantien zu erstreben und darüber hauptsächlich zu trachten nach Erweckung einer solchen Gesinnung und nach Schaffung solcher Thatsachen und Zustände, daß jeder nationalfeindliche Mißbrauch unserer Streitkräfte geradezu unmöglich wird. Außerdem wurde bezeichnet als beim kommenden Landtag anzuregend: Regelung der Verhältnisse der Schule, Beschleunigung der sozialen Gesetze, Sicherstellung und Klärung des Verhältnisses zum Zollvereine und abermaliges Dringen auf bürgerliche Gleichstellung aller Staatsbürger ganz unabhängig von ihrer religiösen Ueberzeugung. In allen diesen Punkten herrschte und ergab sich vollkommene Uebereinstimmung der Ansichten. (Fränk. Ztg.)

Frankfurt, 6. Jan. Am Sonntage erhielt Joh. Ronge durch das hiesige Polizeiamt von Saarbrücken die Nachricht, daß die Amnestie auf ihn keine Anwendung finde und daß er die über ihn verhängte Gefängnißstrafe wegen der Rede über die päpstliche Encyclica anzutreten habe. (Fr. J.)

Preußen. Bei der 60jährigen Militärdienst-Jubiläumsfeier des Königs hielt der **Kronprinz** eine Anrede, aus der wir folgende Stelle hervorheben: „Nach einem kaum unterbrochenen fünfzigjährigen Frieden haben Euere Majestät die Armee gegen einen tapfern, kriegsgewohnten, von bewährten Generalen geleiteten Feind geführt und Siege über Siege in schneller, nie geahnter Folge erfochten. Und dieser Krieg war es, in welchem, mit dem Heere und durch das Heer, Ihr ganzes Volk Ihnen seinen Dank abstattete für die von Euerer Majestät geleitete zeitgemäße Fortbildung unserer kriegerischen Institutionen. Denn Das ist ja das Schöne und uns Preußen vor andern Nationen Auszeichnende, daß es bei uns keinen Unterschied gibt zwischen Volk und Heer, sondern daß Beide Eins sind: so dankte Ihnen Ihr getreues Volk, indem das Heer unter den Augen und unter dem Kommando seines Königs tapfer zu kämpfen, mannhaft zu bluten, Gott ergeben zu sterben und überall, wo es focht, zu siegen verstand.“ — Bei dem großen militärischen Festmahle in Berlin, zu dem 400 Personen zugezogen waren, brachte der **König** folgenden Trinkspruch aus: „Mit Ihnen allen begrüße ich den neuen Zeitabschnitt, der uns von einem Jahre trennt, das in Preußens Geschichte hinfort einen denkwürdigen Platz einnimmt. Das neue Jahr und die ihm folgenden müssen die Früchte der blutigen Saat bringen, die ausgestreut ward. Alle Kräfte im Vaterlande müssen dazu angespannt werden; dann wird der Segen von oben nicht fehlen, der uns so über alles Erwarten im abgelaufenen Jahr sichtlich zu Theil ward. Nochmals sehe ich mich am heutigen Tage, umgeben von einem Theile der Männer meiner herrlichen Armee, die ich versammelte, um Zeugen eines hohen Aktes an feierlicher Stätte zu sein, — einer Armee, in die ich heute vor 60 Jahren eintrat durch die Gnade meines in Gott ruhenden Königs und Vaters. Seinen Wegen folgend, ist es mir beschieden worden, das von ihm und meinem königlichen Bruder gepflegte Heer zu Siegen zu führen, die Sie, meine Kameraden, mit Hingabe von Gut und Blut durchgefochten haben. Ihnen allen nochmals meinen königlichen Dank! Und nun erheben Sie mit mir das Glas auf das Wohl meines Volkes, aus dem ein solches Heer hervorging!“ Diesen Trinkspruch beantwortete Graf Wrangel mit einer Anrede, an deren Schluß er den König als „den Schöpfer der Reorganisation des Heeres und der Marine, den Vater der Armee, den Mehrer des Reiches, den Hort von Deutschland“ hoch leben ließ. Dem Grafen Bismarck dankte der König in herzlichster Weise für die Mitwirkung an den Erfolgen der jüngsten Zeit. Die Generale v. Moltke und v. Roon nannte er die beiden Hauptspitzen der Armee. Nach der Ueberreichung des goldenen **Lorbeerkranzes** sagte der König zu den Versammelten: „Ich möchte Jedem ein Blatt davon geben, denn Sie haben ihn mir Alle verdient.“

In einer ihrer jüngsten Nummern forscht die „Ostseezig.“ den Gründen nach, weßhalb die Versuche, in den Massen eine lebhafte Theilnahme für die bevorstehenden Wahlen zum norddeutschen Parlamente zu erregen, bis jetzt in Preußen so wenig Erfolg haben. Sie findet die Gründe dieser Gleichgültigkeit, die nicht blos bei den Ungebildeten, sondern auch bei den Gebildeten sich zeigt, zum Theil darin, daß Jene, welche die Devise: „Durch die Freiheit zur Einheit“ auf ihre Fahne geschrieben haben, sich mit dem jetzigen Regiment in Preußen nicht befreunden können und, weil dasselbe nicht liberal ist, sich nicht entschließen können, aus dessen Hand die Einheit hinzunehmen. Ein Theil dieser Gleichgültigkeit fällt auch auf Rechnung des bei nicht Wenigen bestehenden Mangels an Vertrauen, ob denn auf dem eingeschlagenen Wege auch zum Ziele zu gelangen ist, gar nicht zu reden von denen, welche von einer Neuerung überhaupt nichts wissen wollen, wie auch von der Zahl Jener, welche gerne bequem die Hände in den Schooß legen in der Meinung, die Regierung werde schon Alles auf's Beste besorgen. Den Hauptgrund dieser Theilnahmlosigkeit aber findet das gedachte Blatt darin, daß die dem Parlamente gesteckte Aufgabe so fern abliegt von allem Idealismus, der auch auf dem politischen Gebiete noch immer mächtig ist. „Das norddeutsche Parlament, sagt es, soll die Verfassung für den norddeutschen Bund mit den Regierungen vereinbaren. Dieser Bund aber soll und kann nichts anderes sein, als die einheitliche Zusammenfassung des bisher zerstückelt gewesenen norddeutschen Militär- und Verkehrsstaates. Die betreffenden Funktionen sollen den Einzelstaaten abgenommen und der Centralgewalt übertragen werden. Nun wird Niemand im Zweifel sein, daß dies eine Aufgabe von der höchsten praktischen Wichtigkeit ist — aber begeistern kann sich dafür höchstens ein Politiker im eminenten Sinne des Wortes; die Masse der Wähler kann sich jetzt kaum dafür interessiren, geschweige durch den Gedanken daran in eine Gemüthsbewegung versetzen. Nicht die nächstliegenden Interessen geben bei der Masse den Ausschlag, sondern die

Dinge, welche auch dem beschränkten Blick eine Perspektive in die Zukunft eröffnen und auch dem beschränkten Kopfe und dem engen Herzen zu dem erhebenden Bewußtsein verhelfen, einer auf der edelsten Seite des Menschen beruhenden Allgemeinheit anzugehören."

Berlin, 6. Jan. Rußland hat bis jetzt in den Zusammentritt der von den Westmächten angeregten Pariser Konferenz zur Sanktionirung der rumänischen Investitur nicht gewilligt. — Die Aufmerksamkeit lenkt sich auf die polnische Angelegenheit. In Folge der letzten Ukase soll mit dem 13. Januar, dem russischen Neujahrstage, Polen auch dem Namen nach seine Existenz verlieren. In einer anderen Weltlage hätte dieser Akt Rußlands eine große Bewegung hervorgerufen. Jetzt glaubt man vorerst nicht, daß es zu Protesten der Mächte kommen werde, am wenigsten zu gemeinsamen. (K. Z.)

In einer beiläufig 800 Theilnehmer zählenden Wählerversammlung in **Hannover** am 6. wurde nach mehrstündigen Verhandlungen mit allen gegen 3 Stimmen beschlossen, Rud. v. Bennigsen als Parlamentskandidaten für die Hauptstadt aufzustellen.

Wien, 5. Jan. Während die innere Frage in diesem Augenblicke alle Gemüther in Spannung hält und eine politische Bewegung, wie sie seit sechs Jahren nicht stattfand, durch die Wahlkreise der diesseitigen Länder sich fortpflanzt, gibt sich die Wiener Börse einer merkwürdigen rosigen Stimmung hin, und steuert in den meisten Spekulationspapieren höheren Cursen zu. Wir glauben nur konstatiren zu sollen, daß nicht die allgemeine Befriedigung über die Gestaltung der inneren Verhältnisse, sondern zumeist das von Paris aus eifrig genährte Vertrauen auf Erhaltung des auswärtigen Friedens die Börsenkreise in angenehmer Stimmung erhält.

(Frd.-Bl.)

Die „Triester Zeitung" ist in der Lage, einen, wenn auch geringen, aber muthmaßlich dauernden Fortschritt in der Besserung des Befindens der Kaiserin Charlotte melden zu können. Derselbe besteht darin, daß die bekannten Wahnvorstellungen der hohen Kranken nicht so häufig und minder intensiv auftreten, wodurch eine nachhaltigere und für das ganze Befinden Ihrer Majestät sehr wohlthätige Ruhe herbeigeführt wird.

Wien, 6. Jan. Es kann heute bereits für überaus zweifelhaft gelten, ob die „außerordentliche Reichsrathsversammlung" überhaupt wird in Wirksamkeit treten können; aber daß mit ihr eine Lösung der Verfassungswirren nicht zu erzielen sein wird, das dürfen Sie jedenfalls als ausgemacht ansehen. Die Czechen werden ohne Zweifel darauf beharren, ihre Wahlen nicht nach dem Februarpatent vorzunehmen und in diesem Falle werden die deutschen Abgeordneten in Prag sich an den Wahlen nicht betheiligen und was dann weiter geschehen wird, läßt sich nach den Beschlüssen, die in den Vorbesprechungen der hervorragendsten Mitglieder der bisherigen Landtage von Nieder- und Oberösterreich, Steiermark und der andern deutschen Erbländer gefaßt worden sind, schon mit ziemlicher Sicherheit voraussehen. Die deutschen Abgeordneten werden der außerordentlichen Reichsrathsversammlung jede legale Existenz bestreiten und nicht erscheinen. Was wird die Regierung dann thun? Meint sie, daß ein Reichsrath in Wien tagen kann ohne die deutschen Abgeordneten? und werden die Ungarn etwa mit einer solchen Versammlung paktiren wollen? Und wird es dann noch Zeit sein zur Umkehr? Ich fürchte sehr, daß die Dinge im März eine schlimme Wendung nehmen werden.

(Frkf. Ztg.)

Wien, 7. Jan. Das Januarpatent hat bei der deutschen Bevölkerung aller Länder der Monarchie eine fast einhellige Mißbilligung, bei den anderen Nationalitäten eine zweifelhafte Aufnahme gefunden. Die Deutschen sehen sich durch einen den Landtagen ad libitum gestellten Wahlmodus von den Slaven und Polen überwältigt, und die Letzteren scheinen mit der Form, welche für den außerordentlichen Reichsrath gewählt wurde, nicht einverstanden. Besonders kommt denselben das Herrenhaus ungelegen, welches im direkten Widerspruch mit ihren föderalistischen Tendenzen steht. Die Wahlbewegung ist jetzt in vollem Zuge, und allen Anzeichen nach werden die Deutschen in Oesterreich, Böhmen, Mähren, Schlesien, Steiermark, Krain und Kärnthen zwar Abgeordnete in den Landtag wählen, jedoch mit dem Vorbehalte, daß dieselben nicht an dem außerordentlichen Reichsrathe theilzunehmen haben. Die Ruthenen in Galizien sollen denselben Vorsatz hegen. Es könnte sich daher fügen, daß am 25. Febr. in der deutschen Residenzstadt Wien seine aus Czechen und Polen bestehende Vertretung, zu der höchstens noch die deutschen Tyroler ein Contingent stellen dürften, sich versammeln werde. Welchen Entschluß in solchem Falle die Regierung fassen würde, steht dahin. Uebrigens wird behauptet, daß die Minister auf eine solche Wendung gefaßt, bezügliche Maßnahmen schon jetzt festgesetzt sein sollen; aber ob auch diese zu einem endlichen Ziele führen werden, ist bei der äußersten Zerfahrenheit unserer inneren Zustände noch sehr zu bezweifeln. In Regierungskreisen wird indessen kein Hehl daraus gemacht, daß der außerordentliche Reichsrath ein „Uebel" sei; aber alle andern Vorschläge waren überall auf Widerstand gestoßen, und unter den vielen Uebeln mußte das kleinste gewählt werden. Mit allen ihren neuen Oktroyirungen hat die Regierung entschiedenes Unglück, so fanden das Wucher-, das Finanz- und vorzüglich das Wehrgesetz allenthalben die ungünstigste Aufnahme. Besonders in Ungarn hat letzteres eine große Mißstimmung hervorgebracht.

Pesth, 3. Jan. In allen Schichten der Bevölkerung bildet die neue Heeresergänzungs-Verordnung den Gegenstand der eifrigsten Erörterung, und ich glaube die allgemeine Stimmung in keiner Weise getreuer skizziren zu können, als wenn ich konstatire, daß überall die lebhafteste Bestürzung Platz gegriffen hat. War es doch vorauszusehen, daß eine die Interessen des Einzelnen so tief und nachhaltig berührende Umänderung, wie sie durch den Inhalt der betreffenden Verordnung bedingt wird, selbst unter der Vertrauen erweckenden Aegide der Volksvertreter nur allmälig und schonend zur Durchführung gelangen könne, und nun wird sie mit der unbedingten Gewalt der Octroirung unter der Firma der Nothwendigkeit, welche schon an und für sich ein inneres Widerstreben hervorruft, mit jagender Hast ins Leben gerufen. Man hat in Abgeordnetenkreisen gegen die Sache, gegen das System nicht viel einzuwenden; aber man calculirt so: Zu einer Zeit, wo die legislativen Vertreter der einen Reichshälfte beisammen sind und die der anderen eben einberufen werden, wird ein für die Existenz des Gesammtreiches und dessen einzelne Bewohner hochwichtiges Gesetz der Form nach der verfassungsmäßigen Behandlung vorbehalten und dem Inhalte nach gleichzeitig auf absolutem Wege durchgeführt. Was für ein Licht wirft das auf die konstitutionelle Gesinnung der Regierung? Parteibeschlüsse konnten noch nicht gefaßt werden, weil die Mehrzahl der Abgeordneten noch abwesend ist. So weit ich bisher das Terrain zu sondiren in der Lage war, will die Linke, die durch jede Unvorsichtigkeit der Regierung den Boden unter sich fester werden fühlt, gegen deren Vorgehen Protest einlegen. Die Deak-Partei aber würde zur Wahrung des gemäßigten Standpunktes und, um der Linken nicht die Initiative zu lassen, beantragen, daß in einer auf das erwartete Reskript zu erlassenden Adresse an Se. Majestät die Bitte gerichtet werde, die Durchführung der betreffenden Verordnung möge bis zur verfassungsmäßigen Schlußfassung über dieselbe aufgeschoben werden. (N. Fr. Pr.)

Paris, 5. Jan. Fürst Metternich hat, wie das „Mémor." meldet, gelegentlich der Ratifikation des Handelsvertrages das Großkreuz der Ehrenlegion erhalten. — Da die Gesandten der Vereinigten Staaten keine Orden annehmen dürfen, so empfing Hr. Bigelow bei seinem Abgang die sämmtlichen Werke Napoleons III. mit einem eigenhändigen Schreiben des Verfassers. — Beim Diplomatenempfang am 1. Januar soll sich der Kaiser bei dem preuß. Botschafter mit wohlwollendem Interesse nach dem Befinden des Grafen Bismarck erkundigt haben.

Der Correspondent der „Debats" meldet aus **Florenz**, 2. Jan.: „Beim Neujahrsempfang hat der König an den Senat und die zweite Kammer u. A. folgende Worte gerichtet: „Die Armee ist zu unserer inneren und äußeren Sicherheit nothwendig; sie ist ein Einigungswerkzeug und sie ist nicht allein zur Vertheidigung der Grenzen, sondern auch zur Behauptung des Ranges, den Italien in Europa eingenommen hat, nothwendig." Diese königlichen Worte sind um so mehr aufgefallen, als der Senat in seiner Adresse viel vom Frieden gesprochen hatte, und man von der zweiten Kammer weiß, daß sie starke Streichungen im Kriegs- und Marinebudget vornehmen will.

Florenz, 4. Jan. Man liest in der „Italie", daß der Unterrichtsminister Berti am 3. Jan. nach Rom abgereist ist. Das Journal hofft von der Anwesenheit dieses Mannes, der sehr versöhnlichen Sinnes und in der Theologie wohl bewandert ist, einen guten Einfluß auf den Ausgang der noch schwebenden Unterhandlungen. — Die „Opinione" dagegen versichert, Hr. Berti werde nach Neapel gehen, um die dortige Universität zu inspiziren und nur so lange in Rom bleiben, als der Bahnzug dort zur Erledigung der Zoll- und Polizeiformalitäten anhält. — Der König ist, wie die „Italie" meldet, am 2. Abends mit einem zahlreichen Gefolge nach San Rossore abgereist, um daselbst zu jagen. Der Kriegsminister, Gen. Cugia, hat seine unlängst gegebene Demission wieder zurückgenommen. Der „Corr. ital." behauptet, daß der einzig genaue Text der am Neujahrstag vom König gesprochenen Worte in der offiziellen Zeitung enthalten sei. Alle übrigen Versionen seien müssige Erfindungen.

Mexiko. Die „France" theilt einen Brief des Kaisers Maximilian an den Conseils-Präsidenten Herrn Larez mit, in welchem die Gründe, die für seinen Entschluß, an das Volk zu appelliren, bestimmend gewesen, ausführlich niedergelegt sind. Dieser Brief (ohne Datum) lautet:

„Mein lieber Herr Larez! Der Ernst der gegenwärtigen Lage Unseres Landes hat Uns bestimmt, die Räthe der Krone um Uns zu

versammeln, damit Wir, von ihrem klaren und weisen Urtheile unterstützt, auf gesetzlichem Wege zu einer Lösung der gegenwärtigen Krise gelangen können. Eine schwere Pflicht ist uns jetzt auferlegt, aber Wir haben die innige Ueberzeugung, daß das Wohl des Vaterlandes ihre Erfüllung erheischt. Nach einer von jedem Einflusse des Parteigeistes oder der Leidenschaft freien Ueberlegung, nach einer langen und gewissenhaften Prüfung der Lage sind Wir zu der Ansicht gekommen, daß es Unsere Pflicht sein könnte, der mexikanischen Nation die Gewalt wiederzugeben, welche sie Uns anvertraut hat. Die Gründe, welche Uns in dieser Meinung bestärken, sind folgende: 1. Der Bürgerkrieg dauert — Wir konstatiren es mit Schmerz — noch immer fort; er befleckt mit dem Blute von Tausenden unserer Mitbürger die Gegenden, die er heimsucht, und er gewinnt täglich an Ausdehnung. 2. Die Feindschaft der Vereinigten Staaten gegen das monarchische Prinzip tritt täglich stärker hervor; Unsere Alliirten haben erklärt, daß es ihnen aus politischen Gründen unmöglich ist, Uns ihren Beistand fortzugewähren, und Wir haben sogar in der letzten Zeit erfahren, daß zwischen den Regierungen von Frankreich und den Vereinigten Staaten Pourparlers stattgefunden haben, um gemeinschaftlich dem Bürgerkriege, der seit so langer Zeit Unser Land verwüstet, ein Ziel zu setzen. Nach der Meinung der großen Majorität des amerikanischen Volkes könnte, sagt man Uns, dies Ziel nur erreicht werden, wenn mit Hilfe dieser beiden Mächte eine neue Regierung von republikanischer Form gegründet würde. Obgleich es der Vorsehung gefallen hat, unser häusliches Glück zu vernichten, obgleich Unser Muth und Unsere Stärke hievon hart geprüft sind, würden Wir doch keinen Augenblick anstehen, für das Glück des Vaterlandes alle Opfer zu bringen, wenn Wir nicht aus guten Gründen besorgen müßten, daß Unsere Person ein Hinderniß für die Pacifikation des Landes sein könnte. Aus diesem Grunde haben Wir die Minister und Staatsräthe versammelt, welche Uns schon so viele Proben ihrer Uebereinstimmung und Treue gegeben haben.

Maximilian."

Als der Kaiser sich dann bestimmen ließ, die Regierung provisorisch fortzuführen, formulirte er folgende sechs Bedingungen: 1. Einberufung eines National-Congresses auf breitester Grundlage, um über die Regierungsform zu entscheiden; 2. Prüfung der finanziellen Hilfsmittel des Landes; 3. Gesetzentwurf zur Bildung einer nationalen Armee; 4. Gesetzentwurf zur Colonisation des Landes; 5. Prüfung der Mittel, die mit Frankreich schwebenden Fragen zu lösen; 6. Prüfung der Mittel, zu einer Verständigung mit den Vereinigten Staaten zu gelangen. — Am 5. Dezember sollte der Kaiser nach Mexiko zurückkehren. (N. Fr. Pr.)

Der „Patrie" geben Privatnachrichten von **Montevideo** und Buenos-Ayres vom 29. November und von Rio Janeiro vom 8. Dez. zu. Marschall Caxias hatte bei seiner Ankunft eine ermunternde Proklamation an seine Truppen erlassen. Admiral Tamendare bleibt auf dem Kriegsschauplatz. Der amerikanische Ingenieur Bell, welcher seit Beginn des Krieges für Lopez Torpilles anfertigte, ist getödtet worden. Ein Dampf-Kanonenboot der amerikanischen Marine ist auf dem Parana auf das von ihr unbemerkte Paketboot „General Flores" gestoßen und hat dasselbe in zwei Theile getheilt. Das Schiff ist untergegangen. Die Mannschaft und die Passagiere wurden gerettet.

Neueres.

Berlin, 8. Jan. Die Fortschrittspartei wird in einer der nächsten Sitzungen einen Gesetzentwurf einbringen wegen Gewährung der Reisekosten und Diäten für die Mitglieder des norddeutschen Parlaments. Der Abgeordnete v. Bethmann-Hollweg hat Namens der vereinigten Altliberalen und der s. g. freien konservativen Fraktion den Antrag gestellt, die Staatsregierung zur Vorlage eines Gesetzentwurfes für die nächste Session aufzufordern, durch den die Beschränkung des Zinsfußes für hypothekarische Schulden beseitigt wird.

Wien, 8. Jan. Das Kaiserpaar empfing heute Mittags zahlreiche Neujahrswünsche durch eine Deputation des ungarischen Landtags. Der Kaiser erwiderte auf die Ansprache des Führers der Deputation: „Er wünsche, daß das neue Jahr durch die Segnungen des Friedens für die erlittenen Verluste Entschädigung gewähre; möge es dem wechselseitigen Vertrauen gelingen, sichere Grundlagen der Wohlfahrt und der konstitutionellen Entwicklung in Ungarn rasch und dauernd zu befestigen."

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	62 G.
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	62 3/4 G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	58 G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	51 1/4 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	43 3/8 G.
"	4 1/2 pCt.	37 5/8 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 1/8 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 [illegible]/4 G.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 3/4 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90 3/4 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	90 3/8 [illegible]
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 3/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	82 G.
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	94—93 7/8 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	83 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	93 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	83 1/4 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 1/4 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	88 1/2 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	94 5/8 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	88 1/2—3/4 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	84 1/2 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	82 3/8—3/4 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/2 pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	82 3/4 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	77 1/4 G.
"	6 pCt. ditto r. 1882 .	76—76 1/2 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	128 1/2 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	658—56 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	142 1/2—43 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	207 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	94 1/2 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr	78 1/2 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	341 [illegible]
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	108 7/8 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	184 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	101 1/2 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	74 3/4 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	153 1/4 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89 1/4 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	106 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	46 3/4—47 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	70 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	246 P.
3pCt. Südd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	117 3/8 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	117 3/8 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	108 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	65 1/2—3/4 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	61 3/4 G.
" fl. 100 Elisb.L. v. 1858.	—
do. v. 1864.	87 3/4—88 G.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 1/8—1/4 G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9 3/4 G.
Badische fl. 35	51 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	52 3/4 G
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
" fl. 25 do	39 1/2 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 3/4 G.
Sardinische Fr. 36 b. h.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-L. ser	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28 1/2 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 1/4 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 5/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 3/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Lod. k. S.	96 3/4 G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 1/4 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 5/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	118 3/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	89 1/2 G.
do. in öst. W. l. S.	89 1/2 G.
Disconto . . .	3 1/2 pCt. G.

Frankfurt, 9. Januar. Die Börse war im Ganzen matt, die Notirungen fast durchgehends etwas niedriger. Auf österreichische influirten etwas ungünstigere Valutanotirungen aus Wien, ohne welche man hier voraussichtlich besser gegangen wäre, da die Dispositionen des Marktes sowohl hier als in Amsterdam für österreichische Fonds gut sind, während für Amerikaner in Folge der Differenzen zwischen dem Kongreß und dem Präsidenten die Kauflust entschieden abgekühlt ist. Verstände die österreichische Regierung die jetzigen günstigen Dispositionen der Börsen rasch zu benutzen, indem sie den Ungarn Befriedigung gewähren und gleichzeitig die bezüglich des diesseitigen Reichsraths bestehenden Schwierigkeiten heben würde, so könnte es ihr unschwer gelingen, auch die Finanzfrage durch Consolidation eines Theils der Papiergeldschuld zu lösen. (Sond.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
I N. Würzb. Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 11. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco | Freitag, 11. Januar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) München, 9. Januar. Se. Maj. der König hat die prot. Pfarrei zu Thierstein, Dek. Wunsiedel, dem bisherigen 1. Pfarrer zu Taun, Dek. Rothausen, Ph. Fr. Sonnenkalb, verliehen; die kath. Pfarrei Zeilarn, Bezirksamts Pfarrkirchen, dem Priester St. Logner, Pfarrer in Kellberg, Bezirksamts Passau, übertragen.

München, 8. Jan. Die k. preuß. Regierung hat sich damit einverstanden erklärt, die vom Tage der Ratifikation des Friedensvertrages an in Bayern noch erwachsenen Krankenpflegskosten preußischer Soldaten nach den Ansätzen des bisherigen Bundes-Verpflegsreglements vom 31. Dez. 1863 zu vergüten, beziehungsweise gegen die Verpflegungskosten bayerischer Soldaten in preußischen Lazarethen in Compensation zu bringen. Der Beginn der diessfallsigen Verhandlungen, welche das Staatsministerium des k. Hauses und des Aeußern pflegen wird, ist bedingt durch die vorgängige Sammlung und Zusammenstellung der von bayerischer Seite zu liquidirenden diessfallsigen Ersatzansprüche. Die k. Regierungen, K. d. J., wurden daher beauftragt, die in den Regierungsbezirken vom 3. Sept. v. J. an auf Verpflegung, Wartung und ärztliche Behandlung kranker oder verwundeter k. preußischer Soldaten in Civilhospitälern oder in Privatwohnungen erwachsenen Kosten zu erheben, die diesbezüglichen Liquidationen unter Beiziehung des Regierungs-Civilcommissärs (Landescommissärs) nach Maßgabe der Bestimmungen im § 29 des angeführten Bundes-Verpflegsreglements zu prüfen und festzusetzen und eine hienach gefertigte Zusammenstellung der bezeichneten Kosten dem k. Staatsministerium des Innern in Vorlage zu bringen.]

Die „Bayer. Zeitung“ bringt in einem amtlichen Artikel über die neuen, dem Landtage zum größten Theil bereits vorgelegten Sozial-Gesetzentwürfe folgenden Ueberblick über deren allgemeine Umrisse und Prinzipien.

Zur Vorlage gelangten: 1) der Entwurf eines Gesetzes, die Gemeinde-Ordnung betr., welcher zugleich die Bestimmungen über die Gemeinde-Umlagen und die Gemeinde-Wahlordnung umfaßt, und incl. der vorübergehenden und Schlußbestimmungen aus 205 Artikeln besteht; 2) der Gesetzentwurf über die Ansässigmachung und Verehelichung mit 22 Artikeln; 3) der Entwurf eines Gesetzes über die Heimath und den Aufenthalt mit 28 Artikeln; 4) der Gesetzentwurf, das Gewerbswesen betr., mit 32 Artikeln.

Die drei erstgenannten, vom Staatsminister des Innern eingebrachten Entwürfe bilden nebst dem voraussichtlich in den nächsten Tagen gleichfalls zur Vorlage gelangenden Entwurfe eines Gesetzes über die öffentliche Armenpflege ein systematisch gegliedertes, durch eine [illegible]nd ausgearbeitetes Ganzes, das hinwieder mit dem vom Staatsminister des Handels und der öffentlichen Arbeiten vorbereiteten Gewerbsgesetz-Entwurfe innig zusammenhängt. Sämmtliche Vorlagen sind für das ganze Gebiet des Königreiches und sohin auch für die Pfalz berechnet. Als ihre Hauptziele können vornehmlich bezeichnet werden: die Erweiterung des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden zur Förderung eines gesunden und gedeihlichen Gemeindelebens, die Beseitigung aller nachtheiligen Schranken, welche dermalen der Ansässigmachung und Begründung eines eigenen Haushaltes entgegenstehen, die Sicherung des Aufenthaltsrechtes außerhalb der Heimathgemeinde, die Erleichterung der gemeindlichen Armenlasten und die Eröffnung freier Bahnen für die Entfaltung der individuellen Kräfte und der Erwerbsthätigkeit, und endlich die möglichste Vereinfachung des gesammten Verwaltungsorganismus durch Aufstellung leichtfaßlicher und greifbarer Bestimmungen und Ueberweisung des primitiven Vollzugs an die Gemeindebehörden.

Dem gegenüber bedarf es kaum der besonderen Betonung, daß auch alle diejenigen Garantien, welche zum Schutze der persönlichen Rechte, sowie im Interesse der Gemeinde- und Staatswohlfahrt unerläßlich sind, in den Entwürfen Berücksichtigung und Aufnahme gefunden haben; allein auch in dieser Hinsicht macht sich eine wesentliche Verbesserung bemerkbar, indem vor Allem dahin getrachtet wurde, durch positive präzise Vorschriften einerseits die Möglichkeit kräftiger Einschreitung zu wahren, und andererseits den naheliegenden Gefahren eines willkürlichen Vollzuges vorzubeugen. Bei Durchführung der vorstehend angedeuteten Prinzipien schließen sich die Entwürfe, insbesondere diejenigen des Gemeinde-, Heimaths- und Armenwesens, in vielen und hervorragenden Punkten an die in den Landestheilen diesseits des Rheins dermalen geltenden Bestimmungen an, denn es wäre nicht zu rechtfertigen, wenn man ohne dringende Veranlassung die als gut erprobten und eingebürgerten Institutionen plötzlich verlassen und damit die wesentlichsten Grundlagen der Staatsordnung

Feuilleton.

Vermischtes.

(Zur Universitäts-Statistik.) Im Jahre 1827 betrug die Zahl der ordentlichen Professoren an den drei bayerischen Landes-Universitäten 95, der außerordentlichen Professoren 23 und der Privat-Dozenten 34, die Gesammtzahl der Lehrkräfte sonach 152. Im Jahre 1863 dagegen finden sich 129 ordentliche und 27 außerordentliche Professoren nebst 61 Dozenten, sonach im Ganzen 217 Lehrkräfte. Es hat demnach die Gesammtzahl der Lehrkräfte an den Universitäten von 1827 bis 1863 um 43 pCt. zugenommen; hiebei fällt das Maximum auf die Dozenten mit 154 pCt. und das Minimum auf die außerordentlichen Professoren mit 18 pCt.; die ordentlichen Professoren haben sich um 36 pCt. vermehrt. — Ueber die Gesammtzahl der Studirenden an den drei Universitäten liegen jährliche Nachweisungen seit 1826/27 vor. In zwei zeitlich weit auseinanderliegenden Perioden wurde der umfassendste Gebrauch von der auf Universitäten gebotenen Bildungsgelegenheit gemacht, nämlich in den Jahren 1826/27 bis 1830/31 und 1848/49 bis 1855/56. In der ersten trafen im jährlichen Durchschnitt 2985, in der letzteren 2912 Studirende. Der geringste Zugang der Studirenden zu den Universitäten zeigt sich von der Mitte der Dreißiger bis zur Mitte der vierziger Jahre. Um beurtheilen zu können, inwieferne die Schwankungen in der Zahl der Studirenden von der Zunahme oder Abnahme der Studirlust bei der bayerischen Bevölkerung abhängen, ist es nöthig, die Zahl der auf den bayerischen Universitäten studirenden Inländer gesondert zu betrachten und mit der Gesammtbevölkerung des Königreichs zu vergleichen. Die Zahl der Inländer war seit 1835/36 am Höchsten im Jahre 1851/52 (2839) und am Niedersten (1706) im jüngsten Erhebungsjahre 1862/63. Bei einer Vergleichung mit der Bevölkerung findet man, daß in den Jahren 1835/45 im Durchschnitte jährlich 42, in den Jahren 1845/55 jährlich 53, in den Jahren 1855/60 jährlich 44, in den drei letzten Jahren 1860/63 dagegen nur je 39, 38 und 36 Studirende auf 100,000 Seelen der Bevölkerung oder 1,22 pCt. aller gleichalterigen männlichen Individuen trafen. Es ist nicht ohne Interesse, mit der Frequenz der Universitäten den Erfolg zu vergleichen, welchen die Studirenden erreicht haben. Das Meiste entzieht sich in dieser Beziehung freilich der quantitativen Betrachtung; einen Anhaltspunkt gewähren jedoch die seit dem Jahre 1830 veröffentlichten Resultate der Prüfungen der zum Staatsdienste adspirirenden Rechtskandidaten, welche im Folgenden in Gruppen von 5 (die letzte 4) Jahren zusammengefaßt sind.

	Zahl der Geprüften.	Zahl der Nichtbefähigten.	Auf 100 Geprüfte treffen Nichtbefähigte.
1830/34	731	195	27
1835/39	830	189	23
1840/44	852	140	16
1845/49	1085	194	18
1850/54	1843	570	31
1855/59	1387	362	26
1860/63	794	161	20

erschüttern wollte; dagegen geben namentlich die Vorschläge hinsichtlich der Staatsaufsicht, dann bezüglich der Ansässigmachung und Verehelichung, sowie hinsichtlich des Gewerbswesens genügend Zeugniß, daß die Entwürfe sich den Anforderungen der Gegenwart nicht verschlossen, sondern durch die entschiedene Beseitigung anerkannter Mißstände den vorliegenden gegründeten Beschwerden abgeholfen haben.

Was die Pfalz insbesondere betrifft, so war daselbst im Gebiete des Gemeinde-, Heimaths- und Armenwesens erst ein bestimmter gesetzlicher Boden zu legen; die dortigen Institutionen erleiden daher vielfache Abänderungen, welche vorzugsweise in der Anerkennung des gemeindlichen Selbstverwaltungsrechtes und in der hiedurch bedingten Begründung eines geschlossenen Gemeindeverbandes zum Ausdrucke gelangen. Da diese Abänderungen einem längst gehegten Wunsche der Pfalz entgegenkommen, so wird sich dieselbe mit den Neuerungen befreunden können und zwar um so mehr, als die Vorschläge über Ansässigmachung und Verehelichung und über das Gewerbswesen mit dem dortigen Rechte prinzipiell harmoniren und auch die übrigen besonderen Einrichtungen so viel als möglich erhalten bleiben.

Indem die Gesetzentwürfe in solcher Weise hauptsächlich durch organische Fortbildung des Bestehenden und an der Hand der Erfahrung dem Reformbedürfnisse zu genügen suchen, und indem sich dieselben ferner strenge innerhalb der Grenzen ihrer speziellen Aufgabe bewegen, dürfte sich der Gedanke einer **einheitlichen Sozialgesetzgebung** ohne empfindliche Rückschläge und zum Heile des Landes in nicht zu entfernter Zeit verwirklichen lassen.

Mainz, 7. Januar. Die Entlassung der wegen ihrer Exzesse hier und in Frankfurt zur Wiedereinstellung verurtheilt gewesenen **Landwehrmänner** des 32. preußischen Infanterie-Regiments hat heute stattgefunden. Von den Haupträdelsführern waren einige zur Festungshaft und einer zum Tode verurtheilt. Letzterer ist zu längerer Festungshaft begnadigt worden.

Kassel, 4. Jan. Der Sitz der Zolldirektion für die Provinz Hessen, wozu auch das Herzogthum Nassau, die Stadt Frankfurt, sowie die übrigen südlich vom Königreich Hannover gelegenen Gebietstheilen, welche dem preußischen Staate einverleibt wurden, gehören werden, wird hieher verlegt werden. Zu diesem Zweck ist das ehemals von Hessenstein'sche Haus in der Königsstraße käuflich erworben worden. (N. Corr.)

Berlin, 8. Januar. Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht den nachstehenden Wortlaut des vom Justizminister dem Abgeordnetenhause vorgelegten Entwurfes eines Gesetzes, betreffend die Anstellung von Justizbeamten der neu-erworbenen Landestheile in den älteren Provinzen: „Wir Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preußen rc., verordnen mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages Unserer Monarchie, was folgt: § 1. Justizbeamte, welche in den neu erworbenen Landestheilen nach den dort bestehenden Bestimmungen die Befähigung erlangt haben, ein Richteramt zu bekleiden, können auch in den älteren Provinzen als Richter oder Beamte der Staatsanwaltschaft angestellt werden. Für die Ernennung zum etatsmäßigen Mitgliede eines Appellationsgerichts ist jedoch außerdem erforderlich, daß der Beamte mindestens vier Jahre als etatsmäßiger Richter oder Staatsprokurator definitiv angestellt gewesen ist und für die Ernennung zum etatsmäßigen Mitgliede des Obertribunals, daß er mindestens vier Jahre als Mitglied eines Obergerichts oder Appellationsgerichts oder als Oberstaatsanwalt (Kronoberanwalt, General-Staatsprokurator) fungirt hat. Mitglieder der in den neuen Landestheilen bestehenden Oberappellationsgerichte können ohne Beschränkung auf die Zeit ihrer bisherigen Amtsthätigkeit als Mitglieder des Obertribunals angestellt werden. Die hiernach zu Mitgliedern des Obertribunals berufenen Richter können bei demselben auch als Mitglieder des rheinischen Senats fungiren. § 2. Wer mindestens vier Jahre die Stelle eines ordentlichen Professors der juristischen Fakultät bei einer Universität in den neuen Landestheilen bekleidet hat, kann zum etatsmäßigen Mitgliede eines jeden Gerichts ernannt werden, ohne daß die Ablegung der für Richter vorgeschriebenen Prüfung oder für die Ernennung zum Mitgliede eines Appellationsgerichts oder des Obertribunals die vorgängige Anstellung als Richter bei anderen Gerichten erforderlich ist."

Die Berliner Presse behandelt die Proklamation des Herzogs Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein sehr unmanierlich, da in diesem höchst würdigen Aktenstücke zwar die Eidesentbindung ausgesprochen, aber auch das Recht des Herzogs und des Landes gewahrt, und nach andern Seiten hin manche nicht angenehm klingende Wahrheit gesagt ist. Die „Nordd. Allg. Z." äußert: „Das Schriftstück konstatirt, daß die Selbstüberschätzung und Verblendung des Prinzen unter allen Wechselfällen dieselbe geblieben ist. Am Erfreulichsten ist die Aussicht, welche es eröffnet, die politische Laufbahn des Unverbesserlichen hiermit abgeschlossen zu sehen." Aehnlich spricht sich die „N. Preuß. Ztg." aus. Die „Vossische Zeitung" ruft dem Herzog ein Requiescat in pace nach, die „Berliner Reform" die Worte Schiller's: „Du hast gehofft, Dein Lohn ist abgetragen, Dein Glaube war Dein zugewogenes Glück." Es ist freilich recht traurig, daß der „Unverbesserliche" den preußischen Königswahlspruch: „suum cuique" nicht besser verstanden hat. (Nürnb. K.)

Die Bekanntmachung über die Parlamentswahl lautet: „Auf Grund der §§ 10, 14 und 15 des Wahlgesetzes für den Reichstag des norddeutschen Bundes vom 15. Oktober 1866 und gemäß der §§ 2 und 9 des dazu ergangenen Reglements vom 30. Dezember 1866 setze ich für den ganzen Umfang des Staates den Tag, an welchem die Auslegung der Wählerlisten zu beginnen hat, auf den 16. Januar und den Tag der Wahl auf den 12. Febr. dieses Jahres hierdurch fest. **Berlin**, 7. Jan. 1867. Der Minister des Innern. Graf zu Eulenburg." Nach der „N. A. Z." soll das Parlament dann schon zum 15. Februar einberufen werden; doch wird der „Weser-Ztg." von Berlin bemerkt, daß ohne Zweifel dann noch eine Zahl von engeren Wahlen in den Bezirken zu vollziehen sein wird, in denen die erste Abstimmung keine absolute Mehrheit erzielt hat. Es sei daher eine Verzögerung der Berufung des Parlaments bis Ende Februar oder Anfang März zu erwarten.

Elberfeld, 5. Jan. Von Hrn. v. Forckenbeck ist ein Brief hier eingetroffen, in dem es heißt: „Wenn es irgend mir möglich ist, so komme ich am liebsten unmittelbar vor den Wahlen selbst nach

---

Der Zugang zum juristischen Studium war durch die günstigen Resultate der Prüfungen in dem vorhergehenden Decennium wesentlich erleichtert; es stieg daher die Zahl der Juristen in zehn Jahren auf mehr als das Doppelte, während die Zahl der Nichtbefähigten zunahm. Mit der Abnahme der Zahl der Kandidaten hat sich dieses in den letzten Jahren wesentlich gebessert. (Bayer. Ztg.)

Die **St. Petersburger Akademie** hat jüngst einen, nicht bloß für Rußland seltenen Beweis von Unabhängigkeit gegeben. Vier Minister waren vom Präsidenten zu Ehrenmitgliedern vorgeschlagen worden; die beiden Ersten, der Unterrichtsminister Graf Tolstoy und der als Geschichtsschreiber verdiente Kriegsminister Milutine wurden ernannt; hingegen erhielt der Minister des Innern mehr schwarze als weiße Kugeln, worauf dann über die Zulassung des Domänen-Ministers gar nicht mehr abgestimmt wurde.

(**Lebensversicherung.**) Welche wachsende Benutzung die Lebensversicherung im deutschen Volke findet, zeigen die neuesten statistischen Ausweise. Nach denselben bestehen jetzt in Deutschland nicht weniger als 34 Lebensversicherungs-Anstalten, welche zusammen eine Summe von 277 Millionen Thaler auf das Leben von 280,000 Personen versichert haben. Diese bedeutenden Erbschaften werden also binnen einem Menschenalter beim Tode der versicherten Personen zur Auszahlung kommen, die pünktliche Fortsetzung der Versicherungen vorausgesetzt. Solche Capitalbildungen aus verhältnißmäßig kleinen Beisteuern tragen nicht wenig zur Beförderung des Familienwohlstandes und dadurch auch unseres Nationalwohlstandes bei. Zur Begründung jener Erbschaften sind im Jahre 1865 10¾ Millionen Thaler an Beiträgen eingezahlt worden; auszugeben waren in diesem Jahre nur 4⅕ Millionen Thaler für 4550 Gestorbene. Die Fonds jener Anstalten an Prämienreserve, Ueberschüssen und dergleichen belaufen sich, abgesehen von den Aktienkapitalien, auf 38⅓ Mill. Thlr. Etwa der dritte bis fünfte Theil dieser Summe kömmt auf die älteste und größte deutsche Lebensversicherungsanstalt, die gegenseitige Gothaer Bank, aus deren Casse bereits 18½ Millionen Thaler an die Erben gestorbener Versicherten gezahlt und 7 Mill. Thaler Ueberschüsse als Dividenden an die lebenden vertheilt worden sind.

Das gegenwärtige Jahr ist das Säculargeburtsjahr folgender deutscher Schriftsteller: des E. Christ. Grafen v. Benzel-Sternau (geb. 9. Apr. 1767), Wilh. v. Humboldt's (22. Juni) und A. W. v. Schlegel's (8. Sept.), sowie das hundertfünfzigste (9. Dez.) seit Winkelmann's Geburt. Zweihundert Jahre sind seit dem Tode des geistlichen Liederdichters Joh. Rist († 31. August 1667) und fünfzig seit dem Tode folgender bedeutender Männer verflossen: K. Theod. Ant. Maria Frhr. v. Dalberg, gew. Kurfürsten von Mainz und Großherzogs von Frankfurt (10. Febr. 1817), Thaddäus Kosziusko's, des Polenhelden (geb. 1757 zu Warschau, gest. 15. Oktober 1817 zu Solothurn, desgleichen der Schriftstellerin Anna Germaine Baronesse Stael-Holstein (geb. 1768 zu Paris, gest. 14. Juli 1817 zu Coppet bei Genf). Endlich bringt das gegenwärtige Jahr noch den fünfzigsten Todestag von folgenden deutschen Schriftstellern: Heinr. Jung-Stilling's (8. Nov.), Max v. Schenkendorf's (11. Dez.), Ernst Schulzes, des Dichters der „bezauberten Rose" (29. Juni), M. Aug. v. Thümmel's (16. Okt.) und K. Ludw. Woltmann's (19. Juni).

Elberfeld, präsentire mich den Wählern in öffentlicher Versammlung und erfülle damit auch die Pflicht, die meiner Ansicht nach jedem Kandidaten gegenüber der Wählerschaft obliegt." (Schles. Z.)

Die „Deutsche Volkszeitung" in **Hannover** soll, einer Mittheilung in der „Nat.-Z." zufolge, bereits die zweite Verwarnung wegen eines Raisonnements über die erste erhalten haben. — Etwa 300 hannover'sche Offiziere — die Hälfte der vorhandenen — sollen, der „Ztg. für Nordd." zufolge, bis zum 5. zum Eintritt in den preußischen Dienst sich gemeldet haben. Die gestellte Frist läuft noch zehn Tage.

Aus Schleswig-Holstein, 5. Jan. Nachdem in der Sitzung vom 20. Dez. v. J. vom preußischen Abgeordnetenhause die Annexion der Elbherzogthümer beschlossen worden ist, hat König Wilhelm am 24. Dez. die Einverleibungsakte durch eigenhändige Unterschrift vollzogen und soll dieser Staatsakt demnächst, wie die „N. Pr. Ztg." meldet, nachdem er in legaler, d. h. der preußischen Verfassung gemäßer Form seinen Abschluß gefunden hat, durch ein Patent und eine Proklamation an die Einwohner unseres Landes offiziell bekannt gemacht werden. Wenn uns auch der Glaube an eine rechtliche Entscheidung unserer Landessache längst verloren gegangen war, so haben wir uns doch bis zuletzt gesträubt, alle und jede Hoffnung aufzugeben. Nunmehr scheint jedoch das Schicksal Schleswig-Holsteins entschieden; ob in erfreulicher Weise, wagen wir nicht zu entscheiden. Es wird dies hauptsächlich von der größeren oder geringeren Geschicklichkeit abhängen, mit welcher Preußen es verstehen wird, die widerstrebenden Elemente in den annektirten Ländern sich zu assimiliren. Bei dem gänzlichen Mangel eines jeden Organs, durch welches eine Aeußerung der allgemeinen Meinung an die Oeffentlichkeit gelangen könnte, bei der Abhängigkeit der Presse und der Auflösung der Vereine war es schwierig, über die Aufnahme, welche das Einverleibungsdekret bei der Bevölkerung finden mußte, ein auf Thatsachen begründetes Urtheil zu fällen. Die ungestörte Ruhe, mit welcher namentlich die Aushebung der wehrpflichtigen Mannschaft erfolgt, möchte fast zu der Annahme verleiten, daß nach den hochgehenden Wogen der politischen Bewegung in den letzten Jahren nunmehr eine gänzliche Ebbe eingetreten sei, daß die Bevölkerung Schleswig-Holsteins, gebrochen an Herz und Geist, sich anschicke, in dumpfer Resignation das Unvermeidliche über sich ergehen zu lassen; und doch herrscht unter dieser scheinbar so stillen Oberfläche, wie wir in den letzten Wochen vielfach und in den verschiedensten Kreisen zu erkennen Gelegenheit hatten, eine Stimmung, die uns befürchten läßt, daß unser armes Heimathland noch lange nicht die Ruhe erlangen wird, die ihm nach den aufreibenden Kämpfen der letzten Jahrzehnte zur Consolidirung seiner inneren Verhältnisse so sehr von nöthen ist. Unter den obwaltenden Verhältnissen müssen wir leider bezweifeln, daß es in der ersten Zeit gelingen wird, allgemein befriedigende Zustände zu schaffen, vielmehr scheint uns für die nächste Zukunft ein „Leben ohne Liebe, ohne Patriotismus, ohne Freude, voll Mißmuth und Groll" bevorzustehen, wie Niebuhr es schildert zur Zeit der Karlsbader Beschlüsse. (Frkf. Journ.)

Kiel, 7. Jan. Das heutige „Verordnungsblatt" bringt ein Verbot zur Weiterverbreitung der Flugblätter des Herzogs von Augustenburg wegen des unzulässigen Inhalts, namentlich wegen der Unterschrift.

Aus Oesterreich. Das Jännerpatent hat eine üble Aufnahme gefunden. Niemand will sich mit dem außerordentlichen Reichsrathe befreunden, mit Ausnahme eben der extremen Föderalisten, denen er schon darum willkommen wäre, weil er die Februarverfassung in den Hintergrund drängt. In den deutschen Ländern stößt er auf entschiedenen Widerspruch. Man mag das jüngste Kind Belcredi'scher Politik von allen Seiten betrachten, nirgends läßt sich etwas an ihm finden, das verfassungsmäßige Abstammung verriethe. Fremd und kalt steht es uns darum gegenüber. Die steierischen Abgeordneten werden, soweit man es nach der Stimmung und Gesinnung der bisherigen Vertrauensmänner des Landes voraussetzen kann, für diesen Reichsrath keine Wahl vornehmen und annehmen. Den Vertretern der Steiermark werden hoffentlich einige andere folgen: in Linz, Salzburg und Bregenz werden die Anhänger der Verfassung sicherlich Beistand finden. Und auch die niederösterreichischen Abgeordneten werden sich trotz ihrer gewundenen Erklärung, die Niemand kalt und Niemand warm läßt und neuerdings das Gebiet der Fiktionen betritt, hoffentlich noch finden und die Zahl derer vermehren, die endlich einmal entschieden eintreten für konstitutionelles Recht und konstitutionelle Consequenz.

Soweit sich bis jetzt die Beurtheilungen, welche das neue Wehrgesetz gefunden hat, überblicken lassen, stellt sich heraus, daß es nicht sehr befriedigt hat, weder nach dem Inhalte, noch nach der Form. Das neue Gesetz erinnert lebhaft an Napoleon's Reformentwurf. Allgemeine Wehrpflicht und sechsjährige Dienstzeit sind Dinge, die nimmermehr zusammengefügt werden sollen. Die Masse des Heeres wird allerdings vermehrt, die Präsenzzeit dagegen nur sehr wenig vermindert und es bleibt nach wie vor dem Belieben der Regierung anheimgestellt, ob sie in Friedenszeiten ein den Wohlstand erdrückendes stehendes Heer auf den Beinen erhalten will oder nicht. Das aber ist ein höchst ungesunder Zustand, der sich am wenigsten mit dem Begriffe des konstitutionellen Staates vereinigen läßt, schon darum nicht, weil er das Volk stets in einer gewissen rechtlosen prekären Stellung erhält. Wann wird man in Wiener Regierungskreisen jene unselige Scheu abschütteln, sich endlich durch bestimmte, klare Gesetze binden zu lassen? — Auch die Form, in welcher das neue Gesetz oktroyirt wurde, hat Anstoß erregt, namentlich spricht man sich in Ungarn entschieden gegen das Oktroyi aus. Wäre es nach dem Willen des Kriegsministers gegangen, so hätten wir auch das Gesetz über das allgemeine Wehraufgebot auf dem Wege des 20. September zugeschickt erhalten und in einer Angelegenheit, welche so tief in alle Verhältnisse der Bevölkerung einschneidet, hätte die Bevölkerung selbst keine Stimme gehabt. Es ist höchst bedauernswerth, daß selbst so gediegene Männer, wie General John, sich so schwer zu konstitutionellen Anschauungen bequemen.

Aus **Wien** den 7. Januar schreibt ein Correspondent der „Tagespost": Mit Spannung sieht man hier dem Programme des neuen bayerischen Ministeriums entgegen, denn mit der nächsten Haltung Bayerns in der deutschen Frage wird sich das Schicksal der „Mainlinie" entscheiden. Wie unhaltbar die jetzigen Zustände Süddeutschlands sind, geht u. A. aus der neuesten Erklärung Preußens hervor, wornach das Resultat der schwebenden Zollverhandlungen mit Oesterreich keineswegs für die süddeutschen Staaten maßgebend sein könne, weil diese Staaten eben „freie" Staaten wären, und denen somit der nationale Hintergrund — bekanntlich in wirthschaftlichen Fragen so wesentlich — zum eigenen Schaden momentan fehlt. Dieselben haben also entweder nur Ja oder Amen zu sagen zu dem, was Preußen in Wien vereinbaren wird, oder sie müssen sich in ohnmächtigem Widerstreben abscheiden von dem großen Zollverbande.

Gratz, 7. Jan. Laut Mittheilungen der „N. fr. Pr." haben die Abgeordneten des steierischen Landtags beschlossen, keine Wahl für den außerordentlichen Reichstag vorzunehmen. Auch sind alle einmüthig in dem Entschlusse, kein Mandat anzunehmen. Sie wollen aber nicht einseitig vorgehen, sondern ihre Schritte in voller Uebereinstimmung mit den anderen Landtagen thun. Es ist dieserhalb seitens des Frhrn. v. Pratobevera eine Einladung an Kaiserfeld und seine Gesinnungsgenossen, sich gestern nach Wien zu begeben, erfolgt, woselbst eine Berathung stattfinden soll.

Pesth, 6. Jan. Nach dem „Wanderer" fand heute eine Konferenz bei Deak statt, welcher auch die Führer der Linken beiwohnten. Die Versammlung beschloß, Deak möge in der nächsten Sitzung des Landtages einen Antrag des Inhalts einbringen: das Haus wolle in Folge des oktroyirten Wehrgesetzes eine Adresse an den Kaiser absenden.

London, 3. Jan. Ein erbauliches Bild der gegenwärtigen Wahlverhältnisse bietet die Parlamentswahl für Waterford (Irland), wo Mr. de la Poer von den Liberalen mit großer Majorität gewählt wurde. Da zwischen den beiden Parteien große Animosität herrschte, so hielten es die Conservativen für gerathen, von ihren Wohnorten zu dem Platze der Wahl in geschlossenen Trupps und unter militärischer Bedeckung zu marschiren. Aber selbst damit kamen sie nicht zum Ziele, denn eines dieser Corps von etwa 200 Mann fand sich plötzlich in einem Hohlwege vor einem Verhau, der mit einer starken Besatzung von der Gegenpartei vertheidigt war. Es kam alsbald zum offenen Kampfe, wobei zwei Personen getödtet, und eine beträchtliche Anzahl verwundet wurden, und diese wirkliche Wahlschlacht wurde so lange hingezogen, daß die konservativen Wähler nicht vor Schluß der Wahl auf dem Platze sein konnten. Letztere soll dem geschlagenen Candidaten, Capitän Talbot, die runde Summe von 5000 L. gekostet haben.

London, 7. Jan. Die neuen Ukase zur Russificirung der Verwaltung in Polen werden als das definitive Finis Poloniae angesehen. — Wir wollen mit unseren Gefühlen über diesen traurigen Gegenstand keine eitle Parade machen, sagt die „Times". Der Krokodilthränen über Polens Untergang sind in Europa mehr als genug vergossen worden. Wir Alle wissen, wessen Hände die That gethan, und wessen Augen sie besehen haben. Wir alle erinnern uns auch, wie oft dem gebeugten Lande Rettung verheißen ward, und welch grausame Täuschung jedesmal das Ende war. Es kommt jetzt wenig darauf an, wen die größte Schuld trifft, wessen Festmahle oder Schlummerstunden das Gespenst Polens am häufigsten stören muß. Die That wurde begangen, lang ehe man bei uns das Wort „Nationalität" aussprechen hörte. Es geschah an einem Unglückstage für Polen, da es keinen einzigen Freund in der Welt besaß. Dem er-

sten Napoleon bot sich, als er ganz Deutschland unterjocht und wiederholt über Rußland triumphirt hatte, eine Gelegenheit, die er wegwarf und die kein Zusammentreffen von Umständen je wiederbringen könnte. Seitdem konnte es nichts Sinnloseres geben als den Ruf: „La Pologne ne perira pas.“ Wenn Frankreich nicht bereit war, den Kampf von 1813 zu erneuern, so mußte es wohl wissen, daß Polen verloren war; und wenn Polen nicht durch eigene Kraft oder fremde Hülfe befreit werden konnte, welche Aussicht hatte es, sich eine unabhängige Verwaltung zu bewahren? . . . Wir zweifeln nicht, daß die Lage der Polen durch ihre projektirte Verschmelzung mit den Russen in manchen Beziehungen sich verbessern würde. Wir waren eben so überzeugt, daß die Lombarden in manchen Dingen unter Oesterreich besser daran waren als jetzt unter der national-italienischen Herrschaft. Aber den Italienern war die Nationalität die unschätzbare Perle, neben der alle andern Gaben der Welt werthlos waren; und so würden aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Polen denken. Wäre der geringste Raum zur Wahl vorhanden, so gäbe es nichts Leichteres als den Polen den Rath zu geben: „Weist die Moskoviten sammt ihren Gaben von Euch!“ Aber es ist schwer zu denken, von welcher Seite der geringste Hoffnungsschimmer der dem Untergang geweihten Nation noch leuchten kann.

Paris, 7. Januar. Laroche-Jacquelin ist gestorben. — Das Tribunal hat alle wegen Theilnahme an der geheimen Gesellschaft im Café renaissance Angeklagten zu 3 bis 15 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Aus **Petersburg** wird der „Spen. Z.“ der Plan einer Theilung der Türkei mitgetheilt, von dem behauptet wird, daß er aus der Regierung nahe stehenden Kreisen hervorgehe. Die sieben Punkte dieses Theilungsplanes sind folgende: „1) Ablösung Aegyptens unter der erblichen Herrschaft des Vizekönigs, welcher nunmehr den Titel Sultan von Aegypten annehmen würde. 2) Befreiung der Inseln, namentlich Kreta, Cypern, Rhodus, Samos, Chio, Mitylene und Lemnos, nebst den dazwischen liegenden kleinen Inseln. Es wäre ihnen freizustellen, sich zu einem selbständigen Staat zu konstituiren oder mit dem Königreich Griechenland zu vereinigen. 3) Vereinigung der Provinzen Thessalien und Epirus mit dem Königreich. 4) Unabhängigkeit Montenegros und der rumänischen Fürstenthümer. 5) Errichtung eines Herzogthums Bosnien mit der Herzegowina unter einem österreichischen Erzherzog. 6) Unabhängigkeit Serbiens. 7) Herstellung eines bulgarischen Staats unter einem russischen Großfürsten, am passendsten wohl der Großfürst Konstantin.“

Von dem Gewährsmann der „Sp. Z.“ wird dieser Theilungsplan in folgender Weise erläutert: „Das türkische Reich in Europa würde daher vorläufig auf Rumelien und Albanien beschränkt sein, es würde die griechischen Provinzen von den slavischen Staaten trennen und den europäischen Mächten Zeit gewähren, die Hauptfrage, d. h. den einstigen Besitz Konstantinopels, in reifliche und friedliche Ueberlegung zu ziehen. Das katholische Bosnien und das griechisch-katholische Bulgarien können nur durch erbliche Fürsten der mächtigen benachbarten und glaubensverwandten Dynastien gehoben werden. Gewiß würden für solche Konzessionen Oesterreich und Rußland nicht Einspruch erheben, falls England und Frankreich durch eine Besetzung der Landenge von Suez und einiger kleiner Inseln im Rothen Meere sich den neuen Seeweg nach Indien sichern wollten. Das Erscheinen einer englisch-französischen Flotte vor Konstantinopel und das Einrücken einiger österreichischen Divisionen in Bosnien, sowie einiger russischen in Bulgarien dürften vollkommen genügen, um ohne weiteres Blutvergießen die erwähnten Veränderungen herbeizuführen und so den Frieden Europas zu sichern.“ Indeß möchte die vor allen Dingen erforderliche Zustimmung der Westmächte doch sehr fraglich sein.

N e u e r e s.

Koburg, 10. Jan. Die „Kob. Ztg.“ dementirt offiziös die Zeitungs-Nachricht, daß die thüringischen Fürsten beabsichtigten, zu Gunsten des Großherzogs von Weimar abzudanken.

Konstantinopel, 9. Jan. Die Pforte hat Kenntniß davon erlangt, daß die griechische Aktionspartei die Insurgirung noch anderer Archipel-Inseln beabsichtigt. Der türkische Gesandte in Florenz, Rustem Bey, ist für Washington designirt.

New-York, 9. Jan. Das aus Rechtsverständigen bestehende Comite ist mit der Untersuchung der für die Versetzung des Präsidenten Johnson in Anklagestand vorhandenen Gründe beschäftigt.

Telegramm
der Neuen Würzburger Zeitung.

* **München**, 10. Januar. Das Regierungsblatt publizirt ein allerhöchstes Patent bezüglich der Entlassung der Bewohner der an Preußen abgetretenen Gebietstheile aus Bayern's Staatsverband.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Op. i. S. b. R.)	68 1/4 G.
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	62 1/4 P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	58 1/4 P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	51 1/8—3/8 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	—
"	4 1/2 pCt.	38 P.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 3/8 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	95 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	95 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	—
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 3/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 1/8
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	83 1/8 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	93 1/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1847	83 1/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 3/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	88 1/8 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	95 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	88 3/4 P. 1/2 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	84 3/4 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	88 1/2 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	3 1/2 pCt. " " "	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	83 P.
N.Amerika	6 pCt. à 100 Dr. 1881 D. 2 1/2	77 3/8 P. 76 7/8 G.
"	6 pCt. ditto v. 1882	76 1/8—1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . .	140 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	651 P. 649 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	141—40 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	90 1/8 G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	207 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	94 1/2 G.
Interp. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr	74 1/2 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	341 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	109 1/2 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 5/7	60 1/8 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	153 1/4—1/2 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	100 5/8 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	46 1/4—47 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 4/7	69 1/2 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	—
3pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	117 3/8 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	117 1/4 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/4 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 1/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/8 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96 3/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 1/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 3/4 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 G.
London Lst. 10 k. S.	118 5/8—3/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. [illegible]	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 1/8 P.
Petersburg [illegible]	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	89 1/8 G.
do. im fst. W. l. S.	—
Disconto . . .	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	104 1/4 G.
"	fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	55 3/4 G.
"	fl. 500 v. 1860 6/7	61 1/8—3/4 G.
"	fl. 100 Eisb.-L. v. 1858.	—
"	do. v. 1864.	67 1/4 G.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.		98 1/8—98 7/8 G.
Schwed. 10 Thlr. Loose		10 P.
Badische fl. 35		51 3/8 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.		53 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.		—
"	fl. 25 do.	40 1/2 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.		37 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.		—
Neuchateler 10 Frs.-Loose		—
Freiburger 15 Frs.-Loose		—
Mailänder 45 Frs. b. R.		28 1/2 P.
St. [illegible] mit 2 1/2 pCt. Z.		—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7		10 1/8 P.

Frankfurt, 10. Januar. Die heutige Börse zeigt eine mißvergnügte Physiognomie. Eine allgemeine Flauheit dehnte sich fast über alle Werthe aus. Für Amerikaner waren zahlreiche Realisationen maßgebend; dieselben sind besonders auf Medio angeboten, wie auch Prämien sehr billig sind. Auf österreichische Werthe drückten die gestern Abend und heute von Wien eingelaufenen schlechteren Notirungen: der dortige Markt scheint in Folge der höheren Notizen der letzten Tage mit Zuführung von Material sehr in Anspruch genommen zu sein. Süddeutsche leblos. Devisen matter, Disconto im Privatverkehr 2 3/4. (Sonb.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
N. Würzb. Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 12. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 64. Jahrgang. | Samstag, 12. Januar 1867.

Deutschland und der Orient.

Das Jahr 1866 hat das von Napoleon im Krimfeldzuge hauptsächlich erzielte Resultat, die Sprengung des Bündnisses der nordischen Mächte, durch Auflösung des sich an sie anlehnenden deutschen Bundes vollendet. Aber der Krieg von 1866 hat auch die Grundlagen des den Krimfeldzug abschließenden Pariser Friedens von 1856, welcher die Türkenherrschaft in Europa gegen das Slaventhum sicher stellen sollte, tief erschüttert. Sämmtliche alte Allianzen sind nun zersprengt; wir leben wieder in einem Urzustande, wo jeder sehen muß, wie er sich durch seine Kraft seiner Haut wehre. Nach solchen Veränderungen und nach solcher Zersetzung erscheint dem Kühnen kein Wagniß aussichtslos. Cavour erkannte sogleich beim Ausbruch des Krimkrieges, daß dieser durch die Zerreißung der Solidarität der nordischen Mächte die Befreiung Italiens von der Fremdherrschaft ermöglichen werde. Die wunderbare Raschheit, womit er dieselbe vorwärts führte, steigerte in Deutschland das Verlangen nach nationaler Zusammenfassung. Wenn es uns wehe thut, daß sie durch die Schuld aller Parteien nicht durch den Hebel der Freiheit befördert wurde, so dürfen wir doch, besonders den Italienern gegenüber, darauf stolz sein, daß Deutschland ohne fremde Hilfe das Veraltete zusammenwarf und ohne sie einen neuen Grund legte. Wahren wir diesen unsern Ruhm! — Alle diese Erschütterungen und Neubildungen in der Mitte Europas haben in seinem Osten die Völker in der tiefsten Tiefe aufgeregt. Die Schwachen, die unterdrückten Völkerschaften der europäischen Türkei gürten sich zum Verzweiflungskampfe. Das russische Volk aber wird bald seine Politiker nöthigen, die von Peter dem Großen nach dem kultivirten Westen gerichteten Eroberungen gegen das südliche Ziel zu vertauschen. Das Sehnen des Nordländers nach dem lichten Süden, kirchliche Sympathien, heiß wie sie das Abendland kaum mehr kennt, drängen das russische Volk mit Urkraft nach den Ländern um das Schwarze Meer, in welches seine meisten Ströme münden. Die russische Politik mußte längst erkennen, daß es für sie eine aufreibende Arbeit ist, sich das eigentlich polnische katholische Volk zu assimiliren. Es ist daher nicht unglaublich, daß Rußland vor 4 Jahren Preußen die Zurückgabe Polens bis gegen Warschau angeboten habe. Wenn wir Bismarck etwas zu danken haben, so wäre es die Ablehnung dieses gefährlichen Geschenks. Denn wenn Deutschland den ihm auch von den Romanen zugewiesenen Beruf, sich weit im Nordosten auszubreiten, auf sich nehmen würde, so würde leicht daraus folgern, daß es seinen Westen, also das linke Rheinufer aufzugeben hätte. Preußen namentlich hätte damit auf seinen deutschen Beruf verzichtet. So fatal es auch gegenwärtig für Oesterreich sein mag, wenn die orientalische Frage jetzt lebendig würde, so vortheilhaft wäre es für das übrige Deutschland. Denn dadurch würde das Drängen Rußlands gegen seinen Westen, das Drängen Frankreichs gegen seinen Osten nach Süden abgeleitet, Rußland gegen die Hämushalbinsel, Frankreich gegen die Levante, vielleicht gegen Aegypten; wie schon Leibnitz wünschte und Napoleon I. glänzend versuchte. Aber solche große Krisen, auch günstige Gelegenheiten fordern von uns gesammelte Geister und Kräfte. (Schw. M.)

Darmstadt, 8. Jan. Das in mehr als vierzigjähriger Uebung regelmäßig den Jahrgang des Regierungsblattes eröffnende Edikt, den Rekrutenbedarf für's beginnende Jahr betreffend, ist diesmal ausgeblieben. Man erblickt darin ein Zeichen der Ungewißheit der Regierung, wie sich der Rekrutenbedarf in der Provinz Oberhessen sammt Kastel und Kostheim gestalten wird und findet darin eine Bestätigung des sehr allgemein verbreiteten Gerüchtes, daß von Preußen die militärische Organisation dieser Landestheile ganz nach preußischem Muster und ohne weitere Rücksicht auf die übrige hessische Militärorganisation verlangt werde. Die sehr bestimmte Sprache, mit der dies gefordert worden, soll hier nicht geringe Erregung veranlaßt haben. (Frkf. Journ.)

Wiesbaden, 9. Jan. Nach dem „Rh. Kur." wird nächstens eine Petition an den König abgehen um Erhaltung der Selbständigkeit der protestantischen Kirche Nassau's. — Die neuesten Telegramme desselben Blattes aus Rumpenheim melden ein andauerndes Bessern im Befinden der Herzogin; doch ist noch nicht alle Gefahr beseitigt. Die Entkräftung ist noch sehr groß.

Dresden, 8. Jan. Nach der „Constitutionellen Ztg." weiß man in kompetentem Kreise nichts von einem Gegenbesuche des Königs Wilhelm von Preußen am sächsischen Hofe. Ebenso seien die Gerüchte von einer Verminderung der preußischen Garnison in Dresden unbegründet. Die Garnison von Leipzig soll nach der Messe wieder auf die frühere Stärke gebracht werden. (N. fr. Pr.)

Leipzig, 9. Jan. Der Vertreter der Universität Leipzig in der ersten Kammer, Professor Heinze, bemerkte in der Motivirung seines Antrags auf Errichtung eines Bundesgerichts in dem neuen norddeutschen Bunde, man bedürfe eines Reichsgerichts, das besetzt sei mit unparteilichen, unabhängigen und sachkundigen Männern. Schon die alte Reichsverfassung habe den Satz enthalten, daß auch der oberste Fürst der Christenheit, der deutsche Kaiser, einen Richter über sich haben müsse. Ein Schloß und Schlüssel dieser Art am Bunde Norddeutschlands würde auch den Staaten Süddeutschlands Vertrauen einflößen. Jedes Bundesglied werde sich lieber einem Richterspruche unterordnen, als einem Machtspruch des Parlaments. Graf Hohenthal bemerkte auf Grund der Wahrnehmungen, die er als sächsischer Gesandter in Berlin gemacht, daß dort nicht die geringste Geneigtheit für ein Bundesgericht bestehe. Staatsminister v. Falkenstein erklärte, die Regierung sehe nach wie vor die Errichtung eines Bundesgerichts für höchst wichtig an und behalte dieselbe unverrückt im Auge, sie könne aber über die schwebenden Verhandlungen in Berlin, über welche sie nicht einmal speziell unterrichtet sei, keine Auskunft ertheilen.

Dem „Frankf. J." wird aus **Wien,** 8. Januar, geschrieben: Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht die Beförderung von acht Generälen zu Feldzeugmeistern, nachdem sechzehn Generäle bald nach geschlossenem Frieden zu Feldmarschall-Lieutenants ernannt waren, als wenn wir den siegreichsten Feldzug bestanden hätten. Alle Welt staunt hierüber, noch mehr aber darüber, daß unter den beförderten Feldzeugmeistern nicht einer ist, der sich im letzten Kriege ausgezeichnet hätte, der die Eigenschaften verriethe, ein Armeecorps mit Erfolg befehligen zu können, um so weniger, als drei von diesen nur in Kanzleien verwendet waren; allein der jüngste von Allen, Graf Crenneville, wollte Feldzeugmeister werden, und um der Sache einen Anstrich von Gerechtigkeit zu geben, mußten dessen Vordermänner für imaginäre Verdienste ebenfalls befördert werden, freilich nur ad honores. Sollen diese Herren vielleicht unsere künftigen Feldherren vorstellen nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht? Sollen solche Männer, solche Namen die Massen begeistern, vielleicht der taube Bastard M.? Will man auf diese Weise die Mängel unserer Armee-Organisation beseitigen, die erst jetzt zu erkennen der neue Kriegsminister sich das Verdienst zuschreibt, und der im Einverständniß mit den übrigen Ministern den Liberalen spielt? — eine abgemachte Comödie, um die projektirte Wehrverfassung volksthümlich zu machen. Was aber dahintersteckt, erräth Jedermann, denn ein Volksheer will und kann die jetzige Regierung nimmermehr ins Leben rufen wollen, sie müßte vorher selbst volksthümlich werden; daß sie dies aber nicht ist, wissen Sie. Sollen wir solchen Generalen unsere Söhne anvertrauen, für die Wehrverfassung schwärmen?

Wien, 9. Jänner. Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht heute nachstehendes Handschreiben an den Justizminister: „Lieber Ritter v. Komers. Ich finde Mich bewogen, allen denjenigen Personen, welche in den Ländern, für die durch Mein Patent vom 2. Jänner 1867, Nr. 1 des Reichsgesetzblattes, neue Landtagswahlen ausgeschrieben wurden, bis zum heutigen Tage wegen einer durch den Inhalt einer Druckschrift begangenen strafbaren Handlung rechtskräftig zu eine Strafe verurtheilt worden sind, oder wider welche wegen solcher Handlungen

nur ein Freisprechungs-Erkenntniß oder ein Ablassungsbeschluß wegen Unzulänglichkeit der Beweismittel ergangen ist, die erkannte Strafe, insoweit dieselbe noch nicht abgebüßt ist, sowie alle mit den erwähnten strafrichterlichen Erkenntnissen verbundenen nachtheiligen gesetzlichen Folgen aus Gnade nachzusehen. Wien, 8. Jänner 1867. Franz Joseph m. p."

Der hiemit vollzogene Gnadenakt wurde bereits seit mehreren Tagen angekündigt. Derselbe bezieht sich auf alle in Preßprozessen rechtskräftig Verurtheilten oder ab instantia Freigesprochenen der cisleithanischen Provinzen. Allen diesen werden die noch nicht abgebüßten Strafen sowie die nachtheiligen gesetzlichen Folgen der Verurtheilung nachgesehen, so daß dieselben völlig rehabilitirt erscheinen. Alle Jene jedoch, welche eines Preßprozesses wegen sich noch in Untersuchung befinden, sind von dem Gnadenakt ausgeschlossen. Wir haben es also auch hier wieder mit keiner vollständigen Amnestie für Preßvergehen zu thun. (Presse.)

Die „Wiener Ztg." vom 8. Januar erklärt in halbamtlicher Weise, daß der Abschluß des beabsichtigten Handelsvertrags mit Rußland momentan allerdings zweifelhaft erscheine, da letzteres von dem Abschlusse eines die gegenseitigen Tarifsätze modifizirenden Vertrags vorläufig überhaupt nichts wissen wolle. Aus gleichem Grunde sollen auch die in gleicher Absicht von der englischen und der preußischen Regierung seit längerer Zeit in Petersburg geführten Verhandlungen definitiv abgebrochen worden sein.

Pesth, 8. Jan. In Ungarn herrscht große Bewegung gegen die Oktroyirung des neuen Wehrgesetzes. Heute meldet der „Pesther Lloyd" darüber: Gestern und vorgestern haben bei Franz Deak Konferenzen stattgefunden, an welchen auch die Führer der Linken theilnahmen. Gegenstand der Berathung waren die Maßregeln bezüglich des neuen Wehrsystems, und allgemein wurde die Ansicht ausgesprochen, daß diese Maßregeln das Prinzip des Konstitutionalismus tief verletzen und die Wunden des Landes noch um eine vermehren. Die Anwesenden waren ferner der Ueberzeugung, daß dieser neue Akt der Regierung den Ausgleich des Verfassungsstreits erschwert, indem hiedurch auf die Bahn, welche auch die Regierung nach der bisher allgemein verbreiteten Ansicht aufrichtig betreten hatte, ein Hinderniß gewälzt wurde, in Folge dessen, wenn es nicht durch die Weisheit des Monarchen beseitigt wird, die inneren Wirren eben zu einer Zeit vermehrt werden, in welcher geregelte innere Zustände zu einer Lebensfrage der Monarchie geworden sind. Die Konferenz beschloß daher, daß in dieser Angelegenheit an Se. Majestät eine Adresse gerichtet werde, und Deak wurde ersucht, den hierauf bezüglichen Antrag zu stellen. Vor der betreffenden Unterhaussitzung, in welcher Deak seinen Antrag einbringen wird, soll eine allgemeine Konferenz stattfinden. — Der „Wanderer" erklärt die allgemeine Erregung in Ungarn dadurch, daß eben dieses Land jetzt am härtesten getroffen wird. In den cisleithanischen Ländern wären die jetzt zur Stellung gelangenden ersten drei Altersklassen schon während des Krieges theilweise ausgehoben worden, sonach käme jetzt nur ein kleiner Rest an die Tour, während in Ungarn die Rekrutenaushebung aus Gründen, die der Wanderer nicht näher kennzeichnen will, im Sommer unterblieb und daher jetzt Alle gleichmäßig treffen würde. Der „Wanderer" glaubt übrigens, daß die Ausgleichschancen durch diese Maßregel sehr herabgedrückt worden wären, und daß nur durch die sofortige Sistirung derselben feinige Beruhigung in die Gemüther zurückkehren könnte.

London, 7. Jan. In den ersten Tagen der kommenden Parlamentssession wird eine Reformkundgebung in kolossalem Maßstabe, nicht in einem Park oder auf einem freien Platze, sondern vor der Thüre des Hauses der Gemeinen beabsichtigt. Die Abgeordneten der Londoner und provinziellen Gewerkvereine haben an alle Reformfreunde eine gedruckte Aufforderung erlassen, eine möglichst große Anzahl Reformbittschriften vorzubereiten und dieselben persönlich an der Schwelle des Parlamentsgebäudes einigen entschieden liberalen Unterhausmitgliedern, wie Bright, Potter, Mill, Taylor u. A. zur formellen Ueberreichung zu übergeben. Und jeder Petitionsträger soll ein möglichst zahlreiches Geleite von Gesinnungsfreunden mitbringen! Es ist indeß noch die Frage, ob wirklich ein Versuch zur Ausführung dieses Planes gemacht werden, ob nicht Bright selbst oder Mill durch seine Rathschläge solch ein ungestümes Drängen verhüten wird. Die „Times" gibt der Liga zu bedenken, daß die beabsichtigte Kundgebung, die der bekannten Chartistendemonstration vom 10. April 1848 auf ein Haar gleichen würde, ein Versuch, das Haus der Gemeinen durch physische Drohung einzuschüchtern, somit vollständig ungesetzlich wäre.

Nach dem eben erschienenen amtlichen Ausweise zählt die britische Marine gegenwärtig 579 Fahrzeuge. Sie zerfallen in folgende Klassen: 312 Schiffe, Corvetten und Fregatten, 72 Segelschiffe, 100 Kanonenboote, 113 Schiffe im Hafendienste, 44 Küstenwachtkreuzer und 38 Küstenwachtschiffe. Von dieser Anzahl sind augenblicklich 262 auf den verschiedenen Stationen im aktiven Dienste. Dazu kommen noch 24 Schiffe, die, im Bau begriffen, größtentheils beinahe fertig sind; darunter zwei gepanzert Thurmschiffe, 3 Panzerfregatten, 1 gepanzerte Widdercorvette, 1 eisernes Transportschiff und 4 doppelte Schraubenkanonenboote.

Vermischtes.

Im „Oesterr. Militärkalender" von Dr. Hirtenfeld finden wir zum ersten Male übersichtlich zusammengestellt, wie stark die österreichischen Mannschaftsverluste im Jahre 1866 waren. Im Ganzen hat die österreichische Armee nicht weniger als 71,267 Mann vom Feldwebel und Wachtmeister abwärts eingebüßt und zwar blieben 9671 Mann todt, 24,096 wurden verwundet und 37,500 vermißt. Von diesem Gesammtverluste entfiel auf die Nordarmee 62,797 Mann (nämlich 8484 Todte, 19,896 Verwundete und 34,417 Vermißte), auf die Südarmee sammt der Flotte 8470 (nämlich 1187 Todte, 4200 Verwundete, 3083 Vermißte). Die allererste Affaire im Kriege war eine Patrouillirung bei Kratzau in der Nacht vom 22. Juni, in welcher ein Husar verwundet wurde. Im Gefechte bei Langenbruck am 24. Juni war der Verlust: 1 Todter, 11 Verwundete und 7 Vermißte, in der Schlacht bei Custozza am selben Tage 1045 Todte, 3681 Verwundete und 2663 Vermißte (zusammen 7389). Nach einer Tabelle betrug der Gesammtverlust bei Trautenau 3590 Mann, bei Skalitz 11,646 Mann, bei Gitschin 2593 Mann, bei Königgrätz 37,919 M., bei Blumenau 486 Mann u. s. w.

Zur Pariser Weltausstellung muß auch die französische Schuljugend ihren Beitrag stellen und arbeitet bereits auf allerhöchsten Befehl für dieselbe. Zwei Procent der Elementarschulen sowohl für Knaben als für Mädchen in jedem Departement werden am 10. Jänner eine schriftliche Prüfung im Schreiben, Rechnen und in der Rechtschreibung bestehen. In den Mädchenschulen erstreckt sich die Prüfung auch auf Nadelarbeiten, in Nancy und in Puy auch auf die industriellen Nadelarbeiten. Größere Volksschulen werden auch Zeichnungsproben zu liefern haben. Länge und Breite des zu den Prüfungsarbeiten zu verwendenden Papiers, Tag und Stunde der Prüfungen werden vom Unterrichtsminister gleichförmig für ganz Frankreich vorgeschrieben. Auch haben die Schulen reingeschriebene Aufgabenhefte — auszustellen. In jedem Departement bildet der Präfekt eine Kommission, deren Mitglieder von Fall zu Fall über die Regelmäßigkeit der Prüfungen und die Einlieferung der Arbeiten Protokolle aufzunehmen haben. In der Kunst des Centralisirens geht Frankreich immer noch als Muster voran.

Brüssel, 8. Jan. General Prim lebt hier sehr ruhig und zurückgezogen in einem der schönsten und glänzendsten Hotels der Rue royale. Seine Frau und seine Kinder sind ebenfalls hier. Die hiesige spanische Gesandtschaft überwacht argwöhnisch jeden Schritt und Tritt des Generals und der übrigen spanischen Flüchtlinge, größtentheils ehemalige Unteroffiziere, welche sich beim letzten Pronunciamento kompromittirt haben. — Gestern fand hier die feierliche Bestattung des plötzlich im 48. Lebensalter verstorbenen protestantischen Pfarrers Vent statt. Selten haben wir hier in Brüssel einer großartigeren Leichenfeierlichkeit beigewohnt. Mehr als 200 Equipagen folgten dem Leichenwagen. Pastor Vent genoß hier großes Ansehen. Er war Priester im edelsten Sinne des Wortes. Als ihm vor einem Jahrzehnt König Leopold I. die Stelle eines Hofkaplans anbieten ließ, welche sein Vater bis zum Tode bekleidet, schlug sie Herr Vent mit den Worten aus, er befürchte, in dieser offiziellen Stellung nicht die volle Freiheit zu besitzen, deren er bedürfe, um das Evangelium zu verkünden. (Fr. J.)

Draguignau, 6. Jan. Der Assisenhof des Var-Departements hat diesen Abend um 9 Uhr sein Urtheil in der Angelegenheit der Revolte der Strafanstalt der Ile du Levant gesprochen. Die Antwort der Jury war bestätigend auf 60, und verneinend auf 52 Fragen. Die Angeklagten Paris, Leroq und Ferrohden wurden freigesprochen. Die beiden letztern werden bis zu ihrem 20. Jahre in einem Correctionshause bleiben. Für die andern Angeklagten wurden mildernde Umstände zugestanden. Conduriet, Touché, Laurent und Veroud sind zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt, Michelon zu zehn Jahren Zuchthausstrafe, Allard zu zehn Jahren Gefängnißstrafe in einem Correctionshause, Galaret zu fünf Jahren Zuchthausstrafe, Vivier, Hernebrood, Neugier, Perrichon und Gosserie zu drei Jahren Gefängnißstrafe. Fast alle Verurtheilten weinten, als ihnen das Urtheil verkündet wurde. (T. H.)

Paris, 6. Jan. Das „Journal des Debats“ veröffentlicht heute ein Schreiben eines Hrn. v. Voigts-Rhetz aus Oberkirch in Baden, in welchem die Angaben der französischen Presse, daß Preußen nach dem Elsaß und Lothringen trachte, und daß der Machtzuwachs Preußens eine Gefahr für Frankreich sei, widerlegt werden. Hr. v. V. sagt, daß derartige Gerüchte von den mit Oesterreich alliirten Klerikalen herrühren. Er schließt: „Oesterreich bedeutet die Fürsten, die Uneinigkeit, die religiöse und politische Sklaverei; Preußen, was man auch sagen mag, bedeutet das Volk, die Einheit, die politische und religiöse Freiheit! Diese Worte sind nicht von mir; sie sind wörtlich die eines Republikaners, eines politischen Flüchtlings, die Arnold Ruge's; sie stellen, so denke ich, ziemlich die Annäherungspunkte zwischen Preußen und Frankreich auf, dessen edelmüthige und traditionelle Initiative in allem, was den Fortschritt interessirt, ihm laut genug sagen wird, wem es seine Sympathien an dem Tage schenken muß, wo für Frankreich eine Wahl nothwendig geworden ist.“

Paris, 8. Jan. Eine japanische Gesandtschaft, welche gestern hier angekommen ist, ist vom höchsten Rath des Reiches abgesandt worden, welcher bis zur definitiven Ernennung des Taikun das Land regiert. Die Gesandtschaft besteht aus 19 Personen, wovon 2 Gesandte, 10 Offiziere, und Dolmetscher-Sekretäre und 7 Dienstboten. Die Gesandtschaft wird sich von hier über Berlin nach St. Petersburg, dem Hauptziel ihrer Reise, und von dort nach Amerika begeben. Binnen Kurzem sollen in Paris und London bleibende japanische Gesandtschaften errichtet werden.

Paris, 9. Jan. Man schreibt dem „Moniteur“ aus Shanghai, 7. Nov., daß die Eisenbahnangelegenheit in China immer größere Bedeutung gewinnt. Vielleicht dauert es nicht mehr lange, bis die ersten Schienen gelegt werden. Zunächst soll nach dem Systeme von Macdonald Stephenson eine Linie zwischen Shanghai, Kangtschau und Sutschau, und zwar in der Weise angelegt werden, daß weder das bebaute Land, noch die Kanäle und Bewässerungsanstalten durch den Bau beeinträchtigt werden. — Die chinesische Regierung beschäftigt sich jetzt lebhaft mit der Errichtung eines Leuchtthurms am Eingang des Hafens von Shanghai.

Paris, 9. Jan. Ein auf dem Kriegsministerium eingetroffener Bericht des Marschalls Bazaine zeigt an, daß das Expeditionskorps nun vollständig konzentrirt und in verschiedenen Etappen staffelförmig aufgestellt ist. In **Mexiko**, der Hauptstadt, stehen noch 6000 M. Franzosen; die übrigen befinden sich in Puebla, Orizaba, Vera-Cruz und sollen sich je nach dem weiteren Abrücken der einzelnen Truppentheile in jenen Städten ablösen, bis sie alle in der genannten Hafenstadt vereinigt sind. Zu dem Ende wird bei Vera-Cruz ein großes verschanztes Lager aufgeschlagen, das zur Aufnahme von 22,000 M. geeignet sein soll. (L. Z.)

Türkei. Der Vicekönig von Aegypten hat sein aus zehntausend Mann bestehendes Corps aus Creta zurückgezogen, weil die hohe Pforte seine Rathschläge unberücksichtigt ließ, durch welche er zu einer praktischen und politisch-richtigen Lösung der candiotischen Frage zu gelangen hoffte. Die türkische Regierung scheint jedoch ihrerseits mit weittragenden Reformen gegenüber Creta umzugehen. Darauf deutet die Einstellung der weiteren Rüstungen, welche bisher so ärmliche Resultate zu Tage gefördert hatten.

Sissek (Militärgränze), 4. Januar. Aus dem benachbarten Bosnien herüber werden uns in den jüngsten Tagen höchst wichtige Nachrichten mitgetheilt. In Bosnien steht demnächst eine Insurrektion von Seiten der Christen gegen die Pforte bevor. Durch den Verrath eines katholischen Mönches, eines Franziskaners, ist zwar dieser Plan dem türkischen Gouverneur von Sarajewo zur Kenntniß gekommen, und hat Letzterer sich unverzüglich 30,000 Mann Militär von Konstantinopel erbeten, um dem ersten Losbruch des Christenaufstandes begegnen zu können; trotzdem haben die Christen ihren Entschluß nicht fallen gelassen, indem sie wissen, daß sich ein bosnischer Aufstand von Seiten Serbiens, Bulgariens, Griechenlands und Montenegros der lebhaftesten Unterstützung gewärtigen kann. Unter den Christen (Katholiken und nichtunirten Griechen) und auch den Serben mohamedanischen Glaubens circulirt in tausend und tausend Exemplaren eine zur Erhebung auffordernde Proklamation. (D. A. Z.)

Rußland. Wie sehr man von gewisser Seite sich auch bemüht, die von Rußland angeordneten Truppenbewegungen im Königreiche Polen sowie in den angrenzenden Provinzen in Abrede zu stellen, so bringen doch glaubwürdige Reisende aus dem Innern Rußlands übereinstimmend die Nachricht, daß dort die militärische Bewegung außergewöhnliche Dimensionen angenommen. Aus mehreren Andeutungen in den russischen Journalen ist auch zu ersehen, daß auch in den Arsenalen zu Petersburg, Kronstadt und Moskau große Thätigkeit herrscht. Ein Hinterladungsgewehr nach amerikanischem System ist bereits für die russische Armee gewählt und sind die Muster dieser Waffe unlängst an sämmtliche Regimenter zum probeweisen Gebrauch versendet worden. Der russische Hinterlader soll bei höchst einfacher Konstruktion 12 Schüsse per Minute abgeben können und das Geheimniß der Erfindung mit 300,000 R. bezahlt worden sein. Schließlich kann ich Ihnen noch mittheilen, daß an alle kaiserlichen Straßen- und Brückenbauämter im Königreiche Polen der Befehl ergangen, über den praktikablen Zustand der Straßen und Brücken einen genauen Rapport direkt nach Petersburg einzusenden, welcher dort bei persönlicher Verantwortung der Beamten längstens bis 20. Februar a. St. einzutreffen hat. (D. A. Z.)

Amerika. Die Depesche über die gegen den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Johnson, eingeleitete Untersuchung wegen Gesetzesübertretungen ruft naturgemäß das Interesse an den hiemit zusammenhängenden Fragen in einem so hohen Grade wach, daß wir zur Orientirung unserer Leser die hierauf bezüglichen Bestimmungen, wie sie in der Konstitution der Vereinigten Staaten vom 17. September 1787 und in den Nachtragsbestimmungen zu derselben zerstreut vorliegen, hier möglichst übersichtlich zusammenstellen wollen. Die Anklage kann sich nur auf die in dem § 7 des ersten Artikels der Konstitution enthaltenen Vorschriften gründen. Danach ist der Präsident verpflichtet, jede Bill, die im Hause der Repräsentanten und im Senate durchgegangen ist, spätestens binnen zehn Tagen, nachdem sie ihm vorgelegt worden, zu vollziehen. Insofern er sie nicht billigt, soll er sie mit seinen Einwendungen demjenigen Hause zurückschicken, wo sie ihren Ursprung erhalten, und dasselbe soll diese Einwendung prüfen und die Bill noch einmal in Erwägung nehmen. Wenn nach dieser zweiten Ueberlegung zwei Drittheile dieses Hauses für die Bill stimmen, so soll sie zugleich mit den Einwendungen an das andere Haus geschickt werden, welches dieselbe gleichfalls noch einmal in Erwägung nehmen soll; wird sie auch hier von zwei Drittheilen gebilligt, so soll sie trotz des vom Präsidenten eingelegten Veto's Gesetzeskraft erhalten. In dieser Beziehung die Konstitution betreffs verschiedener Bills, welche die politischen Rechte der in die Rebellion verwickelt gewesenen Südstaaten, sowie die den Negern einzuräumenden Befugnisse betreffen, verletzt zu haben, wird nun bekanntlich dem Präsidenten Johnson zum Vorwurfe gemacht. Für einen solchen Fall hat das Haus der Repräsentanten allein das Recht der Anklage, während der Senat allein das Recht hat, die Anklage zu untersuchen und den Urtheilsspruch zu fällen. „Wenn der Senat“, so sagt die Konstitution wörtlich, „zu diesem Endzwecke eine Sitzung hält, soll er darüber vereidet werden. Wenn ein Präsident der Vereinigten Staaten verhört wird, so soll der Oberrichter präsidiren und Niemand soll verurtheilt werden können, wenn nicht zwei Drittheile der anwesenden Mitglieder für das Urtheil gestimmt haben. Ein Urtheilsspruch im Falle einer solchen Anklage soll sich nicht weiter erstrecken können, als auf Entfernung vom Dienste und Absprechung des Rechts, irgend ein Amt, welches Ehre, Zutrauen oder Vortheile gewährt, in den Vereinigten Staaten erhalten und führen zu dürfen. Aber der überführte Theil soll demungeachtet noch der gerichtlichen Anklage, dem Kriminalprozesse, der Verurtheilung und der Bestrafung nach dem Gesetze unterworfen sein.“ Endlich bestimmt auch noch der § 3 des zweiten Artikels der Konstitution, daß der Präsident, Vize-Präsident und alle Civilbeamte der Vereinigten Staaten wegen grober Verbrechen ihres Amtes entsetzt werden können, und es würde die Anklage speziell dahin zu richten sein, daß der Präsident in diesem Falle den von ihm geleisteten Eid auf strenge Befolgung der Konstitution, wie derselbe in § 1 des zweiten Artikels vorgeschrieben ist, verletzt habe. — Das Schauspiel, welches in diesem Augenblicke jenseit des Ozean beginnt, das Gericht über die höchstgestellte Person im Staate wegen Verletzung der Gesetze hat eine imposante sittliche Bedeutung und kann auch auf europäische Verhältnisse nicht anders als heilsam influiren. (B. B. Z.)

Man schreibt dem „Moniteur“ aus **Rio de Janeiro**, 5. Dez.: Marschall Caxias war am 14. Nov. in Corrientes angekommen, hatte sich am 17. nach Curuzu und dann nach Tuyuti begeben, und von dort aus einen Tagsbefehl an die Armee erlassen. Er scheint ausschließlich mit Conzentrirung der Truppen und mit Heranziehung von Verstärkungen beschäftigt zu sein. Vor einem Monat wird schwerlich irgendeine Offensivbewegung versucht werden. General Porto Alegre und Admiral Tamandare begeben sich deshalb beide auf einen Monat in Urlaub. Letzterer geht nach Rio, ersterer bleibt an der Spitze des zweiten Armeekorps. — In der argentinischen Republick sind Unruhen ausgebrochen, welche die Behörden in der Hauptstadt der Provinz Mendoza veranlaßt haben, in Buenos Ayres um Truppenverstärkung nachzusuchen. — Zwischen Montevideo und Buenos Ayres ist jetzt eine elektrische Drahtverbindung hergestellt, und man arbeitet fleißig daran, um die Telegraphenlinie von Rio de Janeiro nach der südlichen Provinz Rio Grande zu vollenden.

Rio de Janeiro, 9. Dez. Vorgestern hat der Kaiser Dom Pedro das Dekret unterzeichnet, durch welches die Ströme Amazonas,

Tocantins und San Francisco mit den Nebenflüssen des ersteren, dem Tapajos, Madeira und Rio Negro, dem Handel und der Schifffahrt freigegeben werden. Man kennt die Veranlassung nicht, welche gerade jetzt das Längsterwartete hat eintreten lassen, wenn es nicht die liberalen Verwaltungsgrundsätze des Ministeriums sind. Brasilien hat mit dieser Freigebung seiner Hauptströme im Norden und also der vollständigen Oeffnung seines Innern bis an die Grenzen von Peru, Ecuador, Neugranada und Bolivia einen Schritt gethan, der erst später in seiner vollen Bedeutung anerkannt werden wird. Der Amazonas ist der Schlüssel zu Handels- und Industriereichthümern, wie nur wenige Gelehrte und Reisende sie bis jetzt gekannt, und wenn Alexander v. Humboldt einst das Gebiet des Amazonas für das künftige Centrum der Weltcivilisation erklärt hat, so ist jetzt wenigstens der Weg dazu geöffnet. Brasilien liegt vom 7. Septbr. 1867 nun nicht allein im Norden jeder Spekulation und Thätigkeit offen, sondern wenn der Krieg gegen Paraguay erst glücklich beendet sein wird, auch der Süden; denn der Hauptzweck dieses Krieges ist unstreitig die Oeffnung der Ströme Laplata (Parana) und Paraguay für die Flaggen aller Nationen bis in die innersten Provinzen des Reiches.

Asien. Der Bericht des „Moniteur“ über die neuesten Vorgänge in Korea, welche vom Contreadmiral Roze unterm 17. Novbr. gemeldet wurden, gibt nachstehende Einzelheiten: „Nach der Besetzung von Kanghua durch die Landungscompagnien hatte der Contreadmiral eine stark verschanzte Stellung eingenommen und ließ gleichzeitig durch einzelne Abtheilungen die Umgegend der Stadt durchstreifen und an den gegenüber liegenden Küsten der Halbinsel Korea die Dschunken, die sich im Kanale befanden, aufsuchen und zerstören. Bei einer dieser Streifereien wurde die Schaluppe der „Guerrière“, als sie gerade am Ufer anlegen wollte, aus unmittelbarster Nähe mit einem Musketenfeuer empfangen, das drei Matrosen tödtete. Die Mannschaft sprang ans Land, spürte die Koreaner auf, die, im Dickicht verborgen, geschossen hatten, und jagte sie, nachdem sie mehrere von ihnen getödtet hatte, unter Führung des Aspiranten erster Klasse, Chatel, in die Flucht. Da Contreadmiral Roze Kenntniß von dem Zustand des Landes haben wollte, so zog ein Detachement unter dem Linienschiffscapitän Ollivier von Kanghoa aus und stieß einige Kilometer von der Stadt auf eine große Anzahl Koreaner, die eine befestigte Pagode besetzt hielten. Anfangs machten sie einen Ausfall, wurden aber, mit Hinterlassung ihrer Todten, in ihre Verschanzungen zurückgetrieben. Nach einem sehr lebhaften Gewehrfeuer, das den Franzosen keinen Todten, leider aber einige Verwundete kostete, kehrte die Colonne Abends wieder nach Kanghoa zurück. Als der Contreadmiral einige Tage später sah, daß die Regierung von Korea den Eröffnungen, die er nach Empfang eines Briefes des Königs erwartet hatte, keine Folge gab, so entschloß er sich, Kanghoa zu verlassen. Der herannahende Winter ließ sich schon spüren und man mußte befürchten, daß die Schifffahrt in dem Salzfluß bald unterbrochen werden würde. Er befahl darum die Zerstörung aller Regierungsgebäulichkeiten, sowie des Königspalastes und die Matrosen kehrten hierauf zu den an der Waldinsel vor Anker liegenden Schiffen zurück. Die Kisten mit Silberbarren, die einen Werth von 197,000 Frs. darstellen, sowie verschiedene Handschriften und Bücher, welche für die Wissenschaft von einigem Interesse sein können, wurden nach Shanghai gebracht, von wo sie nach Europa gehen werden. Contreadmiral Roze zeigt gleichfalls an, daß die beiden Missionäre, die in Korea geblieben waren, zu ihm gekommen sind, nachdem es ihnen geglückt war, in Tschefu ans Land zu gehen. Die Zerstörung eines so wichtigen Platzes, wie Kanghoa, der Pulvermühlen und öffentlichen Gebäulichkeiten daselbst mußten der Regierung von Korea beweisen, daß die Ermordung französischer Missionäre nicht unbestraft bleibt.“

Neueres.

Berlin, 10. Jan. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet, daß die angebliche Cirkulardepesche an die Vertreter Preußens im Auslande bezüglich der Allianzfrage gar nicht existirt und der mitgetheilte Inhalt derselben vollständig erdichtet ist. — Dem genannten Blatte zufolge hat der König den verschiedenen Deputationen aus den neuen Provinzen gegenüber sich zwar dahin ausgesprochen, daß er dieselben besuchen werde, über den Zeitpunkt der Reise aber noch keinen Beschluß gefaßt.

Wien, 10. Jan. Der „Wiener Abendpost“ zufolge ist die Mission Tonellos in mehreren wesentlichen Punkten, besonders in der Frage der Wiedereinsetzung der Bischöfe, als geglückt anzusehen.

Kopenhagen, 10. Januar. Das Urtheil gegen die Marinekommandanten Rothe und Muxoll wegen der Affaire auf Alsen wurde heute verkündet. Rothe wurde freigesprochen und Muxoll zu einem Monat Festungsstrafe des mindesten Grades verurtheilt.

Bucharest, 10. Jan. Nachdem die Versuche, ein neues Cabinet zu bilden, mißlungen, hat das Ministerium John Ghika sich auf dringendes Ersuchen des Fürsten zum Verbleiben im Amt bereit erklärt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Op. I. S. b. R.)	$68\frac{1}{8}$ G.
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$62\frac{3}{8}$ P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$57\frac{7}{8}$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$51\frac{1}{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$48\frac{1}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$37\frac{3}{4}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$100\frac{1}{4}$ P. $99\frac{7}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$94\frac{3}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	95 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$90\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$90\frac{3}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$94\frac{1}{4}$
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	84 P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$93\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	83 P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$91\frac{1}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{7}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$89\frac{1}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$84\frac{3}{4}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl	$88\frac{1}{8}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$ pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	83 P. $82\frac{3}{4}$ G.
N.Amerika	6 pCt. à 100fr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
„	6 pCt. ditto v. 1882	$76\frac{3}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$130\frac{3}{4}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	651 P. 649 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	141—40 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$90\frac{1}{2}$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	207 P. 206 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$94\frac{1}{2}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr	$78\frac{1}{2}$ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	341 [illegible]
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$109\frac{1}{4}$ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	$60\frac{1}{2}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt	$88\frac{3}{4}$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$10\cdot\frac{3}{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt	$47\frac{1}{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$69\frac{1}{2}$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	—
3pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$117\frac{1}{4}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	$117\frac{1}{4}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

	Dato.
Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{3}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{4}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{1}{8}$ [illegible]
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. [illegible]	—
München fl. 100 k. S	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S	$94\frac{1}{8}$ G.
Petersburg 60 R.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$89\frac{1}{8}$ P. $88\frac{5}{8}$ G.
do. in Gez. W. L. S.	—
Disconto . . .	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	$104\frac{1}{4}$ G.
„	fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$55\frac{1}{2}$ G.
„	fl. 500 v. 1860 6/7	$64\frac{1}{8}$—$63\frac{7}{8}$ G.
„	fl. 100 Eisb.-L. v. 1858.	—
„	do. v. 1864.	$67\frac{1}{4}$ G.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.		$99\frac{3}{8}$—$\frac{1}{8}$ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose		10 P.
Badische fl. 35 . . .		$51\frac{5}{8}$ P.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	53 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 25 do.	41 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$37\frac{1}{8}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. S.	—
Neuchâteler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$28\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7 .	$10\frac{5}{8}$ P.

Frankfurt, 11. Januar. Obwohl heute Gold von New-York niederer kam, so wurde dies doch wieder compensirt durch den ebenfalls niedrigeren Bondscours. Amerikaner kamen deshalb nicht vorwärts, wenn sie auch eine um eine Schwebung festere Haltung als gestern hatten. Da in Wien Valuta und Papiere höher gingen, so erlangten auch hier österreichische Werthe eine kleine Steigerung, während selbstverständlich Wiener Wechsel flauer waren. Fremde Wechsel billiger zu haben. Von Süddeutschen bayerische Loose und Bexbacher Eisenbahn höher. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 13-14. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 64. Jahrgang. | Montag, 14. Januar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 10. Januar. Se. Maj. der König hat den k. Generalsekretär Fr. G. Mayer im Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeußern unter Enthebung von dieser Stelle zum kgl. Ministerialrathe ebendaselbst und den kgl. Ministerial-Assessor und Reichsherold im Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeußern, Dr. E. Prestele, unter Enthebung von der Funktion des Reichsherolds zum kgl. Generalsekretär ebendaselbst ernannt.

Se. Maj. der König hat dem kgl. Legationsrath im Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeußern, Fr. S. Leinfelder, die Funktion des Reichsherolds daselbst übertragen; den kgl. Kämmerer, Stadtrichter und Vorstand des Stadtgerichts München, K. Graf v. Taufkirchen, zum Ministerialrathe extra statum des kgl. Staatsministeriums des kgl. Hauses und des Aeußern befördert.

Se. Maj. der König hat verfügt, daß dem zum Staatsminister des k. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten ernannten erblichen Reichsrathe c. Fürsten Chl. v. Hohenlohe-Schillingsfürst, Durchlaucht, dessen Rang als Standesherr auch für die Zeit seiner Amtsführung als Staatsminister und Staatsrath im ordentlichen Dienste unverändert eingeräumt bleibe.

Se. Maj. der König hat der P. Hutmacher von Hemmerden in Rheinpreußen das Indigenat verliehen; den Privatdozenten in der theologischen Fakultät der kgl. Universität München, Dr. J. B. Wirthmüller, in prov. Eigenschaft zum außerordentlichen Professor in der theologischen Fakultät der Hochschule Würzburg ernannt.

Se. Maj. der König hat dem Major und Commandanten des Landwehr-Bataillons Ellingen, H. Priester, das Ritterkreuz 2. Klasse des Verdienstordens vom h. Michael verliehen; die kath. Pfarrei Oting, Bezirksamts Traunstein, dem Priester J. E. Mayl, Pfarrer in Steinkirchen, Bezirksamts Erding, übertragen; die prot. Pfarrstelle zu Hinterweidenthal, Del. Pirmasens, dem Pfarramts-Candidaten und bisherigen Religions- und Gewerbsprofessor an dem k. Gymnasium zu Speyer, Ph. Siegmeyer, verliehen; auf die am Appellationsgerichte von Oberfranken erledigte erste Direktorstelle den dortigen zweiten Direktor, Dr. J. Knappe, und auf die am Oberappellations-Gerichte erledigte Rathsstelle den Justizministerial-Assessor Dr. W. Rosenkranz befördert.

Vom k. Staatsministerium der Justiz wurde als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Windsheim der bisherige Staatsanwaltschafts-Vertreter am k. Landg. Weyhers, G. N. Wackenreuther, aufgestellt.

Das Frühmeß- (Emeriten-) Benefizium zu Unserer Lieben Frau in Moosbach, k. Bezirksamts Vohenstrauß, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 715 fl. 16 kr. 4 hl. in Erledigung gekommen.

München, 9. Jan. Inhaltlich des vom kgl. Kriegsminister am 8. ds. M. der Kammer der Abgeordneten vorgelegten Gesetzentwurfes beziffert sich die Gesammtsumme des benöthigten außerordentlichen Militärkredits für die Periode vom 1. Oktober 1866 bis 31. Dezember 1867 auf 4,211,000 fl. Davon treffen auf den laufenden Unterhalt des höheren Standes an Mannschaften und Pferden der aktiven Armee 922,500 fl., auf die Mehrausgaben für den Invalidenfond 37,500 fl., auf Ausrüstungsbedürfnisse der aktiven Armee 2,571,000 fl., auf Garnisonsneubauten 40,000 fl., auf Festungsdotationen 640,000. Das Kriegsministerium ist der in den letzten Kammerverhandlungen gemachten Zusage, nach Beendigung des Krieges das Heer sobald als möglich und soweit es die Verhältnisse irgend gestatteten, auf den friedensmäßigen Stand zurückzuführen, nachgekommen, doch schien es nicht rathsam, die große Anzahl der angekauften Pferde auf einmal wieder zu verkaufen, theils wegen der sich allzusehr steigernden Verluste, theils auch weil es bei den schwankenden Aussichten auf längere Erhaltung friedlicher Verhältnisse geboten erachtet wurde, den Stand der Reit- und Zugpferde noch auf einer gewissen Höhe zu erhalten, um bei unvorhergesehenen Ereignissen in möglichst kurzer Zeit und ohne neuerliche unverhältnißmäßige Anschaffungskosten zur Mobilmachung schreiten zu können. Zu diesem Behufe wurden versuchsweise auch eine Anzahl von Zugpferden bei verlässigen Landwirthen gegen Uebernahme der Wart und Pflege verstellt, dann eine größere Anzahl von Reitpferden zum Zwecke billigerer Verpflegung in den Fohlenhöfen untergebracht. Außerdem wurde es für nothwendig erkannt, 6 fahrende Feldbatterien über den früheren Friedensstand beizubehalten, da die Zahl der bisherigen Batterien nicht im richtigen Verhältnisse zur Heeresstärke steht. Um aber das Heer eintretenden Falls in kürzerer Zeit, als es nach bisheriger Einrichtung möglich war, in kriegsmäßiger Stärke aufstellen zu können, sollen vom Jahre 1867 ab alle in Zugang kommenden Militärpflichtigen — auch die bisherigen Unmontirt-Assentirten — in den Waffen geübt werden. Daher das erste Postulat. — Die Deckung des ganzen verlangten Kredites soll aus den vorhandenen Erübrigungen an den für die Kriegsaufstellung des Heeres laut Gesetz vom 24. Juni 1866 bewilligten 31,512,000 fl. bewerkstelligt und in dem übrigens nicht wahrscheinlichen Falle, daß diese Erübrigungen (deren genaue Bezifferung dermalen wegen mehrfacher noch ausstehender Kriegskostenliquidationen und anderer noch nicht festgestellter Ausgaben noch nicht möglich ist) hiezu nicht ausreichen sollten, der noch verbleibende Bedarf aus den zur Zeit noch unverwendeten Krediten für Garnisons- und Festungs-Neubauten und sonstigen paraten Mitteln der Haupt-Kriegskassa vorschußweise entnommen werden. Hieraus ist ersichtlich, daß durch die Bewilligung des verlangten außerordentlichen Kredites für die Armee keineswegs die Steuerkräfte des Landes weiter in Anspruch genommen werden sollen, die erforderlichen Summen vielmehr bereits vorhanden sind, und der Gesetzentwurf nur auf die verfassungsmäßige Genehmigung ihrer Verwendung zu einem anderen, als dem ursprünglich bewilligten Zwecke abzielt. (B. Z.)

München, 10. Jan. Durch k. Kriegsministerialreskript vom 5. l. Mts. wurde die k. Gewehrfabrikdirektion zu Amberg, welche bisher unter dem Artillerie-Corpskommando gestanden, unmittelbar dem k. Kriegsministerium unterstellt.

Feuilleton.

Vermischtes.

Berlin, 7. Jan. Das Vereinsgebiet deutscher Eisenbahnverwaltungen umfaßte am 1. d. Mts. 70 Verwaltungen, welche über ein Netz von $3894_{,12}$ Meilen gegen $3883_{,591}$ Meilen bei Beginn des Jahres 1866 zu verfügen hatten. Zum Verein gehören 16 Staatsbahnen und 5 unter Staatsverwaltung stehende Privatbahnen; die übrigen sind Privateisenbahnen. Die venetianischen Bahnen sind aus dem Verein mit $54_{,09}$ Meilen geschieden.

Dem Glaubensbekenntnisse nach hat der preußische Staat durch die jüngst einverleibten Staatsgebiete einen Zuwachs an Bevölkerung von 3,685,199 evangelischen Staatsbürgern, 607,080 römisch-katholischen, 6 griechisch-katholischen (letztere in den Elbherzogthümern), 410 Mennoniten (in Homburg, Nassau und den Elbherzogthümern), 4381 Dissidenden und 52,869 Juden erhalten. Das Verhältniß in den bisherigen preußischen Landen ist: Evangelische 65,34, Römisch-Katholische 33,08, Dissidenten 0,27, Juden 1,33 Prozent. Das gesammte Preußen zählt jetzt 15,413,207 Evangelische, 7,803,346 Römisch-Katholische, 1530 Griechisch-Katholische, 11,193 Mennoniten, 43,032 Dissidenten, 314,797 Juden und 41 anderer Religion. An größeren Städten hat das preußische Gebiet folgende gewonnen: Frankfurt a. M. mit 82,406, Hannover mit 67,815, Altona mit 52,781, Kassel mit 40,228, Wiesbaden mit 26,573 und Flensburg mit 20,314 Einwohnern.

Nach einer Zusammenstellung über die Anzahl der Aussteller Preußens und des norddeutschen Bundes, welche Anmeldungen für die am 1. April zu eröffnende Pariser Ausstellung gemacht haben, belaufen sich die Industrieaussteller der alten Provinzen auf 1239, welche 1430 Meldungen gemacht haben, die Kunstaussteller derselben Provinzen auf 170 mit 180 Anmeldungen. Dazu kommen aus den neuen Provinzen 275 Anmelder mit 296 Anmeldungen und aus den übrigen Staaten des norddeutschen Bundes 295 Anmelder mit 328 Anmeldungen. Von den Kunstakademien liefert die zu Berlin 112, die zu Düsseldorf 64 und die zu Königsberg 4 Ausstellungsgegenstände. Unter den Ausstellern befinden sich eine große Anzahl Kollektivaussteller, namentlich in Bezug auf landwirthschaftliche und bergmännische Gegenstände. So umfaßt z. B. die Zahl 110 der kollektiven Bergwerksaussteller weit über tausend einzelne Aussteller.

München, 11. Jan. In der jüngst stattgefundenen Central-Versammlung des landwirthschaftlichen Vereines wurde bekanntlich unter Anderem auch die Anlage von Vicinaleisenbahnen besprochen und dabei der Grundsatz aufgestellt, es möge von Staatswegen für die Herstellung und den Betrieb solcher Zweigbahnen Sorge getragen werden, für welche die Bezirke oder Städte die Kosten der Grunderwerbung und Dammschüttung (also Kosten, wie sie mit der Anlage einer guten Vicinalstraße verbunden sind) vorerst auf sich nehmen. — Das General-Komite erachtet sich nun laut einem an sämmtliche Kreis-Komite's ergangenen Ausschreiben für verpflichtet, Umschau zu halten, inwieferne diese Ansichten auch von den praktischen Landwirthen getheilt werden und wie weit sich namentlich die Ueberzeugung Bahn bricht, es sei für jene Distrikte und Städte, welche in der nächsten Zeit auf die Erbauung einer Eisenbahn von Staatswegen allein nicht rechnen können, besser, mit einem mäßigen eigenen Aufwande schon jetzt eine Eisenbahn zu erlangen, als Jahrzehnte lang auf die Staatshilfe vergebens zu warten. Es handelt sich namentlich darum, zu erfahren, ob Distrikte und Städte aus eigenen Mitteln beiläufig jene Kosten aufbringen wollten, welche mit der Neuanlage einer guten Straße verbunden sind, wenn sie dann mit Sicherheit auf die baldige Eröffnung einer Eisenbahn rechnen könnten. Das General-Komite hat sich überzeugt, daß, bevor irgend etwas Namhaftes ausgeführt werden kann, das Bedürfniß hiefür festgestellt werden muß, daß aber auch, wenn dieses Bedürfniß einmal feststeht, auf die Ausführung eines Unternehmens mit Sicherheit gerechnet werden kann. Es ersucht deßhalb überall da, wo eine Hauptbahn, in welche Vicinaleisenbahnen einmünden können, entweder bereits besteht oder in nächster Zukunft eröffnet wird, die Frage der Anlage von Vicinaleisenbahnen nach allen Seiten erörtern zu lassen und das Ergebniß dieser Erörterung ihm mitzutheilen. Namentlich wolle dies da geschehen, wo in Folge der Eröffnung einer Hauptbahn die einmündenden Straßen dem gesteigerten Verkehre nicht mehr gewachsen sind und eines Umbaues bedürfen. Das General-Komite wird alle Bedenken, welche gegen den Vorschlag auf Anlage von Zweigbahnen erhoben werden, in seiner Zeitschrift erörtern, seinerseits nichts versäumen, um in dieser Angelegenheit vorwärts zu kommen und namentlich dem kgl. Staatsministerium des Handels ꝛc. von jedem Wunsche nach Errichtung einer Zweigbahn, welcher mit dem Erbieten zu einer entsprechenden Gegenleistung des betreffenden Distriktes verbunden ist, sofort Kenntniß geben. Besonders angenehm wäre es ihm, wenn die Frage wegen Erbauung von Zweigbahnen in größeren Versammlungen, an welchen sich Mitglieder des Distriktsrathes betheiligen, besprochen werden wollte, nachdem die Distriktsräthe in Geldangelegenheiten des betreffenden Bezirkes das maßgebende Wort sprechen. (Bayer. Ztg.)

Frankfurt, 8. Jan. Die sächsische Regierung hatte, wie schon früher mitgetheilt, noch eine Nachforderung an den Kosten für die Exekution in Holstein und Lauenburg von (rund) 52,739 Thlrn. bei der Bundes-Liquidations-Kommission übergeben lassen. Diese letztere hat aber diese Forderung nicht als begründet anzuerkennen vermocht und einen dahingehenden Antrag bei den resp. Regierungen zu stellen beschlossen. Die Forderung betraf den Mehraufwand aus den unvorhergesehenen theueren Fouragepreisen über die Ansätze des Bundesverpflegungsreglements; die Commission fand aber, daß die Forderung unter einen Titel falle, der in jenem Reglement bereits seine Stelle gefunden, so daß dieses für deren Behandlung maßgebend ist und eine Mehrforderung unstatthaft erscheint. — Von den württembergischen Bevollmächtigten wurde in der letzten Sitzung der Liquidations-Commission die Forderung der Zurückbezahlung der von Württemberg für die letzte Exekution in Holstein vorschußweise geleisteten Matrikular-Beiträge (in runder Summe 508,880 fl.) gestellt. Württemberg macht die Eigenschaft dieses Matrikular-Beitrages als lediglichen Vorschusses geltend, und beansprucht demgemäß deren Ersatz in ihrem ganzen Umfange. (Fr. J.)

Berlin, 10. Jan. Die Schließung der Bundes-Konferenzen, die schon im Lauf dieser Woche beabsichtigt war, wird wahrscheinlich nicht vor dem Ende der nächsten Woche erfolgen können. Mit dem Wiederbeginn der Berathungen nach Neujahr haben sich mancherlei Divergenzen herausgestellt, auf die früher nicht gerechnet werden war. Namentlich machen zwei wichtige Fragen die Beendigung der Verhandlung schwierig: die Konstituirung des Fürstenraths, die noch nicht aufgegeben ist, und die Vertheilung der Lasten der Armeeorganisation, die vielen der kleineren Staaten fast unerschwinglich erscheinen. Die Berathung der thüringischen Regierungen während der durch die Festtage herbeigeführten Unterbrechung der Konferenzen, die auf die Kombination geführt hatten, einige Fürsten wollten zu Gunsten Weimars abdanken, bezogen sich auf diese finanzielle Seite der Organisation der Bundesstreitkräfte. (Fr. Z.)

Berlin, 10. Jan. Wie verlautet, sind hier mit den Regierungen derjenigen Staaten des norddeutschen Bundes, welche noch selbständige Postverwaltungen besitzen, über die Abtretung des Postwesens an Preußen Verhandlungen im Gange. Diese Verhandlungen sollen bis jetzt einen günstigen Verlauf nehmen. Bekanntlich haben die zum Taxis'schen Postbereich gehörigen Thüringischen Staaten, sowie die Regierung des Großherzogthums Hessen sich bereits damit einverstanden erklärt, daß in diesen Gebieten das Postwesen an Preußen übergehe. Die Unterhandlungen mit dem Fürsten von Thurn und Taxis wegen Ablösung des Taxis'schen Postregals werden von hier aus sehr eifrig betrieben. Dieser Tage wird ein Bevollmächtigter des Fürsten in Berlin eintreffen. Man gibt sich hier der Erwartung hin, daß dann die Ausgleichung bald zu Stande kommen werde.

Die „Kreuzzeitung schreibt: „Prinz Friedrich von Augustenburg hat bekanntlich in seinem neuesten Schreiben den Schleswig-Holsteinern zugesagt, daß er das Recht des Landes auch in Betreff Nordschleswigs in aller Zukunft aufrecht zu erhalten entschlossen sei. Mit diesen und ähnlichen Redensarten seines Aufrufes stehen aber die Schritte in auffallendem Widerspruche, welche der Prinz nach glaubwürdigen Mittheilungen vor ganz kurzer Zeit bei der preußischen Regierung gethan hat, um sich für seine vermeintlichen Rechte durch eine Geldentschädigung abfinden zu lassen, wobei selbstverständlich weder von Nordschleswig, noch von anderen Rechten des Landes die Rede gewesen ist. Oder hat der Prinz vielleicht einer preußischen Abfindung gegenüber ebenso zu handeln gedacht, wie früher Dänemark gegenüber, so daß also seine „Rechte“ allenfalls doch wieder hätten geltend gemacht werden können?“

Die russische Armee, vormals in 6 Armeekorps, ein Gardekorps, ein Grenadierkorps und die kaukasische Armee zerfallend, hat eine neue Eintheilung erhalten und zwar eine territoriale, nach dem Vorbild der französischen Armee. Sie zerfällt in 14 Militärbezirke: 1) Petersburg, 2) Finnland, 3) Riga, 4) Wilna, 5) Warschau, 6) Kiew, 7) Odessa, 8) Charkow, 9) Moskau, 10) Kasan, 11) der kaukasische Militärbezirk mit dem Gouvernement Stawropol und den Kaukasusländern, 12) Orenburg, 13) Westsibirien mit den Gouvernements Tobolsk und Tomsk und den Gebieten Ssomipalatinsk und der sibirischen Kirgisen, 14) Ostsibirien mit den Gouvernements Irkutsk und Jenisseisk nebst dem Amurgebiet und dem Küstengebiet von Ostsibirien.

(Das Erdbeben in Algier.) Der „Siecle“ erhält aus Mont-Riant bei Algier einige Details über die Erdstöße vom 2. Jan. Alle Häuser von Algier, Ober-Mustapha, Agha und El-Biar haben mehr oder weniger gelitten, einige sind eingestürzt. Die Façade des Tabakgebäudes in Hussein-Dei ist gespalten. Die Verheerung war besonders groß in Blidah, wohin die Regierung in aller Eile 600 Zelte geschickt hat, um die Obdachlosen unterzubringen. Die Erschütterung ging in der Richtung von Ost nach West. Der 1. Januar war sehr schön und ruhig. Des Abends fiel der Barometer plötzlich, aber der Himmel war ausgestirnt, das Meer ruhig und nichts ließ eine so nahe Erschütterung voraussehen. Um Mitternacht bedeckte sich der Himmel und des Morgens um 4 Uhr begann es zu regnen. Der erste Stoß erfolgte 7 Uhr 20 Minuten, der letzte etwas vor 9 Uhr. Die eingeborene Bevölkerung war sehr erschreckt und drängte sich auf die öffentlichen Plätze. In der oberen Stadt stürzten einige alte Häuser zusammen, aber die Stadt Algier hat wenigstens keine Verluste an Menschenleben zu beklagen. — Inzwischen wird aus Marseille telegraphirt, daß am 4. des Morgens 4 Uhr ein neuer Erdstoß verspürt wurde, er war begleitet von einem Wolkenbruch. Doch wird kein neues Unglück gemeldet, nur hätten sich die Risse in den Häusern vermehrt. Eine Anzahl von Verwundeten wurde von Blidah mittelst Eisenbahn nach dem Hospital in Algier gebracht. In Mouzaiville gab es mehr als 40 Todte und ungefähr 50 Verwundete, in El-Afroun 12 Todte und 40 Verwundete. Der in Blidah erscheinende „Tell“ fügt hinzu, daß Ben-Roumi und El-Afroun nur noch ein Schutthaufen sind. Kein einziges Haus ist stehen geblieben. Die Kirche von Mouzaiville ist vollständig gespalten. Eine ungewöhnliche Kälte ist plötzlich eingetreten. Die Familien sind genöthigt, zu campiren.

(Oesterreich seit 1600.) Einer Berechnung zufolge hat sich Oesterreich seit dem Jahre 1600, also in 266 Jahren, nur 104 Friedensjahre erfreut, während es 160 Jahre in 29 verschiedenen Kriegen zu kämpfen hatte. Von diesen Kriegen wurden geführt: 10 mit Frankreich, 6 mit der Türkei, 5 mit Preußen, 4 mit Spanien, 1 mit Holland, 1 mit Dänemark und 4 waren Erbfolgekriege. Ein Krieg dauerte 30 Jahre (von 1618 bis 1648), einer 16, einer 14, einer 13, einer 9 und drei 8 Jahre; die übrigen waren zwischen 6 Jahren und einigen Monaten.

Wien, 10. Jan. Man legt den Conferenzen, welche seit gestern zwischen den Ministern Baron Beust und Graf Belcredi und einigen politisch hervorragenden Mitgliedern der ungarischen Gratulations-Deputation in Wien stattfinden, große Wichtigkeit bei. In hiesigen politischen Kreisen ist darüber die Meinung verbreitet, daß die Minister noch eine letzte Anstrengung machen, um die Ungarn zu einer beschleunigteren Behandlung der Vorfragen zu bestimmen, von deren Beantwortung der weitere Gang der Dinge abhängig gehalten wird. Anlaß zu solch einem Versuch ist genugsam vorhanden, da die Berichte aus Pest darauf vorbereiten, daß der ungarische Landtag, die Verhandlung der Verfassungsfrage beiseite setzend, zunächst sich gegen die Oktroirung des neuen Wehrgesetzes wenden wird, und daß dieser Zwischenfall zu einer förmlichen Entgleisung der erwarteten Verhandlung über das Reskript und den Entwurf des Sub-Comites zu führen droht. Will doch noch nicht einmal die Siebenundsechziger-Commission auch nur eine Sitzung halten! Ganz speziell wird übrigens, wie uns berichtet wird, das Wehrgesetz und seine Publikation für Ungarn den Inhalt der Besprechungen der Minister mit den ungarischen Parteimännern bilden. Noch ist nämlich die kaiserliche Verordnung in Ungarn nicht publizirt, noch wird daher auch in Ungarn der Erlaß der Befreiungstaxe angenommen, und es scheint, als wolle die Regierung den, wie die von Deak vorbereitete Adresse verräth, deshalb drohenden Konflikt mit dem ungarischen Landtage beschwören.

Gleichzeitig verlautet noch von anderen Conferenzen, die sich auf die Verfassungsfrage und was damit zusammenhängt, beziehen sollen. Wenigstens erwähnt heute ein Morgenblatt (der „Wanderer") als Gerücht, der Staatsminister habe an eine Anzahl der früheren Abgeordneten der deutsch-liberalen Partei eine Einladung zu Pourparlers ergehen lassen, und die Absicht des Grafen Belcredi sei darauf gerichtet, die Abgeordneten, angesichts der am Sonntag bevorstehenden Conferenz der Delegirten, für die Beschickung des außerordentlichen Reichsraths günstiger zu stimmen. Ob dies noch möglich, mag dahingestellt bleiben. Sicher ist, daß mit jedem Tage die Entschiedenheit in der Haltung der deutsch-österreichischen Partei zunimmt, wovon uns zahlreiche Beweise in den Zuschriften der Parteiführer vorliegen. Eine nicht zu unterschätzende Wirkung in dieser Richtung hat die unverklausulirte Haltung, welche die steiermärkischen Abgeordneten unter Kaiserfeld's Führung manifestirt haben, ausgeübt. (N. Fr. Pr.)

Pesth, 9. Jan. Was den Deak'schen Adreßentwurf betrifft, ist derselbe kurz und mit nicht gewöhnlicher Energie gehalten, da Deak hofft, eben durch den Ton die ganze Gegenpartei zu gewinnen, sowie durch den Passus, welcher ganz kathegorisch erklärt, die Aufrechterhaltung der kriegsministeriellen Ordonnanz würde auf den Gang der Ausgleichsverhandlungen höchst störend einwirken. Mitglieder der Deak-Partei wollen es speziell in Folge des Tenors der Adresse auch schon als ausgemacht betrachten, daß die Linke — selbst ohne Ausnahme des kleinen Häufleins von der äußersten Linken — dem Deak'schen Adreßentwurfe nicht opponiren werde. Was die Frage anbelangt, ob die ungarischen Politiker sich von diesem ihrem Schritte einen Erfolg versprechen, so läßt sich natürlich nur sagen, daß die Hoffnungen allgemein unter dem Gefrierpunkt stehen. Trotzdem aber wird hie und da der Meinung Ausdruck gegeben, es könnte doch sein, daß durch ein energisches Vorgehen des Landtags die Regierung sich im letzten Augenblick eines Besseren besinnt, und die angefochtene Heeresverordnung zurückzieht. Das amtliche Blatt der ungarischen Regierung hat die bezügliche kaiserl. Verordnung zwar schon mitgetheilt, aber nur als Uebersetzung aus der „Wiener Zeitung". Die Rechtskraft einer solchen Publikation beginnt aber erst an dem Tage, an dem der „Sürgöny" den ihm von der ungarischen Regierung amtlich zugesendeten Original-Erlaß mittheilt, und dies soll erst am 15. d. geschehen. Der innere Causalnexus zwischen dem späteren Erscheinen der Verordnung und der angehofften Zurücknahme derselben ist zwar kein vollständig klarer, demungeachtet aber wird hie und da aus ersterem Umstand mit großer Gewißheit ein Umschwung in der Regierungs-Anschauung gefolgert.

Bern, 10. Jan. Herr General Dufour zeigt dem Bundesrath an, daß er sich durch sein vorgerücktes Alter bewogen fühle, aus dem schweizerischen Generalstab auszutreten. Sollte er jedoch später der Eidgenossenschaft einige Dienste leisten können, so werde er, trotz seines Rücktrittes, seine Kräfte stets dem Vaterlande zur Verfügung stellen. — Der schweizerische Generalkommissär für die Ausstellung von 1867 übermittelt einen mit einem Gartenunternehmer in Paris abgeschlossenen Vertrag, betreffend alle Erdarbeiten, Saat, Pflanzungen, und den Unterhalt im schweizerischen Parkantheile. Der Bundesrath genehmigt die daherige Ausgabe, welche 4200 Fr. beträgt.

Genf, 6. Jan. Die Berathungen im großen Rathe über die Wahlreform scheinen ebenso erfolglos bleiben zu sollen, wie das letzte Mal. Die erste Debatte, welche gestern Nachmittag stattfand, wurde unter allgemeiner Unaufmerksamkeit begonnen und zu Ende geführt. Jedermann kennt genau die Schäden und es liegt ihm daher wenig daran, sie von einem Andern, wenn auch noch so folgerichtig und treffend, entwickeln zu hören. Jedermann weiß aber auch, daß nur eine durchgreifende Reform dem Uebelstande abhelfen kann. Staatsrath Friedrich traf das Rechte, wenn er sagt, nur eine Revision der Verfassung könne gründlich helfen. Einstweilen ist die Wahlreformfrage wieder an eine Kommission verwiesen. (Bund.)

London, 5. Jan. Die Parlaments-Akte, welche die Suspension der Habeas-Corpus-Akte in Irland autorisirt, wird mit dem zehnten Tage nach Eröffnung der neuen Parlaments-Session, also am 21. Februar, erlöschen, und man erwartet, daß eine der ersten Arbeiten des Hauses eine Erneuerung derselben sein wird, da die Zustände noch immer nicht derart sind, daß man vor Störung der Ruhe und des öffentlichen Friedens ganz sicher sein könnte. — Der Fond des City-Comite's zur Unterstützung der hülfsbedürftigen griechischen Flüchtlinge ist bis jetzt auf 7000 Pfd. St. gestiegen, und auf dringende Briefe von Athen aus hat das Comite telegraphisch bis auf weiteres wöchentlich 500 Pfd. St. zur Linderung der Noth daselbst angewiesen. (E. C.)

Paris, 10. Jan. Die Nachricht von einer auf Bildung von Freiwilligen-Korps gerichteten Bewegung, welche sich unter den Bevölkerungen der östlichen Departements kundgebe, hat mehrfach Befremden und Zweifel hervorgerufen. Die Sache soll jedoch, wie wiederholt versichert wird, ihre volle Richtigkeit haben. Die Bewegung dauert fort, soll aber Anfangs in der Umgebung des Kaisers auf ziemlich starken Widerspruch gestoßen sein, da man dort ihren po-

---

(Eidesleistung eines Fürsten.) Der Großherzog von Baden hatte in Folge Ankaufs einer Rittergutsherrschaft in der Provinz Posen dem König von Preußen den bei Erwerb von Rittergütern durch Nichtpreußen noch immer erforderlichen Huldigungseid (sogenannten Homagialeid) zu leisten. Diesen Eid hat nun, der „Berl. Ref." zufolge, der General-Bevollmächtigte des Großherzogs von Baden, der Justizrath Meyen, am 2. d. vor der Requisitions-Abtheilung des Berliner Stadtgerichts geleistet. Die Frage, ob ein solcher Eid auch von einem regierenden Fürsten zu fordern sei, ist hienach von Neuem bejahend entschieden, nachdem dieselbe im großh. badischen Ministerium längere Zeit ventilirt worden und die Leistung des Eides anfänglich beanstandet war, während erst das jetzige Ministerium unter Leitung des Hrn. v. Freydorf wohl die angeregten Bedenken aufgegeben hat.

London, 5. Jan. Die Stürme, welche die Vorläufer des nun eingetretenen Thauwetters waren, haben an den Küsten viel Unheil angerichtet. Schiffbrüche werden aus Penzance, aus Ramsgate und von den Shields gemeldet; bei Yarmouth gingen zwei Briggs mit den Mannschaften zu Grunde; in dem heftigen Schneesturme war Tags zuvor das eiserne Schiff James Crossfield, 1000 Tonnen, welches mit 1700 Ballen Baumwolle fast am Endziel seiner Fahrt von Calcutta nach Liverpool angelangt war, an den südlichen Klippen der Insel Man gescheitert, ohne daß eine Seele gerettet werden konnte. In Nord-Wales wüthete der Sturm mit so furchtbarer Gewalt, daß er zwischen Bangor und Aber, wo die Eisenbahn sich der Insel Anglesea gegenüber zwischen den hohen Küstengebirgen hinzieht, den ersten Wagen eines Zuges von der Maschine losriß und von dem Damme herabwarf; die andern Wagen geriethen ebenfalls aus dem Geleise, und fast kein Passagier blieb ohne Verletzung. Die Lokomotive schoß weiter fort, bis sie sich in dem Schnee festgefahren hatte. Auf derselben Linie kamen dazu noch mehrere Collissionen vor.

(Der Preis der Bücher in Amerika.) Die schweren Eingangszölle auf Rohmaterialien, die schwere Besteuerung in den verschiedensten Formen, verbunden mit enormen Arbeitspreisen, haben den Bücherverlag im Lande fast zur Unmöglichkeit gemacht. Englische Bücher und amerikanische in England gedruckte Werke haben in den Magazinen der amerikanischen Buchhändler die Repräsentanten der heimischen Industrie verdrängt. Englischen Verlegern ist es leicht, die Eingangszölle zu bezahlen und doch die amerikanischen Konkurrenten mit ihren bedeutend niedrigeren Preisen zu ruiniren. So wird z. B. gegenwärtig eine Gesammtausgabe des Shakespeare von 1000 Seiten gut gedruckt und mit 96 Abbildungen für 1 Schilling verkauft, während es in Amerika die baare Unmöglichkeit sein würde, dasselbe Buch in derselben Ausstattung unter 5 Doll., also dem 15fachen Preise, in den Buchhandel zu bringen. Die amerikanischen Zeitungen klagen bitter über diese Beeinträchtigung des Geschäftes durch den Tarif und hoffen vom Kongreß Abhülfe der Kalamität.

pulär-demokratischen Charakter ebenso ungern sah, als man ihren allarmirenden Eindruck jenseits des Rheins fürchtete; der Kaiser habe jedoch alle diese Bedenken von sich gewiesen und verfügt: man möge der Sache ruhig ihren Lauf lassen; man könne nicht im Constitutionnel das Wiedererwachen des militärischen Geistes als etwas Wünschenswerthes erklären und in der Praxis die erste Regung desselben bekämpfen.

Saint-Nazaire, 8. Jan. Die „Panama“, von der allgemeinen transatlantischen Compagnie, welche von Mexiko und den Antillen kommt, hat auf der Rhede Anker geworfen. Sie bringt 60 Passagiere, 500 Tonnen Waaren und 600,000 Fr. gemünztes Geld mit. Die Gesundheit an Bord ist vortrefflich. Die „Panama“ hat Veracruz am 14., Habanna am 18., St. Thomas am 24. Dez. verlassen. Das Hilfs-Dampfschiff „Floride“, welches am 9. Dez. vor Veracruz angekommen war, sollte 900 Mann des Expeditionskorps an Bord nehmen, um sie nach Frankreich zurückzuführen. In St. Thomas dauert die Seuche fort, jedoch mit geringerer Intensität. (T. H.).

Spanien. Es ist eine bemerkenswerthe Erscheinung, daß, mit Ausnahme der „Independance“, kein einziges europäisches Blatt eine irgendwie bemerkenswerthe Correspondenz aus Madrid hat. Auch die „Times“ hat Niemanden am Manzanares, und Alles, was man über die spanischen Vorgänge erfährt, kommt aus Paris. Die „K. Z.“ erhält aus „zuverlässiger Quelle“, also auch nicht aus Madrid, folgenden Bericht: „Als Rios Rosas Nachts um 1 Uhr verhaftet werden sollte, befahl er seiner Dienerschaft, nicht zu öffnen. Als die Polizei beim General-Capitän Pezuela anfragte, was da zu thun sei, ertheilte dieser den Befehl, die Thüren einzustoßen. Dies geschah und man fand Rios Rosas im Bette. Auf die Aufforderung, sich zu erheben und anzukleiden, erwiderte er, er sei krank. Darauf neue Anfrage beim General-Capitän von Madrid, der eine Tragbahre aus dem nächsten Hospital herbeizuschaffen befahl. Die Tragbahre langte an und Rios Rosas zog vor, sich freiwillig zu erheben und seinen Wächtern als gesunder Gefangener zu folgen. Er wurde über Karthagena nach Portoriko transportirt. Gleich ihm wurden außer Landes gebracht die folgenden Deputirten; Menezez nach Ceuta, Dominguez nach Melilla, Rascon nach Badajoz, La Hoz und Herrera nach den Canarischen Inseln und Salaverria nach den Balearen. Die anderen verhafteten Abgeordneten erhielten zwangsweise ihre Wohnplätze in Spanien selbst zugewiesen, und zwar Escario in Orense, Carballo in Almeria, Mantilla in Corrunna, Estrella in Lugo, Casaval in Lerida, Ortiz Pinedo in Leon, Roberts in Soria, Harcon in Burgos, Silvela in Toledo, Albaredo in Teruel, Suarez Inclan in Caen, und Navarro in Oviedo. In diesen Orten befinden sie sich gleichsam unter polizeilicher Aufsicht. Zu Marschall Serranos Verhaftung war eine bedeutende Militärmacht aufgeboten. Sein Wohnhaus war von zwei Kompagnien Infanterie umringt und Pezuela selbst begab sich mit vier Soldaten und einem Korporal in das Wohnzimmer des Senats-Präsidenten, der diese militärischen Vorsichtsmaßregeln ungenirt bespöttelte. Eine Stunde nach des Marschalls Verhaftung sendete die Königin einen ihrer vertrauten Diener an die Gemahlin desselben, mit dem Auftrage, der Marschallin die Wahl des Aufenthaltsortes ihres Gatten anheimzustellen. Allein die Dame war in so zorniger Erregung, daß sie den Abgesandten Isabellens gar nicht zu Worte kommen ließ und dieser unverrichteter Sache ins Schloß zurückkehren mußte. Nach einiger Zeit kehrte er jedoch auf wiederholten Befehl der Königin zur Marschallin zurück, um dieser die Abschrift eines Telegrammes zu zeigen, welches Isabella im Namen der Gattin Serranos an diesen hatte abfertigen lassen, um so von ihm den Ort zu erfahren, den er für sein Exil am liebsten erkoren hätte. Indeß auch diese zarte Aufmerksamkeit der „konstitutionellen Souveränin“ par excellence erfreute sich nicht der dankbaren Anerkennung der Frau des Senats-Präsidenten, da Letztere sogar die Frage aufwarf, „welches Recht denn die Königin habe, sich ihres Namens für ihre Privat-Interessen zu bedienen.“ Das Sprichwort: „Alte Liebe rostet nicht“ gilt, scheint es, auch für Spanien, obgleich es dort nicht immer im Stande ist, ehemalige Liebhaber vor der Deportation auf konstitutionellem Wege zu schützen.“

Rom, 2. Jan. Nach dem päpstlichen Jahrbuch zählt die Armee des hl. Stuhles 11,000 Mann. An höheren Offizieren sind vorhanden: 1 Generallieutenant in Disponibilität (Principe Orsini), 6 Brigade-Generale (wovon einer in Disponibilität und ein anderer honorarius ist), 8 Obersten, 13 Oberstlieutenants, 19 Majors. Von diesen 47 Stabsoffizieren sind 29 römische Unterthanen, 9 Franzosen und Belgier, 6 Schweizer, 1 Spanier, 1 Badener, 1 Parmesane. Diese Armee wird zur Aufrechthaltung der Ruhe hinreichen wenn die Bevölkerung so „profondamente papalina“ ist, wie der Papst in seiner Erwiderung auf die Neujahrswünsche des Offiziercorps sagte. — Da die Ruhe hier wirklich von Bestand scheint, so sind bereits viele der gewöhnlichen Wintergäste zurückgekehrt. Die Fremden sind jetzt gewissermaßen Bundesgenossen der weltlichen Herrschaft; denn die Römer, wenigstens die Hausbesitzer, werden jetzt um keinen Preis die Ruhe stören, um ja die theuern Gäste nicht zu vertreiben. (A. Z.).

New-York, 29. Dez. Man versichert, daß die **Radikalen** die Unterstützung des Amendements zur Konstitution beschlossen haben, wenn drei Viertel der bereits im Kongreß vertretenen Staaten es annehmen. — Es geht das Gerücht, daß in Betreff der **Alabama-Angelegenheit** ein Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und England zu Stande gebracht ist. — Hr. **Campbell** hat Befehl erhalten, in New-Orleans auf neue Instruktionen zu warten. Nachrichten aus **Mexiko** bestätigen, daß der Kaiser in der Hauptstadt mit Begeisterung empfangen worden ist. — Man versichert mit Bestimmtheit, daß Marschall **Bazaine** vom Kaiser Napoleon angewiesen worden ist, den Kaiser Maximilian, so lange noch französische Truppen in Mexiko sind, zu unterstützen.

Mexiko. Der „Moniteur“ entnimmt Nachstehendes den Depeschen, welche der transatlantische Dampfer „Panama“ aus der Hauptstadt Mexiko bis zum 9. und aus Veracruz bis zum 14. Dez. mitgebracht hat. Die Rückkehr des Kaisers Maximilian nach Mexiko, die mit der vorletzten Post als nahe bevorstehend gemeldet worden war, hatte, so viel man am 14. in Veracruz wußte, noch nicht stattgefunden. Die Bewegungen der französischen Truppen in den verschiedenen Provinzen des Kaiserreichs trugen weniger den Charakter militärischer Operationen als den der Vorbereitungen zur Heimfahrt. Alle Vorkehrungen sind getroffen, um den Feind in gehöriger Entfernung zu halten und die französischen Colonnen auf den von dem Oberbefehlshaber bezeichneten Punkten zusammenzuziehen.

In der „Ere nouvelle“ findet man ein von den französischen Autoritäten erlassenes „Mitgetheilt“, welches zeigt, wie weit die Verstimmung Frankreichs gegen die Regierung des Kaisers Maximilian gediehen ist. Es heißt darin: „Jedermann weiß, daß der Kaiser Maximilian, kaum einige Meilen von der Hauptstadt entfernt, seine Abdankungs-Erklärung erlassen wollte. Im verflossenen Monat kam er wiederholt auf diese Idee zurück und wurde nur durch die Vorstellungen seiner Umgebung zurückgehalten. Befehle für seine Abfahrt waren bereits gegeben!, und Schiffe erwarteten ihn jeden Tag in Veracruz. Die Agenten Frankreichs waren weder befragt noch benachrichtigt worden. Als jedoch der Kaiser Maximilian den Wunsch aussprach, wichtige Konzessionen von ihnen zu erwirken, ehe er einen letzten Entschluß fasse, so beeilten sie sich, diese Konzessionen zu bewilligen. Se. Maj. sprach ihnen dafür seinen Dank aus. Im Hinblicke auf eine Eventualität, welche man ihnen als bevorstehend darstellte, welche sie aber nicht provocirt hatten, sannen sie auf die Maßregeln, welche zum Schutze der Interessen aller, der Mexikaner wie der Fremden, zu treffen wären, indem sie erklärten, daß sie, die mexikanische Nation, Herrin ihrer Geschicke sein lassen und ihr keine Regierungsform aufdringen wollten. Hierauf beschränkte sich ihre Rolle. Angesichts der von der kaiserlichen Regierung angenommenen Haltung vereinfacht sich diese Rolle noch sehr. Sie wollen keinen Theil an interessirten Umtrieben nehmen, welche nur den Haß wieder anfachen und den Bürgerkrieg neu beleben würden. Sie werden sich von neuem auf die strenge Ausführung ihrer Instruktionen beschränken, d. i. die Verantwortung ihrer Regierung in der absolutesten Weise ablehnen, und nur Interessen Rechnung tragen, welche dieser direkt obliegen, endlich in kürzester Frist den vollständigen Abzug des Expeditionskorps vorbereiten.

Neueres.

Florenz, 12. Jan. Der Finanzminister wird das Budget erst Montag vorlegen, wegen der wichtigen Unterhandlungen mit Dumonceau in Betreff der geistlichen Güter. Die Uebereinkunft hängt von der Bestimmung der Geistlichkeit ab. Der Kontrakt ist über 600 Millionen abgeschlossen. Die Kammer hat die Adresse ohne Debatte votirt.

Madrid, 11. Jan. Die Vermittlung der Vereinigten Staaten zwischen Spanien und den südamerikanischen Republiken läßt den Frieden als gesichert erscheinen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
...b. Ztg. ...chen.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 15. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die drei spaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 15. Januar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 13. Januar. Se. Maj. der König hat dem Bezirksamte Dillingen einen dritten Assessor beigegeben und hiezu den Regierungs-Accessisten W. Frhrn. v. Pechmann in prov. Eigenschaft ernannt.

München, 9. Jan. Von den neu in die Kammer getretenen Abgeordneten hat sich Frhr. v. Stauffenberg der Fraktion der Linken — sie nennt sich nicht mehr „vereinigte" Linke — angeschlossen, während über die Absichten der übrigen neuen Kammermitglieder nichts verlautet. Nur von dem Abgeordneten für Schweinfurt, Bürgermeister Schultes, vermuthet man, daß er gleichfalls der Linken beitreten wird, da er im Jahre 1863 Kandidat der demokratischen Partei bei den Landtagswahlen war. Die Versammlungen der Linken finden diesmal im Hotel Leinfelder statt, die Fraktion besteht aus den Mitgliedern der Fortschrittspartei, einschließlich Crämer's und aus sämmtlichen Pfälzer Abgeordneten mit alleiniger Ausnahme Kolb's. — Von dem Abgeordneten Dr. K. Brater ist nun auch ein Urlaubsgesuch eingelaufen. Er befindet sich noch immer in Cannes im südlichen Frankreich und ist noch nicht so vollständig genesen, um die Reise in die Heimath vor Ablauf des Winters antreten zu können.

(A. Abendzeitung.)

Von dem volkswirthschaftlichen Ausschuß der Kammer der Abgeordneten ist der Abgeordnete Mandel, Bürgermeister von Ansbach, zum Referenten für den Gesetzentwurf bezüglich der Kriegskostenausgleichung gewählt worden. Dem Vernehmen nach verlangt der Ausschuß von der kgl. Staatsregierung Aufschluß über den weiteren Fortgang und die Beendigung der Kriegsschädenliquidation, da, ohne daß der Betrag der Entschädigungen definitiv feststeht und abgeschlossen ist, der Ausschuß und die Kammern ihre Aufgabe nicht lösen könnten. — Wie man in Abgeordnetenkreisen vernimmt, soll an die Stelle des aus der Kammer getretenen Grafen v. Hegnenberg der Abg. Umbscheiden zum ständischen Kommissär bei der Staatsschuldentilgungskommission gewählt werden, da derselbe als Mitglied des Gesetzgebungsausschusses ohnehin ständig in München verweilt. (A. Z.)

Von nicht weniger als 15 Reichsräthen sind Schreiben eingegangen, daß sie den Berathungen der hohen Kammer in dieser Saison beizuwohnen verhindert sind. Es sind Dieß die Herren: Graf Fidel Fugger-Kirchberg, Fürst Zeil-Trauchburg, Graf Bray, Frhr. v. Lotzbeck, Herzog Max, Graf Erbach, Graf Ortenburg, Graf Rechberg, Graf Castell, Prinz Carl, Graf Arco-Valley, Fürst Leop. Fugger-Babenhausen, Fürst Leiningen, Max Fürst Taxis und Fürst Löwenstein-Freudenberg.

Ein Münchener Korrespondent der „Augsb. Abdztg." versichert, „aus bester Quelle" mittheilen zu können, daß Fürst Hohenlohe in Bezug auf die von Preußen angeregte Aufhebung des Salzmonopols in den deutschen Staaten die Ansicht seines Vorgängers im Amte nicht theilt, und daß die Aufhebung dieses Monopols und die Einführung einer zollvereinsländischen Salzsteuer von der bayerischen Regierung nicht länger beanstandet werden wird.

München, 12. Jan. Auf der Tagesordnung für die dreizehnte, auf den 14. ds. Mts. um $9\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags angesetzte öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten befindet sich unter Anderm ein weiterer Präsidialvortrag über den Personalstand der Kammer; dann die Vorlesung einer Interpellation des Abgeordneten Dr. Ruland, die den Würzburger und Aschaffenburger Landestheilen gehörigen allgemeinen Stiftungen betr.

Ein Artikel, mit welchem die „Zeitschrift des Anwaltvereins für Bayern" ihren neuen Jahrgang eröffnet, spricht sich über das Bedürfniß eines neuen bürgerlichen Rechtsverfahrens und über den gegenwärtig in Berathung befindlichen Entwurf in Folgendem aus: „Unser gegenwärtig formell noch geltendes Prozeßrecht gehört einer Zeit an, deren Geist für uns in der Vergangenheit von Jahrhunderten liegt; darum wird seine Anwendung zu seiner Zersetzung, aus der ein neues sich zu bilden strebt. Für die Bildung des neuen aber muß die Gesetzgebung, der Gesammtwille der Generation sorgen; thut sie ihre Schuldigkeit nicht, so legen die Gerichte Hand an und bilden eine Rechtspflege, nicht im Sinne des Volkes, sondern in einem andern Geiste — dem Geiste des Beamtenthums. Wozu diese Art Rechtsentwicklung führt, dieß vermag ein Blick auf die jüngst vergangenen, insbesondere das jetzt verwichene Jahr kennen zu lehren, wo von der Richterbank aus des Alten ein Stück um das andere über Bord geworfen und an dessen Stelle das der Theorie vom kurzen Prozeß entwachsene sic volo, sic jubeo gepflanzt worden. Wir sind zwar weit davon entfernt, von dem neuen Civilprozeßverfahren eine Heilung aller Gebrechen zu erwarten. Am Wenigsten glauben wir diese Hoffnung nähren zu dürfen, wenn das Gesetzbuch in der Fassung, wie sie das gegenwärtige Regime anstrebt, oder auch, wie sie der Gesetzgebungsausschuß bisher festgestellt hat, in's Leben tritt; wir stehen nicht an, es unumwunden auszusprechen, daß wir darin nicht die hinlänglichen Garantien für eine Allen, dem Niedern wie dem Hohen, dem Armen wie dem Reichen, dem Ungelehrten wie dem Gelehrten, dem Einfältigen wie dem Klugen, dem Betrogenen

Feuilleton.

Vermischtes.

Am Dinstag, den 8. d., verschied in Berlin nach langen Leiden der Vorsteher des stenographischen Bureaus des Abgeordnetenhauses, Wilhelm Stolze, in weitesten Kreisen bekannt durch sein, zuerst im Jahre 1841 veröffentlichtes System der deutschen Stenographie, welches von seinen Anhängern wohl mit Recht für das beste der bisher bekannt gewordenen Systeme gehalten wird. Es ist noch nicht ein Jahr her, daß die Schüler Stolze's die 25jährige Jubelfeier jener Veröffentlichung festlich begingen, ohne wegen der damals sich schnell entwickelnden kriegerischen Ereignisse beim größeren Publikum dadurch besondere Aufmerksamkeit zu erregen, und heute wird ihnen der „Meister" entrissen, welcher den sichtbaren Mittelpunkt ihrer Bestrebungen bildete.

Troppau, 2. Jan. (Ein zweites Wieliczka.) Hier ist die wunderbare Mähre verbreitet, daß der Boden, auf welchem die schlesische Landeshauptstadt steht, ungeheure Steinsalzlager berge, und daß Troppau berufen sei, ein zweites Wieliczka, ein neues Salzkammergut Oesterreichs zu werden. Den Anlaß zu der Hoffnung der Auffindung von Salzlagern in unmittelbarer Nähe Troppau's boten einige Petrefakten, welche der hiesige k. k. Professor Urban auffand, und die derselbe dem Direktor des kais. Mineralienkabinets einsandte. Nach dem Urtheil hervorragender Geologen sind diese Petrefakten ganz ähnlich denjenigen, welche in Bochnia und Wieliczka gefunden werden. Die größte Wahrscheinlichkeit spricht daher dafür, daß in den tieferen Schichten des Troppauer Bodens nicht nur Steinsalz, sondern auch Kalisalz vorhanden sei. Es ist auch schon behauptet worden, daß die vermutheten Salzlager durch eine Ader mit den Salzschichten in Wieliczka verbunden sein müßten. Würde die Existenz von Salzlagern in der hiesigen Gegend konstatirt, so würde eine neue Industrie und ein reicher Segen für die ganze Umgebung Troppau's entstehen. Wir wollen hoffen, daß die Regierung im Interesse des Salzmonopols die Sache untersuchen lasse.

Frankfurt, 11 Jan. Die Folgen des verflossenen Krieges werden von Tag zu Tag hier fühlbarer. Durch das Darniederliegen der Geschäfte sind viele nicht im Stande, ihre Gläubiger zu befriedigen, welche, oftmals selbst im Bedrängniß, durch irgend einen Rechtsanwalt die Forderungen eintreiben lassen. Mit Schuldklagen sind die Stadtämter und der Fiskal wahrhaft überladen. Letzterem gingen vor einigen Tagen allein von den Gerichten bei 100 Exekutionen zu; von diesen hatte ein einziger Advokat circa 50. Bei einer in verflossener Woche stattgehabten Zwangsversteigerung eines Hauses wurden 20,000 fl. verloren und das Immobil weit unter dem wahren Werthe zugeschlagen. (Fr. J.)

Digitized by Google

wie dem Betrüger, dem Ehrlichen wie dem Unehrlichen, jedem das Seinige zuwägende, volksthümliche Rechtsprechung zu finden vermögen, daß wir darin eine Rechtspflege, wo das Gericht um des Volkes wegen und nicht das Volk um des Gerichts willen da ist, vermissen, daß wir daraus eine künstliche Verwicklung und Verschränkung der natürlichsten Rechtselemente, eine Ermunterung der in der Gegenwart so rührigen Schwindel- und Ränkesucht, eine Stärkung der Beamtenherrschaft besorgen. Wir würden auch noch beifügen, daß uns, — und zwar ausgehend von dem nämlichen Gesichtspunkte, — die der Anwaltschaft zugedachte Stellung nicht zusagen will, weil uns darin nicht das wahre Wesen ihres Berufs, die Vertretung und der Schutz des Rechtsunkundigen, sondern die Unterstützung der Gerichte als die Hauptaufgabe der Anwaltschaft aufgefaßt zu sein scheint. Allein von uns zu sprechen, dürfen wir ja nicht wagen. Flugs ist der Erste Beste aus dem kundigen wie unkundigen Publikum bei der Hand, uns hämisch Motive des schnödesten Eigennutzes zu unterstellen. Daß es nicht schlimmer werden kann, als es ist, daß es im Gegentheil besser werden muß, selbst wenn der Entwurf ganz, wie ihn die Regierung will, zur Einführung gelangt, darin stimmen wir mit Allen überein, welche diese Ansicht bereits vor uns ausgesprochen haben. . . . . Alle Bemühungen, die Anwaltschaft in den Staub zu treten, ihr die Selbständigkeit zu entziehen, sie zur Dienerin der Gerichte herabzuwürdigen, werden an der Macht der Verhältnisse, die stärker sind, als die Menschen, scheitern."

Berlin, 10. Januar. Der „Nordd. Allg. Ztg." zufolge hat der König den verschiedenen Deputationen aus den neuen Provinzen gegenüber sich zwar dahin ausgesprochen, daß er dieselben besuchen werde, über den Zeitpunkt der Reise aber noch keinen Beschluß gefaßt.

Die „Kreuzzeitung" tritt für Bildung eines norddeutschen Oberhauses aus den Fürsten der kleineren norddeutschen Staaten und sonstigen ihnen „einigermaßen homogenen Elementen" ein. Man sieht daraus, was ihre Partei aus der neuen Bundesverfassung machen möchte. Solchen Bestrebungen gegenüber fordert die „National-Zeitung" das Abgeordnetenhaus auf, schon jetzt sich über die Frage der künftigen Verfassung, durch welche die Stellung des Abgeordnetenhauses wesentlich verändert werden solle, vernehmen zu lassen, so daß das Volk wisse, mit welchen Zielen es zum Reichstage zu wählen habe, und welche Ziele die preußischen Mitglieder in demselben verfolgen sollen.

Berlin, 11. Jan. Die Justizkommission des Abgeordnetenhauses beschloß in ihrer heutigen Sitzung, daß die durch den Antrag der Verweisung der Preßprozesse an die Schwurgerichte involvirte Verfassungsänderung gegenwärtig inopportun sei, dagegen aber einen Antrag auf Aufhebung des Staatsgerichtshofes einzubringen.

Der „Wes.-Ztg." wird von **Berlin** geschrieben: „In Betreff der Regelung des Finanzwesens im norddeutschen Bund läßt sich als zuverlässig mittheilen, daß außer den Normal-Etats für Armee und Marine mit dem Reichstage ein Etat des Post- und Telegraphenwesens vereinbart wird. Die Ueberschüsse dieses Etat, sowie die Zoll-Einnahmen und Ueberschüsse der Verbrauchs-Steuern fließen in die Bundeskasse. Aus dieser Kasse werden bestritten die gemeinsamen Ausgaben für konsularische Vertretung für Armee, und Kriegsflotte. Die Kosten der diplomatischen Vertretung des Bundes, welche ja ausschließlich der Präsidialmacht zusteht, würden demzufolge von Preußen allein zu tragen sein. Insoweit die Einnahmen der Bundeskasse nicht ausreichen, wird das Deficit durch Beiträge der Bundesstaaten gedeckt, welche nach Maßgabe der Bevölkerung vertheilt, und von dem Präsidium unter Kontrolle des Bundesrathes und des Reichstages ausgeschrieben werden. Diese Matrikularumlagen werden also in jedem einzelnen Falle von den Spezialvertretungen der Bundesstaaten bewilligt werden müssen."

Berlin, 12. Jan. Die Kommission des Herrenhauses zur Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Wahl der Abgeordneten aus den neuen Landestheilen — Berichterstatter ist Hr. v. Kleist-Retzow — hat den Gesetzentwurf mit Stimmengleichheit verworfen. Der Bericht stellt u. A. in Aussicht, daß das „alleinige Regiment Sr. Majestät des Königs" in den neuen Landestheilen auch über den 1. Oktober hinaus werde fortbestehen können, damit unterdessen die „Eigenthümlichkeiten" derselben gepflegt und die Interessen des Herrenhauses berücksichtigt werden. — Es ist übrigens wegen der obwaltenden Stimmengleichheit eine zweite Berichterstattung beschlossen, von der die „N. A. Z." ein besseres Resultat hofft.

Die vereinigte Handels- und Finanzkommission des Abgeordnetenhauses beschloß in Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Aufhebung des Salzmonopols, die Ernennung einer Subkommission behufs Umarbeitung des Gesetzentwurfs. In der gestrigen Sitzung der Kommission erstattete Abgeordneter Krieger Bericht über diese Frage, und führte dabei u. A. an, daß die jetzige Belastung der Bevölkerung durch die Salzsteuer durchschnittlich 10 Sgr. pro Kopf betrage. Eine Ermäßigung der Steuer sei nothwendig, denn auch der Widerspruch der Südstaaten gegen die Aufhebung des Monopols würde nur dann zu beseitigen sein, wenn die Steuer nicht zu hoch gegriffen werde. Außerdem müsse die Bergwerkssteuer von Salz fortfallen. — Regierungs-Kommissär Scheele überreichte einen Vertragsentwurf, welcher mit den Zollvereinsstaaten zu vereinbaren sein wird und erklärte, daß, bevor die Vereinbarung herbeigeführt, die Regierung nicht in der Lage sei, die erforderlichen Schutzmaßregeln zu treffen. Es sei aber der Konsens aller Vereinsstaaten zur Einführung der Salzsteuer mit Sicherheit vorauszusehen. Süddeutschland gegenüber sei dabei ein Betrag von 2 Thlr. nicht zu hoch, sondern eher zu niedrig gegriffen. Das Pfund Salz kostet jetzt in Preußen 1 Sgr. 4 Pfennig, die Steuer beträgt dabei für die Zukunft 7 1/10 Pfennig. Der Preis werde sich außerdem dadurch ermäßigen, daß die bei der Monopolverwaltung unerläßlichen Ausgabe wegfallen. Das Verhältniß zu den Privat-Salinen biete keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. In Bezug auf das Salz zu gewerblichen Zwecken sei es die Absicht der Regierung, die möglichsten Begünstigungen eintreten zu lassen, auch die Kontroll-Abgabe mit 2 Sgr. pr. Ctr. sei nur vorläufig in Aussicht genommen.

Die Kommission für Handel und Gewerbe genehmigte den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung mehrerer Vorschriften über das Postwesen, mit dem Verbesserungsvorschlage, daß bei unfrankirten und bei Briefen mit deklarirtem Werth erst bei Entfernungen über 10 Meilen (anstatt 5 Meilen nach der Regierungsvorlage) das Zuschlagsporto von 1 Sgr. hinzutreten soll. General-Post-Direktor v. Philippsborn erklärte, die Regierung erachte diese Abänderung einer Ablehnung des Gesetzes gleich.

Aus Sachsen. Das k. Staatsministerium hat vor einiger Zeit eine Verordnung erlassen, welche für die weitere Entwicklung unseres Volks- und Bürgerschulwesens von nicht geringer Bedeutung ist und gewiß äußerst wohlthätig einwirkt; dieselbe will nämlich die Fortbildung der Lehrer des Königreichs Sachsen dadurch herbeiführen, daß sie befähigten Volksschullehrern ohne Weiteres zwei Jahre lang Urlaub gestattet, wenn sie die Universität Leipzig noch besuchen und dort weitere pädagogische und sonstige wissenschaftliche Bildung sich erwerben wollen. Nach vollendeten Studien und einem in Leipzig glücklich bestandenen Oberlehrerexamen erhalten diese Lehrer sodann bessere Stellen, namentlich aber die Oberlehrer- und Direktorialstellen der städtischen Bürgerschulen. Unser Ministerium will hierdurch, wie es in der Verordnung heißt, „dem mehr und mehr fühlbar gewordenen Bedürfnisse nach höher gebildeten Lehrern und den von Jahr zu Jahr wachsenden Anforderungen an die Leistungen der Volksschule besser entsprechen", wie zugleich den strebsamen Lehrern entgegenkommen. (Weim. Z.)

Indem die „Koburger Ztg." der Nachricht des „Frankf. Journ." von einer Konferenz der thüringischen Fürsten in **Meiningen**, um über die Vereinigung der thüringischen Herzogthümer unter dem Großherzog von Weimar zu berathen, ein entschiedenes Dementi entgegensetzt, sagt sie: „Deutschland hat lange genug an der Existenz jener sogenannten Mittelstaaten gekrankt, die zu schwach waren, um für eine gedeihliche Entwicklung der Nation mit Erfolg die Initiative zu ergreifen, und zu stark, um sich willig als Glied dem gesammtstaatlichen Organismus einzufügen. Heut einen neuen derartigen Mittelstaat schaffen, hieße einen politischen Fehler begehen, von dem die Nation alles eher als Gewinn zu erwarten hätte. Für Thüringen speziell liegt außerdem nicht der geringste Grund vor, eine Superiorität Weimars anzuerkennen, für die der großherzogliche Titel in Ermangelung sonstiger Ressourcen, aus denen den vereinigten Landen Vortheil erwachsen könnte, doch wohl kein ausreichendes Motiv bilden dürfte. Denn da das Großherzogthum Weimar seine herzoglichen Genossen an Größe kaum übertrifft und keineswegs besser situirt ist als die andern thüringischen Staaten, würde auch die etwaige Hoffnung eines leichteren finanziellen Arrangements durchaus illusorisch sein. Vielmehr muß festgehalten werden, daß nicht derartige staatliche Experimente, sondern allein umfassende Ersparnisse und Einschränkungen eine Möglichkeit bieten, die Lasten, die der norddeutsche Bund den Kleinstaaten auferlegen wird, zu tragen und den gesteigerten Ansprüchen der Zukunft zu genügen."

Wien, 11. Jan. Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht heute die drei vom niederösterreichischen Landtage beantragten Gesetze, wodurch die Landes- und Landtagswahlordnung modifizirt wird. Wir wollen nicht verhehlen, daß das Ministerium, indem es diese Gesetze zur allerhöchsten Sanktion gelangen ließ, damit einen gegenüber der oppositionellen Landtagspartei unleugbar toleranten Sinn bethätigt hat. Doch zeigt sich gerade in diesem Momente stärker denn je, daß diese Concilianz nicht über die Kluft hinweghilft, welche zuerst die Sistirung und nun das Januarpatent zwischen dem Ministerium und der Verfassungspartei gegraben hat. — Außerdem bringt das amtliche

Digitized by Google

Blatt eine aufklärende Mittheilung über das Heerergänzungsgesetz. Es ist damit zweifellos ausgesprochen, daß diejenigen, für welche bis zur amtlichen Publikation der kaiserl. Verordnung im Reichsgesetzblatte die Befreiungstaxe erlegt wurde, der Befreiung von der Dienstpflicht theilhaftig bleiben, trotz der allgemeinen Wehrpflicht. Ueber die weitere Frage, ob der Zeitpunkt, mit welchem diese Wirksamkeit zu beginnen habe, der Tag ist, an welchem das bezügliche Reichsgesetzblatt ausgegeben und versendet wurde, oder welcher andere Tag, haben sich nach der „Wiener Zeitung" die betreffenden Centralstellen dahin geeinigt, daß der Tag, an welchem das Reichsgesetzblatt oder die amtliche Intimation der kais. Verordnung den Behörden zukommt, als der Beginn der Wirksamkeit anzunehmen ist, somit von da ab Militär-Befreiungstaxen nicht mehr angenommen werden dürfen. — Die Intimation der Gesetze und Verordnungen an die Civilbehörden geschieht übrigens, wie bekannt, nur durch die diesen Behörden vorgesetzten höheren Stellen; es kann daher unter keinen Umständen vom Kriegsministerium eine Fristerstreckung zur Annahme von Loskaufstaxen ausgegangen sein, so wenig als das Kriegsministerium in der Lage ist, zu bestimmen, wann eine lediglich die Civilbehörden betreffende Verordnung, wie jene bezüglich des gesetzlich äußersten Termines zum Loskaufe, diesen Behörden zugestellt wird. — Aus dem Ganzen geht nur hervor, daß die Versendung des Reichsgesetzblattes an die verschiedenen Aemter ziemlich langsam vor sich gehen muß, und daß somit ein neues Gesetz auf verschiedenen Punkten des Reiches in verschiedenen sehr auseinanderliegenden Zeitpunkten zur Wirksamkeit gelangt.

Pesth, 11. Jan. Vom Tavernicus ist aus Wien ein an den Pesther Bürgermeister und sämmtliche Behörden gerichteter Erlaß herabgelangt, laut welchem die Militär-Loskaufstaxe bis auf weitere Weisung fortwährend anzunehmen ist.

Prag, 11. Jan. Fürst Carlos Auersperg soll nach den Intentionen der Regierung wieder zum Präsidenten des Herrenhauses ernannt werden; derselbe ist jedoch, wie versichert wird, entschlossen, die Ernennung abzulehnen.

Lemberg, 11. Jan. Die „Gazeta Narodowa" schreibt: „Die Polen werden streben, daß aus dem Reichsrathe ein wirkliches Parlament, ein Reichstag werde, während den Centralisten ein schwacher Reichsrath mit dem Verfassungs-Paragraphe 13 genüge, wenn ihr Uebergewicht gewahrt bleibe. — Eine Verständigung zwischen den Polen und den liberalen Deutschen sei nicht schwierig; nur müßten letztere ihren hegemonischen Gelüsten entsagen. Eine Ausnahmsstellung Galiziens genüge keineswegs. Die Polen würden weder, falls eine slavische Majorität im Reichsrathe wäre, einer Verkürzung der Deutschen, noch entgegengesetztenfalls einer Verkürzung der anderen historisch-nationalen Individualitäten Oesterreichs zustimmen.

Der **Berner** „Bund" meldet: „Der preußische Ministerresident zeigt dem Bundesrath an, daß seine Regierung dem Beitritt der königlich sächsischen Regierung zu der Genfer Uebereinkunft vom 22. August 1864 ihre Genehmigung ertheilt habe.

Tiefen Eindruck macht es in der Schweiz, daß General Dufour seine Entlassung aus dem eidgenössischen Generalstab genommen hat, obwohl dieser Schritt bei einem Manne, der am 15. September dieses Jahres sein achtzigstes Lebensjahr vollenden wird, vorauszusehen war, so rüstig auch der General noch immer ist. General Dufour wird unter allen Umständen für die Eidgenossenschaft schwer zu ersetzen sein; an Popularität gleicht ihm sicherlich kein zweiter Schweizer. Dufour erklärte jedoch, daß er, wenn das Vaterland in einer Gefahr seiner bedürfen würde, dem Rufe desselben folgen werde.

(A. A.)

Paris, 10. Jan. Was in wohlunterrichteten Kreisen schon seit einigen Tagen verlautete, kündigt auch die „France" mit ziemlicher Bestimmtheit an: Die Armeereform wird abermals gewisse Abänderungen erfahren, welche sie dem Gesetzgebenden Körper und der öffentlichen Meinung genießbarer machen sollen. Zunächst wird man die verfassungsmäßige Form dadurch wahren, daß man die Stärke des Kontingents nicht in dem neuen Militärgesetz schon im Voraus angibt, sondern dem Gesetzgebenden Körper die Freiheit läßt, dieselbe jedes Jahr von Neuem auf 100,000 Mann festzustellen. Ueberdies aber wird sich das neue Projekt der jetzigen Heeresverfassung noch um ein Bedeutendes nähern und sich schließlich wohl nur auf eine Entwicklung des bisherigen Reservesystems beschränken, während der Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht höchstens dem Namen nach aufrecht erhalten werden dürfte. Denn, wie die „France" selbstgefällig bemerkt, Frankreich hat nicht nöthig, in die Fußstapfen Preußens zu treten, um seiner Nationalvertheidigung alle erforderliche Solidität zu geben. — Napoleon III. hält aber durchaus eine effektive Kriegsstärke von 800,000 Mann für nothwendig. (Schw. Merk.)

Paris, 11. Jan. Das Uebereinkommen über die religiösen Fragen zwischen Rom und Italien ist abgeschlossen und in Form einer Verbalnote redigirt. — Das „Mémorial Diplomatique" glaubt einer Privat-Korrespondenz zufolge, daß der mexikanische Nationalkongreß das Kaiserreich aufrechterhalten werde.

Marseille, 11. Jan. Aus Athen wird berichtet: Der Ministerpräsident hat sein Programm vorgelegt; er konstatirt die Erschöpfung der Finanzen, die Unzulänglichkeit der Armee und die Nothwendigkeit eines Anlehens und neuer Steuern. Die griechische Regierung ist für die Unruhen in den Nachbarprovinzen nicht verantwortlich, das griechische Volk kann aber nicht theilnahmlos bleiben. Den flüchtigen Kandioten wird Unterstützung versprochen, das Völkerrecht wird aber geachtet werden. Griechenland wird durch außerordentliche Gesandten die europäischen Mächte über seine Interessen aufklären.

Florenz, 10. Jan. Die „Nazione" schreibt: Finanzminister Scialoja beschäftigt sich mit einem allgemeinen Finanz-Plan, zu welchem eine große Operation mit den Kirchengütern gehören würde. Der Entwurf wird dem Parlament vorgelegt werden. Scialoja wird am Montag seine Auseinandersetzung der Finanzlage vorlegen.

Griechenland. Wie der „Independance" mitgetheilt wird, beabsichtigt die griechische Aktionspartei zu Gunsten des in die Enge getriebenen Insurrektionskorps von Creta eine Diversion auf den anderen Inseln des Archipels und auf Cypern zu machen, um dadurch die Pforte zu einer Theilung ihres Blokadegeschwaders zu nöthigen. Die hellenisch-thessalische Grenze ist von den Truppen Halil Paschas hermetisch abgesperrt worden, und seither herrscht auch in Thessalien die vollständigste Ruhe.

Warschau, 5. Jan. Das längst erwartete Gesetz zur Regulirung der Grundsteuer im Königreiche Polen ist in diesen Tagen publizirt worden. Durch dasselbe werden die bisher von den ländlichen Grundbesitzern zu leistenden Steuern, wie Osiara, Lieferungs-Contingent, subsidium charitativum, Trinksteuer, Mühlen-Kanon u. s. w., aufgehoben, in deren Stelle eine allgemeine Grundsteuer eingeführt. Die neue allgemeine Grundsteuer zerfällt in zwei Abtheilungen: in die Haupt-Grundsteuer und die sogenannte Zuschlagsteuer. Erstere wird je nach der Beschaffenheit und Ertragsfähigkeit des Bodens in 5 Klassen erhoben, letztere ist eine bestimmte, von der Regierung festgesetzte Summe, die jedoch die Gesammtsumme der Haupt-Grundsteuer nicht übersteigen darf, und wird alle fünf Jahre auf die einzelnen Kreise und die Güter in denselben repartirt. Die Haupt-Grundsteuer wird im Januar und Juli, die Zuschlagsteuer im April und Oktober erhoben. Von der allgemeinen Grundsteuer sind befreit: 1) die auf Grund des kaiserlichen Ukas vom 2. März 1864 separirten bäuerlichen Grundstücke, die eine besondere Grundsteuer zahlen; 2) die städtischen Grundstücke; 3) die Staatsforsten; 4) die den geistlichen und Wohlthätigkeits-Instituten gehörigen Grundstücke und Güter; 5) die Kirchhöfe aller Bekenntnisse; 6) die Flüsse, Seen und Teiche; 7) unbebaute Sandflächen, Sümpfe und Wege. Von der Zuschlagsteuer sind ausgenommen Grundstücke mit einem geringeren Areal als 60 Morgen, die nicht im Kreise Warschau liegen.

Amerika. Der „New-York Herald" vom 24. Dez. schreibt: „Die Beschlagnahme der Douane von Vera-Cruz am 9. Dez. hat ein äußerst großes Befremden erregt. Maximilian hatte einen Bon von 50,000 Dollars gesendet, der ausgezahlt werden sollte; die französischen Behörden aber haben die Auszahlung verweigert. — Die Beschlagnahme ist kraft des Vertrags vom September 1866 vorgenommen worden; aber obgleich dieser Vertrag für einen Augenblick von Maximilian angenommen und nach Frankreich gesendet worden ist, um dort bestätigt zu werden, so ist er doch niemals vom Kaiser von Mexiko definitiv unterzeichnet worden. Die Franzosen versichern, daß sie die Douane nur während zehn Tagen besetzt halten wollen. Die Feindseligkeit ist nun offen erklärt zwischen Maximilian und dem Marschall Bazaine. Marquez, einem der imperialistischen Offiziere, ist es nicht gelungen, die versprochenen 20 Millionen zusammen zu bringen und eine Armee anzuwerben. Er hat sich darauf beschränken müssen, zweihundert Plantagen-Arbeiter gefangen zu nehmen, die er so lange behält, bis er ihnen Waffen in die Hand geben kann, und er erpreßt zu diesem Zwecke den benachbarten Pflanzern einige tausend Dollars. Was nun Miramon, die andere Stütze Maximilians, betrifft, so ist er nach Querataro, 60 Lieues von Mexiko, entflohen, um dem Marschall Bazaine zu entgehen, der seine Verhaftung angeordnet hatte."

Der Courier des Etats-Unis bestätigt auch, daß der Kampf zwischen dem Kaiser Maximilian und dem Marschall Bazaine ausgebrochen ist.

Nach Berichten aus **Yokuhama** vom 2. Nov. in der „Patrie" hat die japanesische Regierung, welche die Reorganisation der Armee angeordnet hat, beschlossen, in der Nähe von Yohoska ein Uebungslager von 20,000 Mann zu bilden. Dieses Lager sollte am 1. Januar bezogen werden, d. h. einige Tage nach der Ankunft der französischen Militärmission, die bekanntlich mit der Instruktion der japanesischen Truppen betraut werden soll. Diese Mission besteht

aus 5 Offizieren und 10 Unteroffizieren. Mit dem am 23. von Marseille abgehenden Packetboote gehen noch 3 Infanterie-Offiziere und 30 Unteroffiziere nach Yokuhama, ab. Das französische Kriegsministerium hat einen Armee-Organisationsplan für Japan ausgearbeitet, der bereits die Bestätigung des Gorodjio erhalten hat. Nach demselben wird das japanische Heer auf Friedensfuß aus 30,000 Mann Fußvolk, 10,000 Mann Reiterei und 10,000 Mann Artillerie- und Genie-Truppen, zusammen also aus 50,000 Mann bestehen. Die Uniformen für diese Armee, aus einer Mischung der japanischen und Zuaven-Kostüme zusammengesetzt, werden in Frankreich verfertigt. Schon jetzt wurde versuchsweise in Yokuhama ein Bataillon japanischer Zuaven organisirt. Für das Uebungslager werden Zelte und andere Utensilien gleichfalls von Frankreich geliefert.

Der Bürgerkrieg in **Japan** geht dem Ende entgegen. Der neue Taikun hat, um das Andenken seines Vorgängers zu ehren, eine zeitweilige Einstellung der Feindseligkeiten befohlen, und der Fürst von Kiou Siou ist offenbar geneigt, auf Verhandlungen einzugehen, denn er hat erklärt, daß er keine Klage gegen den Taikun, sondern nur gegen eine Partei, die ihn ungerechter Weise zu unterdrücken gesucht habe, zu führen habe. In Yeddo ist in Folge der Mißernte und der umfangreichen Vorräthe, welche die Armee des Taikun erforderte, eine Hungersnoth ausgebrochen, welche mehrfache Ruhestörungen veranlaßte. Natürlich wurde den Ausländern wieder die Schuld alles Uebels aufgebürdet, was freilich in gewissem Sinne dieses Mal einen Grund für sich hat, da die Beschießung Simonosakis mittelbar zu dem Ausbruche des Bürgerkrieges und der Zusammenziehung einer großen kaiserlichen Armee führte. Auf das amerikanische und das englische Gesandtschaftsgebäude haben die Ruhestörer Angriffe versucht, wurden aber von der einheimischen Sicherheitswache zurückgetrieben.

Frankfurter Börse (7. bis 12. Januar).

12. Januar. Süddeutsche Staatspapiere erfreuten sich lebhaften Verkehrs und haben wenn im Kurs auch keine Fortschritte gemacht, doch denselben behauptet, nur bayerische Loose haben ihren Triumphzug fortgesetzt und nahezu Pari erreicht, sie sind seit Anfang des Jahres 4 1/2 pCt. gestiegen. Die gute Meinung, welche wir zu Anfang bereits für das Effekt aussprachen, hat sich bewährt.

In österr. Fonds war mehr als gewöhnliche Regsamkeit, weniger aus eigener Ueberzeugung als durch die Arbitrage nach Wien, zudem trat Holland zumal für National als starker Käufer auf und Zinsen und ausgelooste Beträge von engl. Metalliques wurden vielfach wieder in denselben angelegt. Die Avance beträgt gegen vor acht Tagen 1/4 bis 1/2 pCt., nur Loose blieben zurück.

Der Umsatz in E.-B.-Aktien war von keinem grossen Belang; Bexbacher gefragt und um 1 1/2 pCt. auf 154 1/2 gestiegen. Von E.-B.-Prioritäten schliessen italienische, die im Anfang der Woche sehr lebhaft und zu steigenden Kursen gehandelt wurden (Livorneser wurden bis über 37, Toskanische bis 55 1/4 bezahlt) matter.

Von Kreditaktien hoben sich österreichische am Mittwoch bis 143, lassen aber die Flügel wieder hängen und schliessen 141 1/2, um 2 fl. höher als vor 8 Tagen; wir können nur auf oft Gesagtes zurückweisen. — Von Zettelbanken haben Frankfurter sich um 2 pCt. erholt. — Die Bank veröffentlicht jetzt 10tägige Ausweise und hat den ersten am 10. d. M. publizirt. Darnach hat sich die Kapitalanlage etwas vermehrt; die aus dem Baarvorrath ausgegebenen fl. 41,000 und die Mehremission von Noten um fl. 476,000 fanden ihre Verwendung in einer Vermehrung der Platzwechsel um fl. 146,000 und der fremden Devisen um fl. 172,000, sowie in einer weiteren Rückzahlung von fl. 227,000 auf die Girogut-haben.

Geld hat in Aussicht auf den Medio ein wenig angezogen und Diskonto ist unter 3 pCt. schwer anzubringen. Wechselkurse zumal London, Paris und Thaler weichend; Wien hat 3/4 pCt. verloren.

	7.	12.		7.	12.
5% Oestr. National	50 5/8	51 1/8 B	4% Darmstädt. do.	94	94 1/4
5% do. Metal. (1859)	58 1/2 B	58 1/2 B	3 1/2% do. do.	88	—
5% do. Lose (1860)	64 1/2	63 7/8	4 1/2% Nassauer do.	94 1/2	95 1/4 B
— do. do. (1864)	67 1/2 B	67 1/2 B	4% do. do.	—	89 1/2 B
Oestr. Kreditl. (58)	113 1/2 B	114 B	3 1/2% do. do.	84 1/2 B	84 1/2 B
5% Bayer. Obligat.	100 1/2 B	100 1/4 B	4% Kurhess. do.	93 1/4 B	93 1/2 B
4 1/2% do. do.	94 1/2	95 B	3 1/2% Frankf. do.	83 B	82 1/2
4% do. do.	91 B	90 1/2	3% do. do.	72 1/4	73 1/4 B
4% do. 100 Thl.-L.	98 1/2	99 1/2	6% Amerik. (1882)	76 1/2	76 1/4
4 1/2% Würtemb. Obl.	94 1/4	94 1/4 B	Oestr. Kredit.	140	141 1/2
3 1/2% do. do.	83	84 B	Oestr. Nat.-Bank	650	649
4 1/2% Badische do.	93 1/4 B	93 1/4 B	Frankfurter do.	128 1/2	130 1/2
4% do. do.	89	89 1/4 B	Bexbacher E.-B.	152 1/2	154 1/2
3 1/2% do. do.	83 1/4	83 B	Bayer. Ostbahnen	117	117 1/2 B

(Aktionär).

Neueres.

Berlin, 13. Jan. Im Herrenhaus ist zu dem Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Art. 69 der Verfassungsurkunde ein Amendement eingebracht worden, dahingehend: das Herrenhaus möge in Folge königlicher Anordnung durch Mitglieder aus den einverleibten Ländern ergänzt, und das Abgeordnetenhaus um 86 (?) Mitglieder vermehrt werden.

Petersburg, 13. Jan. Der Kaiser ertheilte eine Preß-Amnestie. Baron v. Meyendorff ist zum Geschäftsträger in Weimar ernannt worden. Der Kaiser, die kaiserliche Familie und das diplomatische Corps besuchten einen Ball im Theater zu Gunsten der Candioten.

Shanghai, 7. Dez. Der Krieg ist beendet. In Yokohama hat eine Feuersbrunst gewüthet, welche einen bedeutenden Schaden verursachte.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. fl. ö. W.)	68 1/8 G.
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1857	62 3/8 P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	58—57 3/4 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon ö. W.	—
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	61 1/8—60 7/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	43 3/8 P.
„	4 1/2 pCt.	37 1/2 P. 3/8 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. ö. R.	100 1/4—1/8 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 3/4 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	95 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90 1/8 P. 89 7/8 G.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	90 3/8 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 1/2
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	82 3/8 P. 82 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	93 1/4 P. 92 7/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	83 1/2 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	95 1/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	95 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	89 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	84 3/4 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	83 1/8 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2 pCt.	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	82 G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	77 3/8 P. 1/8 G.
„	6 pCt. ditto r. 1882	76 3/8—1/2 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	131 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	646—642 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	140 1/8 P 139 1/8 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	90 3/8 P. 1/8 G.
Darmst. Bank I. u. 2. Serie à fl. 250	205
Weimarische Bank à Thlr. 100	—
Mitteldeutsche Kreditaktien	94 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 24 kr	78 1/2 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	341 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	109 1/2 G.
Oest. F.-St.-Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 24 kr	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	—
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 4/5	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	154 1/2 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	105 1/4 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	47 1/2 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 4/7	69 1/2 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Eins.	—
3pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	44 P. 43 3/4 G
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	117 1/4 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	117 3/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	104 1/2 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	55 1/2 G.
„ fl. 500 v. 1860 4/7	63 3/8—1/4 G.
„ fl. 100 Kreditl. v. 1858.	—
„ dto. v. 1864.	67 P.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 3/8—1/8 G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 P.
Badische fl. 35	52 P.
Kurhess. Thlr. 40	53 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 25 do	42 G
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28 1/2 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 1/4 P

Wechsel

u. süddeutscher Währung

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/8 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 1/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 7/8 P
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/2 P.
Bremen 50 Th. Ld. k. S.	96 3/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 1/8 G
Cöln Thlr. 60 k. S.	105
Hamb. MB. 100 k. S.	88 5/8 P
Leipzig Th. 60 k. S.	105
London Lst. 10 k. S.	118 3/8—1/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail.	
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/8 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	88 1/4—3/8 G.
do. in Süd. W. k. S.	88 1/4—3/8 G
Disconto	3 1/2 pCt.

Frankfurt, 14. Januar. Die gestern in der Effektensocietät als positive Thatsache zirkulirende und angeschlagene Nachricht von der Zurücknahme der Anklage wider Johnson modifizirt sich nach der heutigen Fassung des Wagner'schen Bureau's dahin, daß nicht — wie gestern gemeldet wurde — die Anzeige vorliegt, daß man die Anklage fallen lasse, sondern daß Anzeichen dazu (indications) vorhanden sind. Allerdings ein kleiner Unterschied! Trotzdem verkehrten Amerikaner in fester Haltung und bewahrten die gestern gewonnene Avance. Für Oesterreich war die Stimmung in Folge schlechterer Wiener Course matt. Von Wechseln Wien und Paris flauer. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 16. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 16. Januar 1867.

Eine politische Prognose.

Fr. Edgar Quinet, der durch den Staatsstreich aus Frankreich verbannte Philosoph, hat im Pariser „Temps" einige Aufsehen erregende Artikel veröffentlicht, worin er die deutsche Frage vom deutschen, französischen und europäischen Standpunkte erörtert. Hervorzuheben ist zunächst, daß der Verfasser den Einheitsbestrebungen der deutschen Nation vollkommen Rechnung trägt, ja er gesteht, er habe die jetzige Einheitsbewegung als unaufhaltsam mit Nothwendigkeit bis zur Vollendung fortschreitend bereits vor 35 Jahren erkannt und vorausgesehen, daß Deutschland, um zur Einheit zu gelangen, sich unter die Führung des stärksten deutschen Staates begeben werde. Quinet versichert ferner, daß die Deutschen ihr Ziel erreichen würden, ohne daß eine andere Macht im Stande wäre, sie hieran zu hindern. Am Schlusse aber wird die Frage aufgeworfen, welche Veränderung in der Welt die Aufrichtung des deutschen Vaterlandes zur Folge haben werde, und Quinet beantwortet sie: Es werde dem Militärgeist schwer werden, sich ganz Deutschlands zu bemächtigen, wie dies so leicht bei den romanischen Völkern der Fall sei. Es fehle hier der Boden für den Mythus, die Legende, der Aberglauben. Luther, Göthe, Schiller, Beethoven werden immer vor einem Blücher kommen, und die Uniform übe jenseits des Rheins nicht denselben blendenden Zauber, wie bei anderen Völkern. Dennoch sei der ungeheure germanische Stolz, durch neue Siege geschwellt, nicht zu berechnen, und nun fährt der Franzose fort, und vielleicht nie ist die künftige Größe Deutschlands unwillkürlich in so ergreifenden Worten geschildert worden: „Wenn er einst zugleich die Ostsee und die Donau berührt, welche Gedanken, welche ehrgeizigen Träume werden nicht in dem Riesen erwachen? Wie wird er der Verblendung entgehen? So mächtig und so jugendfrisch, welche Versuchung für ihn, sich auch einmal mit der Welt zu messen, und aus dem Traum hervorschreitend, Königreiche zu zertreten? Mit eiserner Stirne von Holstein bis Tirol, ist es schwer, nur bescheidene Gedanken zu hegen und darauf zu verzichten, den Arm über den Rhein herüber zu strecken. Und selbst, wenn die Mäßigung den Sieg davon trüge, wer würde daran glauben? Wie oft nicht wird Frankreich aus dem Schlaf auffahren im Schrecken, den Schritt seines riesigen Nachbars zu vernehmen. Oder aber, wenn es in sorglosem Schlummer liegt, so wird es das Zeichen tödtlicher Apathie sein — und welche Versuchung für die deutsche Welt, dies zu benützen? In allen Fällen ist so die Gefahr dieselbe für uns. Ob sie in der Einbildung oder in der Wirklichkeit besteht, gleichviel! Die Gegenwart scheint unabwendbare Stürme der Zukunft zu vermachen."

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 14. Januar. Se. Maj. der König hat dem Bureauchef im Ministerium des kaiserlichen Hauses zu Paris, A. Tiron, das Ritterkreuz 1. Kl. des Verdienstordens vom heil. Michael verliehen; die von Sr. kgl. Hoh. dem Herzoge Carl Theodor in Bayern dem Oberlieut. A. Grafen v. Pocci des 1. Kür.-Reg. auf Ansuchen bewilligte Enthebung von der Funktion Höchstihres und Höchstihrer Frau Gemahlin, der Herzogin Sophie, kgl. Hoh. Hofkavaliers, dann die von gedacht Sr. kgl Hoheit getroffene Wahl eines Hofkavaliers II. kk. Hoheiten in der Person des Rittmeisters P. Frhrn. v. Malsen des 3. Uhl.-Reg. genehmigt; den Hofkaplan an der Hofkapelle in der Herzog-Max-burg, Wilhelminischen und ersten herzoglich Clementinischen Benefiziaten, Priester Fr. X. Pfeifer dahier, in prov. Eigenschaft zum Professor der Philosophie am Lyceum in Dillingen ernannt; den Offizialen L. Ehrensberger zu München, seinem Ansuchen entsprechend, wegen nachgewiesener körperlicher Funktionsunfähigkeit für immer in den Ruhestand treten lassen; den Bezirksgerichtsrath Chr. G. Hörmann in Hof wegen nachgewiesener Krankheit und hiedurch begründeter Funktionsunfähigkeit in den nachgesuchten zeitlichen Ruhestand auf die Dauer eines Jahres versetzt; auf dessen Stelle den dortigen zweiten Staatsanwalt C. Frhrn. v. Dobeneck befördert; auf dessen Stelle den zweiten Staatsanwalt am Bezirksger. Wasserburg, L. H. J. v. Haas, unter Enthindung desselben von dem Antritte dieser Stelle berufen; zum zweiten Staatsanwalt am Bezirksgerichte Wasserburg den Bezirksger.-Assessor A. Kübles von Kronach befördert; auf dessen Stelle den Stadt- und Landger.-Assessor A. Droßbach in Donauwörth, seinem Ansuchen um Verleihung einer Bezirksger.-Assessorsstelle entsprechend, versetzt; auf dessen Stelle den Bezirksger.-Sekretär K. Reiner in Kempten befördert und dessen Stelle dem Bezirksger.-Accessisten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landger. Starnberg Fr. Duante, in prov. Eigenschaft verliehen; den Bezirksger.-Assessor A. Keller in Landau, seinem Ansuchen entsprechend, zum Staatsprokurator-Substituten in Frankenthal befördert; den Landger.-Assessor E. Schmidt in Kaiserslautern, auf sein Ansuchen, zum Assessor am Bezirksger. in Landau, den Rechtskandidaten und Polizeikommissär D. Fahr in Kirchheimbolanden zum Assessor bei dem Landger. Kaiserslautern und den Rechtskandidaten und Hilfsarbeiter im kgl. Staatsministerium der Justiz, L. Weiß in München, zum Assessor außer dem Status bei dem Bezirksger. in Landau ernannt; ferner den Handlungskommis A. Lang in Augsburg für großjährig erklärt; auf die am Bezirksger. Donauwörth erledigte Rathsstelle den Bezirksger.-Assessor J. Fr. Schatz in Traunstein befördert und zum Assessor den Bezirksger. Traunstein den funkt. Substituten des Staatsanwalts am Bezirksgerichte Straubing J. Nöldig ernannt.

München, 13. Jan. Der Schuldentilgungskommissär der Kammer der Abgeordneten, Graf v. Hegnenberg-Dux, hat über seine Geschäftsführung im Jahre 1865/66 derselben seinen Bericht erstattet, worin er sowohl die Veränderungen in den einzelnen Schuldkategorien, als die durch die Gesetze dieses Jahres veranlaßten Kreditoperationen darstellt und daraus Anlaß nimmt, die Aenderungen, welche sich durch die Ereignisse des vergangenen Jahres in unserem Finanzhaushalte ergeben haben, zu beleuchten und auf die Wirkungen derselben hinzuweisen. Indem wir uns vorbehalten, auf das, was der Bericht über die einzelnen Schuldkategorien sagt, später zurück-

Feuilleton.

Vermischtes.

(Verkehrsstörung.) London, 7. Jan. Daß ein mäßiger Schneefall, wie der, welcher nun seit drei Tagen hier in London fast alle Communikation hemmt, Ladenhalter, Kaufleute, Cab- und Omnibuskutscher ihr Geschäft einstellen und Behörden und Publikum in fatalistischer Resignation die Hände falten und thatlos auf die schreckliche Naturerscheinung blicken läßt — daß eine so einfache und natürliche Begebenheit hier hinreichend ist, um den ganzen Straßenverkehr, die ganze gesellschaftliche und kommerzielle Maschine zum Stillstand zu bringen, beweist wohl schlagend, wie künstlich und verwickelt die Verkehrsverhältnisse einer Stadt von 3 Millionen Einwohnern sind. Der Engländer ist mit Recht stolz auf die Ausdauer und Energie, womit er die gewaltigsten Hindernisse überwindet — aber ein bischen Schnee ist zu viel für ihn! Von den Trottoirs allmälig auf die Straßen gefegt, liegt er hier in hohen Haufen, die in ihrer undurchdringlichen Ursprünglichkeit klägliche Monumente für die englische Municipal-Verwaltung bilden. Wenige doppelt bespannte Cabs und noch wenigere sechsspännige Omnibusse mit bedeutend erhöhten Preisen suchen sich durch diese Schneewüste Bahn zu brechen; aber von einem Straßenverkehr im gewöhnlichen Sinne des Wortes ist keine Rede mehr, und „kein Geschäft" ist die trübselige Devise, die vor allen Shops und Offizes zu lesen, auch wenn sie nicht in großen Buchstaben angeschlagen steht. „Times" und alle vornehmen Journale sind wüthend auf die Municipal-Behörden, die sie mit den bittersten Worten für diesen schmählichen Zustand der Dinge verantwortlich machen. Ein sogenannter Contractor, d. h. einer der Industriellen, die von der Municipalität die Reinhaltung der Straßen anvertraut erhalten, schreibt zu seiner Rechtfertigung in der heutigen „Times": daß 1500 Karren und 3000 Pferde nöthig sein würden, um nur den Schnee aus der Regentstreet wegzuschaffen. Unter solchen Umständen kann man es einem Contraktor, der Geschäfte machen, aber sich keine Verdienste um das Gemeinwohl erwerben will, kaum übel nehmen, wenn er die Straßenreinigung der Vorsehung überläßt. Der scharfe, für England fast unerhörte Frost wird nachlassen, Thauwetter eintreten, London überfluthet werden, und die gesinnungstüchtige Entrüstung über die unzureichende Municipalverwaltung sich besänftigen und Alles wird bleiben, wie es immer gewesen. (Pr.)

zukommen, heben wir vorläufig aus dem Schlußparagraphen die summarische Uebersicht über die im genannten Jahre eingetretene Vermehrung der Staatsschuld heraus. „Seit dem Schlusse des Jahres 1864/65, heißt es da, wurden an den offenen Eisenbahn-Krediten realisirt in runder Summe 27,000,000 Gulden. Das Gesetz vom 24. Juni 1866 vermehrte die Staatsschuld um 31,612,000 Gulden, resp. nach Abzug der in demselben aus den Mehreinnahmen verwendeten 6 Millionen und dem Ueberschusse des Malzaufschlags mit circa 3 Millionen, um effektive 23 Millionen. Das Gesetz vom 4. September 1866 deckt die Kosten der Kriegsentschädigung mit einem Kredit von weiteren 30 Millionen, an welchen der Betrag für Emission von 15, resp. nach Abzug von 3 Millionen Einlösungsfonds, von 12 Millionen Kassenanweisungen abgeht. Ein Theil des Militäranlehens ist durch Vorschüsse aus den Eisenbahn-Krediten gedeckt, allein diese Beträge sind für letztere Zwecke aus Anlehen zu ergänzen und sollen hier ebensowenig als die weiter noch für Eisenbahnbauten erforderlichen Realisirungen an den noch offenen Eisenbahn-Krediten in Anschlag kommen. Es ergibt sich hieraus eine im Laufe dieses und der folgenden Jahre eintretende Schuldmehrung von circa 68 Millionen, welche durch das bei Aufnahme der Anlehen unvermeidliche Disagio noch um etwa 4 Millionen erhöht werden dürfte. — Für die Verzinsung dieser Schuldsumme wird in dem Bericht der Betrag von ungefähr 3 Millionen Gulden angesetzt, so daß von nun die Zinsen unserer Staatsschuld jährlich circa 16½ Millionen in Anspruch nehmen. Angesichts dieser Thatsache und der Lähmung auf dem Gebiete des Handels, der Industrie 2c. stellt der Bericht die Perspektive, daß wir einige Zeit mit verminderten Einnahmen und vermehrten Ausgaben werden wirthschaften müssen, wie denn z. B. in der That schon Ausfälle in der Forstrente, im Malzaufschlag und anderen Gefällen wahrnehmbar seien. Dabei erkennt der Bericht an, daß die Verschlimmerungen der finanziellen Lage nicht blos in Bayern, sondern in ganz Europa gleichzeitig und mitunter in erschreckender Form auftreten, und knüpft daran die Hoffnung, daß dies den Staaten eine Mahnung sein werde, den Ursachen dieses Zustandes nachzugehen und dieselben nach Kräften zu beseitigen.

München, 12. Jan. Durch kgl. Verordnung vom 21. v. Mts. ist, um einen systematischen Gang des Unterrichts in allen Militär-Bildungsanstalten zu ermöglichen, verfügt worden, daß diese sämmtlichen Anstalten (Kadettenkorps, Kriegsschule, Artillerie- und Genieschule) der obersten Leitung einer „Inspektion der Militär-Bildungsanstalten" unterstellt werden sollen. Zum Inspektor ist dem Vernehmen nach der bisherige Kommandant des Kadettenkorps, G. M. v. Malaisé, bestimmt. Zugleich soll, wie es heißt, eine Aenderung in der Art der Berufung der militärischen Lehrer bei diesen Anstalten eintreten; dieselben sollen nämlich nicht mehr, wie bisher, lediglich nach dem Ermessen des Kriegsministeriums dazu kommandirt, sondern es sollen die erledigten Stellen von nun an stets zur Bewerbung ausgeschrieben und den Bewerbern ein der Lehrstelle entsprechendes Thema zur Bearbeitung gegeben, sämmtliche Arbeiten aber einer Kommission zur Prüfung vorgelegt werden, deren Ausspruch für die Berufung maßgebend wäre.

München, 13. Januar. Das Kriegsministerium soll für die Zukunft als Bedingung für die Ernennbarkeit zum Adjutanten festsetzen wollen, daß der betreffende Offizier der Prüfung für den Eintritt in den Generalstab mit Erfolg sich unterzogen habe; jene Offiziere, welche jetzt Adjutantenstellen bekleiden, ohne genannter Bedingung zu genügen, werden jedoch in ihrer Stellung verbleiben.

** **München**, 14. Jan. Die Gemeindeberechnung unserer Residenzstadt pro 1865/66 schließt mit einer Einnahme von 2,584,537 fl. und einer Ausgabe 2,474.235 fl. und ergab sich demnach ein Aktivrest von 110,302 fl. Die indirekten Steuern ertrugen 922,710 fl. und zwar: die Stadtzölle 165,096 fl., der lokale Malz- und Bieraufschlag 599,032 fl., der Mehlaufschlag 90,657 fl., Fleischaufschlag 76,099 fl., Aufnahmsgebühren von Gemeindegliedern 61,680 fl., aus Verwaltung der Gemeindeanstalten 22,140 fl., der Polizei 200,839 fl. An heimgezahlten Aktivkapitalien werden 310,720 fl., an aufgenommenen Passivkapitalien 305,000 fl., und das Münchener Stadtanlehen von 1865 mit 252,318 fl. aufgeführt. Unter den Ausgaben befinden sich: 349,188 fl. für Brunnenwesen und Wasserleitungen, 279,841 fl. für Wasserbau, 176,110 fl. für Pflaster und Kanalbau, 121,244 fl. für Gemeindegebäude, 112,679 fl. für Straßenbau, 99,876 fl. für die Verwaltungsbehörden, 74,213 fl. für Unterricht, 74,190 fl. für Wohlthätigkeit; 278,713 fl. wurden auf Dotation der städtischen Schulden-Tilgungskasse verwendet, 261,595 fl. Kapitalien ausgeliehen und 100,000 fl. Passivkapitalien und Vorschüsse heimgezahlt.

Wie dem „Fr. Journ." aus **München** mitgetheilt wird, beschäftigt sich die preuß. Staatsregierung dort mit dem Projekte einer Centralisation des deutschen Bankwesens, in ähnlicher Weise, wie dies in den Vereinigten Staaten von Amerika durchgeführt ist. Die deutschen Banken würden, falls dieser Plan Realisirung fände, ihren Schwerpunkt künftig in Berlin zu suchen haben.

Aus der Pfalz, 12. Jan. Es werden aus unserer Provinz zwei Petitionen von allgemeinem Interesse der Kammer der Abgeordneten unterbreitet werden. Die erste hat eine materielle Besserstellung der Lehrer zum Gegenstande, und geht von dem pfälzischen Lehrerstande aus. Es wird nämlich verlangt, daß der bisherige Minimalgehalt von 350 fl., 450 fl. und 500 fl. auf 450 fl., 550 fl. und 600 fl. erhöht werden möge. Auch wird für die Wittwen eine Pension von 100 fl., für Waisen 20 und für Doppelwaisen 40 fl. verlangt. Endlich wird auch gebeten, den Lehrern der Volksschulen wie den der höhern Lehranstalten Alterszulagen von 6 zu 6 Jahren zukommen zu lassen. Wir wollen den Lehrern der Pfalz wünschen, daß sie ihre Schritte nicht umsonst gethan haben. — Die andere Petition wird von den Israeliten der Pfalz an den Landtag gerichtet werden, worin sie bitten, mit ihren christlichen Mitbürgern in allen und jeden Beziehungen rechtlich gleichgestellt zu werden. So sind z. B. die Juden nach dem französischen Judendekrete von 1809 in Bezug auf Darlehenverträge und ihre freie Handelsbewegung allerlei lästigen Beschränkungen unterworfen. Sonderbarer Weise hat man jenes Judendekret, das man in Frankreich selbst nur auf die Dauer von 10 Jahren erließ und das nach dem Ablauf dieser Zeit verfiel, in Bayern auf unbestimmte Zeit verlängert. Wir zweifeln nicht, daß die Kammer in dieser Hinsicht ihre Schuldigkeit thut. (Fr. J.)

Baden. Prinz Wilhelm, der Anführer der badischen Truppen im letzten Kriege, bisher Generalmajor à la suite der preußischen Armee, ist nach der „Köln. Ztg." zum preußischen Generallieutenant ernannt worden.

Berlin, 12. Jan. Mit einiger Spannung sieht man in hiesigen politischen Kreisen dem Votum des Herrenhauses über die Regierungsvorlage wegen Vermehrung der Zahl der Abgeordneten entgegen. Bekanntlich ist in der vorberathenden Kommission des Hauses kein Mehrheitsantrag zu Stande gekommen. Von den 12 Mitgliedern der Kommission haben sich 6 dafür ausgesprochen, daß zugleich mit der Vertretung der neuen Landestheile im Abgeordnetenhause auch deren Vertretung im Herrenhause zu regeln sei. Am Montag finden die Plenarverhandlungen über die Vorlage statt. Dieselben sollten schon früher auf die Tagesordnung gesetzt werden, wurden aber verschoben, weil erst durch die zweite Abstimmung des Abgeordnetenhauses dessen Beschluß über diese Verfassungsänderung perfekt werden konnte. Die zweite Abstimmung ist heute erfolgt und hat eine fast einmüthige Annahme der Regierungsvorlage in ihrer vom Hause amendirten Gestalt ergeben. Beachtenswerthen Anzeichen nach wird wahrscheinlich auch eine Mehrheit des Herrenhauses sich für die Vorlage erklären. Da auch dort nach 21 Tagen noch eine zweite Abstimmung eintreten muß, und von Seiten der Regierung das Zustandekommen des Gesetzes in der gegenwärtigen Session dringend gewünscht wird, so kann der Schluß des Landtags frühestens erst am 5. Febr. erfolgen. (B. Z.)

Berlin, 13. Jan. Sachsen wird wahrscheinlich ein besonderes Armeekorps erhalten, während Dislokation und die anderen einheitlichen Befugnisse der Präsidialmacht auch für dieses Armeekorps vorbehalten bleiben. (K. Z.)

Berlin, 13. Jan. In liberalen politischen Kreisen hierselbst hegt man kaum noch eine Hoffnung, daß eine norddeutsche Bundesverfassung zu Stande kommen werde; Graf Bismarck will nicht dem Freiheitsbedürfniß und die verehrten Bundesgenossen wollen nicht dem Einheitsbedürfniß der Nation Rechnung tragen. Vor etwa acht Tagen lief zwar eine offiziöse Drohung durch die Zeitungen, Graf Bismarck werde sich, wenn die Bundesgenossen nicht willfähriger würden, mit der liberalen Partei im Parlamente gegen sie verbinden; inzwischen kommen die Bundesgenossen dem Grafen Bismarck zuvor und überbieten seinen Liberalismus — was allerdings nicht gerade schwierig ist — durch Gewährung von Diäten an die Vertreter ihrer Staaten im Parlament. — Sehr zu bedauern ist, daß Virchow es nunmehr wegen seiner durch Ueberarbeiten etwas angegriffenen Gesundheit endgiltig abgelehnt hat, ein Mandat für das norddeutsche Parlament anzunehmen. Dagegen hat Freiherr v. Hoverbeck, jetzt der Führer der Fortschrittspartei, den Bitten seiner Freunde nachgegeben und sich bereit erklärt, ein Mandat für das Parlament anzunehmen. Derselbe wird wahrscheinlich im ersten oder zweiten Berliner Wahlbezirk als Candidat aufgestellt werden. (Frkf. Journ.)

Die „Kreuzzeitung" schreibt: Wie wir hören, ist es jetzt in authentischer Weise ausgesprochen, daß die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 13. Dezember v. J. wegen sofortigen Einschreitens gegen renitente Beamte in dem Bereich des vormaligen Königreichs Hannover gegen alle Beamte ohne Unterschied und zwar gegen Ver-

waltungs- und richterliche Beamte gleichmäßig zur Anwendung gelangen soll.

Köln, 13. Jan. Heute Morgen fand die erste große Volksversammlung in Betreff der Wahl zum norddeutschen Parlament statt, und zwar von Seiten der Fortschrittspartei in dem bis zum letzten Stehplatz besetzten großen Saale der Wolkenburg. Vorläufig nahm man Abstand von der Aufstellung eines Programms und von der Besprechung der Personenfrage, sondern ging zur Wahl eines definitiven Comites über, welches die weiteren Verhandlungen vorzubereiten und die Wahl-Agitation zu leiten hat.

Hamburg, 10. Jan. In der gestrigen Sitzung der Bürgerschaft ging vom Senat die Mittheilung ein, daß die telegraphische Verbindung des Staatstelegraphen mit Holstein habe aufgegeben werden müssen, da Preußen den am 22. Juli 1864 mit den Bundeskommissaren abgeschlossenen Vertrag, gegen den es damals sofort protestirte, nicht ferner habe anerkennen wollen, und daß nur die telegraphische Verbindung mit Lübeck geblieben sei.

Wien, 13. Jan. In später Abendstunde hat heute die angekündigte Versammlung von Abgeordneten aus den deutsch-österreichischen Provinzen stattgefunden, deren Aufgabe es war, ein gemeinsames Vorgehen der deutschen Partei gegenüber der durch das Patent vom 2. Jan. geschaffenen Lage der Dinge festzustellen. Anwesend waren: Fürst Colloredo, Frhr. v. Pratobevera, Edler v. Plener (Böhmen), v. Kaiserfeld und Dr. Rechbauer (Steiermark), Dr. Wiser (Oberösterreich), Graf A. Auersperg (Krain), von der Straß, Skene, Hopfen (Mähren), Kalchberg (Schlesien), v. Lasser (Salzburg), Arneth, Dr. Berger, Breitel, Kuranda, v. Mende, Schindler, Baron Tinti und Winterstein. Auf Pratobevera's Vorschlag übernahm Fürst Colloredo den Vorsitz; Pratobevera verlas Briefe von Professor Herbst, Dr. Stieger (Kärnten), Grebmer und Ingram (Tirol) und v. Wohlwend (für Vorarlberg). Die Versammlung einigte sich einstimmig in der Anschauung, es sei mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, daß die Landtage: 1. die Wahl für die mit Patent vom 2. Jan. 1867 einberufene außerordentliche Reichsrathsversammlung ablehnen, hingegen 2. auf Grund und nach Vorschrift des Reichsrathsstatuts und der Landesordnungen vom 26. Februar 1861 die Wählen in das Abgeordnetenhaus des legalen Reichsraths und jene der Landesausschüsse vornehmen.

Wien, 13. Jan. Der Adreßentwurf des ungarischen Landtags in Betreff der oktroyirten Heeresergänzungsverordnung, ein durch Entschiedenheit des Tones sich auszeichnendes Aktenstück, lautet in seinen wesentlichsten Stellen: „Eure kaiserliche apostolische königliche Majestät! Als wir in unserer jüngst unterbreiteten, unterthänigen Adresse aufs Neue und wiederholt Eure Majestät in huldigender Ehrfurcht baten, daß Eure Majestät jenen feierlichen Staatsvertrag, welcher die Grundlage unserer gegenseitigen Rechtsverhältnisse bildet, die verletzte pragmatische Sanktion und die in derselben garantirte, aber durch absolutistische Macht suspendirte Verfassung in ihrer vollen Integrität thatsächlich wiederherzustellen geruhen mögen; als wir es auseinandersetzten, daß wir, so lange wir außerhalb der Verfassung stehen, nicht berechtigt sind, irgend einen entscheidenden Schritt zur Bewerkstelligung des gewünschten Ausgleiches zu thun: da konnten wir mit Recht erwarten und hofften wir mit Zuversicht, daß unseren gründlichen Motiven die Würdigung, daß unserer Bitte die baldige Erfüllung folgen werde. An die Stelle der Hoffnung treten jedoch Besorgniß und Zweifel, indem wir sehen, daß sowohl aus dem Gebiete der Legislation, wie auf dem der Exekutive fortwährend und jetzt neuerdings durch eine auf die Zukunft sich erstreckende Verordnung die absolute Gewalt über unsere heiligsten Interessen schaltet. Jenes unzweifelhafte Recht Ungarns, wonach die Feststellung seines Wehrsystems und jegliche Umgestaltung desselben nur mit Zustimmung des Reichstages zu Stande kommen kann, ist so alt, als die Verfassung des Landes; unsere Gesetze, k. Diplome, die pragmatische Sanktion und die immerwährende Praxis unseres konstitutionellen Lebens haben dieses Recht gleichmäßig garantirt. Als im Jahre 1715 das stehende Heer als eine neue und zweckmäßigere Art des Wehrsystems eingeführt wurde, da war es die Legislative des Landes, welche es für Ungarn anordnete. Jede, auch noch so geringe Aenderung, die seitdem bezüglich des Wehrsystems bei uns eingetreten, ist durch den Reichstag beschlossen worden. Dieses Recht ist eine Lebensbedingung unserer Verfassung und jedes Constitutionalismus überhaupt, auf die das Land nimmermehr verzichten kann. Die allerhöchste Verordnung, die jüngst über das Wehrsystem erlassen worden, ist eine neue, thatsächliche Negirung dieses unbestreitbaren Rechtes des Landes .... Die erwähnte absolutistische Verordnung wurde gerade zu einer Zeit erlassen, wo wir um die Wiederherstellung unserer Verfassung mit Recht gebeten und sie wie billig erwartet hatten; zu einer Zeit, wo wir zufolge des allerh. Versprechens Ew. Maj. glauben, daß unsere Verfassung je früher wirklich wiederhergestellt und der Constitutionalismus auch in Ew. Maj. andern Ländern thatsächlich ins Leben geführt sein werde.. Wenn die gegenwärtige Lage solche Maßregeln dringend erheischt, die eine wesentliche Umgestaltung des Wehrsystems beanspruchen, so ist dies ein neuer gewichtiger Grund dafür, daß Eure Majestät unsere suspendirte Verfassung sofort thatsächlich wieder herstellen. Inmitten der dringenden Nothwendigkeit wird ein außer der Verfassung stehendes Ungarn nur eine schwache Stütze des Thrones sein. Das Land wird auch fernerhin bereit sein, sein Wehrsystem so zu gestalten, wie das Bedürfniß, die Zweckmäßigkeit, die Situation des Landes, seine konstitutionelle Stellung, seine national-ökonomischen und staatsrechtlichen Verhältnisse es erheischen; aber Verfügungen, welche in dieser Beziehung ohne die direkte und ausdrückliche Einwilligung des Reichstages wann immer getroffen werden, kann es nicht als berechtigt ansehen. In tiefster Ehrfurcht bitten wir daher Ew. Maj., allergnädigst berücksichtigen zu wollen, daß es unsere Pflicht ist, die Rechte des Landes, die auch die Pragmatische Sanktion feierlich garantirt hat, unverletzt zu wahren, und daß wir diese Pflicht nicht verabsäumen dürfen; gestatten Eure Majestät nicht, daß durch diese und ähnliche Angriffe auf die Grundprinzipien unserer Verfassung das Ausgleichswerk unmöglich gemacht werde; heben Eure Majestät diese jetzt erlassene Verordnung und überhaupt alle Verfügungen auf, welche, mit Umgehung, ja Verletzung unserer Verfassung, durch die absolute Gewalt erlassen wurden, und stellen Eure Majestät faktisch und vollständig ehemöglichst unsere Verfassung wieder her, damit wir auf Grund derselben im Stande seien, rechtmäßig zu beschließen und zu verfügen über Alles, was die Sicherheit und die geistigen und materiellen Interessen des Landes erheischen. Wir sind überzeugt, daß das in der pragmatischen Sanktion vorgesteckte Ziel nur so wird erreicht werden, wenn die Verfassungsmäßigkeit sowohl in Ungarn als auch in den übrigen Ländern Eurer Majestät vollkommen und in klarer Wirklichkeit in's Leben tritt."

Der Kronprinz von Italien wird in **Wien** am 7. k. Mts. eintreffen. (Frembenbl.)

Paris, 12. Jan Der „Moniteur" enthält heute keine politische Nachricht von besonderem Belang. Der „Constitutionnel" bespricht einige Punkte, die in dem Conflict zwischen dem Präsidenten und dem Congreß der Vereinigten Staaten zu verschiedenartiger Deutung Anlaß geben können. „Wenn man annimmt, sagt er u. A., daß das Haus den Präsidenten von seinem Amte suspendiren werde, so fragt man sich, ob die gegen ihn eingeleitete Verfolgung nicht mit Ablauf der gesetzgebenden Session aufzuhören habe. Soll sich der neue Congreß durch die Handlungen des vorausgegangenen verbunden erachten? Es folgte daraus, daß, trotz der durch die gegenwärtigen Repräsentanten über ihn verhängten Suspension, Johnson am nächsten 4. März wieder constitutioneller Präsident würde, und daß man, um ihn zum zweiten Male zu suspendiren, eine neue Verfolgung gegen ihn einleiten müßte."

Das „Memorial diplomatique" meldet, daß das Gefolge, welches die Kaiserin Charlotte nach Europa begleitet hatte, entlassen worden ist, so daß sich für den Augenblick kein einziger Mexikaner mehr in Miramar befindet. Graf v. Bombelles ist allein noch zum Dienste bei der Kaiserin gegenwärtig. Der Zustand derselben soll sich indessen sichtlich bessern; als einen Beweis hiervon führt das „Memorial" an, daß die Kaiserin neulich an eine ehedem mit ihrer Erziehung betraut gewesene in Versailles wohnhafte Dame einen langen Brief geschrieben hat, welcher nicht die geringsten Spuren einer Gemüthskrankheit an sich trug. Die Einsamkeit, welche den Ansichten italienischer Aerzte gegenüber die deutschen Aerzte der hohen Patientin auf's Dringendste anempfehlen, soll derselben im höchsten Grade lästig sein.

Unter den Legitimisten Frankreichs außerhalb Paris herrscht große Aufregung in Folge eines Schreibens des Grafen Chambord, welches derselbe an mehrere seiner Anhänger richtete und das selbstverständlich schnell in allen legitimistischen Kreisen bekannt wurde. Dieses Schreiben, welches das Datum des 9. Dezember trägt, ist äußerst scharf abgefaßt. Der Brief des Grafen von Chambord, der die Ereignisse der letzten Jahre einer beißenden Kritik unterwirft, tadelt vor Allem die Expedition nach Mexiko; auch die Politik, welche man Italien und Preußen gegenüber verfolgt und die vollständig gegen die Traditionen Frankreichs verstoße, nennt er eine unheilvolle; selbstverständlich eifert er auch gegen das Aufgeben der weltlichen Sache des Papstes und schließt mit der Erklärung, daß er bereit sei, beim ersten Aufrufe nach Frankreich zu eilen, um die Gefahren, in die man sein Land zu stürzen im Begriffe stehe, zu theilen! Die letztere Phrase macht in den maßgebenden Kreisen besonders Aufsehen, da sich der Graf von Chambord bisher nie so energisch ausgedrückt hat.

Florenz, 12. Jan. Der Finanzminister Scialoja hat die Vorlage des Finanzberichts bis Mittwoch verschoben. Am Montag wird er einen Anhang zum Budget vertheilen lassen. (T. R.)

Die „France" bestätigt den glücklichen Abschluß der ersten, auf

die religiösen Angelegenheiten bezüglichen Phase der Tonello'schen Unterhandlungen. Wenn das Uebereinkommen ein verbales sei, so entbehre es darum keineswegs aller Autorität und jeglichen Werthes. Ein auf religiöse Angelegenheiten bezüglicher Vertrag heiße ein Konkordat. Nun sei zwischen der römischen Kurie und Italien ein Konkordat allerdings nicht gezeichnet, aber es seien zwischen beiden Theilen schriftliche Erklärungen ausgetauscht worden, die einen gewissen modus vivendi zwischen beiden Regierungen begründen und Gesetzeskraft haben, so lange sie nicht durch gemeinsames Uebereinkommen verändert werden. Man füge hinzu, daß dieser ersten Verständigung eine zweite von nicht geringerer Wichtigkeit folgen werde. Diese solle sich auf die Auslieferung von Verbrechern, die Zölle und den Postverkehr beziehen; sie werde nicht lange auf sich warten lassen und beweisen, daß man in Florenz die päpstliche Souveränetät nicht als dem Untergang verfallen betrachte. Der „Stendard" vernimmt über das Arrangement folgende Einzelheiten: Die Bischöfe würden nicht mehr dem königlichen Exequatur unterworfen und zu keinem Eid verpflichtet sein, sie würden direkt vom Papst, aber nach vorgängiger Zustimmung des Königs von Italien ernannt werden, umgekehrt wie in Frankreich, wo der Kaiser sie ernennt, nachdem er sich der Zustimmung des heiligen Vaters versichert hat. Was die Reduktion der Bischofssitze betrifft, so sei dieselbe im Prinzip zugestanden, in dem Details aber noch nicht festgestellt.

Amerika. Dem Congreß sind Briefe mitgetheilt worden, in welchen der General Sheridan sich rechtfertigt, den mexikanischen Militärführer Ortega in New-Orleans verhaftet zu haben. Er führt aus, daß er auf dem Bundesgebiet jede Anwerbung von Truppen habe verhindern müssen, welche darauf berechnet war, einer der im Norden von Mexiko einander bekämpfenden Parteien zu Hilfe zu kommen. Er fügt hinzu, daß er niemals eine bewaffnete Intervention in die inneren Angelegenheiten dieses Landes im Auge gehabt habe, und er übersendet Abschrift der Befehle, die er an den General Sedgewick erlassen hat, um denselben nach dem Einrücken der Bundestruppen in Matamoras von seinem Kommando zu entheben. Ortega seinerseits hat aus Anlaß seiner Verhaftung folgende Proclamation erlassen: „Im Namen der mexikanischen Republick, deren Gewalten ich in der Eigenschaft ihres Präsidenten ausübe, protestire ich gegen einen Akt, der die indirekte Einmischung der Streitkräfte der Vereinigten Staaten in die Lösung der inneren mexikanischen Fragen in sich begreift. Ich protestire in derselben Eigenschaft gegen jeden Akt, welcher direkt oder indirekt zum Gegenstand hätte, der mexikanischen Nation als Regierung die Partei aufzudringen, welche Herr Benito Juarez vertritt."

New-York, 1. Jan. Der „New-York Herald" sagt, Hr. Campbell habe Befehl erhalten, einen neuen Versuch zu machen, um zum Regierungssitze des Juarez zu gelangen. — Ein Dampfschiff, welches den Staatssekretär Hrn. Seward und andere Beamte an Bord hat, steht auf dem Punkt, in einer geheimen Mission fortzugehen. Man versichert, daß es nach Mexiko bestimmt ist. General Grant soll an dieser Mission Theil nehmen. Die „Tribune" versichert, daß der Fenians-Chef Stephens sich augenblicklich in New-York aufhält.

Neueres.

Berlin, 15. Jan. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses begründet der Abgeordnete Twesten eine Interpellation bezüglich des hannover'schen Kaufmanns Sonntag, worauf der Justizminister antwortete: Sonntag sei die Seele der Agitation, worüber die gerichtliche Untersuchung übrigens eingeleitet. - Die Regierung werde auch fernerhin für Ausnahmsfälle Ausnahmsmaßregeln anwenden.

Wien, 15. Jan. Das heutige „Wiener Journal", indem es die Agitation gegen die außerordentliche Reichsrathseinberufung bekämpft, sagt: „Die Regierung verlasse den Boden der Februarverfassung nur deßhalb, weil die thatsächlichen Umstände bloß die theoretische Aufrechthaltung derselben gestatten. Für die Februarverfassung einstehen, heißt die Vertheidigung des verkleideten Absolutismus. Weil die Regierung nicht den Absolutismus will, sondern einen parlamentarischen Völkerbestand in kürzester Zeit, deßhalb erfolgte die Berufung des außerordentlichen Reichsraths. Gegenüber dem Widerstande der politischen Führer, welche theilweise die Februarverfassung für unausführbar proklamirten, die dennoch aber verlangten, was nach ihrem eigenen Ausspruche nicht geeignet, dem Volke das konstitutionelle Recht zu geben, erübrigt nur die Appellation an das Volk." — Die „Neue freie Presse" meldet: Rußland beabsichtigt in Lemberg einen Consul zu bestellen, wozu der General Remutzei designirt sei.

New-York, 14. Jan. Die Radikalen im Repräsentantenhause dringen eifrig auf Anklage Johnson's.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt Met. (Cp. i. 8 b. R.)	58¼ G.
"	5 pCt Lomb. ditto. à 8[illegible]	—
"	5 pCt Engl. Met. v. 1859	61½ P. ¼ G.
"	5 pCt Engl. Met. v. 1862	57⅝ P. ⅜ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. G.	—
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	51 - 50⅞ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation	42 P.
"	4½ pCt. [illegible]	37 G.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100⅛ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto	96⅛ . 93⅞ G.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto	94⅜ G.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	90½ P. 89⅞ G.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	90⅜ P.
"	4 pCt. Obl. [illegible] R. dto	90 P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. [illegible]	94¼ [illegible]
"	3½ pCt. Obl. dto	82¾ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	98½ P. 97⅞ G.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	96⅛ P.
"	3½ pCt. Obl. dto	—
Nassau	4½ pCt. Obl. dto	95⅝ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	89 G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	88⅞ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2½ pCt.	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	83 G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000fl. 1881 D. 2½	78 P.
"	6 pCt. dito r. 1882	76⅝—⅜ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	130¾ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	644 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	140½—41 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	96⅜ P. ⅛ G.
Darmst. Bank I. u. 2. Serie à fl. 250	205 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100	
Mitteldeutsche Kreditaktien	94 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à [illegible]	78½ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	341 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	103⅜ G.
Oest. F.-St.-Eisb. 5pCt. 500 Fr. à [illegible]	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	—
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 à [illegible]	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 spCt.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	154⅜ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	104½ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	47½ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. S/T	69¼ P. 69 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	44⅛ P. 43⅞ G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	118¼ G.
Bayer. Ostbahn mit 40 pCt. Ei[illegible]	117⅜ G.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amst. fl. 100 k. S.	100⅜ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅞ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ P.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	[illegible] P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅛ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅝ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	118⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. [illegible]	—
München fl. 100 k. S.	99⅞ P.
Paris Frs. 200 k. S.	94½ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	88½—⅝ G.
do. in öst. W. l. S.	88⅜—⅛ G.
Disconto	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	103½ P.
" fl. 250 v. 1864 mit 4pCt.	55 P.
" fl. 500 v. 1860 S/T	63⅞ P. ⅝ G.
" fl. 100 Kreditl. v. 1858	—
" do. v. 1864	65½ G.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	[illegible]⅜-101⅜ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 P.
[illegible]	52 G.
Kurhess. Thlr. 40 [illegible]	63 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	146 P.
" fl. 25 do.	42¼ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neufchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. [illegible]	28½ P.
[illegible] mit [illegible]	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7	10⅝ P.

Frankfurt, 15. Januar. Zu Anfang der Börse war heute eine sehr gute Stimmung für Amerikaner. Dieselben hoben sich um fast ½ pCt. Als aber um 1 Uhr ein Wagner'sches Telegramm aus New-York angeschlagen wurde, des Inhalts: „Die Radikalen betreiben eifrig die Anklage Johnson's", schlug die Tendenz um und die gewonnene Avance ging wieder verloren. Da jedoch zugleich Gold fast unverändert kam, so scheint dies Telegramm eben so wie das vorgestern eingelaufene gerade entgegengesetzten Inhalts wenig Glauben zu verdienen und beide werden auf irgend eines jener bekannten Telegramm-Manöver zurückzuführen sein. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 17. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 17. Januar 1867.

Ein Reichsrathsvotum.

Während man seit dem Kammerbeschluß vom 30. Aug. v. J. (in diesem Blatte am 31. Dezbr. zur Wiedererinnerung mitgetheilt) bis zur Amtsniederlegung des vormaligen Leiters der auswärtigen Politik Bayerns in Bezug auf das künftige Verhältniß zu Preußen nach keiner Seite hin zu einem weiteren Entschlusse gelangte, brachte uns endlich das neue Jahr die Ernennung des Reichsrathes, Fürsten v. Hohenlohe zum Minister des k. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, nachdem derselbe schon lange und von den verschiedensten Seiten als am geeignetsten bezeichnet wurde, eine nationale Politik Bayerns nach außen hin zu vertreten. Obgleich Fürst Hohenlohe im Angesichte des gegenwärtigen Landtages nicht länger zögern wird, sich über die von ihm zu verfolgende Politik mit Bestimmtheit auszusprechen, halten wir es doch für zeitgemäß, widersprechenden Ansichten gegenüber an die Rede zu erinnern, welche er in der Sitzung vom 31. August in der bayerischen Reichsrathskammer zur Unterstützung des Antrags der Kammer der Abgeordneten gehalten hat. Während Hr. v. d. Pfordten seine Ueberzeugung aussprach, daß Bayern „völlig allein auf dem ganz sicheren und ausreichenden Boden der eigenen Verfassung stehen könne", erklärte dagegen Fürst Hohenlohe:

„Als ich vor 17 Jahren in der Sitzung vom 12. Nov. 1849 in dieser hohen Kammer der Neugestaltung Deutschlands im Sinne des Anschlusses an Preußen das Wort redete, that ich dies im Widerspruche mit der Anschauung des Volkes. Seitdem sind zahlreiche Projekte im großdeutschen Sinne aufgetaucht. Ich habe sie nie für praktisch gehalten. Heute verlangt die große Majorität der Kammer der Abgeordneten den Anschluß an Preußen. Fragt man, wie dieser Umschwung in der Meinung des Volkes sich gebildet hat, so ist die Antwort darauf sehr leicht. Nach dem Ausschlusse Oesterreichs aus dem deutschen Bunde, nach der Sprengung des Bundes, trat an uns die Frage heran: was wird aus Bayern? Drei Wege waren uns offen: die Gründung eines süddeutschen Bundes, die Isolirung Bayerns, die Anlehnung an Preußen. Die Gründung eines süddeutschen Bundes hat Niemand je im Ernste für möglich gehalten. Ebenso scheint es mir unmöglich, daß Bayern mit 5 Millionen Einwohnern seine Unabhängigkeit ohne Anlehnung an eine Großmacht wahren könne. Es könnte also nur die Frage sein, ob wir uns zur Zeit an Frankreich oder an Preußen anlehnen sollen. Zu Ehren des Vaterlandes ist es konstatirt, daß selbst in den schlimmsten Zeiten der neueren Geschichte sich kein Fürsprecher für das französische Bündniß gefunden hat. Es bleibt also nur ein Bündniß mit Preußen. Ist es nun jetzt schon an der Zeit, dieses anzustreben? Man könnte dagegen einwenden, es sei Bayern nicht würdig, mit dem siegreichen Feinde zu gehen. Diesen Einwand habe ich nie verstanden. Wir haben Frieden, Versöhnung mit Preußen geschlossen. Bei civilisirten Völkern hören damit in Anerkennung der politischen Nothwendigkeit alle feindseligen Gesinnungen auf, um so mehr bei Völkern ein und desselben Stammes. Ein anderer Einwurf besteht darin, daß man erst abwarten solle, wie der norddeutsche Bund gestaltet wird. Allein das Abwarten kann für Bayern sehr gefährlich werden. Tritt ein Ereigniß ein, das die Ruhe in Europa erschüttert, so steht Bayern allein und verlassen da. Was es aber heißt, keine Alliirte zu haben, hat der Minister des Aeußern in Berlin zur Genüge erfahren. Ich halte es für zweckmäßiger, jetzt, wo alles im Fluß, in der Organisation begriffen ist, eine Stellung zum norddeutschen Bunde zu erstreben, wodurch es möglich ist, für die Selbstständigkeit Bayerns und seine Dynastie günstige Bedingungen zu erhalten, als anzuklopfen an einem fertigen Haus, dessen Thore verschlossen sind. Denn dann werden wir nothwendig ausgeschlossen bleiben oder müssen uns Bedingungen fügen, die für die Dynastie und die Stammeseigenthümlichkeiten Bayerns hart sein können. Man hat auch gesagt, Preußen wolle unser Bündniß nicht. Ich glaube die Stimmung in Preußen wohl zu kennen, und muß behaupten, daß diese Abneigung nur bei der sogenannten Kreuzzeitungs-Partei existirt, welcher das konstitutionelle Leben in Süddeutschland etwas Gräuliches ist. Wenn die preußische Regierung keine Vorschläge macht, um zu einem Bündnisse einzuladen, so ist dies bei der Stellung Preußens gegenüber Frankreich sehr natürlich. Auch bin ich der Ansicht, daß die angebliche feindselige Stimmung Frankreichs gegenüber Deutschland eine durch unlautere Parteibestrebungen künstlich gemachte ist. Das französische Volk ist zu großdenkend, zu selbstbewußt, als daß es sich fürchten sollte vor einem geeinigten Deutschland. — Ich gestehe, daß die Formulirung des Antrags der Abgeordnetenkammer Manches zu wünschen übrig läßt. Wenn aber der Anschluß an Preußen jetzt schon nothwendig ist, ist es Pflicht, dies jetzt schon auszusprechen. Ich empfehle Ihnen daher die Annahme des Antrags, im Interesse Bayerns, im Interesse Deutschlands!"

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 15. Januar. Se. Maj. der König hat den Studienlehrer der 1. Klasse der latein. Schule in Passau, J. N. Bätll, seiner Bitte entsprechend, für immer in den Ruhestand treten lassen und dessen Stelle dem Subrektor und Studienlehrer an der isolirten latein. Schule in Burghausen, A. Schredinger, provisorisch übertragen; die kath. Pfarrei Wolferstadt, Bezirksamts Donauwörth, dem Priester J. G. Beck, Pfarrer in Bayerfeld, d. gl. Bezirksamts, und die kath. Pfarrei Hochspeyer, Bezirksamts Kaiserslautern, dem derzeitigen Verweser derselben, Priester J. Übl, übertragen; die kath. Pfarrei Irschenberg, Bezirksamts Miesbach, dem Priester J. M. Schinner, Cooperator in Bachbach, Bezirksamts Mühldorf, und die kath. Pfarrei See, Bezirksamts Velburg, dem Priester V. Brandl, Pfarrer in Hüttenkofen, Bezirksamts

Feuilleton.

Vermischtes.

Als ein charakteristischer Beitrag zur Geschichte des letzten Feldzuges wird der „Tagespost" von zuverlässiger Seite Folgendes mitgetheilt: Im Jahre 1865 und noch in den ersten Monaten des Jahres 1866 wurde auf den Höhen um die Festung Theresienstadt in Böhmen eine Reihe von Schanzen und Befestigungen erbaut, welche im Falle einer Belagerung dieses Platzes als Vorwerke zu dienen hatten. Die Bauunternehmung dieser Werke wurde zu einer Zeit, als Oesterreich noch in inniger Freundschaft mit Bismarck stand, einem Preußen übergeben und bei den Arbeiten, welche dort ausgeführt wurden, waren ebenfalls größtentheils Preußen beschäftigt, welche der Unternehmer hiezu beigezogen hatte. — Kurz vor Ausbruch des Krieges verschwand dieser Herr Bauunternehmer mit den Plänen und trug auch noch eine hübsche Summe davon, welche ihm als Gewinn seiner Unternehmung zugefallen war. — Als während des Krieges die Besatzung von Theresienstadt jenen bekannten Ausfall machte, der zu diplomatischen Erörterungen führte, nahm sie mehrere preußische Soldaten gefangen, welche sich bald als Arbeiter entpuppten, die vor wenigen Monaten noch an jenen Werken gearbeitet hatten, und auch der Herr Bauunternehmer soll damals nicht ferne von Theresienstadt als höherer preußischer Offizier gestanden sein, um in dem Falle, als die Belagerung dieser Festung nöthig geworden wäre, die Hauptrolle zu spielen. — So kannten unsere Feinde die Pläne der Vorwerke einer wichtigen Festung mindestens ebenso gut, als unsere eigenen Ingenieuroffiziere.

Die Nummer 9 des „Anzeigers für Kunde der deutschen Vorzeit" enthält einen sehr interessanten Aufsatz von August Essenwein, früher Professor in Graz und jetzt Vorstand des germanischen Museums in Nürnberg, über „Vorläufer der Lokomotive im 17. Jahrhundert", in welchem derselbe über mehrere damals in Nürnberg verfertigte und benützte Wägen berichtet, welche mittelst eines künstlichen Räderwerkes in Thätigkeit gesetzt wurden, indem die in dem Wagen Sitzenden durch Armbewegungen Kurbeln zum Drehen

Landshut, übertragen; die kath. Pfarrei Mayerhöfen, Bezirksamts Lindau, dem Priester J. B. Kennerknecht, Kaplan in Niederrieden, dess. Bezirksamts, übertragen und genehmigt, daß die kath. Pfarrei Natiszell, Bezirksamts Bogen, von dem Bischofe von Regensburg dem Priester J. Bertl, Beichtvater in dem Frauenkloster zum heil. Kreuz in Regensburg verliehen werde; die prot. Pfarrstelle zu Dentlein am Forst, Dek. Feuchtwangen, dem Pfarrer Chr. K. R. R. Wasser in Aufenau, bish. Dek. Waitzenbach, die prot. Pfarrstelle in Colgenstein, Dek. Frankenthal, dem bish. Pfarrer in Sippersfeld, Dek. Winnweiler, Ph. J. Fabricius, die prot. Pfarrstelle zu Weisenheim am Sand, Dek. Dürkheim, dem bish. Pfarrer in Gonbeim, Dek. Neustadt, Fr. W. Bosch, die protestantische Pfarrstelle in Steben dem bish. 1. Pfarrer in Weissenstadt, Chr. K. G. Wirth verliehen und demselben zugleich die mit dieser Stelle verbundene Dekanatsfunktion übertragen; die prot. Pfarrstelle zu Heßheim, Dek. Frankenthal, dem bisherigen reformirten Pfarrer in Bayreuth, K. G. Fr. Gerhard, die prot. 2. Pfarrstelle zu Windsbach, Dek. gl. N., dem Pfarramtskandidaten F. G. Seyler aus Willmars verliehen und den bisherigen Pfarrer in Fischbach, Dek. Sesselsdorf, J. G. Steger, auf die prot. Pfarrei Azendorf, Dek. Thurnau, versetzt; den ordentl. Professor Dr. Fr. Reithmayr als Senator der k. Universität München bestätigt; unter den von dem Stadtmagistrate in Hof für die 4. protest. Pfarrstelle daselbst präsentirten Geistlichen dem bish. 5. Pfarrer und Hospitalprediger Fr. W. Opel in Hof, die landesfürstliche Bestätigung ertheilt; genehmigt, daß der Dr. med. A. K. H. Immermann aus Magdeburg als Privatdocent in die medizinische Fakultät der k. Universität Erlangen aufgenommen werde; die prot. Pfarrstelle zu Feucht, Dek. Altdorf, dem Pfarrer Chr. Bullemer zu Fischbach, Dek. Altdorf, die prot. Pfarrstelle zu Westheim, Dek. Windsheim, dem Pfarrer J. M. Helmreich zu Kaubenheim, Dek. Windsheim, verliehen und genehmigt, daß die kath. Pfarrei Tiefenbach von dem Bischofe von Passau dem Priester G. Waidlinger, Pfarrvikar in Metzenhausen, verliehen werde; in die erledigte Lehrstelle der 4. Klasse der latein. Schule an der Studienanstalt Speyer den Studienlehrer der 2. Klasse daselbst, G. Hahn, und in dessen Stelle den bish. Studienlehrer an der dortigen 1. Klasse, G. Krafft, vorrücken lassen, und dessen Stelle dem Studienlehrer an der isolirten latein. Schule in Kusel, K. Weiß, provisorisch verliehen; den Lycealprofessor am Lyceum in Speyer, J. G. Rau, in den Ruhestand versetzt; die kath. Pfarrei Tölz dem Priester L. Kratzer, Prediger und Benefiziat daselbst, übertragen.

Se. Maj. der König hat dem Schullehrer J. Pitschenedер zu Niederalteich, Bezirksamts Deggendorf, die goldene Ehrenmünze des Verdienstordens der bayer. Krone; dem botanischen Gärtner bei dem kgl. Generalkonservatorium der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates, M. Kolb in München, kostenfrei den Titel eines Inspektors des kgl. botanischen Gartens; dem kath. Pfarrer J. Urban in Lintach, Bezirksamts Amberg, in Anerkennung seiner verdienstlichen Leistungen, kostenfrei den Titel und Rang eines geistlichen Rathes verliehen; den Kanonikus bei dem Kollegiatstifte St. Kajetan in München, J. Türk, kostenfrei zum geistl. Rathe ernannt.

Se. Maj. der König hat der von dem Schullehrer S. Kraus in Sontheim, kgl. Bezirksamts Memmingen, mit einem Kapitale von fünfhundert Gulden zum Zwecke der Bezahlung des Schulgeldes und Anschaffung der nöthigen Bücher für arme Schulkinder dortselbst begründeten Stiftung unter dem Namen: „Schullehrer Sylvester Kraus'sche Schulstiftung“ die Genehmigung ertheilt; der von dem kgl. Kämmerer und quiescirten Forstmeister Frhrn. v. Mettingh zu München mit einem Kapitale von fünfhundert Gulden errichteten Schulstiftung für die Gemeinde Zerzabelshof unter dem Namen: „Freiherrlich Karl von Mettingh'sche Schulstiftung für die Gemeinde Zerzabelshof“ die Bestätigung ertheilt; der von den verstorbenen Bäckerseheleuten J. und M. R. Gorbau in Erlangen mit einem Legate von Eintausend Gulden errichteten Stipendienstiftung an der kgl. Universität Erlangen unter der Benennung: „Bäcker Gorbau'sche Stipendien-Stiftung“ die Genehmigung ertheilt und gestattet, daß dieselbe unter dem Ausdrucke der Anerkennung des hiedurch bewiesenen edlen und wohlthätigen Sinnes der Stifter bekannt gemacht werde; der neuerrichteten Expositurstiftung in Sonnen, Bezirksamts Wegscheid, die Bestätigung ertheilt; der von den Israeliten zu Fürth mit einem anfänglichen Gründungskapitale von achthundertneunundsiebenzig Gulden dreißig Kreuzern und jährlichen ständigen Beiträgen begründeten Stiftung zur Verleihung von Stipendien an bayerische Israeliten unter der Benennung: „Gabriel Rießer'sche Stipendienstiftung“ die Genehmigung ertheilt.

Vom kgl. Staatsministerium des Innern wurde die erledigte Stelle des kath. Hausgeistlichen bei dem Zuchthause und der Polizeianstalt Kaiserslautern dem Priester A. Heiter, dermalen Kaplan zu Pirmasens, übertragen.

Vom kgl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten wurde der Studienlehrer Priester A. Bullinger, seinem Ansuchen entsprechend, von dem Antritte der Subrektorstelle an der lateinischen Schule in Burghausen, enthoben, hat jedoch die ihm angewiesene Lehrstelle 4. Kl. an der genannten lat. Schule fortzuführen; die Funktion des Subrektors an der latein. Schule in Burghausen wurde dem dortigen Lehrer der 3. Kl., Studienlehrer K. Brunhuber in widerruflicher Eigenschaft verliehen.

Erledigt: Die kath. Stadtpfarrei zu St. Martin in Amberg; fassionsmäßiger Reinertrag 2331 fl. 46 kr. 2 hl.; die kath. Pfarrei Hüttenkofen, Bezirksamts Landshut, fassionsmäßiger Reinertrag 754 fl. 4 kr.; die kath. Pfarrei Schoßheim, Bezirksamts Aichach, fassionsmäßiger Reinertrag 600 fl.; das kath. Frühmeß- (Emeriten-) Benefizium zu U. L. Frau in Moosbach, Bezirksamts Vohenstrauß, fassionsmäßiger Reinertrag 715 fl. 16 kr. 1 hl.

** **München**, 15. Januar. Der Gesetzentwurf bezüglich der Heeresverfassung ist den Kammern zwar noch nicht vorgelegt, es sind aber durch eine Denkschrift den Abgeordneten die Grundzüge des Entwurfes bekannt. Gegen die allgemeine Wehrpflicht hört man in Abgeordnetenkreisen wenige Stimmen, wohl aber werden über die Art und Weise, wie dieselbe durch den Entwurf zur Ausführung gelangen soll, sehr ernste Bedenken laut und die von Abgeordneten der verschiedenen in den Kammern vertretenen Partei-Standpunkte. Abgesehen von Anderem ist es besonders der Finanzpunkt, der gerechte Bedenken erregt; oder soll ein Armeebudget von jährlich mindestens 18 Millionen Gulden nicht gerechte Besorgniß erregen? Vor der nächsten Woche kann übrigens der betreffende Gesetzentwurf nicht an die Kammern gelangen, da er noch immer nicht im Staatsrathe erledigt werden könne, doch soll dies vielleicht Ende dieser Woche geschehen.

Aus dem bayerischen Allgäu, 10. Jan. Für die Zwecke eines kürzesten Bahnastes von Memmingen über Isny und Maler nach Dornbirn wurden Untersuchungen angestellt, deren wichtigste Ziffern für ein Ländchen von 46 Q.-Meilen Größe und 103,761 Einw. folgende sind: das Vorarlberg zählt 18 Baumwollspinnereien mit 209,000 Spindeln, darunter — Kennelbach allein mit 28,000 Spindeln, 2 Schafwollspinnereien mit 2700 Spindeln, 19 mechanische Webereien mit 3550 mech. Webstühlen, 17 Färbereien, 10 Kattundruckereien, 9 Kunstbleichen, 118 Sägmühlen mit $1^1/_2$ Mill. Bretterproduktion, 14 Wetzsteinmühlen mit 40,000 Ctr. einschlägigem Fabrikat, 18 Kalköfen mit einer Produktion von 52,000 Ctr. Kalk, 45 Gerbereien, 48 Bierbrauereien, 47 Mahlmühlen, 51 Kolonial- und Schnittwaarenhandlungen, 10 Eisenhandlungen, 6 Maschinenwerkstätten, 14 diverse Fabriken u. s. w. Die Handelsbewegung beziffert 2,779,000 Ctr. Güter, darunter 800,000 Ctr. Handels- und Brennholz, 750,000 Ctr. Bau-, Pflaster- und Kalksteine, 250,000 Ctr. Getreidebezug, 100,000 Ctr. Steinkohlen, 180,000 Ctr. Baumwolle und Baumwollfabrikate, 15,000 Ctr. Käse und Schmalz u. dgl. Das sind allerdings eisenbahnwirthschaftliche Elemente, denen ein Weg von S. nach N. und umgekehrt geöffnet werden sollte. (Schw. M.)

Berlin, 13. Jan. Gleich vielen anderen Flüchtlingen hat sich auch Arnold Ruge über die Ereignisse in Deutschland befriedigt ausgesprochen. Einem unlängst in Amerika veröffentlichten Briefe desselben aus Brighton, 15. Novbr. 1866, entnehmen wir folgende Stellen: „Ich stimme Ihnen vollkommen bei: die Schlacht bei Sadowa hat Deutschland und Italien befreit und im Wesentlichen, wenn auch noch nicht vollständig, die Staatseinheit beider Länder begründet. Es scheint, daß wir aus der Ferne in dieser Angelegenheit sachgemäßer geurtheilt, als Viele daheim. Sigel, Kapp, Hecker, Sie selbst, Ludwig Bamberger in Paris, ja sogar Kinkel — haben sich über die Wendung der preußischen Politik und über die großartigen Erfolge

---

bringen mußten. Aehnliche Wägen wurden in Holland gebaut, bei welchen man den Wind, indem man ihn wie bei Schiffen mit Segeln fing, als Motor benützte. Jene Nürnberger Wägen sind beinahe genau dasselbe Fuhrwerk, wie es die Draisine bei den heutigen Eisenbahnen ist. So zeigt sich auch beim Eisenbahnwesen, wie bei den meisten großen Erfindungen der Neuzeit, daß sie sich in ihren Vorstufen lange vorbereiten.

Vor einigen Jahren kam ein deutscher Jude, Namens Schwartz, auf die Idee, daß sich in den Abzugskanälen von New-York wohl manche werthvolle Gegenstände finden möchten, stieg hinab in dieses unterirdische Labyrinth und brachte nach einer dreitägigen Expedition Juwelen, silberne Löffeln, Gabeln rc. im Werthe von etwa 27,000 Doll. ans Tageslicht. Er war der Ansicht, seine Ausbeute würde beträchtlich größer gewesen sein, wenn er sich nicht in dem Gewirre der Kanäle verirrt und nach seinem ursprünglichen Plane sich nach der Richtung des begüterteren Theiles der Stadt, Broadway und Nachbarschaft hätte dirigiren können. Da ihn die überstandenen Gefahren der Tiefe vor einem weiteren Versuche abschreckten, so ließ sich auch Niemand anders zu dem gewinnbringenden Wagniß verlocken, bis jetzt neuerdings eine Expedition, bestehend aus einem jungen Mädchen von 18, ihrem Bruder von 16 Jahren und einem 50jährigen Manne eine Woche lang in den Kloaken herumstöberten. Nur die beiden jüngeren Mitglieder der Gesellschaft kamen wieder ans Tageslicht und ihre Beute wird auf 1,500,000 Doll. geschätzt. Die Geschwister, die so aus tiefem Elend plötzlich zu großem Reichthum gekommen sind, beabsichtigen nach England zu gehen, wo sie Verwandte haben und schon machen Andere Anstalten, die unterirdischen Schatzgruben ebenfalls aufzusuchen.

Der Pariser „Etendard“ gibt an der Spitze seiner Spalten mit hohem Selbstgefühl eine Aufzählung seiner Abonnenten, welche er in 24 Kategorien eintheilt, unter denen obenan 9 regierende Fürsten stehen; außerdem findet man in dieser 27 Prinzen und Prinzessinnen, 15 Minister und Mitglieder des geheimen Rathes, 154 Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe und Pfarrer, 7 Marschälle, 6 Admirale, 166 Senatoren, Deputirte, Staatsräthe, 51 Gesandte rc. Die Gesammtzahl der Abonnenten beträgt indessen nur 6283, woraus man schließen muß, daß dasjenige, was dem „Etendard“ bezüglich seiner Quantität abgeht, durch die Qualität ersetzt wird.

unseres Volksheeres in Böhmen und gegen den Bund gefreut. Dagegen finde ich viele alte Freunde und brave Leute dem Umschwunge feindlich gegenüberstehen. Struve, Röckel, May, Blind, ja, sogar Freiligrath und Ludwig Simon, um nicht erst von unseren französischen Freunden, den Republikanern, zu reden, können sich nicht darein finden, daß der Graf Bismarck plötzlich und ganz unerwartet den deutschen Cavour und Wilhelm den Viktor Emanuel spielt. Diese Wendung lag indessen schon in der Olmützer Demüthigung und in den zweimaligen Durchzügen der Oesterreicher durch Deutschland nach Holstein; endlich bei dem Fürstentage zu Frankfurt, wo Franz Joseph präsidirte, erklärte sich Preußen schon für's Parlament, und als zuletzt die Exekution des Bundes gegen Preußen beschlossen war, da mußte der Norden, das neue Deutschland, den Kampf aufnehmen und siegen oder untergehen. Das sind nicht meine Phantasien, die Akten liegen in der Berliner Kanzlei und werden auch noch publizirt werden. Bismarck hat das Verdienst, die Lage klar eingesehen, den Feind Oesterreich und den Freund Italien richtig erkannt und die gewaltige Aufgabe kühn durchgeführt zu haben. Aber Sie sehen, Preußen ist ebenso gut zur heiligen Allianz und zum Bunde hinausgeworfen worden, als es den Bund und die heilige Allianz über Bord und Oesterreich aus Deutschland und Italien hinausgeworfen hat. Dies gibt uns eine Bürgschaft, daß es beim Volke bleiben wird, oder richtiger gesagt, daß es ganz — auch im Innern — populär werden wird, denn die Regierung fürchtet jetzt „das Volk in Waffen" nicht mehr und sieht, daß sie keine andere und keine bessere Alliirte haben kann. Diese Politik ist richtig vom preußisch-dynastischen und eben so sehr vom national-deutschen Gesichtspunkt aus. Daß nun aber die Republikaner ebenso wenig die deutsche als die italienische Einheit machen werden, liegt auf der Hand, und wer noch Lust zur schmollenden Rolle des deutschen Mazzini hat, der ist kein Politiker, sondern ein Don Quixote. Italien ist durch Piemont, Deutschland wird durch Preußen eins, d. h. ein Staat. Denn die Bundesfaselei führt nie und nimmer zu einer Verbündung von Gleichen, da ja nur Ungleiche und gar nicht zu Vergleichende vorhanden sind." In ähnlicher Weise spricht sich Fr. Schütz in New-York in der „Mainzer Zeitung" aus. (Köln. Z.)

Aus Schleswig-Holstein, 10. Jan. Die Dänen im nördlichsten Schleswig sind nach einer Korr. der „Ztg. f. Nordd." ganz zerknirscht durch die Thatsache, daß aus eben jenem Landestheil ein Wahlkreis zur Parlamentswahl gebildet worden ist, und durch die andere, daß dort ganz ebenso, wie in andern Landestheilen, die Rekrutenaushebung begonnen hat. — Die „Hamb. Nachr." veröffentlichen einen Wahlaufruf des im vor. M. in Neumünster gebildeten Centralwahlkomites für die Parlamentswahlen in Schleswig-Holstein. Darin heißt es: „Obgleich wir den norddeutschen Bund nicht als diejenige politische Schöpfung anzusehen vermögen, welche die nationalen Bedürfnisse auch nur der norddeutschen Bevölkerungen zu befriedigen im Stande wäre, so wird es doch unseres Erachtens die Aufgabe der durch das Vertrauen ihrer Mitbürger ins norddeutsche Parlament entsandten Männer sein, mit voller Hingebung dafür zu wirken, daß derselbe nach wahrhaft liberalen und gerechten Prinzipien konstituirt werde. Bei der Unterordnung Aller unter die Centralgewalt sind jedem Gliede des Bundes verfassungsmäßig dieselben Pflichten aufzulegen, dieselben Rechte zu gewährleisten. Es ist dies das einzige Mittel zur Wiedervereinigung des Südens mit dem Norden, zugleich auch das einzige Mittel, den inneren Frieden im Vaterlande herzustellen."

Kopenhagen, 10. Jan. Nach den schwedischen Blättern wird im Laufe des Sommers auf Ladugardsgärdet ein großes schwedisches Truppenlager zusammengezogen werden.

London, 11. Jan. Der „Globe" sagt: „Es ist jetzt offenbar, daß das Wiedererwachen des orientalischen Kampfes in ernsterer Form als früher nur eine Frage der Zeit ist. Die meisten kontinentalen Mächte erörtern die Angelegenheit im Voraus, um sich über ein gemeinsames System der Behandlung zu verständigen. Das Projekt einer Tripelallianz zwischen Frankreich, Italien und Oesterreich ist nicht so chimärisch, wie es unsern Collegen erscheint. Oesterreich und Italien stehen jetzt ohne Zweifel in den freundlichsten Beziehungen zu einander so wie zum Cabinet der Tuilerien. Seit Fürst Metternich aus Wien auf seinen Pariser Posten zurückgekehrt ist, steht er in fortwährendem Verkehr mit Herrn v. Moustier. Wahrscheinlich wird der erste offene Schritt der drei Mächte oder des französischen Kaisers in ihrem Namen in einem Vorschlage bestehen, die türkische Frage vor einen Kongreß der Großmächte zu bringen, in welchem die Pforte mit vertreten sein soll. Aber der Zeitpunkt dafür ist noch nicht gekommen."

Paris, 12. Jan. Briefe aus Constantinopel melden, daß der Empfang des neuen französischen Gesandten Bourée, ein auffallend glänzender gewesen sei. In den diplomatischen Annalen war es bisher unerhört, daß ein Gesandter unmittelbar nach seiner Ankunft einen Besuch erhalten hätte, wie ihn der Minister Aali Pascha Herrn Bourée abstattete. Statt wie üblich 8—10 Tage nach seiner Ankunft wurde der französische Gesandte schon am zweiten Tage vom Sultan mit ganz ungewöhnlichem Glanze in Antrittsaudienz empfangen. Die Pforte hat damit ihre sehr begründete Erkenntlichkeit für die unveränderlich türkenfreundliche Gesinnung de Moustiers und für die seitherige Richtung der französischen Politik an den Tag legen wollen. (Schw. M.)

Paris, 11. Jan. Der „Moniteur" berichtet heute über den ersten Empfang des neuen französischen Gesandten, Herrn Berthemy, bei dem Präsidenten Johnson. Herr Berthemy richtete, dem offiziellen Blatte zufolge, nachstehende Anrede an den Präsidenten der Vereinigten Staaten: „Herr Präsident! Ich habe die Ehre, die Briefe, welche mich in meiner Eigenschaft als außerordentlicher Abgesandter und bevollmächtigter Minister Sr. Maj. des Kaisers der Franzosen beglaubigen, in Ihre Hände niederzulegen. Indem mich der Kaiser, mein Herr, beauftragte, ihn bei Ihnen zu vertreten, hat er mir den besonderen Auftrag gegeben, Ihnen den Werth, welchen er auf die zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten bestehenden freundschaftlichen Beziehungen legt, zu erkennen zu geben. Diese Beziehungen zu erhalten und sie wo möglich im Hinblick auf die Entwicklung der gemeinschaftlichen Interessen beider Länder noch enger zu knüpfen, wird das beständige Ziel meiner Anstrengungen sein, und ich hege die feste Hoffnung, es zu erreichen, wenn, wie ich zum Voraus überzeugt bin, die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten die Gesinnungen theilen, deren aufrichtigen Ausdruck ich hieher bringe." Präsident Johnson erwiderte darauf Folgendes: „Mein Herr! Eine dankbare Zuneigung zu der französischen Nation gehört zu den theuersten, tiefsten und beständigsten Gefühlen des Volkes und der Regierung der Vereinigten Staaten. Wir werden uns stets bemühen, zu glauben, daß „kein Interesse des einen oder des anderen Landes gereizte Störungen oder widerstreitende Gegensätze nach sich ziehen könne. Während, wie Sie richtig bemerkt haben, ernstliche Handelsinteressen beide Nationen zu vereinigen streben, haben diese auch ein gemeinsames Interesse an den Fortschritten der Civilisation und der Menschheit in der ganzen Welt. Indem ich diese Gefühle ausdrücke, wiederhole ich nur, was seit der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten stets gesagt worden ist. Wir waren aus vielen Gründen befriedigt durch das Auftreten Ihres Vorgängers, Marquis Montholon. Sind Sie versichert, Hr. Berthemy, daß kein Beweis der Hochachtung und der Zuvorkommenheit unterbleiben wird, um Ihnen die Ausübung Ihrer Pflichten angenehm und leicht zu machen." — Der „Moniteur de l'Armee" zeigt an, daß General Graf Montebello zum Commandanten der Gardekavalleriedivision ernannt worden ist.

Paris, 12. Jan. Wie das „Memorial diplomatique" meldet, hat der Kaiser von Mexiko die österreichische und die belgische Legion entlassen und die Mannschaften, welche dieselben bildeten, können zu gleicher Zeit mit den französischen Truppen in ihre Heimath zurückkehren. Die Offiziere und Soldaten dieser Legionen, die im Dienste Mexikos zu bleiben wünschen, werden in die amerikanische Armee eingereiht werden. — Bezüglich der Beschlagnahme der Douanen von Vera-Cruz meldet das „Memorial diplomatique", daß im verflossenen Monate die französische Regierung von den Agenten derselben Rechenschaftsablage verlangte, um vertragsmäßiger Weise die Hälfte des Betrages zu beanspruchen. Anstatt einer Antwort erfuhr man bald, daß von 50 Beamten sich dreißig mit ihren Kassen aus dem Staube gemacht hatten und in's Lager der Dissidenten geflüchtet waren. Die französischen Behörden machten darauf von ihrem Rechte Gebrauch und nahmen die übrig gelassenen Douanen-Einnahmen in Beschlag.

Paris, 13. Jan. Gueroult geht in der „Opinion Nationale" auf eine Kritik der von Edg. Quinet in dem „Temps" niedergelegten Ansichten über die jetzige und zukünftige Stellung Frankreichs zu Deutschland ein. . . . „Wird", fragt er, „das zur Großmacht gewordene Deutschland der Vortrab Rußlands gegen Frankreich oder der Schild Frankreichs gegen Rußland werden? Diese Frage nimmt Herrn Quinet lebhaft in Anspruch, und indem er der langen Kämpfe mit Preußen gedenkt, kann er sich der Befürchtung nicht erwehren, daß der neue Staat sich natürlich seinem nordischen Alliirten zuwenden und in die Versuchung gerathen möge, an uns die neu erlangten Kräfte zu erproben. Diese Gefahr ist allerdings möglich; man muß sie voraussehen und sich in die Lage versetzen, ihr begegnen zu können. Die Reorganisation unserer Wehrkraft ist die natürliche Antwort auf eine solche Frage. Immerhin aber und ganz damit einverstanden, daß Frankreich seine Sicherheit und seine Macht von Niemandes gutem Willen soll abhangen lassen, glauben wir, daß es von uns, von unserer Regierung abhängt, die befürchtete Gefahr zu entfernen oder gänzlich zu beseitigen. Wenn Frankreich seinerseits auch sich mit Eroberungs- und Compensationsgedanken herum-

trägt, wenn es von einer gewaltsamen Annexion der Provinzen träumt, die von seiner Herrschaft nichts wissen wollen: ja dann ist die Gefahr vorhanden und Deutschland wird nothgedrungen Rußland zugetrieben. Wenn im Gegentheil Frankreich offen auf jede Eroberung verzichtet, wenn es dem Wahrspruche der konstituirenden Versammlung von 1848: Verbrüderung mit Deutschland, Befreiung Italiens, treu bleibt, so ist es gewiß, daß es Deutschland zur Allianz heranziehen wird, daß einerseits die gleiche Civilisation und der vielfältige Handelsaustausch, andererseits die maritime Eifersucht gegen Rußland in der Ostsee eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich herbeiführen werden."

Offiziösen Andeutungen nach hat der Marschall Bazaine in Folge des Communiqué an die Ere nouvelle ein Dementi und Ordre von Paris aus erhalten, den Kaiser Maximilian zu stützen und ihm zur Hand zu gehen, solange noch ein französischer Soldat in Mexiko ist. Das französische Geniekorps errichtet in Orizaba Befestigungen, die nach dem Abzuge an Maximilian übergeben werden sollen. — In Vera-Cruz sind die ersten Fälle von gelbem Fieber vorgekommen. Es ist dies ungewöhnlich früh für die Jahreszeit.

Spanien. Wie die „Epoca" versichert, hatte das chile-peruanische Geschwader am 25. November noch nicht die chilenischen Gewässer verlassen. Die Regierung, meldet ein Brief aus Lima, beschäftigt sich damit, die Befestigungen von Callao und Arica nach den Regeln der modernen Kunst ausführen zu lassen. Besonders ist das System der Batterien in gleicher Höhe mit dem Wasserspiegel ein Gegenstand eifriger Studien. Die Festungswerke gehen rasch ihrer Vollendung entgegen.

Italien. Der Finanzminister hat mit dem belgischen Hause Langrand Dumonceau eine Operation auf die Kirchengüter abgeschlossen; dies steht jetzt fest. Langrand Dumonceau ist, wie die „Italie" hinzufügt, der gewöhnliche Bankier des Clerus; das Publikum wird daraus den Schluß ziehen, das Geschäft sei mit dem Clerus selbst, dessen Bevollmächtigter nur Herr Langrand Dumonceau, abgeschlossen. Die Regierung erhält im Verlauf von 5 Jahren 500 Millionen. Es versteht sich von selbst, daß dieser Vertrag den Kammern vorgelegt wird. In Belgien wie in Italien hat dieses Finanzgeschäft mit dem Clerus mit Recht Aufsehen gemacht.

Athen, 5. Jan. Der Dampfer aus Kreta vom vergangenen Donnerstag brachte zwar keine Privatbriefe, jedoch eine (griechisch) offiziöse Nachricht, daß Mustapha Pascha nächtlicher Weile in die Provinz Selina eingefallen sei, in Folge dessen die dortigen kretensischen Streitkräfte getrennt wurden. Aber gerade dieses gereichte ihm, jener Nachricht zufolge, zum Nachtheil. Denn er wurde später bei Kustojonaka in der Flanke und im Rücken angegriffen und gegen Chamia zurückgeworfen. Es ist beinahe unnöthig, zu wiederholen, daß, wenn nicht bald Hilfe erscheint, der Aufstand dem Winter und Hunger unterliegt. Noch gehen zahlreiche Beiträge für die nothleidenden Kretenser ein, weniger für den eigentlichen Aufstand. Die griechische Kammer hat 50,000 Dr. für die „Flüchtlinge" genehmigt, also nicht nur für Kreta, sondern auch für Jene, welche uns in Folge der nicht mehr zu leugnenden Bewegungen in Agraphe und Thessalien zukommen werden. — Für die Zeit der bevorstehenden Reise des Königs wurde dessen Onkel von der Kammer als Vizekönig bestimmt; er muß jedoch den griechischen Unterthaneneid leisten und noch einen besonderen in Bezug auf seine Regierung. (N. Korr.)

Neueres.

Wien, 15. Jan. Eine Arrosirungsanleihe Behufs der Rückzahlung des Vorschusses und der Einziehung der Staatsnoten steht in Aussicht, der Rücktritt des Finanzministers gilt für sicher.

Pesth, 15. Jan. Das Unterhaus hat in seiner heutigen Sitzung die Deak'sche Adresse, gegen die Verordnung der Heeresergänzung, einstimmig angenommen. Die Adresse wird der Magnatentafel zur Berathung zugesendet.

Paris, 15. Jan. Der Philosoph Viktor Cousin und Maler Ingres sind gestorben.

Florenz, 16. Jan. Der der Abgeordnetenkammer vorgelegte Zusatz zum Budget für 1867 konstatirt eine Verminderung der Ausgaben um 27 Millionen gegen die im Dezember gemachte Vorlage. Die Einnahmen sind zu 865 Millionen, die Ausgaben zu 1024 Millionen veranschlagt. Das Defizit wird demnach 159 Millionen betragen. Die Abgeordnetenkammer hat mit 147 gegen 79 Stimmen die modifizirte Vorlage über die parlamentarischen Inkompatibilitäten angenommen.

Neapel, 15. Jan. Vergangene Nacht herrschte hier ein furchtbarer Orkan; der Schaden, den derselbe verursachte, ist beträchtlich. Zwanzig Handelsschiffe gingen zu Grunde und bis jetzt weiß man von vier Menschen, welche umgekommen sind.

Bukarest, 15. Jan. Der Antrag des Abgeordneten Golliats, die von Cousa zurückgelassenen Papiere der Kammer vorzulegen, wurde in der Dienstagsitzung dieses Körpers zurückgewiesen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Op. l. 8. b. R.)	$68\frac{1}{8}$ G.
	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1862	$61\frac{1}{8}$ G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$57\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	51 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$43\frac{1}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	37 G.
Preußen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$100\frac{1}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. ijähr. dto.	$94\frac{5}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$94\frac{1}{2}$ G.
„	4 pCt. Obl. ijähr. dto.	$90\frac{1}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$90\frac{1}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab. R. dto.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	84 P.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	94 P. $93\frac{7}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$83\frac{5}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$93\frac{1}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	84 P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$94\frac{1}{2}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$89\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$83\frac{1}{4}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	88 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 2. fl. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$ pCt.	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	83 P.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$77\frac{4}{8}$ P.
„	6 pCt. ditto v. 1882	$76\frac{4}{8}$ - $\frac{5}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	131 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	644 P. 642 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$140\frac{1}{2}$—41 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$90\frac{3}{8}$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	210 P. $209\frac{1}{2}$ G
Weimarische Bank à Thlr. 100	—
Mitteldeutsche Kreditaktien	96 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr	$78\frac{1}{8}$ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	341 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	$109\frac{1}{2}$ G.
Oest. F.St.Eisb. 6pCt. 500 Fr. à 28 kr	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	—
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	$151\frac{1}{2}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$89\frac{1}{2}$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$100\frac{1}{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$48\frac{1}{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$69\frac{1}{2}$ G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	—
3pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$44\frac{5}{8}$ P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$118\frac{1}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Ein	$116\frac{1}{4}$ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{4}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Berlin Th. 60 k. S	$105\frac{5}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{3}{4}$ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S	$88\frac{5}{8}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{3}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 k. S.	—
München fl. 100 k. S	$99\frac{7}{8}$ P
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{8}$ P.
Petersburg 60 S.-R	—
Triest fl. 100 k. S	—
Wien fl. 100 ö. W.	$86\frac{5}{8}$ G.
do. in Srt. W. k. S.	$86\frac{5}{8}$ G.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$103\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$65\frac{3}{8}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$63\frac{1}{2}$—$\frac{3}{8}$ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	—
„ do. v. 1864.	$67\frac{1}{8}$ P.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$101\frac{1}{2}$-$101\frac{3}{8}$ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 P.
Badische fl. 35	$52\frac{1}{8}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$52\frac{1}{2}$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$146\frac{1}{8}$ P.
„ fl. 25 do.	42 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$37\frac{1}{4}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. H.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. K.	$28\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{4}$ P.

Frankfurt, 16. Januar. Die Tendenz der heutigen Börse war eine für Amerikaner und österr. Werthe mattere. Für Oesterreicher waren schlechter gemeldete Effektencourse, für Amerikaner ein etwas höherer Goldcours maßgebend. Trotzdem verbesserten letztere ihren Cours im Laufe der Börse um $\frac{1}{8}$ pCt. Süddeutsche Werthe etwas flauer, mit Ausnahme von bayer. Ostbahn und bayer. Loosen, welche, anfänglich auf ein Gerücht von einer neuen württemberg. Lotterie-Anleihe niedriger gehandelt, später noch über den gestrigen Cours verkehrten. Von Wechseln Wien etwas besser, National-Coupons niederer. Für Darmstädter Bank lagen Kaufaufträge vor und gingen dieselben einige Gulden höher. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 18. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 64. Jahrgang. | Freitag, 18. Januar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 17. Januar. Se. Maj. der König hat auf das erledigte Rentamt Eggenfelden den k. Rentbeamten von Schönberg, A. Wolf, seinem Ansuchen entsprechend, versetzt; den Rechnungskommissär der k. Regierungsfinanzkammer von Niederbayern, Max Götz, dessen Bitte um Verleihung eines Rentamtes willfahrend, auf die Stelle eines Rentbeamten von Schönberg befördert; dessen Stelle dem funkt. Rechnungsrevisor der k. Regierungsfinanzkammer von Schwaben und Neuburg Fr. S. Holz provisorisch verliehen; die erledigte Stelle eines Rechnungskommissärs der k. Regierungsfinanzkammer von Oberfranken dem funkt. Rechnungsrevisor der genannten Regierungsfinanzkammer Fr. S. Gsell provisorisch verliehen; auf die erledigte Stelle eines Zahlmeisters der k. Kreiskasse von Oberbayern den Offizianten der k. Kreiskasse von Niederbayern, K. J. Schmid, befördert und dessen Stelle dem Funktionär der k. Kreiskasse von Oberbayern, J. E. Ott, provisorisch verliehen; die kath. Pfarrei Meckenhausen dem Priester M. Triller, Pfarrer in Neukirchen, die kath. Pfarrei Neukirchen-Balbini dem Priester G. Auerbammer, Expositus in Kirchenbuch, übertragen; den Revierförster W. Weber zu Stahlberg, seiner Bitte entsprechend, in den bleibenden Ruhestand versetzt und dessen Stelle dem Revierförster Fr. Saul in Iggelbach in gleicher Diensteseigenschaft übertragen; den Bezirksarzt 1. Klasse Dr. J. G. Regler zu Viechtach auf die Bezirksarztesstelle 1. Klasse zu Landshut, seiner Bitte entsprechend, versetzt; ferner den Gerichtsarzt und Hausarzt der Gefangenanstalt Amberg, Dr. K. Schleiß v. Löwenfeld, auf die Bezirksg.-Arztesstelle daselbst, seinem Ansuchen entsprechend, berufen.

Der Forstgehilfe H. Hörchner zu Rehau, Forstamts Marktleuthen, wurde auf die im Forstamte Donauwörth erledigte Forstwartei Straß zum prov. Forstwart befördert.

Se. Maj. der König hat dem Fabrikanten A. Riemerschmid in München und dem Procuraträger M. Reischle daselbst das Ritterkreuz 1. Kl. des Verdienstordens vom h. Michael verliehen; dem Schullehrer J. G. Nobl in Oberaltrich in Rücksicht auf seine 50jährigen treu geleisteten Dienste die Ehrenmünze des k. b. Ludwigsordens verliehen; dem k. bayer. Hofbankier und k. württemb. Consul J. v. Hirsch die Bewilligung zum Tragen des von dem König von Sachsen ihm verliehenen Ritterkreuzes des Albrechtordens ertheilt; genehmigt, daß das Benefizium Unterkreuzberg von dem Bischofe von Passau dem Priester J. Hable, Benefiziumsprovisor in Freyung, verliehen werde; zum Assessor am Handelsappellationsgerichte zu Nürnberg den Kaufmann und bish. Assessor am dortigen Handelsgerichte, G. Arnold, ernannt; auf dessen Stelle den bish. Ergänzungsrichter dieses Gerichts, Kaufmann Fr. Hertel, und auf dessen Stelle den dortigen Kaufmann S. O. Berger berufen; den dermaligen Direktor der Regierung, K. d. J., von Niederbayern, Fr. Frhrn. v. Du Prel, in Anbetracht seiner erprobten Geschäftstüchtigkeit und während 40jähr. eifriger Dienstleistung bewährten Treue und Anhänglichkeit zum Vicepräsidenten der Regierung von Niederbayern ernannt; auf die am Bezirksg. Weiden erledigte Assessorsstelle den Landg.-Assessor U. Pfäffinger in Pottenstein berufen und an dessen Stelle den geprüften Rechtspraktikanten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landg. Herzogenaurach, Phil. Fries, ernannt.

Der k. Forstwart K. Riendl in Vorderfrazeck, Reviers Partenkirchen, wurde, seinem Ansuchen entsprechend, auf die Dauer eines Jahres quiescirt, und an dessen Stelle zum provis. Forstwart der Forstgehilfe Kl. Enner zu Finsterau, Forstamts Wolfstein, befördert.

Die Stelle eines Bezirksarztes 1. Klasse zu Viechtach ist in Erledigung gekommen.

(Militärdienstesnachrichten.) **München**, 16. Januar. Seine Majestät der König hat dem vormaligen Bataillonsarzt auf Kriegsdauer, Dr. Maximilian Gruber, das silberne Militär-Sanitäts-Ehrenzeichen verliehen; den Oberkriegskommissär 1. Kl. und bisherigen Referenten J. Nobel vom Kriegsministerium zum Direktor der Militär-Rechnungskammer ernannt; den Hauptmann M. Stener vom 14. Inf.-Reg. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; den Hauptmann A. König vom 7. Jäg.-Bat. in den bleibenden Ruhestand versetzt und denselben gleichzeitig aus dem Heerverbande mit Pensionsfortbezug entlassen; den temp. pens. Unterquartiermeister J. Peter die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt; den Hauptmann Cl. Ritter v. Mann vom 2. Jäg.-Bat. und den Rittmeister C. Schulze vom 2. Kür.-Reg., ersteren auf die Dauer von zwei Jahren, letzteren vorbehaltlich der Wiederverwendung in den Ruhestand versetzt; den Hauptmann M. Wernhard vom 11. Inf.-Reg. zum Haupt-Montur- und Rüstungs-Depot versetzt; den Regimentsarzt Dr. C. Sämer von der Kommandantschaft der Veste Rosenberg auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; den Regimentsarzt Dr. J. Fa...holz vom Genie-Reg. zur Kommandantschaft der Veste Rosenberg versetzt; dem pens. Regimentsquartiermeister C. Sylli...erber den Charakter als Kriegskommissär verliehen; den Oberlieut. August Hundsdorfer vom 3. Inf.-Reg. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; dem Oberlieut. L. Frhrn. v. Andrian-Werburg vom 2. Kür.-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; den temp. pens. Hauptmann H. Grafen v. Ortenburg bleibend im Ruhestande belassen; dem pens. vormaligen Hauptmann C. v. Oelhafen den Charakter als Major à la suite verliehen; den Obersten C. Grafen v. Stralenheim-Wasabourg von der Kommandantschaft Donauwörth zur Kommandantschaft Lindau versetzt; den Hauptmann W. Schumm vom 6. Jäg.-Bat. in den Ruhestand versetzt; den temp. pens. Rittmeister M. v. Madroux ohne Zeitbestimmung vorbehaltlich der Wiederverwendung und den temp. pens. Hauptmann C. Ritter v. Schmid-Kochheim auf weitere zwei Jahre im Ruhestande belassen.

München, 14. Jan. Nach dem Bericht des Grafen v. Hegnenberg Dux betrug die alte Schuld am Schluß des Jahres 1864/65 die Summe von 74,559,297 fl. 29 kr. Die durch das Finanzgesetz vom 10. November 1861 zur Verzinsung und Tilgung der alten Schuld zugewiesenen Aufschlagsgefälle erreichten im Jahre 1865/66 die Höhe von 9,769,200 fl. warfen daher gegen den Voranschlag einen Mehrertrag von vierthalb Millionen ab, und gewährten in ausreichendster Weise die Mittel, um den Zinsbedarf, inklusive Verwaltungskosten dieses Jahres, welcher sich auf 3,019,878 fl. 30 kr. belief, zu decken, und der Tilgungskasse einen Ueberschuß von 5,643,307 fl. — kr. zuzuführen, aus welchem, einschließlich der

Vermischtes.

= (Zur Würdigung Gabelsberger's.) In dem Feuilleton dieser Zeitung Nr. 15 wurde bei Meldung des zu Berlin am 8. l. Mts. erfolgten Todes des Wilhelm Stolze bemerkt, daß das von ihm im Jahre 1841 veröffentlichte System deutscher Stenographie wohl mit Recht von seinen Anhängern für das Beste gehalten würde. Daß das System Stolze's von dessen Anhängern für das Beste gehalten wird, mag richtig sein, dasselbe ist jedoch auch bei dem Systeme Gabelsberger's der Fall; ob es aber mit Recht für das Beste gehalten wird, ist eine zum Mindesten gesagt, zu weit gehende Behauptung; ein endgiltiges Urtheil hierüber werden sich wohl nur die Kenner beider Systeme anmaßen dürfen. Zur Steuerung der Wahrheit sei jedoch hier bemerkt, daß das System deutscher Stenographie nach Gabelsberger, ungeachtet dieser sein Erfinder, welcher sein großes Originalwerk schon im Jahre 1834 herausgab und dem Stolze viele seiner Zeichen entlehnte, seit 4. Januar 1849 todt ist, durch seine bei seinem Tode nur etliche 30 Jünger zählenden Anhänger wegen seiner Gründlichkeit und praktischen Verwendbarkeit bei allen öffentlichen Versammlungen, namentlich Parlamenten, Reichs- und Landtagen — und selbst im Herrenhause zu Berlin wird nach Gabelsberger's System stenographirt — eine derartige Verbreitung in ganz Deutschland und außerhalb Deutschlands gefunden hat, daß die Anhänger Gabelsberger's bereits nach Zehntausenden zählen und daß dessen System auf sehr viele fremde Sprachen mit dem besten Erfolge übertragen wurde. Wer sich über diesen Gegenstand des Näheren zu informiren gedenkt, möge das Taschenbuch des Dresdener stenographischen Instituts für das Jahr 1867, sowie die seit Neujahr in Berlin selbst erscheinende Zeitschrift des Prof. Dr. Karl Eggers: „Schriftwart“ lesen.

Auf der bevorstehenden internationalen Ausstellung zu Paris wird auch der Protestantismus Europas, ja der ganzen Welt, in würdiger Weise vertreten werden. In dem Ausstellungsgebäude selbst wird die englische Bibelgesellschaft ihren großen, reich ausgestatteten Glasschrank haben, in welchem man die Bibel in fast allen Sprachen der Erde — in 170 verbreitet sie diese Gesellschaft selbst — erblicken wird. Neben ihr wird die Londoner Traktatgesellschaft, welche fast jährlich eine Million Thaler zur Herausgabe von christlichen Volksschriften, illustrirten Blättern und Kinderschriften aufwendet, Proben ihrer manchfaltigen und außerordentlichen Thätigkeit zur Schau stellen. An sie werden sich die Ausstellungen anderer englischer, auch französischer, deutscher u. a. Vereine der innern Mission reihen. Außerdem ist in dem großen, das Ausstellungsgebäude umgebenden Park, in der Nähe des Eingangs zu jenem, ein Raum von 2000 Metern den protestantischen Missionen zur Verfügung gestellt. Auf demselben wird ein langer Saal errichtet, um als Museum für die merkwürdigsten Gegenstände zu dienen, welche die evangelischen Missionsgesellschaften der alten und neuen Welt bei ihrer Arbeit gesammelt haben. (Fr. Kur.)

Digitized by Google

finanzgesetzlich angeordneten Rückzahlung durch Verloosung auf dem Wege der Umschreibung und Arrosirung ein Gesammtbetrag von 4,901,089 fl. — kr. getilgt wurde, so daß diese Schuldgattung im Betrage von 70,017,379 fl. — kr. auf das 6. Etatsjahr der VIII. Finanzperiode übergeht. Rückzahlungen in solchem Umfang werden in der nächsten Zukunft freilich nicht mehr vorkommen, die Tilgungskasse vielmehr sich auf die gesetzliche Ziffer von $^2/_3$ Prozent für Heimzahlung dieser Schuldgattung wird beschränken müssen, nachdem die Dotation der alten Schuld, schon geschmälert durch die Bestimmung des Finanzgesetzes vom 10. November 1861, durch den Inhalt des Gesetzes vom 28. Juni 1866, „den Kredit für die außerordentlichen Bedürfnisse des Heeres betreffend", noch mehr beschränkt worden ist. — Die neue Schuld, am Schluß des Jahres 1864/66 auf 10,708,902 fl. 6 kr. sich belaufend, geht auf das Jahr 1866/67 mit einem Betrag von 10,166,097 fl. 11 kr. über. — Die Militärschuld wies zu Anfang des Jahrs 1865/66 den Betrag von 31,045,900 fl. auf. Die durch Gesetz vom 24. Juni v. Js. für die außerordentlichen Bedürfnisse des Heeres angewiesene Summe von 31,512,000 fl. wurde theils durch den Betrag von 5 Millionen aus den Mehreinnahmen der VIII. Finanzperiode, theils durch den verfügbaren Ueberschuß aus den Aufschlagsgefällen, theils durch Ausgabe verzinslicher Cassenanweisungen (wovon aber nur für 1,295,350 fl. in Verkehr gebracht wurden), theils endlich durch Vorschüsse aus dem in der Realisirung begriffenen Eisenbahnanlehen gedeckt. — Die zum Zwecke des Eisenbahnbaues eröffneten Kredite waren am Schlusse des Jahres 1864/65 nur so weit benützt worden, daß auf das 5. Etatsjahr der VIII. Periode ein unrealisirter Creditrest von 40,445,900 fl. überging. Im Laufe dieses Jahres wurden an diesem Crebite flüssig gemacht: 1) zu 5 Prozent 3,007,400 fl., zu $4^1/_2$ Prozent 19,492,100 fl., zu 4 Prozent 4,793,900 fl. Die Gesammtsumme der pro 1865/66 realisirten Anlehensaufnahme beträgt sohin 27,293,400 fl. und geht demnach als noch zu realisirender Anlehenskredit der Betrag von 13,152,500 fl. auf das Jahr 1866/67 über. Demgemäß erreicht die Eisenbahnschuld am Schlusse des Jahres 1865/66 den Gesammtbetrag von 146,156,600 fl. Nach Maßgabe der finanzgesetzlichen Anordnung fanden auch pro 1865/66 die budgetmäßigen Heimzahlungen statt, und wurden durch Verloosung 1) an $4^1/_2$ prozentigen Eisenbahn-Obligationen 463,900 fl., und 2) an 4 prozentigen Eisenbahn-Obligationen 176,500 fl. heimbezahlt. — Am Schlusse des 4. Etatsjahres der VIII. Finanzperiode 1864/65 entzifferte sich der Stand der Grundrentenschuld auf 98,517,075 fl., der sich im Laufe des Jahres 1865/66 um den geringfügigen Betrag von 11,025 fl. erhöhte. Die vorgenommenen gesetzlichen Heimzahlungen verringerten den Schuldstand um 818,075 fl., so daß sich am Schlusse des Jahres 1865/66 der Stand der Grundrentenschuld auf 97,687,975 fl. beläuft. — Der aus Anlaß der Kriegskostenentschädigung an Preußen kontrahirten Schuld widmet der Bericht einen eigenen Paragraph, auf den wir später zurückkommen. (B. Z.)

München, 15. Jan. Nach einer gemeinschaftlichen Entschließung des k. Staatsministeriums des k. Hauses und des Aeußern, des Innern und der Finanzen, dann des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 10. Jan. l. Js. ist nunmehr auch der schweizerische Canton Graubündten der Vereinbarung wegen gegenseitiger Befreiung der Handelsreisenden von Patent-Gebühren beigetreten. Die zufolge dieser Vereinbarung erlassenen Vorschriften über die Ausstellung der Legitimations-Urkunden zum Behufe des Genusses der gegenseitig zugestandenen Abgabenbefreiung sind von den k. Paßpolizeibehörden demnach auch auf die Angehörigen dieses Cantons in Anwendung zu bringen. (B. Z.)

München, 15. Jan. Der Gesetzentwurf über das Gewerbswesen nimmt die Erwerbsfreiheit zum Ausgangspunkte, die in der Pfalz seit dem letzten Decennium des vorigen Jahrhunderts zur Geltung gelangt ist. Nach dem Abschlusse von Handelsverträgen mit Ländern, in welchen die Gewerbefreiheit schon lange besteht, sowie mit Rücksicht auf den Umstand, daß in den jüngsten Jahren die Gewerbefreiheit in Oesterreich, Württemberg, Baden, Nassau, Frankfurt, Bremen, Hamburg, Oldenburg, Sachsen-Weimar, Coburg, Gotha, Altenburg, Waldeck, Braunschweig und Reuß j. L. eingeführt worden ist, durfte mit Verwirklichung eines schon in der Gesetzgebung vom Jahre 1825 als richtig anerkannten Prinzipes um so weniger gezögert werden, als mit den Maßregeln der Gewerbeordnung vom 21. April 1862 die Einführung der Gewerbefreiheit in einer Weise vorbereitet ist, daß schwere Erschütterungen nicht mehr zu besorgen sind. Das nothwendige Correlat der Gewerbefreiheit ist die Freizügigkeit. Die eine muß die andere stützen und ergänzen. Eben deßhalb bringt der Entwurf mit dem Prinzipe der Gewerbefreiheit auch jenes der Freizügigkeit zur Geltung. Die bis jetzt noch zum Theil bestandene und nicht ohne Grund vielfach beklagte Verbindung der Ansässigkeit mit dem Rechte zum Gewerbsbetriebe wird hiernach beseitigt, die noch vorhandenen wenigen Ausnahms-Bestimmungen über den Gewerbsbetrieb der Israeliten fallen, und die Frauen sollen von ihren Kenntnissen und Gütern auf dem Gebiete der Gewerbe denselben Gebrauch machen dürfen, wie die Männer. Die Gewerbsbefugnisse des Inländers werden auch den Angehörigen anderer Staaten zugestanden, natürlich vorbehaltlich des Rechtes der Regierung, Contrasten, die sich aus einer verschiedenen Gesetzgebung ergeben, begegnen zu können. Die Interessen der Gemeinden und die Forderung der Ordnung und Sicherheit finden ihre Wahrung in der Bestimmung, daß neben dem Gewerbsgesetze die gesetzlichen Bestimmungen über den Aufenthalt in Anwendung zu kommen haben. Von einer Altersbestimmung sieht der Entwurf ab. Die Meisterprüfungen fallen hinweg. Ein Befähigungsnachweis kann nur mehr bei einzelnen Gewerben aus sanitäts- und sicherheitspolizeilichen Gründen gefordert werden. Selbstverständlich kann die Gewerbefreiheit nur in der Ausdehnung zur Einführung gelangen, als sie mit der Freiheit aller Anderen verträglich ist. Volle unbeschränkte Freiheit findet sich daher auch in keinem Lande. Allenthalben sind im Interesse der staatlichen Ordnung und der allgemeinen Wohlfahrt Beschränkungen vorgesehen, und daher auch in dem Entwurfe eines Gewerbsgesetzes für Bayern. Was die Beschränkungen selbst anlangt, so verweist der Entwurf auf bereits bestehende Gesetze oder auf zu erlassende Verordnungen, und beschränkt sich darauf, die Gewerbe, welche nur auf Grund einer Concession, amtlichen Bestellung oder polizeilichen Bewilligung ausgeübt werden dürfen, zu bezeichnen. Es ist klar, daß der Entwurf, wenn er die bei den einzelnen Gewerben in Anwendung zu bringenden Grundsätze auch nur in den Grundzügen hätte aufnehmen wollen, die Natur eines Gesetzes verloren haben würde, und zu einer mißgestalteten Gesetzessammlung angewachsen wäre. Von der Erwägung geleitet, daß nur in den freien Genossenschaften der Rettungsanker für das Kleingewerbe liegt, hebt der Entwurf die noch bestehenden Zwangs-Gewerbsvereine auf. Der Umfang des Gesetzes konnte, weil der Begriff des Gewerbes ein schwankender ist, nur mit Hilfe negativer Bestimmungen festgesetzt werden.

Unter dem Titel: „Zwei Abgeordnete in der bayer. Kammer ohne Mandat" schreibt das „Regensb. Morgbl.": „Bei der letzten Abgeordnetenwahl im April 1863 wurde der Wahlbezirk Brückenau aus den Landgerichten Brückenau, Bischofsheim, Hilders, Mellrichstadt und Weihers mit 60,577 Seelen gebildet. Gewählt wurden als Abgeordnete Leonh. Geigel und Seb. Spiegel als Ersatzmänner: Dechant Endres und M. Geri in Gersfeld. Durch den letzten Friedensschluß mit Preußen wurde nun ein großer Theil des gedachten Wahlbezirkes (Hilders und Weihers) mit mehr als 20,000 Seelen an Preußen abgetreten. Preußische Unterthanen können keine Abgeordneten in die bayerische Kammer deputiren; also haben auch die von ihnen früher deputirten kein Mandat, kein Recht auf Sitz und Stimme mehr. Zieht man die abgetretenen 20,000 Seelen von den ursprünglichen 60,577, die den Wahlbezirk Brückenau bildeten, ab, so bleiben noch 40,577 Seelen, und diese können nur einen, nicht zwei Abgeordnete in der Kammer haben. Die Wahl der Herren Geigel und Spiegel ist also nichtig und eine Neuwahl anzuordnen; ihr Mandat ist erloschen, weil die Mandatgeber kein Recht mehr haben, Abgeordnete zu senden." Der „Nürnb. Korr." bemerkt hierzu: „Die Frage über die Rechtsbeständigkeit des Mandats dieser beiden Abgeordneten ist eine neue und theoretisch nicht uninteressante, dürfte aber praktisch doch wohl der Kürze halber im bejahenden Sinne zu entscheiden sein."

Berlin, 15. Jan. Dem Vernehmen nach liegt dem Könige jetzt die Verordnung wegen Beeidigung der Beamten in den neu erworbenen Landestheilen zur Vollziehung vor. — Auf den Werften von Samuda Brothers in London und der société des forges in Marseille werden für preußische Rechnung zwei Panzerfregatten gebaut. Nach einer vom König getroffenen Bestimmung soll ersteres Schiff den Namen „Kronprinz" und letzteres den Namen „Prinz Friedrich Carl" führen. (B. Z.)

Der „Köln. Ztg." wird offiziös aus **Berlin**, 15. Jan., geschrieben: „An dem Zustandekommen des norddeutschen Verfassungswerkes wird weniger als je gezweifelt. Man sieht eine Verständigung mit den Regierungen als bevorstehend an. Welche Veränderungen der Entwurf im Einzelnen erhalten wird, darüber kann Zuverlässiges nicht bekannt sein. Man glaubt, die etwa zur Annahme gelangenden Amendements würden nicht sehr wesentlicher Natur sein, und es bleibt nur zu hoffen, daß sich das erwähnte Gerücht, in der Angelegenheit des Normalbudgets werde durch einen anderen Modus der Verfassungskonflikt vermieden werden, bewähren möge. Angesichts der Wahlen wird man solche günstige Nachrichten mit einiger Vorsicht behandeln müssen. Im Herrenhause indessen sprach sich der Ministerpräsident heute mit solchem Nachdruck gegen einen neuen Konflikt aus,

Digitized by Google

daß die Voraussetzung, die Regierung werde einen tiefgehenden Zwiespalt zwischen Parlament und Abgeordnetenhaus zu vermeiden wissen, als gerechtfertigt erscheinen wird. Die Rede des Grafen Bismarck hat übrigens zu der Annahme des Gesetzes wegen des Art. 69 im Herrenhause mit der großen Majorität von 68 Stimmen gegen 24 und 18 sich enthaltende ohne Zweifel beigetragen. Aus den Schlußworten des Ministerpräsidenten scheint nach dem mir vorliegenden Berichte hervorzugehen, daß die Regierung eine Sommersession zu vermeiden wünscht, wie das auch schon mehrfach verlautet hat, ohne daß die praktische Ausführbarkeit nach dem Schlusse des Parlaments vorerst ersichtlich wäre. — Heute wurde die Bezeichnung des preußischen Commissars in Sachen der holländisch-belgischen Schelde-Differenz erwartet. — Ihre Wiener Correspondenz bestätigt, daß zwischen den Mächten in der rumänischen Anerkennungsfrage darüber verhandelt wird, ob die Anerkennung, nachdem Rußland damit einseitig vorgegangen, durch einen Collektivakt oder einzeln erfolgen soll. Es handelt sich allerdings äußerlich um eine Formfrage, die aber darin ihre Bedeutung hat, daß die Westmächte das Präcedenz eines einseitigen, den Pariser Frieden verändernden Aktes nicht wollen Platz greifen lassen. Wegen einer Pariser Konferenz war allerdings eine Anregung der Westmächte erfolgt, aber wie ich dies ausdrücklich gemeldet habe, nicht auf schriftlichem Wege. Man hatte sich überzeugt, daß Rußland die Wiedereröffnung der Pariser Konferenz für unnöthig erkläre und nicht darauf eingehen wolle. So gelangte man zu dem Vorschlage von identischen Noten. Der Entwurf einer solchen soll hier etwa um den 11. Jan. übergeben worden sein und man hofft, daß sich Preußen anschließen werde."

Wien, 12. Januar. Die „Neue freie Pr." schreibt: „Eine höchst bezeichnende Thatsache wird uns heute aus einer ausländischen Hauptstadt berichtet. Der Minister des Aeußern, Frhr. v. Beust, hat, so lautet die uns zugekommene Nachricht, an die Vertreter Oesterreichs im Auslande eine vertrauliche Depesche erlassen, welche sich über die innere Lage Oesterreichs äußert und den Anlaß dazu aus der Einberufung des außerordentlichen Reichsrathes nimmt. Der Minister meint in seiner in den ersten Tagen dieser Woche von Wien expedirten Depesche, das Januar-Patent habe in der cisleithanischen Presse allerdings eine heftige, zum Theil bis zur Leidenschaft gesteigerte Agitation hervorgerufen, aber die Regierung sei entschlossen, dieselbe gewähren zu lassen, überzeugt, daß ihre wahrhaft liberalen Absichten auch bei der deutschen Bevölkerung in kurzer Zeit anerkannt werden würden. Das Januar-Patent müsse und werde durchgeführt werden und auch die deutsche Presse werde, wenn nur erst der außerordentliche Reichsrath zusammengetreten, der Regierung, sobald diese sich dem Lande gegenüber ausgesprochen, ihre Unterstützung nicht versagen. So, wie gesagt, soll Frhr. v. Beust den diplomatischen Vertretern Oesterreichs im Auslande erst vor einigen Tagen geschrieben haben, und der uns diese Nachricht mitgetheilt, ein wahrheitsliebender Mann, garantirt zwar nicht die Worte, aber den Sinn dieser neuesten Depesche."

Wien, 15. Jan. Der bisherige Vicepräsident der ungarischen Statthalterei, Hr. v. Barial, legte gestern in besonderer Audienz sein Amt in die Hände des Kaisers zurück. Die Versuche, ihn zum Bleiben zu bewegen, waren fruchtlos gewesen. Die Ernennung eines Nachfolgers ist bisher nicht beabsichtigt.

Haag, 15. Jan. Die preußische Regierung hat durch ihren Gesandten Grafen Perponcher unserer Regierung offiziell mitgetheilt, daß sie beschlossen habe, der Anforderung Belgiens zu folgen und einen Ingenieur zu ernennen, welcher mit einem französischen und einem englischen Ingenieur eine Untersuchung anstellen soll, inwiefern die Arbeiten, die von niederländischer Seite an der Ostsee-Schelde ausgeführt werden, auf die Schifffahrt Einfluß ausüben.

Brüssel, 15. Jan. Die Kammer der Repräsentanten hat heute ihre Arbeiten wieder aufgenommen und mit einem höchst wichtigen und interessanten Gegenstand begonnen. Der neue Strafcodex ward zur Diskussion gebracht und nachdem es festgestellt worden, daß die Kammer kompetent sei, das ganze neue Gesetz nochmals zu berathen und zu amendiren und nicht nur die vom Senate abgeänderten Artikel desselben, kam man sofort auf die Hauptfrage: auf die Abschaffung oder Beibehaltung der Todesstrafe. Der Senat hat sich für die Beibehaltung derselben erklärt, die zweite Kammer scheint in ihrer Mehrheit dagegen stimmen zu wollen. Der Justizminister, Hr. Bara, der selbst sich für die Abschaffung der Todesstrafe erklärt, wünschte jedoch, die Diskussion darüber für jetzt vermieden zu sehen. Die öffentliche Meinung möge sich erst darüber aussprechen, es müsse sich erst draußen eine Propaganda für die Abschaffung der Todesstrafe bilden, damit das Projekt, das schon einmal im Senat zurückgewiesen sei, nicht auch in der 2. Kammer verworfen werde, was möglich sei, wenn man die Frage jetzt schon discutiren wolle. Die Regierung habe im Senat den Vorschlag der Abschaffung lebhaft unterstützt. Dennoch habe der Senat sich dafür ausgesprochen, indessen habe die allgemeine Meinung dafür an Ausbreitung gewonnen und sie werde immer größere Wirkung ausüben. Mehrere Redner bestanden jedoch auf der sofortigen Diskussion der Frage; ein Amendement, welches den Artikel 7 beseitigt, d. h. die Todesstrafe abschafft, ward von den Herren Guillery, de Thuin, Havemans, Nervan, Lambert, Crombey, Vleminck, Funck und Le Hardy eingebracht und demgemäß die allgemeine Diskussion geschlossen und die der einzelnen Artikel mit dem Artikel 7 begonnen. Herr Thonissen, welcher die Frage zuerst angeregt hatte, sprach für die Abschaffung. Er findet die einzige Rechtfertigung der Todesstrafe in ihrer Nothwendigkeit und bestreitet diese. Er weist nach, daß noch im vorigen Jahrhundert die Abschaffung der grausamen Verschärfungen der Todesstrafe und der Folter Widerstand bei den Criminalisten aus Rücksichten der Nothwendigkeit gefunden, eine Nothwendigkeit, an welche heute Niemand mehr glaube. Er belegt nun weiter mit statistischen Nachweisen, daß die Häufigkeit der Todesstrafen mit der Häufigkeit der Verbrechen in keiner nothwendigen Beziehung stehe, und daß gerade die statistischen Erfahrungen die Nothwendigkeit der Todesstrafe verneinten. Vor Allem aber legt der Redner Gewicht darauf, daß das Todesurtheil ein niemals zu reformirendes Urtheil sei und die Richter fehlbare Menschen. In Frankreich und England seien zwischen 1846 und 1856 zehn Menschen zur Todesstrafe verurtheilt worden, deren Unschuld nachher gerichtlich anerkannt worden sei.

Die „N. Fr. Pr." bringt einen Bericht über die Kammersitzung zu **Bukarest** am 4. Jan., wo sich endlich der parlamentarische Sturm über den Häuptern des Ministeriums Ghika entlud. Den unmittelbaren Anlaß hierzu gab eine sonst höchst unbedeutende Interpellation, welche bei einer anderen Lage der Dinge unbeachtet vorübergegangen wäre, bei der seit einigen Tagen zwischen dem Ministerium und der Kammer eingetretenen Spannung jedoch den Zündfunken abzugeben bestimmt war, welcher die Pulvermine in Brand setzte. Kaum war das Protokoll der vorangegangenen Sitzung verlesen und angenommen, als der Abgeordnete und Redakteur des oppositionellen (Kusa'schen) Blattes „Trompetta," Cäsar Bolliac, drei Interpellationen: über den Verkauf mehrerer Wälder in den Staatsgütern in der Moldau, über das neue Anlehen und über die Duldung mehrerer Fremden im Post- und Telegraphendienste ankündigte und sie auch gleich zu entwickeln begann. Seine Rede war voll der heftigsten, zu großen Theilen auch höchst ungerechten Invektiven gegen die bisherige Regierung. Als Bolliac das Ministerium sogar des schlechten Glaubens und für das Land höchst verderblicher Absichten beschuldigte, und der Präsident ihm dennoch das Wort nicht entzog, bemerkte man, wie der Premier, Fürst J. Ghika, eine Weile seine Collegen zu Rathe zog, sofort einen kleinen Zettel aufsetzte und denselben einem Ordonnanzoffizier übergab. Nachdem Bolliac geendet, erklärte der Premier, das Ministerium sei bereit, auf die ihm gemachten Einwürfe sogleich zu antworten, was er nun in einer höchst würdigen und ruhigen Weise that. Währenddem sieht man obigen Ordonnanzoffizier wieder eintreten und dem Fürsten Ghika ein Schreiben mit dem bekannten fürstlichen Siegel überreichen. Nachdem der Premier es geöffnet, setzt er in der ruhigsten Weise seine Rede fort und erklärt, das Ministerium habe sich angesichts der Haltung der Kammer den demselben gemachten Invektiven gegenüber bewogen gefunden, seine Entlassung einzureichen, welche denn auch soeben von dem regierenden Fürsten angenommen wurde. Jetzt entsteht ein furchtbarer Lärm, indem ein Theil der Kammer nichts von einer Entlassung wissen will, und mitten im Lärm sah sich der Präsident, Laskar Katargiu, genöthigt, die Sitzung für geschlossen zu erklären. Später hat, wie bekannt, Ghika auf Bitte des Fürsten seine Entlassung zurückgenommen. Am 13. empfing der Fürst Karl die verschiedenen Staatskörper und die Minister zur Neujahrsbeglückwünschung; der herzliche Empfang machte den besten Eindruck.

Athen, 3. Jan. Das Ministerium Communduros hat vorgestern seine Funktionen angetreten, und ist bei seinem Erscheinen in der Kammer mit freudigem Zuruf empfangen worden. Es trat vor die Vertreter des Volks ohne schriftliches Programm, das an und für sich immer nur leere Versprechungen enthielt, und der Ministerpräsident entwickelte in einer Ansprache zuerst die Lage des Landes in allgemeinen Umrissen, dann die Absicht, die Schäden zu verbessern und ging auf die äußeren Beziehungen über. Die Zustände Griechenlands selbst bezeichnet der Ministerpräsident mit folgenden Worten: „Die öffentliche Sicherheit, wie ihr wißt, ist nicht blühend; das Ansehen der Gesetze ist verbleicht. Der finanzielle Zustand ist trauriger, als wir es glauben konnten; in der Staatskasse befinden sich wenig Gelder, desto mehr werden wir von Schuldnern und Gläubigern gedrängt — überschwemmt. Die Armee ist in vollständiger Mangelhaftigkeit." Die auswärtigen Beziehungen betreffend, erklärte der Ministerpräsident, daß es der Wunsch des Ministeriums sei, die

freundschaftlichen Beziehungen mit allen Mächten zu erhalten, und die angestrengteste Thätigkeit wird nur auf diesen Zweck gerichtet sein. Allein wenn auch diese Absicht vorherrscht und wenn auch das Königreich weder Unordnungen wünscht, noch sie hervorruft, so gibt es doch Ereignisse, ganz unabhängig von seiner Thätigkeit, Unordnungen in den Nachbarprovinzen, die aus lokalen Gründen hervorgehen, für welche Griechenland nicht verantwortlich ist, die aber Gefahr für die Ordnung im Innern und für die Harmonie in den auswärtigen Beziehungen bringen können. Wie ist es möglich, daß das griechische Volk unempfindlich bleibe! Hier wurde der Redner durch stürmischen Beifallsruf aus der Kammer wie von den Galerien unterbrochen, und fuhr erst nach einer langen Pause fort, den Eindruck zu beschreiben, welchen die fast täglich aus Kreta ankommenden fast nackten Weiber und Kinder auf das griechische Volk ausüben. „Niemand kann sich beklagen, wenn wir diesen Flüchtlingen jede mögliche Unterstützung gewähren. Niemand kann von der griechischen Regierung verlangen, daß sie, während sie die internationalen Rechte der andern achtet, die Rechte der Neutralität des griechischen Volkes mißachten soll. Und welche griechische Regierung, selbst wenn sie wollte, ist im Stande, sie zu mißachten? Die Lage, in welcher der Aufstand Kreta's Griechenland gebracht hat, ist nicht ohne Gefahr, und selbst die Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen mit einer befreundeten Macht gehört zu den Möglichkeiten." (A. Z.)

Athen, 5. Jan. Aus der Vorlage des Regentschaftsgesetzes in der Kammer, die sie schon gestern erhielt, geht hervor, daß die Abreise des Königs eilig betrieben wird, und aus dem Inhalte erhellt, daß Prinz Johann von Glücksburg bald hier ankommen muß, weil er in der Kammer im Beisein des Königs den Eid ablegen soll, der im Gesetzentwurf vorgeschrieben ist. — Das Ministerium verlangt 50 000 Drachmen zur Unterstützung der kretische Familien. — Der Aufstand in Thessalien und Epirus breitet sich immer mehr aus; die Bezirke von Tzumerka und Radovitz dieser letztern Provinz haben sich erhoben und eine provisorische Regierung errichtet, die sich „provisorische Regierung von Thessalien und Epirus" nennt. In einer Zuschrift an die Konsuln der Mächte heißt es: „Wir konnten die Unterdrückung des Sultans nicht länger ertragen, die Gründe warum, sind in der beiliegenden Erklärung auseinandergesetzt, und wir haben die Waffen ergriffen, um die Freiheit zu erobern, welche das freie Griechenland schon im Jahr 1821 sich erkämpft hat, und bitten deshalb alle Freunde der Freiheit, uns mit ihrer Gegenwart und ihren Waffen beizustehen." In siebenzehn Paragraphen sind nun die Auflagen auseinandergesetzt, mit welchen die türkische Regierung die Rajas dieser Provinzen zu Tode hetzt. Der Ort des Sitzes der provisorischen Regierung heißt Petrilon in Agrapha. — Die Spannung mit der Türkei ist durch die neuesten Nachrichten aus Konstantinopel vermehrt worden. Eine Note der Pforte an die drei Schutzmächte Griechenlands soll Anklage gegen Griechenland aussprechen wegen der Ereignisse auf Kreta und Thessalien. Wenn die türkischen Minister Griechenland einzuschüchtern glauben, so verkennen sie den Geist, der in der Bevölkerung weht, die von Stunde zu Stunde mehr entschlossen ist, Leben und Eigenthum zu opfern, um der Zwitterexistenz der türkisch-griechischen Provinzen ein definitives Ende zu machen. Ein solcher Krieg wird aber nicht von der griechischen Armee geführt, sondern von der griechischen Bevölkerung im im illyrischen Dreieck gegen die türkische Herrschaft. (Allg. Z.)

Neueres.

Berlin, 16. Jan. Die „Provinzial-Correspondenz" bezeichnet heute als den Zweck der Parlamentswahlen die feste Vereinigung von 30 Millionen Norddeutscher und die Gewinnung eines Anhalts, um demnächst alle deutschen Staaten zu umschlingen. — Außerdem hat die „Prov.-Corr." zu melden, daß die Verhandlungen mit dem Herzog von Nassau dem Abschluß nahe sind. Die k. Regierung hielt das Verbleiben des Domänengutes im Privatbesitz des Herzogs für unvereinbar mit dem wirthschaftlichen Landesinteresse. — Dem Erscheinen des Einverleibungspatentes für die Elbherzogthümer wird stündlich entgegengesehen, damit die Bewohner, namentlich auch die Gesammtschleswigs, sich an den Reichstagswahlen betheiligen können.

Berlin, 17. Jan. Das Abgeordnetenhaus hat in seiner heutigen Sitzung den Gesetzentwurf über Diätengewährung an die Mitglieder des Parlaments mit 178 gegen 106 Stimmen angenommen. Die Regierung lehnte zuvor den Entwurf ab, weil er vor den Reichstag gehöre.

Florenz, 17. Jan. Wie die „Opinione" meldet, sind die Unterhandlungen mit Rom wegen der Besetzung der Bisthümer beendet. Der Papst und der Kardinal Antonelli werden den Staatsrath Tonello nächstens in einer Abschiedsaudienz empfangen. — Das „Nuovo Diritto" meldet, daß der König dem Grafen Bismarck das Collier des Annunciaten-Ordens gesandt und daß Baron Ricasoli und Marquis Venosta vom Könige von Preußen den schwarzen Adlerorden erhalten haben.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	68 1/4 G.
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	61 1/2 G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1865	57 5/8 — 7/8 G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	61 5/8 P. 1/4 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	42 6/8 G.
"	4 1/2 pCt.	37 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 1/2 G.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	95 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto	95 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto	90 1/8 G.
"	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	90 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
"	3 1/2 pCt. Obl. dto	86 P.
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	96 1/8 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. dto.	83 3/8 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	93 3/8 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. v. 1842	86 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 3/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	94 7/8 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	89 1/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	84 1/2 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl. [illegible]	83 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. [illegible]	—
"	2 1/2 pCt.	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	83 1/8 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 fl. 2 1/2	77 6/8 P.
"	6 pCt. ditto r. 1882	76 6/8 — 3/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	180 1/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	644 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	140 1/2 — 41 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	90 1/2 P.
Darmst. bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	206 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	76 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr	78 1/2 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	341 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	105 5/8 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 24 kr	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. [illegible]	—
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 [illegible]	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	154 7/8 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt	89 1/2 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	10[illegible] 1/2 — 7/8 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt	47 7/8 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. [illegible]	80 1/2 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
5pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	44 3/8 P.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	118 5/8 P. 1/4 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. [illegible]	118 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/4 P.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 7/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S	99 7/8 P.
Berlin Th. 60 k. S	105 P.
Bresl. 60 Th. Lob. k. S.	105 3/8 G.
Brüssel Frs 200 k. S.	94 1/8 G
Cöln Thlr. 60 k. S	105 P.
Hamb. Mb. 100 k. S	88 1/8 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 G.
London Lst. 10 k. S.	118 5/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. [illegible]	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 1/4 — 3/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. S.	88 5/8 — 7/8 G.
do. in Oest. W. k. S.	88 5/8 — 7/8 G.
Disconto . . .	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	104 P. 103 1/2 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	52 1/2 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	65 1/2 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	145 1/2 P.
" fl. 500 v. 1860 5/7	64 P.	" fl. 25 do.	42 P.
" fl. 100 Kred. L. v. 1858.	—	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 1/2 P.
" do. v. 1864.	67 3/8 P. 67 G.	Sardinische Fr. 36 b. h.	—
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	101 3/4 — 101 5/8 G	Neuenburger 10 Frs.-Loose	—
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 1/8 P.	Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Badische fl. 35 . . .	52 1/4 P.	Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28 1/4 P.
		St. Eitrich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
		Anstb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 1/8 P.

Frankfurt, 17. Januar. Obwohl Gold vom 16. aus New-York wiederum etwas höher kam, verkehrten Amerikaner doch in sehr fester Haltung zu gegen gestern beinahe unveränderten Coursen. — Oesterreicher waren auf bessere Wiener Notirungen etwas animirter. — (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 19. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 19. Januar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 18. Januar. Se. Maj. der König hat dem Kaufmann Ph. Overlack in Köln das Ritterkreuz 2. Kl. des Verdienstordens vom h. Michael verliehen; den Frhrn. R. v. Künsberg v. Fronberg tax- und kostenfrei zum Kammerjunker ernannt; dem Gastwirthe K. Müller in Frohnhofen die Bewilligung zum Tragen des von dem Großherzoge von Hessen ihm verliehenen Ritterkreuzes 2. Klasse des Ludwigsordens ertheilt; dem A. A. Schäfer von Zündersbach in Preußen das Indigenat verliehen.

Die Stelle eines Bezirksarztes 2. Klasse in Bliescastel ist erledigt.

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 17. Januar. Durch Ministerialrescript wurde der Oberlieutenant und Bataillons-Adjutant A. Mieg vom 7. Inf.-Reg. der Adjutanten-Funktion auf Nachsuchen enthoben.

Durch das Art.-Corps-Commando wurden versetzt: die Oberlieutenants C. Dörfer, C. Lienhardt und A. Huber; die Unterlieutenants Jos. Winkler, D. Huber, A. Rumpel, C. Brümmer und J. Kirchner von der Fuhrw.-Eskadron des 1. Art.-Reg. zur Fuhrw.-Abth. des 3. reit. Art.-Reg.

München, 16. Jan. Den Nachgenannten wurden Gewerbsprivilegien verliehen, und zwar: den Maschinen-Fabrikanten Schäffer und Budenberg von Buckau-Magdeburg auf Verbesserungen an dem von ihnen erfundenen, unterm 27. Okt. 1865 patentirten Injecteur für den Zeitraum von zwei Jahren vom 9. Jan. l. J. anfangend, dem Kunstanstaltsbesitzer A. Pecher von Nürnberg, auf Anfertigung sog. Zauber-Metachromatypien für den Zeitraum von zwei Jahren vom 9. Jan. l. J. anfangend, dem Mechanikus C. Kerzdörfer von Ansbach, auf eine verbesserte Wäsch-Mangmaschine für den Zeitraum von zwei Jahren vom 10. Jan. l. J. anfangend. — Das dem Hafnermeister J. G. Stadelmann von Nürnberg unterm 12. Jan. 1863 verliehene bis dahin 1867 in Kraft bestehende Privilegium auf Fabrikation von Backsteinen aus Lehm und Sägespänen wurde für den Zeitraum von zwei Jahren, vom 12. Jan. l. J. anfangend, verlängert.

München, 16. Januar. Die Rinderpest ist nunmehr auch im Kreise Königgrätz in Böhmen ausgebrochen. Da nach den bestehenden Verkehrsverhältnissen eine Verschleppung jener Krankheit aus der bezeichneten Gegend nach Bayern zu besorgen ist, so wurde vom kgl. Staatsministerium des Innern unterm 11. d. M. unter Bezugnahme auf § 1 der allerhöchsten Verordnung vom 6. v. Mts., Maßregeln gegen die Rinderpest betr., und im Nachgange zu den Bekanntmachungen vom 8. und vom 29. v. Mts., das Verbot der Verbringung von Rindern, Schafen und Ziegen im lebenden oder todten Zustande und der Rohstoffe von diesen Thieren in frischem oder getrocknetem Zustande nach Bayern auch auf die aus dem Kreise Königgrätz in Böhmen kommenden vorgenannten Thiere und Rohstoffe ausgedehnt.

Aus Baden, 15. Jan. In den nächsten Tagen wird die Verlegung eines großen Theils der badischen Truppen ausgesprochen werden. Die Veranlassung hierzu liegt in den Zuständen der Festung Rastatt. Nachdem die Gewißheit darüber erlangt ist, daß die preußische Regierung einen Theil der Besatzung nicht abgeben wird, verlangt nicht allein die strategische Bedeutung des Platzes, sondern auch der Zustand der Gewerbeverhältnisse gebieterisch, daß eine verstärkte Besatzung hinein verlegt wird. Demgemäß werden die beiden Regimenter von Freiburg und Constanz von dort abberufen und in jene Städte nur die Bataillone von Füsilieren und Jägern verlegt; auch die Garnison von Durlach wird abziehen. Dadurch werden sich die Nahrungsverhältnisse von Rastatt voraussichtlich wieder besser gestalten. (Schwäb. Merk.)

Darmstadt, 15. Jan. Den Ständen wird demnächst eine Vorlage unterbreitet werden betreffs des Ersatzes der den Gemeinden und Privaten durch Einquartierung, Lieferungen, Beschädigungen u. s. w. erwachsenen Kosten. Für die Einquartierung der mit dem 8. Armeekorps vereinigt gewesenen Truppen soll nach dem üblichen Tarif Ersatz geleistet werden, in welcher Höhe für preußische und sonstige Einquartierung, ist zur Zeit noch nichts bestimmt. Eine Kommission, gebildet aus Geheimrath Dr. Goldmann, Geheimerath v. Starck und Oberrechnungsrath Heß, ist mit dieser Angelegenheit betraut. (Frkf. Journ.)

Frankfurt, 16. Jan. Die meisten Handelskonsulate, welche früher in Frankfurt bestanden und nach der Annexion an Preußen suspendirt wurden, scheinen nun allmählich wieder errichtet zu werden. So hat jetzt das Ministerium des Aeußern in Berlin dem hiesigen Kaufmann Herrn Jakob Gerson als k. sächsischem Generalkonsul für Frankfurt, als welcher er schon bei dem Senate der vormals freien Stadt beglaubigt gewesen war, das Exequatur ertheilt. — Die ständige Bürgerrepräsentation von Frankfurt hat in Gemäßheit der kgl. Verordnung, welche ihr die Befugnisse des aufgelösten gesetzgebenden Körpers in städtischen Angelegenheiten übertragen, nunmehr eine legislative Thätigkeit auszuüben begonnen. In ihrer gestrigen Sitzung hat sie den status exigentiae pro 1867, den Budget-Entwurf, welcher ihr vom Senate mitgetheilt worden, an einen Ausschuß zur Begutachtung verwiesen und ihre Zustimmung dazu gegeben, daß die Einkommensteuer und die Wohnungs- und Miethsteuer, nach Maßgabe der Gesetze vom 26. Jan. 1866, als außerordentliche städtische Abgaben auch für das Jahr 1867 forterhoben werden.

Kassel, 13. Januar. Durch die Zeitungen geht die Nachricht, daß dem Prinzen Wilhelm von Hanau aufgegeben worden sei, binnen 48 Stunden die bisher von ihm innegehabte Wohnung im ehemaligen Fürstenhause zu räumen. Die Sache verhält sich so: Das Fürstenhaus gehört zu den Gebäulichkeiten des vormaligen kurfürstlichen Hausfideicommisses und hat, wie die anderen damit verbundenen

Feuilleton.

General Friedrich v. Flotow.

Kaum hat sich das Grab geschlossen über der Leiche des Generallieutenants Ritter v. Manz, und schon wiederum hat die bayer. Armee den Verlust eines ihrer würdigsten Veteranen, des k. Kammerherrn und pensionirten charakterisirten Generals der Cavallerie, Fr. Frhrn. v. Flotow, zu betrauern, welcher gestern Mittags 1 Uhr nach kurzem Krankenlager und einem vielbewegten thatenreichen Leben, im Alter von 81 Jahren sanft im Kreise der Seinen dahin entschlummerte.

Georg Christian Carl August Friedrich von Flotow wurde am 10. April 1786 in der damals unter preußischer Oberhoheit stehenden Stadt Bayreuth als der Sohn eines brandenburgischen Kammerherrn und Landschaftsrathes, späteren preuß. Kammerdirektors, geboren. Noch nicht 13 Jahre alt, trat er am 2. Dez. 1798 als Junker in das preußische Kürassier-Regiment Malschitzky, wurde am 10. März 1801 Kornet und am 21. Nov. 1803 Lieutenant im selben Regimente, in welcher Charge er in den Jahren 1805—1807 die preußischen Feldzüge gegen Schweden und Frankreich mitmachte und sich mehrfach durch Unerschrockenheit und Tapferkeit auszeichnete, (so daß er wegen seines Verhaltens in der Campagne von 1806 später den St. Johanniter-Orden erhielt), auch bei Lübeck zweimal verwundet wurde. Als nach Beendigung des letzteren Feldzuges in der preußischen Armee erhebliche Reduktionen eintraten und dem strebsamen jungen Offizier sich dadurch die Aussichten auf Avancement verringerten, quittirte er unter dem Ausdrucke des allgemeinen Bedauerns seiner Vorgesetzten und mit den ehrenvollsten Zeugnissen die preußischen Dienste und trat am 4. Juli 1808 als Oberlieutenant in ein neu errichtetes großh. mecklenburgisches Infanterie-Regiment, in welchem er den Rheinbundfeldzug 1809 gegen Oesterreich mitmachte, zum Capitän avancirte und bei Damgarten an der Ostsee abermals verwundet wurde. Als im Jahre 1810 das Fürstenthum Bayreuth an die Krone Bayern kam, drängte es ihn, seine Dienste dem neu erworbenen Vaterlande zu widmen, und er wurde, seiner Bitte entsprechend, am 15. Nov. 1810 als Oberlieutenant im 4. Chevauxlegers-Reg. König übernommen.

Im Feldzuge 1812 gegen Rußland zeichnete er sich als Adjutant des Generalmajors Grafen v. Preysing, namentlich bei Borodino, derartig aus, daß ihm auf dem Schlachtfelde der Orden der französischen Ehrenlegion zuerkannt wurde. Auf dem Rückzuge von Moskau rettete er am 2. Dez. 1812 seinen General Grafen v. Preysing mit

Räumlichkeiten, so u. A. das Bellevueschloß, die Bestimmung erhalten, zu Repräsentationswohnungen für die höchsten Behörden zu dienen. Dem Vernehmen nach wurde das Fürstenhaus für den kommandirenden General bestimmt. Dem Prinzen Wilhelm wurde von dieser Verfügung bereits vor einem Vierteljahre Kenntniß gegeben; da es ihm indessen nicht gelungen war, eine anderweitige passende Wohnung zu finden, so blieb er in seiner bisherigen, für deren Räumung ihm jetzt nach Ablauf des Termins eine nochmalige kürzeste Frist angesetzt wurde. Der Prinz gab dieser sogleich Folge und nahm in einem Hotel Wohnung. — Der jüngste Sohn des Kurfürsten, Prinz Wilhelm von Hanau, ist in österreichische Militärdienste gegangen, ein anderer Sohn, Prinz Heinrich, hat sich in Wiesbaden angekauft und sich daselbst niedergelassen, Prinz Karl hat eine längere Reise angetreten. (Nat.-Z.)

Berlin, 15. Jan. Erster Gegenstand der Tagesordnung in der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten war die folgende Interpellation des Abg. Twesten: „Am 5. Dezember v. J. ist der Kaufmann Sontag zu Hannover verhaftet und nach der Festung Minden abgeführt worden, obwohl er nicht der ehemaligen hannover'schen Armee angehört hat, und obwohl er nicht beschuldigt ist, eine Militärperson beleidigt zu haben. Das Verfahren gegen denselben ist daher nicht durch den k. Erlaß vom 3. Dezember 1866 gerechtfertigt und ist durch Beschwerde vom 24. v. M. zur Kenntniß der Herren Minister des Innern und der Justiz gebracht worden. Ich richte an das k. Staatsministerium die Frage, ob gegen die gedachte Maßregel Abhilfe getroffen wird. Twesten erkennt in Bezug auf Hannover die Nothwendigkeit außerordentlicher Maßregeln an, meint aber, daß die k. Verordnung vom 3. Dez., sobald die Verhältnisse es erlauben, wieder aufgehoben werden müsse. Nach seiner Meinung dürfte der Augenblick dazu schon gekommen sein, denn von Angriffen und Beleidigungen gegen Militärpersonen habe man in der letzten Zeit nichts mehr gehört, und es würde wohl wesentlich zur Beruhigung der Gemüther beitragen, wenn den hannoverschen Gerichten, auf deren Unparteilichkeit man doch wohl rechnen könne, vorkommende Uebertretungen 2c. zur Aburtheilung übergeben würden. Er sei weit entfernt zu glauben, daß die k. Staatsregierung noch der Mahnung bedürfe, in Hannover mit Milde zu verfahren; die Milde liege gewiß in ihrer eigenen Absicht; aber aufmerksam mache er darauf, daß ein Fall, wie der vorliegende, zur Beruhigung der Gemüther nicht beitrage, sondern der gegnerischen Agitation, insbesondere auch in Bezug auf die Parlamentswahlen, nur neue Nahrung gebe. Sollte sich indessen die Sachlage in Betreff des Sontag anders verhalten, als er informirt worden, so bitte er um Aufschluß und er würde sich dann gerne bescheiden. Der Justizminister: Die k. Staatsregierung könnte sich vielleicht auf den Standpunkt stellen, die Beantwortung dieser Interpellation von der Hand zu weisen, weil das Haus der Abgeordneten bis zur Einführung der preußischen Verfassung in Hannover nicht berechtigt sei, sich in Angelegenheiten der dortigen inneren Verwaltung einzumischen. Dieses Mittel wolle die Regierung jedoch nicht benutzen, schon deßhalb nicht, um der Annahme nicht Raum zu geben, als ob die Beantwortung der Interpellation ihr Verlegenheit schaffe. Die k. Staatsregierung glaube hinlängliche Anzeichen in der Hand zu haben, daß Sontag die ganze dortige Agitation in der Hand gehabt habe, daß er die Seele derselben, sowie die Seele aller Verbindungen der Agitation mit dem Auslande gewesen sei. Daß Ausnahmsmaßregeln in Hannover nöthig gewesen, sei zu bedauern, aber die Staatsregierung werde nicht Anstand nehmen, auch weiter solche zu ergreifen, wenn sich die Nothwendigkeit dazu herausstellt. Jetzt befinde sich die Sache des Sontag im Stadium der Untersuchung und das Urtheil sei abzuwarten. Die k. Staatsregierung würde es bedauern, wenn die Agitation in Hannover durch weitere Interpellationen, wie die gegenwärtige neue Nahrung erhielte.

Das Herrenhaus setzte heute die Verhandlung über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Artikels 69 der Verfassung 2c. fort. Hervorzuheben ist nur eine Rede des Ministerpräsidenten, welcher bemerkte: An sich stehe nichts entgegen, daß das Herrenhaus Mitgliedern aus allen den Kategorien, aus welchen es jetzt zusammengesetzt sei, auch aus den neuen Landestheilen erhalte, aber dies müsse dem Könige überlassen bleiben. Die Regierung denke nicht daran, sich von der konservativen Partei zu trennen, aber sie sei auch nicht dazu da, um einen Parteistandpunkt zu vertreten; sie habe höhere Rücksichten zu beachten. Je eher man hinsichtlich der neuen Landestheile aus dem Provisorium herauskomme, desto besser sei es; je fester man zugeknöpft sei, desto besser könne man im schlechten Wetter fortkommen; das Provisorium unnöthig zu verlängern, wäre unstaatsmännisch. Darum sollte das vorliegende Gesetz, so wie es ist, angenommen werden. — Das Resultat der Abstimmung war schließlich die Verwerfung der Commissions-Vorschläge und die unveränderte Annahme des aus dem andern Hause herübergekommenen Gesetzes mit 61 gegen 28 Stimmen. 18 Mitglieder haben sich der Abstimmung enthalten.

Die „N. A. Z." bringt folgende offiziöse Notiz: Es ist in verschiedenen Blättern behauptet worden, der Ministerpräsident Graf Bismarck habe von vorn herein erklärt, daß er kein Mandat für das norddeutsche Parlament annehmen werde. Diese Nachricht ist, wie wir hören, unbegründet. Als Candidat wird Graf Bismarck allerdings nicht auftreten, weil er in seiner Stellung nicht in politische Debatten bei einer Wahlversammlung eingehen kann. Nirgends aber hat der Ministerpräsident zu erkennen gegeben, daß er eine auf ihn fallende Wahl nicht annehmen würde. Seine Entscheidung wird aber von den Umständen abhängen, unter welchen die Wahl erfolgte.

Die „Hildesh. Allg. Ztg." sieht sich veranlaßt, den verschiedenen Gerüchten, welche über das Ende des Geh. Raths Wermuth im Umlaufe waren und eine heftige Polemik hervorgerufen hatten, durch folgende entschiedene Erklärung ein Ende zu machen: Geh. Rath Wermuth hat sich mit einem, mit Wasser gefüllten Pistol erschossen; er hat einen Brief zurückgelassen, in welchem er seine Angehörigen bittet, ihm einen Entschluß zu verzeihen, den er nicht länger von sich abweisen könne; schon mehrere Tage vor der That hat er geäußert, er befinde sich in einer Stimmung, welche ihn fürchten lasse, den Verstand zu verlieren.

Wien, 14. Jan. Nach den offiziell hier eingelangten Mittheilungen tritt der Prinz Humbert erst Ende Februar seine Reise an, in deren Verlauf er auch Wien berühren wird. (N. F. P.)

„Times" räth der österreichischen Regierung dringend, der deutschen Bevölkerung gerecht zu werden. Es kann ihr kein Heil daraus entstehen, sagt sie, wenn sie auf Kosten der Deutschen mit den

---

eigener Lebensgefahr vom Tode, wofür er später mit dem Verdienstorden der bayer. Krone belohnt wurde, gerieth aber hiebei selbst in russische Gefangenschaft, aus deren Leiden er erst nach 13 Monaten befreit, sofort nach seiner Rückkehr aber zum Rittmeister befördert wurde, in welcher Eigenschaft er noch den Feldzug von 1815 gegen Frankreich mitmachte. War damit auch seine Thätigkeit auf dem Felde der Ehre geschlossen, so eröffnete ihm der nun folgende lange Friede ein nicht minder ergiebiges Feld, seine reichen Erfahrungen und Kenntnisse für seine Waffe zu verwerthen.

Am 21. August 1827 wurde er zum Major, am 10. September 1840 zum Oberstlieutenant, dann am 25. Oktober 1842 zum Obersten und Kommandanten des 2. Kür.-Regiments, damals Prinz Johann von Sachsen, befördert, nachdem er vom Juni 1840 bis zu dieser letzten Beförderung als Referent im kgl. Kriegsministerium gearbeitet hatte. Am 21. August 1848 wurde der Generalmajor und Brigadier der 2. Armee-Division, nach ein paar Monaten bei der 1. Cavallerie-Division und im Jahre 1851 bei der 2. Armee-Division.

Im Jahre 1852, am 2. September, berief ihn das Vertrauen seines Königs unter Beförderung zum Generallieutenant auf die Stelle des Commandanten der 1. Armee-Division, als solcher wurde er am 1. August 1856 zur 4. Armee-Division versetzt, am 22. April 1859 General-Commandant zu Würzburg, endlich am 23. Februar 1861 mit dem Charakter als General der Cavallerie unter besonderer allerhöchster Anerkennung seiner langjährigen, erprobten Dienste in den wohlverdienten Ruhestand versetzt.

Streng rechtlich, gerade, offen und wahr, unermüdlich in der Pflichterfüllung, unerschütterlich in seiner Treue, wohlwollend gegen Jedermann, nur hart gegen sich, das war der Verstorbene, ein alter Cavalier im besten Sinne des Wortes. Trotz der Eisfelder Rußlands und der Leiden der Gefangenschaft hatte er bis in seine letzten Lebenstage eine seltene körperliche Rüstigkeit bei ungetrübten Geisteskräften bewahrt. — Seiner Ehe mit Sophie Magdalena Josepha Freyin von Würtzburg, die ihm im Tode vorausgegangen, waren 7 Kinder entsprossen.

Außer dem bayerischen Kronorden, dem preußischen St. Johanniterorden und dem Ritterkreuze der französischen Ehrenlegion, die er sich, wie oben erwähnt, auf dem Schlachtfelde verdiente, hatten das Groß-Comthurkreuz des Verdienstordens vom heiligen Michael, das Ehrenkreuz des Ludwigsordens, das Großkreuz des preußischen rothen Adlerordens, das Comthurkreuz des kaiserlich russischen St. Stanislausordens, die großherzoglich mecklenburgische Kriegsdenkmünze, dann das russische und französische Felddenkzeichen die tapfere Brust geziert. Sein Name wird unvergeßlich sein in der Geschichte des bayerischen Heeres. (Bayer. Ztg.)

---

weniger civilisirten Völkerstämmen coquettirt; nur durch deutsche Präponderanz kann in Oesterreich Ordnung, Freiheit und Fortschritt erblühen. Selbstregierung mag den einzelnen Völkern, so weit als möglich, bewilligt werden, allein das deutsche Element würde mit Ausnahme Ungarns und Galiziens überall wohlthätig wirken, wenn es die Oberhand hat. Durch seine intelektuelle und soziale Entwicklung ist das Kaiserreich rein deutsch. Wenn der Staat sich auflöste, würden die deutschen Provinzen vom großen gemeinsamen Vaterland mit offenen Armen aufgenommen werden; was aber aus den nicht deutschen Provinzen dann werden würde, haben Deak und der ungarische Landtag schwerlich reiflich überlegt; durch einen Bruch mit Oesterreich verfällt Ungarn dem Chaos; es mag alle Freiheiten erstreben, die mit der Existenz der Monarchie vereinbar sind, was es aber nur durch friedliche Agitation erreichen will, ist mehr als es durch eine siegreiche Revolution oder Krieg je erlangen könnte.

Wien, 16. Jan. Der „Wiener Abendpost“ wird aus Skutari gemeldet, die Pforte habe, nachdem sie erfahren, daß die den Montenegrinern zugesicherte Räumung von Novasello und Abtragung der Blockhäuser noch nicht vollzogen sei, Ismail Pascha als Bevollmächtigten abgesendet, um die schleunige Ausführung dieser Maßnahmen zu veranlassen.

Die „Presse“ konstatirt, daß sämmtliche Redner der Wiener Abgeordnetenkonferenz bei Pratobevera mit der größten Vorsicht die Ausdrücke „engerer“ oder „weiterer Reichsrath“ vermieden, entnimmt aber aus der Art und Weise der Motivirung des einstimmigen Votums, daß man nur noch den engern als das Organ zur Lösung des Verfassungskonflikts im Auge habe. „Theils scheinen sie überhaupt nicht mehr das Zustandekommen des weitern Reichsraths für möglich zu halten, theils haben sie vom Standpunkt der Legalität kein Bedenken mehr gegen die Kompetenz des engeren Reichsraths in Verfassungsfragen.“ Das „N. Fremdenblatt“ macht bemerklich, daß unter den zwanzig Mitgliedern der Konferenz höchstens drei Centralisten waren; zum Theil waren es gemäßigte Dualisten, und fast ein Drittheil der Versammlung gehörte den Autonomisten an, welche für die Verständigung mit Ungarn zu den größten Opfern bereit sind.

Kopenhagen, 10. Jan. „Dagbladet“ schreibt: „Eine aus Schleswigern bestehende Gesellschaft, welche sich in Fridericia aufhält, ist zusammengetreten, um den jungen Schleswigern, welche wegen Aushebung zum preußischen Militärdienst nach Dänemark auswandern, dort ein Unterkommen zu sichern und ihnen passende Plätze zu verschaffen. Die Gesellschaft wirkt ohne jede Vergütung und übernimmt selbst die dabei entstehenden Unkosten. Diejenigen, welche offene Stellen an Schleswiger zu vergeben haben, werden aufgefordert, ihre Adresse der „Gesellschaft vom 5. Januar 1867 poste restante Fridericia“ zukommen zu lassen. In Svendborg sollen viele Nordschleswiger angekommen sein.“

Kopenhagen, 14. Jan. Im Folksthing theilte der Präsident mit, der Kriegsminister werde einen Gesetzentwurf wegen theilweiser Niederlegung der Kopenhagener Festungswerke, sowie Aufhebung der Einschränkungen betreffs der Demarcationslinie einbringen. Das Gesetz betreffs Anschaffung neuer Waffen für 1½ Mill. Rthlr. erhielt die königl. Sanktion. (Hamb. N.)

Paris, 15. Jan. Der „Patrie“ gehen über New-York Privatnachrichten aus Mexiko zu, welche melden, daß die Truppen des Generals Mejia, von drei Jägerbataillons verstärkt, die Offensive vor San Luis Potosi ergriffen haben. Die Dissidenten wurden unfern Banos geschlagen und verloren ihre Artillerie und ihr Kriegsmaterial. General Miramon hatte das Kommando eines kaiserlichen Truppenkorps übernommen, mit dem er im Staate Oajaca operiren sollte. Der von Mexiko kommende General Douay war in Puebla angekommen, wo sich ein Theil des französischen Expeditionskorps sammeln sollte. Er sollte diese Stadt bis Ende Januars besetzt halten. Die Festungswerke von Orizaba waren unter Leitung des französischen Generals vollendet worden. — Der „Etendard“ kommt heute auf die Nachrichten des „Courrier des Etats-Unis“ zurück, welche den deutlichen Beweis von einer äußerst starken Spannung zwischen Kaiser Maximilian und Marschall Bazaine lieferten. Der „Etendard“ ist in der Lage, diese Nachrichten als jeder Genauigkeit und Begründung entbehrend hinzustellen. Er spricht in Bezug auf einzelne angebliche Absichten Bazaine's geradezu von Verläumdung. Bazaine habe weiter nichts gethan, als die Befehle seiner Regierung auszuführen und habe nie versucht, die ihm zugegangenen Instruktionen, alle Vorkehrungen zur Heimath zu treffen, zu umgehen. — Die „France“ spricht von häufigen Zusammenkünften, die Hr. v. Budberg, der russische Gesandte, mit dem Minister des Auswärtigen, Hrn. v. Moustier, haben soll. — Die italienischen sowohl als die spanischen Blätter sind heute gänzlich ausgeblieben, wahrscheinlich wegen starken Schneefalls in den Gebirgen, vielleicht auch wegen Ueberschwemmungen, wenn man nach der Seine urtheilen darf, welche, trotz des hier seit einigen Tagen herrschenden trockenen Wetters, nicht nur ihren sehr hohen Stand von voriger Woche beibehalten hat, sondern auch seit gestern wiederum etwas gestiegen ist. (Fr. Journ.)

Paris, 16. Jan. Das spurlose Verschwinden von bekannten Persönlichkeiten (Männer und Frauen) kommt in Paris in der letzten Zeit so häufig vor, daß die „Presse“ sich heute veranlaßt sieht, einen längeren Artikel über diesen Gegenstand zu veröffentlichen, worin sie der Polizei, welche bis jetzt nichts herausbringen konnte, zu Leibe rückt, und zugleich dem Publikum den Rath gibt, sich des Nachts nicht zu leichtsinnig auf die Straßen zu wagen, und besonders nicht ohne gewisse Vorsichtsmaßregeln Rendezvous anzunehmen, da ein Theil der Personen, die verschwunden sind (darunter auch eine junge, reiche Amerikanerin, die in den Champs Elisées mit ihren Kindern lebte, während ihr Mann in New-York wohnte, und welche eines Morgens unter dem Vorwande ausging, daß sie ein dringendes Geschäft zu besorgen habe, ohne jedoch zurückzukehren), sich unter dem Vorwande entfernten, daß sie wichtige Sachen zu besorgen hätten. Man schließt hieraus, daß die Leute, die sich mit diesem neuen Handwerk befassen, ihre Opfer durch irgend welche Vorspiegelungen an einen einsamen Ort locken, um sie dann zu berauben und umzubringen. Die Zahl der spurlos verschwundenen Personen beträgt schon acht. Nächtliche Raubanfälle finden fast jede Woche mehrere statt. (K. Z.)

Spanien. Der „Patrie“ vom 15. Jan. geht folgende Nachricht zu: Der Marschall Serrano, dessen mysteriöse Abreise von Mahon einiges Aufsehen erregte, wird in Paris erwartet. Der Marschall hat den ihm angewiesenen Aufenthaltsort in Begleitung seines Neffen verlassen, der bei ihm das Amt eines Adjutanten versah. Herr Vega Armijo, ehemaliger Minister im Cabinette O'Donnell, ist in Paris angekommen und Herr Bermudez de Castro ehemaliger Staatsminister, ist in Bayonne angekommen.

Die „Liberté“ bringt über Marschall Serrano folgende Nachricht: „Man versichert, Marschall Serrano, den ein Cavallerie-Detachement nach dem Orte seiner Internirung abführte, sei es gelungen, seine Eskorte zu bestechen. — Man sagt nicht, was [aus] dem Marschall und seinen neuen Anhängern geworden ist.

Florenz, 10. Jan. Der Minister des Innern hat ein sehr weitläufiges Rundschreiben an die Präfekten erlassen, welches ausführliche Weisungen in Betreff der Handhabung der öffentlichen Sicherheit enthält. Das Rundschreiben enthält eine lebhafte Schilderung der moralischen und sozialen Schäden, welche in Neapel, Sizilien und den ehemals päpstlichen Provinzen der Bestand geheimer Verbindungen mit sich führt, deren Zwecke die Sicherheit der Personen und des Eigenthums aufs höchste gefährdeten, und welche bei dem verderblichen Einflusse der betheiligten Regierungen, der sich noch immer geltend macht, gedeihen und ihre Netze immer weiter verbreiten. — Als in Neapel die Statuten und Korrespondenz einer geheimen Gesellschaft von Kamorristen mit Beschlag belegt wurden, erfuhr man, daß die Thätigkeit derselben dahin gerichtet war, nicht blos von allen selbst den ärmlichsten industriellen Gewinnsten Abgaben und Beiträge zu erpressen, sondern auch gegen Bestellung und Bezahlung Mord und Todtschlag zu begehen. Seit dem Jahre 1860 sind von der Regierung die größten Anstrengungen gemacht worden, um dieses Uebel auszurotten; aber die Maffia in Sizilien, die Kamorra in Neapel, die Gesellschaft der Pugnalatori (Erdolcher) in Forli und Ravenna haben zu verschiedenenmalen bewiesen, daß sie allen Maßregeln der Regierung zum Trotz zu bestehen wußten. Die Regierung kam schließlich zur Ueberzeugung, daß alle von ihr ergriffenen außerordentlichen Maßregeln ihr Ziel nicht zu erreichen vermögen; sie gibt nun weitläufige Instruktionen, wie mit Anwendung des bürgerlichen Strafgesetzes und der bestehenden Polizeiverordnung das Uebel unterdrückt werden könne, wenn die mit der Ausführung der gesetzlichen Maßregeln beauftragten Beamten mit Strenge, Muth und Ernst zu Werke gehen und überall das Ansehen der Regierung zu behaupten wissen.

Florenz, 13. Jan. Die Minister, Baron Ricasoli mit einbegriffen, haben das Finanzprojekt Scialoja's angenommen. Der Beitritt des Ministerpräsidenten zu dem Plane, die Veräußerung der Kirchengüter durch den Klerus selber vornehmen zu lassen, hat Aufsehen erregt. Das Publikum wollte darin blos einen Vorwand zur Umgehung des Gesetzes über die Einziehung dieser Güter erblicken, und die Linke wird den Entwurf angreifen. Das ist erklärlich, aber die Regierung scheint nöthigenfalls entschlossen, die Kammer aufzulösen.

Florenz, 17. Jan. Aus der Auseinandersetzung Scialoja's erhellt, daß der Staatsschatz zu Ende 1865 aus 364 Millionen bestand und zureichte, die verschiedenen Ausstände pro 1866 zu bezahlen, sowie auch das Defizit pro 1867 zu decken. Das Budget für das Heer wurde auf 140 Millionen reduzirt. Das ganze Defizit beläuft sich auf 185 Millionen. Der Minister gab auf's Neue

die bündige Erklärung ab, daß er an keine Reduktion der Zinsen der Staatsschuld denke. Morgen wird er die Mittel darlegen, mit deren Hilfe er das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben und ein normales Budget herzustellen hofft.

Neueres.

Berlin, 17. Januar. Das Abgeordnetenhaus hat heute den Gesetzentwurf Waurs, betreffend die Gewährung von Diäten für die Parlamentsmitglieder, mit 178 gegen 106 Stimmen angenommen, nachdem die Regierung den Entwurf, als vor den Reichstag gehörig, abgelehnt hatte.

Wien, 18. Jan. Die heutige „Presse" enthält die Nachricht: Umlaufenden Gerüchten aus Pesth zufolge soll das ungarische Ministerium aus der Deak'schen Partei ohne Altkonservative bewilligt sein. Die „Presse" macht den Zusatz als zuverlässig, daß diese Nachricht zur Stunde noch verfrüht sei.

Pesth, 17. Jan. Die Magnatentafel nahm die ihr von der Tafel der Abgeordneten übermittelte Adresse bezüglich des Heerergänzungsgesetzes einhellig an. Graf Cziraky sprach für die Revision der achtundvierziger Gesetze.

London, 18. Jan. Die Schneeverwehungen verhinderten während 36 Stunden die Ausgaben der Posten von dem Continent. — Der von Westindien angekommene Dampfer „Plata" hat auf seiner Reise 26 Passagiere am gelben Fieber verloren. — Aus Marseille wird gemeldet, daß die preußische Panzerfregatte „Prinz Friedrich Karl" am Mittwoch in Toulon vom Stapel gelaufen ist.

Bukarest, 18. Jan. Ein Dekret des Fürsten ermächtigt den Finanzminister provisorisch zur Steuereinhebung zur Bestreitung der Staatsauslagen auf Grundlage des Budgets von 1866.

Alexandrien, 11. Jan. Der Vizekönig beschloß den Bau einer Eisenbahn von Suakin nach Berbera und Sudan.

Verhandlungen der physikalisch-medizinischen Gesellschaft in Würzburg.

II. Sitzung am 12. Januar 1867.

1) Herr Geigel berichtet nach einem allgemeinen Rückblick auf Ursprung und Verbreitungsart der Cholera über eine kleine, lokale und in sich abgeschlossene Epidemie im hiesigen Bürgerspitale. Daselbst lag seit dem am 2. August erfolgten Einzuge der Preußen eine Anzahl von Reitersleuten, welche fast sämmtlich an Diarrhöe litten, und von denen zwei an Cholera erkrankt schon in den ersten Tagen in das Juliusspital überbracht wurden. In der Zeit vom 6. bis 25. August erkrankten nun von den einheimischen Bewohnern des Bürgerspitals sieben, mehrentheils dem höchsten Lebensalter angehörige Personen an Cholera, von denen fünf starben. Vortragender erörterte genauer die Lokalverhältnisse des Bürgerspitals in Beziehung auf Bodenbeschaffenheit, Grundwasser, Brunnen, Dunggruben u. dgl., wies die günstige Situation dieser Anstalt für die Entstehung eines intensiven Choleraheerdes nach und schrieb den Umstand, daß die Krankheit in dem damals überfüllten und zumeist von alten, gebrechlichen Personen bewohnten Hause keine größere Verbreitung gewann und noch weniger auf die Nachbarschaft sich erstreckte, der angeordneten gründlichen, fortgesetzten und überwachten Desinfektion zu. Zugleich betonte er die gänzliche Unzulänglichkeit, ja notorische Nachlässigkeit, mit der im Allgemeinen Desinfektionsmaßregeln von dem hiesigen Publikum in Anwendung gezogen wurden, so daß Würzburg gewiß nicht der einsichtigen und rührigen Selbstwehr seiner Einwohner, sondern nur seiner exceptionellen, der Cholera feindlichen Lage die Bewahrung vor größtem Unglücke zu verdanken habe, in welcher Beziehung sich beipflichtende Stimmen in der Gesellschaft erheben.

2) Hr. Schenk spricht über die Gruppe der Cycadeen, besonders der zu dieser Gruppe gehörigen Gattungen Otozamites und Nilsonia. Er bespricht zuerst die Charaktere der lebenden und fossilen Gattungen und ihre Struktur. Nach seinen neuesten Untersuchungen sind die bisher als Cycadeen betrachteten Gattungen Otozamites und Nilsonia keine Cycadeen, sondern Farne. Erstere schließt sich genau an die noch in der Jetztwelt vorkommende Gattung Isoloma an, mit welcher ihre Fruchtentwicklung übereinstimmt, ihre Epidermis besitzt die Struktur der Epidermis der Farne; Nilsonia besitzt Fruktifikationen übereinstimmend mit jenen der Farne, aber eine mit den Cycadeen analoge Struktur der Blätter. Daran knüpft der Vortragende Bemerkungen über die gegenseitigen Beziehungen der Farne und Cycadeen und die Bedeutung dieser Thatsachen für die Entwicklung der Pflanzenformen in der früheren Entwicklungsepoche.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	61 5/8 G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	58 1/2 G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	51 1/4—61 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	42 3/8 G.
"	4 1/2 pCt.	37 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 3/8 G.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 5/8 G.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	95 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90 1/2 G.
"	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	90 1/2 P. 89 7/8 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-E. dto.	90 1/2 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 1/4 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	83 3/8 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	93 3/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	84 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	91 7/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	94 7/8 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	89 1/4 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	84 1/2 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	82 3/4 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/2 pCt.	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	82 7/8 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	77 3/8 P.
"	6 pCt. ditto r. 1882	76—3/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . .	180 1/2 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	649 P. 646 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	142 P.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	90 1/2 P.
Darmst. Bank I. u. 2. Serie à fl. 250	208
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	74 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 70 kr	78 1/2 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	341 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	—
Oest. V.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 70 kr	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	155 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89 1/2 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/8—4/8 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	47 1/4 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	69 7/8 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	—
3pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	44 3/4 P.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	120 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	120 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/4 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 1/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96 3/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 1/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 G.
London Lst. 10 k. S.	119 3/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail.	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/8—3/8 G.
Petersburg 40 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	88 7/8—5/8 G.
do. in Jet. W. k. S.	—
Disconto . . .	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	101 1/2 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	55 1/4 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	64 1/4 P.
" fl. 100 Elsb.-L. v. 1858.	—
" do. v. 1864.	66 P.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100 3/4—101 1/2 G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 1/2 P.
Badische fl. 35	52 1/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	53 P.
Gr. Hessen f. 50 b. R.	—
" fl. 25 do	42 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 1/4 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. . b. R.	21 P.
do. Lotterie mit 4 pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7 . .	10 1/4 P.

Frankfurt, 18. Januar. Die kleine Flauheit, welche gestern Abend im Privatverkehr für Amerikaner eingetreten war, wich heute in Folge vorliegender Kaufaufträge einer sehr festen Tendenz, obwohl heute keine Goldcourse eingelaufen waren. Bei beschränktem Geschäft verkehrten Amerikaner höher als gestern. Oesterreichische Werthe ziemlich unverändert. Süddeutsche Eisenbahnaktien nahmen heute eine hervorragende Stelle an der Börse ein, besonders Ostbahn und Maxbahn, die sehr gesucht waren, erstere 1 1/2 pCt., letztere 1/2 pCt. besser. Bayerische Loose, obwohl niederer als gestern, setzten zum Cours von gestern Abend ein und erholten sich im Lauf der Börse um 1/2 pCt. (Syndikat.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland, für Wahrheit und Recht!

№ 20-21. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 21. Januar 1867.

Die Sozialgesetze.

XX In der Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 1. Mai 1865 sprach ein Mitglied unter Hinweisung auf die Wichtigkeit der sozialen Gesetzgebung und auf das allgemeine Interesse, welches die Berathungen darüber zu erregen geeignet seien, die Erwartung aus: 1) daß die Gesetzentwürfe selbst gleichzeitig mit ihrer Vorlage bei den Kammern oder deren Ausschüssen, durch den Druck veröffentlicht und Jedermann zugänglich gemacht würden; 2) daß seinerzeit auch für die möglichst rasche Veröffentlichung der Ausschußverhandlungen Sorge getragen und 3) nicht, wie bisher in ähnlichen Fällen, denjenigen, die sich in den Besitz dieser Berichte setzen wollen, die Nöthigung auferlegt werde, mit einem bedeutenden Kostenaufwand zugleich die sämmtlichen Drucksachen der ganzen Landtagsperiode mit in den Kauf zu nehmen.

Obwohl man voraussetzen darf, daß diese Wünsche nicht unberücksichtigt bleiben werden, so kann es doch keinesfalls schaden, wenn sie sich jetzt in Erinnerung bringen.

Was den ersten Punkt betrifft, so wird man es ohne Zweifel ebenso halten, wie früher mit den Entwürfen der Strafgesetzbücher und der Civilprozeßordnung, welche sammt den beigefügten Motiven in einer besondern für den Buchhandel bestimmten Ausgabe gedruckt wurden und um einen mäßigen Preis für Jedermann käuflich waren. Zwar ist nicht zu bezweifeln, daß die größeren bayerischen Zeitungen ihren Lesern den Text der Gesetzentwürfe, einige vielleicht auch den vollständigen Inhalt der Motive mittheilen werden. Dies macht jedoch die Veröffentlichung durch den Buchhandel nicht überflüssig, weil die wenigsten Zeitungsleser ihr Exemplar des Blattes in der Hand behalten können, auch nicht jedem gerade diejenigen Blätter zugänglich sind, welche das Ganze vollständig liefern. Außerdem kommt in Betracht, daß der Buchhandel die Entwürfe über die Landesgrenze hinausträgt und auswärtigen Sachverständigen die Möglichkeit erleichtert, sich ebenfalls mit ihrem Gutachten vernehmen zu lassen.

Die offizielle Veröffentlichung der Ausschußverhandlungen ist in ähnlichen Fällen, z. B. bei der Berathung des Civilprozeßgesetzes, dadurch sehr verzögert worden, daß nicht das Protokoll jeder Sitzung besonders gedruckt und versendet, vielmehr das Zusammenkommen mehrerer Protokolle abgewartet und dann ein ganzes Heft gleichzeitig ausgegeben wurde. Es konnte und kann auf diese Art leicht geschehen, daß die Abonnenten den Bericht über eine Ausschußverhandlung erst 6 Wochen, nachdem sie stattgefunden hat, erhalten; bisweilen — wenn eine Pause in den Sitzungen eingetreten ist — noch weit später. Diesem Uebelstand wird abgeholfen sein, wenn man jedes Sitzungsprotokoll gesondert druckt und sogleich versendet. Es ist zwar eingewendet worden, ein solches Verfahren erschwere die Manipulation der Post und gebe zu vielen Defekten und Reklamationen Anlaß. Bequemer macht sich die Versendung gewiß, wenn sie seltener stattfindet; allein ernsthaft kann dieses Bedenken doch nicht gemeint sein, da die Bequemlichkeit der Landtags- und Postfunktionen dem Interesse des Publikums nachstehen muß, und die bayerische Postanstalt hoffentlich nicht den Vorwurf verdient, daß sie unfähig sei, ein verhältnißig immer noch sehr einfaches Geschäft pünktlich zu besorgen.

Bisher — dies ist der dritte Punkt — sind die Protokolle der besonderen Gesetzgebungsausschüsse nicht getrennt von den sämmtlichen Verhandlungen der Landtagsperiode zu kaufen gewesen. Ein bayerischer oder auswärtiger Jurist z. B., welcher die Ausschußprotokolle über das Civilprozeßgesetz zu besitzen wünschte, war genöthigt, auf alle stenographischen Berichte und Protokolle der Kammer mit allen ihren Beilagen, vom Jahre 1863 anfangend, zu abonniren — eine ganze Reihe von Quartbänden, deren Preis bis zum Abschlusse jener Ausschußberathungen vielleicht auf 20 fl. und höher steigt. Dieselbe Einrichtung besteht unseres Wissens bei der Reichsrathskammer. Soll sich dieser Uebelstand nicht jetzt wiederholen, so wird man ein gesondertes Abonnement auf die Ausschußprotokolle über die Sozial-Gesetzentwürfe zulassen müssen. Daß das Interesse an den letzteren ein weit allgemeineres ist, als das an der Prozeßordnung, bringt die Natur der Sache mit sich und man wird die Pflicht nicht verkennen, diesem Interesse auf jede Art entgegenzukommen. Zwar erwarten wir keineswegs, auch wenn die günstigsten Bedingungen gewährt werden, einen heftigen Abonnentenzudrang; allein es kommt hauptsächlich darauf an, eine reichhaltige und fruchtbare Besprechung in der Presse dadurch zu befördern, daß man denjenigen, die für sich und andere das Wort ergreifen wollen, die Benützung aller Materialien möglichst erleichtert.

(Amtliche Nachrichten). **München,** 19. Januar. Se. Maj. der König hat dem kgl Kämmerer Fr. Grafen v. Hegnenberg-Dux das Ritterkreuz des kgl. Verdienstordens der bayer. Krone verliehen; dem bisherigen Landwehr-Major und Kommandanten des Landwehr-Bat. Vilsbiburg, J. Wenzl, die nachgesuchte Entlassung ertheilt und den Landwehr-Hauptmann J. Wehr zu Frontenhausen zum Landwehr-Major und Kommandanten des Landwehr-Bat. Vilsbiburg ernannt; den früheren Landwehr-Hauptmann Fr. Berlele zu Wertingen zum Major und Kommandanten des Landwehr-Bat. Wertingen ernannt; dem Bergmeister J. v. Schad zu Amberg in Anerkennung seiner ersprießlichen Dienste den Titel und Rang eines Bergrathes tax- und stempelfrei verliehen; die erled. Stelle des Stadtrichters und Vorstandes des Stadtgerichts München l. J. Abtheilung für

Feuilleton.

Vermischtes.

Paris, 17. Jan. Die heute erwarteten italienischen, spanischen, englischen, süddeutschen und österreichischen Posten sind ausgeblieben. Die Generalpostdirektion zeigt an, daß durch den ungewöhnlichen Schneefall die Verbindung zwischen beinahe allen Stationen der Lyon-Mittelmeerbahn unterbrochen worden ist. Die Postbehörde hat, da man noch nicht weiß, wann der regelmäßige Verkehr wieder hergestellt sein wird, eine Postverbindung zu Wasser zwischen Lyon und Avignon eingerichtet, die zwischen diesen beiden Punkten, wenigstens so lange die Schifffahrt möglich ist, einen annähernden Ersatz bietet. Der „Moniteur" zählt 13 Departements des mittleren und südlichen Frankreich auf, in denen der Eisenbahnverkehr vollständig eingestellt werden mußte. Von Marseille aus können nur die beiden Strecken nach Nizza und nach Aix befahren werden; in Toulouse hat seit Montag jede Verbindung in südöstlicher Richtung über Montpellier hinaus aufgehört.

Paris, 15. Januar. Joachim, der große Geiger, hat bei seiner zweiten Anwesenheit in Paris, wenn möglich, noch größere Triumphe gefeiert, als das erste Mal. Er hat mehrere Male im Athenäum und einmal in den berühmten musikalischen Soiréen von Emil de Girardin gespielt. Den Glanzpunkt seiner Leistungen erreichte er aber in einer Gesellschaft, zu der er selbst einen auserlesenen Kreis von musikalischen Notabilitäten geladen hatte. Ihm stand würdig zur Seite Frau Wilh. Szarvady, die in ihrer unübertrefflichen Meisterschaft die Kreutzersonate sowohl bei Emil de Girardin, als auch im Athenäum mit Joachim vortrug. Ebenso großartig war das Trio von Beethoven, ausgeführt von Frau Szarvady, Joachim und Jacquard.

Leipzig, 16. Jan. Die kürzere Dauer der diesmaligen Neujahrsmesse hat der Zahl der Meßbesucher keinen Eintrag gethan. Die polizeilichen Anmeldungen von Fremden in der verflossenen Messe belaufen sich auf 7464, die der ausgestellten Fremdenkarten auf 4942, gegen 8443 Anmeldungen und 4930 Fremdenkarten in voriger Neujahrsmesse; da jedoch in letzterer schon vom 23. Dez. 1865 an gezählt wurde, so stellt sich der Fremdenverkehr in dieser Neujahrsmesse verhältnißmäßig eher noch günstiger heraus, als in der vorigen, denn in der Zeit vom 23. bis 31. Dezember wurden nicht weniger als 1088 Fremde angemeldet, die bei einer Vergleichung mit dem Vorjahre auch noch in Anschlag zu bringen sind. (Sächs. Z.)

Strafsachen, dem Rathe des Bezirksgerichts München l. J., L. Freiherrn v. Leonrod, auf dessen Ansuchen, verliehen; den Bezirksgerichtsrath Georg Gleitsmann in Passau wegen nachgewiesener Krankheit auf die Dauer eines Jahres in den nachgesuchten Ruhestand treten lassen; auf dessen Stelle den dortigen Assessor Fr. Riedl befördert; auf dessen Stelle den Bezirksgerichts-Assessor K. Wölfl in Weiden berufen; zum Assessor des Bezirksgerichts Weiden den funkt. Substituten des Staatsanwalts am Bezirksger. Donauwörth, Joh. N. Trogg, ernannt und als funkt. Substituten dieses Staatsanwaltes den geprüften Rechtspraktikanten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landgerichte Wasserburg, O. Hermann, aufgestellt; die erled. Stelle eines ärztlichen Mitgliedes des Kreis-Medizinal-Ausschusses der Oberpfalz und von Regensburg dem Bezirksarzte Dr. W. Brenner-Schäfer in Regensburg übertragen.

Se. Maj. der König hat die kath. Pfarrei Emskeim, Bezirksamts Donauwörth, dem dermaligen Verweser derselben, Priester J. B. Margott, übertragen; dem Zeichnungslehrer an der Handwerksfeiertagsschule H. Weishaupt zu München in Anerkennung seiner langjährigen und ersprießlichen Wirksamkeit an dieser Anstalt den Titel eines Professors kostenfrei verliehen.

München, 17. Jan. Se. Maj. der König hat durch allerh. Entschließung, d. d. 15. l. M., den Generalmajor und Brigadier Wilhelm Walther zum Commandanten der Haupt- und Residenzstadt München ernannt.

München, 17. Jan. Unterm 5. Januar ist von dem königlichen Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten auf die Jahresberichte der Kreis-Gewerbe- und Handelskammern pro 1865 ein Generalbescheid erlassen worden. Die in diesen Berichten vorgetragenen zahlreichen Anträge und Wünsche, welche sich insbesondere auf die Gesetzgebung, das Münzwesen, die Crediteinrichtungen den Straßen- und Wasserbau, die Floß- und Schiff-Fahrt, den gewerblichen und technischen Unterricht, endlich auf das Post- und Eisenbahnwesen beziehen, haben durch den ergangenen Bescheid eine eingehende Erwiderung erfahren. Der wesentlichste Inhalt desselben ist folgender:

Der Antrag auf Einholung von Gutachten der Gewerbe- und Handelsräthe über technische Streitfragen in Gewerbe- und Handelssachen, dann der Akademie bei Streitigkeiten hinsichtlich des Schutzes von Kunst-Produkten wird, weil in die Jurisdiction der Gerichte eingreifend, als unstatthaft, überdieß nach den geltenden Prozeßgesetzen auch für überflüssig erklärt. Eine Trennung der Handelsgerichte von den Bezirksgerichten in den größeren Städten, welche auch die zugleich beantragte Vereinigung der beiden Handels-Gerichte in München ermöglichen würde, wird von dem k. Justizministerium als wünschenswerth bezeichnet. Der Durchführung dieser Maßregel stehe aber zur Zeit nicht blos der Mangel der hiefür erforderlichen Mittel entgegen, sondern es sprächen auch triftige Gründe dafür, von allen nicht geradezu unaufschiebbaren Aenderungen in der Organisation der Gerichte bis zur Einführung des neuen Civilprozeß-Gesetzes Umgang zu nehmen. Letztere Erwägung wird auch den Anträgen auf Abkürzung des Prozeßverfahrens, Schaffung eines Accordgesetzes, Zuweisung des Vollzuges der Mobiliarexekutionen an die Gerichte (statt an die dermalen damit betrauten Notare), auf Gestattung der Einreichung von Prozeßschriften bei Einzelngerichten auch ohne Legalisation durch einen Anwalt, auf Freigebung der Advokaten-Praxis, eventuell Aufstellung einer erklecklichen Anzahl von Advokaten an kleineren Gerichtssitzen entgegen gehalten. Für Errichtung von Handelsgerichten zu Kronach und Neustadt a./S., sowie für Aufstellung zweier weiterer technischer Assessoren bei dem Handelsgerichte zu Bamberg haben die Erhebungen ein Bedürfniß nicht dargethan.

Zugesichert wird: eine entsprechende Fürsorge für gehörige Besetzung der Handelsgerichte mit dem erforderlichen Richter- und Hilfspersonale, für eine genügende Ausstattung der Regie derjenigen Bezirks-Gerichte Mittelfrankens, welche zugleich Handelsgerichte sind. Ferner ist in Aussicht gestellt eine umfassende Vorlage an den nächsten Budget-Landtag behufs einer weiteren Ausdehnung des Eisenbahnnetzes, die Eröffnung des Betriebs der Bahnstrecke München-Ingolstadt zu Ende des laufenden Jahres, die Bauausführung der Bahnfortsetzung von Ingolstadt nach Gunzenhausen und Pleinfeld, eine Vorlage an den nächsten Budgetlandtag wegen durchgreifender Ausbesserung des Ludwig-Donau-Mainkanals, eine baldige Vornahme der Bahnhoferweiterungen zu Nürnberg und München, eine entsprechende Vermehrung des Fahrmaterials für die k. Eisenbahnen. Endlich ist weiter noch zugesichert, die möglichste Beseitigung der Konkurrenzfrachtsätze, sowie des beklagten Mangels an Wagendecken, die entsprechende Vermehrung und Vergrößerung der Briefschalter, die Einrichtung von Aufgabe-Bureaux in den Städten Kempten, Kaufbeuren und Nördlingen, die versuchsweise Aufstellung von Briefkästen bei den Bahnstationen größerer Orte und die Hebung der beklagten Mängel des Eisenbahnfahrtenplanes. Dem Wunsche nach Abgabe von Salz an Inhaber kleinerer Gewerbe ist dadurch Rechnung getragen worden, daß nunmehr auch an kleinere Seifensiedereien und Gerbereien für den Gewerbsbetrieb in widerruflicher Weise Steinsalzmehl um den ermäßigten Preis von 2 fl. per Ctr. abgegeben wird. Ebenso fanden Berücksichtigung die Anträge auf Einführung der Post-Anweisungen (bereits seit 1. Nov.), der Wunsch, daß die mit Postbureaux vereinigten Telegraphenstationen angewiesen werden möchten, während der für den Postdienst bestehenden Schalterzeit Telegramme anzunehmen, wenigstens bezüglich der Station Landshut, der Antrag auf Vermehrung der Langholz-Transport-Wagen, eine Vermehrung der Pfandbriefemissionen der Hypotheken- und Wechselbank, die Errichtung einer Hypothekenbank für die Pfalz. Auf den Antrag wegen Herabsetzung der Normal-Wagenladung von 200 Centner ist angeordnet worden, daß alle Artikel der II. Tarifs-Classe bei einer Aufgabe von 100 Ctr. oder mehr in Einem Frachtbriefe und an Einen Empfänger nach dem wirklichen Gewichte zu einem ermäßigten Frachtsatze befördert werden. Die von einer Handelskammer berührte Ungleichheit des Kohlen-Tarifs für Nördlingen mit dem der württembergischen Stations-Orte der Remsthal-Bahn hat gleichfalls bereits ihre Beseitigung gefunden.

Rücksichtlich der Anträge auf Abänderung des Distriktsrathsgesetzes wird eröffnet, daß Wünsche nach einer Modifikation dieses Gesetzes bisher nur vereinzelt laut geworden seien, und daher ein Anlaß zur Revision desselben um so weniger erblickt werden könne, als die betreffenden Anträge auf unrichtige Voraussetzungen basirt seien. Der Antrag, daß Mineralien, Schiefer, Porzellanerde und Speckstein nicht ins Bergfreie gegeben werden möchten, soll bei den Vorberathungen über den Entwurf eines Berggesetzes in Erwägung kommen. Der erneute Antrag auf Anordnung eines gleichen Maßes der Backsteine wird im Hinblicke auf die Ablehnung des Art. 219 des Entwurfes des Polizeistrafgesetzbuches als unzulässig bezeichnet. Die Erlassung exceptioneller Vorschriften für die Maurer und Zimmergesellen durch Wiedereinführung der Arbeitsvorweise wird um so weniger veranlaßt erachtet, als die einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Polizeistrafgesetzbuches zur Verhütung von Mißbräuchen ausreichend seien.

Bezüglich der Klagen über den Hausirhandel wird darauf hingewiesen, daß die zulässige Anbringung von Warnungstafeln erfahrungsgemäß ein sehr gutes Correktiv gegen das Betreten der Wohnungen durch Hausirer bilde. Von dem Antrage auf Vermehrung des Fonds der k. Bank und auf Veröffentlichung der Geschäftsinstruktion für letztere ist dem k. Staatsministerium der Finanzen behufs der zuständigen Würdigung Mittheilung gemacht, von dem Wunsche auf Errichtung einer Einlösungsstelle zu Frankfurt a./M. für die Noten der Hypotheken- und Wechselbank dem Direktorium dieser Anstalt Kenntniß gegeben worden. Die beantragte Vermehrung der Noten-Emission der Hypotheken- und Wechselbank, sowie die mehrfach gewünschte Schaffung eines Staatspapiergeldes ist durch die inzwischen erlassenen Gesetze vom 24. Juni und 4. September eingetreten. Den etwa in Anregung kommenden Projekten der Errichtung von größeren Creditinstituten wird eine entsprechende Würdigung zugesichert. Hierbei wird darauf hingewiesen, wie durch zahlreiche Gründung von gewerblichen Vorschußkassen ein Mittel geboten würde, ohne Beanspruchnahme der Regierungsthätigkeit die gesteigerten Creditbedürfnisse zu einem großen Theile zu befriedigen, und wie es als ganz besonders verdienstlich anzuerkennen wäre, wenn die Vertretungen für Handel und Gewerbe auf Bildung von Genossenschaften, zu diesem Zwecke hinwirken würden. (B. Z.)

** **München**, 19. Jan. Die Erklärung, welche der königl. Staatsminister des Aeußern in der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten abgab, ist im Ministerrathe berathen und festgestellt worden und erscheint demnach als der Ausdruck der Grundsätze des Gesammtministeriums. Es wird nicht überflüssig sein, dies besonders hervorzuheben, da die Ausdrucksweise des Hrn. Staatsministers hie und da zu dem Glauben führen kann, daß es nur die persönlichen Grundsätze des Hrn. Staatsministers sind, welche er der Kammer vorgetragen hat.

L.C. **München**, 19. Jan. Die bereits gestern in unserem Beiblatte im Auszuge gebrachte Rede des Hrn. Staatsministers des k. Hauses und des Aeußern, Fürsten v. Hohenlohe-Schillingsfürst in der 14. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 19. Jan. 1867 bezüglich des Antrags der Abgeordneten Abt und Consorten auf Erlassung einer Adresse an Se. Majestät den König lautet vollständig:

Meine Herren! Der Ihnen vorliegende Antrag gibt mir die erwünschte Gelegenheit, die Stellung zu bezeichnen, welche die Staatsregierung der deutschen Frage gegenüber einzunehmen beabsichtigt.

Ich werde versuchen, dies mit möglichster Bestimmtheit zu thun.

Nach der Auflösung des deutschen Bundes und mit dem Austritt Oesterreichs aus Deutschland ist die Stellung der deutschen Mittelstaaten vollkommen verändert und unläugbar gefährdet.

Ich unterlasse es, einen Rückblick auf die bayerische Politik der letzten Jahre zu werfen und zu untersuchen, ob Bayern Mittel und Gelegenheit geboten waren, dieser gefahrvollen Wendung der Dinge vorzubeugen.

Die praktische Politik ist angewiesen auf die Thatsachen der Gegenwart; die Vergangenheit kann sie der Beurtheilung der Geschichte überlassen.

Meine Herren! Ich habe zu verschiedenen Zeiten die Gelegenheit gehabt, mich über das Verhältniß Bayerns zu Deutschland auszusprechen und habe dies stets mit größter Offenheit gethan. Ich bezeichne auch heute noch als den Zielpunkt der bayerischen Politik:

„Die Erhaltung Deutschlands, Einigung der Gesammtzahl der deutschen Stämme und, soweit dies nicht möglich ist, der größeren Zahl derselben zu einem Bunde, geschützt nach Außen durch eine kräftige Centralgewalt und im Innern durch eine parlamentarische Verfassung, unter gleichzeitiger Wahrung der Integrität des Staates und der Krone Bayern."

Wenn ich nun, Meine Herren! diesen Bund als den Zielpunkt der bayerischen Politik anerkenne, so darf ich mich doch der Wahrnehmung nicht verschließen, daß ein solches Ziel jetzt und unmittelbar nicht zu erreichen ist.

Preußen war beim Abschlusse des Prager Friedens veranlaßt, sich auf die Bildung eines engeren Bundesverhältnisses nördlich von der Linie des Maines zu beschränken und hat diese Beschränkung durch Unterzeichnung des Friedensvertrages als für sich bindend anerkannt. Sie können diese Thatsache beklagen. Sie werden aber die Folgen nicht bestreiten können, welche sich daran knüpfen.

Es folgt daraus, daß Preußen jeden Versuch der süddeutschen Staaten, der auf den Eintritt in den norddeutschen Bund gerichtet wäre, zurückweisen muß.

Es folgt daraus ferner, daß die Staatsregierung nicht versuchen kann, über die Vereinigung Bayerns mit dem norddeutschen Bunde in Unterhandlungen zu treten.

Ich muß überdies ebenso offen aussprechen, daß die Entwicklung der norddeutschen Bundesverhältnisse, wie sie sich jetzt gestaltet, eine so entschiedene Hinneigung zum Einheitsstaate bekundet, daß ich es mit der Würde des Landes und den Pflichten der Staatsregierung nicht vereinbar hatte, den bedingungslosen Eintritt in diesen norddeutschen Bund anzustreben. Ich wenigstens würde einem solchen bedingungslosen Eintritt meine Stimme nicht geben und die Verantwortung desselben nicht übernehmen.

Auch glaube ich nicht, daß man sich bei der Bildung des norddeutschen Bundes durch die Rücksicht auf den Süden von Deutschland aufhalten lassen wird. Ebensowenig wird man im gegenwärtigen Augenblick zu Gunsten des Eintrittes der süddeutschen Staaten Modifikationen in der Gestaltung des norddeutschen Bundes vornehmen.

Wir dürfen uns nicht täuschen, die Entwicklung Deutschlands auf dem Wege der Einigung schreitet nur langsam vorwärts.

Wenn ich nun die Schwierigkeiten anerkenne, die der organischen Wiedervereinigung der deutschen Stämme in den Weg treten, so bin ich doch andererseits fest entschlossen, mich jedem Schritte entgegenzustellen, der die Erreichung des von mir bezeichneten Zieles verhindern könnte.

Meine Herren! Die Staatsregierung wird keinen südwestdeutschen Bund unter dem Protektorate einer nichtdeutschen Macht schließen. Ein solches Bündniß ist in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts einfach eine Unmöglichkeit. Ebenso ist Bayern nicht in der Lage, ein Verfassungsbündniß süddeutscher Staaten unter der Führung Oesterreichs abzuschließen. Wenn ich den Gang der Entwicklung der innern Zustände Oesterreichs richtig beurtheile, so scheint mir das deutsche Element mehr in den Hintergrund zu treten und die Regierung mehr ihre Stütze in den außerdeutschen Elementen der Monarchie zu suchen.

Ein Verfassungsbündniß mit einem so gestalteten Oesterreich erscheint weder wünschenswerth noch ausführbar.

Wohl aber werde ich es mit Freuden begrüßen, wenn die österreichische Monarchie aus den innern Kämpfen, in welchen sie begriffen ist, gekräftigt und gestärkt hervorgeht, damit sie ihre civilisatorische Mission als östliche Grenzmacht erfüllen könne. Ich werde mich bemühen, darauf hinzuwirken, daß die freundschaftlichen Beziehungen Bayerns zu Oesterreich erhalten und gefördert werden.

Meine Herren! Die Staatsregierung wird auch nicht die Hand bieten zur Bildung eines in sich abgeschlossenen südwestdeutschen Bundesstaates, weil unzweifelhaft eine Uebereinstimmung der Regierungen und Bevölkerungen in dieser Beziehung nicht zu erreichen ist und weil ein solcher Bundesstaat die Kluft zwischen dem Süden und Norden von Deutschland noch erweitern würde.

Wenn ich aber erklärt habe, daß die Staatsregierung keinen Schritt zu thun gedenkt, der uns vom Ziele der deutschen Gesammtpolitik entfernt, so darf ich mich auf diesen negativen Standpunkt nicht beschränken. Es würde dies die Proklamirung der Isolirungspolitik sein. Bayern als Staat zweiten Ranges kann nicht ohne Allianz mit einer europäischen Großmacht bestehen. Es bedarf einer solchen Stütze namentlich im gegenwärtigen Augenblick, in welchem die Verfassung des deutschen Bundes zerrissen ist und die Möglichkeit europäischer Conflikte nicht bestritten werden kann. Der Großstaat aber, an welchen sich Bayern anzuschließen und als dessen Bundesgenosse es im Falle eines Krieges gegen das Ausland sich offen zu erklären hat, ist Preußen.

Diese Bundesgenossenschaft, die in der Aufgabe der bayerischen Regierung liegt, bringt es mit sich, daß Bayern gegen bestimmte Garantie der Souveränetät des Königs sich im Falle eines Krieges gegen das Ausland sich der Führung Preußens unterstelle; sie bringt es mit sich, daß das bayerische Heer in einer Art und Weise organisirt wird, die eine gemeinschaftliche Kriegführung ermöglicht. Diese Bundesgenossenschaft wird an Werth gewinnen, wenn es gelingt, nicht nur die Wehrkraft Bayerns zu erhöhen, sondern auch die übrigen südwestdeutschen Staaten zur Einrichtung einer gleichmäßigen und kräftigen Heeresorganisation zu bestimmen. Die Staatsregierung ist bestrebt, diese Uebereinstimmung herbeizuführen und damit die Annäherung des Südens von Deutschland an den Norden zu fördern, zugleich aber auch die eigene Unabhängigkeit, so weit dies an uns liegt, vor Annexionsgelüsten, von welcher Seite sie auch kommen mögen, zu wahren.

Erlauben Sie mir nun, meine Herren! zum Schlusse noch einmal die Aufgabe der bayerischen Politik in wenigen Worten zusammen zu fassen. Es ist die Anbahnung eines Verfassungsbündnisses mit den übrigen Staaten Deutschlands, so bald und so weit dieß unter Wahrung der bayerischen Souveränetätsrechte und der Unabhängigkeit des Landes möglich ist; — bis zur Erreichung dieses Zieles die Schaffung einer achtunggebietenden Macht, nicht durch die Organisation des Heeres allein, sondern auch durch den Ausbau unserer inneren Staatseinrichtungen auf freisinniger Grundlage, durch Hebung des Selbstbewußtseins und des Vertrauens in unsere eigene staatliche Existenz.

Wenn uns dies gelingt, so wird man unser Bündniß suchen und wir werden nicht nöthig haben, uns ängstlich nach einem schirmenden Dach umzusehen; dann wird es auch gelingen, für die wichtige Frage über die Reorganisation des Zollvereins eine würdige und den Interessen des Landes entsprechende Lösung zu erzielen. Ob eine solche Lösung durch Besprechung dieser Frage in diesem hohen Hause gefördert wird, gebe ich Ihrer patriotischen Würdigung anheim.

Stuttgart, 17. Jan. Demnächst werden hier Bevollmächtigte süddeutscher Staaten zusammentreten, um eine übereinstimmende Ordnung des Militärwesens zu berathen. Die Anregung dazu ist von München ausgegangen. Sie scheint hier sehr bereitwillige Aufnahme gefunden zu haben, und auch von Darmstadt wird ein freundliches Entgegenkommen erwartet; nur über Baden schwanken die Meinungen. Die bayerische Regierung soll einen Entwurf mitgetheilt haben, welcher sich dem preußischen Systeme sehr nahe anschließe, nach einer Angabe sogar dreijährige Präsenz feststelle, während meist von zwei Jahren gesprochen wird. Die bayerische Einladung wünscht, daß die Konferenz ihre Arbeiten schon am 21. d. M. beginne. Einige Verzögerung wird aber wohl stattfinden.

Mainz, 18. Jan. Die Höhen im Süden der Festung waren von jeher die Angriffspunkte für die eigentliche Berennung derselben während in der letzten Belagerung der wirksamste Artillerieangriff von den Höhen im Osten jenseits des Rheins erfolgte. Von dort aus legten im Jahre 1793 die Preußen einen großen Theil der Stadt in Trümmer und Asche. Man scheint preußischer Seits diesen Abschnitt der eigenen Kriegsgeschichte sehr genau studirt zu haben. Schon vor Jahren wurde an die Befestigung dieser Höhen gedacht, um die gezogenen Geschütze der Neuzeit in praktischer Entfernung vom Hauptwalle halten zu können. Der Bundestag war gegen den Reichthum der preußischen Ingenieure an dergleichen Projekten ziemlich arm an Empfindung und gewährte nur nach und nach die Mittel zu Flickwerk. Die Befestigung der südlichen Höhen war zwar beschlossen, die der östlichen aber konnte nicht einmal projektirt werden, da der Herzog von Nassau als Territorialherr von Hochheims Rebenhügeln das eiserne Joch des Festungsrayons mit Erfolg fern hielt. Jetzt haben die preußischen Ingenieuroffiziere mit Vermessungen zwischen jenem und dem Flecken Erbenheim begonnen und es scheint außer Zweifel, daß die seit Jahren angestrebte Verbesserung des Vertheidigungssystems der Festung sofort in den Plänen fertig gelegt und successive deren Ausführung, nämlich die Umwandlung von Mainz in ein großes verschanztes Lager, begonnen werden soll. (Pf. K.)

Berlin, 17. Jan. Graf Bismarck zeigte heute dem Hause der Abgeordneten brieflich an, daß er am Erscheinen verhindert sei und sich durch den Wirkl. Geh. Legationsrath v. Keudell vertreten lasse. Die Regierung scheint eben fest entschlossen, die Diäten für die Abgeordneten zum Begründungs-Parlamente nicht zu bewilligen, und daß das Herrenhaus seinerseits den Paur'schen Gesetzentwurf ablehnen wird, ist wohl noch weniger zweifelhaft. So wird die heute erfolgte Annahme seitens der Abgeordneten für dieses Mal ein praktisches Ergebniß nicht mehr haben. Inzwischen wird die Wiederaufnahme der Konferenzsitzungen unter Leitung des Grafen Bismarck in den nächsten Tagen erwartet. In der Militärfrage soll eine Einigung auf Grund eines Provisoriums erfolgt sein. Die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über den Lasker'schen Gesetzentwurf, wegen Aufhebung der Zinsbeschränkungen bei den Hypotheken, wurden heute nicht zu Ende geführt und die Fortsetzung auf morgen vertagt. (K. Z.)

Die „Kreuzztg." schreibt: „Nach den neueren Nachrichten scheint es, daß Rußland aus seiner Reserve in der orientalischen Frage heraustritt; die dort gegebene Erlaubniß zu Sammlungen für die Griechen deutet darauf hin, in welcher Richtung dies geschehen dürfte."

Berlin, 18. Jan. Das Abgeordnetenhaus hat den Hypothekenentwurf Lasker's, welcher die Aufhebung der Beschränkungen des gesetzlichen Zinsfußes für Immobilien behufs Erleichterung der Capitalsbeschaffung für den Grundbesitz bezweckt, angenommen. Die Regierung erklärte ihre Zustimmung zu vorliegendem Gesetzentwurf, und machte die Zusage, die Zustimmung des Herrenhauses erwirken zu helfen.

Aus **Schleswig-Holstein**, 15. Januar, wird der „N.-Z." geschrieben: „Von anscheinend gut unterrichteter Seite werden als Parlaments-Candidaten der preußischen Partei genannt: 1) für das Herzogthum Schleswig: Amtmann Kier in Hadersleben, Universitäts-Curator Wilhelm Beseler in Bonn (früher schleswig-holsteinischer Statthalter), Amtmann Matthiesen in Sonderburg und Gutsbesitzer Schmidt-Windebye aus der Umgegend von Eckernförde; 2) für das Herzogthum Holstein: Graf v. Reventlow-Preetz (früher schleswig-holstein'scher Statthalter und seit dem Jahre 1851 als Verbannter

in Preußen ansäßig), Bürgermeister Boysen in Hildesheim (früher Landvogt in dem Flecken Heide), General v. Moltke, Kaufmann Wilhelm Pustau in Altona und Oberpräsident v. Scheel-Plessen oder Inspektor Chr. Rave in Itzehoe. Nach dem „Altonaer Merkur" hat Herr Theodor Reincke zu Gunsten des Herrn Pustau auf die Altonaer Parlaments-Candidatur verzichtet.

Aus **Wien**, 15. Jan., wird der „A. Z." geschrieben: Es ist Gefahr vorhanden, daß die Verhandlungen wegen Abschlusses eines Handelsvertrages zwischen Oesterreich und Preußen völlig ins Stocken gerathen. Preußen will nämlich von einer Reduktion der Weinzölle nichts wissen. Oesterreich dagegen macht die Fortsetzung der Unterhandlungen von der Herabsetzung der Weinzölle abhängig und ist dagegen zu den anderweitigen Zugeständnissen bereit.

Wien, 16. Jan. Die „W. Abdpst." bringt folgende Mittheilung: „Die „Presse" schließt einen Artikel über die orientalische Frage mit der Bemerkung, es scheine, als wenn Herr v. Beust in übertriebenem Diensteifer das Spiel mit allen Mächten verderben würde. So sehr wir der „Presse" im Allgemeinen den Beruf zuerkennen, über vorliegende Regierungsverhandlungen zu urtheilen, und nach Befinden dieselben zu tadeln, so müssen wir ihr doch das Recht absprechen, aus Akten und Handlungen, die ihr nicht bekannt sind, nicht allein ungünstige, sondern selbst beunruhigende Folgerungen abzuleiten. Zur Beruhigung der „Presse" sind wir glücklicher Weise im Stande versichern zu können, daß die kaiserliche Regierung, weit entfernt, es mit allen Mächten zu verderben, sich vielmehr in der Lage befindet, von ihren Beziehungen zu den verschiedenen Cabineten gerade in dieser Frage die Erhaltung des besten Einvernehmens hoffen zu können."

Brüssel, 17. Jan. Die Kommission für die Militär-Reorganisation hat heute ihre erste Sitzung gehalten. Sie hat zu ihrem Präsidenten Hrn. de Brouckère gewählt und zum Vice-Präsidenten Hrn. Tesch; der Major Mokel vom Geniekorps ist zum Sekretär der Kommission ernannt worden. — Die Diskussion über die Abschaffung oder Beibehaltung der Todesstrafe ward in der zweiten Kammer fortgesetzt. — Seit gestern Abend ist der Schnee in solchen Massen gefallen, daß alle Verbindungen stocken und selbst die Marktzufuhren vom Lande ausbleiben und der Schneefall dauert noch immer in gleicher Weise fort.

London, 14. Jan. Von vielen Seiten bestätigt sich die Angabe, daß die Reform-Liga, den an sie gerichteten Warnungen Gehör leihend, ihren bekannten Plan, am zweiten Tage der neuen Parlaments-Session eine Riesendemonstration in Westminster-Hall zu veranstalten, aufgegeben hat. Vielleicht bezieht sich das Aufgeben nicht sowohl auf die Kundgebung selbst, als auf die Art und Weise, wie sie in Scene gesetzt werden soll. — Wenn die „Sunday Gazette" recht berichtet ist, so wäre die Regierung nach einer Berathung mit den höheren Zollbehörden zu dem Beschlusse gekommen, die kürzlich erwähnte, von fast drei Vierteln der Mitglieder beider Häuser des Parlaments unterzeichnete Petition um Aufhebung der Gepäckrevision während der Dauer der Pariser Ausstellung abschlägig zu bescheiden.

Von der polnischen Gränze, 10. Jan. Während in Galizien die Polen triumphiren, werden ihnen im Congreßkönigreich immer engere Schranken gezogen. Die drei neuesten, angeblich zum Wohl des Landes erlassenen Ukase, nach denen das polnische Postwesen der russischen Generalverwaltung untergeordnet, die Finanzen auf russische Weise gehandhabt und das Land nach russischem Muster in zahlreiche kleine Gouvernements eingetheilt wird, sind ebenso viele wirksame Faktoren der Russifikation, wenn gleich nicht geleugnet werden kann, daß sie dem Lande Vortheil bringen. Am östlichen Weichselufer schreitet die Russificirung noch augenfälliger vor, indem man durch die neue Organisation der Schulen die Jugend bereits zu Russen erzieht. In der Mehrzahl der höheren Schulen ist dort die russische Sprache schon Unterrichtssprache und die Schüler in diesen Schulen sind gezwungen, in denselben zu verbleiben, da an die rein polnischen Schulen ein Verbot ergangen ist, Schüler aus jenen Schulen aufzunehmen. (D. A. Z.)

Neueres.

Berlin, 19. Januar. Der Bevollmächtigte des Fürsten von Thurn und Taxis ist von Regensburg hier eingetroffen. Die Verhandlungen behufs Ueberlassung des fürstlichen Postwesens haben begonnen.

Altona, 19. Jan. Auf den 24. Jan. sind die Beamten auf das Kieler Schloß beschieden behufs Publikation des Besitzergreifungspatents.

Wien, 19. Jan. Wie die „Presse" meldet, sind die Punktationen des Abschlusses zwischen der Regierung und Ungarn vollendet. Die Regierung acceptirt den Standpunkt des Elaborats der Fünfzehner-Kommission. Gemeinsame Angelegenheiten sind: das Aeußere, in gewissem Sinne das Heerwesen, die Finanzen, die Handelsverhältnisse. Das Heerergänzungsgesetz bleibt undurchgeführt und wird erst den Landtagen vorgelegt. Einheitliches Reichsbudget wird aufrecht erhalten; Ungarn participirt an der Amortisation, an der Zahlung der Zinsen im Verhältniß von 60 zu 128. Indirekte Besteuerung bleibt Ungarn überlassen. Die Aufhebung des Tabaksmonopols wird in Aussicht gestellt; Handel und Zoll bleiben in beiden Reichshälften gleichmäßig.

Stockholm, 19. Jan. Die Thronrede des Königs empfiehlt konservative Mäßigung. Schweden wünscht keine Einmischung in die europäischen Krisen. Es betrachtet seine Landesgrenzen als natürliche Grenzen.

Florenz, 18. Jan. Zur Deckung des Deficits von 185 M. schlägt der Finanzminister Scialoja verschiedene Ersparungen vor, welche durch Veränderungen in der Finanzverwaltung und Reorganisation des Steuerwesens erzielt werden sollen. Diese Ersparnisse werden sich auf 85 Millionen belaufen. Scialoja weist eine progressive Vermehrung und eine graduelle Verminderung der Passiva nach, und beweist, daß im Jahre 1880 das Gleichgewicht des Budget erreicht sein wird. Es verbleiben somit gegenwärtig noch 100 Millionen Deficit zu decken. Der Minister wird einen, die Kirchengüter auf 600 Millionen taxirenden Gesetz-Entwurf unterbreiten. Diese Summe wird, wie der Minister ausführt, genügen, um die Deficits bis zur erreichten Budgets-Gleichstellung zu decken. Er drückt die Hoffnung aus, daß der Clerus diesen Entwurf billigen werde.

Bucharest, 18. Jan. Ein Dekret des Fürsten ermächtigt den Finanzminister provisorisch zur Einhebung der Steuern zur Bestreitung der Staatsausgaben auf Grundlage des Budgets vom Jahre 1866. (T. R.)

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Literarisches.

Die „Allgemeine Illustrirte Zeitung **Ueber Land und Meer**" (Stuttgart, Ed. Hallberger) hat ihren neunten Jahrgang nicht nur in rüstigster Weise und mit vermehrten Kräften begonnen, sondern damit ihren zahlreichen Lesern zugleich auch eine höchst werthvolle Ueberraschung bereitet, indem sie jedem Abonnenten auf diesen Jahrgang das Recht eingeräumt hat, von der Verlagshandlung

Schiller's sämmtliche Werke

in einer neuen Cotta'schen Original-Ausgabe in 12 Lieferungen zu dem außerordentlich billigen Preise von nur **18 kr. rh. per Lieferung** zu beziehen, also **um die Hälfte billiger**, wie die billigste aller bis jetzt bestehenden Ausgaben. Da bereits die drei ersten Lieferungen, ebenso untadelhaft korrekt in Druck wie sauber und elegant in der Ausstattung erschienen sind, so ist damit Gelegenheit zu einem Festgeschenk geboten, das jeder Familienbibliothek zur Zierde, jedem Leser, wie kein anderes, zur Quelle geistiger Erfrischung, Erholung und Veredlung dienen wird. — Was den Inhalt der ersten Hefte des neuen Jahrgangs von „Ueber Land und Meer" betrifft, so findet der Leser in dem novellistischen Theil zwei Perlen deutscher Erzählungskunst, in denen wir nicht blos die Virtuosität der Darstellung bewundern, sondern von dem echt deutschen Lebensgehalt und der seelentiefen Empfindung uns in höherer Weise angeregt und ergriffen fühlen: „Die Amazone", Novelle von Franz Dingelstedt und „Im Siegeskranze," Erzählung von Wilhelm Raabe. „Ein Hussitendorf" von George Hesekiel, bringt uns ein interessantes Erlebniß aus dem preußisch-österreichischen Kriege. Die Zeitgeschichte ist, wie es ja eben die Zeit mit sich bringt, in den vorliegenden Heften durch Wort und Bild auf das Würdigste vertreten, während Kunst und Wissenschaft, Stillleben und Technik, Biographie und Gesundheitspflege, Notizblätter und Korrespondenzen u. s. w. deßhalb nicht hintangesetzt wurden, sondern im Gegentheil das vollständige Lebensbild der strebenden und schaffenden Gegenwart in all' seinen Strahlungen wiederspiegeln und im Bilde verherrlichen. Von den Illustrationen möchten wir besonders die folgenden herausheben: Der Friedenskongreß von Nikolsburg, Vier reizende Kindertypen von Canon, Der Steckbrief von Hosemann, Jagende Lämmergeier von Mosengel, Die neue Synagoge in Berlin, Das Armenbier bei den Franziskanern in München von Buschkin, Der Einzug der Prinzessin Dagmar in Petersburg, Col de Forclaz im Trientthal, Lazarethstudien von Herbert König, Humoristische Bilder von Wilhelm Scholz und G. Sundblad; von Porträts hervorragender Persönlichkeiten in frappanter Aehnlichkeit und feiner Ausführung nennen wir dasjenige des preußischen Kriegsministers v. Roon, des Marquis d. Moustier, des Fürsten Karl I. von Rumänien, des Grafen Bismarck, die beiden von Andreas und Oswald Achenbach und endlich dasjenige des Grafen Clam-Gallas.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbi...
1 N. Würzb. Ztg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 22. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 22. Januar 1867.

Auf die „Neue Würzburger Zeitung" kann für die Monate Februar und März sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Der Südbund.

Man hätte erwarten sollen, daß das Bündniß der Südstaaten sich wie von selbst, gleichsam mit Naturnothwendigkeit, ergeben und gestalten müßte. Sind sie doch durch alle Verhältnisse und Faktoren dermaßen auf sich und nur auf sich gegenseitig angewiesen, daß es scheinen mußte, der Südbund stehe außer aller Frage. Die Gleichartigkeit der politischen Gesinnung, Neigung und Abneigung, die Verwandtschaft der sozialen Verhältnisse, die Gleichmäßigkeit der Verfassung und was mehr als dies, des konstitutionellen Staatslebens, die Nachbarschaft, die gemeinsamen Erlebnisse, Enttäuschungen und Erfahrungen der jüngsten Zeit: Alles schien sie dahin zu drängen, sich zusammen zu schließen, um gemeinsam den Gefahren zu begegnen und am Werk der staatlichen Neubildung Deutschlands mitzuarbeiten. Die mehrmals von da und dort ausgestreckte und Anlehnung suchende Hand wurde von Berlin aus für jetzt freundlich, aber ernst und entschieden zurückgewiesen, da ebenso das Interesse Preußens, wie die nothwendige Rücksicht auf das Ausland fordern, an der Mainlinie Halt zu machen. Ja, gerade von Preußen aus wurde wiederholt darauf hingewiesen, wie wünschenswerth es sei, daß sich die süddeutsche Staatengruppe eng zusammen schließe. Auch läßt sich leicht einsehen, daß ein Staatenbund, der die respektable Macht von 9 Millionen umschließt, im Falle seines Anschlusses an den norddeutschen Bundesstaat eine andere Aufnahme gewärtigen darf, und andere Bedingungen zu erhalten hoffen kann, als wenn dieselben Staaten vereinzelt, gleichsam als Bittsteller vor der Thüre Preußens, sich einfinden und es fast wie eine Gnade ansehen und aufnehmen müssen, wenn man ihnen den Eintritt bewilligt. Und doch, trotz all dieser Gründe, sehen wir die süddeutschen Staaten mehr wie je abgeneigt, sich die Hände zu reichen, ja der Südbund gehört schon gleichsam zu den abgethanen Dingen, zu den abgelaufenen Phasen politischer Entwicklung. Dieser Gedanke, der eine politische Nothwendigkeit zu sein schien, wird jetzt von den weitaus Meisten als eine thatsächliche Unmöglichkeit betrachtet. Es ist wahrlich der Mühe werth, den Gründen dieser seltsamen Erscheinung nachzuforschen. Die süddeutschen Staaten haben das Vertrauen zu sich selbst und zu einander verloren, und noch weniger Vertrauen hat man zu einer Bundesverfassung nach Analogie des durch den vorjährigen Krieg zerschlagenen deutschen Bundes. Wenn man auch dem Anschlusse an den norddeutschen Bund, dessen einheitliche Organisation Sicherheit und Machtentfaltung nach Außen verspricht, ein gut Stück eigener Souveränetät und Selbständigkeit zu opfern bereit wäre, so will doch keiner der Südstaaten einen solchen Verzicht zu Gunsten eines der Schicksalsgenossen leisten. Man fühlt es nicht mehr als eine Demüthigung, sich Preußens Hegemonie zu unterwerfen, aber die Selbstverleugnung ist nicht so groß, etwa Bayerns Führung anzuerkennen. Hiemit ist noch ein anderes Moment eng verbunden. Die Ereignisse des Jahres 1866 haben wie eine ätzende und zersetzende Säure auf die Südstaaten gewirkt. Man hat den Krieg nach dem Kriege fortgesetzt, aber nicht gegen den bisherigen Feind, sondern gegen den bisherigen Bundesgenossen. Man schrieb sich gegenseitig Verrath zu, von Oesterreich aus gegen die Mittelstaaten insgesammt und insbesondere gegen Baden, von Bayern aus gegen die übrigen Combattanten, und Baden gab die Vorwürfe, wenn auch nicht mit Glück und Geschick, zurück. Man hat damit vor ganz Europa ein höchst unerquickliches Schauspiel aufgeführt und sich gegenseitig derart verstimmt, daß der Südbund, falls er zu Stande gekommen, wohl lebenslänglich das Muttermal der Unbündigkeit, gegenseitiges Mißtrauen, an sich tragen würde. Eine andere üble Folge der 66er Ereignisse ist die politische Theilnahmlosigkeit, ja fast Indolenz, wie sie in weiten Kreisen herrschend geworden ist. Man braucht gerade kein Freund dessen zu sein, was in den Zeitungen einer gewissen Richtung als reges politisches Leben bezeichnet zu werden pflegt und was schließlich nichts Anderes ist, als ein reges Parteitreiben (?) und kann doch diese Apathie und Abgestumpftheit für ein ungesundes Phänomen halten. Früher über dem Siedpunkt und rasch, wie im Handumdrehen, unter dem Nullpunkt. — das kann man doch nicht naturgemäße und gesunde Entwicklung heißen. Sie wird freilich auch nicht lange halten. Aber sie hat bis Dato mit dazu geholfen, daß der Südbund, statt vom Stapel zu laufen, im Sande liegen blieb. Und so treiben die Südstaaten wie die Trümmer eines Wracks unstät und unsicher umher. So kann's nicht bleiben. Dieser Zustand birgt, wie auch schon von mehr als einer nord- und süddeutschen Stimme ausgesprochen worden ist, den Keim neuer schwerer Verwicklungen in sich. Er ist eine Gefahr für die Südstaaten selbst wie für ganz Deutschland und damit für Europa. Ein willenloses oder willensschwaches Subjekt wird nur zu leicht das Objekt fremder Gelüste und Leidenschaften, Wünsche und Hoffnungen. (Pf. Z.)

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 20. Januar. Die Stelle eines Bezirksarztes 2. Kl. zu Brien ist in Erledigung gekommen. Bewerber um dieselbe haben ihr Gesuch binnen 14 Tagen bei der ihnen vorgesetzten kgl. Regierung, Kammer des Innern, einzureichen.

München, 19. Jan. Die Bestimmungen des am 11. v. Mts. zwischen Frankreich und Oesterreich abgeschlossenen Handelsvertrages werden auch auf den Zollverein Anwendung finden. Diese durch die Verabredung im Art. 31 des Handelsvertrages zwischen dem Zollvereine und Frankreich vom 2. August 1862 veranlaßte Anordnung ist für den Handelsstand insofern von Interesse, als Frankreich für eine Reihe von Gegenständen Oesterreich weitergehende Zollerleichterungen zugestanden hat, als dem Zollverein eingeräumt worden sind.

München, 18. Jan. Im Einlauf der Kammer der Abgeordneten vom 12. bis 18. Januar befinden sich: ein Antrag des Abg. Dr. Edel, die Abänderung des Art. 43 des Gesetzes vom 28. Mai 1852, die Feuerversicherung für Gebäude in den Gebietstheilen diesseits des Rheins betr., und des Art. 19 Abs. 1 der Verordnung vom 26. Nov. 1817, die Einführung der Brandversicherungsanstalt im Rheinkreise betr.; ein Antrag des Abg. K. Föderer, die Erlassung eines Vermarkungsgesetzes betr.; eine Bitte der Briefträger des Königreiches, die Gewährung von Alterszulagen in gleicher Weise, wie bei den Postkondukteuren betr., angeeignet vom Abg. Crämer; eine Bitte mehrerer pensionirter Gendarmerie-Veteranen, Erhöhung ihrer Pension betr., dann eine Bitte der Miesbacher Steinkohlen-Gewerkschaft, die Verlängerung der Bahnstrecke Holzkirchen-Miesbach bis zur Grube in Hausham betr., angeeignet vom Abg. Vermühler; Beschwerde des Benefiziaten Joseph Holzleithner von Stain, Verfassungsverletzung und Vergleichsantrag betr.; Vorlage des k. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten, Zusammenstellung der Ausgaben für den Bau der Eisenbahnen pro 1864/65 betr.; Schreiben des k. Staatsministeriums des Innern, den Einfluß der Gebietsabtretungen in Unterfranken auf die Wahlbezirke der Abgeordneten betr.; Bitte des Centralausschusses der Arbeiter Augsburgs, das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht betr., angeeignet vom Abg. Crämer; Bitte des Arbeitervereines Nürnberg, gleichen Betreffs, angeeignet vom Abg. Crämer; Bitte der Kanzlisten der Appellationsgerichte diesseits des Rheins um gnädige Bewilligung einer Gehaltserhöhung, angeeignet vom Abg. Crämer; Antrag des Abg. C. Crämer und 12 Genossen, die Rechte der kirchlichen Genossenschaften betr.; eine Bitte des Kohlenbergwerks-Besitzers Julius Fränkel zu Maßbach, den Bau einer Eisenbahn von Schweinfurt nach Meiningen betr.; ein Gesuch des Abg. Louis, Urlaubserstreckung betr.; eine Interpellation des Abgeordneten Hohenadel, Vorlage eines entsprechenden Schulgesetzes betr., eine Bitte der Postboten von Mittelfranken, Verbesserung ihrer Lage betr.

Karlsruhe, 18. Jan. Dem „Schw. M." schreibt man von hier: „Man glaubt Grund zu der Annahme zu haben, daß Preußen jedes irgend definitive Abkommen mit den süddeutschen Staaten ablehnt, bis diese ihre Militär-Organisation auf eine der preußischen wenigstens annähernde Bedeutung emporgebracht haben. Damit würde die Möglichkeit eines vorläufigen Schutz- und Trutzverhältnisses nicht ausgeschlossen. Es scheint, daß einerseits Preußen an die Leistungsfähigkeit des Südens bedeutende Forderungen stellt, während andererseits im Süden selbst das demokratische Prinzip der neuen Heerverfassung dem spezifisch soldatischen Element derselben den Vorrang abgewinnen möchte. Nur so viel steht fest, daß die preußische offiziöse Presse seit einiger Zeit dem Süden ein weit entgegenkommenderes Gesicht zeigt als zuvor."

Darmstadt, 18. Jan. Das Regierungsblatt Nr. 3 ds. Js. ordnet an, daß mit dem Tage des Erscheinens des Blattes für die neuerworbenen Landestheile das Strafgesetzbuch, die Strafprozeßordnung und das für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten bestehende Verfahren in Wirksamkeit trete. Nur für die vor jenem Tage begangenen strafbaren Handlungen gelten die bisher bestandenen Bestimmungen, wenn sie für den Angeschuldigten günstiger sind. — Die sämmtlichen Nachwahlen zu der zweiten Kammer sind jetzt beendigt. Neu gewählt wurden 24, da wegen der Gebietsabtretungen zwei Sitze weggefallen sind. Hierunter sind zu erwähnen: Heinrich v. Gagern, Provinzialdirektor Goldmann, Hofgerichtsrath Hallwachs, Kommerzienrath Fink, Präsident Buff, Steuerkommissär Hunsinger, Geheimerath Seitz (der vor Auflösung des vorigen Landtages resignirt hatte), Hofgerichtsrath Kraft, Bezirksstrafgerichtsdirektor Wirth, Oberappellationsgerichtsrath Zentgraf. Doppelwahlen fielen blos auf Gagern und Metz. Das Parteiverhältniß dürfte sich ungefähr so gestalten: Rechte 21, Centrum 11, Fortschrittspartei 13, Demokratie 3. Am nächsten Montage beginnt die zweite Kammer ihre Sitzungen. Vom Abgeordneten Dumont ist ein Antrag auf Revision unseres — allerdings sehr unzeitgemäßen — Wahlgesetzes, auf Aufhebung der Beschränkungen des Zinsfußes, auf Erlaß einer Städteordnung und zeitgemäße Revision des Gesetzes, die Bildung der Ortsvorstände betreffend; vom Abg. Georg ein Antrag auf Aufhebung der Abgaben für den Wein gestellt worden.

Berlin, 16. Jan. Die ministerielle „Prov.-Corr." schreibt über den Stand der Berathungen der norddeutschen Ministerkonferenz: „Die Konferenzen lassen mehr und mehr ein allseitig erfreuliches Ergebniß in Aussicht nehmen. Die Bevollmächtigten haben immer bestimmter erkannt, daß die preußische Regierung den Einzelstaaten keine anderen Opfer zumuthet, als diejenigen, welche die Zusammenfassung aller Kräfte behufs Sicherung eines mächtigen nationalen Fortschritts auf dem wirthschaftlichen und politischen Gebiete unabweislich erfordert, und daß über diese Gebiete gemeinsamen Schaffens hinaus der norddeutsche Bund den einzelnen Staaten vor Allem eine Anlehnung zur freien und wirksamen Entwicklung ihrer eigenen Kräfte darbieten soll. Das Verhalten der sächsischen Regierung, nächst Preußen der bedeutendsten im Bunde, hat von vornherein aufs Neue bekundet, eine wie große Gemeinschaft der naturgemäßen Aufgaben und Ziele, sowie der Grundlagen staatlicher Entwicklung bei unbefangener und ungetrübter Auffassung die sächsische Bevölkerung mit der preußischen verbindet, und daß das beiderseitige Streben vornehmlich darauf gerichtet sein muß, die Keime gemeinsamer Wohlfahrt und Kraft in aufrichtigem Zusammengehen zu pflegen. Ebenso haben die Regierungen der kleineren Staaten fast durchweg ein volles Verständniß und den redlichsten Willen für die Förderung des großen nationalen Werkes an den Tag gelegt. Allerdings hat der große Abstand der geringen Leistungen, welche die Bevölkerungen der kleinen Staaten bisher für die nationale Vertheidigung zu gewähren hatten, von denjenigen Anforderungen, welche im norddeutschen Bunde bei gleichmäßiger und gerechter Vertheilung der nationalen Pflichten an sie zu stellen sind, den betreffenden Regierungen fürs Erste manche schwere und peinliche Erwägung in Betreff der Aufbringung der neuen Lasten auferlegt. Aber die preußische Regierung wird auch in dieser Beziehung jede mögliche Rücksichtnahme auf den bisherigen Entwicklungsgang und auf die thatsächlichen Verhältnisse in den kleineren Staaten obwalten lassen und namentlich die Hand dazu bieten, daß die kleineren Staaten den Uebergang zur vollen Erfüllung ihrer neuen Pflichten sich durch eine baldige wirthschaftliche Umgestaltung und Vereinfachung ihrer inneren Einrichtungen erleichtern.

Berlin, 20. Jan. Der „Staatsanz." veröffentlicht das Dotationsgesetz v. 28. v. M., wonach die Verleihung von Dotationen an den Ministerpräsidenten v. Bismarck, sowie an die Generale v. Roon, v. Steinmetz, v. Moltke, Vogel v. Falckenstein und Herwarth v. Bittenfeld im Betrage von $1^1/_2$ Millionen Thaler aus den eingehenden Kriegsentschädigungen und unter Vorbehalt der königlichen Disposition hinsichtlich der Vertheilung zu erfolgen hat. Das amtliche Blatt enthält ferner das Gesetz über die vertragsmäßigen Zinsen vom 2. Jan. d. J. und einen Erlaß vom 17. in Betreff der Zuständigkeit der Behörden und des Verfahrens bei Anstellung und Entlassung der Beamten in den neuen Landestheilen, sowie eine Verordnung vom 15. d., betreffend das Verfahren bei Anweisung von Umzugs- und Reisekosten an Subaltern- und Unterbeamte im Falle einer Versetzung. — Am 18. d. M. wurde vor dem Stadtgericht ein Preßprozeß gegen den Redakteur der „Verfassung", Dr. Gustav Lewinstein, verhandelt. Derselbe war wegen Beleidigung der Minister, welche in einem Artikel in Nr. 42 des Blattes vom Jahre 1866, überschrieben: „Am Königswort soll man nicht dreh'n und deuteln", enthalten sein soll, angeklagt. Der Staatsanwalt beantragte 6 Wochen Gefängniß; der Vertheidiger beantragte das Nichtschuldig, eventuell eine Geldstrafe aus §. 37, und Annahme mildernder Umstände. Der Gerichtshof erkannte nach langer Berathung auf 14 Tage Gefängniß. Der Angeklagte wird gegen das Urtheil appelliren.

Oesterreich. Die jüngsten Nachrichten aus Ungarn, wie wir sie in verschiedenen Blättern finden, lauten ziemlich verheißungsvoll und man scheint in Pesth der Ernennung des ungarischen Ministeriums in kürzester Frist entgegenzusehen. „Zwar," schreibt man der „N. Fr. Pr.", „läßt sich bei dem Wankelmuthe und der Inkonsequenz der maßgebenden Kreise mit apodiktischer Sicherheit nicht vorhersagen, ob dieselben morgen das in's Leben rufen werden, was sie heute als unerläßlich erkannt — so viel ist jedoch unzweifelhaft, daß die Regierung endlich die Nothwendigkeit eines ehrlichen Ausgleiches mit Ungarn eingesehen, daß sie die Ernennung des verantwortlichen Ministeriums versprochen und daß nur mehr über Fragen sekundärer Bedeutung zwischen Wien und Pesth unterhandelt wird." — „Die Heeresergänzungsfrage nimmt natürlich die volle Aufmerksamkeit der Ungarn in Anspruch, schreibt ein Pesther Korrespondent der „Bohemia," und hat die Frage wegen des außerordentlichen Reichsraths ziemlich in den Hintergrund gedrängt. Sie ist überhaupt eine Frage, von der man in Ungarn nicht gern spricht, indem man sich den Anschein gibt, dieselbe als eine lediglich transleithanische, Ungarn direkt nicht angehende zu betrachten. Weil man aber im Grunde doch der Würdigung ihrer möglichen Tragweite auf die innere Verfassungsfrage sich nicht zu entziehen vermag, reibt man sich im Stillen um so vergnügter die Hände über die Verlegenheiten, welche drüben der Regierung aus diesem neuen Schritte erwachsen. Man unterläßt zwar nicht, Sympathien für die verfassungstreue Partei der deutschen Liberalen an den Tag zu legen und sie zum Verharren auf der eingeschlagenen Bahn zu ermuthigen, hegt aber dennoch den Wunsch im Herzen, daß es Ungarn gelingen möge, noch vor einem etwaigen Siege der deutschen verfassungstreuen Opposition sein Schäfchen in's Trockene zu bringen."

Wien, 19. Jan. Wie es heißt, sollen dieser Tage sämmtliche Statthalter hier eintreffen, und zwar nicht blos zur Besprechung mit dem Staatsminister, sondern um sogar einem Ministerrathe beizuwohnen.

Dem Grazer „Telegraf" wird berichtet, daß schon für die nächsten Tage der Erlaß einer General-Amnestie für alle seit 1849 verurtheilten politischen Verbrecher mit Ausnahme etwa solcher, die noch in neuester Zeit ihre staatsgefährlichen Absichten in irgend einer flagranten Weise bekundet, gewärtigt werden kann. Dieser umfassende Gnadenakt soll, wie verlautet, zu gleicher Zeit mit der Veröffentlichung der Ernennung eines ungarischen Ministeriums für das ganze Reich bekannt gemacht werden.

Aus **Wien**, 17. Jan., schreibt man der „Tagesp.": „Vom k. k. Kriegsministerium ist eine Verordnung erflossen, zufolge welcher alle bei den Militärbehörden der Monarchie in Verwendung stehenden Unteroffiziere zu ihren betreffenden Truppenkörpern einzurücken haben. An deren Stelle sind Invaliden zu verwenden.

In den **Londoner** politischen Kreisen beschäftigt man sich jetzt ernstlich mit der Haltung, welche die Regierung in Bezug auf die Wahlreform einnehmen werde. Diese Frage nimmt auch das große Publikum sehr in Anspruch und die Freunde der Reform wollen, auf die öffentliche Meinung gestützt, die Regierung zur Einbringung eines Gesetzentwurfes drängen, welcher mindestens den Russell-Gladston'schen an Liberalität nicht nachstehe. Man will auch aus guter Quelle wissen, daß deshalb schon Pourparlers zwischen einigen Freunden des früheren Schatzkanzlers und den Whigs gewechselt worden seien, die die Möglichkeit eines Torykabinets zulassen. Jedenfalls wird es an lebhaften Erörterungen zwischen den Gegnern und Freunden der Reform nicht fehlen.

Frankreich. Die Entschädigungsansprüche, welche Frankreich vor dem Ausbruche des letzten Krieges an Preußen gestellt hat, sind in letzterer Zeit wieder das Thema einer lebhaften Diskussion geworden. Die merkwürdigste Auskunft darüber hat unlängst ein englisches Parlamentsmitglied gegeben. Die „Saturday Review"

hatte nämlich an Mazzini die etwas boshafte Frage gestellt: „wo denn eigentlich jener geheime Vertrag sei, der mit blauem Bande umwunden, in Visconti-Venosta's Schubfach lag." Ueber diesen Vertrag nämlich, der nach Mazzinis Behauptung zwischen Frankreich, Italien und Preußen abgeschlossen wurde, hatte der italienische Tribun im vorigen Jahre sehr befremdende Enthüllungen gebracht. Eines der Parlamentsmitglieder für Leicester, P. A. Taylor, zu den vorgeschrittensten Liberalen gehörend, fühlt sich nun berufen, für Mazzini gegen die „Review" in die Schranken zu treten. Er wiederholt, was Mazzini gesagt hatte, und sucht dazu aus den Ereignissen des letzten Jahres die verifizirenden Belege beizubringen. „Mazzini" — hören wir — „kannte den geheimen Traktat ganz genau; er wußte, was seine einzelnen Artikel waren, wo er lag, ja selbst mit was für einem Bande die schändlichen Stipulationen umwickelt waren, durch welche wiederum Völker verschachert werden sollten. In dem Kabinete Visconti-Venosta's lag das in Biarritz von Louis Napoleon, Viktor Emanuel und Bismarck verfaßte Schriftstück; Italien und Preußen sollten Oesterreich angreifen, Napoleon sollte sich die Gelegenheit, welche eine Niederlage Preußens oder Italiens bieten würde, zu Nutzen machen, um zu Hilfe zu eilen und dabei natürlich die Rheinprovinz zu besetzen, die später nicht mehr geräumt werden sollte; von Seite Italiens war die Insel Sardinien und eine Gebietsabtretung an der nördlichen Grenze versprochen." Nun will Taylor beweisen, daß Napoleon die Italiener zum Vorgehen gegen Verona gezwungen habe, weil er sicher gewesen sei, daß sie auf dieser Angriffslinie eine Niederlage erleiden würden! Der ganze Plan sei nun, was Frankreichs Antheil an der Beute angehe, dadurch vereitelt worden, daß Preußen sich nicht habe schlagen lassen; keine Niederlage habe den Franzosen Gelegenheit geboten, sich einzumischen; so sei denn Napoleons Forderung späterhin zu Boden gefallen und auch dem Könige von Italien seine schimpfliche Aufgabe erspart worden.

Athen, 5. Jan. Als am 29. Dezember die russische Fregatte Großadmiral mit kretischen Familien (1400 Seelen) im Piräus angekommen war, fand Tags darauf dort und auch hier eine große Demonstration für das christliche Rußland statt. Der russische Gesandte dankte wiederholt von dem Balkone seines Hotels der dichtgedrängten hochrufenden Menge. Im Piräus erfolgte die Demonstration mit beleuchteten Barken. Die russische Fregatte zündete bengalische Feuer an; die russische Militärmusik spielte die griechische Hymne an die Freiheit von Solomos, Musik von Manzaros, und auf Verlangen der begeisterten Menge spielte sie auch die russische Nationalhymne. (Tr. Z.)

Konstantinopel, 1. Jan. Die osmanische Regierung ist dem zwischen Frankreich und Rußland abgeschlossenen Vertrag zum Bau der großen Heiligen-Grab-Kuppel zu Jerusalem beigetreten. Der Sultan hat, mit Berufung darauf, daß er Monarch von mehreren Millionen christlicher Unterthanen ist, sich ausgebeten, an den Kosten des Baues auch einen Antheil zu übernehmen. Ferner ist der Gouverneur von Jerusalem angewiesen, allen möglichen Beistand zu leisten sowohl für die Ausschiffung der von auswärts kommenden Materialien zu Jaffa und deren Transport nach Jerusalem, als für den Ankauf inländischen Materials und für die fernere Ausführung der Arbeiten.

Petersburg, 14. Jan. Durch die jüngst erlassenen Ukase des Kaisers, betreffend die Eintheilung des Königreichs Polen in neun Gouvernements und Kreise, die Herstellung der Einheit der Kassenverwaltung, Post ꝛc. mit der im Kaiserreiche bestehenden, endlich die Eintheilung der westlichen Grenzen Polens in vier Zollbezirke ist so ziemlich die Einverleibung Polens in administrativer Hinsicht eine vollendete Thatsache geworden. Wahrscheinlich wird auch demnächst an den Codex die Reihe kommen und derselbe durch die russische Gesetzsammlung ersetzt oder derselben entsprechend abgeändert werden. Die Einverleibung wird von hiesigen Organen sehr verschieden, aber immer als Wohlthat für Polen kommentirt. Nebenher werden alle Anstalten getroffen, durch Bälle, Kollekten ꝛc., die gegen ihren rechtmäßigen Souverain, den Sultan, in hellem Aufstande begriffenen Griechen reichlich und wirksam zu unterstützen. Man hofft auf eine glückliche Wendung der Rebellion zu Gunsten der Empörer und die endliche Vertreibung der Türken aus Europa. Die Panslavisten jubeln über die neuerdings durch die kaiserlichen Ukase angebahnte Einheit des großen slavischen Czarenreichs, das durch die galizischen Ruthenen wohl noch einen Zuwachs zu erwarten hat. Ist es — sagt man — den Polen im Königreiche Polen beschieden, ihr Interesse richtig aufzufassen, so wird in nicht ferner Zukunft eine Grenze sie nicht mehr scheiden von den Polen in Polen und Galizien. Je aufrichtiger und je eher sie sich an Rußland anschließen, desto näher rückt dieser Zeitpunkt heran. — Die Folgen der Verwarnungen und Untersuchungen gegen die Zeitschriften sind am Neujahrstage durch kaiserliche Verfügung niedergeschlagen.

Frankfurter Börse (14. bis 20. Januar).

20. Januar. Wir sind so fest mit Amerika in finanzieller Beziehung verwachsen, dass naturgemäss der Kampf der Radikalen und Demokraten, der sein Ziel in der Anklage des Präsidenten sucht, hier mit der ängstlichsten Spannung verfolgt wird. Es war im Jahre 1868, als die zum Tode erschreckten Kapitalisten ganz schüchtern einige 1868er Bonds kauften. Das ist aber in den letzten Jahren zu einer unberechenbaren Ziffer angewachsen. Einer erzählte dem Anderen, „wie leicht sich's leben lässt", die hohen Zinsen, die das gelobte Land zahlte, waren Milch und Honig, und auch heute noch ist, ungeachtet der Vorgänge im weissen Hause, das Vertrauen der Besitzer kaum angegriffen, geschweige erschüttert. Dagegen sind neue Kapitalanlagen in geringeremMasse wahrzunehmen, und diese, sowie die Kraft der Spekulation, die sich immer da äussert, wo ein rascher Lohn geboten wird, haben sich ganz vorzugsweise den bayer. Papieren zugewendet. Die Prämien-Anleihe begrüsste das Erscheinen der effektiven Stücke mit einer Hausse, die seitdem unterstützt von der Berliner Börse in einen Sturmlauf überging. 5pCt. bayer. Obligationen sind über Pari und 4½ prozentige auf 94¾.

Auch in den übrigen süddeutschen Fonds erhält sich das Geschäft im Zug, wenn schon der Kurs vorläufig an seinen durch die veränderten Zeitumstände gebotenen Gränzen angelangt sein dürfte. Sehr vernachlässigt bleiben die unverzinslichen Looseffekten, z. B. Kurhessen, die bei der niedrigsten Prämie von Thlr. 65 nur 53 stehen. Auch Badische haben trotz ihres günstigeren Ziehungsplanes ihre alte Beliebtheit ganz eingebüsst.

Amerikaner, die heute vor 8 Tagen zu 75⅞ schlossen, eröffneten Montag zu 76½ in Folge einer Depesche, welche das Versetzen des Präsidenten in den Anklagestand wieder als unwahrscheinlich darstellte. Auf letzteren Stand erhielt sich denn auch der Kurs ziemlich unverändert bis heute, trotz neuerer sich vielfach widersprechender Telegramme aus New-York. Das Publikum scheint in seiner Kauflust etwas nachgelassen zu haben und eine mehr zuwartende Stellung als bisher einnehmen zu wollen, bis sich die Verhältnisse in Washington mehr aufgeklärt haben werden. Dabei ist nicht zu übersehen, dass die immer stärker werdende Spannung zwischen Kongress und Präsident jedenfalls die schlimme Folge haben dürfte, dass bei den Parteikämpfen der Kongress nur wenig Zeit finden wird, sich mit den so wichtigen Finanzfragen und namentlich mit der Papiergeldfrage zu beschäftigen und dieselbe daher nach wie vor unerledigt bleiben werden. Auch droht der Ausbruch einer kommerziellen Krisis in den Vereinigten Staaten täglich mehr und kann nicht ohne schlimmen Einfluss auf die Staatsfinanzen und den Stand der Bonds bleiben.

Oesterr. Fonds betraten die Woche in matterer Haltung und mit niedrigeren Kursen, als sie die Vorwoche verlassen hatten, Gerüchte von neuen Anleihen zum Zweck der Papiergeldeinlösung, bei welcher das ominöse Wort „Arrosirung" mit unterlief, wirkten beunruhigend; sie entbehrten jedoch aller Begründung; durchgreifende Finanzoperationen in Oesterreich sind zur Zeit nicht zu erwarten; vorläufig haben die Staatsnoten geholfen und werden wohl auch noch weiter helfen müssen. Der Schluss war für österr. Papiere wieder fester, namentlich waren 1860er Loose gesucht, die sich um ¾ pCt. auf 64⅝ gebessert haben.

Von Kreditaktien österreichische ohne wesentliche Veränderung. Von Zettelbankaktien Frankfurter etwas niedriger; auf österr. Nationalbank hat der Verlauf der Generalversammlung keinen Einfluss gehabt. Trotz aller statutarischen Zusicherungen ist es und wird es dem Institut unmöglich sein, eine selbständige Stellung der Regierung gegenüber einzunehmen und zu behaupten.

In E.-B.-Aktien war die Woche über einmal regeres Leben. Bayer. Ostbahnen wurden endlich ausgiebig gewürdigt und hoben sich um 3 pCt. auf 120⅜. Auch den pfälzischen Linien, namentlich der Neustadt-Weissenburger, welche sehr gefragt waren und sich um 5 pCt. bis 111½ hoben, wendete das Kapital Aufmerksamkeit zu. Der Dezemberausweis ist sehr günstig; die Bexbacher hatte ein Plus von nahezu 16 pCt.; der Kohlenverkehr, bereits von kolossalem Betrag, erfreut sich immer neuer Zunahme. Dieser Tage wird die Mannheimer Brücke für den Verkehr in Betrieb gesetzt werden und es ist dann bei den mit den rückwärts liegenden Bahnen getroffenen Vereinbarungen für den durchgehenden Verkehr ein namhaftes Resultat zu erwarten. Ganz ausgezeichnet ist der Ausweis der Neustadt-Weissenburger zu nennen, welche ein Erträgniss von fl. 78,060 und ein Mehr von fl. 34,819 oder 77 pCt. gegen das Vorjahr brachte. — Für Silber-Prioritäten hält die Frage an; von Franko-Prioritäten Livorneser billiger. Das Gerücht, dass der Staat die sämmtlichen italienischen Eisenbahnen übernehmen und dafür Rente ausgeben werde, entbehrt noch zu sehr der Begründung, um sich darauf näher einzulassen.

Im Geldstand und Wechselkursen ist keine nennenswerthe Veränderung vor sich gegangen, nur Wiener matter bis 95½.

	14.	19.		14.	19.
5% Oestr. National	50½	51¼	4% Darmstädt. do.	95¾ B	—
5% do. Metal. (1859)	57⅝	57¼ B	3½% do. do.	—	—
5% do. Lose (1860)	63¾	64⅝	4½% Nassauer do.	95½ B	94⅞ B
— do. do. (1864)	67 B	67⅝	4% do. do.	89¼ B	89 B
Oestr. Kreditl. (58)	112¾	113	3½% do. do.	84¼ B	84⅞ B
5% Bayer. Obligat.	100⅜	101¼ B	4% Kurhess. do.	93¼ B	92⅞ B
4½% do. do.	95 B	95 B	3½% Frankf. do.	88⅞ B	82⅞
4% do. do.	90⅞ B	90⅞ B	3% do. do.	73½ B	73¾ B
4% do. 100 Thl.-L.	99¼	101⅞	6% Amerik. (1882)	76½	76⅝
4½% Würtemb. Obl.	94⅜	94⅜ B	Oestr. Kredit.	139½	141
3½% do. do.	82	83⅛ B	Oestr. Nat.-Bank	642	646
4½% Badische do.	92¾	93 B	Frankfurter do.	131	129⅞
4% do. do.	89¼ B	89⅝ B	Bexbacher E.-B.	154½	155⅝
3½% do. do.	83½	84 B	Bayer. Ostbahnen	117¾	120⅜

(Aktionär).

Neueres.

Berlin, 20. Jan. Heute fand die Kriegs- und Ordensfestfeier statt. Nach der Proklamirung der neuen Ordensmitglieder war Gottesdienst und bei der darauf folgenden Tafel galt der Trinkspruch des Königs der Armee und dem Gesammtvaterland.

Berlin, 21. Jan. Die Eröffnung des Parlaments soll zum den 24. Februar zu erwarten sein.

Brüssel, 21. Jan. Zur Prüfung der Schelde-Angelegenheit hat die preußische Regierung den Geheimen Ober-Baurath Lentze als technischen Commissär bezeichnet, dessen Wahl hier mit großer Befriedigung aufgenommen wurde. Die drei Ingenieure Englands, Preußens und Frankreichs werden vor Ende dieses Monats zusammentreten.

Paris, 20. Jan. Wie der „Abend-Moniteur" meldet, hat der Kaiser die Demission des Staatsministers, sowie die der Minister der Justiz, des kaiserlichen Hauses, des öffentlichen Unterrichts, des Innern, Aeußern und des Ministerpräsidenten des Staatsraths nicht angenommen. Dagegen sind neu ernannt worden: Rouher zum Finanzminister, Admiral Rigault de Genouilly zum Marineminister, Marschall Niel zum Kriegsminister und Forcade de la Roquette zum Minister der öffentlichen Arbeiten.

Paris, 20. Jan. Die authentische Ministerliste enthält folgende Namen: Rouher Staats- und Finanzminister, Niel Krieg, Rigauld de Genouilly Marine, Forcade Laroquette Arbeiten. Moustier, Duruy, Lavallette, Baroche bleiben.

Paris, 20. Jan. Dem heutigen „Moniteur" zufolge hat die Regierung beschlossen, daß trotz dem Wegfall der Adresse schon vom Beginn der Session an Interpellationen über die äußeren Angelegenheiten entgegengenommen werden sollen.

New-York, 19. Jan. Bazaine zeigte seinen Truppen an, daß sie in Maximilian's Dienste treten dürfen.

New-York, 19. Jan. Der höchste Gerichtshof hat beschlossen, daß der „Testeid" unkonstitutionell ist.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Literarisches.

Von der „**Illustrirten Welt**" (Stuttgart, Eduard Hallberger) liegen uns die ersten Hefte des fünfzehnten Jahrgangs vor. Wir ersehen aus denselben zu unserer freudigen Ueberraschung, wie die Verlagshandlung fortwährend bestrebt ist, dem steigenden Bildungsbedürfnisse des deutschen Volkes in liberalster und förderlichster Weise gerecht zu werden. Nicht nur, daß sie dem entsprechend dem Inhalte des Werkes selbst immer größere Sorgfalt widmet und dafür sorgt, daß derselbe an Gediegenheit und Mannigfaltigkeit Nichts mehr zu wünschen übrig läßt; sie bietet den Abonnenten auf den neuen Jahrgang der „Illustrirten Welt" auch noch die so erwünschte und gewiß allgemein mit Freuden begrüßte Gelegenheit,

Schiller's sämmtliche Werke

in einer neuen schönen Cotta'schen Original-Ausgabe in 12 Lieferungen zu dem **außerordentlich billigen Preise** von nur **18 kr. rh. per Lieferung** zu erwerben, also zu einem Preise, der **um die Hälfte billiger** ist als derjenige der billigsten aller bis jetzt bestehenden Ausgaben. Bereits sind die drei ersten Lieferungen erschienen, denen die weiteren rasch nachfolgen werden. Um die immer größere Verbreitung der Werke Schiller's, welche in der Bibliothek eines jeden Deutschen den ersten Platz einnehmen sollten, erwirbt sich durch Veranstaltung dieser billigsten und dabei vollständigen und korrekten Ausgabe die Verlagshandlung von Eduard Hallberger in Stuttgart ein sehr hohes Verdienst. In den vorliegenden Heften des neuen Jahrgangs der „Illustrirten Welt" finden wir u. A. eine reizende, feine Novelle von **Otto Roquette**: „Die Schneewoche," einen spannenden Roman von **J. W. Smith**: „Die Tochter des Juwelenhändlers", und eine hübsche Erzählung von **J. D. H. Temme**: „Alter Samen und frisches Reis." Von den übrigen zahlreichen Beiträgen — von **R. Römer, J. Ristori, Hamm, Wiese, Laudhardt, Lübke, Stieler u. A. m.** — nennen wir nur die vortreffliche Charakteristik Salomon Heines von J. M. Boyes, und von den prächtigen Illustrationen — von **C. Girardet, H. König, O. Fikentscher, Kriehuber, Döpler, Piris, Grögler u. A.** — „Die Märchenerzählerin", „Reiters Morgengesang", „Würzburg während der Beschießung," Der „Postillon", „Maria Stuart und der Sänger Riccio im Schlosse zu Holyrood" u. s. w., welche die Leser von der wachsenden Gediegenheit der „Illustrirten Welt" überzeugen werden. Als **Gratis-Prämie** erhalten die Abonnenten einen **prachtvollen Stahlstich: „Sommerfrische"**, gemalt von **Piris** gestochen von **Geyer**.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	pCt. Met. (Op. I. S. b. R.)	—
„	pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1862	61$^3/_8$ G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	57$^3/_8$—$^5/_8$ P.
„	5 pCt. Tenst. Coupon b. R.	—
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	51$^1/_8$P. 50$^7/_8$G.
„	5 pCt. Metall. Obligation	42$^2/_8$ G.
„	4$^1/_2$ pCt.	37 G.
Preussen	3$^1/_2$ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100$^1/_2$ G.
„	4$^1/_2$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	95 P.
„	4$^1/_2$ pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	95 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90$^1/_2$ P.
„	4 pCt. Obl. $^1/_2$ jähr. dto.	90$^1/_2$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90$^1/_2$ G.
„	3$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	81$^1/_2$ G.
Württemb.	4$^1/_2$ pCt. Obl. b. Rothsch.	94$^3/_4$ P.
„	3$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	83$^1/_4$ P.
Baden	4$^1/_2$ pCt. Obl.	93$^3/_8$ G.
„	3$^1/_2$ pCt. Obl. v. 1842.	84 P.
Gr. Hess.	4$^1/_2$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	94$^7/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	89$^3/_4$ P.
„	3$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	84$^1/_4$ G.
Frankfurt	3$^1/_2$ pCt. Obl.	83$^5/_8$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2$^1/_2$ pCt. „	—
Schweden	4$^1/_2$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	83$^7/_8$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 100 Dr. 1881 D. 2$^1/_2$	—
„	6 pCt. ditto r. 1882	76$^1/_8$—76 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	180$^1/_8$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	639 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	31$^1/_2$—40$^1/_2$ G
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	206 . 205 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	—
Mitteldeutsche Kreditaktien	93 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 24 kr	78$^1/_2$ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	341 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	—
Oest. F.St.Eisb. 3pCt. 500 Fr. à 24 kr	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	—
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 5/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	150$^1/_4$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt	89$^1/_4$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4$^1/_2$ pCt.	110$^1/_4$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt	48$^1/_4$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 5/7	69$^1/_4$ G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	—
3pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	44$^1/_2$ P.
Bayr. Ostbahn à 4$^1/_2$ pCt. volleinbez.	120 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	119$^6/_4$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100$^3/_4$ P
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94$^7/_8$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99$^3/_8$ G
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96$^3/_4$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94$^1/_8$ G
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88$^1/_2$ P
Leipzig Th. 60 k. S.	104$^7/_8$ G
London Lst. 10 k. S.	118$^1/_4$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. [illegible]	—
München fl. 100 k. S.	99$^7/_8$ P
Paris Frs. 200 k. S.	94$^1/_8$—$^3/_8$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	88$^1/_2$P. 87$^7/_8$G.
do. in Sct. W. k. S.	88$^1/_8$P. 87$^7/_8$G.
Disconto	3$^1/_2$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	101$^1/_2$ G.	Ansbach [illegible]	53$^1/_2$ P.
„ fl. 500 v. 1854 zu 4 pCt.	64$^1/_4$ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	64$^3/_4$—$^5/_8$ G.	„ fl. 25 dto.	—
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	113$^3/_4$ P.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37$^1/_4$ P.
„ do. v. 1864.	68$^5/_8$ P.	Sardinische Fr. 36 b. R.	—
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	101$^1/_2$—$^3/_8$ G.	Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Schwed. 10 Thlr. Loose	10$^1/_8$ P.	Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Badische fl. 35	53 P.	Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28 P.
		St. Lüttich mit 2$^1/_2$ pCt. Z.	—
		Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10$^3/_8$ P.

Frankfurt, 21. Januar. Von Newyork sind jetzt Geldkourse vom 17.—19. d. bekannt. Da dieselben in dieser Zeit zwar in die Höhe gegangen sind, aber unverändert auf 137 beharren, so hat der Cours der 1882er Bonds gegen gestern, wo bereits die Notirung vom 17. bekannt war, sich nicht verändert. Dieselben verkehrten eher noch etwas fester. — Von Süddeutschen badische höher, von Eisenbahnen dagegen Maxbahn und Ostbahn flauer, da Verkaufsaufträge am Markte. — Von Wechseln Wien bedeutend niedriger, London dagegen etwas besser. — Donnerstag und Freitag wird eine neue 4 pCt. Stadt Münchener Anleihe von 2 Millionen bei M. A. v. Rothschild und Söhne aufgelegt. (Syndikat.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 23. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 64. Jahrgang. | Mittwoch, 23. Januar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 21. Januar. Se. Majestät der König hat genehmigt, daß der Buchdrucker F. Straub dahier zur Bezeichnung seines Geschäftes sich künftig der Firma „Akademische Buchdruckerei von F. Straub“ bedienen und diese Firma öffentlich führen dürfe; die kath. Predigerstelle bei der Stadtpfarrkirche St. Rupert in Regensburg dem Priester J. Käß, Stadtpfarrprediger in Amberg, übertragen; die kath. Pfarrei Vierkirchen, Bezirksamts Dachau, dem Priester M. Steinberger, Cooperator in Geisenhausen, Bezirksamts Vilsbiburg, und das Kuratbenefizium Lichtenau, Bezirksamts Neuburg a. D., dem Priester M. Strobl, Kaplan in Bertoldshofen, Bezirksamts Oberdorf, übertragen; auf das im Forstamte Elmstein in Erledigung gekommene Revier Iggelbach den dermaligen Aktuar des Forstamts Tegernsee, M. Kraus, zum provisorischen Revierförster ernannt; auf das von Allerhöchstihrem Kämmerer und lebenslänglichen Reichsrathe Grafen A. v. Seinsheim gestellte Gesuch, die von demselben erklärte Resignation der lebenslänglichen Reichsrathswürde genehmigt und demselben zugleich die Versicherung Allerhöchstihrer königl. Gnade und die wohlgefällige Anerkennung seiner langjährig geleisteten guten Dienste, sowie seiner bewährten Treue und Anhänglichkeit ausgedrückt.

München, 21. Jan. Im Vollzuge des Friedensvertrages vom 22. August 1866 wurde die Souveränetät über den bisher bayer. Bezirk um Orb am 8. ds. Mts. förmlich an die Krone Preußen überwiesen. Sämmtliche Amtsstellen mit Ausnahme der Saline, deren Extradition noch im Gange ist, sind vollständig extradirt und die Beamten derselben, sowie die Gensdarmerie von ihren Funktionen entbunden. Das kgl. preußische Besitzergreifungs-Patent war zwar bis dahin noch nicht publizirt, doch sind die betreffenden kgl. preußischen Beamten sofort in Funktion getreten. Die Souveränetät über den Bezirk Gersfeld sollte am 14., über die Enklave Kaulsdorf am 24. ds. Mts. an die Krone Preußen überwiesen werden.

** **München,** 21. Jan. Wie ich diesen Abend vernehme, ist das Referat des Abg. Mandel über den Gesetzentwurf bezüglich der Entschädigung der Kriegslasten so weit gediehen, daß demnächst die Berathung im Ausschusse und längstens Anfangs Februars in der Kammer selbst stattfinden kann. Der Ausschuß hat sich über alle Hauptfragen geeinigt; er wird einige Erhöhung der zu zahlenden Entschädigungen beantragen, außerdem aber im Wesentlichen dem Gesetzentwurfe beistimmen.

München, 19. Jan. Der von dem kgl. Staatsminister des Innern heute der Kammer der Abgeordneten vorgelegte Gesetzentwurf über die öffentliche Armenpflege (44 Artikel) nimmt die in den Landestheilen diesseits des Rheines über das Armenwesen geltende Verordnung vom 17. Novbr. 1816 zum Ausgangspunkte; dieselbe ist jedoch nicht nur in ihren Detailbestimmungen vielfach fortentwickelt und ergänzt, sondern auch in ihrer Gesammtanlage neu gestaltet, insbesondere dadurch, daß die Verpflichtungen der einzelnen betheiligten Corporationen von den Obliegenheiten der Vollzugsorgane systematisch ausgeschieden wurden.

Nach der ersten Abtheilung des Entwurfes, welche die allgemeinen Bestimmungen enthält, ist die öffentliche Armenpflege unbeschadet der Betheiligung der Distrikts- und Kreisgemeinden zunächst den politischen Gemeinden zugewiesen; sodann folgt der Grundsatz, daß die öffentliche Hilfeleistung nur bei nachgewiesener Hilfsbedürftigkeit und nur nach Erschöpfung aller sonstigen Hilfsquellen des Bedürftigen einzutreten habe; ferner ist der Anspruch auf öffentliche Unterstützung zur Bestreitung des Lebensunterhaltes ausdrücklich auf die Gewährung des Unentbehrlichen beschränkt und überdies bestimmt, daß Arbeitsfähige nur in Fällen eines besonderen Nothstandes und regelmäßig nur durch Beihilfe zur Ermittlung einer Arbeit unterstützt werden sollen, und endlich werden die in einer Armenanstalt Untergebrachten der besonderen Disziplin der Pflegeorgane unterstellt. — Die bisherigen unbestimmten Erbrechte der Armenpflegen sind in einen positiven zeitlich begrenzten Entschädigungsanspruch an den Nachlaß der Unterstützten umgewandelt.

Die zweite Abtheilung handelt von der örtlichen Armenpflege und umfaßt die Rechte und Verbindlichkeiten der Gemeinden, die Hilfsquellen der Armenkassen, sowie die Bestellung und den Wirkungskreis des Armenpflegschaftsraths. — Die Verbindlichkeit einer Gemeinde zur Unterstützung einer bestimmten Person bemißt sich in der Regel nach dem Gesetze über die Heimath; abgesehen hievon ist die Aufenthaltsgemeinde verpflichtet, erkrankte Dienstboten, Gewerbsgehilfen 2c. gegen den Bezug der seitherigen Krankenhausbeiträge bis auf die Dauer von 3 Monaten unentgeltlich zu verpflegen, sonstigen Fremden aber die erforderliche Nothhilfe gegen heimathsgemeindlichen Ersatz zu leisten. Wenn der Ersatzanspruch gegen eine ausländische Gemeinde in Folge Staatsvertrags ausgeschlossen ist, so ist die hilfeleistende Gemeinde von der Distrikts-Armenpflege zu entschädigen. — Hinsichtlich der primären Hilfsquellen der örtlichen Armenpflege tritt keine Veränderung ein; dagegen sind die seitherigen Armenpflichtbeiträge einfach als Gemeindeumlagen erklärt, wie denn die örtliche Armenpflege im Entwurfe durchgehends als reine Gemeindeangelegenheit behandelt wird. Privatunternehmer größerer industrieller Anlagen können zur Begründung besonderer Krankenunterstützungskassen für ihre Arbeiter angehalten werden, in welchem Falle die letzteren von den gemeindlichen Krankenhausbeiträgen befreit bleiben.

Die Vorschläge über die Zusammensetzung und Bestellung des Armenpflegschaftsraths zeigen nur geringe, vorwiegend durch die Rücksichtnahme auf die Gemeindeordnung bedingte Abweichungen von den dermaligen Bestimmungen in den Gebietstheilen diesseits des Rheines; eine Bestätigung der in den Armenpflegschaftsrath Gewählten ist nicht erforderlich. Was die Zuständigkeiten des Armenpflegschaftsrathes betrifft, so ist demselben möglichst freie Bewegung gestattet und insbesondere das Recht eingeräumt, hilfesuchende Personen, die seinen Anordnungen ungerechtfertigten Ungehorsam entgegensetzen, so lange dieser währt, von der Unterstützung auszuschließen. — Die Verwaltung der Armenkasse steht dem Armenpflegschaftsrathe allein zu, wogegen die Administration des Grundstockvermögens und der örtlichen Stiftungen, sowie die Beschlußfassung über die Einführung von Umlagen und über Einrichtungen, welche eine dauernde Belastung der Gemeinde zur Folge haben, der regelmäßigen Gemeindevertretung vorbehalten wurde. — Für das Rechnungswesen und den Geschäftsgang überhaupt, dann hinsichtlich der Oeffentlichkeit der Verhandlungen insbesondere finden die Grundsätze der Gemeindeordnung Anwendung. Eine besondere Obliegenheit des Armenpflegschaftsrathes bildet die Bedachtnahme auf die Abwendung drohender Verarmung und auf die Verminderung der örtlichen Armenlasten.

Von hervorragender Wichtigkeit ist die in der 3. Abtheilung vorgeschlagene Neuregelung der Distriktsarmenpflege. Diese bildet fortan eine Angelegenheit der Distriktsgemeinden und gehört zum Wirkungskreise des Distriktsrathes und des Distriktsrathsausschusses, welche Organe durch die Bezirksärzte und zwei selbständige Pfarrer des Distriktes verstärkt werden. Da die Unterhaltung der distriktiven Wohlthätigkeitsanstalten und die Ergänzung des Distriktsarmenfonds sowie die Unterstützung überbürdeter Gemeinden und die Leistung der oben erwähnten Entschädigung gesetzliche Distriktslasten sein sollen, so ist aus dieser Einrichtung eine wesentliche Erleichterung der Gemeinden um so mehr zu erwarten, als diese im Distriktsrath entsprechend vertreten sind.

Die 4. Abtheilung, welche die Kreisarmenpflege zum Gegenstande hat, fußt auf dem Kreislastenausscheidungsgesetze vom 23. Mai 1846 und dem Landrathsgesetze vom 28. Mai 1852.

In der 5. Abtheilung ist die Staatsaufsicht auf die örtliche Armenpflege nach Analogie der Gemeindeordnung geregelt und sohin das gemeindliche Selbstverwaltungsrecht zum Prinzipe erhoben. Streitigkeiten, welche nicht rein civilrechtlicher Natur sind, werden wie bisher von den Verwaltungsbehörden entschieden.

Um der häufig wahrgenommenen Unbotmäßigkeit der Armen und der Verschleuderung empfangener Unterstützungen zu begegnen, sind in der 6. Abtheilung einige Strafbestimmungen eingestellt, während sich bei der 7. Abtheilung lediglich Schlußbestimmungen finden.

Für die Landestheile diesseits des Rheins ergibt sich nach Vorstehendem nicht nur eine wesentliche Verbesserung und Vereinfachung im Vollzuge der öffentlichen Armenpflege, sondern auch eine Vermin-

derung der gemeindlichen Armenlasten, welche jedoch erst dann volle Bedeutung gewinnt, wenn durch die übrigen korrespondirenden Gesetzentwürfe die Erwerbsthätigkeit von lästigen Schranken befreit, die gedeihliche Kindererziehung innerhalb der Familie ermöglicht, der Kreis der Beitragspflichtigen zu den allgemeinen Gemeindelasten erweitert, und den Gemeinden der nöthige Schutz gegen Ueberfüllung mit nahrungslosen Fremden rc. eingeräumt wird. Nicht minder ist die Einführung des Entwurfes für die Pfalz, wo das Armenwesen vorwiegend durch Ministerialinstruktion geregelt ist, von Vortheil, da hienach die Pfälzer Gemeinden auch auf diesem Gebiete die wünschenswerthe Autonomie erlangen und überdieß in der Mitwirkung des Staates und der Distrikte eine neue Stütze finden, während andererseits die ihnen durch besondere Gesetze zugewiesenen örtlichen Hilfsquellen, sowie die bestehenden Aufgaben der dortigen Kreisarmenpflege unangetastet bleiben. (B. Z.)

Aus **München**, 19. Jan., wird der „Allg. Ztg." geschrieben: „Auch der Gesetzentwurf über die Armenpflege ist heute vom königl. Staatsminister des Innern, Frhrn. v. Pechmann, der Kammer der Abgeordneten vorgelegt worden. Hiemit ist der Cyklus der in Aussicht gestellten Entwürfe abgeschlossen. Bei dieser Gelegenheit sei mir gegenüber dem Vorwurfe „zopfiger Redaktion rc.", welcher namentlich von der „Köln. Ztg." gegen die Entwürfe geschleudert wird, die Bemerkung gestattet, daß dieselben keineswegs eine völlige Umgestaltung, sondern nur eine Revision der aus den Jahren 1818 und 1825 datirenden Gesetze erstreben und daher naturgemäß an deren Terminologie gebunden waren. Abgesehen hievon mußte auf die Beibehaltung der bereits allbekannten Begriffsbestimmungen und Ausdrücke schon aus dem Grunde Bedacht genommen werden, weil jede willkürliche Veränderung den fast ausschließend in die Hand der Gemeindebehörden, namentlich der Landgemeindevorsteher, gelegten Vollzug außerordentlich erschweren würde. Die Zweifel, welche ein aus dem „Nürnb. Korr." in die heutige „Allg. Ztg." übergegangener Artikel darüber ausdrückt, ob der Entwurf des Heeresorganisationsgesetzes dem Landtage in seiner gegenwärtigen Sitzung werde vorgelegt werden können, sowie die Gründe, auf welche diese Zweifel gestützt werden sollen, sind unbegründet. Der Stand der Dinge, diesen Gesetzentwurf betreffend, ist genau so, wie ich ihn neulich angab. Derselbe ist vom Ministerrathe in zwei vielstündigen Sitzungen durchberathen worden und befindet sich jetzt vor dem Staatsrathe, wo er das letzte Stadium der Vorberathung durchzumachen hat. Unmittelbar nach Vollendung dieser wird er der Kammer vorgelegt werden. Zum Ueberflusse ist noch beizufügen, daß der Hr. Kriegsminister heute der Kammer ausdrücklich angekündigt hat, daß dieser Gesetzentwurf dem gegenwärtigen Landtage vorgelegt werden solle."

Aus der Pfalz, 19. Jan. Die Parteibildung in unserer Kammer der Abgeordneten ist jetzt zum Abschlusse gelangt. Die Linke besteht aus den Mitgliedern der Fortschrittspartei und sämmtlichen Abgeordneten der Pfalz mit einziger Ausnahme des Herrn Kolb, dessen eigenthümlicher Standpunkt in der deutschen Frage ihn verhindert, diesem Club der Linken beizutreten. (Fr. J.)

Ulm, 20. Jan. Die heute hier in der deutsch-katholischen Kirche unter dem Vorsitz des hiesigen Advokaten Schall gehaltene Landesversammlung der deutschen Partei war zahlreich besucht. Unter den 500—600 Theilnehmern zählte man mehrere Gäste aus Bayern (Augsburg, Memmingen, Mindelheim rc.), darunter den Abg. Dr. Völk. Der Versammlung lag folgender Antrag in der deutschen Frage vor: „Die Versammlung wolle in der deutschen Frage ihre Ueberzeugung dahin aussprechen: 1) Die nationale Einheit Deutschlands ist die Grundbedingung einer würdigen nationalen Existenz, wie einer gesicherten Freiheit; sie muß jederzeit das oberste, alle anderen Rücksichten beherrschende Ziel der Bestrebungen des deutschen Volkes sein. Dieses Ziel kann nach gegenwärtiger Sachlage nur durch die bundesstaatliche Einigung aller deutschen Staaten unter Uebertragung der Centralgewalt auf die Krone Preußen erreicht werden. 2) Der in der Bildung begriffene norddeutsche Bund enthält keinen Abschluß der deutschen Verfassungsfrage. Ein dauernder Ausschluß der vier süddeutschen Staaten wäre eine Verletzung der höchsten Rechte und Interessen der Nation. Soweit die Trennung Deutschlands nach der Mainlinie auf einer Einmischung des Auslands beruht, ist es Ehrensache aller deutschen Regierungen und Volksstämme, letztere nöthigenfalls mit den äußersten Mitteln zurückzuweisen. 3) Wir hegen die Zuversicht, daß im Süden wie im Norden das Volk gegen diese Alle gleichmäßig bedrohende Gefahr seine Stimme erheben, daß insbesondere das norddeutsche Parlament, durchdrungen von seinen Pflichten gegen ganz Deutschland, für die Einheit und Intregität der Nation wie für deren Freiheitsrechte und für die innere Selbständigkeit der einzelnen Staaten und Provinzen mit aller Entschiedenheit eintreten werde. 4) Wenn diese Rechte bundesverfassungsmäßig sicher gestellt, wenn insbesondere die politischen Rechte des Einzelnen durch ein deutsches Staatsbürgerrecht gewährleistet, dem Parlament die ihm gebührenden konstitutionellen Befugnisse der beschließenden Mitwirkung bei Feststellung des Bundesstaatshaushaltes und bei der Bundesgesetzgebung eingeräumt, die obersten Bundesbeamten der Nationalvertretung in wirksamer Weise verantwortlich gemacht sind, — dann wird kein Hinderniß die Ausdehnung des Bundes auf ganz Deutschland aufzuhalten im Stande sein." Abg. Hölder aus Stuttgart begründete den obigen Antrag. Professor Römer aus Tübingen sprach von der durch die Zeitlage gebotenen dringenden Nothwendigkeit des Anschlusses an den norddeutschen Bund und kritisirte scharf die „Phrasen", womit gegen diesen Anschluß gekämpft werde. Dr. Völk (öfters durch Beifall unterbrochen) brachte den Gruß der bayerischen Schwaben und knüpfte dann an das Programm Hohenlohe's eine kräftige Empfehlung der Politik der deutschen Partei. Th. Miller aus Riedlingen sprach vom wahren und falschen Föderalismus. Advokat Steiner aus Stuttgart beantragt folgenden Zusatzantrag zu den obigen Resolutionen: „Die Versammlung der deutschen Partei zu Ulm am 20. Januar 1867 begrüßt mit Dank und Freude das Programm der bayerischen Regierung, wie es der Ministerpräsident Fürst Hohenlohe in der bayerischen Kammer der Abgeordneten am 19. Januar entwickelt hat, und vertraut dem deutschen Sinn des Königs von Bayern und seiner Regierung, wie dem vielerprobten Patriotismus des bayerischen Volks, daß jenes Programm mit all seinen Konsequenzen kräftig durchgeführt werde." Bei der Abstimmung fand zunächst der Hauptantrag und sodann auch der Zusatzantrag einstimmige Annahme. Der Vorsitzende übernahm es, von dem letzteren Resultate den Fürsten von Hohenlohe sofort in Kenntniß zu setzen. Den Schluß bildete die Empfehlung der Verfassungsrevision mit Hilfe des Wahlgesetzes von 1849. (A. Abdztg.)

Berlin, 18. Jan. In seiner heutigen Sitzung setzte das Haus der Abgeordneten die gestern abgebrochenen Verhandlungen über den Lasker'schen Antrag auf Aufhebung der gesetzlichen Zinsbeschränkungen auch für den Immobiliarcredit fort. Aus der Debatte ist nur die Erklärung des Vertreters der Staatsregierung hervorzuheben, daß die Staatsregierung, nachdem der Antragsteller selbst die im § 3 zuerst stipulirte dreimonatliche Frist in eine sechsmonatliche umgewandelt habe, (wonach also den Hypothekenschuldnern, falls mehr als 6 Prozent Zinsen bedungen sind, jederzeit das Recht eingeräumt wird, mit sechsmonatlicher Frist zu kündigen), nunmehr an ihrem Theile bemüht sein werde, das Gesetz auch im andern Hause durchzubringen. Die Annahme des Gesetzentwurfs erfolgt mit überwiegend großer Majorität; nur ein kleiner Theil der Conservativen stimmt dagegen.

Eine der lebhaftesten Debatten im preuß. Herrenhause fand in den Sitzungen vom 14. und 15. d. M. über das Gesetz der Vermehrung des Abgeordnetenhauses durch 80 Mitglieder statt. Die vorberathende Commission stellte den Antrag auf Nichtzustimmung zu dem Gesetze, bevor nicht auch die Verstärkung des Herrenhauses geregelt sei. Hr. v. Kröcher stellte, unter Berufung auf eine königliche Verordnung vom 1. Nov. 1865, welche den kleinen Adel in das Herrenhaus brachte, ein Amendement dahin, sowohl das Abgeordnetenhaus um 80 Mitglieder, als das Herrenhaus zu verstärken. Dieses Amendement wie der Kommissionsantrag fielen bekanntlich und ward der Gesetzentwurf in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen. Bei der Debatte empfahl Dr. Tellkampf die einfache Annahme des vorliegenden Gesetzes. Die Anträge der Kommission sowohl, als auch das gestellte Amendement enthielten einen Eingriff in die Prärogative der Krone, denn sie wollten die Krone in Betreff der Berufungen in das Herrenhaus hinsichtlich der Zeit binden, und das sei wider das der Krone zustehende Recht. Hr. v. Kröcher vertheidigt sein Amendement. Warum solle man z. B. die hannover'sche Ritterschaft noch nicht in das Herrenhaus berufen? Das Verhalten dieser Ritterschaft bedauere er, aber dasselbe sei wohl begreiflich; hätte das Kriegsglück gegen uns entschieden und wäre z. B. die Provinz Sachsen zu Hannover gekommen, würden dann die Mitglieder dieses Hauses, die der Provinz Sachsen angehören, etwa gleich mit vollen Segeln in die neue Aera hinübergegangen sein? Mit der Zeit würden auch die Hannoveraner schon gute Preußen werden. Nehme das Haus das Gesetz des andern Hauses an, so mache es sich von dem andern Hause abhängig und gehe über sich selbst zur Tagesordnung über. Hr. v. Senfft-Pilsach bemerkt, er würde sich für eidbrüchig halten, wenn er das Gesetz annehme. (Dies hat einen Ordnungsruf Seitens des Präsidenten zur Folge.) — In solchem Tone bewegte sich die Debatte fort. Hr. v. Kleist-Retzow erklärte, die Regierung sei der konservativen Partei abtrünnig geworden und wolle den bisherigen Hort derselben, das Herrenhaus, zwingen, selbst das Todesurtheil über sich zu fällen und zu unterschreiben. Da trat am zweiten Tage der Debatte Graf Bismarck für die Regierung und den Gesetzentwurf in die Schranken. Er erklärt, daß die Regierung das Herrenhaus

in seinem Bestand nicht werde gefährden lassen, und bemerkt weiter: „Ich halte es aber nicht für nützlich und nicht für wünschenswerth, jetzt gleich nach dem Krieg aus jenen Ländern aus allen Categorien, die nach Maßgabe des Gesetzes offen stehen, Vertreter in dies Haus zu berufen, so lange die Verhältnisse noch nicht abgeschlossen sind. Es würden viele Elemente darunter sein, die gerade nicht preußenfreundlich sind, und die auswärtige Politik der Regierung würde dadurch gehemmt werden können. Ich glaube auch nicht, daß es zur Beförderung des Instituts beitragen würden, wenn Einzelne vielleicht hier den Eid dem Könige verweigern würden. So viel steht fest, daß der König in Bezug auf alle hier vertretenen Categorien Berufungen eintreten lassen wird. Sie erschweren durch Verwerfung des Gesetzes nur das Vorgehen der Regierung; oder die Regierung stürzt vor den unüberwindlichen Hindernissen: dann steckt ein Stock im Räderwerk der Staatsmaschine, der sie zum Stillstand bringt. Dann schaffen Sie einen neuen Conflikt zwischen den parlamentarischen Gewalten, den zu entscheiden entweder die Regierung berufen ist, oder die Ereignisse. Ich würde dies aber nicht für wohlgethan halten, weder für diese Körperschaft, noch für den ganzen Staat, da man gar nicht absehen kann, ob uns nicht unerwartete Ereignisse mitten im Conflikt überraschen. Man kann dann gar nicht wissen, wie die Ereignisse eingreifen und wohin sie entscheiden. Es ist nützlicher für beide Institutionen, das feste Gefüge des Schildes der Verfassung nicht locker werden, keine Lücke entstehen zu lassen. (Bravo.) Erweisen Sie wirklich der Regierung wider ihren Willen einen Dienst, wenn Sie ihr einen geräumigeren Zeitraum verschaffen und die Einführung der Verfassung zum 1. Okt. hindern? Ich gebe zu, der Zeitraum ist ein kurzer und an der Verfassung wird gewiß Jeder in seinem Sinne eine Verbesserung wünschen. Daß sie deren bedürftig ist, hat Niemand mehr anerkannt als ihr Begründer, der hochselige König Friedrich Wilhelm IV. Aber, meine Herren, wir haben keine andere Verfassung als diese. Verfallen wir nicht in den Fehler unserer Gegner, daß wir die historische Entwickelung, vermöge deren wir bis zu dem heutigen Tage gelangt sind, verläugnen, daß wir nicht nach den gegebenen Unterlagen, sondern nach den wünschenswerthen handeln. Im gegenwärtigen Momente der Krisis der deutschen, möglicherweise der europäischen Verhältnisse, vorzugsweise die Aenderung und Reform der Verfassung in's Auge zu fassen — über dessen Bestreben die Verhältnisse im Lande zweifelhaft und unsicher werden zu lassen, halte ich nicht für wohlgethan. Es findet sich vielleicht später dafür der Augenblick. Eine Nation, die sich definitiv konstituirt hat, die fertig ist mit ihren auswärtigen Aufgaben, kann an Verfassungskämpfe ohne Scheu herantreten. Wir haben aber den Kampf, der uns 4—5 Jahre beschäftigt hat, erst in diesem Jahre zum Beschlusse gebracht.... Es ist nicht wohlgethan, die Ungewißheit der Zustände der neuen Lande über das Nothwendigste hinaus zu verlängern. Der Zeitraum ist kurz bis zum 1. Oktober, hoffentlich aber ausreichend. Ein noch kürzerer wäre mir lieber. Die preußische Verfassung ist, so gut oder schlecht sie ist, das wirksamste Bindemittel, welches wir dem vergrößerten Staate bieten können. Nichts ist geeigneter, die Verschmelzung der widerstrebenden Elemente zu fördern, als gemeinsame Arbeit an der gemeinsamen Aufgabe. Die Herren werden manche Vorurtheile fallen lassen, wenn sie erst mit uns gemeinsam an der nationalen Aufgabe thätig sind. Dieses, so zu sagen, den Deckel des Kastens sehr lange offen stehen lassen in jetziger Zeit, halte ich nicht für möglich. Je früher wir den Abschluß nach dieser Seite hin und nach der Seite des norddeutschen Bundes erreichen, desto gesicherter, desto zugeknöpfter gehen wir dem etwaigen schlechten Wetter der Zukunft entgegen. Aus diesem Grunde auch betreibt die Regierung, soviel sie kann, den Zusammentritt des norddeutschen Parlaments. Es ist eine schwere Aufgabe für die Regierung, unmittelbar aus einer parlamentarischen Campagne in die andere überzugehen. Nichts desto weniger hat sie sich dazu entschlossen, weil sie überzeugt ist, daß der Verzug schadet. Ebenso sieht sie Gefahr im Aufschub der Constituirung eines verfassungsmäßigen Gemeinwesens, an dem die neuen Länder in vollem Maße theilnehmen und deßhalb stellt sie sich selbst die Aufgabe, in den 8 Monaten, die wir noch haben, mit der Organisation, die der Anwendbarkeit der Verfassung in den neuen Ländern vorangehen muß, fertig zu sein."

Berlin, 18. Jan. Preußen hat den mit Oldenburg am 29. Dezember 1857 auf die Dauer von 10 Jahren abgeschlossenen Vertrag, kraft dessen Oldenburg die preußischen Postgerechtsame im westlichen Jahdegebiet ausübt, gekündigt. Grund dazu soll die voraussichtlich nahe Umgestaltung des Postwesens in ganz Norddeutschland sein. — Auch verlautet: daß die gesammte Postverwaltung, wie sie in Hamburg, Lübeck und Bremen besteht, in preußische Verwaltung übergehen wird und daß dann die dänische und schwedische Regierung ihre Verwaltungen der preußischen übergeben werden, wozu sie schon lange geneigt gewesen sein sollen. (A. Postztg.)

Berlin, 19. Jan. Der „Staatsanz." veröffentlicht: 1) Das Dotationsgesetz in der bekannten Fassung; 2) ein k. Dekret vom 17. J., wonach bezüglich der Anstellung, Entlassung und Beurlaubung von Civil-Beamten in den neuerworbenen Landestheilen gemäß der in den älteren Provinzen geltenden Vorschriften verfahren werden soll; 3) eine Verordnung vom 17. Jan., betreffend die Publikation der Bankordnung vom 5. Okt. 1846 und des dieselbe ergänzenden Gesetzes vom 7. Mai 1856 in den Herzogthümern Schleswig und Holstein.

Professor v. Sybel in Bonn hat die ihm angetragene Kandidatur für das norddeutsche Parlament abgelehnt.]

Paris, 20. Januar. Der „Moniteur" veröffentlicht ein (von uns bereits erwähntes) Schreiben des Kaisers Napoleon an den Staatsminister. Der wesentliche Inhalt desselben ist: „Seit mehreren Jahren frage ich mich, ob unsere Staatseinrichtungen bereits den höchsten Grad ihrer Vervollkommnung erreicht haben oder ob neue Verbesserungen ins Leben gerufen werden müssen. Es kommt darauf an, der bedauerlichen Ungewißheit ein Ende zu machen. Bis jetzt haben Sie muthig in meinem Namen kämpfen und unzeitgemäße Forderungen zurückweisen müssen, um mir die Initiative zu nützlichen Reformen zu überlassen, wenn die Zeit dazu gekommen sein würde. Heute halte ich es für möglich, den Staatseinrichtungen des Kaiserreichs die ganze Entwicklung, deren sie fähig sind, und der öffentl. Freiheit eine neue Ausdehnung zu geben, ohne daß dadurch die Macht gefährdet wird, welche die Nation mir anvertraut hat. Der Plan, den ich mir vorgezeichnet habe, besteht darin, die Unvollkommenheiten, welche mit der Zeit hervorgetreten sind, zu verbessern und dem mit unsern Zuständen verträglichen Fortschritt Raum zu geben; denn Regieren heißt, aus den erworbenen Erfahrungen Nutzen ziehen und voraussehen, was die Zukunft erfordert." Der Kaiser sagt darauf ferner, die Adreßdebatte habe nicht zu dem erwünschten Resultate geführt, mitunter die öffentliche Meinung unnützer Weise in Aufregung versetzt und zu unfruchtbaren Wortkämpfen Anlaß gegeben. Er glaubt an ihre Stelle das Interpellationsrecht treten lassen zu können. Eine andere Aenderung sei, die Minister in den Senat und den gesetzgebenden Körper zur Vertretung zu schicken. Außerdem sollten die Preßvergehen ausschließlich den Korrektionalgerichten unterstellt werden und das Vereinigungsrecht solle innerhalb der Grenzen geregelt werden, welche die öffentliche Sicherheit fordert. Der Kaiser schließt: „Seit dem letzten Jahre ist meine Regierung, die festen Boden unter den Füßen haben wollte, fähig geworden, Macht und Freiheit durch die von mir bezeichneten Maßnahmen miteinander in Einklang zu bringen. Mein Wort geht in Erfüllung. Ich erschüttere nicht den Boden, den fünfzehn Jahre der Ruhe und des Gedeihens gefestigt haben. Ich befestige ihn noch mehr, indem ich mein Verhältniß zu den großen Staatskörpern stärke, durch das Gesetz den Staatsbürgern neue Bürgschaften gewähre und endlich die Krönung des Gebäudes vollende, welches durch den Willen der Nation errichtet ist."

Lissabon, 16. Jan. Man meldet aus Montevideo: „Nachrichten vom Kriegsschauplatze konstatiren, daß ungeachtet der Veränderungen, die im höchsten Kommando der bewaffneten Macht zu Lande und zu Wasser vorgenommen worden waren, die alliirte Armee und Flotte unthätig bleiben. In der argentinischen Conföderation macht die Revolution gegen die Autorität des Generals Mitre, welche in der Provinz Mendoza ausgebrochen war, Fortschritte." (Fr. J.)

Amerika. Die neuesten westindischen Posten sind aus Chili, 3. Dez., Callao und Lima, 14., Panama, 23. Dez. In Chili herrschte Ungewißheit über die Absichten der Regierung, ob sie sich zum Frieden, oder zur Fortsetzung des Krieges hinneigte. Der Minister des Auswärtigen hatte sich vermittelst eines Expreßdampfers nach Callao eingeschifft und bis zu seiner Abreise hatte man die Fortsetzung des Krieges für zweifellos gehalten und erwartete, die Flotte werde mit versiegelten Instruktionen nach irgend einem noch unbekannten Bestimmungsorte abgehen. — In Lima herrschte große Aufregung wegen Enthüllungen der dortigen Presse über Betrügereien im großartigsten Stile, die Sennor Barreda, der frühere peruanische Gesandte am englischen Hofe, im Einverständniß mit anderen Beamten verübt haben soll. Wie es heißt, hat der genannte Diplomat allein bei Guano-Contrakten nicht weniger als 9 Mill. Doll. veruntreut. Der peruanische Export vom 1. Januar bis 31. Oktober 1866 repräsentirt einen Gesammtwerth von 25,577,973 Doll. — Nachrichten aus Bogota zufolge hat der Präsident in einer Note an den Staatssekretär von Panama denselben instruirt, Kanonen und anderes Kriegsmaterial, was man etwa versuchen würde, für die mit Spanien im Kriege befindlichen Republiken über die Landenge zu transportiren, mit Beschlag zu belegen. Die Neutralität der Nation sei von der Executive erklärt und keine der kriegführenden Parteien habe das Recht, Prisen zur Aburtheilung und zum Verkaufe in die Häfen der Republik zu bringen. Im Falle des Zuwiderhandelns gegen diese Bestimmung

sollten die betreffenden Prisen den Landesgerichten zur Verfügung anheimfallen.

Neueres.

Wien, 21. Jan. Die „Wien. Abendp." äußert, die jüngste Erklärung des Fürsten v. Hohenlohe in der bayerischen Kammer besprechend, dieselbe enthalte nichts unerwartetes. Das Blatt bestreitet die Aeußerung des Fürsten, daß in Oesterreich das deutsche Element zurücktrete, und meint schließlich: die Frage, ob für jeden Krieg Preußens im voraus und ohne Unterschied die bayerische Bundesgenossenschaft zugesichert sei, erscheine noch offen.

Prag, 21. Jan. Der des Attentats verdächtige Schnelbergeselle Pust wurde entlassen, die Untersuchung eingestellt.

Bucharest, 21. Jan. Der Fürst tritt die Reise nach der Moldau am 27. d. an. Der oberste Gerichtshof wird nach Jassy verlegt.

Paris, 21. Jan. Der „Abend-Moniteur" bestätigt vollinhaltlich die bereits mitgetheilte Ministerliste.

Telegramm
der Neuen Würzburger Zeitung.

* **München**, 23. Jan. Se. Maj. der König von Bayern heirathet Charlotte Auguste, jüngste Tochter des Herzogs Max, kgl. Hoheit. Morgen Verlobung. Dem General Stephan wurde die Entlassung gegeben.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr C. Kupfer.

(Kunstwerk). Die Meisterwerke der Malerei vom Ende des 3. bis Anfang des 18. Jahrhunderts in photo- und photolithographischen Nachbildungen geschichtlich entwickelt von H. G. Hotho. (Berlin, Verlag des Photogr. Kunstinstituts von G. Schauer.)

In der heutigen Zeit, in welcher die Erziehung zu praktischer Brauchbarkeit nach allen Seiten hin überwiegt, ist als Gegengewicht auch das Kunstbedürfniß nicht allseitig und in der Jugend nicht früh genug zu erwecken. Je mannigfacher die Gegenwart aber vorwärtsstrebt, desto umfassender ist sie ebensosehr eine Zeit des Rückblicks auf die Vergangenheit. Historische Studien und Aufschlüsse sind vornehmlich jetzt in jedem Gebiete eine dringende Forderung. Wie sollte sich bei dieser Sachlage nicht auch die Kunstliebe am gründlichsten durch Kenntniß und Würdigung der Jahrhunderte bereichern, welche am wirksamsten in erhaltenen Kunstwerken weiterleben.

Die Aufgabe, den Einblick in den Entwickelungsgang einer Kunst für einen erweiterten Leserkreis zu ermöglichen, stellt jedoch Schwierigkeiten in den Weg, welche sich nur durch Beschränkung des Gegenstandes vermindern lassen. Uebersichten ohne reichere Ausführung sind ebenso kahl und nutzlos, als das reichste Detail ohne gliedernde Uebersicht mehr verwirrt als aufhellt.

Um beide Klippen zu vermeiden und der bezweckten Gedrängtheit zum Trotz Erklärung und Anschaulichkeit so eng als thunlich verbinden zu können, will das oben bezeichnete Album einerseits die Geschichte der christlichen Malerei absichtlich nur bis zum Beginne des vorigen Jahrhunderts verfolgen, und andererseits die Biographien, selbst der wichtigsten Meister, aussondern.

Als Ergänzung und Abschluß macht ein zweites Album, mit erläuterndem Text von Herrn Professor Dr. F. Eggers, die Fortentfaltung der Malerei von Anfang des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart anschaulich, während ein drittes, in Anschluß an beide, die Lebensschicksale der namhaften Maler schildert und durch beglaubigte Bildnisse belebt.

Diese doppelte Abzweigung verschafft der Darstellung der früheren Jahrhunderte gleichmäßig sowohl einen weiteren Raum für die Grundzüge jeder Epoche, als sie auch den ebenso nöthigen Raum für die Betrachtung der einzelnen Völker, Schulen und Meister bietet, die in verschiedenen Perioden mit verschiedenem Erfolge thätig sind; beides mit näherer Rücksichtnahme auf den sonstigen Volks- und Kulturzustand, mit welchem der Vor- oder Rückschritt der Malerei im jedesmaligen Zusammenhange bleibt.

In diesem Sinne bezweckt das Album nicht einen Text, der die photographischen Abbildungen nur äußerlich aneinanderreiht und einzeln bespricht; es geht darauf aus, den Trieb nach tieferem Verständniß, das tieferen Genuß gewährt, anzuregen, und so vornehmlich auch Lehrern, denen die Sachkunde abgeht, — für Selbstunterricht und Lehrzwecke zugleich, — ein belebendes Werk zu liefern.

Das Werk enthält in drei Abtheilungen gr. Quart als unmittelbar zum erläuternden Text gehörig 50 Bl. Litho- und Photolithographien, sowie 60 Bl. Photographien, sämmtlich nach Hauptwerken der bedeutendsten Meister. Zu beliebig weiterer Erwerbung photographischer Nachbildungen gleichfalls berühmter Gemälde der im Text namhaft gemachten Meister wird das unterzeichnete Verlagsinstitut noch 240 Blatt anderer Photographien, im Preise von 1 fl. 12 kr. pro Blatt dem Werke zuordnen. Auf je 10 Exemplare von Photographien zu weiterer Vervollständigung des Werkes wird 1 Freiexemplar gegeben. Der Preis des obigen Werkes mit 60 Blatt Photographien (wie solche nach Schauer's Kataloge mit 1 fl. 12 kr. verkauft werden) ist 70 fl., so daß der Text mit seinen Litho- und Photolithographien den Käufern gratis überlassen werden.

Die Ausstattung schließt sich in Druck und Format, sowie in photographisch getreuen Abbildungen den größeren Album-Werken desselben rühmlichst bekannten Verlages an.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Op. 1. B. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	61 7/8 G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1862	57 3/4–5/8 P.
"	5 pCt. Tenor Coupon b. R.	—
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	50 7/8 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	43 5/8 G.
"	4 1/2 pCt. [illegible]	37 P. 36 3/4 G.
Preussen	4 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 3/4 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 7/8 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 7/8 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90 1/8 P. 89 7/8 G.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	90 1/8 P. 89 7/8 G.
"	4 pCt. Obl. (b.-R.) dto.	90 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	81 1/8 G.
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 3/4 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	83 1/2 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	93 3/4 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	84 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	94 7/8 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	89 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	84 1/4 G.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	82 3/8 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/2 pCt.	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	82 7/8 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	77 1/4 P.
"	6 pCt. ditto r. 1882	76 1/8–3/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	130 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	615 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 250	39 1/2–40 1/2 G
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe à 4 pCt.	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	205 1/2 P. 205 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	—
Mitteldeutsche Kreditaktien	93 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. [illegible]	74 1/2 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	341 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn	109 G.
Oest. Ferd.-Nordb. 5pCt. 500 Fr. à 24 s.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	—
Böhm. Westbahn Aktien à fl. 210	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 100 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	155 1/4 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89 1/4 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	110 [illegible] P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	48 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. [illegible]	83 3/4 G.
[illegible] Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	44 1/2 P.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	11[illegible] 3/4 P.
Bayer. Ostbahn mit 40 pCt. Einz.	11[illegible] P.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	104 P. 103 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	55 1/2 G.
" fl. 500 v. 1860 4/7	64 3/4 P. 1/4 G.
" fl. 100 Kreb. L. v. 1858.	114 P.
" do. v. 1864.	68 3/4 P.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	101 3/8–1/4 G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 1/2 P.
Badische fl. 35	51 1/2 P.

[illegible] Thlr. 40 [illegible]	53 7/8–5/8 G.
Gr. Hessen. fl. 50 à R.	144 1/4 P. 144 G.
" fl. 25 do.	41 1/2 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 1/2 G.
Sardinische Fr. 35 ö. L.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 3/4 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/8 G
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 1/2 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96 3/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 1/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/8 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/8 P.
London Lst. 10 k. S.	118 1/2 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. [illegible]	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 1/4 G.
Petersburg [illegible]	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	88 1/4 P. 87 7/8 G.
do. in bar. W. k. S.	88 1/8 P. 87 7/8 G.
Discouto	3 1/2 pCt. G.

Frankfurt, 22. Januar. Die heutige Börse war ziemlich still. Da die auswärtigen Plätze auf die Ministerveränderung in Paris nur wenig, Paris und Wien sogar in günstigem Sinn reagirten, so hatte auch Frankfurt keine Veranlassung zu anderer Auffassung. Auf heutige abermals bessere Wiener Effektenkurse, denen freilich auch wiederum erhöhte Valutanotirungen in Wien zur Seite standen, verkehrten österr. Sachen animirter und fester und gewannen Mobilier 1 fl. und Loose circa 1/4 pCt. Amerikaner unverändert fest, da Gold ebenfalls stabil ist. Zwischen Badischen und Württembergischen, welche heute unverändert verkehrten, existirt jetzt nur noch eine kleine Kursdifferenz und sind somit Württemberger verhältnißmäßig billiger, da dieselben früher immer über Badischen standen. — Die neue Münchner Stadtanleihe ist eine 5prozentige und beträgt 4 Mill. Gulden, wonach die gestrigen Druckfehler zu berichtigen sind. (Syndikat.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 24. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 24. Januar 1867.

Salzmonopol und Salzsteuer.

I.

XX Neuesten Nachrichten zufolge scheinen die süddeutschen Regierungen sich zur Annahme des preußischen Projektes, das Salzmonopol in den Zollvereinsstaaten durch eine gleichförmige Steuer von 2 Thalern für den Zentner zu ersetzen, entschlossen zu haben. So wäre es denn gewissen Organen der süddeutschen und namentlich bayerischen Presse, die als Verfechter des Salzmonopols auftreten und theils aus volkswirthschaftlicher Unkenntniß, theils auch wider besseres Wissen und bloß aus Verdruß über die durch den Prager Frieden in Deutschland herbeigeführten Aenderungen zum Widerstande gegen jene Maßregel aufforderten, nicht gelungen, die Regierungen auf solche Wege zu leiten. Jeder besonnene Freund des deutschen Gesammtvaterlandes kann es den Regierungen nur Dank wissen, daß sie jenen verlockenden Stimmen nicht folgten. Ein Widerstand von ihrer Seite wäre im vorliegenden Falle nicht nur fruchtlos gewesen, sondern geradezu unvernünftig. Preußen hätte, dafür bürgt seine eigene offene Erklärung, mit der Kündigung des Zollvereins geantwortet. Unmöglich konnten die süddeutschen Regierungen an dem Ernst dieser Kündigung zweifeln, da Preußen mit dem norddeutschen Bund einen geschlossenen Handelskörper bildet, der, zumal nach Einführung von Mecklenburg und Schleswig-Holstein, groß genug ist, um für sich selbst bestehen zu können. Durften aber sie mit einem Gebiete kaum größer als der fünfte Theil von Deutschland, ohne Meeresküste und eingezwängt zwischen Frankreich und Oesterreich, den Zollverein opfern, der ihnen allein zu einer ökonomischen Selbständigkeit verhilft, um ihr Salzmonopol zu retten? In der That, wir müßten fürchten, die süddeutschen Regierungen zu beleidigen, wenn wir ihnen zutrauten, daß sie eine solche Wahl treffen und einem abgestandenen wirthschaftlichen Anachronismus, dessen Schädlichkeit täglich mehr empfunden wird, den Vorzug vor den unzähligen Vortheilen geben könnten, die der Zollverein über das ganze deutsche Wirthschaftsleben in reicher Fülle ausgießt und von denen auch die Staatskassen ihren reichlichen Antheil empfangen. Es wäre abgeschmackt, hier von einem Mißbrauche der Macht des Stärkeren reden zu wollen, der sich der Schwächere nothgedrungen unterwerfen müsse. Wer sich zu dem, was für ihn entschieden vortheilhafter und heilsamer ist, zwingen läßt, verschuldet die ihm angethane Gewalt nur selbst. Nicht in dem von dem Stärkeren ausgeübten Druck liegt da die Unvernunft, sondern in dem Widerstande des Schwächeren. Und wer ist hier der Stärkere? Weit weniger der preußische Staat, als die Macht der wirthschaftlichen Verhältnisse und der sie beherrschenden Gesetze, vor der sich die mächtigsten Regierungen beugen müssen. Stünde aber auch hiebei die Existenz des Zollvereins nicht in Frage und hätte man einfach zwischen Salzmonopol und Salzsteuer zu wählen, so könnte die Entscheidung unter Verständigen keinen Augenblick zweifelhaft sein. Sie müßte auch dann gegen das Monopol ausfallen, weil mit ihm alle die Verluste, welche es durch die kostspieligere, schlechtere und dabei unzulängliche Produktion des Staates und die Ausschließung der Privatproduktion dem Volkshaushalte auflegt, verschwinden und zugleich ein wichtiges Verkehrshinderniß im Innern des Zollvereins beseitigt wird.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 22. Januar. Se. Majestät der König hat die von der Aktiengesellschaft „Steingutfabrik Kaiserslautern“ in der außerordentlichen Generalversammlung vom 4. Oktober 1866 beschlossene Abänderung des § 4 der Gesellschaftsstatuten, wornach der Nominalwerth der bisher emittirten 180 Stück Aktien à 500 fl. auf à 250 fl. herabgesetzt und durch Emission neuer Aktien bis auf 600 Stück zu 250 fl. das Grundkapital der Gesellschaft auf 150,000 fl. erhöht werden soll, mit der in der Notariatsurkunde vom 4. Oktober 1866 enthaltenen neuen Fassung genehmigt; genehmigt, daß der von dem Gutsbesitzer And. Walter II. von Ommersheim, Bezirksamts Zweibrücken, auf der dortigen Gemeindemarkung neu erbaute Hof „Nußweilerhof“ genannt und dieser Name öffentlich gebraucht werde; an Stelle des verlebten bürgerlichen Magistratsrathes W. Reichert zu Bamberg den Weinwirth K. Kauschinger daselbst als bürgerlichen Magistratsrath für die Funktionsdauer, welche sein Vorgänger noch zu erfüllen gehabt hätte, bestätigt.

Durch die Beförderung des kgl. Forstamts-Aktuars M. Kraus zu Tegernsee zum kgl. Revierförster in Iggelbach, Forstamts Elmstein, ist ein Aktuarsposten am Forstamte Tegernsee in Erledigung gekommen.

Durch die Beurlaubung des kgl. Forstwarts Fr. v. Fuchs ist die Forstwartei Gammelsdorf im Forstamte Freising in Erledigung gekommen.

München, 22. Jan. Tagesordnung für die XV., auf den 23. Januar Vormittags 10 Uhr angesetzte öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten: 1) Verlesung des Protokolls der XIV. öffentlichen Sitzung; 2) Bekanntgabe des Einlaufs; 3) Verlesung einer Interpellation des Abg. Hohenadel, die Vorlage eines entsprechenden Schulgesetzes betr.; 4) Fortsetzung der Berathung und Beschlußfassung über den Antrag von Abt u. Gen. auf Erlassung einer Adresse.

München, 19. Jan. Die vom Landtag vorgelegte Nachweisung über die Verwendung der den Centralfonds zugewiesenen Staatseinnahmen für das Jahr 1864/65 ergibt, daß in diesem Jahre die Grundsteuer 112,381 fl., die Haussteuer 135,012 fl., die Gewerbesteuer 161,507 fl., die Kapitalrentensteuer 91,908 fl., die Einkommensteuer 62,656 fl. mehr ertragen hat, als im Voranschlag angesetzt war. Es ertrug nämlich in runder Summe die Grundsteuer 6,517,756 fl., die Haussteuer 959,649 fl., die Gewerbesteuer 1,445,573 fl., die Kapitalrentensteuer 654,888 fl., die Einkommensteuer 318,685 fl., wobei überall die Steuerbeischläge mitgerechnet sind. Die Gründe dieses gesteigerten Ertrages sind bei der Grundsteuer zunächst die Steigerung des Reinertrages in Folge der Minderung, welche auf Grund der allerhöchsten Verordnung vom 28. November 1862 über die Bezüge der Rentbeamten bei den Erhebungs- und Verwaltungskosten gegen früher eingetreten ist, dann die fortgesetzte Einführung des Steuerdefinitivum; bei der Haussteuer die Bestimmungen des Gesetzes vom 10. Januar 1856 über die örtliche Revision der Häusersteuer, sowie der nicht unbedeutende Zugang von Neubauten; bei der Gewerbesteuer die allenthalben eingetretene Erweiterung und Vermehrung der industriellen Unternehmungen, sowie der Aufschwung und die freiere Bewegung der Gewerbe, gefördert durch die dermalen gültigen Vorschriften in Beziehung auf das Gewerbswesen; bei der Kapitalrentensteuer zunächst die nach gesetzlicher Bestimmung mit dem Jahre 1864/65 wieder stattgefundene Neuregulirung der Kapitalrentensteuer und außer dem Zugange von steuerbaren Kapitalien noch die allmälig an Sicherheit gewinnende Behandlung der Steuerbehörden; bei der Einkommensteuer die im Laufe der gegenwärtigen Finanzperiode mehrseitig eingetretene Erhöhung der Besoldungen, sowie die allgemeine Steigerung der Löhne der Arbeiter.

Auch die indirekten Staatsauflagen haben durchweg mehr eingebracht, als im Voranschlag angenommen war, so die Taxen in runder Summe 5,990,000 fl. (1,490,000 fl. mehr), die Stempelgefälle 1,800,000 fl. (591,000 fl. mehr), die Aufschlagsgefälle 9,424,000 fl. (3,200,000 fl. mehr), die Zölle 6,438,000 fl. (88,842 fl. mehr). Bei den Taxen und den Stempelgefällen haben zu diesem Ergebniß außer zufälligen Umständen namentlich die vermehrten Anfälle von Vertragstaxen in Folge des im Allgemeinen gestiegenen Güterverkehrs, dann die Strafanfälle in Folge der neuen Gesetzgebung, sowie die gesetzlichen Bestimmungen über das Notariat in Beziehung auf die Zahl der zur Taxirung gelangenden Rechtsgeschäfte beigetragen; bei dem Aufschlagsgefäll die Ausdehnung der Bierfabrikation in Folge höheren Consums und des Aufschwungs des Exportgeschäftes; bei den Zöllen die nicht vorhergesehene außerordentliche Zunahme der Consumtion und die dadurch hervorgerufene Mehreinfuhr zollpflichtiger Verzehrungsgegenstände, sowie die Mehrversteuerung von inländischem Rübenzucker. Gegen den Ertrag des Vorjahrs 1863/64 hat sich jedoch eine Abnahme an Zollgefällen von über 100,000 fl. ergeben, welche in dem Umstande ihre Erklärung findet, daß nach dem mit 1. Juli 1865 in Folge des Zoll- und Handelsvertrages mit Frankreich ins Leben getretenen Zolltarife fast durch-

[illegible] die Zollsätze abgemindert wurden, und daß schon vor dem Eintritt dieser Periode mit dem Waarenbezuge aus dem Zollvereins-Auslande zurückgehalten worden ist.

Unter der Rubrik **Staatsregalien** und **Staatsanstalten** finden wir auch Mehreinnahmen bei den Salinen und Bergwerken (in runder Summe 3,330,000 fl., 200,000 fl. mehr als nach dem Voranschlag), bei den Eisenbahnen (5,900,000 fl., 900,000 fl. mehr als nach dem Voranschlag), bei der Post (736,000 fl., 166,000 fl. mehr als nach dem Voranschlag), bei der Telegraphenanstalt (63,000 fl., 33,000 fl. mehr als nach dem Voranschlag), bei der königlichen Bank in Nürnberg (218,500 fl., 68,000 fl. mehr als im Voranschlag). Dagegen weist der Ludwigs-Donau-Mainkanal eine Mehrausgabe von 23,000 fl., und das Gesetz- und Regierungsblatt eine Mindereinnahme von 2000 fl. auf.

Unter der Rubrik **Staatsdomänen** findet sich bei dem Ertrag der Staatsforsten, Jagden und Triften eine den Voranschlag um 2,318,000 fl. übersteigende Einnahme von 7,318,000 fl., bei dem Ertrag aus Oekonomien und Gewerben eine den Voranschlag um 2400 fl. übersteigende Einnahme von 244,000 fl., bei dem Ertrag der lehen-, grund- und zinsherrlichen Gefälle eine hinter dem Voranschlag um 126,000 fl. zurückbleibende Einnahme von 4,053,000 fl.; bei den Zinsen aus Staatsaktivkapitalien gegen den Voranschlag eine Mindereinnahme von 10,000 fl. Was die Staatsforste rc. betrifft, so haben zu der Mehreinnahme vorzugsweise beigetragen die Erweiterung der Staatswaldfläche durch neue Erwerbungen, die fortgesetzten Ablösungen der Forstrechte, die Ausdehnung der Forstkulturen und die erzielte Erhöhung des Materialetats, dann aber auch die Verbesserung der Triften und Waldwege, sowie die Erweiterung des Absatzgebietes in Folge der Ausdehnung der Eisenbahnen. Gegen die Einnahmsergebnisse des Vorjahres zeigt das Jahr 1864/65 eine Abnahme von etwas über 300,000 fl., welche zunächst in den eingetretenen Stockungen im Betriebe des Holzhandels und der erweiterten Konkurrenz der Brennholz-Surrogate ihren Grund hat, wodurch die Preise der Forstprodukte herabgedrückt wurden. Im Zusammenhange mit diesen Verhältnissen steht auch die Höhe der pro 1864/65 erwachsenen Rückstände an Forstgefällen, welche 144,922 fl. $48\frac{1}{2}$ kr. betragen. Nachdem nämlich die Holzpreise schon seit Jahren im steten Steigen begriffen und im Herbste 1864 und im Frühjahr 1865 eine außerordentliche Höhe einnehmend, im Spätsommer 1865 in Folge eines rasch eingetretenen Umschlages der Handelsverhältnisse in einem Grade herabgesunken sind, daß die von den Händlern ersteigerten Holzvorräthe nicht ohne übermäßige Verluste verwerthet werden konnten, war es — um sowohl diesen Umständen billige Berücksichtigung zuzuwenden, als auch für die Folge eine fühlbare nachtheilige Verminderung in der Konkurrenz ferne zu halten — angezeigt, in vielen Fällen und in vermehrter Weise eine Stundung der Holzgeldschuld eintreten zu lassen. — Die Mehreinnahme aus Oekonomieen und Gewerben wurde vorzugsweise erzielt durch das Hofbräuamt München, durch die Erträgnisse von Grundstücken in Folge erhöhter Pachtschillinge, durch die Erträgnisse der Bäder Kissingen, Brückenau und Bocklet; dagegen sind hinter dem budgetmäßigen Voranschlag zurückgeblieben: a) die Weinberge in Unterfranken mit 30,448 fl. $38\frac{1}{4}$ kr., in Folge des in den ersten Tagen des Monats Oktober 1864 eingetretenen bedeutenden Frostes und des hierdurch verursachten Ausfalles am Ertragsquantum der dortmals noch am Stocke hängenden Trauben; b) das Staatsgut Schleißheim mit 1,699 fl. $23\frac{1}{4}$ kr.; c) die Einnahmen an Pachtschillingen von Oekonomie-Complexen mit 3,459 fl. $43\frac{3}{4}$ kr., hauptsächlich wegen Verkaufs der Staatsgüter Burgjoß, Waldbrunn und Ranspachshof in Unterfranken, dann der entbehrlichen Bestandtheile der im Jahre 1859 vom Aerar erworbenen Güter Ranna und Fischstein in dem Regierungsbezirke der Oberpfalz rc. und von Oberfranken; d) die Einnahmen aus selbstständigen Gebäuden mit 27,130 fl. $10\frac{3}{4}$ kr. Die Mindereinnahme bei den lehenherrlichen rc. Gefällen hat ihren Grund einestheils in der allmäligen Abminderung des Gefällsstockes in Folge der fortschreitenden Ablösung der Grundgefälle, anderen und größeren Theils aber in dem höheren Aufwand für die hier zur Verrechnung gelangenden Besoldungen des Rentamtspersonals in Folge der neuen Gehaltsnormirung der Rentbeamten und Rentamtsdiener. Die Mindereinnahme bei den Zinsen der Staatsaktivkapitalien begründet sich aus den mit den herzogl. Leuchtenberg'schen Besitzungen auf die Kaufschillingszinsen übernommenen Leibrenten und Pensionen. (Bayer. Ztg.)

Regensburg, 19. Jan. Vor einigen Tagen begaben sich zwei hiesige fürstlich Thurn- und Taxis'sche Beamte nach Berlin, um die wegen Ablösung der Taxis'schen Posten mit Preußen schwebenden Verhandlungen zum Abschlusse zu bringen. Dem Vernehmen nach will Preußen statt der früher gebotenen Summe von 14 Millionen Thalern jetzt nur 10 Millionen bieten.

Berlin, 20. Jan. Unter den beim heutigen Ordensfeste Dekorirten befindet sich auch Herr v. Forkenbeck, der jetzige Präsident des Abgeordnetenhauses. (Hr. v. Forkenbeck war dereinst mit seinem ostpreußischen Kollegen v. Hoverbeck der Begründer der „Fortschrittspartei") — Virchow und Jacoby haben eine Kandidatur für das Parlament entschieden abgelehnt. Beide erblicken in dem unter der preußischen Militärgewalt stehenden Sonderbunde nur einen Damm gegen die einheitliche und freiheitliche Entwicklung Deutschlands, und außerdem ist Virchow's Freudigkeit an den politischen Arbeiten durch die wiederholten Angriffe getrübt, die er von früheren Parteigenossen zu ertragen hatte. Einen keineswegs erhebenden Gegensatz zu diesen Männern bieten die Altliberalen (die Giftbeeren-Verschlucker), die sich mit gänzlicher Verleugnung ihrer Vergangenheit an Bismarck und sein System drängen und theils dadurch, theils durch Heranziehung von unbekannten Größen und zweifelhaften Charakteren selbst zur Verdunkelung des Glanzes beitragen, der sie bisher auf der politischen Arena umgab. (N. Korr.)

Berlin, 22. Januar. Ueber die **Budgetfrage** des norddeutschen Bundes ist eine Vereinbarung in den bisherigen Vorparlaments-Konferenzen nicht erzielt worden. — Aus den norddeutschen Bundeskontingenten werden tüchtige Militärs zum Studium des Dienstes zeitweilig preußischen Regimentern zugetheilt werden. Einer diesfallsigen Aufforderung von Preußen ist allseitig entsprochen worden.

Die Rede, welche Graf **Bismarck** am vorigen Dienstage im Herrenhause gehalten hat, (s. d. gestr. Hauptblatt dieser Ztg.) hat namentlich in der demokratischen Presse große Sensation erregt. Sonderbar ist die ganz entgegengesetzte Auffassung, welche dieselbe in Blättern ganz gleicher Richtung findet. Während die demokratische „Volksztg." in einigen Aeußerungen des Grafen große Gefahr für den preußischen Konstitutionalismus angedeutet sieht und in der Hinweisung des Ministerpräsidenten darauf, daß jetzt Verfassungsveränderungen nicht an der Zeit seien, eine Verheißung des Redners erkennt, daß er später eine Umgestaltung der preußischen Verfassung im Sinne der „konservativen" Partei in die Hand nehmen wolle, begrüßt die demokratische „Reform" in der Rede des Grafen „mit Freuden die Lerche der Freiheit, die über den Schlachtfeldern von Sadowa jubelt", und findet, daß der Mund des Ministerpräsidenten bestätigt habe: „die Regierung werde einer festen Position der preußischen Abgeordneten keinen ernsten Widerstand entgegensetzen", — also nöthigenfalls die Verfassung im Sinne des Abgeordnetenhauses verbessern. Die „Nordd. Allg. Ztg." hat sich bereits über diesen Widerspruch hergemacht und beweist an diesen Urtheilen haarscharf, wie wenig Vertrauen im Lande eine Partei verdiene, deren hervorragende Organe in der Interpretation der Intentionen des leitenden Staatsmannes so weit auseinander gehen könnten.

Wien, 20. Jan. Den Berichten aus Böhmen und Mähren entnehmen wir, daß die deutsche Partei daselbst in der Wahlbewegung sehr eifrig und vollständig geeinigt zu Werke geht und daß in Folge dieses Auftretens der Ausfall der Wahlen für die deutsche Partei große Erfolge in Aussicht stellt. Zum nicht geringen Theile darf man wohl diese Gestaltung der deutschen Wahlbewegung in den slavisch-deutschen Ländern diesmal dem Ansehen und Einflusse der beiden tüchtigen Führer zuschreiben, welche die deutsche Sache in den Hauptstädten Böhmens und Mährens vertreten. Männer, wie Herbst und Giskra, erfreuen sich bei allen Parteien, selbst bei ihren politischen Gegnern der vollsten Anerkennung ihres patriotischen Wirkens, und ihrer geistigen Autorität unterordnen sich willig alle deutschen Gesinnungsgenossen in jenen Ländern, wo der Kampf gegen die slavische feudale Partei den vollen Anspruch der Kräfte und die zähe Ausdauer einer wohldisciplinirten Partei erfordert. (Fr. Bl.)

Wien, 22. Jan. Graf Cziraky und Graf Julius Andrassy, welche im Namen der Magnatentafel und des Abgeordnetenhauses des ungarischen Landtags dessen jüngste Adresse dem Kaiser zu überreichen beauftragt sind, werden höchst wahrscheinlich heute empfangen. In eingeweihten Kreisen glaubt man, daß die Antwort des Kaisers auf die Anreden der genannten Herren eine Andeutung der Hoffnung auf den bevorstehenden Abschluß der Ausgleichsverhandlung enthalten werde. Schwerlich wird die letzte Adresse, bevor die Siebenundsechziger-Kommission ihre Arbeit vollendet haben wird, durch ein Allerhöchstes Reskript beantwortet werden. — Alle in den Blättern bis jetzt aufgestellten Ministerlisten beruhen, wie wir hören, auf bloßen Vermuthungen. (Presse.)

Prag, 21. Januar. Der des angeblichen Attentates auf Se. Maj. den Kaiser beschuldigte **Pust** ist nach zwölfwöchentlicher Untersuchungshaft vorgestern Abends in Freiheit gesetzt worden. „Narodni Listy" vernehmen, Pust habe eine Schadensersatzklage überreicht. (Presse.)

Lemberg, 15. Januar. Der kaiserliche Amnestie-Erlaß vom 10. d., durch welchen die gesetzlichen Folgen der in politischen Pro-

zessen ergangenen Strafurtheile aufgehoben sind, hat bei den Polen große Freude erregt. Durch denselben sind in Galizien und Krakau gegen 8000 wegen Theilnahme an dem Aufstande von 1863 kriegsrechtlich verurtheilte Personen in den Genuß ihrer politischen Rechte wieder eingesetzt werden. Dieser Gnadenakt hat den bevorstehenden Landtagswahlen gegenüber um so größere Bedeutung, als den Amnestirten, unter denen sich die hervorragendsten Führer der polnischen Partei befinden, zugleich das aktive und passive Wahlrecht restituirt ist. Viele derselben, unter ihnen der Fürst Adam Sapieha, sind daher sofort als Candidaten für die Landtagswahlen aufgetreten, und sie haben alle Aussicht, gewählt zu werden. (Ostf. Z.)

Brüssel, 18. Jan. Nach einer sechstägigen Debatte hat heute die zweite Kammer mit 55 Stimmen gegen 48 ein Amendement, welches die Abschaffung der Todesstrafe bezielte, verworfen. Das Ministerium ist in dieser Frage nicht einstimmig gewesen. Uebrigens hat sich der Justizminister, Herr Bara, mit solchem Abscheu gegen die Todesstrafe ausgesprochen, daß unter seiner Verwaltung keine Hinrichtung stattfinden wird. Der Senat hat früher bereits sein Votum für Beibehaltung der Todesstrafe abgegeben.

Paris, 20. Jan. Der Text des Dekrets, welches die in dem (gestern gebrachten) kaiserl. Briefe erwähnten Abänderungen anordnet, lautet: „Um den Diskussionen der großen Staatskörper über die innere und auswärtige Politik der Regierung mehr Nutzen und Genauigkeit zu geben, haben wir beschlossen und beschließen wir, was folgt: Art. 1. Die Mitglieder des Senats und des gesetzgebenden Körpers können Interpellationen an die Regierung richten. Art. 2. Jedes Interpellationsverlangen muß von wenigstens fünf Mitgliedern niedergeschrieben oder unterzeichnet sein. Dies Verlangen erklärt in summarischer Weise den Gegenstand der Interpellation; es wird dem Präsidenten übergeben, der es dem Staatsminister mittheilt und der Prüfung der Bureau's überweist. Art. 3. Wenn zwei Bureau's des Senats oder vier Bureau's des gesetzgebenden Körpers die Ansicht kundgeben, daß die Interpellationen stattfinden können, so setzt die Kammer den Tag für die Diskussion fest. Art. 4. Nach Schluß der Diskussion spricht die Kammer entweder die Tagesordnung oder die Ueberweisung an die Regierung aus. Art. 5. Die einfache Tagesordnung hat immer die Priorität. Art. 6. Die Ueberweisung an die Regierung kann nur in folgenden Ausdrücken vor sich gehen: „Der Senat (gesetzgebende Körper) lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung auf den Gegenstand der Interpellationen." In diesem Falle wird ein Auszug der Verhandlungen dem Staatsminister übermacht. Art. 7. Jeder der Minister kann auf Grund einer besonderen Vollmacht des Kaisers, in Gemeinschaft mit dem Staatsminister, den Präsidenten und Mitgliedern des Staatsrathes mit der Vertretung der Regierung vor dem Senat und dem gesetzgebenden Körper in der Diskussion von Geschäften oder Gesetzvorlagen beauftragt werden. Art. 8. Werden hiermit die Art. 1 und 2 unseres Dekretes vom 24. November 1860 abgeschafft, die bestimmen, daß der Senat und der gesetzgebende Körper alljährlich bei Eröffnung der Session eine Adresse als Antwort auf die Thronrede votiren sollen. Art. 9. Der Staatsminister ist mit Vollstreckung des gegenwärtigen Dekretes beauftragt. So geschehen im Tuilerienpalast, 19. Jan. 1867. Napoleon. Contrasig. Der Staatsminister v. Rouher."

Die „Patrie" glaubt versichern zu können, daß die wesentlichen Verfügungen der beiden Gesetzentwürfe, die im kaiserlichen Briefe vom 19. Januar angekündigt sind, noch nicht festgestellt sind. — Zwei Commissionen, die zum Theil dem Ministerium, zum Theil dem Staatsrath entnommen sind, sollten noch diese Woche gebildet werden, um sofort die Grundlage beider Gesetzentwürfe auszuarbeiten.

Paris, 20. Jan. Obgleich der Kaiser die neuen Einrichtungen die „Krönung des Staatsgebäudes" nennt, so liegt es doch auf der Hand, daß die Kammern bei denselben nichts gewonnen haben. Was bedeutet in der That ein Interpellationsrecht, sobald vier Bureaus des gesetzgebenden Körpers ihre Ermächtigung zu einer Interpellation gegeben haben müssen, falls sie stattfinden soll; was bedeutet die gewünschte Einführung der Minister in die Kammer, sobald sie niemals ohne eine Erlaubniß des Kaisers ad hoc dort erscheinen und das Wort ergreifen? Die Minister haben ihre Entlassung eingereicht. Das ist zu viel oder zu wenig. Soll das System der Regierung als ein wesentlich neues erscheinen, so mußte nicht blos das Kabinet, sondern auch der gesetzgebende Körper aufgelöst werden — im entgegengesetzten Falle ist die Entlassung aller Minister eine Komödie. Des Pudels Kern ist die Thatsache, die Adreßdebatten, auf welche sich die ganze Aufmerksamkeit des Publikums in einem bestimmten Augenblicke konzentrirt, zu beseitigen, und mit ihnen den verwiegenden Einfluß Rouhers und Lavalette's, welche, beiläufig bemerkt, die preußische Partei in der Regierung darstellten. Drouyn de Lhuys triumphirt nachträglich. Die Erklärung des Kaisers, das Gebäude sei jetzt gekrönt, erscheint allgemein als eine unvorsichtige. Weshalb dem Lande es gerade heraus sagen, das es nichts mehr zu erwarten habe? (Schw. M.)

Paris, 21. Jan. Der „Moniteur" schreibt: „Die Regierung wünscht lebhaft, die bestimmenden Motive für ihre Haltung in der auswärtigen Politik der Beurtheilung der großen Staatskörperschaften zu unterbreiten. Die Aufhebung der Adreß-Diskussion verzögert nicht die Erklärungen der Regierung; die Regierung ist bereit, zu Anfang der Session eine darauf bezügliche Interpellation anzunehmen. (Wolffs Tel.-Bür.)

Madrid, 19. Jan. Durch kgl. Dekret vom 17. ds. wird Tennorio de Castilla an Stelle Villanuevas zum Gesandten bei dem preußischen und sächsischen Hofe ernannt.

Die revolutionäre Junta, welche in Madrid im Geheimen wirkt, hat folgende Proclamation gegen die Regierung der Königin Isabella erlassen: „Die revolutionäre Junta an ihre Mitbürger! Sechs Monate sind verflossen seit dem blutigen Tage des 22. Juni. Wenn die Regierung damals einem Gefühle der Würde, dem Instincte ihrer Selbsterhaltung zugänglich gewesen wäre, so würde sie vor den Consequenzen dieses traurigen Tages zurückgeschreckt sein. Im Gegentheil hat aber diese edelmüthige und unglückliche Demonstration in ihr die Begierde erregt, alte Rachegefühle zu befriedigen und die geheimen Pläne der Donna Isabella und ihrer Höflinge zu begünstigen. Anstatt die Leiden des Volkes zu lindern, hat die Regierung die Nation ihrer letzten Garantien beraubt. Wilde Schergen schleppten Hunderte von Opfern nach der Schlachtbank, und eine Frau betrachtete mit kaltem Blut, ja selbst mit Wohlgefallen das Schaffot, welches man aufgerichtet hatte. Verworfene Kammern verschacherten der Regierung die individuelle Sicherheit, die bürgerliche Freiheit und das Staatsvermögen; die Regierung unterdrückte alsdann die Presse und die Tribünen und vertraute die Provinzen habgierigen Mandarinen, blutdürstigen Generalen an; Militärgerichte brandschatzten den Reichen und deportirten den Armen nach Fernando-Po und den Philippinen. Die Gesetze der Cortes wurden durch einfache Dekrete ersetzt, welche die Hülfsquellen in obscuren und ruinirenden Anleihen vergeudeten, die das Recht, die Tugend mit Füßen traten, den Familienherd, das Eigenthum und die Familie entheiligten; und während dieser Zeit ersann Isabella II. in Zarauz und Madrid eine Verschwörung gegen Italien, unsere Schwester, zu Gunsten der römischen Curie, dieses historischen Unglücks unsers Landes, während sie mit einer souveränen Fahrlässigkeit den Schand- und Gewaltthaten ihrer Paschas auf Cuba zusah, welche, die betrügerische Einführung der Sclaven duldend und das öffentliche Gefühl der alten und neuen Welt verletzend, Spanien der großen und glorreichen Republik der Vereinigten Staaten entfremdeten."

Die „C. H." enthält Nachrichten aus **Rom**, vom 15. Jan., denen zufolge am 13. alle Cardinäle der Congregation der außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten bei Cardinal Antonelli zusammenberufen waren. Diese Conferenz hat drei Stunden lang gedauert. Dieselben Cardinäle sollten sich am 16. unter Vorsitz des heiligen Vaters versammeln. In diesen Versammlungen beschäftigt man sich, wie es scheint, mit den kirchlichen Angelegenheiten Italiens und der Mission Tonello. Es soll dem Papste sehr viel daran liegen, die Bischöfe für Italien zu ernennen.

Aus dem Gouvernement Kielce wird der „Allg. Ztg." gemeldet, daß die russische Regierung in **Warschau** an sämmtliche Gouverneure der polnischen Provinzen ein vertrauliches Rundschreiben gerichtet hat, welches die strengste Ueberwachung der polnischen Geistlichkeit empfiehlt. Diese wird in jenem Schreiben als der gefährlichste Feind der rechtgläubigen Kirche und der russischen Regierung geschildert, welche, um ihre Mission zu erfüllen, jenen Widerstand besiegen müsse. Aufreizende Predigten und Ansprachen seitens katholischer Geistlichen sollen nach jenem Rundschreiben mit der sofortigen Verhaftung der Schuldigen, ja, wenn derselbe ein Pfarrer, mit der Schließung seiner Kirche bestraft werden. Der Gouverneur von Kielce, Chlebnikow, hat nach Empfang des Cirkulars die Geistlichkeit jener Stadt vorladen lassen und ihr gedroht: „er werde — so lange er Gouverneur — jede revolutionäre Aeußerung mit eiserner Faust niederzuschlagen und jede Erinnerung an die polnische Chimäre zu vernichten wissen."

Moskau, 16. Jan. Gestern hat hier eine Versammlung von Geistlichen stattgefunden, in welcher beschlossen wurde, eine Subscription für nothleidende candiotische Greise, Kinder und Frauen zu eröffnen, als Angehörige desjenigen Volkes, welchem die russische Nation ihr christliches Bekenntniß verdanke. Die „Moskauer Zeitung" bemerkt hiezu: „Die Mitleidenschaft unter dem Banner der Kirche ist die wirksamste Hülfe, die wir unsern Glaubensbrüdern bieten können. Oft haben wir sie mit dem Schwerte schützen wollen, aber die glänzendsten Siege sind fruchtlos geblieben und haben die orientalische Frage nicht gelöst, sondern entwickelt. Jetzt darf unsere Aktion nur

darin bestehen, jede fremde Einmischung ferne zu halten und die Bevölkerungen ihren eigenen Kräften und dem Willen Gottes zu überlassen." (K. Z.)

Neueres.

Berlin, 22. Jan. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses kam die Frankfurter Kriegskontributions-Angelegenheit zur Verhandlung. Der Referent Lüning stellt Namens der Kommission den Antrag auf motivirte Tagesordnung. Hoverbeck stellte hierzu ein Amendement, welches gleichfalls die motivirte Tagesordnung will, aber die Rückzahlung der 6 Millionen Gulden an die Stadt Frankfurt empfiehlt. Classen-Kappelmann erklärt sich für das Amendement Hoverbecks. Der Regierungskommissär hob hervor, daß die bekannte Aeußerung des Ministerpräsidenten (preußische Städte sollen keine Contributionen zahlen), sich nur auf die Zeit bezogen habe, seit Frankfurt eine preußische Stadt geworden sei. Die eingezogenen Contributionen hätten bereits gesetzliche Verwendung gefunden, eine Rückzahlung der 6 Millionen oder deren Verwendung zum ausschließlichen Vortheil Frankfurts könne daher nicht in Aussicht gestellt werden. Nachdem Hoverbeck seinen Antrag zurückgezogen, wird bei der Abstimmung die motivirte Tagesordnung angenommen.

Hamburg, 22. Januar. Der Verwaltungsrath der Norddeutschen Bank stellt die Dividende pro 1866 auf 8½ pCt. fest.

London, 22. Jan. Der Steamer „Australasian" überbrachte folgende Nachrichten aus New-York bis zum 9. d.: „Das Haus der Repräsentanten hat die Anklage des Präsidenten angenommen. Die Anklage beschuldigt den Präsidenten des Mißbrauchs der Vetogewalt, der Beamtenanstellung, des Gnadenrechts und der gewissenlosen Verfügung über Staatseigenthum und der Einmischung in die Wahlen. Der Senat und das Haus der Repräsentanten haben die Bill angenommen, welche den Negern in dem Distrikt Columbia das Stimmrecht ertheilt, trotz der Veto-Einlegung des Präsidenten."

Florenz, 21. Jan. Die „Nazione" bestätigt, daß die Streitfrage zwischen Italien und der Türkei wegen des „Principe Tommaso" beigelegt sei. Ein Schiedsgericht wird die Höhe der Entschädigungssumme festsetzen.

Ancona, 20. Jan. Briefe aus Beirut vom 3. Jan. melden, daß Joseph Karam einen neuen Aufstand gemacht hat. Ueber Marseille wird gleichfalls aus Beirut, den 3., gemeldet: Abd-el-Kader habe für Karam eine Amnestie erlangt, die aber auf Betreiben des Gouverneurs Daud Pascha wieder zurückgenommen worden sei. Gegenwärtig mache man auf Karam Jagd im Gebirge. Er vertheidigte seine Wohnung gegen die Gendarmen des Libanon und entkam dann glücklich ihren Händen.

Konstantinopel, 22. Jan. Der Gouverneur des Libanon, Daud Pascha, rückt mit 3000 Mann gegen den durch Josef Karam abermals insurgirten Distrikt Kesruan vor. Muschir Derwisch Pascha von Damaskus ist mit Truppen in Beirut angelangt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Literarisches.

Jugendblätter für christliche Unterhaltung und Belehrung. Jährlich 12 Hefte, jedes zu 3 Bogen, in gefälligem schönen gr. 8° Formate mit 6 colorirten Bildern und 6 künstlerisch ausgeführten Holzschnitten abwechselnd, so daß jedes Heft ein schöner Bilderschmuck ziert. Der Subscriptionspreis für den Jahrgang von 36 Bogen ist 2 fl. 24 kr.

Diese von der beliebten Jugendschriftstellerin **Isabella Braun** herausgegebenen Jugendblätter sind, wie der Prospectus sagt, bestimmt, den Lehrern, Erziehern und Eltern in die Hände zu arbeiten, einestheils in unterhaltender Weise durch **Biographien, Reisebilder, naturgeschichtliche Aufsätze, Poesien** u. s. w. die Belehrung der Schule fortzusetzen oder das jugendliche Interesse für mannigfache Bildungsgegenstände anzuregen; — anderntheils aber durch **Erzählungen** aus dem Jugendleben oder aus der Weltgeschichte beispielweise den Eltern und Erziehern ihr Werk erleichtern zu helfen, indem ohne ermüdendes Moralisiren die jungen Leser im getreuen Spiegelbilde sich selbst erkennen lernen, an schönen Vorbildern sich empor ranken, für das Gute sich begeistern und zur Nachahmung geleitet werden. Die Jugendblätter wollen den jungen Lesern ein gemüthlicher bald ernster und bald heiterer, jedem Alter sich anpassender Begleiter durch die grünen Auen der Jugend sein, deshalb wechselt in denselben der Scherz mit dem Ernste, Unterhaltung mit Belehrung, und jedes einzelne Heft bringt etwas für die verschiedenen Altersstufen.

Wir empfehlen daher diese Blätter so vielen Unternehmungen der Neuzeit gegenüber als ein Buch, welches in keiner Familie fehlen sollte.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	pCt. Met. (Op. i. S. b. R.)	—
"	pCt. Lomb. ditto. à 24.	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	63 G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	57⅜—⅝ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	51⅝—¾ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation	—
"	4½ pCt.	37½ P. 37 G.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100⅞ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	98¼ P.
"	4½ pCt. Obl. ¼jähr. dto.	95 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90 G.
"	4 pCt. Obl. ½ jähr. dto.	90⅜ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 P. 89½ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	81½ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	96¾ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	82½ P. 82 G.
Baden	4½ pCt. Obl.	98¾ P.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	83½ P. 83 G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	95 P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	88 P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	94¾—⅞ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	89½ P. 88⅞ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	84¾ G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	82¾ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2½ pCt.	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	82⅝ G.
N.Amerika	6 pCt. à 100D. 1881 D. 2½	77¾ P.
"	6 pCt. ditto r. 1882	76¼—⅜ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	130½ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	646 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	165½—66 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	90½ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 75	206½
Weimarische Bank à Thlr. 100	—
Mitteldeutsche Kreditaktien	93 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	78½ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	341 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	109½
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	—
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 5%	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	155½ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	99¼ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	110 P. 109¾ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	48 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. S.	70 P. 69¾ G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	—
5pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	44½ P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	118⅝ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	119 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	104¼ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	66¼ P.
" fl. 500 v. 1860 5/7	65½ P. 64⅞ G.
" fl. 100 Elsb. L. v. 1858.	115 P. 114½ G.
" dto. v. 1864.	69¾—70 P.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	101½ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 P.
Badische fl. 35	53½ P.
Kurhess. Thlr. 40	53½ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144¼ P.
" fl. 25 do.	42 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37¼ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26 P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10¾ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅜ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94¼ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¼ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96⅜ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅛ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104¾ G.
London Lst. 10 k. S.	118½ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail.	—
München fl. 100 k. S.	99⅞ P.
Paris Frs. 200 k. S.	94½ G.
Petersburg	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	88½ P. ¼ G.
do. in Lst. W. k. S.	88½ P. ¼ G.
Disconto	3½ pCt. G.

Frankfurt, 23. Januar. Das Hauptgeschäft fand heute in österreichischen Sachen zu steigenden Coursen statt, deren Veranlassung in besseren Wiener Coursen zu suchen ist, die wohl den bevorstehenden Ausgleich mit Ungarn eskomptiren. Auch fanden in einigen österr. Sachen hier zahlreiche Deckungskäufe statt, so z. B. in Mobilier, in denen die Contremine stark engagirt ist. Ostbahn niederer, Wiener Wechsel besser. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibl.
1 N. Würzb. Ztg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland, für Wahrheit und Recht!

№ 25.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 25. Januar 1867.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung"** kann für die Monate **Februar** und **März** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Salzmonopol und Salzsteuer.

II.

XX Einige bayerische Zeitungen werden nicht müde, auf Grund einer Vergleichung der bayerischen Salzkonsumtion mit der preußischen auf eine jährliche Einbuße von 700,000 fl. hinzuweisen, welche das bayerische Staatseinkommen bei Annahme des preußischen Projektes erleiden würde. Wir können diese Berechnung schon darum nicht gelten lassen, weil sie nicht ehrlich ist, indem ihr Daten zu Grunde gelegt sind, die nicht aus derselben Zeit stammen, für Bayern neuere und für Preußen ältere, daher ungünstigere. Doch selbst angenommen, sie sei richtig, so müssen der behaupteten finanziellen Einbuße die mit der Freigebung der Salzproduktion und des Salzhandels verbundenen nicht geringen volkswirthschaftlichen Vortheile und die hohe Zolleinnahme von 6 bis 7 Mill. Gulden entgegengehalten werden, welche Bayern jährlich dem Zollverein verdankt und die mindestens auf die Hälfte, vielleicht auf den vierten Theil herabsinken würde, wenn es in Folge seiner Festhaltung am Salzmonopol genöthigt wäre, ein Zollgebiet für sich zu bilden. Uebrigens scheint es uns gegen das spezifische bayerische Interesse zu sein, dem jene Blätter doch zu dienen glauben, die vermeintliche größere Salzkonsumtion Bayerns so sehr zu betonen, weil dann leicht von norddeutscher Seite mit Berufung auf die dortige offenkundige stärkere Consumtion anderer Artikel eine Gegenrechnung gemacht werden könnte, die für Bayern sicherlich nicht mit einem Guthaben abschließen würde. Aber es ist überhaupt verkehrt, die Salzfrage aus finanziellem Gesichtspunkte zu beurtheilen. Man müßte sonst, wenn Preußen statt des Salzmonopols eine mäßige Salzsteuer oder gar keine vorschlüge, mit noch schärferen Waffen dagegen kämpfen, weil dann der Ausfall in den Staatseinnahmen noch größer wäre. Damit ist es aber auch für das blödeste Auge klar gestellt, wie faul die Sache ist, welche die Vertheidiger des Salzmonopols vertreten. Schließlich möchten wir den Letzteren noch den Rath geben, nicht über einen Gegenstand zu schreiben, von dem sie sich nicht genau unterrichtet haben. Eine nähere Kenntniß des preußischen Projektes würde sie und namentlich den unermüdlichen Korrespondenten vom Oberlech in der „A. A. Ztg." vor der Lächerlichkeit bewahrt haben, den bayerischen Landwirthen und Industriellen vorzureden, daß nach Einführung desselben der Preis des für landwirthschaftliche und gewerbliche Zwecke verwendeten Salzes, das die Regierung bisher zu 1 fl. 30 kr. und 43 kr. lieferte, sich um den vollen Betrag der projektirten Steuer erhöhen würde. Wir können unsern Landwirthen und Industriellen zu ihrer Beruhigung sagen, daß der preußische Entwurf das in der Landwirthschaft und in den Gewerben verwendete Salz von der Steuer befreit und bloß einer geringen Controlabgabe unterwirft. Sie werden daher das bayerische Salz, das ihnen die Regierung zu obigen Preisen ohnehin nur mit Verlust, den die Steuerzahler zu decken hatten, ablassen konnte, dann gar nicht mehr nöthig haben, indem ihnen das viel wohlfeilere preußische, dessen Gewinnungskosten in Staßfurt für den Centner bloß 3 bis 4 Sgr. betragen, zur Verfügung stehen wird.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 23. Januar. Se. Majestät der König hat den Gerichtsboten D. Gaedler in Otterberg, seinem Ansuchen entsprechend, auf die in Zweibrücken erledigte Gerichtsbotenstelle versetzt; als funktionirenden Substituten des Staatsanwalts am Bezirksgerichte Straubing den Appellationsgerichts-Accessisten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Stadtgerichte Passau, L. Martin, aufgestellt; die kath. Pfarrei Haberskirch, Bezirksamts Friedberg, dem Priester A. Eichinger, Kuratbenefiziat in Oberostendorf, Bezirksamts Kaufbeuern, übertragen; dem Profoßen G. Grill des kgl. Landwehr-Bataillons Wolfratshausen in Anerkennung seiner mit Einrechnung eines Feldzugsjahres fünfzigjährigen treu geleisteten Dienste das silberne Ehrenzeichen des Verdienstordens der bayer. Krone verliehen.

△ **München,** 24. Jan. Es kann gerade für die Leser Ihrer Zeitung nur von hohem Interesse sein, über den dermaligen Stand des Gesetzes über die Kriegskostenentschädigung nähere Nachricht zu erhalten. Ich mache Ihnen darum hierüber folgende ganz verlässige Mittheilung. Der 4. Ausschuß der 2. Kammer hat bekanntlich das Referat über den Gesetzentwurf dem Abg. Mandel übertragen. Derselbe hat sein Referat vollendet, und wird der Ausschuß wohl Freitag den 25. d. über dessen Bericht berathen und Beschluß fassen. Der Inhalt des Berichtes ist natürlich in diesem Augenblicke zur Veröffentlichung nicht geeignet; so viel aber ist gewiß, daß der Referent wesentliche Modifikationen des Regierungsentwurfes zu Gunsten der Belasteten beantragt, und die Normirung der Entschädigungssätze in einer Art vorschlägt, die ausreicht, den wirklich nothwendigen Aufwand für die Einquartierung und den wirklich erlittenen Kriegsschaden, aber auch diesen vollständig zu ersetzen. Der 2. Ausschuß hat über jenen Theil des Gesetzentwurfes, welcher die Aufbringung des zu Kriegskostenentschädigung nothwendigen Geldes betrifft, den

---

Feuilleton.

Vermischtes.

München, 20. Jan. Professor v. Pettenkofer ist seit einigen Tagen von seiner Reise wieder zurück. Derselbe soll über die Resultate seiner Forschungen, die er in den vergangenen Sommer von der Cholera heimgesuchten Städten gemacht, vollständig befriedigt sein, und ebenso soll auch das Ergebniß der wissenschaftlichen Besprechungen mit den Professoren Griesinger, Wunderlich und dem Engländer Macpherson eine fast einstimmende Gleichheit der Anschauungen erzielt haben. Wie wir hören, wird Prof. v. Pettenkofer die Zusammenstellung der jüngsten Erfahrungen dem ärztlichen Vereine in einem ausführlichen Vortrage darlegen. Zu gleicher Zeit wird auch aus Wien eine überraschende Beobachtung mitgetheilt. Dr. Kolb hat nämlich dortselbst mit Hilfe einer 800—1000fachen Vergrößerung in den reisartigen Stühlen der Cholerakranken Millionen mikroskopischer Pilze entdeckt, die in der äußeren Form wenig von unsern einheimischen verschieden sind, und daß diese die Basis der furchtbaren Krankheit bilden, und durch dieselben die leichte Uebertragung der Cholera bewirkt wird, dürfte jetzt wohl kaum bezweifelt werden können, da ja von vornherein bekannt ist, wie ungeheuer rasch bei einer günstigen Disposition überhaupt die Pilze sich vermehren. Die atomistischen Pflanzen und ihre Keimsporne scheinen überhaupt unter gegebenen Bedingungen einen noch nicht geahnten Einfluß auf unsern Organismus zu üben, obwohl die Behauptung großer Aerzte, daß Schleimfieber, Typhus, Pocken, Scharlach und andere ansteckende Krankheiten mit der Cholera so ziemlich gleiche Unterlagen haben, immer mehr an Verbreitung gewinnt. Wir erinnern uns, vor einigen Jahren gelesen zu haben, daß ein junger, kräftiger Mann aus einer angesehenen Familie in England plötzlich mit allen Erscheinungen der Kehlkopfschwindsucht erkrankte und außerordentlich schnell verstarb. Die Sektion der Leiche ergab eine förmliche Ueberwucherung des Kehlkopfes mit zahllosen kleinen Pilzen, und der Fall machte außerordentliches Aufsehen. Vielleicht gelingt es nunmehr bald der rationellen ars medica, wenn sie die Cholera als greifbaren Feind gefunden, sie auch mit gleichen Waffen zu bekämpfen, und ihr dadurch das Entsetzen zu benehmen, das ihr Erscheinen über ganze Gegenden verbreitet. (B. Z.)

Einer Statistik über das Armenwesen in Bayern entnehmen wir, daß bei steigender Bevölkerung der letzten Jahre die Zahl der Armen abgenommen hat. Nach dem Durchschnitt der

Abg. Feustel als Referenten ernannt, und auch dieser hat seinen Vortrag so weit vollendet, daß er ihn noch diese Woche der Berathung und Beschlußfassung des 2. Ausschusses unterstellen kann. Er **verwirft**, wie ich höre, und zwar im Einverständniß mit der Mehrheit des Ausschusses, die von der Regierung zu diesem Behufe vorgeschlagene **Kriegssteuer** und bezeichnet als Deckungsmittel die 2,300,000 fl. des Maximil.-Getreidefonds und die noch unverbrauchten Reste des im Juni 1866 votirten Kriegskredits. Jedenfalls wird sohin der Gesetzentwurf noch in diesem Monate in der 2. Kammer durchberathen, und es läßt sich bei einigem guten Willen der 1. Kammer und der Regierung hoffen, daß längstens in 4 Wochen das Gesetz publizirt und in Vollzug gesetzt werde.

Aus **Süddeutschland** enthält die „Allg. Ztg." einen sehr beherzigenswerthen Artikel von einem höheren Offizier über **süddeutsche Heeresorganisation**. „Wenn man zugestehen muß, sagt er, daß die preußische Militärorganisation die beste in Deutschland ist, so kann man nicht begreifen, wie die Südstaaten, Angesichts der gemachten Erfahrungen und Angesichts der Verwicklungen welche durch die französischen Ansprüche jeden Tag entstehen können, ruhig die Hände in den Schooß legen und abzuwarten scheinen, ob sich Jemand anbiete, ihnen helfen zu wollen. Wenn beinahe 8 Millionen Menschen (Preußen zählte 3 Millionen Seelen, als Friedrich II. den schlesischen Krieg begann) das Vertrauen zu sich selbst verlören, so wäre Das doch sehr traurig. Die Südstaaten sind nun einmal derzeit auf sich selbst angewiesen und es wäre eine große Verblendung — gelinde ausgedrückt — zu glauben, man habe nicht Kraft genug, um selbst etwas thun zu können. Damit sei nicht gesagt, als sollten die Südstaaten eine besondere Politik verfolgen, sondern wir meinen nur, sie sollten, statt Alles dem Zufalle zu überlassen, ihre Militärorganisation nach Einem Plane verbessern, um, früher oder später, als ein Achtung gebietendes Glied mit Freuden von einem größeren Bunde gewünscht zu werden. So, wie die süddeutschen Staaten derzeit organisirt sind, würden sie als ein Wrack in den Hafen des norddeutschen Bundes einlaufen; gut gerüstet, gut organisirt, würden sie als ein kampfbereites Kriegsschiff mit Salutschüssen begrüßt werden. Im ersten Fall sind sie völlig unmächtig und allen Bedingungen preisgegeben, im andern Fall haben sie auch ein Wort in die Wagschale zu legen. Aus diesen Gründen sollten die süddeutschen Staaten unsäumt das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht annehmen, wodurch jährlich 30,000 junge Männer zum Kriegsdienst verpflichtet würden. Rechnet man 3 Jahre für die Linie, 4 Jahre für die Reserve und 5 Jahre für die Landwehr, so würden sich ergeben: 90,000 Mann Linie, 12,000 Mann Reserve, 150,000 Mann Landwehr, zusammen 360,000 Mann. Diese Zahlen sind indessen nur annähernd richtig, und Reserve und Landwehr würden wegen des gewöhnlichen Abgangs bedeutend schwächer auftreten. Fernerhin würde aber das süddeutsche Heer eine Macht repräsentiren, welche nicht zu unterschätzen wäre, und welche bei richtig geleiteter militärischer Ausbildung den betreffenden Staaten Ansehen und Kraft geben müßte. Die Entfaltung einer solchen Macht wird allerdings mehr Geld als seither verlangen, auch wenn man nicht auf die dreijährige Präsenz, welche Preußen hat, eingeht. Aber man bedenke nur, daß, wenn man gar nichts thut, um auf seinen eigenen Beinen ferner stehen zu können, gar nichts Anderes in Aussicht steht, als willenlos allen Bedingungen unterworfen zu werden, welche von da und dort gestellt werden könnten. Man kann uns nicht entgegnen, wir wollten wieder etwas Besonderes schaffen, was nichts tauge, und man thue besser, sich dem norddeutschen Bund eng anzuschließen. Vorerst ist ja dieser Bund noch gar nicht konstituirt, und bis wann er es ist, wissen wir alle nicht. Ob er aber so bald eine freundliche Einladung an die Südstaaten ergehen läßt, bezweifeln wir sehr, wir fürchten vielmehr, daß durch die Kompensationsansprüche Frankreichs, welche unläugbar bestehen, die Ruhe früher gestört werden wird, als der Norden mit seinen Angelegenheiten in Ordnung kommt. Wer sorgt dann für den Süden?"

Baden. Die „Karlsr. Ztg." vom 21. theilt offiziös mit: „Die Arbeiten der Kommission für die Ausgleichung der **Kriegskosten** sind soweit gediehen, daß die materiell liquiden Ansprüche in der kürzesten Frist befriedigt werden sollen. Für die nicht liquiden Forderungen dürften Vorschußzahlungen erfolgen. Der Gesammtbetrag dieser Auszahlungen wird sich auf 6—700,000 fl. belaufen. Zur Deckung derselben steht eine erste Umlage, und zwar mit 10 kr. per Gulden Steuerschuldigkeit (also 1/6 vom Betrag der ordinären Steuern) bevor."

Berlin, 21. Jan. Ueber die **Verwaltungsabtheilungen** in den neuen Landestheilen ist noch nichts Bestimmtes festgestellt. Die Mittheilungen mancher Blätter über diesen Gegenstand sind nur soweit richtig, als die Regierung wirklich die Absicht hat, aus Kurhessen, Nassau, Frankfurt und den von Bayern und Darmstadt abgetretenen Gebietstheilen unter Zuziehung des bereits früher preuß. Gebiets von Wetzlar eine Provinz zu bilden; keineswegs aber, daß diese Provinz in drei Regierungsbezirke zerfallen soll. Die Regierung beabsichtigt vielmehr, die Provinz bloß in zwei Regierungsbezirke zu theilen. Eben so unbegründet ist die Nachricht, daß Ostfriesland zu der Verwaltungssphäre von Westphalen gezogen werden solle, da die Vorarbeiten für die Abgrenzung der Verwaltungsbezirke in Hannover noch gar nicht abgeschlossen sind. (N. K.)

Berlin, 21. Jan. Aus mancherlei Anzeichen bleibt unverkennbar, daß die preußische Regierung in der Stille ihre Vorbereitungen trifft, um von etwaigen durch die orientalische Frage herbeigeführten kriegerischen Eventualitäten nicht überrascht zu werden. So ist eben die Bestimmung erlassen worden, daß behufs der erforderlichen Retablissements-Arbeiten die Handwerker-Abtheilungen bei den einzelnen Truppentheilen einschließlich des nöthigen Aufsichtspersonals noch bis zum nächsten 1. April über die Friedensstärke formirt bleiben. Ebenso finden sich die Gewehrfabriken fortgesetzt in der eifrigsten Thätigkeit, die Bewaffnung der gesammten preußischen und norddeutschen Armee mit Zündnadelgewehren in kürzester Frist zu bewirken und hofft man, diese Aufgabe bis Anfang Mai d. J. in dem Umfange zu erfüllen, um auch die sämmtlichen noch nicht mit dieser Waffe versehenen Landwehrregimenter damit ausrüsten zu können. Für die Artillerie wird nicht minder an der Ausrüstung mit den neuen gezogenen Vierpfündern gearbeitet, wogegen später die sechspfündigen gezogenen Geschütze nur noch für den Festungsdienst eine Verwendung finden sollen.

(Weser-Ztg.)

Die „Kölnische Zeitung" enthält folgende telegraphische Nachrichten: „**Berlin**, 22. Jan. Der Antrag Schulze's (Berlin) auf Abschaffung der lauenburgischen Zölle wird der Handelskommission überwiesen. Die Interpellation Waligorski's, die Hemmungen des preußisch-russischen Grenzverkehrs betreffend, ist wegen Erkrankung des Antragstellers von der Tagesordnung abgesetzt. Der Präsident theilt mit, daß in dieser Woche nur Eine Sitzung (am Freitag) stattfinden werde, damit die Kommissionen ihre Arbeiten vollenden könnten. In der nächsten Woche sollen täglich Sitzungen gehalten werden. Sodann erfolgt Eintritt in die Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über

---

Periode 1846/62 trafen 232 konskribirte Arme auf 10,000 Seelen der Bevölkerung; in den Jahren 1862/65 hat sich dieses Verhältniß namhaft verringert, indem nur 176 Arme auf 10,000 Seelen vorhanden waren. Im Jahre 1864/65 kamen auf 10,000 Seelen in Oberbayern 133, in Niederbayern 183, in der Pfalz 290, in der Oberpfalz 147, in Oberfranken 123, in Mittelfranken 248, in Unterfranken 112 und in Schwaben 179 Arme. Das rentirende Stammvermögen des Lokal-Armenfonds belief sich im Jahre 1864/65 auf 8,527,841 fl., das des Distriktsarmenfonds auf 1,627,410 fl. Die Leistungen zum Armenfond betragen an freiwilligen Beiträgen 685,000 fl., an Pflichtbeiträgen 870,585 fl.

Der „Moniteur" veröffentlicht den Bericht des Ministers des Innern, Hrn. v. Lavalette, an den Kaiser über die im Laufe des letzten Jahres vorgenommene **Volkszählung**. Seit dem Jahre 1861 ist die Bevölkerung der 89 französischen Departements von 37,386,161 auf 38,067,094 Seelen gestiegen, mithin um 680,933 Seelen gewachsen. Von dieser Gesammtbevölkerung gehören 19,014,109 dem männlichen und 19,052,985 dem weiblichen Geschlechte an. Folgendes ist die Einwohnerzahl der größeren Städte Frankreichs nach diesem neuesten Ausweise: Paris 1,825,274, Lyon 323,954, Marseille 300,131, Bordeaux 194,241, Lille 154,749, Toulouse 126,936, Nantes 111,956, Rouen 100,671, St. Etienne 96,620, Straßburg 84,167, Brest 79,847, Toulon 77,126, Havre 74,900.

In der **Türkei** leben 12 Mill. Menschen, welche sich zur griech. Kirche bekennen, und 6 Mill. Türken. Von den ersteren sind 1 Mill. Griechen, 4,100,000 Rumänen, 1 Million Serben, 4 Millionen Bulgaren, 1,100,000 Bosnier und Herzegowiner, 800,000 Albaneser und Armenier.

Nach einer Mittheilung des „N. Frdbl." aus **London** hat die preußische Regierung das von der türkischen Regierung daselbst bestellte Panzerschiff „Fered", welches von dem berühmten Ingenieur Mr. Read in Millwall Ironworks gebaut wurde, um den Preis von fünfmalhunderttausend Pfund Sterling (fünf Millionen Gulden) angekauft, und zwar ohne Geschütze. Das Schiff hat 8 Zoll Panzerdicke, die übliche Holzunterlage von 22 Zoll und dann eine Eisenunterlage von 2 Zoll, also eine Eisendicke von 10 Zoll. Die Armirung besteht aus 32 Dreihundertpfündnern, wovon 4 Stück in Thürmen, die 17—18 Schuh über Wasser sind, sich befinden. Die Batteriehöhe ist 11 1/2 Schuh. Es ist das größte Panzerschiff der Welt, und Mr. Read sagte in einem Vortrag in einem Ingenieurverein, daß sich die größten Panzerschiffe zu diesem Schiffe wie Kanonenboote verhalten werden.

Petitionen, betreffend die Aufhebung der Schuldhaft. Abg. Lasker spricht für die Aufhebung, sobald der Schuldner sein Vermögen klar legt. Michaelis schließt sich dem Lasker'schen Antrage an. Regierungskommissär Pape wiederholt, daß die Regierung im Stande sei, die Perso[n]alhaft zu beschränken oder aufzuheben. Gneist empfiehlt Tagesordnung gemäß dem Kommissionsantrage. Graf Eulenburg spricht für seinen Antrag."

Die „Rhein. Ztg." enthält folgendes Telegramm: „**Berlin**, 22. Jan. Der Gesetzentwurf wegen der Eisenbahn-Anleihe von 24 Millionen, nebst zwei Zusatzanträgen, ist gestern Abend von der vereinigten Handels- und Finanzkommission mit großer Majorität angenommen worden."

Vom Bodensee, 21. Jan. Im Canton Bern ist gegenwärtig die Angelegenheit der Jura-Bahn die wichtigste Tagesfrage. Die Bewohner des Berner Jura wollen durch eine in ihrem Bezirk angelegte neue Eisenbahnstrecke ihre alte Verkehrsstraße zwischen Biel und Basel wieder gewinnen und scheinen auch zu jedem Opfer bereit zu sein, um diesen Wunsch verwirklicht zu sehen, während im eigentlichen Stein-Canton sich viele Stimmen gegen dieses Verlangen erheben und dorten geheim und offen dafür gearbeitet wird, in der nächsten Bundesraths-Sitzung, die am 29. stattfindet, einen für den Jura ungünstigen Entscheid herbeizuführen. Eine vom General Ochsenbein im antijurassischen Sinne abgefaßte Petition an den Bundesrath wird natürlich von Seite der Gegner heftig bekämpft; es läßt sich ferner im Berner „Bund" eine Stimme vernehmen, welche vor der Einmischung dieses ehemaligen französischen Generals warnt, dem das Landeswohl nicht so sehr am Herzen liegen könne, um nicht gelegentlich zu Gunsten französischer Sonder-Interessen Zwietracht unter den Cantonsbrüdern hervorzurufen. (B. Z.)

London, 16. Januar. In einem Artikel, der bis auf die bekannten Abmachungen von Plombières zurückgeht, spricht die „Times" die Ansicht aus, daß ohne die Mäßigung Napoleons III. und Bismarcks die Nikolsburger Unterhandlungen anstatt zum Frieden, zur Verlängerung und Ausdehnung des Krieges geführt haben würden. Hätte Napoleon ernstlich Territorialansprüche erheben, Bismarck sich wegen Sachsen und Nordschleswig unnachgiebig zeigen wollen, hätten nicht mit Einem Wort Frankreich und Preußen sich vor einander gefürchtet, so wäre der Zusammenstoß zwischen ihnen unvermeidlich gewesen. Diese gegenseitige Furcht der beiden Militärstaaten gewähre auch große Hoffnung auf künftige Ruhe in Europa. Auf die fast vollständige Gleichheit ihrer Stärke lasse sich ein dauerhafteres Gleichgewicht der Macht gründen, als dasjenige war, welches die Kanonen von Königgrätz zerstörten. Sollte auch Napoleon seine neue Heeresorganisation durchführen, so würde er doch kein solches Uebergewicht erlangen, daß er einen Konflikt auf eigene Faust wagen könnte. Ein Kampf auf Leben und Tod zwischen Galliern und Teutonen könne so wenig auch dem verwegensten französischen Staatsmanne in den Sinn kommen, daß man beständig Gerüchte von einer Allianz Frankreichs mit Oesterreich und Italien gegen Preußen in Umlauf setze, die ebenso grundlos als unwahrscheinlich seien. Die einzige Aussicht, die Frankreich gegen Deutschland habe, seien die inneren Spaltungen, welche von jeher den Rhein der französischen Invasion preisgaben. Man dürfe sich daher nicht darüber wundern, daß in Deutschland die angeblichen Avancen des Herrn v. Moustier an die Regierungen Württembergs und der andern Südstaaten wegen eines gemeinsamen Münz-, Maß- und Gewichtssystems großes Aufsehen erregen. Man folgere daraus den Versuch, diese Staaten vom Zollverein loszutrennen und sie in Handelsbeziehungen zu Frankreich zu bringen, welche leicht zu politischen Kombinationen führen könnten. Vielleicht gehe aber die teutonische Einbildungskraft hierin zu weit. Sollte wirklich der französische Minister auf diese Art den Keil eintreiben wollen, um das Vaterland zu spalten, so hätten Preußen und der Zollverein es jederzeit in ihrer Gewalt, diesen Plan durch rechtzeitige freiwillige Annahme jenes Systems zu durchkreuzen, welches sie mit vier der blühendsten europäischen Staaten — Frankreich, Italien, Belgien und der Schweiz auf gleichen Fuß setzen würde.

Aus **Paris**, 17. Jan., wird geschrieben: Die Gerüchte von dem Rücktritt des Marquis v. Moustier werden sich jetzt ebensowenig bestätigen wie vor einigen Wochen, er steht fester als je. Und das ist, gestatten Sie mir diese Behauptung, die nicht in's Blaue hinein gemacht wird, sehr gut für den europäischen Frieden. Das Programm des Marquis v. Moustier ist vom Kaiser im letzten großen Konseil, wo der Minister dasselbe mit einer brillanten Auseinandersetzung vertrat, ausdrücklich angenommen, ausdrücklich als Programm seiner Regierung bezeichnet worden. Man kann dasselbe als eine energische Friedenspolitik bezeichnen, beruhend auf der strikten Durchführung des Prinzips der Nichtintervention.

Paris, 21. Jan. Mit Ausnahme der halbamtlichen Blätter sind die Pariser Journale sammt und sonders ebenso wenig von dem kaiserlichen Krönungsakte entzückt, als die öffentliche Meinung überhaupt. Daß die Regierung es selber fühlt, wie unbefriedigend der Eindruck ist, den die kaiserliche Gabe hervorgebracht hat, beweist die Zusatz-Erklärung im heutigen „Moniteur": „Die Regierung wolle sich keineswegs den dem Lande schuldigen Aufklärungen entziehen und werde sich beeilen, dem Lande Rechenschaft über ihre auswärtige Politik abzulegen." Aber auch diese Erklärung befriedigt nicht, da man es vorher wußte, die Regierung werde in gewissen Fällen das Bedürfniß fühlen, sich vor dem Lande auszusprechen. Dadurch wird aber nicht widerlegt, daß die Interpellation nur dann möglich sein wird, wenn die Regierung eine solche wünscht. Die Mitglieder der Opposition sind sehr ungehalten; Ollivier, welcher in der Hoffnung, es werde eine durchweg liberale Reform zu Stande kommen, dem neuen Ministerium seine Unterstützung zusagte, ist erbittert. Wie früher häufig, hat auf dem Wege vom Entschlusse bis zur That sich Vieles stark geändert, ja, wenn es wahr ist, was in ministeriellen Kreisen erzählt wird, so wurde das Kind diesmal bei der Amme vertauscht. Der Kaiser wollte wirklich voranschreiten, allein im letzten Augenblicke bekamen die Bedenken der Furchtsamen das Uebergewicht, und es gelang dem vereinigten Einflusse Rouher's und Lavalette's, die Maßregel so abzuschwächen, daß die Phrase von der Krönung des Gebäudes jetzt entschieden wie Ironie klingt. Thiers hat über die neue Wendung geäußert: „Ich weiß wohl, daß uns eine Komödie vorgespielt wird; wir werden aber eine Wirklichkeit daraus zu machen wissen." Die Zuversicht des berühmten Redners beruht auf den Erfahrungen, die er aus dem Verkehre mit Mitgliedern der Majorität geschöpft hat. Ein bekannter Diplomat sagte in Uebereinstimmung mit der von Thiers geäußerten Ansicht, „der gegenwärtige gesetzgebende Körper werde keiner Interpellation die Thüre zu versperren wagen." Rouher schreibt man große Dinge zu, welche ihren Ausgangspunkt in Aufmachung industrieller Projekte haben; so will er seine Ernennung zum Finanzminister verewigen. (Köln. Ztg.)

Paris, 21. Jan. Heute fanden feierliche Trauergottesdienste in der Sühnungskapelle wie in mehreren anderen Kirchen zur Erinnerung an den Todestag Ludwig XVI. statt. — Die heutigen Abend-Journale sind entmuthigt, seit sich ergab, daß die neuen Minister ungefähr die nämlichen sind, welche bisher am Ruder waren, selbst einem Theile der offiziösen behagt dieses nicht ganz und wenn die „France" gute Miene zum bösen Spiel macht, so merkt man ihr doch den Unmuth an. Auch der „Presse" mißfällt die Zusammensetzung des neuen Ministeriums, besonders mißfällt ihr Marschall Niel, der kein politischer Mann und nur ein sehr gelehrter und tapferer Offizier sei.

Gerüchtweise hört die „Patrie" aus **Madrid**, daß Maßregeln gegen den Herzog von Montpensier und seine Familie, aus Anlaß der politischen Haltung, welche die Infantin, Schwester der Königin Isabel, und ihr Gemahl in der letzten Zeit beobachtet, genommen werden könnten. Nach anderen Berichten hätte Narvaez den Herzog und die Herzogin von Montpensier wegen orleanistischer Umtriebe in Sevilla verbannt.

Auf der pyrenäischen Halbinsel wird ein großer Schlag vorbereitet und nach der „Köln. Ztg." durch ein Telegramm aus Madrid vom 19. Januar als beschlossene Sache die Ausweisung der Familie Montpensier bezeichnet. Schon vor zwei Monaten wurde erzählt, die Königin Isabella habe mit ihrer Schwester Louise einen Auftritt gehabt, worin sie deutlich zu verstehen gegeben habe, sie kenne die Geschichte der Orleans zur Genüge, um Aehnliches von den Montpensiers zu fürchten, was in den Julitagen Louis Philipp gegen Karl X. in Scene gesetzt habe. Jetzt wird als neuester Anstoß zu jenem Zerwürfnisse zwischen Isabella II. und ihrer Schwester angeführt, der Majordomus des Herzogs von Montpensier, Marquis de Marcoso, sei nach Sevilla geeilt, um den dort durchkommenden flüchtigen Cortes-Mitgliedern im Namen seines Gebieters Geld und Hilfe anzubieten. Was die flüchtigen Cortes-Mitglieder anbetrifft, so hat Narvaez die in Frankreich eingetroffenen Deputirten offiziell auffordern lassen, in's Vaterland zurückzukehren; in diesem Falle sei ihnen volle Straflosigkeit zugesichert.

Bukarest, 15. Jan. Die Organe der verschiedensten Parteien geben von der Lage des Landes im Anfang des neuen Jahres ein sehr trauriges Bild. So äußert sich der „Romanul", das bedeutendste Blatt der Hauptstadt, beispielsweise folgendermaßen: „Demoralisation und Verderbtheit herrschen in der Justiz und in der administrativen Verwaltung; der Handel ist in der größten Noth. Vollständige Verarmung droht einem großen Theil des Landes. Der Staatsschatz ist in Schulden versunken; die Steuern sind so hoch, daß sie nicht mehr zu erschwingen sind und ein naher Untergang steht zu erwarten." Ein anderes Blatt, das Organ des rechten Centrums der Kammer, gibt nicht allein die traurige Lage des Landes zu, sondern klagt die gegenwärtig herrschende Partei an, schuld an derselben zu sein und gibt

zu verstehen, daß es unter dem Regime Cusa's zum mindesten nicht schlimmer war als jetzt. (A. Z.)

Aus **Petersburg** wird telegraphisch berichtet, daß Rußland den Handschuh, welchen ihm die päpstliche Kurie hingeworfen, aufgehoben hat. In einer von einem erläuternden Memoire begleiteten Cirkulardepesche an die russischen Gesandtschaften widerlegt Fürst Gortschakoff die Behauptungen des römischen Hofes und die von der römischen Regierung veröffentlichten Dokumente bezüglich des Konkordates, welches zwischen dem päpstlichen Stuhle und Rußland bestanden. Fürst Gortschakoff bemüht sich in jenen beiden Schriftstücken den Nachweis zu liefern, daß der römische Hof es gewesen, der den Bruch herbeigeführt, und daß die Aufhebung des Konkordates nur die logische Folge der Handlungen des päpstlichen Stuhles sei.

Neueres.

Berlin, 23. Jan. Nach der „Nordd. Allg. Ztg." ist eine von 10,000 **Nassauern** unterzeichnete Petition eingelaufen, worin diese bitten, daß die Regierung bei der Regelung der Domänen-Angelegenheit dem Herzoge die Erwerbung des betreffenden Grundbesitzes nicht gestatten möge und mit Rücksicht auf den öffentlichen Wohlstand von den im Einzelnen oder in Komplexen verpachteten Ländereien dem Herzoge nichts überantworte.

Berlin, 23. Jan. Die „Kreuzzeitung" meldet: „Vorgestern unterzeichneten die Bevollmächtigten der norddeutschen Staaten den Bundesvertrag. Morgen dürften die Conferenzen geschlossen werden.

Dresden, 23. Jan. Eine königl. Verordnung setzt die Wahlen im Königreiche Sachsen für das norddeutsche Parlament auf den 12. Februar ds. Js. fest.

Wien, 23. Jan. Die „Wiener Ztg." veröffentlicht ein kaiserliches Handschreiben, durch welches der Finanzminister Graf Larisch auf eigene Bitte, unter Verleihung des Leopoldgroßkreuzes, seiner Stelle enthoben wird. Unterstaatssekretär Beke ist einstweiliger Leiter des Finanzministeriums.

Paris, 23. Jan. Der „Moniteur" bringt folgende Ernennungen: Ferdinand Barrot ist zum Großreferendär des Senats, Chaix-d'Estange, Quentin, Bauchard, Marquis v. Lisle de Siry zu Senatoren, Chaix-d'Estange zum Sekretär des Senats ernannt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Literarisches.

Buch berühmter Kaufleute oder der Kaufmann zu allen Zeiten. Vorbilder, Charakter- und Zeitgemälde, vornehmlich Schilderungen interessanter Lebensgänge hervorragender Kaufleute, Industrieller, sowie Förderer des Handels. Herausgegeben von Franz Otto. Erstes Heft. Preis 18 kr. rhein. (Vollständig in etwa 15 Heften.) Leipzig, O. Spamer.

Der Leserkreis dieses interessanten Buches soll vornehmlich der gesammte Handelsstand, jung und alt, reich und weniger bemittelt, sein. Die Idee des Herausgebers ist, in Charakter- und Zeitgemälden, vornehmlich in Schilderungen interessanter Lebensgänge hervorragender Kaufleute, Industrieller, sowie Förderer des allgemeinen Verkehrs eine vollständige Entwickelung des Handels bis zu seiner heutigen riesenhaften Ausdehnung und Bedeutung als Welthandel zu bieten; er erscheint in dieser Auffassung als jener mächtige Faktor im Kulturleben, in welchem alle auf Wohlstand und Bildung gerichtete menschliche Thätigkeiten gipfeln, und der im innigen Verein mit dem fortschreitenden Wissen Civilisator und größter Wohlthäter unseres Geschlechts geworden ist. — Das Werk beginnt zu Ende des 13. Jahrhunderts, zur Zeit der Reisen des Venetianers Marco Polo im fernen Asien, und es schließen sich daran die Schicksale und Erlebnisse Hans Ulrich Kraft's, des Ulmer reisenden Kaufmanns, sowie der der Handelsfürsten im Mittelalter: die Medici von Florenz, sowie die Fugger und Welser von Augsburg. — Der Herausgeber suchte bei streng historischem Vorgehen die Bewältigung des so außerordentlich umfangreichen Stoffes durch Kürze des Ausdrucks und Zusammenfassen der Thatsachen zu erreichen. Wie dies von einem Unternehmen der Verlagsbuchhandlung von Otto Spamer nicht anders zu erwarten, entspricht dem inneren Werthe dieses von den tüchtigsten Kräften unterstützten Werkes auch die äußere Ausstattung in Bezug auf Illustrationen, Druck und die damit zusammenhängende Durchführung. Zahlreiche in den Text eingedruckte, die Darstellung belebende Abbildungen und werthvolle Tonbilder verleihen dem „Buch berühmter Kaufleute" einen Schmuck, wie er in dergleichen populären Werken nicht oft zu finden sein dürfte.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Kngl. Met. v. 1852	$62\frac{1}{8}$ G.
"	5 pCt. Kngl. Met. v. 1859	$57\frac{5}{8}$—$\frac{7}{8}$ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1864	$61\frac{1}{4}$—$\frac{1}{8}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	—
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$37\frac{1}{2}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$100\frac{7}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$94\frac{7}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	95 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$90\frac{1}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$ jähr. dto.	$90\frac{3}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$90\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$83\frac{1}{8}$ P.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$94\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{2}$ P. 83 G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$93\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$83\frac{1}{2}$ P. 83 G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	95 P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	88 P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$89\frac{1}{4}$ P. 89 G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$84\frac{1}{8}$ G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl	$80\frac{1}{4}$ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{2}$ pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	83 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
"	6 pCt. ditto v. 1882	$76\frac{3}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	130 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	645 P. 640 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	143—42 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$90\frac{1}{4}$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$206\frac{1}{2}$
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	93 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 25 kr	$78\frac{1}{2}$ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	341 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$109\frac{1}{4}$ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 25 kr	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 4/5	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$155\frac{1}{2}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt	$88\frac{7}{8}$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	110 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt	$47\frac{1}{2}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 8/5	$70\frac{1}{4}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz	—
5pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$64\frac{1}{2}$ P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$118\frac{3}{8}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	$94\frac{1}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{2}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{3}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{2}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{3}{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{3}{4}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. fr. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{8}$—$\frac{1}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$88\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G
do. in Bkz. W. k. S.	$88\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
Disconto . . .	$3\frac{1}{2}$ pCt. u.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v.	1839	$104\frac{3}{4}$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.		$55\frac{3}{4}$ P.
" fl. 500 v. 1860 4/7.		$64\frac{5}{8}$—$\frac{3}{8}$ G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.		$113\frac{1}{2}$ P.
" do. v. 1864.		$69\frac{7}{8}$ P.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.		$100\frac{3}{4}$—$\frac{1}{8}$ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose		$9\frac{7}{8}$ P.
Badische fl. 35		$63\frac{1}{4}$ P.

Kurhess. Thlr 40 b. R.	53 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$143\frac{7}{8}$ P.
" fl. 25 do	$61\frac{3}{4}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$28\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. 7. fl.-L.	$10\frac{1}{4}$ P.

Frankfurt, 24. Januar. Die Börse hat ihre Physiognomie gegen gestern kaum verändert. Das Kabel hat seit dem 21. immer noch Nichts von sich hören lassen und so lag auch für Amerikaner kein Impuls zu einer Coursveränderung in steigender oder fallender Richtung vor. Dieselben verkehrten daher auch heute in unbeweglich fester Haltung. Für österreichische Werthe ist theilweise ein kleiner Coursrückgang zu verzeichnen, ohne daß man jedoch von einer eigentlichen Flauheit reden könnte. In allen andern Effektengattungen war kein Leben, wie das Geschäft überhaupt sehr still war. — Zum neuen Stadt Münchener Anlehen war der Andrang schon vor Eröffnung der Subscription so groß, daß gar keine Anmeldungen zu derselben entgegen genommen wurden. Auf die Münchener wurden heute bereits 2 pCt. Agio geboten. $3\frac{1}{2}$ pCt. Frankfurter bedeutend schlechter. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. . Mü-

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland, für Wahrheit und Recht!

№ 26.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 26. Januar 1867.

Preußen in der orientalischen Frage.

Die „Weser-Zeitung“, welche mit preußischen offiziellen Kreisen in einer gewissen Verbindung steht, bringt aus Berlin einen Artikel über die orientalische Politik Preußens, welcher nach der Stellung des Blattes nicht sehr von dem wirklichen Programme der Hohenzollern'schen Politik abweichen dürfte. Derselbe lautet: „Preußen allein unter allen Großmächten hat von dem Zerfall der Türkei keinen Ländererwerb zu hoffen: selbst die Erhaltung seiner rumänischen Secundogenitur ist keine mit der Ehre des Staates verwachsene Aufgabe. Aber Preußen kann und wird verhindern, daß im Orient Aenderungen vorgenommen werden, bei denen es nicht gefragt ist, bei denen seiner Großmachtstellung nicht gebührende Rechnung getragen ist. Die Gefühlspolitik, welche uns vor vierzehn Jahren zu Partisanen der Türkei machte, wird jetzt schweigen. Damals war die Frage wegen des Kirchenschlüssels willkürlich und frivol aufgeworfen; heute ist die orientalische Frage auf natürlichem Wege erwachsen. Damals war Rußland noch der furchterregende Popanz, dessen Vergrößerung um jeden Preis vermieden werden mußte; heute kennen wir die Schranken der russischen Macht zu gut, um übertriebene Furcht vor derselben zu hegen. Niemand darf heute in einem Bündnisse Preußens mit Rußland ein Unglück erblicken, aber Rußland wird dieses Bündniß zu seinem vollen Werthe erkaufen müssen. Handelspolitische Zugeständnisse und Garantien für den Schutz der deutschen Nationalität in den Ostseeprovinzen scheinen uns der natürliche Preis für die preußische Unterstützung zu sein. Ist der gerechte Preis von Rußland nicht zu erlangen, so wird Preußen, lediglich seinen Interessen folgend, sich mit den Widersachern Rußlands verbinden müssen. Eine westmächtliche Allianz scheint uns nur in dem Falle, aber in dem Falle sicher zu erwarten zu sein, daß Preußen Neigung zeigt, sich derselben anzuschließen.“

München, 24. Jan. Laut Bekanntmachung der k. Staatsschulden-Tilgungs-Commission vom 15. d. M. im Regierungsblatt Nr. 4 wurde an diesem Tage mit der Ausgabe der unverzinslichen Kassa-Anweisungen zu fünfzig Gulden begonnen. (B. Z.)

München, 21. Jan. Der Bericht des Kommissärs der Kammer der Reichsräthe, Herrn v. Bayer, über den Stand der Staatsschuld enthält natürlich dieselben Ziffern und Daten wie der bereits erwähnte des Grafen Hegnenberg an die Kammer der Abgeordneten. Nur ist in dem Ersteren noch die Mittheilung, daß am 10. ds. M. von der an die Krone Preußen zu leistenden Kriegskosten-Entschädigung zu 30 Millionen bloß mehr 3,136,675 fl. restirten und auch zu deren Tilgung Anweisungen auf Berlin bereits im Lauf sind, und ferner, daß von den unverzinslichen Kassenanweisungen bis zum 12. ds. Mts. 4,100,000 fl. in Stücken zu 5 fl. abgeliefert, hievon 2,750,000 fl. an die Staats- und Bankkassen abgegeben sind, und daß Anweisungen zu 50 fl. noch im Laufe dieser Woche zur Emission kommen. (K. Z.)

Landau, 20. Jan. Die zur Bundes-Liquidations-Commission gehörigen Verwaltungsbeamten, welche seit dem 13. Dez. v. J. hier thätig waren, haben gestern ihre Arbeiten beendet und sind heute wieder von hier abgereist. Die zur technischen Commission gehörigen Offiziere werden noch bis Mitte Februar mit Aufnahme, Berechnung und Schätzung der aus circa 10,000 Artikeln bestehenden Materialien zu thun haben. (Pf. Z.)

Berlin, 23. Jan. Eine sehr wesentliche Rolle haben in dem vorjährigen Kriege die Eisenbahnen und Telegraphen gespielt, und es wurde namentlich, was erstgedachtes Gebiet betrifft, nach zweien, schon unterm 1. Mai ergangenen Anordnungen verfahren. Die eine ist die Instruktion für den Transport der Truppen und des Armee-Materials auf Eisenbahnen nebst einem Anhange über die Beförderung kranker und verwundeter Militärs auf denselben, von dem Kriegs-Minister erlassen; die andere, von dem Kriegs-Minister, den Ministern des Innern und für Handel vollzogene betrifft die Organisation des Transportes größerer Truppenmassen auf Eisenbahnen. Die zuerst gedachte Instruktion des Kriegs-Ministeriums gibt die Vorschriften über die Transportmittel, die Vorbereitung zum Beladen, die Disposition für die Fahrten, das Einladen und Einsteigen, wie Entladen und Aussteigen der Mannschaften, der Pferde, des Materials. Die zweitgedachte legt das System und die allgemeinen Grundsätze für das Verfahren bei Massen-Transporten dar. So sollen die Transporte möglichst ohne Wagenwechsel bis zum Zielpunkte geleitet, Loko-

Feuilleton.

Die Goldkammer von New-York.

In einem Briefe aus Philadelphia, 31. Dez., schreibt der Correspondent der „Times“: Die fortwährenden Schwankungen des Goldagios in ihrer Wirkung auf andere Preise und auf den ganzen Handel des Landes, in der ganzen Ausdehnung ihrer Wirkung auf dem Continente kaum begreiflich, machen uns faktisch zu einer Nation von Spekulanten, unter welchen die Großen in ihren Verbindungen stets die Kleinen zu Grunde richten und vernichten.

Das Spiel mit Gold steht an der Spitze unserer Spekulations-Manien und die „Newyorker Goldkammer“, in welcher diese Spieler operiren, ist ein Institut von der größten Wichtigkeit geworden, da es das Geschäft in allen seinen Branchen vollständig beherrscht. In dem unteren Theile der Stadt, in einem kleinen viereckigen Hofe, steht ein marmorner Cupido auf einem Springbrunnen, und um denselben gehen im Kreise, 20 bis 30 Fuß von einander Abstand, zwei eiserne Geländer. Zwischen diesen beiden Gittern bewegen sich 20 bis 30 Menschen mit lautem Geschrei, fordernd und bietend, während eine Art Uhr mit drei Zeigern den Stand des Preises für Gold angibt.

Um den äußeren Kreis lungern die „todtgeschlagenen“ und „lahmen Enten“, diejenigen, die in dem gefährlichen Glücksspiel ihren Ruin gefunden und doch den Ort nicht meiden können, und zwischen den Kreisen sind nur die Zahlungsfähigen zum Geschäft zugelassen. In diesem Raume belaufen sich die Käufe und Verkäufe an Gold nicht selten auf 100,000,000 Dollars per Tag, und diese 20 bis 30 Männer, kann man sagen, beherrschen alle Preise in Amerika.

Vermischtes.

(Eine unterirdische Eisenbahn in London ohne Lokomotive und Dampf.) Fast parallel mit der Charing-Croß-railway-Brücke, in einiger Entfernung davon, werden drei große Dämme in die Themse gebaut, dem Anscheine nach zu dem Zwecke, um den Platz für die Pfeiler einer neuen Brücke einzuschließen. Ihre Bestimmung ist jedoch eine andere, nämlich die, als Stollen zu dienen, von denen aus ein neues Tunnel unter dem Flusse errichtet werden soll, aber nicht ein Bau von Bogengängen aus Backstein und Mörtel, wie der schon vorhandene Themse-Tunnel, sondern eine aus mehreren Stücken zusammengefügte ungeheure eiserne Röhre. In diesen Cylinder wird die neue unterirdische Eisenbahnlinie von Witchall bis Waterloo-Road münden, welche nach dem pneumatischen Prinzip konstruirt, d. i. nicht mit Dampfkraft, sondern mittelst Luftdruckes und Luftsaugung betrieben wird, welche Luftausschöpfung eine am Ende der Linie aufgestellte stationäre Maschine bewerkstelligt. Das Prinzip hat sich durch Proben auf kleineren Strecken schon bewährt und eine Gesellschaft hat sich vereinigt, auf die oben erwähnte Weise dasselbe im Großen zur Anwendung zu bringen.

---

motiven und deren Führung auch nur denen anvertraut werden, die in Friedenszeiten damit umgehen. Auf eingeleisigen Bahnen wird der Durchschnitt der an einem Tage abzulassenden Züge auf 8, für zweigeleisige auf 12 festgesetzt. Mittels eines Militärzuges sollen in der Regel ein Bataillon bis 1000 Mann, oder eine Schwadron zu 150 Pferden, oder eine Batterie zu 6 Geschützen, oder 3/4 Munitions-, resp. andere Colonnen fortgeschafft werden, so daß der Zug nicht unter 60, nicht viel über 100 Achsen stark werde. Die Fahrgeschwindigkeit wird auf 3 bis 3½ Meile in der Stunde normirt und nach je 8 bis 7 Fahrstunden ein längerer Aufenthalt von 1 bis 2 Stunden gewährt. — In Folge der staatlichen Umgestaltung sind auch, außer den bereits bestehenden Artillerie-Depots in Dresden, Sonderburg und Rendsburg neun Artillerie-Depots in Hannover, Kassel, Stade und Wiesbaden errichtet und mit diesen Depots Laboratorien verbunden und das dazu gehörige Feuerwerkspersonal angestellt worden.

Berlin, 23. Jan. Der König leidet an einer leichten Erkältung. — Die „Prov.-Corresp." sagt: „Die Friedensstärke des Nordheeres wird auf einen bestimmten mäßigen Satz der Bevölkerung beschränkt, die Dienstzeit mit dem 32. Lebensjahr vollendet.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 22. Jan. wurde die Petition aus Frankfurt a. M. wegen Zurückzahlung der Kriegskontribution berathen. Die Kommission beantragt: „in Erwägung, daß die Regierung begründete Anträge der Frankfurter Behörde berücksichtigen werde, Petent aber nicht legitimirt sei, im Namen der Stadt Frankfurt zu sprechen", den Uebergang zur Tagesordnung. Referent Lüning vergleicht das in Frankfurt beobachtete Verfahren mit dem Vandamme'schen und Davoust'schen Verfahren (unter großer Unruhe des Hauses). Der Ruhm der preußischen Geschichte des letzten Krieges würde heller leuchten, wenn dieses schwarze Blatt fehlte (Zustimmung links, Widerspruch rechts). Man habe die Stadt durch Drohungen, wie: „Zerniren, Bombardiren, Aushungern" zur Entrichtung der Contribution gezwungen. Das preußische Volk habe mit Befriedigung gesehen, daß in den rasch eroberten Ländern von Contributionen nicht die Rede war, bloß in Frankfurt wurde die Kontribution erhoben und nicht zurückbezahlt, trotzdem die Vermuthung nach den Worten des Herrn Ministerial-Präsidenten nahe lag, daß es geschehen würde, ebenso wie man der Stadt die horrende Summe von 25 Millionen erlassen habe. Wenn dieses Geld der Stadt zurückgezahlt würde, so würde man in Deutschland mehr „moralisches Kapital" machen, als die Zinsen dieses Kapitals werth wären (Bravo links, Zischen rechts). Graf Schwerin spricht sich dahin aus, daß der Abg. Lüning zu seinen „politischen Exkursionen" keine Vollmacht von der Kommission erhalten habe, und daß seine Darstellung der Sachlage dem Ministerium gewiß nicht die Sache selbst empfehlen werde. (Bravo rechts.) Abg. v. Brauchitsch beantragt über die Angelegenheit „einfach zur „Tages-Ordnung" überzugehen, Frhr. v. Hoverbeck beantragt eine motivirte Tagesordnung, die es der Würde Preußens für entsprechend erklärt, das Geld zurückzuzahlen. Dr. Virchow: Kein Mitglied des Hauses sei im Stande, die Anklagen, welche gegen das Verfahren in Frankfurt erhoben, zu widerlegen. Das könne blos die Staats-Regierung, welche auch ein lebhaftes Interesse habe, solche Angaben zurückzuweisen. Abg. Graf v. d. Schulenburg ist derselben Meinung wie Graf Schwerin. Abg. Classen-Kappelmann: Es sei eine Pflicht der Gerechtigkeit, Billigkeit und Politik, den Antrag v. Hoverbeck's anzunehmen. Das Haus der Abgg. möge dafür sorgen, daß man in Frankfurt nicht sagen könne: Der Fall unserer einst blühenden Stadt datirt von der preußischen Herrschaft. Reg.-Kommissär Geh. Oberfinanzrath Wollny: Wenn gesagt worden sei, daß man preußische Staatsbürger nicht mit einer Kontribution belegen könne, so sei darauf zu erwidern, daß der Name des preußischen Staatsbürgers erst vom Augenblicke der Einverleibung an zur Geltung gebracht werden könne; auf diese Kontribution von 5,700,000 Gulden hätten sich die Worte des Hrn. Min.-Präs. nicht beziehen können, dagegen bezögen sie sich im ausgedehntesten Maße auf alle nach jener Zeit an die Stadt Frankfurt gemachten Anforderungen. Nachdem der Abg. Hoverbeck seinen Antrag zurückgezogen, wird der Commissions-Antrag angenommen.

Berlin, 23. Jan. Die ministerielle „N. A. Z." bemerkt bezüglich der Erklärung des Fürsten v. Hohenlohe: „Die angeblich von Preußen anerkannte Trennung Deutschlands durch die Mainlinie ist nur eine Fiktion. Wenn die süddeutschen Staaten auf einen Theil ihrer Souveränetät zu Gunsten einer engeren Einigung mit Norddeutschland freiwillig verzichten, so steht Art. 4 des Prager Friedens nicht entgegen."

Der preußische Kriegsminister v. Roon und der berühmte Generalstabschef Moltke hatten sich bekanntlich im vorigen Jahre nach dem Feldzuge zur Erholung nach der Schweiz begeben. Erst in der jüngsten Zeit ward dieser Reise der preußischen Generale eine besondere Bedeutung beigelegt, als italienische und sofort französische Blätter behaupteten, Moltke habe sich mehr mit dem Studium und der Aufnahme von Terrainverhältnissen beschäftigt als mit der Pflege seiner Gesundheit. Schweizerische Blätter interpellirten nun den Bundesrath in dieser Sache und dieser hat nach der „Köln. Ztg." es wirklich für seine Pflicht gehalten, gewisse Schritte zu thun, um sich zu überzeugen, ob an jenen Angaben etwas sei. Namentlich hat er auch durch seine Geschäftsträger in Wien und Florenz Erkundigung einziehen lassen, ob man dort dem Aufenthalte des Generals v. Moltke und des preußischen Kriegsministers v. Roon in der Schweiz irgend welche Bedeutung beilege. Was man in Florenz davon denkt, verlautet noch nicht; dagegen hat der schweizerische Geschäftsträger in Wien, Hr. v. Tschudi, dem Bundesrathe soeben einen Bericht eingesandt, demzufolge man dort allerdings der Meinung ist, General v. Moltke und Hr. v. Roon seien nicht blos der schönen Gegend wegen, sondern behufs ihres Studiums zu militärischen Zwecken nach der Schweiz gekommen. Ob diese Meinung darum, weil sie von Wien kommt, richtig ist, bleibe dahingestellt. Jedenfalls ist es bezeichnend, daß Herr v. Tschudi eine solche Mittheilung überhaupt von dort machen kann.

Berlin, 22. Jan. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde die Berathung über die Petitionen in Betreff der Aufhebung der Personal-Schuldhaft wieder aufgenommen. An der Debatte betheiligten sich die Abgeordneten Lasker, Gneist, Schulze, der Minister Graf Eulenburg und der Regierungskommissär Pape. Der Referent in dieser Sache, Abg. Rohden, vertheidigte den auf Tagesordnung gerichteten Kommissionsantrag, das Haus solle aussprechen, daß es nicht gegen die Aufhebung der Schuldhaft, sondern nur, daß ein bindender Ausspruch des Hauses nicht opportun sei. Dieser Antrag der Kommission auf Tagesordnung wurde mit schwacher Mehrheit angenommen. Abg. Lesse berichtete hierauf über den vom Abgeordneten Paur eingebrachten Gesetzesentwurf, betreffend den Schutz der Berichte über die Verhandlungen des norddeutschen Parlaments. Er beantragt Genehmigung des Entwurfs. Derselbe wurde auch gegen einige Stimmen der Rechten angenommen. Den letzten Gegenstand der Berathung bildete die Frankfurter Petition um Rückerstattung der Kriegskontribution, bezüglich welcher die modifizirte Tagesordnung votirt wurde.

Kiel, 20. Jan. Das gestern Abend ausgegebene Stück des „Verordnungsblattes" bringt das, bereits am 31. Dez. im „Staats-Anzeiger" veröffentlichte Einverleibungsgesetz. Das betreffende Patent wird am 24. Januar, dem Geburtstage Friedrichs des Großen, Mittags 12 Uhr, vom hiesigen Schlosse durch den Oberpräsidenten feierlich verkündigt werden. Zu dem Akte sind dem Vernehmen nach alle Oberbeamten der Herzogthümer hieher eingeladen. Um 4 Uhr wird beim Oberpräsidenten ein großes Diner stattfinden; im Theater wird eine Festvorstellung veranstaltet. An allen größeren Orten der Herzogthümer wird die Publikation in mehr oder minder feierlicher Weise geschehen. Der Publikation des Patents wird der König eine Ansprache an die Schleswig-Holsteiner folgen lassen. (H. N.)

Wien, 23. Jan. Die Frage des ungarischen Ministeriums ist seit gestern definitiv entschieden. Se. Majestät hat die Einsetzung eines solchen prinzipiell bewilligt. Da man Sicherheit hat, daß das Elaborat des Subcomité der Siebenundsechziger-Commission von dem ungarischen Landtage angenommen wird, so ist die Frage zur Hälfte gelöst. Denn in dem Patente vom 20. Septbr. 1865 sagt die Regierung ausdrücklich, daß sie über die Beschlüsse des ungarischen Landtages die gleichgewichtige Stimme der legalen Vertreter der Länder diesseits der Leitha hören wolle. Sie hat diese gleichgewichtige Stimme in den außerordentlichen Reichsrath verlegt. — Die Wahlagitation für die Landtage, für welche die Wahlen zum Theile schon begonnen haben, ist in vollem Gange. Hr. v. Hasner, der Präsident des ehemaligen Abgeordnetenhauses und eine der besten Kräfte desselben, hat sich endlich heute doch zu einer Candidatur entschlossen und zwar für Wiener-Neustadt. Da unterliegt es nun keinem Zweifel, daß er auch in den Reichsrath gewählt wird. — Hr. Fischhof erließ nach seiner Amnestirung bekanntlich eine Erklärung, worin er jetzt mehr als je auf jede Candidatur verzichten zu müssen erklärt. Graf Belcredi, hievon nicht sehr angenehm berührt, ließ ihm wissen, daß er über das Ministerium nach Belieben denken könne, sich aber jedenfalls bei Sr. Majestät bedanken möge. Dr. Fischhof schrieb nun einen sechs Seiten langen Brief an den Kaiser, von dem man Wunder erzählt. Fischhof soll bedauert haben, daß man ihm nicht die Gnade erwies, seinen Prozeß zu revidiren, welcher mit der Freisprechung ab instantia vom Militärgerichte endete. — Heute finden die Wahlen in den Landbezirken in Böhmen statt. Man ist natürlich sehr gespannt. Die Geistlichkeit ist sehr rührig. —

Ueber den Vollzug der neuen Wehrverordnung, die in Ungarn bekanntlich gar nicht publizirt wurde, hört man noch nichts. Dagegen heißt es, die Infanterie-Regimenter sollten von 80 auf 100 vermehrt werden, die Jägertruppen auf 50 Bataillone. Die fünften Feldbataillons sollen aufgestellt werden. (B. Z.)

Prag, 21. Jan. In mehrstündiger Sitzung des medizinischen Professoren-Collegiums wurde mit Majorität beschlossen, die Einführung der czechischen Sprache neben der deutschen als Unterrichtssprache erscheint weder wünschenswerth, noch durchführbar. Dagegen wäre die Einführung einer vollkommen getrennten medizinischen Schule mit ausschließlich czechischer Unterrichtssprache und mit gleichen Rechten versehen, möglich und durchführbar.

Kopenhagen, 22. Jan. Im Folkething brachte heute der frühere Minister Carlsen die gestern signalisirte Interpellation an den Conseilspräsidenten mit der Bitte ein, die mit dem Auslande geführten diplomatischen Verhandlungen baldigst dem Thinge mitzutheilen. Der Finanzminister legte eine außerordentliche Nachtragsbewilligung von 194,000 Rd. vor, darunter 80,000 Rd. für den Ankauf der inkorporirten nordschleswig'schen Eisenbahnstrecke. — Die Dampfschiffsverbindung zwischen Korsör und Aarhuus mußte witterungshalber eingestellt werden. — Das Kattegat ist voller Eis. (H. N.)

Paris, 21. Jan. Der „Etendard" meldet: Ein Dekret vom 16. Januar 1867 setzt den dem Marschall Bazaine als Oberbefehlshaber des Expeditionskorps von Mexiko übertragenen außerordentlichen Gewalten ein Ende. — Das Paketboot „Florida", welches kürzlich aus Mexiko in St. Nazaire einlief, brachte u. A. auch mehrere Hundert Mann von der österreichischen Fremdenlegion nach Europa zurück. Die österreichische Botschaft in Paris hat sogleich die geeigneten Maßregeln angeordnet, um die Freiwilligen nach ihrer Heimath zu befördern.

Paris, 22. Jan. Der „Etendard" meldet, daß Marschall Serrano, allen verschiedenartigen Meldungen zuwider, Mahon noch nicht verlassen hat. Seine Gemahlin, die bisher in Madrid zurückgeblieben war, schickt sich an, sich zu ihm nach den Balearischen Inseln zu begeben. — Nach der „Liberté" soll in Madrid ein Ministerwechsel bevorstehen. Narvaez würde bleiben, allein seine Kollegen würden durch Hrn. Pezuela und dessen Freunde, die sämmtlich in der Reaktion Narvaez überragen, ersetzt werden. Man befürchtet Unruhen in Madrid. Die Arbeiter, die nichts zu thun haben, rotten sich zusammen und fordern Brod.

Paris, 23. Januar. Heute wird in den Tuilerien der erste Ministerrath des neuen Kabinets unter Vorsitz des Kaisers gehalten. Damit sofort nach Eröffnung der Session die Diskussion über das Budget statthaben kann, wird der Finanzminister Rouher das Finanzgesetz dem gesetzgebenden Körper schon in den ersten Tagen der Session vorlegen, so daß die Prüfungen sofort beginnen und die allgemeine Diskussion Mitte März erfolgen kann.

Paris, 22. Jan. Der „Moniteur", der große wie der kleine, bringen heute keine Andeutung über die Haltung der neuen Regierung in Bezug auf die innere oder auswärtige Politik; dagegen enthält der „Constitutionnel" folgende, von Paulin Limayrac unterzeichnete halboffizielle Mittheilung: „Die Thaten folgen unmittelbar auf die Worte; der freisinnige Gedanke des kaiserlichen Briefes ist bereits in Ausführung begriffen. Wie man aus der „Moniteur"-Note sieht, hat der Souverän nicht, um Aufschlüsse über seine Politik zu vermeiden oder zu verzögern, die Adreßdebatten abgeschafft; das Interpellationsrecht gibt in der That den großen Staatskörpern das wirksamste, natürlichste und schleunigste Mittel an die Hand, um ihre Ansichten über die Regierungshandlungen kundzugeben. Die Adresse verursachte einen ungemeinen Zeitverlust, und auf der schiefen Ebene, auf der man stand, war Grund zur Annahme vorhanden, daß sie zuletzt noch die ganze Session in Anspruch nehmen werde. Ist nicht bei unseren Nachbarn, die man uns so oft als Muster anführt, die Adreßdiscussion in der Praxis nicht vor der intelligenten und patriotischen Ausübung des Interpellationsrechtes verschwunden. Die Abschaffung der Adreßdebatten wird also keineswegs eine Beschränkung der Discussion und der Controle im Schooße der großen Staatskörper zur Folge haben. Nichts geht verloren, nicht einmal die schönen Oppositionsreden, und für die ernstlichen Geschäfte wird nur Zeit gewonnen."

Der „Moniteur" begleitet die amtlichen Urkunden der neuen französischen Reformen mit der Anzeige, daß alle Minister dem Kaiser ihre Entlassung überreicht haben und mit einem erläuternden Artikel. Der letztere entwickelt die Unzukömmlichkeiten, welche die Adreßdebatte nach sich gezogen hätte. Dieselbe habe sich immer mehr von den Schranken entfernt, welche die Thronrede ihr gestellt habe, und sich in das vage Gebiet der Theorien und abstrakten Ideen verirrt oder in die untergeordnetsten Einzelheiten der Verwaltung verloren; in Folge dessen habe sie auch zeitlich Verhältnisse angenommen, die Niemand hätte vorhersehen können. (Ein beigefügtes Tableau zeigt, daß die Adreßdebatte während der sechs Jahre ihres Bestehens einen Monat oder einen Monat und 18, und 23 und 28 Tage, oder zwei Monate, oder zwei Monate und 24 Tage in Anspruch genommen hätte.) Das Interpellationsrecht werde reichen Ersatz bieten. Es sei nicht von der Majorität der Bureau's, sondern nur von zweien auf fünf im Senat und von einem auf neun im gesetzgebenden Körper abhängig gemacht, so daß die Tribüne für jede einer außerordentlichen Debatte würdigen Sache zugänglich sein werde. Die Votirung der einfachen Tagesordnung oder der Ueberweisung an die Regierung werde die letztere in die Lage setzen, die Gesinnungen der Kammer zu erkennen und denselben die Rechnung zu tragen, welche das öffentliche Interesse und ihre eigene Verantwortlichkeit erheischen. Weiter gehen, hieße Gefahr laufen, die Harmonie der Gewalten zu stören und die Schranken eines einfachen Dekretes zu überschreiten. Die Fälle, in welchen der gesetzgebende Körper und der Senat ein direktes und absolutes, in einem Votum der Annahme oder Ablehnung gipfelndes Urtheil abgeben können, sind durch das Grundgesetz streng definirt. Abgesehen von den besonderen Gesetzen, gaben jene des Heeres-Kontingents, der ergänzenden Kredite und des Budgets den Deputirten alljährlich zahlreiche Gelegenheiten, ihre Kontrole über die öffentlichen Angelegenheiten in regelmäßiger Weise auszuüben. Ebenso hätte die Entsendung der Minister in die Kammer mit der Verfassung, nach welcher sie nur vom Staatsoberhaupte abhängen, nicht solidarisch, sondern ein jeder nur für seinen Theil für die Regierungsakte verantwortlich sind und nach der sie nicht Mitglieder des gesetzgebenden Körpers sein können, in Einklang gebracht werden müssen. Die Minister werden daher nur als Delegirte des Souveräns und nur in den Fällen, welche dieser allein zu bestimmen hat, in der Kammer erscheinen, der Staatsrath wird aber übrigens seine verfassungsmäßige Rolle behalten.

Die „France" deutet an, daß die neue Gesetze für die Presse und das Vereinswesen schon in den ersten Tagen der Session eingebracht werden sollen, daß die Autorisation zur Herausgabe einer Zeitung abgeschafft und das neue Preßgesetz in seinen wesentlichen Bestimmungen dem Gesetze vom 22. März 1822 entlehnt sein werde.

Am schroffsten verhält sich der „Avenir national": „Das Land wird mit einer großen Ueberraschung und einer lebhaften Enttäuschung vernehmen, daß die Adresse gerade in dem Augenblicke abgeschafft ist, da es die Debatten erwartete, welche ihm bei Beginn der Session unerläßliche Aufschlüsse über die allgemeine Politik der Regierung gewährte."

Man will in **Paris** wissen, daß die Königin Christine von Frankreich aus, wo sie mit vielen spanischen Emigranten verkehrt, einen Brief an ihre Tochter gerichtet hätte, in welchem sie dieselbe auf das Eindringlichste ermahnt, die eingeschlagene Politik der Gewalt zu verlassen und sich mit der gemäßigten Partei auszusöhnen.

In **Florenz** geht, wie man der „Provincia" meldet, das Gerücht, daß anstatt des Vertrags des belgischen Bankhauses mit der Regierung wegen der geistlichen Güter, bald ein viel vortheilhafterer Vorschlag vorgelegt werden würde. Der ehemalige Deputirte Ballonti sei in Paris zu diesem Endzweck und der Abschluß sei ganz nahe bevorstehend. Dieser neue Vorschlag würde die Summe von 600 Millionen, die das belgische Bankhaus verschaffen wollte, auf 700 Millionen und darüber bringen.

New-York, 9. Jan. Der Präsident legte sein Veto gegen das allgemeine Stimmrecht (auch der Neger) im Distrikt Columbia ein, worauf beide Häuser des Kongresses gegen sein Veto die Maßregel durchstimmten. — Wie es heißt, bereitet Hr. Thaddäus Stevens eine Vorlage zur Erklärung des Belagerungszustandes im ganzen Süden vor. — Die canadischen Behörden haben Hrn. Seward's Forderung der, auf die Fenieruntersuchungen bezüglichen Papiere abschläglich beschieden. — Eine vergangenen Montag in New-York gehaltene Fenierversammlung erklärte in ihren Resolutionen Stephens für einen Humbug und erwählte General Gleeson an seiner Statt. — Berichten aus Mexiko zufolge verließ Juarez Chihuahua am 10. Dezember, um sein Hauptquartier nach Durango zu verlegen. Mejia ist, dem Vernehmen nach, bei San Luis Potosi geschlagen worden. Mehrere bedeutende republikanische Generale haben sich an Ortega angeschlossen, der seinerseits in einer Proklamation seine Ansprüche auf die Präsidentschaft darlegt. Die Kaufleute von Monterey sollen Maximilian günstig sein. Die amerikan. Dampfer „Continental" und „Panama" wurden an der pacifischen Küste von dem republikanischen General Corona mit Beschlag belegt, weil die Eigenthümer eine kaiserliche Concession hatten. Die Republikaner haben Mazatlan besetzt und große

Barbareien verübt. Der Bericht über Escobedo's Hinrichtung wird dementirt.

Neueres.

Berlin, 24. Januar. Der König ist von seinem Unwohlsein wiederhergestellt. Er nahm heute den Vortrag des Ministerpräsidenten entgegen.

Kiel, 24. Jan. Das Einverleibungspatent ist heute proklamirt worden; es verspricht den Einwohnern gleiche Rechte mit den übrigen Preußen, Schonung berechtigter Eigenthümlichkeiten, Sicherung der Stellung der Beamten. Eine das Patent begleitende Proklamation anerkennt die bewährte Charakterfestigkeit der Einwohner und verheißt kräftige Förderung der Landeswohlfahrt.

Bern, 25. Jan. Die österreichische Regierung hat durch ihre Gesandtschaft dem Bundesrath ihre Bereitwilligkeit erklären lassen, zum Abschluß eines Handelsvertrages mit der Schweiz die Hand zu bieten.

Paris, 24. Januar. „France“ und „Patrie“ widerlegen die Nachricht der „Liberté“, daß in Spanien Unruhen ausgebrochen seien. Die „France“ widerlegt auch das Gerücht von einer bevorstehenden französischen Anleihe. Dem „Etendard“ zufolge ist die Eröffnung des gesetzgebenden Körpers auf den 11. Februar festgesetzt. Wie dasselbe Blatt erfährt, ist der Sultan nicht abgeneigt, den Kretern eine autonome Verwaltung einzuräumen.

Athen, 23. Jan. 400 Freiwillige, welche auf Creta kämpften, sind mittelst französischer Dampfer, von türkisch-ägyptischen Dampfern geleitet, im Pyräus angelangt.

Konstantinopel, 23. Jan. Die Unterwerfung auf Candia ist eine allgemeine. Die Freiwilligen legen die Waffen nieder. 1200 wurden bereits nach dem Pyräus eingeschifft, 600 sind an der Küste versammelt und harren dort gleichfalls ihrer Einschiffung nach Griechenland auf französischen und türkischen Dampfern.

Konstantinopel, 24. Jan. Der „Levante Herald“ ist wegen regierungsfeindlicher Haltung auf einen Monat suspendirt worden.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Literarisches.

Karl Friedrich Becker's Weltgeschichte. Achte neu bearbeitete bis auf die Gegenwart fortgeführte Ausgabe. Herausgegeben von Prof. Adolph Schmidt in Jena. Mit der Fortsetzung von Eduard Arnd. Neuer Abdruck. 1867. I. Band (33 Bogen gr. 8°). Preis 1 fl. 12 kr. Das Ganze erscheint in 18 Bänden von circa 500 Bogen zu dem beispiellosen Preise von 21 fl. 36 kr.

In dem Zeitraume eines halben Jahrhunderts ist die vielbewährte und vielbeliebte Becker'sche Weltgeschichte ein fort und fort sich verjüngendes Erbstück unserer Nation geworden. Becker's anziehende Methode, seine lebendige und gewandte Darstellung, seine leichte von jeder Künstlichkeit entfernte, ungemein fließende Schreibweise, das gründliche und umfassende Quellenstudium und die aufopfernde rastlose Thätigkeit und seltene Gewissenhaftigkeit der späteren Bearbeiter des Werkes haben demselben in jeder seiner neuen Erscheinungen neue und eigenthümliche Reize verliehen und allen Auflagen einen bis dahin unerhörten Erfolg verschafft. Tausend und abertausend Jünglinge haben aus diesem Werke den ersten warmen Anhauch des geschichtlichen Lebens eingesogen, in tausend und abertausend Familien ist es das beliebteste historische Lese-, Lehr- und Nachschlagebuch geworden. Dasselbe umfaßt in Band 1 bis 4 die Geschichte des Alterthums, in Band 5 bis 8 die Geschichte des Mittelalters, in Band 9—13 die Geschichte der neueren Zeit und in Band 14 bis 18 die Geschichte der neuesten Zeit.

Ein näherer Einblick in dieses Werk zeigt, wie in jedem Abschnitte desselben die Fortschritte der historischen Wissenschaft benutzt sind, wie die **neueste Geschichte** eine gänzliche Umgestaltung und Erweiterung erfahren hat. Trotz der bedeutenden Kosten und Schwierigkeiten der Ausführung, welche diese neue Gestaltung dieser ältesten populären Weltgeschichte veranlaßt haben muß, bietet die Verlagshandlung dieselbe in Anbetracht der großen Kreise, für die sie bestimmt ist, für den Preis von **1 fl. 12 kr.** per Band von ungefähr 36 Bogen.

Wir hegen die Ueberzeugung, daß die literarische Welt wie das große Publikum dieses in der That für unsere Kulturgeschichte hoch bedeutende Werk mit großer Befriedigung aufnehmen werde und dasselbe, trotz der Ungunst der Zeiten, der ausgedehntesten Verbreitung sich erfreuen werde und dadurch bei dem unaufhaltsam wachsenden Bildungsdrang des deutschen Volkes die Erkenntniß immer weitere Wurzeln schlagen wird, daß für die eisernen Zeiten, in denen wir leben, um so gewisser dem Vaterlande Söhne von Muth und Festigkeit, voll Begeisterung für das Hohe und Würdige, erwachsen werden, je weiter die geschichtliche Einsicht sich ausbreitet, je lebendiger die Erinnerung an die Helden der Völkergeschichte in den Gemüthern der Menschen wachgerufen wird!

Die Beilage „Würzburger Anzeiger“ erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	62 G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$57\frac{3}{4}$ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$61\frac{1}{4}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	—
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$37\frac{1}{2}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$100\frac{7}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$94\frac{5}{8}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	95 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$90\frac{1}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$90\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$90\frac{1}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$83\frac{1}{8}$ P.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$94\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$83\frac{1}{4}$ P. $83\frac{3}{4}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$93\frac{7}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	84 P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	95 P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	88 P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$89\frac{1}{4}$ P. 89 G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$85\frac{1}{8}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$81\frac{1}{4}$ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{2}$ pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 P.
N.Amerika	6 pCt. à 100 Dr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$77\frac{3}{4}$ P.
"	6 pCt. ditto v. 1882	$76\frac{3}{8}$ $\frac{1}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . .	$125\frac{1}{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	615 P. 640 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$142\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$90\frac{1}{4}$—$\frac{1}{2}$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	206 . 205 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 .	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	93 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr	$78\frac{1}{2}$ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	341 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn .	$109\frac{1}{4}$ G.
Oest. V.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$155\frac{1}{2}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt	$88\frac{7}{8}$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$109\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt	$47\frac{1}{2}$—$\frac{3}{8}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	70 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3pCt. Söd.St. u. Lomb. E.B.	$44\frac{1}{2}$ P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$118\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{5}{8}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{3}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S	$88\frac{1}{2}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S	$104\frac{3}{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{3}{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail.	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S	$94\frac{1}{8}$ P.
Petersburg 60 S. R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$88\frac{1}{2}$—$\frac{3}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$88\frac{1}{2}$ B.
Disconto . . .	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$104\frac{1}{2}$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$65\frac{3}{4}$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$64\frac{1}{4}$—$\frac{1}{8}$ G.
" fl. 100 Kred. L. v. 1858.	125 P.
" do. v. 1864.	70 P.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$100\frac{5}{8}$ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9\frac{7}{8}$ P.
Badische fl. 35	$53\frac{1}{2}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 .	$54\frac{1}{8}$ P.
Gr. Hess. fl. 50 b. R.	143 P.
" " 25 "	$41\frac{3}{4}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$37\frac{1}{4}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. b. R.	$28\frac{1}{2}$ P.
St. Lotteno mit $3\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{8}$ P.

Frankfurt, 25. Januar. Im Börsenverkehr ist wieder eine Periode des Stillstandes eingetreten. Sowohl die Course stagniren, als auch die Geschäfte keinen rechten Aufschwung nehmen. Da das Kabel immer noch stumm ist, verkehrten Amerikaner fast unbeweglich zu den gestrigen Notizen. Auch für österreichische und süddeutsche Werthe sind keine nennenswerthen Veränderungen zu verzeichnen, $3\frac{1}{2}$ pCt. Frankfurter waren wieder etwas fester, Frankfurter Bank flau, zu $129\frac{1}{2}$ offerirt. Neue Münchener waren zu $89\frac{1}{8}$ im Umsatz.

(Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 27-28. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 28. Januar 1867.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung"** kann für die Monate **Februar** und **März** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Die Stellung Bayerns zu Oesterreich.

Unter dieser Aufschrift bringt die „Bayerische Zeitung" folgenden, in Anbetracht der entscheidenden Wichtigkeit und Bedeutung der gegenwärtigen bayerischen Politik höchst beachtenswerthen Artikel.

München, 25. Jan.

Wenn wir zu den vielfachen Angriffen, welche in österr. Blättern gegen den derzeitigen k. Staatsminister des Aeußern, seit von dessen Eintritt in das bayer. Ministerium die Rede ist, erhoben worden sind, bisher gänzlich geschwiegen haben, so geschah dies aus dem einfachen Grunde, weil wir dem Herrn Fürsten in der Darlegung der ihn leitenden politischen Anschauungen weder vorgreifen wollten noch konnten. Nachdem aber Se. Durchlaucht mit einer Offenheit, welche auch auf gegnerischer Seite anerkannt wird, bezüglich derjenigen Frage, welche im gegenwärtigen Augenblicke für die auswärtige Politik Bayerns nach jeder Richtung entscheidend ist, bezüglich der Stellung Bayerns zum übrigen Deutschland, die Auffassung der k. Regierung und ihre unmittelbaren und mittelbaren Ziele dargelegt hat, ist der Grund hinweggefallen, der uns Schweigen auferlegte. Es erscheint uns vielmehr jetzt als Pflicht, die Consequenzen, welche das von dem Fürsten entwickelte Programm für die Stellung Bayerns zu Oesterreich mit sich bringt, zu besprechen und hiebei der systematischen Irreleitung der öffentlichen Meinung, welche in dieser Beziehung versucht wurde, entgegenzutreten.

Mit großer Bestimmtheit ist in österreich. Zeitungen die Nachricht aufgetreten und hat leider auch den Weg in ein sehr geachtetes bayerisches Blatt gefunden, der bayerische Minister spekulire darauf, daß der österreichische Kaiserstaat zerfalle und die deutsch-österreichischen Provinzen sich an Bayern anschließen, ja man ging einen Schritt weiter und legte dem Minister selbst derlei Aeußerungen in den Mund. Es erscheint in der That fast als überflüssig, von solchen Aeußerungen überhaupt Notiz zu nehmen. Gleichwohl haben wir, um jeden Zweifel zu heben, die Ermächtigung erbeten und erhalten, zu erklären, daß diese Insinuation, die den Stempel höchster Unwahrscheinlichkeit schon an der Stirne trägt, eine vollständige, plumpe Unwahrheit ist.

Wir wollen uns übrigens nicht auf diese Erklärung, so bestimmt sie ist, beschränken. Vielmehr halten wir es heute, nachdem der Fürst sein Programm dargelegt, an der Zeit, nachzuweisen, daß derselbe einen solchen Gedanken nicht nur nicht ausgesprochen hat, sondern daß ein solcher Gedanke gerade durch seine Anschauung der deutschen Frage vollständig ausgeschlossen ist.

Die Unmöglichkeit, ein Verfassungsbündniß, d. i. einen Vertrag über eine gemeinsame Bundesverfassung zwischen Oesterreich und dem südwestlichen Deutschland anzubahnen, wird von keiner Seite bestritten, und es kann unbedenklich zugegeben werden, daß es eben deshalb nicht nöthig gewesen wäre, Gründe für diesen allerseits zugestandenen Satz aufzuführen.

Es würde sicherlich genügt haben, darauf hinzuweisen, daß, wie auch der Prager Friede interpretirt werden mag, jedenfalls so viel feststeht, daß die staatsrechtliche Stellung Oesterreichs zu dem übrigen Deutschland durch denselben geändert, und daß durch denselben Bayern darauf hingewiesen worden, seine Beziehungen zum übrigen Deutschland, insbesondere zu Preußen, im Wege des Vertrages zu regeln. *)

*) Art. 4 des Prager Friedensvertrages lautet wörtlich: Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich erkennt die Auflösung des bisherigen deutschen Bundes an und gibt Seine Zustimmung zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne Betheiligung des österreichischen Kaiserstaates. Ebenso verspricht Se. Majestät, das engere Bundesverhältniß anzuerkennen, welches Se. Maj. der König von Preußen nördlich von der Linie des Mains begründen wird und erklärt Sich damit einverstanden, daß die südlich von dieser Linie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale

Feuilleton.

Vermischtes.

München, 25. Jan. Professor Bodenstedt wurde zum Intendanten der herzoglichen Hofbühne zu Meiningen unter glänzenden Bedingungen ernannt, und wird sich schon in nächster Zeit dahin begeben, um seine neue Stellung anzutreten. (B. Z.)

Hamburg, 22. Jan. Die Bremer Bark „Maria", Kapitän Mayer, ist im vorigen Monat von Vera-Cruz nach Gravosa, dem Hafen von Ragusa, mit 622 Colli, enthaltend die Bibliothek, Museums-Gegenstände, Gemälde und Reise-Effekten der Kaiserin von Mexiko und ihres Gefolges abgegangen. Der Werth dieser Gegenstände zusammen beträgt ca. 20,000 Pfd. Sterl. und sind davon ca. 200,000 Mark Bco. bei einer hiesigen Assekuranz-Compagnie versichert. (H. Z.)

Paris, 24. Jan. Heute Morgen um 10 Uhr fand das Leichenbegängniß Cousin's Statt. Die Leiche war bekanntlich nach ihrer Ankunft aus Cannes in der Kirche der Sorbonne (Universitäts-Gebäude von Paris) aufgestellt worden. Dort versammelte sich eine große Anzahl von Mitgliedern der Akademie, viele Schriftsteller, Gelehrte ꝛc., um „dem großen Philosophen", wie man hier den Verstorbenen nennt, die letzte Ehre zu erweisen. Cousin, früher Gegner der katholischen Kirche, in der letzten Zeit aber ihr eifriger Verfechter, wurde mit allen kirchlichen Gebräuchen zu seiner letzten Ruhestätte geleitet. Die kirchliche Feier fand in der Kirche St. Etienne Du Mont, einer der ältesten Kirchen von Paris, Statt; sie liegt dicht neben dem Pantheon, das der Prinz-Präsident Louis Napoleon Bonaparte bekanntlich dem katholischen Cultus wenige Tage nach dem Staatsstreiche zurückgab, und welche jetzt den Namen der Schutzpatronin von Paris, der h. Genovefa, führt. Die Zipfel des Leichentuches trugen Sacy, Patin, Thiers (von der französischen Akademie), Parieu (von der Akademie der Wissenschaften) und Mourier, Vice-Rektor der pariser Universität. An der Spitze der Leidtragenden befanden sich Mignet, Barthelemy St. Hilaire und Fremy, alle Drei intime Freunde des Verstorbenen. Unter den Leidtragenden bemerkte man Dufaure, Berryer, de Broglie, Prevost-Paradol, Jules Simon, Michel Chevalier, Leverrier, Changarnier, so wie auch alle Oberbeamten der Universität, mit dem Unterrichts-Minister Duruy an der Spitze. Der Feierlichkeit in der Kirche stand Msgr. Maret, Bischof von Surat, vor. Die Leiche wurde nach dem Père Lachaise gebracht, wo Parieu, de Sacy und Patin Reden hielten. Von Militär wurde Cousin, obgleich er einst Pair von Frankreich und Minister war, nicht begleitet. Eine Abtheilung Nationalgarde bildete einfach die Ehren-Eskorte. Die Menge, welche die Trauerfeierlichkeit angelockt hatte, war enorm. (K. Z.)

Wie aus Blidah in **Algerien** gemeldet wird, sind daselbst in der Nacht vom 6. zum 7. d. M. neuerdings starke Erdstöße verspürt worden und werden leise Schwingungen des Erdreiches fast fortwährend beobachtet. Außer den in Trümmerhaufen verwandelten Dörfern und Städten hat namentlich auch die Eisenbahn großen Schaden gelitten. Mehrere ihrer aus Eisen konstruirten Brücken sind förmlich in Stücke gerissen. Aus Algier sind 1200 Mann nach den vom Erdbeben heimgesuchten Orten geschickt worden, um provisorische Wohnstätten für die obdachlose Bevölkerung zu errichten.

Eben deßhalb dürfte aber auch die Stelle des Programms über das Verhältniß Bayerns zu Oesterreich in einem andern Sinne aufzufassen sein, als in dem von, wie es scheint, maßgebender Stelle rührenden Artikel der „Wiener Abendpost“ vom 22. ds. Mts. geschehen ist.

Wenn Fürst Hohenlohe die Ansicht ausspricht, es scheine ihm das deutsche Element in Oesterreich mehr in den Hintergrund zu treten und die Regierung ihre Stütze mehr in außerdeutschen Elementen zu suchen, so wird im genannten Artikel die thatsächliche Richtigkeit dieses Satzes vollständig zugestanden mit den Worten: „Die österreichische Regierung sucht ihre Stütze in den außerdeutschen Elementen der Monarchie nicht mehr, als in den deutschen, allerdings aber auch nicht weniger.“

Vergleichen wir hiemit die Statistik der Bevölkerung Oesterreichs, so finden wir, daß das Verhältniß der nichtdeutschen zur deutschen Bevölkerung in runden Zahlen steht, wie 2: 1, und hienach bei gleicher Berechtigung und gleichem Einflusse sämmtlicher Theile der Monarchie das deutsche Element von dem außerdeutschen allerdings überwogen werden wird.

Dies nun ist früher, und solange Oesterreich Mitglied des deutschen Bundes war, nicht der Fall gewesen, und es scheint uns, daß Fürst Hohenlohe weit weniger in innere Verhältnisse des Nachbarstaates sich einmischen und ein Urtheil über dieselben fällen, als die Consequenzen darlegen wollte, welche das für Bayerns Politik in der deutschen Frage entscheidend wichtige Ausscheiden Oesterreichs aus dem deutschen Bunde im Gefolge gehabt hat.

Diese Consequenzen sind für Oesterreich Ueberwiegen des außerdeutschen Elements, für Bayern die Alternative, entweder den im Prager Friedens-Vertrage ihm vorbehaltenen vertragsmäßigen Anschluß an das übrige Deutschland anzustreben oder gänzlich isolirt zu bleiben.

Bayern hat ersteres gewählt, und wir wollen versuchen, zu zeigen, daß dieser Entschluß die freundlichsten Beziehungen zu Oesterreich nicht nur nicht ausschließt, sondern geradezu mit dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen zu pflegen, in enger Verbindung steht.

Mit den offenen oder geheimen Anhängern des Rheinbundes rechten wir nicht, mit denjenigen, welche jede Annäherung an den deutschen Norden mit dem Hintergedanken widerrathen, sich im Falle eines Conflikts unter den Schutz des Auslandes zu stellen, rechten wir nicht; wir halten sie weder für gute Patrioten, noch für ernste politische Denker, am wenigsten für Kenner der deutschen Geschichte.

Wir sehen vielmehr einen einzigen Gesichtspunkt, der berechtigen könnte, über die Gefahren momentaner Isolirung wegsehend, günstigere Constellationen zu Unterhandlungen mit dem deutschen Norden abzuwarten. Dieser eine Gesichtspunkt wäre die Ansicht, daß Oesterreich Krisen entgegen gehe, die eine Lostrennung der deutschen Elemente zur Folge haben könnten, welche dann naturgemäß der südwestdeutschen Staatengruppe sich anschließen und dieselbe in ihrem Verhältniß zum Norden kräftigen würden.

Wer es heute an der Zeit findet, mit der Anbahnung der Lösung der deutschen Verfassungsfrage nicht weiter zu zögern, der beweist mindestens so viel, daß er nicht glaubt, auf den Eintritt einer ihm hiebei zu statten kommenden Krisis in Oesterreich rechnen und solche abwarten zu können.

Demjenigen, welcher auf einer gefährlichen Stelle seines Weges bei drohendem Gewitter sich aufhält, wird der vorübereilende Wanderer wohl mit Recht zurufen: Auf was warten Sie denn?! — Die Rede des Fürsten Hohenlohe macht uns den Eindruck, daß er die Hoffnung derer, welche aus Verlegenheiten Oesterreichs eine Kräftigung und Hilfe für Bayern erwarten und abwarten zu können glauben, nicht theilt, und eben deßhalb an der gefährlichsten Stelle nicht länger stehen zu bleiben gedenkt. In dieser Meinung bestärkt uns der vom Herrn Minister unmittelbar angefügte Wunsch eines Gedeihens der Bestrebungen für die Neubildung Oesterreichs, die offenbar in diesem Augenblicke versucht wird.

Wir halten dafür, daß die Erfüllung des hieran gereihten Wunsches freundschaftlicher Beziehungen durch die neuen Verwandtschaftsbande, welche für die beiden Herrscherhäuser in Aussicht gestellt sind, an Boden gewinnen werde.

Um so weniger sind wir gewillt, auf den Ton des Spottes, in welchen jener Artikel der „Abendpost“ verfällt, einzugehen. Wir hoffen vielmehr, zumal Fürst Hohenlohe die Zweifel über die Bedeutung der Stelle, welche vom Oberbefehle Preußens im Falle eines Krieges gegen das Ausland handelt, bereits durch eine authentische Erklärung beseitigt hat, daß derjenige Theil der österreichischen Presse, welcher die Politik Bayerns in anständiger Weise bespricht, in der bayerischen Erklärung eine den Interessen Oesterreichs unfreundliche Absicht nicht weiter finden wird, daß namentlich die ausgesprochene Befürchtung, als könnten die Erklärungen des bayerischen Ministers erneute Angriffe von österreichischen Zeitungen gegen die kaiserliche Regierung zur Folge haben, sich nicht bewahrheiten werde.

Verbindung mit dem norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt, und der eine internationale unabhängige Existenz haben wird.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 25. Januar. Se. Majestät der König hat dem vormaligen kgl. hannover'schen Justizminister Dr. Leonhardt das Großkomthurkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael verliehen; dem zweiten Bürgermeister Chr. W. H. A. Seiler in Nürnberg das Ritterkreuz 1. Kl. des Verdienstordens vom heil. Michael verliehen; dem kgl. Bezirksgerichtsarzte Dr. J. A. Kapp in Bamberg das Ritterkreuz 1. Kl. des Verdienstordens vom heil. Michael verliehen; dem Ministerialrathe im kgl. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten, A. v. Kühler, das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayer. Krone verliehen; den Appellationsgerichts-Sekretär H. v. Kirchbauer in Passau wegen nachgewiesener Krankheit und hiedurch begründeter Funktionsunfähigkeit für immer in den nachgesuchten Ruhestand treten lassen; auf die hiedurch in Erledigung kommende Sekretärstelle am Appellationsgerichte von Niederbayern den Bezirksgerichts-Sekretär E. Mennacher in Straubing befördert und zum Sekretär des Bezirksgerichts Straubing den Bezirksgerichts-Accessisten und vormaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landger. Falkenstein, J. Sommer, in provis. Eigenschaft ernannt.

Vom kgl. Staatsministerium der Justiz wurde als Vertreter der Staatsanwaltschaft am kgl. Landger. Wasserburg der Accessist des kgl. Appellationsgerichts von Oberbayern, L. Maier, aufgestellt.

Se. Maj. der König hat verliehen: 1. das Comthurkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael: dem ersten rechtskundigen Bürgermeister M. v. Wächter in Nürnberg; 2. das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayer. Krone: dem rechtskundigen Bürgermeister H. v. Münch in Hof; 3. das Ritterkreuz 1. Kl. des Verdienstordens vom hl. Michael: dem rechtskundigen Bürgermeister Th. Munker in Bayreuth, dem rechtskundigen Bürgermeister Dr. E. Schneider in Bamberg, dem rechtskundigen Magistratsrath G. Haubenstricker in Nürnberg, dem rechtskundigen Bürgermeister Dr. A. Papellier in Erlangen; dem königl. Kämmerer und und Ministerialrath im kgl. Staatsministerium der Finanzen, Fr. Frhrn. v. Lobkowitz, das Comthurkreuz des Verdienstordens der bayer. Krone verliehen; den Rechnungskommissär bei der Generaldirektion der kgl. Verkehrsanstalten, L. Fr. Auer in München, wegen nachgewiesener bleibender physischer Dienstesunfähigkeit in den definitiven Ruhestand versetzt.

München, 24. Jan. Bei der Schutzpocken-Impfung für das Verwaltungsjahr 1865/66 wurden 119,338 Kinder (um 3784 weniger als im Vorjahre) geimpft, darunter 529 oder 0,443 pCt. der Gesammtzahl der Geimpften ohne Erfolg. Von den erfolglosen Impfungen treffen nach Verhältniß des Bevölkerungsstandes die meisten, nämlich 100 oder 0,8 pCt. auf Schwaben und Neuburg, 133 oder 0,688 pCt. auf Oberbayern, die wenigsten dagegen, nämlich 19 oder 0,11 pCt. auf die Pfalz und 27 oder 0,197 pCt. auf Mittelfranken.

In den übrigen Regierungsbezirken ist die Zahl der erfolglosen Impfungen von dem durchschnittlichen Betrage von 0,443 pCt. sehr wenig verschieden.

Revaccinirt wurden im Jahre 1865/66 im Ganzen 23,249 Personen, also beiläufig 0,5 pCt. der Gesammtbevölkerung, und zwar 12,928 mit, 6953 ohne Erfolg; der Erfolg der übrigen 3368 Revaccinationen ist nicht bekannt geworden.

Es wurden übrigens um 10,577 Personen mehr als im Vorjahre revaccinirt, was in der in allen Theilen des Königreiches epidemisch aufgetretenen Blatternkrankheit seinen Grund hat. Die Zahl der vorgenommenen Revaccinationen vertheilt sich im Verhältnisse zur Bevölkerungszahl sehr ungleich auf die einzelnen Regierungsbezirke, zunächst je nachdem die Blattern oder auch die Varioliden in denselben eine größere oder geringere Verbreitung gefunden haben. Ueber dem nach dem Bevölkerungsstande des Königreiches sich berechnenden durchschnittlichen Betrag von 0,5 pCt. steht sie in Oberbayern mit 1,03 pCt., der Oberpfalz und von Regensburg mit 1,02 pCt., von Schwaben und Neuburg mit 0,67 pCt. und von Niederbayern mit 0,55 pCt., unter jenem Durchschnittsbetrage aber in der Pfalz mit 0,33 pCt., Oberfranken mit 0,14 pCt., Unterfranken und Aschaffenburg mit 0,12 pCt. und Mittelfranken mit 0,08 pCt. der Kreisbevölkerung. (B. Z.)

München, 25. Jan. In der X. (geheimen) Sitzung der Kammer der Reichsräthe vom 14. ds. Mts. ertheilte die Kammer dem nachgesuchten Austritte des Grafen Montgelas aus dem Sozialausschusse ihre Genehmigung und tritt in letzteren der erste Ersatzmann Graf Malberghem ein.

Es folgte hierauf der Vortrag des Entschuldigungen-Ausschusses über die eingelangten Entschuldigungen abwesender Reichsräthe, wobei der I. Präsident äußerte: „Bei dieser Veranlassung kann ich nicht umhin, zu bemerken, daß es leider einer nicht unbedeutenden Anzahl der hohen Mitglieder nicht Ernst zu sein scheint mit den übernommenen Pflichten, welche ihnen ihre Rechte eingeräumt haben. Eine größere Anzahl dieser hohen Herren beruft sich stets auf Familienrücksichten

und glaubt es in seiner Willkür halten zu können, nicht persönlich in der hohen Kammer zu erscheinen. Gegen diese Interpretation muß ich mich als Präsident feierlich verwahren. Nicht nur die Beschlußfähigkeit der hohen Kammer wird durch diese zahlreichen Entschuldigungen in Frage gestellt, sondern es hat sich auch bereits die Presse dieses Uebelstandes bemächtigt, und es ist nicht zu verkennen, daß man auf die Umgestaltung einer Kammer drängt, welche ihre eigenen Rechte und Pflichten nicht vollkommen zu würdigen verstehe. Ich bitte daher die hohen Herren, bei der Verbescheidung der vom Herrn Referenten vorzutragenden Entschuldigungsgesuche dieselben mit Ernst ins Auge zu fassen und die hohen Herren, deren Nichterscheinen nicht vollkommen gerechtfertigt erscheint, auch rücksichtlos und mit Berufung auf das Gesetz über den Geschäftsgang des Landtages einzuberufen."

Fürst Wilhelm von Löwenstein-Wertheim-Freudenberg hat an das Präsidium der Kammer der Reichsräthe ein längeres Schreiben gerichtet, worin er auf die Besetzung seines Schlosses Triefenstein durch ein Bataillon bayerischer Truppen während des letzten Krieges zurückkömmt, welches er als durch seine Eigenschaft als Standesherr und in ausführlicher Auseinandersetzung auch strategisch ungerechtfertigt darstellt. Ferner zieht der Fürst aus dem Umstande, daß seine desfallsige Beschwerde zu einer allerhöchsten Berücksichtigung nicht geeignet befunden worden ist, die Folgerung, „daß es dem Militärkommando zustand, mit Nichtachtung seiner verfassungsmäßigen Rechte nach Willkür zu schalten, oder daß so dringende Verdachtsgründe gegen ihn vorlagen, um die Nichtachtung obiger Rechte und die Anwendung von Gewalt zu rechtfertigen." „In beiden Fällen", fährt der Fürst fort, „würde es ihm nicht wohl anstehen, unter den Räthen des Reiches einen Platz einzunehmen." Er könne daher nur vermuthen, daß die an ihn gerichtete Einberufung zu gegenwärtigem Landtage unter der Voraussetzung stattfand, daß er derselben keine Folge leisten möchte, eine Voraussetzung, welcher nachzukommen er nicht ermangeln werde.

Hiezu bemerkt der Referent Frhr. K. v. Aretin u. A.: „Mit der Eigenschaft als Standesherr ist die Würde eines Mitgliedes der Kammer der Reichsräthe und mit dieser das Recht und die Pflicht verbunden, an den Berathungen derselben Theil zu nehmen, so oft der Landtag von Sr. Maj. dem Könige einberufen wird. Seiner Durchlaucht ist wie jedem andern Mitgliede der hohen Kammer eine specielle allerhöchste Einberufung zugekommen, und ich kann weder die Ansicht des Herrn Fürsten theilen, noch deren Ausdruck billigen, daß diese allerhöchste Einberufung in der Voraussetzung stattfand, daß er derselben keine Folge leisten möchte, um so weniger, als ich nicht glaube, daß die Königliche Staatsregierung ein besonderes Interesse an dem Erscheinen oder Nichterscheinen Seiner Durchlaucht hätte. Eine andere Frage, welche ich nach der Aktenlage anzuregen keinen Anlaß gefunden hätte, wenn Seine Durchlaucht sie in Ihrem Entschuldigungsschreiben nicht selbst berührt hätte, ist die, ob „dringende Verdachtsgründe" gegen hochdieselben vorliegen, in Folge deren es Ihr nicht wohl anstünde, unter den Räthen des Reiches einen Platz einzunehmen. Nachdem aus den Recherchen, welche das Präsidium der hohen Kammer zu pflegen sich veranlaßt sah, hervorgeht, daß die Besetzung des Schlosses Triefenstein durch bayerische Truppen und die Absperrung desselben (jedoch nur gegen die Frontlinie) lediglich aus strategischen Gründen geschah, und die Beschwerde dagegen auch nur deßhalb allerhöchsten Orts nicht berücksichtigt werden konnte, dagegen von einer Gefangenhaltung des Herrn Fürsten und einem Anlaß zu einer solchen keine Rede war, so dürfte auch von diesem Gesichtspunkte aus ein Hinderniß des Erscheinens des Herrn Fürsten in der hohen Kammer nicht gegeben und Seine Durchlaucht einzuladen sein, Ihren Sitz in derselben einzunehmen."

Es wurde hierauf beschlossen, den Fürsten einzuberufen.

Nachdem der Vortrag des Herrn Referenten des Entschuldigungen-Ausschusses beendigt war, äußerte sich der I. Präsident, wie folgt: „Meine hohen Herren! Das Gesetz verlangt zum gültigen Beschluß dieses hohen Hauses die Anwesenheit der Mehrheit derjenigen Mitglieder, aus welchen verfassungsmäßig der hohe Reichsrath besteht. Das Gesetz sieht dabei noch einige Fälle vor, wo eine größere Anzahl anwesend sein muß. Die Verfassungsurkunde macht ihrem Wortlaute nach nicht einmal einen Unterschied zwischen stimmfähigen und noch nicht stimmfähigen Mitgliedern, keinesfalls aber gestattet sie, daß bei Berechnung der Majorität diejenigen hohen Herren abgerechnet werden, welche aus irgend einem Grunde Urlaub erhalten haben. Um nun zu verhindern, daß auf diese Weise das hohe Haus beschlußunfähig gemacht werde, gibt das Gesetz ein Mittel des Einschreitens an, wie solches in § 28 des Gesetzes vom 25. Juli 1850, das der Herr Referent vorgelesen hat, enthalten ist. Wird dieses Mittel angewendet, so ändert sich natürlicherweise die Verhältnißzahl der Majorität, es wird dieselbe geringer, es wird dadurch möglich, daß, wenn einige der hohen Herren während der Dauer der Sitzungen etwa wegen Gesundheits- oder Familienverhältnissen Urlaub bedürfen, solcher gegeben werden kann, ohne die Beschlußfähigkeit der hohen Kammer zu stören. Ich stimme nun vollkommen mit dem Schlußantrage des hohen Ausschusses überein, der dahin geht, daß die hohen Herren unter dem bezeichneten Präjudiz einzuberufen seien. Ich stelle aber noch den weiteren Antrag, daß die etwa nöthig werdende Ausschließung in öffentlicher Sitzung bekannt gegeben werde, denn ich glaube, daß das ganze Land berechtigt ist, zu wissen, ob und auf welche Weise die Majorität des hohen Hauses gebildet wird."

Da sich, nachdem hierüber die Diskussion eröffnet war, Niemand zum Wort meldete, so erklärte der I. Präsident, er nehme an, daß die hohe Versammlung hiemit, sowie mit dem vom Hrn. Reichsrath v. Thüngen gestellten Antrag, daß der Beschluß über Ausschließung eines Mitgliedes der hohen Kammer auf die Dauer des Landtages in öffentlicher Sitzung bekannt gegeben werde, einverstanden sei und daß er demgemäß verfahren werde. (Bayer. Ztg.)

Berlin, 20. Jan. Die telegraphisch erwähnte Aeußerung der offiziösen „Provinzial-Correspondenz" über die Erklärung des Fürsten v. Hohenlohe vom 19. ds. lautet: „In dem Friedensvertrage zwischen Preußen und Oesterreich ist bestimmt, daß die nationale Verbindung des Vereins der süddeutschen Staaten mit dem norddeutschen Bunde einer näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibe. Bei der gereizten Stimmung, welche damals in Folge des kaum beendigten Krieges noch zwischen der Bevölkerung von Nord- und Süddeutschland obwaltete, gab es Viele, welche sich der Besorgniß hingaben, daß eine solche nationale Verständigung zwischen dem norddeutschen Bunde und den Staaten südlich des Mains auf lange Zeit hinaus nicht zu erhoffen sei, daß vielmehr die Mainlinie fürerst einen Riß durch Deutschland bilden, der etwaige Verein der süddeutschen Staaten aber sich viel eher an Oesterreich oder an einen außerdeutschen Staat, als an Preußen, anschließen werde. Unsere Regierung hegte von vornherein bessere Zuversicht und war zugleich entschlossen, an ihrem Theile der nationalen Verständigung auch nach jener Seite hin unverweilt die Wege zu bahnen. Namentlich wurde bei den Friedensverhandlungen mit den süddeutschen Staaten der Gesichtspunkt festgehalten, den letzteren nicht Bedingungen aufzuerlegen, welche die Wiederanknüpfung eines nationalen Bandes erschweren könnten, vielmehr in den Friedensschlüssen neue Grundlagen für eine günstige Gestaltung der Beziehungen zwischen Preußen und dem deutschen Süden und dadurch für eine heilsame nationale Entwicklung Gesammt-Deutschlands zu gewinnen. Je mehr Preußen sich bei jenen Verhandlungen nur von der Rücksicht auf das gemeinsame deutsche Interesse leiten ließ, desto mehr durfte es vertrauen, daß auch in der Bevölkerung und in den Regierungen Süddeutschlands, sobald die Nachwirkungen des traurigen Zwistes mehr zurückträten, der nationale Sinn und Geist wieder mächtig erwachen und eine Annäherung an Norddeutschland fordern würde. Diese Hoffnung geht rascher in Erfüllung, als die Meisten noch vor Kurzem es für möglich hielten. Gerade in dem bedeutendsten der süddeutschen Staaten, welcher durch seine gesammte Stellung zur Führung derselben berufen wäre, tritt schon jetzt seitens der Regierung in Uebereinstimmung mit der Landesvertretung das offene und unumwundene Bestreben zur Anknüpfung eines engen nationalen Bundes mit Preußen und Norddeutschland hervor. Die Erklärung, welche der Fürst Hohenlohe hierüber im bayerischen Abgeordnetenhause abgegeben hat, ist ein erfreuliches Unterpfand dafür, daß die patriotische Gesinnung in Süddeutschland sich mit dem Streben der preußischen Regierung und ganz Norddeutschland vereinigen werde, um durch eine Verständigung, wie sie auch im Friedensvertrage von Prag in Aussicht genommen ist, eine glückliche nationale Entwicklung für unser deutsches Gesammtvaterland anzubahnen."

Berlin, 24. Jan. Wie die ministerielle „Provinzial-Korrespondenz" meldet, soll die Dienstpflicht im preußischen Wehrsysteme künftighin mit vollendetem 32. Lebensjahre beendet sein. Diejenigen, welche über dieses Lebensalter hinaus sind, sollen fortan jeder Wehrpflicht in Krieg und Frieden ganz enthoben und auch die vorhergehenden Jahrgänge von 30 — 32 nur in höchst seltenen Fällen zum Waffendienst herangezogen werden.

Berlin, 23. Jan. Hier werden jetzt die Reichstagswahlen von allen Parteien mit größter Lebhaftigkeit betrieben. Am Sonntag wurde eine konservative Wählerversammlung von Anhängern der Fortschrittspartei in so nachhaltiger Weise gestört, daß sie gar nicht zu geordneten Berathungen gelangte. Die Versammlung war nach einem besonders gemietheten Lokal ausdrücklich zur Unterstützung einer bestimmten Candidatur eingeladen worden. Um so schärferen Tadel findet das Benehmen der gegnerischen Eindringlinge namentlich auch auf liberaler Seite. — Das Landes-Oekonomie-Collegium tritt hier am 18. Februar zusammen. Aus der Mitte des Collegiums sind

bis jetzt fünf Anträge eingebracht, unter denselben einer auf Erlaß eines Gesetzes zur Verhütung der Weinverfälschung. (B. Z.)

Köln, 23. Jan. In dem Comite für freisinnige Wahlen zum norddeutschen Parlamente wurde über die Frage, welcher Kandidat für Köln aufzustellen sei, verhandelt. Man bediente sich des geheimen Scrutiniums. Von 46 Stimmen fielen 42 auf Heinrich Bürgers. (K. Z.)

Die Zahl der hannover'schen Offiziere, welche sich zum aktiven Dienste in der preußischen Armee gemeldet haben, beträgt nun 430. Die Competenzen für Januar werden, dem Vernehmen nach, noch an alle Offiziere gezahlt werden. (N. Pr. Z.)

Hannover, 24. Jan. Heute Morgen sind die Pressen der hier erscheinenden „Deutschen Volkszeitung" versiegelt, das Blatt selbst ist konfiszirt worden. Wie man sagt, wären dieser Maßregel drei Verwarnungen vorhergegangen. — Den Nachrichten zufolge, die von Berlin hier eingehen, wäre die Erhaltung der hannover'schen Gerichtsverfassung vollständig gesichert. — Mit Bezug auf die bevorstehenden Reichstagswahlen soll den Beamten die amtliche Mittheilung gemacht sein, wie man von ihnen erwarte, daß sie in richtiger Erkenntniß ihrer dienstlichen Verpflichtungen von der Betheiligung an solchen Wahlagitationen sich ferne halten würden, welche eine preußenfeindliche partikularistische Tendenz verfolgen. Das Recht der Wahl nach eigener bester Ueberzeugung ist damit selbstverständlich den Beamten nicht genommen. (Fr. J.)

Wien, 23. Jan. Das „Fremdenblatt" schreibt: „Im Befinden Ihrer Majestät der Kaiserin Charlotte von Mexiko ist keine wesentliche Veränderung eingetreten. Die leichte Besserung ist anhaltend. Die Nachrichten von einer bevorstehenden Abreise sind unbegründet. — Vizeadmiral v. Tegetthoff ist am 1. Januar d. Js. in New-York angelangt.

Prag, 24. Jan. Die „Bohemia" meldet: Der Zustand des Erzherzogs Stephan in Mentone ist ein betrübender.

Graz, 22. Jan. Moriz v. Kaiserfeld hielt heute, einem Telegramm der „N. fr. Pr." zufolge, eine Rede an seine Wähler, in welcher er unter Anderm sagte: Durch den gegen die Verfassung geführten Schlag wurde unser Geldwesen neuerdings auf Jahrzehnte hinaus zerrüttet. Die Monarchie sei dem Zerfalle nahe, mißachtet vom Auslande, ein Theilungsobjekt für fremden Ehrgeiz. Im Innern stehen sich die Nationalitäten feindseliger denn je gegenüber. Die Verfassung allein könne das Reich vor weiterem Zerfalle sichern.

Prag, 21. Jan. Mit größter Spannung sieht man dem Ausfalle der Landtagswahlen im ganzen Lande entgegen. Wenn die Verhältnisse günstig sind, so werden zwei Fünftheile sämmtlicher Wahlen im deutschen Sinne ausfallen, die übrigen drei Fünftheile werden der czechischen und adeligen Partei angehören, deren Bündniß noch immer nicht gelockert ist. Von den 10 Abgeordneten, welche die Hauptstadt Prag zu wählen hat, sind nur zwei der deutschen Partei gewiß, nämlich die beiden Deputirten, welche der überwiegend von Israeliten bewohnte Bezirk der Stadt entsendet. Eine gewisse Sensation erregt es, daß die deutsche Stadt Tetschen dem Grafen Franz Thun, welcher daselbst begütert ist und in der letzten Session als Abgeordneter derselben fungirte, jedoch mit den Czechen stimmte, in energischer Weise ihr Mißtrauen kund gab und sich gegen seine fernere Vertretung aussprach. Es ist dies ein schönes Zeichen unabhängigen deutschen Bürgersinnes. Hingegen wird der ehemalige Finanzminister Plener, welcher im letzten Landtage sehr scharf gegen das jetzige Ministerium auftrat, von der deutschen Stadt Eger einstimmig wieder gewählt werden. Die hervorragenderen deutschen Abgeordneten werden sich überhaupt alle wieder im neuen Landtage zusammenfinden. (Schw. M.)

Der **Petersburger** Correspondent der „Independance", welcher seinerzeit die Ukase angekündigt, durch die Congreßpolen dem Russenthume vollends einverleibt werden soll, meldet neuerdings, daß weitere Schritte der Regierung gegen Polen bevorstehen, um die Assimilation zu beschleunigen und eine vollständige Gleichmäßigkeit der Gesetze des ganzen Czarenreiches herzustellen. Die einzige Schwierigkeit, vor deren sofortiger Lösung die russischen Nivelleurs noch eine gewisse Scheu haben, sei die Einführung des griechischen Kalenders alten Styls an Stelle des gregorianischen bei den polnischen Katholiken, weil sich in dieser Frage die socialen Schwierigkeiten durch finanzielle Incidenzfälle vergrößern würden.

Die in **Buenos-Ayres** erscheinende „Deutsche Ztg." schreibt vom 10. Dez.: Vom Kriegsschauplatz wird berichtet, es liege in dem Plan der Verbündeten, sich der Offensive gegen Paraguay bis Mai kommenden Jahres zu enthalten. Die Hitze am oberen Parana hat einen schon unerträglichen Grad erreicht, in Folge dessen der Gesundheitszustand des Heeres nicht gut sein soll. Namentlich wird viel über häufiges und bedenkliches Unwohlsein des Oberbefehlshabers, Präsidenten Mitre berichtet, doch wollen Manche behaupten, man suche durch diese Berichte die bevorstehende Zurückkunft unseres Präsidenten in den Augen der Menge plausibler zu machen. Daß General Mitre nur noch den Namen des Oberbefehlshabers führt, während doch der brasilianische Marquis Caxias die fast ausschließliche Oberleitung in Händen hat, ergibt sich aus allen Berichten von dem Hauptquartier. Zu all den Leiden, welche uns der fatale endlose Krieg gegen Paraguay und die Unruhen im Innern verursachen, kommen nun noch die Einfälle der wilden Indianerhorden, die in der letzten Zeit an vier verschiedenen Stellen in bewohntes Land einbrachen und furchtbar daselbst hausten. Viele Menschen wurden von ihnen ermordet, mehr noch gefangen fortgeführt (Frauen und Kinder) und Tausende von Kühen und Pferden in die Wildniß getrieben. Der innere Zusammenhang dieser Einfälle mit den Unruhen in Mendoza und dem Kriege gegen Paraguay liegt offen zu Tag. Es ist natürlich, daß die wilden Horden die Gelegenheit wahrnehmen und die Gränzdistrikte plündern, deren frühere Vertheidiger jetzt in Paraguay oder auf dem Marscha nach Mendoza sich befinden. — Die Sammlungen für die Opfer des letzten Krieges in Deutschland nehmen immer noch ihren Fortgang. In den Listen figuriren auch unsere in den entlegenen Provinzen San Juan, Cordoba und Corrientes wohnenden Landsleute und zwar mit recht ansehnlichen Summen. — Auch in Montevideo ist ein „deutscher Klubb" gegründet und am 7. Dezember feierlich eingeweiht worden, der bestimmt ist, ein Einigungspunkt für alle Landsleute zu werden. — Am 29. November ist der unterseeische Telegraph zwischen Buenos-Ayres und Montevideo eröffnet worden.

Neueres.

Berlin, 25. Jan. Die „Nordd. Allg. Ztg." meldet: Der Verfassungsentwurf des norddeutschen Bundes ist noch nicht unterzeichnet; die Unterzeichnung steht aber in naher Aussicht. Das Staatsministerium ist mit der definitiven Beschlußnahme über die Eintheilung der Verwaltung der neuen südlichen Provinzen beschäftigt. Die Verhandlungen mit den Bevollmächtigten des Fürsten von Thurn und Taxis werden im Laufe dieser Woche zu Ende geführt.

Wien, 25. Jan. Die offiziöse „Wiener Abendpost" fügt der Meldung der „Bayer. Ztg." von der Verlobung des Königs Ludwig II. hinzu: „Die Theilnahme ist hier eine allseitige und freudige. Die tiefen, alten Freundschaftsbeziehungen und die Bundesgenossenschaft Oesterreichs und des bayerischen Volks werden in dieser Theilnahme ebenso Ausdruck finden, wie der Gedanke der engen Freundschaftsbande zwischen den Herrscherhäusern Bayerns und Oesterreichs. Aus vollstem Herzen schließt man sich im ganzen Reich den Wünschen und Hoffnungen an, welche heut jede Bayernbrust beseelen."

Pesth, 25. Jan. Der Bischof Simon von Raab ist zum Fürst-Primas ernannt.

Brüssel, 25. Jan. Die Zeitungsberichte, welche von Unterhandlungen Frankreichs mit Belgien, Holland und der Schweiz über Errichtung eines Zollvereins Meldung thun, sind gutem Vernehmen nach vollständig grundlos.

Madrid, 26. Jan. Ueber die Reorganisation des Heeres ist ein Dekret erschienen, welches den Effektivbestand der Armee auf 200,000 Mann feststellt, eingetheilt in stehendes Heer, aktive Reserve und sedentäre Reserve. Die Provinzialmiliz ist dagegen abgeschafft.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Neue Karte von Deutschland und den angrenzenden Ländern. Nach den neuesten und besten Quellen bearbeitet von Leopold Kraatz. 1867. Verlag von Goldschmidt in Berlin. Preis **21 kr.**

Die große Veränderung, welche im Jahre 1866 durch die kriegerischen Ereignisse gebracht wurde, ließen die Anfertigung einer neuen Karte sehr wünschenswerth erscheinen. Die vorliegende entspricht nun allen desfallsigen Anforderungen, selbst bezüglich der Billigkeit. Klarer schöner Stich, große Reichhaltigkeit in der Aufnahme der Orte, ohne der Deutlichkeit Abbruch zu thun, ein treffliches gutgewähltes Kolorit, wodurch Preußen und die zum norddeutschen Bunde gehörigen Staaten sowie Oesterreich und die süddeutschen Staaten besonders übersichtlich von einander in den Farben abgehoben werden, geben dieser Karte neben ihrer Vollkommenheit in der Aufnahme der Eisenbahn- und Dampfbootlinien einen besondern Werth, hierfür möge schon der Umstand sprechen, daß dieselbe in so kurzer Zeit bereits in vierter Auflage erschienen ist.

(In Würzburg vorräthig in der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

liothek
München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 29.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 29. Januar 1867.

** **München**, 27. Jan. Von 15 Mitgliedern der „Linken" ist heute eine Interpellation an den Staatsminister der Justiz beschlossen worden, dahin gehend, ob derselbe nicht geneigt wäre, dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Aufhebung der Todesstrafe vorzulegen?

München, 26. Jan. Nach dem Gesetzentwurfe der Regierung soll der Betrag der Kriegskosten-Peräquation durch Erhebung einer direkten Steuer aufgebracht werden. Die benöthigte Summe wird auf etwa 4 Millionen veranschlagt. Die beabsichtigte Deckung würde sonach erfordern, daß ein Beischlag von einigen 40 Prozent zu allen direkten Staatssteuern als außerordentliche Auflage erhoben würde. Dagegen hat sich nun der Finanzausschuß erklärt, der die Frage wegen Begutachtung der Deckungsmittel seiner Competenz vindicirte. Wie ich höre, schlägt derselbe vor, vorerst überhaupt gar keine neue Steuer zu erheben, sondern den Getreidereservefond, der etwa 2 Millionen beträgt, dafür zu verwenden, den Rest aber aus den Erübrigungen des im Juni bewilligten Credits für Kriegszwecke von 31½ Mill. zu decken. Auf den letzten hat freilich das Kriegsministerium bereits gerechnet. Wie verlautet, sollen übrigens mitunter die übertriebendsten Entschädigungssummen erhoben worden sein. — Man ist in Besorgniß, daß die in Aussicht gestellte Uebereinkunft der südwestdeutschen Staaten auf Grundlage des, wenn auch etwas modifizirten preußischen Wehrsystems erfolgen werde. Dazu scheinen jedoch selbst unsere Anschlußpolitiker wenig Neigung zu besitzen und es ist höchst wahrscheinlich, daß ein solcher Plan in der Abgeordnetenkammer verworfen werden würde. Als Vorläufer davon kann man es betrachten, daß der Finanzausschuß die Genehmigung des Gesetzentwurfs wegen eines Nachtragskredits für Militärzwecke, dem Vernehmen nach nur in soweit, als es sich um unvermeidliche Ausgaben (z. B. für Invaliden rc.) handelt, empfehlen, dagegen auf keine Position eingehen will, welche ein Provisorium schaffe, das sich im oben bezeichneten Sinne später in ein Definitivum verwandeln lasse. — Die Kammern sind übrigens nicht genügend beschäftigt. Die Regierung hat dieselben berufen, ehe sie ihre nöthigen Vorarbeiten beendet hatte. Es ist dies ein Mißgriff, den man nach oftmaliger Erfahrung doch endlich vermeiden sollte. — Wie ich höre, wird die Abgeordnetenkammer am nächsten Dienstag wieder eine Sitzung haben, worauf nochmals eine achttägige Pause eintreten soll. (Fr. Z.)

Darmstadt, 24. Jan. Die zweite Kammer berieth heute in fünfstündiger Sitzung den hessisch-preußischen Friedensvertrag, dessen unveränderte Annahme der Ausschuß beantragte. Die Abgg. George und Bamberger hatten das Amendement eingebracht, es sei mit allen Kräften dahin zu streben, daß das Großherzogthum mit seinen sämmtlichen Gebietstheilen möglichst bald in den norddeutschen Bund eintreten könne. Der Abgeordnete Hallwachs (Berichterstatter) hatte zu diesem Amendement den Zusatz beantragt: „unter Wahrung der verfassungsmäßigen Selbständigkeit des Großherzogthums in inneren Fragen", welcher von den Herren George und Bamberger acceptirt wurde. Im Laufe der Debatte machte der als Regierungsvertreter anwesende Ministerpräsident v. Dalwigk darauf aufmerksam, daß es opportun sei, die Berathungen über das Amendement George-Bamberger bis nach Bekanntwerden der norddeutschen Bundesakte auszusetzen, welchen Vorschlag Dumont als den übrigen präjudicirendes Amendement einbrachte. Bei der Abstimmung wurde der Friedensvertrag einstimmig für giltig erklärt und das letztere Amendement mit 24 gegen 21 Stimmen angenommen. Das künftige Verhältniß des Großherzogthums zum norddeutschen Bund bildete den Angelpunkt der theilweise sehr erregten und interessanten Debatte.
(Frankf. Journ.)

Berlin, 26. Jan. Wie der offiziöse Berichterstatter der „Köln. Zeitung" von hier meldet, soll General v. Manteuffel seine Entlassung nachgesucht und erhalten haben. Derselbe bleibt indessen Generaladjutant und Domherr von Magdeburg. Inzwischen ist der Korrespondent bemüht, die Nachricht in die nöthige Reserve einzuhüllen, womit „militärische Dinge stets behandelt werden müssen". — Der „Mittelrh. Z." wird von hier geschrieben: „Das Staatsministerium beschäftigt sich gegenwärtig mit der definitiven Beschlußnahme über die Verwaltungseintheilung der aus Kurhessen, Nassau, Frankfurt und der Enclave Wetzlar neu zu bildenden südlichen Provinz, und da der geh. Regierungsrath v. Wolff an diesen Berathungen Theil genommen, so erklärt sich hiermit die Verzögerung seiner Abreise nach den neuen Ländern."

Hannover, 24. Jan. 525 hannover'sche Offiziere und Militärärzte, darunter 9 Generale und 59 Stabsoffiziere, haben sich bereit erklärt, König Wilhelm den Eid zu leisten. Von den 525 haben um Pensionirung nach preußischem Reglement gebeten 8 Generale, 51 Stabsoffiziere und 30 Subalternoffiziere. Es gehen also 456 Offiziere in den aktiven preußischen Dienst über. 72 Offiziere, die nicht den Eid leisten wollen, haben beantragt, nach hannover'schem Reglement pensionirt zu werden. 90 Offiziere haben keine Erklärung abgegeben,

Feuilleton.

Vermischtes.

In München starb der königliche Hofoptikus G. Merz, der ehemalige Direktor des Fraunhofer'schen optischen Institutes. Georg Merz war der Sohn eines armen Leinewebers, im Januar 1793 zu Benedictbeuren geboren. Bis zu seinem 15. Lebensjahre war er ohne bestimmten Lebensplan. Als Geheimerath v. Utzschneider zu Benediktbeuren die Kunstglas-Fabrik und das optische Institut anlegte, fand der junge Merz als Arbeiter darin Aufnahme. Bei Tage wurde geschliffen, bei Nacht Mathematik und Optik studirt. Besonders erhielt Merz mathematischen Unterricht von P. Rauch, einem Ordenspriester der aufgelösten Benediktiner-Abtei Benediktbeuren. Als 1826 Joseph v. Fraunhofer starb, wußte Hr. v. Utzschneider keine tüchtigere Persönlichkeit für die Leitung des Institutes als G. Merz. Von ihm gingen jene Rieseninstrumente an alle Sternwarten Europa's und Amerika's, nach Australien und an das Cap der guten Hoffnung. Erst bei vorangerückterem Lebensalter übergab er seinem Sohne Sigmund Merz die Direktion, welcher dann die Preise auf den Weltausstellungen errang.

Die „France" meldet aus Berliner militärischen Kreisen eine Anekdote, welcher es nicht an Bedeutsamkeit fehlt. Die Königin Augusta soll kürzlich bei einem Familiendiner halb im Scherze, halb im Ernste die Hoffnung ausgedrückt haben, die Thronrede bei Eröffnung des norddeutschen Parlaments würde die Candidatur-Rede des Kaisers von Deutschland sein. Darauf soll der König erwidert haben: „Der Kaiser von Deutschland muß sich durch Thaten und nicht durch Worte ankündigen."

Auf den Wunsch des ehemaligen Gebieters von Mingrelien, Flügeladjutanten des russischen Kaisers und Gardelieutenants Nikolaus Dawidowitsch von Mingrelien, hat der Kaiser gestattet, aus dessen Besitzungen ein in der Schwertlinie erbliches Majorat zu gründen. Die Majoratsherren führen den Titel „Durchlaucht", die übrigen Fürsten von Mingrelien werden „Erlaucht" heißen. Bekanntlich wurde 1804 Mingrelien mit Rußland vereinigt und dabei dem Herrscher und seinen Erbnachfolgern die Verwaltung des Landes vorbehalten. Für die Verzichtleistung auf dieses Recht hat nunmehr obengenannter Lieutenant und Flügeladjutant 1 Million Rubel, seine Mutter, die Fürstin Katharina, nebst Sohn und Tochter eine lebenslängliche Pension erhalten.

Aus Rom, 19. Januar, enthält der „Schwäb. M." folgende Correspondenz: „Nach den fast ohne Ausnahme schönen Dezembertagen haben wir seit Neujahr nichts als Sturm, Gewitter und Regen. Zur selben Stunde, als in Algier die Erde bebte, weckten uns heftige Donnerschläge aus dem Schlafe, und während im Hafen von Neapel über 20 Schiffe in die Tiefe gerissen wurden, hatten auch hier die massiven Häuser Mühe, dem rasenden Orkan zu widerstehen.

jedoch haben sich von diesen mehrere gemeldet, um in den k. sächsischen Dienst, in den herzoglich sächsischen Dienst, in mecklenburgischen und einer in fürstlich reussischen Dienst zu treten. Kron-Oberanwalt Staatsminister a. D. Windthorst in Celle ist aus Rücksicht auf den Dienst seines Amtes enthoben. (Nat.-Ztg.)

Aus Schleswig-Holstein, 24. Jan., wird dem „Fr. Journ." geschrieben: „Das k. preußische Besitzergreifungspatent ist heute, am 155. Geburtstage Friedrichs des Großen, in den verschiedenen Städten des Landes unter entsprechenden Feierlichkeiten publizirt und nebst der königl. Proklamation durch Anschlag an den Straßenecken zur allgemeinen Kunde gebracht worden. Die Bevölkerung hat sich, wie dieses bei der herrschenden Stimmung kaum anders zu erwarten war, dem Akte gegenüber ziemlich theilnahmlos verhalten; von öffentlichen Lustbarkeiten, Aushängen von Flaggen, Illuminationen und ähnlichen Aeußerungen der allgemeinen Theilnahme, wie sie sonst bei dergleichen Gelegenheiten üblich, ist, so weit uns bisher bekannt geworden, nirgends die Rede gewesen. In Kiel waren die höheren Beamten des Landes, die Räthe der Regierung zu Schleswig, die Mitglieder der Ritterschaft eingetroffen, um dem von dem Oberpräsidenten, Baron v. Scheel-Plessen, in Person vollzogenen Einverleibungsakte beizuwohnen. So wäre denn der letzte Akt des schleswig-holsteinischen Trauerspiels zu Ende."

Die Militär-Aushebung in Schleswig-Holstein ist in ungestörter Weise verlaufen. Man versichert, daß sie in derselben Weise und mit derselben Ruhe und Ordnung von Statten gegangen, wie in den alten Provinzen. Meldungen zum freiwilligen Dienst sollen bereits 1500 eingegangen und etwa 1000 davon bewilligt sein, wobei es besonders hervorzuheben ist, daß reiche Bauernsöhne freiwillig bei der Kavallerie eintreten, und zwar mit dem ausdrücklichen Wunsche, einem außerhalb stehenden Kavallerie-Regimente einverleibt zu werden.

Kiel, 24. Jan. Nachfolgende Aktenstücke in Betreff der Besitzergreifung wurden heute publizirt: 1) Patent wegen Besitznahme der Herzogthümer Holstein und Schleswig. „Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc., thun gegen Jedermann hiermit kund: Nachdem in dem Wiener Frieden vom 30. Okt. 1864 der König von Dänemark allen seinen Rechten auf die Herzogthümer Holstein und Schleswig zu Unseren und des Kaisers von Oesterreich Gunsten entsagt und in dem Prager Frieden vom 23. August 1866 der Kaiser von Oesterreich alle seine im Wiener Frieden erworbenen Rechte auf die gedachten Herzogthümer Uns übertragen hat, so haben Wir beschlossen, dieselben mit Ausschluß des dem Großherzoge von Oldenburg mittelst Vertrages vom 27. Sept. 1866 abgetretenen Antheils mit Unserer Monarchie zu vereinigen und zu diesem Behufe mit Zustimmung beider Häuser des Landtages das Gesetz vom 24. Dez. v. J. erlassen und verkündigt. Demzufolge nehmen Wir durch gegenwärtiges Patent die gedachten Herzogthümer Holstein und Schleswig mit allen Rechten der Landeshoheit und Oberherrlichkeit in Besitz und einverleiben dieselben Unserer Monarchie mit sämmtlichen Zubehörden und Ansprüchen. Wir werden Unserem Königlichen Titel die entsprechenden Titel hinzufügen. Wir befehlen, die preußischen Adler an den Grenzen zur Bezeichnung unserer Landesherrlichkeit aufzurichten, statt der bisher angehefteten Wappen Unser Königliches Wappen anzuschlagen und die öffentlichen Siegel mit dem preußischen Adler zu versehen. Wir gebieten allen Einwohnern der nunmehr mit Unserer Monarchie vereinigten Herzogthümer Holstein und Schleswig, fortan Uns als ihren rechtmäßigen König und Landesherrn zu erkennen und Unseren Gesetzen, Verordnungen und Befehlen mit pflichtmäßigem Gehorsam nachzuleben. Wir werden Jedermann im Besitze und Genusse seiner wohlerworbenen Privatrechte schützen und die Beamten, welche für Uns in Eid und Pflicht zu nehmen sind, bei vorausgesetzter treuer Verwaltung im Genusse ihrer Diensteinkünfte belassen. Die gesetzgebende Gewalt werden Wir bis zur Einführung der preußischen Verfassung allein ausüben. Wir wollen die Gesetze und Einrichtungen der Herzogthümer erhalten, soweit sie der Ausdruck berechtigter Eigenthümlichkeiten sind und in Kraft bleiben können, ohne den durch die Einheit des Staates und seiner Interessen bedingten Anforderungen Eintrag zu thun. Unser Oberpräsident Baron v. Scheel-Plessen ist von Uns angewiesen, hienach die Besitznahme auszuführen. Hiernach geschieht Unser Wille. Gegeben Berlin, 12. Jan. 1867. L. S. Wilhelm. Gr. v. Bismarck-Schönhausen. Frhr. v. d. Heydt. v. Roon. Gr. v. Itzenplitz. v. Mühler. Gr. zur Lippe. v. Selchow. Gr. zu Eulenburg." 2) Allerhöchste Proklamation an die Einwohner der Herzogthümer Holstein und Schleswig. „Durch das Patent, welches Ich heute vollzogen habe, vereinige Ich Euch, Einwohner der Herzogthümer Holstein und Schleswig, mit Meinen Unterthanen, Euren Nachbarn und deutschen Brüdern. Durch die Entscheidung des Krieges, durch völkerrechtliche Verträge und durch die Neugestaltung des gemeinsamen deutschen Vaterlandes nunmehr aus Verbindungen gelöset, die Ihr schon lange nur mit Widerstreben getragen, tretet Ihr jetzt in den Verband eines großen Staates, dessen Bevölkerung Euch durch Stammesgemeinschaft und Sitte verwandt und durch Gemeinsamkeit der Interessen befreundet ist. Wenn Manche unter Euch sich nicht ohne Zögern von anderen Beziehungen losgesagt haben, so ehre Ich auch hierin die bewährte Festigkeit Eures Stammes und würdige dieselbe als eine Bürgschaft, daß Ihr und Eure Kinder auch Mir und Meinem Hause mit Treue angehören werdet. Ihr werdet die Nothwendigkeit des Geschehenen erkennen; denn sollen die Früchte des schweren Kampfes und der blutigen Siege für Deutschland nicht verloren sein, so gebietet es ebenso die Pflicht der Selbsterhaltung, als die Sorge für die Förderung der nationalen Interessen, die Herzogthümer mit Preußen fest und dauernd zu vereinigen. Und, wie schon mein in Gott ruhender Herr Vater es ausgesprochen, nur Deutschland hat gewonnen, was Preußen erworben. Dieses werdet Ihr mit Ernst erwägen, und so vertraue ich Eurem deutschen und redlichen Sinn, daß Ihr Mir Eure Treue ebenso aufrichtig geloben werdet, wie Ich zu Meinem Volke Euch aufnehme. Euren Gewerben und Eurer Landwirthschaft, Eurem Handel und Eurer Schifffahrt eröffnen sich durch die Vereinigung mit Meinen Staaten reichere Quellen. Meine Vorsorge wird Eurem Fleiß wirksam entgegenkommen. Eine gleiche Vertheilung der Staatslasten, eine zweckgemäße energische Verwaltung, sorgsam erwogene Gesetze, eine gerechte und pünktliche Justizpflege, kurz alle die Garantien, welche Preußen zu Dem gemacht, als was es sich jetzt in harter Probe bewährt hat, werden Euch fortan gemeinsame Güter sein. Eine kriegstüchtige Jugend wird sich ihren Brüdern in Meinen anderen Staaten

---

Selbst Pater Secchi fürchtete in jener Nacht für seine Sternwarte, obwohl sie auf zwei kolossalen Pfeilern ruht, die selbst wieder von der Kirchenkuppel des Kollegium Romanum getragen werden, und merkwürdig war es, am andern Tage die Kurven zu sehen, in denen sein berühmter Meteorograph ein sprechendes Bild des nächtlichen Aufruhrs niedergelegt hatte. So groß aber die Aufregung in der Atmosphäre, ebenso groß die Ruhe der Römer. Nur einmal drohte dieselbe gestört zu werden, als das anspruchsvolle Auftreten der Zuaven in den Kaffeehäusern die Einheimischen daraus vertrieb, und man sogar davon sprach, die Römer wollten sich auch in den Theatern vom Parterre fern halten, um jede Berührung mit den Fremdlingen zu vermeiden. So weit kam es jedoch nicht, hauptsächlich, weil im Apollotheater, wo das Schwesternpaar Marchisio durch Gesang und Spiel die Zuhörer entzückt, das Verbot des Parterres der ganzen Mittelklasse eine zu große Entbehrung auferlegt hätte. In der letzten Zeit haben sich nun die Zuaven etwas zurückgezogen, und das Nationalkomite hegt, wie man von dem einen und andern Mitglied hört, keinerlei Befürchtung. Die beiden römischen Zeitungen sind ohnedies darauf bedacht, die Gemüthsruhe ihrer Leser nicht zu stören; über die Verhandlungen mit Tonello haben sie noch kein Wort gebracht, und ihre Rubrik für Stadtneuigkeiten ist ebenfalls sehr mager. Wenn ein Kaffeehaus durchsucht und für den Abend geschlossen wird, oder wenn in einer und derselben Straße drei Läden, worunter ein Lottobureau mit gefüllter Kasse, geplündert wurden, so kann man zufällig davon erzählen hören, aber gedruckt liest man es nicht. Das sind übrigens vereinzelte Fälle, wie sie sich auch anderswo ereignen; Eigenthum und Person sind hier nicht weniger sicher, als in London oder Paris, und Alles geht seinen gewohnten Gang. Die Kirchenfeste haben seit Weihnachten, wie vorher, in der üblichen Weise stattgefunden; so namentlich in Araceli vor Neujahr die Kinderpredigten vor dem mit Edelsteinen geschmückten Christuskinde, und am Abende des Erscheinungsfestes die Prozession der fackeltragenden Franziskaner mit demselben Kinde, das der auf den Plätzen und Treppen des Kapitols knieenden Volksmenge gezeigt wird, sodann die Predigten in S. Andrea della Valle, wo auf dem Altar die Anbetung der Könige in über lebensgroßen Figuren dargestellt ist, ein Geschenk Torlonia's, des reichsten unter den reichen Fürsten Roms; endlich in der Propaganda 29 Reden in ebenso vielen Sprachen mit ergötzlichen Nationalgesängen. Den Schluß der mit Advent beginnenden Reihe bildet S. Antonio auf dem Esquilin; hier segnet man seit vorgestern allerlei Hausthiere, Maul- und andere Esel, Ochsen und Ziegen, mehr oder weniger edle Gespanne, zuletzt das ganze päpstliche Dragonerregiment. Das Erhabene hat uns an die Grenze des Komischen geführt, und so sei noch erwähnt, daß in den kleinen Theatern Pulcinella mit dem neapolitanischen und Arlecchino mit dem römischen Dialekt volles Haus machen. Auch ihren Carneval werden sich daher die Römer wohl nicht nehmen lassen; man kann dafür sorgen, daß keine politischen Ausschreitungen vorkommen, wenn überhaupt solche Fürsorge nöthig ist.

zum Schutze des Vaterlandes treu anschließen, und mit Freude wird die preußische Armee und Marine die tapferen und fertüchtigen Schleswig-Holsteiner empfangen, denen in den Jahrbüchern deutschen Ruhmes nunmehr ein neues Blatt eröffnet ist. Die Diener der Kirche werden auch fernerhin die Bewahrer des väterlichen Glaubens sein. Euren Lehranstalten, den vieljährigen Pflegerinnen deutscher Kunst und Wissenschaft, werde ich Meine besondere Aufmerksamkeit widmen, und wenn der preußische Thron, je länger desto mehr, als der Hort der Freiheit und Selbstständigkeit des deutschen Vaterlandes erkannt und gewürdigt wird, dann wird auch Euer Name unter denen seiner besten Söhne verzeichnet werden, dann werdet auch Ihr den Augenblick segnen, der Euch mit einem größeren Vaterlande vereinigt hat! Das walte Gott! Berlin, 12. Jan. 1867. Wilhelm." — Der Akt der Einverleibung der Herzogthümer in Preußen hat heute um 12 Uhr auf dem hiesigen Schlosse und gleichzeitig auch in allen größeren Orten des Landes stattgefunden. Zu dem Akte auf dem Schlosse waren alle in Kiel wohnhaften Beamten, sowie die deputirten Bürger, ferner von auswärts die Amtmänner, Bürgermeister (soweit diese nicht an ihren Wohnorten die Proklamirung vorzunehmen beauftragt waren) und andere höhere Beamte, wie auch die Mitglieder der schlesw.-holst. Ritterschaft geladen. Seit lange sah man heute zum ersten Male viele Beamte, sowie Mitglieder der Ritterschaft in Uniform. Der große Saal des Schlosses war mit einer Estrade versehen, die Wand hinter derselben mit dem schleswig-holsteinischen Wappen, darüber der preußische Adler, geschmückt. Vor dem Schlosse waren das Bataillon des 36. Regiments, das Seebataillon und die Artilleriemannschaften in Parade aufgestellt. Ein zahlreiches Publikum hatte sich dort versammelt. Bald nach 12 Uhr erschien der Oberpräsident, betrat die Estrade und hielt eine längere, auf den bedeutungsvollen Akt bezügliche Anrede, verlas dann das Patent und die kgl. Proklamation und schloß mit einem Hoch auf König Wilhelm I. Gleichzeitig ertönte vor dem Schlosse die Musik und lautes Hoch des Militärs, sowie von den Kriegsschiffen das Königssalut. Auf dem Schlosse ward die preußische Flagge aufgezogen, ebenso vom Kirchthurm und auf dem Rathhause. Auf dem Regierungsgebäude und einigen andern öffentlichen Gebäuden wehte die Flagge schon seit heute früh. Von den Kirchthürmen ward während der Mittagsstunde geläutet. Der Oberpräsident gibt um 4 Uhr ein Festmahl, ein anderes findet im Lokale der Harmonie statt. Im Theater wird bei festlicher Beleuchtung Festvorstellung — Prolog und Oper — stattfinden. (H. N.)

Der „Köln. Ztg." wird aus **Wien** geschrieben: „Die Regierung scheint kriegerische Verwicklungen wegen der orientalischen Frage zu besorgen und sich mit dem Gedanken der Aufstellung mehrerer Armeekorps an der türkischen Grenze zu beschäftigen. Die Füllung der Kriegsmagazine ist angeordnet und täglich gehen Militärtransporte nach dem Süd-Bahnhofe. Der Kaiser wird in nächster Zeit sich zur Inspektion des Lagers bei Bruck begeben, wo Truppen konzentrirt werden sollen. Seitens des Kriegsministeriums ist die provisorische Ausführung des Gesetzes über die Organisation des Heeres auch in Ungarn angeordnet. In unterrichteten Kreisen wird versichert, daß in Paris Verhandlungen wegen einer neuen Anleihe stattfinden. Die in Steiermark liegenden Truppen sollen zum Marsch nach Ungarn bestimmt worden sein. In den Grenzprovinzen Rußlands werden, nach glaubwürdigen Nachrichten, gleichfalls militärische Vorkehrungen getroffen.

Prag, 26. Januar. Der Statthalter installirte heute im Stadtverordnetensaal den Dr. Bielsky als Bürgermeister von Prag. Die Eidesablegung und die ganze Feier hatte ein czechisches Gepräge. Der Bürgermeister und der Statthalter sprachen schließlich wenige deutsche Worte.

London, 24. Jan. Die Politik des Fürsten v. Hohenlohe findet bei englischen Publizisten großen Beifall. „Es ist mehr als ein bloßer Entschluß der Regierung des Tages", sagt die „Daily News", „es ist die offene Anerkennung einer von den Interessen des Landes und den Trieben deutscher Vaterlandsliebe gebotenen Politik. Der Pfad, welchen der bayerische Staatsmann betritt, ist der einzige, auf dem er sich von den stärksten Impulsen des nationalen Lebens und der offenkundigen Strömung der geschichtlichen Ereignisse unterstützt sehen wird, und deshalb hat die neue Politik Aussicht auf festen Bestand. Vor dem Prager Frieden verwandte sich Louis Napoleon zu Gunsten der Mittelstaaten. Die bayerische Regierung aber zeigt jetzt, daß sie die Bedeutung der damaligen Vorgänge genau durchschaut und sie lehnt sich nun lieber an ihren alten deutschen Feind an, als an den Freund, der ihr einen so zweideutigen Dienst leistete, indem er den Süden von dem Norden abschnitt. Die Bayern wollen zwar keine Preußen werden, aber sie ziehen der fremden Schutzherrschaft die Vermehrung ihrer Armee und deren Stellung unter preußisches Kommando vor. So wird der ursprüngliche Versuch, das Werk deutscher Einheit zu vereiteln, ihm eher förderlich seyn."

Die Londoner Reformdemonstration am 11. Febr. dürfte sehr großartige Verhältnisse annehmen. Die Reform-Liga hat keineswegs den beabsichtigten „Adressensturm" aufgegeben, wie einige Blätter irrthümlich meldeten. Die Drohungen der konservativen Journale mit Polizeistöcken und Kanonen hat vielmehr nur die Wirkung gehabt, daß an den 10,000 Petitionen eifrig gearbeitet wird, welche von kleinen Deputationen (denn gesetzlich dürfen sie nicht mehr als zehn Personen zählen) an demselben Tag in oder vor dem Parlamentsgebäude präsentirt werden sollen.

Paris, 26. Jan. Der neue Finanzminister Rouher ließ gestern das Syndikat der Wechselagenten zu sich kommen, um ihnen zu erklären, daß er weder eine Anleihe, noch eine andere Vertheilung der Steuern beabsichtige; was die Börse anbelangt, so werde er dieselbe sich selbst überlassen und sich nicht um dieselbe bekümmern, wie es sein Vorgänger gethan habe. — Das „Mémorial Diplomatique" widerlegt heute die Nachricht der amerikanischen Blätter, denen zufolge der Kaiser Maximilian, falls der Congreß, der am 1. Februar in Mexiko zusammentritt, sich für die Republik erklärt, als Candidat zur Präsidentschaft auftreten wolle; wenn das Kaiserreich vor dem Congresse keine Gnade finde, so sei er entschlossen, abzudanken. (K. Z.)

Helsingfors, 22. Januar. Heute erfolgte in schwedischer und finnländischer Sprache die Verkündigung, betreffend die Einberufung des Landtags. Zunächst erfolgte die Einschreibung der Deputirten, die Vereidigung des Landmarschalls, des Erzbischofs und der Sprecher der Bürger und der Bauern. Am Sonnabend wird der Landtag mit der Thronrede eröffnet. (H. N.)

Das „Journ. de St. Petersbourg" enthält einen beachtenswerthen Artikel, in welchem verlangt wird, daß in der orientalischen Frage endlich Thaten geschehen.

Türkei. Vor dem Palaste des Staats-Schatzmeisters in Konstantinopel fand eine Art von Weiber-Krawall statt. Die Frauen der Beamten hatten sich nämlich zusammengerottet, um das rückständige Gehalt ihrer Männer zu fordern, so daß man genöthigt war, sie durch die Kawassen und mit Peitschenhieben zurücktreiben zu lassen. Die Gardetruppen des Sultans haben seit vier Monaten keinen Sold mehr ausbezahlt erhalten. Dem gegenüber ist man in Egypten bemüht, die Steuerkraft des Volkes auf „konstitutionellem" Wege höher anzustrengen, und beabsichtigt zu diesem Zwecke, das französische Steuersystem daselbst einzuführen. Die nöthigen Formulare und sonstigen Bedürfnisse für die Steuereintreibung nach Pariser Muster wurden bereits nach Kairo gesandt.

New-York, 12. Jan. (Durch die „City of Baltimore.") Die Legislatur von Michigan billigte die Anklage Johnsons. — Cortinas drohte abermals Matamoros anzugreifen. Ein Abgesandter Bazaine's unterhandelt angeblich mit Juarez in Durango über Anerkennung der französischen Kriegsansprüche. Maximilian verweilt noch in Puebla. Escobedo marschirt gegen San Luis de Potosi. (T. N.)

New-York, 22. Jan. (Per City of Baltimore.) Ueber die Präsidentenanklage spricht sich der Correspondent des „New-York Herald" in Washington folgendermaßen aus: Ashley aus Ohio, der die Anklage vor den Congreß brachte, sagt, daß das Geschäft der Zeugenvernehmung wohl nicht mit allzugroßer Energie betrieben werden dürfte und Meinungsäußerungen anderer gehen dahin, daß man die Bill ruhig einschlafen lassen werde. General B. F. Buttler hat öffentlich erklärt, der gegenwärtige Congreß werde in Betreff der Anklage nichts thun und Senator Morgan aus New-York äußerte, er glaube nicht, daß es zur Anklage kommen werde. Einige glauben hinwiederum zuversichtlich, daß die Frage mit der größten Entschiedenheit weitergeführt werden wird, die wärmsten Anhänger und Freunde des Präsidenten scheinen zu hoffen und zu wünschen, daß die republikanische Majorität das Anklageprojekt zur Ausführung bringen möchte, da, wie die Führer dieser Partei sagen, das Resultat derselben nur der vollständige Triumph Johnsons und der Zerfall der republikanischen Partei sein würde."

Frankfurter Börse (21. bis 26. Januar).

26. Januar. Oesterreich hat ein zähes elastisches Leben, auch an der Börse, die natürlich so vibrirt, wie der Ton von Oben erklingt. Der Ausgleich mit Ungarn, seit 20 Jahren wiederholt versucht und gescheitert, scheint Hrn. v. Beust endlich, allerdings auf Kosten des deutschen Elements, zu gelingen. Der Neuling in der Hofburg muss unter der Wucht der Verhältnisse anerkennen, was schon vor mehreren Jahren der grosse Staatsmann an der Spree erklärte, indem er den Schwerpunkt des Kaiserstaates als in Ofen zu suchen bezeichnete. Ob den

österr. Staatsgläubigern eine Präpondirung der Magyaren willkommen sein dürfte, wollen wir dahin gestellt sein lassen. Der edle Sohn der Pusta's ist zwar ein chevaleresker Herr, aber mit dem Zahlen hat er sich nie recht befreunden wollen. — Die Börse denkt freilich nur an den Augenblick und die Kurse steigen ganz gegen Erwarten, denn die Spekulanten liegen auf der andern Seite und die Contremine ist ganz beträchtlich. Desshalb ist beispielsweise die Heuer für 1860er Loose auf 1 pCt. gestiegen und Kreditaktien werden jetzt schon für die Ultimoliquidation gesucht. Sämmtliche Notirungen gingen etwas in die Höhe; steuerfreie Metalliques, obschon in Posten aus erster Hand abgegeben, schliessen zu $43\frac{7}{8}$.

Süddeutsche Fonds fast ganz unverändert, indess beständig für Kapitalanlage beachtet. In bayer. Prämienanleihe war der Umsatz weniger belebt, sie gaben gestern bis $100\frac{1}{4}$ nach, um heute gesucht zu 101 zu schliessen. Wir bemerkten in unserm letzten Berichte, dass die Steigerung doch allzu rasch vor sich gehe. — Die heutige Woche brachte unter Rothschild'schem Patronat eine Vermehrung des Materials für solide Kapitalanlagen in einer 5pCt. Anleihe der Stadt München, sie wurde zu 97 aufgelegt und ist bereits zu 99 begehrt.

Der für die gegenwärtige Zeitlage etwas ungestüme Aufschwung der E.-B.-Aktien in letzter Woche konnte nicht ohne Rückschlag bleiben und betrug derselbe 1 bis $1\frac{1}{2}$ pCt. Doch schliessen zu dem ermässigten Kurse die betreffenden Devisen ziemlich fest. Für Bexbacher wird mit Hinzurechnung der 3 letzten Monate vorigen Jahres (also für 15 Monate) eine Superdividende von 8 pCt. in Aussicht genommen. — Für Prioritäten, zumal österreichische in Silber zahlbar, erhält sich dauernder Begehr, der auch von Wien unterstützt wird. Italienische Prioritäten hingegen matt und weichend.

Oesterr. Kreditaktien im Anfang der Woche matter, bewegten sich später in steigender Tendenz und bleiben 144, um 3 fl. höher als in der Vorwoche. — Von Zettelbanken österr. Nationalbank fest und zu 647 ex Divi schliessend. Frankfurter in Folge der Berliner Kammerverhandlungen über die leidige Contributionsfrage matter und angeboten. Der Ausweis der Bank vom 20. Januar zeigt eine Abnahme des Baarvorraths um fl. 404,000 auf fl. 17,168,000, der Noten um fl. 417,000 auf 24,293,000, des Platzportefeuilles um fl. 144,000 und des Lombard um fl. [illegible],000, wogegen sich die fremden Devisen um fl. 804,000 und die Giroguthaben um fl. 852,000 vermehrten.

Die Geldabundanz an allen Börsen wäre erfreulich und fördersam, wenn nicht ein Jeder das innere Bewusstsein einer gewissen Unbehaglichkeit verspürte, dass durch die „jüngste Krönung des grossen Werkes" in Frankreich keineswegs beseitigt ist. Fremde Devisen unverändert.

	21.		26.			21.		26.	
5% Oestr. National	60		51		4% Darmstädt. do.	95	B	95	B
5% do. Metal. (1859)	67		58		3½% do. do.	—		—	
5% do. Lose (1860)	64		64		4½% Nassauer do.	94	B	94	B
— do. do. (1864)	68	B	69		4% do. do.	89	B	89	
Oestr. Kreditl. (58)	113	B	116		3½% do. do.	84		85	B
5% Bayer. Obligat.	100		100		4% Kurhess. do.	92	B	92	B
4½% do. do.	95	B	95	B	3½% Frankf. do.	82	B	81	
4% do. do.	90	B	90		3% do. do.	73	B	—	
4% do. 100 Thl.-L.	101		101		6% Amerik. (1882)	76		76	
4½% Würtemb. Obl.	94	B	94	B	Oestr. Kredit.	140		144	
3½% do. do.	83	B	82		Oestr. Nat.-Bank	639		647	
4½% Badische do.	93		94	B	Frankfurter do.	130	B	129	
4% do. do.	89	B	—		Bexbacher E.-B.	156	B	155	B
3½% do. do.	84	B	84	B	Bayer. Ostbahnen	120	B	118	B

(Aktionär).

Neueres.

München, 27. Jan. Der sechste Ausschuß der zweiten Kammer empfiehlt, die Petitionen der Arbeiter Augsburgs und Nürnbergs wegen Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts für den Landtag und die Gemeinde dem betreffenden Fachausschusse, bez. dem besondern Ausschuß für Sozialgesetzreform, zu überweisen.

München, 27. Jan. Der König hat den zum Tode verurtheilten Mörder Schmatzer begnadigt. — Ein Entlassungsgesuch des Kriegsministers liegt nicht vor. Das Entlassungsgesuch des Generals Stephan ist abgelehnt.

Petersburg, 26. Jan. Ueber den Stand der Bauarbeiten an der russisch-amerikanischen Telegraphen-Verbindung wird gemeldet, daß die russischen Linien ihre Thätigkeit im Herbste 1867 beginnen werden. Recognoscirung und Ausmessung der Behringsstraße ist beendet, die amerikanische Linie bis zur Behringsstraße fertig gestellt worden. Auf sämmtlichen asiatischen Linien werden noch im laufenden Winter die Telegraphenleitungen angefertigt und aufgestellt werden.

Bukarest, 27. Jan. Gestern hat die Kammer den Commissionsantrag bezüglich der Oppenheim'schen Anleihe abgelehnt, und beschlossen, die Anleihe als gesetzlich ins diesjährige Budget aufzunehmen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto 184	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	62½ G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	[illegible] P.
„	5 pCt. Venet. Coupons a. K.	—
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$51\frac{1}{8}$ P. [illegible] G.
„	5 pCt. Metall. Obligation	[illegible] G.
„	4½ pCt.	[illegible]
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 [illegible] P. [illegible] G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	[illegible] G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	95 P.
„	4 pCt. Obl. [illegible] dto.	—
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	90 [illegible] P.
„	4 pCt. Obl. [illegible] dto.	91 [illegible] P.
„	3½ pCt. Obl. [illegible] dto.	83 [illegible] P.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	[illegible] P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	[illegible] P.
Baden	4½ pCt. Obl.	[illegible] P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	[illegible] P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	[illegible]
„	[illegible] pCt. Obl. b. Rothsch.	[illegible] P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	[illegible]
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	95 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	[illegible] P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	[illegible] P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	[illegible] — 80½ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. [illegible]	—
„	2½ pCt.	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	83 P.
N.-Amerika	6 pCt. [illegible] 1881 D. [illegible]	77½ P. [illegible] G.
„	6 pCt. ditto [illegible]	76 [illegible] G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	[illegible] P. [illegible] G.
K. k. Oesterr. National-Bankaktien	653 P. [illegible] G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	67—67½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	[illegible] G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 25	207 . 206 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	[illegible]
Mitteldeutsche Kreditaktien	[illegible] P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 25 kr	[illegible] G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	[illegible]
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	[illegible] P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 24 kr	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	—
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 [illegible]	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	156½ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	[illegible] P.
Pfälz. Max. b. Rothschild à 4½ pCt.	110 [illegible] P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	48 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. [illegible]	71 [illegible] G.
[illegible] Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	[illegible] P.
Bayer. Ostbahn [illegible]	[illegible] G.
bayer. Ostbahnen [illegible]	[illegible]

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	104½ P. 103 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	57½ P. 57 G.
„ fl. 500 v. 1860 [illegible]	65½—[illegible] G.
„ fl. 100 dto. L. v. 1858	116 [illegible] G.
„ [illegible] v. 1864	73 P.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	101 [illegible] G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 P.
Badische fl. 35	53 P.
Kurhess. [illegible]	[illegible] P.
Gr. Hessen fl. 50 [illegible]	142 [illegible] P.
„ fl. 25 [illegible]	[illegible]
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 [illegible] P.
Sardinische Fr. [illegible]	—
Neufchateler 10 Frs.-Loose	
Freiburger 15 Frs.-Loose	
Mailänder 45 Frs. L. [illegible]	28 [illegible] P.
42 Tretten mit [illegible]	34 [illegible] P.
Ansb.-Gunzenh. [illegible]	10 [illegible]

Wechsel in süddeutscher Währung

Amst. fl. 100 k. S.	100 [illegible] G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	[illegible] G.
Augsb. fl. 100 k. S.	[illegible] G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 [illegible] P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	[illegible] P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	[illegible] G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 [illegible]
Hamb. MB. 100 k. S.	[illegible] P.
Leipzig Th. 60 k. S.	[illegible] G.
London Lst. 10 k. S.	[illegible] P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. [illegible]	—
München fl. 100 k.	[illegible] P.
Paris Frs. 200 k. S.	[illegible] P.
Petersburg [illegible] S.-R.	
Triest fl. 100 k.	
Wien fl. 100 ö. W.	8 [illegible] P. [illegible] G.
do. [illegible]	[illegible]
Discont.	[illegible]

Frankfurt, 28. Januar. Die Woche eröffnete mit einer sehr guten Meinung für österr. Werthe, in welchen heute lebhaftes Geschäft zu steigenden Coursen war. Besonders Mobilier, auf welche sich die Spekulation wieder in erhöhtem Maße geworfen hat, waren stark begehrt und gegen die vorige Börse ca. 3 fl. höher bezahlt. Auch 1860er Loose verbesserten ihren Cours und sogar für Staatspapiere, die in der letzten Zeit von dem Aufschwung der Spekulationseffecten nicht in entsprechende Mitleidenschaft gezogen werden waren, zeigte sich heute mehr Liebhaberei. Nach steuerfreien Metalliques war sogar große Nachfrage. — Amerika dagegen partizipirte heute bei beschränkterem Geschäft nicht an der Aufbesserung der übrigen Course, sondern verkehrte ziemlich träge unter der gestrigen Notirung. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
Hof- und Staatsbibliothek
Würzb. Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 30. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 30. Januar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 28. Januar. Se. Majestät der König hat das Generalconsulat für die österr. Seehäfen aufgehoben, dagegen ein Generalconsulat in Venedig errichtet und dasselbe dem k. Generalconsul H. Bernau daselbst übertragen; auf die erledigte Domdechantstelle in dem bischöflichen Capitel zu Regensburg den Kanoniker und Senior desselben Capitels, Priester H. Bauernfeind, ernannt; den Kaminkehrer Fr. Reibert zu Bamberg als Mitglied der Kirchenverwaltung der kathol. Stadtpfarrei St. Martin daselbst bestätigt; den E. Schäfer aus Großostheim und dessen Schwester M. Schäfer, Kinder des verstorbenen prakt. Arztes Dr. Jos. Schäfer von Großostheim, für großjährig erklärt.

München, 27. Jan. Die „Bayer. Ztg.“ enthält in ihrem amtlichen Theile folgende Note, welche am 9. Januar d. Js. gleichlautend an die k. Gesandtschaften zu Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt erging:

„Die Grundverträge des deutschen Bundes sind thatsächlich durch die Ereignisse des letzten Jahres aufgehoben, und während Norddeutschland unter Preußens Führung sich als Bund neu konstituirt, ist ein gleicher Versuch seitens der süddeutschen Regierungen bis jetzt nicht gemacht worden. Der König, mein erhabener Herr, erkennt die Schwierigkeiten, welche der Constituirung einer neuen Bundesverfassung zwischen Bayern und den übrigen deutschen Staaten und namentlich der Regierung, bei welcher Euer &c. &c. beglaubigt zu sein die Ehre haben, zu sehr, um im gegenwärtigen Augenblicke aus der bisherigen zuwartenden Stellung herauszutreten und die Berathung der Grundzüge einer neuen Bundesverfassung anbahnen zu wollen. Nur in einer Richtung erachtet es die k. Regierung durch die Pflicht der Selbsterhaltung dringend geboten, sofort dahin zu wirken, daß an die Stelle der durch die Gewalt der Umstände aufgehobenen Grundbestimmungen andere und, wo möglich, bessere gesetzt werden. Die Bundeskriegsverfassung besteht nicht mehr. Es ist hohe Zeit, zum Schutze Bayerns und der übrigen südwestdeutschen Staaten, nämlich des Königreichs Württemberg, des Großherzogthums Baden und des Großherzogthums Hessen, soweit letzteres nicht dem norddeutschen Bund angehört, gegen äußere und innere Gefahren, eine andere Kriegsverfassung an die Stelle der bisherigen zu setzen, und bei deren Feststellung die gewichtigen Lehren des letzten Jahres zu benützen. Eine Berathung und Vereinbarung der genannten vier Länder über die Nothwendigkeit und über die Grundzüge einer solchen Kriegsverfassung erscheint um so dringender, als die öffentliche Meinung — und mit vollem Recht — in allen diesen Ländern eine Umgestaltung der Heeresorganisation fordert, eben deshalb auch die Nothwendigkeit der Revision der Gesetze über Bildung des Heeres von der k. bayerischen sowohl, als von den übrigen Regierungen anerkannt und solche Revision selbst in Aussicht gestellt ist. Es besteht nun die dringende Gefahr, daß in den genannten Ländern diese Revision in verschiedener, eine einheitliche Militärverfassung derselben für alle Zukunft hindernder Weise erfolge. Diese Gefahr besteht namentlich in Bayern, wo ein vollständiger Entwurf der Militär-Verfassung bereits ausgearbeitet ist, und dem Ministerrath zur Berathung vorliegt. Als den Weg, diese Gefahr zu beseitigen, erachtet nun die k. Regierung den Abschluß einer die Grundzüge einer gemeinsamen oder doch gleichartigen Wehrverfassung der genannten vier Staaten, vorbehaltlich der Genehmigung der Stände, feststellenden Uebereinkunft. Als das Mittel, am raschesten und sichersten über die Schwierigkeit der Ausführung hinwegzukommen, erscheint der k. Regierung eine Conferenz der Minister des Aeußern und des Krieges der genannten vier Staaten. Euer &c. erhalten den Auftrag, die Titl. Regierung zur Theilnahme an solcher Conferenz, die sich zugleich über die Verfügung bezüglich der bisherigen Bundesfestungen Ulm und Rastatt schlüssig zu machen hätte, einzuladen. Als Ort der Conferenz wird Stuttgart, als Zeit, bei der Dringlichkeit der Umstände, Ende Januar 1867 vorgeschlagen.“ Nachdem es gelungen, über den angeregten Plan vorläufige Uebereinstimmung zu erzielen, wurden von Bayern folgende Punkte als Gegenstände der Berathung in Vorschlag gebracht: I. Die Versammelten erkennen es als ein Bedürfniß der Zeit, die Wehrkräfte ihrer Länder zu erhöhen und so zu organisiren, daß sie zu Achtung gebietender gemeinsamer Aktion befähigt werden. II. Sie einigen sich deshalb vorbehaltlich verfassungsmäßiger Mitwirkung ihrer Stände zu möglichster Erhöhung ihrer Wehrkräfte unter einer den Prinzipien der preußischen nachgebildeten Wehrverfassung. III. Als die Prinzipien dieses Wehrsystems, welche den vier Staaten gemeinschaftlich sein sollen, werden bezeichnet: 1) Eintritt in die Armee nach den Grundsätzen der allgemeinen Wehrpflicht mit Aufhebung des Loosens, Tauschens und der Stellvertretung, und mit der zu vollgenügender militärischer Ausbildung nöthigen Präsenzzeit. 2) Uebertritt der ausgedienten Mannschaft in die Kriegsreserve ihrer Abtheilung mit dreimonatlicher Uebung während der Zeit der Dienstpflicht und Verwendung im Kriege gleich der Linie. 3) Hienach Eintritt in die nach Verwaltungsbezirken zu bildenden Reserve-Bataillons mit kurzen Jahresübungen im Frieden, von welchen Dispens ertheilt werden kann, und mit Verwendung neben der Linie im Krieg. 4) Verwendung des Restes der waffenfähigen Mannschaft als Landwehr zum inneren und örtlichen Dienste in zwei Abtheilungen, von denen die jüngere im Kriegsfall innerhalb der Landesgrenze, die ältere nur im Wohnort verwendbar ist. Zum Landwehrdienste sind auch die Verheiratheten beizuziehen. Während der regelmäßigen Präsenzzeit in der Linie (siehe oben Ziff. 1) ist Verheirathung und Auswanderung unstatthaft. Gesetzliche Obsorge für Erhaltung tüchtiger Unteroffiziere wird zugesichert. IV. Die Conferenz wird die minima, unter welche in den Einzeln-Gesetzgebungen nicht herabzugehen ist, bezüglich des zu den Kategorien 1—3 des §. III. beizuziehenden Prozentsatzes der Bevölkerung festzustellen haben. V. Die Versammelten bekennen sich, bezüglich der Organisation ihrer Armeen, zu dem Prinzip, daß die Armeen so gleichartig eingetheilt und ausgerüstet werden, als zu gemeinschaftlicher Aktion nöthig ist. VI. Sie werden sich über die Instruktion einer ad hoc unter dem Vorsitze Bayerns baldmöglichst zu berufenden Militär-Commission zu einigen haben. VII. Bezüglich der Festungen Ulm und Rastatt wird ein Entschluß bis nach Beendigung der möglichst zu beschleunigenden Liquidations-Verhandlungen aufzuschieben sein. Es wird auf dieser Grundlage die Conferenz, an welcher die kgl. bayerischen Minister des Aeußern und des Krieges Theil zu nehmen beabsichtigen, am 3. Februar 1867 zu Stuttgart eröffnet werden.

Aus **München,** 26. Jan., schreibt man der „A. Z.“: „Die bayerischen und württembergischen Offiziere, welche in gemischter Commission gegenwärtig hier gemeinschaftlich verschiedene Modelle neuer Schießwaffen prüfen, um wo möglich eine Einigung über eine gleiche Schießwaffe für die Heere beider Nachbarstaaten zu erzielen, haben sich heute zu Zwecken ihrer Mission nach Augsburg begeben. Die drei vom kgl. württembergischen Kriegsministerium hieher gesendeten Offiziere sind die HH. Oberst Zimmerle von Ulm, Artilleriemajor Dorn und Jäger-Hauptmann Frhr. v. Gaisberg von Stuttgart.

Dem „Nürnb. Korr.“ schreibt man aus **München,** 25. Jan.: „Die neuliche Kundgebung des Ministeriums des Innern an der Spitze der „Bayer. Ztg.“, daß die Regierung jede Verantwortlichkeit für die im nichtamtlichen Theile dieser Zeitung erscheinenden Artikel ablehne, konnte nicht verfehlen, Aufsehen zu erregen. Nach mehrseitig eingezogenen Erkundigungen soll eine von der österreichischen Gesandtschaft erhobene Beschwerde über die Haltung der „Bayer. Ztg“ bezüglich der inneren österreichischen Verhältnisse hiezu Anlaß gegeben haben. Indessen wird die Regierung derartige Reklamationen mit der Berufung auf die selbstständige Stellung der Redaktion schwerlich unter allen Umständen zurückweisen können, da ihr doch immer entgegengehalten werden könnte, daß sie, wenn sie nur wolle, auf die Haltung des von ihr verlegten, in ihrem Eigenthume befindlichen Blattes maßgebenden Einfluß üben könne. Dieser scheint denn auch in der That, nach der neueren Haltung des Blattes zu schließen, in Folge jener Beschwerde der österreichischen Gesandtschaft geübt worden zu sein. — Vor einigen Tagen ist durch fast alle deutschen Zeitungen die Nachricht gelaufen, daß Bayern dem preußischen Antrage auf Aufhebung des Salzmonopols jetzt beistimme, da der gegenwärtige Minister Fürst Hohenlohe anders als sein Vorgänger im Amte über diesen

Punkt beale. Es ist aber zuverlässig und wird von keiner Seite widersprochen werden können, daß die bayerische Note, welche den preußischen Antrag auf Aufhebung des Salzmonopols im Prinzip und unter Vorbehalt von Unterhandlungen über die Detailausführung zustimmend beantwortete, von Anfangs Dezember datirt, also noch von dem Frhrn. v. d. Pfordten herrührt und daß seitdem eine weitere Kundgebung der bayerischen Regierung in dieser Angelegenheit weder erfolgt ist noch veranlaßt war.

Darmstadt, 25. Jan. Die militärischen Angelegenheiten des Großherzogthums haben ihren definitiven Abschluß erhalten. Die hessischen Truppen bleiben in einer Division in der Stärke von 18,000 Mann vereinigt im Lande. Zu diesem aktiven Stamm tritt in Kriegszeiten eine Reserve von 12,000 Mann, welche alsdann unter den Oberbefehl des Königs von Preußen gestellt werden. (Frkf. Ztg.)

Berlin, 26. Jan. Eine Vereinbarung über den Vertrags- und Verfassungsentwurf ist in der Conferenz des norddeutschen Bundes, wie es heißt, bis heute noch nicht erzielt, hauptsächlich wohl deßhalb nicht, weil die meisten Bundesstaaten auf der Forderung beharren, daß die allgemeinen Ausgaben der Militärverwaltung von den Specialausgaben getrennt werden sollen, während Preußen an dem Verlangen festhält, daß für den Kopf der auszuhebenden Mannschaft 225 Thlr. gezahlt und etwaige Ueberschüsse in den Bundeskriegsschatz fließen sollen. (A. Z.)

Das in **Rom** erscheinende offiziöse Blatt „Osservatore Romano" enthält in seiner Nummer vom 8. Januar einen in hohem Grade interessanten Artikel, der gegen die von den Gegnern Preußens gehegte Anschauung gerichtet ist, als ob in der Erweiterung der preußischen Macht eine Gefahr für den Katholizismus läge. Das römische Blatt spricht im Gegentheil die Ueberzeugung aus, daß selbst ein zum deutschen Kaiserreich erweitertes Preußen für das Papstthum in keiner Weise bedrohlich sein würde, da die bisherige Stellung der preußischen Regierung zur katholischen Kirche den Katholiken der ganzen Welt die Beruhigung gewähren müsse, daß die Macht des preußischen Staates niemals gegen die Interessen der katholischen Kirche und des Papstthums gerichtet sein werde. Diese gerechte Anerkennung des Verhaltens der preußischen Regierung, von solcher Stelle ausgehend, wird in den katholischen Kreisen weithin ihren Eindruck nicht verfehlen können. — Ueber die zwischen Rom und Italien neuerlich schwebenden Verhandlungen zu Verkehrserleichterungen sind keine neueren Daten bekannt geworden. Dagegen scheint man in Rom die von der italienischen Regierung projektirte Operation mit den Kirchengütern nicht mit günstigen Augen anzusehen, da das „Giornale di Roma" es für nöthig erachtet, in Abrede zu stellen, daß der Papst dem Projekte seine Zustimmung gegeben habe. (N. A. Z.)

Hamburg, 27. Jan. Aus Paris werden folgende bestimmte Details über den Amortisationsplan Lagrand's gemeldet. Gegen Ueberweisung eines bestimmten Antheils an den öffentlichen Staatseinnahmen für eine gewisse Zeitperiode und die zuzugestehende Nutznießung eines gewissen Theils des Staatseigenthums will Lagrand die Amortisirung der österreichischen Staatsschuld übernehmen, wenn das Gouvernement sich anheischig macht, das Budget mit einem nicht zu überschreitenden Maximalsatz festzustellen.

Wien, 26. Jan. Durch kaiserliche Entschließung vom 14. d. M. ist die Anwendung der körperlichen Züchtigung beim Militär in der Art beschränkt worden, daß die Mannschaften vom Unteroffizier abwärts im Disciplinarwege mit dieser Strafe nur dann zu belegen sind, wenn sie wegen einer entehrenden Handlung schon früher mit einer Disciplinar- oder gerichtlichen Strafe belegt worden sind und sich neuerlich einer solchen Uebertretung schuldig machen. Auch von den Strafgerichten ist wegen strafbarer Handlungen, die entehrend sind, und zwar gegen Personen, die sich zum ersten Male derselbe schuldig machen, nur dann auf körperliche Züchtigung zu erkennen, wenn nach dem Gesetze die Strafe auf Kerker über ein Jahr oder auf Arrest über zwei Jahre zu verhängen wäre. (Pr.)

Wien, 26. Jan. Nach spezieller Anordnung des Kaisers sind diejenigen österreichischen Regimenter, welche kurz nach dem Ausbruche des Kriegs nur noch nach ihrer Nummer geführt werden durften, fortan wieder gleichzeitig nach dem Namen ihrer frühern Inhaber (König von Preußen, Großherzog von Baden, Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, Kronprinz von Preußen, Prinz Karl und Prinz Friedrich von Preußen, endlich Graf Wrangel) zu bezeichnen. Inwiefern etwa auch die Erklärung zurückgezogen worden ist, womit die österreichischen Erzherzoge, welche Chefs preußischer Regimenter waren, (Albrecht, Leopold und Karl Ludwig) auf diese Ehrenstellen Verzicht geleistet, verlautet nicht.

Wien, 28. Jan. Seitdem die Vorverhandlungen mit Ungarn zum Abschlusse gelangt sind und die Weiterentwicklung in der Ausgleichsfrage von dem Fortgange der Berathungen in der Siebenundsechziger-Kommission abhängt, wendet sich die Aufmerksamkeit wieder mehr den Vorgängen in den Ländern diesseits der Leitha zu. In Regierungskreisen scheint man zwar noch immer an das Zustandekommen des „außerordentlichen Reichsraths" zu glauben, aber die ursprüngliche Zuversicht ist gewichen und man beschäftigt sich vielfach mit den Konzessionen, durch die man denselben dem ordentlichen der Februarverfassung näher stellen, oder durch letzteren ersetzen könnte, ohne gerade den Namen des ersteren fallen lassen zu müssen. Wie wir vernehmen, sollen diese Zugeständnisse in der kaiserlichen Botschaft zusammengefaßt werden, mit welcher die bevorstehende Landtagssession inaugurirt werden wird. Dieselbe wird deßhalb offen das Einlenken in die verfassungsmäßigen Bahnen betonen und die Revision der Februarverfassung als das Eigentliche der Thätigkeit des außerordentlichen Reichsraths hinstellen und zu dem Behufe ein Minister-Verantwortlichkeitsgesetz für die Länder diesseits der Leitha ankündigen. Dieses Ministerium würde natürlich als cisleithanisches, nur der Vertretung der Länder diesseits der Leitha verantwortlich, somit dem ungarischen Ministerium vollständig koordinirt sein. Ueber diesen beiden Ministerien und den ihnen korrespondirenden Vertretungs-Körperschaften hätte dann das Reichsministerium zu stehen und zwar gleichfalls verantwortlich dem Reichssenat, welcher nach den Ansichten der Regierung aus den Delegationen hervorgehen soll. Gewiß ein sehr künstlich verschlungener Organismus, dessen praktische Möglichkeit sich aber erst erproben muß. Die Delegationen werden sich vorerst wohl nur mit dem Heeresergänzungs-Gesetze beschäftigen. (Pr.)

Pesth, 27. Jan. Die Linke hielt heute nach 10 Uhr Vormittags eine Konferenz bezüglich ihres Verhaltens bei den Berathungen der Siebenundsechziger-Commission. In dieser Konferenz wurde von den Urhebern des Minoritätsvotums erklärt, daß sie dasselbe zurückziehen; übrigens erklärte die Linke, sich streng an der Gesetzlichkeit zu halten, und lehnte das Prinzip der Delegationen ab. Die Linke wird, mit den Berathungen der Siebenundsechziger-Kommission Schritt haltend, nach jeder Sitzung derselben ihre Konferenz fortsetzen und über die Details berathen.

London, 25. Jan. Der Entwurf für die Konföderation der englisch-amerikanischen Kolonien ist vollendet und hat auch die Genehmigung der Regierung erhalten. Glieder derselben sind vorerst Kanada, Neubraunschweig und Neuschottland, während für Neufundland, die Prinz-Edward's-Inseln und die westlichen Territorien der spätere Zutritt unter angemessenen Bedingungen freigehalten wird. Gegenwärtig ist das Kolonialamt mit der Abfassung der betreffenden Bill beschäftigt, welche bald nach Eröffnung der Session dem Parlamente vorgelegt werden wird. (Köln. Ztg.)

In der äußern Politik zieht das Programm des bayerischen Ministerpräsidenten die Aufmerksamkeit der englischen Publicistik in hervorragendem Maße auf sich. Die Beurtheilung desselben führt begreiflicherweise zu allgemeineren Betrachtungen über die Lage Deutschlands, und ist es als eine erfreuliche Thatsache zu konstatiren, daß eine richtige Auffassung der deutschen Verhältnisse in der englischen Presse täglich mehr Boden gewinnt. Am prägnantesten tritt diese Erscheinung in einem, der Rede des Fürsten Hohenlohe gewidmeten Artikel der „Daily News" hervor, welcher zwar in Bezug auf die Motive des bayerischen Ministerpräsidenten etwas zu weit gehen mag, über den Norddeutschen Bund jedoch die, von jedem Freunde desselben gewiß gerne acceptirte treffende Ansicht ausspricht: „So weit es sich um Norddeutschland handelt, sind die größten Schwierigkeiten Preußens, als der Macht, welche Deutschland zu einen berufen ist, überwunden. Niemand, denken wir, gibt sich in Wirklichkeit dem Wahne hin, daß irgend einer der norddeutschen Staaten dem Norddeutschen Bunde wieder entfallen wird."

Petersburg, 26. Jan. Die Funktion des General-Polizeimeisters im Königreiche Polen wurde aufgehoben. Die laufenden Geschäfte wurden den Gouverneuren und Kreischefs übergeben. Die Ausgabe der Pässe in's Ausland wurde zeitweilig dem Chef der Gendarmerie des Warschauer Bezirkes übertragen.

Petersburg, 26. Januar. Ein Aufruf, zur Erbauung eines russischen Tempels in New-York Beiträge zu leisten, wurde veröffentlicht. — Die „Nordische Post" sagt: „Der Bau einer russischen Kirche in New-York sei die Erwiederung auf das Streben der anglikanischen Kirche zur Annäherung an die russische Kirche.

Das **New-Yorker** Gerücht, Amerika stehe im Begriff, den Dänen die Insel St. Thomas für 15. Mill. Dollars abzukaufen, ja, es sei die Summe bereits nach St. Thomas unterwegs, ist mit Vorsicht aufzunehmen. Von anderer Seite wird gemeldet, es handle sich blos um die Erwerbung der Bai von Samana an der Hayti'schen Küste, zu deren Erwerbung der Kongreß 200,000 Dollars ausgesetzt habe. Den Ankauf sollte der Hülfs-Staatssekretär Friedrich Seward, der am 2. Januar mit dem Dampfer „Don" von Annapolis abgefahren ist, besorgen. Daß die Vereinigten Staaten

sich nach einer passenden Station auf einer der westindischen Inseln umsehen, ist längst bekannt.

Die Frage, ob der Präsident Vergehen begangen hat — schreibt der „Times"-Correspondent aus Washington — die ihn einer Anklage unterwerfen, liegt jetzt in der Hand des richterlichen Comites, welches bevollmächtigt ist, Zeugen zu laden und zu verhören, und das Resultat seiner Untersuchungen in einem Berichte dem Hause vorzulegen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß vor dem Komite sich hinreichende Klagepunkte finden werden, um nach der Ansicht der Radikalen eine Anklage zu rechtfertigen. Die Zusammensetzung des Komites an sich ist den Zwecken der Partei, die sich gegen die Exekutive verschworen, äußerst günstig. Die Mitglieder desselben sind, mit einer oder zwei Ausnahmen, Radikale von der extremsten Richtung. Oberst Forney, der verbissenste und rachsüchtigste von allen Feinden des Präsidenten, schreibt im Tone des Jubels: das Comite scheint wie für seine Arbeit ausgesucht zu sein. Das Haus war in großer Aufregung, als Mr. Ashley sich erhob, um seine Resolution einzubringen. Saal und Gallerien waren zum Erdrücken voll. In seiner Rede, die er schon begonnen, von einem demokratischen Mitgliede in Betreff eines Punktes der Geschäftsordnung unterbrochen, ging er sofort zur Verlesung der folgenden Resolution über: Ich klage Andreas Johnson, Vice-Präsidenten und zur Zeit Präsidenten der Vereinigten Staaten, hoher Staats-Verbrechen und Gesetz-Ueberschreitungen an. Ich beschuldige ihn der Ueberschreitung der Amtsgewalt und gewaltsamer Eingriffe in die Gesetze insofern, als er von seinem Stellenvergebungs-, Begnadigungs- und Veto-Rechte einen ungesetzlichen Gebrauch gemacht, Staatseigenthum unrechtmäßigerweise verwendet, die Wahlen in gesetzwidriger Weise beeinflußt und selbst Handlungen begangen und sich mit Anderen zu Handlungen vereinigt hat, die nach der Konstitution hohe Staatsverbrechen und Vergehen sind. Deshalb sei es beschlossen, das richterliche Comite hierdurch zu autorisiren, die Amtsführung des Andreas Johnson, Vicepräsidenten und betraut mit den Geschäften als Präsident der Vereinigten Staaten, einer Untersuchung zu unterwerfen und diesem Hause zu berichten, ob nach seiner Ansicht der besagte Andreas Johnson während seiner Regierung sich Handlungen hat zu Schulden kommen lassen, die darauf hingingen oder berechnet waren, die Regierung, oder irgend welche Departements oder Beamten derselben zu stürzen, zu verkehren oder zu korrumpiren und ob er sich Handlungen hat zu Schulden kommen lassen, die als hohe Staatsverbrechen oder Vergehen nach der Konstitution das Dazwischentreten der konstitutionellen Gewalt dieses Hauses erfordern, und ferner sei beschlossen, das besagte Comite zu bevollmächtigen, die nöthigen Personen und Papiere herbeizuschaffen und den gewöhnlichen Zeugeneid abzunehmen.

Berichte aus **Mexiko** sprechen von der mehr und mehr überhandnehmenden Unzufriedenheit der französischen von dort heimkehrenden Armee. Die Rolle, zu der sich dieselbe verdammt sieht, mißfällt ihr im höchsten Grade, und die Korpsführer sehen sich oft genöthigt, zu den strengsten Strafen zu greifen, wenn, wie geschehen, der Kaiser von den Soldaten offen als „Verräther" gebrandmarkt wird. Die Rücknahme der außerordentlichen, an Bazaine verliehenen Vollmachten tritt erst, obgleich vom 16. Januar datirt, mit dem ersten Februar in Kraft. Die Pariser offiziösen Blätter versichern übereinstimmend, daß der Kaiser Max sich am 25. Dez. in Puebla befand, wohin sich der französische Gesandte, Herr Dano, und der General Castelnau gleichfalls begeben hatten. Dort, schreibt die „France", sollten die Projekte des Kaisers Maximilian und die Eventualitäten, welche sich aus seinem Appell an die Nation ergeben könnten, besprochen werden. — Am 1. Februar soll das Skrutinium für den National-Congreß in Mexiko eröffnet werden. — Der „Standard" will wissen, daß das Washingtoner Kabinet in Sachen der Alabama auf die Vorschläge Englands eingegangen ist. Die Angelegenheit soll durch eine internationale Commission von Rechtsgelehrten untersucht und dann durch den endgiltigen Schiedsrichterspruch eines fremden Souveräns entschieden werden.

Neueres.

Prag, 28. Jan. Die czechischen Journale melden, die Regierung trage sich mit dem Gedanken, gegen die Herren v. Plener, Pratobevera und Lasser wegen ihrer Thätigkeit in Wahl-Angelegenheiten einzuschreiten. Die Nachricht findet jedoch vorläufig wenig Glauben. (Pr.)

Troppau, 28. Jan. Bei den heutigen Landtagswahlen erlitt die czechische Partei nach heftigem Wahlkampf eine vollständige Niederlage. In sämmtlichen Landwahlbezirken sind die deutschen Candidaten durchgedrungen. In der Umgebung von Troppau wurden gewählt: Baron Pillersdorf und Gemeindevorsteher Hawran; in Jägerndorf: Herrmann Kudlich. (Pr.)

Florenz, 28. Jan. Das Projekt über die Freiheit der Kirche und die Liquidation der Kirchengüter erklärt die Kirche frei von aller Einmischung des Staates in die Ausübung des Kultus und die Ernennung der Bischöfe. Die Vereidigung, das Placet und das Exequatur werden abgeschafft, ebenso wie Privilegien und Exemtionen der Kirche im Staate. Die Kirche wird für sich selbst sorgen mit dem freien Konkurs der Gläubigen und den ihr gehörigen oder rechtmäßig erworbenen Gütern; es hören damit die Leistungen auf, welche zu Lasten des Staates, der Provinzen oder der Gemeinden bestanden. Wenn die Bischöfe erklären, daß sie selbst die Konversion und Liquidation der geistlichen Güter übernehmen wollen, müssen sie innerhalb zehn Jahren diese Güter ablösen, indem sie dieselben aus Immobilien in Mobilien umwandeln. Sie werden dem Staate 600 Millionen in sechsmonatlichen Raten von 50 Millionen zahlen und die Pensionen übernehmen, welche den Mitgliedern der aufgehobenen geistlichen Korporationen zugesprochen sind. Wenn die Mehrzahl der Bischöfe sich weigern sollte, so wird die Regierung die Konversion ausführen, den Bischöfen fünfzig Millionen mit fünfprozentiger Rente zuweisen, dagegen die Disposition über alle geistlichen Güter übernehmen und die Immobilien verkaufen. Die oben erwähnten Pensionen bleiben zum Besten der Bischöfe. Dem Projekte ist die Konvention angehängt, welche der Minister Scialoja mit dem Hause Langrand-Dumonceau abgeschlossen hat.

Bukarest, 27. Jan. In der gestrigen Kammersitzung wurde der vom Deputirten Bojaresco gestellte Antrag: „In Anbetracht dessen, daß die Konstituante die Regierung ermächtigte, eine Anleihe abzuschließen, ohne die Bedingungen vorzuschreiben, oder der künftigen gesetzgebenden Versammlung die Ratifikation zu reserviren, ist die abgeschlossene Anleihe gesetzlich, somit deren Ziffer in das diesjährige Budget aufzunehmen", mit 58 gegen 40 Stimmen angenommen. Damit fällt der Antrag der Finanzkommission auf ein Mißtrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten.

Verhandlungen der physikalisch-medizinischen Gesellschaft in Würzburg.

III. Sitzung am 26. Januar 1867.

Hr. v. Bezold hält einen Vortrag über den Einfluß der Herz- und Gefäßnerven auf den Blutstrom der Säugethiere.

Im physiologischen Laboratorium sind unter der Leitung und Mitwirkung des Vortragenden von den Herren Dr. Stezinsky aus Kasan, Dr. Carl Bever aus Würzburg und stud. med. Richard Gscheidlen aus Augsburg Versuche über die Beziehungen zwischen Blutdruck und Pulsfrequenz, über den Einfluß der Verblutung auf die Häufigkeit des Herzschlages, über die Innervation des Herzens vom Rückenmarke aus, über den Einfluß des N. splanchnicus auf Blutstrom und Herzbewegung, endlich über die Fortbewegung des in den Gefäßen ruhenden Blutes durch die unter dem Einflusse des Gehirns erfolgende Verengerung der kleinen Arterien und Venen *) angestellt worden, aus denen sich folgende allgemeine Schlüsse über den Mechanismus ergeben, durch welche das Gehirn, wenn man vom regulatorischen System des Vagus absieht, auf die Blut- und Herzbewegung einwirkt. Die Häufigkeit und Energie des Herzschlags beim Säugethiere kann vom Gehirn aus vermehrt werden auf einem direkten und einem indirekten Wege.

Auf direktem Wege werden diese Funktionen vermehrt durch besondere Beschleunigungsnerven, welche einmal im Halssympathikus, und zweitens durch das Halsmark verlaufen und zwischen Aorta und Pulmonalis in die Herzsubstanz eintreten.

Der Ursprung dieser Beschleunigungsnerven ist mit Wahrscheinlichkeit in das verlängerte Mark zu verlegen; außerdem sind innige Beziehungen zwischen den Zuständen des großen Gehirns und den erwähnten Nerven nachzuweisen.

Auf indirektem Wege werden die Häufigkeit und Energie der Herzkontraktionen vermehrt durch die Gefäßnerven des Körpers, deren Centra ebenfalls im verlängerten Marke liegen und welche vom Gehirn aus in einer tonischen Erregung erhalten werden. Ihr Einfluß auf die Herzbewegung geschieht hauptsächlich durch die Erhöhung des Seitendrucks im Aortensystem, welche hervorgebracht wird durch die Verengerung, ja theilweise völlige Verschließung der Bahnen, durch welche das Blut aus den größeren Arterien in die Capillaren des Körpers abfließt. Jene Druckerhöhung hat eine entsprechende Druckerhöhung in dem linken Herzen zur Folge und diese ist als ein mechanischer Reiz zu betrachten, der das muskulomotorische Herznervensystem

*) Eine etwas ausführlichere Mittheilung der Hauptresultate dieser Versuche findet man im Centralblatte für die med. Wissenschaften 1866 Nr. 52 und 54 und 1867 Nr. 2.

zu erhöhter Thätigkeit anregt. Die wichtigsten Gefäßnerven des Körpers sind die N. splanchnici, da sie die ausgedehnten Gefäßbezirke der Unterleibsorgane innerviren, welche sich durch eine besonders große Veränderlichkeit ihres Volumens im Verhältniß zu den übrigen Körpergefäßen auszeichnen. Die Reizung dieser Nerven hat eine gewaltige Druckerhöhung, ihre Lähmung eine sehr starke Druckerniedrigung im Aortensysteme zur Folge.

Außer dieser den Widerstand im Arteriengebiet erhöhenden Wirkung der Gefäßnerven, ist noch ein anderer Einfluß derselben auf den Blutstrom zu konstatiren. Dieser besteht in einem Weiterschieben des Blutes aus dem Arterien- in's Venensystem bei der Kontraktion der Arterienmuskeln. Dabei wird die gesammte Kraft der Kontraktion für die Weiterbewegung des Blutes im Sinne der normalen Blutströmung verwerthet. —

Bei starker Herztriebkraft wird sich wesentlich der widerstanderhöhende, bei sehr geschwächter Herzarbeit mehr der treibende Einfluß der Arterienmuskulatur geltend machen. —

Noch unveröffentlicht sind die Versuche, welche Herr Dr. C. Bever gemeinschaftlich mit dem Vortragenden über den Einfluß angestellt hat, welchen die 3. Wurzel des Ganglion stellatum auf den Herzschlag hat. Diese Wurzel geht mit der Art. vertebralis durch den 6. Intervertebralraum, und ist das Analogon des Plexus symp. vertebralis beim Menschen. Präparirt man diese Wurzel sehr vorsichtig am lebenden Kaninchen, entweder bei eröffnetem oder uneröffnetem Thorax und reizt sie nach Abtrennung der Medulla spinalis von der M. oblongata, so kann man durch diese Erregung den Herzschlag beschleunigen und verstärken. In 6 bisher untersuchten Fällen haben wir 3mal sehr schöne und regelmäßige Beschleunigungen des Herzschlages bekommen. Dieser Nerv ist also jedenfalls eine der Bahnen, auf welchen der durch's Rückenmark geleitete beschleunigende Einfluß des Gehirns zum Herzen geht. —

Der Vortragende gibt ferner eine Beschreibung der Herznerven des Kaninchens nach Präparaten, die Herr Dr. Bever selbstständig angefertigt hat. Diese Präparationen beziehen sich auf die Wurzeln und Aeste des Ganglion stellatum. Sie bestätigen im Wesentlichen die Präparationen von Ludwig, Thiry und Cyon. Als neu möge hier nur das regelmäßige Vorhandensein von 2 kurzen Anastomosen zwischen Vagus und Ganglion stellatum hervorgehoben werden.

Endlich beschreibt der Vortragende einen Fall von Herzstillstand beim Kaninchen, erzeugt durch starke intracardiale Druckerhöhung mittelst heftiger Erregung der Gefäßnerven. Die Kontraktionen waren unzählbar häufig, fast tetanisch und schließlich stand das Herz im Zustande höchster Erweiterung still (Vagi waren durchschnitten).

Auspumpen des Herzens mittelst rythmischen Zusammendrückens mit der Hand leitete wieder regelmäßige Pulsationen ein, die aber nach einer gewissen Zeit von selbst wieder unregelmäßig und schwach wurden und schließlich von selbst erloschen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Verlagshandlung der illustrirten Zeitschrift „Zu Hause. Geschichten und Bilder zur Unterhaltung“ (Eduard Hallberger in Stuttgart) hat ihren Lesern mit dem kürzlich begonnenen neuen Jahrgang eine nicht hoch genug anzuschlagende Vergünstigung gewährt. Jeder Abonnent dieser Zeitschrift hat nämlich das Recht, von der Verlagshandlung

Schiller's sämmtliche Werke

in einer neuen, schönen Cotta'schen Original-Ausgabe zu dem außerordentlich billigen Preise von **nur 5 Sgr. oder 18 kr. rh. pro Lieferung** zu beziehen. Das Ganze erscheint in 12 Lieferungen, von denen bereits die drei ersten ausgegeben sind. Der Preis dieser Ausgabe ist **um die Hälfte billiger**, als derjenige der billigsten aller bis jetzt erschienenen Ausgaben. Wer weiß, welche Bedeutung unser Schiller für die Veredlung und Sittigung des Volkslebens hat, wird mit uns anerkennen, daß es eine passendere Erwerbung für die eigene Bibliothek oder als Festgeschenk nicht gibt als diese billigste und dabei vollständige, korrekte und elegant ausgestattete Ausgabe **Schiller's**. Möchte sie zum Segen der deutschen Geistesbildung recht bald sich in jeder Familie einbürgern und der Geist des unsterblichen Dichters und Denkers jedes deutsche Herz erfüllen: dann ist es uns nicht mehr dafür bange, daß das Räthsel der deutschen Einheit und Freiheit nicht lange mehr auf seine Lösung harren wird. — Der neue Jahrgang von „Zu Hause“, der mit dem Oktober 1868 begonnen, hat sich wieder mit einer prächtigen Erzählung des vielgewanderten und vielgewandten Friedrich Gerstäcker: „Ueber Land und Meer“, mit einem sehr spannenden Roman der berühmten Schriftstellerin E. Braddon: „Der Neffe aus Jamaika“ und einer gemüthlichen Volkserzählung aus Obersteiermark von Cornelius Born: „Die Hammerschmiede“ in ansprechendster Weise eingeleitet. Die übrigen Artikel sind alle von allgemeinem interessanten Inhalt und von bewährten Volksschriftstellern. Die Illustrationen, ebenfalls von Künstlern von Ruf herrührend, sprechen durch Gehalt und Ausführung gleich sehr an. Die Abonnenten der beispiellos billigen Zeitschrift erhalten neben der Schiller-Prämie noch als **Gratis-Prämie** einen prachtvollen Stahlstich: **„Der Abschied,“** gemalt von A. Tidemand, gestochen von Michaelis.

(In Würzburg vorräthig in der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung.)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. 9. 5. K.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto [illegible]	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	64 1/8 P. 63 7/8 G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	59 P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. K.	—
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	[illegible]
"	5 pCt. Metall. Obligation	43 G.
"	4 1/2 pCt. [illegible]	3[illegible] P. 3/8 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 5/8 P. [illegible] G.
"	4 1/2 pCt. Obl. [illegible] ditto	9[illegible] P.
"	4 1/2 pCt. Obl. [illegible] ditto	95 P.
"	[illegible] pCt. Obl. [illegible] ditto	
"	4 pCt. Obl. [illegible] ditto	9[illegible] P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. ditto	91 G.
"	4 1/2 pCt. Obl. ditto	8[illegible] P.
Württemb.	3 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	[illegible] 3/4 G.
"	4 1/2 pCt. Obl. ditto	8[illegible] P.
Baden	3 1/2 pCt. Obl.	[illegible]
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	83 1/2 G.
Gr. Hess.	3 1/2 pCt. Obl.	
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 3/4 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. ditto	—
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. ditto	93 1/2 P.
"	4 pCt. Obl. ditto	[illegible] P.
"	3 1/2 pCt. Obl. ditto	[illegible] P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	[illegible] G.
Spanien	3 pCt. inl. [illegible] P. [illegible]	—
"	2 1/2 pCt. [illegible]	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	8[illegible] P.
N.Amerika	6 pCt. [illegible] 1881 [illegible]	—
"	6 pCt. ditto v. 1882	76 7/8 - 3/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	12[illegible] G.
K. k. Oesterr. National-Bankaktien	664 P. 650 G.
Oesterr. Creditbank-Aktien à fl. 200	43 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	[illegible] P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	[illegible] 208 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	—
Mitteldeutsche Kreditaktien	[illegible] P.
Intern. Bank in Lux. à 500 Frs. [illegible]	[illegible] G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	[illegible]
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	109[illegible] P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. [illegible]	—
" Elisab.-Eisenbahn à pCt.	—
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 [illegible]	—
Rhein-Nahe-Bahn [illegible] Thl. à 105 4pCt. [illegible]	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	15[illegible] P.
ditto ditto Prior. à 4 pCt.	[illegible] P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	11[illegible] P.
[illegible] Prior.-Oblig. à 5 pCt.	[illegible] P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. [illegible]	72 G.
[illegible]	—
3pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	45 1/2 P. 45 G.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	11[illegible] G.
Bayer. Ostbahn mit [illegible]	

Wechsel
in süddeutscher Währung

Amst. fl. 100 k. S.	100 [illegible]
Antwerp. Frs. 200 k. S.	[illegible] G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 [illegible]
Berlin Th. 60 k. S.	[illegible] P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	[illegible] P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	[illegible]
Cöln Thlr. 60 k. S.	[illegible]
Hamb. Mk. 100 k. S.	[illegible]
Leipzig Th. 60 k. S.	[illegible]
London Lst. 10 k. S.	[illegible] P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. [illegible]	—
München fl. 100 k. S.	[illegible] P.
Paris Frs. 200 k. S.	[illegible] P.
Petersburg [illegible]	—
Triest fl. 100 k. S.	
Wien fl. 100 k. S.	[illegible] G.
[illegible]	[illegible] P. [illegible] G.
Disconto	[illegible]

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	104 P.
" [illegible] v. 1854 [illegible] 4pCt.	58 1/2 P. 56 G.
" fl. 500 v. 1860 4/7	65 3/4 G.
" fl. 100 Kreb.-L. v. 1858	117—1/2 G.
" ditto v. 1864	72 P.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	101 [illegible] G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 P.
Badische fl. 35	53 P.
Kurhess. Thlr. 40	54 P.
Gr. Hessische fl. 50 b. R.	142 [illegible]
" fl. 25 ditto	44 [illegible]
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neufchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. [illegible]	28 [illegible] P.
[illegible]	[illegible]
[illegible]	10 [illegible]

Frankfurt, 29. Januar. Der heutigen Börse fehlte eine ausgeprägte Physiognomie. Sie suchte offenbar nach dem Rechten und schien es nicht sicher finden zu können, daher einzelne Effektengattungen, in denen starkes Geschäft war, wie z. B. neue engl. Metalliques und Creditaktien, wiederholten Schwankungen unterworfen waren. In Creditaktien fanden starke Deckungskäufe statt. Für Amerikaner war kein besonderes Animo, obwohl bessere Goldcourse vom 28. da waren und obgleich sich die unter demselben Tage von New-York gemeldete Panik in Fonds nur auf Eisenbahnaktien bezieht, während Bonds sogar 1/4 pCt. besser kamen. Von Wechseln Wien etwas höher, in Süddeutschen wenig Geschäft.
(Hdb.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 31.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 31. Januar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 29. Januar. Se. Majestät der König hat den Notar J. Klee von Kusel nach Göllheim und den Notar J. Heck von Rheinzabern nach Kusel, beide ihrem Ansuchen entsprechend, versetzt; dann den Rechtskandidaten K. Obee von Kriegsfeld zum Notar in Rheinzabern ernannt; den Gerichtsschreiber K. v. Jäklein vom Landger. Gräfenberg an das Landger. Rothenfels und den Gerichtsschreiber W. Rieß vom Landger. Rothenfels an das Landger. Gräfenberg, ihrem Ansuchen entsprechend, versetzt; die am k. Landger. Werdenfels erled. Gerichtsdienersstelle dem Feldwebel des 5. Inf.-Reg. P. Macher aus Nürnberg in widerruflicher Weise verliehen; die Aufstellung eines Telegraphen-Ingenieurs für den Bezirk Niederbayern mit Oberpfalz und mit dem Sitze in Regensburg genehmigt und hiernach zum Telegraphen-Ingenieur in Regensburg den Obertelegraphisten N. Hirzinger daselbst befördert, sodann die Aufstellung von Telegraphen-Verwaltern bei den Stationen München, Augsburg, Nürnberg, Ludwigshafen und Hof genehmigt und zu Telegraphen-Verwaltern die Obertelegraphisten G. Behringer in München, Joseph Schinzer in Augsburg, Chr. Häffner in Nürnberg, F. Kleber in Ludwigshafen und J. Geringer in Hof, sämmtliche an ihrem gegenwärtigen Stationsorte, befördert.

Vom kgl. Staatsministerium der Justiz wurden als Vertreter der Staatsanwaltschaft aufgestellt am kgl. Landger. Erbendorf der gepr. Rechtspraktikant Joh Rupprecht aus Kirchentumbach, zur Zeit am kgl. Stadt- und Landgerichte Amberg, und am kgl. Landgerichte Falkenstein der gepr. Rechtspraktikant Fr. Saller aus Regensburg, zur Zeit am kgl. Landger. Stadtamhof.

Die katholische Pfarrei Akams, kgl. Bezirksamts Sonthofen, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 381 fl. 21 kr. in Erledigung gekommen.

Das Kuratbenefizium Oberostendorf, kgl. Bezirksamts Kaufbeuern, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 403 fl. 8 kr. 4 hl. in Erledigung gekommen.

Die „Bayer. Ztg." bringt in ihrem amtlichen Theil eine vergleichende Zusammenstellung der Kreisbudgets, welche in mehrfachen Beziehungen von Interesse ist, da sie nicht nur einen Einblick in die Gesammtsumme des Aufwandes für Kreiszwecke und in die besonderen Bedürfnisse der einzelnen Kreisgemeinden gewährt, sondern auch die Opferwilligkeit erkennen läßt, mit welcher die einzelnen Kreisvertretungen bestimmten Bedürfnissen Rechnung zu tragen pflegen. Wir entnehmen derselben, daß die Leistungen sämmtlicher Kreise im Ganzen einander vergleichsweise gegenübergestellt und hiebei die Kreisbudgets des laufenden Verwaltungsjahres, welches sich bekanntlich auf den Zeitraum vom 10. Okt. 1866 bis letzten Dez. 1867, also auf fünfzehn Monate erstreckt, zu Grunde gelegt, die Gesammtausgaben aller Kreise für die erwähnte Zeitperiode die Summe von 2,785,437 fl. 27 kr. entziffern; hieron trifft auf den Kreis

Pfalz eine Ausgabssumme von	655,459	fl.	23 1/2	kr.,
Oberbayern	4?3,278	fl.	27 1/2	kr.,
Mittelfranken	321,283	fl.	58 1/2	kr.,
Niederbayern	319,545	fl.	32	kr.,
Schwaben und Neuburg	317,760	fl.	52	kr.,
Oberfranken	275,042	fl.	53 1/2	kr.,
Unterfranken u. Aschaff.	267,920	fl.	11 1/2	kr.,
Oberpfalz u. Regensburg	215,146	fl.	8 1/2	kr.,

Zur Deckung dieser Ausgabssummen werden bei der Unzulänglichkeit der primär verfügbaren Kreiseinnahmen in allen Kreisgemeinden Kreisumlagen nach dem alle direkten Steuerarten (mit Ausnahme der Wittwen- und Waisenfondsbeiträge umfassenden Steuerfuße erhoben. Die Höhe dieser Kreisumlagen entziffert für

Pfalz	497,728 fl. — kr.	oder	48 1/2	pCt. d. Steuerprinc.-Sa.
Oberfranken	149,811 fl. 5 kr.	"	16 1/2	" "
Niederbayern	234,441 fl. 20 kr.	"	15 5/6	" "
Mittelfranken	180,088 fl. 44 kr.	"	14	" "
Schwaben	201,997 fl. 36 kr.	"	13 1/3	" "
Unterfranken	154,596 fl. — kr.	"	11	" "
Oberpfalz	105,302 fl. 44 kr.	"	10 1/2	" "
Oberbayern	252,250 fl. — kr.	"	10 1/4	" "
Summa	1,776,215 fl. 29 kr.			

Der ungewöhnlich hohe Mehraufwand, welchen die Pfalz im Gegenhalte zu den übrigen Kreisen sowohl im Ganzen, als auch für einzelne Kreiszwecke leistet, steht im engen Zusammenhange mit den pfälzischen Einrichtungen und erklärt sich theils durch den Bestand und Bedarf der besonderen, der Pfalz eigenthümlichen Kreisanstalten, theils dadurch, daß eine Reihe sonstiger Lasten, welche der Pfalz s. Z., namentlich durch das Kreislastenausgleichungsgesetz vom Jahre 1846, im Interesse einer thunlichsten Gleichstellung mit den übrigen Provinzen als Kreislasten überwiesen blieben und deßhalb im pfälzischen Kreisbudget aufgeführt sind, im diesrheinischen Bayern von den Gemeinden, Stiftungen oder aus sonstigen Fonds bestritten werden, und demnach keine Kreisausgabe bilden; andererseits aber ist die Pfalz vom Malzaufschlage der diesrheinischen Kreise befreit, und hat demzufolge hiefür einen entsprechenden, bisher jährlich auf 100,000 fl. festgesetzten, für 1866/67 also 125,000 fl. betragenden Ersatz aus Kreisfonds an die Staatskasse zu leisten.

München, 27. Jan. Dem vom Frhrn. von Thüngen im zweiten Ausschuß der Kammer der Reichsräthe erstatteten Vortrag über die Rechnungsnachweise der Grundrentenablösungskasse für die Jahre 1861/62 und 1862/63 entnehmen wir folgende Stelle: Stellt man dem Aufwand von 115,710,798 fl. 48 kr. 7 hl., welchen die Ablösungskasse von 1848/49 bis 1862/63 gemacht hat, den Stand der Schuld am Ende 1862/63 zu 100,616,100 fl. — kr. — hl. gegenüber, so zeigt sich, daß die Ablösungskasse seit ihrem Bestehen getilgt hat: 15,094,698 fl. 48 kr. 7 hl., und zwar theils durch Annahme von Schuldbriefen an Zahlungsstatt, theils durch Heimzahlung von Obligationen auf dem Wege der Verloosung. Weitaus mit dem größten Betrage (nahezu 9 1/2 Millionen) konkurrirten zu dieser Tilgungssumme die fälligen Handlohns-Aequivalente, während der kleinere Theil derselben (ungefähr 5 1/2 Millionen) durch die übrigen der Tilgungs-Casse zugewiesenen Fonds, wie Ablösungsschillinge, Ueberschüsse der Zins-Casse, Annuitäten und Restzahlungen nebst Zinsen und Zinseszinsen hievon (letztere in sehr unbedeutendem Betrage) aufgebracht wurde. Die Centralstaatskasse hatte für Verzinsung der Schuld für Betriebs- und Verwaltungskosten zugeschossen:

1861/62 918,723 fl. 25 kr. 2 hl.
1862/63 893,836 fl. 7 kr. 3 hl.

Hieraus ergibt sich, daß im ersteren Jahre ein Mehr von 21,323 fl. 25 kr. 2 hl. und im letzteren Jahre ein Minder von 3563 fl. 52 kr. 5 hl. gegen den durch das Finanzgesetz für die achte Finanzperiode von 1861 § 7 Ziffer 5 festgesetzten Jahresbetrag von 897,400 fl. zugeschossen wurde. Für je ein Jahr der siebenten Finanzperiode waren übrigens 1,117,800 fl. als Staatszuschuß bestimmt gewesen. Der Schuldenstand der Ablösungskasse nach dem Abschlusse von 1862/63 ist aber auf 100,616,100 fl. angegeben worden. Für die Creditverhältnisse des Staates ist es aber von großer Bedeutung, daß der demselben entsprechende Aktivbestand an gutfundirten Capitalien und Renten genügend bekannt werde, und erlaubt sich daher Referent auf die im Berichte der Abgeordnetenkammer gegebene Ausmittelung der zwischen den ausgegebenen Schuldbriefen und den hiefür überwiesenen Renten und daraus konstituirten Bodenzinskapitalien bestehende Differenz, welche die effektive Höhe der Schuld repräsentirt, die Aufmerksamkeit des hohen Hauses besonders zu lenken. Hiernach sind nur 7,145,230 fl. 55 kr. 5 hl. nicht durch die Aktiven der Ablösungsanstalt gedeckt und demnach dieser Betrag als die wahre Größe der Grundrentenschuld darstellend anzusehen. — Freiherr von Thüngen schließt seinen Bericht mit dem Antrage, es sei den Rechnungsnachweisungen der Ablösungskasse pro 1861/62 und 1862/63 die Anerkennung zu ertheilen.

Ulm, 25. Jan. Wie die hiesige „Schnellpost" mittheilt, hat die Liquidations-Commission, welche zur Auseinandersetzung des Bundes-Eigenthums hier zusammengetreten war, ihre Geschäfte bereits beendigt und werden deshalb die dabei beschäftigt gewesenen auswär-

tigen Mitglieder der Kommission in der nächsten Woche Ulm wieder verlassen.

Darmstadt, 28. Jan. In der 2. Kammer antwortete heute das Kriegsministerium auf die Interpellation in Betreff der Zeughausverluste während des Krieges, daß die Untersuchungsakten noch nicht geschlossen seien. — Mehrere höhere Offiziere, welche nach der öffentlichen Meinung eine schwere Verschuldung bei der vorjährigen Kriegsführung trifft, wurden ihrer bisherigen Stellung enthoben. Wenn auch die Placirungen an andere Stellen gleichen Ranges keine Zurücksetzung sind, so wissen die der Verhältnisse Kundigen doch recht wohl die Motive der Versetzungen zu erkennen. Eine eigentliche Zurücksetzung erfolgte nur bei einem Stabsoffizier, und bei der Infanterie wurden 5 Hauptmänner bei dem Avancement übergangen. Bezeichnend ist, daß fast sämmtliche Beförderungen und Ernennungen als interimistisch erfolgt sind, was in Anbetracht der demnächstigen Verbindung unseres Militärs mit dem des norddeutschen Bundes geschehen sein soll. (Frkf. Bl.)

Frankfurt, 28. Jan. Ein durch eine Anzahl von Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers niedergesetztes Wahlkomite ist gestern mit einem Wahlprogramm zu Stande gekommen und hat den Dr. jur. Passavant als Kandidaten für das Parlament aufgestellt.

(Frkf. Z.)

Berlin, 26. Jan. In der heutigen Sitzung setzte das Abgeordnetenhaus die gestern begonnene Berathung über die Eingabe des Bäckers Pippart zu Lindenberg fort, welcher behauptet, daß er seiner politischen Gesinnung halber bei der Einkommensteuer weit über Gebühr angelegt worden sei. Die Debatte wurde dadurch sehr erregt, daß der Finanzminister Namens der Regierung eine genaue Untersuchung der Sache zusagte, während die Rechte sich des Abgeordneten und Landraths von Scharnweber, welcher dabei betheiligt ist, sehr lebhaft annahm und den eine gerichtliche Untersuchung verlangenden Kommissionsantrag durch einfachen Uebergang zur Tagesordnung zu beseitigen suchte. Der Finanzminister kam dabei auch einige Male in Konflikt mit der Rechten, aus deren Reihen sogar Zischen ertönte, als er erklärte, er glaube, indem er einen Kommissarius zur Untersuchung der Sache ernannte (statt, wie die Rechte wollte, die Angelegenheit in den Händen des Landrathes von Scharnweber zu lassen), seine Pflicht gethan zu haben und werde in ähnlichen Fällen wieder so handeln. Schließlich wurde ein vom Abgeordneten Bonin (linkes Centrum) gestellter Antrag auf Ueberweisung der Petition an die Regierung zur wiederholten (nicht zur gerichtlichen) Untersuchung angenommen.

Berlin, 27. Jan. Die von der „Prov.-Corresp." in ihrer letzten Nummer gemachten Angaben über den günstigen Stand der Konferenz-Arbeiten und den nahe bevorstehenden Schluß derselben beweisen nur, daß die aus offiziellen Quellen fließenden Nachrichten mit großer Vorsicht zu behandeln sind. In Wirklichkeit sind die Arbeiten der Konferenz, abgesehen von der der preußischen Regierung ertheilten Vollmacht, seit 14 Tagen ins Stocken gerathen. Von Tag zu Tag hatten die Bevollmächtigten die Antwort Preußens auf ihre Wünsche erwartet, mußten sich aber mit der Erklärung des Grafen Bismarck begnügen, daß er dem König wegen seiner Erkrankung über diese Angelegenheit noch keinen Vortrag habe halten können. Ob nun diese Antwort in der gestern abgehaltenen Sitzung der Konferenz endlich erfolgt ist, habe ich bis jetzt noch nicht ermitteln können. Dagegen wird heute versichert, daß die Vollmacht, welche die Konferenz der preußischen Regierung in Bezug auf die Vertretung vor dem Reichstage und auf die Behandlung desselben ertheilt hat, keineswegs so umfassend sei, als die ersten Mittheilungen besagten. Namentlich wird bestritten, daß die Einzelstaaten vollständig auf ihre Vertretung vor dem Reichstage verzichtet hätten. Vielmehr behauptet man, daß dieselben sich das Recht gewahrt hätten, je zwei, also zusammen nicht weniger als 42 Bevollmächtigte in den Reichstag behufs Wahrung der Interessen der Einzelstaaten zu entsenden. Mit dieser Version stimmte auch die Angabe überein, daß im Herrenhause, dem künftigen Sitzungssaale des Reichstages, Stühle für die Minister der Einzelstaaten hergerichtet werden sollen. (N. C.)

Berlin, 28. Jan. Die Kommission des Herrenhauses, welcher die Vorberathung über den Gesetzentwurf wegen Zahlung von Reisekosten und Diäten an die in Preußen gewählten Mitglieder des Reichstages des norddeutschen Bundes aus der Staatskasse überwiesen war, hat den Beschluß gefaßt, dem Herrenhause die Ablehnung dieses Gesetzentwurfs zu empfehlen. — Prof. **Virchow** richtet zur Motivirung seiner Ablehnung einer eventuellen Wahl zum Parlamente ein Schreiben an die „Volksztg.": „Der Umstand, daß an verschiedenen Orten einzelne aus dem Zusammenhange gerissene Stellen aus Briefen von mir veröffentlicht worden sind, hat über meine Stellung gegenüber den bevorstehenden Wahlen allerlei widerspruchsvolle Auffassungen hervorgerufen. Ich sehe mich daher genöthigt, in Kürze Folgendes zu bemerken: 1) Die Gründe, welche mich bestimmen, eine Kandidatur abzulehnen, sind ganz und gar persönliche. Es fehlt mir vor allen Dingen die Zeit, um anhaltend eine politische Thätigkeit zu üben. Nebenbei habe ich bei der heutigen Gestaltung der Parteiverhältnisse, die mich nöthigt, gegen frühere Freunde zu kämpfen, auch nicht die Neigung, über das preußische Abgeordnetenhaus hinaus an parlamentarischen Verhandlungen Theil zu nehmen." 2) Ich habe für die Annexion gestimmt und halte den Nordd. Bund für ein nothwendiges Stadium auf dem Wege der deutschen Einheit, wie nun einmal die Verhältnisse liegen. Ich

---

Feuilleton.

Vermischtes.

München, 26. Jan. Bei J. G. Cotta in München erschien jüngst die zweite vermehrte Auflage der ungefähr vor zwei Jahren anonym herausgegebenen Broschüre „Das bayerische Polizeistrafgesetzbuch und seine Gegner", welche damals das Interesse der Juristenwelt in weiten Kreisen auf sich zog. Der Verfasser ist bei der 2. Auflage aus der Anonymität herausgetreten und als solcher auf dem Titelblatt der Stadtrichter (jetzt Ministerialrath) Graf Taufkirchen zu lesen. Bürgt schon der Name des Autors für die Gediegenheit und den Werth der Arbeit, so ist für den letzteren noch der Umstand von Bedeutung, daß wohl kaum einem Beamten Gelegenheit geboten war, sich in so umfassender Weise mit der neuen Polizei-Strafgesetzgebung praktisch zu beschäftigen, deren Wirkungen so genau zu verfolgen, als es bei dem Verfasser in seiner Eigenschaft als mehrjähriger Vorstand des Stadtgerichts München l/J, Abtheilung für Strafsachen, der Fall war. Es dürfte hienach veranlaßt erscheinen, den Inhalt der Broschüre kurz zu besprechen und das Augenmerk des Publikums auf dieselbe zu lenken. Der Verfasser stellt in der Einleitung folgende Sätze an die Spitze: 1) Es ist wahr, daß seit Bestehen des Straf- und Polizeistrafgesetzbuches vom 10. Nov. 1861 der Stand der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sich in einigen Kreisen Bayerns verschlimmert hat. 2) Die Ursachen dieser Verschlimmerung liegen weder in den neuen Strafgesetzen, noch in dem gleichzeitig erlassenen Gerichtsverfassungsgesetze. 3) Diese Ursachen bestehen vielmehr in den vom ersten Beginn an aufgetretenen und noch heute fortbestehenden Mängeln der Durchführung dieser Gesetze. 4) Das Mittel, einen günstigen Stand der öffentlichen Sicherheit herbeizuführen, ist demnach nicht in prinzipiellen Aenderungen der Gesetze, sondern in der Beseitigung jener Mängel in Durchführung derselben zu suchen und zu finden. — Nach Mittheilung interessanter statistischer Notizen über die bisherigen Erfolge des neuen Polizeistrafgesetzbuches und nach Aufstellung eines Vergleiches der jetzigen Gesetzgebung mit den früheren Gesetzen, welcher zu Gunsten der bestehenden Gesetzgebung abschließt, geht der Verfasser auf die Ursachen des bisherigen Mißerfolges über und bezeichnet als solche insbesondere den Mangel entsprechender Dienstesinstruktionen für den niederen Sicherheitsdienst und die gegenwärtige Organisation des Institutes der Vertreter der Staatsanwaltschaft. Diesem Abschnitte schließt sich eine Besprechung über die Mittel zur Abhülfe der bestehenden Gebrechen an, und hebt der Verfasser als wesentlich geboten hervor: Die Vornahme einer Revision und genauen Scheidung der Befugnisse der Communalpolizei von der Staatspolizei und gleichzeitige Bildung größerer Gemeindebezirke (Bürgermeistereien), direkte Unterordnung des gesammten Sicherheitsdienstes unter die Verwaltung und Uebertragung der Staatsanwaltschaft an die mit der Polizei- und dem Sicherheits-Referate betrauten Administrativ-Beamten. Zum Schlusse wird noch auf einige Gebrechen des neuen Polizeistrafgesetzbuches bezüglich bestimmter Reate aufmerksam gemacht, hiebei jedoch bemerkt, daß alle Mängel der neuen Gesetze hinter deren Vorzügen in einem Maße verschwinden, daß an die Rückkehr zum Alten im Ernste nicht zu denken und sogar eine Gesammt-Revision zur Zeit zu widerrathen ist. Wir können sowohl den Freunden, als auch den Gegnern des Polizei-Strafgesetzbuches die vorbezeichnete Broschüre in jeder Beziehung zur Beachtung empfehlen. (B. Z.)

Die in Leipzig unter der taktgewandten Redaktion von Bartholf Senff erscheinenden „Signale für die musikalische Welt" sind eben in ihren 25. Jahrgang getreten; gewiß ein sprechender Beweis für die tüchtige Leitung und den durchweg gediegenen Inhalt des trefflichen Blattes, das in allen musikalischen Kreisen von Deutschland eingebürgert ist. Die neueste Nummer des Blattes beginnt mit einem „Adreßbuch für die musikalische Welt", unter welcher Rubrik eine musikalische Statistik aller Städte von Bedeutung gebracht werden wird, welche später in ihrer Vollständigkeit als Buch erscheinen sollen. Nummer 1 behandelt Leipzig.

habe demnach keinen politischen Grund, der mich von einer Theilnahme an der Thätigkeit für Herstellung einer Norddeutschen Bundes-Verfassung abhält; im Gegentheil werde ich außerhalb des Parlamentes meinen geringen Einfluß stets im Sinne einer möglich regen Theilnahme für den gedachten Zweck anwenden. 3) Ich habe allerdings erklärt, daß ich mich verpflichtet fühle, falls ich überhaupt mich um ein Mandat bewerben würde, in meinem alten Wahlkreise als Kandidat aufzutreten; ich habe aber auch meine Freunde in Saarbrücken wiederholt ersucht, von meiner Candidatur abzusehen. Berlin, 26. Januar 1867. R. Virchow."

Hannover, 28. Jan. Nachdem die den hannover'schen Offizieren zur Erklärung wegen ihres Uebertritts in die preußische Armee gestellte Frist mit dem 15. d. Mts. abgelaufen war, trafen Tags darauf vom sächsischen Kriegsministerium hier Schreiben ein, in denen mit Bezugnahme auf frühere Anerbietungen Anstellungen in der sächsischen Armee zugesichert wurden. Von den Offizieren, welche sich nicht zum Uebertritt entschlossen, meldeten sich mehrere. Aber auch andere Offiziere, die schon ihre Bereitwilligkeit, in die preußische Armee zu treten, angezeigt, glaubten den Dienst im sächs. Kontingent vorziehen zu sollen, und erhielten auf ihren Wunsch die abgegebenen Uebertrittserklärungen zurück. Auf ihre Meldung zum Eintritt in den sächsischen Dienst ist ihnen aber ganz unerwartet die Antwort geworden, daß sie dort, nachdem sie sich bereits hier gemeldet, nicht angestellt werden könnten. Die Herren haben sich also zwischen zwei Stühle gesetzt, und müssen Alles aufbieten, um den natürlichen Folgen der Rücknahme ihrer Erklärungen vorzubeugen. — Verschiedene Personen sind aus Minden wieder entlassen, andere dagegen in den letzten Tagen dahin abgeführt worden. (Z. f. Nordd.)

Von den in **Minden** internirten Hannoveranern sind freigelassen worden der Oberstlieutenant Graf Kielmannsegge, der Gensdarmerierittmeister v. Petersdorff, der frühere Gardejäger Burgdorf und der Polizeidiener aus Stolzenau, der die Proteste König Georgs öffentlich angeschlagen hatte, und ein Schreiber. Dagegen wurden in den letzten Tagen mehrere frühere hannover'sche Soldaten, die in den Kontrol-Versammlungen Exzesse begingen, dorthin gebracht. Als der Theilnahme an dem Celler Aufruhr beschuldigt, sind nicht weniger als 115 Personen vor den Straffenat des dortigen Obergerichts verwiesen, der am 25. ds. Mts. mit der Verhandlung der Sache den Anfang machen sollte und mindestens volle 6 Wochen damit zu thun haben wird.

Wie die „Kreuzztg." hört, wird jetzt sehr ernstlich über das baldige Eingehen der Spielbanken in **Wiesbaden** und **Homburg** verhandelt. Die Aufhebung ist um deßwillen nicht ganz ohne Schwierigkeiten, weil formell rechtsgültige Verträge vorliegen, die noch bis 1896 bez. 1881 lauten und es sich also auch um die eventuelle Entschädigungsforderung handelt.

Wien, 27. Jan. Die Nachricht der „Köln. Ztg.", daß von hier Truppenbewegungen nach dem Süden stattfinden und daß überhaupt auf militärischem Gebiete eine besondere Rührigkeit zu bemerken, die mit der orientalischen Frage und mit kriegerischen Bewegungen Rußlands zusammenzuhängen schienen, wird aus verläßlicher Quelle als durchaus unbegründet bezeichnet.

Wien, 28. Jan. In unsern innern Angelegenheiten ist eine gewisse Stagnation eingetreten. Der Ausgleich mit Ungarn ist ein fait accompli, wenn nicht das Unmögliche geschieht und das ungarische Unterhaus oder die Siebenundsechziger-Kommission das Sub-Komite im Stiche lassen. Ungarn erhält sein Ministerium, seine Gesetze des Jahres 1848, um welche das Land achtzehn Jahre lang einen harten Kampf kämpfte, werden anerkannt. Die Konzessionen, welche der ungarische Landtag macht, reichen gerade aus, um die Einheit der Monarchie zu erhalten. Unterdessen sind natürlich Aller Augen auf den außerordentlichen Reichsrath gerichtet. Jedermann wünscht von Herzen und hofft, daß es der Regierung gelingen möge, einen Ausweg zu finden, welcher aus der eltrovirten Vertretung die legale macht. Die Wege hiezu werden verschiedentlich angegeben. Man erzählt, der Staatsminister habe nach Lemberg und Prag geschrieben, um zu erfahren, ob die Polen und Czechen nicht nach den Gruppen, wie sie die Februarverfassung vorschreibt, wählen wollen. Die Polen lassen sich von dem Grafen Goluchowski führen, demnach werden sie auch wohl dieser Aufforderung entsprechen, da er seinerseits gewiß Alles thut, um der Regierung Verlegenheiten zu ersparen. Die Czechen hingegen sind durch das non possumus ihres Hauptmanns Rieger einigermaßen gebunden und würden jedenfalls eine Inkonsequenz begehen, deren sie sich allerdings durch die Beschickung einer diesseitigen Centralvertretung ohnehin schuldig machen. Doch damit allein ist der Ausweg noch nicht gefunden. Erst wenn das berathende Votum in ein beschließendes umgewandelt würde, wäre der engere Reichsrath der Februarverfassung wieder hergestellt, die Sistirung ipso facto aufgehoben, was bekanntlich die deutsche Partei verlangt. Man muß es dem Ministerium Belcredi nachsagen, daß es die öffentliche Meinung nicht unbeachtet läßt. Wird, dieser entsprechend, aus dem außerordentlichen Reichsrathe der ordentliche, überantwortet man diesseits der Leitha durch die Inauguration eines dualistischen Systems den Deutschen die Führerschaft und jenseits den Magyaren, dann ist die Entwickelung des Reichs in die Hand der kultivirten Elemente gegeben und die Rettung möglich. — Feldmarschalllieutenant Graf Gondrecourt büßt in Innsbruck einen viermonatlichen Profoßenarrest ab. Er hat im letzten Feldzuge Offiziere des Regiments Martini an ihrer militärischen Ehre und einen Feldkaplan persönlich beleidigt. (Bayer. Ztg.)

Unsere gestrige Mittheilung über die kaiserliche Entschließung vom 14. ds. Mts. betreffs der Beschränkung der körperlichen Züchtigung beim Militär ist dahin zu vervollständigen, daß für die Kriegszeit und auf längeren Märschen zur Friedenszeit diese Beschränkung wegzufallen hat.

Kopenhagen, 22. Jan. Die im Landsthing vom Finanz-Minister abgegebene Erklärung, daß von dem Schicksal des Einkommensteuer-Gesetzentwurfes die Stellung des Ministeriums abhängig sein werde, dürfte dahin zu verstehen sein, daß das Ministerium für eine Armeeorganisation sich entschieden hat, welche die Herbeischaffung neuer Staats-Einnahmen bedingt und daß das Ministerium mit der beabsichtigten Organisation der Armee und wohl auch der Marine stehen und fallen wird. Zugleich ist hiermit entschieden, daß der Armee- und Marine-Organisationsplan dem jetzt versammelten Reichstag in der gegenwärtigen Session wird vorgelegt werden. (Köln. Z.)

Schweden. Die schwedische Regierung hat vom Reichstage einen außerordentlichen Credit von 5 Millionen gefordert zur Anschaffung von Infanterie-Gewehren und zu Extra-Ausgaben für die Flotte. Am 16. Januar haben viele Abgeordneten beider Kammern den Beschluß gefaßt, daß kein Reichstagsmann, der zugleich Beamter ist, in seiner Eigenschaft als Abgeordneter Uniform tragen darf. (Köln. Z.)

Paris, 28. Jan. Man ist hier sehr gespannt auf das Preßgesetz, über das, bis auf die Konzessions-Einholung, im Kabinette bereits Einstimmigkeit herrschen soll. Der „France" zufolge werden die Hauptartikel dieses Gesetzes dahin gehen: 1) Wer ein Blatt gründen will, hat in Paris im Ministerium des Innern, in den Departements auf der Präfektur eine Deklaration einzureichen; 2) die Verantwortlichkeit der Geranten soll mit der der Buchdrucker und Verfasser kombinirt werden; 3) die Kaution wird auf 100 000 Fr. für Pariser Blätter erhöht und 4) die Stempelsteuer ermäßigt; 5) die Gerichte können Sequestrirung und Unterdrückung nach einer bestimmten Anzahl von Verurtheilungen oder in besonders zu bestimmenden Einzelfällen aussprechen; 6) die Strafen auf Leibeshaft sollen bedeutend gemildert, die Geldstrafen erhöht werden; 7) die Pflicht, die Artikel zu unterzeichnen, besteht fort. Wenn diese Bestimmungen Gesetzeskraft erhalten und die Gerichte dieselben gewissenhaft und unbefangen auslegen, so ist diese Reform allerdings ein Fortschritt.

Was die Verkehrs-Erleichterungen anbetrifft, so ist es zwar nicht begründet, daß Frankreich um einen westeuropäischen Zollverein Verhandlungen angeknüpft hat; aber die Annahme eines liberalen Systems in Betreff der Gepäck-Visitationen an der Grenze wird zur Erleichterung der vielen Ausstellungs-Reisenden angeführt werden; ebenso beabsichtigt man große Lust-Trains zwischen den bedeutenden Städten Europa's und Paris und Lustfahrten aus Amerika nach Paris, auf denen das Gepäck plombirt bis auf die Pariser Bahnhöfe gelangen soll, so daß an der Grenze kein Aufenthalt nöthig ist; die Lust-Trains, die von Paris in's Ausland zurückgehen, sollen dieselbe Gunst haben; überhaupt soll nichts verabsäumt werden, was die Völker von dem Unsinne der Mauthschranken in Mitteleuropa überzeugen kann. Der Kaiser ist fortwährend thätig, um die Bauarbeiten auf dem Ausstellungsplatze möglichst zweckmäßig und energisch zu betreiben. Die französischen Kronjuwelen werden im Marsfelde in einem besonderen Pavillon des reservirten Parkes ausgestellt; der Pavillon wird auf beweglichem Grunde erbaut, so daß er Nachts in der Erde verschwindet, um dessen Inhalt besser schützen zu können. (K. Z.)

Konstantinopel, 19. Jan. Die amtliche „Turquie" meldet, das ägyptische Kontingent, welches der Vizekönig dem Sultan zur Verfügung gestellt und das sich in Kreta befindet, bereite sich zur Heimkehr vor. Demselben Blatte zufolge lauten die Nachrichten aus Larissa immer befriedigender und in ganz Thessalien herrsche Ruhe. (Triest. Ztg.)

Der „Times"-Correspondent in **Athen** schildert die Kläglichkeit der dortigen Zustände; die Freischaarenführer auf Candia zankten sich unter sich, während sie dem Feinde gegenüber standen und meldeten täglich neue Siege, während die Türken, freilich in ihrer schläfrigen Weise, hinmarschirten, wohin sie wollten. Die hohe Geistlichkeit auf

Candia hält es mit den Türken; ein aufgefangener Brief des Bischofs von St. Basili an Mustapha Pascha lud denselben ein, das Kloster Arkadi, den Hauptsitz der Verschwörung, zu zerstören. Die Geldmittel zum Kriege erhalte die Pforte von den griechischen Bankiers in Konstantinopel und für die Hälfte des Geldes, welches die Unterdrückung der Insurrektion auf Candia gekostet habe, würden die Führer das Unternehmen aufgegeben haben. Die Griechen haben den festen Glauben, daß die Schutzmächte sich auch dann ihrer anzunehmen haben, wenn sie Blokaden brechen und in die Grenzprovinzen einfallen und dadurch in Streit mit der Pforte kommen. Bisher waren die Bemühungen des Comite's, Aufstände in Epirus und Thessalien zu bewirken, vergeblich; die Einwohner erinnern sich dort noch mit Schrecken der Plünderungen der Patrioten im Jahre 1851.

Rußland. Das durch Telegramm bereits erwähnte Cirkular des Vizekanzlers Fürsten Gortschakow (s. d. Hptbl. dieser Zeitung Nr. 25) betreffs der Verhandlungen mit Rom lautet: „Nachdem die Thaten des römischen Hofs Se. Maj. den Kaiser in die Unmöglichkeit versetzt hatten, die diplomatischen Beziehungen mit der päpstlichen Regierung fortzusetzen, entstand daraus die Nothwendigkeit, das 1847er Konkordat aufzuheben, welches die Beziehungen des kaiserlichen Kabinets zum hl. Stuhl regelte. Der Ukas Sr. Majestät des Kaisers, welcher diese Bestimmung ausspricht, ist Ihnen bekannt. Dieses Dokument beschränkt sich darauf, die Abschaffung des Konkordats zu konstatiren; es wurden ihm keine zur Aufklärung und Motivirung dieser Maßregel bestimmten Betrachtungen beigegeben. Diese dem kaiserlichen Cabinet durch seine Schonung für den hl. Stuhl auferlegte Zurückhaltung wurde von der päpstlichen Regierung nicht beobachtet. Sie hat soeben eine Sammlung von Dokumenten veröffentlicht, deren Gedanke und deren Styl bezwecken, den hl. Stuhl jeder Verantwortlichkeit zu entlasten und dieselbe gänzlich auf das kaiserliche Cabinet zurückfallen zu lassen. In dieser Absicht setzt jene Sammlung den Gang des bedauerlichen Conflikts in parteiischer und unrichtiger Weise auseinander, hierdurch befreit uns der römische Hof von den Skrupeln, welche uns zurückgehalten hatten. Er ruft uns auf das Gebiet der Debatten und macht es uns sogar zur Pflicht, ihm dahin zu folgen. Die Thaten unseres erhabenen Gebieters scheuen das Licht nicht. Anliegend finden sie ein streng wahrheitsgemäßes Exposé der Thatsachen, welche zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Höfen geführt haben, und Sie sind ermächtigt, diesem Dokument die erforderliche Publizität zu geben. Gleichzeitig werden Sie sich es angelegen sein lassen, hervorzuheben, daß, indem das kaiserliche Cabinet dem römischen Hofe in dieser peinlichen Debatte folgt, es von keinerlei feindlichen Gedanken gegen den hl. Stuhl geleitet wird. Dasselbe bezweckt nichts anderes, als die Wahrheit herzustellen. Die Prinzipien religiöser Toleranz und die fortwährende Sorgfalt des Kaisers für alle in seinen Staaten bestehenden Glaubensbekenntnisse bleiben nichtsdestoweniger die unveränderliche Regel seines politischen Gewissens. Soweit es von Sr. kais. Maj. abhängen wird, werden seine römisch-katholischen Unterthanen von der Einstellung der Beziehungen nicht zu leiden haben, welche unser erhabener Gebieter, im Hinblick auf ihre religiösen Interessen, sich bemüht hatte, mit dem hl. Stuhl zu unterhalten."

Neueres.

Wien, 30. Jan. Die heutige „Presse" meldet die Unterzeichnung des Dekretes behufs der Sistirung der Durchführung der Heeresergänzungsverordnung bis zur Vereinbarung des Verfassungswegs für die Länder diesseits der Leitha.

Pesth, 28. Jan. Heute fand eine Sitzung der Siebenundsechziger-Kommission statt. Gegenstand der Berathung war das Elaborat der Fünfzehner-Kommission. Tisza, der Führer der Linken, zieht den Minoritätsantrag zurück. Nyary (radikal) will die Verhandlungen so lange vertagt wissen, bis die Restitution der Integrität der Verfassung eine Thatsache sei. Die Majorität war jedoch für die Berathung, worauf in Spezialdebatte die ersten beiden Punkte des Elaborats angenommen wurden.

Petersburg, 30 Jan. Ein kaiserlicher Befehl schließt die wegen gesetzwidriger und regierungsfeindlicher Haltung hier tagenden Provinzialstände setzt, den Vorsitzenden und den ganzen Ausschuß ab und entläßt die Mitglieder.

Telegramm
der Neuen Würzburger Zeitung.

* **München**, 31. Jan. Man versichert, daß die Differenzen in der Stephan'schen Angelegenheit ausgeglichen seien, daß General Stephan nach Würzburg, General Feder nach Nürnberg, Herzog Ludwig nach Augsburg, General Hartmann an das General-Auditoriat München komme.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1862	63 1/2 P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	59 1/2 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	61 3/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	43 1/2 G.
„	4 1/2 pCt.	39 P. 38 1/2 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 3/4 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	96 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	95 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	91 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	83 1/2 P.
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 3/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	83 1/4 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	94 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	83 3/4 P. 1/4 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 3/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	95 3/4 — 5/8 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	89 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	82 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
	2 1/2 pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	83 3/4 P.
N.-Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. 2 1/2	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 .	76 3/4 — 77 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . .	124 3/8 G.
K. k. Oesterr. National-Bankaktien	651 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	168 1/2 — 60 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	90 3/8 P. 1/8 G.
Darmst. Bank I. u. 2. Serie à fl. 250	207 . . 206 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	83 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr	78 1/2 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	341 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	110 P. 109 1/2 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	102 3/4 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 5%	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt	89 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	110 1/4 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	47 3/4 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 67	73 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	45 1/4 P.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	119 3/4 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 1/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/2 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96 3/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 1/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 3/8 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 3/4 G.
London Lst. 10 k. S.	115 7/8 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. [illegible]	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S	94 1/4 — 3/8 G.
Petersburg 60 S.-R	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	85 3/4 G.
do. in öst. W. l. S.	85 3/4 G.
Disconto . . .	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	108 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	67 G.
„ fl. 500 v. 1860 4/7	66 1/4 P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	118 1/2 — 19 G.
„ do. v. 1864.	73 3/4 — 74 G.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	101 7/8 - 102 1/8 G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 1/2 P.
Badische fl. 35	53 1/4 G.
Kurhess. Thlr. 40 . .	54 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	142 3/4 P.
„ fl. 25 do	42 3/4 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 s. k.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-L. ose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28 1/4 P.
St. Lötrich mit 7 1/2 pCt. Z	34 1/2 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 1/2 G.

Frankfurt, 30. Januar. Die heutige Börse war im Ganzen recht animirt und das Geschäft ein sehr lebhaftes. Oesterr. Sachen standen heute im Vordergrund und werden solche in letzter Zeit auch wieder zu Kapitalanlagen gesucht, während in Amerikanern Angesichts der auch drüben nicht ganz konsolidirten Verhältnisse mannichfach von ängstlichen Capitalisten Gewinnrealisationen bewerkstelligt wurden. Die gute Stimmung für österreichische Werthe, die gestern Abend schon geherrscht hatte, erlahmte zwar zu Anfang der heutigen Börse etwas, doch erholten sich dieselben rasch wieder und schließen fest, wobei zahlreiche Deckungskäufe für den morgigen Ultimo mitgewirkt haben mögen. Oesterr. Valuta ist wieder etwas höher. Amerikaner verkehrten bei unverändertem Goldkours 1/8 pCt. höher als gestern. In allen anderen Effekten ist keine namhafte Veränderung zu notiren. (Hdb.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland, für Wahrheit und Recht!

№ 32. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 1. Februar 1867.

Auf die „Neue Würzburger Zeitung" kann für die Monate **Februar** und **März** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 30. Januar. Se. Majestät der König hat dem kgl. Bezirksamtmann M. Hallinger von Sonthofen das Ritterkreuz 1. Kl. des Verdienstordens vom hl. Michael verliehen; dem Studienlehrer an der 3. Kl. der lat. Schule des Wilhelms-Gymnasiums in München, F. X. Straub, wegen körperlichen Leidens den erbetenen Ruhestand für die Dauer eines Jahres bewilligt; in die Lehrstelle der 3. Klasse der lat. Schule an genannter Studienanstalt den Lehrer der 2. Kl., Studienlehrer F. Jos. Kuger, und in dessen Stelle den dortigen Lehrer der 1. Kl., Dr. B. Arnold, vorrücken lassen; die Lehrstelle der 1. Kl. der lat. Schule daselbst dem geprüften Lehramts-Kandidaten und bisherigen Assistenten am Ludwigs-Gymnasium in München, Dr. Jos. Stanger, in prov. Eigenschaft übertragen; dem Domkapitular G. Engert in Bamberg die nachgesuchte Enthebung von der Funktion eines Kreisscholarchen für den Regierungsbezirk Oberfranken, unter Anerkennung seiner vieljährigen in dieser Funktion mit Eifer und Treue geleisteten Dienste bewilligt und die hiedurch sich erledigende Funktion eines Kreisscholarchen für jenen Regierungsbezirk dem kath. Stadtpfarrer in Bayreuth, M. Pfister, übertragen; die kath. Pfarrei Ernsgaden, Bezirksamts Pfaffenhofen, dem Priester Peter König, Expositus in Prun, Bezirksamts Hemau, übertragen; genehmigt, daß die durch die Resignation des Domvikars G. Huth und durch das Vorrücken des jüngeren Vikars in Erledigung gekommene 6. Domvikarstelle bei dem bischöflichen Kapitel zu Speyer, von dem dortigen Bischofe dem Priester P. Schwartz, Dompfarr-Kaplan zu Speyer, verliehen werde.

Der Forstgehilfe G. Haag zu Traunstein, Forstamts Marquartstein, wurde zum Forstamts-Aktuar in Tegernsee befördert.

Durch den Tod des kgl. Forstwarts Franz Seydel ist die Forstwartei Aigen im Forstamte Passau in Erledigung gekommen.

Durch die Ruhestandsversetzung des kgl. Forstwarts L. Landsmann ist die Forstwartei Neubäu im Forstamte Bruck in Erledigung gekommen.

Durch die nachgesuchte Versetzung des k. Forstwarts M. Jägerhuber zu Sockgrim nach Gammelsdorf im Forstamte Freising ist die Forstwartei Sockgrim, Forstamts Langenberg, in Erledigung gekommen.

München, 29. Januar. Durch das nunmehr im Drucke erschienene Protokoll des fünften Zusammentritts der Kammer der Reichsräthe am 7. ds. Mts. kommt ein Schreiben zur Oeffentlichkeit, welches Se. kgl. Hoh. Prinz Carl von Bayern unterm 5. ds. M. an das Präsidium dieser Kammer gerichtet hat. Dasselbe lautet: „Hohes Präsidium der Kammer der Reichsräthe! Im Verlaufe von achtundvierzig Jahren, seitdem die segensvolle Liebe Meines in Gott ruhenden königlichen Vaters unserem Lande seine Verfassung gegeben, war Ich stets nach Kräften bestrebt, Meinen Obliegenheiten als Mitglied der hohen Kammer der Reichsräthe nachzukommen. Wenn ich aber hiezu nunmehr, während Ich Mich ohnehin bereits von aller öffentlichen Thätigkeit zurückgezogen habe, Mich nicht mehr ermöglicht sehe, so geschieht dies zu einer Zeit, wo Ich mit dem Hrn. Grafen zu Castell Mich als Senior dieses hohen Hauses zählen darf und wo Meine mannichfach angegriffene Gesundheit bei dem Bestande eines nervösen Kopfleidens, das sich in letzterer Zeit immer häufiger wiederholte, zu einer ferneren Theilnahme an den Sitzungen nicht mehr geeignet erscheint. Indem Ich daher ein hohes Präsidium ersuche, diese Meine Erklärung der hohen Kammer der HH. Reichsräthe in Mittheilung bringen zu wollen, bin Ich ebenso überzeugt, daß dieselbe zu entsprechender Rücksichtnahme dienen werde, als Ich es aufrichtig bedaure, fortan auf die Thätigkeit in jener hohen Kammer verzichten zu müssen, die durch Patriotismus und Weisheit eine der wesentlichsten Stützen des Thrones wie der Wohlfahrt des Landes ist. Mit vorzüglicher Hochachtung verbleibe Ich eines hohen Präsidiums ergebener Carl, Prinz von Bayern. Tegernsee, 5. Jan. 1867."

Die „Wochenschrift der Fortschrittspartei" schreibt: „Die Verlobung unseres Königs ist das bayerische Ereigniß des Tages und gewinnt durch die Plötzlichkeit einen gewissen romantischen Anflug, der in Liebeshändeln ganz am Platze ist. Da keinerlei politische Gründe die Heirath mit der Tochter einer entfernten Seitenlinie des k. Hauses anrathen konnten, ist anzunehmen, daß eine Neigungsheirath in Aussicht steht und dazu darf sich sowohl der Fürst als das Volk Glück wünschen. Die Tage sind vorbei, wo die Politik größerer Gemeinwesen — und selbst jetzt noch kann, richtig geleitet, der bayer. Staat eine angesehene Stellung behaupten — nach den Einflüssen fürstlicher Heirathen und Verwandtschaften bestimmt wurde. Selbst vor dem äußersten Mittel des Krieges schrecken die allernächsten Verwandten nicht zurück, wenn es gilt, die wirklichen oder vermeintlichen Landesinteressen zur Geltung zu bringen, und da die bisherige Verwandtschaft mit dem Hause Habsburg Bayern nicht gehindert hat, eine feste Position, wie sie das Hohenlohe'sche Programm verkündet, zu Oesterreich zu nehmen, werden wir auch nicht zu befürchten haben, daß die kaiserliche Schwägerschaft die Interessen Deutschlands schädigt. Von welchem Werthe aber für Ton und Haltung in weiten Kreisen eine fürstliche Ehe ist, die auf gegenseitiger Neigung beruht und in der Residenz das Glück aufbaut, worin Thron und Hütte gleich sind, hat das Beispiel der Königin Viktoria bewiesen, und die Pflichten einer nichtregierenden Königin sind so leicht und angenehm, daß für eine gut angelegte Natur ihre Erfüllung zur Freude werden muß. Die Grenze, welche das Erforderniß der Ebenbürtigkeit den königl. Neigungen setzt, bringt auch jetzt noch so manche Entsagung mit sich, daß man sich freuen muß, wenn einmal wieder ein fürstlicher Ehebund

Feuilleton.

Vermischtes.

Aus Mainz wird geschrieben: „Unsere Stadt ist seit einigen Tagen in der peinlichsten Aufregung wegen der Entdeckung einer Diebesbande unter Bediensteten der hessischen Ludwigsbahngesellschaft dahier, die seit längerer Zeit in kolossalem Maßstabe und mit großartiger Keckheit Diebstähle an den der Bahn anvertrauten Kollis und Eilgütern vornahm. Es handelt sich hier um eine der ausgezeichnetsten Unterschlagungen und Diebstähle, die nur je auf deutschen Bahnen vorgekommen sind. Die Häupter davon, zwei Brüder, Namens Grünewald, beide Eisenbahnbeamte, sind in den Händen der Polizei; mit ihnen zwei Schwestern derselben, die in Mainz wohnten; gegen eine dritte Schwester in Leipzig ist Untersuchung eingeleitet. Nach den weiteren Gehülfen derselben wird von unserer sehr tüchtigen Polizei mit dem größten Eifer gefahndet. Um einen Begriff von dem Umfange dieser Unterschlagungen, die auf Jahre zurückgehen, zu geben, so gestand der jüngere Grünewald ein, allein im Monate September 1866 entwendet zu haben: ein Geldpacket mit 2300 fl., eine Kiste mit Brüsseler Spitzen, einen schweren Koffer mit Effekten und Silber im Werthe von 1000 Gulden, einen größeren Reisesack rc. Der jüngere der Brüder war Beamter der Eilgut-Expedition, der ältere der Frachtgutexpedition und jeder scheint hauptsächlich in seinem Departement gearbeitet zu haben. Die Früchte dieser Arbeiten wurden von den drei Schwestern hauptsächlich in Leipzig und Mainz zu Gelde gemacht. Unbegreiflich bleibt es nur, wie eine solche Diebsgesellschaft so lange und mit solcher Keckheit ihr Wesen treiben konnte.

Bern, 26. Jan. Ueber das Phänomen des rothen Schneefalls, welchen man am 16. d. in dem Kanton Graubünden bei Rheinwald, Oberhalbstein und in anderen Gegenden wahrgenommen, bringen die Bündener Blätter verschiedene interessante Notizen. Zu Klosters und Davos wurde das Phänomen schon am Morgen des 15. Januar beobachtet. Dem Bündener Tageblatt wird hierüber Folgendes berichtet: „Auffallend war dabei noch, daß es zu gleicher Zeit in dem bedeutend tiefer gelegenen Monstein schneite, während es am Platz zu Davos stark regnete, und ebenso in Klosters, Platz und Dörfli bei mäßigem Nordwind schneestöberte und gleichzeitig in den dortigen südöstlich gelegenen Alpen heftiger regnete. An jenem Morgen um 7 Uhr zeigte das Thermometer — 8,1° C., das Barometer 646,4 M. M., bei etwas Nordwind und neblichtem Himmel, in

als wahre Herzensangelegenheit geschlossen wird. Ohne Zweifel regt sich hie und da ein gewisses Bedauern, daß die königliche Wahl keine protestantische Fürstin traf; aber wir sind nie der Meinung gewesen, daß der Fraueneinfluß auf dem Gebiete der Kirchenpolitik besonders erwünscht ist. Gerade in Bayern haben wir trotz einer protestantischen Königin die Tage des Abel'schen Mißregiments und einer förmlichen Protestantenverfolgung gesehen. Der Schutz dieser Kirche und die volle Gleichberechtigung der Confessionen muß in den Gesetzen beruhen und in den Garantieen, welche für ihre richtige Vollstreckung im Sinn des Gesetzes gegeben sind. Je mehr wir die Kirche von den Fesseln des Staates frei machen, desto sicherer wird sie durch die eigene Anstrengung ihrer Genossen gestellt werden. Des zweideutigen Schutzes durch Hofprediger und ähnliche Einflüsse bedarf sie dann nicht. Die gegentheilige Meinung haftet noch an den patriarchalischen Anschauungen, deren zweites Wort Landesvater und Landesmutter war, als wenn ein Staatsregiment nach den Regeln des Familienhaushaltes geführt werden könnte und sollte. Die heutigen Staatsbürger sind keine Kinder; aber desto reifer und bewußter ist die Freude, womit sie an der ersten Stelle im Staat den Segen einer glücklichen Häuslichkeit begrüßen.

Darmstadt, 29. Jan. Die „Hess. Ldztg." schreibt: „Wie man es nach den Ereignissen des letzten Sommers sehr begreiflich finden wird, erregen die Reformen in unserem Militärwesen die lebhafteste Theilnahme des Publikums, und je mehr man sich in den höheren Kreisen in den undurchdringlichen Schleier des Dienstgeheimnisses hüllt, um so mehr werden die militärischen Anordnungen zu ergründen und zu kommentiren versucht. Die neuesten Pensionirungen haben die verschiedensten Deutungen erfahren. Die unvermeidliche Vermehrung des hessischen Kontingents wird schwer auf das Land drücken und seine finanziellen Kräfte vielleicht bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit in Anspruch nehmen. Diese finanziellen Opfer werden um so empfindlicher sein, als sich die Staatseinnahmen unläugbar verringert haben und bis jetzt noch keine Mittel erdacht sind, den entstandenen Ausfall zu decken. Durch die Abtretung der verschiedenen Gebietstheile in Oberhessen entsteht eine Verringerung von 175,000 fl. in den Steuereinnahmen; durch den Wegfall des Salzmonopols und der vermuthlich gleichfalls nicht mehr fortbestehenden Zapf- und Trankstener verringern sich die Staatseinnahmen weiter um ungefähr 300,000 fl., im Ganzen sind das 475,000 fl. Die Ausgaben vermehren sich um 135,000 fl., abgesehen von den Kosten, welche die Militärreformen verursachen; denn so viel betragen die Zinsen der Anleihe, durch welche die an Preußen gezahlte Kriegskontribution von 3 Millionen Gulden gedeckt werden muß.

Frankfurt, 29. Jan. Die am 9. d. durch tumultuarische Auftritte unterbrochene Control-Versammlung ehemaliger kurhessischer Reservisten wurde gestern fortgesetzt. Ungefähr 600 Reservisten waren dazu beordert. Nachdem die Eidesleistung für den König von Preußen vollzogen war, wurden viele dieser Mannschaften, welche bei der früheren Control-Versammlung den Eid verweigert hatten, unverweilt unter militärischem Geleite nach Mainz, Wiesbaden und Hanau abgeführt, um dort, wie man vernimmt, einen einstweilen auf zwei Monate festgesetzten Dienst zu leisten. Die von dieser Maßnahme Betroffenen sollen zumeist verheirathete Leute sein. — Gegen das freisprechende Urtheil des Zuchtpolizeigerichts in Sachen der Broschüre „Tagebuchblätter aus dem Jahre 1866" hat die Staatsanwaltschaft Appellation eingelegt. Die Anklage wird nun vor dem hiesigen Appellationsgerichte zu weiterer Verhandlung kommen. — Vom Schlosse Rumpenheim hat man seit gestern wieder befriedigende Mittheilungen über das Befinden der Herzogin Adelheid; die Besserung macht zwar nur langsame, aber stete Fortschritte.

Berlin, 25. Jan. Die Mannschaften der vormaligen hannover'schen Infanterie sind den jetzigen preußischen Infanterie-Regimentern Nr. 73, 74, 75, 76, 77, 78 und 79, ferner noch dem preußischen Jäger-Bataillon Nr. 10, dem Pionier- und Trainbataillon Nr. 10, die Artillerie dem diesseitigen Artillerie-Regiment Nr. 10 zugewiesen worden. Die Infanterie-Regimenter Nr. 73, 74 und 77 stehen übrigens nicht in dem früheren Königreiche Hannover. (K. Z.)

Berlin, 26. Jan. Die Session des Abgeordnetenhauses geht ihrem Ende entgegen. Morgen werden noch wichtige Vorlagen über Eisenbahnbauten zur Verhandlung kommen. Das Haus wird alsdann die Abstimmung im Herrenhause über das Gesetz wegen der Vermehrung der Abgeordneten in zweiter Lesung abzuwarten haben. Wichtige Zwischenfälle stehen kaum mehr in Aussicht. Bei Gelegenheit des von dem Hause am Freitage verhandelten Antrages Michaelis' wegen der Verlegung des Etatsjahres, der von dem Hause, man weiß nicht recht warum, abgelehnt wurde, gaben mehrere Redner den Besorgnissen Ausdruck, welche die Gerüchte über die Bestimmungen des norddeutschen Verfassungsentwurfs hervorgerufen haben. Twesten sprach die Ueberzeugung aus, daß ein Normalbudget nicht durchzusetzen sein werde. Die „Nordd. A. Z." legt heute Abend wieder eine konservative Lanze für dieses Budget ein und wiederholt das Argument, daß bestimmte Ausgaben niemals verweigert werden könnten. Genau dasselbe war von den früheren Antragstellern der konservativen Partei geltend gemacht worden, die im Abgeordnetenhause durch die Feststellung eines Ordinariums für den Militäretat dem Hause sein Budgetrecht schmälern wollten. Die Kammer hat das stets zurückgewiesen. Neuerdings wird offiziös darauf aufmerksam gemacht, daß man bezüglich des Bundesbudgets zwischen den Einnahmen und Ausgaben unterscheiden müsse und letztere noch nicht festgestellt seien. Man wird dies vorerst mit einiger Vorsicht behandeln müssen. Die Unterscheidung nimmt sich zuvörderst ziemlich theoretisch aus. Die bei der Bundesgewalt einmal zur Verfügung gestellten Einnahmen werden sich hinterher nicht mehr leicht in Frage stellen lassen. — Die Vermuthung, daß das am 24. ds. Mts. in der norddeutschen Konferenz unterzeichnete Protokoll die Delegation an Preußen für das Parlament enthalten habe, hat sich bestätigt. Dadurch werden die betreffenden Bestimmungen der Verfassung wegen der von Preußen in dem definitiven Reichstage auszuübenden geschäftsleitenden Funktionen schon jetzt dem Parlamente gegenüber in's Leben treten, und darin liegt die Bedeutung des Protocolls. Trotzdem werden die Regierungen wahrscheinlich während der Dauer des Parlaments zur raschen Förderung der parlamentarischen Arbeit neben Preußen vertreten sein. (Schw. M.)

Berlin, 28. Jan. Großes Aufsehen erregt natürlich hier in allen Kreisen die Angelegenheit des Generals v. Manteuffel, um so mehr, wenn man die bevorzugte, einflußreiche Stellung bedenkt, die er früher der Person des Königs gegenüber eingenommen. Thatsächlich ist, daß Manteuffel aus seiner Stellung als Commandeur des

---

dessen oberen Schichten Föhnwind bemerkbar war. Es wurde von dem gelblichrothen Schnee in ganz reine Gläser eine Quantität geschöpft. Nach Schmelzung desselben ergab sich ein feinpulveriger, gelber Niederschlag, der unter einem 250 Mal vergrößernden Glase verschieden geformte Blättchen, Kryställchen und Körnchen sehen ließ, die theils etwas durchsichtig, fast farblos, theils röthlich und gelblich erschienen, in Wasser unlöslich, mit Salpetersäure befeuchtet, keine Veränderung zeigten. Weitere Untersuchungen ließen den Niederschlag als unorganischen Stoff erkennen. Das nämliche Resultat hatte die Untersuchung in den fünfziger Jahren, als ebenfalls ähnlich gefärbter Schnee gefallen war. Die Annahme von Pflanzenstoffen konnte sich wohl nur auf Blüthenstaub gründen, den der Wind allenfalls getragen haben dürfte. Da man das Innere von Afrika nicht genau kennt, kann man auch nicht genau wissen, welche sehr großen, ausgedehnten Landstriche mit Pflanzen bewachsen sein könnten, deren Blüthenstaub möglicher Weise vom Wind bis in einen andern Welttheil gelangen würde. Näher lag aber wohl immer die Annahme von vulkanischer Asche, Passatstaub, Wüstensand ꝛc. Die Erkennung dieses okergelben Stoffes und seines Ursprungs kann dienlich sein zur Bestimmung der Herkunft und der Richtung des Föhnwindes. Bemerkenswerth ist, daß Graubünden vorzugsweise das Land zu sein scheint, wo der rothe Schnee fällt. Graubünden wird eben auch vorzugsweise vom Föhnwind bestrichen, und ihm verdankt es seinen, nach Verhältniß der Höhenlage milden Himmel."

Paris, 29. Jan. Einer der Commis eines hiesigen Wechsel-Agenten ist mit der Summe von 600,000 Franken durchgegangen. Die Fürstin Trubetzkoi, einst berühmt wegen ihrer Schönheit, ist im Alter von 61 Jahren in Nizza gestorben. Es war eine geborene Nelidow. (K. Z.)

Ueber eine gewaltige Feuersbrunst in Yokohama (Japan), die auch die dortigen Europäer schwer betroffen, bringt der Telegraph Mittheilung. Das Feuer brach am 26. November in einer Garküche aus, griff mit großer Schnelligkeit um sich und war, da eine einzige Brücke nur Zugang gewährte, fast nicht zu löschen, bis ungefähr ein Drittel der Magazine und Wohnungen der dort ansässigen Kaufleute ein Raub der Flammen geworden waren. Die Archive des amerikanischen Consulates wurden ganz und die anderer Consulns größtentheils vernichtet. Der französische Konsul verlor seine Wohnung und seine ganze bewegliche Habe. Auch der englische Konsul erlitt beträchtlichen Verlust. Die sämmtlichen alten Konsulatgebäude der französischen, amerikanischen, preußischen und englischen Regierung, die Post, das neue amerikanische Konsulat und nahezu alle Privatwohnungen wurden von dem Brande zerstört. Unter denen, die die schwersten Verluste zu tragen haben, nennt man die Firmen Van Reed, Sardine Mathesen und Komp. und Schultze, Reis und Comp. Die Agenten der Versicherungsgesellschaften schätzen die Totalsumme der Verluste auf 2,150,000 Doll. ab.

in den Elbherzogthümern garnisonirenden 9. Armeekorps abberufen und beurlaubt worden ist. Ueber die Veranlassung herrscht aber noch keine hinreichende Klarheit, doch dürfte diese, wie ich höre, sowohl eine politische als eine militärische sein. Unter den militärischen Differenzen möchte eine in der veränderten Stellung des Generals ihren Grund haben, da er früher als Militärgouverneur in den Herzogthümern mit unbeschränkter Befugniß fungirte, während er zuletzt nur als militärischer Oberbefehlshaber dem Civilgouverneur zur Seite gestellt war. (Schw. M.)

Hannover, 28. Januar. Kürzlich ist die verborgen gehaltene Corpskasse der hannoverischen Gendarmerie, 150,000 Thlr. enthaltend, entdeckt worden. Aus Einbeck ist der Fruchthändler Kipp, aus Burgdorf der Assessor a. D. Ulrichs nach Minden abgeführt worden. — Dem Bürgermeister Assessor Keil zu Burgdorf ist auf Befehl des Generalgouverneurs die Weisung zugegangen sofort die Stadt zu verlassen, widrigenfalls derselbe nach der Festung Minden abgeführt werden solle. (Hn. A.)

Dresden, 28. Jan. Die 1. Kammer ist heute dem Beschluß der 2. Kammer, die Vertagung des Landtags bis 1. November betr. (wegen der inzwischen fallenden Session des norddeutschen Parlaments), beigetreten. Graf Hohenthal nahm hiebei Anlaß, an den Minister des Innern die Frage zu richten, ob die Staatsregierung gewillt ist, die zu erwartende norddeutsche Bundesakte, sei es vor deren Unterzeichnung, oder doch vor deren Ratifikation der Ständeversammlung zur verfassungsmäßigen Zustimmung vorzulegen. Er drückte dabei die Hoffnung aus, daß das Resultat der über diese Akte zu pflegenden Verhandlungen ein für Sachsen annehmbares sein, daß über die Aufgabe, einen nach Außen mächtigen, nach Innen freien Bundesstaat herzustellen, nicht hinausgegangen, daß die Bahn des Einheitsstaates nicht betreten werde. — Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz erwiderte hierauf, daß, nachdem die k. preußische Regierung bei der Berathung des Reichswahlgesetzes im Abgeordnetenhause die Versicherung gegeben, daß die Verfassung des norddeutschen Bundes nicht ins Leben treten werde, ohne daß zuvor die preußischen Kammern darüber gehört worden seien, die k. sächsische Regierung dasselbe Recht für die sächsischen Kammern in Anspruch nehmen werde. Dies sei das Einzige, was er jetzt auf die Anfrage des Grafen v. Hohenthal antworten könne, denn die Form und Modalität, in welcher dieses beanspruchte Recht zur Ausführung gelangen solle, sei theils Gegenstand der jetzt in Berlin stattfindenden Verhandlungen, theils müsse diese Frage künftiger Vereinbarung vorbehalten bleiben. (Dr. J.)

Gotha, 27. Jan. Die Kriegsentschädigungsgelder sind nunmehr in unserem Lande vollständig ausgezahlt worden. Der Aufwand, welchen die feindlichen Truppen (Hannoveraner und Bayern) verursacht haben, ist aus der Schmalkaldener Waldung gedeckt, die Verpflegung der eigenen und der verbündeten preußischen Truppen vorläufig aus der Staatskasse bestritten worden. (Fr. J.)

Graz, 28. Jan. Im ganzen Lande wurden bei den heutigen Städtewahlen die Kandidaten der deutschen Verfassungspartei meist mit Stimmeneinhelligkeit zu Landtags-Abgeordneten gewählt, darunter Dr. Rechbauer und Joseph v. Kaiserfeld.

In Mähren hat die deutsche Verfassungspartei bei den Wahlen keine Stimme verloren. (N. Fr. Pr.)

In **Pesth** haben jetzt die Arbeiten in der Siebenundsechziger-Kommission begonnen. Ueber deren erste Sitzung liegt bis jetzt nur ein Telegramm vor, welches zeigt, daß die Partei Deak sehr rasch vorgeht, und daß auch die Linke zahm geworden ist, denn diese zog ihr Minoritätsvotum zurück und jene ließ rasch die Generaldebatte schließen. Die Partei der Linken hat in ihrer Konferenz, wie der darüber vorliegende Bericht erkennen läßt, eigentlich die Partie aufgegeben. In der Konferenz der Deak-Partei aber wurde beschlossen, das Fünfzehner-Elaborat „mit einigen unwesentlichen Modifikationen" anzunehmen. Sind diese wirklich unwesentlich, so wäre der Ausgleich mit der Regierung gesichert, denn diese hat ihrerseits als Bedingung bekanntlich die Annahme des Fünfzehner-Elaborats durch die Commission, respektive den Landtag, aufgestellt.

Aus den Niederlanden, 27. Jan. Durch Mittheilungen von orientirter Seite wird bestätigt, daß der belgische Finanzmann Langrand-Dumonceau in Wien Vorschläge Behufs Ausführung einer großartigen Operation im Interesse der österreichischen Staatsfinanzen gemacht habe. Es sollen Aussichten vorhanden sein, daß seine Projekte genehmigt werden. (N. C.)

Paris, 28. Jan. Wenn man den offiziösen Blättern Glauben schenken darf, ist es der Regierung mit ihren liberalen Tendenzen wirklich Ernst. Fordert doch der „Constitutionnel" heute geradezu auf, rühriger zu sein und hinter den edelmüthigen Absichten des Kaisers nicht zurückzubleiben. Der Artikel ist überschrieben: „der öffentliche Geist in Frankreich" und beweist, daß dieser Geist in allen, auch den kritischsten Zeiten stets ein reger und voranschreitender gewesen sei. Freilich ist es für den „Constitutionnel" ein betrübender Anblick, daß Frankreich, sonst so bestimmt, so klar, so gesunden Sinnes, gerade in politischen Dingen so häufig unbestimmt, verworren und besonders so wankelmüthig sei. — Rouher hat auf Befehl des Kaisers Emil Ollivier wegen des neuen Preßgesetzentwurfes zu Rathe gezogen. Die Hauptfrage, die noch zu entscheiden ist, betrifft die vorgängige Ermächtigung, über welche auch heute die Journalisten-Versammlung bei Havin energisch ihr Votum abgeben wird. Vielleicht wird die Regierung der öffentlichen Meinung in dieser Frage nachgeben und von den Gründern eines neuen Blattes nur eine einfache Anzeige beim Ministerium des Innern oder auf der Präfektur verlangen; andererseits wird man die Kaution erhöhen, in Paris auf 100,000 Fr., und wie bisher Gerant, Verfasser und Drucker zugleich zur Verantwortung ziehen. Die Gerichte werden unter Umständen Suspensionen und Unterdrückungen verfügen können, für geringe Vergehen aber hauptsächlich Geld- und nur selten Gefängnißstrafe verhängen. Die Artikel müssen auch in Zukunft unterzeichnet werden. Der Stempel wird auf 3 Cents herabgesetzt, dafür aber auch den unpolitischen Blättern auferlegt. (Schw. M.)

Paris. Bei dem wöchentlichen diplomatischen Empfange versicherte Moustier die Gesandten in speziellem Auftrag des Kaisers, die Januar-Ordonnanzen stünden durchaus in keinem Zusammenhange mit militärischen oder angeblichen Annexionsabsichten, die man ihnen unterzuschieben versuche.

Wie sich der „Schwäb. Merkur" aus **Paris** schreiben läßt, ist Kaiser Napoleon sehr düster gestimmt, er scheint in Betreff des Charakters der neuen Aera noch keinen rechten Entschluß gefaßt zu haben, was um so erklärlicher ist, als das Januardekret unstreitig in einer gewissen Uebereilung zu Stande gekommen. Dieser Tage besuchte er das Marsfeld und ließ seine üble Laune dadurch erkennen, daß er das langsame Fortschreiten der Arbeiten tadelte.

Paris, 29. Jan. Die „Debats" nahmen nach dem Erscheinen des Dekrets vom 19. Januar eine ganz eigene Haltung ein; wenn sie auch die Unterdrückung der Adresse nicht billigten, so sprachen sie sich doch zu Gunsten des kaiserlichen Briefes aus und sahen in den darin enthaltenen Versprechungen den ernsten Willen des Kaisers, eine liberale Bahn zu betreten. Wenn die betreffenden Artikel nicht von Prévost-Paradol unterzeichnet gewesen wären, so hätte man glauben können, die „Debats" ständen im Begriff, der „France" den Rang streitig zu machen, die sich bekanntlich, was innere Politik anbelangt, auf ein liberal-kaiserliches Terrain gestellt hat. So muß man aber annehmen, daß Prévost-Paradol geglaubt hat, die Regierung dadurch, daß er seinem Journal den Anschein gab, als glaube es an eine Besserung der Zustände, zu bestimmen, die neuen Gesetze über die Presse und das Vereinsrecht im liberalsten Sinne abzufassen. . . . . Die Artikel der „Debats" werden schwerlich an dem, was die Regierung zu thun oder nicht zu thun hat, etwas ändern. Die Befürchtungen, welche noch fortwährend in der finanziellen Welt herrschen, haben der Regierung zu neuen Erklärungen Anlaß gegeben. Die Herren Forcade de la Roquette (Bauten-Minister) und Rouher (Staats- und Finanz-Minister) beschieden nämlich heute die Syndikatskammer der Börsen-Wechselagenten zu sich, um ihr zu erklären, daß die Regierung vor der Hand weder eine neue Anleihe, noch sonstige Maßregeln ergreifen werde, die einen Einfluß auf die Börse ausüben könnten. Alle Course gingen in Folge dessen bedeutend in die Höhe. — Der Gerant des „Mémorial Diplomatique", Ollivry, und der Redakteur desselben, Boutet, welche beide wegen Verleumdung des Königs von Preußen zu einem Monat Gefängniß verurtheilt worden sind, sollten am letzten Freitag verhaftet werden. Sie erhielten jedoch einen Monat Aufschub und werden daher erst nächsten Monat ihre Wohnung im Gefängniß beziehen. — Heute ist der Hochzeitstag des Kaisers und der Kaiserin. In den Tuilerien findet dieserhalb ein Familienfest statt; es sind jetzt 14 Jahre her; die Kaiserin war damals 27 Jahre alt. (Köln. Ztg.)

Paris, 30. Jan. Der „Moniteur" schreibt: Da die Rinderpest sich in Rheinpreußen gezeigt hat, verbietet der Minister den Eintritt oder die Durchfuhr durch Frankreich für alle Wiederkäuer und deren Produkte oder frische Reste, die aus Preußen und Rheinbayern kommen.

Italien. Die „Gazetta di Venezia" vom 26. d. M. spricht ihre Genugthuung darüber aus, daß Baron Ricasoli dem Wunsche der venetianischen Deputirten nachkommend die administrative Organisation Venetiens unangerührt bestehen lassen will, damit sie geprüft werden können, während sie sanktionirt; auf diese Weise werde man sichere Grundlagen haben für Reformen.

Aus **Athen**, 28. Jan., wird telegraphisch gemeldet, es werde der Kammer ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, welcher den Bestand der hellenischen Armee auf 31,000 Mann, und zwar 14,000 Mann beständig unter der Fahne und 17,000 Mann Reserve festsetzen solle;

der Kriegsminister führe dafür als Gründe die Drohnoten der Pforte und die in den christlichen Provinzen zu befürchtenden Aufstände an; Griechenland, habe er gesagt, provocire Niemanden und wolle Frieden halten, aber sich auch nicht demüthigen lassen.

Konstantinopel, 29. Januar. Der „Courrier d'Orient" behauptet, Muselmänner wie Christen fühlten die Nothwendigkeit der Einberufung einer aus freier Wahl hervorgehenden Nationalversammlung. — Die italienische Gesandtschaft fordert für den bei einem Raufhandel der Matrosen von der türkischen Polizei verwundeten italienischen Schiffskapitän eine Entschädigung von 400 Pfd. St.

Direkte Nachrichten, die dem „Wand." aus **Candien**, zugegangen sind, reichen bis zum 15. Jan. Die Generalversammlung die noch immer zu Hajia Roumeli tagt, hat eine provisorische Regierung gebildet, aus 7 Personen zusammengesetzt, welche verschiedenen Distrikten der Insel angehörten. Zu Rhedia, nahe bei Heraklium fand ein hitziger Kampf zwischen christlichen und türkischen Truppen statt; die letzteren wurden total geschlagen und mußten sich in die Festung zurückziehen. Gegen 5000 Mann von theils regulären theils irregulären türkischen Truppen nahmen an diesem Gefecht Theil. — Auch von einer anderen Seite hatte Mustapha Pascha am 12. d. M. Truppen an der Küste von Hajia Roumeli ausschiffen lassen, doch die Christen trieben sie zurück und zwangen sie, sich wieder einzuschiffen. Eine zweite Landung zu Criti wurde gleichfalls zurückgewiesen.

Petersburg, 29. Jan. Am Samstag den 26. d. hat in Helsingfors die Eröffnung des finnländischen Landtages Statt gefunden. Die Thronrede des Kaisers erklärte, daß ein Gesetz, welches die Einberufung des Landtags ordnen solle, vorgelegt, neue Steuern nicht auferlegt und der Vorschlag wegen Erläuterungen und Ergänzungen der Grundgesetze Finnlands so wie die Finanzreform-Frage aufgeschoben werden sollen.

New-York, 23. Jan. Die Repräsentantenkammer hat ein Gesetz angenommen, welches denen, die an der Empörung Theil genommen haben, die Befähigung entzieht, ihre bürgerlichen Rechte zur Anwendung zu bringen.

Stephens, das Haupt der Fenier, ist durch Beschluß der Generalversammlung in **New-York** für einen „Humbug" erklärt und abgesetzt worden; an seine Stelle tritt Gleeson, der im amerikanischen Kriege eine Brigade kommandirte. Wie Stephens mit der Befreiung Irlands von englischer Herrschaft bis zu Ende des vergangenen Jahres nicht Wort hielt, so war er auch in der Verwendung der ihm anvertrauten Gelder nicht verläßig, d. h. er behielt das Meiste für sich.

Der „Correspondencia" zufolge melden die letzten Nachrichten aus **Bolivia**, daß die Leute der Orte Alew, Apolo, Santa Cruz, und Plata, die ein Bündniß gebildet hatten, um eine allgemeine Erhebung der Eingebornen gegen die Weißen hervorzurufen, zersprengt sind. Ihre hauptsächlichsten Anführer sind verhaftet und am 17. Okt. erschossen worden. Am 19. und 20. desselben Monats wurden gleichfalls Matias Machaca und Glenterio Chauez erschossen. Den 22. erlitten die Mörder des Oberst Guachella Mariano Gonzales und Grosito Zapota dieselbe Strafe.

Neueres.

Berlin, 31. Jan. Im Abgeordnetenhause steht die Einbringung eines Antrags bevor, die Frankfurter Contribution als Anleihe von 6 Millionen Gulden auf die allgemeine Staatsschuld zu übernehmen.

Kiel, 30. Januar. Durch eine Oberpräsidial-Verfügung ist die Majorität der Stadtdeputirten wegen Nichttheilnahme an der Besitzergreifungsfeier zu motivirter Erklärung innerhalb acht Tagen aufgefordert.

Wien, 31. Januar. Wie die heutige „Presse" meldet, ist ein Delegirter der italienischen Regierung hier eingetroffen, um mit der kaiserlichen Regierung einen Telegraphenvertrag abzuschließen.

Pesth, 30. Jan. Die Siebenundsechziger-Kommission hat in ihrer heutigen Sitzung 17 Paragraphen, mit von Deak unterstützten Amendements mehrerer Deputirten, angenommen. Das Amendement des Deputirten Holland lautet: „Alles auf einheitliche Leitung, Führung und Organisation des gesammten Heeres Bezügliche wird, als der Verfügung des Kaisers angehörend, anerkannt."

London, 31. Jan. Aus Newyork, 30. Jan., Abends, wird berichtet: „Der Präsident Johnson hat der Bill in Betreff der Aufnahme Nebraskas als Staat sein Veto entgegengesetzt."

Florenz, 30. Jan. Der Senat beschloß gestern mit 83 gegen 48 Stimmen, den Admiral Persano wegen Ungehorsam, und mit 116 gegen 15 Stimmen, denselben wegen Unfähigkeit und Nachlässigkeit in Anklagestand zu versetzen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. G. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. 9. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. [illegible]	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1862	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	[illegible]
„	5 pCt. Venet. Coupons [illegible]	—
„	5 pCt. National-Anl. v. [illegible]	[illegible]
„	5 pCt. Metall. Obligation	[illegible]
„	4½ pCt.	[illegible]
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	[illegible] P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto	[illegible] P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto	[illegible]
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto	[illegible]
„	3½ pCt. Obl. dto	[illegible] P.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	[illegible]
„	4½ pCt. Obl. dto.	[illegible] P.
Baden	4½ pCt. Obl.	[illegible] P.
„	[illegible] pCt. Obl. v. [illegible]	[illegible]
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	[illegible]
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½ pCt. Obl. dto	[illegible] P.
„	4 pCt. Obl. dto	[illegible] P.
„	4½ pCt. Obl. dto	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	81 G.
Spanien	3 pCt. inl. [illegible]	—
„	3½ pCt. [illegible]	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	[illegible] P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000fr. 1881 D. 2½	—
„	6 pCt. [illegible] v. 1862	77 - 78¼ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	12[illegible] G.
K. k. oesterr. National-Bankaktien	658—63 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	[illegible]
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	[illegible]
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	[illegible]
Weimarische Bank à Thlr. 100	
Mitteldeutsche Kreditaktien	[illegible] P.
Intern. Bank in Lux. à 500 Frs. à 24	[illegible]
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	[illegible]
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	[illegible]
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 24 kr	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	[illegible]
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	154
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	[illegible]
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	[illegible] P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	[illegible] P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt.	[illegible]
[illegible]	—
5pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	[illegible] P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollbezahlt	[illegible] P.
[illegible]	[illegible]

Wechsel
in süddeutscher Währung

Amst. fl. 100 k. S.	100[illegible] G.
Antwerp. Frs. 200 „	[illegible]
Augsb. fl. 100 k. S.	100
Berlin Th. 60 k. S.	[illegible]
Brem. 50 Th. [illegible]	[illegible]
Brüssel Frs. 200 k. S.	[illegible]
[illegible] Thlr.	[illegible]
Hamb. Mk. 100 k. S.	[illegible]
Leipzig Th. 60 k. S.	[illegible]
London L. 10 k. S.	[illegible] P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. [illegible]	—
Mailand fl. 100 k. S.	[illegible]
Paris Frs. 200 k. S.	[illegible]
Petersburg [illegible]	—
Triest fl. 100 k. S.	[illegible]
Wien fl. 100 k. S.	[illegible] G.
[illegible]	90[illegible] G.
Disconto	3½ pCt.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	107 G.
„ fl. [illegible] v. 1854 mit 4pCt.	[illegible]
„ fl. 500 v. 1860 4.7	[illegible] - ¼ G.
„ fl. 100 Bkn.-L. v. 1858.	[illegible] P.
„ dto v. 1864.	[illegible]—⅛ G.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	102—¼ [illegible]
Schwed. 10 Thlr. Loose	10[illegible] P.
Badische fl. 35	53[illegible] P.

[illegible]	[illegible]
Kurhess. [illegible]	142[illegible] P.
„ fl. 25 [illegible]	42[illegible]
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. [illegible]	—
Neufchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	
Mailänder 45 Frs. [illegible]	28[illegible] P.
[illegible]	[illegible] P.
Anso. [illegible]	[illegible] P.

Frankfurt, 31. Januar. Für Amerikaner war Anfangs eine feste Tendenz. Aber wie es mit Amerika so oft zu gehen pflegt, daß es nämlich bis hart an eine gewisse Grenze streift und in dem Moment, wo man deren Ueberschreitung erwartet, wieder rückfällig wird, so geschah es auch heute. Kaum war der 77er heiß genug erkämpft, da kam gegen 1 Uhr Gold ½ pCt. höher und Bonds gingen darauf circa ¼ pCt. zurück, schließen jedoch wieder etwas fester. Oesterr. Fonds waren sehr animirt, insbesondere Staatspapiere mit Ausnahme von engl. Metalliques, welche ihren gestrigen Cours nicht verbessern konnten. Von Spekulationspapieren waren vorzugsweise lebhaft 1860er und 1864er Loose, Credit und Steuerfreie. Süddeutsche verkehrten unverändert fest. — Die Ultimoregulirung ging sehr gut von Statten, da besonders für österr. Papiere Stücke fehlten. (Svnd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 33. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | **64. Jahrgang.** | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 2. Februar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 31. Januar. Se. Majestät der König hat den Gerichtsschreiber A. Guggenberger in Pegnitz wegen nachgewiesener Krankheit für die Dauer eines halben Jahres in den nachgesuchten Ruhestand versetzt und zum Gerichtsschreiber am Landgerichte Pegnitz den Taglschreiber des Landg. Mindelheim, X. Anwander aus Dillingen, in prov. Eigenschaft ernannt.

München, 31. Januar. Auf der Tagesordnung für die auf Freitag den 1. Februar Vormittags 11 Uhr anberaumte 11. öffentliche Sitzung der Kammer der Reichsräthe steht der Vortrag des Legitimations-Ausschusses über die Legitimation des erblichen Reichsraths Wolfg. Grafen zu Castell-Rüdenhausen, dann Einführung und Verpflichtung desselben; ferner Verlesung einer Interpellation der Reichsräthe Fürst Theodor von Thurn und Taxis, Frhr. v. Thüngen, Frhr. v. Zu-Rhein und von Bayer, die bayerische Politik betreffend; sodann der Vortrag des zweiten Ausschusses in Betreff des Berichts des Commissärs der Kammer bei der k. Staatsschuldentilgungs-Commission, Reichsraths Dr. v. Bayer, über den Stand der Staatsschuld Ende 1865/66, Berathung und Beschlußfassung darüber; endlich Vortrag des zweiten Ausschusses über die Rechnungsnachweise der Grundrenten-Ablösungs-Casse für die Jahre 1861/62 und 1862/63, Berathung und Beschlußfassung darüber.

Ein Artikel der „Allg. Ztg.“ aus München, 28. Jan., enthält aus Anlaß des gegenwärtigen Zustandes der bayerischen Finanzen folgende, sehr beherzigungswerthe Betrachtungen: „Nach der Darlegung des Zustandes der Finanzen Bayerns, mit welcher Graf Hegnenberg seine vieljährige Thätigkeit als Mitglied der Landesvertretung abgeschlossen, möchten wohl wenige unter uns sein, die nicht mit tiefem Bedauern auf die von dem vormaligen Ministerpräsidenten v. d. Pfordten hartnäckig festgehaltene Politik zurückblicken, welche für unser Land und dessen blühende Finanzlage so verhängnißvoll geworden ist. Wohl hat es noch vor dem Ausbruch des letzten Kriegssturms an einzelnen Warnungsstimmen nicht gefehlt. Auch in der „Allg. Ztg.“ hatten sich deren vernehmen lassen. Inmitten der allgemeinen Agitation für den Bundeskrieg mit Oesterreich gegen Preußen war mit Nachdruck betont worden, daß der bevorstehende Krieg im Grunde doch nur ein Kampf der beiden Großmächte um die Hegemonie in Deutschland sei, und daß an einem solchen in seinen Grundmotiven egoistischen, brudermörderischen Kampfe Bayern sich nicht ohne die äußerste Nothwendigkeit betheiligen möge. Doch solche vereinzelte Warnungsstimmen verhallten damals unbeachtet und völlig wirkungslos gegenüber der einseitigen Strömung einer leidenschaftlich erregten öffentlichen Meinung, genährt durch den falschen Wahn der militärischen Ueberlegenheit Süddeutschlands im Bunde mit der überschätzten Kriegsstärke Oesterreichs. Aus diesem berauschenden Wahn sind wir zu einer sehr nüchternen Einsicht in die richtige Sachlage zurückgekommen, mit dem ziemlich einmüthigen Bedauern, daß wir nicht vor 8 Monaten schon so gescheidt gewesen, wie wir seitdem durch schmerzlich belehrende Ereignisse geworden sind. In ihrer heilsamen Wirkung könnte man sich die bittern Erfahrungen des letzten Sommers noch gefallen lassen, wenn sie nicht gleichzeitig unserm Staatshaushalt eine so tiefe Wunde geschlagen hätten. Geben wir uns darüber keinen Illusionen hin! Mit der schönen Blüthe der bayerischen Finanzen ist es für ziemlich lange Zeiten vorbei. Statt der Ueberschüsse werden wir ein Deficit haben, und damit die Nothwendigkeit von Steuererhöhung und Papiergeld. Daran wie an die neuprojektirte Armeeorganisation knüpfen sich noch andere schlimme Befürchtungen. Nicht weniger dringend nothwendige Reformen, die sich in die Sphäre verschiedener Ministerien vertheilen und im diesjährigen Budgetlandtag ihre Erledigung erwarteten, sind nur durch Geldzuschüsse des Staats ausführbar. So z. B. bedürfte das Budget des Cultusministeriums vor allem eine namhafte Erhöhung, um all den Erfordernissen und billigsten Wünschen für Bildungszwecke gerecht zu werden. Aufbesserung der Gehalte der schlechtbezahlten Beamten, besonders der Schullehrer, Gymnasialprofessoren u. s. w. wird als dringende Nothwendigkeit allgemein anerkannt. Aber auch die höhern Bildungsanstalten, die Universitäten, die beiden Akademien, die wissenschaftlichen Staatssammlungen, die Staatsbibliothek, sind durchaus nicht so dotirt, um den gesteigerten Forderungen der Zeit und den Fortschritten der verschiedenen wissenschaftlichen Disciplinen zu genügen. Bayern steht in dieser Beziehung verhältnißmäßig hinter manchem kleinern Staat zurück. Sollen nun die nothwendigen Reformen unausgeführt, die gerechtesten Wünsche in Bezug auf Besserung unserer Bildungsinstitute unerfüllt bleiben, bloß weil eine unselige Leitung der Politik Bayerns blühende Finanzen geschädigt hat? Das wäre in der That ein doppelter Unsegen jener verhängnißvollen Politik! Soll das Militärbudget wirklich abermals viele Millionen verschlingen, welche völlig unproduktiv dem Lande verloren gehen, so müßte der Verlust doppelt groß und fühlbar werden, wenn dies auf Kosten der Budgets anderer Ministerien, namentlich aber desjenigen Ministeriums geschehe, dem die Pflege des Unterrichts und der Geistesbildung anvertraut ist. Dieß geschieht leider gegenwärtig in Oesterreich zum abschreckenden Beispiel. Dort hat man auch früher schon (und wahrlich nicht zum Segen des Staats) bei allen Ausgaben für Bildungszwecke geknausert, und zwackt jetzt an den ohnehin schlecht dotirten höheren Bildungsinstituten, ab was irgendmöglich ist. Man läßt dort nicht nur die dringendsten Reformen des höhern Unterrichts unbefriedigt

Feuilleton.

Vermischtes.

Das Krupp'sche Etablissement in Essen ist augenblicklich mit der Fabrikation von nicht weniger als 2370 Gußstahl-Kanonen für die verschiedensten Regierungen beschäftigt. Die leichtesten Feldgeschütze, so wie die schwersten Caliber figuriren unter der genannten Zahl, welche zusammen den Kostenwerth von $3^1/_2$ Millionen Thaler repräsentiren. Das größte dieser Geschütze, ein Tausendpfünder, aus Gußstahl, dessen Eisengewicht unter ungefähr 1000 Centner ausmacht, wird zur Pariser Ausstellung geschickt werden, sofern ein Platz außerhalb des Ausstellungsraumes dafür eingeräumt wird. Dieses Monstregeschütz allein nebst Laffette und Traverse kostet 130,000 Thaler.

Paris, 27. Jan. Paris hat seit gestern alle Fragen der äußern und innern Politik über dem Auftreten der bekannten Hetäre Cora Pearl in den Bouffes Parisiens vergessen. Die Koryphäen des Demi-Monde hatten sich vollzählig eingefunden, um mit „ganz Paris“ der öffentlichen Ausstellung jener Reize anzuwohnen, die bisher nur viele einzelne kannten; Namen der höchsten Aristokratie sanktionirten durch ihre Anwesenheit das Debüt dieser Künstlerin; alle die Männer — und ihrer ist Legion — welche Zutritt im Boudoir dieses Weibes haben, und alle die Frauen, welche in Cora Pearl die Maitresse ihrer Männer hassen oder fürchten, waren erschienen; man hatte Sitze bis zu 500 Franken bezahlt. Prinz Napoleon nahm eine Proseniumsloge ein, zu welcher ein besonderer Zugang gemacht worden war. Es war natürlich bloß das Verlangen nach einer neuen, noch nicht empfundenen Emotion, was Cora Pearl auf die Bretter trieb, welche „die Welt bedeuten;“ die Emotion scheint sich aber in unerwünscht hohem Grad eingestellt zu haben; das Lampenfieber ergriff auch sie, die doch robur et aes triplex um den Busen haben sollte, und zwar dermaßen, daß sie nur sehr linkische Gebärden zu machen im Stande war. Ihre Freunde, die sie von der Seite der Schüchternheit noch nicht kannten, waren darüber entzückt, und es ist nicht unmöglich, daß ihr monotones Auf- und Abbewegen des linken Arms jetzt ebenso in die Mode kommt wie ihre rothen Haare. Sie trat als Cupido in Offenbachs „Orpheus in der Unterwelt“ auf. Mit dem Scandal von gestern haben die Bouffes Parisiens den Variétés eine gefährliche Concurrenz eröffnet, und jene Anna Menken, die sich dort allabendlich als weiblicher Mazeppa auf ein Pferd binden läßt, wird sich in noch häufigere Lebensgefahren begeben müssen, wenn sie ihre Nebenbuhlerin aus dem Felde schlagen will. — Ein großer Theil de

sondern man streicht selbst von den unzureichenden Etats der Akademie, der geologischen Reichsanstalt, der Museen und naturhistorischen Sammlungen u. s. w. Und was erricht man mit diesen traurigen Ersparnissen, mit diesen Abstrichen einiger tausend Gulden auf Kosten der Intelligenz und Bildung? Schwerlich wird damit so viel erspart, als die Kosten einer halben Batterie, oder einer Schwadron Husaren, oder des Gehalts einiger Feldmarschall-Lieutenants betragen. Trauriger Irrweg, der uns neuerdings beweist, wie schwer es hält, in unserm Nachbarlande, dem wir nicht aufhören werden, unser Mitgefühl mit seinem Unglück und unsere warmen Wünsche für eine bessere Zukunft zu bewahren, ein anderes Grundprinzip zur Geltung zu bringen, als die Verkümmerung der Intelligenz durch den übertriebenen Versuch einer möglichen Steigerung roher Kräfte! Was letztere ohne den entsprechenden Bildungsgrad auszurichten vermögen, davon geben die Annalen der Geschichte und vor allem die Ereignisse des letzten Jahrs ein lautredendes Zeugniß. „Bildung bringt Macht im Bunde mit Wohlstand und dem Segen der Humanität.“ Mahnend und warnend hat man das seit Jahren gerufen, seit Jahren wiederholt; haben die dortigen Staatslenker auch diese Stimmen beherzigt? Hoffentlich wird das Beispiel Oesterreichs für uns mehr abschreckend als zur Nachahmung. Wir glauben in dieser Beziehung auf den redlichen Willen und die Thatkraft des jetzigen Cultusministers, der den Weg seines so allgemein verehrten Vorgängers Hrn. v. Koch nicht verlassen und für die geistigen Interessen des Landes thatkräftig einstehen wird, wie seine letzte Erklärung bezüglich des Elementarunterrichts beweist, vertrauen zu dürfen. In diesem Streben wird ihm die Unterstützung der Mehrheit unserer Landesvertreter gewiß nicht fehlen. Auch für Bayern ist die Pflege der Bildung und die Stärkung der Intelligenz unter den jetzigen Verhältnissen mehr als je eine gebieterische Nothwendigkeit. Zeigen sich doch solche Ausgaben des Staats in ihrer guten Nachwirkung stets und überall als das produktivste Capital.

München, 31. Jan. In der auf morgen Mittags anberaumten Sitzung der Kammer der Reichsräthe erfolgt die Einführung und Beeidigung des neuen erblichen Reichsraths Grafen Wolfgang zu Castell-Rüdenhausen, und werden die Reichsräthe Fürst Theodor v. Thurn und Taxis, Frhr. v. Thüngen, Frhr. v. Zu-Rhein und v. Bayer eine Interpellation, „die bayerische Politik betreffend“, verlesen. Die genannten Reichsräthe scheinen demnach die Erklärungen und Erläuterungen, welche der Staatsminister des Aeußern in der Kammer der Abgeordneten abgegeben hat, nicht als genügend zu erachten. Die Kammer der Abgeordneten wird wegen der Berathung des Gewerbegesetzes in der Kommission wahrscheinlich auf 6 Wochen vertagt werden.

Frankfurt, 30. Jan. So eben erscheint hier ein Wahlaufruf mit 37 Unterschriften, größtentheils von Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers, nebst einigen Bürgern der zum hiesigen Wahlbezirk gehörenden Ortschaften Rödelheim, Bornheim, Oberrad und Niederrad. Es wird darin zur Betheiligung an den Parlamentswahlen aufgefordert und u. a. gesagt: „Noch leidet Frankfurt unter den Nachwirkungen berechneter Verleumdung, sieht seinen schön erworbenen edel angewandten Wohlstand verkümmert und bedroht. Unablässig haben wir für unser schwer geschädigtes Recht einzutreten, der Mannespflicht eingedenk sich selbst ebensowenig als die Gesammtheit aufzugeben. Auch muß die Begründung gesunder öffentlicher Zustände unzweifelhaft unsern gerechten Wünschen förderlich sein. . . .“ „Wählet einen Mann, der bei einem warmen Mitgefühl für unser näheres Gemeinwesen auch sachkundiges Urtheil besitzt für praktisches Interesse, der zugleich mit geradem und offenem Sinn erkennt, was dem neugegründeten Bunde, sowie dem gesammten deutschen Lande noth thut, und der schließlich Geist, Muth und Charakter besitzt, um diese Einsichten und Grundsätze mit Nachdruck zu vertreten.“ Am Schlusse wird eine demnächstige Volksversammlung in Aussicht gestellt. (A. Z.)

Berlin, 30. Jan. Auf der heutigen Tagesordnung im Abgeordnetenhause stand der Bericht, betreffend die Vermehrung des Betriebsmaterials der Bahnen sowie die Herstellung doppelter Bahngeleise und die Bewilligung von 24 Millionen Thaler zu diesem Zwecke. Der Abg. Michaelis beantragte Namens der Kommissionen bei Eröffnung der Debatte, das Amendement Vincke zu § 6 anzunehmen und zu Gunsten desselben den von den Kommissionen gestellten § 6 zurückzuziehen. Das Amendement Vincke lautet: „Jede Verfügung der Staatsregierung über eine durch dieses Gesetz berührte Eisenbahn durch Veräußerung oder Verpachtung bedarf zur Rechtsgültigkeit der Zustimmung beider Häuser des Landtages.“ Und es wurde, obgleich der Handelsminister lebhaft widersprach, nach längerer Debatte das Gesetz in der Kommissionsfassung angenommen. Deßgleichen zu § 6 das Amendement Vincke mit 175 gegen 114 Stimmen. Zu Anfang der Sitzung brachte der Abg. Hagen einen Gesetzentwurf ein, betreffend die Abschaffung der Bürgerrechtsgelder in den acht alten Provinzen. Hierüber wie über den aus dem Herrenhause herübergekommenen Gesetzentwurf, betreffend die Abschaffung der Einzugsgelder, wird eine Schlußberathung stattfinden.

Aus Thüringen, 27. Januar. Der Herzog von Meiningen hat den Prof. Dr. Fr. Bodenstedt in den erblichen Adelstand erhoben. (Fr. J.)

Ueber die Stimmung in Schleswig-Holstein schreibt man den „Köln. Bl.“ aus **Kiel**: Unter den gebildeten Ständen waren vom Anfange des Krieges an die Sympathieen sehr verschieden. Bekanntlich war ein großer Theil des Adels entschieden für Preußen; Andere, und deren Zahl ist nicht gering, sahen sich die Entwickelung der Sache bedenklich an, stets achtend, wohin die Zunge der Waage sich neige. Bei alledem stand die Mehrzahl der Großgrundbesitzer, wie auch die gebildete Bevölkerung in den Städten, die Beamten und Prediger nicht ausgenommen, auf Seiten des Augustenburger Hauses. Diese Sympathieen sind noch nicht erstorben, weil sie Vielen identisch sind mit der Liebe zum engern Vaterlande. Man könnte etwa die augenblickliche Stimmung also zeichnen: Es ist im Laufe des verflossenen Jahres anders gekommen, als wir gehofft hatten; unsere Bemühungen sind gescheitert; wir fügen uns in das, was wir nicht ändern können, sind auch nicht im Stande, einen Weg zu bezeichnen, auf dem sich unsere Lage ändern wird. Die Industriellen versprechen sich Vieles und Großes von der Angliederung an Preußen und wohl mit Grund. Holstein wie Schleswig sind von der Natur sehr begünstigt; es herrscht ein gewisser Wohlstand in allen Classen der Bevölkerung.

---

deutschen Colonie hatte sich gestern in den Sälen des großen Louvre-Hotels zusammengefunden, um das neunte Stiftungsfest des „Liederkranzes“ zu feiern. Fräulein Schröder, die hoffnungsvolle Schülerin der Viardot, Frau Dory und die Claviervirtuosen Brüder Thern trugen durch ihre Produktionen neben dem vom Vorstand der Gesellschaft, Hrn. Ehmann, trefflich geschulten Chor und Orchester dazu bei, diesen Abend zu einem der heitersten und genußreichsten Feste zu gestalten, zu denen sich die Deutschen in Paris je vereinigt haben. Was auch der Besitzer des Hotels beim Souper in culinarischer Beziehung sündigen mochte: die Feststimmung ließ sich dadurch nicht beeinflussen, und die Gesellschaft ging erst gegen Morgen, nachdem mit der Aufführung der komischen Operette Kippers: „Incognito,“ das Festprogramm zu Ende war, auseinander. Hr. Direktor v. Steinbeis, der Vorstand der Ausstellungskommission für Württemberg, wird heute Abend nach abermaligem kurzen Aufenthalt in die Heimath zurückkehren, um sich nach 14 Tagen definitiv hier zu installiren. Durch geschickte Eintheilung ist es gelungen, Bayern und Württemberg im Ausstellungsgebäude vortheilhafter zu placiren als beim oberflächlichen Betrachten des Ausstellungsplans scheinen könnte. Leider zögern viele Aussteller aus diesen Ländern auch diesmal allzulange; erst heute sind wieder eine Anzahl Anmeldungen eingelaufen. — Elie Reclus macht heute in der Coopération Namens des Crédit au Travail den englischen Arbeitervereinen den Vorschlag, durch Vermittlung der Wholesale-Agency sich Anweisungen auf ein zu ihrer Verfügung gestelltes und mit den nöthigsten Möbeln versehenes Haus im Quartier Vaugirard ausstellen zu lassen, wo sie neben der Unterkunft eine einfache Beköstigung finden. Der Preis hiefür ist auf 6—8 Frcs. täglich veranschlagt. Dieß mag beiläufig einen Begriff von der Theuerung geben, der wir entgegen gehen. (A. Z.)

Athen, den 19. Januar. Eines der wichtigsten Ereignisse der vergangenen Woche war die Beschlußfassung der Kammer über die Austrocknung des Kopais-See's, wonach nunmehr eine französische Gesellschaft dieses Werk unternimmt gegen Ablassung von 80,000 Stremmen für ewige Zeiten und 210,000 auf 99 Jahre zur uneingeschränkten Benützung. Daß diese wichtige Sache diesmal so schnell und ohne nennenswerthen Widerstand durchging, mag wohl in der Geldnoth der Regierung liegen, welche nun nach kurzer Frist 300,000 Dr. zu 6 pCt. Kaution und 1,700,000 Dr. Anlehen zu 7 pCt. von der nämlichen Gesellschaft erhält. Die Aussicht, bald zu ihren Taggeldern zu gelangen, hat zwar die Herren Deputirten nicht zu solcher Nachgiebigkeit bewogen, wohl aber die Einsicht, daß der so sehr bedrängten Regierung, den unbezahlten Beamten und Pensionären geholfen werden müsse. Man spricht sogar davon, daß der Regierung ein weiteres bedeutendes Anlehen von Seite jener Gesellschaft versprochen sei. Auf jeden Fall werden die nicht unbedeutenden Austrocknungs- und Drainirungsarbeiten viel Geld ins Land bringen, eine ganze Provinz, Livadien, wird von den verpestenden Dünsten dieses See's, der in jedem Sommer zum Sumpfe wird, befreit und ein Flächeninhalt von wenigstens 600,000 fruchtbaren Stremmen dem regelmäßigen Anbau wiedergegeben. Diese fruchtbare Gegend wird künftig 200,000 Menschen nähren. (N. Corr.)

Ohne Bedenken kann Holstein auf dem Gebiete der Industrie mehr leisten als es bisher gethan hat; es bedarf nur, daß die Kreise des Geschäftes mehr ausgedehnt werden und einige Anregung hinzukomme. Alle ohne Ausnahme setzen große Hoffnungen auf Verbesserungen, die in der Verwaltung, im Justizwesen, in der Vertheilung der Steuern ꝛc. eintreten werden. Es gibt so viel Recht, so verschiedene Lokalgesetze und Verordnungen, daß man oft gar nicht weiß, was denn wirklich Recht und Ordnung ist. Kiel, z. B., eine alte Stadt, hat bis jetzt noch keine Bauordnung, und doch wird gar Mancher mit Brüchen belegt, weil er beim Bauen Verstöße macht. Nothwendig ist, daß das Sportelwesen etwas beschränkt werde. Im Postwesen hat sich schon manches gebessert. Die Bewohner der Herzogthümer wissen es dem Chef des schleswig-holsteinischen Postfaches Dank, daß er so gut organisirt hat. Ohne Zweifel wird der Ober-Regierungsrath Herr v. Beckedorf, der zur Bearbeitung des Steuersystems hier eingetroffen ist, sich ebenfalls den Dank der Elbherzogthümer verdienen."

Wien, 30. Januar. Während auf der einen Seite behauptet wird, das ungarische Ministerium werde erst gelegentlich des Zusammentrittes des außerordentlichen Reichsrathes ernannt werden, tritt mit großer Entschiedenheit auf der andern Seite die Angabe auf, diese Ernennung sei bereits erfolgt. Die zweite Version hat mehr Glaubwürdigkeit, weil man der Berathung des Elaborats der 67er Kommission im Landtage das Ministerium jedenfalls gegenüberstellen sollte. Es heißt auch, der Kaiser werde binnen Kurzem nach Ofen sich begeben und persönlich auf die Beschleunigung der Verhandlungen einwirken. — Bezüglich des außerordentlichen Reichsrathes gehen die Meinungen ebenso auseinander. Die Einen sagen, die Regierung bestehe auf der strikten Ausführung des Januar-Patents und werde erst auf Antrag des außerordentlichen Reichsrathes denselben zum ordentlichen erklären, vergessen aber dabei, daß dies der Regierung nach der Auffassung der deutschen Partei unmöglich wird, sobald irgendwo die Gruppenwahlen nicht festgehalten würden; die Andern erzählen ebenso bestimmt, die Regierung sei bereits entschlossen, aus dem außerordentlichen den ordentlichen Reichsrath zu machen, indem sie, die Unbestimmtheit des Januar-Patents ergänzend, nachträglich anordnet, daß die Wahlen in den Reichsrath nach dem Gruppensysteme der Februarverfassung vorzunehmen seien. Ich weiß nicht, welche Version die richtigere ist, glaube aber, keine von beiden. Die Regierung wird wohl ihre Entschlüsse erst fassen, wenn die Landtage beisammen sind und wenn sie weiß, was sie von denselben zu erwarten hat. — Gegen den Advokaten Dr. Schindler dahier soll auf Denunziation eines früher bei ihm beschäftigt gewesenen Konzipienten eine strafrechtliche Untersuchung wegen Unterschlagung oder Betrugs eingeleitet worden sein, in Folge deren, mag ihr Ergebniß wie immer ausfallen, jedenfalls für die bevorstehenden Wahlen Schindler als Kandidat nicht in Betracht wird gezogen werden können. (B. Z.)

Wien, 30. Jan. Die Siebenundsechziger-Commission schreitet rasch in ihrer Arbeit vorwärts. Die Amendements zu dem Fünfzehner-Elaborate werden zumeist von den gerüchtweise als künftige Minister bezeichneten Mitgliedern eingebracht, aber von ihnen nur als Mitglieder der Kommission vertheidigt. Es geschieht dies in Folge Parteibeschlusses, um der Linken einen Gegner entgegenzustellen, und doch nicht das künftige Ministerium zu gefährden. Der Arbeit der Siebenundsechziger-Kommission parallel laufen die Bemühungen, die Ministerliste zu Stande zu bringen, die allem Anscheine nach große Schwierigkeiten bereitet. Deak selbst lehnt die Annahme jedes Portefeuilles ab und soll dies auch bereits Sr. Majestät dem Kaiser erklärt haben. Ueber die Motive dieses Entschlusses meldet der über die Intentionen der Deak-Partei wohlunterrichtete Correspondent des Prager „Tagesboten“ Folgendes: „Die Weigerung hat zwei Gründe; der eine ist der, daß Deak mit dem Ausgleiche seine politische Carrière abschließen will, während er mit dem Eintritte ins Ministerium sozusagen eine neue beginnen würde; dazu fühle er sich zu alt; er zählt, wenn ich nicht irre, 65 Jahre. Wie Moses den Juden vom Berge Moria aus das zu dessen Füßen liegende gelobte Land zeigte, will Deak seine Ungarn bis an die Schwelle der neuen Aera führen und sich dann zur Ruhe setzen mit dem Bewußtsein, in der weiten Welt auch nicht einen einzigen Feind zu haben. Er wird dann völlig die Rolle der alten Patriarchen spielen, zu denen ein ganzes Volk mit heiliger Scheu emporblickte. — Der zweite Grund ist ein politischer. Ungarn braucht nicht nur ein Ministerium, sondern dieses Ministerium braucht auch eine Majorität in der Kammer, eine Partei im Lande. Mit dem Eintritte Deak's in's Kabinet aber würde sich seine Partei auflösen und Niemand würde sie mehr zusammenzuhalten im Stande sein. Vom Staatsruder ferne stehend, wird jedoch Deak nach wie vor der vertraute Rathgeber der Regierung wie seiner Partei sein, er wird das Band zwischen Beiden bilden und sie fest aneinander kitten. Im Kabinette als Fachminister ist Deak leicht zu ersetzen, außerhalb des Kabinetts durch Niemanden.“

London, 29. Jan. Vielen Engländern will es seit einiger Zeit scheinen, daß die Aktien des Kaisers Maximilian von Mexiko wieder ein wenig im Steigen sind. Zu dieser Ansicht neigt auch die „Times“. — Nach der Haltung der konservativen Blätter zu schließen, hat die Regierung in Bezug auf die Reformfrage noch immer keinen bestimmten Entschluß gefaßt, und man hält es für sehr zweifelhaft, ob die Thronrede eine Reformbill in Aussicht stellen wird. Die „Times“ dringt in das Ministerium, eine Bill einzubringen. Sie sagt, die Regierung umgehe nur die Frage, versuche es mit einem Aufschub und meide ihre Verantwortlichkeit, so braucht der Oppositionsführer bloß den Antrag zu stellen, daß die Regierung dadurch das Vertrauen des Hauses verscherzt habe, und es werde ihm kaum mißlingen, eine Majorität zu bekommen. — Die conservativen Blätter, „Herald“, „Standard“ und „Globe“, verbringen inzwischen ihre Zeit mit Angriffen auf Herrn Bright's Pseudophilanthropie, auf sein Verhältniß zu den Fabrikarbeitern und zu seinen Collegen im Parlament. Wahrscheinlich glauben sie damit eine Diversion zu machen und mit den populärsten der radikalen Reformfreunde die Reformsache selbst zu discreditiren. Es kann ihnen aber nur bei denen gelingen, die von Hause aus Reformfeinde sind.

Paris, 30. Jan. Die Haltung der Tuilerien gegenüber dem Staatsstreiche des Marschalls Narvaez ist von Anfang an aufgefallen. Die inspirirten Organe suchten zu beschönigen und zu vertuschen, und als die öffentliche Meinung sich gegen dergleichen Schönfärberei auflehnte, schwieg man. Jetzt tritt der „Moniteur Universel“ mit einer langen Auseinandersetzung auf, worin dargethan wird, daß die Königin Isabella am 29. ein Dekret unterzeichnet hat, das eine Vermehrung des Gesammtbestandes der Armee bis zu 200,000 Mann gestattet. Spanien hat von jeher gute Soldaten geliefert, das ist bekannt. Aber woher das Geld zu einer solchen Vermehrung des Zehrstandes nehmen? Der „Moniteur“ versichert wenigstens, die Regierung „nehme sich übrigens vor, den Cortes, die am 30. März zusammentreten, Rechenschaft über diese wichtige Maßregel zu erstatten.“ Was die Sache selbst betrifft, so ist der „Moniteur“ mit den Anordnungen des Marschalls Herzogs von Valencia sehr zufrieden und weiß über die Nothwendigkeit derselben allerlei Erbauliches und Beschauliches zu sagen: Der allgemeine europäische Reorganisations-Eifer, wie die Zahl der spanischen Besitzungen in Amerika, Asien und Afrika, die der „Moniteur“ der Reihe nach aufmarschiren läßt; auch die Vermehrung der Bevölkerung auf der Halbinsel muß als Grund dienen, da diese jetzt auf 16 Millionen angewachsen sei, also eine Armee, die bloß aus 85,000 Mann unter den Fahnen und aus 160,000 Mann, die der Provincial-Miliz einverleibt seien, bestehe, nicht mehr ausreiche. Von der wichtigsten Seite der Betrachtung, von dem Geldpunkte, sagt der „Moniteur“ kein Wort. Die Königin hat die Vermehrung der Armee befohlen und die arme, verschuldete Nation wird ihre Taschen aufthun und für das Weitere Sorge tragen; hinterher sollen ja auch die Cortes davon in Kenntniß gesetzt werden! Ueber die ganze übrige spanische Wirthschaft hat der „Moniteur“ kein Wort des Tadels. (K. Z.)

Die „Französische Correspondenz“ glaubt zu wissen, daß Marquis de Moustier vor einigen Tagen einen Courier aus Petersburg erhalten hat, welcher die Pariser Regierungskreise mit den ernstesten Besorgnissen wegen der Absichten Rußlands in dem Orient erfüllte. Ein lebhafter diplomatischer Verkehr habe sich seitdem zwischen Paris, London und Wien entwickelt. Die Schwierigkeiten einer friedlichen Lösung oder Vertagung des orientalischen Problems sollen sich erst jetzt in ihrem ganzen Umfange zeigen.

Florenz, 30. Jan. In der Abgeordnetenkammer brachte General Bixio den Vorfall zur Sprache, daß kürzlich ein österreichisches Fort auf die italienische Fregatte Formidabile schoß. Bixio tadelte das Verfahren des italienischen Kapitäns. Der Marineminister sagte, Oesterreich habe erwiedert, das Fort habe aus Irrthum geschossen. Uebrigens dauere der Schriftwechsel mit Oesterreich über die Sache noch fort. Die Interpellation hatte keine weitere Folge.

Warschau, 25. Jan. Die russische Regierung hat an sämmtliche Gouverneure ein vertrauliches Rundschreiben gerichtet, in welchem die strengste Ueberwachung der polnischen Geistlichkeit empfohlen wird. Dieselbe wird darin als die gefährlichste Feindin der rechtgläubigen Kirche und der Regierung geschildert. Jede Aufreizung in Predigten und jede Ansprache der Geistlichen soll mit sofortiger Verhaftung und, falls der Geistliche ein Pfarrer, mit Schließung der Kirche bestraft werden. — In weiterer Ausführung der letzten Ukase ist der Befehl aus Petersburg eingetroffen, daß alle neu angestellten Beamten von der 6. Klasse hinauf nur der griechisch-orthodoxen Kirche angehören dürfen; die niedrigeren Klassen begreifen nur die subalternsten Aemter. Auf eine Gegenvorstellung des Statthalters über die praktische Unausführbarkeit dieser Anordnung ist noch kein Bescheid eingetroffen. — In den Verordnungen zu den neuen Gouvernements-Eintheilungen wird den Gou-

verneuren und Kreischefs absolute Gewalt, theilweise sogar in civilrechtlichen Verhältnissen, ertheilt. — Von Neujahr ab erscheint hier eine von Haskel Glückmann redigirte „Jüdische Zeitung" im russenfreundlichen Sinne. (Ostb. Z.)

Bucharest, 21. Jan. Das Ministerium hat der Kammer u. A. auch einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher die Gründung einer freien Stadt zum Zwecke hat, die den Namen „Karlstadt" führen soll. Diese Stadt soll einestheils als Erinnerung an den Gründer der Dynastie erbaut werden, anderntheils verbindet das Finanzministerium mit der Anlage staatsökonomische Zwecke. Das für dieses Karlstadt bestimmte Terrain liegt im Distrikt Bolgrad auf der Staatsdomäne Tatar-Bunar an der russischen Grenze, gegenüber der russischen Stadt Tatar-Bunar, an der Hauptstraße, welche das russische Bessarabien mit dem rumänischen verbindet und alsdann nach dem Schwarzen Meer führt. Da außerdem die Donau ganz in der Nähe vorüberfließt, so liegt die Zukunftsstadt an einem Knotenpunkt der für die Ein- und Ausfuhr von Bodenerzeugnissen sehr geeignet ist, besonders aber für den Import- und Transithandel russischer Manufakturwaaren von Wichtigkeit sein muß. Gegenwärtig ist die Domäne Tatar-Bunar nur äußerst schwach bevölkert, und befindet sich auf derselben auch nicht ein einziges Magazin, in welchem die Handelsleute ihre Waaren lagern könnten, wodurch nicht allein der einheimische Handel benachtheiligt ist, sondern auch der Staatsschatz eine Einbuße erleidet, weil bei lebhafterem Aufschwung des Transithandels ihm eine Menge Gebühren zufließen würden, die ihm jetzt entgehen. Zur Anlage von Karlstadt sind bereits 300 Pogone (Joch) Flächenraum vermessen und in Parzellen von 12 Klaftern Breite und 20 Klaftern Länge getheilt. Die Parzelle ist zum Verkauf an Privatpersonen mit 20 Dukaten veranschlagt. (A. Z.)

Belgrad, 23. Jan. In der Kanonengießerei zu Kragujewatz wird unaufhörlich Tag und Nacht gearbeitet. Zu diesem erwartet man im dortigen Arsenal 45,000 Zündnadelgewehre, die in auswärtigen Fabriken bestellt wurden. Mit einem Serben, der seine eigenen Pulvermühlen besitzt, hat man ein Quantum von 400,000 Oka Schießpulver kontrahirt. Gleichzeitig hat auch die walachische Regierung 200,000 Oka serbischen Pulvers abgeschlossen. Mit zwei österreichischen Juden hat unsere Regierung einen Vertrag abgeschlossen, wonach sie innerhalb 6 Wochen 2000 Pferde zu liefern haben. — An der Belgrader Hochschule werden kriegswissenschaftliche Vorlesungen abgehalten und die Studenten üben sich täglich von 4 bis 6 Uhr Abends in den Waffen; sie sollen bei der Aktion die Offiziersstellen in der Volksmiliz einnehmen. Die Serben können kaum den Augenblick erwarten, wo sie für die Unabhängigkeit in's Feld ziehen sollen; alles ist von Enthusiasmus entbrannt. Wie gesagt, alles ist bereit zum Losschlagen, nur fürchtet man, daß die Pforte dem Ausbruch zuvorkommt, indem sie doch vielleicht die Festungen den Serben überliefert. Dann kann aber die Sach nur auf eine Zeit aufgeschoben werden — unausbleiblich ist der Konflikt mit der Pforte — denn die Serben werden und können nicht eher ruhen, als bis sie sich gänzlich befreit haben. (Allg. Z.)

Konstantinopel, 30. Jan. Jussuf Karam hat Syrien verlassen und ist nach Algerien übergesiedelt, er erhält eine Pension von Frankreich. — Die aus allen Nationen zusammengesetzte Nobelgarde des Sultans ist aufgelöst worden. — Auf Candia nimmt die Fortsetzung der Pacifikation ungestörten Fortgang. Von 82 Garibaldi'schen Offizieren kapitulirten die noch übrig gebliebenen 13. Die zuletzt ausgeschifften Freiwilligen wurden nach einem Verluste von 60 Todten zersprengt. Die Ernennung eines christlichen Fürsten zum Gouverneur von Candia steht bevor. Albani n ist vorläufig beruhigt.

Neueres.

Wien, 1. Febr. Die heutigen Morgenblätter melden übereinstimmend, die Pforte verweigere die Räumung der Festung Belgrad, willige jedoch in die Räumung der anderen Festungen und in eine derartige Reduktion der türkischen Garnison in Belgrad, daß die Besetzthaltung nur noch nominell sei. Eine definitive Erklärung der Pforte ist den Vermittelungsmächten, Oesterreich und Frankreich, noch nicht zugegangen.

Pesth, 31. Jan. Die 67er-Commission hat die Alineas 25 bis 43 angenommen; ferner genehmigte sie drei Amendements, lautend: 1) Die Zahl der Mitglieder für die Delegationen wird bei der Detailverhandlung bestimmt. 2) Die Delegationen werden durch den Kaiser auf einen bestimmten Termin nach dem Orte einberufen, wo der Kaiser seiner Zeit sich aufhält. 3) Der ungarische Finanzminister hat den zur Deckung der gemeinsamen Kosten dienenden Theil der monatlichen Einkünfte an den Finanzminister des Reiches monatlich abzuliefern.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. R. h. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$59\frac{1}{2}$ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R	—
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$62\frac{3}{4}$ – 63 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	44 G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$40\frac{5}{8}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 P
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	95 P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$94\frac{7}{8}$—95 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	—
"	4 pCt. Obl. Ab. R. dto.	$92\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$84\frac{1}{4}$ P.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$94\frac{3}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$83\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$94\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$83\frac{3}{4}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$94\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{3}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$89\frac{1}{2}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto	86 P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl	81 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{2}$ pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 100 Thlr.	$83\frac{3}{8}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 100 Dlr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
"	6 pCt. ditto r. 1869	$76\frac{3}{4}$–$\frac{7}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . .	$124\frac{7}{8}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	657—61 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	[illegible]—51 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$96\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	247—$6\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr 100 .	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	83 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr	$76\frac{1}{2}$ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	341 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	110 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 5.	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$156\frac{1}{2}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt	89 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	110 P. $109\frac{3}{4}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt	$47\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Elisab.-bahn Prior. 5 pCt. 5 7	$73\frac{1}{2}$ G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz	—
5pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$46\frac{1}{4}$ P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$119\frac{3}{8}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz	119 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$103\frac{3}{4}$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$67\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
" fl. 500 v. 1860 5/7	—
" fl. 100 Kr.-B.-L. v. 1858.	$119\frac{1}{2}$P. $118\frac{7}{8}$G.
" do. v. 1864.	74 G.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$102\frac{1}{4}$ – $\frac{1}{2}$ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$10\frac{1}{8}$ P.
Badische f. 35 . . .	$53\frac{1}{2}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 . .	55 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
" fl. 25 do	42 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$37\frac{1}{2}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$28\frac{1}{4}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	93 P.
[illegible]	$10\frac{1}{2}$ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S	$100\frac{3}{8}$ P.
Antwerp. Frs 200 k. S	$94\frac{1}{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S	100 P
Berlin Th. 60 k. S	105 – $105\frac{3}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$98\frac{3}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S	105 P
Hamb. MB. 100 k. S	$88\frac{3}{8}$ G
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{3}{4}$ G.
London Lst. 10 k. S	$118\frac{5}{8}$ – $\frac{7}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S	$99\frac{7}{8}$ P
Paris Frs. 200 k. S	$94\frac{1}{4}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S	—
Wien fl. 100 ö. W	$90\frac{3}{4}$ P.
do. in Sch. W. l. S.	$90\frac{1}{8}$ P.
Disconto . .	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Frankfurt, 1. Februar. Der Monat Februar eröffnet nach einem kleinen Vorspiel in der Effektensocietät von gestern Abend mit einem Rückschlag für österreichische Spekulationspapiere, die heute billiger zu haben waren, da nach Ablauf des Ultimo die Contremine die Zeit bis zum nächsten Medio wahrscheinlich auszunutzen gedenkt. Doch wurden heute die zinstragenden österr. Staatspapiere nicht, wie dies sonst leicht zu geschehen pflegt, von der Speculation in's Schlepptau genommen, sondern gingen ihren eigenen Weg, indem sie fest, zum Theil sogar höher blieben, — ein Beweis, daß das Vertrauen des Privat-Publikums für Oesterreich im Wachsen ist, und daß seine Werthe wieder mehr zu Capitalanlagen verwandt werden. Amerika verkehrte, trotz etwas höherer Goldkourse, die durch das Kabelbureau während der Börse bekannt wurden, sehr fest. Berliner Wechsel etwas matter, London und Paris höher, Wien $\frac{1}{2}$pCt. niederer. Napoleons 1 kr. höher. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 34-35. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 4. Februar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 31. Januar. Se. Majestät der König hat den Karl Frhrn. v. Reimanns auf sein Ansuchen zum Kammerjunker ernannt; auf das vom Kämmerer und lebenslänglichen Reichsrathe Grafen A. v. Seinsheim gestellte Gesuch, die von demselben erklärte Resignation der lebenslänglichen Reichsrathswürde genehmigt und demselben zugleich die Versicherung der k. Gnade und die Anerkennung seiner langjährig geleisteten guten Dienste, sowie seiner bewährten Treue und Anhänglichkeit ausgedrückt; die im Staatsministerium der Justiz erledigte Stelle des dritten Kanzleiboten dem dermaligen Beiboten im gedachten Staatsministerium, G. Schaner, auf Ruf und Widerruf verliehen.

Se. Maj. der König hat dem Aufschlags-Einnehmer G. Kießel zu Windischeschenbach in Rücksicht auf seine mit Einrechnung eines Feldzuges fünfzigjährigen eifrig und treu geleisteten Dienste die Ehrenmünze des k. bayer. Ludwigsordens verliehen; dem Schullehrer M. Lang in Wittislingen in Rücksicht auf seine fünfzigjährigen eifrig und treu geleisteten Dienste die Ehrenmünze des k. bayer. Ludwigsordens verliehen; genehmigt, daß die durch den Tod des k. Rechnungskommissärs N. Illing erledigte Funktion eines Rendanten der Kreishilfskasse von Oberbayern dem k. Rechnungskommissär der Regierungskammer des Innern, A. Stadler, übertragen werde; die kath. Pfarrei Ebesheim, Bezirksamts Landau i. d. Pf., dem derzeitigen Verweser derselben, Priester G. Klein, übertragen.

Vom kgl. Staatsministerium der Justiz wurden der Staatsanwaltschaftsvertreter am kgl. Landger. Passau II, N. Leeb, an das kgl. Stadtgericht Passau, der Staatsanwaltschaftsvertreter am kgl. Landger. Straubing, M. Dennerl, an das kgl. Landger. Passau II, und der Staatsanwaltschaftsvertreter am kgl. Landger. Neukirchen, F. Kammel, an das kgl. Landger. Straubing in gleicher Eigenschaft versetzt; dann als Vertreter der Staatsanwaltschaft am kgl. Landger. Neukirchen der geprüfte Rechtspraktikant K. Traegler, zur Zeit am kgl. Landger. Waldmünchen, aufgestellt.

Der kgl. Forstgehilfe Franz Wilhelm Müller zu Hohenberg, Forstamts Marktleuthen, wurde zum provisorischen Forstwart in Wiesthal ernannt.

Die kath. Pfarrei Sittenbach, kgl. Bezirksamts Friedberg, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 2152 fl. 14⅝ kr. in Erledigung gekommen; ferner die kath. Pfarrei Kellberg, kgl. Bezirksamts Passau, mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 1352 fl. 32 kr.

München, 31. Jan. Se. Maj. der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß vom 1. Okt. 1866 angefangen und ohne Rückwirkung auf die Vergangenheit den früheren Forst-Kommissären 2. Klasse, welche dermalen noch in der Dienstesaktivität stehen und bisher in jeder Hinsicht den dienstlichen Anforderungen bei sonstigem Wohlverhalten entsprochen haben, die in die Forstkommissärseigenschaft zugebrachten Dienstjahre zur Bemessung des Zeitpunktes der Vorrückung in die normativmäßig festgesetzten Gehaltsklassen der Forstmeister mit in Anrechnung gebracht werden dürfen.

München, 1. Febr. Durch eine im Justizministerialblatte Nr. 2 veröffentlichte Entschließung vom 23. Januar 1867 hat das kgl. Staatsministerium der Justiz sämmtliche ihm untergebenen Stellen und Behörden besonders angewiesen, in allen amtlichen Schriftstücken und vorzüglich in Erkenntnissen und Verfügungen an Parteien auf den Gebrauch einer richtigen, von Fremdwörtern und veralteten Ausdrücken gereinigten gemeinverständlichen Sprachweise möglichst Bedacht zu nehmen. Hiermit wurde zugleich die Mahnung an sämmtliche Gerichte und Staatsanwälte verbunden, bei öffentlichen Ausschreibungen auf eine klare, bündige Fassung entsprechende Sorgfalt zu verwenden und sich jeder nicht mehr zeitgemäßen oder ungehörigen Bezeichnung von Personen und Sachen rücksichtsvoll und mit dem erforderlichen Takte zu enthalten. (Bayer. Ztg.)

Aus **München**, 30. Jan., wird der „Augsb. Abdztg.“ geschrieben: „Die mit dem Friedensvertrage zwischen Preußen und Bayern in Aussicht gestellte Aufhebung der Rhein- und Mainzölle ist wenigstens hinsichtlich des ersteren Flusses nunmehr vollständig eingetreten. Nachdem Preußen in dieser Beziehung mit dem Vollzuge vorangegangen war, hat auch die bayerische Regierung die Erhebung des Rheinzolles vor wenigen Tagen definitiv eingestellt. Eine gleiche Verfügung ist sicherem Vernehmen nach auch seitens der großh. badischen, dann der hessischen Regierung erlassen worden. Was die Mainzölle anbelangt, so sind dieselben in Bayern bekanntlich längst abgeschafft; von Preußen wurden dieselben auf der nunmehr preußisches Gebiet berührenden Strecke des Flusses gleichzeitig mit den Rheinschifffahrts-Abgaben beseitigt, und von Baden ist, nachdem die amtliche „Karlsr. Ztg.“ in ihrer Nr. 302 vom vorigen Jahre die Aufhebung der Zölle auf dem Main und dem Neckar als „demnächst bevorstehend“ angekündigt hat, die auf dem Neckar un-

Feuilleton.

Vermischtes.

Paris, 30. Januar. Frau Lincoln hat folgendes Schreiben an das Comite gerichtet, welches ihr die zu Ehren ihres verstorbenen Mannes in Frankreich geschlagene Medaille zugesandt hat:

Chicago, 3. Jan. 1867.

Meine Herren! Die Medaille, welche Sie mir zukommen zu lassen beauftragt waren, habe ich erhalten. Es ist mir nicht möglich, die Gefühle auszudrücken, mit welchen ich diesen Beweis der Theilnahme von so vielen Tausenden Ihrer Landsleute entgegennahm. Ein so großes Zeugniß für das Andenken an meinen Mann, das ihm zu Ehren seiner Dienste für die Sache der Freiheit von denen gegeben wird, die auf einer andern Erde für die nämliche große Sache arbeiten, rührt mich tief, und ich bitte Sie, für Sie selbst und für die, welche Sie vertreten, meine tiefen Danksagungen anzunehmen. Ich bin mit Hochachtung Ihre ergebene Dienerin Mary Lincoln.

(Ueberschwemmungen in England.) Das so plötzlich hereinbrechende Thauwetter und die darauffolgenden Regengüsse haben allenthalben ein starkes Steigen der Gewässer und an vielen Stellen leider auch wieder Ueberschwemmungen im Gefolge gehabt. Die Grafschaft Yorkshire, durch ihre Lage derartigen Unglücksfällen besonders ausgesetzt, ist auch diesmal, nachdem kaum die Kunde von den letzten Ueberfluthungen verklungen, wieder äußerst hart betroffen worden. Im Norden des Distriktes stehen große Strecken, so weit das Auge reicht, unter Wasser, und Bäume und halb zerstörte Dächer ragen stellenweise über die weite Wasserwüste hervor, die Orte bezeichnend, wo menschliche Wohnungen, von ihren Insassen verlassen, dem wüthenden Elemente zum Spiele wurden. Auf der York Scarborough Bahnlinie gehen auf dem erhöhten Damme die Züge fußtief durchs Wasser, stets eine Lokomotive in einiger Entfernung als Piloten oder Vorreiter vor sich. Der Schaden an Privateigenthum ist bis jetzt selbst nicht annähernd anzuschlagen; allenthalben Zerstörung, Trümmer, stillstehende Fabriken und große Massen von Arbeitern außer Erwerb.

(Versicherung gegen die Feuerversicherung.) Der „D. V. Z.“ zufolge wird in Magdeburg die Gründung einer Versicherungs-Gesellschaft vorbereitet, die den Industriellen den Schaden ersetzen will, welcher von Seite der Feuerversicherungs-Gesellschaften nicht vergütet wird, also den Verlust, der durch Stillstand des Geschäftes und dergleichen entsteht. Unstreitig wäre eine solche Anstalt der schlimmste Feind der Assekuranz-Gesellschaften und der beste Freund des versicherten Publikums. Darin liegt aber eben jetzt der bedeutende Vortheil der Gesellschaften. Es wurde schon öfter erwähnt, daß die Versicherungs-Bedingungen der Feuerversicherungs-Anstalten derart verfaßt sind, daß sich irgend welche Einwände fast immer erheben lassen, die zu gewissen Abzügen nominell berechtigen. Zu einem Prozesse lassen es jedoch jetzt die Parteien nicht leicht kommen, da die Verluste — bei Fabrikanten z. B. — welche durch den Stillstand des Geschäftes entstehen, zu bedeutender Natur sind, und begnügt man sich in solchem Falle, sogleich eine wenn auch kleinere Summe zu nehmen, um von zwei Uebeln das kleinere zu wählen. Allgemein wäre die Gründung eines derartigen Unternehmens gewiß sehr wünschenswerth.

———

seres Wissens inzwischen auch bereits aufgehoben worden sind, wohl zu erwarten, daß es nicht als der einzige unter allen Mainuferstaaten noch länger an dieser den Schiffahrtsverkehr auf dem Maine belästigenden Abgabe festhält.

Berlin. 30. Jan. Der offiziöse Korresp. der „Köln. Ztg." schreibt: „Gestern und heute haben Sitzungen der norddeutschen Ministerkonferenz stattgefunden. Der heutigen hat auch wieder, einem Abendblatte zufolge, Graf Bismarck beigewohnt, und man darf daraus folgern, daß der Schluß der Konferenz, wie dies auch die „Provinz.-Korresp." wiederholentlich versichert, nahe bevorsteht. Inzwischen haben sich die bezüglich der angeblichen preußisch-darmstädtischen Militär-Konvention ausgedrückten Zweifel als gerechtfertigt erwiesen. Die ministeriellen Blätter erklären die Nachricht des Abschlusses für unbegründet. Daß wegen der militärischen Organisation des Nordbundes eine Verständigung im Wesentlichen erzielt ist, bemerkt heute auch die „Prov.-Korr." Sachsen hatte sich, die finanziellen Lasten zu tragen, bekanntlich am frühesten bereit erklärt. Dagegen sollte Sachsen noch einige Wünsche wegen des Zeitpunktes geäußert haben, mit welchem die theilweise Besetzung des Königreichs durch preußische Truppen aufhören würde. Ob diese Wünsche in dem Umfange, wie sie hervorgetreten, wenn überhaupt, schon jetzt befriedigt werden konnten, steht dahin. Was die Vertretung der Bundes-Regierungen in Berlin in irgend einer Form während der Dauer des Parlaments angeht, so hatte am Sonntage sowohl in preußischen Kreisen als in denen der Bevollmächtigten übereinstimmend verlautet, Preußen habe keine Einwendungen dagegen, erachte vielmehr eine solche Vertretung, zumal eine direkte Verhandlung mit dem Parlamente durch das Protokoll vom 21. Januar unnöthig geworden sei, für nützlich zur rascheren Förderung der Geschäfte. Umgekehrt scheinen mehrere Regierungen den von einigen Verbündeten geäußerten Wunsch dieser Vertretung nicht zu theilen. Man wollte vermuthen, daß jene Regierungen sich dem Parlamente gegenüber für gewisse Punkte zu engagiren fürchteten und vielleicht später eine letzte Deckung durch die Einzelvertretungen suchen würden. Die Rede des Grafen Hohenthal in der sächsischen Kammer ist in dieser Beziehung von Bedeutung. Logisch ist dagegen wenig einzuwenden, daß der Vertrag, so wie ohne jeden Zweifel den preußischen Kammern, alsdann auch den andern Einzelvertretungen vorgelegt werden muß. Daraus werden auch nicht leicht Verlegenheiten entstehen, wenn die preußische Regierung, das Parlament und die preußischen Kammern sich rasch verständigen. Dazu ist die erste unumgängliche Bedingung, daß alles, was neue Conflicte hervorrufen könnte, aus dem Entwurfe von vorneherein entfernt werde. Die Provinzial-Correspondenz und andere ministerielle Blätter enthalten dagegen Wahl-Artikel, welche stets auf den parlamentarischen Kampf vor dem Kriege zurückkommen, als ob gar nichts dazwischen läge und die Indemnität ein leeres Wort gewesen wäre. Der Minister-Präsident hat sich in seiner bedeutungsvollen Rede im Herrenhause anders ausgesprochen.

Berlin, 30. Jan. Das Abgeordnetenhaus genehmigte heute die Eisenbahnanleihe von 24 Millionen, dabei festsetzend, die Regierung dürfe die betreffenden Bahnen nur mit der Zustimmung des Landtages verpachten oder veräußern. — Die „Nordd. Allg. Ztg." dementirt die Nachricht vom Abschluß einer besonderen Militärkonvention mit Hessen-Darmstadt. Nach einem Berliner Telegramm der „Weser-Zeitung" werden die norddeutschen Regierungen während der Session des Reichstages bei der preußischen Regierung vertreten sein. Die Verhandlungen mit dem Reichstage werde indeß Preußen allein zu leiten haben. — Die Abberufung des Führers der preußischen Mainarmee, Vogel v. Falckenstein, inmitten seiner Siegeslaufbahn und seine Ernennung zum Gouverneur Böhmens hat seiner Zeit zu den verschiedenartigsten Vermuthungen über den vermeintlichen Grund dieser auffälligen Maßregel Anlaß gegeben. Die „Bresl. Ztg.", die seit einiger Zeit „offene Briefe über den jüngsten Krieg" veröffentlicht, bringt hierüber die Mittheilung, es sei jetzt kein Geheimniß mehr, daß der General nicht bloß zum Gouverneur von Böhmen, sondern auch zur Leitung eines „Vorstoßes von dort aus auf München" bestimmt gewesen sei. — Die offiziöse „Nordd. Allg. Zeitung" schreibt: Die von einigen Blättern gebrachte Nachricht, Preußen habe von Oesterreich Aufklärungen über Truppenbewegungen in Galizien erbeten, ist durchaus unbegründet. — Graf Borries, der Todfeind Preußens, ist nach der „N. Hannov. Z." in das Landesökonomiekollegium in Berlin als außerordentliches Mitglied berufen, auf Grund einer allgemeinen Bestimmung, welche die Zuziehung der Vorstände landwirthschaftlicher Haupt- und Centralvereine vorschreibt. — Laut Telegramm der Frkf. Blätter hat die preußische Regierung nach Einholung eines Gutachtens von vertrauenswürdigen Einwohnern eine Gemeindeverfassung Frankfurts entworfen, welche, einige, auf die besonderen Frankfurter Verhältnisse berechnete Abweichungen abgerechnet, eine Umarbeitung der Städteordnung vom 30. Mai 1853 ist.

Berlin, 31. Jan. Die „vielfache Berücksichtigung", welche die Wünsche der Bundesstaaten in Bezug auf den Verfassungsentwurf für den norddeutschen Bund nach der Behauptung der „Provinzialkorrespondenz" gefunden haben sollen, beschränkt sich anderen Nachrichten zufolge darauf, daß Preußen in der Militärfrage nicht die geringste Konzession macht, also auch an dem vielbestrittenen Bundeskriegsschatze festhält und mehrere unerledigt gebliebene Verfassungsfragen der Entscheidung des Reichstages überweist. Auch bestätigt sich unsere erste Lesart, der zufolge Preußen den Bund allein vor dem Reichstag vertritt. Die Forderung der Einzelstaaten wegen Mitvertretung vor demselben ist von Preußen entschieden zurückgewiesen worden, dagegen bleibt es den letzteren unbenommen, Kommissarien hieher zu senden, die während der Session etwaige Wünsche der Einzelstaaten durch den Bundeskanzler zur Kenntniß des Reichstages bringen lassen können. — Die Verhandlungen mit dem Herzog von Nassau haben bis jetzt zu keinem Resultate geführt. Man versichert, daß die preußische Regierung dem Herzog fast das Doppelte der ihm einst von dem nassauischen Landtage ausgesetzt gewesenen Zivilliste angeboten habe, der Herzog aber außerdem noch ein Mitbesitzrecht an den Domänen beanspruche, welches Preußen nicht anerkennen will. — Durch den gestrigen Beschluß des Abgeordnetenhauses, welcher die Regierung verpflichtet, für eine etwa beabsichtigte Verpachtung oder Verkauf der bewilligten Eisenbahnlinien vorher die Zustimmung beider Häuser des Landtags einzuholen, ist ein Konflikt von prinzipieller Bedeutung mit der Staatsregierung heraufbeschworen. Die Regierung hält an dem Grundsaz fest, Verkauf oder Verpachtung ohne vorgängige landständische Genehmigung bewerkstelligen zu können, um so stets über bereite Mittel für Kriegs- oder andere Zwecke zu verfügen und sich in möglichster Unabhängigkeit vom Landtage zu erhalten, und es ist nicht daran zu zweifeln, daß man Alles aufbieten wird, das Herrenhaus zu einem entgegenstehenden Beschluß zu bewegen. Die „Kreuzzeitung" fordert denn auch dieses Haus dazu bereits auf, indem sie bemerkt, daß eine schädliche Konzession viel schlimmer sei, als ein Konflikt, der heilbar sei, während jene fortwährend immer größeren Nachtheil bringe.

Die Handels- und Finanzkommission des preußischen Abgeordnetenhauses genehmigte am 31. v. M. das Gesetz und den Vertrag bezüglich des Kaufes des Taxis'schen Postrechts.

Hannover, 30. Jan. Den hannover'schen Offizieren, welche sich zum Uebertritt in die preußische Armee gemeldet haben, ist mitgetheilt worden, daß ihre Gesuche am 22. d. M. dem Könige vorgelegt seien. Den Offizieren, welche um Pensionirung gebeten, ist aufgegeben, ärztliche Atteste nachzuliefern. — Der bisher in Minden detinirt gewesene Kaufmann Sonntag ist gestern entlassen worden und hier wieder eingetroffen. (N. Z.)

Köln, 31. Jan. Der Erzbischof von Köln hat einen zur Verlesung von den Kanzeln seiner Diözese bestimmten Hirtenbrief erlassen, worin die Bevölkerung ermahnt wird, nicht „Ungläubige", sondern gute Katholiken in das norddeutsche Parlament zu wählen, da hier möglicherweise Fragen zur Sprache kommen, welche mittelbar auf religiöse und kirchliche Verhältnisse wesentlichen Einfluß haben würden.

Wien, 31. Jan. Das Resultat der bereits vorgenommenen Wahlen in den Ländern diesseits der Leitha läßt keinen Zweifel mehr über das Endergebniß des ganzen Wahlakts. Im Großen und Ganzen haben die Verhältnißzahlen nur geringe Veränderungen erfahren; in den reindeutschen Kronländern werden die Gegner des außerordentlichen Reichsrathes, in denen gemischter Nationalität aber, und in Galizien die zur Beschickung desselben geneigte Partei die Oberhand behalten. Die Regierung muß sich daher schon heute mit dem Gedanken vertraut machen, daß jener Reichsrath, welcher durch das Patent vom 2. Januar einberufen wurde, von den deutschen Landtagen gar nicht beschickt werden und somit nicht in der Lage sein dürfte, der ihm gestellten Aufgabe auch nur formell entsprechen zu können. Wie werden sich nun die Räthe der Krone zu dieser Eventualität stellen? Werden sie das Patent vom 2. Januar aufrechterhalten, und welche Maßregeln werden sie ergreifen, um die renitenten Länder zur Beschickung der außerordentlichen Reichsrathsversammlung zu vermögen? Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so muß diese Frage endlich die latente Kabinetskrise in eine acute verwandeln, die wohl schwerlich ohne einen theilweisen Wechsel der leitenden Persönlichkeiten verlaufen wird. (Presse.)

Wien, 31. Jan. Die „Wiener Abendpost" meldet: „Nachdem die Verhandlungen über den Handelsvertrag zwischen Oesterreich und Preußen bis zu einem bestimmten Punkte gediehen sind, hat sich der Ministerialdirektor Delbrück nach Berlin begeben, wo seine Anwesenheit bei den Vorarbeiten zur Organisirung des Norddeutschen Bundes

dringend erforderlich ist; Herr v. Philipsborn wird bis zur Entscheidung über die noch obschwebenden Verhandlungen in Wien bleiben.

Die „Presse“ meldet aus **Wien**, 31. Januar: „Von verläßlicher Seite wird uns mitgetheilt, daß die hohe Pforte nicht geneigt ist, in der Festungsfrage den Wünschen der serbischen Regierung nachzugeben. Die Festungen im Innern des Landes werden zwar geräumt werden, aber Belgrad, erklärt die Pforte, müsse mehr aus politischen, denn aus militärischen Gründen in ihren Händen bleiben; in dem gegenwärtigen Augenblicke, wo sie im Begriffe stehe, die Verhältnisse ihrer christlichen Unterthanen definitiv zu regeln, könne sie den Schlüssel der unteren Donau nicht aus der Hand geben. — Wie verlautet, soll ein österreichisches Kriegsschiff unter dem Befehle des Kapitäns Herzfeld sich morgen von Triest aus in die Gewässer von Candia begeben.“

Wie dem in ungarischen Angelegenheiten erst gut unterrichteten „Wanderer“ aus Pesth telegraphirt wird, ist an die ungarische Statthalterei die Weisung ergangen, ihre Geschäfte zur Uebertragung an das ungarische Ministerium für die ersten Tage des Februar zu ordnen.

Die „Wiener Abendpost“ meldet vom 31. Jan.: Nachdem die Verhandlungen über den Handelsvertrag zwischen Oesterreich und Preußen bis zu einem bestimmten Punkte gediehen sind, hat sich der Ministerial-Direktor Delbrück nach Berlin begeben, wo seine Anwesenheit bei den Vorarbeiten zur Organisirung des norddeutschen Bundes dringend erforderlich ist; Herr v. Philipsborn wird bis zur Entscheidung über die noch obschwebenden Verhandlungen in Wien bleiben.

Pesth, 29. Januar. In der heutigen Sitzung der Siebenundsechziger-Kommission brachte Gorove ein erweitertes Amendement ein, nach welchem die diplomatische und kommerzielle Vertretung der Monarchie und die Verfügungen hinsichtlich der internationalen Verträge im Einvernehmen mit den beiderseitigen Ministerien durch den gemeinschaftlichen auswärtigen Minister erledigt werden sollen. Die internationalen Verträge bewerkstelligt jedes Ministerium mit seiner eigenen Gesetzgebung. (N. K.)

Vom Bodensee, 31. Jan. Der Große Rath zu Bern wurde am 28. Jan. zu einer außerordentlichen Sitzung eröffnet. Präsident Stämpfli eröffnete dieselbe, indem er auf das Haupttraktandum dieser Sitzung, auf die hohe Bedeutung der Jura-Bahnfrage hinwies. Er ermahnte sodann die Mitglieder des Großen Rathes, mit Ruhe und Bedacht die Angelegenheit zu prüfen und gegnerische Ansichten zu achten. In derselben Sitzung ward eine Verwahrung des General Ochsenbein herumgeboten, welche die Anschuldigung entkräften soll, als habe der General aus Rücksicht und Freundlichkeit gegen Frankreich in der Angelegenheit agitirt. Die am 30. Jan. erfolgte zweite Sitzung rief bei dichtbesetzter Tribüne eine lebhafte Debatte hervor. Regierungsrath Jollisaint sprach für die Regierungs-Subvention, Hr. v. Genzenbach in meisterhafter Rede für den Kommissionsantrag. Er warnte vor den Konsequenzen des Nichteintretens und appellirte an den Opfersinn und die große Politik Allberns. Weitere Redner sprachen sich ebenfalls für den Kommissionsantrag aus, wollen denselben jedoch dem Veto des Volkes unterstellen. Die Diskussion wurde gestern noch fortgesetzt und dürfte heute zu Ende gelangen. Die ganze Schweiz horcht gespannt nach dem Großrathssaale zu Bern. (Bayer. Ztg.)

Paris, 29. Jan. Der „Moniteur“ schreibt: „Gestern machte der Kaiser einen Spazierritt längs der Quais, Hallen und Boulevards, wobei er überall lebhaft begrüßt wurde.

Eine von den übrigen Nachrichten etwas abweichende, aber aus meist gut unterrichteter Quelle kommende Korrespondenz der „Allg. Zeitung“ aus **Paris** vom 28. Januar sagt: „Des Kaisers Thronrede wird, wie man mir versichert, sich sehr friedenverheißend aussprechen, und die Aufgabe der Minister während der Verhandlungen über die auswärtige Politik wird ebenfalls die sein, nach Kräften zu beschwichtigen und die Aufregung wegen der Ereignisse in Deutschland zu kämpfen. Die kaiserliche Politik wird für lange Zeit sich jeder kriegerischen Initiative enthalten, und was von den gegen Preußen gerichteten Kombinationen gesagt wurde, dürfte nicht blos durch die Eröffnungsrede, sondern auch durch die Haltung der französischen Regierung ihre volle Wiederlegung finden. Diese zuwartende Politik wird dem kaiserlichen Kabinet nicht schwer fallen, denn es sind in den Kundgebungen der öffentlichen Meinung in jüngster Zeit zwei Momente hervorgetreten, die geeignet sind, Eindruck auf einen Staatsmann zu machen. Die Aufnahme, welche das in Aussicht bleibende Militärprojekt überall im Lande gefunden hat, beweist zur Genüge, daß diese, als vorzugsweise militärisch ausgeschrieene Nation die Perspektive auf große Kriegsunternehmungen nichts weniger als freudig begrüßt. Die von Rouher zu versuchenden Gebensteuerverminderungen werden kaum etwas an der Beurtheilung ändern, welche die vermehrte Blutsteuer auf dem flachen Lande wie in den Städten gefunden hat. Ein anderes Moment, das Napoleon III. zu denken gibt, ist der Umschlag, der in der Meinung der liberalen Partei Frankreichs angesichts der früher so scharf bekämpften Veränderungen in Deutschland vor sich gegangen ist. In dem Maße, als sich herausstellt, daß Preußen Deutschland nicht nach Belieben von sich stoßen oder annectiren kann; in dem Maße, als man sieht, daß in Deutschland die große Mehrheit der freisinnigen Parteien den bei Sadowa bewirkten Ruck der deutschen Verhältnisse im Interesse der Einheit wie der Freiheit zu benutzen sucht, in demselben Maße wird die Meinung der französischen Liberalen den deutschen Einigungsbestrebungen günstiger. Der Haß gegen Preußen hat in diesen Kreisen abgenommen, nicht weil man für das Berliner Kabinet und dessen Bestrebungen gewonnen ist, sondern weil man zur Ueberzeugung gelangt, daß diese Bestrebungen durch die nun unvermeidlich gewordene, wenn auch noch hinausgeschobene Betheiligung von ganz Deutschland einen andern Charakter und eine andere Richtung bekommen müssen.“

Paris, 31. Januar. Ollivier hatte gestern wieder eine Audienz beim Kaiser. Beide sollen sich aber nicht geeinigt haben, da der Kaiser fand, daß Ollivier zu weit nach der liberalen Seite vorgehen wolle. Auch soll der Umstand, daß, wenn Ollivier Minister wird, eine Neuwahl in Paris Statt finden muß, dem Kaiser Bedenken einflößen. — An der heutigen Börse wurde bekannt gemacht, daß während des Monats Februar die Caisse de Depots et de Consignation jeden Tag für 150,000 Fr. und die Caisse d'amortissement jeden Tag für 62,500 Fr. in Renten anlegen wird. Die Börse, die zuerst flau war, wurde in Folge dessen etwas besser. Einige Unruhe hat man hier wegen der schlechten finanziellen Nachrichten aus Nordamerika. (K. Z.)

Paris, 31. Jan. Dem gestrigen Ministerrathe wohnte, wie der „Moniteur“ diesen Morgen anführt, auch die Kaiserin bei. — Wie die „Patrie“ meldet, hat gestern die Prüfung des Budgets für die Marine und die Kolonien im Staatsrathe begonnen. Admiral Rigault de Genouilly unterstützte die Sache des Ministeriums in der Diskussion. — Die „France“ zeigt an, daß jetzt, da die Rednerbühne wieder im gesetzgebenden Körper hergestellt ist, die Minister fortan auf den ersten Bänken ihren Platz nehmen werden, wie das unter der parlamentarischen Regierungsform der Fall war. Das Blatt bringt ferner einen längeren Artikel, in welchem es auseinandersetzt, welche große Bedeutung die Wiedererrichtung der Rednerbühne im gesetzgebenden Körper habe. Desgleichen thut Girardin in der „Liberté“. Auch das „Pays“ glaubt die Nachrichten bezüglich der Wiederherstellung der Rednerbühne und des Wegfalls der autorisation préalable bestätigen zu müssen. — Der „Etendard“ meldet, daß wie der Justizminister das Preßgesetz, so der Minister des Innern das Gesetz über das Versammlungsrecht in Angriff genommen habe. — Gestern wurde der zweite Tuilerienball mit großem Glanze abgehalten. — Das „Pays“ meldet, daß der Prinz von Wales, der Herzog von Edinburg, der Herzog von Cambridge und Lord Stanley bei Eröffnung der Ausstellung gegenwärtig sein werden. Wie es heißt, werden der Lordmayor von London, die Aldermen und eine gewisse Anzahl von Stadträthen im Juli in offiziellem Costüme die Exposition in Augenschein nehmen. — Der „Moniteur de la Flotte“ erfährt durch ein Schreiben aus Nangasaki, 30. Nov., daß am 24. die Flottendivision des Contreadmirals Roze, nach einer kurzen, aber stürmischen Fahrt, aus den chinesischen Gewässern daselbst angekommen ist. Der Zustand der (von Korea her) Verwundeten ist sehr befriedigend; man wird wohl keinen von ihnen verlieren. Contreadmiral Roze schickt sich an, sich an Bord des in Nangasaki erwarteten „Laplace“ nach Jokohama am innern Meere zu begeben. — In Japan ist ein Waffenstillstand zwischen dem Taikun und dem Fürsten von Nagato zu Stande gekommen, doch glaubt man allgemein, daß der Krieg zwischen ihnen bald wieder beginnen werde. — Der „Moniteur de la Flotte“ ist in der Lage, das Gerücht, daß zehn Panzerschiffe neu erbaut werden sollen, dementiren zu können. Die Nachricht sei ungenau, da die für die Umgestaltung der Flotte ausgeworfenen Kredite nicht erhöht worden seien.

London, 30. Jan. Von der Furcht vor einer fenischen Insurrection ist nun jede Spur verschwunden; wie die Landesvertretung die Sachlage auffaßt, wird sich bald nach Zusammentritt des Parlamentes ergeben, da die einjährige Frist, für welche die Suspension der Habeas-Corpus-Acte über Irland verhängt worden ist, dem Ablaufe entgegengeht, aber jedenfalls Anträge auf Verlängerung hervorrufen wird. Das neue Haupt der Fenier, General Gleeson, ist noch ein sehr junger Mann, erst 26 Jahre alt, von hervorragender Körperlänge, ein Sohn der noch echt keltischen Grafschaft Tipperary. Im Jahre 1860 führte er der päpstlichen Armee über 100 Mann zu und wurde wegen persönlicher Tapferkeit von General Lamoriciere mehrfach ausgezeichnet. Bei Ancona fiel er in Gefangenschaft, wurde nach sechs Monaten entlassen und kehrte nach Irland zurück. Der amerikanische Krieg lockte ihn über den Ozean; mit der Potomac-Armee nahm er an 42 Schlachten und Treffen Theil und erhielt trotz seiner Jugend schon

den Rang eines Brigade-Generals. Als mit Lee's Kapitulation der eigentliche Kampf ausgefochten war, verwandelte Gleeson seine kriegerische Thätigkeit in eine verschwörerische; als Abgesandter der amerikanischen Fenier ging er nach Irland, fiel aber dort im Frühjahre 1866 in die Hände der Polizei. Doch ahnte letztere nicht, welch einflußreichen Gefangenen sie zu hüten hatte; denn er wurde nach einigen Monaten aus der Haft entlassen, kehrte nach Amerika zurück und ist nun dort der eifrigste Agitator gegen die „angelsächsischen Tyrannen." (Köln. Ztg.)

London, 30. Januar. Ueber die Trennung von Staat und Kirche in Italien bemerkt die „Time": Je genauer wir diese Maßregel prüfen, desto größere Verwunderung ergreift uns über ihre Großartigkeit und Kühnheit. Die Kirche mag allerdings über Raub und Tempelschändung schreien, aber ob sie nun ein Kapital von 48,000,000 Pfd. Sterl. behält oder eine Jahreseinnahme von 2,000,000 Sterl. erhält, so wird sie immer noch reicher bleiben als in Frankreich, wo die vereinigten Budgets der Justiz und des Kultus nicht mehr als 2,200,000 Sterl. betragen. Die Kirche kann auf kein anderes Land hinweisen, wo ihr mittelalterliches Werk nicht in civilisirten Zeiten rückgängig gemacht werden mußte. Sie hatte ihre Macht und ihren Reichthum unwissenden und geknechteten Nationen abgewonnen, und in helleren Zeiten wurde sie zur Rückerstattung angehalten. Es steht zu hoffen, daß die italienischen Staatsmänner alle möglichen Folgen einer so entscheidenden Maßregel wohl berechnet haben.

Stockholm, 23. Jan. In der Ersten Kammer des Reichstages meldet heute Frhr. A. C. Raab folgende Privat-Propositionen an: 1) Die Einführung der 6—10jährigen Dienstzeit für die Soldaten, sowie die Ermächtigung der resp. Befehlshaber zur Einleitung einer Untersuchung darüber, ob nach Ablauf dieser Zeit die Rekapitulation stattfinden darf oder nicht; 2) die Eintheilung der wehrpflichtigen Mannschaften in 7 Klassen, von denen 5 stets disponibel sein, die übrigen beiden hingegen in Kriegszeiten Depots bilden sollen; 3) die Errichtung eines Landsturmes, in den jeder Staatsbürger nach dem Abschlusse des Dienstalters eintreten muß und in dem die früheren Angehörigen der Armee in Gemeinschaft mit den Scharfschützen-Vereinen den Kern bilden sollen; 4) die Abschaffung des Stellvertretungs-Systems und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, sowie die erhöhte kriegerische Ausbildung des Offizierkorps. — In der Zweiten Reichstags-Kammer proponirte heute der Abg. Wit die Abschaffung der Prügelstrafe in der Armee und auf der Flotte. Gestern ward auf den Vorschlag des Präsidenten, Bischofs Sundberg, beschlossen, daß die Mitglieder unter Hinweglassung jeglicher Titulatur nur mit „Herr" angeredet werden sollen. Die angeborenen Grafen-, Freiherren- und sonstigen Titel werden jedoch beibehalten. (In Norwegen ist der Adel abgeschafft.) (Nat.-Ztg.)

Das Verbrechen des Provinzial-Landtages von **Petersburg**, dessen Auflösung ein Telegramm gemeldet hat, reducirt sich auf eine diplomatisch zweideutig gehaltene Bitte um eine Gesammtvertretung des Reiches. Es brachte nämlich in einer der letzten Sitzungen des Gouvernements-Landtages Graf Schuwalow den Vorschlag ein, „die Entwicklung des Gesetzes vom 21. November (welches die Machtbefugnisse der alten Adels-Versammlungen erweiterte) auf Grundlage der Gleichheit und des Rechtsschutzes Aller durch Zusammenwirken der Centralverwaltung und der Zemstro zu erbitten." Zemstro ist nun aber die russische Bezeichnung für die gegenwärtig bestehenden, mit beschränkten Rechten ausgestatteten Provinzial-Vertretungen; Zemstro heißt aber auch der von Vielen gewünschte allgemeine Landtag, von dem doch eigentlich allein die Rede sein kann, wenn er mit der Centralregierung zusammenwirken soll. Graf Schuwalow wurde denn auch von zwei Mitgliedern über den Sinn des Wortes in diesem Falle interpellirt; er zog sich aus dieser Verlegenheit, indem er meinte, das Wort „erbitten" beweise schon, daß man die Regierung als eine höhere, befehlende Macht betrachte; es sei daher eine nähere Präzisirung nicht nothwendig. Auf diese Interpretation hin nahm der Landtag seinen Antrag mit 38 gegen 8 Stimmen an. Eine weitere Sünde der aufgelösten Körperschaft war die, daß sie sich bei der Votirung der Steuer nicht streng an den Modus hielt, welchen die Regierung angeordnet hatte.

Aus **Konstantinopel** wird telegraphirt, daß die Ernennung eines christlichen Fürsten zum Gouverneur von Candien bevorstehe. Diese Nachricht wäre, wenn sie sich bestätigen sollte, von großer Wichtigkeit. Ein christlicher Fürst auf Candia würde bald jene Stellung erringen, welche der Fürst von Rumänien bereits einnimmt. Uebrigens wollen die Candioten mit den Griechen vereinigt werden, und es ist daher fraglich, ob sie die obige Concession annehmen würden. — Dem in Wien erscheinenden südslavischen Parteiblatt „Zukunft" wird aus Belgrad telegraphirt, daß dort eingelangten Mittheilungen zufolge das Abberufungsschreiben für den türkischen Gesandten in Athen bereits vom Ministerium des Sultans unterschrieben ist und abgeschickt werden soll, sobald nur noch ein einziger Freiwilliger aus Griechenland türkischen Boden betritt. — Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen wäre noch nicht der Krieg.

Der „Patrie" vom 18. Januar gehen über Havanna Privatnachrichten aus **Veracruz** vom 28. Dezember zu: Kaiser Maximilian hat nach den von den Dissidenten besetzt gehaltenen Departements Geleitsbriefe abgesandt, damit die Deputirten, welche in diesen verschiedenen Theilen des Gebietes ernannt werden könnten, sich, welcher Meinung sie auch angehören, nach der Stadt Mexiko begeben könnten, um dort ihr Votum abzugeben. Mehrere wegen ihres Widerstandes gegen das Kaiserreich bekannte Anführer haben angenommen, und werden sich zur Abstimmung präsentiren. In den sieben Provinzen des Centrums scheinen die Candidaten, welche die meisten Aussichten auf Erfolg haben, der imperialistischen Partei anzugehören. Man meint, der Zusammentritt des Kongresses, der auf den 1. Febr. festgestellt war, werde bis zum 10. dess. Mts. verschoben werden, um den Deputirten der entfernteren Provinzen mehr Zeit zu geben, sich nach der Hauptstadt zu verfügen. — Der Linienschiffs-Capitän Cloui, welcher die französische See-Unterabtheilung kommandirt, war davon benachrichtigt worden, daß die von Frankreich abgegangenen Transportschiffe, welche zur Heimführung des Expeditionskorps bestimmt sind, vom 15. bis 20. Febr. an der Vera-Cruz anlangen würden.

Berichten aus **Mexico** vom 8. Jan. zufolge, leidet die dortige Kaufmannschaft unter der Uneinigkeit zwischen den Franzosen und Kaiserlichen. Die Zollbeamten weigern sich, Güter, die Vera-Cruz nach dem 12., dem Tage der französischen Besitzergreifung des Zollamtes daselbst, verließen, zu verabfolgen. Marschall Bazaine wollte gegen den 28. v. Mts. die Hauptstadt verlassen. Die letzte französische Abtheilung aus dem Innern unter General Custagny wurde täglich in der Hauptstadt erwartet und nach ihrer Ankunft sollte der Abmarsch nach Vera-Cruz beginnen. Die geräumten Städte wurden überall von den Republikanern besetzt. Guadalajara, Guajanato, San Luis u. s. w. waren in ihren Händen. General Miramon verließ die Hauptstadt, um diese Plätze zu besetzen, doch hatte man wenig Hoffnung auf Erfolg seinerseits. Den Kaiserlichen fehlen Waffen und Geld. Der Kaiser ist jedoch entschlossen, den Kampf fortzusetzen. Er ist nach Mexico zurückgekehrt und hat seine Residenz in der Hacienda de la Luja aufgeschlagen.

Neueres.

Bern, 2. Febr. Der Große Rath beschloß nach fünftägiger Diskussion 7 Mill. Staatssubventionirung für die Jurasische Eisenbahn, und verwarf den von konservativer Seite gestellten Antrag: den Beschluß der Volksabstimmung zu unterstellen.

Rom, 2. Febr. Das „Giorn. di Roma" erklärt die Versicherungen der italienischen Journale hinsichtlich der Meinung des hl. Stuhls über den Vertrag Langrand für falsch. Es seien Manöver, um Zeit für den leichteren Vollzug der antichristlichen Plane zu gewinnen, welche insgeheim heranreiften.

Florenz, 2. Februar. Die von den sieben Bureaux ernannte Commission hat den Entwurf in Betreff der Freiheit der Kirche verworfen.

New-York, 31. Jan. Der Senat verwarf die Bill des Repräsentantenhauses, worin die Regierung ersucht wird, öffentliche Verkäufe von Gold an den Meistbietenden zu veranstalten. Die Repräsentantenkammer hat die Legation der Vereinigten Staaten in Rom aufgehoben. (A. Z.)

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

* Unter dem Titel **„Kritische Gedanken über die bayerische Kavallerie nach dem Feldzuge 1866"** ist soeben bei Lentner in München eine Broschüre erschienen, welche in kurzen aber kräftigen Strichen die Ursachen des Mangels an genügender Ausbildung seitens der bayerischen Kavallerie zeichnet und die Mittel und Wege angibt, das Schleppende des alten „Reitschulgetrillers" zu beseitigen und den entschwundenen ritterlichen Geist der Kavallerie wieder zu heben.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 36.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 5. Februar 1867.

Das Programm des Fürsten Hohenlohe.

Unter dieser Aufschrift enthält die „Allg. Z." folgenden, für die Sicherstellung des politischen Urtheils empfehlenswerthen Artikel:

„Wäre man auch mit der Politik des neuen Ministers nicht einverstanden, so müßte man doch an dem Freimuth und der Bestimmtheit, mit welcher sie ausgesprochen ist, seine Freude haben. Es ist darin kein diplomatisches Drehen und Wenden, keine Verzuckerung der bittern Nothwendigkeit, kein eitler Trost für Kleinmüthige — es ist die Wahrheit splitternackt! Kein deutsches Herz wird sich ihr verschließen; wer den Thatsachen unbefangen in's Gesicht sieht, wird sich, gern oder ungern, vor ihr beugen, und nur der sie nicht anerkennen, der Wollen und Können verwechselt, der thörichte Antipathie gegen den Norden für pflichtschuldigsten bayerischen Patriotismus hält und im beckbeinigen Partikularistenzorn das Gebot der Klugheit und Nothwendigkeit überhört. Der angebliche Grund für diese Trutzwinkelpolitik ist in Kurzem folgender: „Der nordische Bund", sagt man, „ist noch neu und lecker und auch geeinigt und verbündet mit dem süddeutschen außerösterreichischen Reste Deutschlands lange nicht stark genug, einer Allianz Oesterreichs und Frankreichs, welche bei Ausbruch des orientalischen Konflikts in sicherer Aussicht steht, zu widerstehen. Bayern wäre dann wieder auf der besiegten Seite und hätte die Zeche zum zweitenmale zu bezahlen!" Hierauf wäre zu erwidern: Selbstverständlich ist mit einem Anschlusse Bayerns an den Norden der süddeutsche Westen ebenfalls dazu gezwungen und dann das ganze außerösterreichische Deutschland unter einem Hut. Wollen die Herren nun, unter Zuhülfenahme des Sulzbacher Kalenders, gefälligst bedenken, daß dieser Bund dann beinahe so viele Einwohner als Frankreich hat und über eine Million tüchtiger Soldaten in's Feld zu stellen vermag, die unter einheitlicher Leitung schwerlich beim ersten Anlauf über den Haufen gerannt werden, die man anzugreifen wohl erst nach reiflicher Ueberlegung wagen wird und deren schließliche Ueberwältigung noch lange nicht unter die ausgemachten Sachen gehört, da sich vor dem Kampfe wohl noch ein ausgiebiger Alliirter finden würde. Preußen hat wahrhaftig zu nichts weniger Anlaß gegeben, als zu der Besorgniß, daß es seine Interessen, die ja dann mit denen des ganzen Deutschlands zusammenfallen, nicht richtig zu erkennen oder nicht kräftig zu vertheidigen verstünde. Uebrigens sind die orientalischen Wirren schon so lange chronisch geworden und ein allgemeiner Konflikt aller europäischen Großmächte deßhalb schon so lange in Aussicht, daß es sehr problematisch scheint, ob sie noch im laufenden Jahrhundert auf die Tagesordnung kommen, und dann sind jedenfalls die Weise ihres Austrags und die sich dabei bildenden Allianzen u. s. w. so abhängig von unberechenbaren Zwischenfällen, daß kein Menschenverstand zu ihrer Beurtheilung ausreicht und wohl alle politische Prophetie dabei Fiasko machen würde. Frankreich ist gewiß so wenig als England auf eine Wiederholung des Krimkriegs versessen, und es würden beide gern zu einer Lösung die Hand bieten, die alle Westmächte zu gemeinsamem Handeln friedlich verbindet. Auf welche Seite aber bei dieser oder einer andern Gelegenheit das unter preußischer Führung geeinigte Deutschland treten wird, ist durchaus nicht vorher zu bestimmen, geschweige denn gar auf irgend eine derartige Vermuthung ein politisches Verhalten zu gründen. Eine entente cordiale zwischen Frankreich und Oesterreich hat, meines Wissens, in der Geschichte Europa's noch keine langen und großen Rollen gespielt, und der Kaiser der Franzosen brauchte nicht der schlaue Mann zu sein, der er ist, um ihm zuzutrauen, daß er sich eher den geordneten kampfbewährten Nachbar zum Verbündeten aussucht, als den besiegten Kaiserstaat, der in Geld- und andern Verlegenheiten bis über die Ohren steckt und auf dessen Zusammenhalt und Wiederaufraffen ein gewissenhafter Mann nicht schwören möchte. Sollte aber, wozu Gott helfe! das alte Oesterreich sich noch einmal ermannen zu alter Macht und altem Ansehen, so setzt dies eine so gründliche Umkehr seines Systems, eine so glänzende Entfaltung von gesundem Menschenverstand voraus, daß es zweifellos auch den alten Erbgroll vergessen muß und in Preußen nicht mehr den Feind und Nebenbuhler, sondern den werthvollsten und natürlichsten Bundesgenossen sehen wird und begreifen wird, daß es, mit dem geeinigten Deutschland ehrlich verbündet, die furchtbarste Macht des Kontinents wäre. Die Gegenwart kann aber keine Konjekturalpolitik treiben; es handelt sich um einen Entschluß, und da ist, wie der Fürst-Minister richtig bemerkt, die Wahl nicht groß. Zur Einsicht, daß Oesterreich und Bayern wohl geraume Zeit einander nicht zu Genossen brauchen können, reicht der Verstand eines Kindes aus — und wohl auch zur Erkenntniß, daß der Versuch irgend einer deutschen Regierung sich zum Schutz gegen den Norden an eine fremde Macht zu wenden, einem Selbstmorde gleichkäme. Ein Südbund mit den kleineren westlichen Nachbarn hat keine Aussicht auf Gelingen und noch weniger auf Vortheil und Ansehen, ebensowenig ein förmlicher Eintritt in den Nordbund, und wie wir uns bei der immer wachsenden, fast tragikomischen Vereinsamung in der politischen Welt benehmen sollten, mögen diejenigen sagen, die sie wünschen. Ein gewaltsam herbeigeführter Regierungswechsel in Frankreich, wodurch eine neue Dynastie oder ein republikanisches Regiment zu einem Ableitungskriege gegen uns gezwungen wäre, ist in den nächsten Jahren das einzige mögliche Ereigniß, das uns speziell und ganz Deutschland mit Territorialverlust und Störung unserer Entwicklung bedrohen würde. Unsere Haltung und unsere Allianz ist doch wohl für diesen Fall außer aller Frage: es gibt dann nur eine. In Anbetracht dieser Umstände aber sollte die Wahl zwischen Unmöglichkeiten und Ungereimtheiten und dem höchst natürlichen Gedanken einer Verbindung mit Preußen, und damit faktisch mit dem ganzen unter ihm geeinigten außerösterreichischen Deutschland, im Sinne des fürstlichen Programms, nicht viele Qual bereiten. Eine Zauder- und Schmollpolitik sieht gerade aus wie ein Lauern auf einen neuen Bruderkrieg. Das ist aber ein häßlicher widerwärtiger Gedanke, der uns schlecht ansteht! Die beste Politik ist: Frisch an das, was man muß! Muthig und ehrlich! Wir dürfen nicht lassen vom lieben Vaterlande; dort sind die starken Wurzeln unserer Kraft! Wir wollen unsere Schuldigkeit thun und was dann aus uns und aus Deutschland werden will, liegt in der Hand des allwaltenden Schicksals!"

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 3. Februar. Se. Majestät der König hat den Bezirksarzt 2. Kl. Dr. J. B. Mayer zu Wörth, seiner Bitte entsprechend, auf die Bezirksarztesstelle 1. Kl. zu Neustadt an der Waldnaab versetzt.

Die Stelle eines Bezirksarztes 2. Kl. zu Wörth ist in Erledigung gekommen. Bewerber haben ihr Gesuch binnen 14 Tagen bei der ihnen vorgesetzten kgl. Regierung, K. d. J., einzureichen.

* Aus **München** wird uns mitgetheilt, daß, sicherem Vernehmen nach, die Vermählung Sr. Maj. des Königs bis zum Monat August verschoben worden sei.

Frankfurt, 1. Februar. Von den hiesigen, dem Fürsten von Thurn und Taxis zugehörigen Gebäulichkeiten sind nur die bei dem Postdienste unmittelbar verwendeten Lokalitäten durch den Vertrag vom 28. Januar an Preußen übergegangen, nämlich das Postgebäude auf der Zeil und das Haus in der Taunusstraße, in welchem sich die westliche Zweig-Postexpedition befindet (wenigstens versichert man uns dies von dem letzteren). Dem Fürsten verbleibt das Palais in der Eschenheimergasse, welches Sitz der Bundesversammlung und Wohnung des ehemaligen Bundes-Präsidialgesandten gewesen, sowie mehrere dazu und zu dem sog. Weidenhof (jetzt Haus Mozart) gehörige Gebäulichkeiten. Bei dem relativ mäßigen Pauschquantum von drei Millionen Thlr. wird man die verschiedenen von Preußen zu übernehmenden Verbindlichkeiten nicht außer Acht lassen dürfen, mit welchen sich dieselben zu Kapital berechnet, wohl die bisher stets als wahrscheinlich festgehaltene Summe von 10 Millionen Gulden herausstellen mag. (Köln. Z.)

Kassel, 1. Februar. Der „Staatsanzeiger" löst uns das Räthsel, woher es kommt, daß an der Spitze der Ausgaben im

Finanzetat für das ehemalige Kurfürstenthum Hessen für das Jahr 1867 der volle Betrag der Civilliste des Kurfürsten mit 300,000 Thlr. steht, indem er bemerkt: „daß dieses die zu leistende Zahlung sei, welche die dem ehemaligen Kurfürsten von Hessen auf seine Lebenszeit gewährte Abfindungsrente bildet". Da demselben auch außerdem noch die Revenüen des Hausfideicommißvermögens mit circa 350,000 Thlrn. jährlich verbleiben, so ist es wohl nicht zu viel gesagt, daß man hier im Allgemeinen nicht sehr erbaut über diese Abfindungsrente ist. Da daneben noch eine Mehrausgabe für Militärzwecke um 409,860 Thlr. gegen das vorige Budget eintreten soll, so beantwortet sich die häufig aufgeworfene Frage: woher das Geld kommen soll? mit der einfachen Antwort: durch Erhöhung der Abgaben, vor welchen unter den obschwebenden Verhältnissen die Steuerpflichtigen noch eine gräuliche Angst haben. Verschweigen wollen wir es nicht, daß allerdings den Gemeinden als solche eine größere Last abgenommen wird, indem die Gehalte der in Folge des Gesetzes vom 15. Mai 1863 abgewählten lebenslänglichen Hassenpflug'schen Bürgermeister auf die Staatskasse übernommen werden. Es ist dieses ein Akt der Gerechtigkeit, welchen die ehemalige Ständeversammlung mehrfach, aber vergebens, verlangt hatte, welchem die Staatsregierung aber ihr unbedingtes „Nein!" entgegensetzte. Wir hätten gewünscht, daß man gleichzeitig auch den verfassungstreuen Staatsdienern des Civil- und Militärstandes gerecht geworden wäre, welche im verhängnißvollen Jahre 1850 ihren Abschied nahmen und deren Entschädigung die Ständeversammlung eben so oft und dringend befürwortet hat. Preußen hat sich für die einst in Olmütz erlittene Niederlage vollständig gerächt und sie gesühnt; es sollte auch die Ursache und Wirkung derselben sühnen. Würde es damals dem österreichischen Bundestage gegenüber muthig und entschlossen gehandelt haben, so wie im vorigen Jahre, so würden diese Familien nicht noch jetzt darben müssen, denn namentlich würden die betreffenden Offiziere schon damals der preußischen Fahne so gefolgt sein, wie ihre Kameraden, wenn auch theilweise damals auf anderer Seite stehend, es jetzt gethan haben. (Fr. J.)

Berlin, 2. Febr. Das Haus der Abgeordneten hielt heute, obwohl katholischer Festtag ist, mit Zustimmung seiner katholischen Mitglieder eine kurze Sitzung. Der erste Gegenstand der Tagesordnung war der Gesetzentwurf, betreffend die Uebernahme des Taxis'schen Postwesens. Gemäß dem Antrage der Commission genehmigte das Haus denselben ohne Debatte. Es folgte der Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Auflösung des Lehnsverbandes in Pommern. Der Referent empfahl die Fassung des Herrenhauses unter Ablehnung der Paragraphen 10 und 12, und das Haus beschloß, diesem Antrage entsprechend, unter Ablehnung der gestellten Amendements. Demnächst erfolgte noch die Annahme des Gesetzentwurfs, betreffend die Aufhebung der durch den Zolltarif vorgeschriebenen Gebühren für Begleitscheine und Bleie, und ebenso des Gesetzentwurfs, betreffend die Abgabe von allen nicht im Besitze des Staates oder inländischer Gesellschaften befindlichen Eisenbahnen, nach dem Commissions-Antrage und ohne Diskussion.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Die „Königsberger Hart. Ztg." berichtet, daß in einem am 23. Jan. abgehaltenen General-Konzil der ordentlichen Professoren der Königsberger Universität das Statut, nach welchem bisher Nicht-Evangelische von der akademischen Dozentur ausgeschlossen waren, durch einen mit 22 gegen 8 Stimmen gefaßten Beschluß zu Gunsten der allgemeinen Lehrfreiheit abgeändert und der betreffende Paragraph des Statuts gänzlich gestrichen worden. Diese Nachricht ist richtig. Wenn aber die „Königsberger Zeitung" hinzufügt, daß nach der neulich vom Kultusminister im Abgeordnetenhause in derselben Angelegenheit abgegebenen Erklärung auch an der Zustimmung des Ministers zu dem Universitätsbeschluß nicht zu zweifeln sei, so ist zu bemerken, daß der Kultusminister selbst die Berathung des General-Konzils der Professoren über die betreffende Frage angeregt und sich im Voraus geneigt erklärt hat, die Bestätigung eines, auf Zulassung eines nicht-evangelischen Dozenten in der philosophischen, medizinischen und juristischen Fakultät gerichteten Beschlusses, wenn ein solcher vom General-Konzil gefaßt würde, bei dem Könige zu befürworten.

Schleswig, 31. Januar. Gestern ist der Herr Generallieutenant v. Manstein hier angekommen. Seine Ernennung ist noch keine definitive und läßt den Gedanken der späteren Rückkehr des Generals v. Manteuffel offen. Gestern war hier eine Flensburger Deputation, welche dem General den Beschluß der Verleihung des Ehrenbürgerrechts überbrachte und darnach zum Diner verblieb. Es wird von der hiesigen Bürgerschaft jetzt ein Fackelzug für den letzten Abend seiner hiesigen Anwesenheit vorbereitet. (H. N.)

Sachsen. Die Rede, mit welcher Graf Hohenthal in der I. Kammer am 28. Januar seine Interpellation, ob die norddeutsche Verfassung den sächsischen Ständen vorgelegt werden wird, begründete, ist, obgleich mit einem Vertrauensausdruck beginnend, doch nichts als ein sächsischer Noth- und Schmerzensschrei und verdient um so mehr Beachtung, als bei dem Grafen, wenn er auch nicht direkt im Einverständniß mit der Regierung gehandelt haben sollte, doch jedenfalls eine genauere Kunde von den offiziellen Vorgängen in Bezug auf die norddeutschen Verfassungsverhandlungen vorausgesetzt werden darf. „Die Berliner Verhandlungen — äußerte der Redner — gehen ihrem Ende entgegen. Ich erkläre, von vornherein die moralische Ueberzeugung zu haben, daß deren Ergebnisse weder mit der Würde der Krone, noch mit den vitalen Interessen des Landes unvereinbar sind. Aber, meine Herren, bevor die norddeutsche Bundesakte die Basis unsers neuen öffentlichen Rechts bilden wird, hat sie noch zwei Stadien zu durchlaufen: zunächst das der Berathung des Parlaments und demnächst das der Zustimmung des preußischen Landtags. In dieser Beziehung habe ich eine Ueberzeugung nicht mehr auszusprechen, wohl aber überlasse ich mich der Hoffnung, daß auch das Resultat dieser doppelten Verhandlung ein für Sachsen annehmbares sein wird. Die Aufgabe ist, einen Bundesstaat herzustellen, mächtig nach außen, frei im Innern. Was über diese beiden Ziele hinausgeht, ist vom Uebel. Graf Bismarck selbst hat sich in einer seiner Reden vom Monat August in analogem Sinne ausgesprochen. Ich kann mir daher nicht denken, daß man den Versuch unternehmen werde, einem Regenten, der eine Krone trägt, die Stellung eines erblichen Oberpräsidenten anweisen zu wollen. Eine solche Verkümmerung des fürstlichen Ansehens in Sachsen würde eine Verkümmerung der monarchischen Autorität überhaupt mit sich führen, welche nicht ohne die nachtheiligste Rückwirkung auf das Ansehen des Bundesoberhauptes selbst bleiben kann. Ich kann mir nicht denken, daß man ein Königreich, welches eine vom Schicksal zwar nicht begünstigte, ja verhängnißvolle, aber ruhmreiche Geschichte hinter sich hat, zu der Provinz eines norddeutschen Reiches herabdrücken wolle, ein Königreich, welches in dem verflossenen Jahre Proben seiner Lebensfähigkeit abgelegt hat, wie, mit Ausnahme unsers großen und siegreichen Gegners, kein zweites in Deutschland. Unsere erhabene Dynastie, unsere tapfere Armee, unsere Behörden, von der Landeskommission bis zum letzten Gendarmen herab, ja die ganze Bevölkerung, wenn man von einem verschwindenden Bruchtheil absieht, wetteiferten in patriotischer Pflichterfüllung. Man ist nicht berechtigt, uns „Finis Saxoniae" zuzurufen. Es ist vielmehr ein Gebot der Politik und des Rechtes, einen solchen Organismus, wie den unsrigen, zu schonen, zu erhalten und also zu verwerthen. Auf diesem Wege wird man aus loyalen und willigen Bundesgenossen — Das sind wir bereits — auch freudige Bundesgenossen machen; in Krieg und Frieden werden wir dann mehr leisten, als es jetzt uns möglich ist. Indessen — die Dinge können auch anders kommen und die preußische Regierung in die Bahn des Einheitsstaates gedrängt werden. Ich enthalte mich jeder Vorhersagung, wohin derartige Tendenzen führen können; aber wenn sie näher an uns herantreten, so haben wir das Recht, gehört zu werden. Wir wollen dann gemeinsam mit der Regierung die Frage entscheiden, ob wir einem Definitivum, welches unsere staatliche Existenz gefährdet, uns zu unterwerfen oder das gegenwärtige Provisorium vorzuziehen haben. Ich verkenne die Mißstände des letztern nicht; sie sind in der andern Kammer zur Sprache gebracht worden. Ein Grund, weshalb dasselbe zu bedauern ist, ist aber dort nicht angeführt worden; aber er hat seine hohe Wichtigkeit: es ist der, daß das Provisorium die Sympathien für Preußen, welche ich in Sachsen wünsche, im Keime ersticken muß. Wir können sonach möglicherweise nur die Wahl zwischen einem bedauerlichen Definitivum und einem ungünstigen Provisorium haben. Damit sie aber doch erfolgen könne, muß die Entscheidung rechtzeitig an uns gebracht werden. Ein Drittes gibt es nicht; es wäre eine Verletzung der der königlich preußischen Regierung schuldigen Achtung, wenn ich annehmen wollte, daß sie für Zwecke, die ihr wünschenswerth sein können, die sie aber selbst weder aufgestellt, noch gebilligt hat, uns vergewaltigen wolle...."

Eine Correspondenz der „A. Z." aus **Wien**, 31. Jan., lautet: Während allgemein angenommen wird, daß bereits eine solche Annäherung zwischen Oesterreich und Frankreich stattgefunden, daß sie jeden Augenblick in die Form einer Allianz übergehen könnte, und die Sprache der Pariser Offiziösen diese Annahme zu rechtfertigen scheint, glaube ich Ihnen mit ziemlicher Bestimmtheit mittheilen zu können, daß der Versuch, eine gemeinsame österreichisch-westmächtliche Politik zu inauguriren, bereits ein überwundener Standpunkt ist, und Oesterreich nach keiner Richtung hin gebunden erscheint. Die Politik des Hrn. v. Beust ist augenblicklich die der „freien Hand," und wird eine Entscheidung wohl erst dann getroffen werden, wenn die Ereignisse näher an uns herangetreten sind. Einen Augenblick mochte Hr. v. Beust daran gedacht haben, in der orientalischen Frage mit Frankreich zu gehen, und durch die Lösung der letztern auch Preußen ein

Paroli bieten zu können. Die Vorgänge in Süddeutschland sind indessen nicht ohne Rückwirkung auf die Intentionen der österreichischen Politik geblieben. Woran man aber immer noch festhält, ist, daß wir gegen Rußland gehen müssen, und daß wir dieses, ob wir nun heute mit Frankreich oder Preußen verbunden sind, zum Gegner haben werden. Man ist indeß zur Ueberzeugung gelangt, daß im Falle eines deutsch-französischen Kriegs eine österreichisch-französische Allianz ein Ding der Unmöglichkeit sei, da wir dann nach allen Richtungen, im Norden und im Westen von Deutschland, im Osten von Rußland, im Süden von Italien, das den Moment benützen würde, mit Preußen liirt, sich von Frankreich zu emanzipiren, und sich Dalmatiens, Triests und Südtyrols zu bemächtigen, bedroht würden. Andererseits hat man die Ueberzeugung gewonnen, daß die Gegnerschaft Rußlands bei weitem ungefährlicher würde, wenn es gelänge, Preußen, dem doch auch ein Machtzuwachs Rußlands unbequem wäre, von Rußland ab- und uns zuzuwenden, das heißt Preußen, um den Preis, daß man ihm in Deutschland vollständig freien Spielraum läßt, für unsere Plane im Orient zu gewinnen. In dieser Richtung wird gegenwärtig gearbeitet, und bewegt sich der diplomatische Ideenaustausch. Es ist also immerhin möglich, daß ein großer Brand zu einer vollständigen Frontveränderung führt, durch welche Oesterreich der Weg geebnet wird, im Orient die Compensation für seine Verluste in Deutschland zu suchen. Auch England, das sich wohl der Sache der Christen im Orient annimmt, aber ebenso wenig Rußland einen Machtzuwachs erhalten lassen als gemeinsam mit Frankreich gegen Rußland operiren will, scheint für die Idee unseres Cabinets nicht unzugänglich zu sein, deren Realisirung Deutschland vor dem sonst unvermeidlichen Kriege mit Frankreich retten könnte, da letzteres, namentlich wenn Italien mit Preußen und Oesterreich geht, den Kampf aufzunehmen nicht wagen wird.

London, 2. Febr. Das Abend-Organ der Regierungspartei, der „Globe“, bemerkt über die orientalischen Wirren: „Statt von seiner aufreizenden Politik gegen die Türkei abzustehen, soll Griechenland an die Pforte einen unumwundenen Anspruch auf eine Gebietsabtretung gerichtet haben und stellt seine Armee für etwaige „Eventualitäten“ auf Kriegsfuß. Wäre Griechenland nicht ein so schwaches kleines Königreich, so erschiene der Krieg unvermeidlich; voraussichtlich wird aber der mäßigende Einfluß der anderen Mächte stark genug sein, um die in Athen vorherrschende Politik der Ueberstürzung in Schach zu halten.“

In früheren Jahren wurde die Unterdrückung ausländischer Zeitungen in **Frankreich** als eine so selbstverständliche Thatsache betrachtet, daß fast Niemand daran dachte, sich weiter darüber zu beschweren. Es wird wohl das bittere Gefühl getäuschter Hoffnungen sein — der Hoffnungen, die man auf das kaiserliche Dekret gesetzt hatte — welches jetzt Klage auf Klage über das vorher ignorirte System erschallen läßt. So schreibt aus Rom vom 26. Jan. ein Reisender an die „Pall Mall Gazette“: „In Nizza erhielt ich Ihr Blatt im Monat November sechs Mal. Vom 3. Dez. an wurden meine Zeitungen nach Genua, Mailand und Florenz adressirt, und vom 3. bis zum 18. erhielt ich alle durchaus regelmäßig, ebenso vom 18. ab, als ich nach Rom kam. Denn selbst unter dieser sog. reaktionären Regierung werden die Blätter ausgegeben, und sogar „Punch“, dessen Almanach hier in den Läden zu kaufen ist, während Sie in Frankreich, wenn „Punch“ Ihnen durch die Post zugesandt wird, durchschnittlich eine Nummer monatlich erhalten. Zwei englische Blätter aber werden auch in Frankreich nie mit Beschlag belegt: die „Times“ und der „Daily Telegraph“, obwohl erstere manchmal eine scharfe Kritik über den Kaiser und seine Politik fällt. Können Sie mir diese Anomalie erklären? Und kann nichts geschehen, um die regelmäßige Ablieferung der „Pall Mall Gazette“ in Frankreich zu erwirken?“ Angesichts der französischen Praxis fühlt man sich versucht, dieser Frage mit Heine hinzuzufügen: Und ein Narr wartet auf Antwort.

Die „France“ bestätigt, daß eine Interpellation bezüglich der auswärtigen Politik Frankreichs und insbesondere bezüglich der deutschen Angelegenheiten im Senat angemeldet werden wird. Die Debatte über diesen Gegenstand würde daher im Senat wahrscheinlich früher als im gesetzgebenden Körper erfolgen. Wie es heißt, würde der Kaiser mit der Vertretung der Regierungspolitik im Orient den Marquis de Moustier beauftragen, während Herr Rouher hinsichtlich Deutschlands und Italiens Rede stehen würde, da auf diesem Gebiet das Wichtigste vor dem Eintritt des Herrn v. Moustier in das Kabinet geschehen sei. — Es scheint, daß man die wichtigsten Fragen im Senat selbstverständlich im Sinne der Regierung abthun und so das Interesse für eventuelle Interpellationen des gesetzgebenden Körpers abschwächen will.

Die Nachrichten von den militärischen Maßregeln der französischen Regierung lauten widersprechend. Während die „France“ behauptet, daß alle Anzeichen auf die Erhaltung des Friedens und Reformen deuten, daß die Bestellungen auf Chassepot-Flinten zurückgenommen und die Arsenale im Lande, ohne sich zu beeilen, die neuen Waffen verfertigen werden, heißt es in einem Schreiben aus Paris: „In den Arsenalen sind alle Arbeitskräfte auf's Höchste angespannt; selbst Senatoren dürfen jetzt nicht mehr in die Werkstätten eintreten.“ Aus den verschiedenen Garnisonsstädten Frankreichs laufen günstige Berichte über die Fortschritte ein, welche die Soldaten in der Handhabung der Hinterladungsgewehre machen.

New-York, 18. Jan. Die Anklage wider den Präsidenten hat weiter keine Fortschritte gemacht, und es ist unwahrscheinlich, daß der Justiz-Ausschuß sich bis jetzt überhaupt mit ihr beschäftigt. Ein neuer Antrag dieser Art wurde vom Repräsentanten Lean aus Missouri gestellt und in der Motivirung der Präsident der Mitschuld an der Ermordung Lincoln's bezüchtigt. Wir brauchen wohl kaum zu bemerken, daß diese Extravaganz selbst unter den entschiedensten politischen Gegnern des Herrn Johnson Unwillen erregte, und daß sie nur dazu dient, die Bewegung überhaupt in Mißkredit zu bringen. Durch die Ueberweisung an den Ausschuß hat das Haus es sich vorbehalten, den Gegenstand, je nachdem die Zweckmäßigkeit sich ergibt, ruhen zu lassen oder wieder hervorzuziehen. Die aus allen Theilen des Landes laut werdenden Stimmen sprechen sich überwiegend gegen entscheidende Schritte auf Grund des bis jetzt Vorliegenden aus, und solche Kundgebungen können ihren Einfluß auf den Congreß nicht verfehlen. Der Präsident ist nicht beliebt, und das Gefühl, daß er seines Amtes nie würdig gewesen, sehr verbreitet; aber man sehnt sich nach Ruhe, und mag sich nicht seinetwegen in Schwierigkeiten und Verwicklungen stürzen, deren Ende nicht abzusehen ist. Durch den Ausfall der Wahlen ist seine Gefährlichkeit auf ein Minimum reduzirt; man glaubt ohne Schwierigkeit mit ihm fertig werden zu können und ist deshalb der Ansicht, daß die kostbare Zeit besser als auf seine gerichtliche Verfolgung verwendet werden könnte. Wir wagen die Ueberzeugung auszusprechen, daß bei der Majorität nicht die Absicht besteht, ein förmliches Verfahren einzuleiten.

Von tief eingreifender Bedeutung ist eine Entscheidung des höchsten Gerichts der Vereinigten Staaten, welche die sogenannten Test-Eide mit Bezug auf die Einwohner von Missouri und auf den Advokatenstand im Allgemeinen für konstitutionswidrig und ungiltig erklärt. Der Kongreß hat nämlich bestimmt, daß nur solche Advokaten vor den Bundesgerichten prakticiren können, welche schwören, daß sie nie der Rebellion Vorschub geleistet und nie mit ihr sympathisirt haben, und dieselbe Verfügung erließ die Legislatur von Missouri für sämmtliche Beamte in jenem Staate.

Die Nachrichten aus Mexiko lauten wiederum trostlos für Maximilian. Der Abzug der Franzosen hat schon begonnen, der größte Theil der Transportflotte liegt auf der Rhede von Vera-Cruz und der Rest ist von Toulon abgegangen. Die von den Franzosen auf ihrem Zug nach der Küste geräumten Plätze werden sofort von den Liberalen in Besitz genommen, welche bereits die Höhen in der Nähe der Hauptstadt innehaben. Man erwartet, daß letztere ihnen bald in die Hände fallen wird. Sogar der General Mejia soll die Sache des Kaiserthums verloren gegeben haben. Unter diesen Umständen kann natürlich von der Zusammenberufung eines Nationalkongresses durch Maximilian nicht die Rede sein, und Letzterer wird sich entfernen müssen, ohne daß ein solcher ihm den Laufpaß ertheilt. Es bestätigt sich, daß er bei Puebla einen Besuch von Bazaine und Castelnau empfing und zwischen den drei Herren sehr stürmische Auftritte stattfanden.

Die Ausgaben der Bundesregierung während der am 12. ds. beendeten Woche betrugen: Departement des Kriegs 2,926,061 Doll., der Marine 344,533 Doll., des Innern 155,848 Dollars, Total 3,426,442 Doll. (N.-Y. H.-Ztg.)

Frankfurter Börse (28. Januar bis 2. Februar).

2. Februar. Neues Leben ist in den Tempel des Merkur eingezogen, alle Leiden sind vergessen, und wir geben uns ganz sorglos den bachantischen Freuden der Hausse hin. Merkwürdiger Weise sind es gerade die Werthe, welche man in der Verwesung glaubte, die österreichischen — aber es war, wie wir sehen, nur ein Scheintod. So ist in dieser Woche beispielsweise etwa eine Million 5pCt. steuerfreie Metalliques in feste Hände gekommen und dabei schliessen sie $1\frac{1}{2}$ pCt. höher als am ersten Tage.

Der Ultimo regelte sich ausserordentlich leicht, nur bereitete der anhaltende Stückmangel in österr. Spekulationspapieren einige Schwierigkeit, was auf der andern Seite aber auch den Kurs günstig beeinflusste. Kreditaktien wurden mit $\frac{2}{3}$ Zinsen und Loose mit $\frac{1}{2}$ pCt. Zins und $\frac{3}{4}$ pCt. Hauer in Prolongation von der Contremine genommen. Die Baissepartei scheint ihre Beute nicht leichten Kaufs lassen zu wollen. — Sämmtliche österr. Staatspapiere um 1 bis 2 pCt. gestiegen, ganz besonders leuchtete die Sonne den Lotterie-Anlehen; 1860er stiegen vor der Ziehung auf 67 und die 1864er auf $75\frac{1}{4}$. Nach einer

kleinen Reaktion am Freitag, veranlasst durch einige Gewinn-Realisationen, fing der Ballon wie von etwas Ballast befreit, von Neuem seine Luftreise an. Der grosse Geldüberfluss ist allerdings ein mächtiger Bundesgenosse. Wenn am Ultimo selbst die amerikanischen kaum in Prolongation zu haben waren und Diskonto 2½ pCt. steht, da ist eine solche Bewegung erklärlich.

Wir haben zum öfteren gesagt und wiederholen es, alle süddeutschen Fonds sind noch um Prozente zurück. Die 4½ Preussischen stehen 99½ und weniger wiegen die süddeutschen nicht. Das Sündenregister ist geschlossen und neue Anlehen nicht zu erwarten. Die bayer. Loose bleiben ein Lieblingskind, sie sind auf 103 gestiegen mit der besten Kraft vor der Ziehung noch höher genannt zu werden. Die alten Anlehensloose, weil festliegend, ohne Umsatz und Leben. Zu grossem Erstaunen bemerkte man die Notiz der Stadt Hamburger 50 Thaler-Loose, sie sind ohne Sang und Klang in das offizielle Kursblatt eingezogen.

Das transatl. Kabel spricht wieder. Der Schnee auf dem festen Lande hatte seine Stimme erdrückt. Es brachte aber nichts Neues und so blieben 6pCt. Amerikaner vernachlässigt, wenn auch der Kurs sehr fest. Die Spekulation, in letzter Woche auf österr. Papiere erpicht, hat ihnen, da sie die Erwartung eines entschiedenen Steigens nicht erfüllten, wenigstens momentan den Rücken gedreht, wahrscheinlich um sich denselben nach kurzer Frist und Enttäuschung wieder zuzuwenden. Thatsache ist übrigens, dass die europäischen Märkte anfangen, mit Amerikanern überladen zu werden, das Privatpublikum ist zur Genüge versorgt und die noch bei jeder günstigen Konjunktur aus New-York neu eintreffenden Sendungen finden daher nicht mehr die rasche Unterkunft wie früher. Auch waren die letzten Depeschen, die von zahlreichen Fallimenten und einer Panik am Aktienmarkte in New-York berichteten, wenig zur Erhöhung der Kauflust geeignet.

Oesterr. Kreditaktien haben seit 8 Tagen fl. 12 gewonnen, die stark darin engagirte und gemassregelte Contremine hat das Ihrige dazu beigetragen. Die Anstalt soll mit dem Verschleiss der steuerfreien Metalliques ein sehr lukratives Geschäft machen und eingeweihte Wiener Spekulanten beharren in ihrer Liebhaberei. Von Zettelbanken fand sich zu 650 Begehr für österr Nationalbank, wogegen Frankfurter sich nicht erholen können. Der Ausweis vom 31. Januar bekundet einerseits die herrschende Geldabundanz, andrerseits die andauernde Stagnation des legitimen Verkehrs.

Von E.-B.-Aktien wurden heute hessische Ludwigsbahn auf Berliner Impuls bis 134¾, um nahezu 5 pCt. höher als vor 8 Tagen notirt Bexbacher etwas höher schliessend. In Hanauern ging einiges zu 109¼ um, jedoch verschwinden dieselben durch den bekannten Umtausch immer mehr vom Markte. Bayer. Ostbahnen etwas matter, wenn schon der Ausweis des Dezember günstig ist, derselbe zeigt bei einer Gesammteinnahme von fl. 528,740 ein Plus von fl. 51,832 oder 11 pCt., wodurch sich das Gesammtplus des laufenden Jahres auf fl. 1,062,165 hebt. Das Geschäft in italienischen Prioritäten scheint durch die neuen Umwandlungsprojekte in italienischer Rente zu erlahmen.

Geld bleibt, wie oben schon bemerkt, flüssig. Lange Wechsel fehlen. London in grossen Posten steigend gemacht, Paris sehr begehrt. Die steigenden Kurse der österr. Fonds waren diesmal von Besserung der Valuta begleitet und so hat sich auch Wiener um 2 pCt. gehoben. Thalerdevisen eher angeboten. Von Sorten 20 Fr.-Stücke bis 9. 27 bezahlt

	28.	2.		28.	2.
5% Oestr. National	51¾	53½	4% Darmstädt. do.	94¾ B	—
5% do. Metal. (1859)	54¼ B	60¼ B	3½% do. do.	—	—
5% do. Loso (1860)	65¾	66¾	4½% Nassauer do.	95 B	95¾ B
— do. do. (1864)	71 B	76	4% do. do.	89½ B	90 B
Oestr. Kreditl. (58)	116¼ B	119½	3½% do. do.	85¾ B	86
5% Bayer. Obligat.	103	103 B	4% Kurhess. do.	92½ B	93¼ B
4½% do. do.	95 B	95	3½% Frankf. do.	80½	81
4% do. do.	90¼ B	90¼	3% do. do.	—	—
4% do. 100 Thl.-L.	101½	103	6% Amerik. (1882)	76¾	76¾
4½% Würtemb. Obl.	94½ B	95¼ B	Oestr. Kredit.	147½	155
3½% do. do.	82½ B	83½ B	Oestr. Nat.-Bank	649	670
4½% Badische do.	93¼ B	94½ B	Frankfurter do.	129½	130¾ B
4% do. do.	—	89½	Bexbacher E.-B.	158½ B	156½
3½% do. do.	84 B	84½	Bayer. Ostbahnen (Aktionär).	118½	118¼ B

Neueres.

Berlin, 3. Febr. Der Schluß der norddeutschen Verfassungskonferenzen wird Ende der Woche erwartet.

Wien, 3. Febr. Eine Ministerkrisis ist eingetreten, die damit begann, daß Belcredi seine Entlassung nahm. Die kaiserliche Entscheidung ist noch nicht erfolgt.

Wien, 3. Febr. Ministerkrisis. Die Ernennung eines Reichsministeriums (Auersperg als Reichsminister) neben ungarischen und cisleithanischen Ressortministern steht in Aussicht. Beust ist interimistisch mit der Leitung des Staatsministeriums an Belcredi's Stelle betraut.

Brüssel, 3. Febr. Ein erheblicher Aufstand ist unter den Metallarbeitern und Bergleuten von Marchienne-au-Pont (Hennegau) wegen Herabsetzung des Lohns ausgebrochen. Die einschreitenden Truppen haben drei Arbeiter getödtet.

Paris, 3. Febr. Der „Moniteur" meldet aus Mexiko vom 29. Dez.: „Die Rückzugsbewegung der französischen Truppen dauert fort. Das ganze Expeditionskorps soll bis zum 20. Jan. zwischen Mexiko und dem Meere staffelförmig aufgestellt sein.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. I. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1862	63⅜ G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	60⅞—⅛ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	63⅜ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	47⅞—⅛ G.
"	4½ pCt.	40½ P.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 P.
"	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	95 P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	95½—95 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90½ . ¼ G.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	90½ P. ¼ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	91⅜ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	83 P.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	95⅛ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	83¼ P.
Baden	3½ pCt. Obl.	94½ G.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	84⅜ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	94⅜ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	95½ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	90 P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	81 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2½ pCt. . . .	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	83⅜ G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	77⅜ P.
"	6 pCt. ditto v. 1882	76½—⅜ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	131⅜ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	684—83 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	168½—67½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	90⅜ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	212½—13½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	93 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr	78½ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	341 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	110 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156⅜ P. ⅛ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	110 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	48 P. 47½ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74¼ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	—
3pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	46½ P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	119 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	119 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅞ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96⅜ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅜ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅜ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	115⅞—⅝ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Fr. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99⅞ P.
Paris Frs. 200 k. S.	94½—⅜ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	92⅜—¼ G.
do. in öst. W. k. S.	92⅜—¼ G.
Disconto	3½ pCt. n.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	112 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	61 P. 60½ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	68—67⅞ G.
" fl. 100 Kred.-L. v. 1858.	120—119¾ G.
" do. v. 1864.	77½—76 G.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	103—102¾ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10½ P.
Badische fl. 35	54 P.
Kurhess. Thlr. 40 . .	53⅜ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144½ P.
" fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. a. R.	28½ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	33 P.
Anspach-Gunzenh. fl. 7 . .	10⅜ P.

Frankfurt, 4. Februar. Die neue Woche scheint in der Richtung wenigstens in die Fußtapfen der vergangenen treten zu wollen, daß Oesterreich immer noch die erste Violine spielt, während Amerika ganz und gar vernachlässigt ist. Während in ersterem wiederum kolossale Umsätze stattfanden, waren in letzterem Kommissionen nur schwer auszuführen — ein in der That seit lange nicht erlebtes Schauspiel! Oesterreichische Werthe behielten jedoch heute ihren Geschwindschritt auf der Leiter, die zu dem fernen Pari-Ziele führt, nur im Anfang bei, um dann das Tempo zu verlangsamen und einige Stufen wieder herabzusteigen. Veranlassung waren wohl Gewinnstrealisationen der Spekulation und starke Verkaufsaufträge von Kapitalisten, die auf einen so günstigen und vielleicht rasch wieder vorübergehenden Moment lange genug gewartet haben. Amerikaner waren angesichts um 1pCt. höherer Goldkourse und der ungünstigen neueren politischen Nachrichten niederer, jedoch ziemlich fest. Von Süddeutschen 4½pCt. Würtemberger besonders gesucht und höher bezahlt. Wechsel fest, Holland höher. Kurze Thalerwechsel angeboten, langsichtige Devisen höher und schwer erhältlich. Napoleons 1 kr. höher. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

liothek München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 37. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hie- und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 6. Februar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 4. Februar. Se. Majestät der König hat auf das durch das Ableben des Domkapitulars M. Puzzer und durch das sofort stattfindende Vorrücken der jüngeren Kapitularen in Erledigung gekommene zehnte Kanonikat in dem Metropolitankapitel München-Freising den Priester H. Gollhard, Pfarrer und Dekan zu Oberbergkirchen, Bezirksamts Mühldorf, ernannt; die kath. Pfarrei Großmehring, Bezirksamts Ingolstadt, dem Priester J. B. Sillichner, Pfarrprovisor in Mitterfels, Bezirksamts Bogen, übertragen.

München, 4. Febr. Die am Samstag erschienene Nr. 29 des „Volksboten" wurde confiscirt, und zwar unter Anführung des Art. 126 des Strafgesetzbuchs, der von Schmähung, Beschimpfung rc. einer der Kammern des Landtags handelt. Das Blatt enthielt einen der „Pfälz. Ztg." entnommenen und mit eigenen Bemerkungen begleiteten Artikel, resp. Kritik, über die Haltung der Majoritätsfraktion der Kammer der Abgeordneten bezüglich der Beschlüsse vom 30. Aug. v. J. und 23. Jan. d. J. hinsichtlich der deutschen Frage. Ebenso ist die gestrige Nummer des „Bayer. Kuriers" konfiscirt worden, und zwar wegen eines Artikels über den Staatsminister des Aeußern. Ich erwähne dieser Confiscirungen, weil sie seit längerer Zeit wieder die ersten sind, die hier vorgenommen wurden. (A. Z.)

Der „Frankf. Ztg." wird aus **Stuttgart,** 3. Februar, geschrieben: „Die Agitation der Volkspartei für die Wiederherstellung des Gesetzes vom 1. Juli 1849, „betreffend die Einberufung einer Versammlung von Volksvertretern zur Berathung einer Revision der Verfassung" (so lautet der offizielle, den Kern der Sache kurz und bündig treffende Titel des Gesetzes) nimmt täglich größere Dimensionen an. Seit den Tagen, in welchen der Tod des Dänenkönigs Land und Leute zum letzten Male für Schleswig-Holstein aufregte, ist keine politische Frage so tief in das Volk gedrungen, wie diese. Wenn auch nie vergessen und immer wieder angeregt, war sie von der demokratischen Partei doch hingehalten worden, bis mit dem Tode des regierungsmüden Königs Wilhelm und nach Ablauf einer dem neuen Regimente ehrlich aber vergeblich gegönnten Frist, mit dem Zerreißen der Wiener Schlußakte der rechte Augenblick gekommen schien, sie energisch wieder in's Leben zu rufen. Wie die Schleswig-Holstein-Agitation vom Volke begriffen wurde, so auch diese; dort handelte es sich um Befreiung des Bruders vom fremden Drucke, hier handelt es sich um Entbindung seiner selbst von einer nicht minder unsittlichen Herrschaft von scheingesetzlichen Formen, welche der Entwicklung des Vaterlandes im Sinne des ersten Prinzips der Neuzeit, der Gleichheit vor dem Gesetze, nachgerade unerträglich gewordene Fesseln angelegt haben. Daß der Adel eine numerisch ganz unmäßige, weder durch Besitz noch gar durch Verdienste gerechtfertigte Vertretung in der II. und dann noch einmal in der I. Kammer Württembergs hat, daß es in einer vernünftig organisirten Gesellschaft überhaupt keine Adelsvorrechte mehr geben darf, daß bei uns Intelligenz, Kapital und Arbeit als solche zum größten Schaden des Staats keine Vertretung in die Kammer schicken dürfen, weil nach der Verfassung von 1819 nur Grund- und Gewerbesteuer aktives Wahlrecht verleihen, daß das, gerade herausgesagt, beinahe mehr als eine Unsittlichkeit, daß es ein Unsinn ist, das Alles begreift der gemeine Mann sehr gut. Um so besser, als es sich bei diesen Dingen um sein Eigenstes handelt und da er sogar hören muß, daß anderswo das allgemeine Wahlrecht hoffähig geworden ist — so wird er warm und dann, dies ist eine alte Geschichte, thut auch der Deutsche etwas. Jeder Tag bringt Nachrichten von öffentlichen Versammlungen und die Petition an den König, obwohl das Ganze noch im Stadium des Beginnens ist, zählt schon Tausende von Unterschriften. Es ist immerhin noch abzuwarten, ob der „Staatsanzeiger" recht gehabt hat, als er auch dieser Bewegung einen gegen den Sinn des württembergischen Volkes anlaufenden Ausgang signalisirte."

Frankfurt, 2. Febr. Wie das „Fr. J." auf das Bestimmteste versichern kann, hat Frhr. Karl v. Rothschild die Annahme eines Mandats zum Reichstag definitiv abgelehnt.

Berlin. Die „Zeidlerische Corresp." sagt: „Indem der bayer. Minister das Bündniß, welches Bayern mit Preußen und den übrigen deutschen Staaten abzuschließen wünsche, dahin kennzeichnet, daß durch dasselbe die Integrität des Gebietes und die gegenseitige Hülfe bei Gefährdung dieser Integrität gewährleistet werden solle, macht er nur einen einzelnen von denjenigen Punkten namhaft, welche bei der Vollendung des nationalen Bandes zwischen dem Norden und dem Süden Deutschlands ihre Erledigung finden werden. So lange es den süddeutschen Fürsten nicht gelungen ist, unter einander eine Association zu begründen, so lange kann Preußen nur mit jeder Regierung Süddeutschlands besonders unterhandeln; doch wird man in solchen diplomatischen Maßnahmen immer nur die Vorbereitung für eine verfassungsmäßige Gestaltung des Verhältnisses der süddeutschen Staaten zu einander und der Beziehungen Preußens zu Süddeutschland erblicken müssen. Schon ein mit jedem einzelnen süddeutschen Staate abgeschlossener Garantie-Vertrag Preußens würde die Eigenthümlichkeit

Feuilleton.

Vermischtes.

Der „Japan Herald" und die „Japan Times" vom 1. Dez. v. J. enthalten ausführliche Schilderungen über die furchtbare Feuersbrunst vom 26. Nov. v. J., durch welche die Stadt Yokuhama mit den französischen, preußischen, englischen, portugiesischen, den beiden amerikanischen und vielen anderen europäischen Privatgebäuden fast gänzlich in Schutt und Asche verwandelt ist und viele Menschen ums Leben gekommen sind. Die japanischen und chinesischen Diener haben sich gegen ihre europäischen Herren im Ganzen treu und zuverlässig gezeigt, und die deutschen Matrosen des Dampfers „China" und der „Johanna Marie" mehrere Häuser gerettet. Wie eine Heerde Wilder haben sich dagegen die englischen Soldaten und Matrosen betragen, welche, statt ihren Landsleuten zu helfen, plünderten und allerhand greulichen Unfug verübten. „Wir dürfen, sagt die englische Zeitung „Japan Times", die Thatsache nicht unterdrücken, daß — mit leider wenigen Ausnahmen — die Soldaten von Ihrer Majestät 9. Regiment und die Matrosen von Ihrer Majestät Flotte sich auf das schamloseste betragen haben. Wir sahen mehr wie ein Exemplar von betrunkenen und vom Posten weggelaufenen Soldaten. In einem Falle, wo ein Corporal und zwei Mann auf einem wichtigen Posten standen, waren die Gemeinen beide betrunken und desertirten einer nach dem andern. Ein Civilist, welcher dem Corporal zur Ablösung verhelfen wollte, fand diesen bei seiner Rückkehr ebenfalls abwesend. Ein Augenzeuge versichert, daß ein Ansiedler Soldaten mit dem Revolver aus seinem Speisezimmer vertreiben mußte, und daß Soldaten Schildwachen, unter dem Versprechen, mit ihnen die Beute zu theilen. zu bestechen versuchten. Die Seemannschaften betrugen sich womöglich noch schlimmer. Es steht authentisch fest, daß Matrosen von der „Prinzeß Royal" in das Komptoir eines Kaufmanns drangen, die Kasse erbrachen und bedeutende Geldsummen raubten. Der Kaufmann folgte den Leuten nach ihrem Boot, wurde aber zurückgetrieben, beschimpft und mit Gewalt bedroht, während der Offizier des Boots mittlerweile völlig hülflos in den Händen seiner Leute war." Nach Anführung weiterer Thatsachen schließt der Bericht mit den Worten: „Sie haben sich entehrt für immer in den Augen ihrer Kameraden in der britischen Armee und Flotte, und einige von ihnen haben Thaten gethan, für welche Nelson sie rings um die Canalflotte gepeitscht, der „Eiserne Herzog" aber sie selbst in den schlimmsten Tagen des Halbinselkriegs auf dem Schauplatz ihrer Verbrechen aufgehängt hätte."

Brüssel, 2. Febr. Die Viehseuche, welche in Hasselt ausgebrochen ist, greift weiter um sich, doch bis jetzt nur innerhalb der Stadt. Die strengsten Vorsichts-Maßregeln sind angeordnet, die ganze Stadt ist abgesperrt, und innerhalb derselben wieder die Straßen und Häuser, wo sich die Seuche gezeigt hat. Ein Bataillon Infanterie

an sich tragen, daß er jenen Staaten jeden mit einer andern Macht abzuschließenden Garantie-Vertrag verböte."

Leipzig, 31. Jan. König Johann ist in voriger Woche sehr freudig in Leipzig empfangen worden. Zweimal, am Freitag Abend und Sonnabend Morgen, sang das Publikum vor dem Palais des Königs die Sachsenhymne, jedesmal erschien der König auf dem Balkon, um zu danken. — Als Parlamentskandidaten für den Stadtkreis Leipzig stellt die konservative oder sächsische Partei den Geheimrath Professor v. Wächter auf, die national-liberale den Vicebürgermeister Dr. Stephany, die großdeutsch-demokratische den Professor Wuttke. Die letztere Partei hat für den Landkreis Leipzig den früheren preußischen Abgeordneten Dr. Frese aufgestellt, der jetzt in Heidelberg wohnt. — In **Altenburg** ist an die Stelle des ausgeschiedenen Ministers v. Larisch der geheime Staatsrath Lorentz provisorisch mit dem Vorsitz im Staatsministerium betraut worden.

Wien, 2. Febr. Man macht es Freiherrn v. Beust nicht blos zum Vorwurf, daß er aufgehört habe, so türkenfreundlich zu sein, wie es seine Vorgänger im österreichischen Kabinet gewesen, und die der orientalischen Politik von Metternich vorgezeichneten Bahnen zu verlassen sich anschicke, sondern auch, daß ihm diese Wendung mißglückt sei, da Frankreich es ablehne, dieselbe mitzumachen. Dem widerspricht indessen die Thatsache, daß das Tuilerien-Kabinet sich vielmehr beeilt hat, die Ideen des österreichischen Ministers zu adoptiren. Seine Haltung in Konstantinopel beweist Dies. Schon in seiner Antrittsaudienz bei dem Sultan hatte der neue französische Gesandte in Konstantinopel, Herr v. Bourrée, eine Anspielung einfließen lassen auf die freundschaftlichen Rathschläge Frankreichs, welche ihm durch seine Sympathien für die Pforte eingeflößt seien. In der folgenden Audienz betonte der Gesandte sehr bestimmt, daß die freundschaftlichen Rathschläge Frankreichs zu Gunsten der Christen im Orient durch das Interesse der Pforte selbst hervorgerufen seien. Hierauf soll der Sultan erwidert haben: „Frankreich wird sicherlich, ebenso wenig wie die anderen Garantiemächte, an meinen guten Absichten in dieser Beziehung zweifeln. Ich hege in der That keinen andern Wunsch, als endlich den großen und edlen Gedanken meines Vaters Mahmud verwirklichen zu können, daß es in seinem Reiche Moslemin nur in der Moschee, Christen nur in der Kirche und Juden nur in der Synagoge geben möge." Genau in demselben Sinne, wie der Vertreter Frankreichs, hat sich dann der österreichische Internuntius im Auftrag seiner Regierung ausgesprochen. (N. Korr.)

Ueber die Ministerkrisis schreibt die „Presse" unter **Wien**, 3. Febr.¹, Folgendes: „Das Ministerium Belcredi-Beust ist in voller Auflösung begriffen. Graf Belcredi hat noch am Freitag Nachmittags seine Demission angeboten und ist dieselbe bereits von Sr. Maj. dem Kaiser angenommen worden. Die Minister v. Komers und v. Wüllerstorff sehen gleichfalls ihrer Enthebung entgegen. Doch werden alle diese Herren bis zur Ernennung ihrer Nachfolger, welche wohl erst nach Eröffnung der Landtage und Klarstellung der Parteiverhältnisse erfolgen dürfte, noch im Amte verbleiben. Das Gerücht von der Berufung des Fürsten Carlos Auersperg zum Präsidenten des Reichsministeriums und des Herrn von Kellersperg zum Verwaltungsminister entbehrt daher aller Wahrscheinlichkeit nach der Begründung. Der prinzipielle Gegensatz, welcher die Krisis hervorrief, lag, wie wir bereits gemeldet, in der Behandlung der ungarischen Frage nach dem Abschlusse der Vereinbarung mit dem Pesther Landtage. Graf Belcredi weigerte sich auf's Entschiedenste, den cisleithanischen Ländern die dadurch geschaffene staatsrechtliche Trennung Ungarns zu oktroyiren. Er vindicirte den Vertretern derselben das auch im September-Patente gewährte Recht der Annahme oder Ablehnung. Frhr. v. Beust machte dagegen geltend, daß die Abmachung bezüglich Ungarns eine definitive sei, welche nur zwischen der Krone und dem ungarischen Reichstage stattzufinden habe. Das Votum der diesseitigen Vertreter könne auf den erfolgten Abschluß keinen ändernden Einfluß nehmen, und somit entfalle auch die Berufung des außerordentlichen Reichsraths als vollkommen überflüssig, ja sie könnte unter Umständen sogar gefährlich werden. Herr v. Beust beantragte dagegen, den engeren Reichsrath zu berufen, und demselben die an Ungarn gemachten Conzessionen zu notifiziren. Gleichzeitig sollen die damit zusammenhängenden Bestimmungen bezüglich der Vertretung der beiden Reichshälften im Delegationswege oktroyirt, und dem diesseitigen Vertretungskörper eine neue Verfassung für die westliche Hälfte des Reiches zur Berathung vorgelegt werden. Frhr. v. Beust weist die Einwendung, daß die Deutschen ebenso sehr wie die Slaven diese Lösung als eine verfassungswidrige betrachten, und sich durch ihr Erscheinen für dieselbe nicht mitverantwortlich machen würden, mit der Hinweisung auf das bisherige Verhalten der deutschen Dualisten zurück, welche den Ausgleich mit Ungarn doch immer um jeden Preis verlangt, und den engeren Reichsrath als kompetent in cisleithanischen Verfassungsfragen erklärt hätten. Die Deutschen würden gewiß erscheinen, und in Böhmen, Mähren und Galizien könne man, wenn ihre Landtage die Beschickung des engeren Reichsrathes verweigern, gerade ebenso gut und mit demselben Rechte direkte Wahlen ausschreiben, als Graf Belcredi dies im Nothfalle mit den deutschen Kronländern beabsichtigt habe. Daß aus diesem Grunde Graf Belcredi seine Entlassung erbeten und erhalten, läßt vermuthen, daß die Anträge des Frhrn. v. Beust alle Aussicht auf die kaiserliche Genehmigung erlangt haben."

Der „D. A. Z." wird von einem Sensationskorrespondenten aus **Wien** geschrieben: „Es ist von einer der vier Regierungen der südwestdeutschen Staatengruppe, wie wir hören, als angezeigt erachtet worden, über die Natur und den Zweck der demnächst zu eröffnenden Konferenzen dieser Staatengruppe hier im Voraus beruhigende Aufklärungen zu geben. Die österreichische Erwiederung erklärt, dem Vernehmen nach, mit dankender Anerkennung der freundlichen Gesinnung, welche sich auch in dieser Mittheilung dokumentire, daß man diesseits keine Veranlassung haben könne, zu glauben, das Resultat jener Konferenzen werde sich nicht streng innerhalb der in dem Prager Frieden vorgezeichneten Grenzen halten, einem Frieden, den Preußen mitgeschlossen, und dessen Bestimmungen jeder einzelne süddeutsche Staat ausdrücklich acceptirt habe. Es soll indeß gleichzeitig an der sehr durchsichtigen Andeutung nicht fehlen, daß, wenn der nicht vorauszusetzende und nicht vorausgesetzte Fall eintreten sollte, wo die in Frage stehenden Konferenzen über jene Grenzen hinausgriffen, Oesterreich sich so berechtigt wie verpflichtet erachten werde,

---

ist von Lüttich hingesandt, um einen Kordon um die Stadt zu ziehen. Da die Metzger des Orts nicht ausreichen, um das erkrankte oder verdächtige Vieh abzuschlachten, hat man solche von Lüttich und Brüssel zu Hülfe gerufen; es sind bereits über 700 Stück Vieh getödtet werden, wovon natürlich nur der kleinere Theil wirklich krank war. Die ganze Stadt Hasselt ist in vollkommener Bestürzung, und das begreift sich leicht, wenn man weiß, daß ihr Viehstand sich auf etwa 5000 Stück beläuft. (K. Z.)

Der Generalprofoß der nordamerikanischen Armee bringt einen Schlußbericht über das Wirken seines Departements von seiner Organisirung März 1863 bis zum Ende des Krieges. Die beigefügten Tabellen weisen nach, daß 280,739 Offiziere und Soldaten ihr Leben verloren. Von dieser Anzahl starben 5221 Offiziere und 90,885 Mann in der Schlacht oder an erhaltenen Wunden, während 2321 Offiziere und 182,329 Mannschaften durch Krankheiten oder Unglücksfälle ihren Tod fanden. Es kommt auf diese Weise bei den Verlusten auf je 18 Mann ein Offizier, wodurch sich dieselben bei den letzteren als größer wie bei den Mannschaften herausstellen, indem nach dem Etat auf je 25 Mann ein Offizier kommt. Andererseits wenn die Todesfälle durch Krankheiten in Betracht kommen, so findet sich nur auf 90 Mann 1 Offizier. Bei den farbigen Truppen ist der Unterschied zwischen Offizieren und Mannschaften bezüglich der Sterblichkeit noch bedeutender. In diesen Regimentern stellen sich die Verluste des Offizierkorps wie 1 : 42, und bei den Soldaten wie 1 : 66. Hinsichtlich der Zahl derjenigen, die Krankheitsfällen erlagen, ist bei den Offizieren dort das Verhältniß 1 : 77, während unter den Leuten die Zahlen wie 1 : 7 standen, ein furchtbares Prozent und weitaus die größte Sterblichkeit in der ganzen Armee. Da bei weißen Truppen die entsprechenden Ziffern das Verhältniß 1 : 17 nicht übersteigen, so wirft sich die Frage auf, ob es eine ökonomische und philantropische Maßregel ist, Truppen zu verwenden, die in so auffallendem Grade von den Krankheiten, die das Lagerleben mit sich bringt, heimgesucht werden.

London, 29. Jan. Der Vorschlag der Ausstellungskommission für die Weltausstellung in Paris, die sämmtlichen Erzeugnisse, die aus den Buchdruckereien des vereinigten Königreichs während des Jahres 1866 hervorgegangen, zusammenzustellen, geht mit raschen Schritten seiner Verwirklichung entgegen. Ueber 3000 Bände sind bereits von den verschiedenen Verlegern leihweise eingegangen, und fast alle bedeutenden Buchhändlerfirmen Londons und Edinburgs haben ihren Verlag für das Jahr, darunter manche kostbare Prachtausgabe, zur Verfügung gestellt. — Gestern hielten die Freunde und Gönner des hiesigen deutschen Hospitals ihre Jahresversammlung. Im Laufe des Jahres 1866 wurden 766 Männer und 246 Frauenspersonen, im Ganzen 1022 Kranke in der Anstalt verpflegt, während in 180 Fällen die Aufnahme wegen Mangels an Raum verweigert werden mußte. Die Einnahme betrug 5921 Pfd. Sterl., die Ausgaben 5240 Pfd. Sterl. Auf dem Gebäude liegt noch eine Schuld von 2000 Pfd. Sterl. (Schw. M.)

nach Maßgabe des österreichischen Interesses bezüglich der Sicherstellung der Stipulationen von Prag seine Entschließungen zu fassen." (?)

Prag, 31. Jan. Nun, da bereits das Ergebniß der sämmtlichen Landtagswahlen in den Landbezirken, Städten und Handelskammern des Landes bekannt ist, kann man sich auch ein Urtheil über die Gestaltung des neuen Landtages erlauben. Die deutsche Partei wird nahezu dieselbe Stärke haben, wie in der letzten Landtagssession, und wenn hie und da auch ein Sitz den Deutschen verloren gegangen ist, so trat dennoch eine höchst erfreuliche Erscheinung zu Tage, daß nämlich die Deutschen des Landes selbst unter einander vollkommen einig und frei von jeder Parteidifferenz in ihrem Nationalbewußtsein gekräftigt sind. Das ist die Frucht der jüngsten Ereignisse, des Uebermuthes der czechischen Partei und der Unterstützung der letzteren durch den Klerus und die Beamten. Festhalten an der Verfassung, ist die Losung der Deutschen, und sie werden sich unter keinen Umständen herbeilassen, einen Reichsrath zu beschicken, welcher die Slavisirung Oesterreichs bezweckt. Die Czechen haben dadurch einen Zuwachs erhalten, daß besonders in Prag die Wahlen im czechischen Sinne ausgefallen sind, nur der von Israeliten bewohnte Stadttheil wählte zwei deutsche Abgeordnete. Am Lande haben die demokratischen Jungczechen mehrere ihrer Kandidaten gegen jene der konservativen czechischen mit dem Adel verbündeten Partei durchgebracht, darunter den bekannten demokratischen Fürsten Dr. Rudolf Thurn-Taxis, der vor einigen Jahren nahe daran war, in einen Hochverrathsprozeß verwickelt zu werden, den czechischen Dichter Baral, mehrere im Jahre 1848 verurtheilte czechische Journalisten. Die czechischen Konservativen sind über diesen Zuwachs ganz entsetzt, allein ihn zu verhüten, waren sie nicht im Stande. Die Entscheidung zwischen der ungefähr gleich starken deutschen und czechischen Partei wird auch in diesem Landtage wieder in den Händen der Adeligen, der Großgrundbesitzer liegen, deren Wahl man deshalb auch mit größter Spannung entgegensieht. Fürst Karlos Auersperg ist bemüht, im verfassungsfreundlichen Sinne zu wirken, während Graf Clam-Martinitz und Graf Leo Thun die äußersten Anstrengungen machen, das Ministerium Belcredi zu stützen und den Ausfall der Wahlen in diesem Sinne zu lenken. Von Seite der Regierung ist man bemüht, Kompromisse mit den Deutschen einzugehen, um dieselben zur Beschickung des außerordentlichen Reichsrathes zu veranlassen, diese Bemühungen sind jedoch vergeblich. Die hervorragendsten bisherigen Abgeordneten aller Parteien finden sich auch im neuen Landtage vereinigt. (Schw. M.)

Paris, 30. Jan. Es hat die liberale Strömung in den letzten Tagen in den Tuilerien unzweifelhaft wieder einiges Gebiet gewonnen. Gestern Abend ging urplötzlich dem Präsidenten des gesetzgebenden Körpers der Befehl zu, die Rednertribüne wieder herstellen zu lassen und heute haben die betr. Arbeiten bereits begonnen. Außerdem wird eine förmliche Ministerbank eingeführt und auch dem Publikum eine Bank mehr eingeräumt werden. Diese Neuerungen betreffen zwar nur äußerliche Formen, sind aber doch nicht ganz unwichtig. Die Wiederaufrichtung der Rednertribüne ist eine Ehrenerklärung der von den Offiziösen so lange geschmähten Kammerrhetorik. — Mit Rücksicht auf das vorbereitete neue Preßgesetz haben sich die Buchdrucker von Paris zu einer Bittschrift vereinigt, in welcher sie als Minimum verlangen, von der Polizeiwillkür fortan befreit zu sein und wie alle anderen Gewerbe unter den gewöhnlichen Gerichten zu stehen, daß die Verjährungsfrist möglichst kurz angesetzt werde, und daß sie nur verantwortlich gemacht werden könnten, wenn man sich weder an den Verfasser noch an den Verleger halten könne. — Es ist merkwürdig, mit welcher Lebhaftigkeit die Voltairefrage (es ist in der That eine Tagesfrage geworden) ergriffen wurde. Die orientalische Frage, die etwaigen Folgen der Vergrößerung Preußens, die Weltausstellung haben die Blätter nicht mehr beschäftigt als die Errichtung eines Denkmals für Voltaire. Der „Siecle" stellte Voltaire als den Freund der Demokratie und der Freiheit dar, „Union," „Monde", „Pays" und Genossen wollen ihn dagegen als einen Feind des Volkes, als Höfling und schlechten Patrioten schildern. „Liberté" bemüht sich, Alles auszuziehen, was Voltaire gegen den Krieg geschrieben hat. Wenn Limayrac sagte, daß Voltaire unsterblich, aber der Voltairianismus todt wäre, so antwortet Havin, daß es dann Zeit sei, den Voltairianismus wieder lebendig zu machen. Jedenfalls hat Limayrac Unrecht, da man ja nicht dem Voltairianismus, sondern Voltaire eine Statue errichten will. — Letzten Sonntag fand die Einweihung der neuerbauten evangelischen Kirche in Bordeaux statt. (Schw. M.)

Paris, 2. Febr. Der „Patrie" gehen Privatnachrichten aus der Stadt Mexico vom 30. Dezember zu. Kaiser Maximilian bewohnte in Puebla den bischöflichen Palast, wo er am 25. eine lange Unterredung mit General Castelnau hatte, welchen der französische Gesandte, Herr Dano, begleitete. Die kaiserliche Armeel war in drei Corps unter den Befehlen der Generale Marquez, Mejia und Miramon getheilt worden. Oberst de Potice, an der Spitze eines Corps französischer Truppen, hatte die Dissidenten am Ufer des Rio-Blamo unsern Orizaba geschlagen, und der Commandant de la Hayrie seinerseits hatte bei Toluca einen Sieg über sie gewonnen.

Paris, 2. Febr. Das „Memor. Dipl." erfährt, daß die Bemühungen des Madrider Hofs zu Gunsten der neapolitanischen Königsfamilie in Florenz so weit erfolglos geblieben sind, als die italienische Regierung sich entschieden weigert, anders als gegen eine förmliche Verzichtleistung des Königs Franz II. auf seine Thronansprüche, das auf den bourbonischen Familiengütern ruhende Sequester aufzuheben.

Die „France" meldet, daß auch im Luxemburg-Palast die ehemalige Rednerbühne der Pairskammer wieder angebracht wird. Es sei auch davon die Rede gewesen im Senat, die ehemaligen Tribünen fürs Publikum wieder zu eröffnen, doch scheine es, daß hierüber noch kein fester Entschluß gefaßt sei.

Paris, 3. Febr. Es verbreiten sich Gerüchte von einer Amnestie, welche der Kaiser gleichzeitig mit der Verkündung der projektirten „liberalen Reformen" zu ertheilen beabsichtige. (Fr. J.)

Italien. In den Bureaux des Abgeordnetenhauses findet ein langer, schwerer Kampf über die Freiheit der Kirche und die Liquidirung der Kirchengüter statt; der Geldagent des belgischen Klerus, Langrand-Dumonceau, ist seit dem 30. Januar in Florenz anwesend; sein Unternehmen aber ist schwer bedroht; Italien kann ganz anders vortheilhafte Bedingungen finden, wenn die römische Kurie die ihm durch den Vertragsentwurf mit den Belgiern erwiesene Gefälligkeit nicht anzuerkennen sich beeilt. Die Linke ist geradezu empört über diese Gefälligkeit, welche kein politisches Resultat hat, vom finanziellen Standpunkte betrachtet aber die italienischen Finanzen um wenigstens eine Milliarde verkürzt, da die Kirchengüter den Werth von 1800 Millionen erreichen und vielleicht übersteigen werden, wenn eine italienisch-englische Finanzgesellschaft die Liquidirung in die Hand nähme. Das blinde Festhalten der Kurie an dem Non possumus erscheint selbst Blättern wie der „France" unerhört, zumal schon aus Montesquieu erhelle, daß bereits vor 1789 die von Jahrhundert zu Jahrhundert durch die Wirkungen der todten Hand aufgeschichteten Güter in bösen Tagen von gierigen Händen gemindert zu werden pflegten. Was die Kurie in Frankreich, Deutschland, selbst in Spanien duldete, und was ihr sogar in Oesterreich bevorsteht, will sie in Italien nicht zugestehen. Die „France" erwartet von der freien Kirche im freien Staate für das Christenthum nur gute Folgen und schließt sich hierbei ganz dem berühmten französischen Akademiker Vitet an, der in der „Revue des deux Mondes" äußert: „Das Christenthum ist im Kerne noch so frisch, wie am ersten Tage; alt ist an ihm nur, was nicht sein Wesen ausmacht, alt ist der irdische Rost an ihm, womit nach und nach seine Ausleger, Diener und Knechte aus allen Zeiten es umhüllt haben. Von diesem Roste muß es befreit, es muß ihm sein ursprünglicher Glanz, seine ursprüngliche Tugend zurückgegeben werden. Doch wie? Zu diesem Zwecke sind dieselben Mittel, wodurch es gegründet ward, die verwendbarsten. Die Arbeit ist schwer und hart; doch nur nichts Halbes; jeder fremde Versuch würde nicht zum Zwecke führen.... Um dem Christenthume seine wahre Macht, seine wirkliche Festigkeit wieder zu verleihen, damit es noch einer langen Reihe von Jahrhunderten Trotz bieten könne, gibt es nur Ein Mittel: die Arbeit mit freiem Sinne von Neuem zu beginnen. Die Kirche fasse Muth, sie fange wieder an, wie sie angefangen hat, so bescheiden und so gottselig; sie sei keusch, streng, ausdauernd, klug, verständig und freisinnig, ohne Ehrsucht, ohne Jagen nach Reichthümern; sie sei verschwenderisch an Mühen, an Blut, an Thränen, so unabhängig und stolz gegen die Mächtigen, wie leutselig und barmherzig gegen die Schwachen; so frei von Aberglauben, engherzigen Uebungen und von jedem Ueberbleibsel von Idolatrie, wie eifrig und gewaltig im Glauben! So rückt sie Schritt vor Schritt voran, auf die Seelen allein bedacht, auf die Seelen, dann wird die Welt zum zweiten Male ihr gehören!" Die „France" fügt dem hinzu, dieser beredte Aufruf an die Kirche sei nur die Umschreibung des schönen Wortes, das Herr v. Montlosier auf der Tribune der Constituante der damaligen Zeit zurief: „Ihr nehmt den Bischöfen ihr goldenes Kreuz; sie werden ein Kreuz von Holz erhalten, und ein Kreuz von Holz hat die Welt erlöst!"

Florenz, 1. Februar. Durch k. Dekret wurde das Strafverfahren wegen politischer, im Königreiche Italien begangener Verbrechen, wofern dieselben nicht von Verbrechen gegen Personen, Eigenthum, oder gegen die Militärgesetze begleitet sind, eingestellt.

Genua, 29. Jan. Zur bessern Beurtheilung des gegenwärtigen Projekts in Betreff der Kirchengüter stellt die „Gazz. delle Romagne" den Ertrag der kirchlichen Rente zusammen, wie er sich nach dem Berichte des Finanzministers im Jahre 1864 ergab: Er-

bisthümer und Bisthümer 8,152,383 Lire, Fabriken und Kirchenverwaltung 11,375,464 Lire, Pfarrpfründen 17,722,208 Lire, Benefizien 8,738,233 Lire, Kapitel und Kanonikate 12,280,539 Lire, Kaplaneien 4,428,730 Lire, Religiöse Häuser (Klöster) 16,769,155 Lire, Seminarien 3,582,985 Lire, Bruderschaften 4,716,057 Lire, Kirchenkasse 14,284,643 Lire, Gesammtertrag 102,050,401 Lire. Diese Rente zu 5 pCt. kapitalisirt gibt ein Kapital von mehr als zwei Millionen (2,041,008,037 Lire.)

London, 2. Febr. Gegen die Schlußfolgerung furchtsamer Leute, daß der Frühling oder spätestens der Herbst des Jahres 1867 eine Störung des Weltfriedens bringen müsse, weil das Jahr 1866 seinen kurzen, aber energischen Krieg gesehen habe, führt die „Times" den Grund an, daß ein Verzug von sechs Monaten in den Verhältnissen Europas einen großen Wechsel bewirken könne und daß politische Combinationen, die sich nur einer Welt-Ausstellung wegen vom sprießenden zum welkenden Laube verschieben ließen, unmöglich einen ernstgemeinten und durchdachten Plan zur Grundlage haben könnten. „Die Reorganisation der kaiserlichen Armee, die Ersetzung Fould's im Finanzministerium durch Rouher sind nebst anderen Anzeichen als Symptome einer kriegerischen Politik gedeutet worden. Wir halten jedoch den Kaiser Napoleon für einen bessern Rechner. Sah sich ein Krieg zwischen Preußen und Frankreich im Juli 1866 gefährlich an, so sind die Aussichten für April oder Oktober dieses Jahres schwerlich ermuthigender. Die Stärke Preußens als solchem ist in Wirklichkeit und moralisch gewachsen; in wenigen Wochen aber wird Preußen Norddeutschland und in wenigen Monaten wird Deutschlands Stärke Preußens Stärke sein."

In Manchester hat eine große Versammlung stattgefunden, vor welcher John Bright und der O'Donoghue über „die irische Frage und die Wichtigkeit der Einigung zwischen englischen und irischen Reformern" sprachen.

Kopenhagen, 1. Febr. Sicherem Vernehmen nach begibt sich Prinz Johann Sonntag nach Athen; gleich nach seiner Ankunft erwartet man die Abreise des Königs von Griechenland nach Kopenhagen.

Griechenland. Ein Bericht des französischen Admirals Simon aus dem griechischen Archipel, welcher konstatirt, daß der Aufstand in Kreta „eingeschlafen", enthält Einzelheiten über die Vorkommnisse am Piräus bei Gelegenheit der Ausschiffung aus Kreta zurückkehrender Freiwilliger. Die französische Korvette Salamander hatte zugleich mit zwei türkischen Schiffen in der Nähe von Sphakia 1000 Freiwillige an Bord genommen. Sechs Hundert mußten am Ufer zurückbleiben. Als die Ex-Insurgenten am Piräus landeten, hatte das kandiotische Komité, um den Verkehr der entmuthigt Rückkehrenden mit den Griechen zu verhüten, das Gerücht verbreitet, diese Freiwilligen seien durch französisches Geld zur Niederlegung der Waffen bewogen worden. Die waffenlos Ausgeschifften wurden denn alsbald von einer tobenden Volksmenge erbarmungslos angegriffen und vierzehn von ihnen getödtet. Da ließ der Kommandant des Salamander, gemeinsam mit den Führern der im Hafen liegenden russischen und englischen Kriegsschiffe, Marinesoldaten zum Schutze der Unglücklichen, die wieder an Bord zurückkehrten, ans Land setzen. Am anderen Morgen wurden sie dann in der Bucht von Salamina aufs Neue ausgeschifft.

Neueres.

Darmstadt, 4. Febr. Einer heute veröffentlichten Verordnung zufolge, erhalten die Abgeordneten zum norddeutschen Parlament 7 Gulden Diäten und Ersatz der Reisekosten. Die Kosten etwaiger Vertretung der öffentlichen Beamten trägt die Staatscasse.

Berlin, 4. Febr. Das Herrenhaus bewilligte die Eisenbahnanleihe von 24 Millionen, indem es festsetzte: die Regierung bedürfe der Zustimmung des Landtags nur bei der Veräußerung der neuen Eisenbahnen. Das Haus verwarf das Gesetz betreffend den Schutz wahrheitsgetreuer Reichstagsberichte. Graf Bismarck bekämpfte das Gesetz in ausführlicher Rede.

Wien, 4. Febr. Die Annahme der Demission Belcredi's ist eine unzweifelhafte Thatsache. — Die heute Abend erschienene „Presse" theilt aus gut unterrichteter Quelle mit: „Der ehemalige Minister des Aeußern, Graf Mensdorff, sei bestimmt, den Grafen Crenneville als ersten General-Adjutanten des Kaisers zu ersetzen."

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Op. L. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	61 1/4 P.
„	5 pCt. Fenet. Coupon b. R.	—
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	54 1/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	—
„	4 1/2 pCt.	40 1/4—1/8 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern.	5 pCt. Obl. b. R.	101 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	95 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	95 3/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90 1/2 . 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	90 1/2 P. 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	91 1/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	88 P.
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	96 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	83 1/4 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	98 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	84 1/4 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	96 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	89 3/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	81 1/4 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2 pCt. „ „	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	83 3/4 G.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. 2 1/2	77 1/4 P.
„	6 pCt. ditto v. 1882	76 3/8—1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	131 5/8 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	678—80 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	159—59 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe à 4 pCt.	90 3/4 P. 1/2 G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	212 1/2—13 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	93 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr	78 1/2 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	341 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	106 1/2 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/1	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156 3/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	110 1/2 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt	47 1/2 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76 1/2 G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	—
3pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	45 G.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	119 3/4 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	119 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 7/8 P.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96 3/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 3/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 3/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	118 7/8—3/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S	94 1/2—3/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	92 5/8 P. 3/8 G.
do. in öst. W. l. S.	92 5/8 P. 3/8 G.
Disconto . . .	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	119 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	60 3/8 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	67 7/8—68 1/8 G.
„ fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	120 1/2 P. 1/4 G.
„ do. v. 1864.	76 3/8—3/4 G.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	102 7/8 G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 1/4 P.
Badische fl. 35	53 7/8 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 3/4 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	142 3/4 P.
„ fl. 25 do	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 35 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28 1/4 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	33 P.
[illegible]	11 P.

Frankfurt, 5. Februar. Die Hausse für österr. Werthe machte in Folge besserer Wiener Kourse weitere Fortschritte. Doch erstreckte sich dieselbe hauptsächlich auf Spekulationspapiere, während sie für Staatspapiere eine unbedeutende war, woraus wohl mit Recht geschlossen werden darf, daß das Privatpublikum dem weiteren Vorgehen der Spekulation nicht mehr zu folgen entschlossen scheint. Das Geschäft war daher, wenn auch noch lebhaft genug, doch nicht so umfangreich, wie in den letzten Tagen. Amerikaner waren, ohne daß ein greifbarer Grund vorlag, da Geld von gestern noch nicht bekannt war, ohne alles Animo, geschäftslos und niederer. Süddeutsche und Eisenbahnen ziemlich unverändert. Darmstädter Bank in Folge eines von Berlin gegebenen Impulses höher, nachdem solche die Spekulation bisher etwas vernachlässigt hatte. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 38. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 7. Februar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 5. Februar. Se. Majestät der König hat den Bezirksarzt 2. Kl., Dr. A. Scherer zu Erbendorf, auf die Bezirksarztesstelle 2. Kl zu Riedenburg, seiner Bitte entsprechend, versetzt; den Landwehrmajor A. Fr. Schneider zu Uffenheim auf sein Ansuchen von der Stelle eines Majors und Kommandanten des Landwehr-Bataillons Uffenheim enthoben.

Die Stelle eines Bezirksarztes 2. Kl. zu Erbendorf ist in Erledigung gekommen. Bewerber um dieselbe haben ihre Gesuche binnen 14 Tagen bei der ihnen vorgesetzten kgl. Regierung, K. d. J., einzureichen.

München, 5. Febr. Die in Artikel 14 des Friedensvertrages mit Preußen vom 22. August vorigen Jahres bezeichneten vormals bayerischen Gebietstheile, nämlich der Bezirk Gersfeld, der Bezirk um Orb und die Enklave Kaulsdorf, sind nunmehr vollständig an die Krone Preußen extradirt. (Bayer. Ztg.)

München, 4. Febr. Die Reichsräthe Graf v. Waldeghem, v. Niethammer und Frhr. v. Thüngen haben folgenden Antrag an die Kammer der Reichsräthe gebracht: „Die hohe Kammer wolle beschließen: Es sei an Se. Maj. den König die allerehrerbietigste Bitte zu richten, allerhöchstderselbe wolle dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf vorlegen lassen, welcher I. als Verhinderungsgründe für die Ausübung der Funktion eines Reichsrathes feststellt: 1) die durch die Staatsregierung als nothwendig bezeichnete und durch die Kammer der Reichsräthe als solche anerkannte Verwendung im Staatsdienste; 2) die Ausübung der Rechte eines Kammermitgliedes in einem anderen Lande; 3) persönliche Haft in Folge richterlichen Erkenntnisses; 4) Sequestrirung des Vermögens; II. die Bestimmung enthält, daß 1) die gesetzlich verhinderten Reichsräthe für die Dauer der Verhinderung, 2) die nicht stimmberechtigten Reichsräthe während des Mangels des Stimmrechts, 3) die in Anwendung des Art. 28 des Gesetzes vom 25. Juli 1850 als ausgetreten betrachteten Reichsräthe für die Dauer des Landtags bei Berechnung der nach Maßgabe der Gesetze vom 4. Juni 1848, die ständische Initiative betreffend, Art. 6, und vom 25. Juli 1850, den Geschäftsgang des Landtages betreffend, Art. 3 und 4 erforderlichen Zahl nicht mitzuzählen seien; III. die Möglichkeit der Anwesenheit einer größeren Zahl von Reichsräthen bei den Berathungen dadurch unterstützt, 1) daß im Falle der Verhinderung durch Alter oder andauernde Krankheit den erblichen Reichsräthen das Recht der Substitution ihres nächsten stimmfähigen Agnaten und den lebenslänglichen Reichsräthen das Recht des Verzichts auf ihren Sitz unter Beibehaltung ihres Ranges eingeräumt werde, 2) daß im Falle des nicht durch gesetzliche Verhinderungsgründe oder durch Urlaub der hohen Kammer entschuldigten Nichterscheinens eines lebenslänglichen Reichsrathes während zwei Sitzungsperioden der Sitz desselben als erledigt zu betrachten sei; IV. unter Abänderung des Art. VI. des Initiativgesetzes vom 4. Juli 1848 festsetzt, daß zu der dort erwähnten Schlußfassung zwei Drittel der Mitglieder anwesend sein müssen, aus denen nach den oben vorgeschlagenen gesetzlichen Bestimmungen die Zahl der Mitglieder der hohen Kammer für die entsprechende Sitzungsperiode bestehen wird." Der V. Ausschuß hat auf Vortrag des Referenten, Präsidenten v. Harleß, die formelle Zulässigkeit dieses Antrages anerkannt und das Gutachten der hohen Kammer vorgelegt. (B. Z.)

+ **München,** 5. Febr. Das offiziöse Dementi in der gestrigen „Allg. Ztg." bezüglich der Ihnen gemachten Mittheilung über den Hrn. Generallieutenant Stephan, resp. über den Wechsel in den Generalkommando's der Armee, kommt etwas zu spät, um die Wahrheit jener Nachricht gänzlich entkräften zu können. Noch bevor wir Ihnen jene Mittheilung machten, zeigte derselbe offiziöse Hr. Rectificator der „Allg. Ztg." durch Telegramm an, daß die Stephan'sche Angelegenheit geordnet sei, ohne jedoch anzugeben, in welcher Weise; zur nämlichen Zeit war dem Hrn. Generallieutenant hierüber indeß noch nicht das Mindeste bekannt gegeben worden. Die Nachricht von Veränderungen in den Generalkommando's gaben wir Ihnen auf Grund einer so zuverlässigen Mittheilung, daß wir im Stande sind, dieselbe auch heute noch, trotz aller offiziösen Dementi's, insoweit aufrecht zu erhalten, als die betreffenden Vorschläge allerhöchsten Orts zur Genehmigung bereits unterbreitet waren und man an letzterer nicht zweifelte. Welche Zwischenfälle seitdem sich ereignet und entweder abändernd oder vielleicht auch nur verzögernd hierauf eingewirkt haben, worden, und hat man in Folge dessen den Termin zu ihrer Absendung bis zum 16. ds. Mts. verlängern müssen.

Vermischtes.

(„Wuthzettel.") Nach einem Berichte der Regierung von Oberbayern, die Hundswuth in Oberbayern seit 1865 betreffend, hat es dort Menschen gegeben, welche nach erhaltenen Bissen von wüthenden Hunden sich hartnäckig weigerten, ärztliche Hilfe zu gebrauchen, und sich höchstens in ihrem Aberglauben eines sogenannten „Wuthzettels" bedienten, den sie im vollkommenen Vertrauen auf seine Wirkung wie eine Arznei zu sich nahmen. Die Wuthkrankheit ergriff nach und nach alle Polizeidistrikte des Kreises, mit alleiniger Ausnahme von Berchtesgaden, und wurden mehr als fünfzig Menschen gebissen, wovon sieben starben. Die sieben Verstorbenen sollen übrigens ihren „Wuthzettel" ganz nach der Regel gebraucht haben.

(Aus London.) Zu der im Bau begriffenen Panzerfregatte „Herkules", 12 Geschütze, 1200 Pferdekraft und dem Thurmschiffe „Monarch", 6 Geschütze, 5100 Tonnen und 1100 Pferdekraft, kommt jetzt, nach einem eben erschienenen Befehle der Admiralität, ein doppelter Schraubendampfer, der unter dem Namen „Beacon" gleich in Angriff genommen und noch im gegenwärtigen Jahre fertig gestellt werden soll. Das neue Schiff wird nach dem Kompositions-Prinzip gebaut, so daß das Gerippe von Eisen und Planken und andere Theile von Holz sind. Neben zwei kleineren Schiffen, die der Vollendung nahe sind, ist man gegenwärtig nur mit dem Baue eines einzigen, großen, ganz hölzernen Schiffes beschäftigt. Letzteres, das Schraubenlinienschiff „Bulwark", 81 Geschütze, 3716 Tonnen, 800 Pferdekraft, harrt gegenwärtig im halbfertigen Zustande auf den Entschluß der Admiralität in Betreff seiner Fertigstellung oder Umwandlung zum Panzerschiffe. Die zahlreichen Modelle, welche seit einigen Monaten in Chatham für die Ausstellung in Paris eine Menge Hände in Bewegung gehalten, sind trotz aller Anstrengungen zu dem zuerst festgesetzten Zeitpunkte, dem heutigen Datum, nicht fertig ge-

Der amerikanische Kongreß hat schon mehrmals Lust gezeigt, der Mormonen-Wirthschaft am Großen Salzsee ein Ende zu machen und die Schmach der Vielweiberei (und Frauensklaverei) ebenso aus den Vereinigten Staaten zu tilgen, wie die Negersklaverei. Leider ist Utah noch ein Territorium, so daß dem Kongresse wenig direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten zusteht. Der Senator Howard aber will die Sache zum Austrage bringen und hat deshalb einen Antrag gestellt — in welchem die Mormonen-Priester als Verbrecher bezeichnet werden —, daß nur gesetzlich befugte Personen das Recht haben sollen, Trauungen zu vollziehen, daß die sog. „eingesegneten" oder „besiegelten" Trauungen für gesetzwidrig erklärt und sowohl die Vollzieher derselben wie die in einer solchen ungesetzlichen Ehe lebenden Männer mit einer Geldbuße von 500—10,000 Doll. oder dreimonatlicher bis dreijähriger Haft bestraft werden sollen. Da in den Vereinigten Staaten so gut wie anderswo Bigamie oder Polygamie verboten ist, so könnte ein Mann bei Lebzeiten seines Weibes durch einen gesetzlich angestellten Beamten nimmer mit einer zweiten Frau getraut werden, das Gesetz würde also das Mormonenthum, dessen Basis die Vielweiberei ist, zu Grunde richten, oder die Mormonen müßten sich eine Heimath außerhalb der Vereinigten Staaten suchen, was schwer sein dürfte. Seit der denkwürdigen Hedschira nach dem Salzsee wird die Geschichte der Jünger Brigham Young's kein so folgenreiches Ereigniß zu verzeichnen haben, wie den Antrag Howard's. Schon die Ausdehnung der Eisenbahnnetze über die westliche Hemisphäre würde dem scandalösen Unwesen einen gefährlichen Stoß versetzen, denn Abschließung von der Welt ist ein Hauptenforderniß für das Mormonenthum, für die Zwangherrschaft, die es jetzt noch über seine Mitglieder ausüben kann.

konnten wir zur Zeit noch nicht erfahren. Gerüchtweise vernehmen wir jedoch heute, daß es jetzt wieder wahrscheinlich sei, daß Herr Generallieutenant wieder auf seinen Posten nach Nürnberg zurückkehre. Wir geben das Gerücht natürlich mit aller Reserve.

Stuttgart, 5. Febr. Den Mitgliedern der hier tagenden Konferenz zu Ehren fand gestern Abend ein glänzendes Ballfest statt, das von dem Hrn. Minister v. Varnbüler in den Räumen des auswärtigen Amtes gegeben wurde. Das Fest wurde durch Anwesenheit Ihrer Majestäten des Königs und der Königin beehrt. Außer den Konferenzmitgliedern wohnten dem Feste auch alle hier akkreditirten Vertreter auswärtiger Mächte bei. Die Konferenzen scheinen einen sehr günstigen Verlauf zu nehmen. Gestern war eine sechsstündige Sitzung, und die Mitglieder äußern sich höchst befriedigt über die bei den gründlichen Berathungen herrschende Einmüthigkeit; man hört, daß die auswärtigen Mitglieder nicht blos über den formellen, sondern auch materiellen Erfolg hier befriedigt seien; man sieht es fürs erste für wichtig an, jede anderweitige Allianz unmöglich zu machen. Auch bei den politischen Besprechungen, zu welchen die militärischen nothwendig führen mußten, sollen nur unbedeutende Differenzen sich ergeben haben. Es ist anzunehmen, daß dem ursprünglichen Programme gemäß heute die Schlußsitzung der Konferenz stattfinden wird. Auf die Sitzung folgt ein Frühstück in der Wilhelma, Abends noch eine Festlichkeit bei der Gräfin Benkendorf. Morgen werden die auswärtigen Mitglieder von hier abreisen. (Schw. M.)

Aus Oberhessen, 3. Febr. In den letzten Wochen sind vor dem Bezirksstrafgericht in Gießen drei Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigungen erfolgt, welche aus dem verflossenen Sommer datiren und theilweise direkt in den damaligen Verhältnissen ihre Veranlassung haben. Nach einem Zusatzartikel des Friedensvertrages zwischen Hessen und Preußen soll Niemand wegen seines politischen Verhaltens während der Kriegsperiode verfolgt oder beunruhigt werden, und wurde von Seiten der Vertheidigung in den erwähnten drei Fällen auch diese Bestimmung des Friedens geltend gemacht. Das Bezirksstrafgericht in Gießen hat jedoch dahin entschieden, daß unter politischem „Verhalten" nur politische „Vergehen", nicht aber politische „Verbrechen" zu verstehen seien. Den jedenfalls sehr zweifelhaften juristischen Werth dieser Unterscheidung wollen wir dahingestellt sein lassen, in keinem Falle entspricht sie jedoch der offenbaren Absicht des genannten Artikels des Friedensvertrages, und steht deßhalb zu erwarten, daß in den höheren Instanzen eine Abänderung des Urtheils erfolgt.

Berlin, 4. Febr. Es soll nach der heutigen Erklärung des Ministers v. Bismarck im Herrenhause der preußischen Presse nicht gestattet werden, von den Verhandlungen des norddeutschen Reichstages vollständige Berichte zu liefern. Die Presse bleibt für ihre Referate über die Parlamentsverhandlungen verantwortlich. Der Gesetzentwurf, den über diese Materie die Abgg. Paur und Genossen eingebracht hatten, war nichts weiter als die praktische Durchführung des Rechts der Redefreiheit, dessen jedes Mitglied des Parlaments genießt, und so wahr das Parlament nicht für sich selbst Reden hält, sondern bei allen seinen Verhandlungen das Volk im Auge hat, so wahr müssen auch dem Volke die Verhandlungen in ihrer ganzen Ausdehnung und Treue zugänglich gemacht werden. Ist dies nicht möglich, so ist die Redefreiheit im Parlament zu einer puren Illusion herabgesunken. Man beziehe sich nicht auf England. Dort können die Blätter verantwortlich gemacht werden, weil England die unbedingte Preßfreiheit hat. Wird bei uns der wahrheitsgetreue Bericht nicht gestattet, so geschieht dies auf Kosten des Interesses, das das Volk andernfalls für das Parlament noch haben würde. Die heutigen Erklärungen des Ministerpräsidenten sind für das künftige Parlament geradezu verhängnißvoll, und es scheint unerläßlich, daß dasselbe es seine erste Pflicht sein läßt, für seine Verhandlungen die umfänglichsten und getreuesten Berichte durch die Presse durchzusetzen. Andernfalls wird aus dem Parlament ein Collegium von Rednern, um deren Aeußerungen sich kein Mensch bekümmert. Bedingung für jeden parlamentarischen Körper ist freie Bewegung nach Außen wie innerhalb seiner vier Wände. (Fr. J.)

Wien, 2. Febr. Die Befestigung Wiens ist gestern im Gemeinderath zur Sprache gekommen. Der Gemeinderath scheint, „in Anbetracht, daß der Reichsrath und die Kommunalvertretung sich bereits gegen eine solche Maßregel ausgesprochen," noch zu bezweifeln, daß die Befestigung schon beschlossen oder gar schon in Angriff genommen worden, und ein „dringlicher" Antrag, der sofort zum Beschluß erhoben wurde, fordert deßhalb zunächst nur den Bürgermeister auf, „sich Gewißheit über den Gegenstand zu verschaffen." Die gemeinderäthlichen Zweifel dürften nun wohl bald gehoben werden, wenn sie nicht von vornherein bloß fingirt sind; um das heikle Thema so zart als möglich anzubahnen, denn es ist ein nahezu öffentliches Geheimniß, daß der betreffende Befestigungsplan, nachdem er von einer Kommission höchststehender Fach-Autoritäten einer Ueberprüfung unterzogen worden, im Wesentlichen den Bau einer schachförmig angelegten Gürtellinie von Forts, zunächst, um möglichst bald zu etwas Fertigem zu gelangen, vielleicht nur halbpermanent aufzuführen, in Aussicht nimmt. Die Gesammtkosten dieser Befestigung sind mit Einschluß der Armirung auf 28 Mill. fl. veranschlagt und für das erste Baujahr dem Vernehmen nach bereits 4½ Mill. angewiesen.

Wien, 4. Febr. Die Ministerkrisis bildet natürlicherweise heute ausschließlich den Gegenstand der politischen Diskussion. Wir haben den Mittheilungen in unserem Morgenblatte nichts beizufügen, was einigermaßen Anspruch hätte, eine feststehende Thatsache genannt zu werden; namentlich ist über die Person des Nachfolgers des Grafen Belcredi nichts bestimmt. Gerüchtweise taucht aber immer wieder der Name des Fürsten Karlos Auersperg auf; es ist jedoch höchst unwahrscheinlich, daß der ehemalige Präsident des Herrenhauses in das neu zu bildende Kabinet eintreten werde. Ganz abgesehen von dem Umstande, daß der „erste Cavalier des Reiches", nach dem Worte Schmerlings, sich kaum entschließen dürfte, ein Portefeuille unter der Präsidentschaft eines Anderen — und das Präsidium scheint nach Allem, was wir vernehmen, Herrn v. Beust zugedacht zu sein — anzunehmen, liegen für den Fürsten in seiner Vergangenheit und wiederholt präcis formulirten Gesinnung große Bedenken gegen jede wie immer geartete Betheiligung an dem, was gegenwärtig in Oesterreich als politisches Rettungsmittel in Scene gesetzt werden soll. Minder zweifelhaft ist der Eintritt des Freiherrn v. Kellersperg, der, von Sr. Majestät dem Kaiser berufen, bereits in Wien eingetroffen ist. Er soll als „Minister des Innern" für die Länder diesseits der Leitha fungiren. (Pr.)

Die „Presse" schreibt: „Von den nach Wien beschiedenen Statthaltern hat Graf Rothkirch sich auch fernerhin dem Kaiser zur Verfügung gestellt. Graf Goluchowski trifft erst heute Abends in Wien ein; er hat den Aufschub seiner Reise gewiß dazu benützt, um mit seinen Parteigenossen über die neueste Wendung der Dinge zu konferiren; das Ergebniß der mit ihm zu pflegenden Verhandlungen wird auch über sein Verbleiben im Amte entscheiden."

Das „Fremdenblatt" will wissen, daß auch der Justizminister v. Komers sein Portefeuille niederzulegen gedenkt.

Es wurde neulich einer gegen den Notar Dr. Schindler eingeleiteten Untersuchung Erwähnung gethan. Es ist nunmehr, wie die „N. Fr. Pr." meldet, wahrscheinlich in Folge der von Dr. Schindler ergriffenen Berufung, die Weisung ergangen, daß von Fortsetzung der Untersuchung abzustehen sei.

Das „Mem. dipl." ist in der Lage, eine Analyse der vertraulichen Zirkulardepesche zu geben, welche Hr. v. Beust unter dem 2. Januar zur Erläuterung des Patents von demselben Datum an die Agenten Oesterreichs im Auslande erlassen hat. Nachdem das Rundschreiben an das Versprechen des Kaisers Franz Josef erinnert hat, die anderen Erbländer zu befragen, sobald die Verhandlungen mit Ungarn zu einem definitiven Ergebniß geführt hätten, prüft es die drei verschiedenen Methoden, welche zu diesem Behufe nach den organischen Einrichtungen des Kaiserstaates einzuschlagen waren: Es handelt sich darum, entweder die Provinzial-Landtage oder den engeren oder den weiteren Reichsrath einzuberufen. Der erste Weg hätte bei der Schwierigkeit, die Meinung von 17 besonderen Landtagen in Einklang zu bringen, nur zu einem bedauernswerthen Zeitverlust geführt, der zweite und dritte die bedenkliche Seite gehabt, daß er direkt oder indirekt ein Kontumazurtheil gegen Ungarn dargestellt hätte, welches niemals die Kompetenz auf Grund des Februar-Statuts, in welcher Form immer einberufenen Reichsraths anerkennen wollte. Das Rundschreiben erklärt aber mit Entschiedenheit, daß das gegenwärtige Ministerium sich niemals zu einem solchen Kontumaz-Akt verstehen würde, da seine Absicht vielmehr auf eine vollkommene und loyale Versöhnung mit den Ländern jenseits der Leitha gerichtet wäre. Es blieb also der Regierung kein anderer Weg, als von der Anwendung des Februar-Statuts alles fern zu halten, was das Mißtrauen Ungarns erwecken und die Beschwerden der slavischen Bevölkerung rechtfertigen könnte. So entschloß sie sich zur Einberufung eines außerordentlichen Reichsraths, dessen ausschließliche Aufgabe wäre, die auf Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten bezüglichen Fragen zu lösen und der nur ein konsultatives Votum hätte, um den Ungarn keinen Grund zu der Befürchtung zu geben, daß diese Berathungen ihren konstitutionellen Rechten präjudiziren möchten. Indem sie die Wahlen nach dem Gesetz von 1861 anordnete, ließ sie den Landtagen die Wahl, die Abgeordneten für den außerordentlichen Reichsrath, wie bisher nach Kurien oder mit der einfachen Majorität zu ernennen. Diese letztere Konzession ist schon immer von den slavischen Bevölkerungen begehrt worden, da die Wahl nach Kurien der numerischen Stärke jeder Nationalität nicht gebührend Rechnung trage. Das Rundschreiben schließt mit der Versicherung, daß die an dem Statut von

1861 zur Erleichterung des Ausgleichs mit Ungarn vorgenommenen Veränderungen kein Grundprinzip der organischen Einrichtungen erschüttern, daß die Regierung, indem sie einen außerordentlichen Reichsrath einberuft, auf dem Boden der Legalität bleibt und weit entfernt, das parlamentarische Regime einschränken zu wollen, vielmehr den regelmäßigen und dauernden Genuß desselben für die ganze Monarchie zu sichern wünscht.

Bern, 3. Febr. Der hiesige große Rath hat nach fünftägiger, sehr bewegter Discussion in der Jurabahnfrage einen Entscheid gefaßt, wie er nicht zu erwarten war: mit 153 gegen 71 Stimmen ist er auf die dem Jura sehr günstigen Commissions-Anträge eingetreten und hat die neun Artikel bis auf einen kleinen Zusatz zum Art. 6 alle unverändert angenommen. Der Minderheitsantrag zu Art. 9, das Dekret der Volksabstimmung zu unterwerfen, wurde mit 129 gegen 95 Stimmen verworfen. In der Hauptabstimmung über das ganze Dekret wurde dasselbe mit 137 gegen 87 Stimmen angenommen. Diese drei wichtigsten Abstimmungen fanden mit Namensaufruf statt. Nach der bedenklichen Bewegung im ganzen Volke, die der Berathung vorausging, ließ sich dieser Sieg des liberalen Prinzipes nicht erwarten; die liberale Partei ist freudig überrascht, und mit Recht fragt man nach den Gründen für diesen bedeutenden Umschwung. Am Tage vor dem Zusammentritte des großen Rathes hielten die Liberalen eine Vorversammlung, zu der sich nur 80 einfanden; nur so viele waren sicher für die Eintrittsfrage und gegen das Veto. Ohne Hoffnung auf einen günstigen Erfolg begann die Discussion, und die Listen, welche die Liberalen über die Freunde und die Gegner des Jura aufstellten, zeigten nur ein sehr zweifelhaftes Resultat. Aber mit jedem Tage hob sich die Stimmung, und die wahrhaft ausgezeichneten Voten betonten mit solcher Klarheit, Entschiedenheit und staatsmännischem Blicke den politischen Gesichtspunkt und die allfälligen Folgen eines dem Jura feindseligen Beschlusses, daß mit jedem Tage eine Anzahl von Gegnern offen zu den Vertheidigern der Jurabahn überging. Am Freitag Abend wurde die allgemeine Discussion geschlossen. Sie hatte den Gegenstand vollständig erschöpft und die eingeschriebenen Redner verzichteten auf das Wort. Gestern Morgen fand die sehr verwickelte, aber von dem Präsidenten Stämpfli lichtvoll geleitete Abstimmung statt, und als sie Nachmittags 2 Uhr zu Ende war, wurde sie aus dem Saal und von der Tribüne mit einem begeisterten Bravo begrüßt. Die Folgen dieses Beschlusses werden ihre wohlthätige Einwirkung auf die liberale Partei nicht fehlen lassen: bei einer Mehrheit von 50 Stimmen kann auch nur von dem Versuch einer Abberufung des großen Rathes keine Rede sein; die liberale Partei geht sichtlich gekräftigt aus dem Kampfe hervor; an dem Jura ist es nun, zu zeigen, wie weit sein Patriotismus geht. Der Beschluß hat nämlich den Sinn, daß der Staat zu dem wenig rentabelen Eisenbahnnetz des Jura 7 Millionen opfern will, um diesen Cantonsantheil mit seiner reichen Industrie fest an den alten Canton zu ketten. Dafür muß aber der Jura zuerst seine Kraft zusammennehmen und zum Beginne des Baues die nöthigen Garantien leisten. (Fr. J.)

Wie die „Corr. Zeidl." aus **Paris** vernimmt, ist man dort nicht besonders heiter gestimmt. Die innere Situation macht Sorgen und die Bewegung in Süddeutschland, sowie die Aktionen in Oesterreich machen einen Strich durch die Berechnung, daß ein süddeutscher Staatenbund als Bindemittel zwischen Oesterreich und Frankreich dienen würde. Unterdessen heißt die politische Parole: „Alles geschehen lassen bis nach der Ausstellung."

In **Paris** gewinnt das Gerücht an Consistenz, daß eine Amnestie für politische und Preßvergehen in Vorbereitung sei. — Ueber die Stellung der Parteien zu der Systemänderung wird aus Paris berichtet: „Ein günstiges Zeichen für die Steigerung der konstitutionellen Lebensthätigkeit Frankreichs ist die zunehmende Fraktionsbildung im gesetzgebenden Körper. Seit der Zeit, wo die französische Kammer nur fünf Mitglieder zählte, die sich herausnahmen, eine Sonderstellung zu behaupten, ist der Trennungsprozeß in der Masse der Erwählten des allgemeinen Stimmrechts mit großer Regelmäßigkeit und Continuität von Statten gegangen. Im vorigen Jahre gewann der tiers-parti einen Körper und eine bestimmte Gestalt; in diesem Jahre erntet er bereits die Frucht seiner ersten noch etwas unsicheren Thätigkeit; er wird daher an Bedeutung und Kraft gewinnen, trotz aller offiziösen Versuche, das Reform-Dekret auf die Rechnung der standhaft den Status quo verehrenden Majorität zu schreiben. Die Sonderung aber schreitet jetzt noch weiter fort. Zwischen dem tiers-parti und der eigentlichen Linken schiebt sich eine neue parlamentarische Gruppe ein, welche aus den beiden anderen gewisse Elemente an sich zieht und ihren Führer in Thiers findet. Sie wird die übergroße Zahmheit des vorjährigen tiers-parti abstreifen, andererseits aber als den Boden ihrer Opposition das Kaiserreich und seine Verfassung aufrichtig acceptiren. In den Jänner-Reformen erkennt sie entwicklungsfähige Keime an und wird denselben Triebkraft zu verleihen suchen. Der Standpunkt dieser Gruppe ist am besten aus dem „Journal des Debats" zu erkennen, in welchem Prevost-Paradol und Lemoinne als die unmittelbaren Organe Thiers' zu betrachten sind. Die eigentliche Linke endlich, mit Jules Favre und Glais-Bizoin an der Spitze, verhält sich den Reformen gegenüber ablehnend; sie sieht in dem Jänner-Dekret einen Rückschritt, und wenn sie von dem Interpellations-Rechte nach einem jüngst bei Jules Favre gefaßten Beschlusse häufigen Gebrauch machen wird, so geschieht das nur in der Absicht, die öffentliche Meinung von der illusorischen Natur jenes Rechtes zu überzeugen. In der Majorität fehlt es ebenfalls nicht an manichfaltigen Schattirungen. Die äußerste Rechte namentlich zeigt Velleitäten zu einer Opposition gegen die angeblich übermäßigen liberalen Tendenzen der Regierung. Auch versichern diese Herren, daß ihre Wähler sie mit Briefen bestürmen, um die Entfesselung der Presse und die Einräumung des politischen Versammlungsrechtes zu verhindern. Diese konservative Angst ist übrigens allem Anscheine nach weit weniger gerechtfertigt, als zu wünschen wäre."

Wie aus **Rom** geschrieben wird, wurde dort in den letzten Tagen versichert, daß die Unterhandlungen Tonello's plötzlich abgebrochen seien, doch handelte es sich nur um eine lebhafte Unterredung mit Cardinal Antonelli, der das Vorgehen Scialoja's und seine Operationen wider das Kircheneigenthum als „unzeitig" und als „die versöhnlichen Absichten des Papstes störend" angriff. Die darauf eingetretene Kälte war vorübergehend; ein Hemmniß droht indessen von einer anderen Seite her: König Franz will das seinen Vorfahren durch das Conkordat zugestandene Recht der Ernennung (nominationem) der Bischöfe dem Heiligen Stuhle zwar überlassen, doch „nur, wenn er auf den Thron zurückkehrt!" Franz II. verlangt, der Papst dürfe dasselbe Zugeständniß nicht annehmen, wenn es ihm jetzt ohne seine, Franz II., Einwilligung die italienische Regierung machte. Indessen hofft man im Vatican, König Franz werde für den Augenblick nachgeben, „ohne sich dadurch zu verpflichten, auf seine Ansprüche in einer günstigeren Zukunft überhaupt zu verzichten."

Florenz, 31. Jan. Admiral Persano ist vorläufig in Freiheit gesetzt worden. Die öffentliche Meinung ist ihm zwar nicht günstig, aber man hält doch eine weitere Verfolgung des Prozesses für zwecklos und sogar für politisch nachtheilig. Wenn der Admiral sich nur noch gegen den Vorwurf des Ungehorsams, der Nachlässigkeit und der Unerfahrenheit vertheidigen soll, so wird es seinen Advokaten leicht sein, den Beweis zu führen, daß man gegen andere hohe Persönlichkeiten mindestens eben so schwere Anklagen erheben könnte. Sie werden nur die Depeschen vorzulesen haben, in denen Lamarmora dem Admiral im Namen des Königs befiehlt, „irgend etwas zu thun", eine Seeschlacht zu liefern, nicht auf Grund militärischer Rücksichten, sondern lediglich, um der erhitzten öffentlichen Meinung genug zu thun. Die Advokaten werden ferner daran erinnern können, daß Persano die ungenügende Ausbildung der Flottenmannschaft und die Mangelhaftigkeit des Materials im voraus dargelegt hat; sie werden die englischen und amerikanischen Maschinisten und Heizer als Zeugen vorfordern, welche dem Marineminister erklärten, daß sie nur gegen eine, von ihnen selbst festgesetzte Erhöhung ihrer Löhnung sich einschiffen würden, und denen man ihre Forderung bewilligen mußte, weil man keine Italiener auftreiben konnte, die im Stande gewesen wären, sie zu ersetzen. Niemand kann bei einem solchen Prozesse gewinnen, auch die Ehre des Landes nicht! (K. Ztg.)

Die „Italia" vom 27. Jan. läßt sich aus **Florenz** vom 25. Jan. melden, daß an diesem Tage eine Offensiv- und Defensiv-Allianz zwischen Frankreich, Italien und Oesterreich unterzeichnet worden sei. In diesem Vertrage sei auch eine Einigung in Betreff der römischen Angelegenheiten enthalten; Barral sei nach Wien, Achille Mauri nach Rom abgegangen, um die letzten Verabredungen zu treffen. Die „Opinione" bezeichnet aber die ganze Nachricht als grundlos.

Florenz, 3. Febr. Der neue österreichische Gesandte, Baron Kübeck (früher Bundeslagspräsident), ist hier eingetroffen. Damit sind also die seit 1859 unterbrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich und Italien wieder angeknüpft.

Türkei. Zur orientalischen Frage erhält die „A. Z." folgende beachtenswerthe Mittheilungen: Aus Albanien, 22. Jan.: „Was auch von griechischer Seite vorgespiegelt wird, um die öffentliche Meinung irre zu führen, so können Sie als gewiß annehmen, daß die illyrische Halbinsel nächstens der Schauplatz wichtiger Ereignisse sein wird. In Epirus ist Alles zu einer Schilderhebung vorbereitet. Die griechischen und die italienischen Konsuln handeln im genauesten Einverständniß, ihre Emissäre durchstreifen die türkischen Provinzen in allen Richtungen und wiegeln die christliche Bevölkerung auf. Die Türken, welche täglich Zeugen dieser Umtriebe sind, sind im höchsten Grade aufgeregt, und es haben in Valona bereits Demonstrationen gegen den griechischen Konsul stattgefunden, die dieser zum Theil selbst zu provoziren scheint, um einen Konflikt herbeizu-

führen. Von türkischer Seite werden überall Anstalten getroffen, um sich von den drohenden Ereignissen nicht überraschen zu lassen. Selim Pascha ist zum Befehlshaber der 10,000 Baschi-Bozuks ernannt, welche im Bezirke von Janina aufgeboten werden. In Erio Nero wird ein Fort gebaut und mit zehn schweren Geschützen besetzt. Die griechische Armee, welche an der Grenze von Thessalien und Epirus echellonnirt ist, macht kein Geheimniß daraus, daß sie bestimmt ist, der in naher Aussicht stehenden Erhebung Beistand zu leisten. Italien scheint es dabei auf Dalmatien abgesehen zu haben — es will den Griechen zur Erwerbung des südlichen Theils der Halbinsel verhelfen und sich dadurch ihre Unterstützung zur Eroberung Dalmatiens sichern. Italienische Kriegsschiffe untersuchen schon jetzt die dalmatinischen Küsten und Kanäle. Die Italiener sagen es ganz laut: das adriatische Meer müsse ein italienischer See werden. Dies ist das Endziel der Intriguen, die zwischen Griechenland und Italien gesponnen werden. Möge man in Oesterreich ja nicht zu sehr dem ewigen Frieden mit Italien trauen!"

Die drohende Wolke im Orient macht der europäischen Diplomatie sorgenvolle Stunden. Die Pforte hat auf ihre Note vom 26. Dez. an die Schutzmächte Antwortdepeschen erhalten, die von Seiten dieser Mächte nur eine moralische Unterstützung mahnender Vorstellungen an die griechische Regierung in Aussicht stellen. Die Pforte ist also auf sich selber angewiesen. Ihre Staatsmänner sind nun zwar viel zu vorsichtig, um durch eine Kriegserklärung gegen Griechenland den gährenden Zündstoff, der in fast allen türkischen Provinzen vorhanden, vollends in Flammen zu setzen. Aber man denkt daran, die offiziellen Beziehungen zu Griechenland abzubrechen, auf die griechischen Schiffe, die sich in den türkischen Häfen befinden, Beschlag zu legen, und den Griechen, welche nicht türkische Unterthanen sind, den gemessenen Befehl zukommen zu lassen, in einem bestimmten Zeitraume das osmanische Gebiet zu verlassen. Ein so empfindlicher Schlag gegen die griechischen Interessen müßte übrigens in seinen Folgen einer Kriegserklärung vollkommen gleichkommen. Auch bietet die französische Diplomatie Alles auf, um die Pforte von dieser äußersten Maßregel abzubringen. Auch in Egypten ist es nicht geheuer. Ismael Pascha soll eine Erweiterung seiner Hoheitsrechte insoweit verlangt haben, als er seine Armee auf 100,000 Mann bringen und das Recht erhalten will, auch zu den höchsten militärischen Graden zu ernennen. Ferner beansprucht er die Befugniß, türkische Ordens-Dekorationen nach Belieben vertheilen zu können. Vom Tribute ist zwar in diesem die Forderungen enthaltenden Schriftstücke keine Rede, aber es ist unschwer vorherzusehen, daß der Vizekönig an der Spitze einer 100,000 Mann starken Armee nicht lange gewillt sein wird, jährlich 75 Millionen Piaster nach Konstantinopel zu schicken. (Schw. M.)

Neueres.

Stuttgart, 5. Febr. Die hiesige Tagespresse, welche die Militär-Reorganisation mit Aufmerksamkeit verfolgt, glaubt, den Kardinalpunkt der Konferenzen bilde die größere oder geringere Dauer der Präsenzzeit.

Berlin, 5. Febr. Die „Morgen-Zeitung" meldet: „Der König hatte gestern eine längere Unterredung mit dem Nachfolger Manteuffel's, General v. Mannstein.

Berlin, 5. Febr. Die Verlobung des Grafen v. Flandern mit der Prinzessin Maria v. Hohenzollern gilt als gesichert.

Wien, 5. Febr. Die Wiener Landtagswahlen sind sämmtlich zu Gunsten der Verfassungspartei, nach Vorschlag des Centralwahlkomites ausgefallen. Dem „Fremdenblatt" zufolge ist Graf Barral, der am Sonnabend hier angelangt ist, vom Frhrn. v. Beust bereits empfangen worden, und wird heute eine besondere Audienz beim Kaiser haben.

Prag, 4. Febr. Die „Politik" schreibt heute: Die Czechen würden des Rücktritts des Grafen Belcredi halber weder betrübt sein noch auch sich freuen; denn lebensfähige Nationen setzen ihre Hoffnungen nicht auf eine einzelne Persönlichkeit. Die „Politik" glaubt, Belcredi werde Polizeiminister bleiben. Sehr viele bürgerliche Großgrundbesitzer sind zur Vornahme der Landtagswahlen hier angelangt.

Prag, 4. Febr. Die „Bohemia" meldet: der Ausgleich mit Ungarn solle dem Reichsrath nicht zur Kenntnißnahme, sondern zur Annahme vorgelegt werden. Im Falle derselbe nicht angenommen würde, sollen beiderseitige Delegationen den Ausgleich vereinbaren. Ein anderer Weg ist unmöglich.

Prag, 5. Febr. Die czechischen Blätter greifen Hrn. v. Beust anläßlich der Ministerkrisis heftig an. Das Interesse der Slaven an Oesterreich sei durch den Sieg des Dualismus vernichtet. Fortan liege der Schwerpunkt nicht in Wien, sondern im Landtage.

Triest, 5. Febr. Die „Ueberlandpost" bringt die Nachricht, daß die Russen die Armee von Bochara schlugen und einige Märsche von Samarkand stehen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Op. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	65½ G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	61¼ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	63¾ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	46¾ G.
"	4½ pCt.	41½ P ¼ G.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 P.
"	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	98 P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	93½ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90½ . ¼ G.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	90½ P. ¼ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	91⅝ P.
"	3½ pCt. Obl dto.	83 P.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	95⅛ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	83¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	94½ G.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	84¾ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	96 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	89¾ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl	81½ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2½ pCt. . . .	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	83⅝ P.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. 2½	77⅜ P.
"	6 pCt. ditto r. 1882 .	76 – ⅛ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	131⅝ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	685 – 89 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	160 – 59½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	90¾ P. ½ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 25	214½ P. 213½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	93 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr	75½ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	341 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	110½ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 24 kr	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156½ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt	89¼ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	109⅞ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	47⅝ P. ⅛ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74¼ P.
Südd. Bank-Akt.. 40 pCt. Einz.	—
3pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	46½ P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	119½ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	119 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅞ P
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94½ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96¾ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅛ P
Cöln Thlr. 60 k. S	105 P
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅝ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99⅞ P
Paris Frs. 200 k. S	94⅛ G.
Petersburg 60 S.-R	—
Triest fl. 100 k. S	—
Wien fl. 100 ö. W	92¼ P.
do. in öst. W. l. S.	92½ P.
Disconto . . .	2½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	—
"	fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	60⅝ P.
"	fl. 500 v. 1860 6/7	68¼ – ⅛ G.
"	fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	119½ G.
"	do. v. 1864.	76½ – ¼ G.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.		103¼ – ⅛ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose		10¼ P.
Badische fl. 35		53½ P.
Kurhess. Thlr. 40 [illegible]		53⅝ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.		144 P.
" fl. 25 do		—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.		—
Sardinische Fr. 36 b. R.		—
Neuchateler 10 Frs-Loose		—
Freiburger 15 Frs-Loose		—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.		28½ P.
St. [illegible] mit 2½ pCt. Z.		33 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.		10⅝ P.

Frankfurt, 6. Februar. Gestern Abend in der Effektensocietät wurden Mobilier, die die Führung des Haussewettlaufs übernommen haben, wieder um 2 fl. heraufgesetzt. Heißsporne prophezeiten schon, daß es in dieser Tonart in infinitum fortgehen werde. Trotzdem ist heute ein Ruhepunkt eingetreten. Das Börsenpublikum hält Rückschau und findet, daß ein hübscher Weg in raschem Anlauf zurückgelegt ist. Sowohl Spekulations-, als Anlage-Effekten erlitten daher heute in natürlicher Reaktion des Vorausgegangenen einen kleinen Rückschlag. Das Privatpublikum folgt der Spekulation nicht blindlings, es fehlte daher an Kauflustigen, während andererseits nicht unbedeutende Gewinnstrealisationen stattfanden. Man schließt zu den niedersten Tageskursen. Das Geschäft in Oesterreich war auch heute bei Weitem nicht so umfangreich, als bisher. Amerika, immer noch vernachlässigt, war jedoch wieder in größerem Verkehr als bisher und besonders comptant schwer erhältlich. Von süddeutschen Papieren nur Württemberger gesucht. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 39. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Petitschrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 64. Jahrgang. | Freitag, 8. Februar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 6. Februar. Se. Majestät der König hat die von der Aktiengesellschaft „Kammgarn-Spinnerei Kaiserslautern“ in der außerordentlichen Generalversammlung der Aktionäre vom 15. Dez. v. J. gefaßten Beschlüsse, durch welche ihre Gesellschaftsstatuten mit den Bestimmungen des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches mehr in Uebereinstimmung gebracht werden, mit einigen Modifikationen genehmigt. Die neue Fassung der Statuten wird mit der genehmigenden Entschließung durch das Kreisamtsblatt der Pfalz bekannt gemacht werden.

Se. Maj. der König hat die kathol. Pfarrei Egglham, Bezirksamts Pfarrkirchen, dem Priester J. Schmidseder, Pfarrer in Aicha v/W., Bezirksamts Passau, übertragen; auf die durch das Ableben des Kanonikers Priester Fr. Lerpert und durch das sofort stattfindende Vorrücken der jüngeren Kanoniker in Erledigung gekommene einte Kanonikatsstelle in dem Metropolitan-Kapitel zu Bamberg den Priester Fr. Henning, kathol. Stadtpfarrer, Dekan und Distriktsschulinspektor zu Ansbach, ernannt; die kath. Pfarrei Lube, Bezirksamts Neustadt a/W.N., dem Priester W. Schamberger, Pfarrer und Distriktsschulinspektor in Bisseck, Bezirksamts Amberg, übertragen; auf das im Forstamte Pirmasens in Erledigung gekommene Revier Lemberg den Aktuar des Forstamts Feuchtwangen, Friedrich Sichermann, zum prov. Revierförster, und auf das im Forstamte Kronach in Erledigung gekommene Revier Rieblich den Aktuar des Forstamtes Weilheim, S. Rauchenberger, zum prov. Revierförster ernannt.

Die nachgesuchte gegenseitige Versetzung der k. Forstwarte Fr. Fleißmann zu Lauenstein, Forstamts Kronach, und A. Bettenzel zu Schönbrunn, Forstamts Ebrach, wurde genehmigt.

Durch die Beförderung des k. Forstamtsaktuars Fr. Sichermann zum k. Revierförster in Lemberg ist ein Aktuarsposten am Forstamte Feuchtwangen, und durch Beförderung des k. Forstamtsaktuars S. Rauchenberger zum k. Revierförster in Rieblich ein Aktuarsposten am k. Forstamte Weilheim in Erledigung gekommen.

München, 5. Jan. Die k. Staatsregierung hat die Wahrnehmung gemacht, daß in den Rechnungen der Staatsschuldentilgungs-Kassen zahlreiche Beträge an zum Theil verjährten, theils noch unerhobenen und bis zur Verjährung vorerst noch als Rückstände fortgeführten Zinsen aus Stiftungs-Kapitalien ausgewiesen sind. Die kgl. Staatsministerien des Innern beider Abtheilungen haben deßhalb mit Entschließung vom 4. d. M. die k. Kreisregierungen, Kammern des Innern, beauftragt, die unmittelbar untergeordneten Magistrate und Stiftungsverwaltungen zur sofortigen Erhebung der noch ausständigen Zinsen aus Staats-Passivkapitalien oder zur Beseitigung der entgegenstehenden Hindernisse anzuhalten, den Vollzug der rechtzeitigen Erhebung jener Zinsen bei der Rechnungsprüfung zu überwachen und gegebenen Falls die Haftungsverbindlichkeit der betreffenden Stiftungsverwalter in Anspruch zu nehmen. In gleichem Sinne haben die Distriktsverwaltungsbehörden an die ihnen untergeordneten Stiftungsverwaltungen die geeigneten Weisungen zu erlassen und deren Vollzug zu überwachen. (Bayer. Z.)

München, 6. Febr. Dem Abschlusse der Wiener Zollverhandlungen haben sich neuerdings doch wieder Schwierigkeiten entgegengestellt, so daß, wie wir hören, die Kommission sich einstweilen vertagt hat. Indessen ist zu hoffen, daß es weiterhin doch noch gelingen werde, die mannigfachen Schwierigkeiten, mit welchen diese Angelegenheit zu kämpfen hat, zu überwinden, und ein, für den Zollverein wie für Oesterreich wünschenswerthes Resultat zu erzielen. (Bayer. Ztg.)

München, 5. Febr. In der gestern stattgehabten Ausschußsitzung der Kammer der Reichsräthe wurde über den Vortrag des Referenten Dr. v. Ringelmann bezüglich des Gesetzentwurfs, das Ungehorsamsverfahren betr., diskutirt. Der Justizminister erklärte, daß eine allgemeine Revision der Strafprozeßordnung wegen der dabei nothwendigen organisatorischen Einrichtungen die Vollendung der Civilprozeßordnung voraussetze, daher ein fragmentarischer Gesetzentwurf zur Hebung eines großen Mißstandes angezeigt gewesen sei. Reichsrath v. Heintz wies nach, wie es gekommen, daß er im Jahr 1859 den Grundsätzen des gegenwärtigen Entwurfes beipflichtete, während er jetzt Bedenken dagegen hege. Seit jener Zeit seien in der Strafprozeßgesetzgebung mancherlei Veränderungen eingetreten, welche eine vollständige Wiedereinführung des französischen Systems unthunlich machen; auch habe sich das Bedürfniß der Vertheidigung bei uns eingelebt. Der Justizminister erwiderte hierauf, die seit 1859 eingetretenen Veränderungen könnten keinen alterirenden Einfluß äußern auf die gegenwärtigen Vorschläge, und wenn auch das Bedürfniß der Vertheidigung sich eingelebt habe, so sei es doch Aufgabe der Staatsregierung, den Mißbräuchen, welche damit getrieben werden, entgegenzuarbeiten. Durch den Entwurf werde der bayerische Strafprozeß mit dem pfälzisch-französischen in Einklang gebracht, und der letztere sei ja die Quelle der bayerischen Gesetzgebung vom Jahre 1848 gewesen. Herr v. Maurer äußerte sich im Sinne des Entwurfs. Zur speziellen Diskussion übergehend beantragte Herr v. Heintz den ganzen Art. 1 (Ausschluß der Vertheidigung für einen Ausgebliebenen, dagegen Prüfung der etwa vorgebrachten Entschuldigungsgründe, demnach entweder Vertagung oder Verhandlung ohne Vertheidiger) zu streichen, welcher Antrag jedoch mit 4 gegen 1 Stimme abgelehnt wurde. Ein weiterer Antrag des Herrn v. Heintz zu Art. 2 wurde von ihm selbst wieder zurückgezogen. Vor dem Art. 3 will Reichs-

Feuilleton.

Vermischtes.

(Frankfurter Pferdemarkt.) Pferde sind die schönsten und nützlichsten Hausthiere, ihr Gebrauch, ihre Verwendung zu allen möglichen Zwecken hat trotz der Eisenbahnen immer mehr zugenommen und so kann es nur erfreulich sein, daß der im vorigen Herbste durch damalige Zeitverhältnisse ausgesetzte Frankfurter Pferdemarkt dieses Frühjahr am 8. 9. und 10. April wieder in bekannter glänzender Weise abgehalten wird. Renommirte Händler aus verschiedenen Orten werden mit großen Zügen von Luxus- und Gebrauchspferden hier eintreffen, die Prämiirung der besten und schönsten Thiere wird am 8. April, die Verloosung von Pferden, Wagen, Reit- und Fahrzeug am 10. April Abends stattfinden. Pferdefreunde, Kenner und Liebhaber werden reiche Augenweide haben und wird der Verkehr in Kauf und Verkauf von dem Comite in bisheriger aufmerksamer Weise gefördert.

Paris, 5. Februar. Der „Moniteur“ veröffentlicht das am 2. Dez. 1866 zwischen Frankreich und Peru geschlossene Abkommen über die Einfuhr von peruanischem Guano und Borax in Frankreich. Der peruanische Guano geht zollfrei in alle Häfen Frankreichs und der französischen Colonien ein und kostet per Tonne von 1000 Kil. 300 Frs. Eine Erhöhung oder Verminderung dieses Preises kann in Folge und im Verhältniß einer Veränderung des allgemeinen Marktpreises für Europa eintreten. Peruanischer Borax geht im Rohzustand zollfrei und mit 5 pCt. ad valorem Zoll, wenn er halbraffinirt ist, gleichviel unter welcher Flagge, in Frankreich ein.

Madrid, 4. Februar. Die „Epoca“ meldet, daß in Folge eines zwischen Spanien und Portugal abgeschlossenen Vertrages, die Briefe nunmehr zu einem und demselben Portosatz in der ganzen Halbinsel befördert werden sollen.

(Erdsturz). Aus Bern wird der „K. Z.“ unter dem 31. Januar geschrieben, daß in der Gemeinde Feternes im Chablais sich in Folge starker Regengüsse ein ca. 35 Hektaren umfassendes Stück Erdboden in Bewegung gesetzt hat, wodurch das Dorf Planta vollständig in zwei Hälften getheilt ist. Viele Häuser sind durch diesen Erdrutsch in Trümmer gelegt, eine Menge Bäume und andere Gegenstände in den Abgrund, der sich gebildet hat und in welchem schwarzes Wasser einherbraust, verschwunden. Auch das Bett des dort fließenden Baches hat sich vertieft und wälzt in seinem zu einem Strom gewordenen Gewässer dunkle Erdmassen einher. Letzten Nachrichten nach ist die Erde noch immer in Bewegung, so daß noch größere Verheerungen drohen. Die Behörden haben sich an Ort und Stelle begeben, um zu untersuchen, was zu thun ist, um weiteres Unheil abzuwenden. In den 20er Jahren hat sich in dortiger Gegend ein ähnliches Unglück, jedoch von nicht so großen Dimensionen, ereignet.

Digitized by Google

rath v. Maurer folgende Bestimmung eingeschaltet wissen: „Wenn der Beschuldigte ungeachtet richtig geschehener Ladung weder in Person, noch durch einen bevollmächtigten Vertreter erscheint, so bleiben ihm jedenfalls die durch sein Nichterscheinen veranlaßten Kosten zur Last. Im Falle der Zahlungsunfähigkeit kommen die Bestimmungen über die Umwandlung der Geldstrafen in Gefängniß oder Arrest, auch bei der Erhebung der Kosten in Anwendung". Diesen neuen Artikel erklärte der Justizminister für bedenklich, und der Ausschuß lehnte mit 4 gegen 1 Stimme ihn ab. Als Anfangstermin wurde nach dem eventuellen Vorschlag des Referenten auf eine Erklärung des Justizministers der 1. Juli 1867 eingesetzt. (N. C.)

München, 5. Febr. Die Tagesordnung für die auf Donnerstag den 7., Vormittags 11 Uhr, angesetzte zwölfte Sitzung der Kammer der Reichsräthe enthält: Berathung über den Gesetzentwurf, das Ungehorsamsverfahren betr.; Vortrag des Entschuldigungen-Ausschusses; Vortrag über den Antrag des Grafen v. Waldeghem ꝛc. auf Abänderung des Gesetzes, den Geschäftsgang betr., und Anzeige des IV. Ausschusses über die Beschwerde des Nik. Bätz von Hofheim wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte.

München, 5. Febr. Eine Umbildung, oder doch wenigstens eine wesentliche Erweiterung, unserer Kammer der Reichsräthe wird seit Jahren im Lande ziemlich allgemein für nothwendig gehalten; zu den wenigen, welche diese Nothwendigkeit nicht erkennen, gehören jedenfalls die HH. Reichsräthe Graf v. Waldeghem, v. Niethammer und Frhr. v. Thüngen. Diese Herren haben — zum Zweck die Constituirung und die Beschlußfähigkeit der hohen Kammer zu erleichtern — einen Antrag auf Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes über den Geschäftsgang eingebracht, an dessen Schlusse sie bemerken: „Wir haben uns in unserem Antrag auf die nothwendigen Verbesserungen im Geschäftsgange der hohen Kammer der Reichsräthe beschränkt, und wir haben es mit voller Ueberlegung vermieden, auf eine Erweiterung oder Umbildung derselben einzugehen, die kaum (??) durchzuführen wäre, ohne das Prinzip, auf das sich die Stellung der ersten Kammer gründet, zu ändern, oder doch zu modifiziren. Wir wollen demnach auch hier mit der einzigen Bemerkung schließen, daß eine Umbildung des Reichsraths und die damit verknüpfte Aenderung der prinzipiellen Grundlagen desselben kaum zum Segen des Landes gereichen möchten, daß sie aber jedenfalls nur dann in Betracht kommen könnten, wenn bei einer Revision der ganzen Verfassung dem Fortbestand des erwähnten Prinzips auf andere Weise Rechnung getragen würde." — Der Gesetzentwurf bezüglich der Kriegslasten-Ausgleichung wird in der Kammer der Abgeordneten am nächsten Freitage zur Berathung kommen. (Allg. Ztg.)

Stuttgart, 5. Febr. Die gestrige Sitzung der süddeutschen Ministerkonferenz soll sechs Stunden gedauert haben. Im Publikum erzählte man sich von Differenzen, die sich in Folge der im preußenfreundlichen Sinne vorgeschrittenen Haltung Badens ergeben hätten. Es scheint aber doch ein einmüthiges Resultat in Aussicht zu stehen, da der Schluß der Sitzungen auf heute und die Abreise der fremden Theilnehmer auf morgen anberaumt geblieben ist. Wenn man annehmen darf, daß für den derzeitigen Lenker der südstaatlichen Politik, den Fürsten Hohenlohe, die Hauptabsicht bei der Konferenz darin bestand, eine österreichische oder gar französische Politik der südlichen Höfe moralisch unmöglich zu machen, so dürfte auf der Konferenz für diesen Zweck viel erreicht worden sein. (A. Z.)

Frankfurt, 5. Februar. Vom Zuchtpolizeigericht wurden heute wieder vier Nummern auswärtiger Zeitungen, nämlich der Stuttgarter „Beobachter", Nr. 11 („Alles verloren, nur die Ehre nicht") und 12 („Was wir aus Bayern zu erwarten haben") und die „Neue Bad. Landesz." Nr. 12 („Zwei Tage in Berlin" und 21 (Corresp. aus Leipzig) zur Unterdrückung und Vernichtung verurtheilt. Die Anklage lautete auf Verletzung der Ehrfurcht gegen den König und auf strafbare Angriffe gegen die Regierung und deren Anordnungen. (Allg. Ztg.)

Berlin, 5. Febr. Die Ablehnung des Gesetzes, welches die Versetzung von Justizbeamten aus den neuen Landestheilen in das alte Preußen forderte, verstand sich für die eigentlich liberalen Fraktionen des Abgeordnetenhauses von selbst. Einmal eilt es mit solchen Bestimmungen nicht, denn dort wie hier finden sich genug geeignete Kräfte zur Besetzung von Vakanzen, und dann müssen, was wichtiger ist, erst Vorbedingungen geschaffen werden, von denen heute noch keine einzige vorhanden ist. Einmal haben die neuen Gebiete, ehe über ihre Richter wesentliche Bestimmungen getroffen werden, sich in dem preußischen Abgeordnetenhause erst vertreten zu lassen, und dann drängt sich, ehe die Neuerung Platz greift, als gebieterische Nothwendigkeit die Reorganisation des Obertribunals auf, wobei selbstredend wiederum das Votum des Landtags mit in Betracht kommen muß. Sehr richtig hob Twesten, der in solchen Sachen sich die Unbefangenheit seines Urtheils bewahrt hat, hervor, daß es der Machtvollkommenheit des Justizministers zu viel einräumen heiße, wenn man ausschließlich in seine Hand die Versetzung von Richtern legt. Die Versetzung von Richtern ist gar nicht preußisches Recht. Sie geht nur dann vor sich, wenn der Betreffende selbst damit einverstanden ist, und was in dieser Beziehung hier Gesetz ist, muß es auch auf alle Zeiten in den neuen Gebieten bleiben. Es überrascht, daß für den Gesetzentwurf auch die Altliberalen mit den Konservativen stimmten. Simson, wenn er anwesend gewesen wäre, würde jedenfalls gegen seine Fraktion gestimmt haben. — Die ministeriellen Organe legen der gestrigen Rede des Ministers v. Bismarck über die Parlamentsberichte eine große politische Tragweite bei, die sie allerdings auch hat. Sie versichern im Weiteren, Preußen werde keinerlei Exzesse des Parlaments zugeben. Das Publikum ist auf alles Das nach der gestrigen Ministerrede vorbereitet gewesen. (Fr. J.)

(Sitzung des Herrenhauses vom 4. Februar.) Auf der Tagesordnung steht der Bericht der Kommission für Eisenbahnen über den Gesetzentwurf, betreffend die Vermehrung des Betriebsmaterials, die Herstellung doppelter Bahngeleise und nothwendige Ergänzungsanlagen der Staatsbahnen, die Verlegung der Verbindungsbahnen zu Berlin und zu Breslau und die Herstellung einer Eisenbahn von Ditterbach nach Altwasser und von Saarbrücken nach Saargemünd. Die Kommission beantragt, den ganzen Gesetzentwurf mit der von ihr dem § 6 gegebenen Fassung anzunehmen: „Jede Verfügung der Staatsregierung über die Verbindungsbahn zu Berlin, die Eisenbahn von Ditterbach nach Altwasser und von Saarbrücken nach Saargemünd durch Veräußerung, bedarf der Zustimmung der Landesvertretung." Graf Rittberg vertheidigt die Aenderung des § 6, die lediglich darin bestehe, daß an Stelle des vom Abgeordnetenhause angenommenen Antrages Vincke der abgelehnte Antrag des Abg. Grafen Renard getreten sei. Bürgermeister Baumstark: Man werfe dem Abgeordnetenhause vor, daß es in die Exekutive einzugreifen suche, sei aber den Beweis schuldig geblieben. In dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses stünden indessen zwei Worte, die Bedenken erregen, nämlich, daß nicht nur die Veräußerung, sondern auch die „Verpachtung" der bezeichneten Bahnen der Zustimmung der Landesvertretung bedürfe. Er beantrage demnach, in dem § 6 die Worte: „oder Verpachtung" zu streichen. Mit diesem Verlangen gehe das Abgeordnetenhaus zu weit. Im Uebrigen aber sei dasselbe vollkommen in seinem Rechte. Minister-Präsident Graf Bismarck: Der Gesetzentwurf sei nicht nur nützlich, sondern dringend nothwendig, und die Regierung müßte es sehr bedauern, wenn prinzipielle Streitigkeiten das Zustandekommen des Gesetzes verhindern sollten. Die Regierung habe keineswegs die Absicht, irgend eine Eisenbahn zu veräußern. Die meisten Eisenbahnen gehörten zu der Kategorie, in welche die westphälische Eisenbahn gestellt werden müsse, und das Verfahren, welches

---

(Perlfischerei.) Berichten aus Panama zufolge ist kürzlich in New-York ein Unternehmen organisirt worden, das unter dem Titel „Pacific Pearl Company" beabsichtigt, die Perlen-Inseln, etwa 30 Meilen von Panama, erfolgreich auszubeuten. Ein zur Fahrt unter dem Wasser eingerichtetes Boot für 10—12 Mann konstruirt und so angelegt, daß es, sobald dieses nöthig, in einem Augenblick in die Tiefe oder an die Oberfläche geht, ist in Panama eingetroffen. Die Gesellschaft geht mit dem Plane um, in einigen Wochen ihre Operationen zu eröffnen.

(Eine saubere Familie.) In Kronstadt wurde am 26. Januar auf dem dortigen Galgenberge Nagy Lajos hingerichtet. Derselbe, 35 Jahre alt, hatte einen vierfachen Raubmord begangen. Er stammt aus einer berüchtigten Räuberfamilie, sein Großvater und 2 Brüder endeten ihr Leben am Galgen, der Vater sitzt wegen schwerem Verbrechen im Kerker zu Szamos-Ujvar. Der Mörder hatte sich durch die Flucht der verdienten Strafe längere Zeit entzogen, bis es der Gensd'armerie gelang, ihn aufzugreifen und der Behörde zu überliefern. Er hatte bis zur letzten Minute Hoffnung, begnadigt zu werden, weßhalb er auch ziemlich gefaßt, den Weg zum Hochgericht zurücklegte. Er hinterläßt fünf Kinder.

(Mordversuch.) In Amedorf (Hannover) hat, den „Hn. A." zufolge, eine Bauerfrau ihren erst vor einem Jahre geheiratheten Mann erst mit Phosphor-Pfannekuchen zu vergiften gesucht; dann, da das Gift unschädlich ausgebrochen wurde, Jemanden gedungen, mit schriftlichem Contrakte für 50 Thlr. ihren Mann todtzuschießen. Der gemiethete Mörder trug aber den Contrakt zu Gericht, worauf die Verhaftung der Frau stattfand.

die Regierung dieser Bahn gegenüber angewendet habe, werde betreffenden Falls stets wiederholt werden. Der Unterschied in der prinzipiellen Auffassung sei also in der That ein sehr geringer, aber die Regierung könne sich trotzdem nicht entschließen, ein System gut zu heißen, welches die Ausführung nützlicher Ausgaben von einer Interpretation von Verfassungsbestimmungen abhängig machen würde. Sie könnte sich allenfalls entschließen, dem Prinzip bezüglich der Köslin-Danziger Bahn und der andern neu zu bauenden Bahnen beizutreten, aber nicht in der weiteren Ausdehnung auf die bereits vorhandenen Bahnen. Die Regierung wolle, wie gesagt, keine Bahn veräußern, denn sie verkenne in keiner Weise die große Wichtigkeit eines solchen Staatseigenthums. Wenn die finanzielle Hülfsquelle, welche die Regierung in der Köln-Mindener Bahn gehabt habe, nicht gewesen wäre, so würde die Politik des vorigen Jahres nicht möglich gewesen sein ohne finanzielle Wagnisse, welche einzugehen die Regierung vielleicht Bedenken getragen haben würde. Die Regierung habe sich damals, als ihr die Opposition des Abgeordnetenhauses so schroff gegenüber getreten sei, als man für die Wahl die Bedingung gestellt habe, keine Anleihe zu bewilligen, zur Veräußerung der Köln-Mindener Bahn entschließen müssen, aber sie gebe sich der Hoffnung hin, daß niemals eine Zeit wiederkehren werde, in welcher der Opposition der Krieg gegen das eigene Ministerium wichtiger sein würde, als der gemeinsame Krieg gegen das Ausland. Freilich sei es nicht gut, daß nach Schließung des Konflikts, die mit Freuden begrüßt worden, jetzt ein prinzipieller Streit ausgebrochen sei, von dem die Regierung glaube, daß sie sich am Interesse des Landes versündigen würde, wenn sie die Ausführung einer nützlichen Anlage von Verfassungsinterpretationen hätte abhängig machen wollen. Wenn die Regierung Dies gethan hätte, dann würde man ihr mit Recht vorwerfen dürfen, daß sie konfliktbedürftig sei, aber die Regierung habe den Streit nicht gesucht. Daß ihn das Abgeordnetenhaus nicht vermieden habe, sei jedenfalls eine entmuthigende Erfahrung. Die Regierung müsse es vorziehen, lieber die nützlichen Ausgaben zu unterlassen, lieber das doppelte Geleise der Ostbahn, so nothwendig es sei, für jetzt aufzugeben und die Gefahren der Berliner Verbindungsbahn fortbestehen zu lassen, als das streitige Prinzip anzuerkennen. Wenn der Vorredner die Bestimmung über etwaige Verpachtungen von Eisenbahnen einen Eingriff in die Verwaltung nenne, so könne ihm darin nur beigestimmt werden. Im Uebrigen sei es nach Allem, was in der letzten Zeit geschehen, kaum begreiflich, daß man der Regierung mit solchem Mißtrauen entgegentreten und namentlich ihr zutrauen könne, daß sie ein Staatseigenthum, dessen Nutzen sie so hoch anerkenne, wie die Staatsbahnen, jemals veräußern möchte. (Lebhaftes Bravo.) Nachdem die Generaldiskussion geschlossen, ward § 1—5 der Vorlage angenommen. Ueber § 6 entspinnt sich eine längere Debatte. Derselbe wird in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung angenommen (die Fassung des Abgeordnetenhauses abgelehnt). § 7 und das ganze Gesetz werden hierauf gleichfalls angenommen. Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Gesetzentwurf betreffend den Schutz wahrheitsgetreuer durch die Presse erstatteter Berichte über die parlamentarischen Verhandlungen des Reichstags des norddeutschen Bundes. Die Kommission hat mit 9 gegen 3 Stimmen beantragt, dem Gesetzentwurfe, der sich an den § 38 des Preßgesetzes anschließt und am 22. Januar ohne Widerspruch weder Seitens eines Abgeordneten noch Seitens der Regierung vom Abgeordnetenhause genehmigt worden ist, zuzustimmen. Graf Brühl führt aus, daß das Abgeordnetenhaus durch Aufnahme des Wortes „Aeußerungen" in den Paragraphen, welcher die Redefreiheit der Reichstagsabgeordneten schützen soll, den von ihm so heftig bekämpften Obertribunalbeschluß indirekt anerkannt habe. Aber gerade die Aufnahme dieses Ausdruckes veranlasse ihn, gegen den Kommissionsantrag zu stimmen, da das Gesetz in dieser Fassung die Verbreitung aller möglichen durch das Wort begangenen Verbrechen gestatte. Ministerpräsident Graf Bismarck: Die Staatsregierung hat bezüglich der Redefreiheit im Reichstage des norddeutschen Bundes Alles gethan, was von ihr gewünscht worden ist. Hinsichtlich der durch die Presse erstatteten Berichte aber verhält sich die Sache anders. Man darf nicht übersehen, daß diese Berichte einem großen und viel weniger urtheilsfähigen Publikum zugehen, als Dasjenige ist, an welches die Reden von der Tribüne aus gerichtet werden, auch finden die Reden der Abgeordneten auf derselben Tribüne ein Korrektiv durch die Möglichkeit der Widerlegung. Dieses fehlt der großen Menge, die gewöhnlich nur eine Zeitung liest, in der die extremsten Aeußerungen besonders hervorgehoben werden. Die Regierung fürchtet nicht die Berichte, sie wünscht aber eine gleiche Vertheilung von Sonne und Wind und hält daher ein Korrektiv durch das Strafgesetz für durchaus nothwendig. Die Entwickelung der Verfassung und die öffentliche Ruhe wird schwerlich dadurch gefördert, daß das den Abgeordneten bewilligte Privilegium der Redefreiheit auf die Presse ausgedehnt wird. Noch ist bei uns das Parteiwesen nicht so entwickelt, wie in anderen konstitutionellen Ländern, und manchem Wählerkreise steht noch das Vaterland höher als die Partei. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß nicht die schlimmsten Redner gewählt werden, dennoch aber sind bereits Kandidaten genannt, die sich vom Vaterlande schamlos losgesagt, von denen man erwarten kann, daß sie bei der ehernen Stirn, welche diese Leute haben, unter dem Schutze der Unverantwortlichkeit die strafbarsten Zeitungsartikel veranlassen würden. Die Regierung kann aber nicht wünschen, daß die Vervielfältigung derartiger Reden ungestraft erfolge. Hr. v. Bernuth (Justizminister unter der „neuen Aera") erinnert daran, daß die preußische Verfassung ganz dieselbe Bestimmung enthalte, wie solche jetzt vom Abgeordnetenhause in Bezug auf das deutsche Parlament dem Herrenhause übersandt worden sei. Einzelne Elemente der Art, wie sie der Ministerpräsident charakterisirt habe, würden von der großen Mehrheit Besserer unterdrückt werden. Gegen Ausschreitungen werde die Presse selbst das geeignetste Korrektiv sein. Ministerpräsident Graf Bismarck: In Preußen ist das vom Vorredner erwähnte Gesetz verfassungsmäßig vorhanden; handelte es sich darum, dasselbe erst festzustellen, so würde ich ebenso dagegen sein, wie jetzt gegen die Ausdehnung auf das Parlament. Uebrigens halte ich es nicht für unwesentlich, wenn ein Abgeordneter seine im Interesse eines anderen Staates gehaltenen Reden straflos durch Hunderttausende von Zeitungsexemplaren verbreiten kann. Hr. v. Senfft-Pilsach glaubt, daß im Parlamente Aeußerungen vorkommen werden, von denen man dringend wünschen würde, dieselben blieben in dem Raume des Hauses und würden nicht weiter in Tausenden von Exemplaren unter das Publikum verbreitet, welches doch in keiner Weise urtheilsfähig sei. Hr. v. Kleist-Retzow spricht sich in ähnlichem Sinne aus. Die Debatte wird geschlossen. Nach einer kurzen Empfehlung des Kommissionsantrages durch den Referenten Heffter wird das Gesetz mit allen gegen höchstens 10 Stimmen abgelehnt.

Wien, 5. Febr. Der „Wanderer" sagt, daß täglich Minister-Conferenzen gehalten würden, an welchen Graf Andrassy theilnehme; er befürwortet auf das Wärmste, die Vorlage der Vereinbarung mit Ungarn konstitutionell zu behandeln und, insoweit sie gemeinsame Angelegenheiten betreffe, der legalen Vertretung diesseits der Leitha zu unterbreiten. Kellersperg, der angeblich zum Verwaltungsminister ausersehen sein soll, ist hier eingetroffen.

Wien, 6. Febr. Die heutige „Wiener Zeitung" bringt eine kaiserliche Verordnung, durch welche die Gesetze zum Schutze persönlicher Freiheit und des Hausrechts in Südtyrol außer Wirksamkeit gesetzt werden, weil durch neuerliche Unruhen die öffentliche Sicherheit daselbst in hohem Grade gefährdet erscheint.

Wien, 4. Febr. Die Führer der deutsch-österreichischen Verfassungspartei treten noch in dieser Woche beim Frhrn. v. Pratobevera in Wien zu einer Konferenz zusammen. Die Konferenz wird nach den bereits eingelangten Zusagen aus Brünn, Prag, Linz, Graz rc. noch vollständiger sein, als es die erste vor den Wahlen war. — Die „Neue Freie Presse" meldet, daß der Kaiser sich noch im Laufe dieses Monats nach Ofen begeben wird und daß die kaiserlichen Garden Befehl erhalten haben, sich stündlich zur Abreise nach der ungarischen Hauptstadt bereit zu halten. Es gilt als wahrscheinlich, daß die für nächsten Montag bevorstehende Eröffnung der Session der deutsch-slavischen Landtage auf kurze Zeit verschoben werden wird, da das Ministerium sich konstituiren muß, um mit einer die neue Politik verkündenden Botschaft vor die Landtage treten zu können.

Paris, 4. Febr. Durch Decret vom 1. Febr. ist die französische Bank ermächtigt worden, Filialbanken in Auxerre, Lorient, Montauban, Perpignan, Rhodez und Saint-Brieuc zu errichten.

Paris, 4. Febr. In den Tuilerien fand diesen Nachmittag um 1 Uhr unter dem Präsidium des Kaisers die große Plenarsitzung des Staatsraths behufs letzter Durchberathung des Reorganisationsentwurfs statt. Marschall Niel wohnte selbstverständlich der Sitzung bei. In sachverständigen Kreisen zuckt man über den neuen Entwurf die Achseln und prognostizirt demselben, wie seinem Vertreter, einen harten Stand vor den Kammern. — Einer der ersten Gesetzentwürfe, welche den Kammern vorgelegt werden sollen, wird die Naturalisation der Ausländer betreffen, welche zu erlangen, der vorgängige Aufenthalt in Frankreich von zehn auf fünf Jahre herabgesetzt werden soll. — Einem Telegramme aus Beyrut zufolge sollte sich Joseph Karam am 31. Januar daselbst auf der Korvette „Prometheus" einschiffen. Marschall Mac-Mahon, von dessen bevorstehendem Eintreffen verständigt, wird ihm die Stadt Konstantine zur Wohnung anweisen lassen, aus welcher sich Karam ohne behördliche Genehmigung nicht entfernen darf. Es wird ihm demnächst eine Anzahl maronitischer Familien, ungefähr 200 Köpfe stark, folgen, denen die französische Regierung unentgeltlich Ländereien in der Provinz Konstantine überläßt. Man

verspricht sich von ihnen einen günstigen Einfluß auf die arabische Bevölkerung. (Wie das „Pays“ erfährt, ist Joseph Karam bereits in Algerien eingetroffen.) (Allg. Ztg.)

Paris, 5. Febr. Die Notabilitäten der Thiers-Partei sind überzeugt, daß noch während des Verlaufs der gegenwärtigen Session ihre Zeit kommen werde; schon die Nothwendigkeit der neuen Lage erheische neue Männer. Unter den Einwendungen, welche von den Gegnern der Ministerveränderung, und insbesondere gegen die Ernennung von Emil Ollivier, vorgebracht worden sind, ist eine, die einen besonderen Eindruck auf den Kaiser hervorgebracht haben soll. Es wurde geltend gemacht, daß der Eintritt Ollivier's eine neue Wahl in Paris nothwendig machte, daß man der Opposition zu einem neuen Siege verhelfen würde, was im gegenwärtigen Augenblicke doppelt empfindlich wäre. Nun erfahre ich heute, die Regierung gehe mit der Absicht um, vom gesetzgebenden Körper die Abschaffung der Incompatibilität zwischen dem Ministerposten und dem Mandate eines Deputirten zu verlangen. Es wäre nicht unmöglich, daß dem Kaiser bei diesem Gesetzvorschlage die Eventualität von Ministerveränderungen in liberaler Richtung vorschwebe. — Wie aus Berlin dem „Etendard“ telegraphirt wird, ist zwischen Preußen und Oesterreich eine Annäherung sowohl in Bezug auf die deutsche als auch auf die orientalische Frage erfolgt. Was die letztere betrifft, so wird auch mir aus guter Quelle versichert, daß Herr von Beust und Graf Bismarck einer Verständigung über die im Orient einzunehmende Haltung nahe seien. (Köln. Ztg.)

Aus den Niederlanden, 4. Febr. In den Sektionen beider Kammern der Generalstaaten waren von verschiedenen Seiten Bedenken über die Haltung der Regierung in der Limburgischen Frage und über die passive Stellung, welche das Kabinet in der Bundesliquidations-Angelegenheit genommen, geäußert worden. Die Regierung hat nunmehr in einer an die Sektionen der 1. Kammer gerichteten Denkschrift Erläuterungen bezüglich dieser Punkte ertheilt. Was die limburgische Frage anbelangt, so erklärt die Regierung, sie habe nicht den Standpunkt genommen, um die Trennung Limburg's von dem deutschen Bunde anzusuchen, sondern vielmehr den Standpunkt, die Trennung als bereits durch den deutschen Bürgerkrieg und dessen Folgen bestehend und vollzogen zu konstatiren; sie betrachte eine internationale Sanktion der Trennung zwar als wünschenswerth, doch nicht als nothwendig. In Betreff der Liquidation des beweglichen Eigenthums des deutschen Bundes bemerkt die Regierung, sie nehme zwar bis jetzt an der mit diesem Gegenstande betrauten Kommission, welche in Frankfurt tage, nicht Theil, verliere jedoch das Interesse, welches die Niederlande bei diesem Gegenstande haben, nicht aus dem Auge. (N. Corr.)

Brüssel, 5. Febr. Die Unruhen zu Marchienne scheinen glücklich zu Ende zu sein. Am Montag gegen Abend fand nochmals eine Zusammenrottung statt, die aber durch eine Charge der Kavallerie zerstreut wurde. Man fürchtet, daß die Arbeiter der Kohlengruben, die dem Aufruhr hauptsächlich seinen schlimmen Charakter gegeben haben, etwa nochmals Unordnungen erregen möchten, und hat deshalb noch mehr Truppen herangezogen. Charleroi ist durch Zuzüge von Truppen aus Mons, Namur, Tournay und Brüssel stark besetzt, nachdem Anfangs die Nationalgarde unter Waffen gerufen war, die aber jetzt entlassen ist. Zwei Kohlenzechen zu Dampremy, zwei zu Marchienne und eine zu Monceau ruhen. In den Eisenwerken hat die Arbeit wieder begonnen. (K. Z.)

Neueres.

München, 7. Febr. Fürst Hohenlohe und der Kriegsminister Baron v. Pranckh sind von der Ministerkonferenz aus Stuttgart gestern Abend wieder hier eingetroffen.

Berlin, 6. Febr. Das Abgeordnetenhaus genehmigte die Eisenbahnanleihe mit dem Amendement Bonin, wonach die Zustimmung des Landtags bei der Veräußerung der im Gesetz genannten Eisenbahnen erforderlich sein wird. Die Regierung stimmte zu.

Florenz, 5. Febr. Die „Opinione“ dementirt die Nachricht, daß das Ministerium geneigt sei, das Projekt Scialoja's zurückzuziehen. Die Kammer der Abgeordneten hat den Vorschlag Arnuti's, eine Milliarde Francen in Papiergeld zu emittiren, verworfen. Ein anderer, die gesetzliche Gestattung mehrerer Banken betreffender Vorschlag wurde unter Zustimmung des Finanzministers Scialoja in Betracht gezogen. (A. Z.)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Op. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Anl. Met. v. 1852	$66\frac{1}{8}$ G.
„	5 pCt. Anl. Met. v. 1859	$61\frac{1}{8}$ P. $60\frac{7}{8}$ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$63\frac{3}{8}$ – $\frac{1}{4}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$46\frac{3}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$41\frac{5}{8}$ P 41 G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$95\frac{1}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$95\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$90\frac{1}{2}$ – $\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$90\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-E. dto.	$91\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	83 P.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$96\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$83\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$94\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$84\frac{3}{4}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$89\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$81\frac{1}{2}$ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$ pCt.	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$83\frac{3}{8}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$77\frac{1}{8}$ P.
„	6 pCt. ditto r. 1882	$76\frac{1}{4}$ – $\frac{1}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	$132\frac{1}{2}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	684—88 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	161—$60\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$90\frac{1}{2}$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$213\frac{1}{2}$ P. $212\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	—
Mitteldeutsche Kreditaktien	$92\frac{3}{4}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 24 kr	78 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	—
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	$110\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 24 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	106 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 5/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	$156\frac{1}{2}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$89\frac{1}{4}$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	110 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$47\frac{3}{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 5/7	$73\frac{7}{8}$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	—
3pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$46\frac{7}{8}$ P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$119\frac{5}{8}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	$119\frac{3}{8}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{5}{8}$ G
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{2}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{3}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{2}$ P
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{2}$ G
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P
London Lst. 10 k. S.	119—$\frac{1}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{2}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$92\frac{1}{4}$ P. 92 G.
do. in öst. W. l. S.	$92\frac{3}{4}$ P. 92 G.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$111\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$60\frac{3}{8}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 5/7	$68\frac{1}{2}$—$\frac{1}{8}$ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	120 G.
„ do. v. 1864.	$76\frac{7}{8}$—$\frac{1}{4}$ G.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$103\frac{3}{8}$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$10\frac{1}{8}$ P.
Badische fl. 35	$53\frac{3}{8}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55\frac{1}{2}$ P. $54\frac{3}{4}$ G
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$143\frac{3}{4}$ P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. S.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$28\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	33 P.
Ansb.-Gunzenh. [illegible]	$10\frac{3}{4}$ P.

Frankfurt, 7. Februar. Man ist heute wieder fester und animirter als gestern. Oesterr. Werthe haben sich von dem Rückschlag, den sie gestern erlitten, erholt und wickelte sich in denselben ein lebhaftes Geschäft ab. Die Börse, die jetzt wieder einmal an die Zukunft Oesterreichs und an dessen Reconsolidirung glaubt, vertheidigt hartnäckig die errungene Position gegen die Anläufe der Contremine. Amerik. waren sehr fest. Während bisher ein Heraufgeben des Newyorker Goldagios den Cours der 1882er kaum ungünstig beeinflußte, genügte heute ein kleine Besserung des Geld- und Bondskourses, um Amerikaner zu steigern, ein Beweis einerseits, daß wenig Material schwimmend ist, indem wohl längere Zeit keine Stücke herübergekommen, und andererseits, daß Bonds in letzter Zeit mehr in den Händen des Privatpublikums, als in denen der Spekulation liegen. Von Süddeutschen besonders Bayerische und Württemberger gesucht. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 40. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 9. Februar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 6. Februar. Se. Majestät der König hat die prot. Pfarrstelle zu Ludwigsstadt, Dek. gl. N., dem bisherigen Pfarrer in Aßlaau, Dek. Steben, O. T. K. Dietz, verliehen und demselben die damit verbundene Dekanatsfunktion übertragen; die protest. zweite Pfarrstelle zu Leipheim, Dek. gl. N., dem bisherigen Pfarrer in Reutti ob der Donau, Fr. G. B. Spranzer, und die prot. zweite Pfarrstelle in Schwabach, Dek. gl. N., dem bisherigen Pfarrer in Schwand, D. Fr. W. Donner verliehen; auf die erledigte Stelle eines Postverwalters zu Neustadt a. d. H. den Offizialen J. Schindler zu Bamberg, seiner Bitte entsprechend, befördert; den Abtheilungs-Maschinenmeister J. Dölzer in Lindau zum Maschinenmeister daselbst befördert, sodann die erledigte Abtheilungs-Maschinenmeistersstelle in Bamberg dem bisherigen Obermaschinisten E. Niedermeyer daselbst in provis. Diensteseigenschaft verliehen.

München, 7. Febr. Die Sanitätsbehörde in New-York hat sich unterm 8. Nov. v. J. veranlaßt gesehen, den Eigenthümern, Befehlshabern und Agenten der Schiffe, welche sich mit der Verbringung von Passagieren nach dem Hafen von New-York befassen, zwei Beschlüsse mitzutheilen, gemäß welchen die genannte Behörde nicht gestattet, daß 1) irgend ein einer ansteckenden Krankheit ausgesetzt gewesenes Kleidungsstück gelandet werde, ehe es vollkommen ventilirt und gereinigt worden ist, oder 2) irgend ein Bettstück in ihren Bezirk verbracht werde, welches während der Reise oder anderweitig dem Gifte von Typhus, typhösem Fieber, Blattern, Cholera oder sonstigen gefährlichen Krankheiten ausgesetzt war. Da diese Bestimmungen hauptsächlich auf diejenigen Schiffe sich beziehen, welche Auswanderer nach Amerika führen, so wurde durch Entschließung des k. Staatsministeriums des Innern vom 5. d. M. die Veröffentlichung derselben in den Kreisamtsblättern angeordnet. (Bayer. Ztg.)

A. C. **München,** 7. Februar. In der heutigen Sitzung der Kammer der Reichsräthe, welcher 41 Mitglieder dieser Kammer anwohnten, erstattete Hr. v. Maurer für den von der Sitzung entschuldigten Dr. v. Ringelmann Vortrag über den Gesetzentwurf, das Ungehorsamsverfahren in den zur Zuständigkeit der Schwurgerichte und Bezirksgerichte diesseits des Rheins gehörigen Straffällen betr. und beantragte Zustimmung zu dem Entwurfe, dessen Hauptgrundsätze folgende sind: 1) es soll in Ungehorsamsfällen die Vertheidigung des Angeschuldigten ausgeschlossen und nur im Allgemeinen gestattet sein, die Entschuldigungsgründe für das Nichterscheinen vorzubringen; 2) dem contumacialiter Verurtheilten soll freistehen, sich sofort entweder des Rechtsmittels des Einspruches oder der Nichtigkeitsbeschwerde beziehungsweise der Berufung zu bedienen. Hr. v. Heintz, der diese Bestimmungen schon vor Jahren beantragt hatte, aber damals mit seinen Vorstellungen nicht durchgedrungen war, empfahl die Zustimmung zu diesem Gesetze. Im Laufe seines längeren Vortrages, dem die Kammer mit gespannter Aufmerksamkeit folgte, ließ Herr Redner mehrere Wünsche hinsichtlich einer Revision der Strafprozeßordnung vernehmen, von denen wir den einen hervorheben, daß in Bezug auf die Aburtheilung von Preßvergehen, sollte der Zweck der Strafrechtspflege nicht gänzlich verfehlt werden, eine schnellere Prozedur stattfände, daß bei solchen Vergehen nicht von einer Schwurgerichtsperiode zur andern gewartet, sondern daß hiefür „Schwurgerichte ad hoc" niedergesetzt würden. Der Justizminister erklärte das vorliegende Gesetz für höchst dringlich, träte es ins Leben, so würden die Gerichte von einem großen Theile ihrer lästigsten Arbeiten enthoben werden, denn unläugbar sei mit den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen arger Mißbrauch getrieben worden. Nur dadurch, daß der Angeklagte gewissermaßen gezwungen werde, persönlich vor dem Gerichte zu erscheinen, sich den Zeugen gegenüber zu stellen rc., sei es möglich, das materielle Recht zu finden, sei es nun zu Gunsten des Angeklagten oder zu seinem Nachtheile. Bis zur Revision der Strafprozeßordnung die Angelegenheit zu verschieben (wie der II. Hr. Präsident Frhr. v. Thüngen vorschlug), sei nicht rathsam, denn so wünschenswerth diese Revision sei — und sie werde nicht ausbleiben — so könne doch nicht wohl erwartet werden, daß man sie Angesichts der vielen gegenwärtig vorliegenden legislatorischen Arbeiten schon in kurzer Zeit in Angriff nehmen werde. Bei der Abstimmung wurde der Art. 1, (der beim Kontumazialverfahren die Nichtzulassung eines Vertheidigers ausspricht) mit allen gegen 6 Stimmen (Thüngen, Fugger-Hoheneck, Pappenheim, Frankenstein, Deroy, Lerchenfeld) und schließlich der ganze Entwurf in der Fassung des Ausschusses einstimmig angenommen. — Nachdem Frhr. v. Aretin Vortrag erstattet hat über die von mehreren Mitgliedern wegen bisherigen Nichterscheinens eingereichten Entschuldigungen (einige der h. Herren erhalten noch auf kurze Zeit Urlaub, Fürst Löwenstein wird für die Dauer dieser Session als ausgetreten betrachtet) folgt Vorberathung über einen von Frhrn. v. Thüngen, v. Niethammer und v. Maldeghem eingebrachten Antrag auf Abänderung des Gesetzes, den Geschäftsgang des Landtages betr. In diesem Antrage wird verlangt, daß im Falle der Verhinderung durch Alter oder andauernde Krankheit den erblichen Reichsräthen das Recht der Substitution ihres nächsten stimmfähigen Agnaten und den lebenslänglichen Reichsräthen das Recht des Verzichts auf ihren Sitz unter Beibehaltung ihres Ranges eingeräumt werde und daß im Falle des nichtentschuldigten Nichterscheinens eines lebenslänglichen Reichsrathes während zwei Sitzungsperioden der Sitz desselben als erledigt zu betrachten sei und endlich zur Schlußfassung zwei Drittel der Mitglieder anwesend sein müssen, aus denen die Zahl der Mitglieder der Kammer für die entsprechende Sitzungsperiode bestehen würde. Dieser Antrag wird den betreffenden Fachausschüssen zur näheren Erwägung hinübergegeben. Schluß der Sitzung.

München, 6. Febr. Im Einlaufe der Kammer der Abgeordneten vom 29. Januar bis 5. Februar findet sich u. A.: eine Vorstellung des Pfarrers Karl Mittermayer zu Thondorf, Errichtung eines Lehrstuhles für Natur-Heilkunde an der kgl. Universität zu München betr.; ein Urlaubsgesuch des Abg. Dr. K. Brater; eine Bitte der Gefängnißwärtergehilfen am kgl. Bezirksgerichte Augsburg um Aufbesserung ihres Funktionsgehaltes; eine Vorstellung mehrerer Bezirksamtsschreiber, Verbesserung ihrer Dienstes- und Gehaltsverhältnisse betreffend.; eine Beschwerde des Dekans Fleischmann zu Landau, Aufnahme in den allgemeinen Unterstützungsverein betr.; ein Antrag des Abg. Frhrn. v. Stauffenberg und Genossen, Aufhebung der Todesstrafe betr.; eine Bitte der Postboten des Oberpostamts Augsburg um Verbesserung ihrer Dienstes- und Gehaltsverhältnisse, angeeignet vom Abg. Dr. Karl Barth; Vorstellung und Bitte der Wagenwärter bei den kgl. bayerischen Staatsbahnen, deren Stabilität betr.; Schreiben des kgl. Obercerenonienmeisters, Einladung zum Hofball betreffend.

Der „Köln. Ztg." wird aus **Stuttgart,** 6. Febr., geschrieben: „Die süddeutsche Ministerkonferenz ist vorbei. Gestern wurden Sitzungen und Festlichkeiten, letztere häufiger und ausgedehnter als die ersteren, beendigt. Daß die Konferenz innerhalb des gesteckten kurzen Termins verlief, deutet auf eine Verständigung im Allgemeinen hin, welche auch nach vorausgegangener allseitiger Annahme der von Bayern formulirten Verhandlungs-Grundlage nothwendig erwartet werden mußte. Man soll insbesondere über den politischen Hauptpunkt, die Geneigtheit zur Herstellung eines Allianzverhältnisses mit Preußen, einig geworden sein. Dagegen erzählt man, daß in speziellen militärischen Fragen, Präsenzzeit, Procentsatz rc., die gewünschte Einigung nicht durchaus erzielt wurde, während man den allgemeinen Grundsatz: Bildung der süddeutschen Wehrkräfte nach preußischem Muster, allseitig gebilligt habe. Doch ist vielleicht Aussicht vorhanden, daß wenigstens Bayern und Württemberg ihre neue Heereseinrichtung in genauer Uebereinstimmung treffen werden. Es ist dies aber nur eine Vermuthung, für die ich so wenig als für die im Obigen wiedergegebenen, im Publikum coursirenden Mittheilungen eine Bürgschaft übernehmen möchte. Heute reisen die Konferenzgäste ab. Fürst Hohenlohe wird wohl den Eindruck mitnehmen, daß zwar auch ein Varnbüler und ein Dalwigk das Hauptmittel aller mittelstaatlichen Staatskunst zu gebrauchen verstehen, aus der Noth eine Tugend zu machen, daß aber eine vis major, eine stärkere Macht, als die dem Fürsten

Hohenlohe zu Gebote steht, dazu gehört, um Rheinbunds-Souveränetäten in ein wirklich deutsches Fahrwasser zu treiben."

Aus Baden, 5. Febr. Nachdem das preußische Abgeordnetenhaus das Gesetz über Abschaffung des Salzmonopols und dessen Ersetzung durch eine Verbrauchssteuer von 2 Thlrn. pro Zentner angenommen hat, unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß die wichtige volkswirthschaftliche Maßregel im ganzen Zollverein durchdringen werde. In Baden, wo schon früher wiederholt in der Volkskammer die Aufhebung dieses Monopols befürwortet wurde, und in Württemberg ist die öffentliche Meinung für die Umwandlung günstig gestimmt, wenn man auch wünschen mag, daß die einzuführende gemeinschaftliche Consumtionssteuer auf Salz etwas niedriger gestellt werden möge. Sicherm Vernehmen nach ist man in neuesten Tagen auch in Bayern bereit, den preußischen Antrag zu adoptiren. Wir haben schon früher nachgewiesen, daß Süddeutschland hier im Interesse der Erhaltung und Erstarkung des Zollvereins einige Opfer bringen müsse; die bisherige ziemlich bedeutende Reineinnahme, welche die süddeutschen Staaten aus ihrer monopolisirten Salzproduktion für ihre Staatskassen gewonnen, wird hinter ihrem Antheil an der gemeinschaftlichen Consumtionssteuer, die ihnen künftig nach der Kopfzahl ihrer Bevölkerung zufallen wird, wahrscheinlich in sehr merklicher Weise zurückbleiben. Dieser Ausfall kann indeß anderweitig durch ohnehin dringend nahe gelegte Ersparungen ausgeglichen werden. Die Hauptsache bleibt, daß das volkswirthschaftliche Interesse mit aller Entschiedenheit gewahrt werde, folglich daß die Salzpreise im Kleinen nicht alterirt, d. i. nicht erhöht werden. Bisher ist bei uns im Süden der Zentner Kochsalz durchschnittlich um das drei- bis vierfache höher verkauft worden, als die Produktionskosten (beiläufig 54 kr. per Centner) bedingen würden. Durch den angegebenen Steueraufschlag würde demnach keine wesentliche Aenderung für den Kleinverkauf nothwendig. Vielmehr ist zu erwarten, daß die Produktionskosten in Händen des Privatbetriebs sich mindern, und daß es der freigegebenen Produktion gelingen werde, reichere Steinsalzlager zu erschließen und damit das sicherste Mittel zu finden, die Salzpreise herabzusetzen. (A. Z.)

Karlsruhe, 6. Febr. Der Großherzog hat sich heute Vormittag zu einer Besprechung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Fürsten von Hohenlohe nach Mühlacker begeben und ist heute Nachmittag von dort wieder in die Residenz zurückgekehrt. (Karlsr. Z.)

Frankfurt, 5. Febr. Heute tritt J. Ronge seine Haft wegen seiner Rede über die „Encyclica" an. Eine Eingabe an das Justizministerium, ob die allgemeine Amnestie sich nicht auf die Verurtheilung wegen einer Rede über die Encyclica erstrecke, wurde abschlägig beschieden. (Fr. J.)

Frankfurt, 6. Febr. Dem Generalkonsulate der nordamerikanischen Union in Frankfurt steht, wie man versichert, in Kurzem eine sehr ansehnliche Vergrößerung seines territorialen Wirkungskreises bevor; dieser würde auf einen großen Theil der neuen Gebietstheile Preußens, namentlich auf der Main-Linie, und auf die kleinen Staaten im mittleren Deutschland ausgedehnt werden. Die Konsulate in den süddeutschen Staaten werden dem hiesigen Generalkonsulate unterstellt. Für die Hansestädte und einen auch Mecklenburg und Oldenburg umfassenden Theil Norddeutschland's soll ein Generalkonsulat der Ver. Staaten in Bremen errichtet werden. — Vom Schlosse Rumpenheim wird eine abermalige bedenkliche Verschlimmerung in dem Befinden der Herzogin Adelheid gemeldet, für deren Leben man neuerdings sehr besorgt ist. (N. Korr.)

Frankfurt, 7. Februar. Die am gestrigen Abend hier stattgehabte Volksversammlung, welche reich an stürmischen Debatten war, endete mit der Aufstellung der vom Wahlcomite der Partei des gesetzgebenden Körpers in Vorschlag gebrachten Parlamentscandidatur des Dr. jur. E. Passavant.

Frankfurt, 7. Februar. Wir haben schon vor einigen Tagen berichtet, daß das 51r Kolleg beschlossen hat, in der Kontributions-Angelegenheit eine Deputation an den König zu senden. Auf die Anfrage, ob und wann dieser Deputation ein Empfang zu Theil werden würde, ist gestern Abend folgendes Telegramm eingelaufen: „Der Ministerpräsident an den Staatsminister Freiherrn v. Patow zu Frankfurt a. M. Des Königs Majestät wollen die angekündigte Deputation der Stadt Frankfurt erst nach dem 12. d. M. empfangen. Gez. Graf v. Bismarck."

Berlin, 6. Febr. Die „Nordd. Allg. Z." enthält heute folgende Bemerkung: „Der Herr Ministerpräsident hat gestern dem Herrenhause bei der Debatte, welche sich auf den Gesetzentwurf über den Druck von Reden im Reichstage des norddeutschen Bundes bezog, Worte gesprochen, welchen wir eine politische Bedeutung beilegen müssen. Es handelte sich hauptsächlich darum, daß die Abgeordneten des Parlaments sich auch in ihren Reden der Verantwortlichkeit vor dem Gesetze bewußt bleiben, wenn diese Reden im Druck erscheinen. Die Glieder des norddeutschen Bundes werden aus der Entwicklung des Herrn Ministerpräsidenten ersehen, daß die preußische Regierung nicht daran denkt, den Forderungen der Revolution ohne Weiteres sich zu unterwerfen, wie dies im Jahre 1848 von liberaler Seite geschah. Die norddeutschen Regierungen werden also auf den Schutz Preußens zu rechnen haben und erfahren, daß Preußen auf die Anschauungen erregter parlamentarischer Persönlichkeiten einen mildernden, beruhigenden Einfluß auszuüben vermag. Von einer Unterstützung der revolutionären Partei, von einer Förderung oder Begünstigung ihrer Agitationen gegen Bundesglieder durch Preußen wird also nicht die Rede sein."

Die „Schlesische Zeitung" schreibt: Der Generalmajor a. D. v. Prittwitz-Gaffron (ehemaliger Commandant von Thorn) ist vom Kriegsgericht des ersten Armeekorps zu einjähriger Festungshaft wegen Preßvergehen verurtheilt worden. Nachdem das kriegsgerichtliche Urtel die allerhöchste Bestätigung erhalten, ist der genannte General nach einer der schlesischen Festungen begleitet worden und hat am 24. Jan. die einjährige Festungsstrafe angetreten.

Berlin, 7. Febr. Das Abgeordnetenhaus hat in seiner heutigen Sitzung, nach dem Antrage der Kommission, das Genossenschaftsgesetz in der Fassung des Herrenhauses angenommen. Der Abg. Schulze (Berlin) befürwortete die baldige Einführung für die neuen Provinzen.

Die „Petersburger Ztg." schreibt: „Einiges Aufsehen macht im Augenblick der Rücktritt des Generallieutenants v. Manteuffel, bisherigen Gouverneurs von Schleswig-Holstein, ins Privatleben. Man betrachtete den General als den Repräsentanten der Kreuzzeitungspartei und seine Entlassung als den Sieg des Grafen Bismarck über die aus dem Schooße dieser Partei ihm in den Weg gelegten Schwierigkeiten.

Der „Weser-Zeitung" gehen zur Veröffentlichung aus dem Verfassungs-Entwurfe des norddeutschen Bundes folgende Bestimmungen aus den Abschnitten VII und VIII in Betreff der Eisenbahnen und des Telegraphenwesens zu: Eisenbahnen, welche im Interesse der Vertheidigung des Bundesgebietes oder im Interesse des gemeinsamen Verkehrs für nothwendig erachtet werden, können kraft eines Bundesgesetzes auch gegen den Widerspruch der Bundesglieder, deren Gebiet die Eisenbahnen durchschneiden, für Rechnung des Bundes angelegt oder an Privatunternehmer zur Ausführung konzessionirt werden. Jede bestehende Eisenbahnverwaltung ist verpflichtet, sich den Anschluß neu angelegter Eisenbahnen auf Kosten der letzteren gefallen zu lassen. Die Bundesregierungen verpflichten sich, die im Bundesgebiete belegenen Eisenbahnen im Interesse des allgemeinen Verkehrs wie ein einheitliches Netz verwalten und zu diesem Behufe auch die neu herzustellenden Bahnen nach einheitlichen Normen anlegen und ausrüsten zu lassen. Es sollen demgemäß mit thunlichster Beschleunigung gleiche Betriebseinrichtungen getroffen, insbesondere gleiche Bahnpolizei- und Betriebsreglements für Personen- und Gütertransport eingeführt werden. Der Bund hat dafür Sorge zu tragen, daß die Eisenbahnverwaltungen die Bahnen jederzeit in einem die nöthige Sicherheit gewährenden baulichen Zustande erhalten und dieselben mit Betriebsmaterial so ausrüsten, wie das Verkehrsbedürfniß es erheischt. Die Eisenbahnverwaltungen sind verpflichtet, die nöthigen Personen- und Güterzüge mit entsprechender Fahrgeschwindigkeit einzuführen, auch direkte Expeditionen im Personen- und Güterverkehr unter Gestattung des Ueberganges der Transportmittel von einer Bahn auf die andere gegen die übliche Vergütung einzurichten. Dem Bunde steht die Controlle der Tarife zu. Er wird dieselben ausüben zu dem Zwecke, die Gleichmäßigkeit und möglichste Herabsetzung derselben zu erreichen, insbesondere für den Transport von Kohlen, Koaks, Holz, Erzen, Steinen, Salz, Roheisen, Düngungsmitteln und ähnlichen Gegenständen, einen dem Bedürfnisse der Landwirthschaft und der Industrie entsprechenden ermäßigten Tarif für größere Entfernungen und schließlich den Ein-Pfennig-Tarif für Centner und Meile im ganzen Bundesgebiete einzuführen. Bei eintretenden Nothständen, insbesondere bei ungewöhnlicher Theuerung der Lebensmittel sind die Eisenbahnverwaltungen verpflichtet, für den Transport, namentlich von Getreide, Mehl, Hülsenfrüchten und Kartoffeln zeitweise einen, dem Bedürfniß entsprechenden, von dem Bundespräsidium auf Vorschlag des betreffenden Bundesrathsausschusses festzustellenden niedrigen Spezialtarif einzuführen. Den Anforderungen der Bundes-Behörden in Betreff der Benutzung der Eisenbahnen zum Zweck der Vertheidigung des Bundesgebietes haben sämmtliche Eisenbahn-Verwaltungen unweigerlich Folge zu leisten. — Insbesondere ist das Militär und alles Kriegsmaterial zu gleichen ermäßigten Sätzen zu befördern. — Die Hauptbestimmung des genannten Entwurfs über das Post- und Telegraphenwesen lautet: Das Postwesen und Telegraphenwesen werden für das gesammte Gebiet des norddeutschen Bundes als einheitliche Staatsverkehrsanstalten eingerichtet

und verwaltet. Die im Artikel 4 vorgesehene Gesetzgebung des Bundes in Post- und Telegraphen-Angelegenheiten erstreckt sich nicht auf diejenigen Gegenstände, deren Regelung nach den gegenwärtig in der preußischen Post- und Telegraphen-Verwaltung maßgebenden Grundgesetzen der reglementarischen Feststellung oder administrativen Anordnung überlassen ist.

Weimar, 4. Februar. Die Eröffnung des außerordentlichen Landtags hat heute stattgefunden.

Wien, 5. Febr. Die Ministerkrisis ist nur soweit zu einem Abschlusse gekommen, als Graf Belcredi aus dem Amte getreten ist. Ueber seinen Nachfolger ist noch nichts Definitives bekannt. Wohl aber kann ich der heutigen Nachricht der „Neuen Fr. Presse", daß Frhr. v. Hock, k. k. Staatsrath, zum Reichsfinanzminister designirt sein soll, auf das Bestimmteste widersprechen. Es ist auch eine ganz eigenthümliche Erfindung, diesen Mann, welcher ein ausgesprochener Centralist ist, in ein so ausgeprägt dualistisches Ministerium treten zu lassen. Die Krisis hat in diesem Augenblicke sehr überrascht. Das Gebäude, welches Graf Belcredi unter so schweren Kämpfen und so bedenklichen Symptomen aufgerichtet hatte, sollte endlich „gekrönt" werden — auf einmal kommt ein Windhauch und bläst Alles in den Staub. Die Stimmung hier zu Lande ist zur Zeit sehr gedrückt, da man über den Verlauf, den die Dinge nehmen werden, noch gar nicht klar ist; eben diese Unklarheit bringt es mit sich, daß die sonderbarsten Gerüchte umhergetragen und geglaubt werden. — Angesichts der veränderten Lage halten es die nunmehr neugewählten Abgeordneten angezeigt, noch einmal zusammenzutreten und zwar findet die Konferenz am nächsten Freitage bei Frhrn. v. Pratobevera statt. Es werden erscheinen aus Böhmen: Professor Herbst, Plener, Hanisch; aus Mähren: Giskra, van der Straß, Skene, Hopfen; aus Schlesien: Demel; aus Niederösterreich Pratobevera, Berger, Kuranda, Brestl, Winterstein, Mühlfeld, Tinti (falls er morgen vom Großgrundbesitze wieder gewählt wird), Schindler; aus Oberösterreich: Wieser, Groß; aus Steyermark: Kaiserfeld und Rechbauer; aus Kärnthen: Tschabuschnigg; aus Krain: Anton Graf Auersperg (welcher zwar ein Abgeordnetenmandat ablehnte, aber Herrenhausmitglied ist). Soviel jetzt zu errathen ist, wird diese Konferenz darauf beharren, daß der verfassungsmäßige Standpunkt gewahrt und daß die ungarische Punktation dem Reichsrathe zur Beschlußfassung vorgelegt werde. (B. Z.)

Bern, 7. Febr. Der Bundesrath hat dem General Dufour unter den ehrenvollsten Ausdrücken die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt.

Brüssel, 6. Febr. Die Unruhen im Hennegau haben sich seit Samstag nicht erneuert; es sind sogar die von hier abgegangenen Compagnien Cavallerie und Infanterie wieder hier eingetroffen. Trotzdem ist die Regierung nicht beruhigt. Die Aufregung unter den Arbeitern ist groß; man signalisirt heute wieder neue Arbeitseinstellungen und leidige Versuche, um die Arbeiter des Kohlenbeckens im Borinage zum Aufstand hinzureißen. Falsch ist indeß das Gerücht, als seien französische Agenten im Hennegau thätig. Das zweite Kaiserreich hat jetzt zu viel mit seinen inneren Verhältnissen zu schaffen, und ferner wäre ein derartiges Mittel, die Bevölkerung Belgiens gegen ihre Regierung aufzureizen, eine zweischneidige Waffe. Bei der Nähe der französischen Grenze könnte die Bewegung sich leicht auch ins Innere Frankreichs fortpflanzen. Die Heirath des Grafen v. Flandern mit einer Prinzessin von Hohenzollern ist nun doch eine Wahrheit. Der Graf ist eben wieder zu seiner Braut geeilt, welche eine der schönsten Prinzessinnen Europas sein soll. — In der „Passage du Roi" ist heute ein Bild, in Rubens'scher Manier gemalt, ausgestellt. Es stellt die Kaiserin Charlotte im wahnsinnigen Zustand dar und führt als Titel: „Der Epilog des mexikanischen Unternehmens". Hunderte von Zuschauern umdrängen das Gemälde, dem man einen künstlerischen Werth nicht absprechen kann, wenn es auch in der Zeichnung hie und da zu wünschen übrig läßt. (Fr. J.)

Paris, 6. Febr. Durch ein Dekret vom 25. Januar, das der heutige „Moniteur" veröffentlicht, werden gewisse, die Regulirung des Rheinbettes betreffende Arbeiten angeordnet. Diese Arbeiten vervollständigen die im Vertrage vom 5. April 1840 mit Baden vereinbarten Verbesserungen und verursachen eine Ausgabe von 18 Mill. Frcs., welche auf das außerordentliche Budget fallen. — Nach dem „Etendard" ist die Ausarbeitung des neuen Preßgesetzes jetzt so weit gediehen, daß die Vorlage in der nächsten Staatsrathssitzung unter dem Präsidium des Kaisers discutirt werden kann. Der Stempel wird auf 3 Centimes herabgesetzt und auf alle Journale ohne Ausnahme ausgedehnt. Die Kaution soll nur in Paris von 60,000 auf 75,000 Fr. erhöht werden. Unbedingt fest steht aber die Aufhebung der vorgängigen Ermächtigung und die Abschaffung der aus der Restauration herrührenden Gesetze über Buchdruckerei und Buchhandel. — Der „Patrie" gehen Nachrichten von den Antillen zu, welche melden, daß am 16. Januar die Transportschiffe „Var", „Allier", „Drôme", „Eure", „Aube", „Saône" und „Yonne" vor Martinique angekommen waren. Dasselbe Blatt meldet, daß General Castelnau sich in den ersten Tagen dieses Monats an Bord des Dampfavisos „Bonnet" einschiffen wollte, um sich nach New-York zu begeben, von wo er mit dem Postpaketboot, welches den Dienst zwischen dieser Stadt und Frankreich versieht, weiter gehen würde. Er ist vollständig von seiner Unpäßlichkeit hergestellt. Man erwartet ihn gegen den 28. Februar in Paris.

Florenz, 6. Februar. Wegen der Prüfung wichtiger Vorlagen in den Bureaux wird die nächste Sitzung der Kammer erst am Montage Statt finden. Die Kommission, welche über die Freiheit der Kirche zu debattiren hat, ist in sehr langer Sitzung noch nicht dazu gekommen, einen Gegenvorschlag zu formuliren.

London, 6. Febr. Auch in diesem Jahre hat die Königin das Parlament zwar in Person eröffnet, die Thronrede aber durch den Lordkanzler verlesen lassen. Es war eine ungewöhnlich zahlreiche Zuschauer- und Zuhörermenge zusammengeströmt: die Mitglieder der beiden Häuser, die Gesandten des Auslandes, ungefähr alle Glieder der königlichen Familie, einige indische Fürsten in ihrer reichen, glänzenden Tracht; dazu eine große Anzahl von Damen.

London, 6. Februar. Die Adressen auf die Thronrede wurden ohne Widerstand angenommen.

Aus **Petersburg** wird dem „Moniteur" unterm 27. Januar geschrieben: „Das russische Jahr beginnt bekanntlich mit dem 13. Januar neuen Stils und die Presse hat diese Gelegenheit benutzt, um die wichtigsten Ereignisse, die sich im verflossenen Jahre in Rußland zugetragen haben, Revue passiren zu lassen. Die Maßregeln bezüglich der Befreiung der Leibeigenen, die Provinzialverfassung und die Justizreform haben die öffentliche Meinung am stärksten beschäftigt, und das Land hat ohne Unmuth die Opfer gebracht, die jeder soziale oder politische Neubau erheischt. Die Provinziallandtage haben die schwierige Entschädigungsfrage ihrer Entscheidung näher gebracht. Die Kronbauern sind in das Verwaltungsressort der anderen Bauern eingetreten, in den baltischen Provinzen ist eine neue Gemeindeordnung eingeführt, in den Ländern jenseits des Kaukasus wurde die Justiz organisirt, das Statut, betreffend das Notariat, erhielt Gesetzeskraft, in Sachen der Gerichtsordnung wurden viele westeuropäische, namentlich französische Einrichtungen entlehnt. Finanzreformen sind in Vorbereitung und werden schon im Budget von 1867 Berücksichtigung finden. Die wichtigeren Organe der Presse verhehlen es nicht, daß die Provinziallandtage noch keineswegs alle die praktischen Resultate gehabt haben, die man davon erwartet. Aber die „Moskauer Ztg." konstatirt, daß sich diese Versammlungen mit Eifer den ihnen zuertheilten Aufgaben widmeten und auch vor den längsten und schwierigsten Berathungen nicht zurückschreckten. Wenn sie sich bisher nicht geschäftserfahren erwiesen haben, so zeigten sie doch treffliche Anlagen. Beinahe einstimmig empfahlen sie der Regierung Ausdehnung gemeinnütziger Arbeiten und namentlich Erweiterung des Eisenbahnnetzes. Nur hierdurch kann ein so ausgedehntes Reich wie Rußland einen ernsten Vortheil aus seinen natürlichen Hilfsquellen ziehen und unter seinen Völkerschaften eine innige Verbindung herstellen. Den Süden mit dem Norden verbinden, Petersburg und Moskau mit den großen Handelsplätzen, wie Nischni-Nowgorod und Odessa, in Kommunikation setzen, das ist das beste Mittel, um in das Ganze des Czarenreichs Leben und Thätigkeit zu bringen. — Der „Russische Invalide" berichtet, daß die Armee, welche sonst 800,000 Mann zählte, auf 735,000 reduzirt wurde, daß aber weitere Reduktionen nicht erfolgen würden und daß die durch Verminderung des Effektivbestandes erzielten Ersparnisse auf Vervollkommnung der Waffen und Vermehrung des Materials verwandt werden sollen. — Während des Jahres 1866 haben sich die russischen Truppen in Zentralasien ausgezeichnet. Sie haben den Widerstand des Emirs von Bokhara besiegt, die Schlacht von Irdjar gewonnen, die Herrschaft des russischen Kaisers an den Ufern des Syr-Daria befestigt. Die Städte Taschkent und Kodschend sind Rußland einverleibt. Die russischen Generale, Krieg und Unterhandlung, die materielle Kraft und die Propaganda der Civilisation zur Hülfe nehmend, haben in Turkestan erhebliche Fortschritte gemacht und die Zeitungen weisen mit Genugthuung auf die Wichtigkeit dieser entfernten Eroberungen, sowohl vom Gesichtspunkte der Strategie wie des Handels, hin.

Bucharest, 27. Jan. Im Senat wurde der Minister des Auswärtigen um die Vorlage der Aktenstücke ersucht, welche über das gegenwärtige politische Verhältniß des Landes zur Pforte Aufschluß geben. Er erklärte sich bereit dazu, meinte aber, aus Rücksicht auf die Schutzmächte dürfte es gerathen sein, die Dokumente noch nicht in die Oeffentlichkeit zu bringen. Was jetzt aktenmäßig feststehe, sei die definitive Union beider Fürstenthümer, die Erblichkeit der Fürsten-

würde, das Recht des Landes, mit den Nachbarstaaten Verträge abzuschließen und sich selbst seine Verfassung zu geben.

Bukarest, 7. Febr. Die Gesetzesvorlage, betreffend die Aufhebung des Tabaksmonopols, ist im Senate durchgegangen und es erübrigt nur noch die Sanktion des Fürsten zur Beseitigung des Monopols.

New-York, 26. Jan. Die Justizcommission wird vor Ende der Session keinen Bericht über die gegen den Präsidenten Johnson zu erhebende Klage einreichen. — Man sagt, daß Surrat über die Mitschuld des Präsidenten Johnson an der Ermordung von Abraham Lincoln verhört werden soll. — Die Gesetzgebung von Indiana hat das Amendement zur Konstitution ratifizirt. — Die Gesetzgebung von Tennessee hat den Negern das Stimmrecht bewilligt. Der oberste Gerichtshof dieses Staates soll untersuchen, ob diese Maßregel verfassungsmäßig ist. — Die canadische Regierung hat beschlossen, die Entschädigungsforderungen für den von der fenischen Expedition angerichteten Schaden zu befriedigen und alsdann in Washington Rückvergütung zu verlangen.

„Daily Telegraph" rekapitulirt den Verlauf der Dinge in den Vereinigten Staaten seit Beendigung des Bürgerkriegs. In der ersten Freude über den Sieg sei die Stimmung gegen den Süden eine sehr versöhnliche gewesen; die Politik des Präsidenten, den Süden durch sein eigenes Interesse, statt durch Gewalt in der Union zu erhalten, habe allgemeine Anerkennung gefunden; man verlangte nur den Widerruf aller auf die Secession bezüglichen Erfolge, die Abschaffung der Sklaverei ohne Vergütung und die Mitübernahme der Unionsschulden; unter dem Einfluß von Lee und Beauregard nahmen die Südstaaten diese Bedingungen an, wollten aber ihre eignen Schulden nicht reguliren; auf Andringen des Präsidenten gaben sie auch hierin nach; und dann erst erklärte dieser, daß die Insurrektion zu Ende sei, und führte die Civilgesetze wieder im Süden ein. Europa bewunderte staunend die schöpferische Kraft der demokratischen Institutionen Amerika's; im Süden wurde die Bearbeitung der Pflanzungen wieder aufgenommen. Da begannen die Führer der während des Krieges allmächtigen Partei zu fürchten, daß mit dem Wiedereintritt der Südstaaten ihre Macht gefährdet werden könnte; das Interesse der Fabrikanten, die gegen den Willen des Südens einen solchen Tarif aufrecht erhalten wollen, fiel mit dem dieser Partei zusammen; so wurde der Anspruch erhoben, aus den bisherigen Sklaven sofort Gesetzgeber zu machen; selbstsüchtige Motive gewannen die Oberhand. Daraus sind die Streitigkeiten mit dem Präsidenten entstanden.

Neueres.

Berlin, 7. Febr. Der Schluß des Landtages durch den König ist auf Sonnabend angesetzt. — Der Postdampfer „Bavaria" erlitt auf der Tour nach Amerika einen Steuerbruch und mußte zurückkehren. Uebrigens blieb alles in Ordnung. — Das Herrenhaus hat das Gesetz, betreffend das Eisenbahnanlehen, in der jüngsten Fassung des Abgeordnetenhauses, und letzteres das Genossenschaftsgesetz nach der Fassung des Herrenhauses angenommen.

Berlin, 8. Febr. Gestern Abend fand eine Sitzung der Bundeskonferenz, heute Vormittag die Schlußverhandlung und sodann ein Abschiedsdiner unter Theilnahme sämmtlicher Minister statt. Mehrere Bevollmächtigte reisen heute Abend zurück.

Wien, 7. Febr. Es wird versichert: zum transleithanischen Ministerium des Innern sei Hr. v. Somsich, zum cisleithanischen Frhr. v. Kellersperg designirt; Präsident des Reichsministeriums werde Frhr. v. Beust, Reichsfinanzminister Frhr. v. Hock, cisleithanischer Finanzminister Hr. v. Beke. Justizminister v. Komers soll ausscheiden. Mit Fürst Auersperg und Hrn. v. Kaisersfeld wurde wegen Eintritt in's Kabinet nicht verhandelt.

Pesth, 7. Febr. Deak ist um halb 10 Uhr Vormittags nach Wien abgereist.

Triest, 7. Febr. (Levantepost.) Athen, 2. Febr. Die Kammer votirte die Vermehrung der Landarmee und der Seemacht. Der Kriegsminister sagte: „Wir rüsten, weil große Ereignisse bevorstehen." Valoritis erklärte die Ausdehnung der Grenze und die Bildung einer großen hellenischen Nationalität für das einzige Rettungsmittel.

Florenz, 7. Febr. Wegen Behandlung wichtiger Gesetzentwürfe in den Ausschüssen hat sich die Kammer bis Montag vertagt. Die Kommission für den Entwurf bezüglich der Freiheit der Kirche hielt eine sehr lange Sitzung; die Aufstellung eines Gegenentwurf ist noch nicht entschieden.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Op. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	66 P. 61½ G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	61½ P.
"	5 pCt. Verzl. Coupon b. R.	—
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	54½ P.
"	5 pCt. Metall. Obligation	48 P.
"	4½ pCt.	41½ P.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100⅞ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	96⅜ P.
"	4½ pCt. Obl. ¼jähr. dto.	95⅝ P.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	90¼ G.
"	4 pCt. Obl. ¼jähr. dto.	90¼ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	91⅛ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	83 P.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	95¾ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	83¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	96 P.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	84¾ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	94½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	84 P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	95¾ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	89¾ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	82 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2½ pCt.	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	83¾ P.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. 2½	77⅜ — ½ G.
"	6 pCt. ditto v. 1847	78⅜ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	131½ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	679—85 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	—
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	90½ G.
Darmst. Bank I. u. 2. Serie à fl. 250	212 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	—
Mitteldeutsche Kreditaktien	92¾ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 24 kr	78 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	—
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	111 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 24 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	—
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 5/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	166½ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt	89¼ P. 89 G
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt	110¾ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt	47¾ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 5/7	74¼ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	—
3pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	46⅞ P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleingez.	119¾ P. ¼ G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	119⅜ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100¾—⅞ G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94½ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96⅝ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94½ P
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅜ G
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119¼ P. 119 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200	—
München fl. 100 k. S.	99⅞ P.
Paris Frs. 200 k. S.	94¾ P.
Petersburg 60 S.-R	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	92½—92 G.
do. in Sct. W. l. S.	92¼ P.
Disconto	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	111½ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	60⅜ P.
" fl. 500 v. 1860 5/7	88½—¼ G.
" fl. 100 Kreb. L. v. 1858.	—
" do. v. 1864.	77¼ P.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	103—102⅝ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10¼ P.
Badische fl. 35	54 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55½—⅝ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143⅞ P.
" fl. 25 do	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuenbg. 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28½ P.
St. Ungarn mit 7½ pCt. Z.	33 P.
Ansbach-Gunzenhausen fl. 7	10¾ P.

Frankfurt, 8. Februar. Die heutigen politischen Nachrichten, denen der Charakter einer gewissen Schwüle nicht abzusprechen (Aeußerung von Russell, Rüstungen Griechenlands rc.), werfen ihre Schlagschatten auch auf die Börse. Die Sicherheit der letzten Tage ist in einer weniger optimistischen Auffassung gewichen, und wenn auch nicht gerade ein sofortiger namhafter Rückgang in den Coursen zu befürchten steht, so scheinen dieselben doch vorläufig ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Das war wenigstens die Physiognomie der heutigen Börse. Man schloß in matterer Stimmung, als man eröffnet hatte. Amerika verkehrte bei schlechteren Goldcoursen etwas flauer. Von Süddeutschen Badische und Würtemberger zu festen Capitalanlagen wieder am Meisten gesucht. Stadt Münchener etwas höher. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 11-12. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 11. Februar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** [illegible] Februar. Se. Majestät der König hat dem k. Regierungsrath [illegible] Muffat das Ritterkreuz 1. Klasse des Verdienstordens vom h. Michael verliehen; genehmigt, daß der zum k. italienischen Consul in Nürnberg ernannte Kaufmann Carl Paradiso in dieser Eigenschaft anerkannt werde.

Se. Maj. der König hat die kath. Pfarrei Biberbach, Bezirksamts Wertingen, dem Priester Joh. G. Endres, Pfarrer in Untermeitingen, Bezirksamts Augsburg, und die kath. Pfarrei Gottmannshofen, Bezirksamts Wertingen, dem Priester G. [illegible], Pfarrer in Frauenstetten, desselben Bezirksamts, übertragen.

[illegible] Die kath. Pfarrei Plankstetten, k. Bezirksamts Beilngries, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 547 fl. 11 kr. in Erledigung gekommen.

Die „Bayer. Ztg.“ meldet amtlich: „In letzterer Zeit ist in den Zeitungen mehrfach davon die Rede gewesen, daß die Aufhebung der Festungs-Eigenschaft von Landau eine beschlossene Sache sei. Es ist aber in dieser Beziehung zur Zeit noch gar nichts beschlossen und kann selbst bezüglich der Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit dieser Maßregel dermalen nicht einmal annähernd etwas Positives mitgetheilt werden. Ebenso verfrüht ist die Bezeichnung derjenigen Truppen-Abtheilungen, welche für die Zukunft zur Garnisonirung in der Pfalz bestimmt sein sollen.

München, 7. Febr. Die im Namen der Kammer der Abgeordneten von deren Direktorium an Seine Majestät den König gerichtete Glückwunsch-Adresse lautet: „Allerdurchlauchtigster, großmächtigster König! Allergnädigster König und Herr! Die frohe Botschaft von der Verlobung Euerer Majestät mit Ihrer königlichen Hoheit der Herzogin Sophie Charlotte Auguste in Bayern hat wie im ganzen Lande so auch bei den Mitgliedern der Kammer der Abgeordneten die wärmste und aufrichtigste Theilnahme erregt. Sie fühlen sich um so mehr gedrungen, Euerer Majestät zu diesem höchst erfreulichen Ereignisse aus vollstem Herzen Glück zu wünschen, als sie sich bewußt sind, nicht blos ihren eigenen Gefühlen Ausdruck zu geben, sondern zugleich im Namen und im Sinne des ganzen bayerischen Volkes zu sprechen. Möge all der Segen, welchen das Verhältniß der Ehe zu gewähren vermag, aus dem von Euerer Majestät abzuschließenden Bunde in reichlichstem Maße ersprießen — zum Glücke Euerer Majestät, zum Heile des königlichen Hauses, zum Wohl und zur Freude des Vaterlandes. In allertiefster Ehrfurcht Euerer königlichen Majestät allerunterthänigst treugehorsamste Kammer der Abgeordneten. In deren Namen: Das Direktorium. (Folgen die Unterschriften.) München, den 30. Januar. 1867.“

A. C. **München,** 9. Febr. Der Abg. Streit brachte mit 37 Genossen der Fraktion Aberthum nachstehenden, die Aufhebung der civilrechtlichen Beschränkungen des Zinsfußes betreffenden Antrag ein, dessen Motive hinlänglich für seine Berechtigung sprechen dürften.

„Der Unterzeichnete beantragt, hohe Kammer wolle an Se. M. den König die allerehrfurchtsvollste Bitte richten, im Landtagsabschied mit Gesetzeskraft auszusprechen, die zur Zeit im Umfang des Königreichs noch bestehenden civilrechtlichen Beschränkungen des Zinsfußes treten mit dem Tage der Verkündung des Landtagsabschiedes außer Kraft.“ Diesen Antrag erlaubt sich derselbe in Folgendem zu begründen: 1) Die tiefen Wunden, welche die kriegerischen Ereignisse des verflossenen Jahres unserm Nationalwohlstand geschlagen haben, fordern rasche Heilung: dies um so mehr und dringender, als gleichzeitig ungewöhnlich hohe Ansprüche an die Steuerkraft des Volkes zur Erhöhung seiner Wehrfähigkeit gemacht werden. Um solchen Ansprüchen nachhaltig genügen zu können, erscheint es nothwendig, die Produktionskraft des Volkes zu steigern und alle Hemmnisse zu beseitigen, die der freien und naturgemäßen Entwicklung derselben noch entgegenstehen. Eines der größten und empfindlichsten dieser Hemmnisse muß in den noch bestehenden Gesetzesvorschriften über Beschränkung des Zinsfußes gefunden werden. Denn diese Vorschriften setzen der Ausnützung des wichtigsten Mittels für die Entwicklung der Produktionskraft des Volkes, der freien Benützung und Verwerthung des Kapitals eine geradezu verderbliche Schranke. Sie enthalten überdies einen Eingriff in das Recht der freien Verfügung über das Eigenthum, der um so weniger gerechtfertigt erscheinen kann, als die Ziele, welche dem Gesetzgeber bei Erlaß dieser beschränkenden Bestimmungen vorschwebt, hiedurch, Zeuge der Erfahrung, doch nicht haben erreicht werden können. Denn alle diese Vorschriften haben den Zinswucher und dessen nachtheilige Wirkungen auf den Einzelnen nicht beseitigen, das Wohl derjenigen Personen, denen diese Vorschriften zum Schutze dienen sollten, nicht fördern können: sie haben nur dazu gedient, Creditoperationen, die an sich vollkommen berechtigt und allen Betheiligten nützlich gewesen wären, unmöglich zu machen, oder doch äußerst zu erschweren und in ihren Wirkungen zu gefährden. In Erkenntniß der Richtigkeit dieser Sätze bereitet sich denn auch allenthalben, wo dies nicht bereits geschehen, die Staatsgewalt zur Abschaffung der noch gesetzlich bestehenden Vorschriften über Zinswucher vor, und es wird darum auch in Bayern die, und zwar so-

Feuilleton.

Vermischtes.

Der Arbeiteraufstand zu Marchienne au Pont ist gedämpft, aber er ist von größerer Bedeutung gewesen, als die ersten Nachrichten vermuthen ließen. Seit dem Morgen des 2. hatten sich die Arbeiter der Kohlengruben von Dampremy mit den Eisenarbeitern von Marchienne vereinigt. Die Nachtarbeiter der Gruben halten die Tagesarbeiter durch Drohungen gezwungen, ebenfalls die Arbeit einzustellen und sich ihnen anzuschließen. Die ganze Truppe zog nach Marchienne und richtete ihren Angriff gegen die Dampfmühle; es mochten an 2000 Menschen sein, worunter auch Weiber und Jungen. Die Dampfmühle war mit 100 Mann Infanterie vom 11. Linienregiment aus Charleroi besetzt, sowie von 2 Gensdarmen zu Fuß und 6 berittenen Gendarmen. Diese kleine Truppe setzte der Menge lange Zeit mit der größten Geduld nur passiven Widerstand entgegen, obgleich sie heftig mit Steinwürfen angegriffen wurde. Dies dauerte einige Stunden, bis der Haufe einen drohenderen Angriff machte, worauf die Truppen Befehl zum Feuern erhielten. Es sollen nur einige Soldaten geschossen haben, doch fielen drei Personen aus dem Volkshaufen. Darauf entstand eine fürchterliche Verwirrung, wobei zwei Soldaten ernstlich verwundet wurden, einer derselben schwer. Die Truppe mußte (?) sich zurückziehen und nun wurde die Mühle geplündert und zerstört. Ein Versuch, sie in Brand zu stecken, ist zum Glücke abgewandt, indem einige muthige Leute deren Brand noch rechtzeitig löschten, zu welchem Zwecke sie die Biervorräthe in der Mühle verwandten. Die Mehlvorräthe wurden geplündert, was in aller Ruhe geschah, da jeder Widerstand für den Augenblick aufgehört hatte. Die Papiere des Bureaus wurden zerstört, und man behauptet, daß auch der Geldschrank, welcher ziemlich bedeutende Summen und die Hauptbücher des Etablissements enthielt, erbrochen und ausgeleert worden ist. Nach dieser Plünderung beruhigte sich der Tumult einigermaßen. Um halb 2 Uhr trafen noch 100 Mann Infanterie und das dritte Bataillon der Jäger aus Mons ein, gegen 10 Uhr Abends noch zwei Schwadronen Lanciers aus Mons und zwei Schwadronen Chasseurs von Namur. Die Nationalgarde von Marchienne, welche zusammenberufen war, ward dadurch überflüssig. Die Mühlen zu Charleroi und zu Chatelineau wurden von Militär besetzt. Seitdem ist es ruhig geblieben. Die neuesten Nachrichten von Charleroi vom 4. Morgens melden, daß noch 400 Mann Karabiniers und zwei Schwadronen Lanciers nach Charleroi gekommen sind, daß die Ruhe nicht mehr gestört und daß die Arbeiter bereits theilweise ihre Arbeit wieder begonnen hatten. Mehrere der zum Stillstande gebrachten Eisenwerke haben angezeigt, daß sie wieder zu arbeiten beginnen würden. In den Werken von Chatelet und Chatelineau ist alles ruhig geblieben.

fortige Aufhebung dieser den freien Verkehr des Kapitals beschränkenden Bestimmungen nur eine vortheilhafte Wirkung äußern können. Aber auch in formeller Beziehung wird der gestellte Antrag als gerechtfertigt erscheinen und dessen Zulässigkeit und Durchführbarkeit nicht zu beanstanden sein, da es sich hier nicht sowohl darum handelt, nur fragmentarische Gesetzesbestimmungen zu schaffen, als schon bestehende einfach außer Wirksamkeit zu setzen.

Streit, Hohenadel, Rebay, Schönfelder, Kirschner, Feustel, Thürmayer, Schulleš, Th. Wagner, Schwab, Schobert, K. Müller, Kleber, Dellefant, Leimbach, H. Widmann, Schmid Ant., Urban, Rather, Windisch, Bischof, Frhr. v. Persall, Hänle, Franz, Dandl, Wild, Jos. Wagner, Schreyer, Karl Weiß, Scherbauer, Mederer, Förg, Vierling, Graf v. Rambaldi, v. Morett, Schmidmayer, Kapshammer, Krumbach.

Trotz verschiedener Dementis ist es doch richtig, daß die Staatsregierung das Gesetz bereits berathen hat, durch welches nach Einbringung des Heeresorganisationsgesetzes die Kammer vertagt und die Bearbeitung dieses Gesetzes dem ad hoc zu wählenden und zurückzubleibenden Spezialausschusse übergeben werden soll.

Mainz, 5. Februar. Die Darmstädter Besatzung in hiesiger Festung ist definitiv aufgegeben. Nach einer Bekanntmachung wird am nächsten Donnerstag das ganze Inventar der großh. Kaserne zur Versteigerung kommen. (Mz. Anz.)

Berlin, 8. Febr. In beiden Häusern des Landtags wurde heute eine k. Botschaft verlesen, durch welche die Mitglieder derselben zu dem morgen Mittag um 1 Uhr durch den König erfolgenden Schluß der Session eingeladen werden. — Das Abgeordnetenhaus hält seinen früheren ablehnenden Beschluß betreffend den Gesetzesentwurf über Aenderungen der Posttaxe, aufrecht.

Berlin, 9. Febr. Der König schloß die Session der Kammern mit einer Thronrede, die im Wesentlichen also lautet: Am Schlusse der inhaltschweren Sitzungsperiode spreche ich Ihnen meinen Dank aus, daß Sie die Regierung bei Erfüllung der an die Session geknüpften Hoffnungen unterstützt haben. Durch die Indemnitäts-Ertheilung haben Sie die Hand geboten zum Ausgleich des Prinzipienstreites, welcher das Zusammenwirken der Regierung und der Landesvertretung früher gehemmt hatte. Ich hege die Zuversicht, daß die gewonnenen Erfahrungen und ein allseitig richtiges Verständniß in Zukunft ähnliche Zustände verhindern werden. Durch Bewilligung der Anleihe für die Armee und Marine haben Sie den Entschluß kundgegeben, das Errungene zu wahren. Die Feststellung des Staatshaushalts vor dem Etatsjahr verbürgt die weitere Befestigung verfassungsmäßiger Zustände. Die Regierung hat Ihnen durch einstweiligen Verzicht auf einzelne Ausgabe-Positionen den neuen Beweis gegeben, welchen Werth sie auf das Einverständniß mit der Landesvertretung legt, sie hofft jedoch auf künftige Anerkennung dieser Positionen. Mit lebhaftem Danke erkenne ich ihre Bereitwilligkeit an, bei Gewährung der Mittel für die Invaliden und für die Hinterbliebenen der Gefallenen. Nachdem die Landesvertretung die Ueberleitung der Zustände der neuen Landestheile in die Gemeinschaft der älteren Provinzen vertrauensvoll in meine Hände gelegt hat, darf ich zuversichtlich erwarten, daß die Bewohner sich im großen Gemeinwesen bald heimisch fühlen und an den Aufgaben desselben sich hingebend betheiligen werden. Die Heranziehung von deren Vertretern zum preußischen Landtage wird das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit befestigen und die gewissenhafte Pflege der öffentlichen Wohlfahrt wird die Segnungen der großen Gemeinschaft noch mehr empfinden lassen. — Die Thronrede zählt sodann die in dieser Session zu Stande gekommenen Verbesserungsgesetze auf und erwähnt schließlich die Thatsache, daß der Verfassungsentwurf des norddeutschen Bundes von allen Regierungen angenommen sei, was zu der Zuversicht berechtige, daß auf Grundlage der einheitlichen Organisation, welche Deutschland in jahrhundertlangen Kämpfen vergeblich erstrebte, dem deutschen Volke die Segnungen erhalten werden, zu welchen es durch Macht und Gesittung berufen ist. Ich werde es als den höchsten Ruhm meiner Krone ansehen, wenn Gott mich berufen hat, die Kraft meines Volkes zur Herstellung dauernder Einigkeit der deutschen Stämme und Fürsten zu verwerthen, und ich vertraue auf Gott, daß er uns dieses Ziel erreichen lasse.

Berlin, 9. Febr. Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht das Besitzergreifungspatent der vormaligen bayerischen Landestheile nebst der Proklamation vom 12. Januar c.; dasselbe Blatt fügt der Mittheilung der Genehmigung des norddeutschen Verfassungsentwurfs die Bemerkung bei: Die Einzelregierungen übertrugen bereitwillig einen Theil der Sonderrechte dem deutschen Gemeinwesen, wodurch die Sicherheit der nationalen Entwicklung verbürgt ist. Preußen beanspruchte für die Leitung des Bundes nur die unentbehrlichsten Rechte. Der Artikel hebt besonders die versöhnliche Haltung Sachsens bei den Verhandlungen hervor.

Dresden, 9. Februar. Die zweite Kammer ermächtigte die Regierung, dem preußischen Vorgange konform, das Salzmonopol aufzuheben und das Salzwesen, vorbehaltlich einer nachträglichen Genehmigung des Landtags, zu regeln.

Für **Südtyrol** sind von der österreichischen Regierung, wie telegraphisch mitgetheilt, Ausnahmszustände eingeführt worden, indem die Gesetze zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Hausrechts dort außer Kraft gesetzt wurden. Veranlaßt ist diese Maßregel durch die Demonstrationen der italienischen Aktionspartei, welche den Anschluß Welschtyrols an das Reich Viktor Emanuels verlangt. Die österreichische Regierung hat seit Jahren Alles gethan oder besser unterlassen, um Südtyrol moralisch zu verlieren; mit Gewalt ist dieses italianisirte Gebiet nicht mehr auf die Dauer zu halten, das gestehen selbst Tyroler Stimmen zu. Der „Bote für Tyrol und Vorarlberg" erhält aus Roveredo in Südtyrol folgende Details über am 31. vor. Mts. dort stattgehabte Unruhen: „Dem Exzesse ging um 3 Uhr Nachmittags ein demonstrativer Spaziergang von 30—40 Herren und Damen voraus. Um 4 Uhr sammelte sich in Mitte der Stadt Volk aus allen Schichten, in Frack und in der Blouse; es waren an 400 Köpfe. Studenten und Gassenbuben fehlten natürlich nicht. Diese Masse forderte zur Schließung der Läden auf, welcher Aufforderung Folge geleistet wurde. Einem Kaufmann, der nicht schloß, wurden die Fenster eingeschlagen. Um halb 5 Uhr bewegte sich ein Zug von über 250 Leuten (der Mittelstand war auffallend gering vertreten, dagegen sah man nicht wenige sehr feine Herren darunter) unter wildem Geschrei nach dem Corso vor das k. k. Bezirksamt. Man vernahm die Rufe: „Viva Vittorio Emmanuele, viva Garibaldi, abasso l'Austria (fort mit Oesterreich), morte a l'Austria (Tod Oesterreich), abasso l'Aquila (fort mit dem Adler)." Schließlich flogen einzelne Steine gegen das kaiserliche Wappen. Gegen 6 Uhr zerstreute sich die Menge ohne militärisches Einschreiten. Man wollte durch diesen Tumult das Einverständniß und die Befriedigung mit dem anti-österreichischen Wahlresultate der Stadt Roveredo Ausdruck geben. Verhaftungen wurden vorgenommen." Schon vorher fehlte es übrigens nicht an anti-österreichischen Demonstrationen. In Roveredo hat bereits am 29. Januar ein Pöbelhaufen mit dem Rufe: „Viva Vittorio!" lärmend die Straßen durchzogen. Es wurde Militärassistenz in Anspruch genommen und sofort die Ruhe hergestellt.

Bern, 7. Febr. Laut Vernehmen war der Chef des eidgenössischen Finanz-Departements, Bundesrath Chalet-Venel, in eigener Person in Frankfurt a. M., um mit dem Hause Rothschild und anderen Bankhäusern wegen der Aufnahme der für die Bewaffnung der eidgenössischen Armee mit Hinterladern nothwendigen 12-Millionen-Anleihe zu unterhandeln. Gerüchtsweise hörte ich, daß einige Frankfurter Banquiers, die kürzlich nach der Schweiz übergesiedelt sind und sich hier das Bürgerrecht erworben haben, dem Bundesrathe in dieser Angelegenheit ihre bons offices angeboten haben sollen. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß sich Senator Bernus nicht in Basel selbst, sondern in dem Baseler Dorfe Kleinhüningen das Bürgerrecht gekauft hat. Einem anderen Frankfurter, dem Banquier Sulzbach, hat die Stadt Thun das Bürgerrecht geschenkt aus lauter Liebe und Hochachtung vor den 40,000 Gulden Rente, welche der Mann haben soll. (K. Z.)

Paris, 7. Febr. Die Stellung der Buchdruckereibesitzer in Paris ist für die zukünftige Entwicklung des Zeitungswesens und der politischen Literatur in so hohem Grade wichtig, daß die Schritte der Syndikatskammer dieses Monopols bei Rouher in diesem Augenblicke die besondere Aufmerksamkeit des Publikums erregen. Die Angaben über die Audienz, welche die Kammer gestern bei dem leitenden Minister hatte, lauten allerdings nicht ganz übereinstimmend, doch wird von keiner Seite in Abrede gestellt, daß die Herren gar zu gern ihr Monopol behielten und auch, obwohl möglichst zart, ganz deutlich das Staatswohl und die Ordnung als dabei mitinteressirt hingestellt haben. Die Deputation stellt in den vielen ihr zu Gebote stehenden Blättern in Abrede, daß sie um Erhaltung ihres Monopols eingekommen sei; die Buchdrucker hätten in Bezug auf ihr monopolistisches Privileg dem Staatsminister blos bemerklich gemacht, daß sie dieses ihr Privileg nicht umsonst erlangt hätten, denn als im Jahr 1810 die Zahl der Druckereien in Paris plötzlich von 300 auf 60 reducirt worden, seien ihre depossedirten Collegen von ihnen, den privilegirten Sechzig, entschädigt worden. Sodann gesteht die Deputation zu, daß der Präsident der Buchdruckereikammer, Delalain, darauf aufmerksam gemacht habe, wie der Verantwortlichkeitsfälle für die Besitzer der Buchdruckereien, die in den Gesetzen vorgesehen, so viele seien, daß für diese Besitzer „gewisse wirksame Garantien im Interesse der öffentlichen Ordnung" nöthig sein dürften, „blieben ja doch die Zeitungen auch, obwohl sie frei erscheinen sollten, unter dem Regime des Stempels und der Kaution". Es bleibt jedenfalls ein Zeichen der jetzigen französischen Zu-

stände, daß die Buchdrucker von Paris die Minister um Schutz vor einer befürchteten zu großen Betriebsfreiheit bestürmen. Rouhers Antwort war ausweichend; man wolle, entgegnete er, sehen, wie sich die Grundsätze der volkswirthschaftlichen Freiheit mit dem besonderen Interesse der Buchdruckerei-Industrie und mit der öffentlichen Ordnung vereinigen lassen.

In einem Schreiben in den Journalen erklären die Pariser Buchdruckereibesitzer, weshalb sie die Abschaffung ihrer monopolistischen Privilegien nicht verlangt hätten; sie behaupten, daß bis jetzt gar nicht die Rede davon gewesen sei, ihre Stellung zu ändern, und daß deshalb von der „Aufhebung“ ihrer Privilegien nicht die Rede sein könne. Wie aus der Note, welche sie dem Minister überreichten, übrigens hervorgeht, verlangen sie nur einfach eine Verbesserung ihrer Lage und wollen: „1) nur dann der Gefängniß- und Geldstrafe ausgesetzt sein, wenn der Schriftsteller oder Herausgeber unbekannt ist; 2) nur dann auf dem Civilwege verantwortlich gemacht werden, wenn der Verfasser oder Herausgeber nicht bezahlen kann; 3) nicht der mildernden Umstände beraubt sein; 4) vier Wochen nach dem legalen Depot der Drucksachen nicht mehr verfolgt werden können.“

Paris, 7. Febr. Die „France“ bestätigt heute im Wesentlichen die Angaben des „Etendard“ über die **Militärreorganisation**. Neu ist in ihren Mittheilungen Folgendes: Die Reserve statt aus den jungen Leuten jeder Klasse, die nicht zum jährlichen Contingent einberufen sind, zu bestehen, würde aus Soldaten gebildet, die vom aktiven Dienst befreit sind. Sie würde einen integrirenden Theil der Armee ausmachen und beständig dem Kriegsminister zur Verfügung gestellt, der das Recht hätte, sie, wenn die Umstände es erheischen, einzuberufen. Mit diesem System würde man zu einer permanenten Armee von 800,000 Mann gelangen.

Paris, 8. Febr. Es gilt als authentisch, daß der Zeitungsstempel für alle Blätter ohne Ausnahme auf 3 Centimes festgesetzt werden soll. Für gewisse Preßverbrechen wird die Jury, für die meisten Preßvergehen die Police correctionelle zum competenten Forum erklärt werden.

Von der spanischen Grenze, 2. Febr. Man spricht immer noch viel davon, daß nicht blos der Günstling des Königs, Meneses, sondern auch die Schwester Patrocinio ausgewiesen werden sei. Die frühere Aebtissin des Klosters von San Pascual de Aranjuez ist den Liberalen verhaßt, ohne deswegen beim Adel und Klerus eben beliebt zu sein. Das Ansehen der Königin selbst hat durch dieses Weib, das seiner Zeit von den Gerichten wegen Betrugs verurtheilt worden war, unläugbar nothgelitten. Narvaez, der in seinen politischen Planen, welche hauptsächlich die Befriedigung der untern Volksklassen bezwecken, häufig durch das bei Schwester Patrocinio in Permanenz erklärte Wunder sich gehemmt sieht, arbeitet längst an ihrer Entfernung. Bekanntlich war sie schon mehrmals, und zwar seltsamerweise gerade von den Moderirten, ausgewiesen worden, ist aber immer wieder zurückgekommen, und hat sich immer wieder genug Ansehen bei Hof erworben, um Ministern trotzen zu können. O'Donnell selbst hat sich während seines ersten fünfjährigen Ministeriums von den Cortes seine Rücksichten für Patrocinio vorwerfen lassen müssen. Für ihre Unerschrockenheit zeugt, daß sie mehrmals selbst päpstlichen Weisungen trotzte (?), die sie nach Rom beriefen. Mit der Königin-Mutter stand Patrocinio schon längst nicht auf dem besten Fuß. Zum mindesten kann sich aus den letzten Vorgängen Jedermann überzeugen, daß es ungerechtfertigt ist, Narvaez einfach als Werkzeug des Meneses und der Schwester Patrocinio darzustellen. Sein Ziel ist vielmehr darauf gerichtet, in ähnlicher Weise wie Napoleon III. die Gesellschaft dadurch zu retten, daß er vor allem die materiellen Bedürfnisse der untern Klassen und das allgemeine Verlangen nach Ruhe und Sicherheit befriedigt. Wenn es ihm gelingt, sich gewisser Einflüsse am Hofe ganz zu entledigen, so ist es nichts weniger als unwahrscheinlich, daß ein Theil der Demokratie nach dem in Frankreich vorliegenden Beispiel sein Programm unterstützt. — Die Erwartung: das Kabinet werde zu Ende des vorigen oder zu Anfang dieses Monats den Belagerungsstand für aufgehoben erklären und eine neue Verfügung über die Presse erlassen, hat sich nicht bestätigt. Es scheint, daß Meinungsverschiedenheiten im Schooße der Regierung, über die Maßregeln, welche dem Senat gegenüber zu ergreifen seien, die Schuld an dieser Verzögerung tragen, die übrigens nicht mehr lang anhalten darf, da schon in der Mitte des nächsten Monats die neuen Correswahlen stattfinden sollen. — Der von Sa da Bandeira in der Lissabener Pairskammer eingebrachte Antrag auf unverzügliche Abschaffung der Sklaverei in sämmtlichen Besitzungen der portugiesischen Krone hat ohne Zweifel auch für Spanien eine große Bedeutung. Es ist zu erwarten, daß der greise Agitator für diese edle Sache bei seiner Regierung durchdringe. Die Kundgebungen der brasilischen Regierung in derselben Richtung sind bekannt. Unter solchen Eindrücken wird, darf man wohl mit Grund annehmen, die Madrider Regierung nicht länger der öffentlichen Meinung Europas und den bestimmten Forderungen der Vertreter von Portoriko und Cuba, welche die unverzügliche Freilassung der Sklaven mit oder ohne Entschädigung der Eigenthümer wollen, Widerstand leisten. (A. Z.)

London, 5. Febr. Die diesjährige Session des **englischen Parlaments** wurde heute von der Königin mit folgender Thronrede eröffnet: „Mylords und meine Herren! Indem ich wiederum zu Ihrem Rathe und Beistande meine Zuflucht nehme, bin ich glücklich, Sie benachrichtigen zu können, daß meine Beziehungen mit auswärtigen Mächten auf einem freundschaftlichen und befriedigenden Fuße stehen. — Ich hoffe, daß die Beendigung des Krieges, an welchem Preußen, Oesterreich und Italien betheiligt gewesen sind, zur Herstellung eines dauernden Friedens in Europa führen werde. — Ich habe der Regierung der Vereinigten Staaten einen Weg vorgeschlagen, auf welchem die zwischen den beiden Ländern schwebenden Fragen, die in dem Bürgerkrieg ihren Ursprung haben, eine freundschaftliche Lösung erhalten werden; einen Weg, der, wenn man uns, wie ich die Zuversicht habe, in entsprechendem Sinne entgegenkommt, alle Gründe möglicher Mißhelligkeiten beseitigen und die Beziehungen einer herzlichen Freundschaft fördern wird. — Der Krieg zwischen Spanien und den Republiken Chili und Peru dauert noch fort, indem es den guten Diensten meiner Regierung im Vereine mit denjenigen der Regierung des Kaisers der Franzosen nicht gelungen ist, eine Versöhnung herbeizuführen. Wenn entweder durch ein Uebereinkommen zwischen den Parteien selbst oder durch die Vermittlung irgend einer anderen freundschaftlich gesinnten Macht der Friede hergestellt werden wird, so wird das Ziel, welches ich im Auge hatte, eben so wohl erreicht sein. — Mißvergnügtheit, welche in einigen Provinzen des türkischen Reiches obwaltete, ist auf Creta in thatsächliche Empörung ausgebrochen. Im Vereine mit meinen Alliirten, dem Kaiser der Franzosen und dem Kaiser von Rußland, habe ich mich jeder thätlichen Einmischung in jene inneren Unruhen enthalten; doch sind unsere gemeinsamen Anstrengungen darauf gerichtet gewesen, zwischen der Pforte und ihren christlichen Unterthanen gebesserte Beziehungen herzustellen, die mit den Souveränetätsrechten des Sultans nicht im Widerspruche stehen. — Die lange hingezogenen Verhandlungen, welche aus der Uebernahme der Regierung der Donaufürstenthümer Seitens des Prinzen Carl zu Hohenzollern entstanden, sind durch eine Uebereinkunft, zu welcher die Pforte ihre bereitwillige Zustimmung gegeben hat, und welche durch die Theilnahme aller Mächte, die den Traktat von 1856 unterzeichneten, sanctionirt worden ist, in glücklicher Weise zu Ende geführt worden. Resolutionen zum Zwecke einer innigeren Einigung der Provinzen Canada, Neu-Schottland und Neu-Braunschweig sind von den einzelnen Legislaturen derselben angenommen worden; und gebührender Massen autorisirte Delegirte, welche alle Classen der Parteien und Meinungen in den Colonien vertreten, sind betreffs der Bedingungen, unter welchen eine solche Union sich am besten verwirklichen lasse, übereingekommen. Im Einklange mit ihren Wünschen wird Ihnen ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der durch die Consolidirung der colonialen Interessen und Hülfsquellen den einzelnen Provinzen als Gliedern desselben Reiches, welche von dem Gefühle der Anhänglichkeit an denselben Souverän beseelt sind, Stärke verleihen wird. — Ich habe zu meiner tiefen Bekümmerniß vernommen, daß eine Hungersnoth schwer auf meine Unterthanen in einigen Theilen Indiens gedrückt hat. Anweisungen wurden an meine Regierung in jenem Lande erlassen, die äußersten Anstrengungen zu machen, um den Nothstand, der im Herbste des verflossenen Jahres dort herrschte, zu lindern. Die Segnungen einer reichen Ernte haben seitdem die Lage der leidenden Bezirke wesentlich gebessert. — Die ununterbrochenen Bemühungen und gewissenlosen Behauptungen verrätherischer Verschwörer im Auslande haben während des vorigen Herbstes die Hoffnungen einiger unzufriedenen Leute in Irland und die Befürchtungen der loyalen Bevölkerung erweckt; aber die feste und dennoch gemäßigte Ausübung der Befugnisse der Exekutive, und die Feindseligkeit, welche von Männern aller Classen und Confessionen gegen die Verschwörung kund gegeben ward, haben es in großem Maße vermocht, das öffentliche Vertrauen wieder herzustellen, und haben jeglichen Versuch, die allgemeine Ruhe zu stören, hoffnungslos gemacht. Ich hege die Zuversicht, daß Sie in Folge dessen in den Stand gesetzt sein werden, die Weiterführung der exceptionellen Gesetzgebung zu unterlassen. — Mit tiefem Dankgefühle gegen Gott den Allmächtigen erkenne ich die große Abnahme der Cholera und der Seuche, die unsere Heerden befallen hat; jedoch wird die anhaltende Herrschaft der letzteren Krankheit in einigen fremden Ländern und ihr jeweiliges Wiederauftreten in unserem Lande noch immer einige spezielle Vorsichtsmaßregeln ernöthigen, und ich hoffe, daß die Heimsuchung der ersteren zu vermehrter Beachtung jener sanitarischen Bestimmungen führen wird, welche sich durch die Erfahrung als die besten Vorbeugemittel bewährt haben. Da einer genügenden Zufuhr reinen und gesunden Wassers die höchste

Wichtigkeit beizulegen ist, so habe ich die Einsetzung einer Commission angeordnet, welche über den besten Weg zur dauernden Beschaffung einer solchen Zufuhr für die Hauptstadt und die bedeutendsten Städte in dichtbevölkerten Bezirken des Königreiches Untersuchungen anstellen soll. — Meine Herren vom Hause der Gemeinen! Ich habe Auftrag gegeben, daß Ihnen die Voranschläge für das kommende Jahr vorgelegt werden. — Dieselben sind mit angemessener Rücksicht auf Sparsamkeit und auf die Bedürfnisse des Staatsdienstes vorbereitet worden. Sie werden, ich halte mich dessen versichert, Ihre bereitwillige Zustimmung zu einer mäßigen Ausgabe geben, welche auf die Besserung der Lage meiner Soldaten und auf die Grundlegung einer wirkungstüchtigen Reserve-Armee berechnet ist. Mylords und meine Herren! Ihre Aufmerksamkeit wird wiederum auf den jetzigen Stand der Vertretung des Volkes im Parlamente gelenkt werden, und ich hege die Zuversicht, daß Ihre Berathungen, in dem Geiste der Mäßigung und gegenseitigen Duldsamkeit geführt, zu der Annahme von Maßregeln führen werden, welche, ohne das Gleichgewicht der politischen Macht ungebührlich zu zerstören, das Wahlrecht genügender Weise ausdehnen werden. Das häufige Vorkommen von Mißhelligkeiten zwischen Arbeitgebern und ihren Arbeitern, die viele einzelne Leiden und allgemeine Verluste im Gefolge haben, und gelegentlich, wie man vernimmt, zu Beleidigungen und gewaltthätigen Handlungen führen, hat mich veranlaßt, eine Commission einzusetzen, welche über die Organisation der Gewerbevereine und anderer Associationen, sei es der Arbeiter oder der Arbeitgeber, eine Untersuchung anstellen und Bericht erstatten, und zugleich die Befugniß haben soll, etwaige Gesetzesverbesserungen zu deren beiderseitigem Wohle vorzuschlagen. Sie werden um parlamentarische Ermächtigungen angegangen werden, welche nöthig sind, um diese Untersuchung wirksam zu machen. — Ich habe Gesetzentwürfe zur Ausdehnung der wohlthätigen Bestimmungen der Fabrikate auf andere Erwerbsthätigkeiten, über die von der königlichen Commission betreffs der Anstellung von Kindern in Fabriken besonderer Bericht zu erstatten ist, und zur bessern Regulirung von Werkstätten, wo Frauen und Kinder in großer Anzahl beschäftigt sind, im Einklange mit den Prinzipien jener Akte vorbereiten lassen. — Die Lage der Handelsmarine hat meine ernstliche Beachtung auf sich gezogen. Es werden Klagen laut, daß die Seeleute nicht in genügender Anzahl zu haben, und daß die für ihre Gesundheit und ihre Disciplin auf den Schiffen getroffenen Maßnahmen unzureichend seien. Es werden Ihnen Vorschläge unterbreitet werden, welche die Vermehrung der Leistungsfähigkeit dieses wichtigen Dienstes im Auge haben. Mit Befriedigung habe ich die kürzlich in den Schifffahrtsgesetzen Frankreichs eingeführten Erleichterungen wahrgenommen. Ich habe dem Kaiser der Franzosen meine Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, dem Parlamente einen auf billige Bedingungen gegründeten Vorschlag zur Aufhebung der einer begränzten Anzahl von Individuen in britischen Häfen noch zugestandenen Befreiungen von lokalen Schifffahrtsabgaben vorzulegen, und Se. kais. Majestät hat, diesem Schritte zuvorkommend, britischen Schiffen schon die Vortheile des neuen Gesetzes gewährt. Ein Gesetzentwurf hierüber wird Ihnen unverzüglich vorgelegt werden. — Es wird Ihnen ferner ein Gesetzentwurf zur Verbesserung der hauptstädtischen Armen- und Krankenpflege und zur neuen Umlegung einiger der Unterstützungs-Ausgaben vorgelegt werden. — Ihre Aufmerksamkeit wird ferner auf die Besserung der Bankerottgesetze, auf die Consolidirung des Ehescheidungs- und Pupillengerichtshofes und des Admiralitäts-Gerichtshofes, und auf die Mittel, um öfter und mit größerer Schnelligkeit die sich mehrenden Geschäfte der höheren Civil- und Assisen-Gerichtshöfe abzufertigen, gelenkt werden. — Die Beziehungen zwischen Grundbesitzern und Pächtern in Irland haben meine sorgliche Beachtung gefunden, und es wird Ihnen ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der, ohne in die Besitzrechte einzugreifen, den Landbebauern direkten Antrieb geben wird, ihre Ansiedelungen in besseren Stand zu setzen, und der zugleich einen einfachen Modus der Entschädigung für dauernde Verbesserungen feststellen wird. — Ich empfehle diese und andere Ihnen vorzulegende Maßregeln Ihrer sorgsamen Erwägung, und ich flehe darum, daß Ihre Arbeiten unter dem Segen der Vorsehung zur Wohlfahrt meines Landes und zum Glücke meines Volkes dienen werden." (K. Z.)

Helsingfors, 7. Febr. Der Gesetzentwurf, betreffend das neue Reglement für den finnländischen Landtag, ist von der Regierung dem Landtage mitgetheilt worden. Derselbe bestimmt den Zusammentritt des Landtags auf alle vier Jahre. (H. N.)

Der „Etendard" erhält, wie er sagt, genaue Einzelheiten über die Reduktion der russischen Marine im schwarzen und kaspischen Meere. Nach dem Ukas vom 1. Januar gibt es nur noch einen Kriegshafen in jedem dieser Meere, nämlich Nikolajeff und Bakou. Die Zahl der Kriegsschiffe wird auf 12 im schwarzen und auf acht im kaspischen Meere herabgesetzt. In den 12 Schiffen des schwarzen Meeres sind sieben Schooner und eine kaiserliche Yacht, der „Tiger", inbegriffen, die neun anderen sind Fregatten und Dampfkorvetten.

Dasselbe Blatt schreibt: „Der General v. Manteuffel, dessen Ungnade wir gemeldet haben, wird in Petersburg erwartet. Man kennt nicht das Ziel dieser ganz unerwarteten Reise.

Belgrad, 1. Febr. Der Toast, den Fürst Michael auf die Armee ausgebracht hat bei einem Diner, zu dem sämmtliche Offiziere geladen waren, beweist, daß man hier aus der Absicht, welche man hegt, kein Geheimniß macht. Wenn wir die Festungen nicht gutwillig bekommen, so werden wir sie mit Gewalt nehmen — das ist der Sinn dieses Spruches, der durch den Commentar des halbamtlichen Blattes eine um so größere Tragweite bekommt. — Es besteht hier ein geheimes Comite, das zusammengetreten ist, um den aufständischen Kandioten zu Hilfe zu kommen. (K. Z.)

Nach einer dem „Etendard" aus **Konstantinopel** zugehenden Depesche vom 4. Februar wäre der kretische Aufstand wieder einmal bewältigt. Die Sphakioten wären bereit, alle Banden, welche in ihr Gebiet eindringen wollten, zurückzuwerfen. Etwa 100 unter ihnen hätten sich zu einer regelmäßigen Truppe verbunden. Ein Theil der Freiwilligen hätte sich nach Cerigo geflüchtet, viele Andere verlangten die Mittel zur Rückkehr in ihre Heimat. Die Verwaltung habe sich wieder konstituirt und beginne ihre regelmäßige Thätigkeit. Die Insel sei nur noch von einigen Banden beunruhigt, welche von den regelmäßigen Truppen verfolgt werden.

Wie die „Ere nouvelle" aus der Stadt **Mexiko** meldet, hatte der Kaiser Maximilian Puebla am 3. Jan. verlassen, um nach Mexiko zurückzukehren, wo er am 5. um Mittag angelangt ist. Seinem ausdrücklichen Wunsche gemäß war durchaus keine Kundgebung vorbereitet worden. Die kaiserl. Residenz ist vorläufig in der Hacienda de la Teja, ungefähr halbwegs zwischen der Stadt und dem Schloß von Chapultepec, aufgeschlagen worden. Bis jetzt, schreibt die „Ere," hat seine Rückkehr durchaus keine Aenderung der Lage hervorgerufen. Der Kaiser hat sich darauf beschränkt, sein Privatsekretariat zu reorganisiren unter der Leitung des ehrwürdigen Pater Fischer, der neuerdings mit dem Vertrauensamt bekleidet ist, welches vor ihm unter verschiedenen Titeln nach einander Hr. Eloin, der Commandant Loysel und Kapitän Pierron innehatten. Die Vertreter der Intervention sind von Sr. Majestät am Sonntag und Montag empfangen worden; aber es hat nichts verlautet über das Ergebniß dieser Zusammenkünfte. Man meldet die Abreise des Hrn. Luis de Arroyo, Ministers des kaiserl. Hauses, nach den Vereinigten Staaten. Die Reise dieses Mannes steht, wie es heißt, mit einer speziellen Mission in Verbindung, welche ihm vom Kaiser aufgetragen ist.

Neueres.

London, 9. Febr. Die Regierung wird, wie bestimmt verlautet, keinen fertigen Reform-Gesetzentwurf einbringen, sondern darauf bezügliche Resolutionen vorschlagen, mit welchem Wege viele Liberale einverstanden sind.

Petersburg, 8. Febr. Wie die heutige „Senats-Ztg." meldet, ist das jährliche Gehalt der Regiments-Commandeure um 720 bis 1200, das der Bataillonskommandeure um 360, der übrigen Offiziere um 138 bis 420 Rubel vom 1. Jan. d. J. ab erhöht worden.

New-York, 7. Februar. Der Wiederherstellungsausschuß hat im Kongreß den Antrag eingebracht, die Staaten, welche am Aufstande Theil genommen, in 5 Militärbezirke unter Militärgouvernements einzutheilen.

Kalkutta, 8. Jan. (Ueberlandpost.) Bei einem Feste im botanischen Garten verunglückten durch das Sinken einer Dampffähre auf dem Flusse zahlreiche Personen. Der Herzog v. Alencon ist auf dem Wege nach Bombay, wo er sich nach Europa einschiffen will, in Kalkutta angekommen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 43.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 12. Februar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 10. Februar. Se. Majestät der König hat sich bewogen gefunden, die am Handelsgerichte Amberg in Erledigung gekommene Rathsstelle dem Bezirksgerichtsrathe A. Ochsenmayer in Amberg verliehen

Frankfurt, 8 Febr. In Betreff des hier befindlichen beweglichen Bundeseigenthums hat sich die Liquidations-Commission dahin geeinigt, die Anträge des hierfür niedergesetzten Ausschusses den Regierungen zur Annahme zu empfehlen. Jenes Eigenthum besteht aus Zimmergeräthen aller Art, aus den Bibliotheken der Bundesversammlung und der Militärkommission mit vielen werthvollen Werken, aus dem Archive, worin auch die Papiere der Nationalversammlung von 1848, der Reichsministerien und der Central-Commission, und außerdem aus Gegenständen von geschichtlichem Interesse, z. B. Geräthschaften aus der Paulskirche. Das Mobiliar soll verkauft werden, ausgenommen Gegenstände von geschichtlichem Interesse, wegen welcher sich der Ausschuß mit dem Germanischen Museum in Nürnberg in Verbindung setzen wird. Die Bibliothek soll der Frankfurter Stadtbibliothek unentgeltlich unter einigen Bedingungen (z. B. ungetrennte Aufstellung der vollständigen Sammlung deutscher Gesetze und der Sammlung der von der Mainzer Commission eingesendeten politischen Flugschriften) überlassen werden. Die Regierungen können die von ihnen an die Bibliothek der Militärkommission abgegebenen Karten, Pläne rc. zurückfordern. Was das Archiv betrifft, so werden aus der Registratur der Militärkommission die auf eine einzelne bestimmte Festung bezüglichen Akten an das Gouvernement der betreffenden Festung zur Aufbewahrung übergeben. Die allgemeinen Akten der Marinekommission, sowie die auf Marine und Küstenbefestigung sich beziehenden, werden Preußen angeboten, unter der Voraussetzung der jeder bisherigen Bundesregierung gestatteten Benutzung. Originalurkunden, welche Eigenthum von Privatpersonen sind, sollen ausgeschieden und den betreffenden Eigenthümern zugesendet werden. Das gesammte ehemalige Bundesarchiv, einschließlich des Archivs der Nationalversammlung rc., wird der hiesigen Stadtbibliothek übergeben unter den Bedingungen ungetrennter und abgesonderter Aufstellung, sorgsamer Konservirung und der Benutzung an Ort und Stelle durch die früheren Bundesregierungen. Die in großer Masse vorhandene Maculatur soll an eine Papierfabrik unter der Bedingung des Einstampfens verkauft werden.

Berlin, 9. Febr. In der gestrigen Schlußsitzung des Abgeordnetenhauses gab der Präsident v. Forkenbeck folgendes Resumé über die Thätigkeit des Hauses in der letzten Session: „Von der kgl. Staatsregierung sind den beiden Häusern des Landtages seit dem 6. August 1866 vorgelegt worden: 1) vierzig Gesetzentwürfe, mit Einschluß des Staatshaushalts-Etats; 2) neun Staats-, Handels- und Schifffahrtsverträge; 3) neun provisorisch erlassene Verordnungen; 4) fünf allgemeine Rechnungen, nämlich die pro 1859, 1860, 1861, 1862 und 1863; 5) drei Jahresberichte der Staatsschulden-Kommission, die pro 1862, 1863 und 1864; 6) eine Uebersicht über den Bau und den Fortgang des Betriebs der Staatseisenbahnen im Jahre 1865; 7) ein Schreiben des Justizministers, betreffend die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung eines Blattes wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses. Das sind summa summarum 68 Vorlagen von Seiten der kgl. Staatsregierung. Von diesen haben die verfassungsmäßige Zustimmung beider Häuser des Landtages erhalten 60 Vorlagen; zwei sind im Hause selbstständig erledigt worden; vier sind im Hause der Abgeordneten abgelehnt worden; eine Vorlage ist wegen Ablaufs der Session unerledigt geblieben und eine Vorlage, die über das Postwesen, über welche wir heute beschlossen haben, hat die verfassungsmäßige Uebereinstimmung beider Häuser des Landtages noch nicht erreicht. Von den Mitgliedern des Hauses sind, mit Einschluß von neun Interpellationen, 31 Anträge gestellt, von denen 24 im Plenum erledigt, drei in den Kommissionen durchberathen, wegen des Schlusses der Session aber nicht mehr zur Berathung im Plenum gekommen, zwei zurückgezogen und zwei unerledigt geblieben sind. Vier von diesen Anträgen haben das Haus veranlaßt, Gesetzentwürfe anzunehmen. Von diesen vier Gesetzentwürfen, die aus der Initiative des Hauses hervorgegangen, sind drei von dem Herrenhause abgelehnt worden, und der letzte, der Entwurf wegen Aufhebung der Beschränkungen des vertragsmäßigen Zinsfußes bei Darlehnen, zu deren Sicherheit unbewegliches Eigenthum verpfändet wird, ist im Herrenhause noch nicht zur Berathung gekommen. Die Zahl der eingegangenen Petitionen beträgt 834. Davon sind in den Kommissionen berathen 726 und theils wegen zu späten Eingangs, theils wegen Ablaufs der Session nicht erledigt 108. Davon sind im Plenum 641 erledigt und zwar durch Ueberweisung zur Berücksichtigung an die kgl. Staatsregierung, resp. zur Abhilfe 61, durch Uebergang zur Tagesordnung 48, durch Annahme von Gesetzentwürfen 236, durch Annahme einer Resolution eine; als zur Erörterung im Plenum wurden geeignet erachtet 295. Die Abtheilungen haben 121, die Kommissionen 202 Sitzungen gehalten, aus welchen, mit

Feuilleton.

Vermischtes.

Am 3. d. ist in Neuwied **Prinz Max von Wied**, berühmt als Reisender und Erforscher süd- und nordamerikanischer Gebiete, nach kurzer Unpäßlichkeit in einem Alter von 84 Jahren gestorben. Die Resultate seiner Reisen und Forschungen sind in mehreren reich ausgestatteten Reisewerken niedergelegt.

Das neue Spital **Hotel Dieu**, das auf der Seineinsel von Paris, der sogenannten Cité, erbaut wird, bedeckt mit seinen Höfen einen Flächenraum von 22,000 Quadratmetern. — Es wird in zwei Reihen Pavillons, die durch einen Langbau mit einander verbunden sind, 716 Betten enthalten, die in 84 Zimmern aufgestellt werden. 18 Säle werden je 26—30, drei 10—12, 19 6 Betten aufnehmen, außerdem enthält das Spital noch 44 Zimmer mit je einem oder zwei Betten. 84 Betten werden außerdem vorräthig gehalten, um einen regelmäßigen Wechsel der Betten in den Krankensälen zu gestatten. Die Lüftung und Heizung wird durch eine Verbindung der besten Methoden bewerkstelligt. Die Heizung erfolgt zum Theil durch heißes Wasser, zum Theil durch Wasserdampf. Mit Ausnahme der Krankensäle selbst wird das Gebäude mit Gas beleuchtet. Die Wasserleitung und ein elektrisches Signalsystem gehen durch alle Theile der Anstalt. Die Gesammtausgaben für das neue Hotel Dieu werden auf 21,400,000 Frcs. veranschlagt, nämlich 8,000,000 für die Expropriation des Bodens, 12,400,000 für den Bau und 1,000,000 Frcs. für die Einrichtung.

Der zu **Paris** verstorbene französische Akademiker **Munk** wurde im Jahre 1802 in Glogau von jüdischen Eltern geboren. Nachdem er seine Studien in Berlin und Bonn zurückgelegt hatte, kam er noch sehr jung nach Paris, wo er sich mit besonderem Fleiße mit orientalischen Sprachen, namentlich unter Leitung des Orientalisten Sylvester de Sacy mit dem Arabischen beschäftigte; er studirte auch Persisch und den Sanskrit. Vorzüglich ließ er sich jedoch in Paris die Pflege des Hebräischen angelegen sein. Das bekannte Univers pittoresque enthält in einer Abtheilung seine geographische historische und archäologische Darstellung von Palästina, welche als eine der gediegensten Abhandlungen über die hebräischen Alterthümer gilt. Im Jahre 1840 wurde er Custos an der kgl. Bibliothek von Paris und begleitete alsdann Montefiore und Cremieux nach Aegypten und Damask. Er hatte durch seine ununterbrochenen Arbeiten seine Augen so sehr angestrengt, daß er schon damals mit dem Verluste derselben bedroht war. Er mußte deßhalb zwar seine Stelle als Custos aufgeben, setzte aber dessenungeachtet mit Hilfe seiner Freunde und durch die Unterstützung seiner Glaubensgenossen, die ihn mit dem Posten als Munizipalsekretär betrauten, seine Studien mit der größten Ausdauer und Resignation fort. Von seinen verschiedenen Werken sind besonders zu erwähnen seine preisgekrönte Notice sur About Wa-

Ausnahme der Berichte über die Wahlprüfungen sämmtlicher Mitglieder des Hauses, 67 schriftliche und 38 mündliche Berichte erstattet worden sind. Von diesen Berichten sind alle bis auf 10 in den 68 Plenarsitzungen des Hauses berathen worden."

Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung" enthält eine Betrachtung, welche bezweckt, das Widerstreben gegen die Opfer zu versöhnen, die die Verfassung des norddeutschen Bundes den kleineren Staaten auferlegt. Sie sagt: „In seiner Interpellation über die Behandlung der Bundesverfassung hat der Graf Hohenthal in der ersten sächsischen Kammer auch die Möglichkeit besprochen, daß die preußische Regierung auf die Bahn des „Einheitsstaates gedrängt werde. Was er darüber sagt, zeugt, wie seine ganze Rede, von einer Liebe zu seinem engeren Vaterlande, der man eine gewisse Aengstlichkeit zu Gute halten muß, und wenn seine mehr angedeutete als ausgesprochene Befürchtung, daß jene Möglichkeit sich erfüllen werde, wirklich in Sachsen, wie wir hören, lebhaft empfunden werden sollte, so würde sich das sehr natürlich aus den Ereignissen des vergangenen Sommers erklären, vielleicht auch aus dem Bewußtsein, daß der preußischen Regierung Grund gegeben sei, vorsichtig zu sein, sich möglichst große Garantien zu verschaffen. Daß anderwärts dieselbe Besorgniß im Ernst gehegt werde, können wir schwer glauben. Jedenfalls würde man sich derselben aller Orten entschlagen, wenn man sie an den Erklärungen und dem Verhalten der preußischen Regierung in der deutschen Frage prüfen wollte. Aber es ist eine dem erfahrenen Publicisten geläufige Beobachtung, daß das Alte oft das Neueste ist, und so fürchten wir nicht, den Leser zu ermüden, indem wir ihn an den Frankfurter Fürstentag erinnern. In dem Berichte, den es über die Reformakte von 1863 an Se. Maj. den König erstattete, sagte das Staatsministerium: „„Die verhältnißmäßige Schwäche des Bundes, im Vergleich zu der der deutschen Nation innewohnenden Gesammtkraft, beruht in der Schwierigkeit, die Bundes-Centralgewalt so zusammenzusetzen und mit solchen Attributen zu versehen, daß sie tüchtig und wirksam sei, zugleich aber die berechtigte Unabhängigkeit der einzelnen Staaten schone und erhalte und der Bedeutung der einzelnen Bundesglieder nach Maßgabe ihrer eigenthümlichen und der selbstständigen Machtverhältnisse Rechnung trage. Diese Schwierigkeit wurzelt in einer tausendjährigen Geschichte des Landes und läßt sich bei dem besten Willen aller Betheiligten weder schnell, noch vollständig überwinden. Sie steigert sich nothwendig in dem Maße, als dem Bunde die Aufgabe gestellt wird, nicht nur seinem ursprünglichen Zwecke entsprechend die Sicherheit seiner Theilnehmer wie die des Bundesgebiets zu gewährleisten, sondern auch in der innern, wie in der äußern Politik die Zwecke eines einheitlichen Staatswesens zu erfüllen."" „Diese beiden, obwohl nur mit Schwierigkeit zu vereinbarenden Zwecke, fährt die „Nordd. Allg. Z." fort, hat die Regierung in den Grundzügen vom Juni v. Js. festgehalten und es verschmäht, für den Entscheidungskampf, dem sie entgegenging, die Unterstützung einer zahlreichen und rührigen Partei durch Eingehen auf deren Wünsche zu erkaufen. An diesen „Grundzügen" hat sie, auch nach dem Siege, in den Prinzipien des Verfassungs-Entwurfes festgehalten und in den Einzelheiten nur dasjenige aufgenommen, was durch die veränderten Verhältnisse absolut nothwendig geworden war. Daß die einzelnen Staaten gewisse Opfer an Selbstständigkeit bringen müssen, wenn die deutsche Einheit nicht ewig die Quadratur des Cirkels und das Gespötte der Völker bleiben soll, ist doch nicht zur Genüge erörtert."

Wien, 9. Febr. Nach der „N. Fr. Pr." wird das Polizeiministerium als selbstständige Centralbehörde zu bestehen aufhören.

Die handelspolitischen Verhandlungen schreibt die „N. A. Z.", welche seit einigen Wochen in **Wien** zwischen preußischen und österreichischen Bevollmächtigten, unter Theilnahme von bayerischen und sächsischen Kommissarien, stattgefunden haben, sind vertagt. Zwar ist der neue Handels- und Zollvertrag zwischen Preußen und Oesterreich festgestellt; ebenso die dazu gehörigen Protokolle; auch die umfangreichen Tarife, welche wesentlich Erleichterungen des gegenseitigen Verkehrs enthalten, sind vereinbart; indeß haben sich in Beziehung auf einige Artikel Schwierigkeiten ergeben, welche im Augenblick nicht erledigt werden können. Dahin gehören namentlich die Weinzölle, deren Ermäßigung zugleich eine Verständigung mit Frankreich voraussetzt. Diese Verständigung hängt damit zusammen, daß Frankreich die mecklenburgische Regierung von der Verpflichtung entbinde, die Zölle nicht über ein bestimmtes Maximum zu erhöhen. Die Zwischenzeit will Oesterreich benutzen, um eine bereits früher zugesagte, dringend gebotene handelspolitische Verständigung mit Italien zu erzielen. Unter diesen Umständen wurde eine einstweilige Vertagung der Verhandlungen in Wien für angemessen erachtet, zumal die preußischen Bevollmächtigten durch anderweite Berufsgeschäfte nach Berlin gerufen werden, während die österreichischen Bevollmächtigten sich zur Verhandlung nach Florenz begeben. Die Wiederaufnahme der Unterhandlung in Wien wird erfolgen, sobald die Umstände es gestatten.

Ueber die Audienz Deak's meldet man der „Presse" aus **Pesth** vom 8.: Se. Maj. der Kaiser verlangte unter Anderm beruhigende Aufschlüsse über mehrere Punkte in der ungarischen Frage und erbat sich seine Ansicht über die Unterbreitung des Ausgleichs-Instruments im Reichsrathe. Deak erklärte: Die Unterbreitung als Regierungsvorlage sei rechtlich korrekter, die Verhandlung beider Vertretungen im Delegationswege jedoch praktischer.

Prag, 8. Febr. Unterrichtete versichern, sogleich nach Ernennungs-Publizirung des ungarischen Ministeriums gedächten die Czechenführer mit der Forderung analoger Zugeständnisse für die böhmischen Lande, eines eigenen Ministeriums des Gebietes der Wenzelskrone offen hervorzutreten. Hauptsächlich sei die nächste Landtagsadresse bestimmt, diese Forderung aufzunehmen.

Agram, 8. Febr. Wiener Berichte signalisiren die demnächst bevorstehende Auflösung der kroatischen Hofkanzlei. Seit der Demission Belcredis seien der Leiter der Hofkanzlei und sein Stellvertreter ganz dualistisch geworden.

Haag, 7. Febr. Die Antwort des Kriegsministers auf den Vorschlag der Kammer über die Erhöhung des Kriegsbudgets für 1867 erklärt die Ansichten der Regierung über die Landesvertheidigung. Nach dem Plane der Regierung ist es nicht ausführbar, die ganzen Gränzen des Landes im Kriegsfalle als Vertheidigungslinie anzunehmen, man muß vielmehr die gesammte Kriegsmacht zusammen halten, um eine durch Natur und Kunst verstärkte Stellung zu halten. Demnach hat im Kriegsfalle die Vertheidigung des Landes zu beginnen auf der östlichen Gränze an der geldern'schen Yssel und dem Niederrhein, auf der südlichen Gränze auf dem Haringsvliet, dem holländisch Diep, der Maas und der Waal. Die

---

lid Merwan, seine Philosophie und philosophischen Schriften der Juden (Leipzig 1852), und seine Uebersetzung aus dem arabischen Urtext des maimonidischen philosophischen Werkes: „More Newochim" (Lehrer der Verirrten). Seine literarischen Verdienste wurden durch Ernennung zum Mitgliede der Académie française in der ehrenvollsten Weise anerkannt, sowie er überhaupt in allen Kreisen der Gesellschaft die größte Achtung erwarb. In den letzten Jahren war er völlig erblindet.

Nach dem Jahresberichte der großen See-Assekuranz-Gesellschaft „Veritas" in Paris beläuft sich 1866 die Zahl der vollständig zur See verunglückten Schiffe auf 2932, worunter 2732 hölzerne, 32 eiserne Segelschiffe und 168 Dampfer. Es verunglückten davon durch Wiedereinanderrennen 120, durch Feuersbrunst 101, durch Explosion 4, durch Schiffbruch 2336, als fernerhin zur Fahrt untauglich geworden 160, durch Eisgang zertrümmert 15, verschollen und als verloren angesehen 186.

Eines der geachtetsten Mitglieder der österreichischen Kolonie in Konstantinopel, Dr. Schwarz, Arzt des österreichischen Spitals, wurde am 24. Januar, als er ein krankes Kind besuchen wollte, in der Straße Ainali-Tschesme, meuchlings ermordet.

Die „Times" bringt dem englischen Fiskus bis zu 750,000 Frks. jährlich an Annoncensteuer ein.

Die Bevölkerung China's betrug im Jahre 1757: 190,348,328 1780: 227,543,434; 1812: 361,693,190; 1841: 413,451,311 und nach der letzten Zählung 414,686,994.

London, 7. Febr. Ein Rechtsanwalt des Jamaica-Comite's, begleitet von John Stuart Mill und P. A. Taylor (Parlamentsmitglied für Leicester), als Vertretern der klagenden Partei, erschien gestern vor dem Polizeigerichte in Bow-Street, um Verhaftungsbefehle gegen den Lieutenant Brand und den Obersten Nelson unter der Anklage der Ermordung Gordons zu erwirken; da der Richter zuerst Zeugenbeweise verlangte, daß die beiden Offiziere sich innerhalb seines Gerichtsbezirkes befänden, so werden die Verhaftsbefehle erst heute oder in den nächsten Tagen ausgefertigt werden. Des Ex-Gouverneurs Eyre wurde noch nicht gedacht, weil er sich nicht in dem Gerichtskreise von Bow Street aufhält; doch hat sein Rechtsanwalt erklärt, daß er sich der Untersuchung stellen werde. (Bekanntlich wurde das Mitglied der Legislatur von Jamaica, Gordon, bei den blutigen Ereignissen in Morant Bay, Oktober 1865, durch den Gouverneur Eyre in seinem Wohnorte Kingston (wo der Belagerungszustand nicht verhängt war) verhaftet, nach Morant Bay (unter militärischer Jurisdiction stehend) abgeführt, dort vor ein Kriegsgericht gestellt (dessen Präsident der Lieutenant Brand und dessen Beisitzer der Lieut. Errington und der Fähndrich Kelly waren), zum Tod verurtheilt, und (nach Bestätigung des Urtheils durch Oberst Nelson) am 23. Oktober gehenkt.)

Hauptvertheidigung des Landes wird dann bestehen in der neuen holländischen Wasserlinie von Mulden bis Gorinchem in Verbindung mit den Strömen, welche sich von letzteren Orte nach der See erstrecken. Als letzte Position für die Armee, wenn diese Linie forcirt werden sollte, muß dann die Linie von Amsterdam angenommen werden. Zunächst und hauptsächlich sollen die Positionen von Amsterdam und die neue holländische Wasserlinie befestigt werden, weil diese zu einer Vertheidigung genügen. Die projektirten Werke sollen zwischen den Jahren 1867 und 1870 ausgeführt werden und die Kosten sind auf 7,178,000 fl. veranschlagt. Der Minister erachtet es für nöthig, die jährliche Aushebung für die Armee von 11,000 auf 14,000 Mann zu erhöhen. Dann soll fortgeschritten werden mit der Umwandlung des Geschützes in gezogene Kanonen; für die Küsten-Batterien soll schweres Geschütz angeschafft werden. 40,000 Gewehre sollen in Hinterlader umgestaltet und 90,000 neue innerhalb drei Jahren angeschafft werden, sowie Karabiner und Pistolen für die Artillerie und sonstiges Material. (K. Z.)

Brüssel, 8. Febr. Nachrichten aus Charleroi vom 7. d. melden, daß die Arbeiten in den Kohlenwerken wieder aufgenommen worden sind, doch treiben sich immer noch 100 oder 1200 Arbeiter müssig herum. Zahlreiche Verhaftungen sir vorgenommen worden. Man hat einige fremde Individuen in Verhft genommen. (K. Z.)

Paris, 8. Febr. Das Reglemet über die Beziehungen des Senats und gesetzgebenden Körpers zum Kaiser und zum Staatsrathe, sowie über die organischen Bestimmugen in Bezug auf ihre Arbeiten ist im „Moniteur“ erschienen. Daebetreffende Dekret trägt das Datum des 5. Februar. Eine Bestimmung von Belang, welche nicht schon in dem Dekret vom 19. Januar esentlich enthalten wäre, enthält das neue Reglement nicht, wofern ht etwa die Herstellung der Rednerbühne dafür gelten soll. Alle Bimmungen, die sich auf die Adreßdebatte bezogen, sind selbstverständli gestrichen worden. Die neuen Bestimmungen sind, um das Wesentche kurz zusammen zu fassen, folgende: 1. Anwesenheit der Minist in der Kammer; 2. Discussion der Gesetze; 3. die Herstellung d Rednerbühne; 4. Zurückgabe des Interpellationsrechts. Die Anten über das Ganze lauten selbstverständlich sehr verschieden, je n dem Standpunkte der Beurtheilung. Die stabilen Bonapartisten se ungeheure Konzessionen auch da, wo diejenigen, welche ein whaft parlamentarisches Leben wünschen und wollen, nur engherzige i halbe, weil ungern ertheilte Zugeständnisse erblicken. Die Bemungen des neuen Reglements über das Interpellationsrecht deAbgeordneten lauten: Art. 97. Jede Forderung einer Interpellar an die Regierung muß schriftlich abgefaßt und von fünf Mitgern unterzeichnet sein. Sie erklärt summarisch den Gegenstand der Ipellationen; sie wird dem Präsidenten des gesetzgebenden Körpers ergeben, welcher sie dem Staatsminister mittheilt und sie zur Prüg durch die Bureaux überweist, die er zu diesem Zwecke spätestens rhalb der drei Tage, welche auf die Eingabe der Forderung folgen, lst. Art. 98. Wenn vier Bureaux des gesetzgebenden Körpers die einung abgeben, daß die Interpellationen stattfinden können, so vet der Präsident die Interpellationsforderung in öffentlicher Sitzungd der gesetzgebende Körper bestimmt den Tag der Verhandlung. . 99. Nach dem Schlusse der Verhandlung spricht sich der gesbende Körper aus über die einfache Tagesordnung oder die Ueberung an die Regierung. Art. 100. Die einfache Tagesordnung hamer die Priorität. Art. 101. Wenn die einfache Tagesordnung verfen ist, so stimmt der gesetzgebende Körper über die Ueberweisung die Regierung ab, und diese Abstimmung schließt die VerhandlungDie Ueberweisung an die Regierung kann nur ausgesprochen we in der folgenden Form: „Der gesetzgebende Körper beruft diufmerksamkeit der Regierung auf den Gegenstand der Interpellan.“ In diesem Falle wird ein Auszug der Verhandlung dem atsminister übergeben.

London, 7. Februar. In Betreff der nächsten Montag anberaumten großen Reformdemonstratio gte gestern eine Delegirtenversammlung der Reformliga und der lnehmenden Gewerk-, Mäßigkeits- und gegenseitiger Unterstützungsr e in der Sussex-Hall. Herr Edmond Beales, der den Vorsitz fi bemerkte mit Bezug auf den die Reform betreffenden Paragraphn der Thronrede, es sei durch diesen Passus und Das, was diesen Gegenstand im Parlamente gesagt werden, eine Demonstr nothwendiger geworden als je. Im weiteren Verlauf der Versam verlas der Vorsitzende den Entwurf einer Adresse an Herrn Gre, der allgemeine Billigung fand. Auf den Antrag Hrn. Gre wurde beschlossen, folgende Ankündigung drucken und in der stadt zirkuliren zu lassen: „Nächsten Montag Abend wird die ierung ihre Intentionen in der Reformfrage auseinandersetzen, am tag Morgen wird das Volk die seinigen kundgeben. Alle diejen welche die Regierung über die Ansichten des Volkes in dieser Be g aufklären wollen, sind eingeladen, sich an der Demonstration der Reformliga zu betheiligen.“

Ueber die Erscheinung und das Auftreten der Königin bei Eröffnung des Parlaments wird aus **London** berichtet: „Zu Lebzeiten des Prinzen Albert wurde stets die Ankunft der Königin durch schmetternde Trompetenfanfaren angezeigt. Diesmal indessen betrat, wie im vorigen Jahre, der Zug den Saal unter einer lautlosen Stille, die an eine Leichenfeier erinnerte. Unter dem Vortritte von Herolden und den höchsten Hofchargen, denen Lord Derby mit dem Reichsschwerte folgte, erschien die Königin in Begleitung der Prinzessinnen Helena und Louise und des Prinzen Arthur und gefolgt von der Herzogin von Wellington, die hinter dem Throne stehen blieb. Als die Königin sich niedergelassen, ersuchte auf ihren Befehl der Lord Kanzler die Lords, sich niederzusetzen, und die Mitglieder des Unterhauses wurden eingeladen, in das Haus zu treten. Schweigend und unbeweglich wie ein Steinbild saß die Königin, wartend, bis unter einigem Lärmen die Herren vom Hause der Gemeinen Platz gefunden hatten. Ueber einem einfachen schwarzen Seidenkleide trug sie eine Maria Stuart-Haube, auf der ein Halbdiadem von Brillanten ruhte. Von diesem Kopfputze floß hinten ein langer weißer Schleier herab; der wirklich einzige königliche Schmuck, der in ihrem Halsbande prangte, war der berühmte Koh-i-nur. Als vollständige Ruhe wieder in dem Hause herrschte, verbeugte sich der Lord Kanzler tief vor der Königin und verlas unter tiefster Stille die ungewöhnlich lange Thronrede. Eine minutenlange Pause folgte diesem Akte, worauf die Königin vom Throne aus sich verneigte, und die ganze Versammlung wie auf ein gegebenes Zeichen sich erhob. Alsdann die Stufen des Thrones hinabsteigend, küßte sie ihre beiden Söhne (nebst dem Prinzen Arthur den Prinzen von Wales), reichte dem Herzog von Cambridge und dem Prinzen von Teck die Hand zum Kusse und zog sich, nach einer Verbeugung gegen das Haus, gefolgt von ihren Söhnen mit demselben Zeremoniell zurück, wie sie eingetreten war.

Kopenhagen, 7. Febr. Der Kriegsminister Raasløff legte heute im Folkething einen neuen Heerplan vor, basirt auf allgemeine Wehrpflicht, Aufhebung des bisherigen Stellungswesens, Loskaufens und Tausches: Infanterie 37,000 Combattanten, Cavallerie 2300, Artillerie 6100, Ingenieure 600, Trainsoldaten 4200, Depotstärke 14,500, ganze Kriegsstärke 46,000. Jährliches Kriegsbudget 3,562,000 Rd. Der Vorschlag zur Erweiterung der Marine und deren Organisation wurde ebenfalls vorgelegt und wird übereinstimmend mit dem Kommissionsvorschlag stattfinden. (H. N.)

Die militärischen Rüstungen in **Serbien** werden mit ungewöhnlichem Eifer betrieben, ein reicher Patriot hat der Regierung 16,000 Zündnadelgewehre geschenkt, die Studenten werden einexercirt und zu Offizieren herangebildet, „da es“ — wie der Rektor der Belgrader Hochschule in einer Festrede an dieselben sagte — „gilt, das ganze Serbenthum vom Barbarenjoche zu befreien“, und die Geistlichkeit predigt ganz offen den Kreuzzug gegen die Türken. Telegramme berichten, daß soeben wieder hellenische Sendboten ausgeschickt worden seien, um eine Massenerhebung der Slaven zu bewirken.

Petersburg, 7. Februar. Die Regierung veröffentlicht eine neue Landtagsordnung für den Landtag von Finnland; derselbe tritt hiernach alle vier Jahre zusammen. — Der „Russische Invalide“ widerlegt die mit der Triester Ueberlandpost eingelangte Nachricht von einem Siege der Russen über das Heer von Bokhara und bemerkt, daß keinerlei Nachrichten über die Kriegsereignisse in Mittel-Asien vorliegen.

New-York, 26. Jan. Seiner Zeit wurde Präsident Johnson beschuldigt, um das Versteck John Surrat's, der bei der Ermordung Lincoln's betheiligt war, gewußt zu haben und ihm beim Entwischen behülflich gewesen zu sein, was vor dem Gesetze eine Art nachträglicher Mitschuld darstellt. Deßhalb soll Surrat als Zeuge gegen den Präsidenten vernommen werden.

Aus Washington, 18. Jan., schreibt der Correspondent der „Times“: Zum ersten Male in der Geschichte der amerikanischen Union hat der Kongreß sich das Recht genommen, die Bedingungen zu diktiren, unter welchen Staaten ihre Bürger zur Wahl zulassen sollen. Die Veranlassung dazu gab das Gesuch der Territorien Nebraska und Colorado um Aufnahme in die Zahl der Staaten. Der Senat hatte die nothwendigen Vorlagen durchgestimmt unter Beifügung einer Klausel, die das Wahlrecht der Farbigen ausdrücklich gewährleistete. Mit diesem Vorbehalte gingen die Bills in das Haus der Repräsentanten und verursachten dort eine Spaltung zwischen der republikanischen Partei. Mit 87 Stimmen gegen 70 ging die Sache durch. Beide Bills gingen Tags darauf an den Senat zurück, wurden angenommen und werden jetzt zunächst dem Präsidenten zugehen, der sie voraussichtlich mit seinem Veto zurückweisen wird. Dann wird der Kongreß sie gegen das Veto der Exekutive durchbringen und den Territorien zuweisen, die sie mit großer Unzufrieden-

Zeit begrüßen und schließlich vor den höchsten Gerichtshof bringen werden. Von diesem Tribunal als unkonstitutionell bezeichnet ist ihr Schicksal gewiß, sie müssen fallen.

Frankfurter Börse (4. bis 9. Februar).

9. Februar. In 5pCt. steuerfreien Metalliques war ein höchst beträchtlicher Umsatz — es ist eine Spekulation hierin in starkem Maasse engagirt, die aber eben so frisch aus der Quelle versorgt wird wie bei den 6pCt. Amerikanern. Müssten wir aber eine Parallele aufstellen zwischen Amerika und Oesterreich, so würden wir doch unbedingt den 6pCt. Amerikanern zu 76 den Vorzug geben vor einer 5pCt. österreichischen in Silber, die jetzt ca. 63 notirt.

Süddeutsche Fonds sämmtlich höher, aber noch lange nicht hoch genug. In Frage waren namentlich auch 4 1/2 pCt. Badische. In bayer. Prämienanleihe fortwährendes Geschäft. Lebhaft waren die lang vernachlässigten kurhessischen 40 Thlr. Loose; sie stiegen als ein nunmehr preussisches Staatspapier im Laufe der Woche um 3 1/2 Thlr. bis 56 7/8. In Amerikanern hat der lang gewährte flotte Tanz vorläufig aufgehört. Abgesehen von der momentanen Konkurrenz der österr. Effekten lauten die Nachrichten aus dem Stammlande nicht allzu ermunternd, in politischer sowohl als kommerzieller Beziehung. 1882er Bonds schliessen zu 76 3/8, um 3/8 pCt. unter der Vorwoche.

Wenn man sich der Zeiten erinnert, wo österr. Kreditaktien mit 60 und 70 pCt. Agio gehandelt wurden, so klingt die Freude, die man heute darüber empfindet, dass ihr Desagio nur noch 30 pCt. beträgt, fast wie Ironie. Seit 8 Tagen wurden sie um 11 1/2 fl. auf 166 1/2 getrieben. Wo ist der innere wahrheitsgetreue, nachweisbare Grund für solchen Aufschwung? Die ganze von Wien ausgehende Bewegung ist rein spekulativer Natur und lässt den ruhigen, soliden Kapitalisten unberührt. Darmstädter, wofür Berlin den Kurs diktirt, folgten der Schwester an der Donau in bescheiden abgemessener Entfernung. Von Zettelbanken hat österreichische 19 fl. gewonnen. Frankfurter unverändert und leblos.

E.-B.-Aktien in mässigem Verkehr, bei jedoch sehr fester Haltung. Bexbacher 156 1/2 und Weissenburger um 1/2 pCt. höher zu 110 1/2 bezahlt. Bayer. Ostbahnen 119 1/2. Taunus ohne Geschäft, sie halten sich auf ihrem nominellen hohen Kurs und bleiben in den soliden Händen, welche sie seit Jahren fest halten. — Von Prioritäten österr. Silber-Kategorien in gutem Verkehr; 4 1/2 und 4 pCt. Bexbacher gesucht; österr. Südbahn etwas niedriger gegangen, ebenso Livorneser und Toskanische Centralbahn. Für nächsten 12. und 13. ist die öffentliche Subskription auf die neue Emission der Staatsbahn-Prioritäten ausgeschrieben. Bei dem billigen Emissionskurs und der allenthalben herrschenden Geldabundanz darf man eine lebhafte Betheiligung erwarten; die neue Emission steht in ihren Rechten den früheren älteren Emissionen völlig gleich.

Der Geldstand verharrt in seiner krankhaften Abundanz. Bankdiskonto mit 3 1/2 nominell, denn es ist mit 2 1/2 im Privatverkehr leicht zu begeben. Wechsel sehr begehrt. London wurde für Retouren auf die Verkäufe in steuerfreien Metalliques bis 119 1/2 bezahlt. Paris stieg auf 94 3/4, Amsterdam 100 7/8. Thalerdevisen dagegen sehr angeboten, auch preussisches Papiergeld zu Pari.

	4.		9.			4.		9.	
5% Oestr. National	58 3/4		54 7/8	B	4% Darmstädt do.	94 1/4	B	94 1/2	B
5% do. Metal. (1859)	60 7/8		61 1/4		3 1/2% do. do.	—		—	
5% do. Lose (1860)	67 3/4		68 3/4		4 1/2% Nassauer do.	95 1/2		96	B
— do. do. (1864)	76		77		4% do. do.	90	B	—	
Oestr. Kreditl. (58)	119 3/4		119 1/4		3 1/2% do. do.	—		—	
5% Bayer. Obligat.	101	B	100 1/2	B	4% Kurhess. do.	93 3/4	B	93 1/4	B
4 1/2% do. do.	95		95 1/4		3 1/2% Frankf. do.	81		82	
4% do. do.	90 1/4		90 1/4		3% do. do.	—		72	
4% do. 100 Thl.-L.	102 1/4		102 1/4		6% Amerik. (1882)	76 1/4		76 3/8	
4 1/2% Württemb Obl.	95 1/4	B	94 1/2		Oestr. Kredit.	157 1/2		166 1/2	
3 1/2% do. do.	83 1/4	B	83 1/4	B	Oestr. Nat.-Bank	683		689	
4 1/2% Badische do.	94 1/2		95 1/4		Frankfurter do	131 1/2	B	131 1/4	B
4% do. do.	89 1/4	B	89 3/4		Bexbacher E.-B.	156 1/4	B	156 1/2	
3 1/2% do. do.	84 1/2		84 3/4		Bayer. Ostbahnen	119		119 1/2	

(Aktionär.)

Neueres.

Triest, 8. Febr. Die heute eingetroffene ostindisch-chinesische „Ueberlandpost" meldet: Mohamedanische Rebellen nahmen vier Städte in der Provinz Kiangsi ein. Die preußische Corvette „Vineta" ist in Shanghai angekommen; andere preußische Schiffe werden erwartet, da Preußen gemeinschaftlich mit anderen Seemächten gegen die Piraten vorgehen will. Die Nensei-Rebellen nähern sich Hankow.

Korfu, 5. Feb: Der „Panhellenion" brachte 250 Freiwillige mit Proviant nach Kreta und kehrte mit griechischen Familien nach Syra zurück. 30 Türken, welche die Brücken von Karaka in der Provinz Arta passirten, wurden von den Insurgenten aufgerieben. — Griechische Bericht aus Kandia vom 30. Januar behaupten, Mustapha Pascha sei ei Sphakia und Selinos geschlagen nach Canea zurückgekehrt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Op. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	65 3/4 G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	61 3/8—5/8 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	56 1/8—3/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	46 3/4 G.
„	4 1/2 pCt.	42 7/8 G
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 3/4 G
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	95 1/4 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto	95 7/8 P. 5/8 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90 3/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	90 5/4 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	91 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	88 5/8 G.
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	98 3/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	83 1/4 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	95 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	84 3/4 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	88 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	95 7/8 P. 5/8 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	89 1/2 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl	82 1/2 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2 pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 G.
N.-Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	76 1/2 P. 1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	131 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	849-92 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	173 1/2—176 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	91 G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	214 G.
Weimarische Bank à Thlr 100 .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	97 3/4 G.
Intern. Bank in Lux. à 200 Frs. à 24 kr	74 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 350 . . .	—
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn .	110 1/2 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. .	100 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z	31 1/4 G
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157 3/4 P.
do. do. Prior. à 4 pCt	91 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	104 1/4 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	61 1/4 P. 47 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	31 1/2 G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Eins	—
3pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	45 3/4 P. 45 G.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	119 3/4 P.
Bayer. Ostbahn mit 40 pCt. Eins	198 3/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	112 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4p.Ct.	61 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	69 3/4—95/8 G.
„ fl. 100 Kred. L. v. 1858.	122 1/4 P. 121 G.
„ 40 v. 1864.	77 1/2—78 1/4 G.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	103 7/8—1/4 G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 P.
Badische fl. 35 . .	55 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57—56 3/4 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143 1/2 P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuenasteler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28 1/2 P.
4t Lottich mit 9 1/2 o. R. Z.	33 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7.	10 3/4 P.

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/8 G
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 1/2 P
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 3/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 1/2 P
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P
Hamb. MB. 100 k. S	88 3/4 P
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/4 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. r. ... 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P
Paris Frs. 200 k. S.	94 5/8 - 3/4 G.
Petersburg 40 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	92—1/8 G.
do. in öst. W. L. S.	92 - 1/8 G.
Disconto . .	3 1/2 pCt. G.

Frankfurt, 11. Februar. Das Rad ist im Rollen und rollt weiter, ja es verdoppelt von Tag zu Tag die Geschwindigkeit seines Laufes. Während früher eine Courserhöhung von Mobilier um 5 fl. die Schwergeburt von Wochen, ja Monaten war, wird sie jetzt als etwas Selbstverständliches von heute auf morgen in Scene gesetzt. Die Börse scheint in der That den voraussichtlichen oder erhofften Zins- und Dividentengenuß in dem Course der Aktien verkapitalisiren zu wollen, ein System, wie es im Jahre 1856 üblich war. Creditaktien wurden heute auf höhere Berliner Course abermals 6 fl. heraufgesetzt. Die Wiener sagen, sie müßten sich doch von Berlin ihre Contribution zurückholen und es hat allen Anschein, daß sie es ausführen. Die Contremine in Berlin muß furchtbar bluten. Auch Staatsfonds gingen heute in der Hausse mit. Gegen Schluß der Börse trat jedoch eine Abspannung ein, die um so natürlicher war, als sich unser Platz heute noch über Wiener Course hinaus vorgewagt hatte. Süddeutsche, besonders Württemberger und Badische, sehr fest. Amerika bei fehlendem Newyorker Cours matt und fast vollständig geschäftslos, während in Oesterreich großes Geschäft war. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 44.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 13. Februar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 11. Februar. Se. Majestät der König hat dem Bezirksgerichtsarzt Dr J. Syller in Landshut den Titel eines kgl. Hofrathes kostenfrei verliehen; den Hauptzollamtsverwalter G. Bauer zu Furth am Wald in gleicher Eigenschaft an das Hauptzollamt München versetzt, sodann zum Hauptzollamtsverwalter in Furth a. W. den dortigen Hauptzollamts-Controleur L. Schmid und zum Hauptzollamts-Controleur in Furth a. W. den Revisionsbeamten Joh. Sieler daselbst befördert, endlich auf die hiedurch sich erledigende Revisionsbeamtenstelle beim Hauptzollamte Furth a. W. den Kanzlisten der Generalzolladministration, J. Baumgartner, berufen; auf die erledigte Stelle eines 2. Sekretärs bei der Generalzolladministration den 1. Kanzlisten dieser Stelle Friedrich Bleifaner befördert; sodann die Vorrückung des 2. Kanzlisten der Generalzoll-Administration Chr. v. Reitz in die 1. Kanzlistenstelle genehmigt, ferner zum 2. Kanzlisten der mehrfach erwähnten Stelle den Registratur-Assistenten F. Mößmer und zum 3. Kanzlisten den Assistenten im Inspektions- und Administrationsbureau der Zollgrenzwache K. Gmainer und zwar die beiden Letztgenannten in provisorischer Eigenschaft ernannt.

Am 15. ds. Mts. wird zu Annweiler im Regierungsbezirke Pfalz die neu errichtete Telegraphenstation dem Verkehre eröffnet.

München, 11. Februar. Tagesordnung für die XVIII. auf Dinstag den 12. Februar um 10 Uhr Vormittags angesetzte allgemeine öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten: Verlesung der Interpellationen: a) des Abg. Föckerer: „Vorlage eines Straßen-Gesetzes betr.", b) der Abgeordneten Freiherrn v. Stauffenberg und Genossen: „den Vollzug des Art. IX. des Friedensvertrages zwischen Preußen und Bayern vom 22. August 1866 betr.", c) der Abg. Dr. Eduard Mayer und Genossen: „das dermalige Landwehrinstitut betr." Berathung und Beschlußfassung über den Antrag des Abg. Dr. Völk: „die Besteuerung der aus dem Auslande bezogenen und dort besteuerten Kapitalrenten betr." Anzeige des V. Ausschusses über geprüfte Beschwerden.

München, 10. Februar. Den Vollzug des Friedensvertrags zwischen Bayern und Preußen betreffend, ist von Seite des kgl. Kriegsministeriums an sämmtliche unmittelbar berichtende Stellen folgende Verfügung ergangen: „Nachdem durch den Bevollmächtigten Sr. Maj. des Königs von Bayern, den kgl. Regierungsdirektor Winfried Hörmann v. Hörbach, die Uebergabe des an Preußen fallenden Bezirks des Landgerichts Orb am 8., dann des Bezirksamts Gersfeld am 14. und der Exclave Caulsdorf am 24. Jan. l. J. gemäß vorliegender Mittheilungen des Staatsministeriums des kgl. Hauses und des Aeußern an die kgl. preußischen Uebernahms-Commissarien nach Maßgabe des Friedensvertrags vom 22. August vor. Jahres bereits in Vollzug gekommen ist, so wird bezüglich der in diesen Gebietstheilen heimathberechtigten Militär-Personen verordnet, was folgt: 1) Alle für ihre Person mit Capitulation Dienenden, welche als Angehörige der voraufgeführten Gebietstheile bei den einzelnen Heeres-Abtheilungen in Listen stehen und als solche in den gemäß Kriegsministerial-Entschließung vom 16. September vorigen Jahres Nro. 17,650 angefertigten und anher in Vorlage gebrachten Verzeichnissen vorgetragen wurden, sind — mit Ausnahme derjenigen, welche inzwischen Heimathrechte in einer bayerischen Gemeinde erworben, oder in Absicht, eine solche Heimath zu erwerben, bereits um Beibehaltung im Heere gebeten haben — je nachdem sie einem oder dem andern Gebietstheile angehören, von dem eingangs erwähnten Tage der Uebergabe ihres Heimathortes an Preußen unter Aushändigung eines vorschriftsmäßig ausgestellten Militär-Abschieds in den Listen und Büchern in Abgang zu bringen. 2) Sollte ein an Preußen zu überweisender Unteroffizier oder Soldat zur Zeit noch in dienstbarem Stande sich befinden, so ist derselbe ungesäumt mit der normalmäßigen Reise-Entschädigung in seine Heimath zu entlassen. Die seit dem Tage der Uebergabe seines Heimathsortes an Preußen an ihn verabreichten Gebühren sind dem Aerar in Aufrechnung zu bringen. 3) Die Montursschuld und das Monturguthaben der auf Grund des Friedensvertrages aus dem Heere scheidenden Mannschaft ist nach der am 28. v. M. erlassenen Ausschreibung Nr. 22,155 zu behandeln; allenfallsige sonstige Aerarialhaftungen derselben sind für das Aerar abzuschreiben. 4) Die gegenwärtig noch in Militärkrankenhäusern aufgenommenen, an Preußen zu überweisenden Unteroffiziere und Soldaten sind nach erfolgter Heilung, oder insofern sie sich zur weitern ärztlichen Behandlung nicht mehr eignen, und durch deren Austritt aus dem Spital eine Verschlimmerung ihres körperlichen Zustandes sich nicht befürchten läßt, gleichfalls in ihre Heimath zu entlassen. 5) Die zur Ueberweisung an Preußen bestimmten Einsteher von in Bayern verbleibenden Einstellern sind, wenn sie nicht bereits Heimathsrechte in Bayern erworben haben oder zu erwerben beabsichtigen, vorerst in ihre Heimath zu entlassen, und bis auf weitere Weisung in den Listen als beurlaubt ohne Raten fortzuführen — die in Bayern verheiratheten Einsteher der an Preußen übergegangenen Einsteller sind im Heere beizubehalten, und wird hierwegen noch nähere Bestimmung erfolgen; — im Falle jedoch Einsteher und Einsteller an Preußen übergehen, so ist der Einsteher von der betreffenden Abtheilung schon jetzt, und zwar, wie unter Ziffer 1 bemerkt, vom Tage der förmlich erfolgten Uebergabe seines Heimathsortes in den Listen und Büchern abzuschreiben, und mit einem das Verhältniß bezeichnen-

Feuilleton.

Rudolph Genée's Shakespearevorlesungen.

β Die erste von den beiden Vorlesungen, welche Hr. Genée, vielfachem Wunsche Folge leistend, seinem Cyclus anzuschließen sich bewogen sah, hatte die humoristisch-phantastische Märchencomödie Shakespeare's, den „Sommernachtstraum" zum Gegenstand. Wir haben, aufrichtig gestanden, früher noch nie weder bei der Lektüre noch bei der Aufführung dieses Werkes den reinen ungetrübten Genuß an der Dichtung so vollständig empfunden, wie bei Genée's Vortrage und sind wirklich im Zweifel, welcher von seinen beiden Lichtseiten, der vortrefflichen klar übersichtlichen dramatischen Anordnung, oder der geistvollen lebendigen, mit ächt Shakespeare'schem Humor sprudelnden Recitation wir den Vorzug geben sollen. Beide zusammen lieferten ein in allen Farben der Phantasie und humoristischen Satyre spielendes blendendes Ganze, das gleich einem gedankensprühenden Feuerwerk des Geistes vor unseren Augen in bunter Pracht aufzog. — Nachdem der Vortragende uns auch die Entstehungsweise des Sommernachtstraums als eines zur Vermählungsfeier einer hohen Person geschriebenen Gelegenheitsstücks aufmerksam gemacht, und die nothwendige Exposition der drei nebeneinander hergehenden und allenthalben ineinander eingreifenden Handlungen, an deren peripherischen Berührungspunkten der zündende Humor des Dichters seine höchsten Triumphe feiert, gegeben hatte, entfaltete er seine mit geistreichen Bemerkungen über den innern Zusammenhang des menschlichen und elfischen Elementes vervollständigte Recitation der wechselnden Gestalten in gewinnendster Weise. In keinem anderen Vortrage ist uns das blendende Talent des Hrn. Genée, durch kunstgerechtes Changiren der Stimme und Sprache die mannigfachen Gestalten und Charaktere vor unserem geistigen Auge zu verkörpern und bis ins kleinste Detail zu individualisiren, so deutlich hervorgetreten, wie gerade in diesem. Das luftige und duftige Weben der Elfen, die neckische Bosheit und windesschnelle Agilität des losen Schelmes Puck, die derbrealistische, hausbackene Tölpelhaftigkeit der Rüpel worden zu ebensoviel Kabinetsstücken dramatischer Genremalerei, die ihres Gleichen suchen. Wer die glücklich gezeichneten Kontraste bei der Berührung des Hingehaucht-phantastischen mit dem Grobmateriellen, wer die zwerchfellerschütternde drastische Komik der Rüpelscenen in ihrer lebensvollen übermüthigen Darstellung zu bewundern Gelegenheit hatte, wird vollständig unsere Anerkennung und die von innigem Behagen getragene Theilnahme des erlesenen Publikums, die den Vortrag des Hrn Genée mit lebhafter Steigerung begleitete, vollständig zu würdigen wissen. Heute nimmt Hr. Genée mit dem Vortrage des auch dem weiteren Publikum durch seine Aufführung in dieser Saison bekannten „Othello" Abschied von uns, und wir ergreifen diese Gelegenheit, ihm ein herzliches Lebewohl wo möglich ein: Auf Wiedersehen! zuzurufen.

den Abschied aus dem bayerischen Heeresdienst zu entlassen. Bezüglich des Einstandskapitals dieser letztern Einsteher hat, was die Ansprüche des Aerars auf Ersatz von Monturschuld, Beschädigungen, Untersuchungs- und Verpflegskosten betrifft, das im § 81 der V.-V. zum Heeresergänzungsgesetze vorgeschriebene Verfahren einzutreten. Hiernach ist das weiter Erforderliche zu verfügen. München, den 7. Februar 1867. Auf Sr. königlichen Majestät allerhöchsten Befehl (gez.) Frhr. v. Pranckh. Durch den Minister der Generalsekretär (gez.) v. Gönner."

Berlin, 9. Febr. Die „Nat.-Ztg." meldet: Der Ministerpräsident Graf Bismarck ging am Freitag, nach Aufhebung der Tafel im königlichen Palais, in das Hotel Royal, begrüßte im Auftrage des Königs die hier zu einem Abschieds-Diner versammelten Bevollmächtigten des norddeutschen Bundes und brachte ein Hoch auf die deutschen Fürsten, die freien Städte und auf das deutsche Volk. Es wurden während des Diners folgende Toaste ausgebracht: von dem sächsischen Minister von Friesen auf den preußischen Geheimrath von Savigny, den gewandten und umsichtigen Leiter der Verhandlungen, vom Geheimrath v. Savigny auf den Segen des Werkes ihrer Hände; vom sächsischen Minister v. Friesen auf das gegenseitige Vertrauen, das dem Werke nur Gedeihen und Segen verleihen könne; von dem hessischen Gesandten Hoffmann auf das einige Deutschland; vom mecklenburgischen Staatsminister v. Oertzen auf den König, den Schutz-, Schirmherrn und den Stolz Deutschlands; vom Geheimrath v. Savigny auf die norddeutsche Armee. Derselbe erklärte in Gegenwart des Grafen Bismarck, daß nicht ihm, wie gesagt, Ehre und Dank gebühre, sondern dem Ministerpräsidenten, der die Seele des ganzen Werkes gewesen sei.

Wie die „B. B.-Ztg." erfährt, beabsichtigte die preußische Regierung nach Abschluß des Postvertrags keineswegs einfach in die Verträge einzutreten, welche der Fürst von Turn und Taxis mit den Einzelregierungen geschlossen hatte; sie erstrebt vielmehr eine Zentralisation des deutschen Postwesens und verhandelt unter diesem Gesichtspunkte mit den betheiligten deutschen Staaten.

Köln, 10. Febr. Die altliberale Partei setzt ihre Thätigkeit, den Candidaten der freisinnigen Partei, Hrn. H. Bürgers, zu schmähen, im Dunkel der Anonymität fort, während diese Partei es unter ihrer Würde hält, mit gleichen Waffen zu kämpfen. Heute nun hat Hr. Classen-Kappelmann ein mit seinem Namen unterzeichnetes Flugblatt ausgeben lassen, welches indeß mit großen Censurlücken erscheint, da bei der ursprünglichen Form die Confiscation angedroht wurde. Namentlich konnten die Mittheilungen über den großen Communistenprozeß von 1852 gegen Dr. Becker, Bürgers und Genossen nicht passiren. — Heute hielt die freisinnige Partei auf dem Gürzenich eine, von über 2000 Personen besuchte Parteiversammlung unter dem Vorsitze des Herrn Classen-Cappelmann ab, in welcher es allgemein gebilligt wurde, daß die freisinnige Partei nicht in den Ton der Altliberalen einstimme, sondern Anonymitäten unberücksichtigt lasse. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit der Bemerkung, es gelte nur, die freisinnige Partei zum Appell zusammenzurufen. Jeder der Anwesenden thue nicht genug, seine Stimme für Bürgers abzugeben, sei vielmehr verpflichtet, Laue und Indifferente zu wecken und für den Kampf mit allen gesetzlichen und moralischen Mitteln einzutreten, ohne Gehässigkeit, dann könne man mit Ehren siegen, auch mit Ehren unterliegen. Sodann sprach er über den Kandidaten des Hrn. Oberbürgermeisters Bachem, über Hrn. L. Camphausen, der sicher der Regierung genehm sei, über den als Schreckensbild benutzten Communistenprozeß, über welchen die Gegenpartei drucken könne, was sie wolle, ein Prozeß, über welchen sich das Publikum schon längst sein Urtheil gebildet. Waldeck sei zur damaligen Zeit auch in Anklagezustand versetzt worden, aber wie das Volk über denselben denke, gehe aus der Thatsache hervor, daß ihm schon von zehn verschiedenen Seiten Candidaturen angeboten seien. Dr. Becker wäre mit H. Bürgers verurtheilt worden und bald nach seiner Heimkehr ins Abgeordnetenhaus gewählt worden, wo er eine anerkennungswürdige Thätigkeit entfaltete. Er, Redner, sei versichert, daß auch Bürgers, wenn einmal gewählt, bald sogar bei seinen Gegnern Achtung und Anerkennung finden werde. (Fr. J.)

Hannover, 7. Febr. Die Kommission der hannoverschen Offiziere, welche in Berlin und Wien die Lösung der Offizierfrage betrieb, hat jetzt einen Bericht über ihre ganze Thätigkeit erstattet, der einige noch nicht bekannte interessante Einzelheiten enthält. Dem Kriegsminister v. Roon wurde von der Kommission die Frage vorgelegt, ob, falls König Georg unerbittlich bleibe, Offiziere ohne vorher ergangene Eidesentbindung angestellt werden würden, eventuell, ob er, ob das preußische Offizierkorps solche Offiziere wohl respektiren könnten. Der Minister erwiderte bestimmt, da die Anstellung von Offizieren, die des Eides nicht entbunden seien, in dem vorliegenden staatsrechtlich durchaus klaren Falle keinen Anstoß finden würde, daß er Offizieren, die eben diese staatsrechtliche Ansicht vom Eide hätten, auch seine Achtung nicht versagen könne. Sein persönliches Gefühl spräche allerdings nicht ganz ebenso, und er mache kein Hehl daraus, daß ihm nach allen Richtungen hin bei Weitem lieber sein müsse, wenn eine Eidesentbindung bewirkt werde. Der Schluß des Berichts gibt Auskunft darüber, weshalb die Eidesentbindung nicht erfolgte, sondern die Form der Abschiedsbewilligung vorgezogen wurde. König Georg war nämlich der Ansicht, daß ein befriedigendes Resultat in Berlin nicht erreicht sei, indem preußischerseits nur so viel geschehen, als nöthig sei, um im eigenen Interesse sofort eine größere Zahl schon ausgebildeter Offiziere für die neu zu formirenden Truppenkörper zu gewinnen, während im Uebrigen der Abstand von der Kapitulation von Langensalza ein so bedeutender sei, daß darin nur ein Motiv gefunden werden könne, die Entbindung vom Fahneneide nicht auszusprechen. Die Rücksicht auf die große Zahl derer, die in neue Dienste treten mußten, bewog endlich den König zu der Erklärung, Jedem den Abschied bewilligen zu wollen. (N. Z.)

Wien, 9. Febr. Die Ernennung des Hrn. v. Hasner zum Unterrichtsminister hat allgemein überrascht, und namentlich die centralistische Partei ist ganz verdutzt darüber, daß der Mann, der noch vor Kurzem ihr Programm so scharf verfochten hat, in das neue Ministerium eintritt. Die „Presse" kommt in ihrer Verwunderung zu dem unter den gegenwärtigen Verhältnissen freilich etwas komischen Schluß, Hasners Eintritt bedeute einen Sieg der centralistischen Prinzipien, während die „Neue Freie Presse" hervorhebt, daß Hasner ganz isolirt von seinen politischen Freunden eintrete, also Herr v. Beust in ihm nicht eine Partei, sondern nur eine historische Reminiscenz gewonnen habe. Das „Fremdenblatt" hebt den Schleier etwas mehr, indem es zu verstehen gibt, daß die Centralisten sich über Hrn. v. Hasner nicht zu beklagen hätten, sondern er über sie, da das Wahlcomite ihn erst nach langem Zögern im letzten Augenblicke, als es zu spät war, auf seine Liste setzte. Nachdem sie ihn um das Abgeordneten-Mandat gebracht hätten, weil sie es ihm verübelten, daß er vollendeten Thatsachen — und eine solche sei nun einmal der Dualismus — Rechnung tragen wollte, sollten sie es ihm nicht verdenken, daß er ihnen den Rücken kehrte. Die „Debatte" erklärt sich Hasner's Eintritt daraus, „daß Hr. v. Beust Capacitäten vom Fach ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung ins Kabinet berufen wolle, um der parlamentarischen Regenerirung desselben freien Raum zu halten." — Im Uebrigen schreitet die Neubildung des Kabinets nur langsam vor; man hört eine Menge Namen nennen, doch Verlässiges ist nicht bekannt. Frhr. v. Wüllerstorf behält das Handelsministerium.

Wien, 10. Febr. Unklarheit und Unentschiedenheit ist die Signatur der gegenwärtigen Situation in Oesterreich. Nirgends eine Thatsache, welche als unwandelbar feststehend angesehen und durch einen unvorhergesehenen Zwischenfall nicht wieder in Frage gestellt werden könnte. Zwar heißt es heute, es solle nunmehr mit der Ernennung des ungarischen Ministeriums unverweilt vorgegangen werden; allein der Umstand, daß der wirkliche Vollzug der Entschließung, wie verlautet, abermals einen Aufschub um zwei Tage (bis Donnerstag) erfahren hat, schließt denn doch die Möglichkeit nicht aus, daß noch im letzten Momente die Gestaltung der Dinge eine andere Wendung nehmen könnte. (Pr.)

Pesth, 9. Febr. Die „Pesther Correspondenz" meldet: Deak ist wieder hier angelangt, Alles ist geordnet. Wenkheim und Festetics befinden sich bereits in Wien, Andrassy, Lonyay, Eötvös begeben sich mit dem morgigen Frühzug dorthin, und die übrigen Minister-Kandidaten folgen mit dem Abendzuge nach. Die Ernennung des Ministeriums erfolgt Donnerstag. Die Ministerliste ist einigermaßen verändert, da Somssich das Communicationswesen und Miko das Handelsministerium übernimmt.

Gratz, 9. Februar. Graf Auersperg befindet sich hier. Die Angabe von einer Berufung desselben nach Wien beruht auf einem Irrthum.

Paris, 8. Febr. Der „Moniteur de l'Armée" enthält einen großen Aufsatz über die preußische Heeresorganisation mit Rücksicht auf die Lage Frankreichs. Als Autor bezeichnet man einerseits den Obersten Ferri-Pisani, Adjutanten des Prinzen Napoleon, Andere schieben dem Kaiser selbst die Urheberschaft zu. Der Schluß des Artikels, der der preußischen Heeresverfassung die höchste Anerkennung spendet, lautet: „ . . . Die Verfassung des preußischen Heeres, von der wir soeben die allgemeinen Züge gegeben haben, vereinigt sicher ausgezeichnete Vortheile. Niemals hat eine Organisation einen schnelleren und einfacheren Uebergang vom Friedens- zum Kriegsfuß gestattet. Niemals war das Recht der Regierung auf Jeden, der Waffen zu tragen im Stande ist, deutlicher ausgesprochen. Was die Anwendung des Systems betrifft, so hat der Feldzug von 1866 die

Dunkelheit zerstreut, welche Leidenschaft oder Interesse lange Zeit zu unterhalten gewußt hatte. Die Organisation von 1814 war defensiv, die von 1866 ist offensiv. . . . Muß man aus den neuerdings festgestellten Thatsachen schließen, daß es dringend nothwendig ist, Preußen sein gesammtes militärisches System zu entlehnen? Das wäre eine große Täuschung. Die Ideen und die Gewohnheiten einer Nation sind solidarisch und in Folge dessen unauflöslich verbunden. Die preußische Organisation findet den Grund ihres Bestehens und ihre Kraft in dem Nationalcharakter des Volkes, welches sie angenommen hat. Es ist der Gelehrigkeit der deutschen Race eigen, sich ohne Murren unter die beständige Vermischung des bürgerlichen und des militärischen Lebens zu beugen, den politischen Niederlagen der Nationalvertretung 5 Jahre lang unempfindlich beizuwohnen und, obwohl wider Willen in den Krieg marschirend, sich doch auf dem Schlachtfelde mit Ehre und Patriotismus zu schlagen. Unabhängiger in seinen Traditionen und in seinem Wesen, stolz auf jeden Theil seiner Individualität widersteht der Franzose jeder Neuerung, welche eine vollständige Revolution seiner Gewohnheiten mit sich führt. Die edle Entsagung, mit welcher jede Klasse bei Beginn des Krieges ihren Theil am Opfer beansprucht, hat nichts gemein mit dem plötzlichen Stillstande des bürgerlichen Lebens, welcher in Preußen das Echo des ersten Kanonenschusses ist. . . . Die Nothwendigkeit, die verfügbaren Kräfte zu erhöhen und die Bewaffnung zu vervollkommnen, kann für Niemand einen Gegenstand des Zweifels bilden. Aber wird es nicht für die Sicherheit Frankreichs hinreichen, von dieser späten Ueberzeugung, der Frucht des letzten Feldzuges, Vortheil zu ziehen? Sprechen wir es übrigens ohne Prahlerei, wie ohne Verlegenheit zum Schlusse aus: die französische Armee allein unter allen europäischen trägt ein bestimmtes Gepräge, das sie nicht verlieren darf. Ein treuer Ausdruck der modernen Gesellschaft, ist sie wesentlich demokratisch. Wenn sie, wie in Preußen alle Elemente der Nation vereinigt, bietet sie doch die Besonderheit dar, in ihrem Schooße nicht zwei durch einen Abgrund getrennte Klassen einzuschließen, keinen mit wahrem Verdienste gepaarten Ehrgeiz zu entmuthigen und in den Augen Aller als die lebendige Verwirklichung der vernünftig verstandenen Gleichheit dazustehen."

Paris, 8. Febr. Die „Gazette de France" hat gestern ein merkwürdiges Aktenstück veröffentlicht, nämlich ein Circularschreiben des Generalpost-Direktors Vandal an sämmtliche Postdirektoren Frankreichs, um diesen einzuschärfen, auf alle mit der Post versandte Exemplare des bekannten Chambord'schen Briefes zu fahnden und zu diesem Zwecke alle Sendungen unter Kreuzband und unter verschlossenem Kouvert sorgfältig zu überwachen. Die aufgefangenen Briefe seien alsdann an die Oberpostbehörde von Paris mit der Aufschrift „kraft administrativen Befehls vom 24. Jan. 1867 mit Beschlag belegt", einzusenden.

Paris, 9. Febr. Der „Patrie" gehen Nachrichten aus Vera-Cruz vom 18. Januar zu, welche melden, daß die Corps Miramon's und Mejia's sich bei Queretaro vereinigt haben, wo die kaiserliche Armee Position genommen hatte. Diese doppelte Bewegung hat zur Folge gehabt, Mexiko zu decken und den Marsch der Dissidenten aufzuhalten, die sich auf Potosi haben zurückziehen müssen. — Wie die „France" meldet, sind das gelbe und das blaue Buch bereit, den Kammern bei der Eröffnung der Session übergeben zu werden. Jedoch wird das blaue Buch, enthaltend die Darlegung der inneren Situation des Landes, einige Tage früher als das gelbe den Deputirten und Senatoren eingehändigt werden.

Paris, 10. Febr. „Siecle" bringt heute die erste Subscriptionsliste für das von ihm in Anregung gebrachte Voltaire-Denkmal. Diese Liste, welcher ein Artikel des Herrn Leon Plié vorangeht, ist geeignet, die Spötter über das Unternehmen, in so fern sie demselben von vornherein allen praktischen Erfolg absprechen, einstweilen zum Stillschweigen zu bringen. Diese Liste füllt nicht weniger als neun dichtgedrängte Spalten des Blattes; sie ergibt eine Summe von 6032 Fr., was, da nur von jedem Einzelnen 50 Cts. genommen werden, 12,064 Subskribenten berechnen läßt.

Madrid, 7. Febr. Die „Correspondencia" meldet, daß man in Cartagena und in Murcia ein starkes Erdbeben verspürt hat. Einige Gebäude haben in Folge dessen starke Risse erhalten. Glücklicherweise sind keine Menschen umgekommen.

Die „Gazeta" veröffentlicht eine Bekanntmachung des General-Kapitäns von Neu-Castilien, wonach die Bürger Tomas Collego, Manuel Blasquez, D. Luis Blanc und Philipe Fernandez, die der Veröffentlichung mehrerer geheimer Journale beschuldigt sind, die beiden ersteren zu 20 Jahren Zwangsarbeit mit Ketten und einer bedeutenden Geldbuße, die anderen zu 16 Jahren derselben Strafe verurtheilt worden sind. Miguel Medialuca, bei dem man Waffen versteckt gefunden hat, ist zu 3 Jahren Zwangsarbeit mit Ketten verurtheilt worden.

Florenz, 8. Febr. Hr. Langrand-Dumonceau hat bei der Depositen- und Consignationskasse eine Summe von 500,000 Fr. Renten deponirt als Garantie seiner Engagements der italienischen Regierung gegenüber. — Die Commission, welche mit Prüfung des Gesetzentwurfs bezüglich der Freiheit der Kirche und der Liquidation der Kirchengüter beauftragt ist, setzt ihre Arbeiten fort. Der Finanzminister, Hr. Scialoja, und der Justizminister, Hr. Borgatti, wohnten der heute abgehaltenen Sitzung bei. Die Kommission hat den Minister des Innern und den Minister des Auswärtigen aufgefordert, der morgen stattfindenden Sitzung beizuwohnen. — Die offizielle Zeitung veröffentlicht mehrere Verfügungen bezüglich des Personals des Ministeriums des Auswärtigen.

London, 9. Febr. Im Oberhause machte Earl Dudley, aus Anlaß der am Montag zu erwartenden Reformdemonstration, auf die Gefahren und Ungelegenheiten aufmerksam, mit denen politische Umzüge in der Hauptstadt verbunden seien. Lord Derby bedauert, daß die Mitglieder der Reformliga so wenig Rücksicht für das Publikum hätten, auf ihrem Demonstrationsplan zu bestehen. Abgesehen von dem Ungemach, das solche Kundgebungen den Einwohnern bereiten, seien sie wenig geeignet, eine wünschenswerthe Lösung der Reformfrage zu fördern, da sie auf das allgemeine Stimmrecht und die Ballot hinarbeiten. Aber die Kronjuristen hatten ihr Gutachten dahin abgegeben, daß die Regierung kein Recht habe, gegen den Umzug einzuschreiten, so lange kein Friedensbruch stattfinde. Auf eine Frage des Earl Ellenborough sagt auch der Lord-Kanzler, daß Umzüge, wie der am nächsten Montag beabsichtigte, gesetzlich nicht verboten seien, insofern sie nicht den Zweck hätten, Jemand zu schrecken oder einzuschüchtern. — Im Unterhause überreichte gestern Herr Smolett eine Petition von dem Kapitän und den Matrosen des Schiffes „Tornado" mit der Bitte, daß unverweilt Maßregeln ergriffen werden, um ihnen die Freiheit und Ersatz von der spanischen Regierung zu verschaffen. — Auf eine Frage wegen der Hungersnoth in Orissa erklärt der Staatssekretär für Indien, Lord Cranbourne, daß die Hungersnoth bedeutend nachgelassen habe, aber daß noch große Noth in jenen Bezirken herrsche, wo die Saaten im Herbst durch Ueberschwemmungen zerstört wurden. Er verspricht nach einiger Zeit Vorlagen darüber.

Stockholm, 4. Febr. Das königliche Dictamen in Betreff des schwedischen Vertheidigungswesens lautet folgendermaßen: Die neueren politischen Ereignisse haben unzweideutig die Gefahr, von welcher die Selbständigkeit der kleineren Staaten bedroht ist, gezeigt. Sie enthalten daher eine bedeutungsvolle Warnung für die vereinigten Reiche, welche zusammen aus 6 Millionen Einwohnern bestehen. Durch die Vereinigung Schwedens und Norwegens unter einem Könige ist die nordische Halbinsel auch von auswärts als Staat angesehen worden, der, umgeben von natürlichen Grenzen, von einem König regiert wird, dessen Aufgabe darin besteht, die Brüdervölker sich selbständig, jedes für sich, frei entwickeln zu lassen und ihre soziale und materielle Stellung zu veredeln und zu verbessern. Ohne Wunsch, Mich an den politischen Regungen zu betheiligen, die das übrige Europa in Aufruhr versetzen oder versetzen können, nähre ich die gewiß begründete Hoffnung, die vereinigten Reiche noch lange den Segen des Friedens genießen zu sehen. Ich kann aber nicht unbeachtet lassen, daß es die Nothwendigkeit jetzt mehr wie jemals gebietet, daß sich die Reiche eine hinreichend große und zweckmäßig organisirte Kriegsmacht, den Zeitverhältnissen angemessen, anschaffen müssen, so daß dieselben ohne fremde Hilfe ihre Selbständigkeit vertheidigen können. Diese Bedingung wird schwere Opfer erfordern, aber Ich nähre die Ueberzeugung, daß Alle lieber dieses Opfer tragen werden, als ihre Selbständigkeit zu verlieren. Die Opfer brauchen auch nicht größer zu sein, als daß sie ein Volk tragen kann, welches, so weit die Erinnerung reicht, seine Freiheit als ein Heiligstes betrachtet hat."

Die Provinzialstände des **Petersburger** Gouvernements sind bekanntlich vom Kaiser aufgelöst worden, weil sie es wagten, um allgemeine Reichsvertretung zu bitten. Der „N.-Ztg" wird nun aus Petersburg berichtet, daß Hr. v. Kruse, Präsident der aufgelösten Versammlung, vier Jahre fern von der Hauptstadt, in der Abgeschiedenheit seiner Güter, darüber nachzudenken haben wird, was Vertretungskörperschaften ohne Garantie des freien Wortes für Bedeutung und Gefahren haben. Kruse ist ein ehemaliger Zensor, der wegen seiner liberalen Ansichten abgesetzt wurde. Es scheint, daß er sich bei den Debatten über den Schuwalowschen Antrag, der jene Bitte enthielt, in hervorragender Weise betheiligte. Graf Schuwalow selbst hat die Aufforderung erhalten, sich auf unbestimmte Zeit entweder nach Perm oder in's Ausland zu begeben; einige behaupten, die Dauer dieses Exils sei auf drei Jahre festgesetzt. Ueber diejenigen Mitglieder des Landtages, welche noch im aktiven Staatsdienste stehen, soll erst noch eine Entschließung erfolgen.

Athen, 31. Jan. Eine der merkwürdigsten Kammersitzungen seit der Einführung des konstitutionellen Systems im Jahre 1843

Digitized by Google

fand vorgestern statt, an welchem Tage der Kriegsminister Botzaris seinen Gesetzentwurf über die Vermehrung der Armee der Kammer vorlegte und in einer mit Enthusiasmus aufgenommenen Rede die Begründung desselben auseinandersetzte. Zum ersten Male kam Griechenland in die Lage, einen dreifachen Militärtribut sich vorgeschlagen zu sehen und der Aufforderung zu den Ausgaben für eine solche Macht bereitwillig entgegenzukommen. Bei andern Gelegenheiten würde nur das Gerücht von einer so außerordentlichen Steuer das Nationalbewußtsein aufgeregt haben, aber heute beschwichtigt ein solcher Vorschlag alle Gemüther und ruft den lebhaftesten Jubel des Volks hervor. Während der ganzen Rede des Kriegsministers Botzaris war die Kammer lautlos. Der Kriegsminister betonte die Nothwendigkeit der Rüstungen aus der angeblichen Bedrohung des Königreichs durch die Pforte und schloß seinen mehr feurigen als wahren Vortrag: „Der Friede kann nur auf zweierlei Wegen erhalten werden, durch Bücken und Beugen, also Erniedrigung, oder durch Rüstung. Ich frage demnach die Kammer, welche Lösung sie vorzieh.?“ Wie aus einem Mund unter betäubendem Jubel antwortete die Kammer „Bewaffnung!“ Am Ende der Rede wurde der Kriegsminister mit den lebhaftesten Beifallsbezeugungen von Deputirten und Galerien überschüttet, und alsbald der Gesetzentwurf über die Vermehrung der Armee und über die dazu nothwendige Rekrutirung zum ersten Male verlesen und die Drucklegung desselben angeordnet. Die Stärke der Landarmee für das Jahr 1866 ist auf 31,300 Mann festgesetzt.

(Allg. Ztg.)

Aus **Kreta** werden die widersprechendsten Nachrichten noch immer neben einander fortberichtet. So wird aus Athen vom 2. d. von einem Siege der Aufständischen in der Provinz Mylopotamos gemeldet, wobei 200 Türken in den Hinterhalt gelockt und fast gänzlich aufgerieben wurden. Ebenso wird über Corfu vom 5. berichtet, daß ein Korps von 300 Türken in der Nähe von Koralle (in der Provinz Arta) bei einem Brückenübergange vollständig vernichtet worden sei. Dagegen meldet ein Bericht aus Smyrna vom 2., daß Mustapha Pascha den Insurgentenchef Zimbrakakis aus seiner festen Position bei Kagia Rumelis mit einem Verluste von 700 Mann verjagt und die Sphakia okkupirt habe. Die Corps unter Koroneos und Byzantios sollen noch in einer Stärke von 3000 Mann vorhanden sein.

New-York, 25. Jan. Das Haus der Repräsentanten hat eine Bill, welche den Zweck hat, den Beschluß des obersten Gerichtshofes über die Verfassungswidrigkeit des Test-Eides umzustürzen, angenommen.

Neueres.

Paris, 11. Febr. Ein Dekret im „Moniteur“ befiehlt die Wiederherstellung der 6. Escadron bei den Carabinier-, Cuirassier-, Dragoner-, Lancier- und Garde-Regimentern, ferner wird die Bildung eines neuen Regiments von Chasseurs d'Afrique angeordnet. Das Schriftstück begründet die ergriffene Maßregel als im Interesse der Offiziere gelegen, deren Avancement in Folge der im November 1865 eingetretenen Reduction der Cadres, wesentlich verzögert worden sei. Der „Moniteur“ erklärt, daß man von der Idee, das Budget der Stadt Paris der Legislation zu unterziehen, zurückgekommen sei. Der „Moniteur“ stellt in Abrede, daß die Regierung mit der Unterdrückung des Octroi umgehe.

Madrid, 10. Febr. Das kriegsgerichtliche Urtheil gegen die Herausgeber der geheimen Zeitungen lautet gegen zwei derselben auf 20 Jahre Kettenstrafe neben 400 Scudi Geldbuße und Verlust der bürgerlichen Ehre. Zwei andere Angeklagte wurden mit sechszehnjähriger Kettenstrafe, ein fünfter mit drei Jahre belegt.

Athen, 9. Febr. Eine Regierungsdepesche meldet, daß neuerdings mehrere Gefechte auf Kreta stattgefunden haben. Die Pforte berief eine Versammlung von Kretern nach Konstantinopel. Die kretische Nationalversammlung protestirt aber, und die Einwohner weigern sich, Bevollmächtigte abzusenden.

Konstantinopel, 11. Febr. Ein neues Ministerium wurde gebildet: Aali Pascha ist Großvezier, Fuad Pascha Minister des Aeußern, Mohamed Ruschdi Pascha Kriegsminister und Kiam Pascha Staatsrathspräsident.

New-York, 31. Jan. Der juaristische Befehlshaber in Mazatlan hatte den amerikanischen Konsul Carman hinrichten lassen. Ein Unions-Kanonenboot bombardirte hierauf Mazatlan, weil jener Befehlshaber Genugthuung verweigerte.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Op. L. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 34	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	65 1/8 G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	62 1/4 – 3/8 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	56 1/8 – 55 7/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	47 G.
„	4 1/2 pCt.	42 3/8 G
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 1/4 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	96 1/2 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	95 7/8 – 96 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90 3/4 P. 1/2 G.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	90 3/4 P. 1/2 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	91 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	85 3/8 G.
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	96 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	83 1/4 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	96 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	84 1/2 P. 84 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	95 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	88 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	95 7/8 P. 5/8 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	90 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl	82 3/4 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2 pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 106 Thlr.	—
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. 2 1/2	78 P.
„	6 pCt. ditto r. 1882 .	76 3/4 – 5/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	130 7/8 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	715 – 712 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	180 – 179 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	91 G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	216 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	92 3/4 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr	76 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	110 3/4 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	109 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	35 P. 34 1/2 G
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157 1/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt	89 1/4 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	110 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt	47 1/4 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 1/4 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	—
5pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	45 1/4 P. 45 G.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	119 3/4 P.
Bayr. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	119 3/8 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/8 G
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 1/2 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 60 Th. Ld. à k. S.	107 7/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 1/2 P.
Cöln Thlr. 60 k. S	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S	88 1/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S	119 1/4 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P
Paris Frs. 200 k. S	94 5/8 – 3/8 G.
Petersburg 60 S.-R	—
Triest fl. 100 k. S	—
Wien fl. 100 ö. W.	92 5/8 G.
do. in öst. W. l. S.	92 5/8 G.
Disconto . . .	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	114 P. 113 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	63 1/2 P. 1/4 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	74 3/8 – 73 3/8 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	121 1/2 – 121 G.
„ do. v. 1864.	79 3/4 – 79 1/2 G.
4pCt. Bayer. Präm.-Anl.	103 3/4 – 1/2 G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 P.
Badische fl. 35	54 1/2 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143 1/2 P.
„ fl. 25 do	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28 1/2 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z	33 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7	10 3/4 P.

Frankfurt, 12. Februar. Die heutige Börse war die stürmischste, die nach dem Kriege stattfand. Die Umsätze waren kolossal und die Stimmung eine so oft wechselnde, daß es fast unmöglich ist, dem genauen Gange der Course in all seinen Abstufungen zu folgen. Nachdem Creditaktien gestern Abend abermals um 5 fl. bis auf 180 heraufgesetzt waren, eröffnete man heute fast zu demselben Cours, verflaute um 3 fl., holte diese dann beinahe ein, um wieder etwas zu ermatten und fest zu schließen, obwohl heute zahlreiche Gewinnstrealisationen stattfanden, die großentheils auch von Wien ausgingen. Das Material jedoch, das heute für Wiener Rechnung zu Anfang der Börse verkauft wurde, ward am Ende derselben durch die Arbitrage wieder nach Wien zurückgegeben, da unser Platz heute unter Wien war. Die dortigen Effektenkourse kamen wesentlich höher, ebenso die Valuta besser. Amerika hielt sich Anfangs in gewohnter stiller Festigkeit, bis es auf den während der Börse bekannt gewordenen Goldkours von gestern, der abermals besser kam (136 1/2), 1/8 pCt. stieg. Von süddeutschen Württemberger sehr gesucht und wiederum heraufgesetzt und aus erster Hand nicht mehr unter 96 erhältlich. Auch Badische und Stadt Münchener beliebt.

(Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 45. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 14. Februar 1867.

Eine Enthüllung.

Die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ gedenkt in einer ihrer neuesten Nummern, veranlaßt durch eine Behauptung der „Weserzeitung“, eines sehr interessanten, wenig bekannten Vorfalls aus der Zeit vor dem Kriege. Sie konstatirt nämlich, daß noch vor Abschluß des preußisch-italienischen Bündnisses von Wien aus dem italienischen Cabinet der Vorschlag einer Abtretung Veneticns gegen die Ablösungssumme von 400 Millionen Frcs. gemacht wurde, und daß Italien diesen Antrag abgelehnt habe, obwohl er von anderer (französischer) Seite befürwortet wurde. Als Motive dieser Ablehnung — wohlgemerkt vor dem Abschlusse der preußisch-italienischen Allianz — führt das ministerielle preußische Blatt folgende Erwägungen an:

„Wenn Italien dem österreichischen Kaiserstaate in jenen 400 Millionen Francs die Fonds zum Kriege gegen Preußen und demnächst gegen Italien geliefert hätte, so war mit Leichtigkeit vorauszusehen, daß Oesterreich nach etwaiger Ueberwindung Preußens von jenen Millionen noch so viel übrig behalten haben würde, um auch den Krieg mit Italien zu führen, und demselben im Falle des Sieges Venetien, wenn nicht gar die Lombardei abzunehmen. Italien hat damals offenbar erwogen, daß Oesterreich im Anfange dieses Jahrhunderts schon sehr viel weiter vom adriatischen Meere zurückgedrängt war, als gegenwärtig, und daß nach dem Eintreten anderer politischer Constellationen die österreichische Herrschaft sich dennoch sehr bald über die ganze italienische Halbinsel erstreckte. Ebenso werden die Florentiner Staatsmänner im vorigen Jahre gewiß in Erwägung gezogen haben, daß der Besitz Veneticns, wenn er mit 400 Millionen Francs und mit dem Siege Oesterreichs über Preußen erkauft worden wäre, schwerlich einen dauernden Beitand hätte haben können.“

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 12. Februar. Se. Majestät der König hat genehmigt, daß der im k. Staatsministerium des Innern dienstlich verwendete Regierungs-Assessor K. Zeitlmann auf sein Ansuchen von der Funktion eines k. Commissärs bei dem Pensionsverein für das Amts- und Kanzleipersonal entbunden und dieselbe in widerruflicher Weise dem Regierungs-Assessor E. Gresbeck in München übertragen werde; die von dem rechtskundigen Bürgermeister D. Praßlsberger zu Passau wegen zurückgelegten siebzigsten Lebensjahres nachgesuchte Versetzung in den Ruhestand genehmigt; zum Zollverwalter beim Nebenzollamte I Bärnau, Hauptzollamtsbezirks Waldsassen, den Nebenzollamtscontroleur J. Baur in [illegible], [illegible] dort und zum Controleur beim Nebenzollamte I Mähring, gleichfalls Hauptzollamtsbezirks Waldsassen, den Hauptzollamtsassistenten K. v. Fabris in Waldmünchen ernannt; die Aufstellung eines zweiten Spezialcassiers bei dem Oberpostamte Regensburg genehmigt und auf diese Stelle den Offizialen Fr. Tünnermann daselbst befördert, ferner unter Einziehung der erledigten Aichmeisterstelle bei dem k. Kanalamte in Nürnberg bei demselben einen Kassa-Offizialen aufgestellt und als solchen den Amtsgehilfen J. G. Schwarz zu Nürnberg ernannt.

Die kath. Stadtpfarrei Ansbach ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 1013 fl. 26 kr. 1 dl. in Erledigung gekommen.

Die „Bayer. Zeitung“ schreibt amtlich unterm 11. Februar: „Durch einen Artikel der Augsburger „Allg. Ztg.“ vom 9. Januar 1867 wurde die Nachricht verbreitet, die bayerische Regierung sei im vorigen Frühjahre durch einen Bericht ihres Gesandten zu Florenz, wonach die italienische Regierung nicht rüste und kein Zeichen einer Theilnahme an dem bevorstehenden Kriege gebe, irregeleitet worden. In Folge einer von der k. Gesandtschaft zu Florenz hiegegen eingelegten Verwahrung wird auf Grund der Akten bestätigt, daß jene Nachricht der thatsächlichen Begründung gänzlich entbehrt.“

München, 11. Febr. Der VI. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat folgende Anträge als formell und materiell zuläßig erachtet und deren Ueberweisung an den betreffenden Fachausschuß zur näheren Prüfung vorgeschlagen: 1) den Antrag des Abg. Frhrn. v. Stauffenberg und 31 Genossen, die Kammer wolle an Se. M. den König die Bitte um Vorlage eines Gesetzentwurfs auf Aufhebung der Todesstrafe an den gegenwärtig versammelten Landtag richten; 2) den gestern mitgetheilten Antrag des Abg. Streit und Genossen; 3) den Antrag des Abg. Stenglein und Genossen, an Se. M. den König die Bitte zu stellen, „Allerhöchstdieselben wollen geruhen, anzuordnen, daß den Kammern des Landtages bei deren nächstem Zusammentritt ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, durch welchen die Erhebung des Malzaufschlages in seinen finanziellen, polizeilichen und strafrechtlichen Beziehungen neu geregelt werden soll“. — Ferner lag dem VI. Ausschuß ein Antrag des Handelsstandes in Schweinfurt, Bamberg, Erlangen, Fürth, Nürnberg, Kelheim und Regensburg und der Schiffermeister in Würzburg, Kitzingen, Schweinfurt, Bamberg, Nürnberg, Neumarkt, Nasch, Beilngries, Riedenburg, Kelheim, Regensburg und Deggendorf, „den Ludwig-Donau-Main-Kanal betreffend“, vor, angeeignet von den Abgeordneten Krämer, Widmann, v. Schultes und Dr. Schneider; derselbe lautet in seinem Schlußsatze: „Geruhe eine hohe Kammer die große Bedeutung, welche dem Ludwig-Donau-Main-Kanale in volkswirthschaftlicher, merkantiler und national-ökonomischer Beziehung zur Seite steht, einer gerechten

---

Feuilleton.

Vermischtes.

In Neuhof (Oesterreichisch-Schlesien) starb am 29. Jan. in dem Alter von 108 Jahren der dortige Gutsbesitzer Jonas Lembinski. Der Verstorbene, der Sprößling eines berühmten polnischen Adelsgeschlechtes, hinterläßt 7 Kinder, 42 Enkel, 64 Urenkel und 24 Ururenkel. Aus den in seinem Nachlasse vorgefundenen Papieren geht hervor, daß der Verstorbene während der Feldzüge im Jahre 1788 bis 1789 in österreichischen Militärdiensten gestanden und sich als Offizier bei der Eroberung Belgrads besonders ausgezeichnet hatte.

Bern, 10. Febr. Das Rorschacher Wochenblatt berichtet über ein prachtvoll erhabenes Natur-Schauspiel, das am 7. Nachmittags 5 Uhr den Bewohnern des Bodensee-Ufers zu Theil wurde. Ein heftiger Weststurm erhob sich, und im Nu war die leicht bewegliche Seefläche in ein Schaummeer verwandelt, das, so weit das Auge reichte, aus hoch aufthürmenden und sich überstürzenden Wellen bestand. Da brach die Sonne aus dem Gewölke, färbte den See vom dunkelsten Grün bis zum Smaragd, oben auf die Silberschäumchen, und gleichzeitig spannte sich ein dreifacher Regenbogen vom jenseitigen Ufer über den See, der seinen vielfarbigen glänzenden Fuß diesseits auf dem Roßbüchel aufsetzte. Das wunderbare, schöne Schauspiel, das Jedermann fesselte, dauerte ein paar Minuten, die Sonne barg sich wieder hinter den Wolken und der See verlor allmälig seine Wildheit. Ein paar Stunden später überraschte uns eine andere im Februar seltene Natur-Erscheinung, ein Gewitter mit Blitz und Donner.

(Die englische Handelsflotte.) Der dem Parlamente vorgelegte Jahresnachweis über Handel und Schifffahrt ergibt, daß am Schlusse des Jahres 1865 die Kauffahrteiflotte des Vereinigten Königreiches 25,160 Segelschiffe mit 4,845,142 Tonnen und 2708 Dampfer mit 821,731 Tonnen Gehalt, zusammen 27,868 Schiffe mit 249,696 Mann Bemannung umfaßte. Es zeigt dieses einen Jahreszuwachs von 131 Schiffen mit 123,995 Tonnen Gehalt und 4375 Mann Bemannung, der lediglich aus Dampfschiffen besteht, während die Segelschiffe abgenommen haben. Dazu kommen die Schiffe der Canalinseln 919 an der Zahl mit 93,436 Tonnen Gehalt und 5958 Mann, und die auswärtigen englischen Besitzungen mit 12,477 Schiffen, die einen Tonnengehalt von 1,562,295 T. repräsentiren und mit 94,369 Mann bemannt sind. Die Totalsumme der Handelsflotte Englands und seiner Besitzungen weist demnach 41,264 Schiffe zu 7,322,601 Tonnen 350,923 Seeleuten, und gegen 1864 ein Zunehmen von 397 Schiffen, 219,343 T. und 8524 Mann auf.

Digitized by Google

Würdigung zu unterstellen und desfallsige, die Hebung des Verkehrs auf demselben und die an solchem vorzunehmenden Reparaturen bezweckende Postulate als im allgemeinen, nicht zu verkennenden Interesse des Handels sowohl, als in dem speziellen vieler tausend Familien gelegen, zu genehmigen. Sollten gegen Erwarten von der hohen k. Staatsregierung desfallsige Vorlagen nicht gemacht werden, so stellen wir an eine hohe Kammer den weiteren ehrerbietigsten Antrag, die geeignete Initiative hiezu im Sinne unserer Denkschrift huldvollst zu geben und das weitere Geeignete zu veranlassen." Der Ausschuß beschloß, der Kammer die Hinübergabe dieses Antrags mit Empfehlung an das k. Staatsministerium vorzuschlagen.

München, 11. Febr. Der für unsern k. Hof neuernannte Gesandte Preußens, Frhr. v. Werther, ist aus Berlin hier eingetroffen, und der bisherige Gesandte, Prinz Reuß, wird alsbald unsere Stadt verlassen, um sich über Berlin auf seinen neuen Posten nach Petersburg zu begeben. — Das eben erschienene Regierungsblatt bringt folgende Bekanntmachung des Staatsministers des k. Hauses und des Aeußern: „Im Vollzuge des Art. 10 des Friedensvertrages zwischen Bayern und Preußen vom 21. August v. Js. ist die Erhebung der Schifffahrtsabgaben auf der bayerischen Rheinstrecke, und zwar sowohl der Schiffsgebühr, Tarif B zur Uebereinkunft vom 31. März 1831, als auch des Zolls von der Ladung, Zusatzartikel 16 und 17 zu der Uebereinkunft vom 31. März 1831, vom 1. Jan. d. Js. ab völlig eingestellt worden, nachdem von den übrigen deutschen Uferstaaten des Rheins gleichzeitig die gleiche Maßregel getroffen worden ist. (B. Z.)

München, 12. Febr. Die „Bayer. Ztg." kann versichern, daß die Notiz des Wiener „Fremdenblattes", Fürst Hohenlohe habe vor der Reise nach Stuttgart bei dem Grafen Bismarck wegen der künftigen Stellung der Standesherren telegraphisch angefragt, vollkommen grundlos ist.

Landau, 8. Febr. Vor dem hiesigen Zuchtpolizeigericht wurde heute der Revierförster Gumbel von Fischbach wegen Majestätsbeleidigung, sowie wegen Beschimpfung des früheren Staatsministers Frhrn. v. d. Pfordten und des Regierungspräsidenten v. Hohe in eine Gefängnißstrafe von vier Monaten verurtheilt. Ein Bürger von hier, Häfnermeister Schuck, gleichfalls der Majestätsbeleidigung angeklagt, wurde freigesprochen. (Pf. Z.)

Darmstadt, 12. Febr. Unser Herrenhaus entwickelt eine bedeutende Arbeitskraft. Auf der heutigen Tagesordnung stehen nicht weniger als sechs Berathungsgegenstände vom Friedensvertrage mit Preußen und den Wahlen zum norddeutschen Parlamente anfangend bis herab zu den Besoldungen der Volksschullehrer, also große und kleine Politik. Mit gewohnter Raschheit erledigt das hohe Haus fast ohne Diskussion diese Gegenstände. Nur Domkapitular Moufang enthält sich der Abstimmung über den Friedensvertrag, da es „gegen sein Gefühl gehe, offenbarem Unrechte zuzustimmen." Indessen verkenne er nicht, daß ein Kampf gegen die Macht der Thatsachen nicht mehr am Platze sei. Graf Görz hält die Diätenfrage für irrelevant, da das Gesetz über die Wahlen zum Reichstag ephemerer Natur sei, hätte jedoch gewünscht, daß die Regierung die Befugniß behalten hätte, gewählten Beamten den Urlaub zu verweigern. Eine weitere Diskussion findet nicht statt und ist die Kammer daher im Stande, sämmtliche Gegenstände der Tagesordnung im Verlaufe von nicht ganz einer Stunde zu erledigen. Die Erhöhung der Minimalgehalte der Schullehrer kam nicht zur Berathung, da der Antragsteller abwesend war und der betreffende Ausschuß keinen Bericht erstattet hatte. (Frkf. Ztg.)

Vom Main, 11. Febr. Die Doppelstellung des Großherzogthums Hessen scheint doch auch ihr Gutes zu haben. In Folge derselben hat der Ausschuß des hessischen Sanitätsvereins an sämmtliche deutsche Sanitätsvereine den Antrag gestellt, zur Verständigung über die besten Mittel zur Förderung ihrer Zwecke, voraussichtlich in Würzburg, sich durch Abgeordnete zu versammeln. Es ist Grund, zu hoffen, daß dabei für die praktischen Maßnahmen noch mehr herauskomme, als bei der Zusammenkunft der Abgeordneten des Genfer Vereins auf der Pariser Ausstellung, zumal wenn gleichzeitig das militärische Bündniß und die Heeresorganisation der deutschen Staaten den erwünschten Fortgang haben. So schlagen auf dem durch das Schwert geebneten Boden bereits heilsame Organisationen Wurzel. So gewinnen die von Dünant angeregten Ideen einen Körper, so werden sie zu rettenden Thaten patriotischer Humanität. (Schw. M.)

Frankfurt, 11 Febr. Kaum haben wir uns einigermaßen mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß die Zolldirektion von hier nach Kassel verlegt werden soll, als nun auch verlautet, daß der Sitz der General-Postdirektion nach Wiesbaden kommen werde. Zwei Strömungen sollen in dieser Beziehung in einflußreichen Kreisen gehen: die Herren v. Patow und v. Maida wären dafür, den Sitz hier zu lassen, während Landrath v. Diest sich bemühe, ihn nach Wiesbaden zu verlegen. — Die Wahlagitation für Hrn. v. Rothschild dauert heute in erhöhtem Maße fort, trotzdem die Partei des gesetzgebenden Körpers ihren Candidaten Dr. Passavant in einer offenen Erklärung aufrecht erhält. Dabei ist das Komische, daß die Anhänger R.'s diesem aus zwei ganz verschiedenen Motiven ihre Stimmen zuwenden wollen: die Einen, weil sie sagen, daß er ein der Regierung genehmer Kandidat sei, die Anderen, weil R. damals als die zweite Contribution von 25 Mill. fl. gefordert wurde, dem General Manteuffel energisch entgegengetreten sein soll. (Schw. M.)

Berlin, 9. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Im „Stuttgarter Beobachter" vom 31. v. Mts. ist wieder das Gerücht von preußischen Emissären in Lothringen und dem Elsaß zum Vorschein gekommen, und zwar diesmal mit dem Zusatze, daß diese Leute dort von der französischen Polizei verhaftet und ohne alle Umstände — ohne Prozeß, ohne Urtheil — nach Cayenne transportirt worden seien! Es braucht kaum wiederholt zu werden, daß diese Mittheilung eine freche Erfindung ist und aus derselben Quelle stammt, wie die Nachrichten ähnlicher Art, welche von einem Theile der belgischen Presse verbreitet werden, um die Stimmung der Bevölkerung Frankreichs gegen Preußen aufzuregen."

Man schreibt der „Köln. Ztg." aus **Berlin**, 11. Februar: „Aus Süddeutschland melden die betreffenden Korrespondenzen übereinstimmend, daß man auf der Ministerkonferenz in Stuttgart sich verständigt habe, in sämmtlichen Südstaaten auf die preußische Allianz hinzuarbeiten. Aber der erste praktische Schritt, die durchaus einheitliche Militär-Organisation nach preußischem Vorbilde, scheint doch noch nicht ganz gelungen zu sein. Es besteht unter den Nachrichten noch Widerspruch bezüglich der Frage, ob über gewisse schwierige Punkte, Präsenzzeit, Prozentsatz rc., eine Einigung schon erzielt ist. Aus München wird inzwischen heute telegraphisch gemeldet, es werde für die nächste Sitzung der Zweiten Kammer die Vorlage des Gesetzentwurfes, betreffend die künftige Heeres-Reorganisation, mit Bestimmtheit erwartet. In Betreff der Besatzungsverhältnisse Dresdens verlautet offiziös mit aller Bestimmtheit, daß die eventuelle Zurückziehung der preußischen Besatzung jedenfalls nicht früher erfolgen werde, als das Dislokationsrecht des Königs von Preußen über das gesammte Bundesheer nach der formalen Feststellung der Bundesverfassung zur zweifellosen und unbedingten Geltung gekommen sein werde. Die preußischen Truppen werden aus Dresden zurückgezogen werden, sobald durch Feststellung auf dem Reichstage und Ratifikation durch die Landesvertretungen die Bundes-Kriegsherrschaft mit ihren Rechten vertrags- und verfassungsmäßig begründet ist, dann aber nur aus Courtoisie gegen den König Johann, nicht wegen eines diesem concedirten Rechtes. Die Nachricht, daß Hr. v. Savigny, gleichsam als Minister für Reichstags-Angelegenheiten, mit der amtlichen Vermittlung zwischen der preußischen Regierung und dem Reichstage betraut sei, wird durch eine Zeitungsnotiz, derselbe werde seine Wohnung im Herrenhause nehmen, indirekt bestätigt.

Die Frage, ob Preußen seiner im Prager Frieden übernommenen Verpflichtung, in Nordschleswig über den Rückanschluß an Dänemark eine Volksabstimmung vornehmen zu lassen, nachkommen werde, ist bekanntlich noch immer eine offene. Interessant ist unter diesen Umständen, was das Copenhagener „Dagbladet" in seiner Revue vom 6. Febr. schreibt: „Wir hoffen bald eine Uebersicht der Maßregeln geben zu können, die man in Schleswig getroffen hat, um die dänische Sprache zu unterdrücken und die Bevölkerung zu germanisiren. Man wird staunen über die Masse von willkürlichen Verfolgungen, welche die Ortsbehörden mit höherer Genehmigung sich gegen die dänischen Nationalitäten erlaubt haben. Für heute wollen wir nur einen einfachen Zug notiren, der, an sich unbedeutend, aber gerade deshalb das ganze System wunderbar kennzeichnet. Man hat in Flensburg vor einiger Zeit einen neuen Postmeister angestellt, einen fanatischen Deutschen, der auch auf seine Weise deutsche Propaganda zu machen gedachte. Flensburg ist bekanntlich eine zur Hälfte dänische Stadt, und es gibt darin einige Stadtviertel, wo man fast nur dänisch spricht. Die erste Handlung des neuen Postmeisters war, den Gebrauch der dänischen Sprache zu verbieten. Seine Unterbeamten dürfen untereinander nicht dänisch sprechen und nur in deutscher Sprache sollen sie den Leuten antworten, die in's Bureau kommen, um nach ihren Briefen zu fragen oder Erkundigungen einzuziehen. Das Dänische ist nur erlaubt, wenn man es mit Jemanden zu thun hat, der gar kein Deutsch versteht. Dieses Verbot ist sogar schriftlich ausgefertigt. Solch ein Befehl wäre ein interessantes Aktenstück für Sammler, namentlich als Gegenstück zu den schreienden Beschwerden, die man so viele Jahre hindurch gegen die Dänen wegen ihrer Tyrannei gegen die deutsche Sprache geführt hat."

Wien, 11. Febr. Der Sektionschef Moser und zwei Verwaltungsräthe der Bodenkreditanstalt sind zum formellen Abschlusse des Domänen-Pfandbriefgeschäfts nach Paris abgereist.

Wien, 11. Februar. Combinationen über die Zusammenstellung des neuen Ministeriums sind das hervorragende Tagesgeschäft unserer politischen Kreise. Bis jetzt bewegen sich alle Angaben der Blätter einfach auf dem Boden der Conjectur, und ich bitte Sie die Nachricht, diese oder jene Persönlichkeit habe ein Portefeuille angenommen oder abgelehnt, mit aller Vorsicht aufzunehmen. Wie mir nämlich aus authentischer Quelle versichert wird, ist eine Entscheidung über Personenfragen, mindestens was das deutsche Ministerium anbelangt, in den nächsten Tagen gar nicht zu erwarten. Maßgebenden Orts will man nämlich die Lage erst sich klären lassen, und insbesondere abwarten, wie die Parteien und ihre Führer sich zu der neuen Ordnung der Dinge stellen, ehe man zu einer Auswahl schreitet. Zudem müssen doch mindestens die Principien der künftigen Ministerverantwortlichkeit als Basis für den Eintritt neuer Minister präcisirt sein. Auch hierin, wie in der Berücksichtigung der Parteiverhältnisse, ist man entschlossen, nach constitutionellem Brauch vorzugehen.

Nachdem der Ausgleich mit Ungarn so gut wie vollzogen ist, wendet sich nunmehr die Aufmerksamkeit der politischen Kreise Demjenigen zu, was diesseits der Leitha geschehen solle, und dem Programme, das die Regierung in dieser Hinsicht aufzustellen gedenke. Wichtige Andeutungen hierüber enthält ein Artikel des „Wiener Journals", welches nächst der „Wiener Zeitung" das meist offiziöse Blatt der Regierung ist. Das „Wiener Journal" schreibt nämlich: „Die politische Einigung der cisleithanischen Hälfte der Monarchie ist die große Aufgabe, nach der jetzt die besten Geister streben. Die Schwierigkeiten sind so namhaft, daß Jeder Ursache hat, sich vor einem zu starren Programm zu bewahren, nach welchem er die Lösung suchen will. So streitig und bestritten ist Alles, was jede Partei für sich selbst vorzubringen hat, so unmöglich ist es für jede derselben, diejenigen, welche ihr gegenüberstehen, zu einer vollen Bekehrung zu bringen, daß die Einigung, welche gesucht werden muß, nur in einer Weise erreicht werden kann. Nur durch verständige Nachgiebigkeit, nur durch gegenseitige Conzessionen läßt sich ein Compromiß erzielen, welches der künftigen staatlichen Organisation zur Unterlage dienen kann. Wer staatsklug ist, wird auch versöhnlich sein wollen. Wer patriotisch ist, wird auch bereit sein, einer allgemeinen Einigung manchen unerfüllbaren Wunsch, manche unerreichbare Hoffnung zum Opfer zu bringen. Wenn die große ungarische Frage zu einem endlichen Abschlusse gebracht worden, so müssen allerdings die Hoffnungen auf einen politischen Ausgleich zwischen den Parteien diesseits der Leitha bedeutend zunehmen. So schroff wie dieselben auch gegen einander zu stehen scheinen, eine Thatsache läßt sich nicht hinwegleugnen, daß sie Jahrhunderte lang friedlich neben einander gelebt haben, und daß ihre materiellen Interessen so nahe mit einander verschlungen sind, daß eine politische Trennung auf die Dauer undenkbar ist. Wenn nur Niemand sich der politischen Diskussion zu entziehen strebt, wenn die Parteien, ob auch im Beginn unfügsam, nur die große Debatte mit einander eröffnen, so bangt uns wenig um den Ausgang. Jeder vertheidige, was ihm der Vertheidigung werth erscheint: jeder bringe die besten Argumente herbei für seine Ansichten und Forderungen, aber Niemand verschmähe, mit seinem Gegner sich auseinanderzusetzen, denn aus dem parlamentarischen Kampfe wird am Sichersten und Schnellsten der staatliche Frieden hervorgehen."

Wien, 12. Febr. Die heutige „Presse" erfährt: In diesem Augenblicke finden wichtige Konferenzen an dem hannöverischen Hofe in Hitzing statt, betreffend finanzielle Auseinandersetzung mit Preußen, zwischen dem hannöver'schen Minister v. Platen und dem gestern aus Berlin hier eingetroffenen preußischen Bevollmächtigten, welcher nach Ankunft vom König Georg sofort empfangen wurde.

Wien, 12. Febr. Die „Wiener Zeitung" meldet: Der Kaiser ertheilte den Engländern Charles Bright und Acton-Since-Ayrton die von denselben angesuchte Conzession zur Herstellung und zum Betriebe einer unterseeischen Telegraphenlinie Ragusa-Malta oder Ragusa-Corfu.

⁂ Die „Debatte" vom 11. Februar schreibt: In Betreff der Audienz, welche Deak bei seiner jüngsten Anwesenheit in Wien allerhöchsten Orts gehabt, erfahren wir, daß Se. Maj. der Kaiser den gefeierten Patrioten aufzufordern geruhte, er möge das Präsidium des ungarischen Ministeriums übernehmen. Deak lehnte jedoch ab, und rechtfertigte das mit dem Hinweis auf sein bereits vorgeschrittenes Alter. — Die Personalfragen, welche durch die seither eingetretene Ministerkrise angeregt wurden, scheinen nur langsam zu reifen, und sich bis zum Zusammentritte der Landtage Zeit lassen zu wollen. Doch soll es, wie uns einer unserer hiesigen Correspondenten mittheilt, als bestimmt angenommen werden können, daß die Unterhandlungen mit dem Statthalter von Triest, Frhrn. v. Kellersperg, Betreffs der Uebernahme des Ministeriums des Innern durch denselben zu keinem Resultate geführt haben und auch schon abgebrochen wurden, so daß der genannte Staatsbeamte bereits auf seinen Triester Posten zurückgekehrt ist. — Die Besetzung des Polizeiministeriums wird vorderhand nicht in Aussicht genommen, während die Ernennung des diesleithaischen Verwaltungsministers ohne Aufschub erfolgen soll. Wie wir erfahren, steht die Sache im Augenblicke so, daß Graf Taaffe und Frhr. v. Halbhuber für das letztgenannte Ministerportefeuille kandidiren, Frhr. v. Halbhuber aber mehr Chancen für sich haben solle.

Der Pesther „Lloyd" schreibt unterm 10. Februar: Die 1848er Gesetze werden erst jetzt, da kein blutiger Zwist die Völker entzweit, ihre volle Wirkung ausüben können. In wenigen Jahren, dessen sind wir gewiß, wird das Land zu ungeahntem Wohlstande aufblühen, die Wunden, welche die Vergangenheit geschlagen hat, werden rasch heilen.... Keine der großen materiellen Fragen wird ohne unseren Einfluß gelöst werden; wir treten zum ersten Male in direkten politischen Verkehr mit den übrigen Ländern der Monarchie durch unsere Minister und unsere Delegationen, in ein direktes Verhältniß zu den europäischen Nationen. Die auswärtige Politik der Monarchie wird nicht mehr ohne Einflußnahme Ungarns bestimmt. In den Mauern unserer Hauptstadt werden sich nach dem Gesetze der Parität die Delegationen der übrigen Länder versammeln, um mit den Delegationen des ungarischen Reichstages zu verkehren.

Brüssel, 11. Febr. Der „Moniteur Belge" zeigt an der Spitze seines nichtamtlichen Theils an, daß Se. Maj. der König von Preußen die Einwilligung zur Vermählung der Prinzessin Marie von Hohenzollern-Sigmaringen mit Sr. k. H. dem Grafen von Flandern gegeben habe.

London, 9. Febr. Lieutenant Brand, der eine der vielbesprochenen Helden der Vorgänge in Jamaika, wurde gestern zur Haft gebracht und erschien vor dem Gerichtshofe in Bowstreet, der Präsident, Sir Thomas Henry, legte dem Verhafteten die Anklage in folgender Form vor: Sie sind angeschuldigt als Präsident des am 23. Oktober 1865 in der Morant Bai auf Jamaica gehaltenen Kriegsgerichtes ein Todesurtheil gegen George William Gordon unterzeichnet zu haben. Dieses Urtheil soll, der Anklage zufolge, nicht rechtskräftig gewesen und deßhalb seine Ausführung ungesetzlich gewesen sein. Es wurde darauf so viel von den Zeugenaussagen verlesen, um eine Vertagung und weitere Vernehmung des Angeklagten zu rechtfertigen und dann derselbe für die Dauer der Voruntersuchung gegen Bürgschaft entlassen. So viel man hört, werden sich Gouverneur Eyre und General Nelson ehestens ebenfalls den Gerichten stellen. — Eine Deputation der Londoner Arbeiter-Association, an ihrer Spitze Mr. George Potter, erschien gestern bei dem Minister des Innern, Mr. Walpole, um demselben Vorstellungen über die zu ernennende Kommission zur Berichterstattung in Betreff der Arbeitervereinigungen zu machen. Der Sprecher der Deputation hob hervor, daß es für die Arbeiter von großer Wichtigkeit sei, bei dieser Untersuchung der Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit vertreten zu sein. Wenn es nicht thunlich sei, daß Arbeiter unter der Zahl der Kommissäre seien, so möge man doch ihre Vertreter zulassen und dazu machte der Redner, auf Wunsch des Ministers, mehrere Personen, unter anderen Mr. Goldwin Smith, Professor Beesley, Sir J. M. Ludlow, Mr. Godfrey Lushington, Mr. Newton namhaft. In seiner Antwort erinnerte Mr. Walpole die Deputation daran, daß ihn eine Deputation aus Sheffield zur Zeit höchst dringend um die jetzt beabsichtigte Untersuchung durch eine Kommission angegangen habe. Seine Absicht sei, die Angelegenheit mit der größten Unparteilichkeit und Billigkeit für alle interessirten Parteien einzuleiten und zum Wohle und Vortheile Aller zum Schlusse zu führen.

London, 11. Febr. Schatzkanzler Disraeli sagte im Unterhause, er werde morgen den Entschluß der Regierung bezüglich der Reform mittheilen. Er werde vorschlagen, daß künftig nicht die Miethe, sondern die Rente die Grundlage des Stimmrechts sei, er werde ferner die Abschaffung der alten Wahlsitze und eine Revision der Abgrenzung der Burgflecken vorschlagen. Der Schatzkanzler beantragte sodann, daß das Haus sich am 25. Februar als Komite konstituire, um die Reformakte von 1832 in Erwägung zu ziehen. Gladstone sagte, er billige den eingeschlagenen Weg der Resolutionen nicht, behalte sich aber Entschließung bis zu näherer Kenntniß der Resolutionen vor.

Chester, 12. Februar. 800 Arbeiter aus Liverpool, Preston und Manchester trafen gestern hier ein. Man befürchtete einen Versuch der Fenier zur Waffenplünderung im Schlosse. Energische Maßregeln hielten die Ordnung aufrecht.

Florenz, 7. Febr. Die Kommission, welche den Friedensvertrag mit Oesterreich prüfen soll, ist nach mehrtägiger Arbeit zum Ende gekommen und hat Mancini zum Berichterstatter ernannt. In der nächsten Woche wird der Bericht vorgetragen werden können. — General Medici, der Oberbefehlshaber der Truppen auf Sizilien, hat an sämmtliche Unterbefehlshaber ein Schreiben gerichtet, wornach

vom 1. März an die Verfügungen aufhören, die den Widerspänstigen, Deserteuren u. s. w. besondere Vergünstigungen zuerkennen. Von jenem Zeitpunkt an sollen sie alle ohne Ausnahme der Strenge des Gesetzes unterworfen sein und die Militäroperationen wieder mit der größten Energie aufgenommen werden.

Neueres.

Berlin, 12. Febr. Großer Andrang zu den Zeichnungen der neuen Staatsbahn-Prioritäten. Ueberzeichnungen werden sicher erwartet.

London, 12. Febr. Das Reform-Meeting verlief ruhig. Am Straßenzug betheiligten sich höchstens 20,000 Personen.

Florenz, 12. Febr. Die Kammer nahm die Interpellation über das Verbot, bei Gelegenheit des Entwurfes über die Freiheit der Kirche Meetings abzuhalten, trotz der Einwendung Ricasoli's mit 136 gegen 104 Stimmen an und fordert die Regierung durch eine motivirte Tagesordnung auf, die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit nicht zu beschränken. Das Ministerium wird seine Entlassung nehmen.

New-York, 9. Febr. Der Senat hat die Bill, betreffend die Aufnahme des Staates Nebraska in die Union, ungeachtet des Vetos des Präsidenten, angenommen.

Verhandlungen der physikalisch-medizinischen Gesellschaft in Würzburg.

IV. Sitzung am 9. Februar 1867.

1) Herr Ries spricht über Bildung der Gypslager, die in reichlichster Zahl den verschiedensten Formationen eingelagert sind. Unter Hinweis auf den auch für andere Mineralspezies gültigen Satz, daß die Natur dieselbe Substanz auf verschiedenen Wegen zu bilden im Stande ist, werden für Gyps der direkte Absatz, die Bildung durch Zersetzung schwefelhaltiger Kiese und die durch vulkanische Exhalationen an vorgelegten Exemplaren nachgewiesen. Dagegen muß für die meisten der Gypslager wegen einer immer mit dem Vorkommen derselben verknüpften bedeutenden Schichtenstörung noch ein anderer Weg der Bildung angenommen werden, der aus Anhydrit durch Wasseraufnahme. Das Vorkommen von Pseudomorphosen von Gyps nach Anhydrit, das bisweilen beobachtete Auftreten des Anhydrits als Kern der Gypsstöcke und das direkte Experiment beweisen die Möglichkeit einer solchen Umwandlung und die bedeutende Aufschwellung (1 : 1,67) der Anhydritlager bei ihrer Umbildung zu Gyps erklären die Schichtungsstörungen zur Genüge.

Ein Gypsbruch nahe bei Hüttenheim unweit Markt-Einersheim zeigt nach einer vorgelegten Skizze die Schichtenstörung an einer vollkommen schlangenförmig gewundenen grauen Steinmergelbank, zugleich aber auch durch Einsackungen der Dammerde, durch Löcherbildungen im Gyps und durch Gypsirung des den Grund des Steinbruchs bildenden Dolomits (des Grenz-Dolomits der Lettenkohlenformation) die in der leichten Löslichkeit des Gypses begründete Beweglichkeit desselben.

Dagegen wird die Frage über Art und Weise der Anhydrit-Bildung als eine noch nicht ganz zur Befriedigung gelöste bezeichnet, da auch nach den neuesten Experimenten von Hoppe-Seyler zur Ausscheidung des schwefelsauren Kalkes in wasserfreiem Zustande eine erhöhte Temperatur im Momente des Ausscheidens nothwendig ist, ein Umstand, der nur sehr gezwungene Anwendung auf die in der Natur vorliegenden Verhältnisse gestattet.

Herr Professor Sandberger fügt einige Bemerkungen über das Zustandekommen des Schwefels mit dem Gypse bei.

2) Herr Kollmann spricht über das Vorkommen farbiger Schweiße und theilt einen von ihm beobachteten Fall von blauem Schweiße mit. Derselbe betrifft einen an Ueberreizungen verschiedener Nervenpartien leidenden Mann, bei welchem intensiv indigoblaugefärbte Schweiße auftraten.

Die von Herrn v. Scherer vorgenommene chemische Untersuchung konstatirte die blaue Färbung des Schweißes von phosphorsauerem Eisenoxydulexyd herrührend.

3) Herr Vogt theilt einen Fall von Verletzung der Wirbelsäule und des Rückenmarkes mit.

4) Herr v. Recklinghausen demonstrirt das Gehirn einer epileptischen Person, einem frischen rothen Erweichungsheerd neben Sklerose des Gehirns.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr G. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	66 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$62\frac{1}{2}$ P.
„	5pCt Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$54\frac{3}{4}$—55 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	45 G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	41—$\frac{1}{2}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$100\frac{7}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$96\frac{1}{2}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$96\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$91\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$91\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$91\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$83\frac{5}{8}$ G.
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$96\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$85\frac{3}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	96 P. $95\frac{5}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$84\frac{1}{2}$ P. 84 G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	95 P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	85 P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$96\frac{3}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	90 P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$82\frac{3}{4}$ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	— G.
N Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
„	6pCt. ditto r. 1882 „	$76\frac{1}{2}$—$\frac{3}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$130\frac{1}{4}$ P. 130G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	694—98 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	169—173 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$91\frac{1}{4}$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	215 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$93\frac{1}{2}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	85 P. 84 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	348 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$110\frac{1}{2}$P. $109\frac{1}{2}$G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	35 P. $34\frac{1}{2}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$156\frac{7}{8}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$88\frac{7}{8}$ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$110\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$47\frac{1}{2}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	$45\frac{1}{2}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$119\frac{3}{4}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	$119\frac{3}{4}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{2}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{7}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{2}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{2}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$92\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$92\frac{1}{8}$ G.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	113 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	82 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$69\frac{7}{8}$—$70\frac{3}{8}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	121 P.
„ do. v. 1864	$75\frac{1}{2}$—$77\frac{3}{4}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$102\frac{1}{2}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 35	$54\frac{1}{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144 P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$28\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	33 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{3}{4}$ P.

Frankfurt, 13. Februar. An der heutigen Börse ward heftig zwischen der Hausse- und Baissepartei gekämpft. Keine der beiden Parteien schien gewillt, leichten Kaufs das Feld zu räumen, und daher konnten namhafte Schwankungen nicht ausbleiben. Der Cours der Creditaktien z. B. differirt um fl. 4 herauf und herunter. So weit bei dem offenbaren Spiel, was jetzt die Börse beherrscht, überhaupt von Tendenz die Rede sein kann, möchten wir dieselbe als eine zu erniedrigten Coursen feste bezeichnen. Doch kann sich dies durch irgend ein Losungswort, das die Leiter der Bewegung in Wien geben, über Nacht wieder ändern. Man schloß höher, als man eröffnet hatte. Sehr fest waren Amerikaner und Süddeutsche, insbesondere Württemberger, die ihren Cours gegen gestern wieder um $\frac{1}{2}$ pCt. verbesserten. Die Notiz der gestrigen Stadt Münchener ist irrthümlich $99\frac{1}{8}$ anstatt $99\frac{3}{8}$ angegeben. Die Zeichnungen auf Staatsbahnprioritäten sollen gestern und heute bei Gebr. Bethmann dahier lebhaft gegangen sein. In Berlin werden dieselben mit $5\frac{1}{2}$ Frcs. Agio bezahlt. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 46. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 15. Februar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 13. Februar. Se. Majestät der König hat den kgl. Handelsagenten P. Grill in Messina zum königl. Konsul daselbst ernannt; dem kgl. Staatsrathe im ordentlichen Dienste Fr. S. v. Pfistermeister in Anerkennung seiner weiland allerhöchstihrem Herrn Vater dem höchstseligen Könige Maximilian II. Maj. stät, sowie allerhöchstdemselben Selbst in der Eigenschaft als Sekretär geleisteten vieljährigen treuen und ersprießlichen Dienste den erblichen Ritterstand des Königreichs tax- und siegelfrei verliehen und diese Verleihung zugleich auf seinen Bruder, den Gensdarmerie-Hauptmann Jos. Pfistermeister, ausgedehnt; dem Landwehroberstlieutenant K. Winter in Fürth das Ritterkreuz 1. Kl. des Verdienstordens vom hl. Michael verliehen; in Genehmigung des von dem kath. Pfarrer X. Schuster in Mertingen, Bezirksamts Donauwörth, und M. Haid in Ollarzried, Bezirksamts Memmingen, eingeleiteten Pfründetausches dem ersteren die Pfarrei Ollarzried, dem letzteren die Pfarrei Mertingen übertragen, die kath. Pfarrei Unterblaichen, Bezirksamts Krumbach, dem Priester M. Steidle, Pfarrer in Osterschwang, Bezirksamts Sonthofen, übertragen; dem Bezirksarzt 1. Kl. Dr. J. G. Ritzenthaler in Hersbruck den auf Grund des zurückgelegten siebzigsten Lebensjahres erbetenen Ruhestand unter Anerkennung seiner langjährigen eifrigen Dienstleistung bewilligt.

Durch Finanzministerial-Reskript vom 9 Februar l. Jahres wurde dem Bezirksgeometer M. Festl in Immenstadt der Messungsbezirk Dachau übertragen.

Die Stelle eines Bezirksarztes erster Klasse zu Hersbruck ist in Erledigung gekommen. Bewerber um dieselbe haben ihr Gesuch binnen 14 Tagen bei der ihnen vorgesetzten kgl. Regierung, Kammer des Innern, einzureichen.

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 13. Februar. Seine Majestät der König hat genehmigt, daß bei der Gesammtartillerie das Infanterie-Gewehr mit der dazu gehörenden Patrontasche beseitiget und statt dessen für den Wachdienst bis auf Weiteres Charnierpistolen und dazu die Reiterpatrontasche, welche mit einer Tragschleife an der Gürtelkuppel zu befestigen ist, in prov. Weise in Verwendung zu kommen haben.

Se. Maj. der König hat nachstehende Ernennungen und Beförderung genehmigt und zwar: Ernannt werden: der bisherige Kommandant des Cadetenkorps und der Artillerie- und Genie-Schule, Generalmajor F. Ritter v. Malaisé, zum Inspektor der Militär-Bildungsanstalten; der Oberstlieutenant M. Hedderling, bisher im 4. Jäger-Bat., zum Kommandanten des Cadetenkorps; der Oberstlieutenant H. Diehl, bisher im Generalquartiermeisterstab und Generalstabschef beim Generalkommando München, zum Commandanten der Kriegsschule; der Major O. Kleemann, bisher im Geniestab, zum Commandanten der Artillerie- und Genie-Schule; der Oberstlieutenant H. Fogt, bisher Studieninspektor des Cadetenkorps und der Artillerie- und Genie-Schule, zum Vorstande der Lokalgeniedirektion Landau. Befördert wird: zum Oberstlieutenant: der Major M. Frhr. v. Berchem im 4. Jäger-Bataillon mit dem Range vom 18. Juni v. J. vor dem Oberstlieutenant Theodor Ritter des 5. Infanterie-Regiments.

München, 12. Febr. Der vom Abgeordneten Vermühler eingebrachte Antrag auf Fortsetzung der Eisenbahn von Miesbach nach Hausham, bezw. Schliersee wurde vom III. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten in seiner Sitzung vom 7. ds. in Berathung gezogen und auf Vortrag des Abgeordneten Bischoff beschlossen, der Kammer folgenden Antrag zur Annahme zu empfehlen: „Es sei an Se. Maj. den König die allerehrfurchtsvollste Bitte zu richten, allergnädigst anzuordnen, daß ein Gesetzentwurf über die Erbauung einer Eisenbahn von Miesbach nach Schliersee auf Staatskosten ausgearbeitet und dem Landtage in thunlichster Bälde zur Vorlage gebracht werde."

A. C. **München,** 13. Febr. Es erübrigt, aus der Rede des Abg. Feustl über die Verwendung des Restes des 31-Millionen-Credits noch Folgendes nach dem stenographischen Berichte mitzutheilen: „Die Staatsregierung hat bezüglich dieser 31½ Millionen eine feierliche Verpflichtung eingegangen, indem sie auf den Antrag des Hrn. Abg. Kolb erklärt hat, daß, wenn der Friede früher eintritt, als die jetzt zu bewilligenden Geldmittel erschöpft sein werden, die Regierung verpflichtet und gesonnen sei, die Armee auf den budgetmäßigen Stand zurückzuführen. Dieser Erklärung ist eine zweite gefolgt, welche dahin geht, daß die Regierung erklärt hat, es solle die Armee überhaupt, also auch im Einzelnen auf den budgetmäßigen Stand zurückgeführt werden, sobald der Friede geschlossen und dies der Natur der Sache nach möglich ist, weil es gewiß binnen 24 Stunden nicht bewerkstelligt werden könne. Ich mache nur auf einen Punkt aufmerksam, sagte der Herr Minister des Aeußern, man werde die auf Kriegsdauer ernannten Offiziere augenblicklich entlassen, die übrigen aber nicht augenblicklich beseitigen können. Diese Erklärung hat. Sie sind alle Zeugen, eine große Be-

Feuilleton.

Vermischtes.

Von der kaiserlich französischen Ausstellungs-Commission ist in den jüngsten Tagen in Betreff der Eintrittsgelder für die Weltausstellung eine Bekanntmachung erlassen worden. Für die Vielen, welche die Ausstellung zu besuchen beabsichtigen, wird eine Mittheilung der wesentlichsten Bestimmungen dieses Erlasses von Interesse sein. Die Ausstellung, welche am 1. April eröffnet und am 31. Oktober geschlossen wird, umfaßt drei räumliche Abtheilungen: den sogenannten Park mit dem Palast auf dem Marsfelde, den für die Erzeugnisse der Gärtnerei bestimmten sogenannten Garten, dann die Insel Billancourt mit der landwirthschaftlichen Ausstellung und dem Versuchsfelde. Für jede dieser drei Abtheilungen sind besondere Eintrittsgelder festgesetzt. Die Erhebung der Eintrittsgelder erfolgt, wo keine Karten ausgestellt sind, mittels Zählmaschinen, welche an allen Thüren jeder Abtheilung hergestellt sind. Es wird kein Geld herausgegeben. Die Eintrittskarten, welcher Categorie sie auch angehören, sind auf den Namen ausgestellt und durchaus unübertragbar; sie tragen die Unterschrift des Inhabers, und dieser ist verbunden, seine Unterschrift in einem besonderen Verzeichnisse auf jede Aufforderung des Controlbeamten zu wiederholen. Dieser Formalität kann man sich durch Niederlage oder Einsendung seiner Photographie, in 2 Exemplaren, von denen eines an die Eintrittskarte angebracht wird, befreien. Jede ausgeliehene Karte wird zurückgezogen. Wer die Karte ausleiht oder von einer ihm nicht gehörigen Karte Gebrauch macht, wird außerdem nach den gesetzlichen Bestimmungen verfolgt werden. Der Tarif der Eintrittsgelder für die Abtheilungen Park und Garten ist folgendermaßen festgesetzt: Montag den 1. April (Feierlichkeit der Ausstellungs-Eröffnung) für das Ganze der zwei Abtheilungen 20 Frcs. Dienstag den 2. April bis Sonntag den 7. April inkl. ebenso für beide Abtheilungen, 5 Frcs. Von Montag den 8. April an, jeden Tag: 1) Eintrittsgeld in die Abtheilung Park: Von der Stunde der allgemeinen Eröffnung an 1 Frcs. An den vorbehaltenen Stunden des Morgens 2 Frcs. 2) Eintrittsgeld in den Garten bei direktem Eintritt durch die Thüre von Tourville: Von der Stunde der allgemeinen Oeffnung 1 Frcs. 50 Cent. (42 kr.). An den vorbehaltenen Stunden des Morgens 2 Frcs. 50 Cent. (1 fl. 10 kr.). 3) Uebergang von der Abtheilung des Parks in die Abtheilung des Gartens 50 Cent. (14 kr.). Der Tarif für die Eintrittsgelder für Billancourt wird später festgesetzt werden. Jede Person, welche die Ausstellungsräume verläßt, kann nur wieder eintreten, wenn sie von Neuem an den Zählmaschinen bezahlt. Der Preis von Abonnementskarten auf die ganze Dauer der Ausstellung ist auf 60 Fr. für Frauenpersonen und auf 100 Fr. für Männer festgesetzt. Es werden auch Wochenbillete zur Verfügung des Publikums gestellt. Dieselben sind gleichfalls auf den Namen ausgestellt und unübertragbar und gewähren in der Woche, für welche sie gelten, die gleichen Rechte, wie die Abonnementskarten. Die Gebühr für diese Wochenbillete, welche nur an Personen abgegeben werden, die ihre Photographie vorlegen, beträgt 6 Fr.

Nach der letzten Post aus Australien hat man am Meerbusen von Carpentaria Spuren des verunglückten deutschen Forschers Leichhardt gefunden, so wie ein Stück von einem Schädel in der Nähe eines Baumes, in dessen Rinde Leichhardts Name eingeschnitten war.

ruhigung gegeben, denn es ist immerhin ein schweres Wort, wenn man $31\frac{1}{2}$ Millionen offenen Kredit bewilligt, ich betone es, offenen Kredit. Wir können nicht verkennen, daß diese Zusicherungen ohne jede weitere Erklärung der Regierung über die Motive dieser veränderten Auffassung thatsächlich nicht eingehalten worden sind. Ich will mich über diesen Punkt nicht weiter verbreiten, aber ich glaube, man hätte dem Lande doch irgend eine Andeutung darüber geben können, warum man so und nicht anders gehandelt hat. Wenn man sich aber dem Kern selbst zuwendet, wenn man sieht, wofür die $31\frac{1}{2}$ Millionen bewilligt worden sind, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß von diesem Gelde noch viel übrig sein muß. Es ist traurig, daß man in solchen Dingen nur mit Wahrscheinlichkeit, nicht mit Ziffern rechnen kann. Ich verstehe nicht, wie man nicht bestimmt aussprechen kann, von diesem Kredit von $31\frac{1}{2}$ Millionen sind bis heute Morgens so und so viele Millionen ausgegeben worden, so und so viele Millionen werden noch übrig sein und so und so viele Millionen brauchen wir noch für unsere Zwecke. Da wir aber Ziffern ohne unsere Schuld — nicht haben, so sind wir eben auf eine Wahrscheinlichkeitsberechnung hingewiesen. Diese Wahrscheinlichkeitsberechnung habe ich anzustellen gesucht und bin zu der festen Ueberzeugung gekommen, daß der Credit von $31\frac{1}{2}$ Millionen vollständig hinreicht, außer dem beantragten Militärcredit der Kriegslastenausgleichungskasse die Differenz von 2 oder 3 Millionen zu decken. Ich kann bei dieser Gelegenheit etwas nicht unerwähnt lassen, was wohl noch zu weiterem Ausdruck in diesem hohen Hause führen muß. Wir waren alle lebendig davon überzeugt, daß die Staatsregierung mit der größten Sparsamkeit zu Werke ginge. Das Land hat für das Militär ganz enorme Opfer gebracht und wenn die bezüglichen Ziffern der letzten Jahre zusammengestellt werden, so erhalten Sie eine ganz erschreckende Größe. Als zu einer Zeit, wo man in Wien um Waffenstillstand sich bemühte, das Militärverordnungsblatt lange, lange Reihen von Ernennungen, von Beförderungen von Offi ieren brachte, da überkam wenigstens mich ein Gefühl, das mehr wie schreckhaftes Erstaunen war. Dieses Gefühl ging durchs ganze Land und ich muß sagen, in diesem Punkt scheint mir, weil wir eine Aufklärung darüber noch nicht haben, die Sparsamkeit, die das Land erwarten durfte, vollständig außer Acht gelassen worden zu sein. Wenn ich auf diesen Credit von $31\frac{1}{2}$ Millionen hinweise, so liegt in einem solchen Vorgange ein gewichtiges Motiv, dem offenen Credit möglichst bald ein Ende zu machen. Offene Credite auf lange Zeit taugen nichts. Wenn im Verlaufe der Debatte der Einwand kommen sollte, daß die Erhöhung der Leistung durch Art. 2 des vorliegenden Gesetzes, die auf eine Million beziffert worden ist, ein wesentlicher Hinderungsgrund wäre, um auf den offenen Militärcredit hinzuweisen, so muß ich mir erlauben, jetzt auf ein Deckungsmittel aufmerksam zu machen, welches jedenfalls in der nächsten Zeit anfällt. Sie Alle wissen, daß, weil der Bund in Trümmer gegangen, im gegenwärtigen Augenblick eine Liquidationscommission in Frankfurt besteht, um das Eigenthum der verschiedenen Staaten an dem Bundeseigenthume festzustellen. Nach der Matrikularumlage des Bundes haben wir bei einer Leistung von 30,000 Gulden 3540 Gulden zuzuschießen. Wir haben daher an dem Bundeseigenthume einen Anspruch von nahezu etwas über 10 pCt. Berücksichtigen Sie, daß die Bundeskriegskasse circa 5 Mill. Gulden baares Geld hat, daß die fünf Bundesfestungen ausreichend verproviantirt und ausgerüstet waren, kann doch wohl kein Zweifel darüber sein, daß Bayern eine sehr beträchtliche Quote wieder zufällt. Ich will damit nur andeuten, daß, wenn auch in dem Gesetze von $31\frac{1}{2}$ Millionen durch Zuweisung dieser zwei oder drei Millionen ein Defizit entstehen sollte, Mittel noch parat sein werden, dieses Defizit zu decken. Ich glaube, daß, wenn Sie nach meinem Antrage beschließen, das Kriegsministerium unter dem erhöhten Gefühle der Verantwortlichkeit bezüglich dieses Restcredites von $31\frac{1}{2}$ Millionen arbeitet, und glaube weiter, daß die Regierung die Continuität ihrer Erklärung, die sie damals abgegeben hat, wiederholt anerkennen muß. Es mag richtig sein, daß die allgemeinen politischen Constellationen nicht gerade erfreulich sind, aber wo wir fürs Militär eine oder zwei Millionen mehr ausgeben, ehe wir unsere Organisation nicht vollendet haben, eher werden wir kein Gewicht in die Wagsc ale der europäischen Verhältnisse legen. Ich bin zu Ende, ich wollte mir nur noch eine Bemerkung erlauben; meine Ansicht ist, daß jede Discussion einen praktischen Nutzen haben muß und ich wende mich speziell an den Herrn Staatsminister des Krieges, um ihm die Interessen des Landes nach der Richtung der Sparsamkeit hin warm ans Herz zu legen. Wenn dieses Jahr zu Ende und damit die achte Finanzperiode geschlossen ist, so werden wir nach einer approximativen Aufstellung, an der wenig abgehen wird, ungefähr 125 bis 130 Millionen in diesen sechs Jahren für Militär hergegeben haben. Ich erinnere daran, daß vielleicht kein konstitutioneller Staat in Europa ist, der reichlicher bewilligt hätte für das Militär, als wir. Von dem Zeitpunkt an, wo die Kammer sich überzeugt hat, daß die Verwendungen dahin erfolgen, wofür sie gefordert sind, von dem Augenblicke an wurde voll und ausreichend bewilligt. Kein bayerischer Militär wird auftreten können und wird die Ursache der unglücklichen Kriegführung etwa darauf hinwälzen können, daß das Land gekargt hätte; das Land hat reichlich gegeben, wir haben die Gehalte der Offiziere verbessert, wir haben Kasernen gebaut, wir haben für Festungen, für eine gute Ausrüstung gesorgt, kurz alle geforderten Credite wurden fast anstandslos bewilligt. Angesichts dieser ganz unbestreitbaren Thatsache, Angesichts der großen Opfer, die gebracht wurden und die unmittelbar bevorstehen, erwartet das Land mit vollstem Rechte, daß in der Militärverwaltung die äußerste Sparsamkeit in Allem und Jedem und in so weit Platz greife, daß nur der Zweck dadurch nicht beeinträchtigt wird."

— Die **Linke** hat an die Kammer den Antrag gebracht, es möge das Ministerium noch auf gegenwärtigem Landtag ein auf nachstehenden Prinzipien beruhendes **Schulgesetz** vorlegen. Da die bayerische Volksschule einen selbstständigen Theil unseres gesammten Unterrichtswesens bildet, ist derselben innerhalb ihres Umfanges eine entsprechende selbstständige Stellung zu geben. Damit ist die analoge Anwendung des für unser ganzes bayerisches Unterrichtswesen in Aussicht genommenen Prinzips der selbstständigen Organisation und Administration mit allen Consequenzen von selbst gegeben. Im Gesetzentwurfe liegt ferner die Aufgabe, die Volksschule nach den Bedürfnissen unseres gesammten Volkslebens zu bestimmen. Ferner muß derselbe enthalten die **grundsätzliche** Regelung der Volksschullehrerbildung nach Maßgabe der Aufgabe der Volksschule. Weiteres die Feststellung der Besoldungs- und Pensionsverhältnisse, sowie der dienstlichen Stellung des Lehrerpersonales. Endlich soll derselbe die Allgemeinheit der Schulpflicht aussprechen.

+ **München,** 13. Febr. Nach Berichten aus Rom ist Frhr. v. d. Pfordten dort glücklich eingetroffen und hat sowohl Sr. Maj. dem König Ludwig I. als auch dem Cardinal Antonelli gleich nach der Ankunft die Aufwartung gemacht. Seit Hr. v. d. Pfordten nicht mehr Minister ist, haben auch die offiziösen Mittheilungen aus dem Ministerium des Aeußern, wie man solche namentlich in der „Allg. Ztg." von einem Münchner Offiziösen zu finden gewohnt war, aufgehört. Man sagt aus, Fürst Hohenlohe finde es nicht eben nöthig, die Presse, wie früher Hr. v. d. Pfordten, über seine diplomatische Thätigkeit à jour zu erhalten und habe deßhalb die weiteren Dienste des Offiziösen dankend abgelehnt, welcher nun um so eifriger dem Kriegsministerium sich widmet, welches die Ansichten Sr. Durchlaucht in dieser Beziehung nicht zu theilen scheint.

Stuttgart, 10. Febr. Der „Augsb. Abendztg." wird über die Ergebnisse der süddeutschen Ministerkonferenzen von hier geschrieben: „Die Konferenz hat offenbar kein bedeutendes Resultat erzielt. Man ist zwar übereingekommen, in sämmtlichen Südstaaten auf die preußische Allianz hinzuarbeiten. Aber gleich der erste praktische Schritt, die durchaus einheitliche Militärorganisation nach preußischem Vorbild, scheint vorerst nicht ganz gelungen zu sein. Bayern und Württemberg standen sich in dieser Spezialfrage am nächsten; Baden und Hessen-Darmstadt zeigten darin je einen verschiedenen Standpunkt. Ich glaube, man darf es ernstlich bezweifeln, ob über gewisse schwierige Punkte, Präsenzzeit, Prozentsatz rc. eine Einigung schon erzielt ist.

Darmstadt, 12. Febr. Die erste Kammer genehmigte einstimmig den Friedensvertrag, die Verkündung der Gesetze in den erworbenen Gebieten, die Wahl zum norddeutschen Parlament und die Wahl eines Abgeordneten zum hessischen Landtag. Moufang enthielt sich der Abstimmung über den Friedensvertrag.

Die „Frankf. Ztg." schreibt aus **Frankfurt** unterm 12. Febr.: „Den 28. April sind es 19 Jahre, daß die hiesige Bürgerschaft zum ersten Male ihre Stimme für die Wahl eines Abgeordneten zum konstituirenden deutschen Parlamente abgab. Heute ist sie zum zweiten Male, wenn auch nicht zu ganz demselben, so doch ähnlichen Akte berufen. Nach dem Wahlmodus im Jahre 1848 durfte hier nur der Frankfurter Bürger und Bürgerssohn, welche das 21. Jahr zurückgelegt hatten und im Vollgenusse der bürgerlichen Rechte standen, wählen, während jeder Deutsche als Abgeordneter wählbar war. Diesmal ist jeder Norddeutsche wahlberechtigt. Von 10,000 damaligen Wahlberechtigten gaben 8615 ihre Stimmen ab, wovon 6650 auf Herrn Dr. Jacho fielen. Die Bürgerschaft hat sich innerhalb der verflossenen 19 Jahre nicht erheblich vermehrt, denn wenn man 1848 etwa 8000 Bürger zählte, so erreicht deren Zahl jetzt noch nicht 10 000, während die Zahl der wahlberechtigten Norddeutschen 8060 beträgt."

Berlin, 13. Febr. Bei den gestern stattgehabten **Wahlen** zum norddeutschen Parlament wurden gewählt: im ersten Berliner Wahlbezirk Lasker, im zweiten Waldeck, im fünften Dunker, im sech-

sten Schulze, und zwar mit entschiedener Majorität; die Wahlen des dritten und vierten Bezirks sind noch nicht bekannt. Von außen sind folgende Wahlen bekannt: Stettin: Michaelis, Breslau: Bourneß (?) und Simon, in Königsberg: Falckenstein, in Magdeburg: v. Unruh, in Danzig ist eine engere Wahl zwischen Twesten und Mertens nothwendig, in Hannover erhielt der Coalitionscandidat v. Münchhausen die Majorität.

Dresden, 11. Febr. Die kgl. sächsische Armee hat wiederum einen ihrer würdigen Veteranen verloren: der Generallieutenant der Reiterei a. D. Senfft v. Pilsach ist heute im 77. Lebensjahr an Lungenlähmung verstorben. (Dr. J.)

Leipzig, 12. Febr. Die Tagesneuigkeit ist, daß nach der Berliner Vereinbarung vom Sonnabend Preußen gegen (jährliche) Entschädigung den Postbetrieb im Königreich Sachsen übernehmen wird. An die sächsische Post knüpfen sich alte kurfürstliche Erinnerungen. Der König wird sich daher nur mit schwerem Herzen von diesem Institute zu trennen entschlossen haben. Im Interesse des Verkehrs ist der Uebergang der sächsischen Post an die norddeutsche Vormacht gewiß nicht zu beklagen. Die periodische Presse freilich kann sich auf ein Damoklesschwert über ihrem Haupte in gewissen Fällen gefaßt machen. Für sie ist der Postdebit der Lebensnerv. (Fr. J.)

Wien, 8. Febr. Die kaiserliche Regierung hat, wie wir hören, Anlaß genommen, in vertraulicher Weise sich eine Erklärung über denjenigen Passus der englischen Thronrede zu erbitten, welcher auf das Vorhandensein einer bestimmt formulirten separaten Abmachung zwischen England, Frankreich und Rußland in der orientalischen Frage schließen lassen könnte. Das englische Cabinet hat diesen Passus ohne Zögern dahin erläutert, daß es lediglich die Absicht gewesen sei, die volle Uebereinstimmung der drei Schutzmächte Griechenlands bezüglich der dem Aufstand in Candia gegenüber einzunehmenden Haltung zu konstatiren, und daß im Uebrigen England den Wunsch und die Hoffnung hege, sich mit allen Großmächten ohne Ausnahme in derjenigen orientalischen Politik zu begegnen, welche in einer dankenswerthen Initiative des österreichischen Kabinets ihren vorläufigen und glücklichen Ausdruck gefunden. (P. L.)

Paris, 10. Febr. In Bezug auf das Testament Cousin's wird sich ein eigenthümlicher Interpretationsfall aufwerfen. Derselbe hat seine beiden Freunde Miquel und Barthelemy St. Hilaire mit Legaten bedacht. Es heißt in dem Testament: je declare leguer à chacun d'eux (deux) cent mille francs. Cousin schrieb sehr schlecht und es läßt sich nicht feststellen, ob es d'eux oder deux heißt; in letzterem Falle würde jeder der beiden Freunde 200,000 und nicht 100,000 Fr. erben. Ein anerkannter Sprach-Purist dürfte Cousin doch wohl nur 100,000 Fres gemeint und deshalb chacun d'eux geschrieben haben.

Paris, 11. Februar. Die Lieferung der Chassepot-Gewehre an die französische Armee-Verwaltung beginnt am 1. März ds. Js. Von diesem Tage ab ist Chassepot resp. die hinter diesem stehende Gesellschaft verpflichtet, dem französischen Staate monatlich bis zum 1. Februar 1868 incl. 50,000 Gewehre der neuen Konstruktion zu liefern.

Paris, 12. Febr. Der „Moniteur" zeigt heute an, daß der Kaiser in Person am 14. Februar, Nachmittags 1 Uhr, in dem großen Saale des Louvrepalastes die gesetzgebende Session für 1867 unter den herkömmlichen Feierlichkeiten eröffnen wird. — Der „Constitutionnel" macht auf den merklichen Unterschied aufmerksam, der zwischen den Erklärungen des Königs von Preußen bei Eröffnung und denen beim Schlusse der Session bestehe. Während der König jetzt ausdrücklich erkläre, die Zeit der Conflikte sei vorüber, habe er damals noch mit einer gewissen Festigkeit behauptet, vorkommendenfalls werde die Regierung gerade so handeln, wie vorher. In einem besonderen Artikel kommt der „Constitutionnel" auf die preußische Thronrede zurück, welche dieses Mal unter mehr als einem Gesichtspunkte in der politischen Geschichte der Monarchie Friedrichs des Großen einen Abschnitt bildet. Zum ersten Mal seit 20 Jahren d. h. seitdem Preußen eine allgemeine Landesvertretung besitzt, gehen Kammern und Regierung unter gegenseitiger Bezeugung wirklicher Befriedigung auseinander." Nachdem der „Constitutionnel" nun die verschiedenen Conflikte von 1847 an geschildert, konstatirt er, daß der vorjährige Krieg dem letzten Verfassungskampfe ein für die Opposition ziemlich unerwartetes Ende gemacht habe. . . . „Mit dem Prager Friedensvertrag in der Hand, konnte der König vor wenigen Monaten sein Parlament eröffnen, und gegen ein solches Argument konnte nicht leicht Einsprache erhoben werden. Man muß also gerecht sein und sich nicht zu sehr wundern, daß die Majorität des preußischen Abgeordnetenhauses nicht in ihrer feindseligen Haltung verharrt ist. Sie hatte sich von Anfang bis zu Ende verrechnet, und die Ereignisse hatten dem König Wilhelm Recht gegeben. Angesichts der Begeisterung einer siegreichen Armee konnte die Majorität nichts Besseres thun, als Das, was sie nicht tadeln konnte, höchlich billigen und durch ihre Abstimmung die Thaten, welche außerhalb ihrer Mitwirkung vollbracht worden waren, bestätigen. Dies hat nun auch die Opposition gethan, und sie hat auf diese Weise die Lobsprüche und Danksagungen, welche zum ersten Male der König in seiner Schlußrede an sie gerichtet hat, wohl verdient.". . . . Der „Constitutionnel" hebt endlich noch hervor, daß die nun geschlossene Session die letzte der auf der Verfassung von 1850 beruhenden war, insofern als fortan die Vertreter der annektirten Länder ebenfalls im Berliner Parlament sitzen werden.

Die Ministerkrise in **Florenz** ging am 11. ds. mit großen Schritten ihrem Ende entgegen, indem sich die Unmöglichkeit darstellte, einen Ausgleich zwischen den Kammern und dem Ministerium zuwege zu bringen. Vergebens boten die Minister Scialoja und Borgatti am 9. d. in der Kommissionssitzung der Deputirten ihre Beredtsamkeit auf, um für den Gesetzentwurf betreffs der Kirche eine günstigere Stimmung zu erzeugen, und ebenso wenig richteten am folgenden Tage die Minister Ricasoli und Visconti Venosta aus, welche indeß auf die Frage, ob die Regierung im Einverständnisse mit Rom vorgehe, erwiderten, daß sie ganz nach ihrer eigenen Einsicht und Ueberzeugung handle, und daß überhaupt von keiner Seite irgend eine Pression auf sie ausgeübt werde. Im Ministerrath wurde hierauf die Opportunität einer Kabinets-Modifikation zur Sprache gebracht, wonach, um eine Aussöhnung mit den Kammern zu bewirken, Scialoja, Bergi und Borgatti ausscheiden sollten, Ricasoli ist jedoch fest entschlossen, seine Kollegen zu unterstützen und zu halten. Man kam endlich überein, vorläufig die Kammersitzungen zu vertagen, und war bestrebt, den König dafür zu stimmen. Wir wissen bereits, daß die Vertagung bis zum 28. ds. gestern mittelst königlichen Dekrets beschlossen worden ist. — Rathlosigkeit scheint der gegenwärtige Zustand zu sein, in welchem sich die Regierung befindet. (Presse.)

Nachrichten aus **Neapel** unterm 5. d. M. sprechen von dem Aufsehen, welches dort die Verhaftung mehrerer hochgestellten Personen, die des Diebstahls und bedeutender Unterschleife angeklagt sind, hervorgerufen hat. Im September wurde eine bedeutende Fälschung in den Ziffern der Renten-Coupons entdeckt. Nach einer langen Untersuchung darüber wurden der Oberst des Generalstabs der Nationalgarde, Hr. Ferrara und sein Sohn, einer der elegantesten jungen Leute Neapels, festgenommen. Im Dezember wurden der Stempelverwaltung für vierhunderttausend Franken Werthpapiere entwendet. Eine Untersuchung wurde vorgenommen, und wer wurde in Folge deren festgenommen? Einer der hauptsächlichsten Direktoren der Stempelverwaltung selbst, der Commandeur Ronce. In Neapel herrscht nicht mehr der allergeringste Zweifel daran, daß die genannten Personen die wirklichen Thäter sind. Jetzt geht die Rede von Mitschuldigen, von denen man am Allerwenigsten dies erwarten durfte. Unser Correspondent verschweigt uns einstweilen noch diese Namen, ehe die Sache mehr beleuchtet worden ist. Jedenfalls aber darf man nicht, wie das einige Personen versuchen, den Revolutionären, den Leuten von der Linken die Mitschuld für diesen Scandal aufbürden. Weder Oberst Ferrara, noch Commandeur Ronce sind Männer der Linken. Im Gegentheile der Oberst Ferrara ist ein Mitglied jener Familie Ferrara, welche die Bourbons reich machten, weil sie den König Murat im Jahre 1815 verhaftet hatte. Was Commandeur Ronce anlangt, so wurde er im Jahre 1849 in Gaeta von Pius IX. zum Commandeur ernannt.

London, 12. Febr. Die „Times" tadelt scharf die gestern im Unterhause von Herrn Disraeli gehaltene Rede über die Wahlreform. — Nach näheren Berichten aus Chester kam es dort gestern Abend zu Ruhestörungen, die von den Feniern angestiftet waren. Die Läden wurden eiligst geschlossen. Die Behörden waren die ganze Nacht über in Permanenz. 1400 Irländer hatten sich in der Stadt eingefunden. Eine große Anzahl hat sich nach Warrington und anderen Städten begeben. Man besorgt Unruhen in Liverpool. Von London sind Truppen, worunter das erste Gardebataillon, nach Chester abgegangen, wo große Aufregung herrscht.

Bucharest, 8. Februar. Ein Bild der Noth in den Donaufürstenthümern, welche in früheren Jahren mit dem Banat zusammen die Kornkammer Europas genannt wurden, gibt ein Bittgesuch der

Bewohner zweier Bezirke, welches von dem Deputirten Atanasiu vor die Kammer gebracht wurde. In demselben schildern die Nothleidenden ihr Elend und bitten um Hilfe. Diesem Bittgesuche fügt Herr Atanasiu aus eigener Anschauung eine entsetzliche Schilderung des Elends der Bittsteller bei, nach welcher dieselben kaum jeden zweiten oder dritten Tag eine ganz geringe Quantität Maismehl zu ihrer Ernährung verwenden können und genöthigt sind, die Anforderungen des Magens mit Moos und Baumrinde zu befriedigen. Trotzdem würden die Steuern von diesen Unglücklichen mit unglaublicher Härte zu erpressen gesucht und diese Härte gehe so weit, daß der Primar der Gemeinde Ghergani einen der zahlungsunfähigen Steuerpflichtigen derart schlagen und einsperren ließ, daß der Unglückliche seinen Geist aufgab. Wenn die Regierung solcher Brutalität nicht aus allen Kräften und mit größter Strenge Einhalt thut, so wird sie selbst bei den langmüthigen Walachen die Geduld erschöpfen und sie mehr zum Aufstande reizen, als die Aufwiegelungen der bittersten Regierungsfeinde es vermögen. (A. Z.)

Von der türkischen Grenze, 7. Febr. Zwischen Frankreich, England und Rußland bereitet sich eine volle Verständigung in Ansehung der orientalischen Angelegenheit vor. Frankreich hat bereits England für sein Programm gewonnen und Rußland hat seine Zustimmung an gewisse Bedingungen geknüpft, deren Annahme seitens der Westmächte kaum mehr zweifelhaft ist. Zunächst handelt es sich um Beendigung der kandiotischen Sache durch Einsetzung eines Vasallenfürsten auf der Insel. Die Mächte sollen es übernehmen, der Pforte diese Konzession dringend anzurathen, wogegen sie sich verpflichten, energisch einzuschreiten, damit die hellenische Regierung ihre Rüstungen einstelle. (A. Z.)

New-York, 31. Jan. Es heißt: die Radikalen bereiten eine Bill vor, durch welche General Grant zum Präsidenten ernannt werden soll, so lange Johnson in Anklagestand versetzt ist. — James Stephens, das Fenierhaupt, soll am 26. Jan. nach Havre abgereist sein. In Toronto sind 10 neue Todesurtheile gegen gefangene Fenier ausgesprochen worden. — Aus Mexiko wird gemeldet, daß die kaiserliche Regierung ein Zwangsanlehen angekündigt habe und daß General Ortega durch den juaristischen Gouverneur von Zacatecas gefangen genommen und nach Durango geschickt worden sei. (T. R. d. A. Z.)

Neueres.

London, 14. Febr. Der Rücktritt des Ministeriums erfolgt bestimmt, wenn nicht der Reformplan wesentlich modificirt wird. Die Stimmung wird gegen denselben täglich ungünstiger.

Paris, 13. Febr. Der „Moniteur" meldet, daß die französische Konzentration in Mexiko fortgesetzt wird und die Truppen auf kein Hinderniß stoßen. — Morgen findet ein Ministerrath und geheimer Rath statt.

Bucharest, 12. Februar. Der Fürst ist in Begleitung des Prinzen Friedrich, seines Bruders, zurückgekehrt. Er wurde enthusiastisch empfangen.

Athen, 12. Februar. Zwei türkische Dampfer sind mit 300 Freiwilligen von Kreta im Pyräus eingetroffen. Das Erdbeben in Cephalonia dauert fort, 300 Individuen wurden getödtet und verwundet.

Konstantinopel, 9. Februar. Die Pforte hat eine Depesche von der französischen Regierung erhalten, welche die türkische Regierung ersucht, den Christen alle Konzessionen zu machen, die mit ihrer Würde vereinbar und durch die Situation unaufschiebbar geworden sind. — Aus Beirut wird vom 3. Februar gemeldet, daß Jussuf Karam sich am 31. Januar nach Algier eingeschifft hat.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$66\frac{1}{2}$ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$62\frac{3}{4}$—$\frac{1}{2}$ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$55\frac{7}{8}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	$45\frac{1}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$41\frac{3}{8}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	96 G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$96\frac{1}{2}$—$\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	92—$\frac{1}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	92—$\frac{1}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$91\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	84 G.
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$96\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$85\frac{3}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$96\frac{1}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$84\frac{1}{2}$ P. 84 G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	95 P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	88 P.
Nassau	4 /2pCt. Obl. dto.	$96\frac{3}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	90 G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	83 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	— G.
N Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
„	6pCt. ditto r. 1882 „	$76\frac{5}{8}$—$\frac{1}{2}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	131 P.
K. K. Oesterr. National-Bank-Aktien	701—4 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$177\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	92 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$214\frac{1}{2}$ P. 214 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$93\frac{3}{4}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	85 P. 84 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	342 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$110\frac{1}{2}$ P. $109\frac{1}{2}$ G
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	35 P. $34\frac{1}{2}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	$157\frac{1}{2}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$110\frac{1}{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$47\frac{3}{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73\frac{1}{2}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$45\frac{5}{8}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$119\frac{1}{2}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	$119\frac{3}{8}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{5}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{2}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{7}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{2}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{2}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{4}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$93\frac{1}{8}$ P. $92\frac{7}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$93\frac{1}{8}$ P. $92\frac{7}{8}$ G.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$113\frac{3}{4}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	62 P. $61\frac{3}{4}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$71\frac{7}{8}$—$71\frac{3}{4}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	121 G.
„ do. v. 1864	$77\frac{3}{4}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$102\frac{5}{8}$—$103\frac{1}{8}$ G
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$9\frac{7}{8}$ P.
Badische fl. 35	$54\frac{1}{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$144\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$28\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	33 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 13. Februar. Wiederum ein neuer Anlauf zur Hausse, die von Wien aus durch höhere Notirungen neuerdings in Scene gesetzt wurde und Creditaktien hier gegen gestern Mittag um 7 fl. und Loose um 1 pCt. emporschnellten. Man sucht in Wien die abenteuerlichsten Gründe zur Erklärung dieser von der Tagesspekulation erzeugten und von ihr gehaltenen Bewegung auf, ohne jedoch außer der Verlegenheit der Contremine wirklich stichhaltige Motive geltend machen zu können. Die Sache läuft schließlich darauf hinaus, daß man in Wien auf Frankfurt und in Frankfurt auf Wien steigt und sich so nur im steten Kreise dreht. Die Fortsetzung der Hausse wird von den Wiener Zeitungen selbst als „Schwindel" und „Taumel" bezeichnet Sei dem wie ihm wolle, das Faktum besteht. — Die Medioregulirung ging ganz gut von Statten. Für österreichische Sachen war Stückemangel, während für Amerikaner hinreichendes Material vorhanden war. — 1882er Bonds waren etwas matter auf schlechtere Newyorker Goldkourse und verhält sich das Publikum denselben gegenüber immer noch in abwartender Haltung. Süddeutsche sehr fest, Württemberger und Badische abermals höher und nähern sich dieselben dem Parikours von Tag zu Tag mehr. Geldstand anhaltend günstig. Von Prioritäten Staatsbahn beliebt. Die alten Emissionen sind in festen Händen, und da die neue Emission gleiche Sicherheit bietet, wird die bestehende Coursdifferenz wohl baldigst ausgeglichen sein. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 47. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 64. Jahrgang. | Samstag, 16. Februar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 14. Februar. Se. Majestät der König hat dem ordentlichen Universitäts-Professor und Conservator Dr. Fr. Ritter v. Kobell in München die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des von Sr. Maj. dem Kaiser von Rußland ihm verliehenen St. Annen-Ordens zweiter Kl. ertheilt.

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 14. Februar. Seine Majestät der König hat dem Unterlieutenant A. Röhrer vom Geniestab wegen Anstellung im Civildienste die Entlassung aus dem Heere, mit Vorbehalt des Rücktrittes in seine Anciennetät während des dreijährigen Dienstesprovisoriums ertheilt, dem Oberl. à la suite J. Grafen v. Rechteren-Limpurg-Rechteren die nachgesuchte Enthebung von seinem Militär-Charakter bewilligt; dem Unterlieutenant à la suite S. Frhrn. v. Rotenhan den Charakter als Oberlieutenant verliehen; den Generalmajor und Brigadier W. Walther zum Kommandanten der Haupt- und Residenzstadt München ernannt; den Kriegskommissär L. Bauer von der Militär-Rechnungskammer zum Oberkriegskommissär 2. Kl. beim Generalkommando München befördert; den Kriegskommissär G. Seiler von der Militär-Rechnungskammer zum Buchhalter bei der Hauptkriegskasse ernannt; den Unterquartiermeister X. Pfündl von der Militär-Rechnungskammer zur Administrations-Commission der Militär-Fohlenhöfe (Fohlenhofs-Inspektion Fürstenfeld) versetzt; dem vormaligen Unterlieutenant auf Kriegsdauer E. Frhrn. Marschalk v. Ostheim den Charakter als Unterlieutenant à la suite verliehen; dem Serg. J. Narr vom 5. Inf.-R. die Erlaubniß zum Tragen des silb. Kreuzes des großh. hess. Verdienstordens Philipps des Großmüthigen ertheilt; dem Oberl. Paul Fürsten v. Thurn und Taxis vom 3. reitenden Art.-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; den temp. pens. Regimentsauditor H. Leimbach auf ein weiteres Jahr im Ruhestande belassen; den Hauptmann A. Babo vom 15. Inf.-Reg. und den Hauptmann L. Köllnberger vom 14. Inf.-Reg. auf die Dauer von zwei Jahren — Ersteren vorbehaltlich früherer Wiederverwendung in den Ruhestand versetzt; das Diensttauschgesuch der Unterlieutenants Georg Steinhauser vom 12. Inf.-Reg. und Fr. Anschütz vom 6. Jäg.-Bat. genehmigt; den Verwaltungs-Assistenten J. Bauer zum Unterquartiermeister in prov. Eigenschaft bei der Administrations-Commission der Militär-Fohlenhöfe (Fohlenhofs-Inspektion Steingaden) ernannt; dem Leibgarde-Hartschier B. Danhser für mit 4. ds. fünfzigjährige ehrenvoll zurückgelegte Dienstzeit die Ehrenmünze des Ludwigsordens verliehen; den vormaligen Unterlieutenants auf Kriegsdauer M. Grafen v. Lerchenfeld-Köfering und Fr. Grafen v. Waldkirch den Charakter als Unterlieutenants à la suite verliehen; den Unterquartiermeister E. Kaspar vom 1. Inf.-Reg. in Folge Erkenntnisses des General-Auditoriats als Revisionsgerichts der Armee zur Strafe entlassen; den Rittmeister Ernst Freiherrn v. Hirschberg vom 3. Uhlanen-Regiment in den Ruhestand versetzt; den temporär-pensionirten Hauptmann X. Bram ohne Zeitbestimmung vorbehaltlich der Wiederverwendung im Ruhestande belassen; dem Unterlieutenant M. Tallig vom 8. Inf.-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; den Unterlieutenant E. Eckell vom 15. Infant.-Reg. auf Nachsuchen von der Charge enthoben; dem pensionirten Unterlieutenant J. Kolb den Charakter als Oberlieutenant und dem vormaligen Unterlieutenant auf Kriegsdauer A. Bachmayr den Charakter als Unterlieutenant à la suite verliehen; den Hauptmann J. Bernreither vom 15. Infant.-Reg. und den Rittmeister G. Faulhaber vom 4. Chev.-Reg. auf zwei Jahre vorbehaltlich früherer Wiederverwendung in den Ruhestand versetzt; den Hauptmann H. Kinkelin vom 10. Inf.-Reg. und den Kriegskommissär J. Pilati vom Generalkommando Nürnberg, Ersteren vorbehaltlich der Wiederverwendung in den Ruhestand versetzt; den Kriegskommissär M. Grafenberger von der Militär-Rechnungskammer zum Generalkommando Nürnberg, dann die Rittmeister Fr. Kiliani vom 4. Chev.-Regim. zum 1. Uhlanen-Regiment und E. Preuschner vom 1. Uhlanen-Regim. zum 3. Uhl.-Regim. versetzt; den Unterlieutenants H. Kapfing vom 4. Jäger-Bat. und E. Ehrlich vom 8. Inf.-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere, dann dem Unterlieutenant H. Meckes vom 2. Jäg.-Bat. die nachgesuchte Entlassung von der Charge bewilligt.

München, 14. Febr. In der gestrigen Sitzung des zweiten und dritten Ausschusses der Kammer der Reichsräthe erstattete Reichsrath Frhr. von Thüngen Vortrag über den Gesetzentwurf in Betreff der Ausgleichung und Vergütung der im Kriege des Jahres 1866 erwachsenen Kriegslasten. — In der allgemeinen Diskussion ergriff der k. Staatsminister des Innern zuerst das Wort, um sein Bedauern darüber auszusprechen, daß die Kammer der Abgeordneten die Deckung der erlittenen Kriegsschäden auf so unsichere Grundlage basirt habe, insbesondere, daß der Staatsregierung nicht die Möglichkeit gegeben gewesen, die Kammer zu veranlassen, sich mit etwa nur einer Million aus dem Getreidemagazinsfond zur Deckung der Kriegsschäden zu begnügen, um doch zum Theile wenigstens den so wohlthätigen Getreide-Magazins-Fond zu retten. Die Berathung und respektive Abstimmung über die einzelnen Artikel des Gesetzentwurfes ergab, daß die Artikel 1—4, dann 5—7 übereinstimmend mit der Fassung der Abgeordnetenkammer, Art. 8 hingegen nach einer von Seiner königlichen Hoheit dem Prinzen Ludwig eingebrachten

---

Der Meteorstein-Fall von Knyahinia.

Kaum dürfte irgend ein Meteorsteinfall zur Beobachtung gekommen sein, bei welchem alle Momente der Erscheinung so vollständig und vielseitig ermittelt wurden, als bei demjenigen vom 9. Juni 1866 bei Knyahinia in Ungarn. Sehr vollständige Kunde darüber hat jüngst Hofrath v. Haidinger in der Akademie der Wissenschaften zu Wien mitgetheilt. Aus einer kleinen Wolke, welche sich entzündete und Rauch und Feuer sprühete, fielen die Steine unter starken Detonationen auf einem Landstriche nieder, welcher etwa zwei Meilen Länge und dreiviertel Meilen Breite hat. Man kann in runden Zahlen annehmen, daß der Fall aus mehr als Eintausend Steinen bestand, welche ein Gesammtgewicht von acht bis zehn Centner besitzen. Die Steine sind, wie überhaupt alle Meteorsteine, mit einer Schlackenrinde überzogen. Die Masse der Steine stimmt auffallend mit derjenigen der Meteorsteine überein, welche am 28. Febr. v. J. bei Parnallee in Ostindien gefallen sind. Bei Knyahinia fielen große und kleine Steine, einer, der größte, welcher in vier Stücke zersprungen war, wog in seiner Ganzheit circa sechs Centner. Er war eilf Fuß tief in den Boden eingeschlagen. Er ist jetzt in dem k. k. Hof-Mineralienkabinet zu Wien aufgestellt. Es ist der größte Meteorstein, den die neuere Welt gesehen hat. Plutarch erzählt zwar von einem Meteorstein von der Größe einer Wagenlast, welcher ungefähr 465 Jahre vor unserer Zeitrechnung bei Aegospotamos im thracischen Chersones gefallen ist. Von ihm ist aber nichts erhalten. Meteorische Eisenmassen von noch größerem Gewichte, als jener ungarische Stein, kennt man allerdings, aber keine so schwere Meteorsteine. Nach den Beobachtungen bei dem ungarischen Phänomen ist anzunehmen, daß das Meteor in einer Höhe von $7^1/_2$ Meilen in der Atmosphäre zu leuchten angefangen hat. Er ist bis auf zwölf Meilen Entfernung von dem Niederfallen beobachtet worden. — Das k. k. Hof-Mineralienkabinet zu Wien besitzt die größte Meteormassen-Sammlung der Welt, und dazu haben noch besonders die in den österreichischen Staaten verhältnißmäßig zahlreich stattgefundenen Fälle von Meteormassen (Stein- und Eisen-Meteorite) wesentlich beigetragen. (K. Z.)

Vermischtes.

Bremen, 8. Februar. Ein Bremer Kaufmann hatte die Verpflichtung übernommen, ein Geschenk von 1000 Thlr. der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger zu machen, sofern neun andere Personen in Bremen oder neunzehn andere Personen außerhalb Bremens das Gleiche thun würden. Das ist nun geschehen, indem die Aachen-Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft durch ihren Bremer Vertreter 2000 Thlr. und 7 Bremer (Senator Iken [Erben], C. F. Lahnsen sen., H. H. Meier Frau, Senator W. A. Fritze, C. H. Wätjen, Konsul C. F. Watermeyer, L. Knoop und ein Ungenannter) je 1000 Thaler Gold für die Gesellschaft gezeichnet haben, — wieder ein Zeugniß für die Opferwilligkeit der Bremer.

In der kaiserl. Akademie der Wissenschaften zu Wien, Sitzung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse vom 31. Jan., legte Ritter v. Haidinger ein zweites Verzeichniß von Meteorsteinfällen vor, das 52 Nummern umfaßt, ebenfalls wie das am 17. Jan. mit der Zahl von 126 Fällen in Bezug auf die Vergleichung der Tagesstunden, so daß im Ganzen nun 178 als vollständig bekannt angesehen werden dürfen, anstatt der 72, welche im Jahre 1860 in dem Berichte an die British Association verglichen worden waren. Die erste Tabelle mit den 126 Fällen hatte sich auf die Meteoritensammlung des k. k. Hof-Mineralienkabinets bezogen, die gegenwärtige nimmt alle übrigen Fälle auf, sei es, daß von denselben Exemplare in anderen Museen aufbewahrt werden, sei es, daß die herabgefallenen Stücke gänzlich verloren gegangen sind, über deren Ankunft zu bestimmten Stunden indessen Angaben vorliegen.

Modifikation in folgender Fassung mit allen gegen eine Stimme (des Reichsraths Frhrn. v. Zu-Rhein) angenommen wurde: „Die Mittel zur Deckung der Ausgaben der Kriegslasten-Ausgleichungs-Casse sind durch eine mit 20 pCt. des Gesammt-Jahresbetrages der direkten Steuern und Steuerbeischläge des Jahres 1866/67 umzulegende Kriegssteuer zu beschaffen. Der Restbedarf wird auf den verfügbaren Bestand des Reserve-Getreidemagazinsfonds an Capitalien und Baargeld, eventuell auf die Erübrigungen des durch das Gesetz vom 24. Juni 1866 eröffneten Credits von 31,215,000 fl. eingewiesen." Art. 9, 10 und 11 wurden einstimmig nach der Fassung der Kammer der Abgeordneten angenommen.

Darmstadt, 13. Febr. Das Ministerium des großh. Hauses und des Aeußern hat die auf dem 17. Landtag abgelehnte, auf vorigem Landtage nicht zur Berathung gekommene Proposition nunmehr wiederholt an die Stände gebracht: als Apanage für den Prinzen Wilhelm, Sohn des Prinzen Karl und Neffe des Großherzogs, die Summe von 18,000 fl. vom 1. Januar 1866 an zu bewilligen. Gleichzeitig hat das bezeichnete Ministerium den Wunsch ausgesprochen, daß bei den Verhandlungen der Stände über diesen Gegenstand ein Ausschluß der Zuhörer stattfinden und der Druck der Verhandlungen einschließlich der Ausschußberichte unterbleiben möge.

Der „Moniteur" enthält eine **Frankfurter** Correspondenz, welche sich mit der Frage der deutschen Münzeinigung beschäftigt. Nachdem sie die bekannten Nachtheile der gegenwärtigen Situation hervorgehoben, fährt sie fort: „So oft man eine gleichartige Münze einführen wollte, machte der Norden, indem er sich weigerte, irgend etwas an seinem System zu verändern, den Anspruch, dasselbe ganz Deutschland aufzudringen. Aber warum hätte der Süden eine unbequeme Münze gegen eine noch unbequemere vertauschen sollen? Der Thaler bietet gar keine Uniformität, weder in der Größe, noch in der Mischung, noch in dem Gewicht; man kann ihn ebenso wenig in Rollen legen, als durch die Waage verificiren. Da legte sich eine andere Frage nahe, welche übrigens durch die große Zahl der in Deutschland, auch im Norden, seit zehn Jahren verbreiteten Napoleons angeregt worden war: die der Einheit der Goldmünzen als Grundlage des Geschäftsverkehrs. Wenn man von diesem Standpunkte die verschiedenen Staaten Europa's vergleicht, bemerkt man bald, daß die Bewegung sie in dieser Richtung fortzieht, und daß die Frage über kurz oder lang für Alle gelöst sein wird." Der „Moniteur" zeigt in einer statistischen Tabelle, daß 62 pCt. der Bevölkerung von Europa die Goldmünze und 38 pCt. die Silbermünze anwenden (wobei Oesterreich und Rußland außer Betracht bleiben), während anderseits 73 pCt. der Geschäfte in Gold und 27 pCt. in Silber gemacht würden. Wenn, wie es heißt, auch Spanien das französische Münzsystem annähme, so würden sich die Geschäfte, die in Gold gemacht werden, auf 75 pCt. stellen. „Die Goldmünze", schließt der „Moniteur", „verdrängt das Silber unwiderstehlich, sobald der Handel eines Landes sich ausdehnt. Darum haben Frankreich, Italien, die Schweiz und Belgien (70 Millionen) sie angenommen. Sie hat außerdem den Vortheil, der übermäßigen Ausgabe von Papiergeld eine Schranke entgegenzustellen. Das französische Münzsystem, das einfachste, für die Rechnung bequemste und für jede Art von Operation vortheilhafteste, sollte in Deutschland angenommen werden, dem es dann mit 80 und bald mit 100 Mill. Europäern gemein wäre. Die Veränderung wäre ohne Schwierigkeit durchzuführen, so verbreitet wie die französischen Goldstücke gegenwärtig sind; der kleine Handel würde von den Verlusten verschont bleiben, welche das Wechseln mit sich bringt, Alle würden an Zeit gewinnen und der Norden würde, bald mit fortgerissen, sich ohne Zweifel zu derselben Reform bequemen."

Berlin, 13. Februar. Am 15. Februar wird der Redakteur des „Kladderadatsch", Hr. E. Dohm, vor Gericht stehen wegen eines Artikels in Nr. 54 vom 25. Novbr. 1866. Der Artikel ist überschrieben: „Contre-Bank. Bildung einer neuen Commanditgesellschaft Jesu", und ist gegen die Umtriebe der Jesuiten, namentlich in Oesterreich, gerichtet. Die Staatsanwaltschaft hat, wie die „Gerichts-Zeitung" hört, darin ein Vergehen gegen § 135 des Strafgesetzbuches gefunden, welcher lautet: „Wer öffentlich in Worten, Schriften oder anderen Darstellungen Gott lästert, oder eine der christlichen Kirchen, oder eine andere mit Corporationsrechten im Staate bestehende Religionsgesellschaft, oder die Gegenstände ihrer Verehrung, ihre Lehren, Einrichtungen oder Gebräuche verspottet, oder in einer Weise darstellt, welche dieselben dem Hasse oder der Verachtung aussetzt u. s. w., wird mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft." Die Anklage erregt um so mehr Aufsehen, als der Artikel seiner Zeit unbeanstandet verbreitet, die betreffende Nummer auch nicht confiscirt worden ist.

Berlin, 13. Febr. Die „Zeidl. Corr." schreibt: „Wird es einige Zeit in Anspruch nehmen, bis der Süden sich einheitlich militärisch zusammenfaßt, so ist es andererseits wahrscheinlich, daß auf dem Gebiete der Handelspolitik eine schnellere Organisation eintreten wird. Die parlamentarische Initiative Norddeutschlands wird für die südlichen Mitglieder des Zollvereins die Nöthigung mit sich bringen, der Vereinzelung, in welcher sie jetzt der handelspolitischen Competenz des Norddeutschen Reichstages gegenüberstehen, ein Ende zu machen. Während der Norddeutsche Reichstag über Zölle und Zollverträge beschließt, dürfte es sich als unthunlich erweisen, daß die süddeutschen Regierungen einzeln ihr Verhältniß zu den commerziellen Beschlüssen des Reichstags fixiren. Vielmehr dürfte auch jenseits des Mains eine parlamentarische Maschinerie zu errichten sein, welche die Vermittelung mit den Entscheidungen des Norddeutschen Reichstages herzustellen hätte: es sei, daß die einzelnen süddeutschen Volksvertretungen die Mitglieder eines Gesammt-Ausschusses ernennen, welcher sich mit einem handelspolitischen Ausschusse des Norddeutschen Parlaments in Einvernehmen setzen würde; es sei, daß eine solche Körperschaft aus direkteren Wahlen hervorginge. Möglich, daß hier der Weg liegt, auf welchem der Uebergang zu einer gemeinsamen Repräsentation der Interessen des Nordens und Südens anzubahnen wäre."

Berlin, 13. Febr. Die bisher bekannt gewordenen Wahlen sind größtentheils zu Gunsten der Liberalen ausgefallen. In sämmtlichen Berliner Wahlkreisen sind die liberalen Kandidaten gewählt, ebenso in Magdeburg (v. Unruh), Stettin (Michaelis), Rostock (Wiggers), Breslau, Erfurt (Gustav Freytag), Königsberg (Falkenstein). In Hannover ist v. Münchhausen, der Kandidat der Opposition, gewählt, nicht v. Bennigsen, in Frankfurt K. v. Rothschild, in Wiesbaden Braun, in Hanau Trabert, in Dresden Wigard, in Hamburg Ree und Chapeaurouge, in Lauenburg Oekonom Wolff. Nachwahlen sind nöthig in Elberfeld zwischen Graf Bismarck und v. Forckenbeck, in Danzig zwischen Merrtens und Twesten, in Leipzig zwischen Stephani und Wächter, in Köln zwischen Camphausen und dem Pfarrer Thissen von Frankfurt a. M.

Elberfeld, 13. Februar. Bei der gestrigen Abstimmung des Wahlkreises Elberfeld-Barmen erhielt Graf Bismarck 6430 Stimmen, während die Gegencandidaten Rechtsanwalt v. Forkenbeck mit 6216 und Dr. v. Schweitzer, der Arbeitercandidat, mit 4665 aus der Wahlurne hervorgingen.

Hannover, 12. Febr. Hier in Hannover, Gleckse und Linden haben bei den Parlamentswahlen die coalirten Parteien gesiegt. v. Münchhausen hat gegen v. Bennigsen ein Stimmenverhältniß wie 2 : 1, nämlich 8398 für v. Münchhausen, 4462 für v. Bennigsen.

Hamburg, 12. Febr. Seit Sonnabend nimmt die Wahlfrage fast ausschließlich das Interesse der Hamburger in Anspruch. Wohin man hört, stößt man auf die Discussion über die Candidatur, und mit fast fieberhafter Spannung sieht man dem Resultat der heutigen Wahl entgegen. Der Kampf wird von den verschiedensten Seiten mit einer Heftigkeit geführt, dem fast alle Waffen recht sind. Am schlimmsten fährt die Candidatur Aegidi's, dem seine drei Orden vorgehalten werden und dessen Wahl ironisch allen Freunden des Grafen Bismarck empfohlen wird. Auf den Straßen sah es heute den ganzen Tag sehr laut aus, und seit es dunkel ist, hat sich das Gedränge vor den Wahlbureau's, die hier bis 9 Uhr geöffnet sind, noch vermehrt. In der Nähe der Bureaus, deren es in der Stadt und auf deren Gebiet einundvierzig gibt, haben die verschiedenen Parteien ihre Werbelager etablirt. Große Plakate an den Fenstern und Fahnen vor den Thüren zeigen den Wählern an, daß sich hier Jeder, der noch im Zweifel ist, Raths erholen kann. Da politische Plakate an die Straßenecken zu kleben durch das Preßgesetz verboten ist, bewegen sich Dienstmänner mit riesigen, in Form von Laternen zusammengeklebten Plakaten durch die Straßen. „Wollt ihr die Rechte des Volks gewahrt wissen, wählt Dr. Rée und Chapeaurouge!" steht auf der einen dieser Papierlaternen, während uns von einer andern die Worte entgegenscheinen: „Wähler des Volks, wollt Ihr Eure Interessen gewahrt wissen, wählt Dr. Trittau und Dr. Levy!" In einem anderen Manifest wieder ist „Freihafen" als Schlagwort ausgegeben und werden Chapeaurouge und Rée als die Männer empfohlen, welche für die Freihafenstellung Hamburgs einstehen würden. Dicht daneben bewegt sich eine andere wandelnde Anschlagsäule, auf deren Schilde die Namen Aegidi und Woermann glänzen, deren Wahl Bürgschaft geben soll, daß der Anschluß Hamburgs an den Zollverein demnächst erfolgt. Auch die „Arbeiterpartei" macht dies Spiel mit. In größeren Trupps durchziehen die Jünger Lassalle's die Straßen, vor sich hertragend die Worte: „Männer des Volks, wählt August Perl." Häufig auch begegnet man mit Fahnen geschmückten Wagen, in denen die Wähler abgeholt werden. Die Ruhe ist bis jetzt (8 Uhr Abends) nicht gestört worden, obgleich es an einigen Trunkenen nicht fehlt. Das Resultat der Wahl wird erst morgen früh bekannt werden. (Fr. J.)

Hamburg, 14. Febr. Hier sind gewählt: Chapeaurouge, Dr. Rée und Sloman, die Candidaten der liberalen Freihafenpartei.

Weimar, 9. Febr. In der heutigen Sitzung des Landtages erhielt Abg. Bran das Wort zu folgender Interpellation: „Den mannigfachen zum Theil beunruhigenden Gerüchten über die Resultate der Berliner Regierungskonferenzen gegenüber würde es vom Landtag dankbar anerkannt werden, wenn Se. Exc. der Hr. Staatsminister v. Watzdorf einige Auskunft in dieser Richtung ertheilen wollte." Staatsminister v. Watzdorf erklärte zu seinem Bedauern nicht in der Lage sich zu befinden, eine Antwort zu geben. Die Berliner Conferenz sei zwar nicht nach offiziellen Nachrichten geschlossen, doch könne er zur Zeit eine Auskunft nicht ertheilen. Er wolle indessen an diese Interpellation eine Erläuterung anknüpfen und nach zwei Seiten einige Bemerkungen dem Landtage wie dem Lande an das Herz legen. Es seien zum Theil sehr sanguinische und weitgehende Hoffnungen über die Schöpfung des norddeutschen Bundesstaates laut geworden. Er wünsche dringend die Erfüllung dieser Hoffnungen, doch dürfe man sich nicht verbergen, daß zur Zeit erst die Grundlage gewonnen sei; man werde aber nicht sofort an das Ende kommen, es seien vielmehr die Wege, die noch zu gehen seien, sehr schwierig, und sie würden die Bethätigung des vollen Patriotismus, aber auch der vollen Besonnenheit erfordern. Nach der anderen Seite hin bemerkt der Minister: es seien weitgehende, ja fast verzweifelnde Besorgnisse über die Opfer laut geworden, die durch die Schöpfung des norddeutschen Bundes an das Großherzogthum gestellt würden. Es sei allerdings unmöglich, solche Ziele, wie sie in Aussicht genommen seien, ohne Opfer zu erreichen. Allein er müsse dringend vor der Anschauung warnen, als wenn überhaupt sich Verhältnisse entwickeln würden, denen das Großherzogthum nicht gewachsen sei. Nach seiner Kenntniß des Landes könne man den Verhältnissen ruhig entgegensehen. (Weim. Z.)

Coburg, 12. Februar. Bei der Wahl fiel in der Stadt auf Justizrath Forckel die Mehrzahl der Stimmen.

Wien, 12. Febr. Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht heute eine Verordnung, durch welche die inländischen Fahrpostgebühren bedeutend ermäßigt werden.

Pilsen, 11. Febr. Der mit einer Majorität von nur einer Stimme gefaßte Stadtverordneten-Beschluß in Betreff der Czechisirung der deutschen Hauptschule hat große Erbitterung unter den Deutschen hervorgerufen. Die Höchstbesteuerten, die Intelligenz werden eine Deputation mit einer fulminanten Beschwerdeschrift an den Statthalter absenden. (Pr.)

Die „Debatte" schreibt: „Nachrichten aus **Pesth** erzählen, daß dort ausgleichsfeindliche Proklamationen angeschlagen, Demonstrationen gegen Deak beabsichtigt wurden. Eine dieser geschriebenen Proklamationen forderte die Leute, die gegen Deak demonstriren wollen, auf, sich um 12 Uhr am Donauquai einzufinden. Das Resultat dieser Aufforderung war, daß um die angegebene Stunde der Donauquai, sonst der lebhafteste Punkt Pesths, wie ausgestorben war."

Paris, 13. Febr. Die Verletzung des Briefgeheimnisses wie die Verletzung des Privateigenthums durch die systematische Wegnahme auswärtiger Blätter beschäftigen die öffentliche Meinung noch fortwährend mehr, als das Januar-Dekret, das durch die Enthüllungen, an welche es jetzt in den Blättern durchaus nicht fehlt, seit das Eis des Schweigens einmal gebrochen ist, in einer eigenthümlichen Beleuchtung erscheint. „Das schwarze Cabinet", gesteht heute die „France" selbst zu, die bisher den Schlaf der Gerechten bei allem Lärm und Geschrei schlief, „das schwarze Cabinet ist leider nichts Neues, sondern hat schon sehr oft in den Parteikämpfen, die unsere Geschichte seit nun fast einem Jahrhundert füllen, eine Rolle gespielt. Mit Bedauern muß bekannt werden, daß alle früheren Regierungen, die revolutionären wie die monarchischen, im Namen der Freiheit oder der Amtsgewalt prakticirt haben, was Richelieu zu seiner Zeit „le remollissement de la cire" nannte. Alle haben der schlechten Neugier oder kindischen Furcht nachgegeben und Anvertrautes, wovon sie hätten die Hand lassen sollen, mißbraucht." Die „France" führt nun aus der „Revue des deux Mondes" eine Schilderung des schwarzen Cabinets unter den Bourbons vor, um daran die bequeme Moral zu schließen: „Wo ist die Regierung und wo ist die Partei, die ihre Hände nicht mit der Verletzung des Briefgeheimnisses befleckt hat!" und zu behaupten, das schwarze Cabinet bestehe nicht mehr! Da nun die „France" den neuen Vandalismus in Sachen des Briefgeheimnisses nicht läugnen kann, so sucht sie ihn als „einen vereinzelten Fall" darzustellen, „den ehrenwerthen Herrn Vandal" als einen „aufgeklärten Administrator" zu entschuldigen, aus allem aber die gute Lehre abzuleiten, daß ein General-Postdirektor „allem, was keine gesetzmäßige Requisition ist, Widerstand leisten müsse." (K. Z.)

Italien. Zur besseren Beurtheilung des gegenwärtigen Projektes in Betreff der Kirchengüter stellt die „Gazz. delle Romagne" den Ertrag der kirchlichen Rente zusammen, wie er sich nach dem Berichte des Finanzministers im Jahre 1864 ergab: Erzbisthümer und Bisthümer 8,152,383 L., Bauten und Kirchenverwaltung 11,375,464 L., Pfarrpfründen 17,722,208 Lire, Benefizien 8,738,233 Lire, Kapitel und Kanonikate 12,280,539 L., Kaplaneien 4,428,730 L., religiöse Häuser (Klöster) 16,769,155 L., Seminarien 3,582,985 L., Bruderschaften 4,716,057 L., Kirchenkasse 14,284,643 L., zusammen 102,050,401 L. Diese Rente zu 5 pCt. kapitalisirt, gibt ein Kapital von mehr als zwei Milliarden (2,041,008,037 Lire.)

Florenz, 11. Febr. Die auf den Friedensvertrag mit Oesterreich bezüglichen Schriftstücke wurden heute der Kammer vorgelegt. Miceli fordert die Vorlegung des Vertrages mit Preußen und aller auf die letzt vergangenen Ereignisse sich beziehenden Dokumente, indem er sie für die Diskussion des Vertrages mit Oesterreich nothwendig erachtet. Der Minister des Aeußern verweigert die Mittheilung der preußischen Dokumente. Die Regierung glaube, daß die Vorlegung derselben nicht ohne Inkonvenienzen sein werde. Cairoli und Deboni interpelliren die Regierung wegen des Verbotes der gelegentlich des Projekts des Kirchengüterverkaufs in Venetien beabsichtigten Meetings. Ricasoli antwortet, daß, da das Versammlungsrecht noch nicht durch ein Spezialgesetz geregelt sei, das allgemeine Recht sich den politischen Verhältnissen unterordnen müsse. In Bezug auf den vorliegenden Fall hält er es für gefährlich, Meetings über eine so brennende Frage zu gestatten, besonders nachdem in einigen Städten Elend und Theuerung der Lebensmittel Arbeiterunruhen verursacht hätten. Mancini bekämpft die Ausführungen des Ministers und stellt den Antrag: die Kammer geht zur Tagesordnung über, indem sie die Hoffnung ausspricht, die Regierung werde aufhören, die Ausübung des verfassungsmäßigen Rechtes der Versammlungsfreiheit zu hindern, so lange dieselbe nicht in eine Verletzung des Gesetzes oder strafbare Ruhestörungen ausartet. Ricasoli bekämpft den Antrag; Mancini, Plutino und Andere unterstützen das absolute Vereinigungsrecht. Die Kammer genehmigt mit 136 gegen 104 Stimmen Mancini's Antrag auf Tagesordnung. (T. R. d. R. C.)

London, 12. Febr. Der mit so großer Spannung von allen politischen Parteien erwartete Tag, des 11. Februar, der Tag, wo Regierung und Volk ihre Ansichten über die große Tagesfrage Reform kundgeben wollten, ist gestern in aller Ruhe und Ordnung verlaufen. Nach elf Uhr Morgens begann sich der weite Trafalgar-Square nach und nach mit gewaltigen Massen von Zuschauern zu füllen: Fenster, Treppenstufen und Geländer, überhaupt jeder Ort, der einigermaßen einen Ueberblick gewährte, bis zu den Dächern und Kirchenfenstern hinauf, zeigte eine dichtgedrängte Menge von Schaulustigen und noch immerfort wälzten sich aus den vielen dort mündenden Straßen von allen Seiten der Stadt neue Schaaren herbei. Nach der geringsten Schätzung betrug das Zuschauerpublikum wohl 50,000—60,000 Köpfe. Die zahlreiche Versammlung bot ganz den gewöhnlichen Anblick wie bei anderen öffentlichen Gelegenheiten. Bis gegen 2 Uhr trafen die betheiligten Vereine und Deputationen von ihren verschiedenen Sammelplätzen mit Bannern und Musikbanden auf dem Platze ein, rangirten sich und empfingen den Rath der Liga, der um diese Zeit in Wagen dort anlangte, mit lautem Zurufe. Alsdann wurde das Zeichen zum Aufbruche gegeben und der Zug setzte sich in Bewegung. Er bewegte sich in vollkommener Stille daher; „Schweigen" war die ordre de bataille gewesen, die der Rath der Liga den Theilnehmern eingeprägt hatte, und selbst bei der Wohnung des amerikanischen Gesandten, dem ein dreimaliges Hurrah bestimmt war, unterblieb diese Kundgebung, da derselbe sich nicht sehen ließ und die Fenster dicht verhängt waren. So in beständigem ruhigem Fortgange erreichte der Zug gegen 5 Uhr die, von zahllosen Gasflammen erleuchtete ungemein geräumige Agricultural Hall. Von 6 Uhr an, wo man sich zum Einzuge gesammelt, strömte nun die Armee der Reform in die Halle. Der Zug zählte, soviel es möglich war ihn bei der Masse der Zuschauer abzuschätzen, gegen 18,000 Theilnehmer und war, obgleich an Zahl den früheren nicht gleich, doch, was die Ordnung anbetrifft, besser geführt als damals. Die Versammlung in der Halle war bedeutend größer und bot einen imposanten Anblick. Gegen 7 Uhr wurde die Ruhe hergestellt und Hr. Beales, Präsident der Liga, übernahm den Vorsitz. Nach verschiedenen Rednern erschienen mehrere Unterhausmitglieder, Hr. Taylor, O'Donnoghue und Hr. Potter, und theilten der Versammlung den von der Regierung dem Parlamente vorgelegten Plan zur Erledigung der Reformfrage mit, der in mehreren Resolutionen

unter stürmischen Zurufen zurückgewiesen und als unzulänglich verworfen wurde. Nach mehrfachen weiteren Ansprachen über denselben Gegenstand trennte sich darauf das Meeting unter Cheers für die Sache der Reform. (Frkf. Journ.)

Kopenhagen, 14. Februar. Die Grundtvigpartei bereitet eine Adresse an den Reichstag vor, worin sie die Regierung sehr dringend auffordert, sich an die Großmächte zu wenden, behufs der Realisirung der nordschleswig'schen Abstimmungsfrage. Das „Dagbladet" enthält einen Aufruf zum Beitritt.

Trotz der Siegesbulletins, welche man offiziell von **Athen** aus verbreitet, scheint an dem Untergange des kandiotischen Aufstandes kein erheblicher Zweifel mehr. Nur in den Schluchten des Hochgebirges, welches ihren Verfolgern einen festen Damm entgegensetzt, halten sich noch die letzten Reste der alten Garde der Insurrektion, die einheimischen Elitetruppen unter Zimbrakakis und Koroneos, wie es scheint, überall umstellt, und nur die winterliche Jahreszeit, welche die strategischen Operationen des Gegners hemmt, wird ihrem militärischen Scheinleben noch eine kurze Spanne Frist vergönnen, wenn nicht Frost und Kälte ihrem Widerstande schon vor dem Beginne des Frühjahrs ein Ziel setzen. Die Freiwilligen verlassen allmälig die Insel unter Connivenz des türkischen Feldherrn, der ihnen willig freies Geleit gewährt. Neue Zuzüge haben schon seit einem Monat nicht mehr stattgefunden. Der von der Eifersucht der übrigen Insurgentenchefs im Stiche gelassene Obrist Jenissarli, der neulich mit seinen 440 Freiwilligen im Piräus landete, konnte die nach Selinos führenden Engpässe nicht behaupten, obschon er von vornherein zu einer Leonidasthat in diesen kretischen Thermopylen entschlossen schien. Aber es fehlte auch hier nicht an einem Ephialtes. Wie aus seiner Relation an die Nationalversammlung hervorgeht, gab sich ein eingeborener Candiot zum Werkzeuge des Verraths her, der die Türken auf einem Seitenpfade in den Rücken des Corps führte, das nur mit Mühe sich bis zur Küste durchschlug. (Fr. J.)

New-York, 2. Febr. (Durch die „Boston".) Die Negerkrawalle in Savannah sind militärisch unterdrückt worden. Juarez empfing Ortega als Kriegsgefangenen. Der Kabinetsrath räth Maximilian auszuhalten. Die Republikaner desavouiren das Bombardement Mazatlans. (Tel. Nachr. d. A. Z.)

Neueres.

Berlin, 14. Febr. Der „Staatsanzeiger" enthält ein Patent, welches den Reichstag des norddeutschen Bundes auf den 24. Febr. nach Berlin einberuft.

Wien, 14. Febr. Dem „Wanderer" zufolge wären die Berathungen der ungarischen Angelegenheit geschlossen, und hätte der Kaiser heute die hieher beschiedenen Mitglieder des ungarischen Landtages empfangen. Der ungarische Landtag, heißt es weiter, wird Anfangs der nächsten Woche das kaiserliche Reskript empfangen, das die Adressen beantwortet und das ungarische Ministerium bewilligt. Die Ministerliste, welche heute feststeht, umfaßt die HH. Graf Andrassy als Präsidenten und Landesvertheidigungsminister, Graf Festetics als Minister bei der Person des Kaisers, Frhrn. v. Wenkheim für das Innere, Lonyay für die Finanzen, Graf Miko für die öffentlichen Arbeiten und die Communikationen, Gorové für den Ackerbau, Industrie und Handel, Frhr. v. Eötvös für den Unterricht, Horvath für die Justiz. Die Eidesleistung der Minister wird in Ofen erfolgen.

London, 14. Febr. Die Regierung erhielt Meldung, daß zwei Schiffe voll Fenier in Valencia gelandet seien. Das Gerücht geht, die Fenier haben das atlantische Kabel durchschnitten.

London, 14. Febr. Der Rücktritt des Ministeriums erfolgt bestimmt, wenn nicht der Reformplan wesentlich modificirt wird; die Stimmung gegen denselben wird täglich feindseliger.

Athen, 13. Febr. Laut der „Nouvelle Grèce" ist es wahrscheinlich, daß der König Georg für den Augenblick auf die von ihm beabsichtigte Reise nach Dänemark verzichtet.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	66 1/2 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62—1/8 G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55 3/8—1/4 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	46 1/2 G.
„	4 1/2pCt.	42 1/4 P.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 1/2 G.
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	97 3/8 G.
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	97 3/4 P. 5/8 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	92 1/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	92 1/8 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	84 G.
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	96 7/8 P. 5/8 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	85 3/8 P.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	96 7/8 G.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	84 1/2 P. 84 G.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 3/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	88 P.
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	97 1/2 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	90 3/4 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	83 1/2 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 1/4 P.
N Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	78 1/4 P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	76 3/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	130 [illegible] G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	700—708 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	175 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	92 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	215 P. 214 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	93 3/4 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	85 P. 84 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	342 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	35 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90 1/2 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	110 1/4 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	47 3/4 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.-B.	45 7/8 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	119 1/4 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	119 3/4 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 5/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 1/2 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 1/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 1/2 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/4 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	92 7/8 P.
do. in öst. W. l. S.	92 7/8 P. 5/8 G.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	113 1/4 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	61 3/4 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	71 5/8—1/2 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858	121 G.
„ do. v. 1864	78 1/4 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	103 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	9 7/8 P.
Badische fl. 35	54 5/8 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 1/2 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144 P. 143 1/2 G.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28 1/2 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	33 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	10 1/2 G.

Frankfurt, 15. Februar. Nachdem am gestrigen Medio die erforderlichen großen Deckungskäufe nochmals einen Anlauf zur Hausse hervorgerufen, ist heute als am ersten Tage nach Medio die Stimmung eine für die Spekulations-, resp. Spielpapiere abgekühlte und ernüchterte. Auch die auswärtigen Plätze zeigten in ihren mehrmals schwankenden Notirungen eine unsichere und suchende Haltung. Oesterr. Staatsfonds hielten sich verhältnißmäßig fest. Das Geschäft war nicht so ausgedehnt als bisher. Amerikaner verkehrten auf unverändertes Gold und bessere Bondscourse sehr fest und etwas höher. 4 1/2 pCt. Süddeutsche fast aller Gattungen, besonders Württemberger und Bayerische, höher und sehr gesucht und bestätigt sich somit unsere schon seit längerer Zeit geäußerte gute Meinung für diese Effekten. (Sand.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 48-49.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner,	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 18. Februar 1867.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung"** kann für den Monat **März** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

A (Amtliche Nachrichten.) **München, 15. Februar.** Se. Majestät der König hat den Distrikts-Inspektor des 1. Landwehr-Inspektionsbezirks von Mittelfranken und Commandanten des Landwehr-Bataillons Feuchtwangen, kgl. Landwehr-Oberstlieutenant E. Böhner, von dieser Stelle auf sein Ansuchen enthoben.

Se. Maj. der König hat die kath. Pfarrei Indersdorf, Bezirksamts Dachau, dem Priester Th. Weber, Prediger und Benefiziumsverweser in Aibling, Bezirksamts Rosenheim, und die kath. Pfarrei Walkersbach, Bezirksamts Pfaffenhofen, dem Priester M. Bachmayer, Pfarrer in Eschelbach, desselben Bezirksamts, übertragen; in Genehmigung des von dem kath. Pfarrer F. S. Bauer in Kemnath, Bezirksamts Nabburg, und von dem Hirschmann-Wurzer'schen Inkuratbenefiziaten Ph. Metzger zu Amberg eingeleiteten Pfründetausches dem ersteren das Hirschmann-Wurzer'sche Inkuratbenefizium in Amberg, dem letzteren die Pfarrei Kemnath übertragen; den Landrichter Fr. Stadler in Erding wegen nachgewiesener Krankheit und hiedurch begründeter Dienstesunfähigkeit in den nachgesuchten zeitlichen Ruhestand auf die Dauer eines Jahres treten lassen, auf die hiedurch sich erledigende Landrichterstelle in Erding den Stadtgerichts-Assessor J. B. Kantler in Nürnberg befördert, auf die hiedurch in Erledigung kommende Assessorsstelle am Stadtgerichte Nürnberg den Landgerichts-Assessor C. Thürauf in Lauf, auf dessen Ansuchen, versetzt und zum Assessor des Landgerichtes Lauf den Bezirksgerichts-Accessisten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Stadtgerichte Fürth, G. Schaupert, ernannt; den Assessor des Stadt- und Landgerichts Neuburg a. D., F. X. J. Mayrock in den Ruhestand versetzt und die hiedurch sich erledigende Stadt- und Landgerichts-Assessorsstelle in Neuburg a. D. dem geprüften Rechtspraktikanten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landgerichte Burgau, Fr. Jocham, verliehen; den Rechtskandidaten A. B. Keller aus Zweibrücken zum Notar in Kandel ernannt.

München, 14. Febr. Das neueste Regierungsblatt Nr. 7 vom 14. d. M. enthält eine Bekanntmachung der k. bayerischen Staatsschulden-Tilgungs-Kommission vom 5. d. M., worin die jedesmalige Zeit und Art der Verloosung der 4prozentigen bayerischen Prämien-Anleihe von 1866 bekannt gegeben wird.

A. C. **München,** 16. Febr. Sitzung der Kammer der Reichsräthe. Die Sitzung beginnt mit der Ertheilung eines vierwöchentlichen Urlaubs an die Reichsräthe Fürst Max v. Thurn und Taxis, der eine Tochter verloren, und Graf Arco-Valley, der von Rom aus ein ärztliches Zeugniß einschickt. Sodann beginnt die Diskussion des Gesetzentwurfes über die Ausgleichung und Vergütung der Kriegslasten des Jahres 1866. Der Referent Frhr. v. Thüngen spricht zunächst im Namen aller Bewohner Unterfrankens seinen tiefsten Dank für die ersprießliche und liebreiche Hilfe aus, welche das Land seiner Zeit gebracht habe. Ueberschrift, Eingang und die Art. 1 bis 7 des Entwurfes werden nach den Beschlüssen der K. d. Abg. angenommen. Zu Art. 8 beziehungsweise zu der Fassung der K. d. Abg. bemerkt der Referent, daß er sich wegen seiner persönlichen Ansicht auf seinen Vortrag beziehe. Da es sich um einen Vermittlungsvorschlag handle, der in dem von den vereinigten Ausschüssen dieses Hauses adoptirten Antrage Sr. k. Hoh. des Prinzen Luitpold liege, so habe er (Redner) jedoch sich der Majorität anschließen können. Insoferne das Gesetz dahin zu Stande komme, daß eine Steuer erhoben würde, glaubt Redner, daß es eine Härte sein würde, wenn man die wirklich Beschädigten in den betreffenden Landestheilen zur Steuer heranziehen würde, ehe es zur Ausgleichung und Vergütung der Schäden komme. Er stelle eine desfallsige Bitte an den Staatsminister der Finanzen. — von Harleß hat im Ausschusse auch für dessen Modifikation gestimmt. Das nächste Motiv war ihm ein prinzipielles, weil die Deckungsmittel nicht in einem Anlehen gesucht werden sollen, das einzig gerechte Prinzip sei die Erhebung einer Steuer. Neuerdings habe er sich überlegt, ob der Antrag, wenn er heute angenommen würde, die Zustimmung der andern Kammer zu erwarten hätte. Bei dem Zweifel, der ihm darüber bestehe, habe er erwogen, daß es der Stellung dieser Kammer nicht angemessen wäre, das Zustandekommen des Gesetzes wegen einiger Differenzen zu verzögern. Redner erklärt sich heute für die von der Kammer der Abgeordneten beliebte Deckungsweise. — v. Niethammer ist in derselben Lage, und das um so mehr, als ein Theil des Beschlusses der Kammer der Abgeordneten in der vom Ausschusse beantragten Modifikation bereits aufgenommen sei. Um sich Beruhigung zu verschaffen, namentlich da Redner der designirte Referent über das Militär-Kredit-Postulat ist, erlaubt er sich die Frage an den Kriegsminister, ob der Rest aus dem Credite vom 24. Juni 1866 für das Postulat vollständig in Anspruch genommen werde. — Frhr. v. Pranckh: Gestern habe er im Ausschusse der andern Kammer schon Gelegenheit gehabt, sich über diese Frage auszusprechen. Es sei das Nachtrags-Postulat diskutirt worden, wobei der Ausschuß sich über mehrere Abstriche schlüssig gemacht habe. Bezüglich des Abstriches der Dotation für die Festungen Germersheim und Landau könne er vorläufig zugeben, daß jetzt keine dringliche Nothwendigkeit für diese Dotation bestehe. Er könne aber nur diesen Abstrich zugeben, durch welchen sich das Postulat um 600,000 fl. mindere. Da nun an dem Credite von 1866 im Ganzen 5 Mill. übrig blieben, so würden sich nach Deckung des neuen Postulats $1\frac{1}{2}$ Millionen zur Verfügung stellen, ohne daß die Interessen der Armee geschädigt würden. — v. Niethammer bemerkt, daß, da $1\frac{1}{2}$ Mill. aus dem Credite und 2 Millionen aus dem Getreidemagazinfonde verfügbar würden, die Ausgleichung in der Hauptsache gedeckt sei. Stimmt für die Fassung der Kammer der Abgeordneten. — Frhr. v. Zu-Rhein motivirt, warum er im Ausschusse gegen den Antrag desselben gestimmt. Stelle er sich auf den Standpunkt der Finanzpolitik, so müsse er sich für das im Regierungsentwurf niedergelegte Prinzip aussprechen. Man werde aber von ihm als dem Vorstande des von den Drangsalen des zwar kurzen, aber um so intensiveren Krieges heimgesuchten Kreises nicht erwarten, daß er praktischen Gründen rationelle entgegenstelle. Redner lenkt die Blicke nach Unterfranken und sagt, wie er zeigen könne, daß die fruchtbarsten Gefilde in wenig Wochen vernichtet wurden, daß der Wohlstand Einzelner vollständig zu Grunde ging, daß ganze Gemeinden kein Brod für den nächsten Tag hatten. Eine Wöchnerin lief verzweifelnd in ihrem Dorfe umher: sie konnte ihrem Säugling die natürliche Nahrung nicht geben, denn sie hatte kein Brod; es war das in Höchberg. Solche Scenen seien hundertfältig vorgekommen. Redner preist die Mildthätigkeit, welche sich mit dem Friedensschlusse nicht blos bei den Nachbarn, sondern in ganz Deutschland und in anderen Ländern regte, und womit es möglich war, den ersten Mangel zu beseitigen. Redner schildert die Lage der Landwirthe, die Creditlosigkeit, das Hervortreten des Wuchers, der bereits die Ansprüche auf Entschädigung verschachert habe und betont, daß die Provinz mit Spannung auf Hilfe warte. Mit innerem Widerstreben stimme er für die Aufzehrung des Getreidemagazinfondes, der mehr als einmal schon wohlthätig gewirkt habe. Redner behält sich vor, einen besonderen Antrag zu stellen, daß die Staatsregierung angegangen werde, die Kapitalien, die aus diesen Fonds genommen werden, zu refundiren und der Verwendung des Fonds eine gesetzliche Regelung zu geben. Frhr. Karl v. Aretin bemerkt, daß er Anfangs dafür war, der Fassung, welche das andere Haus dem Art. 8 gegeben, beizustimmen und zwar mit Rücksicht auf die Stellung dieses Hauses gegenüber den Beschlüssen des andern in Steuersachen. Mit der Modifikation des II. Ausschusses hat sich die Sache anders gestaltet. — Frhr. v. Schrenk ist gegen die Deckung durch Anlehen, sondern für eine solche durch Steuer. Er bezieht sich dabei auf §§ 8 und 12 des Titl. 7 der Verfassungsurkunde. Steuererhöhung würde mit dem nächsten Jahre ohnehin eintreten; wenn man also im laufenden Jahre 2 Mill. Kriegssteuer erhebe, so sei das keine Ueberbürdung. Redner hofft auf Zustimmung der andern Kammer, namentlich weil mit der Ausschußmodifikation dem Einwande begegnet werde, daß man den Umfang der Steuer nicht bemessen könne. Mit 20 pCt. sei die Steuer fixirt. — Staatsminister v.

Pfretschner bezieht sich zunächst auf seine Aeußerungen im andern Hause. Der heutige Vorschlag zu Art. 8 nähere sich dem Antrage des Ausschusses der K. d. Abg. Er habe den Vorzug, daß er die Steuer in einem bestimmten Maaße voranstelle und erst eventuell nach den andern Deckungsmitteln greife. Auf die Frage des Frhrn. v. Thüngen bemerkte Redner, daß es geschäftlich keinem Anstand unterliege, daß die Steuer von den Beschädigten in den betreffenden Landestheilen nicht zuvor erhoben werde. Aeußersten Falls komme es zu einer Compensation. Gegen den Beschluß der K. d. Abg. bemerkt der Hr. Minister, daß, wenn die verfügbare Summe 3½ Millionen betrage, dieselbe nicht hinreiche, zumal sich die Summe der Entschädigungen durch die Modifikation des Art. 2 erhöhe. Der Antrag des Frhrn. v. Zu-Rhein sei nicht wohl durchführbar. Zu einer Refundirung des Getreidefonds gehörten gesetzliche Mittel, und diese zu erlangen, bestehe bei der geringen Sympathie, welche die andere Kammer für diesen Fonds habe, wenig Aussicht. — Reichsrath v. Harleß glaubt, daß die andere Kammer ihren Beschluß nicht zurücknehmen werde. Redner meint, es müsse dann diese Kammer doch nachgeben. Die Wichtigkeit des Vermittlungsvorschlags sei nicht so hoch und der Erfolg zweifelhaft. — Nachdem noch v. Bayer bemerkt, daß, wenn der Vermittlungsvorschlag nicht angenommen werde, die Verantwortung nicht dieses Haus treffe, empfiehlt Frhr. v. Thüngen wiederholt den Ausschußantrag und es folgt die Abstimmung: die Fassung des Art. 8 wird mit allen gegen die Stimmen der Reichsräthe v. Harleß, Graf Waldeghem, Frhr. v. Zu-Rhein und v. Niethammer verworfen. Die Ausschußmodifikation dagegen mit allen gegen die Stimmen der R.-R. Fürst v. Löwenstein-Rosenberg, v. Harleß, Frhr. v. Zu-Rhein und Graf Waldeghem angenommen. Folgt die Abstimmung über die Anträge, welche die Kammer d. Abg. dem Gesetzentwurfe beigefügt hat: Antrag 1 (Aufhebung des Gesetzes von 1819) wird angenommen. Antrag 2 dagegen mit 25 gegen 18 Stimmen verworfen; in der modificirten Fassung, die diesem Antrag, wie bereits mitgetheilt, der vereinigte Ausschuß gegeben, wird derselbe gegen 15 Stimmen angenommen. Nun stellt Frhr. v. ZuRhein den Antrag: „Es wolle die Staatsregierung ersucht werden, erstens den Getreidemagazinfonds, in soweit er zur Verwendung kommen sollte, zu surrogiren und zu diesem Zwecke Ratenzahlungen in das nächste Budget einzustellen, zweitens eine gesetzliche Regelung dieses Fonds zu veranlassen. Staatsminister v. Pechmann erklärt, daß die Regier. nicht anstehen werde, diesen Antrag in reifliche Erwägung zu ziehen. Es wird über diesen Antrag zweimal durch Aufstehen und Sitzenbleiben abgestimmt und derselbe gilt für angenommen. Endlich bemerkt v. Niethammer, der Antrag müsse anders redigirt werden und nachdem sich ergeben, daß es statt „es wolle die St.-R. ersucht werden &c. &c. heißen müsse: „es wolle an Se. M. d. Königs die Bitte gestellt werden“, läßt der Präsident namentlich abstimmen und der Antrag wird mit 22 gegen 20 Stimmen angenommen. Nachdem die Bekanntmachung über die Zoll- und Handelsverhältnisse auf Vorschlag des Referenten v. Niethammer genehmigt worden, schließt die Sitzung. Wahl des besondern Ausschusses am nächsten Dienstag.

München, 15. Febr. Unter dem Vorsitze Sr. k. Hoheit des Prinzen Luitpold von Bayern fand heute eine mehrstündige Sitzung des Staatsrathes statt, worin die Gesetzentwürfe über die Vervollständigung der bayerischen Staatsbahnen und den Bau einer Eisenbahn von Schweinfurt nach Kissingen, über die Aufnahme eines Kreisanlehens für die noch nicht gedeckten Kosten der baulichen Vollendung und der Einrichtung der Kreisirrenanstalt für Unterfranken und Aschaffenburg zu Werneck, endlich über die Behandlung des Militärverfassungs-Gesetzentwurfes zur Berathung gelangten. (B. Z.)

Berlin, 13. Februar. Die „Provinzial-Correspondenz“ wirft heute einen Rückblick auf die Conferenzen zur Berathung des Entwurfs der Verfassung des norddeutschen Bundes: „Die Berathungen, sagt sie, haben am 15. Dezember v. J. begonnen; am 9. Februar ist der Verfassungsentwurf allseitig genehmigt worden. Wenn man die Mannigfaltigkeit und Fülle bedeutsamer Gegenstände und Interessen erwägt, um die es sich bei der beabsichtigten Einigung handelte, und vollends die Opfer an Selbständigkeit und manchen liebgewordenen Einrichtungen, die den einzelnen Staaten zugemuthet werden müssen, so wird man in der so rasch erfolgten Verständigung der Regierungen einen vollgiltigen Beweis des ernsten nationalen Bewußtseins und der großen Hingebung derselben an die gemeinsamen Ziele erkennen. Das Werk hätte freilich nicht so bald gelingen können, wenn die preußische Regierung nicht darauf Bedacht genommen hätte, in den Verfassungsentwurf von vornherein nur Bestimmungen von unmittelbar praktischer Bedeutung und von durchgreifender Wichtigkeit für die zu gründende Gemeinschaft aufzunehmen. Hierdurch gerade unterscheidet sich der jetzige Entwurf von allen früheren deutschen Einigungsplänen, welche, mit großen Hoffnungen angekündigt, nach kurzer Zeit wirkungslos zerrannen. Alle jene Entwürfe sollten das gesammte politische und geistige Leben der Nation umfassen und wie von Grund aus regeln; aber an dieser Allgemeinheit eben scheiterten jene Versuche. Unsere Regierung hat ihr Werk auf bestimmte unabweisliche Einigungspunkte von klar vorliegender Bedeutung und von unläugbarem Vortheil für die gesammte Nation beschränkt; deßhalb konnte und mußte die Verständigung gelingen.“ An den Reichstag, der am 24. Februar zusammentreten soll, richtet sie die Mahnung, daß er es nun auch seinerseits als Pflicht erkenne, „mit Beiseitesetzung aller Sonderpläne und nebensächlicher Bedenken, vor Allem die Hand dazu zu bieten, daß das Werk, welches den wirklichen Bedürfnissen Deutschlands Befriedigung gewähren soll, rasch und sicher zu Stande komme.“ — Die „Prov.-Corr.“ meldet, daß der König wieder vollständig hergestellt ist.

Berlin, 14. Febr. Der „Staats-Anzeiger“ veröffentlicht in seinem amtlichen Theile nachstehendes Einberufungs-Patent für den Reichstag des Norddeutschen Bundes: „Wir Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen &c. thun kund und fügen hiermit zu wissen: Nachdem Wir mit den verbündeten Regierungen der Norddeutschen Staaten übereingekommen sind, zur Berathung der Verfassung und der Einrichtungen des Norddeutschen Bundes Vertreter der Nation zu einem Reichstage zu versammeln, die gedachten Regierungen auch durch ihre Bevollmächtigten am 18. Jan. ds. Jrs. den Beschluß gefaßt haben, die Einberufung des Reichstags der Krone Preußen zu übertragen, und nachdem die allgemeinen Wahlen am 12. Februar ds. Jrs. stattgefunden haben, berufen wir den Reichstag des Norddeutschen Bundes hiedurch auf Sonntag, den 24. Februar ds. Jrs., in Unsere Haupt- und Residenzstadt Berlin. Gegeben zu Berlin, den 13. Februar 1867. (L. S) Wilhelm. v. Bismarck.“

Paris, 14. Febr. Heute Nachmittag um 1 Uhr kündigte der Kanonendonner der Invaliden an, daß der Kaiser die Tuilerien verlassen, um sich in den denselben gegenüberliegenden Louvre, wo sich der Ständesaal befindet, zu begeben. Die Auffahrt war, wie gewöhnlich, prachtvoll. Das herrliche Wetter hatte eine ungemein große Menschenmenge angelockt. Grenadiere der Garde und Nationalgarde bildeten Spalier. Die Kaiserin war eskortirt durch die „Dragoner der Kaiserin“, der Kaiser durch die Hundertgarden. Bei der Hinfahrt wurde die Kaiserin gar nicht mit Lebehochs begrüßt, der Kaiser wenig. Während der Kaiser im Louvre war, herrschte unter der gewaltigen Menge eine fast lautlose Stille. Bei der Rückkehr in die Tuilerien waren die Rufe für den Kaiser und die Kaiserin ebenfalls wieder auffallend spärlich. Es herrschte überhaupt keine begeisterte Stimmung. Das Rundschreiben des Herrn Vandal und die Klagen über zu spät gekommene und erbrochene Briefe bildeten fast allein das Gespräch der dort Versammelten. Es hieß sogar, es solle eine Demonstration gemacht werden und: „Vive le secret des lettres!“ gerufen werden. Dieselbe unterblieb aber glücklicher Weise, weil es bei der großen Anzahl von Agenten aller Art zu ernstlichen Ruhestörungen hätte kommen müssen. Im Innern des Saales, wo, wie immer, die hohen Staatskörper, die Staats-Würdenträger, das diplomatische Corps, viele Damen in reicher Toilette u. s. w. versammelt waren, wurden die üblichen Hochs mit vieler Begeisterung dargebracht. Die Worte, die der Kaiser sprach, wurden theilweise mit großem Beifalle aufgenommen. Doch schienen die Stellen über die innere Politik, besonders über die Armee-Reorganisation, Vielen nicht sehr zu behagen, und die einstimmigen Beifallsunterbrechungen der Majorität fehlten daher sehr. Die Rede selbst ist im Ganzen friedlich. Auf die Börse machten die in Aussicht gestellten neuen Ausgaben keinen guten Eindruck. Uebrigens kannte man den Wortlaut doch noch nicht genau. Die Thronrede wurde dieses Jahr fast eine Stunde später angeschlagen, als sonst. Dieses kam daher, daß im letzten Augenblicke noch Korrekturen an derselben vorgenommen wurden. Dem Kaiser wurde das Exemplar erst um 12½ Uhr zugesandt. Es kam gerade aus der Presse und war noch naß, als er die Rede ablas. (Köln. Ztg.)

Die Thronrede (bereits auszugsweise in Nr. 46 d. Bl. erwähnt), mit welcher der Kaiser Napoleon am 14. die diesjährige Session der Kammern im großen Saale des Louvre eröffnete, lautet nach der telegraphischen Depesche der „Köln. Ztg.“, wie folgt:

„Meine Herren Senatoren, meine Herren Deputirten!

„Seit Ihrer letzten Session sind in Europa wichtige Ereignisse vor sich gegangen. Obgleich sie die Welt durch ihre Schnelligkeit, wie durch die Bedeutsamkeit ihrer Folgen überrascht hatten, so scheint es doch, wie der (erste) Kaiser vorhergesehen hatte, daß sie sich nach Schicksalsschluß erfüllen mußten. Napoleon sagte auf St. Helena: Einer meiner größten Gedanken war die geographische Zusammenschließung, die Concentration derselben Völker, welche zerspalten, zerstückelt waren durch Revolutionen und durch die Politik. Diese Zusammenschließung wird früher oder später durch die Macht der Er-

reignisse eintreten. Der Anstoß ist gegeben und ich glaube nicht, daß nach meinem Sturze und dem Verschwinden meines Systems in Europa ein anderes Gleichgewicht möglich ist, als die Zusammenschließung und die Conföderation der großen Völker. Die Umgestaltungen, die in Italien und in Deutschland stattgefunden haben, bereiten die Verwirklichung dieses gewaltigen Programmes der Einigung der Staaten Europa's in eine einzige Bundesgenossenschaft vor. Das Schauspiel der von den benachbarten Nationen versuchten Anstrengungen, um ihre seit so vielen Jahrhunderten zersprengten Glieder wieder zu sammeln, sollte ein Land wie das unserige] nicht beunruhigen, in welchem alle Theile unwiderruflich unter einander verschmolzen sind und einen gleichartigen, unzerstörbaren Körper bilden. Wir haben mit Unparteilichkeit dem Kampfe zugeschaut, welcher sich jenseits des Rheines entsponnen hatte. Angesichts dieses Conflictes hatte das Land laut den Wunsch kund gegeben, diesem Kampfe fremd zu bleiben. Nicht bloß diesem Wunsche bin ich nachgekommen, sondern ich habe Alles aufgeboten, um den Friedensschluß zu beschleunigen. Ich habe nicht einen Soldaten mehr bewaffnet, ich habe kein Regiment vorrücken lassen, und doch hat die Stimme Frankreichs Einfluß genug gehabt, um die Sieger vor den Thoren Wiens aufzuhalten. Unsere Vermittlung hat unter den kriegführenden Parteien ein Abkommen herbeigefü.rt, welches, indem es Preußen das Ergebniß seiner Erfolge ließ, Oesterreich mit Ausnahme einer einzigen Provinz die Integrität seines Gebietes erhalten und durch die Abtretung Venetiens die Unabhängigkeit Italiens vervollständigt hat. Unsere Aktion ist demnach im Geiste der Gerechtigkeit und der Versöhnung ausgeübt worden. Frankreich hat das Schwert nicht gezogen, weil seine Ehre nicht betheiligt war und weil es versprochen hatte, eine strenge Neutralität zu beobachten. In einem anderen Theile des Erdkreises sind wir gezwungen worden, Gewaltmaßregeln zu ergreifen, um gerechten Beschwerden Abhülfe zu schaffen, und wir haben den Versuch gemacht, ein altes Reich wieder aufzurichten. Die Anfangs erzielten glücklichen Erfolge waren durch ein beklagenswerthes Zusammentreffen der Umstände beeinträchtigt worden. Der leitende Gedanke bei der Expedition nach Mexiko war groß: ein Volk zu beherrschen, demselben die Ideen der Ordnung und des Fortschrittes einzupflanzen, unserem Handel großartige Absatzquellen zu eröffnen und als die Spur unserer vorübergehenden Anwesenheit das Andenken an die der Civilisation geleisteten Dienste zurück zu lassen, das war mein Wunsch und der Ihrige. Aber an dem Tage, da der Umfang unserer Opfer mir die Interessen, welche uns auf die andere Seite des Oceans berufen hatten, zu überschreiten schien, habe ich aus freien Stücken die Zurückziehung unseres Armeekorps beschlossen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat eingesehen, daß eine wenig versöhnliche Haltung nur die Okkupation verlängern und die Beziehungen, die zum Heile der beiden Völker freundschaftlich sein müssen, hätte verbittern können. Im Oriente sind Unruhen ausgebrochen; aber die Großmächte verständigen sich, um eine Lage herbeizuführen, welche den gerechten Wünschen der christlichen Bevölkerung genüge, die Rechte des Sultans bewahrt und gefährlichen Verwicklungen vorbeuge. In Rom haben wir treu den Vertrag vom 15. September ausgeführt. Die Regierung des heiligen Vaters ist in eine neue Phase getreten; sich selbst überlassen, hält sie sich aufrecht durch ihre eigenen Kräfte, durch die Ehrfurcht, welche das Oberhaupt der katholischen Kirche Allen einflößt, und durch die Ueberwachung, welche die italienische Regierung an ihren Grenzen redlich ausübt. Aber wenn demagogische Verschwörungen in ihrer Verwegenheit versuchen sollten, die weltliche Gewalt des heiligen Vaters zu bedrohen, so würde Europa, daran zweifle ich nicht, ein Ereigniß nicht geschehen lassen, welches eine so große Verwirrung in der katholischen Welt verbreiten würde.

„Ich kann mit meinen Beziehungen zu den auswärtigen Mächten nur zufrieden sein. Meine Beziehungen zu England werden durch die Gleichmäßigkeit unserer Politik, durch die Vielseitigkeit unserer Handelsverbindungen von Tag zu Tag inniger. Preußen wird alles zu vermeiden suchen, was unsere nationale Empfindlichkeit erregen könnte, und es wird sich mit uns über die europäischen Hauptfragen vereinbaren. Von versöhnlichen Intentionen beseelt, ist Rußland geneigt, im Orient seine Politik nicht von der Frankreichs zu trennen. Eben so ist es mit Oesterreich, dessen Größe zu dem allgemeinen Gleichgewichte unerläßlich ist. Ein neuerdings abgeschlossener Handelsvertrag hat neue Bande zwischen den beiden Ländern geschaffen. Spanien endlich und Italien unterhalten mit uns ein aufrichtiges Einvernehmen. Nichts konnte daher unter den obwaltenden Umständen Besorgnisse in uns erwecken. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß der Friede nicht getrübt werden wird. Gesichert in der Gegenwart, voll Vertrauen auf die Zukunft, daß der Augenblick gekommen sei, um unsere Institutionen zu entwickeln. Jahr um Jahr gaben Sie mir diesen Wunsch zu erkennen; aber mit Grund überzeugt, daß der Fortschritt sich nur durch den Einklang zwischen den Staatsgewalten vollziehen kann, haben Sie auf mich — und ich danke Ihnen dafür — Ihr Vertrauen gesetzt, um über den Augenblick zu entscheiden, wo ich die Erfüllung Ihrer Wünsche für möglich halten würde. Heute nach fünfzehn Jahren der Ruhe und des Wohlstandes, die wir unseren gemeinsamen Anstrengungen und Ihrer innigen Hingebung an die Institutionen des Kaiserreiches zu verdanken haben, scheint mir die Stunde gekommen zu sein die freisinnigen Maßregeln einzuführen, welche der Senat und der gesetzgebende Körper im Sinne trugen. Ich entspreche daher Ihren Erwartungen; ohne aus der Verfassung heraus zu treten, schlage ich Ihnen Gesetze vor, welche den politischen Freiheiten neue Bürgschaften bieten. Die Nation, welche meinen Bemühungen Gerechtigkeit widerfahren läßt und neuerdings noch in Lothringen so rührende Beweise ihrer Anhänglichkeit an die Dynastie gegeben hat, wird von diesen neuen Rechten einen weisen Gebrauch machen, indem sie mit Recht eifersüchtig auf ihre Ruhe und ihren Wohlstand ist; und sie wird nach wie vor die gefährlichen Utopien und die Aufregung der Parteien zu verachten wissen. Was Sie betrifft, meine Herren, deren ungeheuere Mehrheit mit Beharrlichkeit meinen Muth, ein Volk zu beherrschen, unterstützt hat, Sie werden mit mir die treuen Wächter der wahren Interessen und der Größe des Volkes bleiben. Diese Interessen legen uns Verpflichtungen auf, denen wir nachzukommen wissen werden. Frankreich ist geachtet nach außen, die Armee hat ihre Tapferkeit bewährt; aber da die Bedingungen der Kriegsführung sich geändert haben, so erfordern sie die Vermehrung unserer Vertheidigungskräfte, und wir müssen uns so organisiren, daß wir unverwundbar sind. Der mit der größten Sorgfalt vorbereitete Gesetzentwurf erleichtert die Aushebung in Friedenszeiten, bietet bedeutende Hülfsquellen in Kriegszeiten und entspricht, indem er in gerechter Weise die Lasten unter Alle vertheilt, dem Grundsatze der Gleichheit; er hat die ganze Bedeutung einer Institution und wird, wie ich mich überzeugt halte, mit Patriotismus aufgenommen werden. Der Einfluß einer Nation hängt von der Zahl der Mannschaft ab, welche sie zu den Waffen rufen kann. Vergessen Sie nicht, daß die Nachbarstaaten sich ungleich schwerere Opfer für die Einrichtung eines guten Heerwesens auferlegen. Sie haben die Augen auf Sie gerichtet, um nach Ihren Beschlüssen zu urtheilen, ob der Einfluß Frankreichs in der Welt wachsen oder sich mindern solle. Halten wir unser Nationalbanner stets auf derselben Höhe. Es ist dies das sicherste Mittel, den Frieden zu bewahren, und diesen Frieden müssen wir fruchtbar machen, indem wir die No.h erleichtern und das allgemeine Wohlergehen erhöhen.

„Schwere Schicksalsschläge haben uns im Laufe des letzten Jahres heimgesucht; Ueberschwemmungen und Seuchen haben einige unserer Departements betroffen. Die Wohlthätigkeit hat die Noth der Einzelnen gemildert, und Sie werden um Geldbewilligungen angegangen werden, um den dem öffentlichen Eigenthum zugefügten Schäden Abhilfe zu bringen. Trotz dieser vereinzelten Unglücksfälle hat der Fortschritt des allgemeinen Wohlstandes nicht nachgelassen. Während des letzten Finanzjahres haben sich die indirekten Einnahmen um 50 Millionen und der Handel mit dem Ausland um eine Milliarde vermehrt. Die fortschreitende Besserung unserer Finanzen wird alsbald gestatten, den ländlichen und volkswirthschaftlichen Interessen, welche bei der in allen Theilen unseres Gebietes angeordneten Untersuchung zu Tage getreten sind, in ausgedehntem Maße Genüge zu thun. Unsere Fürsorge wird hierbei die Herabsetzung gewisser Steuern, welche zu schwer auf dem Grundbesitze lasten, die rasche Vollendung der inneren Schifffahrtsverbindungen unserer Häfen, der Eisenbahnen und vor Allem der Gemeindewege, der unerläßlichen Hilfsmittel einer guten Vertheilung der Bodenprodukte, in's Auge zu fassen haben. Seit dem vorigen Jahre liegen Ihnen Gesetze über das Elementar-Schulwesen und über die Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften vor. Sie werden, wie ich nicht zweifle, die darin enthaltenen Bestimmungen gutheißen; Sie verbessern die moralische und materielle Lage der ackerbautreibenden Bevölkerung und der Arbeiterklassen unserer großen Städte. So erschließt jedes Jahr unseren Berathungen und unseren Anstrengungen einen neuen Wirkungskreis; unsere Aufgabe ist in diesem Augenblicke, die Denkweise des Volkes dem Geiste freisinnigerer Staatseinrichtungen anzupassen. Bisher war in Frankreich die Freiheit nur eine vorübergehende Erscheinung; sie konnte im Boden keine Wurzel fassen, weil der Mißbrauch dem Gebrauche unmittelbar auf dem Fuße folgte und weil die Nation sich lieber in der Ausübung ihrer Rechte beschränkte, als sich der Verwirrung in den Ideen und in den Thatsachen aussetzen mochte. Es ist Ihrer und meiner würdig, diese großen Grundsätze, Frankreichs Ruhm, in ausgedehntere Anwendung zu bringen; ihre Ausführung wird nicht, wie ehemals, das nothwendige Ansehen der Obrigkeit gefährden. Die Staatsgewalt ist fest gegründet, und die heftigen Leidenschaften, das einzige Hinderniß der Ausdehnung unserer Freiheiten, werden in der Unermeßlichkeit des

allgemeinen Stimmrechts erlöschen. Ich setze das feste Vertrauen auf den gesunden Sinn und den Patriotismus des Volkes, und stark in meinem Rechte, das ich von ihm besitze, stark in meinem Gewissen, welches nur das Gute will, fordere ich Sie auf, sicheren Schrittes auf den Bahnen der Civilisation zu wandeln."

Florenz, 15. Februar. Der König hat die Demission des Ministers der öffentlichen Arbeiten, Jacini, angenommen. — Der hellenische Abgesandte Conduriotis ist heute vom Minister des Aeußern empfangen worden. — Die „Italie" glaubt, das Ministerium werde spätestens morgen reconstituirt sein. Die Demission des Finanzministers Scialoja und des Cultusministers Borgetti ist definitiv, die des Unterrichtsministers Berti aber noch nicht angenommen. Es scheint sicher, daß Ricasoli das Portefeuille des Aeußern behalten wird. — Allgemein ist man der Ansicht, daß der Gesetzentwurf über die Freiheit der Kirche vollständig umgeändert werden wird, bevor er im neuen Parlament zur Vorlage kommt. — Die Journale bestätigen die Nachricht von der nahe bevorstehenden Publikation eines Manifestes, in welchem die Regierung ihr Programm dem Lande mittheilen wird; dasselbe soll sofort nach der Reconstituirung des Ministeriums erlassen werden. — Das „Diritto" meldet, 72 zur Opposition gehörende Deputirten hätten ein Manifest an das italienische Volk unterzeichnet.

In **Mexico** hat das französische Expeditionskorps noch schwere Kämpfe zu bestehen gehabt, ehe es seinen Rückzug an die Küste beendigen konnte. Der „Moniteur" theilt aus Mexiko, 9. Jan., und Veracruz, 13. Jan., einige Nachrichten mit, die mit dem transatlantischen Paquetboot „l'Impératrice Eugénie" am 11. in St. Nazaire eingetroffen sind: „Kaiser Maximilian (heißt es im „Moniteur") ist am 5. Januar nach Mexiko zurückgekehrt. Zwei Schwadronen Uhlanen bildeten die Bedeckung Sr. Majestät, welche in der Hacienda de la Teja ihre Residenz genommen hat. Die Concentrationsbewegung der französischen Truppen geht mit der größten Ordnung vor sich. Nach den von dem oberkommandirenden Marschall getroffenen Vorkehrungen sollten die Truppen des Expeditionskorps am 23. Jan. zwischen der Hauptstadt und dem Meere echelonnirt sein. Unsere Colonnen stoßen auf keine Hindernisse. Auf die Kunde, daß die Dissidenten auf der rechten Flanke des von uns zurückzulegenden Weges zu Chalco ihre Anwesenheit durch ihre gewohnten Exzesse bemerklich gemacht hatten, rückte der Stabsrittmeister Billot auf sie los, überfiel sie am 27. Dez. bei Tagesanbruch und schlug sie in völlige Flucht. Im Staate Veracruz hatten sich die Banden von Figuerero und Gomez zu Medellin festgesetzt. Der Feind wurde in die Flucht geschlagen und anderthalb Stunden weit verfolgt. Seine Verluste waren verhältnißmäßig bedeutend. Wir hatten einen Todten und neun Verwundete, worunter der Generalstabslieutenant de Lamouvelle, der unerheblich verletzt wurde. Dieser Handstreich wurde kräftig von Obristlieutenant de Galliffet, dem Commandanten der Contreguerilla, ausgeführt, und er wird die Sicherstellung der Eisenbahn zur Folge haben. Am 13. Jan. hat das Paquetboot „l'Impératrice Eugénie", das die letzten Depeschen überbrachte, mit der Heimschaffung der Armee begonnen.

Die New-Yorker Blätter vom 29. Januar bringen Nachrichten aus Veracruz und der Stadt Mexiko, welche weiter reichen als die mit dem Dampfschiff „Impératrice Eugénie" gebrachten. Wir berichten daraus Folgendes: **Maximilian** hat eine neue Proklamation erlassen, um in den energischsten Worten gegen das Betragen des amerikanischen Generals Sedgwick, der Matamoras in Besitz genommen hatte, zu protestiren. Der größte Theil der Kaufleute in der Stadt Mexiko hat Porfirio Diaz aufgefordert, sich der Stadt zu nähern, um sie in Besitz zu nehmen, sobald die Franzosen fortgegangen sind. Sie haben ihm sogar eine Summe von 200,000 Dollars (1,000,000 Frs.) angeboten, damit er die Ausgaben für sein Armeekorps bestreiten könne. — Alles ruhig am Rio-Grande. General Aranda, Juaristenkommandant in Durango, hat einige Bürger mit einer Geldbuße von 240,000 Doll. bestraft, außerdem müssen die Einwohner in Masse eine Zwangsabgabe von monatlich 50,000 Doll. (250,000 Frs.) leisten. Eins der Organe des Juarez erklärt sogar, daß dieser beabsichtige, der unglücklichen Stadt eine Steuer von einer Million Dollars aufzuerlegen. Dampfschiffe mit in den Vereinigten Staaten für Rechnung des Juarez oder Ortegas gekauften Waffen kommen ohne Unterlaß den Fluß herauf. — Man sagt, Marschall Bazaine werde Mexiko gegen den 5. Februar räumen und beim Fortgehen werde er die Stadt den Händen des Porfirio Diaz übergeben. Letzterer ist mit Infanterie, Cavallerie und Artillerie unterwegs nach der Hauptstadt. Es ist gewiß, daß am 5. Febr. der letzte französische Soldat die Stadt Mexiko verlassen haben wird. — Am 22. Jan. waren alle französischen Streitkräfte in Veracruz angekommen.

Eine neue Ueberlandpost ist d. d. **Bombay,** 19. Jan. Das neueste dort eingelaufene Londoner Telegramm war vom 7. Januar. Der Finanzminister Massey beabsichtigt, heißt es, in ganz Indien Sparkassen zu errichten, und die Depositen zur Vollendung rentirlicher öffentlicher Werke auszuleihen. Die Regierung soll auch willens sein, ihr Uebereinkommen mit der Bank von Bombay, bezüglich der Emission von Papiergeld, unter gewissen Bedingungen für ein Jahr zu erneuern. — Die in der unglücklichen Provinz Orissa niedergesetzte „Hungersnoth-Kommission" hatte ihre Untersuchung fast beendigt. Sie hat gefunden, daß das Unheil noch unter der Schätzung geblieben, und daß nicht weniger als ein Viertel der Bevölkerung, d. h. gegen anderthalb Millionen Menschen, direkt oder indirekt dem Nahrungsmangel erlag. (Und mittlerweile hat der Minister für Indien, Viscount Cranbourne, zum zweitenmal in Bezug auf dieses kolossale Elend beruhigende Versicherungen gegeben! Das erstemal hat er dadurch veranlaßt, daß der Lordmayor von London, der eine von der frühern Sammlung für Indien noch übrige bedeutende Summe sofort dahin abschicken wollte, damit zurückhielt. Se. Lordschaft leidet selbstverständlich weder Hunger noch Durst.) — Der Kapitän des neulich im Hughly versunkenen Passagier-Dampfboots, wobei zwanzig Menschen umkamen, ist wegen „Tödtung durch grobe Fahrlässigkeit" vor Gericht gestellt worden. — Oberst Phayre, Vize-Statthalter der Provinz Pegu, war außer Stand, einen Handelsvertrag mit dem König von Birma abzuschließen, der sein Monopol nicht beschränken will. — Um nach der entgegengesetzten Seite überzuspringen, so soll die Lage des Königs von Bochara, den Russen gegenüber, immer verzweifelter werden. Daß er Hilfe bei den Indobritten sucht, ist schon erwähnt; auch daß er da keine zu hoffen hat. Nichts neues aus Kabul. — In Bombay war am 16. Jan. eine grandiose Blumenausstellung. Eine solche in Indien, dem Blumenland vorzugsweise, will was heißen.

Neueres.

Wien, 16. Febr. Ein Handschreiben des Kaisers enthebt Majlath auf Ansuchen von der ungarischen Hofkanzlerstelle und ernennt denselben zum judex curiae für Ungarn.

Paris, 16. Febr. Den Kammern ist das Blaubuch, enthaltend die diplomatische Korrespondenz, vorgelegt worden. Es werden die auswärtigen Angelegenheiten in den Phrasen der Thronrede besprochen, wobei besonders einige Worte der Theilnahme und Freundschaft für Oesterreich fallen. Der Präsident des Gesetzgebenden Körpers, Graf Walewski, berührte in seiner Ansprache die Januarreformen.

In seiner Ansprache zur Eröffnung der Verhandlungen in dem gesetzgebenden Körper sagte Graf Walewski: „Der Kaiser geht festen Schrittes seine eigenen Wege, wo sowohl diejenigen Gefahr laufen, sich zu verirren, welche die Bedürfnisse der Zeit verkennen, als diejenigen, welche sich durch eitle Utopien verführen lassen. Indem der Kaiser unsere Rechte vermehrt, vergrößert er unsere Verantwortlichkeit und unsere Pflichten. Frankreich ist in seiner mächtigen Einheit unerschütterlich. Wenn Frankreich der Regierung Vertrauen für Vertrauen schenkt, so kann es mit heiterem Blick den Ereignissen entgegensehen, sicher, daß keines seiner großen Interessen den Händen entgleiten wird, welche sie leiten, sicher zugleich, stets bereit zu sein zu demjenigen, was das Schicksal fordern könnte, um zu zeigen, daß keine Anstrengung für seinen Patriotismus zu groß ist.

London, 15. Febr., Abends. Die Telegraphenverbindung mit Valencia stockt neuerdings; die Minister gaben jedoch in der heutigen Parlamentssitzung die Erklärung ab, daß man die Bewegung im südwestlichen Irland als vollständig vereitelt betrachten dürfe.

London, 15. Febr. Die „Times" erfährt aus **Washington** vom 13. Februar: Das Repräsentantenhaus beschloß die Proklamirung des Belagerungszustandes in zehn Südstaaten unter Kommando von Offizieren der regulären Armee.

London, 16. Febr. Im Unterhaus beantragte Hr. Gregory Vorlegung der Akten über Candia. Derselbe lobt Lord Stanley's, tadelt Hrn. v. Moustiers Haltung. Hr. Layard rechtfertigt Hrn. v. Moustier. Lord Stanley erwidert: „England rieth der Pforte zur Nachgiebigkeit. Eine Intervention würde den Aufstand verlängert haben. Die Vorlegung der geforderten Akten ist unstatthaft." Der Antrag wurde darauf zurückgezogen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 50.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 19. Februar 1867.

‡ (Amtliche Nachrichten.) **München,** 16. Februar. Se. Majestät der König hat dem Banquier und kgl. sächsischen Konsul M. Wilmersdoerfer in München die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des von Sr. Majestät dem Könige von Sachsen ihm verliehenen Ritterkreuzes des Albrechtsordens ertheilt; die kath. Pfarrei Benediktbeuern, Bezirksamts Tölz, dem Priester F. Limbacher, Militärkurat zu Ingolstadt, übertragen; den Gerichtsboten G. Hitzelberger von Obermoschel, seinem Ansuchen entsprechend, nach Dahn versetzt, und die hiedurch in Erledigung kommende Stelle eines Gerichtsboten in Obermoschel dem Gerichtsboten-Candidaten J. Bölckel aus Grünstadt verliehen; den Gerichtsboten-Candidaten L. Schellhaaß aus Kaiserslautern zum Gerichtsboten in Otterberg ernannt.

Vom kgl. Staatsministerium der Justiz wurde als Vertreter der Staatsanwaltschaft am kgl. Landger. Burgau der geprüfte Rechtspraktikant Franz Feyrlein aus Bergheim, z. Z. in Wertingen, aufgestellt.

Der kgl. Forstgehilfe Joseph Spörlein zu Sulzbach wurde zum provisorischen Forstwart in Neubäu im Reviere Roding, Forstamts Bruck, ernannt.

Die kath. Pfarrei Beutelsbach, kgl. Bezirksamts Vilshofen, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 871 fl. 53$\frac{3}{4}$ kr., die kath. Pfarrei Perach, kgl. Bezirksamts Altötting, mit einem solchen von 740 fl. 41 kr. und die kath. Pfarrei Frauenstetten, kgl. Bezirksamts Wertingen, mit einem solchen von 792 fl. 35 kr. 7 hl. in Erledigung gekommen; das Benefizium St. Sylvester und St. Paul in Mindelheim, kgl. Bezirksamts gleichen Namens, mit einem solchen von 471 fl. 2 kr. 3 hl. und das Frühmeßbenefizium in Klosterbeuren, kgl. Bezirksamts Illertissen, mit einem solchen von 331 fl. 17 kr. 1 hl. in Erledigung gekommen.

München, 16. Febr. Zu Mitgliedern der neugeschaffenen militärischen Oberstudien- und Examinations-Kommissien wurden, wie wir hören, ernannt: Oberstlieutenant Carl Orff des General-Quartiermeisterstabes, Major Carl Frhr. v. Horn im 3. kgl. reitenden Art.-Reg. Königin-Mutter und Major Paul Friedl des 2. Infant.-Reg. Kronprinz, dann speziell für die Artillerie-Genieschule noch der Major Julius Riem des Geniestabes. (Bayer. Ztg.)

** **München,** 17. Febr. Reichsrath v. Heinz hat als Referent des Gesetzgebungsausschusses der I. Kammer seine Modifikationsanträge zu den 3 ersten Hauptstücken des II. Buches des Civilprozeß-Gesetzentwurfs den Ausschußmitgliedern zur vorläufigen Durchsicht mittheilen lassen, weil er hierin von den Beschlüssen des Ausschusses der II. Kammer am meisten abweicht, wogegen die Modifikationen zu den folgenden Hauptstücken weniger zahlreich und nur Konsequenzen der ersteren sein werden. Als Tendenz seiner Modifikationsanträge bezeichnet Herr v. Heinz, das Gesetz zu vereinfachen und dadurch verständlicher zu machen, Alles, was blos den inneren Dienst der Gerichte betrifft, nur in den Hauptzügen festzustellen und das Uebrige einer zu entwerfenden Geschäftsordnung zu überlassen und endlich größere Annäherung an die pfälzische Gerichtsordnung, soweit sie sich durch die Erfahrung bewährt hat.

A. C **München,** 16. Febr. Aus der Diskussion der Abgeordnetenkammer über den Antrag auf Erbauung einer Eisenbahn von Miesbach nach Hausham heben wir Folgendes hervor. Referent Bischof faßte alle Momente, welche für den projektirten Bahnbau sprechen, noch einmal zusammen, nämlich Förderung des Kohlenbergbaues und der damit zusammenhängenden Industrieen, Vermehrung der Erträgnisse aus den Staats- und den übrigen Waldungen, sowie Hebung der volkswirthschaftlichen Interessen der Gegend überhaupt, und erachtet es als eine Pflicht der Staatsverwaltung, den Bau der projektirten Bahn in jeder Weise zu fördern, eventuell selbst zu übernehmen, wenn nicht unverhältnißmäßige Opfer für sie mitverbunden seien, was in der betreffenden Sache nicht der Fall sei. — Abg. Behrmüller zeigt, daß die beantragte Bahn eine Lebensfrage für die Gewerkschaft Miesbach sei; wenn sie nicht zu Stande käme, würde sie die Konkurrenz mit Pensberg und Peissenberg nicht mehr bestehen können. Er setzt ferner auseinander, daß die Opfer, welche zur Zeit der Distrikt bezüglich des Unterhaltes der Straße von der Grube bis zur Bahn zu bringen hat, für die Folge unerschwinglich seien; daß die Gewerkschaft selbst den Bau und den Betrieb übernehme, hieße ihr nahezu eine Unmöglichkeit zumuthen. — Abg. Kolb beantragt, daß man den Behrmüller'schen Antrag der Staatsregierung zur näheren Würdigung hinübergebe. Redner warnt, sich in ein Labyrinth zu begeben und erinnert daran, daß bei Berathung der Eisenbahnfrage i. J. 1865 sich die Kammer einig darüber gezeigt hätte, daß zunächst die bereits beschlossenen Bahnen gebaut, daß aber im Uebrigen ein vollständiges Eisenbahnnetz aufgestellt werden solle. Nach den Erklärungen der Staatsregierung dürfe man annehmen, daß die Vorlage eines solchen Eisenbahnnetzes in nicht zu entfernter Zeit erfolgen werde, die Kammer soll nur nicht von ihrer früheren Ansicht abgehen, umsoweniger, als die Gründe noch heute dieselben seien, wie damals, sie würde sonst ein Unrecht gegen sehr viele begehen, die es unterlassen hätten, die Kammer mit Gesuchen zu behelligen in der festen Ueberzeugung, daß Niemand den Vorrang vor ihnen haben werde. Noch große Theile des Landes seien ohne Eisenbahnen, so z. B. Niederbayern und auch in andern Theilen des Landes gäbe es Eisenbahnwüsten, an diese müsse zuerst gedacht werden. Stimme man dem Ausschußantrage bei, so würde sofort eine Reihe von Privatetablissements mit gleichen Forderungen, wie die Miesbacher Gewerkschaft kommen, dann aber gerathe man in die Alternative, entweder den einen nicht gerecht zu werden, oder die Mittel des Landes zu zersplittern. Sollte die Miesbacher Kohlengewerkschaft es übernehmen, die Bahn selbst zu bauen, so möge ihr die Regierung alle möglichen Erleichterungen gewähren, namentlich die Bahn in eigenen Betrieb zu nehmen; sein Antrag bezwecke nichts weiteres, als daß Gleichheit und Gerechtigkeit gegen alle geübt werde. — Abg. Liebl: Er wisse nicht, wohin man kommen soll, wenn man dem vorliegenden Antrag zustimme, das hieße doch eine Bresche in den Antrag schießen, den die Kammer selbst vor 2 Jahren an die Regierung gebracht. Redner betont im Laufe seines Vortrages, daß die Staatsregierung in Bezug auf Eisenbahnen in Niederbayern sich bis zur Stunde noch keinen Kreuzer hat kosten lassen. — v. Steinsdorf theilt ganz die Ansichten des Hrn. Kolb, glaubt aber doch, daß man in einem so gelagerten Falle, wie der der Miesbach-Haushamer Bahn ist, wo der Staatsaufwand ein so geringfügiger ist, eine billige Ausnahme machen könnte. Abg. Föckerer: Er wisse nicht, was denn die Staatsregierung bestimmt habe, mit dem Bau der beregten Bahn so lange zurückzuhalten; sei man vielleicht schon daran, alle materielle Kraft für die künftige Heeresorganisation aufzusparen, oder habe man vielleicht Rücksicht nehmen wollen auf den Beschluß der Kammer von 1865 in Bezug auf Vorlage eines Eisenbahnnetzes? Redner nimmt Anlaß, sich über die stiefmütterliche Weise zu äußern, mit welcher Niederbayern bisher in Eisenbahnfragen behandelt wurde, macht aufmerksam, daß gerade jetzt der Personal- und Realkredit in Niederbayern so gesunken sei, wie nirgends und schreibt dies dem Umstand zu, daß man früher diese Provinz bezüglich Eisenbahnen so ganz vernachläßigt habe. Eisenbahnen beförderten nicht nur die materiellen, sondern auch die geistigen Interessen des Volks. Er weist auf die großen Reichthümer hin, die der bayerische Wald an Holz, Steinen und anderen Produkten gewähre und führt zum Beweise hiefür die Gewerkschaft eines in der Nähe der Eisenbahn gelegenen Ortes an, die in Förderung von Granit außerordentliche Resultate erzielt hat. Redner erklärt sich schließlich für den Antrag des Ausschusses, da die projektirte Bahn dem Staate nur Gewinn bringen würde. Dr. M. Barth spricht den Bergwerken Penzberg-Peissenberg das Wort, hält dieselben für weit ergiebiger, als das Miesbacher Bergwerk und kann heute noch nicht begreifen, warum man eine 20 Stunden lange Strecke habe bauen können, um sie schließlich in einer Sackgasse verlaufen zu lassen. Der Hr. Minister v. Schlör habe, als man jene Bahn kreirte, einen Anschluß sowohl nach Biessenhofen wie nach Tölz in Aussicht genommen, mittlerweile seien fünf Jahre verflossen und sei in der Sache nichts geschehen; er hoffe nicht, daß sich die Anschauung des Abg. Dr. Schlör, seitdem er Minister geworden, geändert habe, er werde es wohl nicht machen, wie Papst Pius II., der als Papst gerade das Gegentheil von dem that, was er als der Gelehrte Aeneas Silvius gesagt hatte. Pfr. Krausold spricht im Sinne Kolbs, übrigens wundert er sich, warum denn die Gewerkschaft, wenn das Unternehmen gar so rentabel ist, nicht selbst baut oder wenigstens eine Pferdebahn herstellt. Hr. v. Grafenstein bemerkt, daß die werth-

Digitized by Google

vollsten Produkte in den Bergwerken von Peißenberg und Amberg zu finden sind. **Mandel** und **Feustel** sind gegen den Ausschußantrag, man möge die Sache zur näheren Würdigung an das Staatsministerium hinüber geben und später in Verbindung mit der Peißenberger Frage (denn auch dort ist noch eine über 3 Stunden lange Verbindung mit den Gruben herzustellen) einer nähern Prüfung unterziehen. v. **Paur** schließt sich den Klagen seiner niederbayerischen Collegen in Betreff der stiefmütterlichen Behandlung dieses Kreises an und ergeht sich in einer langen Rede über das Triftwesen und die schlechten Distriktsstraßen. **Pranter**, **Hirschberger**, **Fischer** und Dr. **Völk** sprechen für den Ausschußantrag, Letzterer wünscht, daß, insofern der Staat nicht belastet wird, so viel Eisenbahnen als möglich ins Leben gerufen werden, denn je mehr die Menschen in den Bereich der Eisenbahnen kommen, desto mehr werden sie Menschen. Dr. **Edel** und **Stenglein** wollen, daß auch in Peißenberg möglichst bald bis zu dem Förderstollen gebaut werde, Letzterer stellt hierauf einen bezüglichen Antrag. Nachdem noch die Antragsteller Behrmüller und Kolb, dann der Referent Bischof und schließlich der Minister v. **Schlör**, welche sich dem Ausschußantrage nicht abgeneigt zeigt, gesprochen haben, wird abgestimmt und der Ausschußantrag, wonach die Regierung um Vorlage eines Gesetzentwurfes einer Eisenbahn von Miesbach eventuell nach Schliersee gebeten wird, mit großer Majorität angenommen. Damit schließt die Sitzung.

Nürnberg, 14. Febr. Der hiesige Verein für verwundete Krieger hat im Ganzen an Baarem 13,843 fl. 46 kr. (darunter 1825 fl. 45 kr. Beiträge von auswärts) eingenommen und 9233 fl. 46 kr. ausgegeben, so daß ihm noch ein in Kapital angelegtes Baarvermögen von 4610 fl. verbleibt. — Die Einnahmen des Vereins zur Unterstützung der Kriegsbeschädigten in den Rhön- und Saalgegenden beziffern bis jetzt in runder Summe 13000 fl., die Ausgaben desselben 11,050 fl.

Preußen. Die „Köln. Ztg." ist in den Stand gesetzt, den **Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes**, welcher dem Norddeutschen Reichstage vorgelegt werden soll, vollständig mittheilen zu können:

„Se. Majestät der König von Preußen, Se. Majestät der König von Sachsen, Se. Königliche Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, Se. Königliche Hoheit der Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach, Se. Königliche Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, Se. Königl. Hoheit der Großherzog von Oldenburg, Se. Hoheit der Herzog von Braunschweig und Lüneburg, Se. Hoheit der Herzog von Sachsen-Meiningen und Hildburghausen, Se. Hoheit der Herzog zu Sachsen-Altenburg, Se. Hoheit der Herzog zu Sachsen-Coburg und Gotha, Se. Hoheit der Herzog von Anhalt, Se. Durchlaucht der Fürst zu Schwarzburg-Rudolstadt, Se. Durchlaucht der Fürst zu Schwarzburg-Sondershausen, Se. Durchlaucht der Fürst zu Waldeck und Pyrmont, Ihre Durchlaucht die Fürstin Reuß älterer Linie, Se. Durchlaucht der Fürst Reuß jüngerer Linie, Se. Durchlaucht der Fürst von Schaumburg-Lippe, Se. Durchlaucht der Fürst zur Lippe, der Senat der freien und Hansestadt Lübeck, der Senat der freien Hansestadt Bremen, der Senat der freien und Hansestadt Hamburg, jeder für den gesammten Umfang ihres Staatsgebietes, und Se. Königliche Hoheit der Großherzog von Hessen und bei Rhein für die nördlich vom Main belegenen Theile des Großherzogthums Hessen, schließen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebiets und des innerhalb desselben gültigen Rechtes, so wie zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes. Dieser Bund wird den Namen des Norddeutschen führen und wird nachstehende

Verfassung

haben:

I. Bundesgebiet.

Art. 1. Das Bundesgebiet besteht aus den Staaten Preußen mit Lauenburg, Sachsen, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, Reuß älterer Linie, Reuß jüngerer Linie, Schaumburg-Lippe, Lippe, Lübeck, Bremen, Hamburg und aus den nördlich vom Main belegenen Theilen des Großherzogthums Hessen.

II. Bundesgesetzgebung.

Art. 2. Innerhalb dieses Bundesgebiets übt der Bund das Recht der Gesetzgebung nach Maßgabe des Inhalts dieser Verfassung und mit der Wirkung aus, daß die Bundesgesetze den Landesgesetzen vorgehen. Die Bundesgesetze erhalten ihre verbindliche Kraft durch ihre Verkündigung von Bundes wegen, welche vermittels eines Bundesgesetzblattes geschieht. So fern nicht in dem publizirten Gesetze ein anderer Anfangstermin seiner verbindlichen Kraft bestimmt ist, beginnt die letztere mit dem vierzehnten Tage nach dem Ablaufe desjenigen Tages, an welchem das betreffende Stück des Bundesgesetzblattes in Berlin ausgegeben worden ist.

Art. 3. Für den ganzen Umfang des Bundesgebiets besteht ein gemeinsames Indigenat mit der Wirkung, daß der Angehörige (Unterthan, Staatsbürger) eines jeden Bundesstaates in jedem anderen Bundesstaate als Inländer zu behandeln und demgemäß zum festen Wohnsitz, zum Gewerbebetrieb, zu öffentlichen Aemtern, zur Erwerbung von Grundstücken, zur Erlangung des Staatsbürgerrechts und zum Genusse aller sonstigen bürgerlichen Rechte unter denselben Voraussetzungen wie der Einheimische zuzulassen, auch in Betreff der Rechtsverfolgung und des Rechtsschutzes demselben gleich zu behandeln ist. In der Ausübung dieser Befugniß darf der Bundesangehörige weder durch die Obrigkeit seiner Heimath, noch durch die Obrigkeit eines anderen Bundesstaates beschränkt werden. Diejenigen Bestimmungen, welche die Armenversorgung und die Aufnahme in den lokalen Gemeindeverband betreffen, werden durch den im ersten Absatz ausgesprochenen Grundsatz nicht berührt. Eben so bleiben bis auf Weiteres die Verträge in Kraft, welche zwischen den einzelnen Bundesstaaten in Beziehung auf die Uebernahme von Auszuweisenden, die Verpflegung erkrankter und die Beerdigung verstorbener Staatsangehörigen bestehen. Hinsichtlich der Erfüllung der Militärpflicht im Verhältniß zu dem Heimathslande wird im Wege der Gesetzgebung das Nöthige geordnet werden. Dem Auslande gegenüber haben alle Bundesangehörigen gleichmäßig Anspruch auf den Bundesschutz.

Art. 4. Der Beaufsichtigung Seitens des Bundes und der Gesetzgebung desselben unterliegen die nachstehenden Angelegenheiten: 1) die Bestimmungen über Freizügigkeit, Heimaths- und Niederlassungs-Verhältnisse und über den Gewerbebetrieb, einschließlich des Versicherungswesens, so weit diese Gegenstände nicht schon durch den Art. 3 dieser Verfassung erledigt sind, desgleichen über die Colonisation und die Auswanderung nach außerdeutschen Ländern; 2) die Zoll- und Handelsgesetzgebung und die für Bundeszwecke zu verwendenden indirekten Steuern; 3) die Ordnung des Maß-, Münz- und Gewichtssystems, nebst Feststellung der Grundsätze über die Emission von fundirtem und unfundirtem Papiergelde; 4) die allgemeinen Bestimmungen über das Bankwesen; 5) die Erfindungs-Patente; 6) der Schutz des geistigen Eigenthums; 7) Organisation eines gemeinsamen Schutzes des deutschen Handels im Auslande, der deutschen Schifffahrt und ihrer Flagge zur See und Anordnung gemeinsamer konsularischer Vertretung, welche vom Bunde ausgestattet wird; 8) das Eisenbahnwesen im Interesse der Landesvertheidigung und des allgemeinen Verkehrs; 9) der Schifffahrtsbetrieb auf den mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen und der Zustand der letzteren, so wie die Fluß- und sonstigen Wasserzölle; 10) das Post- und Telegraphenwesen; 11) Bestimmungen über die wechselseitige Vollstreckung von Erkenntnissen und Erledigung von Requisitionen überhaupt, 12) so wie über die Beglaubigung von öffentlichen Urkunden; 13) die gemeinsame Civil-Prozeßordnung und das gemeinsame Konkursverfahren, Wechsel- und Handelsrecht.

Art. 5. Die Bundesgesetzgebung wird ausgeübt durch den Bundesrath und den Reichstag. Die Uebereinstimmung der Mehrheits-Beschlüsse beider Versammlungen ist zu einem Bundesgesetze erforderlich und ausreichend. (Forts. folgt.)

Berlin, 14. Febr. Nach einer zu Kiel angefertigten Zusammenstellung der Wahlergebnisse in den Herzogthümern **Schleswig-Holstein** sind im 3., 4., 5., 6., 7., 8. und 9. Wahlbezirk die Kandidaten der Augustenburg'schen Partei: Graf Baudissin-Friedrichshof, Geh. Regierungsrath Francke, Geh. Regierungsrath v. Warnstedt, Obergerichtsanwalt Jensen, Pastor Schrader, der frühere hanseatische Ministerresident Dr. Schleiden und Gutsbesitzer Bekelmann-Müsser zum Theil mit sehr großen Majoritäten gewählt worden. Im 1. Wahlbezirk (Hadersleben-Apenrade) hat der Däne Krüger gesiegt; im 2. Wahlbezirk (Sonderburg-Flensburg) hat der dänische Kandidat Ahlmann zu Augustenburg gesiegt, hinter dem die deutschen Kandidaten um ein Paar hundert Stimmen zurückblieben.

Aus **Berlin**, 15. Febr., schreibt der ┼ Korrespondent der „Köln. Ztg.": „Die französische Thronrede hat einen vorwiegend friedlichen Eindruck gemacht. Der ganze erste Theil ist ein Friedens-Manifest, und einige verwickelte Sätze sollen augenscheinlich die nationale Empfindlichkeit der französischen Nation beschwichtigen, so namentlich der von Frankreichs Einfluß erlangte Entschluß Preußens, den Krieg, dessen Erfolge übrigens damals gesichert waren, nicht bis zu der Einnahme Wiens auszudehnen. Ob man in Wien von dieser Verkündigung sehr befriedigt sein wird, kann man dahingestellt sein lassen. Frankreich will Frieden mit dem neugestalteten Deutschland halten, dessen feste Konstituirung sogar als den altnapoleonischen Prophezeiungen entsprechend dargestellt wird und man wird dies sicherlich diesseits des Rheines als ein gutes freundnachbarliches Ver-

sprechen hinnehmen. Weiterhin befindet sich allerdings ein stark umhüllter Satz, wo von der Nothwendigkeit für Frankreich, auf Mittel der Vertheidigung bedacht zu sein, nicht ohne Nachdruck gesprochen wird. Die französische Heeresorganisation soll damit empfohlen und gerechtfertigt werden. Der Norddeutsche Bund wird ohne Zweifel ein paralleles Verfahren beobachten. Er wird auf die friedlichen Beziehungen zu Frankreich einen sehr großen Werth legen, für den Frieden aber auch dadurch namentlich Sorge tragen, daß er seine Heereskräfte möglichst einheitlich und stark zur Vertheidigung des deutschen Bodens organisirt. Mit großem Interesse sind hier begreiflicherweise die Stellen der Thronrede über die Beziehungen Frankreichs zu den auswärtigen Regierungen gelesen worden. Auch Preußen gegenüber lassen sie nichts zu wünschen übrig.

Berlin. Die „Nordd. Allg. Z." bespricht in einem Leitartikel den Ausfall der Berliner Parlamentswahlen, bei welchen die Fortschrittspartei in allen sechs Wahlbezirken der Stadt gesiegt hat, und der „Nat.-Z." die eben mit Bezug auf diesen Ausfall die Zuversicht ausdrückt, daß die preußische Regierung nicht auf eine Mehrheit der Konservativen, selbst die Altliberalen mit dazu gezählt, rechnen könne, und daß sie deshalb darauf angewiesen sei, den Liberalen soweit entgegen zu kommen, daß auch diese mit dem Entwurf der Verfassung des norddeutschen Bundes sich befreunden können — erwidert sie: „Selbst das Stimmenverhältniß zugegeben, so ist die Frage durchaus nicht die, ob die Regierung den Entwurf der Verfassung des norddeutschen Bundes so zurichten wolle, daß sich die „Liberalen" damit befreunden; — sondern es handelt sich darum, ob die „Liberalen" den Verfassungsentwurf, den die norddeutschen Bundesregierungen unter einander vereinbart haben, annehmen wollen oder nicht. „C'est à prendre ou à laisser", sagte neulich eine Korrespondenz der „A. Allg. Ztg.", und dies dürfte um so richtiger sein, wenn von fortschrittlicher Seite, was man bisher noch immer zu vermeiden getrachtet hat, der Umstand in's Auge gefaßt wird, daß das Parlament kein preußisches ist und auch nicht der preußischen Regierung als solcher gegenübersteht, sondern einem zwischen den norddeutschen Regierungen vereinbarten Verfassungsentwurfe, an dessen Bestimmungen keine der Regierungen ohne die Zustimmung der anderen zu ändern vermag, einem Verfassungsentwurf, den man annimmt oder ihn ablehnt."

Berlin, 16. Febr. Amtliches Wahlergebniß in Berlin: Lasker erhielt 7798, Waldeck 8291, Wiggers 9630, Runge 6831, Duncker 7103 und Schulze 6942 Stimmen; dagegen erhielten v. Roon 4761, Graf Bismarck 5138 im zweiten und 1464 im sechsten Wahlbezirk, Vogel v. Falckenstein 1449, Herwarth v. Bittenfeld 2268 und Steinmetz 1216 Stimmen.

Orb, 14. Febr. Von 439 Stimmen in hiesiger Stadt fielen auf Hrn. v. Schenk 405, auf Trabert 34. Auch von acht Landgemeinden des Bezirks Orb wurde derselbe (d. h. wohl Schenk) fast einstimmig gewählt.

Wien, 15. Febr. Da unter der Bevölkerung in den Gegenden der Schlachtfelder in Böhmen, namentlich in der Umgebung von Königgrätz, der Nothstand in besorgnißerregendem Maße um sich greift, so hat der Kaiser das Finanzministerium angewiesen, dem Statthalter von Böhmen auf Verlangen die zur Linderung der Noth benöthigten Geldmittel sogleich unmittelbar zur Verfügung zu stellen.

Pesth, 14. Febr. Der Bürgerausschuß hält, wie die „Presse" meldet, morgen eine Sitzung, um das Programm der Festlichkeiten festzustellen, welche aus Anlaß der Ernennung des Ministeriums und eventuell anläßlich der Ankunft des Kaisers in Pesth veranstaltet werden sollen.

Pesth, 16. Februar. Die „Pesther Korrespondenz" meldet: „Heute kehren die Minister zurück. In der Montagssitzung des Abgeordnetenhauses gelangt das königliche Reskript zur Verlesung, welches die Integrum restitutio anzeigt. Ein zweites Reskript meldet die Ernennung Andrassy's zum Premier-Minister. Die Ministervorstellung erfolgt voraussichtlich in der Mittwochssitzung, die Eidesleistung nächster Woche in Ofen. Baron Sennyey bleibt Oberhaus-Präsident. Gestern fand ein theilweiser Ministerempfang bei Sr. Maj. dem Kaiser statt. Der Tavernicus reiste mit dem heutigen Frühzuge nach Wien.

Pesth, 16. Febr. „Naplo" bringt unter dem Titel: „Ein Wort an den Minister", eine Mahnung, es möge die Continuität der Justizpflege gerettet werden, der bestehende Apparat, welcher bis zum Fertigwerden des neuen dienen muß, möge seine Bewegung beschleunigen, die Restanzen sollen mit verdoppelter Thätigkeit aufgearbeitet jede Stockung vermieden werden, damit die produktiven Elemente des Landes nicht neuer Schaden treffe. „Hon" weist nach, eine wie viel schwierigere Stellung das ungarische Ministerium jetzt haben wird, als 1848, und glaubt deßhalb, der Tag der Ankunft des Ministeriums könne eher der Tag ernster Erwägung als ausbrechende Freude sein. Einer der hervorgehobenen Unterschiede ist, daß das 1848er Ministerium dem ungetheilten Vertrauen der Nation begegnete, als es von Wien hier anlangte, denn es vereinigte alle Partei-Ideen; das gegenwärtige Ministerium ist die Formation der Majorität, welche eine verdrängte konservative Partei hinter sich und eine parlamentarische Minorität sich gegenüber hat.

Paris, 15. Febr. In dem Theile des Blaubuches, welches Deutschland betrifft, erinnert der Minister daran, daß Preußen versprochen, die Bevölkerung Nordschleswigs zu befragen. Bezüglich Roms drückt das Blaubuch die Hoffnung aus, daß die Schwierigkeiten zwischen Rom und Italien geebnet werden. — Ein Exposé über den Orient gibt der Pforte den Rath, daß sie sich keinen Täuschungen hingeben, Muselmännern und Christen Reformen zugestehen, durch Arbeit die Reichthümer des Landes entwickeln und das Finanzsystem wechseln möge. Die kretische Frage bestehe noch voll und ganz und man müsse sich fragen, ob Angesichts der Sympathien Europas diejenigen Abhülfsmittel, welche bei Beginn der Frage ausgereicht hätten, jetzt noch genügen würden. — Zwischen Frankreich und Amerika liege kein Gegenstand vor, über de Nichtübereinstimmung herrschte. — Mexiko anlangend zeigt der Minister an, daß im Monat März alle Franzosen abgezogen sein werden. — In Bezug auf die Angelegenheiten des Auslandes heißt es bei Deutschland: „Preußen hat sich durch den jüngsten Krieg definitiv Norddeutschland angefügt. Das südliche Deutschland behält das absolute Recht, zu entscheiden, welche Beziehungen es mit dem Nordbunde unterhalten will. Oesterreich macht keinen Theil von Italien und von Deutschland mehr aus. Es hat die Stellung verloren, welche ihm seine geschichtlichen Ueberlieferungen theuer gemacht hatten. Wenn Oesterreich jetzt unter den Mißgeschicken des Krieges leidet, so wird es durch den Patriotismus und die Hingebung seiner Völker und seiner verschiedenen Stämme Mittel finden, um alle inneren Schwierigkeiten zu heben, die einen Theil seiner Schwächung ausgemacht hatten."

In einem Schreiben aus **Paris,** 15. Febr., heißt es in der „Köln. Ztg.": „Alle Welt ist erstaunt, daß die Industrie-Ausstellung mit keinem Worte erwähnt ward. Man bemerkt das Bestreben, die Person des Kaisers von aller Verantwortlichkeit im In- und Auslande frei halten zu wollen. In Rom ist es nicht mehr Frankreich, sondern Europa, das für den Papst eintreten soll, in Deutschland greift man auf die Autorität Napoleon's I. zurück; in der Militärfrage wälzt man Alles auf den gesetzgebenden Körper, die Verfassungs-Reformen werden endlich auf Rechnung der Majorität gestellt. Ueberall tritt das Bestreben hervor, die eigene Persönlichkeit zu entlasten, das sogar so weit geht, bei der Majorität gleichsam um Entschuldigung dafür zu bitten, daß man gewagt, eine freiere Richtung einzuschlagen. Am Schlusse allein athmet die Kaiserrede jene Festigkeit und accentuirt die Willensmeinung Napoleon's III. in einer Weise, wie sie die früheren oratorischen Leistungen des Redners aufzuweisen hatten."

Frankfurter Börse (11. bis 16. Februar).

16. Februar. In die Woche fallen zwei politische Ereignisse, die französische Thronrede und die Wahlen zum norddeutschen Parlament. Erstere hat nach keiner Seite hin befriedigt — sie ist verlegen und herausfordernd, eitel und demüthig. Die Pariser Börse hat sie denn auch durch ein Herabgehen der Kurse be- und verurtheilt.

Die Medio-Liquidation fand, da noch viele Deckungen bis auf den letzten Augenblick verschoben wurden, zu den höchsten Kursen statt, doch geschah sie ohne besondere Schwierigkeit, forderte aber freilich viele Differenzen, denn seit langen Jahren war in so kurzer Frist kein solches Steigen. Die Baisse-Partei scheint aber keineswegs entmuthigt, sie zahlte lieber Deports und hielt ihre Position aufrecht. Der Umsatz war kolossal. Steuerfreie Metalliques wurden für Wien enorm plazirt. Süddeutsche nähern sich endlich ihrem inneren Werthe. 4½ Bayern sind auf 97½ gestiegen. Württemberger machen 98 und die Badischen werden nicht zurückbleiben. Wir wollen nur hoffen, dass die militärischen Reformen den Finanzen nicht Lasten auferlegen, welche bei der unsichern politischen Zukunft des süddeutschen Bundes die Führung eines geregelten ökonomischen Staatshaushaltes schwierig, wo nicht unmöglich machen. Von Looseffekten bayerische etwas in den Hintergrund gestellt, auch kurhessische konnten sich nicht auf ihrer raschen Avance behaupten.

In Amerikanern bleibt das Geschäft noch immer ein verhältnissmässig beschränktes, dass nur durch das Eintreffen wesentlich veränderter New-Yorker Goldkurse hin und wieder einen vorübergehenden Impuls erfährt. Der Kurs schwankte während der Woche zwischen 76⅝ und 76¾, um sich heute in Folge besserer New-Yorker Notirung für 1882er Bonds (110⅜) bis 77 zu heben. Von anderen fremden Fonds 4½ Eidgenössische, in Aussicht auf die neue Anleihe, um welche sich auch hiesige Häuser bewerben, niedriger.

Oesterr. Effekten feierten wahre Saturnalien, allein der Medio bezeichnete plötzlich einen Wendepunkt. Die Bojaren der Kreditanstalt, welche am besten den wahren Werth zu beurtheilen wussten, lassen jetzt ihre Schöne, um sie an den Mann zu bringen, in allen Tonarten

preisen. Allein nicht nur die Kreditaktien, auch alle anderen österr. Sorten und Namen sind gestiegen. Warum? weil die Regierung die von der Bodenkredit-Gesellschaft erhobenen Pfandbriefe in Paris anzubringen hofft.

Den wilden Sprüngen, welche österr. Kreditaktien in abgelaufener Woche machten, zu folgen, wäre eine überflüssige Aufgabe. Wo eine blinde Spekulation ihr Wesen treibt, hört alle Berechnung auf. Wir konstatiren, dass sie vor acht Tagen zu 166$\frac{1}{2}$, schliessend, am Dinstag bis 180 voltigirten und die Woche zu 174 verlassen. Von Zettelbankaktien fanden in österr. Nationalbank ebenfalls erhebliche Variationen statt; die Woche zu 692 eröffnend, wurden sie an der stürmischen Dinstagsbörse bis 718 getrieben, fielen am Mittwoch bis 694, gewannen in den letzten Tagen den 700er wieder und schliessen 708, um fl. 17 höher als in der Vorwoche. Frankfurter Bank sind auf 132$\frac{1}{2}$ gestiegen, indem für das abgelaufene Jahr noch eine sehr günstige Dividende (7$\frac{1}{2}$ pCt.) sich ergeben hat. Der letzte Ausweis vom 10. Februar zeigt eine weitere erhebliche Verminderung der Anlagen; das Platzportefeuille ging um fl. 780,000 auf einen Bestand von nur noch fl. 6,890,000, die Lombard um fl. 113,000 auf fl. 3,616,000 zurück.

E.-B.-Aktien gut behauptet. Hanauer und pfälzische $\frac{1}{2}$—1 pCt. höher. Ausserordentlich günstig ist wiederum die Einnahme der Weissenburger Linie. Von Prioritäten österr. Staatsbahn, deren neueste Emission von bestem Erfolg gekrönt war, fest und höher gehalten, ebenso österr. Süd- und Westbahn, 4pCt. Bexbacher 90$\frac{1}{4}$ bezahlt, italienische dagegen flau und verlassen.

Der Geldstand ist noch vortrefflich. Diskonto 2$\frac{1}{2}$, lange Wechsel nur mit geringem Zins erhältlich, London und Paris sehr begehrt, Thaler bleiben ausgeboten.

	11.	16.		11.	16.
5% Oestr. National	$55\frac{3}{4}$	$55\frac{1}{2}$	4% Darmstädt. do.	$94\frac{3}{4}$ B	$94\frac{3}{4}$ B
5% do. Metal. (1859)	$61\frac{5}{8}$	$62\frac{1}{4}$	3½% do. do.	—	—
5% do. Lose (1860)	$70\frac{3}{4}$	$70\frac{3}{8}$	4½% Nassauer do.	$95\frac{3}{4}$	$97\frac{3}{8}$ B
— do. do. (1864)	$78\frac{1}{4}$	$77\frac{1}{2}$	4% do. do.	$89\frac{1}{2}$	91
Oestr. Kreditl. (58)	121	121	3½% do. do.	—	—
5% Bayer. Obligat.	$100\frac{3}{8}$	$101\frac{3}{8}$	4% Kurhess. do.	$93\frac{5}{8}$ B	$93\frac{7}{8}$ B
4½% do. do.	$95\frac{5}{8}$	$97\frac{1}{4}$ B	3½% Frankf. do.	$82\frac{1}{2}$ B	$83\frac{1}{2}$
4% do. do.	$90\frac{5}{8}$ B	—	3% do. do.	$72\frac{1}{2}$	$73\frac{1}{2}$
4% do. 100Thl.-L.	$102\frac{1}{2}$	$102\frac{5}{8}$	6% Amerik. (1882)	$76\frac{1}{4}$	77
4½% Würtemb. Obl.	$95\frac{1}{2}$ B	$97\frac{1}{2}$	Oestr. Kredit. . .	176	174
3½% do. do.	$83\frac{1}{2}$ B	$85\frac{3}{4}$ B	Oestr. Nat.-Bank	692	706
4½% Badische do.	$95\frac{1}{2}$ B	$97\frac{1}{4}$ B	Frankfurter do.	131 B	$132\frac{1}{2}$
4% do. do.	$89\frac{5}{8}$ B	$90\frac{1}{4}$	Bexbacher E.-B.	$157\frac{1}{2}$ B	157
3½% do. do.	$84\frac{3}{4}$ B	84	Bayer. Ostbahnen	$119\frac{3}{4}$ B	$119\frac{7}{8}$

(Aktionär).

Neueres.

Berlin, 18. Febr. Der König und der Kronprinz begeben sich morgen Vormittag 11 Uhr in Begleitung des Generaladjudanten v. Treskow zum Besuche des sächsischen Hofes nach Dresden, und werden am Mittwoch Abend wieder zurückkehren.

Paris, 17. Febr. Das Budget für 1868 entziffert sich wie folgt: Ordentliche Ausgaben: 1,548,775,621 Fr., besondere Ausgaben der einzelnen Verwaltungszweige: 259,076,993 Fr., außerordentliche Ausgaben: 146,489,500 Fr.; Gesammtsumme der Ausgaben: 1,954,312,114 Fr. Ordentliche Einnahmen: 1,673,451,185 Frcs., besondere Einnahmen der einzelnen Verwaltungszweige 259,076,993 Francs; außerordentliche Einnahmen 21,996,666 Fr.; Ueberschuß der Einnahmen 183,130 Fr.

Madrid, 17. Febr. Eine Ordonnanz des Generalkapitäns von Neu-Castilien erklärt die Anwendung der Todesstrafe für möglich in Bezug auf die Herausgeber und Drucker heimlicher Blätter und diejenigen Capitalisten, welche zu diesem Zweck Geld hergeben.

Petersburg, 16. Febr. Sämmtliche Journale und Börse nahmen die Thronrede Napoleons und die darin enthaltenen Friedensaussichten mit großer Befriedigung auf. Die Course sind nicht unerheblich gestiegen.

New-York, 6. Febr. Ein Gesetzvorschlag im Repräsentantenhause macht die Absetzung von Kabinetsbeamten von der Zustimmung des Senats abhängig. Der Präsident will angeblich folgenden neuen Rekonstruktionsplan vorschlagen: Jedes angebliche Secessionsrecht wird für nichtig erklärt; der Kongreß darf keinen Staat ausstoßen; die Nationalschuld bleibt ewig heilig; die Rebellenschuld wird für ungültig erklärt; alle des Lesens und Schreibens kundigen Großjährigen oder die 250 Dollars steuerbares Vermögen besitzen, sollen wahlberechtigt sein. — Die Hinrichtung des amerikanischen Konsuls in Mazatlan wird widerrufen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	66¾ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63½ P.
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55½—¾ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	46½—47 G.
"	4½pCt.	41⅞—42¼ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	102¼ P.
"	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	97½ G.
"	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	97⅜ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	92⅛ G.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	92⅛ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	92⅛ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	98½ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	85¾ P.
Baden	4½pCt. Obl.	96⅞—97 G.
"	3½pCt. Obl. v. 1842	84¾ G.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	94⅞ G.
"	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	98¾ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	93 P. 92½ G.
"	3½pCt. Obl. dto.	86½ G.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	83½ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2½pCt. " " "	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	88⅞ G.
N. Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	78¼ P.
"	6pCt. ditto r. 1882 "	77 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	184 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	704—700 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	176—75½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	92 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	214 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	93¾ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	342 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111½ P. ¼ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	111 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157¼ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90½ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	111¾ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	48 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73⅞ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	45¾ P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	119⅞ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	119½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅝ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94½ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94½ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119—⅛ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅝ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	93⅛ P.
do. in öst. W. l. S.	93¼ P.
Disconto	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	113¼—12¾ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	62 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	71½—⅜ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	122¾ P.
" do. v. 1864	77¾ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	102⅞ P. ⅝ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	9⅞ P.
Badische fl. 35	54⅝ P. ⅜ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56¼ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143¾ P.
" fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35¼ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28½ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	33 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅝ P.

Frankfurt, 18. Februar. Die heutige Börse bot nicht das Bild der Lebhaftigkeit dar, wie ihre Vorgängerinnen im Laufe des Monats. Die Haussepartei scheint auf ihren Lorbeeren ausruhen zu wollen, während die Baissepartei in der momentanen Situation keinen Anhaltspunkt zu weiteren Operationen findet. Oesterr. Effekten verkehrten zu festen Coursen; besonders gesucht und besser bezahlt wurden englische Metalliques, während Spekulationspapiere gegen den gestrigen Privatverkehr eher etwas matter waren. Amerikaner ebenfalls einen Bruchtheil niedriger. Der anscheinend stets größer werdende Konflikt zwischen dem Repräsentantenhause und dem Präsidenten verstimmt das Publikum und veranlaßt viele Realisationen. Italienische Prioritäten billiger angeboten. Staatsbahn und Lombarden gesucht. Die neue Emission von ersteren fünf Franken Agio. Von Eisenbahnaktien war Nachfrage nach Bexbach und Maxbahn; da das Material hiervon meistens in festen Händen, kann es zu ausgedehnterem Geschäfte nicht kommen. In Süddeutschen hielt das Gesuch auch heute an und mußten für einige Sorten wieder höhere Course bezahlt werden, insbesondere für 4½ pCt. und 4 pCt. Nassauer und 4½ pCt. Württemberger. Für Wechsel und Geldsorten ist keine Aenderung zu notiren. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1. N. Würzb. Ztg.
München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 51. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 20. Februar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) München, 17. Februar. Die katholische Pfarrei Steinkirchen, kal Bezirksamts Ereing, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 2168 fl. 51½ kr. in Erledigung gekommen. Die kath. Pfarrei Osterschwang, kgl. Bezirksamts Sonthofen, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 450 fl. 10 kr. 5 hl in Erledigung gekommen

Preußen. (Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes. Fortsetzung.)

III. Bundesrath. Art. 6. Der Bundesrath besteht aus den Vertretern der Mitglieder des Bundes, unter welchen die Stimmführung sich nach Maßgabe der Vorschriften für das Plenum des ehemaligen deutschen Bundes vertheilt, so daß Preußen mit den ehemaligen Stimmen von Hannover, Kurhessen, Holstein, Nassau und Frankfurt 17 Stimmen führt, Sachsen 4, Hessen 1, Mecklenburg-Schwerin 2, Sachsen-Weimar 1, Mecklenburg-Strelitz 1, Oldenburg 1, Braunschweig 2, Sachsen-Meiningen 1, Sachsen-Altenburg 1, Sachsen-Koburg-Gotha 1, Anhalt 1, Schwarzburg-Rudolstadt 1, Schwarzburg-Sondershausen 1, Waldeck 1, Reuß ä. L. 1, Reuß j. L. 1, Schaumburg-Lippe 1, Lippe 1, Lübeck 1, Bremen 1, Hamburg 1, in Summa 43. Art. 7. Jedes Mitglied des Bundes kann so viel Bevollmächtigte zum Bundesrathe ernennen, wie es Stimmen hat, doch kann die Gesammtheit der zuständigen Stimmen nur einheitlich abgegeben werden. Nicht vertretene oder nicht instruirte Stimmen werden nicht gezählt. Jedes Bundesglied ist befugt, Vorschläge zu machen und in Vortrag zu bringen, und das Präsidium ist verpflichtet, dieselben der Berathung zu übergeben Die Beschlußfassung erfolgt mit einfacher Mehrheit, mit Ausnahme von Beschlüssen über Verfassungs-Veränderungen, welche zwei Drittel der Stimmen erfordern. Bei Stimmengleichheit gibt die Präsidialstimme den Ausschlag. Art. 8. Der Bundesrath bildet aus seiner Mitte dauernde Ausschüsse 1. für das Landheer und die Festungen, 2. für das Seewesen, 3. für Zoll- und Steuerwesen, 4. für Handel und Verkehr, 5. für Eisenbahnen, Post und Telegraphen, 6. für Justizwesen, 7. für Rechnungswesen. In jedem dieser Ausschüsse werden außer dem Präsidium mindestens zwei Bundesstaaten vertreten sein, und führt innerhalb derselben jeder Staat nur eine Stimme. Die Mitglieder der Ausschüsse zu 1. und 2. werden von dem Bundesfeldherrn ernannt, die der übrigen von dem Bundesrathe gewählt. Die Zusammensetzung dieser Ausschüsse ist für jede Session des Bundesrathes resp. mit jedem Jahre zu erneuern, wobei die ausscheidenden Mitglieder wieder wählbar sind. Den Ausschüssen werden die zu ihren Arbeiten nöthigen Beamten zur Verfügung gestellt. Art. 9. Jedes Mitglied des Bundesrathes hat das Recht, im Reichstage zu erscheinen, und muß daselbst auf Verlangen jeder Zeit gehört werden, um die Ansichten seiner Regierung zu vertreten, auch dann, wenn dieselben von der Majorität des Bundesrathes nicht adoptirt worden sind. Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Bundesraths und des Reichstages sein. Art. 10. Dem Bundespräsidium liegt es ob, den Mitgliedern des Bundesrathes den üblichen diplomatischen Schutz zu gewähren.

IV. Bundes-Präsidium. Art. 11. Das Präsidium des Bundes steht der Krone Preußen zu, welche in Ausübung desselben den Bund völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Bundes Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen berechtigt ist. In so weit die Verträge mit fremden Staaten sich auf solche Gegenstände beziehen, welche nach Art. 4 in den Bereich der Bundesgesetzgebung gehören, ist zu ihrem Abschluß die Zustimmung des Bundesrathes erforderlich. Art. 12. Das Präsidium ernennt den Bundeskanzler, welcher im Bundesrathe den Vorsitz führt und die Geschäfte leitet. Art. 13. Dem Präsidium steht es zu, den Bundesrath und den Reichstag zu berufen, zu eröffnen, zu vertagen und zu schließen. Art. 14. Die Berufung des Bundesrathes und des Reichstages findet alljährlich statt, und kann der Bundesrath zur Vorbereitung der Arbeiten ohne den Reichstag, letzterer aber nicht ohne den Bundesrath berufen werden. Art. 15. Die Berufung des Bundesrathes muß erfolgen, sobald sie von einem Drittel der Stimmenzahl verlangt wird. Art. 16. Der Bundeskanzler kann sich in Leitung der Geschäfte durch jedes andere Mitglied des Bundesrathes vermöge schriftlicher Substitution vertreten lassen. Art. 17. Das Präsidium hat die erforderlichen Vorlagen nach Maßgabe der Beschlüsse des Bundesrathes an den Reichstag zu bringen, wo sie durch Mitglieder des Bundesrathes oder durch besondere von letzterem zu ernennende Commissarien vertreten werden. Art. 18. Dem Präsidium steht die Ausfertigung und Verkündigung der Bundesgesetze und die Ueberwachung der Ausführung derselben zu. Die hiernach von dem Präsidium ausgehenden Anordnungen werden im Namen des Bundes erlassen und von dem Bundeskanzler mitunterzeichnet. Art. 19. Das Präsidium ernennt die Bundesbeamten, hat dieselben für den Bund zu vereidigen und erforderlichen Falles ihre Entlassung zu verfügen. Art. 20. Wenn Bundesglieder ihre verfassungsmäßigen Bundespflichten nicht erfüllen, so können sie dazu im Wege der Execution angehalten werden. Diese Execution ist a) in Betreff militärischer Leistungen, wenn Gefahr im Verzuge, von dem Bundesfeldherrn anzuordnen und zu vollziehen, b) in allen anderen Fällen aber von dem Bundesrathe zu beschließen und von dem Bundesfeldherrn zu vollstrecken. Die Execution kann bis zur Sequestration des betreffenden Landes und seiner Regierungsgewalt ausgedehnt werden. In den unter a. bezeichneten Fällen ist dem Bundesrathe von Anordnung der Execution, unter Darlegung der Beweggründe, ungesäumt Kenntniß zu geben.

V. Reichstag. Art. 21. Der Reichstag geht aus allgemeinen und directen Wahlen hervor, welche bis zum Erlasse eines Reichswahlgesetzes nach Maßgabe des Gesetzes zu erfolgen haben, auf Grund dessen der erste Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt worden ist. Beamte im Dienste eines der Bundesstaaten sind nicht wählbar. Art. 22. Die Verhandlungen des Reichstages sind öffentlich. Art. 23. Der Reichstag hat das Recht, Gesetze innerhalb der Competenz des Bundes vorzuschlagen. Art. 24. Die Legislatur-Periode des Reichstages dauert drei Jahre. Zur Auflösung des Reichstages während derselben ist ein Beschluß des Bundesrathes unter Zustimmung des Präsidiums erforderlich. Art. 25. Der Reichstag prüft die Legitimation seiner Mitglieder und entscheidet darüber. Er regelt seinen Geschäftsgang und seine Disciplin durch eine Geschäftsordnung und erwählt seinen Präsidenten, seine Vice-Präsidenten und Schriftführer. Art. 26. Der Reichstag beschließt nach absoluter Stimmenmehrheit. Zur Gültigkeit der Beschlußfassung ist die Anwesenheit der Mehrheit der Mitglieder erforderlich. Art. 27. Die Mitglieder des Reichstages sind Vertreter des gesammten Volkes und an Aufträge und Instructionen nicht gebunden. Art. 28. Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disciplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden. Art. 29. Die Mitglieder des Reichstages dürfen als solche keine Besoldung oder Entschädigung beziehen.

VI. Zoll- und Handelswesen. Art. 30. Der Bund bildet ein Zoll- und Handelsgebiet, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze. Ausgeschlossen bleiben die wegen ihrer Lage zur Einschließung in die Zollgränze nicht geeigneten einzelnen Gebietstheile. Alle Gegenstände, welche im freien Verkehre eines Bundesstaats befindlich sind, können in jeden anderen Bundesstaat eingeführt und dürfen in letzterem einer Abgabe nur in so weit unterworfen werden, als daselbst gleichartige inländische Erzeugnisse einer inneren Steuer unterliegen. Art. 31. Die Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg mit einem dem Zwecke entsprechenden Bezirke ihres oder des umliegenden Gebiets bleiben als Freihäfen außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgränze, bis sie ihren Einschluß in dieselbe beantragen. Art. 32. Der Bund ausschließlich hat die Gesetzgebung über das gesammte Zollwesen, über die Besteuerung des Verbrauches von einheimischem Zucker, Brantwein, Salz, Bier und Taback, so wie über die Maßregeln, welche in den Zollausschlüssen zur Sicherung der g

meinschaftlichen Zollgrenze erforderlich sind. Art. 33. Die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern (Art. 32) bleibt jedem Bundesstaate, so weit derselbe sie bisher ausgeübt hat, innerhalb seines Gebietes überlassen. Das Bundes-Präsidium überwacht die Einhaltung des gesetzlichen Verfahrens durch Bundesbeamte, welche es den Zoll- oder Steuer-Aemtern und den Direktiv-Behörden der einzelnen Staaten, nach Vernehmung des Ausschusses des Bundesrathes für Zoll- und Steuerwesen, beiordnet. Art. 34. Der Bundesrath beschließt 1. über die dem Reichstage vorzulegenden oder von demselben angenommenen, unter die Bestimmung des Art. 32 fallenden gesetzlichen Anordnungen, einschließlich der Handels- und Schifffahrtsverträge; 2. über die zur Ausführung der gemeinschaftlichen Gesetzgebung (Art. 32) dienenden Verwaltungs-Vorschriften und Einrichtungen; 3. über Mängel, welche bei der Ausführung der gemeinschaftlichen Gesetzgebung (Art. 32) hervortreten; 4. über die von seiner Rechnungsbehörde ihm vorgelegte schließliche Feststellung der in die Bundeskasse fließenden Abgaben (Art. 36). Jeder über die Gegenstände zu 1 bis 3 von einem Bundesstaate oder über die Gegenstände zu 3 von einem kontrolirenden Beamten bei dem Bundesrathe gestellte Antrag unterliegt der gemeinschaftlichen Beschlußnahme. Im Falle der Meinungsverschiedenheit gibt die Stimme des Präsidiums bei den zu 1 und 2 bezeichneten alsdann den Ausschlag, wenn sie sich für Aufrechthaltung der bestehenden Vorschrift oder Einrichtung ausspricht, in allen übrigen Fällen entscheidet die Mehrheit der Stimmen nach dem in Art. 6 dieser Verfassung festgestellten Stimmverhältniß. Art. 35. Der Ertrag der Zölle und der in Art. 32 bezeichneten Verbrauchs-Abgaben fließt in die Bundeskasse. Dieser Ertrag besteht aus der gesammten von den Zöllen und Verbrauchs-Abgaben aufgekommenen Einnahme nach Abzug 1. der auf Gesetzen oder allgemeinen Verwaltungs-Vorschriften beruhenden Steuer-Vergütungen und Ermäßigungen; 2. der Erhebungs- und Verwaltungskosten, und zwar a) bei den Zöllen und der Steuer von inländischem Zucker, so weit diese Kosten nach den Verabredungen unter den Mitgliedern des Deutschen Zoll- und Handels-Vereins der Gemeinschaft aufgerechnet werden konnten, b) bei den übrigen Steuern mit 15 pCt. der Gesammt-Einnahme. Die außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze liegenden Gebiete tragen zu den Bundes-Ausgaben durch Zahlung eines Aversums bei. Art. 36. Die von den Erhebungsbehörden der Bundesstaaten nach Ablauf eines jeden Vierteljahrs aufzustellenden Quartal-Extrakte und die nach dem Jahres- und Bücherschlusse aufzustellenden Final-Abschlüsse über die im Laufe des Vierteljahres beziehungsweise während des Rechnungsjahres fällig gewordenen Einnahmen an Zöllen und Verbrauchs-Abgaben werden von den Direktiv-Behörden der Bundesstaaten, nach vorangegangener Prüfung, in Hauptübersichten zusammengestellt und diese an den Ausschuß des Bundesrathes für das Rechnungswesen eingesandt. Der letztere stellt auf Grund dieser Uebersichten von drei zu drei Monaten den von der Casse jedes Bundesstaates der Bundeskasse schuldigen Betrag vorläufig fest und setzt von dieser Feststellung den Bundesrath und die Bundesstaaten in Kenntniß, legt auch alljährlich die schließliche Feststellung jener Beträge mit seinen Bemerkungen dem Bundesrathe zur Beschlußnahme vor. Art. 37. Die Bestimmungen in dem Zoll-Vereinigungsvertrage vom 16. Mai 1865, in dem Vertrage über die gleiche Besteuerung innerer Erzeugnisse vom 28. Juni 1864, in dem Vertrage über den Verkehr mit Tabak und Wein von demselben Tage und im Art. 2 des Zoll- und Anschlußvertrages vom 11. Juli 1864, desgleichen in den Thüringischen Vereinsverträgen bleiben zwischen den bei diesen Verträgen betheiligten Bundesstaaten in Kraft, so weit sie nicht durch die Vorschriften der gegenwärtigen Verfassung abgeändert sind und so lange sie nicht auf dem im Art. 34 vorgezeichneten Wege abgeändert werden. Mit diesen Beschränkungen finden die Bestimmungen des Zoll-Vereinigungsvertrages vom 16. Mai 1865 auch auf diejenigen Bundesstaaten und Gebietstheile Anwendung, welche dem Deutschen Zoll- und Handels-Vereine zur Zeit nicht angehören. (Forts. f.)

Berlin, 16. Febr. Das Gesammtresultat der Parlamentswahlen, welches nun wohl bald amtlich veröffentlicht werden wird, dürfte, das läßt sich schon jetzt mit ziemlicher Gewißheit annehmen, für die Regierung ein ganz befriedigendes sein. In Preußen selbst wird die liberale Partei in ihren verschiedenen Schattirungen der konservativen kaum in gleicher Stärke gegenüber stehen; die erstere wird zudem in Fragen, auf die es der Regierung hauptsächlich ankommen muß, durch die in nicht unbedeutender Zahl vertretene Fraktion der Altliberalen unterstützt sein. Nimmt man noch hinzu, daß auch die Partei der s. g. „Nationalen" nicht unbedeutend vertreten ist, so erscheint es in hohem Grade unwahrscheinlich, daß der Bundes-Verfassungsentwurf, dessen Berathung und Sanktionirung diesmal die Kompetenz des Parlaments erschöpft, auf einen ernstlichen Widerspruch von Seiten des letzteren stoßen wird. — Die „Zukunft" sagt über die Wahlen: „Der Telegraph weiß mehr und mehr von konservativen Wahlergebnissen zu erzählen und wir glauben, daß die zu morgen zugesagte Veröffentlichung des Gesammtresultats nicht die Zuversicht rechtfertigen wird, mit welcher national-liberale Blätter einen neuen Sieg der Fortschrittspartei in Preußen verkündigten. Die Aera der Enttäuschungen hat noch eine so gesegnete Fülle von Material vor sich, daß ihr Ende kaum abzusehen ist. Eines ist ein großes, von den Geschicken des sog. Parlamentes unabhängiges und dauerndes Resultat: das ist der von mehreren Seiten gemeldete vollständige Sieg der Liberalen in Mecklenburg. Mit dieser Thatsache gräbt sich die Bedeutung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes so tief in die deutsche Geschichte ein, daß dasselbe vor dem Vergessenwerden sicher ist.

Berlin, 18. Febr. Bankausweis: Baarvorrath 76,920,000 Thaler, Papiergeld 2,584,000 Thlr., Portefeuille 63,649,000 Thlr., Lombardbestände 13,652,000 Thlr., Staatspapiere 15,344,000 Thlr., Notenumlauf 118,206,000 Thlr., Depositen 20,249,000 Thlr., Guthaben 2,265,000 Thlr.

Frankfurt, 18. Febr. Herr v. Madai ist in Folge telegraphischer Berufung Samstag Abend nach Berlin abgereist. Aus Berlin wird berichtet: Der Geheimrath v. Savigny hatte am Freitag Nachmittags eine längere Unterredung mit den Deputirten der ständigen Bürgerrepräsentation von Frankfurt a. M. Abends 7 Uhr wurden dieselben von dem Minister des Innern Graf Eulenburg empfangen. In den nächsten Tagen wird der König den Deputirten eine Audienz ertheilen.

Dresden, 16. Febr. In der zweiten sächsischen Kammer gab gestern der Staatsminister Frhr. v. Friesen folgende Erklärung ab; Am 7. d. M. sei gleichzeitig mit der Feststellung des Entwurfs der Verfassung des norddeutschen Bundes zwischen Sachsen und Preußen eine Convention abgeschlossen worden, durch welche die Bestimmungen des 11. Artikels der Verfassungs-Urkunde in Betreff des Bundeskriegswesens den besonderen Verhältnissen des Königreichs Sachsen angepaßt und demgemäß ergänzt worden seien. Die Kammer werde es begreiflich finden, daß er sich in diesem Augenblicke nicht auf die Mittheilung einzelner Punkte einlasse. Es sei jedoch heute Vormittag auf telegraphischem Wege das Uebereinkommen getroffen worden, wonach vielleicht heute Abend oder morgen der ganze Inhalt der Verfassungsurkunde auf der einen Seite und das Wesentliche der Militär-Konvention in nicht offizieller Weise publizirt werden solle. Bis dahin möge man sich gedulden.

Wien. Eine am 13. d. bei Frhrn. v. Pratobevera stattgehabte Konferenz der deutschen Abgeordneten, an welche so große Hoffnungen, und zwar in den verschiedensten Richtungen geknüpft wurden, ist zur allgemeinen Enttäuschung ohne jede Aussicht auf eine mögliche Annäherung der divergirenden Bestrebungen noch am nämlichen Abend geschlossen worden. Autonomisten und Centralisten, nur so lange einig, als es sich blos um die Negation der Belcredischen Politik handelte, standen sich nun wieder bei dem Versuche, ein positives Programm zu vereinbaren, in den schroffsten Gegensätzen gegenüber. Als Gegendemonstration hat am 15. eine Slavenkonferenz stattgefunden, sie währte von 10 Uhr Vormittags bis 4 Uhr Nachmittags. Eine der denkwürdigsten Erscheinungen dieser Konferenz ist die Anwesenheit des Fürsten Lobkowitz für das deutsche Tyrol. Von den Polen war Graf Potocki anwesend. Von den Czechen: Rieger, Strejczovsky, Clam, Thun, Zeithammer, zwei Fürsten Schwarzenberg (aus dem urdeutschen Fürstenhause). Von den Mähren: Prazak, Brandl, Salm Aus Krain: Svetec, Toman, Costa und dann mehrere Slovenen aus Görz. Die Konferenz, erklärt die „Zuk", hat den Zweck, die Politik der cisleithanischen Föderalisten gegenüber Beust festzustellen. Die Geheimhaltung der Konferenzresultate wurde beschlossen.

Wien, 17. Febr. Die hiesigen Blätter melden folgende, die neue Aera in bezeichnender Weise einleitende Ernennungen: Graf Gleispach wurde abermals zum Landeshauptmann von Steiermark, M. v. Kaiserfeld zu seinem Stellvertreter ernannt; Froschauer wurde wieder zum Landeshauptmann von Vorarlberg, Ritter von Weiß wurde zum Landeshauptmann von Salzburg, Ritter v. Mertens zu seinem Stellvertreter neuerdings ernannt.

Wien, 18. Febr. Folgender Erlaß der kaiserlichen Regierung wurde den heute zusammentretenden Landtagen mitgetheilt: „Bei Einberufung des außerordentlichen Reichsrathes wurde der Kaiser von der Absicht geleitet, allen nicht zu Ungarn gehörenden Kronländern die Abgabe des durch das September-Patent von 1865 in Aussicht gestellten gleichgewichtigen Votums bezüglich der Lösung der Verfassungsfrage zu sichern und gleichzeitig eine Basis zur Verständigung und Ausgleichung der auch in diesen Ländern vorwaltenden verschiedenen Rechtsansprüche und Rechtsauffassungen zu bieten. Die Absicht des Kaisers fand nicht überall die gehoffte Würdigung, sie war vielmehr vielfach der Mißdeutung ausgesetzt, als gedenke die Regierung hier-

durch die durch das Oktoberdiplom und das Februarpatent zugesicherten verfassungsmäßigen Rechte zu schmälern oder gar dauernd zu entziehen. So sehr die Regierung diese Auffassung beklagen und als grundlos bezeichnen mußte, so wenig konnte sie sich täuschen, daß hierdurch der im Auge behaltene Zweck wesentlich gefährdet erschien. Zu diesen Erwägungen trat seither noch ein sehr wichtiger und folgenreicher Umstand, welcher ein Beharren auf dem eingeschlagenen Wege nicht mehr als zweckmäßig erscheinen lassen konnte. Die seitherigen Verhandlungen führten zu dem erfreulichen Resultat, daß von Seiten des ungarischen Landtags die Zustimmung zu den Anträgen zuversichtlich zu hoffen ist, welche die Machtstellung der Gesammtmonarchie zu wahren geeignet sind und in ihrer Durchführung eine gedeihliche Entwicklung derselben in Aussicht stellen. Als Vorbedingung für die praktische Durchführung des Ausgleiches erschien die Ernennung eines verantwortlichen Ministeriums für Ungarn. War es ein Gebot politischer Nothwendigkeit, mit dem definitiven Ausgleiche Ungarn gegenüber nicht länger zu zögern, so vermochte doch die Regierung sich einer Täuschung darüber nicht hinzugeben, daß das ungar. Ministerium eine vereinbarte Grundlage der Ausgleichung vor dem ungarischen Landtage vertreten müsse. Hierdurch war der Grundgedanke, welcher bei Berufung des außerordentlichen Reichsraths vorgewaltet, überholt und es trat die wichtige Frage heran, ob bei dieser Sachlage nicht im Interesse des Reiches von der Berufung des außerordentlichen Reichsraths abzugehen sei. Die Regierung mußte sich, von folgenden maßgebenden Gesichtspunkten geleitet, für Bejahung dieser Frage entscheiden: Seit einer langen Jahresreihe krankt die konstitutionelle Organisation der Monarchie an diesen unlösbar gebliebenen Widersprüchen zwischen dem älteren Verfassungsrecht Ungarns und den freiheitlichen Institutionen, deren Durchführung in der Gesammtmonarchie der Kaiser sich zur Lebensaufgabe gemacht. Vor Hebung dieses Konfliktes ist die Wiederherstellung der Größe der altgeschichtlichen Stellung des Kaiserstaates im europäischen Staatensystem nicht zu hoffen. Bei den durch die letzten Ereignisse geschaffenen Verhältnissen ist jede Ausgleichsverzögerung mit den entschiedensten Nachtheilen verbunden. Tritt der Ausgleich jedoch ins Leben, so erscheint zugleich der Zweck erreicht, welcher der mit dem Septemberpatent verfügten Verfassungssistirung zu Grunde lag. Diese wegen der Einleitung einer Verständigung mit Ungarn ergriffene Maßregel war fortan nicht mehr nothwendig, die Rückkehr in verfassungsmäßige Bahnen war von selbst gegeben und der Regierung Gelegenheit geboten, dem versammelten Reichsrathe über die gepflogenen Unterhandlungen Aufschlüsse zu ertheilen und ihre Schritte zu rechtfertigen. Der Kaiser verordnete demnach mit Entschließung vom 4. Febr. c., daß von Einberufung des außerordentlichen Reichsraths abzukommen sei, daß der verfassungsmäßige Reichsrath am 18. März c. in Wien zusammentrete und demselben die rücksichtlich des Ausgleiches mit Ungarn nothwendigen Verfassungsänderungen zur Annahme vorgelegt werden. Dem Reichsrathe sollen sofort noch Gesetzentwürfe über die Entsendung von Deputirten in den Berathungskörper für gemeinsame Angelegenheiten, über die Verantwortlichkeit der Minister, über die Modifizirung des § 13 des Februarpatents, über Erweiterung der verfassungsmäßigen Autonomie der einzelnen Kronländer, über eine neue Wehrverfassung, über Verbesserung der Rechtspflege und Hebung der volkswirthschaftlichen Interessen vorgelegt werden. Die Regierung hofft zuversichtlich, daß die Landtage sofort zur Wahl von Mitgliedern für den verfassungsmäßigen Reichsrath schreiten und dadurch beitragen werden, die nur allzulange andauernde Verfassungskrisis zu beenden.

Pesth, 16. Febr. Die neuen ungarischen Minister sind heute zurückgekehrt. In der Montagssitzung des Abgeordnetenhauses kommt das Reskript zur Verlesung, welches die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes anzeigt. Ein zweites Reskript wird dem Landtage die Ernennung Andrassy's zum Premierminister und die Kabinetsbildung durch denselben melden. Die Vorstellung der Minister erfolgt voraussichtlich in der Mittwochsitzung, die Eidesleistung nächste Woche in Ofen. Der bisherige Tavernicus, Baron Sennyey, bleibt Oberhauspräsident; derselbe reiste mit dem heutigen Frühzuge nach Wien.

Pesth, 18. Febr. Deak und Andrassy wurden in gestriger Conferenz mit enthsiastischem Jubel aufgenommen. Andrassy begrüßte in längerer Rede Deak als den Mann, dem allein das Verdienst gebühre, daß Ungarn das Ministerium erhalten habe. Deak erwiderte: Dieser Triumph sei das Verdienst der ganzen Nation; wenn er — Deak — allein vorausgegangen, so komme es daher, daß der Ausgleichsweg anfangs so schmal gewesen; 1861 habe es geheißen: das Recht Ungarns beweisen; 1865 habe man gefordert, die Machtstellung Oesterreichs zu sichern. Wohl Viele zweifeln noch, aber das Wichtigste sei, daß der Monarch vollständig überzeugt sei. (Pr.)

Paris, 16. Febr. In der gestrigen Eröffnungssitzung des Senats legte der Staatsminister Rouher ein Senatus-Consult vor, welches erklärt, daß der Senat, bevor er sich für die Promulgation eines Gesetzes entscheidet, dasselbe, wenn es ihm wichtigen Abänderungen zu unterliegen scheint, behufs einer neuen Verhandlung an den gesetzgebenden Körper zurückweisen kann. Wenn nach dieser zweiten Diskussion der gesetzgebende Körper das Gesetz ohne Veränderung annimmt, so hat der Senat nur noch über die konstitutionelle Zulässigkeit desselben zu entscheiden. — Im gesetzgebenden Körper wurde heute die Wahl der sechs Sekretäre vorgenommen. Es gingen aus dieser Wahl hervor: die HH. Lafond de St. Mur mit 177, Mége mit 160, Darimon mit 139, Graf Welles de Lavalette mit 125, Graf Conegliano mit 122 Stimmen von 216 Abstimmenden. Zur Wahl des 6. Sekretärs war ein zweites Scrutinium nothwendig. Hr Gouilloutet wurde mit 92 Stimmen gewählt.

Paris, 16. Febr. Die „Liberté“ gibt im folgenden den Wortlaut des ersten Interpellationsantrages, welchen Deputirte in einer der nächsten Sitzungen vorbringen werden: „Die unterzeichneten Deputirten tragen darauf an, der Regierung Interpellationen bezüglich der Veränderungen, die mit dem Dekret vom 24. November vorgenommen worden sind, vorzulegen.“ Dieser Antrag ist von 20 Namen unterzeichnet.

Paris. Wie die „France“ meldet, werden die ersten Interpellationen von Thiers, Berryer und Jules Favre ausgehen. Thiers wird wegen der Adresse-Aufhebung interpelliren, Berryer wegen des Vandal'schen Zirkulars und Jules Favre wegen der mexikanischen Angelegenheiten.

Dem Senatuskonsults-Entwurfe, welchen der Staatsminister Rouher am 15. dem Senate vorlegte, verdienen folgende Motive entnommen zu werden: „Bisher hatte der Senat nur das Recht, alle von dem gesetzgebenden Körper angenommenen Gesetzvorlagen in Betreff ihrer Verfassungsmäßigkeit zu prüfen und, ohne sich auf den Inhalt des Gesetzes selber einlassen zu können, zu erklären, daß aus Gründen der Verfassung der Promulgation eines Gesetzes Nichts im Wege stehe. Es ist nun eine Zusatzbestimmung zu dem Art. 26 der Verfassung vorgeschlagen, wodurch der Senat das Recht erhielte, eine Verbesserung der Gesetze in Anregung zu bringen, die, auch ohne das Verfassungsrecht zu verletzen, ihm mangelhaft zu sein schienen. Eine mit der Erhaltung des Gleichgewichts im Staate betraute Gewalt (pouvoir pondérateur), sagt der Entwurf, hat immer das Recht, warnend hervorzutreten... Fortan wird der Senat, sowie ein Gesetz ihm zu wichtigen Umänderungen und beträchtlichen Verbesserungen geeignet erscheint, das Recht haben, Dies zu sagen, eine neue Prüfung desselben zu verlangen und zu verfügen, daß eine neue Beschlußnahme des gesetzgebenden Körpers erforderlich ist. Diese Ansicht wird der Senat in einem Berichte dem Kaiser vorlegen, der alsdann als Schiedsrichter zwischen den beiden berathenden Körperschaften dem Gesetzentwurf entweder keine Folge geben oder eine neue Diskussion durch den gesetzgebenden Körper veranlassen kann. . . . . Trotz der weisen Vorsichtsmaßregeln, welche für das Einbringen von Amendements getroffen sind, können doch nicht alle Konsequenzen eines Amendements, das in dem letzten Augenblicke gestellt wurde, beachtet worden sein, und es können sich daraus Lücken, Dunkelheiten, selbst Gesetzwidersprüche ergeben. Der Senat wird die nothwendige Macht besitzen, um auf Irrthümer aufmerksam zu machen und zu deren Rücknahme die Initiative zu ergreifen. Wenn nun das Gesetz nach abermaliger Berathung von dem gesetzgebenden Körper in seiner ursprünglichen Fassung aufrecht erhalten wird, so hat sich die neue Prüfung des Senats einzig auf die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes zu erstrecken.“

London, 16. Febr. Gestern im Unterhaus gab, auf eine Frage von Herrn Fortescue, der Minister des Innern die Erklärung: den letzten Berichten aus Irland zufolge seien die Fenier, welche gegen Killarney rückten, zurückgegangen, als sie noch 14 englische Meilen von dieser Stadt entfernt waren und haben sich nach dem Walde von Taonies gezogen. Dort hoffe man sie zu umzingeln. Der Brigadier General Horsfod habe genug Truppen unter seinem Befehle, um zu diesem Resultate zu gelangen, so daß man die Empörung bereits als erstickt betrachten könne. Die Regierung von Irland habe erfahren, daß der südöstliche Theil des Landes vollständig ruhig und daß die jetzige Bewegung im Südwesten aufgehalten sei. — Die „Times“ spricht bezüglich der französischen Thronrede ihren Glauben aus, daß der Kaiser fortan mit der Nation die Verantwortlichkeit der auswärtigen Ereignisse theilen will, bedauert aber zu sehen, daß der Kaiser meint, der Einfluß einer Nation hänge von der Zahl der Mannschaften ab, die sie unter die Waffen rufen könne. Sie zweifelt nicht an den liberalen Gesinnungen des Kaisers. — Die „M. Post“ billigt die kaiserliche Rede unbedingt, in welcher sie eine wohlwollende Anerkennung der vollendeten Thatsachen erblickt. — Auch „Daily News“ billigt die Rede.

Warschau, 13. Febr. In sehr bestimmter Weise wird versichert, daß wir binnen Kurzem einen Ukas zu erwarten haben, durch

welchen Polen auch seine Bezeichnung als „Königreich Polen“ verlieren soll. Das Königreich soll in zwei General-Guberniums getheilt werden, deren Gränze die Weichsel bilden wird. Die Hauptstadt des diesseitigen General-Gouvernements wird Warschau, des General-Gouvernements jenseit der Weichsel Lublin sein. Als General-Gouverneur von Warschau wird Trepow genannt. General Graf Berg, dessen Statthalterposten aufhört, soll als Feldmarschall den Oberbefehl über sämmtliche sowohl im Königreich Polen als auch in Litthauen und Wolhynien stehende Truppen haben, und zu diesem Behufe seinen Sitz in einem Orte nehmen, der mehr im Mittelpunkte liegt; man nennt als solchen Ort Brzesc oder Wilna. Diese Gerüchte finden allgemeinen Glauben und dürfte deren Ausführung nicht lange auf sich warten lassen. — Daß binnen Kurzem auch das Justizwesen Polens nach russischem Muster reorganisirt werden soll, geht aus dem Umstande hervor, daß der Gehalts-Etat der Justizbeamten des Königreichs Polen nur bis zu Johanni bestätigt worden ist. — Der amtliche „Dzienn. Warsz.“ druckt aus der in Petersburg erscheinenden Zeitung „Golos“ einen sehr langen Artikel ab, in welchem die preußische Regierung angeklagt wird, barbarische Mittel zur Vernichtung eines Theils des Slawenthums, des Polenthums in Preußen nämlich, anzuwenden. Den Streit zwischen Rußland und Polen, heißt es in dem Artikel, haben sie wie Brüder unter sich auszumachen, er ist gleich dem Streite zwischen Preußen und dem annektirten Hessen; es dürfen aber daraus die Deutschen nicht das Recht folgern, daß sie auch eine ihnen fremde Nationalität unterdrücken können. Was sagen Sie zu dieser Fürsorge der russischen Presse für die Polen in Preußen? (Danz. Z.)

Das „Mémor. Diplomat.“ hat Nachrichten aus **Mexiko**, auf die es um so mehr Gewicht legt, als sie ihm in vollständigem Widerspruch zu den von dem „Messager franco-americain“ verbreiteten beunruhigenden Gerüchten zu stehen scheinen. Kaiser Maximilian lebt, diesen Nachrichten des „Mémor.“ zufolge, in der Hacienda de la Teja halbwegs zwischen der Hauptstadt und dem Schlosse Chapultepec; er führt dort in Erwartung der Entscheidung des Nationalkongresses ein bescheidenes etikettenloses Leben und hält keinen Hofstaat, da er die Personen seiner Umgebung entlassen hat. Die Lage ist allerdings immer noch schwierig, aber keineswegs verzweifelt. Man darf selbst hoffen, daß sie sich in kurzem besser gestalten werde. Die Streitkräfte, über welche der Kaiser noch verfügt, sind keineswegs so unbedeutend, wie man aussprengt. General Miramon, der bei Guanajuato steht, hat 5000 Mann Infanterie, 2000 Reiter und 40 Kanonen. Er wird nächstens den Feldzug eröffnen und die Staaten San Louis de Potosi, Zacatecas und Guadalajara den Juaristen wieder abnehmen. General Marquez seinerseits wird nächstens an der Spitze von vier Divisionen die Hauptstadt verlassen und das Thal von Mexiko von den dort sich herumtreibenden Guerrillas säubern. Allerdings sind die finanziellen Mittel nicht im Ueberfluß vorhanden, allein der Finanzminister bereitet eifrig die Maßregeln vor, welche die Lage des Staatsschatzes verbessern und die dringendsten Bedürfnisse befriedigen sollen.

Neueres.

Berlin, 19. Febr. Der König empfing heute Vormittag die Frankfurter Deputation und reiste darauf um $11\frac{1}{4}$ Uhr nach Dresden ab.

Triest, 17. Febr. (Ueberlandpost.) Nachrichten aus Calcutta vom 23., Bombay vom 29. Jänner besagen: Der Gesandte des Königs von Bockhara ist in Calcutta angekommen. Zwischen den Truppen des Emir Schir Ali und Ufzul Khan in Kabul fanden drei Treffen ohne Entscheidung statt.

Petersburg, 17. Febr. Die „Nordische Post“ bemerkt anläßlich einer Unterredung des russischen Gesandten am Wiener Hofe, Grafen Stackelberg, und des Ministers Baron Beust: Wenn diese Unterredung wirklich stattgefunden, so widerspricht dieselbe nicht den prinzipiellen Beziehungen der russischen Diplomatie zur orientalischen Frage.

Alexandrien, 12. Febr. Jussuff Karam ist auf dem Wege nach Algerien hier angekommen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$66\frac{1}{2}$ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$63\frac{1}{4}$ P.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$55\frac{1}{8}$—$\frac{3}{8}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	$46\frac{3}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	42—$\frac{1}{4}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$97\frac{7}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$97\frac{7}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	93 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	93 G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$98\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$85\frac{3}{4}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$97\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	85 G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$94\frac{3}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	93 P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	87 G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$84\frac{5}{8}$ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84\frac{1}{4}$ P.
N Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$78\frac{1}{4}$ P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	77—$\frac{1}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$135\frac{1}{2}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	700—702 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	174 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$93\frac{1}{4}$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	215 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$93\frac{3}{4}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	342 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$111\frac{1}{4}$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	111 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	158 P. $157\frac{1}{4}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$90\frac{1}{2}$ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	113 P. $112\frac{3}{4}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$48\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$74\frac{1}{4}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	$45\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$120\frac{1}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	$119\frac{3}{4}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{2}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Thl. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{2}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{2}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P. $104\frac{7}{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{4}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{8}$ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$93\frac{1}{8}$ P. $92\frac{7}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	93 P.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

		Kurhess. Thlr. 40 b. R.	—
		Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$143\frac{3}{8}$ G.
Oesterr. fl. 250 v. 1839	$113\frac{1}{4}$—$12\frac{3}{4}$ G.	„ fl. 25 do.	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	62 P.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$34\frac{3}{4}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$71\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.	Sardinische Fr. 36 b. R.	—
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$122\frac{1}{2}$ P.	Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
„ do. v. 1864	77 G.	Freiburger 15 Frs.-Loose	—
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$102\frac{3}{4}$ P. $\frac{5}{8}$ G.	Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$28\frac{1}{2}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{1}{8}$ P.	St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	33 P.
Badische fl. 35	$54\frac{7}{8}$—$55\frac{3}{8}$ G.	Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{5}{8}$ P.

Frankfurt, 19. Februar. Nachdem das große Geschäft in österreichischen Effekten seit Ende voriger Woche schon nachgelassen, ist in dieser Woche die Börse in ihre frühere Trägheit zurückgefallen. Mit dem Wegfall der großen Schwankungen ist auch das große Geschäft der jüngstverflossenen Zeit weggefallen. Oesterreicher waren sehr still. Englische Metalliques, National und Loose waren fest, Creditaktien dagegen matter. Dafür wandte sich die Aufmerksamkeit wieder mehr dem lange vernachlässigten Amerika zu, das auf bessere Newyorker Gold- und Bondskourse in um so festerer Haltung verkehrte, als sich die neulich vom Wagner'schen Bureau gemeldete Sensationsnachricht von der angeblich beabsichtigten Anerkennung der Südschuld bei näherer Beleuchtung in ihr grades Gegentheil verkehrt: die Südstaaten grade sind es, die bei dem neuen Rekonstruktionsplan die Nichtanerkennung der Südschuld selbst beantragen. Allerdings ein gefährlicher Schnitzer! Da comptante Stücke mitten im Monat immer rar sind, so war der Preis für Bonds per ultimo $\frac{1}{8}$ pCt. niederer. Süddeutsche ziemlich unverändert, Nassauer, 4 pCt. Bayerische, $3\frac{1}{2}$pCt. Frankfurter und Frankfurter Bank sogar noch höher, als gestern. Geldstand immer noch so coulant, daß Disconto bedeutend unter Banksatz anzubringen war. Von Eisenbahnen Ostbahn höher. Von Prioritäten alte Staatsbahn fest und neue, da die Repartition der Zeichnungen noch nicht erfolgt, noch nicht erhältlich. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 52. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 21. Februar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 17. Februar. Se. Majestät der König hat die kath. Pfarrei Oberbergen, Bezirksamts Landsberg, dem derzeitigen Verweser derselben, Priester Joh. N. Berchtold, übertragen; den Kanzlisten der Regierung der Pfalz, Ch. H. Gilardone, für immer in den erbetenen Ruhestand treten lassen und zum Kanzlisten der Regierung der Pfalz den Funktionär bei genannter Kreisstelle, F. Ch. Merckel aus Speyer, in prov. Eigenschaft ernannt.

Der Adelsmatrikel wurden einverleibt die Gebrüder Norbert und Mainhart Frhrn. v. Hanzel sammt ihren beiderseitigen Abkömmlingen bei der Freiherrn-Klasse lit. H Fol. 51 Act Nr. 7341, der kgl. Staatsrath Franz Seraph Ritter v. Pfistermeister und dessen Bruder, der königl. Gendarmerie-Hauptmann Karl Konrad Joseph Ritter v. Pfistermeister, sammt ihren beiderseitigen Abkömmlingen bei der Ritterklasse lit. P Fol. 25 Act Nr. 9641.

Der kgl. Forstwart M. Rothbaas zu Kößlarn wurde auf die erledigte Forstwartei Aigen und an dessen Stelle der kgl. Forstwart J. Horl zu Alm in gleicher Diensteseigenschaft, beide ihrem Ansuchen entsprechend, versetzt, sodann der Forstgehilfe K. Brunnbauer zu Neuötting zum provisorischen Forstwart in Alm, Forstamts Wolfstein, ernannt.

München, 18. Febr. Die Zahl der konskriptionspflichtigen Jünglinge der Altersklasse 1845 beträgt im Regierungsbezirke Oberbayern 5874, Niederbayern 4914, Pfalz 7218, Oberpfalz und Regensburg 4621, Oberfranken 5390, Mittelfranken 5231, Unterfranken und Aschaffenburg 5490, Schwaben und Neuburg 4770, sohin im Ganzen 43508 Mann (und im Vergleiche zum Vorjahre um 1785 mehr). Hievon sind gemäß Entschließung des königlichen Staatsministeriums des Innern vom 8. ds. Mts. zur Ergänzung des stehenden Heeres an die Armee abzustellen im Regierungsbezirke Oberbayern 2165, Niederbayern 1807, Pfalz 2655, Oberpfalz und Regensburg 1699, Oberfranken 1982, Mittelfranken 1924, Unterfranken und Aschaffenburg 2019, Schwaben und Neuburg 1751. Summa 16000 Mann. Davon treffen insbesondere auf die Artillerie (einschließlich der Ouvriers, der Fuhrwesens-Eskadrons und Feuerwerks-Kompagnie) 2210, das Genie-Regiment 341, die 16 Infanterie-Regimenter 10592, die 8 Jäger-Bataillons 1151, die 12 Kavallerie-Regimenter 1548, die 4 Sanitäts-Kompagnien 158. Summa 16000 Mann. Die Aushebung hat am 1. März d. J. zu beginnen und ist im Interesse der Betheiligten die Anordnung getroffen, daß sämmtliche Konskribirte (ausgenommen die mit sog. auffallenden Gebrechen behafteten) beim betreffenden obersten Rekrutirungsrathe oberärztlich visitirt werden. Der Rekrutenunterricht hat laut Entschließung des kgl. Kriegsministeriums vom 15. d. M. bei sämmtlichen Waffengattungen gleichzeitig am 1. April d. J. zu beginnen. Jede Heeresabtheilung hat zu dem Ende von der ihr zukommenden Zahl von Konskribirten den sechsten Theil ihres formationsmäßigen Friedensstandes an Dienstbaren auf den 31. März Abends einzuberufen und diese Konskribirten nach erfolgter Verpflichtung bis dahin in ihre Heimath zu beurlauben. Die über die Zahl dieses Bedarfs den Heeresabtheilungen noch verbleibenden Konskribirten des diesjährigen Zugangs sind vorläufig in die Abtheilung der Unmontirt-Assentirten aufzunehmen. (Bayer. Ztg.)

Aus **München,** 17. Febr., schreibt man der „Allg. Ztg.“: „Von Sr. Maj. dem Könige Ludwig I. sind Briefe aus Rom bis 11. ds. hier eingetroffen. Se. Maj. erfreute sich fortwährend des erwünschtesten Wohlbefindens und wollte das prachtvolle Frühlingswetter zu einem Ausfluge nach Neapel benützen, der auf eine achttägige Dauer berechnet war. Am 19. ds. soll die Abreise dahin auf der Eisenbahn stattfinden.

Der Gesetzentwurf über den Bau einer Eisenbahn von Schweinfurt über Oerlenbach nach Kissingen setzt den Bedarf hiefür, einschließlich der dadurch veranlaßten Erweiterung der Bahnhofs-Anlage in Schweinfurt, auf den Maximalbetrag von drei Millionen achthundertachtzigtausend Gulden an, welcher durch ein auf die Staats-Eisenbahnen zu versicherndes Staatsanlehen gedeckt werden soll. (Bayer. Ztg.)

München, 18. Febr. Der II. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat dem Vernehmen nach bezüglich des vom Abgeordneten Föckerer gestellten Antrages auf Erlassung eines Vermarkungsgesetzes heute beschlossen, der Kammer vorzuschlagen, an die k. Staatsregierung die Bitte um Einbringung eines Gesetzentwurfes zu stellen, wodurch die Vermarkung der Grundstücke geregelt wird.

Darmstadt, 18. Febr. Die in „Unsere Zeit“ enthaltenen Schilderungen der hessischen Zustände erregen hier eine lebhafte Aufmerksamkeit, und soll kürzlich hier eine Haussuchung vorgenommen worden sein, durch welche man den Verfasser jenes Aufsatzes zu ermitteln bezweckte. (H. L.-Z.)

Preußen. (Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes. Fortsetzung.)

VII. Eisenbahnwesen. Art. 38. Eisenbahnen, welche im Interesse der Vertheidigung des Bundesgebiets oder im Interesse des gemeinsamen Verkehrs für nothwendig erachtet werden, können kraft eines Bundesgesetzes auch gegen den Widerspruch der Bundesglieder, deren Gebiet die Eisenbahnen durchschneiden, unbeschadet der Landeshoheitsrechte, für Rechnung des Bundes angelegt oder an Privat-Unternehmer zur Ausführung konzessionirt werden. Jede bestehende Eisenbahnverwaltung ist verpflichtet, sich den Anschluß neu angelegter Eisenbahnen auf Kosten der letzteren gefallen zu lassen. Art. 39. Die Bundesregierungen verpflichten sich, die im Bundesgebiete belegenen Eisenbahnen im Interesse des allgemeinen Verkehrs wie ein einheitliches Netz verwalten und zu diesem Behufe auch die neu herzustellenden Bahnen nach einheitlichen Normen anlegen und ausrüsten zu lassen. Art. 40. Es sollen demgemäß mit thunlichster Beschleunigung gleiche Betriebseinrichtungen getroffen, insbesondere gleiche Bahn-Polizei- und Betriebs-Reglements für Personen- und Gütertransport eingeführt werden. Der Bund hat dafür Sorge zu tragen, daß die Eisenbahnverwaltungen die Bahnen jederzeit in einem die nöthige Sicherheit gewährenden baulichen Zustande erhalten und dieselben mit Betriebsmaterial so ausrüsten, wie das Verkehrsbedürfniß es erheischt. Art. 41. Die Eisenbahnverwaltungen sind verpflichtet, die nöthigen Personen- und Güterzüge mit entsprechender Fahrgeschwindigkeit einzuführen, auch direkte Expeditionen im Personen- und Güterverkehr, unter Gestattung des Ueberganges der Transportmittel von einer Bahn auf die andere, gegen die übliche Vergütung einzurichten. Art. 42. Dem Bunde steht die Controle der Tarife zu. Er wird dieselbe ausüben zu dem Zwecke, die Gleichmäßigkeit und möglichste Herabsetzung derselben zu erreichen, insbesondere für den Transport von Kohlen, Coaks, Holz, Erzen, Steinen, Salz, Roheisen, Düngungsmitteln und ähnlichen Gegenständen einen dem Bedürfnisse der Landwirthschaft und der Industrie entsprechenden ermäßigten Tarif für größere Entfernungen und schließlich den Ein-Pfennig-Tarif für Centner und Meile im ganzen Bundesgebiete einzuführen. Art. 43. Bei eintretenden Nothständen, insbesondere bei ungewöhnlicher Theuerung der Lebensmittel, sind die Eisenbahnverwaltungen verpflichtet, für den Transport namentlich von Getreide, Mehl, Hülsenfrüchten und Kartoffeln zeitweise einen dem Bedürfnisse entsprechenden, von dem Bundespräsidium auf Vorschlag des betreffenden Bundesraths-Ausschusses festzustellenden niedrigen Spezial-Tarif einzuführen. Art. 44. Den Anforderungen der Bundesbehörden in Betreff der Benutzung der Eisenbahnen zum Zwecke der Vertheidigung des Bundesgebietes haben sämmtliche Eisenbahnverwaltungen unweigerlich Folge zu leisten. Insbesondere ist das Militär und alles Kriegsmaterial zu gleichen, ermäßigten Sätzen zu befördern.

VIII. Post- und Telegraphenwesen. Art. 45. Das Postwesen und das Telegraphenwesen werden für das gesammte Gebiet des norddeutschen Bundes als einheitliche Staatsverkehrsanstalten eingerichtet und verwaltet. Die im Art. 4 vorgesehene Gesetzgebung des Bundes in Post- und Telegraphen-Angelegenheiten erstreckt sich nicht auf diejenigen Gegenstände, deren Regelung, nach den gegenwärtig in der preußischen Post- und Telegraphenverwaltung maßgebenden Grundsätzen, der reglementarischen Feststellung oder administrativen Anordnung überlassen ist. Art. 46. Die Einnahmen des Post- und Telegraphenwesens sind für den ganzen Bund gemeinschaftlich. Die Ausgaben werden aus den gemeinschaftlichen Einnahmen bestritten.

Die Ueberschüsse fließen in die Bundeskasse (Abschnitt XII.). Art. 47. Dem Bundespräsidium gehört die obere Leitung der Post- und Telegraphenverwaltung an. Dasselbe hat die Pflicht und das Recht, dafür zu sorgen, daß Einheit in der Organisation der Verwaltung und im Betriebe des Dienstes, sowie in der Qualifikation der Beamten hergestellt und erhalten wird. Das Präsidium hat für den Erlaß der reglementarischen Festsetzungen und allgemeinen administrativen Anordnungen, sowie für die ausschließliche Wahrnehmung der Beziehungen zu anderen deutschen oder außerdeutschen Post- und Telegraphenverwaltungen Sorge zu tragen. Sämmtliche Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung sind verpflichtet, den Anordnungen des Bundespräsidiums Folge zu leisten. Diese Verpflichtung ist in den Diensteid aufzunehmen. Die Anstellung der bei den Verwaltungsbehörden der Post und Telegraphie in den verschiedenen Bezirken erforderlichen oberen Beamten (z. B. der Direktoren, Räthe, Ober-Inspektoren), ferner die Anstellung der zur Wahrnehmung des Aufsichts- u. s. w. Dienstes in den einzelnen Bezirken als Organe der erwähnten Behörden fungirenden Post- und Telegraphen-Beamten (z. B. Inspektoren, Controleure) geht für das ganze Gebiet des norddeutschen Bundes von dem Präsidium aus, welchem diese Beamten den Diensteid leisten. Den einzelnen Landesregierungen wird von den in Rede stehenden Ernennungen, soweit dieselben ihre Gebiete betreffen, Behufs der landesherrlichen Bestätigung und Publikation rechtzeitig Mittheilung gemacht werden. Die anderen bei den Verwaltungsbehörden der Post und Telegraphie erforderlichen Beamten, sowie alle für den lokalen und technischen Betrieb bestimmten, mithin bei den eigentlichen Betriebsstellen fungirenden Beamten u. s. w. werden von den betreffenden Landesregierungen angestellt. Wo eine selbständige Landespost-, resp. Telegraphenverwaltung nicht besteht, entscheiden die Bestimmungen der besonderen Verträge. Art. 48. Zur Beseitigung der Zersplitterung des Post- und Telegraphenwesens in den Hansestädten wird die Verwaltung und der Betrieb der verschiedenen dort befindlichen staatlichen Post- und Telegraphen-Anstalten nach näherer Anordnung des Bundespräsidiums, welches den Senaten Gelegenheit zur Aeußerung ihrer hierauf bezüglichen Wünsche geben wird, vereinigt. Hinsichtlich der dort befindlichen deutschen Anstalten ist diese Vereinigung sofort auszuführen. Mit den außerdeutschen Regierungen, welche in den Hansestädten noch Postrechte besitzen oder ausüben, werden die zu dem verstehenden Zwecke nöthigen Vereinbarungen getroffen werden. Art. 49. Bei Ueberweisung des Ueberschusses der Postverwaltung für allgemeine Bundeszwecke (Art. 46) soll, in Betracht der bisherigen Verschiedenheit der von den Landes-Postverwaltungen der einzelnen Gebiete erzielten Reineinnahmen, zum Zwecke einer entsprechenden Ausgleichung während der unten fortgesetzten Uebergangszeit folgendes Verfahren beobachtet werden. Aus den Postüberschüssen, welche in den einzelnen Postbezirken während der fünf Jahre 1861 bis 1865 aufgekommen sind, wird ein durchschnittlicher Jahresüberschuß berechnet und der Antheil, welchen jeder einzelne Postbezirk an dem für das gesammte Gebiet des norddeutschen Bundes sich danach herausstellenden Postüberschüsse gehabt hat, nach Prozenten festgestellt. Nach Maßgabe des auf diese Weise festgestellten Verhältnisses werden aus den im Bunde aufkommenden Postüberschüssen während der nächsten acht Jahre den einzelnen Staaten die sich für dieselben ergebenden Quoten auf ihre sonstigen Beiträge zu Bundeszwecken zu Gute gerechnet. Nach Ablauf der acht Jahre hört jene Unterscheidung auf, und fließen die Postüberschüsse in ungetheilter Aufrechnung nach dem in Art. 46 enthaltenen Grundsatze der Bundeskasse zu. Von der während der vorgedachten acht Jahre für die Hansestädte sich herausstellenden Quote des Postüberschusses wird alljährlich vorweg die Hälfte dem Bundespräsidium zur Disposition gestellt zu dem Zwecke, daraus zunächst die Kosten für die Herstellung normaler Posteinrichtungen in den Hansestädten zu bestreiten.

IX. Marine und Schifffahrt. Art. 50. Die Kriegs-Marine der Nord- und Ostsee ist eine einheitliche unter preußischem Oberbefehl. Die Organisation und Zusammensetzung derselben liegt Sr. Majestät dem Könige von Preußen ob, welcher die Offiziere und Beamten der Marine ernennt und für welchen dieselben nebst den Mannschaften eidlich in Pflicht zu nehmen sind. Der kieler Hafen und der Jadehafen sind Bundes-Kriegshäfen. Als Maßstab der Beiträge zur Gründung und Erhaltung der Kriegsflotte und der damit zusammenhangenden Anstalten dient die Bevölkerung. Ein Etat für die Bundes-Marine wird nach diesem Grundsatze mit dem Reichstage vereinbart. Die gesammte seemännische Bevölkerung des Bundes, einschließlich des Maschinen-Personals und der Schiffs-Handwerker, ist vom Dienste im Landheere befreit, dagegen zum Dienste in der Bundes-Marine verpflichtet. Die Vertheilung des Ersatzbedarfs findet nach Maßgabe der vorhandenen seemännischen Bevölkerung Statt, und die hiernach von jedem Staate gestellte Quote kommt auf die Gestellung zum Landheere in Abrechnung. Art. 51. Die Kauffahrteischiffe aller Bundesstaaten bilden eine einheitliche Handels-Marine. Die Kauffahrteischiffe sämmtlicher Bundesstaaten führen dieselbe Flagge, schwarz-weiß-roth. Der Bund hat das Verfahren zur Ermittelung der Ladungsfähigkeit der Seeschiffe zu bestimmen, die Ausstellung der Meßbriefe so wie der Schiffs-Certifikate zu regeln und die Bedingungen festzustellen, von welchen die Erlaubniß zur Führung eines Seeschiffes abhängig ist. In den Seehäfen und auf allen natürlichen und künstlichen Wasserstraßen der einzelnen Bundesstaaten werden die Kauffahrteischiffe sämmtlicher Bundesstaaten gleichmäßig zugelassen und behandelt. Die Abgaben, welche in den Seehäfen von den Seeschiffen oder deren Ladungen für die Benutzung der Schifffahrts-Anstalten erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung und gewöhnlichen Herstellung dieser Anstalten erforderlichen Kosten nicht übersteigen. Auf allen natürlichen Wasserstraßen dürfen Abgaben nur für die Benutzung besonderer Anstalten, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind, erhoben werden. Diese Abgaben, so wie die Abgaben für die Befahrung solcher künstlichen Wasserstraßen, welche Staatseigenthum sind, dürfen die zur Unterhaltung und gewöhnlichen Herstellung der Anstalten und Anlagen erforderlichen Kosten nicht übersteigen. Auf die Flößerei finden diese Bestimmungen in so weit Anwendung, als dieselbe auf schiffbaren Wasserstraßen betrieben wird. Auf fremde Schiffe oder deren Ladungen andere oder höhere Abgaben zu legen, als von den Schiffen der Bundesstaaten oder deren Ladungen zu entrichten sind, steht keinem Einzelstaate, sondern nur dem Bunde zu.

X. Consulatwesen. Art. 52. Das gesammte Norddeutsche Consulatwesen steht unter der Aufsicht des Bundes-Präsidiums welches die Consuln, nach Vernehmung des Ausschusses des Bundesraths für Handel und Verkehr, anstellt. In dem Amtsbezirk der Bundeskonsuln dürfen neue Landeskonsulate nicht errichtet werden. Die Bundeskonsuln üben für die in ihrem Bezirk nicht vertretenen Bundesstaaten die Funktionen eines Landeskonsuls aus. Die sämmtlichen bestehenden Landeskonsulate werden aufgehoben, sobald die Organisation der Bundeskonsulate dergestalt vollendet ist, daß die Vertretung der Einzelinteressen aller Bundesstaaten als durch die Bundeskonsulate gesichert von dem Bundesrathe anerkannt wird.

(Schluß f.)

Berlin, 17. Febr. Das Ergebniß der Wahlen zum Reichstage des norddeutschen Bundes läßt sich vollständig auch heute noch keineswegs übersehen, da aus vielen Wahlkreisen die Nachrichten noch im Rückstande oder unvollständig sind. So viel unterliegt indessen schon jetzt keinem Zweifel, daß der Regierung eine sehr starke Majorität gesichert ist. Man kann sagen, daß das Experiment mit dem allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrecht, insofern man gemeint hat, durch diesen demokratischen Wahlmodus dem bisherigen Resultate der Drei-Klassen-Wahlen ein Paroli biegen zu können, vollkommen geglückt ist. Aus einzelnen Landestheilen liegen in dieser Beziehung ganz überraschende Resultate vor. So hat sich die Provinz Preußen seit Jahren dadurch ausgezeichnet, daß sie die radikalsten Abgeordneten in die Landesvertretung schickte, und jetzt hat sie fast durchweg konservativ gewählt. In anderen Provinzen traten ähnliche Erscheinungen zu Tage. Die größeren Provinzialstädte machen vielfach zwar Ausnahmen, doch ist dies nicht geeignet, eine Aenderung in das Verhältniß des **Ganzen** zu bringen. Noch viel günstiger für die Regierung aber stellt sich das Verhältniß, wenn man — wie es in dem vorliegenden Falle doch auch allein zutreffend ist — nicht nach der hergebrachten Schablone zwischen den Liberalen und den Konservativen, sondern lediglich zwischen Denjenigen unterscheidet, welche die Begründung des norddeutschen Bundes unbedingt unterstützen wollen, und Denjenigen, die dem durch Partikularismus entgegenwirken möchten. Diese letzteren sind durchaus vereinzelt und sie erreichen in den alten Landestheilen nicht die Zahl von 6. Mehr oder weniger dürften hieher auch noch gehören die Abgeordneten aus den Herzogthümern, die, mit Ausnahme eines einzigen, alle von streng augustenburgischer Färbung sind, ferner die Hälfte der hannoverschen Abgeordneten und die Hälfte der sächsischen. Im Ganzen ergibt dies eine Zahl von etwa 35—40. Treten die Polen und Klerikalen — was übrigens noch abzuwarten bleibt — in den entscheidenden Abstimmungen hinzu, so mag die Zahl auf etwa 50 steigen. Die Gesammtzahl der Abgeordneten zum Parlament beträgt aber 296, und es leuchtet somit ein, daß die prinzipielle Opposition selbst auch in dem für sie günstigsten Falle nur eine verschwindende Minorität ausmachen würde. (Bayer. Ztg.)

Kiel, 16. Febr. Ein Reskript des Oberpräsidenten ertheilt den bei der Einverleibungsfeier nicht erschienenen elf Stadt-Deputirten einen Verweis und droht bei künftigem Ungehorsam eine Suspendirung der Städteordnung an.

Wien. Die „Wiener Ztg.“ erhält folgendes, die Ernennung des ungarischen Ministeriums betreffende kais. Reskript

an die königl. ungarische Statthalterei: „Franz Joseph der Erste 2c. Li.be Getreue! Von der väterlichen Absicht geleitet, die Wohlfahrt und verfassungsmäßige Entwicklung Unseres geliebten Königreiches Ungarn dauernd zu begründen, haben Wir, in Erfüllung der Uns von den gesetzlichen Vertretern des Landes allerunterthänigst unterbreiteten Wünsche, die Constituirung eines verantwortlichen ungarischen Ministeriums beschlossen, und zu dessen Präsidenten Unseren lieben Getreuen den hoch- und wohlgebornen Grafen Julius Andrassy v. Czikszentkiraly und Krasznahorka unter Einem ernannt. Indem hienach auch die Wirksamkeit Unserer, zufolge Unserer Verfügungen vom 20. Okt. 1860 reaktivirten ungarischen Statthalterei aufzuhören hat, verständigen Wir hievon Eure Getreuen unter allergnädigster Anerkennung der auch in der verflossenen Zeit unter schwierigen Verhältnissen neuerlich bethätigten treuen und eifrigen Dienste, mit dem Bemerken, daß Wir Unseren obgenannten Ministerpräsidenten gleichzeitig angewiesen haben, in Bezug auf die vollständige Einstellung der Amtsthätigkeit der ungarischen Statthalterei, sowie auf die Art der mit Vermeidung von Störungen des Ganges der Verwaltung zu bewirkenden Uebergabe der Geschäfte an das zu aktivirende verantwortliche Ministerium, im Einvernehmen mit Unserem k. Tavernicus die entsprechenden Verfügungen zu treffen. Denen Wir übrigens mit Unserer k. k. Huld und Gnade bleibend gewogen bleiben. Gegeben in Unserer Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, am 17. Febr. 1867. Franz Joseph m p. Ladislaus v. Karolyi m. p. Stephan v. Papay m. p."

Wien, 18. Febr. Zwei entgegengesetzte Strömungen sind es, welche der endlichen Konsolidirung der inneren Zustände des Kaiserstaates noch immer hindernd in den Weg treten, und wenn gleich mit voller Zuversicht erwartet werden darf, daß es jetzt nicht mehr gelingen werde, das Ausgleichswerk — darin besteht eben die Konsolidirung — gänzlich unmöglich zu machen, so sind die erwähnten Strömungen noch immer stark genug, dasselbe noch zu verzögern. Diese Elemente sind der starre Centralismus mit seinem unbeugsamen Festhalten eines vermeintlichen Rechtsbodens und der unter der vorigen Regierung so sehr protegirte Föderalismus, welcher leider nicht so leicht beseitigt werden kann, als es mit dessen Schutzherrn der Fall war. Es wäre beinahe unglaublich, wenn nicht die tägliche Ueberzeugung die Thatsache bestätigen würde, daß diese beiden Systeme, einander entgegengesetzt, wie Feuer und Wasser, sich jetzt brüderlich die Hand reichen, um dem Dualismus, nach unserer Ansicht der einzigen möglichen Regierungsform in Oesterreich, womöglich den Todesstoß zu versetzen. Die Centralisten, denen es gelang, im Vereine mit den Autonomisten, und gestützt von jedem aufrichtigen Patrioten, den Föderalismus in seinem hervorragendsten Träger zu Falle zu bringen, vereinen sich mit dem Besiegten, um ihrem unmöglichen, rein theoretischen Systeme über jene zum Siege zu verhelfen, welche, festhaltend an dem einzig legalen Boden des Rechtes, streben, Oesterreich einer bessern Zukunft entgegenzuführen. (Leitha.)

Pesth, 18. Febr. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde ein kgl. Reskript verlesen. Dasselbe gewährt die Bitte des Landta es wegen Sistirung des Heeresergänzungspatentes und überweist das Letztere dem Landtage zur verfassungsmäßigen Behandlung. Das Reskript verspricht außerdem die Herstellung der ungarischen Verfassung sowie die Einsetzung eines ungarischen Ministeriums und ernennt den Grafen J. Andrassy zum Ministerpräsidenten. Die Verlesung wurde von stürmischen Eljen-Rufen begleitet. Der Präsident beantragte die Absendung einer Deputation, um dem König zu danken. Graf Andrassy versprach baldigst die Ministerliste vorzulegen.

Agram, 17. Febr. Ein Wiener Telegramm des „Pozor“ meldet als zuverlässig, daß der bisherige Hofkanzler Kussevich zum Ban e ernannt sei. Die Ernennung neuer Obergespäne, die Auflösung des Landtages und Anordnung von Neuwahlen sei bevorstehend.

Paris, 17. Febr. In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers hat Hr. Glais-Bizoin die wiederhergestellte Tribüne eingeweiht. Er verlangte das Wort über das Protokoll und bestieg, der Aufforderung der Kammer folgend, die Rednerbühne, indem er „einer alten Bekanntschaft“ seinen Gruß beim Wiedersehen darbrachte und gleichzeitig sein Bedauern ausdrückte, daß kein besserer Redner zum ersten Male von diesem Punkte aus das Wort ergreife. Glais-Bizoin wendet sich in seiner sarkastischen Weise an den Präsidenten, damit er für die Zukunft verhindere, was in der vorhergegangenen Sitzung sich zugetragen habe. Man habe nämlich das Dekret vom 19. Febr. umgangen, indem man an die Stelle der abgeschafften Adreßdiskussion eine Antwort auf die Thronrede in Form eines von den Präsidenten gehaltenen apologetischen Monologs gesetzt habe. Es käme dann so weit, daß die Thronrede, wie sie das Recht habe, sagen würde: „Meine Politik ist gut, ist vortrefflich, und darauf würde der Kammerpräsident das Wort ergreifen, um zu antworten: „Sire, Ihre Politik ist ausgezeichnet.“ So lange die Kritik der Thronrede untersagt sei, müsse auch jeder andern Stimme im Hause das Lob derselben untersagt sein.

Paris, 18. Febr. Dem „Moniteur“ zufolge ist die Mittheilung des Gelbbuches im gesetzgebenden Körper auf Mittwoch verschoben. Die „France“ sagt, die Verzögerung sei hervorgerufen durch den Wunsch des Marquis de Moustier, noch einige Dokumente neueren Datums mit vorlegen zu können, aus welchen die Geneigtheit der türkischen Regierung hervorgeht, das Versöhnungswerk zu erleichtern, welches die Mächte ihr vorgeschlagen haben. Die „France“ bemerkt dabei, die von Candia handelnden Dokumente würden erkennen lassen, daß über diese Angelegenheit vollständige Uebereinstimmung von Anfang an zwischen England, Rußland, Oesterreich und Frankreich bestanden hat. Basis dieser Uebereinstimmung sei die Nothwendigkeit für die Türkei, die Autonomie der Insel Candia unter einem christlichen Gouverneur anzuerkennen. Diese Frage sei noch nicht völlig zum Abschluß gelangt, aber man könne annehmen, Candia werde auf denselben Fuß gestellt werden wie Samos. — Der „Constitutionnel“ meldet, daß der Staatsrath heute über die Militär-Reorganisation abgestimmt hat. Als Basis derselben bezeichnet das Blatt ein Contingent von 160,000 Mann, in zwei Abtheilungen getheilt: die erste hätte fünf Jahre im stehenden Heer zu dienen, die zweite würde vier Jahre zur Kriegsreserve und weitere fünf Jahre zur mobilen Nationalgarde gehören.

Das französische „Blaubuch“ gibt eine ausführliche Darlegung der Lage des Kaiserreichs und ist eine wesentliche Ergänzung zu der kaiserlichen Thronrede. Eingehender als diese bespricht der auf die auswärtige Lage bezügliche Theil des Blaubuchs in interessanter Weise mit Vorzug die Angelegenheiten und Veränderungen Deutschlands. Aus diesem Theile wollen wir daher etwas Ausführlicheres ausheben. „Die große Thatsache — sagt der Minister Marquis de Moustier —, die das Jahr 1866 ausgezeichnet hat und ihm einen bedeutenden Platz in der Geschichte sichert, ist der im Zentrum Europas ausgebrochene Krieg. In Deutschland brach wie in Italien das Gebäude von 1815 zusammen. Schon längst erwartete Frankreich seinen Fall, und es kann wirklich nicht betrübt darüber sein, daß er sich endlich vollbracht hat. Dieses Resultat ward erreicht, ohne daß wir den Degen hätten ziehen müssen. . . . Das Bundessystem Deutschlands hatte aufgehört, den Ideen und Bedürfnissen, die durch den gegenwärtigen Lauf der Dinge herbeigeführt waren, zu entsprechen. Von mächtigen Genossenschaften untergraben, ohne Autorität für den Geist der Masse, hatte es nicht einmal die vollständige Unterstützung der Regierungen, die doch dabei interessirt waren, ihre Selbstherrschaft und die bestehenden Einrichtungen zu schützen. Die Mittelstaatengruppen, Preußen, Oesterreich selbst, hatten nacheinander ihre Reorganisationsplane vorgebracht. Eine wesentliche Modifikation des deutschen Bundes war mithin bevorstehend. Jede äußere Opposition hätte nur eine Beschleunigung davon zur Folge gehabt; jede innere Frage mußte nothwendiger Weise dahin führen. Ein Streitpunkt von beziehungsweise untergeordneter Wichtigkeit gab das Zeichen zu dieser großen Umgestaltung, die Angelegenheit der Elb-Herzogthümer. . .“ Nachdem der Minister nun einen Rückblick auf die Anstrengungen geworfen hat, die von drei neutralen Mächten, Rußland, Frankreich und England, gemacht worden waren, um die deutschen Händel auf friedlichem Wege zu schlichten, hebt er hervor, daß sie an der Haltung des Wiener Cabinets scheiterten, welches die vorgeschlagene Konferenz nur unter der Bedingung der Ausschließung jeder territorialen Frage beschicken wollte, und obendrein die Frage der Elbherzogthümer bereits dem deutschen Bunde unterbreitet hatte. Hierauf erinnert der Marquis de Moustier an das Schreiben des Kaisers an den damaligen Minister Drouyn de Lhuys, worin bekanntlich der Kaiser jede Idee von Gebietsvergrößerung, so lange das europäische Gleichgewicht nicht gestört worden wäre, mit der Erklärung zurückwies, „daß Frankreich an eine Gebietsvergrößerung nur bei einer zum ausschließlichen Vortheile einer Großmacht dienenden Umgestaltung der Karte von Europa denken könnte, und wenn die Grenzprovinzen durch frei ausgedrückte Wünsche ihre Annexion an das Kaiserreich forderten.“ „Die Unbehaglichkeit — fährt das Exposé fort — von Zentral-Europa lag hauptsächlich an drei Dingen: an der schlechtbegrenzten geographischen Lage Preußens, an dem Wunsche des eine seinen allgemeinen Bedürfnissen mehr entsprechende politische Umgestaltung erstrebenden Deutschlands, und an der Nothwendigkeit für Italien, sich seine nationale Unabhängigkeit zu sichern. Nach der Ueberzeugung des Kaisers hätte das richtig verstandene Interesse der Regierungen und Völker darin bestanden, auf friedliche Weise die wesentlichen Fragen, die sich ihnen aufdrängten und die kein Ausweg beseitigen konnte, zu lösen. Die Ereignisse haben bald gezeigt, wie wohlberechnet die Rathschläge Sr. Majestät waren und wie weise besonders Oesterreich gewesen wäre, wenn es eher verstanden hätte, daß Venetien für dasselbe nicht eine Macht,

sondern eine Gefahr war." Nach der Schlacht von Sadowa verlangte Oesterreich die Mediation des Tuilerienkabinets. Wie in der Thronrede, so wird im Blaubuch hervorgehoben, daß die Mediation keine bewaffnete gewesen sei, aber in jener wird doch viel mehr der vorherrschende Einfluß Frankreichs betont. Der Minister macht die sehr richtige Bemerkung, daß eine militärische Attitude Besorgnisse und Mißtrauen hätte erzeugen können. Der Passus schließt also: „Kraft den, Dank unsern guten Diensten, in Nikolsburg unterzeichneten Präliminarien, behielt Oesterreich seine Gebiete mit Ausnahme Venetiens. Das Territorium Sachsens blieb unberührt. Das Berliner Kabinet versprach, die Bevölkerung des nördlichen Schleswigs über ihr Schicksal zu befragen. Die Länder nördlich vom Main, den Gesetzen jener geographischen Lage nicht weniger gehorchend, als den Instinkten ihrer Nationalitäten, neigten zu Preußen hin; als Hauptresultat eines siegreichen Kriegs, konnte diese Macht sie durch ein engeres Band an sich fesseln, indem sie eine Konföderation des nördlichen Deutschlands herstellte. Was die Staaten von Süddeutschland anlangt, so beendeten sie bald ihre Arrangements mit dem Berliner Kabinet; Würtemberg und Baden hatten nichts von ihrem Gebiete zu opfern. Bayern, das einen Augenblick lang von bedeutenden Verlusten bedroht schien, trat nur unbedeutende Gebiete ab. Uebrigens haben die Südstaaten die freie Entscheidung darüber bewahrt, welche Beziehungen unter ihnen bestehen und welche sie mit dem Nordbunde eingehen werden. Oesterreich gehört in Wahrheit nicht mehr zu Deutschland, noch zu Italien. Es hat eine Stellung verloren, die historische Traditionen ihm lieb machten, aber der es bei mehr als einer Gelegenheit seine wirkliche Kraft und seine bleibenden Interessen geopfert hat. Seine räumliche Größe ist nicht in einem bedeutenden Verhältnisse beschränkt worden. Wenn es in diesem Augenblicke, wie es unvermeidlich ist, an den materiellen und moralischen Konsequenzen eines großen Unheils leidet, wird es ohne Zweifel in dem Patriotismus und der Ergebenheit seiner an Race und Ursprung so verschiedenen Bevölkerungen die Mittel finden, alle inneren Schwierigkeiten zu lösen, gegen die es seit mehreren Jahren kämpft und die an seiner Schwäche auch ihr Theil hatten."

Von der türkischen Grenze, 15. Febr. Die Pforte läßt so eben an die Garantiemächte des Pariser Vertrags die Mittheilung gelangen, daß sie behufs vollständiger Ausführung des Tansimats von 1856 eine Versammlung von Notablen aus der mohammedanischen, orthodoxen und katholischen Bevölkerung des Reichs nach Konstantinopel zur Berathung über hierauf bezügliche Vorlagen berufen werde, und daß die hiezu nöthigen Vorarbeiten bereits in der Einleitung begriffen seien.

Neueres.

München, 20. Febr. Die Abgeordnetenkammer hat mit allen gegen 4 Stimmen den Vermittlungsvorschlag der Kammer der Reichsräthe bezüglich des Kriegsausgleichungsgesetzes verworfen.

Wien, 20. Februar. Eine hier eingetroffene Nachricht aus Mentone meldet das Ableben des österreich. Erzherzogs Stephan.

Pesth, 19. Febr. Der Kaiser kommt definitiv am Samstag hier an, am Mittwoch erfolgt bereits die Ernennung der Minister. Der große Bürgerausschuß hat in seiner Abendsitzung beschlossen, morgen sämmtliche Bewohner von Pesth durch Straßenplakate aufzufordern, sich Mittags vor die Wohnung Deak's zu begeben, um dem großen Patrioten eine Ovation zu bereiten. Der Plenarmagistrat sendet eine Dankadresse an seine Majestät, eine zweite Adresse an die Minister. Die ganze Stadt erglänzt in einem Lichtmeer.

Pesth, 18. Febr., 10 Uhr Nachts. Eben findet eine großartige Fackelserenade, der akademischen Jugend für Andrassy statt. Letzterer tritt unter die Jugend, wird emporgehoben und mahnt zur Treue für Verfassung und Thron. Auch Deak wurde ein Fackelzug gebracht. Er sagte: „Das Vaterland dürfte des Patriotismus der Jugend bald bedürfen."

Paris, 19 Febr. Das „Gelbbuch" füllt 60 Seiten in Bezug auf Kreta mit zahlreichen Depeschen von Drouyn de Lhuys und Moustier, welche die beständige Sorgfalt der französischen Regierung für die Christen des Orients beweisen. Depeschen Moustiers an den französischen Gesandten in Konstantinopel vom 7. und 11. Dez. constatiren die Bedenklichkeit der Lage, und fordern dazu auf, sich über den gegenwärtigen Zustand der Dinge genaue Rechenschaft abzulegen und die Folgen desselben ins Auge zu fassen. Eine andere Depesche vom 28. Dez. constatirt, daß die Schwierigkeiten sich vermehrt haben, und daß die Lösungen, welche ursprünglich zur Pacification Kreta's hätten führen können, leicht als nicht mehr genügend befunden werden dürften (risquent d'être trouvées insuffisantes).

Konstantinopel, 19. Febr. Fuad Pascha arbeitete ein Memorandum über die Reichstage aus. Ausgedehnte Reformen stehen in Aussicht. Der egyptische Prinz Mustapha Fazyl dringt bei dem Sultan auf schleunigste Durchführung derselben. 50 Magazine mit Baumaterialien sind abgebrannt.

Kiew, 18. Febr. Der hiesige Metropolit erließ an die Gesammtgeistlichkeit seines Sprengels einen Aufruf zur Unterstützung der Kandioten durch Geld. Der Aufruf ist analog jenem des Moskauer Metropoliten.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	66 1/4 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63 1/4 P.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	56 P. 55 3/4 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	46 3/4 G.
„	4 1/2pCt.	41 3/4 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 7/8 P.
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	98 3/4 G.
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	98 1/2—3/4 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	93 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	92 3/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	98 1/2 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	86 1/8 P.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	97 1/2 P.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	86 3/4 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 3/4 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	99 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	93 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	87 G.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	85 1/2—86 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 1/4 P.
N. Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	78 7/8 P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	77 3/8—1/2 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	139 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	706—8 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	178—77 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	93 1/4 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	215 1/2 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	93 3/4 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	342 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111 5/8 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	114 3/4 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	158 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90 1/2 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	112 [illegible] P. 1/4 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	48 3/4 P. 1/2 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 1/2 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	45 3/8 G.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	120 1/4 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	119 3/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	112 1/2 P. 112 G
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	61 5/8 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	71 5/8—7/8 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	123 1/2 P.
„ do. v. 1864	77 1/2 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	102 5/8 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 1/8 P.
Badische fl. 35	55 5/8 P. 3/8 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	85 1/4 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143 1/8 G.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	34 3/4 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28 1/2 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	33 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	10 3/4 P. 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp Frs. 200 k. S.	94 1/2 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 1/2 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P. 104 3/4 G.
London Lst. 10 k. S.	119 1/4 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Petersburg 6. S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	92 7/8 G.
do. in öst. W. l. S.	93 P.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Frankfurt, 20. Febr. Die heutige Börse trug den Stempel entschiedener Festigkeit für alle Werthe. Sowohl österreichische als amerikanische und süddeutsche Effekten waren sehr gut behauptet und größtentheils höher. Frankfurter Bank und 3 1/2 pCt. Frankfurter auf Gerüchte von günstigem Stande der Kontributionsangelegenheit wesentlich höher. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 53. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 22. Februar 1867.

Auf die „**Neue Würzburger Zeitung**" kann für den Monat **März** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 20. Februar. Se. Majestät der König hat dem geheimen Regierungsrathe Prof. Dr. Fr. Ritschl in Leipzig, dem geheimen Hofrathe und Prof. Dr. W. Roscher daselbst, dem geheimen Rath und Professor Dr. Helmholtz in Heidelberg, dem Maler Prof. C. Piloty in München und dem Maler Prof. B. Genelli in Weimar den kgl. Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst verliehen; die erledigte protestantische Pfarrstelle zu Niederhochstadt, Dekanats Landau, dem bisherigen Pfarrer und Distriktsschulinspektor zu Heuchelheim, Dekanats Frankenthal, K. J. H. Müller, verliehen; dem bisherigen kgl. preußischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am kgl. Hofe, Prinzen Heinrich VII. Reuß, das Großkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone verliehen; dem Stadtkommissär und Bezirksamtmann von Erlangen, Regierungsrath Dr. G. Meinel, den erbetenen Ruhestand unter Anerkennung der langjährigen, treuen und ersprießlichen Dienstleistung bewilligt; an das Bezirksamt Erlangen den Bezirksamtmann von Heilsbronn, Regierungsrath Ch. J. K. Forster, seinem Ansuchen willfahrend, versetzt und demselben zugleich das Stadtkommissariat zu Erlangen in widerruflicher Weise übertragen; sofort an das Bezirksamt Heilsbronn den Bezirksamtmann von Beilngries, G. Stahl, gleichfalls auf Ansuchen, berufen und zum Bezirksamtmann von Beilngries den Bezirksamts-Assessor von Amberg, W. Fischer, befördert.

München, 19. Febr. Der vierte Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat auf Vortrag des Referenten Abgeordneten von Steinsdorf sich dahin entschieden, es sei dem Gesetzentwurfe, die Behandlung des Gesetzentwurfes über die Militärverfassung des Königreichs betreffend, in allen seinen Theilen zuzustimmen. — Weiter hatte Referent beantragt, es sei an Seine Majestät den König die allerunterthänigste Bitte zu stellen, wo möglich noch bei diesem Landtage einen Gesetzentwurf einbringen zu lassen, welcher bestimmt: „daß dem durch das Gesetz vom 12. Mai 1848 (die Behandlung der neuen Gesetzbücher betreffend) bestellten Ausschusse die Befugniß eingeräumt werde, bei der Neuwahl eines als Mitglied des Ausschusses bestellten Kammermitgliedes die vorläufige Prüfung des Wahlergebnisses selbst vorzunehmen." Dieser Antrag wurde vom Ausschusse mit allen Stimmen gegen die des Antragstellers abgelehnt.

München, 19. Febr. Die verschiedenartigen Gerüchte, welche gestern und heute im Umlaufe sind, stimmen alle in dem Punkte überein, daß eine Art Ministerkrisis vorhanden. Der Antrag des Abg. Dr. Edel auf Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes, über den im Ministerrathe berathen wurde, soll Anlaß zu einer Meinungsverschiedenheit unter den Ministern gegeben haben. Die dem Antrage ungünstige Anschauung des Herrn v. Bomhard soll an maßgebender Stelle durchgedrungen sein, worauf sämmtliche Ressortminister außer Bomhard ihre Entlassung gegeben hätten. Es wird jedoch versichert, daß Hoffnung gegeben sei, die bestehenden Differenzen ausgleichen zu können. Eine Entscheidung hierüber ist jedoch noch nicht erfolgt. Sicher ist, daß Fürst Hohenlohe seine Entlassung nicht eingereicht hat. — Das Entlassungsgesuch des Grafen Holnstein, dem rein persönliche Motive zu Grunde liegen, ist nicht angenommen worden. (Nürnb. Korr.)

München, 19. Febr. Wir befinden uns inmitten einer Ministerkrisis ziemlich akuter Natur. Die Entscheidung kann nicht lange auf sich warten lassen. Es klingt unglaublich und ist doch wahr, daß die Möglichkeit, Fürst Hohenlohe werde dem Einflusse des Hrn. v. Bomhard und den Intriguen einer bekannten Partei erliegen müssen, heute keineswegs ausgeschlossen erscheint. Man versichert, daß die Gegner des Fürsten einen eifrigen Anwalt an Herrn v. Lutz, dem Chef der Kabinetskanzlei, haben, und daß in der Umgebung des Exministers v. Neumayr ein baldiger Sturz des Fürsten mit großer Zuversicht prophezeit wird. Schon bei dem Eintritte des Fürsten in das Ministerium drängte sich der Zweifel auf, ob es möglich sein werde, daß Hohenlohe gemeinsam mit den Kollegen des Hrn. von der Pfordten die Staatslenkung besorge. Jeder Tag lehrt mehr, wie begründet jener Zweifel war. Als eben so begründet erweist sich das Bedenken, ob es zweckmäßig sei, die in der Schule des Hrn. von der Pfordten herangezogenen und heute noch eng mit ihm liirten Hilfsarbeiter im auswärtigen Amte beizubehalten und ihnen auch nur theilweise die Verwirklichung des neuen Programms anzuvertrauen.

A.C. München, 20. Febr. Aus dem Vortrag des Abg. Langguth über den Militär-Kredit heben wir Folgendes hervor: „Der Bewilligung des begehrten Credits von 201,909 fl. für die erste Einübung der unmontirt Assentirten kann das Wort nicht gesprochen werden. In Folge der Ereignisse des abgewichenen Jahres haben die bisher bestandenen Bundesverhältnisse zu existiren aufgehört und die bayer. Staatsregierung hat daher bezüglich der Stärke ihres Heeres keine Bundesverpflichtungen mehr auf sich. Die dem dermalen noch giltigen Budget zu Grunde liegende Mannschaft beträgt 66,870 Mann Streitbare, 4638 Nichtstreitbare, ausschließlich der assentirt Unmontirten und für diese Mannschaftszahl sind die erforderlichen Bedarfssummen im Budget gewährt. Wenn nun die assentirt Unmontirten, für welche im Budget ein Bedarf nicht angesetzt ist, behufs der Einübung in den Waffen beigezogen werden wollen, so kann das füglich ohne weitere Bewilligung von Mitteln dadurch geschehen, daß die Letzteren durch Entlassung einer entsprechenden Anzahl Mannschaften in Urlaub gewonnen werden. — Die Staatsregierung hält es nicht rathsam, den Stand der mit Reit- und Zugpferden versehenen Abtheilungen sofort auf den Friedensfuß zurückzuführen, weil es bei den noch immer sehr schwankenden Aussichten auf längere Erhaltung friedlicher Verhältnisse geboten erscheine, diese Abtheilungen auf einem solchen Stand zu erhalten, damit bei unvorhergesehenen Ereignissen in verhältnißmäßig kurzer Zeit zu einer Mobilmachung geschritten werden kann. Da nun die Ansicht der Staatsregierung auf Störung der dermaligen friedlichen Verhältnisse schon in der nächsten Zeit nicht getheilt zu werden vermag, so müssen im Hinblick auf die ohnehin demnächst zu erwartende neue Heeresorganisation sowohl diese sämmtlichen für die Erhöhung und Erhaltung des Pferdestandes angesetzten Beträge als auch der für die Haltung von 6 weiteren fahrenden Batterien begehrte Credit von 168,751 fl. in ihrer ganzen Größe beanstandet werden. Da jedoch die Bedarfsberechnungen des Kriegsministeriums schon im Oktober 1866 aufgestellt und seit dieser Zeit der höhere Pferdestand mit entsprechender Mannschaftszahl wirklich gehalten wurde, die Verminderung aber auch nicht sofort zu verwirklichen ist, so wird statt der auf 661,757 fl. berechneten Summe der Betrag von 300,000 fl. zur Bewilligung begutachtet. Bei dieser Gelegenheit ist übrigens auch schon Veranlassung gegeben, darauf hinzuweisen, daß der Stand der Cavallerie in der bayer. Armee ohnehin als zu stark erscheint, daß die Kürassiere, und wohl auch die Uhlanen, zweckmäßiger aufzuheben und als Chevauxlegers einzurichten sein dürften, während auch die Frage, ob nicht die reitende Artillerie entsprechend umzuwandeln ist, in Erörterung und Erwägung genommen werden dürfte. — Was die Position von 1,515,000 fl. für Umänderung und Neuanfertigung von Hinterladungsgewehren anbelangt, so kann sich vorderhand nur für die Position der Umänderung, dann der Gewehrpatronen und der allgemeinen Kosten unter dem Vorbehalte ausgesprochen werden, daß die Staatsregierung in der Lage sein werde, über die Brauchbarkeit der umgeänderten Gewehre die erforderliche Zusicherung zu ertheilen. Die Neuanschaffung von 20,000 Stück Gewehren muß jedoch vorderhand noch beanstandet werden, bis von Seite der Staatsregierung nähere Mittheilung darüber gemacht werden kann, ob bei der zu Stuttgart stattgefundenen Konferenz der Südstaaten eine Vereinbarung über ein gemeinsames Gewehrsystem stattgefunden hat. Hiernach stellt sich der Betrag für Umänderung von Gewehren zu Hinterladungsgewehren dann der Gewehrpatronen und allgemeinen Kosten auf 916,000 fl. und die Gesammtsumme auf Ausrüstungsbedürfnisse der Armee statt der begehrten Summe von 2,571,000 fl. auf nur 1,971,000 fl., welche zur Genehmigung beantragt werden. — Wenn es schon in

den letzten Jahren fraglich erschien, ob die für Festungen bisher aufgewendeten Mittel auch wirklich nutzbringend angewendet worden sind, so hat der Krieg des Jahres 1866 fast zur Evidenz nachgewiesen, daß die Wichtigkeit, welche in früherer Zeit den Festungen beigelegt worden ist, wenn nicht ganz, doch zum großen Theile Abbruch erlitten hat. Daß ein Dringlichkeitsgrund für die sofortige Bewilligung der postulirten Beträge, für Vervollständigung der Artillerie-Ausrüstung für Germersheim und Ingolstadt nicht vorliegt, mag übrigens auch aus dem Umstand gefolgert werden dürfen, daß bei Aufstellung des Bedarfs der 31,512,000 fl. nach dem Gesetze vom 24. Juni 1866 ein Antrag auf Bewilligung von Mitteln für die artilleristische Ausrüstung der Festungen nicht gestellt worden ist. — Bezüglich des Gensdarmerie-Instituts wird die bereits in der Sitzung vom 21. Juni 1865 angeregte Frage, ob die Gensdarmerie nicht dem Ressort des Ministeriums des Innern für die Zukunft allein zu unterstellen sei, wiederholt, da die Erfahrungen des vergangenen Jahres bei dem Einmarsche der feindlichen Truppen klar gezeigt haben, daß die Stellung der Gensdarmerie unter das Kriegsministerium nicht entsprechend ist. Während der Okkupation der verschiedenen bayerischen Landestheile durch die feindlichen Truppen war die Gensdarmeriemannschaft gezwungen, zu flüchten und gerade zu einer Zeit, wo der Sicherheitsdienst am meisten nothwendig war, entbehrte das Land desselben. Die Stellung der Gensdarmeriemannschaft unter das Staatsministerium des Innern kann für die Folge um so mehr angeordnet werden, als der Umstand, daß die Gensdarmen auch als Einsteher in der Armee zugelassen waren, in Zukunft, wenn das neue Heerverfassungsgesetz ins Leben tritt, wegfällt. — In der Ausschuß-Diskussion wurden von Seite des Kriegsministeriums die Positionen, wie sie dem Entwurfe zu Grund gelegt sind, aufrecht zu halten gesucht, und insbesondere gegenüber dem vom Hrn. Referenten beantragten Abstrich der Summe von 201,909 fl. für die erste Einübung der unmontirt Assentirten des Zugangs von 1867 geltend gemacht, daß nach dem ordentlichen Friedensbudget die Präsenz ohnehin bereits auf ein solches Minimum herabgesetzt sei, daß mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit der gehörigen Ausbildung der Mannschaft eine weitere Reduktion nicht wohl mehr möglich erscheine. Die vom Ausschusse angeregten Fragen, welche Intentionen bei der Staatsregierung bezüglich der zahlreichen Festungen für die Zukunft bestehen, dann ob die Staatsregierung auch bei der bevorstehenden Heeresreorganisation die kostspielige schwere Kavallerie, die Kürassiere, und ebenso die Uhlanen, beizubehalten gedenke, ferner ob nicht zu erwarten stehe, daß, was früher schon empfohlen worden sei und neuerdings sich als dringend nothwendig erwiesen habe, die Gensdarmerie ganz ausschließlich dem Ressort des Staatsministeriums des Innern unterstellt werde, wurden von Seite des Hrn. Kriegsministers dahin erwidert, daß sich das Kriegsministerium zur Zeit nicht in der Lage befinde, über diese Punkte bestimmte und bindende Erklärungen abgeben zu können.

Darmstadt, 20. Febr. Zwei Ereignisse bilden gegenwärtig hier die Hauptthemata der Unterhaltung. Das eine ist die Haussuchung bei einem durch seine publizistische Thätigkeit bekannten hohen Beamten, von dem man jedoch nicht vergessen darf, daß er nicht immer so liberal war, als er jetzt zu sein scheint. Man glaubte in ihm einen Miturheber eines Artikels in „Unsere Zeit“ über „das Großherzogthum Hessen in den Jahren 1850—1866“ entdecken zu können. Was diese letztere Arbeit selbst betrifft, so darf man die Unermüdlichkeit bewundern, mit welcher auch das Unbedeutendste aufgespürt wurde, um unsere Zustände als die trostlosesten im ganzen deutschen Vaterlande darzustellen. Eben so umfassend sind die Personalstudien des Verfassers zu einer kleinen chronique scandaleuse. Und leider ist Vieles in dem Artikel auch wahr. Aber, und dieses Aber haben wir von wirklich liberalen, durchaus ehrenhaften Männern aussprechen hören, könnte man nicht Aehnliches aus gar vielen oder fast allen deutschen Staaten und Stäätchen berichten, dürfte man sich nicht fragen, ob das Uhland'sche Wort „Untröstlich ist's noch allerwärts“ nicht auch heute noch vollen Klang habe und vor Allem war es patriotisch, auf diese Art das Großherzogthum zu prostituiren und zu denunciren? Man wird diese letztere Frage verneinen dürfen. Derartige von Außen versuchte Schläge haben wenigstens bis jetzt nie zu einem Resultat geführt, wir erinnern nur an die seinerzeit erschienenen Broschürchen „über die Zustände im Großherzogthum Hessen.“ Sie sind nur ein Beweis dafür, daß man trotz so mancher hohlen Phrase noch immer nicht den Archimedischen Punkt gefunden hat, von dem man mit Erfolg für die freiheitliche Entwicklung unserer Zustände zu wirken vermöchte. Den zweiten Gegenstand des Tagesgesprächs bildet eine Eingabe der katholischen Geistlichkeit an den Großherzog, um Schutz gegen vermeintliche Angriffe im Gustav Adolfs-Kalender, hinter welcher Eingabe jedoch nicht mehr und nicht weniger steckt, als eine Agitation zu Gunsten des Verbleibens der Jesuiten in Mainz. Nun eine Petition bei dem Enkel Philipps des Großmüthigen um Schutz für die Jesuiten ist auch eines der vielen Zeichen der Zeit. Interessant wird es immerhin sein, zu erfahren, ob die Stadt Mainz, aus deren Einkünften die frommen Patres seither ohne jeglichen Rechtstitel gespeist und gekleidet wurden, zu ihrem Rechte gelangt oder nicht. (Fr. Ztg.)

Preußen. (Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes. Forts.)

XI. Bundeskriegswesen. Art. 53. Jeder Norddeutsche ist wehrpflichtig und kann sich in Ausübung dieser Pflicht nicht vertreten lassen. Art. 54. Die Kosten und Lasten des gesammten Kriegswesens des Bundes sind von allen Bundesstaaten und ihren Angehörigen gleichmäßig zu tragen, so daß weder Bevorzugungen, noch Prägravationen einzelner Staaten oder Klassen grundsätzlich zulässig sind. Wo die gleiche Vertheilung der Lasten sich in natura nicht herstellen läßt, ohne die öffentliche Wohlfahrt zu schädigen, ist die Ausgleichung nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit im Wege der Gesetzgebung festzustellen. Art. 55. Jeder wehrfähige Norddeutsche gehört sieben Jahre lang, in der Regel vom vollendeten 20. bis zum beginnenden 28. Lebensjahre, dem stehenden Heere und die folgenden fünf Lebensjahre hindurch der Landwehr an. In denjenigen Bundesstaaten, in denen bisher eine längere als zwölfjährige Gesammtdienstzeit gesetzlich war, findet die allmälige Herabsetzung der Verpflichtung nur in dem Maße statt, als dies die Rücksicht auf die Kriegsbereitschaft des Bundesheeres zuläßt. Art. 56. Die Friedens-Präsenzstärke des Bundesheeres wird auf ein Prozent der Bevölkerung von 1867 normirt und pro rata derselben von den einzelnen Bundesstaaten gestellt; bei wachsender Bevölkerung wird nach je zehn Jahren ein anderweitiger Prozentsatz festgesetzt werden. Art. 57. Nach Publikation dieser Verfassung ist in dem ganzen Bundesgebiete die gesammte preußische Militärgesetzgebung ungesäumt einzuführen, sowohl die Gesetze selbst, als die zu ihrer Ausführung, Erläuterung oder Ergänzung erlassenen Reglements, Instruktionen und Reskripte, namentlich also das Militärstrafgesetzbuch vom 3. April 1845, die Militärstrafgerichtsordnung vom 3. April 1845, die Verordnung über die Ehrengerichte vom 20. Juli 1843, die Bestimmungen über Aushebung, Dienstzeit, Servis- und Verpflegungswesen, Einquartierung, Ersatz von Flurbeschädigungen, Mobilmachung u. s. w. für Krieg und Frieden. Die Militär-Kirchenordnung ist jedoch ausgeschlossen. Art. 58. Zur Bestreitung des Aufwandes für das gesammte Bundesheer und die zu demselben gehörigen Einrichtungen sind dem Bundesfeldherrn jährlich so vielmal 225 Thaler, in Worten zweihundert fünf und zwanzig Thaler, als die Kopfzahl der Friedensstärke des Heeres nach Art. 56 beträgt, zur Verfügung zu stellen. Vergl. Abschnitt XII. Die Zahlung dieser Beiträge beginnt mit dem ersten des Monats nach Publikation der Bundesverfassung. Art. 59. Die gesammte Landmacht des Bundes wird ein einheitliches Heer bilden, welches in Krieg und Frieden unter dem Befehle Sr. Majestät des Königs von Preußen als Bundesfeldherrn steht. Die Regimenter zc. führen fortlaufende Nummern durch die ganze Bundesarmee. Für die Bekleidung sind die Grundfarben und der Schnitt der k. preuß. Armee maßgebend. Dem betreffenden Contingentsherrn bleibt es überlassen, die äußeren Abzeichen (Cocarden zc.) zu bestimmen. Der Bundesfeldherr hat die Pflicht und das Recht, dafür Sorge zu tragen, daß innerhalb des Bundesheeres alle Truppentheile vollzählig und kriegstüchtig vorhanden sind, und daß Einheit in der Organisation und Formation, in Bewaffnung und Commando, in der Ausbildung der Mannschaften, sowie in der Qualifikation der Offiziere hergestellt und erhalten wird. Zu diesem Behufe ist der Bundesfeldherr berechtigt, sich jederzeit durch Inspektionen von der Verfassung der einzelnen Contingente zu überzeugen und die Abstellung der dabei vorgefundenen Mängel anzuordnen. Der Bundesfeldherr bestimmt den Präsenzstand, die Gliederung und Eintheilung der Contingente der Bundesarmee, sowie die Organisation der Landwehr, und hat das Recht, innerhalb des Bundesgebietes die Garnisonen zu bestimmen, sowie die kriegsbereite Aufstellung eines jeden Theiles der Bundesarmee anzuordnen. Behufs Erhaltung der unentbehrlichen Einheit in der Administration, Verpflegung, Bewaffnung und Ausrüstung aller Truppentheile des Bundesheeres sind die bezüglichen künftig ergehenden Anordnungen für die preußische Armee den Commandeuren der übrigen Bundes-Contingente, durch den Art. 8 Nr. 1 bezeichneten Ausschuß für das Landheer und die Festungen, zur Nachachtung in geeigneter Weise mitzutheilen. Art. 60. Alle Bundestruppen sind verpflichtet, den Befehlen des Bundesfeldherrn unbedingte Folge zu leisten. Diese Verpflichtung ist in den Fahneneid aufzunehmen. Der Höchstkommandirende eines Contingents, sowie alle Offiziere, welche Truppen mehr als eines Contingents befehligen, und alle Festungs-Commandanten werden von dem Bundesfeldherrn ernannt. Die von demselben ernannten Offiziere leisten ihm den Fahneneid. Bei Generalen und den General-Stellungen

versehenden Offizieren innerhalb des Bundes-Contingents ist die Ernennung von der jedesmaligen Zustimmung des Bundesfeldherrn abhängig zu machen. Der Bundesfeldherr ist berechtigt, Behufs Versetzung mit oder ohne Beförderung für die von ihm im Bundesdienste, sei es im preuß. Heere oder in anderen Contingenten, zu besetzenden Stellen aus den Offizieren aller Contingente des Bundesheeres zu wählen. Art. 61. Das Recht, Festungen innerhalb des Bundesgebietes anzulegen, steht dem Bundesfeldherrn zu, welcher die Bewilligung der dazu erforderlichen Mittel, soweit das Ordinarium sie nicht gewährt, nach Abschnitt XII. beantragt. Art. 62. Wo nicht besondere Conventionen ein Anderes bestimmen, ernennen die Bundesfürsten, beziehentlich die Senate, die Offiziere ihrer Contingente, mit der Einschränkung des Art. 60. Sie sind Chefs aller ihren Gebieten angehörenden Truppentheile und genießen die damit verbundenen Ehren. Sie haben namentlich das Recht der Inspicirung zu jeder Zeit und erhalten, außer den regelmäßigen Rapporten und Meldungen über vorkommende Veränderungen, Behufs der nöthigen landesherrlichen Publikation, rechtzeitige Mittheilung von den die betreffenden Truppentheile berührenden Avancements und Ernennungen. Auch steht ihnen das Recht zu, zu polizeilichen Zwecken nicht bloß ihre eigenen Truppen zu verwenden, sondern auch alle anderen Truppentheile der Bundesarmee, welche in ihren Ländergebieten dislocirt sind, zu requiriren. Art. 63. Ersparnisse an dem Militäretat fallen unter keinen Umständen einer einzelnen Regierung, sondern jederzeit der Bundeskasse zu. Art. 64. Der Bundesfeldherr kann, wenn die öffentliche Sicherheit in dem Bundesgebiete bedroht ist, einen jeden Theil desselben in Kriegszustand erklären. Bis zum Erlasse eines die Voraussetzungen, die Form der Verkündigung und die Wirkungen einer solchen Erklärung regelnden Bundesgesetzes gelten dafür die Vorschriften des preußischen Gesetzes vom 10. Mai 1849. (Ges.-Samml. 1849, S. 165 bis 171.)

(Schluß f.)

Berlin, 19. Febr. Der zwischen den Kabineten von Berlin und Paris stattgehabte Gedankenaustausch über die orientalische Angelegenheit bezieht sich, wie versichert wird, auf die gegenüber den möglichen Verwicklungen einzuhaltenden leitenden Gedanken und die Nothwendigkeit der den christlichen Bevölkerungen ohne Rücksicht auf die absolute Integrität der Türkei zu machenden Zugeständnisse. Bindende Verpflichtungen für ein in Einzelheiten feststehendes Programm hat dagegen Preußen nicht übernommen. — Bald nach erfolgtem Zusammentritt des norddeutschen Reichstages wird der Ausschuß des deutschen Abgeordnetentages in Berlin tagen. — Der Redacteur des „Kladderadatsch", Dr. Dohm, ist wegen Verspottung der katholischen Kirche zu acht Tagen Gefängniß verurtheilt worden.

Frankfurt, 19. Febr. Baron M. C. v. Rothschild hat die Wahl als Abgeordneter zum norddeutschen Reichstag angenommen.

Frankfurt, 19. Februar. In der schon erwähnten, bei der Bundesliquidationskommission eingereichten Denkschrift der Stadt Frankfurt vom 2. Nov. v. J. ist auch der Forderung Preußens von 28,210 Thlr. 25 Sgr. 3 Pf. gedacht, die als Entschädigungsanspruch dafür geltend gemacht worden, daß am 16. Juni 1866 dahier die kgl. preußische Telegraphenstation aufgehoben worden sei. Die Denkschrift bemerkt darüber, daß, obwohl diese Aufhebung lediglich auf Anordnung der Bundesorgane und durch kgl. bayerische Truppen ohne Mitwirkung oder Kenntniß Frankfurts erfolgt sei (was mithin gegen den am selben Tage gefaßten Bundesbeschluß verstoßen haben würde) und daher der Stadt nicht zur Last fallen würde, der Stadt doch für den Fall, daß sie diesem Anspruche genügen müßte, der Regreß an den früheren Bund vorzubehalten sei; eventuell müsse daher dieser Anspruch gewahrt werden. Die Liquidationskommission hat in der Begründung ihres Antrages: sämmtliche Forderungen der Stadt Frankfurt als unbegründet zurückzuweisen, in Betreff jenes Vorbehalts eines Regresses sich dahin geäußert, daß diese Angelegenheit aus naheliegenden Gründen um so mehr auf sich beruhen bleiben könne, als die Liquidationskommission zu deren Erörterung und Entscheidung darüber nicht kompetent sei.

Wien, 18. Febr. Das „Fremdenblatt" will wissen, daß nach Berichten aus Florenz es scheine, als ob neuerlich die vielbesprochene Reise des Prinzen Humbert nach Deutschland wieder sehr in Frage gestellt sei.

O. C. **Wien**, 19. Februar. Der Eintritt Hasner's ins Ministerium findet vorläufig sicher nicht statt, dagegen werden Herbst und Giskra als Zukunftsminister bezeichnet und die Ernennung des Frhrn. v. Pratobevera zum Landmarschall von Niederösterreich verleiht diesen Gerüchten eine große Wahrscheinlichkeit.

Wien, 20. Febr. Nachdem der ungarische Ministerpräsident Graf Andrassy gestern mit der Ministerliste hier eingetroffen, ist die letzte Förmlichkeit erfüllt, und wird die vollständige ungarische Ministerliste demnächst offiziell erscheinen. Die Zeit der Reise des Kaisers nach Pesth soll bis jetzt noch nicht festgestellt sein. Der Kaiser dürfte vielleicht erst aus Anlaß der Krönung die ungarische Hauptstadt wiedersehen. Herr v. Beust wird den Kaiser bei der Pesther Reise begleiten. — In Croatien wird die Bewegung gegen den Ausgleich zwischen der Krone und Ungarn, wie derselbe angebahnt ist, immer lebhafter. Mehrere Munizipien haben bereits beschlossen, das ungarische Ministerium nicht anzuerkennen. Der Zwiespalt des Jahres 1848 in den Ländern der ungarischen Krone begann auf dieselbe Weise.

(Presse.)

Pesth, 19. Febr. „Naplo" sagt vom königlichen Reskripte: „Es ist das erste derartige Schriftstück, von welchem man sagen kann, daß es jeden Hintergedanken ausschließt und vollkommen aufrichtig ist." „Hon" sagt: „Der Erfolg, welcher die langen Kämpfe jetzt lohnt, hat die glückliche Eigenschaft, daß er, während er für die eine Partei ein Triumph, für die andere keine Niederlage ist. Die Energie der einen und das Vertrauen der anderen Landtagspartei haben einander unterstützt, ohne sich durch leidenschaftliche Uebertreibung über das Ziel hinaus gedrängt zu haben." — Dasselbe Blatt erfährt, gestern Abends sei von dem Kaiser eine telegraphische Botschaft an den Ministerpräsidenten gelangt, welche Freude über die begeisterte Aufnahme des Reskriptes ausdrücke. (T. R. d. N. K.)

Paris, 19. Februar. Im gesetzgebenden Körper meldete heute Lanjuinais (vom Tierspartei) eine Interpellation über die durch das Dekret vom 19. Jan. eingeführten Veränderungen, Picard eine Interpellation über den Vandal'schen Posterlaß an. Die Bureaus werden am Donnerstag über die Zulässigkeit dieser Interpellationen berathen. — Im Gelbbuch findet sich eine Depesche v. Moustier's vom 11. Dezbr. an Sartiges, den französischen Gesandten in Rom, worin es heißt: „Brauche ich noch auf die Sicherheit aufmerksam zu machen, welche für die päpstliche Regierung aus der von König Viktor Emanuel eingegangenen Verpflichtung entspringt, die päpstlichen Grenzen nöthigenfalls mit Waffengewalt gegen jeden Angriff von außen zu schützen und gleichzeitig sich selbst die Ueberschreitung derselben zu untersagen?"

Aus **Paris** wird der „Köln. Ztg." geschrieben: „König Franz, der Gemahl der Königin von Spanien, ist nun doch noch verbannt worden, und zwar: „weil er mit dem Plane umging, seine Gemahlin vom Throne zu stoßen und seine Regentschaft zu proklamiren". Er stützte sich dabei auf Dokumente, die für die Königin sehr kompromittirend sind und in deren Besitz er sich trotz aller Mühe, die man sich gegeben, um sie zu erlangen, noch immer befinden soll. Olozaga und Prim sind jetzt ganz ausgesöhnt. Man erwartet in der nächsten Zeit die ernstesten Ereignisse.

Florenz, 19. Febr. Die „Nazione" versichert, ein königliches Dekret werde die Inkrafttretung der Steuer von 4 pCt. auf die Einkünfte vom Grundbesitz bis zum 15. April verschieben, weil das Parlament erst darüber entscheiden soll, ob das Gesetz aufrecht zu erhalten oder aufzuheben ist. Der Minister Depretis hat beschlossen, sich mit Verbesserungen zu beschäftigen, die in der Besteuerung der Mobiliarwerthe etwa eingeführt werden können, um manchen Unzulässigkeiten abzuhelfen, welche diese Steuer vexatorisch erscheinen lassen. Ein Cirkular Ricasolis an die Präfekten sagt von der letzten Kammer, dieselbe habe nicht alle erforderlichen Elemente besessen, um ihrer Aufgabe im parlamentarischen Regime zu entsprechen. Die wahre Ursache der Auflösung derselben sei die Absicht gewesen, eine feste und kompakte nationale Majorität zu bilden, welche der Regierung Kraft zu verleihen im Stande ist. Italien sei der unfruchtbaren Diskussionen, der schwachen Regierungen, sowie der fortwährenden Veränderungen der Personen und Programme überdrüssig; die unaufhörlichen Ministerveränderungen seien die Ursache der administrativen Unordnungen, welchen nur ein neues Parlament abhelfen könne. Eine Vermehrung der Staatseinnahmen könne nur durch Ersparnisse und durch Reorganisation des Steuerwesens erzielt werden. Bezüglich der Freiheit der Kirche werde das Ministerium einen neuen Gesetzentwurf vorlegen, welcher dem über diesen Gegenstand zu Tage getretenen Urtheil der öffentlichen Meinung Rechnung tragen wird. Italien bedürfe einer kräftigen Regierung, welche die Nationalwohlfahrt fördern, aber keine abenteuerliche Politik treiben will; darum müsse auch das Parlament aus solchen Männern gebildet werden, die diesen Bedingungen entsprechen.

London, 15. Febr. Im Unterhaus brachte gestern Walpole zwei Bills über die Anwendung der Todesstrafe ein. Die im vorigen Jahre vorgeschlagene Eintheilung des Mordes in ein Verbrechen ersten (und todeswürdigen) und zweiten (nicht todeswürdigen) Grades hat er nicht in seine Bill aufgenommen. Er beschränkt dafür die Todesstrafe auf vorsätzlichen, mit Absicht der Tödtung verbundenen Mord, auf Mord oder Mitwirkung bei einem Morde, begangen in der Verübung von Einbruch, Schändung, Brandstiftung, bei der Flucht oder Befreiung einer des Mordes schuldig gesprochenen Person und auf die Ermordung eines in seiner Amtserfüllung begriffenen

öffentlichen Dieners. Alle anderen Mordthaten sollen mit Zwangsarbeit von siebenjähriger bis lebenswieriger Dauer bestraft werden. Auch auf Kindesmord (von der Mutter begangen) soll in gewissen Fällen eine geringere Strafe stehen. Die zweite Bill bestimmt, daß das Todesurtheil im Beisein von Zeugen innerhalb des Gefängnisses vollstreckt werde. Mehrere Mitglieder erklärten, der voriges Jahr beabsichtigten Mordklassifikation bei Weitem den Vorzug zu geben und Andere sprachen offen ihre Ueberzeugung aus, daß es hohe Zeit sei, die Todesstrafe ganz abzuschaffen.

Die Prinzessin von Wales ist seit einigen Tagen, wie es heißt, in gefährlicher Weise rheumatisch erkrankt. Aus **London**, 20. Febr., meldet ein offizielles Bülletin: „Die Schmerzen und das Fieber der Prinzessin Wales sind etwas schwächer und hatte dieselbe im Laufe des gestrigen Tages einen mehrstündigen ruhigen Schlaf.

Ueber die Vorgänge in Irland wird der „Köln. Ztg." aus **London** vom 18. berichtet: „Die Truppen sind nach Killorglin und Cahirciveen vorgerückt, ohne auf diesem Wege bewaffnete „Rebellen" anzutreffen; doch wurden in letzterem Orte sechszehn Leute, welche auf der Flucht zu sein schienen, verhaftet. Die in's Gebirge hinein verfolgte Fenierschaar soll auf etwa zwanzig Mann, meist irische Amerikaner und wohlbewaffnet, zusammengeschmolzen sein. In Dublin sind wieder vierunddreißig Leute arretirt worden, die mit dem Dampfer von Holyhead ankamen."

New-York, 9. Febr. Ein Gesetzantrag zur Verhütung des Imports von Verbrechern aus Europa ist gestellt worden. Der berühmte Philanthrop Peabody schenkte zwei Millionen Dollars behufs Erziehung von Kindern ohne Unterschied der Hautfarbe. Der Baarvorrath des Schatzes beträgt 143 Millionen. (T. R. d. A. Z.)

Buenos-Ayres, 14. Jan. Als ganz verbürgt kann ich Ihnen melden, daß die Vereinigten Staaten ihre Intervention in dem Krieg gegen Paraguay angeboten haben. Der hiesige amerikanische Minister hat vor einigen Tagen unserer Regierung die guten Dienste seiner Regierung zur Herbeiführung des Friedens officiell angeboten. So weit ist die Sache über allen Zweifel erhaben. Weiter heißt es an gut unterrichteter Stelle: die Friedensbedingungen seien schon vereinbart bis auf wenige Punkte, und ferner wird versichert, daß die Vereinigten Staaten mit allem Nachdruck auf ihrem Vorschlage bestehen. (K. Z.)

Neueres.

Berlin, 20. Febr. Die „Provinzialcorrespondenz" äußert: das Wahlergebniß übertreffe die Hoffnungen der Regierung. Diese werde in den alten Provinzen eine Mehrheit von beinahe zwei Drittel Stimmen haben. Prinz Friedrich Karl hat die Wahl zum Parlament angenommen. Die Wahl des Hrn. v. Rothschild wird als ein Zeichen entgegenkommender Haltung der Frankfurter Bevölkerung betrachtet. Der „Kreuzzeitung" und „Nordd. Allg. Ztg." zufolge ist Graf Bismarck seit den letzten Tagen unwohl und hütet das Zimmer. In Folge der Geschäftsüberhäufung hat sich das rheumatisch-nervöse Leiden wieder eingestellt.

Hamburg, 21. Februar. Der hiesige „Corresp." bringt eine Meldung aus Hannover, nach welcher der Rittmeister Klenck, Adjutant des ehmaligen Kronprinzen von Hannover, bei seinem Eintreffen aus Wien in Nordstemmen verhaftet worden ist. Die ihm abgenommenen Briefe an die Königin wurden dieser übergeben.

Triest, 21. Febr. Die „Levantepost" bringt folgende Nachrichten aus Konstantinopel vom 16.: Lord Strafford wird in einer außerordentlichen Mission hier erwartet; aus Athen vom 16. Jan. Ranieri geht nach London, um wegen einem neuen griechischen Anlehen zu unterhandeln. Der von der griechischen Regierung angekaufte Schnelldampfer „Arcadion" (der frühere konföderirte Dampfer „Alabama") ist in Syra angekommen.

Bern, 20. Febr. Der Bundesrath eröffnet die öffentliche Subscription für die Sechs-Millionen-Anleihe vom 1. bis zum 15. März.

London, 20. Febr. Die Prinzessin von Wales ist von einer Prinzessin glücklich entbunden. Das Befinden der Mutter und des Kindes ist vortrefflich. Der Telegraph nach Valentia ist wieder gestört.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$66^7/_8$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$63^1/_2$—$^3/_4$ G.
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$55^7/_8$—$56^1/_8$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	$46^1/_2$ G.
"	$4^1/_2$pCt.	$42^5/_8$ P.
Preussen	$3^1/_2$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	102 P.
"	$4^1/_2$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$98^5/_8$ P. $^3/_8$ G.
"	$4^1/_2$pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$98^3/_4$ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93^1/_2$ G.
"	4 pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$93^1/_2$ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	93 G.
"	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^1/_2$pCt. Obl. b. Rothsch.	98 G.
"	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$86^1/_4$ G.
Baden	$4^1/_2$pCt. Obl.	$97^7/_8$ P.
"	$3^1/_2$pCt. Obl. v. 1842	$86^3/_4$ P.
Gr. Hess.	$4^1/_2$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$94^5/_8$ G.
"	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4^1/_2$pCt. Obl. dto.	$98^1/_4$ P. 98 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	93 G.
"	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$87^1/_4$ G.
Frankfurt	$3^1/_2$pCt. Obl.	$86^1/_4$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2^1/_2$pCt. " "	—
Schweden	$4^1/_2$pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2^1/_2$	$78^5/_8$ P.
"	6pCt. ditto r. 1882 "	$77^1/_2$—$^1/_8$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$135^1/_2$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	712—11 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$177^1/_2$—$76^1/_2$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$93^1/_2$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$215^1/_2$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	96 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	342 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	112 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	116 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	158 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$90^5/_8$ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$113^1/_2$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49^1/_4$—$^3/_8$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$74^1/_2$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$45^3/_4$ P. $^1/_2$ G.
Bayer. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$120^1/_4$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	$119^3/_4$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^1/_2$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$104^7/_8$—105 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97^1/_4$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^1/_2$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^1/_2$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P. $104^1/_4$ G.
London Lst. 10 k. S.	$119^1/_4$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^7/_8$ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	93 P. $92^7/_8$ G.
do. in öst. W. l. S.	93 P. $92^5/_8$ G.
Disconto	$3^1/_2$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$112^1/_2$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$61^3/_8$ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$71^3/_8$—$^1/_8$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$123^1/_2$ P.
" do. v. 1864	$78^3/_8$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$102^5/_8$—$^1/_2$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10^1/_8$ P.
Badische fl. 35	$55^1/_2$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55^1/_4$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$143^3/_4$ G.
" fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$34^7/_8$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchâteler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$28^1/_2$ P.
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	33 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$10^3/_4$ P. $^1/_2$ G.

Frankfurt, 21. Febr. Die österreichischen Course scheinen sich in der That auf ihrem jetzigen Stand vorläufig normiren zu wollen. Wenigstens spricht dafür die seit einigen Tagen eingetretene und behauptete Festigkeit für Anlagepapiere, während Spekulationseffekten weniger beachtet wurden. Die fieberhafte Geschäftsthätigkeit der vergangenen Woche ist wieder dem gewöhnlichen Bedürfnißgeschäft gewichen. Amerikaner waren in Folge höherer Goldnotirungen vom 20. ($137^1/_4$) heute etwas matter. Süddeutsche Werthe anhaltend fest, 4 pCt. Bayerische und bayerische Pfandbriefe nicht aufzutreiben, Badische $^1/_2$ pCt. höher. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 54.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 23. Februar 1867.

Auf die „Neue Würzburger Zeitung" kann für den Monat März sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 21. Februar. Se. Majestät der König hat dem Landwehroberzeugwart C. Braun in München und dem Landwehrregimentsquartiermeister M. Gerdeissen daselbst das Ritterkreuz 2. Klasse des Verdienstordens vom hl. Michael, dem Landwehroberstlieutenant A. Höck in München und dem Landwehrmajor K. Bronberger daselbst das Ritterkreuz 1. Kl. des gedachten Ordens verliehen; dem Rentamtsdiener J. Herold in Wunsiedel das silberne Ehrenzeichen des Verdienstordens der bayer. Krone verliehen.

München, 21. Febr. Der Gesandte Oesterreichs an unserm kgl. Hofe, Graf v. Trautmannsdorf, wurde gleichzeitig zum kaiserlichen Gesandten am großh. hessischen Hofe ernannt und hat sich derselbe deßhalb heute von hier nach Darmstadt begeben, um Sr. kgl. Hoheit dem Großherzoge von Hessen sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen. (Bayer. Ztg.)

München, 21. Febr. Die Kammer der Reichsräthe hat zu Mitgliedern des besonderen Ausschusses für die Berathung des Gesetzentwurfes in Betreff der Militärverfassung des Königreiches gewählt: Se. kgl. Hoheit Prinz Ludwig von Bayern, Se. kgl. Hoheit Herzog Ludwig in Bayern, dann die HH. Präsident v. Harleß, v. Niethammer, Graf v. Lerchenfeld und Frhr. v. Schrenk; als Ersatzmänner die HH. Fürst v. Wrede und Graf v. Deroy. — Der Ausschuß wählte sodann zu seinem Vorstande Herrn Reichsrath v. Harleß, zu seinem Sekretär Herrn Reichsrath Grafen v. Lerchenfeld und zum Referenten Herrn Reichsrath Frhrn. v. Schrenk.

München, 21. Febr. Der dritte Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat in seiner gestrigen Sitzung den einstimmigen Beschluß gefaßt, es sei der von der kgl. Staatsregierung vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Entschädigung der Viehеigenthümer für ihre im Falle des Ausbruches der Rinderpest im Inland getödteten Thiere — der Kammer der Abgeordneten zur unveränderten Annahme zu empfehlen.

München, 21. Febr. Tagesordnung für die XXI. auf den 22. Februar um 9 Uhr Vormittags angesetzte öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten: 1) Berathung und Beschlußfassung über den Entwurf eines Gesetzes, die Behandlung des Gesetzentwurfes über die Militärverfassung des Königreichs betreffend; 2) Berathung und Beschlußfassung über den Entwurf eines Gesetzes, einen Kredit für die weiteren Militärbedürfnisse in dem letzten Jahre 1866/67 der VIII. Finanzperiode betreffend; 3) Anzeige des Referenten im IV. Ausschuß über den Entwurf eines Gesetzes, die Aufnahme eines Kreisanlehens zur Bestreitung der Bau- und Einrichtungskosten der Kreis-Irrenanstalt für Unterfranken betreffend; eventuell Berathung und Beschlußfassung hierüber.

+ **München**, 21. Februar. Die plötzlich zu Tage getretene **Ministerkrisis** konnte natürlich nicht verfehlen, großes Aufsehen zu machen. Den mit den Verhältnissen etwas näher Bekannten ist sie freilich nicht so gar überraschend gewesen; der Zwiespalt datirt in seinen Anfängen schon länger, die Differenz wegen der Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes, welcher in Hrn. v. Bomhard einen entschiedenen Gegner hat, sind eben nur als der äußere Anstoß zu betrachten, welcher die Sache zum endlichen Austrag bringt. Obwohl nun der bekannte Offiziöse der „Allg. Ztg." die Krisis gänzlich in Abrede stellt, so können wir dem entgegen aus sicherer Quelle doch mittheilen, daß dieselbe schon eine ziemlich ernste Gestalt angenommen hatte und die Minister entschlossen waren, die Entlassung zu geben, falls Hr. v. Bomhard auf seinem Widerspruche beharren wolle. Seitdem ist, wie versichert wird, eine Einigung erfolgt, wir möchten dieselbe aber nur für einen auf kurze Frist geschlossenen Waffenstillstand halten und vielleicht binnen kurzer Zeit schon dürfte die neue Kriegserklärung folgen. Wie die Sachen jetzt stehen, könnte Herr v. Bomhard doch in die Lage kommen, sein Porteseuille zurückzugeben. Das frühere kgl. Kabinet hatte bekanntlich großen Einfluß, das jetzige ist vielleicht noch mächtiger, demungeachtet könnte es doch möglich sein, daß dasselbe Hrn. v. Bomhard als Minister nicht zu halten vermöchte. Was von einem bevorstehenden Rücktritte des Hrn. Fürsten von Hohenlohe gemeldet wurde, hat sich bis jetzt zwar noch nicht bestätigt, aber es ist kein Geheimniß mehr, daß die Stellung Sr. Durchlaucht in Folge einer Wendung in den politischen Anschauungen in den höchsten Kreisen anfängt etwas schwierig zu werden.

München, 20. Febr. Nach dem Referat des Abg. v. Auer im 3. Ausschuß soll durch den Antrag des Abg. Föckerer auf Erlaß eines **Vermarkungsgesetzes** bezweckt werden: a) daß die Befugniß jedes Grundeigenthümers, sein Grundstück vermessen und vermarken zu lassen, und die Pflicht der Adjacenten, zu den Kosten nach Verhältniß beizutragen, gesetzlich festgestellt werde; b) daß eine Verpflichtung zu einer festen Vermarkung nur für diejenigen Besitzer bestehe, welche nach dem Erscheinen eines Vermarkungsgesetzes Parzellen von einem bisher als Ganzes unter Einer Katasternummer vorgetragenen Grundstücke erwerben; endlich c) daß das Verfahren bei der Vermessung und Vermarkung selbst gesetzlich geregelt werde und be-

---

Feuilleton.

Zur Lage der Dinge in Amerika.

(Privatkorrespondenz der „N. Würzb. Ztg.")

Theils durch die Fluctuationen in den Preisen der amerikanischen Staatspapiere, theils durch wiederholte direkte Fragen an mich, habe ich zu bemerken Gelegenheit gehabt, daß, trotz der Wunder, welche in den letzten Jahren in der großen Republik, der ich anzugehören mich glücklich schätze, geschehen, die Gemüther auf dieser Seite des Oceans über den endlichen Ausgang des Zerwürfnisses zwischen Norden und Süden noch nicht vollkommen beruhigt sind. Ich kann vielleicht ein wenig dazu beitragen, den Besitzern amerikanischer Bonds einen sanfteren Schlaf zu verschaffen, und überhaupt die dortigen Verhältnisse in ein klareres Licht zu stellen, wenn ich Ihren geehrten Lesern einen Auszug aus dem eben empfangenen Briefe eines meiner Freunde, des Präsidenten der ersten Nationalbank zu Northampton (Massachusetts), und den hier einschlagenden Theil eines Artikels unserer „Hampshire Gazette", in deutscher Uebersetzung mittheile:

„Sie erfahren ohne Zweifel," schreibt Hr. Präsident Hale, „aus unseren Zeitungen, wie unsere öffentlichen Angelegenheiten stehen. Das Volk ist entschlossen, bis zum Ende für die Sache einzustehen, für die es in dem beendigten Kriege sein Blut und Gut eingesetzt, und wird sich, davon bin ich überzeugt, weder durch die Verrätherei des Präsidenten und seiner Anhänger, noch durch die übereilten und übelberathenen Schritte einiger Ultras irre machen lassen, welche sich gern zu Führern aufwerfen möchten. Die allgemeine Ansicht der Verständigen ist diese, daß nichts als eine unparteiische und intelligente Stimmberechtigung die Ruhe vollkommen und definitiv herstellen wird. Der Präsident, mit all' seiner Narrheit und Bosheit, hat seinen Amtseid noch nicht genug verletzt, um seine Inanklagestandversetzung (s. v. v.) als eine weise und erfolgreiche Maßregel erscheinen zu lassen. Wir werden (da seine Hände inzwischen vollständig vom Congreß gebunden sind) besser thun, ihn die paar Jahre, welche er noch zu leben hat (am 4. März 1869 ist seine Amtsthätigkeit zu Ende), ruhig zu dulden, als auch nur den Schein zu haben, als wollten wir die Grenzen der Verfassung zu Gunsten unserer Wünsche ausdehnen (to strain any just konstitutional barriers). Wenn wir die Fähigkeit, zu lesen, zur allgemeinen und unerläßlichen Bedingung des Stimmrechtes machen, so wird es keine zwei Jahre dauern, bis drei Viertheile der erwachsenen Schwarzen stimmfähig sind; denn sie lernen mit außerordentlicher Geschwindigkeit, während die armen Weißen

gutachtet, an den König die Bitte um Vorlage eines solchen Gesetzes zu richten, welchem Antrag der Ausschuß einstimmig beitrat. (N. C.)

Erlangen, 20. Febr. Mit Rücksicht auf die Verdienste, welche sich der außerordentliche Prof. Dr. Herz durch die Behandlung verwundeter und erkrankter Krieger erworben, ist demselben das Ritterkreuz erster Classe vom Orden des heiligen Michael ertheilt worden. Auf die gleiche Veranlassung hin sind den ordentlichen Professoren Dr. Thiersch und Dr. Ziemßen königl. Handschreiben zugegangen, in denen ihnen die allerhöchste Anerkennung ausgesprochen wird.

Darmstadt, 20. Febr. Die von anderer Seite in diesen Blättern gegebenen Andeutungen über unsere militärischen Verhältnisse entbehren der Begründung. Es ist bis jetzt überhaupt noch nicht entschieden, ob unsere Division in zwei Theile getrennt wird, und viel weniger festgesetzt, welche Truppentheile künftig der norddeutschen Armee zugetheilt werden. Daß im Falle der Ausscheidung des oberhessischen Contingents, dieses etwa aus einer Brigade bestehen wird, ist wohl richtig, da diese Leistung nach preußischen Einrichtungen der Bevölkerungszahl Oberhessens entspricht. — Sicherem Vernehmen nach wird der Großherzog sich in der Kürze nach München begeben. (Fr. J.)

Offenbach, 16. Febr. Das Befinden der Herzogin Adelheid von Nassau hat sich seit einigen Tagen in erfreulichster Weise zum Bessern gewendet. Die Nächte sind sehr ruhig, und die Erscheinungen der Unterleibskrankheit sind fast ganz beseitigt. (M. J.)

Preußen. (Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes. Schluß.)

XII. Bundes-Finanzen. Art. 65. Abgesehen von dem durch Art. 58 bestimmten Aufwande für das Bundesheer und die zu demselben gehörigen Einrichtungen, sowie von dem Aufwande für die Marine (Art. 50) werden die gemeinschaftlichen Ausgaben im Wege der Bundesgesetzgebung und, sofern sie nicht eine nur einmalige Aufwendung betreffen, für die Dauer der Legislatur-Periode festgestellt. Art. 66. Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die aus den Zöllen, den gemeinsamen Steuern und dem Post- und Telegraphenwesen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Insoweit dieselben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche von dem Präsidium nach dem Bedarfe ausgeschrieben werden. Art. 67. Ueber die Verwendung der gemeinschaftlichen Einnahmen und der Beiträge der Einzelstaaten ist von dem Präsidium dem Bundesrathe und dem Reichstage Rechnung zu legen.

XIII. Schlichtung von Streitigkeiten und Strafbestimmungen. Art. 68. Jedes Unternehmen gegen die Existenz, die Integrität, die Sicherheit oder die Verfassung des norddeutschen Bundes, die Erregung von Haß oder Verachtung gegen die Einrichtungen des Bundes oder die Anordnungen der Bundesbehörden durch öffentliche Behauptung oder Verbreitung erdichteter oder entstellter Thatsachen oder durch öffentliche Schmähungen oder Verhöhnungen, endlich die Beleidigung des Bundesrathes, des Reichstages, eines Mitgliedes des Bundesrathes oder des Reichstages, einer Behörde oder eines öffentlichen Beamten des Bundes, während dieselben in der Ausübung ihres Berufes begriffen sind oder in Beziehung auf ihren Beruf, durch Wort, Schrift, Druck, Zeichen, bildliche oder andere Darstellung, werden in den einzelnen Bundesstaaten beurtheilt und bestraft nach Maßgabe der in den letzteren bestehenden oder künftig in Wirksamkeit tretenden Gesetze, nach welchen eine gleiche gegen den einzelnen Bundesstaat, seine Verfassung, Einrichtungen und Anordnungen, seine Kammern oder Stände, seine Kammer- oder Ständemitglieder, seine Behörden und Beamten begangene Handlung zu richten wäre. Art. 69. Für diejenigen in Art. 68 bezeichneten Unternehmungen gegen den norddeutschen Bund, welche, wenn gegen einen der einzelnen Bundesstaaten gerichtet, als Hochverrath oder Landesverrath zu qualifiziren wären, ist das gemeinschaftliche Oberappellationsgericht der drei freien und Hansestädte in Lübeck die zuständige Spruchbehörde in erster und letzter Instanz. Art. 70. Streitigkeiten zwischen verschiedenen Bundesstaaten, sofern dieselben nicht privatrechtlicher Natur und daher von den competenten Gerichtsbehörden zu entscheiden sind, werden auf Anrufen des einen Theils von dem Bundesrathe erledigt. Verfassungsstreitigkeiten in solchen Bundesstaaten, in deren Verfassung nicht eine Behörde zur Entscheidung solcher Streitigkeiten bestimmt ist, hat auf Anrufen eines Theiles der Bundesrath gütlich auszugleichen oder, wenn das nicht gelingt, im Wege der Bundesgesetzgebung zur Erledigung zu bringen.

XIV. Verhältniß zu den süddeutschen Staaten. Art. 71. Die Beziehungen des Bundes zu den süddeutschen Staaten werden sofort nach Feststellung der Verfassung des norddeutschen Bundes, durch besondere dem Reichstage zur Genehmigung vorzulegende Verträge, geregelt werden.

Berlin, 20. Febr. Die „Berl. Börs.-Ztg." schreibt: „An die Wiedererkrankung des Ministerpräsidenten Grafen Bismarck knüpfen sich Gerüchte an, wornach für die Eventualität, daß Graf Bismarck an der Wahrnehmung der Geschäfte verhindert würde, dem General v. Manteuffel eine Rolle von Wichtigkeit zugedacht sein soll. (Fr. J.)

Berlin, 20. Febr. Die „Provinzial-Correspondenz" bemerkt bei Besprechung der Resultate der Parlamentswahlen, daß letztere die Erwartungen der Regierung noch übertroffen haben. Die Regierung werde unter den Abgeordneten der alten Provinzen eine Majorität von beinahe zwei Drittel der Stimmen haben. Prinz Friedrich Karl habe die auf ihn in einem ostpreußischen Kreise gefallene Wahl angenommen. In der Wahl des Frhrn. v. Rothschild sieht das ministerielle Blatt ein Zeugniß der entgegenkommenden Haltung der Bevölkerung Frankfurts. Die „Prov.-Korresp." meldet weiter den Empfang der Frankfurter Deputation durch den König und fügt hinzu, daß der König eine nochmalige sorgfältige Prüfung aller bezüglichen Verhältnisse befohlen und die Versicherung ertheilt habe, daß der Stadt Frankfurt nicht mehr auferlegt bleiben solle, als sie ohne Gefährdung des bürgerlichen Wohles tragen könne. — Die „Kreuzzeitung" und die „Nordd. Allg. Ztg." hören, Graf Bismarck habe in den letzten Tagen wegen Unwohlseins das Zimmer hüten müssen. In Folge einer Ueberhäufung mit Staatsgeschäften habe sich sein rheumatisch-nervöses Leiden wieder eingestellt.

Berlin, 20. Febr. Bei der gestrigen königlichen Tafel, welcher die Kronprinzessin, mehrere Prinzen und höhere deutsche und ausländische Offiziere beiwohnten, herrschte, wie versichert wird, die Ueber-

---

(the poor whites, im Süden) und die Irländer, welche das Mannesalter in tiefer Unwissenheit erreichen, größtentheils sich nicht die geringste Mühe geben, sich durch den ersten Grad von Geistesbildung das Recht, zu stimmen, zu erwerben."

Diese Aussprüche eines ebenso erfahrenen als geachteten Geschäftsmannes werden durch folgende der erwähnten „Gazette" entnommenen Thatsachen unterstützt:

„Es herrscht unter den Politikern die Meinung, daß die Inanklagestandversetzung des Präsidenten nicht sowohl wegen dessen, was er gethan, als wegen dessen, was er, wie man fürchtet, etwa noch thun möchte, wünschenswerth erscheint: „Er steht im Wege." Dieses Imwegestehen ist aber keineswegs eine ausgemachte Thatsache. Er kann nur dem Congreß im Wege sein, und diese Körperschaft hat glücklicherweise die Macht, gegen seinen Willen jedes Gesetz durchzubringen, welches ihr beliebt. Der Präsident kann niemals weder die Handlungen des einen, noch die des anderen Hauses controlliren; er ist jedem constitutionellen Akte des Congresses gegenüber ohne alle Macht. Nun haben im gegenwärtigen Congresse die Republikaner (die loyale Partei) 38 Mitglieder im Senate, und die Demokraten und Anhänger des Präsidenten 14. Dies gibt den Ersteren drei Stimmen mehr als nöthig, um die zwei Dritttheile zu erreichen, welche zum Ueberstimmen des Veto's des Präsidenten erforderlich sind. Und im gegenwärtigen Repräsentantenhause zählen die Republikaner 145 Stimmen, gegen die 47 der Freunde Herrn Johnsons. Daher haben die Ersteren wieder 17 Stimmen mehr, als sie brauchen, um jedes Veto des Präsidenten niederzustimmen.

„Im nächsten Congresse, welcher am 4. März zusammentritt, wird der Senat 43 Stimmen gegen, und nur 9 für den Präsidenten haben; und das Verhältniß im Repräsentantenhaus wird sich ebenfalls noch günstiger für die republikanische Partei herausstellen, als bisher."

Das reicht wohl hin, um zu beweisen, daß die Vereinigten Staaten nicht vom Präsidenten und seinen Creaturen, und eben so wenig von den ehemaligen Sklavenhaltern und Rebellen, sondern von derselben großen Majorität des Volkes regiert werden, welche dem niederträchtigen Verrath der Südländer mit aller Macht vier lange Jahre die Spitze geboten und die Herstellung der Union und des Gesetzes mit ihrem Blute besiegelt, zugleich aber auch den Zankapfel der beiden Landessektionen, die Sklaverei, für immer beseitigt hat. Drohungen, wie die der Waffenergreifung des Präsidenten oder der Anerkennung der Rebellenschuld, sind lächerliche Erfindungen von Rebellen „außer Dienst" und von Spekulanten in amerikanischen Fonds. Man schaue nur getrost auf die Zukunft der nordamerikanischen Union: ein Gebäude, welches auf einer so breiten Grundlage steht, und das von so unermeßlichen Hülfsquellen gestützt wird, fällt nicht so leicht zusammen, so lebhaft es auch in seinem Innern hergehen möge. Seine stärkste Probe hat es überstanden. Dr. Charles Munde.

Digitized by Google

zeugung von der voraussichtlich friedlichen Entwicklung der europäischen Dinge vor, so wie von dem so gut wie gesicherten Inslebentreten des norddeutschen Bundes. (K. Z.)

Das Ergebniß der 35 Wahlkreise der **Rheinprovinz** liegt vollständig vor, es ist überwiegend konservativ ausgefallen; 15 Conservativen stehen 9 Liberale und Altliberale und 2 Klerikale gegenüber, in neun Bezirken sind engere Wahlen nothwendig. — In Altenburg wurde ein Liberaler, Wagner, gewählt; in Lippe der conservative Minister v. Oheimb. — Im Wahlkreise Eisenach ist der Advokat Hering zu Eisenach (Nationalverein) gewählt mit circa 5000 Stimmen gegen den geh. Staatsrath v. Thon, der 2000 Stimmen erhielt.

Dresden, 19. Febr. Heute Nachmittag trafen der König und der Kronprinz von Preußen von Berlin hier ein. König Johann war ihm bis Priestewitz entgegengefahren, zum Empfang hatten sich, wie das „Dresdn. Journ." meldet, auf dem Leipziger Bahnhofe der Kronprinz Albert und der Prinz Georg eingefunden. Ferner waren daselbst anwesend der Höchstkommandirende, General der Infanterie v. Bonin, die preußische Gesandtschaft, die Staatsminister sowie die preußische und sächsische Generalität und sämmtliche Offiziere der beiden hier garnisonirenden Truppentheile. Bei der Ankunft des Zuges ertönten lebhafte Hochs und das Musikchor des preußischen Leibgrenadierregiments spielte die Nationalhymne. Hierauf begaben sich Ihre Majestäten auf den Platz vor dem Bahnhofe, wo eine Kompagnie des preußischen Gardegrenadier-Regiments „Königin Elisabeth" als Ehrenwache sich befand und schritten unter den Klängen der Regimentsmusik die Front derselben ab. Alsdann geleitete König Johann unter anhaltenden Hochrufen des in großer Menge versammelten Publikums die hohen Gäste in das Residenzschloß, in dessen Vorhof eine Kompagnie der sächsischen Leib-Infanteriebrigade mit der Fahne und dem Musikkorps aufgestellt war.

Wien, 18. Febr. Ueber den Anlaß des schon erwähnten Duells im Prater sagt die „Presse", daß Graf Wedell den Prinzen Solms durch eine beleidigende Aeußerung über die Haltung der beiden Brüder und der gesammten Familie des Letzteren im jüngsten Kriege zu der Herausforderung veranlaßte.

Wien, 21. Febr. Verschiedenen Mittheilungen gegenüber meldet die „Presse", daß der Kronprinz von Italien im Laufe dieses Monats in Wien eintreffen werde. Die „N. Fr. Pr." theilt die Ernennung des Grafen Taaffe zum Minister des Innern als unmittelbar bevorstehend mit.

O.C. **Wien,** 20. Febr. Wie wir erfahren, soll Kaiser Napoleon III. an Se. apost. Majestät ein Telegramm gerichtet haben, in welchem er dem Kaiser zu seinem hochherzigen Entschlusse in Betreff Ungarns Glück wünscht, und überzeugt ist, daß derselbe Oesterreich rasch die Stellung wiedergeben wird, die es im Interesse des Friedens und der Civilisation einzunehmen berufen ist. — Die Capitalsbeschaffung zu der, den Herren Baron Andrean und Dr. Mayer von Alsó Rußbach ertheilten Conzession einer volkswirthschaftlichen Bank übernimmt Herr Langrand Dumonceau, der sich gegenwärtig in Rom befindet. — Die konservative Fraktion der galizischen Polen hat dem Freiherrn v. Beust ein Programm vorgelegt, worin für Böhmen und Galizien ein Hofkanzler gefordert wird, der die politische und finanzielle Verwaltung der betreffenden Königreiche unter sich hätte. Dieses Programm hat jedoch die Billigung des Frhrn. v. Beust nicht gefunden. Die heutige „Wiener Ztg." publizirt eine Entschließung Sr. Majestät, datirt vom 17. Februar, der zufolge die wegen Hochverrath in Brünn internirt gewesenen Sträflinge, Stephan Nedeczky, Ludwig Beniczky, Ludwig Caspar, Ludwig Zambelli, Gabriel Clementis, Ludwig Plachy, Ladislaus Szelestey und Paul v. Almásy gänzlich begnadigt wurden. Die Abreise des russischen Gesandten Grafen Stackelberg erfolgte auf Befehl des Kaisers von Rußland, der mit den Verhältnissen am hiesigen Hofe, die nunmehr eine so veränderte Gestalt angenommen haben, vertraut sein will und deßhalb ausführliche persönliche Berichte wünschte. Da der Gesandte auch Familienverhältnisse zu ordnen hat, so dürfte dessen Rückkehr sich bis gegen die Mitte des nächsten Monats verzögern. — Graf Andrassy hat heute in Gegenwart des Grafen Festetics den Eid in die Hände des Kaisers niedergelegt.

Paris, 19. Febr. Das gelbe Buch ist heute ausgegeben worden und ist umfangreicher, als je, denn es umfaßt 457 Quartseiten. Die Darlegung der auswärtigen Angelegenheiten vom politischen, wie vom kommerziellen Standpunkt aus, die bereits in dem blauen Buche sich befand, geht der Depeschensammlung als Einleitung voraus. Die auf Deutschland und Italien bezüglichen Dokumente füllen 70 Seiten (39—109), dann kommen Rom (bis p. 131), die Donaufürstenthümer (—181), Montenegro (—195), Suezcanal (—249), Libanon (—271), Kreta (—333), Vereinigte Staaten und Mexiko (—353), und Japan (—371). Der übrige Theil des Blaubuches ist mit den auf Handels-Angelegenheiten bezüglichen Dokumenten angefüllt. Der interessanteste Theil sind die Depeschen über die Abtretung Venetiens und diejenigen, welche unmittelbar nach der Schlacht von Königgrätz gewechselt wurden. Nr. 20 ist das Zirkularschreiben vom 5. Juli, welches den Agenten Frankreichs im Auslande die Abtretung Venetiens anzeigt. Nr. 21 ist eine telegraphische Depesche an den französischen Gesandten in Wien vom 6. Juli folgenden Inhalts: „Ich beeile mich, Ihnen mitzutheilen, daß der König von Preußen die Vermittelung des Kaisers annimmt. Er wird ohne Verzug durch Hrn. v. d. Goltz von den Bedingungen Kenntniß geben lassen, unter denen er einen Waffenstillstand annehmen kann." Nr. 22 ist unterm 7. Juli mit Bezugnahme auf vorstehendes Telegramm an Herrn Benedetti gerichtet, damit dieser in Berlin begreiflich mache, daß König Viktor Emanuel, auf dessen Zustimmung Preußen warten zu müssen erkläre, nunmehr, da durch die Abtretung Venetiens der Zweck, warum er Krieg geführt, erreicht sei, keinen Grund habe, den Waffenstillstand nicht anzunehmen. Nr. 23 zeigt unterm 9. Juli in Berlin an, daß Seine Majestät, von dem Wunsche beseelt, alle Hindernisse zu beseitigen, die sich dem Abschlusse des Friedens entgegenstellen könnten, den Prinzen Napoleon mit Instruktionen an den König von Italien abgeschickt hat. Gleichzeitig weist Herr Drouyn de Lhuys Herrn Benedetti an, sich unverzüglich nach dem Hauptquartiere des Königs von Preußen zu begeben. „Wir haben Venetien an Italien zu übergeben, allein dazu ist nöthig, daß Italien einen Waffenstillstand annehme und diese Annahme ist von der Zustimmung Preußens abhängig. Bieten Sie also alle Anstrengung auf, um diese Zustimmung zu erlangen." Nr. 24 ist nachstehendes Telegramm des Herzogs von Gramont aus Wien, 9. Juli: „Die Preußen stehen in der Umgegend von Iglau; die Armee des Generals Benedek, die sich in Olmütz reformirt, ist, wie es scheint, nicht im Stande, ihren Marsch aufzuhalten, und wenn der Waffenstillstand nicht abgeschlossen wird, so können sie in einigen Tagen in Wien sein." Nr. 25 ist von Herrn v. Gramont an Hrn. Drouyn de Lhuys gerichtet: „Wien, den 10. Juli. Herr Minister! Die Umstände sind der Art und die Einnahme von Wien durch die Preußen so nahe bevorstehend, daß zu vollständigen Unterhandlungen die Zeit mangelt. In diesem Augenblicke hält sich das österreichische Cabinet nur an das Nothwendige, um die Monarchie vor einem moralischen und materiellen Unheil zu retten, dessen Folgen unberechenbar wären. Seit zwei Tagen führt man den Baarvorrath aus der Bank weg. Er wird auf Dampfschiffe verladen, die ihn auf der Donau nach Comorn bringen. Kurz, man trifft alle Vorbereitungen, die auf eine nahe Räumung der Hauptstadt deuten." — Nr. 26 ist ein Telegramm des Hrn. Drouyn de Lhuys an Herzog Gramont vom 12. Juli. Es wird darin als Hauptbedingung preußischerseits zum Abschluß des Waffenstillstands der Austritt Oesterreichs aus dem deutschen Bunde angeführt. Die anderen Bedingungen sind von geringerer Bedeutung, und können einer späteren Diskussion unterzogen werden. Unter den gegebenen Verhältnissen glaubt Kaiser Napoleon III., daß eine Fortsetzung des Kampfes der vollständige Untergang Oesterreichs sein werde.

Paris, 19. Febr. Die wesentlichsten Bestimmungen des in der gestrigen Sitzung des Staatsraths angenommenen Gesetzentwurfs, betreffend die Umgestaltung des Heeres, sind nach dem „Etendard" folgende: „Das Contingent begreift die ganze Liste, d. h. etwa 160,000 Mann. Der erste Theil, 80,000 Mann, wird während fünf Jahren zum aktiven Dienst ausgehoben. Wenn die jungen Soldaten den aktiven Dienst durchgemacht haben, bleiben sie noch vier Jahre in der Reserve. Der zweite Theil des Contingents bleibt gleichfalls während vier Jahren in der Reserve, und dient sodann noch während fünf Jahren in der mobilen Nationalgarde. In diese treten alle Losgekauften ein, woraus hervorgeht, daß die Loskaufung nur in Friedenszeiten von allem Dienst befreit. Wenn man den Erfolg dieser Maßregel näher betrachtet, so stellt sich für Frankreich heraus, daß die aktive Armee 450,000 Mann betragen wird, die Reserve 560,000 Mann, die mobile Nationalgarde 450,000 Mann. Im Kriegsfall würde Frankreich über folgende Streitkräfte verfügen können:

Erster Theil des Contingents oder aktiven Armee . .	450,000 Mann,
zweiter Theil des Contingents oder Reserve, bestehend zur Hälfte aus ausgebildeten Soldaten	560,000 „
Mobile Nationalgarde, die nicht gedient hat . .	450,000 „
Zusammen	1,460,000 Mann

Die „Patrie" meldet, daß dem gesetzgebenden Körper vier Gesetzentwürfe vorgelegt sind, von welchen einer namentlich das Ausland interessirt. Dieser Gesetzentwurf hat den Zweck, die Zeit der Anwesenheit, welche denjenigen Fremden, welche wünschen, alle Rechte eines französischen Bürgers zu genießen, durchs Gesetz vom 3. Dez.

1849 auferlegt ist und die bisher auf 10 Jahre festgestellt war, auf 3 Jahre und je nach Umständen auf 1 Jahr zu reduziren.

Paris, 21. Febr. Das Bulletin des „Moniteur" setzt die Lage des Kaiserreichs auseinander, und sagt, Frankreich sei hochherzig genug, um keinem seiner Nachbarn eine Schwäche zu wünschen, und überzeugt, daß das Prinzip der Solidarität überall den egoistischen Geist der älteren Staatskunst verdrängen müsse. Die „France" meint, daß der Fortschritt der einen Nation allen andern zum Vortheil gereiche, und daß das gemeinsame Interesse über jedem partikularen Interesse stehe. Diese fruchtbare civilisatorische Idee leite die kaiserliche Regierung in ihren auswärtigen Beziehungen.

Aus Buenos-Ayres, 10. Jan., wird dem „Moniteur" geschrieben, daß die militärischen Operationen auf dem Kriegsschauplatz in La Plata sowohl seitens der Paraguiten als seitens der Verbündeten fast gänzlich eingestellt sind. Es wird indessen der Verlust eines brasilischen Transportschiffs „Eponino" gemeldet, welches mit Verwundeten beladen bei Corrientes in Flammen aufgegangen ist.

Pointe de Galles, 29. Jan. Nachrichten von Hongkong vom 15. Januar, daß die Empörer Honkow bedrohten, und daß im Norden von China bedeutende Feuersbrünste ausgebrochen waren. Der neue Taikun von Japan, Prinz Kosklaiski, bezeigt sich den fremden Häfen günstig. Es wurde ein neuer Vertrag bezüglich eines Etablissements der Fremden in Yokohama unterzeichnet.

Neueres.

Berlin, 22. Febr. Graf Bismarck wird die auf ihn gefallene Wahl zum Parlament im Jerichower Kreise und nicht die in Elberfeld annehmen.

Paris, 21. Febr. Fürst Metternich ist heute nach Mentone zur Einsegnung der Leiche des Erzherzogs Stephan abgereist. Die Leiche wird nächsten Sonntag nach Pesth überbracht werden.

Paris, 21. Febr. An der Börse ist folgende Depesche angeheftet: General Castelnau zeigt an, daß er Mexico am 5. Febr. geräumt habe. Kaiser Maximilian bleibt in Mexico, welches ruhig ist. Die Einschiffung der Truppen hat begonnen, und wird ohne Unterbrechung fortgesetzt.

Paris, 21. Febr. Der wöchentliche Bankausweis zeigt eine Vermehrung des Bankvorraths um 19 Mill., der Privatrechnungen um $9^{4}/_{5}$ Mill.; eine Verminderung des Portefeuille's um $31^{2}/_{3}$ Mill., der Vorschüsse um $^{1}/_{2}$ Mill., des Notenumlaufs um 15 Mill., des Staatsschatzes um 4 Mill.

Florenz, 21. Febr. Der König ist nach Turin abgereist. — Das „Diritto" versichert, die Regierung werde das Projekt Jacini's bezüglich der Eisenbahnen nicht fallen lassen. — Der „Corriere italiana" sagt, jeder Minister werde eine Commission ernennen, die über die in seinem Departement zu erzielenden Ersparnisse Vorschläge machen soll. — Wie die „Italie" berichtet, ist der italienische Gesandte in Petersburg, Graf Launay, zum Gesandten in Berlin ernannt worden.

Bucharest, 21. Febr. Fürst Karl nahm die Dimission des Kriegsministers Obersten Haralambi an und ernannte den General Ghergel zum Kriegsminister.

New-York, 21. Febr. Der Congreß nahm den Gesetzentwurf wegen Einführung einer Militärverwaltung im Süden bis zur Rekonstruktion definitiv an. Morgen Feiertag.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Literarisches.

Die Verlagsbuchhandlung von Otto Janke in Berlin, in deren Verlag die „Deutsche Roman-Ztg." erscheint, welche weit über Deutschlands Gauen hinaus und auch in Amerika in Folge ihres gediegenen Inhalts die weiteste Verbreitung gefunden, hat jetzt ein neues bedeutendes literarisches Unternehmen begonnen, welches für die weiteste und allseitigste Verbreitung nicht weniger geeignet sein dürfte. Das neue Organ nennt sich: **„Roman-Magazin des Auslandes."** Während die „Deutsche Roman-Zeitung" die Romane der beliebtesten deutschen Autoren veröffentlicht, sollen im „Roman-Magazin des Auslandes" die besten und neuesten Romane der berühmtesten Schriftsteller des Auslandes in guten deutschen Uebersetzungen zur Veröffentlichung gelangen. Somit kann das Unternehmen als ein Supplement zur deutschen Roman-Zeitung betrachtet werden. Es erscheint auch in Format und in Umfang, sowie zu demselben billigen Preis wie die Roman-Zeitung. Jährlich erscheinen nämlich 12 Lieferungen, jede 16 bis 18 große enggedruckte Quartbogen stark, und das Abonnement für drei Lieferungen beträgt nur Einen Thaler, wofür jede Buchhandlung und jede Postanstalt das Roman-Magazin des Auslandes regelmäßig zu liefern in den Stand gesetzt ist. In jeder Nummer gelangt ein Roman vollständig zum Abschluß. — Erschienen ist bereits die erste Lieferung. Dieselbe enthält den Anfang des neuesten Romans der beliebten englischen Schriftstellerin Mrs. Henry Wood: „Lady Adelaide's Schwur" nebst dem wohlgetroffenen Portrait der Autorin und deren Biographie: ferner bringt sie den allerneuesten und höchst spannenden Roman der beliebten schwedischen Schriftstellerin Marie Sophie Schwartz: „Sein oder Nichtsein", der erst nach drei Jahren in Schweden erscheinen darf, vollständig; und ein reichhaltiges Feuilleton enthält zwei Novelletten, außer der Biographie von Mrs. Henry Wood noch die Nekrologe von „Ingres" und „Cousin" und eine Skizze „Englands Küstenwacht"; endlich aus sämmtlichen Ländern Europas und der übrigen Erdtheile das Bedeutendste und Wissenswertheste über Tagesbegebenheiten, Kultur, Natur, Literatur, Kunst, Musik und Theater. —

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$66^{7}/_{8}$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	64 P.
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	56—$55^{7}/_{8}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	$46^{1}/_{2}$ G.
"	$4^{1}/_{2}$pCt.	$42^{1}/_{4}$ P.
Preussen	$3^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$102^{1}/_{4}$ P.
"	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	98 G.
"	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$98^{5}/_{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 G.
"	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	94 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$93^{1}/_{4}$ G.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$98^{3}/_{4}$ P.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$86^{1}/_{4}$ G.
Baden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	98 P.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. v. 1842	$87^{1}/_{4}$ P.
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$94^{5}/_{8}$ G.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$98^{1}/_{4}$ P. 98 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	93 G.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$87^{1}/_{4}$ G.
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$86^{1}/_{4}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2^{1}/_{2}$pCt. " " "	—
Schweden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84^{5}/_{8}$ P. $^{3}/_{8}$ G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2^{1}/_{2}$	$78^{5}/_{8}$ P.
"	6pCt. ditto r. 1882 "	$77^{1}/_{4}$—77 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	138 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	711 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$176^{1}/_{2}$—76 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	216 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	98 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	342 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	112 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	117 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	158 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$91^{1}/_{2}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	114 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49^{1}/_{2}$ P. $^{1}/_{4}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$74^{1}/_{2}$ P. $^{3}/_{8}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	45 G.
Bayer. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	$119^{3}/_{4}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	$119^{3}/_{4}$ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$112^{1}/_{2}$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$61^{1}/_{2}$—$^{5}/_{8}$ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$71^{1}/_{4}$—$^{1}/_{8}$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$114^{1}/_{4}$ P.
" do. v. 1864	$78^{3}/_{8}$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$102^{1}/_{4}$—$^{1}/_{2}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10^{1}/_{8}$ P.
Badische fl. 35	$54^{7}/_{8}$—$^{3}/_{4}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^{7}/_{8}$ P. $^{5}/_{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^{1}/_{2}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$104^{7}/_{8}$ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97^{1}/_{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^{1}/_{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^{1}/_{2}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P. $104^{3}/_{4}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$119^{1}/_{4}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^{7}/_{8}$ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	93 G.
do. in öst. W. l. S.	93 G.
Disconto	$3^{1}/_{2}$ pCt. G.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$143^{3}/_{8}$ G.
" fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$34^{1}/_{2}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$28^{3}/_{4}$ P.
St. Lüttich mit $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.	33 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$10^{3}/_{4}$ P. $^{1}/_{2}$ G.

Frankfurt, 22. Febr. Der Markt war heute wiederum sehr still. Die Transactionen erreichten keinen bedeutenden Umfang. Die geringen Coursveränderungen geben der Speculation zu wenig Spielraum, um größere Operationen zu machen. Auf schlechtere Newyorker Goldcourse waren Amerikaner matter. Oesterreicher verkehrten ungefähr zu gestrigen Coursen, Süddeutsche ebenfalls, mit Ausnahme von Nassauern, die etwas matter bleiben. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 55–56.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 25. Februar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 22. Februar. Vom königl. Staatsministerium der Justiz wurde als Vertreter der Staatsanwaltschaft am kgl. Stadtgerichte Fürth der bisherige Vertreter am kgl. Landgerichte Neunbach, Bezirksgerichts-Accessist M. Fleischmann aus Nürnberg, aufgestellt.

Aus Baden, 19. Febr. Die Berufung eines außerordentlichen Landtags ist wahrscheinlich, und dürfte noch im Laufe des Monats April oder zu Anfang Mai erfolgen. Da der ordentliche Landtag für die Periode 1866—67 geschlossen worden und der Landtagsabschied erfolgt ist, so entsteht die eigenthümliche Schwierigkeit, ob die frühere Constituirung des geschlossenen Landtags noch als fortdauernd zu betrachten, oder eine neue vorzunehmen sei, was die Sache sehr hinausziehen würde. Indessen haben wir in unserem Verfassungsleben einen Vorgang aus dem Jahre 1838, wo ebenfalls die Stände außerordentlicher Weise lediglich zur Berathung des Eisenbahnbaues berufen worden sind; das dabei eingehaltene Verfahren dürfte auch jetzt als Norm gelten. (Schw. M.)

Berlin, 21. Febr. Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht eine Verordnung betreffend die Anstellung der Justizbeamten in den neuerworbenen Landestheilen, welche folgende Bestimmungen enthält: § 1. Wer in den älteren Provinzen der preußischen Monarchie die dritte juristische Prüfung bestanden hat, ist befähigt, auch in den neu erworbenen Landestheilen das Amt eines Richters, Advokaten, Anwaltes, Notars oder Beamten der Staatsbehörde zu bekleiden. Imgleichen können Justizbeamte, welche in einem der neuen Landestheile die Befähigung zum Richteramte erlangt haben, in jedem anderen derselben als Richter, Advokaten, Anwalte, Notare oder Beamte der Staatsbehörde angestellt werden. Für die Ernennung eines etatsmäßigen Mitgliedes eines Obergerichts, Appellationsgerichts oder Ober-Appellationsgerichts ist jedoch außerdem erforderlich, daß der Beamte mindestens vier Jahre als etatsmäßiger Richter oder als Beamter der Staatsanwaltschaft in den älteren Provinzen oder in einem der neuen Landestheile definitiv angestellt gewesen ist. § 2. Wer mindestens vier Jahre die Stelle eines außerordentlichen Professors der juristischen Fakultät bei einer preußischen Universität bekleidet hat, kann zum etatsmäßigen Mitgliede eines jeden Gerichts ernannt werden, ohne daß die Ablegung der für Richter vorgeschriebenen Prüfung oder der Nachweis einer praktischen Beschäftigung als solcher während eines bestimmten Zeitraumes erforderlich ist. § 3. Das Recht der Provinzial-Landschaften im ehemaligen Königreiche Hannover, Räthe des Ober-Appellationsgerichts in Zelle zu präsentiren, wird aufgehoben. Bei Ernennung der Räthe dieses Gerichtshofes findet eine Mitwirkung desselben, insbesondere durch Anstellung eines sogenannten Skrutiniums und durch Prüfung vor einer Kommission des Kollegiums, nicht ferner statt.

Bezüglich der Wahlen für den Reichstag des norddeutschen Bundes liegt jetzt das vollständige Resultat nach amtlicher Bekanntgabe vor. Die Ergebnisse der Wahlen sind eine Niederlage der liberalen Partei in Preußen und ein glänzender Sieg für die Regierung. Von den 193 Wahlen der alten preußischen Provinzen sind 164 als abgeschlossen zu betrachten, während in 29 Kreisen, wo sich keine absolute Majorität herausgestellt hat, engere Wahlen nöthig geworden sind. Behalten wir die alten Parteieintheilungen bei, so gehören von diesen 164 Gewählten 90 der konservativen, 18 der altliberalen, 35 der liberalen Partei oder den verschiedenen Fraktionen der frühern Opposition (linken Centrum, nationalen und Fortschrittspartei), 8 der katholischen und 12 der polnischen Partei an, über 1 Gewählten herrscht bezüglich seiner politischen Richtung noch Ungewißheit. Nach den Provinzen vertheilen sich diese Wahlen also: Preußen: 19 Konservative, 2 Liberale, 3 Polen, außerdem 6 engere Wahlen; Posen: 1 Konservativer, 3 Altliberale, 2 Liberale, 9 Polen; Brandenburg: 14 Konservative, 1 Altliberaler, 9 Liberale (6 davon in Berlin), außerdem 2 engere Wahlen; Pommern: 9 Konservative, 1 Altliberaler, 2 Liberale, außerdem 2 engere Wahlen; Schlesien: 15 Konservative, 4 Altliberale, 9 Liberale, 3 Klerikale, außerdem 4 engere Wahlen; Sachsen: 13 Konservative, 2 Altliberale, 5 Liberale; Westphalen: 6 Konservative, 1 Altliberaler, 1 Liberaler, 4 Klerikale, außerdem 6 engere Wahlen; Rheinprovinz: 13 Konservative, 6 Altliberale, 5 Liberale, 1 Klerikaler, 1 von unbekannter Parteistellung, außerdem 9 engere Wahlen; Hohenzollern: 1 Konservativer. In den neuen preußischen Provinzen, wo die Scheidung in Konservative und Liberale nicht zulässig ist, gehören 17 der partikularistischen und 19 der preußenfreundlichen Richtung an. — Von den Ministern sind gewählt: Graf Bismarck, Roon, Bodelschwingh; Graf Itzenplitz ist in engerer Wahl. — Das Parteiverhältniß in den neuen Provinzen Preußens ist folgendes: in Hannover: 9 Partikularisten, 8 National-Liberale (2 engere Wahlen); in Schleswig-Holstein: 7 Partikularisten, 2 dänisch Gesinnte: in Churhessen: 7 National-Liberale (1 engere Wahl); in Nassau; 5 National-Liberale; der Wahl in Frankfurt a. M. ist wohl keine bestimmte Färbung beizulegen; in Lauenburg engere Wahl. Nach Vollziehung der engeren Wahlen dürfte sich das Ergebniß der 43 Wahlen in den neuen Provinzen in folgender Weise stellen: 23 National-Liberale, 17 Partikularisten, 2 dänisch Gesinnte, eine unbestimmt.

Ueber die Frankfurter Contributions-Angelegenheit bringt die „Prov.-Corr." folgenden Artikel: „Aus Frankfurt a. M. ist soeben eine Deputation nach Berlin entsandt worden, welche die k. Gnade behufs Zurückerstattung der nach der Occupation im vorigen Sommer dort erhobenen Kriegszahlung von 6 Mill. Gulden erbitten soll. Eine von der Stadt verlangte größere Contribution war derselben, nachdem die wirkliche Besitzergreifung für Preußen statigefunden, alsbald erlassen, die Erstattung jener früheren, während des Kriegszustandes auferlegten Zahlung dagegen seither mehrfach vergebens beantragt worden. Abgesehen von dem rechtlichen Stande der Sache war die Haltung der Stadt Frankfurt auch nach der Besitzergreifung nicht geeignet, eine besondere Rücksichtnahme zu begründen. Es ist allerdings nicht zu verkennen, daß Frankfurt nicht bloß durch den Verlust seiner Selbständigkeit, sondern auch in Bezug auf äußeren Glanz und manche bisherige Quellen des Wohlstandes mehr als irgend eine andere Stadt betroffen worden ist. Ersatz für diese augenblicklichen Verluste wird die Bevölkerung allmälig in sehr reichem Maße finden, wenn sie ihre Stellung in dem neuen großen Gemeinwesen und auf den Grundlagen eines freieren Verkehrs mit all den reichen Mitteln und Vorzügen ihrer Lage und bisherigen Entwickelung alsbald mit frischem Muthe einzunehmen und zu verwerthen versucht. Es dürfte wenige Städte geben, welche unter der Gunst der sich ringsum entwickelnden neuen Verhältnisse zu einem so hohen gewerblichen Aufschwunge berufen wären, wie gerade Frankfurt. Statt diese Aussicht unter den gewandelten Verhältnissen mit raschem Entschlusse zu erfassen, hat sich aber ein Theil der Bevölkerung zunächst einer großen Entmuthigung und gleichzeitig einer bitteren Gereiztheit gegen Preußen hingegeben und dadurch die augenblickliche Lage nur verschlimmert. Statt die Hand der preußischen Regierung, die allen ihren Angehörigen Wohlwollen und gewissenhafte Fürsorge widmet, vertrauensvoll zu erfassen, trug man mit großer Beflissenheit eine trotzige Entfremdung zur Schau und suchte Unterstützung bei den leidenschaftlichsten demokratischen Gegnern der Regierung. Das war nicht der Weg, eine Erleichterung und Besserung der Frankfurter Verhältnisse anzubahnen. Jetzt scheint man dies in Frankfurt selbst erkannt zu haben. Der Verlauf der Reichstagswahl gibt Zeugniß dafür, daß die Bevölkerung nicht mehr den Rathschlägen der Leidenschaft zu folgen, sondern eine entgegenkommendere Haltung einzunehmen entschlossen ist. Die erwähnte Deputation hat zunächst bei den Ministern und dann bei Sr. Majestät Zutritt und wohlwollende Aufnahme gefunden. Der König hat eine nochmalige sorgfältige Prüfung aller bezüglichen Verhältnisse befohlen und die Versicherung gegeben, daß der Stadt Frankfurt, für die er von jeher eine große Theilnahme gehegt habe, nicht mehr auferlegt bleiben solle, als sie ohne Gefährdung des bürgerlichen Wohls tragen könne.

Berlin, 22. Febr. Heute Mittag soll eine Conferenz-Sitzung der norddeutschen Bevollmächtigten stattfinden. Man glaubt, daß es

sich namentlich um die Kenntnißnahme der Ratifikationen des Uebereinkommens wegen der Verfassungsvorlage handeln wird, sowie um die etwaige Vertretung der Bundesregierungen in Berlin während der Dauer des Parlamentes.

Berlin, 21. Febr. Der König und der Kronprinz sind gestern Nachts von ihrem Besuch am k. sächsischen Hofe hier wieder eingetroffen. — Einige der Regierung nahe stehende Blätter meldeten gestern von einer Wiederkehr der nervös-rheumatischen Leiden des Grafen v. Bismarck. Aus Anlaß dieser Mittheilungen sprechen heute andere hiesige Blätter von Gerüchten über Personalveränderungen im Ministerium. Alle derartigen Gerüchte entbehren indessen der Begründung. Auch soll das Unwohlsein des Ministerpräsidenten keinen irgend bedenklichen Charakter haben. Die gestrigen Mittheilungen darüber dürften hauptsächlich den Zweck verfolgen, bei dem jetzigen Andrang von Geschäften und Besuchen das Fernbleiben des Grafen Bismarck vom geselligen Verkehr durch den Hinweis auf eine nothwendige Schonung seiner Gesundheit zu erklären. — In den Verhandlungen des norddeutschen Reichstages ist man hier allgemein auf heftige Parteikämpfe gefaßt. Mehrfachen Anzeichen nach werden solche Kämpfe schon gleich bei den Wahlprüfungen zum Ausbruch kommen. Den ersten Anstoß dazu hat bereits das hiesige demokratische Central-Wahlcomite gegeben, indem dessen Geschäftsführer öffentlich alle Parteigenossen auffordert, ihm von „ungesetzlichen Beeinflussungen der Wahlen zu Gunsten von Regierungs-Candidaten" genaue Mittheilung zu machen. In Folge dessen werden auch von conservativer Seite Nachweise über ordnungswidrige gegnerische Wahleinwirkungen gesammelt. (B. Z.)

O. C. **Wien,** 21. Febr. Einem stark verbreiteten Gerüchte zufolge hätte der Sektionschef des Staatsministeriums, Herr v. Schlosser, die provisorische Leitung des Verwaltungsministeriums für die cisleithanische Reichshälfte übernommen. Der Kaiser wird sich nächster Tage nach Pesth begeben und bei dieser Gelegenheit dem ungarischen Ministerium den Amtseid abnehmen. Im Gefolge Sr. Majestät werden sich die meisten der hier domizilirenden Magnaten befinden. Für die bevorstehenden Krönungsfeierlichkeiten werden in den ungarischen Adelskreisen bereits die umfassendsten Vorbereitungen getroffen. Kronprinz Humbert von Italien wird nächster Tage hier ankommen. Graf Revel trifft bereits Vorbereitungen zu seinem Empfange. Es heißt, der Kronprinz werde den Kaiser nach Pesth begleiten. Die Hoftrauer für den verstorbenen Erzherzog Stephan wird heute angelegt und durch 16 Tage getragen werden. Der Vorstand des Preßbureau's, Ministerialrath Franz Ritter v. Hell, erhielt das Ritterkreuz des ungarischen St. Stephansordens.

O. C. **Wien,** 22. Febr. Der italienische Gesandte Graf Barral wird an einem der nächsten Tage zur Entgegennahme seiner Beglaubigungsschreiben von Sr. Majestät empfangen werden. Man beschäftigt sich damit, das Ceremoniell dieser Antritts-Audienz in Betreff der Auffahrt, der Einführung u. s. w., davon absehend, daß Graf Barral nicht den Rang eines Botschafters bekleidet, möglichst feierlich und glänzend zu gestalten, entsprechend der ganz besonderen Auszeichnung, die dem Frhrn. v. Kübeck, als er dem König von Italien seine Beglaubigungsschreiben überreichte, erwiesen wurde und noch fortwährend zu Theil wird. — Das Duell im Prater. Man befürchtet, daß das Drama, welches vor einigen Tagen mit dem Tode des Prinzen Bernhard von Solms einen blutigen Ausgang gefunden hat, noch nicht zum letzten Abschlusse gelangt ist und daß vom Grafen Wedell nicht sowohl nur wegen der Katastrophe als in weiterer Folge derselben Motive, die das Duell veranlaßten, weitere Rechenschaft gefordert werden wird. Bestimmt wird uns versichert, daß Prinz Bernhard dem Grafen Wedell ausdrücklich erklärte, er möge das Duell sehr ernst nehmen, und daß Graf Wedell, ein ausgezeichneter Pistolenschütze, feierlich versicherte, er habe unter solchen Umständen nur nach der Schulter des Prinzen gezielt. Ein unberechenbares Schicksal habe ihn den Prinzen anders treffen lassen. Uebrigens können wir noch mittheilen, daß gewisse Ereignisse, die die Affaire bei Langensalza im Gefolge hatten und die Solm's betrafen, das Hauptmoment des Duelles bildeten. — Die Ernennung des Statthalters Grafen Eduard v. Taaffe zum Minister und Leiter des Ministeriums des Innern scheint unzweifelhaft und hat damit ein Provisorium, welches sich um so fühlbarer machen mußte, je wünschenswerther eine Vertretung dieses Ministeriums bei den großen der Staatsregierung obliegenden Arbeiten sich zeigte, ein rasches Ende erreicht. Alle durch die Kenntniß der Persönlichkeit zu einem Konseil berufenen Stimmen vereinigen sich in der hohen Werthschätzung der staatsmännischen Capacität des Grafen Taaffe. Ein Cavalier von auserlesener Bildung und reichen Kenntnissen, geht er in der politischen Richtung, welche durch Rückkehr zu dem verfassungsmäßigen Zustande bezeichnet wird. Der neue Minister ist, wenn wir nicht irren, 33 Jahre alt.

O. C. **Pesth,** 21. Febr. Die Situation gestaltet sich immer befriedigender und selbst die Linke scheint der neuen Regierung gegenüber ihren schroffen Oppositionsstandpunkt aufzugeben, obzwar sie in der Frage der gemeinsamen Angelegenheiten ihre bisherigen Ansichten beizubehalten gedenkt, was jedoch, da die Majorität der Lösungsfrage mit dem Ministerium einverstanden ist, an dem Gange der Dinge nichts ändern wird. — In aller Stille werden bereits zur Krönungsfeier Vorbereitungen getroffen; vorgestern hatten sich mehrere der angesehensten Cavaliere bei dem Grafen Szapary versammelt, um zu berathen, in welcher Weise sich der Adel an der Krönungsfeier betheiligen solle. Ein imposantes Adelsbanderium wird jedenfalls zu Stande kommen, da bereits nahezu 80 Magnaten zusagten. Außerdem wird jedes Comitat (52 ohne die siebenbürgischen) ein Banderium stellen. — Allgemein wird der Krönungsfeier schon für die ersten Tage des Maimonates entgegen gesehen. Wie ich soeben erfahre, haben sämmtliche Obergespäne in corpore ihre Demission eingereicht. Es ist dies ein durch die Verhältnisse gebotener Schritt.

O C. **Szegedin,** 18. Febr. Ich kann nicht umhin, Ihnen zu melden, daß die allgemeine Freude über die Ernennung des ungarischen Ministeriums, die unsere Stadt bewegte, durch tausendstimmige Haleluja, und „schlage die Juden todt" sehr getrübt wurde. Diese Demonstration gegen die Kinder Israels artete in Thätlichkeiten aus, die allgemeine Indignation hervorriefen. Mehrere Christen, die für Juden angesehen wurden, erhielten Verletzungen, so auch ein in unserer Stadt sehr geachteter Advokat. Den ausgerückten Militärpatrouillen gelang es, ohne von der Waffe Gebrauch zu machen, den Pöbel zu zerstreuen.

Frankreich. Zu dem Interessantesten, was die dem gesetzgebenden Körper vorgelegte Sammlung von diplomatischen Aktenstücken enthält, gehört der Nachweis der Rolle, welche Frankreich bei den Friedensverhandlungen des vorigen Sommers gespielt hat, in die es bekanntlich zunächst durch die Anrufung des Kaisers von Oesterreich hineingezogen wurde. Vieles ist längst bekannt. Ganz neu ist aber, was man jetzt über die Vermittlung Frankreichs in den Friedensschlüssen zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten erfährt, und wir theilen die darauf bezüglichen Aktenstücke mit, wie Frankreich selbst sie veröffentlicht hat. Die erste Erwähnung der Südstaaten findet sich in einer Depesche Benedetti's nach Paris, die aus Nikolsburg den 26. Juli datirt ist, den Stand der Verhandlungen mit Oesterreich schildert und beifügt: „Herr v. d. Pfordten wird für Bayern dem Waffenstillstand beitreten und betreibt stark den Zutritt der andern Südstaaten. Diese Staaten werden ihrerseits neue Friedensverhandlungen mit Preußen eröffnen." Am 2. August schreibt Vikomte des Meloizes, der französische Gesandte in München, an den Minister des Auswärtigen in Paris: „Gestern sah ich Hrn. v. d. Pfordten bei seiner Rückkehr von Nikolsburg und nachdem er mir die Einzelnheiten seiner Reise erzählt, beauftragte er mich, Ew. Excellenz zu danken für die Unterstützung (concours), die er in den Verhandlungen, mit denen er beauftragt war, seitens des Hrn. Benedetti gefunden. Der Waffenstillstand beginnt heute und Herr v. d. Pfordten ist im Begriffe, nach Berlin abzureisen. Wie Sie ohne Zweifel bereits wissen, verlangt Preußen von Bayern die Zahlung von 20 Millionen Thlr. als Kriegsentschädigung und die Abtretung eines Gebietes von mindestens 500,000 Seelen in der nördlichen Pfalz und in Ober- und Unterfranken. In gerechter Bestürzung über seine Lage, hat sich der Rath des Königs entschlossen, unsere Einmischung anzurufen, und Baron v. Wendland hat Befehl erhalten, in diesem Sinne einen Schritt bei Ew. Exc. zu thun." Am 14. August schreibt Drouyn de Lhuys an Benedetti in Berlin: „Die Kabinete von Süddeutschland, mit Ausnahme des Karlsruher, haben sich an die Regierung des Kaisers gewandt, um seine Unterstützung (appui) in den zu Berlin eröffneten Verhandlungen zu erlangen. Sie kennen die Gefühle, von welchen wir gegen diese Staaten beseelt sind. Das Berliner Kabinet seinerseits hat uns wiederholt die Versicherung seines Wunsches gegeben, dieselben im Besitze einer wirklich ernsthaften Existenz neben dem norddeutschen Bund zu belassen. Wir stehen nicht an, zu glauben, daß Preußen sich in den Fragen, welche sich an die Wiederherstellung des Friedens zwischen ihm und diesen Regierungen knüpfen, versöhnlich und gemäßigt zeigen wird. Sie werden sich nicht direkt in die Verhandlungen einzumischen haben, aber Sie werden Hrn. v. Bismarck nicht in Zweifel lassen über die persönlichen Gefühle des Kaisers in Betreff der Höfe, die sein freundschaftliches Wohlwollen angerufen haben." Am 27. August schreibt Drouyn de Lhuys an den französischen Gesandten in München: „Baron v. Wendland hat mir den Wunsch ausgedrückt, von der Regierung des Kaisers einen neuen Schritt bei dem Berliner Hofe zu erlangen. Herr Benedetti war, wie ich Ihnen geschrieben, mit Weisungen versehen, welche ihm erlaubten, dem Hrn. Baron v. d. Pford-

ten die Unterstützung unserer guten Dienste zu leihen und ich wußte bereits, daß er sich dieses Auftrags im freundschaftlichsten Sinn für die bayerische Regierung entledigt hatte. Gleichwohl habe ich dem Wunsch des Herrn v. Wendland entsprochen und dem Gesandten des Kaisers durch den Telegraphen geschrieben, um ihn von Neuem an das Interesse zu erinnern, welches Se. Majestät für den bayerischen Hof hegt. Ich habe aus den Nachrichten, die ich aus Berlin erhielt, ersehen, daß unsere ersten Anstrengungen nicht vergebens geblieben waren. Ich bin glücklich, zu denken, daß unser letzter Schritt ebenso wenig ohne Einfluß auf das definitive Ergebniß einer Verhandlung gewesen ist, die sich auf eine befriedigendere Weise endigte, als das Münchener Kabinet gehofft hatte. Drouyn de Lhuys."

Paris, 21. Febr. Die Polemik gegen das Preßgesetz wächst, und die Regierung thäte wohl, wenn sie die Hörner etwas einzöge, den von den „Debats" veröffentlichten Entwurf desavouirte und sich beeilte, ehrlich liberale Bestimmungen an dessen Stelle treten zu lassen. „Siècle" fordert dringend und fast drohend die Regierung auf, mit ihrem wahren Entwurfe endlich hervorzurücken. Die Nachrichten, welche in der offiziösen Presse über die Bestimmungen der versprochenen Gesetzentwürfe laut geworden, will es keineswegs für baare Münze nehmen; irgend ein schlechter Spaßmacher aus den Couloirs des Staatsrathes und den Antichambern der Minister habe den leichtgläubigen Blättern etwas aufgebunden. Oder wie soll man sich, klagt „Siecle", das über 40,000 Abonnenten hat und das in den Mittelklassen gelesenste Blatt ist, „diese sich widersprechenden, knabenhaften Nachrichten, diese lächerlichen Erfindungen erklären, diese angeblichen gesetzlichen Verfügungen, welche die Presse einem Regime unterwerfen würden, welches noch strenger ist, als das, dem wir heute unterworfen sind? Warum will man denn durchaus, daß man sich ein Spiel daraus gemacht haben sollte, bei uns Hoffnungen zu erwecken, die man nicht realisiren will? . . . Nein, das alles kann nichts Ernstliches sein! Wir glauben nicht —, und welche Mühe man sich auch geben möge, uns zu überzeugen —, daß die Regierung, nachdem sie ernstliche Reformen angekündigt hat, die jetzige Gesetzgebung verschlechtern und die Hindernisse häufen wolle, anstatt sie zu beseitigen. Das hieße mit dem Feuer spielen. Wir leben in einem Lande, wo die öffentliche Meinung stets den letzten Sieg davon trägt, und von je her war es tollkühn, der öffentlichen Meinung mehr zu versprechen, als man ihr geben will. Man hat das Schreiben vom 19. Januar ernst aufgefaßt, es ist jetzt nothwendig, daß dem Versprechen die Erfüllung folge. Es ist Zeit, daß die Regierung ihren ganzen Gedanken kund thue und den vorgeblichen Indiskretionen der offiziösen Presse, welche schlechten Witzen ähnlich sehen, ein Ende mache. Das französische Volk ist kein Kind, welches man mit Gesang einlullt. Das Volk, welches die Jahre 1789, 1830 und 1848 durchgemacht hat, verdient, daß man es wie einen Mann behandelt, wie groß auch seine Geduld und Langmüthigkeit sein mögen. Es verlangte nichts — was nicht eben sagen will, daß es nichts gewünscht hatte —, als man ihm die Freiheit der Presse und das Versammlungsrecht versprochen hat, mit Einem Worte: die Krönung des Gebäudes. Es hat auf dieses Versprechen gerechnet. Da ist jetzt der gesetzgebende Körper zusammengetreten, und anstatt offizieller Vorlagen sind wir noch auf offiziöses Gewäsche (cancans officieux) beschränkt. Ist denn nicht ein langer Monat reichlich genug, diese beiden Gesetzentwürfe vorzubereiten, deren Elemente in allen unseren Gesetzbüchern existiren?"

Die Interpellationen, welche Picard über den Post-Vandalismus, Lanjuinais über das Januar-Dekret angekündigt hatten, sind von den Bureaux gut befunden worden; erstere Frage soll morgen, die zweite am Montag zur Sprache kommen. Das Gesuch um Interpellation des Admirals Bouet-Willaumez über die mangelhaften Credite für die Umgestaltung der Marine-Artillerie ist auf den Tisch des Hauses gelegt, jedoch von den Bureaux nicht gut geheißen worden.

Paris, 21. Februar. Man hat heute an der Pariser Börse folgendes Telegramm angeheftet: Valencia, 21. Febr., 2 Uhr 25 Min. Morgens. Vera-Cruz, 14. Febr. An den Kaiser Napoleon. Die Räumung der Stadt Mexiko hat am 5. stattgehabt, und hat nur sympathetische Kundgebungen hervorgerufen. Der Rückzug geht in vollkommener Ordnung vor sich, ohne einen Flintenschuß. Der Kaiser bleibt in Mexico, wo Alles ruhig ist. Der „Blone" ist bereits abgegangen und hat alle Belgier mit sich genommen; das 81. Regiment in seiner Totalität ist eingeschifft. Drei Transportschiffe sind schon im Hafen von Vera-Cruz; achtzehn andere sind in Martinique signalisirt. Die Einschiffung wird ohne Unterbrechung vor sich gehen. — Die Gesundheit der Truppen ist vortrefflich. Ich schiffe mich heute auf dem Paketboot ein, um nach Frankreich zurückzukehren. New-Orleans, 19. Febr. General Castelnau."

Ueber den Inhalt des neuen Preßgesetzentwurfs macht das „Journal des Debats" folgende Mittheilung: Art. 1 hebt die Vorschrift der vorgängigen Genehmigung zur Herausgabe eines Blattes auf. Art. 2 stellt die Kautionssumme auf 80,000 Fr. fest in den Departement Seine, Seine et Oise, Seine et Marne, Rhone und in den Arrondissements, deren Hauptstädte mehr als 100,000 Einwohner zählen. In den Städten von 50 bis 100,000 Seelen ist die Kautionssumme 40,000 Fr., an den übrigen Orten 25,000 Fr. Art. 5 unterwirft die Blätter und die periodischen Veröffentlichungen dem Stempel. Blätter bis zu 72 Quadrat-Dezimetern Größe bezahlen in den Departements Seine, Seine et Oise und Seine et Marne 4 Centimes, und 2 Cent. überall anders wo. Ueber 72 Quadrat-Dezimeter erfolgt ein Zuschlag. Art. 6 erklärt ausgenommen vom Stempel die Blätter, welche der Literatur, den Wissenschaften, den schönen Künsten und dem Ackerbau gewidmet sind und nicht mehr als dreimal wöchentlich erscheinen, auch keine Annoncen veröffentlichen. Art. 7 zufolge verliert jedes vom Stempel freie Blatt dieses Vorrecht durch die einfache Thatsache, daß es einen Artikel veröffentlicht, der sich mit politischen und sozialen Fragen befaßt. Art. 9 zufolge wird die Unverletzlichkeit der Mitglieder des gesetzgebenden Körpers im Falle von gerichtlichen Verfolgungen wegen Preßvergehen nicht bestehen bleiben. Art. 12 bestimmt, daß in allen Fällen, wo die Gesetze gegen Preßvergehen Geld- und Gefängnißstrafe aussprechen, Geldstrafe allein verhängt wird. Diese Geldbuße wird für die der Kaution unterworfenen Blätter im Minimum ein Zwanzigstel und im Maximum die Hälfte der Kautionssumme ausmachen. Für die nicht kautionirten Blätter 500 bis 10,000 Fr. Art. 463 des Strafgesetzbuches (bezüglich mildernder Umstände) ist nicht anwendbar. Art. 13 bestimmt, daß ein jedes wegen Preßvergehen verurtheilte Individuum durch das Urtheil auf fünf Jahre des Wahlrechts verlustig erklärt werden kann. Art. 14 spricht aus, daß die Verurtheilung wegen eines Preß-Verbrechens die Suspension des Blattes nach sich zieht. Im Falle der Wiederholung eines Vergehens kann das Gericht das Blatt auf 14 Tage bis zu zwei Monaten suspendiren. Im Falle einer dritten Verurtheilung kann das Gericht eine Suspension von zwei bis sechs Monaten und sogar die Unterdrückung verfügen. Die Suspension und Unterdrückung können auch durch ein erstes Urtheil verhängt werden, wenn die Verurtheilung durch Anreizung zu einem derjenigen Verbrechen hervorgerufen worden ist, die in den Artikeln 86, 87 und 91 des Strafgesetzbuches vorgesehen sind. Art. 15 gestattet die provisorische Ausführung des Urtheils, der Berufung ungeachtet, wenn in dieser Beziehung eine spezielle Verfügung in das Urtheil aufgenommen wird. Art. 16 schafft die Nothwendigkeit einer Konzession für Drucker und Buchhändler ab.

Aus **Madrid**, 14. Febr., wird dem „Moniteur" geschrieben, daß der Gedanke eines Zollvereins zwischen Spanien und Portugal, sowie auch eines gemeinsamen Postsystems von bedeutenden Fachmännern der Pyrenäenhalbinsel ernstlich in Betracht gezogen wird. Die Eisenbahnvereinigung zwischen Madrid und Lissabon wird in kürzester Zeit eröffnet werden.

Madrid, 18. Febr. Die Preßordonnanz des General-Kapitäns ist zu merkwürdig, um sie nicht in ihrer ganzen Form wiederzugeben; sie lautet: „Befehl v. D. Juan de la Pezuela, Graf v. Cheste, General-Kapitän von Neu-Castilien. Die exemplarische Bestrafung, welche kürzlich über diejenigen verhängt wurde, welche sich heimlicher Pressen bedient haben, hat nicht verhindert, daß dieses schwere Vergehen sich wiederholt. Entschlossen, wie ich bin, so lange die außerordentliche Ermächtigung dauern wird, welche mir kraft des Belagerungszustandes übertragen ist, vor keinem Mittel zurückzuschrecken, um mit Einem Schlage diese verderblichen Publikationen auszurotten, die nur dazu bestimmt sind, die heiligsten, ehrwürdigsten und von dem ehrenhaften spanischen Volke am meisten geliebten Institutionen zu diskreditiren, zu verletzen, zu tödten, die Disziplin der Armee zu vernichten und die öffentliche Ruhe zu stören: belege ich mit der Todesstrafe: 1) Jedes Individuum, welches heimliche Schriften gegen die Religion, gegen die Königin, ihre Dynastie, die öffentliche Ordnung, die Sicherheit des Staates und die Disciplin der Armee dirigirt, redigirt, schreibt oder druckt. 2) Jedes Individuum welches materielle, geistige oder Geldhülfe leistet zur Ausführung solcher Publikationen. 3) Diejenigen, welche bei Ausübung obengenannter Vergehen betroffen werden, sollen vor ein Kriegsgericht gestellt werden, welches in kürzester Frist zu urtheilen hat und seinen Ausspruch sofort zur Vollziehung bringen wird. Madrid, 15. Februar 1867. Unterz. Cheste."

Florenz, 17. Febr. Die Sendung Tonello's in Rom hat durch die neuesten Entschließungen des Königs und Ricasoli's eine starke moralische Unterstützung erhalten. Der Vatikan hat nun eine Probe für die hier obwaltende Stimmung der Versöhnlichkeit in den religiösen Angelegenheiten. Auch spricht man von einem Konsistorium am 22. März, wo ein großer Theil der Bischöfe präkonisirt werden soll, über welche Tonello und die päpstliche Kommission sich verstän-

digt haben. Der Papst soll persönlich äußerst liebenswürdig mit Tonello sein. (Temps.)

Rom, 21. Febr. Heute Morgens hat ein Consistorium stattgefunden. Der Papst, nachdem er erklärt hatte, den seligen Leonard de Port Maurice heiligsprechen zu wollen, hielt eine kurze Allocution, in welcher er an sein an König Viktor Emanuel gerichtetes Schreiben erinnerte, damit für soviele erledigte Diöcesen in Italien Fürsorge getroffen werde. Er gedachte auch dessen, daß die Unterhandlungen nicht durch die Schuld des heiligen Stuhles unterbrochen wurden, und erklärte, daß die Bischöfe, welche er der italienischen Regierung für die vacanten Diöcesen sende, ihre Güter zerstreut, die religiösen Genossenschaften vertrieben und ihre Gläubigen in Bekümmerniß und Elend finden werden. Nichtsdestoweniger sende er sie um des Seelenheiles willen. Schließlich sagte er, daß er einstweilen Einige präconisire, in der Hoffnung, die Anderen in weiteren Consistorien präconisiren zu können. Die Zahl der heute Morgens präconisirten Bischöfe beträgt 32, von welchen 2 auf Frankreich, 3 auf die Insel Sardinien, 4 auf Piemont, 2 auf Sicilien, 4 auf Toskana, 2 auf die Marken, 2 auf das Patrimonium St. Petri, 5 auf Ungarn, 1 auf Bayern und 1 auf Irland entfallen. 5 Bischöfe wurden in partibus präconisirt.

London, 21. Febr. Im Unterhause erfolgte heute die zweite Lösung der Bill für Verlängerung der Suspendirung der Habeas-Corpus-Akte in Irland auf weitere drei Monate.

Konstantinopel, 22. Februar. Dem Fürsten Karl von Rumänien ist durch ein Schreiben des Großveziers im Namen des Sultans das Recht gewährt worden, Münzen zu prägen, Ordensauszeichnungen zu stiften, rumänische Consuln, selbst in der Türkei, zu ernennen, zu Konstantinopel eine rumänische Postverwaltung einzurichten, welche die Verbindung mit der westlichen Post über Varna und Rustschuk (wozu der rumänischen Regierung ebenfalls die Conzession ertheilt worden) herstellen soll.

New-York, 9. Februar. Die neue im Hause angekündigte Reconstructionsbill besagt in der Einleitung, daß die sogenannten Staatsregierungen der sogenannten conföderirten Staaten, ohne Autorität des Congresses eingesetzt, keinen Schutz für Leben und Eigenthum gewähren, sondern Gesetzlosigkeit und Verbrechen begünstigen. Die Bill theilt den Süden in fünf Militärdistrikte, jeder unter dem Commando eines dem stehenden Heere angehörigen Offiziers, nicht unter dem Rang eines Brigadegenerals, der Personen und Eigenthum schützen, Empörungen unterdrücken und Ruhestörer bestrafen soll. Wenn er es für angemessen hält, kann er die Civilgerichte ihren Lauf nehmen lassen, jedoch trotz etwaiger dem zuwider lautender Staatsgesetze, wo und wann es ihm nöthig erscheint, auch Militärtribunale organisiren. Die Bill verordnet ebenfalls, daß Gerichtshöfe und richterliche Beamte der Vereinigten Staaten keine vom Militär in Haft gehaltene Personen reklamiren sollen, außer wenn ein im Distrikte kommandirender Offizier dienstlich dazu erklärt, daß er die Umstände der Verhaftung kennt und sie für ungesetzlich hält. — Es heißt, die Radikalen gehen mit dem Plane um, eine Bill einzubringen, die dem Präsidenten den Oberbefehl über Heer und Flotte entzieht. — Der „New-York Herald“ theilt mit: „Die „Grand army of the Republic“ ist der Name einer mächtigen radikalen Militärorganisation, die, seit einiger Zeit in der Bildung begriffen, zum Zwecke hat, dem Congresse als Rückhalt zu dienen, sobald die radikalen Führer es an der Zeit halten, den Präsidenten abzusetzen. Wie es scheint, war der ursprüngliche Plan der Gesellschaft die Unterstützung von Soldaten der Union, und als eine hinreichende Zahl von Veteranen derselben zu Gebote stand, bemächtigten sich die Radikalen des Triebwerks der Maschine und zogen ihre Anhänger an sich, so daß sie jetzt nach ihrer eigenen Behauptung 500,000 Streiter in die Waagschaale werfen können.“ — Eine Depesche von Louisville sagt: „Eine geheimnißvolle Versammlung von Rebellengeneralen tagt in einem der ersten Hotels der Stadt. Unter ihnen befinden sich Magruder, Humphrey, Marshall, Decke und 48 andere.“

Die brasilianische Post, datirt **Rio de Janeiro,** 23. Januar, bringt wenig Neues von Bedeutung. Das Fort Curupaity wurde von einer Division der brasilianischen Panzerschiffe und aus den schweren Geschützen bei Curuzu bombardirt, während eine Anzahl Kanonenboote in den See Pires einbrang und denselben nach allen Richtungen hin durchsuchte. Das Feuer hatte bedeutende Wirkung und that den Werken der Feinde bedeutenden Schaden. Es wurde im Lager der paraguaischen Truppen ein Pulvermagazin in die Luft gesprengt. Die alliirten Truppen zählen jetzt etwa 50,000 Mann, wovon 35,000 Brasilianer, und da fortwährend Verstärkungen zur Armee abgehen, so werden bald die brasilianischen Streitkräfte allein sich auf 50,000 Kombattanten belaufen. Große Thätigkeit herrscht in der Armee wie in der Flotte und man erwartet, bald von aktiven Operationen zu hören, da der Marquis de Caxias geäußert hat, er erwarte, im Mai im Senate zu sitzen.

Neueres.

Berlin, 23. Febr. Der Alterspräsident Geheimrath v. Frankenberg-Ludwigsdorf ladet die Reichstagsmitglieder zur ersten Plenarsitzung auf Montag den 25. um 11 Uhr ein. Auf die Tagesordnung sind die Konstituirung der Versammlung und die Bestimmung der Reichstagsabtheilungen gesetzt.

Wien, 23. Febr. Die „Wiener Abendpost“ bringt die Erklärung, daß das Rundschreiben des Frhrn. v. Beust, woraus die „Indep. Belge“ einen Auszug liefert (wir werden darauf zurückkommen), einer früheren Phase der diplomatischen Situation angehöre, und daher kein Bild von dem jetzigen Stande der orientalischen Frage und der gegenseitigen Machtstellung entwerfe. Eine Veröffentlichung des Wortlauts der Depesche steht unter solchen Umständen nicht zu erwarten.

Pesth, 23. Febr. Die Sitzung der Deputirtentafel wurde um 11¹/₂ Uhr Vormittags eröffnet. Graf Stephan Keglevich legt sein Mandat nieder. — Der Präsident legt ein Schreiben des Grafen Andrassy vor, in welchem angezeigt wird, daß der Kaiser ihn zum Ministerpräsidenten ernannt, und die Ernennung eines vollständigen ungarischen verantwortlichen Ministeriums zu beschließen geruht habe. (Allgemeines Eljen.) — Graf Andrassy zeigt an, daß die Minister in Ofen von Sr. Majestät empfangen und in Allerhöchstdessen Hände den Eid ablegen werden. Graf Festetics bleibt zur Seite der Person des Monarchen, Wenckheim übernimmt Inneres, Lonyay Finanzen, Eötvös Cultus und Unterricht, Horvath Justiz, Miko Communikation und öffentliche Arbeiten, Gorove Handel; Landesvertheidigung interimistisch Andrassy. — Madarasz wünscht, das Ministerium soll auch „unabhängig“ genannt werden. — Böszörmenyi beantragt eine Adresse, in welcher um Auflösung der Deputirtentafel gebeten werde. (Die Sitzung dauert fort.) — Die Leiche des Erzherzogs Stephan ist heute mit dem Triester Zug angekommen und in der erzherzoglichen Gruft in aller Stille beigesetzt worden.

Florenz, 23. Febr. Garibaldi ist hier angekommen auf der Durchreise nach Venedig.

New-York, 22. Febr. Im Hause der Repräsentanten ging die Bill durch, welche die Emission von 100 Mill. Doll. Papier bewilligt, um die Compound-Interest-Noten zu ersetzen. Der Goldpreis stieg in Folge dessen.

(Aus dem Berichte des kgl. Konsuls in Gibraltar pro 1866.) Durch ungünstige Umstände war das Geschäft hiesigen Platzes während des Jahres 1866 ein überaus reduzirtes. — Die Seitens Spaniens wegen der Cholera erfolgte Absperrung zur See brachte eine sehr empfindliche Stockung hervor. Die Absperrung erfolgte im Monate Juli und Schiffe, welche von hier aus nach spanischen Häfen zu gehen hatten, mußten mit einer ganz kurzen Ausnahme von wenigen Tagen, wo man Schiffe von hier nach Abhaltung einer Quarantaine im spanischen Bestimmungshafen selbst zuließ, erst nach einem Lazarethhafen (Mahon oder Vigo) versegeln, ehe sie in Spanien zugelassen wurden. — In Folge der im Norden Europas und an verschiedenen Plätzen des Mittelmeeres herrschenden Cholera, welche Quarantaine-Vorsichtsmaßregeln hier erforderte, kamen fast keine Fremden hieher, und so haben die Detailgeschäfte auch nur einen sehr geringen Absatz gehabt. Bis die Verhältnisse sich ändern, ist an keinen Aufschwung zu denken. — Was das Exportgeschäft der Berberei anbetrifft, so betrug solches in Cerealien kaum ein Dritttheil gegen sonst. Die Aussichten für die Aernte waren Anfangs sehr gut, wurden aber durch eine Heuschreckenplage zu Nichte. Nur in Wolle fand eine gute Ausfuhr statt. Es ist sehr wenig Leben im Geschäfte und die sonst um diese Zeit stattfindenden Baarsendungen nach der Berberei als Vorschüsse auf später zu liefernde Produkte sind sehr gering. Ein überaus trockener Herbst hat hier und in der Berberei die größten Besorgnisse für die nächste Aernte erregt, und wenn wir nicht rechtzeitig genügenden Regen bekommen, so wird es mit den Saaten sehr schlimm werden. — Die Course auf England und Frankreich halten sich auch in diesem Jahre hoch: Paris und Marseille variirten für kurzes Papier von 5 Fr. 10 Cts. bis 5 Fr. 16 Cts per Dollar, London von 48¹/₄ bis 48³/₄ per Dollar für kurzes Papier und 49¹/₄ bis ⁵/₈ für 3 Monate. Die Zahl der hier überhaupt im Jahre 1866 eingelaufenen größeren Seeschiffe beläuft sich auf 2795 — davon 2475 mit Ladung und 320 in Ballast. (Bayer. Ztg.)

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 57. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 26. Februar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 21. Februar. Se. Maj. der König hat genehmigt, daß das Frühmeß- und Schulbenefizium zu Vöhringen, Bezirksamts Illertissen, von dem Bischofe von Augsburg dem derzeitigen Verweser desselben, Priester M. Demmel verliehen werde; gestattet, daß der Handelsmann Samuel Ische Isaac in Edenkoben den von seinem väterlichen Großvater geführten Familiennamen Istel annehmen und führen dürfe

Berlin, 24. Febr. Der König hat heute im Weißen Saale des königlichen Schlosses den Reichstag des Norddeutschen Bundes mit folgender Thronrede eröffnet:

„Erlauchte, edle und geehrte Herren vom Reichstage des Norddeutschen Bundes!

„Es ist ein erhebender Augenblick, in welchem Ich in Ihre Mitte trete; mächtige Ereignisse haben ihn herbeigeführt, große Hoffnungen knüpfen sich an denselben. Daß es Mir vergönnt ist, in Gemeinschaft mit einer Versammlung, wie sie seit Jahrhunderten keinen deutschen Fürsten umgeben hat, diesen Hoffnungen Ausdruck zu geben, dafür danke Ich der göttlichen Vorsehung, welche Deutschland dem von seinem Volke ersehnten Ziele auf Wegen zuführt, die wir nicht wählen oder voraussehen. Im Vertrauen auf diese Führung, werden wir jenes Ziel um so früher erreichen, je klarer wir die Ursachen, welche Uns und Unsere Vorfahren von demselben entfernt haben, im Rückblicke auf die Geschichte Deutschlands erkennen. Einst mächtig, groß und geehrt, weil einig und von starken Händen geleitet, sank das deutsche Reich nicht ohne Mitschuld von Haupt und Gliedern in Zerrissenheit und Ohnmacht. Des Gewichtes im Rathe Europa's, des Einflusses auf die eigenen Geschicke beraubt, ward Deutschland zur Wahlstatt der Kämpfe fremder Mächte, für welche es das Blut seiner Kinder, die Schlachtfelder und die Kampfpreise hergab. Niemals aber hat die Sehnsucht des deutschen Volkes nach seinen verlornen Gütern aufgehört, und die Geschichte unserer Zeit ist erfüllt von den Bestrebungen, Deutschland und dem deutschen Volke die Größe seiner Vergangenheit wieder zu erringen. Wenn diese Bestrebungen bisher nicht zum Ziele geführt, wenn sie die Zerrissenheit, anstatt sie zu heilen, nur gesteigert haben, weil man sich durch Hoffnungen oder Erinnerungen über den Werth der Gegenwart, durch Ideale über die Bedeutung der Thatsachen täuschen ließ, so erkennen wir daraus die Nothwendigkeit, die Einigung des deutschen Volkes an der Hand der Thatsachen zu suchen und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerthen zu opfern. In diesem Sinne haben die verbündeten Regierungen, im Anschlusse an gewohnte frühere Verhältnisse, sich über eine Anzahl bestimmter und begränzter, aber praktisch bedeutsamer Einrichtungen verständigt, welche ebenso im Bereiche der unmittelbaren Möglichkeit als des zweifellosen Bedürfnisses liegen. Der Ihnen vorzulegende Verfassungsentwurf muthet der Selbständigkeit der Einzelstaaten zu Gunsten der Gesammtheit nur diejenigen Opfer zu, welche unentbehrlich sind, um den Frieden zu schützen, die Sicherheit des Bundesgebietes und die Entwicklung der Wohlfahrt seiner Bewohner zu gewährleisten.

„Meinen hohen Verbündeten habe Ich für die Bereitwilligkeit zu danken, mit welcher sie den Bedürfnissen des gemeinsamen Vaterlandes entgegengekommen sind. Ich spreche diesen Dank in dem Bewußtsein aus, daß Ich zu derselben Hingebung für das Gesammtwohl Deutschlands auch dann bereit gewesen sein würde, wenn die Vorsehung Mich nicht an die Spitze des mächtigsten und aus diesem Grunde zur Leitung des Gemeinwesens berufenen Bundesstaates gestellt hätte. Als Erbe der preußischen Krone aber fühle Ich Mich stark in dem Bewußtsein, daß alle Erfolge Preußens zugleich Stufen zur Wiederherstellung und Erhöhung der deutschen Macht und Ehre geworden sind. Ungeachtet des allgemeinen Entgegenkommens und obschon die gewaltigen Ereignisse des letzten Jahres die Unentbehrlichkeit einer Neubildung der deutschen Verfassung zu allseitiger Ueberzeugung gebracht und die Gemüther für die Annahme derselben empfänglicher gemacht hatten, als sie früher waren und später vielleicht wiederum sein würden, haben Wir doch in den Verhandlungen von Neuem die Schwere der Aufgabe empfunden, eine volle Uebereinstimmung zwischen so vielen unabhängigen Regierungen zu erzielen, welche bei ihren Zugeständnissen obenein die Stimmungen ihrer Landstände zu beachten haben. Je mehr Sie, Meine Herren, sich diese Schwierigkeiten vergegenwärtigen, um so vorsichtiger werden Sie, davon bin ich überzeugt, bei Prüfung des Verfassungs-Entwurfes die schwer wiegende Verantwortung für die Gefahren im Auge behalten, welche für die friedliche und gesetzmäßige Durchführung des begonnenen Werkes entstehen könnten, wenn das für die jetzige Vorlage hergestellte Einverständniß der Regierungen über die vom Reichstage begehrten Aenderungen nicht wieder gewonnen würde. Heute kommt es vor Allem darauf an, den günstigen Moment zur Errichtung des Gebäudes nicht zu versäumen. Der vollendetere Ausbau desselben kann alsdann getrost dem ferneren vereinten Wirken der deutschen Fürsten und Volksstämme überlassen bleiben.

„Die Ordnung der nationalen Beziehungen des Norddeutschen Bundes zu unseren Landsleuten im Süden des Mains ist durch die Friedensschlüsse des vergangenen Jahres dem freien Uebereinkommen beider Theile anheimgestellt. Zur Herbeiführung dieses Einverständnisses wird Unsere Hand den süddeutschen Ländern offen und entgegenkommend dargereicht werden, sobald der Norddeutsche Bund in Feststellung seiner Verfassung weit genug vorgeschritten sein wird, um zur Abschließung von Verträgen befähigt zu sein. Die Erhaltung des Zollvereins, die gemeinsame Pflege der Volkswirthschaft, die gemeinsame Verbürgung für die Sicherheit des deutschen Gebietes werden Grundbedingungen der Verständigung bilden, welche voraussichtlich von beiden Theilen angestrebt werden. Wie die Richtung des deutschen Geistes im Allgemeinen dem Frieden und seinen Arbeiten zugewandt ist, so wird die Bundes-Genossenschaft der deutschen Staaten wesentlich einen defensiven Charakter tragen. Keine feindliche Tendenz gegen Unsere Nachbarn, kein Streben nach Eroberung hat die deutsche Bewegung der letzten Jahrzehende getragen, sondern lediglich das Bedürfniß, den weiten Gebieten von den Alpen bis zum Meere die Grundbedingungen des staatlichen Gedeihens zu gewähren, die ihnen der Entwicklungsgang früherer Jahrhunderte verkümmert hat. Nur zur Abwehr, nicht zum Angriff einigen sich die deutschen Stämme, und daß ihre Verbrüderung auch von ihren Nachbarvölkern in diesem Sinne aufgefaßt wird, beweist die wohlwollende Haltung der mächtigsten europäischen Staaten, die ohne Besorgniß und ohne Mißgunst Deutschland von denselben Vortheilen eines großen staatlichen Gemeinwesens Besitz ergreifen sehen, deren sie sich ihrerseits seit Jahrhunderten erfreuen. Nur von uns, von unserer Einigkeit, von unserer Vaterlandsliebe hängt es daher in diesem Augenblicke ab, dem gesammten Deutschland die Bürgschaften einer Zukunft zu sichern, in welcher es, frei von Gefahr, wieder in Zerrissenheit und Ohnmacht zu verfallen, nach eigener Selbstbestimmung seine verfassungsmäßige Wiederherstellung und seine Wohlfahrt pflegen und in dem Rathe der Völker seinen friedliebenden Beruf zu erfüllen vermag.

„Ich hege das Vertrauen zu Gott, daß die Nachwelt im Rückblick auf die gemeinsamen Arbeiten nicht sagen werde, die Erfahrungen der früheren mißlungenen Versuche seien ohne Nutzen für das deutsche Volk geblieben, daß vielmehr unsere Kinder mit Dank auf diesen Reichstag als den Begründer der deutschen Einheit, Freiheit und Macht zurückblicken werden. Meine Herren! Ganz Deutschland, auch über die Grenze unseres Bundes hinaus, harrt der Entscheidungen, die hier getroffen werden sollen. Möge durch unser gemeinsames Werk der Traum von Jahrhunderten, das Sehnen und Ringen der jüngsten Geschlechter der Erfüllung entgegengeführt werden. Im Namen aller verbündeten Regierungen, im Namen Deutschlands fordere ich Sie vertrauensvoll auf: Helfen Sie Uns, die große nationale Arbeit rasch und sicher durchzuführen. Der Segen Gottes aber, an welchem Alles gelegen ist, begleite und fördere das vaterländische Werk!"

Berlin, 22. Febr. Bei der gestrigen Neuwahl in Elberfeld erhielt Graf Bismarck 10,199, sein Gegenkandidat v. Forkenbeck 6944 Stimmen. Graf Bismarck wird jedoch die auf ihn gefallene

Wahl zum Parlament im Jerichower Kreise und nicht die in Elberfeld annehmen.

Aus Schleswig-Holstein, 20. Febr. Die Westsee-Insulaner haben, alten Gerechtsamen zufolge, welche ihnen, der fortwährenden Kämpfe mit den Elementen wegen, Behufs Schützung der Deiche gewährt gewesen sein mögen, keine Militärpflicht auszuüben. Eine an das Oberpräsidium in Kiel gerichtete Bitte, die jungen Leute auch ferner in Friedenszeiten vom Militärdienst zu dispensiren, mit dem Hinzufügen, daß sämmtliche Söhne in den Tagen der Gefahr freudig ihren Arm dem Vaterlande leihen würden, ist denselben zu ihrer Freude obschon nur vorläufig, bewilligt worden. — Das heutige „Verordnungsblatt" für Schl.-H. enthält eine Bekanntmachung, betr. die Aushebung von Flottenmannschaften aus den dienstpflichtigen nordschleswig'schen Jahrg. 1842—45. Die deßfallsige Rekrutirung wird bereits in den letzten Tagen dieses Monats ihren Anfang nehmen, und zwar in dem zum Landwehrbataillonsbezirk Apenrade gehörigen Amte Tondern.

Frankfurt, 22. Febr. Gestern verschied hier Friedrich Alexander Bernus, geb. 1778, seiner Zeit Präsident des Bürgerkollegiums. Als Mitgründer unserer ersten Eisenbahn, der Taunusbahn und als Präsident ihres Verwaltungsraths hat er sich um unsere Verkehrsanstalten vielfache Verdienste erworben. Der Verstorbene war der Vater des in der Kriegszeit vielgenannten Senators Frhrn. v. Bernus. — Gegen die „Frankfurter Zeitung" ist eine Anklage wegen Verbreitung von Haß und Verachtung gegen die k. Regierung und deren Anordnungen erhoben. (Fr. Ztg.)

Wien, 21. Febr. Marquis de Moustier erachtet es im wohlverstandenem Interesse der Pforte, daß dieselbe die Insel Kandia, sogar auch Epirus und Thessalien an das griechische Königreich abtrete. Der betreffende Vorschlag ist indessen noch nicht in Konstantinopel gemacht worden, weil Oesterreich und namentlich England doch Bedenken trugen, soweit zu gehen, und Frankreich hinwieder nicht ohne die Beistimmung und Mitwirkung der anderen Mächte vorgehen will. Dem Frhrn. v. Beust und dem Lord Stanley und selbst auch dem Fürsten Gortschakoff scheint es ganz genügend, wenn die Pforte zur Einsetzung einer Hospodariatsregierung auf der Insel Kandia die Hand biete. Hiezu, aber nicht zu weiteren Konzessionen, wird die Pforte auch zu bewegen sein, und deshalb wird der oben erwähnten französischen Idee keine weitere Folge gegeben werden. (N. Corr.)

Die „Independance" veröffentlicht die Circular-Depesche des Frhrn. v. Beust an die diplomatischen Agenten Oesterreichs im Auslande bezüglich der orientalischen Politik Oesterreichs, wie es scheint, von Anfangs oder Mitte Dezember vorigen Jahres. Die Analyse lautet: „Herr v. Beust legt der Pazifikation der Türkei eine außerordentliche Wichtigkeit bei, und er hat sich, wie er versichert, seit seinem Amtsantritt mit Aufsuchung der zweckmäßigsten Mittel beschäftigt, um die Krise zu beschwören, welche das Reich des Sultans aufzulösen und vielleicht ganz Europa in einen allgemeinen Krieg zu verwickeln droht. Seine Aufmerksamkeit hat sich natürlich zunächst auf die Spezialfragen gerichtet, welche heute den Streitgegenstand bilden, aber er hat sich auch mit den Schritten beschäftigt, die zu thun wären, um die Wiederkehr neuer Krisen zu verhüten. Zwei Spezialfragen sind auf der Tagesordnung: die der serbischen Festungen und die von Kandia. Was die erstere betrifft, so hat Herr v. Beust von Anbeginn der türkischen Regierung empfohlen, sobald wie möglich eine für Serbien günstige Lösung herbeizuführen, das heißt die geforderte Räumung der von türkischen Truppen vertragsmäßig besetzten Festungen zuzugestehen. Mit diesem Rathe meinte Herr v. Beust oder vielmehr Oesterreich der Pforte die Vortheile und das Verdienst der Freiwilligkeit in einer Angelegenheit zu sichern, bei der es sich um kein vitales Interesse der ottomanischen Herrschaft handelt. Die Türkei hätte so der Sache des Friedens einen Dienst erwiesen, indem sie eine Ursache der Aufregung inmitten eines benachbarten Volkes, welches vielfache Bande mit Oesterreich verknüpfen, beseitigte. Oesterreich aber habe sich nicht entschlossen, diese seine Meinung auszusprechen, bevor es sich nicht Sicherheit darüber verschafft, daß dieselbe von Frankreich und England getheilt wird. In Bezug auf die Ereignisse in Candia hat Oesterreich weder in Constantinopel noch anderwärts einen Schritt gethan, denn es ist der Meinung, daß die Insel Candia bei ihrer Lage außerhalb seiner Machtsphäre gelegen ist. Was die Mittel anbelangt, eine Krise zu beschwören, welche von einem Tage zum anderen den europäischen Frieden gefährdende Proportionen annehmen kann, so hat Oesterreich über die im Hinblick darauf zu ergreifenden Maßregeln Unterhandlungen mit dem Tuilerienkabinet angeknüpft. Es hat für zweckmäßig erachtet, vorerst sich der Geneigtheit der französischen Regierung zu vergewissern, weil Paris seit dem Congresse von 1856 als eigentlicher Zentralpunkt der diplomatischen Aktion in Bezug auf die orientalischen Angelegenheiten angesehen wird. Gestützt auf die Unzulänglichkeit der Mittel, welche bis jetzt angewendet wurden, um die Symptome eines Uebels zu bekämpfen, welches die ganze europäische Türkei zu ergreifen droht, hat Oesterreich die Idee ausgesprochen, daß es vielleicht zweckmäßig wäre, zu einer Revision des Pariser Vertrags von 1856 zu schreiten. Gegenstand dieser Revision sollte die Verbesserung der Lage der christlichen Unterthanen des Sultans sein, welche, trotz aller Versprechungen, nichts weniger als gesichert sei. Die verschiedenen Gesichtspunkte, welche jede der Garantiemächte in dieser Hinsicht geltend zu machen hätte, sollten in einer Conferenz verhandelt und die Resultate, zu denen man übereinstimmend gelangt, der hohen Pforte zur Annahme vorgelegt werden. Oesterreich glaubt aber, und dieses ist der wesentlichste Punkt, daß es, um eine ernsthafte und in jeder Hinsicht fruchtbare Verständigung zu erzielen, unerläßlich sei, mit Hülfe gewisser Zugeständnisse sich die Mitwirkung Rußlands, der am meisten interessirten Macht, zu sichern. Diese Zugeständnisse müssen jene Beschränkungen betreffen, welche dieser Macht durch den Vertrag von 1856 auferlegt wurden, um ihre Aktion gegenüber der Türkei in Schranken einzuengen. Diese Beschränkungen bestehen in der That in verletzenden Bestimmungen, von welchen jede Macht sich zu befreien suchen würde; sie aufheben, heißt eine Conzession machen, für welche Rußland bereitwillig sich dem „europäischen Conzert" anschließen würde. Ist einmal diese Verständigung erzielt, so muß man die Türkei dahin bringen die Intervention Europas anzuerkennen, und für dieses Zugeständniß ihr wiederum Gegen-Conzessionen machen. Was man ihr anbieten kann, ist, sie fürderhin vor revolutionären Bewegungen zu schützen, von denen sie stets bedroht wird. Es müßte übrigens die Hülfeleistung der europäischen Mächte nicht den Charakter einer bewaffneten gemeinsamen Intervention haben, sondern in einer gemeinschaftlichen Erklärung bestehen, mittelst welcher die Mächte ihre Absichten ganz Europa kundgeben und gleichzeitig den Völkerschaften der Türkei bedeuten, daß sie es in Zukunft nicht mehr dulden werden, wenn ein Aufstand ihre Entschlüsse durchkreuzen wollte. Daraus würden diese Völkerschaften ersehen, daß sie nur auf die diplomatische Intervention zu ihren Gunsten rechnen könnten, wenn sie eine ruhige Haltung beobachten."

Wien, 23. Febr. Die „N. Fr. Pr." bespricht heute das die orientalische Frage betreffende Rundschreiben des Hrn. v. Beust. Sie findet: „daß es kein österreichischer, kein deutscher, sondern ein ganz ausgesprochen russischer Geist sei, der das Rundschreiben von der ersten bis zur letzten Zeile durchwehe." Daß Oesterreich dem Garantievertrage beigetreten sei, war eine richtig österreichische Politik; eine Revision desselben sei keine solche, weil sie gleichbedeutend sei mit der Zertrümmerung der Türkei, zum fast ausschließlichen Vortheile Rußlands. Und das werde von Oesterreich beantragt. Es sei ein wahres Glück, daß man in Paris und London besser wisse, was Europa und Oesterreich fromme, weil sonst schon jetzt die Insurrektion auf der Halbinsel das erschöpfte Oesterreich in eine unabsehbare Krise „hineingezerrt" hätte. — Die „N. Fr. Pr." versteht Rußlands Politik, aber eine Politik, die Oesterreichs schrecklichsten Feind: „den Panslavismus an ihren eigenen Brüsten großsäugt, versteht sie nicht, erkennt aber die Folgen, die sie bringen müsse: Eine große Krise im Oriente."

Wien, 22. Febr. Während das ungarische Ministerium in diesem Augenblicke bereits gebildet ist, macht die Errichtung des Reichs-Ministeriums und die Zusammensetzung des westleithanischen Cabinets keine Fortschritte. Der für das letztere in Aussicht genommene Unterrichts-Minister Prof. v. Hasner hat definitiv abgelehnt, was in deutsch-österreichischen Kreisen als kein gutes Anzeichen betrachtet wird; als Minister des Innern nennt man neuerlich wieder den Grafen Taaffe, Statthalter gegenwärtig in Oberösterreich, früher in Salzburg, einen noch jungen Mann, dem übrigens ein vortheilhafter Ruf vorausgeht. In den Landtagen mit slawischer Mehrheit sind in die wichtigsten Ausschüsse mit wenigen Ausnahmen nur Slawen gewählt worden. — Die centralistischen Organe schmeicheln sich noch immer mit der Hoffnung, der Reichsrath werde den Ausgleich mit Ungarn noch modifiziren können. Aus Kreisen, die dem Minister-Präsidenten nahe stehen, vernimmt man jedoch, daß die Regierung den Ausgleich mit Ungarn nicht in Frage stellen, sondern lieber den Reichsrath auflösen werde. (K. Z.)

Pesth, 21. Febr. Vom Balkon des Stadthauses weht aus Anlaß des Hinscheidens Sr. kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Stephan die Trauerfahne. — Samstag findet im israelitischen Tempel, Sonntag in den katholischen Kirchen der Stadt zur Feier der Herstellung der Verfassung Festgottesdienst statt. — Graf Andrassy hat der Stadt Pesth für deren Beglückwünschung telegraphisch seinen Dank in ungarischer Sprache gesendet. — In der heutigen Abendkonferenz der Linken brachte Böszermenyi, unterstützt von Vallyi und Kallai, Mitgliedern der äußersten Linken, den Antrag ein zur Einsetzung einer Adreßkommission von sieben Mitgliedern, um seitens des

Abgeordnetenhauses den Kaiser um die Auflösung des Landtages zu bitten, da die Einberufung des gegenwärtigen ungesetzlich und derselbe nur ein Gravaminal-Landtag gewesen, und auch, daß die öffentliche Meinung und die Munizipien bezüglich des Siebenundsechziger-Elaborats sich äußern können. Sämmtliche Redner der Linken, namentlich Tisza, Graf Keglevich und Bonis, lehnten die Antragsunterstützung mit Indignation ab. (Wien. Bl.)

Paris, 21. Febr. Der „Moniteur" veröffentlicht heute einen Bericht des Unterrichtsministers über den Stand des Volksunterrichts in Frankreich während der Jahre 1864 und 1865. Der Bericht über die Fortschritte des Unterrichtswesens im Jahre 1866 wird erst im März oder April erscheinen können. Von 37,548 Gemeinden, die Frankreich zählt, gibt es nur noch 694, die keine Volksschule besitzen. Seit Ende 1863 bis Anfang 1866 sind 1054 neue öffentliche Unterrichtsanstalten entstanden. Die Zahl der Privatschulen hat sich gleichfalls vermehrt, nämlich um 292 Laienschulen und 110 Congreganistenschulen für Knaben. Erstere, deren jetzt im Ganzen 2864 sind, haben sich um nahe an 11 pCt., letztere, jetzt 646 an der Zahl, um 20,5 pCt. vermehrt. Dagegen hat sich die Zahl der Mädchenschulen im Ganzen vermindert. Es sind nämlich 654 Laienschulen für Mädchen eingegangen, während 285 Congreganistenschulen neu hinzugekommen sind. Der Ausfall beträgt also 369 Schulen. Zwei Drittel der gesammten weiblichen Schulbevölkerung Frankreichs besuchte die von den geistlichen Schwestern gehaltenen Schulen. Die Kleinkinderbewahranstalten sind von 3308 auf 3572 gestiegen; neu hinzugekommen sind 193 Congreganisten- und 77 Laienanstalten. Seit zwei Jahren hat der öffentliche Unterricht 1054 Lehranstalten mit 92,532 Kindern, der Privatunterricht 148 Lehranstalten mit 42,882 Kindern gewonnen. Am 31. Dez. 1863 erhielten 1,816,640, am 31. Dez. 1865 1,917,074 Kinder unentgeltlichen Schul-Unterricht. Die offiziellen Aufnahmen weisen nach, daß von nahe an 4 Mill. Kindern zwischen 7 und 13 Jahren in Frankreich etwas weniger als 700,000 die Volksschulen nicht besuchen. Man hat aber im Jahre 1865 nur etwa 440,000 Kinder, die allen Schulunterrichts entbehrten, ausfindig gemacht. Die übrigen 260,000 wurden entweder zu Hause oder in Privatanstalten unterrichtet. Am 1. Januar 1864 zählte man in Frankreich 5623 Lehrkurse für Erwachsene. Diese Zahl hat sich bis Ende des Winters 1865—66 mehr als vervierfacht. Es gibt im Augenblick sogar nahe an 30,000 solcher Lehrkurse in Frankreich und sie wurden im vergangenen Jahre von etwa 600,000 Individuen besucht, die vorher, zur Hälfte wenigstens, ohne alle und jede Schulbildung gewesen waren. Der Unterrichtsminister hat während des Jahres 1866 in allen Gemeinden des Kaiserreichs ein genaues Verzeichniß der Personen aufnehmen lassen, die bei ihrer Verheirathung ihren Namen zu unterschreiben nicht im Stande waren. Das Ergebniß war kein besonders erfreuliches, denn 25_{88} pCt. der Männer und 41_{42} pCt. der Frauen, im Durchschnitt also 33_{15} pCt., waren des Schreibens unkundig. In einzelnen, nicht näher bezeichneten Departements sah es wahrhaft kläglich aus; denn man fand dort 51, 61 und 67 pCt. der männlichen und 75, 80 und 98 pCt. der weiblichen Bevölkerung, die ihren Namen nicht schreiben konnten. Als um so zeitgemäßer begrüßt also der Minister das neue Gesetz, das 8000 Mädchenschulen ins Dasein rufen soll.

Der „Franz. Korr." schreibt: „Folgendes Faktum, das uns von zuverlässiger Seite gemeldet wird, hat seine in die Augen springende Bedeutung: Abgesehen von den 50,000 Chassepot-Gewehren, welche auf Bestellung der französischen Regierung ein Jahr hindurch jeden Monat von inländischen Fabriken zu liefern sind, hat dieselbe Regierung soeben bei englischen Lieferanten eine Bestellung von nicht weniger als 500,000 Gewehren der gleichen Gattung gemacht. Wir kennen die Lieferungsfrist nicht, aber dieselbe muß jedenfalls eine sehr kurze sein, denn man fügt uns das Detail hinzu, daß die englischen Fabrikanten den ihnen gestellten Termin anfänglich nicht annehmen wollten und ihn erst gelten ließen, nachdem die französische Regierung, auf ihrer Forderung bestehend, den Preis der Gewehre um zwei Shilling per Stück erhöht hatte."

Man schreibt dem „Journal des Debats" aus **Rom**, 6. Febr., daß die Sprache, welche das geheime Nationalkomite zu führen anfängt, ungeduldiger und weniger friedfertig klingt, als vorher. Das Volk leidet Noth und ist deshalb, wie gewöhnlich, sehr geneigt, die Regierung dafür verantwortlich zu machen. Diese ihrerseits ist weit mehr darauf bedacht, ihre eigene Existenz zu verlängern, als die Noth des Volkes zu lindern. Sie gibt Millionen aus, um eine der Bevölkerung antipathische Armee zu unterhalten, und läßt dabei das Räuberwesen immer mehr um sich greifen. Und dabei setzt die Polizei unermüdlich ihre Plackereien und Haussuchungen fort. — Pius IX. ist weit entfernt, dem Kirchengüterprojekt beizustimmen; er nennt es unverhohlen Raub und Kirchenschändung. Auch ist, abgesehen von dieser Stimmung des heiligen Vaters, die Sache viel zu wenig vorgeschritten, als daß man mit ihm direkt darüber verhandeln könnte. Man würde die Unterhändler sofort an Kardinal Antonelli weisen, der an den Händen und Füßen von der Gicht geplagt wird. — Das Komite hat bereits den künftigen Karneval mit seinem Veto belegt und eine Sammlung zu Gunsten der armen Familien vorgeschlagen, die durch den Ausfall der öffentlichen Lustbarkeiten Schaden erleiden.

London, 21. Febr. Die (telegraphisch gemeldete) Entbindung der Prinzessin von Wales von einem Töchterlein erfolgte am 20. Februar Morgens halb 7 Uhr in der kronprinzlichen Stadtwohnung Marlborough-Haus, und das „glückliche Ereigniß" wurde dem noch größtentheils im Bette liegenden Londoner Publikum, welches spät aufzustehen pflegt, durch eine Salve der Park- und Tower-Kanonen verkündigt. Die Niederkunft ging, wie das ärztliche Bulletin sagt, sehr günstig von statten, unbehindert durch den Rheumatismus, an welchem die hohe Wöchnerin noch leidet. Es ist bereits das dritte Kind der im März 1863 vermählten Kronprinzessin. (A. Z.)

Haag, 21. Febr. Die zweite Kammer der Generalstaaten begann heute die Generaldiscussion des Budgets. In den Abgeordnetenkreisen war indeß die Aufmerksamkeit mehr auf einen anderen Gegenstand gelenkt; man unterhielt sich viel von einem außerordentlichen Ministerrathe, der gestern Abend gehalten wurde und bis nach Mitternacht währte, und von einer langen Conferenz, die heute vor der Sitzung der Kammer der Präsident mit mehreren Ministern gehabt. Nachdem einige Redner über das Budget gesprochen, stellte der Präsident, ohne seine Motive anzugeben, den Antrag, die Kammer möge sich als geheimes Comite constituiren, was auch sofort geschah. Es heißt, in dem geheimen Comite hätte der Minister des Aeußern, Graf Zuylen de Nyewelt, sehr wichtige Mittheilungen bezüglich der Politik eines benachbarten Staates und der Anforderungen desselben in Betreff der Niederlande gemacht. — Zwei niederländische Schiffe, die zu Malta stationirten, sind zurückberufen worden. Das Publikum bringt diese Maßnahme in Zusammenhang mit den Mittheilungen des Grafen Zuylen. (J. d.)

Kopenhagen, 20. Febr. Gestern und heute hat die zweite Reichstagskammer (das Volksthing) in langen Sitzungen den Organisationsplan des Heeres erörtert. Einige Abgeordnete wünschten in Anerkennung der regierungsseitig proponirten allgemeinen Wehrpflicht die Reducirung der Kavalleriestärke und die Abkürzung und Erleichterung des Garnisonsdienstes durch die Abhaltung regelmäßiger Lagerübungen. Der Kriegsminister, Generalmajor v. Raasloff, betonte jedoch in Uebereinstimmung mit dem Genieobersten Ernst in beiden Punkten die Nothwendigkeit der Beibehaltung aller jetzigen Einrichtungen. (Nat.-Z.)

Von der türkischen Grenze, 15. Febr., wird der „A. Z." geschrieben: „Die Pforte läßt so eben an die Garantiemächte des Pariser Vertrages die Mittheilung gelangen, daß sie Behufs vollständiger Ausführung des Tansimats von 1856 eine Versammlung von Notabeln aus der mohamedanischen, orthodoxen und katholischen Bevölkerung des Reiches nach Konstantinopel zur Berathung über hierauf bezügliche Vorlagen berufen werde, und daß die hierzu nöthigen Vorarbeiten bereits in der Einleitung begriffen seien."

Warschau, 22. Febr. Der populärste unter den höheren russischen Beamten im Königreich, Wirkl. Geheimrath von Funbuklej, der bisher die Stelle des Generaldirektors der jetzt aufgelösten Oberrechnungskammer für Polen bekleidete und als Vicepräsident des Staatsraths und Mitglied des Administrationsrathes öfters auch mit der Vertretung des Statthalters betraut war, ist durch einen heute publicirten Allerhöchsten Befehl seiner hiesigen Posten entbunden und unter Beibehaltung seines Ranges als Senator in den Reichsrath des Kaiserreichs berufen worden. — Der Nachricht von der Absicht einer Auflösung des Königreichs Polen wird offiziös widersprochen. (Schl. Ztg.)

Frankfurter Börse. (18. bis 23. Februar).

	18.		23.			18.		23.	
5% Oestr. National	55⅞		55⅝		4% Darmstädt. do.	94⅝	B	94⅛	
5% do. Metal. (1859)	61⅞	B	64⅛	B	3½% do. do.	—		—	
5% do. Lose (1860)	71⅛		71		4½% Nassauer do.	98⅞	B	97⅞	
— do. do. (1864)	77⅝	B	78⅛	B	4% do. do.	93⅛		93	
Oestr. Kreditl. (58)	122¾	B	122¾	B	3½% do. do.	86⅛		87½	B
5% Bayer. Obligat.	102½	B	101¾		4% Kurhess. do.	93⅛	B	93¼	B
4½% do. do.	97⅜		98½	B	3½% Frankf. do.	83⅛		85	B
4% do. do.	92½		94		3% do. do.	75		76½	B
4% do. 100 Thl.-L.	102⅞		102⅞	B	6% Amerik. (1882)	77		77	
4½% Würtemb. Obl.	98⅜	B	98⅛	B	Oestr. Kredit. . .	175½		175	
3½% do. do.	85⅞	B	86⅛		Oestr. Nat.-Bank	700		710	B
4½% Badische do.	97		97⅞	B	Frankfurter do.	134		138⅝	B
4% do. do.	91⅞	B	92⅛		Bexbacher E.-B.	157½		158	B
3½% do. do.	84⅛		87⅛	B	Bayer. Ostbahnen	119½	B	119	B

23. Februar. Von österr. Fonds für Anlagen gesucht namentlich engl. Metalliques von 1859, welche sich auf 64 erhöhten. Steuerfreie in bedeutenden Summen theils in Spekulation gekauft, theils gegen

andere österr. Fonds eingetauscht, sie schliessen 49 3/4, um 1 pCt. über die Vorwoche. Auch französische Silbermetalliques von 1865 in Posten zu höheren Preisen gekauft; es steht dies wohl im Zusammenhang mit der bevorstehenden Emission der neuen Staatspfandbriefe. Das Geschäft ist in Paris definitiv abgeschlossen und soll die Ausgabe des neuen Papiers zu einem bedeutend höheren Kurse erfolgen, als demjenigen der bisherigen in Silber verzinslichen österr. Effekten. 1860er Loose bis 71 1/4 gestiegen, schliessen 71, wie überhaupt im Allgemeinen die feste Haltung der österr. Papiere zu Ende der Woche etwas ermattete.

In süddeutschen Staatspapieren war lebhaftes Geschäft und einzelne Gattungen, wie zumal württembergische, badische, 4pCt. nassauische und Frankfurter gewannen 1—2 pCt. Letztere aus denselben Gründen, welche die Bankaktien hoben. Auch der 4pCt. Luxemburger ist zu gedenken, nach langer Pause wechselten sie einmal Hände zu 80 1/4. Looseffekten vernachlässigt und eher offerirt, zumal auch bayerische.

Das Geschäft in Amerikanern bleibt unbelebt. Am Mittwoch bis 77 1/2 gestiegen, sind sie in den letzten Tagen in Folge höherer Goldagionotirungen wieder auf 77, den Schlusskurs der Vorwoche zurückgegangen. Ein grösseres Steigen ist für die nächste Zeit wenigstens kaum zu erwarten, die allgemeine Stockung des Handels in Amerika macht sich bereits auf die Staatseinnahmen fühlbar; die Staatsschuld hat in dem letzten Monate nicht wie bisher um mehrere Millionen ab-, sondern zugenommen und die Berichte über die Zustände des Südens, der doch endlich auch einmal wieder seinen Theil an der Steuerlast tragen müsste, lauten noch immer unbefriedigend. — Andere fremde Fonds geben nur selten zu Notirungen Anlass, unser Platz wird darin von andern überflügelt, am ehesten geht noch zeitweise in Schweden etwas um.

Oesterr. Kredit haben den 180er der Vorwoche nicht wieder erreicht, am Dinstag bis 174 gewichen, hoben sie sich Mittwochs auf 177 1/2, um die Woche zu 175 zu verlassen. Die Liebhaberpartei sieht bereits wieder ein goldenes Zeitalter anbrechen, und je stärker mit jeder Kurssteigerung die Contremine gegen diese Anschauung opponirt, desto gefährlicher wird für die Kapitalisten eine Betheiligung. Von Zettelbanken österreichische wieder recht fest und bis 710 vom Markt genommen. Frankfurter setzten ihren Hausseanlauf fort und gingen Mitte der Woche bis 139, um etwas matter zu 138 à 3/8 zu schliessen. Die Nachrichten aus Berlin über die Aufnahme der offiziellen Deputation wurden für die Regelung der Contributions-Angelegenheit als günstig angesehen und demgemäss escomptirt.

Von E.-B.-Aktien pfälzische Linien in guter Haltung. Bexbacher 1 pCt. höher; Weissenburger gesucht und um 3 pCt. auf 114 gestiegen. Bayer. Ostbahnen 119. Hanauer zu 112 bezahlt; das Material wird durch die andauernden Ankäufe der hessischen Ludwigsbahn-Gesellschaft immer rarer. Letztere mit Berlin auf 135 gestiegen. — Von Prioritäten Südbahn fest, Staatsbahnen um 1 1/4 gestiegen, die Subscription auf die neue Emission hat ein ausserordentlich glänzendes Resultat ergeben, so dass die Zeichner nur 7 pCt. der verlangten Beträge erhalten. Von Silberprioritäten österr. Westbahn höher. Italienische eher matter.

Geld anhaltend abundant. Wechsel fast unverändert, langsichtige bleiben begehrt und selten.

(Aktionär).

Neueres.

Pesth, 23. Febr. Eine Verordnung des ungarischen Ministeriums warnt das Volk vor Demonstrationen für das frühere System. Eine zweite besagt, daß das Ministerium die Verwaltung am 10. März übernehmen werde, einstweilen sei aber den Anordnungen der gegenwärtigen Obrigkeit nachzukommen.

Florenz, 23. Febr. Der Senat hat den Prozeß Persano bis zum 26. März vertagt. — Die Unterhandlungen um die Präliminarien des Handels- und Schifffahrtsvertrags zwischen Oesterreich und Italien haben begonnen.

London, 24. Febr. Morgen werden 4 Millionen Gulden 5 1/2 proz. holländisch-indische Obligationen, mit Garantie der Regierung, durch die Häuser Horstmann u. Co. und Gerstenberg ausgegeben. Der Emissionskours ist 89 pCt. Zahlreiche Subskriptionen sind bereits angemeldet.

Verhandlungen der physikalisch-medizinischen Gesellschaft in Würzburg.

V. Sitzung am 23. Februar 1867.

1) Herr **Rubach** spricht bei einem Vortrage über die Wirkungen der Quellen und Bäder des Stahlbades Bocklet über die Resorptionskraft der unverletzten Haut in Bädern.

2) Herr **Schefer** theilt einen Fall von Tetanus (Starrkrampf) traumaticus mit, der mit Pfeilgift behandelt worden war, jedoch erfolglos.

Herr **Sotier** aus Kissingen spricht ebenfalls über 2 solche Erkrankungen; auch seine beiden Kranken wurden mit Pfeilgift behandelt, der eine Fall endete in vollständiger Heilung, bei dem anderen trat ebenfalls der Tod ein. Die 3 Beobachtungen betrafen verwundete Soldaten des letzten Krieges.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	67 P. 66 3/4 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	64 P.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	56—55 7/8 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	48 P. 47 3/4 G.
„	4 1/2pCt.	42 1/8 P.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	102 1/2 P.
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	98 P.
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	98 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 G.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	93 1/2 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	98 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	86 3/4 G.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	97 3/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	86 5/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 1/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	97 7/8 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	93 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	87 1/4 P.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	84 1/2 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 1/2 G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	78 3/8 P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	77 1/4—77 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	140 P. 139 1/2 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	708—7 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	179 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	215 1/2 P. 215 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	97 1/2 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	343 P. 342 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	112 1/4 G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	64 P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156 1/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	91 3/8 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	113 3/4 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 1/2 P. 1/4 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75 3/4 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	244 1/2 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	45 7/8 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	120 1/4 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	119 3/4 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 7/8 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 1/2 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 7/8 G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 1/2 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 G.
London Lst. 10 k. S.	119 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/4—7/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	93 1/8 P.
do. in öst. W. l. S.	93 1/8 P. 92 7/8 G.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	115 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	61 3/4 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	71 1/2 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	123 1/2 P. 123 G.
„ do. v. 1864	78 1/4 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	101 1/2—3/8 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 1/4 P.
Badische fl. 35	54 1/8 P. 1/8 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	53 1/2 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144 1/4 P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28 3/4 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	33 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	10 3/4 P. 1/4 G.

Frankfurt, 25. Febr. Die Woche eröffnet in etwas lebhafterer Stimmung als die vergangene. Besonders für österreichische Kreditaktien war auf bessere Wiener Notirungen erhöhtes Animo vorhanden. Dasselbe erhielt Nahrung durch schon früher aufgetauchte, wieder neu aufgewärmte Gerüchte von dem Verkaufe der Theißbahn, in deren Aktien die Creditanstalt bekanntlich stark engagirt ist, an die siebenbürger Bahngesellschaft. Für engl. Metalliques war die Stimmung durch Verkäufe aus erster Hand wieder etwas matter. Die übrigen österreichischen Effekten verkehrten ohne große Coursveränderungen in fester Stimmung. Amerikaner ebenfalls fest bei stillem Geschäft. Deutsche Effekten, besonders 3 1/2 pCt. Frankfurter, matter und etwas mehr offerirt. Frankfurter Bank dagegen höher. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 58.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 27. Februar 1867.

Auf die „Neue Würzburger Zeitung" kann für den Monat März sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

(Amtliche Nachrichten) **München**, 25. Februar Se. Maj. der König hat den Major und Commandanten des k. Landwehr-Bataillons Aichach, Fr. S. Schmid in Höbenried, von seiner Landwehrstelle enthoben; die kath. Pfarrei Mainroth, Bezirksamts Lichtenfels, dem Priester K. Ruff, Pfarrer in Richsenstein, Bezirksamts Pegnitz, übertragen; den Bezirksgerichtsarzt Dr. K. Mair zu Fürth zum Kreismedizinalrath bei der Regierung von Mittelfranken ernannt; den Bezirksarzt 1. Klasse Dr. N. J. Seiberth zu Wolfstein auf die Bezirksarztensstelle 1. Klasse zu Vilshofen, seinem Ansuchen entsprechend versetzt.

Die Stellen eines Bezirksgerichtsarztes zu Fürth, dann eines Bezirksarztes 1. Klasse zu Wolfstein in Niederbayern und eines Bezirksarztes 2. Klasse zu Rothenfels in Unterfranken sind in Erledigung gekommen. Bewerber um dieselben haben ihre Gesuche binnen 14 Tagen bei der ihnen vorgesetzten k. Regierung, K. d. J., einzureichen.

Die kath. Pfarrei Utting, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 969 fl. 40 kr. und die kath. Pfarrei Diessen, beide Bezirksamts Landsberg, mit einem solchen von 1045 fl. 19 kr. in Erledigung gekommen.

München, 23. Febr. Nach Beschluß des 6. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten sind folgende Anträge zur Ueberweisung an die Fachausschüsse begutachtet worden: 1) Antrag der Abgeordneten Stenglein, v. Stauffenberg, Dr. Völk und Behringer auf Abänderung des Strafgesetzbuchs von 1861 in 16 einzeln aufgeführten Punkten; 2) Antrag der Abgeordneten Dr. Edel und Dr. Völk, die Errichtung eines obersten Verwaltungsgerichtshofs betreffend; 3) Antrag des Turnvereins in München: der Turnunterricht solle in dem zu erlassenden Schulgesetze für alle Unterrichtsanstalten obligatorisch gemacht werden ꝛc. ꝛc. (angeeignet von Dr. Edel); 4) Bitte der Bezirksamtsdiener von Oberfranken um Aufbesserung ihrer Verhältnisse (angeeignet vom Abg. Münch) und 5) Bitte der Postexpeditoren der Pfalz und der Expeditoren des gemischten Post- und Telegraphendienstes um Gehaltsaufbesserung u. s. w. (angeeignet vom Abgeordneten v. Soyer). — Der Vortrag des Abg. Urban als Referenten über den Gesetzentwurf betr. Entschädigung der Vieheigenthümer für ihre im Falle des Ausbruches der Rinderpest im Inlande getödteten Thiere begutachtet die unveränderte Annahme des Entwurfs. Der Ausschuß ist diesem Antrage beigetreten.

München, 24. Febr. Der von der Kammer der Abgeordneten gestern gewählte besondere Ausschuß zur Vorberathung der Militärverfassung wird sich morgen zum ersten Male versammeln, um die Prinzipienfrage zu berathen. Die ersten Aufschlüsse, welche der Ausschuß verlangen wird, werden den Kostenpunkt betreffen, denn darüber, wie hoch sich das Militärbudget stellen wird, wenn die Militärverfassung durchgeführt werden soll, enthalten die Motive zu dem Gesetzentwurfe keine Mittheilung. Ferner wird der Ausschuß voraussichtlich Aufschlüsse über die bei der Stuttgarter Conferenz getroffenen Vereinbarungen der süddeutschen Staaten für nothwendig erachten. In Abgeordnetenkreisen hofft man, daß die Militärverfassung vor Ostern erledigt und dann der Landtag förmlich geschlossen werden kann. (N. f. N.)

München, 24. Februar. Der 1. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat den Abg. Stenglein zum Referenten über den Antrag, „die Aufhebung der gesetzlichen Zinsbeschränkungen betr.", den Abg. Behringer zum Referenten über den Antrag, „die Aufhebung der Todesstrafe betr.", ernannt. Im 4. Ausschusse hat der Abgeordnete Gelbert den Bericht über den Antrag auf Erlassung eines Schulgesetzes und der Abg. Mandel — den über die Anträge auf Revision des Gewerbssteuer- und Distriktsrathsgesetzes, dann einige früher dem Abg. Brater übertragen gewesene Referate übernommen. — Frhr. v. Ow hat seinen Bericht über die mehrerwähnten Petitionen der Augsburger und Nürnberger Arbeiter um allgemeines Stimmrecht und direkte Wahlen vollendet.

München, 24. Febr. Die nächste öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten wird am kommenden Mittwoch stattfinden. Berathungsmaterial liegt jetzt genug bereit. — Von allen Regimentern

---

Feuilleton.

Ein Bild menschlichen Elends aus London.

Einen schmerzlichen Einblick in das Elend einzelner Theile Londons gewährt eine von der „Englischen Korrespondenz" mitgetheilte Schilderung, die der Pfarrer des Sprengels St. Matthew's über diesen seinen Bezirk, einen Theil des berüchtigten hauptstädtischen Viertels Bethnal Green, entwirft. Er berichtet: Auf einem Raume von 400 Schritt Länge und etwa 200 Schritt Breite sind zwischen 6—7000 menschliche Wesen in Armuth, Noth und Schmutz dicht zusammengehäuft. Hinter zerbrochenen, lumpenverstopften Glasscheiben, zwischen schwarzen, schmutzigen, baufälligen Wänden sitzen dort an schweren Webstühlen hagere, ausgehungerte Männer, und sieche, kränkliche Kinder hangen im jugendlichsten Alter über mühselige Arbeit gebückt. Es ist hier das Hauptquartier der Seiden-Manufaktur von Spitalfields. Diese Seidenweber sind Abkömmlinge jener Hugenotten, die zur Zeit als Verbannte aus ihrem Vaterlande von der Königin Elisabeth die Felder um das Hospital von St. Mary, damals außerhalb der Mauern Londons, zur Niederlassung angewiesen erhielten. Der Ort, jetzt mitten in einem zahlreich bevölkerten Quartier gelegen, trägt heute noch den Namen Spitalfields, und heute noch tragen die Enkel jener Ansiedler die bekannten Namen Vendome, Racine, Lafontaine, Dupin, Blois, Le Beau und Montier und sind, obwohl in Lumpen gehüllt, noch stolz auf die Traditionen ihrer Väter. Von dem Wohlstande jener Zeit und dem kleinen Luxus besserer Verhältnisse ist den jetzigen Bewohnern dieses Ortes nichts als eine traditionelle Liebe für Vögel und Blumen geblieben, die man fast allenthalben, selbst da, wo der Jammer in traurigster Gestalt erscheint, mit Sorgfalt gehegt und gepflegt findet. Obgleich in nächster Nähe dieses Quartiers Raub und Mord und alle Laster ihre Zufluchtsstätte hatten, ist doch die Seidenweber-Kolonie fast ganz frei davon geblieben, und die Hilfe des Geistlichen muß sich hauptsächlich gegen die grenzenlose Armuth wenden, die dort herrscht. Ein geschickter Arbeiter, der kostbaren Sammt und reiche Seidenstoffe webt, kann bei 12—16stündiger angestrengter Tagesarbeit nur 12 Shilling wöchentlich verdienen, manche bringen es nur auf 7—8 Shilling. Die Frauen sind mit der Anfertigung von Besatz in Sammt, Seide oder Baumwolle beschäftigt und verdienen dabei etwa 4 Shilling. Die übergroße Noth hält die Eltern meist ab, ihre Kinder zur Schule zu schicken, und die armen kleinen Geschöpfe sitzen zu Hause mit sogenannter Kinderarbeit beschäftigt, hauptsächlich mit der Fabrikation von Zündholzschachteln, die das Gros mit $2^1/_2$ P. bezahlt werden. Aus diesem armseligen Gelde muß noch der Kleister bestritten werden. Der Berichterstatter fand ein kleines Mädchen von 4 Jahren, das sein Brod schon seit einem Jahre selbst verdient hatte. Die arme Kleine, die nie ihre dumpfe, enge Gasse verlassen, nie Feld noch grüne Bäume gesehen hatte, trug den baldigen Tod schon auf dem blassen Gesichtchen. Die Sterblichkeit der Kinder in Folge der Ueberfüllung von Menschen und der unzulänglichen Nahrung und Kleidung ist fürchterlich. Fast keine Familie in der Pfarre bewohnt mehr als ein Zimmer, für das sie aus dem spärlichen Erwerb der Woche 3—4 Sh. bezahlen muß. Zur Zeit der Cholera hatte keiner der Genesenden, die in die Hospitäler geschafft wurden, ein zweites Hemde, viele kein einziges. Und doch tragen diese Armen ihre schreckliche Armuth ohne Klage und verlassen sich auf die eigene Arbeit.

---

der Armee sind gegenwärtig die Büchsenmacher nach Amberg berufen, um dort in der k. Gewehrfabrik zweimonatlichen Unterricht in der Anfertigung der Hinterladungsgewehre durchzumachen, durch welchen sie in den Stand gesetzt werden, auch bei der Controle der den Civil-Büchsenmachern übertragenen Arbeiten Dienste leisten zu können. (A.Z.)

München. Der dem Landtag vorgelegte Gesetzentwurf über die Vervollständigung der bayer. Staatseisenbahnen setzt 1) den Bedarf für Erweiterung, Vervollständigung und Verbesserung von Bahnhof-Anlagen und Stations-Einrichtungen a) in Rosenheim auf 300,000 fl., b) in Augsburg auf 160,000 fl., c) in Erlangen auf 125,000 fl., d) in Aschaffenburg auf 116,000 fl., e) in Neuenmarkt auf 122,000 fl., f) in Hof auf 45,000 fl., g) in Bayreuth auf 42,400 fl., zusammen auf 909,400 fl. fest; 2) den Bedarf für Herstellung von Bahn- und Wechselwärter-, dann Bahnmeister-Wohnungen auf 257,000 fl.; 3) für Herstellung eines zweiten Schienengeleises auf den Bahnstrecken zwischen a) der Fürther Kreuzung und Fürth, b) Untersteinach und Neuenmarkt, c) Hof und der bayerisch-sächsischen Grenze auf 408,000 fl.; ferner 4) den Bedarf zur Bestreitung des Mehraufwandes für die Bahnstrecke von Starnberg über Tutzing nach Penzberg und Peissenberg auf 75,000 fl.; endlich 5) den Bedarf zur Beschaffung von Dienstlokalitäten für die Geschäftsabtheilung des Staatseisenbahnbaues bei der Generaldirektion der k. Verkehrsanstalten auf den Betrag von 50,000 fl., zusammen auf den Maximalbetrag von 1,700,000 fl. — Dieser Betrag soll aus den nach Erfüllung der der Eisenbahnrente gesetzlich zugewiesenen Verwendungen sich noch ergebenden Mehreinnahmen aus dem Betriebe der Staatsbahnen in den letzten zwei Jahren der VIII. Finanzperiode und, soweit diese nicht ausreichen sollten, durch ein auf die Staatseisenbahnen zu versicherndes Anlehen gedeckt werden. (B. Z.)

Stuttgart, 22. Febr. Dr. Hölder, der Führer der deutschen Partei, befindet sich im Augenblicke zu Berlin bei der Ausschußsitzung des Abgeordnetentages. Die hiesigen Mitglieder der genannten Partei haben gestern folgende Resolutionen gefaßt: „1) Die unter den norddeutschen Regierungen vereinbarte Bundesverfassung ist nach ihren Grundlagen geeignet, auch Süddeutschland in seinem Interesse zum Eintritt in den neuen Bundesstaat zu bestimmen. 2) Diese Verfassung ist mancherlei Verbesserungen fähig; es ist deshalb sehr zu beklagen, daß die württembergische Regierung versäumt hat, rechtzeitig mit den übrigen süddeutschen Regierungen den Anschluß an Norddeutschland zu bewerkstelligen, und daß hierdurch die süddeutsche Bevölkerung verhindert ist, in dem eben berufenen Reichstage an der Verbesserung der Bundesverfassung mitzuwirken. 3) Das Interesse Württembergs macht es seiner Regierung zur Pflicht, so rasch als möglich den Eintritt Süddeutschlands in den neuen Bundesstaat an ihrem Theile zu bewerkstelligen und dadurch ein Deutschland zu schaffen, stark genug, um nach allen Seiten hin seine Rechte und Interessen geltend zu machen und die reichen Kräfte der deutschen Nation zu entfalten." Es wurde beschlossen, diese Sätze bei Parteivereinen auf dem Lande weiter zu verbreiten. (Fr. J.)

Berlin, 24. Febr. Die Eröffnung des Norddeutschen Parlaments hat heute mit besonderem Glanze Statt gefunden. Die Thronrede brachte in mehreren Theilen, namentlich auch in ihrem beredten Rückblicke auf die frühere Geschichte Deutschlands, auf die Ursachen seiner Zerrissenheit und Ohnmacht, eine ergreifende Wirkung hervor. Die auf Süddeutschland bezüglichen Stellen riefen Beifallsbezeigungen auch in den Reihen der liberalen Mitglieder hervor. Die Versammlung war ersichtlich unter dem Eindrucke des großen Moments, trotz der Besorgnisse, welche einzelne Bestimmungen des Verfassungsentwurfs hervorgerufen hatten. Es wird denn doch Jedem, der heute der Eröffnungssitzung im Weißen Saale beigewohnt hat, unvergeßlich sein, daß ein, wenn auch vorerst Norddeutsches Parlament, zur Berathung und Prüfung der Reichsverfassung für nahezu 30 Millionen Deutsche von dem Könige von Preußen eröffnet worden ist. Auch enthält die Thronrede keineswegs die von einigen Seiten angekündigten schroffen Sätze, daß, was 22 Regierungen angenommen, hier nicht abgeändert werden könne, und dergleichen. Bestätigt ist ferner, daß Aenderungen der Zustimmung der Regierungen bedürfen würden. Die Worte: die vom Reichstage „begehrten" Aenderungen statt „beschlossenen", haben augenscheinlich den berathenden Charakter der Versammlung im Auge. Der Hinweis auf die Gefahren für eine gesetzmäßige und friedliche Entwicklung könnte auf eine eventuelle Octroyirung hindeuten, welche auch ein ministerielles Blatt einmal im Vorbeigehen erwähnt hat. Aber es ist auch damit anerkannt, daß der gesetzliche Weg ein andrer ist, und solche Gefahren stehen sicherlich nicht in Aussicht, zumal sie den gesetzlichen Boden auch im Innern Preußens verlassen würden.

Berlin, 24. Febr. (N.A.Z.) In Betreff der Präsidentenwahl für den Reichstag sind schon mannigfache Nachrichten verbreitet worden. Wie wir hören, sind dieselben noch alle verfrüht, da noch keine bestimmte Person für dies Amt in Aussicht genommen ist. Es wird wiederholt der Fürst Solms zu Hohensolms-Lich als der für dies Amt Ausersehene genannt. Jedoch auch diese Nachricht scheint verfrüht, wenngleich der genannte Herr bereits als Präsident des vereinigten Landtages fungirt hat und ihm geschäftliche Erfahrungen zur Seite stehen.

Berlin, 25. Febr. **Reichstag.** Die Tribunen und der Sitzungssaal sind gefüllt; die Generale Vogel v. Falckenstein, v. Steinmetz, v. Moltke und Prinz Friedrich Karl sind anwesend, so wie 23 Bundes-Commissare, darunter Graf Bismarck, v. Savigny, v. d. Heydt, Graf Itzenplitz und v. Friesen. Der Abg. v. Frankenberg Ludwigsdorf eröffnet als Alterspräsident um 11$^{1}/_{4}$ Uhr die Sitzung, und als Sekretäre fungiren die jüngsten Reichstagsmitglieder: Richter (Nordhausen), Stumm und Graf Stolberg-Wernigerode. Nach dem Namensaufrufe sind 220 Mitglieder anwesend. Fünf Anträge in Betreff der Geschäftsordnung werden eingebracht, von v. Arnim und Graf Schwerin auf provisorische Annahme der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses, desgleichen von Agricola und Genossen, desgleichen von Lasker, welcher außerdem als Antragsteller eines neuen Entwurfs auftritt. Die Antragsteller vertheidigen zugleich die Vorschläge v. Vincke's (Hagen), welcher sofortige Aufstellung einer Redner-Tribune beantragt. Nach längerer Debatte werden sämmtliche Anträge zurückgezogen und nur der des Grafen Schwerin auf provisorische Annahme der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses mit großer Majorität angenommen. Ein Schreiben des Hofmarschall-Amtes wird verlesen, welche eine Einladung zu einem Hofdiner enthält und worin ersucht wird, die Mitglieder sollten sich nach dem Diner nach Staaten oder provinzenweise aufstellen, um dem Könige vorgestellt zu werden. Darauf folgt die Verloosung der Mitglieder in sieben Abtheilungen. Der vierte Sekretär v. Watzdorf (Wiesenburg) tritt in Funktion, und unter den Bundes-Commissaren nehmen noch Platz die Minister v. Roon und Graf zu Eulenburg. Graf Bismarck verliest eine königliche Ordre wegen Ernennung der fünf preußischen Commissare und bemerkt, daß nach Ansicht der preußischen Regierung übrige Commissare nichtpreußischer Regierungen mit gleichen Rechten wie die preußischen Commissare an den Berathungen des Verfassungs-Entwurfes Theil nehmen. Moriz Wiggers beantragt, darüber abzustimmen, ob als Bundes-Commissare die Bevollmächtigten gelten sollen, welche von der Präsidial-Macht committirt, oder alle, welche von den Bundes-Regierungen ernannt werden. Graf Bismarck ist dagegen: es liegt dem Könige ob, nicht dem Reichstage, zu bestimmen, wer als Bundes-Commissar gelten soll; Wigger's Antrag findet keine Unterstützung. Vor Schluß bemerkt Graf Bismarck, die Rednertribune sei nur aus Raumverhältnissen fortgeblieben; wenn solche gewünscht werde, möchte man sich darüber in den Abtheilungen schlüssig machen. v. Vincke erneuert seinen Antrag auf Errichtung einer Tribune. Das Haus beschließt, sofort die Tribune zu errichten. Schluß 1$^{1}/_{4}$ Uhr. Nächste Sitzung wahrscheinlich Mittwoch um 1 Uhr.

Berlin, 25. Febr. Mehrere liberale Parlaments-Mitglieder werden wahrscheinlich die sofortige Berathung des Verfassungs-Entwurfs im Plenum, ohne Commissions-Berathung, mit zweimaliger Lesung, beantragen. — Nach der in den Abgeordnetenkreisen herrschenden Stimmung zu schließen, ist wegen des Militäretats vorläufig anzunehmen, daß ein dreijähriges, ein für allemal festzustellendes Ordinarium des Militär-Etats in der Verfassung auf mehrfachen Widerstand stoßen, dagegen eine derartige Uebergangsbestimmung mit Wahrung des Budgetrechtes des Reichstages auch von liberaler Seite in Erwägung genommen werden könnte. Berathungen haben selbstverständlich noch nicht Statt gefunden. Die Fraktionsbildung ist noch in der Schwebe.

Hannover, 20. Febr. Heute Mittags hat im Residenzschlosse die Beeidigung der Departementsdirektoren, Räthe, der Landdrosten und der Vorstände anderer höherer Verwaltungsbehörden stattgefunden. Im Schwurgerichtslokale beeidigte der Präsident des Obergerichts, nachdem er zunächst selbst den Eid geleistet, die Mitglieder und Angestellten des Obergerichts, auch die auf Wartegeld Stehenden, dann die Anwälte und Advokaten. Dem amtsgerichtlichen Personal nahm der Kronanwalt den Eid ab. Das Landeskonsisterium hat an die evangelisch-lutherische Geistlichkeit des ehemaligen Königreichs Hannover ein Schreiben (unterzeichnet vom Konsistorialdirektor Lichtenberg, dem ehemaligen Kultusminister) erlassen, wodurch die etwaigen Bedenken gegen den neuen Huldigungs- und Diensteid durch die Hinweisung auf die Eidesentbindung durch Georg V. und auf das Bibelwort: „Sei unterthan der Obrigkeit, die Gewalt über dich hat", beseitigt werden.

Hamburg, 25. Febr. Die nordschleswig'sche Deputation ist vom Grafen Bismarck wegen Unwohlseins nicht vorgelassen und hat ebensowenig eine Audienz bei Sr. Maj. dem Könige erlangt. Dieselbe petitionirte schriftlich um Ausführung des Nordschleswig be-

treffenden Friedens-Paragraphen und daß bis dahin der Eid sistirt werde. Der Bescheid lautete dahin, Se. Majestät könne nicht sofort eine bestimmte Erklärung abgeben, sondern müsse mit dem Ober-Präsidenten konferiren, worüber noch einige Zeit vergehen werde. Die Deputation möge nach der Heimath reisen, wohin ein schriftlicher Bescheid nachfolgen werde.

Wien, 24. Februar. Die „Wiener Zeitung" bringt heute an der Spitze ihres amtlichen Theils eine kaiserliche Entschließung vom 20. d., gegengezeichnet vom Grafen Andrassy, durch welche Graf Festetics zum Minister am kaiserl. Hoflager, Frhr. v. Wenckheim zum Minister des Innern, Melchior v. Lonyay zum Landesfinanzminister, Joseph Frhr. v. Eötvös zum Minister für Cultus und Unterricht, Balthasar v. Horvath zum Justizminister, Emerich Graf Miko zum Minister für öffentliche Arbeiten und das Communicationswesen und Stephan v. Gorove zum Minister für Handel, Industrie und Landwirthschaft für das Königreich Ungarn ernannt werden. Weiter heißt es dann in der Entschließung: „Die Agenden des Landesvertheidigungsministeriums finde Ich auch bis dahin, als die unbedingt nothwendige Umgestaltung des ganzen Wehrsystems im verfassungsmäßigen Wege festgestellt, und auch der Wirkungskreis Meines ungarischen Ministeriums rücksichtlich der diesfälligen Angelegenheiten genau bestimmt sein wird, bei unversehrter Aufrechthaltung Meiner königlichen Rechte in Bezug auf die Leitung, Führung und innere Organisation des Heeres, einstweilen Meinem ungarischen Ministerpräsidenten zu übertragen, den Ich hiemit auch mit dem Vollzuge dieser Meiner Entschließung betraue."

Wien, 25. Febr. Einer Meldung der „Gazeta Narodowa" zufolge wurden in die Neuner-Kommission des galizischen Landtags, welche zur Behandlung der bekannten Regierungs-Mittheilung vom 4. d. niedergesetzt wurde, acht Abgeordnete gewählt, die unbedingt für die Beschickung des Reichsraths sind. Nur das neunte Kommissionsmitglied ist für eine bedingte Beschickung. Dieses Resultat der Wahl soll durch ein Compromiß zwischen der reichsrathsfreundlichen Polen-Fraktion und den Ruthenen erzielt worden sein. (Pr.)

Salzburg, 23. Febr. Heute wurde der Landtag geschlossen. Es fielen scharfe Reden über die noch aus der Belcredi'schen Zeit stammende oktroyirte neue Justizorganisation Salzburgs. Einhellig wurde der Beschluß gefaßt, das Justizministerium zu bitten, die aufgelassenen fünf Bezirksgerichte bis zur verfassungsmäßigen Gerichtsorganisation zu retabliren, und die Gehalte der Justizbeamten zu erhöhen. (N. Fr. Pr.)

Im niederösterreichischen Landtag wurde am 23. Febr. der Antrag einstimmig angenommen: „Der Landtag wolle erklären: Das in Folge der allerh. Entschließung vom 4. Februar d. J. eingetretene Ende der Sistirung des Grundgesetzes über die Reichsvertretung werde mit Befriedigung zur Kenntniß genommen, aber auch die künftige unverbrüchliche Wahrung und strenge Uebung des Verfassungsrechtes erwartet. Insbesondere werde erwartet, daß der Ausgleich mit Ungarn auf solchem verfassungsmäßigen Wege ausgeführt werde, daß dadurch weder die Einheit noch die Machtstellung des Reiches geschwächt werde." Im vorarlbergischen Landtag wurden die Ausschußanträge gegen die Heeresverordnung vom 28. Dezbr. einstimmig angenommen. Abg. Baron Seyffertitz sagte bei der Debatte: Die Verordnung erscheine als eine beklagenswerthe Ueberstürzung, die Regierung scheine die Folgen derselben zu fühlen, taste aber im Interpretiren herum, ohne das Rechte zu treffen.

Paris, 22. Febr. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers kam die Interpellation in Betreff des von der Postbehörde verletzten Briefgeheimnisses vor. Eug. Pelletan erklärt, daß zu allen Zeiten in Frankreich das Briefgeheimniß gleichsam wie eine Art religiösen Cultus geehrt worden ist. Er bestreitet das Recht des Polizeipräfekten, seine Jurisdiktion auf die Post auszudehnen, und kann ebenso wenig zugeben, daß man die Postdirektoren beauftragt, Polizeidienste zu verrichten. Außerdem diene diese Maßregel zu nichts, das Rundschreiben Chambords sei keine Gefahr gewesen. — Hr. Vandal antwortet, als Regierungskommissär: daß dem Pariser Polizeipräfekten, wie den Präfekten überhaupt das Recht zustehe, alles zu thun, um Verbrechen und Vergehen zu konstatiren. In Bezug auf Briefe bestehe keine Ausnahme, dies habe der Beschluß des Cassationshofs ausdrücklich bestätigt. Dann gebe es für Drucksachen eine Spezialverordnung für die Post, indem die Postbeamten beauftragt seien, sich von der Identität der deklarirten Papiere zu überzeugen. Allerdings sei es vielleicht übertrieben, alle verdächtigen Briefe aus Frankreich nach Paris kommen zu lassen. Allein dieser Formfehler trete dem Briefgeheimniß nicht zu nahe. Auch habe nach dem Aufsehen, welches das bekannte Rundschreiben hervorgerufen, der Finanzminister (?) verfügt, daß in Zukunft dieses Verfahren nicht mehr beachtet werden solle. Im ganzen seien fünf verdächtige Briefe nach Paris geschickt worden, von denen zwei schon nach 24 Stunden wieder der Circulation übergeben wurden. Die drei anderen erlitten nur eine Verzögerung von zwei Stunden. Dies sei das Ergebniß einer Maßregel, die so großen Lärm verursacht habe. Da der Führer der Interpellanten, Hr. Picard, replicirte, so ergriff der Staatsminister, Hr. Rouher, selbst das Wort, worauf sich in den Reihen der Majorität der Ruf nach Schluß der Debatte vernehmen ließ und die einfache Tagesordnung (ordre du jour pur et simple) votirt wurde. „Die Sitzung," bemerkt die „Franz. Corr.", „verlief über alles Erwarten ruhig, und die Debatten waren nur ein schwacher Nachhall der Diskussion, welche die Zeitungen erschöpft haben. Wer als Frucht dieses Tages eine neue Ministerkrisis erwartete (und im Schooße der Tiers-parti gab man sich solchen Hoffnungen hin), wird sich in seinen Illusionen getäuscht sehen."

Paris, 24. Febr. Heute, am Jahrestage der Proklamation der Republik, wurden während der Nacht eine Masse Immortellenkränze an der Julisäule niedergelegt. Die Polizei fand sich gegen 8 Uhr Morgens auf dem Bastillenplatze ein, beseitigte die unliebsamen Liebesgaben und ließ keine anderen aufkommen. Heute Abend fanden einige Hundert Bankette zu neunzehn Couverten in verschiedenen Restaurants zur Feier des Tages statt. Die Zahl Neunzehn ist nämlich in Frankreich eine heilige Zahl, da die Polizei erst bei Zwanzig einschreiten darf. Auch viele Dejeuners dieser Art fanden heute Morgen statt. — Wie verlautet, haben mehrere Deputirte einen gemeinschaftlichen Brief an den Kaiser gerichtet, um gegen das Militärprojekt zu protestiren. (K. Z.)

Der Generalcapitän von **Madrid**, Graf Cheste, der Verfasser der Ordonnanzen, welche die Redakteure und Drucker verführerischer Schriften zur Todesstrafe verurtheilt hat, hat seine Demission eingereicht, die auch angenommen worden ist. An seine Stelle trat General Meyalide.

Italien. Der in geheimer Sitzung zusammengetretene Senat hat die Vertagung des Processes des Admirals Persano bis zum 26. März votirt. — Die „Nazione" meldet, daß Repräsentanten der österreichischen und der italienischen Regierung zusammengetreten sind, um die Präliminarien eines Handels- und Schifffahrtsvertrages zwischen Oesterreich und Italien zu berathen. — Die „Gazzetta di Torino" findet das Cirkular des Barons Ricasoli für geeignet, die allgemeine Billigung zu erlangen und einen namhaften Einfluß auf einen guten Erfolg der bevorstehenden Wahlen auszuüben. — Die „Italia" von Neapel will wissen, daß Cardinal Riario Sforza und eine hohe Persönlichkeit der neapolitanischen Aristokratie zu Senatoren ernannt werden sollen. — Der „Tempo" von Venedig zeigt die Ankunft des österreichischen Consuls, Herrn Reza de Castelletto, in dieser Stadt an. — Die „Italie" meldet, daß eine große Anzahl von Präfekten sich in Florenz befindet, von denen mehrere bereits Conferenzen mit dem Minister des Innern gehabt haben. Alle sind darüber einig, daß die Wahlen eine große Bewegung hervorrufen werden. — Die „Gazette de France" sagt, die italienische Geistlichkeit sei sehr befriedigt durch die Worte des Kaisers Napoleon über die weltliche Macht. Der Papst wird, so heißt es, in seiner Genugthuung diese Worte zum Gegenstande der Anrede nehmen, die er beim nächsten Consistorium halten wird.

Neapel, 19. Febr. Diesen Abend traf mit dem letzten Nordzuge Se. Maj. König Ludwig I. von Bayern mit Gefolge im besten Wohlsein und heiterster Stimmung hier ein und stieg in dem herrlich am Meere gelegenen Hotel Vittoria ab. In Rom wollten viele seiner zahlreichen Verehrer durchaus behaupten: der hohe Herr gehe den dort angeblich für die letzte Karnevals-Woche vorbereiteten Ruhestörungen aus dem Wege. Ich glaube jedoch aus guter Quelle versichern zu können, daß ihm nichts ferner liegt als eine solche Absicht, ganz abgesehen davon, daß die in vielen Kreisen gehegte Furcht vor Unruhen eine sehr problematische Berechtigung hat, und daß, selbst wenn sie sich durch eintretende Ereignisse als begründet bestätigen sollte, der König als eine in Rom allgemein gekannte und hochverehrte Privatperson ebenso und in noch höherem Maße ungefährdet bleiben würde, als die übrigen Wintergäste der ewigen Stadt. Uebrigens gedenkt der König, der einfach seine Erinnerungen an die wundervolle, in früheren Jahren häufig, vor zehn Jahren zum letztenmal besuchte Parthenope auffrischen und die inzwischen neu zu Tage geförderten Alterthumsschätze besichtigen will, bereits am 27. Februar wieder auf Giardino di Malta zurück zu sein, gerade um, unbeirrt durch beunruhigende Gerüchte, die letzten sechs Tage des römischen Karnevals zu genießen. (Allg. Ztg.)

London, 21. Febr. Am 1. März wird Cochrane die Kuli-Auswanderung (diese neue Form des Sklavenhandels) im Unterhaus zur Sprache bringen. Die Unterhändler in den indischen Häfen verstehen es, Männer, Weiber und Kinder, die gewöhnlich den untersten Hindukasten angehören, zur Einschiffung nach Demerara, Guiana und anderen Kolonien zu beschwatzen, indem sie ihnen einreden, daß diese

Gegenden nur eine oder zwei Tagereisen entfernt seien. Auf der See erkennen sie erst ihren Irrthum, und dann springen viele über Bord oder bringen sich auf andere Weise ums Leben. In Folge ihrer Niedergeschlagenheit, ihrer elenden Unterkunft und Verpflegung an Bord ist die Sterblichkeit unter ihnen jedesmal sehr groß. Zuweilen auch sind die Fahrzeuge wurmstichig und seeuntüchtig, so daß sie mit den sogenannten Auswanderern untergehen, während die Bemannung sich meistens zu retten weiß. Wenn sie aber ihren Bestimmungsort erreichen, finden die Auswanderer, daß sie in allen Stücken, nur nicht dem Namen nach wirkliche Sklaven sind, und die ungewohnte harte Arbeit, zu der sie dann gezwungen werden, rafft die Unglücklichen haufenweise hinweg.

Petersburg, 18. Febr. Die preußischen Festungen nebst der strategischen Eisenbahn sind nach Ansicht unserer Patrioten so bedrohlich für die Sicherheit Rußlands und die völlig vertheidigungslose Petersburg-Warschauer-Eisenbahn, daß der Vorschlag der preußischen Gesellschaft, von Lyk bis Bialystock in Rußland eine strategische Bahn zu bauen, einen wahren Sturm der Entrüstung erregt hat. Man dringt darauf, daß die Staatsregierung gegen die preußischen Festungen dergleichen diesseits anlege und mit der Eisenbahn Brest-Smolensk Ernst mache.

Amerika. Ein im Generalstabe des mexikanischen Generals Marquez angestellter französischer Offizier berichtet nach Paris, daß Juarez im Ganzen freilich 70,000 Mann stark, aber auf einer fünfmal größeren Fläche zerstreut sei, als die Kaiserlichen, die zusammen noch 30,000 Mann zählten. Der Plan der letzteren, unter Marquez, Miramon und Mejia, bestehe darin, San Louis de Potosi wiederzunehmen, wo sich 6000 Juaristen befänden. Gelänge dies, so würde man sich darauf beschränken, San Louis, Mexiko und die Linie nach Mexiko zu decken und darauf Kontre-Guerillas zu organisiren. Schon habe Marquez den Anfang gemacht und zu diesem Zwecke 3000 Mann beisammen. Jedenfalls habe man Bedacht genommen, vor Allem die Hauptstadt zu decken, deren Vertheidigung jetzt so organisirt sei, daß zu ihrer Eroberung ein Heer von mindestens 20,000 Mann regulärer Truppen nöthig wäre. Dennoch verhehlt sich dieser Offizier schließlich nicht, wie verzweifelt im Ganzen die Lage Maximilian's geworden.

Die geheime Expedition der Kriegsschaluppe Gettysburg, die, wie man nachträglich vermeinte, den Ankauf der Bai von Samana auf San Domingo zum Zwecke hatte, ist unverrichteter Sache zurückgekehrt. (K. Z.)

Neueres.

Wien, 25. Febr. Vom Landtag sind folgende Reichsrathswahlen vorgenommen: Für Wien sind Berger, Kuranda, Mühlfeld, Schindler gewählt worden; für die niederösterreichische Handelskammer Winterstein; für die Stadtbezirke: Pratobevera, Heinrich Berger, Diestl; für die Landgemeinden: Brestl, Kaiser, Unger, Schürer Mende. Die noch ausstehenden Wahlen der Großgrundbesitzer werden am Donnerstag vorgenommen werden.

Wien, 25. Febr. Die „Wien. Abendp.", welche sich in einem offiziösen Artikel gegen die Kritik der orientalischen Politik Oesterreichs anläßlich der jüngst veröffentlichten Analyse des österreichischen Rundschreibens von Seiten der „N. Fr. Pr." wendet, sagt: in dem Rundschreiben sind Auffassungen enthalten, welche keinen praktischen Werth haben, weil sie einem frühern Stadium angehören, auf welche aber später einmal zurückzukommen sehr leicht Gelegenheit geboten werden dürfte. Die angeblichen Aufschlüsse und Enthüllungen der „Neuen Freien Presse" über die Genesis der diesseitigen Politik, welche ihr angeblich aus Konstantinopel zugekommen und in Form eines Gespräches zwischen dem russischen Gesandten Graf Stackelberg und Frhrn. v. Beust gegeben worden, bezeichnet die „Abendpost" als eine Erzählung, woran von Anfang bis Ende kein wahres Wort sei. Sie kann aber zugleich die beruhigende Versicherung geben, daß man in maßgebenden Kreisen von Konstantinopel selbst den Absichten und Handlungen des kaiserlichen Cabinets Gerechtigkeit widerfahren läßt.

Petersburg, 24. Febr. Ein Cirkular Baranow's, des Gouverneurs der westlichen Provinzen, widerspricht dem Gerüchte über Aufhebung der Verkaufsverordnung der sequestrirten polnischen Güter, und fügt hinzu, daß nach Ablauf der Verkaufsfrist mit 10. Dezbr. sämmtliche unter Sequester stehenden Güter licitirt würden.

Berichtigung. Auf der letzten Seite des gestrigen Blattes steht aus Versehen unter „Neueres" Zeile 2 von oben: für statt gegen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	67 P. 66¾ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63⅞—64 G
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	56 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	46⅞ P. ½ G.
„	4½pCt.	42⅛ P.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	102 P.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	97¾ P.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	97⅛ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	94 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	94½ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	98 P. 97⅝ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	86⅝ P.
Baden	4½pCt. Obl.	97⅝ P.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	86⅝ P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	93⅞ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	97⅞ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	92¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	87¼ P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	84½ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2½pCt. „ „ „	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	86¼ G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	78¼ P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	76⅞—77⅛ G

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	139 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	708—6 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	180½—81½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	93¼ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	217P. 216½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	97½ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	341 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	112¼ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	116 P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	64 P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	156¼ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	113¼ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49⅜—¼ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75¼ P. 75 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	244½ G.
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	46 P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	120¼ P. 119⅞ G
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	119¾ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅛ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94½ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94½ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104½ G.
London Lst. 10 k. S.	119⅛—⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅜—⅞ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	93 P.
do. in öst. W. l. S.	93 P.
Disconto	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	115⅞ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	62½ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	71⅝ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	124¼ P.
„ do. v. 1864	77½—78¼ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	101⅝—101 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10¼ P.
Badische fl. 35	54⅛ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55½ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144¼ P.
„ fl. 25 do.	38 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35¼ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28¾ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	33 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	10¾ P. ¼ G.

Frankfurt, 26. Febr. In österreichischen Staatspapieren stagniren die Course immer noch, ohne jedoch irgend welche Neigung zu einer rückgängigen Bewegung zu zeigen. Im Gegentheil gravitiren die wenigen Veränderungen, welche die zinstragenden österreichischen Staatsfonds aufweisen, eher nach oben als nach unten. Nur in Creditaktien herrscht immer noch reger Verkehr und nach kurzen Pausen treten immer wieder Reprisen ein. So verkehrten auch heute Creditaktien wieder sehr animirt und steigend. Sie haben heute den 180er wieder überschritten. Das Geschäft darin war nicht unbeträchtlich. — 1882er Amerikaner bei stillem Geschäft fest und unverändert. — Süddeutsche dagegen offerirt und zu etwas billigeren Preisen zu haben. In Sorten einige Veränderungen. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 59.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 28. Februar 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 26. Februar. Se. Maj. der König hat den außerordentl. Gesandten und Bevollmächtigten am großh. badischen Hofe, Kämmerer K. A. Frhrn. v. Malsen auf seine Bitte mit dem 1. März von seinem Posten abgerufen und in den Ruhestand treten lassen, sowie denselben in Anerkennung seiner vieljährigen treuen Dienste tarfrei zum k. Staatsrath im außerordentlichen Dienste ernannt; die kath Pfarrei Bayerfeld, Bezirksamts Donauwörth, dem Priester J. Schmid, Benefiziat in Unterstall, Bezirksamts Neuburg, die kath. Pfarrei Unterelchingen, Bezirksamts Neu-Ulm, dem Priester K. Schreiner, Pfarrer in Könghausen, Bezirksamts Mindelheim, übertragen; den Privatdocenten Priester J. Bach dahier in provis. Eigenschaft zum außerordentl. Professor in der theolog. Fakultät der k. Universität München ernannt; den Gerichtsschreiber M. Weiher zu Graisenau wegen nachgewiesener Krankheit für die Dauer eines Jahres in den nachgesuchten Ruhestand versetzt und an dessen Stelle den Tagschreiber des Stadtg. München l. J., A. Seeliger von München in prov. Eigenschaft ernannt; den prakt Arzt Dr. K Laucher in Straubing zum Bezirksarzt 1. Klasse in Viechtach in provis. Eigenschaft ernannt.

Neuerer Ausschreibung der Regierung von Mittelfranken zufolge erhöht sich der Reinertrag der in Nr. 40 der „Bayer. Zeitung" (N. Würzb. Ztg. Nr. 41—42) als erledigt ausgeschriebenen kathol Pfarrei Plankstetten, Bezirksamts Beilngries, von 817 fl. 11 kr. auf 931 fl. 31⅞ kr.

(Militärdienstesnachrichten.) **München**, 25. Februar. Seine Maj. der König hat dem Oberpostmeister W. Sailer zu Bamberg das Ritterkreuz 1. Klasse, und dem Oberpostamts-Spezialkassier L. Weber zu München das Ritterkreuz 2. Klasse des Militär-Verdienstordens verliehen; dem pens. vormaligen Major A. Grafen v. Wolkenstein-Rodenegg den Charakter als Major à la suite verliehen; das Dienstestauschgesuch der Hauptleute L. Schreiner vom 7. Inf.-Reg. und E. Frhr. v. Reitzenstein vom 13. Inf.-Reg. genehmigt; den Unterl. A. Rumpel von der Fuhrw.-Abth. des 3. Art.-Reg. zum 2. Inf.-Reg. versetzt; den Obersten J. Clessin vom Geniestab und den Hauptmann Jos. Momm vom 15. Inf.-Reg. — Letzteren auf ein Jahr — in den Ruhestand versetzt; den temporär pens. Oberl. L. Eger bleibend im Ruhestande belassen und demselben gleichzeitig die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt; den temporär pens. Oberl. Aug. Gmeiner bleibend im Ruhestande belassen; dem Unterl J. Schultze vom Inf.-Leib-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; den temporär pens. Rittmeister M. Ritter v. Ellenrieder bleibend im Ruhestande belassen; den bereits vor seiner Anstellung als Unterlieut. auf Kriegsdauer dem Heere angehörigen L. Popp als Unterlieut. im 11. Inf.-Reg. wieder angestellt; den Hauptmann A. Bühler vom 2 Jäger-Bat auf 2 Jahre in den Ruhestand versetzt; dem pens. Kriegskommissär J. Pilatz den Charakter als Oberkriegskommissär 2. Klasse verliehen; den Generalmajor M. Fuchs, ad latus des Generalkommandos Augsburg, dann den Hauptmann J. Leichtenstern vom 7. Inf.-Reg. und den Regimentsquartiermeister G. Luttenbacher vom 3. Inf.-Reg., Letzteren auf ein Jahr, in den Ruhestand versetzt; den Unterapotheker 2. Klasse Fr. Vorberger vom Festungs-Gouvernement Germersheim auf Nachsuchen von der Charge entlassen; den Oberstl. M. Limbach zum Obersten im Genie-Reg. befördert; dem Unterl. L. Leeb vom 10. Inf.-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt.

Durch Ministerialrescript wurde der Oberlieut. und Bat.-Adjutant A. Lossow vom 8. Inf.-R. wegen anderweitiger Verwendung der Adjutantenfunktion enthoben.

Se. Maj der König hat durch allerh. Entschließung Nachstehendes verfügt: Für hervorragende Leistungen im Ostcorps während des jüngsten Feldzuges werden: I Belohnt: 1) mit dem Ritterkreuze 1. Klasse des Militär Verdienstordens: der Major H. Wirthmann vom 13. Inf.-R.; 2) mit dem Ritterkreuz 2. Klasse dieses Ordens: der auf Kriegsdauer als Generalstabsoffizier angestellt gewesene Hauptmann à la suite Ph Schanzenbach und der Hauptmann M. v. Fleckinger vom Inf.-Leib-Reg.; 3) mit dem Militär-Verdienstkreuze: der Korporal des genannten Regiments A. Barberis aus Speyer. II. Belobt: der Oberl. und Bat.-Adjutant M. Frhr. v. d. Tann, die vormaligen Unterlieutenants Franz Graf v. Waldkirch, M. Feldl und J. Schultze, die Unterlieutenants A. Morgenroth und C. Fleschuez vom Inf Leib-Reg., ferner der Unterlieut. A. Halm von der 1. San.-Comp.; endlich der Feldwebel J. Höchtl aus München, die Corporäle Jos. Sterl aus Bileck und N. Kusterer aus Schwabmühlhausen, der Pionier A. Kriner aus Geiselmoos, dann die Gemeinen A. Geith aus Greifenberg, Chr. Gensheimer aus Knöringen, J. Ritt aus Tiefenbach, F. Brizzi aus München, X. Klein aus Gottfriedingerschwaigen, B. Fromm aus München, With. Kanzler aus Freistadt und J. Mühlbauer aus Miltach, sämmtlich vom Inf.-Leib-Regiment.

München, 26. Febr. Auf den kgl. Staatseisenbahnen wurden im Monate Januar l. J., bei einer Bahnlänge von 433⁵/₁₀ Stunden 325,900 Personen, 2,703,079 Centner Frachtgüter und 324,804 Centner Regiesendungen befördert und beträgt die Gesammt-Einnahme einschließlich der für Militär-Transporte und Extrazüge, Bagage, Equipagen und Thiere erhobenen Taxen die Summe von 1,975,750 fl. 36 kr. Im entsprechenden Monate des Vorjahres wurde eine Gesammteinnahme von 1,141,038 fl. 31¼ kr. erzielt, sohin im Januar 1867 mehr: 54,712 fl. 4¾ kr. (Bayer. Ztg)

München, 25. Februar. Tagesordnung für die XXIII., auf Mittwoch den 27. Februar um 10 Uhr Vormittags angesetzte allgemeine öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten: Verlesung einer Interpellation a) des Abgeordneten Föckerer, Freigebung der Advokaten-Praxis betreffend, b) der Abgeordneten Louis und Genossen, die Stellvertretung der kgl. Notare und Anwälte in Verhinderungsfällen, sodann den Geschäftsurlaub der kgl. Justizbeamten der Pfalz betreffend. Hierauf Berathung und Beschlußfassung über den Entwurf eines Gesetzes, die Entschädigung der Vieheigenthümer für ihre im Falle des Ausbruches der Rinderpest im Inlande getödteten Thiere betreffend; desgleichen über den Antrag des Abgeordneten Edel auf Abänderung des Artikels 43 des Gesetzes vom 28. Mai 1852, die Feuerversicherung ꝛc. ꝛc. betreffend, und des Artikels 19 Absatz 1 der Verordnung vom 26. November 1817, die Einführung der Brandversicherungsanstalt im Rheinkreise betreffend; deßgleichen über den Antrag des Abgeordneten Föckerer, die Vorlage eines Vermarkungsgesetzes betreffend; endlich Vortrag des VI. Ausschusses über geprüfte Anträge von Abgeordneten und Beschlußfassung über deren Zulässigkeit.

+ **München**, 26. Febr. Ueber die jüngsten Differenzen im Ministerium vernimmt man jetzt, daß zu denselben auch die divergirenden Ansichten einiger Minister über das Hohenlohe'sche Programm resp. dessen Ausführung mitgewirkt haben, gegen welches man von dieser Seite zwar nicht offen hervorgetreten ist, dagegen aber im Geheimen gewirkt hat, es möglichst zu paralysiren.

П. **München**, 25. Februar. Die in der „Augsb. Abendztg." vom 24. d. Mts. (Nr 55) in Form einer Anmerkung enthaltene Notiz, daß in einer größeren Männergesellschaft Münchens mit Bestimmtheit versichert worden sei, Ministerialrath v. Lutz habe mit dem früheren Bundestagsgesandten Frhrn. v. Schrenk wegen eventueller Uebernahme des möglicherweise in Erledigung kommenden Portefeuille des Aeußern verhandelt, veranlaßte uns, nähere bezügliche Erkundigungen einzuziehen. Auf Grund derselben können wir auf's Bestimmteste versichern, daß mit Frhrn. v. Schrenk keinerlei Verhandlungen bezüglich der Uebernahme eines Portefeuille gepflogen worden sind, und daß somit obiges Gespräch, falls dasselbe wirklich kolportirt wurde, in das Bereich der müssigen oder tendenziösen Erfindungen zu verweisen ist. — Der Großherzog von Toskana ist zum Besuche am königlichen Hofe hier eingetroffen. — Die „Wochenschrift der Fortschrittspartei in Bayern" enthält unter der Ueberschrift „Zur Schulfrage" einen bemerkenswerthen Artikel über das bayerische Gymnasialschulwesen. Es ist erfreulich, daß auch einmal dieser Theil des öffentlichen Unterrichts einer Besprechung unterzogen wird, dem überhaupt größere und allgemeinere Theilnahme zugewendet werden sollte, denn die Gymnasien geben dem Staate seine Beamten, Richter und Aerzte und der Kirche ihre Diener. Indem wir für heute blos einen kleinen Auszug aus dem erwähnten Artikel der Wochenschrift geben, behalten wir uns eine weitere gelegentliche Besprechung des einen oder andern Punktes vor. Unter dem Ministerium Abel im Jahre 1841 wurden in Bayern die sämmtlichen Gymnasien der Confession nach geschieden, und wir haben in Bayern 18 katholische, 6 protestantische und 2 paritätische — besser: gemischt konfessionelle — Anstalten. Die konfessionelle Bezeichnung bezieht sich selbstverständlich nicht auf die Schüler, da Schüler jeder Konfession jedes Gymnasium besuchen können, sondern auf die Lehrer. An den katholischen Gymnasien ist nämlich der Klassenlehrer katholisch, an den protestantischen protestantisch; in Speyer haben 3, und in Regensburg 2 Klassen der Anstalt je einen protestantischen Lehrer, die übrigen sind katholisch. Die „Wochenschrift" ist der Ansicht, daß in Bayern die Zeit noch nicht gekommen sei, an eine Aufhebung des konfessionellen Charakters auch dieser Schulen die Hand anlegen zu

können und sie wünscht nur einstweilige Abhülfe. Die 20,000 Protestanten Münchens und die übrigen Protestanten in Oberbayern könnten doch gewiß Anspruch darauf machen, daß zum mindesten eines der drei katholischen Gymnasien der Hauptstadt zu einer protestantischen oder doch wenigstens gemischt-konfessionellen Anstalt erklärt und demgemäß besetzt werde. Auch sei die Errichtung eines zweiten Gymnasiums in Nürnberg geboten, da dasselbe vieler Parallelkurse bedarf und der Ueberfüllung der Gymnasialklassen nur durch besondere Strenge bei der Uebertrittsprüfung abzuhelfen ist. Vor allen Dingen müßten die Gymnasiallehrer einmal ordentlich besoldet werden, damit man Lehrer, die wegen Alters oder Krankheit ihrem Berufe nicht mehr vorstehen können, in den Ruhestand versetzen kann, ohne sie drückender Noth Preis zu geben, und damit die Erziehung der studirenden Jugend nicht — wie es leider so oft der Fall sei — scheuen, in sich zurückgezogenen und durch Nahrungssorgen verkümmerten Männern anvertraut wird.

Aus **München**, 24. Febr., schreibt ein Correspondent der „A. Abdz.“: Trotz mehr oder minder offiziöser Ableugnungen fährt die öffentliche Meinung fort, sich mit den Nachrichten über angebliche Ministerkrisen, und zwar in doppelter Richtung, zu beschäftigen. Es findet Glauben, daß bezüglich der Edel'schen Interpellation über den Verwaltungsgerichtshof Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kabinetssekretär v. Lutz und dem Justizminister v. Bomhard auf der einen und den übrigen Ministern auf der andern Seite stattgefunden haben. Die Interpellationsbeantwortung des Hrn. v. Pechmann wird von dessen Freunden als der Ausgang der Krisis, als der Sieg des Ministeriums über das Kabinet und — dessen Satelliten bezeichnet. Indem ich nun gerne zugeben will, daß Meinungsverschiedenheiten in der bezeichneten Richtung vorgekommen sind, bezweifle ich dagegen, daß diese Meinungsverschiedenheiten bis zu einer ernsten Ministerkrisis gediehen waren, und ferner bezweifle ich, daß der Ausgang der angeblichen Krisis als ein Sieg des konstitutionellen Ministeriums bezeichnet werden kann. Hr. v. Pechmann hat wörtlich erklärt, „daß er nunmehr die allerhöchste Ermächtigung erhalten habe, die Frage der Organisation der Verwaltungsrechtspflege in Erwägung zu ziehen.“ Mit vollstem Rechte hat der Abg. Dr. Völk bemerkt, daß hiezu eine Ermächtigung nicht nöthig ist. Entweder ist das Eingangs erwähnte Gerücht unbegründet, oder die Minister haben sich bei der zeitweiligen Abweisung ihres Antrages, eine Gesetzvorlage über Einführung eines Verwaltungsgerichtshofs zuzusichern, beruhigt. In beiden Fällen waren die Siegesbülletins, welche von den guten Freunden des Ministers kolportirt worden, mindestens verfrüht. — Weniger greifbar, aber ungleich wichtiger sind die Gerüchte, welche die Stellung des Fürsten Hohenlohe als erschüttert bezeichnen. Als eine Thatsache kann ich Ihnen mittheilen, daß schon seit einigen Wochen, wenn ich mich recht entsinne, seit Ankunft der griechischen Majestäten in München, die prinzipiellen Gegner des Fürsten aus ihrer abwartenden Stellung getreten sind, die Köpfe hoch tragen und sehr offen gegen ihn zu Werke gehen. — Diese prinzipiellen Gegner sind nicht diejenigen, welche allenfalls gegen einzelne Theile oder Ausdrücke des Hohenlohe'schen Programms Bedenken haben, nicht die, welche über die zum aufgestellten Zielpunkte führenden Wege anderer Ansicht sein mögen. Es sind diejenigen, die jede nationale Einigung mit dem übrigen Deutschland, jede Versöhnung mit Preußen, jedes Heraustreten aus der bisherigen Isolirung — mit Ausnahme etwa eines unter französisch-österreichisches Protektorat gestellten südwestdeutschen Bundes — als Verrath bezeichnen. Diese Gegner, die sich dicht um die Person des Königs und um dessen unverantwortlichen Rathgeber gruppiren und die gegebenen Falls — so hört man — um die Mittel zum Zwecke nicht verlegen wären, sind zunächst in den Reihen einer hohen Verwandtschaft, dann in denen des Hofadels und der Kammer der Reichsräthe zu finden und ihnen zur Seite sind einige fremde Diplomaten, ein Theil der Ultramontanen und endlich solche Mitglieder der höheren Büreaukratie nicht unthätig, welche dem Fürsten v. Hohenlohe vorzugsweise deßhalb gram sind, weil er gegen alle Uebung ohne ihren Beirath und ohne ihre Zustimmung Minister geworden ist. Ob der Ministerpräsident diesen entschiedenen Gegnern in einflußreichen Kreisen aber so entschiedene und thatkräftige Freunde entgegenzustellen hat, ob namentlich die übrigen Minister, und welche derselben, mit ihrem Kollegen des Aeußern treu und fest zusammenhalten, ist mir nicht bekannt. So stehen die Dinge. Daß nun in dieser Richtung eine Krisis bereits ausgebrochen, weiß und glaube ich nicht. Ganz allgemein aber ist das Gefühl, daß irgend ein Zufall, irgend eine Laune solche Krisen jeden Augenblick herbeiführen kann. Und das ist in gegenwärtiger Lage sehr schlimm und sehr bedenklich. Es dürfte genügen, in dieser Hinsicht auf Art. 71 des Entwurfes der Verfassung des norddeutschen Bundes aufmerksam zu machen. Unsicherheit und innere politische Schwankungen würden Bayerns Stellung in den von Preußen angekündigten Verhandlungen nicht wenig schwierig erscheinen lassen. — In einem offiziösen Artikel in der Beilage zur „Allg. Z.“ vom 2. Jan. d. J. wird als Theil des Hohenlohe'schen Programms „die Regelung der Zuständigkeit des Ministerrathes zum Zwecke der Ermöglichung eines einheitlichen Gesammtministeriums“ bezeichnet. Ich halte es für einen großen Fehler, daß nicht die Ausführung dieses Theils des Programms allen übrigen vorausgegangen ist. Ich halte nicht bloß die Stellung des Fürsten Hohenlohe, das wäre Nebensache, ich halte die gedeihliche, friedliche Lösung der deutschen Frage und damit die Existenz Bayerns für schwer gefährdet, wenn dieser Fehler nicht ehestens gut gemacht wird!“ —

Mainz, 26. Febr. Die hiesige Lokalkommission für die Bundesliquidation hat nunmehr ihren Auftrag vollständig erledigt und ihre Protokolle abgeschlossen. Die „k. k. österreichische Rückstandskommission“ veräußert nunmehr den Rest der hiesigen früher so bedeutenden österreichischen Vorräthe.

Frankfurt, 26. Febr. Wie der „Köln. Ztg.“ von Berlin aus gemeldet wird, steht die Einrichtung eines königl. Polizeipräsidiums für unsere Stadt nahe bevor. Der betreffende Organisationsplan ist bereits dem Könige zur Bestätigung unterbreitet, und sobald diese erfolgt ist, wird mit der Ausführung unverweilt vorgegangen. Als Polizeipräsidenten bezeichnet man den Landrath v. Madai, welcher bekanntlich seit dem Juli v. J. die Civilverwaltung führt.

Berlin, 24. Febr. In einer Kommissionssitzung des Landes-Oekonomie-Kollegiums erklärte der Geh. Regierungsrath Oppermann, welcher wegen der Rinderpest die holländische Grenze bereist hat, daß die beiden Minister des Handels und der Medizinal-Angelegenheiten durch das landwirthschaftliche Ministerium veranlaßt worden seien, das auswärtige Ministerium zur Ausübung einer diplomatischen Pression auf die holländische Regierung zu bestimmen und sie für den Fall, daß von ihr nicht durchgreifendere Maßregeln gegen die Seuche durchgeführt würden, mit einer völligen Grenzsperre zu bedrohen.

Berlin, 24. Februar. (Zur Eröffnungsfeierlichkeit des norddeutschen Reichstages.) Um 11 Uhr fand in der Schloßkapelle für die königliche Familie, den Hof und die evangelischen Mitglieder des Reichstages ein feierlicher Gottesdienst statt. Der General-Superintendent Dr. Hoffmann hielt die Predigt. Für die katholischen Mitglieder des Reichstages war zu derselben Zeit Gottesdienst in der St. Hedwigskirche, wo der Probst Karker das Hochamt celebrirte. Nach dem Gottesdienste versammelten sich die zur Theilnahme an der Eröffnungsfeier berufenen Personen in den für sie angewiesenen Gemächern im königlichen Schlosse. Der weiße Saal bot ein immer lebhafter werdendes Bild. In dichten Gruppen wogten die Abgeordneten durcheinander. Wer zum Tragen einer Uniform berechtigt, hatte dieselbe angelegt; den schwarzen Frack erblickte man nur wenig. Bald hatte sich auch das diplomatische Corps eingefunden, und kurz vor dem Erscheinen des Königs traten die Königin, die Königin-Wittwe, die Kronprinzessin und die übrigen Prinzessinnen des kgl. Hauses nebst ihrem Gefolge in die für sie bestimmten Logen. Nachdem, kurz nach 1 Uhr, der Ministerpräsident Sr. Maj. die Anzeige gemacht hatte, daß Alles geordnet sei, begab sich der König unter Vortritt der Kammerherren, der Hof-, der Oberhof- und der obersten Hofchargen und gefolgt von den General- und den Flügeladjutanten, nach dem weißen Saale, wobei ihm die Reichsinsignien paarweise vorangetragen wurden, nämlich: a) das entblößte Reichsschwert, aufrecht getragen von dem General der Infanterie, v. Kunowski, und rechts davon: b) der Reichsapfel, auf einem Kissen von drap d'argent, getragen von dem General der Infanterie v. Peucker, c) das Szepter, auf einem Kissen von drap d'or, getragen von dem General der Kavallerie, Grafen v. Waldersee, und rechts davon: d) die Krone, auf einem Kissen von drap d'or, getragen von dem Oberst-Kämmerer Grafen v. Redern, e) das Reichspanier, getragen von dem General-Feldmarschall Grafen v. Wrangel, welchen der General der Infanterie v. Hindersin und der General der Kavallerie v. Alvensleben geleiteten. Unmittelbar hinter dem Könige gingen der Kronprinz und die Prinzen des kgl. Hauses. Im weißen Saale angelangt nahm der König auf dem Throne Platz. Die Prinzen des kgl. Hauses traten zur Rechten des Thrones, der Kronprinz auf die mittlere Stufe desselben. Der General-Feldmarschall Graf v. Wrangel hatte sich zuvor mit dem Reichspanier rechts, der General der Infanterie v. Kunowski mit dem Reichsschwerte links hinter Se. Majestät auf die mittlere Thronstufe gestellt; der Oberst-Kämmerer Graf v. Redern hatte die Krone auf das rechts vom Thronsessel zunächst stehende Tabouret, der General der Kavallerie, Graf v. Waldersee, das Szepter auf das links stehende Tabouret, und der General der Infanterie, v. Peucker, den Reichsapfel auf das andere rechts stehende Tabouret gelegt, und sich auf die unterste Thronstufe den betreffenden Reichsinsignien zur Seite gestellt. Der Saal bot, als sich Alles nach Vorschrift geordnet hatte, einen Anblick dar, dessen Pracht in der That aller Beschreibung

spottet. Noch ist zu bemerken, daß die Kommissarien der Bundesregierungen, die sich ebenfalls im Zuge befanden, auf der linken Seite neben dem Throne Aufstellung nahmen, während rechts die Generäle standen, welche das Reichspanier begleitet hatten, weiter rückwärts aber die Kammerherrn, Hofchargen ꝛc. Der König, welcher die große Generalsuniform trug und schon bei seinem Eintritte von einem dreimaligen Hoch der Versammlung begrüßt worden war, nahm nunmehr aus der Hand des Ministerpräsidenten in der Uniform eines Generals der Kavallerie die Thronrede entgegen und verlas dieselbe mit lauter fester Stimme. Wiederholt wurde dieselbe von lebhaftem Bravo begleitet. Nach dem Schlusse der Thronrede, die in der ganzen Versammlung den besten Eindruck machte, trat aus der Reihe der Regierungskommissarien der sächsische Minister v. Friesen vor und brachte ein Hoch auf den König aus, in welches die Versammlung dreimal einstimmte. Der König entfernte sich, die Versammlung huldreich grüßend, indem sich gleichzeitig auch der ihn begleitende Zug in derselben Ordnung, wie er gekommen war, wieder zurückzog. Nachdem sich die höchsten Herrschaften mit ihrem Gefolge ꝛc. entfernt hatten, wurde Seitens der Staatsregierung im Namen Sr. Majestät des Königs der Reichstag des norddeutschen Bundes für eröffnet erklärt.

O.C. **Wien**, 25. Februar. Die durch die orientalische Frage geschaffenen Verhältnisse nehmen von Tag zu Tag eine drohendere Gestalt an und wir erhalten von unserem Gewährsmann in Konstantinopel nachfolgende wichtige Analyse eines Rundschreibens vom jüngsten Datum, welche wir in möglichst getreuer Uebersetzung folgen lassen: „Die hohe Pforte, die nach ihrer Anschauung in den Concessionen an die (nach ihrer Anschauung) Unzufriedenen die Grenze des Möglichen erreichte, ist nicht Willens, fernere Nachgiebigkeit zu zeigen, sie ist der festen Ueberzeugung, daß weitere Concessionen nur dazu dienen würden, die Forderungen noch höher zu schrauben. Der gegenwärtige Moment ist aber am allerwenigsten geeignet, Insistirungen wegen Concessionen, selbst wenn dieselben gerechtfertigt sein würden — Gehör zu schenken; es hieße dies Forderungen anerkennen, die gar kein Recht, selbst nicht jenes der Billigkeit für sich in Anspruch nehmen können, diese Anerkennung würde die Basis gänzlich untergraben, auf welcher das türkische Reich ruht. Die hohe Pforte fühlt sich stark genug, wie immer geartete Auflehnungen gegen ihre Oberherrschaft siegreich bekämpfen zu können und stellt an die „Schutzmächte“ das einzige, gewiß nicht unbillige Verlangen, daß sie die ausgebrochenen und etwa noch ausbrechenden Unruhen allein auskämpfen könne. Die hohe Pforte kann die Ansicht durchaus nicht theilen, daß die kretensische Insurrektion für den Frieden Europa's gefahrdrohend werden könne, wenn von gewissen Seiten derselben nicht auf eine unverantwortliche Weise Vorschub geleistet werden möchte. Die hiedurch geschaffenen abnormalen Verhältnisse würden aufhören, wenn dem bereits erwähnten billigen Verlangen vollkommen Rechnung getragen würde. Die hohe Pforte nimmt in der kretensischen, sowie in der Donaufürstenthümerfrage dasselbe Recht in Anspruch, welches in der polnischen Frage Rußland nehmen zu müssen glaubte. Auch die Regierung der hohen Pforte will die kretensischen Unruhen als eine ausschließlich innere Frage betrachtet wissen, und kann den Stipulationen des Pariser Vertrages nicht die Interpretation zugestehen, die selbe schon erfahren hat. Die Regierung des Sultans hat so die übernommenen Verpflichtungen des Pariser Traktates, als auch jene, die ihr das bestverstandene Wohl ihrer Unterthanen und Schutzbefohlenen vorschreibt, stets gewissenhaft erfüllt. Von diesen Anschauungen geleitet, kann die hohe Pforte mit ruhigem Gewissen jede Verantwortung für eintretende Eventualitäten von sich ab und auf jene wälzen, die unter der Maske der Freundschaft den Frieden Europa's bedrohende politische Zwecke verfolgen. Die diplomatischen Agenten der hohen Pforte werden angewiesen, bei ihren betreffenden Regierungen, bei denen sie accreditirt sind, diese Anschauungen der hohen Pforte zu notifiziren und ungesäumt über die Aufnahme, die dieselben gefunden haben, Bericht zu erstatten.“ Auf washin die türkische Regierung diese kühne Sprache führt, schreibt unser Correspondent leider nicht.

Prag, 24. Febr. Aus Galizien sind Fürst Czartoryski, Graf Potocki und andere Polen behufs einer Konferenz mit den Czechen angekommen. — Morgen findet die Debatte der Regierungsvorlage im Landtage statt. Die (czechische) Majoritäts-Adresse bedauert die Beseitigung des September-Manifestes, betont, daß in der eingeschlagenen Bahn der böhmische Landtag eine Gefährdung der Rechte des Monarchen und der Lebensbedingungen des Reiches, sowie der Interessen und Rechte des Landes erblicke. Das (deutsche) Minoritäts-Gutachten anerkennt nicht die Nothwendigkeit der Erlassung einer Adresse, sieht durch Annahme der Majoritäts-Adresse die Beendigung der Verfassungskrisis erschwert und in unabsehbare Ferne gerückt. Die Minorität begrüßt die Rückkehr in verfassungsmäßige Bahnen, die Aufhebung der Verfassungs-Sistirung, die Beseitigung des außerordentlichen und die Einberufung des ordentlichen Reichsraths. — Ritter v. Schmerling, Graf Blome, Graf Mensdorff, Graf Hartig sind zu Mitgliedern des Herrenhauses ernannt.] (N. Fr. Pr.)

Prag, 25. Febr. Graf Tarnowski ist mit den Ergebnissen der czechisch-polnischen Konferenz nach Lemberg zurückgereist. Die „Bohemia“ meldet: „Vor drei Tagen konferirten zwei preußisch-polnische Landtags-Abgeordnete mit dem Grafen Clam-Martinitz und dem Dr. Rieger. (Tel. der N. Fr. Pr.)

Prag, 25. Febr. Der heutigen Landtagssitzung wohnte Fürst Czartoryski bei, dem Dr. Rieger einen Sitz im Saale selbst angewiesen hatte. Der Statthalter beantwortete die Interpellation wegen der Kriegsentschädigungen dahin, daß neuerlich eine Million zur Vertheilung angewiesen werden sei. (Frdbl.)

Pesth, 25. Febr. „Lloyd“ meldet: Der Justizminister werde in einer der nächsten Landtagssitzungen die Restitution des 1848er Preßgesetzes beantragen; ferner werde die Regierung bis zur Abfassung des Steuer- und Rekrutengesetzes vom Landtage eine Indemnität verlangen, damit in der Steuereinhebung und Rekrutenstellung keine für den Gang der Staatsverwaltung nachtheilige Stockung eintrete. „Idök Tanuja“ meldet: Ihre Majestät die Kaiserin-Mutter Karolina Augusta habe für die Nothleidenden der Insel Schütt 1000 Gulden gespendet.

Gera, 23. Febr. Die „Neue Thüringische Zeitung“ bringt einen Artikel über den Entwurf der norddeutschen Bundesverfassung, der zu dem Schlusse kommt, daß die Beschaffung des Mehraufwandes für das Fürstenthum Reuß j. L. geradezu zu einer Unmöglichkeit werde und daß deßhalb unser Kleinstaat ebenso wie die übrigen Kleinstaaten infolge des Finanzpunkts, wenn die Bestimmungen des Verfassungsentwurfs unverändert angenommen werden sollten, nicht fortbestehen könne. (D. A. Z.)

Italien. Ueber den Ausfall der Wahlen in Italien bei der jetzigen allgemeinen Aufregung, wie bei dem Auftreten der klerikalen Partei, etwas vorhersagen zu wollen, dürfte ein kühnes Unternehmen sein; indeß dürfen wir nicht vergessen, daß Ricasoli, der als besonnener und fester Charakter bekannt ist, auf den Sieg der gemäßigten Centrumsleute rechnet, und daß ihm hierin der florentiner Correspondent des „Journal des Debats“, der sich häufig als guter Rechner in italienischen Krisen ausgewiesen hat, beistimmt. Dieser sagt einen lebhaften, schweren Kampf vorher, glaubt aber, das Wahlergebniß werde der gemäßigten Partei den Sieg verleihen; man dürfe nämlich nicht übersehen, daß im Jahre 1865 die Wahlen absolut sich selber überlassen blieben, während die Regierung, ohne einen ungesetzlichen Druck ausüben zu wollen, sich dieses Mal rühren werde; am mißlichsten für Ricasoli stehe es in Piemont, wo die Verbindung „la Permanente“ bedeutenden Einfluß auf die Wahlen ausüben werde; in Toscana trete die Linke noch ziemlich leise auf. In der clericalen Partei macht sich eine Spaltung bemerkbar: die extreme Fraktion wolle nicht stimmen, die gemäßigtere dagegen werde wählen; auch der Cardinal-Erzbischof in Neapel sei für das Wählen. (K. Z.)

Neapel, 17. Febr. Seit einigen Tagen sind starke militärische Vorbereitungen getroffen, da man ernstliche Besorgnisse hegt, es möchte jeden Augenblick zu Ruhestörungen kommen. Der Syndikus erläßt flehentliche Rufe zur Hülfeleistung für die armen Arbeiter, welche unter der großen Theuerung der Lebensmittel seit Monaten sich in der erbärmlichsten Lage befinden. Die Wohlthätigkeit der Bevölkerung ist groß, aber die Noth ist noch unendlich größer, und mit den reichlichsten Sammlungen wird man nicht zwei Tage lang die Hungrigen alle sättigen können. Die öffentlichen Bauten können aus Geldmangel nicht begonnen werden und so lange der Verdienst fehlt, wird die Noth fortfahren zu steigen. Trotz dieser schweren Prüfung haben die Massen bis jetzt so viel Sinn für Ordnung entwickelt, daß die Ruhe nicht gestört wurde. Nun sind sie aber durch die jüngsten bedeutsamen politischen Nachrichten aus Florenz in Aufregung versetzt worden, die Wahlagitation hat begonnen, und es fehlt nicht an Versuchen, die Massen aufzuhetzen und zu verführen. Daher die Besorgnisse des Präfekten und der ganze Apparat militärischer und polizeilicher Vorkehrungen, welcher zwar möglichst geheim, aber doch merkbar in Scene gesetzt worden ist. Vorsicht ist eine löbliche Tugend, sie kann aber unter den obwaltenden Verhältnissen mehr provocirend als beruhigend wirken, so wie es einen eigenthümlichen Eindruck macht, wenn man gleich die Büchsen laden läßt, so oft arme Teufel über Hunger klagen. Die Nachrichten aus den äußeren Provinzen lauten aber noch viel bedenklicher und sind geeignet, mit größter Besorgniß zu erfüllen. (A. Z.)

London, 25. Febr. Das Unterhaus war gestern überroll. Disraeli zog die Resolution betreffs der Stimmenpluralität zurück und proponirte eine neue, welche Wahlberechtigungen vorschlägt, die auf einen gewissen Bildungsgrad oder auf den Nachweis von 30 L. Guthaben in einer Sparkasse oder 50 L. in Staatspapieren oder

endlich 20 Sh. direkter jährlicher Besteuerung basirt seien. Ferner wird eine Neuvertheilung mehrerer Sitze vorgeschlagen.

Stockholm, 14. Febr. An einer Festtafel, an welcher die Königin-Wittwe gegen 380 Personen um den König und die Königin versammelt hatte, antwortete der König auf den ihm dargebrachten Trinkspruch, wie wir der Wiener „Presse“ entnehmen, in folgender Weise: „Seit dem ersten Tag Meiner Regierung bin Ich bestrebt gewesen, dem Lande den Frieden zu bewahren, und wenn es Leute gegeben, die zu Gunsten der Krone Skandinaviens in Dänemark agitirt, und in Mir das Mode gewordene Annexionsgelüste rege zu machen versucht, so ist Niemals der Gedanke in Mir aufgestiegen, auf Kosten einer Fürsten-Existenz sich mit Volk und Land zu bereichern, das unbedingt mit demselben Mißtrauen Mir Treue geschworen hätte, wie man es beim schleswig-holsteinischen Volk und der Wilhelms-Huldigung gesehen. Ich will die Freiheit jedes Volks durch fürstliche Garantien gesichert wissen; diese müssen aber auf gesetzlicher Basis beruhen, und nicht die Folge einer Usurpation, eines Gewaltakts sein. Jedes Volk,“ sagte der König weiter, „sucht sich von selbst sein neues Oberhaupt, wenn es des alten überdrüssig; es hat zu allen Zeiten den sichern Instinkt gehabt, zu wissen, was sein Wohl und Wehe erheischt. Wer aber, ohne gerufen zu sein, den Beschützer, den Erlöser spielen will, der trägt niemals ehrliche Absichten in seinem Thun und Handeln. Er wird in dem befreiten Volke zwar stets willige Steuerzahler, die sich vor dem Geßlerhut der Gewalt beugen, finden, aber weder in Noth noch Gefahr werden ihm opferfreudige Herzen entgegenkommen. Ich bin kein blinder Verehrer des Legitimitätsprinzips, lebe aber der Meinung, daß, wenn ein Herrscher seine eigene Legitimität, als von Gottes Gnade eingesetzt, respektirt wissen will, er dieselbe Achtung vor dem Besitzrecht anderer, die sich gleich ihm auf Legimität konstituirt, hegen muß, oder er perhorrescirt das Gottesgnadenthum, und legt die Gewalt in die Wagschale der Gerechtigkeit. Im letzteren Fall ist der Fürst nur noch ein Herrscher von des Glückes Laune.“

Stockholm, 20. Febr. Zum größten Erstaunen der Abgeordneten beantragte in heutiger Sitzung der zweiten Kammer des Reichstags Stadtrath Ehrenheim ein Vertrauensvotum für das Ministerium, weil dieses sich durch die beabsichtigte Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ein hohes Verdienst um die Förderung der Volksinteressen erworben habe. Nach einer kurzen Debatte wurde jedoch der Antrag mit 116 gegen 33 Stimmen verworfen. — Aus Christiania berichten die dortigen Zeitungen über Straßenkrawalle, welche sich an drei aufeinanderfolgenden Abenden wiederholten. Als die Polizeimacht sich zu schwach erwies, schritt das norwegische Militär mit Erfolg ein.

Aus Rio de Janeiro, 24. Jan., hat die „Corr. Hav.“ Berichte vom Kriegsschauplatz erhalten, die bis zum 11. Jan. reichen, und die Sachlage, im Widerspruch mit den aus paraguitischer Quelle stammenden Nachrichten, für die Verbündeten im günstigsten Licht schildern. Diesen Berichten zufolge werden der Verbündeten Armee ohne Unterlaß Verstärkungen zugeführt, so daß binnen kurzem eine Truppenmacht von 50,000 Mann schlagfertig dastehen wird. Marschall Caxias, dessen Energie und Thätigkeit sehr hervorgehoben werden, soll fest beabsichtigen, dem Kriege bald durch eine kühne That ein Ende zu machen. Die Schiffe des brasilischen Geschwaders entwickeln eine unermüdliche Thätigkeit. Kürzlich hatten sie einen befestigten paraguitischen Posten überrumpelt und weggenommen. Das wichtigste Ereigniß aber ist die Rekognoscirung der Festungswerke von Curupaity, die am 8. Jan. von einem Theil des Geschwaders vorgenommen wurde, während eine Flottille kleiner Fahrzeuge bis in den See Peres vordrang, ihn nach allen Seiten hin sondirte und Bomben gegen die Paraguiten warf. Lopez, der seine ganze Aufmerksamkeit auf die Vorgänge bei Curupaity gerichtet hielt, hatte diese Seite fast vollständig vernachlässigt; die brasilischen Schiffe konnten sich bedeutend nähern und die Verschanzungen der Feinde beschießen. Mehrere Gebäude schossen sie in Brand, und sprengten ein großes Pulverdepot in die Luft.

Neueres.

Triest, 25. Febr. Die ostindisch-chinesische Ueberlandpost bringt keine erheblichen politischen Nachrichten. Der ägyptische Minister des Aeußern, Nubar Pascha, sollte mit einer wichtigen politischen Mission nach Konstantinopel abgehen.

New-York, 25. Febr. Surrat ist wegen Mithülfe bei der Ermordung Lincolns vor Gericht gestellt worden. Das Haus weigerte sich, über die Tarifbill abzustimmen, und es wurde ein Ausschuß zur Berathung über dieselbe eingesetzt, was der Bill ein Ende macht.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	66 1/4 G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63 7/8 –64 G
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	65 3/4 — 1/8 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	46 5/8 P. 3/8 G.
"	4 1/2pCt.	41 1/2 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 1/4 P.
"	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	97 1/2 P.
"	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	97 5/8 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 P. 93 3/4 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	94 3/4 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	98 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	85 1/2 P.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	97 1/4 P.
"	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	86 5/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 1/2 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	97 3/8 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	92 1/4 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	83 1/4 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/2pCt. " " "	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	88 G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	78 1/4 P.
"	6pCt. ditto r. 1882 "	77—76 3/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	138 1/2 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	705—4 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	179 1/2—79 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	93 1/2 P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	217 P. 216 3/4 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	97 1/2 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	342 1/2 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	112 1/2 G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . . .	115 P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	155 7/8 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90 1/4 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	—
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49—48 3/4 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	45 5/8 G.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	120 1/4 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	119 3/4 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 7/8 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 1/2 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 1/4 G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 1/2 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 G.
London Lst. 10 k. S.	119 3/8 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/4 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	93 P.
do. in öst. W. l. S.	93 P.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	115 3/4 G.
"	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	61 G.
"	fl. 500 v. 1860 6/7	71 1/8—71 G.
"	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	122 1/2 P.
"	do. v. 1864	78 P. 77 1/2 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.		101 1/4 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose		10 1/4 P.
Badische fl. 35		54 1/4 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.		55 1/8 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.		—
" fl. 25 do.		33 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.		36 P. 35 1/2 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.		—
Neuchateler 10 Frs.-Loose		—
Freiburger 15 Frs.-Loose		—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.		28 1/4 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.		33 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.		10 1/4 G.

Frankfurt, 27. Februar. Auf etwas mattere Wiener Course trat auch hier eine kleine Reaction für österreichische Course ein, jedoch kaum in entsprechendem Verhältniß zu Wien, denn man verkehrte hier zwar zu etwas niedrigeren Coursen, aber doch im Ganzen fester Haltung. Besonders für Steuerfreie waren Kaufaufträge und erhöhte Kauflust vorhanden. Amerikaner waren auf etwas schlechtere Newyorker Goldnotiz von gestern wieder etwas matter. Süddeutsche still. 4 1/2 pCt. Schweden in einigen Tagen von 84 auf 88 gestiegen, ebenso schwedische Pfandbriefe höher. Geld zeigt sich heute etwas weniger flüssig und hat für Disconto eine Kleinigkeit angezogen. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 60. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 1. März 1867.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung“** kann für den Monat **März** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Die gesetzliche Regelung der Vermarkung der Grundstücke.

H. In der Kammer der Abgeordneten ist die gesetzliche Regelung der Vermarkung der Grundstücke — ein Gegenstand, der die Interessen der Landwirthschaft in hohem Grade berührt — zur Berathung gekommen. Es wirft sich hiebei vor Allem die Frage auf, wie steht es mit der Vermarkung der Grundstücke nach dem gegenwärtigen Rechte, was soll durch ein neues Gesetz bezweckt, welche Mißstände wollen beseitigt werden, ist ein solches Gesetz nothwendig?

Nach dem Standpunkte des geltenden Rechtes ist es bereits in das Belieben des Grundeigenthümers gestellt, jederzeit sein Grundstück ausmessen und vermarken zu lassen, derselbe muß aber, wenn auch sämmtliche Angrenzer die Richtigkeit der Vermessung und Vermarkung anerkennen, die hiedurch veranlaßten Kosten allein tragen. Durch ein neues Vermarkungsgesetz soll voraussichtlich ausgesprochen werden, daß die Vermarkung eines Grundstückes auf Antrag des Eigenthümers jederzeit verlangt werden kann, daß ferner bei jeder Parzellirung eines Grundstückes in zwei oder mehrere Theile die Vermarkung erfolgen muß, und daß in beiden Fällen die durch die Vermarkung erwachsenden Kosten von den sämmtlichen Angrenzern verhältnißmäßig zu tragen sind, endlich soll durch dieses Gesetz auch das Verfahren bei der Vermessung und Vermarkung seine Regelung finden.

Wir sind weit entfernt, den Nutzen in Zweifel zu ziehen, welcher durch eine allgemeine Vermarkung der Grundstücke hervorgebracht wird und wollen als hauptsächliche Vortheile nur die Abschneidung von Prozessen, die Garantie für den unveränderten Bestand des Grundeigenthums und hiedurch zugleich Erhöhung des Werthes des letzteren hervorheben. Der günstigste Zeitpunkt für eine allgemeine Vermarkung ist jedoch bereits versäumt worden, es war dies jene Zeit, als im Interesse der Gewinnung eines sicheren Maßstabes für Erhebung der Grundsteuer die allgemeine Landesvermessung angeordnet und durchgeführt wurde. Doch diese Thatsache ist nicht zu ändern und ebenso feststehend, als der Umstand, daß eine nachträgliche allgemeine Vermarkung der Grundstücke auf Staatskosten unausführbar erscheint.

Gehen wir zurück zu dem oben berührten Antrage auf Vorlage eines Vermarkungsgesetzes, so sind hiebei die Privatrechte der Grundbesitzer wesentlich berührt, und wird namentlich der Kostenpunkt einer reiflichen Erwägung zu unterstellen sein. Uns scheint es aber sehr bedenklich, von dem Willen und Antrage jeden Grundbesitzers abhängig zu machen, ob und wann die Angrenzer vermarken lassen müssen, beziehungsweise die Kosten der Vermarkung ohne ihren Willen mit zu tragen haben; ebenso bedenklich erscheint es uns aus finanziellen Gründen, in jedem Falle der Parzellirung eine Vermarkung gesetzlich zu fordern. Und daß diese Vermarkungskosten nicht unbedeutend sind, wird Jeder zur Genüge erfahren haben, der je zum Zwecke der Vermessung und Vermarkung eines Grundstücks sich der Beihilfe von amtlichen Organen bedienen mußte. — Abgesehen hievon besteht Gefahr, daß bei Anlaß der Vermarkung selbst eine Anzahl von Prozessen heraufbeschworen wird, die außerdem nicht zum Durchbruche kommen würden. Solche kostspielige Vermarkungs-Anträge und Differenzen können ferner an der Hand eines bezüglichen Gesetzes von einem böswilligen Nachbar in kurzen Fristen wiederholt werden, sobald nur ein Markstein versinkt, beim Ackern zu Grunde geht oder aus sonstigen Ursachen fehlt. Es ist aber insbesondere noch zu bedenken, ob in dem jetzigen Zeitpunkte, wo ohnedies der Güterwerth gesunken, der landwirthliche Kredit erschüttert und der Landwirth gezwungen ist, seine Ausgaben auf das Allernothwendigste zu beschränken, wo aus den kleinsten finanziellen Anlässen Vergantungen zu befürchten sind, die Erlassung eines Vermarkungsgesetzes, das die Landwirthe selbst ohne ihren Willen in Kosten stürzte, überhaupt räthlich erscheint? Wir verneinen diese Frage und behaupten, daß der gegenwärtige Zeitpunkt zur Erlassung eines Vermarkungsgesetzes nicht opportun sei; wir wagen aber zugleich die weitere Behauptung aufzustellen, daß in denjenigen Provinzen und Bezirken, in denen das Institut der Siebnerei besteht, ein Vermarkungsgesetz weder jetzt noch überhaupt Bedürfniß ist.

Dieses Institut der Siebner — aus uralten Zeiten stammend — hat sich, wo es besteht, das Vertrauen der Landbevölkerung in hohem Grade erworben, entspricht vollkommen den Wünschen der Landwirthe, und es wird gewiß dessen unveränderte Beibehaltung mit der größten Energie und Zähigkeit angestrebt werden. Die Siebner sind Vertrauensmänner aus dem Volke, geachtete Gemeindeglieder, in der Gemeinde aufgewachsen, sie kennen die gesammte Gemeindemarkung, die Grenzen der einzelnen Grundstücke auf das Genaueste, ihre Unparteilichkeit ist über jeden Zweifel erhaben. Sie begehen in periodischen Zwischenräumen die Gemeindemarkung, und es wird dieser Umgang jedesmal vorher öffentlich bekannt gegeben; es kann sich jeder melden, der Zweifel über die Grenze eines Grundstückes hat, der dessen neuerliche Vermarkung wünscht. Mit der größten Gewissenhaftigkeit und so billig, wie es auf keine andere Weise möglich ist, entsprechen die Siebner den an sie gebrachten Wünschen; ihrem Ausspruche wird fast unbedingter Glaube beigemessen. So werden Tausende von Differenzen und Zweifeln über die Eigenthumsgrenzen ohne Prozeß, fast ohne Kosten und ohne Einmischung der staatlichen Organe — durch eine Art Geschwornengericht — zur allgemeinen Zufriedenheit geschlichtet und gehoben. Möge man an diesem Institute nicht rütteln, das bisher so wohlthätig gewirkt hat und noch zur Zeit dem Bedürfnisse vollständig entspricht. Möge man überhaupt bei allen Neuerungen die praktischen und Zeitverhältnisse, die wirklichen Bedürfnisse des Landes genau in's Auge fassen und nur dann neue Gesetze erlassen oder veranlassen, wo solche in der That als nothwendig erscheinen. Leider hat aber schon der Grundsatz ziemlich verbreitete Geltung erlangt, daß alles Alte schlecht ist, weil es alt, alles Neue schon deßhalb gut, weil es neu ist.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 27. Februar. Se. Maj. der König hat den Bezirksarzt 2. Klasse Dr. M. Wittenmeier zu Hornbach auf die Bezirksarztesstelle 2. Klasse zu Blieskastel — seiner Bitte entsprechend, versetzt; den Grenz-Obercontroleur J. Scheingraber in Binning. u. Hauptzollamts Zweibrücken, seiner Stelle enthoben; die erledigte Bezirksamtsdienersstelle zu Tölz dem pens. Secondjäger M. Engel, z. Z. Laufbote am Bezirksamte München r/J., übertragen.

Die Stelle eines Bezirksarztes 2. Klasse zu Hornbach in der Pfalz ist in Erledigung gekommen.

Der „Frankf. Ztg.“ wird aus **Stuttgart**, 26. Febr., geschrieben: „Ueber die hier abgeschlossene Militärkonvention bin ich im Fall Ihnen einige Notizen mittheilen zu können, die in ihrem positiven Theile genau sind, obwohl sie, wie ich ausdrücklich bemerke, nicht vollständig alle Theile der Verhandlung umfassen. Die Convention, soweit sie zu Stande kam, beschränkt sich auf allgemeine zum Theil ziemlich vage Bestimmungen. Zu dem Anfang einer etwas näheren Vereinbarung gelangten blos Bayern und Würtemberg, Dank der Absonderungspolitik Badens, wodurch auch das gebrochene Hessen vollends gelähmt ward. — In der Konvention der vier südwestdeutschen Staaten ward vorangestellt: Herstellung einer Wehrverfassung auf gleichen Prinzipien; dabei Annahme der preußischen Einrichtungen zum Vorbilde, in der Art, daß die neue Organisation geeignet mache zu gemeinsamer Aktion der vier Staaten, unter sich und in Gemeinschaft mit dem Nordbunde. Die Wehrkraft soll möglichst erhöht, die Wehrpflicht allgemein gemacht, und der Beginn derselben auf das 20. oder 21. Jahr festgesetzt werden. Dabei

ward eine **dreijährige** unbedingte Präsenzpflicht angenommen, während welcher denn auch Verheirathung und Auswanderung verboten sein soll. In Folge dessen ward, nach dem Ergebnisse in Preußen, die Stärke des aktiven Heeres zu 2 pCt., die der stets wirklich unter den Waffen zu haltenden Mannschaft zu 1 pCt. der Bevölkerung angenommen (bei uns in Württemberg also 17—18,000 Mann, während wir seither oft weniger als 10,000 präsent hatten und dabei über die Größe der Last klagten). Als Minimalsätze wurden 1½ pCt. und resp. ¾ pCt. vereinbart. — Eine Verständigung über die **Organisation** knüpft sich daran. Es soll möglichste Uebereinstimmung in den Reglements und in den Feuerwaffen dann möglichst gleichmäßige Ausbildung der Offiziere herbeigeführt werden, und es sollen gemeinschaftliche große Uebungen stattfinden. Auf diese Grundlage hin soll spätestens am 1. Oktober dieses Jahres eine Militärkonferenz in München zusammentreten. Die Entscheidung über die weiland Bundesfestungen Ulm und Rastatt ward verschoben, während die Zukunft von Landau den Beschlüssen Bayerns allein überlassen bleibt. — In wiefern eine Vereinbarung über die Zeit, während welcher jeder einzelne Mann im Frieden **wirklich** unter den Waffen gehalten werden soll, erzielt wurde, konnte ich nicht genau erfahren. Sind die mir gewordenen Mittheilungen genau, so verlangt Bayern 2 Jahre Präsenz für die Infanterie und 3 Jahre für die Kavallerie, Württemberg **weniger**, Baden dagegen **noch mehr**, ganz nach dem Vorbilde Preußens, wobei Bayern auch hier einen Minimalsatz, etwa von 18 Monaten für die Infanterie zulassen würde.

Berlin, 26. Febr. Der Reichstag hielt heute eine ganz kurze Plenarsitzung, um eine Uncorrectheit der gestrigen Abtheilungs-Verloosung zu redressiren. Auf Antrag v. Vincke's ward das gestrige Verfahren sanktionirt. Demnächst constituirten sich die Abtheilungen. Die gewählten Vorsteher und Schriftführer der sieben Abtheilungen sind: 1) v. Oheimb, v. Unruh, Richter (Nordhausen), Dr. Schwartze; 2) v. Watzdorf (Weimar), Wachler, Forkel (Coburg), Graf Oppersdorf; 3) Graf Schwerin, Herzog von Ujest, Kleinsorgen, Graf Henckel; 4) Graf Eberhard Stolberg, v. Erxleben, v. Salza, Evelt; 5) v. Bodelschwingh, Rössing, Schöning, Bode; 6) Graf Salms-Lich, v. Moltke, Auerswald, Zur Megede; 7) Braun (Wiesbaden), v. Vincke (Hagen), v. Wurmb, Jungermann.

Berlin, 26. Febr. Die Anwesenheit des Grafen Malortie in unserer Stadt hat zu bedeuten, daß der König Georg von seiner bisherigen Weigerung, mit der preußischen Regierung zu verhandeln, Abstand nehmen will. Auch mit dem Herzog von Nassau sind die wesentlichsten Punkte bereits geordnet, womit die bereits bekannt gewordene Verleihung des Großkreuzes des rothen Adler-Ordens an den Prinzen Nikolaus, der die Unterhandlungen geführt hat, im Zusammenhange stehen soll. (Fr. J.)

Berlin, 27. Febr. Der Reichstag beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit den Wahlprüfungen, in welchen 82 Wahlen für gültig erklärt wurden, darunter die Braun's, v. Hersfeld's, Jungermann's, des Fürsten v. Solms-Laubach, Wiegands, Hergenhahn's, Harnier's, v. Rabenau's, v. Rothschild's. Die Wahl Geimbs wurde wegen bei der Wahl vorgekommenen Unregelmäßigkeiten beanstandet. Morgen findet wieder eine Sitzung statt.

Nach der „Nordd. Allg. Ztg." ist es noch zweifelhaft, ob Wiesbaden oder Frankfurt der Sitz des Oberpostamts werden wird. Nach der bisherigen Regel ist die Hauptstadt des Regierungsbezirks auch stets der Sitz des Oberpostamts.

Der „Prov.-Corresp." zufolge ist eine königl. Verordnung über die Feststellung der Verwaltung in den einverleibten südwestlichen Bezirken bevorstehend. Der Regierungsbezirk Kassel wird Kurhessen, Hersfeld und Vöhl, der Regierungsbezirk Wiesbaden: Nassau, Frankfurt, Homburg, Biedenkopf, den nordwestlichen Theil des Gießener Kreises, Rödelheim und Niederursel umfassen.

Eine königliche Kabinetsordre setzt fest, daß mit dem 1. April d. J. die Verwaltung der hessischen Nordbahn an den Staat übergehen soll.

Berlin, 27. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: „Die von mehreren Blättern gebrachten Nachrichten über Verhandlungen zwischen Preußen und Waldeck bezüglich der Abtretung der Souveränetät des Fürsten von Waldeck sind erdichtet. Die zwischen beiden Staaten schwebenden Verhandlungen bezwecken lediglich die Erleichterung der Verwaltung, besonders die Benutzung eines preußischen Gerichtshofes als letzte Instanz."

Wien, 24. Februar. Die heutige amtliche „Wiener Zeitung" enthält die vollständige ungarische Ministerliste. Sämmtliche Minister sind ausgesprochene Deakisten; weder die ultranationale Linke, noch die sogenannten Altkonservativen wurden bedacht. Die Beeidigung der neuen Minister wird Anfangs März zu Ofen stattfinden, zu welchem Zwecke der Kaiser sich dahin begeben wird. Im Allgemeinen ist man in Ungarn von dem jetzigen Stande der Dinge keineswegs sehr erbaut. Die Linke hat, so sehr sie auch im Landtage in der Minderzahl ist, den größten Theil der Magyaren hinter sich, welchen das Elaborat des Siebenundsechziger-Ausschusses nichts weniger als befriedigt. — Andererseits regt sich der **Slavismus** in Ungarn, angeeifert durch czechische Eingebungen, in nicht zu unterschätzender Weise. Die Slaven sehen sich durch den hergestellten Dualismus in ihrer Nationalität ernstlich bedroht und scheinen jetzt in voller Rüstung begriffen, den magyarischen Uebergriffen eine wirksame Opposition entgegenzusetzen. — An mehreren Orten, wie namentlich zu Szegedin, Szigeth und ganz neuerlich auch zu Raab benützte der Pöbel die Ministerernennungsfeierlichkeit zu Exzessen gegen die Juden. Einige Fenster jüdischer Wohnungen sollen angeblich nicht gehörig „freiwillig" beleuchtet gewesen sein. Das veranlaßte die Lichtfreunde, zuerst die Fenster einzuschlagen und dann nicht nur die Inhaber derselben, sondern auch andere Juden bis zur Lebensgefährlichkeit durchzuprügeln. — Die zisleithanischen Landtage beeilen sich, ihre Arbeiten zu beendigen. Von mehreren derselben sind die Reichsrathswahlen bereits vollzogen. Auf dem niederösterreichischen Landtage (Wien) werden dieselben morgen vorgenommen werden. Das gute Einvernehmen der deutschen Liberalen mit Hrn. v. Beust wird täglich offenbarer. — Aus Böhmen und Galizien lauten die neuesten Nachrichten nicht befriedigend; es ist jetzt wieder zweifelhaft, ob diese beiden Länder den Reichsrath beschicken werden. Die Czechen sind es besonders, welche unannehmbare Vorbehalte dazu aufstellen. Heute geht hier das ziemlich glaubhafte Gerücht, daß, falls man in Prag und Lemberg noch in der letzten Stunde nicht anderen Sinnes wird, die Auflösung der beiden Landtage erfolge und direkte Reichsrathswahlen ausgeschrieben werden würden. Der Zusammentritt des Reichsrathes würde dadurch um acht bis vierzehn Tage verschoben werden. — Sicheren Nachrichten aus Belgrad zufolge hat die Pforte die Räumung der serbischen Festungen zugestanden. Man schreibt dies hauptsächlich dem Einschreiten des Hrn. v. Beust zu. (Nürnb. Korr.)

O.C. **Wien**, 26. Februar. Die Nachricht, daß **Belgrad** von den Türken geräumt werden soll, wird für begründet gehalten. Es ist dies keine sonderlich militärische Conzession, denn die Festung Belgrad war unhaltbar gegen einen ernsten Angriff; desto bedeutender ist das militärische Zugeständniß, mit dem die Pforte die serbischen Ansprüche wenigstens bis auf Weiteres zum Schweigen bringt. Die Verhandlungen über die Räumung finden direkt mit dem Fürsten Milisch statt. Ihnen wird, wenn sie zum Ziele führen, noch eine große und schwierige Auseinandersetzung privatrechtlicher Natur folgen müssen.

Prag, 25. Febr. Die „Politik" meldet die bevorstehende Landtagsauflösung. Der Majoritätsbericht der Kommission des Landtags sagt u. A.: Weder die einfache Vornahme noch die einfache Ablehnung der Reichsrathswahlen könne die Kommissions-Majorität empfehlen. Die Kommission stellt daher den bekannten Antrag auf Erlassung einer Adresse. Der Adreßentwurf bedauert zunächst, daß die bisherigen direkten Beziehungen des böhmischen Landtags mit dem Könige dießmal durch eine Mittheilung der Regierung ersetzt wurde, durch welche überdies das Patent, auf dessen Grundlage der Landtag eben tage, sowie das September-Patent aufgegeben seien. Der Landtag fühle sich verpflichtet, dem schmerzlichen Eindruck, welchen die Regierungsmittheilung allenthalben hervorgerufen, Worte zu leihen. Die gefährlichen Folgen dieses Schrittes würden noch größer durch die Aufforderung, die Wahlen in den als verfassungsmäßig bezeichneten Reichsrath vorzunehmen. Die Februarverfassung sei thatsächlich beseitigt. Dieser Reichsrath könne nicht mehr als die Vertretung des ganzen Reichs angesehen werden. Ein in seiner Ganzheit unausführbares, niemals zu voller Geltung gelangtes Grundgesetz könne in einzelnen Bruchstücken nicht das Verfassungsrecht unserer Reichstheile bilden, daher auch die neu einberufene Versammlung nur eine außerordentliche wäre. Der Landtag würde kein treuer Dollmetsch der Rechtsanschauungen des Volkes sein, wenn er nicht ausspräche, daß Böhmen, welches seinen Stolz darein setzt, ein vollberechtigtes Glied der Monarchie zu sein, sich dagegen verwahre, seine Existenz aufgehen zu lassen in der westlichen Reichshälfte, einem Staatsgebilde, das jeder staatsrechtlichen Grundlage ermangelt und dessen Gestaltung mit dem unbestreitbaren rechtlichen Bestande der Krone Böhmens, mit der rechtlichen Bedeutung der Jahrhunderte hinauf und bis in unsere Zeit herabreichenden Reihenfolge vollzogener Krönungen der Ahnen Sr. Majestät als böhmischen Königen und mit der bis in die neueste Zeit unbestrittenen staatsrechtlichen Bedeutung des Landtags des Königreichs im Widerspruche steht. — Schmerling, Hartig, Blome, Mensdorff sind zu Herrenhausmitgliedern ernannt. (Presse.)

Prag, 26. Febr. Die Czechenführer wurden von ungarischen Slaven zu einem Slaven-Congreß nach Preßburg geladen, um eine

Verständigung gegenüber den Verfügungen der ungarischen Minister herzustellen. (Pr.)

Prag, 27. Febr. Die Verfassungsfeier war ungewöhnlich zahlreich besucht, die Elite der Bürgerschaft anwesend. Alle deutschen Abgeordneten und viele Adelige waren als Theilnehmer erschienen. Die Reihe der Toaste eröffnete Schmeykal unter kräftiger Betonung des ungeschmälerten Verfassungsrechtes auf den kaiserlichen Verfassungsgeber. Herbst brachte den Toast auf die Verfassung selbst, als die sicherste Grundlage deutschen Nationalgefühls, deutschen Bürgerthums und deutscher Freiheit; er wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Wolfrum bringt ein Hoch dem Reichsrath. Plener gedenkt in enthusiastisch aufgenommener Rede des früheren Ministeriums und der Folgen seines Wirkens, ferner des glücklich im Keime erstickten außerordentlichen Reichsraths. Die Eintracht der Deutschen, die diesmal ein so glänzendes Resultat geliefert, müsse sich nun auch in Zukunft bewähren durch mannhaftes Festhalten am Verfassungsrecht, da die Aufgabe noch lange nicht endgiltig gelöst sei. Er hebt hervor, daß Oesterreich nur zur Februar-Verfassung stehen könne und in diesem Sinne präcisirt er die Aufgabe des gegenwärtigen Ministeriums, wie die der Partei. Redner schließt mit einem Hoch auf die Eintracht der Deutschen in Böhmen. (Jubelnde Zustimmung.) Seutter bringt ein Hoch den deutschen Abgeordneten, Baron Weidenheim ein Hoch dem Professor Herbst, in welches die Anwesenden freudigst einstimmen. Dr. Dreßler überreicht Professor Herbst das Ehrenbürgerrecht der Stadt Gabel. (Erneuerter Beifall.) Graf Hartig gedenkt des deutschen Casinos, Dr. Raudnitz in geistvoller Weise der deutschen Abgeordneten Oesterreichs.

Agram, 26. Februar. Die Generalcongregation des Agramer Comitates beschloß eine Repräsentation an den Kaiser, um Sistirung des Heerergänzungspatentes, um Einberufung des Landtages, ferner um Herstellung der Integrität des dreieinigen Königreiches bittend. Das Agramer Comitat hält an der Integrität Croatiens fest.

Paris, 25. Febr. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers kam die Interpellation von Lanjuinais über die Veränderungen in der „Presse" vom 24. Nov. 1860, resp. über die Abschaffung der Adresse zur Verhandlung. Lanjuinais selber ergriff zuerst das Wort. Er will keineswegs die Bedeutsamkeit der Kompensationen für den Ausfall der Adreßdiskussion in Abrede stellen für den Fall, daß diese Kompensationen wirklich liberale Reformen sind. Dies ist aber zunächst in Bezug auf das Interpellationsrecht nicht der Fall. Dasselbe ist, wie es gegenwärtig geregelt ist, eine stets zurückziehbare Erlaubniß, eine Toleranz. Kann überhaupt der gesetzg. Körper bei diesem beständigen Wechsel seiner Funktionen und seiner Geschäftsordnung mit Würden und Ehren bestehen? Ists nicht im Interesse der Regierung selbst, ihm größere Stabilität zu geben? — Der Redner führt aus, daß das Dekret vom 19. Jan. unregelmäßig sei, durch ein Senatskonsult und nicht durch ein Dekret hätten diese Reformen bewerkstelligt werden müssen, welche immerhin eine Verfassungsveränderung sind. Die Geschäftsordnung des gesetzgebenden Körpers könne nur durch ein Gesetz dieser Versammlung abgeändert werden. Der Redner wird zu wiederholten Malen von dem Präsidenten unterbrochen und ermahnt, innerhalb der durch die Interpellation selbst gezogenen Schranken zu bleiben. — Nach Lanjuinais ergreift Chesnelong, ein redegewandtes Mitglied der Majorität, das Wort.

Die „Liberté" findet, daß die Thronrede des Königs von Preußen mit großer Bestimmtheit die Rolle Deutschlands in Europa vorzeichnet. Diese Rolle wird defensiver und friedlicher Natur sein. Ebenso bestimmt muß nun aber auch die Haltung Frankreichs hervortreten. Wenn Frankreich mit dem stufenweisen Vorschreiten Preußens nach dem Ziele der nationalen Einigung Deutschlands nicht einverstanden sein kann, so muß es sofort sagen: „Bis dahin und nicht weiter!" Ist aber Frankreich der Ansicht, daß das sogenannte europäische Gleichgewicht endlich verschwinden müsse, um einer europäischen Einigung Platz zu machen, so soll es seine Handlungen mit seinen Ansichten in Einklang bringen und durch Thaten Garantien für seine Worte geben. Diese Garantien bestehen aber in einer beträchtlichen Verminderung seiner Armee. Zu was bedarf es gegen ein defensives Deutschland einer Armee von 1,500,000 Mann? Die „Opinion nation." erklärt die Rede für eine der bedeutendsten, die noch je ein Herrscher gehalten. Alles in ihr ist wohl erwogen und wohl vorbereitet; jedes Wort, jeder Satz geht gerade aufs Ziel los und ist berechnet, um die Sympathien und den Patriotismus der deutschen Völker zu wecken.

Paris, 26. Febr. Der „Patrie" gehen aus Mexiko Nachrichten vom 28. Januar über Newyork zu. Die von den Franzosen auf der Straße von Veracruz errichteten Vertheidigungswerke waren der kaiserlichen Armee übergeben worden. Diese Werke, welche beim Paß von Rio-Frio, bei Puebla, Orizaba, Cordova und Paso-Ancho errichtet sind, sind sehr fest und können nur nach einer förmlichen Belagerung genommen werden. — Nach dem „Etendard" hat der Staatsrath heute Morgen im Tuilerienpalast unter Vorsitz des Kaisers eine Sitzung abgehalten behufs Prüfung des Preßgesetzentwurfs. Die Sitzung begann um 9 Uhr und dauerte bis Mittag. Die Discussion wird morgen unter Vorsitz des Kaisers fortgesetzt werden. — Der „Etendard" dementirt das Gerücht, daß eine Veränderung im Ministerium im Werk sein sollte.

Paris, 26. Febr. Die Regierung befindet sich gegenwärtig in einer nicht geringen Verlegenheit. Abgesehen von der Aufregung, zu welcher das Circular des Grafen v. Chambord Anlaß gegeben, und den Discussionen, die gegenwärtig in der Kammer stattfinden, macht ihr auch die Heeres-Reorganisation viele Sorgen. Der Entwurf, welchen die Journale in den letzten Tagen brachten, ist wieder aufgegeben worden, und man beschäftigt sich im Augenblicke mit der Abfassung eines neuen Planes, der dem Staatsrathe dieser Tage vorgelegt werden soll. Die Regierung hat nämlich in Erfahrung gebracht, daß die Majorität, trotz ihrer Gefügigkeit, das Projekt nicht annehmen werde. Die schwierige Aufgabe besteht nun darin, einen Entwurf abzufassen, der, ohne zu große Opposition zu finden, der französischen Regierung doch gestattet, ihre Armee auf den gewollten Standpunkt zu bringen. Sie hält Letzteres für unumgänglich nothwendig, da sie fest glaubt, daß sie genöthigt sei, sich nach der Ausstellung auf ernste Ereignisse gefaßt zu machen. (K. Z.)

Paris, 26. Febr. Im gesetzgebenden Körper fand eine Discussion statt über die Interpellation bezüglich der Abänderung des Dekretes vom 24. November. Nach einer Rede Rouher's und einigen Worten Ollivier's und Favre's hat die Versammlung mit **241** gegen 25 Stimmen für die Tagesordnung gestimmt. Der Tiers-Parti stimmte, auf den Wunsch Ollivier's, mit der Majorität.

Von **Korfu,** 24. Februar, werden aus griechischer Quelle Gefechte gemeldet, welche am 13. und 14. Februar auf der Westseite von Kreta stattgefunden haben sollen; 8000 Türken sollen aus Herakleon ausgerückt und bei Gerakari geschlagen worden sein und zwei Kanonen, fünf Fahnen, 160 Maulthiere nebst Gefangenen verloren haben. Verstärkungen aus Kanea machten vergebliche Versuche, die Provinz Serino zu besetzen. Ein anderes Corps von 2500 Insurgenten soll am 11. und 12. Februar ein anderes türkisches Corps geschlagen haben. Auch werden neue Mordthaten, die durch Türkenhand vollführt sein sollen, angemeldet. Die kretischen Delegirten weigerten sich, nach Konstantinopel zu gehen; die kretische Nationalversammlung beharrt dabei, den Anschluß an Griechenland zu verlangen.

Petersburg, 23. Febr. Die „Russische Correspondenz" äußert sich in Beantwortung der Rede des Kaisers Napoleon über die Türkei in ähnlicher Weise wie das „Journal de St. Petersbourg". Sie schreibt: „Die kaiserliche Rede erwähnt die gemeinschaftlich von den Großmächten zur Besserung des Looses der Christen gemachten Anstrengungen. Unsere Billigung dieses Theils der Rede wird weniger vollständig sein, als die für die übrigen, denn die Erfahrungen der Vergangenheit ermuthigen nicht zu großen Hoffnungen. Die mit den Verhältnissen in der Türkei vertrautesten Personen versichern, daß der Sultan selbst mit dem besten Willen von der Welt nicht im Stande sein wird, die den Vorurtheilen, Sitten und Glaubenslehren der muselmännischen Race zuwiderlaufenden Reformen auszuführen. Ein Ausbruch des Fanatismus war bereits angekündigt. Darf man unter solchen Bedingungen den neuen, der türkischen Regierung abgedrungenen Versprechungen ein großes Vertrauen schenken? Indessen, wenn die Mächte es durchaus noch einmal versuchen und ihre Vorstellungen erneuern wollen, Rußland wird dazu seine Mitwirkung nicht versagen. Aber man vergesse nicht, daß der Augenblick für das ottomanische Reich kritisch ist. Die wegen vielmaliger Täuschung aufgebrachten Christen sind entschlossen, den Kampf bis zu Ende zu führen, um ihre Rechte zu erlangen. Es ist daher nöthig, daß der Sultan sich beeile, und daß seine Reformen ohne Verzögerung buchstäblich ausgeführt werden. Wenn die Unterhandlungen nur dazu dienen sollen, um die Christen mit Versprechungen hinzuhalten, die nicht erfüllt werden, so könnten sie uns mit Recht den Vorwurf machen, daß wir sie entwaffnet, nur um so besser ihre Angelegenheit zu verrathen. Rußland wird niemals bereit sein, sich einem solchen Vorwurf auszusetzen.

Warschau, 24. Febr. Während das Bureau des Oberpolizeimeisters früher den Verwandten politischer Verbrecher über das Loos der Letzteren Auskunft und Zeugnisse ertheilte, hat dies jetzt aufgehört, und werden dergleichen Zeugnisse nur noch auf Verlangen von Behörden ertheilt. Dies wird im heutigen Amtsblatte bekannt gemacht. (Schl. Z.)

New-York, 14. Febr. Die Repräsentantenkammer hat eine Bill angenommen, die für Louisiana einen Gouverneur und einen aus

Google

neun Mitgliedern gebildeten Rath ernennt, die beauftragt sind, von den Bürgern dieses Staates, die der Empörung fremd geblieben sind, einen Konvent wählen zu lassen. Dieser Konvent hätte eine definitive Konstitution des Staates mit Aufhebung alles Unterschiedes der Farbe zu votiren. Auf Grundlage dieser Constitution würde Louisiana im Kongreß zugelassen werden. — Laut Nachrichten aus Mexiko vom 2. Februar hätte Miramon die juaristische Garnison von Zacatecas zur Uebergabe gezwungen. Es geht das Gerücht, Mejia habe die Sache der Imperialisten aufgegeben.

New-York, 25. Febr. Die Legislatur von Kansas hat ein Amendement angenommen, welches, indem es in der Verfassung die Worte „weiß" und „männlich" aufhebt, gleichzeitig die Frauen und die Schwarzen zur Abstimmung zuläßt. — Die Repräsentantenkammer hat sich geweigert, über den Gesetzentwurf bezüglich des neuen Tarifs zu votiren. Es ist ein Comite gewählt worden, welches die Verwerfung des Gesetzentwurfs in Vorschlag bringt. — Der belgische Generalkonsul ist gestorben. — Die Einnahme von Zacatecas durch Miramon und die Flucht des Juarez werden bestätigt; man sagt sogar, Juarez sei gefangen genommen worden. — Man versichert, Marschall Bazaine habe bekannt gemacht, daß die Franzosen, die in der mexikanischen Armee dienen, hinfort nicht mehr den Schutz der französischen Regierung reklamiren können. Infolge dieses Winkes verlassen viele Franzosen den Dienst des Kaisers Maximilian.

(Fr. Journ.)

Neueres.

Berlin, 27. Februar. Bei der Konstituirung der Reichstagsabtheilungen hatten die Konservativen, verbunden mit den sächsischen und hannover'schen Konservativen, das Uebergewicht. Simson wird aus der altliberalen Fraktion austreten.

Wien, 27. Febr. Die „Abendpost" bringt ein kais. Patent vom 26. d., welches den böhmischen Landtag auflöst und sofortige Neuwahlen anordnet.

Prag, 27. Februar. Der böhmische Adel macht ungewöhnliche Anstrengungen, um in Wien die maßgebenden Kreise für seine verfassungsgegnerischen Plane zu gewinnen. Deßhalb sind die Grafen Leo und Friedrich Thun nach Wien gereist.

Paris, 27. Febr. Die Société générale wird zwischen dem 8. und 10. März die österreichischen Pfandbrief-Obligationen, welche auf 300 Fres. lauten, zum Cours von 235 emittiren.

Florenz, 26. Febr. Graf de Launay geht nach Petersburg, um seine Abberufungsschreiben zu übergeben und wird sich dann als bevollmächtigter Minister nach Berlin begeben. Garibaldi ist in Venedig angekommen und enthusiastisch empfangen worden.

New-York, 26. Febr. Das Repräsentantenhaus hat beschlossen, die Baumwollsteuer wiederherzustellen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Literarisches.

Die allgemeine illustrirte Zeitung „Ueber Land und Meer" (Stuttgart, Eduard Hallberger) hat den laufenden Jahrgang wieder auf das Glücklichste begonnen, — auf das Glücklichste deshalb, als sie zwei belletristische Beiträge bringt, die ohne Frage zu dem Schönsten und Bedeutendsten gehören, was wir seit Jahren gelesen. Der eine ist eine schlichte Erzählung von Wilhelm Raabe „Im Siegeskranze"; aber hinter dieser Schlichtheit verbirgt sich ein Seelengemälde, wie in ergreifenderen Accorden, in erschütternderen Weisen noch selten eines unser Herz berührt hat. Sodann ist es die Novelle von Franz Dingelstedt, „Die Amazone", die den Jahrgang eröffnet und sich in den vorliegenden Nummern fortspinnt — und die, was objektive, erfahrungsgemäße Auffassung des Lebens, psychologische Kenntniß des menschlichen Herzens, feine sinnige Beobachtung, künstlerisch gewandte, humoristisch angehauchte Darstellung anbetrifft, ein wahres Kabinetsstück deutscher Belletristik genannt zu werden verdient. Außer der Fortsetzung dieser Novelle bringen die neuesten Nummern von „Ueber Land und Meer" eine anziehende Dorfgeschichte aus der Westschweiz: „Heimatlos", von Robert Schweichel und den Anfang einer mit gewohnter Meisterschaft erzählten Familiengeschichte: „Zwölf Zettel", von dem Herausgeber F. W. Hackländer. Die Zeitgeschichte ist wieder besonders reich vertreten: Skizzen und Bilder aus dem Kriegsleben, Schilderung politischer Ereignisse, fürstlicher Reisen und Feste, Charakteristik hervorragender Persönlichkeiten, Stillleben im Felde und zu Hause u. s. w., veranschaulichen die reich bewegte Geschichte der Gegenwart. Außerdem ist den künstlerischen und literarischen Leistungen, den industriellen und wissenschaftlichen Bestrebungen eingehend Rechnung getragen. Korrespondenzen aus den größeren Städten bringen eine fortlaufende Chronik der Tagesbegebenheiten, die durch die umsichtig redigirten Notizblätter allseitig ergänzt und erläutert wird. Astronomische Uebersichten, Räthsel, Schach u. s. w. fehlen nicht. Die Illustrationen, welche die uns vorliegenden Nummern 9 bis 16 enthalten — nahezu ihrer siebenzig — rühren alle von namhaften Künstlern her, wie „Das Leichenbegängniß des Kardinal Fürst-Primas von Ungarn" von Kaßler, „Die projektirte Zionskirche für Berlin" von Theuerkauf, „Ankunft des Königs von Sachsen in Pillnitz" von Reinhardt, „Abschied sächsischer Truppen aus einem öster. Dorfe" von Grögler, „Die Friedensfeier in der Garnisonskirche zu Berlin" von J. Schlegel, „Verwundet und versprengt" von J. Puschkin, „Der Zug aus der Schloßkirche bei der Verlobung des Großfürsten-Thronfolgers von Rußland" von Bogdanoff, „Das Erwachen am Neujahrsmorgen" von Schmelzer, „Neujahr" von Löffler, „Die Amazone des Thiergartens (Berlin)" von E. Mende, „Der Sturm von Shakespeare 1. Akt 1. Scene" von Döpler, „Auf dem Eise" von Noerr, „Generallieutenant v. Manteuffel" von Kriehuber, „Das alte und neue Jahr" von Canon, u. s. w. u. s. w.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	66¼ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63⅞—¾ G
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55½ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	45⅞ P.
"	4½pCt.	42 P. 41½ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100⅞ P.
"	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	97½ P.
"	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	98 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	93¼ P.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	94⅛ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	94⅜ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	98 P.
"	3½pCt. Obl. dto.	85½ P.
Baden	4½pCt. Obl.	97 P.
"	3½pCt. Obl. v. 1842	87 P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
"	3½pCt. Obl. dto.	87 P.
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	—
"	4 pCt. Obl. dto.	92½ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½pCt. Obl.	83 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2½pCt. " " "	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	87½ G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	77¼—½ G.
"	6pCt. ditto r. 1882 "	76½—⅜ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	188 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	698—701 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	178½—79 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	93¼ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	217P. 216½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	97½ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	343½ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	112½ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	115 P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	91 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	—
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49⅜ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75½ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	46 P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	120½ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	115⅜ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	61¼ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	71½ P. ¼ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	123 P.
" do. v. 1864	77½ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100¼ P. 100G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10½ P.
Badische fl. 35	—
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55½ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143¾ P.
" fl. 25 do.	89¼ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 P. 35½ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28¾ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	33 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	10¼ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅜ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Thl. 60 k. S.	104⅞ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97⅝ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	119¾ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94½ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	93 P.
do. in öst. W. l. S.	93 P.
Disconto	3½ pCt. G.

Frankfurt, 28. Februar. Die Ultimoregulirung ging bei immer noch flüssigem Geldstand gut von Statten. Die Börse trug heute den Charakter der Mattigkeit für fast alle Effekten. Oesterreichische Werthe verkehrten schon im gestrigen Abendgeschäft matter und änderten diese Tendenz auch heute nicht. Amerika war auf abermals höhere Goldkourse ¼ pCt. niedriger als gestern Mittag. Auch süddeutsche Sachen waren sehr still und wenig begehrt.

(Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 61.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 2. März 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 28. Februar. Se. Maj. der König hat auf die erledigte Stelle eines Bezirkskassiers bei dem Oberpostamte Regensburg den Bezirkskassier K. Aurbach in München, dem Ansuchen desselben entsprechend, sodann auf die hiedurch sich erledigende Bezirkskassierestelle bei dem Oberpost- und Bahnamte München den Bezirkskassier M. Büttner in Bamberg versetzt; dem k. Universitätsprofessor und Oberstabsarzt 1. Klasse à la suite Dr. J. N. Nußbaum die Bewilligung zur Annahme des von dem Kaiser von Oesterreich ihm verliehenen Ordens der eisernen Krone dritter Klasse ertheilt, dem Direktor der bayer. Ostbahnen H. Badhauser die Bewilligung zur Annahme des von dem Kaiser von Oesterreich ihm verliehenen Ordens der eisernen Krone dritter Klasse ertheilt.

Durch das Ableben des k. Revierförsters Max Ney von Burghausen ist die Revierförsterestelle in Burghausen, Forstamts Altötting, erledigt.

Die kath. Pfarrei Aicha v/W., k. Bezirksamts Passau, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 2145 fl. 53 kr. 2 hl. in Erledigung gekommen.

** **München**, 28. Febr. Einem Gerüchte zufolge beabsichtigt die Staatsregierung, den Gesetzentwurf bezüglich der Militärverfassung zurückzuziehen. Es muß nämlich in Folge der in Stuttgart getroffenen Vereinbarung eine neue Kostenberechnung der Armee hergestellt werden; hiezu bedarf es aber mehrerer Wochen; bevor diese Berechnung aber nicht vorliegt, wird der Ausschuß in die Berathung des Gesetzentwurfes nicht eintreten. Im Falle der Gesetzentwurf zurückgezogen wird, würde sogleich die Vertagung der Kammern eintreten.

** **München**, 28. Febr. Heute war der besondere Kammer-Ausschuß für den Gesetzentwurf bezüglich der Militärverfassung wieder zu einer Sitzung versammelt, in welcher die Wahl einer Sub-Commission erfolgte. Dieselbe besteht aus den Abg. Feustl, Stenglein und Frhrn. v. Stauffenberg und hat dieselbe sofort vom Kriegsministerium eingehende Mittheilungen darüber verlangt, wie hoch sich das Armee-Budget in Zukunft stellen werde. Bevor der Ausschuß diese Mittheilungen erhält, kann er nicht weiter in Berathung treten und da das Kriegsministerium diese Mittheilungen erst in einigen Wochen vorlegen kann, so erhält sich das schon in meinem letzten Briefe erwähnte Gerücht, daß eine Vertagung der Kammern auf mehrere Wochen erfolgen werde.

H. **München**, 28. Febr. Mit auffallender Zähigkeit halten viele Zeitungen das Gerücht von der Ministerkrisis fest, obschon dasselbe in jeder Weise dementirt und seine Nichtigkeit überdies durch die Thatsachen bereits dargethan ist. Da sagen dann die Kleinmüthigen: „Ja, wenn es diesmal nichts war, so kann es doch bei nächster Gelegenheit so werden," und darin haben sie allerdings Recht, denn in die Zukunft blickt nur Einer, unser Herrgott. Möglich ist freilich Alles, aber wahrscheinlich ist nicht, daß Männer von Einsicht, von Vaterlandsliebe, von festem Charakter, die über feste Grundsätze gestern sich vereinigt haben, morgen schon wieder über sie in Streit gerathen sollten. Die Resoluten aber sagen: „Wir wollen ein Gesammtministerium, welches solidarisch haftbar, nach festen, überall durchleuchtenden Grundsätzen uns regiere." Auch sie haben Recht, denn eine solche Einigkeit ist nicht nur zum Besten der Regierten, sondern ebenso zum Besten der Staatsgewalt, welche dadurch nur an Kraft gewinnen kann. Aber wenn uns nun fortwährend offiziös versichert wird, in unserem Ministerium sei vollkommene Einigkeit vorhanden, wenn wir fast täglich in den Zeitungen lesen, wie alle wichtigeren Staatsgeschäfte im Ministerrathe gemeinschaftlich abgethan werden, wenn wir in den Kammern des Landtags sehen können, wie die einzelnen Minister sich gegenseitig halten und unterstützen, so ist wahrlich kein Grund zu erkennen, warum man an ihre Solidarität nicht sollte glauben können. Unsere Verfassung kennt nun einmal kein Gesammtministerium, sie spricht immer blos von einzelnen Ministern (nur im Falle einer Reichsverwesung „bildet das Gesammt-Staatsministerium den Regentschaftsrath"), so kann auch die Solidarität nicht eine förmliche, eine bindende, sondern sie muß eine innerliche, moralische sein. Daß diese — unbeschadet der Verantwortlichkeit jedes Fachministers in seinem eigenen Ressort — vorhanden sei, das wird uns fortwährend feierlich versichert, jeder vorurtheilsfreie Mensch fühlt es auch aus dem Gange der Staatsgeschäfte mit Befriedigung heraus — wozu soll dann noch das Verlangen nach Etwas, dessen Wesen wir besitzen, wenn es auch der Form nach, also äußerlich durch die Verfassung, uns versagt ist? Die Zweifler hängen sich an Gegen-

Feuilleton.

Vermischtes.

(Stenographischer Wettkampf.) Das in den Zeitungen wiederholt angekündigte Wettschreiben zwischen Stenographen der Gabelsberger'schen und Stolze'schen Schule hat, wahrscheinlich zum großen Erstaunen Vieler, plötzlich ganz in der Stille am 18. d. M. in Berlin stattgefunden. Wie man dem „Fr. J." schreibt, waren von Seiten der preußischen Regierung behufs der Bildung der stenographischen Bureau's des norddeutschen Reichstags alle diejenigen, welche sich um Verwendung in demselben beworben hatten, zu einem Konkurrenzschreiben eingeladen worden, und hatten sich dazu 10 Gabelsbergianer (5 Mitglieder des k. sächsischen Instituts in Dresden, 4 Stenographen des Herrenhauses in Berlin, 1 aus Weimar) sowie 13 Stolzeaner aus Berlin eingefunden. Das Schreiben fand in dem Präsidentenzimmer des Herrenhauses unter Leitung des Geh. Regierungsraths Metzel statt und war in der Weise eingerichtet, daß 10 Minuten lang diktirt und sofort die Uebertragung von Seiten der Stenographen vorgenommen wurde. Die Tüchtigkeit der Konkurrenten wurde nach der Vollständigkeit und raschen Erledigung der Arbeit bemessen. Die beiden Mitbewerber, welche zuerst ihre Arbeiten ablieferten, waren Gabelsbergerianer. Der erste war (56 Minuten) Institutsmitglied Oppermann, 14 Minuten später folgte Dr. Bierey, ebenfalls Institutsmitglied von Dresden, erst eine halbe Stunde später der erste Stolzeaner. Der seiner Zeit durch seine Herausforderung an Dr. Bierey bekannt gewordene Stolzeaner Pauly lieferte erst nach $1^1/_2$ Stunde seine Arbeit ein. Man erinnert sich an die bei dem früher projektirten Wettschreiben seitens der Stolzeaner stets gestellte Bedingung, daß ein solches nur in Berlin, dem Hauptsitz ihrer Schule, stattfinden dürfe. Diese Bedingung ist ihnen durch die gegebenen Verhältnisse erfüllt worden, ohne daß ihnen dadurch der Sieg über ihre Gegner möglich geworden wäre.

In Kritzendorf bei Wien hat ein Studenten-Duell stattgefunden, über dessen Veranlassung und beklagenswerthen Ausgang Folgendes erzählt wird: Anläßlich eines Kommerses hatte der Student der Theologie Scholschl sein von Jena mitgebrachtes Burschenband angesteckt, der Jurist Kagerbauer sah ihn verwundert an; Sch. sah darin eine Ehrenkränkung, und es wurden ohne jeden Wortwechsel die Karten ausgetauscht. Es wurde ein Schiedsgericht eingesetzt und Scholschl hatte sich bereit erklärt, von dem Ehrenhandel abzustehen, wenn Kagerbauer vor diesem Schiedsgerichte erklären wollte, daß er blos aus Neugierde auf Scholschl gesehen habe. Kagerbauer erschien jedoch nicht. Der Vertreter des Kagerbauer, Jurist Böhm, sagte, er sei zu einer solchen Erklärung nicht berechtigt, und so wurde der Sache ihr Lauf gelassen. Ohne daß eine eigentliche Korrespondenz oder Forderung stattgefunden hätte, einigte man sich für den 24. Februar zu einem Duelle. Früh Morgens fuhr die Gesellschaft in 2 Wagen zum Kampfplatze; dort wurde die Distanz, 30 Schritt ohne Avanciren, ausgemessen. Auf die Frage, ob ein Vergleich möglich sei, riefen Beide „Nein". Kagerbauer drückte ab, das Pistol versagte; darauf schoß Scholschl, ohne zu fixiren, und ein unglücklicher Zufall führte dem Kagerbauer die Kugel in den Kopf und es erfolgte sofort der Tod. Scholschl, welcher schon in Jena und in Erlangen mehrere Duelle bestanden und dabei 2 Finger der rechten Hand gelähmt erhalten hatte, wurde Nachmittags in einem Kaffeehause zu Wien verhaftet.

überstellung von Namen und umgeben die einen derselben mit Aeußerungen von Sympathie, die andern mit solchen des Mißtrauens — persönliche Gefühle aber sind kein Faktor in der Politik und bis sie für ihre Behauptungen der Unmöglichkeit einer Harmonie unter den gegenwärtigen Ministern Thatsachen beibringen, so lange wollen wir der Eintracht derselben und der daraus entspringenden Früchte uns erfreuen.

Ein Berichterstatter der „K. Z.“ schreibt aus **Berlin**, 27. Febr.: „Die fast täglich aus München in Umlauf gesetzte Nachricht, daß Fürst Hohenlohe sich genöthigt sehen werde, von seinem Ministerposten zurückzutreten, ist gewöhnlich begleitet durch die Erdichtung von Schritten, welche dieser Staatsmann mit Hintansetzung der Souveränetätsrechte der Krone zum Zweck einer Unterordnung Bayerns unter Preußen unternommen haben soll. Besonders reichhaltig in der Verbreitung dieser Fälschungen ist die Frankfurter „Europe“, welche von französischen Blättern als Quelle benutzt wird und daher als Kanal dient, diese Erdichtungen in die französische Presse zu bringen.... Daß hierbei dieselben Parteien thätig sind, welche vor dem Kriege die Beziehungen Preußens zu Bayern so feindlich als möglich zu gestalten suchten, haben die bayerischen Blätter einer freieren Richtung selbst ohne Rückhalt ausgesprochen. Es sind dieselben Parteien, welche stets die Einmischung des Auslandes in die deutschen Angelegenheiten herbeizuziehen bemüht waren und mit ihren Verdächtigungen auch des eigenen jungen Königs nicht schonten, sobald seine Anordnungen nicht ihren Beifall fanden. Der Bischof von Mainz, Frhr. v. Ketteler, findet in seinem eben erschienenen Werke: „Deutschland nach dem Kriege von 1866“, Seite 81 in diesem Treiben „die höchste Gefährdung der Integrität Deutschlands, einen Tummelplatz auswärtiger Politik und einheimischer kleinlicher Intriguen, engherziger Sonderinteressen, einen Herd aller pseudoliberalen und radikalen Elemente . Der Bischof ist entschieden für den Anschluß Süddeutschlands an den Norden etwa im Sinne der Politik des Fürsten Hohenlohe, und von diesem in der katholischen Welt hochgeachteten Manne, der sonst in seiner Schrift gewiß nicht als Verehrer Preußens erscheint, werden jene untergeordneten Charaktere in München, die auf den Sturz des bayerischen Ministeriums hinarbeiten, doch nicht zu behaupten wagen, er verletze die katholischen Interessen Deutschlands. Die preußische Regierung hat sich den politischen Vorgängen in Süddeutschland gegenüber ganz fern gehalten, sie ist auch viel zu sehr mit der Organisation des norddeutschen Bundes beschäftigt, als daß sie ihrer Kräfte in der Lösung entgegenstehender Aufgaben zersplittern sollte. Die Behauptungen von preußischen Einschüchterungen in Süddeutschland sind erdichtet, wie schon die Verständigung beweist, welche die süddeutschen Staaten auf der Stuttgarter Conferenz erreicht haben.“

Köln, 26. Febr. Bei der heute stattgehabten engeren Wahl wurde Pfarrer Thissen von Frankfurt mit 8379 Stimmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt; — L. Camphausen erhielt 6106 Stimmen. Die Fortschritts- (?) und Arbeiterpartei stimmte mit den Klerikalen gegen die Altliberalen.

Oldenburg, 25. Februar. Die Verhandlungen über die Feststellung der näheren Bedingungen, unter denen die durch Vertrag vom 27. Septbr. v. J. an Oldenburg cedirten holsteinischen Gebietstheile übertragen werden sollen und welche diesseits vom Geh. Ministerialrath Bucholtz, preußischerseits vom Etatsrath Springer geführt wurden, sind jetzt beendet, und es ist, wie man hört, über alle Einzelheiten, unter Vorbehalt der landesherrlichen Ratifikation, eine Einigung erzielt worden. Gegen den 1. April d. J., mit welchem Tage ein neues holsteinisches Finanzjahr beginnt, wird die Uebertragung in Aussicht genommen. ([illegible] Ztg.)

Detmold, 26. Febr. Nach der „Sonntagspost“ soll die Regierung einen Separat-Militärvertrag mit Preußen abgeschlossen haben, wonach der König von Preußen über das Militär verfügt, es uniformirt, die Offiziere ernennt und die Garnison bestimmt. Lippe zahlt jährlich per Kopf 160 Thlr. und jährlich so lange 10 Thlr. mehr, bis die Summe von 225 Thlr. per Mann erreicht wird.

OC. **Wien**, 27. Febr. Der niederösterreichische Landtag wird morgen voraussichtlich seine letzte Sitzung halten, da die Regierung durchaus nicht geneigt scheint, ihm die gewünschte Prolongation um zwei Tage zuzugestehen, sondern glaubt, daß sich morgen alle Arbeiten leicht beenden lassen. Die morgige Sitzung wird wahrscheinlich noch sehr lebhaft werden. Die äußerste Linke, bestehend aus den Herren Steudel und Schilchro, wird beantragen, die persönliche Verantwortung der Mitglieder des Landesausschusses für die vom ersten Kassebeamten begangenen Unterschlagungen auszusprechen. Die Majorität wird den Antrag verwerfen, aber sie wird den Ausschuß damit nicht rechtfertigen. — Es dürfte nunmehr entschieden sein, daß der Frhr. v. Sokčević auf seinem Posten als Banus der Königreiche Croatien, Slavonien und Dalmatien verbleibt und die Berufung des Frhrn. Kussevich von Szamobor, welche bereits als feststehend betrachtet werden durfte, vor dem Entschlusse, den Status quo bis auf Weiteres aufrecht zu halten, zurückgetreten ist. — In der Nacht von morgen zu übermorgen dürfte die Leiche des Erzherzogs Stephan in Ofen zu erwarten sein. — Die Reise des Kaisers nach Ungarn ist immer noch nicht festgestellt. Graf Andrassy erklärte, sie stehe in den ersten Tagen des März bevor. Wir glauben, daß sie nicht vor dem 6. März angetreten werden dürfte und daß man in der Hofburg noch gewisse Mittheilungen aus Pesth abwartet, ehe man die Abreise festsetzen wird. — Graf Taaffe soll am Freitage hier eintreffen, um sein neues Amt zu übernehmen, ohne in die Aktion der Landtage einzutreten. — Samstag findet die Vermählung des Fräulein Fontelive mit dem Fürsten Thurn-Taxis, der sich gegenwärtig hier aufhält, statt. Als Beistände haben sich Fräulein Fontelive den Herzog de la Rocca und Fürst Taxis den Fürsten Jablonowski gewählt. — Einem on dit zufolge soll demnächst die Vermählung zwischen dem Majoratsherrn Fürsten Windischgrätz und der Hofschauspielerin Fräulein Baudius stattfinden.

OC. **Wien**, 27. Febr. Man schreibt aus Berlin: „Die Verhandlungen über die Herausgabe des welfischen Hausvermögens, welches unsere Regierung bei der Annexion von Hannover in Beschlag genommen hat und welches von England reklamirt war, haben begonnen. Lord Loftus hat die ihm beigegebenen hannoverischen Kommissarien behufs der Ermittelung der Vermögensobjekte mit den von preußischer Seite dazu bestimmten Kommissarien in Verbindung gesetzt und es findet zwischen diesen gegenwärtig eine Erörterung der Detailfrage statt. Es wäre eigentlich kaum etwas Anderes zu erwarten, als daß das königliche Vermögen, sobald dasselbe festgestellt sein wird, ungesäumt herausgegeben werde, indeß läßt doch das bisherige Verhalten unserer Regierung noch dem Zweifel Raum, ob die Angelegenheit glatt und rasch zum Abschlusse gelangt. Wenn man bedenkt, daß eine Prinzessin des hannoverischen Hauses, die philosophische Königin, sowie die Mutter Friedrichs II., daß die Schwester der Königin Louise die Mutter Georgs V. war, so sollte man meinen, daß eine längere Vorenthaltung des Vermögens des hannoverischen Hauses als eine Unmöglichkeit erscheinen sollte. Doch man muß aber abwarten was geschieht. Vielleicht denkt man hier in den Kreisen, welche sich die Angelegenheit vorbehalten haben, den König Georg durch eine weitere Verschleppung für politische Konzessionen geneigter zu stimmen. Aber es kann wohl darüber kein Zweifel bestehen, daß ein solches Verfahren die Rechnung ganz ohne den Wirth machen würde; denn wenn man auch in Hitzing nicht das Geringste thut, um die in Hannover glimmende Erbitterung zur Flamme aufzufachen, so wird doch der König seine Rechte (das weiß man hier bestimmt und sicher), welche zugleich diejenigen seines Hauses und aller seiner Descendenten sind, niemals aus Vermögensrücksichten aufgeben.“

Wie die „Narodny Listy“ aus **Wien** berichten, finden sowohl in der Gegend von Prag als auch in den Festungen im Süden Ungarns Truppenconcentrationen statt. Man ist geneigt, dieß als eine Pression gegen die feindselige Haltung der Czechenpartei einerseits und gegen die in der südslavischen Bevölkerung um sich greifende Erbitterung gegen Ungarn zu deuten.

Die Führer der Polenpartei in Galizien haben sich mit Hrn. v. Beust in Vernehmen gesetzt, um die Ernennung eines eigenen galizischen Hofkanzlers zu erwirken. Hr. v. Beust hat jedoch, wie die „Karlsr. Ztg.“ erfährt, das Eingehen darauf abgelehnt, um nicht durch diese Anordnung eine lange Reihe analoger Forderungen Seitens der andern Nationalitäten zu provociren. Dagegen soll das Zugeständniß gemacht sein, besondere Referenten im Ministerium zur Wahrnehmung der nationalpolnischen Interessen zu bestellen. Und um der hiedurch etwa rege werdenden Eifersucht der Ruthenen gerecht zu werden, soll die Errichtung ruthenischer Lehrstühle an der Universität Lemberg für gewisse Partien der Rechtswissenschaft in Angriff genommen werden.

Paris, 26. Febr. In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers kam die Interpellation Lanjuinais bezüglich der an dem Dekret vom 24. Nov. 1860 vorgenommenen Veränderungen zur Verhandlung. Schon beim Eingang seiner Rede wurde Lanjuinais von dem Präsidenten unterbrochen und nachdrücklich angegangen, Nichts, was über die Grenzen der angesagten Interpellation hinausgeht, vorzubringen. Dieselbe Ermahnung kehrt im Laufe des Vortrages von Lanjuinais mehrmals wieder. Lanjuinais bestreitet hauptsächlich das Recht der Regierung, die Adresse, die durch das Dekret vom 24. November den Kammern zurückgegeben war, wieder wegzunehmen. Die Regierung maße sich dadurch ein Urtheil über die Haltung der Kammer an, das nur dem Lande, das seine Vertreter gewählt, zustehe. Der Regierung stehe es nicht zu, die Landesvertretung durch Verleihung und Entziehung von Vollmachten zu belohnen und zu strafen; denn nicht sowohl die Gewählten, als die

Wähler des allgemeinen Stimmrechts würden durch Beschränkung der Funktionen der ersteren in ihren souveränen Rechten verkürzt. Die Interpellation, die dafür gestattet worden, sei in der Form, in der man sie verliehen hat, kein Recht, sondern nur eine Erlaubniß, die in jedem Augenblick und für jeden Gegenstand vorenthalten werden könne. Nur dem gesetzgebenden Körper stehe es zu, seine Geschäftsordnung durch ein Gesetz abzuändern, eine Abänderung in diesem konstitutionellen Prinzip könnte nur durch ein Plebiszit erfolgen; selbst der Senat habe keine Vollmacht, hierin einzugreifen. Chesnelong spricht zum Lobe der Regierung und der Majorität. Die Veröffentlichung der Senatsdebatten, die Adreßdiskussion das sie nun ersetzende Interpellationsr.cht, die Reform des Preßgesetzes sind für ihn ebenso viele Beweise eines ernstlichen Fortschrittes seit 1852. „Die Majorität muß hoffen und ohne Hintergedanken nunmehr die kürzlich durch die Initiative des Kaisers eröffnete Bahn betreten. Ein Glück sei es, in dieser Bahn von den beredten Ministern vorangeführt zu werden, die durch energische Vertheidigung des Ordnungsprinzips diese größere Ausdehnung der Freiheiten möglich gemacht hätten.“ (Sehr gut!) Marie führt den Beweis, daß das Dekret vom 24. Nov. 1864 nur eine unvollständige Zurückerstattung widerrechtlich vorenthaltener Freiheiten war, daß aber der Kaiser kein Recht hatte, durch einfaches Dekret am 20. Januar 1867 diese Adresse abzuschaffen, wie er überhaupt nach Ablauf der Frist bis zum 22. Mai 1852, während welcher er ausnahmsweise zur Erlassung der organischen Dekrete über die Geschäftsordnung, Presse 2c. 2c. ermächtigt worden war, keine einfachen Dekrete mit Gesetzeskraft mehr erlassen kann. Nur ein Plebiszit kann Verfassungs-Veränderungen vornehmen. Staatsrathspräsident Vuitry: Allerdings könnten die Grundprinzipien der Konstitution, mithin die gesetzliche Competenz des gesetzgebenden Körpers, Gesetze und Steuern zu votiren, nicht durch ein Dekret abgeändert werden, allein durch ein Senatskonsult vom 25. Dezember 1852 sei bestimmt, daß die du.ch das Dekret vom 22. März 1852 geregelten Beziehungen zwischen der Regierung und den großen Staatskörpern, auch fernerhin durch Dekrete abgeändert werden können. Picard erklärt dieses von der Regierung beanspruchte Recht für eine organisirte, verhüllte Diktatur. Vuitry meint, so wenig man das Dekret vom 24. November, das die Adreßdiskussion bewilligt, angegriffen habe, so wenig könne man auch das Dekret vom 19. Januar, das diese Adreßdiskussion durch andere Reformen ersetze, angreifen. Was man geben könne, dürfe man auch wieder nehmen. J. Favre: Neben der Adreßdiskussion könne das Interpellationsrecht sehr gut bestehen und wirken. Durch das Dekret vom 24. November 1860 habe der Kaiser keineswegs ein freiwilliges Zugeständniß gemacht, sondern nur einen Theil der Frankreich vorenthaltenen, aber unveräußerlichen Rechte zurückerstattet. Dieselben nehme aber das Dekret vom 19. Januar 1867 wieder zurück, und Das könne man nicht schweigend und mit gebeugter Stirne hinnehmen. Durch die neuesten Modifikationen habe die Kammer kein Recht und keine Gewalt mehr, sondern sei völlig in die Hand der Regierung gegeben. Was die Konstitution noch gelassen, nehmen die Dekrete und die Senatskonsulte weg. Man würde zuletzt die Kammer noch so knebeln, daß sie nicht einmal mehr Ja sagen könne. Man habe einfach die Adreßdiskussion weggenommen, weil man sie der begangenen Fehler wegen gefürchtet. Die Adresse sei ein Recht der Kammer, welches dieselbe behaupten müsse. Gran. de Cassagnac: „Nun wohl, holt es Euch! — Schluß der Sitzung. (N. K.)

Paris, 26. Febr. Der Preßgesetzentwurf stand heute mit dem Entwurfe über das Vereinsrecht beisammen auf der Tagesordnung der allgemeinen Sitzung des Staatsrathes, die heute unter des Kaisers Vorsitz gehalten wurde. Die ganze Sitzung wurde jedoch von der Preßfrage in Anspruch genommen und es scheint, als ob die Partei der drakonischen Strenge, die das Herz des Kaisers für sich zu haben glaubt, sich sehr energisch gegen eine Erleichterung der Stellung der Pariser Blätter wehrte. Bekanntlich wählt Paris stets oppositionell, während in den Provinzen die Majorität der alle Zeit zufriedenen Leute ihre Rekrutirungsplätze hat. Mit der guten Provinzialpresse scheint man daher besonders gemüthlich verfahren zu wollen. Der Kaiser bezeigt wenigstens den in Paris anwesenden Delegirten dieser Blätter große Aufmerksamkeit. Die Oppositionsblätter in den Provinzen, welche man jetzt nirgends, wo Boden für sie war, konzessionirte, werden unter der neuen Gesetzgebung zwar entstehen können, doch sicherlich einen sehr schweren Stand haben. Frankreichs Unglück ist es, daß die Gebildeten andere Bedürfnisse und Interessen haben, als die Massen in den Departements, welche noch weit hinter dem, was ein auf freien Institutionen wohl begründetes Volksthum bedingt, zurückgeblieben oder vielmehr in den letzten zwanzig Jahren zurückgetrieben sind. (K.Z.)

Die „Italia“ von **Neapel** meldet, daß die Generale Cerruti, Novaro und Longo sich nach Brindisi begeben haben, und daß der Zweck der Reise wäre, zu prüfen, ob im Falle eines Krieges man in diesem Hafen viele Truppen einschiffen könnte.

Brüssel, 26. Febr. Der Minister des Auswärtigen hat den am 22. Februar zwischen Belgien und Oesterreich abgeschlossenen Handelsvertrag und der Minister der Justiz einen Gesetzentwurf über die Auslieferung von Fremden vorgelegt. — Die Truppen vom belgisch-mexikanischen Corps sind auf der Rhede von Brest angekommen. Das Schiff, welches sie an Bord hat, wird am 28. d. nach Antwerpen abgehen. Vor ihrer Abreise hat der Marschall Bazaine einen Tagesbefehl an die belgischen Truppen erlassen, worin er denselben für sich und im Namen des französischen Corps seine Hochachtung ausspricht, von ihnen Abschied nimmt und hofft, daß sie ihren Mitstreitern und dem Marschall ein gutes Andenken bewahren werden. — Die Viehseuche ist wieder an mehreren Orten ausgebrochen.

London, 26. Febr. Im Oberhause beantragte gestern Lord Derby die zweite Lesung der Habeas-Corpus-Suspendirungsbill, indem er sein Bedauern über die Nothwendigkeit dieser Maßregel zu erkennen gibt. Sie wäre nicht geboten, bemerkt er, wenn die Regierung es blos mit der Bevölkerung Irlands zu thun hätte, anstatt mit ausländischen Wühlern. Das irische Landvolk sei durchwegs loyal, aber es scheue die Angeberei, und dies erschwere die Gefangennehmung der fenischen Führer. Nach einigen zustimmenden Worten von Lord Russell und Lord Kimberley geht die Bill durch die zweite und gleich darauf, in Folge einer Suspendirung der Statuten, durch die dritte und letzte Lesung. Lord St. Leonards und der Lordkanzler bringen wieder die Verwendung der Freiwilligen gegen innere Unruhen zur Sprache und glauben, daß der freiwillige Schütze, als Spezialkonstabler, auch von seinen Waffen Gebrauch machen dürfe, wenn er bewaffneten Aufrührern gegenüber stehe. Earl Russell wünscht unter keinerlei Umständen die Aufbietung von Freiwilligen gegen einen Volksaufstand, da sie schwerlich mit derselben Geduld und Schonung sich benehmen würden, wie reguläres Militär. — Irland ist fortwährend ruhig. Von Killarney aus ist nichts Neues von Belang zu berichten, ausgenommen, daß der wegen eines Telegramms über das Mißvergnügen der Truppen als quasi Hochverräther eingesperrte Berichterstatter des „Cork Herald“ neuerdings auf Caution entlassen worden ist. In seiner Angelegenheit wurde gestern Abend in der Sitzung des Unterhauses eine Interpellation angekündigt. Die beiden Gefangenen, die durch ihr Entweichen von dem Kohlenschiffe an Bord der Fischer-Smack die Aufmerksamkeit und den Verdacht der Polizei auf sich zogen und in Folge dessen derselben in die Hände fielen, sollen, wie es heißt, sich als Fang von Bedeutung ausweisen. Der eine, unter dem Namen Jackson auftretend, ist ein früherer Kapitän der konföderirten Armee, Mac Cafferty, der bereits im vorigen Jahre ergriffen, indessen aus Mangel an Beweismitteln der Haft entlassen wurde. Der andere wird in mysteriöser Weise als das Haupt des ganzen Bundes in Irland bezeichnet. — Die Schifffahrt hat wieder mehrere bedeutende Unfälle zu beklagen. Die Dampfer von Hull, die während der letzten Saison der Schiffbrüche so hart mitgenommen wurden, haben wieder einen neuen Beitrag zu der traurigen Liste geliefert: Es ist die „Miranda“, die bei hellem Wetter mit dem Dampfer „Thames“ in der Mündung der Themse in Collision gerieth und so mißliche Beschädigungen davon trug, daß sie fast augenblicklich zum Sinken kam, und die Mannschaft, froh, nur das nackte Leben zu retten, nur eben Zeit hatte, sich an Bord der „Thames“ zu flüchten. — Der Postdampfer „Afrika“ bringt Nachrichten über die zerstörenden Wirkungen der letzten Orkane auf dem atlantischen Ocean: Die Schiffe „Rhine“ und „Constantine“ von London und die „Lea and Resolute“ aus Liverpool trafen, mehr oder weniger übel zugerichtet, in Newyork ein. Letztere hatte 170 Auswanderer an Bord, die von dem Schiffe „Bavaria“ aus Havre das dem Sinken nahe war, nach wackeren Anstrengungen der Schiffsmannschaft glücklich herübergeholt und nach vielen Fährlichkeiten (die große Menschenmenge verursachte eine wirkliche Hungersnoth an Bord) glücklich in Newyork gelandet wurden. — „Daily News“ und „Daily Telegraph“ besprechen in demselben günstigen Sinne wie die gestrige „Times“ die Eröffnung des norddeutschen Parlaments. „Star“ hat in der Berliner „Volkszeitung“ gelesen und ist etwas weniger sanguinisch. Der heutige „Globe“ greift die Behandlung der Nordschleswiger von Seiten der preußischen Regierung scharf an. (Fr. J.)

London, 27. Febr. Die Eröffnung des Norddeutschen Reichstages und die königliche Rede finden, wie in der „Times“, so auch in den meisten übrigen Organen der öffentlichen Meinung eine sehr sympathische Beurtheilung. „Der Kaiser Napoleon,“ bemerkt „Daily News,“ „verlangte in Nikolsburg, daß der neue Bund sich nicht über die Mainlinie hinaus erstrecke; der König von Preußen aber erklärte am Sonntage in Berlin, daß eine Pflicht des neuen Parlaments die Wiederherstellung und Einigung Deutschlands sei. Mit des Königs

Worten vor uns, können wir über die Bahn, welche Preußen als das Haupt des Norddeutschen Bundes verfolgen wird, nicht im Unklaren sein. Ebenso gemäßigt ist die Sprache Wilhelm's I. wie zugleich klar und entschieden. Sein Aufruf an die Vertreter des Vaterlandes, sich um ihn zu schaaren und den Traum von Jahrhunderten, das Sehnen und Ringen der jüngsten Geschlechter der Erfüllung entgegen zu führen, wird einen herzlichen Widerhall finden. Was Preußen verlangt, ist unbestreitbar zum Vortheile Deutschlands. Ein Weg steht offen und den muß das deutsche Volk einschlagen, oder auf allen Fortschritt verzichten. Wenn die Politik Preußens von den Deutschen als die einzige erkannt wird, die zu dem ersehnten Ziele, der Einigung ganz Deutschlands, führen kann, so wird sie von Erfolg begleitet sein, wie große Hindernisse auch anscheinend im Wege stehen. Bis jetzt läßt uns alles, was wir von dem Charakter und der Zusammensetzung des Norddeutschen Reichstages wissen, jenes Resultat erwarten. Und wenn es sich vollzogen hat, so werden wir oder unsere Kinder nicht einen Staatenbund, nicht ein vergrößertes Preußen, sondern ein großes und mächtiges deutsches Reich erschauen."

Dänemark. Der holländische General-Consul in Japan meldet per Telegramm über Galle vom 12. Februar, daß der Handelsvertrag zwischen Dänemark und Japan am 12. Januar abgeschlossen worden sei.

Neueres.

Pesth, 28. Febr. In der Sitzung der Deputirtentafel treten nach Verlesung des Protokolls, vom Quästor geleitet, sämmtliche Minister unter allgemeinen anhaltenden Eljenrufen in den Saal. Andrassy hält eine Ansprache, in welcher er die Hoffnung ausdrückt, daß die Nation und das Haus das Ministerium unterstützen werden. Der Präsident des Hauses bestätigt in seiner Erwiderung diese Zuversicht; er freut sich, daß es ihm am Abende seines Lebens noch beschieden war, ein verantwortliches ungarisches Ministerium in diesem Hause empfangen zu können. Andrassy zeigt nun die Vorlagen an, die er gestern in der Konferenz der Deak-Partei anmeldete, und bittet, die Sitzung auf eine halbe Stunde zu suspendiren, weil er die Minister der Magnatentafel vorstellen wolle.

Prag, 28. Febr. Die czechischen Journale veröffentlichen bereits die Candidaten-Listen zu den bevorstehenden Neuwahlen. In seinem Aufrufe: „An das Volk von Böhmen", betont das czechische Wahlkomite, daß der Landtag das Aufgehen Böhmens in einem cisleithanischen Reiche energisch bekämpft habe. Söhne der glorreichsten Geschlechter des Landes hätten zu dem Volke gestanden. Das Volk müsse nun die Haltung der Abgeordneten durch einhellige Wiederwahl der früher gewählten Vertreter rechtfertigen. Die „Narodny Listy" theilen einige Zustimmungs-Telegramme für die czechische Landtagshaltung mit. Nach der „Politik" wären den czechischen Abgeordneten Ovationen zugedacht gewesen, welche sie aber abgelehnt hätten. Das Gerücht, daß gestern das Militär in den Kasernen consignirt gewesen, ist jedenfalls übertrieben.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Binnen Kurzem erscheint im Verlage der Unterzeichneten und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Das bayerische Infanterie- (Podewils-) Gewehr auf Rückladung abgeändert.

12 lithographirte Blätter mit erläuterndem Texte. Herausgegeben von **Joseph Ritter von Halder,** k. b. Oberlieutenant.

Preis fl. 2. 24.

Stahel'sche Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Ein mit bestem Erfolg betriebenes **Spezerei-, Schnitt- und Eisenwaaren-Geschäft** auf dem Lande, 2 Stunden von der Bahn und 1 Stunde vom Maine gelegen, ist Familienverhältnisse wegen billig zu verkaufen, und wird noch bemerkt, daß die Gebäulichkeiten neu und bequem eingerichtet sind und auch ca. 26 Morgen Artfelder und Wiesen nebst Holzgerechtigkeit und ein großer Baugarten mitverkauft werden können um 8000 fl. gegen halbe Anzahlung. Von wem? sagt die Expedition d. Bl.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$66\frac{1}{2}$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$63\frac{3}{4}$—64 G
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$55\frac{1}{4}$—$\frac{3}{8}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	$47\frac{5}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	$41\frac{1}{2}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{5}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$97\frac{1}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	98 P. $97\frac{5}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 G.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$93\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$93\frac{1}{2}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$97\frac{1}{8}$—$\frac{1}{4}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$85\frac{1}{2}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$97\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$87\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$94\frac{3}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
"	4 pCt. Obl. dto.	$92\frac{1}{2}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$82\frac{3}{8}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$87\frac{7}{8}$ P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
"	6pCt. ditto r. 1882	$76\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	188 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	708 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$176\frac{1}{2}$—78 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$95\frac{1}{4}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$216\frac{1}{2}$ P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$97\frac{1}{2}$ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	$343\frac{1}{2}$ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$112\frac{1}{2}$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	115 P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$156\frac{1}{2}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$91\frac{1}{4}$ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	112P. $113\frac{3}{4}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49\frac{1}{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$75\frac{1}{4}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	249 P.
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	$46\frac{3}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$118\frac{1}{8}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	118 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{5}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{2}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	93 P.
do. in öst. W. l. S.	93 P.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$115\frac{3}{4}$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$81\frac{1}{4}$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$71\frac{3}{8}$ P.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$122\frac{3}{4}$ P.
" do. v. 1864	—
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	—
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 35	$53\frac{1}{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55\frac{1}{4}$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
" fl. 25 do.	$39\frac{1}{4}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 P. $35\frac{1}{2}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$28\frac{1}{4}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	33 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{3}{8}$ G.

Frankfurt, 1. März. Der neue Monat eröffnet unter nicht sehr glänzenden Auspicien, was die Lebhaftigkeit des Geschäfts anbelangt. Die Course für österreichische Werthe eröffneten matt, schließen aber höher. Mobilier verbesserten ihren Cours im Laufe der Börse um circa $1\frac{1}{2}$ fl. Obschon Gold von Newyork abermals höher kam und somit wieder den 40er erreicht hat, verkehrten Amerikaner in fester Tendenz und zu gegen gestern beinahe unveränderten Coursen. Die Ablehnung der Vermehrung der Greenbacks durch den Senat hat einen guten Eindruck gemacht und war wahrscheinlich auch mit Veranlassung, daß das Capital sich wieder mehr Amerika zugewendet. Bayer. Ostbahn wurden heute ohne Dividende gehandelt. Von $4\frac{1}{2}$ pCt. Badischen erscheinen bis Montag die effektiven Stücke, ebenso von Staatsbahn, was den Verkehr in diesen Effekten wesentlich erleichtert. Süddeutsche ungefähr wie gestern. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 62-63. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 4. März 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 1. März. Se. Maj. der König hat dem Stadtpfarrer und Dekan K. Fr. L. Hermann in Regensburg in Anerkennung seines langjährigen treuen und ersprießlichen Wirkens den Titel und Rang eines protest. Kirchenrathes tax- und stempelfrei verliehen.

A.C. **München**, 2. März. In der heutigen Sitzung der Kammer der Reichsräthe, welcher mit Ausnahme der HH. Dr. v. Schlör und v. Greſſer sämmtliche Minister anwohnten, wurde über den Gesetzentwurf, einen Kredit für die weiteren Militärbedürfnisse pro 1866/67 berathen. Der II. Präsident Frhr. v. Thüngen erklärte, daß er dem Entwurfe nur mit schwerem Herzen zustimme, denn er müsse gestehen, daß ihn die Antwort, welche ihm Fürst Hohenlohe auf seine Interpellation bezüglich der für die Zukunft einzuschlagenden bayerischen Politik ertheilte, ganz und gar nicht befriedigt habe, heute aber diese Frage weiter auszusprechen, sei nicht angezeigt. Dem vorliegenden Entwurfe müsse übrigens, hievon ganz abgesehen, zugestimmt werden, denn wer den Zweck wolle, müsse auch für die Mittel sorgen und zwar rechtzeitig, denn sonst erwüchsen doppelte Kosten. Frhr. v. Zu-Rhein ist ebenfalls mit der am 1. Februar vom Hrn. Fürsten v. Hohenlohe abgegebenen Erklärung nicht zufrieden und seine Zweifel und Bedenken sind dadurch keineswegs gehoben worden. Die Geschäftsordnung habe leider nicht erlaubt, sofort auf die Beantwortung der Interpellation über die Angelegenheit weiter zu sprechen, er glaubt aber, daß man darauf zurückkommen müsse. Anscheinend böte der vorliegende Entwurf eine Handhabe zu jener Besprechung, allein er sei weit entfernt, hievon Gebrauch zu machen und an das heutige Postulat eine politische Reflexion zu knüpfen, denn dieses müßte, wenn man überhaupt eine bayerische Armee wolle, unter allen Verhältnissen genehmigt werden. Er werde auch, um auf die beregte Angelegenheit zu sprechen zu kommen, nicht wie man zu sagen pflege, die Gelegenheit von der Wand reißen, denn man wolle keinen oppositionellen Angriff gegen den Fürsten Hohenlohe, sondern lediglich nur Klarheit. Bis auf einen Punkt sei man sich auch bereits klar geworden, aber auch über diesen müsse Aufklärung folgen, bevor eine neue Anforderung an die Steuerkraft des Landes ergehe, damit man wisse, ob zu willigen sei oder nicht. In der speziellen Debatte erörtert Referent v. Niethammer die Nothwendigkeit, daß die unmontirt Assentirten eingeübt werden, damit die Armee, wenn man sie braucht, auch wirklich da ist und nicht wie vor dem jüngsten Kriege nur auf dem Papiere steht. Bei dem Postulat für einen höheren Pferdestand erklärt sich Graf Pappenheim auf Grund seiner Erfahrungen (er war lange bei der Kavallerie) entschieden gegen eine Minderung und bei der Abstimmung schließen sich ihm Prinz Leopold, Herzog Ludwig, die Grafen Fugger-Weißenhorn, Castell, Deroy, Holstein, Törring-Jettenbach und Frhr. v. Aretin an.

Bei dem Postulat für den Invalidenfond drückt Frhr. v. Stauffenberg sein lebhaftes Bedauern aus, daß die Regierung nicht eine höhere Summe in das Postulat aufgenommen habe, die Lage der Invaliden sei wahrhaftig keine beneidenswerthe. Bei der Position für Hinterladungsgewehre erörtert Hr. Referent v. Niethammer, daß er in der Hauptsache dem Beschlusse der Abgeordneten beistimme, da durch die bewilligte Umarbeitung der Gewehre für den ersten Bedarf gesorgt sei und die Frage über eine Vereinbarung betreffs eines bestimmten Gewehrsystems zwischen den verschiedenen Regierungen noch nicht gelöst, ja deren Lösung sogar sehr zweifelhaft sei. Es seien aber mit diesen Gewehren die entsprechenden Prüfungen zu machen und hiezu solle das Kriegsministerium nicht nur ermächtigt, sondern auch mit den nöthigen Mitteln (50,000 fl.) hiefür ausgestattet werden. Hr. Kriegsminister v. Pranckh erklärt, daß das Staatsministerium des Krieges, falls die gegebene Summe nicht ausreichen sollte, mit einem weiteren Postulat an den Landtag kommen werde, dasselbe stellt der Hr. Minister auch bezüglich der Festungsdotationen in Aussicht. Der Gesetzentwurf wird schließlich in der Fassung des Ausschusses einstimmig angenommen. (Hiernach werden die von der Regierung für Einübung der unmontirt Assentirten geforderten, von der Abgeordnetenkammer gestrichenen 201,909 fl. wieder eingesetzt und außerdem für probeweise Anschaffung von Hinterladungsgewehren 50,000 fl. genehmigt, von dieser Summe aber sind 30,000 fl. aus den für allgemeine Kosten, Versuche, Regiebedürfnisse &c. bereits von der Abgeordnetenkammer bewilligten 68,000 fl. zu entnehmen und wird der Rest von 20,000 fl. in den geforderten Kredit eingefügt.)

Bei dem Antrag der Abgeordnetenkammer, daß die Gensdarmerie künftighin von dem Etat und Ressort des Kriegsministeriums ausgeschieden und als Sicherheitsmannschaft dem Ressort des Staatsministeriums des Innern allein unterstellt werden solle, konstatirt Referent die vielsagende Thatsache, daß in dem letzten Kriege in Folge der militärischen Eigenschaft der Gendarmerie die von dem Feinde besetzten Provinzen jeglichen Schutzes entbehren mußten, weil die Gendarmerie, als zur Armee gehörig, mit den sich zurückziehenden Militärabtheilungen sich ebenfalls zurückziehen und so ihre Posten verlassen mußte. Frhr. v. Zu-Rhein ist vollkommen mit dem erwähnten Antrag einverstanden und hätte ihn sogar selbst eingebracht, wenn ihm die Abgeordnetenkammer nicht damit zuvorgekommen wäre. Er schildert, wie in Franken in Folge der Abwesenheit der Gendarmerie namentlich der Wildfrevel so stark überhand genommen, das ihm das Forstpersonal trotz aller Mühe und Anstrengung gar lange nicht Herr werden konnte. Minister v. Pechmann erklärt, die Staatsregierung habe diese Frage allerdings in's Auge gefaßt, sie sei aber noch zu keinem definitiven Urtheil darüber gekommen und es lasse sich nicht leugnen, daß der Gendarmerie gerade aus dem Militärverbande nicht zu unterschätzende Vortheile erwachsen. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Gegen den Antrag des Frhrn. v. Niethammer auf Vorlage eines Expropriationsgesetzes für die Abgabe der Pferde im Falle der Mobilmachung der Armee gegen gesetzliche Entschädigung spricht sich Graf Quadt-Isny aus, ohne jedoch sein Votum näher zu begründen und in seinem Sinne votiren die HH. Grafen Fugger-Weißenhorn, Rechtern, Fugger-Babenhausen, Schönborn, Castell, Ponikau, Törring-Jettenbach und Fürst Wrede. Der Antrag wird übrigens angenommen. — Ohne viele Diskussion wird hierauf der Gesetzentwurf in Betreff des Kreisanlehens für die Irrenanstalt in Werneck angenommen. Dasselbe geschieht mit dem Gesetzentwurf über die Entschädigung der Vieheigenthümer für ihre im Falle des Ausbruchs der Rinderpest im Inlande getödteten Thiere. Referent Graf Lerchenfeld theilt ganz die Ansichten der Abgeordnetenkammer in Bezug auf Erlaß einer allgemeinen Seuchenordnung und hinsichtlich des Veterinärwesens und wird in dem Wunsche, daß die Veterinärärzte mehr wissenschaftliche Bildung und mehr Selbstständigkeit erhalten sollen, von Frhr. v. Zu-Rhein aufs wärmste unterstützt. Minister v. Pechmann erklärt, daß die Erfüllung der geäußerten Wünsche nahe bevorstehe. Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen und damit die Sitzung geschlossen.

Heidelberg, 28. Februar. Vorgestern hat in der Strafkammer des Kreisgerichts zu Karlsruhe die Verhandlung der Anklage gegen die beiden bekannten Broschüren „über den badischen Verrath" stattgefunden. Zamarski in Wien und C. Aue in Stuttgart waren als Drucker und Verleger, und J. Kleeblatt von Stuttgart ebenfalls als Drucker geladen. (Die erste Broschüre war bekanntlich in Wien, die zweite in Stuttgart erschienen.) Die Geladenen zogen jedoch vor, nitch zu erscheinen, und wurden in contumaciam zu je 6 Monaten Kreisgefängniß verurtheilt. — Auch eine weitere Druckschrift: „Enthüllung der vom bayerischen Königshause verheimlichten Todesursache des Königs Max" ist mit gerichtlichem Beschlag belegt worden. — Das Barackenlager, welches in der Nähe von Philippsburg errichtet werden sollte, ist jetzt vollständig aufgegeben worden. Es wäre für die jetzigen Verhältnisse auch unnütz. — Durch den Tod des Obersten Keller, des Chefs des bisherigen Generalstabs hat das badische Armeecorps wohl seinen fähigsten Offizier verloren. Die von ihm in der ersten Kammer bei Berathung des Militärbudgets gehaltenen Vorträge zeigten von ausgezeichneten theoretischen und praktischen mili-

tärischen Kenntnißen. — Währenddem sonst unser Nachbarland Würtemberg von den süddeutschen Staaten das größte Kontingent zur Auswanderung nach Amerika lieferte, ist nach statistischen Ausweisen jetzt Baden an diese Stelle getreten. Die vielen Ganten, die allerwärts, besonders in den Städten fast tagtäglich vorkommen, dokumentiren ebenfalls keine Zunahme des Wohlstandes. (Fr. Z.)

Darmstadt, 28. Febr. Die vor einigen Tagen von anderer Seite mitgetheilte Nachricht, daß durch Verfügung des Kriegsministeriums bei unserem Militär die preußischen Exerzierreglements eingeführt worden seien, bedarf der Berichtigung; ein derartiges Reskript ist bis jetzt noch nicht erlassen worden. Die in den letzten Tagen hier sehr stark verbreiteten Gerüchte über den Abschluß einer Militärkonvention mit Preußen, die angeblich auf Aeußerungen von sehr hochgestellten Personen basiren, sollen, wie uns von verläßiger Seite mitgetheilt wird, in der Art begründet sein, als von unserem militärischen Bevollmächtigten in Berlin Berichte eingelaufen seien, nach denen Preußen im Wesentlichen die Wünsche unserer Regierung bezüglich der Erhaltung des Divisionsverbands zu berücksichtigen sich bereit erklärt habe. (Fr. J.)

Berlin, 28. Febr. Das „Journal de Genève" hat vor einigen Tagen wieder die angeblichen Compensationen zur Sprache gebracht, die von Preußen in Paris vor dem letzten Kriege mit Oesterreich in Vorschlag gebracht wären. Es wird dabei gewöhnlich auf bayerische und darmstädtische Gebietstheile hingewiesen, deren Ueberlassung an Frankreich preußischerseits in Aussicht genommen wäre. Das genannte Journal hört sogar, daß die darauf bezüglichen Verabredungen bereits bei der Anwesenheit des Ministers Grafen v. Bismarck in Biarritz stattgefunden hätten. Das französische Gelb- und das Blaubuch enthalten bekanntlich auch nicht die Spur einer Andeutung von Verhandlungen, um Frankreich in Deutschland dafür zu entschädigen, daß es der nationalen Entwicklung nicht hindernd in den Weg trete. Alle Aktenstücke in diesen Büchern lassen erkennen, daß die Erweiterung des preußischen Gebietes in Deutschland als ein im Interesse Frankreichs liegendes Ereigniß von dem Pariser Kabinet aufgefaßt und vermittelt worden ist. Aber die Durchführung ist nicht von Compensationen an Frankreich abhängig gemacht worden. Jenes Gelbbuch trägt kein Bedenken, hervorzuheben, daß Hr. v. d. Pfordten die Vermittlung Frankreichs in den Verhandlungen mit Preußen angerufen habe, es konnte aber keiner Verabredungen in Biarritz Erwähnung thun, weil diese nicht stattgefunden haben. Diese Sachlage ist schon oft erörtert worden, aber die Compensationen sind ein beliebtes Mittel in der Hand der Gegner Preußens, um in Süddeutschland oder Belgien Argwohn zu erregen und durch die Wiederholung dieser alten Erdichtungen das Vertrauen zu denjenigen Männern zu erschüttern, welche in Württemberg, Baden und Bayern einer Verständigung mit Preußen auf den Grundlagen des Prager Friedens das Wort reden. Wird doch außerdem schon die Bevölkerung durch die Behauptungen getäuscht, daß Preußen durch Einschüchterungen Süddeutschland in den norddeutschen Bund zu locken suche. So fordert eine Korrespondenz in der „Allg. Z." (26. d. M.) „Vom Neckar", Baden möge bekennen: „Unsere Bemühungen, ein politisches Band mit dem Norden zu knüpfen, sind gescheitert." Baden hat keine Versuche gemacht, mit Preußen eine politische Allianz zu schließen. Daß diejenigen, welche in Süddeutschland ein Bündniß mit Preußen erstreben, nicht dazu verlockt sind, darüber mögen sich Preußens Gegner in der jüngst erschienenen Schrift des Bischofs von Mainz belehren. (K. Z.)

Berlin, 1. März. Der „Staatsanzeiger" verkündet eine königliche Verordnung, durch welche das preußische Berggesetz in Nassau, Homburg und den ehemaligen darmstädtischen Gebieten eingeführt wird. — Die zweite Abtheilung des Reichstages hat nach eingegangenem Protest die Wahl des Cabinetsministers v. Oheimb aus Lippe beanstandet. — In Zwickau ist der Candidat der Arbeiterpartei Schraps gegen Streit gewählt. — Die Fraktion der National-Liberalen hat sich gestern unter Vorsitz v. Bennigsen's (Präsident des Nationalvereins) constituirt. Bis jetzt zählt diese Fraktion 53 Mitglieder.

O.C. **Wien,** 28. Februar. (Sitzung des niederösterreichischen Landtages.) Die Sitzung wurde um 11½ Uhr eröffnet; Galerien überfüllt. Auf der Tagesordnung stand die Wahl aus dem Großgrundbesitz in den Reichsrath; nachdem zuerst der Ausschuß des Großgrundbesitzes in der Person des B. Suttner und als dessen Ersatzmann Prälat Helfersdorfer gewählt wurde, wurde die Wahl der Abgeordneten in den Reichsrath vorgenommen, und gingen die Herren: B. Tinti mit 45, B. Geisau mit 45, Graf Kinski mit 46, Graf Brinis mit 57, Bar. Falkenhein mit 40 Stimmen aus der Wahlurne hervor. Vor diesem Wahlakte waren verschiedene minderwichtige Gegenstände erledigt worden, unter denen wir den Ausschußbericht über die Wahlvorgänge in Kornenburg, Stockerau, Wolkersdorf hervorheben, da hiebei nach dem Ausschußberichte eine Beeinflußung der Wahlen von Seite der Regierung stattgefunden haben soll. Statthalter Graf Chorinski weist im Namen der Regierung diese Insinuation zurück und erklärt, die Zeugenaussage von 20 Personen unter 89 Wählern sei ungenügend. Wir übergehen die sehr erregte Debatte über den Ausschußbericht in Betreff der Defraudation des Joh. Simetzberger und kommen zum Schlusse der Sitzung, welche zugleich der Schluß der diesjährigen Session ist. Dr. Mühlfeld drückt dem Landmarschall in warmen Worten die Anerkennung der Versammlung aus, hierauf theilte der Statthalter Graf Chorinski mit, daß sich die nächste Landtagssession nur mit Landesangelegenheiten befassen werde. Mit einem dreimaligen Hoch auf Seine Majestät wurde die Sitzung geschlossen.

O.C. **Wien,** 28. Februar. Das „Vaterland" schreibt: „Die Auflösung des böhmischen Landtages, welche noch heute von vielen Seiten in Zweifel gezogen wurde, ist nun erfolgt. Der Landtag des ersten nichtungarischen Königreiches, welcher nach reiflicher und gewissenhafter Erwägung sich den Maßnahmen der neuen Regierung nicht anschließen konnte, wird nach konstitutioneller Weise aufgelöst und Neuwahlen für denselben angeordnet. Kurz, aber bedeutungsvoll war seine Dauer. Die Vertreter des Landes haben in einer der Wichtigkeit der Sache angemessenen Weise ernst und würdig ihre Aufgabe erfüllt und nach bestem Wissen und Gewissen erschöpfend dargestellt, was das übereinstimmende Interesse des Reiches und des Landes erfordern. Die Wirksamkeit des Landtages wird nun auf eine Zeit lang unterbrochen; das Land, welches beruhigt auf seine Vertretung blicken konnte, weil seine Rechte und Pflichten wahrhaft gewissenhaften Händen anvertraut waren, soll noch einmal beweisen, daß die Stimme des Landtages seine Stimme war. Wir zweifeln nicht, daß das Königreich Böhmen für das Wort seiner Vertreter einstehen wird. In altbewährter, noch unlängst blutig besiegelter Treue und Anhänglichkeit an die unveräußerlichen Rechte der Krone und des Landes wird die Bevölkerung von Böhmen zur Wahlurne gehen mit dem Wahlspruche: Gott schütze Kaiser und Vaterland!"

Wien, 28. Febr. Von dem Ministerium diesseits der Leitha steht nunmehr fest, daß der Justizminister v. Komers, der Handelsminister v. Wüllerstorf und der Kriegsminister v. John im Amte bleiben. Ein Finanzminister wird vorläufig eben so wenig ernannt werden wie ein Polizeiminister; den ersteren wird Hr. v. Beke auch ferner vertreten, die Geschäfte des letzteren übernimmt einstweilen Hr. v. Beust. Dieser soll überdies die Nothwendigkeit eines eigenen Kultus- und Unterrichtsministeriums hohen Ortes so überzeugend dargethan haben, daß die Errichtung eines solchen im Prinzipe beschlossen ist. Zwar haben die Verhandlungen mit Prof. v. Hasner wegen Uebernahme dieses Postens noch zu keinem Resultate geführt, sie sind aber auch noch nicht definitiv abgebrochen. Es scheint, daß einerseits Hr. v. Hasner selbst eine Klärung der Verhältnisse und ein daraus sich ergebendes bestimmtes Regierungsprogramm, anderseits auch die Regierung den Zusammentritt des Reichsraths abwarten will, um vielleicht aus diesem eine geeignete und weniger Schwierigkeit machende Capacität heranzuziehen. Man hört in dieser Beziehung den Namen des begabten Professors Herbst in Prag nennen. Bis die Personenfrage entschieden ist, wird der jetzige Unterrichtsrath seine freilich nur zu wenig wahrnehmbare Thätigkeit fortsetzen. Das Ministerium des Innern, welches an die Stelle des bisherigen Staatsministeriums treten soll, wurde dem jetzigen Statthalter von Oberösterreich, Grafen Taaffe, angetragen, der trotz seiner Jugend (er zählt erst 33 Jahre) doch schon Proben seiner Befähigung abgelegt haben soll. Derselbe ist auf sein Verlangen vorläufig nur zum Minister ohne Portefeuille ernannt und provisorisch mit der Verwaltung des Innern beauftragt worden, wird dieselbe aber auch erst nach dem Schlusse des Landtags von Oberösterreich, dessen Verhandlungen er als Statthalter beiwohnen muß, übernehmen.

Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht folgendes kaiserl. Patent vom 26. Februar 1867, betreffend die Auflösung des böhmischen Landtags: Wir Franz Joseph der Erste ꝛc.

Durch den Statthalter Unseres Königreiches Böhmen ist Uns der Beschluß des Landtages vom 25. d. M. zur Kenntniß gebracht worden.

Die Gefühle der Treue und Anhänglichkeit an Unsere Person und Unser Haus, welche auch bei diesem Anlasse erneuerten Ausdruck gefunden haben, waren wie immer wohlthuend für Unser landesväterliches Herz als treuer Nachhall der Uns wohlbekannten Gesinnungen des Volkes von Böhmen.

Ernstlich bedacht auf die Förderung der Wohlfahrt aller Theile Unseres Reiches und fest entschlossen, sie in dem Streben nach freier innerer Entwicklung zu unterstützen, erachten Wir es gegenwärtig als Unsere erste und wichtigste Regentenpflicht, die Regelung der verfassungsmäßigen Verhältnisse der Gesammtmonarchie zu einem raschen und gedeihlichen Abschlusse zu bringen.

Der Landtag selbst spricht die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit und Dringlichkeit dieser Aufgabe aus. Nachdem aber derselbe in seiner Mehrheit einen Beschluß gefaßt hat, welcher, wenn Wir ihm Unsere Zustimmung ertheilen wollten, diesen Zweck vereiteln würde, so finden Wir

Uns veranlaßt, Uns nochmals an die Bevölkerung Unseres Königreiches Böhmen zu wenden, und verordnen:

1. der Landtag Unseres Königreiches Böhmen ist in Anwendung des § 10 der Landesordnung aufzulösen und sogleich die Ausschreibung von neuen Wahlen anzuordnen.

2. Wir behalten Uns die Bestimmung des Zeitpunktes für die Einberufung des neuen Landtages vor.

Franz Joseph m. p.

Beust m. p. Komers m. p. Wüllerstorf m. p. John FML. m. p.

Auf allerhöchste Anordnung:

Bernhard Ritter v. Meyer m. p.

Pesth, 28. Febr. „Pesti Naplo" sagt: Es wäre kleinmüthig, zu zweifeln, daß der Landtag für die Uebergangszeit die Indemnität bewilligen werde, deren die Regierung bedarf. Die ungarische Nation, die gegen Majlath's Regime, obwohl es nicht auf gesetzlicher Basis beruhte und den Charakter des Provisorischen hatte, taktvolle Nachsicht an den Tag legte, werde dem verfassungsmäßigen, auf die Majorität gestützten Ministerium mit Freuden und in vollem Maße die Mittel gewähren, die zur Beseitigung der Uebergangs-Schwierigkeiten nöthig sind.

Pesth, 1. März. Heute hat die feierliche Beisetzung der Leiche des Erzherzogs Stephan in der erzherzoglichen Gruft zu Ofen stattgefunden. Der Trauerfeier wohnten der Bruder und die Schwester des Verstorbenen, die Erzherzoge Joseph, Karl und Ferdinand, der belgische General Monkorka Namens des belgischen Hofs, ein Vertreter des oldenburgischen Hofs, die ungarischen Minister und Abordnungen beider Häuser des Landtags bei.

Agram, 27. Febr. Ein kaiserl. Reskript tadelt das Verhalten der kroatischen Zeitungen und erklärt, die Trennung von Ungarn und die Errichtung eines dreieinigen Königreiches seien Hirngespinste. Die Behörden sind angewiesen, für die Einigkeit mit Ungarn thätig zu sein.

Prag, 1. März. Dem Fürsten Hugo von Thurn und Taxis und dem Altgrafen Franz Salm-Reifferscheid wurde die Bewilligung zur Vornahme der Vorarbeiten für eine Lokomotivbahn, und zwar dem Ersteren für die Strecke von Jungbunzlau nach Kollin, und dem Letzteren für die Strecke von Kollin nach Iglau ertheilt.

Paris, 27. Febr. Der „Abend-Moniteur" konstatirt in seinem Wochenbulletin, daß die Ernennung des ungarischen Ministeriums in ganz Ungarn große und einstimmige Freude hervorgerufen habe. Dasselbe Blatt weiter vom Reichsrathe sprechend sagt: Man müsse für das Gelingen dieses Versuches, sowie dafür Wünsche hegen, daß Kaiser Franz Joseph die Traditionen mit den Erfordernissen und dem Fortschritte des Zeitgeistes gerechtermaßen versöhnen könne. Es bedarf eines starken Staates, um zwischen so verschiedenartigen Völkerstämmen ein Band zu bilden, und das Gleichgewicht Europas macht die Existenz und das Gedeihen einer großen Monarchie absolut nothwendig, welche bestimmt ist, einen beträchtlichen Platz zwischen dem Osten und den Westmächten einzunehmen.

Paris, 28. Febr. Der „Moniteur" enthält einen Bericht des Ministers der öffentlichen Arbeiten über Belohnungen für diejenigen Personen, welche sich während der Choleraepidemie durch ihre Aufopferung und ihre Dienste in den nördlichen Departements besonders ausgezeichnet haben. Eine Anzahl von Geistlichen, Beamten und Aerzte haben das Kreuz der Ehrenlegion erhalten. Außerdem sind 81 goldene, 263 silberne und 339 eherne Medaillen vertheilt worden. — Der Kaiser hat auf Antrag des Kriegsministers 617 verurtheilten Militärpersonen theils völligen Nachlaß, theils Verminderung ihrer Strafzeit zu Theil werden lassen.

Rom, 20. Febr. Man versichert, daß die römischen Ausgewanderten, deren Zahl man auf 14000 schätzt, absolut nach Rom zurückkehren wollen, und daß sie selbst mit Gewalt diesen Entschluß auszuführen drohen. Die Regierung von Florenz, besorgt über die Aufregung, die sich unter den Ausgewanderten zeigt, habe eine Note an das Tuilerienkabinet gerichtet, um ihm die Schwierigkeiten der Lage auseinanderzusetzen. Sie sei, sagte sie, nicht mehr im Stande, die Ungeduldigen zurückzuhalten und sie würde mit Vergnügen sehen, wenn ihr Budget um die Summen erleichtert würde, mit welchen sie bisher die Flüchtigen unterstützen müsse. Gleichwohl fühle sie sich gebunden durch den Septembervertrag, der sie verpflichte, die römische Grenze gegen jeden Angriff von außen zu decken. Allein andererseits widerstrebe es ihr, die Geschichte von Aspromonte zu wiederholen und Gewaltmittel gegen Bürger zu gebrauchen, deren Wünsche ihr gerechtfertigt schienen. Dies ist der Inhalt der, wie es heißt, von Ricasoli verfaßten Note. Die Antwort Frankreichs kennt man nicht, doch heißt es, Frankreich mache in diesem Augenblicke große Anstrengungen, um vom Papste eine Amnestie zu erlangen. Bisher sind freilich alle Schritte, die Frankreich in diesem Sinne that, an der Hartnäckigkeit des hl. Stuhls gescheitert. (Journ. des Deb.)

London, 27. Febr. Im Oberhause äußerte gestern Lord Stratheden den Wunsch, daß die Bill zur Conföderirung der britisch-amerikanischen Colonien erst nach einem Monat zur driten Lesun gelange, damit Nova Scotia, wo das allgemeine Stimmrecht erst unlängst abgeschafft und durch ein beschränkteres ersetzt worden ist, Gelegenheit erhalte, seine Meinung über die Bill durch die nach dem neuen System zu erwählende Assembly auszudrücken. Lord Carlnarvon (Kolonialminister) erwidert, daß keine Petition um solchen Aufschub an das Parlament gelangt sei, und daß man die 14 oder 16 Delegirten, die schon sehr viel Zeit der Sache geopfert hätten, nicht noch länger in England zurückhalten könne. Das Amendement wird darauf zurückgenommen und die dritte Lesung genehmigt.

Im Unterhause erhob sich gestern der Schatzkanzler, um wieder einen neuen Entschluß der Regierung in Bezug auf die Parlamentsreform anzukündigen. Er nahm die Resolutionen zurück. (Beifall.) Er habe ursprünglich den Resolutionsweg gewählt, um sicher zu sein, daß die Frage eine ehrliche und freimüthige Behandlung von Seiten des ganzen Hauses erhalten werde. Seine Zweifel über diesen Punkt seien jetzt gehoben. Er glaube sogar, gehört zu haben, daß sich die Opposition anheischig machen wolle, einer Regierungsbill bis nach der zweiten Lesung nichts in den Weg zu legen. (Widerspruch.) Genug, er könne mittheilen, daß die Regierung ihm gestatte, eine Reformbill einzubringen. („Wann?") Der Gegenstand bedürfe einiger Vorbereitung. Eine Reformbill sei keine Chausseebill. Er hoffe jedoch, sie vielleicht, schon Donnerstag in acht Tagen einbringen zu können. (Hört! Hört! und Beifall.

Ein Meeting zu Gunsten von Disraeli's Reformresolutionen fand gestern Abend in Manchester ungefähr in demselben Augenblick statt, als Hr. Disraeli sie im Parlament zurücknahm. Das Meeting, sagen die Tory-Blätter, war enthusiastisch. — Die vielbesprochene Reformfrage und die Maßnahmen des Ministeriums wurden gestern Abend in einer Versammlung der Delegirten der Gewerke und Arbeitervereinigungen, die sich in einer Stärke von 150 Deputirten in der St. Martins Hall eingefunden hatten, erörtert. Der Vorsitzende, Hr. Georg Potter, verurtheilte die Resolutionen der Regierung als elend und besonders in dem einen Punkte mangelhaft, daß für Untermiether keine Erweiterung des Wahlrechtes darin enthalten sei. Letzteres sei die einzige Maßregel, wodurch den Arbeitern zu ihren politischen Rechten verholfen werden könne. Die Aeußerung Hrn. Lowe's, die Demonstrationen seien bis jetzt nur lächerliche Fehlgeburten gewesen, bezeichnete der Redner als unverschämt und hielt es gegenüber derartigen Worten für die Pflicht der Arbeiter, in Zukunft solche Demonstrationen zu veranstalten, die selbst Herr Lowe nicht wagen dürfe, zu verachten. Er sei der Ansicht, man solle an einem der Osterfeiertage eine Demonstration abhalten, daß Londons Straßen von Morgens bis in die Nacht hinein überfüllt würden. 100,000 Mann von Manchester und Birmingham und anderen nordischen Städten, in der Umgegend der Stadt auf acht Tage einquartiert, könnten ihre Wirkung nicht verfehlen. Die Reformfrage könne nicht länger in diesem Zustande bleiben und die Sache sei so weit gediehen, daß die Arbeiter entschlossen seien, dieselbe zu einem Schlusse, und zwar zu einem baldigen Schlusse zu bringen. In ähnlichem Tone sprachen sich die weiteren Redner aus. Es wurde bemerkt: im Jahre 1832 haben sich die Tories nur 24 Stunden vor einer Revolution gewähnt; wenn aber jetzt sich die Männer von Birmingham und Manchester auf den Hügeln bei der Hauptstadt lagerten, so dürften sie sich einem solchen Ereigniß ein ziemliches Ende näher fühlen. Ein anderer Sprecher forderte die Arbeiter auf, die Reform zu fordern, wie sie den Eingang in den Hydepark verlangt hätten, an dem Tage, wo die Gitter fallen mußten. Im Verlaufe der Versammlung wurde alsdann der Beschluß gefaßt, am nächsten Sonnabend um 3 Uhr auf dem Trafalgar Square ein großes Meeting abzuhalten.

London, 27. Febr. Von zuverlässiger Seite wird mir folgende interessante Thatsache mitgetheilt. Kaiser Maximilian von Mexiko hatte bekanntlich dem Kaiser Napoleon andeuten lassen, daß er, um sich vor Europa wegen seines transatlantischen Unternehmens zu rechtfertigen, in die Lage kommen könne, gewisse Briefe, in welchen der französische Kaiser ihm bestimmte Versprechungen gemacht, und sonstige Schriftstücke, die er als sichere Garantieen betrachten zu dürfen glaubte, zu veröffentlichen. Seitdem ließ Napoleon sich diese Papiere zurückerbitten und, als die Rückgabe verweigert wurde, mit allem Eifer auf dieselben fahnden. Es wurde seiner Zeit gemeldet, daß die Kaiserin Charlotte sie nach Europa mitgenommen und an guter Stelle aufbewahrt habe. Neuerdings scheint die Kaiserin Grund zu der Besorgniß erhalten zu haben, daß diese Schriften bei ihr oder an dem von ihr gewählten Orte vor den französischen Nachstellungen nicht mehr sicher genug sind. Sie fertigte daher einen geheimen Boten, dem sie die Papiere anvertrauen durfte, nach London ab, mit dem Auftrage, sie der Königin Viktoria eigenhändig zu übergeben. Vor Kurzem hat die Königin aus den Händen des Abgesandten die

geheime Correspondenz entgegengenommen und die Versicherung ertheilt, daß sie dieselbe nur an Kaiser Maximilian selbst oder an einen von diesem zur Empfangnahme Bevollmächtigten ausliefern werde.

Bukarest, 28. Februar. Der frühere Kriegsminister Kusa's, Oberst Salomon wird in die Armee wieder eintreten.

Chicago, 6. Febr. Der Präsident empfiehlt jetzt dem Süden, nach dem Vorbilde des römischen Senates die radikalen Volkstribunen (d. h. den Kongreß) durch scheinbar radikalere Anträge vor dem Volke des Nordens zu überbieten. Er schlägt dem Süden die Annahme des sogenannten unparteiischen Stimmrechts vor, jenes Flankenmanövers, das von der „Chicago Times" schon nach den großen Wahlniederlagen des Oktober und November der Demokratie als das einzige Rettungsmittel gegen den völligen politischen Tod bezeichnet wurde. Es ist bereits früher dargelegt, daß diese Reform nur eine scheinbare, daß dadurch dem Obergewicht der Rebellen im Süden nicht abgeholfen würde, und zwar aus zwei Gründen, 1) weil die Beschränkung des Wahlrechts auf solche, die englisch lesen können und 250 Doll. werthes steuerbares Eigenthum besitzen (dies soll den Inhalt einer neuen, den Staatsverfassungen einzuverleibenden Sektion bilden), den größten Theil der Neger vom Wahlkasten nach wie vor ausschließt, und 2) weil die Beschränkung die bisher des Stimmrechts theilhaftigen Bürger (z. B. die rebellischen unwissenden und armen Millionen weißer Werkzeuge der Ex-Sklavenhalter) nicht berühren soll. Die Wirkung würde demnach die sein, daß die südlichen Staaten in den Händen der Rebellen blieben, daß Rebellen dieselben im Kongreß vertreten würden, kurz, daß die ohnedem nicht immer kompakte $^{2}/_{3}$ Mehrheit den Vetos Johnsons gegenüber verloren ginge. Der Johnson'sche Plan will ferner wie der des Kongresses vom letzten Sommer die Nationalschuld für heilig und unverletzlich in der Bundesverfassung erklärt wissen, sowie die Bestimmung eingefügt, daß die Rebellenschuld niemals von der Nation oder irgend einem Staate bezahlt werden dürfe. Aber außer dem im „unparteiischen" Stimmrecht versteckten Pferdefuß macht sich ein anderer in der ersten Sektion der Verfassungsänderung bemerkbar, die Johnson vorschlägt. Dieselbe lautet: „Kein Staat hat ein Recht auszuscheiden (so weit gut), noch hat die Bundesgewalt das Recht, einen Staat auszustoßen oder ihn seiner Vertretung im Kongresse zu berauben." Man erinnert sich, daß hierin der Kernpunkt der Streitfrage zwischen Kongreß und Präsidenten, zwischen Radikalismus und Reaktion liegt. Der Kongreß besteht auf einem Durchgang des Südens durch eine Art Fegfeuer von Militärgouverneuren, und Früchten der Reue und Buße, als z. B. wirklich allgemeines Stimmrecht, bevor er südliche Vertreter in den Kongreß zuläßt; der Präsident dagegen besteht auf sofortiger Zulassung der südlichen Vertreter in den Kongreß, dessen Recht auf Verwerfung solcher Vertreter er als ein rein formelles hinstellt, d. h. auf Untersuchung der Frage beschränkt wissen will, ob Alles bei der Wahl in den betreffenden südlichen Staaten ordentlich zugegangen, nicht aber auf die weit wichtigere Frage ausgedehnt, ob die Bewohner des Staates überhaupt in einer Verfassung waren und sind, daß man sie ohne Gefahr für die Union mit der Wahl von Kongreßmitgliedern betrauen kann. Der Plan Johnson's ist nun, jenes Flankenmanöver den Südstaaten zur sofortigen Ausführung zu empfehlen, namentlich für Einverleibung des oben auseinander gesetzten unparteiischen Stimmrechts in die Staatsverfassungen so forgen, sich für Annahme der erwähnten Bundesverfassungsänderung zu erklären, und ihn in den Stand zu setzen, am 4. März dem neuen (40.) Kongresse diese Lösung der Frage in der Präsidentenbotschaft triumphirend vorzulegen. Dies wäre also das südliche Programm, während das nördliche noch immer nicht zur Klarheit gediehen ist. (Schw. M.)

Neueres.

Berlin, 2. März. Bei der heute im Reichstag vorgenommenen Präsidentenwahl wurden im Ganzen 240 Stimmen abgegeben, so daß zur absoluten Mehrheit 121 Stimmen gehörten. Die meisten Stimmen (120) fielen auf Simson, Graf Stolberg erhielt 73, Fürst Ujest 24, v. Wächter 17, v. Erxleben 3 Stimmen, die übrigen zersplitterten sich. Bei der hierauf vorgenommenen engeren Wahl, in welcher 240 Stimmen abgegeben wurden, wurde Simson mit 127 Stimmen zum Präsidenten gewählt, während Graf Stolberg 89 Stimmen erhielt. Ersterer hat die Wahl angenommen.

Berlin, 2. März. Zum ersten Vicepräsidenten des Reichstags wurde Herzog v. Ujest mit 119 von 231 Stimmen, zum zweiten v. Bennigsen mit 114 von 227 abgegebenen Stimmen gewählt. Außerdem erhielten Haberkorn 95, v. Wächter 8, Braun 2, v. Rothschild 1 Stimme.

Prag, 2. März. Die „Narodni Listy" erzählen heute die Entstehungs-Geschichte der Majoritäts-Adresse des Landtags, welche das Resultat der Berathungen des Slaven-Congresses war. Letzterer wäre erfolglos auseinandergegangen, hätte nicht der Einfluß des Adels gesiegt. Schon damals betonten jedoch die mährischen Repräsentanten die völlige Aussichtslosigkeit der Föderalisten bei eventuellen Neuwahlen, ebenso die Slovenen und Polen gaben ihrer Besorgniß Ausdruck, daß Graf Goluchowski abberufen werden könnte. Die Mährer und Polen, meinen die „Narodni Listy," hätten jetzt den auf sie gesetzten Erwartungen nicht entsprochen und die Czechen im Stich gelassen. — In der Redaktion der „Politik" hat gestern wohl eine Hausdurchsuchung stattgefunden, allein das Gerücht, daß gegen das czechische Wahlkomite wegen des Wahlaufrufs ein Prozeß eingeleitet sei, ist unwahr.

Pesth, 2. Febr. Die Deputirtentafel nahm die ministerielle Vorlage bezüglich der Steuereinhebung mit unwesentlichen Veränderungen an. In der heutigen Abendsitzung kommt die Vorlage wegen der Rekrutenbewilligung zur Berathung.

Lemberg, 2. März. Der galizische Landtag beschloß die Beschickung des Reichsraths mit 99 gegen 34 Stimmen, nachdem der Referent Ziemialkowski seinen Adreßentwurf zurückgezogen und der Adreßentwurf der Ruthenen abgelehnt worden war.

Paris, 2. März. Herr v. Langrand-Dumonceau ist, von Rom kommend, gestern hier eingetroffen. Es scheint, daß er den italienischen Finanzplan mit Rothschild und dem Pariser Credit Foncier ausführen wolle. Fürst Metternich ist von Mentone zurückgekehrt. Das „Memorial Diplomatique" schreibt: Kaiser Maximilian hat durch den letzten Courier der hiesigen mexikanischen Gesandtschaft die Weisung ertheilt, bis auf weiteren Befehl keine Berichte und Depeschen an ihn zu richten. Es sei sehr zu fürchten, daß nach dem Abzuge der Franzosen die Verbindung zwischen Vera-Cruz und Mexiko unterbrochen werde. Die Reise des Prinzen Humbert nach Wien ist wegen der Trauer am österreichischen Hofe und weil der Prinz der Eröffnung der Pariser Ausstellung beiwohnen will, bis nach Ostern vertagt worden. Die türkische Botschaft erklärt nach einem ihr aus Konstantinopel zugegangenen offiziellen Telegramme, daß die Nachrichten aus Athen, nach welchem 8000 Türken am 13. und 14. Februar von den Insurgenten geschlagen und von den Türken neue Metzeleien verübt worden sein sollen, ganz und gar grundlos seien. Emil Girardin wurde wegen eines in der heutigen „Liberté" veröffentlichten Artikels in den Anklagestand versetzt.

Brüssel, 2. März. Die Vermählung des Grafen von Flandern mit der Prinzessin Maria von Hohenzollern wurde auf den 25. April festgesetzt.

Konstantinopel, 2. März. (Direkt.) General-Zolldirektor Kiani Pascha ist zum Finanzminister designirt. Einige christliche Beamten sind zu höheren Würden befördert worden. Der neuernannte Oecumenische Patriarch Gregorius ist vom Sultan empfangen worden.

Belgrad, 1. März. Es wird aufs bestimmteste versichert, die Pforte zeige Geneigtheit zur Räumung der serbischen Festungen einschließlich Belgrads, unter der Bedingung, daß Serbien den Jahrestribut erhöhe, die Entwaffnung der Nationalmiliz vornehme, das aktive Militär reducire und daß die Pariser Vertragsmächte Garantie dafür leisten, daß Serbien ferner die Souveränetät der Pforte anerkenne und sich den türkischen Nachbarprovinzen gegenüber friedlich verhalte. Es verlautet, Serbien sei nicht gesonnen, diese Bedingungen anzunehmen.

New-York, 1. März. (Kabeltelegramm.) Der Senat unterstützt das Veto des Präsidenten gegen die Bill, betreffend die Zulassung Colorados als Unionsstaat. Die Tarifbill hat keine Aussicht, im jetzigen Congresse zur Verhandlung zu gelangen.

Telegramm
der Neuen Würzburger Zeitung.

Einem Theil unserer Leser bereits gestern Abends in einer Extra-Beilage mitgetheilt.

* **München,** 3. März 6 Uhr 53 M. Abends. Durch ein kgl. Reskript vom heutigen wurde die Dauer des Landtags bis zum 30.*) April verlängert.

*) In der Depesche stand 31. April.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 64. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 5. März 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 2. März. Se. Maj. der König hat dem 2. Appellationsgerichtsdirektor Fr. Gresbeck in München, dem Handelsappellationsgerichtsrath Th. Freitag, dem Ministerialassessor im kgl. Staatsministerium der Justiz, Dr. N. Fäustle, dem Direktor des Bezirksgerichtes München r./J. Joh. Dirrigl, dem Landrichter H. Mayer in Neumarkt, dem Advokat-Anwalt F. Boding in Landau, dem Advokaten Dr. S. Berlin in Ansbach das Ritterkreuz 1. Kl. des Verdienstordens vom hl. Michael verliehen; die erledigte Dom- und untere Stadtpfarrei zu St. Ulrich in Regensburg dem Kanonikus in dem bischöflichen Kapitel daselbst, Priester Dr. F. Schöttl, übertragen; den Rath des Bezirksgerichts Ansbach, H. Frhrn. v. Truchseß, wegen nachgewiesener körperlicher Leiden und hiedurch begründeter Dienstesunfähigkeit auf die Dauer eines Jahres in den Ruhestand versetzt; auf dessen Stelle den dortigen Assessor K. F. W. v. Baumer befördert und dessen Stelle dem funktionirenden Substituten des Staatsanwalts am Bezirksgerichte Ansbach, Dr. J. Meyer, verliehen.

Der kgl. Forstgehilfe F. X. Schmidt zu Arzberg wurde zum exer. Forstwart auf die im Forstamte Pegnitz erledigte Forstwartei Michelfeld ernannt.

H. **München**, 3. März. Die summarische Zusammenstellung der Rechnung des St. Johannis-Vereins ist von dem Centralkapitel desselben veröffentlicht worden. Dieselbe entziffert eine Einnahme von 8913 fl., eine Ausgabe von 8663 fl. und einen Vermögensausweis von 85,709 fl. Unter den Ausgaben auf Vereinszwecke befinden sich folgende Posten: der Mädchen-Arbeitsschule in Berchtesgaden 50 fl., dem Waiseninstitut in Zell 400 fl., dem Rettungshause Algasing 400 fl., der Kleinkinderbewahranstalt in Kissingen 100 fl., der Krippen- und Säuglingsanstalt in München 100 fl., der Gemeinde Ebnath zur Vergrößerung des Armenhauses 200 fl., den Gemeinden Karlshuld und Karlskrone 200 fl., den oberfränkischen Webern 300 fl., der Gemeinde Windischeschenbach zur Herstellung eines Krankenhauses 300 fl., zum Krankenhausbau in Grafenau 1500 fl., der Gemeinde Kipfenberg zum Krankenhausbau 500 fl., der orthopädischen Anstalt von Krieger in München 500 fl., dem Krankenhause in Moosburg 500 fl., zur Errichtung eines Krankenhauses in Nordhalben 500 fl., zur Errichtung eines Krankenhauses in Tölz 300 fl., für die Krankenpflege in der Pfarrei St. Peter in München 500 fl., dem Krankenhause in Regen 400 fl., dem Krankenhause in Annweiler 300 fl.

Frankfurt, 3. März. Die Frage wegen Regelung der Pensionsverhältnisse der ehemaligen Bundesbeamten ist nun ebenfalls erledigt. Preußen hat in einer der letzten Sitzungen der Liquidationskommission seine Zustimmung zu den von dieser beantragten Grundsätzen anzeigen und insbesondere erklären lassen, daß es die Pensionszahlungen für die Beamten, Diener und bereits vorhandenen Pensionisten vom 1. April l. J. übernehmen werde, wenn für die Uebernahme die Verpflichtung zu einer Pensionsgewährung an die Ehefrauen der augenblicklich noch im Dienst befindlichen Beamten 2c. eine besondere Entschädigungssumme festgestellt werde. Die Referenten der Commission haben darauf hin einen solchen Zuschlag zu der Gesammtsumme des Deckungskapitals für begründet erklärt.

Berlin, 1. März. Zu den Unterhandlungen zwischen der preußischen Regierung und dem König Georg über dessen Abfindung ist der hannöversche Hofmarschall v. Malortie hierher gekommen. Neben ihm vermittelt das englische Kabinet, dessen unablässigen Bemühungen es zunächst zuzuschreiben sein dürfte, daß sich König Georg zu Unterhandlungen überhaupt verstanden hat. Daß dem entthronten Fürsten eine überaus reichliche Entschädigung zufallen wird, steht von vornherein fest; denn einmal verlangt er eine solche, und fürs Andere glaubt die Bismarck'sche Politik ihr Interesse am besten dadurch zu wahren, daß sie nur überhaupt ein bestimmtes Abkommen mit König Georg erzielt. Die Höhe der Forderung kann überall da nicht in Betracht kommen, wo hochwichtige politische Motive den Ausschlag zu geben haben; und es ist für Preußen nicht gleichgültig, die Annexion Hannovers durch dessen früheren Souverän selbst sanktionirt zu wissen. So liegen ja für König Georg die Verhältnisse nicht, daß er Aussicht hätte, durch irgend welche Macht die restitutio in integrum durchsetzen zu können, und doch erachtet Preußen den Besitz einer ausdrücklichen Verzichtsurkunde für überaus wichtig; „was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen." Die Unterhandlungen werden nach Annahme wohlunterrichteter Personen, zu beiderseitiger Befriedigung zum Abschluß gelangen, es müßte denn sein, König Georg besänne sich noch im letzten Augenblick eines Anderen und forderte auch nur den geringsten Bruchtheil eines Hoheitsrechtes. Hiergegen würde Preußen mit Hand und Fuß sich sträuben. Es sollen nur rein materielle Entschädigungen in Frage kommen, Abfindungen, die sich durch preußisch Courant leisten lassen. (Fr. J.)

Der „Köln. Ztg." schreibt man aus **Berlin**, 1. März: „Es ist eine beachtenswerthe Erscheinung, daß die holländische Presse mit wenigen Ausnahmen gegen die nationale Politik Preußens mit einer Parteilichkeit und Leidenschaftlichkeit auftritt, welche der Vermuthung Raum zu geben geeignet ist, diese Abneigung werde in künstlicher Weise hervorgerufen und genährt. Man hat oft die Verstimmung gewisser Kreise Hollands gegen Preußen aus dem Besitze massenhafter österr. Staatspapiere daselbst herleiten zu können geglaubt, aber dieser Umstand allein scheint nicht genügend, die Haltung der Presse gegen einen Staat zu erklären, welcher Hollands Interessen stets in zuvorkommendster Weise zu berücksichtigen sich bereit zeigte. Die Zeit

Feuilleton.

Vermischtes.

Aus Neapel, 19. Februar, schreibt man dem „Schwäbischen Merkur": „Die Auflösung der Kammer hat hier nicht blos das politische Leben wie anderwärts, in raschen Fluß gebracht, indem bereits mehrere Versammlungen gehalten und zwei Wahlkomite's aufgestellt worden sind, sondern sie hat auch die Mißstimmung über den schlimmen Stand der Finanzen, über Theuerung und Arbeitslosigkeit zum Ausbruche gebracht. In San Carlo gab die „Stumme von Portici" Anlaß zu Kundgebungen, und letzten Sonntag mußte der Prinz Carignan aus der Menge den Ruf „Brod oder Blut" vernehmen, so daß das falsche Gerücht entstanden, derselbe sei nach Florenz abgereist. Wenn Gregorovius vor sechs Jahren schrieb, die Revolution und die moralische Niederlage sei spurlos an Neapel vorübergegangen, und man merke keine Verstimmung, denn diese einfache Natur sei niemals verstimmt, so ist dies jedenfalls heute nicht mehr richtig. Das Elysium ist sehr verstimmt, und leider wird die Unzufriedenheit noch unnöthiger Weise gesteigert. Die fernere Aufführung der Lieblingsoper des Neapolitaners ist verboten und die Zeitungen, die der niedrige Preis von einem Sou in Aller Hände gelangen läßt, machen gewaltigen Lärm darüber. Auch in der Aula der Universität seien, wie man liest, in den letzten Tagen Gensdarmen gesehen worden. Solche Maßregeln sind bei dem lauten ungebundenen Wesen dieser heißblütigen Südländer, der 500,000 Einwohner wie der 7000 Studenten, übel angebracht. Man gehe nach den Gerichten im Kapuanischen Kastell und sehe in den Hallen und Vorzimmern das bunte Jahrmarktstreiben, die öffentlichen Schreiber, die Geldwechsler, die Verkäufer jeder Art, die Weiber und Kinder vor den Gitterthüren der Gefängnisse; wer wollte es versuchen, durch einen Machtspruch die Stille und Ordnung eines deutschen Gerichtshofes einzuführen? Oder man gehe nach der Hochschule und sehe in den Gängen die Studirenden plaudernd und rauchend auf und abgehen, die Zuhörer durch die meist offen stehenden Thüren beliebig aus- und eintreten; wer wollte es unternehmen, die Jünglinge an deutsche Disziplin, um nicht zu sagen, Pedanterie, zu gewöhnen? Neben all dieser Unruhe findet man den regsten Eifer, die größte Lernbegierde und die vielen tüchtigen Kräfte, welche hier wirken, haben in wenigen Jahren die Universität Neapel nahezu auf eine Linie mit den deutschen Hochschulen ersten Ranges erhoben. Der Chemiker (de Lucia) hat über 600 Zuhörer, wie einst

wird auch hier zur Klärung der Ansichten beitragen und erkennen lassen, daß in **Holland** von verschiedenen Parteien zur Erreichung bald dieses, bald jenes Zweckes die Erregung von Besorgnissen vor einer drohenden Politik Preußens dienen mußte. Gegenwärtig wird dort die Verstärkung und die Reorganisation der Streitkräfte zu Lande wie zu Wasser für nothwendig gehalten. Wenn man aber die dadurch vermehrten Staatsausgaben mit einer Besorgniß erregenden Politik Preußens rechtfertigen zu können glaubt, so ist das eine Entstellung historischer Thatsachen. Hollands Gränzen sind eben so wenig wie diejenigen Belgiens von Preußen bedroht, welches mit seinen deutschen Bundesgenossen, wie schon die Rede unseres Königs bei Eröffnung des norddeutschen Reichstages hervorgehoben hat, einen wesentlich defensiven Charakter trägt: „Keine feindliche Tendenz gegen unsere Nachbarn, kein Streben nach Eroberung hat die deutsche Bewegung der letzten Jahrzehnte getragen."

Von der deutschen Ostseeküste, 27. Febr. Man erwartet, daß in nächster Zeit eine Marine-Kommission des Norddeutchen Bundes die gesammten deutschen Nord- und Ostseeküsten bereisen wird, um eine genaue Revision ihrer seetüchtigen Bevölkerung Behufs deren Heranziehung für den Marinedienst vorzunehmen, da solche bei den Leistungen für das Landheer später in Abzug gebracht werden muß. Außer Preußen mit seinen alten und neuen Provinzen wird Mecklenburg den bedeutendsten Theil der Matrosen für die Flottenbemannung stellen müssen, da die an Größe zwar viel beträchtlichere Rhederei von Hamburg zum größten Theile mit fremden, namentlich mit hannoverschen und schleswig-holsteinischen Matrosen betrieben wird. Dringend hoffen die jungen Matrosen und Steuerleute der Handelsflotte, welche später zum Dienste für die Kriegsflotte herangezogen werden sollen, daß ihnen während dieser Dienstzeit die möglichste Gelegenheit geboten wird, sich diejenigen theoretischen Kenntnisse in der Navigation zu verschaffen, die ihnen später für das Steuermanns- und Kapitänsexamen erforderlich sind. Je mehr die preußische Kriegsflotte danach strebt, zugleich auch mit dem Dienste auf ihren Kriegsschiffen gute Navigationsschulen zu verbinden, was so leicht angeht, desto populärer wird sie bei der seetüchtigen Bevölkerung unserer Ost- und Nordseeküsten werden. — In Rostock, Wismar und Lübeck haben einzelne bedeutende Rheder und Kaufleute sich schon schwarz-weiß-rothe Flaggen angeschafft. (K. Z.)

Wien, 28. Febr. Durch Ministerialverordnung wird die morgen (1. März) für französische Provenienzen ins Leben tretende Wirksamkeit der im Spezialtarif B. des österreichisch-französischen Zollvertrags festgesetzten Einfuhrzölle mit dem Beifügen verkündigt, daß dieselben Zölle, kraft der in den betreffenden Verträgen enthaltenen Begünstigungsclausel, auch für die aus dem freien Verkehr des deutschen Zollvereins nach Oesterreich eingehenden Waaren, sowie für die englischen und italienischen Erzeugnisse Geltung haben. — Der niederösterreichische Landtag hat heute (nur die Rechte stimmte dagegen) einen dringlichen Antrag: daß die beabsichtigte Befestigung Wiens ganz unterbleiben, oder daß doch jedenfalls dem Landtag und dem Reichsrath Gelegenheit gegeben werden möge, sich über den Gegenstand zu äußern, zum Beschluß erhoben.

Wien, 1. März. Heute Mittag fand ein Ministerrath statt, um das Verfahren festzustellen, welches den Mehrheitsadressen der Landtage von Mähren, Krain, Tirol und Galizien gegenüber eingehalten werden soll. Frhr. v. Beust sollte nach Schluß des Ministerraths dem Kaiser Vortrag halten über das Resultat der Berathung. Indessen dürfte, der in den maßgebenden Kreisen vorherrschenden Anschauung zufolge, die Regierung schwerlich zur Auflösung der Landtage von Krain und Tirol (die Auflösung des galizischen Landtages stand überhaupt wohl nicht in Frage, dagegen scheint der gegenwärtige mährische Landtag nicht als wirklicher Ausdruck der Gesinnung des Landes zu gelten) schreiten, weil deren Mehrheitsadressen nicht, wie der böhmische, die Vornahme von Reichsrathswahlen davon abhängig machten, daß die dem Monarchen vorgetragenen staatsrechtlichen Anschauungen zustimmend beantwortet werden. Die Regierung scheint vielmehr geneigt, sich mit der thatsächlichen Vornahme der Reichsrathswahlen zu begnügen, im übrigen die in den Adressen niedergelegten staatsrechtlichen Deductionen auf sich beruhen zu lassen, und es dem Reichsrath anheimzugeben, mit den Rechtsverwahrungen der betreffenden Deputirten, falls sie dieselben vor die Versammlung bringen sollten, sich abzufinden.

Wien, 2. März. Die orientalische Frage verwickelt sich immer mehr. Der „Moniteur" hatte richtig gemeldet, daß die hohe Pforte sich bereit erklärt habe, sämmtliche serbische Festungen zu räumen, vergaß jedoch beizufügen, daß sie die Conzession an Bedingungen knüpft, welche weder Serbien, noch die Großmächte annehmen dürften. Sie fordert Erhöhung des Tributs Reduktion der serbischen Streitkräfte und die europäische Garantie ihrer Suzeränetätsrechte. — Der russische Gesandte befürwortet in Konstantinopel ganz offen die Abtretung Candias an Griechenland. Das geht der Sache nach noch über die berühmte Mission Mentschikoff's. — Die „Gazzetta di Firenze" ist in der Lage, mitzutheilen, daß ehestens Abgeordnete der verschiedenen Großmächte in Konstantinopel eintreffen werden, um die hohe Pforte zu einer schleunigen Lösung der candiotischen Frage zu veranlassen. (Presse.)

Lemberg, 2. März. Angeblich in Folge einer Wiener Depesche, wonach der Landtag im Falle der Annahme der Ausschußadresse aufgelöst werden solle, erklärt Ziemialkowski, der Ausschuß ziehe angesichts der das Land bedrohenden Gefahr die Adresse zurück. Graf Adam Potocki: Der Landtag möge es auf die Auflösung ankommen lassen, die unbedingte Beschickung sei ein größeres Uebel. Pawlikow vertheidigt die Ruthenen-Adresse; Loyalität und Verfassungstreue sei bei den Ruthenen bloße Consequenz. Zyblikiewicz erwidert, nicht in Folge einer Aenderung der Principien, sondern nur der Nothwendigkeit gehorchend, gebe das Haus die Ausschußadresse auf. Georg Czartoriski erklärt die Vornahme der Wahl ohne Vorbehalt für unmöglich und beantragt folgende Adresse: Das Haus nehme in der Erwartung, Se. Majestät der Kaiser werde das Versprechen, die autonomen historischen Landesrechte zu wahren, erfüllen, die Wahlen vor. Die Sitzung wurde behufs einer Ausschußberathung unterbrochen. Große Erregung unter den Abgeordneten. Bei der Wiederaufnahme der Sitzung zog Fürst Czartoriski seinen Adreßantrag zurück. Dr. Zyb-

---

Dumas oder Bernhard im großen Amphitheater der Sorbonne; einige Minuten vor dem Beginn stampft man ungeduldig, wie im Theater, aber mit dem Erscheinen des Gerufenen tritt tiefe Stille, gespannte Aufmerksamkeit ein, die nicht mehr unterbrochen wird. Giordano, der Physiker hat etwa 400 vor sich und beginnt stets mit einer Besprechung des Früheren, zu welcher sich Freiwillige genug melden. Aehnlich ist der Zudrang zu den Institutionen und Pandekten bei Capuano und Polignani, zur Klinik bei Tommasi, zur Physik der Erde bei Palmieri, dem Meteorologen des Vesuvs, zur Geschichte der italienischen Literatur bei Settembrini, und selbst Vera und Spaventa, welche das Hegelsche System mit italienischem Feuer vortragen, haben nicht unter 30; endlich sind die höchsten Zweige der Mathematik vertreten und die einschlagenden deutschen oder englischen Werke werden den Vorlesungen zu Grunde gelegt. Dies alles, obwohl oder weil gar kein Kollegienzwang besteht; und sollte derselbe, wie man in Florenz beabsichtigt, eingeführt werden, so würde wohl auch hier die Strenge nur schaden, überall hört man sagen: wenn die Inskription verlangt wird, so ist die Universität Neapel bald verödet. Auch im städtischen Unterrichtswesen herrscht der Geist selbständiger Initiative, für die Gewerbe- und Realschule ist ein Prachtbau im reinsten pompejanischen Styl der Vollendung nahe, und die großen Abendschulen für Erwachsene, die erst lesen und schreiben lernen, sind bekannt. Die Masse des Volks liebt freilich das süße Nichtsthun noch ebenso wie früher, und kaum kann etwas charakteristischer hiefür sein, als die Sitte der Landesbewohner, nicht die Milch, sondern die Kühe selbst zur Stadt zu führen; das vierte Stockwerk unseres Hauses erklimmt sogar jeden Morgen eine Ziege, um für das kleinste Kind der Familie Milch zu liefern. Wären die Leute arbeitsamer und unternehmender, so hätten sie auch weniger Grund zur Mißstimmung; aber selbst das verstimmte Elysium ist und bleibt ein Elysium. Zu Anfang Februars verhüllte in Neapel wie im Januar zu Rom trübes Wetter die Reize des schönen Landes. Allein seit einer Woche ist dies anders geworden, im Klostergarten Camaldoli schwebt der Blick frei vom Kap Circellum bis zum Kap Minerva, und vom Belvedre der Karthause St. Martino sieht man bis in die fernsten und engsten Gassen Neapels, dessen Lärm und Getöse bis in jene Höhe dringt. — So eben wird bekannt, daß das Verbot der Oper aufgehoben sei; gestern war St. Carlo geschlossen, und heute Abend erscheint Masaniello wieder auf der Bühne.

John Phillipp, einer unserer ersten Maler und Mitglied der königlichen Akademie, ist im rüstigsten Schaffen durch einen Schlagfluß hinweggenommen worden. Seine Laufbahn begann er als Anstreicher, doch erregten einige Studienköpfe, an denen er sich versuchte, die Aufmerksamkeit Lord Panmure's, der es dem jungen Autodidakten durch seine Unterstützung ermöglichte, in London seine Studien zu machen. Er trat dort in die Akademie als Schüler ein, wo er seine Lehrer und Mitschüler durch ungemeine Leichtigkeit in der Handhabung des Pinsels in Erstaunen setzte. Doch erst ein längerer Aufenthalt in Spanien und das Studium der spanischen Meister, besonders des Velasquez, brachte sein Talent zur vollen Entwicklung, so daß seine Werke von da an zu den berühmten und gesuchten gehörten. Bei seinem Tode hatte er Aufträge im Werthe von 20,000 L. in der Hand.

likiewicz bemerkt: Die Nichtbeschickung des Reichsraths würde Folgen von unberechenbarer Tragweite auf das Land herabbeschwören, da die jetzige Regierung kein Mittel unversucht zu lassen gedenke, zum Ziele zu gelangen. Um dieser Gefahr vorzubeugen, werde er für die Beschickung stimmen. Graf Wodzicki: Die Centralisation könne nur vorübergehend und von kurzer Dauer sein, die Beschickung würde ihr Leben einflößen. Daher stimme er für die Nichtbeschickung. Ziemialkowski: Die Nichtbeschickung könne zu neuer Sistirung des verfassungsmäßigen Lebens, zum Unheile Oesterreichs führen; im Interesse der Macht und Stärke des Reichs sei er für die Beschickung. Die unbedingte Beschickung (ohne Adresse) wurde hierauf mit 99 gegen 31 Stimmen (darunter Smolka, Adam Potocki, Grocholski, Georg Czartoryski) angenommen. Dafür stimmten die Ruthenen, Bauern, Bischöfe und viele Polen, worunter Graf Alfred Potocki und Fürst Konstantin Czartoryski.

Paris, 28. Febr. Der „Temps" erhält heute, wie er sagt, von seinem wohlunterrichteten Haager Correspondenten Mittheilungen über den preußisch-holländischen Streitfall, deren Veröffentlichung er aus Raumrücksichten verschieben muß, die er aber in folgendem zusammenfaßt: Die Nachrichten, welche verbreitet wurden, enthalten viel Uebertriebenes, aber die Situation sei darum doch unverkennbar eine sehr ernste. Die Mittheilung, welche der niederländische Minister der Kammer in geheimer Sitzung gemacht hat, bezog sich auf ziemlich scharfe Noten, welche wegen der von der holländischen Regierung aus Anlaß der Rinderpest ergriffenen Maßregeln von Berlin gekommen waren. Graf v. Bismarck findet diese Maßregeln unzulänglich, und hat die Eventualität einer hermetischen Sperre für Holland durchblicken lassen. Offiziell beschränkte sich der Hergang hierauf. Aber es knüpften sich an den Schritt des Berliner Cabinets Besorgnisse anderer, mehr politischer Natur. Der Correspondent des „Temps" glaubt nicht, daß Preußen das Recht verlange, in Maestricht Garnison zu halten, aber er glaubt, daß es nicht die Schleifung dieser Festung zugeben wolle. Dazu treten nun noch die Frage wegen Luxemburg und die „Neckereien" Preußens mit Belgien. Wie dem auch sei, Holland rüstet seine Festungen, beschleunigt die Umwandlung seiner Gewehre und concentrirt die verschiedenen Flottillen seiner Kriegsmarine.

Wie aus **Paris** gemeldet wird, leidet der kaiserliche Prinz seit einigen Tagen heftig an der Grippe. — Aufsehen erregt es, daß gegen Hrn. v. Girardin, den Chefredakteur der „Liberté", gerichtliche Untersuchung eingeleitet ist. Girardin trat mit großer Kühnheit der letzten Rede Rouher's im gesetzgebenden Körper entgegen. Angesichts der Behauptung Rouher's, das Kaiserreich habe Frankreich von Jahr zu Jahr zu einem bessern Loose geführt, zieht Girardin die Bilanz der kaiserlichen Politik und kommt zu dem Ergebniß, daß dieselbe weder im Auslande greifbare Vortheile erzielt, noch den Fortschritt im Innern befördert habe. Frankreich sei heute nicht mächtiger, als im Februar 1851; sei es vielleicht freier? Nein. Was verfassungsmäßige Freiheit betreffe, so gebe es in ganz Europa nur Spanien als einzigen Staat, der tiefer stände, als Frankreich.

Paris, 2. März. Frankreich hat jüngst bezüglich Nordschleswigs in Berlin Reclamationen erhoben. Graf Bismarck versicherte Herrn v. Benedetti, daß er die Angelegenheit demnächst dem Norddeutschen Parlamente unterbreiten werde. (Pr.)

Haag, 2. März. In der Budgetdebatte wurden gestern der Minister des Auswärtigen wegen der Gerüchte von Gebietsforderungen fremder Mächte interpellirt. Der Minister Graf van Zuijlen erklärte das Gerücht, daß Preußen oder irgend eine andere Macht solche Forderungen gestellt, für grundlos. Er fügte hinzu, gleichwohl müsse man sich gegen jede Eventualität versehen und dürfe keine Opfer scheuen, welche die Aufrechthaltung der Unabhängigkeit verlangen könnte.

Madrid, 25. Febr. Die „Epoca" kündigt die Reise des Königs und der Königin von Portugal nach Paris als positiv an. Die Majestäten werden gegen Ende Mai über Madrid reisen.

Madrid, 1. März. Die Gaceta veröffentlicht ein königliches Decret, welches den Marineminister autorisirt, einen Vertrag abzuschließen wegen der Legung eines telegraphischen Kabels zwischen Cuba, Porto-Rico, Mexiko und Panama. (T. H.)

Italien. Die Blätter berichten fortwährend von Demonstrationen gegen Oesterreich in Südtirol, welche auch unter dem Belagerungszustande fortdauern. In gleicher Weise dauern aber auch die Verhaftungen fort, welche in Trient und Roveredo bereits eine beträchtliche Zahl erreicht haben. An den Demonstrationen betheiligt sich auch die Schuljugend. Aus den Schulbüchern werden die österreichischen Wappen ausgeschnitten und durch die italienischen ersetzt; in Luzzana nahmen junge Leute den österreichischen Adler ab und trugen ihn unter feierlichem Requiem und De profundis zum Scheiterhaufen und Begräbniß.

Florenz, 26. Febr. Die Reise Garibaldi's hat, wie es scheint, hauptsächlich den Zweck, auf die Wahlen zu wirken. In dieser Absicht hat er seinen Besuch Venedigs gerade im jetzigen Augenblick unternommen. Es geht dies hervor aus einer Art Proklamation, die er noch von Florenz aus an das italienische Volk veröffentlicht hat, in der er zu den Wahlen auffordert, und die mit dem bezeichnenden Satz beginnt: „Es gilt nun, in Italien die Freiheit zu beschirmen, die von dem Klerikalismus und seinen Mitverschworenen bedroht ist." Unter diesen Mitverschworenen versteht der gute General natürlich Niemand anders, als Ricasoli und die Regierung. Die Proklamation erschien in dem neuen Blatt „Avanguardia" (Vorhut), das als Organ der Linken den „Diritto" ersetzen soll, der mit Mordini in die ministeriellen Gewässer hinübergesteuert ist. — Graf de Launay reist diesen Abend nach St. Petersburg ab, wo er sein Abberufungsschreiben abgeben wird. Er geht bekanntlich nach Berlin. — L. Cibrario und Castelli werden sich nach Wien begeben, um den Streitpunkt wegen der aus den Archiven von Venedig weggebrachten Schätze ins Reine zu bringen.

Die offiziellen Telegramme von **Athen** und **Corfu**, wornach die Aufständischen auf Kandia am 13. und 14. Febr. 8000 Türken geschlagen hätten, der Aufstand siegreich wäre und von den Türken neue Metzeleien begangen worden wären, werden von Konstantinopel aus als „vollständig der Begründung entbehrend" erklärt.

Aus **Mexiko** ist die bedeutungsvolle Nachricht eingetroffen, daß die Republikaner die Hauptstadt von ihren Seeverbindungen abgeschnitten haben. Befände sich der Kaiser noch in der Hauptstadt, so müßte man sich seiner persönlichen Sicherheit wegen den ernstesten Besorgnissen hingeben. Aller Wahrscheinlichkeit nach befindet er sich jedoch bereits in Veracruz unter französischem Schutze.

Frankfurter Börse. (25. Febr. bis 2. März).

	25.	2.		25.	2.
5% Oestr. National	55¾	55	4% Darmstädt. do.	94¼ B	94
5% do. Metal. (1859)	64 B	64¼ B	3½% do. do.	—	—
5% do. Lose (1860)	71½	70¾	4½% Nassauer do.	97½ B	
— do. do. (1864)	78¾ B	77 B	4% do. do.	93	92½ B
Oestr. Kreditl. (58)	123	122½ B	3½% do. do.	87½ B	—
5% Bayer. Obligat.	102½ B	101¾	4% Kurhess. do.	93½ B	94
4½% do. do.	98 B	98	3½% Frankf. do.	84½	82½
4% do. do.	94	93½ B	3% do. do.	76½ B	75½ B
4% do. 100 Thl.-L.	101¾	100	6% Amerik. (1882)	77	77
4½% Würtemb Obl.	98 B	98¼ B	Oestr. Kredit. . .	179½	178½
3½% do. do.	86½ B	85½	Oestr. Nat.-Bank	707	703
4½% Badische do.	97¼ B	97½ B	Frankfurter do.	139½	138 B
4% do. do.	93½ B	—	Bexbacher E.-B.	156¼	156½
3½% do. do.	86½ B	87¾ B	Bayer. Ostbahnen	120½ B	118½ B

2. März. In der Politik herrscht Windstille, aber die Ungewissheit und Unsicherheit über die nächste Zukunft sind noch lange nicht gebannt. Die orientalische Frage gestaltet sich denn doch dringender als seit langer Zeit und Russland scheint sie diesmal auf der Tagesordnung halten zu wollen, es ist die einzige Macht, welche dort weiss, was sie will. Gelingt es ihr, zuverlässige Allianzen zu gewinnen, so wird sie die Mine springen lassen. Daher lohnt es sich der Mühe, vor dieser Explosion die Silberflotten des spekulativen Unternehmungsgeistes in den schützenden Hafen heimzuführen, und man muss gestehen, dass Eifer und Geschick sich zur Benutzung der geschenkten Augenblicke die Hände reichen.

Die Woche eröffnete in ziemlich animirter Stimmung, die sich jedoch im Verlaufe abschwächte. Die Ultimoabrechnung am Donnerstag (28. Febr.) ging ohne Schwierigkeit vorüber. Stücke waren zwar sehr gesucht, weniger aber aus Mangel an Material, als um das viele flüssige Geld im Report zu plaziren. Oesterreich. Fonds weniger animirt, schliessen die Woche mit einer kleinen Kurseinbusse; sie spielten neben den heimischen Kreditaktien mehr eine Zuschauerrolle. Die Emission der vielbesprochenen Staatspfandbriefe ist auf den 7.—9. März ausgeschrieben; von dem Erfolge wird es zum Theil mit abhängen, ob den österr. Werthen weiter die Gunst erhalten bleibt. Wir kommen auf die Sache zurück.

Süddeutsche Fonds im Ganzen matter und offerirt, das letzte rasche Steigen hat Viele veranlasst Nutzen zu nehmen. Bayerische Loose wichen nach der Ziehung auf 100 und dürften vorläufig Ruhepunkt nehmen. Von auswärtigen Fonds sind 4½ pCt Schweden ansehnlich (3 pCt) gestiegen, auch 4 pCt. Luxemburger (1½ pCt.). Beide Effecten nahmen bisher an dem Steigen der soliden Fonds keinen Antheil. Amerikaner folgten bei verhältnissmässig nicht belebten Umsätzen den im Laufe der Woche aus Newyork eingelaufenen Valuta-Notirungen. Zu 77 eröffnet fielen sie successive bis gestern auf 76⅝ in Folge höherer Goldkurse und schliessen heute wie vor 8 Tagen zu 77, da die zuletzt eingetroffene Kabeldepesche wieder etwas niedrigeres Goldagio meldet. Die Umsätze fanden meistens auf solide Kaufaufträge hin statt, da die Spekulation ihre Aufmerksamkeit fast ausschliesslich den österreich. Sachen zugewendet hat. Im Privatverkehr fanden auch einige Umsätze in Erie I. Priorität (70) und 6 pCt. Stadt St. Louis Bonds (84) statt.

Die Aufmerksamkeit und die Thätigkeit der Börse beschäftigte sich wieder vorzugsweise mit österreichischen Kreditaktien. — Von Zettelbankaktien sind österreichische Nationalbank um einige Gulden zurückgegangen. Frankfurter, im Anfange der Woche bis 139½ bezahlt, schliessen offerirt zu 138. Der Ausweis vom 28. Februar bietet kein erfreuliches Antlitz und zeigt von fortdauernder Abnahme des Geschäftes.

In E.-B.-Aktien war es ziemlich still. Pfälzische Linien konnten ihre vorwöchentliche Avance nicht behaupten, namentlich gaben Neu-

stadt-Weissenburger in Folge von Gewinn-Realisirungen nach und gingen bis unter 112 zurück, um heute fester zu $112^{7}/_{8}$ zu schliessen. — Bayerische Ostbahnen exDividende $118^{1}/_{2}$. — Von E.-B.-Prioritäten österreichische Silber-Prioritäten gesucht und im Kurse erhöht. Südbahn 6pCt. Bons um 1 pCt. auf $92^{1}/_{2}$ gestiegen, auch Obligationen gefragt. Italienische Kategorien vernachlässigt.

Geldstand anhaltend flüssig. Diskonten sehr gesucht, es fehlt an Material. Fremde Devisen höher, namentlich London und Paris. Preussische Kassenscheine mit einem kleinen Agio begehrt.

Neueres.

Wien, 3. März. Die heutige „Presse" erfährt in der Angelegenheit über das Pfandbriefgeschäft, daß zwischen der Regierung und dem Pariser Consortium eine Abmachung getroffen worden sei, wonach letzteres die ganze Summe zum Cours von $69^{1}/_{2}$ pCt. übernimmt. Sollte jedoch durch Unterzeichnungen ein Mehrerlös erzielt werden, so gehört der Gewinn an der Coursdifferenz bis 71 pCt. dem Pariser Consortium allein, bis 76 pCt. tritt eine Theilung des Gewinnes zwischen der Regierung und dem Consortium ein.

Konstantinopel, 1. März. (Ueber Paris.) Ein Artikel des „Levant Herald" erregt große Sensation. Das Journal constatirt die weite Verbreitung der jungtürkischen Partei unter den Muselmännern und Christen, und schließt, indem es sagt, daß diese Partei unter ihrem Chef Mustapha Fazyl Pascha berufen sei, einen ungeheuern Einfluß auf die Geschicke und die Angelegenheiten des Landes auszuüben.

Bucharest, 3. März. Die Kammer votirte 900,000 Piaster für die Beschickung der Weltausstellung, 180,000 Piaster für interne öffentliche Nützlichkeitsbauten.

Veracruz, 14. Febr. (Ueber New-York.) Die Liberalen haben die Verbindungen mit der Stadt Mexico abgeschnitten, und halten alle wichtigen Linien, die dahin führen, besetzt. (T. N.-b. A. Z.)

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. G. Kupfer.

Literarisches.

Die neuesten Hefte der „Illustrirten Welt", das dritte und vierte (Stuttgart, Eduard Hallberger), haben außer ihrem reichen belehrenden und unterhaltenden Inhalt, der dieser Zeitschrift von jeher einen der ersten Plätze in unserer belletristischen Zeitschriftenliteratur angewiesen, besonders auch der ereignißvollen Gegenwart gebührend Rechnung getragen. Von den hierauf bezüglichen Aufsätzen nennen wir: „Vier Wochen im Böhmerland" von Dr. Spangenberg und „Die preußische Feldarmee" von Schmidt-Weißenfels. Eine recht hübsche und anziehende Novelle hat Adolf Müller unter dem Titel „In Feindesland" gespendet, sie spielt unmittelbar nach der Schlacht von Königgrätz in Berlin; von J. D. H. Temme lesen wir den Schluß einer pikanten Erzählung „Alter Samen und frisches Reis"; ferner Fortsetzung und Schluß des lebensvollen, durch treffliche Charakteristik sich auszeichnenden Romans „Die Tochter des Juwelenhändlers" von J. W. Smith, eine prächtige Jagdgeschichte „Der Fuchsbau" von Friedr. Gerstäcker und den Anfang eines englischen Romans „Die heimliche Ehe" von J. F. Smith. Die „Memoiren eines italienischen Polizeibeamten" von J. Ristori werfen sehr interessante Schlaglichter auf die Thätigkeit der modernen Polizei in politisch erregter Zeit. „Das Rathhaus zu Nürnberg", „Die heilige Elisabeth", „Die Holzfäller in den Vogesen", „Eine Fürstenstadt" (Dresden) von Rich. Andree, „Neue Londoner Skizzen" von Jul. Rodenberg, „Die ehemalige Wahl- und Krönungsstadt Deutschlands", „Elfen und Zwerge" von Hermann Lingg, „Eine Burg im Rheinthal" (Godesberg) von Karl Seibolt, „Der Tabellion von Bellinzona", Oskar Pletsch's „Allerlei Schnik-Schnak", „Die Centralkirche der katholischen Christenheit", „Die Weltausstellung in Paris von Dr. C. Hansen, „Das Fest der jugendlichen Armbrustschützen in Thun" von Paul Vollmar, „Die Mühle von Sanssouci" von Schmidt-Weißenfels, „Die Sophienkirche in Konstantinopel", „Deutscher Balladenschatz" von Dr. G. Wendt, und „Fliegende Blätter" — dieser bunte mannigfaltige Inhalt, größtentheils von den besten Federn gespendet, bürgt gewiß für die rücksichtsvolle Auswahl und die wohlerwogene Umsicht, mit welcher die Redaktion bei der Ausstattung der „Illustrirten Welt" zu Werke geht. Der Reichhaltigkeit der literarischen Beiträge entsprechen die vielen und schönen Illustrationen, deren die letzten Hefte der „Illustrirten Welt" nicht weniger als 32 zählen, darunter von Girardet, Puschkin, Theuerkauf, Schuler, Hosemann u. A. m. Rösselsprung, sinnige Bilderräthsel u. s. w. schließen jedes Heft. Den Abonnenten des ganzen Jahrgangs hat bekanntlich die Verlagshandlung die dankenswerthe Vergünstigung eingeräumt, die neueste **Cotta'sche Schiller-Originalausgabe** um einen **außerordentlich billigen** Preis von ihr zu beziehen; von derselben (12 Hefte) sind bereits **vier** Lieferungen in den Händen der Abonnenten. Möge der Geist des großen deutschen Denkers und Dichters seinen Segen immer weiter ausbreiten an dem häuslichen Herde unseres Volkes!

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. L.S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$66^{1}/_{?}$ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$63^{7}/_{8}$—$^{5}/_{8}$ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$55^{1}/_{4}$ G.
„	5pCt. Metall. Oblignt.	$47^{1}/_{4}$ P.
„	$4^{1}/_{2}$pCt.	$41^{1}/_{4}$ G.
Preussen	$3^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	102 P.
„	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$98^{1}/_{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 P.
„	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	94 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$93^{1}/_{8}$ P. 93 G.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$97^{3}/_{4}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$85^{1}/_{2}$ P.
Baden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$97^{1}/_{2}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. v. 1842	$87^{1}/_{4}$ P.
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$94^{1}/_{4}$—$^{1}/_{8}$ G.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	98 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$92^{1}/_{2}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl.	83 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2^{1}/_{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$86^{3}/_{4}$ P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2^{1}/_{2}$	$78^{1}/_{8}$ P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	77—$76^{7}/_{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	188 P.
K. K. Oesterr. National-Bank-Aktien	703 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$177^{1}/_{2}$—78 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$93^{1}/_{8}$P. $92^{7}/_{8}$G.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	215 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$97^{1}/_{2}$ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	343 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	112 G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$113^{1}/_{2}$ P. 113G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	91 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	$111^{7}/_{8}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49^{1}/_{2}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$74^{1}/_{2}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	248 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$46^{3}/_{4}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	118 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	$117^{3}/_{4}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^{7}/_{8}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$104^{7}/_{8}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97^{5}/_{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^{7}/_{8}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^{3}/_{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104^{3}/_{4}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$119^{1}/_{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$92^{7}/_{8}$—93 G.
do. in öst. W. l. S.	$92^{7}/_{8}$ G.
Disconto	$5^{1}/_{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$113^{1}/_{2}$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$60^{1}/_{2}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$70^{7}/_{8}$—71 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$122^{1}/_{2}$ P.
„ do. v. 1864	$76^{3}/_{4}$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$100^{1}/_{2}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10^{1}/_{4}$ P.
Badische fl. 35	$53^{3}/_{8}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 25 do.	$38^{1}/_{4}$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35^{1}/_{2}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$28^{3}/_{4}$ P.
St. Lüttich mit $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.	33 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$10^{5}/_{8}$ G.

Frankfurt, 4. März. Die Physiognomie der Börse hat sich seit vorigen Samstag kaum geändert. Sowohl für österreichische und deutsche, als für amerikanische Werthe war die Stimmung ohne Animo und das Geschäft sehr beschränkt, da es eben sowohl an Verkaufsaufträgen fehlte, als auch die Spekulation unthätig war. Auch von Wien waren matte Notirungen eingelaufen. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Verantwortlich für König und Vaterland, für Wahrheit und Recht.

№ 65. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die vierspaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift | **61. Jahrgang.** | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **Mittwoch, 6. März 1867.**

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 4. März. Se. Maj. der König hat dem Landwehr-Distriktsinspektor und Landwehr-Obersten Karl Obermayer in Augsburg die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des von Sr. Maj. dem Könige von Italien ihm verliehenen Ritterkreuzes des St. Mauritius- und Lazarus-Ordens ertheilt.

Die kath. Pfarrei Oberbergkirchen, kgl. Bezirksamts Mühldorf, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von [illegible] fl. 34½ kr. und das Frühmeßbeneficium zu Unterhall, kgl. Bezirksamts Neuburg, mit einem solchen von 400 fl. in Erledigung gekommen.

Se. Maj. der König hat dem Rektor der Gewerbschule und Bürgermeister zu Wunsiedel Gg. Fr. Landgraf das Ritterkreuz 1. Klasse des Verdienstordens vom hl. Michael verliehen.

Vom kgl. Staatsministerium der Justiz wurde als Vertreter der Staatsanwaltschaft am kgl. Landgerichte Krumbach der geprüfte Rechtspraktikant L. Greffer daselbst aufgestellt.

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 3. März. Versetzt werden: die Bataillonsärzte Dr. A. Reichel vom 13. Inf.-Reg. zur Stadtkommandantschaft Nürnberg und Dr. J. [illegible]mann vom 1. Uhlanen-Reg. zum 2. Uhl.-Reg.; der Regimentsquartiermeister G. Raudenkeln von der Militär-Rechnungskammer zum 4. Jäger-Bat.; die Bataillonsquartiermeister R. Schreder vom Festungskommando in Ulm zur Buchführung des Kriegsministeriums, S. Schmitt vom 4. Art.-Regiment zum 3. Inf.-Reg. und A. Maier von der Militär-Rechnungskammer zum 4. Art.-Reg.; die Unterquartiermeister A. Spengler von der Militär-Rechnungskammer zum 8. Jäger-Bat., J. Bürkner von der Militär-Rechnungskammer zum 7. Inf.-Reg. und A. Kalkner vom 4. Jäg.-Bat. zum 2. Chev.-Reg.; die Regimentsaktuare M. Spännuch vom 2. zum 14. Inf.-Reg., G. Geißner vom Inf.-Leib-Reg. zum 8. Infanterie-Regiment und L. Koch von der Militär-Rechnungskammer zum 6. Chevaulegers-Regiment.

Ernannt werden: zu Bataillonsärzten in prov. Eigenschaft: die vormaligen Bataillonsärzte auf Kriegsdauer Dr. M. Vogl im 11. Inf.-Reg., Dr. G. Pavelliter im 1. Uhlanen-Reg., Dr. Ernst Weigel im Genie-Reg., Dr. G. Hollenbach im 4. Chev.-Reg., Dr. B. Solbrig im 3. reitenden Art.-Regiment und Dr. L. Glaser im 7. Infanterie-Regiment, sämmtliche mit dem bei ihrer erstmaligen Anstellung innegehabten Range.

Seine Majestät der König hat den Regierungsräthen Dr. Wilhelm Pucher in Bayreuth, J. P. Schnitzlbittner in Bamberg und Karl Friedrich Meinel in Ansbach das Ritterkreuz 1. Klasse des Militär-Verdienstordens verliehen; dem Unterlieutenant G. Kraus vom 10. Infant.-Reg. die nachgesuchte Entlassung von der Charge bewilligt; den Gerichts-Sekretär J. Schmitz von der Staatsanwaltschaft Augsburg in den Ruhestand versetzt; den temporär pensionirten Hauptmann Franz Ritter v. Zenzner auf ein weiteres Jahr im Ruhestande belassen; dem Major à la suite C. Fürsten v. Wrede die Erlaubniß zum Tragen der Uniform der Flügeladjutanten ertheilt; den Hauptmann L. Dürr vom 2. Infant.-Reg. zum topographischen Bureau des Generalquartiermeisterstabes versetzt; dem Unterlieut. A. Berk vom 1. Chev.-Reg. die nachgesuchte Entlassung von der Charge bewilligt.

Berlin, 2. März. Bei einer Mobilmachung schließt der Etat jedes mobilen Truppenkörpers, jedes Ersatz-Bataillons u. s. w. in sich ab, so daß Offiziere und Unteroffiziere, während des mobilen Verhältnisses, innerhalb dieser abgegränzten Etats avanciren und danach auch ihre Löhnung empfangen. Bei einer Demobilmachung, wo Offiziere und Unteroffiziere in ihre Friedensstellen zurückkehren, kommt es danach vor, daß jüngere Unteroffiziere zu Sergeanten aufrücken oder in eine höhere Gehaltsklasse kommen, als ältere innerhalb eines anderen Verbandes. Früher schon wurde bestimmt, daß bei Eintritt der Demobilmachung die vor der Mobilmachung bestandene Anciennetät wieder maßgebend sein solle, und dem entsprechend hat jetzt das Militär-Oekonomie-Departement des Kriegs-Ministeriums verfügt, daß sowohl bei dem Wiedereintritt des Friedens-Etats als auch bei später eintretenden Vacanzen die Einrangirung von den bei der Demobilmachung überzählig gewordenen Unteroffizieren nach Maßgabe dieser Anciennetät zu erfolgen habe, so daß jüngere Unteroffiziere mit höherem Gehalte nachstehen und mit dem Mehrbetrage des bei einem Feld- oder Ersatz-Truppentheile ꝛc. verdienten Gehalts extraordinär verpflegt werden, bis sie, ihrer Anciennetät nach, zur Einrangirung herangerückt sind.

— Die in dem vorigjährigen Kriege eroberten und in feindlichen Ländern vorgefundenen Infanterie-Schießwaffen wurden nach verschiedenen Zeughäusern befördert und die Aufnahme jener Bestände erst jetzt beendet. Danach haben sich Bestände von etwa 115,000 Gewehren, meist gezogener Construktion, ergeben. Nachdem Allerhöchsten Orts die Douceurgelder für die Eroberungen, welche im vorigjährigen Kriege an Geschützen, Fahnen ꝛc. gemacht worden, bestimmt worden sind, ist festgestellt, daß die Gesammtsumme der zu gewährenden Douceurgelder sich auf 9460 Dukaten beläuft. (K. Z.)

Berlin, 3. März. Die Befriedigung durch das gestrige Resultat der Präsidentenwahlen steigert sich in den liberalen Kreisen noch bei weiterer Besprechung desselben. Die Wahl des Herzogs v. Ujest zum ersten Vicepräsidenten erfolgte durch die Vereinigung beider konservativen Fraktionen unter Hinzutritt einer Zahl von Altliberalen, die

Feuilleton.

Vermischtes.

Der „Semaphore de Marseille" erzählt die von dem „Panhellenion" angewendete Kriegslist, um den Türken zu entkommen, in nachstehender Weise: Der „Panhellenion" ward von zwei türkischen Fregatten verfolgt wegen seiner Ladung von Munition und Lebensmitteln für die kretensischen Aufständischen und war genöthigt, sich in den Hafen von Cerigo zu flüchten, wohin ihm die beiden Schiffe der ottomanischen Marine folgten und ihn nicht aus dem Auge verloren. Der kleine Dampfer fand sich solcherweise der That nach gefangen. Und doch sollte er sich um jeden Preis nach Candia begeben, wo seine Ankunft mit Ungeduld erwartet wurde. Glücklicherweise ist der Capitän des „Panhellenion" ein Nachkomme des sinnreichen Ulysses. Er brachte feuchtes Heu in seine Dampfmaschine und zündete es an. Ein ungeheurer Rauchqualm stieg aus seinem Kamin auf; als dies die türkischen Fregatten sahen, schickten sie sich an, Jagd auf ihn zu machen und heizten. Der „Panhellenion" hütete sich wohl, von der Stelle zu gehen, aber er fuhr fort, feuchtes Heu und Stroh zu verbrennen, und die Türken ihre Dampfmaschinen zu heizen. Das dauerte drei Nächte und zwei Tage so fort, nach deren Verlauf der Steinkohlenvorrath auf den türkischen Schiffen erschöpft war, daher sie aufhören mußten zu heizen. Jetzt ließ der Commandant des „Panhellenion" ernstlich heizen, hißte seine Flagge auf und segelte zwischen den beiden Fregatten hindurch, die nicht im Stande waren, ihn zu verfolgen. Am andern Tage setzte der „Panhellenion" seine Ladung in Candia ans Land, und man erfährt jetzt aus Briefen von da, daß er wohlbehalten in den Hafen von Syra heimgekehrt ist.

Wie bedeutend der deutsche Seehandel ist, entnehmen wir u. A. einem Verzeichniß der „Hansa", in welchem die deutschen Schiffe aufgezählt sind, die im Jahre 1865 allein die Häfen von Hongkong in China besucht haben. Es landeten daselbst: 91 Bremer, 245 Hamburger, 2 Lübecker, 61 preußische, 12 österreichische, 32 hannover'sche, 15 Oldenburger, 8 Mecklenburger, 126 Schleswig-Holsteiner, also im Ganzen 592 deutsche Schiffe von zusammen 169,448 Tonnen und 6528 Mann Besatzung. Dort haben die Deutschen allen anderen Nationen bereits den Vorrang abgewonnen, damit aber auch die Aufgabe eines kräftigen Schutzes des deutschen Seehandels empfangen, welcher dort der immer frecher auftretenden Seeräuberei der Chinesen gegenüber dringend noth thut, aber bisher fast nur von den Engländern geübt wurde. Diese fragen mit Recht, warum England mit seinem Gelde in China fremde Nationen beschützen solle, die dort den überwiegenden Theil der Schifffahrt inne haben. Im vorigen Jahre wurden drei deutsche Schiffe, die schleswig'sche Brigg „Chiko", die Oldenburger Barke „Nubia," und die Hamburger Brigg „Berkelmann" von Piraten genommen.

Aus Neapel, 24. Febr., wird geschrieben: Zu Pussilippo hat die Explosion eines Pulverdepots, das in die Luft flog, eine ziemliche Zerstörung angerichtet. Mehrere Häuser stürzten ein; in deren Trümmern fand man 21 Verwundete und 15 Todte, darunter einen Polizei-Inspektor. Prinz Carignan hat zum Besten der Familien der Opfer dieses Unfalls 3000 Fr. gespendet.

Digitized by Google

für die Zukunft für manche, gemäßigt-liberale Compromisse auf die Fraktion Ujest rechnen. Bei der Wahl R. v. Bennigsen's für die Stelle des zweiten Vizepräsidenten standen die konservativen Fraktionen mit ihrem voraussichtlich neuen Verbündeten, dem Sachsen-Verein, zusammen in der erfolglos gebliebenen Wahl des Hrn. Haberkorn. Auf die sächsischen Partikularisten hatten die Konservativen als Bundesgenossen schwerlich gerechnet; sie feiern vorläufig den neuen Bund der „Solidarität der konservativen Interessen" — in der Minorität. Die Polen stimmten meist für v. Wächter, da Simson niemals ihr Freund war; sie können ihm den gegen Niegolewski vor Jahren ausgesprochenen Ordnungsruf im Abgeordnetenhause noch nicht vergessen. Gestern Abend fand im Präsidialzimmer des Reichstages die Feststellung des Resultates der Abstimmung über die Schriftführerwahl statt. Es sind gewählt die Abgg. Justizrath Forkel (lib.), Landrath v. Unruhe-Bomst (kons.), Kreisrichter v. Kleinsorgen (kler.), Landrath Delius (lib.), Landrath v. Schöning (kons.), Landrath v. Wurmb (kons.), Appellationsgerichtsrath Dr. Falk (lib.). Der Abgeordnete Delius fungirte viele Jahre hindurch und die Abgg. v. Schöning, v. Unruhe-Bomst und v. Kleinsorgen fungirten in der letzten Session als Schriftführer des Abgeordnetenhauses. Inzwischen wurden auch heute die vorläufigen Besprechungen über die Behandlung der Verfassungsvorlage, deren amtliche Einbringung durch das Bundespräsidium auf morgen anberaumt ist, innerhalb der verschiedenen Parteigruppen fortgesetzt. Die Altliberalen betheiligen sich noch immer an den Berathungen der National-Liberalen. Dieselben dürften sich zwar, nachdem der Gedanke einer Verschmelzung der beiden alten Fraktionen in eine neue Gesammtpartei durch die etwas verschnelle Sonder-Constituirung der National-Liberalen überholt ist, demnächst auch ihrerseits in irgend welcher lockeren Form als Gruppe constituiren, werden aber fortfahren, das Einvernehmen mit den National-Liberalen zu pflegen. Die letzteren haben in v. Bennigsen und Genossen ein der wünschenswerthen Vermittlung sehr förderliches Element erhalten. (K. Z.)

Berlin, 4. März. Reichstag. Der Präsident Simson eröffnet die geschäftlichen Mittheilungen und ernennt die Herren v. Unruh-wald und Aßmann zu Quästoren. Graf Bismarck überreicht die Vorlage des Bundesverfassungs-Entwurfes nebst den Verträgen und Protokollen, worauf derselbe beruht. Er verweist zur Motivirung auf die letzte Thronrede und betont die Nothwendigkeit, den Entwurf bis zum 18. August nach den Verträgen so auszuführen, daß die Landtage darüber zu entscheiden haben. Das Vertrauen der Süddeutschen werde wachsen durch erreichte Resultate der jetzigen Berathungen, daher sei Beschleunigung unerläßlich. Kein europäisches Land trage so wie Deutschland die Bedingungen für Einheit und Größe in sich, Mangel an Opfermuth habe bis jetzt das Gelingen gehindert. Jetzt hätten die Regierungen ein Beispiel der Opferwilligkeit gegeben, die Versammlung dürfe dahinter nicht zurückbleiben. Zeigen wir, daß wir eine sechshundertjährige Geschichtserfahrung beherzigen. Das Mißlingen der Versuche, wie in Frankfurt und Erfurt, habe einen Zustand der Unsicherheit hervorgerufen, welcher nach sechszehnjähriger Dauer schließlich zu einer Katastrophe führen mußte. Das deutsche Volk kann mit Recht verlangen, daß der Wiederkehr vorgebeugt werde. Thun wir Alles, dieser Anforderung zu entsprechen. (Lebhaftes Bravo.) Präsident Simson beantragt Vertagung des Beschlusses über die geschäftliche Behandlung des Verfassungs-Entwurfs bis dahin, daß die Vorlagen gedruckt, und das Haus tritt nach langer Debatte diesem Antrage bei. Darauf folgt die Verhandlung über Geschäftsordnungs-Anträge. Graf Schwerin beantragt den Eintritt in die Schlußberathung, was das Haus auch beschließt. Präsident Simson ernennt die Abgg. Kannegießer zum Referenten und Bethusy-Huc zum Correferenten.

Berlin, 4. März. Heute früh 9 Uhr sollte eine Parteiversammlung der National-Liberalen stattfinden und sich namentlich mit geschäftlichen Angelegenheiten, u. A. der Geschäftsordnung, befassen. Für die Vorberathung des Verfassungs-Entwurfes im Plenum ist noch immer bei den liberalen Parteien eine überwiegende Neigung vorhanden, vorbehaltlich etwaiger Fachcommissionen für bestimmte, namentlich technische Punkte, welche neben der Plenar-Berathung eventuell fungiren könnten.

O.C. **Wien**, 1. März. Zur Situation. Der 20. März ist nur ganz allgemein für den Zusammentritt des Reichsrathes in Aussicht genommen, aber selbstverständlich läßt sich eine bestimmtere Festsetzung dermalen nicht treffen. In den hiesigen Regierungskreisen glaubt man fest, daß in Böhmen der ersten Aufwallung eine nüchterne Auffassung der Verhältnisse und die Einsicht folgen werde, daß man Böhmen um kein Recht verkürzen, sondern dasselbe vielmehr erweitern wolle. Ueber den böhmischen Statthalterposten scheint noch nichts entschieden. Graf Rothkirch wird jedenfalls wenig Neigung haben, zu bleiben, Baron Mecsery aber hat so wenig Neigung, Gratz mit Prag zu vertauschen. Glaubt man in Regierungskreisen, daß Böhmen jetzt gefügig sein werde, so herrscht hingegen anderwärtig die Meinung, daß B. Beust erst am Anfange der Schwierigkeiten stünde. Die Haltung der böhmischen, mährischen und tirolischen Landtage hat klar gezeigt, mit welcher „Finesse" die Belcredi'sche Politik operirte. Baron Beust muß alle Minen springen lassen, will er im Reichsrathe die Majorität erzielen. Fest steht es, daß der zusammentretende Reichsrath im bestverstandenen Sinne des Wortlautes des Patentes vom 26. Februar zur Revision der Verfassung nicht competent ist. Nimmt er diese Revision doch vor, so ist es mit seiner Legalität dahin! Dieß fühlen wohl Alle nur zu sehr, und die sogenannten „Verfassungstreuen" glauben, daß die Inslebentretung liberaler Gesetze diese Illegalität verschwinden machen wird. Daß Baron Beust die Energie hat, die vorhandenen Schwierigkeiten überwinden zu wollen, daran zweifelt hier Niemand, ob er sie aber auch wird überwinden können, das ist eine große Frage. Die Unterstützung der Ungarn ist ihm gewiß. Auch darf Baron Beust in seiner Berufung auf Faktoren nicht vergessen, die dermalen ruhen, um in 3—4 Wochen ihre Machinationen wieder aufzunehmen. Die Haltung der Ungarn ist besonnen und politisch klug, ist aber diese Thatsache ein Criterium für die Zukunft? Denn Baron Beust will ja im echt staatsmännischen Sinne für die Zukunft bauen? Die ganze Lage der Dinge unparteiisch betrachtend, können wir nicht mit der Zuversicht in die Zukunft sehen, die so Manche sich im rosigen Lichte malen. Oesterreich ist auf der schiefen Ebene. Damit es auf den geraden Weg gebracht werde, gehört mehr dazu als „große Ideen!

Paris, 2. März. Der „Moniteur de l'Armée" veröffentlicht den von dem Kaiser schon genehmigten Bericht des Kriegsministers über die Reorganisation der französischen Infanterie-Regimenter. Der vorschriftsmäßige Bestand eines französischen Linien-Regimentes auf dem Friedensfuß ist fortan 1800 Mann. Jedes Regiment erhält 2 aktive Bataillone zu je 8 Kompagnien (worunter eine Grenadier- und eine Voltigeur-Kompagnie), ferner 1 Ersatzbataillon mit 6 Kompagnien Füsilieren, das im Ganzen einen Effektivbestand von 200 Mann hat. Der dritte Bataillons-Chef bleibt bei dem Ersatz-Bataillon und hat sich hauptsächlich mit der Ausbildung der Rekruten zu beschäftigen. Jede Kompagnie hat einen Trommler und einen Hornisten. Die Elite-Kompagnien haben mit Inbegriff der Kadres einen Effektivbestand von 8[illegible] Mann. Außerdem soll der Wichtigkeit des sicheren Schießens und der neu einzuführenden Präzisionswaffe wegen in jedem Regiment ein Hauptmann besonders mit der Leitung der Schießübungen beauftragt werden, wie dies bereits in den Jäger-Bataillonen der Fall ist. Auf dem Kriegsfuße zählt das Linien-Infanterie-Regiment 3 aktive Bataillone mit je 7 Kompagnien und außerdem 6 Ersatz-Kompagnien (7 Kompagnien deßhalb, weil vor dem Feinde gewöhnlich eine Kompagnie zum Plänkeln detachirt wird und alsdann das Bataillon immer noch mit einer geraden Zahl von Kompagnien manövriren kann). Der Normalbestand der Kompagnie auf dem Kriegsfuße beträgt für die Elite-Kompagnien 130, für die übrigen 150 Mann, so daß sich die Gesammtstärke des Kriegs-Bataillons auf 1010, mit Inbegriff der Kadres, beliefe. Ueber die in der Uniformirung der Infanterie zu treffenden Veränderungen ist nun auch, wie der „Moniteur de l'Armée" anzeigt, eine definitive Entscheidung getroffen. An die Stelle des schweren und harten Lederkäppi's, das im Felde unbrauchbar war, tritt eine leichte bequeme Kopfbedeckung aus rothem Tuche. Der Rock (gegenwärtig ein Wamms mit kurzen Schößen) soll wieder wie der frühere Waffenrock, nur nicht so lang, werden. Eben so kehrt man zu dem grauen Mantel nach dem alten Schnitt zurück. Die weißen Gamaschen werden beibehalten, ebenso wie die ledernen, nur werden letztere fortan zugeschnallt und nicht mehr zugeschnürt werden. Endlich fallen die weiten Hosen weg und werden durch glatt herunterfallende, wie sie die Garde jetzt hat, doch ohne Streifen, ersetzt. Der neue Kriegsminister ist entschlossen, aus mehrfachen und triftigen Gründen die Musikcorps der Cavallerie mit der Zeit abzuschaffen. Einstweilen soll das neu zu errichtende 4. Regiment der Chasseurs d'Afrique keine Spielleute zu Pferd mehr bekommen; auch in den drei bereits vorhandenen Chasseur-Regimentern wird, da sie so zu sagen beständig im Felde liegen, die Musik sofort abgeschafft werden. In Zukunft erhält jede dieser Schwadronen fünf Trompeter.

Paris, 2. März. Wie wenig Interesse die Franzosen noch immer den eigentlich praktischen Debatten der Volksvertretung abgewinnen, zeigt die theilnahmlose Aufnahme, welche die gestrige Discussion der Duruy'schen Vorlage über den Primär-Unterricht in weiteren Kreisen gefunden. [illegible] Kraftworte, [illegible] Phrasen, sobald sie sich nur auf die allgemeine Politik beziehen lassen, dürfen immer sicher sein, beachtet zu werden; wenn sich aber die Berathung nur ein wenig auf speciellere Gebiete einläßt, wobei man [illegible] Vertretung noch gar nicht die Rede zu sein braucht, da erkaltet das Interesse sofort, und man spricht von „eintönigen Verhandlungen".

So viel Theilnahme Duruy seinerseits auch dem Volksunterrichte, den alle seine Vorgänger fast ausnahmslos vernachlässigt, zugewendet haben mag, seinen Bemühungen ist es doch noch nicht einmal gelungen, die große Masse des sogenannten gebildeten Publikums für die Sache zu erwärmen, geschweige denn für sie erfolgreich Propaganda zu machen, sei es auch nur in den Reihen der allergetreuesten Majorität. (K. Z.)

Das „Memorial diplomatique" will wissen, daß die französische Regierung kürzlich vom Berliner Cabinet benachrichtigt worden ist, daß man weit davon entfernt sei, sich der Ausführung des Art. 5 des Prager Vertrags entziehen zu wollen, und daß man betreffs der Abstimmung der Bewohner von **Nordschleswig** nur die Eröffnung des Nordparlaments abwarten wollte, um dem Reichstage diese Angelegenheit vorzulegen, welche nach dem Wunsche der Regierung die Art und Weise und den Zeitpunkt der binnen kürzester Frist vorzunehmenden Abstimmung feststellen werde. Preußen würde allen Bewohnern im Norden seiner strategischen Linie, die von Apenrade ausginge, freistellen, zu Dänemark zurückzukehren, und die Bewohnerzahl des Gebietes, welche somit wahrscheinlich an Dänemark zurückfallen würde, mache 50,000 Seelen aus.

Dem „Memorial diplomatique" geht auf telegraphischem Wege aus Konstantinopel unterm 28. Febr. die Nachricht zu, daß Frankreich, England und Rußland in ihrer Eigenschaft als Schutzmächte Griechenlands sich darüber geeinigt haben, dort zu Gunsten Kretas die Kombination der absoluten Autonomie zu unterstützen. Die Pforte leiste Widerstand; aber das definitive Einverständniß der drei Großmächte beseitige eine jede Verwicklung von dieser Seite.

Gegen E. de **Girardin** ist wegen eines in der „Liberté" veröffentlichten Artikels (worin er die Behauptung Rouher's: „daß Frankreich unter dem Kaiserreiche stufenweise und mit jedem Jahre besseren Geschicken entgegengehe", in sehr leidenschaftlicher Sprache bekämpfte) gerichtliche Verfolgung eingeleitet. Wir heben aus dem Artikel folgende sehr schneidende Sätze über die innere und äußere Politik des Kaiserthumes hervor: „Die Worte des Herrn Ministers können beredt sein, aber gewiß sind sie unklug, denn sie fordern nothgedrungen den Vergleich heraus zwischen der Gegenwart und Vergangenheit. Wenden wir uns zuerst zur auswärtigen Politik. Territorial wurde Frankreich unter dem zweiten Kaiserreiche um drei Departements mit 738,000 Einwohnern vermehrt. Aber um welchen Preis? Zuerst um den Preis der 500 Millionen-Anleihe, welche 1859 zum Kurse von $60^1/_2$ abgeschlossen wurde; dann um den Preis all des französischen Blutes, welches zur Vertheidigung der Italiener gegen die Oesterreicher vergossen wurde; ferner um den Preis der Vereinheitlichung Italien's und später Deutschland's; dann endlich um den Preis Dessen, was uns eine Heeres-Reorganisation kosten wird, welche alle wehrhaften Franzosen, 160,000 Mann wenigstens im Jahre, zum Kriegsdienst zwingt, während wir vor 1852 jährlich nur 80,000 Mann zu stellen hatten. Welche besseren Geschicke, welchen größeren Einfluß in der Welt verdankt Frankreich seiner mexikanischen Expedition, welche uns seit 1862 so viele starke, dem Pfluge und der Werkstätte entrissene Männer, so viel unentbehrliches, seiner Bestimmung entfremdetes Geld gekostet hat? Welches Gewicht haben 1863 die zahllosen Depeschen des Herrn Drouyn de Lhuys in die Wagschale des Fürsten Gortschakoff gelegt? Wurde dadurch den unglücklichen, durch grausame Illusionen irregeleiteten Polen eine einzige Mißhandlung erspart? Welchen Vortheil haben wir aus unseren im Vereine mit Engländern und Piemontesen über die Russen davongetragenen Siegen gezogen? Was haben unsere im Verein mit den Italienern über die Oesterreicher erfochtenen Siege, was die Schlacht von Sadowa genützt, die wir die unter unserer Zustimmung mit den Italienern verbündeten Preußen schlagen und gewinnen ließen? Trug sie uns wenigstens eine unauflösliche Allianz ein zwischen Preußen, Italien und Frankreich, diesen drei eine Anzahl von 100 Mill. Einwohnern umfassenden Staaten, welche über eine so beträchtliche Stärke verfügen, daß ohne ihr [illegible] gegen sie nichts möglich ist? Und was haben wir in Ermangelung dieser uns fehlenden oder von uns abgelehnten Allianz für Ersatz genossen? Was spielen wir jetzt im Orient zwischen Rußland, das wir bekämpft, und der Türkei, die wir von 1854—56 vertheidigt haben, für eine Rolle? Welche Kompensationen werden uns für alle diese Opfer geboten und welche Kompensationen können uns gewährt werden? Und nun wenden wir uns zur inneren Politik. Moralisch hat Frankreich unter dem zweiten Kaiserreiche, die Straflosigkeit der Arbeiter-Strikes ausgenommen, nichts gewonnen, absolut nichts. Was vor dem 2. Dez. 1851 Freiheit war, war Tags darauf nur nicht Toleranz; was vor diesem Tage Recht war, wurde nach ihm [illegible] Erlaubniß, und die nichtssagendsten Bewilligungen, auch wenn es sich nur um harmlose Konferenzen über literarische Gegenstände handelte, wurden verweigert. Nach der Stufenleiter der vergleichenden Freiheit steht Frankreich viel, viel tiefer als Deutschland, England, Belgien, Holland, Italien, Portugal und die Schweiz; tiefer als Frankreich steht in Europa nur noch Spanien. Welches sind denn die Thatsachen, die Akte, die Gesetze, welche den Herrn Staatsminister berechtigen, zu sagen, „das Land sei stufenweise und alljährlich besseren Geschicken entgegengeführt worden"? Alle unsere Nachforschungen, Dies zu entdecken, sind fruchtlos geblieben.

London, 28. Febr. In der gestrigen **Unterhaussitzung** beantragte Sir C. O. **Loghlen** (Mitglied für die irische Grafschaft Clare) die zweite Lesung der Bill zur Abschaffung der alle Beamten vorgeschriebenen Abschwörung des Glaubens an die Transsubstantiation und das katholische Meßopfer. Herr **Newdegate** behält sich seine Opposition für die Comiteberathung vor, und die zweite Lesung erfolgt ohne Abstimmungsprobe. Sir C. O. **Loghlen** beantragt darauf die zweite Lesung der Aemter- und Eide-Bill zur Abschaffung jenes Theils der Katholiken-Emancipationsakte von 1829, der die Erhebung eines Katholiken zum Lord-Statthalter oder Lord-Kanzler (von Irland) verbietet, obgleich die Akte der Ernennung eines Katholiken zum Premierminister, zum Generalgouverneur von Indien oder zum Oberbefehlshaber der Armee nichts in den Weg legt. Außerdem bezweckt dieselbe Bill, die Bestimmung aufzuheben, durch die es katholischen Richtern, Lordmayors und andern Gemeindebeamten verboten ist, in ihrer Amtstracht beim Gottesdienst zu erscheinen. Nach einer langen Debatte, in der sich die meisten Redner, auch Gladstone, für die Maßregel aussprechen, geht die zweite Lesung mit 195 gegen 93 Stimmen durch. — Eine gestern Abend gehaltene Versammlung der **Reformliga** spricht sich gegen die Reformvorschläge der Regierung nicht weniger heftig aus als die Vertreter der Gewerke. Nach scharfer Verurtheilung dieser Maßnahmen richtete der Vorsitzende, Herr **Beales**, sich gegen die liberale Partei und Gladstone's Vermittlungsversuche. Die liberale Partei möge sich nicht über ihre Position täuschen; das Land sei bereit, nicht nur mit der Regierung, sondern auch mit dem Unterhause den Kampf aufzunehmen. Es scheine, als wenn alle ihre Versammlungen, alle ihre Demonstrationen lächerlich gemacht werden sollten, und es sei jetzt die Aufgabe der Liga, den Tories, wie den Liberalen zu zeigen, daß es ihr Ernst sei. Es wurden in der folgenden Diskussion hohe Worte gesprochen und ziemlich allgemein die Ansicht geäußert, man solle bei künftigen Gelegenheiten etwaigen Einmischungen der Polizei gewaltsamen Widerstand entgegensetzen. Das Resultat der Versammlung war der Beschluß, am Charfreitag eine Volksversammlung im Hyde-Park und auf den 11. März, Abends, ein **Massenmeeting** auf dem Trafalgar Square zusammen zu berufen.

London, 1. März. Hr. Adderley (Unterstaatssekretär der Colonien) beantragte in der gestrigen Sitzung des Unterhauses die zweite Lesung der schon im Oberhause angenommenen britisch-nordamerikanischen Conföderationsbill. Die Conföderation soll den allgemeinen Namen **Canada** führen und aus den Provinzen Ontario, Quebec, New-Brunswick und Nova Scotia bestehen. Das gemeinsame Parlament besteht aus einem Senat (dessen 72 Mitglieder der Generalgouverneur auf Lebenszeit ernennt, während die Königin noch 6 hinzufügen kann) und einem Hause der Gemeinen von 181 zu erwählenden Mitgliedern. Außerdem soll jede der vier Provinzen ihre eigene Lokalgesetzgebung und einen vom General-Gouverneur zu ernennenden Vicegouverneur haben. Zum Bau der intercolonialen Eisenbahn, ohne welche die Conföderation unmöglich wäre, soll das britische Parlament eine Anleihe garantiren. Die zweite Lesung wird nach längerer Debatte genehmigt.

Türkei. Einer Pariser Korrespondenz der „Independance" zufolge sind die Ministerien eifrig mit der Feststellung der Grundlagen für die einzuführenden Reformen beschäftigt. Zunächst wird die Einziehung und Veräußerung der sog. Vakuf- (Kirchen-) Güter beabsichtigt, aus denen man sich eine jährliche Revenue von 80 Mill. Piaster verspricht. Wenn der Widerstand der Ulema's nicht diesen alten Plan Fuad Pascha's scheitern macht, würden die Finanzen der Türkei retablirt sein; die unerbittliche Nothwendigkeit muß Fuad Pascha zwingen, das Aeußerste für die Durchführung des Projekts zu versuchen. Von dem Gelingen desselben hängt mehr oder weniger die Existenz des ottomanischen Reiches ab. Es ist auch die Rede von Einberufung einer Versammlung christlicher Notabeln aller Sekten, ein definitiver Beschluß in dieser Beziehung jedoch vorläufig noch nicht zu erwarten. — Man hat übertriebene Nachrichten über in Jerusalem bestehende ernste Unruhen verbreitet; das Wahre an der Sache ist, daß von den Muselmännern öffentlich geäußert wird, die ganze Schuld an dem Unglück des Landes trügen die Christen, in Folge dessen die christlichen Einwohner von Jerusalem für ihre Sicherheit besorgt sind. — Das griechische Blatt „Hellas" bringt die bis jetzt unbestätigte Nachricht, der [illegible] von Aegypten habe bereits seine Truppen aus Candia zurückgezogen. — Der Insurrektionskrieg hat dem türkischen Staatsschatz bis jetzt schon über 30 Mill. Fr. gekostet.

Von der polnischen Gränze, 28. Febr., wird der „Allg. Ztg." geschrieben: „Wie nunmehr auch schon die „Pos. Z." berichtet, steht die Einverleibung des Königreichs Polen in Rußland schon in nächster Zeit bevor. Die betreffenden Verfügungen hierüber sollen bereits an die russischen Beamten eingegangen sein, und schon binnen wenigen Tagen soll, wie der Correspondent der Zeitung wissen will, die Veröffentlichung derselben bevorstehen. Eine Proklamation des Kaisers wird dem Vernehmen nach schon am 1. März alten Styls im ganzen Lande bekannt gemacht werden, wonach das Königreich Polen unter diesem Titel zu existiren aufhört und in russische Gouvernements umgewandelt wird. Von einem anderswo üblichen Uebergangsstadium ist nicht die Rede, und die russische Sprache ist schon in allen Bureaus als Geschäftssprache eingeführt. Die Polizei ist bereits mit ungewöhnlicher Strenge thätig, um mögliche Ruhestörungen zu verhüten, und selbst die Bauern, welche Lebensmittel nach der Stadt bringen, müssen mit einem Paß oder einer Legitimationskarte versehen sein; wer eine solche nicht vorzeigen kann, wandert unausweichlich ins Gefängniß. Fünf Geistliche, die, wenn auch leise, auf diese Vergewaltigung nur auf die der katholischen Kirche von der Kanzel herab hingewiesen und ein hierauf bezügliches päpstliches Breve verlesen haben, ohne die Genehmigung dazu vorher nachzusuchen, sind gefänglich eingezogen worden und werden wohl die unfreiwillige Reise nach Rußland antreten müssen. Aus dem Druck, den die katholische Kirche erfährt, will man in Polen allgemein den Schluß ziehen, daß die gänzliche Umwandlung der römischen Kirche in die russische Landeskirche eine beschlossene Sache sei. Protestanten und Juden dagegen werden von den russischen Behörden in keiner Weise behelligt.

Neueres.

Wien, 4. März. Die „Wiener Abendpost" erklärt die Pariser Nachricht der „Kölnischen Zeitung", daß der Kaiser von Oesterreich ein eigenes Danktelegramm wegen der in der französischen Thronrede für Oesterreich ausgesprochenen freundschaftlichen Gesinnungen an die Tuilerien gesandt habe, für unbegründet, indem diese Nachricht den Charakter der berechneten Ausstreuung an sich trage. Die „Abendpost" fügt hinzu: es habe einer Kundgebung an die französische Regierung gar nicht bedurft, damit dieselbe sich der in Wien für sie herrschenden freundlichsten Gesinnungen versichert halten konnte.

Pesth, 4. März. Das Unterhaus nahm die Regierungsvorlage, betreffend die Bewilligung von 48,000 Mann Rekruten, an.

London, 4. März. Es wird uns gemeldet, daß die Abdankung der drei Minister angenommen ist. Kriegsminister wird Pakington, Flotten-Minister Corry, Handelsminister Cape, indischer Northcote, Colonialminister Richmond oder Buckingham; zufolge dieser Aenderungen wird Disraeli eine liberale Reformbill einbringen können.

Petersburg, 3. März. Bei einem gestern Statt gehabten Banket brachte Großfürst Nikolai einen Toast auf die tapferen griechischen Freiwilligen aus, welche gegenwärtig so viel leiden, so heroisch kämpfen und sterben, und deren Brüder während des Krimkrieges die einzigen Verbündeten Rußlands gewesen sind. — Durch kaiserlichen Ukas ist nunmehr die Aufhebung der Leibeigenschaft auch auf die Bauern in Mingrelien ausgedehnt worden.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. G. Ruland.

Literarisches.

Das dritte und vierte Heft des neuen Jahrgangs von „Zu Hause", Geschichten und Bilder zur Unterhaltung (Stuttgart, Eduard Hallberger), bringen wieder eine reiche Mannigfaltigkeit an anziehendem Unterhaltungsstoff und hübschen Bildern, so die Fortsetzung der Erzählung von „Ueber Meer und Land" von dem so beliebten Erzähler Friedrich Gerstäcker, die besonders durch die Sittenschilderungen des südlichen Amerika interessirt, die Fortsetzung des Romans „Der Neffe aus Jamaika" von M. Braddon, eine durch spannende Komposition sich auszeichnende Erzählung aus dem sozialen Leben Englands, — den tief tragischen Schluß der gemüthlichen Volkserzählung aus Obersteiermark „Die Hammerschmiede" von Hermine Born, und endlich den Anfang einer Novelle aus dem deutschen Familienleben: „Des Vaters Ehre" von Edmund Hahn. Außerdem enthalten die beiden Hefte noch eine Menge Schilderungen aus dem Natur- und Volksleben, aus der Heimath und Fremde, aus der Geschichte der Vergangenheit und Gegenwart von Karl Leschner, Schmidt-Weissenfels, H. Thienen-Adlerflucht, C. Zöller und andern anerkannten deutschen Schriftstellern. Von den 24 Bildern, welche, ungerechnet der beiden Bilder auf der ersten und der zehn humoristischen Bilder auf der dritten Seite des Umschlags, das dritte und vierte Heft von „Zu Hause" schmücken, dürften „Ein Stiergefecht in Madrid", „Der Dogenpalast von Venedig" von Girardet, „Ruinen des Klosters St. Paul" von Altmann, „O, lieb', so lang' du lieben kannst" von Specht, „Das Stamgerlitetern" von Löffler und „Der falsche Ton" von Hopnald das Auge des Beschauers besonders fesseln. Allerlei anregende Kurzweil bieten die Schachaufgaben, Bilderräthsel u. s. w., die auch in diesen Heften nicht fehlen. Von der außerordentlichen Vergünstigung, welche die Verlagshandlung den Abonnenten dieses Jahrgangs dadurch darbietet, daß sie denselben **Schiller's sämmtliche Werke (Cotta'sche Originalausgabe)** zu einem **außergewöhnlich billigen** Preise liefert, ist gewiß schon allgemein der Gebrauch gemacht worden; bereits befinden sich die **vier** ersten Lieferungen in den Händen der Abnehmer. (Zu beziehen durch die Stahel'sche Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	65¼ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	69½ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55⅝ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	47¼ P.
„	4½pCt.	41½ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	103 P.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	97¼ P. ⅛ G.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	97⅞ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	93¼ P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	93¾ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	93½ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	97⅜ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	85½ P.
Baden	4½pCt. Obl.	97½ P.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	87¼ P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	98½ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	93¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½pCt. Obl.	83 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2½pCt. „ „ „	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	87 P.
N.Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D.2½	78¼ P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	76⅞—77 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	132 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	708 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	176½—76 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	92⅝ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R.	
Darmst. Bank 1. u. 2. Emis à fl. 250	214 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	—
Mitteldeutsche Kreditaktien	97½ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	343 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn	112½ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 20 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	115 P. 114½ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	91¼ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	112 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49½ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75¼ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	248 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	46¾ P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	118⅜ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	117¾ P.

Wechsel in süddeutscher Währung

Amst. fl. 100 k. S.	100⅞ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅞ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Tr. 60 k. S.	104⅝ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97⅛ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅞ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88¼ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104¾ G.
London Lst. 10 k. S.	119⅛ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	92½ G.
do. in öst. W. k. S.	93 P.
Disconto	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	135½ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	60⅞ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	70¾ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	122⅜ P.
„ do. v. 1864	76¾ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100⅛—100 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10¼ P.
Badische fl. 35	53⅝ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143½ P.
„ fl. 25 do.	39 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28¼ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	33 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅝ P.

Frankfurt, 5. März. Wie gestern so herrscht auch heute an der Börse vollständige Windstille, sowohl was die Magerkeit des Geschäfts, als auch was die Stagnation der Course betrifft. Es fehlt der Börse offenbar an neuen und anregenden Impulsen. Amerikaner verkehrten auf etwas bessere Newyorker Goldnotirungen einen Bruchtheil fester und gesuchter als gestern. Man hofft von der Herabsetzung der Baumwollsteuer eine günstige Wirkung für den Export. Kreditaktien, die schon gestern Abend 2 fl. matter waren, erholten sich heute nicht, wie dies in der letzten Zeit so oft der Fall war, von diesem Rückgang. Für die übrigen österreichischen, sowie auch für deutsche Werthe ist die Stimmung sehr apathisch. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 66.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 7. März 1867.

Bibliothek München.

Das einzige Ziel.

XX Die in München erschienenen „Betrachtungen eines Großdeutschen über den Anschluß Süddeutschlands an den norddeutschen Bund" erklären sich gegen diesen Anschluß und ebenso gegen eine Allianz mit Preußen im Sinne des Hohenlohe'schen Programmes. Der Verfasser zeichnet den süddeutschen Staaten und Bayern insbesondere eine andere Politik vor. „Ein enger Bund Oesterreichs, des norddeutschen Bundes als solchen, und der süddeutschen Staaten unter gegenseitiger Garantie des Territorialbestandes und unter Feststellung dessen, was jeder Theil im Kriegsfalle zu leisten hat" — dies ist nach der Ansicht unseres Großdeutschen die richtige Lösung des Problemes und diese herbeizuführen, ist in erster Linie die Aufgabe Bayerns. Wir lassen ununtersucht, ob ein solcher Plan Aussicht hätte, in Wien und Berlin Anklang zu finden: denn wir hoffen zunächst, daß die bayerische Regierung sich hüten wird, seine Vertretung zu übernehmen.

Wäre der bayerische Staat, wie Dänemark, Portugal, Holland, in gewissem Sinne auch die Schweiz und Belgien, die politische Verkörperung einer kleinen selbständigen Nationalität, so hätte er der Außenwelt gegenüber kein höheres Interesse und keine höhere Pflicht, als die Bewahrung seiner Unabhängigkeit. Seine Staatsmänner dürften in diesem Falle glauben, das Ihrige gethan zu haben, wenn sie durch den Abschluß eines Trutz- und Schutzbündnisses mit zwei Großmächten und den benachbarten Mittelstaaten dem Lande die Möglichkeit gesichert hätten, sich ruhig seiner inneren Entwicklung hinzugeben. Aber der bayerische Staat kann mit jenen anderen nicht verglichen werden, weil er kein in sich abgeschlossener politischer Körper ist: er steht über ihnen, insofern er einem größeren Ganzen, an dessen Größe er theilnimmt, als Glied angehört, und steht unter ihnen, insofern er auf die volle Selbständigkeit eines abgeschlossenen Staatswesens keinen Anspruch zu machen hat. Wir verlangen von den [Bür]gern eines deutschen Staates und von den Lenkern seiner Politik, immer ihr erster Gedanke Deutschland und ihr zweiter der heimathliche Staat sei; in diesem Verlangen liegt der Gegensatz der nationalen zur partikularistischen Richtung.

Eine nationale Politik setzt sich das Ziel, die zersplitterte Kraft der Nation zur vollen Wirksamkeit nach innen und nach außen zusammenzufassen; sie erkennt in dem isolirten Einzelstaat nur einen dürftigen Bruchtheil des Ganzen, unfähig, die höchsten Aufgaben der Nation zu lösen und deßhalb verpflichtet, unablässig nach der engsten Verbindung mit den übrigen Gliedern, nach dem Anschluß an einen politischen Organismus zu streben, in welchem sich die Kraft der Gesammtheit wirksam erweisen kann. Der Plan einer preußisch-österreichisch-süddeutschen Allianz verleugnet, indem er den isolirten Fortbestand der süddeutschen Staaten voraussetzt, diese Aufgabe vollständig. Er kann keine andere Bestimmung haben, als die, den theilnehmenden Staaten ihre Unabhängigkeit nach außen und dadurch ihre ungestörte innere Entwicklung zu gewährleisten. Es wäre in der That baare Thorheit, Angesichts der Ereignisse von 1866 auf den Gedanken einer staatsrechtlichen Einigung zwischen Preußen und Oesterreich, eines gemeinsamen Parlamentes, einer gemeinsamen Leitung der deutschen Angelegenheiten durch die beiden Mächte zurückzukommen. Das einzig praktisch Denkbare ist ein Defensivbündniß, wie unser Verfasser es will, eine „gegenseitige Garantie des Territorialbestandes". Damit aber wird die positive Aufgabe der süddeutschen Staaten um keinen Schritt gefördert; ihre organische Verbindung mit dem übrigen Deutschland wird auf diesem Wege nicht vollzogen; sie bleiben der nationalen Gemeinschaft entfremdet, an welcher Antheil zu nehmen ihre höchste Pflicht und ihr höchstes Recht ist. Der deutsche Staat, der nichts Besseres erstrebt, als die Sicherung seiner Existenz gegen feindliche Angriffe, ist nicht werth, zu existiren und wird, je ausschließlicher die Sorge für Bewahrung seiner Unabhängigkeit ihn beschäftigt, um so sicherer über kurz oder lang ruhmlos untergehen.

Jenseits des Maines besteht ein Bund von dreißig Millionen Deutschen; zu ihm gehören wir, die unnatürliche Grenze zu beseitigen, die uns von ihm trennt, muß das Ziel unserer Politik sein. Jedermann weiß, wie unvollkommen dieser Bund in seiner heutigen Gestalt die gerechten Ansprüche der Nation erfüllt; aber Viele vergessen, daß seine Unvollkommenheit zum großen Theil unsere eigene Schuld ist: die Schuld des hartnäckigen Widerstandes, den wir lange Jahre hindurch den deutschen Einheitsbestrebungen entgegengesetzt haben. Hätte Bayern zu rechter Zeit die Verständigung mit Preußen gesucht, der Einheit die Opfer gebracht, welche sie fordert, und der

Feuilleton.

Vermischtes.

Die Bevölkerung Jerusalems besteht nach den von dem preußischen Konsul angestellten Ermittelungen in runden Zahlen aus 7100 Juden, 5000 Mohamedanern und 3400 Christen. Unter den letzteren sind, wie überhaupt in Palästina, die Griechen die zahlreichsten (2000); dann kommen 900 römische Katholiken u. s. w. Unter den Mohamedanern befinden sich nur noch acht Familien, welche sich rühmen, von Waffengefährten des kühnen Sultans Saladin, des Eroberers von Jerusalem zur Zeit der Kreuzzüge, abzustammen.

Berlin, 3. März. Die Berliner hatten gestern vor dem Oranienburger Thore eine seltene Augenweide, und in Erwartung derselben die berühmte Borsig'sche Fabrik, welche mit Flaggen rc. geschmückt war, in dichten Gruppen umstellt; es galt die in der Borsig'schen Werkstatt vollendete zweitausendste Lokomotive vom Stapel zu lassen. Das gesammte Arbeiterpersonal umstand auf dem weiten Hofe, Nachmittags 3 Uhr, die Lokomotive, welche reich geschmückt war und den Namen „König Wilhelm" trägt. Herr Borsig und der Obermaschinenmeister der Köln-Mindener Eisenbahn hielten Ansprachen, welche von den Arbeitern mit lautem Jubel aufgenommen wurden, dann begab sich der ganze Zug nach dem Stettiner Bahnhofe, von wo die Lokomotive per Verbindungsbahn nach der Anhaltischen Bahn zum Transporte nach Paris (zur Weltausstellung) expedirt werden soll. Sechs kräftige Pferde zogen die Lokomotive, ein zahlreiches Musikkorps schritt voraus. Ein Fest, wie 1858, zur Feier der Vollendung der tausendsten Lokomotive, fand nicht statt; jeder Arbeiter erhielt 1 Thlr. und jeder der beiden Pensionsfonds 10,000 Thaler. Die erste Lokomotive der Borsig'schen Fabrik wurde 1840 begonnen und 1841 beendet, die hundertste war 1846, die fünfhundertste im Todesjahre des Geh. Commerzienraths Borsig 1854 beendet und die sechshundertste 1855 auf der Pariser Ausstellung prämiirt, die tausendste war im August 1858 beendet.

Der englische Juwelier Hr. Boore, welcher die Esterhazy'schen Familien-Juwelen in Kommission hat und dieselben gegenwärtig in London ausstellt, hatte sie, wie die „Fr. Corr." erzählt, schon vor einiger Zeit dem Kaiser Napoleon zum Kauf angeboten. Er verlangte für den Schatz 5 Mill. Franken. Der Kaiser lehnte das Geschäft ab. Es wird schon seit einiger Zeit bemerkt, daß viel von dem beweglichen Erbvermögen der österreichischen Aristokratie in's Ausland, und namentlich nach Paris wandelt. Erst kürzlich wurde im Hotel Drouot eine Sammlung von Kuriositäten versteigert, welche alle ehemals österreichischen Adelsfamilien angehört hatten. Ein Altar-Schrein aus dem 14. Jahrhundert, der sich darunter befand und früher im Besitz der Familie Batthyany war, erregte allgemeines Aufsehen und wurde mit 20,000 Frcs. bezahlt. Vor einigen Tagen gelangte, ebenfalls im Hotel des Ventes, die Gemäldesammlung des Herrn Karl Schuster in Wien zur öffentlichen Versteigerung.

(Allg. Ztg.)

Freiheit die Bürgschaften gesichert, deren sie bedarf, so könnte Deutschland heute mit größerer Befriedigung in den neuen Bau seiner staatlichen Ordnung eintreten. Wir müssen es hinnehmen, daß sich in dem jetzigen Zustande die Sünden unserer eigenen Vergangenheit spiegeln; vergeblich aber würden wir den Nachwirkungen begangener Sünden dadurch auszuweichen suchen, daß wir dieselben zum zweiten Male begehen und uns vor den Pflichten der Gegenwart abermals in die eiteln Träume eines sich selbst genügenden bayerischen National- und Staatsbewußtseins zurückziehen.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 5. März. Se. Majestät der König hat als technischen Baurath der Stadt Landshut den bisherigen städtischen Bautechniker G. Sprainer bestätigt; den Kassier der königl. Staatsschuldentilgungs-Spezialkasse Nürnberg, J. N. Rauchenberger, unter Anerkennung seiner vieljährigen treuen und verläßigen Dienstleistung in den erbetenen definitiven Ruhestand treten lassen; den Bezirksarzt 2. Klasse, Dr. J. B. Wolff in Rain, seinem Ansuchen entsprechend, in den Ruhestand treten lassen.

Die Stelle eines Bezirksarztes 2. Klasse zu Rain ist in Erledigung gekommen. Bewerber um dieselbe haben ihr Gesuch binnen 14 Tagen bei der ihnen vorgesetzten königlichen Regierung, Kammer des Innern, einzureichen.

Darmstadt, 4. März. Die in Folge eigenthümlicher Verhältnisse bisher unterbliebene Untersuchung über die unglückselige Kriegführung im vorigen Jahre wird nun dennoch in Folge Verfügung des Kriegsministeriums stattfinden. Es wurde eine Commission ernannt, deren Vorsitzender der Commandeur unserer Armeedivision, Prinz Ludwig, und die aus vier Commandeuren (mit Ausschluß des Obersten Becker) und zwei Offizieren aus dem Stabe gebildet ist. Derselben sind sämmtliche Akten, Berichte u. s. w. zur Verfügung gestellt und ist derselben die Ermächtigung ertheilt, jede ihr etwa erforderlich erscheinende Auskunft direkt sich zu verschaffen. Dem Vernehmen nach fand sofort in dem Palais des Prinzen Ludwig und unter dessen Vorsitz die erste Sitzung heute statt. (Fr. J.)

Wiesbaden, 2. März. Die „Mittelrh. Ztg." erklärt die neuerlichen Angaben über die Regelung der Domänenfrage für ungenau. Nach dem genannten Blatt wäre das Uebereinkommen wie folgt festgestellt: Herzog Adolph erhält die geschlossenen Güter des Domänenvermögens, die Domanialwaldungen der ehemaligen Stammlande des Hauses Nassau, verschiedene Schlösser, sicherlich Weilburg, Biebrich vielleicht, vielleicht statt dessen das ehemals landgräflich hessische Schloß zu Homburg. Im Ganzen wird dem ehemaligen Herrscherhause aus liegenden Gütern nach dem Durchschnittsertrag der letzten Jahre und durch eine additionelle Geldrente ein Einkommen von 300,000 bis 350,000 fl. gesichert werden. Die preußische Regierung wird in der Jagdfrage die Ablösung der Jagdservituten festhalten, als Eigenthümer aber der Domanialjagdberechtigungen selbst auf die Entschädigung verzichten, so daß der bei Weitem größte Theil der Jagdberechtigungen unentgeltlich dem Grundeigenthum zuwachsen wird.

Berlin, 4. März. In der heutigen Sitzung des Reichstags verkündigte der Präsident zunächst das Resultat der am Schlusse der vorigen Sitzung noch vollzogenen Schriftführerwahlen. Die Anzeige von der definitiven Constituirung des Reichstags an das Bundespräsidium ist erfolgt. Es sind sieben neue Abgeordnete in das Haus eingetreten und von dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin sind der Staatsminister v. Oertzen und der Staatsrath Wetzel zu Bundescommissarien ernannt worden. Indem das Haus nunmehr in die Tagesordnung eintritt, erhält das Wort der Präsident der Bundescommissarien Graf Bismarck. Derselbe bemerkt: Im Auftrage der hohen verbündeten Regierungen habe ich die Ehre, den Entwurf der Bundesverfassung, wie derselbe zwischen den verbündeten Regierungen vereinbart worden ist, dem hohen Reichstage vorzulegen. Beigefügt sind die Akte, welche die Grundlage des Bündnisses bildet, sowie die Protokolle über die Sitzungen der Conferenzen. Indem ich diese Vorlage der Beschlußnahme des hohen Hauses unterbreite, enthalte ich mich, dem, was Se. Maj. der König, mein allergnädigster Herr, in der Thronrede gesagt, noch ein Wort hinzuzufügen. Nur auf Einen Punkt glaube ich aufmerksam machen zu sollen. Das Bündniß ist vorläufig nur auf ein Jahr festgesetzt, und ich bitte Sie, zu bedenken, in welche Situation Deutschland wohl gerathen würde, wenn unser Werk bis zum 18. August nicht zum Abschlusse gebracht wäre. Es kommt hinzu, daß gleich nach dem Schlusse des Reichstags die Landtage sämmtlicher zweiundzwanzig Bundesstaaten zur Genehmigung des Verfassungsentwurfs einberufen werden müssen. Auch in diesem Momente liegt eine Aufforderung zur Beschleunigung unserer Arbeit. Die gute Regelung der Verhältnisse zu Süddeutschland wird ebenfalls wesentlich gefördert werden, wenn wir unsere Aufgabe rasch erledigen; es hängt diese Regelung eben ab von der Raschheit, mit welcher die Consolidirung der Verhältnisse in Norddeutschland erfolgt. Auch hierin liegt eine Aufforderung zur Beschleunigung und zur baldigen Verständigung über diejenigen Punkte, über welche Meinungsverschiedenheiten etwa obwalten könnten. Es liegt etwas in unserm Nationalcharakter, was der Einheit widerstrebt; wir hätten sie sonst nicht verloren, oder doch bald wieder zurückerhalten. Im Mittelalter, als die Verhältnisse in Rußland unter den Ruriks auseinandergingen, als das westgothische Reich vor den Arabern auseinanderfiel, hätte man meinen sollen, daß Deutschland zur Einheit und Kraft gelangen könne; aber die Dinge gestalteten sich anders. Der Grund davon ist bei uns ein Ueberfluß an Selbständigkeitsgefühl, ein Mangel an Gefügigkeit bei dem Einzelnen, sich dem Gemeinsamen unterzuordnen. Jetzt haben die Regierungen ein gutes Beispiel gegeben; liefern auch wir den Beweis, daß Deutschland das, was es in einer 600jährigen Leidensgeschichte erfahren, endlich zu Herzen nimmt, und daß die Lehre, die aus dem Mißlingen der Einigungsversuche von Frankfurt und Erfurt folgt, für uns nicht verloren sei. Aus diesem Mißlingen ist eine Mißstimmung in Deutschland gefolgt, die die Katastrophe des vergangenen Jahres herbeigeführt hat. Das deutsche Volk hat das Recht, zu verlangen, daß solche Katastrophen nicht mehr wiederkehren, und an Sie, meine Herren, tritt darum die Aufgabe heran, dieses gerechte Verlangen des deutschen Volkes zu erfüllen. (Lebhaftes Bravo!)

Berlin, 4. März. Mit außerordentlicher Spannung erwartete man heute mündliche Erörterungen des Ministers von Bismarck über den Verfassungsentwurf. Der Minister hielt sich ziemlich kurz. Er hatte kein Wort des Lobes oder der Empfehlung für den Entwurf; er empfahl den Mitgliedern des Reichstages nur die möglichst rasche Erledigung der Vorlage, und für den Fall der Verwerfung derselben stellte er für Norddeutschland, ja für Deutschland überhaupt ein politisches Chaos in Aussicht. Bis zum 18. August 1867 sind die Regierungen Norddeutschlands an die mit Preußen eingegangenen Verträge nur gebunden. Bis dahin müssen Reichstag und 22 deutsche Kammern ihr Votum über den Entwurf abgegeben haben. Hat eine von diesen 23 Instanzen ein Veto eingelegt, so ist Alles vorbei, so ist nichts erreicht, so hört die politische Philosophie auf. In dem Hinweis hierauf liegt der stärkste Druck auf Reichstag und Landstände, sich ihren etwaigen Widerspruch gegen die Verfassung wohl zu überlegen. Daß die Regierungen Abänderungen des Entwurfes sich widersetzen würden, hat Bismarck nicht gesagt. (Fr. J.)

Berlin, 4. März. Eine principiell wichtige Entscheidung aus dem Unterrichts-Ministerium, wie sie dem Curator der Universität in Königsberg zur Zeit übermittelt worden, ist jetzt erst mitgetheilt worden. Danach hat nämlich Se. Majestät der König die betreffende Bestimmung der dortigen Universität in der Weise modificirt, daß der Gebrauch der lateinischen Sprache zwar für die Bearbeitung der statutenmäßigen Preisaufgaben aus dem Gebiete des classischen Alterthums, der Theologie und Rechtswissenschaft aufrecht erhalten, dagegen bei den Aufgaben aus anderen Disciplinen der Gebrauch der deutschen Sprache, in Uebereinstimmung mit einer darüber erfolgenden Bekanntmachung, zugelassen wird. Was nun in Königsberg Rechtens ist, wird es auch wenigstens auf den alten fünf anderen preußischen Universitäten sein. Die Behandlung der philosophischen, geschichtlichen, mathematischen, physicalischen und naturwissenschaftlichen Aufgaben kann bei der Neuerung nur gewinnen. — Vorgestern Abend fand hier eine allgemeine öffentliche Versammlung der hiesigen Studentenschaft Statt, in welcher Mittel zur Beseitigung bestehender Uebelstände berathen werden sollten. Es handelt sich dabei um den Gebrauch des Lateinischen in Doktor-Dissertationen, Ceremoniell bei Promotionen, den Goldzwang bei Bezahlung der Collegiengelder. Der Rektor hatte die Genehmigung zur Versammlung in der Universität untersagt und dabei geäußert, daß die letztere Angelegenheit über die Competenz der Studirenden hinausgehe. Die letzteren entschlossen sich daher zu einer öffentlichen Versammlung, von der sie, wie das Gesetz es vorschreibt, dem Polizei-Präsidium und auch dem Senate Kenntniß gegeben hatten. Die Beschlüsse gingen dahin, den Petitionsweg bei der Universitätsbehörde zu beschreiten. — Die hier bestehende Humanitätsgesellschaft, welche den Namen Gesellschaft der Freunde führt, feierte gestern ihr fünfundsiebenzigjähriges Bestehen in Anwesenheit höherer Staatsbeamten, des Bürgermeisters der Stadt u. s. w. Die Gesellschaft spendet ihren Mitgliedern ganz im Stillen — keineswegs Almosen, sondern berechtigt sie, in Fällen der Hülfsbedürftigkeit zur Beziehung bestimmter ansehnlicher Jahresgehälter. Im v. J. wurden beispielsweise so 5000 Thlr. verausgabt. Aus sehr kleinen Anfängen ist sie mit der Zeit groß geworden. (K. Z.)

Berlin, 4. März. Das Zoll- und Handelswesen des Norddeutschen Bundes kann so lange keine vollendete Organisation im Sinne des Verfassungs-Entwurfs erhalten, als Mecklenburg durch den mit Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrag vom 4. März 1865 verhindert wird, dem Zoll- und Handelsgebiete des Norddeutschen Bundes sich anzuschließen. Es ist bekannt, daß Preußen bereit ist,

eine Herabsetzung des Weinzolles von 4 Thlrn. auf 3 Thaler pro Centner zuzugestehen, wenn Frankreich sich bereit erklärte, Mecklenburg von seinem Vertrage zu entbinden. Diese Concession will Frankreich indessen nur machen, wenn der Weinzoll bis auf $2\frac{1}{2}$ Thaler pro Centner ermäßigt wird. Unsere Regierung hält zur Zeit eine Ermäßigung des Weinzolles um $1\frac{1}{2}$ Thaler pro Centner mit Rücksicht auf die Weinproduktion des Landes nicht für zulässig. Bei dieser Sachlage tragen Oesterreich, Frankreich und Mecklenburg größere Nachtheile als der Zollverein, welcher selbst eine Weinproduktion besitzt, die mit jedem Jahre an Umfang zunimmt. Oesterreich wird durch die Weigerung Frankreichs verhindert, den vorbereiteten neuen Handels- und Zollvertrag mit dem Zollvereine abzuschließen, dessen Tarif-Ermäßigungen auch Frankreich zu Gute kommen würden. Den französischen Weinbauern wiederum ist der vermehrte Absatz im ganzen Zollgebiete vorenthalten, denn daß die Einfuhr französischer Weine mit der Ermäßigung der Weinzölle seit dem 1. Juli 1865 in erheblichem Maße stieg, wurde in officiösen Artikeln durch specielle Daten nachgewiesen. Die drei ersten Quartale von 1866 ergaben gegen 1864 eine Vermehrung der Einfuhr französischer Weine um 40 Prozent. Der Verbrauch des französischen Rothweines ist überdies im Zollvereine einer sehr großen Steigerung fähig, sobald es den billigeren Arten desselben gelingt, die Fabrikation des rothen Weines in den Vereinsstaaten zu beeinträchtigen. Daß in Norddeutschland viele Millionen Flaschen Rothwein consumirt werden, welche keine Weinbasis haben, sondern durch allerlei Mischungen zusammengesetzt sind, ist eine bekannte Thatsache. Nach Süddeutschland werden schon mit Erfolg Rhoneweine eingeführt, und auch in Norddeutschland würde der Absatz von billigen, echten französischen Weinen einer sehr großen Steigerung fähig sein, wenn die französischen Weinbauer diesen Absatz in ihre Conjekturen aufnehmen wollten. Daß Mecklenburg durch die Aufnahme in den Zollverein große materielle Fortschritte machen würde, ist oft nachgewiesen worden. Bei der jetzigen Abgeschlossenheit Mecklenburgs muß der Handel fast ausschließlich auf den Verbrauch im eigenen Lande beschränkt bleiben und kann nicht den Aufschwung nehmen, welchen die günstige Lage von Rostock und Wismar und die Verbindung derselben durch Eisenbahnen mit den Nachbarländern verheißt. Es liegt zwar auch in Mecklenburgs Hand, Frankreich zu ermächtigen, vom Vertrage zurückzutreten, wenn es nämlich die Abgabe auf französische Weine über 36 Schillinge pro Centner erhöht; aber Frankreich ist deßhalb nicht genöthigt, auf den Vertrag zu verzichten. Die Aufnahme der Herzogthümer, welche gegenwärtig noch ihr eigenes Zollsystem haben, in den Zollverein ist durch Mecklenburgs Fernbleiben nicht bedingt, weil Holstein und Lauenburg in direkter Verbindung mit Hannover stehen; nur die Kosten der Grenzbewachung würden deshalb nicht ermäßigt werden können. Die Eisenbahnen, welche Kiel, Lübeck und Glückstadt mit Harburg und Lüneburg verbinden, würden den Verkehr dieser Gebiete mit den Zollvereinsstaaten fördern. Nichts desto weniger ist das norddeutsche Zollgebiet mit dem Ausscheiden Mecklenburgs kein vollständiges und der Reichstag wird nicht umhin können, diese Sache auch vom politischen Standpunkte aus in Erwägung zu ziehen.

(Köln. Ztg.)

Wien, 4. März. In befriedigender Weise schreitet nunmehr die parlamentarische Arbeit des ungarischen Landtages vorwärts, indem derselbe die vom Ministerium unterbreiteten Vorlagen hinsichtlich der Heeresergänzung, Steuerbewilligung, des Preßgesetzes, sowie der provisorischen Einrichtung der Munizipien rasch in Angriff genommen hat und der Beschlußfassung zuführt. Diesseits der Leitha hat die Regierung ebenfalls sich zu einer beschleunigten und energischen Behandlung der Verfassungsfrage entschlossen. Man will nicht erst abwarten, daß ein Reichsrath zu Stande komme, in welchem keine Partei eine entschiedene Majorität und daher die Regierung selbst keine Stütze fände. Der Auflösung des böhmischen Landtages folgt daher die des mährischen und krainischen Landtages, und die Neuwahlen für diese Landtage werden sofort angeordnet werden. In Galizien ist es dem klug und kräftig geübten Einfluß des Grafen Goluchowski gelungen, die Koalition zu sprengen, welche sich mit den Czechen zu einem gemeinsamen Programme verpflichtet hatte. Nachdem weder für die beantragte Adresse, noch für eine ähnliche Resolution sich eine Majorität im Lemberger Landtage bilden konnte, erübrigte diesem nur noch, die Reichsrathswahl ohne jede Bedingung und Verwahrung vorzunehmen, und es ist charakteristisch, daß unter den Gewählten einige der früheren polnischen Führer sich nicht befinden. (Frdbl.)

Pesth, 3. März. Mit einer Schnelligkeit, die in der Geschichte ungarischer Landtagsverhandlungen wohl vergebens ihresgleichen sucht, geht das ungarische Unterhaus an's Werk, um der Regierung die Möglichkeit zu bieten, den Schwierigkeiten des Uebergangsstadiums nach Möglichkeit gerecht zu werden. In einer einzigen Sitzung wurde trotz des Widerstandes der äußersten Linken die Frage der öffentlichen Steuern und Abgaben erledigt, und schon am Abende desselben Tages (2. März) versammelte sich das Unterhaus zu einer neuen Sitzung, um ebenso kurz und bündig über die Frage der Rekruten-Bewilligung hinwegzukommen. Die Mehrheit will offenbar den Wiener Regierungskreisen den Beweis führen, daß der ungarische Landtag den Schwierigkeiten der Situation mit der möglichen Loyalität gerecht werden will, und daß diejenigen, welche die Befriedigung der ungarischen Wünsche angerathen, sich in ihren Erwartungen nicht getäuscht. In der Abendsitzung vom 2. wurde übrigens die Rekrutenfrage doch noch nicht erledigt. Die Linke hatte einen formellen Einwand hervorgesucht, über den sich aus konstitutionellen Gründen nicht gut hinwegkommen ließ. Die Linke erklärte nämlich, gesetzlich könne ja, ohne daß der König zuvor gekrönt sei, der Landtag keinen einzigen Mann bewilligen; um daher jeden einzelnen Deputirten in seinem Gewissen zu beruhigen, daß hier die salus reipublicae in Frage steht, dieser daher die gesetzliche Form unterworfen ist, möge die Regierung einer diesbezüglich zu erwählenden Kommission den Beweis führen, daß die Bewilligung der verlangten 48,000 Mann eine so dringende Nothwendigkeit sei, daß dieselbe bis zum Zeitpunkte der allem Anscheine nach sehr bald erfolgenden Krönung unter keinem Umstande verschoben werden könne. Nun bot die Regierungsvorlage selbst einen Anhaltspunkt, um diesem Verlangen zu entsprechen, indem darin das Ministerium sich ohnehin schon bereit erklärt hatte, einer Kommission des Hauses, falls dieses es wünsche, die auf die Heeresergänzung bezüglichen Daten mitzutheilen. Die Mehrheit des Hauses sprach sich, um die Linke nicht unnöthiger Weise vor den Kopf zu stoßen, dafür aus, daß dieser Weg eingeschlagen werde, was zu dem Mißverständnisse Anlaß gab, daß schon unterm 2. dieses Monats von Pesth aus telegraphirt wurde, das Unterhaus habe die Rekrutenforderung bewilligt. Zu bemerken ist noch, daß Graf Andrassy auf Anfrage eines Abgeordneten von der Linken die Erklärung abgab, daß die ungarischen Rekruten nur ungarischen Regimentern einverleibt werden würden.

(Presse.)

Paris, 2. März. In der heutigen Sitzung des *gesetzgebenden Körpers*, wo die Discussion über das Gesetz betreffs des Elementar-Unterrichts fortgesetzt wurde, ergriff zuerst Herr Duruy, der Unterrichts-Minister, das Wort. Es war das erste Mal, daß das Decret vom 19. Jan. in so fern, als ein gewöhnlicher Minister dort die Tribune bestieg, in Anwendung kam. Duruy sprach vortrefflich und überaus ruhig; nur wurde er lebhafter, als er die Universität gegen die Angriffe des Herrn Kolb-Bernard vertheidigte. Auf eine Interpellation Pelletan's hin meinte er treuherzig und fast traurig, leider könne man als Minister nicht Alles an Einem Tage thun. Vergleiche zwischen dem Unterrichtswesen im Auslande und dem in Frankreich vermied Duruy absichtlich, um die Majorität nicht zu reizen, die ihm bekanntlich durchaus nicht wohl will. Jules Simon hielt hierauf eine Rede zu Gunsten des Zwangs-Unterrichts, für den Duruy ebenfalls ist, wenn er ihn auch offiziell nicht zu berühren wagt. Die allgemeine Discussion wurde hierauf geschlossen. Die nächste Sitzung findet Donnerstag Statt, da die Kammer wegen des Faschings feiert.

Die „Liberté“ zeigt an, daß Herr von *Girardin* sowohl, als Gerant, als auch der Drucker der „Liberté“ Herr *Serriere*, auf Mittwoch den 6. März vor die sechste Kammer des Zuchtpolizeigerichtes vorgeladen sind, um sich wegen des Vergehens der Aufreizung zur Verachtung und zum Haß gegen die Regierung zu verantworten. Die Anklage gründet sich auf Art. 4. des Dekretes vom 11. August 1848, welcher lautet: „Jeder, der durch eines der in Art. 1. des Gesetzes vom 17. Mai 1819 aufgeführten Mittel zum Haß und zur Verachtung der Regierung der Republik aufreizt, wird mit Gefängniß von einem Monat bis zu 4 Jahren und einer Geldbuße von 150 bis zu 4000 Fr. bestraft. — Vorstehende Bestimmung beeinträchtigt nicht das Recht, die Handlungen der Regierung zu diskutiren und zu beurtheilen.“

Paris, 3. März. In der gestrigen Sitzung des *gesetzgebenden Körpers* ergriff der *Unterrichtsminister* das Wort, um Herrn Kolb-Bernard mit kräftigen, schlagenden Erwiderungen entgegenzutreten. In besonders eingehender Weise behandelt er das Recht der Präfekten, ausschließlich die Volksschullehrer zu ernennen. Der Präfekt, der überdies für jede Ernennung und Versetzung unter der Kontrole des Ministeriums stehe, kenne die Verhältnisse am Besten; er sei der Hausvater des Departements (der Polizeikommissär! meint Glais-Bizoin). Den Vorschlägen des Herrn Delamarre, bezüglich der Verbesserung der materiellen Lage der Lehrer, läßt Herr Duruy alle Gerechtigkeit widerfahren, allein er zweifelt, ob die erforderlichen Mittel dazu jetzt schon zu beschaffen seien. Mit dem Vorschlage, höhere Ausbildungs-Anstalten für Mädchen einzurichten, ist er weniger einverstanden. Er möchte diese durch Privatanstalten und durch öffentliche Kurse, welche die Mädchen unter Beaufsichtigung von Familien-

mitgliedern besuchen können, ersetzen. Von den professionellen Schulen für Mädchen, wie sie durch demokratisch gesinnte Frauen in Paris in's Leben gerufen worden, spricht der Minister mit dem höchsten Lobe. Jules Simon drückt seine Zustimmung zu dem Gesetzentwurf aus, der viel Gutes enthalte. Mit besonders warmen Worten betont er die ungemeine Wichtigkeit, welche die gebildete Frau und Mutter in der Familie und in der Gesellschaft ausüben könne, und welch' tiefer Unterschied zwischen einer ächt weiblichen Bildung und dem oberflächlichen Mode-Erziehungssystem der Mädchen-Institute, wie sie heute seien, bestehe; für eine so gerechte, heilige Sache, wie die des öffentlichen Unterrichts dürfe es nie und unter keiner Bedingung an Geld fehlen. Haentjens spricht namentlich für die Förderung von Volksbibliotheken sowohl durch Staatssubvention, wie durch Privatbemühungen. Die Generaldiskussion wird geschlossen, und die Verhandlung über die einzelnen Artikel auf die nächste Sitzung anberaumt.

Das „Journal des Debats" bringt heute einen Correspondenzartikel aus **Florenz** vom 1. d. M. Es ist darin von der Rundreise Garibaldi's nach Venetien die Rede, welcher bekanntlich überall Reden an das Volk hält, um dasselbe für die bevorstehenden Wahlen zu beeinflussen. Er will nach Rom gehen, aber diesmal auf friedlichem, gesetzlichem Wege. Ob seine Invectiven gegen das Priesterthum den gewünschten Erfolg haben werden, scheint zweifelhaft. Die Priester sind zu sehr entwaffnet in diesem Augenblick, als daß es passend erscheinen dürfte, sie zu schmähen. Es könnte sogar vielleicht geschehen, daß die gemäßigten Katholiken sich durch dies Auftreten dazu bestimmen ließen, mit der Regierung zu stimmen. — Die „Unita cattolica" freilich will weder von Deputirten noch von Wählern sprechen hören. Ihr zufolge ist das Alles ein Teufelswerk. Aber der Erzbischof von Genua ist anderer Ansicht; er fordert die Katholiken zum Abstimmen auf, der Erzbischof von Neapel, Cardinal Riario Sforza, geht noch weiter, er stellt sich selbst als Candidat auf, um Garibaldi den Rang streitig zu machen.

London. Ein englisches Blatt, der „Expreß", hat herausgebracht, daß Mexiko seit 1821 23 Präsidenten, 7 Diktatoren, 2 Kaiser, 1 Vizepräsidenten und 1 Generalissimus aufzuweisen hat. Es kommen dabei in mittlerer Zahl 16 Monate auf jeden Herrscher. Der Kaiser Maximilian ist derjenige unter ihnen, welcher noch die längste Regierung gehabt hat.

Die letzten Nachrichten aus **Santjago** schildern die chilenische Regierung als entschlossen, mit Spanien Frieden zu schließen. Eine von der peruanischen Regierung abgesandte Expedition hat den Amazonen-Strom bis auf eine Entfernung von 1300 Meilen (von wo?) schiffbar gefunden.

Neueres.

Wien, 5. März. Die „Wiener-Zeitung" veröffentlicht heute amtlich die kaiserlichen Patente, durch welche die Landtage von Mähren und Krain aufgelöst wurden. Außerdem meldet das amtliche Blatt die Ernennung des Grafen Taaffe zum Geheimrath. Graf Taaffe ist wohl auch bereits zum Minister ernannt. Für den mährischen Landtag sollen die Neuwahlen bereits ausgeschrieben sein und am 21. März in den Landgemeinden, am 26. in den Städten und am 28. für den Großgrundbesitz stattfinden.

Prag, 5. März. Die czechischen Journale stoßen wegen angeblicher Wahlbeeinflussung in die Lärmtrompete (die Anklage ist grundlos, weil die Regierung bisher ganz unthätig geblieben ist), und bezeichnen die galizischen Reichsrathswahlen als einen Sieg des Föderalismus. Der Staatsminister hat die Kriegsentschädigungs-Angelegenheit bereits erledigt. Eine eigene Commission wird schleunigst die noch schwebenden Entschädigungsfragen ebnen. (Tel. d. Pr.)

Bukarest, 5. März. Nachdem die Berathungen der ordentlichen Budgetausgaben beendet wurden, stellt der Deputirte Gradistiano den Antrag, dem Ministerium wegen Pflichtversäumniß ein Mißtrauensvotum zu geben. Die Kammer erklärte den Antrag für dringlich. Heute erfolgt die Abstimmung. Das Ministerium, von keiner Partei unterstützt, wird voraussichtlich fallen.

Petersburg, 5. März. Das „Journal de St. Petersbourg" veröffentlicht eine Reihe Depeschen, welche Fürst Gortschakow in Angelegenheiten der orientalischen Frage, zumeist an Baron Brunnow in London gerichtet hat. Die Depesche vom 20. August v. Js. schlägt vor, daß die Westmächte sich mit Rußland in's Einvernehmen setzen, um ein friedliches Arrangement auf Kreta herbeizuführen. Die Depesche vom 12. Sept. konstatirt Rußlands Uneigennützigkeit und betont die Nothwendigkeit, daß die berechtigten Forderungen der Christen auf Kreta befriedigt werden. Die Depesche vom 27. Okt. konstatirt, daß Rußlands Bemühungen zu Gunsten Serbiens erfolglos geblieben seien. Die Depesche vom 23. November hebt hervor, Rußland betrachte als die günstigste Lösung, daß der Wohlstand der Christen gefördert und ihnen Selbstregierung (Autonomie) unter der Herrschaft des Sultans zugestanden werde. — Das „Journal de St. Petersbourg" fügt hinzu, daß die seit jenen Depeschen eingetretenen Ereignisse nicht Rußlands Prinzipien, sondern nur deren Anwendung modificirt und neue Verhandlungen herbeigeführt hätten.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	66 1/8 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63 1/2—3/8 G
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55 1/8 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	48 G.
„	4 1/2pCt.	40 7/8 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	102 P.
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	97 1/4 P. 3/8 G
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	98 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	93 3/4 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	93 1/8 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	97 1/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	85 1/2 P.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	97 3/8 P.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	87 1/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	98 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	93 1/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	86 3/8 P.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	83 7/8 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	86 3/4 P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	—
„	6pCt. ditto r. 1882 „	77 1/8—1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	135 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	703 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	177—76 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	92 3/4 G.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	213 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	97 1/2 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	344 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	112 1/8 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	114 P. 113 1/2 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	91 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	112 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 1/2 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75 1/2 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	248 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	46 1/2 G.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	118 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	117 3/4 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104 1/8 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 1/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 3/4 G.
London Lst. 10 k. S.	119 1/2 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 3. W.	92 3/4 P. 1/2 G.
do. in öst. W. l. S.	92 5/8 G.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	115 1/4 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	60 1/8 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	70 3/4 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	122 5/8 P.
„ do. v. 1864	76 3/4 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100 3/8 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 1/4 P.
Badische fl. 35	53 1/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 25 do.	39 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 1/8 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28 3/4 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	33 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	10 1/2 P.

Frankfurt, 6. März. Auch heute entwickelte sich kein namhaftes Leben an der Börse, und sie war so still und beschaulich gestimmt, wie es sich am Aschermittwoch geziemt. Oesterr. Effekten, Kreditaktien an der Spitze, waren ziemlich matt, Amerikaner dagegen auf bessere New-Yorker Goldnotirungen fester und höher. Süddeutsche sehr still. Von Eisenbahnen österr. Silberprioritäten, 1. und 2. Elisabethbahn gesucht. Von ausländischen Effekten nach 5pCt. Schweden Nachfrage.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 67. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 64. Jahrgang. | Freitag, 8. März 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 5. März. Se. Majestät der König hat die kath. Stadtpfarrei St. Gangolph in Bamberg dem Priester H. Schneider, Pfarrer in Schaaid, Bezirksamts Forchheim, übertragen; den praktischen Arzt Dr. M. Pergl in Ismanning zum Bezirksarzte 2. Klasse in Prien in provisorischer Eigenschaft ernannt; den Bezirksgerichtsboten J. Siebenhaar zu Pfarrkirchen wegen nachgewiesener Dienstesunfähigkeit für immer des Dienstes enthoben und zum Boten am Bezirksgerichte Pfarrkirchen den pensionirten Hautboisten 1. Klasse und dermaligen Boten-Gehilfen am Stadtgerichte Passau, Fr. Schub, auf Ruf und Widerruf ernannt; auf die bei der Regierung von Oberfranken in Erledigung gekommene Forstmeistersstelle den Revierförster A. Baier von Wallenfells im Forstamte Kronach zum Forstmeister ernannt.

Aus **Franken**, 4. März. Wenn die Nachrichten aus der Pfalz, daß viele wohlhabende Bürger sich beeilen, ihren militärpflichtigen Söhnen Ersatzleute zu stellen, wahr sind, so ist je eher je besser die, durch kein Ausnahms-Gesetz beeinträchtigte, allgemeine Wehrpflicht durchzuführen. Sollte man doch meinen, daß gerade im Kreise Pfalz, wo sich der Staatsbürger mit besonderem Gewicht seines gesetzlichen Sinnes neben freiester politischer Anschauung rühmt, diese Einführung willkommen sei! Oder geht es hier, wie eben an viel andern Orten auch, wo die freiere Anschauung nur in Uebung kommt, sobald sie dem persönlichen Nutzen der Einzelnen Vorschub leistet, ob Andere darunter leiden oder nicht? Die Söhne der reichen Privatleute, Gutsbesitzer, Fabrikherren und Weinpächter mögen immerhin versuchen, wie sich's auf dem Strohsack ruht, wie das Kommißbrod schmeckt, oder wo den Soldaten sonst der Schuh drückt, es geschieht ihnen darum nicht zu weh! Während des abgewichenen Sommers hatten wir Gelegenheit zu beobachten, daß ein Theil der jungen Generation in der Pfalz nicht allein vor dem „ekligen" Kasernenleben des Friedens, sondern auch vor dem Lager- und Feldleben entsetzliche Scheu bekundete, das ihnen bevorstand, als das Vaterland in ernster Stunde sie rief. Denn es ist vorgekommen, daß eine Menge Legionspflichtiger, statt sich laut dem bei der Verabschiedung abgelegten Handgelübde unter die Waffen zu stellen, nach den unfernen französischen Grenzorten, besonders nach Weissenburg, entlief, um da so lange zu rasten, bis die Gefahr für ihre Heimath und ihr liebes Ich glücklich vorübergegangen war. Das stellt eine offenbare Verdunstung des gesetzlichen Sinnes und persönlichen Charakters dar, um so bedauernswürdiger, als zweifellos mit den kampfunlustigen Landeskindern auch die Väter einverstanden waren. (N. C.)

Darmstadt, 5. März. Nach der erfolgten Rückkehr des hessischen Militärbevollmächtigten in Berlin, des großh. Obersten und Flügeladjutanten v. Grolmann, ist in unserer loyalen Residenz die Unterhaltung über militärische Angelegenheiten eine allgemeine und bezeugt, wie die nunmehr abgeschlossene Convention eine Existenzfrage unseres halb nord-, halb süddeutschen Ländchens war. Die glückliche Lösung der Aufgabe ist zum Theil Verdienst des Hrn. v. Grolmann, früherem Erzieher der Prinzen Ludwig und Heinrich von Hessen und daher eine **persona grata** am Berliner Hof; zum großen Theil wurde sie erleichtert durch die versöhnliche, entgegenkommende Stimmung des preußischen Kabinets, das, wie schon früher gegen Sachsen, auch gegen Hessen nicht den Uebermuth des Siegers fühlen ließ, sondern von dem Standpunkte eines nunmehr befreundeten Bundesgenossen ausging, und so diese Militärkonvention erstehen ließ, welche Hessen eine selbstständige Verwaltung, einheimische Garnisonen, Zusammengehörigkeit der nach preußischem Muster organisirten Division gewährt, Preußen dagegen hinlängliche Bürgschaft sichert, über die hessischen Truppen zu jeder Zeit, im Krieg und im Frieden, verfügen zu können. Nach der Convention wird die hessische Division genau nach preußischen Vorschriften reorganisirt, sämmtliche preußische Reglements treten sofort in Kraft und werden die preußischen Auszeichnungen der Chargen auch in Hessen eingeführt. Den höchstkommandirenden General der Division ernennt der König von Preußen, und da unser Divisionskommandeur, Prinz Ludwig von Hessen, Oberst in der preußischen Armee ist, so sieht man einer Ernennung desselben zum preußischen General in der nächsten Zeit entgegen. Sämmtliche übrigen Offiziere ernennt der Großherzog. Die Regimenter, seither aus zwei Bataillonen à fünf Compagnien bestehend, formiren nun 3 Bataillone à vier Compagnien und müssen deßhalb im Ganzen acht Compagnien und vier Bataillonsstäbe neu errichtet werden. Die beiden Reiterregimenter errichten je eine fünfte (Depot-) Schwadron und die Artillerie formirt aus der Belagerungsbatterie eine bespannte Fußbatterie. Die schon vor dem Krieg in Essen bestellten 4-Pfünder Hinterladungskanonen langen in Kurzem an, und besteht alsdann die hessische Artillerie aus 1 reitenden, 3 Fußbatterien gezogener 4-Pfünder und 1 Batterie gezogener 6-Pfünder. Die Vermehrung der Bataillone bedingt auch eine der Garnisonen und wird namentlich die Provinz Oberhessen dabei stark bedacht werden, wo Gießen, Nauheim und Alsfeld als neue Garnisonsstädte in Aussicht genommen sind. Die Reorganisation verursacht eine totale Umgestaltung aller seither bestehenden Verhältnisse, und ist im Interesse des Staates, namentlich aber des einzelnen Militärangehörigen zu wünschen, daß sie bald von statten geht und der Ungewißheit ein Ende macht, die lähmend in militärischen, sehr störend in familiärer Beziehung auf dem Militärstand seither gelegen hat. (Fr. J.)

Der „H. B.-H." wird von **Berlin** geschrieben: „Die Tagesblätter haben jetzt vielfach von einer stattgehabten Haussuchung bei dem Literaten Kuhn und von dessen Ausweisung aus Berlin berichtet, weil derselbe landesverrätherischer Verbindungen mit dem Welfenhofe zu Hietzing beschuldigt worden sei. In Folge dieser Haussuchung sind nun allerdings gutem Vernehmen nach gravirende Beweise eines landesverrätherischen Verkehrs mit König Georg und seinen Getreuen gefunden worden, aber nicht allein gn. Literat Kuhn (auch Berichterstatter für ein Pariser Journal), sondern zugleich andere Personen sind stark kompromittirt; man nennt z. B. den bekannten Onno Klopp; Herr Kuhn hat übrigens nicht etwa für gut befunden, auf Ausweisung zu warten, sondern sich freiwillig und zwar schleunigst unsichtbar gemacht. — Von zuverlässiger Seite hört man, daß König Georg in Hietzing, weit entfernt, allmählich zur klaren Erkenntniß zu kommen, im Gegentheile sich immer tiefer in Illusionen verliert. Seine getreuesten Anhänger in Hannover und seine Getreuen im Exil haben sein Vertrauen größtentheils verloren, weil sie seinen Auffassungen und Erwartungen nicht genug entgegenkommen. Das bekannte Duell mag auch die Stimmung nicht verbessert haben."

Wien, 3. März. Der galizische Landtag hat sich bequemt, die Wahlen zum Reichsrathe ohne Protest vorzunehmen. Der von der Mehrheit des Ausschusses ausgearbeitete Adreßentwurf kam eben so gut wie die Adresse der Landtage von Böhmen, Krain und Tyrol einem Proteste gegen die Befugnisse eines Reichsrathes der Länder diesseits der Leitha gleich, und der galizische wurde bei Annahme der Adresse durch die Regierung, eben so gut wie der böhmische, mit Auflösung bedroht. Auf diese Drohung ließ der galizische Landtag die Adresse fallen und nahm die Wahlen vor, die aber, so weit die Nachrichten reichen, alle auf Polen gefallen sind. Und jeder Pole trägt, so zu sagen, den Protest in seiner Brust. Der Krainer Landtag ist inzwischen, eben so wie der mährische, aufgelöst worden, so daß nur noch das Schicksal von Tyrol zu entscheiden übrig bleibt.

Wien, 4. März. Eigenthümlich und zu ernster Erwägung auffordernd ist die Lage, in der sich gegenwärtig das zisleithanische Oesterreich befindet. Wie um eine Spindel dreht sich Alles um dem Ausfall der Wahlen des feudalen und nicht feudalen Großgrundbesitzes in Böhmen und Mähren, um die Haltung des Klerus in den kleinen Krain. Ist die Berechnung richtig, daß diese hochkonservativen Faktoren aus Klugheitsgründen den Einflüssen auch der gegenwärtigen Regierung nachgeben werden, so sind Neuwahlen zu erwarten, welche dem Anscheine nach verfassungstreuer, der Sache nach ministerieller als die bisherigen gerathen werden. Ist die Berechnung unrichtig, wird sich das alte reaktionäre Spiel wiederholen. Somit befinden wir uns zwischen der Scylla des gedankenlosen Ministerialismus und der Charybdis der planmäßigen Reaktion. Dem Ministerium mag der erste dieser Wechselfälle ganz angenehm erscheinen; wir können die ganze Alternative nur für bedenklich, ja verhängnißvoll, und für

den schärfsten Ausdruck der ebenso unerhörten als zahlreichen Mängel der bestehenden Wahlordnungen halten. Unerhört war es, im modernen konstitutionellen Leben unter dem Vorwande sogenannter Interessen-Vertretung ein Element sogar in das Abgeordnetenhaus einzuführen, welches seiner Natur nach nur in ein Oberhaus gehört. Wie steht es mit dem Ausdrucke der Ansichten und Wünsche der Majorität, wenn eine Schichte der Gesellschaft in die Lage gesetzt wird, diese Majorität möglicherweise zu majorisiren? Wenn der Augenblick kommt, in dem die Reform der Februarverfassung in Angriff genommen wird, dann wird es unerläßlich sein, vor Allem die Wahlreform in das Auge zu fassen. Ohne radikale und wahrhaft freisinnige Umgestaltung der Wahlordnung blieben wir beständig an einem fatalen Gängelbande, dem wir Gottlob entwachsen zu sein glauben. Ungarn hätte direkte Wahlen, ein Repräsentantenhaus, wie es sein soll, und wir sollten unser Fahrzeug nach dem Kompaß richten, welchen der feudale, fideikommissarische und landtäflich intabulirte Großgrundbesitz uns vorhielten? Das wäre eine schreiende Abnormität, die wir uns nicht gefallen lassen könnten und die um jeden Preis im verfassungsmäßigen Weg beseitigt werden muß. (Presse.)

Wien, 5. März. Die „Wiener Zeitung“ meldet heute die Verleihung der Geheimrathswürde an den Statthalter Grafen Taaffe, was als Prolog zu seiner, wie wir hören, auch bereits vollzogenen Ernennung zum zisleithanischen Minister des Innern gelten darf.

Das kaiserliche Patent bezüglich der Auflösung des mährischen und des krainischen Landtags begründet diese Maßregel, gleichlautend, wie folgt: „Unserer Aufforderung Folge leistend, hat der Landtag auch die Wahl der Abgeordneten in den Reichsrath vorgenommen; allein durch den gleichzeitig gefaßten Beschluß wurden von demselben Auffassungen über die Aufgabe und Kompetenz des Reichsrathes kundgegeben, welche, wenn diesen nicht rechtzeitig entgegengetreten wird, den Zweck seiner Einberufung vollkommen vereiteln würden.“ Die sofortige Ausschreibung neuer Wahlen ist gleichzeitig angeordnet. Die „Wiener Abendpost“ macht hierzu folgende erläuternde Bemerkung: „Die kaiserliche Regierung mußte sich um so mehr bestimmt finden, von einem ihr nach allgemein anerkanntem konstitutionellen Brauch und nach der Verfassung unzweifelhaft zustehenden Rechte Gebrauch zu machen, als sie in der That die in den betreffenden Landtagen entwickelten Anschauungen mit der öffentlichen Meinung des Landes selbst zu identifiziren nicht vermochte, und als jene Landtage unter staatlichen Voraussetzungen gewählt worden waren, die in diesem Augenblicke bereits weggefallen sind. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der Appell, welchen die Regierung hiemit an die Wähler der beiden Kronländer richtet, von dem beabsichtigten Erfolge begleitet sein und daß die Bevölkerung mit richtigem Verständniß und patriotischem Eifer in die nun geöffnete Bahn der staatsrechtlichen Aktion eintreten werde.“

Innsbruck, 1. März. Eine Stunde vor Beginn der heutigen, der Adreßdebatte gewidmeten Landtagssitzung, war die Gallerie bereits gedrängt voll. Der Berichterstatter des Adreß-Comité, P. Albert Jäger, begründet die Adresse und den Antrag auf Beschickung des Reichsraths folgendermaßen: Der Ausschuß habe sich vor Allem die Frage zur Berathung vorgelegt, ob die Wahlen in den Reichsrath vorzunehmen seien oder nicht. Er habe keinen Augenblick Anstand genommen, dieselbe zu bejahen. Tirol sei stets bereit, dem Rufe des Kaisers zu folgen, im vorliegenden Fall um so mehr, als im Rescripte an die Loyalität der Völker appellirt worden sei. Auch aus einem anderen Grunde beantrage das Comité die Beschickung des Reichsrathes. Oesterreich sei nie in einer so kritischen Lage gewesen. Es handle sich um „Sein oder Nichtsein“. Es sei daher eine gemeinsame Berathung nothwendig über die Bedingungen des Fortbestandes der Monarchie. Zur Begründung der Adresse brachte der Redner den Grund bei, es solle in dem Ausdrucke der Unterthänigkeit, nach alter Tiroler Sitte, auch der Wunsch enthalten sein, daß die alten Rechte des Landes bei der Krone Schutz finden mögen. — Es erhob sich nun der Abg. Dr. Rautenkranz, um den auf die Wahlen in den Reichsrath bezüglichen Comité-Antrag zu bekämpfen. Derselbe lautet: „Statt des vom Comité vorgeschlagenen Antrages I erlaube ich mir folgenden Antrag in Vorschlag zu bringen: Der hohe Landtag wolle beschließen: Die auf Grund der allerh. Entschließung vom 4. v. M. mit Ministerial-Erlaß vom nämlichen Tage ausgesprochene Rückkehr in die verfassungsmäßige Bahn wurde zur befriedigenden Nachricht genommen, und es sei mit Bezug darauf und auf Grund des § 16 der Landesordnung die Wahl zum verfassungsmäßigen Reichsrath vorzunehmen.“ Das genannte Rescript habe es offen ausgesprochen, mit der Sistirungspolitik aufrichtig zu brechen und in die verfassungsmäßigen Bahnen des Februarpatentes wieder einzulenken. Das sei das vorzüglichste Moment des Ministerial-Rescriptes, darauf müsse die erste, hauptsächliche Antwort erfolgen, und zwar fest, ehrlich, offen, ohne Hinterhalt. Klar sei der Ruf der Regierung klar müsse die Antwort sein. Drastisch schildert der Redner zum Schluß den außerordentlichen Reichsrath, den Graf Belcredi einzuberufen beabsichtigt hätte. Die einzelnen Völker wären in Wien zusammengetreten, um möglichst viel Länder-Autonomie und partikulare Rechte mit nach Hause zu nehmen; das gemeinsame Band wäre dadurch vollständig gelockert worden und der Absolutismus zwischen die weiten Fugen getreten, und dies zu einer Zeit, wo sich hart an den Grenzen des Reiches eine starke militärische Kette ziehe, in der unaufhörlich geschürten Esse des deutschen National-Bewußtseins geschmiedet. (Lebhaftes Bravo). — Auf Seite der Tiroler „Czechen“, (wie die Partikularisten von den Liberalen genannt werden) die der Beisatz „verfassungsmäßig“ mit Schauder erfüllt hatte, sprachen die Abgg. Paul Giovanelli, Greuter, Kerber und Dietl. Der Abg. Kerber baute ihre Beweisführung auf dem Satze auf: Unsere Religion sagt nicht blos, du sollst nicht stehlen und Unkeuschheit treiben, sondern sie sagt auch: „du sollst nicht begehren deines Nächsten Gut“, ergo: dürfen die übrigen Kronländer nicht begehren — die alten Rechte der Tiroler. Der Abg. Dr. Rautenkranz beruft sich in seiner Entgegnung auf Bischof Feßler, der sich für den verfassungsmäßigen Reichsrath ausgesprochen habe. Die Einladung der Regierung gehe dahin, den verfassungsmäßigen Reichsrath zu beschicken; entweder müsse man dies wollen oder nicht, ein Mittelding gebe es nicht. — Der Antrag von Rautenkranz blieb bei der Abstimmung in der Minorität. Nun wurde auf die Adresse selbst eingegangen und die Debatte durch den Abg. Prof. Harum eröffnet. Derselbe findet keinen Anlaß zu einer Adresse, da die Regierungsmittheilung (die Wahlen zum Reichsrath betr.) eine Antwort nicht erheische. Er findet die Bedenken gegen den Reichsrath ungegründet; da die Schranken, welche demselben gegenüber den Landtagen gezogen seien, sich in der Februarverfassung genau bestimmt fänden. Dr. Streiter behauptet, daß die angebliche Besorgniß, daß die öffentlichen Rechte und die Selbständigkeit Tirols durch den Reichsrath geschmälert werden könnten, und das damit zusammenhängende Verlangen nach Erhaltung der „Glaubenseinheit“, aus der Abneigung gegen das Protestantengesetz entspringen. Die Adresse verlange Unmögliches: der Landtag wird von ihr über den Reichsrath gestellt; in allen Angelegenheiten Tirols soll der Reichsrath erst beim Tiroler Landtag in die Schule gehen. Den beiden liberalen Rednern entgegnet Baron J. Giovanelli, nur Landrechte solle es in Oesterreich in Zukunft geben; die Landrechte schützen den Kaiser und der Kaiser werde von ihnen beschützt. Alles Unglück, das über Oesterreich gekommen, schreibt er der Februarverfassung zu. Unter vielfachem Beifalle der Linken sprach dann der Rector magnificus Professor Geyer gegen die Adresse. Er findet es merkwürdig, daß die Mehrheit des Tiroler Landtags dem außerordentlichen Reichsrathe zujubelte, durch den ja die Deutschen in Böhmen und Mähren mundtodt gemacht worden wären, und nicht minder merkwürdig, daß jetzt, wo die Zeit für den ordentlichen, verfassungsmäßigen Reichsrath gekommen sei, diese Mehrheit ihm mit Groll entgegentrete, daß sie sich in dieser Beziehung vollkommen vereinige mit den Czechen und den Slovenen. Sie mache sich also, wie es scheint, zum Schleppträger der Czechen, so daß man glauben kann, man wolle in diesem Landtage auch für die Slaven die Kastanien aus dem Feuer holen. (Lärm; oho! rechts; lebhafter Beifall links und auf der Gallerie.) Was sei nach alledem der Grund dieses befremdenden Vorgehens eines deutschen Landtages? Kein anderer als der Widerwille und der in der That ohnmächtige Groll gegen den deutschen Geist, die deutsche Bildung, den Fortschritt des Jahrhunderts. Greuter citirt, die Forderungen der Landes-Autonomie begründend, den alten germanischen Rechtssatz: „Stadtrecht bricht Landrecht, Landrecht bricht Reichsrecht,“ worauf ihn Prof. Geyer auf die Folgen hinwies, welche dieser Rechtssatz im deutschen Reiche hervorrief. — Es sprach noch eine Reihe von Rednern, das Resultat aber war, wie leicht vorauszusehen, daß bei der Abstimmung die Adresse mit 30 gegen 21 Stimmen angenommen wurde. Es wurden hierauf die Reichsrathswahlen vorgenommen, die ausschließlich auf Mitglieder der Mehrheit fielen, und dann der Landtag geschlossen. (Nach der N. Fr. Pr.)

Der Landtag von Tirol wird, wie die „Presse“ hört, nicht das Schicksal seiner Gesinnungs-Genossen theilen. Sowohl der bereits erfolgte Schluß der Session, als die geringen Aussichten, durch Neuwahlen erhebliche Veränderungen in der Zusammensetzung des Landtags herbeizuführen, sollen die Regierung bestimmt haben, von der Auflösung desselben abzusehen.

Triest, 5. März. Ueberlandpost: Nachrichten aus Alexandria vom 28. Februar bestätigen, daß der Graf Castiglione dem Vicekönige von Aegypten den italienischen Annunciaten-Orden überreicht und daß Nubar Pascha seine Abreise nach Konstantinopel vertagt hat. Aus Bombay wird vom 14. Februar gemeldet, daß nach dort eingetroffenen Berichten aus Kabul der Emir Schir Ali Khan

von Azim Khan und Abdurrahmann geschlagen werden und nach Herat geflohen sei. Die Stadt Kandahar ist den Siegern in die Hände gefallen.

London, 4. März. Nachdem Hr. Disraeli seine Reformresolutionen zurückgenommen und eine Reformbill verheißen hatte, glaubte man die Uneinigkeiten im Schoße des Cabinets ausgeglichen. Statt dessen sind sie in Folge davon desto stärker ausgebrochen und haben eine Art Ministerkrisis herbeigeführt. Die Reformfrage spaltet alle parlamentarischen, regierungsfähigen Parteien; und selbst die radikale würde keine Ausnahme von der Regel machen, wenn die Bildung eines Bright'schen Ministeriums im Jahre 1867 denkbar wäre. Die Liberalen scheiterten in der vorigen Session mit ihrem Reformplan hauptsächlich durch den die Gegenpartei verstärkenden Abfall der sogenannten „Adullamiten". Im Jahre 1859 schieden Hr. Walpole und Hr. Henley aus dem conservativen Ministerium aus, weil sie der Meinung waren, daß es in der Parlamentsreform nicht weit genug gehende Zugeständnisse machen wolle. Diesmal hat sich ein noch stärkeres Bruchstück von derselben conservativen Regierung losgerissen, weil sie angeblich viel zu weit gehe. Vorgestern Abend nämlich nach dem Ministerrath reichten der Kriegsminister, General Peel, der Minister der Colonien, Lord Carnarvon, und der Minister für Indien, Lord Cranbourne, ihre Entlassung ein. Der Fall muß seit einiger Zeit vorhergesehen worden sein, denn schon sollen die Nachfolger der Ausgetretenen ihre Ernennung so gut wie erhalten und angenommen haben. Als neuer Minister der Colonien wird der Herzog von Buckingham oder der Herzog von Richmond bezeichnet, als Kriegsminister Sir J. Pakington, und als Minister für Indien Sir Stafford Northcote. Die (jetzt von Sir J. Pakington verwaltete) Admiralität würde, wie es heißt, Hr. H. L. Corry, das Conseilspräsidium der Herzog von Richmond oder von Buckingham, und das Handelsamt Herr Stephen Cave übernehmen. Nach einer andern weniger verbürgten Version hat die Regierung die Absicht, Earl Cowley (den Gesandten in Paris) zur Uebernahme des auswärtigen Amtes einzuladen und Lord Stanley das indische Departement zu übergeben, Lord Lytton (ehemals Sir H. Bulwer Lytton) aber die Colonien anzutragen. In Zusammenhang mit diesen Aenderungen steht die Staatsrathssitzung, welche die Königin heute Nachmittag in Windsor abhalten wird. Heute Abend wird man im Parlament wahrscheinlich erfahren, wie weit die Reconstruction des Cabinets gediehen ist.

London, 5. März. Der Herzog von Richmond hat das Portefeuille der Colonien abgelehnt. Der Herzog von Buckingham hat dasselbe angenommen. Der neue Handelsminister und der Conseilpräsident sind noch nicht ernannt. — Die Regierung hat von den Cabinetten von Paris und dem Haag Mittheilungen erhalten, nach welchen der neue Zuckertarif nicht vor dem nächsten 1. Mai wird in Kraft treten können. Sie hat sich damit einverstanden erklärt.

Aus **Madrid** meldet man den bevorstehenden Rücktritt des Kabinets Narvaez, das nicht energisch genug zu Werke gehe (allen Ernstes!) und dessen Ersetzung durch ein Ministerium Pezuela, des Mannes der Todesdekrete für die Journalisten 2c. Nach Zusammentritt der Cortes wird zwar der Belagerungszustand aufgehoben werden, doch wird die Regierung auf Verlängerung der ihr verliehenen außerordentlichen Gewalten antragen. Briefe aus Valparaiso vom 18. Januar bestätigen die guten Aussichten für den baldigen Abschluß des Friedens mit Spanien. Der Präsident hatte sich zwar noch nicht ausgesprochen, aber die Mehrzahl der Mitglieder des chilenischen Kabinets ist einem Arrangement sehr günstig. In Bolivia und Ecuador ist dasselbe der Fall. Inzwischen ist die spanische Flotte nicht wieder in's stille Meer zurückgekehrt, so daß eine Blokade der betreffenden Häfen faktisch nicht besteht.

Florenz, 1. März. Man spricht bereits allgemein von der Eventualität eines Staatsstreiches und der zeitlichen Suspension der Verfassung mit einer Bestimmtheit, als wären die betreffenden königlichen Ordres bereits erflossen. Wir glauben nicht, daß die Sache so weit ist; soviel aber wissen wir, daß erst vor einigen Tagen in einem in Turin abgehaltenen Familienrathe, welchem auch der aus Mailand herbeigerufene Kronprinz Humbert beiwohnte, die Eventualität besprochen wurde, wenn die ausgeschriebenen Generalwahlen ein der Regierung ungünstiges Resultat haben würden, und daß sich die Meinung entschieden Bahn brach, daß in diesem Falle blos der Staatsstreich, die zeitweilige Suspension der Verfassung, Italien retten könne, ja die Sache ist schon so weit gediehen, daß für diesen Fall General Cialdini designirt ist, mit eiserner Hand die Zügel der Regierung zu führen. So stehen die Sachen heute und die Lage Italiens ist eine so schwierige, wie sie noch nie gewesen; erhält, was beinahe zu besorgen steht, die Aktions-Partei bei den Wahlen die Oberhand, so bliebe kaum etwas anderes übrig als der Staatsstreich. Natürlich ist man in Regierungskreisen auf Garibaldi sehr erbittert, welcher als Wahl-Agitator für seine Partei wirkt und der König selbst soll sich in sehr ungnädiger Weise über Garibaldi ausgesprochen, ja ihn geradezu einen Rebellen genannt haben, den man zur Raison bringen müsse; sollte es wirklich zu einem Staatsstreiche kommen und Cialdini an das Ruder gelangen, so dürfte es dieser kaum unterlassen, ein Hühnchen mit seinem alten Antagonisten Garibaldi zu rupfen. — Die größte Hoffnung auf ein der Regierung günstiges Resultat der Wahlen setzt man in gouvernementalen Kreisen besonders auf die in den Reihen der Linken selbst eingerissene Spaltung, welche nun sozusagen offiziell constatirt ist. Die extreme Linke hat sogar ein eigenes politisches Journal als ihr Organ gegründet, dasselbe heißt „L'Avanguardia" und wurde gleichsam durch Garibaldi selbst öffentlich als sein und seiner Partei Organ prononcirt, da dasselbe das Wahlproclam Garibaldi's brachte und förmlich zu seinem Moniteur erhoben wurde. Das Diritto ist nun entschieden Organ der gemäßigten Linken, welche Mordini als ihren Führer anerkennt. — Dem österreichischen Gesandten Freiherrn v. Kübeck ist eine neue Auszeichnung zu Theil geworden. Der König begibt sich nämlich von Turin zum Carnevalone nach Mailand, wohin ihn der Minister des Aeußern, Visconti-Venosta, und der Handels-Minister Correnti begleiten wird. Herr v. Kübeck war nun der einzige fremde Diplomat, welcher persönlich vom Könige die Einladung erhielt, ebenfalls nach Mailand zu kommen, und wurde diese Einladung sogar auf die österreichischen Mitglieder der zum Abschlusse des Handelsvertrags hieher gekommenen Commission, respektive Herrn Sektionschef Depretis ausgedehnt. (Presse.)

Florenz, 4. März. Man liest in der „Opinione": Peru hat zum bevorstehenden September den Handelsvertrag mit Italien aufgekündigt. Diese Maßregel wird motivirt durch das kürzlich von den Republiken Südamerika's angenommene Princip, nicht weiter mit den europäischen Mächten in Verbindlichkeiten einzugehen, ehe sie unter sich ein ökonomisches und commercielles Einverständniß festgesetzt haben. — Der Minister des Auswärtigen in Peru hat den Repräsentanten Italiens versichert, daß das Aufhören des Handels-Vertrags in keiner Weise das fragliche Einverständniß zwischen beiden Staaten stören würde. — Der italienische Gesandte ist beauftragt worden, dem peruanischen Cabinet ähnliche Versicherungen zu geben.

Griechenland. Die griechische Regierung widmet in der letzten Zeit ihre ganze Thätigkeit der Ordnung der zerrütteten Finanzen. Herr Marko Renieri ist nach England gesandt worden, um über eine Anleihe von 60 Millionen zu unterhandeln, und da die Hauptursache der Entbehrung jedes auswärtigen Credits für unsern Staat in der Nichtanerkennung der während des Freiheitskampfes contrahirten Schulden der revolutionären Regierungen lag, so hat Herr Renieri den Auftrag, über Anerkennung jener Schulden unter günstigen Bedingungen zu unterhandeln. Auch will die Regierung die Steuern um 5—6 Millionen Drachmen erhöhen. Ein drittes Mittel zur Hebung der Finanzen hat sie in der Zustandebringung eines Contractes mit einer französischen Gesellschaft gesucht, die Austrocknung und Urbarmachung der ausgedehnten und äußerst fruchtbaren Ländereien betreffend, welche die Sümpfe des Sees Kopais bei Theben bedecken. Nach einer sehr mäßigen Berechnung ist es erwiesen, daß die Cultur dieser Ländereien, einmal urbar gemacht, beinahe allein hinreichen würde, um das Land mit dem nöthigen Getreide zu versorgen. — Am 21. Februar ist der König Georg von Cephalonia wieder in Athen angekommen. (Tr. Z.)

Aus **Japan** lauten die Nachrichten außerordentlich friedlich und fremdenfreundlich. Der neue Taikun Stotsbaschi gibt nicht nur Beweise großer Intelligenz, sondern auch von sehr liberalen Grundsätzen in Hinsicht auf die Beziehungen zu den fremden Mächten. Er hatte in Osaka eine Zusammenkunft mit dem Mikado und mehreren Daimijos, worin er der Nothwendigkeit, sich mit den Fremden auf guten Fuß zu setzen, unzweideutigen Ausdruck gab. Der Mikado soll das Programm des Taikun vollkommen gutgeheißen haben. Den Daimijos erklärte Stotsbaschi, daß er geneigt sei, seine Würde an irgend einen Daimijo abtreten zu wollen, welcher glaubte besser regieren zu können, indem er sich ohne die kräftigsten Unterstützungen der Daimijos völlig machtlos fühle. Die Verträge mit fremden Mächten müßten unbedingt aufrecht erhalten werden. In seinen Aeußerungen wie in seinen Thaten zeigt Stotsbaschi eine entschieden fortschrittsfreundliche Politik; da die Japaner alles, was sie erfassen, auch rasch durchführen, so ist es leicht möglich, daß man in kürzester Zeit aus dem japanischen Inselreich gar seltsame Dinge zu hören bekommt. Schon jetzt zeigen die höheren Classen eine große Neigung für Einführung der europäischen Tracht und für das Studium der europäischen Sprachen. Die japanische Regierung ermuntert die Eingebornen zum Reisen, um deren Gesichtskreis zu erweitern und deren Kenntniß zu vermehren; Hafen um Hafen öffnet sich dem fremden

Verkehr; die Hindernisse, um im Innern zu reisen, nehmen rasch ab, und der Gipfel des Fusi-jama wird von den Fremden bereits ebenso häufig besucht wie irgend ein beliebter Berg der Schweiz. Kurz unter der Aegide des neuen Herrschers scheint Japan einer glorreichen Zukunft entgegen zu gehen, und diese herrlichen Aussichten werden selbst durch den räuberischen Anfall nicht getrübt, welchen kürzlich der britische Gesandte Sir Harry Parkes von einem fanatischen Jakonin zu erdulden hatte, denn solche Fälle haben kaum mehr eine politische Bedeutung. Der sehr resolute Sir Harry, welcher schon im Jahr 1858 wiederholt Beweise von Muth und Ausdauer gegeben, verfolgte selbst den Angreifer und machte ihn zum Gefangenen.

Neueres.

Berlin, 6. März. Peter v. Cornelius ist diesen Morgen nach 10 Uhr gestorben. (Er war geboren am 23. Sept. 1787 zu Düsseldorf, erreichte also ein Alter von 79 1/2 Jahren. Rom, München und Berlin, vorzugsweise aber München, waren die Schauplätze seiner genialen künstlerischen Wirksamkeit. Riegel in Berlin hat ihm unlängst in seiner, auch in der „Allg. Ztg." besprochenen, Monographie ein würdiges Denkmal gesetzt.)

Wien, 6. März. Der Feldmarschall v. Heß ist heute mit den Sterbsakramenten versehen worden.

Triest, 6. März. Eine Entschließung des Kaisers genehmigt die Wiederaufnahme der asiatischen Expedition, und ordnet dieselbe für nächsten Spätherbst an.

Pesth, 6. März. Die Deak-Partei hat in ihrer heute Abends stattgefundenen Conferenz die Berathung über die Vorlage bezüglich der Munizipien beendet und dürfte in ihrer für morgen anberaumten Konferenz von Seiten des Ministeriums eine Aufklärung über die in dieser Vorlage berührte siebenbürgische Angelegenheit erhalten. — „Hon" veröffentlicht das von vierzehn Mitgliedern der Linken unterzeichnete Minoritäts-Votum bezüglich der gemeinsamen Angelegenheiten.

Prag, 6. März. Die Candidaten-Liste des deutschen Wahlkomités ist erschienen. Der beigegebene Wahlaufruf hebt die Nothwendigkeit der bedingungslosen Reichrathswahl hervor. Niemand dürfe über dem, was bereits zur Geschichte geworden, über der Vergangenheit die Gegenwart vergessen. — Fürst Karlos Auersperg ist von Wien zurückgekehrt. Morgen erfolgt die Veröffentlichung der Kandidaten-Liste der verfassungstreuen Grundbesitzer; ihr Wahlaufruf betont vor Allem: Die Gewählten dieser Gruppe müssen, über den Parteien stehend, vor Allem den Willen des Kaisers im Auge behalten. — Die deutsche Kandidatenliste enthält unter den Neuvorgeschlagenen auch die Namen Hasner, Maresch, Kanonikus Küffer. Dem neuen Statthalter v. Kellersperg ist ein Landtagsmandat gesichert.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Literarisches.

Unter dem Titel: **Hausschatz deutscher Erzählungen** erschienen soeben im Verlage von Emil Ebner in Stuttgart ausgewählte und neue Werke von **Moritz Hartmann, Otto Müller** und **Wilhelm Raabe**. Drei Schriftstellernamen vom besten Klange; ihre Dichtungen sind als Werke der reinen Muse, der edlen Begeisterung von Kritik und Publikum längst anerkannt, und so verschieden sie auch in der äußeren Richtung und Darstellungsweise unter einander sein mögen, an innerem Geisteswerthe, an literarischer und ästhetischer Bedeutung steht keiner dem Andern nach. Vielmehr ergänzen sich diese drei Schriftsteller in einer so glücklichen Weise, daß die verschiedenen Formen und Dichtgattungen unserer erzählenden Literatur sich in ihnen zu einem Gesammtbild vereinigen, welches wir wohl als eine würdige Repräsentation unserer geistigen Gegenwart bezeichnen dürfen.

Dieser Hausschatz erscheint in Serien und umfaßt die 1. Serie nachfolgende interessante Romane: Von Moritz Hartmann: Der Krieg um den Wald. — Tagebuch aus Provence und Languedoc. — Erzählungen eines Unstäten. — Mährchen und Geschichten. — Neu: Politische Erinnerungen. Von Otto Müller: Bürger; ein deutsches Dichterleben. — Georg Volker. Von Wilhelm Raabe: Die Chronik der Sperlingsgasse. — Ein Frühling. — Die Kinder von Finkenrode.

Das Format ist sehr handlich, der Preis von 12 kr. für das 4 Bogen umfassende Heft ein sehr billiger, die Ausstattung vorzüglich.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	66 1/8 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	65 5/8 P.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	54 7/8—5/8 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	4 1/2pCt.	40 7/8 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	102 1/4 P.
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	97 G
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	97 7/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	93 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	97 5/8 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	85 1/2 P.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	97 1/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	86 3/4 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	97 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	93 1/2 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	86 5/8 P.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	83 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2pCt.	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	—
„	6pCt. ditto r. 1882	77 1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	134 7/8 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	682 P. 680 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	175—74 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	92 3/4 G.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R.	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	214 1/2 P. 214 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	—
Mitteldeutsche Kreditaktien	97 1/2 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	344 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn	112 1/2 G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	113 P. 112 1/2 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	156 3/4 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	91 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	111 7/8 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 1/2 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 3/4 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	248 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	46 1/4 G.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	117 1/2 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	117 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P
Berlin Th. 60 k. S.	104 1/8 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 3/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 5/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 3/4 G.
London Lst. 10 k. S.	119 7/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	92 3/8—1/4 G.
do. in öst. W. l. S.	92 1/4 G.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	114 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	70 1/4—69 3/4 G.
„ fl. 100 Eisb.l. v. 1858	122 3/8 P.
„ do. v. 1864	76 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100—99 7/8 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 1/4 P.
Badische fl. 35	53 7/8 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55 1/8 G
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 25 do.	33 1/4 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 1/8 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28 1/4 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	36 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	10 5/8 G.

Frankfurt, 7. März. An der heutigen Börse ist ein Rückschlag in größerem oder kleinerem Maßstab für fast sämmtliche Spekulationswerthe eingetreten. Besonders österr. Effekten waren wesentlichen Schwankungen unterworfen. Es waren verschiedene beunruhigende Gerüchte, angeblich von Wien ausgehend, in Umlauf gesetzt worden. Man sagte, daß Uneinigkeiten im ungarischen Ministerium ausgebrochen seien, und daß dasselbe den Vertrag mit der Creditanstalt wegen des Tabakmonopols nicht genehmigen wolle. Auch von London war eine Allarmdepesche über „mehrere bedeutende Fenieraufstände" eingetroffen, in deren Gefolge Telegraphendrähte zerschnitten worden seien. Diesem Umstande schreibt man auch das Ausbleiben der New-Yorker Coursdepeschen zu. Amerikaner verkehrten ebenfalls in etwas matter Stimmung. Das Geschäft war, angeregt durch die lebhaften Variationen, ziemlich bedeutend. Man schließt fester. Heute haben auch die Zeichnungen auf die neue österreichische Anlehe bei Gebr. Bethmann begonnen. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 68.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 9. März 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 6. März. Se. Majestät der König hat genehmigt, daß die kath. Pfarrei Abens, Bezirksamts Freising, dem Priester B. Madlehuer, Expositus in Sünzhausen, Bezirksamts Pfaffenhofen, die kath. Pfarrei Laufen, Bezirksamts gleichen Namens, dem Priester Joseph Holzschneller, Pfarrer in Sendling, Bezirksamts München l. J., die kath. Pfarrei Waging, Bezirksamts Laufen, dem Priester Dr. M. Breitenaicher, Prediger an der Metropolitan-Stadtpfarrkirche zu Unserer Lieben Frau in München und das Emeritenbeneficium in Gessenberg, Bezirksamts Laufen, dem Priester J. Schmid, Pfarrer in Waging, desselben Bezirksamts, sämmtliche von dem Erzbischofe von München-Freising, verliehen werden; die erledigte erste protestantische Pfarrstelle an der St. Johannis-Kirche in Ansbach dem bisherigen zweiten Pfarrer an dieser Kirche, Ch. K. Hornung, verliehen und demselben zugleich die mit dieser Stelle verbundene Dekanatsfunktion übertragen; den Landrichter Joh. Andr. Gerber in Ludwigsstadt aus administrativen Erwägungen in den Ruhestand versetzt; auf die hiedurch in Erledigung kommende Landrichterstelle in Ludwigsstadt den Landgerichts-Assessor U. Strößner in Wunsiedel befördert; auf die hiedurch sich eröffnende Assessorstelle am Landgerichte Wunsiedel den Landgerichts-Assessor F. Sonntag in Thiersheim, auf dessen Ansuchen, versetzt und dessen Stelle dem Appellationsgerichts-Accessisten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Stadtgerichte Bayreuth, H. Rehm, verliehen.

Die katholische Pfarrei Thannhausen, kgl. Bezirksamts Krumbach, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 1348 fl. 33 kr. in Erledigung gekommen.

München, 6. März. Zur Gedächtnißfeier des zeitlichen Hintrittes Seiner Majestät des Königs Maximilian II. wird in der St. Cajetan-Hofkirche am Freitag den 8. d. Nachmittags 2½ Uhr die Vigil und am nächstfolgenden Tage um 11 Uhr das Seelenamt abgehalten. (B. Z.)

Preußen. Die „Kreuzztg." bemerkt in Betreff der neuen Regierungsbezirke: „Es war in Frage gekommen, ob nicht ein dritter Regierungsbezirk aus dem Gebiete der Stadt Frankfurt, aus den früheren kurhessischen Provinzen Hanau und Fulda, aus Homburg und den bayerischen Abtretungen mit dem Sitze der Regierung in Frankfurt zu bilden sein möchte. Gewichtige Stimmen machten namentlich das Interesse der Stadt Frankfurt dafür geltend; es schien wünschenswerth, daß die alte Reichsstadt Frankfurt mit ihren vielfachen politischen und Handelsverbindungen der Mittelpunkt und Sitz einer größeren Provinzialverwaltung werde. Andererseits hätte jedoch die Bildung eines dritten Bezirks sehr erhebliche Nachtheile mit sich geführt. Ebenso wie für den ersten (wesentlich hessischen) Bezirk die alte Residenzstadt Kassel, in welcher bisher der Mittelpunkt der Verwaltung und des Verkehrs aller Behörden war und die erforderlichen Diensträume in königlichen Gebäuden vorhanden sind, nothwendig die Hauptstadt bleiben muß, ebenso empfiehlt es sich, Wiesbaden, als die bisherige Residenzstadt des Herzogthums Nassau, welches den Hauptbestandtheil des andern Regierungsbezirks bildet, als Sitz der betreffenden Regierung beizubehalten. Es entspricht dies auch den Wünschen der Bevölkerung von Nassau, welche in der Verlegung des Regierungssitzes eine empfindliche Kränkung sehen würde. Ueberdies sind in Wiesbaden vorzügliche königliche Dienstgebäude vorhanden. Die Kosten einer in Frankfurt zu errichtenden Regierung würden jedenfalls sehr bedeutend sein, da dort keine geeigneten Gebäude zur Verfügung der Regierung stehen, da ferner die Gehälter der Beamten, wenn sie in der ungewöhnlich theueren Stadt die Regierung angemessen vertreten sollten, sehr hoch angesetzt werden müßten. Die Bevölkerung Frankfurts selbst scheint auch anerkannt zu haben, daß sie einen Ersatz für das, was sie bei den Veränderungen des letzten Jahres äußerlich eingebüßt hat, vor Allem in der Förderung Frankfurts als Mittelpunkt des Handels und gewerblichen Verkehrs zu finden hat." Die „Frankfurter Zeitung" bemerkt hierzu: „Damit könnte man einverstanden sein, wenn letztere Aussicht in Erfüllung ginge. Weder die Regierungs- noch andere Aemter würden hier schmerzlich vermißt werden, wenn der Stadt durch Förderung von Handel und Gewerbe und Schonung ihrer Eigenthümlichkeiten, wie sie sich während eines Jahrtausends herangebildet haben, die Möglichkeit einer weiteren Fortentwickelung geboten wird."

Berlin, 4. März. Die Worte des Grafen Bismarck über Süddeutschland haben einen großen Eindruck gemacht. Die vertragsmäßige Regelung der Beziehungen des Südens zum Norden ist danach bestimmt in Aussicht genommen. Sehr wichtig ist auch, was Graf Bismarck nun endlich offiziell über die Kompetenz des Reichstags sagte und über die unumgängliche Instanz der Einzelkammern, welche sich die Beschlußnahme über das Resultat der Berathungen des Reichstags ausdrücklich vorbehalten hätten. Damit ist der verfassungsmäßige Weg vollständig innegehalten und alle entgegengesetzten sophistischen Auslegungen sind damit beseitigt. Die Zuversicht auf eine günstige Lösung, welche auch den liberalen Anforderungen gerecht wird, kann dadurch nur bestärkt werden. — Die liberale Partei in ihrer überwiegenden Mehrheit war bis jetzt der Berathung des Verfassungsentwurfes im Plenum zugeneigt. Die Ernennung von Kommissionen zur Berathung bestimmter, namentlich technischer Punkte ist dadurch nicht ausgeschlossen. Die Berathungen der national-liberalen Partei werden nach dieser Seite hin fortgesetzt. Mehrere Mitglieder auch der altliberalen Partei, die sich als Fraktion noch immer nicht konstituirt hat, nehmen daran Theil. — Herr v. Roggenbach ist hier eingetroffen und wird einige Zeit hier verweilen. — Twesten begibt sich, obgleich etwas leidend, heute Abend nach Danzig, wo seine Wähler ihn zu hören dringend gewünscht hatten. Er wird vor einer größeren Versammlung sprechen und im Uebrigen, nachdem er selbst in Reichenbach angenommen, die Wahl Löwe's in Danzig empfehlen. (Schw. Merk.)

Berlin, 5. März. Angesichts der streng partikularistischen Haltung der Mehrzahl der sächsischen Reichstagsmitglieder — bekanntlich sind sie in einen eigenen sächsischen Klub zusammengetreten und debattiren darin für sich mit allem geschäftsmäßigen Eifer, mit Referat, General- und Spezialdiskussion über den Bundesverfassungsentwurf — ist es sehr bemerkt worden, daß die preußischen Konservativen bei der Wahl des 2. Vizepräsidenten für den sächs. Abg. Haberkorn gestimmt haben. Die „Leipziger Dtsch. A. Z." nimmt an, daß dies aus Rücksichtnahme auf den „zweitgrößten norddeutschen Staat" geschehen sei, findet aber mit Beziehung auf die oben geschilderte Haltung der sächsischen Abgeordneten diese Rücksicht sehr überflüssig. Den Grafen Bismarck dürften solche Vorgänge nur bestimmen, seinerseits die Rücksichtnahme auf die preußischen Konservativen mehr und mehr zu beschränken. — Die national-liberale Partei hat sich gestern Abend unter dem Vorsitze von Bennigsen, Braun (Wiesbaden) und Unruh definitiv konstituirt; sie zählt für jetzt 85 Mitglieder. Heute Abend sollte von den National-Liberalen über die geschäftliche Behandlung des Verfassungsentwurfs berathen werden. — Der „Staatsanz." veröffentlicht die in der gestrigen Sitzung des Reichstags neben dem Bundesverfassungsentwurf vorgelegten Konferenzprotokolle der Bevollmächtigten der norddeutschen Bundesregierungen. Dieselben beginnen mit dem 18. Januar und endigen mit dem 7. Februar, an welchem Tage die nichtpreußischen Bevollmächtigten ihre Zustimmung zur Vorlage des mehrfach amendirten Bundesverfassungsentwurfs an den Reichsrath gaben, wobei jedoch von verschiedenen Regierungen, insbesondere der großh. hessischen, den beiden Mecklenburg und Hamburg, Voraussetzungen und Vorbehalte ausgesprochen wurden, auf welche Preußen weder ablehnend noch zustimmend geantwortet, vielmehr auf die Erklärung sich beschränkt hat, daß jene Voraussetzungen nicht dazu angethan sein könnten, das im Wesentlichen erzielte Einverständniß abzuschwächen. Das Verlangen der hessischen Regierung, daß über die Art der Stellung des hessischen Kontingents eine besondere Vereinbarung zwischen Preußen und dem Großherzogthum abgeschlossen werde, findet sich in dem Protokoll vom 7. Febr. erwähnt, während über die sächsische Militärkonvention die Aktenstücke keine Andeutung enthalten. Von besonderem Interesse ist noch der Vorbehalt Sachsens und Hamburgs, daß die Feststellung des Normalbeitrags an Geld und Menschen zum Bundesheere nicht nach Maßgabe der faktischen Bevölkerung, sondern nach dem Begriffe „Staatsangehörige" erfolge; ein Verlangen, auf welches, wie gesagt, die preuß. Regierung sich nicht erklärt hat. — Baron v. Könneritz wird als Bundesbevollmächtigter Sachsens durch Herrn v. Thümmel abgelöst,

welcher gestern dem Könige sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Außerdem behält sich Minister v. Friesen vor, zeitweilig selbst hier zu erscheinen. — Die 2. Abtheilung des Reichsraths beschloß mit allen gegen 4 Stimmen, die Wahl v. Oheimbs als nicht beanstandet zu erklären, aber verschiedene bei der Wahl vorgekommene Unregelmäßigkeiten der lippe'schen Regierung anzuzeigen. Die Wahl des Dänen Krüger-Beftoft ist von dem Referenten der 6. Abtheilung vorläufig beanstandet worden, weil die Wählerlisten von circa 10,000 Stimmen unattestirt geblieben sind. Bevor die Abtheilung einen Beschluß faßt über diese Angelegenheit, soll eine vidimirte Uebersetzung der dänischen Protokolle herbeigeschafft werden. Eine baldige Erledigung dieser Wahlsache ist also nicht zu erwarten. Mittwoch wird wahrscheinlich in der Berathung des Plenums über die Wahl des Dänen Ahlmann verhandelt werden.

Berlin, 6. März. Die national-liberale Partei hat sich gestern Abend fast einstimmig für die Vorberathung des Verfassungs-Entwurfs im Hause entschieden. In den anderen Fraktionen herrscht dieselbe Stimmung. Die Vorberathung wird voraussichtlich schon Ende dieser Woche beginnen können. — Herr Sorrel, Sekretär vom französischen Ministerium des Auswärtigen, ist von Paris mit Depeschen hier eingetroffen und geht über Warschau nach Petersburg. Neuerdings herrscht ein lebhafter Depeschenverkehr zwischen Paris und Petersburg.

Berlin, 7. März. Die „Nordd. Allg. Ztg." meldet: Die ausländischen Ausstellungskommissäre in Paris haben erreicht, daß Aussteller, welche die Produktenausstellung nicht rechtzeitig bewirken, von der Preisbewerbung nicht ausgeschlossen werden sollen. — Zwischen den konservativen Fraktionen einerseits und den Nationalliberalen andererseits hat sich eine Mittelfraktion von 25 Mitgliedern gebildet, bestehend aus preußischen Altliberalen, sowie aus hervorragenden sächsischen, kurhessischen und oberhessischen Abgeordneten, worunter Gerber, Graf Solms-Laubach, Baron v. Schenk-Schweinsberg und v. Rabenau.

Posen, 2. März. Die Donnerstags-Nummer des „Dziennik Pozn." ist von der Polizei wegen eines gegen die Deutschen in dieser Provinz (die jetzt in dem Blatte nur noch als przybysze — hergekommene Leute — bezeichnet werden) aufregenden Artikels mit Beschlag belegt worden.

Hannover, 3. März. In der Nacht zum 28. Februar ist eine Militärpatrouille auf der Bult angefallen und auf sie gefeuert worden, in der Nacht zum 2. März wurde ein Exceß gegen den am Schloßdurchgang stehenden Posten durch Steinwürfe verübt. In beiden Fällen haben die Angegriffenen von der Schußwaffe Gebrauch gemacht; ob Jemand verletzt worden, ist nicht bekannt. Die Polizeidirektion erläßt in den Zeitungen eine Verwarnung. (N. Z.)

Pesth, 4 März. Der „Pesther Lloyd" sagt: Das Unterhaus hat heute die Generaldebatte über jene wichtige Frage zum Abschlusse gebracht, welche für jeden europäischen Staat in gleich dringlicher Weise vorhanden ist, und die, tief eingreifend in die Entwicklung aller Nationen, scheinbar unserer Zeit ein mit ihrem großartigen Fortschritte und reichen Errungenschaften kontrastirendes Gepräge aufdrückt. Europa, das Wort wird heute nicht zum ersten Mal ausgesprochen, ist zu einem Arsenal geworden. Die Vermehrung der Heere, die Umgestaltung ihres Organismus, die Verbesserung der Waffen und alles Dessen, was zum Kriege erforderlich ist, das sind die Dinge, mit denen sich die europäischen Regierungen jetzt beschäftigen, und fügen wir hinzu, sich beschäftigen müssen. Denn es kann kein Monarch sein Heer auf den Friedensfuß versetzen, wenn sein Nachbar jenseits der Grenze bis an die Zähne bewaffnet ist. Es war vorauszusehen, daß der Reichstag, sobald er in seine gesetzlichen Funktionen eingetreten, sich mit der Ergänzung der Armee zu befassen haben werde. Die Erledigung dieser Angelegenheit war unvermeidlich und duldete keine Vertagung. Das Ministerium, als es diese Vorlage einbrachte, hatte — man erlaube uns einen nicht von uns erfundenen Scherz zu wiederholen — zu ihrer Motivirung nichts hinzuzusetzen brauchen, als den Satz: Motive: Die Ereignisse von 1866. Indessen hat das Haus doch auch weitergehende Aufschlüsse erhalten und es hat namentlich der Bericht des von den Abgeordneten entsendeten Comités das politische Moment mit möglichster Genauigkeit präzisirt. Was bezwecken diese Rüstungen; bedeuten sie den Krieg, oder sollen sie blos den Frieden sichern? Das Komité antwortet auf diese nicht nur in unserm Lande gestellte Frage, daß die definitiven Anzeichen eines Krieges nicht existiren, daß das Ministerium keine kriegerischen Neigungen habe, und daß es durch seine Vorlage auch keine kriegerische Politik unterstützen wolle; daß aber die Lage eine solche sei, um jedem Staate die äußerste Vorsicht zur Pflicht zu machen, um ihm die Nothwendigkeit aufzuerlegen, mit seinen Rüstungen nicht zu zögern. Das Komité hat damit kein Geheimniß enthüllt, es hat weder neue Befürchtungen wachgerufen, noch durch schönfärbende Phrasen einem ungerechtfertigten Optimismus Nahrung geboten; es hat nur die Lage nach der Wahrheit gezeichnet. Europa steht auf einem Vulkan. Möglich, daß der gütige Schutz der Vorsehung die Elemente des Ehrgeizes und der Eroberung in Banden hält, daß uns lange Jahre des Friedens beschieden werden; möglich aber auch, daß ein plötzlicher Conflikt eine Eruption zur Folge hat, die im Nu die Welt in Flammen setzt. Was kann ein Staat unter solchen Verhältnissen thun, als sich für alle Eventualitäten bereit zu halten.

Lemberg, 3. März. Der Schluß der Landtagssession, der gestern um die Mitternachtsstunde erfolgte, trug diesmal einen wesentlich anderen Charakter, als die gleiche Ceremonie vor kaum zwei Monaten geboten. Die trübe, gedrückte Stimmung, die sich im Hause lagerte und in der Physiognomie desselben sich wiederspiegelte, ließ nicht verkennen, daß nicht der bloß äußere Verfassungsstreit, nicht der ordentliche oder außerordentliche Charakter des einberufenen Reichsraths den Kern des Conflicts bildete, daß hier vielmehr Aussichten und Hoffnungen, die über den Rahmen unserer Verfassungswirren hinausragen, zu Grabe getragen wurden. Die innigen Beziehungen zu dem Ministerium Belcredi hatten diese Hoffnungen wachgerufen und gekräftigt, und in seinem Sanguinismus hatte der Landtag es übersehen, daß dies Ministerium selbst nur auf schwankem Boden stand. Um so unausweichlicher, freilich auch um so größer, mußte die Enttäuschung sein. An den Reichsrathswahlen nahm die 34 Mann starke Opposition, ungeachtet sie gegen die Beschickung gestimmt hatte, Theil; ja die Herren, von denen ein beträchtlicher Theil gewählt wurde, gingen in ihrer Achtung des Majoritätsbeschlusses so weit, die Wahlen anzunehmen. Das Ergebniß ist, wie bei der Mehrheit der Polen im Landtag vorauszusehen war, ein den Polen in jeder Beziehung höchst günstiges; unter den 38 Gewählten gehören blos drei (Geistlicher Guszalewicz, Landleute Bodnar und Monasterski) der ruthenischen Partei an. Nach beendigter Wahl nahm der Statthalter Graf Goluchowski das Wort. Die verschiedenen Anschauungen und Rechtsansprüche der einzelnen Länder der Monarchie zu vereinigen und zu versöhnen, sei eine Lebensfrage für diese. Der Weg, den der galizische Landtag gehen mußte, war in der vorjährigen Adresse vorgezeichnet, deren Worte: „Zum Reiche halten wir und wollen wir halten", ihn von jedem Schwanken fernhalten mußten. Als Statthalter dankt er schließlich dem Hause, daß es trotz vieler Hindernisse bereitwillig zur Wahl schritt und dadurch an den Tag legte, daß ihm das Wohl des Landes wie die Wahrung seiner autonomen Rechte am Herzen liege. Fürst Sapieha, Vorsitzender des Landtags, bemerkt in seiner Schlußrede, wie ganz anders die Gefühle und Empfindungen seien, mit denen der Landtag diese Session beschließe, als am Schlusse der vorigen Session. Viele Hoffnungen seien seitdem zu Grabe getragen worden; das abermalige Einlenken in die alten verhängnißvollen (d. h. nach Ansicht der Föderalisten verhängnißvollen) Bahnen stehe zu besorgen. Nichtsdestoweniger hofft er, daß unsere Abgeordneten sich ihrer Aufgabe bewußt sein werden, dem Lande jene autonome Stellung zu erstreben, die es stets ersehnt, wie er nicht minder von der Hoffnung durchdrungen ist, daß der Kaiser sein Versprechen erfüllen und dem Landtage seine autonomen Rechte wahren werde. In dieser Hoffnung bringe er Sr. Majestät ein dreifaches Lebehoch, welches von den Abgeordneten erwidert wird. Stumm und lautlos gingen die Abgeordneten auseinander und die erste Session der zweiten Landtagsperiode war beendet. — Heute gegen 9 Uhr Abends veranstaltete ein Theil der hiesigen (besonders der studirenden) Jugend einen Fackelzug mit beiläufig 80 Fackeln zu Ehren des Grafen Borkowski. Während des Zuges ertönten unablässig die Rufe: „Es lebe Graf Borkowski! Es leben die Czechen! Nieder mit dem Reichsrathe!" Vor der Wohnung des Grafen angelangt, (derselbe war nicht zu Hause) rief Einer aus der Menge, „dies sei zugleich ein Protest gegen den an der Nation begangenen Verrath"! Kurz darauf näherte sich ein Polizei-Commissär an der Spitze einer Militärpatrouille, worauf sich Alles eiligst zerstreute. — Glowacki, Professor der ruthenischen Sprache und Literatur an der hiesigen Universität, ist soeben von Funktion und Gehalt suspendirt worden, was in den ruthenischen Kreisen in denen er allenthalben gekannt ist, ein ungemeines Aufsehen erregt. (Pr.)

Aus den Niederlanden, 3. März. Die Erklärungen des Ministers des Aeußern in der 2. Kammer geben mehrfache wichtige Aufschlüsse. Graf van Zuylen versicherte in bestimmtester Weise: die Stellung der Niederlande sei nicht der Art, daß sie irgend Jemanden Besorgnisse einzuflößen habe; die Politik der Niederlande könne nur auf Selbstvertheidigung gerichtet sein; übrigens sei von keinem Staate irgend eine Bedrohung gegen die Niederlande gerichtet worden; er könne sich nicht erinnern, so lange er sich im Amte befinde, mit irgend einem fremden Gesandten eine Unterredung gehabt zu haben, in welcher die beiden Festungen Maestricht und Venloo zur Sprache gebracht worden wären. Was die Provinz Limburg an-

belange, sei die thatsächliche Trennung derselben aus ihrem Bundesverhältnisse zu Deutschland durch die Auflösung des deutschen Bundes erfolgt; eine Bestätigung dieser Trennung durch die europäischen Großmächte sei zwar „wünschbar“, nicht aber „nöthig“. Der Minister würde es nicht mit der räthlichen Behutsamkeit übereinstimmend gefunden haben, wenn die Niederlande sich an der in Frankfurt tagenden Bundesliquidationskommission betheiligt hätten; er habe aber eine befreundete Macht ersucht, auf die Wahrnehmung der Interessen der Niederlande bei der Liquidation bedacht zu sein, und könne erklären, daß die niederländische Regierung ihren Antheil nach Maßgabe der Matrikularbeiträge erhalten werde. Graf van Zuylen theilte ferner mit, daß der Entwurf eines Handelstraktates mit Norddeutschland (mit dem Zollverein?) vorbereitet sei. — Die nachtheiligen Einwirkungen, welche die Alarmnachrichten in der vorigen Woche auf die Börsenplätze, den Handel und die Assekuranzen in den Niederlanden in empfindlicher Weise geübt, sind nun wieder völlig verwischt. (N. Corr.)

Paris, 5. März. Die Räumung der serbischen Festungen durch die Türkei wird von den französischen Blättern wie der Anfang vom Ende der Pforte betrachtet. Als nächster Schritt gilt die Unabhängigkeit von Kreta, und die „France“ verkündet bereits das hierüber bestehende Einvernehmen der griechischen Schutzmächte und die Geneigtheit Englands, Kandia das Loos der jonischen Inseln theilen zu sehen. Auf diesen zweiten Schritt soll als dritter folgen, daß die Pforte angehalten werde, muthig den Pfad des Fortschrittes zu betreten und eine breite, ehrliche Ausführung des Hatti-Humayum anzutreten und als Kern aller Concessionen die vollständige religiöse, politische und administrative Gleichheit der christlichen mit den mohamedanischen Unterthanen des Sultans zu erklären und überhaupt der öffentlichen Meinung Europa's sich zu beugen. So verkündigt die „France“; mit der vollkommenen Einmüthigkeit der Mächte wird es indeß wohl noch so weit nicht sein. (K. Z.)

Die „France“ nimmt Notiz von der Reklamation der „Bayer. Zeitung“ gegen den in der bekannten Depesche des Hrn. v. Méloizes (Nr. 43 des Gelbbuchs) gebrauchten Ausdruck, daß der Ministerrath des Königs von Bayern beschlossen habe, „die Intervention Frankreichs anzurufen“, und knüpft daran folgende Bemerkung: „Man wird uns gestatten, auf einen einfachen diplomatischen Ausdruck kein besonderes Gewicht zu legen. Die Hauptsache ist, daß die Regierung von München sich an die von Paris gewandt hat, um günstige Bedingungen zu erlangen, und daß der Beistand, den sie nachsuchte, ihr mit jener wohlwollenden Theilnahme gewährt worden ist, welche die französische Politik einer jeden gerechten Sache gegenüber von jeher ausgezeichnet hat.“

Paris, 7. März. Der heutige Ausweis der französischen Bank zeigt eine Zunahme des Baarvorraths von $18^1/_3$ Mill., dagegen eine Abnahme des Portefeuilles von 74 Mill., der Vorschüsse auf Unterpfänder von $^1/_2$ Mill., des Notenumlaufs von $63^1/_3$ Mill., des Staatsschatzes von $^1/_{10}$ Mill. und der Privatrechnungen von 3 Mill. — Emil Girardin ist vom Zuchtpolizeigericht unter Anerkennung mildernder Umstände zu einer Geldstrafe von 5000 Franken und der Drucker des Journals „Liberté“ zu einer solchen von 100 Franken verurtheilt worden. — Die heute eröffnete Subskription auf die österreichische Pfandbrief-Anleihe geht sehr gut. Der Zudrang ist sehr stark und man erwartet, daß die Zeichnungen werden reducirt werden müssen.

Madrid, 6. März. Die offizielle Zeitung veröffentlicht ein Rundschreiben des Staatsministers an die spanischen Gesandten im Ausland, welches sich über die Angriffe und Verläumdungen der fremden Zeitungen beklagt. Spanien sei zu stolz, um darauf zu erwiedern, und verzichte auf gerichtliche Verfolgung, weil es dadurch den Verläumdungen der Zeitungen nur eine unverdiente Wichtigkeit geben würde.

Florenz, 6. März. Es heißt, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten werde ein Cirkular veröffentlichen, welches die neueste Lage der Beziehungen der Regierung zum römischen Hofe darstellen soll. Das „Giornale di Roma“ dementirt die Gerüchte, nach welchen der Papst bei der Audienz, welche er dem Grafen Dumonceau ertheilt hat, das Projekt wegen der geistlichen Güter weder gutgeheißen noch verworfen habe; der Papst wäre in keiner Weise im Zweifel darüber gewesen, er habe das Projekt sofort verworfen.

Dublin, 5. März. Gestern wurde der amerikanische General Massey, der Chef der irländischen Republik, verhaftet. Die Truppen sind in Limerik konzentrirt, eine große Anzahl Gewehre wurde mit Beschlag belegt.

Bucharest, 28. Febr. Der jetzt erst allgemeiner bekannt gewordene Investitur-Ferman Karls I macht hier das größte Aufsehen. Durch denselben werden die Hoffnungen und Erwartungen, welche die Rumänen von der Einsetzung eines fremden Fürsten hegten, beträchtlich herabgestimmt. Man macht dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten einen heftigen Vorwurf daraus, daß er in die Annahme der seitens der Pforte gestellten Bedingungen gewilligt, und außerdem die Veröffentlichung derselben den Rumänen vorenthalten hat. Ja es ist sogar ziemlich wahrscheinlich, daß die Opposition der Kammer sich dieser Angelegenheit bemächtigen wird, um dem Ministerium Jon Ghika das Mißfallen der Kammer zu votiren, und so den Sturz der schon seit Wochen tief erschütterten Regierung herbeizuführen. Die Abgeordneten der „Linken“ und des „Zentrums“ erwarten nur die Erledigung der Budgetvorlage, um der Regierung mit zahlreichen Interpellationen bezüglich der Investitur zu Leibe zu gehen, um aus der Fusionirung der beiden genannten Parteien alsdann wo möglich ein Ministerium der Radikalen und des rechten Zentrums zu bilden. Hr. Cogalnitscheano, welcher als einer der Führer des Centrums betrachtet werden kann, soll es indessen abgelehnt haben, mit den Radikalen in ein und dasselbe Ministerium zu treten, und scheint deshalb seine Zeit jetzt noch nicht für gekommen zu halten. Die Entrüstung, welche der Art. 10 der Verfassung unter den zahlreich in Rumänien lebenden Fremden, welche den Kern der Intelligenz des Landes bilden und schwer zu entbehren sein möchten, hervorgerufen, hat die Regierung denn doch bewogen, das Sicherheitsventil dieses Artikels, welcher den Ausländern die Zulassung zum Staatsdienst abschneidet, zu öffnen, und einen hierauf bezüglichen Gesetzentwurf vor die Kammer zu bringen. Der Art. 10 hat ausnahmsweise Fälle vorbehalten, in welchen auch Fremde zum Staatsdienste zugelassen werden können, und diese Ausnahmen erhalten durch die neue Gesetzesvorlage eine ziemlich bedeutende Ausdehnung. (Allg. Ztg.)

Der „Monde“ hat Nachrichten aus Mexiko über die Lage des kaiserlichen Thrones: „Am 19. Januar ist Maximilian von La Teja nach Mexiko gekommen mit dem festen Entschlusse, seine Krone zu vertheidigen. Um sich das nöthige Geld zu verschaffen, hat er sein sämmtliches Silbergeschirr in die Münze geschickt, um daraus Piaster („wahrscheinlich seine letzten“, wie der „Monde“ beifügt), prägen zu lassen. Nur steht zu befürchten, daß, dem herrschenden Gebrauche gemäß, der größere Theil der Piaster in die Tasche der mit der Umprägung beauftragten Kommissäre fällt. Jeden Tag verlassen französische Ansiedler das Land, und kommen aus dem Innern Flüchtlinge in der Hauptstadt an. In Tehuantepec, erzählen sie, soll Porfirio Diaz 1500 Häuser verbrannt haben. Die am 24. Jan. eröffnete Eisenbahnstrecke zwischen Mexiko und dem 14 Stunden davon gelegenen Apizaco ist auf Befehl von Juarez zerstört worden. — Die am 9. Januar vorgenommene Verhaftung Ortega's wird von allen Seiten bestätigt, allein man hat seitdem wieder erfahren, daß es ihm durch Bestechung seiner Wächter gelungen sein soll, zu entkommen. Juarez und seine Anhänger erlassen die heftigsten Dekrete gegen die im Lande ansässigen Fremden, namentlich die Franzosen. Iglesias hat die Konfiskation der Besitzungen aller Anhänger des Kaiserreiches angeordnet. Juarez hat ein Edikt ergehen lassen, das u. A. allen Ausländern in ganz Mexiko Detail-Handel zu treiben verbietet. Die Stadt Mexiko soll einen sehr traurigen Anblick darbieten; ihre Straßen sind mit französischen Auswanderern angefüllt.“ Von den Oesterreichern schreibt der „Monde“ Folgendes: ... „Verlassen von Jedermann, sahen sich die Oesterreicher gezwungen, die befestigten Posten, die sie auf der Straße von Veracruz und in der Umgegend, wie zu Perote inne hatten, zu räumen, nachdem sie ihre Kanonen vernagelt und ihre Schanzen in die Luft gesprengt hatten. Von allen Rückmärschen ist der dieser unglücklichen Soldaten der traurigste; denn sie sind den Puros noch verhaßter, als die Franzosen, die wenigstens durch ihr joviales Wesen die Menge für sich einzunehmen wußten. Was die belgische Legion anbelangt, so ist sie bereits eingeschifft und man räth den Oesterreichern, das Gleiche zu thun, wenn sie können.“ (Nach dem „Moniteur“ sind die Oesterreicher bereits eingeschifft und zwar an Bord Eines Schiffes. Es müssen ihrer also nicht wenige geblieben sein.)

Bombay, 13. Februar. Unter Vorsitz des Vizekönigs ist ein Meeting zur Berathung von Maßregeln zur Unterstützung der in Folge der Cholera verwaisten Kinder gehalten worden. Die Murreis sind aus dem Gebirge in's englische Gebiet eingefallen, stießen dort auf Scind'sche Cavallerie und verloren 50 Mann. Einen anderen Angriff trieb die Punjab Cavallerie zurück. Die Handelskammer hat ein Komité zur Berichterstattung über projektirte Dockanlagen niedergesetzt. Die große indische Eisenbahn wird noch im Laufe dieses Monats bis Nagpur eröffnet. Vier Europäer sind wegen Ermordung von vier Indiern zum Tode verurtheilt worden. Geld ist sehr überflüssig, das Mißtrauen aber allgemein.

Neueres.

Berlin, 7. März. Zwischen den Konservativen einerseits und den Nationalliberalen andererseits hat sich eine Mittelfraktion von 25 Mitgliedern gebildet, bestehend aus den preußischen Altliberalen und hervorragenden sächsischen, kurhessischen und oberhessischen Abgeordneten, darunter Gerber, Graf Solms-Laubach, Schenck v. Schweinsberg, Rabenau.

Pesth, 7. März. In der nach 10 Uhr eröffneten Sitzung der Deputirtentafel interpellirt Tisza das Ministerium über die Präsidial-Erlässe des ungarischen General-Kommandos und fragt, was das Ministerium über deren Entstehung wisse und welche Stellung es denselben gegenüber einzunehmen beabsichtigt. Andrassy antwortet, das Ministerium weiß von der Entstehung dieser Erlässe nichts, betrachtet als Richtschnur das Reskript vom 17. Februar und attribuirt den Erlässen keine Wichtigkeit. Tisza erklärt sich mit dieser Antwort befriedigt, worauf zur Tagesordnung übergegangen wird. — Architekt Hild ist heute gestorben.

Prag, 7. März. Die czechische Adelsfraktion, sowie die czechischen Journalisten haben dem Kardinal-Erzbischof zu seinem Namensfeste gratulirt. Wegen Veröffentlichung der Ofener Militär-Erlässe (die der „Politik" anonym zugegangen sein sollen) wurde eine Disziplinar-Untersuchung angeordnet.

Paris, 7. März. Im Prozeß Girardin erkannte der Gerichtshof auf mildernde Umstände und verurtheilte Hrn. Girardin zu 5000 Frks. und den Drucker zu 100 Frks. Strafe.

Florenz, 7. März. Die Zeitung „Italie" glaubt zu wissen, der Minister des Auswärtigen habe ein Rundschreiben versandt, das unsere neuen Beziehungen mit dem römischen Hof auseinandersetze.

Rom, 6. März. Das römische Journal bementirt das Gerücht, der Papst habe Hrn. Langrand-Dumonceau empfangen, und habe den Gesetzentwurf über die Kirchengüter weder gebilligt noch mißbilligt. Es sei niemals ein Zweifel gelassen worden: der Papst habe sofort jenes Gesetz mißbilligt.

New-York, 20. Febr. Die Gesetzgebung von Kentucky (im Kongreß vertreten) hat einen Beschluß gefaßt, daß von Seiten dieses Staates gegen die Einführung der Militärherrschaft im Süden Protest erhoben werden soll.

New-York, 4. März. Der vierzigste Congreß hat heute Nachmittag seine Eröffnungssitzung gehalten. — Die Ernennung des Generals Dix zum Gesandten in Paris ist bestätigt worden. — Durch den Tarif wird der Zoll au Manufakturen um 20 pCt. erhöht.

Telegramm*)

der Neuen Würzburger Zeitung.

+ München, 8. März, Abends. Herzogin Carl Theodor ist an der Halsbräune schwer erkrankt und wurde Vormittags mit den heiligen Sterbsakramenten versehen. Abends trat Verschlimmerung, Bewußtlosigkeit ein. Man erwartet die Ankunft des sächsischen Königspaares.

*) Einem Theil unserer Leser bereits gestern Abends mitgetheilt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

In den Läden aller Buch- und Kunsthändler ziehen zur Zeit die verschiedenartigsten Abbildungen König Ludwigs II. und der königlichen Braut eine Menge Neugieriger und Kauflustiger an. Ein kleiner, aber vortrefflich gelungener Stahlstich von J. Lindner in München findet ganz besondere Aufmerksamkeit sowohl wegen der bei aller Einfachheit äußerst geschmackvollen Ausstattung des Bildes, welches die beiden Brustbilder der Genannten zeigt, als des verhältnißmäßig ungemein billigen Preises (30 kr.) wegen, um welche geringe Ausgabe eine beliebte und wahrhaft schöne Zimmerzierde erworben werden kann. Wer sich ein Bild des hohen Brautpaares kaufen will, dem kann das in Rede stehende wirklich bestens empfohlen werden. Die Stahel'sche Buch- und Kunsthandlung dahier ist bereit, es gegen Franko-Einsendung von 33 kr. (in Briefmarken) auch nach Auswärts raschest franko zu versenden, worauf wir die Leser, welche es allenfalls wünschen, aufmerksam machen.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$63^{5}/_{8}$—$^{3}/_{8}$ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$54^{1}/_{2}$ P. $^{1}/_{4}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	$4^{1}/_{2}$pCt.	$40^{7}/_{8}$ P.
Preussen	$3^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101^{5}/_{8}$ P.
„	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	97 G.
„	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$97^{3}/_{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 P.
„	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	94 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	94 G.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$97^{1}/_{2}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	86 P.
Baden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$97^{1}/_{4}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. v. 1842	$86^{3}/_{8}$ P.
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$94^{1}/_{4}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$98^{3}/_{8}$ P. $^{1}/_{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$93^{1}/_{8}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$86^{1}/_{4}$ P.
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$85^{3}/_{4}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2^{1}/_{2}$pCt.	—
Schweden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$88^{1}/_{8}$ G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2^{1}/_{2}$	—
„	6pCt. ditto r. 1882 „	$77^{5}/_{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	133 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	688 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$173^{1}/_{2}$—75 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	93 P. $92^{3}/_{4}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$210^{1}/_{2}$ P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$97^{1}/_{2}$ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	345 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$112^{1}/_{2}$ P.
Oest. F. St. Elsb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	112 P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	$156^{3}/_{4}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	91 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	111[illegible] G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49[illegible] P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$74^{1}/_{2}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	248 P.
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	$46^{1}/_{4}$ P. 46 G.
Bayer. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	$118^{1}/_{8}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P. $100^{3}/_{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^{7}/_{8}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$104^{1}/_{8}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97^{3}/_{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^{7}/_{8}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^{5}/_{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104^{3}/_{4}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$119^{1}/_{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^{5}/_{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$92^{5}/_{8}$—$^{3}/_{4}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$92^{5}/_{8}$ G.
Disconto	$3^{1}/_{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	112 P. $111^{1}/_{2}$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$59^{1}/_{2}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$69^{1}/_{2}$ P. $^{1}/_{4}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$122^{3}/_{4}$ P.
„ do. v. 1864	76 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100 P. $99^{3}/_{4}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10^{1}/_{4}$ P.
Badische fl. 35	$53^{5}/_{8}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55^{5}/_{8}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 25 do.	$38^{1}/_{2}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$36^{1}/_{8}$ P.
Sardinische Pr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$28^{1}/_{4}$ P.
St. Lüttich mit $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.	83 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$10^{3}/_{4}$ G.

Frankfurt, 8. März. Die heutige Börse war sehr lebhaft und die Umsätze erreichten eine bedeutende Höhe. Besonders in Amerikanern war heute so großes Geschäft wie nicht seit langer Zeit zu $^{1}/_{2}$ pCt. höherem Course als gestern. Diese Hausse ward von verschiedenen Motiven herbeigeführt. Das constante Fallen des Goldagios, das in wenigen Tagen von $139^{1}/_{2}$—$134^{1}/_{2}$ heruntergegangen ist, die Vertagung des Repräsentantenhauses bis zum Mai, bis zu welchem Termine also auch die Anklage wider den Präsidenten auf sich beruhen wird, riefen eine sehr günstige Stimmung hervor und veranlaßten die Arbitrage zu zahlreichen Käufen, so daß in dem noch vorhandenen Material ziemlich aufgeräumt ward und bei fortgesetzt günstigen Goldkursen eine weitere Steigerung bevorsteht. Auch in österreichischen Effekten war reger Verkehr und lebhaftes Schwanken der Course. Man eröffnete in ziemlich flauer Stimmung und blieb zur Schlußnotirungszeit auf höhere Wiener Course bedeutend fester, so daß Mobilier während der Börse ihren Cours um 3 fl., Loose um $^{1}/_{2}$ pCt. verbesserten. Ueber die neue österr. Anleihe wird von Paris aus gemeldet, daß die Zeichnungen dort sehr gut gehen. Ueber den Erfolg der hiesigen Zeichnung läßt sich noch wenig sagen, da das Publikum hier die Gewohnheit hat, sich gewöhnlich erst am letzten Tag zu erklären. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 69-70. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 11. März 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 8. März. Se. Majestät der König hat die kath. Pfarrei Gottsdorf, Bezirksamts Wegscheid, dem Priester J. B. Sachs, exponirtem Cooperator in Hirschbach, Bezirksamts Griesbach, übertragen; die erledigte protestantische Pfarrstelle zu Großniedesheim, Dekanats Frankenthal, dem bisherigen Pfarrer und Distriktsschulinspektor zu Aßelheim, Dekanats Frankenthal, Philipp August Dalläus, verliehen.

Se. Maj. der König hat den Buchhalter der k. Staatsschulden-Tilgungs-Spezialcassa Augsburg, J. M. Loder, in den erbetenen Ruhestand auf die Dauer eines Jahres versetzt; den prakt. Arzt Dr. A. Stömmer in Heideck zum Bezirksarzte 2. Klasse in Erbendorf in provis. Eigenschaft ernannt; an das Bezirksamt Amberg den Bezirksamts-Assessor Aug. M. Glaser von Neunburg v/W. auf Ansuchen versetzt und an dessen Stelle den Accessisten der Regierung, K. d. J. der Oberpfalz, C. Hochkirch aus Neumarkt in provis. Eigenschaft ernannt.

Vom k. Staatsministerium der Justiz wurde als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Stadtgerichte Bayreuth der Bezirksg.-Accessist Johann Engelhardt aus Pottenstein aufgestellt.

Die „Bayerische Zeitung" bringt folgende amtliche Mittheilung über die Beschlüsse der Stuttgarter Conferenz:

München, 7. März. Nachdem die Beschlüsse der Stuttgarter Conferenz allseitig ratificirt und die Ratificationen ausgewechselt sind, wird deren Wortlaut hiemit veröffentlicht: Stuttgart, geschehen den 5. Februar 1867. Anwesend von Bayern: der kgl. Staatsminister des Aeußern Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst, Durchlaucht, der kgl. Kriegsminister, General-Major Frhr. v. Pranckh; von Würtemberg: der kgl. Minister der auswärtigen Angelegenheiten Frhr. v. Varnbüler, der kgl. Kriegs-Minister Generallieutenant v. Hardegg; von Baden: der Präsident des großherzoglichen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten v. Freydorf, der Präsident des großherzoglichen Kriegsministeriums Generallieutenant Ludwig; von Hessen: der großherzogliche Minister des Aeußern Frhr. v. Dalwigk, der Direktor des großherzoglichen Kriegsministeriums Generalmajor v. Grolmann. Die hieneben genannten Vertreter der Regierungen von Bayern, Würtemberg, Baden und Hessen haben sich über folgende Punkte geeinigt:

I. Die Versammelten erkennen es als ein nationales Bedürfniß, die Wehrkräfte ihrer Länder so zu organisiren, daß sie zu Achtung gebietender gemeinsamer Aktion befähigt werden.

II. Sie einigen sich deßhalb vorbehaltlich verfassungsmäßiger Mitwirkung ihrer Stände zu möglichster Erhöhung ihrer Militärkräfte unter einer den Prinzipien der preußischen nachgebildeten Wehrverfassung, welche sie zur Wahrung der nationalen Integrität in Gemeinschaft mit dem übrigen Deutschland geeignet macht.

III. Als die Prinzipien dieser Wehrverfassung, welche den vier Staaten gemeinschaftlich sein sollen, werden bezeichnet: 1) Das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht, nach welchem die ganze diensttaugliche Mannschaft unter Aufhebung der Stellvertretung zum Dienste berufen ist, wird zu Grunde gelegt. 2) Die Dienstpflicht beginnt, vorbehaltlich früheren freiwilligen Zuganges mit dem vollendeten 20., in keinem Falle aber später als mit dem vollendeten 21. Lebensjahre. 3) Nach Umfluß der dreijährigen Präsenzpflicht tritt die Mannschaft in die Kriegsreserve ihrer Abtheilung unter Verwendung in der Linie im Kriege. 4) Dem Prinzipe der preußischen Wehrverfassung entspricht ein Formationsstand, welcher im stehenden Heere (Linie und Kriegsreserve) ca. 2 pCt. der Bevölkerung beträgt, wovon durchschnittlich die Hälfte mit ca. 1 pCt. den wirklichen Präsenzstand bildet. Diese Prozentsätze werden von den vier Regierungen nach Kräften angestrebt, keinesfalls aber soll in ein Herabgehen unter ein Minimum von $1\frac{1}{2}$ pCt. für den Formationsstand des stehenden Heeres und von $\frac{3}{4}$ pCt. für die wirkliche Präsenz eingegangen werden. 5) Nach Umfluß der Dienstzeit im stehenden Heere erfolgt der Eintritt in die nach Verwaltungs- (Landwehr-) Bezirken zu bildenden Reserve-Bataillone (Landwehr ersten Aufgebotes) mit kurzen Uebungen im Frieden und mit Verwendung gleich der Linie im Kriege. 6) Die Dienstpflicht im stehenden Heere und in den Reserve-Bataillonen (Landwehr ersten Aufgebots) endet spätestens mit vollendetem 32. Lebensjahre. 7) Die Bestimmungen über weitere Dienstpflicht in der Landwehr zweiten Aufgebots und über Landsturm werden nicht in den Bereich der Conferenz-Berathungen gezogen. 8) Während der dreijährigen Präsenzpflicht ist Verheirathung und Auswanderung unstatthaft. 9) Für Erhaltung tüchtiger Unteroffiziere wird gesetzliche Obsorge getroffen werden.

IV. Die Versammelten bekennen sich, bezüglich der Organisation ihrer Armeen, zu dem Prinzip, daß die Armeen so gleichartig eingetheilt und ausgerüstet werden, als zu deren gemeinschaftlicher Aktion unter sich und mit dem übrigen Deutschland nothwendig ist.

V. Um die einzelnen Contingente zu dieser gemeinsamen Aktion zu befähigen, einigen sich die Versammelten über folgende Grundlagen: 1. Gleiche taktische Einheiten. In dieser Beziehung wird die Formation der Infanterie in Bataillone zu 1000 Mann, eingetheilt in 4 Compagnien, die der Cavallerie in Regimenter zu 5

Feuilleton.

Die Noth in Ungarn.

In Folge der vorjährigen Dürre bedroht in Ungarn die Hungersnoth wieder weite Landstrecken. Die Summen, welche von Seite der Regierung bisher flüssig gemacht wurden, um in den unglücklichen Gegenden theils als Darlehen, theils als Unterstützung verwendet zu werden, haben sich als unzulänglich erwiesen, dem um sich greifenden Elende zu steuern. Wie man nun vernimmt, hat der Kaiser neuerdings eine Million Gulden zur Linderung des Nothstandes anzuweisen geruht. Aus dem Graner Komitat geht dem „P. L." in Bezug auf den daselbst herrschenden Nothstand ein längerer Aufsatz zu, dem wir die folgenden Stellen entnehmen: Die Männer, welche heute an der Spitze der Regierung stehen — sagt der Einsender — haben im verflossenen Juni mit warmen Worten der Landesnoth gedacht, mit allen ihren Wurzeln sind sie mit dem Leben des Volkes und seinen Bedürfnissen verwachsen, und getragen vom Vertrauen der Nation, wie sie es sind, hat ihnen das Schicksal als Lohn für ihr Streben die Gelegenheit aufgespart, schon am Beginn ihrer administrativen Thätigkeit die Bürgerkrone zu erwerben. In der That haben Armuth, Elend und Hilflosigkeit einen Grad erreicht, wie ihn dieses von der Natur einst begünstigte Land nur selten kannte. Fälle von Hungertyphus sind bei uns leider nicht mehr selten. Hauseinbrüche und nächtlicher Raub von Lebensmitteln kommen täglich vor, die Bevölkerung sieht kraftlos der bevorstehenden Frühlingsarbeit entgegen und die Sommerfelder werden unbestellt bleiben, wenn die Regierung nicht sofort ein Darlehen zum Ankauf von Sommersaatfrucht vertheilt. Die kleinen Besitzer verkaufen Pferde, Hornvieh, Kleider und Felder um Spottpreise zur Fristung ihres Lebens, die Häusler, Wittwen, Waisen, Greise und Kranken darben an der mageren Regierungsunterstützung, die ihnen für jeden dritten Tag einmal Nahrung gewährt, oder sterben an Entkräftung und Hunger. Nicht einmal das Betteln gewährt mehr eine Hilfsquelle, denn bei wem soll man betteln, wenn alle Welt unter dem Fluche gleichen Elends darniederliegt? Die Privatwohlthätigkeit, thätig wie sie ist, kann nichts Nennenswerthes leisten, weil selbst die größeren Gutsbesitzer durch Mißwachs, Schulden und Steuerexekution ruinirt sind. Hier vermag nur die Regierung durch große, umfassende und energische Mittel zu helfen, wenn nicht in diesem Frühling der Hungertyphus seine schrecklichen Triumpfe feiern und der schönste, kräftigste Stand des Landes, der Bauernstand, dem Pauperismus ganz verfallen soll. Die Gefahr wächst mit jeder Stunde und wenn die Hilfe nicht sehr bald kommt, so kommt sie zu spät...

Schwadronen, diejenige der Artillerie in Batterien zu je 6 Geschützen als vollkommen zweckmäßig anerkannt; und soll diese Formation in den vier Staaten durchgeführt werden. Die Formation der höheren taktischen Einheiten, wie Brigaden, Divisionen u. s. w. ist zu sehr von dem Gesammtstande der einzelnen Contingente abhängig, als daß hiefür gemeinsam gültige Bestimmungen festgesetzt werden könnten; doch soll auch in dieser Beziehung die Formation von Armeecorps von 30,000 bis 45,000 Mann geschehen, und hiebei auf ein Bataillon Infanterie, wenn nur immer thunlich, eine Schwadron Cavallerie, und auf je 1000 Mann Infanterie und Cavallerie 3 Geschütze gerechnet werden. 2. **Möglichste Uebereinstimmung der Reglements.** Sind die taktischen Einheiten gleichmäßig gebildet, so können bei den Exercirvorschriften im Allgemeinen keine so wesentlichen Verschiedenheiten bestehen, daß hiedurch eine gemeinsame Aktion erschwert wird. Als unabweisbares Bedürfniß in dieser Richtung wird dagegen anerkannt: a) Gleichheit der Signale und b) der formellen Bestimmungen des Felddienstes. 3. **Möglichste Uebereinstimmung der Feuerwaffen und Munition.** Für die Infanterie-Feuerwaffe werden zur Zeit noch allenthalben Verbesserungen angestrebt, und kann daher diese Frage noch nicht für so gereift erachtet werden, daß eine Uebereinstimmung hierüber schon jetzt erzielt werden könnte. In Betreff der Feldgeschütze besteht bereits Uebereinstimmung der vier Staaten unter sich, sowie mit den übrigen deutschen Staaten, und es wird solche hiemit festgehalten. 4. **Gemeinschaftliche größere Uebungen.** Die Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit solcher Uebungen wird anerkannt; doch soll es den jeweiligen Vereinbarungen der einzelnen Staaten überlassen bleiben, in dieser Beziehung das Nöthige festzusetzen. 5. **Gleichmäßige Ausbildung der Offiziere.** Wenn schon das Maß jener Kenntnisse, welche allein zum Eintritt in den Offiziersstand befähigen, im Allgemeinen das gleiche sein soll, so schließt dies doch nicht aus, den Eigenthümlichkeiten der verschiedenen Landesschulen und Bildungsanstalten die nöthige Rechnung zu tragen. Den Vereinbarungen der einzelnen Regierungen wäre es daher vorzubehalten, für gemeinsame höhere Ausbildung ihrer Offiziere in Kriegsakademien, Generalstabs-Artillerie- und Genieschulen, Equitationen, Schießkoursen rc. Vorsorge zu treffen. 6. Auf diesen Grundlagen soll spätestens bis 1. Oktober 1867 eine Militärkonferenz von Bevollmächtigten der vier Staaten in München zusammentreten.

VI. Bezüglich der Festungen Ulm und Rastatt wird ein Entschluß bis nach Beendigung der möglichst zu beschleunigenden Liquidationsverhandlungen aufgeschoben. Die Erklärungen über die Ratification der gegenwärtigen Vereinbarung werden längstens binnen vier Wochen gegenseitig mitgetheilt werden. (gez.) Fürst v. Hohenlohe. Frhr. v. Pranckh. v. Varnbüler. v. Hardegg. v. Freydorf. Ludwig. v. Dalwigk. v. Grolmann. Zur Beurkundung Königlich Württembergisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Im Auftrage des Ministers der Canzleidirektor geheime Legationsrath (L. S.) (gez.) von Soden.

München, 7. März. Der **Peterspfennig** ergab in der Erzdiözese im IV. Quartal 1866 die Summe von 4685 fl. 32½ kr. — Das Ordinariat des Erzbisthums bemerkt in Bezug auf die von der kgl. Staatsregierung beabsichtigte Errichtung von **landwirthschaftlichen Fortbildungsschulen** für die Landgemeinden, daß es kaum einer an die Pfarrgeistlichkeit zu erlassenden Aufforderung bedürfe, an der gedeihlichen Entwickelung dieser neuen Anstalten nach Kräften mitzuwirken, indem der Pfarrklerus in der Erkenntniß, daß durch diese Schulen die größere Sittigung der Landjugend, höhere Berufskenntniß und dadurch auch Mehrung des nationalen Wohlstandes beabsichtigt wird, sich von selbst aufgefordert finden wird, auch dieser Schulen mit gewohntem Eifer sich anzunehmen. Hiebei wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Schüler, welche jene neu errichteten Fortbildungsschulen regelmäßig besuchen, von der gewöhnlichen Sonn- und Feiertagsschule dispensirt werden können, aber zum Besuche der Christenlehre wie bisher verpflichtet bleiben. Die Aufsicht und Leitung dieser Schulen steht dem Schulinspektor des Ortes zu. — Der katholische Bücherverein besteht zufolge seines Jahresberichtes bereits 36 Jahre. Derselbe hatte am Ende des vergangenen Jahres 7265 Mitglieder; seine Einnahmen betrugen 8833 fl. 12 kr., die Ausgaben dagegen 9200 fl. 47 kr., der sich hieraus ergebende Passivrest wurde durch das Verlagsgeschäft, wie gewöhnlich, gedeckt. — Die jüngste Nummer des Pastoralblattes enthält auch das Dekret der Heiligsprechung des sel. Paulus a Cruce. (Bayer. Ztg.)

Nachdem Bayern die durch den Friedensvertrag stipulirten Kriegskosten an Preußen vollständig gezahlt hat, sind die Werthpapiere, welche kraft Art. 3 jenes Vertrags als Garantie für die Zahlungsleistung in Berlin hinterlegt worden waren, von Preußen zurückgegeben worden. Zwei zur Empfangnahme nach Berlin abgesendet gewesene bayerische Bevollmächtigte, ein höherer Beamter der k. Staatsschuldentilgungskasse und ein Beamter der k. Bank zu Nürnberg, haben diese Papiere kürzlich nach Bayern zurückgebracht. — Die Nachfrage nach den neuen bayerischen unverzinslichen Kassenanweisungen in 5-, 50- und 2-Guldenstücken ist sehr lebhaft; nicht bloß hier, sondern auch anderwärts und außerhalb Bayern's in den andern süddeutschen Staaten und in Frankfurt sind dieselben sehr gesucht. (Pfälz. Z.)

Frankfurt, 6. März. Es ist nunmehr definitiv entschieden, daß die Stadt Frankfurt mit den ihr zugewiesenen Ortschaften einen der zwölf landräthlichen Kreise bildet, in welche der Regierungsbezirk Wiesbaden (Präsident v. Diest) eingetheilt wird. Herr v. Madai ist aus Berlin nicht als Polizeipräsident, sondern als Polizei-Direktor zurückgekehrt. — Die allmälige Durchführung von Einrichtungen und Anordnungen, wie sie in den alten Provinzen des preuß. Staats die allgemeinen und Jedermann bekannten sind, hat für die hiesigen Bevölkerungskreise natürlich viel des Neuen und Befremdenden, ja man beunruhigt sich ernstlich über Dinge, bei denen zu einer Beunruhigung nicht der mindeste Grund vorliegt. So hat die Revision des hiesigen Pferdebestandes, welche unlängst angeordnet war, zu weitverbreiteten Besorgnissen und Gerüchten der absonderlichsten Art Anlaß gegeben. Die gelehrten Politiker bewiesen aus dieser Maßregel, daß der Krieg mit Frankreich bevorstehe, da die Regierung bereits Vorbereitungen treffe, ihren Pferdebestand zu kompletiren. Die Leute wußten eben nicht, daß dies eine ganz generelle Maßregel ist, welche dazu dient, die Regierung zu vergewissern, daß die zu einer Mobilmachung der Armee nöthige Zahl kriegsdiensttauglicher Pferde im Staate auch wirklich vorhanden ist. Die Pferde werden einer Kommission vorgeführt, welche dieselben als tauglich oder untauglich notirt. Durch die Note der Kommission aber wird dem Besitzer keineswegs das Recht verkümmert, das notirte Pferd zu jeder Zeit veräußern zu können. — Bekanntlich haben die hiesigen Advokaten die ihnen auferlegte Vereidigung abgelehnt, weil der Eid sie zu Staatsdienern machen würde, was sie bisher nicht gewesen. Der Justizminister hat nun entschieden, daß die Vereidigung stattfinden müsse, daß aber dadurch an der bisherigen Stellung der Advokaten nichts geändert werden solle. Dem Ministerialreskripte gemäß ist denn auch dieser Tage auf dem Appellationsgerichte mit der Vereidigung der Advokaten vorgegangen worden, deren wir hier die achtbare Zahl von hundert und dreißig zählen. Ob Berlin die Hälfte der Zahl aufzuweisen hat, möchten wir bezweifeln. Aber in dem alten Frankfurt wurde die Advokatur als der unvermeidliche Durchgangsposten für alle übrigen städtischen und diplomatischen Aemter angesehen. — Die Frau Prinzessin Louise von Preußen hält sich zur Zeit im benachbarten Wiesbaden auf. (Schl. Z.)

Frankfurt, 8. März. Der „Staatsanzeiger" bringt die Verordnung über die **administrative Organisation** der beiden Regierungsbezirke **Kassel** und **Wiesbaden**, welche die neue Provinz Hessen-Franken bilden. Hiernach zerfallen die einzelnen Regierungsbezirke wie in den alten Provinzen in landräthliche Kreise. In Kurhessen war das Fundament für solche Verwaltungsbezirke bereits vorhanden. Sie sind zwar kleiner als die meisten Kreise in den östlichen Provinzen, aber in der Rheinprovinz und in Westphalen bestehen unter ähnlichen Verhältnissen (zumal in gleich gebirgigen Gegenden) Kreise von nicht größerem Umfange und nicht höherer Einwohnerzahl. Dazu kommt, daß in Kurhessen die Zwischenbehörde zwischen dem Landrath und den Ortsvorständen nicht vorhanden ist, welche am Rhein in den Bürgermeistern, in Westphalen in den Amtmännern, in den östlichen Provinzen in den Gutsobrigkeiten, Rentmeistern, Polizeiverwaltern und Distriktskommissarien gegeben ist, so daß also der Landrath in Hessen weit mehr mit der unmittelbaren Aufsicht über die örtliche Verwaltung zu thun haben wird. Hieraus ergibt sich die Nothwendigkeit, den Umfang der Kreise enger abzugränzen, als in den altpreußischen Landen. Einstweilen ist die alte hessische Kreiseintheilung, welche im Ganzen den örtlichen und Verkehrsverhältnissen entspricht und seit einer langen Reihe von Jahren sich eingelebt hat, vollständig beibehalten worden. Das Kurfürstenthum Hessen hatte bisher 19 Kreise und außerdem die Regierungskommissionen zu Rinteln und Schmalkalden, in welchen bisher die Geschäfte der Regierungen und der Landrathsämter vereinigt waren, welche aber jetzt den Kreisbehörden gleichgestellt werden sollen. Dazu kommt noch die Stadt Kassel, welche als besonderer Stadtkreis aus dem früheren Kreise Kassel ausscheidet, endlich das bayerische Bezirksamt Gersfeld. Als Sitz der Landrathsämter sind überall die alten Kreisstädte beibehalten, nach denen die Kreise benannt sind und in denen fast überall Dienstgebäude für dieselben sich vorfinden. In Nassau, welches den Hauptbestandtheil des neuen Regierungsbezirks Wiesbaden bildet, sind bisher Verwaltungsbezirke, welche unseren altländischen Kreisen entsprechen, nicht vorhanden; das Herzogthum ist vielmehr in 28 Amtsbezirke getheilt, an deren Spitze je ein Amtmann steht. Bei der jetzt vorgenommenen Kreiseintheilung ist davon ausgegangen worden, daß die neuen Kreise nur durch Zusammenlegung ganzer Amtsbezirke herzustellen seien, da eine Zerreißung

solcher Bezirke, etwa zum Zwecke der besseren Abrundung der Kreise, nach dem übereinstimmenden Urtheile aus dem Lande mannichfache Schwierigkeiten hervorrufen und manche Interessen verletzen würde, nachdem die Amtsbezirke seit sehr langer Zeit der Mittelpunkt der gesammten Verwaltung gewesen sind. Außerdem ist bei der ganzen Verwaltungseinrichtung in Nassau auch die Beibehaltung der Amtmänner als Zwischenbehörde unter den Landräthen eine Nothwendigkeit und war es auch deßhalb das Einfachste, die ganzen Aemter mit unveränderten Gränzen zu Kreisen zu vereinigen. Die Kreise konnten dabei größer angelegt werden, als in Kurhessen, weil die Amtmänner die Landräthe in der Kreisverwaltung wesentlich unterstützen werden. Das frühere Herzogthum Nassau zerfällt darnach, unter Zulegung von Homburg, in 10 Kreise, zu denen die Stadt Frankfurt als 11ter und Biedenkopf als 12ter hinzutritt. Später wird voraussichtlich als 13ter der Kreis Wetzlar (bisher zum Regierungsbezirk Coblenz gehörend) hinzukommen mit 9,63 Quadratmeilen und 44,401 Einwohnern, zu welchem die Gemeinden des Kreises Gießen geschlagen werden dürften.

Berlin, 6. März. Der Reichstag beeilte sich aufs Aeußerste, der Inangriffnahme seiner Hauptaufgabe, der Berathung des Bundesverfassungsentwurfs, näher zu kommen. Er hat heute zwei wichtige Beschlüsse zu diesem Zwecke gefaßt: Definitive Annahme der Geschäftsordnung des preußischen Abgeordnetenhauses, und Vorberathung des Verfassungsentwurfs im Plenum des Reichstags (anstatt in Kommissionen). Die Wahl des Lippe'schen Kabinetsministers v. Oheimb wurde in heutiger Sitzung für gültig erklärt. Sie beschäftigte gestern über drei Stunden die 2. Abtheilung des Reichstags. — — Die „Prov.-Korr." versichert, es sei nicht die Absicht der Regierung, wahrheitsgetreue Berichte über die Verhandlungen des Reichstags zu hindern, sofern nicht die Redner Ausschreitungen begehen; die Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften haben darüber entsprechende Weisungen erhalten. — Bei der engeren Wahl in Bielefeld-Wiedenbrück siegte Vogel v. Falckenstein über Waldeck; im hannoverischen Wahlkreis Melle-Diepholz der welfische Kandidat, ehemaliger hannoverischer Regierungsassessor v. Hammerstein, über Landrath Meyer in Essen; im Wahlkreise Stuhm-Marienwerder ist der konservative Kandidat v. Rabe unterlegen und mit Beihülfe der Radikalen der polnische Kandidat von Donimierski gewählt worden. In Neisse hat der altlandschaftliche Landrath a. D. Friedenthal über den von den Klerikalen empfohlenen Vogel von Falckenstein gesiegt. — Gestern empfing der König den Präsidenten und die beiden Vizepräsidenten des Reichstags in Audienz. — Der „Köln. Ztg." wird von hier telegraphirt: „Herr Sorrel, Sekretär vom französischen Ministerium des Auswärtigen, ist von Paris mit Depeschen hier eingetroffen und geht über Warschau nach Petersburg. Neuerdings herrscht ein lebhafter Depeschenverkehr zwischen Paris und Petersburg."

Berlin, 7. März. In den Abtheilungen des Reichstages beschäftigt man sich bis morgen noch mit dem Reste der noch rückständigen Wahlprüfungen und man gedenkt dieselben in der auf morgen Mittag anberaumten Plenarsitzung möglichst vollständig zu erledigen. Die übermorgen beginnenden Verhandlungen über den Verfassungsentwurf gedenkt man von da ab täglich ununterbrochen fortzusetzen, bis der ganze Verfassungsentwurf eben durchberathen ist. Wie lange dies dauern wird, dafür fehlt es bis jetzt natürlich noch an jedem Anhaltspunkte. In den Fraktionen beschäftigt man sich heute und morgen ausschließlich mit den nöthigen Vorbesprechungen über das Verhalten in den bevorstehenden Debatten und zunächst in der Generaldebatte. Im Allgemeinen macht sich der Wunsch geltend, die Generaldebatte nicht zu weit auszudehnen, um desto schneller zur Detailberathung zu gelangen, wo die Verhandlungen denn allerdings auch erst ihren eigentlichen Kern- und Schwerpunkt finden werden. Der Antrag, auf die Detailberathung gar nicht einzugehen, sondern den Verfassungsentwurf, nachdem die Generaldiskussion stattgefunden, einfach abzulehnen, hat nur auf verschwindend kleine Minorität zu zählen. — Die Polen haben ihren Protest bereits ausgearbeitet.

(Fr. J.)

Berlin, 8. März. Ueber 240 Wahlen zum Reichstage sind jetzt gültig erklärt worden. Nur eine einzige Wahl hat man beanstandet, diejenige des Dänen Ahlmann auf Alsen. Nach dem bei der Wahlprüfung des Hrn. v. Oheimb angelegten Maßstabe hätte auch diese Wahl für gültig erklärt werden müssen. Nicht sonderlich geschickt hob der Abgeordnete und frühere augustenburgische Minister in partibus, Staatsrath Francke, die nationalen Gesichtspunkte hervor, welche bei dieser Wahl eines Dänen in Betracht kämen. Abg. v. Rabenau aus dem Großherzogthum Hessen legte entschieden Verwahrung dagegen ein, daß auf die Betrachtungen des Pariser Hofes in Betreff der nordschleswig'schen Wahlen irgend welches Gewicht im Reichstag gelegt werde. (Frkf. J.)

Berlin, 8. März. Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht heute die Ernennung des Hrn. v. Diest zum Regierungspräsidenten von Wiesbaden und diejenige des Hrn. v. Möller zum Regierungspräsidenten von Kassel, Letzterer mit den Befugnissen eines Oberpräsidenten für beide Regierungsbezirke.

Wien, 6. März. Die Prager „Politik" (ein czechisches Blatt) veröffentlichte vor Kurzem zwei, wie sie sagte, im Auftrag des k. k. Kriegsministeriums und des k. k. Armee-Oberkommandos ergangene Erlasse des General-Commandos in Ofen vom 21. und 22. Febr. 1867, in welchem die Militärbehörden verständigt werden, daß sie zu dem ungarischen „Landesvertheidigungs-Ministerium" ganz in demselben dienstlichen Verhältniß stehen, in welchem sie sich bisher zur ungarischen Statthalterei befanden, und daß, wenn einzelnen Truppen-Commandanten oder Militär-Behörden, „welche nach den bestehenden Vorschriften zum direkten Verkehr mit der ungarischen Statthalterei nicht ermächtigt waren", Erlasse und Zuschriften des ungarischen Ministeriums zukommen, diese nicht zu vollziehen, sondern an die zur weiteren Veranlassung competente vorgesetzte Militärbehörde zu leiten seien. Weiter wird darin gesagt, daß die k. k. Armee, in dem innigen Verbande aller ihrer Theile nicht alterirt, wie bisher berufen bleibe, den Thron und das große gemeinsame Vaterland gegen jeden Feind zu schützen, und daß eine falsche Auffassung, namentlich eine nationale Sonderstellung der Regimenter, aus was immer für einem Theile der Monarchie sie sich recrutiren, nicht Platz greifen dürfe. Diese beiden Erlasse haben, wie aus Pesth berichtet wird, dort einen unangenehmen Eindruck gemacht, indem die Mißtrauischen dahinter einen Versuch wittern, die Zuständigkeit des ungarischen Landesvertheidigungs-Ministeriums zu beschränken, resp. illusorisch zu machen. Natürlich war das für die Linke Wasser auf ihre Mühle; sie mahnte in ihren Blättern sofort, auf der Hut zu sein gegen eine der „Verfassungsmäßigkeit in Ungarn feindliche Strömung", und Tisza richtete in der Sitzung der Abgeordnetentafel vom 7. ds. an den Ministerpräsidenten Grafen Andrassy die Frage, was er über die Entstehung der beiden Erlasse wisse, und welche Stellung das Ministerium zu denselben einzunehmen gedenke. Graf Andrassy erwiderte, das Ministerium habe keine amtliche Kenntniß von den Schriftstücken. Das Ministerium kenne seine Competenz, und halte sich daher blos an das Reskript Seiner Majestät, könne deshalb den beiden Erlassen auch keine Wichtigkeit beilegen. Betreffs der Einreihung der Rekruten in ungarische Regimenter wiederholte Andrassy seine frühere Zusage und versprach überdies Schritte gegen die beiden Erlasse. Tisza erklärte sich bis dahin zufrieden. (Allgemeine Zustimmung.) — Die „Presse" meint, eigentlich Neues dürfte bei der zugesagten Aufklärung nicht zum Vorschein kommen, da die Führer der Mehrheit recht gut wüßten, wozu sich die ungarischen Minister in der Militär-Angelegenheit verpflichtet haben; auch böten die beiden Erlasse materiell nicht wohl einen ernsthaften Angriffspunkt, da nach dem Ausgleich die einheitliche Leitung und innere Organisation des gesammten Heeres dem gemeinsamen obersten Kriegsherrn überlassen sei, und es scheine daher vornehmlich nur der in den Erlassen waltende decidirte Ton in Pesth mißfallen zu haben.

Wien, 8. März. Die „Presse" theilt in ihrer Abend-Ausgabe mit, daß der Unterstaatssekretär Baron Beke zum Finanzminister ernannt worden ist und daß der Graf Taaffe heute die Leitung des Ministeriums des Innern übernommen hat.

Pesth, 5. März. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand die Spezialdebatte über die Regierungsvorlage bezüglich der Heeres-Ergänzung. Dieselbe wurde in nahezu vierstündiger Sitzung erledigt, nachdem alle Amendements der Linken mit großer Majorität zurückgewiesen worden. Auf die Haltung dieser Partei und ihre Amendements war man allgemein gespannt, und mit großem Interesse sah man der Entwicklung oder Ueberbrückung jener Scission entgegen, die im Laufe der gestrigen Sitzung im Lager der sonst so strammen Partei ausgebrochen. Gestern hatte es sich darum gehandelt, ob die Regierungsvorlage schon bei der Generaldebatte aus dem Grunde zurückzuweisen sei, weil dieselbe die von der Linken verlangten Bedingungen der Rekrutenbewilligung nicht enthalte — oder ob die Vorlage mit der Erklärung anzunehmen sei, daß die Linke sich für die Spezialdebatte gewisse Amendements vorbehalte. Wir wollen nicht in das Detail der einzelnen Amendements eingehen, sondern begnügen uns, darauf hinzuweisen, daß dieselben in dem Zusatzantrag Tisza's kulminirten, der verlangt, die Rekrutenaushebung müsse jedenfalls geschehen „im Geist der ungarischen Gesetze und der gesetzlichen Praxis, und zwar in der Weise, daß die ungarischen Rekruten nur ungarischen Regimentern einverleibt werden können." Tisza motivirt diesen Antrag und hebt besonders die Abschaffung des Loskaufs mittelst Geld hervor, wodurch hauptsächlich die ärmeren Klassen gedrückt werden. In sehr effektvoller Rede plaidirte Jokai für den Tisza'schen Antrag. Ueber die Nothwendigkeit der Rekrutenaushebung läßt sich nicht rechten, hierüber herrscht nur Eine

Meinung. Alle Welt rüstet, — selbst die kleine Schweiz — und da sprechen einige Deputirte vom ewigen Frieden. Wenn wir aber auch zustimmen, ohne Bedingungen können wir dies nicht thun. Ungarn muß die Garantie haben, daß seine Söhne zum Dienste für Krone und Vaterland und nicht für fremde Interessen oder gar für die Unterdrückung der Freiheit Anderer, die auch uns heilig ist, Soldaten werden. Am Schlusse seiner Rede ergeht sich Redner in höchst scharfen Worten über die zum System gewordenen Bestechungen bei den Assentirungen, die allgemeinen und lauten Beifall finden. Er schließt mit dem Ausrufe: „Weisen Sie unsere Bedingungen nicht zurück, sonst werden Sie Ungarn nicht bewaffnen, sondern entwaffnen." Hierauf erhebt sich unter allgemeiner Bewegung Minister-Präsident Graf Julius Andrassy und betont vor Allem, er habe schon erklärt, daß unter den dem Hause später mitzutheilenden Bewilligungs-Bedingungen auch die sein wird, daß die ungarischen Rekruten nur ungarischen Regimentern einverleibt werden können. Man möge sich nur ein wenig in Geduld bescheiden, das Ministerium sei mit der Ausarbeitung der Modalität noch nicht zum Abschluß gediehen. Wenn die diesbezügliche Regierungsvorlage vor das Haus kommt, soll jener Punkt ebenfalls darin enthalten sein, sowie Alles, was nach dem Beispiele vom Jahre 1840 unter den gegenwärtigen Umständen acceptirt werden kann. Was die gesetzliche Ausführung betrifft, so möge das Haus Vertrauen zu der Regierung haben, die ganz gewiß das Gesetz und die Verfassung nicht außer Acht lassen wird. — Hierauf gelangten die Absätze zur Abstimmung. Die Linke erklärte sich mit der Regierungs-Auseinandersetzung nicht zufrieden und stimmte mit „Nein." (Nach der Pr.)

Paris, 8. März. Aus Alexandria vom 5. d. Mts. Abends wird gemeldet, daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Nubar Pascha, in besonderer Mission des Vizekönigs nach Konstantinopel abgereist ist.

Portugal. Der portugiesischen Abgeordnetenkammer wurde am 1. ds. von dem Justizminister eine Vorlage für eine Reihe von Reformen, namentlich für Revision des Strafgesetzbuches, u. a. behufs der Abschaffung der Todesstrafe und der Strafe der Zwangsarbeiten (travaux forcés), gemacht. Die „Ztg. v. Portugal" beglückwünscht die Regierung wegen des großen Beispieles, das sie Europa gebe; sie bemerkt, die Todesstrafe sei faktisch schon seit zwanzig Jahren in Portugal in Wegfall gekommen, ohne daß die Statistik eine größere Anzahl von Verbrechen, als früher, konstatirt habe.

London, 7. März. Das Ereigniß des Tages und daher das Hauptthema aller Leitartikel ist der Fenier-Aufruhr in Irland. Die Mehrzahl der Morgenblätter nimmt die Sache ziemlich ernst, obgleich sie zugeben, daß der Aufstand, Dank den Maßregeln der rechtzeitig gewarnten und längst vorbereiteten Regierung, heute schon als im Keim erstickt angesehen werden kann.

Dublin, 8. März. Cavallerie- und Artillerie-Mannschaften sind nach Limerick abgeschickt worden, welches von den Feniern bedroht wird. Mehrere Polizeiposten in der Graf Cork sind von den Feniern angegriffen worden. Auch Tipperary, Waterford und Drogheda sind von großen bewaffneten Schaaren bedroht. In der verwichenen Nacht wurde kein neuer Zusammenstoß signalisirt. Man glaubt, daß die Fenier von Munster sich nach den Grafschaften Tipperary und Waterford gewendet haben.

Athen, 23. Febr. Aus Kandia erfuhren wir diese Woche nichts Neues, da der Stürme wegen das Dampfboot schon zwei Tage über die Zeit rückständig ist. Das Budget für 1867 wurde in der Kammer bereits mit einer Einnahme von 32 Millionen und einer Ausgabe von 29 vorgelegt. Zur Vermehrung der ersteren soll die Erhöhung des Zolltarifs, der Grundabgaben, der Vieh- und der Gewerbesteuer beitragen. Der Beginn der Verhandlungen über diese letztere hat bereits am vergangenen Sonntage zu einer Demonstration in öffentlicher Volksversammlung Veranlassung gegeben; die Versammlung endete mit der Arretirung einiger Schreier. Solche Auftritte werden sich wohl nicht mehr wiederholen, da diese Steuererhöhungen mit der mit vollem Jubel begrüßten Vermehrung der Armee im engsten Zusammenhange stehen, ebenso auch mit der Aufnahme eines Anlehens, um wenigstens die inländischen Staatsgläubiger, worunter nicht allein die Beamten zu zählen sind, zu befriedigen und dadurch dem Handel und Wandel, dessen außerdem gänzlicher Ruin bevorstünde, etwas unter die Arme zu greifen. Auch den Staatsschuldnern, deren Debet sich auf 54 Millionen Drachmen beläuft, wovon allein auf das Jahr 1862 über 4 Millionen rückständige Abgaben treffen, soll nun ernstlich zu Leibe gegangen, das Staatsschuldentilgungswesen geordnet, eine eigene Kasse dafür errichtet, ebenso die Konskription für das stehende Heer und die Landwehr-Angelegenheiten neu regulirt werden. (N. Corr.)

Neueres.

Berlin, 9. März. Die Fraction des Centrums hat sich konstituirt. Zum Vorstande sind gewählt Frhr. v. Vincke (Hagen), und Max Duncker. Das Programm lautet: Freie Abstimmung, Amendirung des Verfassungsentwurfs in konstitutionellem Sinne. Pfarrer Thissen aus Frankfurt a. M. (der Vertreter Kölns) ist der freien konservativen Vereinigung, Graf Schwerin der national-liberalen Partei beigetreten.

Wien, 9. März. Die „Wiener Abendpost" dementirt die durch Tagesblätter wiedergegebenen Verordnungen des Ofener Generalkommando's insofern, daß jede Deutung, welche im Widerspruch mit dem kaiserl. Reskript vom 18. Febr. und dem Handschreiben vom 19. Februar stehe und Mißtrauen zwischen der obersten Militärbehörde und dem ungarischen Ministerium ausstreuen könne, weder den Intentionen jener, noch der Sachlage entspreche.

Pesth, 9. März. Das Unterhaus hat beinahe einstimmig die Vorlage über die Presse angenommen. Der Finanzminister Lonyay erklärt auf eine Interpellation: das aufliegende Anlehen sei bei dem Amtsantritt des ungarischen Ministeriums eine vollendete Thatsache gewesen. Auf Antrag Szentkiralyi's spricht sich das Haus dahin aus, daß blos diesem Ministerium Indemnität ertheilt sei. Deak erklärt, dies geschehe nicht im Interesse des Ministeriums, sondern des Landes.

Pesth, 9. März. „Sürgöny" meldet: Se. Majestät werde erst in der künftigen Woche nach Pesth kommen; die Ankunft Sr. Majestät werde achtundvierzig Stunden vorher anzeigt werden.

Pesth, 9. März. In der heutigen Sitzung der Deputirtentafel reicht Anton Csengery als Referent der Siebenundsechziger-Commission das Elaborat derselben und Madarasz einen von mehreren Mitgliedern der äußersten Linken unterzeichneten Gegenantrag ein, welcher den Standpunkt der strengen Personal-Union einnimmt. Beide Anträge werden gedruckt und seinerzeit berathen werden. Hierauf Uebergang zur Tagesordnung: Regierungsvorlage über die Presse.

Prag, 9. März. Die czechischen Blätter lassen sich aus Wien schreiben, Herr v. Beust werde zum Katholicismus übertreten, um den Clerus zu gewinnen. Die Handelskammer-Ergänzungswahlen sind für Mitte April anberaumt. Bei der großen Wählermasse ist ein früherer Zeitpunkt unmöglich. — In die neucreirten nordböhmischen Garnisonsorte rücken bereits einzelne Truppenkörper ein.

London, 9. März. Disraeli kündigte im Unterhause die Completirung des Cabinets an: Marlborough wird Conseils-Präsident, Pakington Kriegsminister, Corry Marine-Minister, der Herzog von Richmond Präsident des Handelsamtes, Northcote Minister für Indien, der Herzog von Buckingham Colonienminister. Walpole erklärt, die Verhängung des Kriegsrechtes über Irland sei noch nicht beschlossen; Neuigkeiten seien unerheblich. Dublin sei ruhig; Fenierbanden ständen bei Limerick und hätten Waffen aus Pächterhäusern geraubt. — Im Oberhause wirft der Herzog von Argyll den englischen Kriegsschiffen Ungastlichkeit gegen kretische Flüchtlinge vor. Lord Derby hebt die Nothwendigkeit strenger Neutralität in diesem, von griechischer Seite angestifteten und genährten Aufstande hervor und belobt die Mäßigung der Türkei und ihre Bereitwilligkeit, den Beschwerden der Kreter abzuhelfen.

Florenz, 9. März. Prinz Humbert tritt im April seine Rundreise durch die europäischen Hauptstädte an und wird sich zunächst in Paris, dann in Berlin, Petersburg und zuletzt in Wien umsehen. Ob er am 1. April die Fahrt antritt, ist noch nicht offiziell festgesetzt, und wird diese nach der Rückkehr des Königs nach Florenz Anfangs nächster Woche ausgemacht werden.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Literarisches.

Deutschland nach dem Kriege von 1866 von Wilhelm Emmanuel Freiherrn von Ketteler, Bischof von Mainz, 1867. 15 Bogen in lex. 8⁰. Preis 1 fl. 45 kr.

Inhalt: Idee und Form. — Die Thaten der Menschen und die Vorsehung. — Die Elbherzogthümer. — Der innere Verfassungskonflikt in Preußen. — Der sogenannte Beruf Preußens. — Der Zweck heiligt die Mittel. — Folgen und Gefahren. — Die Zukunft. — Die deutsche Frage. — Die innere Politik. — Kirche, — Schule. — Liberalismus, — Encyclica vom 8. Dezember 1864. — Die Lage der katholischen Kirche. — Die Monarchie. — Christ — Antichrist.

Diese höchst interessante Schrift des berühmten Verfassers hat bereits unter allen Parteien großes Aufsehen erregt und spricht für die Wichtigkeit derselben neben obigem Inhalte der Umstand, daß in einigen Wochen drei Abdrücke in bedeutenden Auflagen nothwendig geworden.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 71. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 12. März 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 10. März. Se. Majestät der König hat dem Direktor der Diskonto-Gesellschaft in Berlin, A. Hansemann, das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone verliehen; allerhöchstihrem Sekretäre Ministerialrath J. v. Lutz das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone verliehen; dem Triftbach-Aufseher K. W. Hetterich in Neustadt a. H. in Rücksicht auf seine fünfzigjährigen, eifrig und treu geleisteten Dienste die Ehrenmünze des königl. bayerischen Ludwigsordens verliehen; dem Gerichtsboten Fr. Gassert in Waldfischbach in Rücksicht auf seine fünfzigjährigen, eifrig und treu geleisteten Dienste die Ehrenmünze des königl. bayerischen Ludwigsordens verliehen; dem herzoglich sachsen-meiningen'schen Leibarzte und Ober-Medizinalrath Dr. O. Domrich das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone, dann dem praktischen Arzte Dr. K. Krell in Meiningen und dem Assistenzarzte Dr. K. Harres daselbst das Ritterkreuz 1. Klasse des Verdienstordens vom hl. Michael verliehen; auf die in Freising erledigte Notarstelle den Notar Fr. Doyle zu Dorfen, seiner Bitte entsprechend, versetzt und zum Notar in Dorfen den geprüften Rechtspraktikanten und Notariatsgehilfen L. Hausser aus Eggenfelden, gegenwärtig in Freising, ernannt; den Gerichtsschreiber L. Leibinger zu Vilshofen aus administrativen Erwägungen in den Ruhestand versetzt; den Gerichtsschreiber Anton Pongratz von Freyung in gleicher Eigenschaft, auf Ansuchen, an das Landgericht Vilshofen versetzt und zum Gerichtsschreiber am Landgerichte Freyung den Tagschreiber der Staatsanwaltschaft am Bezirksgerichte Passau, E. Gebrath, in provisorischer Eigenschaft ernannt; den temp. quiesc. Baubeamten K. Wagingen von Regen wegen fortdauernder Funktionsunfähigkeit für immer in den Ruhestand versetzt.

Se. Maj. der König hat genehmigt, 1) daß die Aktiengesellschaft der pfälzischen Maximilians-Bahn, vorbehaltlich der Zustimmung der General-Versammlung der Aktionäre, ihr Grundkapital von 5,900,000 fl. um 600,000 fl. durch Emission neuer Stammaktien à 500 fl. erhöhe und die hiedurch gewonnenen Fonds a) zur Herstellung des zweiten Geleises auf der Bahnstrecke Winden-Neustadt, wofür nach Verwendung der Erübrigung von circa 70,000 fl. aus dem Baukapitale der Winden-Rheinbahn die Kosten auf 278,000 fl. veranschlagt sind, b) zur Erweiterung von Bahnstationen im Anschlage zu 52,000 fl., dann c) die noch vorhandene Restsumme von circa 270,000 fl. zur Vermehrung des Fahrmaterials verwende und 2) daß die für das Bau- und Einrichtungskapital der pfälzischen Maximiliansbahn gewährte Zinsgarantie des Staates zu $4^1/_2$ Prozent in gleicher Weise auch auf das neu emittirte Aktienkapital von 600,000 fl. ausgedehnt werde; die von der Aktiengesellschaft „Düngerfabrik Kaiserslautern“ in der außerordentlichen Generalversammlung vom 19. Januar l. J. beschlossene Erhöhung ihres Grundkapitals von 160,000 fl. auf 240,000 fl. durch eine neue Emission von 800 Stück Aktien à 100 fl. genehmigt und die hiernach vorgeschlagene Abänderung des § 4 der Gesellschafts-Statuten mit der in der Notariats-Urkunde enthaltenen neuen Fassung als Statuten-Nachtrag bestätigt.

München, 9. März. Se. Maj. der König haben in Folge Ablebens Sr. Durchlaucht des Prinzen Wolrad zu Waldeck und Pyrmont eine Hoftrauer von drei Tagen vom heutigen bis incl. 11. ds. anzuordnen geruht, welche einschlüssig mit der bereits bestehenden getragen wird.

München, 10. März. Die Kammer der Reichsräthe hat, entgegen dem Beschlusse der Kammer der Abgeordneten, hinsichtlich des Kredits für die weiteren Militärbedürfnisse beschlossen, auch die für die erste Einübung der Unmontirt-Assentirten verlangten 201,909 fl. zu bewilligen. Der Referent der zweiten Kammer, Abgeordneter Langguth, erörtert nun aber in seinem weiteren Berichte, daß für den in Rede stehenden Zweck die Mittel bereits im ordentlichen Budget gegeben sind und es deßhalb wohl angezeigt wäre, zu proponiren, auf dem Abstriche der 201,909 Gulden zu beharren; allein in der Berücksichtigung, daß für die einzuberufenden Unmontirt-Assentirten die Anschaffung der Kleidung, Reiseentschädigungen &c. zu gewähren sind, beantragt derselbe die in den Bedarfsvoranschlägen des kgl. Kriegsministeriums dafür berechneten 80,355 fl. zu bewilligen. Ebenso beantragt derselbe die von der ersten Kammer ausgesetzten 20,000 fl. für Proben mit Hinterladungsgewehren zu bewilligen. Der Ausschuß ist den Anträgen des Referenten beigetreten und hat den von der Kammer der Reichsräthe beigefügten Antrag: „Es sei an Se. Maj. den König die Bitte zu stellen: ein Expropriationsgesetz für die Abgabe von Pferden im Falle der Mobilmachung der Armee gegen gesetzliche Entschädigung an die Kammern bringen zu lassen“, mit allen gegen die eine Stimme des Referenten abgelehnt.

Preußen. Die „N. A. Ztg.“ schreibt: Durch die Ausdehnung, welche alle Zweige der Verwaltung in Folge der Erweiterung der preußischen Monarchie erhalten haben, ist die Nothwendigkeit einer Verminderung der Geschäftslast durch Decentralisation der Verwaltung und durch Beseitigung überflüssigen Schreibwerks von Neuem und in dringendster Weise an alle Behörden herangetreten. In den Ministerien sind die Erwägungen hierauf bereits ernstlich gerichtet, und es wird sich dabei, abgesehen von umfassenden und tiefer greifenden Maßregeln, zuvörderst um Beseitigung entbehrlicher Berichte, Anzeigen und Nachweisungen der Provinzialbehörden handeln. Man gibt sich in den Kreisen der Regierung der Hoffnung hin, daß die Aufgabe des Reichstags in sechs Wochen zu Ende geführt sein werde. Es bleiben dann bis zum 18. August, an welchem Tage der provisorische Bündnißvertrag abläuft, noch $3^1/_2$ Monate, eine Frist, deren man auch vollkommen bedarf, da zur Genehmigung der Verfassung, bevor dieselbe in definitive Geltung treten kann, noch die Landtage der sämmtlichen 22 Bundesstaaten einberufen werden müssen, und voraussichtlich auch unter den Regierungen in Folge der Voten der Landtage Manches zu ordnen bleiben wird. Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Regierung, in Betreff der Reorganisation Hannovers die in Berlin anwesenden hannoverschen Reichstagsabgeordneten als Vertrauensmänner gutachtlich zu hören.

Berlin, 6. März. Der „Staats-Anzeiger“ enthält folgenden schon kurz erwähnten allerhöchsten Gnadenerlaß vom 26. Februar 1867: „Ich will im Verfolge Meiner Amnestie-Ordre vom 20. September vorigen Jahres a) allen Militärpersonen des aktiven Dienst- und Beurlaubtenstandes vom Feldwebel oder Wachtmeister abwärts aus den Meinen Staaten neu einverleibten, vormals fremdherrlichen Ländertheilen und Gebieten, welche vor dem 20. September vorigen Jahres — und zwar zum erstenmale — desertirt sind, sofern sie nicht außerdem ein gemeines, mit den bürgerlichen Ehrenstrafen bedrohtes Verbrechen oder Vergehen begangen haben, die etwa wegen Desertion noch zu verbüßende Freiheitsstrafe nebst den Ehrenstrafen aus Gnade erlassen. Deßgleichen will ich b) den abwesenden Deserteuren der unter a bezeichneten Kategorie, wenn sie binnen sechs Monaten, vom heutigen Tage an gerechnet, bei einer preußischen Militär- oder Civilbehörde des Inlandes sich melden — den Chargirten jedoch unter Entfernung von ihrer Charge — vollständigen Pardon ertheilen, und die etwa in contumaciam gegen sie ergangenen Erkenntnisse, soweit sie noch nicht vollstreckt sind, in ihren Folgen aufheben. Berlin, 26. Februar 1867. Wilhelm. v. Roon.“

Berlin, 8. März. Der Reichstag beschäftigte sich heute mit Wahlprüfungen. Er erklärte die Wahl von M. Wiggers nach langer Debatte mit allen gegen 5 Stimmen für gültig; ferner die Wahl des Fürsten Czartoryski, beanstandete dagegen die Wahl Ahlmanns von Sonderburg.

Wien, 7. März. Die unabhängige Presse fährt fort, ihre Unzufriedenheit mit dem Verhalten der Regierung gegenüber den Kundgebungen des geschlossenen tyroler Landtags an den Tag zu legen und die nachträgliche Auflösung desselben zu fordern. „Der mährische und der krainerische Landtag sind also aufgelöst, und der tyrolische soll bleiben? . . . . Wenn die Regierung dessenungeachtet sich nicht entschließen sollte, auf gleiche Ursachen auch die gleichen Folgen eintreten zu lassen, können wir uns nicht denken, daß sie von gleichmäßiger Behandlung der Tyroler ein anderes Motiv abgehalten habe, als die vielleicht wohl auf Angaben unserer Statthalterei beruhende Besorgniß, daß Neuwahlen kein besseres Resultat als das gegenwärtige liefern würden.“ Seitens der verfassungstreuen Partei in Tyrol wird die Entfernung des Statthalters Ritters v. Toggenburg verlangt.

Pesth, 9. März. In der heutigen Mittagssitzung der Magnatentafel wurde der Primas, der zum ersten Male erschien, auf das Wärmste begrüßt. Graf Ladislaus Raday, Schriftführer der Deputirtentafel, überbrachte sodann den Beschluß derselben, bezüglich der Munizipien. Derselbe wird in Druck gelegt und seinerzeit berathen werden. Vor Uebergang zu der an der Tagesordnung befindlichen Heeresergänzungsfrage interpellirte Graf Joseph Palffy das

Ministerium wegen der Erlässe des Ofener Generalkommando's, und ob die ungarischen Rekruten thatsächlich in ungarische Regimenter eingereiht werden. Minister Wenkheim erklärt, die Regierung wisse von der Entstehung und Authentizität der Erlässe nichts, schreibe denselben keine Wichtigkeit zu, und halte nur die Reskripte vom 18. und 19. Februar für maßgebend. Die Rekruten werden in die ungarischen Regimenter eingereiht. Graf Palffy erklärt sich für befriedigt. Hierauf Berathung über den Heeresergänzungsbeschluß, welchen das Haus annimmt, ohne ein Komite zu delegiren, welches sich von der Nothwendigkeit überzeuge.

Paris, 7. März. In den Motiven des Urtheils gegen Girardin wird behauptet, daß Girardin seine dem Kaiserthum so wenig günstigen Aussprüche nicht hinreichend begründet habe, daß sie keine loyale Kritik bildeten und daß deren enge Nebeneinanderstellung dazu dienen müsse, Haß und Verachtung zu erregen. Außerdem wird Girardin die tadelnde Erwähnung des durch das Votum des Volkes und die Geschichte des geheiligten Staatsstreiches vorgeworfen. Girardin hat sofort Berufung eingelegt. Er zeigt übrigens dabei zugleich an, daß er sich vor der höheren Instanz nicht allein vertheidigen, sondern sich der Unterstützung gewaltiger Redner (Dufaure und Berryer) bedienen werde, die er aus übergroßer Rücksicht bisher noch zurückgewiesen habe. Er ist außerordentlich empört über seine Verurtheilung und veröffentlicht in der „Liberté" einen förmlichen Absagebrief an das Kaiserreich. „Der Prozeß und die Verurtheilung, sagt er, versetzen ihn unter die Zahl der systematischen Feinde der kais. Macht und schaffen für ihn so nothwendiger Weise eine neue Lage. Diese neue Lage macht ihm künftig Freundschaft und Verbindungen (mit dem Prinzen Napoleon) unmöglich, die er 20 Jahre hindurch gepflegt hat, welche auf seine Meinungen oft einen mildernden Einfluß übten u. s. w."

Paris, 7. März. Der Publizist Nefftzer schreibt heute im „Temps": „Die Reden des Grafen v. Bismarck sind nie lang, aber es ist selten, daß sie nicht sehr bedeutsam sind. Die Deutschen müssen finden, daß er wenig spricht und daß er gut spricht. Die Anrede, die er an das norddeutsche Parlament gerichtet hat, indem er ihm den Verfassungsentwurf vorlegte, könnte dieser doppelten Bedingung nicht besser entsprechen. Sie ist so gebieterisch, als man es von dem Minister des zukünftigen Kaisers der Deutschen oder Germanen erwarten konnte, und hat das unbestreitbare Verdienst, ohne Umschweife das letzte Ziel der Bestrebungen Preußens anzugeben. Herr v. Bismarck hat sich nicht begnügt, dem Parlament die Frist zu bestimmen, in der die Verfassung festgestellt sein müßte: indem er die Union mit den Südstaaten als die unmittelbare Consequenz der Beschlußfassung durchblicken ließ, hat er den Abgeordneten das Motiv gegeben, von dem er wußte, daß es am mächtigsten auf sie wirken mußte. Darnach kann man für gewiß halten, daß die Berathungen nicht lang sein werden. Es ist merkwürdig, wie die bloße Thatsache des Zusammentritts des norddeutschen Reichstages genügte, um die Dinge in ihrem wahren Lichte zu zeigen und vor Aller Augen Consequenzen zu enthüllen, welche so viele Leute durchaus nicht sehen wollten. Niemand wird jetzt mehr behaupten, daß es sich lediglich um ein mehr oder weniger gut abgegränztes Preußen handle. Die angebliche Maingränze kommt in der Rede des Herrn v. Bismarck auch nicht in dem entferntesten Vorbehalt mehr vor. Die Einigung des Südens und des Nordens wird als das sichere und unmittelbare Ergebniß der ersten Session des norddeutschen Parlaments bezeichnet. Und wenn es sich nur darum handelte! Aber wo sucht Herr v. Bismarck seinen Anknüpfungspunkt? Er geht über die Hohenstaufen hinweg bis auf Otto, bis zu jener ersten Periode des Mittelalters zurück, da Frankreich nichts weiter als Ile-de-France und das deutsche Reich unstreitig und bei Weitem die erste Macht des Abendlandes war. Dieses Reich besaß noch Lothringen, Elsaß, die Franche-Comté, Lyon und die halbe Provence. Gewiß, wir schreiben Herrn v. Bismarck nicht die thörichte Selbsttäuschung zu, die Wiederherstellung dieser so lang entschwundenen Größe für möglich zu halten. Aber diese Heraufbeschwörung des alten deutschen Reichs hat nichtsdestoweniger etwas Beunruhigendes....."

Paris, 8. März. Gesetzgebender Körper. Sitzung vom 7. März. Herr Thiers bringt seinen Interpellationsantrag bezüglich der auswärtigen Angelegenheiten ein. Herr Berryer: Ich möchte mir erlauben, nicht eine Interpellation, sondern eine Anfrage an den Herrn Staatsminister zu richten. Leider ist er abwesend; aber die Herren Regierungskommissäre werden mir ohne Zweifel antworten können. Ich wünschte die Mittheilung von Urkunden, welche uns in der ärgerlichsten Weise abgehen. Die Versammlung hat nicht vergessen, daß der Herr Staatsminister am 3. Mai v. J. bat, man möge der Debatte über die auswärtigen, insbesondere über die deutschen und italienischen Angelegenheiten keine Folge geben. Der Herr Staatsminister wies darauf hin, daß die Verhandlungen in sehr lebhaftem Gange wären, und eröffnete uns mitten in der Sitzung, daß er eine Depesche erhalten habe, in welcher Italien sich verbindlich mache, den Krieg nicht zu eröffnen. In dem gelben Buche, das uns mitgetheilt worden ist, fehlen gerade diejenigen Dokumente, welche sich auf diese wichtige Epoche der ersten Monate des Jahres 1866 beziehen; die Urkunden, die uns vorliegen, beginnen mit dem 8. Mai, d. i. fast gleichzeitig mit Eröffnung der Feindseligkeiten. Bei der Wichtigkeit der Sache halte ich es für unerläßlich, daß die fehlenden Aktenstücke uns für die bevorstehenden Debatten über die Interpellation des Hrn. Thiers mitgetheilt werden. Insbesondere gilt dies von der Depesche, auf die der Hr. Staatsminister Bezug genommen hat. Auch in Bezug auf Mexiko wünschte ich, da diese Frage jedenfalls später zur Sprache kommen wird, die Mittheilung von Depeschen, welche uns noch fehlen und die insbesondere auf die letzte Notabeln-Konferenz Bezug hätten, in welcher der Marschall Bazaine eine sehr wichtige Rede gehalten zu haben scheint. Ich bestehe also darauf, daß uns ein Nachtrag zum gelben Buche in Bezug auf die genannten Materien geliefert werde. (Beifall.) Der Präsident Schneider: Der Hr. Staatsminister ist eben abwesend, der Antrag des Hrn. Berryer wird ihm mitgetheilt werden. Der Präsident verliest hierauf den Gesetzentwurf bezüglich der Armeereorganisation. Nach Verlesung des Entwurfs gibt sich, wie der „Moniteur" meldet, eine Bewegung in verschiedenartigem Sinn in der Versammlung kund. Ern. Picard ruft: Das ist die Krönung des Gebäudes! Belmontet erwidert: Das ist die Vertheidigung des Landes! In der nunmehr eröffneten Diskussion über den Art. 1 der Vorlage über die Reform des Volksunterrichts erhebt sich zuerst Havin, um eine Rede zu Gunsten des Amendements zu verlesen, das die absolute Unentgeltlichkeit des Volksunterrichts verlangt. Bei der namentlichen Abstimmung wird das Amendement mit 211 gegen 32 Stimmen abgewiesen. Das schon früher erwähnte Amendement des Hrn. v. Beauverger, welches den Gemeinden für Errichtung von Mädchenschulen eine Zusatzsteuer auferlegt und eventuell das Departement zu Zuschüssen verpflichtet, wird ebenfalls nicht angenommen. Dagegen nimmt die Kammer den Art. 1 der Vorlage an, welcher verordnet, daß jede Gemeinde von 500 Seelen und darüber mindestens eine öffentliche Schule für Mädchen haben, und daß in jeder von einem Lehrer gehaltenen gemischten Schule eine von dem Präfekten zu ernennende Lehrerin für weibliche Handarbeiten angestellt werden soll.

Paris, 9. März. Bei Eröffnung der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers zeigte Präsident Walewski an, daß die Bureaux die Interpellation des Hrn. Thiers über die auswärtigen Angelegenheiten angenommen haben. Auf den Wunsch des Hrn. Rouher wird der nächste Donnerstag zur Discutirung dieser Interpellation festgesetzt. Auf die Frage des Hrn. Bethmont: was die Regierung in Betreff der von Berryer verlangten und für die bevorstehende Diskussion nothwendigen Aktenstücke mitzutheilen habe, erwiedert Hr. Rouher: daß es sich für die Interpellation des Hrn. Thiers, die sich nicht auf Mexiko beziehe, auch nicht um Mittheilung von auf Mexiko bezüglichen Depeschen handle. Die Depesche, welche über die italienischen Angelegenheiten am 3. Mai geschrieben worden sei, werde die Regierung vorlegen. Weitere auf Deutschland und Italien bezügliche Dokumente glaubt die Regierung nicht mittheilen zu sollen. Sie kann nur auf das, was das Gelbbuch enthält und auf die Erklärungen, welche sie nächsten Donnerstag abgeben wird, verweisen. Es wird hierauf eine Reihe von Lokalgesetzentwürfen eingebracht, und dann zur Diskussion der noch nicht votirten Artikel des Unterrichtsgesetzes übergegangen.

Italien. Der Florentiner Korrespondent des „Journal des Debats" will wissen, daß das Kabinet Ricasoli seinem Programme der freien Kirche treu bleiben und selbst den Vertrag Langrand-Dumonceau im Wesentlichen aufrecht erhalten will. Thatsache sei es, daß dieser Firma die erlegte Kaution noch keineswegs zurückgezahlt worden sei, da eine Verwerfung des betreffenden Entwurfes durch die Kammer erst der Regierung wieder freie Hand geben würde; aus diesem Grunde ziehe die Regierung auch noch keinen der Anträge in Erwägung, die ihr von allen Seiten von Unternehmern zugehen, welche auf die italienischen Kirchengüter spekuliren; die Regierung werde erst nach den Wahlen eine Entscheidung treffen und wolle die finanzielle Frage nicht von der politischen und kirchlichen trennen. Die bevorstehenden Wahlen werden demnach entscheidend wirken und einen tiefen Blick auf die Stellung der Parteien und die Stimmung der Massen gestatten. Garibaldi besuchte am 1. März Palmanuova, und am Abend sprachen er, P. Pantaleo und Cairoli im Theater von Udine über die Kirchenfrage. Ueberhaupt ist es namentlich der Klerus, gegen den er überall die Volksleidenschaften aufhetzt. Von Oesterreich sagte er in Udine, „daß es wahrscheinlich von selber auseinander fallen werde, ohne daß man gegen dasselbe Krieg zu führen brauche." Auch die „Emigrirten" aus dem Trentino, Triest, Görz und Istrien mit der „in Trauer gehüllten Nationalfahne" stellten sich Garibaldi vor und hielten an ihn eine Ansprache, die er „mit Worten der Ermuthigung und Hoffnung" erwiederte.

Man schreibt der „Corr. Hav." aus **Rom** vom 2. d. Mts., daß die Reise Garibaldi's nach Venetien, seine Reden und seine Proklamation bezüglich der nahe bevorstehenden politischen Wahlen den Hof von Rom mit ernstlicher Besorgniß erfüllen. Man hegt dort die Ueberzeugung, daß die neue Deputirtenkammer Italiens noch exaltirter sein wird, als die alte, und daß sich in Folge dessen ein Ministerium bilden könne, welches der päpstlichen Sache feindlich sein werde, so daß die abgeschlossenen Uebereinkünfte ganz erfolglos bleiben dürften. Die exaltirte Partei in Rom, welche die Partei Garibaldi's ist, ist sehr vergnügt und glaubt ihren Sieg nahe. — Der „Gazetta Piemontese" zufolge ist in Turin sehr viel die Rede davon, daß eine große politische Combination existire, der zufolge Italien in Folge eines Einverständnisses der europäischen Mächte (Oesterreichs, Frankreichs und Englands) sich zur Ausführung der politischen Projekte dieser Mächte für die Regelung der Orientfrage verstehen würde. Die Bewaffnung des Mittelmeergeschwaders stände in Verbindung mit dieser Combination. Italien würde mehrere Vortheile durch diese Combination erzielen.

London, 8. März. Die charakteristischen Züge der polnischen Revolution wiederholen sich in dem irischen Aufstande. Strömten die Aufrührer zusammen in eine compakte Schaar, so wäre es den Militärbehörden ein Leichtes, sie binnen wenigen Tagen zu vernichten; wie sie aber jetzt ihren Feldzugsplan organisirt haben, hier plötzlich auftauchend und eben so rasch wieder verschwindend dort eine Polizeistation überfallend, an anderer Stelle die Telegraphendrähte durchschneidend, die Eisenbahnverbindung zerstörend, können sie ihren Guerillakrieg lange fortsetzen, ehe sie aller Orten zersprengt oder eingefangen sein werden. In Polen machten 20,000 Insurgenten über das Land hin zerstreut Hunderttausenden Soldaten fast ein ganzes Jahr zu schaffen; und gegen einige Tausend Rebellen in Irland vermag die britische Regierung nicht einmal eine jenem numerischen Verhältnisse entsprechende Truppenzahl ins Feld zu stellen. Doch ist nicht zu übersehen, daß den Feniern nicht die energische nachhaltige Begeisterung des Polen innewohnt, daß sie, wenn auch die Bevölkerung mißvergnügt genug ist, doch auf den Widerstand aller einflußreichen Leute und besonders der Geistlichkeit stoßen, daß der nordöstliche Theil Irlands vielmehr von den bittersten Feinden des Feniertums, den Orangisten und Abkömmlingen schottischer und englischer Ansiedler, bewohnt ist. Daß aber gegen die verdammenswerthe Bewegung, welche die eben einer bessern Zeit entgegengehende Insel in ihre alten unglücklichen Zustände zurückzuschleudern droht, mit ungesäumter und entscheidender Strenge eingeschritten werden muß, gestehen jetzt auch alle diejenigen ein, die vordem zu mildherzigem Mitleide und zur Schonung der bethörten Phantasten riethen. Was das Schicksal der irischen Hauptstadt angeht, so sind die letzten telegraphischen Depeschen allerdings beruhigender Natur. In Tallaght, einem südlich von Dublin gelegenen Städtchen, war es zu einer entscheidenden Aktion gekommen. Aus der Hauptstadt hatte sich dorthin eine auf 1500 Köpfe geschätzte und wohl überschätzte Bande zusammengezogen. In dunkler Nacht rückte sie auf die von vierzehn Constablern vertheidigte Polizeistation an; auf den Ruf: „Werda"? antworteten sie mit einer Salve, wurden aber bald durch die besser gezielten Schüsse aus dem Innern verscheucht, indem sie fünf Verwundete, von denen einer bald starb, auf dem Platze ließen. Die Constabler nahmen nicht weniger als 65 der Fliehenden gefangen und erbeuteten eine hübsche Anzahl von Büchsen und Revolvern. Kurz darauf marschirten, unter Lord Strathnairn's persönlicher Führung, die Truppen heran, und die Cavallerie machte noch weitere 83 Gefangene. Mit den sonst in der Nähe der Hauptstadt abgefaßten Flüchtlingen bestand die Schaar Gefangener, welche gestern durch die Straßen Dublins in den Kerker abgeführt wurde, aus 208 Köpfen; ein gar kläglicher Anblick für die Streiter der irischen Republik. An einem anderen benachbarten Orte, Dundrum, hielt die Polizei sich nicht so wacker wie in Tallaght; vier Constabler ließen sich gefangen nehmen und mit ihren eigenen Handschellen gefesselt abführen. Die Fenier bemächtigten sich natürlich ihrer Waffen, und nach Glencullen vorrückend, zwangen sie die Polizei-Mannschaft auch dort zur Uebergabe, indem sie widrigenfalls die gefangenen Constabler zu erschießen drohten. Die bedeutendste Affaire aber war der Kampf bei Kilmallock in der Grafschaft Limerick. Die Polizei-Caserne war wieder von 14 Mann besetzt, auf welche 200 Fenier einen Angriff machten und aus geschütztem Hinterhalte Feuer gaben. Die Vierzehn vertheidigten sich drei Stunden lang, indem sie durch die Fenster das Feuer erwiderten; endlich brachten zehn Constabler durch einen Flankenangriff Hülfe, und beide Abtheilungen vereinigt schlugen die Fenier in die Flucht; letztere ließen zwei Todte zurück. Von den Polizisten war einer verwundet. Während des Kampfes schienen die Bewohner der Stadt mit den Feniern zu sympathisiren. In Drogheda wichen die Banden, etwa 1000 Mann stark, vor zwei Salven der Constabler. Die letzten Zusammenstöße sind in Kilfeacle (Limerick) und Clonmel vorgekommen; in ersterem Orte wurde ein Fenier getödtet und mehrere verwundet, 31 gefangen, in letzterem fielen mehrere von den Schüssen der Truppen. Nach Tipperary gehen starke Militärtransporte ab. **(K. Z.)**

London, 9. März. Telegraphische Berichte aus Dublin melden, daß die Fenier, die sich in den Bergen von Devil's-Bit, 15 engl. Meilen von Tipperary, versammelt hatten, von den Truppen zerstreut worden sind. 3000 andere Aufständische, welche Ballincollig in der Grafschaft Cork bedrohten, zerstoben bei Annäherung des Militärs.

London, 9. März. Im Hause der Lords hielt gestern der Herzog von Argyll eine lange Rede zu Gunsten der Kandioten. Er schloß mit den Worten: Unsere Pflicht ist es, die Beschwerden und Leiden der Kandioten in Betracht zu ziehen. Graf Derby bekämpfte diese Rede als gefährlich und aufregend. Es sei nicht die Pflicht eines britischen Staatsmanns, den Fall des osmanischen Reichs durch das Aussprechen solcher Sympathieen zu beschleunigen. Auch seien die Klagen der Kandioten zum großen Theil ohne Begründung und jedenfalls alle übertrieben. Der Aufstand habe seinen Ursprung vielmehr in Athen und sei fortgesetzt worden durch Freiwillige unter Mitschuld der griechischen Regierung, welche die Erhebung noch anderer Theile der Türkei hoffe. Das habe die Pforte verhindert, eine versöhnliche Politik zu befolgen. Die Regierung Ihrer Majestät habe Vorstellungen gemacht, deren Ausführung die Pforte herzlich zugesagt habe. Die Einmischung in die Angelegenheiten der Türkei wäre für deren Unabhängigkeit verhängnißvoll. Er bedaure die Grausamkeiten, die auf beiden Seiten begangen worden, aber um so mehr sei die beispiellose Mäßigung der türkischen Regierung anzuerkennen.

Dublin, 8. März. Kavallerie- und Artillerie-Mannschaften sind nach Limerick abgeschickt worden, welches von den Feniern bedroht wird. Mehrere Polizeiposten in der Grafschaft Cork sind von den Feniern angegriffen worden. Auch Tipperary, Waterford und Drogheda sind von großen bewaffneten Schaaren bedroht. In der verwichenen Nacht wurde kein neuer Zusammenstoß signalisirt. Man glaubt, daß die Fenier von Münster sich nach den Grafschaften Typperary und Waterford gewendet haben.

Stockholm, 4. März. Interessante Diskussionen fanden in beiden Kammern des Reichstages über den von den Repräsentanten der Bank im letzten Frühjahre beschlossenen Einkauf von Obligationen des Reichsschuldencomptoirs zum Werthe von ca. 2,600,000 Rd. schwed. statt, durch welchen Ankauf die Bankrepräsentanten ein Uebereinkommen mit der skandinavischen Credit-Aktien-Gesellschaft ermöglichten, so daß dem Reichs-Schulden-Comptoir dadurch aus einer ernsthaft drohenden Verlegenheit geholfen wurde. Das Vorgehen der Repräsentanten wurde angegriffen, theils, weil diese bedeutende Operation ohne die eingeholte Zustimmung der versammelten Stände vorgenommen worden war, theils weil dieselbe eine für die Sicherheit der Bank, schädlich wirkende Vermischung der Bank mit den Staats-Angelegenheiten voraussetzte, und theils weil sie vermeintlich die Fähigkeit der Bank, den allgemeinen Umsatz zu unterstützen, verringere. In beiden Kammern wurde das Verfahren der Bank-Repräsentanten in glänzender Weise vertheidigt und führte in der ersten Kammer zu einem Zutrauens-Votum für die Repräsentanten, indem die Kammer fast einstimmig den Antrag des Herrn Wallenberg annahm, welche dahin lautete, „daß gegen den beschlossenen Ankauf der Obligationen Nichts einzuwenden sei? In der zweiten Kammer wurde die Sache einfach „ad acta" gelegt, nachdem einige für ein Mißtrauensvotum aufgetretene Redner ihre Aussagen zurückgenommen hatten. — Die in dieser Sache stattgefundenen, reichhaltigen und tüchtigen Diskussionen, sagt „Aftonbladet", haben in eclatanter Weise den Vorzug des Zweikammersystems gegenüber der früheren „Viertheilung nach Ständen" ans Licht gezogen.

Frankfurter Börse (4. bis 9. März).

	4.		9.			4.		9.	
5% Oestr. National	55½		54⅝		4% Darmstädt. do.	94½		94½	B
5% do. Metal. (1859)	63⅝		63		3½% do. do.	—		—	
5% do. Lose (1860)	71		69½		4½% Nassauer do.	98	B	97	B
— do. do. (1864)	76½	B	75¼	B	4% do. do.	92½	B	93½	B
Oestr. Kreditl. (58)	122½	B	122½	B	3½% do. do.	—		86½	B
5% Bayer. Obligat.	102	B	101⅝	B	4% Kurhess. do.	—		94½	B
4½% do. do.	98¾	B	97⅝		3½% Frankf. do.	83		83½	B
4% do. do.	94	B	94	B	3% do. do.	75½	B	—	
4% do. 100 Thl.-L.	100½	B	99¾		6% Amerik. (1882)	76½		77½	
4½% Würtemb. Obl.	97½	B	97½	B	Oestr. Kredit. . .	178		174½	
3½% do. do.	85½	B	86½		Oestr. Nat.-Bank	703	B	692	
4½% Badische do.	97½	B	97¾	B	Frankfurter do.	133	B	135	
4% do. do.	92	B	92	B	Bexbacher E.-B.	—		156½	
3½% do. do.	87¾	B	87⅝	B	Bayer. Ostbahnen	118	B	117½	

9. März. Woher kommt die Verstimmung, die ihren Ausdruck in der Geschäftsstille und in den Kursen findet. Die letzteren machen krampfhafte Anstrengungen, sich zu halten, aber vergebens, denn das Leben fehlt, und es geht ein langweiliger abgespannter Ton durch die ganze Woche. Der Orient ist es offenbar; es sammeln sich und schüren sich die Zündstoffe zusammen und fast scheint es, als seien die

Tage der türkischen Herrschaft in Europa gezählt. Was den Turban bis jetzt noch erhielt, war die Verwendung der Beute, — sind die Grossmächte einmal über diesen Kardinalpunkt hinaus, so geht's mit Siebenmeilen-Stiefeln voran. Der zweite Grund dürfte nicht mit Unrecht in den Verhältnissen des französischen Kaiserreichs liegen. Das Hin- und Hertasten der sonst so „unfehlbaren" Politik, die neue Militärorganisation und die grössere Kühnheit der Opposition müssen nothwendig diesseits des Rheins einen Widerhall finden. Zur Addition fehlen noch in England wiederholte Fenier-Aufstände. Das ist in wenigen Strichen die allgemeine Situation in Europa, und der grosse Zersetzungsprozess in seiner ersten Abtheilung. Dass unter solchen Umständen der Geldstand in allen Ländern ein anormal günstiger ist, beweist die Richtigkeit unserer Annahmen; lange Wechsel fehlen, weil das Vertrauen fehlt.

Oesterr. Fonds sind sammt und sonders zurückgegangen. Opposition der ungarischen Minister gegen das bewusste Tabakgeschäft, schnelles Ende der Flitterwochen des Dualismus, waren der Inhalt der Depeschen, welche das rapide Fallen der Fonds veranlasste. Unseren Berichten nach steht die Sache günstiger und die Kreditanstalt wird in aller Kürze einige neue Eisenbahngeschäfte unter ihrem Patronate emittiren. Ueber die im Zug befindlichen Zeichnungen auf die neuen Pfandbriefe lauten die Berichte sehr widersprechend. Der Rückgang der österr. Staatspapiere beträgt ein reichliches Prozent, bei 60er Loosen $1\frac{1}{2}$ pCt., am besten hielten sich steuerfreie Metalliques, sie sind das relativ billigste der österr. Papiere.

In süddeutschen Fonds war es die Woche still und Kurse haben bei der Mehrzahl eher nachgegeben, zumal bayer. Loose, die vielfach getauscht wurden; $3\frac{1}{2}$pCt. Württemberger und 4pCt. Nassauer fest und etwas höher gegangen. Amerikaner, in der letzten Zeit von den österr. Spekulationspapieren in Schatten gestellt, haben ihren Vorrang zurückerlangt und waren während der Woche in bedeutendem Umsatz. Ihr Kurs hat sich in Folge des in Amerika gesunkenen Goldagio's von 77 bis $77\frac{3}{4}$ gehoben, welche Erhöhung allerdings dem Rückgang des Agio's nicht vollständig entspricht, was beweist, dass man an ein längeres Bestehen der besseren Tendenz in New-York hier nicht recht glauben will.

Oesterr. Kreditaktien laufen vergeblich Sturm auf die jüngst erreichte Höhe; sie schliessen nach ziemlichen Variationen zu 174, um fl. 4 schlechter als vor 8 Tagen. Darmstädter büssten im Laufe der Woche ebenfalls fl. 4 ein und sind auf 211 zurückgegangen. Es bestätigt sich, dass die Aktionäre mit den usancemässigen 4pCt. Zinsen sich werden begnügen müssen. Als Grund des unbefriedigenden Ergebnisses wird ein erheblicher Verlust bei der Leipziger Agentur angeführt. — Von Zettelbanken haben sich österr. Nationalbank, im Laufe der Woche bis 680 zurückgegangen, auf 692 erholt, Frankfurter büssten 3 pCt. ein.

In E.-B.-Aktien schläft das vor einiger Zeit vorübergehend animirte Geschäft wieder ein, die hiesige Börse kann ihnen nun einmal keinen dauernden Geschmack abgewinnen. Pfälzische Linien und bayer. Ostbahnen um einige Bruchtheile niedriger gegangen, schliessen in fester Haltung. Taunus ohne Umsatz; der Februarausweis zeigt abermals ein nicht unerhebliches Minus; die Bahn wird wieder zu Kräften kommen, wenn der Verkehr auf den Linien des rechten Rheinufers sich von dem seitherigen Monopol des linken Ufers emanzipirt haben wird, was unter den neuen staatlichen Verhältnissen nicht lange ausbleiben kann. — Von E.-P.-Prioritäten waren österr. Silberdevisen, namentlich galizische, Anfangs der Woche gesucht, blieben jedoch zum Schluss etwas matter; in den übrigen Kategorien keine erhebliche Veränderung; ältere Südbahn-Bons um $1\frac{1}{4}$ pCt. höher auf $93\frac{1}{4}$ gegangen.

Geld bleibt abundant und Diskonto ansehnlich unter Banksatz anzubringen. Wechselkurse haben wieder einen seltenen Höhepunkt erreicht. London $119\frac{1}{4}$, Paris $94\frac{7}{8}$, Amsterdam $100\frac{3}{4}$. Auch Goldsorten begehrt, 20 Fr.-Stücke bis 9. 29, preussisches Papiergeld mit einem kleinen Agio bezahlt. (Akt.)

Neueres.

Paris, 10. März. Der „Moniteur" meldet die Ernennung des Marquis Châteaurenard für den Gesandtschaftsposten in Stuttgart. Der seitherige Gesandte am württembergischen Hofe, Graf Damrémont, ist nach Rio de Janeiro versetzt.

Madrid, 8. März. Das Dekret über die Presse setzt die Caution für die Zeitungen auf 40,000 Realen, führt die Censur und vorläufige Beschlagnahme ein und macht die Autoren und Herausgeber verantwortlich für alle Druckschriften, die ohne vorgängige Autorisation veröffentlicht werden. Solche Druckschriften werden wie geheime betrachtet werden.

Stockholm, 9. März. Der Staatsausschuß hat in seinem Berichte über das Militär-Budget dem Reichstage empfehlen, die von der Regierung Behufs Anschaffung von Waffen geforderten drei Millionen Reichsthaler auf eine Million zu reduciren. Auch für die übrigen Posten des Militär-Budgets beantragt der Ausschuß die Streichung von einer Million.

Bukarest, 10. März. Der Fürst hat die Demission der Minister zwar angenommen, das Kabinet ist aber bis zur Stunde noch nicht gebildet. Stephan Golesco war mit der Bildung des Ministeriums beauftragt. Der Versuch wird jedoch als gescheitert bezeichnet.

Konstantinopel, 10. März. Der ägyptische Minister des Aeußern, Nubar Pascha, ist in außerordentlicher Mission angelangt. Der Exkriegsminister, Hassein Pascha, ist zum kommandirenden General in Bosnien ernannt. Die Zerstörung auf Mitylene durch das Erdbeben ist furchtbar.

Athen, 9. März. Gestern hat auf der Insel Mitilini (Lesbos) ein fürchterliches Erdbeben Alles in Trümmer geworfen. Mehrere Hundert Personen sind dabei umgekommen.

New-York, 9. März. Präsident Johnson wird diesmal nicht die übliche Botschaft an den Kongreß richten.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$66\frac{3}{4}$ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$62\frac{7}{8}$ P.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$54\frac{1}{8}$—$\frac{1}{8}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$40\frac{1}{4}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{3}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$97\frac{1}{4}$ P
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$97\frac{3}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 P.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	94 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$94\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$97\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$86\frac{1}{4}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$97\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$94\frac{1}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$97\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$92\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	86 P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$83\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
„	6pCt. ditto r. 1882 „	$77\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$133\frac{3}{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	681—85 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	173—74 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$92\frac{1}{2}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	211 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$97\frac{1}{2}$ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	340 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$112\frac{1}{2}$ P.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$111\frac{1}{2}$ P. $110\frac{1}{2}$ G
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$91\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$111\frac{5}{8}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49\frac{7}{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$74\frac{1}{4}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$246\frac{1}{2}$ P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$46\frac{5}{8}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	118 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	112 P. $111\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$59\frac{1}{4}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$69\frac{1}{2}$—$\frac{3}{8}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$122\frac{3}{4}$ P.
„ do. v. 1864	$75\frac{3}{4}$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{5}{8}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{3}{8}$ P.
Badische fl. 35	$53\frac{7}{8}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55\frac{3}{8}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$113\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 25 do.	$38\frac{5}{8}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{3}{8}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	$68\frac{1}{4}$ P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$28\frac{1}{4}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	33 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{3}{8}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{5}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{3}{4}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{5}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$92\frac{1}{4}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$92\frac{1}{2}$ P.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Frankfurt, 11. März. Die heutige Börse hielt die goldene Mittelstraße, sowohl was den Umsatz als auch was die Stimmung betrifft. Für Oesterreich war dieselbe auf bessere Wiener Course günstiger, als gestern und vorgestern, jedoch immer noch nicht in der Tendenz ausgesprochen. Wien zeigt ebenfalls in seinen Coursen eine unsichere und experimentirende Haltung. Creditaktien hoben sich gegen Samstag um 3 fl. Neue englische Metalliques waren matter, $4\frac{1}{2}$ pCt. dagegen fester. Für Amerikaner war die Stimmung unverändert. Süddeutsche Obligationen immer noch matt. Von Wechseln Paris und London gesucht. Geldstand flüssig wie bisher. (Hand.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 72. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 13. März 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 11. März. Se. Majestät der König hat die katholische Pfarrei Ettling, Bezirksamts Landau a. Jf., dem Priester J. Reißinger, Pfarrer in Röhum, Bezirksamts Pfarrkirchen, das Frühmeßbenefizium in Leuterschach, Bezirksamts Oberdorf, dem von dem dortigen Pfarrer und der Gemeinde nominirten Priester Franz Schmucker, Kaplan in Dietmannsried, Bezirksamts Memmingen, übertragen; in Genehmigung des von den Priestern C. Hauser, Curat- und Schulbenefiziat in Mittelstetten, Bezirksamts Augsburg und K. Wagner, Curatbenefiziat in Senden, Bezirksamts Neu-Ulm, eingeleiteten Pfründetausches, dem ersteren das Benefizium in Senden, dem letzteren jenes in Mittelstetten übertragen; beim kgl. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten den General-Sekretär Adolph v. Cetto, dann den Ministerial-Assessor Dr. Johann Michael Diepolder zu Ministerialräthen befördert.

Durch Finanz-Ministerial-Entschließung wurde die erledigte Stelle eines Bezirksgeometers für den Messungsbezirk Immenstadt-Lindau dem Bezirksgeometer A. Waltenberger in Treßberg, seiner Versetzungsbitte entsprechend, übertragen.

München, 10. März. Se. Maj. der König haben wegen des höchst betrübenden Ablebens Ihrer königlichen Hoheit der Frau Herzogin Sophie in Bayern, gebornen königlichen Prinzessin von Sachsen, eine Hoftrauer von vier Wochen anzuordnen geruht.

(Bayer. Ztg.)

München, 11. März. Seitens der kgl. bayerischen Staatsregierung wurde der Ministerialrath im kgl. Staatsministerium des Innern, Herr v. Schubert, als Administrativbevollmächtigter Bayerns bei der (in Gemäßheit des Artikels VII des österreichisch-preußischen Friedensvertrages vom 23. August 1866 niedergesetzten) Kommission behufs Auseinandersetzung des bisherigen Bundeseigenthums aufgestellt und nach Frankfurt a. M. abgeordnet. Als Militärbevollmächtigter Bayerns fungirt bei der bezeichneten Kommission der kgl. bayerische Oberst Hr. v. Lessel. (Bayer. Ztg.)

München, 10. März. Die Zurückziehung des Gesetzentwurfes über das „Ungehorsamsverfahren“ geschah, wie man zu vermuthen allen Grund hat, zunächst, um einer Debatte auszuweichen, von der man sich in den Bureaux im „Augustinerstock“ nicht viel „Ersprießliches“ erwartete. Die Absicht der Zurückziehung reifte schon während der Ausschußsitzung vom 2. März und auch das hohe Kammerpräsidium erlangte hievon Kenntniß. Gleichwohl wurde der Ausschußbericht in den Druck gegeben und — gedruckt. Wäre aber die Mittheilung des Justizministeriums von der Zurücknahme des Entwurfes nur um einige Stunden früher, als geschehen, an das Präsidium gelangt, so wäre wohl der Ausschußbericht gar nicht zur Vertheilung gelangt — so versichern Abgeordnete. Immerhin bleibt noch die Frage, ob nicht die Kammer, unbeschadet der Zurücknahme, ein Recht hat, den Antrag ihres I. Ausschusses, der etwas von der Regierungsvorlage Unabhängiges und für sich Bestehendes bezweckt, als Antrag zu debattiren. Irre ich nicht, so wird Hr. Dr. Völk Veranlassung haben, diese Frage alsbald vom Präsidialstandpunkt zu beantworten. Eventuell steht die Einreichung des mehr erwähnten Ausschußbeschlusses in der Form eines besondern Antrags in Aussicht. (A. A.)

Aus Baden, 6. März. Die Aeußerung des Grafen Bismarck im norddeutschen Parlamente, daß im Gesammtinteresse Deutschlands die nationalen Beziehungen zu den süddeutschen Staaten im Wege des Vertrags baldigst zu ordnen seien, ist eine Thatsache, deren Bedeutung nicht zu unterschätzen ist, und die gerade in unserem Lande freudige Sensation erregt hat. Denn die Anhänger einer gesonderten süddeutschen Konföderation, die der Zahl und ihrem Einflusse nach namentlich in unseren oberen Landesgegenden nicht so gering zu achten sind, als man es oft darstellen will, haben bisher als Hauptgrund für ihre mehr oder minder partikularistischen Anschauungen hauptsächlich geltend gemacht, daß Preußen selbst zur Zeit nichts mit den Süddeutschen gemein haben, sondern diese vorerst lediglich sich selbst überlassen wolle. Was von gewissen Anfragen oder Verhandlungen unserer Regierung in Berlin verlautete, war früher in der That keineswegs geeignet, jene Angabe und Anschauungsweise zu entkräftigen. Um so größere Sensation erregt diese von vielen nicht erwartete Wendung in der deutschen Politik Preußens. Sie muß auf die Haltung der Parteien in unserem Lande eine heilsame Rückwirkung üben, was sicherlich schon bei der nächstens stattfindenden größeren Versammlung zu Offenburg zum Ausdrucke kommen wird.

(Schwäb. Merk.)

Frankfurt. Das „Frankfurter Journal“, dessen verantwortlicher Redakteur unterm 28. November v. J. vom Bezirksgericht in Mainz wegen Schmähung des Obergerichts daselbst zu einer Gefängnißstrafe von 6 Wochen und einer Geldbuße von 100 fl. verurtheilt worden war, hat durch eingelegte Berufung gegen dieses Erkenntniß eine Re-

Feuilleton.

Vermischtes.

(Notizen über die drei Vorsitzenden des norddeutschen Reichstages.) Simson ist am 10. Nov. 1810 zu Königsberg i. Pr. geboren, der Sohn eines Kaufmannes, er studirte in Königsberg, Berlin, Bonn und Paris, wurde 1831 Docent an der Universität Königsberg, 1836 ordentlicher Professor, 1846 Rath an dem ostpreußischen Tribunal. Im Jahr 1847 studirte er in England die dortigen Rechts- und Verfassungszustände. Im Mai 1848 wurde er von seiner Vaterstadt als Abgeordneter für das Frankfurter Parlament gewählt, in welchem er seit Oktober 1848 als Vizepräsident, später als Präsident fungirte. Als seine Mission wegen der Kaiserwahl nach Berlin gescheitert war, trat er im Mai 1848 aus der Versammlung. Von 1848 — 1852 war er Mitglied der zweiten preußischen Kammer, 1850 auch des Erfurter Parlamentes, seit 1858 bis jetzt wieder des preuß. Abgeordnetenhauses. Im Jahre 1860 ist er zum Vizepräsidenten des Appellationsgerichts zu Frankfurt a. O. ernannt worden, welche Stelle er noch jetzt bekleidet. — Der erste Vizepräsident des Hauses, Herzog v. Ujest, gehört der gemäßigtkonservativen Partei an. Hugo, Fürst zu Hohenlohe-Oehringen, ist am 27. Mai 1816 zu Stuttgart geboren; am 1. Jänner 1849 trat er auf Grund der Abtretungsurkunde seines Vaters und eines Familienvertrages in den Besitz des Fürstenthums Hohenlohe-Oehringen in Württemberg und der Majoratsherrschaften; seine Besitzungen in Schlesien (Kreis Cosel) sind durch Kabinetsordre des Königs vom 18. Okt. 1861 zum Herzogthum Ujest erhoben und ist ihm der Herzogstitel verliehen worden. — Rudolph v. Bennigsen, der zweite Vizepräsident, ist 1824 in Lüneburg geboren. Er trat, nachdem er in Göttingen und Heidelberg studirt hatte, 1846 als Amtsauditor in hannover'schen Staatsdienst, in welchem wir ihn 1852 als Vertreter des Staatsanwalts beim Obergericht zu Hannover finden. Im Jahre 1855 von Aurich in die zweite hannoverische Kammer gewählt, trat er, da ihm als Beamten der Eintritt verweigert wurde, aus dem Staatsdienst. Seit 1856 Abgeordneter der zweiten Kammer für Göttingen, ist er bis 1866 der Hauptführer der liberalen Opposition gegen das Ministerium Borries gewesen. Am 19. Juli 1859 entwarf er mit Anderen eine Erklärung, dahin gehend, daß die Bundesverfassung Deutschland nicht mehr genüge und daß ein Parlament und eine starke Centralgewalt zu erstreben sei. Sie fand Widerhall in dem sog. Eisenacher Programm (14. August) und durch die (15. bis 16. Sept. 1859) Gründung des Nationalvereins, dessen Präsident v. Bennigsen bis jetzt gewesen.

Eine hübsche Geschichte aus der diplomatischen Welt wird vom „Memorial diplomatique“ erzählt. Der preußische Gesandte am römischen Hofe, Herr v. Arnim, wollte neulich den Kardinal Antonelli besuchen und bediente sich zu diesem Zweck einer einfachen einspännigen Droschke. Als er aber an die Einfahrt des Staatssekretariats kam, fuhr ein diensteifriger Schweizer vor, hielt den Kutscher an und bedeutete ihm, es sei verboten, in den Hof des Vatikan einspännig einzufahren. Da der Kutscher nicht italienisch verstand, mußte Hr. v. Arnim selbst sich herbeilassen, mit dem Schweizer zu parlamentiren, der aber fest blieb und auf sein Reglement sich berief,

formation desselben insofern erlangt, daß unter Aufhebung der Gefängnißstrafe lediglich eine Ordnungsstrafe von 300 fl. ausgesprochen worden ist.

Aus Holstein, 8. März. Man erwartet auch bei uns die demnächstige Einführung des preußischen Preßgesetzes; wenigstens beschäftigt man sich in Kiel bereits mit der Normirung der Cautionen. Die Publicirung des Preßgesetzes würde von uns auf's Freudigste begrüßt werden, denn in keiner der neuen Provinzen ist die Presse so gänzlich der Willkür preisgegeben, als in Schleswig-Holstein. Auf die geringste oppositionelle Regung kann ohne richterliches Erkenntniß sofort die Unterdrückung des Blattes erfolgen. Das Schweigen, zu dem die Presse verurtheilt ist, ist um so gefährlicher, als der „Alt. Merc." und die „Flensb. Nordd. Ztg." von zwei Mitarbeitern des Berliner Preßbureaus redigirt werden, und die im Lande verbreiteten Hamburger Blätter stets mit langen Artikeln desselben Bureaus gefüllt sind. Da eine Widerlegung dieser Auslassungen den unabhängigen Blättern nicht gestattet ist, müssen sie nothwendig corrumpirend wirken. (Fr. J.)

Wien, 10. März. Die Reise des Kaisers nach Pesth ist, wie wir hören, für Dienstag den 12. d. M. festgesetzt. Ministerpräsident Graf Andrassy wird Se. Majestät begleiten. Ueber den Zusammentritt des Reichsrathes ist noch keine Bestimmung getroffen, indessen soll, wie wir vernehmen, alles aufgeboten werden, um den Einberufungstermin möglichst nahe zu rücken. Die Differenz, die aus Anlaß der mehrerwähnten Ofner Generalkommando-Verordnungen entstanden war, soll nunmehr vollständigst beglichen sein. (Frd.-Bl.)

Eine Wiener Korrespondenz bekommt Mittheilung von einem nach Pesth gelangten Schreiben Ludwig Kossuth's, datirt vom 27. Febr., das sich ausführlich über die neue Situation Ungarns verbreitet. Kossuth meint, die Gesetze von 1848 hätten endlich den Sieg erringen müssen, hat aber nicht erwartet, daß das „Wiener Kabinet" so schnell und mit solcher Klugheit vorgehen werde. Es folgen weitere Auslassungen über die Bildung einer „Donau-Konföderation", die Nothwendigkeit, daß die Freiheit das Banner Ungarns bleibe 2c. Von sich persönlich sagt er, daß er auf fremder Erde sterben werde. „Du weißt es, daß ich keine Amnestie annehmen kann, annehmen darf, und dann, was könnte ich jetzt noch nützen? Die bitteren Jahre der Verbannung haben meine Kraft gebrochen."

Pesth, 7. März. Die heutige Sitzung ist für das ganze Land ein Ereigniß, dem man allenthalben mit noch viel größerem Interesse entgegengesehen hat, als der Entscheidung bezüglich der Rekruten- und Steuer-Bewilligung. In letzteren Fragen wußte man in vorhinein, was der Landtag beschließen müsse und werde, und die Entscheidung desselben alterirt zum mindesten bis an's Ende dieses Jahres die bestehenden Verhältnisse ganz und gar nicht. Ganz anders aber verhält sich die Sache mit der Wiederherstellung der Municipien. Sie können sich nicht denken, mit welcher Spannung das ganze Land dem Moment entgegenharrt, in welchem es endlich nach so vielen rechts- und ordnungsstörenden Provisorien die Angelegenheiten, die ihm am nächsten stehen, in eigene Verwaltung nehmen wird. Die materielle Lage des Landes und speciell jener Familien, bei denen der öffentliche Dienst schon quasi ein Erbeigenthum geworden, ist natürlich ebenfalls eine und nicht eben schwache Triebfeder jener großen Spannung, mit welcher die Wiederherstellung der Municipien erwartet wird; aber allgemein wird eben der Wunsch durch das dem Ungarn tief innewohnende Bedürfniß nach municipaler Selbstverwaltung und durch die Ueberzeugung, daß die gegenwärtige Zerrüttung aller Rechtsverhältnisse denn doch nicht lange mehr zu ertragen ist. Den Beginn der Sitzung machte die (schon erwähnte) Interpellation Tisza's in Sachen der Erlasse des Ofener General-Commandos. Hierauf gelangte die Regierungsvorlage bezüglich der Comitate zur Verhandlung. In der General-Debatte ergriffen nur die Vertreter der Nationalitäten das Wort, diese aber mit desto größerer Entschiedenheit und in desto längeren Reden. Der erste Redner war der Serbe Stratimirovich, der sich energisch gegen die Grundlage der ganzen Regierungsarbeit, gegen die Wiedereinberufung des 1861er Comitats-Ausschusses aussprach. Er zählt die im Jahre 1861 stattgefundenen Gewaltsamkeiten und gegen die Nationalitäten begangenen Ungerechtigkeiten auf und wirft den 1861er Ausschüssen im Allgemeinen vor, ihre Majorität sei eine erkünstelte und den faktischen Verhältnissen geradezu widersprechende. Franz Deak und Stefanides verzichten hierauf auf das Wort, was aber den Serben Miletits nicht verhindert, die Regierungs-Vorlage mit großer Energie anzugreifen. Auch er ergeht sich in einer Analyse der 1861er Comitats-Ausschüsse, deren Zusammensetzung er eine ungerechte und im Zahlenverhältnisse fälschende nennt. Ihm folgt der siebenbürgische Rumäne Macellariu, der gleich im Anfang seiner Rede einen ungewöhnlichen Sturm hervorruft. Derselbe nämlich beginnt seinen Vortrag in rumänischer Sprache, was das Haus anfänglich gar nicht bemerkte, was aber — kaum es wahrgenommen worden war — allseitig und auf äußerst erregte Weise zurückgewiesen wurde. Im allgemeinen Sturm ergriff der Präsident das Wort, um ohne jede weitere Auseinandersetzung blos zu bemerken, daß nach dem vom Landtage geschaffenen und vom König beschworenen Gesetze die Berathungssprache des ungarischen Landtages die ungarische sei. Den Worten des Präsidenten folgte stürmische Zustimmung. Macellariu ergreift hierauf ungarisch das Wort, was mit so reinmagyarischem Accent geschieht, daß ein großer Theil des Hauses in ironisches Lachen ausbricht. Hiemit waren aber die Ueberraschungen, die der siebenbürgische Redner dem Hause bot, noch nicht zu Ende. Macellariu berief sich ebenfalls auf ein vom König sanktionirtes Gesetz, das ihm die Benützung seiner Muttersprache erlaube, nämlich auf ein diesbezügliches Gesetz des Hermannstädter Landtages. Allgemeiner Widerspruch, untermischt mit Gelächter, unterbricht den Redner auf längere Zeit. Der weitere Verlauf seiner Rede brachte nichts

---

so daß der Gesandte nach Hause kehren mußte. Er machte sofort Vorstellungen dem Kardinal Antonelli, der aber erklärte, an dem infallibeln Charakter der vorgeschriebenen Etikette lasse sich nichts ändern; es sei ihm also unmöglich, einen Diener zu strafen, der nur das Reglement gewissenhaft beobachtet. Hr. v. Arnim berichtete nun nach Berlin, und Hr. v. Bismarck wies ihn an, Genugthuung zu fordern und im Weigerungsfall seine Pässe zu verlangen. Alle Versuche eines Ausgleichs sind bis jetzt gescheitert.

(Eisenbahnunglück.) Unweit Bradford hat sich wieder ein schreckliches Eisenbahnunglück ereignet. In einem Tunnel kam der Zug nach Huddersfield plötzlich zum Stillstande. Der Lokomotivführer stieg ab und ging unter die Maschine, um sich zu überzeugen, was die Stockung veranlaßt haben könnte. Indem brauste mit großer Schnelligkeit ein Zug von Leeds heran und fuhr mit rapider Gewalt in den Tunnel und den dort haltenden Zug hinein. Der Zusammenstoß war fürchterlich, der Lokomotivführer wurde auf der Stelle zermalmt, zehn bis zwölf Passagiere grauenhaft verstümmelt und eine beträchtliche Anzahl anderer mehr oder weniger schwer verletzt. In anderen Ländern sind es besonders die Weichensteller, für welche eine bessere Regelung, d. h. Verkürzung der Arbeitsstunden, eine gebieterische Nothwendigkeit ist, für die Leute selbst, wie nicht minder für das reisende Publikum, dem allgemach auch auf dem Kontinente das Gefühl der Sicherheit verloren geht. Die Eisenbahn-Direktionen aber scheinen über Kleinigkeiten, wie zerschmetterte Knochen und vom Rumpfe getrennte Köpfe, erhaben zu sein; drüben wie hüben. Daher nehmen wenigstens in England die Beschwerdeführenden ihre Sache selbst in die Hand. In diesem Sinne haben die Lokomotivführer und Heizer der englischen Bahnen gegenwärtig eine Agitation für Verkürzung ihrer Arbeitsstunden ins Werk gesetzt. Obgleich verhältnißmäßig gut bezahlt, sind sie bei einer Arbeitszeit von 17 Stunden jeder ungünstigen Witterung ausgesetzt, doch gegen die große Mehrzahl der arbeitenden Klassen ungünstig gestellt und fordern daher, neben einer Verkürzung der Arbeitsstunden, eine Regelung der Lohnsätze und Vergütung der über die reglementsmäßigen Dienststunden hinausgehenden Fahrstunden, sowie einen freien Sonntag für je vierzehn Tage. Sie repräsentiren ein Korps von 20,000 Mann; und groß würde die Noth sein, wenn diese Lokomotivgarde einmal an einem schönen Morgen unmuthig die Arbeit einstellte.

(Polnische Opfer.) Es ist ein in französischer Sprache verfaßtes Flugblatt erschienen, das die Unterschrift: 24. Dezember 1866 trägt und wie im Text bemerkt ist, von 129,213 Polen (68,420 im eigentlichen Königreiche, 52,669 in Litthauen und 9121 in den ruthenischen Provinzen) durch Unterschrift anerkannt wurde. Es ist eine Appellation an das Mitgefühl des civilisirten Europa für das niedergetretene Polen. Um ein Bild davon zu geben, wie Rußland in Polen verfährt, bringt das Manifest folgende Liste, deren Zahlenangaben offiziell sind. Seit Januar 1863 wurden zur Deportation nach Sibirien verurtheilt, theils zur Zwangsarbeit, theils zur Colonisation, theils blos als Gefangene 18,682 Personen, (darunter 164 Frauen und 114 Priester); im Innern Rußlands internirt 12,556 Personen, (darunter 218 Frauen und 163 Priester); nach den Steppen des Urals geschleppt 33,780 Personen; als gemeine Soldaten strafweise in die Armee eingereiht 2416 Pers.; zeitweilig in die Strafanstalten und hierauf in die ewige Verbannung nach Sibirien abgeführt 31,500 Pers.; während der Untersuchung in den Kerkern gestorben 620 Pers.; auf den Schlachtfeldern begraben (nach den russischen Registern) 33,800 Pers.; gehenkt und erschossen 1468 Pers.; Flüchtlinge und Emigranten im Auslande 7060 Pers.; im Ganzen seit 1863 141,882 Personen. In dieser Liste der polnischen Schlachtopfer sind die Conscribirten und in Folge der regelmäßigen Aushebung zur Armee Abgestellten, welche 2 pCt. der männlichen Bevölkerung ausmachen, nicht inbegriffen.

von Belang. Hierauf erhebt sich Franz Deak, um den von Mecellaria hervorgerufenen Sturm zu bannen und weiterer Auseinandersetzung noch frühzeitig einen Riegel vorzuschieben. Das erste Postulat der Freiheit — sagt Deak — ist die Achtung des Gesetzes, und es wäre ein sehr trauriges Zeichen, wenn unser erster Schritt nach wiedererlangter Freiheit ein Gesetzesbruch wäre. Inwieweit die Gesetzgebung in Bezug auf die Sprache des Landtages später anderer Meinung sein dürfte oder nicht, das wolle er gegenwärtig nicht untersuchen; das Gesetz existirt und es muß befolgt werden. Jeder liebt seine eigene Sprache und diesem Gefühle Aller hat man es zu verdanken, daß Marcellarius' Vorgang im Hause keine nachhaltige Gereiztheit hervorrufen kann. Dem Nationalitäten-Gedanken wird die Welt vielleicht über kurz oder lang ebenso gegenüberstehen, wie heute den Religionskriegen. Ebenso wie die Zeit aufgehört hat, in welcher der Werth des Menschen nach dem Katechismus bemessen worden ist, wird auch die Grammatik kein Gradmesser des Menschenwerthes sein. Wir müssen uns deshalb jeder Gereiztheit entschlagen, und möge im Lande es Niemand außer Acht lassen, daß der Landtag zu wiederholten Malen schon feierlichst erklärt hat, er wolle die gerechten Ansprüche aller Nationalitäten und Confessionen nach den Geboten des Rechtes und der Billigkeit berücksichtigen und erfüllen. Den Schluß seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede bildete die Vertheidigung der ministeriellen Vorlage. — Bei der Special-Debatte, ging es ebenfalls sehr stürmisch her. Doch unterlassen wir es, auf dieselbe einzugehen, da die Details derselben für weitere Kreise doch nur geringes Interesse bieten. (Am 8. März wurde die ganze Regierungsvorlage mit wenigen Aenderungen von der Deputirtentafel angenommen.) (Presse.)

Pesth, 10. März. Auf die offizielle Anzeige, daß Se. Majestät Dienstag um halb 3 Uhr Nachmittags in Pesth ankommen werde, hielt der Festausschuß eine Sitzung wegen Feststellung der endgiltigen Empfangsfeierlichkeiten. Der Kaiser wird auf dem Bahnhofe vom Pesther Oberbürgermeister, von sämmtlichen Ministern und von den beiden Landtagshäusern begrüßt. Den Zug eröffnen zwei Banderien mit den Fahnen des Landes und der Schwesterstädte. Vor dem Wagen Sr. Majestät fahren Graf Andrassy und Baron Wenkheim, hinter demselben die übrigen Minister. Dienstag Abends findet Stadtbeleuchtung, am Donnerstag eine Militärparade auf der Generalwiese statt. Am Tage der Ministerbeeidigung großer Fackelzug unter Betheiligung sämmtlicher Gesangvereine. Der Fürst-Primas Simor hat heute sämmtlichen Ministern und Deak Besuche abgestattet.

Bern, 7. März. Das österreichische Ministerium des Aeußern meldet dem Bundesrath, daß den ungarischen Polytechnikern in Zürich die Frist zur Konskriptionsstellung bis Ende Juli, d. h. bis zum Schlusse des diesjährigen Kursus, am Polytechnikum verlängert worden sei. — Der neue italienische Gesandte, Baron Cerutti, hat dem Bundespräsidenten seine Kreditive überreicht. — Die italienische Regierung macht die Anzeige, daß das Königreich Italien nach dem Zuwachse von Venetien, nun eine Bevölkerung von 24,746,000 Seelen zähle und damit nach der Pariser Münzkonvention das Recht beanspruchen könne, statt nur 141 Millionen, nun 156 Millionen Silbermünzen zu prägen. — Der schweizerische Konsul in New-York meldet, daß auf dem gescheiterten Schiffe „Bavaria" auch 37 Schweizer Auswanderer gewesen, welche indessen gerettet worden, aber ohne Effekten in New-York angekommen seien. Sie gehören den Kantonen Bern, Baselland, Graubündten und Thurgau an. — Die Herren Professoren Sozin und Dr. Burkhardt von Basel haben für ihre Leistungen in den Militärspitälern von Verona den Franz-Josephs-Orden bekommen. — Der diesjährige Truppenzusammenzug findet im Kanton Waadt statt mit zwei Divisionen und je zwei Brigaden und einem Reservekorps. Als Oberkommandant wurde ernannt Herr Oberst Hans Herzog in Aarau. — In mehreren Kantonen regt sich neues politisches Leben. Der Kanton Bern hat offenbar durch den letzten Großrathsbeschluß in der Jurabahnfrage neuen Halt bekommen. Die Liberalen des ganzen Landes schließen sich zu einem freisinnigen Verein zusammen, der seine Centralleitung in der Hauptstadt hat, wo wöchentlich eine Zusammenkunft mit Vorträgen über soziale Fragen stattfindet und sich in alle Landestheile verzweigt. — Den Kanton Zürich setzt eben eine Agitationspartei in Bewegung, welche nicht etwa ein neues Prinzip verwirklichen will, sondern die aus den malcontenten Elementen früherer Jahrzehnte zusammengesetzt ist und Front gegen die Escher-Partei macht. Die Errichtung einer Kantonalbank ist die Frage, um die sich gegenwärtig diese Opposition schaart. Aber auch die Aufhebung des Advokaturzwangs, Fragen der Volksschule ꝛc. stehen auf ihrem Programme. (Frkf. Journ.)

Paris, 9. März. Alle Nachrichten aus dem Orient stimmen darin überein, daß man dort von einem Augenblick zum anderen eine allgemeine Schilderhebung erwarten müsse. Die russische Regierung steht jetzt sehr schlecht mit der Pforte, und ungeachtet der Dementi's der „Patrie" hält man hier den Krieg zwischen der Türkei und Rußland für nicht unwahrscheinlich. (?) — Der König von Schweden wird in Vichy zugleich mit dem Kaiser eintreffen. — Die französische Regierung wird die Besoldungen der Pariser Verwaltungsbeamten während der Ausstellung um 25 pCt. erhöhen. (K. Z.)

Der französische Armeeorganisations-Entwurf lautet in seinen wesentlichen Bestimmungen, wie folgt: Erster Abschnitt. Von der aktiven Armee und der Reserve. Art. 1. Die Dienstzeit in der aktiven Armee beträgt fünf Jahre, nach deren Ablauf die Militärs noch vier Jahre in der Reserve dienen. Die Dienstzeit der jungen Leute, die nicht zur aktiven Armee gehören, beträgt vier Jahre in der Reserve und fünf Jahre in der mobilen Nationalgarde. Das jährliche Finanzgesetz theilt jede zur Loosziehung berufene Altersklasse in zwei Theile; der eine wird der aktiven Armee einverleibt, der andere geht zur Reserve über. Art. 2. Die Dauer der Dienstzeit in der aktiven Armee, wie in der Reserve zählt vom 1. Juli des Jahres an, in welchem die Einberufenen in die Stammlisten der betreffenden Truppenkörper eingetragen worden sind. In Friedenszeiten erhalten die Militärs, welche ausgedient haben, ihre Entlassung am 30. Juni eines jeden Jahres. In Kriegszeiten erhalten sie diese Entlassung erst nach der Ankunft des betreffenden Ersatzkontingents. Art. 3. Der Austausch von Ziehungsnummern ist, in Bezug auf die Kantonalliste, gestattet. Art. 4. Die jungen Leute der Reserve werden zum Loskaufe nicht zugelassen. Sie können mit denen der mobilen Nationalgarde tauschen oder sich durch einen Mann unter 32 Jahren ersetzen lassen, der sich diensttauglich erweist und aller durch das gegenwärtige Gesetz aufgelegten Verbindlichkeiten ledig ist. Die unter den Fahnen stehenden Militärs werden nicht zum Loskauf zugelassen, sie können sich aber in der Person eines in das fünfte Dienstjahr eingetretenen Militärs derselben Waffe einen Ersatzmann stellen. Art. 5. Die Dauer der freiwilligen Dienstnahme beträgt zum mindesten zwei Jahre. Die Wiederanwerbung in die aktive Armee kann für die Dauer von 2 bis fünf Jahren stattfinden. Sie kann nur von den Militärs und freiwillig Angeworbenen der aktiven Armee, die sich im fünften, sowie von den Militärs der Reserve, die sich im vierten Dienstjahre befinden, eingegangen werden. Der Wiedereintritt befreit in keinem Falle von der Dienstzeit in der Reserve. Zweiter Abschnitt. Von der mobilen Nationalgarde. Art. 6. Die mobile Nationalgarde begreift außer den einberufenen jungen Leuten, welche vier Jahre in der Reserve gedient haben, alle die, welche durch das Gesetz vom 26. April 1855 militärfrei sind oder einen Ersatzmann gestellt haben. Art. 7. Die Dienstzeit in der mobilen Nationalgarde beträgt 5 Jahre. Art. 8. Die mobile Nationalgarde ist, als Unterstützung der aktiven Armee, zur Vertheidigung der festen Plätze, der Küsten und Grenzen des Kaiserreichs und zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern bestimmt. Sie kann nur durch ein Spezialgesetz oder in der Zwischenzeit der Sessionen durch ein kaiserl. Dekret einberufen werden, das innerhalb 20 Tagen dem gesetzgebenden Körper Behufs der Umwandlung in ein Gesetz vorgelegt werden muß. Art. 9. Die mobile Nationalgarde wird je nach Departements organisirt. Die Offiziere werden von dem Kaiser, die Unteroffiziere von den Militärbehörden ernannt. Die jungen Leute der mobilen Nationalgarde werden Revuen, Versammlungen und Uebungen unterzogen, deren Dauer sich nicht über 14 Tage jährlich erstrecken darf, und die in dem Departemental- oder Bezirkshauptsitz, oder in dem Hauptort des betreffenden Kantons stattfinden. Von diesen Uebungen können Diejenigen befreit werden, welche sich über hinlängliche Kenntniß der Waffenführung ausweisen. Die jungen Leute, welche vom Militärdienst befreit oder losgekauft sind, müssen sich auf ihre Kosten die kleine Equipirung anschaffen. Art. 10. Die jungen Leute der mobilen Nationalgarde können ohne irgend welche Ermächtigung in jeder Periode ihrer Dienstzeit heirathen. Art. 11. Die Offiziere und Unteroffiziere derselben stehen unter den militärischen Gesetzen. Die Mannschaften stehen ebenfalls unter den Militärgesetzen, allein nur während der Dauer der Revuen, Versammlungen und Uebungen. Art. 12. Jeder Mann der mobilen Nationalgarde, der außer den Fällen gesetzmäßiger Verhinderung sich nicht zu den Versammlungen und Uebungen einfindet, wird von dem Kriegsgericht mit einer Strafe von drei Tagen bis einem Jahre Gefängniß verurtheilt. Mit derselben Strafe wird Derjenige belegt, der sich ohne Ermächtigung aus einer Versammlung entfernt. Wer eine Revue versäumt, wird mit einer Disziplinarstrafe belegt. Art. 13. Außerhalb der Fälle einer Versammlung, Uebung oder Revue der mobilen Nationalgarde wird die Beleidigung durch Wort, Geberde oder Drohung, die sich ein Untergebener gegen seinen Vorgesetzten bei Ausübung oder bei Gelegenheit seiner Funktionen zu Schulden kommen läßt, durch das Zuchtpolizeigericht bestraft. Vorübergehende Bestimmungen. Art. 14. Die Mannschaften der jetzt in aktivem Dienst befindlichen Kontingente werden nach Beendigung ihrer siebenjährigen Dienstzeit,

sei es in der aktiven Armee, sei es in der Reserve, zwei Jahre lang der mobilen Nationalgarde angehören. Dasselbe gilt für die Wiedereingetretenen (rengagés et engagés après libération) und die von der Regierung gestellten Einstandsmänner, welche diesen Kontingenten angehören.

Florenz, 11. März. Bis jetzt sind 88 definitive Wahlen bekannt, worunter 66 regierungsfreundliche und 22 oppositionelle. In Ballotage befinden sich 156 Wahlen, wovon in 108 die Regierungscandidaten im Vortheil gegen die Opposition sind.

Athen, 7. März. Der Schnelldampfer „Arkadion“ ist von seiner ersten Reise nach Kreta in Syra wieder eingetroffen; er hat seine ganze Ladung in Sphakia ausgeschifft und kretensische Familien nach Syra mitgebracht.]

New-York, 6. März. Beide Häuser des Congresses nahmen einstimmig folgende Resolution an: Der Congreß spricht Herrn Cyrus Field für seine bei Einrichtung der atlantischen Kabelverbindung bewiesene Umsicht, seinen Muth und seine Entschlossenheit hiermit seinen Dank aus und beschließt, den Präsidenten zu ersuchen, eine goldene Medaille mit passenden Sinnbildern und Inschriften zum Geschenke für Herrn Field schlagen zu lassen und demselben mit einer Abschrift dieser Resolution auf Pergament im Namen des amerikan. Volkes zuzustellen. — Am Montag wird das Repräsentantenhaus — bekanntlich hat der 40. Congreß am 4. d. Mts. seine Session eröffnet — sich bis zum Mai vertagen. In der Zwischenzeit soll jedoch das richterliche Comité seine Untersuchungen Betreffs der Anklage gegen den Präsidenten fortsetzen.

Neueres.

Pesth, 11. März. Gestern hat das Ministerium die Abtheilungen der Statthalterei vollständig übernommen. Eötvös hielt eine Ansprache an die Beamten. Als Staatssekretäre sind in Thätigkeit: Slavy (Inneres), Tanarky (Kultus), Fest (Handel). — In der heutigen Sitzung der Deputirtentafel wurde der Schriftführer Toth beauftragt, den vorgestrigen Beschluß des Hauses, daß die in Angelegenheit der Steuern, Rekruten, Munizipien und Presse dem Ministerium ausnahmsweise ertheilten Vollmachten blos für das jetzige Ministerium giltig seien, der Magnatentafel zu überbringen. Sodann referirt die Petitions-Kommission. (Tel. d. Pr.)

Florenz, 11. März. Im ersten hiesigen Wahlkollegium wurde Ricasoli mit 963 gegen 97 auf Garibaldi gefallene Stimmen gewählt. Engere Wahlen müssen stattfinden zwischen Peruzzi (834 St.) und Crispi (194 Stimmen), zwischen Tenzi (736 Stimmen) und Rublieri (266 Stimmen), zwischen Andreuzzi (586 Stimmen) und Cipriani (157). — In Neapel wurde Sandonato gewählt, in anderen Wahlkollegien ist eine engere Wahl zwischen Garibaldi (95 Stimmen) und Delullo (50 Stimmen) nothwendig.

Bucharest, 11. März. Das neue Ministerium ist gebildet obgleich noch unveröffentlicht. Stephan Golesco übernimmt das Präsidium und das Aeußere; Johann Bratiano das Innere, Georg Ghika die öffentlichen Arbeiten, Boeresco die Justiz, Steege (der ehemalige Finanzminister Cusa's) die Finanzen, Demeter Rosetti, der Bruder der Fürstin Helena Cusa (dessen Annahme jedoch noch ungewiß), den Cultus, Gherzet, das Kriegsministerium.

Verhandlungen der physikalisch-medizinischen Gesellschaft in Würzburg.

VI. Sitzung am 9. März 1867.

1) Herr Scheffer demonstrirt ein mikrocephalisches Kind.

2) Herr Schiller spricht über den Gypsverband. Vortragender beschreibt unter Vorlage von Modellen einen von ihm modifizirten beweglichen Gypsverband, dessen Vortheile darin bestehen, daß 1) dieser Verband sehr rasch angelegt werden kann, daß 2) der Verband mit dem Gypse schon in Vorrath mitgenommen werden kann, daß 3) keine Verschwendung des Gypses möglich ist, daß 4) dieser Verband das gebrochene Glied gleichmäßig umschließt und daß derselbe endlich sehr rasch und leicht entfernt werden kann.

3) Herr Sandberger spricht über die überaus reiche und vollständige Gliederung der Triasformation in der Gegend von Würzburg und behandelt namentlich den Buntsandstein und Wellenkalk unter Vorlage von Profilen des „Rothen Berges“ bei Gambach und jenes an der Straße von Thüngersheim nach Güntersleben, sowie von Handstücken und Versteinerungen aus dieser Region der Trias. Die Uebereinstimmung mit der alpinen und norddeutschen Entwicklung und die Verschiedenheit von der schwäbisch-badischen wird durch eine Reihe von Thatsachen nachgewiesen und die Gegend von Würzburg als Wendepunkt beider bezeichnet. (Das Ausführlichere in der würzb. naturwissenschaftl. Zeitschrift B. VI. H. 3.)

4) Herr Heß legt der Gesellschaft eine Reihe sehr schöner Holztapeten vor.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. G. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	67½ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62½—⅝ G.
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	54⅛ P. ¼ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	4½pCt.	40½ P.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101⅜ P.
"	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
"	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	97 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	93¼ P. ½ G.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	93¾ P. ½ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	93¾ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	97½ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	86 P.
Baden	4½pCt. Obl.	97¼ P.
"	3½pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	94½ G.
"	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	97¼ P. 97 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	92¾ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	86½ G.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	83¾ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2½pCt. " " "	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	78¼—⅛ G.
"	6pCt. ditto r. 1882 "	77½ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	133¼ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	684 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	173½—71½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	92¼ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	210 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	97½ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	339 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	113 P. 112 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	111½ P. 110½ G
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	91½ P. ¼ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	111⅝ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49⅝ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74¼ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	246½ P.
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	46⅝ P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	117⅝ G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅞ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97⅛ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅞ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅜ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104¾ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅛ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅞ P. ⅝ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	92¼ P.
do. in öst. W. l. S.	—
Disconto	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	112 P. 111½ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
" fl. 500 v. 1860 6/7	69½—¼ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	122 P.
" do. v. 1864	75½—75 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99¾—⅝ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10⅜ P.
Badische fl. 35	53½ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55½ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143¼ P.
" fl. 25 do.	35⅝ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35¾ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	68¼ P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28¼ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	33 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅜ G.

Frankfurt, 12. März. Vollständige Windstille ist die Parole der heutigen Börse. Die Geschäfte ruhen und die Course sind schwach. Oesterreichische Fonds waren matt auf schlechtere Wiener Course, machten während der Börse rückgängige Bewegungen und schlossen zu den niedersten Coursen. Amerikaner weisen, obwohl Gold und Bonds von Newyork besser kamen, keine Coursaufbesserung nach. Süddeutsche und Wechsel ebenfalls still und unverändert. (Sund.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 73. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 14. März 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 12. März. Die Stelle eines Bezirksarztes I. Klasse zu Hof ist in Erledigung gekommen. Bewerber um dieselbe haben ihr Gesuch binnen 14 Tagen bei der ihnen vorgesetzten kgl. Regierung, Kammer des Innern, einzureichen.

München, 11. März. Die kgl. preußische Regierung hat die Erhebung der Mainzölle in Höchst und Hanau vom 1. Januar ds. Js. an völlig eingestellt. (Bayer. Ztg.)

München, 12. März. Die „Bayer. Ztg.“ meldet amtlich: „Auf Veranlassung der großherzoglich badischen Regierung wird am 18. ds. Mts. ein Zusammentritt von Vertretern der Regierungen von Bayern, Baden und Großherzogthum Hessen zu Mannheim stattfinden, um über die gemeinsame Ergreifung von Maßregeln gegen die Einschleppung der Rinderpest von Holland, Belgien und Rheinpreußen nach Süddeutschland zu berathen. Seitens der bayerischen Regierung ist hiezu der kgl. Regierungsrath Wand in Speyer, seitens der großherzoglich badischen Regierung der Geheimrath Schmidt, Direktor des Obermedizinalrathes, der Regierungsrath Dr. Rau und der Medizinalrath Fuchs abgeordnet worden.“

Die „Bayer. Ztg.“ enthält folgende Erklärung: „Ein in Nro. 22 des zu Leipzig erscheinenden Familienblattes „Daheim“ enthaltener Aufsatz mit dem Zeichen M veranlaßt mich, um falschen Folgerungen von vorneherein zu begegnen, zu nachstehender Erklärung. Mein lang andauerndes Gespräch mit bezeichnetem Korrespondenten, welcher während desselben Notizen nicht machte, erscheint dort in gewandter und für meine Person wohlwollender Weise als zeitgeschichtliche Novelle in präziser, dialoger Form. Es versteht sich von selbst, daß aus dem bloßen Gedächtnisse eine getreue Wiedergabe und ein genaues Auseinanderhalten der beiderseitigen Aeußerungen nahezu unmöglich ist, indem subjektive Auffassung des Hörers, mit der Absicht des Erzählenden gemengt, Mißverständnisse unvermeidlich macht. Enthält genannte Arbeit immerhin viel Richtiges, so muß ich mich dennoch dagegen verwahren, alle mir in den Mund gelegten Aeußerungen dem Sinne und Wortlaute nach auch wirklich in gegebener Art gemacht zu haben. Um die Irrthümer nicht als spätere Belege zur Darstellung der Kriegsereignisse verwendet zu sehen, wurde mit dem Autor die Berichtigung eingeleitet. München, 11. März 1867. v. d. Tann, Generallieutenant.“

Aus der Pfalz, 9. März. Die nun veröffentlichten Social-Gesetz-Entwürfe unterliegen einer sehr verschiedenartigen Beurtheilung. Während sie im Mutterlande im Großen und Ganzen genommen als ein entschiedener Fortschritt gegenüber den bestehenden Zuständen betrachtet werden, ist man bei uns in der Pfalz im Gegentheil der Meinung, daß sie in der Hauptsache einen Rückschritt enthalten. Nur bezüglich der neuen Gemeindeordnung ist eine Ausnahme zu machen, indem dieselbe wirklich namhafte Verbesserungen in sich schließt. Doch dieses Verdienst ist nicht sehr hoch anzuschlagen, wenn man erwägt, daß unserem alten französischen Gemeinde-Edikte nicht leicht etwas Schlimmeres nachfolgen konnte. Besonders große Mißstimmung erregen die Bestimmungen, wodurch der Ansässigmachung und der Verehelichung allerlei administrative Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. So ist z. B. in vielen Fällen die Verehelichung von der Erlaubniß des Gemeindevorstandes abhängig gemacht, während jetzt noch Alles dem freien Ermessen der Parteien anheimgegeben ist. Auch das neue Gewerbegesetz ist schlimmer als das bestehende, indem z. B. auch die Schenkwirthschaften an Concessionen gebunden sind, und bei Buchdrucker-Concessionen die Erben nicht vorzugsweise berücksichtigt werden sollen, während jetzt noch in beiden Fällen das Gegentheil besteht. Die Agitation gegen diese Sozial-Entwürfe beschränkt sich nicht mehr auf die Presse; in weitern Kreisen macht sich dieselbe jetzt bemerkbar. Unsere Abgeordneten werden auch vielfach ersucht, ja Alles aufzubieten, um die Calamität abzuwenden, daß uns das Gute genommen und das Schlechte aufgedrungen werden soll. Hat man doch auch bei früheren allgemeinen Gesetzen für die Pfalz Ausnahmen gelten lassen; hoffen wir, daß unsere Abgeordneten wenigstens so viel erreichen werden, daß solche Ausnahmen oder Modifikationen bei den neuen Gesetzen gemacht werden. (Fr. J.)

Stuttgart, 11. März. Nach dem „Schw. Merkur“ ist der Gesetzentwurf, betr. eine neue Organisation des Heerwesens, bereits so weit vorbereitet, daß er vom Geheimenrath dem König zur Genehmigung vorgelegt werden konnte. Wenn der Entwurf bereits bis zu diesem Stadium vorgerückt ist, so wird seiner Vorlage bei den Ständen wohl in nicht ferner Zeit entgegengesehen werden können.

Karlsruhe, 11. März. Die „Karlsr. Ztg.“ enthält einen längeren offiziellen „Zur Wehrfrage in Baden“ überschriebenen Artikel, welcher gleichsam als eine ausführliche Motivirung der Stuttgarter Beschlüsse zu betrachten ist. Es heißt in diesem Artikel u. A.: daß die süddeutschen Staaten sich in einer eigenthümlich precären Lage befänden, sei eine Thatsache, deren praktische Bedeutung gegenüber der Frage: wer die Schuld an dieser Gestaltung der Dinge trage, als eine durchaus müssige erscheine. Nicht die Recriminationen

Feuilleton.

Vermischtes.

Darmstadt, 11. März. Einem Briefe eines gebornen Hessen (datirt Suez, 21. Februar 1867) entnimmt die „Darmst. Zeitung“ folgende interessante Mittheilung über die erste Befahrung des Suezkanals mit einem Handelsschiffe. „Vor 14 Tagen habe ich Alexandria verlassen, als Commandant eines Fahrzeugs, „Le primo“ genannt, mit dem ich die Passage durch den Suezkanal versuchen sollte. Der Versuch ist zur Bewunderung von ganz Aegypten geglückt. Ich habe also die große Aufgabe, vom mittelländischen nach dem rothen Meere mit einem Handelsschiffe zu fahren, gelöst. Die Ehrenbezeugungen und enthusiastischen Zurufe auf allen Stationen und in den Städten, die am Ufer des Canals liegen, übersteigen Alles, was ich bis jetzt erlebt. In einigen Stunden schon lichten wir die Anker zu einer Expedition, welche ich mit demselben Schiffe an der afrikanischen Küste des rothen Meeres hin zu unternehmen habe, eine Expedition, die einige Monate in Anspruch nehmen wird. Das Schiff „Le primo“ ist ein österreichisches, auch seine Bemannung ist österreichisch, die Expedition aber ist eine französische Unternehmung, denn die ägyptische Schwefelgesellschaft läßt sie ausführen. Wir gehen nach Ther, Gimseh, Cesseir, Rauga am Golf von Beranice, Sawakin u. s. w. Nach unserer Rückkunft werde ich wahrscheinlich als Agent der Gesellschaft, der die Vermittlung mit der Regierung des Vicekönigs zu besorgen hat, in Suez verbleiben.

(Großer Studenten-Festcommers.) Der akademische Leseverein in Wien veranstaltet am 20. d. Mts. im Dianasaale in Gemeinschaft mit allen Corporationen beider Hochschulen der Residenz einen Monstre-Festcommers zur Feier der Wiederherstellung der Verfassung. Es werden sich hier das erste Mal die Studenten der Universität und der Technik zur Verbrüderung versammeln, um jenes Werk der Vereinigung der Studenten beider Hochschulen, das der akademische Leseverein angestrebt hat, zu vollenden.

Graf Bismarck öffnet den Abgeordneten des Reichstages wöchentlich einige Male seine Salons. Die Gräfin Bismarck macht die Honneurs; um halb 11 Uhr pflegt der Ministerpräsident zu erscheinen, aber nur höchstens eine halbe Stunde in der Gesellschaft zu verweilen, worauf er sich wegen seines angegriffenen körperlichen Zustandes zur Ruhe begibt. — Als der Ministerpräsident am Samstage ausnahmsweise in Cürassieruniform im Gebäude des Reichstags erschien, wäre er beinahe nicht eingelassen worden. Der Portier des Hauses erkannte ihn nicht und verlangte die Vorzeigung seiner Eintrittskarte. Das natürlich bald aufgeklärte Mißverständniß jagte dem wider Willen so radikal-oppositionellen Portier einen nicht geringen Schreck ein.

würden Süddeutschland helfen, sondern die eifrige Fürsorge für eine Sicherung, deren es nach der Auflösung des deutschen Bundes entbehrt. Es sei aber nicht bloß die Nöthigung für ihre eigene Existenz und ihren Wohlstand Fürsorge zu treffen, welche die süddeutschen Staaten dazu führen müsse, ihr Heerwesen an dasjenige des norddeutschen Bundes anzuschließen, von noch weit höherer Bedeutung sei das nationale Prinzip. Die wirksamste Garantie der Wahrung dieses Prinzips liege in der möglichst gemeinsamen Pflege und Ausbildung der materiellen Interessen, des Verkehrswesens und der Gesetzgebung. Hierher gehöre nun auch selbstverständlich die Gemeinsamkeit der Heereseinrichtungen. Wie weit nun die Vereinigung der beiden Staatengruppen durchzuführen sei, das hänge augenblicklich nicht von dem guten Willen der süddeutschen Regierungen, sondern lediglich von den allgemeinen politischen Gestaltungen ab. Jedenfalls aber werden die Regierungen dieselbe soweit anstreben müssen, als es jene Verhältnisse gestatten und als die materielle Wohlfahrt und die politische Sicherung es erforderlich machen.

Frankfurt, 10. März. Die hiesige Handelskammer hatte in Gemeinschaft mit dem Handelsverein eine Eingabe an das Handels-Ministerium um Belassung der Ober-Zolldirektion in Frankfurt gerichtet. Die Erwiederung des Handels-Ministeriums kann sich der Ansicht jenes Gremiums, daß durch die Entfernung der Ober-Zolldirection von hier der Handel Frankfurts Noth leiden werde, nicht anschließen. Es wird dabei auf das Beispiel Leipzigs verwiesen, dessen Handel und Wandel, obgleich es auch keine Ober-Zolldirektion besitze, mehr als der Frankfurter blühe. Gleichwohl aber beabsichtige das Handels-Ministerium, die Competenzen des hiesigen Haupt-Steueramtes wesentlich zu erweitern, und wird daher die Handelskammer aufgefordert, in dieser Beziehung gutachtliche Vorschläge zu machen, welche erweiterte Befugnisse sie etwa dem Steueramte beigelegt wünsche, und sich überhaupt über diesen Gegenstand zu äußern.

(K. Z.)

Berlin, 9. März. In der Generaldiskussion des Reichstags über den Entwurf, die heute im Parlamente begonnen hat, gab sich die Stellung der verschiedenen Parteien sofort mit ziemlicher Klarheit kund. Vincke und seine politischen Freunde werden allerdings erst Montag ihr Programm darlegen können. Twesten ließ heute keinen Zweifel darüber bestehen, daß auch die Linke der national-liberalen Partei, welche mit der äußersten Linken bekanntlich nicht verwechselt werden darf, das Zustandekommen der Verfassung mit den nothwendigen Abänderungen dringend wünscht, das Scheitern zwar nicht als bedrohlich für Deutschlands Sicherheit, aber doch als ein öffentliches Unglück ansehen würde. Twesten verhehlt indessen nicht, daß ohne die Aenderung des Entwurfes, namentlich in Sachen des Budgetrechtes, dieser im preußischen Abgeordnetenhause schwerlich angenommen werden dürfte. Dagegen erklärt sich T. zu der Bewilligung von Uebergangsbestimmungen bereit, welche die im Militäretat geforderte Summe als Pauschquantum für eine Reihe von Jahren gewähren würden. T. hob in einer ruhigen sachlich klaren Rede die Mängel des Entwurfes hervor, so namentlich die unverantwortliche Stellung der Regierung gegenüber dem Parlamente, die dem letzteren entzogene Kompetenz nicht nur in der Angelegenheit des Budgets, sondern auch der Militärgesetzgebung, ferner die durch das Wahlgesetz hervorgerufenen Bedenken. Zu jedem Opfer erklärte T. sich und seine Partei bereit, wenn die der preußischen Kammer entzogenen Rechte unverkürzt auf das Parlament übertragen würden. Von der konservativen Rechten trat im Laufe der Debatte namentlich Wagener den Ausführungen Twestens entgegen und drohte nicht undeutlich mit Auflösung des Abgeordnetenhauses, wenn sich T.'s Prophezeiung, daß der etwa nicht im Sinne der (gemäßigten) Linken amendirte Entwurf von dem Abgeordnetenhause abgelehnt werden sollte, erfüllen würde. Darüber gehen auch schon seit einigen Tagen eigenthümliche Gerüchte, und ein wohl übertrieben pessimistisches will sogar wissen, daß eine Auflösung der preußischen Kammer unter allen Umständen gleich nach dem Schlusse des Parlamentes erfolgen könnte, weil das Haus unter anderen Voraussetzungen gewählt sei und für die Prüfung des Verfassungsentwurfes kein Mandat habe. Wagener wies sogar die von Twesten angeregte Uebergangsbestimmung wegen des Pauschquantums zurück, aber mit schwachen Gründen, die mehr darauf hinausliefen, daß das Parlament damit doch nicht viel gewinnen werde. Man werde sich nach dem Ablaufe der Frist doch wieder zu der Fixirung des Budgets genöthigt sehen rc. Diese Sorge für die Rechte des Parlamentes würden die Konservativen indessen wohl den letzteren überlassen können. Im Uebrigen wird sich die Regierung doch wohl mit den Neuwahlen auf Grund einer Verfassungsfrage vorsehen, zumal an die Oktroyirung des allgemeinen Stimmrechtes schwer zu glauben ist. Was die Nationalliberalen angeht, so sprach Miquel aus Hannover mit großem Beifalle. Es trat indessen in seiner Rede ein gewisser Gegensatz zu den preußischen Liberalen hervor, welcher von den preußischen Konservativen mit Behagen bemerkt wurde und der um so leichter vermieden werden konnte, als Miquel gegen den Schluß seiner Rede sich gleichmäßig gegen unnöthige Opfer, wie die des Budgetrechtes, verwahrte.

Berlin, 10. März. Gleich die gestern begonnene Vorberathung über den Entwurf der norddeutschen Bundesverfassung hat in bezeichnender Weise dargethan, daß auf dem Reichstage sich drei Hauptparteien scharf von einander absondern. Ihre charakteristischen Unterscheidungsmerkmale treten in den Losungen „unveränderte Annahme", „wesentliche Umgestaltung" und „einfache Ablehnung" des Verfassungs-Entwurfes hervor. Alle drei Richtungen waren gestern durch angesehene Wortführer vertreten. Im Namen der Ablehnungs-Gruppe, deren Mittel- und Anschlußpunkt die preußische Fortschrittspartei bildet, sprach der Obertribunalsrath Waldeck. Die Forderungen der Umgestaltungsgruppe, welche in der neuen Fraktion der „National-Liberalen" ihren eigentlichen Kern hat, entwickelte namentlich der Stadtgerichtsrath Twesten. Von Seiten der Annahme-Gruppe, zu welcher außer den Conservativen auch ein Theil der „Altliberalen" gehört, griff besonders der Geh. Regierungsrath Wagener kräftig in den Kampf ein. Die Entscheidung über das Schicksal der Verfassungsvorlage scheint zumeist in den Händen der preußischen Altliberalen und ihrer Parteigenossen aus den anderen Bundesstaaten zu liegen. Mehrere liberale Blätter sind sehr eifrig bemüht, die Fraktion der National-Liberalen als die Ausschlag gebende hinzustellen. Dabei wird indessen die Bedeutung dieser Fraktion augenscheinlich übertrieben. Vor Allem kommt in Betracht, daß dieselbe keineswegs aus durchweg gleichartigen und gleichstrebenden Elementen besteht. Die gestrigen Reden des Hrn. Twesten und des Hrn. Miquel aus Hannover, welche beide dieser engeren Vereinigung angehören, zeigen große Unterschiede in der ganzen Auffassung. Ersterer will mehr eine maßgebende parlamentarische Vollberechtigung des Reichstags für alle Gesetzgebungs- und Organisations-Angelegenheiten des Bundes. Letzterer verlangt zunächst nur das Budgetrecht und befürwortet im Uebrigen die möglichste Machtvollkommenheit des Bundespräsidiums. Der schließlichen Entscheidung über die Verfassungsfrage wird hier nach den gestrigen Debatten mit doppelter Spannung entgegengesehen.

Wien, 9. März. In Serbien steigt die Aufregung, da die Pforte die Bedingungen nicht modificiren will, unter welchen sie die türkischen Besatzungen auf serbischem Gebiete entfernen zu wollen erklärt hat. Die Diplomatie bemüht sich jetzt, die Pforte zu veranlassen, in diesem Punkte nachzugeben; gleichzeitig hat das diesseitige Cabinet in Belgrad wissen lassen, daß es nicht auf der Seite Serbiens stehen würde, wenn dieses, ohne den Erfolg der diplomatischen Bemühungen abzuwarten, über seine Gebietsgrenzen greifen würde. — Der Reichsrath soll nun doch noch vor Ostern einberufen werden. Die Ungarn drängen unablässig zu sehr ausgiebigen Reformen, und man denkt mit einem Füllhorn von liberalen Vorschlägen vor den Reichsrath zu treten, da der unabänderliche Entschluß besteht, die in Ungarn gesicherten Volksrechte auch hier zu gewähren. In Böhmen hofft man einen solchen Landtagsbeschluß zu erwirken, der keine Superioritätsansprüche erhebt und in Mähren ist man dessen gewiß. — Den Gewinn, welchen das die Subskription auf die Domänenpfandbriefe in Vollzug setzende Consortium daraus zieht, berechnet man auf 2,250,000 fl. in Silber, und zwar 1,200,000 fl. als Provision und 1,050,0000 fl. an Operationsgewinn. Auffallend ist es, daß die Kundmachung über die Pfandbrief-Emission nichts darüber sagt, in welchen Quoten die Rückzahlung der Pfandbriefe erfolgt, was für die Pfandbriefbesitzer und für den Cours des Pfandbriefes keineswegs gleichgiltig ist. Auch wäre es nicht überflüssig gewesen, in der Kundmachung anzugeben, ob die Verloosungen dieser Pfandbriefe in Wien oder, wie dies bei dem letzten Silber-Anlehen der Fall war, in Paris erfolgen. (Schl. Z.)

Wien, 10. März. Die heutige „Debatte" schreibt: „Dem Telegramme aus Petersburg, welches gemeldet hat, der russische Gesandte in Konstantinopel habe im Vereine mit den Vertretern aller anderen Mächte von der Pforte die Ausführung des Hat-Humayum verlangt, wird von Seiten der hiesigen Diplomatie alle Authenticität bestritten. Man bezeichnet in diesen sicherlich competenten Kreisen jene Meldung als im entschiedenen Widerspruch stehend mit der wirklichen Sachlage. Die Meldung, fügt man hinzu, müsse auf einem Mißverständniß beruhen."

Paris, 8. März. Das neue Militärgesetz hat im Allgemeinen demjenigen entsprechen, was schon vorher bekannt war. Zu bemerken ist besonders, daß der Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht nur für den Dienst in der mobilen Nationalgarde angenommen ist, die alle Jahre höchstens vierzehn Tage lang eingezogen wird, und auch für diese wird jene Verbindlichkeit theilweise illusorisch gemacht, indem alle diejenigen, die nachweisen können, daß sie mit den Waffenübungen vertraut sind, von der Anwesenheit bei den jährlichen Uebungen befreit werden können. Die Feststellung der auszuhebenden Truppenzahl bleibt gänzlich dem jährlichen Budgetgesetze, also dem

Uebereinkommen mit dem gesetzgebenden Körper anheimgegeben. Wahrscheinlich wird man ein höheres Jahres-Contingent verlangen als bisher, vielleicht 160,000 Mann. Großes, nicht sehr angenehmes Aufsehen erregten selbst unter den Reihen der Mehrheit die Bestimmungen, daß alle Offiziere und Unteroffiziere der mobilen Nationalgarde beständig, und alle Nichtchargirten dieser Körperschaft, also sämmtliche junge Franzosen, während der Dauer der jährlichen Uebungen den Militärgesetzen unterständen. — Gestern wurde die Debatte über das Unterrichtsgesetz fortgesetzt. Havin sprach wieder über sein Leibthema, den unentgeltlichen Unterricht, wogegen die Regierung im Prinzip auch nichts einzuwenden hat. Gueroult scheute sich nicht, den Franzosen recht derbe Wahrheiten zu sagen, wie z. B. daß sie mit Ausnahme der Russen, Türken und Spanier das ungebildetste Volk Europa's seien. Der erste Artikel des Gesetzes, wonach jede Gemeinde mit mehr als 500 Einwohnern verpflichtet ist, eine Mädchenschule zu unterhalten, wurde gestern angenommen. — Die von Thiers eingebrachte Interpellation ist von Hallez-Claparède, Ancel, Lambrecht und d'Audelarre mitunterzeichnet. Mehrere Mitglieder der Linken hatten ebenfalls die Absicht gehabt, eine ähnliche Interpellation einzubringen; sie standen aber nach der des Herrn Thiers davon ab. — Das Gesetz, welches Lamartine eine Nationalbelohnung von 400,000 Fr. zuspricht, ist heute dem gesetzgebenden Körper eingereicht, aber von den Abgeordneten aller Parteien nicht besonders günstig aufgenommen worden. Die Größe Lamartine's hat Frankreich schon viel gekostet und so fängt man an, der ewigen Geldschneidereien, die der phantasiereiche Dichter auf die verschiedenste und abwechselndste Weise in Scene setzt, sehr müde zu werden. Das zeigt sich u. a. in einem Artikel des Figaro, in welchem Rochefort den berühmten Poeten, den weiland republikanischen Staatsmann einen „Emigrirten der persönlichen Würde" nennt. — Gestern Abend hat die Versammlung der Arbeiter der Buchdruckereien stattgefunden, sie war von ungefähr 1500 Personen besucht. Trotz der großen Anzahl ging Alles ordentlich und ruhig her. Mehrere Redner ließen sich hören und endlich faßte die Versammlung fast einstimmig Beschlüsse, welche die Aufhebung des Buchdruckerbrevets und der speziellen Gesetze über die Verantwortlichkeit der Buchdrucker fordern. (Schw.M.)

Aus dem Haag, 9. März. Die Kammer hat am Montag das Budget des Justizministeriums angenommen mit 44 gegen 21 Stimmen. Bei dieser Gelegenheit kam auch die gegenwärtig vielfach discutirte Frage der Abschaffung der Todesstrafe zur Sprache und erklärte sich der Justizminister, Hr. Norret, für die vorläufige Beibehaltung derselben. Am Dinstag wurde, obwohl mit schwacher Majorität (36 gegen 30), auch der Etat für das mit diesem Ministerium verbundene Departement des katholischen Kultus angenommen und Tags darauf der für den evangelischen, dieser mit 44 Stimmen von 67. Hierauf kam das Budget des Hrn. Heemskerk, Ministers des Innern, zur Sprache, wobei es an mehrfachen Diskussionen nicht fehlte und auch weiter nicht fehlen wird. Bei der zunächst erfolgten Behandlung der Ausgaben für das Medizinalwesen erlitt die Regierung eine kleine Niederlage, insofern die von ihr zum Behufe der Stadt Amsterdam für die dort beabsichtigte Erweiterung der medizinischen Fakultät nachgesuchte Subsidie von 9000 Gulden mit 35 gegen 32 Stimmen abgelehnt wurde. Die Diskussion über die Rinderpest und die dagegen seitens des Gouvernements genommenen Maßregeln wurden vertagt, da der Minister erklärte, daß der für den Augenblick nachgesuchte Kredit von 1,000,000 Gulden nur der Vorläufer eines anderen später zu erwirkenden von noch circa 2,000,000 sei, und daß man übrigens bald einem königlichen Erlasse weiterer Maßregeln gegen die grassirende Seuche entgegensehen könne. Noch theilte Hr. Heemskerk mit, daß diese im Abnehmen begriffen sei und in der vorigen Woche sein 355 Rinder weniger erkrankt, als in der vorletzten. (N. Z.)

London, 11. März. Trotzdem die „Times" es dementirt, ist der Gesundheitszustand der Kronprinzessin bedenklich; angeblich sind ihre Eltern telegraphisch hieher gerufen worden.

Von der polnischen Grenze, 10. März. Die St. Petersburger Zeitungen haben es sich zur Aufgabe gemacht, alle von auswärtigen Blättern gebrachten Nachrichten über Annectirungsgelüste der russischen Regierung, sowohl in Bezug auf Ostgalizien als auf die Balkan-Halbinsel, auf das bestimmteste zu dementiren und den vollständigen Auseinanderfall Rußlands mit der Eroberung von Konstantinopel in konsequente Verbindung zu bringen; ja sie gehen sogar so weit, die Kriegsrüstungen im Königreiche Polen sowie in den südwestlichen Gouvernements von Rußland vollständig in Abrede zu stellen. Nichtsdestoweniger können sie nicht leugnen, daß in diesen Landestheilen in der jüngsten Zeit große Massen von Geschützen angehäuft sind, die Cavallerie bedeutend verstärkt worden ist und die gesammte Masse der beurlaubten Infanterie sich vom 1. April a. St. an auf Wiedereinberufung gefaßt zu halten hat. Daß es auf eine Russificirung Congreß-Polens abgesehen sei, wird freilich nicht dementirt, denn darüber sind alle Russen nachgerade einig, daß aus den Polen, so lange sie noch eine politische Sonderstellung einnehmen, niemals gute russische Unterthanen werden, und daher mit den Deutschen in den Ostsee-Provinzen nicht auf gleiche Linie gestellt werden können. Daß man in St. Petersburg an eine Annectirung Galiziens zur Zeit nicht denkt, ist unzweifelhaft wahr, denn man rechnet darauf, daß über kurz oder lang Oesterreich auseinanderfällt und Galizien dann ohne Kampf ein Erbtheil Rußlands wird; vorderhand genügt es, die Sympathien der Ruthenen lebendig zu erhalten. Ueber die Absichten Rußlands in Beziehung auf die Balkan-Halbinsel und über die Dementirungen der „St. Petersburger Zeitung" ist dagegen eine Aufklärung nöthig, da ohne eine solche man nicht zum richtigen Verständniß gelangen kann. Zunächst muß bemerkt werden, daß, wenn von den politischen Ansichten der Russen die Rede ist, nur die höheren Stände in Frage kommen, da von den Mittelständen wenig, von den niedern gar keine Notiz genommen wird. Die Russen höhern Standes aber zerfallen in zwei große politische Parteien: in die St. Petersburger (die europäische) und in die Moskauer (die altrussische.) Beide sind nur darin einig, daß sie Rußland aus seiner abgeschlossenen Lage erlösen und ihm ein großes Wasserthor für den Weltverkehr eröffnen wollen, die St. Petersburger durch den Sund, die Moskauer durch den Bosporus und die Dardanellen. Die St. Petersburger wollen ein europäisches Rußland und ein vollständiges Eintreten in das europäische Concert durch Aneignung westeuropäischer Bildung und Lebensformen. Sie sind daher gegen die Bekämpfung des Halbmondes, weil sie voraussehen, daß durch die Eroberung Stambuls der Schwerpunkt Rußlands von St. Petersburg nach Moskau verlegt und Rußland wieder zu einer rein orientalischen Macht degradirt werden würde. Zu dieser Partei gehören die zahlreichen Ausländer, namentlich alle Deutschen, die meisten höher gebildeten Russen in St. Petersburg und dem Westen des Landes, aber nur ein Theil des kaiserlichen Hofs. Das Ziel der Moskauer dagegen ist die Herabdrückung St. Petersburgs, die Isolirung des Landes durch möglichste Trennung vom Westen, die Herstellung der orientalischen Adelsherrschaft und der Sklaverei der Massen; sie sind Feinde der Toleranz, fordern das ausschließliche orthodoxe Bekenntniß und als Hauptziel alles Strebens die Wiederaufrichtung des Doppelkreuzes auf der Hagia Sophia. So stehen in ihren politischen Tendenzen beide Parteien einander diametral entgegen. Die Regierung sieht sich genöthigt, so weit es geht, die Mitte zu halten, und darum sind alle ihre jetzigen Maßnahmen nur als Vorsichtsmaßregeln anzusehen. (A. Z.)

New-York, 23. Febr. Der Congreß hat sich noch in letzter Stunde über die Reconstructionsfrage geeinigt; jedoch voraussichtlich zu spät, um seinen Beschluß zum Gesetze zu erheben. Es war hohe Zeit, denn schon hatten die Gesetzgeber der Nation den Verdacht auf sich geladen, als wollten sie überhaupt den Süden vor der nächsten Präsidentenwahl nicht wieder zulassen, als wollten sie sich mit der Herstellung des Rechtszustandes daselbst gar nicht ernst befassen. Die vom Senate mit 35 gegen 7 und vom Hause mit 125 gegen 46 Stimmen angenommene Reconstructionsbill ist ein großer Fortschritt über das im vorigen Jahre passirte constitutionelle Amendement hinaus; sie stellt als unbedingte Forderung für die Wiederzulassung des Südens die Bewilligung des Neger-Stimmrechtes auf. Im Uebrigen verwirft sie die Reconstructions-Versuche des Präsidenten als eigenmächtige und unbefugte Eingriffe in die Rechte des Congresses, gesteht den südlichen Staatsverfassungen nur provisorische Gültigkeit zu, setzt die Militärgewalt als maßgebende Behörden ein, legt die Grundzüge für die Reorganisation nieder und besteht auf Ratifikation des bis jetzt vom Süden verworfenen constitutionellen Amendements als unerläßliche Bedingung für die Wiederzulassung. Uebrigens ist die Bill als Ausgangs- und Endpunkt einer tief in das Leben der Nation eingreifenden Krise wichtig genug, um hier vollständig und wörtlich eine Stelle zu finden. Sie lautet: „In Anbetracht, daß jetzt weder gesetzliche Staatsregierungen, noch Schutz für Leben und Eigenthum in den Rebellenstaaten Virginien, Nord- und Südcarolina, Georgia, Alabama, Mississippi, Louisiana, Florida, Texas und Arkansas bestehen; daß es aber nothwendig ist, Ruhe und Ordnung dort aufrecht zu erhalten, bis loyale und republikanische Staatsregierungen in gesetzmäßiger Weise eingerichtet werden können, sei hiedurch verordnet: 1) Genannte Staaten werden in militärische Distrikte eingetheilt und der militärischen Gewalt des Bundes untergeordnet, und zwar bildet Virginien den ersten Distrikt, Nord- und Südcarolina den zweiten, Georgia, Alabama und Florida den dritten, Mississippi und Arkansas den vierten, Louisiana und Texas den fünften; 2) es ist die Pflicht des Präsidenten, für jeden der genannten Distrikte zum Befehlshaber einen Bundesoffizier zu ernennen, der nicht weniger als Brigadegeneral sein darf, und ihm eine zur Erfüllung seiner Pflichten, sowie zur Aufrechterhaltung seiner Autorität genügende Truppenmacht zur Verfügung zu stellen; 3) es ist die Pflicht eines solchen

Militärbefehlshabers, das Leben und Eigenthum aller Personen zu beschützen, Aufruhr, Unruhen und Gewaltthätigkeiten zu unterdrücken und die Friedensstörer oder Verbrecher zu bestrafen. Zu diesem Zwecke kann er den bürgerlichen Gerichten in seinem Bezirk Competenz zum strafrechtlichen Einschreiten gegen Verbrecher einräumen, oder aber, wenn es ihm nothwendig erscheint, Militärgerichte zur Untersuchung und Bestrafung von Verbrechen und Vergehen organisiren; alle Einmischung in den Gang der Militärgerichtsbarkeit aber, die unter dem Vorwande der Ausübung der Staatsautorität beansprucht werden mag, ist null und nichtig. 4) Alle unter Militärarrest befindlichen Personen sollen ohne unnöthigen Verzug prozessirt werden und keine grausamen und ungewöhnlichen Strafen (Prügel) erleiden; ein die Freiheit oder das Leben des Angeklagten afficirendes kriegsgerichtliches Erkenntniß darf aber nicht eher vollstreckt werden, als bis es vom Distrikts-Commandeur bestätigt ist. Die gesetzlichen Bestimmungen für die Armee sollen durch diesen Akt nur in so weit geändert werden, als sie von seinen Vorschriften abweichen; Todesurtheile bedürfen aber zu ihrer Vollstreckung der vorherigen Bestätigung des Präsidenten. 5) Wenn das Volk eines der genannten Rebellenstaaten eine mit der Verfassung der Ver. Staaten in jeder Beziehung übereinstimmende Staatsconstitution und Regierung angenommen haben würde, und zwar durch einen Congreß, der von allen männlichen, wenigstens 21 Jahre alten Bürgern, ohne jeden Unterschied der Race, Farbe oder irgend welcher früheren Bedingung gewählt ist (ausgenommen solche, welchen wegen Betheiligung an der Rebellion oder wegen einem Verbrechen das Wahlrecht abgesprochen ist), und wenn diese Verfassung allen, wie vorstehend, qualifizirten Bürgern das Wahlrecht gibt, und wenn sie von der Majorität der Personen angenommen ist, welche zur Wahl von Delegaten berechtigt sind, und wenn sie vom Congreß geprüft und gebilligt ist, und wenn die auf Grund dieser Verfassung gewählte Staatsgesetzgebung das als Artikel 14 der Constitution vom Neununddreißiger Congresse vorgeschlagene Amendement genehmigt hat, und wenn dieses Amendement zu einem integrirenden Theile der Bundesverfassung geworden ist: dann soll der betreffende Staat zur Vertretung im Congresse berechtigt sein, seinen Senatoren und Repräsentanten, sobald sie den gesetzlich vorgeschriebenen Eid geleistet haben, der Zutritt in den Congreß offen stehen und das vorliegende Gesetz für den betreffenden Staat außer Kraft treten. Es wird aber hier noch ausdrücklich bestimmt, daß diejenigen, welchen das vorgeschlagene Amendement zur Bundesverfassung die Wählbarkeit zu öffentlichen Aemtern abspricht, sich als Wähler bei der Wahl von Mitgliedern der Convente nicht betheiligen dürfen, welche die neuen Staatsverfassungen zu entwerfen haben, und daß sie auch nicht als Mitglieder dieser Convente wählbar sind. 6) Bis das Volk der genannten Rebellenstaaten gesetzlich zur Repräsentation im Congresse der Vereinigten Staaten zugelassen ist, sind alle dort etwa bestehenden Civilregierungen nur als provisorische zu betrachten und in allen Beziehungen der Oberhoheit des Bundes unterworfen, der sie zu jeder Zeit abschaffen, verändern, beaufsichtigen oder beseitigen kann. Auch haben bei allen unter diesen provisorischen Regierungen stattfindenden Wahlen nur diejenigen Personen Wahlrecht, welchen es Artikel 5 zuspricht; Niemand aber ist unter diesen provisorischen Regierungen zu einem Amte wählbar, dem nach § 3 des constitutionellen Amendements die Qualifikation für ein öffentliches Amt ermangelt."

(Köln. Ztg.)

Neueres.

Pesth, 12. März. Die Magnatentafel hat den Beschluß des Unterhauses wegen der Presse ohne Debatte, den Beschluß betreffs der Ermächtigungen des Ministeriums nach kurzer Debatte angenommen, in welcher Baron Ladislaus Wenckheim und Graf Anton Szecsen gegen die Annahme sprachen.

Pesth, 12. März. Der Kaiser hielt heute unter dem unbegrenzten Jubel der Bevölkerung seinen Einzug durch die festlich geschmückten Straßen.

Paris, 12. März. Der gesetzgebende Körper hat den Gesetzentwurf, betreffend den Elementar-Unterricht, einstimmig angenommen.

Madrid, 11. März. Durch heute publizirtes Dekret wird Infant Heinrich aller Würden, Grade und Orden entsetzt.

Bucharest, 12. März. Das, wie gestern gemeldet, von Golesco gebildete Ministerium ist vom Fürsten abermals nicht angenommen worden.

New-York, 11. März. Präsident Johnson trifft Maßregeln, um das Rekonstruktionsgesetz auszuführen. Der Gouverneur von Louisiana proklamirte in seinem Staate die Einführung dieses Gesetzes. Die Dampfer America, Hecla und City of Boston sind angekommen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	67 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$61\frac{1}{2}$—$\frac{3}{8}$ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$53\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$40\frac{1}{8}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{7}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$96\frac{3}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	97⁸ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$93\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$93\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$96\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	86 P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$97\frac{1}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$87\frac{1}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$94\frac{1}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	97 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$92\frac{3}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$86\frac{1}{4}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$83\frac{3}{8}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$78\frac{7}{8}$ P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	$77\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$133\frac{1}{4}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bank-Aktien	671—70 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$170\frac{1}{2}$—70 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$92\frac{3}{8}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	206 P. 205 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$97\frac{1}{2}$ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	339 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$112\frac{1}{2}$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	110 P. 109 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$156\frac{3}{4}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$91\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	112 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49\frac{3}{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73\frac{1}{4}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$246\frac{1}{2}$ P.
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	$46\frac{3}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$117\frac{1}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$59\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$68\frac{7}{8}$—$68\frac{1}{8}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	117 P.
„ do. v. 1864	72 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{5}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	$53\frac{1}{4}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$142\frac{3}{8}$ G.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$34\frac{1}{4}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	$68\frac{1}{4}$ P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$28\frac{1}{4}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	33 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{3}{8}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{4}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97\frac{1}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{2}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{3}{4}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$92\frac{1}{4}$ P. 92 G.
do. in Sst. W. l. S.	$92\frac{1}{4}$ P. 92 G.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 13. März. Die schon lange schwankende Stimmung für österreichische Effekten ist heute in vollständige und ausgesprochene Flauheit umgeschlagen. Es herrschte eine unbehagliche Temperatur, zunächst in Uebereinstimmung mit dem Wiener Coursbarometer, dann aber auch veranlaßt durch ein nicht mehr wegzuleugnendes Gefühl der Unsicherheit, welches überall ungelöste und Verwicklung drohende Fragen vorempfindet. Sämmtliche österreichische Werthe gingen wesentlich zurück, am stärksten neue englische Metalliques, die $1\frac{1}{2}$ pCt. verloren. Loose büßten 1 pCt., Credit fl. 2, Steuerfreie $\frac{3}{4}$ pCt. ein. Amerikaner waren etwas höher auf 1 Point niedrigere Goldnotirung. Das Geschäft darin jedoch erreichte keine Bedeutung. Süddeutsche ebenfalls still. Schluß der Börse etwas fester. Nach Schluß der gestrigen Börse ward die Herabsetzung des Bankdiscontos auf 3pCt. bekannt. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
und Staatsbibliothek
Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 74. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 15. März 1867.

• **Würzburg**, 14. März. Wir finden uns veranlaßt, auf besondern Wunsch hin und in Berücksichtigung des allgemeinen Interesses, welches unter den bei der Berathung des Gesetzentwurfes: „Die Ausgleichung und Vergütung der im Kriege des Jahres 1866 erwachsenen Kriegslasten betr.", stattgehabten Kammerverhandlungen namentlich der Vortrag des Herrn Regierungspräsidenten Freiherrn von Zu-Rhein in Anspruch genommen, nachträglich dessen in der Kammer der Reichsräthe (am 16. Febr.) bei der Discussion über Art. 8 des Gesetzentwurfs gehaltene Rede unseren Lesern mitzutheilen. Dieselbe lautet nach dem Protokoll der XIII. Sitzung, wie folgt:

„Ich war im Ausschusse der hohen Kammer der Reichsräthe die einzige Stimme, welche sich nicht dem daselbst gestellten Vermittlungsantrage anzuschließen vermochte. Ich fühle mich deßhalb verpflichtet, dem Hohen Hause die Gründe darzulegen, die mich bewegen haben, dem Beschlusse der Kammer der Abgeordneten beizutreten. Ich habe zunächst zu bemerken, daß, wenn man ausschließlich im gegebenen Falle den finanzwirthschaftlichen Standpunkt als den allein maßgebenden zu bezeichnen hätte, ich nicht umhin könnte, mich vollkommen mit jenen Anschauungen einverstanden zu erklären, von denen die k. Staatsregierung in dem vorliegenden Gesetzentwurfe ausgegangen ist. Ich bin weit entfernt, die Gründe zu bekämpfen oder abschwächen zu wollen, die für Erhebung einer Steuer zum Zwecke der Ausgleichung der Kriegsschäden geltend gemacht worden sind.

Allein das Hohe Haus wird es mir wahrlich nicht verdenken, wenn ich als Vorstand desjenigen Kreises, welcher im jüngst verflossenen Sommer am schwersten von den Drangsalen des Krieges heimgesucht wurde, diesen rationellen Erwägungen auch jene Momente entgegenzustellen mir erlaube, welche es mir zur Pflicht machen, mit Beiseitelassung des theoretischen Standpunktes mich für den der praktischen Nothwendigkeit zu entscheiden. Gestatten Sie mir, meine hohen Herren, Sie nur für kurze Augenblicke auf den Schauplatz des jüngsten Krieges in Franken hingeleiten zu dürfen. Ich hätte Ihnen da zunächst die fruchtbaren Gefilde des unterfränkischen Landes zu zeigen, welche zum großen Theile, in Folge dieses unseligen Krieges, innerhalb weniger Wochen gänzlich vernichtet und ihrer, reichen Segen in Aussicht stellenden Bodenerzeugnisse beraubt waren. Ich würde Ihnen zeigen können, wie der Wohlstand zahlreicher Familien, ja ganzer Gemeinden völlig zu Boden geschlagen war, und für Viele der nackte Bettelstab die einzige letzte Habe blieb.

Sie würden die traurige Wahrnehmung machen, wie gierig der Krieg Alles verschlungen, so daß in vielen Gemeinden die längste Zeit über es sich um die Lebsucht für die nächsten Tage handelte. Es war in vielen Gemeinden Tage lang oft kein Stück Brod mehr aufzufinden. Wem mußte da das Herz nicht bluten, als wir aus einer der Kreishauptstadt benachbarten Gemeinde eines Tages in Erfahrung brachten, wie eine arme Wöchnerin ihr Kind im ganzen Dorfe herumgetragen habe, um, weil ihre Brust nicht mehr dem verschmachtenden Säuglinge die natürliche Nahrung zu bieten vermochte, ein Stückchen Brod für ihr hinschmachtendes Kind zu erbetteln. Es war dieses kleine Stückchen Brod nicht mehr zu finden. Diese Gemeinde, meine hohen Herren, damit Sie nicht glauben, ich wollte Ihnen blos ein Phantasiegebilde vorführen, war die Nachbargemeinde Höchberg. Solche Scenen, wie ich deren eine Ihnen zu schildern mir erlaubte, sind in hundert und hundert Fällen vorgekommen; verzweifelnd rangen die sonst wohlhabenden Leute ihre Hände, sie wußten nicht mehr, wovon sie für den kommenden Tag ihre Nahrung schöpfen sollten. Ihre Vorräthe durch feindliche, wie Freundestruppen aufgezehrt, ihr Vieh theils geschlachtet, theils fortgeschleppt, ihre Baarbestände durch nicht enden wollende Requisitionen erschöpft, ihre Felder und Gärten zertreten, ohne Aussicht auf eine Ernte, — wie war da die Lage der beklagenswerthen Bevölkerung!

So war der Zustand Unterfrankens, wenigstens der vom Kriege heimgesuchten Theile dieser schönen Provinz, als endlich der Friedensschluß erfolgte, und die große dringende Frage war jetzt die: wie soll der furchtbaren Noth des Augenblickes abgeholfen, wie sollen die blutenden Wunden geheilet werden? Da, meine hohen Herren, zeigte sich in glänzendstem Lichte die christliche Mildthätigkeit nicht nur allein unserer bayerischen Brüder aller Kreise, sondern des gesammten Deutschlands und aller Herzen diesseits und jenseits des Meeres, die für menschliches Elend das warme Mitgefühl sich bewahrt.

Durch diese so reichlich gespendeten Liebesgaben, wie nicht minder durch die Unterstützungen, die uns die kgl. Staatsregierung für den ersten Augenblick zu gewähren im Stande war, nur allein war es möglich, den dringenden Mangel des Tages zu beseitigen und einen großen Theil der Bevölkerung vor dem drohenden Hungertode zu retten. Momentane Noth, welche die Lebsucht im Augenblick gefährden könnte, besteht nun allerdings gegenwärtig in Unterfranken im Allgemeinen nicht mehr; allein der Wohlstand, insbesondere des ländlichen Mittelstandes, ist tief erschüttert, und hier ist baldige Hilfe dringendes Bedürfniß.

Vergegenwärtigen Sie sich, meine hohen Herren, wie nach einem solchen verheerenden Kriege, wie der vergangene, der, wenn auch nur verhältnißmäßig kurze Zeit währte, doch mit aller Verheerung seine Geißel schwang, die Lage der Landwirthe in Unterfranken sein mag, welche die Frucht ihres Fleißes nicht nur allein für das laufende Jahr vernichtet sahen, sondern auch, weil ihnen durch den Krieg die Betriebscapitalien entnommen wurden, im weiteren Betriebe ihrer Landwirthschaft für längere Zeit hinaus sich geschädigt sehen. Daß da, meine hohen Herren, die Bevölkerung nach Hilfe ängstlich sich umschaut und dem Augenblicke mit Spannung entgegensieht, wo das Gesetz erlassen sein werden, welches die Schäden ersetzen und ausgleichen soll, hieran Sie besonders zu erinnern, dürfte wohl nicht nothwendig sein. Gestatten Sie mir nur noch, mit wenigen Worten auf die weiteren Folgen dieser traurigen Vergangenheit Sie aufmerksam zu machen.

Daß es an Credit gänzlich gebricht, dies ist eine Erfahrung, welche in gegenwärtigem Augenblick nicht nur in diesen beschädigten Provinzen zu Tage tritt, sondern die sich fast überall geltend macht und die Thätigkeit und Intelligenz aller hiezu Berufenen auffordert, ernstlich daran zu denken, solchen Calamitäten für die Zukunft die nothwendigen Schranken zu setzen.

Gelebt mußte werden, das Tagesbedürfniß mußte seine Deckung finden, für den nöthigsten Fortbetrieb der Landwirthschaft mußte man den bestmöglichsten Bedacht nehmen. Bedenken Sie, meine hohen Herren, zu welchen Mitteln man also greifen mußte. War es möglich, ein Capital zu erlangen, so konnte es nur mit außergewöhnlichen Zinsen gewonnen werden. Dieser unverhältnißmäßige Mehraufwand an Zinsen war an sich schon eine tiefeingreifende Schädigung des landwirthschaftlichen Wohlstandes. Allein nicht immer waren Capitalien, selbst unter diesen drückenden Bedingungen zu erlangen, und so kam es denn, daß auch hier wieder, wie dies bei allen Volkscalamitäten der Fall ist, der gefühl- und gewissenlose Wucher in den Vordergrund sich zu drängen wußte. Um verhältnißmäßig geringe Baarzahlungen wurden nicht selten den Beschädigten ihre Ansprüche, die durch das vorliegende Gesetz ausgeglichen werden sollten, abgeschachert und so kömmt es denn, daß einem nicht geringen Theile der Anspruchsberechtigten im Falle des Zustandekommens des Gesetzes nicht das zu Theil wird, worauf er rechnen konnte und was ihm geworden wäre, wenn die Noth es ihm nicht unmöglich gemacht hätte, das Erscheinen des so lange ersehnten Gesetzes abwarten zu können. Daß diese Verhältnisse die große Allgemeinheit bilden, erlaube ich mir nicht zu behaupten. Allgemein ist jedoch der große Nothstand, den der unselige Krieg hervorgerufen, und insbesondere die traurige Lage der Mittelklasse der ländlichen Bevölkerung, und es sind gewiß nicht vereinzelte Schlagschatten, die die von mir eben beschriebenen Verhältnisse auf die Zustände Unterfrankens werfen, die ich Ihnen, meine hohen Herren, vorzuführen mir erlaubte.

Wollen wir nun Angesichts solcher Zustände nur allein das finanzwirthschaftliche Dogma zu Rathe ziehen, wollen wir eine schwer geschädigte, in ihren wichtigsten Interessen bedrohte Provinz in dem

Augenblicke, wo sie, Hilfe suchend, erwartungsvoll auf den Thron und die Kammern blickt, mit einer Steuer beladen, und neue Lasten zu den tiefen Schäden der jüngsten Vergangenheit fügen, dann, meine hohen Herren, werden wir allerdings uns sagen können, daß wir vom rationellen Standpunkte aus recht gehandelt haben; allein ob wir dann auch den Bedürfnissen des Lebens, den wirklich hart einschneidenden Anforderungen der Gegenwart Rechnung getragen, muß ich der Beurtheilung dieses hohen Hauses anheimstellen.

Wollen Sie ferner in Erwägung ziehen, meine hohen Herren, in welch großartiger Weise die Privatwohlthätigkeit uns zu Hilfe gekommen ist, in welchen ungewöhnlichen Dimensionen, wie kaum früher sie zu Tage getreten, wie Reiche und Arme im edelsten Wettstreite ihre Kräfte aufboten, unsere Noth zu lindern, dann dürften wir wohl die Frage an uns stellen, ob im Angesichte solcher Opfer und Leistungen wir es noch für gerecht und billig halten können, diesen großmüthigen Gebern noch eine weitere Last durch Heranziehung zu einer Kriegssteuer aufzuerlegen. Ich wenigstens, meine hohen Herren, muß Ihnen offen gestehen, daß ich es von meinem Standpunkte aus mit dem Gefühle der Billigkeit und Dankbarkeit, das in jedes Unterfranken Brust mächtig aufschlagen muß, nicht zu vereinigen vermöchte.

Dieses, meine hohen Herren, waren die Gründe, die mich bestimmten, von dem Standpunkte abzuweichen, den die kgl. Staatsregierung in ihrem Gesetzentwurfe eingenommen hat und ich glaubte um so leichter diesen Standpunkt verlassen zu können, als von Seite der Kammer der Abgeordneten die Deckungsmittel bezeichnet wurden, welche es ermöglichen dürften, den von Unterfranken und den angrenzenden Landestheilen erlittenen Schaden zu decken.

Ich gestehe Ihnen offenherzig, meine hohen Herren, daß ich nur mit einem gewissen innern Widerstreben dazu stimme, daß der Reservegetreide-Magazinsfond als Deckungsmittel vorgeschlagen werden soll, denn, wenn allerdings auch in der Kammer der Abgeordneten schon seit einer Reihe von Jahren gegen den Fortbestand dieses Fonds angekämpft wurde, so kann ich Sie doch versichern, meine hohen Herren, daß mehr denn einmal einzelne Landestheile Gelegenheit hatten, die wohlthätigen Folgen dieses Fonds dankbar zu erkennen. Man verweist uns für künftige Fälle auf den Reichsreservefond, und sagt, wir brauchten keinen solchen Nebenfond, um im Augenblicke des Bedarfs der Noth steuern zu können. Man könne die Kammern berufen und denselben einen Gesetzentwurf vorlegen.

Ich will gar nicht in Abrede stellen, daß auf diesem Wege die Deckung nicht auch gefunden werden könne. Allein ist diese Deckung immer auch gerade in dem Momente möglich, wo die Noth am dringendsten ist? Der Reichsreservefond, meine hohen Herren, das wissen Sie ja selbst, ist kein unerschöpflicher Brunnen, namentlich am Ende einer Finanzperiode, wo dieser Reichsreservefond schon für so verschiedenartige Zwecke ausgenützt ist. Es bieten sich Momente dar, wo der kgl. Staatsregierung, selbst wenn sie anerkennt, daß geholfen werden müsse, da und dort die Mittel nicht mehr zu Gebote stehen. Wollen wir für solche Fälle ein Gesetz erst vorlegen, so bedenken Sie, meine hohen Herren, welch große Zeit vorübergeht, bis der Landtag einberufen ist, bis der Gesetzentwurf in beiden Kammern berathen ist, bis er endlich zum Gesammtbeschlusse erwächst, die Sanktion der Krone erhält und die Publikation erfolgt.

Würde die Noth auch Geduld besitzen, meine hohen Herren, dann möchte dieser Weg allerdings einzuschlagen sein; allein es ist ein alter Satz: Noth bricht Eisen. Wenn die Noth mit eherner Hand an die Pforte pocht, dann muß aufgethan werden, und wohl der Staatsregierung, wenn ihr noch Mittel zu Gebote stehen, die Hilfe schnell gewähren zu können. Eine solche Bedeutung hat der Reserve-Getreide-Magazinsfond, und wenn auch in früherer Zeit mit Zustimmung der beiden Kammern heterogene Verwendungen aus diesem Fonde stattgefunden haben, wie z. B. jene von 300,000 fl. für Bohrversuche in Erbendorf, so dürfte doch ein solcher Vorgang kaum gegen den Fortbestand und die sorgsame Cultivirung eines solchen wohlthätigen Hilfsfondes sprechen. Der Fehler lag darin, daß dieser Fond keine gesetzlich geregelte Bestimmung hatte. Würde er die gesetzlich geregelte Bestimmung gehabt haben, nur zu Unterstützungen in Nothfällen verwendet werden zu dürfen, so würde es weder der kgl. Staatsregierung noch einer der beiden Kammern beigefallen sein, zu fern liegenden Zwecken Hand an diesen Fond legen zu wollen. Ich habe mir deßhalb vorbehalten, im Falle die Ansicht, welche ich vertrete, sich der Zustimmung dieses hohen Hauses erfreuen sollte, einen besondern Antrag einzubringen, daß die kgl. Staatsregierung angegangen werden möge, daß diejenigen Capitalien, welche jetzt zur Deckung des Nothbedarfs aus diesem Fonde genommen werden, successive wieder zu refundiren seien und dieser Fond dann gesetzlich geregelt werden möge. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, konnte ich auch mein Gewissen vollkommen beruhigen und aus Rücksicht auf die wirklich bestehenden Verhältnisse mit jenen Anschauungen mich einverstanden erklären, wie sie die Kammer der Abgeordneten zu ihrem Beschlusse erhoben hat."

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 13. März. Se. Majestät der König hat unter den für die protestantische Hauptpredigerstelle in Nördlingen präsentirten Geistlichen dem bisherigen ersten Pfarrer in Lindau, Joh. A. Ruz, die landesfürstliche Bestätigung ertheilt und demselben zugleich die mit dieser Stelle verbundene Dekanatsfunktion übertragen.

München, 13. März. Zu den am 18. ds. Mts. in Mannheim beginnenden Berathungen mehrerer süddeutschen Staaten über gemeinsame Maßregeln zur Abwehr der Rinderpest sind weiter der kgl. Obermedizinalrath und Referent im kgl. Staatsministerium des Innern Dr. v. Pfeufer und der kgl. Professor an der Centralthierarzneischule Hahn in München als Vertreter der kgl. bayerischen Staatsregierung abgeordnet worden. (Bayer. Ztg.)

München, 13. März. Se. Maj. der König wird am Freitag den 15. d. Nachmittags 1 Uhr den neuernannten Bischof von Eichstädt, Frhrn. v. Leonrod, in feierlicher Audienz empfangen, und dieser gemäß Artikel XV des Concordats in die Hände Sr. Majestät den Eid der Treue in folgenden Worten ablegen: „Ich schwöre und gelobe auf Gottes heilige Evangelien Gehorsam und Treue Seiner Majestät dem Könige. Ebenso verspreche ich keine Communikation zu pflegen, an keinem Rathschlage Theil zu nehmen, und keine verdächtige Verbindung weder im Inlande noch auswärts zu unterhalten, welche der öffentlichen Ruhe schädlich sein könnte, und wenn ich von einem Anschlage zum Nachtheil des Staates, sei es in meiner Diöcese oder sonst irgendwo, Kenntniß erhalten sollte, solches Sr. Majestät anzuzeigen."

München, 13. März. Aus Rom sind gestern Briefe vom 7. ds. hier eingetroffen, nach welchen Se. Maj. König Ludwig I. fortwährend des erwünschtesten Wohlbefindens daselbst sich erfreut. Am 4. d. war der kgl. Erzgießerei-Inspekter Hr. v. Miller von hier mit seiner Gemahlin daselbst eingetroffen, um einige Zeit dort zuzubringen. Er hatte bereits die Ehre, von Sr. Majestät dem König Ludwig in Audienz empfangen zu werden. Gleich huldvoller Aufnahme hatte sich der Bildhauer Zumbusch von Seite des Königs zu erfreuen. Zumbusch ist von seiner Reise, die er bekanntlich zum Behuf weiterer Studien für die ihm übertragene Ausführung des Nationaldenkmals des Königs Maximilian II. nach Italien gemacht hatte, vorige Woche glücklich hieher zurückgekommen. (A. Z.)

Auf die Glückwunsch-Adresse der Gemeinde-Kollegien **Straubings** ist an Herrn Bürgermeister Leeb folgendes Antwortschreiben ergangen: „Herr Bürgermeister Leeb! Die Glückwunsch-Adresse des Magistrats und der Gemeindebevollmächtigten von Straubing ist Mir in Vorlage gekommen. Es gewährt Mir große Befriedigung, aus Anlaß Meiner Verlobung so zahlreiche aufrichtige Theilnahme zu empfangen. Sagen Sie den Bewohnern Meiner treuen Stadt Straubing, daß Ich Ihre guten Gesinnungen mit freundlichem Danke erwidere. Mit königlicher Huld Ihr gnädiger König Ludwig. München, den 5. März 1867."

Erlangen, 12. März. Gestern waren es 25 Jahre seit Professor Thomasius aus seinem Pfarramt an St. Lorenz in Nürnberg an die hiesige Universität versetzt ward und da den Lehrstuhl der Dogmatik eingenommen hat, den er immer noch in ungeschwächter Geistesfrische, regem Schaffen und immer gleicher Anziehungskraft behauptet. Facultät und Senat beglückwünschten ihn. Die Stadt ertheilte ihm das Ehrenbürgerrecht. Die Studirenden brachten ihm einen prächtigen Fackelzug. Es war ein Festtag für Tausende in der Nähe und Ferne. (A. Z.)

Berlin, 9. März. Es geht ein noch der Bestätigung bedürftiges Gerücht von einem Heirathsprojekte zwischen dem Fürsten Karl von Rumänien und der Prinzessin Margarethe von Savoyen, Tochter der Herzogin von Genua und Enkelin des Königs von Sachsen. (Schw. M.)

Berlin, 10. März. König Wilhelm hat an die Wittwe des Altmeisters Dr. Peter v. Cornelius folgendes Beileidsschreiben gerichtet: „Ich habe aus Ihrer Anzeige vom 6. d. Mts. den Hintritt Ihres Gatten mit aufrichtiger Theilnahme ersehen und bitte Sie, sich in Ihrer tiefen Trauer meines herzlichen Beileids versichert zu halten. Die vaterländische Kunst, für die der Verewigte von früher Jugend bis in sein spätes Alter so rastlos und so erfolgreich gewirkt, hat durch den Heimgang des großen Meisters einen schweren Verlust erlitten; doch seine Werke sind ein dauerndes Zeugniß seines Schaffens, und stets wird ihm als einem der ersten unter den deutschen bildenden Künstlern ein ehrenvolles Gedächtniß gesichert bleiben. Sie aber mögen in Ihrem Schmerz in dem Bewußtsein Beruhigung finden, wie sehr Sie den Lebensabend des edlen Mannes durch Ihre Treue und Hingebung erhellt und verschönert haben. Wilhelm." (K. Bl.)

Berlin, 11. März. Die heutige Fortsetzung der General-Debatte bot ein erhöhtes Interesse durch das zweimalige Auftreten des Grafen **Bismarck**. Lasker und Braun (Wiesbaden) vertraten heute wesentlich denselben Standpunkt, wie am Samstage Twesten und Miquel, nur der Eine Unterschied besteht, daß die altpreußischen Mitglieder etwas ausschließlicher das betonen, was sie am Entwurfe vermissen, die neupreußischen mehr auch das, was derselbe Großes und Zukunftsvolles bietet. Braun forderte, so gut wie Twesten und Lasker, daß der Reichstag sofort ausgestattet werde mit auskömmlichen Befugnissen, damit er eine geachtete Versammlung werde, aber er warnt zugleich vor Uebertreibung vereinzelter Bedenken und meint sehr richtig, so bald wie wir die Uebergangszeit überwunden haben, werden wir die Früchte im vollen Maße genießen; aber wir dürfen nicht glauben, daß wir morgen die Früchte genießen können, wenn wir heute den Baum gepflanzt haben. Graf Bismarck selbst beglückwünschte den Redner und erklärte, als er darauf selbst das Wort nahm, er werde keinem Vorschlage, der wirklich zur Erleichterung des Zustandekommens des Werkes dient entgegentreten (Bravo!) „und wolle den Grad der Freiheit, der mit der Sicherheit des Ganzen verträglich ist". Er meinte nur, das Militär-Budget müsse während der Uebergangszeit und bis die Staaten des Norddeutschen Bundes in Fleisch und Blut mit einander verwachsen seien, unantastbar sein, vorbehaltlich solcher Abänderungen, denen der Bundesfeldherr seine Zustimmung ertheile; die Lage Europa's gestatte nicht, daß während der nächsten Jahre der Reichstag etwa das Militär-Budget zum Prüfstein seiner Macht mache. Im Uebrigen scheint er einer ausdrücklichen Sicherstellung der finanziellen und sonstigen Gesetzgebungs-Competenz des Reichstages keineswegs entgegentreten zu wollen. Zu einer zweiten Rede wurde Graf Bismarck durch die Anschuldigungen in der Rede des hannover'schen Ministers a. D. v. Münchhausen provocirt, dem er mit der entschiedensten Energie entgegentrat. Die übrigen Redner, Köster und Gottberg, sprachen ähnlich wie am Samstag Wagener, und Groote wie Michelis und Rhoden. Die altliberale Fraction ist auch heute noch nicht zu Worte gekommen. (K. Z.)

Berlin, 12. März. Die „Kreuzzeitung" schreibt: „Wie wir hören, wird die Generaldiskussion im Reichstage morgen in jedem Falle geschlossen werden und dann wird einige Tage Ruhe eintreten, um den verschiedenen Fraktionen Gelegenheit zu verschaffen, sich über ihre Haltung in der Spezialdiskussion zu verständigen." Das Auftreten des Hrn. v. Münchhausen in der gestrigen Sitzung des Reichstags gibt der „Kreuzzeitung" Anlaß zu der Erklärung, daß sie von jetzt an der hannoverischen Ritterschaft ihre Unterstützung vollständig entziehe und es als selbstverständlich betrachte, daß die Regierung bei der definitiven Organisation Hannovers keine Rücksicht auf die Ritterschaft nehme. Die Wahl Löwe-Calbe's wird von seinen Gesinnungsgenossen nun auch in Danzig als aufgegeben betrachtet, weil der dortige Kandidat Herr Bischof die meisten Aussichten haben soll. „Chef des Centralwahlkomites", unentbehrliche Größe der Fortschrittspartei und dennoch an drei Wahlorten nach einander durchgefallen — gewiß ein beklagenswerthes Loos. Hr. v. Forckenbeck hat bei der Nachwahl im Bezirk Neuhaldensleben-Wolmirstedt einen Parlamentssitz erhalten. Die „Kreuzzeitung" bringt folgende Notiz: „Um dem hervorgetretenen Mangel an Postbeamten, welche das Examen für die höheren Stellen der Postverwaltung abgelegt haben, abzuhelfen, werden aus der Klasse der Post-Kommissarien und Post-Sekretäre diejenigen, welche sich dazu geeignet erweisen, aushülfsweise zu Bureaubeamten erster Klasse, für die sonst die zweite Prüfung Bedingung ist, verwendet werden." Der „Staats-Anzeiger" veröffentlicht allgemeine Verfügungen des Justizministeriums, betreffend die Zuständigkeit und das Verfahren bei Anstellung, Beurlaubung und Entlassung rc. in den neuen mit Preußen vereinigten Landestheilen.

Berlin, 13. März. In der heutigen Reichstagssitzung sprachen Schaffrath, Dunker von Berlin und Grumbrecht gegen, Bethusy, Prosch und Vinke-Hagen in glänzender Rede für den Entwurf. Letzterer weist den Hinweis auf das Ausland zurück und fordert Vertrauen; die Partikularisten solle man reden lassen; Oesterreichs Vertragsbruch in der schleswig-holsteinischen Frage habe den Krieg herbeigeführt, der Deutschland von der Fremdherrschaft befreite. Der Redner will nicht die Herstellung des Einheitsstaates, sondern Befestigung des norddeutschen Bundes.

Wiesbaden, 12. März. (Rhein. Courier.) Wir erfahren heute aus einer Quelle, die wir als glaubwürdig sonst erprobt haben, daß die Domänenangelegenheit zwischen der Krone Preußen und dem Herzog von Nassau definitiv geregelt sein soll. Herzog Adolph erhält, wie man uns mittheilt, 250,000 fl. jährliche Rente ausbezahlt und von den Domänen so viel, daß ungefähr noch einmal dieselbe Summe ihm als Erträgniß verbleibt.

Wien, 9. März. Dem „Rhein. Kur." wird geschrieben: „Vor drei Tagen war eine geistliche Deputation, Cardinal Rauscher an der Spitze, bei dem Kaiser, um ihre Besorgnisse wegen Antastung des Concordats auszusprechen und dieser Möglichkeit, deren man Herrn v. Beust für fähig hält, vorzubeugen. Diese Deputation soll eine in ihrem Sinne zusagende Antwort erhalten haben. Der „Rh. K." will diese Nachricht aus „zuverlässiger Quelle" haben.

Wien, 11. März. Die strengen Centralisten sind noch immer unzufrieden, daß Herr v. Beust nicht auch den Tyroler Landtag aufgelöst hat; denn die für den Reichsrath gewählten Tyroler werden Mann für Mann gegen die Centralisation stimmen. Wie soll denn da die Zweidrittel-Mehrheit für die Abänderung der Reichsverfassung zu Stande kommen? Indessen die Regierung wird antworten, daß eine Auflösung des Tyroler Landtages nichts geholfen haben würde. Jeder tyrolische Landtag wird die Selbständigkeit Tyrols auf seine Fahne schreiben. Ueberdies herrscht in Tyrol der Ultramontanismus, und gegen den wagt Herr v. Beust um so weniger aufzutreten, weil er Protestant ist. — Unsere Nachbarn von jenseit der Leitha können nicht schnell genug — wir wissen nicht, ob mit oder ohne Auftrag von Seiten der dortigen höheren Behörden — die kaiserl. Adler von allen jenen Gebäuden entfernen und dieselben mit ungarischen Landeswappen ersetzen, in welchen Aemter sich befinden, die unter den Ressort der ungarischen Ministerien gehören. Diese Vorgänge rufen in cisleithanischen „leitenden Regionen", wie man authentisch versichert, selbstverständlich höchst unangenehmen Eindruck hervor. — Die Erlasse des General-Commando's in Ofen weisen sich als echt aus und erregen bei den Ungarn so großen Unmuth, daß sie sagen, wären jene Erlasse vorher bekannt gewesen, so würden die 48,000 Rekruten nicht bewilligt worden sein. — Die schon begonnenen Festungsarbeiten sollen, wie es heißt, auf drei Monate eingestellt werden. Die Wiener sind über das Projekt der Befestigung sehr ungehalten und hinter der Vorstellung der Stadtbehörden steht die ganze Bevölkerung. (K. Z.)

Paris, 12. März. In dem gesetzgebenden Körper wurde gestern die Discussion über das Schulgesetz zu Ende gebracht, nachdem es noch zu einigen lebhaften Erörterungen über einzelne Punkte gekommen war. Bei der namentlichen Abstimmung über das aus 22 Artikeln bestehende Gesetz wird dasselbe von 250 Deputirten einstimmig angenommen. Von der Opposition enthielten sich Berryer, J. Favre, E. Picard, Thiers und auch Kolb-Bernard der Abstimmung.

Madrid, 9. März. Die „Madr. Zeitung" veröffentlicht ein Dekret, wodurch ein neues Gesetz über die Preßfreiheit kraft königl. Machtvollkommenheit eingeführt wird, und einstweilen schon, bis die Cortes in der nächsten Session es genehmigen, in Kraft tritt. Die einzelnen Bestimmungen dieses Gesetzes, sowie die näheren Motive dazu, welche in einem Rundschreiben des Hrn. Gonzales Bravo entwickelt sind, stellen außer allen Zweifel, daß dies neue Gesetz allen, selbst den kühnsten Anforderungen, entspricht, welche das jetzt in Spanien herrschende System stellen zu müssen glaubt. Nach diesem Preßgesetz kann nichts ohne vorherige Anzeige bei den Behörden für die Veröffentlichung gedruckt werden; außerdem ist dafür eine Caution von viertausend Piastern in klingender Münze zu stellen. Zwei Stunden vor der Ausgabe müssen zwei Exemplare der Drucksache bei der Provinzregierung oder dem Alkalden des Ortes deponirt werden; zwei andere bei dem „Preßrichter", und zwei endlich bei dem „Preßfiscal." Vergehen gegen Religion, die Person des Souveräns und die Staatsgeheimnisse werden mit sechs Jahr Gefängniß und 1200 bis 3600 Piastern, gegen die öffentliche Ordnung mit 4 Jahren, und 1000 bis 3000 Piastern, gegen die öffentliche Moralität mit 7—36 Monaten und 500 bis 1000 Piastern, gegen fremde Herrscher mit 400 bis 800 Thalern und 1 bis 6 Monat Gefängniß bestraft. In Madrid wird ein eigener Preßrichter und Preßfiscalanwalt angestellt werden. Militärpersonen, welche ein Preßvergehen sich zu Schulden kommen lassen, werden vor ein Militärgericht verwiesen. Journale, die dreimal verurtheilt werden, werden definitiv unterdrückt.

Der fenische Aufstand ist nach allen Nachrichten aus **Irland** faktisch zu Ende. Was gelegentlich sich noch von Insurgenten in sicherer Entfernung von Truppen und Polizei sehen läßt, und in der keineswegs einladenden Witterung im Gebirge umherzieht, bietet keine Gefahr mehr. Dieses fast spurlose Verschwinden nach einem, mit Ostentation gemachten ersten Auftreten ist überhaupt ein besonders hervortretender Zug in dem Verlaufe der letzten Ruhestörungen auf der grünen Insel und scheint darauf hinzudeuten, daß die Rädelsführer zum wenigsten sich keiner Täuschung über das Gelingen dieser hoffnungslosen Unternehmungen hingeben und daß ihr Hauptziel bei der ganzen Agitation weniger eine Befreiung Irlands als Verlegenheiten für die englische Regierung sind, was, zusammengehalten mit

Person und Charakter der Anstifter, auf amerikanische Quellen hindeutet. Die neuesten Telegramme melden, daß in der Nachbarschaft von Mallow (Grafschaft Cork) einzelne Pächter bei Nacht von Insurgenten Besuch erhielten und genöthigt wurden, ihnen die vorräthigen Waffen herauszugeben. In Dublin, wo sich am Sonnabend das Gerücht von einem bevorstehenden Ausbruche verbreitete, herrschte in Folge dessen während des gestrigen Tages beträchtliche Aufregung, die sich indessen, da keinerlei Ruhestörungen vorgekommen, ebenso bald wieder gelegt hat. Stephens hält sich, nach Privatmittheilungen, gegenwärtig in Paris in einem kleinen Gasthofe, Hotel de Havre, auf, wo er von einigen amerikanischen Offizieren umgeben sein soll. Selbstverständlich erscheinen über sein Thun und Treiben und die Personen seiner Umgebung die merkwürdigsten Versionen. Während die Einen behaupten, er wohne dort nur dem Namen nach, erklären ihn Andere für wahnsinnig, ein Zustand, der nach wieder anderen Berichten nur simulirt ist, um seiner Sicherheit willen. Die genannten Begleiter, die bald als quasi Krankenwärter, bald als Stab und Adjutanten des noch immer die Fäden der Verschwörung leitenden Chefs gelten, sind nach Anderen aktive amerikanische Offiziere, die einen halbjährigen Urlaub in Paris zubringen.

Der „Monde" bringt Nachrichten aus **Mexiko**, welche bestätigen, daß Kaiser Maximilian noch immer entschlossen ist, bis zu Ende zu kämpfen. Weder Mejia, noch Miramon, noch Marquez werden ihn aufgeben. Der Letztere allein wird vielleicht auf seine eigene oder auf Ortegas Rechnung sich schlagen, falls das Kaiserreich verschwinden sollte; aber er wird es unterstützen, so lange eine Hoffnung für seine Aufrechthaltung vorhanden ist. Der Kaiser hat sich sehr verändert und bedeutend gealtert. Sein Gesicht trägt die deutlichen Spuren des öffentlichen und des Privatunglücks, welche ihn heimgesucht haben. Man sagt, daß, wenn ihm das Kriegsglück ungünstig ist, es wohl geschehen könnte, daß er bei der Vertheidigung seiner Kapitale den Tod suchen würde. Uebrigens ist die Zukunft für ihn in Europa weit davon entfernt, freundlich zu sein. Er hat auf seine eventuellen Rechte an die österreichische Krone verzichtet; er ging fort, indem er seine Hoffnungen jenseits des Meeres setzte. Seitdem ist das Trugbild gestorben: er ist nicht vom Siege, sondern von der Politik verrathen worden.

Neueres.

München, 13. März. Sicherem Vernehmen nach beabsichtigt der Minister des Innern v. Pechmann sich demnächst nach Karlsruhe zu begeben, behufs Informirung über den dortigen Verwaltungsgerichtshof.

Paris, 13. März. Der „Moniteur" schreibt: In dem Zustande des kaiserlichen Prinzen, welcher seit einigen Tagen in Folge einer Fußverletzung unwohl war, ist eine bedeutende Besserung eingetreten. Man hofft, der Prinz werde bald wieder seine gewöhnlichen Uebungen aufnehmen können. — Der Senat hat die Abänderung des Artikels 26 der Constitution angenommen.

Florenz, 13. März. Die „Italie" sagt, es berechtige nichts, dem angeblichen Projekte einer Vermählung der Prinzessin Margarethe mit dem Prinzen von Rumänien Glauben zu schenken.

London, 13. März. Die Kronprinzessin befindet sich wohler. — Der Tarif des atlantischen Kabels wird vorläufig noch nicht ermäßigt.

Konstantinopel, 12. März. Die preußische Corvette „Gazelle" ist von Smyrna eingetroffen. Sie ist sofort zur Hülfeleistung nach Metelin abgegangen, wo allgemeiner Schrecken herrscht und das Versinken der Insel befürchtet wird. Das preußische Kanonenboot „Blitz" transportirte die preußischen Schutzbefohlenen und 50 andere Inselbewohner nach Smyrna.

New-York, 25. Febr. (Durch den Dampfer „China.") General Escobedo (einer der Independentenführer) läßt alle gefangenen ausländischen Imperialisten erschießen.

New-York, 8. März. Während des Monats Februar ist die Staatsschuld um $12^{1}/_{2}$ Mill. Doll. vermindert worden; im Schatze befindet sich $1^{3}/_{4}$ Mill. Gold. Der Resolution, welche die Zahlung von Schulden der früheren konföderirten Staaten untersagt, hat der Senat seine Zustimmung gegeben. — Die Gesetzgebung von Virginien hat für den nächsten Mai eine Versammlung einberufen, um, nach dem vom Kongreß angenommenen Gesetze betreffs der militärischen Regierung des Südens eine Verfassung zu berathen. Die Negerbevölkerung beabsichtigt, eine besondere Versammlung auszuschreiben.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 21	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	67 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$60^{1}/_{8}$—60 G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$53^{1}/_{4}$—$52^{3}/_{4}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	$4^{1}/_{2}$pCt.	$38^{3}/_{4}$ $^{1}/_{4}$ G.
Preussen	$3^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101^{3}/_{8}$ P.
„	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$96^{7}/_{8}$ P.
„	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$96^{7}/_{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93^{1}/_{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$93^{1}/_{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$93^{1}/_{4}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	97 P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	86 P.
Baden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$96^{3}/_{4}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$93^{3}/_{4}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	85^{1} P. $84^{3}/_{4}$ G.
Nassau	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	97 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	—
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$86^{1}/_{2}$ P.
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$83^{3}/_{8}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2^{1}/_{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2^{1}/_{2}$	$78^{1}/_{4}$ G.
„	6pCt. ditto v. 1882	$77^{3}/_{8}$—$^{1}/_{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$133^{1}/_{2}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	668—66 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	166—64 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$92^{5}/_{8}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	206 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$97^{1}/_{2}$ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$112^{1}/_{2}$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$107^{1}/_{2}$ P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$91^{5}/_{8}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	$111^{1}/_{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49^{1}/_{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73^{1}/_{8}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$246^{1}/_{2}$ P.
3 pCt. Süd.-St. u. Lomb. E.B.	$45^{3}/_{4}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	117 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^{7}/_{8}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^{7}/_{8}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^{1}/_{8}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$104^{7}/_{8}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97[illegible] P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^{7}/_{8}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^{5}/_{8}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104^{3}/_{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$119^{3}/_{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^{3}/_{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^{7}/_{8}$ P. $^{5}/_{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	91 G.
do. in öst. W. l. S.	91 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	106 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$67^{1}/_{4}$—$66^{1}/_{8}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	115 P.
„ do. v. 1864	73 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99^{5}/_{8}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	$53^{1}/_{4}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35^{1}/_{2}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	$68^{1}/_{4}$ P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$28^{1}/_{4}$ P.
St. Lüttich mit $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.	36 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$10^{1}/_{2}$ G.

Frankfurt, 14. März. Heute ward auf der ganzen Linie energisch zum Rückmarsch geblasen. Die österreichischen Course erfuhren sämmtlich namhafte Herabsetzungen, theilweise um mehrere Prozent. Creditaktien verloren 5 fl., Loose 2 pCt., Steuerfreie 1 pCt., neue engl. Metall. 1 pCt. Als Motive dieser Baisse sind in erster Linie die schlechten Wiener Course zu erwähnen. Außerdem munkelte man sich heute das Schlagwort „orientalische Frage" einander zu, ohne jedoch damit irgend eine bestimmte oder auf neuere Thatsachen begründete Vorstellung zu verbinden. Wir sind eher geneigt, der auf Medio so überladenen Position des Marktes einen wesentlichen Antheil an dem Fallen der Effekten zuzuschreiben. Berlin benutzt ebenfalls das Schlagwort der orientalischen Frage, um sich seine Effektenüberbürdung etwas abzuschütteln. Stücke, besonders österreichische, waren zur Prolongation heute sehr angetragen. Im Uebrigen wickelte sich die Regulirung glatt ab. — Amerikaner wurden ebenfalls heute von der allgemeinen Flauheit afficirt. In Süddeutschen Sachen fast nur Briefcourse. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 75. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 16. März 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 14. März. Se. Majestät der König hat den Rücktritt des Domcapitulars A. Schmid von der Dom- und Stadtpfarrei zu U. L. Frau in München genehmigt und diese Pfarrei dem Canonicus des Metropolitancapitels München-Freising und geistl. Rathe Priester N. Weber übertragen; die erledigte prot. Pfarrstelle zu Großbockenheim, Dek. Frankenthal, dem Pfarramtscandidaten C. Frey von Nußdorf verliehen; den Ehrenmitgliedern der k. Akademie der bildenden Künste, Historienmaler Th. Horschelt und Landschaftsmaler E. Schleich, den Titel eines k. Professors kostenfrei verliehen; den Generalsekretär des Staatsministeriums der Finanzen, Dr. K. A. Bischof, zum Ministerialrathe in dem genannten Staatsministerium unter gleichzeitiger Belassung der Funktion als Generalsekretär ernannt; den Landrichter M. Fischbold in Kötzting wegen nachgewiesener Leiden und hiedurch begründeter Funktionsunfähigkeit in den nachgesuchten Ruhestand auf die Dauer von zwei Jahren versetzt; auf die hiedurch in Erledigung kommende Landrichterstelle in Kötzting den Landg.-Assessor J. Jungbauer in Vilsbiburg befördert; auf dessen Stelle den Landg.-Assessor Ant. Regele in Burglengenfeld, seinem Ansuchen um Verleihung einer anderen Assessorstelle entsprechend, versetzt und an dessen Stelle den Gerichtsschreiber M. Gleissenstein in Vilsbiburg ernannt; dem Bezirksg. Augsburg für die Dauer der Verhinderung seines auf dem Landtage abwesenden Direktors einen Assessor extra statum beigegeben und auf die Stelle desselben den Assessor des dortigen Stadtgerichts, G. Fürst, berufen; die hiedurch in Erledigung kommende Assessorsstelle am Stadtgerichte Augsburg dem funkt. Staatsanwalts-Substituten A. Straßer in Augsburg verliehen und als funkt. Substituten des Staatsanwalts am Bezirksg. Augsburg den Bezirksgerichts-Accessisten und Hilfsarbeiter dieses Staatsanwalts, H. Gwinner, aufgestellt.

Vom k. Staatsministerium der Justiz wurde der Bezirksg.-Accessist G. Mair von der Funktion des Vertreters der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Rosenheim auf Ansuchen enthoben, der Staatsanwaltschaftsvertreter am k. Landg. Schongau, Th. Wimmer, in gleicher Eigenschaft an das k. Landg. Rosenheim auf Ansuchen versetzt, und als Staatsanwaltschafts-Vertreter am k. Landg. Schongau der Accessist des k. Bezirksg. München r. d. J., Fr. Birngruber, aufgestellt.

München, 14. März. Seitens des k. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten ist nunmehr die Einführung der Pariser Orchesterstimmung auch an den öffentlichen Unterrichts- und Bildungsanstalten in Aussicht genommen, und wurden hievon unterm 27. v. Mts. sämmtliche k. Kreisregierungen, Kammer des Innern, wie die Vorstände der sämmtlichen bezeichneten Anstalten zu dem Zwecke in Kenntniß gesetzt, damit die Anschaffungen neuer Blasinstrumente und die Herstellung neuer Orgeln, wie die Abänderung von solchen möglichst bis zur Erlassung weiterer desfallsiger Verfügungen vertagt und hievon vorläufig auch die Gemeinde- und Stiftungsverwaltungen mit Rücksicht auf die ihnen obliegenden Anschaffungen für den Musikunterricht und die Kirchenmusik (übrigens mit Ausschluß jeden Zwanges) verständigt werden.

München, 12. März. Mit der im Vorjahre erfolgten Einführung der Präparandenschulen zur Vorbereitung für den Schuldienst wurde gleichzeitig die Nothwendigkeit erkannt, Denjenigen, welche sich dem Schulfache zuzuwenden gedenken, zur theilweisen Bestreitung der durch den Aufenthalt an der Präparandenschule erwachsenden Kosten Unterstützungen in Aussicht zu stellen. Die gepflogenen Erhebungen haben ergeben, daß an den 35 Präparandenschulen des Königreiches in diesem Jahre 1472 Schulamtszöglinge sich befinden, von welchen 1173, sonach nahezu 80 Proz., trotz des unentgeltlichen Unterrichts an den Anstalten einer Unterstützung unbedingt oder dringend bedürfen, wenn ihnen die Ausbildung für das Lehrfach nicht gänzlich oder nahezu unmöglich gemacht werden soll. Die für diese Unterstützungen benöthigte Gesammtsumme wurde nunmehr vom königlichen Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten aus den hiefür zu Gebote stehenden Kreis- und Zentralfonds den Kreisregierungen zur Disposition gestellt. Es wurde hiebei ein durchschnittlicher jährlicher Unterstützungsbeitrag von 50 fl. für jeden dürftigen Präparanden zu Grunde gelegt, die Vertheilung der Einzel-Unterstützungen aber den Kreisregierungen nach Maßgabe der Dürftigkeit und Würdigkeit der einzelnen Schulamtszöglinge überlassen. Um jedoch wenigstens eine annähernde Gleichförmigkeit der Größe der Unterstützungen zu erzielen, wurde als Regel bestimmt, daß — besondere Fälle ausgenommen — die Jahresunterstützung eines Präparanden nicht unter 30 fl. und nicht über 70 fl. betragen solle. Die Ausbezahlung der bewilligten Unterstützungen obliegt dem Hauptlehrer der betreffenden Präparandenschule, welcher von dem gewährten Unterhaltsbeitrage die Eltern der Bedachten oder deren Stellvertreter in Kenntniß zu setzen und im Benehmen mit dem Inspektor der Anstalt für deren geeignete und zweckentsprechende Verwendung Sorge zu tragen hat. (Bayer. Ztg.)

Karlsruhe, 13. März. Auf diesseitiges Ansuchen hat die kgl. preußische Regierung aus ihren Beständen der großherzoglichen Kriegsverwaltung 6000 Zündnadelgewehre leihweise überlassen, mit welchen der gesammte Friedens-Dienststand der Infanterie eingeübt werden soll, bis die in Gang befindliche Abänderung der badischen Infanteriegewehre so weit vorgeschritten sein wird, um die Bewaffnung aus eigenen Beständen eintreten lassen zu können. Zur Uebernahme der Gewehre ist ein Offizier der Zeughausdirektion nach Mainz bereits

Feuilleton.

Vermischtes.

(Zur Weltausstellung.) Der Stand der Arbeiten auf dem Marsfelde ist augenblicklich folgender: Am weitesten voran ist England, welches nicht nur seine allerdings einfache und geschmacklose Dekoration beendet hat, sondern auch mit der Aufstellung der Waaren bald fertig sein wird. Oesterreich und Spanien sind am weitesten zurück, die Einrichtung wird aber augenblicklich mit verdoppelter Anstrengung betrieben. Auch Preußen hat sich erst in der letzten Zeit breit; unter den kürzlich mit der Eisenbahn angekommenen Gegenständen befand sich auch die kolossale Reiterstatue des Königs Wilhelm. Die Dekoration der süddeutschen Abtheilung ist jetzt ebenfalls eifrig in Angriff genommen. Außer England sind es die orientalischen Völker, welche mit ihren prachtvollen Dekorationen und der ganzen Einrichtung die meisten Fortschritte gemacht haben. Im Park wird ein chinesisches Kaffeehaus errichtet, wo man wirklichen chinesischen Thee erhält, in wahrhaftem chinesischem Porzellan und von geborenen Chinesen beiderlei Geschlechts bedient wird. 300 junge Damen aus dem Reich der Mitte sind bereits in Marseille angekommen. Auf der Insel Billancourt werden die Arbeiten für die landwirthschaftliche Ausstellung ebenfalls beschleunigt. Die Kommission hat einen großen Platz bei der Rue Dominique St. Germain reservirt für die Wagen. Ein Telegraph ist angebracht, und für den mäßigen Preis von 15 Cents können die Besucher ihren Wagen per Telegraph nach demjenigen Thor bestellen, wo sie herausgehen wollen.

Aus Turin war jüngst als Gerücht gemeldet worden, auf König Viktor Emanuel sei ein Attentatsversuch gemacht worden. Der Sachverhalt wird jetzt aus Turin, wo der König in der jüngsten Zeit weilte, also dargestellt. Der König begibt sich jeden Abend auf ein Landgut, das er in der Nähe der k. Jägereien besitzt. Zuweilen ist er ganz allein im Wagen, und da er vortreffliche Pferde hat, so ist er seiner aus Cavalieri gebildeten Eskorte häufig weit voraus und diese folgt oft eine halbe Meile hintendrein nach. So soll der König vor einigen Tagen auf seiner Fahrt durch eine Bande von neun Kerlen angehalten worden sein. Er war unbewaffnet und mußte sich von den Spitzbuben, die es auf seine Börse abgesehen hatten, loskaufen. Die Eskorte, welche diesmal sich erst auf den Weg gemacht, als der König bereits fort war, kam erst, als die Angreifenden sich bereits verlaufen. Bisher hat man noch keine Spur von den Banditen gefunden. Nach einer Nachricht der „Triester Ztg." wären es unbeschäftigte Arbeiter gewesen, die dem Könige nacheilten und ihre bittere Noth in lebhaften Gesten und Ausdrücken klagten.

Digitized by Google

abgegangen. Vom großherzoglichen Kriegsministerium ist gleichzeitig in Aussicht genommen, eine Anzahl von Offizieren der großherzoglichen Infanterieabtheilungen hieher zu befehligen, um die neue Waffe näher kennen zu lernen und deren gleichmäßige Handhabung in den verschiedenen Heeresabtheilungen sicher zu ermöglichen. (Karlsr. Ztg.)

Frankfurt, 13. März. Das Provisorium in der Verwaltung der vormals freien Stadt Frankfurt und der anderen nun an Preußen annektirten Gebiete auf der Mainlinie wird in Kurzem durch die Organisation ersetzt werden, welche in Berlin für diese neuen Theile des preußischen Staates entworfen worden. Damit erreichen auch die Funktionen des für jene Länder ernannt gewesenen Civiladministrators Hrn. v. Patow ihr Ende. Zu Ehren desselben wird übermorgen der Senat ein Abschiedsmahl veranstalten. (N. C.)

Berlin. Die Reichstagssitzung vom 11. März nimmt, wie aus dem nachfolgenden Berichte zu ersehen, in der That das hohe Interesse in Anspruch, welches schon durch die erste telegraphische Mittheilung darüber erweckt worden war. Die Rede Bismarck's zu Gunsten des Verfassungsentwurfs wird ohne Zweifel einen entscheidenden Einfluß auf den Gang der Verhandlungen ausüben. Waren schon vorher alle Parteien darüber einig, daß auf Grund des Entwurfes etwas zu Stande komme — von welchem Entschlusse nur einzelne, keiner politischen Partei angehörige Reichstagsmitglieder abweichen — und berechtigte schon dieser Umstand zu der Hoffnung, daß der Reichstag nicht ergebnißlos auseinandergehen werde; so werden solche Erwartungen noch in hohem Grade gekräftigt durch die Erklärung des preußischen Ministerpräsidenten, daß die preußische Regierung auch ihrerseits zu Zugeständnissen an die Verbesserungswünsche der Abgeordneten geneigt sei. Allerdings ist diese Erklärung eine noch nicht hinlänglich klar umgrenzte; allein die Aufgabe des Reichstages ist es, die Handhabe zu ergreifen und damit so viel als möglich zu machen. In dem sehr ausführlichen Berichte der „Köln. Ztg." über die Sitzung vom 11. lautet die betreffende Stelle in der Rede Bismarck's: „Es ist in der Thronrede, ich erinnere mich nicht genau, der Ausdruck stehen geblieben, daß wir das Werk für verbesserungsfähig hielten. Ich darf es wohl hier bezeugen, daß wir für diejenigen Vorschläge, die wirklich für das Erleichtern zu Stande kommender und verbessernder Werke ernstlich gemeint sind, nicht unempfänglich sind.... Wir wollen den Grad von Freiheiten, von freiheitlicher Entwicklung, der nur irgendwie mit der Sicherheit des Ganzen verträglich ist. Es kann sich nur darum handeln, die Grenze zu finden, was mit dieser Sicherheit auf die Dauer, was jetzt damit verträglich sei. Es kann nicht in unserer Absicht liegen, das Militärbudget auch nach dem Zeitraume, wo es von Ihnen selbst als eisernes behandelt werden sollte, was unseres Erachtens für eine Zeit des Uebergangsstadiums unentbehrlich ist, Ihrer Kenntniß zu entziehen. Es ist hier gesprochen worden, als wenn das von uns mit einer gewissen Heimlichkeit geschehen sollte. Wenn ich mir überhaupt diesen Gedanken schon klar gedacht, so schwebte er mir in der Art vor, daß wir das Budget nichtsdestoweniger vorlegen würden. Ich will gerne zugeben, daß es unwahrscheinlich ist, daß sich in diesem Reichstage eine Majorität finden würde, die dasjenige nicht bewilligte, was unserer Meinung nach zur Vertheidigung des Landes unentbehrlich ist; ich fürchte in dieser Beziehung am allerwenigsten von der partikularistischen Seite. Ich fürchte viel mehr von der Vermischung der Grenze zwischen parlamentarischer und fürstlicher Gewalt mit der nationalen Frage, und daß man das Bedürfniß hat, den parlamentarischen Einfluß vorzugsweise an der Armee zu üben, während doch andere Felder, ihn zu üben, genug übrig bleiben." — Die Stelle in Bismarck's Rede über das Verhältniß zu Süddeutschland lautet nach der „Köln. Ztg.": „Was dann noch die wichtige Machtfrage betrifft, so halte ich die Vereinigung von Norddeutschland und Süddeutschland allen Fragen gegenüber, wo es sich um den Angriff des norddeutschen Bundes handelt, in allen Punkten gesichert. Sie ist gesichert durch das Bedürfniß des Südens und durch die Pflicht des Nordens, ihm beizustehen." — Am 12. wurde die Generaldebatte über den Verfassungsentwurf fortgesetzt.

Kiel, 11. März. Zufolge hier eingetroffener Nachricht ist die Herzogin von Schleswig-Holstein-Augustenburg (Mutter des Herzogs Friedrich) heute Morgen auf Primkenau gestorben. (H. N.)

Flensburg, 10. März. Nachdem die Deputation aus Nordschleswig, die in Berlin eine Immediatvorstellung überreichen wollte und eine Audienz bei dem König nachgesucht hatte, ohne solche zurückgekehrt, ist ihr jetzt die amtliche Eröffnung gemacht worden, „daß Se. Maj. der König sich auch nicht veranlaßt sehen könne, den Petenten einen schriftlichen Bescheid zu geben, und zwar in Betracht der Selbstüberschätzung, mit der dieselben ihrem Urtheil und ihrem Rathe Sr. Majestät gegenüber einen unberufenen Ausdruck gegeben haben." (Fl. Nordd. Z.)

Coburg, 11. März. Nach einem, mit dem neuesten Regierungsblatte publicirten Gesetz ist die herz. Staatskasse dahier ermächtigt, unkündbare Schuldbriefe bis zum Belaufe von 200,000 fl. s. W. auszugeben. Dieselben lauten auf den Inhaber, werden vom Staat garantirt und alljährlich mit vier und ein halb vom Hundert verzinst. Diese Schuldbriefe werden in zwei Serien, und zwar Serie A. zu 500 fl. und Serie B zu 100 fl. das Stück ausgegeben, und es sind zur Verzinsung und Tilgung des Anlehens jährlich 11,000 fl. dergestalt bestimmt, daß hieraus die Verzinsung bewirkt und alljährlich im Januar ein dem Ueberschuß gleichkommender Betrag an Schuldbriefen ausgeloost wird. (Dr. J.)

Wien, 11. März. Der „Allg. Ztg." schreibt man von hier: Es scheint neuestens denn doch, daß die Befestigung von Wien nicht kurzer Hand zur Ausführung gelangen, sondern (schon die Kostenfrage dürfte es räthlich und sogar nothwendig machen) vorher einer Berathung der Landesvertretung unterbreitet wird. Das um so mehr, wenn es sich bestätigen würde, was in nicht ganz schlecht unterrichteten Kreisen verlautet, daß es, mit Auflassung der Festung Komorn, die Absicht sei, in derselben Weise wie Wien auch Pest mit einem Gürtel von Festungswerken zu umziehen. Die amende honorable, welche aus Anlaß der beiden Erlasse des Ofener Generalkommandos so eben erst hat geleistet werden müssen, zeigt bereits, daß wenigstens der ungarische Landtag auch nach dieser Richtung hin keinen Spaß versteht. — Der Ministerrath hat, wie es heißt, bereits darüber berathen, inwiefern ein größerer Pairsschub sich als eine Nothwendigkeit darstelle. Das Herrenhaus hat im Laufe der Zeit eine Reihe von Mitgliedern verloren, welche vorwiegend der — um einen nicht ganz zutreffenden, aber doch hinlänglich bezeichnenden Ausdruck zu gebrauchen — Verfassungspartei angehörten, und es erscheint deßhalb als doppelt angezeigt, der gerade im Herrenhause etablirten geschlossenen Phalanx weniger freundlicher Elemente ein entsprechendes Gegengewicht zu geben — eine Erwägung, die zugleich ohne Zweifel darauf führen würde, die eingerissenen Lücken zum größten Theil nicht sowohl aus der im Allgemeinen stark gegen das jetzige System engagirten hohen und grundbesitzenden Aristokratie, als vielmehr wesentlich aus den Categorien der durch persönliche Verdienste hervorragenden Persönlichkeiten zu ergänzen. Eine endgültige Entschließung scheint indeß noch nicht gefaßt."

Wien, 12. März. Dem Vernehmen nach hat der Ministerrath die Zurückweisung der Adresse des Tyroler Landtags und die Abberufung des Statthalters Hrn. v. Toggenburg beschlossen. (A. Z.)

Wien, 14. März. In den Ländern diesseits der Leitha haben sich die Verhältnisse noch nicht geklärt; noch immer ist unbekannt, wann der Reichsrath werde zusammen kommen. Nur so viel scheint festzustehen, daß die neuzuwählenden Landtage in den ersten Tagen des April (3.) sich wieder versammeln werden. (Pr.)

Wien. Außer der bereits telegraphisch mitgetheilten Aeußerung der Wiener „Presse" über den Stand der orientalischen Frage enthält dies Blatt in seiner Nummer vom 13. März noch folgende Mittheilung: „Was die serbische Frage betrifft, so scheint die Pforte geneigt, dem Fürstenthume selbst namhafte Concessionen machen zu wollen, um die Differenz zu lokalisiren und die Serben von ihren Unternehmungs-Gelüsten gegen Bosnien und die Herzegowina abzuziehen. Auf dem Boden einer wenigstens analogen Auffassung scheint, obgleich aus anderen Gründen, auch das österreichische Cabinet zu stehen. Wenn heute in Börsenkreisen verlautete, daß die Militär-Urlauber einberufen werden, so ist dies unbegründet. Allerdings heißt es, seien an der bosnisch-serbischen Grenze militärische Vorsichtsmaßregeln angeordnet worden, und es könnten, wenn unvorhergesehene Ereignisse es gebieterisch erheischen, weitere Schritte erfolgen, nicht um etwa der Pforte Beistand zu leisten, sondern um Eventualitäten vorzubeugen, die für Oesterreich verhängnißvoll werden könnten, worunter namentlich Ansätze zur Bildung eines großserbischen Reiches gehören. Jedenfalls aber, hört man in maßgebenden Kreisen versichern, sei die Regierung bedacht, jede Friedensstörung möglichst zu verhüten, und man dürfe hoffen, daß diese Bemühungen zum Ziele führen werden."

Paris, 11. März. Der „Constitutionnel" beginnt heute aus der Feder Ed. Simons eine Reihe von Artikeln über Preußen und den norddeutschen Bund, welche — nach dem ersten Artikel zu schließen — recht leidenschaftslos und vernünftig die Dinge in Deutschland für französische Leser auseinandersetzen. Es heißt darin u. A.: „So ist also der Traum der deutschen Einheit auf dem Punkt sich zu verwirklichen, nicht nach dem Ideal der romantischen Dichter, welche den alten Barbarossa aus seinem 700jährigen Schlummer erwecken wollten, noch auch durch das Vorgehen der Demokratie von 1848, welche eine Krone anbot, über die sie nur in der Einbildung verfügte: es ist vielmehr die Macht, welche das jetzige Werk geschaffen hat, und damit hat Deutschland nur seinerseits die Erfahrung aufs Neue bestätigt, die vor ihm die anderen Länder gemacht. Der

Nationalverein hat gesiegt durch den Grafen Bismarck. Er wollte ein Deutschland ohne Oesterreich und unter der militärischen und diplomatischen Leitung Preußens: eben das ist im Wesentlichen auch das Projekt des Hrn. v. Bismarck. Er wollte, daß die kleinen Fürsten zur Anerkennung dieser preußischen Führung gezwungen würden, auch das hat er durchgesetzt, indem der Erfolg der preußischen Waffen die Existenz der feindseligsten Staaten beseitigt und den Widerstand der anderen gebrochen hat. Bismarck hat somit den glühendsten Wünschen des Nationalvereins Genugthuung verschafft: der norddeutsche Bund ist das gemeinsame Werk des preußischen Ministers und dieses Vereins, der nunmehr seinen Zweck erfüllt hat." Liest man in einem offiziösen Blatt so verständige Auseinandersetzungen, so kann man den Gedanken noch nicht aufgeben, daß sich das Werk in Deutschland ohne einen Einspruch von dieser Seite vollziehen werde, der einen so furchtbaren Krieg im Herzen Europa's zur Folge haben müßte. Es fehlt freilich leider auch nicht an entgegengesetzten Anzeichen, und die bevorstehende Debatte im gesetzgebenden Körper wird den Leidenschaften des französischen Volks neue Nahrung zuführen. Mit fieberhafter Spannung sieht man der Thiers'schen Interpellation entgegen, und die Union ruft aus: am Vorabend des Tags, wo ganz Frankreich unter Waffen gerufen werden soll, müsse man doch endlich klar wissen, welche Lage die Regierung dem Land geschaffen habe. Der Wortlaut der Interpellation heißt: „Die unterzeichneten Abgeordneten verlangen die Regierung über die auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs, insbesondere was Deutschland und Italien betrifft, zu interpelliren." Es hat sich bereits eine große Anzahl Redner einschreiben lassen. Außer Thiers werden u. A. Garnier-Pagès, Ollivier, Guéroult, Glais-Bizoin, Latour Dumoulin, Morin, Graf Latour, Maurice Richard das Wort ergreifen. — Das Geldgeschenk für Lamartine betreffend, ist die allgemeine Meinung die, daß man anstatt eines Kapitals von 400,000 Fr. lieber seine Schulden bezahlen und ihm dann eine jährliche Rente aussetzen solle. Denn mit jenem Kapital würde er vermuthlich wieder bald fertig sein.

Paris, 12. März. Die „France" erklärt das Gerücht von Verhandlungen Frankreichs mit Holland wegen Erwerbung des Herzogthums Luxemburg für unbegründet.

Italien. Die germanische Auffassung der menschlichen Gesellschaft, nach welcher allein die sittliche und ökonomische Tüchtigkeit der den Staat bildenden Familien seine wahre Kraft ausmachen, findet in Italien eine schlagende negative Bestätigung. Das verlockende Klima, die jede freie Kraft unterbindenden früheren Regierungen, die Latifundien, die Klöster haben besonders im italienischen Bürgerstande das selbstständige Wirken und Schaffen gelähmt. Als die alten Regierungen abgeworfen waren, wurde dem jungen Nationalstaate zur Pflicht gemacht, nicht blos durch Schaffung von theueren Verkehrsmitteln, sondern auch von Kredit für Privaten, welcher durch die Krankheit der Trauben und der Seide gedrückt wurde, die Produktion zu wecken. Da die Bürger nicht gewöhnt waren, selbst diese ihre Angelegenheiten zu besorgen, sollten es zahlreiche Staatsbeamte thun. So wuchsen mit jedem Monate die Staatsschulden und die Zinsen dafür. Da auf die möglichen zukünftigen Früchte dieser Staatskulturen noch keine Wechsel zu ziehen sind, da die alten Kapitalien der meisten Familien wie die Güter todter Hand nur für gewöhnliche Zeiten eine entsprechende Rente abwerfen und durch erhöhte Steuern angegriffen werden, will nun die Regierung durch einen Kompromiß mit der Kirche sich einstweilen außerordentliche Mittel aus dem Kirchenvermögen schaffen und zugleich eine stillschweigende Uebereinkunft mit der Kurie anbahnen, wodurch der Einmischung des katholischen Auslandes in die inneren Angelegenheiten Italiens unter dem Titel der römischen Frage vorgebaut würde. Der Gesetzesentwurf darüber trug allerdings das Gepräge einer Nothmaßregel. Aber statt daraus die gefährlichsten Paragraphen zu entfernen, ging die Mehrheit des Parlamentes gar nicht darauf ein. Die Losung der negativen Patrioten sind jetzt kolossale Ersparnisse; nicht blos soll ein großer Theil des Heeres entlassen und durch Volkswehren ersetzt, sondern es sollen auch Tausende von Beamten entlassen werden, so daß der Staat, von dem man bisher alles verlangte, zu einem Schatten würde. Es liegen aber bereits Thatsachen vor, welche zeigen, was die unmittelbaren Folgen dieses Extremes wären. Die schon entlassenen Soldaten haben daheim keine Arbeit gefunden, da weder der Staat noch Privaten Geld zu großen Unternehmungen haben, und so haben sie sich an Hungerkrawallen betheiligt, welche der Staat durch größtentheils fruchtlose Geldunterstützungen zu beschwichtigen hat. Dennoch wäre es ein Wunder politischen Sinnes, wenn in einem Lande, wo seit Jahrzehnten die Bekämpfung der Regierungen auch den Besten eine heilige Pflicht schien, die Mehrzahl der Wähler nicht an die Angelschnur der „Ersparnisse" anbisse. Gewiegte Politiker in Italien theilen die Besorgniß, daß, wenn es den Radikalen gelänge, Ricasoli zu stürzen, ein klerikales Ministerium und eine französisch-römisch-österreichische Allianz in naher Aussicht stehen würden. (Schw. M.)

London, 12. März. Unter sehr zahlreicher Betheiligung des Publikums fand gestern Abend gegen 8 Uhr bei Fackelschein auf dem Trafalgar Square ein Meeting der Reformliga statt. Herr Beales begann seine Eröffnungsrede mit einem Vergleiche der Versammlung, die so recht eigentlich das Volk repräsentire, gegen die andere Versammlung, die die Rechte einer Volksvertretung in Händen habe, ohne das Volk nach dessen Rechte zu vertreten. Die Rechte, die das Volk mit Recht fordere, seien, obwohl in Aussicht gestellt, noch nicht gesichert und man werde die Waffen nicht ruhen lassen, bis die neuen Errungenschaften über die Möglichkeit von schlauen Finten hinaus und geborgen seien. Was den angedrohten Widerstand gegen die Reformliga anbetreffe, wisse man, was man zu erwarten habe, und die Gegner der Reform würden die Verfechter derselben, auf Alles gefaßt, an ihrem Posten finden. Der Redner schloß mit der Versicherung, daß Volk werde eine genügende und ehrliche Reformmaßregel von Seiten der Regierung gerne entgegennehmen, aber eben so sehr bereit sein, gegen eine unvollständige Bill aus allen Kräften Opposition zu machen. Nach Annahme einer Resolution zu Gunsten einer Ausdehnung des Hausinhaber-Stimmrechtes auf die Untermiether folgten noch mehrere Redner, die, für dieselbe Sache sprechend, mehr auf das von der Regierung theilweise bereits erzwungene Nachgeben und den Druck, den das Volk fürderhin ausüben müsse, Nachdruck legten. Das Volk, bemerkte einer derselben, fürchte die Regierung nicht, wohl aber die Regierung das Volk. Wenn das Parlament Vertrauen zu dem Volke zeige, werde auch das Volk dem Parlamente Vertrauen schenken, andernfalls aber den Kampf aufnehmen, der mit der Existenz des Parlamentes endigen werde. Das Volk habe sich im Hyde Park versammelt und die Kugel hinabgerollt nach Trafalgar Square. Es werde ein Leichtes sein, sie von dort nach jener Richtung (deutend nach den Häusern des Parlamentes zu) zu wälzen. Herr Bradlaugh, der mit großem Beifalle begrüßt wurde, erklärte, die, welche den gegenwärtigen Reformstreit mitkämpften, seien sich vollständig klar darüber, was auf dem Spiele stehe. Das englische Volk sei, im Vertrauen auf seine Macht und Stärke, entschlossen, für sein Recht zu petitioniren, nicht auf Papier, sondern mit Donnerwort an den Thüren des Parlamentes. Lord Derby's Anerbieten sei nicht willig, sondern aus Furcht gemacht. Redner ermunterte zum Schlusse die Anwesenden, rastlos wie die Wogen des Meeres in ihren Anstrengungen fortzufahren und wenn die Träger der Macht es wagen sollten, sich der Fluth des Volkswillens entgegenzustemmen, sie ohne Bedenken zum Untergange zu bringen. Das Meeting fand wie das der Gewerke am Sonnabend durch die Ungunst der Witterung einen unvorhergesehenen Schluß.

Die Gerüchte und Berichte aus Irland kommen wie Ebbe und Fluth, gestern beunruhigend im höchsten Grade, heute über alle Befürchtungen erhaben. Dublin, das vor einigen Tagen unter der Angst vor einer Erhebung wie unter dem Schwerte des Damocles eine gedrückte Beklommenheit zeigte, hat sich inzwischen wieder überzeugt, daß die Besorgnisse grundlos waren, ist indessen augenscheinlich wieder im Begriff, in die Reaction der Furcht zurückzusinken. Der 17. d., der St. Patrick's Tag, der große Festtag der Irländer, ist jetzt ganz bestimmt für den Ausbruch der Revolution in Dublin festgesetzt, und trotz zahlreicher Garnison, wohlbewaffneter Polizei, der man gewiß keine Sorglosigkeit zum Vorwurf machen kann, und ungeachtet der Vorsichtsmaßregeln, die zur Verhütung eines solchen Ereignisses mit großer Umsicht von der Regierung getroffen sind, sieht das Volk doch mit bangen Vorgefühlen dem genannten Tage entgegen. Die Truppenabtheilungen, die indessen, unterstützt von Polizei und Patrouillen der Landbevölkerung, auf allen Wegen und Stegen die beunruhigenden Distrikte durchstreifen, finden keinen Insurgenten, der Stand hielte, und nicht schon bei ihrem Anblicke aus weiter Entfernung Fersengeld gebe. In Folge dessen bringt der Telegraph dann auch wieder zahlreiche Angaben über Truppenbewegungen, aber keine Nachricht, die die Gewißheit von gegenwärtig noch herumziehenden Banden gäbe.

Dublin, 12. März. Es sind hier wichtige Verhaftungen vorgenommen worden. Die Polizei in Belfort hat Waffen und Munition entdeckt, die in der Erde vergraben waren.

Bukarest, 13. März. Das heutige „Romanul" theilt mit, daß Cretzulesco ein Ministerium gebildet hat. Die Ministerliste wird heute der Kammer vorgelegt werden. Die Linke hat in demselben das Uebergewicht, nachdem die Rechte den Beitritt verweigerte. Das Cabinet ist wie folgt gebildet: Cretzulesco, Präsidium und Justiz; Johann Bratiano, Inneres; Demeter Bratiano, öffentliche Arbeiten; Golesco, Aeußeres; Varesco, Finanzen; Rosetti, Cultus; Ghirgel (Ghergel?), Krieg.

Der „Osserv. Triest.“ bringt Nachrichten aus **Candia**, die freilich mit Vorsicht aufzunehmen sind, da sie den Inhalt eines Bulletins bilden, welches von dem candiotischen Centralcomité in Athen über die neuesten Siege der Aufständischen veröffentlicht wird. Die Nachrichten beziehen sich auf die Zeit zwischen dem 12. und 24. v. M. Ihnen zufolge ist der Aufstand im Wachsen. Die Sphakia ist ganz in Waffen, und ihre Kämpfer eilen nach den östlichen Provinzen der Insel, um den dortigen Aufständischen Hülfe zu leisten. Am 12. Februar n. St. hat Serkos Ali Pascha mit 5000 Mann vergebens die festen Stellungen der Aufständischen einzunehmen gesucht und sich mit seiner geschlagenen Truppe nach Canea zurückgezogen. In den darauf folgenden Nächten hat Hadschi-Michali (der Markos Bozzaris der candiotischen Revolution) mit einer Handvoll Streitern das türkische Lager überfallen und dort große Verwirrung angerichtet. Seitdem sind mehrere blutige Treffen gefolgt, in denen die Türken Geschütze, Fahnen, Gefangene und Proviant eingebüßt haben. Bei St. Thomas (in der Provinz Messara) sollen die Türken ebenfalls eine bedeutende Niederlage erlitten haben. Wir ersehen aus dem Bulletin ferner die Einsetzung einer von der candiotischen Nationalversammlung erwählten, aus 7 Mitgliedern bestehenden Regierung. Gegen die von Konstantinopel aus versuchten Schritte zur Pazifikation der Insel durch Ertheilung einer Amnestie und Berufung einer Abgeordnetenversammlung nach der Hauptstadt des türkischen Reiches soll allgemeiner Protest Seitens der candiotischen Bevölkerung eingelegt sein.

Neueres.

Wien, 14. März. Die „Wiener Abendpost“ meldet, daß die Aufhebung des Polizeiministeriums beschlossen sei. Von competenter Seite wird außerdem versichert, es sei neuerdings eine sehr wesentliche Annäherung Oesterreichs und Frankreichs in der orientalischen Frage eingetreten.

Ofen, 14. März. Heute Vormittags leistete das ungarische Ministerium den Eid in die Hände des Kaisers. Nach der Vorstellung der Mitglieder von beiden Häusern des Landtages hielt der Erzbischof Bartakowics eine Ansprache an den Kaiser. Derselbe gab der Freude der Nation über die Gewährung der constitutionellen Selbstständigkeit und den Dankgefühlen Ausdruck für das hergestellte Vertrauen und das volle Einverständniß zwischen dem König und dem Volk, indem er Segenswünsche für beide hinzufügte. Der Kaiser erwiederte: Er habe mit Freuden den allgemeinen Wunsch nach Wiederherstellung der Verfassung erfüllt. Die sichere Befestigung der constitutionellen Staaten erheische die Erfüllung zweier Bedingungen: aufrichtige Anhänglichkeit an den Thron und den Monarchen und jenes Maß politischer Reife, welches die constitutionelle Freiheit praktisch ermögliche. Beide Häuser des Landtages und die ganze Nation haben in dieser zweifachen Richtung auch neuestens unbestreitbare Beweise geliefert. Der Kaiser schloß: Gleichwie Ich überzeugt bin, daß Mein geliebtes Königreich Ungarn eine unerschütterliche Stütze des Throns und der Monarchie sein wird, ebenso lebhaft wünsche Ich auch, daß die Nation die Ueberzeugung bewahre, wie dieselbe in Mir den treuesten Hüter der territorialen Integrität des Königreichs Ungarn und der constitutionellen Freiheit desselben finden wird. Die Rede des Kaisers wurde oftmals durch stürmische Eljens unterbrochen.

Kopenhagen, 14. März. Die königlichen Majestäten reisen heute Abends ab: der König nach Bullenstädt, wo des Königs Mutter, die Herzogin Luise von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg (geb. 1789), gestorben ist, die Königin direkt nach London.

Bucharest, 14. März. Das gestern vom „Romanul“ gemeldete Ministerium ist durch den Fürsten bestätigt worden, ausgenommen der Cultusminister, dessen Portefeuille interimistisch der Arbeitsminister verwaltet. Das Ministerium leistete gestern den Eid, und begrüßte den Senat. Die Kammersitzung ist auf heute vertagt.

Konstantinopel, 14. März. Der zum Gouverneur von Bosnien ernannte Hussein Pascha übernimmt den Oberbefehl auf Candia. Nach Candia und Thessalien sind weitere zehn Bataillone zur Verstärkung abgegangen. Das Ministerium beschäftigt sich mit der Frage der Moscheengüter. Es ist Aussicht vorhanden, daß die Ausländer in der Türkei Grundbesitz erwerben dürfen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	67 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	60 1/8—59 7/8 G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53 1/4—52 7/8 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	4 1/2pCt.	89 1/4 P.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 P.
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	98 1/2 P.
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	98 3/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 3/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	93 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	98 5/8 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	85 3/4 P.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	96 3/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	92 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	96 7/8 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	—
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	86 1/4 P.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	83 3/4 P.
Spanien	3pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2pCt.	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	—
„	6pCt. ditto r. 1882	77 3/4—1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	134 1/2 G.
K. K. Oesterr. National-Bank-Aktien	659P. 658 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	165 1/2—65 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	92 3/8 P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. B.	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	205 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100	—
Mitteldeutsche Kreditaktien	97 1/2 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	—
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn	112 1/2 P.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	110 1/2 P. 110G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	136 1/4 P. 1/4 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	91 1/2 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	111 1/2 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 1/2 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	78 1/2 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	246 1/2 P.
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E. B.	44 3/8 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	116 1/4 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/4 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 1/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 1/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 3/8 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 G.
London Lst. 10 k. S.	119 3/8 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200	—
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 7/8 P. 5/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	91 1/4—3/8 G.
do. in öst. W. l. S.	91 1/8 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	109 P. 108 G.
„	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	59 P.
„	fl. 500 v. 1860 6/7	66 1/4 G.
„	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	117 P. 116 G.
„	do. v. 1864	72 1/4 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.		99 3/8 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose		10 P.
Badische fl. 35		53 5/8 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.		55 1/8 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.		—
„	fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.		35 1/2 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.		68 1/4 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose		—
Freiburger 15 Frs.-Loose		—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.		28 1/8 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.		83 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.		10 1/2 P.

Frankfurt, 15. März. An der Börse herrscht wieder regeres Leben. Lebhafte Schwankungen begünstigen das Geschäft. Es herrscht im Augenblick eine Spannung und ein Kampf der Liebhaber und der Contremineurs, die lebhaft an die Frühjahrstage im vorigen Jahre erinnern. Man eröffnete heute auf bessere Wiener Course fester, verflaute alsdann, um wieder fest zu schließen. Die Contremine that ihr Möglichstes, ohne jedoch das Feld behaupten zu können. Amerikaner hielten sich sehr fest, woraus wohl geschlossen werden darf, daß die gestrige Flauheit nur eine vorübergehende Wirkung der Mobilliquidation war. Einen sehr günstigen Eindruck machte das Newyorker Telegramm, welches das Nachgeben des Präsidenten in Bezug auf die Rekonstruktionsbill meldet. Süddeutsche Papiere matt. Von Eisenbahnen Ostbahn bedeutend niederer. Die 3 pCt. Antwerpener Loose, auf welche die Subscription seit gestern eröffnet ist, erregen hier kein Interesse. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 76–77. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 18. März 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 15. März. Se. Majestät der König hat dem Schullehrer J. Praentl in Sallach in Rücksicht auf seine mehr als 50jährigen, eifrig und treu geleisteten Dienste die Ehrenmünze des k. bayer. Ludwigordens verliehen; dem großh. hess. Hauptmann v. Zangen das Ritterkreuz erster Klasse des Verdienstordens vom heil. Michael verliehen; dem Tambour im Landwehr-Bataillon Weiden, Quirin Marzi, daselbst in Anerkennung seiner langjährigen, mit Eifer und Treue geleisteten Dienste das silberne Ehrenzeichen des Verdienstordens der bayer. Krone verliehen.

München, 15. März. Die Antwort der Staatsregierung auf die Anfragen des besonderen Ausschusses der Kammer der Abgeordneten für die Militär-Organisation ist erfolgt. Bezüglich des Rekrutirungsgesetzes wird die baldmöglichste Vorlage eines solchen in Aussicht gestellt, durch eine so allgemeine Zusage aber freilich das Gesetz nur wenig gefördert. Die Regierung hält die sechsjährige Dienstzeit und damit einen Bestand von 120,000 Mann für stehendes Heer und Reserve fest, woraus sich ein jährliches Budget von $17\frac{1}{2}$ Mill. excl. der Gendarmerie, mit dieser also etwa 19 Millionen und dadurch eine Steuererhöhung von 90—100 pCt. entziffert. Hält die Staatsregierung an diesen Forderungen fest, so dürfte das Zustandekommen des Gesetzes sehr in Zweifel stehen. (N. Corr.)

Berlin, 12. März. Die „Fraktion des Centrums" hat sich jetzt definitiv constituirt und besteht aus folgenden 25 Mitgliedern, den Abgeordneten: Duncker (Halle), Dr. v. Gerber, v. Vincke (Hagen), Frhr. v. Vincke (Olbendorf), Dr. Riedel, Falck, Frhr. v. Dörnberg, Dr. Friedenthal, Bolze, Graf Dyhrn, v. Bethmann-Hollweg, Evelt, Graf Solms-Laubach, Frhr. v. Nordeck zu Rabenau, Frhr. v. Schenck zu Schweinsberg, Schwartze, v. Sänger, Gerbert, vom Rath, Herbig, Sachse, v. Kehler, Reuning, Braun (Sachsen), und Baumstark. Als Vorsitzende fungiren abwechselnd die drei zuerst genannten Herren. Es ist feststehender Grundsatz der Fraktion, daß kein Mitglied derselben durch Fraktionsbeschlüsse irgend wie an der Stellung selbständiger Anträge gehindert sein soll. Die Berathung hat die Natur freier Besprechung. (B. Bl.)

Berlin, 13. März. Die offiziöse „Provinzial-Correspondenz" spricht heute die aus dem bisherigen Gange der Verhandlungen geschöpfte Zuversicht aus, daß der Entwurf der norddeutschen Bundesverfassung vom Reichstage mit großer Mehrheit angenommen werden wird. „Das erheblichste Bedenken, sagt sie, daß nämlich dem Reichstage das Recht der Mitwirkung bei der Feststellung der Reichsausgaben verkümmert werden solle, ist durch die Erklärungen des Bundespräsidenten Grafen Bismarck, welche einen tiefen Eindruck auf die Versammlung machten, beseitigt worden. Am Schlusse der allgemeinen Berathung scheint bereits allseitig die Ueberzeugung und der Entschluß festzustehen, daß alle Diejenigen, welche den norddeutschen Bundesstaat überhaupt wollen (und ihre Zahl ist eben die weit überwiegende im Reichstage), der Regierung helfen müssen, das Werk auf der Grundlage des vereinbarten Entwurfes rasch und fest zur Verwirklichung zu bringen."

Berlin, 13. März. Die „Prov. Corr." meldet: „Die Anstellung ehemaliger hannover'scher Offiziere in der preußischen Armee ist nunmehr durch Allerhöchste Ordre Sr. Maj. des Königs angeordnet, und wird die Vertheilung der Offiziere auf die verschiedenen Truppentheile unverweilt bekannt gemacht werden."

Berlin, 14. März. Die Nationalliberalen ernannten eine Redaktionscommission für die einzubringenden Amendements, welche heute früh Bericht erstattet. Twesten und Genossen werden jährliches Budget im Allgemeinen auch für Krieg und Marine nebst einer Uebergangsbestimmung für den Militäretat auf 3 Jahre vorschlagen. Die Freie Konservative Vereinigung soll sechsjährige Uebergangsbestimmung vorschlagen.

Berlin, 14. März. Das Auftreten des Herrn v. Münchhausen in der Montags-Sitzung des Norddeutschen Reichstags hat ganz gegen die Absichten des Redners eine sehr günstige Wirkung für die preußische Politik gehabt. Zunächst hat Graf Bismarck mit bewundernswerther Schlagfertigkeit und Umsicht die vermuthet dargebotene Gelegenheit benützt, um den Standpunkt der Regierung zu erläutern und über die Energie derselben keinen Zweifel zu lassen. Aber andererseits hat sich auch deutlich ergeben, daß Herr v. Münchhausen auf einem verlorenen Posten steht. Seine Ausführungen sind von keiner Seite unterstützt worden, und mehrere Abgeordneten aus Hannover, welche bisher seiner Richtung nahe standen, haben sein Auftreten entschieden gemißbilligt und erklärt, sie würden selbst auf der Tribune gegen seine schroffe Polemik Verwahrung eingelegt haben, wenn Graf Bismarck nicht durch seine gewichtige Rede jede weitere Erörterung überflüssig gemacht hätte. — Neben den Angelegenheiten des norddeutschen Bundes bildet die Organisation der neuen Provinzen jetzt den Hauptgegenstand für die Thätigkeit der Staats-Regierung. Für die durch Allerhöchste Verordnung geschaffenen Regierungsbezirk. Kassel und Wiesbaden ist die Weiterführung des Organisationswerkes bereits im Gange. Es schweben gegenwärtig im Staats-Ministerium Verhandlungen, um mit der Einrichtung von Consistorien, Provinzial-Schulcollegien und Medizinal-Collegien für die beiden Regierungsbezirke vorzugehen, welche in Zukunft zu einer Provinz verbunden werden sollen. Aehnliche Einrichtungen werden für die Elb-Herzogthümer vorbereitet. Als unbedingt feststehend wird betrachtet, daß der Sitz der schleswig'schen Regierung in Schleswig bleibt. Dagegen soll neuerdings wieder in Berathung gekommen sein, ob es sich nicht empfehle, die holsteinische Regierung von Kiel nach Altona zu verlegen. Die Veranlassungen, welche eine Erwägung dieser Frage nahe gelegt haben, bedürfen wohl kaum einer weiteren Auseinandersetzung. (Köln. Ztg.)

Berlin, 15. März. Privatbriefen aus Braunschweig entnehmen wir, daß der dortige Minister v. Liebe ziemlich ungnädig entlassen worden ist, weil er zu sehr zum preußischen Interesse gedrängt habe. — Die Dividende der Potsdam-Magdeburger Bahn ergibt 16 pCt. — Der von den hannover'schen Häfen ausgehende Antrag, betreffend das transatlantische Dampfschifffahrtsprojekt, ist dem Ministerium vorgelegt worden. — Der Abgeordnete v. Carlowitz hat folgende Amendements zum Bundesverfassungs-Entwurf eingebracht: 1) Die einzelnen Bundesmitglieder verpflichten sich, ihre Souveränetätsrechte ohne Zustimmung der Gesammtheit nicht anders als auf Bundesglieder zu übertragen; 2) ständige Gesandte hält und empfängt nur das Bundespräsidium; 3) die Absendung von Bevollmächtigten an das Präsidium oder andere Verbündete ist den Verbündeten unbenommen. — In Folge der Militärconventionen errichtet Preußen noch einige Cavallerie-Regimenter.

(Aus der Rede Bismarck's über Hannover.) Von den beiden Reden, die Graf Bismarck in der Reichstagssitzung am 11. gehalten, ist die zweite, auf das Verhältniß zu Hannover bezügliche von kaum geringerem Interesse als die erste über den Verfassungsentwurf. Wir theilen aus jener zweiten gegen den vormaligen hannoverischen Minister v. Münchhausen gerichteten Rede einiges Genauere aus der „Köln. Ztg." mit: „. . . . Daß Ihre Maj. die Königin Maria vorzieht, noch in diesem Augenblicke in dem preußischen Lande zu verweilen, ohne daß ihr Herr Gemahl mit Sr. Maj. dem Könige von Preußen Frieden geschlossen hat, ist ein Beweis des Schutzes, welchen Fürsten und Fürstinnen auch dann, wenn sie unsere Feinde sind, jederzeit in Preußen finden, und des Vertrauens auf diesen Schutz, und ich bewundere, daß die Königin Maria das Vertrauen bis zu diesem Grade ausdehnt. Ich weiß aber, daß der Aufenthalt, daß die Anwesenheit nicht der Königin, aber des Hofes in Marienburg den Deckmantel von Intriguen bildet, die wir nicht auf die Dauer dulden können; ihre Fäden abzuschneiden, hat Se. Maj. der König befohlen. In Folge dieses Befehls ist der Major v. Klenk vor den Augen Ihrer Maj. der Königin von Hannover verhaftet worden. Wenn Ihre Majestät das nicht mit ansehen will muß sie nicht in der Marienburg wohnen. Für uns stehen zu hohe Interessen auf dem Spiele; die Ruhe des Landes kann aus dergleichen Rücksichten nicht gefährdet werden, wenigstens sind wir fest entschlossen, nicht da-

mit spielen zu lassen. . . . Der Herr Vorredner hat außerdem über das Regime, unter dem Hannover bisher verwaltet worden ist, Klage geführt. Ich begreife diese Klage. Hannover steht augenblicklich unter dem Regiment des Absolutismus, und dieses Regiment wird sein Ende finden am 1. Oktober d. J.; dann wird es sich aller der verfassungsmäßigen Garantien erfreuen, welche die übrigen Provinzen des preußischen Staats bereits in diesem Augenblick schützen. Bis dahin aber wird sich der Herr Vorredner damit bescheiden müssen, daß die Provinz nach den persönlichen Ueberzeugungen Sr. Maj. des Königs über die Maßregeln, die zur Sicherstellung der preußischen Herrschaft in dem Lande nothwendig sind, regiert wird. Wir werden den Widerstand nicht tragen, wir werden ihn brechen. Daß die Sache so gekommen ist, kann Niemand mehr wie ich bedauern. . . . Woran scheitern die Unterhandlungen mit Hannover? An der Abneigung Sr. Maj. des Königs Georg, Garantien dafür zu geben, daß die hannoverische Armee sich auf nur ein Jahr lang der Feindseligkeiten gegen uns enthalten möge. Wir haben das Bündniß angeboten von dem Augenblicke an, wo wir die Möglichkeit eines Krieges voraussahen. Wir sind hingehalten worden mit Tergiversationen. Man hat uns in amtlich mitgetheilten Noten einen Neutralitätsvertrag versprochen, während dessen aber fortgefahren, heimlich zu waffnen; man ließ Munition, Waffen nach Stade schleppen, um dort eine feste Position zu nehmen, um dort mit dem Gablenz'schen Korps, mit denjenigen Streitkräften, die das Haus Augustenburg in Holstein würde mobil machen können, und deren Waffen wir dann in Hamburg gefunden haben, eine Diversion gegen uns im Rücken gemeinschaftlich mit Oesterreich zu machen. Dieser Gefahr kann sich Preußen nicht zum zweiten Male aussetzen. Wir haben die Verhandlungen hinausgezogen in der Hoffnung, Hannover würde sich besinnen. Es hat uns widerstrebt, gegen diesen befreundeten und benachbarten Stamm, der mit uns denselben Dialekt spricht, in dessen Adern unser Blut fließt, den Degen zu ziehen. Um das zu vermeiden, haben wir rechtzeitig, wenn ich nicht irre, war es am 9. oder 11. oder kurz darauf, in Hannover amtlich Folgendes kundgegeben: „„Stimmt Hannover für den österreichischen Antrag, der am 14. Juni in Frankfurt votirt wird, so werden wir dies als eine Kriegserklärung betrachten und darnach verfahren."" Man ward vollständig gewarnt, hatte aber Vertrauen auf 800,000 Mann österreichischer Truppen, so war nämlich die Ziffer durch den Prinzen Solms angegeben, welcher seinem hohen Verwandten damit einen schlechten Dienst erwiesen, als er schwankte zwischen Preußen und Oesterreich, ihn in das andere Lager hinüber zu ziehen. Meine Herren! In solchen Angelegenheiten kann diese Art von gemüthlicher Auffassung, an welche man sich in Deutschland in fünfzigjährigem Frieden gewöhnt hat, nicht Platz greifen. . . . . M. H.! Wenn das Blut, wenn die Freiheit von Preußen auf's Spiel gestellt wird, wenn das ganze Königreich, wie es war, mit seiner glorreichen Krone als Einsatz stand, wenn die Kroaten unser Land mit ihren Plünderungen bedrohten, wenn die Fremdherrschaft, ich weiß nicht, auf wie lange, uns bevorstand, wenn man uns in der Gefahr einen Stich in die Seite gibt, dann soll man sich hernach nicht auf den Standpunkt der Sentimentalität stellen und über schlechte Behandlung klagen. (Lebhafter Beifall.) Glaubt man das zu können, so ist es eine Unkenntniß der Dinge, an der jeder Staat und jede Krone zu Grunde gehen muß, welche mit dieser Unkenntniß geschlagen ist. Der Herr Vorredner hat uns noch einen speziellen Vorwurf gemacht, er hat darüber geklagt, daß Leute ohne Urtheil und Recht und im Widerspruche mit der Gesetzgebung nach der Festung Minden abgeführt worden seien M. H.! Im hannover'schen Gebiete lag keine Festung, sonst hätte ich es für korrekter gefunden, sie dahin abzuführen. (Große allgemeine Heiterkeit und Beifall.) Das ist aber meines Erachtens das Einzige, worüber vom juristischen Standpunkte aus Beschwerde geführt werden kann in einem Lande, wo nach Kriegs- und Völkerrecht in diesem Augenblicke die absolute Regierung besteht, die Regierung eines Eroberers, zwar eines solchen, der mit Ihnen Freund und Landsmann sein will und sich als solcher fühlt, immerhin aber doch Eroberer. Wer sich in einem solchen Lande und in einem solchen Augenblicke darüber beschwert, daß Jemand, der die Ruhe stört, eingesperrt und unschädlich gemacht wird, dem ist der Unterschied zwischen einer absoluten und einer konstitutionellen Verfassung, die dem Staatsbürger gegen den Mißbrauch der Gewalten Garantien gibt, überhaupt unklar. Werden Sie es in Rußland für eine Gesetzes- und Rechtsverletzung halten, wenn Jemand präventiv eingesperrt wird? Ist es nicht bei uns toto die passirt, ehe wir die Verfassung hatten, ohne daß die scharfsinnigsten Juristen etwas dagegen vorzubringen wußten? Formelles Unrecht geschieht dabei nicht. Ob aber durch moralisches Unrecht der Unverschuldete getroffen wird, ist von hier aus und in solchen Verhältnissen nicht immer zu unterscheiden, und ich wünschte Ihnen, daß der 1. Oktober rascher herankäme, als es sonst seine Art ist (große Heiterkeit), dann werden Sie von allen diesen Unbilden befreit sein. Wir werden Ihnen gegenüber die preußische Verfassung eben so strikt und in allen Garantien der persönlichen Freiheit beobachten, wie in den alten Provinzen. Aber gerade, weil die Zeit so kurz ist, können wir in der kurzen Zeit nicht viel spaßen. Ich rathe auf das Dringendste Ihnen und Ihren politischen Freunden ab, daß Sie uns nicht herausfordern! Sie werden einer Energie begegnen, der Sie nicht gewachsen sind. (Allseitiges stürmisches Bravo; vereinzeltes Zischen, das vom Präsidenten als unparlamentarisch abgewehrt wird).

In dem vom preußischen „Staats-Anzeiger" veröffentlichten Wortlaute der Bismarck'schen Rede vom 11. über den Verfassungsentwurf steht die Stelle über Süddeutschland in folgender Fassung zu lesen: „Der Herr Abg. Waldeck hat vorgestern sich lediglich von der Herstellung eines konstitutionellen einheitlichen Ministeriums die Wirkung versprochen, „„dann hätten wir die Süddeutschen"", wie er sich ausdrückte. Ich glaube, wir können sie nicht sicherer zurückschrecken, als wenn wir in eine solche Richtung treten, die, wie ich vorhin andeutete, mit der Mediatisirung der deutschen Fürsten große Aehnlichkeit hätte. Wer sind diese Süddeutschen? Einstweilen ist es die bayerische, die württembergische, die badische Regierung. Glauben Sie, daß Se. Majestät der König von Bayern, oder von Württemberg, sich durch solche Einrichtungen, wie sie der Abg. Waldeck in Vorschlag brachte, besonders angezogen fühlt? Meine Herren! Ich weiß das Gegentheil! Unser Verhältniß zu Süddeutschland wird sich an der Hand des Artikels, der sich im Verfassungsentwurfe darüber befindet, meines Erachtens einfach und mit Sicherheit entwickeln. Wir haben zunächst mit Süddeutschland die Gemeinschaft des Zollvereins, eine Gemeinschaft, die in diesem Augenblicke allerdings bis zu einem gewissen Grade in der Luft schwebt, weil die Friedensverträge eine sechsmonatliche Kündigung vorbehalten, bis wir uns über das Verhältniß von Nord- und Süddeutschland in dieser Beziehung geeinigt haben werden; um eine Einigung möglich zu machen, war dieses Kündigungsrecht nothwendig. Ich denke also, sobald wir mit der norddeutschen Verfassung fertig sind, daß wir zunächst den süddeutschen Regierungen Eröffnungen machen, damit sie mit uns zusammentreten, um den Weg zu berathen, auf dem wir zu einem dauernden organischen, nicht alle 12 Jahre kündbaren Zollvereine gelangen. Wir haben für den norddeutschen Bund diese Wohlthat gesichert durch Artikel über Zollgesetzgebung; wir können aber weder verlangen, daß die drei oder vier süddeutschen Staaten alles dasjenige, was wir hier durch die Gesetzgebung, an der sie selbst nicht Theil nehmen, beschließen, ohne Weiteres annehmen sollen; noch können wir ihnen gegen das, was der norddeutsche Reichstag gesetzlich beschließt, ein Veto einräumen; ein Veto, daß man von drei oder vier Regierungen ausüben und mit ihren Ständen theilen würde. Soll der Zollverein in bisherigem Umfange fortbestehen, so ist es ganz unvermeidlich, daß organische Einrichtungen geschaffen werden, vermöge deren Süddeutschland an der Gesetzgebung über Zollsachen Theil nimmt. Ich enthalte mich, das Nähere anzudeuten, ich glaube aber, es ergibt sich von selbst, wie die Einrichtungen beschaffen sein müssen. Es ist schwer, zu glauben, daß eine solche gemeinschaftliche organische Gesetzgebung für Zollsachen — und ich möchte doch dies nicht so unterschätzen und bloß mit dem geringschätzigen Namen Zollparlament belegen; was haben wir nicht für Kämpfe gekämpft, nur wer in den Geschäften gestanden hat, kann das beurtheilen, — wie erschienen uns nicht in den Jahren 1862 und 1864 gerade die Zollinteressen als die höchsten politischen Lebensinteressen! ich möchte das nicht unterschätzen, daß eine wirthschaftliche Gemeinschaft für Gesammtdeutschland geschaffen werden kann — also es ist schwer, zu glauben, daß solche gemeinsame Organe der Gesetzgebung, wenn sie einmal geschaffen, sich der Aufgabe entziehen könnten, auch die meisten der übrigen Titel der materiellen Wohlfahrt, sowie mancher formalen Gesetzgebung, über Prozeßwesen u. s. w. allmählich sich anzueignen, und auch darüber gemeinsame Bestimmungen für ganz Deutschland herbeizuführen. Was ferner die Machtfrage betrifft, so halte ich die Vereinigung von Nord- und Süddeutschland jedem Angriffe gegenüber in allen Fragen, wo es sich um die Sicherheit des deutschen Bodens handelt, für definitiv gesichert. Im Süden kann kein Zweifel darüber sein, daß, wenn er in seiner Integrität gefährdet werden sollte, Norddeutschland ihm unbedingt brüderlich beisteht, im Norden ist kein Zweifel darüber, daß wir des Beistandes Süddeutschlands gegen jeden Angriff, der uns treffen könnte, vollständig sicher sind."

Hannover, 14. März. Gestern spät Abends ist endlich die von den Betheiligten sehnlich erwartete königliche Ordre über die Anstellung der hannover'schen Offiziere amtlich veröffentlicht. Die Liste der nunmehr der preußischen Armee angehörenden Offiziere enthält 324 Namen, ziemlich genau die Hälfte der bisherigen hannover'schen Offiziere; davon gehörten zum Generalstab 5, zur Infanterie 294,

zur Cavallerie 52, zur Artillerie 58, zum Ingenieurcorps 12 und zum Train 3. Von den Generalen ist nur General-Major v. Bothmer, der bisherige Commandeur der vierten Infanterie-Brigade, übergetreten und vorläufig dem Stabe der 20. Division attachirt. Oberst Cordemann, der unmittelbar vor Langensalza zum Chef des Generalstabes ernannt wurde, ist mit den Gehalts-Competenzen eines Abtheilungschefs dem Generalstabe aggregirt und dem großen Generalstabe (Berlin) zur Dienstleistung überwiesen. Außerdem sind von höheren Offizieren angestellt: die Obersten Gundell, v. d. Decken und v. Geyso, die Oberst-Lieutenants Eyl, Knipping, v. Göben, Flöckher, Luderitz und Oppermann, und 16 Majors. Die Vertheilung ist über die ganze preußische Armee geschehen, nur sehr wenige bleiben im Hannover'schen, was aber auch nur die wenigsten gewünscht haben. Wünsche aber sind, wie ich von Offizieren höre, thunlich berücksichtigt, und abgelehnt ist keiner, der sich zum Dienste gemeldet hat. (K. Z.)

Wien, 13. März. Die offiziösen Depeschen aus Pesth berichten viel über die Jubeltöne, welche gestern bei Ankunft des Kaisers die dortige Atmosphäre erfüllt haben sollen. Privatnachrichten wollen indeß die Begeisterung nicht so gar überschwänglich gefunden haben. Der Grund mag zum größten Theile in den nicht ganz erfüllten Erwartungen in Betreff der neuen Dinge liegen. Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß die Partei der Linken die Mehrheit der magyarischen Nationalität hinter sich hat, und gerade diese Partei ist es, welche bei öffentlichen Manifestationen den Ton angibt. Seit der unliebsamen Veröffentlichung der beiden Erlasse des Generalkommandos zu Ofen ist die Mißstimmung der Nationalen im Wachsen. — Aus Kroatien lauten die Berichte bedenklich. Die Aufregung nimmt dort in bedeutendem Grade zu. Die scheinbare Ursache ist die trotz aller Proteste der Komitate anbefohlene Durchführung des neuen Wehrgesetzes. In Wahrheit aber ist man zumeist über die Preisgebung an Ungarn erbittert. — Gestern hat der französische Botschafter dem Frhrn. v. Beust, der das Großkreuz der Ehrenlegion schon besaß, denselben Grad dieses Ordens in Brillanten überreicht. (Nürnb. Korr.)

Ueber den Stand der orientalischen Frage schreibt die „Presse" unterm 14.: „Es läßt sich nicht läugnen, daß diese Frage in den letzten Tagen einen ernsteren Charakter angenommen hat. In den Kreisen der hiesigen, wie der französischen Diplomatie ist man auf entscheidende Schritte von der einen oder andern Seite gefaßt; man hofft aber, daß die Pforte zur Gewährung von Konzessionen sich entschließen werde. Thatsache ist, wie wir vernehmen, daß über die Abtretung sowohl Kandia's, als des größeren Theiles von Epirus und Thessalien an Griechenland mit der Pforte verhandelt wird, und ebenso wird als feststehend bezeichnet, daß England die Türkei bewogen habe, die serbischen Festungen unbedingt zu räumen. Daß aber die europäischen Kabinette sich zu einer neuerlichen Kollektiv-Garantie der Oberhoheitsrechte herbeilassen würden, was England zugesichert haben soll, ist wohl schwer anzunehmen. Uebrigens wird versichert, daß sowohl Rußland als Preußen militärische Vorbereitungen treffen. Preußische Offiziere sind zahlreich in serbische wie rumänische Dienste getreten." Dasselbe Blatt berichtet weiter: „Aus Odessa wird gemeldet, daß Fürst Cusa dort weile und zahlreiche Verbindungen mit Rumänien unterhalte. Die jüngsten Vorgänge in Bucharest, insbesondere die letzte Minister-Kombination, sollen dadurch bedingt sein. In der That weist die neueste Ministerliste Namen auf, die bereits unter Cusa Portefeuilles inne hatten und wohl auch noch jetzt zu dessen Freunden zählen oder ihm unmittelbar durch verwandtschaftliche Bande verbunden sind."

Wien, 16. März. Die amtliche „Wiener-Zeitung" bringt heute in ihrem nichtamtlichen Theile folgende einigermaßen auffällige Mittheilung: „Wie man uns mittheilt, setzt die bisherige Abtheilung für Cultus und Unterricht des bestandenen Staatsministeriums seit 11. d. ihre Thätigkeit als k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht fort." Wir glauben, die Creirung eines selbständigen Unterrichtsministeriums sei keine so unwichtige Thatsache, daß nicht auch der Beginn der Wirksamkeit in amtlicher Weise angezeigt zu werden verdiente. Oder soll das halboffizielle On dit nur auf die offizielle Publikation vorbereiten? — Der mehrtägige Aufenthalt des Herrn Erzherzogs Karl Ludwig in Prag scheint nicht ausschließlich dem Besuche seines Oheims, des Kaisers Ferdinand zu gelten, sondern mit der sich vorbereitenden Gestaltung der inneren Verhältnisse des Kaiserstaats zusammenzuhängen. Denn daß der Bruder des Kaisers und erste Agnat des Thrones die Führer der Adels-Opposition im böhmischen Landtage zu sich bescheiden läßt, um mit ihnen zu conferiren, ist gewiß nicht ohne Vorwissen Sr. Majestät und vielleicht auch nicht ohne vorgängige Besprechung im Rathe der Krone geschehen. Erzherzog Karl Ludwig, dessen Statthalterschaft in Galizien und Tirol den Feudalen noch im besten Angedenken ist, mochte gerade dadurch als die geeignetste Persönlichkeit erscheinen, als Mittler zwischen den einander schroff gegenüberstehenden Adelsparteien einerseits und den Feudalen und der Regierung andererseits aufzutreten. Inwieweit diese Mission dem Herrn Erzherzoge gelungen, darüber verlautet noch nichts; daß sie nicht völlig gescheitert, dürfte aus der weiteren Mittheilung zu schließen sein, wonach vor der Abreise des Herrn Erzherzogs in den Appartements Sr. Majestät des Kaisers Ferdinand eine Hoftafel stattfinden soll, an welcher die hervorragendsten Vertreter der böhmischen Aristokratie, darunter auch die Parteiführer der Feudalen, theilnehmen werden. (Pr.)

Prag, 13. März. Nach Versicherungen von kompetenter Seite wird der böhmische Landtag auf den 3. April einberufen werden. (T. N. d. Pr.)

Pesth, 13. März. Der „Lloyd" meldet: „Der Aufenthalt des Kaisers dürfte sich auf zehn Tage erstrecken. Morgen Mittag findet die Eidesablegung der Minister im Thronsaale und hierauf Galadiner statt. Abends Fackelserenade mit 2000 Fackeln. — Erzbischof Lonovics ist heute Nachmittag gestorben.

Paris, 13. März. Die Hauptbestimmungen des heute vorgelegten Preßgesetzes sind: Aufhebung der vorher einzuholenden Ermächtigung. (Jeder großjährige Franzose, der im Genusse seiner bürgerlichen und politischen Rechte ist, kann ein Journal oder eine Zeitschrift veröffentlichen.) Es muß aber 14 Tage vor dem ersten Erscheinen der Name des Blattes, der Eigenthümer und des Druckers angemeldet werden. Den Wissenschaften, Künsten, der Literatur, dem Ackerbau gewidmete Journale und Zeitschriften, die keine Annoncen enthalten, bezahlen keinen Stempel. Annoncen auf Beilage-Blättern bezahlen Stempel. Dagegen sind frei von Stempeltaxe und Postgebühren die Beilagen bereits gestempelter Hauptblätter, im Falle sie keine Annoncen enthalten. Kein Journal und keine Zeitschrift können von einem Senator oder Deputirten, als verantwortlichem Geranten, bei einer Strafe von 500—3000 Frs. unterzeichnet werden. Wer, ohne dazu berechtigt zu sein, einen Artikel unterzeichnet, setzt das Journal einer Strafe von 1000—5000 Frs. aus. (Nicht berechtigt sind, außer den ihrer bürgerlichen und politischen Rechte Beraubten, auch die aus Frankreich ausgewiesenen Personen.) Gefängnißstrafe ist für Preßvergehen abgeschafft. Die Journale ohne Caution können zu Geldstrafen von 500—10,000 Frs., die cautionirten Journale (wie bisher mit 50,000 Frs.) zu Geldstrafe vom 15. Theil bis zur Hälfte der Caution verurtheilt werden. Jedes wegen Preßvergehen verurtheilte Individuum kann durch das Gericht auf einen 5 Jahre nicht überschreitenden Zeitraum seines aktiven und passiven Wahlrechts verlustig erklärt werden. Eine Verurtheilung wegen Verbrechens zieht von Rechtswegen die Unterdrückung des Journals nach sich. Bei Rückfall eines Vergehens innerhalb zweier Jahre kann das Journal für eine Zeit von 2 Wochen bis 2 Monaten suspendirt werden. Während dieser Zeit bleibt die Caution deponirt. Die Suspendirung des Blattes kann sofort nach dem Spruche erster Instanz verfügt werden. — Die Buchdruckerei und der Buchhandel bedürfen keines Brevet mehr, aber einer vorherigen Anmeldung.

Paris, 14. März. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers ergreift Thiers zuerst zur Begründung seiner Interpellation über Deutschland und Italien das Wort. Er findet, daß die Lage Europas und im Besondern Frankreichs eine ernste sei; Dies beweise schon einfach die allseitig vor sich gehende Reorganisation der Armeen. Immerhin aber müsse man diese Situation ohne tiefe Besorgniß in's Auge fassen. Thiers sucht nun nach den Ursachen dieser üblen Lage. Sie liegen für ihn in den falschen Ideen, welche in der europäischen Politik Platz gegriffen haben und von Ehrgeizigen, die selber an sich nicht glauben, in dreistester Weise ausgebeutet werden. Die Ideen, auf welchen ehemals die europäische Staatenordnung beruhte, waren ganz andere, als die heutigen, und erfreuen sich auch des vollständigsten Beifalls des Herrn Thiers. Es waren die Ideen des Gleichgewichts und der Achtung der Verträge. Herr Thiers entwirft im Weitern eine breite, anschauliche historische Schilderung der Gleichgewichtspolitik vom 15. Jahrhundert an bis auf heute. Sie bestand hauptsächlich in der Respektirung der kleinen Staaten, welche das Zusammenprallen der großen hinderten oder wenigstens abschwächten und viel dazu beitrugen, daß die großen Staaten nicht noch zu größeren und größten wurden. Diese Politik nun hat man heutzutage aufgegeben und Frankreich hat es geschehen lassen, obgleich seine Größe und Macht gerade darin bestand, gleichsam das Schwert dieser Politik, der Wagbalken dieses Gleichgewichts gewesen zu sein. Und was hat man an die Stelle dieser Politik gesetzt? Die Idee der Nationalität, der großen Agglomerationen gleichen Ursprungs und gleicher Sprache! Daher das Interesse, das man für Polen an den Tag gelegt, daher die unablässigen Anstrengungen zu Gunsten der italienischen Einheit. Weiter bemerkt Thiers, um die vorjährigen Kriege in Deutschland und Italien, welche in keinem Falle ein günstiges Resultat für Frankreich hätten haben kön-

nen, zu verhindern, hätte der Kaiser nur ein einziges Wort zu sagen brauchen. Frankreich hätte zu Italien sagen müssen, daß es für den deutschen Bund eintrete und Italien wäre ruhig geblieben. Preußen würde dann auch keinen Krieg geführt haben, weil es allein gestanden. Schließlich befürwortete Thiers die Allianz mit England, welcher sich Skandinavien, Holland, Belgen, Portugal und Oesterreich anschließen würden; auf diese Weise werde man zur Wiederherstellung der Ruhe in Europa gelangen.

Paris, 15. März. Im gesetzgebenden Körper vertheidigte Ollivier das Nationalitätsprinzip, indem er sich für die von der Regierung befolgte auswärtige Politik aussprach. Der Friede und das gute Einvernehmen zwischen Frankreich und Deutschland müßten erhalten werden; Rußland sei wegen Konstantinopel gefährlich, es müsse daher vermieden werden, daß zwischen Rußland und Deutschland ein Bündniß geschlossen werde. Die Majorität beglückwünschte Ollivier wegen seiner Rede.

Die „Gaceta" von **Madrid** vom 11. d. M. veröffentlicht das königl. Dekret, durch welches der Infant Don Enrique Maria de Bourbon, Bruder des Königs, seiner Würde als Infant von Spanien, und aller seiner übrigen Würden, Ordensdekorationen, Grade, Titel und Aemter entsetzt wird. Die Darlegung der Motive zu diesem königl. Dekret ist vom gesammten Ministerium unterzeichnet. Sie erinnert daran, daß bereits einmal, im Jahre 1848, dem Infanten es ganz ähnlich gegangen war, daß aber später die unerschöpfliche Güte der Königin ihm alle seine Ehren wieder zurückerstattet habe. „Dieser Infant," heißt es ferner, „wohnt augenblicklich außerhalb des Königreiches. Die fremde Presse, die des Landes, wo er wohnt, hat die unerträglichsten Beleidigungen gegen sehr erhabene Gegenstände ausgestoßen, welche die guten Spanier nur mit Begeisterung und Respekt nennen. Sicherlich, es war Sache des Prinzen, empört zu werden, und für diese Beschimpfungen Genugthuung zu verlangen. Was hat er gethan? Er hat sich an die Presse gewandt, um zu erklären und zu veröffentlichen, ohne daß irgend Jemand von ihm eine solche Erklärung verlangte, daß sein Ehrenplatz nicht an der Seite der Königin ist, sondern im fremden Lande, das den politischen Flüchtlingen und Verurtheilten, deren er erwähnt, als Zufluchtsort dient."

New-York, 11. März. Das Abgeordnetenhaus hat einen Zusatz zur Wiederherstellungsbill angenommen, wodurch die Militärkommandanten im Süden ermächtigt werden, eine Volkszählung vorzunehmen, die Abstimmungen der Bevölkerung zu registriren, Konventionen zu berufen und, entsprechend der Bill zur Einsetzung der Militärregierung, die Verfassung zu organisiren. Der Kongreß wird sich nicht vertagen, bis zum Austrage der Frage über die Bürgschaften, welche für die Wiederherstellung des Südens vorgeschlagen sind. Sumner hat innere Bürgschaften für die befreiten Neger vorgeschlagen.

New-York, 11. März. Der Antrag Sumners auf neue Bürgschaften für die Wiederherstellung des Südens ist verworfen worden.

Matamoras, 4. März. Kaiser Maximilian stand am 21. Februar mit 10,000 Mann bei Queretaro. Der juaristische General Escobedo war 18 Meilen entfernt und wartete auf Verstärkungen, um eine Schlacht zu liefern. Auch Porfirio Diaz wartete auf Verstärkungen, um die Hauptstadt anzugreifen.

Neueres.

Frankfurt, 16. März. In der Antwort Sr. Majestät des Königs an die Bürger-Repräsentation heißt es: Die Contribution sei kriegsrechtlich begründet und es liege gleichwohl in des Königs Intentionen, den Wohlstand einer jetzt preuß. Stadt nicht zu gefährden. Die Trennung des städtischen vom Staatsvermögen solle möglichst beschleunigt werden. Sollte sich daber herausstellen, daß die Contribution der Stadt anheimfalle, so werde Se. Majestät darauf bedacht sein, daß die Belastung nicht über das Maß ausfalle. Die Entwicklung der Stadt liege bei einer geschichtlich wie volkswirthschaftlich so hervorragenden Stadt dem Könige besonders am Herzen.

Berlin, 16. März. Die Fraktion der Linken hat beschlossen, die Niedersetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern zu beantragen, welche den Auftrag erhalten soll, in Art. 3 des Verfassungsentwurfes die wesentlichsten Volksgrundrechte aufzunehmen. Dem Art. 4 wäre bei Nummer 14 das Militär- und Marinewesen, bei Nummer 15 das Bundesfinanzwesen und bei Nummer 16 die Auslegung und Abänderung der Bundesverfassung hinzuzufügen. Art. 8 wäre zu streichen, Art. 5 umzuarbeiten, namentlich Diäten und Beamtenwählbarkeit zuzulassen.

Berlin, 16. März. Die national-liberale Fraktion hat gestern Abend die vier ersten Abschnitte des Verfassungs-Entwurfes zu Ende berathen. Es sind angenommen als Amendements und Zusätze zu Artikel 4: die Ausdehnung der Bundes-Gesetzgebung auf Paß- und Fremdenpolizei, auf direkte Reichssteuern, auf das Strafrecht, so wie auf das bürgerliche Recht im Allgemeinen, auf die Armee und die Marine, auf die Feststellung derjenigen politischen und bürgerlichen Rechte, welche kein Bundesstaat seinen Angehörigen entziehen darf, also auch ein Minimum von Vereins- und Preßrechten. Ein besonderer Zusatzartikel dehnt die Bundesbefugniß im Wege der Gesetzgebung auch auf andere durch das Gesammt-Interesse bezeichnete Gegenstände aus. Der Erlaß solcher Gesetze soll an die für Verfassungs-Aenderungen nothwendigen Formen gebunden werden. Die Frage der Verantwortlichkeit der Bundesregierung wird erst bei dem fünften Abschnitte über den Reichstag näher erörtert werden. Amendements wegen Verantwortlichkeit der Vorsitzenden der Bundes-Ausschüsse wurden vorläufig abgelehnt, weil die Ausschüsse keine Verwaltungs-Befugnisse haben. Angenommen ist ferner zu Artikel 67 das Erforderniß der jährlichen Entlastung der Bundes-Regierung.

Hamburg, 16. März. Die „Hamb. Nachr." enthalten ein Privattelegramm aus Wien von heute, nach welchem die von Frankreich befürwortete Abtretung Candia's Seitens Oesterreichs keinen Widerspruch findet. Die Meldungen über Militäranstellungen seien falsch, doch seien alle Vorkehrungen getroffen, um von keinem Ereignisse überrascht zu werden.

London, 16. März. In einer Parteiversammlung theilte gestern Abend Lord Derby die Grundzüge des Reformplanes mit. Demselben zufolge soll in Burgflecken der Hausstand Stimmrecht verleihen, während in den Grafschaften ein Census von 15 Pf. Sterl. für die Stimmberechtigung angenommen werden soll. Doppelte Abstimmung in den Städten und auf dem Lande ist zulässig. Aftermiether sind stimmlos. Man erwartet eine starke Opposition seitens der liberalen Partei gegen das Reformprojekt des Ministeriums, namentlich gegen die Doppelwahlen.

London, 16. März. Im Parlamente theilt Graf Derby mit, daß die Türkei die Festung Belgrad räumen, aber nicht zerstören werde. Die türkische Flagge bleibt. Die Serben garnisoniren in der Festung. Die Türkei wird unverzüglich die versprochenen Reformen zu Gunsten der Christen ausführen. Das Staatskonseil erhielt drei christliche Mitglieder, darunter den Finanzminister und Bankdirektor. Serbien wird, obzwar praktisch unabhängig, doch die Souveränetät der Türkei anerkennen.

(Zur Creditfrage.) München, 11. März. Der hiesige Verein zur Hebung des Credits hat vor einiger Zeit ein Flugblatt ausgegeben, worin er die Motive zu einer Petition darlegt, die er behufs gesetzlicher Umgestaltung creditwidriger Institutionen u. s. w. an geeigneter Stelle übergeben hat. Es ergibt sich daraus die erschreckende Thatsache, daß von den ca. 7000 Häusern Münchens ein volles Drittel entweder der Gant schon verfallen ist oder ihr in nächster Zeit sicher verfallen wird. Werden in runder Summe nur 2000 Ganten und bei jeder Gant ein Capitalverlust von 10,000 fl. angenommen, so macht dies einen Totalverlust von 20 Mill. Gulden, von dem wenigstens die Hälfte den Handwerksstand trifft. Daß ein solcher Zustand die Wohlfahrt der ganzen Stadt in die höchste Gefahr bringt, ist selbstverständlich und es muß ihm deßhalb mit allen Mitteln entgegengearbeitet werden. Ein solches Mittel glaubt der Verein in der gesetzlichen Ermöglichung seines allgemeinen oder doch wenigstens speciellen Moratoriums auf Jahresfrist zu erblicken und trägt in seiner Petition in erster Linie hierauf an. Weiter empfiehlt er die Zulassung fremder Creditinstitute, um dadurch eine wohlthätige Capitalconcurrenz hervorzurufen und wünscht, daß den Hypothekenbriefen der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank mehr die Eigenschaft koursmäßiger Papiere gegeben würde. Schließlich spricht sich der Verein noch für Abschaffung der Schuldhaft und der Wuchergesetze aus, indem er die erstere als vollständig zweckwidrig, die letzteren aber als nutzlos bezeichnet, weil die Gesetze selbst mit der größten Leichtigkeit umgangen werden können. Es ist den hier mitgetheilten Vorschlägen eine gewisse Zweckmäßigkeit nicht abzusprechen, und es steht daher zu hoffen, daß sie eingehende Erwägung und bestmöglichste Verwirklichung finden werden.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 78.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder ... franco.	Dinstag, 19. März 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 15. März. Se. Majestät der König hat den bisherigen Pfarrer in St. Zeno, Bezirksamts Berchtesgaden, Priester Fr. L. Frhrn. v. Leonrod, zum Bischofe von Eichstädt ernannt; dem Sekretär des Bezirksgerichts Augsburg, Heinrich Uhlmann, aus administrativen Erwägungen in den Ruhestand versetzt, den Sekretär des Bezirksgerichts Kempten, N. Kistler, in gleicher Eigenschaft an das Bezirksgericht Augsburg, auf sein Ansuchen, versetzt, zum Sekretär des Bezirksgerichts Kempten den Gerichtsschreiber des Landgerichts Dachau, Jos. Hensler, seinem Ansuchen entsprechend, befördert, an das Landgericht Dachau den Gerichtsschreiber des Landgerichts Werdenfels, G. Schiedermaier, in gleicher Eigenschaft auf sein Ansuchen versetzt und zum Gerichtsschreiber am Landgerichte Werdenfels den Tagschreiber des Landgerichts Prien, B. Wörle aus Isseldorf, in provisorischer Eigenschaft ernannt; genehmigt, daß die kath. Pfarrei Allersburg, Bezirksamts Velburg, von dem Bischofe von Regensburg dem Priester Fr. X. Röhrl, Pfarrer in Kösching, Bezirksamts Ingolstadt; die kath. Pfarrei Mauern, Bezirksamts Freising, von dem Erzbischofe von München-Freising dem Priester Th. Hartig, derzeitigen Coadjutor daselbst, verliehen werde.

Se. Maj. der König hat dem kgl. Archivs-Conservator Franz Heilmaier zu Neuburg in Anerkennung seiner langjährigen und eifrigen Dienstleistungen den Titel eines königlichen Archivars tax- und stempelfrei verliehen.

Seine Majestät der König hat durch allerhöchste Entschließung vom 9. lfd. Mts. Nachstehendes allergnädigst zu verfügen geruht: Für hervorragende Leistungen während des jüngsten Feldzuges werden weiters

I. Belohnt: 1. Mit dem Ritterkreuze 1. Kl. des Militär-Verdienstordens: die Majore G. Rögner, Vorstand der Lokal-Genie-Direktion Ingolstadt, G. Kollmann, Vorstand der 1. Genie-Direktion und O. Kleemann vom Geniestab, nun Commandant der Artillerie- und Genieschule; die Hauptleute J. Jouvin vom 1. Inf.-Reg., und zwar in Anerkennung der Haltung des 2. Bat. dieses Regiments in den Gefechten bei Rüdingen und Helmstadt, und G. Veith vom 1., nun im 6. Jäger-Bat., wegen der Haltung des erstgenannten Bataillons bei Helmstadt; die Stabsärzte Dr. K. Rast von der Commandantschaft der Stadt Würzburg und der Veste Marienberg und Dr. A. Besnard vom Art.-Corps-Commando.

2. Mit dem Ritterkreuze 2. Kl. dieses Ordens: die Hauptleute G. Waagen, nun 1. Adjut. des Generalkommand. G.-L. Stephan, und K. Henle, beide vom Inf.-L.-Reg., O. Lindig und K. Günther vom 5. Inf.-Reg., K. Dobrer vom 13. Inf.-Reg., J. Gloß vom 5. Jäg.-B., M. Hofmann vom 8. Jäg.-Bat., A. v. Büller vom 1. Art.-Reg., 1. Adj. des Artill.-C.-Command. G.-L. Ritter v. Brodeßer; die Oberlieutenants K. Scheftlmayr vom 6. und O. Raab vom 14. Inf.-R., H. Hölzl vom 8. Jäg.-B. und Th. v. Heußler vom 2. Kür.-R.; der Reg.-Arzt Dr. A. Ell vom Genie-R.; dann der Bat.-Arzt Dr. C. Schulze vom 2. Inf.-R.

3. Mit der Militär-Verdienst-Medaille: und zwar a) mit der goldenen: vom 12. Inf.-R.: Sergeant L. Mausbard aus Haltenwang; vom 13. Inf.-R.: Gemeiner J. Lippert aus Wendenhammer; vom 1. Jäg.-Bat.: Gemeiner Fr. Grüner aus Mareldsweisach; b) mit der silbernen: vom J.-L.-R.: Feldwebel X. Aigner aus Kuttenreuth; die Gemeinen M. Wimmer aus Solla und U. Pfleger aus Martinszetten; vom 1. J.-R.: die Gemeinen J. Lichtenstern aus München und J. Fußeder aus Thanbarn; vom 2. J.-R.: Sergeant J. Sigl aus Wolfratshausen; die Gemeinen B. Müller aus Harbertshausen, J. Kastl aus Hohentann und P. Mooseder aus Langenpettenbach; vom 6. J.-R.: die Gemeinen J. Utz aus Hohenburg und W. Banmer aus Regensburg; vom 7. Inf.-Reg.: Feldwebel H. Meinetsberger aus Nürnberg, Sergeant B. Poth aus Burrweiler und Corporal J. Morg aus Bayreuth; vom 9. J.-R.: Feldwebel F. Schönhöfer aus Quirchheim; vom 12. J.-R.: Gemeiner L. Gödl aus Immenstadt; vom 15. Inf.-R.: Sergeant K. Landgraf aus Redwitz und Gemeiner M. Meier aus Roth; vom 4. Chev.-R.: Gemeiner J. Neumüller aus Niederaschau.

4. Mit dem Militär-Verdienstkreuze: vom Gendarmerie-Corps: Gendarm F. Ströbel aus Ansbach, von der Compagnie von Unterfranken und Aschaffenburg; vom 1. Inf.-R.: Feldwebel A. Lang und Sergeant L. Streng, beide aus München; vom 2. J.-R.: Sergeant C. Kremer aus Freising, Corporal F. Hornberger aus Ruhpolding, Gefreiter M. Tremmel aus München und Gemeiner M. Riedl aus Thierhaupten; vom 4. Inf.-R.: Corporal J. Ackermann aus Schmetterslob; vom 5. Inf.-Reg.: Corporal G. Mangold aus Neuses am Berg; vom 6. J.-R.: Serg. M. Heß aus Cham, Gefreiter M. Loibl aus München und Gemeiner J. Rottmaier aus Vilseck; vom 7. J.-R.: Sergeant M. Laurer aus Böhning und Gefreiter M. Wagemann aus Gräfenwinden; vom 12. J.-R.: Serg. A. Pfahler aus Eßlingen und Corporal G. Rick aus Oberthalhofen; vom 14. J.-R.: die Serg. H. Pattberg aus Mögeldorf und G. Wagner aus Neuses; vom 15. J.-R.: Gefreiter J. Lust aus Karlskron, dann die Gemeinen G. Bankl aus Erlmühle, G. Hasel aus Nürnberg, Fr. Schmitt aus Bütthard und J. Merk aus Erlangen; vom 1. J.-B.: Gemeiner W. Spindler aus Welher; vom 7. J.-B.: Gefreiter P. Vidal aus Obereichingen; vom 8. J.-B.: Oberjäger K. Raderer aus Pröbsten; vom 1. Kür.-Reg.: Gemeiner G. Weiß aus Ottobeuern; vom 3. Chev.-R.: Corporal J. Ehret aus Pfuhl; vom 6. Chev.-R.: Corporal J. Sangel aus Dingolshausen; vom 1. Art.-R.: die Corporäle M. Köck aus Rothmühl und J. Ruhland aus Grafenkirchen, dann der Fuhrwesenssoldat J. Walleitner aus Egling; vom 4. Art.-Reg.: Feuerwerker J. Kißling aus Zeil und Fahrkanonier J. Weiß aus Oberegg.

II. Belobt: vom Gendarmerie-Corps: die Brigadiers Gg. Müller aus Rottweiler, Fr. Schüpferling aus Wüstenstein, beide von der Compagnie von Oberfranken; die Gendarmen C. Reuber aus Nürnberg, von der Compagnie der Hauptstadt, J. Fuchs aus Albertskreuth und H. Weinhelmer aus Zeiskam, beide von der Compagnie v. Oberfranken; vom Inf.-Leib-Reg.: die Unterlieutenants W. Weber, Bat.-Adjutant, und H. Ehrne v. Melchthal; Gemeiner G. Engelbrecht aus Oberstrogе; vom 1. Inf.-Reg.: Regimentsarzt Dr. X. Mühlbauer; Feldwebel Joh. Reger aus Auerbach, Korporal M. v. Bar aus Stalldorf und Gemeiner D. Holbein aus Benningen; vom 2. Inf.-Reg.: Hauptmann F. Reitter und Oberl. Fr. Peller v. Schoppershof; vom 3. Inf.-Reg.: Gefreiter L. Müller aus Egelstetten, die Gemeinen Fr. Weißhaupt aus Denzingen und L. Preißer aus Augsburg; vom 4. Inf.-Reg.: die Hauptleute C. Müller und Jos. Lanfflingl; vom 5. Inf.-Reg.: die Regimentsärzte Dr. G. Schmalz und Dr. A. Stucky; vom 6. Inf.-Reg.: Regimentsarzt Dr. A. Bauer; Sergeant J. Lechhorn aus Hübnerlob, Korporal D. Schmitt aus Zweibrücken, Vicekorporal Joh. Döbel aus Hof; dann die Gemeinen J. Kastner aus Mehlmeisel, J. Dirigl aus Furth, Chr. Reichhard aus Urfersollen und J. Abelmann aus Rothenbuch; vom 7. Inf.-Reg.: die Gemeinen J. Freyberger aus Preußling, H. Paukner aus Untersteinach und J. Philipp aus Lingenfeld; vom 11. Inf.-Reg.: Gemeiner Fr. Schiebl aus Frenberg; vom 12. Inf.-Reg.: die Gemeinen J. Kranzfelder aus Kutzenhausen, C. Lutz aus Wortelstetten und A. Meier aus Großkötz; vom 14. Inf.-Reg.: Hauptmann C. Sibin und Bataillonsarzt Dr. Fr. Riegel; Feldwebel G. Veith aus Neubrunn, Sergeant G. Berthold aus Ansbach, die Korporäle B. Seifert aus Nürnberg, Chr. Schwab aus Lehrberg und G. Heckel aus Plech, die Gefreiten Bl. Stephan aus Dierersdorf und J. Döll aus Elfershausen, die Gemeinen L. Oppelt aus Vorra, und A. Raschbacher aus Seinhofen; vom 15. Inf.-Reg.: Unterl. J. Schuster; die Sergeanten J. Kobes, A. Hartner, beide aus Nürnberg, die Korporäle J. Schaumberg aus Ansbach und G. Legler aus Nürnberg, Hornist P. Lobinger aus Hersbruck, die Gefreiten A. Hofmann aus Herrnbergtheim und L. Kriegbaum aus Röthenbach, die Gemeinen B. Schlamp aus Weibering und M. Brunner aus Neuzenheim; vom 2. Jäger-Bat.: Secondjäger C. Schweizer aus Passau und Korporal A. Koch aus Amberg; vom 5. Jäger-Bat.: Oberl. O. Urban und Unterl. C. Sartorius; vom 4. Chev.-Reg.: Regimentsarzt Dr. N. Würth; vom 6. Chev.-Reg.: Bataillonsarzt Dr. A. Moser; Trompeter Ph. Lorz aus Hollstadt, Gefreiter Fr. Müller aus Rödersbach, der Gemeine M. Wernsdorfer aus Frensdorf; vom 1. Art.-Reg.: Korporal J. Blauhorn aus Heman, Bombardier Gg. Späth aus Rohr und Fahrkanonier J. B. Galler aus Buchham; vom 4. Art.-Reg.: Korporal B. Hägele aus Leipheim, die Trompeter C. Häuslein aus Pappenheim, A. Hagen aus Willersdorff, L. Schultes aus Neuburg a/D. und L. Lang aus Flein, Bombardier J. Zimmermann aus Mistelbach, und Fahrkanonier J. Gruber aus Burgberg; vom Geniestabe: Hauptmann C. Staudacher und Oberl. M. Schwabl; von der 1. San.-Comp.: Oberl. J. Horn; von der 4. San.-Comp.: Korporal A. Denemark aus Burgfarrnbach.

München, 17. März. An den zu Mannheim stattfindenden Berathungen über die Abwehr der Rinderpest wird nunmehr auch die k. württembergische Regierung theilnehmen. — Das Finanzministerialblatt Nr. 6 enthält eine Ministerialentschließung über Waldbeschädigung durch Sturmwind. (B. Z.)

A. C. **München**, 16. März. (Abgeordnetensitzung. Schluß.) Abg. Münch als Referent empfiehlt die Annahme des Ausschußantrages, es möge die Bearbeitung eines Gesetzentwurfes, die Errichtung eines obersten Verwaltungsgerichtshofes betreffend, mit thunlichster Beschleunigung in Angriff genommen werden, welcher Entwurf sodann vom Sozialgesetzgebungsausschusse berathen werden soll. Abg. Dr. Edel hält, obwohl Jedermann die volle Berechtigung des vorliegenden Antrags einsehen werde, doch noch eine nähere Auseinandersetzung für nothwendig, denn in gewissen Kreisen schwebten über die vorliegende Angelegenheit noch verschiedene andere Anschauungen. Er erörtert, daß der beregte Gerichtshof nicht etwa ein Kassationshof werden soll, denn dadurch würde für die Verwaltung eine nicht zu rechtfertigende Weitläufigkeit herbeigeführt, sondern es müsse ein oberster Gerichtshof für die Verwaltungsstreitigkeiten analog dem obersten Gerichtshof in Justizsachen, also ein Revisionshof geschaffen werden. Die aktive Verwaltung und die Judikatur in der Verwaltung sollen überhaupt von einander geschieden werden, denn gerade aus dem gegenwärtigen Verhältnisse leiteten sich die beklagenswerthesten Mißstände her; die Organe der aktiven Staatsver-

waltung seien nicht unabhängig genug, um nach ihrer Ueberzeugung urtheilen zu können, denn sie hätten sich ja nach den Direktiven der höheren, ihnen vorgesetzten Instanz zu richten. Redner greift hier einige sehr deutliche Beispiele heraus. Wenn z. B. der Regierung ein Redacteur mißliebig geworden und die Polizeibehörde weise ihn aus, was helfe denn da eine Berufung an die höhere Instanz, Berufung ergreifen heiße in einem solchen Falle: den Teufel bei seiner Großmutter verklagen (Heiterkeit). Ein weiterer Mißstand sei die willkürliche Anwendung der Verwaltungsgesetze in Folge des Mangels eines obersten Verwaltungsgerichtshofes, man betrachte z. B. nur, wie verschieden das Gewerbsgesetz unter Wallerstein, Reigersberg und Neumayr angewendet wurde. Würden wir einen obersten Verwaltungsgerichtshof haben, so würde gar manche Beschwerde wegen Verfassungsverletzung nicht gegeben sein. Daß durch Schaffung eines solchen Gerichtshofes die Regierungsthätigkeit gehemmt oder gar ein Kronrecht gefährdet werde, werde doch wohl Niemand glauben, im Gegentheil, er glaube, daß die Staatsverwaltung dadurch verstärkt und ihre Autorität nur gewinnen werde, wenn das Volk statt der ewig wechselnden Interpretation eine constante Rechtsanwendung sehe. Von einer Schmälerung der Kronrechte könne nicht die Rede sein; es bestehe bereits eine Art Verwaltungsgerichtshof, der oberste Rechnungshof daß dieser die Kronrechte genire, werde wohl Niemanden einfallen zu glauben. Der Antrag, daß der beantragte Gesetzentwurf dem Sozialgesetzausschusse unterbreitet werde, sei deswegen nothwendig, weil man s. Z. keine deßfallsige zureichende Erklärung gegeben habe und eine gleichzeitige Erledigung der Sozialgesetze mit der Schöpfung des Instituts des obersten Verwaltungsgerichtshofes sei dringend geboten. Die gemachten Sozialgesetzvorlagen hätten manches Auffallende, so z. B. seien Entscheidungen über gemeindliche Streitigkeiten nicht etwa an die Distrikts- und Kreisräthe, sondern an die Organe der aktiven Verwaltung verwiesen. Redner hebt wiederholt die Nothwendigkeit des beantragten Gesetzes hervor und glaubt, daß es keiner besonderen gesetzgeberischen Redaktionskunst bedürfe, um es in möglichster Bälde auszuarbeiten. Da kein Mitglied der Kammer das Wort mehr ergreift, schließt der Präsident die Diskussion. Der Justizminister v. Bomhard erhebt sich: Man habe von „verschiedenen Anschauungen, die in der Luft schwebten", gesprochen, das müsse er auf sich beziehen, denn es sei ja in allen Blättern von ihm die Rede gewesen. Er wolle nun sagen, was er von der Errichtung eines obersten Verwaltungsgerichtshofes denke. Er wolle keinen Kassationshof, denn dadurch würden die Geschäfte in der Verwaltung auf eine unverantwortliche Weise verschleppt, sondern einen Revisionshof im Sinne des Herrn Edel, wenn ein solcher zu Stande kommen könnte, von einem Gerichtshof mit bürgerlichen und bäuerlichen Beisitzern wie in Baden wolle er aber nichts wissen. Der Herr Minister meint, man solle mit der Errichtung eines solchen Gerichtshofes warten, bis die Civilprozeßordnung vollendet sei, auf jeden Fall soll man der Regierung Zeit lassen zur reiflichen Berathung der Sache und nicht schon jetzt einen Apparat schaffen, der sich vielleicht schon nach einem Jahre als schädlich erweist. Präsident Pözl erklärt, daß er nunmehr die Diskussion als wieder aufgenommen erachte. Dr. Völk ergreift nun das Wort, um hinzudeuten, daß die vorliegende Angelegenheit schon seit vielen Jahren ein Gegenstand der Landtagsberathungen war, daß die Regierung zu wiederholten Malen zugesagt, die Sache in Angriff zu nehmen, bis man endlich in der jüngsten Zeit erfahre, daß sie „nunmehr Aussicht habe, die Erlaubniß zu erhalten, um die Sache in nähere Erwägung zu ziehen." Redner kömmt nun auf die ernsthaften Differenzen zu sprechen, die in der vorliegenden Frage im Ministerium herrschen sollen und bedauert, daß man dort noch immer nicht sich hat entschließen können, an gewisse Traditionen anzuknüpfen. Alle Augenblicke bestehe eine Ministerkrisis, bei der Kurzlebigkeit unserer Ministerien sei zu fürchten, daß, wenn ein Minister, statt an das Vorhandene anzuknüpfen und darauf fortzubauen, immer die Sache selbst neu in Angriff nehmen wolle, er mit dem Gegenstande gerade fertig wird, wenn seine Laufbahn aus ist. (Heiterkeit.) Redner berührt, wie man sich jetzt auswärts über die „steuerlose" Regierung in Bayern lustig mache und mahnt ab von der fortgesetzten Isolirung, man solle nicht immer an fremde Institute, wenn sie gut seien, erst ein Fragezeichen hinmachen, sondern sie gleich frisch einführen. Frhr. v. Pechmann versichert, daß es ihm Ernst sei mit der Einführung eines Verwaltungsgerichtes, aber jetzt schon durch eine Erklärung dem Landtagsabschiede vorzugreifen, gehe nicht an. Der Herr Minister zeigt sich durch die Aeußerungen des Vorredners aufs tiefste verletzt; die Zukunft, sagt er, werde schon zeigen, wie ungerecht die Vorwürfe seien, die man der Staatsregierung mache, namentlich die von Herrn Völk, „auf die er gar keine Antwort geben wolle". Es wird nun abgestimmt, der Ausschußantrag mit allen gegen 3 Stimmen angenommen. Mit Vortragerstattung des 6. Ausschusses schließt hierauf die Sitzung. Es wird in den nächsten Tagen kaum eine Abgeordnetensitzung stattfinden, weil im Militärausschuß Berathungen zu pflegen sind; am nächsten Mittwoch findet eine Reichsrathssitzung statt.

Berlin, 15. März. Die bei der viertägigen Diskussion der Verfassungsvorlagen gehaltenen Reden liegen nun sämmtlich in den stenographischen Berichten vor, und zwar unverkürzt und ganz so, wie sie gehalten worden sind. Die Regierung hat nie die Absicht gehabt, den Verhandlungen des Reichstags gegenüber anders aufzutreten, als denen des preußischen Landtags gegenüber. — Einige Sensation macht hier die Schrift: „Ueber den Anschluß Süddeutschlands an den Norddeutschen Bund, Betrachtungen eines Großdeutschen im Februar 1867". Sie gibt ihre Tendenz deutlich durch die Art der Bezeichnung des Autors zu erkennen. Es wird darin die Politik des Fürsten Hohenlohe als eine für Bayern und Deutschland schädliche bezeichnet und Bayern vor einer Allianz mit Preußen gewarnt. Diese Warnung ist ganz unnöthig, denn Preußen ist weit davon entfernt, mit Bayern allein ein Bündniß schließen zu wollen. Die Grundzüge zu seiner Politik sind im Prager Frieden deutlich vorgezeichnet. Wenn der Norddeutsche Bund constituirt und Süddeutschland in irgend eine feste Gemeinsamkeit getreten sein wird, dann erst wird für Preußen die Zeit gekommen sein, im Namen des Norddeutschen Bundes eine Verbindung zwischen dem Norden und dem Süden Deutschlands herbeizuführen, wie sie für die Interessen des einen und des andern paßt. Wenn die genannte Schrift sagt, daß auf Grundlage der Gleichberechtigung ein Bund zwischen Norddeutschland, Süddeutschland und Oesterreich angestrebt und zu Stande gebracht werden müsse, so muß der Autor die letzten acht Monate geschlafen und gar noch nichts davon gehört haben, daß Oesterreich vertragsmäßig aus Deutschland ausgeschieden ist. In Bayern selbst tritt man übrigens dergleichen Bestrebungen sehr entschieden entgegen, wie die dort sehr verbreitete Erlanger Correspondenz der bayerischen Fortschrittspartei zeigt. Dieselbe sagt: „Wäre Bayern, wie Dänemark, Schweden, Holland, Belgien, die Schweiz, die politische Verkörperung einer kleinen selbständigen Nation, so müßte die Bewahrung seiner Unabhängigkeit sein höchstes Interesse und seine höchste Politik sein, aber Bayern läßt sich mit jenen Staaten nicht vergleichen: es steht über ihnen, in sofern es Glied eines größeren Ganzen ist; es steht unter ihnen, in sofern es auf die volle Selbständigkeit eines in sich abgeschlossenen Staatswesens keinen Anspruch hat. Wir verlangen von den Bürgern, wie von dem Fürsten eines deutschen Staates, daß ihr erster Gedanke Deutschland, ihr zweiter Gedanke ihre specielle Heimath sei. In diesem Verlangen liegt der Gegensatz der nationalen zur partikularistischen Richtung." — Der König hat von dem heutigen 60jährigen Doktorjubiläum des Geh. Rathes Prof. Dr. Boeckh Anlaß genommen, den Jubilar zum Kanzler der Friedensklasse des Ordens pour le mérite zu ernennen. Der erste Kanzler des in Rede stehenden Ordens wurde Alexander v. Humboldt im J. 1842. Als Alexander v. Humboldt starb, wurde der Staatsminister v. Savigny und nach dessen Tode Cornelius dazu ernannt, so daß Boeckh jetzt der 4te Kanzler ist. — Die bei der Occupirung Nassaus außer Aktivität gesetzten dortigen hohen Beamten, Fürst v. Sayn-Wittgenstein, Werren, Winter, Schepp und v. Heemskerk, sind jetzt mit Bewilligung einer Pension in Ruhestand versetzt worden. (Schles. Z.)

Paris, 15. März. Wir geben nachfolgend den Schluß der Rede des Herrn Thiers im gesetzgebenden Körper. Herr Thiers: Die Kammer sagte klar und deutlich, wer den Krieg wollte. Nicht Oesterreich, dem er tiefe Besorgniß einflößte, obgleich es eine tapfere Macht ist, sondern Italien und Preußen wollten ihn, und die Kammer wollte, daß Frankreich dem Ehrgeize dieser beiden Mächte Halt gebiete. (Sehr gut!) Gewisse Stimmen freilich hätten gerathen, daß man sich mit Preußen verbünde, aber diese Allianz wäre demüthigend und schimpflich für Frankreich gewesen. Inzwischen haben die Ereignisse gesprochen. Sind es aber wirklich die übrigens unbestreitbaren Vorzüge der preußischen Armee, welche den Sieg entschieden haben? Bis zwei Uhr Nachmittags war die Schlacht von Sadowa von Oesterreich gewonnen; warum war sie es nicht am Ende des Tages? Weil 40 bis 50,000 Mann auf dem rechten Flügel der österreichischen Armee fehlten, um den Kronprinzen von Preußen in Schach zu halten, welcher in Eilmärschen herbeikam und eine Stunde später zu spät gekommen wäre. Und wo waren diese 40 oder 50,000 Mann? In Custozza! Und nicht bloß 40 oder 50,000 Mann, sondern 130 bis 140,000 Mann standen zwischen dem Mincio und der Etsch. So hat die italienische Einheit die deutsche Einheit gemacht und die italienische Einheit haben wir gemacht! Welches ist jetzt die Situation? Deutschland ist aus einer föderativen Macht, welche stark genug war, sich zu vertheidigen, eine compakte, enorme Macht geworden; denn der norddeutsche Bund ist eine wirkliche Täuschung. Süddeutschland ist mit dem Norden bereits militärisch geeinigt. Oesterreich, welches wir in seiner großen Stellung in Deutschland behaupten

wollten, steht außerhalb des Bundes, ist halb gebrochen und sucht sich neu zu konstituiren. Das ist die wahre Lage. Dazu treten die Gefahren, welche im Oriente drohen. Welches Interesse hat Frankreich, hat Europa im Orient? Es hat einfach das Interesse, zu verhindern, daß Konstantinopel in Hände falle, welche schon ohnedieß sehr mächtig sind, Konstantinopel, von dem Napoleon in Tilsit, wie ein Löwe aufspringend, zu Alexander sagte: **Konstantinopel, Konstantinopel, das** ist die Herrschaft der Welt! Die Zusammenkunft der beiden Kaiser hatte nur **einen** Zeugen, Hrn. v. Meneval, welcher mir dieses Wort oft erzählt hat. Dieß ist die wahre Politik. Aber die Politik der Chimäre sagt, daß man für den Triumph der Nationalitäten die Christen vom türkischen Reich losreißen müßte. Ja, wenn man ein christliches Reich in Konstantinopel errichten könnte! Aber die Zahl der Christen in der Türkei beträgt 9 bis 10 Millionen und sie sind durch Race und Glauben getheilt. Unter diesen Umständen gebietet der gesunde Menschenverstand, die Türken in Konstantinopel zu behaupten, weil sie dort sind und weil sie, so barbarisch wie sie sind, es nicht mehr sind, als Diejenigen, welche an ihre Stelle treten wollen. Redner hält die Lage im Orient für äußerst bedrohlich. Die öffentliche Meinung in Rußland sei auf's Höchste erregt und die Politik des St. Petersburger Cabinets sei die, unter dem Verwand der Sympathien für die Christen ein Stück nach dem andern von dem osmanischen Reiche loszureißen. Die Interessen Rußlands und Preußens begegneten einander und das sei schlimmer als eine förmliche Allianz zwischen den beiden Mächten. (Sehr richtig!) Vor dem letzten Kriege hing Alles von Frankreich, jetzt hängt Alles von Rußland und Preußen ab; dies bezeichnet die Situation. (Zustimmung.) Was sei jetzt zu thun? Zwei Wege böten sich dar. Wenn Frankreich auf Seite der Eroberungssucht trete und die sogenannte Agglomerationspolitik befolgte, so wäre das zugleich eine Ungerechtigkeit und eine Selbsttäuschung (duperie), und nachdem wir die Schuldigsten gewesen, würden wir die am übelsten Behandelten sein (neue Zustimmung). Der andere Weg ist der einzig ehrliche und vernünftige; er besteht darin, sich an die Spitze aller bedrohten Interessen zu stellen und zu sagen: im Namen der Freiheit und Macht Frankreichs wird es fortan alle bedrohten Interessen um sich schaaren und neue Ungerechtigkeiten verhindern; die wahre Politik ist, nicht gegen die Ereignisse reagiren zu wollen, sondern ihnen Halt zu gebieten. Redner glaubt, daß diese Politik ohne Krieg ausführbar sei, obgleich Frankreich dazu allerdings seine Streitkräfte auf einen Achtung gebietenden Fuß stellen müsse, daher er auch die auf die Armee bezüglichen Vorlagen mit Gewissenhaftigkeit und unparteiisch prüfen wolle. Jetzt stehe Frankreich ohne Allürte da. Ein solcher sei nicht Oesterreich, welches mit seiner Reconstitution beschäftigt sei und noch nicht Zeit gehabt habe, Vertrauen und Dankbarkeit für Frankreich zu gewinnen (Heiterkeit und Zustimmung); nicht Italien, welches auf neue Abenteuer ausgehe, um sich selbst über seine Finanznoth zu täuschen; nicht Spanien, denn die Pyrenäen seien niemals höher gewesen; nicht England, welches der continentalen Händel müde sei und bei den Ereignissen in Deutschland eine wenig edelmüthige Freude gezeigt habe. Aber es sei darum für Frankreich nicht unmöglich, die europäischen Interessen an sich zu ziehen und die Allianz mit England sei trotz des Gesagten niemals nothwendiger gewesen als gegenwärtig. Zu ihr müsse die Clientel der Kleinstaaten, der Schweiz, Belgiens, Hollands, Dänemarks, Schwedens und Portugals hinzutreten; dann werde auch Oesterreich beim Stelldichein nicht fehlen. Vielleicht können auf diese Weise Europa noch einige Tage der Ruhe und des Wohlergehens beschieden sein. (Sehr gut!) Und so bitte ich Sie denn, meine Herren, für Sie und für das Land, sich dieser Politik anzuschließen, welche ich die Politik des gesunden Menschenverstandes nenne; denn ich erkläre es Ihnen, es darf kein einziger Fehler mehr begangen werden. (Nachhaltige Bewegung. Der Redner wird von allen Seiten beglückwünscht.)

Paris, 15. März. Benedetti, der französische Botschafter in Berlin, hatte vorgestern eine lange Conferenz beim Kaiser, worin letzterer ihm das Ministerium des Innern anbot. Benedetti weigerte sich jedoch, dasselbe anzunehmen: er meinte, daß er dieser Aufgabe, und besonders unter den vorliegenden schwierigen Umständen, nicht gewachsen sei. — Der heute aus Mexiko hier angekommene General Castelnau ist sofort vom Kaiser empfangen worden.

Das Gesetz über das **Vereinsrecht**, das in der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 13. ebenfalls vorgelegt wurde, lautet nach seinen Hauptbestimmungen, wie folgt: Oeffentliche Versammlungen können, insoferne sie keine politischen oder religiöse Fragen zum Gegenstande haben, ohne vorher eingeholte Erlaubniß stattfinden. Doch muß vorher eine von sieben in der Gemeinde selbst wohnhaften Personen unterzeichnete Anmeldung der Versammlung, mit genauer Angabe des Ortes, des Tages, der Stunde und des Zweckes der Versammlung, sowie auch mit Angabe der Namen, des Standes und der Wohnung der Unterzeichner eingereicht werden. Die Versammlung kann nur in einem geschlossenen Lokal stattfinden und darf sich nicht über die gewöhnliche Feierabendstunde hinaus erstrecken. Jede Versammlung muß ein Bureau, bestehend aus einem Präsidenten und mindestens zwei Sekretären haben. Das Bureau hat darüber zu wachen, daß keine dem Zwecke der Versammlung fremde Diskussion sich erhebe. Ein hierzu beorderter Gerichts- oder Verwaltungsbeamter kann der Sitzung beiwohnen. Er ist zur Auflösung der Versammlung berechtigt, wenn das Bureau, wiewohl daran ermahnt, eine dem Versammlungszweck fremde Diskussion gestattet, und wenn die Versammlung lärmend wird. Die Anwesenden haben sich auf die erste Aufforderung zu entfernen, und der Beamte nimmt den Hergang zu Protokoll. Wahlversammlungen können nach Ausschreibung der Wahlen bis fünf Tage vor der Wahl selbst abgehalten werden. Denselben können nur die Wähler des Bezirks und die gesetzlich zulässigen Kandidaten beiwohnen. Mit einer Geldbuße von 300 bis 10,000 Frs. und einer Gefängnißstrafe von 6 Tagen bis 6 Monaten können Die belegt werden, welche gegen Bestimmungen des Gesetzes handeln. Auch kann der Verurtheilte von dem Gericht seines Wahlrechtes während einer Zeit von 1 bis zu 5 Jahren beraubt werden. Der Polizeipräfekt von Paris und die Präfekten der Departements können jede Versammlung, die ihnen als Störung der Ordnung und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit erscheint, vertagen. Verboten kann eine Versammlung nur durch Entscheidung des Ministers des Innern werden.

Paris, 15. März. Im gesetzgebenden Körper sagte Herr **Garnier Pagés**, die Politik des Herrn **Thiers** sei die Politik der früheren Monarchieen, die den Einfluß Frankreichs im Auslande durch die Waffen zu erringen suchten. Der Redner vertheidigt dagegen nur den moralischen Einfluß und den der Principien, welcher allein dauernd sei. Herr Ollivier vertheidigte das Nationalitäts-Princip und belobte die Politik der Regierung, weil sie sich auf dieses Princip stützt. Er wünscht Frieden und Freundschaft mit Deutschland. Rußland sei drohend wegen Konstantinopels, und man müsse eine Allianz zwischen Rußland und Deutschland zu vermeiden suchen. Die Mehrzahl der Deputirten beglückwünschte Ollivier nach seiner Rede.

London, 15. März. Aus Montreal vom 1. d. M. wird gemeldet: Das **neucanadische Parlament** wird angeblich die neugebildete Conföderation als Königreich unter dem Prinzen **Arthur** von England proklamiren.

Petersburg, 14. März. Das „Journal de St. Petersbourg“ veröffentlicht mehrere Depeschen der russischen Regierung über die orientalische Frage aus den Jahren 1860 und 1861, in welchen die Großmächte zu einem uneigennützigen Einvernehmen aufgefordert werden, um den verhängnißvollen Ereignissen zuvorzukommen, welche das Benehmen der Pforte gegen die Christen heraufbeschwöre. Diese Depeschen bekunden, bemerkt das genannte Blatt, daß die Westmächte bereits damals die Nothwendigkeit von Reformen anerkannten und den bösen Willen der Pforte verurtheilten, doch seien die Bemühungen Rußlands behufs Verständigung trotz der versöhnlichen, uneigennützigen Tendenz fruchtlos geblieben.

New-York, 26. Febr. In der vom Repräsentantenhause angeordneten Untersuchung über Geschäfte, die der Präsident mit Congreß-Mitgliedern gemacht haben sollte, hat sich herausgestellt, daß der Präsident von allen gegen ihn vorgebrachten Beschuldigungen frei dasteht, und in Folge dessen hat das Anklageprojekt an Popularität verloren. — Der Senat hat seine Bestätigung zu der Ernennung Cowan's zum Gesandten in Wien versagt.

New-York, 13. März. Das Gesetz über die Verwendung der Armee verhindert in seiner gegenwärtigen Gestalt den Präsidenten, den General Grant zu entfernen oder ihn an einem anderen Ort als in Washington zur Dienstleistung zu verwenden, wofern der Senat nicht seine Zustimmung ertheilt. Außerdem müssen nach demselben alle militärischen Befehle des Präsidenten durch die Vermittlung des Ober-Generals ertheilt werden. Wie es heißt, begünstigt General Grant die Errichtung der Militär-Regierungen im Süden. Als Commandanten der Militärbezirke im Süden hat der Präsident die Generale Schofield, Sickles, Ord, Thomas und Sheridan eingesetzt.

Berichten aus **Mexiko**, 25. Febr., zufolge näherte sich Kaiser Maximilian den Liberalen und man erwartete, es werde vor dem 10. März zwischen beiden Parteien zur Schlacht kommen. Ein weiteres, eben eintreffendes Telegramm erklärt Obiges näher durch die Bemerkung: Der Kaiser verließ am 25. Queretaro, um Escobedo eine Schlacht zu liefern. Orizaba, Cordova, Tehuantepec, Colima und Guanajuato sind von den Liberalen besetzt.

Frankfurter Börse (11. bis 16. März).

16. März. Wir sind in einer nervösen Aufregung, erschrecken vor jedem Geräusch und fürchten uns vor unserem eigenen Schatten. Das ist der Schreck, der noch vom letzten Kriege uns in allen Gliedern liegt und der im Jubel des Steigens nicht verspürt wurde. Die orientalische Frage ist nicht neu — sie kommt eines schönen Tags zum Ausbruch — aber noch ist es nicht so weit. Wir bekommen noch vorher tausend einschläfernde Pulver und beruhigende Moniteurartikel. Der Irrthum unserer Spekulanten war hauptsächlich der, dass sie glaubten, das überflüssige Kapital müsse die Papiere absorbiren, aber umgekehrt kamen Emissionen auf Emissionen und das Kapital ward aufgesaugt. Dieses scheidet sich ferner in zwei Theile. Der eine nur wendet sich der Börse zu, während der andere, von Misstrauen strotzend, sich mit langen Wechseln und deren Diskonto begnügt, die eben jetzt fehlen, weil Handel und Wandel noch krank darnieder liegen. Desshalb war also auch bei einem Discontostand von 2 pCt. dennoch die Liquidation des Medio schwieriger, als die Vorgänger, und die überladene Spekulation, die auf Tabak und Domanialgüter ihre Hoffnungen baute, zahlt unter Thränen der Reue die enormen Differenzen auf österr. Fonds, 15 fl. auf Kreditaktien, 6 pCt. auf 1860er Loose u. s. w. Von Paris kommt der Wind auch konträr.

Die flaue Tendenz war ansteckend, selbst für die deutschen Fonds, die durchschnittlich $^{1}/_{8}$ bis $^{3}/_{4}$ pCt. verloren; nur $4^{1}/_{2}$pCt. preussische hielten sich fest zu 100 und darüber. Auch Amerikaner bleiben bei regen Umsätzen gut behauptet. Das Kapital fühlt sich bei ihnen noch am wenigsten besorgt und unsicher.

Oesterr. Kredit, am Donnerstag 163, erholten sich heute wieder auf 170, d. i. 5 fl. schlechter als am Schluss der Vorwoche; die Aussichten auf verschiedene lukrative Geschäfte sind ihrer Verwirklichung nicht näher gerückt. Oesterr. Nationalbank, bereits bis 658 gewichen, hob sich heute auf 680. Darmstädter haben 5 fl. verloren. Frankfurter Bank, bis 133 zurückgegangen, bleiben höher zu $134^{1}/_{2}$; der letzte Wochenausweis vom 10. März war wiederum ungünstig.

Auch E.-B.-Aktien mussten unter der allgemeinen Missstimmung leiden. Bayer. Ostbahnen büssten 2 pCt. ein, um heute wieder fester zu $116^{1}/_{2}$ zu schliessen. Auch pfälzische Linien blieben nicht ganz unberührt, wenn schon der Februarausweis sehr günstig lautet. Die Bexbacher hat durch eine Mehreinnahme von fl. 15,688 oder 9 pCt. das Minus des Januar nicht allein ausgeglichen, sondern in ein Plus von fl. 10,878 bis Ende Februar verwandelt; namentlich hat der Kohlentransport eine ansehnliche Zunahme aufzuweisen und es zeigte sich dabei bereits der Einfluss der Eröffnung des Verkehrs über die Mannheimer Brücke. Neustadt-Weissenburg hat im Februar ein Plus von fl. 10,098 oder 22 pCt. gegen das Vorjahr. — Die Februareinnahme der Frankfurt-Hanauer E.-B. ist weniger befriedigend, sie hatte im Februar ein Minus von fl. 3544 oder nahezu 10 pCt. — Hessische Ludwigsbahn behauptet; die Gerüchte wegen einer Erwerbung der Main-Neckarbahn finden in jüngster Zeit neue Nahrung; man soll bereits in Berlin, mit Unterstützung des Einflusses, welchen einige hervorragende Mitglieder der Verwaltung der Darmstädter Bank haben, wegen Ankaufes des Frankfurter Antheils erfolgreiche Schritte gethan haben; wir geben natürlicher Weise diese Gerüchte unter aller Reserve. — Von E.-B.-Prioritäten waren Bexbacher in guter Nachfrage und wurden viel gegen 4 pCt. süddeutsche Fonds getauscht. Die übrigen Kategorien wenig verändert; Franken-Devisen eher matter. Die niedrige Bankrate von 3 pCt. entspricht noch immer nicht der Geldabundanz, da Diskonto ansehnlich darunter anzubringen ist. Von Wechseln London und Paris etwas schwächer, desgl. Wien um $^{3}/_{4}$ pCt., was man bei der Nachricht, dass die Domänenanleihe in Frankreich so ausgezeichnet plazirt sein soll, nicht hätte erwarten sollen.

	11.		16.			11.		16.	
5% Oestr. National	$54\frac{5}{8}$		$53\frac{3}{4}$		4% Darmstädt. do.	$94\frac{1}{4}$		—	
5% do. Metal. (1859)	$62\frac{1}{2}$	B	62		$3^{1}/_{2}$% do. do.	—		—	
5% do. Lose (1860)	69^{3}		68^{7}		$4^{1}/_{2}$% Nassauer do.	$97\frac{3}{8}$	B	$96\frac{7}{8}$	B
— do. do. (1864)	75^{3}	B	$73\frac{1}{4}$		4% do. do.	$92\frac{1}{4}$	B	—	
Oestr. Kreditl. (58)	$122\frac{1}{2}$	B	120		$3^{1}/_{2}$% do. do.	86	B	$86\frac{3}{4}$	B
5% Bayer. Obligat.	$101\frac{1}{2}$	B	$101\frac{1}{2}$	B	4% Kurhess. do.	$93\frac{1}{2}$		—	
$4^{1}/_{2}$% do. do.	$97\frac{1}{4}$	B	$96\frac{3}{4}$	B	$3^{1}/_{2}$% Frankf. do.	$83\frac{1}{4}$	B	$83\frac{3}{8}$	B
4% do. do.	94	B	$93\frac{3}{4}$	B	5% do. do.	—		—	
4% do. 100Thl.-L.	$99\frac{5}{8}$		$99\frac{1}{2}$		6% Amerik. (1882)	$77\frac{5}{8}$		$77\frac{5}{8}$	
$4^{1}/_{2}$% Würtemb. Obl.	$97\frac{1}{4}$	B	97	B	Oestr. Kredit. . .	174		$170\frac{1}{2}$	
$3^{1}/_{2}$% do. do.	$86\frac{1}{4}$	B	—		Oestr. Nat.-Bank	685	B	680	
$4^{1}/_{2}$% Badische do.	$97\frac{1}{4}$	B	$96\frac{3}{4}$	B	Frankfurter do.	$133\frac{7}{8}$	B	$134\frac{1}{2}$	
4% do. do.	92	B	92	B	Bexbacher E.-B.	157		$156\frac{1}{2}$	B
$3^{1}/_{2}$% do. do.	—		—		Bayer. Ostbahnen	118		$116\frac{1}{2}$ (Akt.)	

Neueres.

Berlin, 17. März. Wie versichert wird, ist Herr v. Richthofen, preußischer Gesandter in Hamburg, zum Gesandten in Stockholm ernannt. — Belgien hat wegen der holländischen Arbeiten zur Abdämmung der Schelde, bevor die Ingenieure ihren Bericht erstattet, bis jetzt noch nicht förmlich protestirt, aber das Verfahren der holländischen Regierung zur Kenntniß Englands, Frankreichs und Preußens gebracht und als incorrect bezeichnet.

Petersburg, 17. März. Das „Journal de St. Petersbourg" sagt, Ollivier's Rede besprechend: Die deutsch-französische Freundschaft ist für uns nicht beunruhigend; wir wünschen dieselbe aufrichtig, kein Russe will dieselbe stören. Wenn Deutschland stolz auf die Zuvorkommenheit ist, womit französische Redner dasselbe sollicitiren, so wird es eben so wenig wie Rußland glauben, daß hiedurch seine Beziehungen sich weniger günstig zu einem stets befreundeten, in der Zeit der Gefahr verbündeten Reiche gestalten.

New-York, 16. März. Der Senat von Louisiana bereitet die verfassungsmäßige Einführung der Reconstructionsbill vor.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. 8. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	67 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$61^{3}/_{4}$—$^{7}/_{8}$ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$65^{3}/_{4}$ P. $^{1}/_{2}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	46 P.
„	$4^{1}/_{2}$pCt.	$40^{1}/_{8}$—$^{1}/_{4}$ G.
Preussen	$3^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
„	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$96^{7}/_{8}$ P.
„	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$96^{7}/_{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$92^{3}/_{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$93^{3}/_{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$96^{3}/_{4}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$96^{1}/_{8}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. v. 1842	$86^{1}/_{2}$ P.
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$94^{1}/_{8}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	97 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	—
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$86^{1}/_{4}$ P.
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$83^{1}/_{2}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2^{1}/_{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$85^{1}/_{8}$ P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2^{1}/_{2}$	$78^{7}/_{8}$ P.
„	6pCt. ditto r. 1882	$77^{5}/_{8}$—$^{1}/_{2}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	$134^{1}/_{2}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	674 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	170—71 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$92^{5}/_{8}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank I. u. 2. Serie à fl. 250 .	208 P. 207 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$97^{1}/_{2}$ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	340 P. 338 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	112 P.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$110^{1}/_{2}$ P. 110G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$155^{1}/_{2}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$91^{1}/_{2}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	$110^{3}/_{4}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49^{1}/_{2}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$74^{1}/_{4}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$246^{1}/_{2}$ P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	$116^{1}/_{2}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	$116^{1}/_{4}$ G.

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^{3}/_{4}$ P. $^{1}/_{2}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^{7}/_{8}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^{1}/_{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$104^{7}/_{8}$ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97^{3}/_{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^{7}/_{8}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^{5}/_{8}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104^{7}/_{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$119^{1}/_{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^{3}/_{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^{7}/_{8}$ P. $^{5}/_{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$92^{3}/_{8}$ P. $^{1}/_{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$92^{3}/_{8}$ P. $^{1}/_{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$59^{1}/_{4}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$68^{1}/_{4}$—68 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$120^{3}/_{4}$ P.
„ do. v. 1864	$73^{5}/_{8}$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99^{1}/_{2}$—$^{1}/_{4}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$9^{1}/_{4}$ G.
Badische fl. 35	$53^{1}/_{4}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55^{1}/_{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$143^{1}/_{4}$ P.
„ fl. 25 do.	38 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	$68^{3}/_{4}$ P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$28^{1}/_{4}$ P.
St. Lüttich mit $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.	33 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$10^{1}/_{4}$ P.

Frankfurt, 18. März. Die Woche eröffnet mit günstiger Tendenz für österreichische Sachen, in welcher die Wiener Börse mit besseren Notirungen vorangegangen ist. Fast sämmtliche Effekten haben die erhöhten Samstagscourse auch heute ziemlich behauptet. Amerikaner verkehrten unverändert. Deutsche Papiere waren eine Nuance fester, mit Ausnahme von badischen, die billiger zu haben waren. Von Eisenbahnen Ostbahn fester auf vorliegende Kaufaufträge, von Wechseln Thalerdevisen gesuchter, Wien etwas matter. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

bibliothek München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 79. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 20. März 1867.

Abonnements=Einladung.

Bestellungen auf die mit dem Unterhaltungsblatte **Mnemosyne** und dem Beiblatte **Würzburger** Anzeiger verbundene

Neue Würzburger Zeitung

für das mit dem 1. April beginnende II. Quartal nehmen alle Postämter und Postboten an, und werden solche rechtzeitig erbeten. Der Abonnementspreis beträgt in ganz Bayern

vierteljährlich nur fl. 1. 30 kr.

(Bei außerbayerischen Postämtern findet eine geringe Preiserhöhung statt.)

Es kömmt somit jede Nummer der Zeitung nebst Anzeiger (welcher selbst an Sonntagen erscheint, was im Jahre anderen Blättern gegenüber ein Mehr von über 50 Nummern entziffert) sowie mit dem Unterhaltungsblatt Mnemosyne **zusammen** auf den außerordentlich billigen Preis von

täglich einem Kreuzer

im Abonnement zu stehen.

Die „Neue Würzburger Zeitung" bringt nach wie vor Leitartikel über jede bedeutende politische oder handelspolitische Zeitfrage, ferner Original-Korrespondenzen und bei besonders wichtigen Vorkommnissen

telegraphische Depeschen

aus den größeren Städten Europa's.

Außer dem im Hauptblatte enthaltenen Feuilleton bringt das belletristische Beiblatt „Mnemosyne" Originalnovellen u. s. w. aus der Feder bekannter Schriftsteller, und hofft mit denselben neben dem übrigen Neuesten und Interessantesten aus dem Gebiete der Unterhaltungslekture, sowie ausgewählten Erzählungen, Gedichten, Miscellen, Aphorismen, Nekrologen, literarischen und Kunst-Kritiken u. s. w. ihre Leser nach jeder Richtung hin angenehm und lehrreich zu unterhalten.

Das täglich zur Zeitung erscheinende Gratis-Beiblatt **„Würzburger Anzeiger"** (welcher auch apart um 42 kr. vierteljährlich bezogen werden kann) liefert alle lokalen Neuigkeiten, sowie eine kurzgefaßte Uebersicht der politischen Ereignisse, Markt-, Cours- und Sitzungsberichte u. s. w.

Exped. der „N. Würzburger Zeitung".

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 18. März. Se. Majestät der König hat die erledigte Stelle eines Sekretärs der kgl. Regierung von Niederbayern dem Stadtkommissariats-Offizianten K. Wessenig in Landshut unter Fortdauer seiner prov. Diensteseigenschaft verliehen; als funkt. Substituten des Staatsanwalts am Bezirksgerichte Ansbach den Bezirksgerichts-Accessisten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landgerichte Gunzenhausen, H. Hofmann, aufgestellt; den Grenzoberkontroleur Ph. J. Avila zu Habkirchen, Hauptzollamtsbezirks Zweibrücken, aus administrativen Erwägungen in den zeitlichen Ruhestand versetzt.

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 18. März. Se. Maj. der König hat den Rittmeister C. Frhrn. v. Washington vom 2. Chev.-R. auf ein Jahr und den Oberlieutenant H. v. Tettenborn vom 4. J.-R. auf zwei Jahre in den Ruhestand versetzt; den Reg.-Canzlei-Aktuar M. Hüther von der Militär-Fonds-Commission zum Kanzlei-Sekretär bei der Militär-Rechnungskammer befördert; den Divisions-Kommando-Sekretär M. Huber von der Militär-Rechnungskammer vorbehaltlich weiterer Verfügung in den Ruhestand versetzt; das Dienstestauschgesuch der Unterlieut. O. Gräf vom 11. und H. Frommel vom 3. J.-R. genehmigt, demgemäß dieselben in den genannten Regimentern gegenseitig versetzt; den Hauptmann C. v. Grundherr zu Altenthann und Weyherhaus vom 4. J.-R. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; den temp. pens. Bataillonsarzt Dr. O. Gumbinger bleibend im Ruhestande belassen; dem Unterlieutenant A. Kraußold vom 3. J.-R. die nachgesuchte Enthebung von der Charge bewilligt; den temp. pens. Hauptmann K. Schön auf ein weiteres Jahr und den temp. pens. Hauptmann S. Frhrn. v. Juncker-Bigatto bleibend im Ruhestande belassen; dem pens. Regimentsquartiermeister A. Gradl die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt; den vormaligen Unterlieutenants auf Kriegsdauer F. Grafen Fugger v. Kirchberg und Weißenhorn und L. Frhrn. v. Beck den Charakter als Unterlieutenants à la suite verliehen.

Durch Ministerial-Reskript wurde der Oberlieutenant und Bataillons-Adjutant C. Popp vom Genie-Reg. der Adjutanten-Funktion wegen anderweitiger Verwendung enthoben.

Durch das Genie-Korps-Commando wurde der Hauptmann Friedrich Fuchs von der 1. Genie-Direktion zur Genie-Berathungs-Commission versetzt.

München, 14. März. Die Arbeiten der internationalen Jury bei der Pariser Weltausstellung sollen am 29. März beginnen und mit dem 14. Mai beendigt sein; die Preisvertheilung findet am 1. Juli statt. Die von der bayerischen Staatsregierung zu Mitgliedern des internationalen Preisgerichts für die am 1. k. M. beginnende Industrie-Ausstellung in Paris ernannten Ministerialcommissäre sind: Geh. Rath Frhr. v. Liebig in München, Präsident der zehnten Gruppe, enthaltend Objecte zur Verbesserung der physischen und moralischen Lage der Völker; Universitätsprofessor Dr. Rudolf Wagner in Würzburg, Jurymitglied und Referent der 51. Classe, die Producte der chemischen Fabrikindustrie umfassend; Gewerbschullehrer Dr. C. Stölzel in Nürnberg, Jurymitglied der 26. Classe ꝛc. (feine Holzwaaren, Porteseuille-Arbeiten u. s. w.); Fabrikant Schmidt in Pirmasens für die 46. Classe (Leder ꝛc.) und Maler Horschelt in München, Jurymitglied für die Kunstabtheilung. Zur Besorgung der Vorbereitungsarbeiten für die bayerische Abtheilung der Ausstellung befindet sich seit einiger Zeit in Paris der Secretär des polytechnischen Vereins A. Schels. (Augsb. Abendz.)

X **München,** 18. März. Heute Vormittags 11 Uhr hat unter dem Vorsitze des Prinzen Luitpold eine Staatsrathssitzung stattgefunden. Zur Berathung in derselben gelangten die Gesammtbeschlüsse der Kammern des Landtags zu den Gesetzentwürfen über die Ausgleichung und Vergütung der durch den Krieg von 1866 erwachsenen Kriegslasten, über die Entschädigung der Viehеigenthümer für ihre im Falle des Ausbruchs der Rinderpest getödteten Thiere, und über die Aufnahme eines Kreisanlehens für den Ausbau der Irrenanstalt in Werneck, dann eine Rekurssache wegen Eigenthumsabtretung. — Die einem Augsburger Blatte von einem Münchener Korrespondenten mitgetheilte Nachricht, als habe die bayerische Regierung so eben bei einer Berliner Militär-Effektenfabrik 80,000 Stück Helme nach preußischer Form bestellt, können wir in Folge hierüber eingezogener Erkundigung in das Bereich der Erfindungen verweisen. — Dem Vernehmen nach beschäftigt man sich im Ministerium des Innern mit einer Revision der Bestimmungen über das Schulwesen.

+ **München,** 18. März. Herr Minister Fürst v. Hohenlohe wird heute Abends nach kurzer Abwesenheit wieder hier eintreffen. Derselben lag durchaus keine politische Ursache zu Grunde, indem Se. Durchl. sich blos in Geschäftsangelegenheiten auf eines seiner Güter begeben hatte. Dagegen kursiren schon seit einiger Zeit Gerüchte, nach welchen die Stellung des Fürsten eine precäre sein soll und bereits unter der Hand mit einem Staatsmanne unterhandelt würde, welcher schon vor einigen Jahren an der Spitze des Ministeriums stand. Wir erwähnen dies Gerücht natürlich nur als solches, ohne irgendwie Bürgschaft für dasselbe zu übernehmen. — Der Ministerialrath im Handelsministerium, Herr v. Sutner, wird sich übermorgen in besonderer Mission nach Wien begeben, um in Angelegenheiten der Braunauer Eisenbahn zu unterhandeln resp. eine Vereinbarung über die bezüglich derselben noch zwischen der bayer. und der österreichischen Regierung schwebenden Differenzen zu erstreben. Es ist Herrn Handelsminister v. Schlör sehr zu danken für diesen neuen Schritt, mit welchem Se. Exc. neuerdings beweist, wie sehr ihm das Zustandekommen jener Bahn am Herzen liegt und wie ernst seine neulichen darauf bezüglichen Versicherungen in der Kammer der Abgeordneten gemeint waren. Es würde die bayerische Regierung dann eben auch kein

Vorwurf treffen können, wenn das Zustandekommen jener Bahn, wie es hoffentlich nicht der Fall sein wird, noch im letzten Augenblicke an immer sich erneuernden Schwierigkeiten scheitern würde, bezüglich deren man vielleicht nicht ganz fehlgehen wird, wenn man ihren Ursprung besonders bei der Elisabethbahn sucht, welche natürlich den Bau dieser neuen Bahn, als einer ihr erstehenden Concurrentin, mit sehr scheelen Augen betrachtet.

Frankfurt, 15. März. Es haben nunmehr alle betreffenden Regierungen sich mit dem von der Bundesliquidationskommission gestellten Antrag auf Abweisung der von der Stadt Frankfurt unter dem 2. Nov. v. J. erhobenen Forderungen für angeblich im Interesse des ehemaligen deutschen Bundes gemachte Leistungen und Aufwendungen einverstanden erklärt, einige derselben jedoch ohne sich die Motive der Abweisung durchgängig anzueignen. In Folge dessen wurden die Bevollmächtigten Preußens ersucht, die Stadt Frankfurt davon auf geeignetem Wege in Kenntniß setzen zu wollen. (Fr. J.)

Frankfurt, 17. März. Durch einen Erlaß der Minister des Kriegs und des Innern vom 28. v. M. sind in Bezug auf die Militärpflichtigen der Stadt Frankfurt zwei sehr wichtige Bestimmungen getroffen worden. Erstens soll über die Reklamationen solcher Militärpflichtiger aus dem Gebiete unserer Stadt, welche sich bereits vor der hier erfolgten Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Auslande in gesicherten Lebensstellungen befunden haben, gleich im ersten Konkurrenzjahre definitiv entschieden werden. Zweitens sollen die Reklamanten, welche sich zur Zeit der Musterung in fernen Welttheilen befinden, von der persönlichen Stellung vor den Ersatzbehörden, sofern die bezüglichen Verhältnisse in glaubwürdiger Weise bescheinigt sind, gänzlich entbunden werden. Der zweite Punkt bedarf keines Kommentars. Was den ersten betrifft, so erwächst dadurch den Betheiligten der Vortheil, daß sie bei etwaiger Zurückstellung nicht immer wieder auf's Neue zu den einzelnen Gestellungsterminen zurückzukehren haben, sondern daß sie bei ihrer ersten Gestellung von aller Ungewißheit befreit und also sogleich in die Möglichkeit gesetzt sind, ihren Lebensplan zu bestimmen. (Frankf. Journ.)

Berlin, 16. März. Die Generaldebatte über den Verfassungsentwurf ist beendigt; der Verlauf derselben und ihr ganzer Eindruck war ein äußerst würdiger. Namentlich trug die erste Erklärung des Grafen v. Bismarck als des Präsidenten der Bundeskommissäre wesentlich dazu bei, manche der Wolken zu zerstreuen, welche sich zusammenzuziehen begonnen hatten. Die beiden Stellen der Rede, welche von der verfassungsmäßigen Mitwirkung des Reichstags in den Finanzangelegenheiten und von der unbedingten Schutzpflicht der norddeutschen Staaten bei einem äußeren Angriffe gegen Süddeutschland handelten, ernteten den reichsten Beifall. Von den Reden des letzten Tages ist besonders die von Vincke hervorzuheben, welche an die glänzendsten Tage seiner parlamentarischen Vergangenheit erinnerte und von seiner hervorragenden Begabung sowohl, als von seinem schonungslosen Angreifen seiner Gegner schlagende Beweise bot. Gestern fanden nur Wahlprüfungen statt; die Wahl des Landesältesten v. Thielen aus Sachsen wurde nach längerer Debatte beanstandet, weil bei derselben das Prinzip der geheimen Abstimmung verschiedentlich verletzt war. Dann beschloß der Reichstag, sich zu vertagen, um am Montag in die Spezialdebatte über den Verfassungsentwurf, und zwar zunächst über Titel I., Bundesgebiet, und Titel II., Bundesgesetzgebung, einzutreten. (Schw. M.)

Berlin, 16. März. Die Landwehrbezirk-Commando's werden nunmehr durch die Landrathsämter die als bereits pensionsberechtigt anerkannten Invaliden aus den Feldzügen von 1864 und 1866 auffordern lassen, Behufs Erwirkung der nach dem neuesten Invaliden-Pensionsgesetze vom 9. v. M. ihnen zustehenden Erhöhung der Verwundungs- und resp. Verstümmelungs-Zulagen sich zu melden. — In den neu erworbenen Landestheilen soll die Militärdienstpflicht, wie in Westphalen, ein Jahr später als in den übrigen Provinzen, nämlich mit dem 1. Jan. desjenigen Kalenderjahres beginnen, in welchem der Verpflichtete das 21. Lebensjahr vollendet. In den Herzogthümern Holstein und Schleswig, in welchen seit 1863 keine Ersatzgestellungen, also auch keine definitiven Dienstbefreiungen Einzelner, nach dem früheren Gesetze, Statt gefunden hatten, sollen diejenigen jungen Männer, welche 1842 und später geboren sind, also bis einschließlich derjenigen, welche 1864 ihr 22. Lebensjahr vollendet haben, noch nachträglich zum Militärdienste herangezogen werden. (K. Z.)

Berlin, 16. März. Die „National-Liberalen" haben acht Amendements eingebracht: 1) Gemeinsamkeit der Gesetzgebung über das Strafrecht in Bezug auf Obligationen, über Handelsrecht, Wechselrecht und Gerichtsverfahren; 2) Verpflichtung der einzelnen Bundesstaaten hinsichtlich des Preß-, Vereins- und Versammlungsrechts und sonstiger persönlicher und staatsbürgerlicher Rechte; 3) Gemeinsamkeit des Paßwesens und der Fremdenpolizei; 4) die Flößerei auf gemeinsamen Flüssen und die Anstalten für die Seeschifffahrt sind Bundessachen; 5) die Kompetenz des Bundes soll auch für hier nicht benannter Gegenstände, die heilsam sind, eintreten, wenn die Normen für Verfassungsänderungen beobachtet werden; 6) Bundessache sind ferner Militär- und Marinewesen; bei Meinungsverschiedenheit des Bundesrathes entscheidet das Präsidium, sobald es für bestehende Einrichtungen stimmt; 7) in Art. 4 Nr. 2 soll das Wort „indirekt" gestrichen werden; 8) die Bestimmung wegen Verfassungsänderungen soll in einen Separatartikel gesetzt und aus Artikel 7 weggelassen werden.

Berlin, 17. März. Dem Vernehmen nach ist der bisherige preußische Gesandte in der Schweiz, v. Camps, zum Gesandten bei den Hansestädten designirt. Laut Bekanntmachung des General-Gouverneurs garantirt der König den hannoverschen Militärärzten ihren bisherigen Rang.

Berlin, 17. März. Die Abgg. Twesten und Genossen werden als Grundsatz in der Verfassung ein jährliches Budget im Allgemeinen, sowie für die Armee und Marine proponiren, nebst einer Uebergangsbestimmung, welche den Militäretat für drei Jahre in der bekannten Höhe von 225 Thlrn. pro Kopf fixirt. Das bezügliche Amendement wurde einer von der national-liberalen Fraktion ernannten Redaktions-Commission mitgetheilt. Gestern Morgen 11 Uhr erstattete diese Commission der Fraktion Bericht über die eingereichten Amendements, aber noch nicht über die das Militärwesen betreffenden.

Hannover, 14. März. Gestern ist nach langem Warten die Liste der in das preußische Heer einrangirten hannoverschen Offiziere erschienen, 325 Mann stark. 646 zählte unsere Armee zur Zeit der Kapitulation. Nach früheren Mittheilungen sollte eine größere Zahl als diese Hälfte sich zum Uebertritt gemeldet haben; entweder also war das nicht so, oder Preußen hat nicht über alle Anerbietungen verfügt. Die Reiterei hat zu den Uebertretenden kaum ein Sechstheil geliefert, und die vormalige Garde-du-Corps hat sich bis auf zwei oder drei ganz fern gehalten. Von der Generalität ist nur Einer in die Armee übergetreten, vom Generalstab der erst im Felde ernannte Chef, Oberstlieutenant Cordemann, der nun dem großen Stabe in Berlin aggregirt wird. Die Uebertretenden werden über alle Provinzen Preußens verstreut. Nicht Wenige haben den Dienst des neuen Kriegsherrn sicher mit schwerem Entschluß angenommen; aber die Offiziersbildung ist, wenigstens bei uns, der Art, daß sie kaum für andere Berufszweige ausreicht. Mit dem Hof in Marienburg scheint man in der That ein Ende machen zu wollen; deutlich genug sagt heute die „Hannoversche Zeitung", die Aeußerungen des Grafen Bismarck würden ihre Wirkung auf diesen Hof unmöglich verfehlen können, wenn auch von Hietzing aus noch so sehr widerstrebt würde. Das will sagen, daß König Georg ganz erheblichen Werth darauf legt, die Königin noch in seinen Landen zu wissen, während die hohe Dame selbst, wie man wenigstens hier hört, schon längst sich aus dem peinlichen Aufenthalte wegwünscht. (N. C.)

Pesth, 16. März. Das Amtsblatt dementirt die Nachricht, daß der Finanzminister die Entlassung von 1400 Finanzbeamten verfügt habe.

Lemberg, 12. März. Die Wirkung, die der voreilige (?) Lärm der österreichischen Journale über die russischen Truppenanhäufungen an unserer Gränze vor mehreren Monaten hervorgebracht, mag wohl Ursache sein, daß die gegenwärtigen Vorgänge so gänzlich ignorirt werden, und doch sind dieselben nichts weniger als beruhigend für uns. Rußland wälzt fortwährend neue Truppenmassen gegen die österreichische und türkische Gränze und rasselt dabei hübsch laut und vernehmlich mit den Waffen. Auch hier im östlichen Galizien dauern die russischen Agitationen ununterbrochen fort. Noch niemals war unsere Stadt von so vielen russischen Beamten und Kaufleuten besucht worden, als eben jetzt. Eben so beherbergen die Gränzstädte, namentlich Brodi, sehr viele Gäste aus dem Nachbarlande. Indeß werden die russischen Agitationen zwar ausdauernd, aber auch ziemlich ruhig fortgesetzt. Die Behörden sind wohl in Kenntniß dieser Umtriebe, beschränken sich aber darauf, dieselben nach Möglichkeit zu paralysiren, ohne energische und provocirende Maßregeln anzuwenden. Man scheint eben alles sorgfältig vermeiden zu wollen, was den Nachbar herausfordern und zu einem offenen Vorgehen veranlassen könnte. Oesterreich sieht sich einem neuen Conflicte gegenüber wieder vollständig isolirt, und die Erfahrungen des verflossenen Frühjahrs sind noch in zu frischem Angedenken, um sich zu einem voreiligen Schritte hinreißen zu lassen. Ueberdies glauben wir nach der gegenwärtigen Sachlage, daß die russischen Intentionen vor der Hand nur dahin gerichtet sind, eine gewisse Pression auf Oesterreich zu üben, nicht aber irgend welche Feindseligkeit auszuführen. Für die Entwickelung der Verfassungsfrage hat die schwankende Situation bisher so viel Erfolg gehabt, daß nicht bloß der Ausgleich mit Ungarn mit aller Energie durchgeführt wird, sondern daß auch die galizischen Behörden strenge Weisung haben, mit allen Mitteln und Kräften zur Beruhigung der

Gemüther beizutragen und der Bevölkerung die richtige Auffassung und Beurtheilung der Regierungsmaßregeln zugänglich zu machen. Die Nichtauflösung des Landtages und die dadurch vermiedenen neuen Wahlagitationen sind beinahe als eine Wohlthat für das Land zu betrachten. (Fr. J.)

Triest, 14. März. Die „Triest. Ztg." schreibt: „In dem vor mehr als einem Monat gegebenen Berichte über das Befinden der Kaiserin Charlotte wurde, basirt auf den damaligen Zustand der hohen Kranken, die Nachricht einer, wenn auch langsam, so doch stetig vorschreitenden Besserung gebracht. Die in den seither verflossenen Wochen sich kundgebende Stabilität der Krankheitserscheinungen und hauptsächlich das in den letztvergangenen Tagen intensivere Wiederauftreten ängstlicher Wahnvorstellungen begründet aber, wie uns authentisch mitgetheilt wird, jetzt die Annahme, daß nicht nur ein Stillstand in der erwähnten Besserung, sondern auch eine den bisher nicht ungünstigen Verlauf störende Verschlimmerung eingetreten sei."

Paris, 15. März. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers sagte Garnier Pagès: Die gestern von Thiers dargelegte Politik sei die Politik der ehemaligen Monarchie, welche darnach strebe, den Einfluß Frankreichs durch die Waffen zu errichten. Was ihn betrifft, so gibt er nur den moralischen Einfluß, den der Grundsätze und der Institutionen, zu. Dieser werde gerne angenommen werden und bleibe ein dauerhafter, während der Einfluß der Gewalt ein vorübergehender sei. Denn was sei aus allen durch Gewalt aufgedrungenen Verträgen geworden? Kaum unterzeichnet, würden sie zerrissen. Was hätten der Krimkrieg, was die Expedition von Mexiko zu Wege gebracht? Ungeheure Ausgaben ohne Resultat. Heute wolle man nun die Lage Deutschlands modifiziren, der Einheit zuvorkommen. Aber diese Einheit sei eine legitime Bestrebung des Nationalitätsgefühls. Sei übrigens das Unternehmen des Herrn v. Bismarck ausführbar? Der Redner bezweifelt es. Nie sei Deutschland mehr zersplittert gewesen. Hr. v. Bismarck habe nicht Deutschland gemacht, er habe es im Gegentheil zerbrochen und nur Preußen vergrößert. Er wird unterliegen unter einem durch die Gewalt aufgedrungenen Werke.

Paris, 16. März. Die gestrige Sitzung des gesetzgebenden Körpers hat weit größere Sensation erregt in- und außerhalb der Kammer, als die vorgestrige, welche ganz durch die Rede des Herrn Thiers ausgefüllt war. Sowohl Ollivier als Garnier-Pagès kommen dem Gedanken des liberalen Frankreichs näher, in so fern als sie die Berechtigung Deutschlands, eine einheitliche Nation zu bilden, in aller Form anerkennen. Die französische Demokratie, das junge Frankreich überhaupt, ist über den veralteten Standpunkt der alten Diplomatie längst hinweggekommen: das muß zur Kenntniß der hiesigen Verhältnisse festgehalten werden. Es ist aber ebenso bezeichnend und ebenso gewiß, daß die Majorität des gesetzgebenden Körpers die Machtausdehnung Preußens oder die förmliche nationale Einigung Deutschlands perhorresciren will. Ihre feindselige Haltung während der Rede Ollivier's beweist es zur Genüge. Der Kaiser wird, wenn er die wahren Gesinnungen des Landes über die Ereignisse in Deutschland kennen will, eine neue Kammer einberufen müssen. Die Regierung hat den halbamtlichen Blättern den Auftrag gegeben, Ollivier mit der möglichsten Schonung zu behandeln. Die „France" macht den Anfang. (K. Z.)

Paris, 16. März. Die Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers über die Interpellation des Herrn Thiers wurden gestern fortgesetzt. E. Ollivier vertheidigte das Nationalitätsprinzip und billigte die Politik der Regierung. Er sprach sich für Aufrechthaltung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu Deutschland aus. Rußland sei gefährlich wegen seiner orientalischen Politik, man müsse daher eine Allianz Rußlands mit Deutschland zu verhindern suchen. (T. N. d. N. G.)

Die Rede des Herrn **Thiers** in der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 14. d. hat unter ungewöhnlich zahlreicher und lebhafter Betheiligung des Publikums stattgefunden. Der Redner begann um 2¾ Uhr und füllte von da an — mit einer halbstündigen Pause — die ganze Sitzung bis 6 Uhr aus: gewiß eine starke Leistung für einen nahezu 70jährigen Mann. Die Schlußworte der oratorisch meisterhaften Rede waren: Erlauben Sie mir noch, ein einziges Wort hinzuzufügen: il n'y a plus une seule faute à commettre."

Paris, 17. März. Im gesetzgebenden Körper wurde gestern die Verhandlung über die Thiers'sche Interpellation fortgesetzt. Staatsminister Rouher trat den Ausführungen Thiers' entgegen. Frankreich dürfte sich über die Ereignisse in Deutschland nicht beunruhigen lassen. Am Tag, da Preußen das europäische Gleichgewicht bedrohte, würden ihm Frankreich und England begreiflich machen, daß die Zeit der ehrgeizigen Thorheiten vorüber ist. Rouher trat der Meinung entgegen, daß Preußen mit den ihm durch den Nikolsburger Vertrag bestimmten Gränzen nicht zufrieden sei und bis zur Zuidersee gehen wolle. Preußen habe in dieser Beziehung Frankreich die absolutesten Bürgschaften gegeben. Wenn Frankreich nicht überzeugt davon gewesen, hätte es solche Ehrbegierden nicht geduldet. Frankreich werde keine ungezügelte Herrschsucht, keine unbegränzten Anmaßungen hinnehmen. Was Rußland betreffe, so glaube er nicht, daß dasselbe den gefährlichen Ehrgeiz habe, nach Konstantinopel zu gehen. Wenn es seine Versuche erneuerte, würde es der geschlossenen Vereinigung des Westens begegnen, der dieselben Interessen, dieselbe Stärke, denselben Willen habe. Auch Preußen habe keineswegs das Interesse, die angeblichen Entwürfe Rußlands im Orient zu erleichtern. Die Beziehungen Frankreichs zu sämmtlichen Mächten seien freundschaftlich. Mit Rußland (Russie, vielleicht Prussie?) insbesondere seien die Beziehungen aufrichtiger, loyaler und herzlicher als je. Keine Gefahr bedrohe Frankreich. Die Koalition sei dahin und werde niemals wieder auftreten unter einem Napoleon. (Beifall.) Jules Favre sprach dann im Sinne von Thiers. Die Verhandlung wird am Montag fortgesetzt. (Schw. M.)

London, 15. März. Daß gerade in England über die orientalische Frage in diesem inhaltschweren Momente weniger als anderwärts geschrieben wird, daß Zeitungen und Parlaments-Mitglieder sich einer auffallenden Zurückhaltung in dieser Sphäre befleißigen, ist vielfach damit erklärt worden, daß England gegenwärtig von näherliegenden Interessen in Anspruch genommen werde: von der Reformfrage, der Fenierbewegung, der Krankheit der Prinzessin von Wales, dem Wetter, der italienischen Oper, den Concerten von Herrn Joachim und Frau Schumann u. s. w. u. s. w.; keiner von allen diesen Gründen ist der richtige und unrichtig ist ihre Gesammtsumme. Der wahre Grund ist in der zur Ueberzeugung gewordenen Erkenntniß der Engländer zu suchen, daß sie von der orientalischen Frage wenig verstehen, beinahe so wenig, wie die meisten Menschen in anderen Staaten, obwohl sie bisher im Rufe gestanden hatten, gerade in dieser Sphäre theoretisch und praktisch die Allergelehrtesten zu sein. Dieser Dünkel ist vollständig abgestreift, und die Selbsterkenntniß wäre ein entschiedener Gewinn, jedenfalls ein guter Anfang zu späterem Gewinne, wenn die Ereignisse Zeit zum Studiren gönnten, wenn wir gewiß wären, daß die orientalische Frage sich noch ein paar Jährchen bescheiden werde, auf ihre Lösung zu warten. Leider spricht der Anschein dagegen, und in England gibt es dermalen wenige Menschen, die von sich zu behaupten wagen, die verwickelten Fragen, die sich zwischen der Donau, dem Schwarzen und Adriatischen Meere eingenistet haben, gründlich zu verstehen.

Nach einer der „Agence Havas" aus **London** zugegangenen Korrespondenz wäre es unwahr, daß zwischen England, Frankreich und Rußland eine die orientalischen Angelegenheiten betreffende Convention unterzeichnet worden ist; dagegen bestände zwischen England und Frankreich ein formelles Einvernehmen zu dem Zwecke, jeder Intervention, sei es für oder gegen die Türkei, entgegenzuwirken. Die Westmächte würden den Sultan nicht gegen seine Unterthanen unterstützen, aber die Türkei gegen jeden Angriff von Außen schützen.

London, 16. März. Im Haus der Gemeinen brachte heute Otway eine Bill auf Abschaffung der körperlichen Strafen in der Armee ein. Trotz dem Widerstand der Regierung nahm das Haus die Bill mit 108 gegen 107 Stimmen an.

Turin, 12. März. Das Tagesereigniß ist die Anwesenheit Garibaldi's. Er kam gestern Nachts mit dem letzten Zuge von Mailand an. Am Bahnhofe erwartete ihn eine ungeheure dichtgedrängte Menschenmenge. Die verschiedenen Arbeitervereine mit ihren Fahnen, sowie die Studentenschaft mit dem großen Banner der Universität hatten sich innerhalb des Bahnhofes aufgestellt. Der General wurde in dem Absteigesaal von der Frau Marchesa Pallavicino, von Mancini, dem Obersten La Posta und den Abgeordneten Miceli und Sineo empfangen. Das Gefolge des Generals bestand aus seinem alten treuen Diener Basso, dem Doktor Riboli und den Obersten Acerbi und Cariolato. Das Volk empfing ihn mit weithinschallenden, donnernden Evvivas, aber machte seinem Helden keinen Platz. So groß und kräftig auch die Anstrengungen der vereinten Garibaldiner und Studenten waren, um ihm eine Gasse zu machen, um zu seinem Wagen gelangen zu können, so waren sie dennoch vergeblich und man mußte sich endlich entschließen, Garibaldi auf der entgegengesetzten Seite des Bahnhofs, der Einsteige- oder Abfahrtshalle, hinaus und schnell in den ersten besten Fiaker zu bringen, mit dem er durch entlegene Straßen seinem Absteigequartiere, dem Palaste seines alten Freundes, des Marchese Pallavicino-Trivulzio, dem greisen Gefangenen des Spielbergs zuführ. Die Menge erhielt jedoch schnell hievon Kunde und wogte in ungeheuren Massen dem genannten Palaste zu, wo Garibaldi sich alsbald auf dem Balkone zeigte und folgende Ansprache an das Volk richtete: „Seit langer Zeit hege ich schon den Wunsch, diese hochherzige Bevölkerung zu begrüßen, und heute bin ich so glücklich, sie wiederzusehen. Ja, ich wünsche, dieses Land zu

begrüßen, diese Wiege der italienischen Unabhängigkeit, dieses Volk, welches mit seiner tapferen Armee und mit seinen unerschrockenen Volksvertretern der Erzieher unseres Italiens, der erste und mächtigste Hebel unserer Wiedergeburt war. Ja, ich grüße euch, grüße euch aus voller Seele. Ihr habt aber noch einen anderen Anspruch auf die Dankbarkeit Italiens: derselbe gründet sich auf euere Initiative in Betreff Roms. Ich fordere dies starke Volk auf, daß, sowie es den ersten Impuls dazu gab, es auch den letzten geben möge, um uns in unsere Hauptstadt Rom zu bringen — nach Rom, welches uns eine von einem fremden Gewalthaber eingeschüchterte freiheitsmörderische Brut streitig machen möchte. Ich habe das Glück, euer Dollmetscher zu sein und kann diesem Gewalthaber erklären, daß man mit Männern, wie ihr seid, sich vor ihm nicht fürchtet. Ich wiederhole euch meinen Dank für eure liebevolle Aufnahme und sage euch gute Nacht. Auf Wiedersehen." Der Beifallsjubel und die donnernden Evviva, die auf diese Ansprache losbrachen, lassen sich nicht beschreiben. (Schw. M.)

Turin, 12. März. Garibaldi besuchte gestern die Universität. Die Menge drängte sich derart auf der Straße, daß die Pferde seines Wagens nicht mehr weiter konnten und er aussteigen mußte. Im Athenäum empfing ihn die ganze Studentenschaft mit Jubel. Er sprach einige Worte, u. A. von den Gliedern, welche zur Vollendung der Einheit noch fehlen, Rom, Triest und Trient. Eine Stimme rief: Und Nizza! Worauf donnernder Applaus, und Garibaldi sagte: „Ich danke Euch, daß Ihr Nizza nicht vergesset. Es ist ungerechterweise von der italienischen Familie losgetrennt worden, aber ich freue mich, daß ihr seiner gedenket. Dank, Dank, meine lieben Kinder."

Neueres.

Berlin, 18. März. Der Reichstag trat in die Verhandlung von Art. I des Verfassungsentwurfs über das „Bundesgebiet" ein. Graf Bismarck weist die von den Polen und Nordschleswigern eingebrachten Proteste zurück, und erklärt bezüglich Nordschleswigs: nur Oesterreich sei berechtigt, die vertragsmäßige Abstimmung Nordschleswigs zu verlangen. Die Gränzlinie werde nur nach den Interessen Preußens gezogen werden, der abzutretende Theil werde jedenfalls kleiner sein als man in Kopenhagen denke. In Betreff Luxemburgs bemerkt Graf Bismarck, Preußen verlange keinen Eintritt Luxemburgs in den norddeutschen Bund. Die sonstigen Zeitungsmittheilungen hierüber seien bodenlose Erfindungen. Auf eine Bemerkung des Abg. v. Carlowitz über eventuelle Verbindung Süddeutschlands und Frankreichs erklärt Graf Bismarck: Die Beziehungen Nord- und Süddeutschlands seien nach dem Friedensschluß vertragsmäßig verbürgt. — Bei der Abstimmung wird Artikel I angenommen. Das Amendement Carlowitz, betreffend die Beschränkung des Cessionsrechts und des Gesandtschaftsrechts der Bundesfürsten, wird verworfen. — General Röder ist zum Vertreter Preußens bei der Schweiz ernannt.

Berlin, 18. März. Großherzog und Großherzogin von Baden treffen morgen hier ein. — Der Landesbankdirektor Hergenhahn in Wiesbaden ist zum Präsidenten des Appellationsgerichts daselbst ernannt.

Berlin, 18. März. Bankausweis: Baarvorrath 79,601,000 Thlr., Papiergeld 2,736,000 Thlr., Portefeuille 59,047,000 Thlr., Lombardbestände 13,869,000 Thlr., Staatspapiere 15,267,000 Thlr., Notenumlauf 117,302,000 Thlr., Depositen 19,451,000 Thlr., Guthaben 2,435,000 Thlr.

Pesth, 18. März. Ein Dekret vom 16. d. inkorporirt das ganze Statthalterei-Personale dem Ministerium des Innern mit dem früheren Range und Gehalt. Das Ministerium des Innern hat vorläufig zehn (!) Sektionen.

Prag, 18. März. Erzherzog Carl Ludwig ertheilte Sonntags-Audienzen, besucht heute die großherzogliche Familie in Brandeis, und kehrt sodann abermals zu kurzem Aufenthalte nach Prag zurück.

Florenz, 18. März. Bei den gestern vorgenommenen engeren Wahlen sind u. A. gewählt worden: Peruzzi, Fenzi, Andreucci, Lamarmora, Visconti-Venosta, Jacini, Garibaldi, Pepoli, Minghetti, Borgatti, Poerio, Mordini. (Schw. M.)

Belgrad, 17. März. Gestern Abend langte hier ein Courier der türkischen Regierung aus Constantinopel an, welcher die auf die Räumung Belgrads bezüglichen Depeschen überbringt.

London, 18. März. Eine Depesche der „Times" aus Florenz vom gestrigen Tage meldet: Der Papst gestattet den italienischen Truppen die Betretung des Kirchenstaates zum Behufe der Bekämpfung des Räuberunwesens. In klerikalen Kreisen herrscht deßhalb Erbitterung.

Telegramm*)
der Neuen Würzburger Zeitung.

**München, 19. März. Dem Vernehmen nach wurde dem Kammerausschuß ein geheimer Vertrag mit Preußen vom 22. Aug. 1866 mitgetheilt. Derselbe sichert gegenseitig die Integrität des Staatsgebietes und überträgt Preußen den Oberbefehl für den Kriegsfall.

*) Einem Theil unserer Leser bereits gestern Abends mitgetheilt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1.8. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	66½ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	61¾—⅝ G.
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53½—¼ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	4½pCt.	39⅛ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
"	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	96¾ P. ⅝ G.
"	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	96¾ P. ⅝ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	92¾ G.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	92¾ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
"	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	96¾ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	85½ P.
Baden	4½pCt. Obl.	96½ P. ⅛ G.
"	3½pCt. Obl. v. 1842	86½ P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	93½ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	97½ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	—
"	3½pCt. Obl. dto.	86½ P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	83½ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2½pCt. " " "	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
N.Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D.2½	78¾ P.
"	6pCt. ditto r. 1882 "	77½—⅝ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	184½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	670 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	160½—69½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	92⅝ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	208 P. 207 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	97½ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	339 P. 338½ G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	112 P.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	154½ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	91½ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	111¾ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49⅜ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74¼ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	246½ P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	116¼—⅜ G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz. .	116 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅞ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅞ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅛ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97⅜ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅞ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	119¼ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅞ P. ⅝ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	92 P. 91¾ G.
do. in öst. W. l. S.	92 P. 91¾ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	59 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	67½—⅜ G.
" fl. 100 Elsb.L. v. 1858	119½ P.
" do. v. 1864	73½ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99⅜ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10½ P.
Badische fl. 35	58½ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55¼ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143¼ P.
" fl. 25 do.	38 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35½ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	68¾ P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28¼ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	33 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅝ P. ⅜ G.

Frankfurt, 19. März. Das Geschäft an der heutigen Börse konnte in keiner Effektengattung irgend eine Ausdehnung gewinnen. Für Amerikaner sowohl wie für Oesterreicher war die Stimmung matt. Kreditaktien machten Anfangs eine Ausnahme, büßten aber im Laufe des Geschäfts circa 1 fl. ein. Süddeutsche Papiere einen Bruchtheil besser. Frankfurter Bank gesucht. Ostbahn dagegen zu billigerem Kurs verhandelt. Von Wechsel büßte Wien ⅛ pCt. ein. Goldcoupons 2. 24½. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 80.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 21. März 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 19. März. Se. Majestät der König hat dem k. württemb. Staatsminister des k. Hauses und des Aeußern, Frhrn. K. v. Varnbüler, das Großkreuz des Verdienstordens der bayer. Krone und dem k. württemb. Legationsrathe, Kanzleidirektor Frhrn. A. v. Seden das Komthurkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael verliehen; dem kath. Stadtpfarrer zu U. L. Frau in Ingolstadt, Priester G. Angermaier, in Anerkennung seiner langjährigen, pflichteifrigen Leistungen den Titel und Rang eines geistl. Rathes kostenfrei verliehen.

Die kath. Pfarrei Deining, k. Bezirksamts München r/J., ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 848 fl. 44½ kr. in Erledigung gekommen.

Durch den Tod des k. Forstwartes Friedrich König ist die Forstwartei Neufang im Forstamte Kronach in Erledigung gekommen.

Die „Bayer. Zeitung" veröffentlicht in ihrem amtlichen Theile den (bereits von uns telegraphisch gemeldeten) geheimen Vertrag mit Preußen, wie folgt:

München, 18. März. Die k. bayer. und k. preuß. Regierung haben am 22. Aug. 1866 zu dem Friedensvertrage vom selben Tage einen Zusatzvertrag abgeschlossen, der am 26. August 1866 von Sr. Maj. dem König von Preußen und am 31. August 1866 von Sr. Maj. dem König von Bayern ratifizirt worden ist. Beide Regierungen sind nunmehr übereingekommen, diesen Vertrag zu veröffentlichen. Derselbe lautet, wie folgt:

Seine Majestät der König von Bayern und Seine Majestät der König von Preußen, beseelt von dem Wunsche, das künftige Verhältniß der Souveräne und ihrer Staaten möglichst innig zu gestalten, haben zur Bekräftigung des zwischen ihnen abgeschlossenen Friedensvertrages vom 22. August 1866 beschlossen, weitere Verhandlung zu pflegen, und haben mit dieser beauftragt und zwar: Se. Maj. der König von Bayern seinen Staatsminister des k. Hauses und des Aeußern, Ludwig Frhrn. v. d. Pfordten, Ritter des Hausordens vom heil. Hubertus und Großkreuz des Verdienstordens der bayer. Krone &c. &c. und seinen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am kaiserl. österr. Hofe, Otto Grafen Bray-Steinburg, Staatsminister außer Dienst, erblichen Reichsrath, Großkreuz des Verdienstordens der bayer. Krone und vom heil. Michael &c. &c., Se. Maj. der König von Preußen seinen Ministerpräsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Otto von Bismarck-Schönhausen, Ritter des schwarzen Adlerordens u. s. w., und seinen wirklichen geheimen Rath, Kammerherrn und Gesandten Karl Friedrich v. Savigny, Ritter des rothen Adlerordens 1. Klasse u. s. w. Dieselben haben ihre Vollmachten ausgetauscht und haben sich, nachdem diese in guter Ordnung befunden worden waren, über nachfolgende Vertragsbestimmungen geeinigt:

Art. I. Zwischen Sr. Maj. dem Könige von Bayern und Sr. Maj. dem Könige von Preußen wird hiemit ein Schutz- und Trutzbündniß abgeschlossen. Es garantiren Sich die hohen Contrahenten gegenseitig die Integrität des Gebietes Ihrer bezüglichen Länder und verpflichten Sich im Falle eines Krieges Ihre volle Kriegsmacht zu diesem Zwecke einander zur Verfügung zu stellen.

Art. II. Se. Maj. der König von Bayern überträgt für diesen Fall den Oberbefehl über seine Truppen Sr. Maj. dem Könige von Preußen.

Art. III. Die hohen Contrahenten verpflichten Sich, diesen Vertrag vorerst geheim zu halten.

Art. IV. Die Ratifikation des vorstehenden Vertrages erfolgt gleichzeitig mit der Ratifikation des unter dem heutigen Tage abgeschlossenen Friedensvertrages, also bis spätestens zum 3. künftigen Monats.

Zu Urkund dessen haben die Eingangs genannten Bevollmächtigten diesen Vertrag in doppelter Ausfertigung am heutigen Tage mit ihrer Namensunterschrift und ihrem Siegel versehen.

So geschehen Berlin, 22. August 1866.

(L.S.) Frhr. v. d. Pfordten. (L.S.) v. Bismarck.
(L.S.) Graf v. Bray-Steinburg. (L.S.) v. Savigny.

Aus Anlaß der Veröffentlichung des seither bestandenen Bündnißvertrages bringt die „Bayer. Ztg." folgende Erörterungen:

München, 18. März. Die Veröffentlichung im amtlichen Theil unseres heutigen Blattes benimmt uns den Anlaß zu dem Stillschweigen, welches wir uns gegenüber den mannigfachen in periodischer und nicht periodischer Presse gegen die Politik der Regierung erfolgten Angriffen auferlegt hatten. Jene Allianz, von welcher Fürst Hohenlohe am 19. Januar 1867 als einem anzustrebenden Ziele gesprochen, war seit 22. August 1866 eine Thatsache. Wie schwach mußten dem Fürsten Angesichts dieser Thatsache die Deklamationen von den Widersprüchen klingen, in die er bezüglich eben dieser Allianz sich verwickelt haben sollte, wie noch schwächer mußten ihm die mehr oder minder verblümten Vorwürfe des Verrathes erscheinen, welche ihm wegen Anstrebens eben dieser Allianz entgegengeschleudert wurden. Der Fürst war in diese Allianz als eine Thatsache eingetreten, mit der er zu rechnen hatte. Loyale Durchführung der Verträge, dies war die erste Erklärung, die

Feuilleton.

Zur Trichinenerkenntniß.

Zur Erforschung der Trichinenkrankheit wurde von der k. k. Gesellschaft der Aerzte zu Wien im Dezember 1865 ein Komité ernannt, bestehend aus den Professoren Dr. Klob, Dr. Müller, Dr. Roell und Dr. Wedl, welches das Resultat seiner wissenschaftlichen Untersuchungen in einem jüngst erschienenen Berichte veröffentlicht. Dieser Bericht enthält so viel Interessantes über die im Laufe der letzten Jahre so vielfach besprochene Trichinenkrankheit, daß wir uns veranlaßt finden, einige Punkte aus demselben unsern Lesern mitzutheilen. — Das Komité beschäftigte sich vorerst mit der Frage, bei welchen Thieren außer den Schweinen die Trichinen vorkommen und es ergab sich, daß sich die Trichinose namentlich bei Ratten häufig zeigt und in Oesterreich, wo bisher nur vereinzelte Fälle von Trichinose des Menschen zur Kenntniß kamen, durch trichinose Ratten solche Infektionsherde bestehen, von welchen aus die Verbreitung dieses Parasiten jeden Augenblick möglich ist; ferner wurden Trichinen gefunden bei Füchsen und Hamstern. Die Untersuchung von Katzen, Igeln, Wieseln und Mäusen dagegen ergab ein negatives Resultat. Das Komité befaßte sich auch mit der Untersuchung menschlicher Leichen und fand in mehreren derselben eingekapselte Trichinen, welche sogar zum Theile noch lebten. Verschiedene Infektionsversuche mit trichinigem Fleische an Schweinen, Kälbern, Ratten, Mäusen, Füchsen und Kaninchen ergaben als Resultat, daß diese Thiere durch den Genuß dieses Fleisches an der Trichinose erkrankten und zum Theil verendeten. Es zeigte sich ferner, daß Darmtrichinen in einer Verdauungsflüssigkeit unter solchen Verhältnissen, wo die eingekapselten Muskeltrichinen nicht alterirt werden, zu Grunde gehen. Die Lebenstenacität von eingekapselten Muskeltrichinen selbst bei hochgradiger Fäulniß des Fleisches wird von dem Komité durch 7 Versuche, welche das gleiche Resultat ergaben, zur Evidenz nachgewiesen. Ein günstiges Resultat ergaben die Infektionsversuche mit gut eingesalzenem und geräuchertem, gut durchgebratenem und durchgesottenem Schweinefleische, und man kann annehmen, daß so zubereitetes trichiniges Fleisch nicht infizire. Als feststehend ist zu erachten, daß die Trichinen eine Temperatur von 60° R. nicht überleben. Von den Schlußanträgen des Komité's dürften folgende hervorzuheben sein: Einführung einer mikroskopischen Fleischbeschau, Fernhalten der Schweine von Infektionsherden, insbesondere von Ratten und Mäusen, Aborten, Senkgruben &c., möglichste Vertilgung der Ratten, Erklärung der Trichinose der Schweine als gesetzlichen Gewährsmangel mit 14tägiger Gewährszeit, Errichtung von Schlachthäusern für Schweine in größeren Städten, Vertilgung der trichinös befundenen Schweine, mit Ausnahme des Fettes, welches jedoch vor der Benützung gut auszubraten wäre.

---

er dem Lande — in der Kammersitzung vom 14. Januar 1867 — gegeben hat, dies war die Richtschnur seiner Politik. Loyale Durchführung dieses Vertrages war es, wenn die bayerische Regierung mit den übrigen südwestdeutschen Staaten eine Einigung anstrebte und am 5. Februar zu Stuttgart auch erzielte, welche nicht eine Militärconvention mit Preußen, nicht einen südwestdeutschen Militärbundesstaat, sondern nur eine solche Militärorganisation festsetzt, welche die Armeen dieser Staaten befähigt, in einem Kriege ebenbürtig an Seite Preußens als Glieder eines deutschen Heeres zu kämpfen. Loyale Durchführung dieses Vertrages ist es, wenn die bayerische Regierung mit aller Entschiedenheit und mit allen verfassungsmäßigen Mitteln darauf dringt, daß ein dieser Vereinbarung entsprechendes Wehrgesetz baldmöglichst zur Durchführung komme. Die bayerische Regierung hat sich die große Aufgabe gestellt, die Integrität und Selbständigkeit des Landes zu wahren neben Erfüllung der Pflichten, die dem deutschen Staate der Gesammtheit gegenüber obliegen. Die Schwierigkeiten, die sich ihr bieten, sind doppelter Natur: im Innern Particularismus, von Außen Drängen nach Centralisation. Mit den Particularisten ist nicht wohl zu discutiren. Die Schrift, welche von den Organen dieser Partei als Muster von Anstand und Objektivität gepriesen wird, spricht von „Hinwinseln an Preußen“*); andere, weniger auf Anstand und Objektivität sehende Partei-Organe sprechen von Unwissenheit, von Stümperei, von Verrath. Das ist genau derselbe Patriotismus, der schon im vorigen Sommer Bayern so nützliche Dienste geleistet hat. Den Centralisten in und außer Bayern aber möchten wir zu erwägen geben, daß dieselbe Regierung, die loyal und offen in Erfüllung der bestehenden Verträge vorschreitet, die loyal und offen ihre Absicht, an dem Werke deutscher Einigung mitwirken und die zur Reconstituirung Deutschlands nöthigen Opfer bringen zu wollen, erklärt hat, mit derselben Loyalität und derselben Festigkeit die Aufgabe erfüllen wird, dem engeren Vaterlande die mit der Existenz Deutschlands vereinbarte Autonomie und Selbständigkeit zu erhalten. Die Regierung hat diese Aufgabe übernommen im festen Vertrauen auf den von Parteigetrieben unbeirrten Patriotismus des bayerischen Volkes. Die Befürchtung, daß die Veröffentlichung des bisher geheim gehaltenen Vertrags geeignet sein könnte, die guten Beziehungen Deutschlands zum Auslande und namentlich zu Frankreich zu stören, theilen wir in keiner Weise, glauben vielmehr, daß dieselbe als eine nothwendige Consequenz des dort so offen hervorgehobenen und gebilligten Nationalitätenprincips erachtet, daß dieselbe als Beweis der Einigkeit der deutschen Regierungen und eben deßhalb als eine Bürgschaft des Friedens aufgefaßt werden wird.

München, 18. März. Der 2. Direktor der k. Regierung Kammer des Innern, von Unterfranken und Aschaffenburg, Hr. v. Bucher, welcher seit dem Ausbruche des vorjährigen Krieges die Funktion eines (Civil-)Oberlandeskommissärs bekleidet hatte, wird sich demnächst an seinen Posten nach Würzburg begeben. (B. Z.)

München, 16. März. Gestern erreichten die am 7. Januar l. Js. begonnenen Arbeiten der Commission, welche behufs der Vorberathung des Berggesetzentwurfes eingerufen worden war, ihr Ende und wurden die Sitzungen durch den k. Staatsminister der Finanzen geschlossen. (B. Z.)

München, 18. März. Nach neuerdings anhergelangten Mittheilungen ist die Rinderpest in Oesterreich nunmehr a) in Oesterreichisch-Schlesien erloschen; b) in Mähren nur in zwei Orten herrschend, wovon der eine dem Mährisch-Ostrauer, der andere dem Nikolsburger Bezirke angehört; c) in Niederösterreich im Bezirke Sechshaus erloschen, dagegen im Neulengbacher und Badener Bezirke aufgetreten; d) in Galizien neuerdings ausgebrochen und zwar im Stryer-, Zloczower-, Samborer- und Brzezower-Kreise. — Demzufolge hat das k. Staatsministerium des Innern mittelst einer (im nächsten Regierungsblatte erscheinenden) Bekanntmachung vom 15. d. Mts. 1) die Verbringung von Rindern, Schafen und Ziegen im lebenden oder todten Zustande, sowie von Rohstoffen von diesen Thieren in frischem oder getrocknetem Zustande aus den oben aufgeführten, von der Rinderpest heimgesuchten Bezirken und Kreisen nach Bayern verboten und unter die Strafbestimmung des Art. 363 des Strafgesetzbuches gestellt, 2) die Ein- und Durchfuhr der bezeichneten Thiere und Rohstoffe aus den seuchefreien Gegenden der genannten Provinzen, aber unter der Bedingung als zulässig erklärt, daß a) die Einbringung nur an von der betreffenden Kreisregierung, Kammer des Innern, möglichst nahe an der Grenze eigens bestimmten Orten erfolge; ferner muß b) an diesen Eintrittsorten bei jedem Transporte durch amtliche Zeugnisse der unverdächtige Gesundheitszustand der Thiere, dann weiter nachgewiesen werden, daß dieselben aus Gegenden stammen und nur durch Gegenden gekommen sind, in welchen die Rinderpest nicht herrscht; bezüglich der Rohstoffe hat sich dieser Nachweis darauf zu beschränken, daß die Rohstoffe nicht aus verseuchten Gegenden stammen und in verseuchten Orten nicht gelagert waren; endlich hat c) an den Eintrittsorten ein Thierarzt den unverdächtigen Gesundheitszustand der Thiere zu constatiren und die Ursprungszeugnisse zu controliren. Treffen Transporte ohne solche Zeugnisse auf den bestimmten Eintrittsorten ein, so müssen dieselben zurückgewiesen werden. (B. Z.)

× **München**, 19. März. Der II. Ausschuß der Reichsrathskammer hat bezüglich des Gesetzentwurfs über den Militärkredit für 1866/67 auf den Vorschlag des Referenten v. Niethammer einstimmig sein Beharren auf dem Beschlusse der Kammer der Reichsräthe erklärt; bezüglich des Gesetzentwurfs über den Bau einer Eisenbahn von Miesbach nach Hausham und Schliersee Zustimmung zu dem Antrage der Abgeordnetenkammer empfehlen. Bezüglich des Beschlusses der Abgeordnetenkammer zu dem Antrage des Abgeordneten Dr. Völk auf Besteuerung der aus dem Auslande bezogenen und dort besteuerten Kapitalrenten hatte der Referent Frhr. v. Zu-Rhein dem Ausschusse vorgeschlagen, den Antrag abzulehnen. Der Ausschuß einigte sich jedoch dahin, einen Antrag des Reichsraths Grafen v. Montgelas anzunehmen, welcher also lautet: An Se. Maj. den König die allerunterthänigste Bitte zu stellen, im Landtagsabschiede mit Gesetzeskraft aussprechen zu wollen, daß dem Art. 7 des Kapitalrenten-Steuergesetzes vom 31. Mai 1856 als 3. Absatz eingesetzt werde: „Dieser Abzug erstreckt sich blos auf die an das Staatsärar zu entrichtende Steuer. Die Beiziehung der betreffenden Rentenbesitzer zu den Kreis-, Distrikts- und Gemeindelasten und der Einquartierungslast hat dagegen nach ihrer ganzen Kapitalrentensteuer ohne Abzug zu erfolgen.“

× **München**, 19. März. Morgen Vormittags 11 Uhr findet die XVI. Sitzung der Kammer der Reichsräthe statt. Auf der Tagesordnung steht Berathung und Beschlußfassung über Entschuldigung abwesender Reichsräthe, über den Militärkredit, über den Bau einer Eisenbahn von Miesbach nach Schliersee, über die Besteuerung der aus dem Ausland bezogenen und dort besteuerten Kapitalrenten und über die Vermarkung der Grundstücke. — Im II. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat der Abg. Kolb als Referent Vortrag über die Rechnungen der kgl. Bergwerks- und Salinenadministration und zwar für das Salinenwesen in den Jahren 1863/64 und 1864/65 erstattet und hat der Ausschuß einstimmig beschlossen, diesen Nachweisungen die Anerkennung zu ertheilen.

II. Der König von Württemberg hat dem Vernehmen nach dem Staatsminister des Aeußern Fürsten v. Hohenlohe das Großkreuz des württembergischen Kronordens und dem Ministerialrathe Grafen v. Taufkirchen das Großkomthurkreuz des Friedrichsordens verliehen. Der Kaiser von Oesterreich hat dem Vereine zur Errichtung eines Denkmales für die am 14. Juli bei Aschaffenburg gefallenen Oesterreicher einen Beitrag von 1000 fl. zugewendet.

+ **München**, 19. März. Vorgestern hat ein Ministerrath stattgefunden, welcher insbesondere die in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten am Samstage bei Gelegenheit der Debatte über den Verwaltungsgerichtshof gegen die Regierung gefallenen Aeußerungen der Linken, ebenso den mit so großer Majorität von der Kammer angenommenen Antrag bezüglich der Errichtung jenes Gerichtshofes zum Gegenstand gehabt haben soll. Seit vorgestern sind auch wieder Gerüchte von Vertagung des Landtags aufgetaucht, doch dürften sich dieselben blos auf Vermuthungen gründen. — Im Club der Linken (bei Abenthum) ist, wie wir aus guter Quelle vernehmen, ein Vertrauensvotum für Hrn. Ministerpräsidenten Fürsten v. Hohenlohe in Anregung gebracht und ein Entwurf eines solchen vorgelegt worden. In demselben soll zugleich der Wunsch nach Umbildung des Ministeriums in ein mit dem Programm Sr. Durchlaucht conformes ausgesprochen sein.

Frankfurt, 16. März. Der König hat auf die Mitte Februar an ihn eingereichte Immediateingabe der ständigen Bürgerrepräsentation Frankfurts bezüglich der vielbesprochenen Kontributionsangelegenheit folgende Antwort ertheilt: „Der ständigen Bürger-Repräsentation zu Frankfurt a. M. eröffne Ich auf das Mir durch eine Deputation überreichte Gesuch von Mitte vorigen Monats, daß, wenngleich die Auferlegung der Kontribution gegenüber der Stadt Frankfurt a. M. nach den Grundsätzen des Kriegs- und Völker-Rechts vollkommen gerechtfertigt war, da Frankfurt sich an dem die Kriegs-Erklärung enthaltenden Beschlusse vom 14. Juni vorigen Jahres betheiligt und noch am 15. Juli den Entschluß bekundet hat, im Bündnisse mit Preußens Gegnern zu verharren: es doch nicht in Meinen landesväterlichen Intentionen liegen kann, den Wohlstand einer deutschen und nunmehr auch preußischen Stadt zu gefährden. Zur Aufklärung der Umstände, unter denen eine solche Gefährdung in Betracht kommen könnte, soll die Trennung der städtischen Einnahme-Quellen, Vermögens-Objekte und Schulden von denen des Staats auf alle Weise beschleunigt werden, wobei auch die Frage: ob die Kontributions-Schuld zu Lasten

*) S. die Broschüre: „Bayern und das Programm des Fürsten Hohenlohe“, München bei Stahl, Seite 7, Z. 4 v. o.

der Stadt oder des früheren Staates steht, ihre sorgfältige Erledigung finden wird. Sollte die Entscheidung dafür ausfallen, daß die Gesammtheit oder ein Theil des Kontributions-Beitrages der Stadtgemeinde zur Last fällt, so werde Ich darauf bedacht sein, daß die Stadt Frankfurt nicht über das Maß hinaus belastet werde, welches mit der fortschreitenden Entwickelung ihres Wohlstandes verträglich ist. Daß letztere Mir bei einer geschichtlich und volkswirthschaftlich so hervorragenden Stadt wie Frankfurt besonders am Herzen liegt, davon wollen die Repräsentanten derselben sich überzeugt halten."

Frankfurt, 19. März. Wie der „Rhein. Kurier" aus glaubwürdiger Quelle zuverlässig erfährt, soll mit der bevorstehenden Reorganisation der Justizbehörden in der neugebildeten Provinz Hessen im Lauf des Sommers der Anfang gemacht werden. Die neue Gerichtsorganisation soll auf Grund einer zu erlassenden königl. Verordnung ganz nach preußischem Muster geformt werden. Das hiesige Appellationsgericht soll eingehen und Frankfurt zu dem Gerichtssprengel des Wiesbadener Appellhofes geschlagen werden, mit welchem der Justizsenat in Ehrenbreitstein vereinigt wird. Die Kreisstädte sollen voraussichtlich Sitze eines Kreisgerichts, an die übrigen Amtssitze Gerichtscommissionen deputirt werden. Gleichzeitig soll, wie das genannte Blatt ferner wissen will, das hierorts bereits geltende preußische Strafgesetzbuch nebst der Verordnung vom 3. Januar 1849 über das Strafverfahren in der ganzen Provinz Eingang finden. Weniger verbürgt scheint die weitere Mittheilung, wonach daselbst nicht die preußische Gerichtsordnung, sondern der im Bezirke des Justizsenats zu Ehrenbreitstein geltende Civilprozeß eingeführt werden soll.

Berlin, 16. März. Im Reichstag ist zu der übermorgen beginnenden Spezialdiskussion über den Bundesverfassungs-Entwurf von dem Abg. v. Carlowitz in einem bereits eingebrachten Amendement beantragt werden, am Schluß des Art. 1 hinzuzufügen: „Sämmtliche Bundesmitglieder verpflichten sich gegenseitig dahin, daß sie eine etwaige freiwillige Abtretung ihrer auf einem Bundesgebiete haftenden Souveränetätsrechte ohne Zustimmung der Gesammtheit nur zu Gunsten eines Mitverbündeten vornehmen wollen." Motive: „Entspricht schon der alten Bundesverfassung (s. Art. 6 der Wiener Schlußakte), und ist nöthig, um den bedenklichen Einfluß auswärtiger Regierungen auf die Angelegenheiten des Bundes ferne zu halten." In einem weiteren Amendement beantragt derselbe Abgeordnete, hinter Art. 11 als neuen Artikel hinzuzufügen: „Das Recht, ständige Gesandte zu empfangen, oder solche zu halten, steht einzig dem Bundespräsidium zu. Die Absendung von Bevollmächtigten an das Präsidium oder andere mitverbündete Regierungen ist den einzelnen Bundesregierungen unbenommen." Motive: „Diese sowohl in der Frankfurter Reichs- als in der Erfurter Unionsverfassung enthaltene Bestimmung ist nothwendig, um einestheils möglichen geheimen Bestrebungen gegen die Zwecke des Bundes keinen Vorschub zu leisten, anderntheils dem Auslande gegenüber die wirkliche Einheit des Bundes zum Ausdruck zu bringen." — Die bei dem Reichstage bis heute eingegangenen Petitionen, welche sich auf die Fassung einzelner Bestimmungen des Verfassungsentwurfs beziehen, und also bei der Diskussion über die bezüglichen Stellen und Bestimmungen zur Erledigung kommen werden, sind die folgenden: Die Vorstände von 412 Synagogen-Gemeinden Norddeutschlands bitten, in Art. 3 des Verfassungs-Entwurfes den Satz einzufügen: „Auch darf die Ausübung dieser Befugnisse (bürgerliche und staatsbürgerliche Rechte) in den Bundesstaaten durch das religiöse Bekenntniß weder bedingt, noch beschränkt werden." Die sämmtlichen Juden-Gemeinden des Großherzogthums Mecklenburg-Schwerin petitioniren sodann noch besonders um Beseitigung der ganz an das Mittelalter erinnernden Beschränkungen der Rechtsverhältnisse der dortigen Juden. Ein Pfarrer Ballnus zu Czychen (Kreis Oletzko) beantragt zu Art. 11 den Zusatz: „Der jedesmalige König von Preußen übt die Reichsgewalt aus und führt den Titel: „Kaiser der Deutschen." — Eingetreten in das Haus sind bis heute 280 Mitglieder. Es fehlen im Ganzen also nur noch 17.

Berlin, 18. März. Im Handelsministerium wird eben der Entwurf einer neuen Rheinschifffahrts-Akte ausgearbeitet. Die Akte von 1831 ist in Folge der Einführung der Dampfschifffahrt, der legislatorischen Entwickelung in den verschiedenen Uferstaaten, namentlich aber in Folge der kriegerischen Ereignisse des letzten Jahres veraltet. Sobald der Entwurf der neuen Akte die Zustimmung der verschiedenen Ministerien erlangt haben wird, werden die von den Uferregierungen ad hoc ernannten Bevollmächtigten zusammentreten, um die von der preußischen Regierung gemachte Vorlage zu berathen und die zur Ratifikation der neuen Akte nöthigen Schritte zu thun. (Fr. J.)

Pesth, 16. März. Die Deputirtentafel hielt heute Mittag Sitzung, in welcher der Präsident über den Empfang der Landtags-Deputation referirte, worauf die Rede des Erzbischofs Bartakovics und die Erwiderung des Kaisers verlesen wurde. Die Rede des Kaisers wurde mit enthusiastischen Eljens aufgenommen, besonders die Stelle über die Integrität und konstitutionelle Freiheit des Landes. Das Elaborat der Siebenundsechsziger-Kommission wurde auf Mittwoch, eine Petition um Zinsengarantie der Großwardein-Klausenburger Bahn für Montag auf die Tagesordnung gesetzt. (W. Z.)

Athen, 4. März. Die aus Kandia einlaufenden Nachrichten sind sehr interessant. Trotz der Versicherungen Mustapha-Pascha's, daß die ganze Insel beruhigt sei, Versicherungen, die von der ottomanischen Regierung seit mehreren Monaten in allen Tonarten wiederholt werden, hat die kretische Revolution niemals mehr Energie entwickelt als jetzt. Außer den Gefechten, die kürzlich bei Askypho, Anoghia und Aitoraky stattfanden, haben zwei neue Treffen ebensowohl durch die Zahl der Streiter, wie durch ihre Resultate wichtig, das eine im Westen, das andere im Osten der Insel, wiederholt den überlegenen Muth der Kretenser und die Unfähigkeit der Türken dargethan. Am 20. Februar verließen fünf oder sechs Bataillone der türkischen Armee unter dem Befehl von Ali-Sarkos-Pascha die Stadt Kanea und marschirten auf Selinos, sei es, um die starken Positionen dieser Provinz zu besetzen, sei es, um das Insurgentencorps auf der Hochebene von Omales anzugreifen. Am 23. wurden diese Bataillone auf ihrem Marsche von den Insurgenten bei der Stadt Chofti angegriffen; der Kampf dauerte den ganzen Tag und die Türken sahen sich genöthigt, bis nach Choiti selbst, wo sie sich verschanzten, zurückzuweichen. Den nächsten Tag, am 23. Februar, griffen die Kretenser von Neuem die türkische Armee an. Das Treffen war heiß und dauerte bis in die Nacht hinein. Gegen 1 Uhr Nachts machte der tapfere Hadji-Michalis an der Spitze von ungefähr 150 Mann einen Ueberfall auf das feindliche Lager und zog sich, nachdem er die Feinde allarmirt und eine beträchtliche Zahl kampfunfähig gemacht, zurück. Die Verluste der Türken kennt man nicht, aber nach der Zahl der Verwundeten zu schließen, welche die nächsten Tage nach den Lazarethen in Canea und Suda geschafft worden sind, müssen sie groß gewesen sein. Die Insurgenten, unter Befehl von Kriaris, Hadji-Michalis und Himbrakaki, ungefähr 2500 Mann stark, halten seitdem ihre Positionen besetzt und den in der Stadt verschanzten Feind in Schach, bereit, ihn bei der geringsten Bewegung nach vorwärts mit derselben Energie zurückzuweisen. Der in den östlichen Bezirken über die Türken davongetragene Vortheil ist noch auffälliger, doch fehlen die Details. Die Türken wandten sich aus den Festungen Heraklium und Rethymno in zwei Kolonnen nach den Provinzen Amari und Sanct Basilius, um die Insurgenten daraus zu vertreiben oder sie zu nöthigen, die Waffen zu strecken. Die Stärke dieser beiden Korps, die aus regulären türkischen und ägyptischen Truppen und aus einer großen Zahl irregulärer albanesischer Soldaten zusammengesetzt waren, belief sich auf etwa 10,000 Mann. Bei den Städten Gerakari, Sanct Myron und Melampe angekommen, wurden die Türken von den Kandioten heftig angegriffen. Der Kampf begann gegen Mittag (13. Februar) und dauerte bis 3 Uhr Morgens, ward den nächsten Tag mit Tagesanbruch wieder aufgenommen und bis Sonnenuntergang fortgesetzt. Da die Türken, wie es scheint, die Pässe, in denen sie engagirt waren, nicht forciren konnten und die Kugeln der Insurgenten ihre Reihen fürchterlich gelichtet hatten, so wendeten sie sich zum Rückzug; das von Heraclium ausgegangene Korps, das am übelsten weggekommen war, wandte sich nach der Stadt Tymbaki in der Provinz Messaro und das von Rethymno ausgegangene nach der Stadt Ambelaki. Die Zahl der kampfunfähig Gewordenen auf Seiten der Türken kennt man zwar nicht genau, doch muß sie beträchtlich sein, da eine Menge Gefangener, darunter sechs oder sieben Offiziere, in den Händen der Sieger geblieben sind. Die Kretenser haben unter Anderm zwei Kanonen, fünf Fahnen der irregulären Truppen und etwa hundert mit Munition und Fourage beladene Maulesel in ihre Gewalt bekommen. Beim Anblick der geflüchteten Soldaten, die in den Mauern von Rethymno Schutz suchten, geriethen die Türken in solche Wuth, daß sie an den in der Stadt wohnenden Christen Rache zu nehmen beschlossen. Doch zum Glück ergriff der Kamaikam rechtzeitig energische Maßregeln, um einem Blutbade vorzubeugen. Trotzdem stürzten sich verschiedene dieser Fanatiker, mit Säbeln und Bayonnetten bewaffnet, auf die Christen, die ihnen in den Straßen begegneten und verwundeten mehrere, darunter einige schwer. Die Christen schlossen sich in ihre Häuser ein und wagen noch immer nicht, sie zu verlassen, da die Wuth unter den Türken fortdauert und die Furcht, daß sie ein allgemeines Blutbad unter den Christen der Stadt anrichten möchten, noch nicht gehoben ist.

Aus **Salonichi**, 27. Februar, wird der „Wiener Abendpost" vom 15. März gemeldet, bei Volo habe ein Zusammenstoß zwischen den thessalischen Aufständischen und den türkischen Truppen Statt gefunden; letztere seien die Sieger geblieben; ferner: die christlichen Einwohner des Dorfes Rendina hätten dem türkischen Corps gegen zwei eingefallene Griechenbanden hülfreiche Hand geleistet und beim Kloster Panagia sei die ganze 900 Mann starke Insurgentenbande vollständig

zersprengt worden; so habe der Plan, längs der thessalischen Gränze eine Invasion auszuführen, von den Griechen aufgegeben werden müssen.

Der „Moniteur" bringt Nachrichten aus **Mexiko**, die dem Kriegsminister mit dem letzten transatlantischen Packetboot zugegangen sind. Am 5. Februar Morgens setzte sich Marschall Bazaine an der Spitze der französischen Truppen, die auf einem der Plätze in Mexiko versammelt waren, in Bewegung und durchzog die Hauptstadt unter einem ungeheuern Zulauf der Bevölkerung. Alles war darauf vorbereitet, daß die Citadelle und die Arsenale den kaiserlichen Truppen überliefert würden und auch, daß diejenigen der Bewohner, die sich compromittirt halten konnten, sich unter den Schutz der französischen Fahne zurückziehen konnten. Durchaus kein Zwischenfall bezeichnete den Abzug der französischen Truppen, welche fünf Kilometer hinter Mexiko bei Piedad campirten. Am 6. Februar verließ Marschall Bazaine, nachdem er vorher die letzten von seinen Posten besetzten Punkte in Mexiko hatte räumen lassen, das Lager von Piedad. — Die Passage gab zu keiner böswilligen Kundgebung Anlaß; der gewöhnliche Diligence-Dienst zwischen Mexiko und Puebla setzte ungestört seinen Gang fort. Der Marschall, der am 10. mit der Nachhut in Puebla ankam, sollte am 16. in Orizaba sein.

Ein Telegramm aus **Vera-Cruz**, vom 6. März, meldet, daß damals die Truppen bereit waren, in See zu gehen; sie sollten den Einschiffungshafen am 8. verlassen, aber einem Telegramm von New-Orleans vom 13. zufolge, hätte ein Nordwind ihre Abreise um 48 Stunden verzögert. Marschall Bazaine beabsichtigte am 10. an Bord der Souveraine abzugehen, nachdem der letzte französische Soldat Vera-Cruz verlassen hatte.

Neueres.

Berlin, 19. März. Bestunterrichtete diplomatische Kreise bezweifeln den Verkauf Luxemburgs an Frankreich. — Von konservativer Seite wird eine siebenjährige Uebergangsbestimmung hinsichtlich des Militäretats beantragt werden.

Berlin, 19. März. Der Reichsrath hat Artikel 2 und 3 des Verfassungsentwurfs, enthaltend die Bundesgesetzgebung und das Indigenat, angenommen und alle dazu gestellten Amendements verworfen.

Wien, 19. März. Der „N. Fr. Pr." zufolge ist der nordamerikanische Generalpostmeister Randall zum Gesandten der Vereinigten Staaten am Wiener Hof ernannt worden.

Pesth, 19. März. Se. Majestät der Kaiser hat dem Primas von Ungarn den Wunsch ausgesprochen, mit der Königin an Einem Tage gekrönt zu werden.

Paris, 19. März. In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers vollendete Jules Favre seine am Samstag abgebrochene Rede. Er erklärte, Frankreich hätte Italien verhindern sollen, das Bündniß mit Preußen zu schließen. Die Rede von Auxerre bedeutete die Aufforderung an Deutschland, uns den Rhein zu geben. Unser Programm, welches die Aufrechthaltung der großen Stellung Oesterreichs in Deutschland enthielt, wurde offen verletzt. Aber sein Programm verletzen lassen, ist eine Frankreichs unwürdige Politik. Die Ehrsucht Preußens kenne keine Grenzen mehr. Der Grund einer solchen Lage sei die Vernichtung des gesetzgebenden Körpers vor der Gewalt eines Einzigen. Wir müssen jeden Gedanken einer Annexion zurückweisen, aber ich frage, ob die Annexion Belgiens oder Luxemburgs, wenn sie angeboten würde, angenommen würde. Thiers kam noch einmal auf seine Kritik des Nationalitätsgrundsatzes zurück. Er wünsche, daß sich in Europa eine große konservative Partei bilde, die dafür sorge, daß Niemanden etwas genommen werde. Er rathe zu einer Politik der Wachsamkeit. Rouher entgegnete Thiers: Niemand wolle Krieg oder gewaltsame Annexionen. Thiers empfehle eine wachsame Politik, aber das sei eben die Politik der Regierung. Man spreche von unserer Isolirung, aber wir wollen allerdings keine ausschließliche Allianz. Wir werden heute die Verbündeten Englands, morgen die Verbündeten Preußens oder Oesterreichs sein, nicht zum Zwecke von Eroberungen, sondern um mittelst der Diplomatie und Versöhnung die Fragen, die sich erheben, zu lösen. Suchen wir nach den großen Stürmen die großen Besänftigungen auf. Schluß. Abstimmung. Die einfache Tagesordnung wird mit 219 gegen 45 Stimmen angenommen.

London, 19. März. Im Unterhaus brachte heute Hr. Disraeli seine Reformbill ein. Der Gesammteindruck war ein ungünstiger. Das Haus gestattete die erste Lesung. — Die Königin von Dänemark ist hier angekommen. — Der Sturm hat viele Unglücksfälle auf dem Meere verursacht.

Bucharest, 19. März. In der heutigen Sitzung der Kammer griff der Präsident Catargiu den Abg. Bratiano anläßlich seiner früheren Amtsthätigkeit als Finanzminister und wegen der unter Verlust rückgängig gemachten Anleihe bei der osmanischen Bank an und bezeichnete das Verhalten desselben als inconstitutionell. Bratiano wurde von der Linken und dem Centrum gestützt, worauf sämmtliche Deputirte der Rechten vor der Abstimmung das Haus verließen.

New-York, 18. März. Die Fenier sollen angeblich bei dem Präsidenten Johnson die Rechte einer Kriegspartei nachgesucht und Johnson soll zugesagt haben, das Ansuchen in Erwägung zu ziehen. — Der Steamer „Baltimore" ist hier angekommen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$66\frac{1}{2}$ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$61\frac{1}{8}$—61 G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53—$52\frac{7}{8}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	$44\frac{5}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$39\frac{3}{4}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$96\frac{5}{8}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$96\frac{5}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93\frac{1}{4}$ P. 93 G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$93\frac{1}{4}$ P. 93 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$93\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$96\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$85\frac{1}{2}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$96\frac{1}{2}$—96 G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$93\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	97 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	—
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$86\frac{1}{2}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84\frac{3}{4}$ P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$78\frac{5}{8}$ P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	$77\frac{3}{4}$ P. $\frac{3}{8}$ G

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$134\frac{1}{2}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	674 P. 670 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	167 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$92\frac{5}{8}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	206 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$97\frac{1}{2}$ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	339 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$111\frac{1}{2}$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$109\frac{1}{2}$ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	$154\frac{1}{2}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$91\frac{1}{2}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$111\frac{3}{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73\frac{3}{4}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$246\frac{1}{2}$ P.
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E. B.	—
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$116\frac{1}{2}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	116 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{8}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{5}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$91\frac{5}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$91\frac{1}{2}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	109 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$58\frac{3}{4}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$66\frac{3}{4}$—$\frac{5}{8}$ G.
„ fl. 100 Eisbl.L. v. 1858	119 P.
„ do. v. 1864	$72\frac{1}{2}$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{1}{2}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{5}{8}$ P.
Badische fl. 35	$53\frac{1}{2}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	14[illegible] P.
„ fl. 25 do.	38 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{1}{2}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	$68\frac{1}{4}$ P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$25\frac{1}{8}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	33 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{4}$ G.

Frankfurt, 20. März. Wiener Telegramme meldeten flauere Course für Effekten und Valuten, wodurch österreichische Spekulationspapiere und Effekten ihre Course auch heute ermäßigten; für erstere war die Stimmung relativ fest, da die Contremine einige Deckungskäufe bewirkte. Von Oesterreicher Silberpapiere, engl. Metalliques von 1859 sehr angeboten. Obschon Gold etwas niederer kam, waren Amerikaner beinahe unverändert. Süddeutsche Effekten sehr matt. Badische wieder billiger offerirt. Wechsel auf Wien wurden heute wieder $\frac{1}{4}$ pCt. unter gestrigem Cours abgegeben. Goldcoupon 2—$24\frac{1}{4}$. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 81.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 22. März 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 20. März. Se. Majestät der König hat die katholische Pfarrei Hüttenkofen, Bezirksamts Landshut, dem Priester M. Wagner, Expositus in Aiglsbach, Bezirksamts Rottenburg i. N.-B., das Curatbeneficium Oberostendorf, Bezirksamts Kaufbeuern, dem derzeitigen Verweser desselben, Priester M. Mayer, übertragen; dem ordentlichen Professor Dr. K. Thiersch in Erlangen die wegen Annahme eines ihm zugegangenen Rufes an die Universität Leipzig erbetene Entlassung aus dem bayerischen Staatsdienst, unter Anerkennung seines ausgezeichneten Wirkens im Lehramte, bewilligt; auf das im Forstamte Kronach in Erledigung gekommene Revier Wallenfels den dermaligen Aktuar des Forstamtes Bodenstrauß, M. Höflinger, zum provisorischen Revierförster ernannt; den Revierförster Ch. Fr. Gümbel zu Fischbach seines Dienstes für immer entlassen.

(Militärdienstesnachrichten.) **München**, 20. März. Se. Maj. der König hat dem Rittmeister à la suite W. Grafen zu Castell-Rüdenhausen die Erlaubniß zum Tragen der Uniform der Flügeladjutanten ertheilt; dem Unterlieut. J. Schierlitz vom 10. Infant.-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt.

München, 19. März. Die Hauptmannswittwe Josephine Dietz, geborne Freyin von Pflummern, hat in ihren letztwilligen Verfügungen vom 15. Juni 1863 und 1. Februar 1865 einen Vermögensbetrag von 66,170 fl. zur Gründung einer Stiftung unter der Benennung „Hauptmann Friedrich Diez'sche Stiftung" bestimmt. Aus den Zinsen dieses zur Zeit mit 1300 fl. jährlichen Renten belasteten Kapitals sollen zur Unterstützung dürftiger, vaterloser und lediger Töchter von Offizieren vom Hauptmanne bis zum Unterlieutenant einschlüssig und von Militärbeamten in diesen Rangverhältnissen Präbenden in der Art verliehen werden, daß jede Präbendirte, welche das sechsundreißigste Lebensjahr erreicht haben muß, und deren Zahl sich nach den Renten des stets unangreifbaren Kapitals bestimmt, eine jährliche Rente von 200 fl. (zweihundert Gulden), vorauszahlbar in Quartalsraten, erhalten soll, so lange sie sich in dürftigem und ledigem Stande befindet und sich nicht durch unehrbaren Lebenswandel des Präbendengenusses unwürdig gemacht hat. Die selbstständige Beschlußfassung über die Vertheilung der Präbenden, deren vorläufig sechs vom 1. April lfd. Jrs. an verliehen werden, ist nach dem Willen der Stifterin einer eigenen, bei der Kommandantschaft der Haupt- und Residenzstadt München konstituirten Militär-Stiftungs-Exekutions-Kommission übertragen. Se. Maj. der König haben dieser wohlthätigen Stiftung durch allerhöchste Entschließungen vom 28. März 1865 und 14. ds. Mts. die Genehmigung ertheilt und die Veröffentlichung derselben unter dem Ausdrucke allerhöchstihrer wohlgefälligen Anerkennung durch das Regierungs- und Militär-Verordnungsblatt anzuordnen geruht. (Bayer. Ztg.)

Aus **München**, 17. März, schreibt man der „Frankf. Ztg.": „Die gestrige Abgeordnetensitzung, welche überhaupt die pikanteste in dieser ganzen Session war, führte am Schluß zu einem Intermezzo, das vielleicht eine Ministerkrise zur Folge haben könnte. Nachdem die, eine Reihe der wichtigsten sozialen Fragen berührende Berathung des Crämer'schen Antrages über allgemeines Wahlrecht beendigt war, begründete der Abg. Edel seinen Antrag auf Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofs. Niemand meldete sich weiter zur Diskussion, und der Präsident schloß denn dieselbe. Nun erst erhob sich der Justizminister Hr. v. Bomhard vom Ministertische aus mit einer seltsamen Vertheidigungsrede. Da der Gegenstand nicht in das Bereich des Ministers der Justiz, sondern in das des Ministers des Innern gehört, und da überdies Hr. v. Bomhard sich in dieser Angelegenheit notorisch im Widerspruche mit seinen Kollegen befindet (was man sogar während seines Redens wahrnehmen konnte), so erklärte der Präsident, nachdem der Justizminister geendet, die Diskussion sofort wieder eröffnet; der Abg. Völk gab eine möglichst schneidende Erklärung gegen den Vorredner ab und der Minister des Handels Hr. v. Schlör verließ den Ministertisch in sehr bemerkbarer Weise, um seinen Sitz als Abgeordneter einzunehmen und hier gegen die Bomhard'sche Ansicht abzustimmen. — Das eigenmächtige Auftreten des Hrn. v. Bomhard in einer seiner Verwaltung nicht angehörenden Angelegenheit und zwar gegen die Ansicht aller übrigen Minister, worunter der des betr. Faches, dürfte übrigens diese dahin bringen, die Entlassung des Herrn v. Bomhard zu fordern oder ihre eigene Entlassung anzubieten. Das erste entspräche bekanntlich einem sehr stark vorwaltenden Verlangen."

A. C. **München**, 20. März. Die Linke hatte in Erwägung der in den letzten Jahren gemachten unerfreulichen Erfahrungen beschlossen, folgenden Antrag bei der Kammer einzureichen: Hohe Kammer wolle beschließen, es sei an Se. Maj. den König die allerehrfurchtsvollste Bitte zu bringen, Allerhöchstdieselben wollen geruhen, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorlegen zu lassen, durch welchen das Gesetz vom 4. Juni 1848, die Verantwortlichkeit der Minister betr., dahin abgeändert wird, daß 1) ein Gesammtstaatsministerium gebildet wird, an dessen Spitze ein Ministerpräsident steht, der alle Regierungsverordnungen von allgemeiner Bedeutung mitzuunterzeichnen und die Mitverantwortung dafür zu übernehmen hat, und daß 2) ein

Feuilleton.

Verhandlungen der physikalisch-medizinischen Gesellschaft in Würzburg.

VII. Sitzung am 16. März 1867.

1) Herr Textor stellt einen Soldaten vor, bei welchem auf dem Schlachtfelde die Resektion des Schultergelenkes gemacht worden war; Vortragender setzte noch ein weiteres erkranktes Knochenstück des Oberarms ab; die Wunde ist noch nicht vollständig verheilt.

2) Herr Vogt liefert einen ausführlichen Bericht über die Cholera-Epidemie des Jahres 1866 in Unterfranken nach eigener Anschauung und amtlichen Vorlagen.

In einem Vorworte über das Wesen des Choleraprozesses weist derselbe auf die Aehnlichkeit zwischen den Symptomen bei Kohlensäurevergiftung und Cholera hin; der Unterschied besteht darin, daß bei Cholera durch eine Fermentzelle der Eiweißstoff im Blute einer Zersetzung unterliegt, wie dies z. B. bei der Molkenbildung durch Laab der Fall ist (nach seinen Untersuchungen sollen die Laabzellen Sporen enthalten, welche die Gerinnung vermitteln). Die Blutkügelchen werden hiebei zur Kohlensäureausscheidung unfähig.

Es starben in der Zeit vom 30. Juli bis 17. Oktober 674 Personen (378 m., 296 w.), ohne die preußischen Soldaten. 12 Orte wurden epidemisch ergriffen; die Sterblichkeit war sehr groß, sie betrug z. B. in Waldbrunn 8,4, in Tiefenthal 9,4 pCt. der Einwohner.

Dr. V. gelangt nach Betrachtung der einzelnen Epidemien zu folgenden Schlußfolgerungen.

1) Die Cholera-Epidemie des Jahres 1866 in Unterfranken ward durch jene Truppentheile der preußischen Armee eingeschleppt, welche in Frankfurt der Mainarmee zugetheilt worden sind, insbesondere haftete das Contagium an dem Hamburger Contingente, den Truppen aus Berlin, Magdeburg, Posen, welche letztere vom Kriegsschauplatze in Böhmen kamen.

2) Es ging der Cholera nirgends eine krankhafte, von der Atmosphäre herrührende Verstimmung des Körpers voraus, es herrschte überall der günstigste Gesundheitszustand.

3) Die Ansteckung wurde durch den Verkehr mit solchen Truppen oder durch die Exhalationen frischer Ausleerungen vermittelt. a)

4) Die Uebertragung des Contagiums durch eine Person, welche bei dem ersten Cholerakranken eines Ortes erst wenige Stunden beschäftigt war, auf den Bewohner eines anderen Hauses fand in einem Falle unzweifelhaft statt. Mehrere ähnliche Fälle bestätigen die Uebertragbarkeit durch solche Zwischenpersonen. b)

a) Am 27. Juli rückten die ersten preußischen Truppen in Hettstadt ein, am selben Abende erkrankte Barb. Rügemer; am 29. sind schon 5 erkrankt, wovon 3 gestorben.

b) Am 5. September erkrankte der Uhrmacher Merkel zu Rothenfels

Minister bei der Person Sr. Maj. des Königs bestellt wird, welcher zugleich Mitglied des Gesammtministeriums ohne Portefeuille ist." In der Erwägung jedoch, daß es sehr wünschenswerth sein dürfte, diesem Antrag durch eine möglichst große Anzahl von Unterschriften ein um so bedeutenderes Gewicht zu verschaffen und damit einen um so größeren Druck auf die Regierung auszuüben, beschloß die Linke, auch die übrigen Clubs zur Betheiligung an demselben durch Namensunterschrift einzuladen. In Folge der in dieser Absicht zunächst mit dem Centrum eingeleiteten Verhandlungen erhält der Antrag durch Vereinbarung nun folgende Gestalt: „Die h. Kammer wolle beschließen, es sei an Se. Maj. den König die ehrfurchtsvollste Bitte zu bringen, Allerhöchstdieselben wollen geruhen, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorlegen zu lassen, durch welchen das Gesetz vom 4. Juni 1848, die Verantwortlichkeit der Minister betr., dahin ausgebildet wird, daß künftig ein wirkliches Gesammtministerium mit voller Solidarität für alle Fragen von allgemeiner Bedeutung in Wahrheit bestehe." Dieser Antrag ist von sämmtlichen Mitgliedern der Linken und fast von allen Mitgliedern des Centrums unterschrieben und es ist Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß auch eine Anzahl der Mitglieder der Rechten sich demselben anschließen wird.

× **München,** 20. März. Aus dem Referat des Abg. Kolb über die Rechnungen der Salinenadministration entnehmen wir Folgendes: Die Einnahmen aus den Salinen betrugen im J. 1863/64 5,398,632 fl. und im J. 1864/65 5,453,422 fl., somit im ersten Jahre gegen den Etatsansatz von 5,193,359 fl. eine Mehreinnahme von 205,273 fl., im zweiten Jahre eine Mehreinnahme von 260,063 fl., die Gesammteinnahmen im ersten Jahre 6,315,600 fl., im zweiten Jahre 6,312,800 fl., die Gesammtausgabe 2,821,085 fl. im ersten und 3,000,297 fl. im zweiten Jahre, somit bleibt ein Aktivrest von 3,494,415 fl. im Jahre 1863/64 und von 3,312,503 fl. im Jahre 1864/65, im ersten Jahr gegen den Budgetansatz mehr 378,360 fl., im zweiten Jahre mehr 196,349 fl. Die Produktion der sieben Salinen betrug 829,935 Ctr. und 879,881 Ctr., die Salzabgabe betrug in den sieben rechtsrheinischen Provinzen 826,791 Ctr. und 842,665 Ctr., in der Pfalz 87,776 Ctr. und 86,226 Ctr. Die Produktion der inländischen Salinen hat sich 1863/64 um 26,823 Ctr. und 1864/65 weiter um 49,946 Ctr. gegen das Vorjahr vermehrt. Der Verkauf im Inlande ist in beiden Jahren gestiegen um 28,356 Ctr. im ersten, um weitere 14,324 Ctr. im zweiten Jahre. Dagegen hat der Absatz nach der Schweiz abgenommen. — Am Schlusse seines Vortrags hebt der Referent hervor, wie die Umwandlung des gesammten Salinenwesens auf die Nothwendigkeit einer Aufhebung des Salzmonopols hinweise, für dessen Beseitigung gegen Einführung einer mäßigen Steuer er schon früher gesprochen habe. Heute bereits müsse das Fallen des Salzmonopols als unabwendbar angesehen werden. Da sich für dasselbe die Einführung einer auf gemeinsame Rechnung der Zollvereinsstaaten zu erhebenden Steuer angeregt findet, so glaubt Referent besonders den Umstand hervorheben zu müssen, daß die Salzkonsumtion in den südwestdeutschen Staaten eine viel größere als in Norddeutschland ist. Durch eine Vergleichung aus dem Jahre 1863 ergibt sich, daß der Salzverbrauch per Kopf der Bevölkerung in jenem Jahre in Preußen 15,21, in Bayern aber 20,67 Zollpfund betrug. Der Durchschnittsverbrauch in allen Zollvereinsstaaten berechnet sich auf 16,55 Pfund per Kopf. Das bayerische Aerar würde also die Steuer von 4,12 Pfund auf jeden Kopf seiner Bevölkerung verlieren. Dies ist gleich der Gesammtsteuer von 197,500 Ctr. Und da die Erhebung einer Steuer von 2 Thaler per Centner beabsichtigt wird, so würde Bayern ein Geldopfer von circa 700,000 fl. zugemuthet. Referent ist nun keineswegs der Ansicht, daß die beabsichtigte Aenderung deßhalb zu bekämpfen sei. Aber die Forderung eines Aequivalents scheint ihm vollkommen gerechtfertigt. Dasselbe kann entweder in einer der bayerischen Staatskasse unmittelbar zu leistenden Geldentschädigung bestehen, oder es kann eine der Bevölkerung gewährte allgemeine Erleichterung sein.

Eichstädt, 19. März. Der von Sr. Maj. dem Könige zum Bischof von Eichstädt ernannte Herr Franz Freiherr v. Leonrod wurde heute in der hiesigen Domkirche consecrirt und darauf feierlich inthronisirt. Als Assistenz-Bischöfe waren anwesend die hochw. Herren Bischöfe Ignatius v. Senestrey von Regensburg und Pankratius v. Dinkel von Augsburg. Den Weiheakt vollzog Se. Excell. der apostolische Nuntius in München, Monsignore Meglia, Erzbischof von Damaskus, unter Assistenz des Hrn. Domdechants Dr. Dirnberger als Archipresbyter und der beiden dienstältesten Domcapitularen HH. Grämel und Steckinger als Ehrendiaconen. Clerus und Volk betheiligte sich zahlreich an dieser kirchlichen Feier, welcher auch die fünf Brüder des neuen Bischofes anwohnten. (B.Z.)

Aus Baden, 17. März. Baden wird auf den Berliner Konferenzen dem Vorschlage Preußens, das bisher bestehende Salzmonopol abzuschaffen und eine gemeinschaftliche Zollvereinssteuer an dessen Stelle zu setzen, beitreten. Baden hat zwar ein Präzipuum für seinen Antheil an dieser Salzsteuer ansprechen zu können geglaubt, nachdem es durch statistische Erhebungen nachgewiesen, daß die Salzkonsumtion im Großherzogthume verhältnißmäßig die höchste in Deutschland ist, und nur die beiden Hansestädte Bremen und Hamburg hierin ihm voranstehen. In diesen betrug nämlich bisher der Salzverbrauch beiläufig 25, in Baden 23, im übrigen Deutschland durchschnittlich 16—18 Pfund Salz auf den Kopf. In Berlin hat man indeß auf das Verlangen Badens nicht eingehen wollen; dagegen soll Aussicht vorhanden sein, daß die bisher in Norddeutschland erhobene Uebergangssteuer von Pfälzer Tabaken falle oder gemindert werde, gewiß nur eine Maßregel der Billigkeit und Gerechtigkeit des Nordens gegen den Süden. Da auch die übrigen süddeutschen Staaten, gutem Vernehmen nach, ihre Zustimmung zur Umwandlung des Salzmonopols in eine gemeinschaftliche Produktionssteuer innerhalb des Zollvereins zusagen wollen, so läßt sich an der baldigen Durchführung dieser wichtigen volkswirthschaftlichen Maßregel kaum mehr zweifeln. (A. Z.)

Heidelberg, 17. März. Ein schmerzlicher Verlust hat uns soeben betroffen. Heute Morgens gegen 6 Uhr verschied an den Folgen eines Herzschlags Ludwig Häusser, der berühmte Geschichtsschreiber, Politiker und Jugendlehrer. Seit längerer Zeit an einer schmerzhaften Krankheit (der Herzwassersucht) leidend, hatte sich sein Zustand seit Donnerstag bedeutend verschlimmert; aber die wenigsten ahnten die Nähe seines Endes und so war ich noch im Stande, Ihnen am Dienstag Günstiges über seinen Zustand zu berichten. Mitten in voller Manneskraft, im Alter von noch nicht 49 Jahren, ist der ausgezeichnete Mann uns entrissen worden. Es war ihm noch vergönnt, seine letzte Vorlesung über deutsche Geschichte kurz vor

---

5) Das Incubations-Stadium hatte mehrmals nur die Dauer weniger Stunden. Die gewöhnliche Dauer der prämonitorischen Diarrhoe betrug 2—4 Tage; es wurden auch Fälle von 8—9tägiger der Cholera vorhergehender Diarrhoe beobachtet. c)

6) Die Wäsche Cholerakranker ist geeignet, besonders beim Einweichen in warmes Wasser, die Krankheit mitzutheilen. ad c)

7) Als Gelegenheitsursache machten sich Feuchtigkeit der Wohnungen, verdorbene animalisirte Luft, Angst, Noth, schlechte Nahrung in hohem Grade geltend.

8) Der Stand des Grundwassers, Gesteinart des Bodens, ob kompakter Fels, ob aufgeschwemmtes Land, Höhe und Tieflage der Orte, kalkhaltiges oder kalkfreies Trinkwasser, waren ohne erkennbaren Einfluß. d)

9) Die Cholera erlischt in einem infizirten Orte von selbst, meist nach einem Zeitraume von 5 Wochen. Die Ursache dieses typischen Verhaltens wird sich erst nach Feststellung des Cholerakeimes erkennen lassen. e)

10) Die Wirkung einer streng durchgeführten Desinfektion trat nirgends deutlich hervor.

11) Dennoch ist die Desinfektion der frischen Ausleerungen und aller mit den Kranken in Kontakt gekommenen Gegenstände durch verdünnte Mineralsäuren, besonders Salpetersäure oder Schwefelsäure, dringend anzurathen.

12) Die vorzüglichste prophylaktische Maßregel ist die Isolirung der ersten Fälle.

Beim Fortschreiten der Krankheit soll die Bevölkerung durch eine am infizirten Hause angeheftete Tafel (Hier Cholera) vor dem Besuche desselben gewarnt werden.

---

früh 3 Uhr, als der erste Cholerakranke; Abends erkrankt der 55jährige Pfründner Flach, welcher altersschwach die Pfründnerwohnung nicht verlassen hatte; Niemand war bei ihm, wie der Bader Dotel, welcher ihn rasirte, dieser war — Wärter des cholerakranken Merkel, — Dotel ist 3 Tage später selbst erkrankt.

c) Maria Krämer von Unterleinach geht am 18. August zum Begräbnisse ihres an Cholera gestorbenen Vaters Math. Martin, den sie früher nicht besucht hatte, nach Erlabrunn; sie sortirte früh die Wäsche ihres Vaters und weichte sie ein, Abends 6 Uhr ward sie heftig von Cholera ergriffen und starb den 22.; deren Mann Christian Krämer besuchte sie am 19., erkrankte den 21.

d) Heftige Epidemien herrschten zu Rothenfels, Stadtprozelten, Miltenberg, welche Orte größtentheils auf kompaktem buntem Sandsteinfels liegen.

e) Die durchschnittliche Dauer von 12 Epidemien in den verschiedenartig gelagerten Orten betrug 36,3 Tage; die längste Dauer war 53, die kürzeste 21 Tage. Anfang und Ende der Todesfälle diente zur Richtschnur.

Digitized by Google

seinem Lebensende abzuschließen. Häusser war am 26. Okt. 1818 zu Cleeburg im Unterelsaß geboren und studirte während der dreißiger Jahre in Heidelberg Philologie und Geschichte. Seine philologische Bildung war eine gründliche und hat ihn bei seinen spätern geschichtlichen Forschungen in bedeutender Weise unterstützt. Seit 1840 an der Heidelberger Hochschule als Privatdozent thätig, wurde er bald darauf außerordentlicher und im Jahre 1849 ordentlicher Professor. Seine Thätigkeit als Lehrer und als Mitglied der badischen Kammer, in welcher er Pforzheim vertrat, ist zu bekannt, als daß es nöthig wäre, bei dieser Gelegenheit länger dabei zu verweilen. Hochgeehrt von der Regierung und seiner Zuhörerschaft, stieg er zu immer größerem Ruhme empor. Auch bekleidete er mehrere Ehrenämter. So war er vom April 1864 bis April 1865 Rektor der Hochschule und bei seinem Tode war er noch Dekan der philosophischen Fakultät. Im Oktober 1865 wurde er zum großherzoglichen Geheimerath ernannt. Die Kunde seines Todes wird ganz Deutschland erschüttern, da seine bedeutenden Verdienste immer mehr anerkannt wurden. (Allg. Ztg.)

Darmstadt, 17. März. Das älteste Mitglied unseres großherzoglichen Hauses, Prinz Friedrich, geboren 1788, ein Oheim des jetzigen Großherzogs, ist gestorben. Derselbe lebte nach seinem Uebertritte zur katholischen Kirche seit Jahren in Paris. (Frkf. Journ.)

Berlin, 18. März. Se. Maj. der König hat in diesen Tagen den sechs Donataren ein Allerhöchstes Schreiben zugehen lassen, in welchem er sie unter der huldreichsten Anerkennung ihrer Verdienste um das Vaterland von der ihnen zugewiesenen Donation in Kenntniß setzt und den Wunsch ausspricht, daß sie dieselbe in festem Grundbesitz anlegen möchten. — Daß schließlich der erste Artikel, betreffend das Bundesgebiet, in der Fassung der Bundesregierungen angenommen wurde, darf als ein Zeichen angesehen werden, daß die Majorität des Reichstags die schleunige Erledigung der Verfassungsangelegenheit im Sinne der verbündeten Regierungen unverrückt vor Augen behält und daß daher dem Schlusse des Reichstages gegen Ende April entgegengesehen werden kann. Für solchen Fall würde dann der preußische Landtag noch im Mai einberufen werden. — Von Luxemburg ist augenblicklich in der Tagespresse viel die Rede. Von Verhandlungen zwischen Hollond und Frankreich wegen Abtretung des Großherzogthums an Frankreich weiß man hier an unterrichteter Stelle nichts. Man zweifelt, daß dergleichen Verhandlungen stattfinden. Wenigstens steht Preußen weder als zustimmende, noch als rathende, noch als Kenntniß nehmende Macht in irgend einer Beziehung zu ihnen. Wenn die „Europe" behauptet, daß Preußen, nachdem die Bundesverträge zerrissen seien, Luxemburg widerrechtlich besetzt halte, so übersieht sie, daß die Besetzung Luxemburgs durch preuß. Truppen auf internationalen Verträgen beruht. Dieselbe war schon in dem zwischen Preußen, Oesterreich, Rußland und England abgeschlossenen Vertrage vom 31. Mai 1815 in Aussicht genommen, also bereits ins Auge gefaßt, als die Bundesakte, welche bekanntlich erst am 9. Juni 1815 unterzeichnet wurde, noch gar nicht existirte. Förmlich festgesetzt wurde sie in dem Vertrage zwischen Preußen und Holland vom 8. November 1816. Bundesfestung ist Luxemburg gleichzeitig mit Mainz und Landau erst durch den Bundesbeschluß vom 5. Oktober 1820 geworden. — In der Abtheilung für Eisenbahnwesen im Handelsministerium findet augenblicklich eine Conferenz zwischen preußischen und norddeutschen Bundes-Commissarien in Bezug auf Herstellung der Einheit des Eisenbahnwesens im Norddeutschen Bunde statt. — Am 1. April wird eine Commission von preußischen und Thurn und Taxis'schen Postbeamten hier zusammentreten, um die Uebergabe des beweglichen und unbeweglichen Thurn und Taxis'schen Posteigenthums zu bewerkstelligen. — Die Verhandlungen mit Oesterreich in der bekannten Zollangelegenheit ruhen noch und ist auch die Zeit nicht zu bestimmen, wo sie wieder werden aufgenommen werden. (Schles. Z.)

Wien, 20. März. Ueber Oesterreichs orientalische Politik wird der „Nat. Ztg." von hier geschrieben: „Die Politik Beust's in der orientalischen Frage läßt sich in zwei kurzen Sätzen zusammenfassen. Oesterreich darf nicht parteilos im bevorstehenden Kampfe bleiben, da es nicht unbetheiligt ist, und es darf in keinem Falle isolirt vorgehen. Die ungarischen Staatsmänner stimmen in beiden Punkten mit Beust überein; ihnen gilt übrigens die Erhaltung der Türkei als ein Interesse ersten Ranges, und sie wünschen aus naheliegenden Gründen nicht, daß sich die rumänischen und slavischen Völkerschaften von der türkischen Herrschaft emancipiren. Ihrer Meinung nach besteht die Politik, welche Oesterreich in der orientalischen Frage zu beobachten hat, darin, daß es sich mit den gleichgesinnten Mächten zu verbinden hat, um in Gemeinschaft mit ihnen einem weiteren Vordringen Rußlands den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen. Mit Sicherheit wird übrigens hier darauf gerechnet, daß weder Frankreich, noch England oder Italien ein isolirtes Vorgehen Rußlands zugeben werden."

Paris. Bei Eröffnung der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 16. ergriff Graf La Tour das Wort, um seinen Besorgnissen über die Neugestaltung der Dinge in Deutschland freien Ausdruck zu geben. Er glaubt, daß der Krieg mit Preußen so zu sagen unvermeidlich ist und höchstens noch verzögert werden kann. Er will darum, daß Frankreich die Integrität Oesterreich's mit Festigkeit aufrecht erhalten, sich den süddeutschen Staaten nähern und Preußen nebst seinem Nordbund ein „Bis dahin und nicht weiter!" zurufen soll. Nach ihm ergreift, unter allgemeiner Spannung, Staatsminister Rouher das Wort: Der italienische Krieg war kein Fehler; seit langer Zeit schon verlangte die gesammte liberale Richtung in Frankreich die Befreiung Italien's, schon von dem Augenblicke an, wo Kasimir Périer Ancona hatte besetzen lassen, später 1839, als die französischen Truppen von dort wieder abzogen, dann 1847, bis zur Zeit, wo das Kaiserreich in Italien auftrat. Nur Eines war zu befürchten: die Gefährdung der katholischen Interessen. Nunmehr ist aber auch die weltliche Herrschaft des Papstes sicher gestellt, wie Rouher meint, und die erste Garantie dafür liegt in Italien selber. An und für sich, und im Gegensatz zu der nun gelösten venetianischen Frage, ist die römische Frage nur ein Fiktion für Italien und kann höchstens den revolutionären Leidenschaften als Vorwand dienen. Eine wirkliche Gefahr kann diese Enklave mit dem friedlichen Stuhl Petri und ihren 700,000 Seelen für die italienische Unabhängigkeit gewiß nicht werden. Rom hat außerdem als Garantie die Gefühle Europa's und die Unterschrift Frankreich's auf der Konvention vom 15. Sept. (Zahlreiche Stimmen: Sehr gut!). Wie soll aber Italien und seine Einheit eine Gefahr für Frankreich sein? Gefahr kann nur in der Reaktion und in der Revolution liegen, und nothwendig sind jetzt nur Beschwichtigung, Versöhnung und Förderung der kommerziellen und volkswirthschaftlichen Fragen. Allerdings ist es gut, Italien auf die Schäden seiner Finanzen, auf die bedenkliche Haltung seiner revolutionären Parteien aufmerksam zu machen. Ebenso hat man recht, ihm seinen Stolz und seine Undankbarkeit vorzuhalten, also es so erbittert darüber war, daß Frankreich ihm die Schlüssel von Venedig überreichte. Mit solchen Worten muß man ihm den Weg verzeichnen, den es einzuschlagen hat, um ein mächtiger, mit Frankreich aufrichtig befreundeter Staat zu werden. Die Regierung hat nichts von Dem, was in Italien vorgegangen ist, zu bedauern. Nunmehr geht Rouher zu Deutschland über. Der deutsch-dänische Konflikt kann der Regierung nicht zum Vorwurf gemacht werden. Die Bewegung war von vornherein so mächtig in Deutschland, daß sie durch ein Einschreiten Frankreich's nicht aufgehalten, sondern nur noch verstärkt werden konnte. England war außerdem, als von einer Intervention die Rede war, der Behauptung v. Thiers entgegen, nicht für den jedenfalls unvermeidlichen Landkrieg, sondern höchstens für eine zwecklose Spazierfahrt in der Nord- und Ostsee. Frankreich ist ebenso wenig, wie Thiers behauptet, der Londoner Konvention vom Jahre 1852 und England, das sie aufrecht erhalten wollte, untreu geworden. Hr. Rouher behauptet dagegen, daß England es war, das in diesem Sinne die Initiative ergriff und sofort das Ziehen einer Gränzlinie in Nordschleswig beantragte und trotz alles Widerstrebens der Dänen mit Aufgebot großer Anstrengungen durchsetzte. Damals hat nun Frankreich eine Abstimmung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung verlangt, und damit war auch das beste Mittel geboten, weiterem Unheil vorzubeugen. Allein dieser Vorschlag scheiterte an dem Eigensinn Deutschland's, der Hartnäckigkeit Preußen's und der Verblendung Oesterreich's und keineswegs durch die Schuld Frankreich's. Uebrigens hält Herr Rouher den gesammten dänischen Konflikt für einen Zwischenfall, einen Vorwand in dem großen deutschen Konflikt, und es sei eine wohlfeile Illusion, diesen direkt aus jenem ableiten zu wollen. Den Thiers'schen Einwendungen gegenüber, daß Frankreich einzig für den preußisch-italienisch-österreichischen Krieg verantwortlich sei, so gibt Rouher die Möglichkeit zu, daß in einem Krieg zu zweien und ohne das preußisch-italienische Bündniß Sadowa nicht für Oesterreich hätte verloren gehen können, oder daß es selbst, da Preußen allein nicht mit dem österr. Koloß angebunden hätte, nicht zum Kriege gekommen wäre. Dies habe die kaiserliche Regierung schon lange eingesehen und erklärt. Sie habe Alles aufgeboten, um die Katastrophe zu verhindern, allein all' ihre Bemühungen scheiterten. Italien sei bei der Aufregung, die es erfüllte, nicht aufzuhalten gewesen. Es hätte damals gewiß nicht auf Frankreichs Stimme gehört. Frankreich habe sich darum in Gemeinschaft mit England an Oesterreich gewandt, damit es Venetien freiwillig aufgebe. Einen Augenblick habe man hoffen dürfen, Oesterreich sei wankend und damals habe Frankreich zum Kongresse eingeladen, von dem Thiers wohlweislich kein Wort gesprochen habe. Oesterreich habe aber nicht nachgegeben; Rouher begreift diese Weigerung und will sie nicht anklagen, allein in der Annahme lag das einzige Mittel, dem Kriege zuvorzukommen. Nun kam es zum Krieg, und das Glück der Schlachten entschied. Der 4. Juli war ein ge-

wichtiger Tag. Diesem unerwarteten und unwahrscheinlichen Ereignisse gegenüber, gesteht Herr Rouher ein, waren die Herzen aller Männer der Regierung mit patriotischer Angst erfüllt. „Die Lösungen, sagt er, die wir ins Auge zu fassen hatten, waren von der Art, welche auf Jahrhunderte hinaus die Zukunft bestimmen, und wir hatten nur Minuten, um uns zu entscheiden. Wir glaubten, uns weder in schmollende Thatlosigkeit versenken, noch zur Kriegsdrohung greifen zu sollen. Wir hielten auch fernerhin an dem Gedanken fest, der stets das Staatsoberhaupt erfüllt hatte, den Frieden zu erhalten oder doch so bald wie möglich wieder herzustellen. Darum entschieden wir uns für die Vermittelung. Dies war eine schwierige und ruhmvolle Aufgabe. Die Nachwelt wird darüber entscheiden. Wir haben das Programm von 1859, das Sie gewiß nicht in Vergessenheit gerathen lassen wollten, verwirklicht. Wir haben ein Italien frei von den Alpen bis zur Adria geschaffen, und endlich haben wir uns um die Interessen der kleinen Staaten bekümmert, die wir niemals vernachlässigt haben. Wir haben den Sieger aufgehalten, als er Bayern 900,000 Seelen wegnehmen wollte; wir haben die Abfindung mit Sachsen, Württemberg und andern Mächten gemildert, stets die Befürchtungen gemäßigt, die Folgen des Kampfes abgeschwächt, den wir nicht hatten verhindern können, damit sie nicht zu verderblich auf den verschiedenen Interessen lasten möchten, und nach 20 Tagen eines Krieges, der ganz Europa in Flammen zu setzen drohte, kehrten die Armeen heim. Die Civilisation schritt nach einem Augenblick der Unterbrechung auf ihrer Bahn wieder voran!" (Sehr gut!) Das war unser Thun! wo ist unsere Verantwortlichkeit? „Es ist kein Fehler mehr zu begehen übrig?" Diesem Worte stelle ich entgegen: „Es ist nicht ein einziger Fehler begangen worden." (Starker Beifall.) (Schluß folgt.)

Neueres.

Berlin, 20. März. Die „Provinzial-Correspondenz" bemerkt zu den Bundesverträgen zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten, welche veröffentlicht worden, nachdem die Gründe der Geheimhaltung geschwunden: es sei die Gewißheit vorhanden, daß die Mainlinie keine Gränzscheide der nationalen Einigung sei, und daß die nationale Kraft fester als je begründet erscheine. Deutschland und Europa werden hierin eine Bürgschaft des Friedens erkennen.

Berlin, 20. März. Im Reichstag erklärte auf Anfrage des Abg. Schleiden bezüglich der Colonisation der preußische Commissär v. Savigny: es handle sich vorläufig um Flottenstationen, weiteres sei jedoch nicht ausgeschlossen. Bei der Specialdiscussion über den vierten Artikel wurden verschiedene Amendements angenommen, wornach die Competenz der Bundesgesetzgebung sich außer den im vierten Artikel genannten Gegenständen auch auf das Staatsbürgerrecht, das Paßwesen, alle Bundessteuern, die Land- und Wasserstraßen, auf das Obligationenrecht, das Strafrecht und das Handelsrecht erstrecken soll.

Pesth, 20. März. Im Unterhaus hat die Berathung des Elaborats der Siebenundsechziger-Commission begonnen. Der Antrag Böszörményis (von der Linken), die Verhandlung bis nach der Krönung zu vertagen, wurde abgelehnt.

Pesth, 20. März. Das Amtsblatt publicirt die Allerhöchste Entschließung, mittelst welcher Gedeon Tanarky zum Staatssecretär im Cultusministerium ernannt wird; ferner die Ministerial-Verordnung in Angelegenheit der Presse. „Hirnök" meldet, Se. Majestät habe den Primas und den Minister-Präsidenten beauftragt, die Hofkommission zu constituiren, welche über die Details der Krönung zu berathen hat.

Pesth, 20. März. In Regierungskreisen wird die Dauer der Debatte über die gemeinsamen Angelegenheiten auf zwei Wochen angenommen. In der heutigen Sitzung antwortete Somssich der äußersten Linken. Hierauf wurde der Schluß der General-Debatte erklärt. Der Ministerpräsident macht aus der Annahme des Elaborats eine Cabinetsfrage.

Prag, 20. März. Erzherzog Karl Ludwig empfing gestern den Fürsten Carlos Auersperg in langer Audienz und kehrt heute nach Wien zurück. Die Wahlmännerwahlen in den deutschen Bezirken sind sämmtlich verfassungstreu ausgefallen. — Die „Politik" behauptet entschieden, daß die Karte der Walachei von Pesth nach Wien zurückgekommen, und dann erst in Verlust gerathen sei.

Triest, 19. März. (Ueberlandpost.) Bombay 1. März. Der Vicekönig von Ostindien beschloß, Afzul Kahn als Emir von Kabul anzuerkennen. Die Russen schlossen einen achtmonatlichen Waffenstillstand mit Bokhara und erwarteten Verstärkungen von Orenburg. Späteren Nachrichten zufolge zahlt der König von Bokhara einen jährlichen Tribut an die Russen und erlaubt ihnen, in gewisser Entfernung von Bokhara Truppen zu cantonniren.

Florenz, 20. März. Die „Nazione" sagt: Aus 493 Wahlbezirken sind jetzt 468 Wahlen bekannt; darunter gehören 257 der Regierung, 173 der Opposition und den verschiedenen Nebenparteien; 38 sind zweifelhaft.

Syra, 13. März. Ricciotti Garibaldi ist in Athen mit Volksdemonstrationen empfangen worden.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	66¼ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	61½—⅝ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53½—⅝ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	44⅜ P.
„	4½pCt.	39⅜ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	96⅝ P. ½ G.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	96⅝ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	92⅞ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	96¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	85½ P.
Baden	4½pCt. Obl.	96¼ P.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	94¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	91¾ P.
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	97¼ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	92¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	86¼ P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	83¼ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	78⅝ P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	77⅝—½ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	135 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	668—673 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	170—69½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	206 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	97½ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	339 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111½ G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	107½ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	154½ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	91½ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	111½ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	48¾ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74¼ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	246½ P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	116½ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	116 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100¾ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅞ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¼ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97⅛ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅞ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88¼ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	119¼ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	92 P. 91¾ G.
do. in öst. W. l. S.	91⅝ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	107 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	58¾ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	67⅛ P.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	118¼ G.
„ do. v. 1864	72¼ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99⅛—¼ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10⅞ P.
Badische fl. 35	53 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55⅞ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	142 G.
„ fl. 25 do.	37 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35½ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	70½ P. 70 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28¼ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	33 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅜ P.

Frankfurt, 21. März. Gestern Abend in der Effektensocietät brach sich schon eine bessere Tendenz für österr. Spekulationspapiere Bahn, die heute, begleitet von etwas lebhafterem Geschäfte, sich auf alle Effekten ausdehnte. Höhere Pariser Course haben hier und in Wien guten Eindruck hervorgebracht. Amerikaner auf vorliegende Kauferdres eine Kleinigkeit höher, obschon Gold 134½ eintraf. Die Börse bestimmte bei kleinen Variationen in New-York den Kurs der Amerikaner mehr nach der herrschenden Tendenz. Süddeutsche unverändert. Bankaktien, Eisenbahnaktien und Prioritäten geschäftslos. Von Wechsel Wien ⅛ höher. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 82.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 23. März 1867.

Unsere Lage und unsere Pflicht.

XX „Unsere Lage und unsere Pflicht, ein deutsches Wort ans bayerische Volk“, so lautet der bezeichnende Titel einer kleinen volksthümlichen Schrift, welche soeben veröffentlicht wird. In schlichter aber warmer Rede wendet sich darin ein Mann, dem die Sorge um das deutsche und sein bayerisches Vaterland die Feder in die Hand gedrückt hat, an seine Mitbürger, um ihnen zu sagen und zu zeigen, was jetzt noth thut und welchen Weg das eigene Interesse, das Wohlergehen Bayerns und die gesicherte Zukunft des deutschen Vaterlands gerade jetzt zu gehen gebietet. Wahrscheinlich ist der Verfasser mit den nationalen und liberalen Zielen völlig einverstanden, welche die bayerische Fortschrittspartei vertritt, aber die vorliegende Schrift ist so ruhig und parteilos gehalten, daß Tausende, welche der tagtäglichen politischen Arbeit ferner stehen, oder in manchen Fragen eine andere Ueberzeugung festhalten, als die Fortschrittspartei in Bayern, in dem hier Gesagten die eigene Herzensmeinung wieder finden werden. Das gerechte harte Urtheil fällt nur auf die, welche auch auf die Gefahr eines französischen Vasallendienstes und die ewige Zerklüftung Deutschlands hin den Stammeshaß predigen, die blinde Selbstüberhebung schüren und mit dem Aufgebot aller Mittel Gottlob doch nur vergeblich auf das nationale Verderben hinarbeiten.

Nachdem der Verfasser gezeigt hat, daß nach den gewaltigen, für Viele so überaus schmerzlichen Ereignissen des vergangenen Jahres jetzt namentlich das Opfer einiger Selbstverläugnung geboten ist, wird der natürliche Gegensatz der beiden Großstaaten Oesterreich und Preußen geschildert, der endlich einmal zum Austrag kommen mußte, für den eine friedliche Entscheidung höchstens gehofft, nicht aber erwartet werden konnte. Daß bei dieser Wahl, ob Oesterreichs Führung oder Preußens, die dauernde Wohlfahrt der Nation nur von dem norddeutschen Großstaate zu erwarten stand, daß in der That nur unter Preußens Vorgang der neue deutsche Staat gegründet werden konnte, wird offen ausgesprochen. In der Arbeit, diesen deutschen Staat, der seit Jahrhunderten der Nation gefehlt hat, aufzubauen — wenn auch noch nicht auszubauen — sind 30 Millionen unserer norddeutschen Brüder jetzt begriffen und der Verfasser fragt, was wir thun können, was wir thun müssen, um das Gedeihen dieses nationalen Werkes zu sichern. Als solche Pflichten, die zu üben wir als Deutsche und als bayerische Staatsbürger zugleich das Recht haben, bezeichnet er die Unterstützung des gegenwärtigen Ministerpräsidenten, damit derselbe auch gegen den Widerstand der eigenen Ministergenossen nach den beiden Richtungen seines Programmes: in deutschen Dingen eine ächt deutsche Politik und in den innern Landesfragen eine werkthätige rückhaltlose Freisinnigkeit mit voller Energie vorwärts schreite. Es wird dauernde Sicherheit verlangt, daß die schweren Opfer der neuen Wehrverfassung auch nur für nationale Ziele gebracht werden und gezeigt, wie gerade von der Haltung Bayerns die Entscheidung abhängt, ob die Süddeutschen nach eigenem, freien, männlichen Entschluß eintreten werden in die große staatliche Gemeinschaft der Nation, welche jetzt in den fernsten Welttheilen den deutschen Namen bei den Fremden wieder zu Ehren gebracht hat, oder ob wir das Verhängniß über Kronen und Staaten in dumpfem Hinbrüten und blinder Verbissenheit kommen lassen wollen. Mit ernsten Worten mahnt uns die kleine Schrift an die Pflichten, welche jeder Einzelne, der den gesicherten Lohn seiner täglichen Arbeit und das Wohlergehen der Seinigen will, gegen sich selbst, gegen Bayern, gegen unsern König und gegen Deutschland zu erfüllen hat. Bitter, aber gerecht ist das Urtheil über den Souveränetätsschwindel der Rheinbundszeit, wo in Wahrheit das Machtgebot und die Willkür eines fremden Despoten regierte und das deutsche Fürstenthum „von Napoleons Gnaden“ Präfektenwirthschaft trieb. Der Verfasser verhehlt sich keineswegs, daß augenblicklich manche Freiheitsforderung gewisse Beschränkungen erleiden muß, aber wir sind erst im Ausbaue begriffen und der ist ein schlechter Deutscher, welcher zu seiner Nation nicht das Vertrauen hat, es werde ihr gelingen, auch den freiheitlichen Ausbau des deutschen Staates zu vollenden.

Mögen die Gegner sich aus der kleinen Schrift belehren, die Lauen und Theilnahmlosen dadurch anfeuern, die Freunde der nationalen Sache in Bayern in ihrer Ueberzeugung stärken lassen, denn auch in der Politik gilt das ernste Schriftwort, womit die kleine Arbeit schließt: „Wer sein Leben lieb hat, der wird es verlieren!“

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 21. März. Se. Majestät der König hat dem Ministerial-Sekretär im Staatsministerium des Innern, H. Schenk, den Titel und Rang eines Regierungsrathes tax- und stempelfrei verliehen.

Frankfurt, 21. März. Das heutige „Amtsblatt“ bringt eine Bekanntmachung des bisherigen Civiladministrators v. Patow vom gestrigen Tage, worin derselbe seine zeitherigen Funktionen in die Hände des mit der interimistischen Leitung des Oberpräsidiums zu Kassel betrauten Regierungspräsidenten v. Möller niederlegt. Beim Ausscheiden aus seinen bisherigen Dienstverhältnissen spricht Herr v. Patow den Behörden seinen Dank, den Bewohnern die Bitte aus, ihm ein freundliches Andenken zu bewahren. Wir dürfen annehmen, daß dies Seitens der Bevölkerung der Fall sein werde, indem wir Hrn. v. Patow die Anerkennung nicht versagen wollen, daß er in seiner schwierigen amtlichen Stellung sich mit einem gewissen Takte zu bewegen gewußt und durch manche Zeichen persönlichen Wohlwollens sein Interesse für Frankfurt unzweideutig an den Tag gelegt hat. (Fr. J.)

Hannover, 21. März. Eine Kabinetsordre vom 16. März gestattet drei hannoverischen Offizieren den Eintritt in die sächsische, drei in die schwerinische, sechs in die braunschweig'schen Kontingente.

Berlin. Die Sitzung des norddeutschen Reichstags vom 18. ds. eröffnete der Präsident mit der Bemerkung, der Reichstag werde das Bedürfniß fühlen, am 22. März dem Geburtstage des Königs, diesem seine ehrfurchtsvollsten Glückwünsche darzubringen, und erhält seinem Antrage gemäß die stillschweigende Ermächtigung, in Verbindung mit den beiden Vizepräsidenten diese Beglückwünschung zu vollziehen. Das Haus tritt in die Tagesordnung ein: Vorberathung über die Abschnitte I und II des Verfassungsentwurfs. (Bundesgebiet, Bundesgesetzgebung.) Abg. Kantak: Wir Polen wünschen, daß der norddeutsche Bund eine Stufe zur vollen Einigung Deutschlands werde, und daß der künftige einige Staat sich uns anders gegenüberstellen möge, als Preußen und die andern beiden Staaten der heiligen Allianz. Wir achten die deutschen nationalen Bestrebungen, aber wir mahnen Sie, Ihre Arbeit nicht mit einem Unrechte zu beginnen, indem Sie uns in den deutschen Bund aufnehmen. Uns bindet nichts, nicht die Geschichte oder die Vergangenheit, an Deutschland; wir haben unsere eigene nicht ruhmlose Geschichte. In Frankfurt haben Ihre Abgeordneten selbst die Theilung Polens schmachvoll genannt und erklärt, wir dürften Deutschland nicht angehören. Ich darf Sie daran erinnern, daß dem Wiener Vertrage entsprechend der König von Preußen als Großherzog von Posen in seinem Aufrufe an das polnische Volk bei Gelegenheit der Besitzergreifung die nationalen Rechte, Institutionen, Sitten und Gebräuche zu achten versprach. Wenn nun auch der Wiener Traktat zerrissen und die Grenzen von 1772, welche uns derselbe in Bezug auf die Verkehrsfreiheit sicherte, mißachtet sind, so haben Sie hier doch nicht das Recht, die uns schützenden Staatsverträge ungiltig zu machen. Ich erkläre daher im Name meiner Freunde und Derjenigen, welche mich hergesandt haben, daß wir gegen die Aufnahme in den norddeutschen Bund wiederum protestiren. (Redner verliest einen langen Protest, den er sodann zu den Akten des Hauses dem Präsidenten überreicht.) Graf Bismarck erwidert in einem langen, mit histori'chen Ausführungen ausgestatteten Vortrag, in dessen Verlauf er auch einen Bericht des Oberpräsidenten von Posen über die in dieser Provinz stattgefundenen polnischen Wahlumtriebe auf den Tisch des Präsidenten niederlegt und theil-

weise vorliest. Er führt die nationalen Bestrebungen in Polen ausschließlich auf den Adel zurück, welchem der Bauernstand entgegenstehe, der selbst zur russischen Regierung mehr Zutrauen habe als zum Edelmanne und schließt mit den Worten: „Verzichten Sie deßhalb darauf, Europa, Preußen, Ihre eigene Provinz in fortwährender Unruhe zu erhalten. Täuschen Sie sich nicht über Das, was Sie hoffen können. Daß der polnische Adel gerne seine frühere Macht und Geltung wieder erlangen möchte, ist natürlich, Dasselbe findet sich ja auch in deutschen Territorien, aber erfolglos werden diese Bestrebungen immer bleiben. Vereinigen Sie sich daher mit der Mehrzahl Ihrer polnisch sprechenden Brüder in Preußen, vereinigen Sie sich mit dem polnischen Bauer an den Wohlthaten, die Ihnen der preußische Staat bietet; betheiligen Sie sich rege an der Verfassungsarbeit des norddeutschen Bundes und wir werden Sie mit Freuden begrüßen. Der hohen Versammlung möchte ich aber doch dieses Beispiel der Polen noch besonders vor Augen halten, um den Beweis zu liefern, wohin ein großer Staat gelangen kann, wenn er die Freiheit höher stellt, als die Sicherheit nach außen, wenn die Freiheit des Individuums als eine Wucherpflanze das Allgemeinwohl beherrscht. Die energischsten Bestrebungen in der Jetztzeit, die größte Hingebung für gemeinsame Zwecke, die glänzendste Tapferkeit, alles Das reicht jetzt nicht aus, um die einmal verlorenen Güter zurückzubringen.

Was Du im Augenblicke (von der Minute) ausgeschlagen,
Bringt keine Ewigkeit zurück!"

(Lebhaftes Bravo bei den Konservativen, Zischen bei den Polen.) Es sprechen der Abgeordnete v. Sänger (aus Posen) gegen, Abgeordneter Dr. v. Niegoewski für und Abgeordneter v. Unruhe (Bomst) gleichfalls gegen den polnischen Antrag und Protest. Abg. Krüger (von Beftost im Nordschleswig) verliest eine Rede gegen Art. 1, weil derselbe nicht einen Vorbehalt zu Gunsten des abzutretenden Gebiets in Nordschleswig enthalte. Man möge dort erst die Abstimmung vornehmen lassen und dann über Art. 1 beschließen. Der Antrag, für welchen Redner spricht, lautet: Der Reichstag wolle beschließen, am Schlusse des Artikels 1 den Satz hinzuzufügen: „Zum Bundesgebiet nicht gehörig sind diejenigen Distrikte des Herzogthums Schleswig, deren Bevölkerungen das Recht der freien Abstimmung über ihre Zugehörigkeit vertragsmäßig gewährt ist." Graf Bismarck: Ich muß gegen zwei inkorrekte Auffassungen des Herrn Vorredners mich aussprechen. Die erste besteht darin, daß er die Grenzlinie des norddeutschen Bundes als zweifelhaft annimmt. Wenn die Verfassung so angenommen wird, wie sie gegenwärtig liegt, dann ist die Gränzlinie die, welche im Wiener Frieden mit Dänemark festgestellt wurde. Die zweite irrthümliche Auffassung ist, daß den Bewohnern Nordschleswig's ein Recht zustehe, über ihren Anschluß an Dänemark durch Abstimmung zu entscheiden. Nur dem Kaiser von Oesterreich steht ein Recht zu, diese Abstimmung als eine Ausführung des Prager Friedens zu fordern. Wird nun von Oesterreich die Abstimmung verlangt, so werden wir uns Dem nicht entziehen können, jedenfalls aber müßten mit dem Kopenhagener Kabinet noch Vorverhandlungen stattfinden, wie die Rückzession zu bewirken sein würde. Dieß könnte nicht anders geschehen, als indem das Loos der deutschen Bevölkerung sichergestellt würde, und zwar durch Staatsverträge und durch andere Bürgschaften, als die sind, welche früher die Deutschen nur unvollkommen schützten. Es kommt auch eine erhebliche Schuldenlast in Betracht, die für die Herzogthümer Schleswig-Holstein inkl. der Kriegskosten mehr als 60 Mill. Thaler ausmacht, pro Kopf also etwas über 60 Thaler, so daß Dänemark, wenn es etwa 100,000 Seelen übernimmt, eine Schuld von ungefähr 6,000,000 Thaler würde übernehmen müssen. Alles Dieß wird geklärt werden müssen, ehe zur Ausführung dieses Punktes des Prager Friedens geschritten werden kann. (Schluß folgt.)

Luxemburg, 18. März. Der „Courrier du Grand Duché de Luxembourg" beschäftigt sich mit den Gerüchten über die eventuelle Abtretung des Landes an Frankreich — oder an Preußen, und sagt: „Preußen hat wohl das Recht, uns von dem neuen Bunde, welchen es gebildet hat, auszuschließen, aber sicher nicht das Recht, uns sich einzuverleiben, und noch weniger wo möglich, über uns zu verfügen, sei es zu Gunsten Frankreichs, sei es zu Gunsten irgend eines anderen Landes. Wir erkennen übrigens weder Preußen noch Frankreich das Recht zu, in unseren Angelegenheiten zu interveniren und eine Abstimmung im Lande vorzunehmen. Es sind im ganzen Lande nicht hundert Einwohner, welche ihren Namen, Luxemburger, gegen den von Preußen oder Franzosen austauschen möchten, wie glorreich diese Namen auch sein mögen. Was wir wollen und was wir bestimmt wollen müssen, ist, wir selbst zu bleiben; vorausgesetzt auch, daß man unserem Willen keine oder wenig Rechnung trägt, so wird es uns doch schwer, an die Gefahr zu glauben, von welcher man sagte, daß sie uns drohe. Es bedürfte wenigstens, um über uns zu verfügen, außer der Mitschuldigkeit von Preußen und Frankreich, des Willens unseres Souveräns. Wir sind mit Niemandem im Kriege, wir sind für Niemanden ein Hinderniß oder eine Gefahr, und die Confiskation wäre ohne Motiv und ohne Entschuldigung. Wilhelm III. wird uns nicht verkaufen und Niemand wird versuchen, an uns einen offenbaren Raub zu begehen."

Wien, 19. März. Die Aufklärungen, welche Graf Bismarck gestern in Betreff Nordschleswigs gegeben, haben hier unangenehm berührt, denn bekanntlich ist von französischer Seite zugleich die Anregung gegeben worden, Oesterreich möge in Berlin darauf dringen, daß die Abstimmung in Nordschleswig vorgenommen werde. Wir wissen nicht, in wie weit unser Cabinet der französischen Anregung Folge geleistet hat, und in wie fern die Rede Bismarcks als eine Antwort auf die österreichische Haltung in dieser Angelegenheit zu betrachten ist.

Dem „N. Fr.-Bl." zufolge soll der Kaiser die sofortige Zurückberufung des im Auslande abwesenden Vice-Admirals Tegetthoff unter gleichzeitiger Verleihung des Marine-Oberkommandos anbefohlen haben.

Die Generalstabskarte der Walachei ist, wie es sich nun unzweifelhaft herausstellt, wirklich gestohlen worden. Trotz der sofort eingeleiteten strengen Untersuchung ist man bisher nicht in der Lage, über das räthselhafte Verschwinden dieser Karte einen Anhaltspunkt aufzufinden. Die Karte, bestehend aus 112 bis 120 Sektionen, wurde seinerzeit im gegenseitigen Einvernehmen mit der damaligen walachischen Regierung von österreichischen Offizieren angefertigt, wofür eine Auslage von 80,000 Stück Dukaten entstand. Die verschwundene Karte war das Original-Elaborat, und wurde seinerzeit eine Copie derselben an die walachische Regierung um den Preis von 20,000 St. Dukaten überlassen. Wenn man bedenkt, daß die in Rede stehende Karte nach der Blätterzahl ein großes Volumen repräsentirt, ferner daß die Aufbewahrung der Karten überhaupt stets unter strenger Kontrole stand, so ist es unbegreiflich, wie dieselbe entwendet werden konnte. Im vorigen Sommer wurden bekanntlich während der preußischen Invasion sämmtliche Archive von Wien nach Ungarn in Sicherheit gebracht; bei dieser Gelegenheit scheint während des Transports hin und zurück eine Kiste verloren gegangen zu sein, in der sich die fragliche Karte befand; der Abgang wurde erst jetzt bemerkt. In diesem Augenblicke, wo die orientalische Frage wieder in den Vordergrund tritt, ist der Verlust ein doppelt empfindlicher.

Aus **Wien,** 20. März, wird der „Bayer. Ztg." correspondirt: „Die Sensation, welche die Publikation des Vertrages über das bayerisch-preußische Schutz- und Trutz-Bündniß in unseren politischen Kreisen hervorgebracht hat, läßt sich kaum beschreiben. Ich kann Ihnen versichern, daß man bis in die höchsten Kreise hinauf vorher keine Kunde von dem Uebereinkommen hatte. Soll ich Ihnen aber die Art des Eindruckes schildern, welchen Ihre Mittheilung machte, so war derselbe kein schlechter. Lassen Sie sich durch einige geifernde Stimmen nicht berücken, die in ihrem Haß gegen Bismarck auch jetzt noch Alles verdammen, was von diesem bedeutenden Staatsmanne ausgeht und seinen Namen führt. Nicht blos in unseren Regierungskreisen — und das ist gewiß ein großes Verdienst des Freiherrn von Beust — hat man gelernt, sich den aus Königgrätz sich ergebenden Thatsachen zu fügen und als wohlwollender Stammesverwandter Alles mit Freuden zu begrüßen, was zur Förderung des Einheitswerkes dienen kann, sondern auch in den Kreisen der Bevölkerung, die bisher in blindem Preußenhasse und noch mehr in ihrem Pessimismus über die Möglichkeit der Fortexistenz Oesterreichs Alles verdammte, was Preußen that und noch thut — auch in diesen Kreisen ist mit der Rückkehr der Hoffnung auf die Erhaltung unseres Kaiserstaates mehr Ruhe in der Beurtheilung der deutschen Verhältnisse eingetreten. Seitdem man wieder zu glauben anfängt, daß Oesterreich auf Grundlage des dualistischen Systems denn doch neu construirt werden könnte, seitdem hat sich die Eifersucht gemildert, und Angesichts der Möglichkeit fremdstaatlicher Eingriffe in die Neugestaltung Deutschlands fängt man bereits an, mit einem gewissen Wohlwollen die wirklichen Einigungsthaten in Norddeutschland zu betrachten. Und um so mehr muß eine Allianz erfreuen, welche das gesammte außerösterreichische Deutschland gegen jeden auswärtigen Feind einigt. Meinen Sie darum nicht, daß wir aufgehört haben, deutscher Gesinnung zu sein, und daß wir nicht bedauern, daß nicht Oesterreich im Jahre 1865 einen solchen Vertrag mit Bayern und den andern Südstaaten abschloß; aber die gesunden Politiker Deutsch-Oesterreichs meinen, daß Oesterreich fortan seinen deutschen Beruf am besten in einer festen Allianz mit dem wenigstens militärisch geeinigten übrigen Deutschland wahrt. — Angesichts dieser großen Thatsache sind unsere heimischen Neuigkeiten von keinem großen Belange."

Paris, 18. März. Die von großen Ruhestörungen begleitete Arbeitseinstellung der Weber und Spinner von Roubaix, von welcher der „Moniteur" diesen Morgen spricht, ist durch die Einführung

eines vervollkommneten Webestuhls in die Fabrikation veranlaßt worden, durch welchen die nothwendigen Arbeitskräfte sehr verringert wurden. Fast gleichzeitig war in den meisten Fabriken ein Reglement bekannt gemacht worden, welches über die Fehlenden eine Strafe von 1 Centime per Minute für die erste und von 25 Cent. für jede folgende Stunde verhängte. Dieses Reglement erregte eine so große Unzufriedenheit, daß die Fabrikanten am letzten Freitag eine Modifikation desselben bekannt machten. Die inzwischen von einigen Rädelsführern aufgehetzten Arbeiter verlangten jedoch die gänzliche Zurücknahme; sie verließen die Arbeitssäle, durchzogen lärmend die Straßen, wo ihre Anzahl bald auf 25,000 anwuchs, und nahmen eine so drohende Haltung ein, daß die Ortsbehörde sofort um Militär nach Lille sandte. Bevor dieses jedoch eintraf, warfen sich gegen 5 Uhr die Arbeiter auf sieben verschiedene Fabriken, zertrümmerten überall die Webestühle, vernichteten die vorhandenen Zeuge, und zerschlugen die Fenster und alles Mobiliar. Am Abend erschienen zwei Bataillone Linieninfanterie, welche von dem Volke jauchzend und mit dem Rufe: „Sie werden nicht auf uns schießen,“ empfangen wurde. Die Truppe stellte sich auf dem Marktplatz auf und lud die Gewehre, das Volk aber zerstreute sich nach einigen Aufforderungen zum Auseinandergehen. In der Nacht, während deren die Haupträdelsführer verhaftet wurden, durchzogen noch einzelne Haufen singend und lärmend die Straßen, und nur langsam kehrte die Ruhe zurück. Der Werth der angerichteten Zerstörungen beläuft sich auf mehrere Millionen. (A. Z.)

Paris. Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 16. (Schluß.) Rouher geht nunmehr zu den Prinzipien über, welche Hr. Thiers in so wegwerfender und sarkastischer Weise besprochen hat, zu den Prinzipien des Nationalitäts- und Volksbestimmungsrechtes. In den feudalen Zeiten, im 15. und 16. Jahrhundert, wurden die Nationalitäten noch von oben herab durch Krieg oder dynastische Heirathen zu Stande gebracht. Sie sind seitdem gewachsen und zu Einheiten geworden. So entstand die französische Nation, so wurden die drei Königreiche Großbritanniens geeinigt, so die iberische Nation errichtet. Aber obgleich nunmehr auch die Völker Rechte erworben, und eine Vertretung und eine persönliche und direkte Aktion haben, so darf der Nationalitätstrieb sich doch nicht zu kräftig äußern und zur revolutionären Idee, zur unbesonnenen Drohung gegen alle bereits bestehenden Staaten werden. Man darf sich nicht in Kombinationen verirren, in denen Sprache oder Aussprache allein maßgebend würden. Man kann sehr gut in Italien alle Bedingungen der Autonomie und der Nationalität als vorhanden anerkennen, ohne dafür auf alle unsinnigen Träume und tollen Launen einzugehen, durch welche alle europäischen Situationen zerstört werden müssen. Dergleichen stand nie im Programme der Regierung. (Sehr gut!) Allerdings aber kann man für die Zukunft die gewaltige Machtanschwellung Rußlands und der Vereinigten Staaten und darum auch die Nothwendigkeit einer defensiven Einigung der Völker des Occidents voraussehen. Darum muß auch Frankreich, wenn eine lebensstarke Nation zur thatsächlichen Einheit gelangt, diese Einheit nicht bestreiten und vernichten wollen, sondern ihr in der Reihe der übrigen Nationen zur Aufrechterhaltung des nothwendigen Gleichgewichts in Europa und in der Welt Platz machen. Dieser Gedanke leitete Frankreich bei dem italienischen Einigungswerk. Was nun die deutsche Einheit anbelangt, so war sie schon lange vor Herrn v. Bismarck eine unabweisbare Nothwendigkeit geworden. Schon der deutsche Bund mußte durch die in ihm vorhandene militärische und staatswirthschaftliche Einigung früher oder später zur Einheit führen. Zwei Strömungen machten sich in der Richtung nach jenem Ziele geltend: eine revolutionäre, die heftig und in gewissen Zeiträumen sich wiederholend auftrat, und eine langsame, ununterbrochene, die immer voran und nie zurückführte. Diese letztere Strömung war die national-ökonomische, die schon 1818 in den ersten Versuchen einer Zolleinigung sich bemerkbar machte und später zu der materiellen Einheit unter preußischer Hegemonie in Gestalt des Zollvereins sich ausbildete. Im Jahre 1836 hatte die französische Opposition schon auf die Wahrscheinlichkeit hingewiesen, daß aus dieser materiellen Einigung Deutschlands dessen politische Einheit hervorgehen könne, allein Hr. Thiers, damals Ministerpräsident, bestritt durchaus, daß etwas Anderes, als ein kommerzielles Interesse, das höchstens Zollwächter und Zollämter zu Stande bringen könne, in Deutschland sich rege. Später gab übrigens Hr. Thiers zu, daß der Zollverein doch etwas Anderes bedeute und in Aussicht stelle, allein er erklärte der Opposition, der Zollverein sei nun einmal begründet, und es sei durchaus unmöglich gewesen, ihn zu verhindern. Und, fügte Thiers damals bei, wenn das zunächst betheiligte Oesterreich außer Stande war, dies zu verhindern, wie sollte Frankreich diese Aufgabe lösen? Wie stand es aber mit der politischen Strömung? Hr. Rouher erinnert an die Turner und Burschenschaften, die Bewegungen von 1830, 1840, 1848, 1863, er weist darauf hin, daß alle Staatsmänner und Gesandten Frankreichs, die sich von 1830 bis 1840 in Deutschland aufhielten, in jeder Zeile ihrer Berichte die feste Ueberzeugung eines unfehlbaren, baldigen Zustandekommens der deutschen Einheit aussprachen. Noch im Jahre 1863 schrieb Hr. v. Rayneval von Berlin, daß eine Revolution oder ein preußisch-österreichischer Krieg oder beide Ereignisse zu gleicher Zeit in naher Zukunft eine Lösung der Bundesfrage herbeiführen müßten. Herr Rouher untersucht nun ausführlich, ob vom französischen Standpunkt aus die heutige Lage Deutschlands der früheren, oder umgekehrt, die frühere der heutigen vorzuziehen sei. Herr Rouher findet, mit direkter Hinweisung auf die Gefahr, der Frankreich durch die Unterzeichnung des Friedens von Villafranka aus dem Wege ging, daß die frühere Organisation weit bedenklicher war. Hr. Rouher meint, daß nun der ehemalige Bund in drei Stücke, und wenn auch dem Gesetz der Assimilation folgend, der schwächste darunter sich mit dem stärksten vereinige, in zwei Stücke zerfallen sei, die durch Interessen und Erinnerungen getrennt, und beide des Vertrauens, der Sympathie, des Wohlwollens und der Größe Frankreichs bedürftig sind.“ (Sehr gut!) Der Redner sieht also in den neuen Ereignissen keinen Grund zur Beunruhigung für Frankreich. (Pelletan: Nun gut, so laßt uns entwaffnen!) Ohne diesen unberufenen Einwurf zu beachten, bespricht nun Herr Rouher die Allianzfrage, sowie die Ausdehnungsgelüste, die Thiers Preußen zuschrieb. Seine Erklärungen über diesen Punkt sind formeller Natur und wichtig genug, um wörtlich hier angeführt zu werden: „Wie, ruft er aus, Preußen soll nicht zufrieden sein? sein Ehrgeiz nicht auf Jahrhunderte hinaus durch den Frieden von Nikolsburg erschöpft, eingeschränkt, gezügelt (epuisée, limitée, contenue) sein? Es soll den ehrgeizigen Gedanken hegen, seine Autorität bis an die Zuydersee auszudehnen? Ich versichere mit Bestimmtheit (j'affirme), daß in dieser Beziehung Preußen Frankreich die förmlichsten Erklärungen, die unbedingtesten Garantien ertheilt hat (Bewegung), und ich füge bei, daß, wenn Frankreich sie nicht erhalten hätte, es einen solchen Ehrgeiz nicht geduldet haben würde. (Sehr gut.) Wir nehmen die natürlichen Konsequenzen eines Krieges hin, der seine Grenzen, und, glaube ich, auch seinen Erfolg (réussite) hatte, aber wir nehmen keine ausschweifenden ehrgeizigen Pläne, keine maßlosen Ansprüche hin (nous n'acceptons pas les ambitions déréglées, les prétentions sans mesure). An dem Tag, an welchem die Zuydersee durch den preußischen Ehrgeiz bedroht würde (hört!), würden Frankreich und England Preußen gegenüber eine Sprache zu führen wissen, die diesem begreiflich machen müßte, daß die Zeit der tollen Ansprüche (des folles prétentions) vorüber ist.“ (Sehr lebhafte Zustimmung auf allen Bänken des Hauses.) Was Rußland und seine orientalischen Pläne anbetrifft, so würde es bei einem solchen Unternehmen in Westeuropa auf denselben Widerstand stoßen. Wenn man anführt, daß Frankreich keine Alliirten in Europa hat, so erwidert Rouher darauf, daß es keine Feinde in Europa hat. Frankreich soll sich im Frieden zur höchsten Stufe der Macht und des Wohlstandes entwickeln; nur soll man vor ihm das Gespenst der Koalition nicht wieder heraufbeschwören. Die Koalition ist hin und wird unter dem Kaiserreich und dem Scepter eines Napoleon nicht wieder erstehen! (Allg. Beifall.) Statt Gueroult, der auf das Wort verzichtet, tritt Jules Favre ein, dessen Hauptangriff in der gleich von Anbeginn an den Minister gerichteten Frage gipfelt: Wenn die Regierung, wie der Minister versichert, keinen Fehler begangen hat, wenn Frankreich nie stärker und friedfertiger war, warum wird das Land durch ein Gesetz aufgeschreckt, das ohne allen Vorgang in seiner Geschichte dasteht? Entweder ist die Rede Rouher's nur ein nothgedrungenes Ruhmreden, das in keinem Punkte der Wirklichkeit entspricht, oder man muß den Reorganisationsentwurf wieder zurückziehen. Zu was ein großes Land, wie Frankreich, in Besorgnisse stürzen, wenn gar kein Grund dazu vorhanden ist? Jules Favre geht in seiner Kritik hauptsächlich von dem Thiers'schen Wort Il n'y a plus une seule faute à commettre, und von dem Eingeständniß Rouher's aus, daß sich am 4. Juli die Regierung in angoisses patriotiques befunden habe. Präs. Walewski versucht durch mehrfache Unterbrechungen den Redner zu hindern, die Thronrede des Kaisers zum Gegenstande der Diskussion zu machen; J. Favre behauptet mit großem Nachdruck sein Recht, wie es scheint, selbst mit Zustimmung der Majorität, verlangt aber der vorgerückten Zeit wegen seine Rede nächsten Montag beendigen zu dürfen. Auch Thiers meldet sich noch einmal zum Wort. Die Kammer tritt dem Wunsche der beiden Redner bei.

Paris, 19. März. Der Kaiser zeigt sich sehr besorgt über den Gesundheitszustand des kaiserlichen Prinzen. Eine Schenkelgeschwulst, deren Nelaton noch immer nicht Herr werden konnte, gewinnt täglich an Ausdehnung. (Köln. Ztg.)

London, 19. März. In Irland ist alles ruhig bis auf die See, die im Osten, Westen und Süden der Insel seit 24 Stunden gewaltig tobt und eine Unzahl von Schiffen entmastet, an den Strand

getrieben und zu vollständigen Wracks gemacht hat. Das böse Wetter scheint sich übrigens weit nach Westen erstreckt zu haben, da die heute aus New-York eingetroffene Java auf ihrer ganzen Fahrt gewaltige Stürme auszustehen hatte. Auch hier in London stürmt es mit kurzen Unterbrechungen nun schon seit vorgestern. Ab und zu fällt Schnee, der aber sofort schmilzt. Die gestern Abend fällig gewesenen deutschen Posten von Ostende konnten nicht ausgegeben werden.

London, 20. März. Die Königin von Dänemark ist in London angekommen und der König wird hier übermorgen erwartet. Das Befinden der Prinzessin von Wales ist zufriedenstellend. — Die Zeit der Aequinoctial-Stürme hat sich in der Nacht von Sonntag auf Montag mit einem der verheerendsten Orkane eingeführt, die seit langer Zeit die englischen Küsten mit Schiffstrümmern besäeten. Die österreichische Barke Giovanni P. Gallevich wurde bei Falmouth mit einer Ladung Weizen und Roggen auf die Küste geschleudert und scheiterte; zwei mecklenburgische Briggs, Alexander und Deutschland, mit Weizen aus Odessa, wurden vollständig entmastet und übel zugerichtet. Eine italienische Barke und eine belgische Brigg gingen vor Anker unter. Die preußische Brigantine Morgenstern verlor ihre Masten und befindet sich in schlimmer Verfassung. Bei Portsmouth ging der Schooner Scylla und an der irischen Küste ein nach Südamerika bestimmter Dampfer, sowie ein großer Schooner zu Grunde. Wie viele Menschenleben durch diese und eine ungemein große Zahl anderer Unfälle hingerafft worden sind, läßt sich nicht bestimmen.

Neueres.

Berlin, 21. März. Der Reichstag lehnte das Amendement Braun, betreffend die Feststellung wichtiger Grundrechte der Bundesangehörigen mit 130 gegen 28 Stimmen ab. Sodann nahm der Reichstag das Amendement Twesten an, betreffend die Bundesaufsicht über das Bundesmilitärwesen und Marinewesen, nebst der Bestimmung, daß bei Meinungsverschiedenheiten des Bundesrathes über Militäreinrichtungen das Präsidium den Ausschlag gibt, wenn der Ausschlag für die bestehenden Einrichtungen ist.(?) Endlich wurde der amendirte Artikel IV. im Ganzen angenommen. — Hr. Benedetti ist heute von Paris hier wieder eingetroffen.

Wien, 21. März. Die „Wiener Zeitung" von heute ist ermächtigt, die Nachricht der „N. Fr. Pr." über den angeblichen Beginn des Aufmarsches dreier Brigaden, welche zur Aufstellung als Observationscorps an der türkischen Grenze bestimmt wären, als vollkommen unbegründet zu bezeichnen.

Wien, 21. März. Die „Presse" erfährt aus verläßlicher Quelle: Der Fürst von Serbien, wegen einer befürchteten Ueberschreitung der bosnischen Gränze von Oesterreich, Frankreich und England befragt, gab vollkommen befriedigende Erklärungen ab.

Pesth, 21. März. Gleich nach Eröffnung der Deputirtensitzung sprach Koloman Tisza gegen das Majoritäts-Elaborat; es gefährde die Unabhängigkeit Ungarns, weil die Delegationen in den wichtigsten Angelegenheiten beschlußfähig sind, weil dadurch fremde Abgeordnete bezüglich der Steuerbewilligung, des Militärbudgets, der Zoll- und Handelsangelegenheiten, Einfluß auf Ungarn erlangen, weil ferner die Staatsschulden-Verwaltung ungetrennt bleibt und ein gemeinsames Ministerium im Grunde kein verantwortliches sein wird. (Tisza spricht fort.)

Paris, 21. März. Der „Moniteur" schreibt: Die Wiederherstellung der Gesundheit des kaiserlichen Prinzen war durch den Zutritt von Fieber verzögert. Jetzt hat sich sein Zustand merklich gebessert und flößt keine Besorgniß ein. (Schw.M.)

Bucharest, 21. März. Ein Plakat der Polizeipräfektur fordert die Einwohner auf, den Einflüsterungen einer Unruhe stiftenwollenden Partei kein Gehör zu geben, und die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Petersburg, 20. März. Der „Russische Invalide" und das „Journal de St. Petersbourg" besprechen die von Thiers im gesetzgebenden Körper Frankreichs gehaltene Rede und heben die „friedliche Gesinnung der russischen Regierung und des russischen Volkes" hervor; Rußlands Politik habe zum Zwecke nicht Eroberung und Bedrohung der Türkei, sondern nur die Gleichstellung der Christen.

Patras, 17. März. (Aus griechischer Quelle.) Der Aufstand in Thessalien scheint sich auszudehnen. Ueber tausend thessalische Familien sind in Griechenland eingewandert. Eine Offensiv-Defensiv-Allianz zwischen Griechenland, Rumänien, Serbien und Montenegro wird als gewiß betrachtet. (Allg.Z.)

Konstantinopel, 21. März. Die Söhne und Neffen des Sultans sollen die Pariser Ausstellung besuchen. — Der italienische Gesandte am russischen Hof Graf Launay ist zum Vertreter Italiens bei der Pforte ernannt. — Bis gestern war von der Uebergabe einer Collectivnote mehrerer Großmächte wegen Candia's hier nichts bekannt. (Allg.Z.)

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$66^1/_8$ P.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$61^1/_4$ P.
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$58^5/_8$ P.
"	5pCt. Metall. Obligat.	$44^3/_8$ P.
"	$4^1/_2$pCt.	40 P.
Preussen	$3^1/_2$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
"	$4^1/_2$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$95^5/_8$ P. $^1/_2$ G.
"	$4^1/_2$pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$96^1/_8$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
"	4 pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	—
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
"	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^1/_2$pCt. Obl. b. Rothsch.	96—$95^7/_8$ G.
"	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$85^1/_2$ P.
Baden	$4^1/_2$pCt. Obl.	$96^1/_4$ P.
"	$3^1/_2$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4^1/_2$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$94^7/_8$ P.
"	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$91^3/_4$ P.
Nassau	$4^1/_2$pCt. Obl. dto.	$96^3/_4$ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	—
"	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$87^1/_4$ P.
Frankfurt	$3^1/_2$pCt. Obl.	$83^1/_4$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2^1/_2$pCt. . . .	—
Schweden	$4^1/_2$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$85^1/_2$ G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2^1/_2$	—
"	6pCt. ditto r. 1882 "	$77^3/_8$—$^1/_2$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	186 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	667 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$168^1/_2$—68 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	201 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$97^1/_2$ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . .	339 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	112 P.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$107^1/_2$ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$154^1/_2$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$91^1/_4$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$111^1/_2$ P. $^3/_4$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 P. $48^1/_2$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$246^1/_2$ P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$116^3/_4$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	$116^1/_4$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^3/_8$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^7/_8$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^1/_4$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$104^1/_8$ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97^3/_8$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^7/_8$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^3/_4$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104^1/_8$ G.
London Lst. 10 k. S.	$119^1/_4$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^1/_4$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^5/_8$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$91^7/_8$ P. $^5/_8$ G.
do. in öst. W. 1. S.	$91^5/_8$ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$56^7/_8$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$66^3/_4$—$^5/_8$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$118^3/_4$ P.
" do. v. 1864	72 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99^1/_2$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10^7/_8$ P.
Badische fl. 35	53 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55^1/_2$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	142 G.
" fl. 25 do.	37 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35^1/_4$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	$70^1/_2$ P. 70 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$28^1/_4$ P.
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	33 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$10^3/_8$ P.

Frankfurt, 22. März. Das Geschäft war auch heute in die engsten Grenzen gebannt. Schlechte Pariser Course verwandelten gestern Abend die Tendenz in eine flaue, da jedoch in Wien der Eindruck weniger nachtheilig war, als man erwartete, gingen österr. Effekten wieder etwas höher wie gestern Abend, Kreditaktien waren indessen immer noch $1^1/_2$ fl., Loose $^1/_2$ pCt. und engl. Metalliques ebenfalls $^1/_2$ pCt. niederer als an gestriger Mittagsbörse. In Wien schrieb man die schlechteren Pariser Course dem Bekanntwerden der preußisch-bayerischen Allianz zu. Amerikaner bei unbedeutendem Umsatz $^1/_8$ niederer. Von Eisenbahnaktien Ostbahn billiger offerirt. Vielseitig angeboten waren Livorno-Prioritäten und wurde dadurch deren Cours ebenfalls um einige Bruchtheile reducirt. Wiener Wechsel $^1/_8$ niederer. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliot'
1 N. Würzb. Ztg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 83-84.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 25. März 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 22. März. Se. Majestät der König hat den Universitäts-Professor und Direktor der Central-Thierarzneischule dahier, Dr. K. Fraas, in seiner Eigenschaft als Direktor und Lehrer der letztgenannten Anstalt, unter Anerkennung seiner mehrjährigen ersprießlichen Leistungen an gedachter Schule in den erbetenen Ruhestand treten lassen, und zum Direktor und Professor der Central-Thierarzneischule dahier den Regiments-Veterinärarzt W. Probstmayr vom 1. Kür.-Reg. in prov. Eigenschaft ernannt; den Gerichtsschreiber A. Mayer von Pfarrkirchen in gleicher Eigenschaft an das Landger. Vilsbiburg versetzt und zum Gerichtsschreiber am Landger. Pfarrkirchen den geprüften Rechtspraktikanten L. Waltl, zur Zeit Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landger. Wörth, in prov. Eigenschaft ernannt.

Vom kgl. Staatsministerium der Justiz wurde der Staatsanwaltschafts-Vertreter Th. Wimmer am Landger. Schongau vom Antritte der Funktion als Staatsanwaltschafts-Vertreter am Landger. Rosenheim, unter Belassung in seiner bisherigen Funktion zu Schongau, auf Ansuchen enthoben und als Vertreter der Staatsanwaltschaft am kgl. Landger. Rosenheim der Accessist des Bezirksger. München r. J., Kr. Birngruber, aufgestellt.

Die kath. Pfarrei Spalt, kgl. Bezirksamts Schwabach, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 925 fl. 29¹/₂ kr. in Erledigung gekommen.

Se. Maj. der König hat den Archivs-Sekretär J. Arnold zu Bamberg wegen nachgewiesener körperlicher Leiden und hiedurch begründeter Dienstesunfähigkeit für immer in den Ruhestand versetzt; den Corporal der Garnisons-Compagnie Nymphenburg, K. Schink aus Königshofen, als Boten am Appellationsgerichte der Oberpfalz und von Regensburg auf Ruf und Widerruf aufgestellt.

Vom kgl. Staatsministerium der Justiz wurde der Vertreter der Staatsanwaltschaft am kgl. Landger. Markt-Erlbach, Th. Brügel, an das kgl. Landger. Gunzenhausen und der Staatsanwaltschafts-Vertreter Johann Lotter von dort an das kgl. Landger. Markt-Erlbach, beide in gleicher Eigenschaft versetzt; dann als Vertreter der Staatsanwaltschaft am königl. Landger. Wörth der geprüfte Rechtspraktikant Ph. F. Seubert, z. Z. Advokaten-Concipient in Bamberg, aufgestellt.

Die katholische Stadtpfarrei Vilseck, kgl. Bezirksamts Amberg, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 996 fl. 39¹/₂ kr. in Erledigung gekommen.

München, 19. März. Die kommissionellen Berathungen der Vertreter der süddeutschen Regierungen über gemeinsame Maßregeln zum Schutze gegen die Rinderpest haben am 18. d. Mts. zu Mannheim ihren Anfang genommen und werden in einigen Tagen zu Ende gehen. Außer den bereits bekannt gegebenen Mitgliedern der Kommission nehmen an den Berathungen Theil als Bevollmächtigte Württembergs der (nichtärztliche) Vorstand des Medizinalkollegiums in Stuttgart, Fleischhauer, dann der Prof. Ruf von Hohenheim und der Oberveterinär Straub von Stuttgart; die großherzogl. hessische Regierung hat dazu den (nichtärztlichen) Vorstand des Medizinalkollegiums in Darmstadt, Geheimrath Goldmann, dann den Obermedizinalrath und Veterinärarzt Wüst von Darmstadt und den Assessor und Veterinär Dr. Kastres aus Mainz abgeordnet. Den Vorsitz führt der großherzogl. badische Geheimrath Schmidt und wurde den Berathungen die k. bayerische Verordnung vom 6. Dez. 1866 bezüglich der Rinderpest zu Grunde gelegt. (B. Z.)

München, 21. März. Im Einlauf der Kammer der Abgeordneten vom 15. bis incl. 20. März findet sich u. A.: eine Vorstellung des Hauptausschusses des bayer. Volksschullehrer-Vereines, die Verhältnisse der Lehrer als Gemeindeschreiber betr.; eine Bitte mehrerer Gemeinden des Algäu, den Bau einer Eisenbahn von Kempten nach Reutte betr., angeeignet von dem Abg. Dr. Völk; eine Vorstellung und Bitte der Landgerichtsdieners-Gehilfen von Niederbayern, Gehalts-Aufbesserung betr., angeeignet von dem Abg. Liebl; eine Vorstellung und Bitte der Wegmacher des Baubezirkes Eggenfelden, Gehaltsaufbesserung betr., angeeignet von dem Abg. Liebl; eine Vorstelleung und Bitte der Maurer- und Zimmermeister in Schwaben und Neuburg, das neue Gewerbegesetz betr., angeeignet von dem Abg. Dr. Völk; Gesuch der Stadt- und Marktgemeinden Erding, Moosburg, Rosenheim, Grafing und Ebersberg, den Bau einer Eisenbahn von Rosenheim über Erding nach Moosburg betr., angeeignet von dem Abg. v. Auer; eine Vorstellung und Bitte des Distriktsrathes Gemünden, die Erbauung einer Straße über Obersinn nach Burgsinn betr., angeeignet von dem Abg. Baier; ein Gesuch des Abg. Steinböck, dessen Austritt betr.; eine Vorstellung und Bitte der Bezirksamtsschreiber von Oberbayern, Verbesserung ihrer dienstlichen Stellung betr., eine Vorstellung des Hauptmanns a. D. Thumser dahier, die Art. 9 und 11 des Gewerbegesetzes vom Jahre 1825 betr.; ein Antrag der Abgg. Dr. M. Barth, Stenglein und Feustel, Abänderung des § 20 Titel VII der Verfassungs-Urkunde betr.; eine Vorstellung des Abg. Waldbauer und Genossen, die Erbauung einer Eisenbahn durch den bayerischen Wald betr.; Interpellation des Abg. Joseph Wagner, die Ablösung der Schmied- und Bader-Ehehaften betr.; ein Gesuch von Postboten der Oberpfalz, Gehaltsaufbesserung betr., angeeignet von dem Abg. Thürmayer; eine Bitte von Bürgern Münchens, Revision des Straf- und Polizei-Strafgesetzbuches in Art. 221 und 97 betr.; eine Vorstellung und Bitte des Stadtmagistrats Dinkelsbühl, die Erbauung einer Eisenbahn von Wassertrüdingen nach Dinkelsbühl betr., angeeignet von den Abgg. Schoberth, Feustel, Mandel und Hohenadel; eine Eingabe von Wählern aus dem Wahlbezirke Neumarkt, Reklamation bezüglich der Wiederwahl eines Abgeordneten betr.; eine Interpellation des Abg. Golsen, die gerichtliche Verfolgung Militärpflichtiger in der Pfalz wegen Widerspenstigkeit betr.

A. C. **München**, 22. März. Aus der heutigen Sitzung der Abgeordneten ist vor Allem die Rede des Abg. Thürmayr zu erwähnen, welche derselbe bei den Rechnungsnachweisungen über die Eisenbahnerträgnisse 63/65 hielt. Nachdem er sich mit Bitterkeit über die Verzögerung der Ingolstädter Bahnfrage, die doch schon 1859 als ein dringendes Bedürfniß der Kammer vorgelegt und empfohlen wurde, ausgesprochen hat, konstatirt er, daß in dem betheiligten Kreise der allseitig getheilte Glaube herrscht, es seien zunächst die sog. strategischen Rücksichten, welche vom Beginn des Bahnbaues an eine Verständigung der Civil- und Militärinstanzen über das Ein- und Ausmünden der Bahn in die und aus der Festung so unendlich verzögert hätten. Es soll die Schwierigkeit insbesondere darin gelegen haben, daß man militärischerseits noch nicht anzugeben wußte, wohin jene Vorwerke zu kommen hätten, welche zur Vollendung der Festung noch nothwendig wären. „Ich für meinen Theil hätte nun," fährt der Redner fort, „geglaubt, daß diese Frage mehr als schon längst gelöst sein mußte, ehe die Regierung daran dachte, einen Gesetzentwurf auf Erbauung einer Bahn nach Ingolstadt der Kammer vorzulegen. Es sind gerade volle 40 Jahre, seit der Grundstein zur neuen Festung gelegt worden ist. Wenn trotzdem die Festung heute noch als ein unvollendetes Stückwerk dasteht, wenn das Kriegsjahr 1866 diese Festung in einem, sehr gelinde ausgedrückt, sehr bedenklichen Zustande überraschte, so liegt der Grund wahrlich nicht in der Haltung der Kammern, wie die Reihe der auf Millionen und abermals Millionen berechneten Kredite darthut, welche von verschiedenen Landtagen bewilligt worden sind und welche Kredite bis wenigstens zum Beginne des letzten Krieges ihre bestimmte Verwendung nicht gefunden hatten. Die Schuld liegt gewiß auch nicht bei der Lokalgeniedirektion, bei welcher mancher ausgezeichnete Genieoffizier diesem kolossalen Bau die volle Manneskraft eines ganzen Menschenlebens daran gesetzt und die in dem unerquicklichen Kampfe mit gewissen höher stehenden Vorurtheilen aufgezehrt wurde. In dieser Frage gibt es für die Staatsregierung, wie mir scheint, nur zwei Möglichkeiten: entweder steht sie auf dem Standpunkt derjenigen, welche heutzutage den Festungen einen praktischen Werth und eine strategische Bedeutung nicht mehr zuerkennen, oder sie anerkennt in der That heute noch die Bedeutung und den Werth einer Festung, als im Einklang mit den Kosten der Herstellung und des Unterhaltes derselben stehend. Theilen Sie die erstere Ansicht, m. H., finden Sie gegenüber der heutigen Haltung der Kriegführung die Festungen nicht mehr zeitgemäß, dann befreien Sie eine Stadt von dem unglücklichen Zwitterthum, eine halbvollendete Festung vorzustellen, welche — ohne dem Lande und dem Bürger zu nützen, denselben nur zwecklose Belästigung und Kosten verschafft, dann beseitigen Sie das unselige Institut, dann reißen Sie die Thürme und Zinnen ein, füllen Sie die Gräben, ebnen Sie die Wälle und Minengänge aus, lassen Sie den Pflug des Friedens über die zertrümmerten Mauern gehen, geben Sie den Boden der Landwirthschaft wieder, befreien

Sie Handel, Gewerbe und Industrie von den schnürenden Fesseln, geben Sie den Wandel und Verkehr einer Stadt wieder frei, welche nur die Lasten und nationalwirthschaftlichen Nachtheile einer Festung zu fühlen hat, ohne die Garantien jener Sicherheit zu haben, welche für Stadt und Land eine Festung bieten soll. Oder aber, m. H., wir stehen auf dem Standpunkt der zweiten Alternative und wir anerkennen in dem Institut der Festungen praktische Bedeutung und ein wirkliches Bedürfniß, dann glaube ich aber fordern zu dürfen, daß man eine einmal angefangene Festung auch schließlich ihrer Vollendung entgegenführt und ein Zweck erreicht werde, der den schweren Opfern, die das Land zu tragen, und den zahlreichen Lasten und Plackereien entspricht, welche vor Allem die Bürgerschaft einer Festung zu erdulden hat. Kurz, meine Herren, sorgen Sie dann auch dafür, daß nicht immer und immer der halbausgebaute Zustand der Festung Ingolstadt der Eckstein sei, an dem staatliche Unternehmungen von nationalwirthschaftlicher Bedeutung scheitern oder wenigstens Schaden leiden müssen." Der Redner schließt mit der Bitte an das Kriegsministerium, die Weiterführung der Bahn von Ingolstadt nach Pleinfeld mit allen Mitteln zu beschleunigen und nicht zu warten, bis etwa die Donaubrücke, deren Bau circa 2 Jahre erheischt, vollendet und das letzte strategische Bedenken beseitigt sei.

Stuttgart, 23. März. Ein dem bayerischen gleichlautender Vertrag zwischen Württemberg und Preußen wurde heute dem ständischen Ausschusse vorgelegt.

Frankfurt, 20. März. Der hiesige Protestantenverein hat nachstehende Erklärung erlassen: „In Erwägung, daß § 15 der preuß. Verfassungsurkunde der evangelischen Kirche die selbständige Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten gewährleistet, und in fernerer Erwägung, daß die evangelischen Gemeinden Frankfurts diese selbständige Ordnung und Verwaltung bisher in einem Maße besessen haben, in welchem auch der am freiesten verfaßte Theil der preußischen Landeskirche (Rheinland und Westphalen) dieselbe nicht besitzt: hält der Protestantenverein es für die Aufgabe der Frankfurter Gemeinden, nach allen Kräften dahin zu streben, daß ihre bisherige Selbständigkeit auch in Zukunft nicht gefährdet werde; namentlich werden dieselben sich unter allen Umständen presbyteriale Vertretung, freie Pfarrwahl, selbständige Verwaltung des kirchlichen Vermögens, Mitentscheidungsrecht über liturgische Veränderungen und die Lehrfreiheit in den bisher bestandenen Gränzen zu bewahren haben. Dabei verkennt der Protestantenverein nicht, daß der Eintritt in einen größeren synodalen Verband auch für die evangelischen Gemeinden Frankfurts in hohem Grade wünschenswerth sein würde; die Gemeinden werden aber mit allem Ernst das Recht sich wahren müssen, über ihre Zukunft zu entscheiden." (Fr. J.)

Der Ausbau des Domes in **Frankfurt a/M.** ist der „Sp. Z." zufolge höheren Orts beschlossen. Es sollen dazu jährlich einstweilen 30,000 Thlr. zur Verfügung gestellt werden.

Frankfurt, 23. März. Wie aus Berlin gemeldet wird, soll die für das Auseinandersetzungsgeschäft mit dem Fürsten von Thurn und Taxis wegen Uebernahme seiner bisherigen Posten zufolge des Schlußprotokolls zum Vertrage vom 28. Jan. d. J. aus Mitgliedern beider contrahirenden Theile bestehende, hierorts am 1. April zusammentretende Kommission die Bezeichnung „Post-Ablösungs-Kommission" führen und unter der Leitung des Geheimen Postraths Stephan stehen. (Fr. J.)

In **Hildesheim** wurde Obergerichtsanwalt Weinhagen, bekannt aus seiner politischen Thätigkeit um 1848, vom Schwurgericht des Betrugs in Form gefälschter Wechselunterschriften schuldig erkannt und zu 5 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Weinhagen, der gegen Kautionsleistung auf freiem Fuß geblieben war, ist von Hildesheim entflohen.

Berlin. (Aus der Sitzung des norddeutschen Reichstages am 18. d. Schluß.) Graf Bismarck tritt den Verdächtigungen entgegen, als ob holländisches Gebiet von Preußen bedroht sei — Gerüchten, die vollständig aus der Luft gegriffen seien. Wir haben mit den Niederlanden vor Ausbruch des Kriegs eine kurze Auseinandersetzung gehabt. Holland hat an den Beschlüssen des Bundes sich betheiligt, und formell hätten wir also Grund gehabt, mit den Niederlanden wegen Luxemburg Krieg zu führen. Preußen und der niederländische Gesandte sind jedoch der Meinung gewesen, daß es besser sei, nicht auf einander zu schießen. Das Verbleiben der Niederlande im Bunde hat also gar keine Folgen gehabt. Wegen des Beitritts Luxemburgs und Limburgs kann man dem niederländischen Souverän keine Gewalt anthun. Luxemburg hat nicht den Wunsch zum Eintritt ausgesprochen, und Limburg hat sogar den Wunsch geäußert, nicht belästigt zu werden. Von uns ist auf die Zugehörigkeit der betreffenden Gebietstheile der Niederlande bis jetzt weder verzichtet noch auch durchaus darauf bestanden worden. Wir wollen den Souveränen weder Gewalt noch Zwang anthun, und wenn einer der jetzt mit uns verbündeten Souveräne sich durchaus geweigert hätte, dem Bunde beizutreten, so hätte die geographische Lage des Landes schon sehr zwingend sein müssen, wenn wir uns hätten veranlaßt sehen sollen, einen Druck anzuwenden. Denn wir haben augenblicklich durchaus kein Interesse daran, den Zunder, der den europäischen Frieden bedroht, in irgend einer Weise zu vermehren. Ich wiederhole es also: von Seiten Luxemburgs ist bis jetzt gar keine Erklärung abgegeben, von Seiten Limburgs aber der entschiedene Wunsch laut geworden, nicht belästigt zu werden. Abg. Ahlmann (Däne) wünscht die Wiederherstellung der natürlichen Verbindung Nordschleswigs mit Dänemark und hofft, daß das Gerechtigkeitsgefühl des deutschen Volks ihm dazu verhelfen werde. Abg. v. Carlowitz bezeichnet es als sehr gefährlich, Luxemburg als die Vormauer gegen Frankreich so ohne weiteres aufzugeben, und er habe ursprünglich die Idee gehabt, diesen Punkt zum Gegenstand einer Interpellation zu machen, sei davon aber zurückgetreten, um der Regierung keine Verlegenheiten zu bereiten. Graf Bismarck bedauert, daß, ungeachtet seiner bestimmten Versicherungen über die Beziehungen zum Süden, von neuem durch den Vorredner ein Schreckbild über ein mögliches Bündniß zwischen den Südstaaten und dem Auslande gegen Preußen entworfen sei. Inzwischen hätten aber die Beziehungen, auf die er neulich hingedeutet, eine vertragsmäßige Verabredung gefunden. Wenn es dem Vorredner gelingen sollte, den Großherzog von Luxemburg für den Anschluß an den norddeutschen Bund zu gewinnen, so werde er wenigstens eine europäische Frage geschaffen haben. Die Debatte wird nun geschlossen, und nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen zur Abstimmung geschritten. Abgelehnt werden: das Amendement von Bockum-Dolffs, welches die Streichung des Wortes Lauenburg fordert, sowie die Amendements der beiden Dänen, welche dasjenige nordschleswigische Gebiet vom norddeutschen Bunde ausgeschlossen wissen wollen, welches etwa in Folge einer vertragsmäßig garantirten Abstimmung an Dänemark zurückfällt. Das Amendement v. Carlowitz, die Abtretung der Souveränetätsrechte, wird mit 113 gegen 145 Stimmen abgelehnt, und darauf Artikel 1 mit allen Stimmen gegen die des Abg. Groote und der beiden Dänen, angenommen. (Schluß der Sitzung um 3 Uhr.)

Leipzig, 20. März. Ueber den Abzug der preußischen Besatzung aus Dresden verlautet noch nichts Bestimmtes. Eine Anzahl preußischer Geschütze ist bereits aus Dresden theils auf der Elbe, theils mit der Eisenbahn abgegangen. — Der Kronprinz von Sachsen hat vorgestern in Großenhain die Lehrmannschaften der beiden neu zu errichtenden sächsischen Uhlanen-Regimenter besichtigt. — Die hiesige preußische Besatzung wird übermorgen den Geburtstag des Königs von Preußen festlich begehen. — Die sächsischen Reichstagsabgeordneten haben nicht eine Beileids-Deputation, sondern eine Beileids-Adresse an den König Johann gesendet, welche der Generalstaatsanwalt Schwarze verfaßt hat. Die sächsischen Reichstagsabgeordneten sind theils der frei-conservativen Vereinigung, theils dem altliberalen Centrum, theils der Linken beigetreten. Der constitutionell-bundesstaatlichen Fraktion, die aus Hannoveranern und Schleswig-Holsteinern besteht, gehört keiner derselben an. Geheimrath v. Wächter gehört zu den zwanzig sogenannten „Wilden" des Reichstags, die keiner Fraktion beigetreten sind. — In Ballenstädt wurde vorgestern die Leiche der bei ihrer Tochter, der Herzogin von Bernburg, verstorbenen Herzogin Louise von Glücksburg vorläufig beigesetzt; sie wird später in die fürstliche Gruft nach Schleswig übergeführt werden. Die Leichenträger zur Kapelle waren die Söhne der Verstorbenen: der König von Dänemark, Herzog Karl von Glücksburg, die Prinzen Friedrich Wilhelm (k. k. österreichischer Feldmarschallieutenant), Julius und Johann; dann der Erbprinz aus Anhalt. Dem Sarge folgten die Herzogin von Bernburg und die andern anwesenden fürstlichen Damen. Minister a. D. v. Schätzell trug hinter dem Sarge den russischen Katharinen-Orden der Verstorbenen, welcher derselben bei der Vermählung ihrer Enkelin mit dem Cäsarowitsch verliehen worden war. — In Reuß ältere Linie endet am 28. März die Vormundschaft der Fürstin Karoline. Den zusammentretenden Landständen soll der Entwurf einer constitutionellen Verfassung vorgelegt werden. — Dem Beschluß des Stadtraths, die hiesige Communalgarde aufzuheben, sind die Stadtverordneten gestern mit allen gegen zwei Stimmen beigetreten. Das Anerbieten mehrer hiesiger Bürger, das neue Theater durch Bildung einer Aktien-Commandite-Gesellschaft zu übernehmen, hat der Stadtrath abgelehnt. (B. Z.)

Wien, 21. März. Wenige Länder sind so gesegnet mit emeritirten Ministern wie Oesterreich. Die „N. fr. Pr." zählt solcher nicht weniger als dreiundbreißig auf, und zwar: Rechberg, Krauß, Doblhoff, Hornbostel, Bach, Hübner, Toggenburg, Thierry, Goluchowski, Thun, Schmerling, Lasser, Plener, Pratobevera, Wickenburg, Mecsery, Degenfeld, Frank, Hein, Burger, Mensdorff, Esterhazy, Nadasdy, Szecsen, Larisch, Belcredi, Bay, Fergach, Majlath, Kemeny, Miko,

Mazuranich, Haller. — Die Wiener Handelskammer hat an den „Oesterreichischen Lloyd" eine Zuschrift gerichtet, in welcher sie, nach Abschluß eines Handelsvertrags mit Spanien (für den eben jetzt das Material zusammengestellt wird), die Errichtung direkter Schifffahrtslinien zwischen Triest und den Häfen Spaniens, Portugals, Algeriens und der Barbareskenstaaten anregt. Von Seiten der tunisischen Regierung sind übrigens schon seit längerer Zeit Verhandlungen eingeleitet, um den „Lloyd" für die Herstellung einer regelmäßigen Verbindung mit Tunis oder doch mit Malta zu gewinnen.

Prag, 21. März. Der Waffenfabrikant Lebeda ist telegraphisch vom Kriegsminister nach Wien berufen worden, um sofort die Lieferung von 50,000 Hinterladungsgewehren (System Wenzel) zu übernehmen. (Pr.)

Prag, 22. März. Die Wahlen haben begonnen, die Betheiligung ist enorm. In Smichow war der Sieg der Verfassungstreuen gesichert, doch ließ gestern der Kreisvorsteher Malowetz mehrere Wähler (Pensionisten) aus den Wählerlisten streichen. Dadurch wurde der Erfolg verhindert. Ein Protest hiegegen wird angemeldet werden.

Zürich, 19. März. Die Tonkunst hat einen schweren Verlust erlitten: vorletzte Nacht ist hier Wilhelm Baumgartner gestorben. Er erlag in seinem 47. Lebensjahre einer Kehlkopfschwindsucht. Durch diesen Tod hat die Schweiz einen ihrer ersten Liederkomponisten und einen hervorragenden Musiklehrer verloren. (N. Z. Z.)

Paris, 19. März. Die gestrige Sitzung des gesetzgebenden Körpers war eine ungemein bewegte und wird nicht verfehlen, tiefen Eindruck in ganz Europa, besonders aber in Frankreich zurückzulassen. Noch selten sind auf die Person und die Kundgebungen des Kaisers selbst so direkte Angriffe gemacht worden, wie gestern von Jul. Favre und später von Thiers. Walewski zeigte sich, nebenbei bemerkt, wieder ganz unfähig, eine solche Versammlung zu leiten. J. Favre fand den Grund für die tiefe Unruhe, für die allen Fortschritt der Industrie und gesunden Entwicklung des Volksreichthums verhindernden Bewaffnungen, die jetzt durch alle Völker gehen, in den despotischen Regierungsformen, die noch immer von dem Festlande nicht schwinden wollen. Dabei zeigte sich aber auch bei Favre die völlige Verkennung der gegenwärtigen Bewegung in Deutschland, die er mit der ungeheuren Mehrzahl der Franzosen theilt. Er pries die Vorzüge, die der alte Bund den Deutschen gewährt hätte, besonders indem sie ihren Nachbarn keine Furcht einflößten; freilich verschwieg er, daß während der Zeit des Bundes umgekehrt die Nachbarn oft den Deutschen Furcht eingeflößt haben. Als Mittel, die deutsche Einheit zu verhindern, gab er an, man müsse sich der unterdrückten deutschen Völker und vertriebenen Fürsten annehmen. (!) Die folgende Rede Granier's aus Cassagnac war ohne alle Bedeutung. Er erkannte Deutschlands Recht an, sich selbst zu konstituiren, was Niemand, außer Thiers, bestritten hatte, auf der andern Seite schwärmte er wieder für die unnatürlichen „natürlichen Grenzen." Hierauf ergriff Thiers noch einmal das Wort, um die Politik der Bourbonen und seine eigene während des Juli-Königthums zu rechtfertigen, dagegen die Regierung zu verdammen. Bemerkenswerth ist es, daß selbst Thiers den Anschluß Süddeutschlands an den Norden als etwas Selbstverständliches hinstellt, das man nicht mehr verhindern könne. Unter dieser Voraussetzung ist gegen die Politik, die er anräth, nichts einzuwenden, nämlich, daß man selbst von Vergrößerungen absehen und nur verhüten müsse, daß andere sich vergrößern. Jedenfalls, betonte er nochmals mit großem Rechte, wenn die äußere Lage so zufriedenstellend sei, wie Offizielle und Offiziöse sie schildern, brauchen wir die enorme Bewaffnung nicht. Der Minister Rouher hatte all den gewichtigen Angriffen gegenüber einen schwierigen Stand. Er suchte die Militärreorganisation zu vertheidigen, indem er auf die Zukunft verwies, in der Frankreich vielleicht zu seiner Vertheidigung gezwungen sein würde, und indem er behauptete, die Regierung habe die preußische Organisation nachgeahmt, die sich so gut bewährt habe, eine Behauptung, die der Widerlegung nicht bedarf. Seine Vertheidigung der auswärtigen Politik der Regierung schloß er mit der Ankündigung, daß die Regierung in der Zukunft fürder aufmerksam und wachsam die Interessen Frankreichs im Auge behalten werde, jeden Annexionsgedanken aber von sich abweise. Trotz diesen beruhigenden Erklärungen und trotz der Beredtsamkeit des Ministers fand sich doch die verhältnißmäßig starke Minderheit von 45 Stimmen, welche gegen die einfache Tagesordnung stimmte. Die Erwartung, die allgemein gehegt wurde, daß man durch diese Debatten den Grund für die Unthätigkeit Frankreichs im letzten Sommer erfahren würde, ist, wie selbst der für die Regierung begeisterte Granier aussprach, getäuscht worden, aus dem einfachen Grunde nämlich, daß dafür weiter kein Grund vorhanden war, weil die französische Regierung in der That ohne bestimmten Plan im Trüben fischen wollte. Zwar das ist klar: ausgenommen eine kleine Anzahl nicht einmal ganz zuverlässiger Leute findet der neue Zustand Deutschlands nur Gegner in Frankreich; aber auf der andern Seite ergibt man sich oben sowohl wie unten in das Unvermeidliche, und wird dem Anschlusse Süddeutschlands an den Norden keinen ernsthaften Widerstand entgegensetzen. Dieser würde sich erst bei etwaigen weiteren Vergrößerungsplanen einfinden. Was die französische Regierung selbst anbetrifft, so geht sie stark erschüttert aus diesen Debatten hervor, in denen das größere Talent und die öffentliche Meinung, wie nicht zu läugnen ist, auf Seiten ihrer Widersacher waren. Bisher hatte der Stolz der Franzosen ihnen immer noch vorgespiegelt, daß sie zuletzt doch irgend etwas aus den Ereignissen des letzten Jahres erlangen würden, jetzt ist auch diese Illusion zerstört, die Enttäuschung und der Aerger allgemein. (Schw. M.)

Paris, 19. März. In der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 18. fuhr zunächst J. Favre in seiner am Samstag abgebrochenen Rede fort. Er tadelt den Mangel an Entschiedenheit, der sich in der französischen Politik des Jahres 1866 kundgegeben habe. Man hätte das Zusammengehen Preußens mit Italien verhindern sollen. Man wollte Alles schonen, Alles aufmuntern, um nachher Alles im Stiche zu lassen. Man wollte Oesterreich eine große Stellung in Deutschland erhalten, und von Preußen sich Aussichten auf gewisse Entschädigungen eröffnen lassen. An Uneigennützigkeit habe es darum der Regierung ebenso sehr gefehlt, als an Entschiedenheit. Das habe man in Deutschland wohl empfunden und sich über die Bedeutung der Rede von Auxerre, nämlich das Verlangen nach einem Stück Rheinprovinz, keiner Täuschung hingegeben. Allein ein Programm aufstellen und sich dann vor dem Sieger, der es zerreißt, verneigen, ist eine Frankreichs unwürdige Politik. Preußens Ehrgeiz kennt keine Schranken mehr. Der Redner versucht auch Mexiko zur Sprache zu bringen, wird aber vom Präsidenten unter Hinweis auf die Geschäftsordnung daran verhindert. Auf die Ursachen der jetzigen Situation eingehend, betont Favre die untergeordnete Stellung, welche der gesetzgebende Körper dem persönlichen Willen des Kaisers gegenüber einzunehmen gezwungen ist. Er schließt mit der Frage an der Regierung: ob sie die Annexion von Belgien und Luxemburg annehmen würde, wenn sie ihr angeboten würde? Ueber diese Aeußerung bricht ein wahrer Sturm von Vorwürfen und Invektiven aus den Reihen der regierungsergebenen Majorität gegen den Redner aus. Endlich ergreift Granier aus Cassagnac das Wort, um die Politik der Regierung zu vertheidigen, welche im vorigen Jahre den unwiderstehlichen Ereignissen ihren Lauf ließ und nun, indem sie sich auf alle Fälle rüstet, das Weitere abwartet. Thiers: Er müsse immer wieder der reinen Interessenpolitik das Wort reden und jede auf einem Prinzip beruhende Aktion entschieden tadeln. Der Zollverein verdanke seine Entstehung lediglich einem ganz materiellen Bedürfnisse, und Hr. v. Cotta, den Thiers als den Vater der Zolleinigung proklamirt, habe an nichts weniger als an die politische Einheit dabei gedacht. Am Schlusse seiner Rede formulirt Thiers, da die Geschäftsordnung keine motivirte Tagesordnung zuläßt, sein Votum zum Voraus dahin, daß es keinen Tadel für die Regierung ausdrücken, sondern dieser nur den Wunsch der Kammer zu erkennen geben soll, fortan die seitherige mißglückte Politik aufzugeben und eine andere, die liberal nach Innen und konservativ nach Außen ist, anzunehmen. Minister Rouher spricht nun zuerst über die militärische Reorganisation. Im weiteren Verlauf seiner Rede kommt Rouher dazu, von dem legitimen Boden, auf welchem der kaiserliche Thron beruht, dem allgemeinen Volkswillen, und dabei auch von dem 2. Dezember zu reden. Dieß ruft eine ungemeine Aufregung in der Opposition hervor; am Heftigsten sind Thiers und J. Favre. Rouher erwidert noch heftiger; er spricht von tobsüchtigen Leidenschaften (passions d'énergumènes), von Insurrektion, von Invektiven, die er verschmäht ꝛc. Picard und Pelletan tauschen mit Rouher mehrmals den Titel „factieux" aus. Rouher findet endlich den Uebergang in eine ruhigere Diskussion, indem er erklärt, daß, wie die kaiserliche Regierung auf dem Prinzip der Volkssouveränetät beruhe, sie auch jede andre Nation in ihrer Autonomie, in ihrer Macht und in ihrer Befugniß, sich eine Regierungsform zu geben, belassen, und ihre Souveränetät achten müsse. Bei Bekämpfung der Ansichten, welche Thiers gegen die italienische Einheit vorgebracht, findet Rouher Veranlassung, eine bis jetzt noch nicht bekannte Mittheilung über die zwischen Italien und Rom schwebende Finanzfrage zu machen. Italien hat bereits für die 20 Millionen Franks, die es am 1. Mai an die päpstliche Regierung zu zahlen hat, am 1. Januar bei der Konsignations- und Depositenkasse in Paris vollkommen ausreichende Garantie für den Betrag dieser Summe hinterlegt, und diese Kasse wiederum hat einstweilen der römischen Regierung eine Summe von 12. Mill., der sie bedürftig war, darauf vorgeschossen. Um die Schwierigkeiten, welche die Differenz zwischen den Ausgaben und den Einnahmen des päpstlichen Budgets in permanentem Zustande erhält, zu heben, habe die französische Regierung dem päpstlichen Stuhle mitgetheilt, sie sei bereit, Unterhand

lungen mit allen katholischen Regierungen zur Uebernahme, resp. verhältnißmäßigen Vertheilung der römischen Staatsschuld einzuleiten. (Sehr gut.) Zuletzt erneuert Rouher seine energischen Betheuerungen einer mit der Würde und den Interessen des Landes verträglichen Friedenspolitik, um das dem Menschen, wie den Staaten gesteckte große Ziel des Fortschritts, der Ruhe, des Wohlstandes, der Größe, der Zivilisation zu erreichen. Und wenn das Werk vollbracht ist, werden wir zu unsern Nachkommen sagen: „Machet es, wie wir. Lasset die heftigen Angriffe, die dreisten Vorwürfe vorübergehen, die Nachwelt wird uns richten.“ (Anhaltender Beifall.) Die Kammer schließt hierauf die Diskussion und schreitet zur namentlichen Abstimmung, deren Resultat — Uebergang zur Tagesordnung, jedoch mit einer bedeutenden Minderheit — bereits mitgetheilt worden ist.

Paris, 20. März. Die telegraphische Nachricht von der Veröffentlichung der Verträge zwischen Preußen und Bayern und Preußen und Baden erregt begreiflicherweise ein großes Aufsehen. Die „Gazette de France“ schreibt einfach als Titel über die betreffenden Telegramme: Antwort des Herrn von Bismarck auf die Rede des Herrn Rouher. — Der „Avenir national“ sagt, daß Herr von Bismarck fortfährt, sich auf Kosten der französischen Staatsmänner zu amusiren. „Er hat sich heute das Vergnügen gemacht, durch einen seiner geschickten Theatercoups die Vertrauensseligkeit, die Herr Rouher in seiner Rede entwickelte, zu stören.“ Die „Presse“ findet, daß die Geschichte Preußens im Jahr 1866 eines der größten Beispiele von Entschlossenheit und glücklichem Wagen darbietet, die je die Welt gekannt hat. In Bezug auf die Reden des Hrn. v. Bismarck wendet dasselbe Blatt den Vers Voltaire's an:

C'est du Nord aujourdhui que nous vient la lumière!

Es ist aber die „Presse“ nicht sonderlich von dem Lichte entzückt, das namentlich über die polnische Frage im Nordparlament angesteckt worden ist. — Die „Patrie“ meint, die Veröffentlichung der Verträge habe den Vorzug, eine von Jedermann vorgefühlte Situation vollkommen aufzuklären. Diese Verträge zeigen ihr zufolge so recht augenscheinlich, wie sehr ein jedes drohende Auftreten Frankreichs vor dem Kriege dazu geeignet gewesen wäre, Mißtrauen hervorzurufen und die Bündnisse zu beschleunigen, die im Herzen der Völker ihre Wurzel gefaßt hatten, trotz des feindlichen Zusammenstoßes im letzten Kriege.

Stockholm, 16. März. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer brachte Freiherr A. C. Raab eine von ihm angemeldete Interpellation an den Minister des Aeußern in Betreff der politischen Stellung Schwedens, den anderen Mächten gegenüber, vor, welcher Interpellation Herr Raab nach vorhergegangener ausführlicher Motivirung in den drei nachstehenden Fragen eine bestimmtere Form gab: 1) Ob der allgemeine politische Zustand in Europa, welcher nach den wichtigen Ereignissen des letzten Jahres entstanden, und ob das Verhältniß Schwedens zu seinen mächtigen Nachbarn von solcher Beschaffenheit ist, daß die gegründeten Hoffnungen, welche Se. Maj. vor zwei Monaten aussprach, nämlich: daß Schweden von den Streitfragen des übrigen Europas unberührt, im Genuß eines fortdauernden Friedens bleiben werde, jetzt noch eben so feststehen, wie zu der Zeit, als die Hoffnungen geäußert wurden? 2) Ob das intime Verhältniß, welches in den späteren Jahren unleugbar zwischen den beiden größten Mächten der Welt, Rußland und Amerika, entstanden ist, irgend welchen Einfluß auf Schwedens, durch den sogenannten Novembertractat, gesicherte Stellung ausüben kann? 3) Ob Se. Excell. der Minister des Aeußern beabsichtigt, wie im Jahre 1863, die Repräsentaion von solchen diplomatischen Schriftstücken in Kenntniß zu setzen, welche sich dazu eignen, einen klaren Ueberblick über die wirkliche Stellung Schwedens den anderen Mächten gegenüber abzugeben? Dieser Vortrag erregte eine sichtliche Sensation und wurde mit tiefstem Stillschweigen von der Versammlung angehört. Der Minister des Aeußeren nahm darauf das Wort und versprach, die gemachten Fragen an einem anderen Tage beantworten zu wollen, um so mehr, da er sich wegen Heiserkeit in dem Augenblick nicht verständlich genug machen könne.

Petersburg, 14. März. Das Journal veröffentlicht nicht weniger als 19 aus dem Jahre 1860 und Anfang 1861 stammende russische Aktenstücke über die orientalische Frage, theils ihrem vollen Inhalt nach, theils in Auszügen. In allen diesen Dokumenten spricht sich der Wunsch der russischen Regierung aus, einerseits den Leiden der christlichen Unterthanen des Sultans ein Ende zu machen, andererseits aber auch durch Verhindern des Ausbruchs einer Katastrophe der Pforte diejenige vortheilhafte Lage zu sichern, welche ihr den Frieden von Paris und die Erlassung des Hatti-Humayums von 1856 hätten bereiten können. Die zahlreichen Nachrichten, welche über die tiefe Mißstimmung der christlichen Bevölkerung der Türkei bei dem russischen Kabinet einliefen, veranlaßten dieses, die Großmächte zu einer Verständigung über diese Angelegenheit aufzufordern und ihnen die Veranstaltung einer Kollektivuntersuchung über die wahre Lage der Dinge in der Türkei vorzuschlagen. Auf diese Angelegenheiten beziehen sich vier der mitgetheilten Aktenstücke. Unterdessen hatte die Pforte in dem Wunsche, die Großmächte zu beruhigen und zugleich auch sich ihrer Kontrole zu entziehen, dem damaligen Großvezier Mehemed-Kybrisli-Pascha den Auftrag ertheilt, in Person die Provinzen zu bereisen und eine gründliche Untersuchung der Lage der Dinge zu veranstalten. Diese Maßregel wurde von den Kabinetten günstig aufgenommen, und das russische Kabinet hatte, obgleich es sich keine besonderen Illusionen über die Erfolge derselben machte, Alles gethan, um diese Erfolge sicherzustellen. Die russischen Konsuln aller Provinzen, durch welche der Vezier kommen sollte, waren deßhalb beauftragt worden, diesem von allen zu ihrer Kenntniß gekommenen Thatsachen, die ihn hätten aufklären können, Mittheilung zu machen. Dieser Zeit gehört ein besonderes Schriftstück an. Als die Blutbäder von Dschedda und Damaskus die gehegten Befürchtungen bestätigten, wurde bekanntlich die Besetzung Syriens durch französische Truppen beschlossen. Das diesseitige Kabinet fand jedoch, daß nicht nur die Christen des Libanon, sondern auch die anderen christlichen Unterthanen des Sultans ein Anrecht auf das Interesse Europa's haben, und es verlangte daher, daß der moralische Nutzen, welcher sich aus dieser Intervention ergeben müßte, auch allen anderen christl. Stämmen gesichert würde. Auf diese Epoche beziehen sich sieben andere der mitgetheilten Dokumente. Die Reise des Großveziers war unterdessen fortgesetzt worden. In vier Monaten hatte Mehemed-Kybrisli-Pascha die Bulgarei, Rumelien und Macedonien besuchen können. Er wurde, ehe er seine Aufgabe beendigt, von dem Sultan zurückgerufen. In seinem Bericht erklärte der Großvezier, daß er nirgends die Spuren eines konsequent durchgeführten Verfolgungssystems habe entdecken können, es seien eben nur einzeln dastehende Mißbräuche nachgewiesen worden. Dieser Ausgang einer mit so großer Feierlichkeit angekündigten Untersuchung konnte aber nur dazu dienen, die Lage der Christen noch zu verschlimmern. Daß Rußland dieser Ansicht war, ergiebt sich aus den drei Schriftstücken, welche sich auf diese Verhältnisse beziehen. Da tauchte wieder die Idee einer Konferenz in Konstantinopel auf, um in Gemeinschaft mit der Pforte die Reform zu prüfen, welche das britische Kabinet bereits formulirt und die andern Mächte anerkannt hatten. Diese Idee, welcher auch das russische Kabinet beigestimmt hatte, scheiterte an der Opposition des französischen, welches von einem solchen Schritte keinen praktischen Nutzen erwartete. Dieser Angelegenheit sind die vier letzten Depeschen gewidmet, von denen die beiden letzterenbereits aus dem Anfange des Jahres 1861 datirten. (H.N.)

Neueres.

Berlin, 23. März. Der „Staatsanzeiger“ publicirt den Bündnißvertrag mit Württemberg vom 13. August, welcher gleichlautend mit dem preußisch-bayerischen ist. — Der Reichstag nahm heute den fünften Artikel der Bundesverfassung mit dem Zusatze von Twesten an, betreffend die entscheidenden Befugnisse des Bundespräsidiums bei der Militär- und Marine-Gesetzgebung. Darauf beginnt die Generaldiscussion über die Abschnitte: Bundesrath und Bundespräsidium. Der Hauptgegenstand der Debatte war aber die Ministerverantwortlichkeit, gegen welche besonders von liberaler Seite Sybel, Braun aus Wiesbaden und Watzdorf aus Weimar sich aussprachen, für denselben waren Waldeck, Schulze-Delitsch und Miquel aus Hannover.

Pesth, 22. März. Hirnök vernimmt, daß Graf Emanuel Pechy nicht zum königlichen Commissär, sondern zum Gouverneur von Siebenbürgen ernannt sei.

Paris, 23. März. Gerüchtweise verlautet, daß der Besuch des Königs von Preußen zur Ausstellung entschieden sei. Das Palais Elysée soll zu seiner Aufnahme bestimmt sein.

Florenz, 22. März. In der bei der Eröffnung der Kammer gehaltenen Thronrede sagte der König: Nachdem jetzt die Unabhängigkeit und Freiheit des Landes gewonnen sei, müsse man dahin arbeiten, daß die Organisation eine dauerhafte werde. Die Bedürfnisse des Landes erlauben noch nicht, die Abgaben zu verringern; die Finanzfrage sei für Italien eine Frage der Ehre und des Ruhmes (gloire); die Organisation Italiens wird dem Lande Achtung und Kraft verleihen, in gleicher Weise wie die Erlangung seiner Unabhängigkeit.

New-York, 22. März. Kaiser Maximilian hat 2500 Dissidenten bei Calalmaquay geschlagen. — General Butler und Thaddäus Stevens setzen ihre Agitation für den Prozeß gegen den Präsidenten und für die Einziehung der Güter im Süden fort.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 85.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 26. März 1867.

Abonnements-Einladung.

Bestellungen auf die mit dem Unterhaltungsblatte Mnemosyne und dem Beiblatte Würzburger Anzeiger verbundene

Neue Würzburger Zeitung

für das mit dem 1. April beginnende II. Quartal nehmen alle Postämter und Postboten an, und werden solche rechtzeitig erbeten. Der Abonnementspreis beträgt in ganz Bayern

vierteljährlich nur fl. 1. 30 kr.

(Bei außerbayerischen Postämtern findet eine geringe Preiserhöhung statt.)

Es kömmt somit jede Nummer der Zeitung nebst Anzeiger (welcher selbst an Sonntagen erscheint, was im Jahre anderen Blättern gegenüber ein Mehr von über 50 Nummern entziffert) sowie mit dem Unterhaltungsblatt Mnemosyne **zusammen** auf den außerordentlich billigen Preis von

täglich einem Kreuzer

im Abonnement zu stehen.

Die „Neue Würzburger Zeitung" bringt nach wie vor Leitartikel über jede bedeutende politische oder handelspolitische Zeitfrage, ferner Original-Korrespondenzen und bei besonders wichtigen Vorkommnissen

telegraphische Depeschen

aus den größeren Städten Europa's.

Außer dem im Hauptblatte enthaltenen Feuilleton bringt das belletristische Beiblatt „Mnemosyne" Originalnovellen u. s. w. aus der Feder bekannter Schriftsteller, und hofft mit denselben neben dem übrigen Neuesten und Interessantesten aus dem Gebiete der Unterhaltungslekture, sowie ausgewählten Erzählungen, Gedichten, Miscellen, Aphorismen, Nekrologen, literarischen und Kunst-Kritiken u. s. w. ihre Leser nach jeder Richtung hin angenehm und lehrreich zu unterhalten.

Das täglich zur Zeitung erscheinende Gratis-Beiblatt **„Würzburger Anzeiger"** (welcher auch aparte um 42 kr. vierteljährlich bezogen werden kann) liefert alle lokalen Neuigkeiten, sowie eine kurzgefaßte Uebersicht der politischen Ereignisse, Markt-, Cours- und Sitzungsberichte u. s. w.

Exped. der „N. Würzburger Zeitung".

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 24. März. Se. Majestät der König hat den Baubeamten G. Ritter v. Herzig, genannt d'Aubigny v. Engelbrunner, von der Baubehörde Kempten I an die Baubehörde in Forchheim, sodann den kgl. Baubeamten F. Gareis von Forchheim an die Baubehörde Kempten I versetzt; das Benefizium in Moosbach, Bezirksamts Vohenstrauß, dem Priester G. Treitinger, Pfarrer in Tegernheim, Bezirksamts Stadtamhof, übertragen; genehmigt, daß die kath. Pfarrei Rodalben, Bezirksamts Pirmasens, von dem Bischofe von Speyer dem Priester J. Schmitt, Pfarrer in Vinningen, desselben Bezirksamts, und die kath. Pfarrkuratie Schabringen, Bezirksamts Dillingen, von dem Bischofe von Augsburg dem Priester L. Schweikart, Benefiziat in Gansheim, Bezirksamts Donauwörth, verliehen werde.

München, 23. März. Das königl. Reskript zur Vertagung des Landtages lautet nach der „Bayerischen Zeitung", wie folgt: „Ludwig II. rc. rc. Unseren Gruß zuvor, Liebe und Getreue! Wir finden Uns bewogen, den Landtag unter Bezugnahme auf die Bestimmungen des Tit. VII § 23 der Verfassungs-Urkunde bis auf Weiteres zu vertagen, und dabei gemäß Art. 11. des Gesetzes vom 12. Mai 1848 — die Behandlung neuer Gesetzbücher betr. — und gemäß Art. 2 des Gesetzes vom 4. Juni 1865 — die Behandlung der Gesetzentwürfe über Gemeindewesen, Ansässigmachung und Verehelichung, Heimath, Armenpflege und Gewerbswesen betr. — allergnädigst zu verfügen, daß die Gesetzgebungsausschüsse auch nach der Vertagung versammelt und in Thätigkeit bleiben sollen, um die hiernach begonnenen Arbeiten fortzusetzen. Indem Wir Euch Dieses eröffnen, verbleiben Wir Euch mit königlicher Huld und Gnade gewogen. München, den 21. März 1867."

A. C. **München,** 23. März. In der heutigen Sitzung der Abg.-Kammer richtete Hr. Abg. Jos. Wagner an das Justizministerium die Frage, ob die Staatsregierung gewillt sei, eine Gesetzesvorlage einzubringen, wodurch die Ablösung der Schmied- und Bader-Ehehaften ausgesprochen und normirt werde. Bekanntlich wurde im Landtagsabschiede von 1865 versprochen, daß diese Angelegenheit in Erwägung gezogen und seiner Zeit mit den gesetzgebenden Faktoren geordnet werden solle. Handelsminister v. Schlör entgegnete statt des wegen Krankheit abwesenden Justizministers: daß die Angelegenheit zum Handelsministerium ressortire; er hoffe der Kammer bei ihrem Wiederzusammentritt eine bezügliche Vorlage zu machen. — Abg. Golsen interpellirte wegen der in der Pfalz stattgefundenen zuchtpolizeilichen Verfolgungen gegen militärpflichtige Reservisten und Zurückgestellte, die sich der aktiven Kriegspflicht entzogen haben, und stellte an das Justizministerium die Frage: 1) ob es Kenntniß habe von den angedeuteten zuchtpolizeilichen Verfolgungen in der Pfalz; 2) ob es nicht für nothwendig geboten erachte, bei Sr. Maj. dem Könige eine Maßregel in Antrag zu bringen, wodurch diesen Verfolgungen ein Ziel gesetzt wird; und 3) bei Sr. K. Maj. die Begnadigung Derjenigen zu erwirken, gegen welche bereits Verurtheilungen der Gerichte erfolgt sind. Staatsminister v. Pechmann erwiderte hierauf, daß die Staatsregierung allerdings Kenntniß von den zuchtpolizeilichen Verfolgungen in der Pfalz erlangt und auch bereits untersucht habe, ob sich der Erlaß einer allgemeinen Amnestie empfehle. Diese Untersuchung habe jedoch ergeben, daß es nicht geeignet erscheine, dem König eine allgemeine Amnestie zu empfehlen; wäre der Amnestieparagraph des Friedensvertrages maßgebend, so bedürfte es überhaupt keiner Amnestie. Dieß sei aber hier in keiner Weise der Fall. Während bei dem vorjährigen Kriege in allen übrigen Kreisen sich nur 492 Widerspänstige vorfanden, hatten in der Pfalz 739 Jünglinge sich ihrer Dienstpflicht entzogen. Bis jetzt sei übrigens noch in keinem Falle eine rechtskräftige Verurtheilung erfolgt. Eine unterschiedslose Begnadigung könne die Staatsregierung nicht empfehlen, doch werde sie sicher in allen sich ergebenden Fällen nach den maßgebenden Umständen handeln. — Folgt hierauf Anzeigerstattung über geprüfte Beschwerden und Anträge von Abgeordneten. Bei dem Antrag des Abg. Marquard Barth und Genossen, die Herstellung eines Gesammtministeriums mit voller Solidarität betr., theilt Referent Krumbach mit, daß 94 Mitglieder des Hauses ihn unterschrieben hätten, und Antragsteller Barth hebt als Momente zur Begründung des Antrages hervor die zum Theil sehr herben politischen Erfahrungen, die man seit 1848 in Bezug auf die Ministerverantwortlichkeit gemacht und die große Majorität, die sich schon jetzt für den Antrag ausgesprochen habe, es sei dieß ein Zeugniß für das dringende Bedürfniß dessen, was verlangt werde. Abg. Kraußold fragt den Referenten des 4. Ausschusses über das Schicksal seines fast verschollenen Antrags, die gesetzliche Regelung der Schulfrage betr. Referent Gelbert weist nach, das er rechtzeitig sein Referat vollendet habe, daß aber der Ausschuß der Ansicht sei, sie in Verbindung mit dem Antrage der 1376 Pfälzer Schullehrer zu behandeln. v. Steinsdorf als Vorstand des Ausschusses bestätigt das letztere und meint, wenn man gewußt hätte, daß die Vertagung sobald einträte, so würde der Ausschuß wohl das Schulgesetz für sich allein zur Berathung gebracht haben. Abg. Hofmann erkundigt sich nach dem Schicksale des vor 9 Wochen eingereichten Antrags auf Durchführung der Religionsfreiheit. Als er dabei äußert, es scheine fast, man wolle erst sich Gewißheit über die bevorstehende Vertagung verschaffen, unterbricht ihn Präsident Dr. Pözl und weist dieß durch „nicht motivirte Behauptungen" zurück. v. Steinsdorf: Der Referent v. Münch sei in Urlaub, derselbe habe übrigens an das

Staatsministerium des Kultus eine Anfrage gerichtet, worauf erst vorgestern eine Antwort eingelaufen, es könne daher die Sache noch nicht erledigt sein. Staatsminister v. Pechmann verliest hierauf (wie bereits mitgetheilt) ein Dekret, wonach der Landtag bis auf weiteres vertagt ist und die Ausschüsse für die Sozialgesetze und für den Zivilprozeß zu sofortiger Thätigkeit berufen sind.

Stuttgart, 23. März. Der heutige „Staatsanzeiger" veröffentlicht den Allianzvertrag Württembergs mit Preußen. Derselbe ist gleichlautend mit dem Vertrage mit Bayern und Baden und beginnt wie diese: „Beseelt von dem Wunsche, die Beziehungen zwischen den Souveränen und Völkern beider Staaten künftig inniger zu gestalten, haben Ihre Majestäten" u. s. w. Der dritte Artikel enthält ebenfalls die Uebertragung des Oberbefehls an Preußen im Falle des Kriegs. Unterzeichnet ist der Vertrag von Varnbüler, Hardegg, Bismarck, Savigny und datirt vom 13. August, ist also der früheste. Das württembergische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten veröffentlicht zu gleicher Zeit eine Note an den ständischen Ausschuß mit dem Vertrage, worin die bisherige Geheimhaltung mit Art. 4 des Vertrags entschuldigt wird. In einem begleitenden Artikel wird gesagt: „Der Vertrag gibt dem Gedanken den praktischen Ausdruck, daß die nicht vereinigten Theile Deutschlands Ein Ganzes bilden sollen zur Wahrung der Integrität deutschen Gebiets, wenn es sich darum handelt, Stellung zum Ausland zu nehmen. Kein Deutscher, welcher Partei er auch angehört, sollte diesem Satz entgegentreten, und nur Wenige haben es bis jetzt öffentlich gethan. Es wird wohl an solchen nicht fehlen, welche in dem Vertrage die Möglichkeit einer Gefahr für Württemberg erkennen, der Gefahr, in einen Krieg verwickelt zu werden, dem es vielleicht hätte entgehen können. Wir gehören nicht zu Diesen, denn wir glauben, daß ein Staat von den Machtverhältnissen und von der geographischen Lage Württembergs von den Kämpfen ergriffen werden muß, welche weit mächtigere ihm benachbarte Staaten führen; haben doch bis jetzt die Neutralisirungen einzelner europäischer Staaten bei größeren kriegerischen Verwickelungen nie vorgehalten. Wenn dem aber auch so wäre, so müßten wir aussprechen: es gibt keine nationale Existenz ohne die Gefahr, welche sich an ihre Vertheidigung knüpft. Daß für den Bündnißfall dem Könige von Preußen der Oberbefehl im Kriege eingeräumt wurde, sollte wohl einer Beanstandung kaum begegnen. Schon zur Zeit des früheren Bundes dachte wohl Niemand an einen anderen Oberbefehl, als an einen solchen durch Oesterreich oder Preußen; es liegt dies einfach in der Macht und Natur der Verhältnisse; wäre es anders stipulirt, wäre die Uebertragung des Oberbefehls von jeweiligem Uebereinkommen abhängig gemacht, es würde in der Wirklichkeit nicht anders werden. Daß die Veröffentlichung nicht früher geschah, lag in Verhältnissen, welche die Contrahenten zu beachten hatten."

Karlsruhe, 20. März. Die „Karlsruher Zt." sagt über den Allianzvertrag: „Die großh. Regierung durfte bei diesem Abschluß mit voller Ueberzeugung voraussetzen, daß sie den Anschauungen der Landesvertretung entspreche. Sie hat sich darin auch nicht getäuscht, denn es ist später von der zweiten Kammer in ihrem Beschluß vom 24. Oktober v. J. der Wunsch zu Protokoll erklärt worden, die großherzogl. Regierung möge die vertragsmäßige Sicherung des Zusammengehens mit Preußen und dem Norddeutschen Bund für den Fall eines Krieges und die Verabredung dem entsprechender militärischer Einrichtungen zu erreichen suchen. Einige Tage später (am 31. Oktober) hat die erste Kammer die großherzogliche Regierung aufgefordert, sie möge ein Schutz- und Trutzbündniß Badens mit Preußen abzuschließen versuchen und die zur Wirksamkeit eines solchen Bündnisses und für den Schutz Deutschlands und Badens nöthigen militärischen Verträge und Verabredungen mit Preußen einleiten. Wenn nun auch durch die Bedingungen der Allianz vom 17. Aug. noch nicht eine Einheit der Armeen, wie sie für den Nachdruck und die Präcision der militärischen Operationen wohl erstrebenswerth erscheint, erreicht ist, so werden doch alle vaterländisch gesinnten Männer derselben die Beruhigung über die Sicherheit des deutschen Bodens entnehmen. Manches ist für diesen Zweck zu thun noch übrig geblieben, und die auf der Stuttgarter Militärkonferenz eingeleitete Nachbildung der preußischen Wehrverfassung in Süddeutschland darf noch nicht als genügend angesehen werden; aber das Wichtigste ist erreicht, indem in einem Kriegsfall der Norden und Süden Deutschlands vereint dastehen werden. Süddeutschland ist der Gefahr, der Kampfpreis fremder Kriege zu werden, entrückt, und der Norden hat eine beträchtliche Verstärkung der Militärkräfte erreicht. Die Sicherung der militärischen Cooperation der beiden deutschen Staatengruppen wird, wie man wohl befugt ist zu hoffen, sehr günstig für die Erhaltung des europäischen Friedens wirken. Dem heutigen Deutschland sind ebenso wenig als dem vormaligen deutschen Bunde aggressive Tendenzen zuzuschreiben; es hat über seine gegenwärtigen Gränzen hinaus keine neuen Provinzen zu suchen, und seine friedlichen Nachbarn haben seine militärische Stärke nur zu achten, nicht aber aus derselben Besorgnisse zu schöpfen. In diesem Sinne haben denn auch, wie wir erfahren, die großen europäischen Mächte die Nachricht von dem Abschluß der Allianzen zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten, die ihnen in diesen Tagen mitgetheilt worden ist, aufgenommen, da diese Verträge der Verbindung zwischen Nord- und Süddeutschland, die in den Nikolsburger Präliminarien und im Frieden von Prag in Aussicht genommen ist, entsprechen.... Wir wünschen und hoffen, daß der Tag fern bleiben möge, an dem die Bestimmungen der Allianz vom 17. August 1866 in Kraft treten müssen. Als die glücklichste Fügung werden wir es betrachten, wenn die Allianz ihre praktische Bedeutung dadurch erhält, daß sie eine vollständige Einheit des deutschen Vaterlandes in Gesetzgebung und Verkehr anbahnt!"

Karlsruhe, 23. März. Die „Karlsr. Ztg." negirt die telegraphisch aus Berlin mitgetheilte Nachricht, daß mit den Südstaaten, Württemberg ausgenommen, bereits eine Einigung über die künftige Bundesakte erzielt sei; es hätten irgend welche Unterhandlungen der bezeichneten Art überhaupt nicht stattgefunden.

Leipzig, 21. März. Mittelst fast einstimmigen Beschlusses von Rath und Stadtverordneten ist, angesichts der neu eingeführten Wehrverfassung, unsere Kommunalgarde aufgelöst worden. Es ist nicht zu zweifeln, daß dieser Schritt von der Regierung bestätigt werden und damit das Zeichen zur Beseitigung dieses im Jahre 1830 so hoch besubelten Bürgerwehr-Institutes im ganzen Lande gegeben sein wird. (Schw. M.)

Wien, 21. März. Die „Presse" schreibt: „Der Dualismus macht immer weitere Fortschritte; eine Reichsinstitution nach der andern fällt demselben zum Opfer. Jetzt scheint die Reihe an die Staatsschulden-Kontrols-Kommission gekommen zu sein. Das heute in der „Wiener Zeitung" publizirte kaiserliche Handschreiben, in welchem der Kommission die vollste kaiserliche Zufriedenheit ausgesprochen, dem Vorsitzenden-Stellvertreter Dr. Taschek, sowie den Mitgliedern der Kommission Winterstein und Professor Herbst das Ritterkreuz des Leopoldordens verliehen wird, kann wohl nur als der Vorläufer des Auflösungspatents der Kommission selbst betrachtet werden. Dem die volle Unabhängigkeit anstrebenden Ungarn muß die reichseinheitliche Kontrole der Staatsschuld allerdings ein Dorn im Auge sein. Den Staatsgläubigern war sie, trotzdem sie in Folge des Septemberpatents den festen, verfassungsmäßigen Boden unter den Füßen verloren, doch noch immer eine werthvolle Garantie. Wann und in welcher Weise wird dieselbe ersetzt werden? — Das Wahlergebniß des gestrigen Tages in Böhmen ist bereits bekannt, das Verhältniß der Abgeordneten aus den Landwahlbezirken bis auf Eine Stimme dasselbe geblieben. Der einzige Fortschritt der Deutschen besteht in dem Umstande, daß sie nicht allein alle Kandidaten durchgesetzt haben, sondern dieselben fast sämmtlich einstimmig gewählt wurden, während die Wahl der czechischen Kandidaten nur selten einstimmig erfolgte. Doch das ist von geringer Bedeutung. Höher anzurechnen scheint, daß, wie aus Prag gemeldet wird, der Großherzog von Toskana seine Vollmacht einem Mitgliede der verfassungstreuen Partei zugesendet hat. Das Beispiel würde in den Kreisen der Großgrundbesitzer von großer Wirkung sein und der verfassungstreuen Partei eine nicht unbedeutende Unterstützung zuführen."

Wien, 21. März. Das Schutz- und Trutzbündniß zwischen Preußen und Bayern, welches die politische und militärische Einigung von Deutschland bedeutet, bildet heute das Hauptthema der Betrachtungen unserer Blätter. In vorurtheilsfreien Kreisen, in denen man gewohnt ist, mit den gegebenen Thatsachen zu rechnen, betrachtet man dieses Bündniß als eine Garantie des Friedens, einerseits, weil nunmehr die Besorgniß verschwindet, daß Frankreich, die deutsche Uneinigkeit benützend, den Versuch machen könnte, einen neuen Rheinbund zu organisiren, und andererseits, weil nunmehr die für Oesterreich letzte Aussicht verschwindet, mit Süddeutschland in eine engere Verbindung zu treten. Eben darum hat aber auch auf jene Partei, die eine Politik der Wiedervergeltung verfolgen wollte, die Veröffentlichung des zwischen Preußen und Bayern abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisses wie ein Donnerschlag gewirkt, denn sie sieht jetzt alle ihre Hoffnungen zertrümmert. Das aber ist eben, was allenthalben befriedigt. Hier hofft man, daß unsere Diplomatie, die ja dem Ausspruche Beust's zufolge mit den Metternich'schen Ueberlieferungen vollständig gebrochen hat, nunmehr ihr Augenmerk darauf richten werde, die Allianz mit Preußen zu suchen, welche den Frieden von Europa schützen würde. Jetzt muß es sich zeigen, ob Herr v. Beust wirklich der Staatsmann ist, der, auf der Höhe seiner Zeit stehend, die Aufgabe zu erfüllen im Stande, welche er übernommen hat. (Schw. M.)

Wien, 22. März. Die Minister Beust, Becke und Wüllersdorff sind, gleichwie der Fürst Hohenlohe, welcher die letzten Tage in Pest zubrachte, bereits wieder in Wien eingetroffen; nur Se. Ma-

jestät der Kaiser weilt noch in der Hauptstadt Ungarns und es heißt, derselbe werde noch vor der Rückkehr nach Wien einen Ausflug nach Siebenbürgen machen und sich dahin von dem Minister, dem ehemaligen Gouverneur von Siebenbürgen, Grafen Miko, begleiten lassen. (Presse.)

Die „Wiener Presse“ bringt folgende Nachricht: „Wir vernehmen aus guter Quelle, daß Hr. v. Benedetti (der französische Gesandte in Berlin) hauptsächlich aus dem Grunde nach Paris kam, um sich ausführlich über die Preußen gegenüber zu beobachtende Haltung zu besprechen. Wahrscheinlich wird derselbe die intimsten Gedanken des Kaisers nach Berlin mitbringen, noch wahrscheinlicher aber dieselben für sich behalten und Herrn von Bismarck nur das Unerläßliche mittheilen. Dieß soll, unserer Quelle zufolge, darin bestehen, daß Frankreich die Erwerbung Luxemburgs als einen überaus dringenden Wunsch formuliren, die Räumung der Festung Seitens der preußischen Truppen hingegen kategorisch fordern wird. Hr. v. Benedetti kannte das Bestehen der preußisch-bayerisch-badischen Offensiv- und Defensivverträge; Graf v. Bismarck zeigte sich bereit, die Veröffentlichung derselben bis nach dem Schlusse der betreffenden Kammerdebatte zu vertagen. Unser Gewährsmann sagt, der Schwerpunkt der französisch-preußischen Beziehungen sei Luxemburg und werde es bleiben; je nachdem sich Preußen diesfalls entschließen werde, sei eine mildere oder stärkere Sprache Frankreichs zu gewärtigen.“

Dem „Nürnb. Korresp.“ schreibt man aus den **Niederlanden**, 19. März: „Im Großherzogthum Luxemburg selbst laufen jetzt Gerüchte von Unterhandlungen über eine Abtretung an Frankreich um; dieses habe eine Kaufsumme von nicht weniger als dreihundert Mill. Fres. angeboten und eine Volksabstimmung über die Einverleibung in Vorschlag gebracht. In vertrauenswerthen Kreisen in Haag erklärt man jedoch fortwährend diese ganze Nachricht für unbegründet.“

Paris, 22. März. Der „Moniteur“ zeigt heute an, daß der Marineminister vom Contreadmiral de la Roncière le Noury aus Veracruz vom 16. d. M. die Nachricht von der vollständigen Räumung Mexiko's erhalten habe. Die erste Frage, die sich jetzt erhebt, ist die, ob auch die französischen Zollbeamten, in deren Hände die einzige Bürgschaft für die Entschädigung der französischen Interessen gelegt war, den Hafen Veracruz verlassen werden, noch ehe die Stadt in die Hände von Alvarez oder Diaz fällt. Damit, daß der Konsul der Vereinigten Staaten mit dem Schutze der Fremden in Mexiko betraut wurde, ist man noch lange nicht von der Unruhe befreit, welche die Frage erweckt, ob derselbe lediglich materiellen Gewaltsamkeiten entgegentreten oder im Nothfall, wie der preußische Konsul von Guadalajara, sich an die Spitze der fremden Kolonie stellen werde. Hier wimmelt es von flüchtigen angesehenen Familien aus Mexiko. (Frkftr. Ztg.)

Madrid, 22. März. Ein königliches Dekret, betreffend die öffentliche Ordnung, erklärt an Gesetzesstatt bis zur Einbringung in der Kammer, daß im Falle einer Emeute verdächtige Individuen nach den von der Regierung bezeichneten Orten deportirt werden können. Die Fremden müssen im Besitze von Dokumenten sein, welche ihre Identität konstatiren, widrigenfalls sie verhaftet werden. (N. K.)

Florenz, 18. März. Das Ergebniß des größten Theils der gestrigen definitiven Wahlen ist bekannt. Dasselbe ändert im Ganzen den Eindruck nicht, den die ersten Wahlen gemacht haben. „Die Auflösung der Kammer hat den Zweck nicht erfüllt, welchen der Minister-Präsident sich vorgesetzt hatte. Alle politischen Parteien ließen Opfer auf dem Schlachtfelde, aber die Massen der Armeen konnten sich retten, und sie stehen sich gegenüber, wie vorher, und ziemlich in derselben Stärke, wie vorher. Läßt sich hoffen, einen mittelbaren Vortheil aus der Thatsache der Wahlen zu ziehen, obwohl deren Zweck verfehlt worden ist? Es läßt sich wenigstens versuchen. Es läßt sich versuchen, indem man alle Diejenigen aus ihrer Unentschiedenheit aufscheucht, welche in die Kammer geschickt worden sind, ohne daß sie eine bestimmte Fahne entfaltet haben.“ Dieß ist das Urtheil der „Opinione“, eines Blattes, welches sich stets durch seine nüchterne Klugheit, durch seinen Mangel an Rhetorik und Optimismus vor der Mehrzahl seiner italienischen Kollegen ausgezeichnet hat. (A. Z.)

Florenz, 22. März. Der König eröffnete heute in Person die neue Session. Se. Majestät äußerte in der Thronrede: Meine Herren Senatoren, meine Herren Deputirten! Zum Heile Italiens, das mir seine Geschicke anvertraut hat, habe ich es geboten erachtet, die Vertretung des Landes aus der Quelle der National-Abstimmung neu erfrischt zu sehen. Ich hege das Vertrauen, daß sie aus derselben das Bewußtsein von den ernsten Bedürfnissen und von der nöthigen Kraft, um denselben zu genügen, geschöpft haben wird. Es gab eine Zeit für kühne Entschlüsse und verwegene Unternehmungen. Ich bin diesen Weg voll Vertrauen auf die Gerechtigkeit der Sache gewandelt, die Gott mich zu vertheidigen berufen hatte. Die Nation ist mit Eifer meinem Rufe gefolgt. Durch unsere Eintracht und Ausdauer haben wir die Unabhängigkeit erlangt, die Freiheit bewahrt. Jetzt, wo seine Existenz gesichert ist, verlangt Italien, daß die Kräfte der Intelligenz und des Willens nicht in Maßlosigkeiten und Rivalitäten erschöpft, sondern so konzentrirt werden, daß sie dem Lande eine feste und vernünftige Organisation verleihen, um in Ruhe die Elemente des Lebens und des Wohlergehens zu entfalten, womit es von der Vorsehung ausgestattet ward. Die Nation erwartet, daß die Kammern, sowie die Regierung sich mit Umsicht und Entschlossenheit diesem Werke der Wiedergeburt widmen. Die Völker lieben und schätzen die Institutionen nach Verhältniß der Segnungen, die sie bringen. Es ist nöthig, zu zeigen, daß unsere Institutionen den edlen Erwartungen, der nationalen Thätigkeit und Würde entsprechen und daß sie zugleich eine Bürgschaft der guten Organisation des Staates und des Wohlergehens der Bevölkerungen sind, damit das Vertrauen auf die Freiheit bei ihnen nicht schwindet, auf der die Ehre und Kraft unserer politischen Wiedergeburt beruhte. Um zu diesem Ziele zu gelangen, wird meine Regierung Ihren Berathungen einen vollständigen Gesetzentwurf zur Administrativ-Organisation unterbreiten, der zugleich die Freiheit und die Autorität kräftigen und die Beziehungen zwischen Regierung und Regierten leichter und minder kostspielig machen wird. Während die Provinzen und Gemeinden der größten Freiheit in der Sphäre ihrer Gerechtsamen sich erfreuen, wird man in die Hand des Provinzial-Chefs die ausgedehntesten Vollmachten legen müssen, um die der Centralisation anklebenden Unzulänglichkeiten durch Anwendung eines Mittels zu vermindern, das die Bande der Einheit wieder stärker zu machen im Stande ist. Zugleich werden Ihnen Gesetzentwürfe zur Vereinfachung und zur Gleichmäßigkeit der Steuer-Erhebung vorgelegt werden, um die Kontrolirung wirksamer zu machen. Die Bedürfnisse des Staates gestatten augenblicklich noch keine Verminderung der Steuerlasten. Aber eine strenge Sparsamkeit und die wachsame Anwendung der neuen Gesetze werden die Abgaben minder schwer empfinden lassen. Eine rasche Diskussion und die kräftige Durchführung der beantragten Reformen allein sind im Stande, unseren Kredit herzustellen und der Nothwendigkeit neuer Steuerlasten vorzubeugen. Die Finanzfrage ist gegenwärtig für Italien nicht allein eine Frage von höchster Wichtigkeit, sondern sie ist nicht minder eine Frage der National-Ehre und Würde. Das Parlament wird, wie ich durchaus nicht bezweifle, seine ganze Thatkraft ihrer Lösung widmen. Bei feierlichen Gelegenheiten haben wir Europa die Zusage gegeben, daß wir demselben eine neue Kraft der Gesittung, der Ordnung und des Friedens werden würden, sobald wir uns im Besitze der National-Existenz befänden; diese Zusage muß pünktlich erfüllt werden. Meine Herren Senatoren! Meine Herren Deputirten! Ehre und Wohlergehen wie die Zukunft des Landes sind in Ihre Hände gelegt; wenn es ein Ruhm für uns war, die Unabhängigkeit verwirklicht und der Nation Bewegung und Eifer gegeben zu haben, so wird es kein geringerer Ruhm für Sie werden, ihre inneren Angelegenheiten zu organisiren und sie dadurch gesichert, geachtet und stark zu machen.

Dänemark. Die am 15. März verstorbene Mutter des Königs von Dänemark, die Herzogin Louise Caroline von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, war eine hessische Prinzessin, eine Tochter des dritten Sohnes Friedrichs II., Landgrafen Karl, weiland Generalstatthalters von Schleswig und Holstein, sowie Vizekönig von Norwegen, gestorben am 17. August 1836 im 92. Lebensjahre. Die Prinzessin war am 28. Sept. 1789 geboren, vermählte sich 1810 mit Wilhelm, Herzog von Holstein-Beck, seit 1825 zugleich mit Glücksburg belehnt, und starb bei ihrer in Ballenstädt wohnenden zweiten Tochter, der 1811 gebornen Prinzessin Friederike, welche seit 1834 mit dem 1863 verstorbenen Herzog Alexander von Anhalt-Bernburg vermählt war. Der jetzige König von Dänemark (geb. 1818) war das erste Kind der Prinzessin. (Der Name der Verstorbenen ist nicht zu verwechseln mit dem der ebenfalls ganz kürzlich verschiedenen Herzogin Louise Sophie von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg.)

Konstantinopel, 10. März. Die in den letzten Tagen hier erfolgte Installation des neuen ökumenischen Patriarchen Gregor VI., und dessen feierlicher Empfang beim Sultan hat diesmal mit einem ganz ungewöhnlichen Pomp und einem weit imposanteren Ceremoniel, als dies je früher der Fall war, Statt gefunden. Der Sultan richtete an ihn folgende Worte: „Ich hoffe, daß Sie auf dem Patriarchensitze die Interessen der orthodoxen Mitglieder Ihrer Kirche wahren und sich mit dem Wohle und Gedeihen meiner geliebten Unterthanen der griechischen Gemeinde befassen werden. So oft Sie hierbei des Beistandes meiner Regierung bedürfen sollten, werden Sie die Hohe Pforte stets bereit finden, Ihnen beizustehen. Ich mache zwischen meinen muselmanischen und christlichen Unterthanen durchaus keinen

Unterschied — ich betrachte sie alle, ohne Rücksicht auf Religion oder Race, als gleiche Bürger meines Reichs." Hierauf ließ der Sultan dem Patriarchen das große Band des Medschidiordens überreichen. (N.Fr.Pr.)

Frankfurter Börse (18. bis 23. März).

23. März. Kein Geschäft, kein Vertrauen — das ist der ewige Refrain der fortdauernden Jeremiade und warum? Kein Mensch weiss es, man fürchtet sich vor Etwas Ungreifbarem, und sonderbarerweise, je mehr sich Deutschland konzentrirt, desto mehr schmollt das Kapital. Bei ganz genauer Zergliederung der Ursachen wurzelt diese Furcht nur in dem möglichen Streite mit Frankreich, zu dem der Kaiser von den terrorisirenden Einflüssen, getragen von Gloire und Eitelkeit, gedrängt werden könnte. Und sicherlich ist der bindende Kitt für den Bau der deutschen Einheit nur aus dem in solchem Nationalkriege vergossenen Blute zu holen. Aber das ist alles noch eine Zukunftsmusik, und wer jetzt schon darauf spekuliren wollte, könnte sich zehnmal ruiniren, bis er Recht bekömmt. Es wird sich im Gegentheil das Vertrauen bis zu einem gewissen Grade wieder in den Schlaf singen lassen. Von Oesterreich kommen täglich neue Emissionen. Die Regierung, in gerechter Würdigung der Wichtigkeit der Eisenbahnen, geizt nicht mit Zinsgarantien, und so bringt jetzt die englisch-österreichische Bank die 5 pCt. in Silber garantirten, 15 Jahr steuerfreien Aktien der neuen Rudolfsbahn zu einem im Verhältnisse der anderen österreichischen Papiere enorm billigen Preise an den Markt. Den Wiener Wechselkurs zu 92 gerechnet, würde sich der Preis für eine solche in Silber zahlbare Aktie auf etwa 52 stellen. Dabei ist die Melioration einer Eisenbahn gar nicht in Betracht genommen, jedenfalls verdient das Papier einen Vorzug vor den 5pCt. Staatsanleihen, denn es hat eine Gegenwart und — eine Zukunft.

Oesterr. Fonds erlitten in abgelaufener Woche auf der ganzen Linie weitere Einbusse und das Geschäft war wenig belebt. Am meisten wurden 1860er Loose betroffen, die gegen den Schlusskurs vor 8 Tagen fast 2 pCt. eingebüsst haben.

Süddeutsche Fonds haben bei geringem Geschäft ihren vorwöchentlichen Kurs konservirt. Von Anlehensloosen bleiben die älteren vernachlässigt, das Material ist zumeist fest gelegt und die unvortheilhaften Ziehungspläne rufen keine Nachfrage hervor, während die neuen Emissionen darin verlockender ausgestattet sind und die Spekulation anregen. So wurden Mailänder 10 Fr. Loose nach der Ziehung in Posten zu $4\frac{1}{2}$ umgesetzt. Amerikaner variirten die Woche $\frac{1}{8}$ auf und abwärts und erfreuten sich inmitten des allgemeinen Marasmus noch einer relativ guten Nachfrage. Nordische Fonds, wie Schweden, Russen, Finnländer vernachlässigt, von ersteren soll für Eisenbahnzwecke eine neue Anleihe im Anzug sein. $4\frac{1}{2}$pCt. Eidgenössische über Pari gegangen, auch $4\frac{1}{2}$ Berner besser bezahlt ($95\frac{1}{4}$.)

Sämmtliche E.-B.-Aktien flau und im Kurs herabgesetzt. Taunus den Umständen nach gut behauptet zu 338, was für den festen Besitz dieses Effekts spricht. In östlicher Richtung direkt von Frankfurt aus ist für die Taunusbahn eine bedeutende Ausdehnung und Erweiterung ins Auge gefasst, und vorbereitende Schritte sind betreffenden Ortes bereits geschehen. Es handelt sich nämlich unter Ueberlassung der Frankfurter Verbindungsbahn um eine eigene Fortführung der Taunusbahn via Offenbach nach Hanau und von da über Stockstadt mit Abzweigung in den Odenwald nach Erbach und Michelstadt bis Wertheim, zum Anschluss an die grosse badisch-bayerische Linie. Es sind dies 19 Meilen Bahnbau mit einem Anlagekapital von 17 Mill. Gulden, aber es können daraus, wenn die Ausführung und Leitung in die rechten Hände und Kanäle gelangt, ganz ausserordentliche Betriebsresultate erzielt werden, zumal die Einmündung dann in einen gemeinsamen Bahnhof erfolgt. — E.-B.-Prioritäten, zumal in Francs zahlbar, gewichen und unter diesen wieder Livorneser sehr ausgeboten.

Von Kreditaktien schienen österreichische am Beginn der Woche sich heben zu wollen, fielen aber schon Tags darauf zurück und schliessen heute 167 d. i. $3\frac{1}{2}$ fl. schlechter als vor 8 Tagen, man kauft damit noch immer nur die Hoffnung auf bekannte, aber leider noch ungewisse lukrative Geschäfte. Bei Darmstädtern hatte man bereits auf die Superdividende verzichtet, das halbe Prozent, welches im letzten Augenblick noch ausgepresst wurde, hat den Kurs nicht gehoben, er steht vielmehr heute gegen letzten Samstag um fl. 4 niedriger. Auch österr. Nationalbank verloren fl. 13.

Die Geldabundanz nimmt eher zu als ab und im Privatverkehr ist Diskonto 1 pCt. unter Banksatz anzubringen. Fremde Wechsel k. S. konnten sich auf dem hohen Stand der Vorwoche nicht ganz behaupten. Wien erlitt einen Rückgang von 1 pCt. (Akt.)

	18.	23.		18.	23.
5% Oestr. National	$53\frac{7}{8}$	$53\frac{5}{8}$	4% Darmstädt. do.	$94\frac{5}{8}$ B	$94\frac{1}{8}$ B
5% do. Metal. (1859)	$61\frac{1}{8}$	$61\frac{1}{4}$ B	$3\frac{1}{2}$% do. do.	—	—
5% do. Lose (1860)	68	$66\frac{1}{2}$	$4\frac{1}{2}$% Nassauer do.	97 B	$97\frac{1}{2}$ B
— do. do. (1864)	$73\frac{5}{8}$ B	$72\frac{3}{4}$	4% do. do.	—	91
Oestr. Kreditl. (58)	$120\frac{1}{4}$ B	$118\frac{1}{4}$ B	$3\frac{1}{2}$% do. do.	$86\frac{3}{4}$ B	$87\frac{1}{4}$ B
5% Bayer. Obligat.	—	—	4% Kurhess. do.	—	—
$4\frac{1}{2}$% do. do.	$96\frac{3}{8}$ B	$96\frac{1}{4}$	$3\frac{1}{2}$% Frankf. do.	$83\frac{1}{2}$ B	$83\frac{1}{2}$ B
4% do. do.	$92\frac{3}{8}$ B	$92\frac{1}{4}$ B	3% do. do.	$72\frac{1}{2}$	$73\frac{1}{4}$
4% do. 100 Thl.-L.	$99\frac{1}{4}$	$99\frac{1}{4}$	6% Amerik. (1882)	$77\frac{1}{2}$	$77\frac{1}{4}$
$4\frac{1}{2}$% Würtemb. Obl.	$96\frac{1}{4}$ B	$96\frac{1}{4}$ B	Oestr. Kredit. . .	171	$167\frac{1}{2}$
$3\frac{1}{2}$% do. do.	—	$85\frac{1}{4}$ B	Oestr. Nat.-Bank	674 B	667
$4\frac{1}{2}$% Badische do.	$96\frac{3}{8}$ B	$96\frac{3}{8}$ B	Frankfurter do.	$134\frac{1}{2}$ B	135 B
4% do. do.	$91\frac{1}{2}$	$91\frac{1}{4}$ B	Bexbacher E.-B.	$155\frac{1}{2}$ B	154 B
$3\frac{1}{2}$% do. do.	$86\frac{1}{2}$	$86\frac{1}{2}$ B	Bayer. Ostbahnen	$116\frac{1}{2}$	$116\frac{1}{4}$ B

Neueres.

Berlin, 24. März. Der „Staats-Anzeiger" veröffentlicht den Ministerialbeschluß vom 19. v. M., betreffend die Kosten der Stellvertretung für die zum Reichstage gewählten Beamten, ferner das Gesetz, betreffend die Aufhebung des Einzugsgeldes. — Der „Staats-Anzeiger" publicirt das preußisch-württembergische Schutz- und Trutzbündniß vom 13. August v. J. Dasselbe ist mit dem bayerischen und badischen identisch.

Wien, 24. März. Fleurys Mission ist angeblich politisch bedeutungslos; sie bezwecke nur die Vertretung Napoleons bei der Ofener Kaiserkrönung. — Ein österreichisch-preußisches Bündniß steht für den Kriegsfall in Aussicht.

Bukarest, 23. März. Das Gesetz, welches Gladstone, Roebuck, Michelet, Quinet, Girardin, Ubicini und Bettailard das rumänische Bürgerrecht verleiht, wurde vom Fürsten bestätigt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr G. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$66\frac{3}{4}$ P.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$61\frac{2}{8}$ P.
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$53\frac{1}{2}$ P.
"	5pCt. Metall. Obligat.	46 P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	$39\frac{1}{2}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$96\frac{1}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$96\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$91\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$91\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto	$91\frac{1}{2}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$96\frac{1}{2}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$85\frac{1}{2}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$96\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$86\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$94\frac{1}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$97\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	91 P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	86 P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	83 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt. " " "	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	86 P.
N.Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
"	6pCt. ditto r. 1882 "	$77\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	130 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	674 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$168\frac{1}{2}$—68 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	206 P. 205 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$97\frac{1}{2}$ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	341 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	112 P.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$109\frac{1}{2}$ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	$154\frac{1}{4}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$91\frac{1}{4}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$111\frac{3}{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$48\frac{3}{4}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$246\frac{1}{2}$ P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$45\frac{1}{4}$ P
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$116\frac{1}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz	$116\frac{1}{4}$ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{4}$ P.
Antwerp Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{1}{2}$ P.
Brussel Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{1}{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{4}$—$\frac{1}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$91\frac{3}{4}$ G.
do. in öst. W. 1 S.	$91\frac{1}{4}$—$\frac{3}{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
" fl. 500 v. 1860 6/7	67—$\frac{1}{4}$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$119\frac{1}{8}$ P.
" do. v. 1864	$72\frac{1}{4}$—$\frac{3}{4}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{1}{2}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{1}{8}$ P.
Badische fl. 35	$53\frac{5}{8}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54\frac{5}{8}$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$142\frac{1}{4}$ G.
" fl. 25 do.	$37\frac{1}{4}$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{3}{4}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	71 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$28\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$32\frac{1}{4}$ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{5}{8}$ P.

Frankfurt, 25. März. Die heutige Woche eröffnete in derselben apathischen Stimmung, wie die vorige verlief. Die Course waren, ohne daß äußere Veranlassungen vorlagen, etwas fester, der Umsatz jedoch ohne alle Bedeutung. Weder in österreichischen noch in amerikanischen Papieren war die Spekulation rege. Süddeutsche Werthe still. Von Eisenbahnen Ostbahn offerirt. Von Wechseln Wien $\frac{1}{8}$ höher. Gutem Vernehmen nach werden die Esterhazy-Coupons per 31. Dezember 1865 demnächst bezahlt. (Sznd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

n die
Staatsbibliothek
München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 86.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 27. März 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 25. März. Se. Majestät der König hat den k. Bezirksinspektoren E. Baumann in Bamberg und A. Schäzler in Nürnberg das Ritterkreuz 1. Klasse des Verdienstordens vom heil. Michael, dem Betriebs-Ingenieur J. Strebl in Hof, dem Telegraphen-Ingenieur E. Seifert in Speyer, dem Maschinenmeister Ludw. Bockemüller in Hof und dem Ostbahn-Betriebs-Inspektor M. Wetter in Welden das Ritterkreuz 2. Klasse des genannten Ordens verliehen; dem k. preußischen geheimen Regierungsrath und Professor der Geschichte, Dr. L. v. Ranke, in Berlin das Großcomthurkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael verliehen; dem weltlichen Konsistorialrath Fr. L. Meyer in Ansbach das Ritterkreuz 1. Klasse des Verdienstordens vom heil. Michael verliehen; dem Dechant des Kollegiatstiftes zu St. Johann in Regensburg, bischöflich geistlichem Rath Gg. Schumann, in Rücksicht auf seine fünfzigjährigen, mit Eifer und Treue geleisteten Dienste das Ehrenkreuz des kgl. bayerischen Ludwigs-Ordens verliehen; dem magistratischen Rathdiener Jos. Rauch in Freising in Rücksicht auf seine mehr als fünfzigjährigen, eifrig und treu geleisteten Dienste die Ehrenmünze des kgl. bayerischen Ludwigs-Ordens verliehen; dem Schullehrer J. K. Fr. Rentsch in Langenau in Rücksicht auf seine fünfzigjährigen, eifrig und treu geleisteten Dienste die Ehrenmünze des k. bayerischen Ludwigs-Ordens verliehen.

Berlin, 23. März. Gestern nahm der König die Glückwünsche zum siebenzigsten Geburtstage von der königlichen Familie, dem Hofe, der Generalität, den Ministern, den Botschaftern, den Fürstlichkeiten und von den Präsidenten des Reichstags entgegen. Der königlich sächsische General-Lieutenant und Kriegsminister von Fabrice überreichte ein Glückwunsch-Schreiben seines Souveräns. Der fürstlich rumänische Oberlieutenant Racowitz überreichte ein Schreiben des Fürsten Karl von Rumänien. Außerdem wurden die Bischöfe von Osnabrück und Hildesheim in Audienz empfangen. Abends fand Soirée von 400 Personen nebst Theatervorstellung im k. Palais statt. — Bei der Königin stattete gestern die kgl. Familie mit den anwesenden hohen Gästen ihre Glückwünsche dem Könige ab. — Dem König sind gestern von verschiedenen Höfen Glückwünsche durch den Telegraphen zugegangen. (N.-Z.)

Berlin, 23. März. Der heutigen Sitzung des Reichstages wohnten in der Hofloge die Großherzöge von Mecklenburg-Schwerin, von Oldenburg, von Baden und von Sachsen-Weimar, sowie der Herzog von Meiningen bei. Der Präsident theilte mit, daß Se. Maj. der König bei dem gestrigen Empfang dem Reichstags-Präsidium seine Befriedigung über den bisherigen Gang der Verhandlungen ausgesprochen habe, welche eine im Interesse des Gesammtvaterlandes gebotene und dem Könige namentlich am Herzen liegende Herbeiführung des gewünschten Resultates hoffen lasse. — Es folgt die Berathung des fünften Artikels. Das Amendement Zachariae, welches dem fünften Artikel Bestimmungen über die Ausübung der Bundesgewalt durch verfassungsmäßige Organe hinzufügt, wird abgelehnt, nachdem Graf Bismarck dasselbe für inhaltslos erklärt und hinzugefügt hatte, daß die Bundesregierungen jede Verfassungsänderung als einen Akt der Bundesgesetzgebung ansehen. Der fünfte Artikel wurde hierauf angenommen mit dem Zusatze Twestens bezüglich der entscheidenden Befugniß des Bundespräsidiums bei der Militär- und Marinegesetzgebung. Hierauf folgt die Generaldebatte über die Abschnitte „Bundesrath, Bundespräsidium und Reichstag." v. Sybel erklärt sich in ausführlicher Rede für die betreffenden Abschnitte; er spricht sich gegen die Annahme der Kaiserkrone von Seiten Preußens aus und hält eine Ministerverantwortlichkeit in dieser Verfassung für bedeutungslos. Waldeck (gegen) wünscht Ministerverantwortlichkeit und bekämpft den Bundesrath, welcher einer republikanischen Spitze ähnlich sei. Kein Volksrecht dürfe preisgegeben werden. Wagener (für) hält die Ministerverantwortlichkeit für wesenlos, wünscht auch ein Oberhaus, begnügt sich aber dem Verfassungsentwurfe gegenüber mit dem bloßen Wunsche. Particularistische Anträge auf Erweiterung der Befugnisse des Reichstages bezweckten die Hinderung des Verfassungswerkes. Minckwitz (Sachse) tadelt den Cäsarismus des Entwurfs und vertheidigt als deutscher und sächsischer Patriot die Selbständigkeit der Einzelstaaten. v. Watzdorf-Weimar (für): Der Entwurf sei gegen die Verhältnisse vor 1866 ein bedeutender Fortschritt; er führe aus einem rechtlosen in einen Rechtszustand. Die Beschränkung des Gesandtschaftsrechts und die Ministerverantwortlichkeit seien inopportun. Schulze (Berlin) spricht für Ministerverantwortlichkeit. Braun (Wiesbaden) gegen Verantwortlichkeit und Oberhaus. Miquél wünscht Ministerverantwortlichkeit, hält die Befugnisse des Bundesrathes und des Bundespräsidiums für nicht genügend umgrenzt, im Uebrigen jedoch ist er für den Entwurf. Die Einzelstaaten mögen nicht fortwährend thun, als brächten sie große Opfer, Preußen bringe auch Opfer. Die Diskussion wird hiermit geschlossen. Ohne Debatte werden einige Wahlprüfungen erledigt. Am Dienstag wird wieder Sitzung stattfinden.

Der Berliner ┼ Correspondent der „Köln. Ztg." schreibt unterm 23. März: Der „Staats-Anzeiger" veröffentlicht heute Abend auch den mit Würtemberg abgeschlossenen Garantie-Vertrag. Was ich Ihnen darüber geschrieben habe, ist dadurch bestätigt. Hessen-Darmstadt ist, wie schon bemerkt, unter allen Umständen durch Oberhessen und Mainz dem Nordbunde gegenüber engagirt. Der Eindruck der Verträge im In- und Auslande ist ein sehr nachhaltiger. Die Stellung des Fürsten Hohenlohe ist dadurch ohne Zweifel vorerst wenigstens befestigt worden, und sie wird es hoffentlich in dauernder Weise sein. Die Nachricht der Zeitungen über eine weitere mit den Südstaaten auf anderen Gebieten schon erzielte Einigung mag in der Form etwas zu optimistisch gehalten sein und vielleicht mehr das Streben und die Hoffnungen der preußenfreundlichen Regierungen in Süddeutschland, namentlich der badischen, wiederspiegeln. Graf Bismarck hat am 11. März eine dem Norden und Süden gemeinschaftliche organische Gesetzgebung in Zollsachen in Aussicht gestellt, eine wirthschaftliche Gemeinschaft für ganz Deutschland. Er fügte hinzu, es sei schwer zu glauben, daß solche gemeinsame Organe der Gesetzgebung, wenn sie einmal geschaffen, sich der Aufgabe entziehen könnten, auch die meisten der übrigen Titel der materiellen Wohlfahrt, so wie mancher formalen Gesetzgebung über Prozeßwesen u. s. w., allmählich sich anzueignen und auch darüber gemeinsame Bestimmungen für Deutschland herbei zu führen. Darüber sollten, wenn der Norddeutsche Bund constituirt, den süddeutschen Regierungen Eröffnungen gemacht werden. So weit Graf Bismarck. Daß man über die Grundlagen mit dem Fürsten Hohenlohe und mit Baden von vorn herein einverstanden sein wird, ist sehr wahrscheinlich. Aber bis zu einer formellen Einigung, die schon für die nächsten Reichstage süddeutsche Abgeordnete wählen lassen könnte, ist doch ein Schritt, den schon jetzt zu prognostiziren optimistisch sein dürfte.

Wien, 22. März. Die Regierung nimmt die Verträge Preußens mit Süddeutschland nicht blos ohne Widerrede hin, sondern es scheint ihr vor der Hand wenigstens Ernst mit dem Bestreben zu sein, an dem vereinigten Deutschland einen Rückhalt zu gewinnen. Die alte „Presse" zeigt weniger politischen Verstand und schilt in hergebrachter Weise auf Preußen, indem sie die süddeutschen Staaten so verächtlich behandelt, daß diese dadurch keineswegs zur Erneuerung ihrer Vorliebe für Oesterreich aufgemuntert werden können. Die „Presse" empfiehlt ein Bündniß mit Frankreich.

Die „N. Fr. Pr." schreibt: „Die in Pesth abgehaltenen Minister-Konferenzen sollen, wie uns ein ungarischer Korrespondent versichert, zwar noch mancherlei Lücken in der Verständigung zwischen den Reichs-Ministern und dem ungarischen Ministerium gelassen, aber in keiner Frage von prinzipieller Bedeutung eine bedrohliche Divergenz zu Tage gefördert haben. Von besonderem Interesse war uns, zu hören, daß auch die orientalische Frage in einer dieser Konferenzen erörtert wurde und daß der ungarische Minister-Präsident, zu einer Aeußerung aufgefordert, vom ungarischen und österreichischen Standpunkte die Nothwendigkeit betont habe, im Interesse Oesterreichs für die Integrität der Türkei einzutreten. Baron Beust soll erwidert haben, daß er diese Anschauung durchaus theile und daß man seinen diplomatischen Bemühungen eine entschieden falsche Deutung gegeben habe, als man ihn beschuldigte, nicht jener Politik treu geblieben zu sein."

Wien, 24. März. Die Landtagswahlen in Böhmen, Mähren und Krain nehmen hier in diesem Augenblick die meiste Auf-

merksamkeit in Anspruch. In den Stadt- und Landgemeinden, dann in den Handelskammern sind die Wahlen bereits vollzogen, und der Ausfall zeigt sich für die Verfassungspartei zwar etwas günstiger, aber noch keinesfalls in dem Maße, um auf den Landtagen auf eine Majorität rechnen zu können. In Böhmen wurden 87 Föderalisten und 79 Verfassungsanhänger gewählt; die Letzteren gewannen etwa ein halbes Dutzend Stimmen. In Mähren war das Verhältniß noch etwas günstiger für die Deutschen; aus Krain fehlen noch nähere Angaben. Die Wahlen des Großgrundbesitzes, welche am 26., und jene des Fideikommisses, welche am 28. stattfinden werden, werden jedenfalls den Ausschlag geben. Auf die Ersteren setzen die Föderalisten, auf die Letzteren die Februaristen ihre Hoffnung. In deutschen Kreisen glaubt man mit Bestimmtheit, daß der größte Theil des höheren Adels für ihre Sache gewonnen sei. Der von der Reichenberger Handelskammer gewählte Minister Frhr. v. Beust wird wahrscheinlich von dem böhmischen Landtag in den Reichsrath gesendet werden. Die Wahlagitation hatte in Böhmen und Mähren einen beispiellos heftigen Charakter angenommen. Es drängt sich nunmehr die Frage auf, was, falls die Landtage auf ihrer Widersetzlichkeit bestehen und den Reichsrath nicht beschicken, dann erfolgen würde. Es soll in dieser Beziehung im Ministerrathe noch kein endgültiger Beschluß gefaßt worden sein; aber es wird für sehr wahrscheinlich gehalten, daß die widerstrebenden Landtage abermals aufgelöst, und direkte Wahlen ausgeschrieben werden würden. — Im ungarischen Parlamente zeigt man große Eile, das Gesetz über die gemeinsamen Angelegenheiten zu Ende zu bringen. Man scheint dort die Krönungsfeierlichkeit so schnell als möglich eintreten lassen zu wollen. Die nöthige Revision der 1848er Verfassung dürfte erst nach derselben vorgenommen werden. Der soeben erfolgte Ankauf der großen Herrschaft Gödöllö, vier Wegestunden von Pesth, für Se. Majestät den Kaiser, läßt auf einen alljährlichen längeren Aufenthalt des Monarchen in Ungarns Hauptstädten schließen. Das prachtvolle Schloß sammt Park in Gödöllö dürfte dann als Sommer-Tuskulum des Hofes dienen. — In der auswärtigen Diplomatie herrscht seit der Rückkehr des Herrn v. Beust aus Pesth wieder einige Bewegung. Nächst der orientalischen Frage haben die deutschen Schutz- und Trutzbündnisse mehrere Pourparlers zwischen dem Ministerpräsidenten und einigen fremden Gesandten veranlaßt. Von der Angabe eines hiesigen Blattes, daß Frankreich unsere Regierung aufgefordert habe, mit ihm gemeinschaftlich gegen diese Bündnisse zu protestiren, und Oesterreich Das abgelehnt habe, ist in hiesigen maßgebenden Kreisen nichts bekannt, wenn es auch für richtig gehalten wird, daß seit Kurzem zwischen dem österreichischen und preußischen Hofe eine größere Annäherung wahrgenommen wird. Daß der französische General Fleury mit einer Mission nach Wien betraut werden wird, scheint sich zu bestätigen, jedoch nicht, um den bisherigen französischen Botschafter Herzog v. Grammont zu ersetzen. — Von der österreichisch-mexikanischen Legion werden demnächst 3000 Mann in Triest erwartet. Sie werden in die österreichische Armee eingereiht werden. — Das Tagesgespräch der Residenz bildet heute der Studentenduell-Prozeß. Zwei siebenbürgische Studenten, Namens Schotich und Nagerbauer, haben sich wegen geringfügiger Ursache auf Pistolen geschlagen, wobei Letzterer geblieben ist. Das Gericht verurtheilte den Schotsch zu fünfjährigem schweren Kerker, die beiden Sekundanten zu vier Monaten leichter Haft. (Nürnb. Korr.)

Pesth, 23. März. Nach Bujanovics sprach Bonis gegen das Elaborat, weil aus den Delegationen sich ein Parlament entwickeln würde. Karl Szasz erblickt dagegen in der Annahme des Elaborats den richtigen Weg zur Lösung der staatsrechtlichen Wirren und widerlegt Jokai in humoristischer Weise. Ferner sprachen Morcsary gegen, Joseph Szell für, Bobory und Graf Stephan Esterhazy gegen, Gabriel Lator und Paul Kiralyi für das Elaborat. Stratimirovics interpellirt zum Schlusse das Ministerium, ob und zu welchem Zwecke an der serbisch-bosnischen Grenze ein Observationskorps aufgestellt werde. Andrassy antwortet: Die Gerüchte seien grundlos; übrigens werde die Staatsregierung der friedlichen Entwicklung der christlichen Völker im Osten kein Hinderniß in den Weg legen. Dem Vortrage des Finanzministers über den Ankauf der Herrschaft Gödöllö entnehmen wir, daß die Kapitalien, welche für Urbarial- und Weinzehnt-Ablösungen zu Gunsten der Krongüter flüssig wurden und noch werden, zu diesem Kaufe verwendet sind. Der Kaufschilling beträgt 1,800,000 Gulden Oesterr. Währung in Banknoten. Der Kauf, welcher mit allerhöchster Bewilligung gestern abgeschlossen wurde, ist zu Gunsten der ungarischen Krone geschehen, und wird seinerzeit in das Gesetzbuch eingetragen werden.

Die „Allg. Ztg." enthält folgendes Schreiben aus **Luxemburg**, 23. März: „In hiesiger Stadt cursiren so eben Gerüchte, welche auf die Bevölkerung, insbesondere den aufgeklärtern Theil derselben, einen geradezu niederschmetternden Eindruck machen. Der geheime Vertrag zwischen Holland, Preußen und Frankreich wegen Abtretung Luxemburgs an Frankreich soll vollendete Thatsache sein. Nicht ohne schwere Besorgniß sei unser Staatsminister, Hr. v. Tornaco, aus dem Haag zurückgekehrt, dem Prinzen und der Prinzessin Heinrich, deren große Anhänglichkeit an das Luxemburger Volk bekannt ist, hätten beim Abschiede die Thränen in den Augen gestanden, und auf eine allerjüngste telegraphische Anfrage unserer Landesregierung an das holländische Ministerium, ob die beregte Convention, welche Luxemburg dem französischen Kaiserreich einverleibt, wirklich abgeschlossen sei, habe es eine bejahende Antwort, und zwar in der bestimmtesten Form, erhalten. Auch habe dieser Tage der hiesige preußische Festungsgouverneur Hr. v. Brauchitsch die Offiziere der Garnison bei der Parade von dieser Nachricht und dem bevorstehenden Abzug aus Luxemburg in Kenntniß gesetzt. So wäre es also wahr: unsere deutsche Nationalität soll zertreten werden, und gerade jetzt, wo unser deutsches Nationalbewußtsein wieder so lebendig erwacht! Deutschland läßt es zu, daß ein durchaus deutsches Volk, das mit ihm durch gemeinsame Abstammung und Sprache und das Band gemeinsamer Interessen auf das innigste verknüpft ist, für immer von ihm losgerissen und einer fremden Nation überantwortet werde? Deutschland, das wegen Schleswig-Holstein blutige Kriege unternahm, läßt es geschehen, daß seine stärkste Vormauer nach Westen hin, eine der bedeutendsten Festungen Europa's, in welcher zur Stunde noch preußische Truppen garnisoniren, ohne Schwertstreich den Franzosen preisgegeben werde? Möchte sich die Thatsache nicht bestätigen. Aber ich befürchte, daß in dem Augenblick, wo Sie meinen Brief erhalten, wir schon an den für uns verhängnißvollen Vertrag als eine vollendete Thatsache glauben müssen. Ein Luxemburger."

Aus dem Haag, 23. März. Die Reden der Herren Thiers und Jules Favre, sowie die Erwiederung des Ministers Rouher in der französischen Kammer sind hier mit begreiflichem Interesse aufgenommen worden. Wohlgefällig vernahm man die allerdings zur Stunde durch nichts motivirte Erklärung Rouher's wegen des „quos ego," das Frankreich im Bunde mit England etwaigen Attentaten Preußens auf die Zuydersee entgegendonnern würde. Mit noch größerer Freude aber begrüßte man die kategorische Erklärung des Grafen Bismarck, welche allen angeblichen Bedrohungen, denen in der letzten Zeit preußischerseits Holland wegen Limburgs (und gar wegen Luxemburgs, das mit diesem Lande nichts zu schaffen hat) bloßgestanden haben sollte, das energischste Dementi entgegengesetzt. Wenn bei diesen Gerüchten, wenn bei der allerdings mit etwas Ostentation vor Beginn der Budgetberathungen in Szene gesetzten Geheimsitzung der Zweiten Kammer etwa, wie Graf Bismarck meinte, eine kleine Kriegslist der Minister mit unterlief, nämlich der Wunsch, die dieses Jahr stark in die Höhe geschraubten Budgets für Marine- und Kriegs-Ministerium möglichst geräuschlos durchzubringen, so ist dies in Bezug auf das erstere wenigstens gelungen; das Budget für die Marine, das die horrende Höhe von 14,897,313 Fl. erreicht hatte, ist am 20. mit 44 gegen 26 Stimmen angenommen, allerdings nicht geräuschlos, denn Debatten gab es genug. Das für den Kriegsminister dürfte auch wohl durchgehen, da die jetzige Kammer gefügiger ist, als die meisten früheren Kolleginnen; doch erlitt die Regierung gestern eine kleine Niederlage, insofern auf Antrag des Hrn. Stieltjes ein Posten von 22000 Fl. vom Etat gestrichen und ebenso — auf Antrag des Hrn. De Roo — der Kriegsminister ermahnt wurde, die Kosten der Verwaltung beim Heere zu vermindern. Beides ging mit 35 gegen 31 Stimmen durch. Bemerkenswerth und — zumal gestern — ziemlich heftig waren die Debatten über die von den Liberalen schon öfter geforderte, von den Konservativen aber als „Eingriff in die Prärogative der Krone" bestrittene gesetzliche Reorganisation der Militärverfassung, die jedenfalls noch gute Weile haben dürfte. — Ueber den Verkauf Luxemburgs herrscht hier dieselbe Unsicherheit, als anderswo; doch würde wohl kaum Jemand diese That, falls sie sich bestätigte, gutheißen. — Die „afdammingen" der Oster-Schelde werden mit ungewöhnlicher Energie betrieben. — In diesen Tagen ist in Zevenaar wieder das bisweilen vergessene Verbot, die Grenze anders als per Eisenbahn zu überschreiten, preußischerseits eingeschärft worden.

Paris, 24. März. Die „Presse" glaubt heute bestätigen zu können, daß das Befinden des kaiserlichen Prinzen sich in dem Grade gebessert habe, daß es keinen Grund mehr zu Besorgnissen gebe. — Der Strike der Bronze-Arbeiter ist durch ein heute zu Stande gekommenes Arrangement mit den Delegirten der Fabrikanten, die, mit Ausnahme von dreien, eine Lohnerhöhung bewilligten, beendigt.

Paris, 24. März. Die gegenwärtige Sitzungsperiode des gesetzgebenden Körpers steht ohne Zweifel einzig da in der neuesten Geschichte Frankreichs. Der Nachhall ihres Thuns ist ein mächtiger und es wird der größten Kraftanstrengungen von Seiten der Regierung bedürfen, um die Scharte wieder auszuwetzen. Leider wächst mit der inneren Bewegung und Unruhe auch die Möglichkeit, daß noth-

wendig eine Ableitung nach außen geschaffen werden würde. So wenigstens ist hier die Stimmung. Noch immer donnern die hiesigen Blätter gegen Deutschland ebensowohl, als gegen die eigene Regierung. Der „Courrier Français" sagt: „Die französische Diplomatie hat sich gründlich blamirt, sie ist betrogen worden." Kaum aber hat man sich etwas von der ersten Aufregung erholt, so droht der Regierung schon wieder ein neuer Sturm durch die Favre'sche Interpellationsforderung über die mexikanischen Angelegenheiten, welche in der morgigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers eingebracht werden soll. In ihrem Unmuth greifen die hiesigen Blätter auch Oesterreich an; es zeige sich schwach gegen Preußen, indem es gegen den Anschluß Süddeutschlands an den Norden so wenig reagire u. s. w., ja, was das Traurigste sei, Oesterreich neige sich mehr Preußen zu als Frankreich. (Fr. J.)

Paris, 24. März. Trotz des energischen Dementi's, mit dem die France heute abermals die Gerüchte über Luxemburg zurückweist, wird in sehr competenten Kreisen versichert, daß der Handel, so weit Frankreich und der König von Holland in Betracht kommen, „eine vollendete Thatsache" sei, wenn sich auch der Kaufschilling nicht so hoch stellen dürfte, als es gestern an der Börse hieß. Selbstverständlich wird man etwaige Klagen über Länderschacher durch ein nachträgliches feierliches Suffrage universel zurückweisen. So weit kann die Sache sehr wohl zwischen Paris und dem Haag abgemacht sein, ohne daß man in Berlin darüber irgend eine bestimmte Aufklärung erhalten. Es wäre zu wünschen, daß endlich officielle Erklärungen auf diese luxemburger Frage, die nun schon seit einigen Wochen die Franzosen lebhaft beschäftigt, ein genügendes Licht werfen. (K.Z.)

Im „Temps" widmet Hr. Neffzer dem deutschen Schutz- und Trutzbündniß einen Artikel, welcher mit den Worten beginnt: „Die deutsche Einheit ist gemacht, das ist mit einem Wort die Bedeutung der gewichtigen Depeschen, die von Berlin gekommen sind. Die deutsche Einheit ist gemacht, der Theorie von den drei Stücken zum Trotz; und durch eine Ironie des Schicksals ist sie der Welt bekannt gemacht worden im selben Augenblick, wo der hauptsächlichste Minister der französischen Regierung ihre Unmöglichkeit darzulegen suchte. Hr. v. Bismarck sprach in Berlin zu gleicher Zeit als Hr. Rouher in Paris sprach; aber während dieser raisonirte, vollzog der andere Handlungen, die das Raisonement Jenes umstürzten." Hr. Neffzer wirft namentlich der französischen Diplomatie bitter vor, nicht allein sehr ungenügend unterrichtet, sondern auch ganz und gar hinter's Licht geführt worden zu sein. „Warum aber, fragt er, hat Herr v. Bismarck diese Verträge, die geheim gehalten werden sollten, veröffentlicht? Warum wurden sie in Berlin und in München denselben Tag mit einer augenscheinlich vorbereiteten Feierlichkeit offiziell veröffentlicht? Warum hat man nicht die Schicklichkeit gefühlt, wenigstens ihr Datum zu verändern, um uns nicht zu lehren, daß man uns im selben Augenblick hinterging, als unsere Vermittlung noch fungirte, und wo wir durch unsern guten Rath dem dringenden Ansuchen der Südstaaten entsprachen? Warum begleitet die „Bayerische Zeitung" den Vertrag mit einem ironischen Kommentar? Warum wünscht man uns Glück zu unserm Geschmack für die Nationalitäten? Warum deutet sie uns an, daß wir in der Einigung Deutschlands eine Garantie des Friedens zu sehen haben? Es ist schwer, in dieser unerwarteten Veröffentlichung nicht eine preußische Antwort auf die französischen Interpellationen zu erblicken und diese Antwort, das kann man nicht verhehlen, ist niederschmetternd für unsere Politik." Die Ansicht des „Temps" steht dahin fest, daß die Wirkung der Rouher'schen Rede vollständig zerstört sei, daß eine neue Situation vorhanden sei und daß mithin neue Interpellationen nöthig geworden seien.

Die „Gaceta" von **Madrid** veröffentlicht ein königliches Dekret, die öffentliche Ordnung betreffend, welches bis zu seiner Vorlage in der Kammer Gesetzeskraft haben wird. Im Falle von Zusammenrottungen können die Individuen, welche „in Verdacht stehen", daran Theil genommen zu haben, nach irgend einem von der Regierung bestimmten Orte hingebracht werden. Die Fremden, die nach Spanien hineinziehen, müssen Dokumente bei sich führen, die ihre Identität constatiren, widrigenfalls sie verhaftet werden können.

Florenz, 19. März. Bei der Geburtstagsfeier des Königs am 14. ist es in Udine zu Unruhen gekommen; es hatte sich das Gerücht verbreitet, der Bischof habe sich geweigert, das Oremus mit Nennung des Namens von Viktor Emanuel herzusagen, und es versammelten sich Rotten vor dem bischöflichen Palais; es wurden die Fenster eingeworfen und man plünderte die Küche, um dem Bischofe mit seinem eigenen Küchengeräthe eine Katzenmusik zu bringen.

Florenz, 21. März. An eine französisch-österreichisch-italienische Allianz ist nicht zu denken. Im Gegentheil sucht Frankreich die Annäherung Italiens an Oesterreich und die Vermählung zwischen dem Kronprinzen Humbert und einer Erzherzogin zu verhindern. Der Prinz wird in der zweiten Woche des nächsten Monates seine große Reise antreten, aber nicht, wie man angekündigt hätte, zuerst nach Paris, sondern direkt nach Berlin und St. Petersburg. Erst zu der Preisvertheilung am 1. Juli wird er nach der französischen Hauptstadt kommen. — Die Haltung des Parlaments ist noch ganz ungewiß; sicher ist nur, daß die große Mehrzahl der Abgeordneten über Garibaldi's jüngste Schritte sehr ärgerlich ist, und daß seine Gegenwart oder gar eine Rede seinerseits in der Kammer große Stürme gegen ihn erregen würde. — Die Wahlen in Palermo sind gänzlich in partikularistischem Sinne ausgefallen. Es ist dieß aber auch bei dem Mißregiment in Sizilien nicht zu verwundern, das z. B. dem Banditenthum gestattet, sein Unwesen bis vor die Thore der bedeutendesten Städte der Insel zu treiben, das die Sträflinge massenhaft aus den Gefängnissen entweichen läßt u. s. w. Die Steuern werden kaum noch zur Hälfte bezahlt. (Schw. M.)

Turin, 22. März. Ludwig Kossuth erklärt einen in Wiener Blättern erwähnten angeblichen Brief, in welchem er sich günstig über den Ausgleich Ungarns mit Oestreich aussprechen soll, als gefälscht. Er habe überhaupt keinen Brief über diesen Gegenstand geschrieben. Die Meinungen, welche man ihm in den Mund gelegt, laufen seinen Ansichten zuwider. Seiner Ueberzeugung nach habe sich Ungarn durch den Ausgleich mit Oestreich sowohl als Staat als Nation selbst den Todesstoß gegeben.

London, 23. März. Die Veröffentlichung der von Preußen mit Bayern und Baden abgeschlossenen Traktate wird hier ihrer ganzen Tragweite nach gewürdigt. So ganz hat das Interesse am Reformkampfe noch nicht jedes andere in den Hintergrund gedrängt, daß englische Politiker nicht die Wichtigkeit dieser Verträge ins Auge fassen und das Bezeichnende des Momentes erkennen sollten, in dem sie veröffentlicht worden sind. Die Ueberraschung war eine große, und wer die Politik Englands gegen Deutschland einerseits und Frankreich andererseits nicht bloß nach vorübergehenden Aeußerungen der Presse beurtheilt und den Grundton der englischen Stimmung nicht mit vorübergehenden Verstimmungen verwechselt, der wird es natürlich und begreiflich finden, daß die Ueberraschung eine höchst angenehme war. Nun kommt heute aus Paris überdies die telegraphische Meldung, daß Württemberg und Hessen vor längerer Zeit ähnliche Verträge wie Bayern und Baden mit Preußen abgeschlossen haben und daß damit die Dreitheilung Deutschlands, mit der Rouher sich so viel wußte, ein überwundener Standpunkt sei, den selbst von den aufgeklärtesten Franzosen wenige zu verwinden im Stande sein werden. Daß die Verstimmung in Frankreich gerade jetzt eine sehr in die Breite und Tiefe gehende sei, darin stimmen alle Berichte überein, die öffentlich und privatim hieher gelangen. (K. Z.)

Stockholm, 18. März. Die dänische „Rigstid." bringt unterm 20 ds. ein Telegramm aus Stockholm, wonach der Minister des Aeußern, Graf Manderström, in der ersten Kammer die eingebrachte Interpellation des Frhn. Raab ohngefähr folgendermaßen beantwortet haben soll: In Uebereinstimmung mit den in der Thronrede gemachten Aeußerungen wird Schweden sich nicht in die europäischen Verhältnisse, von denen einige sehr bedenklicher Natur sind, einmischen. In Betreff Schwedens hoffe er den Frieden bewahren zu können und stützt diese Hoffnung auf die geographische Lage der vereinigten Königreiche. Indessen wäre es wichtig, auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein, weshalb eine Vermehrung der eigenen Kräfte anzurathen sei, um sich auf dieselben stützen zu können. Der diplomatische Schriftenwechsel gäbe keinen Anlaß zur Unruhe und der Inhalt desselben wäre nicht von allgemeinem Interesse. — Der preußische Gesandte in Hamburg, Baron E. C. H. Richthofen, ist, nach „Aftonbladet", zum Gesandten für Preußen in Stockholm ernannt worden.

Petersburg, 22. März. Der heutige „Invalide" dementirt offiziell das Telegramm aus Bombay, die Verhältnisse Rußlands zu dem Emir von Bokhara betreffend, und fügt hinzu: Alle bisherigen Telegramme aus Bombay waren falsch; seit der Einnahme des Defilés von Djusák habe Rußland keine Verhandlungen, selbst keine diplomatischen Beziehungen mit dem Emir von Bokhara gehabt.

Bucharest, 17. März. Sämmtliche Präfekten sind von dem neuen Minister des Innern telegraphisch angewiesen worden, „zu allen Gutsbesitzern und Pächtern in Beziehung zu treten und dieselben aufzufordern, der Landbevölkerung die Unterstützung, über die sie verfügen können, wie Geld und Getreide, gegen Arbeitsverpflichtung zu überlassen, um die noch immer herrschende Noth zu lindern. Auch sollen sie darüber wachen, daß bei derartigen Uebereinkommen die Gutsbesitzer und Pächter sich nicht die Noth der Landbevölkerung zu Nutzen machen, indem sie der arbeitenden Klasse allzu drückende Kontrakte abnöthigen. Auf der anderen Seite werde die Regierung dafür sorgen, daß die Kontrakte innegehalten werden." — Der preuß. Ingeneur Heitz hat begonnen, die Messungen zu einem Nivellementsplane der Stadt Bucharest vorzunehmen, wozu ihm von Seite der Commune die nöthigen Arbeitskräfte zur Disposition gestellt werden. Herr Heitz ist der Vertreter einer in

Berlin gebildeten Gesellschaft, welche, wie es heißt, unsere Hauptstadt mit einem civilisirten Pflaster, mit Wasserleitung und Gasbeleuchtung versehen will. — Oberstlieutenant Racovitza vom 2. Infanterie-Regimente ist auf sechs Monate nach Berlin commandirt worden, um dort das Reglement und den Dienst der preußischen Infanterie kennen zu lernen. (N.-Z.)

Bucharest, 22. März. Die Kammer hat das Budget votirt. — Di letztverflossene Nacht durchzogen Sicherheits-Patrouillen die Straßen. Man befürchtet hauptsächlich einen Bauernaufstand in Folge von Partei-Intriguen und des Nothstandes. Bucharest ist ruhig.

Konstantinopel, 16. März. Abermals werden Redifs einberufen. Das amtliche Blatt widerspricht den Gerüchten von blutigen Conflikten zwischen den Türken und Christen in Trapezunt und einem neuen Gefechte bei Agrapha in Thessalien. Hussein Pascha ist als Truppen-Commandant nach Kreta abgegangen. Am 15. und 16. März wurden in Smyrna wieder zwei starke Erdstöße verspürt. Auf Militin, Phokia und Chio dauern die Erderschütterungen fort.

„Mém. dipl." berichtet aus **Constantinopel**, vom 21. d. Mts., die Pforte habe nie weder durch ein Circular oder in anderer Form den Mächten erklärt, daß sie den Christen keine weitere Concessionen machen könne. England hat erklärt, es werde kein Abkommen befürworten, durch welches die Integrität der Türkei beeinträchtigt würde. Die Pforte will sich mit den kandiotischen Delegirten selbst verständigen und dann dem Hatti Humayum die von den Schutzmächten gewünschte Ausdehnung geben. Unterhandlungen über die Abtretung Candia's hat sie verweigert.

Athen, 9. März. Ein wichtiger Gesetzentwurf ist in dieser Woche von der Kammer nach langen Verhandlungen angenommen worden. Der Finanzminister verlangte nämlich die Aufhebung der Verordnung vom Jahre 1835, vermöge welcher derselbe das Recht besaß, die Zwangsmaßregeln gegen säumige Staatsschuldner einzustellen und weitere Zahlungsfristen zu gewähren. Seit jenem Jahre sind nach und nach mehr als 50 Millionen Zahlungen an den Staat rückständig geworden. Die heutige Opposition bekämpfte den Finanzminister und verlangte die Aufrechthaltung der alten Verordnung, die „so wohlthätig gewirkt und gar viele Familien vom Verderben gerettet" habe. „Nehmt mir dieses Recht", rief der Finanzminister, „denn ich könnte es bei den künftigen Wahlen zu Eurem und Eurer Freunde Schaden anwenden!" (A. Z.)

New-York, 21. März. Ueber die europäischen Colonisten in der argentinischen Republik liegt ein Bericht des Herrn Ford, Sekretärs der englischen Gesandtschaft in Buenos-Ayres, vor, nach welchem in dem Gebiete des genannten Staates 10, fast ausschließlich aus fremden Einwanderern bestehende Colonien existiren, die in 1394 Familien eine Seelenzahl von 7550 Bewohnern repräsentiren. Mehrere dieser Ansiedlungen werden größtentheils von Schweizern bewohnt, die auf den von der Regierung ihnen angewiesenen Ländereien sich eines gedeihlichen Wohlstandes erfreuen. Einige derselben haben sich in der Colonie Baradero, 120 engl. Meilen von Buenos-Ayres, bereits ein Vermögen von 1000 L. erworben. Der Kartoffelbau ist ihr Haupterwerbszweig. In der Colonie San Carlos, die von einem baseler Hause gegründet, befindet sich eine Familie, Mann, Frau und fünf Kinder, die im Jahre 1859 dort eintrafen und seitdem das, von der Gesellschaft ihnen für Reise und andere Kosten vorgelegte Geld abgezahlt haben und gegenwärtig im Besitze von eigenem Grund und Boden, einer guten Farm, 94 Stück Vieh, 21 Pferden, 5000 Obstbäumen und eines hübschen Complexes urbaren Landes sind.

Neueres.

Berlin, 25. März. Die „Kreuzztg." meldet aus Paris: Der kaiserl. Generaladjutant General Frossard begibt sich in geheimer Mission nach Luxemburg. Zahlreiche Gerüchte von einem französischerseits beabsichtigten Ankauf Luxemburgs erhalten sich. (Vergleiche Luxemburg.)

Wien, 25. März. Von authentischer Seite wird versichert, ein Pariser Telegramm der „Presse", welches meldete: Oesterreich hätte auf die Einladung Frankreichs zu Anschluß an einen Protest gegen preußische Allianzverträge mit den süddeutschen Staaten ablehnend geantwortet, sei von Anfang bis Ende erfunden.

Konstantinopel, 22. März. Der französische Botschafter ist lebhaft bemüht, Schritte für die Verbesserung der Lage der türkischen Unterthanen ohne Unterschied der Religion zu thun.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24.	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	66¼ P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	61⅛—⅜ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53⅜ P.
„	5pCt. Metall. Obligat.	46 P.
„	4½pCt.	40 G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	96⅜ P.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	96¾ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	91⅜ P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	92 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	96¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	85½ P.
Baden	4½pCt. Obl.	96¼ P.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	86¼ P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	94¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	97¼ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	91 P.
„	3½pCt. Obl. dto.	86 P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	88¼ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2½pCt. „ „ „	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	85½ P.
N.Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	—
„	6pCt. ditto r. 1882 „	77⅜—½ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	130 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	675—72 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	168½—67½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	205 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	97½ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	340 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	112 P.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	109½ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	154¼ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	91 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	111¾ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	46¾ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	240½ P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	45⅜ P
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	116⅜ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	115¼ P.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	67½ P.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	118¾—119 G.
„ do. v. 1864	78 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99⅜—½ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10⅛ P.
Badische fl. 35	53⅜ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54⅜ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	142½ G.
„ fl. 25 do.	37¼ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35¼ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	71 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28½ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	32¼ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅜ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100¾ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅞ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¼ G.
Berlin Tr. 60 k. S.	104⅜ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97½ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅞ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅛ P.
London Lst. 10 k. S.	119¼—⅖ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99¼ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	92 P.
do. in öst. W. l. S.	92 P.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 26. März. Man verkehrt heute in etwas günstigerer Tendenz als gestern. Auswärtige Course zeigten eine kleine Aufbesserung und man folgte hier dem Impulse um so williger, als in politischer Hinsicht keine neuen Allarmschüsse in den letzten Tagen ertönt sind. Oesterr. Werthe bewahrten eine sehr feste Haltung und auch Amerikaner erfuhren auf niedrigere Goldnotirungen eine Steigerung. Die Stimmung für 1882er Bonds ist überhaupt in letzter Zeit wieder eine merklich lebhaftere geworden und liegen wieder mehr Kaufaufträge vor. Die Spekulation ist jedoch in allen Fonds noch ziemlich passiv. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 87. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 28. März 1867.

Das Bündniß Bayerns mit Preußen.

✕ Ueber die Tragweite des Bündnisses zwischen den süddeutschen Staaten und Preußen gibt man sich je nach den politischen Sympathien für Preußen oder den Antipathien gegen dasselbe übertriebenen Erwartungen oder Befürchtungen hin. Die völkerrechtliche Bedeutung der neuen Allianzen läßt sich folgendermaßen zusammenfassen. Die süddeutschen Staaten sind mit Preußen in ein internationales Vertragsverhältniß getreten, nach welchem sie zu gemeinschaftlicher Aktion mit Preußen sich verpflichten, wenn deutsches Gebiet angegriffen wird. In diesem Sinn hat sich auch bereits Graf Bismarck nach Wien erklärt. Nicht unbedingt hat sich Bayern in das Gefolge Preußens gestellt, sondern nur zur Abwehr einer beabsichtigten Schmälerung deutschen Gebietes; — nicht für jeden Krieg hat sich Bayern zur Heerfolge Preußens und zur Unterordnung unter preußischen Oberbefehl verbindlich gemacht, sondern nur im Falle einer Gefährdung der Integrität der Staaten beider Contrahenten gewährleistet der Vertrag gegenseitige Hülfe. Dieser Punkt ist vor Allem ins Auge zu fassen. Ist dadurch ein Vasallenverhältniß Bayerns zu Preußen geschaffen? Gewiß nicht. Es ist eine Allianz für einen concreten Fall, dessen Voraussetzungen jeder der Contrahenten selbständig zu würdigen berechtigt ist. Wird Preußen von Frankreich angegriffen, erkennt Bayern ohne Zögern die Voraussetzung seiner vertragsmäßigen Waffenhülfe als gegeben an; will Preußen aber sich bei den orientalischen Händeln zu schaffen machen, so wird Bayern bloß sein eigenes Interesse zu Rathe ziehen, dem Allianzvertrag für diesen Fall aber keine Geltung einräumen. Auf einer ganz irrthümlichen Anschauung beruht demnach die Annahme, daß Bayern die Verfügung über die Militärmacht des Landes vollständig aus der Hand gegeben habe und jeder Selbständigkeit und Unabhängigkeit beraubt sei. Aber — wendet man weiter ein — ist der Oberbefehl nicht ein für alle Mal an Preußen abgetreten? Niemandem wird beifallen, bei gemeinschaftlicher Aktion mit Preußen die Führerschaft für Bayern in Anspruch zu nehmen. Würde die Sache wohl anders stehen, wenn über diesen Punkt gar nichts stipulirt worden wäre? Oder könnte Jemand wünschen, daß erst beim Beginn der Aktion ein Abkommen über den Oberbefehl ausgetragen werden müßte? Ist nicht vielmehr schon im Frieden das Nothwendige vorzukehren für das Zusammengehen in Kriegszeiten? — Was die der Politik Bayerns jetzt zunächst obliegende Aufgabe betrifft, so ist dieselbe eine doppelte. Bayern hat einerseits bestimmte Stellung zu nehmen zu den übrigen Staaten, die den gleichen Vertrag mit Preußen geschlossen haben, andrerseits sich zu fragen, nach welchen Richtungen hin weitere Beziehungen zu Preußen angeknüpft werden können und in welcher Weise die Fortentwicklung des Verhältnisses zu Preußen sich gestalten soll, ohne die staatliche Selbständigkeit Bayerns preiszugeben und ohne die Grenzen zu überschreiten, welche der Standpunkt der bayerischen Souveränetät vorzeichnet. Die Erwartung, daß Bayern am norddeutschen Bund Theil nehme, wird nicht in Erfüllung gehen, Bayern wird das norddeutsche Parlament nicht beschicken. Nachdem aber nunmehr die Integrität des deutschen Gesammtgebietes gewährleistet ist, wird Bayern zuvörderst eine Einigung mit den süddeutschen Staaten anstreben. Diese Einigung ist um deßwillen von höchstem Werthe, damit nicht der eine oder der andere dieser Staaten durch seine Isolirung versucht werde, einseitig in den norddeutschen Bund einzutreten, was die Stellung Bayerns gegenüber der Attraktionskraft des Nordens wesentlich erschweren und verschlimmern würde. Vereint mit den übrigen süddeutschen Staaten wird Bayern die Hand zur Reconstruction eines engeren Verhältnisses zu Preußen bieten, welches neben der gemeinschaftlichen Vertheidigung des deutschen Bodens gemeinschaftliche Einrichtungen auf volkswirthschaftlichem Gebiete ermöglicht und fördert. So wird die Stellung des deutschen Südens zum norddeutschen Bunde, wie sie bereits ein Pfand mehr für den Frieden Deutschlands und Europa's geworden ist, auch die Grundlagen der Volkswohlfahrt sichern und befestigen.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 26. März. Se. Majestät der König hat die katholische Pfarrei Echsheim, Bezirksamts Aichach, dem Priester L. Fischer, Pfarrer in Söchering, Bezirksamts Weilheim, übertragen; für die Zeit der Erledigung der protestantischen Hauptpredigerstelle in Nürnberg die Funktion eines Dekanes dem Senior und I. Pfarrer bei St. Sebald, Th. H. Reuter, übertragen; der von dem Metropolitankapitel zu Bamberg vollzogenen Ernennung des Priesters J. Grob, erzbischöflichen geistlichen Rathes und Regens des Klerikalseminars zu Bamberg, auf das durch Ableben des Kanonikers K. Fr. Schmitt und durch das sofort stattfindende Vorrücken der jüngeren Kanoniker in Erledigung gekommene zehnte Kanonikat in dem gedachten Metropolitankapitel die Genehmigung ertheilt.

München, 25. März. Als Sachverständige aus der Klasse der ausübenden Landwirthe sind zur Theilnahme an den Vorberathungen über den Entwurf einer allgemeinen Seuchenordnung

---

Feuilleton.

Vermischtes.

Wien, 23. März. Der Student Schotsch, welcher den Studenten Lagerbauer im Duell erschoß, ist vom Gerichtshofe heute zu fünf Jahren schweren Kerkers verurtheilt worden. Gegen die als Sekundanten mitangeklagten Studenten Konnert und Bildner ist auf vier Monate erkannt, alle Verurtheilten aber der Milde des Obergerichts empfohlen worden. Die Vertheidigung hat Berufung eingelegt. — Der im Mai, spätestens Juni, stattfindenden Krönung Franz Josephs werden dem Vernehmen nach auch die Fürsten von Serbien und Rumänien beiwohnen. (Fr. J.)

Petersburg, 20. März. Die „Ostsee-Zeitung" schreibt, daß die in Petersburg stattgehabten Berathungen über die Neugestaltung der katholischen Kirchenverhältnisse in Litthauen und dem Königreich Polen zu dem definitiven Beschluß geführt haben, daß als oberste katholische Kirchenbehörde in Petersburg eine Synode errichtet und die Civilehe eingeführt werden soll. Die katholische Synode soll auf dieselbe Weise organisirt und mit denselben Befugnissen ausgestattet werden, wie die mit der obersten Leitung der russischen Staatskirche betraute griechisch-orthodoxe Synode. Mitglieder derselben sollen die katholischen Bischöfe und Prälaten sein und den Berathungen soll als kaiserlicher Commissär ein Oberprocurator beiwohnen. Der Organisationsentwurf ist bereits in voller Arbeit und die kaiserliche Bestätigung und Publikation wird schon in nächster Zeit erwartet.

Ueber die außerordentliche Vermehrung der jüdischen Bevölkerung in Warschau bringt der dortige russische „Dniewnik" einen interessanten Artikel. In Warschau wurden i. J. 1863 bei einer Einwohnerzahl von 211,396 Seelen, unter denen 67,701 Juden, im Ganzen 9930 Kinder geboren, von denen 2443 jüdischen Eltern angehörten. 1864 waren unter 222,906 Einwohnern 72,866 Juden; geboren wurden 12,867 Kinder, darunter 3234 jüdische. 1865 hatte Warschau 248,612 Einwohner, darunter 77,219 Juden; geboren wurden 11,980 Kinder (also 987 weniger gegen das vorhergehende Jahr), darunter 2967 jüdische. In der Provinz ist dieses Mißverhältniß noch größer. Auf diese Art bedarf es nicht mehrerer Jahrhunderte (sagt der „Dniewnik"), so muß in Polen die jüdische Bevölkerung die christliche überragen. Da nun das jüdische Volk ohnehin schon beginnt, die ökonomischen Kräfte des Landes zu beherrschen und eine solche Ordnung der Dinge durch ihre Vermehrung eine steigende Wirkung haben muß, so müssen die Juden über die Christen nothwendig mit der Zeit das Uebergewicht erlangen. Der Grund für diese überwiegende Vermehrung der Juden wird unter Anderm in den frühen regelmäßigen Ehen, bei der größeren christlichen Bevölkerung aber im Gegentheile, sowie theilweise im Findelhause und den Spitälern zu suchen sein, worüber die statistischen Tabellen gar erschreckliche Daten liefern.

auf Vorschlag des Generalkomités des landwirthschaftlichen Vereins die Gutsbesitzer: Landtagsabgeordneter Joseph Hirschberger von Ast, Posthalter Franz Pachmayr von Frabertsham, Landtagsabgeordneter Frhr. Hermann v. Guttenberg zu Weißendorf und der Notar Johann B. Riebel in Füssen, endlich als Ersatzmann der Gutsbesitzer und Hofbanquier Joseph v. Hirsch von München eingeladen.

** **München**, 26. März. Der vom Kaiser von Oesterreich zur Leichenfeier der Frau Herzogin Sophie hieher gesendete Erzherzog Ludwig Viktor ist erst gestern Abends nach Salzburg zurückgekehrt. — Der österreichische Gesandte dahier, Graf v. Trautmannsdorf, ist gestern nach Böhmen abgereist, um als Großgutsbesitzer an den Wahlen zum Landtage Theil zu nehmen.

Aus Franken, 23. März. Nachdem erst in der „Allg. Z." (Nr. 74, München) der Versuch gemacht worden, das schweizerische Wehrwesen als Heereseinrichtung zu empfehlen, weil (wie naiv!) zu hoffen sei, daß Norddeutschland sich ein gutes Beispiel daran nehmen werde, während eine solche auf preußischer Grundlage zum nationalökonomischen Krebsschaden führe, wird auch in der Beilage 148 zum „Korrespondenten", aber nur so nebenher, eine Lanze für jenes gebrochen. Sie hatten die Gefälligkeit, der Stimme aus „Erlarn" in der Hauptsache zu begegnen; wir berühren daher nur das schweizerische Wehrwesen, sonderlich mit Bezug auf die „Allg. Ztg.", indem wir bemerken, daß man kein „vom alten Handwerksvorurtheil eingenommener Militärschulmeister oder regulärer Gamaschenkünstler" zu sein braucht, um über die angesonnene schweizerische Einrichtung anderer Meinung zu sein. Den täppischen Neckereien wollen wir nicht begegnen. Niemand verkennt, daß die nach preußischem Muster beabsichtigte Heerverfassung empfindliche Kosten im Gefolge hat; wer aber um ein Billiges nur etwas Halbes schafft — und Das ist das schweizerische Wehrwesen — Der ist sicher ein Verschwender. Breitere Auseinandersetzung vermeiden wir, sind aber erforderlichen Falles erbötig, näher in die Sache einzugehen. Den Geist der Schweizer Milizen in Ehren! kann man aber keine schlagenderen Beweise von Stichhaltigkeit des Schweizer Wehrwesens beibringen, als den unblutigen Sonderbundskrieg und den Neuenburger Putsch, so bleibt nur übrig, nach Mustern zu arbeiten, die sich ausreichender bewährt haben. Darum preußische Heereseinrichtung. Uebrigens wird die Spannung der Steuerkraft nicht ewig dauern; im Augenblicke ist sie unvermeidlich, weil der Friede von gestern mehrfach bedroht ist. Genug davon. Was aber, schließend nach dem Beispiele der Schweiz, recht dringlich wäre — und Dies legen wir zur Besorgung den Landständen sehr an's Herz — Das ist: auf die Vorbildung der Jugend für das künftige militärische Verhältniß durch Anstalten für körperliche Uebungen und Genossenschaften in allen Stadt- und Landgemeinden Bedacht zu nehmen. Vernünftig und ernst gepflegt, ohne Uebertreibung und Aefferei, worein Turnvereine und Jugendwehren gern ausarten, liegt in ihnen ein sicheres Mittel, die Ausbildungszeit des Soldaten zu kürzen und die angestrebte Verringerung des Dienstes unter den Waffen zu erwirken. (Nürnb. Korr.)

Berlin, 25. März. Aus den Erläuterungen, die zu den Artikeln 50 und 53 bis 58 des Bundesverfassungsentwurfs von dem Kriegs- und Marineminister v. Roon bei dem Reichstage eingereicht worden, sind zwei Punkte von Bedeutung hervorzuheben. Wie bekannt, soll die Stärke des Friedensheeres des Bundes 1 Prozent der Bevölkerung betragen. Darin nicht eingerechnet sind jedoch die Mannschaften, welche für die Flotte ausgehoben werden. Die Stärke von 1 Proz. der Bevölkerung bezieht sich eben nur auf das Landheer und sie soll durch das, was die Marine an Mannschaften bedarf, in keiner Weise alterirt werden, woraus also, wie es in den Erläuterungen übrigens auch ausdrücklich heißt, folgt, daß der durch die Gestellung von Mannschaften für die Marine seitens der Küstenstaaten entstehende Ausfall am Landheer auf die Binnenstaaten vertheilt werden muß. Je nach dem Maße dieses jährlichen Ausfalles wird die den Binnenstaaten auferlegte Leistung für das Landheer den Satz von 1 Prozent der Bevölkerung also noch übersteigen. Der andere Punkt von Bedeutung ist, daß das auf Oberhessen fallende Kontingent sich nicht einem der preußischen Armeekorps anschließen, sondern im Verbande der großherzoglich hessischen Division verbleiben soll. Es ist dies ein Beweis dafür, daß die Militärverhältnisse des Großherzogthums Hessen eine positive anderweite Regelung erfahren haben. Was Gegentheiliges in den Blättern noch verlautet, bewegt sich also auf einer ganz falschen Fährte. Als ziemlich selbstverständlich wird man es wohl betrachten dürfen, daß diese Konzession preußischer Seits nur unter der Bedingung gemacht worden, daß sich dafür nun die ganze hessische Division dem Heer des norddeutschen Bundes anzuschließen habe. — Außer dem Grafen Galen hat jetzt auch der Abgeordnete Zachariä den Antrag gestellt, daß der Reichstag aus zwei Häusern, einem Oberhaus und einem Unterhaus, bestehen soll. Doch macht der Antrag des Abgeordneten Zachariä über die Zusammensetzung des Oberhauses keine Vorschläge, wie Graf Galen es thut, sondern richtet an die Bundeskommissarien das Ersuchen, „über die Bildung des Oberhauses eine Vorlage der verbündeten Regierungen an den gegenwärtigen Reichstag zu veranlassen." Unterstützt wird der Antrag von Graf Baudissin, Bockelmann, v. Bothmer, Eichholz, Erxleben, Francke, der beiden v. Hammerstein, Jensen, Ritz, v. Mallinckrodt, v. Münchhausen, v. Rössing, Schleiden, Schrader, v. Warnstedt. — Von konservativer Seite wird beantragt, der Legislaturperiode des Reichstags eine Dauer von 6 Jahren zu geben. Im Verfassungsentwurf ist nur von 3 Jahren die Rede. Als „Motive" haben die Herren angegeben: „Es ist dies die doppelte Zahl der Jahre der Legislatur der meisten deutschen Landesvertretungen und eine erweiterte Garantie für eine stetigere Entwickelung und Formation der Verfassung des Norddeutschen Bundes." An der Spitze der Unterzeichner steht Graf Bassewitz, jener Abgeordnete von Mecklenburg, der jüngst die Angriffe auf die Einrichtungen seiner Heimath so entrüstet zurückwies. Daß dieser Herr für das gute Gedeihen der Verfassung des Norddeutschen Bundes ein so großes Interesse haben sollte, ist kaum zu glauben. Es wird den Unterzeichnern wohl hauptsächlich darum zu thun sein, daß das Volk nicht durch zu oft wiederkehrende Wahlen zu sehr aufgeregt werde. Für die mecklenburgischen Zustände, die durch die neue Bundesverfassung ohnehin schon einen harten Stoß erhalten, wäre dies allerdings auch sehr bedenklich. (Fr. K.)

Berlin, 25. März. Zur Organisation der Postverwaltung in dem ehemals Thurn und Taxis'schen Postgebiete ist mitzutheilen, daß außer den Oberpostdirektionen in Frankfurt und Kassel eine dritte in Darmstadt für das Großherzogthum Hessen und Homburg errichtet wird, während die in den Thüringer Herzogthümern bestehenden Anstalten vom 1. Juli ab dem Oberpostdirektionsbezirke Erfurt einverleibt werden. An demselben Tage geht auch die Post im Königreiche Sachsen auf Preußen über. — Wie die „B. B.-Z." hört, arbeitet man gegenwärtig im Handelsministerium den Gesetzentwurf über die Portoherabsetzung um, der in der letzten Session des Landtags abgelehnt wurde. Das Ministerium soll nunmehr auf das Bedenken der Landesvertretung eingegangen sein, die zugestandenen einzelnen Portoherabsetzungen wieder durch anderseitige Erhöhungen abzuschwächen und von diesem Standpunkte aus die Umarbeitung erfolgen.

Berlin, 26. März. Die „Nordd. Allg. Ztg." bestätigt heute die früher gemachte Mittheilung von der bald erfolgenden Publikation der Stadtverfassung für Frankfurt a. M. Danach beruft der König den ersten Bürgermeister aus drei in Vorschlag zu bringenden Kandidaten. Der zweite Bürgermeister wird unter Vorbehalt der königlichen Bestätigung gewählt. Die übrigen Stadtbehörden sollen ohne Vorbehalt gewählt werden.

Berlin, 26. März. Die „Berliner Börsenzeitung" bestätigt heute die früher gebrachte Nachricht, wonach Frankfurt a/M. der Sitz einer Oberpostdirektion bleiben soll, welche auch das ehemalige Herzogthum Nassau umfassen wird. In Kassel wird gleichfalls eine Oberpostdirektion für das ehemalige Kurfürstenthum Hessen errichtet.

Bremerhaven, 21. März. Nach hier eingetroffener Ordre sollen die sämmtlichen preußischen Kriegsschiffe, welche im Geestemünder Hafen überwintert haben, bis 1. April fertig gemacht werden, um in See zu gehen, mit Ausnahme des Panzerschiffes Prinz Adalbert. Es betrifft dies namentlich die Loreley, die Nymphe und drei Kanonenboote. Zur Fertigstellung der Maschinen sind eine Anzahl Arbeiter aus Bremen beordert. Wie es heißt, sollen die Schiffe sich mit anderen zu einer Uebungsfahrt vereinigen, doch ist nichts Bestimmtes bekannt. (Wes.-Z.)

Paris, 24. März. Der „Moniteur" veröffentlicht ein kaiserliches Dekret, durch welches, im Hinblicke auf den Senatskonsult vom 14. ds., die Artikel 10, 11 und 14 des Dekrets vom 7. Februar 1867 in folgenden Worten modifizirt werden: „Art. 10. An dem Tage, der für die Deliberation (in allgemeiner Sitzung) eines vom gesetzgebenden Körper votirten Gesetzes festgestellt ist, bestimmt der Senat zuvörderst über die Frage, ob ein Grund vorliegt, das Gesetz einer neuen Deliberation des gesetzgebenden Körpers zu unterwerfen. Im Falle der Bejahung spricht er sich über die Frage der Dringlichkeit aus und formulirt seine Ansicht durch einen motivirten Beschluß. Im Falle der Verneinung votirt er über die Frage, ob ein Grund vorliegt, sich der Promulgation zu widersetzen. Wenn die Diskussion über ein Gesetz stattfindet, welches nach einer zweiten Deliberation vom gesetzgebenden Körper unverändert angenommen worden ist, so votirt der Senat einzig und allein über die konstitutionelle Frage. Das Votum des Senats läßt nicht die Einbringung oder die Annahme irgend eines Amendements zum Gesetze zu. Art. 11.

Der Senat beschließt entweder auf einen Bericht der Kommission, dem die Prüfung des Gesetzes überwiesen war, oder auf den Vorschlag eines Senators. Art. 14. Wenn die Zurücksendung des Gesetzes behufs einer neuen Deliberation des gesetzgebenden Körpers beschlossen ist, so proklamirt der Präsident in folgenden Worten das Resultat der Abstimmung: „Der Senat erklärt, daß ein Grund vorliegt, das Gesetz einer neuen Deliberation zu unterbreiten." — Wenn vom Senat die Dringlichkeit votirt ist, so proklamirt sie der Präsident in den Worten: „Es ist Dringlichkeit vorhanden." Wenn die Zurücksendung nicht verlangt oder nicht beschlossen worden ist, oder wenn es sich um ein Gesetz handelt, welches nach einer zweiten Deliberation vom gesetzgebenden Körper unverändert angenommen worden ist, so proklamirt der Präsident in folgenden Worten das Resultat der Abstimmung: „Der Senat widersetzt sich oder widersetzt sich nicht der Promulgation." — Die Thronrede des Königs von Italien findet im Allgemeinen in den französischen Blättern eine günstige Aufnahme. Die „France" findet darin ein Symptom einer großen Beschwichtigung der Gemüther in Italien und rühmt die Weisheit und die gute Politik, welche darin liegt. Sie meint, die Regierung scheine auf eine ernstliche Majorität zu rechnen und wünscht dies zum Heile Italiens. Auch der „Siecle" gibt Italien dieselben Rathschläge wie die königliche Thronrede, vorzugsweise sich einer gründlichen inneren Organisation zu befleißigen und die Finanzfrage zu ihrer Lösung zu bringen. Das sei um so nothwendiger, als es eine Ehrensache des Landes sei. — Der „Temps" ist weniger befriedigt. Er sagt: „Im Ganzen fühlt man an der Thronrede sehr stark die Unsicherheit der Situation, die durch die neuen Wahlen hervorgerufen ist; man ersieht aus ihr deutlich, daß das Kabinet Ricasoli nur ein sehr beschränktes Zutrauen in die neue Kammer setzt und daß es noch nicht so recht weiß, auf welchem Boden es sich befinden wird."

London, 22. März. Bei Gladstone versammelten sich gestern 278 liberale Parlamentsmitglieder, um zu berathen, wie sich die Partei der Reformbill gegenüber verhalten solle. Gladstone (der, wie bei einer früheren Veranlassung, seine zahlreichen Freunde von der Treppe aus anreden mußte) kritisirte den Disraeli'schen Entwurf in derselben Weise, wie er schon im Parlament gethan, und erklärte es für das Richtigste, der zweiten Lesung unbedingt entgegenzutreten. Da indessen ein ansehnlicher Theil der Partei dafür sei, die zweite Lesung zu gestatten und die Bill im Comitó zu verbessern, so möge man sich dahin einigen, die zweite Lesung zu bewilligen, unter der Bedingung, daß die Regierung im Laufe der Debatte auf die Doppelstimmen und andere gehässige Eigenheiten ihrer Maßregel verzichte. Roebuck empfahl, die zweite Lesung um keinen Preis zu verhindern; sie würden sonst das Gefühl des ganzen Volkes gegen sich haben. Bright meinte, aus einer so grundschlechten Bill werde im Comité niemals eine gute Maßregel werden. Der einzig richtige Plan sei, die zweite Lesung zu verwerfen. Trotzdem möge er sich nicht von seiner Partei trennen und sei bereit, der Mehrheit nachzugeben. Schließlich einigte man sich zu der von Gladstone vorgeschlagenen Taktik. — Die Bewunderung, die jetzt in der hiesigen Presse dem Grafen Bismarck entgegengetragen wird, erreicht zuweilen einen bedenklichen Grad. So bricht heute der „Herald" in den Ruf aus: „Homer allein könnte dem preußischen Premier gerecht werden. Seine Sprechweise, wie seine Haltung, ist rein episch. Er redet gerade so gut, wie er handelt. Er ist Ajax, Ulysses, Nestor, Agamemnon, Alles in Einem." Wenn man sich erinnert, wie Graf Bismarck noch vor einem Jahr in der englischen Presse wegkam! — Der König von Dänemark traf vorgestern hier ein. Die Bulletins über das Befinden der Prinzessin von Wales lauten fortwährend beruhigend. — Der Herzog und die Herzogin von Sachsen-Koburg trafen gestern in Begleitung des hierher zurückkehrenden Prinzen Christian von Schleswig-Holstein hier ein. — Das deutsche Hospital in London feierte gestern den 22. Jahrestag seines Bestehens. — Allem Anscheine nach wird der wie ein Damoklesschwert über England schwebende Strike der Lokomotivführer und Heizer auf gütlichem Wege abgewendet werden. Bereits haben mehrere Gesellschaften die Forderungen der Arbeiter bewilligt.

London, 23. März. Die dem Parlament vorgelegte Depesche des englischen Gesandten in Konstantinopel datirt vom 6. März und lautet im Wesentlichen: „Ich hatte am 3. d. eine lange und ernste Unterredung mit dem Großvezier Aali Pascha, über die innere Lage dieses Reiches. Derselbe gab mir die Versicherung, daß die gegenwärtigen Minister des Sultans vollkommen entschlossen seien, baldmöglichst wichtige Reformen in's Werk zu setzen. Einer der Hauptzwecke dieser Reformen werde sein, die Stellung der christlichen Unterthanen der Pforte zu verbessern, ihnen eine Laufbahn im Staatsdienst zu eröffnen und jenen Unterscheidungen zwischen ihnen und den Muselmanen ein Ende zu machen, die, obwohl gesetzlich großentheils abgeschafft, in der Praxis noch fortbestehen und Gefühle des Uebelwollens und der Entfremdung nähren. Es seien auch Maßregeln im Plane, um die Verwendung europäischen Kapitals im Lande zu erleichtern, das Finanzsystem zu verbessern und vor Allem die Volkserziehung zu fördern. Der Minister bemerkte, daß in den letzten Paar Tagen drei neue christliche Mitglieder dem großen Justizkonseil hinzugefügt worden seien; und daß ein Christ, M. Aristide Bal'azzi, zum Vice-Finanzminister und Bankgouverneur ernannt worden sei. Dies sei ein Anfang, und es würden darauf weitere Ernennungen von Christen zu ehrenvollen und wichtigen Posten folgen. Es sei überdies, sagte er mir, die Absicht, das System der Vereinigung zahlreicher Paschaliks in eine großen Provinz unter einem General-Gouverneur weiter auszudehnen. Es werde Sorge getragen werden, um den Christen in den verschiedenen Provinzialräthen eine wirksame Vertretung zu geben, und die Vicegouverneure in christlichen Bezirken würden Christen sein. Es sei schon, fügte der Großvezier hinzu, beschlossen, den Vertretern sofort eine Verständigung vorzuschlagen über die Ausführung des im Hatti-Humayum enthaltenen Artikels, der Ausländern das Recht zugesteht, Grund und Boden zu besitzen. Er sei, im Verein mit Fuad Pascha und seinen andern Kollegen, damit beschäftigt, noch weiter gehende Reformpläne zu entwerfen, die er, sobald sie zur Reife gediehen seien, mir mittheilen werde. Lyons."

New-York, 8. März. Eine der letzten Maßregeln des 39. Congresses war die mit 135 gegen 48 Stimmen im Repräsentantenhause, mit 38 gegen 10 im Senate geschehene Beseitigung des Veto's, welches Präsident Johnson gegen das südstaatliche Militär- und Rekonstruktionsgesetz eingelegt hatte. Die zehn Südstaaten werden also jetzt in fünf militärische Distrikte getheilt und dem Oberbefehl von Commandanten unterworfen, welche der Präsident ernennt. Die bürgerlichen Gerichte bleiben in Kraft, und eine Intervention des Militärs erfolgt nur, wenn sie es unterlassen, für Recht und Gerechtigkeit, Ruhe und Ordnung zu sorgen. Es ist eine polizeiliche Maßregel der mildesten Art. Auch ist jedem Staate die Möglichkeit eingeräumt, sich in kürzester Frist von dieser Aufsicht zu befreien. Er braucht nur durch allgemeines Stimmrecht — mit Ausschluß leitender Rebellen — einen Convent zu berufen, um durch diesen sich eine Verfassung zu geben, welche völlige Rechtsgleichheit garantirt, dieselbe auf dem Wege öffentlicher Abstimmung zu sanktioniren und dem Congreß zu übersenden. Hat dieser sie approbirt, so muß die neue Legislatur noch das Amendement zur Constitution der Vereinigten Staaten ratifiziren. Alsdann hört sofort die Militärherrschaft auf, und der Staat braucht nur loyale Männer — solche, die den Reinigungseid leisten können — in den Congreß zu senden, um sie sofort aufgenommen zu sehen. Zum ersten Male liegt von Seiten des Congresses ein förmliches Versprechen vor, unter bestimmten Bedingungen den Ausnahmezustand fortfallen zu lassen; diese Bedingungen enthalten nur das, was unbedingt geschehen muß, und von hervorragenden Südländern selbst wird anerkannt, daß sie nichts Gescheiteres thun können, als darauf einzugehen. Der Weg zur Rekonstruktion liegt klar und offen vor. Das ist ein großer Fortschritt, in welchem ein kaum zu überschätzender Gewinn liegt.

Mit der Mittagsstunde des 4. März erlosch der 39. Congreß und der 40. trat auf den Schauplatz. Eine Legislaturperiode war geschlossen, eine neue begann, und dennoch hatten nur wenige Gesetzgeber ihren Sitz zu räumen, um ihn anderen zu überlassen. Der unter den obwaltenden Verhältnissen besonders interessante Uebergang des einen Congresses vollzog sich nach einer ausführlichen Schilderung, welche die „N.-Y. Handels-Ztg." entwirft, in folgender Weise: „Es war Abend geworden; die Sitzung war eine aufregende und anstrengende gewesen. Die Repräsentanten sehnen sich nach Ruhe und wollen sich vertagen; aber der wackere Sprecher Colfax erklärt eindringlich, es sei noch viel zu thun und an Ruhe nicht zu denken. Das Bankerottgesetz wird vorgenommen und passirt. Der Ausschuß über die Inanklagestellung des Präsidenten berichtet, er sei noch nicht fertig, habe aber genug herausgebracht, um die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Fortsetzung der Untersuchung zu gewinnen. Es wird zwölf Uhr; der Sprecher erklärt, man schände den Sabbath nicht dadurch, daß man sich dem Dienst des Vaterlandes widme. Es wird Bericht erstattet über eine im New-Yorker Zollhause herrschende Corruption, welche dringend die Absetzung des Collektors Smythe erheischt. Als das Repräsentantenhaus nach einer Pause von wenigen Stunden am Morgen des 4. wieder zusammentritt, hat es nur noch Unterzeichnungen vom Präsidenten entgegen zu nehmen. Die Haltung ist eine im höchsten Grade imponirende, die Galerie so gedrängt voll von einem ausgewählten Publikum, daß der Antrag gestellt und angenommen wird, den Damen Sitze unten einzuräumen. Sofort wird von dieser Erlaubniß Gebrauch gemacht und die Schönen Washingtons sitzen neben den strengen Gesetzgebern — ein Schauspiel ganz eigener Art. Um die Zeit noch ein wenig zu verlängern, hat man den Kunstgriff zu Hülfe genommen, die Uhr des Hauses zehn Minuten zurück zu stellen,

und dadurch werden einige Gesetze noch rechtzeitig gerettet. Der Sprecher Colfax, dem Tags zuvor der einstimmige Dank des Hauses votirt wurde, hält seine Abschiedsrede, und mit dem Glockenschlage zwölf erklärt er den 39. Congreß für aufgelöst. Gleichzeitig nimmt im Senat Herr Foster als Präsident und Mitglied dieser Körperschaft Abschied und verläßt alsdann seinen Sitz. Die Scene ist so ergreifend, daß im Rückblick auf die große Vergangenheit manches Auge feucht wird. Nur fünf Minuten sind verflossen, da ruft der Sekretär, Herr M'Pherson, das Repräsentantenhaus des 40. Congresses zur Ordnung und verliest die Liste desselben. Herr Brooks, welcher wiederum mit einem Mandat bekleidet ist, protestirt gegen die Organisirung „des Rumpfes von einem Rumpfparlament", findet aber keine Beachtung. Colfax wird zum Sprecher vorgeschlagen und unter stürmischem Applaus gewählt mit 127 gegen 30 Stimmen. Unter denen, welche den Eid leisten, befindet sich der Ringkämpfer Morrissay, der die Hülle eines anständigen Menschen trägt. Die Wahl zum Sekretär fällt einstimmig auf M'Pherson, für den Parteimann ein schmeichelhaftes Compliment. Mittlerweile hat sich auch der Senat organisirt und den strengen energischen Wade zu seinem Präsidenten erwählt. Dem Hause wird angekündigt, daß der Senat bereit sei, mit den Geschäften zu beginnen, und eine gemeinschaftliche Deputation meldet dem Präsidenten die Bereitschaft des 40. Congresses, Mittheilungen von ihm in Empfang zu nehmen. So nahm sich die Vertagung aus. Möge der 40. Congreß Ehre einlegen!"

Neueres.

Berlin, 26. März. Der Reichstag nahm die Verfassungsartikel 6 bis 11 an, verwarf die Amendements betreffend die Einsetzung eines verantwortlichen Bundes-Ministeriums, und erklärte die Genehmigung des Reichstags bei Staatsverträgen für erforderlich. Artikel 12. („Das Bundespräsidium ernennt den Bundes-Kanzler, welcher im Bundesrathe den Vorsitz führt und die Geschäfte leitet,") wurde mit einer Stimme Majorität verworfen.

Wien, 26. März. Die „Wiener Zeitung" versichert, daß von der angeblichen Sendung des Generals Fleury nach Wien aus irgend welchem Anlasse hier in den maßgebenden Kreisen nichts bekannt ist. — Wie die „Presse" erfährt, ist heute ein Handelsvertrag zwischen Oesterreich und den Niederlanden unterzeichnet worden.

Haag, 26. März. Die zweite Kammer votirte das Kriegsbudget und die Reorganisation des Vertheidigungssystems mit 54 gegen 14 Stimmen.

London, 25. März. In der heutigen Sitzung des Oberhauses stellte Lord Stanley in Abrede, daß von Herrn Seward eine unfreundliche Depesche betreffs der Alabama-Frage eingetroffen sei. — Im Unterhause beantragte Disraeli ohne jede nähere Erklärung die zweite Lesung der Reformbill. Herr Gladstone widersetzt sich der Lesung, wofern die Regierung nicht weitergehende Zugeständnisse macht.

Belgrad, 26. März. Eine Proklamation des Fürsten kündigt dessen Reise nach Konstantinopel, um dem Sultan Dank für die Räumung der Festungen abzustatten, für nächsten Donnerstag an. Die einzige Bedingung der Räumung ist: die türkische Fahne neben der serbischen Fahne aufzupflanzen. Der Ministerrath übernimmt die Regierung während der Abwesenheit des Fürsten.

Bukarest, 25. März. Ein von der Kammer angenommener Gesetzentwurf verfügt die Verlegung des Kassationhofes nach Jassy. Die Kammer ist bis zum 11. April verlängert worden.

Aus **Konstantinopel,** 25. März, wird telegraphirt: „Das amtliche Blatt „la Turquie" sagt, es sei zu der Erklärung ermächtigt, daß, was auch Lord Stanley im englischen Parlamente gesagt haben möge, weder die französische noch irgend welche andere Regierung der Pforte jemals vorgeschlagen habe, die Insel Kreta an Griechenland abzutreten. Es fügt noch hinzu, daß die Pforte nicht einen Zoll von den Gebietstheilen, die der Pariser Vertrag von 1856 ihr ausdrücklich garantirt habe, jemals abtreten werde. — Wolkenbruchartige Regengüsse haben den Euphrat und Tigris so angeschwellt, daß sie ihre Ufer überschwemmt haben; auch die Telegraphenleitung von Diarbekir nach Mossul ist unterbrochen."

New-York, 24. März. Der Senat hat den Beschluß angenommen, sich vom nächsten Dienstag an bis zum Dezember zu vertagen. Der Bericht der Enquete-Kommission konstatirt, daß durchaus keine übertriebene Emission von Staatsbillets vorgenommen worden ist. Eine Feuersbrunst hat das Theater von Winter-Garden in Asche gelegt. (T. H. d. A. Z.)

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	66 1/4 P.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	61 5/8 P.
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53 1/4—3/8 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	45 1/4 P.
"	4 1/2pCt.	39 1/2 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 3/8 P.
"	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	96 3/8 P.
"	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	96 3/8 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	91 3/4 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	91 3/4 P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	96 1/8 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	85 1/2 P.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	95 7/8 P.
"	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	86 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	93 7/8 G.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	86 5/8 G.
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	96 3/4 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	91 1/8 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	87 G.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	83 3/4 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/2pCt. " " "	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 3/4 P.
N.Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	79 1/4 P.
"	6pCt. ditto r. 1882 "	77 3/8 P. 5/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	129 1/2 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	672 P. 670 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	168—1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	206 1/2—6 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	97 1/2 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	340 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111 G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	107 1/2 P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	154 1/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	91 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	111 3/4 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	46 5/8 P. 3/8 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 1/2 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	246 1/2 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	45 5/8 P
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	117 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	117 P. 116 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/4 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 1/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 1/2 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 1/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/8 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	91 5/8 G.
do. in öst. W. l. S.	91 3/4 P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	108 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	57 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	67 5/8 P. 3/8 G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	118 1/4 P.
" do. v. 1864	73 1/4 P. 72 7/8 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 1/2 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 1/8 P.
Badische fl. 35	53 1/2 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 5/8 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	142 1/2 G.
" fl. 25 do.	37 1/4 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 1/4 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	71 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28 1/2 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	32 1/4 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	10 3/8 P.

Frankfurt, 27. März. Die heutige Börse war abermals fester und günstiger gestimmt, das Geschäft jedoch nicht von Belang. Es concentrirte sich mehr auf Amerikaner, die auf anhaltend günstige New-Yorker Goldnotirung fest und steigend verkehrten. In österr. Sachen ruht die Spekulation Angesichts der immer noch ungeklärten Situation gänzlich. Von Bahnen war Ostbahn höher und gesucht. Von Wechseln Wien 1/8 niederer, Darmstädter Bank höher bezahlt. Von Süddeutschen 3 1/2 pCt. Nassauer 1 pCt. höher. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 88.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 29. März 1867.

Der Vertrag vom 22. August.

XX Die Existenz geheimer Verabredungen, die im Zusammenhang mit den Berliner Friedensschlüssen zwischen der preußischen und den süddeutschen Regierungen getroffen wurden, war kein Geheimniß. Aber man wußte zu wenig Sicheres über Inhalt und Form derselben, als daß es möglich gewesen wäre, ihre politische Bedeutung zu würdigen. Die jetzt erfolgte Veröffentlichung zeigt uns einen regelrechten ratifizirten Staatsvertrag, der in wenigen Worten sehr gewichtige Bestimmungen trifft.

„Es garantiren sich die hohen Contrahenten gegenseitig die Integrität des Gebietes ihrer bezüglichen Länder und verpflichten sich im Fall eines Krieges ihre volle Kriegsmacht einander zur Verfügung zu stellen." Hier ist dem bayerischen Staate wie dem preußischen für den Fall eines feindlichen *Angriffes* die Hülfeleistung des Bundesgenossen zugesichert. Allein der Vertrag reicht noch um ein Bedeutendes weiter: er bindet Bayern an die auswärtige Politik Preußens und des norddeutschen Bundes. Denn indem er die bayerischen Streitkräfte für *jeden* Kriegsfall ohne Unterschied der preußischen Regierung zur Verfügung stellt, berechtigt er die letztere, bei jedem Akt ihrer auswärtigen Politik, der zu kriegerischen Verwicklungen führen könnte, *auf Bayern zu rechnen*. Zwar wird als ausschließlicher „Zweck" der Hülfeleistung die Integrität des Gebietes bezeichnet; dies vermindert jedoch nur scheinbar die Tragweite der Uebereinkunft. Denn es gibt keinen Krieg, in welchem nicht die Gebietsintegrität der kriegführenden Staaten bedroht wäre, und Preußen kann somit keinen Krieg unternehmen — gleichviel um welcher Sache willen, wobei es nicht Anspruch hätte auf die Mitwirkung Bayerns. Ein naheliegendes Beispiel wird das Verhältniß erläutern. Es ist klar, daß Deutschland sich zur orientalischen Frage nicht gleichgültig verhalten kann, sondern eine seinen Interessen entsprechende Stellung zu derselben einnehmen muß. Führen in diesem Fall die Ereignisse zu einer kriegerischen Entscheidung, so wird auch Bayern ohne weitere Wahl an der Seite Preußens und des norddeutschen Bundes zu kämpfen verpflichtet sein.

In Zusammenhang gebracht mit dem preußischen Oberbefehl, den Art. 2 stipulirt, klingt dies, der vorbehaltenen Gegenseitigkeit ungeachtet, einem partikularistischen Ohr sehr unfreundlich. Für uns aber bedeutet es den Anfang der Möglichkeit einer *nationalen Politik gegenüber dem Ausland*, gestützt auf die Kraft jener 39 Millionen, die in dem vereinigten Nord- und Süddeutschland leben. Im norddeutschen Bunde hat Preußen die Leitung der auswärtigen Politik und des Heeres; die Augustverträge fügen in einer andern, auf die Dauer allerdings nicht genügenden Form Süddeutschland hinzu. Da eine auswärtige Politik ohne einheitliche Leitung unmöglich und ein großes Volk ohne auswärtige Politik verächtlich ist, so freuen wir uns des Vertrages vom 22. August.*)

Baron *Pfordten*, der denselben unterzeichnet hat, konnte sich über seine Bedeutung nicht täuschen. Was sollten dann aber die Rodomontaden von dem sich selbst genügenden Bayern, mit welchen der Minister acht Tage darauf den Kammern gegenübertrat?

Wenn nun Bayern künftig in den auswärtigen Verhältnissen der Leitung Preußens folgt, so machen wir uns darauf gefaßt, daß uns diese Leitung nicht immer gefallen wird. Heinrich v. Gagern hat vor einiger Zeit in der hessischen Kammer gefragt: welche Bürgschaft dafür bestehe, daß preußische Staatsmänner an der Spitze Deutschlands jederzeit das Richtige thun würden? In der That, nicht die geringste; aber man konnte die Gegenfrage stellen: leisten denn die hessischen Staatsmänner diese Bürgschaft, oder die bayerischen, die österreichischen? Soll die politische Nullität Deutschlands so lange fortbestehen, bis man das geheimnißvolle Mittel entdeckt hat, für eine Politik zu sorgen, die *immer* gut ist?

*) Daß der Vertrag zu seiner *Gültigkeit* keiner Zustimmung der Kammern bedarf, ist jedem Sachverständigen einleuchtend. Doch wird die Regierung sich gesagt haben, daß die Sicherung seiner *Ausführung* im Betreff der Mittel auf der Uebereinstimmung der Landesvertretung mit ihr beruht. Für den gegenwärtigen Landtag sieht das Ministerium Hohenlohe diesen Punkt wahrscheinlich durch die vorhergegangenen Erklärungen der Kammern für erledigt an.

(*Amtliche Nachrichten.*) **München,** 26. März. Se. Majestät der König hat dem kgl. Staatsminister des kgl. Hauses und des Aeußern, Fürsten v. *Hohenlohe-Schillingsfürst*, die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des von Sr. Maj. dem Könige von Württemberg ihm verliehenen Großkreuzes des Ordens der württembergischen Krone ertheilt; dem kgl. Kämmerer und Ministerialrathe im Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeußern, C. Grafen v. *Taufkirchen*, die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des von Sr. Maj. dem Könige von Württemberg ihm verliehenen Comthurkreuzes 1. Kl. des Friedrichsordens ertheilt; den Buchhalter der kgl. Staatsschulden-Tilgungs-Spezialkasse Augsburg, A. *Mittereder*, in den erbetenen definitiven Ruhestand versetzt genehmigt, daß von dem Bischofe von Regensburg in Ausführung des von dem katholischen Pfarrer J. B. *Grillenberger* zu Alteglofsheim, Bezirksamts Regensburg, und dem Golling'schen Benefiziaten J. *Kaindl* in Stadtamhof, Bezirksamts gleichen Namens, eingeleiteten Pfründetausches dem ersteren das Golling'sche Benefizium in Stadtamhof, dem letzteren die Pfarrei Alteglofsheim verliehen werde; den Appellationsgerichtsrath Emmeran *Persch* in Passau wegen körperlicher Leiden und hiedurch begründeter Dienstesunfähigkeit für immer in den nachgesuchten Ruhestand unter dem Ausdrucke der allerhöchsten Zufriedenheit mit seiner langjährigen, eifrigen und ersprießlichen Dienstleistung treten lassen; die hiedurch am Appellationsgerichte von Niederbayern in Erledigung kommende Rathsstelle dem I. Staatsanwalte am Bezirksger. Freising, J. *Miller*, verliehen; zum I. Staatsanwalte am Bezirksger. Freising den Bezirksgerichtsrath Ludwig v. *Stubenrauch* in Wasserburg und zum Rathe am Bezirksger. Wasserburg den Bezirksger.-Assessor W. *Bacher* daselbst befördert; ferner auf die hiedurch am Bezirksger. Wasserburg in Erledigung kommende Assessorsstelle den Landger.-Assessor J. *Lehmaier* in Aibling berufen und zum Assessor des Landger. Aibling den Accessisten des Bezirksger. München l. d. J., G. *Sperl*, ernannt; den Sekretär des Bezirksger. München l. d. J., J. Chr. *Breukmann*, unter Anerkennung seiner vieljährigen, treuen Dienstleistung für immer in den erbetenen Ruhestand treten lassen und zum Sekretär am genannten Gerichte den Gerichtsschreiber des Stadtgerichts München l. d. J., K. *Reber*, befördert.

Der k. Forstwart Fr. *Helfrich* zu Winzeln wurde aus dem Staatsforstdienste entlassen und an dessen Stelle der Forstgehilfe L. *Brendamour* in Kaiserslautern zum prov. Forstwart in Winzeln, Forstamts Pirmasens, ernannt. Durch die Ruhestandsversetzung des kgl. Forstwarts L. *Plochmann* ist die Forstwartei *Jakobsruh* im Forstamte Ansbach in Erledigung gekommen.

München, 24. März. Wie bereits mitgetheilt wurde, hatten bis zum Schlusse des Jahres 1866 von den während des letzten Feldzuges *dienstuntauglich gewordenen* Unteroffizieren, Spielleuten, Gefreiten und Soldaten der kgl. bayerischen Armee 252 eine militärische Versorgung erhalten. Diese Zahl hat sich seitdem wesentlich vermehrt und bereits die Gesammtsumme von 647 erreicht, nämlich: 78 Unteroffiziere, Hautboisten und Hornisten, 569 Gefreite, Gemeine und Tamboure. Die Art der Versorgung anlangend, erhielten, ihrem Ansuchen entsprechend: 61 Unteroffiziere, Hautboisten und Hornisten, dann 513 Gefreite, Gemeine und Tamboure, sohin im Ganzen 574 Individuen, die ihnen nach den allerhöchsten Normen zukommende Pension. Mehr als der Hälfte dieser Pensionisten, nämlich 299, wurde mit Rücksicht auf ihre besondere Hilfsbedürftigkeit zu ihrer Pension noch eine entsprechende Zulage aus dem Invalidenfonde angewiesen. 12 Unteroffiziere, Hautboisten und Hornisten, dann 6 Gefreite und Gemeine, welche die Versetzung zu einer Garnisonskompagnie der Pensionirung vorgezogen hatten und als Halb-Invaliden 2. Abtheilung zu einer derartigen Dienstleistung auch noch befähigt waren, wurden bei den Garnisons-Kompagnien Nymphenburg und Königshofen eingetheilt. 5 Unteroffiziere und 50 Gefreite und Gemeine sind als gänzlich erwerbsbeschränkte Realinvaliden in das Invalidenhaus zu Fürstenfeld aufgenommen worden. (Bayer. Ztg.)

München, 26. März. Durch eine im Einverständnisse mit dem kgl. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten an sämmtliche kgl. Kreisregierungen, Kammern des Innern, ergangene Entschließung des kgl. Staatsministeriums des Innern vom 26. ds. Mts. wurde die Portofreiheit, welche den Versendungen der den Ge-

meinden und Stiftungen gehörigen Staatsobligationen zum Zwecke der Vinculirung derselben bisher schon zugestanden war, ausnahmsweise auch auf die zu gleichem Zwecke stattfindenden Versendungen der im Eigenthume der Gemeinden und Stiftungen befindlichen Pfandbriefe der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank mit dem Bemerken ausgedehnt, daß die betreffenden Sendstücke seitens der versendenden Behörden außer der Signatur R. S. auch mit dem Beisatze „Staatskuratelsache" zu bezeichnen seien.

München, 26. März. Im verflossenen Monate Februar wurden auf den kgl. Staatseisenbahnen bei einer Bahnlänge von 433$^{5}/_{10}$ Stunden 352,934 Personen, 12,701 Centner Reisegepäck, 2,708,401 Centner Frachtgüter und 297,283 Centner Regiesendungen befördert und beträgt die Gesammteinnahme, einschließlich der für Militärtransporte, Reise-Gefährte und Thiere erhobenen Gebühren: 1,084,650 fl. 52$^{1}/_{2}$ kr. Im entsprechenden Monate des Jahres 1866 wurden bei einer Bahnlänge von 429$^{5}/_{10}$ Stunden im Ganzen vereinnahmt 1,033,969 fl. 31$^{3}/_{4}$ kr., sohin im Februar ds. Js. mehr: 50,681 fl. 20$^{3}/_{4}$ kr.

+ **München,** 27. März. Wie wir aus guter Quelle erfahren, ist die Wiedereinberufung des Landtages für jetzt auf Ende August bestimmt und würden demnach die Kammern zur Zeit der Vermählung Sr. Maj. des Königs, welche bekanntlich im September stattfinden wird, hier versammelt sein. Vielleicht ist es uns nächstens schon möglich, Ihnen den für die Vermählung festgesetzten Tag anzeigen zu können. Herr Minister v. Bomhard, welcher seit einigen Tagen unwohl ist, hat heute einen ihm in dessen Folge gewährten Urlaub angetreten; während der Dauer des letzteren ist die Leitung des Justizministeriums Herrn Staatsrath v. Fischer übertragen worden. Man ist natürlich sehr gespannt, ob Herr v. Bomhard sein Portefeuille überhaupt wieder übernehmen werde; es läßt sich darüber heute durchaus nichts Verlässiges sagen, da eben die Parteien sich noch gegenseitig bekämpfen. Dagegen würde dem Rücktritt des Hrn. v. Bomhard auch der des Kriegsministers, Hrn. v. Pranckh, folgen. So berichtet wenigstens ein hiesiger offiziöser Korrespondent der „Leipz. Ztg." und da dieser Korrespondent, wie es scheint, seine Informationen aus dem Kriegsministerium, dem Ministerium des Innern u. s. w. direkt sich erholen darf, so möchte jene Nachricht doch nicht für ganz unbegründet zu halten sein. Die Stellung des Herrn v. Pranckh scheint überhaupt schon seit einiger Zeit etwas wankend geworden zu sein und mögen hiezu wohl verschiedene Ursachen mitwirken. Wir haben schon früher einmal angedeutet, daß die mitunter etwas schroff aristokratischen Formen, die Se. Excellenz häufig anzuwenden beliebt, heutzutage etwas ungewohnt erscheinen und dieser Anachronismus den Rücktritt des sonst gewiß verdienstvollen Mannes in den betreffenden Kreisen weniger fühlbar machen dürfte.

Karlsruhe, 26. März. Bei der Konferenz wegen gleichartiger Maßregeln wider die Rinderpest, die am 18. d. M. zu Mannheim begonnen, hat sich auch die königl. württembergische Regierung vertreten lassen. Die Verhandlungen, welche bis 22. d. M. dauerten, leitete der großh. Geh. Rath Schmitt, und es wurde denselben ein bayerischer Entwurf für die betreffenden Maßnahmen zu Grund gelegt. Die Konferenz hat sich über Vorschläge an die betreffenden Regierungen für gemeinschaftliche Maßregeln zur Abhaltung der Seuche und für ein gleichartiges Verfahren zur Bewältigung der ausgebrochenen Seuche geeinigt. Es läßt sich wohl erwarten, daß die vereinbarten Vorschläge in allen vier süddeutschen Staaten zur Annahme gelangen werden. (Karlsr. Ztg.)

Wiesbaden, 26. März. Es steht fest, daß, wo möglich schon mit dem 1. Juli d. J., das preußische Steuersystem bei uns eingeführt wird. Nach diesem wird ein Jeder nach seinem Einkommen besteuert und die Ungleichheit, die seither bei uns bestand, aufhören. Dieser Tage ergeht an die Communalbehörden der Auftrag, die neuen Steuerheberollen aufzustellen und deren Vorlage zu beschleunigen. Es wird also wahrscheinlich für das Jahr 1867 nur noch 1 Simpel nach unserem seitherigen Usus erhoben werden. (Frkf. J.)

Wien, 26. März. Die „Wiener Abendpost" bemerkt, indem sie die jüngsten Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" über die Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen Oesterreichs zu Preußen reproducirt: „Eingedenk des Ernstes, mit dem auch wir an dieser Stelle den gleichen Wunsch als den Intentionen der kaiserlich österreichischen Regierung entsprechend, zum Ausdruck brachten, dürfen wir uns Angesichts solcher Emanationen wohl darauf beschränken, dieselben mit ungeheuchelter Befriedigung zu registriren."

Wien, 26. März. Der Wahlkampf, welcher heute in der Großgrundbesitzer-Kurie von Böhmen zur Entscheidung gelangt, ist von der höchsten Wichtigkeit bezüglich der nächsten Gestaltung unserer Verfassungskrise. Es handelt sich nur um die Majorität von wenigen Stimmen. Aber diese Stimmen müssen nicht allein gezählt, sondern auch gewogen werden. Sie entscheiden darüber, ob im böhmischen Landtag, in dem größten Vertretungskörper der diesseitigen Reichshälfte, die Partei des konstitutionellen Ausgleiches, oder aber die Partei des national-feudalen Widerstandes siegen werde. Die letztere Partei gefällt sich darin, für sich ganz ausschließlich den Beruf und Namen der „konservativen" Partei in und für Oesterreich anzusprechen. Die „Wiener Zeitung" hat es heute in einem halbamtlichen Artikel versucht, die Besorgniß der national-feudalen Partei, daß der nächste Reichsrath sich zu einer Konstituante herauswachsen werde, zu entkräften und der Behauptung entgegenzutreten, daß die Regierung einen besonderen Druck auf die nunmehr stattfindenden Wahlen im Großgrundbesitz zu Gunsten der Verfassungspartei ausübe. Das offiziöse Organ betont in seiner Beweisführung mit Entschiedenheit, daß die Regierung keine Konstituante wolle, sondern nur eine Verfassungsrevision im verfassungsmäßigen Wege anstrebe, daß eben die Februarverfassung den konservativen Interessen in jeder Beziehung mehr als hinlänglich Rechnung getragen und daß man von den Kandidatenlisten der Verfassungspartei im Großgrundbesitz gewiß nicht behaupten könne, es seien darin nicht sehr wohlbekannte konservative Elemente vertreten. . . . . Freilich behaupten unsere Feudalen, daß die Februarverfassung, welche die Grundlage der Verfassungsrevision bilden solle, durch den ungarischen Ausgleich durchlöchert und zerfetzt sei. Das wird dann richtig sein, wenn dieser Ausgleich wirklich zur vollendeten konstitutionellen Thatsache geworden ist. Aber bis zu jenem Momente, hoffen wir, wird auch die Februarverfassung durch die diesseitige Vertretung in einem dem Ausgleiche entsprechenden Sinne modifizirt sein und dann tritt an die Stelle der durchlöcherten Februarverfassung mit Zustimmung der Volksvertreter wie der Regierung eben die neu revidirte Gesammtverfassung des Reichs. Ob der nächste Reichsrath der „weitere" oder der „engere" Reichsrath sei, darüber heute noch zu streiten, oder über ein Formgebrechen, das diesem Reichsrathe wirklich anhaften sollte, das Wesen seiner konstitutionellen Mission und das Ausgleichswerk selbst vollständig in Frage zu stellen — das kann wahrlich weder patriotisch noch konservativ genannt werden. Patriotisch ist heute, was aufrichtig die Hand zur Aussöhnung und Vereinbarung der verschiedenen Verfassungsrechte und Nationalforderungen bietet, und wahrhaft konservativ ist Derjenige, der, um diesen Vergleich herbeizuführen, sich auf den Boden der faktischen Verhältnisse und des vorhandenen Verfassungsrechtes stellt. Auf diesem Boden stehend, kann jede Parteimeinung sich geltend machen, kann auch die konservative Partei ihre Mission erfüllen, kann sie die konstitutionelle Gestaltung nach ihrem Sinn anstreben, und kann, wenn es nothwendig und möglich, etwa überstürzenden Tendenzen gegenübertreten. Aber sich mit jenen nationalen Elementen verbinden, die ziellos nach einer Sonderstellung streben und sich in eine Theorie des Widerstandes hineinreden, der nach keiner Seite hin auf einer positiven staatsrechtlichen Grundlage ruht, die ersten Anfänge eines konstitutionellen Ausgleichs zwischen Oesterreich und Ungarn leidenschaftlich bekämpfen und jeder Vereinbarung und Konsolidirung auf der gegenseitigen Verfassungsbasis hindernd in den Weg treten, das ist weder staatsmännisch klug, noch aber im guten Sinn patriotisch und konservativ. Die Nationalen können wüthen, die Feudalen können schmollen — aber sie werden damit nicht den heutigen Entwicklungsgang unserer inneren Politik hemmen, sie werden höchstens den Vorwurf und die Schuld auf sich laden, daß durch ihren Widerstand abermals ein Theil jener kostbaren Zeit und Kraft, welche die Konstituirung Oesterreichs erfordert, unnütz verschleudert wurde. Nur das Eine mögen unsere feudal-nationalen Gegner wohl beherzigen: Es ist möglich, daß ihnen noch eines Tages irgend ein Staatsstreich in Oesterreich gelingt. Aber dann sind sie die Ersten, die diesem Staatsstreiche zum Opfer fallen werden: der feudale Adler, der Klerus und der — Czechismus. (W. Frdbl.)

Wien, 26. März. Se. Majestät der Kaiser befindet sich seit heute wieder in Pesth, und die Verhandlungen daselbst über die staatsrechtlichen Fragen werden nunmehr ihren Fortgang nehmen. — Die heutige „Wiener-Zeitung" bringt einen sehr bemerkenswerthen Artikel, in welchem sich das amtliche Blatt mit Schärfe gegen die Tendenzen der Feudalen ausspricht. Angesichts der für die nächsten Tage bevorstehenden Landtagswahlen des Großgrundbesitzes in Böhmen und Mähren verdient dieser Artikel besondere Beachtung. Wir kommen auf denselben zurück. — Ueber die bereits dementirte Pariser Nachricht von einer Reise des Generals Fleury nach Wien bringt heute die „Wiener-Zeitung" folgende offiziöse Notiz: „Mehrere Blätter beschäftigen sich seit einiger Zeit wieder lebhaft mit der Person des Generals Fleury, den sie bald an die Stelle des kaiserlichen Botschafters am hiesigen Hofe treten, bald als Repräsentanten seines Souveräns bei der bevorstehenden Krönung Sr. Majestät des Kaisers als König von Ungarn hieher abgesendet sein lassen. Wir können versichern, daß von einer derartigen Sendung des Generals Fleury in

der einen oder anderen Richtung hier in den maßgebenden Kreisen nichts bekannt ist." (Pr.)

Prag, 26. März. Die Wahl der Großgrundbesitzer hat heute begonnen. Die Betheiligung ist eine außerordentliche, denn es sind 400 Wähler vertreten. (Die Gruppe des Großgrundbesitzes zählt im Ganzen 422 Wahlberechtigte.) Obmann der Wahlkommission ist Graf Hartig, Mitglieder derselben sind Fürst Lobkowitz, Pistl, Daubek, Fürstl, August von Eisenstein, Limbeck, Kotz und Mladota. Als Regierungskommissär fungirt Statthalterei-Vizepräsident Henniger statt des Kreischefs Freiherr von Mallowetz.

Luxemburg. Bei Erwähnung der luxemburgischen Angelegenheit bemerkt die „Indep.": „Was die Luxemburger selbst betrifft, so lieben sie zwar die bei ihnen befindlichen Preußen nicht, die es eben nicht verstanden haben, sich beliebt zu machen. Alle ihre Wünsche sind auf die Erhaltung ihrer Unabhängigkeit gerichtet; würden sie aber genöthigt werden, auf dieselbe zu verzichten, so zögen sie, da sie durch Sprache, Ideen, Sitten und Traditionen Deutsche sind, es vor, Preußen oder selbst Belgier zu werden, als sich zu Franzosen machen zu lassen."

Der „Köln. Ztg." wird über die luxemburgische Angelegenheit aus dem **Haag** berichtet: „So viel schon über die luxemburgische Angelegenheit geschrieben und gesprochen worden, Eines ist weder von Berlin aus, noch von Paris aus, noch selbst hier irgendwie entschieden in Abrede gestellt worden, daß nämlich Verhandlungen über dieses Land zwischen Frankreich und Holland einerseits und bezügliche Besprechungen zwischen Frankreich und Preußen andererseits stattgefunden haben. Ja, noch mehr, ich halte mich für autorisirt zu der Mittheilung, daß noch jetzt sowohl die Verhandlungen, als die Besprechungen, deren Mittelpunkt, wie Sie sehen, Frankreich ist, fortdauern. Graf Bismarck war daher im Parlamente durchaus dazu berechtigt, zu erklären, er habe niemals drohende Forderungen &c. an Holland gerichtet oder sonstwie mit unserem Kabinete über diesen Gegenstand verhandelt. Aber auf der anderen Seite wird man auch nicht übersehen dürfen, daß der preußische Ministerpräsident mit keiner Silbe sich gebunden hat, die Abtretung Luxemburgs via Holland an Frankreich als ein Ding der Unmöglichkeit zu bezeichnen, das Preußen nimmer geschehen lassen werde."

Paris, 25. März. Das „Journal des Deb." erhebt seine Stimme flehend für das geknechtete Polen. „In dem Augenblicke", meint es, „wo Rußland durch den uneigennützigen Schutz, den es den Christen im Morgenlande spendet, einen Beweis von Hochherzigkeit gibt, dürfte es vielleicht gerathen sein, die Aufmerksamkeit des Czaren und seiner Minister auf das eben so ergreifende Mißgeschick hinzulenken, das zu heben für ihn ein Leichtes ist. Wir erinnern daran, daß in den von Rußland in Besitz genommenen polnischen Provinzen alle Gutsbesitzer, deren Güter sequestrirt oder die in Folge des Aufstandes von 1863 außer Landes zu leben gezwungen sind, ihre Güter vor dem 1. Februar 1868 verkauft haben müssen. Ihre Besitzungen, und zwar dem Vernehmen nach über 20,000, können nur von orthodoxen Russen erworben werden. Unter den Personen, die durch Nationalität und Religion zum Ankaufe dieser Güter qualifizirt sind, nehmen jedoch die achtbarsten Anstand, so das Unglück ihrer Nebenmenschen sich zu Nutze zu machen, während die Anderen die Rache der außer Besitz gebrachten Eigenthümer und der Freunde derselben fürchten, oder auch hoffen, der schon so gesunkene Werth dieser Güter werde noch mehr herabgehen, sobald der Fiscus dieselben zur Versteigerung bringe. Bei dieser Sachlage kann fast kein einziger der zu diesem Zwangsverkaufe genöthigten Gutsbesitzer Käufer finden. Es ist deßhalb beinahe die Confiscation im vollen Sinne des Wortes, und somit der vollständige Ruin, der zu Ende dieses Jahres mehr als 20,000 Familienväter erwartet. So viele Unglückliche kann die russische Regierung von ihrer Angst erlösen und ihnen Ruhe und Wohlergehen durch einen einfachen Ukas verleihen, und dabei braucht sie sich gar nicht erst vorher mit den Westmächten zu verständigen, noch sich herbeizulassen, mit ihnen die Ehre zu theilen, diesen Unglücklichen Abhülfe verschafft zu haben. Hiermit mag sie den Anfang machen, wenn sie will, daß wir die edlen Gefühle für Ernst halten sollen, die sie zur Schau trägt, sobald es sich um Unterthanen des Sultans handelt. Die Polen sind zum mindesten ebenso gute Christen, wie die Kreter und Thessalioten."

Folgender Passus in dem Bulletin des „Constitutionnel" ist, wie die „Fr. Corr." vernimmt, der getreue Ausdruck der an maßgebender Stelle herrschenden, oder vielmehr zur Schau getragenen Ansichten: „Die Wiener Blätter fahren fort, die zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten geschlossenen Garantie-Verträge zu besprechen. Ein Artikel der „Neuen Freien Presse" zu Gunsten einer österreichisch-preußischen Allianz wird von anderen, dieser Allianz feindseligen Organen der Wiener Presse bekämpft. Dagegen hat dieser Artikel ein Echo in Berlin gefunden und die ministerielle „Nordd. Allg. Ztg." nimmt davon Gelegenheit, um die Vortheile einer solchen Kombination vom Standpunkte der österreichischen und deutschen Interessen zu beweisen. Aus diesem Austausch guter Worte darf man schließen, daß die Beziehungen zwischen Preußen und Oesterreich den gereizten Charakter, den sie bis auf die jüngste Zeit trugen, verloren haben. Auf beiden Seiten hat man große Aufgaben zu erfüllen, Preußen soll sein Bundesprojekt zu gutem Ende führen, ein Werk, welches Zeit und Ruhe erfordert. Oesterreich seinerseits geht den Verwicklungen in Bezug auf Deutschland aus dem Wege, um sich der Arbeit seines inneren Aufbaues zu überlassen, welcher in so hohem Grade das europäische Gleichgewicht interessirt. Auch kann sich Europa nur freuen über Alles, was geeignet ist, die auswärtigen Beziehungen dieses Reiches zu bessern."

In der vielgelesenen „Börsenwoche", welche Herr Mirès für seine „Presse" schreibt, heißt es: „Diese Woche wurde der Markt durch die Krankheit des kaiserlichen Prinzen und durch die politischen Nachrichten aus Deutschland erregt. Das Befinden des jungen Prinzen hat sich gebessert und gibt keinen Grund mehr zu Besorgnissen, aber die deutschen Angelegenheiten hören nicht auf, die Gemüther zu beschäftigen." Herr Mirès ist der Einzige, der es wagt, von dem Einfluß der Krankheit des Thronerben auf die Börse zu sprechen. Man habe, fährt er dann fort, das Gerücht von der Abtretung Luxemburgs an Frankreich verbreitet und die Rente sei hierauf gestiegen. „Aber was ist Luxemburg? Eine Provinz von 200,000 Einwohnern und einem Ertrage von kaum 3 Millionen. Angenommen selbst, die Abtretung wäre erfolgt, könnte sie uns für die Wiedererrichtung des deutschen Reiches entschädigen? Offenbar nicht. Die Reprise auf diese Nachricht war also unberechtigt." Die Nachricht ward von der „France" ausdrücklich dementirt; dagegen will der „Temps" sie mit der Maßgabe aufrecht erhalten, daß die Festung Luxemburg geschleift werden soll.

Paris, 26. März. Dem „Messager du Midi" wird vom französischen Levante-Geschwader vom 10. März geschrieben, die Offiziere der in den Gewässern von Kandia liegenden Kriegsschiffe seien nicht wenig verwundert, daß sie in jedem eintreffenden Zeitungspaket in den Pariser Blättern Depeschen und Berichte über zahlreiche Gefechte zwischen Griechen und Türken auf Kandia zu lesen bekämen. Schon seit geraumer Zeit sei nichts von wirklichen Siegen zu berichten gewesen, weil nämlich schon seit Wochen kein Gefecht mehr geliefert worden sei; die Türken könnten der Insurgenten nicht Herr werden (aus den bekannten diplomatischen Gründen), und die Insurgenten seien nicht stark genug, die Türken zu vertreiben; in Folge einer stillschweigenden Uebereinkunft beobachte man einander, statt sich ohne Zweck herumzuschlagen, und lasse die Diplomatie für das Weitere Sorge tragen. Die türkisch-ägyptische Flotte habe Anfangs eine strenge Blocade herstellen wollen, aber schon bei dem ersten Falle, wo sie einigen Ernst gezeigt habe, sei sie genöthigt worden, bei denen, welche die Blocade gebrochen, Abbitte zu thun, sie lasse daher Alles gehen, wie es eben gehe. Das „Journal des Debats" setzt zu dieser erbärmlichen Geschichte hinzu: „Wenn wir (Franzosen) uns vor dreizehn Jahren so viel Mühe gegeben hätten, die Anstrengungen der Türken zu paralysiren, so würde es ihnen allerdings nicht gelungen sein, Silistria siegreich gegen eine russische Armee zu vertheidigen."

Warschau, 21. März. Obgleich die Regierungs-Commissionen des Innern, der Justiz, des Unterrichtswesens und des Schatzes noch immer bestehen und alle Ukase das gemeinschaftliche Handeln der Ministerien des Kaiserreiches mit dem Statthalter des Königreichs anordnen, so gehen doch allmälig immer mehr die abgesonderten Verwaltungsbehörden einzelner Branchen unter die oberste Verwaltung der Ministerien des Kaiserreiches über. So ist mittels Ukas vom 7. d. M. die bisherige Direktion des Wegebaues, der Wasser- und Land-Communicationen, wozu auch die Eisenbahnen gehören, unter das betreffende Ministerium der Communikation in Petersburg gestellt, die Privat-Eisenbahnen Warschau-Wien-Bromberg-Lodz und Warschau-Brzesc-Litewski aber davon abgelöst und mit seinem bisherigen Inspektor dem General-Inspektor der russischen Privatbahnen untergeordnet worden, Alles aber mit dem bisherigen Personal und den bisherigen Etats. Wie wir hören, wird das hiesige lutherische Consistorium, auf Antrag von hier aus, dem General-Consistorium in St. Petersburg untergeordnet werden, denn mit der bisherigen Verwaltung sollen die hiesigen Deutschen sehr unzufrieden sein, auch hoffen, daß dann beim hiesigen Consistorium, wie dies seit alten polnischen Zeiten bis zum Jahr 1819 hier der Fall war und in Rußland noch der Fall ist, alles in deutscher Sprache verhandelt werden wird, da unsere lutherische Gemeinde ursprünglich eine deutsche ist, seit 30 Jahren aber polonisirt wurde, was sich die hiesigen evangelisch-deutschen Russen aber nicht gefallen lassen wollen und dem die übrigen hiesigen Deutschen zustimmen. Mit dem reformirten Consistorium, welches durch seine Synode und Gemeinden, die zusammen nur 5000 Seelen betragen, ursprünglich eine polnische Kirche ist,

scheint es beim Alten bleiben zu sollen, da überhaupt die hiesige Verwaltungs-Abtheilung des Cultus noch nicht reorganisirt ist.

Neueres.

Berlin, 27. März. Der Reichstag hat in seiner heutigen Sitzung die Art. 13—20 der Bundesverfassung angenommen. Der in der gestrigen Sitzung verworfene Art. 12 wurde heute als Zusatz zu Art. 16 angenommen. Ein zu diesem Artikel wieder eingebrachtes Amendement Bennigsen's, betreffend verantwortliche Verwaltungschefs, wurde abgelehnt, nachdem Graf Bismarck dasselbe als unannehmbar und das Verfassungswerk gefährdend erklärt hatte. Der Art. 18 erhielt den Zusatz: Der Bundeskanzler übernimmt durch seine Contrasignation die Verantwortlichkeit.

Berlin, 27. März. Der König von Preußen wird bis Ende Mai zur Ausstellung in Paris erwartet. — Graf Leumay bleibt Gesandter in Berlin.

Wien, 27. März. Die preußische Regierung intervenirte hier diplomatisch für diejenigen ihrer Unterthanen, welche Gläubiger des Fürsten Esterhazy sind. Unsere Regierung hat sich dabei in der entgegenkommendsten Weise gezeigt.

Prag, 27. März. Die Wahltheilnahme ist auch heute sehr zahlreich; bisher haben die Feudalen 85, die Verfassungstreuen 87 Stimmen. (T. d. Pr.)

Pesth, 27. März. „Hirnök" meldet: Die Ungarische Dampfschifffahrt-Gesellschaft habe die Erlaubniß erhalten, ihren Betrieb auf die ganze Donau auszudehnen, und zu diesem Zwecke ihr Aktien-Kapital auf eine Million Gulden zu erhöhen. Das Amtsblatt veröffentlicht eine Allerhöchste Verordnung, laut welcher die Strafen für bis zum 10. d. M. begangene Gefälls-Uebertretungen nachgesehen werden.

Pesth, 27. März. (Sitzung der Deputirtentafel.) Die äußerste Linke bringt zwei Gesetzentwürfe bezüglich Unterstützung und Verwendung der ehemaligen Honveds und betreffs der Heimkehr der Emigranten ein. Die Entwürfe werden in Druck gelegt und seinerzeit auf die Tagesordnung gesetzt. Fortsetzung der General-Debatte.

Triest, 25. März. (Ueberlandpost.) Bombay, 6. März, Calcutta, 28. Februar. Belisar, der Gesandte von Bochara, verließ Calcutta mit dem Bescheide, der Gouverneur von Pendschab werde ihm die Beschlüsse der englischen Regierung mittheilen. Aus Kabul wird gemeldet, daß Schir Ali's Angelegenheiten günstiger stehen. Er soll den Russen Herat, dem Abderrahman Chan Balch als Preis für die Hülfe angeboten haben. In Maskat ist ein Abgeordneter eines Wehabitenhäuptlings angekommen, um von Seied Selim Tribut zu verlangen. Hongkong, 14. Februar. Der Taikun von Japan schickt seinen jüngern Bruder mit einem großen Gefolge zur Pariser Ausstellung. Auch an die Höfe der Vertragsmächte sollen Gesandte abgehen. Der Palast der britischen Gesandtschaft in Jedo ist abgebrannt. Ein Gerücht spricht von einem bevorstehenden Krieg Japans gegen Korea.

London, 27. März. Nachdem Disraeli Compromisse zugesagt, gestattete das Unterhaus in früher Morgenstunde ohne Abstimmung die zweite Lesung der Reformbill. Die Budgetvorlage erfolgt am 4. April. (T. d. Pr.)

Petersburg, 26. März. Die heutige „Senats-Zeitung" meldet: Es wurde eine Deklaration zwischen Rußland und Oesterreich ausgewechselt, wonach alle in Rußland und Oesterreich gegründeten Aktiengesellschaften und kommerziellen Associationen, mit Ausnahme der Assekuranzen, in beiden Ländern Geschäfte treiben können und Rechtsschutz genießen. — Ein kaiserlicher Ukas ordnet die Aufhebung des polnischen Reichsraths an.

Rom, 26. März. Das „Giornale di Roma" erklärt es für unbegreiflich, daß man in der italienischen Thronrede von einer legitimen Liquidation der Kirchengüter sprechen konnte, nachdem es eine illegitime Beraubung ist, welche die Kirche erleidet, und eine solche Liquidation nie legitim sein kann, da derjenige, welcher sie allein legitimiren könnte, es nie thun wird. (T. d. Pr.)

Konstantinopel, 26. März. (Direkt.) Die rückständigen Gehalte werden regelmäßig ausbezahlt; es wird eine Anleihe im Betrage von 450,000 Liras mit der Banque Ottomane und der Société Générale kontrahirt.

Telegramm der Neuen Würzburger Zeitung.

** **München**, 29. März. Der Kriegsminister v. Pranky hat seine Entlassung eingereicht. Die Entscheidung des Königs hierauf und bezüglich der Ministerfrage überhaupt ist noch nicht erfolgt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$66^1/_4$ P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$61^7/_8$—$^3/_4$ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$53^3/_4$—$^5/_8$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	$45^1/_4$ P.
„	$4^1/_2$pCt.	$39^5/_8$ G.
Preussen	$3^1/_2$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101^5/_8$ P.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$96^3/_4$ P.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$96^1/_2$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$91^5/_8$ G.
„	4 pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$91^5/_8$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^1/_2$pCt. Obl. b. Rothsch.	96 P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$85^1/_2$ P.
Baden	$4^1/_2$pCt. Obl.	$96^5/_8$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. v. 1842	$86^1/_2$ P.
Gr. Hess.	$4^1/_2$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$94^3/_8$ P. $^1/_8$ G.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$86^5/_8$ G.
Nassau	$4^1/_2$pCt. Obl. dto.	$97^1/_4$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$90^7/_8$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$87^1/_8$ P.
Frankfurt	$3^1/_2$pCt. Obl.	$83^3/_4$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2^1/_2$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4^1/_2$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$85^3/_4$ P.
N.Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2^1/_2$	$79^7/_8$ P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	$77^5/_8$—$^7/_8$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$129^1/_2$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	675 P. 672 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$171^1/_2$—71 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$206^1/_2$P. $205^1/_2$G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$97^1/_2$ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$108^1/_2$ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	154 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$90^1/_4$ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$111^3/_4$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49^1/_4$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73^1/_8$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$246^1/_4$ P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$46^3/_4$ P
Bayer. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	117 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	117P. $116^1/_2$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^3/_4$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^7/_8$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^1/_4$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$104^7/_8$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97^1/_4$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^7/_8$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105^1/_4$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^1/_4$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105^1/_8$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119^1/_4$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^3/_4$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^5/_8$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$92^1/_8$P. $91^7/_8$ G.
do. in öst. W. 1. S.	$92^1/_8$ P. $91^7/_8$G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	$113^1/_4$ G.
„	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	60P. 59 „ G
„	fl. 500 v. 1860 6/7	$68^3/_4$—$^1/_4$ G.
„	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$120^1/_4$ P.
„	do. v. 1864	$74^1/_8$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.		$99^1/_2$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose		$10^1/_2$ P.
Badische fl. 35		$52^1/_8$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.		$55^1/_2$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.		142 G.
„	fl. 25 do.	$37^1/_4$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.		$35^1/_4$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.		71 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose		—
Freiburger 15 Frs.-Loose		—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.		$28^1/_4$ P.
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.		$32^1/_4$ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.		$10^3/_4$ P.

Frankfurt, 28. März. Die Börse eröffnete mit österr. Effekten zu denselben Coursen, wie die Effektensocietät gestern Abend schloß. Da indessen keine der umlaufenden Nachrichten eine positivere Gestalt annahm und die auswärtigen Course auch nicht ganz entsprechend eintrafen, so ermattete die Stimmung etwas. Amerikaner einen kleinen Bruchtheil niederer, da Gold und Bonds etwas ungünstiger gemeldet wurden. Bexbacher und Maxbahnaktien gesucht, die übrigen Eisenbahnaktien unverändert. Auf süddeutsche Effekten hat die günstigere Strömung noch keinen Einfluß ausgeübt. Von Prioritäten Staatsbahn und Lombarden etwas höher bezahlt. 5pCt. Schwedische waren à 91 gesucht, 4pCt. Esterhazy ebenfalls höher gefragt in Folge der Verwendung der preußischen Regierung. National-Coupons 28. 19. Gold-Coupons $2.24^3/_4$. Wiener Wechsel $^3/_8$ pCt. höher, andere Plätze unverändert. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
... und Staatsbibliothek
Würzb. Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 89.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 30. März 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 28. März. Se. Majestät der König hat dem Schullehrer L. Lochmaier zu Moosthenning in Rücksicht auf seine mehr als fünfzigjährigen eifrig und treu geleisteten Dienste die Ehrenmünze des kgl. bayerischen Ludwigsordens verliehen; den Landwehr-Generalmajor, Reichsrath Herrn F. Grafen v. Ortenburg-Tambach, auf sein Ansuchen von der Stelle eines Kreis-Kommandanten der Landwehr von Oberfranken enthoben.

Die kath. Pfarrei Reutern, kgl. Bezirksamts Zusmarshausen, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 701 fl. 30 kr. 3 hl. in Erledigung gekommen.

München, 27. März. Im „Bayerischen Kurier" vom 26. l. Mts. ist Folgendes zu lesen: „Aus einer Quelle, welche wir für vollkommen verlässig zu halten berechtigt sind, wird uns mitgetheilt, daß der ursprüngliche Entwurf unseres Militär-Organisations-Gesetzes zur An- und Einsicht nach Preußen geschickt wurde. Derselbe soll in Berlin so sehr gefallen haben, daß man von dort hieher wissen ließ, es sei Bayern nur zu gratuliren, wenn es dieses Gesetz durchführe. Wir glauben, unser Land wird für diese Gratulation schönstens danken und den ganzen Vorgang sehr bezeichnend finden." Die „Bayer. Ztg." erwiedert hierauf in ihrem amtlichen Theile: „Daß die preußische Gesandtschaft nach Feststellung des Entwurfes von demselben so gut, wie jede andere hiesige Gesandtschaft, sich Kenntniß verschaffen konnte, ist außer Zweifel. Unwahr dagegen ist, daß eine Mittheilung des Entwurfes seitens der bayerischen an die preußische Regierung erfolgt ist, und ebenso unwahr ist, daß die preußische Regierung der bayerischen ein Urtheil über den Entwurf hat zukommen lassen."

× **München,** 28. März. Unsern Lesern wird eine Uebersicht über die Thätigkeit der nun vertagten Abgeordnetenkammern von Interesse sein und wir geben in Nachstehendem eine solche, wobei wir die Zusammenstellung des Präsidenten Dr. Pözl in seinem Schlußwort zur Grundlage nehmen. Von dem 1. Ausschuß der Kammer (für Justizsachen) wurde ein von der Staatsregierung eingebrachter Gesetzentwurf — über das Ungehorsamsverfahren — bearbeitet; derselbe wurde aber, ehe er in der Kammer selbst zur Behandlung gelangte, vom Justizministerium zurückgezogen; außerdem wurden diesem Ausschuß 11 Anträge überwiesen, davon einer, der wegen Abschaffung der Todesstrafe, im Plenum erledigt, ein zweiter, auf Beseitigung der Zinsbeschränkungen gerichtet, obwohl vollkommen vorbereitet, deßhalb nicht mehr zur Berathung gebracht wurde, weil der Vertreter des Justizministeriums im Ausschuß erklärte, es wolle dasselbe einen Gesetzentwurf solchen Betreffs einbringen, durch welche Erklärung der Antrag natürlich gegenstandlos geworden war; die Gutachten der Referenten über 5 weitere Anträge (gerichtet auf Unentfernbarkeit der Richter, auf Abänderung einzelner Artikel des Strafgesetzbuchs u. s. w.) liegen vor, sind aber noch nicht im Ausschuß berathen, und 4 Anträge sind noch unbearbeitet. Dem 2. Ausschuß (für Finanzsachen) wurden 5 Regierungsvorlagen überwiesen, von diesen aber bis zum Schluß der Sitzungen nur 4 erledigt: die Gesetzentwürfe wegen Ausgleichung der Kriegslasten, wegen eines Kredits für weitere Militärbedürfnisse im laufenden Jahr und wegen der Eisenbahn von Schweinfurt nach Kissingen; ferner die Rechnungsnachweise aus den Jahren 1863/65, soweit sie den Eisenbahnbau, das Telegraphenwesen, den Donau-Main-Kanal, die Postanstalt und das Salinenwesen angehen. Die fünfte Regierungsvorlage (Vervollständigung der Eisenbahnen betreffend) und ebenso die Nachweise bezüglich der Centralfonds und bezüglich des Zollwesens sind bis zur Berathung im Ausschuß bereift. Der Bericht des Staatsschuldentilgungs-Commissärs dagegen ist bereits von der Kammer selbst erledigt. Auch diesem Ausschuß sind 11 Anträge zugewiesen, von ihnen aber nur einer, der des Dr. Völk auf Abänderung des Kapitalrentensteuer-Gesetzes bis zur allgemeinen Berathung gediehen. Der 3. Ausschuß (für Volkswirthschaft) erhielt zwei Regierungsvorlagen überwiesen: die Mittheilung bezüglich der seit dem letzten Landtage vorgekommenen Aenderungen in den Zoll- und Handelsverhältnissen und den Gesetzentwurf wegen Entschädigung der Viehеigenthümer bei Ausbruch der Rinderpest. Ueber beide hat die Kammer Beschluß gefaßt. Ferner wurden diesem Ausschuß 13 Anträge übergeben, von denen drei: der des Abg. Bernühler wegen Verlängerung der Miesbacher Eisenbahn bis Schliersee, der des Abg. Föckerer auf Vorlage eines Vermarkungsgesetzes und der des Dr. Edel auf Abänderung des Brandversicherungsgesetzes zum Vortrag und zur Beschlußfassung in der Kammer gelangten. Der 4. Ausschuß (für innere Verwaltung) hat die beiden Gesetzentwürfe wegen Aufnahme eines Kreisanlehens in Unterfranken und wegen Behandlung des auf Reorganisation der Wehrverfassung gerichteten Gesetzentwurfs (der letztere würde bekanntlich die Vertagung des Landtags herbeigeführt haben) erledigt und von 9 Anträgen zwei: den die Errichtung eines obersten Verwaltungsgerichtshofs und den die Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts erstrebenden. Ueber einen dritten Antrag, das Schulwesen betr., liegt der Bericht des Referenten vor, die übrigen 6 sind noch unbearbeitet. Der 5. Ausschuß hat von 13 eingelaufenen Beschwerden 10 als ungeeignet befunden und die übrigen drei, welche erst in den letzten Tagen übergeben wurden, noch nicht geprüft. Der 6. Ausschuß hat über 68 Anträge bezüglich deren Zulässigkeit Bericht erstattet. Außerdem hat die Kammer einem gewählten Sonderausschuß den vorgelegten Entwurf einer neuen Wehrverfassung und zahlreiche Anträge und Eingaben den beiden Ausschüssen für Berathung des Civilprozesses und der Sozialgesetze überwiesen. — Das Resultat der abgelaufenen Session, welche gerade $2^1/_2$ Monate dauerte, ist demnach folgendes: an Vorlagen der Staatsregierung wurden durch Gesammtbeschluß beider Kammern erledigt 5 Gesetzentwürfe (Kriegslasten-Ausgleichung, Militärkredit, Eisenbahn Schweinfurt-Kissingen, Entschädigung bei Rinderpest und unterfränk. Kreisanlehen) und eine Mittheilung (Zoll-

Feuilleton.

Die Erdbeben in Kleinasien.

Smyrna, 16. März. In Erwartung der Dinge, die nach dem Dafürhalten unserer klugen Leute in der nächsten Zukunft auch über uns Bewohner der jonischen Küste hereinbrechen sollen, wurden wir plötzlich am 7. März 7 Minuten nach 6 Uhr Abends durch ein furchtbares Erdbeben aus unseren politischen Betrachtungen aufgerüttelt. Dem ersten Stoße, der mit den Schwingungen von N. nach S. nicht weniger als 30 Sekunden andauerte, folgte schon nach 5 Minuten ein ebenso furchtbarer zweiter: die Erdrinde schien in ihren Grundfesten zu erbeben, die Häuser schwankten wie Boote auf sturmbewegter See. Furcht und Entsetzen ergriff die Gemüther, eine dritte Prüfung mußte die Stadt in Schutt und Trümmern begraben. Erst allmälig kehrte das Gefühl der Sicherheit wieder einigermaßen zurück, als sich geraume Zeit hindurch nur eine zitternde Bewegung der Erdoberfläche wahrnehmen ließ, die indeß auch schon den Uebergang vom ersten zum zweiten Stoß vermittelt hatte. Seit jenem Tag vergeht kaum eine Stunde, die nicht durch erneuerte schwächere oder stärkere Erdstöße Zeugniß ablegte von der Störung der unterirdischen Kräfte und den entfesselten Gewalten der Tiefe. Ein Erdbeben von so bedeutender geographischer Ausdehnung und solch' erschütternden Folgen steht zum Glück für das kleinasiatische Küstenland in der Erinnerung seiner jetzigen Bewohner noch ohne Vorgang da. So weit bis jetzt hier eingetroffene Nachrichten gehen, wurden diese Erdstöße zu gleicher Zeit in Aidin (dem alten Tralles), Magnesia (am Hermus), Cassaba, Pholia (d. a. Phocäa), Aivali, Adramitti (d. a. Adramyttium), den Dardanellen, Gallipoli, Konstantinopel und Chio mit höherem oder geringerem Grade von Heftigkeit verspürt, ihren Centralpunkt aber scheinen sie gegen die Inseln Mytelene (d. a. Lesbos) und Lemnos gerichtet zu haben. Von letzterer Insel fehlen uns bis jetzt noch genauere Berichte, indeß soll sie noch ein traurigeres Bild der Zerstörung darbieten, als selbst Mytelene, das nur noch in einem Haufen Ruinen die Spuren der früheren Blüthe andeutet. Auf dieser Insel war das Phänomen von den furchtbarsten entsetzenerregendsten

und Handelsverhältnisse), wogegen ein Gesetzentwurf (den Sonderausschuß für die Wehrverfassung resp. die Vertagung betr.) schon in der Abgeordnetenkammer verworfen, 1 (Contumacialverfahren) vom Justizministerium zurückgezogen wurde, und 2 (Vervollständigung der Eisenbahnen und Wehrverfassung) noch in der Schwebe sind. Von den Anträgen sind blos zwei zu Gesammtbeschlüssen erhoben worden: der über Verlängerung der Miesbacher Eisenbahn bis Schliersee und der auf Vorlage eines Vermarkungsgesetzes; ferner ist der auf Beseitigung der Zinsbeschränkungen insofern ebenfalls von Erfolg gewesen, als das Justizministerium die Vorlage eines hierauf gerichteten Entwurfs zugesagt hat. Ein Antrag (Abänderung des Kapitalrentensteuer-Gesetzes) ruht bei der Abgeordnetenkammer, zu der er zurückgekommen, nachdem die Reichsräthe ihm eine andere Fassung gegeben, und zwei Anträge (Beseitigung der Todesstrafe und Errichtung eines obersten Verwaltungsgerichtshofes) ruhen bei der Kammer der Reichsräthe, welcher sie erst unmittelbar vor der Vertagung zugeschlossen wurden. Zwei Anträge (Abänderung des Brandversicherungsgesetzes und Einführung direkter Wahlen) hat schon die Abgeordnetenkammer verworfen.

Aus **Berlin**, 25. März, wird dem „Schw. Merk." geschrieben: Die vorgestern bezeichnete Ansicht, daß die Nachrichten einiger Blätter und Telegramme über eine mit den süddeutschen Staaten, Würtemberg ausgenommen, bezüglich der Bundesakte schon erzielte Einigung sehr wahrscheinlich zu optimistisch und verfrüht wären, ist durch das Dementi der „Karlsr. Z." die sogar Unterhandlungen in Abrede stellt, als richtig erwiesen. Auch das Zollparlament steht noch nicht in naher Aussicht. Es gibt Partikularisten in Bayern, die ausrechnen, daß der Ausfall der Zolleinnahmen jetzt weniger als bei dem französischen Handelsvertrag ins Gewicht fallen würde, weil man die Kosten für die Militärlast nach preußischem Muster ersparen würde. Solchen engherzigen und auf die Dauer nicht haltbaren Rechnungen hat nun allerdings die Veröffentlichung der Garantieverträge einen Riegel vorgeschoben. Daß die Veröffentlichung namentlich mit Rücksicht auf die Stellung des Fürsten Hohenlohe erfolgt ist, wird von allen unterrichteten Seiten bestätigt, u. A. in einem ministeriellen Abendblatt, das keinen Hehl daraus macht, daß der bayerische Ministerpräsident die Publikation gewünscht habe. Die schleunige Organisation der süddeutschen Militärkräfte wird dadurch hoffentlich gefördert werden. — Der französische Beamte, der neuerdings Luxemburg so viel besucht hat, ist Herr Jacquinot, Präfekt von Verdun, Sohn eines französischen Generals und früher bei der Präfektur in Metz angestellt. Er hat ein Fräulein Collart aus Luxemburg geheirathet und die Mutter seiner Frau viel besucht, was er dann zu Stimmungsberichten nach Paris benützte. Gerüchte über Verkaufsgelüste des Großherzogs spucken je mehr und mehr in den Zeitungen, die hiesige französische Botschaft behauptet, nichts davon zu wissen. In Brüssel will man den Verkauf noch immer bezweifeln. In anderen unterrichteten Kreisen glaubte man heute früh noch, die Sache werde schwerlich vor dem Herbst in irgend einer Weise geregelt werden. Ohne eine Auseinandersetzung mit Preußen ist eine Regelung ohnehin nicht wohl denkbar. Bis in die letzte Zeit wollte man vermuthen, die französische Regierung werde überlegen, daß ihr Handel mit Holland Preußen freie Hand dem Süden gegenüber bereiten würde. — Die Konferenz wegen des Salzmonopols hat jetzt nur noch eine redaktionelle Arbeit. Die Uebereinkunft wird bald geregelt sein. — Es scheint sich zu bestätigen, daß die Regierung den siebenjährigen Militäretat als Uebergangsstadium irgendwie beantragen wird. Graf Bismarck soll dieß in Privatgesprächen als das Minimum dessen bezeichnet haben, was die Regierung gewähren könne. Im Hause wird das auf starken Widerstand stoßen. — Von den von der national-liberalen Fraktion angenommenen Amendements hat das von Bennigsen beantragte Interesse. Darnach soll die Gegenzeichnung der Gesetze und Verordnungen (Art. 18) durch den Bundeskanzler oder die von dem Bundespräsidenten zu ernennenden Vorstände der Verwaltungszweige erfolgen, und diese damit die Verantwortlichkeit übernehmen. Dieß Amendement wurde heute von der Fraktion angenommen. Die Verantwortlichkeit soll durch ein Gesetz geregelt werden; was unter den Vorständen verstanden wird, ist nicht ganz klar. Wahrscheinlich die preußischen Minister. Es würde das wenigstens thatsächlich der Fall sein. Ob das Amendement im Hause durchgehen wird, steht dahin; 16 Mitglieder der Fraktion werden für die Amendements der Linken zu Gunsten der Ministerverantwortlichkeit stimmen.

Berlin, 27. März. Der Reichstag hat den Abschnitt IV. (Bundes-Präsidium) heute zu Ende berathen. Graf Bismarck sprach aufs dringlichste gegen alle Verantwortlichkeits-Forderungen und — die Majorität lehnte alle Anträge Lasker's und Bennigsen's (bis auf ein Zusatz-Amendement zu Art. 18) ab. Der sächsische Minister v. Friesen war an der Tafel der Bundes-Commissäre anwesend und es sollen neue Conferenzen der Bevollmächtigten der Regierungen wegen des Entwurfs unmittelbar bevorstehen.

Die „Zeidl. Corresp." schreibt: „Die Veröffentlichung der Verträge mit den süddeutschen Staaten hat in so fern vielfach eine falsche Deutung gefunden, als man dabei lediglich an das Ausland dachte. Das Ausland wird allerdings die Bedeutung jener Verträge nicht unterschätzen, aber es lag durchaus kein Grund vor, nach jener Seite hin zu demonstriren. Namentlich sind die Beziehungen zu dem officiellen Frankreich so zufriedenstellend, daß verkehrte Ansichten oder gereizte Aeußerungen einzelner Staatsmänner völlig außer Betracht gelassen werden können. Dagegen war von der Veröffentlichung der Verträge wohl zu erwarten, daß sie manche noch vorhandene Bedenken des Reichstages über die Richtung der preußischen Politik zerstreuen und jeder Besorgniß, daß die Consolidirung des Norddeutschen Bundes die Zweitheilung Deutschlands besiegeln würde, ein Ende machen müßten. In dieser Beziehung hat man sich auch sicherlich nicht getäuscht."

Dresden, 27. März. Das „Dresd. Journ." enthält eine Bekanntmachung des Finanzministers, nach welcher in Folge des bereits mit Preußen ratifizirten Vertrages vom 25. Jan. c. und in Ausführung des Friedensvertrages die sächsischen Staats-Telegraphenleitungen am 23. März c. der kgl. preußischen Telegraphenverwaltung überwiesen worden sind. Der jetzt bestehende Tarif behält jedoch bis auf Weiteres seine Gültigkeit.

Luxemburg, 27. März. Den verworrenen Gerüchten gegenüber, welche gegenwärtig über die luxemburgische Frage cursiren, geben folgende Thatsachen über die Absichten Preußens erwünschtes Licht. Während es nicht mehr zu läugnen ist, daß der König von Holland, trotz des bekannten Widerstrebens des Prinzen-Statthalters, das Anerbieten Frankreichs angenommen, ein Stück deutscher Erde gegen Goldeswerth abzutreten, nimmt Preußen in der Stille geeignete Maßregeln, um Luxemburg zugleich gegen die Schwäche Hollands und gegen etwaige Gelüste Frankreichs zu schützen. Dieser Tage kam der Befehl, sämmtliche Forts zur Aufnahme von Truppen bereit zu halten; gegenwärtig ist man mit dem Transport des Mobiliars beschäftigt. Die äußern Wachen sind verstärkt und mit Hornisten versehen. Im Arsenal, wo bisher nur mit einem Feuer gearbeitet wurde, arbeitet man seit einigen Tagen mit fünf Feuern; zudem haben fast sämmtliche Schmiede der Stadt pressante Bestellungen auf Festungsarbeit bekommen. In der Hauptstadt herrschte vor einigen Tagen eine ungewöhn-

---

Wirkungen begleitet. Kurze Zeit, etwa eine halbe Minute vor dem ersten Stoß, begann das Meer zu kochen und zu schäumen, als ob eine unterirdische Explosion stattgefunden hätte, sobald jener aber selbst eintrat, flüchtete sich, wer nur konnte — Personen, die sich auf der Straße befanden, sahen sich plötzlich zu Boden geworfen, die Zimmerdecken und Terrassen lösten sich, und auf den zweiten Stoß stürzten die Gebäude wie Kartenhäuser zusammen, ihre Bewohner in Schutt und Trümmern begrabend. Die obere Stadt liegt in Ruinen, indeß erlag der untere Stadttheil noch schlimmeren Verheerungen. Hier öffnete sich die Erde und verschlang eine lange Reihe von Gebäuden, der Boden senkte sich, und die See bedeckt jetzt den Raum, wo kurz zuvor noch ein reges Leben und Treiben bemerkbar war. Der Verlust an Menschenleben ist groß; man zählt derselben jetzt schon beinahe 1000, und es gibt eine gleiche Anzahl gräßlich Verstümmelter. Auf dem Lande, hauptsächlich nach Norden zu, sind die schönen, blühenden Dörfer entweder spurlos verschwunden oder bieten nur noch das Bild schrecklicher Ruinen dar. Die Zahl der Todten soll sich, in Stadt und Land zusammengenommen, auf über 4000 belaufen. Die Ueberlebenden haben auf Bergen und in Gärten Zuflucht gesucht, wo sie meistens ohne Obdach und Nahrung, da sämmtliche Bäckerläden, Backöfen und Fruchtvorräthe unter den Trümmern der Stadt begraben, ohne schleunige Hülfe noch der Gefahr ausgesetzt sind, den Qualen des Hungers zu erliegen. Die preußische Dampfkorvette „Gazelle" und das Kanonenboot „Blitz" haben sofort ihre Hülfe angeboten und sind in der Uebersiedlung mehrerer Einwohner nach Smyrna thätig gewesen. Ein Dampfboot des österr. Lloyd, das unmittelbar vor der Katastrophe bei der Insel vor Anker ging, überließ den Unglücklichen seinen ganzen Vorrath von Schiffszwieback und stellte den Verwundeten seine Matratzen zur Verfügung. In Phocäa sind 40 Häuser zusammengestürzt und 20 Personen verloren dabei das Leben; die übrigen von den beiden Erdstößen heimgesuchten Orte sind, wie Smyrna selbst, ohne Verlust von Menschenleben, bis jetzt mit dem bloßen Schrecken davongekommen. (Während ich dieses schreibe, erschüttert ein neuer starker Stoß unsere Wohnungen.) Ein Hülfscomité hat sich hier gebildet, und starke Summen werden zum Besten der Unglücklichen gezeichnet; wo aber das Elend ohne Grenzen ist, kann nur Hülfe im großartigsten Maßstabe Linderung verschaffen. (Schw. M.)

liche Aufregung, da das Gerücht verbreitet war, als sei die Abtretung an Frankreich eine Thatsache. Einzelne Individuen, welche ihre französischen Sympathien durch den Ruf: „Vive la France! Vive Napoléon!“ geoffenbart hatten, wurden durch das preußische Militär verhaftet. — Die Haltung der „Presse“ ist über alle Begriffe erbärmlich: nirgends ein warmes, deutsch-patriotisches Wort, nirgends ein Schrei der Entrüstung über die Zumuthungen der Diplomatie; überall kalte Klugthuerei und kraftloses Gewinsel um den unausbleiblichen Untergang des luxemburgischen Particularismus. (A. Z.)

Wien, 27. März. Der Artikel, welchen die „Wiener Ztg.“ gestern gegen unsere Feudalen brachte, stammte direkt aus der Feder des Baron Beust. Unser Ministerpräsident entwickelt riesige Arbeitskraft. Bei Tag in Ofen im Ministerrathe, in der Nacht auf der Fahrt nach Wien und mit Leitartikeln beschäftigt, andern Tags in Wien Ministerrathssitzungen und Empfang der Diplomaten, Ertheilung von Audienzen, in der Nacht auf der Brandstatt, wo die Flammen in die Lüfte lodern — das ist eine kleine Probe von seiner enormen Thätigkeit. Dabei läßt er sich aus Böhmen und Mähren aus jedem einzelnen Wahlbezirke das Wahlresultat telegraphiren. Ich bin da bei jenen Dingen, welche nicht blos Böhmen und Mähren, sondern auch die Residenz im höchsten Maße aufregen. Wiewohl die Verfassungspartei in beiden Ländern bei den Städtewahlen gewonnen hat, so liegt doch die Entscheidung in den Händen des Großgrundbesitzes. Fallen seine Wahlen verfassungstreu aus, so wird man sich wenig um das Geschrei der Czechen kümmern und den Weg gehen, welchen Baron Beust in dem Artikel der „Wiener Ztg.“ klar und entschieden andeutet. Wenn aber diese Wahlen im entgegengesetzten Sinne ausfielen, so müßte die Regierung zu direkten Wahlen schreiten, und die dadurch entstehende neuerliche Verzögerung könnte zu einer sehr dringenden Gefahr werden. Deßhalb wird von der Regierung und der Verfassungspartei Alles daran gesetzt, zum erwünschten Resultate zu kommen. — Die Einberufung des Reichsrathes ist neuerlich auf den 28. April in Aussicht genommen. In Abgeordnetenkreisen wünscht man, daß der Zusammentritt noch etwas später erfolgen möge. Denn der Reichsrath wird, wenn auch leidenschaftslos, das Elaborat der Siebenundsechziger-Kommission diskutiren. Eine etwaige Polemik gerade in der Zeit der Krönung käme dem Reichsrathe selbst sehr ungelegen. — Die Bildung eines eigenen Ministeriums für Ackerbau ist im Zuge. Eigentlich ist es sehr traurig, konstatiren zu müssen, daß Oesterreich, der Agrikulturstaat par excellence, bisher kein eigenes Ministerium für den Ackerbau hatte. (Bayer. Ztg.)

Bern, 25. März. Wie die „St. Galler Ztg.“ wissen will, ist die Gotthard-Bahnfrage durch die Betheiligung des berühmten englischen Ingenieurs John Fowler, des Erbauers des Underground Railway, in ein neues Stadium getreten. Seine Ingenieure sollen eine Linie aufgenommen haben, deren Gipfel nur um 400 Meter höher liegt, als der ursprüngliche Plan vorgesehen hat, und deren längster Tunnel blos 6 Kilometer beträgt, während die Steigungen gleich jenen der tieferen Linie mit Lokomotiven befahren werden könnten. Dieses Projekt soll sich in fünf Jahren ausführen lassen und die Ersparnisse an den Baukosten 50 Millionen Franken betragen.

Brüssel, 26. März. In der Kammer der Repräsentanten wird die Berathung über die Wahlreform fortgesetzt. — Die Journale erwähnen der Gerüchte über den Verkauf von Luxemburg an Frankreich, ohne sich darüber weiter auszulassen; der „Nord“ findet, daß dieser Verkauf mit dem von Frankreich so laut proklamirten Nationalitätsprinzip im Widerspruche stände. — Aus dem Limburgischen wird über eine große Invasion von Wanderratten geklagt.

Paris, 26. März. Die „Presse“ wiederholt mit tief patriotischer Entrüstung das gestern im gesetzgebenden Körper verbreitete Gerücht, daß man in Kehl die preußische Flagge neben der badischen habe flattern sehen, obgleich Herr Rouher in der letzten Session Hrn. Thiers erklärt habe, niemals werde Frankreich gestatten, daß Preußen in Baden festen Fuß fasse. Wahrscheinlich muß sich, wie die „Presse“ hoffen will, der betreffende Deputirte, der es mit eigenen Augen gesehen haben will, geirrt haben. „Denn, daß die preußische Flagge in Mainz und Luxemburg weht, meint sie, ist beklagenswerth, daß sie aber in Kehl wehen soll, unmöglich.“ (!)

Paris, 26. März. Wie von verschiedenen Seiten berichtet wird, soll das Armeereorganisationsgesetz Gegenstand sehr lebhafter Diskussionen werden. Der Präsident der Kommission, Herr Larrabure, ist von dem Kaiser empfangen worden und hat diesem die Beibehaltung des seitherigen Gesetzes mit Verlängerung der Dienstzeit anempfohlen. Ein anderes Kommissionsmitglied, Herr Du Miral, hat ein Gegenprojekt ausgearbeitet, das sehr wesentliche Abänderungen der Regierungsvorlage beantragt. Er will 6 Jahre Dienstzeit, drei in der aktiven Armee und drei in der Reserve. Ein Fünftel der Militärpflichtigen kann sich loskaufen, wenn sie über hinreichende Schulkenntnisse und Uebung in den Waffen sich ausweisen vermögen. Die Reserve kann nur durch ein Gesetz einberufen werden. Der Effektivbestand der Armee wird jährlich durch ein Finanzgesetz geregelt. Dienstpflichtig sind alle waffenfähigen jungen Leute. Alle Soldaten sind schulpflichtig. Die mobile Nationalgarde besteht aus den Losgekauften und den vom Dienste Befreiten. Die Dienstpflicht der mobilen Nationalgarde beträgt sechs Jahre. Die Nationalgardisten können nur durch ein Gesetz einberufen werden, und stehen von ihrer Einberufung an unter dem Militärgesetz. Diejenigen, welche sich vom Dienste losgekauft haben und überhaupt bemittelt sind, müssen sich auf eigene Kosten ausrüsten.

Saint-Nazaire, 24. März. Das Hilfspaketboot der transatlantischen Compagnie, „Vera-Cruz“, welches in 25 Tagen von Mexiko gekommen ist, ankert auf der Rhede mit 771 Militär-Passagieren, worunter die Generale Douai, Clinchamp, Jeanningros und der Fürst von Beaufremont. Die Gesundheit ist an Bord vollkommen, und sämmtliche Passagiere gehen ans Land.

Die bedrohlichen Zustände, welche in Spanien herrschen, spiegeln sich in folgendem Briefe aus **Madrid** vom 18. d. Mts. wieder: „Es ist ein bedeutsames Kennzeichen der Lage, daß die „Presse“ trotz der über ihr schwebenden Gefahren sich nicht scheut, von der Entthronung der Königin zu sprechen und Winke zu geben, daß eine Revolution in Bälde die Wünsche des Landes erfüllen wird, wenn eine freiwillige Abdankung ihr nicht zuvorkommt. Dieß ist der Sinn eines Artikels in dem „Relampago,“ dem geheimen Blatte, dessen Unterdrückung noch nicht gelungen ist und das Absatz findet. Gegen die Armee zieht es scharf zu Felde, und die Minister nennt es Lakaien der Bourbonen; Spanien, sagt es, sei müde der es beherrschenden militärischen Abenteurer, die nicht eher zufrieden gestellt seien, als bis sie sich an Blut und Reichthümern übersättigt hätten. Es ist leicht zu sehen, wohin das Alles hinaus will. Die Krisis steht bevor; sie ist sogar auf heute, als auf den Vorabend des heiligen Josephs-Festes, angesagt; doch habe ich lange genug in Spanien gelebt, um zu wissen, daß solche Prophezeiungen öffentlicher Demonstrationen nie eintreffen. Jeder Tag bringt neue Verhaftungen, neue Entdeckungen verborgener Waffenvorräthe; die Kerker sind überfüllt von Gefangenen, der Handel liegt gänzlich darnieder, Jeder, vom höchsten Adeligen bis herab zum niedrigsten Tagelöhner, leidet unter den Verhältnissen; Jeder ist unzufrieden, Jeder murrt. Die Königin gibt sich zwar bei ihren Spazirfahrten den Anschein, als habe sie keine Eskorte; in den Promenaden aber schwärmt es von geheimen Polizisten in den verschiedensten Verhüllungen. In gewissen Kreisen geht das Gerücht, O'Donnell sei im Begriffe, nach Madrid zurückzukehren. Mit Einem Worte: Alles ist düster, und die Gefahr steht vor der Thür.“

Oporto, 18. März. Nach dem Budget für 1867 ergibt sich ein Defizit von 5600 Contos de Reis (circa 8 Millionen Thaler), und um dieses für unser Land enorme Defizit theilweise zu decken, proponirt das Ministerium den Cortes eine Konsumtionssteuer auf Reis, Oel, Wein, Fett und Fleisch, die 15—30 pCt. vom Werthe dieser Nahrungsmittel beträgt und jährlich dem Staate 1740 Contos de Reis einbringen soll. Eine hiergegen vom hiesigen Gemeinderathe eingereichte Petition bezeichnete der Ministerpräsident Martens Ferrao in der Cortessitzung als „absurd“, was die hiesige Bevölkerung als Beleidigung aufnahm und am 10. eine Petition unter freiem Himmel auf den beiden Hauptplätzen Oporto's unterzeichnete, die binnen 12 Stunden mit 14,091 Unterschriften bedeckt war. Trotz dieser Eingabe, die an die Deputirtenkammer gerichtet war, nahm diese am 16. ds. Mts. den Gesetzesvorschlag mit 100 gegen 47 Stimmen an. Daraufhin organisirte sich hier eine politische Gesellschaft unter dem Namen „Uniao Patriotica“, die auf gestern eine Volksversammlung anberaumte, die im Sao Joao-Theater stattfand und wo die 5000 Personen starke Versammlung den Beschluß faßte, eine Petition an die Pairskammer zu richten, und sollte diese abschlägig beschieden werden, den König zu bitten, dem Gesetze seine Sanktion zu verweigern. Die ganze Stadt ist in einer leicht zu begreifenden Aufregung, und sieht man mit großer Spannung dem Ergebnisse der neuen Petition entgegen. (Köln. Ztg.)

Florenz, 24. März. Die Thronrede hat im Lande einen guten Eindruck gemacht und man weiß es der Regierung Dank, daß sie sowohl durch ihre Politik im Innern, als durch ihr Verhalten Rom gegenüber überstürzten Unternehmungen zuvorkommen will. Italien fühlt, daß es der Ruhe bedarf, und es wird sich von keiner Macht in eine gefährliche Politik drängen lassen. Die Veröffentlichung der preußischen Verträge hat die Regierung nicht überrascht, da sie durch Hrn. v. Usedom schon seit drei Wochen offizielle Kenntniß und durch Hrn. Nigra seit Ende des vorigen Jahres vertrauliche Kenntniß von dem Bestehen dieser Verträge hatte. Die Regierung gratulirt sich nun, niemals auf den Schwindel einer österreichisch-französisch-italienischen Allianz eingegangen zu sein. Herr Nigra in Paris hat kein geringes Verdienst daran, daß das Kabinet von Flo-

renz nicht in die Falle gegangen ist. Italien wird an den freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland festhalten. Daß auch Oesterreich das Bedürfniß fühlt, mit Preußen in einem guten Verhältniß zu bleiben, glaubt man hier von gut unterrichteter Seite zu wissen. (Köln. Ztg.)

Florenz, 27. März. Die „Opinione" berichtet: „Die österreichische Regierung hat befohlen, daß während der Unterhandlungen über den Handelsvertrag die italienischen Handelsschiffe zur Ausübung des Küstenhandels an den österreichischen Küsten zugelassen werden sollen, wie dieselbe Begünstigung den österreichischen Küstenfahrern an den italienischen Küsten gewährt ist.

London, 27. März. Der „Morning Herald" erwähnt, daß in Petersburg allgemein von einem zwischen Rußland und Preußen abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündniß, an welchem auch Rumänien Theil habe, die Rede sei. Um die Kategorie der Gerüchte zu vervollständigen, fügen wir eine Notiz der „Pall Mall Gazette" hinzu, nach welcher Frankreich einerseits und Preußen andererseits im Geheimen darauf ausgingen, in Luxemburg den Boden für eine allgemeine Abstimmung zu bearbeiten. Die Einwohner des Großherzogthums seien jedoch wenig damit einverstanden. Es liege ihnen nichts daran, von Preußen aus dem deutschen Bunde ausgestoßen zu werden; ihr einziger Wunsch bestehe darin, Bürger des Großherzogthums und unabhängig von irgend einem anderen Staate zu sein, ausgenommen in so weit sie durch eine Personal-Union mit Holland verknüpft seien. In Holland, wie in Luxemburg herrsche die größte Aufregung über die Angelegenheit; die Regierung im Haag aber ignorire alle Berichte dieser Art und beobachte das tiefste Schweigen in Bezug auf die angeblichen Plane Preußens und die mögliche Intervention Frankreichs.

London, 27. März. Die in der letzten Sitzung des Unterhauses fortgesetzte Debatte über die Reformbill nahm eine solche Wendung, daß, wenn das Ministerium nicht in neue Schwankungen verfällt, ein gütlicher Ausgleich und eine befriedigende Erledigung der Sache nun zu hoffen steht; Hr. Disraeli erklärte nämlich nach Mitternacht: die Regierung sei geneigt, auf die Dualität der Wahlstimmen zu verzichten, und ebenso den Miethern das Wahlrecht zu verleihen. Darauf hin wurde dann die Bill ohne Abstimmung zur zweiten Lesung zugelassen, und die Kommittee- (d. h. Detail-) Berathung auf den 8. April anberaumt. Am 4. April will der Schatzkanzler das allgemeine Budget vorlegen.

Neueres.

Berlin, 28. März. Der Reichstag nahm den Artikel 21 nach längerer Debatte mit verschiedenen Amendements an, welche die Wählbarkeit der Beamten und die geheime Abstimmung bei den Parlamentswahlen feststellen. Graf Bismark erklärte auf Annahme des Artikels in der Fassung der Regierung nicht bestehen zu wollen.

Berlin, 28. März. Die französischen Behörden haben die Vorschläge wegen einer Erleichterung der Paßkontrole während der Dauer der Ausstellung abgelehnt.

Prag, 28. März. Die Wahlen der Großgrundbesitzer sind beendigt. Die Verfassungspartei hat gesiegt.

Pesth, 28. März. „Hirnök" meldet: Graf Andrassy hat von den hier weilenden Fiumanern ein Gesuch der Bürgerschaft Fiumes an Se. Majestät entgegengenommen, in welchem um Wiedervereinigung des ungarischen Küstenlandes mit Ungarn gebeten wird. Andrassy versprach das Gesuch sogleich zu überreichen, und versicherte, die günstige Entscheidung Sr. Majestät sei der Bitte bereits vorausgegangen; binnen einigen Tagen werde die erwünschte Verfügung zur öffentlichen Kenntniß gelangen. An anderer Stelle meldet „Hirnök:" Dem Vernehmen nach ist Hofrath Cseh zum königlichen Commissär für Fiume ernannt worden.

Kopenhagen, 28. März. König Christian IX. kehrt direkt hieher zurück. Prinz Johann reist am Sonnabend nach Griechenland. König Georgios reist behufs seiner Verlobung mit der Großfürstin Olga Constantinowa nach Petersburg und von da hieher.

Konstantinopel, 28. März. Der Fürst von Serbien wird behufs der Investitur am Sonntag hier eintreffen; der erste Adjutant des Sultan begrüßt den Fürsten an der Reichsgränze.

New-York, 26. März. Man meldet, daß eine Revolution auf Hayti ausgebrochen ist. Präsident Geffrard soll sich an Bord eines französischen Kriegsschiffes geflüchtet haben. (T. H.)

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	66¾ P. ½ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62¾ P.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53⅞ P. ⅝ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	48⅛ P.
„	4½pCt.	39⅞ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101¼ P.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	96¼ G.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	96¾ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	91¾ P. ⅝ G.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	92⅝ P. ¼ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	91¾ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	96⅛ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Baden	4½pCt. Obl.	96½ P.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	86¼ P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	97 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	91¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	87¼ P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	84 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2½pCt. „ „ „	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	85⅞ P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	79⅛ P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	77⅞—78⅛ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	129½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	675 P. 674 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	171½—71 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	206 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	97½ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	312 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111½ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	106½ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	154 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90½ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	111¼ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49½ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	78¼ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	246½ P.
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	45¾ P
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	117½ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	117½ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100¾ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅞ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅝ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅝ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97½ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅞ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105½ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88¼ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅛ P.
London Lst. 10 k. S.	119½ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	92⅛ P.
do. in öst. W. l. S.	—
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	60 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	63⅝—¼ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	120½ G.
„ do. v. 1864	74½ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99⅜—¼ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10⅜ P.
Badische fl. 35	53¼ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55¼ P. 56 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	142 G.
„ fl. 25 do.	38 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35¼ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	73 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28¼ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	10¾ P.

Frankfurt, 29. März. Die gestern Abend in der Effektensocietät in Scene gesetzte Hausse für österreichische Sachen ging heute wieder verloren und war die Haltung der Börse eine sehr unsichere. Die Börse ist einigermaßen beunruhigt durch das Ausbleiben der täglich erwarteten positiveren Nachrichten über die Affaire Luxemburg und wagt sich daher nicht gern zu weit vor. Das Geschäft in österreichischen Werthen war heute ziemlich lebhaft, wozu vorliegende Prämienordres das Ihrige beitrugen. Großer Umsatz fand jedoch statt in Amerikanern, die — obwohl die gestrigen Newyorker Goldnotirungen noch nicht eingetroffen waren — den 78er überschritten. Das Geschäft in Amerikanern belebte sich überhaupt mit dem Erschlaffen der Spekulation in Oesterreichern von Tag zu Tage wieder mehr und wird besonders in Prämien viel gehandelt, die eben sehr billig sind. Von Süddeutschen Badische gesucht, auch 4½ Bayerische etwas höher. Luxemburger etwas besser bezahlt. Von Wechseln Paris und London matter. — In den gestrigen Compensationscoursen sind steuerfreie Metalliques irrthümlich 48⅛ anstatt 48¾ angegeben. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 90-91.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 1. April 1867.

Abonnements-Einladung.

Bestellungen auf die mit dem Unterhaltungsblatte **Mnemosyne** und dem Beiblatte **Würzburger Anzeiger** verbundene

Neue Würzburger Zeitung

für das mit dem 1. April beginnende II. Quartal nehmen alle Postämter und Postboten an, und werden solche rechtzeitig erbeten. Der Abonnementspreis beträgt in ganz Bayern

vierteljährlich nur fl. 1. 30 kr.

(Bei außerbayerischen Postämtern findet eine geringe Preiserhöhung statt.)

Es kömmt somit jede Nummer der Zeitung nebst Anzeiger (welcher selbst an Sonntagen erscheint, was im Jahre anderen Blättern gegenüber ein Mehr von über 50 Nummern entziffert) sowie mit dem Unterhaltungsblatt Mnemosyne **zusammen** auf den außerordentlich billigen Preis von

täglich einem Kreuzer

im Abonnement zu stehen.

Die „Neue Würzburger Zeitung" bringt nach wie vor Leitartikel über jede bedeutende politische oder handelspolitische Zeitfrage, ferner Original-Korrespondenzen und bei besonders wichtigen Vorkommnissen

telegraphische Depeschen

aus den größeren Städten Europa's.

Außer dem im Hauptblatte enthaltenen Feuilleton bringt das belletristische Beiblatt „Mnemosyne" Originalnovellen u. s. w. aus der Feder bekannter Schriftsteller, und hofft mit denselben neben dem übrigen Neuesten und Interessantesten aus dem Gebiete der Unterhaltungslekture, sowie ausgewählten Erzählungen, Gedichten, Miscellen, Aphorismen, Nekrologen, literarischen und Kunst-Kritiken u. s. w. ihre Leser nach jeder Richtung hin angenehm und lehrreich zu unterhalten.

Das täglich zur Zeitung erscheinende **Gratis-Beiblatt „Würzburger Anzeiger"** (welcher auch apart um 42 kr. vierteljährlich bezogen werden kann) liefert alle lokalen Neuigkeiten, sowie eine kurzgefaßte Uebersicht der politischen Ereignisse, Markt-, Cours- und Sitzungsberichte u. s. w.

Exped. der „N. Würzburger Zeitung".

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 29. März. Se. Majestät der König hat die kath. Pfarrei Weichs, Bezirksamts Dachau, dem Priester N. Boeckl, Pfarrer und Distriktsschulinspektor in Thanning, Bezirksamts München r. d. J., übertragen; den Salinen-Hauptbuchhaltungs-Offizianten F. P. Ott seinem Ansuchen gemäß in den bleibenden Ruhestand versetzt.

Se. Maj. der König hat dem Präsidialdiener der Regierung von Oberfranken, Chr. K. Diemer, in Anerkennung seiner vieljährigen, treuen und eifrigen Dienstleistung das silberne Civilverdienst-Ehrenzeichen verliehen; dem kgl. Betriebs-Ingenieur G. Laubmann dahier, dem kgl. Bahnamts-Vorstand A. Werr in Kufstein und dem kgl. Post- und Bahnamts-Vorstand F. Eschenlohr in Reichenhall die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des von Sr. Maj. dem Kaiser von Oesterreich ihnen verliehenen Ritterkreuzes des Franz-Josephs-Ordens ertheilt; an Stelle des verstorbenen bürgerlichen Magistratsrathes G. Faulstich und auf die Funktionsdauer, welche derselbe noch zu erfüllen gehabt hätte, den Baumeister R. Hirschberg als bürgerlichen Magistratsrath der Hauptstadt München bestätigt.

Die katholische Pfarrei Röham, kgl. Bezirksamts Pfarrkirchen, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 684 fl. 48½ kr. in Erledigung gekommen.

Das Benefizium in Gansheim, kgl. Bezirksamts Donauwörth, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 389 fl. 24 kr. 7 hl. in Erledigung gekommen.

München, 27. März. Gestern hat der Gesetzgebungs-Ausschuß der Kammer der Reichsräthe die Berathung des ersten Buchs des Entwurfs einer Zivilprozeßordnung beendigt. Auch die von ihm zu den Hauptstücken 2—5 gefaßten Beschlüsse weichen von jenen des Gesetzgebungs-Ausschusses der Kammer der Abgeordneten nur in verhältnißmäßig wenigen Punkten ab, namentlich wenn man von jenen Aenderungen absieht, welche nur die Redaktion betreffen. Wesentlichere Abweichungen bestehen nur in folgenden Punkten: 1) Die in den Beschlüssen des Ausschusses der Kammer der Abgeordneten (Hauptstück III Art. 8) enthaltene Bestimmung, wornach die auf einen Advokaten lautende Vollmacht einer Beglaubigung nicht bedarf, wenn der Advokat auf derselben bestätigt, daß sie in seiner Gegenwart von der ihm persönlich bekannten Partei unterschrieben worden sei, wurde vom Ausschusse der Kammer der Reichsräthe gestrichen. 2) In Hauptstück III Art. 10 wurde beigefügt, daß der Widerruf einer bei Gericht hinterlegten Vollmacht auf Begehren der Partei von dem Gerichtsschreiber auf der Urkunde vorzumerken sei. 3) Im nämlichen Hauptstücke Art. 12 wurde die Bestimmung, daß der Anwalt im Anwalts-Prozesse keines Nachweises der Bevollmächtigung bedarf, auf den Fall beschränkt, daß er sich im Besitze der Prozeßschriften befindet. 4) Nach dem Beschlusse des Ausschusses der Kammer der Reichsräthe soll die Gerichtsvollzieher-Ordnung nicht, wie der Ausschuß der Kammer der Abgeordneten will, auf dem Gesetzes-, sondern auf dem Verordnungswege erlassen werden. 5) Nach dem von dem Ausschusse der Kammer der Reichsräthe zu Art. 9 des vierten Hauptstückes gefaßten Beschlusse soll im Anwalts-Prozesse der obsiegende Theil seine Kosten vor Ausfertigung des Urtheils festsetzen und in das Urtheil einrücken lassen, und für den Fall, daß er dies nicht thut, die Auslagen, welche durch eine nachträgliche vollstreckbare Ausfertigung der Kostenfestsetzung entstehen, der Gegenpartei nicht aufrechnen dürfen. 6) Die im Hauptstücke IV Art. 13 vom Ausschusse der Kammer der Abgeordneten aufgenommene Bestimmung, daß die Anwälte, um ihre Kostenguthaben gegen ihre eigenen Parteien einzutreiben, keine Klage zu erheben brauchen, sondern auf ihr einseitiges Anrufen einen Vollstreckungsbeschluß erwirken können, wurde vom Ausschusse der Kammer der Reichsräthe gestrichen. 7) Die im Hauptstücke V Art. 4 nach den Beschlüssen des Ausschusses der Kammer der Abgeordneten in Beziehung auf Advokaten, welche sich in der Sitzung ungebührlich benehmen, enthaltenen besonderen Bestimmungen wurden vom Ausschusse der Kammer der Reichsräthe gestrichen, so daß also Advokaten, die sich ungebührlich benehmen, in gleicher Weise, wie sonstige Gewalthaber oder Parteien, die sich einer Ungebühr schuldig machen, zu behandeln sind. 8) Bezüglich der Mitwirkung der Staatsanwälte stimmte der Ausschuß der Kammer der Reichsräthe einem von der Staatsregierung gemachten Vermittlungsvorschlage bei. Nach demselben soll an die Stelle der Artikel 12 und 13 des fünften Hauptstückes, wie dieselben vom Ausschusse der Kammer der Abgeordneten festgestellt wurden, folgende Bestimmung treten: „Die Staatsanwälte an den Bezirks- und Appellationsgerichten, sowie an dem obersten Gerichtshofe haben den öffentlichen Sitzungen dieser Gerichte beizuwohnen. Bei den Bezirks- und Appellationsgerichten können sie nach dem Schlusse der Verhandlung das Wort zu denjenigen Bemerkungen und Anträgen ergreifen, welche sie im öffentlichen Interesse für nothwendig erachten. — Nachdem der Staatsanwalt gesprochen hat, soll den Parteien das Wort nur gegeben werden, um Thatsachen zu berichtigen oder auf neue Rechtsgründe zu antworten. — Bezüglich der Mitwirkung des Staatsanwalts am obersten Gerichtshofe bei Nichtigkeitsbeschwerden sind die Bestimmungen des 29. Hauptstückes maßgebend. — In wie weit und in welcher Weise die Staatsanwälte bei sonstigen Sachen mitzuwirken haben, ist nach den betreffenden gesetzlichen Bestimmungen zu beurtheilen."

München, 30. März. In den heute erscheinenden Gesetzblättern Nr. 8, 9 und 10 sind die Gesetze über die Ausgleichung und Vergütung der durch den Krieg des Jahres 1866 erwachsenen Kriegslasten, über die Aufnahme eines Kreisanlehens zur Bestreitung der

noch ungedeckten Bau- und Einrichtungskosten der Kreisirrenanstalt für Unterfranken und Aschaffenburg in Werneck, endlich über die Entschädigung der Viehеigenthümer für ihre im Falle des Ausbruches der Rinderpest im Inlande getödteten Thiere — sämmtliche Gesetze d. dato 26. März 1867 — publicirt. Zum Vollzuge des Kriegslastenausgleichungs-Gesetzes hat das k. Staatsministerium des Innern unterm 27. d. M. eine umfassende Instruktion erlassen; dieselbe wird morgen mitgetheilt werden.

✕ **München**, 29. März. Das Protokoll des 2. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten über die am 21. März d. Js. abgehaltene Sitzung zur Entgegennahme des Referats des Abg. Sing über den Gesetzentwurf, die Vervollständigung der bayerischen Eisenbahnen betr., und Beschlußfassung über denselben ist heute veröffentlicht worden und entnehmen wir demselben Folgendes: Die verlangte Summe von 909,400 fl. für Erweiterung, Vervollständigung und Verbesserung von Bahnhofanlagen und Stationseinrichtungen in Rosenheim, Augsburg, Erlangen, Aschaffenburg, Neuenmarkt, Hof und Bayreuth wurde vom Referenten zur Bewilligung empfohlen und der Antrag einstimmig angenommen; desgleichen die Summe von 257,600 fl. zur Herstellung von Bahnwärter-, Wechselwärter- und Bahnmeisterwohnungen und die Summe von 408,000 fl. zur Herstellung eines zweiten Schienengeleises auf den Bahnstrecken zwischen der Fürther Kreuzung und Fürth, zwischen Untersteinach und Neuenmarkt, dann zwischen Hof und der bayerisch-sächsischen Grenze. Bezüglich des Postulats von 75,600 fl. zur Bestreitung des Mehraufwands für die Bahnstrecke von Starnberg nach Peissenberg wurde vom Referenten die unverkürzte Bewilligung beantragt. Zur Beschaffung von Dienstеslokalitäten für die Geschäftsabtheilung des Staatseisenbahnbaues bei der k. Generaldirektion der Verkehrsanstalten hatte die k. Staatsregierung den Betrag von 50,000 fl. verlangt, weil sie zunächst nur die Schaffung eines Provisoriums im Auge hatte. Die Erzielung eines solchen wurde jedoch vom Ausschuß nicht für zweckmäßig erachtet, sondern der abgeschlossene Kauf des Gasthofanwesens „zum englischen Hof" nachträglich genehmigt und zur Bestreitung des Kaufschillings die Summe von 200,000 fl. bewilligt. Es ist demnach statt der von der Regierung verlangten Summe von 1,700,000 fl. ein Maximalbetrag zu 1 Mill. 850,000 fl. vom Ausschuß bewilligt worden.

Der 4. Ausschuß der Abgeordnetenkammer hat zur Berichterstattung über den Antrag des Abg. Crämer u. Genossen, „die Rechte der kirchlichen Genossenschaften betr." vom Kultusministerium verschiedene Aufschlüsse verlangt, welche in nachstehender Weise ertheilt worden sind. Anhänger der Freigemeinden sind in größerer Anzahl dermalen nur in den Städten Nürnberg und Fürth, dann in Frankenthal und Neustadt a/H. vorhanden. In den übrigen Städten haben nur vereinzelte Mitglieder dieser Genossenschaften sich erhalten. Die Gesammtzahl derselben in Bayern wird sich auf 500 belaufen. Die Ungleichheit im Genusse der bürgerlichen und politischen Rechte, soweit die bestehende Gesetzgebung eine solche in Beziehung auf das Glaubensbekenntniß noch mit sich bringt, wird durch die neue Sozialgesetzgebung beseitigt. Nach den Grundsätzen derselben wird auch den Anhängern der Freigemeinden die gesetzliche Fähigkeit gewährt, an der Vertretung der Gemeinde, am Distriktsrath und Landrath Theil zu nehmen. Die eherechtlichen Verhältnisse dieser Mitglieder der Freigemeinden wird die Staatsregierung durch einen demnächst zusammentretenden Landtag vorzulegenden Spezialgesetzentwurf regeln, durch welchen denselben die Eheschließung sowohl unter sich als mit Angehörigen anderer Religionsgesellschaften zugänglich und nur von der Erfüllung der allgemein gesetzlichen Vorbedingungen abhängig gemacht wird. Das Verhalten der Staatsregierung diesen Genossenschaften gegenüber sei durch die Anordnungen der II. Verfassungsbeilage (§ 3, 4 und 27) genau vorgezeichnet und begrenzt. Uebrigens könnten diese Gemeinden von den Bestimmungen des Vereinsgesetzes Gebrauch machen und würden die Anhänger der Freigemeinden in dieser Beziehung keinen Beschränkungen unterworfen, als den durch die gesetzlichen Vorschriften und durch die Rücksicht auf Erhaltung der öffentlichen Ordnung gebotenen.

** **München**, 30. März. Ueber die bisherige Thätigkeit des Ausschusses der Kammer der Abgeordneten für die Sozialgesetzgebung läßt sich selbstverständlich zur Zeit noch nichts, aber doch das mittheilen, daß die Referenten der verschiedenen Entwürfe im Laufe der Woche mehrfache Besprechungen mit den übrigen Ausschußmitgliedern hatten und daß solche Besprechungen auch in kommender Woche stattfinden werden. Die förmlichen Berathungen des Ausschusses aber können, so thätig auch die Referenten arbeiten, doch erst nach Ostern beginnen und wird dann der Entwurf des Gewerbegesetzes zuerst an die Reihe kommen.

Stuttgart, 28. März. Der ständische Ausschuß hat von der Staatsregierung die Vorlage des preußisch-württembergischen Bündnißvertrages zur Genehmigung und nicht bloß zur Kenntnißnahme verlangt.

Berlin, 29. März. Die endgültige Formation des norddeutschen Bundesheeres ist, was die Eintheilung in Armee-Corps, die Armeeabtheilungen und Armeeinspektionen betrifft, noch im Vorberathungsstadium, anderweitige Nachrichten hierüber sind als verfrüht zu bezeichnen.

Wien, 26. März. Heute ist hier der Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen Oesterreich und dem Königreich der Niederlande von den beiderseitigen Bevollmächtigten unterzeichnet und ein gleicher, schon früher unterzeichneter Vertrag zwischen Oesterreich und Belgien von Sr. Maj. dem Kaiser ratifizirt worden. Für Nichtbetheiligte ist nur die in beiden Verträgen enthaltene Klausel erwähnenswerth, daß beide Mächte einander fortan auf dem Fuße der meistbegünstigten Nationen behandeln zu wollen versprechen. — In der orientalischen Frage dauern die Verhandlungen fort. Nachdem Frankreich seinen Antrag, Kandia, Thessalien und Epirus von der Türkei abzulösen und mit Griechenland zu vereinigen, fallen gelassen und ihn darauf beschränkt hatte, Kandia allein zu Griechenland zu schlagen, sagten Rußland und Oesterreich zu (letzteres nur bedingt), diesen reduzirten Vorschlag zu unterstützen, sobald Frankreich ihn durch seinen Gesandten in Konstantinopel offiziell vorbringen würde. Dieses Letztere ist bis jetzt nicht geschehen, also haben Rußland und Oesterreich auch noch keine Gelegenheit gehabt, ihr Unterstützungsversprechen zu halten. Ueber die Hindernisse, welche Frankreich von weiterem Vorgehen abhalten, hört man verschiedene, aber nicht verbürgte Versionen. Als sicher kann ich nur bezeichnen, daß die Behauptung, eine direkte Einsprache Englands gegen die Verletzung der territorialen Integrität der Türkei habe die Ausführung des französischen Vorhabens gehindert, unrichtig ist. Das englische Kabinet hat sich bis jetzt offiziell überhaupt noch gar nicht in der orientalischen Frage anderen Mächten gegenüber geäußert; wenigstens hat man hier von derartigen Aeußerungen keine Kenntniß erlangt. Sehr wahrscheinlich ist es freilich, daß der englische Gesandte in Konstantinopel Namens seiner Regierung der türkischen Regierung eifrig anräth, sich den Zumuthungen der drei Mächte nicht zu fügen. Man will sogar wissen, das Kabinet von St. James habe zu bewaffnetem Widerstande aufgefordert und für den äußersten Fall nicht nur Subsidien, sondern auch eine Hülfsflotte in Aussicht gestellt. Doch stammt diese letztere Nachricht aus kaum zuverlässiger Quelle. (K. Z.)

Wien, 28. März. Den letzten Nachrichten von den Wahlen des Großgrundbesitzes in Böhmen zufolge stehen die Chancen der Verfassungspartei so günstig, daß an deren Sieg kaum mehr zu zweifeln ist. — Wie erwartet, wird nun auch die aus Prag telegraphirte Mittheilung von einer dem Kardinal-Erzbischof durch den Statthalter Baron Kellersperg ertheilten Rüge in der „Wiener-Zeitung" dementirt. Die Regierung tritt wider die Gegner der Verfassung mit vieler Milde auf, trotzdem das Organ der letzteren, das „Vaterland", Feuer und Schwefel auf die Gegner der landständischen Reaktion vom Himmel herabruft. Die Sistirungs-Aera verblaßt eben im jetzigen Augenblicke in Prag vollständig, und daher der Zorn des feudalen Organs. Der Denunciation, welche dieses edle Blatt heute gegen uns erhebt, begegnen wir mit Verachtung. — Die ganze politische Welt wird gegenwärtig von der luxemburgischen Frage in Athem erhalten. In Frankreich und Deutschland steigert sich die durch diese Angelegenheit hervorgerufene Bewegung. Klarheit wurde über die Frage bis heute noch nicht verbreitet. Man will bloß so viel bestimmt wissen, daß die Frage besteht, und daß Frankreich und Holland bereits so gut wie einig sind. Wie Preußen sich zu dem Handel verhält, ist noch immer ungewiß. — Ueber die Stellung unseres Cabinets zu dieser Angelegenheit wird von hier offiziös geschrieben: „Das österreichische Cabinet hat nach keiner Richtung hin auch nur mit Einem Worte sich in die Angelegenheit eingemischt; es wünscht der Sache möglichst fern zu bleiben, da es nicht zu verkennen ist, daß die Frage den Keim zu einem Conflikte enthält, dessen Entwicklung nur durch sehr vorsichtige und delikate Behandlung vermieden werden kann. Man glaubt sich hier überzeugt halten zu dürfen, daß von preußischer Seite Alles geschehen wird, um einen dem europäischen Frieden Gefahr drohenden Gang der Dinge zu verhindern. Luxemburg gilt, trotz seiner theilweise Französisch redenden Bevölkerung und obgleich es so lange Zeit unter nichtdeutscher Herrschaft stand, noch immer für ein deutsches Land, und da auch Oesterreich, trotz der Auflösung des Deutschen Bundes und der politischen Trennung von dem übrigen Deutschland, sich immer noch für einen wesentlich deutschen Staat und seine Interessen mit denen Gesammt-Deutschlands für eng verbunden hält, so ist es nur natürlich, wenn die österreichische Regierung den Wunsch hegt, daß ein deutsches Land nicht geradezu an das Ausland verkauft werden möge. Auf der anderen Seite hat aber das österreichische Cabinet auch viele und triftige Gründe, welche es

lebhaft wünschen lassen, daß die bisherigen guten Beziehungen zwischen Oesterreich und Frankreich, ja zwischen ganz Deutschland und Frankreich möglichst ungestört aufrechterhalten bleiben mögen." — Der Correspondent kommt nun zu dem Schluß, daß Oesterreich der beste Vermittler zwischen Preußen und Frankreich wäre. Dieses immerwährende unzeitgemäße Vordrängen wird die Würde Oesterreichs sicherlich nicht erhöhen. Die „Kölnische Zeitung" meint, daß Schulden den König von Holland zu diesem Handel bewogen haben, und sagt weiters: „Der Handel ist im höchsten Grade unerquicklich. Daß ein Fürst deutschen Stammes eine Provinz, die ihm zur Entschädigung für seine deutschen Stammländer zugetheilt wurde, aus rein persönlichem Grunde für baares Geld an Frankreich verschachert, macht ihm wahrlich keine Ehre und kann in ganz Deutschland nur mißfällig aufgenommen werden, mag er immerhin formell dazu berechtigt sein. Alle Gefühle, die er in jeder Thronrede für seine getreuen Luxemburger aussprach, erweisen sich hinterher als bloße Heuchelei. Er handelt nicht wie ein deutscher Fürst, sondern wie ein holländischer Kaufmann. Auf die Luxemburger nimmt er gar keine Rücksicht. Sie wollen Luxemburger bleiben und weder französisch noch preußisch werden; aber sie werden gar nicht gefragt. Allerdings kann Napoleon III., wenn er nicht seine oft ausgesprochenen Grundsätze verleugnen will, nicht von dem Lande Besitz ergreifen, ohne eine allgemeine Abstimmung vorzunehmen. Aber wenn der Vertrag zwischen Frankreich und dem Könige von Holland einmal abgeschlossen, so ist jene Abstimmung nur der Punkt über dem I, den die französischen Agenten schon besorgen werden."

Wien, 29. März. Der italienische Senator Luigi Cibrario ist in besonderer Sendung (wegen der aus den venetianischen Archiven nach Wien geschafften Schätze) hier eingetroffen.

Pesth, 29. März. (Sitzung der Deputirtentafel.) Nachdem 46 vorgemerkte Deputirte auf das Wort verzichtet haben, hält Madarasz zur Unterstützung seines Antrags die Schlußrede, worin er Somsich's und Szentkiralyi's Angriffe auf seinen Antrag zurückzuweisen sucht. Sodann Schluß der General-Debatte.

Prag, 29. März. Das Wahlresultat ruft bei den Deutschen in Böhmen die freudigste Stimmung hervor. Das Wahlkomité der Verfassungspartei erhielt zahlreiche Beglückwünschungs-Telegramme deutscher Körperschaften; in Eger äußerte sich die Stimmung in einer jubelnden Theater-Demonstration. Die czechischen Blätter besprechen die Niederlage reservirter, als man erwartet hatte; sie setzen ihre Hoffnungen auf die Zukunft.

Luxemburg. Das Gerücht von einer zwischen dem Kaiser Napoleon und dem König von Holland schwebenden Verhandlung wegen Abtretung des Großherzogthums Luxemburg will trotz aller Dementi's nicht zum Schweigen kommen, es findet im Gegentheil immer neue Nahrung an den Nachrichten, die aus dem Lande selbst kommen. Betrachten wir einmal die Sache genauer. Das Großherzogthum Luxemburg ist nicht ein Bestandtheil des Königreichs der Niederlande, sondern es ist persönliches Eigenthum des Königs, dem es 1815 als Entschädigung für seine nassauischen Erblande in Deutschland zugesprochen wurde. Insoweit kann der König einen Verkauf wohl abmachen, ohne die holländischen Kammern fragen zu müssen; aber er kann es nicht ohne Zustimmung der Landesvertretung von Luxemburg selbst. Die Verfassung Luxemburgs vom 9. Juli 1848 sagt in Art. 1: „Das Großherzogthum Luxemburg ist unabhängiger, untheilbarer und unveräußerlicher Staat" und in Art. 37: „Keine Abtretung, kein Tausch, kein Anschluß von Gebiet kann anders stattfinden als kraft des Gesetzes." Man hat wohl von einer allgemeinen Volksabstimmung gesprochen, durch welche der abgemachte Handel nachträglich bestätigt werden sollte; allein eine solche könnte die Umgehung eines verfassungsmäßig zur entscheidenden Mitwirkung berufenen Faktors niemals rechtfertigen. Bestände noch der deutsche Bund, so könnte eine Veräußerung Luxemburgs an einen nichtdeutschen Fürsten nicht ohne Zustimmung aller übrigen Bundesglieder (nach Artikel 6 der Wiener Schlußakte) stattfinden. Allein der Bundesvertrag ist aufgehoben, ohne daß in diesem oder andern Punkten Vorbehalte gemacht worden wären zu Gunsten der Integrität des Bundesgebiets. Immerhin aber hat Deutschland ein sehr wesentliches Interesse daran und ein Recht darauf, daß nicht ein altes Reichsland mit wenigstens theilweise deutscher Bevölkerung gänzlich aus der Verbindung mit den andern deutschen Ländern, mit denen es namentlich das Band des Zollvereins noch gemein hat, gerissen, vor Allem, daß es nicht einem Lande einverleibt werde, dessen Vergrößerung gerade nach dieser Seite hin für Deutschland eine Gefahr und eine Drohung wäre. Sind auch Umfang und Einwohnerzahl Luxemburgs nur gering (46½ Quadratmeilen und ¼ Million Einwohner), so ist die politische und strategische Bedeutung des Ländchens um so größer, denn es schickt sich wie ein Keil zwischen Deutschland und Belgien hinein, flankirt beide und bietet namentlich für einen Angriff auf Deutschland von der oberen Mosel her auf beiden Seiten des Flusses eine treffliche Basis. Preußen hat in der Festung Luxemburg ein Besatzungsrecht — nicht auf Grund der jetzt erloschenen Bundesverträge, sondern kraft eines besonderen Vertrags mit dem König von Holland von 1815. Dieses Recht kann nicht mitverkauft, es darf ohne Preußens Einwilligung nicht alterirt werden. Wird Preußen diese Einwilligung geben? Man sagt, Napoleon sei bereit, die Festungswerke schleifen zu lassen. Aber auch ohne Festungswerke bleibt Luxemburg, seiner Lage wegen, ein strategisch wichtiger, im gegebenen Falle leicht wieder zu befestigender Ort. Andrerseits, im Besitze Preußens, ist es eine wichtige Deckung unserer Westgrenze gegen Frankreich, die man doch nicht so leicht aufgeben sollte. Das Bedenklichste von Allem aber wäre wohl das Vorrücken Frankreichs gegen Norden. Von Luxemburg aus wird die französische Propaganda noch planmäßiger Belgien bearbeiten, als sie schon bisher gethan hat. Die erste Nachgiebigkeit nach dieser Richtung wird die napoleonische Politik ermuthigen, weitere Schritte zu thun. Die Geschichte der deutsch-französischen Wechselbeziehungen lehrt, daß alle Abschlagszahlungen, mit denen man den habgierigen Nachbar zu beschwichtigen dachte, nur dessen Appetit reizten und dessen Anmaßlichkeit steigerten. Darum: Principiis obsta!

Zürich. Für die „Weltausstellung" wird bei Meyer in Hildburghausen ein Reisehandbuch für Paris von unserem Herrn Berlepsch, der sich zu dem Zweck seit vorigem Herbst dort aufhält, erscheinen. In seiner Ausstattung soll es hinter dessen bereits in vielen Auflagen erschienenen „Schweizer Führer" nicht zurückstehen. Namentlich die in sehr großem Maßstabe und reichlicher Anzahl beigegebenen Spezialpläne der Stadt werden die wichtigsten und vollständigsten sein, die irgend ein Reisehandbuch enthält.

(Züricherische Freitagszeitung.)

Paris, 27. März. Der „Abend-Moniteur" erwähnt heute in seiner Wochenschau der Veröffentlichung des preußisch-württembergischen Vertrages vom 13. August im „Württemb. Staatsanz." und der gleichlautenden Verträge, die Preußen in demselben Monat mit Bayern und Baden abgeschlossen hat. „Das norddeutsche Parlament (heißt es dann weiter in dem officiellen Blatte), geht rasch in der Diskussion und der Abstimmung der Artikel des Bundesverfassungsentwurfs voran. Die preußische Regierung kann sich nur Glück zu dem Geiste wünschen, der in den Debatten herrscht. — In Ungarn hat die Anwesenheit des Kaisers Franz Joseph die Bande zwischen dem Herrscher und den Magyaren neu befestigt. Das neue ungarische Ministerium läßt keine Gelegenheit vorübergehen, um Beweise seiner versöhnlichen Gesinnung zu geben. Es hat begriffen, daß in dieser Uebergangsperiode zahlreiche Interessen zu schonen seien und will, daß die Umgestaltung allmälig, ohne Stoß und Erschütterung vor sich gehe. — An der Donau scheint sich in Folge der verständigen Entschließungen der Pforte die Lage zu bessern. Durch die den Serben gemachten Zugeständnisse ist gegenseitiges Vertrauen an die Stelle der Erbitterung und des Mißbehagens getreten, und es wird dasselbe auch einen glücklichen Einfluß auf die Nachbarprovinzen ausüben. — Die mexikanische Expedition ist zu Ende und Marschall Bazaine am 12. von Veracruz abgefahren. Die öffentliche Meinung spricht sich in den Vereinigten Staaten für eine strenge Neutralität in den mexikanischen Angelegenheiten aus, und der Kampf zwischen den Imperialisten und Dissidenten verwickelt sich (se complique) durch kein fremdes Element." — Es wird versichert, so meldet die „France", daß während einer heute in den Tuilerien unter dem Präsidium des Kaisers abgehaltenen Sitzung des Ministerrathes Dr. Nelaton Nachrichten über das Befinden des kaiserlichen Prinzen überbrachte und erklärte, daß kein Zweifel mehr an der vollkommenen Wiederherstellung der Gesundheit des Prinzen vorliege. Man erfährt durch das „Mémorial diplomatique", daß die Krankheit des kaiserlichen Prinzen durch einen Sturz vom Pferde herbeigeführt worden war, den er in der Reitschule erlitten hatte. Man hatte, da der Prinz die Schmerzen verheimlichte, welche der Sturz ihm verursachte, nicht weiter auf die Sache geachtet, bis sich ein Geschwür am Schenkel zeigte. — Die Abendblätter veröffentlichen einen Aufruf zur Unterstützung der Christen im Orient. Unter den Unterzeichnern desselben bemerkt man die Namen der Herren Berryer, Didot, Jules Favre, Guizot, Ed. Laboulaye, des Herzogs und des Prinzen von Broglie, der Grafen Montalembert, St. Marc Girardin, Jules Simon, Villemain.

(Fr. J.)

Paris, 28. März. Die „France" meldet, der Prinz von Oranien und der Graf von Flandern, die heute in Paris eintreffen wollten, würden nun erst in einigen Tagen erwartet, da dieselben diesen Morgen durch eine Privatdepesche benachrichtigt worden seien, „daß bei der Eröffnung der allgemeinen Ausstellung von 1867 keine Inaugurations-Festlichkeiten Statt finden würden". Noch gestern wurde mit Bestimmtheit versichert, der Kaiser werde eine Festrede halten; es ist, wie es scheint, also im letzten Augenblicke noch anders beschlossen

worden. — Durch eine allerneueste Vorlage ist nun, nachdem das rectificative Budget für 1866 bereits voriges Jahr eingereicht und genehmigt worden war, noch obendrein ein außerordentliches Creditverlangen im Betrage von über 30 Millionen Frs. zur Deckung der Rückstände desselben Jahrganges an die Kammer gelangt. Dieser außerordentliche Credit vertheilt sich folgender Maßen: Kriegs-Ministerium 16,000,000 Frs. Marine-Ministerium 5,400,000 Frs. Ministerium des Innern 520,000 Frs., Finanz-Ministerium 8,827,688 Frs.; zusammen: 30,747,688 Frs. Der Ausfall im rectificirten Budget des Kriegs-Ministeriums wurde veranlaßt: „1) durch die militärischen und politischen Ereignisse jenseit des Rheines, welche verschiedene Vorsichts-Maßregeln, wie Ankauf von Pferden, von Vorräthen verschiedener Natur, ferner Versuche zur Vervollkommnung der Heeresbewaffnung und dafür eine Ausgabe von 7,125,000 Frs. nothwendig machten. Zweitens hat die Lage des mexikanischen Schatzes die französische Regierung gezwungen, vorläufig gewisse Ausgaben zu übernehmen, denen man, sollten nicht die eigenen Kräfte des neuen Kaiserreiches desorganisirt und die durch die Bewegungen unserer Truppen bedingte Verwaltungs-Thätigkeit beeinträchtigt werden, sofort Genüge leisten mußte. Diese Ausgabe belief sich auf 7,305,500 Frs., welche zu der Frankreich von Mexiko geschuldeten Summe zu schreiben sind. Außerdem veranlaßte die Vertheuerung der Fourage für die mexikanische Expedition eine Mehrausgabe von 1,569,500 Frs. Diese Summen mußten, da sie augenblicklich zu beschaffen waren, vermittels Virements anderen Capiteln des Kriegs-Budgets entnommen werden, und die Regierung hofft heute, daß der gesetzgebende Körper kein Bedenken tragen wird, den Ausfall in den betreffenden Capiteln wieder zu ersetzen". Die außerordentliche Credit-Forderung für die Marine wird ebenfalls durch die Kosten der Heimfahrt des mexikanischen Expeditionscorps nöthig gemacht. Denn es bedurfte zu dieser Heimfahrt der 32,000 Mann und des gesammten Materials der Expedition nicht weniger als 34 Schiffe mit einer Bemannung von 8500 Köpfen. Endlich hat die mexikanische Expedition auch das Deficit im Finanz-Ministerium veranlaßt. „Es wurden nämlich jene 8,827,688 Frs. zur Deckung verschiedener in Mexiko unter Ausnahme-Bedingungen und in dringlicher Weise vorgenommener Operationen des Schatzes verwendet. Diese Operationen gestatteten nicht, die Instruktionen des Finanzministers abzuwarten, und es ist nothwendig, daß sie durch auf legislativem Wege eröffnete Credite nunmehr geregelt werden." Der Credit allein für das Ministerium des Innern, im Betrage von 520,000 Frs., hängt weder mit den überrheinischen, noch mit den transatlantischen Vorgängen zusammen. Diese außerordentlichen Credite sollen durch die überschüssigen Erträgnisse des Jahres 1866, die sich nach Abzug der Ausfälle in verschiedenen Capiteln, wie vorgerechnet wird, immer noch auf 32,786,504 Frs. belaufen, gedeckt werden, so daß also der Uebertrag auf das Jahr 1867 nunmehr definitiv in einem Guthaben von 2,038,815 Frs. bestehen würde.

Florenz, 25. März. Das Unter-Comite von römischen Emigranten, welches in Turin tagt, hat auf das Geheiß Garibaldi's mit Checchetelli, dem in Florenz sich befindenden Direktor des römischen National-Comite's, gebrochen. Zu dieser bedeutungsvollen Thatsache kommt ferner, daß Garibaldi, als er hier durchkam, in einer Versammlung von zwanzig Personen erklärte, es wäre eine Schande, wenn Italien es dulde, daß die auf den 29. Juni in Rom angekündigte Versammlung von Bischöfen, die eine verhöhnende Kundgebung gegen Italiens Einheit wäre, zu Stande käme. Die italienische Regierung sieht Garibaldi's Haltung nicht, ohne sich beunruhigt zu fühlen, und sie hat den römischen Emigranten bedeutet, daß denjenigen von ihnen, welche mit Checchetelli gebrochen haben, die Unterstützung von 1 Lire per Tag entzogen werden soll. Diese Drohung hat nicht geholfen und auch die Internirung Reggia's nach Mendovi hat nicht viel genutzt. So glaubt man denn, Garibaldi habe Plane, die der Regierung sehr unbequem sein könnten. Es fehlt nicht an Leuten, in deren Meinung die so eben zwischen dem Papstthum und Italien abgeschlossene Militär-Convention, welche den italienischen Truppen gestattet, die Gränzen des päpstlichen Staates zu überschreiten, mehr gegen Garibaldi's Anschläge gerichtet ist, als gegen die Briganten. (K. Z.)

Vermischtes.

London, 28. März. Nicht ohne einen traurigen Unglücksfall ist der Great Eastern vorgestern unter dem Commando des Capitäns Sir James Anderson mit 130 Passagieren von Liverpool nach New-York ausgelaufen. Ein schwerer Anker, fast bis oben heraufgewunden, stürzte plötzlich wieder ins Wasser hinab, wodurch die Ankerhaspel in eine furchtbar schnelle Umdrehung versetzt wurde und die Nahestehenden nach allen Seiten auseinander schleuderte. Ein Matrose ward auf der Stelle getödtet, ein anderer ist lebensgefährlich verwundet; sechs bis acht haben gleichfalls bedenkliche Verletzungen erlitten.

Der „Globe" theilt mit, daß dem Right Hon. J. Napier, dem hochconservativen Parlamentsmitgliede W. Bagge, dem früheren Lordmayor und jetzigen Parlamentsmitgliede Dublins Herrn Guinness (dem berühmten Bierbrauer) und dem Wundarzte der Königin, W. Lawrence, die Baronetswürde verliehen wird.

Neueres.

Berlin, 30. März. Der Reichstag wählte sein bisheriges Präsidium wieder, und nun definitiv; und erledigte die Artikel 25 bis 29 mit Amendements, welche den Reichstagsmitgliedern während der Sessionsdauer besondern Schutz vor gerichtlicher Verfolgung und außerdem Diäten aus der Bundeskasse zusichern.

Pesth, 30. März. Die ungarische Gendarmerie ist durch kaiserliche Entschließung aufgehoben, die Wirksamkeit derselben ist den Landes- und Municipalbehörden übertragen worden.

Pesth, 30. März. Das Unterhaus hat in seiner heutigen Sitzung das Siebenundsechziger Elaborat, betreffend die gemeinsamen Angelegenheiten, mit 257 gegen 117 Stimmen angenommen.

Brüssel, 30. März. Ein Pariser Telegramm der „Independance Belge" erklärt die (auch der „Köln. Ztg." gemeldete) Nachricht: daß wegen Vereinigung Luxemburgs mit Frankreich zwischen letzterem und Preußen eine Verständigung erzielt worden sei, und daß nur noch die Regelung einiger Einzelheiten mit Holland übrig bleibe, für durchaus unbegründet.

Paris, 29. März. Die „France" schreibt: Der Prinz von Oranien hat die ihm übersandte Depesche (welche ihn angeblich benachrichtigte, daß die Ausstellung ohne Feierlichkeit eröffnet werden solle) nicht mehr erhalten; er ist bereits in Paris angekommen. Nach dem „Avenir National" ist die Abtretung Luxemburgs an Frankreich ein abgeschlossener Handel. Der König von Holland habe in Folge einer von Paris eingetroffenen Depesche die Abtretung in Berlin zur Kenntniß gebracht.

Paris, 30. März. Der „Moniteur" veröffentlicht einen Brief des Grafen Walewski an den Kaiser, worin es heißt: „Persönliche, von meinem Willen unabhängige, Zwistigkeiten zwischen einigen Mitgliedern der Regierung und mir haben mich veranlaßt, im Interesse der Eintracht und des Friedens meine Entlassung als Präsident des gesetzgebenden Körpers zu nehmen." Der Kaiser hat dem Grafen Walewski wegen dieses Schrittes sein Bedauern ausgedrückt.

Florenz, 29. März. Präsident Mari sagte heute in seiner Ansprache an die Kammer: Die Gefahren liegen nicht in der Rivalität der Parteien, sondern in der Finanzlage, für welche um jeden Preis Abhülfe geschaffen werden muß. Der Finanzminister Depretis hat einen Anhang zum Budget mit Abänderungen und einen Gesetzesentwurf zur provisorischen Fortführung des Budgets eingebracht.

London, 29. März. Im Oberhause erklärte Lord Derby England habe abgelehnt, der Türkei die Abtretung Kandia's anzurathen; er bezweifelt, daß die Türkei ungezwungen nachgeben werde.

Petersburg, 29. März. Der russische Gesandte in Konstantinopel unterhandelt fortwährend mit der Pforte, um die Kämpfe in Kandia zu beendigen. Im schwarzen Meere wüthen starke Stürme. Auf der Nicolai-Bahn wurde ein ganzer Postzug aus den Schienen gedrängt. Die Herren Stieglitz und Abasa begeben sich an fremde Börsenplätze, um die Betheiligung fremder Finanziers an dem Gesellschaftsunternehmen, welches die Erwerbung der Petersburg-Moskauer Staatsbahn bezweckt, zu erzielen. Die russische Regierung ist nunmehr definitiv entschlossen, die Bahn zu veräußern.

Belgrad, 30. März. Soeben ist der Fürst nach Konstantinopel abgereist.

Konstantinopel, 29. März. Es wird versichert, daß die Absicht der Uebergabe einer förmlichen Kollektivnote an die Pforte Seitens Frankreichs, Rußlands und Oesterreichs, die Abtretung von Kandia betreffend, nicht wegen der Beitrittsverweigerung Englands, sondern wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Rußland aufgegeben sei. Frankreich forderte für den Fall der Abtretung Kandia's eine Garantie für sämmtliche unmittelbare Gebiete der Pforte. Da Rußland diese Garantie verweigerte, so ist die Absicht einer Kollektivnote gescheitert. — Omer Pascha übernimmt den Oberbefehl in Epirus und Albanien mit dem Hauptquartiere in Prevesa, wohin ein Geschwader 10 Bataillone überführt.

New-York, 29. März. Die „Europe" ist angekommen. Agenten des Kaisers Maximilian rekrutiren in der Habana.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
... Staatsbibliothek
München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 92.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 2. April 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 31. März. Se. Majestät der König hat dem kgl. Staatsrathe im außerordentlichen Dienste, Frhrn. v. Malsen in Karlsruhe, die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des von Sr. kgl. Hoheit dem Großherzoge von Baden ihm verliehenen Großkreuzes des Ordens vom Zähringer Löwen ertheilt; auf das im Forstamte Dahn in Erledigung gekommene Revier Fischbach den Revierförster Fr. M. Luther in Leimen, seinem Ansuchen entsprechend, in gleicher Diensteseigenschaft versetzt und an dessen Stelle den dermaligen Aktuar des Forstamts Laurenzi in Nürnberg, H. Kellein, zum provisorischen Revierförster nach Leimen im Forstamte Pirmasens ernannt; auf das im Forstamte Altötting in Erledigung gekommene Revier Burghausen den temporär quiescirten Revierförster J. Ganl von Batten in seiner früheren Diensteseigenschaft reaktivirt; vom 1. April an den Bezirkskassier Franz Mühlbauer in Speyer in gleicher Eigenschaft nach Bamberg und den Rechnungskommissär B. Wagner in München auf die erledigte Stelle eines Bezirkskassakontroleurs nach Augsburg, beide ihrem Ansuchen entsprechend, versetzt; den Obertelegraphisten J. H. Bruhn in Ludwigshafen, seinem Ansuchen entsprechend, aus dem Staatsdienste entlassen.

München, 30. März. Die in mehreren bayerischen Blättern bereits erwähnte, im Betreff der politischen Vereine an sämmtliche k. Kreisregierungen, Kammern des Innern, ergangene Entschließung des kgl. Staatsministeriums des Innern vom 23. ds. Mts. lautet wie folgt: „Seit der Geltung des Gesetzes, die Versammlungen und Vereine betreffend, vom 26. Februar 1850 ist eine größere Anzahl von Vereinen in die Klasse der politischen eingereiht worden, welche späterhin weit weniger mit öffentlichen Angelegenheiten, als mit Zwecken geselliger Unterhaltung und individueller Bildung sich befaßt haben und in mehr oder minder achtbarer Weise diese Zwecke noch heute ausschließend verfolgen. Es gilt dieses insbesondere von der Mehrheit der Arbeitervereine in größeren Städten. Das k. Staatsministerium beabsichtigt nun nicht, gegenüber solchen Vereinen, bei welchen die thatsächlichen Voraussetzungen der Einreihung in die Klasse der politischen Vereine hinweggefallen sind, die Anwendung der Art. 14—18 des erwähnten Gesetzes fortbestehen zu lassen, daher die kgl. Regierung, Kammer des Innern, angewiesen wird, das Verzeichniß der politischen Vereine nach obigen Direktiven zu revidiren und zu purificiren und von den etwa eintretenden Aenderungen die Vereinsvorstände unter ausdrücklichem Vorbehalte der Bestimmung des Art. 13 loc. cit. verständigen zu lassen. Das Revisionsergebniß ist berichtlich anzuzeigen." (Bayer. Ztg.)

** **München,** 30. März. In seiner heutigen Sitzung griff der Gesetzgebungsausschuß nochmals zurück in die Art. 769 — 772 des XXXVIII. Hauptstückes, welche die Normen über die Vollstreckung auswärtiger Urtheile und Urkunden enthalten. Zunächst wurde beschlossen, dem Art. 769 a nicht die exclusive Kompetenz des Bezirksgerichtes, wie in der vorigen Sitzung beschlossen, auszusprechen, sondern auch hier bezüglich des zur Vollstreckbarkeitserklärung zuständigen Gerichts die Bestimmungen des I. Hauptstückes, gleichwie in dem Art. 771 a einen Absatz beizufügen, wonach in dem Falle, wenn der Verurtheilte ein Angehöriger des Staates ist, in dem das Urtheil erlassen worden sei, Einreden, welche die Sache selbst betreffen, nur insoferne zulässig sind, als sie darauf gerichtet sind, daß der Inhalt des Urtheils einem inländischen Prohibitivgesetze oder dem öffentlichen Rechte widerspreche. Der Ausschuß trat sodann in die Berathung des in der letzten Sitzung vorbehaltenen Art. 770 ein. In demselben wurde die Ziff. 2 des Entwurfes und ebenso der zweite Absatz, welcher durch die Bestimmung des Art. 15 Abs. 2 gedeckt ist, gestrichen; im Uebrigen derselbe nach dem Referate angenommen. Art. 771 wurde gestrichen, Art. 772 aber nach dem Referate angenommen. An Stelle der Art. 773—74, welche die Zeit der Vollstreckbarkeit gerichtlicher Urtheile feststellt, lagen seitens der kgl. Staatsregierung 5 neue Artikel vor. Im Abs. 1 des Art. 773 ist bestimmt, daß Urtheile, gegen welche weder Einspruch noch Berufung stattfindet, sofort zur Vollstreckung kommen sollten, während im Absatz 2 die Fälle früherer Vollstreckung analog dem Art. 774 Abs. 1 des Entwurfes enthalten sind, während im Abs. 3 Bestimmungen über das Verfahren hinsichtlich eines solchen Gesuches getroffen sind. Der Ausschuß trat dem Abs. 1 und 2 im Wesentlichen bei, strich dagegen den Abs. 3. Art. 774 behandelt die Urtheile, gegen welche Berufung zulässig ist, während Art. 774 b den Zeitpunkt zur Versteigerung von Immobilien, Art. 774 c den Zeitpunkt der Vollstreckung gegen den Dritten, wenn eine durch ihn zu vollziehende Anordnung im Urtheile enthalten ist, feststellt, für welchen Fall sodann der Art. 774 d besondere Bestimmungen über die Anmeldung des Einspruchsklägers behufs Eintrages in ein besonderes Buch enthält. Der Ausschuß trat diesen Beschlüssen bei. Die Art. 775—781 enthalten die Bestimmungen über die der Vollstreckung vorgängige Zustellung

Vermischtes.

Der „Phare de la Loire" bringt einen ausführlichen Bericht über die unruhigen Auftritte, deren Schauplatz in neuester Zeit wiederum der große Hörsaal der medizinischen Schule von Paris gewesen ist. Wie man aus diesen Schilderungen entnimmt, wurden die ersten Vorlesungen einiger neu ernannten Fakultäts-Professoren, namentlich der Herren Broca und Say zu den unzweideutigsten materialistischen Kundgebungen benutzt. Ein von dem Lütticher Kongreß her bekannter junger Mediziner, Jaclard, ergriff, während der Professor sich auf dem Katheder befand, das Wort, um zu konstatiren, daß alle, die Studenten sowohl, wie der Dozent sich zum materialistischen Prinzip bekennen. Uebrigens hat es Herr Say einzig seinen materialistischen Antecedentien zu verdanken, daß er seine Vorlesungen eröffnen konnte. Ohne diesen mildernden Umstand würden ihn die Studenten, wie sie offen erklärten, nicht haben zu Worte kommen lassen, da er, ehe er seine Ernennung erhielt, nicht vorher den öffentlichen Agregationskonkurs (eine Prüfung, um die venia docendi zu erhalten) mitgemacht hatte. Aus der Korrespondenz des „Phare de la Loire" geht hervor, daß die Mediziner, welche Träger der materialistischen Idee sind, sich selber bei jeder Gelegenheit als die Antagonisten des Spiritualismus bezeichnen, das für sie sich in den Jesuiten verkörpert. Die Losung heißt also in der gegenwärtig sehr aufgeregten Masse der medizinischen Jugend von Paris: „Hie Materialist! hie Jesuit." In der erwähnten ersten Vorlesung des Herrn Say waren übrigens, nach dem „Phare", etwa 1800 Materialisten und nur 15 Jesuiten anwesend.

Die Deputirten aus dem Gebiete von Turkestan sind, 17 Personen an der Zahl, am 17. März in Moskau eingetroffen. Dieselben haben zwei Monate auf ihre Reise verwenden müssen, weil sie beinahe auf jeder Station durch Mangel an Pferden aufgehalten wurden und in jeder Stadt die zurückgebliebenen Reisegefährten erwarten mußten. Geleitet wurden sie vom Major Ssjerow vom uralischen Kosakenheere. Die Kirgisen haben mehr ihren Typus bewahrt als die Sarten, ersteren wächst kein Bart, während die Bucharen und Sarten große Bärte tragen. In den Costumen ist beinahe kein Unterschied. Sie tragen orientalische Röcke von Halbseide in heller Farbe oder von Sammt mit Pelz gefüttert. Das Hemd und die weiten Beinkleider bestehen aus farbigem Baumwollenstoff. Die rasirten Köpfe sind mit der goldgestickten Kappe bedeckt. Diejenigen, welche die Reise nach Mekka und Medinah gemacht haben, tragen weiße Turbane. Thee ist das Lieblingsgetränk der Bucharen; sie trinken denselben beständig. Ihren Tisch bereiten ihre eigenen Köche, welche dabei weder Reiß noch Rosinen sparen. Sie rauchen stark und bedienen sich der Pfeifen, weil ihr Kaljan unterwegs zerschlagen wurde. Im Hause nehmen sie auch Opium und Haschisch, aber lange nicht alle und in sehr mäßiger Weise. Die Sarten haben gewöhnlich zwei Frauen, aber nie mehr als vier; die Kirgisen haben deren bis sieben. Beide Volksstämme zeichnen sich durch eine strenge Erfüllung ihrer religiösen Pflichten aus. Zu bestimmten Stunden, nur bei Sonnenuntergang, halten sie ihre Gebete. Sind sie auf Reisen, so steigen sie vom Pferde oder aus dem Schlitten und verrichten ihr Gebet. Dies thaten sie sogar in den Waggons der Eisenbahn, wobei sie aufstanden und beteten, sich sehr wundernd, daß die Züge beim Sonnenuntergang nicht anhielten.

und Aufforderung. Der Ausschuß trat im Wesentlichen den Anträgen des Referenten bezüglich dieser Artikel bei, gab aber dem Art. 775 eine Fassung, aus der ersichtlich ist, daß auch für den Aufgeforderten mit der Aufforderung zur freiwilligen Unterwerfung schon die Vollstreckung eingeleitet sei und setzte den Art. 781, den der Referent zum Abstriche begutachtete, in der von dem k. Ministerialkommissär in Einklang mit dem Art. 774 c vorgeschlagenen Fassung ein, womit die Sitzung schloß.

Berlin, 28. März. Heute war das Ergebniß der Reichstagssitzung ein recht günstiges. Die Wählbarkeit der Beamten ist durchgesetzt worden. Graf Bismarck hatte erklärt, daß er keine Kabinetsfrage daraus machen wolle, wenn er auch aus seiner Antipathie gegen bestimmte Kategorien von Beamten, namentlich die richterlichen, kein Hehl gemacht hat. Bei solchen Rückfällen in reaktionäre Tendenzen wird man an das Wort eines deutschen Staatsmannes erinnert, der von dem Grafen Bismarck mit einem etwas kühnen Bilde sagt, dieser schrecke wie ein muthiges Roß vor einem breiten Graben, welchen es zu überspringen gelte, meist nicht zurück, scheue aber oft vor einem Lichtstreifen am Boden. Der Reichstag hat die politische Wissenschaft, wie sich ein Redner glücklich ausdrückte, mit den Beamten aus den künftigen gesetzgebenden Körperschaften nicht ausschließen wollen. In der heutigen Debatte sprachen sich mehrere Redner namentlich auch von der konservativen Seite über ihre Stellung zu dem allgemeinen Wahlrechte aus. Mehrere Mitglieder der äußersten Rechten athmeten gleichsam von der Sorge, welche das System ihnen früher verursacht hatte, öffentlich auf und freuten sich der respektablen Versammlung, welche daraus hervorgegangen. Auch in hiesigen diplomatischen Kreisen gilt die Reise des Königs nach Paris in der letzten Hälfte des Mai zwischen dem vorausgesetzten Parlamentsschluß und der Eröffnung der wegen der Bundesverfassung zu berufenden Kammern für wahrscheinlich, wenn auch noch kein formeller Beschluß darüber vorliegen mag. (Schw. M.)

Berlin, 30. März. Die Luxemburger Frage erregt wegen des angeblichen Verkaufs des Großherzogthums an Frankreich in hohem Grad die öffentliche Meinung. Da der König der Niederlande durch Personal-Union zugleich Großherzog von Luxemburg ist, so stehen dem Verkauf keine völkerrechtlichen Hindernisse entgegen, da die Festung Luxemburg den Charakter einer deutschen Bundesfestung verloren hat, und die Anwesenheit der preußischen Besatzung in derselben immer die Bestimmung der Pariser und Wiener Verträge zur Voraussetzung hat, daß Luxemburg eine deutsche Bundesfestung werden solle. Von diesem Gesichtspunkt hat die luxemburgische Regierung sich auch gegen die Anwesenheit der preußischen Truppen in jener Stadt erklärt, und im November v. J. den diplomatischen Schriftwechsel auszugsweise veröffentlicht, welcher dieserhalb zwischen beiden Cabinetten stattfand. Hr. Staatsminister v. Tornaco erklärte außerdem in der Sitzung des Luxemburger Landtags am 12. Nov. v. J.: daß keinerlei Verhandlungen wegen Aufnahme des Großherzogthums in den Norddeutschen Bund geführt würden. Zwei Tage darauf gab derselbe abermals die Versicherung in der bestimmtesten Form: daß niemals ein Notenwechsel wegen des Eintritts Luxemburgs in irgendwelchen Bund stattgefunden habe. Ebenso bezeichnete der Minister das angebliche Ultimatum, welches Preußen im Haag oder in Luxemburg wegen dieser Angelegenheit gestellt haben sollte, für eine Erdichtung. In der Rede bei der Eröffnung der Stände am 29. Oktober vorigen Jahres durch den Prinzen-Statthalter Heinrich, versicherte dieser, daß der Notenwechsel zwischen beiden Cabinetten nicht aufgehört habe, einen freundschaftlichen Charakter zu tragen. Außer der Besatzungsfrage hat kein anderer Gegenstand Veranlassung zu diplomatischen Verhandlungen zwischen Preußen und Luxemburg gegeben. Diese Verhältnisse muß man sich vergegenwärtigen, um die Motive der Angriffe holländischer Blätter auf Preußen wegen Bedrohung des niederländischen und luxemburgischen Gebiets zu würdigen. Der luxemburgischen Bevölkerung sollte die Abneigung gegen Preußen in geeigneter Weise beigebracht werden, und bei dieser Agitation, welche bis in die höchsten Kreise reichte, verbanden sich die Ultramontanen des Ländchens mit den übrigen Gegnern Preußens. Als die Versicherung, daß die Selbstständigkeit des Landes von Preußen bedroht sei, nicht mehr recht wirken wollte, hieß es, die preußische Regierung habe das Anerbieten wegen Abschlusses einer Militärkonvention, ebenso wie den Vorschlag wegen Abschlusses eines Bündnisses abgelehnt. Aus den Erklärungen des Ministers Grafen von Bismarck im Reichstage ist zur Genüge bekannt, daß es Preußens Politik entgegen war, Regierungen, welche auch bundesfreie Staaten beherrschten, in den norddeutschen Bund aufzunehmen. Der Vorschlag einer Militärkonvention mit Preußen ist von der luxemburgischen Regierung niemals gemacht, von Preußen auch nicht zurückgewiesen worden. Die Frage, ob das Großherzogthum nun bereits wirklich an Frankreich verkauft sei, kann von hier aus gar nicht mit Sicherheit beantwortet werden, weil Preußen von keiner der beiden Seiten in die Verhandlungen gezogen worden ist. Daß die deutschen Regierungen Ansprüche auf die Rückerstattung ihrer Auslagen für Befestigungen und Ausrüstungen Luxemburgs zu erheben berechtigt sind, liegt in der Natur der Sache, falls die Festung durch Verkauf in andere Hände übergehen sollte.

Leipzig, 28. März. In der gestrigen gemeinschaftlichen Sitzung der hiesigen Handels- und Gewerbekammer ward der Antrag des Stadtrath M. Bering, „die kgl. Staatsregierung zu ersuchen, daß dieselbe in geeigneter Weise die Errichtung eines gemeinsamen *deutschen obersten Gerichtshofes für Handelssachen* mit dessen Sitz in *Leipzig* herbeiführen wolle, einstimmig angenommen, und zwar von beiden Kammern. Es wurde in der Debatte u. A. auch die Beziehung zu Süddeutschland hervorgehoben, indem sich der in den materiellen Fragen schon längst mit dem Norden eins fühlende Süden einem in Leipzig errichteten obersten Handelstribunal vielleicht schon jetzt weit leichter unterordnen würde, als einem auch räumlich noch weiter gegen Norden zu liegenden Gerichtshofe, etwa gar Lübeck. (Schw. Merk.)

Wien, 29. März. Die prager „Politik“ schreibt: „Seit mehreren Wochen bereits gehen uns unausgesetzt Nachrichten von „stillen“ Rüstungen, Truppenzusammenziehungen und Truppenbewegungen zu, die wir zumeist Anstand nahmen, zu veröffentlichen. Längs der ganzen türkischen Grenze scheint sich unsererseits ein rühriges militärisches Leben zu entfalten, und da ein solches rühriges militärisches Leben mit allem, was darum und daran hängt, immer ganz erstaunlich viel Geld kostet, so dürften wir wohl schwerlich fehl gehen, wenn wir hinter alle dem etwas mehr als einen bloßen militärischen Spaziergang vermuthen.“

Wien. Die „Presse“ vom 27. schreibt: „Pariser Nachrichten zufolge haben dort die Vertreter der süddeutschen Kabinette Erklärungen abgegeben, die mit Preußen abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse seien schon darum defensiver Natur, weil die Sicherung des beiderseitigen Besitzstandes der ausgesprochene Zweck derselben sei. Herr de Moustier soll erwidert haben, daß jeder Kriegsfall eine Bedrohung der Gebiete involvire, und daß daher, um jeden Zweifel auszuschließen, hervorzuheben gewesen wäre, daß der wechselseitige Beistand nur bei einem unzweifelhaften Defensivkriege eintreten solle. Es wird in Paris bestritten, daß die dortige Regierung genaue Kenntniß von den Bündnissen gehabt habe; man habe dort nur von defensiven Vereinbarungen bezüglich der Gleichgestaltung der Wehrsysteme der süddeutschen Staaten gewußt. Nun soll aber zwischen den August-Verträgen und den in der Arbeit befindlichen Wehr-Konventionen noch ein geheimgebliebener Ausführungs-Vertrag liegen, welcher die Art und den Zeitpunkt der eventuellen Uebernahme des Oberbefehls Seitens Preußen's regelt, und dessen erste sichtbare Frucht die technisch-militärischen Verabredungen wären.“

Paris, 28. März. Gestern hatten der Staatsminister Rouher und der Minister des Auswärtigen Moustier eine lange Unterredung mit dem Kaiser, und es ist natürlich, daß man annimmt, das Gespräch zwischen diesen Leitern der auswärtigen Politik Frankreichs habe sich um Luxemburg gedreht. Heute sind es für Frankreich ungünstige Gerüchte, welche die Oberhand gewonnen haben; man sagt allgemein, daß Bismarck direkt oder indirekt die Zustimmung der Annexion an Frankreich versagt habe. Deutschland könnte sich hierzu nur gratuliren, denn ein Blick auf die Karte zeigt, daß die Besetzung Luxemburgs durch die Franzosen der erste Schritt zur Einverleibung Belgiens wäre, dessen Verbindung mit Deutschland die Franzosen in jedem beliebigen Augenblicke unterbrechen könnten, während die Besetzung jener Festung durch Preußen die Unabhängigkeit Belgiens unter den sichern Schutz Deutschlands stellt. Die Belgier wissen das auch sehr gut und sehen deßhalb mit Herzklopfen dem Ausgang dieser Angelegenheiten entgegen. Uebrigens darf man sich über die Energie der kaiserl. Regierung im Falle der Zurückweisung keine allzustarken Besorgnisse machen; es ist möglich, daß sie die Sache ebenso einsteckt, wie so manches seit vorigem Sommer. Man sagt heute, daß Moustier in kurzer Zeit abtreten und durch Lavallette ersetzt werden wird. Es wäre dieß auch ein Beweis für das Mißlingen der Luxemburger Angelegenheit. Nun, da Drouyn de Lhuys sieht, daß sein Nachfolger sich gleichfalls zum Abgang rüstet, söhnt er sich allmälig wieder mit ihm aus. Er hat den in Ungnade gefallenen Minister gestern zum erstenmale besucht.

Paris, 29. März. Man gelangte in der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers, nachdem noch die Herren Favre, Jourdain und Pinart gesprochen, zum Schlusse der Generaldiskussion und eröffnete sofort die Specialdebatten über Art. 1 des Gesetzentwurfs, dahin lautend: „Die Schuldhaft ist aufgehoben in kaufmännischen und bürgerlichen Angelegenheiten, sowie auch gegen Ausländer.“ Die Verhandlungen, an welchen sich die Herren Louvet, de Villancourt, Segris, Staatsminister Rouher und Pouyer-Quertier betheiligen, sind äußerst

lebhaft. Der Antrag auf Rückverweisung des Art. 1 an die Kommission wurde nur mit einer Majorität von acht Stimmen (122 gegen 114) zurückgewiesen, und es ist dieses Ergebniß, welches das Gesetz vor einer längeren Verschleppung, eventuell einer wesentlichen Umarbeitung rettet, hauptsächlich der ungemeinen Entschiedenheit zu verdanken, mit welcher Rouher sich für die Verwirklichung des Freiheitsprinzips auch auf diesem Felde verwandt hat. Emil Ollivier, der zum Schluß noch einige Erwiderungen gegen Pouyer-Quertier, einen Vertheidiger der Schuldhaft, machen wollte, wurde von der Kammer nicht angehört. Der Schluß der Verhandlungen wurde ausgesprochen, und nachdem die beantragte Verweisung, wie vorstehend erwähnt, mit Mühe und Noth durchgefallen war, wurde Art. 1 in namentlicher Abstimmung (136 gegen 92) angenommen. „Heute Abend wird man wieder in Clichy illuminiren", rief Hr. Achille Jubinal aus, als das Resultat der Abstimmung verkündigt wurde. Die Verhandlungen über Art. 2 (die Schuldhaft wird für kriminelle, korrektionelle und polizeiliche Angelegenheiten beibehalten) wird auf die nächste (heute den 29.) stattfindende Sitzung verschoben. In der Abstimmung waren natürlich die gewöhnlichen politischen Schranken gefallen und die Ansichten in ganz anderer Weise gruppirt. Von der gewöhnlichen Opposition stimmten nur Berryer und Thiers für die Verweisung und gegen den Artikel, die übrigen Mitglieder der Linken waren für die Regierungsvorlage.

Paris, 30. März. Die „Opinion Nationale" räth heute sehr dringend von einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich ab und fragt sich, was denn der Spannung, die sich kund gebe, eigentlich zu Grunde liege. Etwas Großthuerei von Seiten der Deutschen, etwas üble Laune von Seiten der Franzosen, meint sie. Das ist aber kein Grund, um einen Krieg anzufangen, der nur den Feinden der Freiheit diesseit und jenseit des Rheines nützen kann. Wie schwer würden alsdann in Paris wie in Berlin Preßfreiheit, Versammlungsfreiheit, persönliche Freiheit ꝛc. ꝛc. wiegen? Der Krieg ist für Frankreich und für Deutschland der Absolutismus, das Wiedererwachen des Racen-Reides und des Religionshaders zwischen der lateinischen und der germanischen Race, dem katholischen Frankreich und dem protestantischen Deutschland. — Der Entwurf über die Reorganisation der französischen Armee stößt fortwährend auf großen Widerstand in ganz Frankreich. Unter diesen Umständen erregt die Broschüre eines französischen Generals (es ist der dem Kaiser sehr ergebene General Trochu) Aufsehen. Derselbe behauptet nämlich, Frankreich habe vollständig genug mit einer jährlichen Aushebung von 100,000 Mann, die fünf Jahre in der aktiven Armee und drei Jahre in der Reserve bleiben würden. Es könnte damit 5- bis 600,000 Mann in's Ausland senden. Für den Fall, daß ein allgemeiner Angriff gegen Frankreich stattfinden würde, genügt es ihm zufolge, alle alten Soldaten und die, welche nicht gedient und noch nicht ein gewisses Alter erreicht haben, unter die Waffen zu berufen. In Paris wird eine neue Kaserne in der Nähe des Nordbahnhofes gebaut. Sie wird 1,600,000 Frks. kosten.

London, 29. März. Im Oberhause sagte gestern Lord Derby in Erwiderung auf eine Interpellation, die Politik der europäischen Mächte gehe keineswegs auf die Zertrümmerung der Türkei, im Gegentheil auf deren Kräftigung. England sei nicht förmlich eingeladen worden, sich Frankreich, Oesterreich und Rußland anzuschließen, um der h. Pforte die Abtretung Kandia's an Griechenland anzurathen; aber der französische Botschafter habe in einer Unterredung mit Lord Stanley angefragt, ob England diesen Schritt thun wolle. Lord Stanley erwiderte, er könne die Verantwortung nicht auf sich nehmen, einen solchen Rath zu geben. Aber wenn die Türkei zu dieser Abtretung geneigt wäre, würde die Regierung Ihrer Maj. sich nicht widersetzen. Der russische Botschafter habe dieselbe Anfrage gethan und dieselbe Antwort erhalten. (T. R. d. N. C.)

Aus **Belgrad** vom 13. d. erhält die „Indep. Belge" eine Correspondenz, welche höchst interessante Aufschlüsse über die eigentlichen und letzten Ziele der serbischen Volkserhebung enthält, wodurch deren Bedeutsamkeit für die ganze Zukunft der griechischen Halbinsel klar hervortritt. Es handelt sich nämlich um nichts Geringeres, als um die Uebertragung der Regierung Bosniens und der Herzegowina an den serbischen Fürsten. Dafür würde dann Serbien der Pforte nicht nur einen erhöhten Tribut, sondern auch alle reinen Einkünfte der unterstellten Provinzen zukommen lassen und außerdem noch einen Theil der türkischen Schuld übernehmen. Hierdurch würde, wie man geltend zu machen hofft, die Pforte für immer einen Krieg mit Serbien vermeiden und jeder Gefahr einer Annexion Bosniens und der Herzegowina an Oesterreich (wovon voriges Jahr viel die Rede war gelegentlich der Vertauschung Venedigs) vorbeugen. Ueberdies würde durch diese Uebertragung der beiden westlichen Provinzen an den Serben-Fürsten nur ein altes Unrecht gut gemacht, indem die betreffenden Gebiete vor der türkischen Invasion bereits zu dem großen serbischen Königreich gehörten, welches, von dem christlichen Europa im Stich gelassen, den ersten Stoß der muselmanischen Eroberer auszuhalten hatte und in der blutigen Schlacht von Kossova (27. Juni 1389) zu Grunde ging. Seither aber haben die Serben nie auf die Wiederherstellung ihres alten Königthums verzichtet, dessen Andenken in den Ueberlieferungen und nationalen Gesängen lebendig erhalten wurde. Zudem ist die Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina eine durchaus serbische. Nur eine kleine Zahl von Beamten sind wirkliche Türken; alle übrigen sogenannten Türken sind serbische Renegaten, welche bei der osmanischen Invasion zum Islam übergetreten sind und noch heute nicht die türkische, sondern die serbische Sprache reden. Nach statistischen Angaben von 1850 betrug die Bevölkerung der beiden Provinzen Bosnien und Herzegowina ca. 1,100,000 Einwohner, worunter 561,500 griechischer Confession, 150,000 katholischer Confession (Kroaten) und 384,000 Muhamedaner. Indessen hat die Bevölkerung seit 1850 mehr und mehr in einem den Christen günstigen Verhältnisse zugenommen (15 : 1). Was die Juden betrifft, so ist deren Stellung durchaus nicht so gedrückt, wie kürzlich einige französische Journale glauben machen wollten. Dieselben stehen vielmehr in Serbien vor dem Gesetz den übrigen Bewohnern völlig gleich, und Fürst Michael selbst, ein aufgeklärter Herr, geht mit dem Beispiel der Toleranz voran. So werden zu jeder Festlichkeit in seinem Palais die jüdischen Notabilitäten ebenso wie die christlichen eingeladen. Die einzige Beschränkung derselben ist die, daß sie nicht auf dem Lande wohnen dürfen, weil bei dem primitiven Zustand des Handels und der Industrie im Lande zu fürchten wäre, daß sie aller Geschäfte sich bemächtigten. Derselben Beschränkung unterliegen sie jedoch auch in der österreichischen Militärgrenze. Außerdem herrscht in Belgrad noch eine gewisse Animosität gegen sie, weil sie im Jahre 1862 beim Bombardement der Stadt sammt und sonders nach dem österreichischen Semlin entwichen, statt wie die übrigen Bürger am Kampfe gegen die Türken sich zu betheiligen. Mit dem neuen ungarischen Ministerium, welches seine Konstituirung in Belgrad anzeigte, hat sich die serbische Regierung in freundliches Vernehmen gesetzt und befürchtet von jener Seite wenigstens keinen Widerstand gegen seine Bestrebungen. Es zeigt sich überhaupt im ganzen serbischen Volk ein so festes Vertrauen auf seine nationale Zukunft, daß schon darin allein eine gewisse Garantie der Erfüllung dieser Wünsche zu finden ist. Endlich ist die jetzt schon gut organisirte serbische Streitmacht, die hauptsächlich in einer zahlreichen und kräftigen National-Miliz besteht, ein hinlänglich starkes Fundament, um größere Pläne und Hoffnungen darauf zu bauen. Man darf daher kaum zweifeln, daß die nächsten Schritte des Fürsten in Konstantinopel Serbien zu neuen Erfolgen verhelfen werden.

Frankfurter Börse (25. bis 30. März).

30. März. Das Geschäft an der Börse stagnirt. Das Kapital hält zurück, die Spekulation bleibt unschlüssig und wagt nicht, sich nach einer bestimmten Richtung hin zu engagiren. An Aufregung durch die Politik fehlte es zwar in der verflossenen Woche weniger; die ins Treiben gelangte Luxemburger Frage liegt gewiss nahe genug und doch wollen die Börsen ihr noch keine rechte Bedeutung beilegen. Wenn sie sich nur nicht täuschen, um gleich wie im vorigen Jahre durch den plötzlich hervortretenden Ernst der Situation überrascht zu werden. So viel scheint sicher, dass Frankreich und Holland über den Schacher sich vorläufig verständigt haben. Von dem Staatsmanne in Berlin lässt sich jedoch kaum voraussetzen, dass er ohne Weiteres den französischen Ehrgeiz und die holländische Geldgier gut heissen und einen langjährigen, deutschen Besitzstand aufgeben werde, dessen faktische Wahrung durch die Ereignisse des Vorjahrs auf Preussen übergegangen ist. Wenn Frankreich und Holland nicht entsprechende Kompensation gewähren, wird der beabsichtigte Handel an dem erstarkten deutschen Nationalgefühl wohl noch ein kleines Hinderniss seiner Durchführung finden und wir wollen daher abwarten, ob der Kaiser Napoleon für die kindische Befriedigung der in ihrer masslosen Eitelkeit etwas gekränkten „grossen Nation" sein Friedenswerk, die Weltausstellung, die Zukunft seiner Dynastie und die Integrität des dermaligen Staatsgebietes Frankreichs auf das Spiel zu setzen wirklich gesonnen ist. Die deutsche Einheit könnte nicht schneller zum Abschluss gebracht werden als durch einen Krieg mit Frankreich.

Der Geldmarkt verharrt in seiner krankhaften Abundanz, im Waarengeschäft und in der Industrie hat schon längst jede spekulative Thätigkeit aufgehört, man arbeitet nicht weiter als für das tägliche und dazu sehr beschränkte Bedürfniss, aber auch an der Börse schläft die Spekulation ein und das Kapital wird mit jedem Tage zurückhaltender und misstrauischer. Die neuen Emissionen geben fast sämmtlich Verlust und nach einigen Wochen vergeblicher Anstrengungen, den Zeichnungskurs zu halten, sinkt derselbe oft um Prozente. Es gibt dermalen viele vermögliche Leute, die vorziehen, ihr Geld zu 3 pCt. bei einem soliden Bankhaus stehen zu lassen oder in Hypotheken anzulegen, als den 9 und 10prozentigen Sirenenklängen der Prospekte zu folgen.

Die laufende Woche eröffnete in derselben Geschäftsstille, in welcher die vergangene geschlossen hatte. Das Geschäft wurde nur vorübergehend durch die Vorbereitungen zur Ultimoabrechnung und letztere selbst belebt; sie hatte am 28. d. (Donnerstag) statt und wickelte

sich sehr leicht ab, da die Regulirungen grösstentheils bereits in den Vortagen erfolgt waren. Geld war sehr flüssig und alle Prolongationen wurden zu sehr billigen Zinsen gemacht. Oesterr. Fonds waren im Allgemeinen vernachlässigt und schliessen in matterer Haltung; auch 1860er Loose, die sich im Laufe der Woche bis 68 1/2 erholt hatten, gingen heute auf 67 1/2 zurück.

In süddeutschen Fonds keine nennenswerthe Veränderung, der Umsatz ohne Bedeutung. 4pCt. Luxemburger Obligationen wurden im Hinblick auf die politischen Eventualitäten jenes Landes um 2 pCt. besser geschätzt; von auswärtigen Staatspapieren Eidgenössische fest behauptet zu 100 1/2 und 4 1/2 Berner, 95 1/4 vor acht Tagen, hoben sich auf 96 1/2. Amerikaner, zu Anfang der Woche wenig verändert, besserten ihren Kurs gegen Schluss derselben und schliessen 78 3/4, 7/8 pCt. höher als vor 8 Tagen. Die Stimmung für dieses Effekt ist in neuerer Zeit wieder eine lebhaftere geworden und es liegen mehr Kaufaufträge vor, als dies in den letzten Wochen der Fall war.

Oesterr. Kredit erreichten vorübergehend wieder den 170er, ohne aber des Besitzes lange froh zu bleiben. Diese Woche brachte uns auch eine alte, aber fast verschollene Bekanntschaft — Luxemburger Kreditaktien, die seit voriger Woche eine Hausse von nicht weniger als 10 pCt. aufweisen. Die Spekulanten eskomptiren bereits die Annexirung Luxemburgs an Frankreich, indem sie sich einreden, es werde dann das Privilegium der Notenausgabe der Luxemburger Bank gegen ein theures Entgelt von Seiten der französischen Regierung abgekauft werden müssen, in ähnlicher Weise, wie dies s. Z. mit der Bank von Savoyen geschah, weil eine solche Berechtigung sich nicht vertrage mit dem ausschliesslichen Privilegium der Bank von Frankreich zur Notenausgabe. Darmstädter 206. Frankfurter Bank ex Dividende 129 1/2.

In E.-B.-Aktien war das Geschäft von geringem Umfang. Gefragt waren pfälzische Linien, Bexbacher zu 154, Weissenburger 111 3/8, Bayer. Ostbahnen 117. Der Februarausweis zeigt bei einer Gesammteinnahme von fl. 175,284 ein kleines Plus von fl. 9537. Prioritäten ohne Leben und wenig verändert.

	25.	30.		25.	30.
5% Oestr. National	52½ B	53½ B	4% Darmstädt. do.	94⅛ B	—
5% do. Metal. (1859)	61⅝ B	62 B	3½% do. do.	—	—
5% do. Lose (1860)	67¼	67½	4½% Nassauer do.	97¼ B	96⅜ B
— do. do. (1864)	72¼	74 B	4% do. do.	91 B	91¼ B
Oestr. Kreditl. (58)	119⅛ B	119¼ B	3½% do. do.	86 B	87¼ B
5% Bayer. Obligat.	—	101¼ B	4% Kurhess. do.	—	—
4½% do. do.	96½	96½	3½% Frankf. do.	83	84½
4% do. do.	91½	92⅛ B	3% do. do.	73¾	—
4% do. 100Thl.-L.	99¼	99¼	6% Amerik. (1882)	77¾	78⅜
4½% Würtemb. Obl.	96¾ B	96¼ B	Oestr. Kredit . .	168	169
3½% do. do.	85½ B	—	Oestr. Nat.-Bank	674 B	674 B
4½% Badische do.	96⅝ B	96⅜ B	Frankfurter do.	130 B	129½
4% do. do.	90¾ B	—	Bexbacher E.-B.	154¼ B	154
3½% do. do.	86¼	86¼ B	Bayer. Ostbahnen	116¼	117¼ B (Akt.)

Neueres.

Berlin, 31. März. Die national-liberale Fraktion beschloß, morgen folgende Interpellation einzubringen: Die unterzeichneten Mitglieder des Reichstages richten die nachstehenden Anfragen an den Herrn Vorsitzenden der Bundes-Commissarien: 1) Hat die königlich preußische Regierung officielle oder anderweitige Kenntniß davon erhalten, ob die in täglich verstärktem Maße auftretenden Gerüchte über Verhandlungen zwischen den Regierungen von Frankreich und den Niederlanden wegen Abtretung des Großherzogthums Luxemburg begründet sind? 2) Ist die k. preuß. Regierung in der Lage, dem Reichstage, in welchem alle Parteien einig zusammenstehen werden, in der kräftigsten Unterstützung der Abwehr eines jeden Versuchs, ein altes deutsches Land von dem Gesammt-Vaterlande loszureißen, Mittheilungen darüber zu machen, daß sie im Verein mit ihren deutschen Bundesgenossen entschlossen ist, die Verbindung des Großherzogthums Luxemburg mit dem übrigen Deutschland, insbesondere das preußische Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg auf jede Gefahr hin dauernd sicher zu stellen? Der nachgesuchte Anschluß der übrigen Fraktionen ist wahrscheinlich. Bethusy-Huc hat schon zugesagt.

Berlin, 31. März. Die nationalliberale Partei wird morgen im Reichstag eine Interpellation in Betreff Luxemburgs einbringen. Die Interpellation betont die Einigkeit aller Parteien, um die preuß. Regierung bei der Abwehr einer Losreißung des alten deutschen Landes kräftigst zu unterstützen. — Der Kronprinz von Sachsen wird morgen hier erwartet.

Leipzig, 31. März. Eine freisinnige Versammlung bittet die nationale Partei im Reichstage, den raschesten Abschluß der Verfassung zu erwirken, damit die Regierung in der luxemburgischen Frage freie Hand erhalte.

Paris, 31. März. Der „Moniteur" erklärt: „Das „Pays" ist nicht der Dolmetsch der Regierungsgedanken; es hat die Verantwortung seiner Politik ganz allein selbst zu tragen." (Das „Pays" hatte die Wiederherstellung Frankreichs in seinen natürlichen Gränzen verlangt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. G. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	66 3/8 P.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	61 1/2—61 G.
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53 1/8—52 7/8 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	45 P.
"	4 1/2pCt.	39 7/8 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 1/8 P.
"	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	95 3/4 P.
"	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	95 3/4 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	91 3/4 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	91 3/4 P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	91 3/4 P. 1/2 G.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	96 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Baden	4 1/2pCt. Obl.	96 P.
"	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	86 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 1/4 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto	96 1/2 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	91 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	86 1/2 P.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	—
Spanien	3pCt. inl. Sch.-P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/2pCt. " " "	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	—
"	6pCt. ditto r. 1882 "	78 1/4—78 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	129 3/4 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	670 P. 669 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	168—66 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	201 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	97 1/2 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	333 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111 1/2 P.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	108 P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	96 1/2 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	111 3/8 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 P. 48 3/4 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	240 1/2 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	45 3/4 P
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	116 7/8 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	117 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/8 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 3/4 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 ?/8 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 1/2 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 3/4 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 1/4 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 3/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/8 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/8 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	91 3/4 P. 1/2 G.
do. in öst. W. l. S.	91 3/4 P. 1/2 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	57 3/4 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	66 7/8—5/8 G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	—
" do. v. 1864	72 7/8 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	98 1/2—1/4 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 3/8 P.
Badische fl. 35	53 1/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 ?/4 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	142 ?/8 G.
" fl. 25 do.	36 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 1/? P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	73 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28 1/4 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	10 3/8 P.

Frankfurt, 1. April. Die Börse eröffnet die Woche in beunruhigter und trüber Haltung. Die Nachrichten in Betreff der Luxemburger Frage widersprechen sich zwar immer noch vollständig, aber der Umstand, daß in Berlin größere, gewöhnlich gut unterrichtete Häuser starke Verkäufe bewerkstelligt haben sollen, wird von der Börse als ein böses Omen gedeutet. Auch die Ernennung des Generals v. Göben zum Gouverneur von Luxemburg ward in besorgnißerwartendem Sinne commentirt. Sämmtliche österr. Werthe erlitten daher eine ziemlich bedeutende Einbuße. Die schlechte Stimmung erstreckte sich auch auf süddeutsche Fonds und sogar auf Amerikaner, die billiger als gestern zu haben waren. Der neue Impuls, welchen die Spekulation dadurch erhielt, gab dem Geschäft eine größere Ausdehnung als bisher. Luxemburger Aktien und Obligationen gesucht. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 93. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 3. April 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 1. April. Se. Majestät der König hat dem kgl. Legationsrathe A. Frhrn. v. Gasser die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des von Sr. Maj. dem Kaiser der Franzosen ihm verliehenen Offizierkreuzes des Ordens der Ehrenlegion ertheilt; den Advokaten Dr. F. Hartter in München, seiner Bitte entsprechend, von der Stelle eines Wechselnotars enthoben; vom 1. April l. Js. an 1) die Umwandlung der Stadtpostexpedition Nürnberg in eine selbstständige Hauptexpedition genehmigt, für dieselbe einen weiteren Spezialkassier bei dem Oberpost- und Bahnamte Nürnberg aufgestellt und hiezu den Offizialen M. Toussaint daselbst befördert, ferner 2) den Obertelegraphisten H. Mergner in München zur Telegraphen-Station Regensburg, seinem Ansuchen entsprechend, versetzt; 3) zu Obertelegraphisten 4. Klasse in provisorischer Diensteseigenschaft die Assistenten: a) Jos. Gaßner in Nürnberg bei der Telegraphenstation Nürnberg; b) J. Patsch in Bamberg bei der Telegraphenstation Augsburg, c) L. Pfeiffer in Ludwigshafen bei der Telegraphenstation daselbst, d) K. Schmid in München bei der Central-Station in München, e) A. Holper in München bei der Central-Station daselbst, f) H. Schwartz in Speyer bei der Telegraphenstation Speyer und g) J. A. Satzinger in Hof bei der Telegraphenstation daselbst ernannt; den Sekretär des Bezirksgerichts Donauwörth, J. Reuder, wegen nachgewiesener Krankheit für die Dauer eines Jahres in den erbetenen Ruhestand treten lassen; zum Sekretär des Bezirksgerichts Donauwörth den Gerichtsschreiber C. Tröbert zu Uffenheim, seinem Ansuchen um Verleihung einer solchen Stelle entsprechend, befördert und zum Gerichtsschreiber am Landger. Uffenheim den geprüften Rechtspraktikanten A. Koch aus Wolnzach, z. Z. Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landger. Tirschenreuth, in prov. Eigenschaft ernannt; den Bezirksarzt 2. Kl., Dr. M. Gebert in Falkenstein auf die Bezirksarztesstelle 2. Kl. zu Wörth, seinem Ansuchen entsprechend, versetzt.

Der kgl. Forstgehilfe Karl v. Axthalb zu Parsberg im Forstamte Neumarkt wurde zum Forstamts-Aktuar am kgl. Forstamte Vohenstrauß befördert.

Die Stelle eines Bezirksarztes 2. Kl. zu Falkenstein ist in Erledigung gekommen. Bewerber um dieselbe haben ihr Gesuch binnen 14 Tagen bei der ihnen vorgesetzten kgl. Regierung, Kammer des Innern, einzureichen.

Die katholische Pfarrei Schambach, kgl. Bezirksamts Eichstätt, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 651 fl. 38 kr. in Erledigung gekommen.

München, 1. April. Die Bevölkerung der Insel Cephalonien ist bekanntlich durch ein heftiges Erdbeben am 4. Februar l. J. heimgesucht und durch dieses Ereigniß in den Zustand des größten Elends versetzt worden. Se. Maj. der König haben nun dem Handlungshause Spengelin u. Comp. zu Lindau auf deßfallsiges alleruntherthänigstes Ansuchen die Bewilligung zur Entgegennahme freiwilliger Beiträge für die in Folge jenes Erdbebens schwerbeschädigten Bewohner der Insel Cephalonien in der Weise zu ertheilen geruht, daß das bezeichnete Handlungshaus ermächtigt wurde, zur Sammlung freiwilliger Gaben durch öffentlichen Aufruf im Königreiche einzuladen und die eingehenden Beträge in Empfang zu nehmen.) (B. Z.)

Darmstadt, 31. März. Heute wurde in allen evangelischen Kirchen des Landes zur Erinnerung an den 300jährigen Todestag Philipps des Großmüthigen eine Gedächtnißfeier abgehalten.

Berlin, 30. März. Die Diätenfrage führte heute zu einer umfänglicheren Debatte. Graf Bismarck sagte, er habe im Namen und Auftrage der hohen verbündeten Regierungen zu erklären, daß dieselben glauben, sich auf eine Bewilligung oder Zulassung von Diäten unter keinen Umständen einlassen zu können. Die Regierungen bäten vielmehr das hohe Haus, die Entscheidung dieser Frage der künftigen Gesetzgebung zu überlassen, nachdem man mehr Erfahrungen mit dem Wahlgesetze gemacht haben werde, was bei einem so jungen Versuche nicht der Fall sein könne. Und der sächsische Commissarius, Frhr. v. Friesen, fügte erläuternd hinzu, die Regierungen hätten den Art. 21 (allgemeines und direktes Wahlrecht) nur mit Rücksicht auf den Art. 29 (Ausschluß von Diäten) angenommen, denn: „Beschließen wir aber heute das allgemeine Wahlrecht und die Diäten, dann kommen wir nie wieder davon zurück, wenigstens nicht mit der Einstimmung eines Hauses, das auf Grund der Diäten gewählt ist." Es kommt aber in Betracht, daß gegenwärtig nur Preußen, Mecklenburg und Reuß j. L. keine Diäten zahlen und daß schon deßhalb gerade auch solche Vertreter der Kleinstaaten, die sonst vielfach mit den Altliberalen und Conservativen gingen, hier für unbedingte Diäten-Zahlung stimmten. So bildete sich für diese eine Majorität von 136 gegen 130 Stimmen, obgleich so hervorragende Mitglieder der National-Liberalen, wie Braun (Wiesbaden), Michaelis und v. Sybel, so wie Meier (Bremen), Jungermann und Braun (Hersfeld) sich mit in der Minorität befanden. Meier-Bremen hatte ein Vermittlungs-Amendement gestellt, welches dahin ging, nur die Zahlung der Diäten „aus öffentlichen Cassen" auszuschließen und so den Wählern selber für jeden einzelnen Fall die Entscheidung zu überlassen. Twesten selbst bemerkte, es würde sehr wünschenswerth sein, wenn man der Diäten entbehren könnte, ohne befürchten zu müssen, daß intelligente Kräfte ausgeschlossen werden. Nun stehen die Sachen in Deutschland noch nicht so. Ein Vermittlungsantrag von Windthorst: „Der Bundes-Gesetzgebung bleibt es vorbehalten, zu bestimmen, ob und welche Diäten und Reisekosten den Mitgliedern des Reichstages gewährt werden," der Alles provisorisch in seiner gegenwärtigen factischen Lage gelassen hätte, wurde leider von dem Antragsteller zurückgezogen; wahrscheinlich würden Graf Bismarck und Frhr. v. Friesen bei seiner Annahme sich beruhigt haben. Uebrigens wird Niemand, wie Herr v. Bennigsen vor einigen Tagen bemerkte, in der jetzigen Lage der Berathung, wo die Beschlüsse noch definitiv gefaßt werden und das Haus noch einmal auf alle einzelnen Beschlüsse zurückkommen kann, es für wohlgethan halten, wenn man jetzt schon versuchte, sich gegenseitig das Scheitern des Verfassungswerkes in die Schuhe zu schieben.

Berlin, 31. März. Nachdem der Reichstag gestern den Abschnitt V. der Verfassungsvorlage erledigt hat, steht man nunmehr an Abschnitt VI., betreffend das Zoll- und Handelswesen. Dieser Abschnitt, sowie die nächstfolgenden beiden Abschnitte, betreffend das Eisenbahnwesen und das Post- und Telegraphenwesen, werden zu besonderen Schwierigkeiten bei der Discussion keine Veranlassung geben. Die Fraktionen sind heute versammelt, um diese Abschnitte zu berathen. An Amendements fehlt es freilich auch hier nicht, doch haben dieselben durchgehends den Charakter der Utilität und nicht einer principiellen politischen Differenz. Anders liegen die Dinge jedoch bei denjenigen Abschnitten, welche von dem Bundes-Finanz- und dem Bundeskriegswesen handeln. Hier liegt der Schwerpunkt der noch übrigen Verfassungsberathung. Man ist fest entschlossen, von dem Budgetrechte der Einzellandtage, und namentlich des preußischen Landtags, nichts zu vergeben, es wäre denn, daß dasjenige, was die Einzellandtage opferten, in seiner ganzen Ausdehnung dem Reichstage übertragen würde. Man wird also in Bezug auf den Militäretat das volle Budgetrecht für den zukünftigen Reichstag verlangen. Diese Forderung steht in erster Linie. Der zweite Punkt, um den es sich handelt, ist die Frage, auf wie viel Jahre hinaus die Pauschquantumsbewilligung sich erstrecken soll. Ueber ihre resp. Stellung zu dieser Frage haben sich die Regierung, wie auch die einzelnen Parteien, bis jetzt noch nicht ausgesprochen. Es wird gesagt, die Regierung verlange eine Pauschquantumsbewilligung auf 7 Jahre. Die liberalen Parteien würden hierauf jedoch nicht eingehen. Die nationalliberale Fraktion, die hier den Ausschlag gibt, wäre allenfalls geneigt, einen Termin von etwa drei Jahren zu acceptiren, und es mag sein, daß wenn herüber und hinüber gehandelt wird, vielleicht auch noch ein Jahr mehr zugestanden wird; das aber wäre jedenfalls das Aeußerste. Ueberzeugt ist man übrigens, daß es auch hier zu einer principiellen Differenz nicht kommen wird. Man wird sich einigen, weil man sich einigen muß und es ist nicht zu übersehen, daß dieser Zwang noch weit mehr für die Regierung selbst maßgebend ist, als für den Reichstag. Man darf darum auch die principiellen Differenzen, die bis jetzt hervorgetreten sind, nicht zu hoch anschlagen. Obgleich Graf Bismarck so bestimmt wie nur möglich erklärt hat, daß die verbündeten Regierungen auf eine Diätenzahlung unter keinen Umständen eingehen würden, so wird er doch schon andern Sinnes werden, wenn der Reichstag bei der spätern Schlußberathung auf dem einmal gefaßten Beschlusse nur consequent verharrt; und dasselbe gilt von den gegen die Ausschließung der Beamten und in Bezug auf die Straf-

freiheit der Berichterstattung gefaßten Beschlüssen. Das Alles sind Dinge, die — um den Ausdruck zu gebrauchen — auf die innere Politik des Grafen Bismarck zurückzuführen sind und mit der Frage der deutschen Einigung als solcher in gar keiner Verbindung stehen. Von einem Schluß des Reichstags vor Ostern kann übrigens keine Rede mehr sein, obgleich bis dahin noch zwei und eine halbe Wochen. (Frkf. J.)

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt aus Anlaß der aufreizenden Auslassungen der französischen Presse über die Bündnißverträge zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten: „Wenn wir uns die politische Situation Deutschlands in ihren internationalen Beziehungen nach dem Kriege des vergangenen Jahres vergegenwärtigen und bedenken, daß mit dem Aufhören des deutschen Bundes die früheren Staaten dieses Bundes sich in der bedenklichen Lage befanden, ihre Existenz weder durch europäische Neutralitätsverträge, wie z. B. Belgien oder die Schweiz, noch durch die Möglichkeit der eigenen Widerstandskraft gesichert zu sehen, so gehört wahrlich keine große politische Einsicht dazu, um zu begreifen, wie dringend nothwendig es für diese Staaten wurde, ohne jeden Verzug, auf dem Wege eines Bündnisses mit einer Großmacht ihre Zukunft sicher zu stellen. Das Bündniß mit Oesterreich war nun selbst ohne den Prager Frieden durch die Kriegsereignisse unmöglich geworden. Man konnte daher nur zwischen Frankreich und Preußen wählen. Der Anschluß an die Schweiz, der von einigen Seiten betont worden ist, kann, selbst abgesehen von der Verschiedenheit der Regierungsform, kaum in ernste Erwägung gezogen werden. Die Neutralitätsverträge würden die Eidgenossenschaft ohnehin verhindert haben, ein solches Bündniß zu schließen, wenn dieselbe, was wir kaum glauben, großes Verlangen getragen hätte, ihre Söhne zur Vertheidigung der Mainlinie zu verwenden. Es blieb also für Süddeutschland nur die Wahl zwischen Preußen oder Frankreich, und wir glauben, daß nur die verkappten Gegner der gegenwärtigen Ordnung der Dinge in Frankreich dem zweiten Kaiserreich den Rath geben könnten, ein Bündnißverhältniß mit den süddeutschen Staaten zu schließen. Diese hatten daher keine andere Wahl, sich ihre Zukunft zu sichern, als auf dem natürlichsten Wege, durch das Bündniß mit der norddeutschen Großmacht, und es wäre eine strafbare Verletzung der eigenen Interessen und eine Gefahr für Europa gewesen, wenn wir im Süden Deutschlands vier kleine Staaten gesehen hätten, jeder eine selbständige internationale Politik treibend, und Verwirrung nicht nur in die politischen, sondern auch in die kommerziellen und sozialen Verhältnisse der eigenen und der fremden Staaten bringend. Wenn man sich diese Situation unbefangen darstellt, so ist die einzig berechtigte Ueberraschung bei Kenntnißnahme der Verträge wohl nur die, daß es überhaupt Leute gibt, die sich überrascht finden können durch einen politischen Akt, welchen Jedermann vorhersehen mußte und dessen Ausbleiben im Gegentheil nicht nur Verwunderung, sondern auch die Besorgniß erregen mußte, jene Leute hätten Recht, welche behaupten, daß die preußische Politik eine Drohung für Deutschland sei, während unzweifelhafter, als uns auf jedem andern Wege möglich war, durch das Bündniß konstatirt wird, daß Preußen keinen andern Ehrgeiz kennt als den, die Aufgabe zu lösen, eine *Beruhigung* für seine Nachbarn zu sein."

Die **Luxemburger** Angelegenheit hat auch in Oesterreich eine große Aufmerksamkeit erregt und die öffentlichen Organe zu sehr bestimmten Erklärungen veranlaßt. Sehr bemerkenswerth für die Richtung der preußischen Politik in dieser Frage ist es, daß die „Nordd. Allg. Ztg." folgende Stelle aus einem Leitartikel der „N. Fr. Pr." vom 28. v. Mts. hervorhebt: „Preußen hat das vollste Recht, sich dem französisch-holländischen Schacher mit aller Kraft zu widersetzen. Luxemburg ist deutsches Land; die französischen Familien, die dort leben, bilden eine verschwindend kleine Minorität. Sehen wir davon ab, daß Frankreich in Luxemburg gar kein Besitzrecht in Anspruch nehmen kann, daß vom Standpunkte der Nationalitäten-Politik dieses Gebiet vor Gott und der Welt zu Deutschland gehört, und fragen wir nur, ob der französische Kompensationshunger etwas gestillt würde, falls man sich entschlösse, im Widerspruche mit allen vom Tuilerienkabinette anderen Staaten gegenüber geltend gemachten Grundsätzen, dieses Stück deutschen Landes in den Rachen Frankreichs zu werfen? Wir glauben es, nicht. Die Abtretung Luxemburgs an Frankreich würde von diesem lediglich als der Anfang zur Wiederherstellung der natürlichen Grenzen betrachtet werden. Nach Luxemburg käme die Reihe an Belgien und mit diesem würde man in Paris mindestens das ganze linke Rheinufer verlangen, denn mehr als allen anderen Nationen wächst den Franzosen der Appetit während des Essens. Das Opfer Luxemburgs würde die Gefahr eines Konfliktes nicht aus der Welt schaffen, sondern nur der erste Ring einer langen Kette neuer Konflikte sein. Darüber täuscht man sich in Berlin nicht, und deßhalb auch wird man hoffentlich nicht weichen. Luxemburg ist das kleine Ende, an welchem die napoleonische Politik die Wiederherstellung der natürlichen Grenzen in Angriff nimmt, und Nachgiebigkeit in diesem Punkte würde die Gefahr nicht beschwören, sondern nur vergrößern. Preußen sowohl als das übrige Deutschland stehen gegenwärtig in voller Rüstung da; Frankreich ist mit seiner Rüstung noch lange nicht fertig. Napoleon wird den Konflikt also möglichst lange zu vertagen suchen. Ist man in Berlin entschlossen, diese Situation auszunützen und das Prävenire zu spielen? Und steht mit diesem Entschlusse etwa die Veröffentlichung der Schutz- und Trutzbündnisse im Zusammenhange, welche die gesammte Wehrkraft Deutschlands unter preußische Führung stellen? In Paris scheint man es zu glauben, und vielleicht auch urtheilt man ganz richtig. Wenn nun Frankreich, auf seinen Kaufvertrag mit Holland gestützt, die Herausgabe Luxemburgs fordert und Preußen dagegen ein lautschallendes Veto einlegt, wird Frankreich dann zurücktreten? Fast gewinnt es den Anschein, als wollte die Napoleonische Politik mit der luxemburgischen Frage gewaltsam eine Situation herbeiführen, die ihm jedes Zurückweichen unmöglich macht, die es dazu zwingt, wie der Hofpublizist Granier neulich erklärte, den Versuch zu machen, „den preußischen Degen am Rheine abzubrechen." Das Vorgefühl dieser Eventualitäten lastet seit dem Prager Friedensschlusse ahnungsvoll auf allen Gemüthern in Deutschland und auch in Oesterreich. Hier wie dort brach sich sofort die Ueberzeugung Bahn, daß so große Erfolge, wie Preußen sie im vorigen Sommer errang, nicht ohne schwere Kämpfe werden behauptet werden können. Nicht alle Nationen sind so glücklich, wie jenes Italien, das seine Einheit den Waffen aller Anderen, nur nicht den eigenen verdankt, und dem selbst aus den herbsten Niederlagen die schönsten Siegesresultate erblühen. Fast scheint es, daß die Welt es weiß, wie dort, jenseits der Alpen, im ewigen Frühling ein Volk sich sonnt, dem der Himmel das Dasein leicht gemacht und dessen weiche Sitte und lauttobenden weibischen Enthusiasmus Niemand auf der weiten Erde zu fürchten braucht. Ein minder bequemes Loos ward dem männlichen und rauhen Volke der Deutschen beschieden. Die ersten Regungen seiner Einigwerdung bereiten dem Nachbar im Westen schwere Sorge, denn Frankreich ahnt, daß, wenn es einmal ein einiges deutsches Volk gibt, es mit dem romanischen Machtschwindel, der sich als Hüter der europäischen Ordnung, als Herr über Krieg und Frieden geberdet, während er selbst alle von ihm verkündigten und Anderen auferlegten Grundsätze übermuthsvoll mit Füßen tritt — definitiv ein Ende hat. Sie fürchten die Gerechtigkeit des deutschen Geistes, und deshalb bäumen sie sich gegen den Sieg dessen diesseits der Alpen, was sie jenseits sorglos und unbekümmert unter Strömen von Blut erkämpft haben. Wo aber hat Oesterreich zu stehen, wenn dieser unvermeidliche Konflikt beginnt? Wir haben in der letzten Zeit wohl allerlei Einwände gegen ein österreichisch-preußisches Bündniß vernommen, aber *den* Muth hat bis zur Stunde doch noch kein deutsch-österreichisches Blatt gehabt, es auszusprechen, daß es Oesterreichs Beruf sei, mit Frankreich vereint, sein Schwert in Deutschlands Brust zu stoßen."

Der „Tr. Ztg." wird aus **Luxemburg** geschrieben: „Unsere Lage wird stets drückender: Von Tag zu Tag erwarten wir die offizielle Anzeige, daß wir an Frankreich verkauft sind. Einstweilen fehlen noch alle weitern Nachrichten. Der Handel wurde im Haag geschlossen und abgesprochen; weder Prinz Heinrich, unser Statthalter, noch unsere Regierung sind bis jetzt von dem König-Großherzog befragt worden. Unsere Blicke sind nach Berlin gerichtet, nur von dort kann uns Rettung winken. Daß die preußische Regierung ruhig ihre Rechte mit Füßen sollte treten lassen, daß das deutsche Parlament ein Stück deutschen Bodens, einen deutschen Volksstamm an Frankreich könnte verkaufen sehen, ohne seine Stimme dagegen zu erheben, selbst auf die Gefahr hin, eine europäische Frage damit anzuregen, das können, das wollen wir nicht glauben. Ist unser Land auch klein: „„Kein Fußbreit deutscher Erde soll Fremden dienstbar werden."" — Die „Tr. Ztg." bemerkt hierzu: Auch wir hoffen, daß unsere Staatsregierung jenes königliche Wort wahr halte, auch wir erwarten vom norddeutschen Parlamente, daß es in dieser Angelegenheit seine Schuldigkeit thue; oder soll es einst in den Annalen der Geschichte heißen: „während das erste norddeutsche Parlament über die Neugestaltung Deutschlands berieth, durfte der König von Holland eine deutsche Provinz, das Großherzogthum Luxemburg, an den Kaiser der Franzosen verkaufen, ohne daß die Vertreter der deutschen Nation dagegen Einspruch erhoben!" An alle wirklich Nationalen, in wie außer dem Parlament geht jetzt die ernste Mahnung, ihren Patriotismus zu bezeugen; weit höher als die Annexirung anderer deutschen Staaten, steht die Pflicht, keinen deutschen Volksstamm vom Ausland verschlingen zu lassen. Es wäre eine ewige Schmach für Deutschland, wenn es in diesem Augenblick einen noch so kleinen Theil der französischen Eitelkeit opferte.

Die **Prager** „Politik" meldete dieser Tage, am 26. März seien die Präliminarien einer Allianz zwischen Oesterreich und Preußen paraphirt worden. Diese Nachricht wird von der amtlichen „Wiener Zeitung" als vollkommen unbegründet bezeichnet.

Paris, 30. März. Man liest im „Figaro": „Wir sind ermächtigt, in förmlicher Weise das seit einigen Tagen mehrmals wiederkehrende Gerücht einer Reise der Kaiserin und des kaiserlichen Prinzen nach Rom zu dementiren. Ihre Majestät wird allerdings eines Tages dieses ihr Vorhaben verwirklichen, allein die Genesung des kaiserlichen Prinzen macht es im Augenblick unausführbar. Außerdem wäre es schwer für die Kaiserin, Paris in dem Augenblicke zu verlassen, wo die Tuilerien beinahe alle Souveräne Europa's empfangen werden. Es geht hier jetzt das Gerücht von einem gleichzeitigen Aufenthalte des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preußen während der Ausstellung in Paris."

Aus **Paris** wird der „N. Pr. Z." geschrieben: „Der ägyptische Prinz Mustapha Fazyl Pascha, der von dem Vizekönig Ismail Pascha, seinem Bruder, verbannt wurde und in Folge des neuen Erbfolgegesetzes in Aegypten der Aussicht, in diesem Lande eines Tages zu herrschen, beraubt ist, hat den Sultan in einem von mehreren Blättern veröffentlichten Schreiben aufgefordert, sich zu einem konstitutionellen Souverän zu machen. Seine Freunde nennen ihn den Chef der „jungen Türkei", einer Partei, die vielleicht im Entstehen ist, von dem man jedoch bis jetzt faktisch noch nichts gesehen hat. Einige offiziöse Blätter scheinen sich für Mustapha zu interessiren und das „Mémorial diplomatique" will ein Telegramm aus Konstantinopel des Inhalts erhalten haben, der Brief circulire in allen möglichen Sprachen, der Eindruck sei ein außerordentlicher, der Sultan beabsichtige die Rückberufung des Prinzen von hier, und Ali Pascha habe vorgeschlagen, daß Zia-Bey nach Paris geschickt werde, um mit ihm zu unterhandeln.

Man berichtet dem „Frkf. Journ." aus **Paris**, 30. März: „Die Gerüchte von einer bedenklichen Krankheit des kaiserlichen Prinzen sind aus der Luft gegriffen oder wenigstens außerordentlich übertrieben. Die Wahrheit ist — nicht wie man von offizieller Seite behauptet, daß der Prinz eine Kontusion bei einem Falle vom Pferde oder beim Fechten erhalten hat —, sondern daß er an Skropheln leidet; doch ist dieses Uebel nicht gefährlich, da die erfahrensten Aerzte einstimmig versichern, daß die skrophulösen Anschwellungen mit dem Wachsthume des künftigen Thronerben von selbst verschwinden werden." — Was man in auswärtigen Blättern über eine Abtretung Luxemburgs an Frankreich liest, ist weiter nichts, als das Resultat einer Konjekturalpolitik, die auf nichts Anderem beruht, als auf Vorschlägen und Besprechungen über diesen Gegenstand, die, wenigstens bis jetzt, zu keinem Ergebnisse geführt haben, welches einer solchen Cession irgendwelchen Anschein von Wahrheit geben könnte. Nicht minder unwahr, oder richtiger gesagt, rein erfunden ist Das, was man über bestimmte Versprechungen, die Graf Bismarck dem Kaiser Napoleon hinsichtlich einer Abtretung deutschen Gebiets gemacht haben soll, behauptet. Obgleich eine Erwähnung dieser Angelegenheit nur noch ein retrospektives Interesse zu haben scheint, so haben wir doch unsere guten Gründe, in Bezug auf mögliche künftige Eventualitäten uns für befugt zu halten, die Richtigkeit jener Behauptung bezüglich einer vom preußischen Minister gegebenen Zusage auf das Bestimmteste in Abrede zu stellen.

Madrid, 30. März. In einer Versammlung der ministeriellen Abgeordneten haben sich über 200 entschlossen erklärt, die Regierung bei der Aufrechthaltung der von ihr bis jetzt befolgten Grundsätze auch weiterhin zu unterstützen.

Briefe aus **Rom** vom 27. März (über Marseille) erzählen, daß der Papst bei Gelegenheit des Festes von Mariä Verkündigung im großen Festzuge nach St. Maria sopra Minerva gegangen und dort Gegenstand ganz außerordentlicher Huldigungen gewesen ist; sein Wagen wurde mit Blumen bedeckt. — Der italienische Gesandte, Hr. Tonello, wird, nachdem er einige Tage auf Urlaub in Florenz gewesen, in der Eigenschaft eines offiziösen Geschäftsträgers für die religiöse Frage nach Rom zurückkehren. Hr. Alberi, der von Florenz in einer vertraulichen Mittheilung nach Rom gekommen, war zweimal vom Papst empfangen worden. — Die päpstlichen Offiziere, welche beauftragt worden waren, sich wegen der Verfolgung der Briganten mit den italienischen Offizieren zu verständigen, sind im italienischen Lager sehr gut aufgenommen worden. — Im nächsten Consistorium, welches im Monat April abgehalten werden soll, wird der Papst die Präconisirung der Bischöfe von Italien vollenden. (T. H.)

Konstantinopel, 22. März. Der „Levant Herald" meldet: „Die Pforte hat die Forderungen des Vizekönigs von Aegypten abgelehnt, worauf dieser mit der Abberufung der ägyptischen Truppen von Kandia und mit Verweigerung des Tributs drohte. Nubar Pascha hofft jedoch mit Unterstützung des französischen Gesandten in Konstantinopel durchzudringen."

Petersburg, 23. März. Die Deputationen in Sachen der Candioten sowie der unterdrückten Griechen überhaupt sind nur privatim von Ministern empfangen worden, also nicht vom Kaiser, wie auswärtige Blätter mittheilten. — Das Gerücht, daß Großfürst Konstantin Nikolajewitsch den Oberbefehl übernehmen werde, wenn eine Armee im Süden zusammengezogen werden sollte, hält sich aufrecht; jedenfalls wird der Großfürst die Truppen in der Pruthgegend im Monat Mai inspiciren. Die gegenwärtig dort locirten Abtheilungen belaufen sich nach sicheren Mittheilungen nur auf zwölf Tausend Mann (?) mit Ausschluß der Mannschaften, welche als entbehrlich von der Kaukasus-Armee nach der Pruthgegend dirigirt wurden und zum Theil schon dort, zum Theil noch auf dem Marsche begriffen sind. — Dieselbe Gesellschaft, welche sich bereits vor zwei Jahren behufs Unternehmung einer Extrafahrt nach Deutschland und dessen berühmtesten Badeorten gebildet hatte, beabsichtigt, im Monat Juni eine Fahrt nach Paris zur Ausstellung zu machen, wenn nicht wieder Schwierigkeiten wegen Ertheilung der nöthigen Pässe dem Vorhaben sich entgegenstellen. Die Gesellschaft ist gegen 500 Personen stark und hat über mehr als 75,000 Rubel zu verfügen, da die ursprüngliche Einlage für jeden Theilnehmer 150 Rubel betrug. Die Paßkosten, welche ohne die Nebenspesen 7500 Rubel betragen würden, muß jeder Einzelne für sich zahlen, eben so auch alle persönlichen Ausgaben; aus dem gemeinschaftlichen Fonds werden nur die Fahrkosten, Quartier und Droschken, Entrees ꝛc. bestritten. (Schl. Z.)

New-York, 16. März. Die fünf Militärbezirke, in welche der Süden eingetheilt worden ist, und die hiefür ernannten Commandeure sind folgende: 1. Distrikt Virginia, General Schofield, Hauptquartier Richmond. 2. Distrikt Nord- und Süd-Carolina, General Sickles, Hauptquartier Columbia in Süd-Carolina. 3. Distrikt Florida, Georgia und Alabama, General Thomas, Hauptquartier Montgomery-Alabama. 4. Distrikt Mississippi und Arkansas, General Ord, Hauptquartier Vicksburg-Mississippi. 5. Distrikt Louisiana und Texas, General Sheridan, Hauptquartier New-Orleans. Während in Virginien eine nachgiebige Stimmung obwaltet und die Majorität der Legislatur eher für als gegen die neue Rekonstruktionsakte ist, hat letztere in Louisiana bereits zu Konflikten geführt, deren Folgen sich in der Absetzung mehrerer Beamten durch General Sheridan äußerten. Der Gouverneur des Staates hatte sich sofort der Akte gefügt, sich als eine nur provisorische und militärische Behörde erklärt und die Staatsbeamten angewiesen, Niemandem zu gehorchen, als dem General Sheridan, ihm selbst und einzelnen Beamten, die auch ihre Zustimmung mit den neuen Verhältnissen ausgesprochen hatten. Bei den Gemeindewahlen, zu denen er nach dem Rekonstruktionsgesetze auch die Neger zulassen wollte, widersetzte sich diesem Vorhaben der Mayor Monroe und verweigerte den Farbigen das Stimmrecht. Die Sache ging in Folge dessen an General Sheridan und von ihm kam der Bescheid zurück, einstweilen die Wahl aufzuschieben. Er werde inzwischen Instruktionen von Washington einholen.

New-York, 25. März. Die Nachrichten von dem letzten Putsch in Irland haben die amerikanischen Fenier bewogen, sich wieder zu rühren und an mehreren Orten Versammlungen zu halten, Geldbeiträge zu sammeln, die sich indessen auf verhältnißmäßig unbedeutende Summen reduziren, und auf die Regierung und den Congreß eine Pression auszuüben, um mit ihrer Gesammtheit als kriegführende Partei anerkannt zu werden. Es knüpft sich daran die Hoffnung, Kaperschiffe auszurüsten und den englischen Handel zu berauben. — Im Süden herrscht große Noth, Gouverneur Jenkins in Georgia telegraphirt an den Congreß, daß in diesem Staate 60,000 Weiße und 30,000 Schwarze Noth leiden, und man glaubt, daß in Süd-Carolina das Elend noch größer ist, als in Georgia; 1,000,000 Doll. waren vom Congreß zur Unterstützung angewiesen, was indessen bei Weitem zur Abhilfe nicht hinreichen soll. — In dem Ausgabe-Budget der Regierung figuriren folgende Posten: Für die Armee 23,881,654, Marine 16,794,244 D., Druckkosten für Papiergeld 200,000 D. Herr Seward fordert 60,000 D. für Kabel-Depeschen. Für den Druck von Staats-Dokumenten sind 2,169,198 D. und für die Debatten im „Globe" 206,049 D. erforderlich. Die Beleuchtung des Capitols ist mit einem Kostenaufwande von 60,000 D. angesetzt, und die Beleuchtung und Heizung des Weißen Hauses, der Wohnung des Präsidenten, nimmt 3000 D. in Anspruch.

Neueres.

Berlin, 1. April. Im Reichstag erfolgte die Interpellation Bennigsens in Betreff Luxemburgs. Bennigsen erklärte: die Parteien werden zusammenstehen, wenn Deutschlands Integrität bedroht wird; das Einigungswerk wird sich schleunig vollziehen, wenn die Einmischung des Auslands droht. Wir suchen den Krieg nicht. Wird er aber provocirt, so mag Frankreich ihn verantworten. Graf Bismarck antwortete: von einem Abschluß der Niederlande mit Frankreich sei der preußischen Regierung nichts bekannt. Auf die Frage der Niederlande, wie Preußen die Abtretung Luxemburgs aufnehmen würde, sei erklärt worden: Preußen müsse dem König der Niederlande die Verantwortung überlassen. Preußen werde die Ansichten der Unterzeichner der Verträge von 1839, der Bundesgenossen und des Reichstags ermitteln. Preußen lehnte die angebotenen guten Dienste der Niederlande zwischen Preußen und Frankreich ab. Weitere Aufschlüsse seien unthunlich. Doch hoffe er (Graf Bismarck) die Wahrung der deutschen Rechte auf friedlichem Wege. — Der Reichstag erledigte die Artikel 30—44, betreffend das Zoll- und Handelswesen und die Eisenbahnen, größtentheils in der Fassung des Entwurfs, mit mehreren von der Regierung gutgeheißenen Amendements. — Der Kronprinz von Sachsen ist mit seinem Generalstabschef zu der Meldung eingetroffen, daß die sächsischen Truppen mit heute bundesmäßig formirt sind. Der Kronprinz und seine Begleiter trugen bereits die bundesmäßige Uniform. Der sächsische Kronprinz ist von König Wilhelm zum commandirenden General des zwölften Bundesarmeecorps ernannt worden. — Der „Staatsanzeiger" ist ermächtigt, die Gerüchte von einer morganatischen Heirath der Königin von England für unbegründet zu erklären. (Allg. Z.)

Paris, 1. April. Entgegen den Triester Nachrichten meldet eine Depesche aus Konstantinopel vom 31. März, daß die Unterhandlungen über die Forderungen Aegyptens fortschreiten.

Petersburg, 31. März. An der russischen Grenze in Centralasien sind keine Feindseligkeiten vorgefallen. Der Emir von Bokhara erlitt von den Eingebornen von Sheri Subz eine Niederlage und ward gezwungen, in die Konstituirung dieser Provinz in ein unabhängiges Khanat einzuwilligen. Der Emir kehrte nach Bokhara zurück. — Die offiziöse „Nordische Post" hält die Nachricht für nicht begründet, daß Differenzen zwischen Rußland und Frankreich die Uebergabe einer Kollektivnote an die Pforte wegen Abtretung der Insel Kandia verhindert hätten. — Der Probst von Riga wurde anläßlich seines Beleidigungen der Rechtgläubigen enthaltenden religiösen Werkes seines Amtes enthoben, und die Herausgabe dieses Werkes in der Lettisch-Esthen'schen Sprache untersagt. — Der finnländische Landtag beabsichtigt, den Kaiser um Verlängerung der Landtagssession bis 1. Juni zu bitten, da es dem Landtage unmöglich ist, die Geschäfte bis zum 10. April, welcher Tag als Schluß der Session bestimmt ist, zu erledigen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Literarisches.

Unter dem Titel **„Ueber den Anschluß Süddeutschlands an den norddeutschen Bund"** ist bekanntlich im Spätherbste vorigen Jahres eine Broschüre erschienen, welche durch ihre klare Auffassung der bestehenden Verhältnisse hohe Aufmerksamkeit erregte. Hierzu ist nun eine Fortsetzung (Nr. II) erschienen, welche die gegenwärtige Stellung Bayerns zum übrigen Deutschland unter dem Separattitel **„Hohenlohe, Bayern und Deutschland"** in einer Frühjahrsbetrachtung zum Vorwurfe nimmt und nicht minder Interesse erregen wird, da sie die Versuche, die Politik auf einen falschen antinationalen Weg zu drängen, scharf bekämpft. Der Preis derselben ist 15 kr. In gleichem Verlage (Beck in Nördlingen) ist ferner die Broschüre **„Unsere Lage und unsere Pflicht,** ein deutsches Wort ans bayerische Volk" erschienen und geeignet, die eingetretene politische Abspannung etwas aufzurütteln. Der Preis derselben ist 6 kr. (Beide Broschüren sind durch die Stahel'sche Buch- und Kunsthandlung in Würzburg zu beziehen.)

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$65\frac{1}{4}$ P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$60\frac{3}{4}$—$\frac{5}{8}$ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53—$52\frac{7}{8}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$38\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$100\frac{1}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	95 P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$95\frac{1}{4}$—$\frac{3}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$91\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$91\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$95\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$95\frac{5}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	88 P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$93\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$90\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$85\frac{1}{2}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
N.Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
„	6pCt. ditto r. 1882 „	$77\frac{3}{4}$—78 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$129\frac{7}{8}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	669 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktion à fl. 200	165—$\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$201\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$97\frac{1}{2}$ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	334 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111 P.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	150 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	91 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$111\frac{3}{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$48\frac{1}{2}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$248\frac{1}{2}$ P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$45\frac{3}{8}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	116 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	116 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{8}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{5}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{1}{2}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105[illegible] P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{5}{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{3}{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{2}$ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$91\frac{1}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	—
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	110 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	59 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$66\frac{5}{8}$—$\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	—
„ do. v. 1864	$73\frac{1}{8}$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$97\frac{1}{2}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	$52\frac{1}{2}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54\frac{3}{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$142\frac{3}{4}$ P.
„ fl. 25 do.	$35\frac{1}{2}$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{1}{2}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	$78\frac{1}{2}$ P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$28\frac{1}{4}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{4}$ G.

Frankfurt, 2. April. Die Antwort des Grafen Bismarck auf die Interpellation im Reichstage in Betreff Luxemburgs läßt so vielen Deutungen Spielraum, daß es nicht zu verwundern ist, wenn sie gerade nicht zur Beruhigung der Gemüther gedient hat. Man schloß sich in dieser Beziehung der Auffassung der Amsterdamer Börse, welche die Bismarck'sche Rede gestern günstig deutete, hier nicht an. Unsere Börse war heute in aufgeregter und flauer Stimmung und setzte sämmtliche Course wesentlich herab, mit Ausnahme von Amerikanern, welche heute ganz ihren eigenen Weg gingen und sich durch eine sehr feste Tendenz vortheilhaft auszeichneten, obwohl Bonds $\frac{1}{4}$ pCt. schlechter von New-York kamen. Die auf süddeutsche Fonds vorliegenden Verkaufsordres konnten nur theilweise ausgeführt werden, da nur wenige Kaufordres am Platze waren. Sämmtliche bayerische Effekten wurden ganz besonders von der flauen Strömung berührt. $2\frac{1}{2}$ pCt. Spanische kamen heute ebenfalls an den Markt und waren zu 30 offerirt. Devisen waren heute, mit Ausnahme von Wiener, welches $\frac{3}{8}$ pCt. niedriger war, unverändert. Luxemburger Bankaktien um mehrere Prozente niederer. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

k. Hof- und
1 N. Würzb. Ztg

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 94.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 4. April 1867.

Zum bayerisch-preußischen Allianzvertrag.

I.

XX Der Allianzvertrag vom 22. August 1866 ist thatsächlich der wichtigste Theil des Friedensvertrages von demselben Tag. Seine Bestimmungen greifen in das Staatsleben noch viel tiefer und nachhaltiger ein, als die Zahlung von 30 Millionen Kriegskosten und die Abtretung eines kleinen Landstrichs. Nicht mit Unrecht wird daher gesagt, daß die Volksvertretung, indem man ihr den Friedensvertrag zur Gutheißung mittheilte, den Allianzvertrag aber vorenthielt, einer Täuschung unterlegen sei. Zwar bestand keine staatsrechtliche Verbindlichkeit, die Zustimmung der Kammern zu dieser letzteren Uebereinkunft alsbald zu erwirken; auch leidet es keinen Zweifel, daß die Genehmigung des Friedensvertrages unter allen Umständen erfolgen mußte und erfolgt sein würde. Allein umso unerläßlicher war die Kenntniß der Allianz für das weitere Verhalten der Volksvertretung, für ihr Urtheil über die Leistungen des leitenden Ministers und vor allem über die künftig einzuhaltende Politik. Ihren der Genehmigung des Friedensschlusses beigefügten Anträgen fehlte ohne diese Kenntniß die wesentlichste Grundlage, und diejenigen Abgeordneten, die sich bei der Berathung vom 30. August noch so eifrig jeder Unterordnung unter die preußische Macht widersetzten, müssen den Eindruck empfangen, daß sie damals ein Spielzeug in den Händen des Ministers waren. Baron Pfordten schwang vor dem Altare der bayerischen Selbstherrlichkeit sein qualmendes Rauchfaß, während der „preußische Oberbefehl“ verbrieft und besiegelt hinter ihm lag. Er sammelte behaglich die Lobpreisungen der partikularistischen Partei, die sich in der Reichsrathskammer zu einer förmlichen Huldigung steigerten — während er acht Tage zuvor die Abdankung dieser Partei und seines eigenen Systems in Berlin unterzeichnet hatte.

Es bleibt vorläufig unentschieden, ob ihn zum Abschlusse des Vertrages eine spät gewonnene politische Einsicht oder ausschließlich das Gebot des Siegers bestimmte. Jedenfalls steht fest, daß er die Formel der Urkunde fertig im Kabinet des Grafen Bismarck vorgefunden hat, denn geraume Zeit vorher war dieselbe wörtlich gleichlautend bereits von dem württembergischen Minister unterzeichnet worden. Das Wahrscheinlichste ist, daß sich die bayerischen Unterhändler vor die Wahl gestellt sahen, entweder auf den Allianzvertrag, oder auf die anfänglich geforderte Abtretung von 800,000 Seelen einzugehen.

Aus der stipulirten Geheimhaltung des Vertrages ist an und für sich, der damit verbundenen Uebelstände ungeachtet, kein Vorwurf gegen den Minister abzuleiten. Sie war vielleicht von Preußen unbedingt gefordert, vielleicht auch von beiden Theilen mit gutem Grund als eine politische Nothwendigkeit betrachtet. In diesem Fall mußte der Minister — mit dem Vorbehalt, sich seinerzeit vor den Kammern zu rechtfertigen — über den Vertrag schweigen. Aber was hat ihn genöthigt, die Täuschung auf den Gipfel zu treiben, indem er eine durch den Vertrag unmöglich gewordene, den partikularistischen Stimmungen schmeichelnde Politik salbungsvoll predigte?

Mit Unrecht würde man den Vorwurf, die Kammern und das Land durch eine doppelzüngige Haltung irregeführt zu haben, auch gegen den Erben des Vertrages und des Vertragsgeheimnisses, den Fürsten Hohenlohe, erheben. Denn obgleich einzelne Aeußerungen des Fürsten besser unterblieben wären, so ist ja doch sein Eintritt ins Ministerium und sein Programm von der ganzen politischen Welt als ein Vorbote des engsten Anschlusses an Preußen aufgefaßt worden. Auch findet sich der ganze Inhalt des Allianzvertrages in dem Programme wieder. „Bayern — erklärte Fürst Hohenlohe am 19. Januar — kann nicht ohne Allianz mit einer europäischen Großmacht bestehen. . . . . Der Großstaat aber, an welchen sich Bayern anzuschließen und als dessen Bundesgenosse es im Falle eines Krieges gegen das Ausland sich offen zu erklären hat, ist Preußen. Diese Bundesgenossenschaft bringt es mit sich, daß Bayern, gegen bestimmte Garantie der Souveränetät des Königs*), sich im Falle eines Krieges gegen das Ausland der Führung Preußens unterstelle.“

Im Folgenden betrachten wir die rechtliche und politische Bedeutung des Allianzvertrages.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 2. April. Se. Majestät der König hat dem Registrator der kgl. Regierungsfinanzkammer von Niederbayern, J. B. v. Rauffer, den erbetenen definitiven Ruhestand unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste gewährt; den Registrator der kgl. Regierungsfinanzkammer von Oberfranken, J. Liesinger, dessen Ansuchen entsprechend und unter Fortdauer seiner prov. Diensteseigenschaft, zur kgl. Regierungsfinanzkammer von Niederbayern versetzt; endlich die hiedurch erledigte Stelle eines Registrators der Regierungs-Finanzkammer von Oberfranken dem Sekretariats- und Registratur-Funktionär der kgl. Regierungsfinanzkammer von Schwaben und Neuburg, K. Kauffmann, in prov. Eigenschaft verliehen; den Registrator der Kammer des Innern der Regierung von Niederbayern, J. P. Knauer, in den zeitlichen Ruhestand vorerst auf die Dauer eines Jahres treten lassen; sofort zum Registrator der Kammer des Innern der Regierung von Niederbayern den Stadtkommissariats-Offizianten von Passau, J. B. Lanzl, ernannt.

Die kath. Pfarrei Schnaid, kgl. Bezirksamts Forchheim, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 782 fl. 25½ kr. in Erledigung gekommen. Das Kuratbenefizium an der Maria-Verkündigungskirche in Mindelheim, kgl. Bezirksamts gleichen Namens, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 493 fl. 42 kr. in Erledigung gekommen.

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 2. April. Seine Majestät der König hat den Unterlieut. A. Keyser vom 11. Inf.-Reg. mit dem Datum vom 1. Aug. 1866 zum Oberlieut. im genannten Regimente befördert; dem Bataillonsarzte Dr. K. Haußner vom 5. Inf.-Reg. das silberne Militär-Sanitäts-Ehrenzeichen verliehen; die Oberlieut. Th. Fischer vom 4. und K. Sax vom 3. Chev.-Reg., bisher Regiments-Adjutant, zu Rittmeistern im 6. Chev.-Reg. befördert; den Vorstand der 2. Genie-Direktion Oberstlieut. J. Illing in gleicher Eigenschaft zur Lokal-Genie-Direktion Germersheim versetzt; den Major J. Kehl von der Lokal-Genie-Direktion Ingolstadt zum Vorstand der 2. Genie-Direktion ernannt; den Unterlieut. J. Grafen v. Froberg-Montjoye vom 1. Chev.-Reg. zum 3. Jäg.-Bat. versetzt; den Rittmeister C. Kieffer vom 6. Chev.-Reg. ohne Zeitbestimmung und vorbehaltlich weiterer Verfügung in den Ruhestand versetzt; dem Unterl. W. John vom 2. Infant.-Regiment die nachgesuchte Enthebung von der Charge und dem Bataillonsarzte Dr. F. Riegel vom 14. Inf.-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; dem Unterlieut. F. Vögl vom 7. Inf.-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt.

Berlin, 31. März. Während die Offiziösen immer noch nach allen Richtungen der Windrose hin die Nachricht ausstreuen, daß das Tuilerienkabinet in Bezug auf die Luxemburger Frage offiziell hier nichts habe verlautbaren lassen, und daß dieselbe überhaupt nicht danach angethan sei, den europäischen Frieden irgendwie zu bedrohen, ist es Thatsache, daß man hier seit länger als zwei Monaten von dem zwischen den Niederlanden und dem Tuilerienkabinet betriebenen Handel wegen Luxemburgs unterrichtet ist, daß damit die Hieherkunft unseres Gesandten im Haag, Grafen Perponcher, sowie die Reise Benedetti's nach Paris im engsten Zusammenhang stand, und daß die preußische Regierung sich bemüht hat, Frankreich mit seinen Kompensationsansprüchen nach einer andern Seite (!) zu verweisen. Diese Versuche sind indeß ohne Erfolg geblieben, und wenn nicht Alles täuscht, drängt Frankreich zu einer raschen Entscheidung. Die regierungsfreundliche Presse beobachtet diesen Vorgängen gegenüber eine Zurückhaltung, die der Vermuthung Vorschub geleistet hat, daß Preußen am Ende doch den französischen Prätentionen keinen ernstlichen Widerstand entgegensetzen werde, und die Stimmung im Gros der Bevölkerung ist leider der Art, daß die Regierung von dieser Seite her gegen eine derartige Nachgiebigkeit keinen Widerspruch erfahren würde. Anders ist jedoch die Stimmung in den höchsten Kreisen und in der Armee. Dort soll man das Festhalten Luxemburgs als eine Sache der höchsten Ehre betrachten und, wie man versichert, werden neuerdings auch sehr entschiedene Maßnahmen getroffen werden. Auch gewinnt es mehr und mehr den Anschein, daß die preußische Politik sich auf eine große Aktion vorbereitet. (N. C.)

---

*) Auf die nicht hieher gehörige Frage, ob in dem von Pfordten unterzeichneten Vertrag „die Souveränetät des Königs bestimmt garantirt“ sei, kommen wir in einem andern Zusammenhang zurück.

Berlin, 1. April. **Reichstag.** Antwort des Bundescommissärs Grafen **Bismarck** auf die Interpellation v. **Bennigsens** in **Betreff Luxemburg's** (nach stenographischer Mittheilung):

Der Bundes-Kommissar Graf Bismarck: Die hohe Versammlung wird es natürlich finden, wenn ich mich in einer Frage von der Tragweite, welche die vorliegende gewonnen hat, in diesem Augenblicke darauf beschränke, die Interpellation mit einer Darlegung des thatsächlichen Sachverhältnisses, soweit es der königlichen Staatsregierung und ihren Bundesgenossen bekannt ist, zu beantworten. Ich muß dabei zurückgreifen auf die Ursachen, die es veranlaßt haben, daß das Großherzogthum Luxemburg nicht Mitglied des deutschen Bundes ist. Bei Auflösung und durch die Auflösung des früheren deutschen Bundes gewann jeder der an demselben betheiligten Staaten seine volle Souveränetät wieder, so wie er sie vor Stiftung des Bundes besessen und durch die Verpflichtung, die er im Bundesvertrag freiwillig eingegangen war, beschränkt hatte. Nach Auflösung des Bundes genoß das Großherzogthum Luxemburg und der Großherzog derselben Souveränetät europäischen Charakters, wie der König und das Königreich der Niederlande. Eine große Mehrzahl der früheren Bundesgenossen benutzten gleich Preußen ihre Freiheit, um sofort auf nationalem Boden einen neuen Bund behufs gegenseitiger Unterstützung, behufs Pflege nationaler Interessen zu schließen. Das Großherzogthum Luxemburg fand es seinen Interessen nicht entsprechend, denselben Weg einzuschlagen. Durch die Organe, welche uns innerhalb des Großherzogthums und seinen Grenzen zu Gebote stehen, waren wir davon in Kenntniß gehalten, daß eine entschiedene Abneigung, dem norddeutschen Bunde beizutreten, dort in allen Schichten der Bevölkerung heimisch war; in den höheren und namentlich in den höchsten war sie getragen von einer deutlich ausgesprochenen Mißstimmung gegen Preußen und dessen Erfolgen, in den unteren getragen von einer Abneigung gegen die Uebernahme derjenigen Lasten, die eine ernstliche Landesvertheidigung mit sich führt. Die Stimmung der luxemburger Regierung fand Ausdruck in einer Depesche, die im Oktober an uns gerichtet wurde und in welcher sie uns nachzuweisen suchte, daß wir kein Recht mehr hätten, in Luxemburg Besatzung zu halten. (Hört!) Die königl. Staatsregierung und ihre Bundesgenossen mußten sich die Frage stellen, ob es angemessen sei, unter diesen Umständen eine Einwirkung oder gar einen Druck dahin zu üben, daß das Großherzogthum Luxemburg, welches dem Zollvereine angehört, dennoch dem Nordbunde beitrete. Sie hatte sich nach gründlicher Erwägung diese Frage verneint; sie mußte es einmal als einen zweifelhaften Vortheil betrachten, in einem Bunde von dieser Intimität in dem Großherzoge von Luxemburg ein Mitglied zu haben, welches in seiner Eigenschaft als König der Niederlande seinen Schwerpunkt außerhalb des Bundes und seine Interessen möglicher Weise vielfach im Widerspruche mit dem Bunde haben könnte. Die Erfahrungen, die wir in dieser Beziehung in früheren Jahren gemacht haben, waren lehrreich genug, um uns abzuhalten, eine ähnliche Einrichtung in vollem Maße auf die neuen Institutionen zu übertragen. Die königliche Staatsregierung hat sich ferner gesagt, daß vermöge der geographischen Lage und der eigenthümlichen Verhältnisse gerade des Großherzogthums Luxemburg die Behandlung insbesondere dieser Frage einen höheren Grad von Vorsicht erfordere. Man erweist der preußischen Politik nur Gerechtigkeit, wenn an einer hervorragenden Stelle ausgesprochen ist, die preußische Politik suche die Empfindlichkeit der französischen Nation, natürlich soweit es mit der eigenen Ehre verträglich ist, zu schonen. Die preußische Regierung findet und fand zu einer solchen Politik Anlaß in der gerechten Würdigung, welche die friedlichen und freundlichen Beziehungen zu einem mächtigen und ebenbürtigen Nachbarvolke auf die Entwicklung der deutschen Frage ausüben könnten, aus derselben Rücksicht, die ich hiermit charakterisirt habe, will ich mich enthalten, auf den zweiten Theil der Interpellation mit Ja oder Nein zu antworten. Der Wortlaut dieses zweiten Theils ist ein solcher, wie er einer Volksvertretung, die auf nationalem Boden steht, sehr wohl anstehen mag: er gehört aber nicht der Sprache der Diplomatie an, wie sie bei Behandlung internationaler Beziehungen, so lange dieselben in friedlichem Wege erhalten werden können, geführt zu werden pflegt.

Was den ersten Theil der Interpellation betrifft, so will ich das Sachverhältniß, so weit es zur Kenntniß der Staatsregierung gekommen ist, offen darlegen. Die Staatsregierung hat keinen Anlaß anzunehmen, daß ein Abschluß über das künftige Schicksal des Großherzogthums bereits erfolgt sei (Sensation), sie kann das Gegentheil natürlich nicht mit Bestimmtheit versichern, kann auch nicht mit Bestimmtheit wissen, ob, wenn er noch nicht erfolgt wäre, er vielleicht unmittelbar bevorsteht. Die einzigen Vorgänge, durch welche die Staatsregierung veranlaßt gewesen ist, geschäftlich Kenntniß von dieser Frage zu nehmen, sind folgende: Vor wenig Tagen hat Se. Majestät der König der Niederlande den im Haag accreditirten preußischen Gesandten mündlich in die Lage gesetzt, sich darüber zu äußern, wie die preußische Regierung es auffassen würde, wenn Se. Maj. der König der Niederlande sich der Souveränetät über das Großherzogthum Luxemburg entäußerte. (Heiterkeit.) Graf Perponcher, der preußische Gesandte war angewiesen worden, darauf zu antworten, daß die Staatsregierung und ihre Bundesgenossen augenblicklich überhaupt keinen Beruf hätten, sich gegenüber dieser Frage zu äußern, daß sie Sr. Majestät die Verantwortlichkeit für die eigenen Handlungen selbst überlassen und daß die Staatsregierung, bevor sie sich über die Frage äußern würde, wenn sie genöthigt werde, es zu thun, jedenfalls vorher sich versichern würde, wie die Frage von ihren deutschen Bundesgenossen, wie von den Mitunterzeichnern der Verträge von 1839, wie von der öffentlichen Meinung in Deutschland, welche gerade im gegenwärtigen Augenblick in Gestalt dieser hohen Versammlung ein angemessenes Organ besitzt, aufgefaßt werden würde. (Bravo.) Die zweite Veranlassung war diejenige, daß die königl. niederländische Regierung durch den hiesigen Gesandten uns ihre guten Dienste behufs der von ihr vorausgesetzten Verhandlungen Preußens mit Frankreich über das Großherzogthum Luxemburg anbot. (Heiterkeit.) Wir haben darauf zu antworten beschlossen, daß wir nicht in der Lage seien, von diesen guten Diensten Gebrauch zu machen. (Bravo! Heiterkeit), weil Verhandlungen dieser Art nicht bestünden. In dieser Lage, meine Herren, befindet sich, so viel der k. Staatsregierung bekannt ist, die Sache noch in dieser Stunde, ich betone, so viel mir bekannt ist, beziehe mich auf das, was ich kurz vorher über die Möglichkeit eines Abschlusses gesagt habe. Sie werden von mir nicht verlangen, daß ich in diesem Augenblicke, ähnlich wie es einem Volksvertreter oder einer Volksvertretung ansteht, Erklärungen über die Absichten und Entschlüsse der kgl. Staatsregierung und ihrer Bundesgenossen in diesem oder in jenem Falle in die Oeffentlichkeit gebe. (Sehr richtig.) Die verbündeten Regierungen glauben, daß keine fremde Macht zweifellose Rechte deutscher Staaten und deutscher Bevölkerungen beeinträchtigen werde; sie hoffen, im Stande zu sein, solche Rechte zu wahren und zu schützen auf dem Wege friedlicher Verhandlungen und ohne Gefährdung der freundschaftlichen Beziehungen, in denen sich Deutschland bisher zur Genugthuung der verbündeten Regierungen mit seinen Nachbarn befindet. Sie werden sich dieser Hoffnung um so sicherer hingeben können, jemehr das eintrifft, was Interpellant vorher zu meiner Freude andeutete, daß wir durch unsere Berathungen das unerschütterliche Vertrauen auf den unzerreißbaren Zusammenhang des deutschen Volkes mit und unter seinen Regierungen bethätigen werden. (Lebhafter Beifall.)

Berlin, 1. April. Die Interpellation v. Bennigsens und ihre Beantwortung durch den Grafen Bismarck bildet natürlich heute das hervorragendste Tagesinteresse. Aus der Antwort **Bismarck's** geht hervor, daß hier von einem Abschlusse des Handels noch keine Kunde eingetroffen ist, daß aber Verhandlungen allerdings im Gange sind und Holland Anfragen gemacht hat, auf die ihm preußischerseits geantwortet worden ist, daß die k. Regierung und ihre Bundesgenossen Sr. Maj. dem Könige von Holland die Verantwortlichkeit für die eigenen Handlungen überlassen müßten und „daß die k. Regierung, bevor sie sich über die Frage äußern würde, wenn sie genöthigt würde, es zu thun, jedenfalls sich vorher versichern würde, wie die Frage von ihren Bundesgenossen, wie sie von den Mitunterzeichnern der Verträge von 1839 und wie sie von der öffentlichen Meinung in Deutschland, welche gerade im gegenwärtigen Augenblick in Gestalt dieser hohen Versammlung ein angemessenes Organ besitzt, aufgefaßt werden würde." Vielleicht mag der König von Holland sich nun doch noch besinnen. Schon im vorigen Oktober hat bekanntlich der König, als Großherzog von Luxemburg die Räumung der Festung Luxemburg bei Preußen angeregt und hier keine Anerkennung seiner Auffassung gefunden; er wird dieselbe also jetzt, wo es sich um eine Veräußerung handelt, sicherlich noch weniger hoffen. Und mit dem Servitute einer norddeutschen oder überhaupt fremden Besatzung in der Festung Luxemburg wird Frankreich den Kauf nicht wollen. Ein hiesiges kleines Blatt, das sich mitunter offiziöser Mittheilungen erfreut, schreibt heute Abend: „Luxemburg hat, als deutsches Land, bislang zum deutschen Bunde gehört. Der Bund ist nicht mehr und Luxemburg ist seitdem allein niederländischer Besitz. Kann man den König von Holland zwingen, wenn er seiner Souveränetät sich entäußern will, daß er dies nicht zu Gunsten einer nicht-deutschen Regierung thut? Viele sagen ja, viele Andere sagen nein. In der richtigen und vorurtheilsfreien Beantwortung dieser Frage liegt Krieg oder Frieden, wie in den Togafalten jenes römischen Senators. Graf Bismarck hofft noch auf Resultate friedlicher Verhandlungen. Hoffen wir mit ihm! Denn Krieg wäre das Letzte, was wir heute brauchen könnten, wenngleich die stets offene Rechnung zwischen Frankreich und Deutschland allerdings einmal zum Abschlusse kommen muß." Ein linksrheinisches süddeutsches Blatt aber hat schon vor einigen Tagen bemerkt: „Wie, wenn Preußen die Haager Rechnung durchkreuzte und einfach erklärte: Ich kann den König von Holland nicht verhindern, den Kaiser der Franzosen zu seinem Nachfolger in Luxemburg zu machen, aber ich bleibe im Interesse Deutschlands in der Festung, mag sie nun unter der Souverainetät der Oranier oder der Bonaparte stehen! Frankreich sähe sich dann einem Kriegsfalle gegenüber und müßte die Sache auf eigene Gefahr ausfechten, während das Königreich Holland recht wohl neutral bleiben könnte. Es wäre freilich traurig, wenn wegen einer an sich so unbedeutenden Frage, wie der des luxemburgischen Besatzungsrechtes ein blutiger Conflikt zwischen Deutschland und Frankreich ausbrechen sollte. Jedoch ist es noch keineswegs gewiß, daß Napoleon III. einer festen Haltung Preußens gegenüber nicht von dem Handel abstehen würde." (K. Z.)

Münster, 31. März. Die aus Anlaß der Luxemburger Frage sich steigernden Verwicklungen mit dem Tuileriencabinet haben die preußische Regierung veranlaßt, die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen. Wie ich höre, ist bereits Befehl ertheilt, die Festungen Mainz und Coblenz schleunigst zu armiren und die Reserven für das westphälische und rheinische Armeecorps einzuziehen. (A. Z.)

Luxemburg, 31. März. So wären wir von der fieberhaften Aufregung, in welche uns die jeden Augenblick sich widersprechenden Nachrichten und Gerüchte versetzt hatten, endlich doch — wenigstens für einige Zeit — glücklich befreit. Nach einem gestern Abends aus dem Haag hier eingetroffenen officiellen Telegramm wird seitens unseres Prinzen-Statthalters die großherzogl. Regierung ermächtigt, den Zeitungsnachrichten über eine Einverleibung Luxemburgs in Frankreich mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß diese Ueberraschung in der ganzen Luxemburger Bevölkerung die freudigste Sensation hervorrief. Somit fallen denn auch von selbst die vielen Gerüchte über einen bevorstehenden Abzug der preußischen

Garnison, insbesondere das auch von mir mitgetheilte über eine vorgeblich in diesem Sinne geschehene Aeußerung von Seiten des hiesigen Festungsgouverneurs. Hoffentlich werden nun aber auch die Verdächtigungen aufhören, die man sich unserm König-Großherzog und unserer Regierung gegenüber in manchen Tagesblättern erlaubt hat. (A. Z.)

Wien, 31. März. Erzherzog Wilhelm besuchte vor einigen Tagen das k. k. Arsenal und erklärte bei dieser Gelegenheit mehreren Offizieren des Arsenals, daß die Nachricht von der Errichtung zweier neuer Artillerie-Regimenter unbegründet, hingegen der a. h. Beschluß gefaßt sei, jedes der bestehenden zwölf Artillerie-Regimenter durch je zwei Batterien, also jedes durch 16 Geschütze zu vermehren. Die österreichische Feldartillerie erhält dadurch vorläufig einen Zuwachs von 192 Geschützen. Im Arsenale wird fortwährend sehr eifrig an neuen Hinterladungs-Kanonen, theils nach neuen Construktionen, theils zum einfachen Ersatz der im letzten Kriege verlorenen Geschütze gearbeitet. Für den Fall der Befestigung Wiens, namentlich bei der Ausführung eines Forts auf dem Laaerberge, besteht die Absicht, auch das Arsenal zu einem Vertheidigungspunkte zu qualificiren, und es würden dann in den Eckkasernen Batterien hergerichtet. (N.Fr.Pr.)

Die ungarische Deputirtentafel hat am 23. März, wie wir bereits mitgetheilt haben, das Elaborat der Siebenundsechziger-Commission über die gemeinsamen Angelegenheiten mit starker Majorität angenommen. Bei der Berathung hatten die Redner der Linken insbesondere dagegen geltend gemacht, daß Ungarn sich selbst genügen könne und der andern Länder nicht zur Erhaltung seiner Selbständigkeit bedürfe, im Gegentheil Gefahr laufe, durch diese Länder in den gemeinsamen Abgrund des Zerfalls des Reiches mitgezogen zu werden. Dem Vortrage, in welchem Deak die Ansichten der Majorität des Landtages niederlegte und den Ausführungen der Redner der Linken entgegentrat, entnehmen wir folgende Sätze: „Ich theile nicht die Besorgnisse Jener, welche die Delegationen (die aus dem ungarischen Landtage und der Gesammtvertretung der nichtungarischen Länder zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten zusammentreten sollen) als gefährlich ansehen und fürchten, daß Ungarn eine österr. Provinz wird. Doch glaube ich, daß Ungarn nach Herstellung seiner Verfassung, welche in Hoffnung der Annahme des Elaborates von unserer Seite erfolgte, viel besser seine Verfassung wahren werde, als es mit der Politik des Zufalls, dem verzehrenden Abwarten dies vermöchte, welches letztere auf Ereignisse seine Pläne baut, die möglicherweise erfolgen, zumeist jedoch ausbleiben. Hätte der 1848er Wiener Reichstag sein Ministerium damit betraut, mit dem unserigen in Verbindung zu treten, und hätte das letztere uns damals dieses Elaborat vorgelegt — ich glaube nicht, daß wir es zurückgewiesen hätten. Hätte Windischgrätz uns damals, als der Reichstag uns in dessen Lager sendete, statt der Worte „unbedingte Unterwerfung“ eine derartige Regelung vorgelegt — glaubt Jemand, daß man damals gesagt hätte, daß wir unsere Unabhängigkeit preisgeben? Ja selbst nach der Schlacht bei Nagy-Sarlo wäre dies nicht erfolgt. Sollen wir nun, wo diese Frage auf friedlichem Wege vor uns tritt, sie zurückweisen und uns der Hoffnung hingeben, daß die europäischen Ereignisse eine Besserung unserer Lage nach sich ziehen würden, und wir, in die hochgehenden Wogen derselben zurückgeschleudert, wenn die Wellen uns nicht verschlingen, in einen besseren Hafen gelangen werden? Der Umsturz großer Reiche erfolgt selten so rasch, besonders wenn der Fürst seinen Völkern konstitutionelle Freiheiten ertheilt. Was wäre besser für uns: wenn die Zukunft uns in geordneten Zuständen findet, oder wenn wir im Provisorium verharren? Geht das Reich (Oesterreich) in Stücke, nun dann geschieht ja dasselbe auch mit den Delegationen. Ungarn steht entweder als selbständiger Staat da, oder es sucht sich zu verbünden. Ersteres ist wohl angenehmer, doch leider nicht möglich. Man ruft uns zu, daß wir uns nicht schwach stellen mögen. Ich kenne kein Beispiel in der Geschichte, daß ein Land sich schwächer stellte, als es war. Zur Zeit Ludwigs des Großen und Mathias Corvinus war Ungarn am größten, weil Europa damals aus lauter kleinen Staaten — England und Frankreich nicht ausgenommen — bestand. Heute hingegen ist selbst Preußen mit zwanzig Millionen Einwohnern kein Staat ersten Ranges. Ungarn, eingekeilt zwischen Deutschland und Rußland, wird, wie ich fürchte, nicht selbständig sein können. Wessen bedürfen wir also? Der Bündnisse. Ich weiß nicht, ob es Solche gibt, die den Zerfall Oesterreichs wünschen, doch weiß ich, daß Jene diesen nicht in unserem Interesse wünschen. Mit tiefer Besorgniß würde ich einem solchen Zerfalle entgegensehen, denn nichts sichert unseren Bestand. Der friedliche Ausgleich zur gegenwärtigen Zeit sichert die Selbständigkeit des Landes mehr, als jene Politik, die von einer glücklichen Wendung die Besserung erwartet. Wiesen wir jetzt den friedlichen Ausgleich zurück und würden wir hiemit das Volk in Ungewißheit schleudern, dann bliebe ihm kein anderer Trost, als die Hoffnung auf eine bessere Wendung der Dinge; hiefür aber würde es uns kaum danken.“

Paris, 31. März. Die offiziösen Blätter zeigen sich durch die Nachricht, daß Rußland seine amerikanischen Besitzungen an die Vereinigten Staaten abgetreten habe, sehr beunruhigt. Die „Patrie“ erblickt in dieser Thatsache den Schlüssel zu der vielbemerkten russisch-amerikanischen Freundschaft; die „France“ geht aber noch weiter, sie kann sich diesen Akt der Entsagung von Seiten Rußlands nicht anders, als durch Compensationen erklären. Bestehen dieselben in der Hülfe der Vereinigten Staaten, wenn Rußland seinem Ehrgeize auf einem anderen Schauplatze freien Lauf ließe, oder in der Gegencession anderer territorialer Besitzungen? Hierüber will die „France“ Aufklärungen abwarten. — Im „Pays“ dankt Hr. Granier v. Cassagnac der Regierung für das Unabhängigkeitszeugniß, welches diese ihm durch den „Moniteur“ hat ausstellen lassen. Uebrigens verharre er bei seinem Programm der natürlichen Gränzen: „Wir werden fortfahren, diesen Anspruch geltend zu machen, nicht bloß im Namen der nationalen Sicherheit und Würde, nicht bloß im Namen der Gerechtigkeit, sondern im Namen des Friedens. So lange Frankreich gerechte Genugthuungen zu fordern hat, so lange das Brandmal der Verträge von 1815 nicht vertilgt ist, wird die allgemeine Ruhe nicht gesichert sein.“ — Die „Liberté“ erklärt ernsthaft in Folge der heute dem „Pays“ zu Theil gewordenen „Moniteur“-Note, Belgien sei gerettet.“ — Man kündigt für morgen eine Arbeitseinstellung der Schneidergesellen von Paris an. Dieselben verlangen eine Erhöhung ihres Arbeitslohnes um 18 bis 20 pCt., Feierung während der Sonntage resp. Erhöhung des Lohnes für diese Tage um weitere 10 pCt., und sie stellen noch ferner eine Reihe von Bedingungen auf, deren stärkste wohl die ist, daß das Anprobiren für künftighin abgeschafft werden solle. So meldet der „Figaro“. (Fr.J.)

Paris, 1. April. Der „Abend-Moniteur“ berichtet mit einer wahrhaft spartanischen Einfachheit über die Eröffnung der Welt-Industrie-Ausstellung. Er meldet kurzweg: „Heute fand nach dem bereits bekannten Ceremoniell die Eröffnung der allgemeinen Ausstellung statt.“ — Der Prinz Napoleon ist mit seiner Gemahlin und seinen Kindern gestern nach Havre abgereist, wo sie einige Tage verweilen werden. — Der „Moniteur de l'Armée“ bringt die vollständige Uebersicht über die Truppenkörper, welche dieses Jahr das Lager von Chalons unter dem Oberbefehle des Marschalls Forey beziehen werden. Es sind drei Divisionen Infanterie, eine Division Cavallerie und einige Artillerie- und Geniereserven, im Ganzen 12 Regimenter Infanterie, drei Jägerbataillone, acht montirte Batterien und eine reitende, zwei Husaren- und zwei Lancierregimenter, drei Geniecompagnien und verschiedene Abtheilungen Militärarbeiter, Trainsoldaten und Gendarmen. Die Infanteriedivisionen werden von den Generalen de l'Abadie-d'Aydrein, Bataille und Lebrun, die Cavallerie von General de Mirandol befehligt. Die Garde ist dieses Jahr gar nicht in dem Lager vertreten. — Die Zweigbahn, welche das Marsfeld mit der Gürtelbahn und durch diese mit dem gesammten europäischen Eisenbahnnetz in unmittelbare Verbindung setzt, wird heute, den 1. April, am Eröffnungstage dem Publikum zur Benützung übergeben. Es werden auf derselben jeden Tag 28 Züge auf dem Marsfelde ankommen und 31 abgehen.

London. In der Sitzung des englischen Unterhauses am 29. März fragte Herr Layard, ob der Staatssekretär des Auswärtigen die Depeschen der Konsuln in Korfu, Zante und Cephalonien über die auf diesen Inseln seit ihrer Annektirung an Griechenland herrschenden Zustände vorlegen wolle? Lord Stanley erwidert, daß er ohne Zeitverlust nachsehen und daß sich, wie er kaum zweifle, der Vorlegung nichts entgegenstellen werde. — Sir F. Goldsmid lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die traurige Lage der Juden in Serbien, die fortwährend noch barbarischen Verfolgungen ausgesetzt seien, und fragt den Staatssekretär des Auswärtigen, ob in Folge der Korrespondenz der englischen Regierung mit Serbien eine Hoffnung vorhanden sei, daß die serbische Regierung ihren jüdischen Unterthanen eine bessere Behandlung angedeihen lassen werde. Lord Stanley erwidert, er sei gewiß, daß das Haus einstimmige und aufrichtige Sympathie mit den serbischen Juden fühle; und wie Jedermann zugeben werde, habe die englische Regierung ein moralisches Recht, der serbischen Rath zu ertheilen. Es lasse sich, wie er fürchte, unmöglich leugnen, daß das Benehmen Serbien's gegen die dort lebenden Juden weder eines christlichen noch überhaupt eines menschlichen Gemeinwesens würdig sei; indeß glaube er, daß die Schuld viel mehr an den Vorurtheilen und der Bigotterie des Volkes als an den schlechten Absichten der Regierung von Serbien liege. Die englische Regierung werde wie überall, so auch in Serbien, ihren Einfluß in ruhiger und unaufdringlicher Weise für die Sache der Duldung und Menschlichkeit aufbieten. Der Fürst von Serbien ist im Begriffe, Konstantinopel zu besuchen, und wenn die dortigen Juden ihm eine Denkschrift zu Gunsten ihrer Glaubensgenossen überreichen wollten, werde dieselbe vom britischen Gesandten nachdrücklich unterstützt werden.

Der Abschluß eines Bündnisses zwischen Rußland und Preußen wird von vielen englischen Blättern als eine Thatsache betrachtet. Der „Herald“ äußert dazu: „Auch Oesterreich wird wahrscheinlich bald beitreten, so daß die heilige Allianz wieder aufleben würde. Nun, wir sind über diese Neuigkeit nicht eben erschrecken. Wenn eine Allianz zwischen den zwei nordischen Mächten besteht, so kann sie nur defensive Zwecke haben. Ist Oesterreich ihr beigetreten, so kann es dies nur um seiner Selbsterhaltung willen gethan haben. Von Angriffsplanen kann keine Rede sein. Keine noch so starke Coalition wird sich Freiheiten gegen das französische Volk erlauben können. Die Frage ist nur, wenn Preußen und Oesterreich durch die Allianz größere Sicherheit vor den möglichen französischen und italienischen Angriffen erhalten, worin soll der Lohn Rußlands bestehen? Wir wollen zuversichtlich hoffen, man thut Rußland Unrecht, wenn man voraussetzt, daß es noch immer begehrliche Blicke auf die Türkei werfe. Ein russischer Angriff auf Konstantinopel würde in England mit noch größerer Mißgunst angesehen werden, als ein französischer auf den Rhein oder Belgien.“

Neueres.

Berlin, 2. April. Reichstag. Spezial-Debatte über das Post- und Telegraphenwesen, Abschnitt VIII. Abg. Becker (Dortmund) vertheidigt sein Amendement: Aufhebung des Post- und Telegraphen-Monopols. Der Bundes-Commissär Graf Itzenplitz spricht dagegen. Abg. Schraps bemängelt die Postverwaltung Preußens und will von Verletzung des Briefgeheimnisses durch preußische Beamte wissen; Preußen wolle nur zu politischen Zwecken das Post- und Telegraphenwesen in die Hand nehmen. Graf Itzenplitz weist den Redner durch energische Behauptung der Unwahrheit zurück. Das Amendement wird abgelehnt. Art. 45 wird angenommen. Eben so bei unerheblicher Debatte unter Ablehnung aller Anträge sämmtliche Paragraphen 46 bis 49 und der ganze Art. VIII. Abschnitt IX, Marine und Schifffahrt. Die General-Debatte wird zugleich über Abschnitt X, das Consulatwesen, ausgedehnt. Es sprechen Meier (Bremen), Chapeaurouge und Schleiden.

Berlin, 2. April. Widersprechende Gerüchte Betreffs Luxemburgs kreuzen sich; der hiesigen „Post“ geht ein Privat-Telegramm aus dem Haag zu, welches behauptet, der Verkauf Luxemburgs sei aufgegeben.

Berlin, 2. April. Der Reichstag nahm die Artikel 41—49 an. Graf Itzenplitz bekämpfte den Antrag Beckers, das Postmonopol und das Telegraphenmonopol aufzugeben. Die Abschnitte über die Schifffahrt und das Consulatwesen wurden mit Amendements angenommen, wonach die Bundeskassa die Kosten der Kriegsflotte und der Marineanstalten bestreiten, die Kriegsflagge schwarz-weiß-roth sein soll. — Die von den national-liberalen Reichstagsmitgliedern beabsichtigte Einbringung eines Antrags in Betreff Luxemburgs erleidet wegen vorgängiger Verhandlungen mit den übrigen Parteien des Reichstags einen Aufschub.

Berlin, 2. April. (Ohne Quellenangabe.) Die Gerüchte betreffs des Personenwechsels im Luxemburger Gouvernement sind grundlos, ebenso alles, was über besondere militärische Vorkehrungen aus Gründen der Börsenspekulation ausgesprengt worden.

Pesth, 2. April. (Sitzung der Deputirtentafel.) Ragalyi legt sein Mandat nieder, weil er unter den gegenwärtigen Verhältnissen dem Vaterlande keine nützlichen Dienste leisten kann. Auf der Tagesordnung ist die Minister-Vorlage über die Bedingungen der Rekrutirung. Tisza verlangt, es solle statt „Bewilligung“ von Rekruten „Stellung“ gesetzt werden. Das Amendement wird vom Hause und dem Grafen Andrassy angenommen. Die übrigen Punkte werden unverändert gelassen und die ganze Vorlage angenommen.

London, 2. April. Im Unterhaus erklärte Lord Stanley: er könne über die Luxemburger Angelegenheit nichts mittheilen. Von dem Verkauf Russisch-Amerika's an die Vereinigten Staaten habe er erfahren.

Florenz, 2. April. Der Prozeß gegen den Admiral Persano hat begonnen. Hr. Tonello ist hierher zurückgekehrt; seine Mission in Rom ist beendigt.

Bukarest, 2. April. Die Kammer hat die Gesetzvorlage, betreffend Reorganisation des Finanzministeriums, mit 64 gegen 22 Stimmen angenommen. Die Debatten über die Eisenbahn-Concession werden heute fortgesetzt.

Konstantinopel, 1. April. Der aus Kandia abberufene Kiritli Mustapha Pascha ist hier eingetroffen. In Drama (Macedonien) fand ein heftiges, in Salonich ein leichteres Erdbeben statt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	60$^1/_4$—60 G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	52$^7/_8$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	4$^1/_2$pCt.	37$^3/_4$—$^1/_2$ G.
Preussen	3$^1/_2$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
„	4$^1/_2$pCt. Obl. 1jähr. dto.	93$^1/_2$ P.
„	4$^1/_2$pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	93$^5/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90 G
„	4 pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	90 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	3$^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4$^1/_2$pCt. Obl. b. Rothsch.	94$^3/_4$ P.
„	3$^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Baden	4$^1/_2$pCt. Obl.	95 P.
„	3$^1/_2$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4$^1/_2$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	93 P.
„	3$^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4$^1/_2$pCt. Obl. dto.	95$^1/_4$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	89 P.
„	3$^1/_2$pCt. Obl. dto.	85 P.
Frankfurt	3$^1/_2$pCt. Obl.	83 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2$^1/_2$pCt. „ „ „	—
Schweden	4$^1/_2$pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2$^1/_2$	—
„	6pCt. ditto r. 1882 „	77$^5/_8$—$^3/_4$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	129 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	661 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	163—64 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	201$^1/_2$ P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	334 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111 P.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	149 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90$^1/_2$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4$^1/_2$ pCt.	110 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	48$^1/_2$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	246$^1/_2$ P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	44$^7/_8$ G
Bayer. Ostbahn à 4$^1/_2$ pCt. volleinbez.	116 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	115$^1/_2$ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100$^1/_2$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94$^7/_8$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99$^3/_4$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105$^1/_8$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97$^1/_2$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94$^3/_4$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105$^1/_8$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88$^3/_8$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104$^7/_8$ G.
London Lst. 10 k. S.	119$^1/_4$—$^1/_8$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99$^3/_8$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94$^1/_2$ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	91$^1/_8$ G.
do. in öst. W. l. S.	91$^1/_8$ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	109$^1/_2$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	59 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	65$^3/_4$—$^1/_2$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	—
„ do. v. 1864	73 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	97$^1/_4$—$^3/_8$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	9$^1/_2$ G.
Badische fl. 35	52$^1/_2$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	58$^3/_4$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	142$^3/_4$ P.
„ fl. 25 do.	36$^1/_2$ P. 36 G
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35$^1/_2$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	73 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28$^1/_4$ P.
St. Lüttich mit 2$^1/_2$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	10$^1/_4$ G.

Frankfurt, 3. April. Die Börse war auch heute in sehr erregter Stimmung. Auf schlechtere Wiener Morgencourse eröffnete man in sehr flauer Tendenz. Dieselbe verbesserte sich wesentlich, als sich kurz nach Eröffnung das Gerücht eines günstigen „Moniteur“-Artikels verbreitete, und wurden Mobilier um 2 Frs. und die übrigen österreichischen Effekten in ähnlichem Verhältniß heraufgesetzt. Der später eingetroffene telegraphische Auszug des „Moniteur“-Artikels entsprach jedoch den anfänglichen Erwartungen nicht und benutzte die Contremine, die überhaupt in den letzten Tagen wieder eine außerordentliche Rührigkeit entfaltet, diesen Moment, um die Course zu werfen, was ziemlich gut gelang. So kam es, daß österreichische Effekten heute großen Schwankungen, Mobilier z. B. um 2$^1/_2$ fl. unterlagen. Süddeutsche aller Gattungen und Eisenbahnen sehr offerirt, nur Amerikaner fest. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 95. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 64. Jahrgang. | Freitag, 5. April 1867.

Zum bayerisch-preußischen Allianzvertrag.

II.

XX Artikel 1 des Allianzvertrages bestimmt: „Zwischen Sr. Maj. dem Könige von Bayern und Sr. Maj. dem Könige von Preußen wird hiemit ein Schutz- und Trutzbündniß abgeschlossen. Es garantiren sich die hohen Kontrahenten gegenseitig die Integrität des Gebietes ihrer bezüglichen Länder und verpflichten sich, im Falle eines Krieges ihre volle Kriegsmacht zu diesem Zwecke einander zur Verfügung zu stellen." Art. 2 fügt hinzu: „Se. Maj. der König von Bayern überträgt für diesen Fall den Oberbefehl über seine Truppen Sr. Maj. dem Könige von Preußen."

Vergleichen wir mit diesen Bestimmungen das Verhältniß, in welches die norddeutschen Bundesländer zu Preußen treten, wenn die gegenwärtig der Berathung unterliegende Bundesakte zum Abschlusse kommt. Nach Artikel 4 des Entwurfes ist die Krone Preußen ermächtigt — ohne Mitwirkung des Bundesrathes — den Bund völkerrechtlich zu vertreten, in seinem Namen Bündnisse einzugehen, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen. Nach Artikel 59, 60 steht das gesammte Bundesheer unter dem Oberbefehle des Königs von Preußen, dem ein ausgedehnter Einfluß auf das Militärwesen der Bundesländer auch in Friedenszeiten zukommt.

Der preußisch-bayerische Allianzvertrag geht in beiden Punkten nicht so weit wie die Bundesakte: er statuirt nur im Kriegsfalle den preußischen Oberbefehl und läßt das Recht der bayerischen Krone, Bündnisse einzugehen, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, theoretisch bestehen. Praktisch jedoch wird sich kaum ein Fall denken lassen, wo dieses Recht, ohne Hintansetzung des Allianzvertrages, auf andere Art geübt werden könnte, als im Einverständnisse mit der preußischen Regierung und unter ihrem leitenden Einflusse.

Nach der norddeutschen Bundesakte (Art. 20) können Bundesglieder durch Exekutionsmaßregeln zur Erfüllung ihrer Bundespflichten angehalten werden. Der Allianzvertrag hat selbstverständlich keine derartige Bestimmung; versagt einer von beiden Theilen die Erfüllung seiner Pflichten, so bleibt dem anderen nur übrig, ihn als Feind zu behandeln, oder die Weigerung in Geduld hinzunehmen.

Diese Gegenüberstellung zeigt: einerseits, daß die Souveränetät des bayerischen Staates durch den Allianzvertrag weit weniger beschränkt ist, als die Souveränetät der Bundesstaaten durch die neue Bundesverfassung; andererseits, daß der Allianzvertrag kein hinlänglich festes Gefüge hat, um auf die Dauer zu genügen.

Demungeachtet darf man seinen Werth nicht geringschätzen. In Verbindung mit den übrigen süddeutsch-preußischen Verträgen und mit der norddeutschen Bundesverfassung bildet er vorerst eine Kette, die das ganze außerösterreichische Deutschland zu Schutz und Trutz umschließt. Durch diesen Komplex von Verträgen wird uns im Falle eines auswärtigen Konfliktes mittelbar neben der preußischen Hülfe auch die des norddeutschen Bundes wie der süddeutschen Nachbarn gesichert. Und es ist schon hervorgehoben worden, daß die Wirkung der Verträge noch weiter reicht. Sie schaffen, indem sie die Kraft der Nation zusammenfassen und die Leitung derselben in eine Hand legen, die Grundlage einer deutschen Politik. Wenn die deutsche Vormacht fremden Mächten gegenüber für irgend ein deutsches Interesse einsteht, so fällt jetzt schon in ihre Wagschale das Gewicht von 39 Millionen; denn durch die Allianzverträge sind ihr für jeden Kriegsfall auch die Streitkräfte des Südens zur Verfügung gestellt. Daraus erhellt zugleich die Richtigkeit des Satzes, daß sich Bayern mit der Unterzeichnung des Vertrages nicht allein der militärischen Leitung Preußens im Kriege, sondern auch seiner diplomatischen Leitung im Frieden anvertraut hat.

Offiziöse Stimmen aus Berlin und München betonen den ausschließlich defensiven Zweck des Bündnisses. Daß es dabei nicht auf Eroberungskriege abgesehen war, wird Jedermann um so bereitwilliger glauben, da solche Absichten gegenwärtig und auf lange Zeit hinaus nicht im Bereiche der preußischen Politik liegen können. Alle Versuche aber, die Bedeutung des Vertrages noch weiter abzuschwächen, scheitern an dem klaren Wortlaute. Hätte — um ein einleuchtendes Beispiel zu wählen — das Bündniß vom 22. August schon drei Monate früher bestanden, so wäre daraus für Bayern die ganz unzweifelhafte Verpflichtung entsprungen, im Kriege gegen Oesterreich mit Preußen zu gehen; und doch hat dieser Krieg bekanntlich andere Ursachen gehabt, als die Bedrohung des preußischen Gebietes durch einen österreichischen Angriff. Glücklicherweise gibt es keinen Grund für die Besorgniß, daß sobald wieder Deutsche gegen Deutsche unter den Waffen stehen werden. Die Allianz ist überhaupt nicht weniger Werkzeug des Friedens, als des Kriegs; sie wird mindestens in Wien dazu beitragen, falsche Berechnungen und gefährliche Illusionen zu zerstören, die das gute Einvernehmen mit Oesterreich bedrohen könnten.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 3. April. Se. Majestät der König hat dem freiresignirten Pfarrer und Benefiziaten J. Höchstetter zu Rosenheim das Ritterkreuz 2. Kl. des Verdienstordens vom heil. Michael verliehen; dem kgl. Kämmerer und Ministerialrathe im Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, H. Frhrn. v. Herman, das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone verliehen; den Kanzlisten extra statum am kgl. Oberappellationsgerichte, B. Mayer, aus administrativen Erwägungen in den Ruhestand versetzt; den Staatsprokurator an dem Bezirksger. Zweibrücken, F. A. Werner, seinem Ansuchen entsprechend, auf Grund nachgewiesener, durch Leiden herbeigeführter Dienstesunfähigkeit unter Anerkennung seiner Treue und seines Eifers für immer in den Ruhestand treten lassen, auf die hiedurch in Erledigung kommende Stelle den ersten Staatsprokurator am Appellations-

Feuilleton.

Die Eröffnung der Pariser Industrie-Ausstellung.

Paris, 1. April. Es sind heute zwölf Jahre, daß die erste allgemeine Ausstellung in Paris eröffnet wurde. Die Zeiten haben sich seitdem gewaltig geändert, und man konnte ganz gut begreifen, daß der Kaiser, als er über die Brücke von „Jena" fuhr, gerade nicht sehr heiter dreinblickte und sehr bleich aussah. Als er 1855 von den Tuilerien aus mit dem ganzen Pompe, den das Kaiserreich wieder ins Leben gerufen hatte, sich nach dem Palaste in den Champs Elysées bewegte, befanden wir uns inmitten des Krimkrieges. Aber es herrschte damals eine feierliche, fast begeisterte Stimmung, die Börse, alle öffentlichen und Privatverwaltungen waren geschlossen, während heute Paris sich seinen gewöhnlichen Geschäften hingibt und das Fest auf dem Marsfelde kein größeres Aufsehen erregt, als wenn dort eine Revue stattfinden würde. Damals glaubte man, daß nicht allein die Geschicke Frankreichs, sondern die der ganzen Welt in seiner Hand ruhten. England war sein treuer Verbündeter, Oesterreich hatte sich beiden angeschlossen, und Preußen wurde gar nicht beachtet. Wie anders heute! Der Kaiser begab sich nach dem Marsfelde in Civilkleidung und ohne alle militärische Escorte. Das Wetter ist heute prachtvoll. Es scheint, daß der Himmel auch spöttisch sein und andeuten wollte, daß es nicht an ihm lag, wenn das Fest heute kein großartiges geworden, daß er nicht daran schuld sei, daß die Ausstellung noch nicht fertig ist. Die Menge, welche sich um den Industrie-Palast versammelt hatte, war übrigens nicht unbedeutend und der, die dort die kaiserlichen Revuen zu versammeln pflegten, ganz würdig. Obgleich der Kaiser ohne Escorte kam, so fehlte es nicht an Vorsichtsmaßregeln. An 2000 Polizeidiener waren um das Palais herum aufgestellt und zwangen die Menge, ganz wider Erwartung, zu circuliren. Man durfte nicht stehen bleiben und mußte fortwährend auf und ab gehen. Militär war auch aufgestellt, doch nur in geringen Massen. Dagegen waren zahlreiche Musikcorps vor dem Palais und im Innern desselben versammelt. Der Haupteingang war mit den Flaggen aller Nationen geschmückt. Einen eigen-

ger. der Pfalz, K. Th. Zinkgraf in Zweibrücken, auf sein Ansuchen versetzt; den zweiten Staatsprokurator am Appellationsger. der Pfalz, E. Hanauer in Zweibrücken, zum ersten Staatsprokurator an diesem Gerichtshofe vorrücken lassen und zum zweiten Staatsprokurator am genannten Gerichtshofe den weltlichen Konsistorialrath L. Munzinger in Speyer, entsprechend seinem Ansuchen, ernannt.

Durch den Tod des kgl. Forstwarts J. N. Walk ist die Forstwartei Oberstaufen im Forstamte Kempten in Erledigung gekommen.

** **München**, 2. April. In seiner heutigen Sitzung setzte der Gesetzgebungsausschuß die Berathung und Beschlußfassung über das XXXVIII. Hauptstück der Lehre vom Vollstreckungsverfahren fort und trat zunächst in die Berathung des Art. 782, welcher die Normen bezüglich der Frist zur Vollstreckung enthält und zu welchem außer der neuen Fassung des Regierungscommissärs noch zwei weitere Vorschläge von Ausschußmitgliedern vorlagen. Der Ausschuß trat im Wesentlichen dem Antrag des Abg. Dr. Schmitt bei, zu dem auch der k. Ministerialcommissär seine Zustimmung erklärte, wonach, soferne nicht das Gesetz anders bestimmt, bei Vorsichtsverfügungen, Vollstreckungsbeschlüssen auf Grund des Hptst. XIX. Art. 10, bei Wechseln und kaufmännischen Anweisungen sofort, in allen Fällen nach 3 Tagen mit der Vollstreckung fortgefahren werden könne. Im Verlaufe der Diskussionen wurde hervorgehoben, daß die allgemeinen Bedingungen der Vollstreckbarkeit auch bei den Vorsichtsverfügungen gelten sollten, weßhalb von dem k. Ministerialcommissär ein neuer Abs. zu Art. 775 in Vorschlag gebracht wurde, daß bei Vollstreckung von Vorsichtsverfügungen bei Dritten eine vorherige Zustellung und Zahlungsaufforderung nicht nothwendig sei und trat der Ausschuß diesem Vorschlage bei. Im Art. 783 handelte es sich hauptsächlich um die Frage, ob der Gerichtsvollzieher von dem Schuldner Zahlungen annehmen und darüber quittiren könne oder nicht. Der Ausschuß entschied sich ohne Rücksicht auf die Summe für die bejahende Ansicht und wurde demnach Abs. 1 Art. 783 nach Analogie des preuß. Entwurfes Art. 969; als Abs. 2 ein Antrag des Ministerialcommissärs, daß sich der Schuldner, im Falle der Gläubiger nicht an demselben Orte wohne, durch Deposition am Einzelgerichte, in dem die Vollstreckung stattfinde, helfen könne; Abs. 3 und 4 nach dem Entwurfe angenommen. Im Art. 784 ist das Prinzip ausgesprochen, daß das Vollstreckungsverfahren durch den Gerichtsvollzieher vollzogen werde. Der Ausschuß nahm diesen Art., Abs. 1 Art. 786 nach dem Entwurfe an, strich aber den Abs. 2 des Art. 785 aus den im Referate niedergelegten Gründen. Im Art. 787 wurde beschlossen, die Parteien jeder Vollstreckungshandlung beiwohnen zu lassen. Im Art. 788 ist die Frage über die Beiziehung von Zeugen im Entwurfe dahin entschieden, daß sie der Gemeinde-Beamte zu wählen habe; der Ausschuß trat jedoch der Auffassung bei, daß der Gerichtsvollzieher selbst die Wahl habe, und daß er zwei volljährige Männer dazu zu nehmen habe, wo das Gesetz Zeugen vorschlage, und wurde dieser Ansicht entsprechend Abs. 1 formulirt und angenommen, Abs. 2—4 aber im Wesentlichen nach dem Referate angenommen. Art. 789 fand nach dem Referate Annahme; während 790 abgestrichen und Art. 791 und 792 in einen Artikel zusammengezogen wurden.

Ungewöhnlich waren bis jetzt die Veränderungen im Personalstande der Kammer der Abgeordneten seit dem Laufe der gegenwärtigen Wahlperiode (April 1863). Während durch den Tod 13 Sitze in dieser Kammer frei wurden (Dr. Arnheim, Bobinger, Dietmaier, Gleubler, Hack, Krämer Mich., Frhr. v. Lerchenfeld, Muhlthaler, Rebenack, Riehl, Schmidt Ad., Schmitt Gg. Mich. und Schrepfer), haben ihren Austritt aus der Kammer 16 Mitglieder erklärt (Beck, Bohlig, Boos, Engert, Dr. Ernst, Frhr. v. Freyberg, Hauck, Gr. v. Hegnenberg-Dux, Längenfelder, Müller Fr. Wilh., Nindl, v. Pixis, Frhr. v. Redwitz, Schmitt Frz., Spätt und Steinböck). Abg. Ad. Müller hat sich nach seiner Anstellung einer Neuwahl nicht unterzogen und zwei Abgeordnete (Wernz und v. Wirschinger) wurden nach eingetretenen Beförderungen nicht wieder gewählt. Deshalb mußte fast in allen Wahlbezirken bereits auf die Ersatzmänner rekurrirt werden. Aber auch unter diesen sind schon vor deren Einberufung manche Lücken eingetreten. (Auch in München rückten erst jüngst in Folge Ablebens des 1. Ersatzmannes, Kaufmanns Faulstich, die Ersatzmänner: Magistratsrath Badhauser, Appellationsgerichtspräsident v. Schab in Amberg und Kaufmann Knorr Angelo um eine Stelle in dieser ihrer Eigenschaft voran.) So sind zur Zeit in vier von den sechs Wahlbezirken der Pfalz und in zweien diesseits des Rheins keine Ersatzmänner mehr vorhanden; ja in den 2 pfälzischen Wahlbezirken Speyer-Frankenthal und Homburg-Kusel sind die Abgg. Dr. Groß, v. Soyer und Vogt und diesseits des Rheins in den Wahlbezirken Haßfurt und Augsburg die Abgg. M. Schmitt und Frhr. v. Stauffenberg aus Zwischenwahlen hervorgegangen, welche vorgenommen werden mußten, weil sämmtliche Ersatzmänner erschöpft waren. (A. A.)

Berlin, 1. April. An der Spitze der politischen Erörterungen steht hier jetzt die luxemburgische Frage. Durch die heutige Interpellation im Reichstage und die vom Grafen Bismarck ertheilte Antwort ist besonders die hiesige Börse stark afficirt worden. Die meisten Course fielen um mehrere Procent. Doch scheint bis jetzt die Befürchtung ernster Verwicklungen noch nicht gerechtfertigt. In den hiesigen politischen Kreisen wird vor seiner unrichtigen Betonung des nationalen Charakters der luxemburgischen Angelegenheit gewarnt. Das Großherzogthum Luxemburg gehört vertragsmäßig dem König von Holland zu voller Souverainetät. In Folge der Auflösung des früheren deutschen Bundes ist dasselbe aus jedem engeren Verbande mit Deutschland geschieden. Die deutsche Gesammtheit hat damit jede Art von Entscheidungs- und Verfügungsrechtes in Betreff dieses Landes verloren. Aus diesen Gründen ist man hier weit entfernt davon, den Luxemburgern eine nationale Solidarität aufzudringen und etwa einen Kampf zu ihrer „Befreiung“ zu unternehmen. Um so mehr Gewicht wird hier aber auf die internationale und politische Bedeutung der Frage gelegt, ob Deutschland es ruhig mit ansehen könne, daß dies Grenzland aus den Händen des Königs der Niederlande an Frankreich übergehe. Dabei treten sehr wesentliche deutsche Sicherheits- und Macht-Interessen hervor. Einseitige Abmachungen des Auslandes aber, welche gegen diese Interessen gerichtet sind, wird man sich hier wohl nicht gefallen lassen. — Der am letzten Sonnabend vom Reichstag mit der Mehrheit von sechs Stimmen gefaßte Beschluß, entgegen der Regierungsvorlage die Zahlung von Diäten und Reisegeldern an die Reichstagsmitglieder in die Bundesverfassung aufzunehmen, wird hier in Regierungskreisen als ein tiefer Einschnitt in das projektirte Verfassungswerk betrachtet. (B. Z.)

Berlin, 3. April. Wie die heutigen Morgenblätter berichten, wird der König von Belgien, der Graf von Flandern und die Hohenzoller'sche Familie am 23. April hier eintreffen. — Der Obercommandant der ägyptischen Armee, Chachim Pascha, ist zu mehrtägigem Aufenthalt hier angekommen. — Die Ernennung des Herrn v. Möller zum Oberpräsidenten in Kassel und des Herrn v. Bernuth zum Präsidenten von Köln ist nunmehr erfolgt.

In der „Weser-Zeitung“ (Nr. 7261) ist eine interessante Korrespondenz aus **Berlin** enthalten, die der darin ausgesprochenen Ansichten wegen große Beachtung verdient. Sie lautet: „Die Betrachtungen über die Gründe, welche grade jetzt zur Veröffentlichung der Bündnißverträge mit den Südstaaten geführt haben, verwechseln unzweifelhaft die unmittelbare Veranlassung mit dem Zwecke. Veranlaſ-

---

thümlichen Anblick gewährte der Trocadero, auf dem ungefähr 20,000 Personen versammelt waren. Eine große Treppe, welche zu demselben hinaufführt — sie ist ungefähr so breit wie der Pariser Börsenplatz und zählt hundert Stufen —, war dicht mit Menschen besetzt. Die Arbeiter, welche an dem Abtragen des Trocadero gearbeitet, waren in der Nähe des Industrie-Palastes in einem Halbkreise aufgestellt, um den Kaiser beim Vorbeifahren zu begrüßen. Auf der Brücke von Jena waren nur wenige Menschen versammelt. Man ließ von 1 Uhr ab dort Niemanden mehr zu, und als der Kaiser einige Minuten vor 2 Uhr herangefahren kam, waren nur wenige und höchst stillschweigende Menschen dort anwesend. Das Ganze gewährte übrigens einen sehr malerischen Anblick. Die fortwährend circulirende Menge, unter der man Leute aus allen Weltgegenden bemerkte, eine ungeheure Anzahl Wagen, welche reichgekleidete Damen und Männer aller Nationen und in allen Trachten heranführten, dazwischen die schwarzen Polizeidiener, gaben dem Ganzen einen eigenthümlichen Anblick. Um 2 Uhr langte der Kaiser auf dem Marsfelde an. Er und sein Gefolge, unter welchem sich der Prinz von Oranien befand, der Sohn jenes deutschen Fürsten, der ein Stück Deutschlands verschachern will, fuhren in drei Wagen. In dem ersten saßen der Kaiser und die Kaiserin nebst zwei anderen Herren; der kaiserl. Prinz war abwesend. Die Kaiserin trug ein weinrothes Kleid und einen weißen Hut. Als sie in der Nähe der Trocadero-Arbeiter ankamen, erschollen kräftige Vive l'Empereur! und Vive l'Impératrice! Zugleich trat eine Deputation vor und überreichte der Kaiserin den unvermeidlichen Blumenstrauß. Nach dieser Ovation fuhren Ihre Majestäten vor dem Palais vor und wurden von der Commission empfangen. Die Trommeln wurden gerührt, die Trompeten schmetterten, alle Musikcorps stimmten das „Partant pour la Syrie“ an, und der Kaiser und die Kaiserin verschwanden im Innern des Gebäudes, aus dem ein dumpfes Geheul hervordrang, das die Hochs auf Ihre Majestäten bedeuten mußte. Während dieser Zeit sank an der Börse der Credit Mobilier auf 400 Fr., was noch nie dagewesen, und da man ihn immer als mit dem Kaiserreiche solidarisch betrachtet, so machte dies eine unheimliche Wirkung auf die Börsenmänner, die darin ein böses Omen sehen wollten. (Köln. Ztg.)

ung war allerdings der Wunsch der Regierungen, die nationale Nothwendigkeit ihrer Politik durch vollendete Thatsachen zu erweisen und so Schwierigkeiten zu beseitigen, welche anderen Falls die Bedeutung der Bündnisse vollständig hätten vernichten können. Die süddeutschen Regierungen verpflichteten sich, im Kriegsfalle ihre Heere unter den Oberbefehl des Königs von Preußen zu stellen; aber diese Heere müssen vor Allem geschaffen werden: das ist die in den Bündnißverträgen nicht niedergelegte, aber selbstverständliche Pflicht der süddeutschen Regierungen. Wird diese Pflicht nicht in einer Weise erfüllt, wie das die Stuttgarter Konferenzen angebahnt haben, so legen die Verträge Preußen eine unerschwingliche Last auf. Daß das in Deutschland wie im Auslande in der ersten Freude oder im ersten Schrecken übersehen wurde, ist nur zu natürlich; Frankreich aber, dessen Regierung, wie es heißt, unmittelbar nach dem Rücktritt des Herrn Drouyn de Lhuys von der Existenz der Verträge unterrichtet worden ist, hat offenbar die durch dieselben geschaffene Lage viel schärfer in's Auge gefaßt. Frankreichs ganze Politik war in dem letzten halben Jahre darauf gerichtet, der Anbahnung von Verhältnissen im Süden entgegenzuwirken, welche bestimmt sind, jenen Verträgen eine praktische Bedeutung zu geben. Zum Beweise dieser Behauptung genügt es, die Bemühungen der französischen Politik um die sechste Großmacht, die öffentliche Meinung, zu enthüllen. Um die öffentliche Meinung zu gewinnen und der preuß. nationalen Politik entgegenzuarbeiten, bestrebte man sich, die Presse zu beeinflussen. In ganz Süddeutschland waren französische Agenten in diesem Sinne thätig. Mit richtigem Instinkte wendeten sie sich zunächst an die Volkspresse, um durch diese die Stimmung gegen Preußen aufzuregen. Eine ganze Reihe bayerischer und württembergischer Lokalblätter hetzten in dieser Richtung; vor allen der „Stuttgarter Beobachter", welcher in dem Anschluß der süddeutschen Staaten an Frankreich einen Schutz für die deutsche Nationalität gegen die Borussifizirung des Südens erblickte. In demselben Geiste und aus denselben Quellen genährt, wirkte in Frankfurt die „Europe", in Sachsen besonders die „Sächsische Ztg." Selbst im Herzen Preußens, in Berlin selbst, suchten und fanden die französischen Agenten Anknüpfungspunkte, wenn anders die „National-Zeitung" auf der richtigen Fährte ist, welche heut einen „bei den Beziehungen des Blattes zu Frankreich nicht uninteressanten Artikel" der „Post" abdruckt, einen Artikel, dessen Hauptinteresse darin liegt, daß er die Frage aufstellt, ob „außer den Westmächten auch die große östliche Macht" die durch die preußische Politik veranlaßten Veränderungen in dem europäischen Gleichgewichte ruhig geschehen lassen werde. Sollten diese lichtscheuen Bemühungen irgend einen Erfolg haben, so mußten natürlich die Bündnißverträge geheim bleiben. Die Stuttgarter Konferenzbeschlüsse rissen das erste Loch in das Spinnengewebe der französischen Propaganda. Aber die Partei des „Beobachters", welche noch am 18. März in einer Versammlung des Volksvereins in Stuttgart einstimmig den Beschluß faßte: „Es ist Pflicht der Volksvertretung Württembergs, den Beschlüssen der Stuttgarter Konferenz vom 5. Februar 1867 und einem in Gemäßheit derselben eingebrachten Gesetzentwurfe auf jede Gefahr hin die verfassungsmäßige Zustimmung zu versagen", hat durch die Veröffentlichung der Bündnißverträge eine hoffentlich unheilbare Niederlage erlitten. Die Isolirung der süddeutschen Staaten existirt nicht; sie haben nicht mehr die Wahl, sich an Preußen oder an Frankreich anzuschließen. Und Frankreich wird, nun die Schleier gefallen sind, nicht zu dem „Staate, der an 50 Millionen zählt", wie die „Post" sich ausdrückt, sondern zu dem verbündeten Süd- und Norddeutschland offen und entschieden Stellung nehmen müssen. Wenn wir nicht durchaus irren, war das einer der Hauptgesichtspunkte, von welchem aus die preußische Politik die Veröffentlichung der Bündnißverträge gerade jetzt für gerathen hielt. Deutschland und Preußen gegenüber ist Frankreich gezwungen, Farbe zu bekennen; die französische Regierung ist gewarnt, wenn sie etwa Neigung verspüren sollte, sich mit Preußens Feinden zu verbinden. Für Herrn v. Beust scheint es einer solchen Warnung nicht bedurft zu haben. Seitdem er die Zügel der österreichischen Politik in den Händen hat, sind die Federn, welche unter dem Regimente des Grafen Belcredi die österreichischen Blätter von Berlin und anderen Orten Deutschlands mit Gift und Galle gegen die preußische Politik anfüllten, in Unthätigkeit versetzt. Es wäre thöricht, zu glauben, daß Herr v. Beust jetzt plötzlich das anbeten sollte, was er bisher mit allen seinen Kräften bekämpft hat, aber der österreichische Ministerpräsident verhehlt es sich nicht, daß eine preußenfeindliche Politik seinen Bemühungen, Oesterreich zu reorganisiren, unüberwindliche Hindernisse entgegensetzen müßte, daß andererseits Preußens Feindschaft die österreichische Politik in der orientalischen Frage mit unheilbarer Lähmung schlagen würde."

Hannover, 28. März. Der Truppenbestand im Gebiete des vormaligen Königreiches wird gegenwärtig gebildet durch 28 Bataillone Infanterie, 20 Schwadronen Kavallerie, 3 Bataillone Jäger, Pioniere und Train und 13 Batterien Artillerie mit 52 Geschützen. Die Gesammtstärke von 20,239 Mann ist auf 21 Garnisonen vertheilt. Das frühere hannöver'sche Truppenkorps zählte 21,941 Mann. (Hamb. N.)

Gotha, 2. April. Die Verhandlungen über die Militärangelegenheit zwischen der hiesigen und der preußischen Regierung sind noch im Gange, und es handelt sich dem Vernehmen nach darum, ob der Beitrag von 225 Thlr. jährlich für jeden Mann der Friedensstärke auch auf die Mannschaft Anwendung finde, welche über die in der Militärkonvention festgesetzte Anzahl hinausgeht. Von preußischer Seite wird Dies bejaht, von hiesiger Seite verneint, da nach Ansicht unserer Regierung für dieses Plus der Mannschaft nur der durch die Konvention angezeigte, weit niedrigere Satz zu zahlen sein würde. Sollte sich eine Einigung der sich gegenüberstehenden Ansichten nicht ermöglichen lassen, so wird jedenfalls der Spruch eines Schiedsgerichts angerufen werden müssen. (N. K.)

Der volkswirthschaftliche Congreß tritt, wie die „Hamb. Nachr." melden, in diesem Jahre vom 2. bis 5. Sept. in **Hamburg** zusammen. Gegenstände der Tagesordnung sind: Die Vereinfachung des Zollvereinstarifs, Münzeinheit, die Wohnungsfrage in den Großstädten, Gemeindesteuern.

Die „Karlsruher Zeitung" meldet offiziös aus **Wien**: „Der nach längerem Urlaub auf seinen hiesigen Posten zurückgekehrte russische Gesandte hat bereits Anlaß genommen, im auswärtigen Amt die Ansicht seiner Regierung zu vertreten, daß bei der fortgesetzten Enthaltung Englands von der Betheiligung an den „Rathschlägen" zur Abtretung Kandias ein Ergebniß dieser Rathschläge zu problematisch sei, als daß es angezeigt erscheinen könne, ihnen eine weitere Folge zu geben. Er hat aber gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck zu leihen den Auftrag gehabt, daß die Cabinette, und zwar England nicht ausgeschlossen, mit um so größerer Energie auf denjenigen vertragsmäßig begründeten Schritten beharren würden, welche die Pforte veranlassen könnten, die Verheißungen des Hat-Humayum auch ihren gesammten christlichen Bevölkerungen gegenüber im ausgedehntesten Maße zur Wahrheit werden zu lassen, und daß speciell in Bezug auf Kandia alle Mächte sich in den Bemühungen einigten, dem Kampfe, welcher dort fortwüthe, den Charakter der Grausamkeit abzustreifen."

Paris, 1. April. Die Pariser Schneider haben heute, am Tage der Eröffnung der Ausstellung, ihre Arbeit eingestellt. Der Grundsatz der internationalen Solidarität wird bereits sehr wirksam von den Arbeitern in die Praxis übertragen. Ein Schreiben des Sekretärs der Centralgesellschaft der Londoner Schneider hat den hiesigen Arbeitern Mitwirkung und Hülfe zugesagt. — An der Börse herrschte heute die übelste Stimmung von der Welt. Wegen Luxemburgs schwirrten die beunruhigendsten Gerüchte durch die Luft, die durch keine Ausstellungsbotschaft zerstreut wurden. Rente fiel 30 und schloß 69.

Florenz, 2. April. Der preußische Gesandte, Herr v. Usedom, hat dem Prinzen Humbert vorgestern die Insignien des Schwarzen Adler-Ordens übergeben. Der preußische Gesandte geht nach Venedig, um dem Prinzen Amadeus die Insignien desselben Ordens zu überreichen. Tonello wird dem Vernehmen nach nach Rom zurückkehren.

Rom, 26. März. Diesen Vormittag wurde auf Anregung einiger deutscher Künstler in unserer Nationalkirche Sta. Maria dell'Anima ein feierliches Todtenamt zum Gedächtniß des Altmeisters deutscher Kunst, Peters v. Cornelius, gehalten. An der Spitze der zahlreichen Feierversammlung befand sich der einst mit dem Gefeierten in so nahe und fruchtbare Beziehung getretene Kunst-Mäcen König Ludwig I. von Bayern, zu seiner Linken der preußische Gesandte, Frhr. v. Arnim, auf der andern Seite, gleichsam als Vertreter Oesterreichs, der Botschaftsrath, Frhr. v. Ottenfels. Hinter ihm kniete die rührende Gestalt Overbecks, des nunmehr einzig noch lebenden Genossen aus der Zahl jener genialen Kunstjünger, die während der ersten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts mit dem Verstorbenen zusammen in der ewigen Stadt ihre Jugendstudien machten, und aus den empfangenen klassischen Eindrücken heraus die neue Kunst-Aera vorbereiteten. (Allg. Ztg.)

London, 1. April. Die Ansichten über die politische Lage Europas verdüstern sich hier immer mehr, und die Auffassung, daß Frankreich die erhöhte Machtstellung Preußens auf die Dauer nicht werde ertragen wollen, ist beinahe zur allgemeinen geworden. Dieser Ansicht neigt selbst der „Spektator" zu, ein Blatt, welches sich sonst nicht leicht kriegerischen Besorgnissen hinzugeben pflegt. — Die immer und immer wieder durchgearbeitete Reformangelegenheit führte am vergangenen Sonnabend eine Deputation der Reformliga unter dem Vortritte des Präsidenten dieser politischen Vereinigung, Hrn. Beales, zu Hrn. Gladstone, um ihm ihre bereits hinreichend bekannten Forderungen, allgemeines Stimmrecht im Allgemeinen, wenn das aber nicht möglich, Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Unter-

Digitized by Google

miether, wieder ans Herz zu legen. Im Laufe einer längeren Unterredung über diesen Gegenstand, an der sich mehrere Mitglieder der Deputation angelegentlich betheiligten, erklärte der Führer der Opposition sich entschieden zu Gunsten der letzteren Maßregel, die nach seiner Ueberzeugung auf lange Zeit weitere Reformen unnöthig machen werde. Hr. Gladstone lenkte darauf das Gespräch auf die schon von uns erwähnte, für den Charfreitag bestimmte „Reform-Promenade" im Hydepark und äußerte, nach der Ansicht mehrerer seiner politischen Freunde, mit denen er die Angelegenheit besprochen, dürfte diese Demonstration an einem Tage, wie der Charfreitag, aus manchen Gründen Bedenklichkeiten hervorrufen. Earl Shaftesbury und einige andere Mitglieder der Partei im Hause wurden auf Ansuchen des Leiters der Liberalen zu dieser Erörterung zugezogen und die Deputation nahm auf die Bemerkung hin, die Wahl des Charfreitags könne religiösen Gemüthern Anstoß geben, sofort von diesem Tage für ihre Reformdemonstration Abstand. Earl Shaftesbury sprach für dieses Entgegenkommen seine Anerkennung aus und nachdem schließlich noch von beiden Seiten die Hoffnung geäußert worden, die Reformangelegenheit baldigst und befriedigend zu erledigen, verabschiedeten sich die Deputirten mit herzlichem Danke für Herrn Gladstone's zuvorkommenden Empfang. (Frkf. J.)

Athen, 21. März. Ricciotti Garibaldi weilt mit seinen zwanzig Offizieren noch hier und erhält vielfache Besuche. Gestern wurde ihm zu Ehren von dem epirothessalischen Komite ein Festessen gegeben, die Studirenden der Universität schickten eine Deputation ab, um ihn zu seiner Ankunft zu beglückwünschen. Für den folgenden Tag veranstalteten ihm die Advokaten ein Festessen. Er spricht bei allen diesen Gelegenheiten seine und seines Vaters Bereitwilligkeit aus, sich der griechischen Sache in Kreta, in Thessalien und Epirus in der aufopferndsten Weise zu widmen. (A. Z.)

Neueres.

Berlin, 3. April. Die „Provinzialcorrespondenz" bezeichnet den vom Reichstag gefaßten Beschluß über die Diätenfrage als kaum aufrecht haltbar und hofft, daß die Vorberathung der Bundesverfassung Mitte nächster Woche beendet sein werde; dann solle nach einer dreitägigen Pause die Schlußberathung stattfinden, während welcher Zeit die verbündeten Regierungen sich über die Punkte verständigt haben werden, in welchen abweichende Reichstagsbeschlüsse anzunehmen sind oder nicht. — Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht eine Allerhöchste Verordnung vom 29. März, betreffend die Aufhebung des Zunftrechtes, der Gewerbebeschränkung und der Concessionspflichtigkeit für bestimmte Gewerbe in Kurhessen. — Im **Reichstag** kam heute die Bundeskriegsverfassung zur Berathung. Die Hauptredner waren die Generale v. Moltke und Falkenstein, welche die dreijährige Präsenzzeit als unerläßlich für die Ausbildung einer kriegstüchtigen Armee erklärten. Gegen den Entwurf sprachen die Abgeordneten Waldeck, Ree, Bockum-Dolffs, Duncker und Eichholz. Einen Antrag Kryger's: die Aushebung in Schleswig bis nach erfolgter Abstimmung zu suspendiren, erklärt Graf Bismarck als unerfüllbar, da die Elbherzogthümer augenblicklich integrirende Theile Preußens seien.

Paris, 3. April. Der „Constitutionnel" bringt einen Artikel von Limayrac über die Interpellation im Parlamente zu Berlin. Dieser Artikel läßt der Mäßigung in der Sprache des Grafen Bismarck Gerechtigkeit widerfahren und fährt dann fort: „Frankreich hat keinerlei Gelüste gezeigt, den deutschen Interessen Abbruch zu thun und seine Ehre zu verletzen. Frankreich hat keinerlei kriegerische Tendenzen, sondern nur das Gefühl für das, was gerecht und billig ist; es würde aber ungerecht sein, wenn Preußen nach großen Eroberungen mit Eifersucht den allergeringsten Länderzuwachs überwachen wollte, den seine Nachbarn nicht aus Antrieb des Ehrgeizes, sondern im Interesse der Sicherheit wünschen könnten. Frankreich wird auch nicht mit Gleichgültigkeit Preußen aus den gesetzlichen Schranken heraustgehen oder strategische Punkte, die für Andere bedrohend sind, festhalten sehen." Der „Moniteur" meldet Walewski's Ernennung zum Senator.

London, 3. April. **Oberhaus.** Clarendon interpellirend, erwiderte Buckingham: eine Petersburger Regierungsdepesche bestätigt die Verkaufsverhandlungen mit Amerika. Ein Schlußergebniß sei noch unbekannt und Besorgnisse ungerechtfertigt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$60\frac{7}{8}$—$61\frac{1}{8}$ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$52\frac{5}{8}$—53 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$88\frac{1}{2}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$94\frac{3}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$94\frac{1}{2}$—$\frac{3}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$90\frac{3}{4}$ P
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$90\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$94\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	95 P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$85\frac{3}{4}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	93 P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	95 P. $94\frac{7}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$88\frac{3}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$84\frac{1}{2}$ G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$83\frac{1}{2}$ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
„	6pCt. ditto r. 1882 „	$77\frac{7}{8}$—78 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	129 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	660 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	166—68 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	204 P. 203 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	334 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111 P.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	150 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	91 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$110\frac{3}{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$48\frac{1}{2}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$246\frac{1}{2}$ P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$44\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$116\frac{1}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	116 P.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$66\frac{5}{8}$—67 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	—
„ do. v. 1864	$71\frac{3}{4}$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$97\frac{1}{2}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$9\frac{3}{4}$ G.
Badische fl. 35	$52\frac{1}{2}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$53\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143 P. $142\frac{3}{4}$ G.
„ fl. 25 do.	37 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{3}{8}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	73 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$28\frac{1}{4}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{1}{2}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{2}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{8}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{4}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{2}$ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$91\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$91\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 4. April. Die Physiognomie der heutigen Börse hat sich gegen die gestrige sehr aufgeheitert. Eine Anzahl calmirender Depeschen, von denen die aus dem Haag, welche die angebliche Resignirung Hollands in Bezug auf den Verkauf Luxemburgs meldete, in sehr positiver Form auftrat, verfehlte ihre Wirkung nicht und ließen die Börse, die raschen Sinnesänderungen leicht zugänglich ist, dem Glauben an eine friedliche Wendung der Dinge sich zuneigen. Bessere auswärtige Course unterstützten diese Anschauung. Oesterreichische Effekten, besonders das Spekulationsobjekt „Mobilier", erfuhren daher eine namhafte Heraufsetzung und Preisschwankungen bei sehr lebhaftem Geschäft. Gegen den Schluß hin ermattete man ein wenig. Auch süddeutsche Effekten waren heute eine Nuance fester. Amerikaner auf bessere Goldnotiz sehr gesucht und höher. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 96. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 6. April 1867.

Zum bayerisch-preußischen Allianzvertrag.

III.

XX Mit dem „Schutz- und Trutzbündniß" kann die Verbindung zwischen Nord- und Süddeutschland noch nicht erschöpft sein, auch nicht provisorisch; denn die dringendsten Interessen des Handels und Wandels erheischen eine unmittelbare Fürsorge. Graf Bismarck hat in der Reichstagssitzung vom 11. März über die Absichten der preußischen Regierung einigen Aufschluß gegeben: „Ich denke mir, daß, sobald wir mit der Verfassung fertig sind, wir dem Süden den Vorschlag machen, zu Berathungen zusammenzutreten, um zu seinem dauernden, unkündbaren Zollverein zu gelangen. Wir können aber nicht verlangen, daß die Süddeutschen, was wir in Zollsachen bestimmen, alles ohne weiteres annehmen. Soll der Zollverein in seinem bisherigen Umfang fortbestehen, so ist es ganz nothwendig, daß eine Einrichtung geschaffen wird, in Folge deren der Süden an der Gesetzgebung desselben Theil nimmt. Hat man erst dieses gemeinschaftliche Organ der Gesetzgebung in Zollsachen, so wird sich dasselbe der Aufgabe nicht entziehen können, auch die meisten übrigen Titel der materiellen Entwicklung in der Gesetzgebung allmählich sich anzueignen und auch darüber gemeinsame Bestimmungen für ganz Deutschland herbeizuführen."

Den Allianzverträgen würde demnach ein Zollvertrag folgen, jedoch schwerlich ein Zollverein, der neben den norddeutschen Bund so unabhängig gestellt wäre, wie der bisherige Zollverein neben den alten Bund. Vielmehr liegt es allem Anscheine nach im Plane Bismarcks, zur Berathung der Zollangelegenheiten die süddeutschen Regierungen in den norddeutschen Bundesrath und süddeutsche Abgeordnete in den norddeutschen Reichstag zu ziehen. Diese Theilnahme würde sich „allmählich auch auf die übrigen Titel der materiellen Entwicklung" erstrecken und eines Tages könnte es vielleicht geschehen, daß sie sich über sämmtliche Titel der ganzen Bundesverfassung ausbreitet, daß mit andern Worten Süddeutschland in den Bund eintritt. Alle Separatverträge über Angelegenheiten der inneren und äußeren Politik würden dann in dem einen Bundesvertrag aufgehen.

Es ist sehr glaublich, daß der preußische Minister sich die Lösung des großen Problemes in dieser Weise denkt, und sehr möglich, daß sie in dieser Weise auch erfolgt. Doch kann ein so langsames Vorrücken zum Ziel in gekünstelten Windungen nur dann gebilligt werden, wenn durch innere oder äußere Hindernisse der gerade Weg völlig versperrt ist. Die nationale Partei wird dem Streben noch nicht entsagen dürfen, eine direkte Verständigung über den Eintritt Süddeutschlands in den Bund herbeizuführen. Auch in dem Programm des Fürsten Hohenlohe ist nur der „bedingungslose" Eintritt verworfen.

Zunächst aber steht gleichzeitig mit den Verhandlungen über die Zollvereinsfrage eine Revision der Allianzverträge bevor. Der Entwurf der norddeutschen Verfassung (Art. 71) sagt: „Die Beziehungen des Bundes zu den süddeutschen Staaten werden sofort nach Feststellung der Verfassung des norddeutschen Bundes durch besondere dem Reichstag zur Genehmigung vorzulegende Verträge geregelt werden." Es ist demnach beabsichtigt, in den mit Süddeutschland geschlossenen Verträgen den norddeutschen Bund an die Stelle Preußens zu setzen. Bei diesem Anlaß sollen ohne Zweifel auch nähere Bestimmungen über das Heerwesen der süddeutschen Staaten, ihre Festungen u. s. w. getroffen werden. Man sieht, daß auf geraume Zeit hinaus an Stoff für diplomatische und parlamentarische Berathungen und an Gelegenheit zur Bewährung eines guten oder übeln Willens kein Mangel sein wird.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 4. April. Se. Majestät der König hat dem Schullehrer J. Ruder zu Nürnberg in Rücksicht auf seine fünfzigjährigen treu und eifrig geleisteten Dienste die Ehrenmünze des kgl. bayer. Ludwigsordens verliehen; dem ersten rechtskundigen Bürgermeister der kgl. Hauptstadt München, C. v. Steinsdorf, das Comthurkreuz des kgl. Verdienstordens der bayer. Krone verliehen; die katholische Pfarrei Insheim, Bezirksamts Landau i. Pf., dem Priester Peter Joseph Gerstle, Pfarrer und Distriktsschulinspektor in Oberhochstadt, desselben Bezirksamts, übertragen und genehmigt, daß die kath. Pfarrei Wichsenstein, Bezirksamts Pegnitz, von dem Erzbischofe von Bamberg dem Priester A. Lindner, Lokalkaplan in St. Anna bei Forchheim, verliehen werde; die protestant. Pfarrstelle in Helmbrechts, Dekanats Münchberg, dem I. Pfarrer in Melkendorf, Dekanats Kulmbach, J. C. Reuter, und die protestant. Pfarrei St. Maria in Berolzheim, Dekanats Dittenheim, dem bisherigen Pfarrer in Dottenheim, Dekanats Neustadt an der Aisch, Nikolaus Sauer, verliehen.

Feuilleton.

Die Festung Luxemburg.

Das allgemeine Interesse ist seit einiger Zeit lebhaft der sogenannten luxemburgischen Frage zugewandt; es dürfte daher nicht unerwünscht sein, über die militärische Bedeutung der Festung Luxemburg einiges Nähere zu erfahren. Die „Norddeutsche Allg. Zeitung" enthält hierüber folgende, auch politisch interessante Mittheilungen:

Diese Festung, die Hauptstadt des gleichnamigen Großherzogthums, liegt auf dem linken Ufer der Mosel, etwa 3 Meilen von diesem Flusse, 5½ Meilen von Trier entfernt, an der Alzette, einem kleinen Nebenfluß der Sauer, welche in die Mosel fällt. Das vielfach gewundene felsige Alzette-Thal ist von steilen Thalwänden eingefaßt, welche eine absolute Höhe von 300 Fuß erreichen und meist senkrecht mauerförmig zur Thalsohle abstürzen. Die Festung liegt auf den, dieses malerisch-schöne Felsenthal umgebenden Höhen, theils auf den nackten Fels gebaut, theils in denselben hineingearbeitet, welche Eigenthümlichkeit dem Platze den Beinamen „zweites Gibraltar" eingetragen hat. Die Befestigungswerke, welche einen Umfang von nahezu einer Meile umfassen, zerfallen in zwei Haupttheile: 1) Die eigentliche Festung (die sogenannte Oberstadt), auf dem linken Ufer der Alzette, ist auf 3 Seiten durch die senkrechten Thalwände des Flusses, welcher einen weiten Bogen beschreibt, geschützt; nur die vierte Seite gestattet auf der Höhe des Felsplateaus eine (wenn auch schwierige) Annäherung, ist aber durch einen dreifachen Gürtel von Befestigungen und detachirten Forts geschützt. Die Oberstadt ist Krone und Centrum der ganzen Festung, eine eigentliche Citadelle besitzt sie nicht. 2) Die Höhen auf dem rechten Alzette-Ufer, mit zahlreichen Befestigungswerken couronnirt, jedoch von geringerer Stärke, da die eigentliche Angriffsfront auf dem linken Ufer liegt, Front gegen Norden. Belagerungsarbeiten auszuführen ist schwierig, da der nackte Fels fast überall zu Tage tritt.

Die Festung kann eine wahre Musterkarte fortifikatorischer Anlagen genannt werden. Nahezu alle Befestigungsmanieren von der Form des römischen Kastells bis zu den Vauban'schen Mustern und neupreußischen Forts sind hier vertreten. Alle Nationen von Bedeutung in Mittel-Europa, bis zu den Römern hinauf, welchen die Festung ihre Entstehung verdankt, haben Luxemburg besessen. Der Platz hat wechselnd spanische, französische, österreichische, wiederum französische, endlich preußische Besatzung in seinen Mauern gesehen, ein Beweis, welche Bedeutung derselbe stets behauptet hat. Luxemburg ist zu wiederholten Malen angegriffen und belagert, einmal (durch Vauban) erobert, im Jahre 1814 überrumpelt worden. Seit dem Wiener Frieden deutsche Bundesfestung mit preußischer Besatzung, ist es mit einem Kostenaufwande von mehreren Millionen in einen Waffenplatz ersten Ranges umgewandelt worden. Ein verschanztes Lager, wie Mainz, Koblenz, Köln, besitzt die Festung nicht, ist jedoch mit wenig Aufwand an Zeit und Geld im Kriegsfalle herzustellen.

Die Bedeutung Luxemburgs ist nun, wie folgt, zu präzisiren. Der Werth des Platzes ist zunächst ein negativer zu nennen, nämlich dadurch, daß er sich nicht in den Händen der Franzosen befindet. Bei einem Kriege mit Frankreich werden die deutschen Armeen voraussichtlich auf zwei Hauptkriegstheatern zu operiren haben: Elsaß-

Durch das kgl. Staatsministerium der Finanzen wurde die erledigte Stelle eines Bezirksgeometers für den Messungsbezirk Troftberg dem Bezirksgeometer W. Graf in Rain, seiner Versetzungsbitte entsprechend, übertragen.

München, 2. April. Im Nachgange zu den Vorschriften, welche unterm 9. Dezember vorigen Jahres zum Vollzuge der Verordnung vom 6. desselben Monats über die Rinderpest erlassen wurden, hat das kgl. Staatsministerium des Innern mittelst einer an sämmtliche Kreisregierungen, Kammern des Innern, erlassenen Entschließung vom 1. ds. Mts. angeordnet, daß das sogenannte Steppenvieh (ungarisches, podolisches und galizisches Vieh), so lange die Rinderpest in Oesterreich herrscht, als verdächtig zu behandeln und Transporte von diesem Vieh nach oder durch Bayern demzufolge, auch wenn sie aus seuchefreien Provinzen Oesterreichs kommen, *unbedingt* zurückzuweisen seien. Ferner ist, wenn sich bei Prüfung der verordnungsmäßig nothwendigen Ursprungszeugnisse der Verdacht ergibt, daß die betreffenden Thiere aus einer verseuchten Provinz stammen, der Nachweis zu fordern, daß diese Thiere mindestens während der jüngsten drei Wochen in einer seuchefreien Provinz gestanden sind, widrigenfalls ihre Zurückweisung erfolgen muß. Mit Entschließung des kgl. Staatsministeriums des Innern vom nämlichen Tage wurden die Regierungen, Kammern des Innern, beauftragt, zur Ergänzung des § 2 der Verordnung vom 6. Dezember 1865 über die Rinderpest auch die Einbringung von *Heu* und *Stroh* aus Belgien, Holland und England, dann aus den verseuchten Provinzen von Oesterreich (dermal Niederösterreich, Ungarn, Galizien und Böhmen) nach Bayern und zwar auch in Gestalt von Verpackungsmitteln sofort zu verbieten, bezüglich derartiger Stoffe in Kisten, Fässern, Kübeln, Körben und Ballen aber anzuordnen, daß sie nach der Auspackung, dieselbe mag an der Grenze oder am Bestimmungsorte im Inlande erfolgen, sofort unter polizeilicher Aufsicht zu vernichten und beziehungsweise zu verbrennen seien. Diese Maßregel gründet sich auf die Ergebnisse der jüngst in Mannheim gepflogenen Berathungen süddeutscher Staaten und auf die Erfahrung, daß Heu und Stroh vorzugsweise Träger des Ansteckungsstoffes sind. (Bayer. Ztg.)

Aus einem vom k. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten an das Präsidium der Abgeordnetenkammer gerichteten Schreiben, worin dem IV. Ausschuß die gewünschten Aufschlüsse für Berathung über den Crämer'schen Antrag, „*die Rechte der kirchlichen Genossenschaften*" betr., in Nachstehendem gegeben werden, theilt ein Correspondent der „Augsb. Postz." Folgendes mit: „1) In dem thatsächlichen Bestande der vormaligen freien Gemeinden hat sich seit den Kammerverhandlungen vom 29. Mai 1865 keine Veränderung ergeben. Wie damals sind auch heute die Anhänger nur in Nürnberg, Fürth, Frankenthal und Neustadt vorhanden. In den übrigen Städten, wo früher förmliche Deutschkatholikengemeinden waren, erhielten sich nur mehr vereinzelte Mitglieder. Zur Ermittlung der Zahl der Anhänger der Freigemeinden sind genaue Erhebungen bei den Kreisregierungen vorbereitet und das Ministerium behält sich vor, dem Präsidium der II. Kammer nach Beendigung dieser Erhebungen eine erschöpfende Zusammenstellung mitzutheilen. Eine inzwischen eingereichte Vorstellung der Anhänger der Freigemeinden von Nürnberg und Fürth um Anerkennung ihrer Genossenschaft als Religionsgesellschaft trage 129 Unterschriften aus Nürnberg und 58 aus Fürth; nach vorliegenden amtlichen Aufschlüssen seien in Schweinfurt 31 (darunter 6 schulpflichtige Kinder), in Alzenau 11 (4 Kinder) Anhänger der Freigemeinden, deren Zahl in Bayern 500 wohl nicht übersteige. In München sei ihre Zahl auf 8 herabgesunken. 2) In der Sitzung des III. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten vom 12. Mai 1865 ist von Seite der Organe der kgl. Staatsregierung erklärt worden, daß die Ungleichheit im Genusse der bürgerlichen und politischen Rechte, soweit die bestehende Gesetzgebung eine solche in Beziehung auf das Glaubensbekenntniß noch mit sich bringt, durch die neue Gesetzgebung über Ansässigmachung und Gemeindewesen ihre Beseitigung finden werde. Durch die Bestimmungen in dem Entwurfe eines Gesetzes über Ansässigmachung und Verehelichung (Art. 1 bis 9) und in dem Entwurfe eines Gesetzes: „die Gemeindeordnung betreffend" (Art. 9, Art. 162 und 164) sollen diese Rechtsungleichheiten aufgehoben werden und es ist fortan, sobald die in diesen Bestimmungen ausgedrückten Grundsätze Gesetzeskraft erlangt haben werden, auch den Anhängern der Freigemeinden in Bayern gesetzlich die Fähigkeit gewährt, an der Vertretung der Gemeinde, am Distriktsrathe und Landrathe Theil zu nehmen. Bezüglich der Regelung der eherechtlichen Verhältnisse der Anhänger der Freigemeinden wurde damals von den Organen der kgl. Staatsregierung auf die künftige Civilgesetzgebung hingewiesen. Die kgl. Staatsregierung ist inzwischen mit Rücksicht auf den dermaligen Stand dieses großen und umfassenden Gesetzgebungswerkes zu dem Entschlusse gelangt, dem bestehenden Bedürfnisse der Abhilfe, welches als ein wichtiges und ohne Nachtheil länger nicht verschiebbares sich erweist, durch Vorlage eines Specialgesetzentwurfes zu entsprechen, wodurch denjenigen Staatsangehörigen, welche keiner der vom Staate anerkannten Religionsgesellschaften angehören, durch Gewährung einer *bürgerlichen* Form der Eheschließung die Eingehung einer rechtsgiltigen Ehe ermöglichet wird. Es sind bereits die nöthigen Einleitungen getroffen, daß von Seite des kgl. Staatsministeriums der Justiz ein solcher Gesetzesentwurf ausgearbeitet werde, und die kgl. Staatsregierung hofft sich in der Lage zu befinden, diesen Entwurf dem nächst zusammentretenden Landtage vorlegen zu können. Es ist hiebei in Aussicht genommen, daß den Anhängern der Freigemeinden auch in den Landestheilen diesseits des Rheins in Zukunft sowohl unter sich, als mit Angehörigen anderer Religionsgesellschaften die Eheschließung zugänglich gemacht und die Möglichkeit der Ein-

---

Lothringen und Belgien-Niederrhein, getrennt durch die Mittelgebirgslandschaften zwischen Mosel und Maas. Für den Fall der Offensive über Mittel- und Oberrhein gegen Westen wäre zunächst die wichtige Operationslinie Mainz-Kaiserslautern-Metz, welche im weiteren Verlauf zum Marnethal führt, in Betracht zu ziehen. Diese Linie durchschneidet das Netz der zahlreichen ostfranzösischen Festungen, deren bedeutendste hier die Moselfestung Metz ist, Waffenplatz ersten Ranges, jedoch von geringerer Bedeutung, wenn Luxemburg (nur 7 Meilen entfernt) in unseren Händen ist und ihn im Schach hält. Der Besitzer Luxemburgs ist Herr des unteren Saarthales, welches nur durch den schwachen Platz Saarlouis gesperrt wird; das Saarthal durchschneidet aber geradezu senkrecht die erwähnte Operationslinie einer vom mittleren Rhein gegen die Champagne vordringenden Armee. Eine *französische* Festung Luxemburg ist, in Verbindung mit Metz, deßhalb durchaus befähigt, die Verbindungslinien der letzteren ernstlich zu kompromittiren, zwingt ferner diese, sich durch Abgabe starker Blokadekorps erheblich zu schwächen. Luxemburg preußisch: bedeutet also Sicherung, französisch: Bedrohung unserer Verbindungslinien in der *rechten Flanke*.

Aehnlich, wenngleich in beschränkterem Maße, wird sich der Einfluß einer in französischen Händen befindlichen Festung Luxemburg für die *linke Flanke* einer vom Niederrhein durch Belgien vorbrechenden deutschen Armee geltend machen.

Einen ganz besonderen *positiven* Werth erhält die Festung aber durch vier Bahnlinien, deren Knotenpunkt Luxemburg ist, ein Umstand, der bei der gesteigerten strategischen Bedeutung der Eisenbahnen für die heutige Kriegführung wohl zu beachten bleibt. Diese Bahnlinien sind: 1. die Linie Nancy-Metz-Luxemburg, 2. die Linie Luxemburg-Namur-Brüssel, 3. Luxemburg-Spaa-Lüttich, 4. Mainz-Saarbrücken-Saarlouis-Trier-Luxemburg.

Die beiden erstgenannten Linien, welche in Luxemburg ihren Anschluß finden, laufen parallel den französischen Grenzen, berühren mehrere feste Plätze und stehen mit dem Centralpunkt Paris, sowie dem Süden und Norden des Landes in mehrfacher direkter Verbindung. Der strategische Aufmarsch der französischen Streitkräfte wird durch diesen (einzigen) den Grenzen parallelen Schienenweg sehr begünstigt, eine beliebige Verschiebung derselben von Süden nach Norden und umgekehrt sehr erleichtert. Die Linie Luxemburg-Lüttich läuft parallel der preußischen Grenze auf luxemburgisch-belgischem Gebiet, sie verbindet Mosel- und Maasthal auf dem kürzesten Wege und schneidet die Linie Köln-Lüttich-Brüssel bei Verviers. Luxemburg ist der Knotenpunkt der drei genannten Linien, welchen man, vom französischen Standpunkt aus betrachtet, einen sehr erheblichen defensiven und offensiven Werth beimessen muß. Viertens mündet hier die wichtige, das Rhein-Nahe-Saar-Moselthal verbindende Bahnstrecke, welche, im Anschluß an die Linie Luxemburg-Namur-Brüssel, von deutscher Seite aus betrachtet, die wichtigste, weil einzige Verbindung des belgischen und lothringischen Kriegstheaters mittels des Schienenweges abgibt. Ohne den Besitz von Luxemburg ist die Verbindung beider sehr in Frage gestellt, ja ernstlich bedroht. Luxemburg in französischen Händen, in Verbindung mit Metz und den nur 3 bis 4 Meilen entfernten Plätzen Longwy und Thionville, vermag die Operationen jeder den Mittel- und Niederrhein überschreitenden Armee empfindlich lahm zu legen, ist eine nicht zu verachtende Basis für die französische Offensive gegen die Rheinlinie, schließlich eine unausgesetzte bedenkliche Bedrohung unserer gesammten linksrheinischen Besitzungen. Die erhebliche Bedeutung dieses Waffenplatzes für *unsere Zwecke* hingegen würde sich noch bedeutend steigern nach Vollendung der projektirten Bahnstrecken Trier-Köln und Trier-Koblenz, durch welche Luxemburg mit den starken Rheinfestungen in direkte Verbindung gebracht würde, gewisser Maßen als deren vorgeschobener Posten, in gleichem Maße für offensive wie defensive Zwecke gut geeignet. Grund genug, die Frage über den Besitz des Platzes der reiflichsten Erwägung zu unterziehen.

gehung einer Ehe auch für diese Staatseinwohner von der Erfüllung der allgemeinen gesetzlichen Vorbedingungen abhängig gemacht werde. Was die Stellung der k. Staatsregierung gegenüber den Genossenschaften der Freigemeinden als solcher betrifft, so ist in dieser Beziehung das Verhalten der k. Staatsregierung durch die Anordnungen der 2. Verfassungsbeilage § 3 und 4, dann § 27 genau vorgezeichnet und begrenzt, und es ist deßhalb hierin seit den Verhandlungen im 3. Ausschusse der Kammer der Abgeordneten eine Veränderung nicht eingetreten. Es ist übrigens den Anhängern der Freigemeinden unbenommen, von den Bestimmungen des Gesetzes über Versammlungen und Vereine vom 26. Februar 1850 jederzeit Gebrauch zu machen, und die kgl. Staatsregierung wird diese Staatsangehörigen in dieser Beziehung keiner anderen Beschränkung unterwerfen, als durch die Vorschriften des Gesetzes und die Rücksicht auf Erhaltung der öffentlichen Ordnung durchaus geboten erscheint."

Speyer, 3. April. Der Staatsminister Frhr. v. Pechmann wohnte gestern in Begleitung des Regierungsrathes Frhrn. v. Feilitzsch einer Sitzung des Verwaltungsgerichtshofes in Karlsruhe an, konferirte den Tag über mit dem Vorstande desselben, Herrn Weitzel, dem Chef des Departements des Innern, Herrn Jolly, und andern Herren der Ministerien und des Verwaltungsgerichtshofes. Heute wird er Audienz beim Großherzoge haben, morgen die Irrenanstalt Illenau, dann das Gefängniß in Bruchsal besichtigen, sodann sich in die Pfalz begeben und hiebei die Orte Landau, Speyer, Dürkheim, Kaiserslautern und Zweibrücken berühren. (Pf. Ztg.)

Mainz, 3. April. Nach einer hier eingetroffenen Ordre werden eine Anzahl technischer Truppen aus der hiesigen Besatzung nach Rastatt abgehen, um, wie man glaubt, dort Vorbereitungen zur demnächstigen Aufnahme einer preußischen Besatzung zu treffen. — Von einer Armirung der rheinischen Festungen, die nach einer Nachricht der „Allg. Ztg." angeordnet sein soll, ist, was den hiesigen Platz betrifft, in maßgebenden Kreisen nichts bekannt. In der Theorie hat man die Reform des Armirungsplanes wohl längst in's Auge gefaßt. Die Nachricht mag dadurch entstanden sein, daß ein sehr großer Theil der aus der Zeit vor dem Kriege noch in Rastatt gelagerten preußischen Munitions- und Verpflegsvorräthe hieher übergeführt wurde. Die Veräußerung der von der preußischen Verwaltung nicht übernommenen Magazin-, Kasernen- und Lazareth-Requisiten des ehemaligen Bundes ist jetzt angeordnet worden. (Frkf. Journ.)

Rumpenheim, 2. April. Die Herzogin Adelheid geht der völligen Genesung von ihrer schweren Krankheit rasch und sicher entgegen.

Berlin, 3. April. Die Nachrichten über den Stand der Luxemburger Angelegenheit scheinen auf eine friedlichere Strömung hinzudeuten, trotzdem ein hiesiges Blatt meldet, daß drei Armeekorps ihre Reserven einziehen. — Die Mittheilung, daß die Festung Luxemburg in Kriegszustand gesetzt werde, ist dahin zu berichtigen, daß Luxemburg bereits im vorigen Sommer ganz in der Stille vollständig armirt worden ist, und daß seitdem keine Abrüstung daselbst stattgefunden hat. Dagegen wird aus Mainz gemeldet, daß daselbst die Magazine verproviantirt werden, und ähnliches verlautet von Saarlouis. Man wird deshalb gut thun, den friedlich lautenden Nachrichten kein größeres Gewicht beizulegen, als sie verdienen, nämlich als ein Zeichen des Wunsches nach Erhaltung des Friedens. Daß man in den Tuilerien diesen Wunsch hegt, ist wohl unzweifelhaft, aber man weiß dort sehr wohl, daß man ihn ohne eigene Gefahr nur erreichen kann, wenn Frankreich Luxemburg erwirbt, und selbst damit dürfte man kaum zufrieden sein, denn ein Pariser Korrespondent der „N. Ztg." spricht schon von einer Annexion Belgiens, resp. davon, daß Belgien zu Frankreich in ein ähnliches Verhältniß treten solle, wie es Graf Bismarck im Februar 1865 dem Herzog von Augustenburg zwischen Schleswig-Holstein und Preußen angeboten habe. Unter solchen Umständen kann die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens wohl nicht allzu sehr erstarken. (Volkszeitung.)

Berlin, 3. April. Der Schluß des Reichstages ist auf den 17. d. festgesetzt. — Von der Ersetzung des bisherigen Gouverneurs von Luxemburg (General der Infanterie v. Brauchitsch) durch General v. Göben ist wegen der friedlichen Wendung der Dinge Abstand genommen. — Der hiesige Vertreter und Correspondent der „Frankfurter Zeitung" Holthoff ist heute polizeilich ausgewiesen und sofort vor das Thor begleitet worden. — Die „Börsenzeitung" theilt mit: „Es finden hier unter Mitwirkung des Reichstagsabgeordneten Freiherrn M. C. v. Rothschild Verhandlungen wegen Anlegung einer zweiten Frankfurter Bahnhofs-Verbindungsbahn und gleichzeitig über die Fusionirung sämmtlicher in Frankfurt mündenden Bahnen statt.

Hannover, 1. April. Vor den Schranken unseres Obergerichts hatte sich heute ein zahlreiches Bankierpublikum eingefunden, um der Publikation des Urtheils in der Prozeßsache eines Bankhauses gegen das Generalgouvernement wegen Herausgabe von Werthpapieren beizuwohnen. Das Bankhaus hatte zur Sicherung für ein Darlehen aus der Staatskasse Werthpapiere deponirt, die im Juni v. J. mit andern Werthpapieren auf Befehl König Georgs nach England geschafft wurden. Das Bankhaus bot neuerdings Rückzahlung des Darlehens an und verlangte vom Generalgouvernement Herausgabe der deponirten Papiere und erhob, da diese nicht erfolgte, Klage. Das Obergericht erkannte, daß die Klage begründet sei, auch die Passivlegitimation für beschafft zu erachten, da nach dem Völkerrechte der Eroberer in dergleichen Verpflichtungen seines Vorgängers eintrete, also durch die Einverleibung an dem Rechtsverhältnisse nichts geändert worden sei. Was das Fortschaffen der Papiere nach England angehe, so treffe die frühere Regierung in diesem Punkte kein Verschulden, für welches etwa die jetzige Regierung verantwortlich wäre. König Georg habe recht gehandelt, als er die fraglichen Werthpapiere bei drohender Kriegsgefahr im Juni nach England schaffte. Wenn sonach die Klage für begründet und bewiesen zu halten, so werde sie gleichwohl durch den Einwand des beklagten Gouvernements, daß es sich thatsächlich nicht in der Lage befinde, die fraglichen Papiere wieder herbeizuschaffen, zur Zeit beseitigt, falls nämlich dieser Einwand, was beim Leugnen des Klägers noch erforderlich, durch das Gouvernement bewiesen werde. Zum Beweisverfahren ist Termin im Mai angesetzt. (Wes.-Ztg.)

Triest, 1. April. Mit der Ueberlandpost eingetroffene Berichte melden aus Alexandria vom 27. März, daß die Mission Nubar Pascha's bei der Pforte einen vollständigen Erfolg gehabt habe. Die Haupt-Concessionen, die dem Vicekönig von Aegypten gemacht sind, bestehen in der Befugniß zum selbständigen Abschlusse von Handelsverträgen und in Unabhängigkeit der Rechtspflege. (T. R. d. A. Z.)

Florenz, 4. April. Allgemein ist das Gerücht verbreitet, sämmtliche Minister hätten ihre Entlassung eingereicht. Nach der „Italie" ist noch nichts definitiv beschlossen. — Dasselbe Journal meldet auch die Weigerung der Pforte, Candia abzutreten.

London, 1. April. Unsere „luxemburgische Frage" jenseit des Oceans, in welcher Rußland die Rolle Hollands, die Vereinigten Staaten die Rolle Frankreichs, England die Rolle Preußens spielen, fängt an uns ernstlich zu beunruhigen. Die Erwerbung des russischen Amerika wird als eine Antwort der Unions-Regierung auf die Conföderation der britisch-nordamerikanischen Provinzen angesehen, als die Einleitung eines Planes, den werdenden Staatenbund zu ersticken, ihm die Communikation mit dem stillen Meere abzuschneiden, vielleicht die einzigen Provinzen der Westküste, Britisch-Columbia und die Vancouvers-Insel, von ihm abzulösen. Man fragt sich weiterhin, was denn im Grunde Rußlands Absicht sei, dem es doch nicht um die bloßen sieben Millionen Dollars zu thun sein kann; und man verweist auf den dem Congresse vorliegenden Gesetzantrag, durch welchen der Verkauf von Kriegsschiffen und Kriegs-Material an fremde kriegführende Mächte, die mit den Vereinigten Staaten im Frieden leben, legalisirt oder mit anderen Worten, die Ausrüstung einer beliebigen Anzahl von Alabamas und Shenandoahs gestattet werden soll. Der Globe ist der Ansicht, diese Maßregel sei von dem russischen Gesandten in Washington inspirirt worden. Rußland sehe einem europäischen Kriege entgegen; und da seine eigene Flotte in der Ostsee und im Schwarzen Meere eingeschlossen werden könne, wünsche es die Unterstützung amerikanischer Kreuzerschiffe, um den Handel Englands oder anderer Mächte, welche sich den russischen Anschlägen gegen die Türkei widersetzen würden, zu vernichten, wünsche es, sich ferner in Amerika einen stets offenen Ankaufsmarkt für Kriegsschiffe zu eigenem Gebrauche vorzubereiten. In diese Plane gehöre auch die Abtretung von Russisch-Nordamerika, der Preis, um den Rußland die Hülfe der Vereinigten Staaten erkaufe. Vielleicht hätten sich die Amerikaner auch ein Erbstück aus dem Nachlasse des „kranken Mannes" ausbedungen, etwa die Insel Cyprus, um dort eine europäische Flottenstation zu haben. (Köln. Z.)

Petersburg, 28. März. Die Gesetzessammlung publizirt folgenden kaiserlichen Ukas bezüglich Polens: „Nachdem wir in verschiedenen Zweigen der bürgerlichen Organisation und in verschiedenen Institutionen die Reformen unternommen, welche dem allgemeinen Nutzen des Landes und dem Wohle der Bevölkerung in unserem Königreiche Polen entsprechen, haben wir es für zweckmäßig erachtet, bis zur engeren Verschmelzung des Verwaltungsmodus in demselben mit dem des Reiches die Führung und endgültige Durchsicht der legislatorischen Angelegenheiten in der unter unserer unmittelbaren Leitung stehenden eigenen Kanzlei für die Angelegenheiten des Königreichs Polen zu vereinigen und dieselben der Kompetenz des in Warschau errichteten Staatsrathes des Königreichs zu entziehen. In Erwägung, daß die dem erwähnten Rathe verbliebene Obliegenheit, die jährlichen Einnahme- und Ausgabe-Budgets der Verwaltungen des Königreichs zu prüfen, mit der für das laufende Jahr erfolgten Einschließung derselben in das allgemeine Reichsbudget nunmehr auch

fortfällt und somit das Fortbestehen des bezeichneten Rathes überflüssig wird, befehlen wir auf Grund einer im Komite für die Angelegenheiten des Königreichs Polen durchgesehenen Vorstellung unseres Statthalters im Königreiche Folgendes: 1) Der Staatsrath des Königreichs Polen wird aufgehoben. 2) Ebenso wird die bei demselben bestehende Kanzlei aufgehoben. 3) Die Geschäfte über Adelssachen und Ehrentitel, welche noch der Kompetenz des aufgehobenen Staatsrathes unterlegen haben, sind dem Heroldie-Departement des dirigirenden Senats zu übergeben. Der Geschäftsgang für dergleichen Angelegenheiten wird durch eine besondere Verordnung festgesetzt werden. 4) Die Prozesse über Verbrechen, welche die von uns ernannten Beamten des Königreichs Polen im Dienste verübt haben, sind fortan nach dem allgemeinen im Reiche bestehenden Modus für derartige Prozesse zu führen und zu entscheiden. 5) Die Revision der Rechenschaftsberichte der noch im Königreiche verbleibenden Centralinstitutionen ist bis zu deren definitiver Aufhebung dem Organisationskomite im Königreiche zu übertragen, welches auch aus diesen einzelnen Berichten den allgemeinen Bericht zusammenstellen wird. 6) Den Mitgliedern des Staatsraths und den Beamten der Kanzlei, die aus dem Etat treten, verbleiben die Rechte, welche denselben bei einer solchen Entlastung laut des Reglements über den Civildienst im Königreiche zustehen. 7) Die Anordnungen zur Inkraftsetzung dieses unseres Ediktes, welches unverzüglich in das Gesetzbuch einzutragen ist, werden unser Statthalter und das Organisationskomite im Königreiche treffen. Der dirigirende Senat wird nicht unterlassen, die zur Inkraftsetzung dieses unseres Ediktes nöthigen Maßregeln zu ergreifen." Das Original ist eigenhändig vom Kaiser unterzeichnet.

Warschau, 2. April. Die neuesten Nachrichten aus Petersburg melden, daß der Kaiser im Mai hierher kommt. Von hier wird derselbe nach Berlin reisen, um dann, wie es heißt, mit König Wilhelm die Ausstellung in Paris zu besuchen. (Tel. d. Post.)

New-York, 28. März. Das französische Postpaketboot „Europe," welches am 16. März von Brest abgegangen war, ist heute angekommen. Der Senat hat die Ernennung des Generals Blair als Gesandten der Vereinigten Staaten in Wien verworfen. — Laut Nachrichten aus Habana machten die Agenten des Kaisers Maximilian in diesem Land Anwerbungen für den kaiserlichen Dienst. — Man meldet aus Veracruz, daß die Dissidenten den Aquädukt von Querétaro abgeschnitten haben. — Es bildet sich in New-Orleans ein Polizeicorps, welches ohne Unterschied aus Schwarzen und Weißen zusammengesetzt wird.

Neußeres.

Berlin, 4. April. Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht die Verordnung vom 31. März über die Aufnahme einer $4\frac{1}{2}$prozentigen Anleihe in Gemäßheit des Gesetzes vom 28. Sept. 1866 zur Deckung des Geldbedarfs der Militärverwaltung auf Bericht des Finanzministers vom 5. März. Motiv ist die Wiederbeschaffung der im letztjährigen Krieg verbrauchten Waffen, Munition u. s. w. Die Anleihe beträgt 30 Millionen Thaler. — Die Conferenzen der Bundeskommission beginnen in nächster Woche wieder behufs Vereinbarung gegenüber den Aenderungen am Verfassungsentwurf durch den Reichstag. — Wie die „Kreuzzeitung" erfährt, wird eine allgemeine Münz-, Maß- und Gewichtsreform im Nordbunde beabsichtigt, weßhalb die deßfallsigen Aenderungen in den neuen Landestheilen jetzt unterbleiben.

Wien, 4. April. Die Wiener „Abendpost" versichert gegenüber den Angaben, welche den Stand der handelspolitischen Verhandlungen zwischen Oesterreich und Italien als ungünstig bezeichnen: es sey kein Grund vorhanden, die Hoffnung auf einen günstigen Abschluß auszuschließen oder herabzustimmen. Die Wiener „Abendpost" bestätigt außerdem die Nachricht, daß der König der Niederlande die Abtretung Luxemburgs aufgegeben habe.

Pesth, 4. April. Das „Amtsblatt" veröffentlicht eine Regierungs-Verordnung über das Verfahren bei Gefälls-Uebertretungen. — „Hirnök" meldet: Gestern Abends habe in Krönungs-Angelegenheiten eine Konferenz stattgefunden, an welcher der Primas, die Landes-Würdenträger und mehrere Minister theilnahmen. Demselben Blatte zufolge wird für den Krönungszug an die Stelle der bei Mohacz verloren gegangenen letzten ungarischen Landesfahne eine neue hergestellt werden.

Triest, 4. April. Die französische Fregatte „Ladrome" ist mit 1151 mexikanischen Freiwilligen von Veracruz in Lissa eingelaufen.

Bukarest, 4. April. Die Kammer hat die vom Fürsten Cusa an Staniforth und Barclay ertheilte Concession zum Baue einer Eisenbahn von Giurgevo nach Bukurest mit diversen Modifikationen angenommen.

Petersburg, 3. April. Es ist die Gründung einer Privatgesellschaft hier und in Moskau im Werke, welche sich die Versorgung der Verwundeten in Kriegszeiten zur Aufgabe macht. Die Thätigkeit der Gesellschaft erstreckt sich über ganz Rußland.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. 8. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$65\frac{1}{2}$ P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$60\frac{5}{8}$—$\frac{1}{2}$ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$53\frac{1}{8}$ P.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$39\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$100\frac{1}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$94\frac{3}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$95\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$90\frac{1}{4}$ G
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	91 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$94\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	96 P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$85\frac{3}{4}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$92\frac{7}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$95\frac{3}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$89\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$84\frac{1}{2}$ G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	84 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
„	6pCt. ditto r. 1882 „	78—$\frac{1}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$129\frac{1}{2}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	659 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	166 P. 165 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90\frac{1}{2}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	202—203 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	334 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	155 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$110\frac{1}{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	—
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$246\frac{1}{2}$ P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$44\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$116\frac{3}{4}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	$116\frac{3}{8}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{5}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{1}{2}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{8}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{4}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{2}$ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$91\frac{1}{4}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$91\frac{1}{8}$ G.
Discouto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$66\frac{7}{8}$—$\frac{5}{8}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	118 P.
„ do. v. 1864	$72\frac{3}{4}$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	98 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$9\frac{7}{8}$ P.
Badische fl. 35	$52\frac{1}{2}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54\frac{3}{8}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{5}{8}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	73 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$28\frac{1}{4}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 5. April. Die Börse befindet sich eben in sehr sensitiver und argwöhnischer Stimmung. Daher ward auch die Ausschreibung des neuen preußischen 30 Millionen-Anleihens mit mißtrauischen Blicken angesehen. Obwohl man weiß, daß dies Anleihen nur eine Quote der schon im vorigen Herbst von den Ständen bewilligten 60 Millionen ist, welche gleichsam für den vorjährigen Krieg schon fällig geworden sind, so findet man doch den Zeitpunkt der Ausschreibung etwas ominös, um nicht zu sagen tendenziös gewählt. Dieser nicht sehr vortheilhafte Eindruck wurde jedoch paralysirt durch die übrigen, heute alle friedlichen Depeschen, und so kam es, daß man zwar zu etwas niedrigen Coursen, als gestern, aber dennoch im Ganzen in fester Stimmung, verkehrte. Amerikaner folgten in ihrem Cours nur mäßig dem von Newyork gegebenen günstigen Impulse. Süddeutsche ziemlich unverändert. Von Eisenbahnen Bexbacher höher. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 97-98. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 8. April 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 5. April. Se. Majestät der König hat den Bezirksgerichtsschreiber extra statum, W. Weiß zu Memmingen, wegen nachgewiesener Krankheit für die Dauer eines Jahres in den nachgesuchten Ruhestand versetzt; auf die erledigte Rechnungsführersstelle bei der Gefangenanstalt Lichtenau den funkt. Aktuar bei dem Zuchthause Kaisheim, Fr. Krafft, in prov. Eigenschaft ernannt; auf die erledigte Stelle eines Rentbeamten von Zweibrücken den Rechnungskommissär der kgl. Regierungsfinanzkammer der Pfalz, K. Bouda, dessen Bitte willfahrend, befördert und die Stelle eines Rechnungskommissärs der kgl. Regierungsfinanzkammer der Pfalz dem funkt. Rechnungsrevisor der genannten Regierungsfinanzkammer, H. Pfirrmann, in prov. Eigenschaft verliehen.

Der kgl. Forstamtsaktuar Ch. Helmes zu Josheim wurde seinem Ansuchen entsprechend in gleicher Diensteseigenschaft an das kgl. Forstamt Laurenzi in Nürnberg versetzt und an dessen Stelle der Forstgehilfe Franz Krapf zu Frammersbach, Forstamts Lohr, zum Aktuar am kgl. Forstamte Josheim ernannt. Der kgl. Forstgehilfe J. Hörmann zu Eyenricht wurde zum Aktuar am kgl. Forstamte Weiden ernannt.

Die Stelle eines Bezirksarztes 2. Kl. zu Scheßlitz ist in Erledigung gekommen. Bewerber um dieselbe haben ihr Gesuch binnen 14 Tagen bei der ihnen vorgesetzten kgl. Regierung, K. d. J., einzureichen.

Die kath. Pfarrei Ardzhausen, kgl. Bezirksamts Aichach, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 2096 fl. $12\frac{1}{2}$ kr., die kath. Pfarrei Kösching, kgl. Bezirksamts Ingolstadt, mit einem solchen von 2057 fl. $15\frac{1}{8}$ kr., die kath. Pfarrei St. Zeno, kgl. Bezirksamts Berchtesgaden, mit einem desgleichen von 875 fl. 57 kr. in Erledigung gekommen.

Se. Maj. der König hat den bisherigen Konsul in Gibraltar, Kaufmann G. Bortmann, auf dessen Ansuchen unter wohlgefälliger Anerkennung der von ihm bisher geleisteten ersprießlichen Dienste dieser Stelle enthoben; dem kgl. Hofkaplan und Ehrenkanonikus an dem Kollegiatstifte Sct. Cajetan zu München, Priester J. G. Münz, den Titel und Rang eines geistlichen Raths kostenfrei verliehen; den Gymnasialprofessor in Speyer, Priester Dr. F. Janner, in prov. Eigenschaft zum Professor der Kirchengeschichte, der christlichen Archäologie und der Geschichte der christlichen Kunst in der theologischen Sektion des Lyceums in Regensburg ernannt; dem Postexpeditor Th. Huber in Dillingen den Titel und Rang eines kgl. Postverwalters verliehen.

München, 6. April. Seitens des kgl. Staatsministeriums des Innern wurde eine Revision der Arznei-Taxen vorgenommen und werden die desfallsigen Bestimmungen demnächst im Regierungsblatte veröffentlicht werden. (Bayer. Ztg.)

München, 5. April. Durch Ministerialentschließung vom 24. Oktober 1864 wurde bekanntlich festgesetzt, daß die für die Studirenden an den drei Landesuniversitäten, für Mediziner in der Ausbildungspraxis und für Rechtspraktikanten in der Vorbereitungspraxis bestimmten allgemeinen Stipendien allmälig von je 100 fl. auf 200 fl. erhöht werden sollen. Nachdem nun im Studienjahre 1866/67 bereits 16 von den für die bezeichneten Kategorien bestimmten 70 Stipendien in dem erhöhten Betrage von 200 fl. verliehen werden konnten, und durch das Anwachsen des Stiftungsfonds eine weitere successive Vermehrung der Zahl der erhöhten Stipendien in sicherer Aussicht steht, hat das kgl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten mittelst Entschließung vom 29. März l. J. die kgl. Kreisregierungen, K. d. J., und die Senate der drei Landesuniversitäten beauftragt, bei der jährlichen Begutachtung der Stipendiengesuche fortan jene Bewerber besonders hervorzuheben, die der Verleihung erhöhter Stipendien vorzüglich würdig und dürftig erscheinen. Hiebei sind namentlich diejenigen Bewerber, die sich bereits in einem höheren Stadium der Ausbildung befinden, zu berücksichtigen und sollen daher vorläufig, bis die Erhöhung der allgemeinen Stipendien vollständig durchgeführt sein wird, für Stipendien zu 200 fl. nur vorgeschlagen werden: a) Rechtspraktikanten in der Vorbereitungspraxis, welche die theoretische Prüfung der Rechtskandidaten mit Auszeichnung bestanden haben und deßhalb von der Prüfungskommission in der bisher üblichen Weise zur Verleihung von Stipendien besonders empfohlen werden; b) Mediziner, welche in die Ausbildungspraxis übertreten und die Fakultätsprüfung mit der I. Note bestanden haben; c) Studirende aller Fakultäten in den letzten Jahren des Universitäts-Studiums, wenn sie durch vorzügliche Qualifikation vor andern Bewerbern sich auszeichnen, so insbesondere Kandidaten der Medizin, welche die Prüfung aus den naturwissenschaftlichen Fächern mit der I. Note bestanden haben. Schließlich werden den Senaten der drei Landesuniversitäten noch besondere Vorschriften gegeben, wodurch die Zahl der für die allgemeinen und erhöhten Stipendien vorzuschlagenden Bewerber, sowie die Art der Prüfung und Würdigung der einzelnen Stipendiengesuche genauer normirt wird. (Cult. M. Bl. Nr. 7.)

München, 5. April. Die jüngsten Nachrichten aus Rom reichen bis zum 31. März. Sie bestätigen, daß Se. Maj. der König Ludwig I. fortwährend sich eines ausgezeichneten Wohlseins erfreut. Ueberall war Se. Maj. zu sehen in Begleitung seines Enkels, des Prinzen Otto, den er mit großväterlicher Liebe in die Schätze des alten und neuen Rom einführte. Prinz Otto hatte am 30. März einen Ausflug nach Neapel und Pompeji unternommen und wollte am 10. April wieder in Rom zurück sein. Wie bis jetzt verlautet, wird König Ludwig I. Rom am 1. Mai verlassen und am 13. Abends wieder in München eintreffen, Prinz Otto noch längere Zeit in Rom verweilen und nach der Abreise seines durchlauchtigsten Großvaters in dessen Besitzthum, den Giardino di Malta, übersiedeln, das Se. Maj. dem Enkel zur Benützung eingeräumt hat. Das freundliche und bescheidene Auftreten des Prinzen Otto erobert ihm alle Herzen. (Bayer. Ztg.)

München, 4. April. Es sind bei dem Staatsministerium des Aeußern Nachrichten eingelaufen, welche beweisen, daß Graf Bismarck keineswegs vor hat, sich blos mit Reden und Interpellationen zu begnügen. Ganz energische Depeschen sind dieser Tage von Berlin nach Paris abgegangen, welche die Abschließung des Verkaufes von Luxemburg als casus belli erklären. Bismark würde, wenn es nöthig wäre, der Drohung auch bald die That folgen lassen und Bayern würde ihn jedenfalls unterstützen. (A. A.)

München, 5. April. Von mehreren der hier verweilenden Abgeordneten der II. Kammer ist betreffs der Frage der Abtretung des Großherzogthums Luxemburg eine Erklärung an Seine Durchlaucht den Minister des Auswärtigen Fürsten von Hohenlohe vorbereitet und sind sämmtliche Mitglieder des Landtags zur Mitunterzeichnung eingeladen, so daß in allernächster Zeit das betreffende Schriftstück an den genannten k. Staatsminister gelangen dürfte. Aus dem Inhalte desselben entnehmen wir Folgendes: „Durch die Verhandlungen des Königs von Holland mit Frankreich sei Deutschland plötzlich mit dem Verlust eines alten deutschen Landes bedroht. Der Verlust desselben wäre ein Verlust an Deutschlands Ehre, wenn das Schicksal einer deutschen Bevölkerung durch Verkauf an das Ausland entschieden werden sollte. Das deutsche Volk habe ein Recht, von seinen Regierungen zu verlangen, daß die Deutschen geschützt werden, wenn, sei es von welcher Seite immer, Gefahr drohe. Sei auch in erster Linie in dieser Frage Preußen berufen, die ihm vertragsmäßig zustehenden Rechte auf Luxemburg zu wahren, so habe doch auch Bayern Pflichten gegen Deutschland zu erfüllen. Sie — die Unterzeichner des Schriftstücks — würden es als erste Frucht des Allianzvertrages v. 22. August 1866 begrüßen, wenn Bayern keinen Zweifel darüber bestehen lasse, daß es mit allen seinen Kräften für das bedrohte Land einstehen werde, und sie wollten dies auszusprechen um so weniger unterlassen, als sie hiemit die Versicherung verbinden können, daß sie in der bayerischen Volksvertretung jede Anforderung künftig unterstützen werden, welche eine energische Politik zum Schutze Deutschlands erheischen werde."

München, 5. April. Ich kann Sie ganz bestimmt versichern, daß Herr v. Bomhard demnächst definitiv von seinem Posten zurücktritt. Ich konstatire lediglich eine Thatsache, wenn ich Ihnen mittheile, daß heute mit viel Sicherheit von dem Abg. Dr. M. Barth als Nachfolger des Hrn. v. Bomhard gesprochen wird. (A.Abdz.)

Berlin, 4. April. Die national-liberale Fraktion war gestern Abend über die Frage, ob die Friedensstärke der Armee in der Verfassung festgestellt werden soll, getheilt; in diesem Punkte werden vielleicht verschiedene Anträge aus der Fraktion eingebracht werden; wegen der Budget-Frage hofft man sich zu einigen, die Berathung wird heute früh fortgesetzt.

In der Sitzung am 3. April ist der Reichstag an einen wichtigen Abschnitt: **Bundeskriegswesen** gelangt. Die Debatte gewann sofort ein hohes Interesse. Der „Köln. Ztg." wird darüber telegraphirt: „**Moltke** spricht für den Entwurf: Die volkswirthschaftlichen Einwände gegen den dreijährigen Dienst wären unerheblich, die Armee sei eine Schule für das Volk. Eine Herabsetzung des Präsenzstandes sei allerdings finanziell wünschenswerth, allein lediglich abhängig von politischer und militärischer Rücksicht. Blicken wir um uns, überall sehen wir Rüstungen über alle Maßen; warum? Wir wissen es, wir bedrohen Niemanden, wir wollen unsere Arbeiten im Innern ordnen. Ich bleibe bei der militärischen Seite. Diese gestattet nicht Herabsetzung. Bedenken Sie, daß der Kriegsminister im letzten Kriege noch zwei Armeekorps geschaffen hat. Nach Königgrätz waren wir stärker als zuvor, wir verfügten über 664,000 Mann im Frieden, wir machten 50,000 Gefangene und hatten nur 3000 Vermißte. Wir haben auf 50 Mann Einen Offizier, und wir verloren auf 20 Mann Einen Offizier. Die finanzielle Noth legte Oesterreich ein System auf, welches die Ordnung lockerte, weil es den gemeinen Mann höchstens $1\frac{1}{2}$ Jahre dienen ließ. Bei uns war und blieb ein System innigster Zusammengehörigkeit zwischen den Leuten und den Führern; dies ist unerreichbar bei 2jähr. Dienstzeit. (Bravo.) Rée und v. Münchhausen dagegen. Vincke (Olbendorf) dafür. **Vogel v. Falkenstein**: Wenn der Krieg ausbricht, verlangen Sie Sieg. Wenn wir siegen sollen, müssen wir dreijährige Dienstzeit haben. Sie wissen nicht, mit welcher Lust man in den Krieg zieht, wenn man tüchtige Truppen unter sich hat. Man wird selbst zu Abenteuern hingezogen. Mit dem Hausbau hier ist es doch noch nicht abgemacht; man muß das Haus doch auch vertheidigen können. Wenn Sie das Werk befestigen, vertheidigen, krönen wollen zum Segen für Kinder und Kindeskinder, dann schaffen Sie eine kriegstüchtige Armee. Dies lege ich Ihnen an's Herz. Krüger (Hadersleben) spricht gegen und will die Aushebung in Nordschleswig bis nach erfolgter Abstimmung vertagt wissen. Graf Bismarck: Schleswig-Holstein ist jetzt integrirender Theil Preußens, daher keine Ausnahmestellung zulässig. Jeder Einwohner muß die Gesetze respektiren und die Folgen des Gegentheils tragen. Machen Sie von dem Auswanderungsrechte bis zum Jahre 1870 Gebrauch, so sind und bleiben Sie Dänen. Wulf (Lauenburg) erklärt den Krüger'schen Protest für unberechtigt; die Lauenburger seien noch nicht ausgewandert; sie erkennen den König von Preußen als ihren rechtmäßigen Herrn an und werden sich den Pflichten nicht entziehen. Bockum-Dolffs gegen."

Die „Berl. Börsenz." berichtet von einer Unterredung des französ. Botschafters **Benedetti** mit **Bismarck**, worin letzterer die refusirende Haltung Preußens in der Luxemburgfrage zwar bestätigte, dem französischen Botschafter aber gleichzeitig beruhigende Erklärungen abgab, welche die schwebende Frage eines akuten Charakters vollständig entkleiden. Benedetti habe gleichzeitig erneut die Hoffnung ausgesprochen, daß Preußens König die Industrieausstellung besuchen werde; persönliche Rücksprache werde bestehende Differenzen am wirksamsten schlichten. — In den Arbeiten des **Reichstags** ist eine Pause von einem Tag (Donnerstag) eingetreten. Die weitere Zeiteintheilung ist nach der „Z. f. Nordd." wie folgt getroffen: Freitag und Samstag findet die Spezialdebatte über Abschnitt 11 (Bundeskriegswesen) statt; für die General- und Spezialdiskussion über die Abschnitte 12 (Bundesfinanzen), 13 (Schlichtung von Streitigkeiten und Strafbestimmungen) und 14 (Verhältniß zu den **süddeutschen Staaten**), sind die Sitzungen am Montag, Dienstag und Mittwoch nächster Woche in Aussicht genommen; es findet dann eine Pause bis Montag den 15. April statt, an welchem Tage die Schlußberathung beginnen soll. Dieselbe dürfte bis Mittwoch den 17. währen, und dann könnte an demselben Tage die Session des Reichstags geschlossen werden. — In der Sitzung am 3. erregten die Reden der Generale v. Moltke und v. Falkenstein ein vorzügliches Interesse. Moltke wie Falkenstein (schreibt man dem „Frkf. J.") sprachen beide sehr gut; Ersterer tief durchdacht, klar, gefällig in der Form; Falkenstein ächt soldatisch, ganz so, wie er ist, wenn er vor der Front steht, und ins Feld rücken will.

Berlin, 5. April. Der „Nordd. Allg. Ztg." zufolge steht die Einberufung des preußischen Landtags behufs Beschlußfassung über die Bundesverfassung ziemlich bestimmt für den Monat Mai in Aussicht. Das Sitzungslokal des Abgeordnetenhauses ist noch unbekannt, da bis dahin die im bisherigen Lokal desselben vorgenommenen baulichen Veränderungen noch nicht beendet sein dürften. — Dasselbe Blatt bringt auch Mittheilungen über die Frankfurter Stadtverfassung. Einzelne Punkte der preußischen Städteverordnung sind nach den Wünschen Frankfurts und nach Anhören dortiger Vertrauensmänner modifizirt worden. Der Erwerb des Bürgerrechts soll vom Hausbesitz oder vom selbständigen Gewerbebetrieb mit wenigstens 2 Gesellen, oder von einem Jahreseinkommen von 700 Gulden abhängig sein. Den ersten Bürgermeister ernennt der König, wenn von zwei präsentirten Kandidaten keiner geeignet gefunden wird.

Berlin, 5. April. Der Reichstag hat in seiner heutigen Sitzung Art. 53 und 54 der Verfassung nach der Regierungsvorlage angenommen. Der Antrag des Abg. Ahlemann auf Suspension der Wehrpflicht in Nordschleswig während der im Wiener Frieden stipulirten Auswanderungsfrist wurde von dem Bundeskommissär General Podbielski energisch zurückgewiesen. Art. 55 wurde mit Amendements angenommen, welche eine 12jährige Kriegsdienstpflicht spezialisiren und das Verhältniß der Auswanderung von Reservepflichtigen regeln. Zu Art. 56 wurde ein Amendement des Abg. v. Forkenbeck angenommen, welches ein fünfjähriges Interimistikum festsetzt. Der Bundeskommissär v. Roon erklärt dasselbe für unzulässig.

Bezüglich der **Luxemburgischen** Angelegenheit heißt es in der „Weserzeitung": „Wird und kann Preußen sich damit zufrieden geben, daß die luxemburgische Frage wieder auf den Status quo ante zurückgeführt wird? Wir sind nicht der Ansicht. Das Intermezzo, dem wir soeben beigewohnt haben, muß uns zur Anregung dienen, die luxemburgische Angelegenheit unverweilt zum Austrag zu bringen. Es kann nicht in unserem Interesse liegen, unseren offenen und heimlichen Feinden Zeit zu lassen, ihre Heere zu reorganisiren und den Compensationskrieg, wenn es ihnen beliebt, ins Werk zu setzen. Die Vertreter Preußens bei den deutschen Regierungen und bei den Mitunterzeichnern der Verträge von 1839, also die preußischen Gesandten in Wien, Petersburg, London und Brüssel, sind, wie bereits gemeldet, beauftragt worden, die Intentionen der betreffenden Regierungen in Bezug auf Luxemburg zum Gegenstande der diplomatischen Erörterungen zu machen. Wir sind der Meinung, diesen Schritten liegen die oben bezeichneten Motive zum Grunde."

Flensburg, 4. April. Zu morgen werden Eidesverweigerer aus Nordschleswig hier erwartet und laut höheren Befehls in den aktiven Dienst eingestellt; die hiesigen Renitenten werden morgen nochmals zur Eidesleistung aufgefordert werden.

Luxemburg, 2. April. Ein gewisser Baron v. Voigne weilt bereits mehrere Tage in Luxemburg. Derselbe bekleidete früher eine Stelle im französischen Ministerium des Innern, war später Verwalter der Eisenbahn Wilhelm-Luxemburg und wurde in letzter Zeit von der französischen Regierung mit verschiedenen geheimen Missionen betraut. Er hat sich bereits mit mehreren einflußreichen Persönlichkeiten in Verbindung gesetzt, um zu berathen, wie die materiellen Interessen des Landes bei der Abtretung am besten gewahrt werden könnten. Selbst mit Regierungsmitgliedern hatte er Privatkonferenzen. Seine Mission ist eine offizielle. Dies geht hervor aus einem Schreiben des französischen Ministers v. Lavalette, welches er bei sich führt und schon mehrfach an verschiedenen Orten vorgezeigt hat. Er sucht geflissentlich überall den Irrthum zu verbreiten, als sei die Cession Luxemburgs bereits eine vollendete und unwiderrufliche Thatsache. Dieses Mittelchen, welches seit vierzehn Tagen von allen in- und ausländischen Agenten Frankreichs benutzt wird, hat zum Zwecke, die Entmuthigung immer größer zu machen und auf diese Weise jede nationale Demonstration im Keime zu ersticken. (Trier'sche Ztg.)

Aus dem Haag, 5. April. Auf die Interpellation Thorbecke's erklärte in heutiger Sitzung der 2. Kammer der Minister des Auswärtigen, Graf v. Zuylen, daß das Interesse Holland's die Abtretung Luxemburg's erfordere, daß aber der von Frankreich gebotene Preis zu gering sei! Die niederländische Regierung habe sich mit der luxemburgischen Frage nur wegen der Connexität der letzteren mit Limburg beschäftigt, durch das Anerbieten ihrer guten Dienste jedoch constatiren wollen, daß sie durchaus keine Verantwortlichkeit in der Sache habe. Nachdem durch die Erklärung des Grafen Bismarck die limburgische Frage erledigt sei, werde die niederländische Regierung sich nicht ferner in die Sache mischen.

Haag, 5. April. Anläßlich der Thorbecke'schen Interpellation erklärte der Minister des Aeußern: Auf eine an ihn gerichtete Anfrage ermächtigte mich Graf Bismarck zur Erklärung: die preußische Regierung betrachte jedes Band zwischen Deutschland und Limburg als gelöst und sei geneigt, dies durch einen förmlichen Akt zu konstatiren, obgleich sie nach den im Reichstage darüber gemachten Mittheilungen und abgegebenen Erklärungen eine derartige Konstatirung für überflüssig erachte.

Wien, 2. April. Nach den bisher getroffenen Dispositionen wird der Kaiser bis zum 6. d. in Pesth verbleiben. Frhr. v. Beust soll jedoch, wie die „Presse" hört, wieder in Wien eintreffen. — Bekanntlich wurde Ernst Kiß, der zur Zeit des ungarischen Aufstandes als Oberst das ?. Husarenregiment befehligte, und dann als General ein Kommando in der Insurrektionsarmee übernahm, mit noch dreizehn andern Generalen im Oktober 1849 zu Arad kriegsrechtlich erschossen. Durch einen kaiserlichen Gnadenakt nun ist das gesammte gleichzeitig konfiszirte Vermögen des Verurtheilten (eine

Google

Summe von 4½ Mill. Gulden repräsentirend) seinen Erben (Seitenverwandten, Kiß war nicht verheirathet) ausgefolgt. — FML. Graf Coudrecourt, der augenblicklich nach seiner im Wege der Gnade abgekürzten Haft sich in Frankreich befindet, ist entschlossen, seine Charge niederzulegen. — Hiesige Blätter klagen über die maßlos zunehmende Theuerung der nothwendigsten Lebensmittel in Wien, womit die Steigerung der Erwerbsfähigkeit nicht gleichen Schritt halten könne. Die Preise der Lebensmittel sind, wie die „N. Fr. Pr" versichert, seit dem vorigen Jahre um mehr als 50 pCt. gestiegen.

Agram, 2. April. Das Amtsblatt dementirt heute die Nachricht von der Einverleibung Fiumes und sagt, daß der croatischen Hofkanzlei davon nichts bekannt sei. (N. fr. Pr.)

Schweiz. Die in Folge der Verträge zwischen Preußen einer- und Baden, Württemberg und Bayern andererseits an die Grenze der Schweiz vorgerückte Militärhoheit Preußens erscheint dem Bundesrathe wichtig genug, um eine Revision des Artikels 32 des Eisenbahnvertrages zwischen der Schweiz und Baden vom 17. Juli 1852 anzustreben. Dieser Artikel lautet: Die Eisenbahn von Haltingen nach dem Bodensee kann zum Transporte von deutschen Bundestruppen von badischem Gebiete über schweizerisches Territorium nach badischem Gebiete, sowie von eidgenössischen Truppen von schweizerischem Gebiete über badisches Territorium nach schweizerischem Gebiete jeweils unter folgenden Bestimmungen benützt werden: Die Anzeige muß in der Regel 24 Stunden, in dringenden Fällen mindestens 6 Stunden zuvor erfolgen. Die betreffenden Bahnzüge dürfen auf fremdem Gebiete nirgends anhalten und nicht mehr als per Zug 1000 Mann oder eine Batterie mit einer Kompagnie Bedeckung befördern. Die Truppen haben das fremde Gebiet mit ungeladenem Gewehre, abgelegter Munition, ohne aufgepflanztes Bajonnet, fliegende Fahne und klingendes Spiel zu passiren. Einzelne Militärs und Abtheilungen von nicht mehr als 30 Mann können mit jedem Zuge ohne weitere Anzeige befördert werden. Der Transport von Truppen kann untersagt werden, wenn dadurch die Neutralität der Schweiz oder des Großherzogthums Baden gefährdet würde. Dieser letztere Fall scheint nach Ansicht des Bundesrathes nun nach Uebergang der Militärhoheit von Baden an Preußen für die Schweiz eingetreten zu sein. Mit dem Baue der Kinzigthalbahn von Singen ab verliert vielleicht die ganze Frage für Baden ihren Werth. — Der Große Rath von Zürich hat nicht nur den Regierungsräthen, sondern auch den Oberrichtern 1500 Frks. Gehaltszulage gesprochen. — Die oppositionelle Presse spricht von einem Verfassungsrathe, um die früher erwähnten Volkswünsche und Reformen in's Leben zu rufen. Die Bank kann nun nicht wohl mehr streitig gemacht werden, seit St. Gallen ohne alles Staatsvermögen eine solche beschlossen hat. — Das bisher blühendste Geldinstitut in Zürich, die Kreditanstalt, hat gewaltige Verluste gemacht und noch in Aussicht, so daß die Aktien rasch von Fr. 570 auf pari sanken. Alle seine Kapitalien und noch viele fremde dazu hat es in Werthpapieren und in Grundbesitz angelegt.

Paris, 3. April. Der (bereits erwähnte) Artikel des „Constitutionnel", welcher so viel Aufsehen macht, lautet vollständig: „Wir wissen nicht, ob Unterhandlungen in Betreff der Cession Luxemburgs an Frankreich eröffnet worden sind. Wir wissen daher noch viel weniger, ob diese Cession eine vollendete Thatsache geworden ist. Unter allen Umständen würde uns ein Gefühl patriotischer Zurückhaltung verhindert haben, zuerst eine Frage dieser Art zu berühren. Wir haben deshalb still geschwiegen, so lange die luxemburger Frage nur von der Presse besprochen wurde; heute, wo sie vor das „Nordparlament" gebracht ward, können wir uns einiger Betrachtungen nicht enthalten, welche die Frage nicht im voraus beurtheilen, die uns aber von der Rede des Hrn. v. Bennigsen und der Antwort des Grafen Bismarck eingeflößt wurden. Welches Recht wir auch haben, auf das bestimmteste manche Behauptungen des Hrn. v. Bennigsen zu bestreiten, die übrigens durch die Worte des Grafen Bismarck hinlänglich widerlegt worden, so lassen wir doch der relativen Mäßigung seiner Sprache volle Gerechtigkeit widerfahren und können uns nur dem Gedanken des Redners anschließen, wenn er sagt, daß die beiden Nationen, die deutsche und französische, neben einander in Frieden leben und aufblühen können, und daß ein Krieg zwischen ihnen voll Unheil sein würde. Wir können ihm zu gleicher Zeit versichern, daß Frankreich nicht im geringsten daran denkt, die Interessen Deutschlands zu bedrohen oder seiner Ehre zu nahe zu treten, daß es keine kriegerische Tendenz, sondern nur ein tiefes Gefühl dessen hat, was gerecht und recht ist. Es wäre aber nun nicht recht und gerecht, aus den Verträgen, welche Preußen mit eigener Hand zerriß, das herauszuwählen, was ihm nützlich und angenehm erscheint, und es ohne wirklichen Beweggrund seinen Nachbarn entgegenzustellen. Es wäre nicht gerecht, nachdem es, ohne Hinderniß so große Eroberungen gemacht, mit eifersüchtigem Auge die geringsten Vergrößerungen zu überwachen, welche seine Nachbarn nicht im Interesse ihres Ehrgeizes, sondern in dem ihrer Sicherheit zu wünschen im Verdachte stehen können. Es gibt Dinge, denen Preußen in jedem Falle Rechnung tragen muß; nämlich einerseits der natürlichen Aufregung, welche die durch seine Bemühungen und zu seinen Gunsten in Deutschland stattgehabten Veränderungen hervorgerufen haben, und andererseits der großen Achtung, welche die französische Regierung dessen ungeachtet für den Wunsch Deutschlands an den Tag gelegt hat, sich frei in seinen legitimen Grenzen zu konstituiren. Könnte es aber mit der nämlichen Gleichgültigkeit Tendenzen in's Auge fassen, die Deutschland aus seinen Grenzen, insofern dieselben unbestreitbar und unbestritten sind, heraustreten, oder welche es die Erwerbung oder die Erhaltung von strategischen Punkten, die drohend für Andere sein würden, außerhalb seiner Grenzen wünschen lassen würden? Durch ein solches Auftreten würde dem gerechten Gefühle des Stolzes und der Würde eines Landes, wie Frankreich, nicht genug Rechnung getragen. Dasselbe träumt weder von Eroberungen, noch Vergrößerungen, und dächte es, wie man behauptet, wirklich daran, Luxemburg auf friedliche Weise zu erwerben, so würde dieses sicherlich nicht die Folge eines sehr unmäßigen Ehrgeizes sein; je kleiner die Erwerbung, desto delikater würde es sein, Frankreich zu sagen, daß ihm selbst eine so kleine Erwerbung untersagt ist. Die erhabene und politische Sprache des Herrn von Bismarck gibt uns keineswegs Anlaß zu glauben, daß so viele wichtige Gesichtspunkte von diesem berühmten Staatsmanne vergessen oder verkannt werden. Wir konstatiren nicht ohne Befriedigung die Loyalität, mit welcher er erklärt hat, daß Luxemburg ein vollständig unabhängiges Land sei, welches dem Könige der Niederlande angehöre, und über welches der letztere unter seiner Verantwortlichkeit verfügen könne. Er hat nicht gezögert; zu beweisen, daß man den König der Niederlande nicht gegen seinen Willen in den Nordbund eintreten lassen könne, der übrigens keine fremden Fürsten zulassen dürfe, und daß man endlich seine Unterthanen nicht zu zwingen im Stande sei, Deutsche wider ihren Willen zu werden. Er hat sogar mit der ehrenwerthesten Offenheit und ungeachtet der irrigen Behauptungen des Herrn v. Bennigsen anerkannt, daß die Bewohner des Großherzogthums den größten Widerwillen haben, sich in Deutschland annektiren zu lassen. Herr v. Bismarck schloß mit folgenden Worten, die in Frankreich eine nicht weniger herzliche und sympathetische Aufnahme als vor der Nord-Versammlung finden werden: „Man läßt der Politik Preußens nur Gerechtigkeit widerfahren, wenn man sagt, daß sie die Empfindlichkeit der französischen Nation schont. Es handelt so in der gerechten Würdigung der Wichtigkeit, welche für die friedliche Entwicklung der deutschen Frage die freundschaftlichen Beziehungen zu einem mächtigen Volke haben müssen."

Paris, 3. April. Der heutige „Moniteur" enthält die Ernennung Walewski's zum Senator. Derselbe wird morgen das Hotel des Präsidiums des gesetzgebenden Körpers verlassen. Der Club in der Arkadenstraße, welcher den Sturz Walewski's herbeiführte, ist in Uneinigkeit gerathen und der Auflösung nahe. Walewski ist nun die vierte wichtige Persönlichkeit des Kaiserreichs, welche zu den Füßen Rouher's gefallen: vor ihm waren es Drouyn de Lhuys, Fould und Chasseloup-Laubat. — Die Preßgesetz-Commission war gestern vier Stunden beschäftigt; es wurden als Sachverständige der Präsident des Buchhändlervereins und der Präsident der Kammer der Buchdrucker vernommen. Die Commission wird wahrscheinlich auf die Wünsche der Drucker eingehen. Die Proteste gegen das neue Militärgesetz mehren sich fortwährend; jetzt wird auch in der zweiten Stadt Frankreichs, in Lyon, heftig dagegen agitirt. — Graf Bismarck's Rede zur Beantwortung der Bennigsen'schen Interpellation über Luxemburg wird hier sehr verschieden beurtheilt. Während die Regierungsblätter das Verhältniß zwischen Preußen und Frankreich als ein durchaus freundschaftliches darstellen, sieht die Oppositionspresse in Bismarck's Aeußerungen das Ende aller französischen Hoffnungen; ja man fürchtet sogar, daß am Ende auch Luxemburg über Kurz oder Lang den deutschen Allianzverträgen beitreten könnte. Der „Constitutionnel" hat heute zum ersten Male gesprochen und zwar durchaus friedlich, während man auf der Börse Verwicklungen in dieser Angelegenheit befürchtet. — Die kaiserliche Commission hat den Ausstellungspalast auf dem Marsfelde bei der internationalen Feuerversicherungsgesellschaft mit 7,500,000 Frs. versichert. Die Telegraphenbeamten im Ausstellungsgebäude sprechen sämmtliche Sprachen Europa's. Unter den Monarchen, welche hier zur Ausstellung erwartet werden, wird sich auch der König von Bonny (im Norden von Guinea) befinden. In Versailles werden vom 5. Mai bis 30. September große Feste zu Ehren der Ausstellung veranstaltet werden. Die landwirthschaftliche Ausstellung in Billancourt wird in acht Tagen eröffnet. Gestern war es sehr leer auf dem Marsfelde, wahrscheinlich wegen des Regenwetters. Die Preisvertheilungen für die Viehausstellungen sollen an den Sonntagen öffentlich stattfinden. — Die Arbeitseinstellungen dauern ungeschwächt fort. Die Schneidergesellen verlangen einen Zuschlag von 20 pCt. auf ihren Arbeits-

lohn. Für die nächste Woche wird von der Arbeitseinstellung der Schustergesellen gesprochen. (Fr. J.)

Paris, 4. April. Der „Moniteur" meldet: „Da die Kaiserin unwohl ist, so empfängt der Kaiser morgen, Donnerstag, nicht, und das große Diner, welches statthaben sollte, ist auf einen anderen Tag verschoben worden." Ueber das Hüftleiden des kaiserl. Prinzen lauten die Nachrichten noch immer sehr widersprechend.

Aus **Paris,** 4. April, wird der „Köln. Zeitung" geschrieben: „Die Regierungskreise bleiben mit unerklärlicher Sicherheit bei der Behauptung, Frankreich sei der Besitz Luxemburgs, ob mit oder gegen Preußen, gesichert. Das auswärtige Amt, verbürgt man, zeigt seit gestern eine so ungewohnte Energie in seinen Auslassungen, daß an dem festen Willen, selbst vor einer kriegerischen Möglichkeit nicht zurückzuschrecken, kaum ein Zweifel mehr erlaubt ist. Moustier soll sich Anfangs wenig für den ganzen Handel erwärmt haben, da er bei seiner Kenntniß deutscher Verhältnisse im Voraus prophezeit, Luxemburg werde für die Beziehungen Frankreichs zu Preußen dasselbe sein, was Schleswig-Holstein für Oesterreich und Preußen geworden. Als eigentlich intellektueller Urheber der Frage gilt Rouher, der für sie den Kaiser zu interessiren wußte, während er selbst nur den Triumph im Auge gehabt, der im gewordenen wäre, hätte er der Kammer die neue Erwerbung in fulminanter Rede anzeigen können. Wie gesagt, man stellt sich hier an, als ob noch nichts verloren sei, dementirt aber zugleich energisch das Gerücht, General Fleury, der ewige Jude unter den militärischen Diplomaten, sei in besonderer Mission nach Berlin gesandt worden. Inzwischen aber will man ersichtlich nur Zeit gewinnen, um sich und die Kräfte des Heeres zu sammeln. In den Arsenalen herrscht eine fieberhafte Thätigkeit und neuerdings sind selbst englische wie belgische Fabriken mit Aufträgen bedacht worden, die in bestimmten nahen Lieferungsfristen beendet sein müssen. Im Publikum aber, und das ist das Merkwürdige, will sich die erhoffte chauvinistische Stimmung noch immer nicht zeigen. Das Volk blickt mit einer Art neugieriger Spannung auf die Entwickelung des kleinen Drama's, dem es bis zur Stunde noch kein nationales Interesse abgewonnen. „Ja," hört man oft sagen, „wenn es sich um die Rhein- oder Moselgränze, oder etwa um Belgien handelte, das lohnte der Mühe, aber ein kleiner Zipfel Landes wie Luxemburg ist patriotischer Erhitzung nicht werth." Dennoch aber wird man wohl thun, auf diese scheinbare Apathie, die zum guten Theile selbst aus der Schadenfreude herzuleiten ist, die kaiserl. Politik abermals in einer Sackgasse zu sehen, nicht gar zu viel zu geben. Nirgends leichter als in Frankreich schlägt man von einem Extrem ins andere über, und der Kaiser verstand sich von je darauf, sobald es Noth that, die „corde sensible" der Franzosen vibriren zu lassen. Die Lage ist ernst, sehr ernst, und Niemand in Deutschland sollte sich verhehlen, daß, wenn ein Krieg jetzt heraufbeschworen wird, er wohl wahrscheinlicher Weise den Sturz der Napoleonischen Dynastie, gleichzeitig aber eine nationale Erhebung zur Folge haben wird, die gar leicht die Dimensionen eines verderbenschwangeren Racenkampfes annehmen könnte.

London, 1. April. Die jetzt veröffentlichten Ausweise über die Jahreseinnahmen lassen es als gewiß erscheinen, daß trotz der mannichfachen Steuernachlässe im vorigen Jahre Disraeli ebenso wie früher Gladstone sich in der angenehmen Lage befindet, über einen Ueberschuß verfügen zu können. Die Staatseinnahmen haben sich von 67,812,292 St. auf 69,434,568 St. gehoben.

London, 4. April. Eine Depesche Lord Stanleys, des Staatssekretärs des Aeußern, vom 30. v. in der Angelegenheit des Tornado wird veröffentlicht. (Der Tornado wurde von Spanien weggenommen, als der Kriegskontrebande für die südamerikanischen Staaten verdächtig.) Die Depesche verlangt sofortige Herausgabe des Schiffs und der Ladung, Entschädigung für den Kapitän und die Mannschaft, ferner die Entschuldigung der spanischen Regierung für die der britischen Flagge angethanen Beschimpfungen. Am Schluß wird die Hoffnung ausgesprochen, daß Spanien diese Frage nicht die Form eines ernsthaften Streits zwischen Großbritannien und Spanien annehmen lassen werde. Im Haus der Gemeinen stellte heute Osborne eine Anfrage in dieser Sache. Lord Stanley erwiderte, auf die Depesche vom 30. März sei noch keine Antwort Spaniens eingelaufen. Disraeli legte das Budget vor; dasselbe weist einen Ueberschuß von 1,200,000 Pfd. St. aus.

London, 5. April. Nach den im Parlament gemachten Budgetvorlagen überstiegen die Einnahmen den Voranschlag um 2,421,000 Pfd. Sterl., während die Ausgaben um 1 Million unter demselben bleiben. Den diesjährigen Surplus veranschlagt Hr. Disraeli zu 1,206,000 Pfd. Sterl., welche mit Ausnahme einer Reserve von 246,000 Pfd. St. zur Schuldentilgung und Herabsetzung der Schiffsversicherungstaxen verwendet werden sollen.

London, 5. April. Lord Stanley theilt mit, daß der Verkauf des russischen Amerika offiziell bestätigt sei. Die aleutischen Inseln seien wahrscheinlich eingeschlossen; Details fehlen noch.

Florenz, 4. April. Die Deputirtenkammer hat die Antwort auf die Thronrede votirt. Der Senat hat die Zeugen im Prozeß Persano verhört. (T. H.)

Aus **Korfu,** 31. März, (also aus griechischer Quelle) wird gemeldet, daß auf Kandia zwei neue Kämpfe stattgefunden haben mit glücklichem Ausgange für die Christen. Die kandiotische Nationalversammlung hat ein Dekret veröffentlicht, worin den Muselmanen politische Gleichheit, Religionsfreiheit und Eigenthum verbürgt wird.

Konstantinopel, 5. April. Der Marineminister Mehemed Aali Pascha ist von seinem Posten zurückgetreten. Es gehen Gerüchte über weitere Kabinetsveränderungen. Fuad Pascha soll wieder Großvezier werden. Die einberufenen Redifs und die neu assentirten Rekruten rücken zahlreich in ihre Depots ein.

Neueres.

Berlin, 6. April. Der Reichstag nahm heute den Art. 56 mit einem Zusatz Forckenbecks an, welcher die Vorlegung des Militärgesetzes nach der Durchführung der Armee-Organisation bestimmt. Zu Art. 58 wurde ein Amendement Forckenbecks angenommen, betreffend ein fünfjähriges Interimisticum. Abgelehnt wurde ein Amendement Solms über eine siebenjährige Feststellung des Etats; abgelehnt ein Amendement Moltke's (mit 138 gegen 130 Stimmen) über die Forterhebung der Leistungen für die Armee bis zum Erlaß eines neuen Bundesgesetzes, und Art. 58 sodann in der Fassung Forckenbecks angenommen. — Es steht bereits fest, daß die Bundesregierungen den Reichstagsbeschluß, betreffend die Diätenbewilligung, ablehnen werden. Motiv: Prinzipielle Unzulässigkeit desselben gegenüber dem allgemeinen Wahlrecht.

Hamburg, 6. April. Der „Correspondent" meldet als offiziös: Der Senat hat das Civilstandsamt angewiesen, die Entlassung aus dem Staatsverbande nur den wirklich Auswandernden, welche auswärts ihr Domizil aufschlagen, zu gewähren.

Wien, 6. April. Heute sind die Landtage von Böhmen, Mähren und Krain eröffnet worden. Ein kaiserliches Handschreiben an den Ministerpräsidenten Frhrn. v. Beust wurde nach der Eröffnung vorgelesen, worin die Landtage wiederholt zur Vornahme der Reichsraths-Wahlen aufgefordert werden.

Paris, 6. April. An der Börse herrscht Panik.

Florenz, 6. April. Rattazzi ist mit der Bildung des Ministeriums beauftragt. Menabrea ist wegen des Todes seines Sohnes zurückgetreten.

Florenz, 6. April. Nach der „Opinione" ist Menabrea zum Ministerpräsidenten und zum Minister des Aeußern und Ratazzi zum Minister des Innern ernannt worden. — Einem Gerüchte zufolge sei Crispi das Justizministerium angeboten worden. — Das „Diritto" meldet jedoch, Crispi habe das ihm angebotene Portefeuille abgelehnt.

Athen, 5. April. (Direkt.) Ricciotti Garibaldi ist mit 150 Gefährten über Corfu nach Italien abgereist; die Freiwilligenzuzüge haben aufgehört.

New-York, 5. April. An den obersten Hof ist die Bitte gestellt worden, die Ausführung der Wiederherstellungsakte aufzuhalten. General Bazaine ist mit der französischen Flotte am 27. März von der Havana aufgebrochen. General Mejia (kaiserlich) hat Escobedo (juaristisch) geschlagen. Die Kaiserlichen haben San Luis de Potosi wieder eingenommen. Die Juaristen haben die Belagerung von Puebla aufgegeben.

Telegramm der Neuen Würzburger Zeitung.

* **Paris,** 6. April, Abends. Große Unruhe. Man spricht von einer nach Berlin gerichteten Note. Mac-Mahon soll nach Paris berufen worden sein, und wird der Krieg für unvermeidlich gehalten. Rente 66 angeboten.

(Aus dem gestrigen Anzeiger wiederholt, weil nur in einem Theil der Auflage enthalten.)

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 99. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 9. April 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 7. April. Se. Majestät der König hat vom 16. April l. Js. an: 1) zum Grenzoberkontroleur in Habkirchen, Hauptzollamtsbezirks Zweibrücken, den geprüften Rechts- und Zollrechnungs-Kommissariats-Praktikanten Fr. X. Wellnhofer und 2) zum Grenzoberkontroleur in Binningen, gleichfalls Hauptzollamtsbezirks Zweibrücken, den berittenen Oberaufseher G. J. Banner zu Waldsassen, beide in prov. Eigenschaft ernannt.

Die katholische Pfarrei Buttenheim, kgl. Bezirksamts Bamberg I, ist mit einem Reinertrage von 1183 fl. 47⅞ kr. in Erledigung gekommen.

Vom kgl. Staatsministerium der Justiz wurde als Vertreter der Staatsanwaltschaft am kgl. Landger. Tirschenreuth der geprüfte Rechtspraktikant Christian Biehler, zur Zeit am Stadt- und Landger. Amberg, aufgestellt.

München, 5. April. Vom kgl. Staatsministerium des Handels ꝛc. ist der Kaufmann S. Lederle in Ludwigshafen als Hauptagent der preußischen Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft zu Berlin für den Regierungsbezirk der Pfalz in widerruflicher Weise bestätigt worden. Hiedurch erscheint der Geschäftsbetrieb des unterm 12. Februar ds. Js. bestätigten Hauptagenten J. G. Protengeier in Nürnberg auf die Regierungsbezirke diesseits des Rheins beschränkt.

München, 6. April. Eine aus der „France" in die Wiener „Presse" übergegangene Nachricht besagt: „In offiziellen Münchener Kreisen versichere man, daß zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten geheime Verträge existiren, nach welchen diese Staaten in den Nordbund eintreten sollen, sobald die Bundesverfassung von dem norddeutschen Bunde votirt worden wäre." Abgesehen davon, daß wir von derlei Versicherungen in den offiziellen Kreisen bisher nicht das Geringste vernommen haben, können wir im Gegentheile versichern, daß zur Zeit Unterhandlungen mit Preußen über die im Artikel IV des Prager Friedens vorbehaltene Regelung der Verhältnisse Bayerns zum norddeutschen Bund noch nicht eröffnet sind. (B. Z.)

** **München,** 6. April. In der heutigen Sitzung des Gesetzgebungsausschusses wurde in der Berathung und Beschlußfassung des XXXVIII. Hauptstückes über das Exekutionsverfahren fortgesetzt. Zunächst lag ein Vorschlag zu den bereits in früheren Sitzungen beschlossenen Art. 763 und 799 vor, welcher zunächst der Diskussion unterstellt wurde. Der Vorschlag bezweckte die Aufnahme zweier Bestimmungen, von denen die eine, die Frage, unter welchen Voraussetzungen vollstreckbare Urkunden wirklich vollstreckbar seien, die andere die Frage, daß derjenige, der auf Grund einer vollstreckbaren Urkunde mit der Exekution verfolgt werde, nicht mit allen Einreden ausgeschlossen sei, sondern nur mit denjenigen, welche und insoweit dieselben im Exekutionsverfahren nicht zulässig seien. Im Laufe der Debatte wurde hervorgehoben, daß die Frage der Voraussetzungen der Vollstreckbarkeit für exekutorische Urkunden wie für Urtheile festgestellt werden müßte und nahm der Ausschuß die in dieser Hinsicht von dem kgl. Ministerialkommissär vorgeschlagene Fassung, wornach die Vollstreckung nur eingeleitet werden kann, wenn die ihren Eintritt bedingenden Thatsachen durch die vollstreckbaren Urkunden und, soweit es sich um den Nachweis einer den Vollzug bedingenden Thatsache handelt, wenigstens durch eine andere Urkunde nachgewiesen ist, als Abs. 3 des Art. 763 an. Hiemit war die erste Frage erledigt. Die zweite behandelt die Möglichkeit der Einreden im Exekutionsstadium, weßhalb sich im Laufe der hierüber entsponnenen Debatte ein Rückgriff auf Art. 798 als zweckdienlich darstellt, welcher die Zulässigkeit der Einreden feststellt. Der Ausschuß trat schließlich den von seinem Vorstande gemachten Abänderungsvorschlägen bei, wonach der Art. 798 Ziffer 1 und 2 in der bisherigen Fassung beibehalten, dann als Ziff. 3 die Einreden gegen die Giltigkeit des in einer vollstreckbaren Urkunde bekundeten Rechtsgeschäfts oder die Beurkundung selbst und in Ziffer 4 die Einreden, welche nach der Verhandlung, auf welche die vollstreckenden Urkunden ergangen oder nach Fertigung der letzteren entstanden sind, als die Vollstreckung hindernd beigefügt wurden, während in Abs. 3 des Art. 799 für den letztgenannten Fall der Richter zum Einhalte in der Exekution nur dann befugt sein solle, wenn der Beweis der Einrede durch Urkunden oder Eideszuschiebung angeboten wird. Sodann wurde zu Art. 800 geschritten, zu welchem eine neue Fassung des k. Ministerialkommissärs vorlag. Es handelt sich in diesem Artikel um die wichtige Frage der Zulässigkeit von Interventionen im Exekutionsstadium. Nach dem Systeme des Entwurfes sollte jede Intervention die Exekution hemmen und das Gericht nur ausnahmsweise den Imploranten zur Fortsetzung derselben ermächtigen können, während nach dem Vorschlage des Referenten keine Intervention die Vollstreckung hemmen solle, bis nicht das Gericht den Einhalt verfügt hat. Der Ausschuß nahm den Art. 800 in Abs. 1 in der neuen Regierungsfassung, die Abs. 2 und 3 im Wesentlichen nach dem Referat an. Art. 801 wurde mit den nach früheren Beschlüssen bedingten Aenderungen angenommen. Zu Art. 802 lagen vom Abg. Umbscheiden verschiedene Aenderungen vor; die Debatte hierüber gelangte in dieser Sitzung aber nicht mehr zum Abschluß.

Frankfurt, 5. April. In Betreff der Pensionsverhältnisse der Beamten, Diener und Pensionisten des vormaligen Deutschen Bundes ist nunmehr in der Liquidationscommission allseitiges Einverständniß erzielt. Den von der Commission mit möglichster Rücksicht und Billigkeit aufgestellten Grundsätzen zur Beurtheilung der Pensionsansprüche entnehmen wir folgende Einzelheiten. Die bisher aus der Bundesmatrikularkasse bestrittenen Pensionen und Unterstützungen für Offiziere der vormaligen schleswig-holsteinischen Armee und deren Hinterlassene übernimmt Preußen allein (schon nach Art. 9 des Prager Friedens). Die Commission schlägt als Termin für die übergegangene Verpflichtung den 1. Sept. 1866 vor. In Betreff der vom Bunde bereits pensionirten Beamten und Diener liegen vollständig geregelte Verhältnisse vor. Was die unter Bedingungen unterstützten Offiziere und Beamten der ehemaligen deutschen Flotte betrifft, so sollen sämmtliche Pensionen forthin als unbedingt verwilligt zu betrachten und zu berechnen sein. In Betreff der bei Auflösung des Bundes noch in dessen aktivem Dienste gestandenen Beamten und Diener sind zu einer wenigstens theilweisen Ausgleichung ihres Verlustes folgende Normen aufgestellt: a) für diejenigen Pensionsberechtigten, welche nach ihrem Dienstalter nach dem Bundespensionsregulativ vom 6. Mai 1811 ihren vollen Gehalt als Pension beanspruchen können, verbleibt es dabei; b) sämmtliche übrige Beamten und Diener rücken in die nächst höhere Stufe des Pensionsreglements, als sie durch ihre Dienstzeit berechtigt wären, ein; c) verwilligte Personalzulagen werden als normale Besoldung berechnet; d) den Canzlisten und Canzleidienern wird überdieß zu der Pensionssumme eine Zulage von je 100 fl. verwilligt; e) der bisherige volle Gehalt wird am 1. Januar 1867 wie bisher praenumerando für das Vierteljahr Januar bis März bezahlt; die erste Pensionsrate am 1. Juli postnumerando; um jedoch keine halbjährige Stockung aller Bezüge eintreten zu lassen, wird am 1. April 1867 eine vierteljährige Pensionsrate außerdem bewilligt; f) sämmtliche Pensionen sind als definitiv erworbenes Recht erklärt, ohne Rücksicht auf eine später eintretende oder nicht eintretende lohnende Beschäftigung; g) in Betreff der Wittwen- und Waisenpension bleiben die Bestimmungen des Pensionsregulativs aufrecht erhalten; jedoch werden denjenigen Bundesbedienstelen, welche bei ihrer Verehelichung Cautionen zu stellen hatten, diese zurückgegeben, und es erhalten ihre Wittwen Anspruch auf die volle Wittwenpension von ¼ der Besoldung des Ehemannes. Jede einzelne Pension soll an einer Stelle und aus einer Hand bezahlt werden und wird als Auszahlungsort Frankfurt empfohlen, abgesehen im Falle eine Regierung einen Pensionär nach besonderem Abkommen übernehmen sollte. (Frkf. J.)

Frankfurt, 6. April. Heute Vormittag ist der Senat durch den Civil-Commissarius v. Madei vereidigt worden. Die Verkündigung der neuen Stadtverfassung scheint sich noch etwas zu verzögern.

Berlin, 5. April. Der Reichstag hat in seiner heutigen Sitzung Art. 53 und 54 des Verfassungsentwurfes (allgemeine Wehrpflicht;

gleichmäßige Vertheilung der Militärlasten auf die Bundesstaaten) angenommen. Der Antrag Ahlmanns (Nordschleswig) auf Suspension der Wehrpflicht in Nordschleswig während der im Prager Frieden stipulirten Auswanderungsfrist, wurde von dem Bundeskommissär General Podbielski energisch zurückgewiesen. Art. 55 wurde mit Amendements angenommen, welche eine 12jährige Kriegsdienstpflicht spezialisiren und das Verhältniß der Auswanderung von Reservepflichtigen regeln. Zu Art. 56. (Friedenspräsenzstärke von 1 pCt. der Bevölkerung vorläufig auf 10 Jahre) wurde ein Amendement v. Forckenbecks angenommen, welches ein fünfjähriges Interimistikum festsetzt. Der Bundeskommissär v. Roon hat dasselbe für unzulässig erklärt. — Wie man versichert, wird der Prinz Adalbert von Preußen, Admiral, in Kiel seinen dauernden Wohnsitz nehmen.

Der Norddeutsche Reichstag hat in der Sitzung am 5. April eine wichtige Entscheidung getroffen. Man gelangte in der Berathung über das Bundeskriegswesen (Abschn. 11 des Verf.-Entw.) zu Art. 56, welcher im Entwurf lautet: „Die Friedenspräsenzstärke des Bundesheeres wird auf 1 Prozent der Bevölkerung von 1867 normirt und pro rata derselben von den einzelnen Bundesstaaten gestellt; bei wachsender Bevölkerung wird nach je zehn Jahren ein anderweitiger Prozentsatz festgesetzt werden." Hiezu wurde ein Amendement v. Forckenbecks angenommen, welches eine Normirung des Friedenspräsenzstandes von 1 pCt. auf vorläufig fünf Jahre festsetzt; vermuthlich derselbe Vorschlag, der auf Antrag v. Bennigsens in der national-liberalen Fraktion angenommen wurde, nämlich die erwähnte Norm bis zum 31. Dez. 1871, genauer also auf $4^{3}/_{4}$ Jahre, gelten zu lassen. Erfreulich ist, daß auch in dieser wichtigen Frage wiederum der Vorschlag einer liberalen Partei die Mehrheit im Reichstag gewann. Leider ist aber damit die Sache noch nicht erledigt. Der preuß. Kriegsminister v. Roon erklärte als Bundeskommissär, daß die Regierungen das vom Reichstag gebilligte Amendement verwerfen. Nach einem Tel. der „Kln. Z." äußerte er des Näheren: „Die Regierung adoptirte bei dem Kontingentirungs-Vorschlage die Idee der bisherigen Gegner der Organisation. Dieß beweist also, daß sie diesen entgegenkommt. Die Vorlage beruht auf statistischen Feststellungen und berücksichtigt die politischen Verhältnisse. Eine alljährige Feststellung der Friedensstärke würde bedeutende Verwaltungsschwierigkeiten machen. Englands Beispiel ist nicht nachahmungswerth. Die Kontingentirung schützt vor unbegründeter Mehrforderung. Ich muß mich gegen alle Amendements erklären, weil die Antragsteller nicht die erforderliche Sachkenntniß haben. Die Stärke der Friedensarmee wird bedingt durch Fertigmachung der wehrfähigen Nation zur Wehrfertigkeit. Wenn wir uns sichern wollen, müssen wir über Waffenmacht verfügen können. Nirgends ist ein einziger Mann zu viel gefordert. Nachgiebigkeit in jetziger Situation wäre Leichtsinn. Nach dem Frieden von Nikolsburg konnte der Kriegsminister Angesichts weiterer Kriegseventualitäten, Dank der Reorganisation, sagen: Wenn die Politik es fordert, die Mittel sind da. (Beifall.) Setzen Sie unseren jungen Bund nicht in die Lage, daß er mit Defizit beginnt." (Beifall.) Es wird sich nun bei der Schlußberathung zeigen, ob und auf welche Weise eine Verständigung zwischen dem Reichstag und den Regierungen zu erzielen sein wird. Die politische Lage und der Umstand, daß das große Werk der Verfassungsberathung bis jetzt in der Hauptsache doch schnell und mit allseitiger Versöhnlichkeit gefördert worden ist, lassen an dem Zustandekommen einer Einigung nicht zweifeln. — Die Zusammenkunft der Bevollmächtigten der norddeutschen Regierungen über die Abänderungsvorschläge des Reichstags wird irnach der „Kreuzztg." in der nächsten Woche erwartet.

Die „Nordd. Allg. Z." schreibt offiziös: „Zur luxemburgischen Frage meldet ein Telegramm aus dem Haag, daß die Abtretung Luxemburgs an Frankreich seitens des Königs von Holland aufgegeben und der französische Gesandte durch den Minister des Auswärtigen, Grafen van Zuylen, von diesem Entschlusse unterrichtet sei. Allerdings darf aus dieser Nachricht noch nicht gefolgert werden, daß hiermit die luxemburger Frage völlig erledigt sei. Der „Constitutionnel" enthält vielmehr einen Artikel, der nicht gerade viel Wohlwollen für Preußen an den Tag legt, einen Artikel, der um so mehr Beachtung verdient, als der heut hier eingetroffene „Constitutionnel" diesen Artikel bereits vorher angekündigt und derselbe somit offenbar einer sehr sorgfältigen Redaktion unterworfen worden ist. „Es würde unbillig sein," heißt es in diesem Artikel, „wenn Preußen nach seinen großen Eroberungen eifersüchtig die kleinen Vergrößerungen überwache, welche sein Nachbar nicht im Interesse seines Ehrgeizes, sondern seiner Wohlfahrt wünschen könne. Frankreich werde dann nicht mit Gleichgiltigkeit Preußen seine legitimen Grenzen überschreiten oder andere bedrohliche strategische Punkte festhalten sehen." So der „Constitutionnel", und es ist dies eine Sprache, die wir nicht ohne Bedauern hören, da sie sich im Widerspruch mit den oft gegebenen Versicherungen der französischen Politik befindet. Luxemburg mag eine für Frankreich wünschenswerthe Acquisition sein; zu seiner Wohlfahrt wird sie schwerlich gehören, wie ja das Emporblühen des Kaiserreichs beweist, das ohne den Besitz Luxemburgs stattgefunden hat; und wenn wir unsere Unparteilichkeit so weit treiben, einen Augenblick ganz von den Rechtstiteln abzusehen, welche Deutschland auf Luxemburg hat, wenn wir uns fragen, für welchen der beiden Staaten der Besitz Luxemburgs als ein „bedrohlicher strategischer Punkt" angesehen werden könnte, so fällt auch hier die Antwort zu Ungunsten Frankreichs aus, weil Deutschland in seinem Charakter als Bundesstaat viel weniger eine Drohung für seinen Nachbar ist, als der Centralstaat Frankreich, über dessen Politik allerdings die Weisheit des gegenwärtigen Souveräns entscheidet, welcher aber den möglichen Ambitionen seines Nachfolgers kein Halt gebieten kann."

Luxemburg, 5. April. Eine hier soeben veröffentlichte telegraph. Depesche des Hrn. v. Tornaco aus dem Haag vom heutigen Tage lautet: „Nichts ist entschieden. Die Angelegenheiten nehmen eine der Erhaltung unserer Selbständigkeit günstige Wendung."

Paris, 3. April. Der „Patrie" gehen über Newyork Nachrichten aus Mexiko zu, die für den Kaiser Maximilian äußerst ungünstig lauten. Da Queretaro cernirt ist, so kann er nur entkommen, wenn er sich durch die Feinde hindurch schlägt und nach der Küste zu gelangen sucht, von der er 300 Meilen oder 100 Lieues entfernt ist. Er kann gar nicht daran denken, sich auf seine Capitole zurückzuziehen, da der Weg dahin von den Juaristen besetzt ist. Es hieß, Juarez habe eine Proklamation erlassen, worin er die in Mexico anwesenden Franzosen auffordert, entweder fort zu gehen, oder sich naturalisiren zu lassen. — Wie das „Pays" meldet, ist der Bruder des Taikun von Japan gestern in Marseille angekommen. Dieser Fürst, der der Chef der japanischen Mission ist, heißt Mimbutayon; er ist 14 bis 15 Jahre alt.

Paris, 6. April. Die Aufregung, welche hier herrscht, hat in dem heutigen starken Fallen der Börse (die Rente, die gestern 68.15 schloß, eröffnete heute zu 68, fiel auf 66.30 und schloß zu 66.90) ihren vollen Ausdruck gefunden. Obgleich die Rede von Truppenbewegungen nach dem Osten ist (dieses bedarf jedoch der Bestätigung, wenn es sich um andere als für das Lager von Chalons bestimmte Truppen handelt), so lag doch eigentlich nur der allgemeine Glaube vor, daß es Krieg geben werde und der Kaiser Krieg führen müsse, welcher dieses starke Fallen verursachte. Denn wenn auf der einen Seite verbürgt wird, daß Preußen unter keinen Umständen in die Cession Luxemburgs willigt, so hat auf der anderen Seite der Kaiser unter den gegebenen Umständen doch wenig Lust, mit Deutschland anzubinden, zumal Holland jetzt Luxemburg gar nicht mehr abtreten will. Die Aufregung, in der sich die Franzosen befinden, läßt sich nicht läugnen, aber einem aufmerksamen Beobachter kann es nicht entgehen, daß sie so laut schreien, weil sie glauben, daß sie dadurch Luxemburg erzwingen können. Die heutige Aufregung erinnert sehr deutlich an die 1851er Tage; damals freilich war die Aufregung viel furchtbarer. Man mußte damals glauben, es dauere keine 24 Stunden und alle Franzosen ständen unter den Waffen. Seit jener Zeit sind aber über 16 Jahre vergangen, und die Dinge sind heute noch so, wie sie damals waren. — Der König von Preußen und der König von Bayern werden, wie man hier wissen will, vor Ende dieses Monats in München eine Zusammenkunft haben. — Die Kaiserin leidet an einer starken Grippe. — Herr Du Miral soll zum zweiten Vizepräsidenten der Kammer ausersehen sein. (Köln. Ztg.)

London, 5. April. Im Unterhause zeigte gestern Sir Rob. Peel eine Interpellation wegen Luxemburgs an. Lord Stanley, den Sir A. Agnew wegen der russisch-amerikanischen Unterhandlungen interpellirt, erklärt, durch ein Telegramm aus St. Petersburg davon informirt zu sein, daß die amtliche Nachricht vom Ankauf des russisch-amerikanischen Gebiets seitens der Regierung der Vereinigten Staaten eingetroffen sei. Es müsse jedoch nach der amerikanischen Verfassung dieser Akt der Exekutive vom Senat bestätigt werden, und dies sei wohl noch nicht geschehen. Daß die Aleutischen Inseln in der projektirten Uebertragung mit inbegriffen sind, bezweifelt der Lord. Hr. B. Osborne interpellirte über die gegenwärtigen Beziehungen Englands zur spanischen Regierung. Lord Stanley: Die ganze Correspondenz mit Spanien ist in den Händen des Hauses. (Hört! Hört!) Herr Osborne: Ich wünsche eine Antwort ohne Ausflüchte. (O! o!) Die Sache ist sehr wichtig, denn die letzte Depesche des edlen Lord enthält eine deutliche Drohung, und ich wünsche daher zu wissen, ob er darauf eine Erwiderung erhalten hat? (O! o!) Lord Stanley: Wenn der ehrenwerthe Gentleman eine bestimmte Antwort erwartet, muß er eine bestimmte Frage stellen. (Hört! Hört!) Dieß hat er jetzt gethan, nicht Anfangs. Leider schweben zwischen uns und Spanien zwei Fragen: die eine

betrifft den „Nomade“, die andere die „Viktoria“. Was den letzteren Fall betrifft, den der ehrenwerthe Gentleman, wie ich denke, im Sinne hat, so kann ich nur sagen, daß die Correspondenz, so weit sie geht, sich in den Händen des Hauses befindet, und daß ich auf die erwähnte Depesche keine Erwiderung erhalten habe.“ (Hört! Hört!) Im Comite des Hauses erhebt sich der Schatzkanzler, um das Budget vorzulegen. Er thut dieß unter häufigem beifälligen Zuruf des Hauses in einer verhältnißmäßig kurzen, nicht ganz einstündigen Rede.

London, 6. April. Aus Disraeli's Budgetrede heben wir folgenden, auf die bedenkliche politische Situation der Gegenwart bezüglichen Passus hervor, welcher die ministeriellen Vorschläge zur Verminderung der Nationalschuld begründen soll: „Ich bin keineswegs ein Alarmist in der Politik. Ich erwache nicht eines schönen Morgens mit dem Glauben, das Land sei im Begriffe, in einen großen europäischen Krieg hineingezogen zu werden. Ich setze großes Vertrauen in die Weisheit, mit welcher mein edler Freund (Lord Stanley) unsere auswärtigen Angelegenheiten leitet und ich hoffe, daß die mancherlei Unglücksprophezeiungen, die in der Luft herum flattern, nicht in Erfüllung gehen werden. Wir können uns jedoch das, was um uns her vorgeht, nicht absichtlich verhehlen. Die Lage Europas ist eine bemerkenswerthe — Europa ist in diesem Augenblicke ein Kriegslager. Obwohl ich hoffe und vertraue, daß, so lange mein edler Freund an der Spitze der auswärtigen Geschäfte steht, wir nicht in einen unnöthigen Krieg hineingezogen werden, so ist es uns doch im Hinblicke auf die Geschicke der Nationen nicht möglich, die Augen zu schließen vor Eventualitäten, die, wie unwahrscheinlich sie sind, dennoch eintreten können. Ich glaube sicherlich, daß der Schatzkanzler, wenn er sich auf den Markt begeben muß, um Geld aufzunehmen, mit viel stolzerer Haltung einherschreiten und viel leichtere Bedingungen finden wird, wenn wir in den Tagen unserer Wohlfahrt einen ehrlichen Versuch gemacht haben, unsere Staatsschuld zu vermindern.“

Ueber die Haltung Rußlands in der orientalischen Frage und die Aussicht dieses Staates auf Verbündete zur Lösung derselben wird der „D. Z.“ aus **Warschau** geschrieben: „Die Sprache der russischen Presse ist eine sehr gereizte. So z. B. heißt es in dem Hauptorgane der jetzt dominirenden ultra-russischen Partei: Es war eine Zeit, wo für die orientalische Frage Palliativmittel möglich waren; wo die Fortdauer der türkischen Monarchie verträglich schien mit der Sicherheit ihrer christlichen Bevölkerung. Diese Zeit ist vorüber und Rußland kann jede Verantwortlichkeit von sich weisen für die gegenwärtige Sachlage, welche halbe Mittel und Transaktionen nicht mehr zuläßt. Rußland hat alle Mittel erschöpft, um eine Verständigung herbeizuführen. Noch in der neuesten Zeit, angesichts der frechen und verrätherischen Vergewaltigung des Rußland aufgedrängten Vertrages, hat es noch den Weg der Verständigung zu betreten versucht; aber seine Bestrebungen waren erfolglos. Die Politik der Westmächte ist voll Feindschaft gegen die christliche Bevölkerung des Orients und gegen Rußland, besonders in der französischen Presse, welche einen Hagel von Beleidigungen auf Rußland schleudert. Napoleon gefiel es, seinen Kammern mitzutheilen, daß er mit Rußland in der orientalischen Frage beinahe im Einverständnisse sei. Herr v. Beust, der jetzige Leiter der Loose der habsburgischen Monarchie, zeigte nach der zweiten türkischen Krankheit der europäischen Gesellschaft, zärtliches Wohlwollen für die Befreiung Rußlands von den Verträgen von 1856; man könnte glauben, daß Rußland keine bessere Freundschaft hat als Frankreich und Oesterreich! . . . Wenn es eine Ursache gibt, Gerüchte von einer Annäherung zwischen Rußland und Frankreich in den orientalischen Angelegenheiten zu verbreiten, so kann es nur die sein, Zeit zu gewinnen. Ja wohl, eine Verständigung zwischen Rußland und Frankreich ist möglich, nimmer aber darf Oesterreich mit dabei sein. Eine Verbindung, zu der auch Oesterreich gehören sollte, ist für Rußland unnatürlich. Nach dem, was vorgefallen, sind Frankreich und Oesterreich natürliche Verbündete und sie haben unzweifelhaft eine gemeinschaftliche Politik im Oriente.“

Petersburg, 4. April. Das heutige „Journal de St. Petersbourg“ hebt hervor, daß die Pforte nur angesichts der von England bezeigten Gleichgiltigkeit die Rathschläge der übrigen Mächte in der orientalischen Frage verworfen habe, obschon die Großmächte durch die Gemeinsamkeit ihrer Schritte einen Beweis ihrer Uneigennützigkeit gegeben hätten. Die Türkei, so fährt das Journal fort, übernehme dadurch die Verantwortung für die Zukunft; es gebe Grenzen, wo Blindheit aufhöre, ein Entschuldigungsgrund zu sein.

New-York, 4. April. Der offizielle Bericht über die Staatsschuld, der eben veröffentlicht werden, weist nach, daß dieselbe während des Monats März um mehr als 7,000,000 D. reduzirt worden ist. Das Gold im Schatze belief sich auf 106,000,000 D.

Aus **Vera-Cruz**, 26. Februar, schreibt ein Berichterstatter der „Köln. Ztg.“: „Die Einschiffung der französischen Truppen wird mit der größten Thätigkeit fortgesetzt und, wie verlautet, sollen bereits zehntausend Mann, inclusive der Reste der österreichischen und belgischen Legion, Europa zuschwimmen. Die Hauptstadt Mexiko war am 6. von den letzten französischen Truppen geräumt, und auch Puebla hatten sie, nach den neuesten Nachrichten, bereits verlassen. Von dem jetzigen Hauptquartier Orizaba gehen täglich Abtheilungen nach der Küste ab. In Puebla war nach dem Abzuge der Franzosen der Belagerungszustand durch den kaiserl. General Noriega erklärt, es scheint aber, daß die Besatzung auf den Besitz der Stadt beschränkt und ohne Verbindung mit der Hauptstadt sei; wenigstens fehlen uns Posten und Telegramme von letzterer. Das Areal des Kaiserthums ist auf wenige Quadratmeilen zusammengeschrumpft: das Thal von Mexiko war, nach den letzten Nachrichten, von allen Seiten durch republikanische Corps bedroht. Toluca war von denselben besetzt, eben so Cuernavaca, Chalco, Pachuca, Tezcoco 2c. In der Stadt Mexiko führte General Marquez den Oberbefehl, wie es heißt, über eine Macht von zehntausend (?) Mann. Belagerungszustand, gezwungene Anlehen, Pressen zum Militärdienst soll an der Tagesordnung sein; auch gab General Marquez den strengen Befehl, daß beim Ertönen der großen Glocke vom Dome Jedermann die Straße verlassen und sich in seine Wohnungen einschließen müsse, so lange, bis nicht durch die kleineren Glocken das Zeichen zum Oeffnen der Thüren gegeben werde. Kaiser Max stellte sich an die Spitze eines kleinen Corps von zweitausend Mann, meist aus Freiwilligen bestehend, welche von den europäischen Truppen zurückblieben. Sein Hauptquartier ist St. Angel, drei Stunden von der Hauptstadt. Im Norden von Mexiko rücken bedeutende republikanische Streitkräfte südlich vor. General Miramon, der die Bewegung aufhalten wollte, wurde total geschlagen, und entkam nur mit wenigen Offizieren. Präsident Juarez fand in Zacatecas begeisterten Empfang und ging weiter nach St. Luis Potosi. Ihm wurde Gonzalez Ortega gefangen überliefert; er wollte ihn aber nicht sprechen, sondern sandte ihn vom Wege, wo er ihm übergeben wurde, unter sicherer Bedeckung nach St. Luis. Ob uns gleich die Nachrichten aus der Hauptstadt fehlen, so scheint doch die Ankunft vieler Personen, welche der kais. Regierung nahe standen, auf geringes Vertrauen in die Haltbarkeit der Zustände zu deuten. In den letzten Tagen langten der Erzbischof von Mexiko, einige Exminister, Staatsräthe, Hofchargen 2c. in unserem Hafen an, welche Alle den englischen Postdampfer benutzen, um das Weite zu suchen. Man ist hier nicht ohne Sorge, daß nach Abzug der französischen Flottille eine Anzahl bewaffneter Fahrzeuge erscheine, welche, wie es heißt, Kaperbriefe von Juarez erhalten haben. Die kaiserl. Besatzung ist unbedeutend und schon der Mangel an Provisionen, da die Zufuhr auch von der Landseite abgeschnitten ist, würde zur Uebergabe zwingen. Eine Entscheidung mag sich immerhin noch bis Ende März hinziehen; aber auch diese kurze Frist wird noch vieles Unheil über das Land bringen.

Frankfurter Börse (1. bis 6. April).

	1.	6.		1.	6.
5% Oestr. National	52⅞	53⅛ B	4% Darmstädt. do.	94¼ B	92⅞
5% do. Metal. (1859)	61	60⅞	3½% do. do.	—	—
5% do. Lose (1860)	66¾	66⅝	4½% Nassauer do.	96⅛ B	95⅝ B
— do. do. (1864)	72⅜ B	72¼ B	4% do. do.	91⅛ B	—
Oestr. Kreditl. (58)	—	118 B	3½% do. do.	86⅛ B	84⅜ B
5% Bayer. Obligat.	101⅛ B	100½	4% Kurhess. do.	91⅛ B	92 B
4½% do. do.	95⅝ B	94⅝	3½% Frankf. do.	—	84
4% do. do.	91⅛ B	90⅛	3% do. do.	—	—
4% do. 100Thl.-L.	98¼	98 B	6% Amerik. (1882)	78	78⅛
4½% Würtemb. Obl.	96 B	95⅜ B	Oestr. Kredit. . .	166	165⅝
3½% do. do.	—	—	Oestr. Nat.-Bank	669	660 B
4½% Badische do.	96 B	95 B	Frankfurter do.	129¾	129 B
4% do. do.	90½ B	89¾	Bexbacher E.-B.	—	155¼ B
3½% do. do.	86 B	85¾ B	Bayer. Ostbahnen	116¾	117 B

6. April. Luxemburg ist vertagt — aber freilich aufgeschoben ist nicht aufgehoben, wir sind wieder aus der Ruhe und fühlen instinktartig, dass, um zu Ruhe und Frieden einmal dauernd und fest zu gelangen, wir schliesslich doch eine Sturm- und Drangperiode gegenüber dem Erzfeind im Westen durchzumachen haben werden.

Das Börsenvölkchen, das ebenso schnell sich erwärmt als erkaltet und seiner spekulativen Natur nach immer in Extremen schwebt, überliess sich diese Woche den wildesten Fieberphantasien, und die Preise gingen bergab in allen Rubriken des Kurszettels. Dabei haben sich eigentlich die österr. Fonds noch am besten aufgeführt, wovon allerdings die grosse Contremine, die sich gebildet hat, mit Ursache ist. Oesterreichs Lage wird vielfach als eine gebesserte angesehen und man glaubt, es könne, wenn es wolle, dem Luxemburger Hader mit verschränkten Armen zusehen.

Weit schlimmer erging es den süddeutschen Fonds, die zum Theil über 2 pCt. verloren, bis in den letzten Tagen kälteres Blut und dadurch eine Erholung von 1 pCt. zurückkehrte. Das ganze Fallen ist um so unbegründeter, als 4½pCt. preussische ohngeachtet der neuen Anleihe auf 99½ und 4½pCt. Belgische, die doch Luxemburg näher liegen als wir, Pari sind. Amerikaner wurden von der Baissenströmung in der Mitte der Woche wenig affizirt und hielten sich fest um 78

um in den letzten Tagen bei guter Frage auf bessere Goldkurse sich auf 78¼ zu erhöhen.

Von Kreditaktien unterlagen Oesterreichische heftigen Schwankungen; die Woche zu 166 eröffnend, wurden sie am Mittwoch bis 162½ geworfen, gingen Tags darauf wieder bis 168 und schliessen niedriger zu 165. Von Zettelbanken verlor österr. Nationalbank fl. 10. Frankfurter Bank zu 129 offerirt.

Auch in E.-B.-Aktien waren die Rückgänge sehr beträchtlich, Bexbacher fielen von 154 vor 8 Tagen auf 149 am Mittwoch, um sich heute auf 155 zu heben, auch bayer. Ostbahnen brachten ihre Einbusse wieder ein, dagegen sind hessische Ludwigsbahn und Weissenburger zurückgeblieben. Auf der nächste Woche stattfindenden Generalversammlung der pfälzischen Bahnen wird wohl die Frage über den Bau der längst projektirten Alsenz- und Donnersberger Bahn zur Verhandlung und eventuell zur Beschlussfassung gelangen; die bayer. Regierung bleibt zur Gewähr einer 4pCt. Zinsgarantie für 25 Jahre bereit, die Beschaffung der Gelder ist indess zu diesem Zinsfuss etwas schwieriger geworden, als sie vor Jahren war und die Aussichten der nächsten Zukunft sind nicht eben allzu helle. — Taunus, die gegenüber ihrem reduzirten Erträgniss etwas hoch standen, sind um fl. 8 zurückgegangen; erfreulich ist es, dass der Monat März in der Mindereinnahme fast Halt gemacht hat. Was wir vor einigen Wochen über die Erweiterung des Unternehmens an dieser Stelle zuerst brachten, bestätigt sich; in Berlin werden ausführliche Verhandlungen darüber gepflogen, die bevorstehende Generalversammlung wird uns wohl näheren Aufschluss geben. — Auch Prioritäten verflauten mit den übrigen Werthen und konnten sich theilweise von dem erlittenen Rückgang nicht erholen; Staatsbahnen verlassen die Woche mit einer Einbusse von 1 pCt., Livorneser von 2 pCt.

Die Geldabundanz steigt, je mehr die Unsicherheit und das Misstrauen um sich greifen und Handel und Industrie sich jeder weitgehenden Spekulation enthalten. Seit langer Zeit hatten die Banken in Europa nicht so kolossale Baarsummen aufzuweisen wie heute. Der Baarschatz der franz. Bank beträgt 781 Mill. Fr., jener der englischen 19⅛ Mill. L. Auch die holländische Bank, die im 10jähr. Durchschnitt nur etwa 40 Mill. Gulden baar hatte, ist nun mit 75—80 Mill. Gulden versehen. Das Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot ist offenbar gestört und trotz des billigen Geldes die Kreditgewährung schwieriger und theurer als je. Die hohen Preise werden im Waarengeschäft hartnäckig vertheidigt und trotz der Hypothekennoth will auch Grund und Boden noch nicht von seiner geschraubten Höhe herunter. Der Wechselverkehr ist in langen Sichten sehr mager und rar. Langes London wird mit 2½ pCt., langes Frankfurt mit 2 pCt. gesucht.

Nachschrift. Sehr ungünstige Kursberichte aus Paris, die namentlich für Rente einen Rückgang von Fr. 1½ meldeten, verursachten im heutigen Abendverkehr eine panikartige Bewegung; über den Grund der Baisse kursirten allerhand Gerüchte. Oesterr. Kreditaktien bis 158½ geworfen, blieben 159½, 1860er Loose 64½, Amerikaner 77⅜.

(Akt.)

Neueres.

Berlin, 7. April. Eine Volksversammlung in der Alhambra sprach sich dafür aus, daß Luxemburg nimmer von Deutschland abgetreten werden dürfe; es sei Pflicht des deutschen Volks, mit allen Kräften für die Zugehörigkeit Luxemburgs einzustehen. Die Vereinigung Luxemburgs mit Deutschland müsse schleunigst erfolgen. (A. Z.)

London, 6. April. Gestern fand im Unterhaus eine längere Conversation über Luxemburg statt. Auf mehrere bezügliche Fragen Sir Robert Peels bestätigte Lord Stanley: auf die Kunde von den Abtretungsunterhandlungen habe Preußen sich an die Mitunterzeichner des Vertrags vom April 1839 gewandt, und die brittische Regierung gefragt: ob sie sich bemühen wolle, dem König von Holland von der Sache abzurathen? J. M. Regierung habe das abgelehnt. Heute (5.) Nachmittags habe er nun vom holländischen Gesandten erfahren, daß die Unterhandlungen zwischen Holland und Frankreich zu Ende seien; sollten sie wieder aufgenommen werden, so müßte es in anderer Form geschehen. Jedenfalls hoffe er: das Haus werde es recht gethan finden, daß J. M. Regierung es abgelehnt habe, England in eine Frage mit zu verwickeln, die später eine ernste Gestalt annehmen könnte; denn daß Preußen nachgeben werde, sei sehr zu bezweifeln. Auf eine weitere Frage sagte der Minister: er wisse nichts von einer russischen Remonstration gegen die Abtretung, und jedenfalls sei die Abbrechung des Geschäfts ohne Zuthun der englischen Regierung erfolgt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	57½—¾ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	49⅝—⅞ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	63 G.
„	4½pCt.	40 G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100½ P.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	92½ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88¾ P
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	91 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	93⅛—92½ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Baden	4½pCt. Obl.	93¼ P.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	85¾ P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	92⅞ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94¼ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	89¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½pCt. Obl.	83 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2½pCt. „ „ „	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	77⅝ G.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	76¾—⅞ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	—
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	615—20 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	152½—53½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	89¼ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	198 P. 196 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	328 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ „ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	154 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	91 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	—
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	46 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	70¼ P.
Südd. Bank-Akt 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	43¼ P. 42⅞ G.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	115 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	115 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅜ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94¾ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¼ G
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ G.
Brem. 60 Th. Lsd. k. S.	97⅜ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94¾ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105[illegible] P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	119¼ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94½—⅝ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	
Wien fl. 100 ö. W.	89½—⅝ G.
do. in öst. W. l. S.	—
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	62½ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	110 P. 109 G.
„ do. v. 1864	70 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	94⅞—¼ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	52 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54⅝ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	142¼ P
„ fl. 25 do.	37⅜ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35⅝ P
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	

Frankfurt, 8. April. Zwischen unserem letzten Börsenbericht und heute liegt eine tiefe Kluft, in der manches Prozent begraben worden ist. Schon am Samstag Abend ertönte von der Seine ein Allarmschuß, der hier in der Effektensozietät am Samstag und Sonntag dröhnenden Widerhall fand. Mobilier machten ein Salto mortale von 168 (höchster Kurs von Samstag Mittag) auf 152 (niedrigster Kurs von Sonntag Mittag). Die Baisse, in welche, nach dem Beispiel von Paris, seit gestern alle Börsen verfallen waren, machte zwar keine großen Fortschritte heute, aber der Durchbruch war ein so allgemeiner und riß dermaßen Alles wie im Sturme mit sich fort, daß die Stimmung doch eine grundflaue genannt werden muß. Es liegt eine Schwüle in der Athmosphäre gerade wie im vorjährigen April, nur daß die Zahl der Pessimisten jetzt größer ist als voriges Jahr. Während österr. Effekten und Amerikaner, welche gestern schon ihren Sturz vollführten, keine großen Veränderungen zeigten, wurden heute besonders Süddeutsche aller Gattungen um Procente zusammengerissen. Relativ am festesten hielten sich noch Badische. Gold- und Nationalcoupons ebenfalls sehr matt. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 100.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 10. April 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 8. April. Se. Majestät der König hat das Benefizium St. Sylvester und St. Paul in Mindelheim, Bezirksamts gleichen Namens, dem Priester J. Rehm, Pfarrer in Anhausen, Bezirksamts Augsburg, übertragen.

München, 8. April. Die Sitzungen der vom kgl. Staatsministerium des Innern niedergesetzten Kommission zur Durchberathung des Entwurfes einer allgemeinen Seuchenordnung haben heute begonnen und werden nunmehr ihren unausgesetzten Fortgang nehmen. Die Namen der Kommissionsmitglieder sind bereits bekannt gegeben. (Bayer. Ztg.)

= **München,** 8. April. Die energische Erklärung der Abgeordneten Dr. Pözl, M. Barth, Hohenadel und Stenglein an den Minister des Auswärtigen, Fürsten Hohenlohe, über die luxemburgische Frage verfehlt nicht, überall den besten Eindruck zu machen und wie in den obigen Namen sämmtliche Fraktionen der Kammer vertreten sind, so wird man kaum zweifeln dürfen, daß alle Mitglieder derselben, an welche die Erklärung bekanntlich versandt wurde, ihr sich anschließen werden. Den Anmaßungen des Auslandes gegenüber gibt es in Deutschland keinen Unterschied und keine Eifersucht der Stämme, gibt es innerhalb der Kammern keine einzelnen Parteien mehr; für die Ehre des deutschen Namens und für die Integrität des deutschen Gebietes steht die ganze Nation wie Ein Mann, steht auch Bayern ein mit seiner ganzen Kraft und ohne jeglichen Vorbehalt. In solchem Augenblicke kann es sich nicht mehr darum handeln, an den Allianzverträgen noch herumzuklauben und Haarspalterei zu treiben, wie von undeutscher Seite versucht werden will; jetzt heißt es, frisch und fröhlich zu Schutz und Trutz zusammenhalten und der Bundesgenossenschaft und der Führerschaft aufrichtig sich freuen, welche allein es möglich macht, daß Deutschland eine Sprache zu führen vermag, die seiner würdig ist und die den habgierigen Wälschen verständlich und beachtenswerth sein muß. Wer Angesichts der heutigen Lage an der mannhaften Erklärung unserer Abgeordneten noch düftelt und mit Wenn und Aber sie umgibt, der will nicht, daß in der Stunde der vom Auslande drohenden Gefahr die bayerische Politik ihren deutschen Sinn bewähre und mit hingebender Treue zum Vaterlande und zu den Brüdern stehe, der will nicht, daß die bayerische Regierung, indem sie die eingegangenen Verpflichtungen erfüllt, zugleich der Stütze im Volke sich bewußt sei, der läßt Hintergedanken bei sich vermuthen, die Alles eher, als das Beiwort eines Patrioten verdienen lassen.

II. **München,** 8. April. Der Standesherr und erbliche Reichsrath Raimund Graf v. Fugger-Kirchberg-Weißenhorn ist gestorben.

München, 7. April. Wenn die Reise Sr. Maj. des Königs zur Ausführung gelangt wäre, so würde für die Dauer derselben dem Gesammt-Staatsministerium königliche Vollmacht zur Vornahme gewisser Regierungshandlungen in dringenden Fällen ertheilt worden sein und waren, dem Vernehmen nach, die Form und der Inhalt dieser Vollmacht bereits gestern im Ministerrathe festgestellt worden. Daß die königliche Reise unterbleibt, habe ich Ihnen bereits mitgetheilt. — Wie ich vernehme, soll jetzt der General-Staatsanwalt am obersten Gerichtshofe, Herr Steyrer, die meiste Aussicht haben, mit dem Portefeuille des Justizministeriums betraut zu werden; übrigens scheint Herr v. Bomhard seine Stellung noch immer nicht für gefährdet zu halten, da er bereits seine Theilnahme an der übermorgen stattfindenden Sitzung des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgeordneten hat ankündigen lassen. (N. C.)

Karlsruhe, 5. April. Zwischen der großh. badischen und der königl. württembergischen Regierung ist die Uebereinkunft, den Holzhandel und das Floßwesen auf der Kinzig betr., unterm 20. Februar d. J. abgeschlossen worden. Nach derselben sind alle badischen und württembergischen Staatsangehörigen auf gleiche Weise befugt, in Baden und Württemberg für sich selbst und für Andere Holz anzukaufen, zu verkaufen, zu verarbeiten und auf der Kinzig und ihren Nebenbächen, so lange und soweit dieselben der Flößerei geöffnet sind, zu verflößen. Die seither deshalb bestandenen Privilegien, Zunft- und Stapelrechte sind aufgehoben. Jede der beiden Regierungen wird innerhalb ihres Gebietes diejenigen Anordnungen erlassen, welche die Sicherheit und Ordnung in der Flößerei, den Schutz der Ufer, Brücken, Wasserbauten, Wasserwerke, Wässerungseinrichtungen und der sonst bei der Benützung der genannten Gewässer betheiligten Anlagen und Gewerbe gegenüber der Flößerei in beiden Staaten erfordern. Die wegen der Aufhebung der Flößereiabgaben von den beiden Regierungen getroffenen besonderen Vereinbarungen finden auf die Beiträge zur Deckung des Kostenaufwandes für die Herstellung, Einrichtung, Unterhaltung und Beaufsichtigung der Floßstraße und der Floßanstalten (insbesondere der Einbindestätten, Schwellweiher und Polterplätze), welche im Besitz von Privaten oder Körperschaften sind, desgleichen auf die bei Benützung der Floßstraße an wasserberechtigte Privaten oder Körperschaften zu leistenden Vergütungen keine Anwendung, und es bleibt jedem der Staaten in seinem Gebiet anheimgestellt, wie diese Beiträge und Vergütungen bestimmt und erhoben werden sollen. Die mit dem Holzhandel und der Flößerei beschäftigten Personen genießen für sich und ihre Waaren den vollen Schutz der beiderseitigen Gesetze. Falls eine Beschlagnahme rechtlich begründet wäre, so wird bei der Vollziehung derselben jede nur immer thunliche Rücksicht darauf genommen werden, daß eine bereits begonnene Floßfahrt vor der Ankunft am Bestimmungsort, vorausgesetzt, daß dieser noch im badischen Gebiet gelegen sei, außerdem aber wenigstens vor der Ankunft in Kehl nicht unterbrochen wird. Der Wolfacher Hauptrezeß von 1764 und der Nachrezeß von 1766, sowie die denselben nachgefolgten Verabredungen in Betreff des Holzhandels und der Flößerei auf der Kinzig, sind aufgehoben. (Karlsr. Z.)

Leipzig, 4. April. Für die an der hiesigen Universität durch den Tod des Prof. Anger erledigte Professur der Theologie ist Prof. Delitzsch in Erlangen berufen worden. — Generalmajor à la suite Senfft v. Pilsach ist zum Commandeur der gesammten sächsischen Kavallerie ernannt worden. — Der hiesige Lassallianer und Cigarrenarbeiter Fritsche ist wegen Beleidigung des Königs von Preußen unter Anklage gestellt worden. (N. C.)

Luxemburg, 2. April. Um ein etwaiges Aufgeben Luxemburgs vor Deutschland zu beschönigen, wurden in gewissen Korrespondenzartikeln preußischer Blätter nicht bloß unsere Sympathien für Deutschland, sondern selbst der deutsche Charakter des Luxemburger Volkes in Abrede gestellt. Man mache sich in Deutschland darauf gefaßt: ist die Cession unseres Landes an Frankreich beschlossene Sache, dann wird es noch an andern Entschuldigungen und Beschönigungen nicht fehlen. Aber hoffentlich werden die Vertreter deutscher Interessen im norddeutschen Reichstage, hoffentlich werden alle unabhängigen Blätter in Nord- und Süddeutschland für die gefährdete nationale Existenz eines deutschen Bruderstammes mit aller Entschiedenheit einstehen. Seit seiner Lostrennung von den an Belgien abgetretenen wallonischen Provinzen ist Luxemburg — man beherzige es wohl — ein rein deutsches Land. Zwar blieb auf den Wunsch der bei uns zurückgebliebenen französisch gebildeten Beamten das Französische nach wie vor Verwaltungssprache, neben welcher allerdings auch die deutsche Sprache im Gebrauch war; aber einige Beamte sind nicht das Land, und gerade in den letzten Jahren ist gegen diesen „wälschen Zopf“ in der Luxemburger Tagespresse ein erbitterter Kampf geführt worden; noch einige Jahre selbständigen Ringens, und er war bleibend beseitigt. In unseren gebildeten Kreisen, wo noch viel Französisch gesprochen wird, besonders in unserer Beamtenwelt, herrscht die Unsitte, sich beim Gebrauch des plattdeutschen Landesdialektes französischer Ausdrücke zu bedienen, allein die Sprache des Volkes ist durchaus deutsch — eine plattdeutsche Mundart, welche von der hochdeutschen Schriftsprache nicht mehr abweicht als der Aachener, Westfälinger und selbst der Kölner Volksdialekt. Deutsch ist also das Volk seiner Abstammung und Sprache nach; in deutschen Liedern ergießt es seinen Schmerz, seine Lust, und in deutschen Gesängen und Gebeten verherrlicht es seinen Gott. Unser Wunsch, mit Deutschland vereinigt zu bleiben, ist also nicht rein materiellen Interessen entsprungen, wie man in ge-

wissen preußischen Blättern behaupten will, sondern geht hervor aus dem innersten Wesen unseres Nationalcharakters, aus dem Bewußtsein unserer Zusammengehörigkeit mit Deutschland. In Preußen vollständig aufzugehen wünschen wir freilich nicht, wie sehr auch die frühern Antipathien geschwunden sind; wir lieben unsere Autonomie, der wir unsern Wohlstand und den Vollgenuß aller bürgerlichen und politischen Rechte und Freiheiten verdanken, und Niemand kann diese Anhänglichkeit unberechtigt finden. Aber darum soll und darf das Band, welches uns mit unserem großen deutschen Vaterland verknüpft, nicht zerrissen werden. Die Aufgabe Preußens, unseres nächsten deutschen Nachbarstaates, wird es darum sein, uns den französischen Anforderungen und Drohungen gegenüber Deutschland bleibend zu erhalten, ja unsern engern Anschluß an dasselbe nicht durch Zwang, sondern durch besondere freie Konventionen, Handels-, Post-, Münz- und Militärverträge, anzubahnen. (A. Z.)

Wien, 6. April. Voraussichtlich wird die Session der heute eröffneten drei Landtage wenig Neues zu Tage fördern. Die Diskussion ist erschöpft, und wie wir bereits erwähnten, die unendliche Phrase von dem Umbau, Ausbau, Neubau Oesterreichs anrüchig geworden. Sprechen wir nicht zu viel vom Neubau, damit wir nicht unwillkürlich an Spittelberg erinnert werden. Die Worte, die jetzt noch fallen werden, sollen mindestens die würdigen Vorläufer ernster Entschlüsse und gewichtiger Thaten sein. Vor allem scheint uns das Bedürfniß festzustehen, daß man sich endlich über die Bedeutung des verfassungsmäßigen Reichsraths einige. Verfassungsmäßig nennt ihn das kaiserliche Handschreiben wiederholt, und darunter können wir den engeren Reichsrath nimmermehr verstehen, insofern es sich diesmal hauptsächlich um die Ordnung des Reiches handelt. Constituante oder weiterer Reichsrath — zwischen diesen beiden Formen gibt es keine dritte. Wenn die Regierung dem Reichsrathe die Befugniß weigern sollte, sich als weiterer zu betrachten und zu setzen, so müßte sie ihn als konstituirende Versammlung nach dem Vorbilde des Wien-Kremsierer Reichstags erklären. Aber wenn die Regierung eine solche Handlung aus Gründen der Opportunität nicht will, so lehnen wir dieselbe aus Gründen des Rechts ab, welches vor Allem stark macht und unter allen Umständen eine gesicherte Rückzugslinie bildet. Wird der verfassungsmäßige Reichsrath gehörig definirt, so ergibt sich die Bahn von selbst, die er bezüglich der Verfassungsreform und der Ausgleichsverhandlungen zu wandeln hat. Die Februar-Verfassung muß ihm als unverbrüchlich gelten, so lange er nicht seine Zustimmung zu ihrer Umbildung ertheilt. Seine Aufgabe ist, die Völker Oesterreichs über ihre Zukunft vollkommen zu beruhigen, und der Ausgleich mit Ungarn kann ihm nicht als vollendet erscheinen, wenn nicht zuvor das Percent der wechselseitigen Rechte, Pflichten und Lasten haarscharf festgestellt wird. Eine solche Feststellung ist die Seele des civilrechtlichen Ausgleichsverfahrens und leider bietet der dualistische Prozeß, der ausgetragen werden soll, in dieser Hinsicht mit seinen Quoten und Proportionalziffern nur zu große Analogien. (Pr.)

Wien, 7. April. Die „Wiener Zeitung" enthält drei gleichlautende kaiserliche Verfügungen, betreffend die Eröffnung der Landtage in Böhmen, Mähren und Krain, woraus wir folgende Stelle hervorheben: „Ich beauftrage Sie, an den aus Neuwahlen hervorgegangenen Landtag sofort die neuerliche Aufforderung zur Beschickung des Reichsrathes zu richten, indem Ich zu der patriotischen Einsicht und dem loyalen Sinne des Landtages das Vertrauen hege, daß derselbe dieser Aufforderung bereitwillig entsprechen werde. Dem Landtage ist hiebei die ausdrückliche Zusicherung zu wiederholen, daß Meiner Regierung nichts ferner liegt, als der Gedanke einer Einschränkung der verfassungsmäßigen Autonomie des Königreiches und daß es im Gegentheile Mein Wille ist, diese Autonomie nicht nur in jenen Richtungen zu erweitern, wo dies die Rücksicht auf die Sicherheit und Machtstellung des Gesammtreiches gestattet, sondern dieselbe auch durch die dauernde Befestigung des konstitutionellen Organismus der Gesammtmonarchie und die fortschreitende Entwicklung entsprechender Institutionen mit neuen Bürgschaften zu umgeben." — Dasselbe Blatt kündigt in seinem nichtamtlichen Theile an, daß die Verhandlungen mit Preußen behufs Lösung des österreichischen Münzvertrages mit dem Zollvereine in Kürze beginnen werden und eine Kommission zur Berathung des Anschlusses Oesterreichs an den zwischen Frankreich, Italien, Belgien und der Schweiz abgeschlossenen, auf dem Dezimalsysteme beruhenden Münzvertrages vom 10. April unter des Barons Hock Vorsitz zusammentreten wird.

Prag, 6. April. Der Landtag wurde heute unter zahlreicher Theilnahme seitens der Abgeordneten eröffnet. Baron Kellersperg stellte czechisch das Präsidium vor. Graf Hartig begrüßte den Landtag in längerer würdiger Rede, während welcher sich schon die gereizte Stimmung des Centrums durch Unterbrechungen kundgab. Der Oberstlandmarschall schloß mit einem Hoch auf Reich und Kaiser, das begeistert dreimal wiederholt wurde. Sofort eine Stimme aus dem Centrum: Auch ein Slava dem Könige Böhmens. Die Czechen rufen lärmend Slava. — Wie üblich, sprach hierauf der Landmarschall-Stellvertreter czechisch und schloß mit einem Slava. Baron Kellersperg verlas sodann das gestern bereits erwähnte kaiserl. Handschreiben an Frhrn. v. Beust, welches die erneuerte Aufforderung enthält, die Reichsrathswahl vorzunehmen, und Wahrung der Landes-Autonomie zusagt. Der tumultuarische Charakter der Sitzung steigerte sich jedoch in ihrem Verlaufe; der kleinste Anlaß wurde von den Czechen zu unparlamentarischen, lärmenden Scandalsscenen benützt. Als der Oberstlandmarschall die Mittheilung in Betreff der sanktionirten Gesetze nur deutsch machte, verlangte Dr. Gregr die Verlesung auch in czechischer Sprache. Lärmende Zurufe. Landmarschall-Stellvertreter leistet der Aufforderung willig Folge. Allein Herr Zeithammer constatirt, daß jetzt nicht Alles czechisch vorgebracht worden sei, was der Oberstlandmarschall gesagt. Neuer Lärm. Hierauf Wahlberichtigungen, welche einer Commission zugewiesen wurden. — Nächste Sitzung Montag. — Graf Hartig will, wie üblich, durch den Landtagssekretär die czechische Uebersetzung seiner Mittheilung verlesen lassen. Dr. Klaudy protestirt dagegen, daß den Czechen ein Sekretär sagen solle, was den Deutschen der Oberstlandmarschall kund gethan. (Großer Lärm; Hartig läutet.) Abg. Steffens will sprechen. Dr. Rieger sucht durch Schreien das Sprechen desselben zu verhindern. Steffens weist auf den bisherigen Usus hin, welcher dem heutigen Vorgehen des Oberstlandmarschalls entspreche. Zeithammer: Früher haben wir auf dieses Recht verzichtet; jetzt thun wir es nicht! Rufe: Slava dem früheren Landmarschall! Oberstlandmarschall sichert hierauf zu, daß in Zukunft er Eröffnungen vom Vice-Landmarschall czechisch verlesen lassen werde. — Bei der Verificirung der Budweiser Handelskammerwahl, deren Wahlakt einer Commission überwiesen wird, veranlaßten die Czechen neuerdings eine tumultuarische Scene. (Pr.)

Paris, 6. April. Im Senat kamen zwei auf die Entfernung der Kirchhöfe außerhalb des Stadtbezirkes von Paris bezügliche Petitionen zur Verhandlung. Die eine spricht sich für, die andere gegen die Maßregel aus. Der Seinepräfekt gibt über die Gründe Rechenschaft, welche die städtische Verwaltung bestimmten, sich für eine Verlegung der Kirchhöfe außerhalb Paris zu entscheiden. Diese Gründe sind sowohl räumlicher, wie sanitätischer Natur. Der neue Centralfriedhof von Paris soll, nach dem Plane der Präfektur, auf das einsam und versteckt gelegene Plateau von Mery-sur-Oise verlegt werden. Die in Aussicht genommene Fläche ist so bedeutend, daß sie auf 30 bis 40, oder wie Herr Haußmann meint, vielleicht auf 50 Jahre die Todten einer Bevölkerung von 3 Mill. Seelen in ihren Schooß aufnehmen kann. Ein Theil des Terrains ist vor der Stadt bereits angekauft, und kann, wenn der Plan nicht zur Ausführung kommen könnte, wenn auch mit einigem Schaden, wieder losgeschlagen werden. „Denn Sie begreifen, meine Herren, daß es bei einer Operation, die Ausgaben bis zum Betrage von 30 Millionen ausmacht, auf einige Hunderttausende von Franken mehr oder weniger nicht ankommt." — Der bereits angekaufte Boden nimmt eine Fläche von 533 Hektaren ein, was auf 30 Jahre für eine Bevölkerung von 3 Millionen ausreicht; es sollen aber im Ganzen 827 Hektaren angekauft werden, von denen 600 zu eigentlichen Grabstätten und 227 zu Wegen, Zwischenräumen 2c. dienen sollen. Nach einer langen Diskussion entscheidet sich der Senat für Verweisung der Petitionen an das Ministerium des Innern. — In einer andern Petition bitten zehn Einwohner von Eguilles, im Interesse des öffentlichen Gesundheitszustandes, um Erhaltung der Reste ihrer Gemeindewaldungen, die bis auf 117 Hektaren zusammengeschlagen worden sind, und zwar, wie sie behaupten, beinahe nur deßhalb, um bald die Wahl eines Generalrathes, bald eines Bezirksrathes zu begünstigen. Die Petition ist insofern ohne praktische Bedeutung, als bereits, ehe sie im Senate zur Sprache gebracht wird, auch die noch übrigen 117 Hektaren vollständig abgeholzt worden sind, und die Versammlung geht zur Tagesordnung über.

Paris, 6. April. „La France" und „La Presse" enthalten beide Artikel, die sehr kriegerisch gedeutet werden können. Der „Moniteur de l'Armee" verkündet heute mit einiger Ostentation die längst bekannte Nachricht, daß die Schule von St. Cyr, die kaiserliche Garde und alle nach dem Lager von Chalons beorderten Truppen mit Zündnadelgewehren bewaffnet werden sollen. Die offiziösen Korrespondenten haben aus dem Ministerium des Innern Befehl erhalten, zu erklären, „Frankreich werde nicht nachgeben; es habe Preußen gewähren lassen, so lange dieses innerhalb der deutschen Grenzen schaltete, nun es seine Aktion auf fremde Gebiete ausdehne, würde Frankreich auch auf seinem Willen bestehen." — Die Börse hat sich einer Panik hingegeben, die nicht größer sein könnte, als wenn wir

uns schon am Vorabende des Krieges befänden. Es hieß, „die holländische Regierung habe sich verpflichtet, von Preußen die Räumung von Luxemburg kategorisch zu fordern; Mac Mahon sei hieher berufen u. s. w.“ Ich kann diesen Pessimismus nicht theilen. Die Regierung wird den Zwischenfall wohl benutzen, um die Majorität zur Annahme der Militärvorlage zu bestimmen, ihre amtliche Sprache wird den Ton der halbamtlichen Blätter Lügen strafen. Marschall Niel und General Fleury erklären übrigens beide, nicht fertig zu sein, und im Kriegsministerium sucht man emsig nachzuholen, was der Vorgänger Niel's versäumt hat. Ein naher Friedensbruch ist nicht zu befürchten, aber die Zukunft bleibt bedenklich, so lange es zu keiner tief gehenden Verständigung zwischen Frankreich und Preußen gekommen ist. Diese wird von allen intelligenten Franzosen sehnlichst herbeigewünscht, und das Unglück eines Krieges zwischen diesen zwei Nationen wird in den gebildeten Kreisen in seiner ganzen Tragweite gewürdigt. Daß die Regierung sich eine Hinterthür offen halten will, beweist schon die Erklärung des holländischen Ministers, welche gewiß im Einverständnisse mit Frankreich geschehen ist. Montag soll eine Interpellation über den Gegenstand beim gesetzgebenden Körper angekündigt werden. (Köln. Ztg)

Paris, 6. April. Heute ist die Lage noch viel gespannter als gestern. Man spricht allgemein davon, daß Preußen das einzige Hinderniß gegen die Verwirklichung der Luxemburger Frage sei. So spitzt sich die Lage immer mehr zu einer direkten Gegnerschaft zwischen Preußen und Frankreich zu. Alle offiziösen Zeitungen sprechen dies heute offen aus. Die „France“ und die „Presse“ finden das Vorgehen Preußens unverantwortlich und machen sich besonders darüber lustig, daß sich der preußische Premier auf einmal von der Meinung des Parlaments bestimmen lasse, nachdem er fünf Jahre lang den preußischen Kammern zum Trotz und entgegengehandelt hat. Keines der französischen Blätter bedenkt, daß die deutsche Eigenschaft des Landes viel älter und besser begründet ist als die Herrschaft der oranischen Krämerfürsten. Das Beste aber ist, daß die französischen Offiziösen sich geberden, als ob die gereizte Stimmung zwischen Frankreich und Deutschland von letzterem ausgegangen sei, während es doch notorisch ist, daß die Deutschen nie daran dachten, französisches Gebiet zu verletzen, als die franz. Klerikalen und sogenannte Liberalen schon zu Angriffen auf Deutschland mit äußerster Wuth aufmunterten. Die Börse zeigte sich von den drohenden Aussichten äußerst erschreckt und machte heute eine außerordentlich große Baisse durch. Die öffentliche Meinung ist im höchste Grade beunruhigt und fürchtet den Krieg sehr. Die Gerüchte, welche die Baisse der Börse veranlaßten, waren folgende: in Rußland gehen starke Truppenbewegungen vor sich, Frankreich werde Preußen bestimmt auffordern, Luxemburg zu räumen, der „Moniteur“ werde dieser Tage eine kriegerische Note oder selbst ein Manifest enthalten; Bewaffnungen seien angeordnet; der Marschall Mac Mahon durch den Telegraphen nach Paris berufen. Diese Gerüchte sind gewiß sehr übertrieben, aber sie zeichnen den erregten Zustand der Gemüther und die Erwartungen, die man von der Zukunft hegt. Es heißt, General Niel habe erklärt, daß für einen etwaigen Krieg Alles vorbereitet sei; da Fleury sich jedoch entgegengesetzt geäußert, so ist eine betreffende Verfügung ergangen. Man arbeitet an der Vorbereitung der Ambulanzen u. s. w. — Die Kaiserin hat in der Kirche Notre dame des Victoires für die Gesundheit des kaiserlichen Prinzen eine Kerze brennen lassen. (Schw. M.)

Der „Köln. Ztg.“ schreibt man aus **Paris** vom 6. ds.: „Im Kriegsministerium herrscht große Aufregung und fieberhafte Thätigkeit. Bis zum 15. April werden weitere 50,000 Chassepot-Gewehre den Truppen abgeliefert, so daß dann nicht nur die Garde, sondern auch sämmtliche Soldaten des Lagers von Chalons damit versehen sein werden. Die Jägerkompagnien, welche bisher mit dem neuen Gewehre exerzirten, sind dahin gelangt, im Durchschnitte 10 Schüsse in der Minute abfeuern zu können. Bis zum 1. Juni werden, nach den abgeschlossenen Verträgen, die beiden Armeen von Paris und Lyon vollständig mit dem Chassepot-Gewehre ausgerüstet sein. In der Bretagne finden jetzt unausgesetzt zahlreiche Käufe von Pferden statt, die hier in großen Transporten auf der Westbahn anlangen, um an das in Paris neu errichtete „Central-Remonte-Depot“ abgeliefert zu werden. Die damit beauftragten Offiziere erhielten die Weisung, die Pferde um jeden Preis anzukaufen.“

Paris, 7. April. Die Sprache der „France“ ist heute ruhiger als in den letzten Tagen, aber nur um so drohender. Die „Liberté“ bezeichnet die Situation mit den Worten: „Alle Welt fühlt, daß Frankreich vor einer Krisis und vor einer schweren Krisis steht, indeß der „Moniteur“ schweigt auch diesen Morgen, und dieses systematische Schweigen geht so weit, daß er sogar im Berichte über das englische Parlament Alles, was die Streitfrage berührt, ausläßt. Dieses Schweigen sagt Alles, es beweist, daß die Beunruhigungen des Publikums vollkommen gerechtfertigt sind. Auf dem Punkte, wo die Angelegenheiten nunmehr angelangt sind, am Vorabend vielleicht eines Krieges mit Preußen aber ist es nothwendig, daß die Frage klar gestellt werde.“ Die „Liberté“ entwickelt hierauf, daß, wenn Preußen Luxemburg räume, so bedeute das „vielleicht den Frieden, wenigstens für einige Zeit“, wenn es in Luxemburg bleiben zu wollen erkläre, so sei dies „der Krieg auf der Stelle oder eine Beleidigung, wie Frankreich sie nicht hinzunehmen gewohnt sei“. Die „Liberté“ meldet ferner, daß Preußen gestern von Frankreich zwar kein Ultimatum erhalten habe, aber eine Note, worin Frankreich erkläre, es könne nicht länger die Besatzung von Luxemburg durch Preußen und noch weniger dulden, daß ein Reichstagsbeschluß erkläre, Luxemburg sei deutsches Land (terra allemande). Ein solcher Reichstagsbeschluß besteht ja aber gar nicht. Die Nachricht kann unmöglich richtig sein.

Paris, 7. April. Die Spannung ist hier anhaltend eine sehr große. Die Börsenspekulation erklärte sich den ganzen Tag (Sonntag) im Passage de Opéra in Permanenz. Um 2 Uhr Mittags wurde französische Rente mit 66. 20 angeboten. Das Projekt der Abtretung Luxemburgs hält man für aufgegeben, behauptet jedoch noch immer, daß Frankreich aus der Frage der Räumung der Festung Luxemburg durch die Preußen einen casus belli machen wolle. — Provinzblätter veröffentlichen folgende Depesche: „Paris, 6. April, 4 Uhr. Der Minister des Innern an den Präfecten von . . . . . . Man hat heute das Gerücht verbreitet, daß Frankreich ein Ultimatum an Preußen gerichtet hätte. Ich beeile mich, Sie wissen zu lassen, daß dieses Gerücht jeder Begründung entbehrt.“ — Die „France“ schreibt: „Die kaiserliche Regierung hat bis auf den heutigen Tag einen Geist der Mäßigung gezeigt, welcher die durch den preußischen Ehrgeiz wachgerufenen Aufregungen und Verlangen mit Mühe im Zaume gehalten hat. Aber der Augenblick kann kommen, in welchem die Regierung, trotz der Sympathien, welche sie für Deutschland bezeugt, den Pflichten Rechnung tragen müßte, welche die Würde der Nation ihr auferlegte, wenn die unserem gerechten Einfluß schuldigen Garantien hartnäckig verweigert würden.“

Florenz, 7. April. In Folge der Weigerung Crispi's, welcher erklärte, daß er nur das Ministerium des Innern annehmen könne, wenn er die Unterstützung seiner Freunde sich bewahren wolle, heißt es, wird das Ministerium folgendermaßen zusammengesetzt werden: Rattazzi, Minister des Innern, Ferraris für die Finanzen, Revel für den Krieg, Pescetto Marine, Correnti Unterricht, Venosta Aeußeres, Tecchio und Cambray Digny wahrscheinlich Justiz und Agrikultur.

London, 5. April. Unterhaus. Lord Stanley, welcher Sir Robert Peel antwortet, sagt, daß seit einiger Zeit Frankreich wünscht, in den Besitz Luxemburgs zu kommen, und daß der König von Holland geneigt wäre, es unter drei Bedingungen abzutreten, nämlich: 1) gegen eine Geldentschädigung an den König von Holland, 2) nach einer entsprechenden Abstimmung der Bewohner von Luxemburg, 3) mit dem Einverständniß der Großmächte und namentlich Preußens. Als Preußen von der Existenz dieser Unterhandlungen erfuhr, trat es in Beziehungen mit den Mächten, die den Vertrag von 1839 unterzeichnet hatten, namentlich auch mit England. In der an England gerichteten Mittheilung wurde es vom Berliner Cabinet ersucht, dem König von Holland von dieser Abtretung abzurathen und befragt, wie es die im Vertrag von 1839 enthaltene Garantie auslege. Die Regierung von England antwortete, die Abtretung könne nur im Einverständniß aller Unterzeichner des Vertrags vor sich gehen. Lord Stanley unterließ indessen nicht, den Zweifel auszusprechen, ob die Garantie auf die gegenwärtigen Umstände anwendbar sei, denn der Zweck des Vertrags war, die Interessen des Königs von Holland als Großherzog von Luxemburg zu garantiren und die Integrität seines Gebietes aufrecht zu erhalten; aber wenn der König das Gebiet abtreten will, so ist es klar, daß seine Interessen nicht mehr in Frage sind. Die Frage würde allein zwischen Deutschland und Frankreich existiren. Lord Stanley fügt hinzu, daß, da die Transaction von der Beistimmung Preußens abhänge, er glaube, sie werde zu keinem Ziele führen, denn er zweifle stark daran, daß Preußen einwilligen werde. Lord Stanley sagt endlich, er habe vom Repräsentanten Hollands die Nachricht erhalten, daß die Unterhandlungen aufgehört hätten.

Neueres.

Berlin, 8. April. Der Reichstag nahm heute nach kurzer Debatte die Artikel 59 bis 64 der Bundesverfassung an und lehnte einen von den Abgeordneten Waldeck und Duncker vorgeschlagenen Zusatzartikel ab, wonach das Bundespräsidium verantwortliche Kriegs- und Marine-Minister ernennen sollte. Die Generaldebatte ist erledigt, die Vorberathung des Finanzabschnitts wird Mittwoch beendet werden. — Der Finanzminister v. d. Heydt theilte mit, daß die Bundesausgaben ca. 75 Millionen, die Einnahmen aber nur etwa 50 Millionen Thaler betragen werden. Da nun das Präsidium allein die 25 Millionen nicht decken könne, so werden Matrikular-Beiträge ausgeschrieben werden müssen. Die Regierung gesteht die Budgetvorlage und die Anleihe-Bewilligung zu, nicht aber Abstriche feststehender Einnahmen.

Berlin, 8. April. Der „Staats-Anzeiger“ sagt: Die Regierung beabsichtigt sofortige Berufung des Landtags, sobald die Vereinbarung der Bundesverfassung hergestellt ist. Die Conferenzen der Bundesbevollmächtigten beginnen am 10. April, um in Betreff der vom Reichstag beantragten Verfassungsänderungen schlüssig zu werden. Der Zusammentritt des preußischen Landtags erfolgt bald nach Ostern.

Berlin, 8. April. Indem die „Nordd. Allg. Ztg.“ die beunruhigenden Gerüchte über die Luxemburger Frage bespricht, bemerkt sie: die Entscheidung liege nicht in Berlin, da der Charakter des Bundesstaats nur defensiv sei.

Wien, 8. April. Der französische Botschafter reist heute nach Paris; seine Rückkehr wird in der nächsten Woche erwartet. Kronprinz Rudolph, ist an einem Katarrh erkrankt, dessen Heilung langsamen Verlauf nimmt.

Paris, 8. April. Die Gerüchte von einem nach Preußen gesandten Ultimatum und einer Anleihe von 800 Millionen werden dementirt. Die „Standarte“ sagt: Da Preußen glaubte, die Mitunterzeichner der Verträge von 1839 befragen zu müssen, mußte Frankreich gleichfalls sich in Beziehung zu den Mächten setzen. Die Angelegenheit ist somit zur Zeit auf das diplomatische Gebiet gestellt und Alles läßt hoffen, daß sie aus demselben nicht herausschreiten wird. — Die „France“ konstatirt, daß die Regierung des Kaisers bisher einen Geist kluger Mäßigung gezeigt habe, dem es nicht ohne Schwierigkeit gelungen sei, die durch die preußischen Ehrgeizbestrebungen veranlaßten Wünsche und Aufregungen niederzuhalten; allein es könnte der Augenblick kommen, wo die Regierung trotz der Sympathien, welche sie Deutschland bezeugt, sich gezwungen sehe, den Forderungen der nationalen Ehre Rechnung zu tragen, wenn die unserem gerechten Einfluß schuldigen Bürgschaften hartnäckig verweigert würden. Die Verantwortlichkeit der Ereignisse würde auf diejenigen fallen, welche es sich zur Aufgabe zu machen scheinen, durch grenzenlose Ehrsucht und Anmaßungen ohne Zügel, Europa zu beunruhigen.

London, 8. April. Zwei englische Panzerschiffe haben Malta verlassen, um sich, wie es heißt, wegen der Tornado-Angelegenheit nach Cadiz zu begeben. — Aus New-York wird gemeldet, Präsident Johnson habe den General Franc Blair zum amerikanischen Gesandten in Wien ernannt.

Petersburg, 7. April. Das „St. Petersburger Journal“ sagt, den überstürzten Urtheilen der inländischen Journale bezüglich des Verkaufs des russischen Amerika's gegenüber könne es nur sagen, daß eine beiderseits vortheilhafte und die erworbenen Rechte achtende Transaktion wahrscheinlich sei. Es würde sich darum handeln, die ostsibirischen Häfen zu begünstigen, die Colonien zu heben und den beiderseitigen handelspolitischen Interessen am Stillen Ocean vollkommene Genugthuung zu gewähren.

Bucharest, 8. April. Der Fürst von Serbien wird, von Konstantinopel kommend, stündlich hier erwartet.

New-York, 6. April. Die Niederlage der Juaristen unter Escobedo bestätigt sich theilweise. General Miramon verfolgt sie. Kaiser Maximilian ist nach Mexiko zurückgekehrt. — Gold 133. Wechsel auf London (in Gold) $108^{3}/_{4}$. 1882r Bonds $109^{3}/_{4}$. Baumwolle 28. Petroleum, raffinirtes 26.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. E. Kupfer.

Meubles-Versteigerung.

Die am gestrigen Tage begonnene Versteigerung von Meubles in der Wiesenbauschule wird heute Nachmittag 2 Uhr fortgesetzt.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$58^{3}/_{4}$—$56^{3}/_{8}$ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$49^{1}/_{4}$—$48^{1}/_{4}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	$4^{1}/_{2}$pCt.	$37^{1}/_{4}$ P.
Preussen	$3^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$100^{1}/_{4}$ P.
„	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	92 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88^{3}/_{4}$ P
„	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	91 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$92^{1}/_{4}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$92^{7}/_{8}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. v. 1842	$85^{3}/_{4}$ P.
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$92^{7}/_{8}$ G.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$93^{1}/_{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$89^{1}/_{4}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	82 P.
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$83^{1}/_{4}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2^{1}/_{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. $2^{1}/_{2}$	$77^{1}/_{2}$ P.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	$76^{5}/_{8}$—76 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	123—$22^{1}/_{2}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	630 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$153^{1}/_{2}$—151 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$89^{3}/_{4}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	190 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	332 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	151 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	91 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	—
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$46^{1}/_{4}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$70^{1}/_{4}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	$44^{1}/_{4}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	114 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	114 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^{5}/_{8}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^{3}/_{4}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99[illegible] G.
Berlin Th. 60 k. S.	$104^{7}/_{8}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97^{3}/_{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^{3}/_{4}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105[illegible] P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^{1}/_{2}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104^{7}/_{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$119^{1}/_{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^{3}/_{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^{3}/_{8}$—$^{1}/_{2}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$89^{5}/_{8}$ P. $^{3}/_{4}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$89^{5}/_{8}$ P. $^{3}/_{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	—
„	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$56^{1}/_{2}$ P.
„	fl. 500 v. 1860 6/7	$62^{1}/_{2}$ P.
„	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	108—$107^{1}/_{2}$ G.
„	do. v. 1864	70 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.		95—$94^{3}/_{4}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose		10 P.
Badische fl. 35		52 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.		54 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.		$140^{1}/_{4}$ P.
„	fl. 25 do.	$37^{3}/_{4}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.		$35^{5}/_{8}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.		—
Neuchateler 10 Frs.-Loose		—
Freiburger 15 Frs.-Loose		—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.		—
St. Lüttich mit $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.		—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.		—

Frankfurt, 9. April. Gestern Abend schon bemächtigte sich der Börse eine Deroute ähnlich der Pariser vom Samstag. Ohne anderen erklärlichen Grund, als vage und unsinnige Gerüchte, ließ man Mobilier um 10 fl. und Loose um 3 pCt. fallen, um sie am Schluß wieder wesentlich hinaufzusetzen. Heute eröffnete man auf die Erklärungen Moustier's („Fr. J.“ 2. Beilage von gestern), durch die man die Course zu befestigen suchte, ungefähr zu den gestrigen Mittagsnotirungen, verflaute aber bald, als auswärtige Plätze schlecht eintrafen und als die Contremine sich nicht abschrecken ließ, mit allen Effekten und verkehrte nur mehr in weichender Richtung. Heute trug der Markt viel mehr noch als gestern den Stempel ausgeprägter Panik, und besonders süddeutsche Sachen und Eisenbahnen, für die massenhafte Verkaufsordres vorlagen, wurden zu niederen Preisen weggeworfen. Mit den meisten Effekten nähern wir uns von Tag zu Tag mehr jetzt schon den Kriegskoursen. Newyorker Goldagio und Course fehlten. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 101.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 11. April 1867.

Zum preußisch-bayerischen Allianzvertrag.

IV.

XX In Württemberg wird die Frage eifrig erörtert, ob der mit Preußen abgeschlossene Allianzvertrag erst durch die Zustimmung der Kammern bindende Kraft erlange. Wenn dies, wie man hie und da behauptet hat, der Fall ist, so würde daraus folgen, nicht nur, daß die Staatsregierung verpflichtet sei, den Vertrag zur Genehmigung vorzulegen, sondern auch daß derselbe von dem Augenblick an, wo eine der beiden Kammern ihre Genehmigung versagt hat, für die Regierung selbst seine bindende Kraft verliert. Nach einer andern Auffassung ist der Vertrag ohne Zustimmung des Landtages gültig, kann aber ohne dieselbe nicht ausgeführt werden, insoweit dem Landtage verfassungsmäßig das Recht zusteht, die Mittel zur Ausführung, z. B. die Geldmittel für kriegerische Rüstungen zu bewilligen. Bei dieser zweiten Auffassung bleibt der Vertrag für die Regierung, die ihn geschlossen hat, unter allen Umständen bindend; wird sie durch eine Weigerung der Kammern zeitweilig außer Stand gesetzt, ihn zu erfüllen, so darf sie ihm doch nicht zuwider handeln und muß in jedem künftigen Fall von neuem auf die Erfüllung der übernommenen Verbindlichkeit bedacht sein, so lange nicht der andere Contrahent sie derselben enthebt.

Es ist wohl der Mühe werth, etwas näher zuzusehen, wie sich zu der angeregten Frage das bayerische Staatsrecht verhält.

Die württembergische Verfassung hat über den Abschluß von Staatsverträgen ausdrückliche Bestimmungen, die in der bayerischen fehlen. Hier ist man zunächst an den allgemeinen Satz des Titel II § 1 gewiesen: „Der König .... vereinigt in sich alle Rechte der Staatsgewalt und übt sie unter den in der gegenwärtigen Verfassungsurkunde gegebenen Bestimmungen aus." Nach dem Inhalte der letzteren kann der König gewisse Verfügungen nur im Einverständniß mit dem Landtage treffen, und es entsteht demnach die Frage, ob die Uebereinkunft vom 22. August solche Verfügungen in sich schließt. Dies ist zu verneinen. Zwar hat man behauptet, durch die eventuelle Uebertragung des Oberbefehles auf den König von Preußen werde der Souveränetät des bayerischen Staates und Staatsoberhauptes Abbruch gethan. Wäre dies richtig, so enthielte der Vertrag im Hinblick auf Titel I § 1, Titel II § 1, welche das Prinzip der Souveränetät aufstellen, eine Verfassungsänderung, und solche Aenderungen können bekanntlich ohne Zustimmung des Landtages nicht erfolgen. Allein die Unrichtigkeit der Behauptung ergibt sich, von anderen Erwägungen abgesehen, sehr einfach aus der Thatsache, daß Bayern zu der Zeit, wo es seine Verfassung erhielt, dem deutschen Bund angehörte, dessen Mitglieder ihre Contingente dem Oberbefehl eines von der Bundesversammlung zu ernennenden Feldherrn unterordneten. Wenn die Verfassungsurkunde demungeachtet das Königreich Bayern als einen völlig souveränen Staat bezeichnet, so ist es klar, daß nach der hier zu Grund liegenden Auffassung auch durch die Uebereinkunft vom 22. August kein Souveränetätsrecht aufgegeben und an den angeführten Verfassungsparagraphen keine Aenderung vorgenommen wird. Auch von den übrigen Bestimmungen, auf welche § 1 des Titel II hinweist, greift keine hindernd ein. Die Krone hat mithin beim Abschluß des Vertrages ein von der Mitwirkung der Kammern unabhängiges Recht geübt, und der Vertrag ist ohne diese Mitwirkung gültig. Er bindet die bayerische Staatsregierung, so lang er von dem andern Contrahenten beobachtet und nicht im wechselseitigen Einverständniß aufgehoben wird.

Dagegen besteht für die Volksvertretung keine staatsrechtliche Verbindlichkeit, die zu seiner Ausführung erforderlichen Mittel zu gewähren, insoweit ihr die Bewilligung dieser Mittel verfassungsmäßig vorbehalten ist. Sie kann daher namentlich, wenn ihr früher oder später außerordentliche, im Budget nicht vorgesehene Leistungen zur Erfüllung des Vertrages angesonnen werden, durch einen abweisenden Beschluß die Regierung außer Stand setzen, der übernommenen Verpflichtung vollständig nachzukommen.

Betrachtet man diese staatsrechtliche Sachlage vom politischen Standpunkt, so leuchtet ein, daß sie nur als ein vorübergehendes Provisorium erträglich ist. Freunde und Gegner des Vertrags erkennen die Bedeutung desselben: er beherrscht und bestimmt alle Verhältnisse des bayerischen Staates nach außen, wirkt zugleich auf die inneren Verhältnisse entscheidend ein und muß der Staatsregierung bei ihren wichtigsten Entschließungen als Richtschnur dienen. Es darf daher nicht lange zweifelhaft bleiben, welche Stellung der andere Faktor, die Volksvertretung, zu dem Vertrag einnimmt. Indeß ist zu hoffen, daß diese selbst durch den weiteren Verlauf der Dinge bald überholt und, unter Mitwirkung der süddeutschen Kammern, durch eine Organisation ersetzt wird, in welcher die nationale Einheit ihren vollständigen Ausdruck findet.

Vermischtes.

(F. Freiligrath.) Der „A. Z." schreibt man aus London: „Aus einem uns zugesandten Circular ersehen wir, daß sich hier ein Ausschuß gebildet hat, um „F. Freiligrath durch einen Nationaldank zu ehren und ihn seiner vollen dichterischen Wirksamkeit zurückzugeben." Diesem anerkennungswerthen Bestreben, dem wir den besten Erfolg wünschen, liegt die traurige Thatsache zu Grunde, daß der populäre Dichter (geb. 17. Juni 1810) in seinen alten Tagen noch einen harten, alle seine Kräfte in Anspruch nehmenden und aufreibenden Kampf ums tägliche Brod zu kämpfen hat. Nachdem die hiesige Zweig-Anstalt der Schweizerbank, an deren Spitze er stand, eingegangen, befindet er sich ohne Stelle und ist für den Unterhalt seiner zahlreichen Familie wohl ausschließlich auf die Pension angewiesen, die er von der J. G. Cotta'schen Verlagshandlung bezieht. Daß es die Pflicht der Nation ist, für ihre guten Dichter zu sorgen, da die schlechten schon für sich selbst zu sorgen wissen, — wer wollte das läugnen?"

(Lamartine.) Die Pariser „Presse" meldet, daß der Staatsrath den Antrag der Kommission über die Lamartine'sche Dotation wieder abgeändert hat. Hr. v. Lamartine soll ein unangreifbares Capital von 500,000 Fr. erhalten, dessen Zinsen ihm zufallen, und das nach seinem Tode der Hinterlassenschaftsmasse zu Gute kommen wird.

(Amerikanische Proben mit Hinterladungsgewehren.) Im Staats-Arsenale zu New-York ist die vom Staate ernannte Commission zusammengetreten, um unter den verschiedenen vorliegenden Mustern eine Auswahl des stärksten, dauerhaftesten Hinterladungsgewehres zu treffen, das in Bezug auf die Genauigkeit und die Schnelligkeit, mit der es zu schießen erlaubt, den Anforderungen der Staatstruppen entspricht. Die Generale Ward und Palmer und die Obersten Baker und Burt hatten sich eingefunden. Mit der Poultney-Muskete wurden 13 Schüsse in 15 Secunden abgefeuert. Vier Kugeln trafen in die Scheibe, die übrigen bloß das außerhalb befindliche Papier. Die Ladung bestand aus 60 Gran Pulver. In Bezug auf die Gewalt der Schüsse stellte man zwei Proben an; das erste Mal durchbohrte die Kugel 15 einzöllige Bretter, und traf dann eine eiserne Platte mit beträchtlicher Gewalt. Im zweiten Versuche drang die Kugel bis in die dreizehnte der Planken. Um die Stärke des Gewehres zu prüfen, feuerte man aus demselben in 17 Minuten 12 Secunden 99 Kugeln ab, ohne daß dadurch die Brauchbarkeit des Gewehres im geringsten benachtheiligt wurde. Vom Joslyn-Hinterladungsgewehre wurden in einer Minute acht Schüsse abgefeuert, die alle die Scheibe trafen. Man schoß aus demselben in 8 Minuten 30 Secunden 99 Patronen ab und trieb eine Kugel durch zehn Planken in die eilfte. Es wurde noch ein Gewehr der Joslyn'schen Erfindung probirt, aber keine höheren Resultate als die der beiden erstgenannten Gewehre erzielt. Man probirte die drei Gewehre, indem man aus jedem derselben zwei Kugeln auf einmal abfeuerte, und das Resultat war befriedigend.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 9. April. Se. Majestät der König hat dem kath. Pfarrer und Dekan L. Zintl in Painten in Rücksicht auf seine fünfzigjährigen mit Eifer und Treue geleisteten Dienste die Ehrenmünze des kgl. bayer. Ludwigsordens verliehen; dem Zolleinnehmer J. Jäger zu Untergemeinde in Rücksicht auf seine mit Einrechnung eines Feldzuges mehr als fünfzigjährigen treu und eifrig geleisteten Dienste die Ehrenmünze des kgl. bayer. Ludwigsordens verliehen; dem kgl. Hofkapellmeister im außerordentlichen Dienste, Dr. H. v. Bülow, das Ritterkreuz 1. Klasse des Verdienstordens vom hl. Michael verliehen; den Major und Kommandanten des Landwehrbataillons Burghausen, Georg Stegmüller, seinem Ansuchen entsprechend, von der bisher bekleideten Landwehr-Charge enthoben; 1) der Generaloberin der armen Franziskanerinnen zu Pirmasens, M. A. A. Glück, zur Annahme und zum Tragen des ihr von Sr. Maj. dem Kaiser von Oesterreich verliehenen goldenen Verdienstkreuzes des Franz-Joseph-Ordens mit der Krone, und 2) der Lokaloberin in Hochaltingen, M. Braun, zur Annahme und zum Tragen des ihr von Sr. Maj. dem Kaiser von Oesterreich verliehenen goldenen Verdienstkreuzes des Franz-Joseph-Ordens ohne Krone, die Bewilligung ertheilt; die von Sr. kgl. Hoheit dem Herzoge Maximilian von Bayern getroffene Wahl der Gräfin A. Marogna zur Hofdame Ihrer kgl. Hoh. der Herzogin Ludovica von Bayern und der Freiin Natalie v. Sternbach zur Hofdame J. k. H. der Herzogin Sophie Charlotte von Bayern genehmigt.

Der frühere Leibjäger und nunmehrige Forstgehilfe Christian Näßl zu Schöngeising wurde zum prov. Forstwart in Staufen, Reviers Immenstadt, ernannt.

München, 8. April. Zu der in der Luxemburger Frage an den Hrn. Staatsminister Fürsten v. Hohenlohe zu richtenden Erklärung der Mitglieder unserer Kammer der Abgeordneten sind bereits bis diesen Abend die schriftlichen Zustimmungen sehr vieler Kammermitglieder hieher gelangt und zwar von Abgeordneten aller in der Kammer vertretenen politischen Parteien. Da, wo es sich um ein deutsches Interesse handelt, schwinden auch bei uns alle Parteiunterschiede.

Berlin, 7. April. Um im Reichstage die entscheidende Schlußberathung bis Mittwoch den 17. ds. Mts. zu Ende zu bringen, wird es von allen Seiten der äußersten Anstrengung bedürfen. Aber die Schwierigkeiten, welche die kurze Zeit schafft, sind am Ende doch nur äußerliche und sie kommen kaum in Betracht gegen gewisse innerliche Schwierigkeiten. Wie man nämlich als ganz zuverlässig hört, ist die preußische Regierung unter keinen Umständen gewillt, auf die vom Reichstage zu den Artikeln 56 und 58 angenommenen Amendements des Abg. v. Forckenbeck (Gewährung des Satzes von 1 Prozent der Bevölkerung für das Friedensheer und 225 Thlr. pro Kopf nur bis zum 31. Dezember 1871) einzugehen, und es ist in dieser Beziehung insbesondere auch interessant, daß auch Graf Bismarck und v. Roon gestern gegen das Bennigsen'sche Amendement, welches der Regierung wenigstens dafür eine Garantie geben wollte, daß nach dem 31. Dezember 1871 die auf Grundlage der Bundesverfassung gesetzlich bestehende Organisation des Bundesheeres der weitern Vereinbarung des Militärbudget des Bundes zu Grunde gelegt werden solle, gestimmt haben. Ein solcher allgemeiner Satz genügt der Regierung also keineswegs; sie will die Bundesarmee ein für alle Mal fest gegründet haben und auch nicht das Geringste abhängig sein lassen von künftigen zweifelhaften Abstimmungen. Es dürfte hiebei für die Regierung insbesondere auch die, wenn auch aus naheliegenden diplomatischen Gründen gestern nicht ausgesprochene Anschauung mit in Betracht kommen, daß durch die beliebte Aenderung des Artikels 58 auch die wesentlichste Grundlage des Bündnißvertrages selbst zum Nachtheile Preußens geändert würde. Wie weit dies begründet ist, lassen wir dahin gestellt sein. Wir referiren blos. Ob es möglich ist, diese Gegensätze miteinander auszugleichen, bleibt abzuwarten; jedenfalls aber würde ein solcher Ausgleich nicht anders möglich sein, als dadurch, daß bei der Schlußberathung die zu den Artikeln 56 und 58 beschlossenen Amendements von Seite des Reichstags wieder aufgegeben würden. (Bayer. Ztg.)

Paris, 8. April. Der Kaiser hat heute den Kriegsminister in den Senat und in den gesetzgebenden Körper geschickt, um eine Botschaft über die Luxemburger Frage abzustatten. Um diese zu empfangen, hatten die Kammern sich um 2 Uhr Nachmittags zu versammeln. Der Marquis de Moustier las sofort nach Eröffnung der Sitzung „eine sehr summarische Deklaration“ über die luxemburgische Angelegenheit vor. Nach dieser Mittheilung wurden Interpellationen eröffnet, an denen Berryer, Rouher, Thiers und Ollivier sich betheiligten. Ollivier, der vor einigen Tagen noch sehr sympathisch für Deutschland war, eiferte gegen Preußen. Auch im Senate gab Moustier die Botschaft des Kaisers mit der Aufforderung, daß die Regierung das Licht nicht scheue. Die Regierung will, das ist klar, in den Kammern Beschlüsse provoziren, welche die Majoritäten für alles Weitere dem Lande gegenüber vor den Riß stellen. — Es wird eine große Manifestation vorbereitet.

Die (bereits im Wesentlichen im vorgestrigen Telegramme ds. Bl. enthaltene) Erklärung der Regierung lautet: Meine Herren! Der Kaiser hat mir Befehl gegeben, Ihnen die Verhältnisse zur Kenntniß zu bringen, unter denen die Frage wegen des Großherzogthums Luxemburg und die jetzige Lage dieser Angelegenheit entstanden ist. Die französische Regierung, bestimmt durch die gründliche Ueberzeugung, daß die wahren und dauernden Interessen Frankreichs in der Erhaltung des Friedens von Europa beruhen, hegt in ihren internationalen Beziehungen nur versöhnliche Gedanken. Auch hat sie die Frage wegen des Großherzogthums nicht freiwillig erhoben. Die unbestimmte Lage von Limburg und Luxemburg hat eine Mittheilung des Cabinets vom Haag an die französische Regierung zur Folge gehabt. Die beiden Souveräne sind solcher Weise veranlaßt worden, ihre Ansichten über den Besitz von Luxemburg auszutauschen. Diese Pourparlers hatten übrigens noch keinen offiziellen Charakter angenommen, als das Cabinet von Berlin, durch den König der Niederlande über seine Ansichten befragt, sich auf die Bestimmungen des Tractates von 1839 berief. Treu den Principien, welche unsere Politik immer geleitet haben, haben wir diese Gebietserwerbung nur unter drei Bedingungen für möglich gehalten: die Einwilligung des Großherzogs von Luxemburg, die rechtmäßige Untersuchung der Interessen der Großmächte, der Wille der Bevölkerung, ausgesprochen durch die allgemeine Abstimmung. Wir sind geneigt, im Einverständniß mit den andern Cabinetten von Europa die Clauseln des Tractats von 1839 zu untersuchen. Wir werden zu dieser Untersuchung den vollständigsten Sinn der Versöhnlichkeit mitbringen, und wir glauben bestimmt, daß der Friede von Europa durch diesen Zwischenfall nicht gestört werden wird. — Heute wurden im Laufe des Morgens mehrere Minister in die Tuilerieen berufen.

Ueber die Bedeutung der Luxemburger Frage vom englischen Gesichtspunkte und das Verhältniß der britischen Regierung hiezu wurden von Lord Stanley in der Unterhaussitzung vom 5. d. sehr wichtige Aufschlüsse gegeben. Wir lassen deßhalb unserer gestrigen Mittheilung noch einen ausführlicheren Sitzungsbericht (nach der „Köln. Ztg.“) folgen:

London, 6. April. Die Mitternachtsstunde der Unterhaussitzung war von der luxemburgischen Frage ausgefüllt. Kurz nach 12 Uhr stellte Sir Robert Peel eine Interpellation, bei deren Begründung er das Verfahren Frankreichs und des Königs von Holland in diesem schnöden Menschenschacher mit scharfen Ausdrücken charakterisirte. Hauptsächlich betonte Peel die gefährdete Stellung Belgiens. „Diese Rücksicht,“ sagte er am Schlusse, „ist sehr dringend und wesentlich für den europäischen Frieden. Denn wenn Frankreich sich in seinen Anschlägen von der britischen Regierung irgendwie ermuthigt, wenn auch nur durch Schweigen, ermuthigt sieht, so können höchst ernste Folgen und Verwicklungen eintreten, in welche ohne Zweifel auch wir hineingezogen würden. Ich hoffe, daß die Regierung Ihrer Majestät sich bemüht hat, den Regierungen Hollands und Frankreichs die Schädlichkeit und Gefahr derartiger Fragen zu Gemüthe zu führen, während doch Keiner läugnen wird, daß Preußen mit Anstrengung aller Kräfte und unter Führung eines der fähigsten Minister, die je die Geschicke eines Volkes leiteten, jenen Angriff auf eine rein deutsche Bevölkerung rächen würde. Freilich hat unser Land kein unmittelbares Interesse an geringfügigen territorialen Aenderungen auf dem Continente. Wir wünschen, Frankreich groß in der Macht seiner Künste und Gewerbe und seines Handels zu sehen; aber es ist diese fortwährende Agitation, diese Mißachtung der Verträge, worin die letzte Ursache der in Europa herrschenden Unruhe und Furcht zu suchen ist.“ Lord Stanley, der Minister des Auswärtigen, gab im Wesentlichen folgende Antwort: „Obwohl diese luxemburgische Frage in ihrem schließlichen Resultate von großer Wichtigkeit sein mag und obwohl schon ihre bloße Anregung während der letzten zehn Tage Europa in nicht geringem Maße in Unruhe gesetzt hat, so liegen die Thatsachen, wie der sehr ehrenwerthe Herr Fragesteller richtig darlegte, doch in einem sehr engen Kreise. Jedermann weiß, daß die französ. Regierung jenes Gebiet Luxemburg zu besitzen wünschte, und es ist gleichfalls ziemlich allgemein bekannt, daß der König von Holland bereit war, unter gewissen Bedingungen die Rechte, welche er an dasselbe hatte, aufzugeben. Ich muß das Haus daran erinnern, daß dieses mehr die Sache des Königs von Holland, als der holländischen Regierung ist; denn das Gebiet ist von der Regierung abgesondert und mit Holland nur durch das Band eines gemeinsamen Herrschers verbunden. Im Interesse der Wahrheit muß ich hinzufügen, daß, so viel ich weiß, die holländische Regierung und das holländische Volk diesem abseits liegenden Gebiete keine große Bedeutung beilegen, noch auch ein besonderes Element der Stärke, Sicherheit und Wohlfahrt ihres Landes darin erblicken. Die Sache liegt jedoch nicht so, daß der König von Holland je bereit gewesen wäre, das Gebiet ohne Bedingungen abzugeben. Wie ich vernehme, schlug er verschiedene Stipulationen vor als unumgängliche Bedingungen für die Uebertragung, wenn sie je Statt finden sollte. Eine derselben lautete dahin, daß er eine gewisse Entschädigung erhalten sollte; darüber aber, ob

diese Entschädigung eine direkt pecuniäre Form annehmen sollte, habe ich keine Mittheilungen erhalten. Eine zweite Bedingung, welche ich nach den Bemerkungen des sehr ehrenwerthen Herrn Fragestellers nicht übergehen darf und worauf der König von Holland Nachdruck legte, war die, daß die Wünsche des luxemburgischen Volkes zu befragen seien. Die dritte und vom praktischen Gesichtspunkte wichtigste schrieb vor, daß die Einwilligung der Großmächte und speziell die Einwilligung Preußens zu erlangen sei. Nun wird es aber dem Hause bekannt sein, daß Preußen das Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg besitzt, und zwar kraft speziellen Vertrages zu besitzen beansprucht, und sowohl aus dem Grunde, als weil er Nachbar ist, besonders aber als Haupt der Bundesstaaten Deutschlands, hat Preußen ein tieferes und näheres Interesse in dieser Sache, als irgend eine andere europäische Macht. Als die Angelegenheit zur Kenntniß der preußischen Regierung kam, ließ diese eine Mittheilung an die anderen Mächte ergehen, welche den Vertrag vom April 1839, der die Beziehungen zwischen Belgien und Holland regelt und Luxemburg dem letzteren garantirt, unterzeichnet haben. Eine von diesen Mittheilungen war an den Herrn v. Beust, eine andere an Ihrer Maj. Regierung gerichtet; sie ist mir am vorigen Sonntag (31. März) zu Händen gekommen. Die an mich gestellten Fragen waren wesentlich zwei: die eine, ob die britische Regierung versuchen wolle, dem holländischen Könige von der weiteren Verfolgung der angeblichen Plane abzurathen, und die andere, welche Auslegung die Regierung von Großbritannien der in dem Vertrage vom Jahre 1839 ausgesprochenen Garantie gebe. Auf die zweite Frage konnte ich es nicht auf mich nehmen, unverzüglich eine klar bestimmte Antwort zu geben; denn es ist offenbar sehr wünschenswerth, daß, wenn auf Grund des Vertrages von 1839 eine Vorstellung oder ein Schritt erforderlich wäre, nicht eine vereinzelte Macht, sondern auch die anderen Mächte, welche jenen Vertrag unterzeichneten und mit uns in gleichem Maße verantwortlich sind, in solcher Weise aufträten. Ich verhehlte jedoch meine Zweifel nicht — und ich darf wohl ein stärkeres Wort gebrauchen, welches mir im Sinne lag, — ob die in jenem Vertrage von 1839 gegebene Garantie der Art sei, daß sie auf den jetzigen Fall Anwendung finde. Diese Garantie war ohne Zweifel bestimmt, das Interesse des Königs von Holland in seiner Eigenschaft als Großherzog von Luxemburg zu schützen und die Integrität des Gebietes zu wahren. Wenn jedoch der König von Holland von seinem Rechte an Luxemburg freiwillig absehe und den getroffenen Arrangements seine Zustimmung gebe, so komme sein Recht oder Interesse fortan nicht mehr in Frage und die Sache liege dann durchaus anders, indem sie zwischen Frankreich einerseits und Deutschland andrerseits schwebe. Weder damals noch zu irgend einer Zeit haben wir eine Verpflichtung übernommen, die Integrität des deutschen Reiches zu wahren. Deutschland geeinigt, wie es jetzt ist — und wessen ich für meinen Theil mich recht freue —, geeinigt in einem Maße, wie es nie zuvor gesehen worden, ist recht wohl im Stande, für seine eigene Vertheidigung zu sorgen (hört! hört!). Was nun die Frage betraf, ob wir dem König von Holland abrathen sollten, mit seinen Unterhandlungen fortzufahren, so war meine Antwort die, daß, wie mir kund geworden, die Einwilligung des Königs von Holland von vorn herein durch die Zustimmung Preußens und gleicher Weise durch die Zustimmung des luxemburgischen Volkes bedingt gewesen sei. Wie die Luxemburger denken mögen, bin ich außer Stande zu sagen; was aber Preußen angeht, so war von Anfang an mein Eindruck der, daß es nun und nimmermehr seine Zustimmung geben würde. Ich sagte also, es sei stipulirt, daß, wenn diese Bedingungen nicht erfüllt würden, die ganzen Unterhandlungen zu Boden fallen müßten und daß, wenn die Luxemburger keinen Widerspruch erhöben und wenn Preußen, die meist interessirte Macht, seine Einwilligung gebe, nicht davon die Rede sein könne, als habe die britische Regierung irgend eine Verpflichtung, sich in die Verhandlungen einzumischen. Um zu einer bestimmten Entscheidung zu gelangen, wäre es nöthig gewesen, die Ansichten der anderen Mächte in Erwägung zu ziehen. Das ist die Antwort, welche ich provisorisch im Namen der britischen Regierung gab. Um nähere Aufschlüsse wurden wir nicht angegangen und ich habe mich über die Sache weiter auch nicht ausgesprochen, weil gestern die dem Hause bekannte Nachricht eingetroffen ist, die zwar weder amtlich, noch absolut gewiß war, jedoch den Stempel der Echtheit trug und mir als Wahrheit galt. Es ist die Nachricht, daß von der Abtretung Luxemburgs seitens des Königs von Holland Abstand genommen worden sei, und diese Angabe wurde mir heute Nachmittag durch den Vertreter des Königs der Niederlande, der bei mir vorsprach, bekräftigt, indem er mich autorisirte, jene Nachricht als eine von seiner Regierung herrührende zu bezeichnen. (Hört, hört!) Hiermit wäre nun die Sache zu Ende, so weit sie Holland angeht. Ob auch die Fragen, welche sich aus ihr entwickeln können, damit erledigt sind, vermag ich nicht zu sagen. Das wäre die Sache, so weit sie vorgeschritten ist. Der sehr ehrenwerthe Baronet sagte auch etwas über die Sicherheit Belgiens. Die Sicherheit Belgiens aber ist eine ganz andere Sache. Was Belgien angeht, so haben wir allerdings eine mit Festigkeit und aus wohlüberlegter Absicht übernommene Garantie auf uns. Doch jetzt ist die Frage in Betreff der Sicherheit Belgiens während der ganzen Unterhandlungen auch nicht im geringsten Maße berührt worden. Wir behandeln die Fragen, wie sie an uns herantreten, und ich glaube nicht, daß es unseres Amtes ist, allerlei Schwierigkeiten vorauszusehen, die sich nicht erhoben haben und sich wahrscheinlich nicht erheben werden (Beifall). Sir R. Peel bemerkt dem Minister, ein Theil seiner Interpellation sei unbeantwortet geblieben, und er wünsche zu wissen, ob es irgend wie den Bemühungen der britischen Regierung zuzuschreiben sei, daß die Abtretung Luxemburgs aufgegeben worden sei. Lord Stanley antwortet hierauf: „Ich glaubte, diese Frage schon beantwortet zu haben. Was einen schriftlichen Protest gegen die angebliche Transaktion von Seiten Rußlands angehe, so habe ich zuerst aus dem Munde des sehr ehrenwerthen Baronets von einem solchen gehört. Keine Mittheilung, daß die russische Regierung einen derartigen Schritt gethan habe, ist dem auswärtigen Amte zugegangen. Was die Frage betrifft, ob die Abtretung jener Provinz in Folge einer Vorstellung Seitens der britischen Regierung aufgegeben worden ist, so glaube ich gesagt zu haben, daß ich, indem ich die von dem Könige der Niederlande vorgeschlagene Cession als von der Einwilligung des Volkes und Preußens abhängig, und diese Einwilligung Preußens als noch nicht gegeben und als durchaus unwahrscheinlich ansah, mich weiter nicht verpflichtet fühlte, im Namen der britischen Regierung solche Vorstellungen zu machen, und das Fallenlassen des Planes, wenn man ihn hat fallen lassen, ist daher keineswegs den Bemühungen der Regierung Ihrer Majestät zuzuschreiben."

Von der polnischen Grenze, 5. April. Die Russen lieben es bekanntlich, ihre Plane geräuschlos zu verfolgen und davon so wenig als möglich in die Oeffentlichkeit dringen zu lassen. Dieses System wird jetzt auch im Königreiche Polen in seiner vollsten Ausdehnung in Anwendung gebracht und man kann mit Recht sagen: das Land ist bereits ganz russisch, ohne daß man es bis jetzt für nöthig gehalten hat, den Namen „Polen" auszustreichen. Als die Polen in Galizien so lärmend auftraten, hielt die Regierung im Königreiche es für nothwendig, in aller Stille mit unerbittlichem Ernste zu verfahren und erreichte es dadurch, daß seitdem im ganzen Lande die Ruhe eines Kirchhofes herrscht und selbst der katholische Klerus seine Agitationen eingestellt hat, nachdem fünf oder sechs junge Geistliche eine unfreiwillige Reise gegen Osten angetreten haben, von der sie nicht zurückgekehrt sind. Von höheren Beamten polnischer Nationalität ist nichts mehr vorhanden und alle unteren Beamten sprechen bereits für gewöhnlich so fließend russisch, daß man sie für geborene Russen halten möchte. Bloß polnische Schriftstücke ohne beigefügte russische Uebersetzung finden weder bei der Justiz noch bei der Verwaltung Beachtung und man hat sich daher bereits daran gewöhnt, alle Eingaben nur russisch abzufassen. In allen Unterrichtsanstalten, den höheren wie den niederen, wird dem russischen Sprachunterrichte eben so viel Zeit gewidmet als dem polnischen, und aller Orten entstehen kleine griechische Kirchen, deren Popen so tolerant sind, daß sie dadurch viele Andersgläubige zu sich herüber ziehen. Die Orthodoxie wird für die kommende Generation aufgespart. So sind die Grenzen zwischen Rußland und Polen bereits vollständig verwischt, wenn auch das Land auf der Karte von Europa noch Parade macht. — Die russischen Zeitungen fahren zwar ununterbrochen fort, die Berichte auswärtiger Blätter über die Rüstungen Rußlands gegen den Orient zu dementiren; nichtsdestoweniger ist es unbestreitbar, daß alle möglichen Vorbereitungen zu dem bevorstehenden Kampfe gemacht werden und die russischen Militärs es unverhohlen aussprechen, daß die orientalische Frage im bevorstehenden Sommer zur Entscheidung kommen werde. Eine Armee von 60,000 Mann ist bereits an der Pruthlinie zusammengezogen, sämmtliche Magazine sind vollständig gefüllt; Kavallerie und Artillerie sind den ganzen Winter hindurch, wenn auch in kleinen Abtheilungen, nach dem Süden abgegangen, und auch die zahlreiche Infanteriebesatzung von Polen, die zur guten Hälfte den Winter hindurch beurlaubt gewesen ist, trifft vom 13. ds. Mts. ab in kleinen Abtheilungen nach und nach in ihren Garnisonen ein, von wo sie ebenfalls ohne längeren Aufenthalt nach dem Süden zu dirigirt werden soll. — Amnestirte kommen jetzt ziemlich zahlreich aus Sibirien und Frankreich zurück, letztere in der Regel in weit kläglicherem Zustande als erstere. — Der einst in Polen so allmächtige Markgraf Wielopolski, der seit seiner Enthebung vom Statthalteramte in Dresden lebte, soll, einem heute verbreiteten Gerüchte zufolge, gestorben sein. (Allg. Ztg.)

St. Petersburg, 23. März (4 April). Der Tod hat abermals hier einige höhere Beamte weggerafft, so den Artillerie-General Müller und den seit einigen Jahren in Ruhestand versetzten Unterrichts-

minister Kowalewsky, welcher letztere im Alter von 61 Jahren starb, und früher dem Moskauer Lehrbezirk vorgestanden hatte. Man hatte ihn ungern aus seinem Wirkungskreis scheiden sehen. — Der allgemeine Gesundheitsstand ist immer noch kein günstiger zu nennen. Wenn die Hospitäler der Residenz auch gerade nicht mit Kranken überfüllt sind, so sind sie doch mit Patienten jeder Art hinreichend angefüllt, namentlich immer noch mit Personen, die am Typhus, am recurrirenden Fieber, am Scorbut leiden, wozu auch immer noch Cholerafälle kommen, daher die Besorgniß fortbesteht, daß diese Geißel mit Eintritt der wärmeren Witterung sich zur Epidemie gestalten dürfte. Man hat sich daher bewogen gefühlt eine permanente Commission, wie zur Zeit wirklich verheerender Epidemien, ins Leben treten zu lassen, die den allgemeinen Gesundheitsstand der Stadt speziell zu überwachen hat. Die beabsichtigte Abtretung Luxemburgs an Napoleon III. auf dem Wege des Verkaufs macht auch hier in allen Kreisen der Bevölkerung eine gewisse Aufregung. Auch hier erscheint es jedem eine deutsche Ehrensache, daß Luxemburg kein französisches Departement werden dürfe, dessen Bevölkerung im ganzen doch durch und durch deutsch ist, wenn ihr auch die preußischen Sympathien fehlen mögen. Der vorige König von Holland wollte sie einmal ganz germanisiren, und versuchte es sehr origineller Weise dadurch, daß er den verstorbenen Hassenpflug als Civilgouverneur hinsandte, dessen eigenthümliche Bestrebungen entgegengesetzte Erfolge hatten. (A. Z.)

Petersburg, 4. April. Vorgestern, Dienstag Nachmittag, während der Ministerrath unter des Kaisers Vorsitz versammelt war, erhielt Se. Maj. eine Depesche aus Washington mit der Meldung von dem definitiv abgeschlossenen Verkaufe der russisch-amerikanischen Kolonien an die Vereinigten Staaten für den Betrag von sieben Mill. Dollars. Selbst in diesem hohen Kreise soll die Nachricht höchlichst überrascht haben; daß nicht alle Minister, oder richtiger, daß nur die wenigsten um die wohl schon seit der Fox'schen Mission im vorigen Sommer schwebenden Verhandlungen gewußt, beweist jedenfalls der Umstand, daß erst vor wenigen Monaten die Konzession der russisch-amerikanischen Kompagnie, welche man Ende 1865 als erloschen erklären wollte, doch wieder auf 20 Jahre erneuert und der Kompagnie sogar eine Jahres-Subvention von 200,000 Rubeln bewilligt wurde und daß ferner erst vor 8 Tagen diese Kompagnie durch Vermittelung des Herrn Finanzministers bei der Staatsbank eine in vierzehn Jahren tilgbare Anleihe von einer Million aufnahm, für welche jene Subvention als Garantie dienen soll. Die Kolonie hat dem russischen Staate bis jetzt keinerlei Nutzen gebracht; der einzige Tribut, der von dort einlief, bestand in einer gewissen Quantität von Zobelfellen, die jährlich an das Hofkomptoir abgeliefert wurden. Ihrerseits war sie nur eine Melkkuh der privilegirten Aktionäre oder richtiger der Administratoren, denn die Aktien standen stets schlecht. Das Washingtoner Kabinet wird wohl vor Allem die dort bestehende Zwangsarbeit abschaffen, und es kann der Besitzwechsel für die Kolonie nur vortheilhaft sein, während sich nicht absehen läßt, was Rußland daran verliert. Interessant ist nur noch, zu konstatiren, daß man vor wenigen Jahren ähnliche, man sagt sogar viel vortheilhaftere Anträge der englischen Hudsonsbai-Kompagnie abwies. (Nat.-Z.)

Neueres.

Berlin, 9. April. Die „Vossische Zeitung“ sagt: „Für einen neuen Kriegsfall würde die Ausrüstung der Armee unverändert wie im vorjährigen Feldzuge eintreten. Die norddeutsche Armee ist durchgängig mit Zündnadelgewehren bewaffnet und ebenso die neu errichteten sächsischen Truppen. Die Befestigungen der Kieler Bucht, so wie die von Alsen und dem Sundewitt sollen in diesem Frühjahr bedeutend erweitert und rasch zu provis. Abschluß gebracht werden.“

Berlin, 9. April. Für französ. Rechnung werden gegenwärtig bedeutende Einkäufe von Hafer und Weizen in ganz Norddeutschland betrieben.

Wien, 9. April. Aus Paris eingetroffenen Nachrichten zufolge ist der Wiedereintritt Drouyn's de Lhuys in das Cabinet möglich, eine Cabinetsveränderung sehr wahrscheinlich. — Die hiesige Tagespresse hält die größtmögliche Zurückhaltung in der Differenz zwischen Frankreich und Preußen für das dringendste Bedürfniß Oesterreichs; im Kriegsfall strenge, nach keiner Seite hin neigende Neutralität. Oesterreichs Lebensinteresse wurzle darin, daß der Kampf möglichst localisirt bleibe. Der Hauptgrund solcher Politik liege in der eventuellen Haltung Rußlands.

London, 8. April. (Unterhaussitzung.) Lord Stanley theilt mit, daß Spanien die letzte englische Depesche nicht beantworte. Der gegen die Reformbill gerichtete Antrag wird, da viele Liberale ihre Unterstützung verweigerten, von dem Antragsteller vereinfacht, womit der Widerstand gegen die Komité-Berathung beseitigt ist.

Petersburg, 8. April. Der Reichsrath votirte heute das Budget, in welchem die Einnahmen und Ausgaben sich ausgleichen. Der Betrag derselben beläuft sich auf 444 Millionen Rubel inklusive Polen (mit 16½ Millionen Einnahme und 19 Millionen Ausgabe). Die Steuer-Erträgnisse sind gegen das Vorjahr in der Zunahme begriffen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	55¾—55 G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	48⅛—47¾ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	4½pCt.	84½ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	90¼ P
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	92¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Baden	4½pCt. Obl.	—
„	3½pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	92¾ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	86 P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½pCt. Obl.	81½ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2½pCt. „ „ „	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	84¼ P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	77½ P.
	6pCt. ditto r. 1882 „	76—75¾ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	121 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	618—21 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	146½—48 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	170 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	325 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	—
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	—
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	70¼ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	41½ P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	111—107 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100¾ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94½ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¼ G
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97⅜ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94½ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105½ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	119—118⅞ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅝—½ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	88¼ G.
do. in öst. W. l. S.	88⅛ P. ⅞ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	59¼—⅝ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	104½ P. 104 G.
„ do. v. 1864	68½ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	93⅝ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	51 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	63¾ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 25 do.	37⅜ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 10. April. Die Börse bot heute wieder ein Bild schrecklicher Verwüstung. Weil im vorigen Jahre der Krieg mit Friedensversicherungen anfing, scheint die Börse aus dieser noch frischen Erinnerung einen Präcedenzfall zu statuiren und friedlichere Nachrichten, wie sie heute in der That vorliegen, mit Kriegscoursen escomptiren zu wollen. Denn für die heutige Panik und das Verschleudern aller Effekten, besonders auch der solidesten süddeutschen, Eisenbahn- und Industrie-Papiere läßt sich in der That kaum ein greifbarer Grund angeben, als der Schrecken und die blinde Furcht, die bereits die Gemüther lähmt. Die Wiener Börsen-Deroute von gestern Abend gab dieser Stimmung nur noch Rückhalt und Nachdruck. Nachdem man in schlechtester Haltung eröffnet hatte, schloß man mit den Spekulationspapieren und mit Amerika etwas fester, die zinstragenden österreichischen Staatspapiere, die süddeutschen Effekten und Eisenbahnen wurden jedoch bis zum Schluß verschleudert, so z. B. Ostbahn zu 112 offerirt und zu 106½ gemacht. Devisen ebenfalls matter. (Synd)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 102. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 12. April 1867.

= In der luxemburgischen Sache kennen wir nun die Antwort, welche der französische Minister des Auswärtigen, Marquis de Moustier, auf eine dahin bezügliche Interpellation gegeben hat. Sie lautet, daß Frankreich im Verein mit den anderen Mächten den Vertrag von 1839, welcher den Besitzstand Luxemburgs regelte, „prüfen" werde — und die „Augsb. Allg. Zeitung" macht sofort darauf aufmerksam, daß Napoleon durchaus nicht erklärt: er werde sich den Entschließungen der Mächte unterwerfen, daß des Pudels Kern vielmehr der sei: zwei oder drei Monate Zeit zu gewinnen. In Bezug auf die Versäumniß äußert sich aber die „Schlesische Ztg." sehr richtig:

„Wir predigen nicht Krieg. Wir glauben sogar, daß man unser momentanes Uebergewicht erkennen und uns nicht zum Krieg provociren wird. Aber wir halten es doch für Pflicht, daran zu erinnern, daß die in Jahrhunderten vielleicht nicht wiederkehrende Gunst der Gegenwart, daß unser zur Zeit so gewaltiges Uebergewicht in keinem Falle ungenützt bleiben darf. Den Krieg einfach vertagen, hieße nur, ihn gewiß machen. Durch ein energisches Auftreten vermag es aber Preußen heute, Deutschland die Garantien zu schaffen für einen dauernden Frieden. Daß man zur Stunde in Paris wieder einen andern Ton anschlägt, daß man heuchlerisch von einem Gottesfrieden für die Dauer der Industrie-Ausstellung spricht, darf uns nicht irre führen. Es hieße nur, einem übermüthigen Nachbar Zeit gönnen, das Eisen zu schmieden, mit dem er Deutschland zerschneiden will."

Das Hinüberschieben der Sache auf den diplomatischen Weg bedeutet in der That nichts anderes, als daß Deutschland seinen offenen und heimlichen Feinden Zeit läßt, ihre Heere zu reorganisiren und den Krieg dann zu beginnen, wenn es ihnen beliebt. Der jetzige Augenblick ist gemacht, daß das einige Deutschland die Präsidentenglocke ergreifen und Ruhe gebieten, oder wenn die Störenfriede beharren wollen, daß es mit Gewalt sie zur Ruhe bringen kann. Dieser Augenblick muß genützt werden, um mit Einem Schlag einen dauernden Frieden zu schaffen. Wir wollen der Hoffnung uns hingeben, daß in diesem Sinn alle deutschen Regierungen feststehen und die wenigen Unkenrufe, welche gegen treues Zusammenhalten sich erheben, wirkungslos verhallen.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 10. April. Se. Majestät der König hat unterm 10. Januar l. Js. nachgenannte Ordensauszeichnungen ertheilt: 1. das Ritterkreuz 1. Kl. des Verdienstordens vom hl. Michael: dem kgl. Bezirksamtmann, Regierungsrath K. Weidemann, Stadtkommissär in Hof, dem kgl. Regierungsassessor E. Luber in Bayreuth, dem kgl. Bezirksamtmann Dr. G. Heim in Lichtenfels, dem kgl. Bezirksamtmann, Regierungsrath A. K. Kellein in Bayreuth, dem kgl. Bezirksamtmann J. Schreyer in Tirschenreuth, dem kgl. außerordentlichen Universitätsprofessor Dr. J. Herz in Erlangen, dem rechtskundigen Bürgermeister Fr. Schubarth in Regensburg, dem kgl. Pfarrer K. W. Löhe in Neuendettelsau; 2. das Ritterkreuz 2. Kl. des Verdienstordens vom hl. Michael: dem bürgerlichen Magistratsrath K. Weiß in Nürnberg, dem Sekundär und prakt. Arzt Dr. J. Bere in Bamberg, dem Großhändler Th. Rümmelein in Regensburg, dem Kaufmanne J. Wiespauer jun. in Traunstein; auf das durch die Ernennung des Domkapitulars, Priesters H. Bauernfeind, zum Domdechant und durch das sofort stattfindende Vorrücken der jüngeren Kapitularen in Erledigung gekommene achte Kanonikat in dem bischöflichen Kapitel zu Regensburg den Priester F. M. Dandl, Waisenhaus-Inspektor und Domkapitel'schen Stiftungsverwalter in Regensburg, ernannt; die prot. Pfarrstelle zu Plößberg, Dekanats Weiden, dem bisherigen Pfarrer in Gersfeld, A. Friedrich Mulzer, verliehen; dem ehemaligen Dekan in Steben und nunmehrigen Pfarrer in Zell, J. M. Maier, in Anerkennung seines langjährigen verdienstlichen Wirkens den Titel eines prot. Kirchenrathes tax- und stempelfrei verliehen; dem Bezirksarzte 1. Kl., Dr. F. X. Müller in Rottenburg, auf Grund nachgewiesener körperlicher Funktionsunfähigkeit den erbetenen definitiven Ruhestand unter Anerkennung seiner langjährigen treu und eifrig geleisteten Dienste bewilligt.

Se. Maj. der König hat dem Gemeindevorsteher C. Prosinger von Mariastein und dem Gemeindevorsteher J. Wittmann von Walting, beide kgl. Bezirksamts Eichstätt, für ihr langjähriges und ersprießliches Wirken im Gemeindedienste das silberne Ehrenzeichen des Verdienstordens der bayer. Krone verliehen.

Auf die in Erledigung gekommene Forstwartei Neufang im Forstamte Kronach wurde der temporär quiescirte Forstwart H. Weber zu Graffemann reaktivirt.

Die Stelle eines Bezirksarztes 1. Kl. zu Rottenburg ist in Erledigung gekommen. Bewerber um dieselbe haben ihr Gesuch binnen 14 Tagen bei der ihnen vorgesetzten kgl. Regierung, K. d. J., einzureichen.

** **München,** 9. April. In seiner heutigen Sitzung setzte der Gesetzgebungsausschuß die in der letzten Sitzung abgebrochene Diskussion über den Artikel 802 und die dazu vorgelegten Vorschläge fort und wurde sodann Artikel 802 nach dem Entwurfe und beziehungsweise im Absatze 3 in der neuen Fassung des kgl. Ministerialkommissärs angenommen. Für Artikel 803 und 804, welche die Exekution in den Fällen, wo persönliche Handlungen oder Leistungen in Frage stehen, regeln, hatte der Referent einen Artikel vorgeschlagen, zu dem nunmehr der kgl. Ministerialkommissär eine neue Fassung vorgeschlagen hatte. Eine längere Diskussion verursachte die in Ziffer 3 des Referates ausgesprochene Geld- oder Arreststrafe als Zwangsmittel zur Erfüllung der Verbindlichkeit des Verpflichteten und wurde schließlich diese Ziffer und in Konsequenz hieran auch Absatz 2 und 3 des Referates gestrichen, im Uebrigen der Artikel 808 in der kombinirten Fassung des Referenten und kgl. Ministerialkommissärs angenommen und noch der Zusatz, daß im Falle der Ziffer 1 die Kosten in den für Geldforderungen Platz greifenden Vollstreckungsverfahren durch das Vollstreckungsgericht beizutreiben seien. Artikel 805 und 809 wurden im Wesentlichen nach dem Entwurfe angenommen; jedoch im Artikel 805 als höchste Dauer der einfachen Arreststrafe 30 Tage und der höchsten Dauer 90 Tage festgesetzt. Artikel 810 und 811, welche das Verfahren bei Beitreibung von Geldforderungen regelten, wurden nach dem Entwurfe unter Abstrich der Worte des Absatzes 3 von „doch ist der 2c. 2c. bis verantwortlich" und Anfügung des übrigen Theiles des Absatzes mit den Worten „doch soll" am Abs. 2 im Artikel 810 seitens des Ausschusses angenommen; ebenso Art. 812. Die Art. 813—819 behandelten das Institut der cessio bonorum. Hiegegen wurde der Vorgang Preußens, das dieses Institut ausdrücklich aufgehoben habe und die verschiedenartige Behandlung desselben in den einzelnen Ländern hervorgehoben und sodann der Abstrich des Institutes der Güterabtretung mit 5 gegen 4 Stimmen beschlossen. Schließlich wurde noch der Artikel 820 in Absatz 1 und 3 des Entwurfes unter Einschaltung eines Absatzes 2, in dem die Aufrechthaltung der besonderen Rechte, welche öffentlichen Pfandanstalten, Kredit-Instituten oder Banken durch Gesetz, Verordnung oder Statut in Betreff der Veräußerung von Pfändern eingeräumt sind, enthalten ist, vom Ausschusse angenommen.

+ **München,** 10. April. Ueber die von Sr. Maj. dem König vorgehabte Reise nach Rom hören wir heute von verlässiger Seite, daß diese Reise nicht definitiv, wie die „Bayer. Ztg." meldete, sondern nur vorläufig, Angesichts der kritischen politischen Situation aufgegeben wurde. Sollte sich der politische Horizont wieder klären, so wird Se. Majestät die Reise dennoch, jedoch nur bis Rom unternehmen und dürfte dazu vielleicht, wenn nicht ein früherer Zeitpunkt, der Monat Juni gewählt werden, auf welchen in Rom bekanntlich große kirchliche Feierlichkeiten und eine Versammlung von Bischöfen anberaumt sind. — Nach einem heute aus Paris hier eingetroffenen Telegramm scheint die Luxemburger Frage allerdings in einem bedenklichen Stadium sich zu befinden und betont dasselbe namentlich, daß Kaiser Napoleon noch immer jede Vermittlung ablehne und seine Entschließungen sich vorbehalte. Demungeachtet will man hier noch immer nicht glauben, daß es in diesem Jahre noch zum Kriege kommen werde. — Für den St. Georgi-Ritterorden sind jetzt 13 Candidaten vorhanden. Wie wir erfahren, wird bei dem am 24. d. stattfindenden Ordensfeste nur eine an die Hälfte reichende Anzahl derselben den Ritterschlag empfangen, während derselbe für die übrigen am Mariä-Empfängnißfeste (8. Dez.) vorbehalten bleibt. — Die am 12. Okt. stattfindende Vermählung Sr. Maj. des Königs, welche mit großem Glanze gefeiert werden soll, wird von verschiedenen Gnadenakten begleitet sein; so hören wir, daß unter denselben auch eine Amnestie für

jene sich befinden soll, welche zu jener Zeit wegen Preßvergehen verurtheilt sind oder wegen solcher noch Strafen zu erstehen haben oder in Untersuchung sich befinden. — Der Plan der Erbauung eines neuen Opernhauses nebst einer neuen großartigen Straße, ist nunmehr von Sr. Maj. dem Könige, wenn nicht für immer, so doch für längere Zeit aufgegeben worden.

Mainz, 9. April. Ein hiesiger Berichterstatter des „Rh. K." bleibt dabei, daß hier Rüstungen vorgenommen wurden. Er schreibt u. A.: „Vor einigen Tagen wurden mehrere ganz neue Hinterladungsgeschütze schweren Kalibers (jedes mit 8 Pferden Vorspann, von Koblenz kommend) durch die Stadt gefahren und in die Festung gebracht. Von Wiesbaden wurden ehemals nassauische Munitionswägen und sonstige Militärfuhrwerke auf das Fort Hauptstein gefahren und überall, wohin man beim Spazierengehen die Blicke wendet, sieht man die Militärmannschaften, welche zu Arbeiten in den Pulvermagazinen und den Schanzen kommandirt sind. Eine Abtheilung des hier liegenden 19. Infanterieregiments ist gestern nach Burg Hohenzollern abgegangen, um deren Besatzung zu übernehmen."

Leipzig, 8. April. In vergangener Nacht verschied nach längern Leiden Professor E. A. Roßmäßler (geb. 1806), der bekannte naturwissenschaftliche Schriftsteller, im Jahre 1848 Abgeordneter zum deutschen Parlamente. (D. A. Z.)

Berlin, 6. April. (Reichstagssitzung.) Berathung des Art. 57 des Verfassungsentwurfes. Derselbe verordnet die Einführung der gesammten preußischen Militärgesetzgebung in dem ganzen Bundesgebiete nach Publikation dieser Verfassung. Zu diesem Artikel liegen Amendements der Abgeordneten Duncker und v. Forckenbeck vor. Duncker verlangt die Streichung des Art. 57 und die Vorlegung eines Gesetzes im nächsten Reichstage, „wodurch die Organisation des ganzen Bundesheeres festgesetzt wird." Der Bundeskommissär v. Roon erklärte, daß es die Absicht sei, alle preußischen Gesetze, Reglements etc. einzuführen. In Uebereinstimmung mit den Bundeskommissarien spreche er den Wunsch aus, daß dieselben volle Geltung erhalten mögen, die Reglements, Instruktionen etc. natürlich nur so weit, als es die Zweckmäßigkeit erfordert. Abg. Rohden stimmte dem Art. 57 insoweit bei, als er die preußische Militärgesetzgebung in die Bundesstaaten einführen will. Die Bestimmungen über die Einführung der Verordnungen, Reglements etc. beantragt er zu streichen. Abg. Haberkorn erklärte sich für Art. 57, falls die k. preußische Regierung die Gesetze und Verordnungen, welche in Sachsen bestehen, so lange bestehen lassen wolle, bis die Bundesgesetzgebung emanirt sei. Bundeskommissär v. Friesen: Die sächsische Regierung hat den sächsischen Kammern die von dem Vorredner erwähnten Gesetze vorgelegt, um eine vollständige Uebereinstimmung mit der preußischen Gesetzgebung herbeizuführen. Bei Abfassung des Art. 57 haben militärische Sachverständige mitgewirkt und kein Bedenken gegen denselben gehabt. (Beifall.) Die Bedenken, die ausgesprochen sind, erkenne ich an; aber ich glaube, es bleibt uns, wenn wir zu einer Militärverfassung kommen wollen, nichts anderes übrig, als den Artikel anzunehmen. Es ist allerdings das höchste Vertrauensvotum, welches einer Militärverwaltung gegeben werden kann. (Hört! hört!) Die Amendements Rohden und Duncker wurden abgelehnt, Art. 57 in der Fassung der Vorlage angenommen. Darauf wurde über den vom Abg. v. Forckenbeck beantragten Zusatz zu Art. 57 abgestimmt. Derselbe lautet: „Nach gleichmäßiger Durchführung der Bundeskriegs-Organisation wird das Bundespräsidium ein umfassendes Bundesmilitärgesetz dem Reichstage und dem Bundesrathe zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorlegen." Das Resultat ist die Annahme des Amendements mit 134 gegen 128 Stimmen. Art. 58 bestimmt, daß zur Bestreitung des Aufwandes für das gesammte Bundesheer etc. dem Bundesfeldherrn jährlich soviel mal 225 Thlr. zur Verfügung zu stellen sind, als die Kopfzahl der Friedensstärke des Heeres nach Art. 56 beträgt. Auch zu diesem Artikel liegen Amendements der Abgg. Duncker, v. Forckenbeck vor. Duncker will den Artikel gänzlich streichen, v. Forckenbeck auch hier einfügen: „bis zum 31. Dez. 1871." Abg. Fürst zu Solms will dem Artikel hinzufügen: „Die nach der Kopfzahl der Friedensstärke des stehenden Heeres berechneten Beiträge werden nach Ablauf von je 6 Jahren im Wege der Bundesgesetzgebung von Neuem festgestellt." Abg. Wagener (Neustettin) bedauert zunächst die Annahme der Forckenbeck'schen Amendements, die schärfer seien, als man sie zur Zeit des Konflikts zu stellen gewagt habe. Durch Annahme derselben komme man der Grenze der Steuerverweigerung sehr nahe. Die Verfassungsurkunde soll dauernde Grundzüge feststellen; die Forckenbeck'schen Amendements haben ein Provisorium hineingebracht, nach dessen Ablauf man vor einem Nichts stehe. „Der frühere Konflikt ist beseitigt; im Jahre 1872 wird ein weit schärferer Konflikt hereinbrechen; es wird sich dann um die Frage handeln, was fortan über die preußische Armee bestimmen soll: der König oder das Parlament." (Oh: Bravo!) Abg. General v. Steinmetz: Der Widerstand würde berechtigt sein, wenn die Herren bereit wären, da wo Gefahr ist, mit Gut und Blut beizuspringen, allein gerade Diejenigen, welche in ihrer Besorgniß vor der ersten Wolke vor. J. in das nächste Mauseloch krochen, äußerten von diesem heraus ihrem Könige ihre Bedenken und suchten zu hintertreiben, was dem Vaterlande nothwendig war. Wir stehen jetzt am Ende der That und können uns wohl fragen, was geworden wäre, wenn man ihrem Rathe gefolgt wäre. Wenn auch die Thatsachen lauter sprechen, als Theorien und Doktrinen, so ist es doch zweifelhaft, ob die Herren, die damals nicht Gut und Blut einsetzen wollten, ob die heute bekehrt sind. (Sehr richtig!) Sie fahren gegenwärtig in ihrem Widerstande fort, den Bestand der Armee zu untergraben und zwar dadurch, daß sie sowohl die nöthige Stärke der Armee anzweifeln, als auch die Kosten, die darauf zu verwenden sind, als von dem Lande unerschwinglich darstellen und überhaupt jede Ausgabe für die Armee als unproduktiv erklären. Das Geld, welches Sie für die Armee verwenden, ist produktiv, denn es fließt unmittelbar zurück auf das Land, wie ein befruchtender Regen. (Heiterkeit.) Seien Sie nicht karg mit der Armee, es ist eine unweise Sparsamkeit. (Bravo.) Abg. Grumbrecht für die Forckenbeck'schen Amendements. Abg. v. Vincke (Hagen): Auch er wolle einen Kompromiß, aber nicht auf Zeit, sondern für immer. Was ist denn das Budgetrecht? hat es denn die Bedeutung, daß durch dasselbe jede Institution des Landes täglich in Frage gestellt werden kann. Das Budgetrecht kann immer nur angewendet werden, bei neuen Bewilligungen, bei denen die Zustimmung der Landesvertretung erforderlich ist. Hier in diesem Falle kann also nicht von einer Verletzung des Budgetrechts gesprochen werden. Abg. Miquel: Unser Amendement entspricht in Wahrheit der augenblicklichen Lage des norddeutschen Bundes. Ein Uebergangsstadium ist nothwendig, allein daraus kann man nicht konstatiren, daß das Budgetrecht überhaupt vom Uebel sei. Eine Volksvertretung kann auf das Bewilligungsrecht nicht verzichten, ohne die Entwicklung des Bundes in Frage zu stellen. Wir haben ein starkes Vertrauen zu der Machtentwicklung Deutschlands und zu der Einsicht unserer Nachfolger im Parlamente und wir können nicht, wie der Abg. v. Vincke, Vertrauen haben zu dem deutschen Volke, aber zu dessen Vertretern. (Beifall.) Abg. Fürst zu Solms motivirt sein Amendement. Der Bundeskommissär v. Roon weist nach, daß auch bei Bewilligung des Pauschquantums dem Finanzminister die Kontrole nicht entzogen sei. Diese werde geübt auch besonders durch die Oberrechnungskammer, ganz gleich, ob eine vorherige Bewilligung des Landtages eingetreten sei oder nicht. Das Budgetrecht des preußischen Landtages sei durch die Verfassung bestimmt, hier handele es sich um die Herstellung einer neuen Verfassung. Zu den Ausgaben, welche bestritten werden mußten, gehörten die für die Armee. Es könne sich nur um die Höhe derselben handeln. Diese werde wieder bedingt durch die Stärke der Armee. Solle Dieß alljährlich von der Bewilligung des Landtages abhängig gemacht werden, so sei damit eine wohlfeile Verwaltung unmöglich, denn der Kriegsminister sei außer Stande, seine Dispositionen auf Jahre hinaus zu treffen. Die geforderte Summe sei allerdings nur ein Minimalsatz, welcher die Existenz des wichtigsten Instituts des Bundes sichern soll. Die Anerkennung der Vortrefflichkeit der Armee-Reorganisation durch die früheren Gegner derselben genüge ihm nicht, er wünsche deren gesetzliche Anerkennung, denn nichts bürge dafür, daß dieselbe sonst wieder einmal in Frage gestellt werden könne. Der Zeitraum des Interimistikums, der nach dem Amendement v. Forckenbeck beschlossen worden, sei zu kurz, er müsse mindestens 7 Jahre dauern und in dieser Beziehung erkläre er sich für das Amendement des Fürsten Solms. Abg. Twesten: Er und seine Freunde wollten mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage der Dinge ablassen von dem der Volksvertretung gebührenden Rechte, jedoch nur für den Augenblick, nicht für immer, denn dazu glaube er nicht berechtigt zu sein. Die Forderung, die hier gestellt sei, sei die höchste, die jemals in Preußen gestellt worden. Er sei nicht im Stande, dauernd auf Dasjenige zu verzichten, was Rechtens in Preußen sei. Es handle sich hier um das bedeutendste Recht des Volkes, das nicht einer augenblicklichen Erregung wegen aufgeopfert werden könnte. Abg. v. Blanckenburg: Wir meinen es ehrlich mit dem uns angebotenen Kompromiß; ein solcher kann doch nur durch gegenseitiges Nachgeben zu Stande kommen. Setzen Sie das Vaterland über die Parteien und die partikularistischen Anschauungen und stimmen Sie für die Regierungs-Vorlage. Die Diskussion wird geschlossen und zur Abstimmung geschritten. Es wurde abgelehnt das Amendement Fürst Solms. Angenommen wurde das oben mitgetheilte Amendement Forckenbeck und mit ihm der Regierungs-Entwurf. Ueber ein Amendement des Abg. v. Moltke, welches bis zum Erlasse eines abändernden Bundesgesetzes die bestehenden Beiträge unverändert forterheben lassen will, wurde namentlich abgestimmt und dasselbe mit 138 gegen 130 Stimmen abgelehnt. Es ist somit auch hier Be-

willigung bis zum 31. Dezember 1871 beschlossen. Schluß der Sitzung.

Berlin, 8. April. Von Reichstagsmitgliedern wurde heute nach Schluß der Sitzung erzählt, es wären von **Paris** amtliche Depeschen eingetroffen, die wenig erfreulich lauteten, das kritische der Situation liege in der Erweiterung der Forderungen, die Frankreich an Preußen stelle. Es berechtigt kein Moment zu der Annahme, daß Preußen gewillt sein werde, dem französischen Kaiser gegenüber sich nachgiebig zu zeigen. Den Ernst der Lage verkennt nachgerade kein Einziger mehr. Frankreich soll, wie Preußen will, von Luxemburg und anderen Gränzberichtigungen gänzlich abstehen, und Frankreich wiederum hat sich zu sehr engagirt, als daß es kurzweg einlenken und nachgeben wird. Unsere offiziösen Organe sind ziemlich wortkarg; so weit sie den Conflikt mit Frankreich berühren, weisen sie auf die Nothwendigkeit des Einlenkens von französischer Seite hin. Der Reichstag debattirt unter dem Gefühl, daß Ereignisse im Anzuge sind, die zu parlamentarischen Erörterungen keinen Raum mehr lassen. Daher die ungemeine Eile, womit Sitzung auf Sitzung folgt. Die Vorberathung des Entwurfs soll am Mittwoch schlechterdings beendet werden, und damit dieß möglich ist, findet morgen eine Abendsitzung statt. Die Vorlage kommt dann jedenfalls noch vor Ostern zu Stande. — Heute war im auswärtigen Ministerium wiederum ein so reger Depeschenverkehr nach allen Seiten hin, wie wir ihn nur noch in der letzten Woche seit vielen Jahren gehabt haben. Die Dinge müssen bald eine Lösung finden. (Frkf. J.)

Berlin, 9. April. Der Reichsrath nahm heute die Anträge Miquels bezüglich der Budgetfeststellung zu Art. 65, 67, 68 und 69 an. Art. 65 wurde in der Regierungsfassung angenommen. (Miquel hat den Abschnitt 12 über Bundesfinanzen, der im Entwurf die Art. 65—67 enthält, in 5 Artikel mit den Nummern 65—69 umgearbeitet.) In der Abendsitzung wurde bei Abschnitt 13 (über Schlichtung von Streitigkeiten) der Art. 69 (des ursprünglichen Entwurfs) mit einem Amendement Twestens, betreffend die Beseitigung der Strafbestimmungen wegen Erregung von Haß und Verachtung angenommen, desgleichen Art. 69 mit einem Amendement Schwarze's, wonach es bis zum Erlaß eines Bundesgesetzes bei den zuständigen Behörden sein Bewenden hat, desgleichen Art. 70 mit einem Zusatz Wiggers' (Rostock), betreffend Instanzverweigerung. (Es erübrigt nun nur noch Abschnitt 14, einziger Art. 71, über das Verhältniß zu Süddeutschland.)

Berlin, 9. April. Zur Luxemburgischen Frage läßt sich die „Weser-Ztg." von hier telegraphiren: „Die Geneigtheit Preußens, die Angelegenheit einer die Entscheidung nur verzögernden Conferenz der Unterzeichner der Verträge von 1839 zu unterbreiten, wird bezweifelt, da nach den Erklärungen des Grafen Bismarck die definitive Haltung Preußens wesentlich von den Ansichten seiner Bundesgenossen und der Volksvertretung abhängig ist. Der beschleunigte Zusammentritt des preußischen Landtages wird mit dieser Frage in Verbindung gebracht." — Die ministerielle „Nordd. A. Ztg." erkennt zwar den Werth der durch die Luxemburgische Frage hervorgerufenen nationalen Demonstrationen als einen Beweis des im Volke herrschenden Gefühls der Zusammengehörigkeit aller deutschen Stämme an, warnt aber davor, eine Aufregung hervorzurufen, die auf die leicht erregbaren Nachbarn jenseits des Rheins nothwendig ihren Rückschlag äußern müsse. „Niemand kann darüber im Zweifel sein, daß ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ein Nationalkrieg sein würde, ein Krieg, der sich nicht mit einer oder mit zwei gewonnenen Schlachten entscheidet; nicht einmal mit der völligen Niederlage des einen Theils, sondern ein Krieg, bei welchem der Ueberwundene sich nur vor dem Sieger beugt, nur um neuen Athem zu schöpfen, neue Kräfte zu gewinnen, und dann den Kampf wieder zu beginnen. Niemand in Deutschland will einen solchen Krieg, und in Frankreich können nur Diejenigen denselben wollen, welche selbstsüchtig genug sind, auf ein allgemeines Unglück zu spekuliren, und die sechszehnjährige Arbeit der französischen Nation und des Kaiserreichs in Frage zu stellen, um für ihre Interessen eine Möglichkeit zu gewinnen. Wir in Deutschland haben keine solche Motive, und um so mehr scheint es uns geboten, Alles zu vermeiden, was die Einfachheit der Frage alteriren könnte, die darin besteht, daß man französischer Seits sich mit dem Gedanken trägt, ein Territorium zu annektiren, welches bis dahin einen unbestrittenen Theil des deutschen Bundes ausmachte, des deutschen Bundes, der nicht etwa durch die Ereignisse des letzten Jahres vergrößert, sondern, im geraden Gegentheil, verkleinert wurde. Wenn man in Frankreich dies in ruhige Erwägung zieht, wird man die Dinge vielleicht von einer anderen Seite ansehen, als dies jetzt geschieht; denn bisher haben wir französischer Seits noch kein einziges ernsthaftes Argument vorbringen hören für die Nothwendigkeit, Luxemburg zu besitzen."

Einer offiziösen **Berliner** Korrespondenz der „Köln. Z.", welche vom 7. d. M. datirt, ist zu entnehmen, daß die neuesten Nachrichten in der schwebenden nationalen Frage, abgesehen von den übertriebenen Pariser Gerüchten, nicht ohne ernsten thatsächlichen Hintergrund sind. Sie sagt unter anderm: „Mögen auch die umlaufenden Lesarten von nachdrücklichen Erklärungen u. s. w., die hier von Paris eingetroffen wären, übertrieben sein (also etwas ist doch an ihnen, Erklärungen sind von Paris aus in Berlin abgegeben worden), so ist doch eine weniger friedliche Auffassung der Lage in den unterrichteten Kreisen heute unverkennbar gewesen. Man glaubt zwar nicht an eine unmittelbar bevorstehende Verschärfung der Angelegenheit, sieht aber als möglich an, daß sie sich doch früher, als man bis jetzt annahm, zuspitzen könnte. Daß Preußen für alle Fälle seine diplomatischen und anderen Vorkehrungen trifft, liegt in der Natur der Dinge. Man spricht beispielsweise von einer Mahnung an die süddeutschen Staaten, die mit ihren Vorkehrungen und Rüstungen noch immer mehr als billig im Rückstande sind." — Daß schon am Samstag deutliche Symptome eines am politischen Horizont heraufziehenden Wetters vorhanden waren, geht auch aus einer Mittheilung der „Berl. Börs.-Z." hervor. Diese erzählt nämlich am Sonntag: „Der Graf Bismarck wurde im Laufe der gestrigen Sitzung (des Reichstages) wenigstens ein halbes Dutzend Mal von dem Tische der Regierungskommissarien abberufen und selbst sein Aeußeres verrieth eine größere Erregung, als sie sonst an ihm wahrgenommen zu werden pflegt, ja die fieberhaft bewegte Weise, in der er dem Abgeordneten Duncker antwortete, brachte diese Erregtheit auch zu einem sichtbaren Ausdrucke."

Luxemburg, 7. April. Hier ist das Gerücht aufgetaucht: der König der Niederlande beabsichtige, seine Souveränetätsrechte als Großherzog von Luxemburg auf seinen bisherigen Statthalter, den Prinzen **Heinrich** der Niederlande, zu übertragen. Vielleicht liegt dem Gerüchte nichts als der allgemeine Wunsch der Bevölkerung zu Grunde. Allein es würde dies vielleicht noch der Weg sein, das politische Problem, welches zur Stunde die Staatsmänner und die europäische Presse so angelegentlich beschäftigt, in einer für Deutschland, Holland und die Luxemburgische Bevölkerung befriedigenden Weise zu lösen und die Gefahr eines Krieges abzuwenden. (A. Z.)

Paris, 8. April. Das „Avenir National" schreibt über die luxemburgische Frage: „Guten Quellen zufolge hat die französische Regierung an die preußische eine Depeschen-Note gerichtet, welche im Wesentlichen lautete: „Ich verzichte darauf, Luxemburg zu kaufen; aber räumen Sie die Citadelle." Graf Bismarcks Antwort habe gelautet: „Nichts lieber als das, aber es ist mir unmöglich; es ist zu spät."" Dazu bemerkt die „Liberté": „Wenn es so steht, so ist der Krieg unvermeidlich. Wenn Frankreich darauf verzichtet, Luxemburg einzuverleiben, nachdem es sich so weit vorgewagt hatte, so wäre dies eine schwer zu ertragende Schlappe; aber die Anwesenheit der Preußen vor unseren Thoren dulden, das ist einfach eine Unmöglichkeit. So möge unsere tapfere Armee denn, die ganze lebendige Nation hinter sich, im Jahre 1867 die Fehler wieder gut machen, welche unsere Diplomatie 1866 beging." Man sieht, es ist wiederum eine direkte Drohung, wie gestern, gegen den Kaiser, wenn er der Kriegspartei nicht Ordre parirte.

Der „Progrès de Lyon" meldet: „Es heißt, daß Marschall Bazaine das Commando über die Armee von Lyon bei seiner Rückkehr von Mexiko übernehmen werde; der General Graf Palikao soll zu einer geheimen Mission designirt sein. Es versteht sich von selbst, daß wir dieses Gerücht unter Vorbehalt geben." Die „Liberté" hält es jedoch für wichtig genug, es unter der besonderen Ueberschrift: „Der Graf Palikao", zu geben.

Paris, 9. April. Der Umstand, daß die französische Regierung auf die Interpellationen im gesetzgebenden Körper nicht eingehen will, scheint darzuthun, daß sie die Aufregung, welche die luxemburger Frage erregt hat, nicht noch vermehren will. Ohne Beachtung darf auch nicht gelassen werden, daß man den Journalen „Avenir National" und „Liberté," die, besonders das letztere, gewaltig in die Kriegstrompete stoßen, das Verkaufsrecht auf den Straßen entzogen hat. Zugleich wird die „Liberté" gerichtlich verfolgt wegen eines Artikels, worin sie über das früher gegen sie erlassene Urtheil Glossen macht. — Die Pariser Studenten haben folgende Adresse an die deutschen Studenten gerichtet: Deutsche Brüder! Der Horizont ist umwölkt und finster. An beiden Ufern des Rheines erdröhnt der Kriegslärm. Die Völker schauen erschreckt auf das, was die Zukunft bringen soll. Und ist denn doch nicht die Zeit des Völkerhasses vorüber? Weit von uns liegen diese Ideen eines anderen Zeitalters! Die Völker sind groß nicht vermöge ihres Landbesitzes, sondern vermöge ihrer Verfassung! Frankreich und Deutschland müssen keine Erweiterung ihrer Landesgränzen, wohl aber die ihrer Freiheiten verlangen. Kein Mann von Herz hat je Furcht vor Krieg gehabt, aber jeder Ehrenmann muß ihn verabscheuen. Sollen wir ihm unseren Haß wegen des Elendes, welches er nach sich zieht, und wegen des Despotismus, den er erzeugt. Liegt es nicht gerade an den Studirenden, laut diese großen

Wahrheiten zu bestätigen? Marschiren wir nicht auf diesem fruchtbringenden Wege zusammen, deutsche Brüder? Möge durch und mit Euch der Friede mit allem Glanze kommen, welcher fürderhin die Völker leite zur Wohlfahrt, zur Größe und zur Freiheit! (K. Z.)

London, 8. April. Telegrammen der „Times" d. d. Malta, 7. April Nachmittags, zufolge sind sämmtliche in jenen Gewässern befindlichen brittischen Panzerschiffe in See beordert. Der „Prince Consort" und die „Royal Oak" sollten am nächsten Morgen mit versiegelten Ordern auslaufen, wie man glaubte nach der spanischen Küste, resp. Cadiz. Der Herzog v. Edinburg war mit seinem Schiffe „Galatea" nach Marseille abgesegelt.

Neueres.

Berlin, 10. April. In der heutigen Sitzung des Reichstags spricht bei Gelegenheit der Generaldebatte über Art. 71 der hessische Bundeskommissär Hoffmann dem Grafen Bismarck seinen Dank für die bundesfreundliche Beantwortung der gestrigen Interpellation aus, und glaubt auch die hohe Befriedigung der großh. Regierung darüber ausdrücken zu dürfen. Die einfachste Beseitigung der schwierigen Lage des Großherzogthums sei allerdings der Eintritt desselben in den norddeutschen Bund, doch sei wegen der dadurch erwachsenen Mehrkosten die Landesvertretung zu befragen. Der Redner ist überzeugt, daß dieselbe einverstanden, und daß die gestrige Interpellation baldigst im Sinne der Interpellanten erledigt sein werde. Im Verlauf der Debatte erklärte Graf Bismarck: das Amendement Lasker (wonach der Eintritt der süddeutschen Staaten in den Bund auf Präsidialvorschlag im Wege der Bundesgesetzgebung erfolgen soll) widerspreche gerade nicht den Wünschen der Bundesregierungen. Der Prager Frieden spreche von der Neugestaltung Gesammtdeutschlands, doch hindere das bisherige Nichtzustandekommen des Südbundes die Schlingung des nationalen Bandes zwischen dem Norden und Süden. Art. 71 wird mit dem Amendement Lasker von einer großen Majorität angenommen, ebenso die Eingangsformel des Verfassungsentwurfs.

Berlin, 10. April. Die „Nordd. Allg. Ztg." ist ermächtigt, die Nachricht der „Bankzeitung" von einer nach Stuttgart gerichteten preußischen Depesche, worin der Bündnißvertrag als untrennbares Corollar des Friedensvertrags bezeichnet sey, zu dementiren. Es sei selbstverständlich, daß die württembergische Regierung wegen des preußischen Bündnißvertrags die Zustimmung ihrer Stände bedürfe. Die preußische Regierung habe das vollste Vertrauen zu der Vertragstreue der württembergischen Regierung; sie betrachte den Bündnißvertrag vom 13. Aug. v. J. nicht als ein zufälliges und willkürliches, sondern als ein nothwendiges Ergebniß der politischen Sachlage und des deutschen Nationalgefühls; sie vertraue auch, daß der württembergische Landtag die Angelegenheit aus diesem Gesichtspunkt betrachten werde.

Triest, 9. April. (Ueberlandpost.) Alexandrien 3. April. Gerüchtweise verlautet, Nubar Paschas Mission sei Schwierigkeiten begegnet. Aus Dschedda wird gemeldet, daß der Zufluß von Pilgern heuer nicht sehr groß ist. Bombay, 20. März. Ein Gerücht will wissen, Lord Napier werde mit Ende des Jahres an Stelle Lawrence's zum Vicekönig von Indien ernannt werden. Der britische Resident in Zanzibar widerspricht der Nachricht von dem Tode Livingstone's.

Paris, 11. April. Im gesetzgebenden Körper zog gestern die Majoritätspartei ihre Interpellation wegen Luxemburg zurück. Alle Bureaus verwarfen die Interpellationen der Opposition und des thiers parti; fast sämmtliche Journale sprechen sich heute für Neutralisirung Luxemburgs aus. Der Herzog v. Grammont ist hier angekommen.

Kopenhagen, 10. April. „Fädrelandet" meldet, daß die Rückkehr des Königs aus England beschleunigt werden solle. Hiermit werden Gerüchte von französischerseits eingeleiteten Verhandlungen betreffs einer skandinavisch-französischen Allianz verknüpft.

Konstantinopel, 9. April. Gestern stattete der ökumenische Patriarch dem Fürsten von Serbien einen Besuch ab; heute Abends gibt der österreichische Internuntius, Baron Prokesch, ein Diner zu Ehren des Fürsten Michael. Der Fürst wird über Küstendsche zurückreisen und dem Fürsten Karl in Bukarest einen Besuch abstatten.

New-York, 9. April. Der Senat diskutirt den Vertrag über die Abtretung des russischen Amerika's.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	57 1/8—56 7/8 G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	49 5/8—3/4 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	4 1/2pCt.	84 1/2 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	97 P.
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	91 1/4 P.
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	91 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	87 3/4 P. 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	87 3/4 P. 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 1/2 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	91 1/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Baden	4 1/2pCt. Obl.	91 1/2 P. 1/4 G.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	93 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	—
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	81 1/2 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 1/4 P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	77 1/2 P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	75 5/8—76 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124 1/2 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	632 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	151 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	192 P. 189 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	325 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	103 3/4 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	46 3/8 P. 1/8 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	70 1/4 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	43 3/4 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	113 3/4—5/8 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/8 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 1/2 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 1/4 G.
Berlin Thl. 60 k. S.	105 1/8 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 3/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 1/2 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 1/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 3/8 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 G.
London Lst. 10 k. S.	119 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 5/8 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	89 7/8 P. 5/8 G.
do. in öst. W. l. S.	88 7/8 P. 5/8 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	105 P. 104 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	56 5/8 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	61—61 1/2 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	105 P. 104 G.
„ do. v. 1864	70 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	93 1/2—94 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	50 1/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	53 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 11. April. Die heutige Börse zeigte eine unentschiedene Tendenz. Auf Grund mannigfacher Gerüchte, die so unbeglaubigt und unwahrscheinlich sind, daß es nicht der Mühe werth ist, sie zu wiederholen, versuchte man gestern Abend schon mit einigem Erfolge die Kourse heraufzusetzen. Auch heute nahm man bei Anfangs sehr lebhaftem Geschäfte nach dem ersten Parkett einen Ablauf zur Hausse, welcher Kreditaktien, der Barometer der Börsentemperatur, auf 153 brachte. Die Hausse zeigte sich jedoch nicht lebenskräftig und ging man allmälig bei immer stiller werdendem Geschäfte und auf nicht entsprechende Berliner Kourse wieder zurück, um jedoch gegen gestern Mittag immerhin noch eine Avance zu bewahren. Süddeutsche Effekten und Eisenbahnen wurden heute ebenfalls besser bezahlt, besonders Ostbahn. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
N. Würzb. Ztg.
München.

(Morgenblatt.)

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 103. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 64. Jahrgang. | Samstag, 13. April 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 11. April. Se. Majestät der König hat den Kontroleur am Oberaufschlagamte von Mittelfranken, J. Hornig zu Ansbach, in gleicher Eigenschaft und unter Fortdauer des dermal noch bestehenden Dienstesprovisoriums an das Oberaufschlagamt von Schwaben und Neuburg zu Augsburg, der gestellten Bitte entsprechend, versetzt; dann den Funktionär am Oberaufschlagamte von Oberbayern, J. C. Ezdori, seiner Bitte entsprechend, als Kontroleur am Oberaufschlagamte von Mittelfranken in prov. Eigenschaft ernannt; zum Vorstande des kgl. Filial-Zahl- und Stempelamtes Nürnberg mit dem Range eines kgl. Kreiskasse-Zahlmeisters den Rechnungskommissär extra statum bei der kgl. Regierungsfinanzkammer von Mittelfranken, Chr. H. Müller, seiner Bitte willfahrend, ernannt und bestimmt, daß dessen bisherige Stelle nicht wieder besetzt wird.

München, 11. April. Die vom kgl. Staatsministerium des Innern niedergesetzte Kommission zur Durchberathung des Entwurfes einer Seuchenordnung hat in sechs Sitzungen ihre Aufgabe erledigt und wird hiernach die Publikation dieser Seuchenordnung in kurzer Zeit erfolgen.

Heilbronn, 8. April. Die gestrige Versammlung der „deutschen Partei" war vom Landeskomite derselben veranstaltet. Die neue Lage, in welche sich unser Land durch die Veröffentlichung der im August v. J. geschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen versetzt sieht, legt eine öffentliche Kundgebung nahe; hiezu schien noch der Augenblick, da der norddeutsche Reichstag an die Berathung des letzten Abschnitts der Verfassung kommt, der von den Beziehungen zu Süddeutschland handelt, besonders aufzufordern, und endlich schien es erwünscht, daß über die ernste Tagesfrage, die wie eine drohende Wolke am Horizont hängt, auch die Meinung patriotischer Kreise in Süddeutschland zum Ausdruck gelange. In der Versammlung, hauptsächlich von einflußreichen Mitgliedern des Handels- und Gewerbestandes besucht und von Hrn. Staatsrath Goppelt präsidirt, wurden insbesondere drei Punkte besprochen: die Luxemburger Frage, die Reform unserer Militärverfassung, und der Eintritt in den norddeutschen Bund, und der Gesichtspunkt, unter welchem dies geschah, war im Wesentlichen folgender. Luxemburg betreffend, constatiren zunächst alle Redner, daß die deutsche Nation eine friedliche Nation sei, daß sie im Frieden mit ihren Nachbarn leben wolle, und überzeugt sei, daß Wohlfahrt und Fortentwicklung der Cultur durch das Zusammengehen der beiden großen Völker Deutschlands und Frankreichs bedingt sei. Wogegen man sich in Deutschland auflehne, sei blos jene engherzige Theorie, daß Frankreichs Größe die Zersplitterung und Machtlosigkeit Deutschlands erfordere. Das deutsche Volk sei selbst bereit, obgleich es alte Anforderungen der Nationalität Frankreich gegenüber zu machen hätte, die geschichtlichen Thatsachen anzuerkennen, und weit davon entfernt, die vormals verlornen Provinzen mit Waffengewalt wieder zu holen. Allein die Zeit, da man ein Stück um das andere vom Körper der Nation abreißen konnte, sei endlich vorüber, und wer es nicht über sich gewinnen könne, die Hand vom deutschen Gebiet zu halten, werde die ganze Nation in Waffen wider sich finden. Das Werk der Neugestaltung dürfe nicht mit der Preisgebung einer Provinz begonnen werden. Die feste Haltung, welche Preußen im vorigen Jahre den Gebietsforderungen Frankreichs gegenüber eingenommen, gebe das Vertrauen, daß die nationale Ehre auch in diesem Fall in guten Händen sei. Da wir zur Zeit noch der Vertretung im Parlament entbehren, müßten wir auf andere Weise unsere Uebereinstimmung mit den im Reichstag zum Ausdruck gekommenen Ansichten zu erkennen geben. Die Wehrfrage betreffend, wurde das preußische Wehrsystem empfohlen; dieses sei allerdings kostspieliger als das bisherige, aber dafür sei es bewährt und erfolgversprechend. Es sei besser, einen Thaler auszugeben, für den man etwas habe, als einen Gulden zum Fenster hinauszuwerfen und Schläge dazu zu bekommen. Uebrigens seien bei der Einführung desselben allerdings Erleichterungen im Einzelnen geboten, sie seien aber auch möglich, wie schon die besonderen Verträge beweisen, die Preußen mit mehreren Bundesstaaten abgeschlossen, und je rascher die einheitliche Organisation der deutschen Wehrkraft erfolge, je mehr dadurch der europäische Friede gesichert werde, um so unausbleiblicher seien durchgreifende Verminderungen der Militärlasten auf dem Wege der Gesetzgebung. Was dann die Forderung des ungesäumten Eintritts in den norddeutschen Bund betrifft, so wurde diese insbesondere vom volkswirthschaftlichen Gesichtspunkt von R.R. Steiner begründet. Er erörterte die jetzige precäre Lage des Zollvereins, und suchte an Beispielen darzuthun, wie sehr Süddeutschland ein Interesse hat, baldmöglichst an der Gesetzgebung Theil zu nehmen, welche über unsere Interessen mit entscheide. Die Verfassung des norddeutschen Bundes endlich wurde besonders von dem Abg. Hölder und R.R. Otto beleuchtet. Der Reichstag sei bei seinen Arbeiten von der Pflicht gegen ganz Deutschland und von den Erinnerungen an die früheren mißlungenen Versuche getragen, darum der rasche Abschluß des Verfassungswerkes. Welche Mängel dasselbe auch habe, so sei es doch geeignet, dem politischen Leben der Nation zur Grundlage zu dienen. Dies waren die Hauptgesichtspunkte, unter welchen die vorliegenden Fragen be-

Feuilleton.

Ueber die Gesetze der Verbreitungsart des Typhus

bringt das vom ständigen Ausschusse bayerischer Aerzte herausgegebene ärztliche Intelligenzblatt in seiner letzterschienenen Nummer 15 eine auch für nichtärztliche Kreise sehr bemerkenswerthe Abhandlung von dem praktischen Arzte Dr. Lutz zu Lauf. — In dem 40 und etliche Einwohner zählenden Weiler Kleinbellhofen bei Schnaittach im Amtsbezirke Hersbruck wurde im April vorigen Jahres der Typhus aus dem benachbarten Orte Hedersdorf eingeschleppt und erkrankten an demselben nach und nach 17 Personen, also beinahe die Hälfte der Einwohner. Das Weiterschreiten der Seuche von einem Hause zum andern erfolgte merkwürdiger Weise in größeren Zwischenräumen als zu erwarten war, selbst wenn man für die Krankheit ein Inkubationsstadium von 20 Tagen annimmt. Dieser Umstand spricht dafür, daß die Uebertragung der in Rede stehenden Krankheit nicht unmittelbar (per contagium) geschah, als vielmehr mittelbar auf dem Wege durch den Boden, indem der mit den Ausleerungen in denselben gelangende spezifische Krankheitskeim erst dort wieder und erst nach dem Umflusse einer bestimmten Zeit sich reproduzirte und die Fähigkeit, neuerdings zu infiziren, erlangte. Da weder in Schnaittach noch in den andern nahe gelegenen Ortschaften während des Herrschens der Seuche zu Kleinbellhofen ähnliche Erkrankungen vorkamen, obwohl der freie Verkehr zwischen denselben nicht nur nicht aufgehoben, sondern vielmehr gesteigert war, so mußte sich bei einer zeitlich und örtlich so strenge begrenzten Epidemie die Vermuthung aufdrängen, daß Kleinbellhofen, einmal infizirt, ein für die Weiterentwicklung von Infektionskrankheiten äußerst günstiger Boden sei. Nach Aussage der Ortsbewohner steht keines der 7 Häuser, welche der Weiler zählt, auf kompaktem, felsigem Untergrund und in den ziemlich feichten Kellern sammelt sich bei größerer Regenmenge leicht Wasser. Zur Imprägnirung dieser porösen Bodenschichte mit den verschiedensten Zersetzungsprodukten von pflanzlichen, thierischen und menschlichen Stoffen und Exrementen, findet sich eine Reihe der günstigsten Bedingungen vor. Ein das Dorf von Ost nach West durchschneidender, verschlammter Bach hat einen ganz langsamen Fluß, daß an mehreren Stellen im Dorfe das Wasser stagnirt. Wenn man bedenkt, daß dieser Graben der einzige Eliminationsweg für alle menschlichen und thierischen Excremente des ganzen Dorfes ist, so bedurfte es eines weiteren Umstandes gar nicht, um den lockeren Sandboden mit miasmatischen und infektiösen Stoffen aller Art zu imprägniren. Zum Ueberflusse befanden sich sämmtliche Dungstätten des Dorfes in einem allen sanitätspolizeilichen Vorschriften zuwider laufenden Zustande, daß es nur noch des letzten Faktors, nämlich der Einbringung der spezifischen Krankheitsursache, des Krankheitskeimes, bedurfte, um den Beginn einer Ortsepidemie einzuleiten, welche nicht eher zum Stillstehen kam, als bis alle zur Erkrankung überhaupt

sprochen wurden, und die in der Versammlung ungetheilte Zustimmung fanden. (Schw. M.)

Berlin, 9. April. Reichstag. Soeben beantwortete Graf Bismarck die Ihnen gestern ihrem Wortlaute nach mitgetheilte Interpellation der oberhessischen Abgeordneten betr. den Eintritt des ganzen Großherzogthums in den norddeutschen Bund. Die Antwort Bismarcks lautete wörtlich: Ich würde mich zu einer erschöpfenden Beantwortung der von dem Hrn. Interpellanten (Graf Solms-Laubach begründete in Kurzem die Interpellation) angeregten Frage in Vertretung der hohen verbündeten Regierungen nur dann bereit erklären können, wenn die Frage von der großh. hessischen Regierung gestellt würde. Der Hr. Interpellant ist von der Voraussetzung ausgegangen, daß der Wunsch der großherzoglichen Regierung, das ganze Großherzogthum jetzt in den norddeutschen Bund aufgenommen zu sehen, amtlich fest stände. Ich kann das nicht bestätigen. Die großherzoglich hessische Regierung hat uns allerdings in einer Note vom 14. August vorigen Jahres den Wunsch ausgesprochen, mit dem ganzen Großherzogthume in den Bund aufgenommen zu werden. Es geschah dies aber in einer andern Lage der Dinge als die heutige ist. Die preußische Regierung hatte damals in den Friedensverhandlungen die Forderung gestellt, das gesammte Oberhessen mit Homburg und Meisenheim der preußischen Monarchie einzuverleiben gegen Entschädigung des Großherzogthums Hessen auf Kosten Bayerns. Um diesen Gebietstausch abzuwehren, bot die großherzogliche Regierung, wie aus dem Inhalte der Note vom 14. August zu ersehen sein würde, den Eintritt des gesammten Großherzogthums in den norddeutschen Bund an. Nachdem jener territoriale Austausch aus anderen Rücksichten aufgegeben war, hat die großherzogliche Regierung denselben Wunsch nicht erneuert. Die verbündeten Regierungen sind weit entfernt, die Uebelstände zu verkennen, welche aus der Theilung des Großherzogthums in einen der Gesetzgebung des norddeutschen Bundes unterworfenen und einen davon freien Theil hervorgehen. Es ist sogar vorauszusehen, daß diese Uebelstände sich noch beträchtlich steigern würden, wenn es nicht gelingen sollte, dem Zollvereine keine weitere Ausdehnung, als das Gebiet des norddeutschen Bundes es bedingt, zu erhalten. Wir finden daher die Uebelstände, welche der Hr. Interpellant hervorgehoben hat, nicht nur unzweifelhaft vorhanden, sondern auch die Gefahr, daß sie in Zukunft wachsen könnten. Es kommt dazu, daß das gesammte Großherzogthum schon in wesentlichen Theilen seiner Organisation in die Rechtssphäre des norddeutschen Bundes hineingezogen ist, namentlich in Betreff der Verwaltung der Post und Telegraphie und, wie demnächst durch den Abschluß einer Militärkonvention zu erwarten steht, auch in Bezug auf die militärischen Angelegenheiten. Als Aequivalent dafür blieben dem Großherzogthum zu reklamiren die Rechte, die den vorher angedeuteten Leistungen entsprächen, nämlich die Rechte einer stärkeren Vertretung im Bundesrathe wie im Reichstage, und die Bürgschaften einer territorialen Garantie, die sich bisher, juristisch wenigstens, auf Rheinhessen und Starkenburg nicht erstreckten. Der Frage, ob nach dem Inhalte des Prager Friedens die Aufnahme des gesammten Großherzogthums, welches von der territorialen Seite aufgefaßt, zur Hälfte ein norddeutscher, zur Hälfte ein süddeutscher Staat ist, Hindernisse entgegenstehen, würden wir näher treten, sobald uns von der großh. Regierung in amtlicher Form der Wunsch dazu ausgesprochen würde. Wir würden dann, da wir mit Oesterreich auf der Basis des Prager Friedens und in Betreff der Auslegung desselben im Einverständniß zu leben beabsichtigen, zunächst mit der kaiserl. österreichischen Regierung in freundschaftliche Verhandlung darüber treten, wie sie ihrerseits die Frage auffasse, und nach der bisherigen Haltung der kaiserl. Regierung glauben wir kaum, daß der Gedanke auf einen bestimmten Widerstand darin stoßen würde, sobald die Wünsche der großh. hessischen Regierung sich unzweideutig manifestirt hätten. (Bravo!) Wir würden demnächst, nachdem ich mich der Ueberzeugung hingeben darf, daß innerhalb des engeren Bundes ein Widerspruch nicht erhoben werden würde, es doch für nützlich und den gegenseitigen Beziehungen entsprechend halten, mit unseren süddeutschen Bundesgenossen und namentlich mit Bayern, auch über diese Frage ins Vernehmen zu treten, um zu ermessen, ob die dortige Politik durch dieses Vorgehen gekreuzt oder unterstützt werden würde. Vor allem aber wäre erforderlich, daß die großh. Regierung ihre Willensmeinung bestimmt formulirte, und nach der Bereitwilligkeit, welche dieselbe gezeigt hat, an dem nationalen Werke, an welchem sie bisher nur für Oberhessen vollständig betheiligt ist, mitzuwirken, dürfen wir mit Vertrauen die Entschließung, die Entscheidung über die Frage der großh. Regierung überlassen, die am besten wissen muß, was ihrem Interesse frommt, und der ich aus bundesfreundlichen Rücksichten hier durch eine Erklärung nicht glaube vergreifen zu können. (Bravo!)

Berlin, 9. April. Die Rede des Ministers Moustier im gesetzgebenden Körper zu Paris wird nur von Solchen friedlich aufgefaßt, welche gewohnt sind, mehr auf den Schall, als auf den Sinn der Worte in diplomatischen Erklärungen zu achten. Die Rede ist das erste an die Oeffentlichkeit gelangende offizielle Dokument dafür, daß Frankreich ernstlich entschlossen ist, die Luxemburger Frage zur Entscheidung zu bringen, und zwar, was bisher am Meisten bezweifelt wurde, unverweilt zur Entscheidung zu bringen. Es soll dazu die allgemeine Abstimmung in Luxemburg in Szene gesetzt werden. Kann nun Preußen es dulden, daß diese französischen Possen unter den Augen seiner Besatzung in Luxemburg sich abspielen? Oder wird vielleicht Frankreich gar beanspruchen, daß Preußen, um diese Abstimmung zu einer unzweifelhaft freien zu machen, seine Truppen vorher aus dem Großherzogthum zurückziehe? Das ist der Punkt, an welchem angelangt Kollisionen unvermeidlich sind. Diplomatische Verhandlungen der Großmächte werden diese Entscheidung nicht lange aufhalten; denn England und Oesterreich haben offenbar die Absicht, neutral zu bleiben, und für Rußland liegt die orientalische Frage näher, als der Luxemburger Handel. Vermuthlich wird die Luxemburger Frage noch einmal im Reichstage zur Erörterung gelangen. (N. C.)

Berlin, 10. April. In der luxemburger Angelegenheit ist ein scheinbarer Stillstand eingetreten, augenscheinlich in Folge der Vorbereitungen, welche die diplomatische Aktion veranlaßt. Daß diese eingeleitet werden soll, wird von allen Seiten bestätigt, und die Verwicklung nimmt denn auch vorläufig eine mehr ruhige Gestalt an. Allerdings fehlt es nicht an divergirenden Ansichten, welche die Erklärungen des Herrn v. Moustier in der französischen Kammer als dilatorische auffassen. Aber es mag richtige Politik sein, daß man Frankreich, wenn es friedliche Auskunftsmittel vorschlägt, beim Worte

---

disponirten Ortseinwohner durchgeseucht waren. Keine der sämmtlichen Dungstätten hat nämlich eine gemauerte Grube; etliche derselben liegen unmittelbar hinter den Wohnhäusern und höher als dieselben, so daß die Mistjauche fortwährend die Mauern derselben umspült und der Ueberschuß seinen Weg in den oben erwähnten Bach theils um das Haus herum, theils unter demselben durch den lockeren Untergrund hindurch suchen muß. Auch der Ortsbrunnen, eine etwa 6 Fuß tiefe, ausgemauerte Cisterne, die blos durch Sickerwasser gespeist wird, mag auf das Entstehen und die Dauer der Epidemie nicht ohne Einfluß geblieben sein.

Wenn nun durch den geschilderten Fall die von Professor v. Pettenkofer aufgestellten Grundsätze über die Verbreitungsart epidemischer Krankheiten eine neue Bestätigung finden, so ergibt sich für die Gesellschaft die Pflicht, alle die Momente zu beseitigen, welche die Verbreitung von Epidemien begünstigen, damit nicht Oertlichkeiten, wie die beschriebene, einer Mine gleichen, welche zum Auffliegen nur des zündenden Funkens bedarf. Schon durch einen soliden und je lockerer der Boden um so tieferen Unterbau der einzelnen Häuser, dessen Ausführung bei Neubauten je nach der Bodenbeschaffenheit vorgeschrieben und überwacht werden sollte, könnte die aus den Bodenverhältnissen entspringende Schädlichkeit beträchtlich vermindert werden. Ein weites Feld für eine ersprießliche Thätigkeit ist ferner gegeben in der Herstellung geeigneter Abzugskanäle für stagnirendes Wasser, in der Regulirung und Instandhaltung der Bette kleinerer Flüsse und Bäche, wo diese die Wohnungen von Menschen berühren; vor Allem aber sollte im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege sowohl als auch der Landwirthschaft die Herstellung geeigneter Düngergruben mit geeigneten Abzugskanälen und einer Einrichtung, durch welche die flüssigen Stoffe von Zeit zu Zeit entfernt werden können, unseren Landleuten dringend an's Herz gelegt werden. Niemals sollte die Dungstätte höher liegen als das Wohnhaus, so daß der Unterbau desselben, besonders wenn lockerer Boden ist, stets mit den flüssigen Bestandtheilen des Düngers imprägnirt werden muß. Offene Gruben, in denen stagnirendes Wasser zu irgend welchem Zwecke erhalten wird, so wie offene Brunnen, in denen, besonders wenn die Reinigung nur in Zwischenräumen von mehreren Jahren erfolgt, nicht selten verendete Katzen, Hunde 2c. 2c. gefunden werden, sollte man nirgends dulden. Niemals freilich wird in unsern Dörfern sowohl als in Städten die Anlage von öffentlichen Gebäuden, die Einrichtung, um die menschlichen und thierischen Abfälle zu entfernen und möglichst unschädlich zu machen, eine Stufe erreichen, welche nichts mehr zu wünschen übrig ließe. Allein dies ist gerade nicht immer nothwendig, sondern es bieten bisweilen blos beziehungsweise günstigere Verhältnisse einen gewissen Schutz gegen Infektionskrankheiten.

Bei der Wichtigkeit der Sache glaubten wir, daß diese von einem praktischen Arzte neuerdings gemachten Erfahrungen und seine daran geknüpften Schlußfolgerungen auch für weitere Kreise Interesse hätten und daß wir dieselben hier auszugsweise zu allgemeiner Kenntnißnahme bringen sollten. H.

---

nimmt. Die ministeriellen Abendblätter geben zu verstehen, daß Preußen gegen eine Conferenz der Regierungen, welche die Verträge von 1839 unterzeichnet haben, keine Einwendungen haben würde. In diesem Punkte schienen die Meinungen bis vor Kurzem getheilt, und die Aufklärung dieses vielleicht nur scheinbaren Widerspruchs bleibt abzuwarten. Es wurde Frankreich nachgesagt, daß es auf der Conferenz alle in dem vorigen Jahre aufgeworfenen und gelösten Fragen discutiren zu lassen versuchen werde. Dies ändert sich allerdings, wenn es sich um eine specielle Fragestellung handelt, und es mag im Grunde als eine Formfrage angesehen werden, ob die Angelegenheit auf einer Conferenz oder auf dem Wege anderweitiger diplomatischer Verhandlungen erörtert werden soll. Die Hauptsache wird bleiben, daß die Mächte in dem einen wie in dem anderen Wege sich nicht nur über den Rechtspunkt äußern, sondern auch, wie gemeldet, Mittel der Lösung vorschlagen werden. Die „Nordd. Allg. Z." macht von Neuem darauf aufmerksam, daß Preußen Luxemburgs Eintritt in den Norddeutschen Bund nicht in Aussicht nimmt. Zur Orientirung und ohne weiteres Präjudiz möchte ich erwähnen, daß in nicht preußischen Kreisen die Neutralisirung Luxemburgs mit den entsprechenden Konsequenzen als eines der Mittel zur Lösung bezeichnet wird, welche auswärtige Regierungen vorschlagen dürften. — Eine Erklärung der „Provinzial-Korrespondenz" läßt in bedauerlicher Weise geringe Hoffnung, daß die Regierung dem Parlamente gegenüber in der Militärfrage die Reichstagsbeschlüsse der Vorberathung annehmen werde. (K. Z.)

Berlin, 10. April. Wie hiesige Blätter melden, wird, falls die Bundesregierungen bei der Schlußberathung des Verfassungsentwurfs darauf bestehen sollten, daß die Zusicherung von Diäten aus der Verfassung entfernt werde, wahrscheinlich ein Compromiß in der Weise zu Stande kommen, daß die national-liberale Partei auf die Bestimmung, welche die Diäten garantirt, verzichtet, falls die Regierung ihrerseits den ursprünglichen Artikel des Entwurfs aufgibt, welcher die Diäten versagt, so daß die Frage vorläufig eine offene und also den einzelnen Staaten zur Regelung überlassen bleiben würde. — Nachdem die Stadtverfassung für Frankfurt veröffentlicht ist, wird nunmehr auch die Auseinandersetzung zwischen dem städtischen und dem Staatsvermögen der Stadt von der Staatsbehörde in Aussicht genommen. Dabei wird auch die Contributionsfrage ihre Erledigung finden. — Offiziös wird in Erinnerung gebracht, daß bei Verheirathungen, beziehentlich Begründung eines eigenen Haushalts, der Nachweis der erfüllten Militärpflicht zu führen ist, und daß Militärpflichtige, welche sich verheirathen oder ansässig machen wollen, bevor sie ihrer Militärpflicht genügt, von den Geistlichen oder Civilstandsbeamten auf die Bestimmung, daß Verheirathung die Zurückstellung nicht begründen kann, aufmerksam zu machen sind.

Wien, 9. April. Die „Wiener Abendpost" hatte die „Neue Freie Presse" aufgefordert, ihre Behauptung zu rechtfertigen, daß offiziöse Federn eine Allianz Oesterreichs mit Frankreich gegen Deutschland gepredigt hätten. Die „Neue Freie Presse" antwortete mit dem Hinweis auf eine Wiener Correspondenz der „Leipziger Zeitung". Dagegen bemerkt heute die „Wiener Abendpost": „Es geht (aus dieser Antwort) hervor: 1. daß die „Neue Freie Presse" zum Beweise, offiziöse Federn hätten sich zu Gunsten der oben bezeichneten Allianz ausgesprochen, nur einen einzigen Artikel und noch dazu eines auswärtigen Blattes produzirt hat, welches die kaiserliche Regierung als offiziös anzuerkennen keine Veranlassung hat; 2) daß dieser einzige Artikel des auswärtigen Blattes, auf den die „N. Fr. Pr." sich berufen zu können glaubt, gerade das Gegentheil von dem besagt, was durch seine Anführung bewiesen werden soll, nämlich, statt Allianz zu predigen, für die Neutralität plaidirt.

Wien, 10. April. In dem Befinden des Kronprinzen ist, wie verlautet, eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten. Hofrath Löschner, der inzwischen hier eingetroffen, hat bestätigt, daß der Zustand Sr. k. Hoheit durchaus zu keiner Beunruhigung Anlaß gebe. (Frbl.)

Paris, 9. April. Der Minister des Auswärtigen hat gestern im Senate dieselbe Erklärung abgegeben, wie im gesetzgebenden Körper. Präsident Troplong schloß dieser Mittheilung folgende Worte an: „Der Senat gibt dem Hrn. Minister des Auswärtigen Akt über seine Mittheilung. Frankreich hat Vertrauen in den Kaiser, es weiß, daß seine in dessen Hände niedergelegten Interessen keine Gefahr laufen können." (Allgemeine Zustimmung.) Gleichzeitig zeigt der Präsident an, daß der Senat über die Zulassung einer Interpellation sich auszusprechen habe. Was diese Interpellation enthält, und von wem sie ausgeht, theilt Präsident Troplong nicht mit, da, wie er beifügt, die Geschäftsordnung, weil sie solches nicht anordnet, es verbietet. — Im gesetzgebenden Körper gab die Erklärung des Marquis de Moustier, sowie das von drei Seiten sich kundgebende Interpellationsverlangen zu einem Zwischenfalle Anlaß, aus dem hervorzugehen scheint, daß die Regierung durch die Moustier'sche Erklärung eine weitere Interpellation als überflüssig ansah, eine Ansicht, die von der Kammer schwerlich getheilt werden wird. Namentlich war es Thiers, der auf die Unzulänglichkeit der Regierungsmittheilung aufmerksam machte, und Mittheilung der bezüglichen Depeschen verlangte. „Die Discussionen (sagte er), welche über diese Sache in andern Ländern stattgefunden haben, sind ausführlicher und vollständiger, als die Mittheilungen, welche man uns gemacht hat, und doch hat unser Land ein Recht, weit besser über einen Gegenstand unterrichtet zu sein, der alle seine Geschicke in die Frage mit hineinziehen kann. (Lebhafte Unterbrechung.) Wie?! es kann mich über diesen Punkt Jemand unterbrechen? Wie? die Geschicke Frankreichs wären nicht in eine solche Frage mit hineingezogen? (Lebhafte Zustimmung und Beifall in der Umgebung des Redners; verschiedenartige Bewegung.) Es handelt sich um seine wichtigsten Interessen, um seine Ehre, um eine Frage, deren Lösung den Krieg oder den Frieden nach sich ziehen kann, und Sie wollen mir sagen, daß wir das Recht haben, gleichgültig oder zufrieden zu sein? Ich rede vor meinem Lande und rufe es als Richter auf. Durch die uns eben gewordene Mittheilung können wir uns nicht als hinlänglich unterrichtet ansehen, um mit Frucht zu diskutiren." (Zustimmung auf mehreren Bänken). Ollivier verlangt Auskunft über die Stellung Frankreichs zu Preußen insbesondere. „Es ist eine Aufregung hervorgerufen worden durch die seltsame Haltung, welche die preußische Regierung Frankreich gegenüber annehmen zu wollen scheint, und welche, wenn sie dem entspräche, was die Zeitungen in der ganzen Welt erzählen, für Frankreich beleidigend wäre und von diesem nicht geduldet werden könnte. Für meinen Theil zweifle ich nicht daran, daß die Regierung, was auch kommen möge, ihre Pflicht in edler und stolzer Weise erfüllen wird." (Sehr gut!) Berryer: Das wollen wir später sehen! Ollivier: „Nur hat sich die Regierung geirrt, wenn sie geglaubt hat, durch ihre Mittheilung die öffentliche Meinung beruhigen und aufklären zu können. Um dies zu Stande zu bringen, hätte sie genau und bestimmt die eigentliche Lage, in der wir uns Preußen gegenüber befinden, darlegen müssen." Der Zwischenfall wird jedoch, nachdem man von verschiedenen Seiten gefunden, daß Hr. Ollivier sich in eine nicht zu dem Interpellationsverlangen gehörige Discussion einlasse, geschlossen und die Interpellation selbst den Bureaus überwiesen. Den HH. Berryer und Thiers erwiderte Staatsminister Rouher, nach dem „Moniteur", Folgendes: „Die Worte der Mittheilung selbst, deren Initiative die Regierung ergriffen hat, erklären, daß die auf das Großh. Luxemburg bezügliche Frage noch nicht in die offizielle diplomatische Bahn eingetreten ist, und nur erst zu einem einfachen Austausch von Pourparlers Anlaß gegeben hat. Der ehrenwerthe Herr Thiers erinnert an die darauf bezüglichen Vorgänge im englischen Unterhause, im Nordparlament, in der holländischen Kammer. Den betreffenden Ministern wurde eine Frage vorgelegt; die Minister haben sie sofort beantwortet und den gegenwärtigen Stand der Frage erklärt. Diesen Zweck, meine Herren, wollten wir selber durch die Ihnen soeben gewordene Mittheilung erreichen. Wir haben keine Depeschen auf dem Bureau des gesetzgebenden Körpers niederzulegen, weil überhaupt über die Luxemburg-Frage keine Depeschen von der französischen Regierung ausgegangen sind. Sollten aber die Bureaus nach stattgefundener Prüfung die Interpellationen zulassen, so werden wir uns zu erklären haben." (Unruhe auf einigen Bänken.) Glais-Bizoin: Nehmen Sie die Interpellation an? Rouher: „Ich habe die Unterbrechung nicht gehört. Ich sagte, daß wenn die Bureaus nach stattgefundener Prüfung die Interpellationsverlangen annehmen sollten, wir uns zu erklären haben werden. Allein die Regierung ist überzeugt, daß das aufmerksame Lesen des Aktenstücks, von dem Ihnen der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten Kenntniß gegeben, geeignet ist, die Empfindlichkeit der Kammer und die öffentliche Meinung des Landes zufrieden zu stellen." (Zustimmung auf einer großen Anzahl von Bänken. Widerspruch auf einigen andern.) Der übrige Theil der Sitzung war der Diskussion über das Munizipalgesetz gewidmet, das in der vorjährigen Session bereits vorkommen sollte.

Paris, 10. April. Es herrscht in der hiesigen Handelswelt die Besorgniß, man wolle den Krieg blos hinausschieben, aber er sei wegen der Stimmung der Armee kaum mehr zu verhindern. In politischen Kreisen dagegen gewinnt der Gedanke Raum eine Neutralisirung Luxemburgs werde eine Verständigung möglich machen. Bisher scheint die preußische Regierung erklärt zu haben, sie werde Luxemburg nicht räumen. Dagegen läßt man dem Grafen v. d. Goltz die Gerechtigkeit widerfahren, daß dieser fortwährend vor jeder Berührung der luxemburger Frage gewarnt hat. Der diesseitige Gesandte Preußens hat stets auf das energischste gegen die Täuschung gearbeitet, als würde die preußische Regierung jemals in die Abtretung Luxemburgs willigen können. Es sind alle Befehle ertheilt, um die Armee auf alle Fälle in den Stand zu setzen; die Grenzfestungen sind es bereits. Auch im heutigen Ministerrathe hat man sich mit der Frage

befaßt und sollen im Ganzen friedliche Ansichten geltend gemacht worden sein. Zwischen Oesterreich und Frankreich sind die Beziehungen gut und man spricht von einer geheimen Allianz, die zwischen diesen beiden Staaten und zwar „im Einverständnisse mit dem ungarischen Ministerium" abgeschlossen sei. (?) Der Glaube an die Existenz einer solchen Allianz hat mit zur schlechten Haltung der Börse von heute und gestern beigetragen. Die Neutralisirung Luxemburgs wird allgemein als das einzige Mittel betrachtet, den Frieden zu erhalten. (Köln. Ztg.)

Madrid, 10. April. Der Minister des Aeußern, General Calonge, hat im Congresse auf eine Interpellation in Betreff der Tornado-Affaire erklärt, die Regierung werde die Rechte der Nation und die Entscheidung der Gerichte wahren.

England. Der Conflikt zwischen den englischen und spanischen Behörden, der schon seit einiger Zeit in der Schwebe ist und sich um die Wegnahme des engl. Küstenfahrzeuges Viktoria aus Gibraltar durch einen spanischen Zollkutter dreht, wird durch eine von Lord Stanley an den englischen Gesandten in Spanien abgesandte Depesche einer Entscheidung zugedrängt. Das Aktenstück behandelt den in Rede stehenden Vorgang ausführlich und stellt den Thatbestand in Kurzem folgendermaßen dar: die „Königin Viktoria" wurde am 15. Januar 1866 von einem spanischen Küstenwächter auf hoher See geentert und nach Cadix gebracht. Dort wurde die Bemannung mit Reisegeld versehen und unter Drohungen aus der Stadt verwiesen. Der Capitän wurde einige Zeit festgehalten, dann seiner Papiere beraubt und entlassen. Den Namen des Schiffes hatte man alsbald ausgewischt, und den zweiten Tag nach seiner Ankunft in Cadix wurde dasselbe angemeldet als in der Nähe von Cadix in verlassenem, herrenlosem Zustande aufgefundenes Fahrzeug. Letztere Behauptung ließ man in der Folge fallen, und statt dessen verurtheilten die spanischen Behörden, ohne Anzeige an den englischen Konsul, die „Viktoria" als genommen während des Versuches, Contrebande an den spanischen Küsten zu landen. Die an Bord befindlichen Güter wurden nach öffentlicher Anzeige versteigert. Nach Aufstellung vorliegender Fakta bespricht Lord Stanley die in Folge derselben zwischen beiden Regierungen gepflogenen Verhandlungen und wendet sich gegen den letzten spanischen Vorschlag in dieser Angelegenheit, nämlich, das Urtheil gegen die Viktoria für nichtig zu erklären und es dann dem britischen Consul und den Interessenten zu überlassen, ihre Klagen und Ansprüche vor einem andern spanischen Gerichtshofe geltend zu machen und zu vertreten. „Nicht nur — sagt die Depesche zum Schlusse — muß die k. Regierung eine solche Zumuthung ablehnen, sondern zugleich auf der sofortigen Restitution von Schiff und Kargo, resp. des vollen Werthbetrages dafür, sowie hinreichender Geldentschädigung für Kapitän und Mannschaft, begleitet von dem Ausdrucke des Bedauerns an die k. englische Regierung wegen der Verunglimpfung der britischen Flagge bestehen." Die Instruktion an den englischen Gesandten lautet: Abschrift der Depesche an die spanische Regierung gelangen zu lassen und dabei die Hoffnung auszusprechen, daß dieselbe die Sache nicht bis zu ernstlichen Mißhelligkeiten kommen lassen werde.

Konstantinopel, 5. April. Die Pforte hat an die hellenische Regierung eine Note gerichtet, worin sie dieser mit einer Invasion in ihr Gebiet droht, wenn dieselbe bei ihren der Pforte feindlichen Schritten beharre. — Gestern wurde ein außerordentlicher Ministerrath gehalten, dem auch der Sultan beiwohnte; man beschäftigte sich mit den Vorschlägen der europäischen Mächte in Bezug auf Kreta und die künftige Lage der Christen in der Türkei.

Neueres.

Berlin, 11. April. Wie die heutigen Morgenzeitungen melden, haben die großh. hessischen Obristen Grolmann und Hartmann ihre Rückreise nach Darmstadt angetreten. Die militärischen Verhandlungen scheinen zum Abschlusse gelangt zu sein.

Prag, 11. April. Der Landtagsschluß soll Mittwoch erfolgen. Berichterstatter in Betreff der Reichsrathswahlen ist Professor Herbst. Frhr. v. Beust und Graf Taaffe reisen morgen nach Wien zurück. (T. d. Pr.)

Paris, 11. April. Gestern Abend war 3proz. Rente 66.35. 5proz. Italiener 48. — Der König von Belgien ist hier angekommen.

Bucharest, 11. April. Der russische Generalconsul v. Offenberg überreichte erst gestern dem Fürsten seine Creditive. Die Session der Kammer ist bis zum 24. d. verlängert. Der Fürst von Serbien trifft am Sonntag ein.

Belgrad, 10. April. Heute hat der größere Theil der türkischen Besatzung die Festung geräumt, und ist die Donau hinabgezogen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. 8. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$57-56\frac{3}{4}$ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$49\frac{3}{8}-\frac{1}{4}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$34\frac{1}{2}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$97\frac{7}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$91\frac{3}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. ½jähr. dto.	91 G
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 G.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	$88\frac{1}{2}$ P $\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$89\frac{1}{2}$ P. 89 G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$92-91\frac{7}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$91\frac{1}{2}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	94 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	86 P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{2}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$81\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$76\frac{1}{4}$ G.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	$75\frac{5}{8}-\frac{3}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$123\frac{1}{2}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bank ktien	638 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	149 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt	$88\frac{1}{2}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	194 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	325 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$103\frac{3}{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$46\frac{1}{2}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$70\frac{1}{4}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$43\frac{5}{8}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$113\frac{1}{2}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	57 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$60\frac{7}{8}-\frac{3}{4}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$109\frac{1}{2}$ P.
„ do. v. 1864	69 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$94\frac{1}{2}-\frac{3}{8}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	$50\frac{1}{2}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	52 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$139\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{8}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{2}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{4}$ G
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97\frac{3}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{4}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{8}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	119 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{8}-\frac{1}{2}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 öst. W.	$89\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$88\frac{1}{2}$ P.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 12. April. Die heutige Börse eröffnete in flauer Haltung. Der letzte von gestern aus Paris telegraphirte Rentenkours lautete 65. 80. Paris verflaute auf ein an der dortigen Börse verbreitetes Gerücht, daß Italien 100 Millionen neues Papiergeld emittiren würde. Gleich nach dem ersten Parkett jedoch befestigte sich die Stimmung und verkehrte man alsdann bis zum Schluß in ziemlich unveränderter Haltung. Creditaktien bewegten sich zwischen $148\frac{1}{2}$—149. Das Geschäft, welches rege begann, ermattete bald. Auch süddeutsche Staatspapiere und Eisenbahnen wurden wiederum besser bezahlt. Auf 5 pCt. Bayerische vergeblich 98 geboten. Die Stimmung der Börse läßt sich im Allgemeinen als eine beruhigtere bezeichnen und bedürfte es nur eines kleinen Impulses durch eine bessere Wendung der Politik, um die Course aus ihrer Tiefe wieder emporzuheben. Newyorker Course fehlten. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 104-5.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 15. April 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 12. April. Se. Majestät der König hat auf das im Forstamte Kulmbach in Erledigung gekommene Revier Ziegelhütte den Revierförster W. Bausback von Neuensorg, seinem Ansuchen entsprechend, in gl. Diensteseigenschaft, versetzt; die kath. Pfarrei Sittenbach, Bezirksamts Friedberg, dem Priester A. Aufbauser, Pfarrer, Dekan und Distrikts-Schul-Inspektor in Sulzemoos, Bezirksamts Dachau, übertragen; den Rath der k. Regierungs-Finanzkammer von Schwaben und Neuburg, K. Gerhäuser, seiner Bitte entsprechend, in den zeitlichen Ruhestand für die Dauer von zwei Jahren versetzt; auf dessen Stelle den zeitweise im k. Staatsministerium der Finanzen verwendeten Regierungsrath extra statum, F. Frhrn. v. Raesfeldt, berufen; ferner den Rechnungskommissär der k. Regierungs-Finanzkammer von Schwaben und Neuburg, S. Lechner, zum Regierungs-Assessor mit der Bestimmung befördert, daß derselbe im k. Staatsministerium der Finanzen verwendet werde; sodann dessen Stelle dem Rathsaccessisten der k. Regierungs-Finanzkammer von Oberfranken, K. Englberger, in provis. Eigenschaft verliehen; die Stelle eines Rechnungskommissärs der k. Regierungs-Finanzkammer der Oberpfalz und von Regensburg dem Rathsaccessisten der genannten Regierungs-Finanzkammer, G. Denk, in prov. Eigenschaft verliehen.

Der k. Forstwart J. Probst zu Tegernsee wurde, seinem Ansuchen entsprechend, unter Anerkennung seiner langjährigen, treuen Dienste in den Ruhestand versetzt, sodann die Wartei Tegernsee aufgelöst, und auf die dagegen neugebildete Forstwartei Waakirchen im Forstamte Tegernsee der Forstgehilfe J. Kurz von Schliersee zum provis. Forstwart ernannt.

Se. Maj. der König hat die kath. Pfarrei Akams, Bezirksamts Sonthofen, dem Priester A. Speiser, Pfarrer in Rauhenzell, desselben Bezirksamts, die kath. Pfarrei Bissingen, Bezirksamts Dillingen, dem Priester J. Ziegler, Benefiziums- und Subrektoratsverweser in Wallerstein, Bezirksamts Nördlingen, übertragen.

Die kath. Pfarrei Langenprozelten, kgl. Bezirksamts Lohr, ist mit einem Reinertrage von 1164 fl. 8 kr. in Erledigung gekommen.

München. Die eben erschienenen „Erläuterungen des Höchstkommandirenden der südwestdeutschen Bundesarmee zu dem im Buchhandel erschienenen „Feldzugs-Journal“ Sr. großh. Hoheit des Prinzen Alexander von Hessen“ (München, bei H. Manz) enthalten auf elf Seiten in aphoristischer Form Gegenbemerkungen und Widerlegungen zu einer Reihe einzelner Stellen des besagten „Feldzugs-Journals“ und setzen der Mehrzahl nach zum vollen Verständniß eine Vergleichung mit diesem Opus voraus. Ihre wesentliche Tendenz ist die einer Bekräftigung des Sr. großh. Hoh. schon wiederholt und, wie es scheint, mit vollem Recht gemachten Vorwurfs eigenmächtigen und subordinationswidrigen Verfahrens, welcher Vorwurf an einzelnen Stellen der „Erläuterungen“ direkt ausgesprochen ist. Von allgemeinem Interesse dürfte die folgende Stelle sein: „Zum 9. Juli. Die Beunruhigung Nassau's, Gießens, Butzbachs und des Kinzigthals konnte nur durch Demonstrationen einiger Landwehr-Abtheilungen veranlaßt sein. Da man diese Verhältnisse im Armee-Hauptquartier genau kannte, blieb dasselbe eben auch fortwährend auf dem Abmarsch des 8. Armeekorps nach Franken bestehen. Schon am 1. Juli war dem 8. Armeekorps die dringende Aufforderung zugegangen auf der Fulda-Hünfelder Straße, sowie namentlich auf der Frankfurt-Gemündener Eisenbahn zur Verstärkung der bayerischen Armee hervorzurücken; am 5. Juli wurde der Befehl zur Vereinigung in Franken durch den Telegraphen ertheilt, am 8. Juli eine sehr energische Ordre mit mündlichem Auftrage durch Oberlieutenant Frhrn. v. Godin in demselben Sinne dem 8. Armeekorps überbracht, und auch hier am 9. Juli darauf bestanden, daß die Vereinigung der südwestdeutschen Bundesarmee in Franken stattfinden müsse. Daß das 8. Armeekorps diese Befehle nicht befolgte, daß dessen Oberbefehlshaber andern Rücksichten und Einflüssen mehr Rechnung tragen zu müssen glaubte, das konnte auf die Gesammtoperationen nur von den störendsten und übelsten Folgen sein.“ Man wird, wenn man diese Stelle gelesen hat, jedenfalls zugeben müssen, daß das unverantwortliche Verfahren des Prinzen Alexander von Hessen in noch milderer Weise, als es hier geschieht, nicht mehr verurtheilt werden könnte. (Bayer. Bl.)

Darmstadt, 12. April. Die „Darmst. Ztg.“ kündigt den Wiederzusammentritt der 2. Kammer für den 29. d. M. an. Hienach wird sich bald Gelegenheit geben, die Frage vom Eintritt des gesammten Großh. Hessen in den norddeutschen Bund in entschiedener Weise zur Sprache zu bringen.

Berlin, 9. April. Der hiesige dänische Gesandte ist ermächtigt, die in den Blättern verbreiteten Nachrichten von einer Rede, welche der König von Dänemark angeblich in London an eine dänische Deputation gerichtet haben soll, zu dementiren; dieselbe sei in Form und Inhalt unrichtig, mithin die darauf gegründeten Kommentare verschiedener Zeitungen unberechtigt. (Der König sollte, jenen Nachrichten zufolge, beim Empfang einer Deputation der in London lebenden Dänen außer dem Dank für den Ausdruck ihrer Anhänglichkeit auch noch die schleswig'sche Angelegenheit berührt und die Besorgniß ausgesprochen haben, es werde noch einige Zeit dauern, bis sie erledigt werde. Mit Rührung habe er bis in die letzte Zeit Proben der unverbrüchlichsten Treue gegen Dänemark Seitens der Einwohner Schleswigs erhalten. Selbst im südlichsten, entschieden deutschen Distrikt heiße es: „Lieber mit Dänemark sterben, als mit Preußen verderben.“) (K. Z.)

Berlin, 10. April. (Reichstag.) Generaldebatte über den Abschnitt XIV des Verfassungsentwurfs, betreffend das „Verhältniß zu den süddeutschen Staaten.“ Derselbe lautet: „Die Beziehungen des Bundes zu den süddeutschen Staaten werden sofort nach Feststellung der Verfassung des norddeutschen Bundes durch besondere, dem Reichstage zur Genehmigung vorzulegende Verträge, geregelt werden.“ Abg. Lasker beantragt, hinter Art. 71 einen neuen Artikel zu setzen: Der Eintritt der süddeutschen Staaten oder eines derselben in den Bund erfolgt auf den Vorschlag des Bundes-Präsidiums im Wege der Bundesgesetzgebung.“ Die Abg. Waldeck und Duncker beantragen, dem Art. 71 folgende Fassung zu geben: „Den ehemaligen deutschen Bundesländern, so weit sie die Bedingungen dieser Verfassung zu erfüllen im Stande und gewillt sind, steht der Eintritt in den norddeutschen Bund jederzeit frei. Ein Bundesgesetz bestimmt sodann die Aufnahme eines solchen Landes in den Bund und die nöthig werdenden Abänderungen der Bundesverfassung.“

Abg. v. Sybel: Gerade in diesem Augenblicke, wo der Horizont sich umdüstert, müssen wir zeigen, daß wir auf die Zusammengehörigkeit von ganz Deutschland nicht verzichten, vielmehr auch unsern süddeutschen Brüdern den Eintritt in den Bund jederzeit offen halten wollen. Die Antipathien, welche in Süddeutschland gegen die preußische Politik obgewaltet haben, beruhten hauptsächlich darauf, daß man die preußische Politik als eine schwache betrachtete. Das ist jetzt anders geworden. Ohne Bundesgesetz kann der Eintritt Süddeutschlands aber nicht erfolgen, und darum bin ich für den Lasker'schen Antrag. Abg. Bebel (Sachsen): Es handelt sich hier nicht um die Gründung der deutschen Einheit, sondern nur um eine Vergrößerung der hohenzollern'schen Hausmacht. (O! O!) Preußen will auch den Eintritt Süddeutschlands in den Bund nicht. (O!) Man will Norddeutschland nur zu einer großen Kaserne machen; darum stimme ich gegen den Art. 71 und die ganze Verfassung. (Murren.) Abg. Weber (Stade): Das sind eben die Ansichten jener sogenannten großdeutschen Partei, welcher der Vorredner angehört, jener Partei, die Deutschland u. a. auch durch eine föderative Republik einigen möchten. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Mit dieser Partei ist nun einmal nicht zu rechten. Preußen konnte im verflossenen Jahre Deutschland nicht ganz einigen; darum ist es unsere Pflicht, daß wir das Nöthige nachholen. Was ist die Mainlinie? Ein Fluß sollte ein Volk trennen? Was Süd- und Norddeutschland bisher von einander trennte, ist nur ein Vorurtheil. (Beifall.) Nicht nur Süddeutschland, sondern auch Luxemburg muß der Eintritt in den Bund offen gehalten werden. Ganz Deutschland gehört zusammen, und das Volk will auch zusammenstehen. Am Hintergrunde droht jetzt die Wolke der luxemburger Frage; aber wenn das deutsche Volk zusammensteht, so braucht es eine Welt in Waffen nicht zu fürchten. (Bravo!)

Großh. hessischer Bundeskommissär geh. Leg.-Rath Hoffmann: Zu meinem Bedauern bin ich gestern verhindert gewesen, dem Anfang der Sitzung, als die Interpellation in Betreff des Großherzogthums Hessen zur Sprache kam, beizuwohnen. Ich nehme daher heute vor allen Dingen Veranlassung, dem k. preuß. Hrn. Ministerpräsidenten

meinen Dank auszusprechen für die bundesfreundliche und rücksichtsvolle Weise, mit der er die Interpellation beantwortet hat. Ich bin zwar nicht ermächtigt, hier bindende Erklärungen abgeben zu dürfen — es werden da noch Verhandlungen von Regierung zu Regierung vorhergehen müssen — aber ich glaube meine Befugnisse nicht zu überschreiten, wenn ich sage, daß die großh. Regierung die Erklärungen des Hrn. Ministerpräsidenten mit der größten Befriedigung vernehmen wird. Für einzelne Uebelstände, die durch die Theilung des Großherzogthums herbeigeführt sind, kann auf dem Wege der Verträge wohl Abhilfe geschaffen werden, aber eine gründliche und vollständige Beseitigung dieser Uebelstände kann nur durch den Eintritt des ganzen Großherzogthums in den Bund erfolgen. Natürlich werden die von dem Großherzogthum zu tragenden Lasten dann größer sein, als sie jetzt sind, und es wird insbesondere auch ein Einverständniß zwischen der großh. Regierung und der Landesvertretung erforderlich sein; von dem patriotischen Geiste der großh. Regierung und der Ständeversammlung hoffe ich indessen zuversichtlich, daß die Lösung der Frage in nicht zu langer Zeit so erfolgen wird, wie das Interesse des Gesammtvaterlandes sie erfordert. (Allseitiges Bravo!)

Abg. Schulze (Linke): Die innere Politik in Preußen ist es stets gewesen, was die Süddeutschen von uns getrennt hatte. Das Recht der Zusammengehörigkeit aber hat die deutsche Nation aus sich, und es kann darum für den Beitritt Süddeutschlands nicht erst eines Antrags des Präsidiums bedürfen. Abg. Miquel: dem Abg. Bebel erwidere ich, daß es Schade, daß die kleinen Souveränetäten nicht noch mehr beseitigt oder eingeschränkt worden sind. Daß Preußen nur ein Militärstaat ist, ist unwahr. Den Staat, der den Bauernstand befreit, der das Vaterland vom Auslande befreit, den Staat Friedrich des Großen wollen wir nicht herabwürdigen lassen zu einem bloßen Militärstaat. Auch dem Grafen Bismarck haben wir, wie wir in Fragen der inneren Politik in diesen letzten Tagen auch auseinander gegangen sind, unsern Dank auszusprechen (Beifall). Wer nach der gestrigen Erklärung des Ministerpräsidenten noch sagt, daß Preußen nur ein Militärstaat sei, dem ist nicht zu helfen. Sehen wir doch, wie eigenthümlich unsere Gegner zusammengesetzt sind: die entschiedenen Demokraten, die Ultramontanen und die Partikularisten gehen zusammen (Heiterkeit). Mit diesen Gegnern werden wir wohl fertig werden. (Bravo!) Reichen wir jetzt, da wir am Schlusse unseres Werkes stehen, unseren süddeutschen Brüdern die Hand, aber sagen wir ihnen auch, daß sie, wenn sie zu uns gehören wollen, mit uns auch die gleichen Opfer und Lasten zu tragen haben. (Bravo!) Abg. Wigard (Sachsen) theilt den Standpunkt Bebels. Abg. Lasker nennt die Politik Bebels eine Bierhauspolitik, wird wegen dieses Ausdrucks vom Präsidenten jedoch zurechtgewiesen. Dann fährt er fort: die Ereignisse des vorigen Jahres hätten jedenfalls auch das Gute, daß die alte Zwietracht zwischen Oesterreich und Preußen nunmehr beseitigt sei. Oesterreich sei auf Preußen angewiesen, es könne nimmermehr in seiner Pflicht liegen, Preußens und Deutschlands innere Consolidirung stören zu wollen. Dem Auslande haben wir nichts zu bieten und dürfen ihm nichts bieten.

Abg. Schrader (Holstein): So viel ist gewiß, daß ein zerrissenes Deutschland uns nicht genügen kann. Es sind zwar Schutz- und Trutzbündnisse mit dem Süden abgeschlossen worden; aber diese genügen nicht, und bei der Kraft der neuen Großmacht kann ich mich nicht beruhigen. Sicherheit liegt nur in der deutschen Nation, in ihrer Einheit. Abg. v. Vincke (Hagen): Ich bin gegen das Waldeck-Duncker'sche Amendement. Dasselbe spricht nur von Ländern des ehemaligen deutschen Bundes. Es gibt aber auch noch andere Länder, wo die deutsche Zunge klingt und Gott im Himmel Lieder singt — und warum diese ausschließen? Der Abg. Miquet hat die Zusammensetzung der Opposition vortrefflich geschildert; schade ist es aber, daß diese Opposition mit der Partei, zu welcher der Hr. Abgeordnete für Osnabrück gehört, in diesen letzten Tagen so oft gestimmt hat. In einigen Tagen werden wir definitive Beschlüsse fassen; mögen dann alle Parteien einig sein, eingedenk des großen Augenblicks und der allgemeinen politischen Lage. Die alte Zwietracht zwischen Preußen und Oesterreich in Deuschland ist beseitigt. Hoffentlich steht mit Süddeutschland auch das erlauchte Haus Oesterreich zu uns, wie Preußen und Oesterreich seit Jahrhunderten immer zusammengestanden haben auf den Schlachtfeldern gegen das Ausland. Stehen wir Alle zusammen, auf daß das Wort unseres Dichters wahr werde: „wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Noth uns trennen und Gefahr!“ (Bravo!)

Präsident der Bundeskommissarien Graf Bismarck: Ich will nicht behaupten, daß die Tendenz des Lasker'schen Amendement uns widerstrebe; die Frage ist aber, ob wir, als Vertreter der Regierungen, in der Lage sind, für das Amendement stimmen zu können. Man muß sich eben strecken nach der Decke. Ich will nicht behaupten, daß das Amendement in Widerspruch stehe mit Art. 4 des Prager Friedens; ich möchte nur nicht den Verhandlungen über die Auslegung des Prager Friedens vorgreifen, ebenso wenig den Entschließungen der süddeutschen Regierungen. Im Art. 4 des Prager Friedens ist nicht blos von einem internationalen Schutz- und Trutzbündnisse, sondern von einer Neugestaltung Deutschlands ohne Betheiligung Oesterreichs die Rede. Die „nationale Verbindung“, welche zwischen Norddeutschland und den süddeutschen Staaten in Aussicht genommen ist, zeigt ebenfalls, daß von einer nur internationalen Beziehung nicht die Rede sein sollte. Wenn ich gleichwohl die Frage nicht gleich bejahe, so geschieht dies, weil wir nur im Einverständnisse mit der österreichischen Regierung handeln wollen. Nicht zu übersehen ist, daß in der Kette auch noch eine andere Prämisse fehlt, nämlich der süddeutsche Bund. Hätten in Deutschland zwei Parlamente getagt, so wären sie doch nicht länger auseinander geblieben, als das rothe Meer, nachdem der Durchmarsch erfolgt war. (Große Heiterkeit.) Wir wollen aber gleichwohl nicht einseitig vorgreifen. Ein besonderer Widerspruch zwischen dem Amendement und der Regierungsvorlage ist auch nicht zu finden, denn da Alles den Anträgen des Präsidiums überlassen ist, so kann wohl angenommen werden, daß das Präsidium die Initiative nicht eher ergreifen wird, als bis es überhaupt weiß, daß vorgegangen werden kann. Wir werden also für das Amendement nicht stimmen; die Regierungen werden aber in der gemeinsamen Berathung sich über ihren Standpunkt erklären können. Ich will nicht verneinen, sondern nur mich nicht eher verpflichten, als bis wir einig sind mit denen, die in der Sache mitzureden haben.

Schluß der Diskussion. Bei der Abstimmung fällt das Amendement Waldeck-Duncker, und es erfolgt die Annahme des Art. 71 in der Fassung der Vorlage mit dem Zusatze des Abg. Lasker. Nächste Sitzung: Montag. Tagesordnung: Beginn der Schlußberathung.

Die im Reichstage von den Abgeordneten für Oberhessen gestellte Interpellation über den Eintritt des ganzen Großherzogthums Hessen (deren näherer Inhalt von uns, wie wir berichtigend bemerken, noch nicht angegeben) weist in ihrer Motivirung zunächst auf die Proklamation des Großherzogs vom 17. Sept. v. Js. hin, in welcher derselbe u. a. sagte: „Mein eifriger Wunsch war, den Bund, welcher dermalen den Norden Deutschlands umfaßt, auf das ganze große Vaterland ausgedehnt zu sehen. Rücksichten, deren Beseitigung nicht in meiner Macht lagen, standen bis jetzt der Erfüllung meines Wunsches entgegen. Aber wie ich stets neben dem Wohle meines hessischen Landes, das Glück und die Größe des gemeinsamen deutschen Vaterlandes und die Kräftigung des dasselbe umschlingenden Bandes angestrebt habe, so werde ich auch für die Zukunft dieses Ziel nicht aus den Augen verlieren.“ Es wird dann daran erinnert, daß in der Darmstädter zweiten Kammer im Januar dieses Jahres die Berathung und Beschlußfassung über einen Antrag auf Eintritt auch des südlichen Theiles von Hessen in den norddeutschen Bund nur ausgesetzt wurde bis zur erfolgten Konstituirung desselben. Diese Constituirung stehe nun in wenig Tagen bevor. „Ist dann — heißt es nun weiter — das ganze Großherzogthum Hessen dem norddeutschen Bunde nicht beigetreten, oder ist nicht wenigstens sein Beitritt in sichere Aussicht gestellt, so wird das Land in zwei Theile zerrissen. Daraus werden schwere Schädigungen der nationalen, der dynastischen und der besonderen Interessen des Großherzogthums entstehen. Welche Gründe auch früher bestanden haben mögen, den Beitritt von ganz Hessen zum norddeutschen Bunde zu beanstanden, so scheint uns doch jetzt die Zeit gekommen zu sein, wo Deutschland genügend gekräftigt ist, um seine inneren Angelegenheiten ohne fremden Rath seinen eigenen Interessen entsprechend zu ordnen, und dabei einzig und allein sein eigenes Wohl zum Ausgangspunkt seiner Entschließungen zu nehmen.“ (Die vollständige Antwort des Grafen Bismarck hierauf ist bereits in Nr. 103 d. Bl. enthalten.)

Berlin, 11. April. Bekanntlich war eine der wesentlichsten Beschwerden der Bevölkerung Nassau's gegen die ehemalige herzogl. Regierung die von derselben durchgeführte Wiederherstellung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden durch das Gesetz vom 9. Juni 1860; dieser Beschwerde ist nunmehr durch die preuß. Regierung im Verordnungsweg abgeholfen worden. Die „Gesetzsammlung“ veröffentlicht in ihrer eben ausgegebenen Nummer eine k. Verordnung, betreffend das Jagdrecht und die Jagdpolizei im ehemaligen Herzogthum Nassau, vom 30. März 1867. Die beiden ersten Paragraphen derselben lauten:

„§ 1. Das durch Gesetz vom 9. Juni 1860 wiederhergestellte Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden ist mit dem Tage der Verkündigung dieser Verordnung aufgehoben. Mit demselben Tage treten die bestehenden Jagdpachtverträge außer Kraft. Eine Trennung des Jagdrechts vom Grund und Boden als dingliches Recht kann ferner nicht mehr stattfinden. § 2. Für das fiskalische Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden wird den Grundeigenthümern die Entschädigung erlassen. Den zur Jagd auf fremdem Grund und Boden bisher berechtigten Gemeinden, Korporationen, Instituten,

Standesherren, Gutsbesitzern und andern Privaten wird aus der Landeskasse eine Entschädigung gewährt, welche nach Maßgabe der dieser Verordnung beigefügten Nachweisung in Kapitalsbeträgen von 1 bis 40 fr. für den Metermorgen festgesetzt ist."

Die folgenden Paragraphen enthalten die jagdpolizeilichen Bestimmungen, welchen die Ausübung des einem jeden Grundbesitzer auf seinem Grund und Boden zustehenden Jagdrechts unterworfen wird. Eine zweite Verordnung betrifft die Verschmelzung des nassauischen Telegraphenwesens mit dem preußischen.

Die „Nordd. Allg. Z." v. 11. ds. enthält folgenden Leitartikel über die vertragsmäßigen Verpflichtungen Preußens gegenüber Luxemburg: „Bei Erörterung der Luxemburger Frage hat man sich gewöhnt, dieselbe nur als ein Streitobjekt zu betrachten, das zwischen Deutschland und Frankreich schwebt. Sogar der englische Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Stanley, machte die Bemerkung, daß Deutschland vollkommen im Stande sei, sich selbst zu vertheidigen und daß es schwierig sei, darzuthun, daß England die Verpflichtung habe, sich um diese Angelegenheit zu kümmern. Angesichts dieser einseitigen Auffassung ist es wohl nöthig, darauf hinzuweisen, daß die Festung Luxemburg sowohl die nationale Verpflichtung hatte, dem deutschen Bunde als Schutz zu dienen, als auch den internationalen Zweck der Garantie der belgischen Neutralität zu erfüllen. Die erfolgte Auflösung der vormaligen deutschen Bundesverfassung hat an dieser Stellung Luxemburgs nichts geändert. Zuerst nichts den deutschen Staaten gegenüber, weil ein Verzicht des deutschen Bundes auf dies Verhältniß nie und nirgends erfolgt ist, vielmehr jeder Staat des aufgelösten früheren deutschen Bundes, die süddeutschen Staaten nicht ausgenommen, auf den unveränderten Bestand der Verpflichtungen der Festung Luxemburg materiell und formell ein erworbenes Recht hat. Dasselbe Recht hat Oesterreich. Und auch die sämmtlichen Garantiemächte der belgischen Neutralität, welche sich so eifersüchtig bei Besetzung des belgischen Thrones zeigten, und welche sicherlich nicht einen Augenblick angestanden hätten, die Erklärung abzugeben, daß, wenn Luxemburg eine französische Festung werde, andere Grundlagen für den Schutz der belgischen Neutralität aufgesucht werden müßten, — alle diese Mächte haben, sagen wir, das Recht, bei einer Transaktion gehört zu werden, welche die Lage der belgischen Neutralität durchaus verändern würde. Was würde Frankreich sagen, wenn Belgien Antwerpen an England abtreten wollte? Preußen hat nun für sich als Großstaat und in der Eigenschaft als Glied des deutschen Bundes und im Namen aller verbündeten deutschen Staaten, es vertragsmäßig übernommen, den vorhandenen Stipulationen mit dem Könige von Holland entsprechend, Luxemburg besetzt zu halten. Es würde daher nicht nur die nationalen, sondern auch die internationalen Verpflichtungen verletzen, wenn es diese Besatzungspflicht einseitig aufgäbe, ohne die Zustimmung der Londoner Konferenzmächte. Diesen Erwägungen scheint denn auch die französische Politik folgen zu wollen, wie dies aus der gestern telegraphisch gemeldeten Rede des Hrn. Moustier hervorgeht, der ausdrücklich die Geneigtheit des Pariser Kabinets konstatirte, die Sache vor eine europäische Konferenz zu bringen, während preußischer Seits bereits der gleiche Weg eingeschlagen worden ist. In Hinsicht auf den Standpunkt, welchen Preußen zu dem Austrag der Luxemburger Angelegenheit einnimmt, dürfte der in manchen Blättern wiederkehrenden Voraussetzung gegenüber, daß man diesseits entschlossen scheine, Luxemburg dem Norddeutschen Bunde einzuverleiben, nochmals auf die sehr bestimmten Erklärungen des Grafen Bismarck im Reichstage hingewiesen sein, nach denen der preußischen Regierung eine derartige Absicht durchaus fern liegt, und nach denen sie die Hereinziehung des Großherzogthums Luxemburg in den neuen Bund auch in dem Interesse dieses Staatenbundes nicht begründet findet.

Aus Holstein, 11. April. Die „Itzeh. Nachr.", Hauptorgan der augustenburgischen Partei, schreiben: „Von den Schleswig-Holsteinern wollen wir, gewissen Verdächtigungen gegenüber, es ausdrücklich aussprechen, daß sie bei den sich aus der Luxemburger Frage entwickelnden Gefahren nur an das nationale Interesse des deutschen Volkes denken und weit entfernt sind, bei dieser Gelegenheit begrabene Hoffnungen aus ihrem Schlummer zu wecken."

Triest, 6. April. Die Ausschiffung der mexikanischen Freiwilligen fand gestern statt und dauerte drei Stunden, da jeder einzelne einer genauen ärztlichen Untersuchung unterworfen ist. Der Gesundheitszustand derselben ist vollkommen befriedigend und während der Ueberfahrt sind nur drei Todesfälle (von Lungenkranken) vorgekommen. Die Freiwilligen sind im neuen Lazarethe untergebracht und für ihren Unterhalt ꝛc. zweckmäßige Vorkehrungen getroffen. Da viele derselben ohne alle Mittel angekommen (es bestätigt sich, daß auf dem Wege nach Vera-Cruz ein Eisenbahn-Train mit Gepäck von den Juaristen verbrannt wurde), wurde ihnen ein dreitägiger Sold ausbezahlt. (Tr.Z.)

Paris, 10. April. Heute Morgens fand in den Tuilerien unter Vorsitz des Kaisers eine Sitzung des Ministerraths statt, welcher auch die Kaiserin beiwohnte. — Der Kaiser wird, dem „Etendard" zufolge, morgen Nachmittags 2 Uhr im Bois de Boulogne eine Revue über die Truppen abhalten und bei dieser Gelegenheit persönlich die den Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten verliehenen Ehrenkreuze und Medaillen vertheilen. — Nach demselben Blatt wird der König der Belgier heute Nachmittags 3 Uhr im strengsten Incognito hier ankommen. Er steigt nicht, wie es anfänglich festgesetzt war, im Grand Hotel, sondern in dem von der belgischen Commission gemietheten ehemal. Hotel Walewski ab. — Der französ. Gesandte in Wien, Herzog von Gramont, ist heute hier angekommen. — Wie die „Opinion nationale" mittheilt, stimmten in den neun Bureaux des gesetzgebenden Körpers im Ganzen 172 Deputirte gegen und 59 für Zulassung der Interpellationen. — Die „Patrie" meldet, daß die Anfertigung der neuen Hinterladungsgewehre sehr rasch vorschreitet. Nächstens werden 60,000 dieser Waffen abgeliefert, und im Juni sollen sämmtliche Truppen im Lager von Chalons damit versehen sein. — Die „Liberté" zeigt an, daß sie gestern, am ersten Tage, an welchem ihr der Verkauf auf der Straße untersagt war, einen Absatz von 27,100 Exemplaren hatte. Von heute an setzt sie ihren Abonnementspreis von 51 Frcs. auf 40 Frcs. das Jahr herunter. E. de Girardin und der Drucker seines Blattes waren diesen Morgen wegen Aufreizung zum Haß und zur Verachtung der Regierung vor den Untersuchungsrichter de Gonet geladen. — Der „France" gehen aus Italien Nachrichten zu, wonach es Herrn Rattazzi nicht gelungen ist, ein Kabinet zu Stande zu bringen, und welche durchfühlen lassen, daß er überhaupt auf die Bildung desselben verzichten wird.

Paris, 11. April. Der Kaiser nahm heute um 2 Uhr im Tuilerienhofe eine Revue über kürzlich in Paris eingetroffene Linientruppen ab. Eine besondere Ansprache an die Soldaten hat der Kaiser, in dessen Gefolge sich die Marschälle Niel und Canrobert befanden, dem Vernehmen nach nicht gehalten. Es fiel auf, daß keiner der gegenwärtig in Paris weilenden fremden Fürsten, weder der König der Belgier, noch der Graf von Flandern, noch der Prinz von Oranien, noch der Herzog von Leuchtenberg, der Revue beiwohnte. Auch der kaiserl. Prinz war zu derselben nicht erschienen. Der Abend-„Moniteur" sagt in seinem Bericht über die Revue: „Der kaiserl. Prinz, dessen Genesung beinahe ihren Abschluß erreicht hat, folgte, da ihm seine Aerzte nicht gestatteten, sich in den Tuilerienhof zu begeben, der Revue von seinem Fenster, unter welchem sein erhabener Vater mit dem glänzenden Gefolge einige Minuten vor dem Defilé Platz genommen hatte." — Wie die „France" meldet, ist der Prinz von Oranien diesen Morgen nach dem Haag zurückgekehrt. — Das von mehreren Blättern verbreitete Gerücht, daß der General Graf v. Palikao einen sehr kriegerischen Tagesbefehl erlassen hätte, wird von der „France", dem „Pays" und dem „Etendard" entschieden dementirt. — Der König der Belgier ist bei seiner Ankunft, obgleich im strengsten Incognito reisend, am Bahnhof von dem Herzog v. Bassano im Namen des Hofes, der belgischen Gesandtschaft, Herrn v. Rothschild und anderen Administratoren der Nordbahn empfangen worden. Der Kaiser stattete ihm um 4 Uhr einen Besuch ab, den der König unmittelbar darauf in den Tuilerien erwiderte. König Leopold ist nur von zwei Adjutanten und seinem Kabinetschef, Herrn de Vaux, begleitet. — General de Castagny ist mit seinem ganzen Stab gestern, den 10., von Veracruz in Lorient eingetroffen. — Heute fand die feierliche Aufnahme des Herrn Cuvillier-Fleury in der Académie Française statt. Hr. Nisard als zeitweiliger Direktor hielt die Erwiderungsrede. — Zur Tagesfrage findet sich Folgendes in den heutigen Blättern: Die „Patrie" glaubt zu wissen, daß die Luxemburger Frage in diesem Augenblick der Gegenstand eines sehr lebhaften Meinungsaustausches zwischen dem englischen Cabinet und dem Tuilerienhof ist. In dieser Weise würde die Frage zwischen allen Unterzeichnern des Vertrages von 1839 erörtert werden und erst dann würde die diplomatische Aktion, auf das Nachsuchen des Haager Cabinets, den offiziellen Charakter annehmen, den sie im Augenblick der Lösung der Frage haben muß. — Nach dem „Avenir national" beschäftigt man sich in den Haager Regierungskreisen ernstlich mit dem Projekte, Luxemburg in einen unabhängigen und neutralen Staat umzuwandeln und die Festung zu schleifen. Die Luxemburger würden dann eine Indemnität von einigen Millionen in die Schatulle des Königs von Holland zu zahlen haben, um diesen für den Verlust der Civilliste zu entschädigen, welche sie ihm gegenwärtig gewähren. — Im „Siècle", in der „Liberté", in der „Opinion nationale", mit einem Wort: in allen auf die Massen wirkenden Blättern wird der Ton immer leidenschaftlicher und gestern enthielt sogar das „Petit Journal" eine preußenfresserische Plauderei des Hrn. Thimothée Trimm, welche selbst hohe Börsenkreise in Beunruhigung versetzte, da man dort annahm, daß Millaud'sche Volksblatt

werde eine so hart an das Verbotene streifende Campagne nicht ohne höhere Ermächtigung unternehmen.

Paris, 11. April. Prinz Napoleon drängt zu einem augenblicklichen Kriege und er schlägt vor, um Belgien zu bestimmen, mit Frankreich gemeinschaftliche Sache zu machen, ihm die Verbürgung seiner Selbständigkeit anzubieten. Der Prinz hat mit dem Kaiser und mit Marschall Niel häufige Unterredungen. Der Prinz war bis vor Kurzem einer der eifrigsten Fürredner der preußischen Allianz, nun ist er für das Bündniß mit Oesterreich und für Drouyn de Lhuys oder Grammont als Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Der Staatsminister Rouher hat heute in dem Sprechsaale des gesetzgebenden Körpers geäußert, die Erhaltung des Friedens scheine ihm gesichert, wenigstens auf zwei Jahre. Seine Versicherung fand indeß wenig Glauben. — Heute früh um 9½ Uhr war der Kaiser in der Ausstellung, wo sich der König der Belgier gegen 11 Uhr einfand. Die beiden Monarchen begegneten sich jedoch nicht. Heute Nachmittag stattete der König dem Kaiser einen ersten Besuch ab. — Der Deputirte Graf v. Chambrun veröffentlicht in der „Presse" ein Schreiben, worin er den Vorschlag macht, Luxemburg zu Belgien zu schlagen.

Ueber die Krankheit des französischen Kronprinzen wird der „Kreuzzig." Folgendes geschrieben: „Eine rasche Luftveränderung würde die Leiden des kaiserlichen Prinzen (ein freiwilliges Hinken, bei mehrfachen Furunkel-Operationen und fortwährendem Fieber) vielleicht rasch beseitigen. Der Prinz soll beim Turnen auf den Rücken gefallen sein; nach 14 Tagen bemerkte der Kaiser selbst, daß der Prinz den einen Fuß etwas zog; nach mehrfachen Untersuchungen und Beobachtungen eines in der Hüfte erscheinenden kleinen Geschwürs schnitt Nelaton das erste Mal, trotz des Widerspruchs aller übrigen Aerzte. Nach Heilung des ersten Furunkels entstand bald ein zweites Geschwür, bedeutend größer, welches wiederum, aber tiefer geschnitten werden mußte. Seitdem fortwährendes Fieber. Der Kaiser und die Kaiserin sind begreiflicherweise in großer Sorge; alle Feste sind abgesagt, weil die Kaiserin nicht das Schmerzenslager des einzigen Sohnes verlassen will. Der Kaiser selbst sieht wohl aus, aber ernst und in etwas gebeugter Haltung, doch Jedermann freundlich grüßend."

Paris, 12. April. Wie die „France" meldet, hatte heute Morgens der französ. Gesandte am Wiener Hof, Herzog v. Gramont, eine lange Unterredung mit dem Marquis de Moustier.

Turin, 6. April. Vor dem hohen Gerichtshof des Senats entwickelt sich der Persano'sche Prozeß zu wenig Ehre und immer größerer Beschämung des unglücklichen Admirals. In seinem Verhör legte derselbe so naive Geständnisse ab, theils gerieth er in so aufstoßende Widersprüche oder brachte so unzulängliche und nichtige Gründe und Entschuldigungen für seine Fehltritte vor, daß man sich wahrhaftig fragen muß: wie ist es denn möglich, daß man einem solchen Manne die Geschicke der italienischen Flotte anvertrauen konnte? Seine vorgeblichen großen, durchdachten Schlachtenpläne hatte er Niemanden mitgetheilt, als dem Advokaten Boggio, welcher, sehr bequem für den Admiral, aus den Tiefen der Gewässer von Lissa, wo er versunken, hierüber keine Bemerkung machen kann. Seine Kopflosigkeit an dem verhängnißvollen Tag sucht er vergebens zu beschönigen; die Zeugen, d. h. alle die ausgezeichnetsten Offiziere der italienischen Marine, kommen darin überein, daß der Admiral vor der Schlacht sehr verkehrt und ungeschickt, während der Schlacht aber gar nicht gehandelt habe, indem er die ganze Dauer über in dem verpanzerten Thurm des „Affondatore" versteckt saß, von wo aus er, wie alle erklären, ebenso wenig sehen, als auf den Gang der Affaire auch nur den geringsten Einfluß ausüben konnte. (Schw. M.)

Stockholm, 31. März. Die von Seite der Regierung beantragte Anschaffung von Hinterladungswaffen für die Flottenmannschaften ist vom Reichstag verworfen worden, trotzdem daß die Regierung ihre ursprüngliche Forderung im Betrag von 150,000 Thlrn. um die Hälfte gekürzt hatte. (Mdb. Bl.)

Türkei. Die „Moskauer Zeitung" vom 15. (27.) März theilt eine von dem „bulgarischen geheimen Central-Ausschuß" an den Sultan gerichtete Denkschrift mit, worin derselbe mit Hinweisung auf die frühere Selbständigkeit Bulgariens die unerträglichen Leiden, Bedrückungen, Wünsche und Bedürfnisse desselben schildert, den Sultan auf die kritische Lage des türkischen Reiches aufmerksam macht, und auf das einzige Mittel der Abwendung der demselben drohenden Gefahren hinweist. Dieses Mittel sei die Gründung eines bulgarischen Königreichs, gebildet aus Bulgarien, mit Einschluß aller von Bulgaren bewohnten Provinzen, mit einem christlichen von einer einzuberufenden Nationalversammlung, welcher die Bedeutung einer constituirenden beizulegen sei, gewählten christlichen Vizekönig unter der Oberhoheit des Sultans, der deßhalb seinem Titel „Sultan der Osmanlis" den Titel „König oder Czar der Bulgaren" hinzuzufügen habe. Unter dieser Bedingung würde das aus sechs Millionen bestehende kriegerische Volk der Bulgaren die Vormauer des türkischen Reiches bilden, und aufhören, auf die Fremden als auf ihre Befreier zu blicken. Dann würde die europäische Diplomatie anstatt des sogenannten „kranken Mannes" mit Erstaunen und Verdruß einen Riesen in Konstantinopel erblicken. Die Denkschrift schließt mit der Bitte um unverweilte Gewährung einer allgemeinen Amnestie für politische Verbrechen.

New-York, 30. März. Republikanischen Berichten zufolge wollte der Kaiser Maximilian gegen Zusicherung der Amnestirung aller ihm treu gebliebenen Eingebornen capituliren. Die Besatzung der Stadt Mexiko wird auf 14,000, die Puebla's auf 6000 Mann veranschlagt. (T. N. d. A. Z.)

New-York, 9. April. Hr. Seward hat an Juarez geschrieben, um ihn aufzufordern, er möge Maximilian als Kriegsgefangenen behandeln, falls er ihn gefangen nehmen sollte. — In Folge der Ueberschwemmungen des Mississippi tragen die besten Territorien von Louisiana in diesem Jahre durchaus keine Ernte. Die Zucker- und Baumwollenernten scheinen gänzlich verloren zu sein. (T. H.)

Neueres.

Berlin, 13. April. Carlowitz und Bockum-Dolffs (beide der sogen. freien Vereinigung angehörig) haben einen Antrag auf unveränderte Annahme des (ursprünglichen?) Bundesverfassungsentwurfs eingereicht.

Paris, 13. April. Die „France" sagt, die Mächte, welche wegen des Vertrags von 1839 befragt worden, suchen, wenn möglich, den schwebenden Schwierigkeiten den ernsten Charakter zu benehmen, den gewisse übertriebene Ansprüche und nationale Empfindlichkeiten ihnen zu geben vermöchten. Die gewechselten Mittheilungen hätten zum Hauptzweck, eine Kombination zu finden, welche geeignet wäre, die „gerechten Empfindlichkeiten" Frankreichs zu beruhigen und Europa vor den Eventualitäten eines Kriegs zu bewahren. — Rente schloß gestern 66, 65. Es hieß, eine friedliche Wendung sei eingetreten.

Madrid, 12. April. Die Abgeordnetenkammer hat dem Ministerium Narvaez die geforderte Indemnitätsbill mit 245 gegen 4 Stimmen bewilligt.

Florenz, 13. April. Hr. Campello ist zum Minister des Auswärtigen ernannt.

London, 13. April. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses sagte Lord Stanley auf eine Anfrage von Sykes: im Falle eines Bruchs mit Spanien würden alle Maßregeln getroffen, um die britischen Handelsschiffe in den spanischen Häfen rechtzeitig zu benachrichtigen. Er hoffe aufrichtig, daß der Bruch nicht erfolgen werde.

Petersburg, 12. April. Obgleich der Gesetzentwurf in Betreff der Organisation der Militär-Verwaltung im ganzen Kaiserreiche noch nicht bestätigt worden, so ist doch die sofortige theilweise Einführung der neuen Ordnung als nothwendig erkannt. Das Kriegs-Ministerium ist nunmehr Central-Verwaltungsbehörde geworden, und den Local-Administrationen Selbständigkeit gegeben.

Bukarest, 13. April. Die moldauischen Senatoren haben in Folge der Verwerfung des Beschlusses, den Obersten Gerichts- und Cassationshof nach Jassy zu verlegen, ihre Demission gegeben. Man befürchtet Ruhestörungen in Jassy.

New-York, 11. April. Aus Vera-Cruz vom 2. d. wird gemeldet, daß die Stadt auf der rechten Seite von den Dissidenten belagert wird.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

[illegible] und [illegible] Würzb. Ztg.

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 106.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 16. April 1867.

Die Bündnisse mit den süddeutschen Staaten.

[illegible] Ueber die Bündnisse, welche Preußen im vorigen Sommer mit Bayern, Würtemberg und Baden abgeschlossen hat, gehen der „Köln. Ztg." merkwürdige Enthüllungen zu, die sie als zuverlässig anzusehen sich berechtigt glaubt. Es geht daraus hervor, daß jene Bündnisse nicht etwa von Preußen gefordert und mit Drohungen durchgesetzt, sondern im Gegentheil von den süddeutschen Staaten angeboten sind, die auf diese Weise beträchtlichen Gebiets-Abtretungen entgingen. Bismarck hat gewiß nicht glauben wollen, daß es ihnen Ernst sei.

Man schreibt nämlich Aus Süddeutschland 11. April:

„Durch die gegenwärtige politische Lage Deutschlands und die Spannung, welche die luxemburgische Frage mit Frankreich hervorgerufen hat, sind die zwischen Württemberg, Baden und Bayern mit Preußen abgeschlossenen Garantie-Verträge aus dem Monate August v. J. ganz besonders zum Gegenstande publizistischer Betrachtungen sowohl in Bezug auf ihre Entstehung, als auch in Bezug auf ihre nationale Kraft und Wirksamkeit bei einer eventuellen Friedensstörung zwischen Frankreich und Deutschland gemacht worden. Die großdeutschen und klerikalen Blätter bezeichneten diese nationalen Vereinbarungen als eine Mediatisirung Deutschlands und von dieser Seite gingen die Versicherungen nach den Organen der französischen Presse, daß diese Allianzverträge von Preußen durch Einschüchterung und durch Drohungen mit französischen Kompensationen zu Stande gebracht worden seien. Im „Journal des Debats" vom 4. ds. Mts. finden wir einen ausgedehnten Artikel über diese Angelegenheit, welchem dieselbe Vorstellung zu Grunde liegt. Graf v. Bismarck habe aus der Allianz eine strenge Friedensbedingung gemacht und erklärt, er werde nie in den Frieden willigen, ohne der Allianz sicher zu sein. Diesem unbeugsamen Willen hätten sich die Südstaaten gefügt. Um dieser Auffassung in Frankreich Glauben zu verschaffen und die Annahme hervorzurufen, daß ohne Drohungen des preußischen Ministers diese Allianzverträge nicht zu Stande gekommen wären, daß vielmehr die deutschen Südstaaten die Bürgschaft ihrer Unabhängigkeit bei Frankreich gesucht haben würden, wird in den französischen Zeitungen die Nachricht verbreitet, jener Artikel der „Debats" sei dem Blatte von der preußischen Gesandtschaft in Paris zugegangen. Das wahre Sachverhältniß bei Entstehung jener Verträge ist indessen ein anderes gewesen, andere Motive haben zum Abschlusse derselben geführt. Graf v. Bismarck hob in der Sitzung des norddeutschen Reichstages am 9. ds. Mts. bei Gelegenheit der Interpellation über die Aufnahme des gesammten Großherzogthums Hessen-Darmstadt in den norddeutschen Bund bereits einige Gesichtspunkte, welche hierbei in Betracht gekommen waren, hervor. Sie hangen mit der anfänglichen Absicht Preußens zusammen, Oberhessen mit Homburg und Meisenheim der preußischen Monarchie einzuverleiben. Aus dem Umstande, daß die „Debats" dieser Angelegenheit gar nicht Erwähnung thun, ist erkennbar, daß der Verfasser des Artikels zwar Mancherlei über die damaligen Verhandlungen gehört, sich aber noch weit mehr mit Kombinationen auszuhelfen versucht hat. Einen Druck auf die süddeutschen Staaten bei den Friedensverhandlungen auszuüben, lag damals der preußischen Politik fern, sie würde es vielleicht nicht einmal ungern gesehen haben, wenn die nationale Eifersucht Frankreichs durch eine Anlehnung Süddeutschlands zufrieden gestellt wäre, wenn die süddeutschen Staaten nicht im eigensten Interesse auf einen Allianzvertrag mit Preußen hingearbeitet hätten. Hierzu mochten sie noch durch besondere französische Perspektiven, welche damals eröffnet wurden, gedrängt worden sein. Die Südstaaten waren geleitet von dem richtigen und natürlichen Gefühl, daß es in Deutschland eine leitende, starke Macht geben müsse. Bis zum Kriege hatten sie es ihren Interessen entsprechend gefunden, diese Macht in Oesterreich zu finden und den Hauptschwerpunkt Deutschlands dahin zu verlegen. Sie hatten, wie dies ja auch in Frankreich und in ganz Europa der Fall war, die Macht Oesterreichs im Vergleiche mit der Stärke Preußens überschätzt. Sie stellten auf dieser unrichtigen Basis eine richtige Rechnung an, welche als Ergebniß die Nothwendigkeit erkennen ließ, Oesterreich noch mehr zu stärken, um eine überwältigende Macht den Bundesstaaten gegenüber zur Wirksamkeit zu bringen. Nachdem das Resultat des Krieges diese Rechnung umgestoßen hatte, erfaßten die süddeutschen Staaten sofort den national-deutschen Gedanken in seiner Richtigkeit, daß ein starkes Deutschland, wie die Nation dessen als Lebenssphäre bedarf, nicht mehr durch eine Anlehnung an Oesterreich, sondern durch einen Anschluß an Preußen geschaffen werden könne. Eine Anlehnung an Frankreich war ihnen nicht in den Sinn gekommen. Preußen wiederum, bevor es diese Tendenz klar erkannte und zuverlässig hielt, hatte damals zunächst nur darauf Bedacht genommen, eine möglichst starke preußische Macht zu gründen und zu diesem Zwecke auch Oberhessen, sowie den auf dem rechten Mainufer gelegenen Theil Bayerns einzuverleiben. Als es nun zu den Friedensverhandlungen kam, verlangte Graf v. Bismarck, daß alle süddeutschen Staaten pro rata der Bevölkerung in gleicher Weise zu den Lasten des Krieges herangezogen würden, und daß deßhalb sowohl Darmstadt als auch Bayern für die abgetretenen Gebietstheile von Würtemberg und Baden entschädigt würden. Für Darmstadt war als Entschädigung für die event. Abtretung Oberhessens entweder die Rheinpfalz oder das bayerische Aschaffenburger Gebiet in Aussicht genommen. Bayern, welches an Preußen bedeutende Theile von Ober- und Unterfranken abzutreten gehabt haben würde, hätte auch von Baden und Würtemberg pro rata der Bevölkerung entschädigt werden sollen. Den süddeutschen Staaten war diese Aussicht auf beträchtliche Gebietsabtretungen durchaus unerwünscht. Sie ergriffen zur drohenden Abwendung derselben die Initiative und stellten den Vorschlag eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Preußen. Graf Bismarck wollte dem Ernste dieses Angebotes Anfangs keinen Glauben schenken, er glaubte hinter demselben nur den Wunsch nach Zeitgewinn erblicken zu dürfen; indessen gelang es doch den süddeutschen Unterhändlern, den preußischen Premier von dem Ernste und der Ehrlichkeit des Angebotes zu überzeugen und diesen zur Verzichtleistung auf die territoriale Vergrößerung Preußens auf Kosten der Südstaaten zu Gunsten einer allgemeinen Solidarität der deutschen Staaten zu bestimmen. Graf v. Bismarck acceptirte die angebotene Basis der Friedensverhandlungen und verzichtete darauf, von Darmstadt und Bayern größere Gebietsabtretungen zu fordern und die Entschädigung dieser Staaten mit Territorien von Baden und Würtemberg zu verfolgen. Es war also nicht die Drohung mit Compensationen für Frankreich, welche das süddeutsche Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen zu Stande brachte, sondern der begreifliche Wunsch der süddeutschen Regierungen, die Integrität ihrer Staaten so viel als möglich zu sichern, bestimmte sie, die Initiative — zum Abschlusse der Bündnisse zu ergreifen. Dadurch ist eine Gemeinsamkeit der politischen Haltung dem Auslande gegenüber gewonnen, welche dem Nationalgefühle durchaus entspricht und die Bethätigung der dynastischen Verstimmung in Süddeutschland ermöglicht hat. Preußen gebührt aber die Anerkennung, daß es auf direkte Ländererwerbungen verzichtet hat, sobald sich ihm die Aussicht auf eine das ganze, nichtösterreichische Deutschland umfassende solidarische Verbindung darbot."

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 14. April. Se. Majestät der König hat auf die am Stadtger. München l/J. erledigte Assessorsstelle den Landger.-Assessor P. Fritsch in Tölz, auf dessen Ansuchen, versetzt und die hiedurch am Landger. Tölz in Erledigung kommende Assessorsstelle dem Appellationsgerichts-Accessisten Karl Heidemann in München verliehen.

Die kath. Pfarrei Anhausen, kgl. Bezirksamts Augsburg, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 710 fl. 5 kr. 3 hl. in Erledigung gekommen.

** **München,** 14. April. In seiner gestrigen Sitzung setzte der Gesetzgebungs-Ausschuß der Kammer der Abgeordneten seine Berathung über das 39. Hauptstück bezüglich der Pfändung der Fahrnisse fort. Es wurde im Lauf der Sitzung die Frage an-

geregt, ob nicht der Gerichtsvollzieher auch ohne Einwilligung des Gläubigers gepfändete Gegenstände aus der Pfändung entlassen könnte und dem entsprechend dem früher festgestellten Art. 822 Abs. 2 folgende Fassung gegeben: „Erhebt der Schuldner über die Bestimmung des Abs. 1 Anstände, welche der Gerichtsvollzieher nicht für begründet erachtet, so entscheidet hierüber das Einzelgericht des Ortes der Vollstreckung ohne Vorladung des Gläubigers und ohne Zulassung von Rechtsmitteln." — Zu Art. 841 und 42 lagen mehrere neue Fassungen vor. Zunächst entwickelte sich die Debatte über die diesen Artikeln zu Grunde liegende Prinzipienfrage, ob bei dem Pfändungsverfahren von Mobilien der Gläubiger, welcher keine exekutorische Urkunde hat, durch seinen Anschluß Rechte in Anspruch nehmen könne, die er eigentlich kraft seiner einfachen Urkunde nicht hat, wie der Entwurf will, oder daß nur der Gläubiger, welcher die exekutorische Urkunde habe, zum Anschluß und eventuell an der Vertheilung des Erlöses Theil nehmen könne, wie der Referent will, wozu der Vorschlag des Abg. Umbscheiden als Vermittlungsvorschlag komme. Der Ausschuß stimmte dem Prinzipe des Referenten bei und nahm die Artikel im Wesentlichen nach dem Vorschlag des Regierungskommissärs, der ebenfalls diesem Prinzipe Rechnung trug, an. Der Ausschuß erledigte hierauf noch den Entwurf bis zu Art. 861 im Wesentlichen nach den Anträgen des Referenten. Nach einem nach Vorschlag des Referenten angenommenen neuen Art. 855 sollen die Bestimmungen über Zeit und Ort der Versteigerung dem Verordnungswege überlassen bleiben; bei öffentlichen Ausschreibungen soll die Wahl der Blätter zur Bekanntmachung dem Gerichtsvollzieher oder sonstigen Versteigerungsbeamten überlassen bleiben.

Karlsruhe, 13. April. Die „Karlsr. Ztg." bringt einen Artikel zur Luxemburger Frage, dem wir Folgendes entnehmen: „Was die Stellung Badens in der Tagesfrage betrifft, so glauben wir, daß die Mittheilung, es sei an die großherzogliche Regierung bisher keine Veranlassung, irgendwie Partei zu nehmen, herangetreten, allen Glauben verdient. Die Aufgabe eines Staates von dem Umfang und der geographischen Lage des unsrigen kann es nicht sein, im jetzigen Stadium der Luxemburger Frage eine prononcirte Haltung anzunehmen und dadurch zur Schärfung der Gegensätze beizutragen. . . . . Es wird Niemandem zweifelhaft sein, daß die Regierungen auch derjenigen deutschen Staaten, die nicht zum norddeutschen Bund gehören, im Nothfall alle Kräfte dafür aufzuwenden wissen werden, was entweder das gute Recht oder die bestehenden Verträge bedingen möchten. Wir benützen diese Gelegenheit zu der Versicherung, daß keine authentischen Berichte von Kriegsrüstungen in Preußen oder in einem andern Theile von Deutschland vorliegen. Diejenigen militärischen Maßregeln, die in der jüngsten Zeit in einigen süddeutschen Staaten getroffen sind, haben keinen Zusammenhang mit den zwischen den Großmächten schwebenden Verwickelungen, sind durch die Stuttgarter Konvention vom 5. Februar d. J. schon längst eingeleitet, und haben nur den allgemeinen Zweck, einen ordnungsmäßigen Friedensstand der Heereskörper herzustellen."

Darmstadt, 13. April. Ueber die preußisch-hessische Militärkonvention vernehmen wir noch, daß sie dem Großherzogthume Hessen die Verpflichtung auferlegen wird, künftig 4 Regimenter Infanterie à 3 Bataillone, 2 Regimenter Dragoner à 5 Schwadronen (während dieselben bis jetzt nur je 4 Schwadronen stark waren) zu stellen und die 4 Batterien des Artilleriekorps um eine zu vermehren, dagegen soll das Scharfschützenkorps aufgelöst werden. (Frkf. Journ.)

Mainz, 13. April. Das gestern verkündigte Urtheil gegen Johannes Ronge und Konsorten wegen Preßvergehen und Verbreitung einer Flugschrift lautet für Ronge: Zusatz von 3 Monaten Korrektionshaus; der alte Hämmerlein wurde freigesprochen, die zwei Anderen zu 8 Tagen Gefängniß verurtheilt. — Die 32r Landwehrmänner wurden gestern per Dampfboot unter Militäreskorte und dabei gefesselt zur Verbüßung der ihnen zuerkannten Festungsstrafe von hier forttransportirt. (Mainz. Ztg.)

Wien, 13. April. Vorläufig ist nur gewiß, daß Professor Herbst in das Ministerium eintritt. Von Dr. Giskra ist sogar das entgegengesetzte sicher. Die Verhandlungen mit andern Mitgliedern der Verfassungspartei wegen der Uebernahme von Portefeuilles schweben noch. Dem am 9. oder 10. Mai zusammentretenden Reichsrath wird sofort die revidirte Februarverfassung als Regierungsvorlage vorgelegt werden. Die Berathung hierüber wird aber erst nach der Krönung in Ofen erfolgen, an welcher das cisleithanische Parlament, durch eine zahlreiche Abordnung vertreten, sich betheiligen wird. Es wird angenommen, daß der Reichsrath binnen drei Monaten seine Aufgabe der Verfassungsrevision vollendet haben wird, so daß Anfangs September die Delegation zusammentreten kann, um den Schlußstein in das Verfassungsgebäude zu fügen. (A. Z.)

Agram, 12. April. Hofrath v. Cseh hat heute als königl. ungarischer Kommissär von Fiume und dem Littorale Besitz ergriffen. Die Thatsache macht hier einen deprimirenden Eindruck. (T.N.d.N.C.)

Luxemburg, 10. April. Die Pariser „Presse" veröffentlichte gestern den Wortlaut einer Adresse an den König Wilhelm III., worin um Annexion an Frankreich gebeten wird. Niemand will hier von der Vaterschaft dieser Adresse etwas wissen, und die ganze Stadt war im Begriff, zu protestiren, als aus dem Haag folgende Depesche einlief: „Stellen Sie den Bewohnern Luxemburgs vor, daß das Petitioniren unnütz ist, die Dinge gehen gut." (Courrier du Lux.)

Ein Berichterstatter der „Köln. Zeitung" schreibt aus **Paris**, 12. April: „Trotz aller Kriegsvorbereitungen, die mit Hast und großer Thätigkeit bewerkstelligt werden, fängt das Bild des fürchterlichen Krieges, den Deutschlands und Frankreichs Feinde heraufbeschwören möchten, an, in seiner ganzen Schrecklichkeit vor das Auge der Franzosen zu treten. Je mehr die Befürchtung obwaltet, die Dinge seien bereits zu weit gediehen, um leicht einer friedlichen Lösung Raum zu schaffen, um so mehr Bemühungen werden gemacht, das drohende Unheil vom Haupte Europa's abzulenken. Die Mächte machen große Anstrengungen. Frankreich enthält sich jeder Mittheilung an Preußen, und Benedetti hat den Auftrag, jede Verhandlung, jede Besprechung zu vermeiden, sowie auch Herr de Moustier dem Grafen v. d. Goltz gegenüber sich auf das zurückhaltendste geberdet. Man wartet hier, bis die Unterzeichner von 1839 ihre Meinung abgegeben haben; diese sind insgesammt unterrichtet, daß Frankreich nicht auf der Einverleibung von Luxemburg besteht, wohl aber auf der Räumung der Festung Seitens der preußischen Truppen. Der Herzog v. Gramont, welcher hier ist, bringt aus Wien die amtliche Erklärung der österr. Regierung mit, unter allen Umständen bei dem Kriege aus dem Spiele bleiben zu wollen. Der König der Belgier findet in dem jetzigen kritischen Momente eine ganz auszeichnende Aufnahme hier. Gestern ist er sogar beim Prinzen Napoleon gewesen. Die halbamtlichen Blätter äußern sich insgesammt heute viel ruhiger. — In Wien ist heute ein Telegramm eingetroffen, das von der Ermordung des Kaisers Maximilian Meldung macht; derselbe soll von den Mexikanern aufgehängt worden sein. (Die Bestätigung ist abzuwarten.) — Es sind in Lyon Kartuschen aller Art und in den Tuchfabriken sehr große Bestellungen von Militärtuch gemacht worden."

Paris, 13. April. Die „France" sagt, die Mächte, welche wegen des Vertrags von 1839 befragt worden, suchen, wenn möglich, den schwebenden Schwierigkeiten den ernsten Charakter zu benehmen, den gewisse übertriebene Ansprüche und nationale Empfindlichkeiten ihnen zu geben vermöchten. Die gewechselten Mittheilungen hätten zum Hauptzweck, eine Kombination zu finden, welche geeignet wäre, die „gerechten Empfindlichkeiten" Frankreichs zu beruhigen und Europa vor den Eventualitäten eines Kriegs zu bewahren. — Rente schloß gestern 66, 65. Es hieß, eine friedliche Wendung sei eingetreten. — Gewissen Leuten in Süddeutschland kann es zur Beachtung empfohlen werden, daß die Chauvinistenpartei für den Kriegsfall den Erwerb Luxemburgs jetzt offen als ungenügend bezeichnet, es ist auch die bayerische Rheinpfalz, welche von ihr bedroht wird. Die „Liberté" schildert die Situation wie folgt: „Wie man zur Gewitterschwüle den Regen herbeiwünscht, so sehnen wir uns nach Krieg, der uns dieser entnervenden, beunruhigenden Lage entreißt, in die uns vorausgesehene Ereignisse und eine rathlose Politik gestürzt haben." In einem Artikelchen: „Eine Erinnerung" überschrieben, setzt die „Liberté" auseinander, daß zwar der verwundbarste Fleck für Frankreich hinter Saarlouis und Landau liege, daß aber auch Luxemburg von der größten Wichtigkeit. Von Saarlouis und Landau aus bedroht, sei Luxemburg unhaltbar, es habe sich 1795 gezeigt; und als Frankreich die Linie Vauban's besessen, konnte der Moniteur vom 7. Dez. 1794 Luxemburg „einen der Schlüssel Deutschlands" nennen. Am 3. Prairial des Jahres III. der Republik kündigte der Volksrepräsentant Talot die Einnahme von Luxemburg in folgendem Briefe an: Mit großer Freude kündige ich euch, liebe Collegen, die Uebergabe der Festung Luxemburg an. Der Besitz Luxemburgs ist in jeder Beziehung von der höchsten Wichtigkeit; er sichert uns unbedingt ein prächtiges Land, schafft uns 60,000 Mann, ist ein unüberschreitbarer Wall gegen unsere Feinde und wird uns bald einen glorreichen, Frankreichs würdigen Frieden verschaffen." — Die „Liberté" folgert daraus, daß Frankreich nicht nur Luxemburg, sondern auch Saarlouis und Landau haben müsse, denn dadurch erhalte die Festung Luxemburg erst ihre eigentliche Wichtigkeit.

Paris, 13. April. Ungeachtet des Dementi's, das die „Patrie" und die „France" der Nachricht von der Ueberlassung Luxemburgs seitens des Königs von Holland an seinen Bruder, den Prinzen Heinrich, gegeben haben, muß die Richtigkeit derselben aufrecht erhalten werden. Die Abdankung des Chefs des Hauses von Nassau-Oranien als Großherzog von Luxemburg ist freilich zwar kein fait accompli,

aber sie ist in Vorschlag gebracht worden. Die Abdankung des Königs von Holland würde, so meinen die Mächte, welche das Projekt in Vorschlag gebracht, es gestatten, daß Preußen die Festung Luxemburg räumt, ohne daß dabei seiner Eigenliebe zu nahe getreten wird, während Frankreich, wenn dasselbe mit dem Prinzen Heinrich, dem neuen Großherzog, die Unterhandlungen fortsetzt, und es ihm nicht gelingt, ihn zur Cession seiner Souveränetätsrechte zu bestimmen, sich durch die Weigerung, die ihm ein kleiner Fürst entgegensetzt, nicht gekränkt fühlen kann. Ob dieses Projekt zur Ausführung kommt, ist eine andere Frage. Sicher ist nur, daß es von den neutralen Mächten als Ausweg empfohlen worden ist. (Wir überlassen unserem Hrn. Korrespondenten, seine Nachricht zu verbürgen.) (Köln. Z.)

Florenz, 9. April. Rattazzi hat folgendes Programm aufgestellt: Bemerkenswerthe Verringerung des Budgets des Krieges und der Marine, Verminderung der Beamtenzahl, administrative Decentralisation, eine bessere Art der Eintreibung und eine gerechtere Vertheilung der Steuern, und vor Allem eine friedliche Politik, Neutralität unter allen Umständen und gegen Jedermann. Visconti-Venosta sträubt sich mehr aus Privatrücksichten, das ihm angebotene Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten anzunehmen. Visconti-Venosta, obgleich er auch große Sympathien für Frankreich hat, ist doch für die Neutralität Italiens. (Köln. Ztg.)

London, 13. April. Es war eine scharfe Abstimmung — 310 gegen 289 —, durch welche die Regierung heute Nacht in einer als Lebensbedingung ihres Reform-Entwurfs aufgestellten Frage den Sieg davontrug. Persönliche Steuerzahlung soll demnach ein Grundprinzip des städtischen Wahlrechts bleiben, und Herrn Gladstone's Amendement, welches auch denjenigen Hausinhabern eine Stimme sichern sollte, die in Gestalt eines höheren Miethpreises durch ihren Vermiether die auf das Haus entfallenden Steuern entrichten, ist von einer Koalition der Tories und einer Anzahl theils sehr lauer, theils aber auch höchst aufrichtiger Liberaler aus dem Felde geschlagen worden. Die zweideutige Unterstützung einer Handvoll echter Conservativer vom Schlage Lord Cranborne's und Robert Lowe's, denen es um Verzögerung jeder Reform der Wahlgesetze zu thun ist, konnte den Führer der Opposition nicht retten. Die Regierung wird nun ihren Entwurf durch die Comitéberathung und schließlich zur dritten Lesung bringen, wenn das Unterhaus nach dieser Abstimmung eine etwas konsequente Haltung behauptet. Es könnte also der Wunsch, daß eine Reform der Wahlgesetze in dieser Session und unter diesem Ministerium vollzogen werde, in Erfüllung gehen; schwerlich aber der bedeutsamere Wunsch, eine auf lange Jahre vorhaltende Lösung der Reformfrage gefunden zu haben. Denn unter denen, welche dieses Mal die ministerielle Majorität zuwege brachten, lassen sich manche von dem Gedanken leiten, daß es später möglich sein werde, die dem Entwurfe angehängten Beschränkungen und Gegengewichte zu beseitigen, als das nackte Hausstand-Stimmrecht herzustellen. Und es ist kaum anzunehmen, daß die buntscheckige Mannigfaltigkeit des jetzigen Reformplanes, welche gar vielfachen Angriffen Thor und Thür öffnet, sich vor dem Streben nach Vereinfachung lange zu halten im Stande sei. Je komplizirter ein Wahlgesetz, um so unbrauchbarer wird es sein, und in diesem Punkte ist hüben wie drüben, von den Liberalen wie von den Konservativen, viel gesündigt worden. Ob das reine Hausstand-Stimmrecht ein zu erwünschendes Ziel ist, wollen wir nicht entscheiden; zur Ruhe aber wird die Wahlagitation nicht kommen, als bis das Wahlgesetz auf diesem oder einem entsprechenden ebnen Boden steht.

Athen, 30. März. Die griechische Kammer ist gegenwärtig mit dem Budget für das laufende Jahr beschäftigt; die Ausgaben belaufen sich auf 28 Millionen Drachmen, die Kosten für die Vermehrung der Land- und Seemacht mit eingerechnet. Die Einnahmen sind durch die neue Steuererhöhung auf ungefähr 32 Millionen gebracht worden, wohl eine nominelle Ziffer. In der Kammersitzung von Dienstag legte der Finanzminister den Abgeordneten eine merkwürdige Liste der vom Jahre 1833 bis 1865 rückständigen Abgaben vor. Nach dieser Liste bilden die von Verschiedenen an das Aerar zu bezahlenden Schulden die runde Summe von 58 Mill. Drachmen. Die hier seit mehreren Tagen verbreiteten Gerüchte von einer bevorstehenden Verlobung des jungen Königs der Hellenen mit einer russischen Prinzessin, sind alle verfrüht. Wenigstens wurde diese Nachricht offiziell dementirt. (Triest. Z.)

Konstantinopel, 10. April. Die Stelle eines Großadmirals wird nicht mehr besetzt. Mehemed Ali Pascha würde in Disponibilität gesetzt. Eduard Bloque wurde zum türkischen Großwürdenträger erhoben und zum Gesandten für Nordamerika ernannt. Legationsrath Bonnières ist als französischer Gesandter nach Persien abgereist. Der Fürst von Serbien tritt heute seine Rückreise an.

Petersburg, 9. April. Die „Nordische Post", Organ des Ministers des Innern, befürchtet keine kriegerischen Verwicklungen wegen Luxemburg und hegt die Erwartung, der Kaiser Napoleon werde durch ein energisches Dementi alle Kriegsbefürchtungen niederschlagen. Dasselbe Blatt bestätigt, daß die Petersburg-Moskauer Eisenbahn verkauft werden solle, damit aus dem Erlös andere wichtige Bahnlinien angelegt werden könnten. — Am 6. d. fand hier in der Kirche der griechischen Gesandtschaft zur Feier des Jahrestages der Befreiung Griechenlands, wie gewöhnlich, aber dieses Mal mit außergewöhnlicher Feierlichkeit, ein Dankgottesdienst Statt. Der griechische Gesandte, Graf Metaxa, wohnte demselben bei. — Gestern, auf einer Soirée bei dem Fürsten Gortschakow, unterhielt sich der Kaiser längere Zeit mit dem französischen Botschafter und mit dem preußischen Gesandten.

Petersburg, 10. April. Die russische Tagespresse, die offizielle wie nichtoffizielle, nimmt in der Luxemburger Frage entschieden Partei für Preußen. Die meisten russischen Blätter haben sogar ihre frühere Abneigung gegen die preußischen Annexionen in dem Grade überwunden, daß sie den Augenblick herbeiwünschen, wo ganz Deutschland unter Preußens Führung vereinigt ist und die Macht gewonnen hat, der Ländergier des napoleonischen Frankreichs einen starken Damm entgegenzusetzen und die unerträgliche Supremazie desselben zu brechen. Nach der Stimmung der russischen Tagespresse zu urtheilen, würde ein Krieg zwischen Frankreich und Preußen wegen Luxemburgs der russischen Regierung insofern nicht unerwünscht sein, als sie freie Hand zu entschiedenem Vorgehen in der orientalischen Frage bekäme. (Ostsee-Ztg.)

Frankfurter Börse (6. bis 13. April).

13. April. Ein politisch Lied, ein garstig Lied — die Wahrheit dieses Satzes hat sich in der abgelaufenen Woche wieder bewährt. Fort mit allen Berechnungen, wer fragt nach Einnahmen und Erträgnissen von Banken und Eisenbahnen, wer fragt nach der Solidität der Staatsfonds vor der Mündung von Zündnadelgewehren? Nur diese haben jetzt einen wahren Werth und sind die Vertreter oder Zertreter der volkswirthschaftlichen Güter und Interessen. Der Bericht wird uns auch in soweit leicht gemacht, als wir, wie in einer Schlacht nur von Vor- und Rückmärschen und von Momenten der Panik zu erzählen wissen. Gibt es beispielsweise eine Erklärung dafür, dass bayerische Ostbahnaktien durch einen ganz kleinen Verkauf bis 107 geworfen wurden, oder spricht ein vernünftiger Grund für das Fallen der Badischen, Württembergischen und Bayerischen Papiere. Haben Preussen und Frankreich kein anderes Ziel, als sich wie Betrunkene gleich die Krüge auf den Schädeln zu zerschmettern. Wenn auch in beiden Lagern viel geschrieen und viel gehetzt wird — wir haben noch nicht alles Vertrauen in den Wind geschlagen — noch ist es weit bis zum äussersten. Wir müssen daher vor Allem die Kapitalisten warnen, nicht zu Spekulanten zu werden. Wenn irgendwo Ruhe die erste Bürgerpflicht ist, so ist sie jetzt auch eine Nothwendigkeit und nur eine Selbstbeherrschung. Der Besitzer, der allen Täuschungen sich hingibt, der seine Fonds hinwirft und wieder hereinnimmt — der zahlt immer die Zeche.

Welche Verwüstungen der Schrecken in den Kursen angerichtet, zeigt nachstehende Tabelle, worin wir nur die Haupteffekten des Verkehrs aufgenommen; in Nebenpapieren gab es gar keinen Kurs, und wer durchaus verkaufen wollte, musste sich den prozentweisen Abzug unter der rein fiktiven Notiz des Kurszettels gefallen lassen. Privaten, besonders die entfernt von Börsenplätzen wohnenden, tragen durch ihre Ueberstürzung wesentlich zu der abnormen Entwerthung bei, sie sollten sich desshalb vor Allem gesagt sein lassen, bei der Anschaffung von Effekten mit grösserer Auswahl und Vorsicht zu Werke zu gehen und nicht immer auf den Köder hoher Zinsen anzubeissen, womit stets Risiko verbunden bleibt. Wir bemerken noch, dass im Allgemeinen der höchste Kurs dieses Jahres in die zweite Hälfte des Februar und Anfang März fällt, der niedrigste auf den 10. April.

	1. Januar 1867.	Höchster Kurs.	Niedrigster Kurs.	13. April
5pCt. engl. Met. v. 59	58½	64	55	57
5pCt. National	50¼	56⅛	47¾	49⅞
Steuerfreie Met.	43⅞	50⅛	42½	44¼
1860er Loose	63⅝	72¼	59¼	62¼
1864er Loose	67	79½	66½	69½
Oesterr. Kreditaktien	139	181½	144	151
Oesterr. Nationalbank	643	711	618	632
Darmstädter Kredit	207	216½	170	194
Frankfurter Bank	128	139½	121	125
5pCt. Bayern	100	102	97	99
4pCt. Badener	8[illegible]	93¼	88	—
4pCt. bayer. Loose	95⅝	103	93⅝	95
Ludw.-Bexb. Bahn	152	158	149	150
Bayer. Ostbahnen	117½	120	107	113¼
Amerikaner	77	78⅜	75¾	76
Wiener Wechsel	89¾	93[illegible]	88¾	89⅞

In östreichischen Effeckten hat sich wieder eine starke Contremine gebildet, welcher die noch vor kurzem überwiegende Haussespekulation das Feld geräumt hat und deren Anstrengungen, die Kurse zu werfen, namentlich in den Realisationen schwacher Haussiers namhafte Unterstützung fanden. Diese Veränderung der Position der Spekulation trägt jedoch zum Theil das Korrectiv der Besserung in sich, wenn wir auch nicht die Ansicht theilen, dass die östreich. Regierung bei einem wirklichen Ausbruch des Konfliktes zwischen Preussen und Frankreich eine völlige Neutralität behaupten und so ihre Finanzkräfte werde schonen können. Süddeutsche Fonds wurden, wie erwähnt, von dem erschreckten Kapital auf den Markt gebracht, um Geld zu machen, der niedrige Diskont wird indess bald wieder die Rückkehr veranlassen. Von auswärtigen Fonds hielten sich Eidgenössische sehr fest, verhält

nissmässig auch Russen. Amerikaner wurden jedoch von der allgemeinen Baisseströmung in Mitleidenheit gezogen. Sie eröffneten die Woche leidlich gut, verflauten aber in deren Mitte beträchtlich, zumal der Telegraph aus Newyork, jedenfalls als Echo der europäischen Nachrichten, wesentlich höhere Goldnotirungen brachte. Vor acht Tagen noch zu 78¼ in Umsatz, fielen sie Mittwoch bis 75½ und schliessen heute zu 76, immerhin also um 2¼ pCt. schlechter. Es muss indessen erwähnt werden, dass gerade Amerikaner das einzige Effekt waren, für welches jederzeit Käufer an der Börse auftraten, was bei fast allen anderen Papiergattungen während der Woche nur ganz ausnahmsweise der Fall war.

Da E.-B.-Aktien bei uns kein Gegenstand der Spekulation mehr sind, so waren es eben nur Angstverkäufe von Privaten, die wie schon oben bemerkt, z. B. bei bayerischer Ostbahn, einen momentanen Rückgang um 8 pCt. verursachten. Schon Tags darauf kehrte die Besonnenheit zurück und sie hoben sich von 106½ auf 113¼. Taunus haben den Sturm fast unerschüttert bestanden, von Hanauern kam nichts vor, wogegen hess. Ludwigsbahn, in Berlin empfindlich geworfen, sich auch hier nicht behaupten konnten. — Von Prioritäten alle in Francs zahlbaren sehr ausgeboten und 1—2 pCt. schlechter, die italienischen zumal auf einer abschüssigen Bahn, wie die Staatsrente. Wir haben jetzt nur eine einzige Priorität, die noch über Pari (101½) steht, 5 pCt. Schweizer Zentralbahn, sie ist gut fundirt und unterliegt starker Amortisation.

Dass östreich. Kreditaktien vor allen anderen ins Gedränge kamen, wird Niemand wundern; vor 8 Tagen 165½ schliessend, eröffneten sie die Woche zu 153½, fielen am Mittwoch bis 145, hoben sich am Donnerstag bis 151, gingen Freitag nochmals auf 148 zurück, um heute 151 zu schliessen. Die lukrativen Geschäfte, die man bereits eskomptirt hatte, dürften wieder prekärer Natur werden. Auch Darmstädter widerstandslos zu Boden geworfen, am Mittwoch 170 (d. i. 32 pCt. unter Pari). Frankfurter Bank 120. Der Ausweis vom 10. April bietet keine Veranlassung zur Besprechung.

Der Geldstand, in den ersten Tagen der Woche sehr flüssig, hat im Laufe derselben etwas angezogen; Diskonten begehrt. Von fremden Devisen London und Paris in kurzer Sicht matter; Thaler fest; Wien bis 88⅝ gewichen, erholte sich heute auf 89⅜.

	8.	15.		8.	13.
5% Oestr. National	49½	49¼	4% Darmstädt. do.	93¼ B	90¾
5% do. Metal. (1859)	57¼	57½ B	3½% do. do.	—	—
5% do. Lose (1860)	62½	62¼	4½% Nassauer do.	94¼ B	93¼ B
— do. do. (1864)	70 B	69½	4% do. do.	—	86 B
Oestr. Kreditl. (58)	109	109	3½% do. do.	—	82½ B
5% Bayer. Obligat.	100½ B	99¼ B	4% Kurhess. do.	—	—
4½% do. do.	92½ B	91⅛ B	3½% Frankf. do.	83	81½
4% do. do.	—	87½	3% do. do.	—	—
4% do. 100 Thl.-L.	94¼	95	6% Amerik. (1882)	76¾	76
4½% Würtemb. Obl.	92½	92⅝ B	Oestr. Kredit. . .	153½	151
3½% do. do.	—	83¼ B	Oestr. Nat.-Bank	620	632 B
4½% Badische do.	92½ B	93 B	Frankfurter do.	—	125 B
4% do. do.	—	—	Bexbacher E.-B.	154	—
3½% do. do.	85¾ B	—	Bayer. Ostbahnen	115	113¾ (Akt.)

Neueres.

Krakau, 13. April. An der galizischen Grenze, namentlich im Rzeszower Kreise, finden enorme Hafereinkäufe für Rechnung Rußlands statt.

Paris, 14. April. Die „France" schreibt: „Die Regierung wird den Kammern in Bälde das Ergebniß der Unterhandlungen über die luxemburgische Angelegenheit vorlegen. Graf Bismarck zeigt sich der französischen Regierung sehr versöhnlich." Rente 66.55.

Bukarest, 13. April. Der Fürst von Serbien, Michael Obrenowitsch, ist heute hier eingetroffen und sehr feierlich empfangen worden.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Literarisches.

Die neuesten Nummern der Allgemeinen Illustrirten Zeitung **„Ueber Land und Meer"** (Nr. 17—24) legen wieder ein Zeugniß davon ab, wie sehr Redaktion, Verlagshandlung (Eduard Hallberger, Stuttgart) und die mitwirkenden literarischen und künstlerischen Kräfte fortwährend bemüht sind, dieser Zeitschrift unter allen ähnlichen Unternehmen den ersten Rang anzuweisen. Dieselben bringen zunächst eine Erzählung des Herausgebers F. W. Hackländer, „Zwölf Zettel", die mit gewohnter Meisterschaft die Gegensätze eines reichen Bankhauses und einer bescheidenen Wohnung einer unbemittelten Wittwe schildert, die beide durch eine dunkle That in unheimlicher Beziehung stehen; den Schluß der prächtigen Novelle „Die Amazone" von Franz Dingelstedt, und eine psychologisch anziehende Erzählung aus dem pfälzer Volksleben, „Die Feuerdore", von Otto Müller. Reich vertreten ist wieder die Zeit- und Tagesgeschichte, die Biographie und Länderkunde. Da finden wir die Schilderung der großen atlantischen Yachtenwettfahrten, des Brandes des Sydenhampalastes, der Konferenzen der norddeutschen Minister in Berlin und der süddeutschen in Stuttgart, der Insel Rhodus, des Fackelzugs für Graf Andrassy, einen orientirenden Artikel über die Pariser Weltausstellung, eine Biographie des bayerischen Ministerpräsidenten Fürsten von Hohenlohe, des preußischen Finanzministers von der Heydt, der königlichen Braut von Bayern Prinzessin Sophie Charlotte u. s. w. Von den übrigen Artikeln der vorliegenden Hefte interessirt uns besonders noch: „Eine Nacht in den Spielsälen von San-Francisco", „Aus dem römischen Leben" von Louis Ehlert, „Die Besteigung des Agnerkopfes" von J. Payer, „Eine Luftfahrt über den Mälar" von H. K. Brandes, „Ein amerikanischer Sportsman", „Die Elbfischerei in Norddeutschland", „Der freiwillige Lazarethverein in Hamburg", „Der Eisenbahnschneepflug", „Das neue Theater in Leipzig" von K. Teschner, „Die eidgenössische Bank", „Der Aberglaube der Gegenwart" von Dr. Christiani u. s. w. Eine reiche Fülle von Neuigkeiten aus allen Lebensgebieten bringt wieder die Notizblätter und mit aufmerksamer Freude liest man namentlich die Korrespondenzen von E. Kossak aus Berlin und A. Silberstein aus Wien. Räthsel, Rösselsprung, Schachaufgaben u. s. w. fehlen auch in diesen Nummern nicht. Zahlreiche **Illustrationen** bringen uns Ansichten u. s. w. in Hülle und Fülle, wohlgetroffene und schön ausgeführte Porträts. Auch der Humor ist in den vorliegenden Heften wieder auf das Heiterste in Bild und Wort vertreten.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	57¼ P.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	49⅞—50⅛ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	41¼ G.
„	4½pCt.	38⅜ P.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	99¼ P.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	92—91¾ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	87½ G.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	87½ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	92¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	90¼ P
Baden	4½pCt. Obl.	93 P.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	91¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	93¾ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	86⅛ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	82⅛ P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	82 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2½pCt. „ „ „	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 100 fr. 1881 D. 2½	—
„	6pCt. ditto r. 1882 „	76½—⅜ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	636 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	149½—50 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	191—90 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	330 P. 328 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	104½ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	47 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	70¼ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	43½ G.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	114 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅛ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94¾ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97⅜ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94¼ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105⅛ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88¼ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅝ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94½—⅝ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	89½ G.
do. in öst. W. l. S.	89⅛ G
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	55¾ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	61⅞—¾ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	111 P.
„ do. v. 1864	—
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	95 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	52½ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	53½ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 P. 140 G.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 15. April. Die Woche eröffnet in ungünstiger Stimmung für österreichische Effekten. Für dieselbe läßt sich kein anderer Grund angeben, als schlechter eingetroffene Wiener Course. Das Fehlen aller orientirenden Nachrichten über die Situation fängt nachgerade an, das Publikum gründlich zu verstimmen. Für Amerikaner war die Tendenz sehr fest. Auch süddeutsche Sachen waren bei lebhaftem Geschäft beliebt und wurden zu höheren Coursen gehandelt. — Die Medioregulirung ging bei immer noch flüssigem Geldstand leicht von statten. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 107. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 17. April 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 15. April. Se. Majestät der König hat dem zweiten Präsidenten des kaiserlich österreichischen Oberlandesgerichts, Frhrn. v. Rizy in Wien, das Comthurkreuz des Verdienstordens vom hl. Michael verliehen; den Landgerichtsdiener J. Blum zu Türkheim seinem Ansuchen gemäß für immer in den Ruhestand treten lassen; die Gerichtsdienersstelle am Landgerichte Türkheim dem bisherigen Stadtgerichtsboten J. Kallmann zu Augsburg, seiner Versetzungsbitte entsprechend, auf Ruf und Widerruf übertragen und die Botenstelle am Stadtgerichte Augsburg dem pensionirten Gensdarmerie-Brigadier und dermaligen Botengehilfen dieses Gerichts, A. Freudenberger, auf Ruf und Widerruf verliehen.

Die kath. Pfarrei Markt-Graitz, kgl. Bezirksamts Lichtenfels, ist mit einem Reinertrage von 766 fl. 4 kr. in Erledigung gekommen.

München, 15. April. Der kgl. Staatsminister des Innern, Frhr. v. Pechmann, ist gestern Abends von der nach Karlsruhe und in die Pfalz unternommenen Geschäftsreise hieher zurückgekehrt und hat mit dem Heutigen die Leitung des kgl. Staatsministeriums des Innern wieder übernommen. — Heute fand unter dem Vorsitze Sr. k. Hoh. des Prinzen Luitpold von Bayern eine Sitzung des königl. Staatsraths statt, worin neben sonstigen Gegenständen auch die Gesammtbeschlüsse der Kammern des Landtags zu den Gesetzentwürfen über den Bau einer Eisenbahn von Schweinfurt nach Kissingen und über einen Credit für die weiteren Bedürfnisse des Militärs im letzten Jahre 1866/67 der VIII. Finanzperiode zur Berathung gelangten. (B. Z.)

München, 15. April. Aus Anlaß der unterm Gestrigen hier eingetroffenen Anzeige, daß im Stalle eines Anwesens bei St. Johannis — 1/2 Stunde von Bayreuth — die Rinderpest ausgebrochen sei, hat das k. Staatsministerium des Innern sofort den Professor Hahn an der k. Centralthierarzneischule dahier und den k. Hofthierarzt Sondermann von hier behufs Constatirung der vorgekommenen Erkrankungsfälle und gründlicher Erhebung des Thatbestandes an Ort und Stelle abgeordnet. (B. Z.)

Nürnberg, 14. April. Die auf heute anberaumte Volksversammlung zum Zwecke der Besprechung der Luxemburger Angelegenheit war zahlreich besucht, namentlich auch von Einwohnern der Nachbarstädte Fürth und Erlangen. Herr Notar Dr. Reinhardt, Vorstand des Kollegiums der Gemeindebevollmächtigten, übernahm die Leitung der Versammlung. Herr Professor Dr. Marquardsen von Erlangen verlas zunächst die von der Mehrzahl der Landtagsabgeordneten an den Fürsten Hohenlohe gerichtete Adresse und beleuchtete sodann die politische Sachlage. Die Luxemburger Frage, sagte der Redner, sei eine rein innere Angelegenheit Deutschlands, in welche sich das Ausland nicht einzumischen habe. Er glaube auch nicht, daß die Mehrzahl des französischen Volkes den Krieg wolle, nur einige Brauseköpfe seien die Träger der chauvinistischen Richtung in Frankreich. Ein erfreuliches Zeichen in dieser Hinsicht sei ihm die Adresse der Pariser Studenten gewesen. Jedenfalls aber müßten unberechtigte Eingriffe in die häuslichen Angelegenheiten Deutschlands energisch abgewiesen werden. Hierauf verlas Herr Dr. H. Beckh die Antwort des Ministers Hohenlohe auf die Adresse der Abgeordneten und sprach gleichfalls seine Hoffnung auf Erhaltung des Friedens aus, jedoch auch die Ueberzeugung, daß das deutsche Volk heute denselben Patriotismus bekunden werde, wie in den Jahren des zweiten Befreiungskampfes, wenn es gelten sollte, Deutschlands Recht und Ehre zu wahren, und hofft, daß auch unsere Staatsregierungen das Ihrige in dieser Beziehung nicht versäumen werden. Herr Abgeordneter Crämer entwickelte hierauf, wie sich Europa trotz der angeblich so hohen Humanität und Zivilisation des 19. Jahrhunderts fortwährend im Zustande des bellum omnium contra omnes befinde. Das werde nicht besser werden, so lange nicht alle Völker und vorzugsweise auch das deutsche Volk die Stellung einnehmen, die ihnen von Gott und Rechtswegen gebührte. So schlimm aber der Krieg und der bewaffnete Friede, diese ewige Unruhe und Aufregung auf unsere Geschäfte und alle Verhältnisse einwirke, müßten wir eben doch Alles hintansetzen, wenn es nothwendig würde, für die Ehre und Integrität Deutschlands einzustehen. Es werde, gegenüber unsern vorjährigen Erfahrungen, wohl Manchen schwer fallen, sich in die bestehenden Verhältnisse zu fügen, aber es sei nicht zu leugnen, daß es eben so habe kommen müssen, wenn endlich einmal etwas aus unserer so viel-

Vermischtes.

Das politische Barometer zeigt Sturm; um sich über das heraufziehende Wetter zu orientiren, brauchts eine gute Specialkarte; als die beste und neueste empfiehlt sich Ravensteins Karte der **Rheinlande,** welche in großem Maßstab ganz Westdeutschland, das nordöstliche Frankreich, Luxemburg mit den östlichen Provinzen von Belgien und Holland umfaßt. Preis 54 kr. Verlag des Bibliographischen Instituts in Hildburghausen, und in allen Buchhandlungen, in Würzburg in der Stahel'schen, vorräthig.

Berlin. Bekanntlich haben die 24 Landwehrbataillone, welche bei Beginn des vorigjährigen Feldzuges zur Bildung des ersten Reservecorps verwandt wurden, Zündnadelgewehre geführt. Wie dem „Mil. Wochbl." mitgetheilt wird, steht für die nächste Zeit die Bewaffnung der gesammten Landwehr-Infanterie mit Zündnadel-Gewehren bevor.

(Pariser Industrie-Ausstellung.) Aus Paris, 11. April, schreibt man der „Bayer. Ztg.": „Die Klassenjuries sind seit etwa acht Tagen in voller Thätigkeit. Es dürfte daher für die bayerischen Aussteller von Interesse sein, über die Art und die Anzahl der zu ertheilenden Belobungen und Auszeichnungen etwas Positives zu erfahren. Abgesehen von einer Summe von 250,000 Francs, die von dem Preisgerichte für hervorragende Leistungen an Werkführer und Arbeiter der Ausstellung betheiligten Fabriken vertheilt werden soll, hat die Jury über folgende Preise zu verfügen: 100 goldene Medaillen (à 1000 Frcs. Goldwerth), 1000 silberne Medaillen, 3000 Bronce-Medaillen, 5000 lobende Erwähnungen, zusammen 9100 Preise. Die Gesammtzahl der Aussteller beläuft sich auf 43,000, welche sich auf die einzelnen Länder in folgender Weise vertheilen: Frankreich 11,645, England 3509, Italien 3992, Oesterreich 3072, Norddeutschland 2205, Spanien 2071, Belgien 1417, Rußland 1392, Brasilien 1073, Portugal 1026, Schweiz 986, Griechenland 392, Ver. Staaten 778, Schweden 602, Norwegen 387, Bayern 260, Würtemberg 230, Baden 200, Hessen 200 rc. Bei den früheren Weltausstellungen in London (1851 und 1862) und Paris (1855) kamen in London 1851 auf 17,000 Aussteller 5186 Preise, Paris 1855 auf 22,243 Aussteller 10,564 Preise, London 1862 auf 27,446 Aussteller 12,305 Preise; dagegen gegenwärtig in Paris 1867 auf 43,000 Aussteller 9100 Preise. Das Verhältniß ist demnach ein äußerst ungünstiges, denn von 43,000 Ausstellern werden nicht weniger als 32,900 leer ausgehen. Nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung, die allerdings im vorliegenden Falle, wo mit inkommensurablen Größen zu rechnen ist und sich mitunter Einflüsse eigenthümlicher Art geltend machen, auf ziemlich schwachen Füßen steht, hätte Bayern mit seinen 230 Ausstellern (der gewerblichen Abtheilung) nur Anspruch auf 1 goldene Medaille, 6 silberne Medaillen, 18—20 Bronce-Medaillen und 30 lobende Erwähnungen. Es würden somit nur 22 Proz. der bayerischen Aussteller prämiirt werden können. Bei den hervorragenden Leistungen der bayerischen Industrie auf der Industrie-Ausstellung und bei der kräftigen Vertretung der vaterländischen Aussteller in und außerhalb der Jury wird sich aber ohne Zweifel das Verhältniß der Belohnungen zu der Ausstellerzahl weit günstiger gestalten, als es nach obiger Auseinandersetzung scheinen möchte. Da die Ausstellung auf dem Marsfelde bei Weitem nicht den internationalen Charakter trägt, wie die 1862 in London, sondern verherrschend eine mitteleuropäische mit vorwiegend französischer Färbung ist, so macht sich begreiflicher Weise auch in der Jury der französische Einfluß in mitunter unerquicklicher Weise geltend. Dadurch, daß von Seiten des bayerischen General-Kommissariates mehreren Jury-Abtheilungen Deputirte beigegeben worden, ist Sorge dafür getragen, daß den nachtheiligen Strömungen ein Damm entgegengestellt werde."

sach angestrebten Einigung habe werden sollen, denn mit unsern Turner-, Sänger- und Schützenfesten wären wir eben noch keinen Schritt weiter gekommen. Er betrachte die Luxemburger Frage als ein Glück für Deutschland im Sinne seiner politischen Einigung. Die Abgeordneten würden die Zistimmungserklärung zu ihrer Adresse nicht gering anschlagen, denn es gebe leider noch gar viele Feinde der deutschen Macht und Einigung, die da meinten, das Hemd stehe uns näher als der Rock; diese armseligen Tröpfe vergäßen aber, daß mit dem Rocke auch das Hemd verloren gehen könne. Wir dürften uns nicht auf den Isolirschemel setzen und warten, bis uns die gebratenen Tauben in den Mund flögen, sie kämen eben nicht. Die unqualifizirbaren Aeußerungen eines Braun und Miquel im norddeutschen Reichstage über Süddeutschland hätten ihn tief geschmerzt; wir müßten diesen Schmähungen gegenüber darthun, daß wir nicht die Partikularisten sind, für die man uns hält; Preußen müsse voran, Das stehe fest und wir dürfen nicht zurückbleiben, wir müssen einig sein und alles Frühere vergessen, damit das Wort des Dichters zur Wahrheit werde: „Das ganze Deutschland soll es sein", — ja, muß es sein, wird es sein! (Allgemeiner Beifall). Nachdem der Vorsitzende die Versammlung aufgefordert hatte, der genannten Adresse zuzustimmen, was durch lebhafte und einmüthige Akklamation geschah, verlas er zwei vom Münchner Volksverein und der Redaktion der in Darmstadt erscheinenden Main-Zeitung (Organ der hessischen Fortschritts- und Anschlußpartei) eingelaufene telegraphische Depeschen, die sich für das Festhalten an Deutschlands Recht in der Luxemburger Frage erklärten und schloß sodann die Versammlung. (N. Korr.)

Gießen, 14. April. Unsere Universität hat einen großen Verlust erlitten. Heute früh starb hierselbst der Senior der Universität Geh. Rath v. Ritgen, ordentlicher Professor der Medizin und Direktor der Entbindungsanstalt, 79½ Jahre alt, ein um die Universität Gießen so hochverdienter Mann, wie es nur jemals einer ihrer Lehrer gewesen ist, und lange Jahre hindurch eine ihrer ersten Zierden. (Frkft. J.)

Berlin, 13. April. Die „Nordd. Allg. Ztg." enthält heute folgende offiziöse Mittheilung: „Die „Danziger Ztg." läßt sich aus Warschau schreiben, es werde dort von geheimen Vorbereitungen gesprochen, die den Zweck hätten, die Hälfte des Königreiches Polen bis zur Weichsel an Preußen zu übergeben. Während die Einen wissen, es handle sich nur um eine temporäre preußische Besetzung für den Fall eines Krieges im Orient, glauben Andere, es sei von einem definitiven Arrangement die Rede. Wir brauchen wohl kaum zu bemerken, daß diese Nachricht rein aus der Luft gegriffen ist und die Tendenz verfolgt, durch diese Gerüchte die Gemüther in Frankreich gegen Preußen aufzuregen. Jeder Unbefangene wird begreifen, daß Preußen bei seiner nationalen Politik kein Interesse haben kann, sich durch polnische Territorien zu vergrößern."

Berlin, 14. April. Ueber den Gang und Stand der Fraktions-Verhandlungen vernehmen wir folgendes Genaueres: Die Abgeordneten v. Bennigsen, v. Forckenbeck und v. Unruh hatten zwar nicht in ihrer Eigenschaft als Fraktions-Mitglieder, sondern lediglich als Abgeordnete am Donnerstag und Freitag Abend Besprechungen mit dem Grafen Bismarck, um zunächst zu erfahren, ob und in wie weit von Seiten der Regierungen der amendirte Gesetz-Entwurf auf Annahme zu rechnen haben würde. Es stellte sich denn heraus, daß die Zustimmung von drei Punkten abhängig gemacht werden würde: von der Verweigerung der Diäten, einer anderweiten Fassung der Artikel 56 (Friedens-Präsenzstärke von 1 pCt. der Bevölkerung) und 58 (225 Thlr. pro Mann zur Bestreitung der Kosten) und von der Herstellung der vollständigen Vorschläge des Abg. Miquel in Bezug auf Abschnitt XII (Bundesfinanzen), wobei indeß bezüglich der beiden Artikel 56 und 58 die Regierung nicht gerade darauf bestehen wird, dieselben in der ursprünglichen Fassung des Entwurfs angenommen zu sehen, sondern Artikel 56 etwa mit dem Amendement Bethusy-Hue, so daß, wenn bis zum Jahre 1872 kein Definitivum hinsichtlich der Reorganisation zu Stande kommt, die jetzige Norm fortbesteht. Es will übrigens die Regierung damit nicht ausschließen, daß mit dem Reichstage ein vollständiges jährliches Budget festgestellt und also auch der ganze Militär-Etat der Controle des Reichstages unterworfen werde. Ein entsprechender Vermittlungs-Vorschlag, welcher den Gegenstand der Debatten in der Fraktion der National-Liberalen bildete, ging etwa dahin: „Nach dem 31. Dezember 1871 müssen diese Beiträge (zur Bestreitung der Ausgaben für die Armee) von den einzelnen Staaten des Bundes zur Bundeskasse bezahlt werden. Zur Berechnung derselben wird die in Artikel 60 (d. h. 56 des Entwurfs interimistisch festgestellte Friedens-Präsenzstärke unverändert festgehalten, bis sie durch Bundesgesetz unter den Faktoren festgestellt ist. Die Ausgabe dieser Summe für Bundesheer und Flotte wird durch ein Etatsgesetz festgestellt." Inzwischen bildete dieser formulirte Vorschlag, wie gesagt, nur einen Durchgangspunkt in den umfassenden Fraktions-Debatten; definitive Fraktionsbeschlüsse sollten nach Erörterung der Amendements gefaßt werden, welche die konservativen Fraktionen vorbereiten, und welche, wie man wissen wollte, im Wesentlichen auf Wiederherstellung der abgelehnten Amendements v. Bennigsen und Miquel, mit denen auch die Regierung einverstanden ist, gerichtet wären. Man muß also der Entwicklung der Dinge im Plenum entgegen sehen. Hinsichtlich der Diäten, gegen welche die Fraktionen der Rechten und ein Theil der Sachsen stimmen, sind die National-Liberalen getheilt. Bringt die Rechte Vermittlungs-Vorschläge ein, denen sich die National-Liberalen anschließen können, so wird sich das Endresultat schnell und mit keiner ganz unerheblichen Majorität für diese Vorschläge herausstellen, anderenfalls aber möchten die Debatten umfangreich werden, denn es fehlt nicht an zahlreichen Amendements. Als entschiedene Gegner der Vorlage sind schon jetzt zu betrachten: die Linke, die Polen, eine Gruppe, welche sich aus den Hannoveranern, Schleswig-Holsteinern, einzelnen Sachsen und Ultramontanen zusammensetzt, und die freie parlamentarische Vereinigung (v. Bockum-Dolffs) mit ihrem Antrage auf En-bloc-Annahme der Vorberathungsbeschlüsse, so daß die National-Liberalen unter allen Umständen den Ausschlag geben werden.

Prag, 13. April. In der heutigen Sitzung des Landtags beantragte der Referent der Minorität, Dr. Rieger, die Nichtvornahme der Reichsrathswahlen. Der Referent, der Majorität, Prof. Herbst, sagte: Die Machtstellung Oesterreichs erfordere geordnete innere Verhältnisse; das Nichtbeschicken des Reichsrathes sei eine Politik der Verzweiflung. Der Minoritäts-Antrag wurde verworfen. Rieger verliest einen Protest gegen die Kompetenz des Landtages, der ungesetzlich zusammengesetzt sei, zur Vornahme der Reichsrathswahlen. Der Oberst-Landmarschall erklärt, den Protest dem Protokolle beizulegen, obgleich er ihn selber für unbegründet halte, da die Zusammensetzung des Landtags und die Vornahme der Reichsrathswahlen ganz ordnungsmäßig seien. Rieger will entgegnen. Der Oberst-Landmarschall erklärt, daß eine Replik unzulässig sei. Rieger erklärt unter Lärm, seine Partei nehme an der ferneren Verhandlung keinen Antheil. Die Czechen verließen unter „Slavarufen", in welche die Gallerie einstimmt, den Saal; die Gallerie wird, da man auf derselben ungebührlich schreit und tobt, auf Geheiß des Oberst-Landmarschalls geräumt. Nach erfolgter Sicherstellung der Anwesenheit von 135 Abgeordneten durch Namensaufruf wird der Majoritäts-Antrag einstimmig angenommen. In den Reichsrath wurden gewählt 49 Verfassungstreue und 14 Czechen.

Haag, 13. April. Die zweite Kammer hat sich nach Erledigung verschiedener Fragen wegen der Schutzmaßregeln gegen die Viehseuche vertagt. Die erste Kammer hat in ihren Abtheilungen die Prüfung des Budgets begonnen.

Aus **Paris,** 14. April, wird der „Frkf. Ztg." mitgetheilt: Die gestrige Börse war durch die Antwort des Fürsten Hohenlohe beunruhigt, die in ihrem Wortlaute erst Nachmittags bekannt, von den Neuigkeitsfabrikanten ganz unrichtig wiedergegeben und interpretirt worden war. In den diplomatischen Kreisen spricht man von nichts anderem als von den Bemühungen der englischen Diplomatie, dem Gedanken einer Neutralisation Luxemburgs hier Eingang zu verschaffen. Das englische Cabinet hat schon vor einigen Wochen dem Baron Beust mittheilen lassen, daß es nichts unterlassen würde, um die Erhaltung des Friedens zu ermöglichen. Oesterreich hat noch mehr als England an der Ausgleichung des Conflikts Interesse. Nur ein langer ununterbrochener Friede kann der von Baron Beust unternommenen Regeneration Oesterreichs Aussicht auf Erfolg versprechen. Selbst die strikteste Neutralität in einem Kriege zwischen Preußen und Frankreich würde dagegen Oesterreich in große Gefahr bringen. Nach den mir aus zuverlässiger Quelle gewordenen Mittheilungen hat sich das Foreign Office nur auf wiederholtes Andringen des Baron Beust entschlossen, in der Luxemburger Frage die Vermittlerrolle zu übernehmen. Auf die ersten in diesem Sinn von Wien gekommenen Eröffnungen erwiederte Lord Stanley ausweichend. Er erklärte, England habe keinen Anlaß, die Vergrößerung Preußens mit mißgünstigem Auge anzusehen. Als aber der österreichische Gesandte bemerkte, daß es sich nicht um die Vergangenheit, sondern um die Zukunft handle, daß ein Krieg am Rhein die Absichten Rußlands auf den Orient unterstütze, also auch direkt englische Interessen berühre, sah sich das englische Cabinet veranlaßt, seine Ansicht zu modifiziren und seitdem sind alle geschehenen Schritte zwischen England und Oesterreich gemeinsam verabredet worden. — Inzwischen werden die Vorbereitungen hier ununterbrochen fortgesetzt. In den letzten Tagen ist Befehl zur Organisation der Ambulanzen gegeben worden. Seit drei bis vier Tagen sind die Abschiedsertheilungen, welche bisher regelmäßig im Anfange des siebenten Dienstjahres erfolgt sind, eingestellt worden. Gardeoffiziere behaupten, daß die Regierung außer der schon mehrfach erwähnten geheimnißvollen Kanone noch das Geheimniß eines anderen furchtbaren Zer-

störungswerkzeuges besitze — die Sache werde aber so geheim betrieben, daß sie selbst nicht einmal eine Idee davon hätten. — Der Kaiser war die ganze Woche sehr heiter, was seine Umgebung als das Symptom eines fest gefaßten Entschlusses ansah. Seit zwei Tagen scheint er mehr präoccupirt zu sein. — Die Nachrichten aus der Türkei sind sehr beunruhigend. Trotzdem, daß die griechische Regierung sich nicht zum Verzicht auf ihre Pläne in Epirus und Thessalien verpflichten wollte, auch wenn sie Kreta erhielte, haben der französische Gesandte am 28., die Ges. von Rußland, Oesterreich, Preußen und Italien am 30. März der Pforte den Vorschlag eröffnet, die Bewohner von Kandia über die Einverleibung in Griechenland, über die absolute Unabhängigkeit, über die Autonomie unter der Suzeränetät des Sultans abstimmen zu lassen. Die türkischen Minister erklärten hierauf, daß für sie die Frage von Kandia mit der Unterwerfung der Insel und den mit ihren Delegirten eben jetzt auszuarbeitenden Reformen abgeschlossen sei. Die Sprache des russischen Gesandten ist seit dieser Antwort sehr hochmüthig und drohend geworden. Und man ist hier darüber zweifelhaft geworden, ob man die beste Politik verfolge, indem man sich nicht von Rußland überflügeln lassen wollte, das seinen Einfluß auf die ihm eigenthümliche Weise im Orient wiedergewinnen will. Schwere Conflikte können jetzt zwischen Rußland und Frankreich entstehen, wenn dieses jenem nicht bis ans Ende des Wegs zur Seite gehen will. Die Türken sind durch die Schritte der Westmächte tief gekränkt worden; übrigens wendet sich die allgemeine Hoffnung mehr und mehr der energischen jungtürkischen Partei zu. (Fr. Z.)

Man schreibt dem „Moniteur“ aus Vera-Cruz, 15. März, daß die Einschiffung der letzten französischen Contingente unter den besten Bedingungen stattgefunden hat. Das Wetter begünstigte bis zum letzten Augenblicke die Operation, welche durch keinen Unfall unterbrochen oder aufgehalten wurde. Marschall Bazaine, der bis zur vollständigen Räumung des mexikanischen Gebietes in Vera-Cruz hatte zurückbleiben wollen, ist selber am 12. März an Bord des Linienschiffes „Le Souverain“ abgefahren. Die unter Befehl des Commodore Clouet stehende Flotten-Division hat am 15. März zu San Juan d'Ulloa die Anker gelichtet, um vor Sacrificios zur Panzerflotte zu stoßen, mit der sie am folgenden Tage gemeinsam die Rückfahrt antreten sollte. Der „Moniteur“ erwähnt in seinem Bulletin, neben den obigen Nachrichten aus Mexiko, des Kaisers Maximilian auch mit keinem Worte. Ebenso ist das „Mémorial Diplomatique“, das sonst über Alles, was das mexikanische Kaiserreich betrifft, sehr mittheilsam ist, vielleicht zum ersten Male ohne jede Meldung über das Schicksal des Kaisers Maximilian.

Den letzten Nachrichten aus Hayti zufolge bestätigt sich die telegraphische Meldung von einem Aufstande in Port-au-Prince. Die Regierung des Präsidenten Geffrard wurde gestürzt und dieser selbst genöthigt, mit seiner Familie an Bord des französischen Dampf-Aviso's „d'Estaing“, der ihn nach Kingstown geführt hat, Schutz zu suchen. Die Revolution kam ohne Blutvergießen zu Stande. Der „d'Estaing“ wurde, um nöthigenfalls die Interessen französischer Staatsangehörigen zu schützen, nach Port-au-Prince zurückgeschickt.

Wie das „Mémorial Diplomatique“ meldet, flößt der Mangel an Pferden in der Armee einige Besorgnisse ein. Bekanntlich wurde nach dem italienischen Kriege eine gewisse Anzahl Pferde bei Ackerbauern in Pension gegeben mit der Befugniß, nach sechs Jahren in ihren Besitz zu treten. Da diese Frist verlaufen ist, beschäftigen die Remonten sich damit, die durch diese Verfügung eingetretenen Lücken auszufüllen. Das „Mémorial Diplomatique“ will ferner wissen, daß zu gleicher Zeit mehrere Gewehr-Modelle in der Armee eingeführt werden sollen. Die einen werden der regulären Armee dienen, die anderen für die Elitetruppen, und die ungeänderten vorhandenen Gewehre wären für die Nationalgarden.

Wie das „Mémorial Diplomatique“ mittheilt, gibt der Gesundheitszustand des Hrn. v. Lamartine seinen Freunden und Bewunderern Anlaß zu ernstlichen Besorgnissen. Die Nationalbelohnung, bemerkt es dazu, dürfte in diesem Falle etwas spät eintreffen.

Briefe aus **Rom** vom 11. sagen, daß in der Nacht eine Proklamation angeheftet worden war, um das Volk zur Empörung aufzurufen, indem ihm die Unterstützung Garibaldi's zugesagt und hinzugefügt wird, Letzterer glaube, es sei der Augenblick gekommen, die Tyrannei der weltlichen Macht anzugreifen, daß er indessen die geistliche Autorität des Oberhauptes der Kirche respektiren werde. Eine provisorische Regierung würde ein Plebiscit hervorrufen, um die Frage der Annexion zu entscheiden. Auf diese Proklamation war in Rom durchaus keine Kundgebung gefolgt, aber die Regierung hatte Truppenverstärkungen nach der Gränze abgesandt, um die Bestrebungen der Emigranten und Garibaldianer zu überwachen. — Die „Nazione“ widerlegt die Angabe der „Times“, unter den Projekten, welche Ricasoli dem Könige vorgeschlagen, hätte sich auch eine Reduktion der Zinsen der Staatsschuld befunden. — Aus Anlaß des Jahrestages der Rückkehr des Papstes im Jahre 1850 hatte gestern eine glänzende Illumination statt. Es wurden Triumphbogen errichtet und der Papst mit lebhaften Akklamationen begrüßt. — Die in Neapel erscheinende „Italia“ vom 9. meldet, daß durch ein sehr dringliches Rundschreiben des Marineministers allen Commandanten das strengste Stillschweigen über die Rüstungen anbefohlen worden ist.

Florenz, 12. April. Der Prozeß Persano ist zu Ende. Der Staatsanwalt hat die Amtsentsetzung Persano's beantragt. Der Senat hat nun das Urtheil zu fällen. — Senator Cibrario ist aus Wien zurückgekehrt. Derselbe hat erreicht, daß ein österreichischer Kommissär in der Person des Barons Burger ernannt wurde, der mit Cibrario und dem Direktor der Florentiner Archive, Bonaini, die Frage der Herausgabe der aus Venedig weggebrachten Archiv- und Kunstschätze regeln soll. Die letzteren befinden sich noch in geschlossenen Kisten in Graz. (Ital. Bl.)

London, 13. April. Die westindische Post bringt von St. Thomas wieder günstige Nachricht über den Gesundheitszustand dieser schwer heimgesuchten Insel. Aus Chili wird gemeldet, daß die diplomatischen Verhandlungen zwischen den südamerikanischen und europäischen Regierungen dort die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Die Nachricht über eine Vermittlung seitens der Vereinigten Staaten machte Aufsehen. Im Hafen von Valparaiso war die mecklenburgische Barke „Herzog Albrecht“ gesunken. Die Revolution in Guatemala war unterdrückt und in den übrigen südamerikanischen Republiken herrschte Ruhe. In Bogota, der Hauptstadt von Neu-Granada, herrschte beträchtliche Aufregung wegen einiger Differenzen zwischen dem Präsidenten und dem Kongresse, welch letzterer Einsicht in die Anleihe-Kontrakte verlangte, die der Präsident mit den Firmen Robinson u. Co. in London und Primavesi in Bremen abgeschlossen hatte; überhaupt wurde Auskunft über die Fonds gefordert. Die Sache führte zu einer Zusammenziehung von militärischen Streitkräften in der Hauptstadt, und man erwartet eine Revolution.

London, 13. April. Im Unterhause fragte gestern Oberst Syker, ob die britischen Schiffe in Spanien, im Falle eines Bruches mit diesem Lande, rechtzeitig benachrichtigt werden würden, damit sie die spanischen Häfen verlassen könnten? Lord Stanley: Ich kann nur sagen, ich habe die aufrichtigste Hoffnung, daß eine solche Eventualität nicht entstehen wird. Sollte sie aber unglücklicherweise eintreten, so wird jedes Mittel angewandt werden, um britische Schiffe und britische Unterthanen rechtzeitig zu warnen und zu schützen. (Hört! Hört!) Der Antrag auf Vertagung des Hauses bis zum 29. ds. wird nach einigen Plänkeleien angenommen mit dem Einverständnisse, daß vorher die Debatte über Hrn. Gladstone's Amendement zu Ende gebracht werde. Diese Debatte wird von Hrn. Roebuck wieder aufgenommen, der die Meinung ausspricht, daß der Vorschlag des Schatzkanzlers liberaler und populärer als der Hrn. Gladstone's sei, und nicht umsonst habe Lord Cranbourne dem Plane des Exschatzkanzlers seinen Beifall gegeben. Wer es ernst mit der Reform meine und die Frage in dieser Session gelöst sehen wolle, der werde für die Regierung stimmen. Eine längere Debatte entspinnt sich, in der Hr. Bright den Ministern an's Herz zu legen sucht, daß sie jetzt, nach der Niederreißung so vieler Parteischranken, noch ein kleines Zugeständniß mehr machen und das Amendement annehmen könnten, das würde staatsmännisch gehandelt und edel sein. Der Schatzkanzler erklärt das Amendement für unannehmbar; es sei dem Prinzipe der Bill zu sehr entgegengesetzt. Auf andere Amendements würde die Regierung gerne eingehen, selbst das Schwierige zu Gunsten der Untermiether möchte sie in geneigte Erwägung nehmen, aber das Prinzip der persönlichen Abgabenzahlung könne sie in keiner Weise opfern. Sie wünsche die Mitwirkung des Hauses, aber anstatt ihr im selben Geiste entgegenzukommen, habe ihr Hr. Gladstone den Krieg bis an's Messer erklärt. Hr. Gladstone antwortete in einer kurzen Rede, in der er abermals betheuert, es sei seine feste und gewissenhafte Ueberzeugung, daß eine auf dem Prinzipe der Abgaben beruhende Maßregel niemals im Stande sein werde, die Frage auf die Dauer zu lösen. Um halb 2 Uhr Morgens schreitet man zur Abstimmung. Es ergaben sich für Gladstone's Amendement 289, gegen Gladstone's Amendement 310 Stimmen, Majorität für den Minister 21 Stimmen. Die Ankündigung des Resultats weckt einen wahren Beifallssturm auf der ministeriellen Seite des Hauses und viele Mitglieder drängen sich um Hrn. Disraeli, ihm die Hand zu drücken und Glück zu wünschen. Die Comitesitzung wird gleich darauf abgebrochen und vertagt sich zehn Minuten nach 2 Uhr Morgens.

Chicago, 27. März. Der Kampf um die Negerstimmen hat begonnen. Die republikanische Partei im Kongreß begreift die Wichtigkeit der diesen Sommer und Herbst im Süden stattfindenden Wahlkämpfe, und ein Generalausschuß ist ernannt, um Maßregeln zu

treffen, den ganzen Süden mit radikalen Preßerzeugnissen und mit Rednern zu überfluthen. Ebenso nöthig wäre die Gründung radikaler Zeitungen im Süden, die bis dahin immer noch ungenügend vertreten sind. Die Deutschen haben es in der Beziehung den Amerikanern vorausgethan. Schon seit Jahren verficht nahe der mexikanischen Gränze die „Freie Presse" zu San Antonio die Grundsätze der Gleichberechtigung Aller, und zwar ohne jene Belohnung der Berühmtheit, die z. B. den ähnlichen Kampf der Deutschen in Missouri so sehr erleichtert. In Tennessee haben wir die tägliche „Staatszeitung", in Memphis die „Neue Zeit", in Kentucky das „Louisviller Volksblatt", in Baltimore den von W. Rapp und Schnauffer energisch geführten „Wecker", in New-Orleans das „Journal". Die von Negern in verschiedenen südlichen Plätzen gegründeten Zeitungen haben bis jetzt keine große Lebensfähigkeit gezeigt, außer der „Tribune" in New-Orleans, in welcher Stadt die Zahl gebildeter und wohlhabender Farbigen größer als irgendwo anders ist. Nehmen wir dazu, daß die große Mehrzahl der Neger noch immer nicht lesen kann, daß Viele, die von den großen Verkehrsstraßen ab liegen, von den Umwälzungen, die vorgegangen, nur unvollkommene Kenntniß erhalten, so wird die Arbeit, die für den republikanischen Norden zu thun ist, ermessen werden können. Im schlimmsten Falle wird sich das allgemeine Stimmrecht im Süden die allgemeine Erziehung selbst erobern. Einen komischen Eindruck macht die Ruhe und Ergebung, mit welcher man im Süden die Militärherrschaft aufnimmt, zu den Prophezeiungen der demokratischen Pressen im Norden, welche einen Verzweiflungskampf in Aussicht stellten, eine Art Sklavenkrieg aus den Römerzeiten. Aber die Herren im Süden sind keine Katonen, und sie können den „Untergang der Freiheit" um so leichter und ruhiger mit ansehen, als sie, d. h. die Freiheit, seit 1865 noch gar nicht aufgegangen ist, da der Süden seitdem ja stets unter Militärherrschaft stand, wenn auch durch Johnson das Joch ungemein sanft gemacht war. Das Neue ist nur der Befehl des Kongresses, den Neger fortan als stimmberechtigten Bürger bei allen Wahlen anzuerkennen. — Die Freilassung des Jeff. Davis steht nahe bevor. Ihn vor ein Kriegsgericht zu stellen, daran ist schon lange nicht mehr gedacht, und da Oberrichter Chase in Virginien keine Gerichtssitzung halten will, so lange dasselbe unter Militärherrschaft steht, ist auch kein Civilprozeß möglich. Unter solchen Umständen wird eine Freilassung gegen Bürgschaft ohne Zweifel erfolgen. Die Nation hat Jeff. Davis beinahe vergessen. — Der im Hause der Abgeordneten angenommene Antrag, eine Vertagung nur von Monat zu Monat zu beschließen, statt auf Dezember, wie der Senat wollte, gibt den auf Anklage des Präsidenten dringenden Radikalen neue Hoffnung. (Schw. M.)

Neueres.

Dresden, 15. April. Das amtliche „Dresdener Journal" dementirt die von verschiedenen Zeitungen gebrachte Nachricht, daß die preußische Regierung das sächsische Postwesen übernommen habe. Es sei, sagt das Blatt, in dieser Beziehung nichts Anderes vereinbart worden, als was in dem norddeutschen Verfassungsentwurfe darüber bestimmt ist.

Paris, 14. April. Die „Standarte" sagt in Bezug auf die Gerüchte von einer Neutralisirung Luxemburg's: es scheint uns unzweifelhaft, daß die Frage in dieser Weise nicht hat gestellt werden können. Eine solche Lösung würde keines der betheiligten Interessen zufriedenstellen, und hätte wenig Aussicht, diesseits und jenseits des Rheins angenommen zu werden. Dasselbe Blatt hat folgende Nachschrift: Das Gerücht geht, und wird durch sämmtliche uns zugehende Nachrichten nicht Lügen gestraft, daß man eine baldige und befriedigende Lösung der Luxemburger Frage hoffen kann.

Lissabon, 14. April. Brasilien soll die Vermittlung der Vereinigten Staaten ablehnen.

Florenz, 14. April. Die Verhandlungen über den mit Oesterreich abzuschließenden Handelsvertrag nehmen einen guten Fortgang. Der österreichische Gesandte hatte heute eine längere Konferenz mit Rattazzi, der sich persönlich mit den diesbezüglichen Verhandlungen beschäftigt.

Telegramm
der Neuen Würzburger Zeitung.

***Berlin**, 17. April. Bezüglich der Nachrichten über besondere Militärvorkehrungen wird authentisch versichert, daß lediglich die im Herbste begonnene Erweiterungsorganisation der Linie und Landwehr jetzt vollendet werde. An Gewehrfabriken sei keine außerordentliche Leistungsforderung gestellt, der Zündnadelgewehrvorrath decke die benöthigte Verausgabung.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1862	$63\frac{1}{4}$ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	58—$57\frac{3}{4}$ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$50\frac{3}{4}$—$\frac{1}{2}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	$41\frac{1}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$38\frac{3}{8}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	99 P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$92\frac{1}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$92\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$87\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$87\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$88\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$92\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$90\frac{1}{4}$ P
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	93 P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b Rothsch.	—
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
„	4 pCt. Obl. dto.	$86\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{2}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	83 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
N. Amerika	6pCt. a 1000r 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$78\frac{1}{4}$ P
„	6pCt. ditto r. 1882 „	77—$76\frac{1}{2}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	125 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	643 P
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$152\frac{1}{2}$—$51\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	192 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	330 P. 325 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr à 28 kr	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 106 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$104\frac{1}{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$47\frac{1}{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$70\frac{1}{4}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$43\frac{3}{8}$ G.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$114\frac{1}{8}$ P. 114 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{8}$ G.
Antwerp Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ G
Berlin Th. 60 k. S.	$106\frac{1}{2}$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{3}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{4}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{2}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{1}{2}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{3}{4}$—[illegible] G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$—$\frac{5}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$89\frac{3}{4}$—$\frac{7}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$89\frac{7}{8}$ P
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	55 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$62\frac{5}{8}$—$\frac{3}{8}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$110\frac{3}{4}$ P.
„ do. v. 1864	—
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$95\frac{3}{4}$—$\frac{5}{8}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	$52\frac{1}{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$63\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 [illegible] P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 16. April. Da im Augenblicke der Börse jede Basis für ihre Operationen fehlt, so ist das Geschäft ein sehr unbedeutendes und die Schwankungen sind nur sehr unwesentlich. Die Course folgen höchstens den von den auswärtigen Plätzen gegebenen Impulsen zum Steigen oder Fallen. Nur Amerikaner haben sich nach kurzer Mitleidenschaft rasch wieder emanzipirt und gehen als ächte Republikaner ihren eigenen Weg, der immer wieder rasch zur Höhe führt. Oesterr. Effekten verkehrten Anfangs fest, dann etwas matter und schließlich wieder fest. Süddeutsche Werthe erholen sich nach und nach von den erlittenen unverhältnißmäßigen und ungerechtfertigten Einbußen. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 108. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 18. April 1867.

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 16. April. Seine Majestät der König hat durch Entschließung vom 14. ds. das Nachstehende verfügt:

Pensionirt werden: die Generalmajore L. Ritter v. Jenisch, Kommandant der Stadt Ansbach, und G. Ritter v. Welsch, Kommandant der Stadt Bamberg, der charakt. Generalmajor K. Frhr. v. Mantey-Dittmer, Kommandant der Stadt Regensburg, dann die Obersten G. Geeb, Kommandant des Invalidenhauses, K. Rittmann, Kommandant der Stadt Nürnberg, und L. Heßlinger vom 3. Inf.-Reg.

Versetzt werden: der Generalmajor B. v. Tausch, Kommandant der 3., als solcher zur 4. Kav.-Brig., und der Major F. Kohlermann vom 2. zum 8. Jäg.-Bat.

Ernannt wird: zum Kommandanten der 3. Kav.-Brig.: der Generalmajor und Generaladjutant Sr. Maj. des Königs C. Graf zu Pappenheim unter gleichzeitiger Belassung in seiner gegenwärtigen Funktion.

Befördert werden: zum General der Kavallerie: der charakt. General der Kavallerie L. Frhr. v. Hohenhausen, General-Adjutant Sr. Maj. des Königs und General-Kapitän der Leibg. der Hartschiere; zu Generalmajoren: die Obersten Cl. Pesenecker vom 1. Infant.-Reg. als Kommandant der 2. Inf.-Brigade und Ph. Straub vom 11. Inf.-R. als Kommandant der 4. Inf.-Brig.; zum Oberstlient.: der Major: Ed. Högele vom 5. zum 3. Inf.-Reg.; zum Major: der Rittmeister M. Frhr. v. Egloffstein vom 4. im 6. Chev.-Reg.

Charakterisirt werden: als Generalmajor: der Oberst W. Ritter v. Xylander, Vorstand der Armee-Montur-Depot-Kommission; als Oberstlieutenants: die Majore O. Ritter v. Schmädel, Platzstabsoffizier vom Festungs-Commando in Ulm, W. Bechtold, Platzstabsoffizier von der Kommandantschaft der Hauptstadt München und M. v. Wendt vom Haupt-Montur- und Rüstungs-Depot; als Majore: der Hauptmann Fr. Frhr. v. Reitzenstein vom Haupt-Montur- und Rüstungsdepot, der pens. Rittmeister C. Frhr. v. Weveld und der Hauptmann à la suite S. Freiherr v. Tucher.

Se. Maj. der König hat durch Entschließung vom 14. ds. Nachstehendes genehmigt:

Pensionirt wird: der Oberkriegskommissär 2. Kl. F. Lingg von der Militär-Rechnungskammer.

Ernannt wird: der Oberkriegskommissär 2. Kl. und bisherige Kontroleur bei der Hauptkriegskasse, J. Schübel, zum Hauptkriegskassier.

Befördert werden: zu Oberkriegskommissären 2. Kl.: die Oberkriegskommissäre 2. Klasse Fr. Recknagel beim Generalkommando Augsburg und J. Backert, Referent des Kriegsministeriums; zu Oberkriegskommissären 2. Kl.: die Kriegskommissäre H. Gyßen vom Festungsgouvernement Landau bei der Hauptkriegskasse als Kontroleur und F. Häring beim Artilleriekorpskommando; zum Kriegskommissär: der Regimentsquartiermeister G. Gerheuser bei der Buchführung des Kriegsministeriums.

** **München,** 16. April. In seiner heutigen Sitzung ist der Gesetzgebungsausschuß in der Berathung des 50. Hauptstückes fortgefahren. Zunächst wurde die vom k. Regierungskommissär vorgelegte neue Fassung des Art. 861 a berathen; derselbe trifft für den Fall Vorsorge, wenn bewegliche Sachen in Folge einer von den Gläubigern bewirkten Vorsichtsverfügung vorläufig mit Beschlag belegt worden sind und nun der Gläubiger eine vollstreckbare Urkunde oder Urtheil erwirkt hat und bestimmt, daß hier gleich auf Grund der früheren vorläufigen Beschlagnahme in der Sache weiter verfahren werden kann. Der Ausschuß trat diesem Vorschlage bei und nahm den Art. 861 a in der neuen Fassung an. Für die Artikel 862 bis 867 hatte der k. Regierungskommissär eine neue Fassung vorgelegt. Es handelt sich in diesen Artikeln um die Regelung der Frage, wie der Erlös in die Hände der berechtigten Gläubiger zu bringen sei. Im Allgemeinen unterscheiden sich die neuen Vorschläge dadurch von dem Entwurfe, daß die in letzterem enthaltene gerichtliche Hinterlegung des Erlöses, sowie überhaupt jeder Vermittlungsweg zwischen den Gerichtsvollziehern und den Gläubigern als unnöthig weggelassen ist, so daß die Thätigkeit des Gerichts nur auf den Fall beschränkt ist, wenn der Erlös nicht ausreicht und eine Verständigung der Gläubiger nicht erzielt wird; daß beim Vertheilungsverfahren sich zwischen der Competenz der Bezirks- und Einzelgerichte unterschieden wird, während der Entwurf ohne Rücksicht auf den Erlös das Vollstreckungsgericht als zuständig erklärt. Der Ausschuß stimmte im Wesentlichen diesen Grundsätzen bei.

Großh. Hessen. Die „Mainztg." schreibt über die hessisch-preußische Militär-Convention: „Der Höchstkommandirende ist der König von Preußen; derselbe ernennt den Divisionär, die übrigen Offiziere hingegen werden von unserem Großherzog ernannt. Das ganze hessische Contingent erhält die bundesmäßige Uniform; ebenso wird auch das preußische Exercitium und Reglement eingeführt. Die Regimenter bekommen die fortlaufenden Nummern des norddeutschen Bundesheeres. Der bittere Kelch, 225 Thlr. per Kopf bezahlen zu müssen, scheint uns erspart zu bleiben, da wir voraussichtlich unsere eigene Militärverwaltung behalten."

Frankfurt, 15. April. Der Geh. Ober-Postrath Stephan ist gestern hier eingetroffen behufs Regulirung der Uebernahme des ehemals Thurn und Taxis'schen Postwesens.

Berlin, 15. April. (Reichstags-Sitzung.) Präs. Simson eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Die Tribünen sind überfüllt in der Hofloge der Kronprinz, Prinz Carl, Prinz August von Würtemberg, Prinz Nikolaus von Nassau. Am Tische der Bundeskommissare Graf Bismarck, v. Roon u. s. w. — Der Präs. theilt Näheres über den Gang der bevorstehenden Verhandlungen (Schlußberathung über die Verfassung) mit und ertheilt zuerst das Wort dem Grafen Bismarck.

Graf Bismarck: Mit aufrichtiger Genugthuung konstatire er, daß in den meisten Punkten (etwa 40) die Vertreter der Regierungen

Feuilleton.

Vermischtes.

Die „Didaskalia" schreibt: Auch für Nichtjuristen hat ein von dem bekannten Dichter Dr. J. V. Scheffel wider die Berliner Verlagsbuchhandlung von O. Janke anhängig gemachter Prozeß wegen Nachdrucks des Romans „Ekkehard" großes Interesse erregt. Der fragliche Prozeß war ursprünglich bei dem hiesigen Kreisgericht anhängig, und zwar aus dem Grunde, weil der Verlagsvertrag über jenes Werk von dem Verfasser (mit der Meidinger'schen Buchhandlung in Frankfurt) ursprünglich hier abgeschlossen war. Jene Berliner Buchhandlung behauptete, Rechtsnachfolgerin dieser Frankfurter Handlung geworden zu sein, indem sie das noch in Rechtswirkung bestehende Verlagsrecht aus der Gantmasse dieser letzteren Handlung käuflich erworben habe. Schon die hierauf bezüglichen Vorfragen waren von Interesse. Sie wurden zu Gunsten des Klägers Dr. Scheffel entschieden. Ebenso fiel auch die Entscheidung in der Hauptsache zu seinen Gunsten aus. Die beklagte Verlagsbuchhandlung beabsichtigte nämlich, ihr angebliches Verlagsrecht in exorbitanter Weise auszudehnen, da sie nicht nur die Herausgabe des betreffenden Romans einfach fortsetzen, sondern auch eine besondere illustrirte Ausgabe veranstalten und den Text des Romans in eine belletristische Zeitschrift (Romanzeitung) aufnehmen wollte. Durch Urtheil wurde der beklagten Verlagshandlung alles Dieses unter Androhung einer namhaften Geldstrafe untersagt und wurde dieses Urtheil, auf eingeführte Berufung und Oberberufung von den zuständigen Gerichtshöfen in Mannheim bestätigt.

Der Kaiser von Rußland hatte dem Herrn Fox, der in einem außerordentlichen Auftrage des Kongresses der Vereinigten Staaten von Nordamerika nach Rußland gekommen war, als Zeichen seines Wohlwollens eine kostbare Tabaksdose, mit Brillanten geziert, geschenkt. Da die Beamten der Vereinigten Staaten nicht das Recht haben, ohne Bewilligung des Kongresses Geschenke von fremden Souveränen anzunehmen, wurde Herrn Fox und seinen Begleitern durch ein besonderes Gesetz gestattet, die ihnen vom Kaiser von Rußland verliehenen Geschenke anzunehmen; ein anderes Gesetz befreite sie von der Entrichtung der Steuer für diese Gegenstände, was nicht unwesentlich war, da für die Tabaksdose allein ein Eingangszoll von 4000 Dollars hätte entrichtet werden müssen.

Bei der Ausstellung in Paris haben, wie die „Nordd. Allg. Zeitung" meldet, nur Frankreich und Preußen einen Muster-

den Beschlüssen des Reichstages zustimmen, vorausgesetzt, daß es zu einer Verständigung über die zwei Punkte kommt, welche, falls eine solche Verständigung nicht erfolgt, ein Hinderniß der Vereinbarung sein würden. Diese zwei Punkte sind Sicherstellung der Heeres-Einrichtung und die Zahlung von Diäten. Graf Bismarck zählt dann die einzelnen Punkte auf, in welchen die Regierungen den Abänderungen des Reichstages zustimmen. Bei einzelnen Punkten habe man zweifellose Verbesserungen erkannt, bei anderen sei den Regierungen die Zustimmung nicht leicht geworden, aber dieselben hätten sich von dem Geist der Vermittlung leiten lassen, der, wie sie hoffen, auch bei der Schlußberathung herrschen und die individuellen Ansprüche hinter die auf das Ganze gerichteten nationalen Anforderungen zurücktreten lassen wird.

Der Präsident stellt zunächst das Carlowitz'sche Amendement (welches en-bloc-Annahme des Entwurfs in der jetzt vorliegenden Gestalt will) zur Unterstützung. Es erheben sich dafür 38 Stimmen. (In der Schlußberathung sind zur Unterstützung von Amendements 30 Stimmen erforderlich). Zur General-Diskussion nimmt zuerst das Wort:

Abg. Reichensperger (für die Vorlage). Er habe kein Verständniß dafür, daß es Leute gibt, welche das Zustandekommen des norddeutschen Bundes nicht wollen. Nachdem die Verträge von 1815 zerstört worden, sei dieser Bund eine Nothwendigkeit und es müßten an die Spitze desselben die Hohenzollern mit derselben inneren Nothwendigkeit treten, mit welcher früher die Herzöge von Schwaben, Franken ꝛc., die Luxemburger und Habsburger an der Spitze des Reiches standen. Redner geht dann näher auf den Verfassungsentwurf ein, in welchem er namentlich eine präzise Feststellung des Budgetrechtes vermißt und er hält es für die Pflicht der künftigen Reichstage und aller Faktoren der Gesetzgebung, möglichen Konflikten vorzubeugen. In der Diätenverweigerung erblickt Redner eine unzulässige Beschränkung des passiven Wahlrechts. Er erinnert an die frühere erste Kammer, in welcher zahllose Wahlbezirke in Folge der Nichtzahlung von Diäten sich durch Berliner Geheimräthe vertreten ließen, und dieser Uebelstand sei ein Hauptgrund gewesen, daß die zweite Kammer 1854 die Bildung der ersten Kammer ausschließlich in die Hände Sr. Majestät legte. (Widerspruch rechts.) Er habe diese Ansicht schon damals ausgesprochen. Und was sei denn bei dem jetzigen Herrenhause der Fall? Man habe die Beschlußfähigkeit desselben auf 60 herabsetzen müssen. (Große Unruhe rechts.) Das sei doch eine Thatsache. — Die Mitglieder der liberal-nationalen Partei hätten früher stets gesagt: gebt uns ein deutsches Parlament, und wir werden Euch den Bundesstaat geben; nun, das Parlament sei da, und was haben die Herren geschaffen? Im Volke herrsche zwar Windstille, aber der Windstille folge oft der Sturm. (Große Unruhe rechts, Beifall links.) Redner schließt mit der Erinnerung an die Thronrede, daß ein neues großes deutsches Vaterland erstehen solle.

Graf Bismarck: Ich bin nicht in der Lage, schon körperlich nicht, mich mit den ausgeruhten Kräften (Heiterkeit) des Vorredners in einen Redekampf über Dinge einzulassen, über welchen wir seit 6 Wochen diskutirt haben. Ich knüpfe nur an seine Erklärung an, daß die Personen der Minister nicht inamovibel (unentfernbar) sein, eine Erklärung, die ich mit vollem Herzen unterschreibe. Ich will dem Vorredner erklären, daß, wenn es ihm gelänge, seine Ansicht zur Geltung zu bringen, ich nicht im Stande wäre, die Verantwortung dafür zu übernehmen, ich würde vielmehr an den König die Bitte richten, mich meiner Stellung als Bundeskommissär und preußischer Minister zu entheben, und würde dadurch dem Vorredner die Chance geben, an der Spitze der Majorität, mit der er mich werfen würde, zu versuchen, ob er ebenso gut regieren wie reden kann. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Waldeck freut sich, daß die Befürchtungen, die Partikularisten würden sich als Feinde der preußischen Spitze zeigen, bis auf eine oder zwei Ausnahmen sich als grundlos herausgestellt haben. Ueberall acceptire man die preußische Spitze. Man biete jetzt eine Bundes-Akte; dazu gehören Verträge mit den kleinen Staaten, aber keine Mitwirkung des Volkes. Auch 1815 habe man nicht das Volk berufen. Er behaupte, daß die Verträge Preußens mit den kleinen Staaten vom 18. August 1866 gültig bleiben, auch wenn hier keine Einigung erfolgte. Die Kontingente würden trotzdem in die preußische Armee eingereiht und die 225 Thlr. pro Kopf gezahlt werden. Es bedürfe also gar nicht der Exportation der Volksrechte. Redner führt aus, weshalb er der Verfassung nicht zustimmen könne. Das Budgetrecht sei vernichtet und dem bisherigen Preußen die Hände gebunden. Wozu die Berufung an das Volk, wozu die Tribüne, wenn man das Volk so geringschätzt, wie es im Verfassungsentwurf geschehe? Redner erörtert alsdann die Zusammensetzung des Bundesraths, die gänzlich unannehmbar sei mit der Majorität von 26 gegen 17 und die Heranziehung Süddeutschlands unwahrscheinlich mache. Der alte Bund werde dadurch reproduzirt in all seinen Untugenden, in all seiner Schädlichkeit. Von einem Bundesstaat könne da nicht die Rede sein, sondern von einem Staatenbund mit all seinen Mängeln. Wir wollen einen Bundesstaat, aber nur so, daß er den jetzigen preußischen Einheitsstaat nicht schädigt, wir wollen ihn, aber mit einem verantwortlichen Ministerium. Budget ohne solche Verantwortlichkeit sei illusorisch. Aus all den angeführten Gründen werde er die Verfassung ablehnen.

Oldenburgischer Kommissär v. Rössing: Die oldenburgische Regierung ist in verschiedenen Punkten anderer Ansicht gewesen als die Majorität der verbündeten Regierungen, aber sie hat sich untergeordnet und steht jetzt ebenso fest und entschieden zu dem Entwurfe wie die übrigen Regierungen. An diejenigen Herren, welche die Neigung haben, dem entgegenzutreten, was die sämmtlichen verbündeten Regierungen einstimmig für nothwendig erachtet haben, richte ich die Mahnung, ihre subjektiven Ansichten unterzuordnen.

Ein Antrag auf Schluß der Generaldiskussion wird angenommen. Präs. richtet an das Haus die Frage, ob gegen den Antrag v. Carlowitz-Bockum-Dolffs auf en bloc-Annahme Widerspruch erhoben wird. (Der Widerspruch eines einzigen Mitgliedes genügt, um den Antrag fallen zu lassen.) Abg. Wagener (Neustettin) widerspricht, der Antrag ist somit gefallen.

Es folgt die Abstimmung über die Einleitung; dieselbe wird mit großer Mehrheit angenommen. (Diese und die folgenden Abstimmungen sind eventuelle, unter Vorbehalt der Schlußabstimmung über den ganzen Entwurf.)

Zu Art. 1 (Bundesgebiet) liegt ein Amendement der Abgeordneten Kryger und Ahlmann vor, welches den bekannten Vorbehalt wegen Nordschleswigs enthält. Dasselbe wird nicht ausreichend unterstützt. Die Art. 1, 2 und 3 werden darauf ohne Diskussion angenommen.

Abg. Lasker für Diäten, weil er das allgemeine Wahlrecht nicht bloß dulde, sondern voll und als nothwendig acceptire.

Bundeskommissär Graf zu Eulenburg: Zu den Vorsichtsmaßregeln, die bei dem allgemeinen Wahlrecht anzuwenden, gehöre die Nichtzahlung von Diäten. Das allgemeine Wahlrecht funktionire nur richtig, wenn die Tausende von Stimmen sich auf Diejenigen richten, welche im Wahlkreise Bedeutung hätten durch Stellung, Amt, Reichthum ꝛc.; gefälscht werde dieses Wahlrecht, wenn sich krankhaft strebsame Leute desselben bemächtigen, die durch die Diäten vielleicht über

---

garten angelegt. Die übrigen Nationen haben den Raum, der ihnen zu Gartenanlagen dienen konnte, mit verschiedenen Arten von Gebäuden, mit Tempeln und Palästen, Pavillons, Landhäusern u. s. w., als Proben ihres Baustyles, besetzt, so daß sich um den Industrie-Palast eine völlige kleine Ausstellungsstadt gebildet hat. — Aus Paris hört die „Kreuzzeitung", daß sich im Mai dort viele Flüchtlinge aus den verschiedensten Gegenden zu versammeln gedenken. — Der sechste internationale statistische Congreß, welcher im vorigen Jahre ausfiel, soll in der Woche vom 29. September bis 5. Oktober in Florenz tagen. Hauptgegenstände der Berathung werden sein, nächst den Fragen über Organisation der Statistik beziehungsweise des Congresses: Die „Absterbe-Ordnung" mit besonderer Rücksicht auf die Bedürfnisse der Versicherungs-Gesellschaften; das System meteorologischer Beobachtungen; Hydrographie, Agrikulturstatistik und Grundkredit; Communalstatistik des Münz- und Geldwesens; Polizeistatistik; Militär-, beziehungsweise Militärsanitäts-Statistik, Statistik der wissenschaftlichen Bildungsmittel und der Kunstschulen.

Bern, 14. April. Nach einer Mittheilung in dem „Berner Blatt" beschäftigt sich die Kirchendirektion ernstlich mit der Frage der Verminderung der katholischen Feiertage im Jura. Daß bisher in dieser Sache nichts geschah, hat seinen Grund hauptsächlich darin, weil man sich der Hoffnung hingab, die Unterhandlungen mit Rom würden zu einem befriedigenden Resultate führen; in diesem Fall hätte dann auch die katholische Geistlichkeit keinen Grund gehabt, sich dagegen aufzulehnen. Die Geduld ist nun aber nachgerade denn doch den bernischen Behörden ausgegangen und sollen schon auf der nächsten Großrathssession mit einem einläßlichen Bericht begleitete Anträge vorgelegt werden, dahin gehend, es seien die katholischen Feiertage auf fünf oder sechs im Jahr zu reduziren. Natürlich kann Niemand gezwungen werden, an den abgeschafften Feiertagen zu arbeiten; aber wer arbeiten will, dem soll es gestattet sein. Nach und nach würde Alles von selbst sich geben. Bekanntlich hat der katholische Jura mehr Feiertage als Frankreich und mehr als selbst Freiburg. Das ist offenbar des Guten zu viel, da die vielen Feiertage lähmend auf die Entwicklung der Landwirthschaft, der Gewerbe und der Industrie einwirken.

Gebühr entschädigt werden (oh, oh!). Diese Leute bringen Agitation in die Versammlung. Er erinnere an 1848, wo jeder Schneidergeselle in Folge der Diäten glaubte Anspruch auf einen Sitz in der Nationalversammlung und dann im Ministerium zu haben. Er erinnere an 1862; war damals das preußische Abgeordnetenhaus die wirkliche Vertretung des preußischen Volkes? Nein! (Widerspruch.)

Abg. v. Bennigsen will nur kurz seine von der Vorberathung abweichende heutige Abstimmung motiviren. (Sensation, Unwille.) Die Gründe seien lediglich äußere. (Hört.) Er habe die Gewißheit, daß das Wesen der Verfassung an diesem Punkte scheitern werde und dafür wolle er nicht die Verantwortung übernehmen. Die Verfassung sei mangelhaft, aber doch geeignet zur Förderung des nationalen Werkes in den nächsten Jahren. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Grumbrecht für Diäten, Abg. Graf Schwerin gegen Diäten.

Darauf wird mit 199 gegen 90 Stimmen die Regierungsvorlage (Verbot der Diäten) wieder hergestellt. Art. 33—59 werden ohne Diskussion angenommen.

Die Sitzung wird um 1¾ Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Dinstag 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Schlußberathung.

Wien, 13. April. Der Redakteur der in Prag erscheinenden „Politik" ist wegen Verdachtes der Mitschuld am Vergehen des Mißbrauchs der Amtsgewalt verhaftet worden. Die Maßregel soll mit der Veröffentlichung der bekannten Ofener Militär-Erlasse im Zusammenhange stehen. Die Sache erregt großes Aufsehen, da in dem österreichischen Preßgesetz ein Zeugenzwang der Redakteure nicht vorgesehen ist.

Der dem Reichsrathe vorzulegende Gesetzentwurf zur Verfassungsrevision ist vom Hofrath Steehlin ausgearbeitet und bereits vollendet; derselbe wird zuvor der Berathung hervorragender Parteimänner unterzogen werden. (P. L.)

Schweiz. In einem bemerkenswerthen Artikel des „Bunds", des offiziösen Organs der Schweizer Eidgenossenschaft, heißt es über die Luxemburger Angelegenheit: Ein Rechtstitel ist von Frankreich nirgends aufzufinden. Es ist von Rechts wegen weder Verbündeter Luxemburgs, wie Deutschland, noch Souverän, wie der König von Holland, noch dessen Erbe, wie das Haus Oranien-Nassau. Es hat auch kein vertragsmäßiges Recht im Lande, wie das preußische Besatzungsrecht in der Hauptstadt, nicht einmal eine völkerrechtliche Servitut, wie die Schweiz in der Neutralisirung und dem Besatzungsrecht Nordsavoyens. Vom Standpunkte des Nationalitätsprinzipes endlich, welches Frankreich selbst ins Leben gerufen und fortwährend und überall für sich geltend gemacht hat, muß gesagt werden, daß Luxemburg gerade nicht Frankreich gehört und daß sein Anspruch, die deutschen Luxemburger gewaltsam zu Franzosen zu machen, mit seinem eigenen so oft und selbst mit Pomp proklamirten Grundsatze im grellsten Widerspruch steht. Den besten Beweis für den Mangel eines Rechtes liefert Frankreich selbst, indem es Luxemburg kaufen, d. h. mit andern Worten, für Geld einen Rechtstitel herstellen will, der anderswie nicht zu beschaffen ist. Ein Recht auf Luxemburg hat also Frankreich nicht, sondern nur ein Interesse, es zu erwerben. Dieses Interesse drücken die Franzosen selbst am treffendsten mit den Worten aus: Wir wollen Luxemburg haben, mithin müssen wir es haben. Es ist dies das Festhalten an dem stets behaupteten Rechte Frankreichs, sich in die Angelegenheiten aller Länder, in welchen eine Aenderung, eine Crisis, ein Aufschwung vor sich geht, einzumischen und für die Einmischung, ja nun sogar für die Nichteinmischung einen Preis als Tribut der Anerkennung entrichten zu lassen. Es mag sein, daß dies zwingende Interessen Frankreichs sind, wenigstens nach der Anschauung der Franzosen. Allein es fragt sich, ob die Völker auch geneigt sein werden, diese Ansprüche fürder noch anzuerkennen. Jetzt verlangt es ein Stück fremden Landes, ohne dafür etwas Anderes gethan zu haben, als daß es sich verspätet hat, indem es sich in die deutsche Frage einmischen wollte.

Paris, 14. April. Die „Patrie" schreibt offiziös: „Wiener Blätter und Telegramme sprechen von „Noten" oder „Rundschreiben", welche die französische Regierung neuerdings über die Luxemburg-Frage erlassen hätte. Wir glauben, daß diese Blätter und die telegraphischen Bureaux von Wien falsch berichtet sind." — Man schreibt dem „Avenir national" aus Lyon: „Seit einigen Tagen wird auf dem hiesigen Bahnhofe ein ungeheures Kriegsmaterial, Kugeln, Haubitzen, Kanonen u. s. w. verladen. In wenigen Stunden hat man vor meinen Augen zwanzig Waggons angefüllt. Die Kanonen werden demontirt und Stück für Stück wird in hermetisch geschlossenen Wagen verwahrt, so daß Niemand unterwegs etwas bemerken kann." In einem anderen Briefe aus derselben Stadt heißt es: Unser Kriegsmaterial ist nach dem Osten abgegangen. Die ganze Artillerie ist fort. In vier Tagen haben wir von Lyon gegen 175,000 Projektile verschickt. Alle Belagerungslafetten und Pläne sind von hier abgegangen, die Pferde der Gendarmen werden für die Cavallerie requirirt, die Regimenter werden reorganisirt, der Befehl ist heute um 3 Uhr eingetroffen. Man vermehrt jedes Regiment um zwei Compagnien. Man spricht auch von einer Reorganisation der Artillerie, die um ein Drittheil stärker werden solle, doch ist diese letztere Nachricht nur offiziös.

Paris, 15. April. Der „Moniteur" meldet aus der Havanna, daß am 22. März das von Gegenadmiral de la Roncière le Noury befehligte Panzergeschwader und das Linienschiff „Souverain", an dessen Bord sich Marschall Bazaine mit Familie befindet, beinahe gleichzeitig in dem dortigen Hafen eingelaufen sind. Ihnen folgten bald darauf der „Navarin" und der „Magellan". An Bord des letzteren war Capitän Cloue, der zuletzt von Sacrificios abgefahren war, nachdem er das Fort San Juan d'Ullea den kaiserl. mexikanischen Behörden übergeben hatte. Die „Themis" und die Kriegsschiffe der Antillen-Division waren gleichfalls, unter Gegenadmiral Didelot, im Hafen der Havanna. Die Vorkehrungen waren so glücklich getroffen, daß bei dieser ungewöhnlichen Vereinigung von 16 Kriegsschiffen mit 200 Kanonen und einer Bemannung von 4000 Köpfen kein Unfall sich ereignet hat. Ein vollkommenes Einverständniß herrschte in allen Beziehungen mit den Lokalbehörden vor, und es wurde die spanische Gastlichkeit in freundschaftlichster und verbindlichster Weise auf einem Bankett ausgeübt, welches Gegenadmiral Chacon, Oberbefehlshaber der Marine der Havanna, den französischen Admiralen und Linienschiffkapitänen gegeben hat. Am 27. März ging der „Souverain" wieder in die See.

Paris, 15. April. Gegen das Journal „Avenir national" ist gerichtlich eingeschritten worden, weil es falsche Nachrichten über Rüstungen publizirte.

Paris, 15. April. Die „Patrie" schreibt: „Folgendes wäre, wenn wir recht berichtet sind, der gegenwärtige Stand der diplomatischen Verhandlungen über die Luxemburger Frage. Drei von den Großmächten, welche die Verträge von 1839 unterzeichnet haben, sind von der Frage offiziell in Anspruch genommen und suchen unter sich, mit Ausschluß Frankreichs, Rußlands und Hollands, die Lösung, welche in Vorschlag gebracht werden könnte. Sobald diese Prüfung beendet sein wird, werden die Regierungen von Großbritannien, Rußland und Oesterreich ihre Anschauungen den Höfen von Paris, Berlin und dem Haag mittheilen und dann erst werden die Pourparlers eröffnet werden, welche zu einer Verständigung über die definitive Lösung der Frage führen sollen." Ferner meldet die „Presse" vorsichtigerweise unter den Kammernachrichten: „Deputirte, welche im Staatsministerium verkehren, versicherten heute im Conferenzsaale des gesetzgebenden Körpers, daß das Großherzogthum Luxemburg mit der Festung dem Königreich Belgien einverleibt werden, daß die preußische Garnison noch vor Ende der Woche (!) die Festung geräumt haben solle, und daß endlich Herr v. Bismarck bereits dieser Combination zugestimmt habe, welche dann demnächst den beiden Kammern mitgetheilt werden wird. In der „Vigie de Cherbourg" liest man: „Eine am Freitag im Hauptquartier der Unterdivision des Departement de la Manche aus dem Ministerium eingegangene Depesche ordnet die Reorganisation des 65. Linien-Infanterie-Regiments an. Diese Reorganisation hebt die Veränderungen wieder auf, welche das kaiserliche Dekret vom 9. November in den Infanterie-Regimentern hervorgerufen hatte; jedes Regiment umfaßt wieder, wie vor diesem Decrete, vier Bataillone, worunter ein Depot-Bataillon, und deren jedes aus sechs Compagnien besteht. Zwei Bataillone des 65. Regiments sollen, wie es heißt, auf das Kriegseffectiv von je 1000 Mann gebracht werden. In der Artilleriedirektion fabricirt man gegenwärtig eine beträchtliche Anzahl von Cartouchen." — Die „France" schreibt: „Die Genesung des kaiserlichen Prinzen ist glücklich beendet und man glaubt, daß er unverweilt seine gewöhnlichen Studien und Uebungen wieder aufnehmen werde." — In der Nacht von Samstag zu Sonntag verschied hier in Paris der österreichische Feldmarschalllieutenant Ritter v. Franck, bis vor Kurzem Kriegsminister. Ritter v. Franck befand sich auf der Rückreise von Mentone, wo er vergebens Heilung von einem Brustleiden gesucht hatte, welches ihn zwang, den Staatsdienst zu verlassen. Die Leiche ist einbalsamirt worden und soll mit dem heutigen Zuge der Ostbahn nach Wien befördert werden. — Die heute fällige „Independance belge" ist nicht ausgegeben worden; wie wir hören wegen eines Telegrammes, welches die Gefangennahme des Kaisers Maximilian meldet.

Paris, 15. April. Die Pariser Presse hat wieder zwei neue Schlagwörter erfunden, über die sich jetzt der ganze Schwall ihrer Geschwätzigkeit ergießt. Das eine lautet Pangermanismus, das andere preußisches Festungsviereck. Der Pangermanismus ist die eroberungssüchtige Tendenz, welche alle Völker germanischen Ursprungs unter einen Hut bringen will. Als Vertreter dieser schrecklichen Tendenz führt die „Opinion nationale" den — Dichter Friedrich Hebbel an, von dem sie wahrscheinlich nicht weiß,

daß er bereits im Dezember 1863 gestorben ist. Das preußische Festungsviereck besteht aus den Festungen Luxemburg, Coblenz, Saarlouis und Mainz. Es soll für Frankreich noch viel bedrohlicher sein, als es das venetianische Festungsviereck einst für Italien gewesen ist. Die „Liberté“, das von Emil Girardin redigirte Hetzblatt, meint daher: „Wenn von jetzt an bis zum Ende des Monats Luxemburg nicht geräumt ist, so muß bis zum Ende des Jahres das preußische Viereck uns gehören, wie das österreichische den Italienern gehört.“ Daß das preußische Viereck auf deutschem Boden steht, während das österreichische auf italienischem Boden stand, dieser wesentliche Unterschied kümmert den Meister Girardin nicht; er will eben um jeden Preis die Rheingrenze predigen. Auch andere Blätter berühren das Rheinthema. (Und dieser Maßlosigkeit gegenüber wollen uns offiziöse Stimmen „Schonung der französischen Empfindlichkeit“ zur Pflicht machen!) (Pf. K.)

London, 15. April. Die spanische Regierung entspricht den Hauptpunkten der auf die Angelegenheit des Schiffes „Queen Victoria“ bezüglichen Depesche Lord Stanley's. Die Angelegenheit des Schiffes „Tornado“ ist ebenfalls auf gutem Wege zu einem Arrangement. — Die von der Regierung inspirirte amerikanische Presse bestreitet, daß die Erwerbung Russisch-Amerika's durch die Vereinigten Staaten eine England feindselige Bedeutung habe.

Neueres.

Paris, 16. April. Die Börse war flau auf das Dekret des Ministers Niel, welches die Einstehersumme auf 3000 Frs., circa um 20 pCt. erhöht. Auch sonst gingen kriegerische Gerüchte um, die jedoch unverbürgt erscheinen. Der Schluß war fester. Rente 66.60.

Florenz, 15. April. In der Abgeordnetenkammer sagte Ratazzi in Beantwortung der diesbezüglichen Interpellation: „Italien werde in loyaler Weise die Septemberconvention ausführen und jeden Versuch verhindern, durch welchen die Zukunft der römischen Frage compromittirt werden könnte.“

Stockholm, 15. April. Der schwedische Reichstag bewilligte heute $1\frac{1}{2}$ Millionen für Gewehrankäufe.

Belgrad, 16. April. Fürst Michael wird heute hier zurückerwartet und von der Bevölkerung in feierlichster Weise empfangen werden. Samstag verläßt auf dem serbischen Dampfer „Deligrad“ das letzte Bataillon der türkischen Garnison die hiesige Festung, worauf am Sonntag serbische Truppen mit großer Feier den Einzug in die Festung halten werden.

Petersburg, 15. April. Die Veröffentlichung des Budgets ist noch nicht erfolgt. Die früher hierüber gemeldeten Daten enthalten Unrichtiges. Die finnländischen Studenten baten um die Erlaubniß zur Abhaltung einer Versammlung, um den Grund ihrer Unzufriedenheit zur Kenntniß des Universitäts-Kanzlers, welche Würde der Großfürst-Thronfolger bekleidet, zu bringen. Der Vice-Kanzler der Universität verweigerte die Erlaubniß. Am 16. April, dem Jahrestage der Rettung des Kaisers anläßlich des Attentats, wird eine Votivkirche eingeweiht.

Telegramm
der Neuen Würzburger Zeitung.

* **Paris**, 18. April. Für die Artillerie werden alle Vorbereitungen zur Mobilmachung getroffen. Umfassende Pferdeankäufe werden vorgenommen. Der jüngste Jahrgang der Reserve, etwa 10,000, ist statt 1. Januar 1868 zum 1. Mai 1867 einberufen. Metz ist in voller Armirung begriffen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Von der billigen illustrirten Zeitschrift „**Zu Hause.** Geschichten und Bilder zur Unterhaltung“ (Stuttgart, Eduard Hallberger) haben sich wieder in hübschem Umschlag das fünfte und sechste Heft des laufenden Jahrgangs bei uns eingestellt. Wir sind begierig auf die Fortsetzung der Erzählungen, deren Anfang wir schon in den vorhergehenden Heften gelesen haben. Die Novelle „Des Vaters Ehre“ von Ed. Hahn erhält unser Interesse auch in den vorliegenden Heften vermöge der eigenthümlichen Verwicklungen des Zufalls in fortwährender Spannung, den Roman „Der Neffe aus Jamaika“ von E. Braddon lesen wir mit jener inneren Befriedigung zu Ende, wie sie uns nur ein schriftstellerisches Produkt gewähren kann, das aus voller Lebenswahrheit schöpft und bei dem die maßvolle künstlerische Ausführung mit den sittlichen Gesetzen nie in Widerspruch kommt. „Schwarze Schatten“ heißt ein neuer Roman von Robert Stone, mit dem das sechste Heft in anziehender Weise beginnt. Außer diesen größern belletristischen Beiträgen enthalten die beiden Hefte nicht weniger als siebenzehn weitere Artikel und zwar z. B. aus der Zeitgeschichte: „Eine Kriegsepisode aus dem Sommer 1866“ von G. Cloß, „Nach einem Kampfe“ von H. Hofer; aus der Sittengeschichte: „Eine Abendpredigt auf dem Toledo in Neapel“ von Karl Förster; Beschreibendes: „Das Kloster Maffra in Portugal“ von G. Reisewitz, „Der Wartthurm“ von A. v. Schraisbuon, „Die Pyramiden“ von G. Moritz; Biographisches: „Die Großfürstin Maria Dagmar von Rußland“; Naturereignisse: „Ein Föhn im Hochgebirge“ von H. Szadrowski; aus dem Volksleben in Cuba und Siebenbürgen: „Die Schwammfischer“ von E. Zorn und „Eine Wintergemsjagd“ von M. A. Madersvail u. s. w. Ungerechnet die heitern Bilder auf der letzten Seite des Umschlags, finden wir in den vorliegenden Lieferungen wieder ganz vorzüglich ausgeführte Illustrationen. Die so beliebten Bilderräthsel und Schachaufgaben bilden stets die amüsante Zugabe eines jeden Heftes. (In Würzburg zu beziehen durch die Stahel'sche Buch- und Kunsthandlung.)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$62\frac{3}{8}$ P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$57\frac{1}{4}$ P.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	60—$\frac{1}{4}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	$41\frac{1}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$38\frac{1}{8}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$99\frac{3}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$92\frac{1}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$92\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$87\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$88\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$92\frac{5}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$90\frac{1}{4}$ P
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	93 P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto	$93\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$86\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{2}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	83 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$81\frac{3}{4}$ P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	
„	6pCt. ditto r. 1882 „	$76\frac{3}{4}$—$\frac{7}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$124\frac{1}{2}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	638 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$149\frac{1}{2}$—50 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$191\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	330 P. 328 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	106 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$47\frac{1}{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$69\frac{1}{4}$ P. 69 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$43\frac{1}{2}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$114\frac{1}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	$113\frac{3}{4}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{4}$—$\frac{3}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$99\frac{3}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{4}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{3}{4}$ $\frac{7}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$—$\frac{5}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$89\frac{5}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$89\frac{1}{4}$ P
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	55 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	62—$61\frac{7}{8}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$110\frac{1}{4}$ P.
„ do. v. 1864	—
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$94\frac{3}{4}$—95 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	$52\frac{1}{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	[illegible] P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R	140 G.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 17. April. Von der heutigen Börse läßt sich nur wenig sagen. Neuere politische Nachrichten von Belang fehlen noch. Die Tendenz ist daher eine abwartende. Obwohl die Course heute etwas niederer sind als gestern, ist die Stimmung doch ziemlich unverändert. Für Amerikaner lagen einige größere Verkaufsaufträge vor. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

d by Google

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 109. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 64. Jahrgang. | Freitag, 19. April 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 17. April. Se. Majestät der König hat die protest. erste Pfarrstelle zu Weißenstadt, Dek. Kirchenlamitz, dem bisb. zweiten Pfarrer und Subrektor in Weiden, G. H. M. Menzel, die prot. Pfarrstelle zu Carlshuld, Dek. Augsburg, dem Pfarramtscandidaten G. H. K. Fr. W. Pächtner aus Karlshuld, und die erledigte prot. Pfarrstelle in Heimkirchen, Dek. Kaiserslautern, dem bisherigen Pfarrer in Luthersbrunn, Dek. Pirmasens, J. K. Schöfer, verliehen; unter den für die erste prot. Pfarrstelle in Nördlingen präsentirten Geistlichen dem bisb. dritten Pfarrer dortselbst, J. K. Chr. W. Buchrucker, die landesfürstliche Bestätigung ertheilt; den Landrichter H. Göhring in Seßlach wegen nachgewiesener körperlicher Leiden für immer in den nachgesuchten Ruhestand treten lassen; auf dessen Stelle den Bezirksgerichtsrath J. A. Seifert in Bamberg versetzt; auf dessen Stelle den Bezirksger.-Assessor A. F. Chr. Rohmer in Bayreuth befördert; auf dessen Stelle den Ldg.-Assessor E. Frhrn. v. Bibra von Kirchenlamitz versetzt und dessen Stelle dem gepr. Rechtspraktikanten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landg. Hilpoltstein, Fr. Meyer, verliehen.

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 16. April. Seine Maj. der König hat den bereits in Listen abgeschriebenen Unterlieutenant Fr. v. Tausch vom 7. Jäger-Bat. in Folge Erkenntnisses des General-Auditoriats als Revisionsgerichts der Armee wegen Verurtheilung zu einer Verbrechensstrafe entlassen; den Oberkriegskommissär erster Klasse und Hauptkriegskassier A. Blaimberger in den Ruhestand versetzt; den Rittmeister C. Ritter v. Mann vom 6. Chev.-Reg. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; dem Feldwebel J. Götz von der Garn.-Comp. Nymphenburg die durch das Ableben des seitherigen Inhabers in Erledigung gekommene kais. russ. St. Anna-Ordens-Medaille übertragen; dem Unterlieutenant Fr. Dümm vom 1. Chev.-Reg. die nachgesuchte Enthebung von der Charge bewilligt; den Unterapotheker 2. Klasse Otto Baur von der Commandantschaft München zum Unterapotheker 1. Klasse bei genannter Stelle befördert; dem Regiments-Aktuar H. Sukker vom 1. Jäger-Bat. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; dem Unterapotheker 2. Klasse Jos. Krauß von der Stadt- und Festungs-Commandantschaft Ingolstadt die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; den Rittmeister Th. Fürsten von Thurn und Taxis vom 2. Chev.-Reg. auf zwei Jahre in den Ruhestand versetzt; dem pens. Hauptmann H. Schmitt die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt; dem Regiments-Veterinärarzt W. Probstmayr vom 1. Kür.-R. die wegen Anstellung im Civil-Staatsdienste nachgesuchte Entlassung aus dem Heere mit Vorbehalt des Rücktrittes in seine Anciennetät während des dreijährigen Dienstesprovisoriums bewilligt; dem Rittmeister Fr. Grafen v. Zech-Lobning vom 1. Kür.-Reg., 2. Adjutanten Sr. k. Hoheit des Prinzen Adalbert, die Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des Comthurkreuzes 1. Klasse des k. span. Ordens Isabella der Katholischen ertheilt; den temp. pens. Hauptmann A. Vogel bleibend im Ruhestande belassen; dem Unterlieutenant Ph. Mang vom 14. Inf.-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; den Major C. v. Liller vom 6. Chev.-Reg. auf ein Jahr vorbehaltlich früherer Wiederverwendung in den Ruhestand versetzt; dem Unterlieut. L. Pöhlmann vom 16. Inf.-Reg., dem Unterlieut. E. Nörr dess. Regiments die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere und dem Unterlieut. F. Müller vom 7. Inf.-Reg. die nachgesuchte Enthebung von der Charge bewilligt; den Unterquartiermeister Peter Windfelder vom 2. Chev.-Reg. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; dem pens. Oberlieutenant Aug. Gmeiner die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt.

Durch das Genie-Corps-Commando wurde der Oberlieut. A. Steinmetz von der Lokal-Genie-Direktion Germersheim zur 1. Genie-Direktion versetzt.

München, 16. April. Mit Genehmigung des k. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten wird von Günzburg nach Ichenhausen und Krumbach eine Telegraphenverbindung hergestellt, und werden an den beiden letzteren Orten Telegraphenstationen mit gemischtem Dienst dem Verkehr eröffnet. Ferners wird auch in Berchtesgaden, wo sich bisher nur während des Sommers eine Telegraphenstation befand, eine ständige Telegraphenstation errichtet.

= **München,** 17. April. Der Vortrag des Abg. Feustel Namens des 2. Ausschusses, „die Nachweisungen über die Staatsausgaben aus Centralfonds in den Jahren 1863/64 und 1864/65 betr.“, ist heute veröffentlicht worden. Wir entnehmen demselben Folgendes: Das Budget postulirt für die Staatsausgaben für ein Jahr der laufenden Finanzperiode 46,022,542 fl. Im Jahr 1863/64 beliefen sich die budgetmäßigen Ausgaben auf 48,988,299 fl., mithin gegen den Voranschlag mehr 2,965,757 fl. Auch das Jahr 1864/65 mit einer Ausgabe von 50,829,975 fl. zeigt eine Ueberschreitung von 4,807,433 fl. Ueberblickt man prüfend diese Summen, so zeigt sich, daß diese Plus-Ausgaben keinen beunruhigenden, sondern vielmehr einen erfreulichen Charakter haben, denn die starken Mehrausgaben für die Tilgung der Staatsschuld sind es, welche die Ueberschreitung herbeigeführt haben. Die Mehrausgabe auf die Staatsschuld beträgt nämlich pro 1863/64 3,206,584 fl. und pro 1864/65 4,166,710 fl. Diese Mehrausgabe rührt von der Mehreinnahme des Malzaufschlages her, dessen Mehrerträgniß zu außerordentlicher Tilgung der Staatsschuld verwendet wurde. Im Etat des k. Hauses und Hofes zeigt sich 1863/64 eine Minderaus-

Feuilleton.

Vermischtes.

Die internationale Archäologen-Versammlung, welche im vorigen Jahre in Antwerpen Statt finden sollte und wegen der politischen Ereignisse nicht stattfinden konnte, ist jetzt für den 25. August dieses Jahres angekündigt. Der Minister des Innern, Herr Vandenpeereboom, ist Ehren-Präsident der Versammlung. Zur selben Zeit wird die jährliche große Kunstausstellung in Antwerpen eröffnet sein.

Die diesjährige Kunst-Ausstellung in Paris enthält ein großes Curiosum: zwei Oelgemälde, welche ein hundertjähriger Maler zu Ende vorigen Jahres vollendet hat. Es sind Stillleben, das eine stellt verschiedene ägyptische, griechische und römische Alterthümer dar, das andere mexikanische Alterthümer. Der Maler Hr. Johann Friedrich Maximilian von Waldeck ist in Wien geboren, aber naturalisirter Franzose. Im März 1766 geboren, war er noch Schüler von Vien, dann später von David und Proudhon. Er hat in seinem langen Leben große Reisen gemacht, war 1785 mit bei der Entdeckungsreise Levaillant's in Südafrika, diente 1794 als Volontair in der französischen Armee in Italien, dann wieder bei einer Entdeckungsreise im inneren Afrika, später in Isle de France, machte dann im Dienste der französischen Marine eine Reise durch die indischen Meere, war 1819 mit Lord Cochrane in Chili und machte später eine Entdeckungsreise durch Guatemala. 1822 lebte er in London, wo er die Illustrationen zu dem Werke von del Rio über die Ruinen von Palenque und in der Provinz Chiapa zeichnete. Dann reiste er wieder zu neuen Studien nach Mexiko und kehrte endlich nach zwölfjähriger Abwesenheit nach Paris zurück. Er hat 1837 ein Werk „Voyage archéologique et pittoresque dans le Yucatan“ herausgegeben. Die französische Regierung hat ihm seine Studien über die Ruinen von Palenque abgekauft und läßt sie vervielfältigen, wobei der hundertjährige Künstler noch selbst mitarbeitet.

Die Société internationale des Beaux Arts hat in Brüssel eine Ausstellung von alten und neuen ausgezeichneten Kunstwerken veranstaltet, welche am 15. April eröffnet wurde.

Das Chassepotgewehr, das jetzt so viel genannt wird und das demnächst in Aktion treten soll, wenn es den hohen Herren nicht gelingt, den Frieden zu erhalten, ist jetzt bei einigen französischen Regimentern, nämlich bei der Kaisergarde, eingeführt. Kürzlich wurde, wie der „Sport“ meldet, auf der Satory-Ebene bei Versailles damit exerzirt. Bei schnellem Feuern brachten es geübte Soldaten in der Minute auf zwölf Schuß, bei gewöhnlichem, auf die Dauer berechneten Feuer auf neun Schuß. Sieben Soldaten, die auf den Knieen gebückt im Anschlag lagen, feuerten in der Minute 63 Kugeln ab, von denen 48 in's Schwarze trafen bei einer Entfernung von 300 Metern. Anfänger im Gebrauche des Gewehres schossen gewöhnlich zu nieder, so daß die Kugel in den Boden einschlug; nach drei- bis viermaliger Uebung jedoch trafen sie die Scheibe. Das Kaliber des Chassepotgewehrs ist leichter als das preußische.

gabe von 8065 fl., 1864/65 von 8979 fl. durch den Heimfall an Pensionen. Mehrausgaben von 200,206 fl. und 176,667 fl. sind auf den Reichsreservefond berechnet und begreifen den Wittwengehalt Ihrer Majestät der Königin von 120,000 fl., die Erhöhung der Appanage des Königs von Griechenland um 20,000 fl. und der Appanage des Prinzen Otto um 24,000 fl. Der Etat des Staatsraths zeigt pro 1863/64 eine Mehrausgabe von 580 fl., im nächsten Jahre dagegen einen Minderaufwand von 3230 fl., in Folge Heimfalls an Pensionen und Besoldungen. Auf den Reichsreservefond sind pro 1863/64 für Mehraufwand an Pensionen 2063 fl. verrechnet. Der Minderaufwand auf den Etat der Landtagversammlung betrug im Jahr 1863/64 68,012 fl., weil in diesem Jahre keine Versammlung war, dagegen 1864/65 entstand ein Mehrkostenaufwand von 336,341 fl. Der Referent glaubt, daß durch eine praktischere Geschäftsordnung und durch Berufung der Versammlung nach vollständiger Bereifung der Vorlagen die Kosten für die Landtagsversammlungen sich erheblich mindern würden. Durch Ersparung an Gesandtschaften und Agentien, dann an Besoldungen und Ausgaben für Orden ist im Etat des Ministeriums des k. Hauses und des Aeußern eine Ersparung eingetreten von 19,213 fl. im Jahre 1863/64 und 40,296 fl. im Jahre 1864/65. Auf den Reichsreservefond sind verrechnet für Bundesmatrikularbeiträge, für Beschickung der Londoner Konferenz, für die Bundesexekution in Holstein und Lauenburg, dann für die Festungen Luxemburg, Landau, Rastatt, Mainz und Ulm 1,510,542 fl. pro 1863/64 und 110,820 fl. für die fünf Bundesfestungen pro 1864/65. Im Etat des Justizministeriums betrug 1863/64 der Mehraufwand 21,764 fl., 1864/65 85,958 fl. Auf den Reichsreservefond sind verrechnet 1863/64 die Kosten der Kommissionen zu Frankfurt, Dresden und Hannover in Betreff gemeinschaftlicher deutscher Gesetzgebung mit 11,584 fl. Im Etat des Ministeriums des Innern wurden 1863/64 an Pensionen und Quiescenzgeldern 39,909 fl. und 1864/65 5614 fl. erspart. Im Etat des Kultusministeriums war im Jahr 1863/64 durch einen außergewöhnlichen Anfall von Umzugsgebühren ein Mehraufwand von 2441 fl. entstanden. Im Jahre darauf dagegen hat eine Ersparniß von 453 fl. stattgefunden. Der Minderaufwand im Etat des Handelsministeriums betrug 18,443 fl. und 6403 fl., im Finanzministerium 27,609 fl. und 14,921 fl.

Stuttgart, 16. April. Nachdem Gemeinderath E. Elben von hier während eines kurzen Aufenthaltes zu Berlin diese Gelegenheit benützt hatte, den Sitzungen des Reichstags am 9. und 10. d. M. anzuwohnen, versammelte sich die liberale Partei gestern Abend, um einen Bericht desselben hierüber entgegenzunehmen und die Stellung des norddeutschen Bundes zu Süddeutschland zu besprechen. In dem eingehenden Berichte, welchen der Redner über diese beiden Sitzungen erstattete, in deren erster Graf v. Bismarck die Interpellation des Grafen von Solms-Laubach wegen sofortigen Eintritts Hessens in den norddeutschen Bund beantwortete, während in der zweiten das Verhältniß des norddeutschen Bundes zu Süddeutschland festgestellt wurde, erläuterte er näher, wie er hierbei den Eindruck erhalten habe, daß nicht nur der Reichstag, sondern auch die preußische Regierung aufrichtig bereit seien, Süddeutschland die Hand zum Eintritte in den norddeutschen Bund zu bieten und daß deßhalb die noch entgegenstehenden Hindernisse unschwer zu beseitigen sein dürften. Er ist deßhalb der Ansicht, daß auch unsere Regierung dieser freundlichen Stimmung gegenüber sich um so mehr entgegenkommend verhalten sollte, als an ein Zustandekommen eines süddeutschen Bundes ohnehin nicht zu denken sei, und daß deßhalb in erster Linie mit der Organisation unseres Militärs nach preußischem Muster vorzugehen wäre, da gerade eine einheitliche Heeresorganisation die Hauptbedingung eines engeren Anschlusses Süddeutschlands an den Norden sein dürfte. Kundgebungen in politischen Fragen, namentlich in der Luxemburger Frage, hält er so lange nicht für geeignet, als Württemberg noch isolirt dasteht. Die Versammlung, welche im Allgemeinen die Ansicht des Redners theilt, beschloß nach längerer Debatte, in welcher namentlich die Heeresorganisation besprochen wurde, ihr Comite zu beauftragen, die angeregten Fragen in nähere Berathung zu ziehen und in nächster Woche ihr genau formulirte Anträge zur Berathung und Beschlußfassung vorzulegen.

Aus Baden, 15. April, wird der „Allg. Ztg.“ geschrieben: „Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten bezüglich der früheren Bundesfestungen in Süddeutschland Unterhandlungen auf der Grundlage der abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse, also auf dem Grunde der militärischen Einigung Deutschlands, im Werke sind, und daß für den Kriegsfall über die Besetzung von Rastatt und Ulm bereits Bestimmungen vereinbart wurden. Dieser Punkt ist in der That nur die selbstverständliche Consequenz der abgeschlossenen Verträge, beziehungsweise der erreichten militärischen Einheit Deutschlands, und konnte um so weniger Schwierigkeiten erregen, als es in dem Ermessen des vertragsmäßig bestellten und anerkannten Bundes-Oberfeldherrn gelegen sein muß, auch über Verwendung und Besetzung der vorhandenen Festungen, als sehr wirksamen Mitteln im deutschen Vertheidigungssystem, in zweckmäßigster Weise zu verfügen. Ein anderes ist die Instandhaltung der Festungen, deren Kosten die Kräfte von Kleinstaaten, wie Württemberg und Baden, weit übersteigen, darum billigerweise ihnen auch nicht zugemuthet werden darf. Schon der Ankauf des liquidirten Festungsmaterials, beziehungsweise die Entschädigung der früheren deutschen Bundesgenossen für ihren Antheil am Gesammtaufwand, würde diesen Staaten allzu hart fallen. Aber auch in dieser Beziehung ist, wie wir guten Grund anzunehmen haben, eine befriedigende Verständigung in Aussicht gestellt; überhaupt aber ist die süddeutsche Festungsfrage seit Herstellung der militärischen Einigung Deutschlands, was wohl zu beachten ist, in ein ganz neues Stadium getreten und erhebt jetzt an beide, an den Süden nicht minder als an den Norden, ihre Forderungen und Consequenzen. Sind die beiden süddeutschen Hauptwaffenplätze, Rastatt und Ulm, als nothwendige Glieder im deutschen Vertheidigungssystem anerkannt — von Preußen wird dieß nicht nur nicht bestritten, vielmehr urgirt — so ist damit auch über deren Stellung zum gesammten Deutschland entschieden.“

Darmstadt, 16. April. Im Anschluß an die Interpellation der oberhessischen Abgeordneten im Berliner Reichstage wegen Eintritt des ganzen Großherzogthums in den norddeutschen Bund und der darauf ertheilten Antwort des Grafen Bismarck ist auf heute hier eine Vorbesprechung zur Einleitung der Verwirklichung dieses Eintritts beabsichtigt. Die Einladung geht von den Herren Dr. Max Rieger, Otto Hofmann I., Adolph Buchner II. u. A. aus. (Main-Ztg.)

Wiesbaden, 17. April. In der heutigen Generalversammlung der Taunusbahn-Aktionäre wurde die Dividende auf 8 Gulden per Aktie festgesetzt und ferner beschlossen, in den Erneuerungsfonds 83,000 Gulden abzusetzen und dem Pensionsfonds der Angestellten eine Dotation von 5000 Gulden zuzuwenden. Wenig Debatten, Annahme einstimmig.

Berlin, 17. April. In der heutigen Sitzung des Reichstags theilte Graf Bismarck mit, daß die Bundesregierungen beschlossen haben, der Verfassung beizustimmen, er erklärt somit die norddeutsche Bundesverfassung durch den Reichstag und die Regierungen angenommen und verliest sodann eine kgl. Botschaft, wonach der Schluß des Reichstags Mittags im weißen Saale durch den König erfolgt.

Berlin, 17. April. Se. Maj. der König hat heute im weißen Saale des k. Schlosses den Reichstag des norddeutschen Bundes mit folgender Thronrede geschlossen:

Erlauchte, edle und geehrte Herren vom Reichstage des norddeutschen Bundes!

Mit dem Gefühle aufrichtiger Genugthuung sehe Ich Sie am Schlusse Ihrer wichtigen Thätigkeit wiederum um Mich versammelt. Die Hoffnungen, die Ich jüngst von dieser Stelle zugleich im Namen der verbündeten Regierungen ausgesprochen habe, sind seitdem durch Sie zur Erfüllung gebracht. Mit patriotischem Ernste haben Sie die Größe Ihrer Aufgabe erfaßt, mit freier Selbstbeherrschung die gemeinsamen Ziele im Auge behalten. Darum ist es uns gelungen, auf sicherem Grunde ein Verfassungswerk aufzurichten, dessen weitere Entwicklung wir mit Zuversicht der Zukunft überlassen können. Die Bundesgewalt ist mit den Befugnissen ausgestattet, welche für die Wohlfahrt und die Macht des Bundes unentbehrlich, aber auch ausreichend sind; den Einzelstaaten ist, unter Verbürgung ihrer Zukunft durch die Gesammtheit des Bundes, die freie Bewegung auf allen den Gebieten verblieben, auf welchen die Mannigfaltigkeit und Selbständigkeit der Entwicklung zulässig und ersprießlich ist. Der Volksvertretung ist diejenige Mitwirkung an der Verwirklichung der nationalen Aufgaben gesichert, welche dem Geiste der bestehenden Landesverfassungen und dem Bedürfnisse der Regierungen entspricht, ihre Thätigkeit von dem Einverständnisse des deutschen Volkes getragen zu sehen. Wir Alle, die wir zum Zustandekommen des nationalen Werkes mitgewirkt, die verbündeten Regierungen ebenso, wie die Volksvertretung, haben bereitwillig Opfer unserer Ansichten, unserer Wünsche gebracht; wir durften es in der Ueberzeugung thun, daß diese für Deutschland gebracht sind und daß unsere Einigung derselben werth war. In diesem allseitigen Entgegenkommen, in der Ausgleichung und Ueberwindung der Gegensätze ist zugleich die Bürgschaft für die weitere fruchtbringende Entwicklung des Bundes gewonnen, mit dessen Abschluß auch die Hoffnungen, welche uns mit unseren Brüdern in Süddeutschland gemeinsam sind, ihrer Erfüllung näher gerückt werden. Die Zeit ist herbeigekommen, wo unser deutsches Vaterland durch seine Gesammtkraft seinen Frieden, sein Recht und seine Würde zu vertreten im Stande ist. Das nationale Selbstbewußtsein, welches im Reichstage zu erhebendem Ausdruck gelangt ist, hat in allen Gauen des deutschen Vaterlandes kräftigen Wiederhall gefunden. Nicht min

der aber ist ganz Deutschland in seinen Regierungen und in seinem Volke darüber einig, daß die wiedergewonnene nationale Macht vor Allem ihre Bedeutung in der Sicherstellung der Segnungen des Friedens zu bewähren hat.

Geehrte Herren!

Das große Werk, an welchem mitzuwirken, wir von der Vorsehung gewürdigt sind, geht seiner Vollendung entgegen. Die Volksvertretungen der einzelnen Staaten werden dem, was Sie in Gemeinschaft mit den Regierungen geschaffen haben, ihre verfassungsmäßige Anerkennung nicht versagen. Derselbe Geist, welcher die Aufgabe hier gelingen ließ, wird auch dort die Berathungen leiten. So darf denn der erste Reichstag des Norddeutschen Bundes aus seiner Thätigkeit mit dem erhebenden Bewußtsein scheiden, daß der Dank des Vaterlandes ihn begleitet und daß das Werk, welches er aufgerichtet hat, sich unter Gottes Beistand segenbringend entwickeln wird für uns und für künftige Geschlechter. Gott aber wolle uns Alle und unser theures Vaterland segnen! (K. Z.)

Der Reichstag hat in seiner Sitzung am 16. April die Schlußberathung des Verfassungsentwurfs des norddeutschen Bundes beendigt, indem er bei der Gesammtabstimmung den Entwurf in der theilweise veränderten Gestalt mit der bedeutenden Mehrheit von 230 gegen 53 Stimmen annahm. Die Polen protestirten gegen die Annahme und legten ihre Mandate nieder. Es erübrigt nun noch die äußerliche Schlußhandlung, welche am 17. vor sich gehen soll, sowie die Zustimmung der Einzellandtage. Alsdann ist die norddeutsche Bundesverfassung, die mit dem Satze schließt, daß der Eintritt der Südstaaten in den Bund auf Vorschlag des Bundespräsidiums im Wege der Bundesgesetzgebung erfolgen könne, fertig. Die imposante Mehrheit bei der Schlußabstimmung ist geeignet, auch auf das Ausland Eindruck zu machen und insbesondere Frankreich nochmals kräftig darauf hinzuweisen, daß es falsch rechnen würde, wenn es für den Fall eines kriegerischen Konflikts mit Deutschland auf eine Zersplitterung der deutschen Parteien Hoffnungen für sich bauen würde. — Die Debatte am 16. drehte sich wesentlich um das folgende, von dem Herzog von Ujest, (dem Fürsten Hohenlohe) und v. Bennigsen eingebrachte Amendement, welches an Stelle des vorher unter v. Forckenbecks Namen bekannten Kompromisses getreten ist: „dem Art. 62 der Verfassungsbeschlüsse folgenden Zusatz hinzuzufügen: Nach dem 31. Dez. 1871 müssen diese Beträge von den einzelnen Staaten des Bundes zur Bundeskasse fortgezahlt werden. Zur Berechnung derselben wird die im Art. 60 interimistisch festgestellte Friedenspräsenzstärke so lange festgehalten, bis sie durch ein Bundesgesetz abgeändert ist. Die Verausgabung dieser Summe für das gesammte Bundesheer und dessen Einrichtung wird durch das Etatsgesetz festgestellt. Bei der Feststellung der Militärausgabe-Etats wird die auf Grundlage dieser Verfassung gesetzlich feststehende Organisation des Bundesheeres zu Grunde gelegt." Die Diskussion begann mit Art. 60 und 62 (Friedenspräsenzstärke und Beträge dafür). v. Vincke (Hagen) sprach nach dem telegraphischen Bericht der „Köln. Z." gegen das Amendement, Herzog v. Ujest, Lasker dafür, v. Blanckenburg dagegen. Graf Bismarck machte noch einen Versuch, ein weiter gehendes Amendement des Grafen Stolberg, wonach die Heeresleistungen bis zum Erlaß eines Bundesgesetzes unverändert bleiben sollen, durchzusetzen. Er sagte: Im Sinne meiner gestrigen Rede erkläre ich mich mit dem Amendement Graf Stolberg einverstanden; das Amendement Herzog v. Ujest läßt die Möglichkeit eines erneuten Konflikts über das Armeebudget offen. Wer solcher Gefahr vorbeugen will, muß also für das Amendement Graf Stolberg stimmen. (Große Bewegung.) Hierauf spricht Graf Bethusy-Huc für das Amendement Herzog v. Ujest, das er nur fallen lassen werde, wenn Graf Bismarck eine kategorische Erklärung abgibt: Bei der Annahme des Bennigsen'schen Vorschlags fällt der Entwurf. Graf Bismarck: Eine solche Erklärung kann ich in dem jetzigen Stadium der Berathung nicht abgeben; ich beziehe mich auf meine frühere Erklärung. Die Debatte wird geschlossen und darauf der Antrag Graf Stolberg mit 167 gegen 110 St. verworfen. Dafür stimmen die konservativen Preußen, die Sachsen, die Altliberalen; dagegen: die Freikonservativen, alle Fraktionen der Linken, die Polen; Gneist und Franz (Wanzleben) enthalten sich der Abstimmung. Art. 60 wird hierauf nach Vorberathungsbeschluß angenommen, ebenso Art. 61, unter Verwerfung des Amendements Ausfeld. Zu Art. 62 gehören die Amendements Graf Stolberg und das oben erwähnte des Herzogs von Ujest. Schulze spricht gegen die Amendements. Es wird noch ein Unter-Amendement von Graf Otto Stolberg angenommen (eingebracht?) Graf Bismarck bittet dringend, hier das Amendement Graf Stolberg mit Unter-Amendement anzunehmen, da sonst, so nahe am Ziele, der Entwurf noch scheitern könnte. Die Debatte wird geschlossen, das Amendement Graf Stolberg bei Zählung mit 157 gegen 119 Stimmen verworfen. Das Unter-Amendement Graf Stolberg mit Herzog v. Ujest, statt des zweiten Satzes Alinea 1 „Berechnung erfolgt nach der im Art. 60 festgesetzten Friedens-Präsenzstärke, welche so lange in Kraft bleibt, bis durch Bundesgesetz etwas Anderes festgestellt," wird bei Namensaufruf mit 120 gegen 156 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Bennigsen und Herzog von Ujest wird bei Namensaufruf mit 202 gegen 80 St. angenommen. Die weiteren Artikel des Entwurfs wurden ohne bedeutende Debatten angenommen. (Schw. M.

Pesth, 16. April. Das Amtsblatt veröffentlicht eine allerhöchste Entschließung, mittelst welcher für alle bis zum 17. März begangenen, amtlich und nicht durch Privatkläger verfolgten Preßvergehen eine Amnestie ertheilt wird. Nach demselben Blatte kommen Ihre Majestäten vierzehn Tage vor dem festzustellenden Krönungstage nach Ofen. Einige Tage vor der Krönung empfängt Se. Majestät die Landesdeputation, welche das Inauguraldiplom überreicht. Am Krönungstage ist Hofdiner mit 900 Gedecken. (Pr.)

Paris, 15. April. Nach der „Liberté" lauten die Nachrichten aus Mexiko sehr widersprechend. Die Einen sagen, Porfirio Diaz sei in Huamautta belagert, die Anderen, Maximilian habe seine Truppen in Queretaro concentrirt und leide an Wassermangel, da die Juaristen die Wasserleitung abgeschnitten hatten. Das Gros der Feinde Maximilians stand sieben Meilen von Queretaro. Veracruz war von den Juaristen hart bedrängt, und der imperialistische Gouverneur daselbst hatte das Standrecht verkündigt. Nach Depeschen aus Matamoros vom 22. März hatten Escobedo und Corona ihre Vereinigung bewerkstelligt. Die Cavallerie der Liberalen soll einen kaiserlichen Silbertransport im Werthe von 800,000 Doll. aufgefangen haben. Maximilian, versichert man, stand auf dem Punkte, den Kampf einzustellen und mit dem Präsidenten Juarez zu unterhandeln. Man sagte selbst, er sei Gefangener der Juaristen, wofür jedoch noch die Bestätigung abgewartet werden muß. — In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde der Gesetzentwurf, welcher Herrn v. Lamartine eine unveräußerbare Dotation von 500,000 Fr. zuweist, ohne weitere Diskussion mit 147 gegen 24 Stimmen angenommen. Die Diskussion der einzelnen Artikel des Munizipalgesetzes wurde beendigt, die Schlußabstimmung über das ganze Gesetz aber noch nicht vorgenommen, weil Art. 22 („der Präfekt ist gleichzeitig Polizeipräfekt in allen Städten von über 40,000 Einwohnern") an die Commission zurückverwiesen wird. Der Ostern wegen findet die nächste öffentliche Sitzung des gesetzgebenden Körpers am 25. April statt. — Heute Abend erschien die erste Nummer des von L. Veuillot wieder neu herausgegebenen Blattes „l'Univers."

Paris, 16. April. Das ministerielle Rundschreiben im heutigen „Moniteur", das die Prämie für die Befreiung vom Militärdienste auf 3000 Franken festsetzt, hat einen peinlichen Eindruck hervorgerufen. Dieser hohe Preis stellt nicht allein den Krieg in nähere Aussicht, sondern wird auch Vielen, die auf 2100 Franken, auf welche die diesjährige Prämie zuerst festgesetzt war, gerechnet hatten, den Loskauf unmöglich machen. Die Regierung hat dadurch einen doppelten Vortheil. Die Zahl der jungen Leute, welche in den Militärdienst eintreten müssen, wird größer sein, und der hohe Preis von 3000 Franken eine größere Anzahl der Leute, die nächsten Juli ihre 7 Jahre gedient haben, verlocken, sich von Neuem anwerben zu lassen. Unter den obwaltenden Umständen wird man es natürlich mit den hunderttausend Mann, aus denen das Contingent besteht, nicht so genau nehmen und alles unter den Waffen halten, was sich nicht loskaufen kann oder sich anwerben lassen will. Der Preis von 3000 Franken für einen Soldaten ist hoch. Letztes Jahr während des preußisch-österreichischen Krieges kostete der Mann nur 2300 Franken, und während des italienischen Krieges, bei dem Frankreich direkt betheiligt war, war der Preis 2500 Franken. Es ist das erste Mal, daß der Ersatzmann so hoch geschätzt wird, was darauf schließen läßt, daß man es für nothwendig hält, die Armee so sehr zu verstärken, als man nur irgend kann. Die Zahl der Chassepot-Gewehre, die bis jetzt fertig sind, ist jedoch nicht sehr groß. Bis zum 15. Mai wird die französische Militär-Verwaltung höchstens über 150,000 Stück verfügen können. Dagegen ist die Artillerie schon jetzt bereit. Die Zahl der zum Felde in Bereitschaft gesetzten Geschütze beträgt über 1000. Es scheint, daß dieselbe in dem nächsten Feldzuge wieder eine bedeutende Rolle spielen soll. Auf die Unterstützung Italiens bei einem französisch-preußischen Kriege glaubt man hier zählen zu können. Jedenfalls ist die Ernennung des Grafen Pompeo di Campello, eines Verwandten des Kaisers, zum italienischen Minister des Aeußern bezeichnend. Man bringt mit dieser italienisch-französischen Allianz auch die Seerüstungen, welche gegenwärtig Italien macht, in Verbindung. Die Anwesenheit des Generals Govone in Paris wird auch vielfach bemerkt. Auf Dänemark zählt man hier auch.

Athen, 7. April. Der König begibt sich Ende April zur Ausstellung nach Paris, von da nach London und dann nach Kopenhagen und Petersburg. Die Kammer votirt mit wenig Diskussionen das

Ausgabe-Budget; während die zerrütteten Finanzen eine drückende Erhöhung der Steuern nöthig machten, ist man sehr freigebig in Vermehrung der Ausgaben. Der Unfug, der von den Ministern mit der ewigen Entlassung, Ernennung und Versetzung der Beamten getrieben wird, ist unausstehlich. Nicht nur bei den Verwaltungsstellen folgt ein Wechsel dem anderen und werden selbst die Präfekturen an die unfähigsten Personen vergeben; auch die höheren Justizbeamten, die bisher geschont worden, sind nicht mehr ihrer Stellen sicher; die Richter haben kaum Zeit, an einer Gerichtssitzung Theil zu nehmen, so kommt auch schon ihre Versetzung oder Entlassung; die armen Leute wagen es nicht, ihre Effekten und Bücher auszupacken, aus Furcht einer plötzlichen Entlassung. Die höheren Posten werden mit unfähigen Creaturen der Deputirten und Minister besetzt; ein Richter ward von einem Vertreter in öffentlicher Sitzung wegen eines Verhaftsbefehles gegen einen Räuber zur Rede gestellt; ein Appellationsrath, früher Tribunals-Präsident in Zante, welcher dort durch große Strenge gegen die Bravi sich ausgezeichnet und vom Könige deßwegen mit den schmeichelhaftesten Ausdrücken belobt worden, wurde von Lombardos entlassen, weil eben jene Bravi die Stützen und Anführer der Partei Lombardos in Zante sind. Man denke sich die Qualität der Justiz, die unter diesen Auspicien hier zu Lande ausgeübt wird: es ist ein Zustand, wie er in den südamerikanischen Republiken nicht schlimmer sein kann.

(Triest. Ztg.)

Syra, 5. April. Der Dampfer Arkadi ist am 2. d. mit einer vollen Ladung Proviant und Munition nach Kreta abgegangen, hat dieselbe bei Sugna in Selino glücklich ausgeschifft und ist am 4. hieher zurückgekehrt. Gestern Morgen fuhr er abermals mit einer Ladung ab, die er in Milopotamo ans Land setzte und legte die Hin- und Rückfahrt in 27 Stunden zurück.

New-York, 6. April. Dreitausend Republikaner unter dem Befehle Trabuco's schworen zu Ortega. Die Republikaner von Tamaulipas weigerten sich, mit den Truppen Juarez' sich zu vereinigen. Die Liberalen geben Tampico auf.

Neueres.

Berlin, 17. April. Die „Nordd. Allg. Ztg." kann als verläßlich mittheilen, daß alle Behauptungen der Zeitungen über diplomatische Erklärungen Preußens und Frankreichs in Betreff Luxemburgs unbegründet sind. In letzter Zeit haben überhaupt keine diplomatischen Erörterungen über die Luxemburger Frage (d. h. zwischen Paris und Berlin) stattgefunden. Die Angelegenheit befindet sich in völligem Stillstande.

Florenz, 16. April. In der gestrigen Abendsitzung der Kammer interpellirt Ferraris über die Gründe der Ministerkrise, über die Ansichten des gegenwärtigen Kabinets in Bezug auf die römische Frage, über die Finanzen, über die Decentralisation, über die Zusammensetzung des Kabinets und über die Kirchengüterfrage. Rattazzi erwidert: Er glaube nicht, über die Ministerkrise antworten zu müssen. Das jetzige Kabinet habe dieselben allgemeinen, beinahe von dem ganzen Parlamente getheilten Prinzipien, wie das frühere Kabinet. Das Ministerium wird Verwaltungs-Gesetzentwürfe und Finanzmaßnahmen einbringen, wenn es das Exposé über die Sachlage vorlegen werde. In Bezug auf die Kirchengüterfrage werden die Ideen festgehalten, welche den Wählern kundgegeben wurden. Die Regierung werde die September-Convention loyal durchführen, und jeden Versuch vereiteln, welcher die Zukunft dieser Frage gefährden könnte. In Bezug auf Decentralisation, sagt Rattazzi, seien seine Ideen radikal. Man werde der Regierung nur die für eine gute Verwaltung unerläßliche Ingerenz lassen. In Bezug auf die Zusammensetzung des Kabinets bemerkt Rattazzi, es könne Niemand in derselben eine italienische Provinz mehr vertreten erblicken, als die andere. Die Interpellation hat keine weitere Folge.

Florenz, 16. April. Die Abgeordnetenkammer hat sich bis zum 24. d. vertagt. Der Senat hat mit 71 gegen 3 Stimmen den Friedensvertrag mit Oesterreich genehmigt.

Petersburg, 16. April. Die heutige „Senats-Zeitung" veröffentlicht das Budget mit einer Bilanz von $443^1/_5$ Mill. Rubel, incl. der 15 Millionen der englisch-holländischen Anleihe von 1866, welche ein gleichbeziffertes Deficit decken. Im Budget figuriren $25^1/_2$ Millionen für Eisenbahnbauten, welche durch spezielle Hilfsquellen gedeckt sind; die Ausgaben für Staatsschulden belaufen sich auf $73^3/_4$ Mill. Das Budget für das Königreich Polen stellt sich auf $16^1/_2$ Mill. Einnahmen und $20^1/_{10}$ Mill. Rubel Ausgaben.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$62^3/_8$ P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$57^1/_4$ P.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	50—$49^3/_4$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	$41^1/_4$ G.
„	$4^1/_2$pCt.	$36^3/_4$ G.
Preussen	$3^1/_2$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	99 P.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	$4^1/_2$pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$92^1/_4$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^1/_2$pCt. Obl. b. Rothsch.	$92^1/_4$—92 G.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$90^1/_4$ P.
Baden	$4^1/_2$pCt. Obl.	92 G.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4^1/_2$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4^1/_2$pCt. Obl. dto.	93 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$85^1/_2$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$82^1/_2$ P.
Frankfurt	$3^1/_2$pCt. Obl.	$82^1/_2$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2^1/_2$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4^1/_2$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$81^3/_4$ P.
N.Amerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. $2^1/_2$	$77^3/_4$ P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	$76^3/_8$—$^1/_8$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$123^1/_2$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	634 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$147^1/_2$—47 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$88^1/_4$ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$187^1/_2$—87 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	315 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	140—$^3/_4$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$88^1/_4$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$105^1/_4$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$46^3/_4$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$69^3/_8$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	$43^3/_8$ P.
Bayer. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$113^3/_4$—$^1/_4$ G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	113 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^1/_4$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^3/_4$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$105^1/_8$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97^3/_8$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^3/_4$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105^1/_8$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^3/_8$ P. $^1/_8$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105^1/_8$ P.
London Lst. 10 k. S.	$118^3/_4$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^3/_4$ P. $^1/_2$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$89^1/_8$ P. $88^7/_8$ G.
do. in öst. W. l. S.	89 P
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	105 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$61^1/_8$—$^3/_4$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$109^1/_4$ P.
„ do. v. 1864	—
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$94^5/_8$—$^3/_8$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	$60^3/_4$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	—
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 G.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 18. April. Nach langer Pause ist heute der Börse wieder ein Impuls gegeben durch die in der 2. Beil. von Nr. 108 enthaltene angebliche Pariser Depesche von französischen Rüstungen. Zwar ist diesem Telegramm kaum großer Werth beizulegen, indem es wohl in die Classe der in Berlin fabrizirten Sensationsnachrichten gehört (wie die neuliche Haferdepesche des Wolf'schen Bureaus, über welche sich die Berliner Zeitungen aufs Schärfste geäußert), da nicht anzunehmen ist, daß die französische Regierung Nachrichten ungehindert den Draht passiren läßt, gegen deren Verbreiter in dortigen Zeitungen sie strafrechtlich vorgeht. Wie Dem nun auch sei und ob sich auch mit gutem Grund voraussetzen läßt, daß der Rüstungsdepesche ein Dementi auf dem Fuß folgt, — die zum Pessimismus geneigte Contremine ergriff die Gelegenheit, die Course herunter zu drücken, was sich am stärksten in dem Hauptspielpapier Mobilier, mehr oder weniger jedoch in allen andern Werthen aussprach. Die Anfangskourse von Berlin und Wien waren ansehnlich fester als die hiesigen. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 110.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 20. April 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 18. April. Se. Majestät der König hat den Gerichtsschreiber A. Költsch zu Hollfeld wegen nachgewiesener Krankheit für die Dauer eines halben Jahres in den nachgesuchten Ruhestand versetzt und zum Gerichtsschreiber am Landg. Hollfeld den Tagschreiber des Stadtg. Regensburg, J. Wasner, in prov. Eigenschaft ernannt; dann am Bezirksg. Augsburg eine weitere Advokatenstelle errichtet und dieselbe dem geprüften Rechtspraktikanten und dermaligen Advokaten-Concipienten A. Hartmann in Augsburg verliehen.

Die kath. Pfarrei Thalkirchdorf, k. Bezirksamts Sonthofen, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 762 fl. 1 kr. 2 hl. erledigt.

München, 17. April. Nach den neuerdings anher gelangten Mittheilungen ist die Rinderpest in Böhmen wieder erloschen. Gemäß einer (im nächsten Regierungsblatte erscheinenden) Bekanntmachung des k. Staatsministeriums des Innern haben deshalb auf den Transport von Rindern, Schafen und Ziegen im lebenden oder todten Zustande, dann von Rohstoffen dieser Thiere im frischen oder getrockneten Zustande aus Böhmen nach oder durch Bayern die Vorschriften in den §§ 3 und 8 der Verordnung vom 6. Dezember 1866 Anwendung zu finden. Hiernach darf die Einbringung nur an den von der betr. Kreisregierung, K. d. J., möglichst nahe an der Grenze hiefür eigens bestimmten Orten erfolgen; hier muß bei jedem Transporte durch amtliche Zeugnisse der unverdächtige Gesundheitszustand der Thiere, dann weiter nachgewiesen werden, daß dieselben aus Gegenden stammen oder nur durch Gegenden gekommen sind, in denen die Rinderpest nicht herrscht. Bezüglich der Rohstoffe hat sich dieser Nachweis darauf zu beschränken, daß die Rohstoffe nicht aus verseuchten Gegenden stammen oder in verseuchten Orten nicht gelagert waren. An den Eintrittsorten hat ferner ein Thierarzt den unverdächtigen Gesundheitszustand der Thiere zu konstatiren und die Ursprungszeugnisse zu controliren. Transporten ohne solche Zeugnisse muß der Eintritt verweigert werden. (B. Ztg.)

München, 17. April. Se Maj. der König hat dem k. Notar Dr. Ludwig Steub zu München die nachgesuchte Bewilligung zur Vornahme einer Sammlung behufs der Unterstützung der deutschen Schulen in den deutschen Grenzgemeinden Südtyrols in der Art ertheilt, daß der k. Notar Dr. Ludwig Steub durch öffentlichen Aufruf in den Münchener Lokalblättern zu freiwilligen Leistungen für den angegebenen Zweck einladen und die eingehenden Beiträge in Empfang nehmen dürfe.

** **München**, 17. April. In seiner heutigen Sitzung setzte der Gesetzgebungsausschuß die Berathung über die Bestimmungen des XXXIX. Hauptstückes der Bestimmungen bei der Pfändung von Fahrnissen fort. Zunächst wurde die Diskussion zu Art. 867 d des neuen Vorschlages des kgl. Ministerialkommissärs, welche in der vorigen Sitzung nicht beendet worden war, wieder aufgenommen, und bemerkte der Ausschußvorstand, daß nunmehr für diesen Artikel noch weitere Vorschläge seitens des kgl. Ministerialkommissärs, des Referenten und des Abg. Wiedenhofer vorlagen. Es war nämlich bereits in der letzten Sitzung darauf aufmerksam gemacht worden, daß in dem Art. 867 d, welcher die Bestimmungen der Vertheilung des Erlöses feststellt, eine bloße Verweisung auf die zivilrechtlichen Bestimmungen nicht genüge. Bei der weiteren Diskussion trat namentlich die Frage in den Vordergrund, ob auf den hier in Frage stehenden Fall die Bestimmungen der Prioritätsordnung Anwendung finden sollten, so daß in Folge der Anschließung jeder Gläubiger der I. — V. Klasse der Prioritätsordnung auch bei der Einzelnexekution seinen Vorzug geltend machen könne. Der Ausschuß trat im Wesentlichen der Auffassung bei, daß die Bestimmungen der Prioritätsordnung hier nicht Anwendung finden sollten und nahm den Art. 867 d im Wesentlichen nach dem Vorschlage des Abg. Wiedenhofer an, wonach aus dem Erlöse zunächst 1) die Kosten der Vollstreckung, Vertheilung und Versteigerung, 2) dann die Forderungen der Gläubiger, welche ein Pfand- oder Zurückbehaltungsrecht an die gepfändeten Gegenstände hatten, 3) dann die Forderungen der andern Gläubiger pro rata zu befriedigen sind, an. In Folge dieses Beschlusses wurde auch in Art. 821 und Art. 842 der früheren Beschlüsse statt „Vorzugs- oder Zurückbehaltungsrechte" eingesetzt: „Pfand- oder Zurückbehaltungsrechte". Nachdem noch Art. 867 e gestrichen und Art. 867 f, g, h und i im Wesentlichen nach den Vorschlägen des königl. Ministerialkommissärs und einigen in Folge der bisherigen Beschlüsse nothwendigen Aenderungen angenommen und hiermit das XXXIX. Hauptstück beendet war, wurde noch die prinzipielle Frage über den Abstrich des XL. Hauptstückes, den der Referent beantragt, in der Weise erledigt, daß der Ausschuß diesem Antrage nicht beitrat, womit die Sitzung geschlossen wurde.

H. **München**, 18. April. Wie verlautet, hat sich der Staatsminister des Innern Frhr. v. Pechmann über die während seiner Rundreise in der Pfalz gemachten Wahrnehmungen in befriedigender Weise geäußert. Als besonders erfreuliche Erscheinungen sind die einfachen und geordneten Verhältnisse der Verwaltung in den Städten und Landbezirken, dann die Opferwilligkeit der Gemeinden für öffentliche Zwecke hervorzuheben, wie diese namentlich in's Auge fällt durch gute Distriktsstraßen und Gemeindewege, zweckentsprechende Stadthäuser, geräumige und zahlreiche Schulhäuser, schöne und gut eingerichtete Krankenhäuser und Aehnliches.

= **München**, 18. April. (Fortsetzung des Auszugs aus den Nachweisungen über die Staatsausgaben in den Jahren 1863/64 und 1864/65.) Bei der Position „Erziehung und Bildung" ergibt das Jahr 1863/64 eine Ersparung von 71,154 fl. Der Referent würde diese Erscheinung geradezu unerfreulich nennen, wenn das darauf folgende Jahr nicht einen Mehraufwand von 58,669 fl. auswiese, denn an diesen Positionen solle nichts gespart werden. Für das bayerische Nationalmuseum finden sich pro 1863/64 6500 fl., pro 1864/65 5000 fl. auf den Reichsreservefond berechnet. Der Mehraufwand für Sicherheit beträgt die bedeutende Summe 1863/64 79,217 fl. und 1864/65 248,025 fl. Die Entstehung der Mehrkosten ist eine sehr wenig erfreuliche. Für die Untersuchungskosten der Verbrechen, Vergehen, Verpflegung der Sträflinge in Bezirks- und Polizeigefängnissen, Kosten der Schwurgerichte sind etatisirt 500,000 fl. und sie betrugen in einem Jahre 628,120 fl. und in dem andern 634,510 fl. Auch der Zuschuß an Zuchthäuser und Gefangenanstalten hat sich nicht unbedeutend vermehrt. Der Minderaufwand für Industrie und Kultur, welcher 46,274 fl. und 21,936 fl. beträgt, beruht auf der noch nicht vollständigen Durchführung des höheren technischen Unterrichts. Bezüglich des Ersparnisses bei Straßen-, Brücken- und Wasserbau, welches sich auf 51,525 fl. und 19,456 fl. beläuft, hofft der Referent, daß dasselbe in der VIII. Finanzperiode noch zur zweckmäßigen Verwendung kommt, denn hier solle nicht gespart werden. Die Münzanstalt hat in keinem der beiden Jahre den budgetmäßigen Zuschuß von 11,326 fl. in Anspruch genommen. Die Zuschüsse an Kreisfonds betrugen im Jahr 1863/64 19,771 fl. weniger und im Jahr 1864/65 9121 fl. weniger. Der Referent fügt bei, daß auch hier nichts gespart zu werden braucht. Den dienstunfähigen Schullehrern hätte eine erhöhte Unterstützung recht gut gethan und die Summe, die i. J. 1863/64 lediglich an dieser Position erspart worden ist, hätte viel Kummer und Noth lindern können. An die Kreisunterstützungsvereine der Schullehrer wurden (Gesetz vom 10. Novbr. 1861) auf Kosten des Reichsreservefonds 28,441 fl. und 32,050 fl. vergütet. Der Militäretat beträgt 11,415,000 fl. Genau so viel wurde i. J. 1863/64 verwendet, im nächsten Jahre 25 fl. weniger. Die Mehrausgaben für den Landbauetat betrugen 14,624 fl. und 13,947 fl. Von durch den Landtagsabschied vom 10. Juli 1865 für verschiedene Baulichkeiten (Polytechnikum, Schullehrerseminarien) bewilligten 1,840,623 fl. kamen i. J. 1864/65 198,333 fl. zur Verwendung. Die Ausgaben auf den Reichsreservefond sind etatisirt mit 1,483,274 fl. Sie betrugen i. J. 1863/64 2,253,173 fl. und i. J. 1864/65 753,207 fl. Die Pfälzer Maxbahn erhielt im Jahr 1863/64 einen Zuschuß von 13,417 fl. und 1864/65 29,451 fl. Diese Bahn wird nach Ansicht des Referenten wohl weitere Zuschüsse nicht mehr nöthig machen und in Zukunft mit Rückzahlung der Vorschüsse beginnen. Zu den Ausgaben auf den laufenden Dienst kommen noch die Ausgaben für's Militär (Gesetz

v. 5. Okt. 1863), welche sich pro 1863/64 auf 3,106,164 fl. und pro 1864/65 auf 3,336,185 fl. berechnen, so daß die Gesammtausgaben auf den laufenden Dienst des Jahres 1863/64 52,094,461 fl. und auf den des Jahres 1864/65 54,548,461 fl. betragen. — Von den an diese rechnerischen Zusammenstellungen geknüpften Bemerkungen des Referenten heben wir noch folgende hervor: Die Rechnungsablegung ist durchweg so gelagert, daß man jeder Ausgabe genügend nachkommen kann und die Volksvertretung einen ganz genauen Einblick in das Getriebe der Staatsmaschine hat. Die Staatsverwaltung löst zweckmäßig die ihr obliegenden Ausgaben. Die Rückstände betragen nur etwas über 1/2 pCt. aller Einnahmen und der laufende Dienst war auch in Bezug auf die Ausgaben prompt geregelt. Aber der ganze Mechanismus unserer Finanzverwaltung arbeitet viel zu langsam und organische Aenderungen sind in dieser Beziehung dringend geboten. Die Herstellung der Rechnung muß früher erfolgen und bei den zweijährigen Finanzperioden ist die Beschleunigung der Rechnung eine absolute Nothwendigkeit. Die Möglichkeit weist Referent am Beispiele Nordamerika's, Frankreichs und Englands nach, und was großen Staaten möglich sei, müsse einem kleineren Land viel eher möglich sein. Auch müsse die Rechnung wesentlich vereinfacht werden. Das bisherige System leidet an Unklarheit, insofern unter den Ausgaben sich nicht immer dasjenige verrechnet findet, was man unter dem Titel vermuthen könnte. Wir haben zu viele Rechnungstitel. Bezüglich der Ausgaben auf Pensionen und Quiescenzgehälter wünscht der Referent die Summen in übersichtlicher Ziffer vor sich zu haben, welche auf diese Titel bezahlt werden. Nur wenn man die Größe der dessfallsigen Ausgaben und ihr Verhältniß zum laufenden Dienst kenne, sei es möglich, ernstlicher daran zu denken, dem Anwachsen derselben Einhalt zu thun. Während auf der einen Seite unsere ganze Culturentwicklung auf Selfgouvernement hindränge, vermehren sich auf der andern Seite die Ausgaben für Beamte. Die bedeutendsten Pensionsposten finden sich beim Militär. Auch im Justizfach entfallen auf Pensionen 16 pCt. von der Gesammtausgabe für Justizbeamtengehalte, oder: je der 7. Justizbeamte ist durchschnittlich Pensionär. Referent behauptet, daß mindestens ein Viertel aller Beamten vollständig entbehrlich gemacht werden könnte, ohne daß der öffentliche Dienst leidet und die übrigen drei Viertel zu sehr angestrengt würden. Die Art unserer Budget-Anlage wünscht Referent ebenfalls dahin geändert, daß das sogenannte Netto-Budget in ein Bruttobudget verwandelt werde, da Letzteres die Quelle ausschließe, aus welcher die von der Kammer schon mehrfach ausgesprochenen werthlosen Verwahrungen gegen die Erhöhung von Verwaltungsausgaben fließen. Der II. Ausschuß hat in seiner am 21. v. Mts. gehaltenen Sitzung beschlossen, der Kammer zu empfehlen: 1) es sei an Se. Maj. den König die allerehrfurchtvollste Bitte zu stellen, bei der Anfertigung des Budgets der IX. Finanzperiode die Prinzipien des sogenannten Brutto-Budgets in Anwendung bringen zu lassen; 2) es seien die Nachweisungen über die Staatsausgaben, mit Ausnahme jener über Staatsschuld, Militär-Etat, Straßen-, Brücken-, Wasser- und Hochbauten — weil nämlich über diese besonders berichtet wird — für die Jahre 1863/64 und 1864/65 anzuerkennen.

Berlin, 17. April. Die Norddeutsche Verfassung, wie sie aus der Schlußberathung des Parlaments hervorgegangen ist, wurde gestern von den verbündeten Regierungen einstimmig angenommen. Dies wurde heute in der letzten Sitzung des Parlaments durch den Grafen Bismarck offiziell mitgetheilt. Es erübrigt jetzt, daß die Verfassung auch die legislative Sanktion in den Einzelkammern erhalte, in so fern namentlich Bestimmungen der Einzelverfassungen dadurch berührt werden. Die überwiegende Majorität, mit welcher gestern die Verfassung bei der Gesammtabstimmung angenommen wurde, läßt keinen Zweifel zu, daß die Kammern und auch das preußische Abgeordnetenhaus zustimmen werden. Auch die heutige Thronrede spricht diese Zuversicht aus. Die Thronrede hat durch ihre entgegenkommende Sprache einen günstigen Eindruck auch in den liberalen Reihen hervorgebracht. Ueber die schwebende Tagesfrage spricht sie sich nur indirekt aus, indem sie des kräftigen Widerhalles gedenkt, welchen der erhebende Ausdruck des nationalen Selbstbewußtseins in dem Reichstage in allen Gauen Deutschlands gefunden habe, wobei hinzugefügt wird, daß die Regierungen und Völker nicht minder darüber einig wären, daß die wiedergewonnene nationale Macht vor Allem ihre Bedeutung in der Sicherstellung der Segnungen des Friedens zu bewähren habe. Diese schönen Worte wurden von der Versammlung mit besonderem Beifalle aufgenommen. Ueber die Eventualitäten, welche die Entwicklung der Luxemburger Frage darbieten könnte, beobachtet die Rede eine begreifliche und durch den Stand der Angelegenheit gerechtfertigte Zurückhaltung. Darüber, daß eine friedliche Erledigung irgendwie in naher Aussicht stehe, ist auch nicht die leiseste Andeutung gegeben. Auch die „Nordd. Allg. Ztg." erklärt heute Abend in einer halboffiziellen Notiz alle Nachrichten über diplomatische Erklärungen Preußens und Frankreichs mit Bezug auf die luxemburger Frage für unbegründet. In der letzteren Zeit hätten diplomatische Erörterungen gar nicht Statt gefunden. Die Angelegenheit befinde sich im völligen Stillstande und es ergebe sich auch daraus, daß die Nachricht von einem bereits erfolgten Arrangement falsch sei. So das ministerielle Blatt, und Sie sehen dadurch, was ich Ihnen in den letzten Tagen über den Stand der Angelegenheit geschrieben habe, vollkommen bestätigt. Die „Nordd. Allg. Ztg." will, wie es scheint, die Nachricht der Pariser „Patrie" nicht in Abrede stellen, daß drei nicht direkt betheiligte Garanten von 1839 nach einer Lösung suchen und später ihre Ansichten den betheiligten Mächten mittheilen wollten. Aber dies könne nur einen vorbereitenden und die augenblickliche Sachlage nicht im mindesten beeinflussenden Charakter haben, und man müsse abwarten, ob der von dem Pariser Blatte in Aussicht gestellte Gang der Ereignisse in der That werde eingehalten werden. Das alles wird zur Orientirung über den wirklichen Sachverhalt wesentlich beitragen. — Die gestrige Minorität von 53 Stimmen gegen die Norddeutsche Verfassung schloß auch die Stimmen der früheren hannover'schen Minister in sich; die daraus entstandene Vermuthung indessen, als ob diese Abgeordneten sich jetzt wieder mit Restaurations-Hoffnungen trügen, scheint durch eine Kundgebung widerlegt, welche die hannover'schen Abgeordneten aller Parteien beabsichtigen sollen. — Der Plan, Vertrauensmänner für die Ueberleitung der preußischen Verwaltung in Hannover zu ernennen, soll andrerseits auf Seiten der Regierung noch nicht aufgegeben sein. — Das Heft der „Revue Contemporaine" vom 15. April enthält in der politischen Chronik einige verständige Betrachtungen über die luxemburger Frage, die gerade jetzt in Paris nur mäßigend und günstig wirken können.

(Köln. Ztg.)

Berlin, 17. April. Man erwartete allgemein, die Schlußrede bei Verabschiedung des Reichstages würde Aufschlüsse über die Beziehungen **Preußens** zu **Frankreich** bringen, und zwar war man des Glaubens, es sollte ein friedlicher Verlauf des Streites signalisirt werden. Statt dessen enthält sich das gewichtige Schriftstück jeder Andeutung über die allgemeine politische Lage, und wenn es allerdings hervorhebt, daß die wiedergewonnene nationale Macht vor Allem ihre Bedeutung in der Sicherstellung der Segnungen des Friedens zu bewähren habe, so liegt hierin doch noch keineswegs ein Symptom für eine etwa schon erzielte Verständigung bezüglich Luxemburgs. Die Erwähnung dieser Frage ist unterlassen, weil die beiden Mächte noch immer nicht in direkte Verhandlungen getreten sind, worin wenig Beruhigendes liegt. Die Offiziösen lassen sogar dahingestellt, ob es Rußland, England und Oesterreich gelingen werde, Vorbesprechungen über die Luxemburger Angelegenheit noch zu ermöglichen. Sie geben nachgerade zu, daß Frankreich in ausgedehntem Maße rüstet, und nebenher laufen Mittheilungen über Vorbereitungen aller Art, die auch hier getroffen werden. Daß Preußen sich dazu verstehen sollte, seine Besatzung aus Luxemburg herauszuziehen, will Niemand in den Sinn, nachdem das hiesige auswärtige Amt unter Berufung auf die Verträge von 1839 die Besetzung Luxemburgs durch preuß. Truppen für eine internationale Pflicht erklärt hat. Die Besatzungsfrage bleibt nach wie vor der entscheidende Punkt. Es kommt hinzu, daß Frankreichs Postulate noch viel weiter greifen, weil sie sich auf den Besitz des ganzen Großherzogthums erstrecken. — Beim Schlusse des Reichstags im Weißen Saale war die Mehrzahl der Reichstagsmitglieder erschienen; es fehlten aber fast die ganze Linke, die Katholiken, die Polen, die meisten Hannoveraner und Schleswig-Holsteiner. (Fr. J.)

Hannover, 15. April. Dem „Hannov. Cour." zufolge wurde kürzlich der frühere hannoverische Legationsrath Lumé de Luine, der sich nach Wien zu König Georg zu begeben beabsichtigte, polizeilich angehalten. Er war Träger von nach Wien bestimmten Briefschaften, welche wahrscheinlich weitere Hausdurchsuchungen und Verhöre zur Folge hatten, die indeß zu nichts weiter führten. — Prinz Hermann Solms, der jüngste der Gebrüder Solms, welcher, von Hamburg kommend, den hiesigen Bahnhof passirte, um sich nach der Marienburg zu begeben, wo er sich vorher hatte melden lassen, wurde hier auf kurze Zeit angehalten, setzte aber alsdann seine Reise nach der Marienburg fort. Die Besucher der Marienburg haben, wie das „Tagblatt" meldet, sich in der Regel über den Zweck des Besuches bei einem der in der Umgegend sich aufhaltenden Gendarmen auszuweisen. Vor Demonstrationen am Geburtstage der Königin Marie (14. April) hatte die Polizei mit Androhung von Einschreiten und Geldstrafen von 10 bis 50 Thlrn. gewarnt; und es blieb alles still.

Haag, 16. April. Der König hat eine lange Konferenz mit dem Prinzen Heinrich und dem Baron Tornaco, dem Minister von Luxemburg, gehalten, nach welcher der Letztere nach Paris abgereist ist. Man glaubt, daß diese Reise bezwecke, die Abtretung Luxem-

burgs rückgängig zu machen und die Verhandlungen darüber als nicht geschehen betrachten zu lassen. Die allgemeine Meinung ist noch immer für den Frieden.

Brüssel, 17. April. Der zweite internationale Studenten-Congreß ist am Sonntag eröffnet worden. Es scheint, daß man sich die übeln Folgen des ersten Congresses zur Lehre genommen hat, denn die Versuche einiger französischer Studenten, das Programm abzuändern und die bei dem ersten Congresse in Lüttich verhandelten politisch-sozialen Fragen wieder zur Discussion zu bringen, sind gescheitert. Die in Folge des bekannten politischen Prozesses wegen Bildung einer geheimen Verbindung in Paris in Ste. Pélagie gefangenen französischen Studenten haben der Versammlung durch einen ihrer Collegen einen brüderlichen Gruß gesandt. (K. Z.)

Paris, 16. April. Girardin macht Propaganda für das, was er sein „Ultimatum“ an Preußen nennt: „entweder die Preußen aus Luxemburg hinaus oder Frankreich nimmt das preußische Quadrilatère Luxemburg, Saarlouis, Coblenz und Mainz.“ Der Progrès de Lyon stimmt Girardin mit den Worten bei: „Man ist in Frankreich des Uebermuthes einer Politik müde, die nach Zerreißung der Verträge, welche Preußens Ehrgeiz genirten, jetzt die zu einer anderen Epoche aus Haß und Mißtrauen gegen die französische Nation diktirten Clauseln, wie es ihm eben gefällt, wieder auferwecken will.“ Diese Sprache eines Provinzialblattes ist so bemerkenswerth, wie die Erklärung Girardin's, er sei mit dem „Etendard“ einverstanden, wenn derselbe folgende Lösung beanspruche: „Räumung der Festung Luxemburg und bedingungslose Uebergabe dieses Platzes an den Souverain, der von seinen souverainen Rechten freien Gebrauch machen soll, im Einverständnisse mit den Verträgen von 1839 und mit dem Wunsche der außerhalb der Pressien fremder Truppen frei befragten Bevölkerung.“ Als Symptom, daß Frankreich sich fertig macht, wird vom „Moniteur de l'Armee“ bestätigt, daß der Kaiser die Abschaffung aller Musikcorps bei den Cavallerie- und Artillerie-Regimentern der Garde und Linie, mit Ausnahme der Pontonniers, bestätigt hat; der Antrag des Kriegsministers datirt vom 4. April. Die Erhöhung des Blutpreises von 3000 Francs für den Mann ist ein anderes Symptom; das dritte ist die Anklage gegen „Avenir National“, das, wie die „Liberté“ andeutet, mit 50 Francs Geldbuße durchkommen dürfte, da es seinen guten Glauben wird nachweisen können; diese gerichtliche Verfolgung sei ein indirekter Wink für die französische Presse, das strengste Stillschweigen über alle Truppenbewegungen zu beobachten; die jetzige Lage sei aber der Art, daß dieses Schweigen ein absolutes Gesetz für die Redaktion werden müsse; die „Liberté“ werde daher keine einzige Nachricht solcher Art bringen, wie die, wofür jetzt „Avenir“ gerichtlich verfolgt werde. Um Krieg zu führen, braucht man gute Finanzen; nun ist aber die „Liberte“ von der Uebersicht der Staatseinnahmen vom ersten Vierteljahre von 1867 so wenig erbaut, daß sie die Gelegenheit benutzt, um Rouher's Beseitigung zu verlangen. „Trotz der Explication können wir nur wiederholt bemerken, daß die Finanzlage gebieterisch die Ernennung eines Finanzministers erheischt, der in Frankreich thut, was Gladstone für England gethan hat.“

Paris, 16. April. Der „Moniteur“ theilt in seinem Bulletin Näheres über den Sturz des Präsidenten Geffrard in **Haiti** mit. Da Geffrard den unmittelbaren Ausbruch der Krisis vorhersah, so hatte er in seinem Ministerium Veränderungen vorgenommen und den Senat einberufen, um seine Regierungsgewalt niederzulegen. Allein der Aufstand brach früher aus, und Geffrard benützte die unvermuthete Ankunft des französischen Aviso's „d'Estaing“, um daselbst durch Vermittlung des französischen Consuls mit seiner Familie unterzukommen. Die Staatssekretäre traten sofort zusammen und erklärten sich bis zur Ernennung eines neuen Präsidenten permanent. Als Hauptkandidaten nennt man General Paul, den der Senat unterstützt, General Petion Faubert, endlich General Nissage Sagette, der den Widerstand in St. Mark leitet und am meisten zum Abgange Geffrards beigetragen hat. Am 16. März herrschte vollkommene Ruhe in Haiti. Die französischen Interessen, zu deren Schutz der „D'Estaing“ übrigens wieder zurückgekommen ist, waren von vornherein nicht beeinträchtigt.

Paris, 17. April. Die „France“ bringt einen Artikel, überschrieben: „Paris und Berlin,“ in welchem sie nachzuweisen sucht, daß der Krieg oder Frieden jetzt nur von Preußen abhängt, und welcher mit folgenden Worten schließt: „Frankreich ist geneigt, der Aufrechthaltung des Friedens alle Opfer zu bringen, die mit seiner Nationalehre vereinbar sind. Wenn die heute versuchte friedliche Bestrebung nicht zum Ziele führt, so kann die Verantwortlichkeit dafür es nicht treffen.“ Die Wochenschau des „Moniteur“ enthält nichts über die Luxemburger Angelegenheit. Sie konstatirt dagegen, daß die Räumung Mexiko's mit eben so viel Ensemble als Pünktlichkeit vor sich gegangen ist. „Armee und Flotte haben sich in Amerika als auf der Höhe ihrer Pflicht stehend gezeigt. Ihre Disziplin und ihr Muth lassen eine gute Erinnerung in der Bevölkerung zurück.“ — Der „Patrie“ geht durch Privatbriefe aus Yokohama unterm 28. Febr. die Nachricht zu, daß der Tod des Mikado offiziell bestätigt ist. Der Mikado, dessen Namen das Volk erst mit seinem Tode erfährt, hieß Kingoo-Koo-Thei, war 47 Jahre alt geworden und hatte 25 Jahre regiert. Sein Sohn, der 16 Jahr alt ist, wird wahrscheinlich an seine Stelle gesetzt werden, jedoch ist noch nichts entschieden, weil die Abstimmung vierzig Tage dauern muß. — Man liest im „Univers“: „Man hat die Haltung, welche der Kaiser vergangenen Sonntag bei dem Rennen von Longchamps gegen den **Grafen v. d. Goltz** beobachtete, sehr bemerkt. Der preußische Botschafter hätte sich dem Kaiser genähert, der seinerseits ihn sehr verbindlich gegrüßt, aber kein Wort an ihn gerichtet hätte. Als der Botschafter sich später in den Wägeraum begab, fand er bei allen Personen beinahe, welche in näheren oder ferneren Beziehungen zur Regierung stehen, gleichfalls einen ziemlich kalten Empfang. Man hatte bereits die Haltung des Kaisers wahrgenommen, und es bedurfte nicht mehr, um die ganze offizielle Welt sofort zu einer gleichen Haltung zu veranlassen. Abends war großes Diner bei dem Senatspräsidenten Troplong, zu dem auch Graf v. d. Goltz geladen war. Er fand daselbst den gleichen Empfang. Nur ein einziger Senator unterhielt sich mit ihm.“ — Ein Correspondenzartikel des „Journal des Débats“ aus Florenz sieht in der Verurtheilung des Admirals Persano einen Akt, welcher, von der Volksleidenschaft diktirt, stets den Charakter eines politischen Verfahrens behalten wird und von der Geschichte schwerlich ratifizirt werden dürfte. Es sei augenscheinlich, daß wenn Fehler begangen sind, Herr Persano weder der einzige, noch der hauptsächlichste Schuldige sei, daß, indem man ihn allein verfolge und verurtheile, aus ihm ein Sühnopfer gemacht werde. Herr Persano hat sich selbst vertheidigt mit dem Accent eines Mannes, der von seiner Unschuld überzeugt ist; hat er sich geirrt, wie das allerdings die Thatsachen mehr als einmal herausgestellt haben, so irrte er sich in gutem Glauben. Aber er hat ein Alter von 60 Jahren und man hätte Zeit genug gehabt, zu sehen, wie es mit seinen Fähigkeiten stand. Man sollte denken, wenn Jemand zu entschuldigen wäre, indem er sich über die Fähigkeiten eines Mannes irrte, so müßte das der betreffende Mann selbst sein. — Wie die „Patrie“ aus Stockholm vernimmt, hat nun auch die schwedische Regierung die Bildung eines Evolutionsgeschwaders verfügt, welches aus zwei Panzerfregatten, zwei gepanzerten Corvetten und einer Dampffregatte bestehen und im Laufe des Monats Juli die Häfen von Brest und Cherbourg besuchen solle.

Lissabon, 17. April. In **Oporto** sind Unruhen ausgebrochen; sie wurden von der bewaffneten Macht, ohne Blutvergießen, unterdrückt. — Der Ministerpräsident Hr. Aguiar ist ernstlich erkrankt. Eine theilweise Modifikation des Ministeriums wird für nahe bevorstehend gehalten.

London, 16. April. Ueber die Haltung, welche Oesterreich zu einem Kriege zwischen Frankreich und Preußen annehmen würde, wird der „Pall Mall Gazette“ aus Wien Aehnliches geschrieben, wie dem „Observer“. Der dortige französische Botschafter habe auf seine Anfrage die Antwort erhalten, zwischen Preußen und Oesterreich existire durchaus keine Uebereinkunft in Betreff einer zu befolgenden besonderen Politik; das österreichische Cabinet sei vielmehr Willens, eine strenge Neutralität zu beobachten, und wenn es im äußersten Falle von dieser Bahn abweichen müsse, werde es sich derjenigen Macht anschließen, welche den österreichischen Interessen die weitestgehenden Concessionen machen würde. Hr. v. Beust rechne darauf, daß auf Oesterreich, sollte der Krieg ausbrechen, beide Parteien ihr ernstes Augenmerk richten müßten; denn in Anbetracht der ziemlich gleichen Stärke der beiden würden 300,000 österreichische Bayonnete den Ausschlag geben können. Verlegte Oesterreich eine Armee nach Böhmen, so wäre Preußen zu schwach, den Anmarsch der Franzosen aufzuhalten und den Rhein zu schützen; liehe es dagegen den Süddeutschen seine Unterstützung, so würde der französische Angriff zurückgeschlagen werden. Weiterhin bemerkt jener wiener Correspondent: „Graf Bismarck hat in dem norddeutschen Parlamente erklärt, daß die Zulassung des ganzen Großherzogthums Hessen in den Bund keinem Widerstande von Seiten Oesterreichs begegnen würde. Diese Angabe ist aber, wie man mir versichert, so zu verstehen, daß Oesterreich **einstweilen** keine Ansicht über die politische Tragweite des Gegenstandes abgeben wolle, jedoch, was den Rechtspunkt betreffe, darauf hinweisen müsse, daß es als eine Verletzung des Prager Friedens anzusehen sei, wenn Preußen die Mainlinie überschreite.“

Damaskus, 23. März. Die christliche Bevölkerung ist dieser Tage abermals in große Angst versetzt worden, weil sie fürchtete, sie stehe am Vorabend einer Katastrophe gleich der von 1860. Am 17. d. wurden nämlich Plakate angeheftet, die in türkischer und arabischer Sprache abgefaßt und in der Regierungsdruckerei gedruckt waren. Sie

gingen von einem sogenannten Freunde des Vaterlands aus, waren an die Muselmanen Syriens gerichtet, schilderten aufs aufreizendste die Lage der Mohammedaner der Insel Kreta, „der Opfer des Aufstands der Griechen", und forderten, unter Anführung des Koran-Spruchs, daß „alle Gläubigen Brüder seien," zu materiellem Beistand auf. Der Haß und das Rachegefühl der Mohamedaner lebte wieder auf, und es traten sogleich zwei beklagenswerthe Folgen zu Tage: die Christen wurden von einem panischen Schrecken ergriffen und wollten noch vor einem neuen Blutbad aus der Stadt flüchten. Die Muselmanen dagegen fanden in dem Plakat eine Aufforderung, die Gräuel von 1860 zu wiederholen. Der griechische Patriarch und einige Consuln legten daher dem Generalgouverneur Raschid Pascha den Ernst der Lage dar, der jedoch alle Kenntniß dieser Brandschrift in Abrede zog, in einem Anschlag die aufgeregten Geister zu beruhigen suchte, und an die Menschenliebe aller Religionsgenossenschaften appellirte. Allein dies beruhigte nicht, und die Auswanderung der Christen dauerte fort. In Folge dessen begab er sich persönlich zu den Oberhäuptern der christlichen Gemeinden, und ertheilte ihnen die Versicherung, daß nichts zu fürchten sei. Auch die Consuln traten endlich im Hause des Hrn. Rogers, des brittischen Consuls, zusammen, und beschlossen nach langer Verhandlung, an Raschid Pascha die Forderungen zu stellen: 1) die notablen Mohammedaner aller Stadtviertel persönlich für Aufrechthaltung der Ruhe verantwortlich zu machen; 2) die mohammedanischen Geistlichen aufzufordern, in den Moscheen die Gleichheit für alle Unterthanen der hohen Pforte zu predigen. Der Pascha bewilligte dieß, und seit einigen Tagen sind die Gemüther etwas ruhiger, immer noch aber wandern einzelne christliche Familien aus. Verfasser des Plakats ist Feizy Bey, der Sekretär Raschids; obwohl derselbe jetzt seiner Stelle entsetzt ist, glaubt man doch nicht, daß er ohne Mitwissen des Pascha's und seines Stellvertreters gehandelt habe. Auch einige andere Personen, die sich bei dieser Gelegenheit besonders thätig erwiesen, wurden bestraft und zu den Galeeren verurtheilt, so u. a. der Vorstand des Dorfs Katana, der, unter dem Vorgeben, es sei der Wille der Regierung, die Bevölkerung aufgefordert hatte, sich mit Waffen zu versehen. — In Aleppo beschäftigt man sich emsig mit Aufsuchung der Eier der Heuschrecken, um die Verheerungen zu verhindern, welche diese Insekten im letzten Jahr angerichtet haben. Hier aber will man gegen diese Plagegeister ein unfehlbares Mittel haben in dem Wasser aus einer gewissen Quelle in Angora, Kleinasien, das die Kraft besitze, gewisse Vögel — die Jmarmar, wie man sie nennt — anzulocken, und so die Heuschrecken wegzuschaffen. Man hat deßhalb eine Flasche dieses Wassers auf dem Minaret der großen Moschee aufgestellt, und hofft so Rettung der Ernte!! (Allg. Ztg.)

Man meldet dem „Monde" aus **Mexiko**, vom 25. Febr., daß Miramon mit 800 Mann das 2000 Mann starke Corps des Generals Aureliano Rivera vollkommen aufgerieben, und sich nach dieser Waffenthat aufs neue zur Verfolgung der Liberalen in der Richtung von Matamoros angeschickt habe. Die Rede, welche Bazaine in der Junta hielt, soll der Unentschlossenheit des Kaisers ein Ziel gesetzt haben. Seine Antwort auf diese Rede hätte gelautet: „Man stellt mich zwischen die Schande und den Tod; meine Wahl ist getroffen." Gleich darauf habe er an der Spitze von 4000 Mann die Hauptstadt verlassen und sich nach Norden gezogen, um eine Reihe von Kämpfen zu bestehen, die leider nichts entscheiden, da Juarez seinen Generalen eingeschärft hat, sich auf den kleinen Krieg zu beschränken, der den Franzosen gegenüber so gut angeschlagen hat. „Juarez ist geduldig bis zum Exzeß, und nahm keinen Anstand, von der Offensive wieder zur Defensive überzugehen; aber er könnte sich verrechnen, denn Marquez und Mejia kennen diese Kriegsweise besser als die Franzosen. Ohne das hätte auch Miramon nicht so schnell die Entfernung von Mexiko nach Zacatecas zurücklegen können, um durch einen kühnen Handstreich den Präsidenten aus der letzteren Stadt zu verjagen. Wenn er drei Tage später überfallen und geschlagen wurde, so geschah dies, weil er gezwungen war, seine Streitkräfte zu theilen und 500 Mann in Zatatecas zu lassen. Von zehnfacher Uebermacht umringt, von seinen Soldaten verlassen, fand er sein Heil, bloß von 30 Mann begleitet, in der Flucht, um acht Tage später mit 800 Mann wieder zu erscheinen, und Rivera zu schlagen. Uebrigens herrscht bürgerliche und militärische Anarchie im Lande. Negrete erklärte sich für Ortega, welcher in der Gefangenschaft des Juarez ist. Cortina und Treviero erklärten sich, statt Eskobedo gegen den Kaiser zu folgen, neutral. Wer möchte nach alle dem behaupten, daß Maximilian ohne ganz außerordentliche Fähigkeiten, und namentlich ohne eine unbezwingliche Energie selbst als Sieger (der er in diesem Augenblicke ist), seinen Thron wieder aufzurichten vermöchte? Er wird durch seinen Muth die Ehre gerettet, und auf die Zumuthung abzudanken würdig geantwortet haben; das ist alles, was man heute sagen kann."

Neueres.

Berlin, 18. April. Die „Nordd. Allg. Ztg." nennt die Nachrichten der ausländischen Journale, daß Preußen die Selbständigkeit der Niederlande bedrohe und den Anschluß der Niederlande oder Luxemburgs gefordert habe, einen frechen Betrug der öffentlichen Meinung, ein frivoles Spiel mit dem Frieden von Europa. Die Pariser Nachricht der „Indépendence", daß Graf Bismarck vor zwei Monaten eine Drohnote an den holländischen Gesandten gerichtet, sei eine absichtliche Erdichtung.]

Kiel, 18. April. Durch Ministerial-Reskript werden alle in den dänischen Militärverband übergetretenen sodann als bleibend zurückgekehrt in Nordschleswig Wehrpflichtigen ausnahmslos ausgewiesen, selbst dann, wenn sie aus dem dänischen Unterthanenverband austreten und sich der Einstellung in die preußische Armee als unsichere Heerespflichtige unterwerfen.

Prag, 18. April. Das Erscheinen eines neuen Blattes der föderalistischen Feudalpartei, „Der Patriot", wird angekündigt. Ihre Unterstützung haben auch die Herren Palacky, Rieger und Brauner zugesagt. Die böhmische landwirthschaftliche Kreditbank wird demnächst ihre Geschäftsthätigkeit beginnen. Das bisherige Subskriptionsergebniß beträgt 300,000 Gulden. Aus Karlsbad, Pilsen und Budweis wird Hochwasser gemeldet.

Neusatz, 18. April. Die serbischen Blätter desavouiren die Meldungen dualistischer Journale über das Erscheinen von Deputationen bei dem Fürsten Michael von Serbien als Tendenz-Nachrichten, indem sie hinzufügen, daß es Jenen, die in Debreczin die Dynastie entthront, schlecht anstehe, eine Nation zu verdächtigen, welche durch Jahrhunderte hindurch Hunderttausende ihrer Söhne für diese Dynastie geopfert hat.

Petersburg, 17. April. Auf die Meldung der Indépendance, daß Rußland zu Preußen neige, erwidert die heutige „Nordische Post", die russische Regierung strebe die Erhaltung des europäischen Friedens an. Am 3. Mai wird die kaiserliche Familie ihren feierlichen Einzug in Moskau halten.

Literarisches.

Das fünfte und sechste uns vorliegende Heft der „**Illustrirten Welt**" (Stuttgart, Eduard Hallberger) läßt sich als ebenso reichhaltig und gediegen bezeichnen wie die vorhergehenden. Wir finden darin die Fortsetzung der frischen Waldesduft athmenden Erzählung von Friedrich Gerstäcker „Der Fuchsbau", die Fortsetzung des an den vielfältigsten Beziehungen so reichen Romans „Die heimliche Ehe" von J. F. Smith, die höchst pikanten „Memoiren eines italienischen Polizeibeamten" von J. Ristori, ferner unter dem Titel: „Neue Londoner Skizzen" von Julius Rodenberg und „Russische Volks- und Gesellschaftsbilder" von C. Bauer, interessante ethnographische Beiträge. Ein anziehendes Bild aus dem Hochgebirge „Die Holzknechte in den Alpen" hat der gemüthvolle österreichische Schriftsteller August Silberstein beigesteuert, während wir von Max Ring einen trefflichen Aufsatz über „Das Vereinsleben in Berlin" lesen und Schmidt-Weißenfels eine Serie von charakteristischen Silhouetten aus dem preußischen Abgeordnetenhause eröffnet hat. Eine Biographie des jüngst verstorbenen Pfuel, ebenfalls von Max Ring, gewährt ein hohes zeitgeschichtliches Interesse. Von vorwiegend beschreibender Natur sind die folgenden Artikel: „Das Herz des Salzkammerguts (Salzburg)", „Die Stadt mit dem schiefen Thurme (Pisa)", von Wilh. Ranke, „Die Liebfrauenkirche von Walcourt", „Ein Fürstensitz in Mähren", von A. Silberstein, „Das Seemannshaus in Hamburg" u. A. m. Bilderräthsel, Rösselsprung und Schachaufgaben sind wieder reichlich in den beiden Heften vertreten, wovon das eine in vorzüglich hübscher Weise das Gedicht „Andreas Hofer" von Julius Mosen, das andere „Das Kindesauge" von A. Scherer illustrirt hat. Unter den zahlreichen übrigen Illustrationen nennen wir nur die folgenden: Ansicht der Stadt Salzburg von E. Girardet, Schloß Leopoldskron von Blumauer, Der Holzschwemmer von Puschkin, Max v. Forckenbeck, Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses von G. Kühn, Tyroler Landesvertheidiger bei der Frühmesse im Walde von Gerasch, Der Schuster von Offterdinger und die humoristischen Bilder von Herbert König (Zeitbild) und E. Juch (Der Vetter auf Besuch beim Neffen Studio).

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
...nd Staatsbibliothek
München.
...urzb. Ztg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 111.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 22. April 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 19. April. Se. Majestät der König hat genehmigt, daß die kath. Pfarrei Aholming, Bezirksamts Vilshofen, von dem Bischofe von Passau dem Priester J. Niedermayer, Pfarrer in Aicha a/D., dess. Bezirksamts, die kath. Pfarrei Kellberg, Bezirksamts Passau, von dem Bischofe von Passau dem Priester M. Diechter, Benefiziaten in Rotthalmünster, Bezirksamts Grafenau, die kathol. Pfarrei Seebach, Bezirksamts Deggendorf, von demselben Bischofe dem Priester G. Hohenwarter, Curat-Benefiziaten in Mauth, Bezirksamts Wolfstein, verliehen werde; den K. H. A. Frhrn. v. Wolfskeel-Reichenberg von Uettingen, dann den Handlungs-Gehilfen G. G. Weiherer von München für großjährig erklärt.

München, 18. April. Durch Entschließung des k. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 11. April ist die Bildung eines Gewerberathes in der Stadt Windsheim genehmigt worden. (B. Z.)

München, 18. April. Graf Tauffkirchen wird morgen von Wien zurückerwartet. Ich habe Grund zu der Annahme, daß derselbe weder im Auftrage noch im Namen der bayerischen Regierung nach Wien gereist ist. Thatsache ist, daß er sich erst von Berlin aus Urlaub zu der Wiener Reise erbeten hat, und die Vermuthung dürfte nicht unberechtigt sein, daß er als Vertrauensmann — oder wie man es nennen will — des Berliner Kabinets nach Wien gegangen sei, um den ersten Schritt zur Anbahnung einer von Preußen gewünschten Verständigung über die Stellung Oesterreich's im Kriegsfalle zu thun. (N. K.)

Aus **Stuttgart**, 16. April, schreibt ein Correspondent der „Köln. Ztg.“: Zu den Enthüllungen Ihrer Sonntags-Nummer über die Entstehung der preußisch-süddeutschen Allianzverträge (S. Nr. 106 d. Bl.) stimmt ganz das, was über denselben Gegenstand in der letzten Zeit hier unter der Hand verlautete. Hiernach dürfte insbesondere dem Herrn v. Varnbüler die Urheberschaft jener Verträge nicht mit Unrecht zugeschrieben werden. Daß zur Zeit der Friedensverhandlungen wirklich eine Schmälerung des würtembergischen Gebiets in Aussicht stand, wurde damals schon hier im Publikum bekannt, und die Zeitungen verhandelten über diese Möglichkeit. So finde ich im „Schwäb. Merkur“ vom 5. August v. J. einen Artikel, der solche, wie er annimmt, „zu Gunsten eines unhaltbaren, zwecklosen süddeutschen Bundes“ ersonnene Gebietsflickereien bekämpft. In diesem Artikel heißt es: „Bekanntlich will Preußen Oberhessen einverleiben, und es heißt, der Großherzog würde dafür durch andere Gebiete entschädigt werden. Nimmt man an, daß er die bayerische Pfalz bekäme, dann würde vermuthlich wiederum Bayern entschädigt werden sollen. Etwa mit nordwürtembergischem Gebiet?“ Unter dieser Constellation soll Herr v. Varnbüler, nachdem er auf der Nikolsburger Reise in Wien sich überzeugt, wie morsch die Grundlagen des österreichischen Staates seien, den „kühnen Griff“ des Allianz-Anerbietens an Preußen gethan haben. Er ließ sich die Integrität des würtembergischen Staates durch Preußen garantiren. Seine Verdienste als „Staatsretter“ sind es denn auch ohne Zweifel, die seine Stellung bei Hofe so stark befestigten. Er hat den König überzeugt, daß er (Varnbüler) der Mann sei, der alles, was es in Zukunft noch mit dem Grafen Bismarck zu arrangiren geben werde, am vortheilhaftesten für das Haus Würtemberg arrangiren könne.

Stuttgart, 17. April. In dem heutigen Ministerrathe hat die Frage, welches Gewehrmodell zur Abänderung unserer Vorder- in Hinterlader zu wählen sei, ihre glückliche Lösung gefunden. Auf Grund vielfacher, mit aller Umsicht bewerkstelligter Schießversuche hat Se. Maj. der König angeordnet, daß unverweilt zur Umänderung unserer Infanterie-Gewehre nach dem System Albini-Brändlen geschritten werde. Die Anfertigung der nöthigen Modellgewehre und der Einheitspatrone ist bereits verfügt; sobald die Modelle hergestellt sind, werden sie an die inländischen Fabriken vertheilt werden, von denen zahlreiche Anerbietungen zur Uebernahme von Aufträgen vorliegen, so daß unsere Infanterie binnen der nächsten Monate mit einem Hinterladungsgewehre versehen werden wird, welches in Einfachheit der Construction, Sicherheit des Verschlusses, Leichtigkeit der Handhabung, Treffsicherheit und Schießgeschwindigkeit große Vorzüge besitzt, und das eben dieser Vorzüge halber von der bayerischen Regierung als Modell für Neuanschaffungen in Aussicht genommen sein soll. Gleich die erste Lieferung der neuen Gewehre wird an die Regimenter vertheilt werden, so daß zunächst die Unteroffiziere in der Manipulation des Ladens geübt werden können. (St.-Anz. f. W.)

Karlsruhe, 15. April. Bezüglich einer Revision der akademischen Gesetze liegen schon längere Zeit Wünsche der Studirenden den Ständen vor. Diese Gesetze gehören, wie so manche Gebräuche der Hochschulen, einem andern Zeitalter an und tragen einen patriarchalischen Stempel. Man geht damit um, sie jetzt, den Anträgen der Hochschulen vielfach entsprechend, mit dem Geiste der modernen Gesetzgebung, die alle Ausnahmsgesetze bekämpft, in Einklang zu setzen. — Durch den Gesetzentwurf über Militärpflichtigkeit wird die Dienstzeit im aktiven Heere ohne Zweifel auf drei Jahre festgesetzt. Darnach könnte es keinem Zweifel unterliegen, daß die Schranken bezüglich der Ansässigmachung, Verehelichung ꝛc. nach jener Zeit wegfallen müssen, wenigstens in allen Hauptpunkten. (Schw. M.)

Berlin, 18. April. (Zur Lage.) Die gestrige Thronrede hat, indem sie mit scheinbarer Geflissentlichkeit über unsere Beziehungen zum Auslande mit Stillschweigen hinwegging, die Besorgnisse vor einer Störung des Friedens nur gesteigert. Was sollte indeß die Thronrede insbesondere über unsere Stellung zu Frankreich sagen, da die Regierung selbst über die Intentionen des Tuilerien-Kabinets nicht unterrichtet ist. Frankreich hat vor mehreren Tagen hier eröffnen lassen, daß es die Luxemburger Frage vorläufig auf sich beruhen lassen wolle (?), und seitdem verharrt sein Vertreter in einer Abgeschlossenheit gegen unsere amtlichen Kreise, die man allgemein als den Vorläufer des Abbruchs aller Beziehungen betrachtet. Darüber, daß Frankreich dem Wiener Kabinet ein Schutz- und Trutzbündniß angetragen hätte, welches von Oesterreich in höflicher Form abgelehnt worden wäre, ist weder von Wien noch von Paris etwas hieher berichtet worden. Gleichwohl bezweifelt man in unseren politischen Kreisen die Richtigkeit dieser Thatsache keinen Augenblick. Für eine ausgemachte Sache hält man dort auch den Abschluß eines Bündnisses zwischen Frankreich und Dänemark. Uebrigens macht sich mehr und mehr die Ansicht geltend, daß Preußen, wenn es die Ueberzeugung von der Unmöglichkeit einer friedlichen Auseinandersetzung mit Frankreich gewinne, selbst zur Entscheidung drängen werde. — Von Hannover aus wird hier jetzt lebhaft die Ausweisung der Königin Marie betrieben. Der Landrath Steinmann, welcher an der Spitze der hannover'schen Polizei steht, ist deßhalb hier anwesend. (N. K.)

Berlin. (Reichstagssitzung vom 16. d. Schlußberathung über den Verfassungsentwurf.) Man steht an Art. 60 (Friedenspräsenzstärke des Bundesheeres; früher Art. 56). Nach den Beschlüssen des Reichstags lautet der Art. 60 jetzt: „Die Friedenspräsenzstärke des Bundesheeres wird bis zum 31. Dez. 1871 auf 1 Prozent der Bevölkerung von 1867 normirt und wird pro rata derselben von den einzelnen Bundesstaaten gestellt. Für die spätere Zeit wird die Friedenspräsenzstärke des Heeres im Wege der Bundesgesetzgebung festgestellt.“ Graf Stolberg beantragt, statt des letzten Satzes den folgenden Satz anzunehmen: „Für die spätere Zeit wird die Friedenspräsenzstärke des Heeres durch ein Bundesgesetz festgestellt, bis zu dessen Erlaß die vorstehenden Bestimmungen von Jahr zu Jahr in Kraft bleiben.“ v. Vincke (Hagen) spricht entschieden für diesen Antrag. Das Amendement des Herzogs v. Ujest und des Abg. v. Bennigsen könne nicht genügen. Was könne es nützen, wenn das Geld gesichert sei, aber nicht ausgegeben werden dürfe, wenn der Reichstag nur eine geringere Präsenzstärke bewilligen wolle? Das Amendement des Grafen Stolberg zum Art. 60 sei also absolut nöthig; nehme man dasselbe nicht an, so würde durch das andere Amendement zu Art. 62 nach wie vor Alles in Frage gestellt sein. (O! O! lauter Widerspruch.) Es sei dennoch so, wie laut man auch widerspreche. Man stelle die ganze Bundesarmee in die Luft. (Nein! Nein! Gelächter.) Man gebe den Bundesregierungen so nur Gelegenheit zu Conspirationen gegen die Bundesarmee,

Lasker: Der Abg. für Hagen irrt sich über die Bedeutung unseres Amendements; oder wenn er etwa ungehaltensein sollte darüber, daß er zu der Formulirung dieses Amendements nicht zugezogen worden, so bemerke ich ihm, daß er deßhalb nicht zugezogen worden ist, weil wir überhaupt darauf verzichtet haben, uns mit dem Abgeordneten für Hagen zu verständigen, wenn es sich um die Feststellung verfassungsmäßiger Befugnisse handelt. (Sehr gut! Bravo!) Wir sind mit der bestimmten Absicht in dieses Haus eingetreten, zu nichts unsere Zustimmung zu geben, was die Befugnisse des preußischen Abgeordnetenhauses alterirte, ohne daß sie auf den Reichstags übertragen würden. Wir sind in unserem Amendement bis an die äußerste Grenze dessen gegangen, was wir zugestehen können. Uebrigens sprechen sich alle Stimmen, die aus dem Volke kommen, auch dahin überein mit uns aus, daß eine Verfassung ohne Volksrecht nur auf Sand gebaut sein würde. v. Blankenburg theilt den Standpunkt v. Vincke's. Der Reichstag dürfe nicht durch einen Budgetstrich die ganze Organisation des Bundesheeres in Frage stellen können. Er und seine Freunde würden nur dann für das Amendement des Herzogs v. Ujest stimmen können, wenn vorher das Stolberg'sche Amendement zu Art. 60 angenommen worden. Geschehe letzteres nicht, so würden sie folgenweise ebenso auch gegen das Ganze stimmen müssen. Präsident der Bundeskommissäre Graf Bismarck: Das Amendement des Grafen Stolberg stimmt mit den Beschlüssen der Regierungen überein und die Vertreter der Regierungen haben darum die Verpflichtung, an diesem Amendement festzuhalten. Das Amendement des Herzogs v. Ujest macht das Wiederentstehen eines Militär- oder Budgetkonfliktes zu Ende 1871 allerdings möglich; wer das verhindern will, muß in dieser Frage mit uns für das Amendement Stolberg stimmen. Graf Bethusy-Huc: Der Herr Präsident der Bundeskommissäre hat nicht gesagt, daß eine Ablehnung des Stolberg'schen Amendements das Zustandekommen des Verfassungswerkes gefährden würde. Häte er das gesagt, so würde ich für dieses Amendement gestimmt haben; da er es nicht gesagt, werde ich gegen das Amendement und für das von mir mitunterzeichnete Amendement des Herzogs v. Ujest stimmen. Graf Bismarck: Ich verstehe den Standpunkt des Vorredners nicht. Wir befinden uns doch nicht in dem Stadium, daß ich hier eine Erklärung in meinem Namen abgeben könnte. Ich habe die Situation genau so gezeichnet, wie sie liegt. Wird das, was die verbündeten Regierungen beschlossen haben, verworfen, so müssen wir uns darüber mit den Regierungen ins Vernehmen setzen und vor Allem wird die Entscheidung des Königs abzuwarten sein. Dem Allen kann ich doch in keiner Weise vorgreifen. Der Schluß der Diskussion wird beantragt und beschlossen. In namentlicher Abstimmung wird das Stolberg'sche Amendement mit 167 gegen 1 0 St. abgelehnt und es erfolgt die Annahme des Art. 60 nach dem ersten Beschlusse des Reichstags. Die Annahme des Art. 61 erfolgt ohne Diskussion. Zu Art. 62 sind mehrere Amendements gestellt. Zunächst das des Herzogs v. Ujest, zu welchem der Abg. Graf Otto Stolberg ein Unter-Amendement stellt, dahin gehend, den zweiten Satz des 1. Alinea so zu fassen: „Die Berechnung derselben erfolgt nach der im Art. 60 festgesetzten Friedenspräsenzstärke, welcher so lange von Jahr zu Jahr in Kraft bleibt, bis sie durch ein Bundesgesetz abgeändert worden ist.“ Die Linke (Ausfeld und Gen.) beantragt einfach die Streichung des Art. 62. Endlich beantragt Graf Eberhard zu Stolberg, im Art. 62 statt der Worte „bis zum 31. Dez. 1871“ zu setzen: „bis zum Erlaß eines Bundesgesetzes“. Schulze warnt nochmals vor einer Schmälerung der Volksrechte. Mit Amendements und Sous-Amendements sei hier nicht zu helfen. Die Möglichkeit des Conflikts liege eben im Wesen des Constitutionalismus; wer diese Möglichkeit vermeiden wolle, stehe nicht auf konstitutionellem Standpunkte. Graf Bismarck: Ich erlaube mir die dringende Bitte, daß das Haus wenigstens hier bei dem Art. 62 die beiden Amendements des Abg. Grafen Stolberg annehme. Geschieht das nicht, so laufen wir, in Folge der beschlossenen Aenderungen, Gefahr, unser Werk noch im letzten Augenblicke der Berathung, während wir dasselbe schon festzuhalten glaubten, unseren Händen wieder entrollen zu sehen und nicht zum Ziele zu gelangen. Ich bitte Sie, meine Herren, das wohl zu bedenken. Es wird nun abgestimmt. Das Amendement des Grafen Eberhard zu Stolberg wird mit 157 gegen 119 St. abgelehnt. Ueber das Amendement des Grafen Otto zu Stolberg wird dann namentlich abgestimmt. Dasselbe wird mit 156 gegen 120 St. verworfen. Es wird nun namentlich abgestimmt über das Amendement Herzog v. Ujest und v. Bennigsen. Dasselbe wird mit 202 gegen 80 St. angenommen. Mit Nein hat u. A. auch Graf Bismarck, mit Ja dagegen Prinz Friedrich Karl gestimmt. Ebenso haben mit Ja auch die kommandirenden Generale, ferner Wagener und die beiden Grafen Stolberg gestimmt. Die von dem Grafen Bismarck angedeutete Gefahr scheint also doch nicht so groß zu sein, wie denn die ganze heutige Haltung des Ministerpräsidenten mehr auf ein sog. diplomatisches Dehors zurückzuführen sein dürfte. Es erfolgt nun die Annahme des Art. 62 mit dem Herzog v. Ujest'schen Amendement; dann werden die Art. 63—69 ohne Diskussion angenommen. Art. 70 lautet nach der ersten Beschlußfassung: „Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die etwaigen Ueberschüsse der Vorjahre, sowie die aus den Zöllen, den gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern und aus dem Post- und Telegraphenwesen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Insoweit dieselben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie, so lange Bundessteuern nicht eingeführt sind, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche im Wege der Bundesgesetzgebung festgestellt und demnach durch das Präsidium ausgeschrieben werden.“ Graf Eberhard zu Stolberg beantragt, von den Worten ab, „welche im Wege der Bundesgesetzgebung“ u. s. w. folgenden Satz anzunehmen: „welche bis zur Höhe des budgetmäßigen Betrages durch das Präsidium ausgeschrieben werden.“ Dieser Antrag wird angenommen. Ferner beantragt derselbe Abgeordnete, hinter Art. 70 folgenden neuen Artikel einzuschieben: „Die gemeinschaftlichen Ausgaben werden in der Regel für ein Jahr bewilligt, können jedoch in besonderen Fällen auch für eine längere Dauer bewilligt werden. Während der im Art. 60 normirten Uebergangszeit ist der nach Titeln geordnete Etat über die Ausgaben für das Bundesheer dem Bundesrath und dem Reichstage nur zur Kenntnißnahme und zur Erinnerung vorzulegen.“ Auch dieser Antrag wird angenommen. Wigard (Sachsen) beantragt sodann die Einführung einer Bestimmung darüber, daß den Angehörigen des norddeutschen Bundes überall keine geringeren Rechte zustehen sollen, als dem preuß. Volke in der preuß. Verfassung zugesichert sind. Dieser Antrag wird abgelehnt. Simon (Breslau) fürchtet, daß die Regierung den Art. 75 (Beilegung von Streitigkeiten) zur Beseitigung der Volksrechte gebrauchen werde, wird in dieser Beziehung vom Grafen Bismarck jedoch beruhigt. Er verfolgt die Annahme sämmtlicher Artikel von 71—77. Zum Schlußartikel (78, Verhältniß zu den süddeutschen Staaten) will Miquel noch darlegen, wie die Süddeutschen durchaus keine Veranlassung hätten, die vorliegende Bundesverfassung mit Rücksicht auf die Frage der Freiheit für ungenügend zu halten, wird hierin jedoch vom Hause und dem Präsidenten unterbrochen, weil dieß nicht zur Sache (Schlußberathung) gehöre. Art. 78 wird hierauf ebenfalls angenommen, und damit ist die Schlußberathung beendigt. Es folgt nun die Gesammtabstimmung über den ganzen Verfassungsentwurf, wie derselbe in der Schlußberathung zur Annahme gelangt ist. Unter lautloser Stille des Hauses erfolgt der Namensaufruf, dessen Ergebniß die endgiltige Annahme des Verfassungsentwurfs mit der ungeheuren Majorität von 230 gegen 53 Stimmen ist. Präsident Simson: Mit dieser Abstimmung ist unser Werk beendigt. M. H.! es ist sehr schwer, der tiefen Bewegung, in welcher sich in diesem Augenblicke gewiß jedes Mitglied dieser hohen Versammlung befindet, einen Ausdruck zu geben. Versagen möchte ich mir aber nicht, der Würdigung einen Ausdruck zu geben, die unser Werk verdient, doch glaube ich auch in dieser Beziehung dem Urtheile von einer andern höheren Stelle nicht vorgreifen zu dürfen, und ich hoffe, daß das Haus diese Rücksichten der Konvenienz billigen wird. (Bravo!) **Kantak**: Nachdem wir in der Sitzung vom 8. März gegen die Einverleibung ehemals polnischer Landestheile in den norddeutschen Bund protestirt haben, protestiren wir jetzt, nachdem wir bis zum letzten Augenblicke unsere Pflicht gethan und gegen die Verfassung gestimmt haben, nochmals gegen den begangenen Gewaltakt, und legen hiermit unser Mandat nieder. (Gelächter.) Präsident Simson (entrüstet): Durch diese Mandatsniederlegung entziehen Sie sich meinem Ordnungsrufe, der Sie sicherlich dafür getroffen haben würde, daß Sie es wagen, Beschlüsse dieser hohen Versammlung Gewaltakte zu nennen. Es wird Ihnen nicht gelingen, die loyalen Beschlüsse dieses Hauses zu brandmarken. Ueber Ihren Protest wird die Geschichte zur Tagesordnung übergehen, ganz so, wie sie über alle Ihre bisherigen Proteste zur Tagesordnung übergegangen ist! (Stürmisches Bravo!) Schluß der Sitzung. (Schw. M.)

Hannover, 18. April. Der „N. Hannov. Ztg.“ wird aus Berlin offiziös geschrieben: „Wie dringender Anlaß für die Staatsregierung vorgelegen hat, gewissen Bestrebungen in der Provinz Hannover eine geschärfte Beachtung zuzuwenden, darüber gewähren, wie wir hören, die in den letzten Tagen gemachten Erfahrungen volles Licht. Durch handschriftliche Beweise ist festgestellt, daß einige höhere und niedere Angestellte in der Provinz, welche sich ohne Bedenken der neuen Staatsordnung gefügt und das Treugelöbniß abgelegt haben, nicht Anstand nehmen, Verbindungen nach der andern Seite zu unterhalten, ja bei der Ausübung unzweifelhafter Hoheitsbefugnisse, darunter auch der zahlreichen Ordensverleihungen, mitzuwirken, in denen man sich in Hietzing gefällt. Ebenso liegen dringende Gründe zu der Annahme vor, daß neben den Landesbehörden noch einzelne

geheime Behörden bestehen und einen gewissen offiziellen Verkehr unterhalten. Endlich haben die letzten Tage auch auf das Verhältniß der Ultramontanen zu der hannover'schen Hofpartei neues Licht geworfen." — „Die k. Regierung", heißt es dann weiter, „wird dergleichen ohnmächtigen Bestrebungen Einzelner höhere politische Bedeutung voraussichtlich nicht beimessen. Sie wird sich dadurch namentlich in ihrer Sorge für das Wohl der neuen Provinz und deren braver und loyaler Bewohner nicht beirren lassen, und das Ziel einer befriedigenden Verwaltungsorganisation und der baldigen Einführung eines verfassungsmäßigen Rechtszustandes unverrückt weiter verfolgen. Immer aber bleibt es ihre Pflicht, jene selbstsüchtige und verblendete Agitation in ihren Quellen aufzusuchen und mit Nachdruck unschädlich zu machen. Dieser Pflicht wird sie Angesichts der neuesten Erfahrungen auch ferner im ganzen Umfange genügen." — Die Verwaltung der Domänen des vormaligen Königreichs Hannover soll dem Vernehmen nach demnächst nicht mehr von einer Centralbehörde wahrgenommen, sondern den zu errichtenden Regierungen für ihren Bezirk übertragen werden.

Wien, 16. April. In der politischen Sphäre ist es nun wieder stille, sehr stille geworden, allein der Glaube und das Vertrauen kehren nicht wieder. Die Luxemburger Frage scheint einen friedlichen Verlauf nehmen zu wollen, allein die Course erholen sich nicht — es fehlt der Glaube an den Bestand der Friedensaussichten. Auch in der innern Politik herrscht der tiefe Friede der Charwoche. — Sämmtliche Landtage haben ihre Thätigkeit geschlossen und, wie der ungarische, blos vertagt. — Am 1. Mai tritt der kroatische Landtag zusammen und die bereits eingeleiteten Agitationen der Regierungspartei, eine ungarische Majorität zu schaffen, müssen jeden Zweifel an die Aufrichtigkeit der Regierung bezüglich der dualistischen Neugestaltung Oesterreichs so wie die Besorgnisse schwinden lassen, als könnten sich nun die Ereignisse von 1848 wiederholen. Denn während vor 19 Jahren die kroatische Partei zur Bekämpfung der ungarischen Ansprüche unterstützt und benützt wurde, ist es heute die Regierung selbst, die auf das Thatkräftigste miteingreift, um die Lösung der kroatischen Frage im Sinne des Deak'schen Antrages zu fördern. Als eine der wichtigsten darauf bezüglichen Regierungsmaßregeln muß die Abberufung Smaich's von seinem Posten als Civilkapitän von Fiume bezeichnet werden. — In der kaiserlichen Familie und den nahestehenden Kreisen herrscht große Bestürzung wegen der Ungewißheit des Schicksals Maximilians. Die letzten Berichte, die das schreckliche Ende des unglücklichen Fürsten meldeten, wurden zwar nicht bestätigt, allein sie wurden auch nicht entschieden widerlegt. Sowohl bei Hofe als im Amte des Auswärtigen und in der mexikanischen Gesandtschaftskanzlei fehlt jede überseeische Meldung bereits seit drei Tagen. (Fr. J.)

Wien, 19. April. Graf Taufkirchen wollte schon gestern Abends abreisen, und wird also wohl jedenfalls heute die Rückreise antreten. Seine Anwesenheit ist mithin so kurz gewesen, daß von eigentlichen Verhandlungen mit ihm sicher nicht die Rede sein kann. — Frhr. v. Wüllerstorf hat die von ihm erbetene Entlassung unter Verleihung des Großkreuzes vom Leopold-Orden definitiv erhalten, und wird zunächst den Vorsitz in der Commission übernehmen, welche die ostasiatische Expedition vorzubereiten hat. Die Leitung des Handelsministeriums ist provisorisch dem Finanzminister Frhrn. v. Becke mit übertragen. (A. Z.)

Prag, 16. April. Wie die „Neue fr. Pr." meldet, ist auf Anordnung des Justizministers Hr. Kaspar, der Redakteur der „Politik", gestern seiner Haft entlassen worden. — Der „Presse" telegraphirt man von hier: „Dr. Rieger verläßt, angeblich durch politische Verhältnisse veranlaßt, auf längere Zeit Prag und tritt eine größere Reise an, deren Ziel vorläufig Frankreich ist. — Die Handelskammerwahlen, deren Scrutinium eben beendigt wurde, ergaben folgendes Resultat: Die deutschen Kandidaten der die Kammermajorität entscheidenden Handelssektion erhielten 1048 Stimmen; die czechischen 975."

Haag, 17. April. Die „Arnheimer Courant" berichtet aus Gröningen, daß die Befestigungen dieser Stadt in großem Maßstabe verstärkt werden sollen, eben so die von Delfzijl. Der Kriegsminister werde demnächst die Vertheidigungslinie Gröningen-Delfzijl persönlich inspiziren, um sich von ihrer Vertheidigungsfähigkeit zu überzeugen, und wenn diese Untersuchung die Zweckmäßigkeit dieser Stellung ergebe, so würde dieselbe noch weiter durch bedeutende Werke verstärkt werden.

Brüssel, 18. April. Der König ist heute von Paris hieher zurückgekehrt, nachdem er gestern eine längere Unterredung mit dem Kaiser Napoleon gehabt hat.

Paris, 18. April. Die Rede, welche der König von Preußen gestern hielt und die man im ersten Augenblicke auf sehr friedliche Weise auslegte, erregt heute nun schon wieder einige Unruhe und man findet wenigstens, daß sie keine besonderen Garantien für die Aufrechterhaltung des Friedens enthalte, weil sie Luxemburg mit keiner Sylbe erwähne und auch nicht andeute, ob die schwebenden Schwierigkeiten einer friedlichen Lösung entgegengehen. In offiziellen Kreisen äußert man sogar, daß die Kriegserklärung vor dem 1. Juli erfolgt sein werde. Die kriegerischen Vorbereitungen werden mit Energie fortgesetzt, und die Truppenbewegungen, welche jedes Jahr um diese Zeit wegen des Garnisonswechsels stattfinden, werden so eingerichtet, daß sie der Situation dienen, daß der größte Theil der französischen Militärmacht sich nach dem Osten vorschiebt. In den westlichen Provinzen verbleibt nur eine geringe Anzahl von Truppen; falls es zum Kriege kommen sollte, wird Frankreich schnell 2—300,000 Mann seiner besten Truppen an seiner Ostgrenze konzentrirt haben, so daß es im Stande ist, mit Ungestüm in das — und so glaubt man hier — unvorbereitete Deutschland einfallen zu können. — Nachschrift. Die heutige Börse, besonders gegen den Schluß, war äußerst flau. Man legte dort der Rede des Königs von Preußen schließlich eine äußerst kriegerische Bedeutung bei. Hauptsächlich schuld daran ist der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.", welche in ihrem gestrigen Blatte ziemlich unverhohlen erklärt, daß Preußen zum Kampfe bereit ist. Nicht ohne Eindruck blieben auch die Nachrichten aus Italien, die einen Aufstand in Rom und vielleicht in ganz Italien in Aussicht stellen. (K. Z.).

Paris, 19. April. Der „Etendard" widerspricht der Nachricht von der Absendung einer französischen Note nach Berlin und sagt, daß keine direkten Unterhandlungen zwischen Berlin und Paris bestehen; ebenso unrichtig sei die Meldung, daß die französischen Reserven einberufen seien. — Das „Mémorial" sagt: Preußen räume Luxemburg keinesfalls.

Madrid, 16. April. Die „Epoka" bestätigt die Nachricht, daß der Gerichtshof von Cadix die Wegnahme der „Queen Viktoria" für null und nichtig erklärt habe. In Folge dessen kann man die Zwistigkeit mit England als beendet betrachten.

Ueber die Mitglieder des neuen Kabinets Rattazzi gibt eine Correspondenz der „Indép." aus Florenz nähere Auskunft. In Betreff Rattazzis selbst, dessen Name und politische Richtung bekannt genug ist, beschränkt sie sich auf folgende düstere Bemerkung: Keiner der italienischen Staatsmänner trägt einen Namen, der so direkt mit den nationalen Unglücksfällen verknüpft ist: Novara, Villafranca, Aspromonte. Eben deshalb hat keiner so viele unbesiegliche Antipathien gegen sich, allein als Gegengewicht auch keiner eine Zahl so unbedingt ergebener Anhänger, als eben Rattazzi. Uebrigens hatte er bei seiner Berufung zur Bildung eines neuen Cabinets so viel Takt, seine Collegen nicht aus dem Kreis seiner Intimsten zu wählen, die früher so manches Präjudiz gegen ihn veranlaßt hatten. Der bedeutendste dieser Collegen ist der Justizminister Tecchio, Senator, der langjährige Kämpfer für die Befreiung Veneziens. Herr Tecchio war schon im Jahre 1848 Mitglied des Rattazzischen Kabinets und hierauf zwei Mal Präsident der Kammer. Der Kriegsminister, General Revel, ist derselbe, der als Commissär der italienischen Regierung bei der Uebernahme Veneziens funktionirte. Er gehört einer der vornehmsten piemontesischen Familien an und war zuletzt erster Adjutant des Kronprinzen. Aktive Kriegsdienste hat er nie geleistet. Auch der Marine-Minister, General Pescetto, ist nur ein Cabinets-Offizier. In der Kammer machte er sich durch seine Geschäftskenntniß bemerklich und war mehreremal Berichterstatter für das Marine-Budget. Mit Rattazzi steht er seit langer Zeit in Verbindung. Als der Talentvollste im neuen Ministerium gilt der Finanzminister: Ferraris. Giovanola, Minister der öffentlichen Arbeiten, ist ein piemontesischer Senator, der mehrmals als General-Sekretär der Staatsregierung Dienste geleistet hat. Er besitzt den Ruf eines redlichen und thätigen Mannes. Der Handelsminister Herr De Blasiis (Blasio?) ist ein Neapolitaner und Mitglied des Staatsraths. Er repräsentirt im Cabinet die alte Majorität und ist so zu sagen eine Conzession an die „Consorteria". Der Unterrichtsminister, Hr. Coppino, war bisher Professor der Literatur an der Turiner Universität. Er genießt großes Ansehen in der Kammer, die ihn mehrmals zu ihrem Vizepräsidenten wählte. Der nachträglich ernannte Minister des Auswärtigen, Graf de Campello, geborener Römer, ist ein Verwandter Rattazzis und der Familie Bonaparte. Er war Minister unter der römischen Republik von 1849. Aus all' diesem geht hervor, daß, wenn auch Herr Rattazzi nicht gerade seine allerintimsten Freunde zu Collegen gewählt hat, er doch über den engeren Kreis seiner Vertrauten nicht hinausgegangen ist, so daß sein Kabinet immerhin den Anschein eines Familienraths hat unter unbedingter Autorität des Seniors. Der ganze Bestand, wie die ganze Kraft, dieses Ministeriums beruht lediglich auf der Person und dem Namen seines Chefs Rattazzi. Darin liegt aber auch dessen Schwäche und Gefahr. Wir zweifeln an seiner längern Dauer. Hier Ricasoli, dort Garibaldi sind mächtige Gegner, zwischen denen man wohl eine Zeit lang laviren, denen man aber schließlich nicht leicht widerstehen kann.

Belgrad, 18. April. Heute Vormittag erfolgte die Uebergabe der Festung. Auf der Festungs-Esplanade waren türkische und serbische Truppen in Parade aufgestellt; der Fürst verlas den Uebergabs-Ferman und ritt hierauf in die Festung. (T. N. d. N. G.)

Amerika. Mit dem westindischen Dampfer „Karribeon" sind (über Liverpool) weitere Nachrichten aus Haiti eingetroffen: Nach telegraphischer Depesche wurde am 27. März durch eine öffentliche Proklamation die Verbannung des Präsidenten Geffrard und seiner Familie ausgesprochen. Sechs seiner Anhänger werden auf 10 Jahre verbannt, man erwartete, daß General Solnave, der Anführer in der letzten Revolte, an Geffrard's Stelle treten werde. Die neuen Repräsentanten sollten am 9. April und der neue Präsident am 18. gewählt werden. — Mexikanische Zeitungen bringen einen Protest, den die auswärtigen Gesandten nach Abzug der Franzosen dem Kaiser Maximilian eingereicht haben sollen. Wir entlehnen daraus folgende charakteristische Stelle: „Das Kommando der kaiserl. Armeen ist Marquez und Miramon übergeben worden. Ew. Majestät können nicht vergessen haben, daß diese beiden Generale Ende des Jahres 1860 das Siegel der englischen Gesandtschaft erbrachen und gewaltthätig die Koffer derselben öffneten, um mehrere Millionen, die, der damals in Veracruz bestehenden liberalen Regierung gehörig, bestimmt waren, die Dividenden der englischen Schuld zu zahlen, wegzunehmen. Diese Millionen verschwanden plötzlich. Niemand als die Generale Marquez und Miramon, thätig unterstützt von General Moran, der auch Mitglied von Ew. Majestät Regierung ist, hat die im Jahre 1859 in Tacubaya und den benachbarten Orten begangenen Mordthaten an friedlichen und wehrlosen Menschen zu verantworten. Es ist nicht unsere Sache, in unserer gegenwärtigen Stellung zu sagen, ob es politisch oder menschlich sei, einen so nutzlosen Widerstand fortzusetzen, der Interessen gefährdet, die Ihrer Sorge wohl werth sind. Aber es ist unsere Pflicht, im Namen des Gesetzes wirksamen Schutz für die Unterthanen unserer Regierungen zu verlangen, und dieser Schutz kann nur durch die Entlassung der genannten Offiziere erlangt werden; und sollte diese Entlassung unmöglich sein, so erfordert es unsere Pflicht, zu protestiren, wie es hier von uns geschieht, gegen alle etwaigen Akte der Gewaltthätigkeit, die gegen Personen oder Eigenthum gedachter Unterthanen begangen werden sollten." Das Aktenstück trägt die Unterschriften der französischen, preußischen, spanischen, belgischen, englischen und italienischen Gesandten.

Neueres.

München, 20. April. Ein Vertrag über den Anschluß Bayerns an den norddeutschen Bund ist abgeschlossen worden und zur Ratifizirung hier eingetroffen. Heute fand mehrstündiger Ministerrath statt. Die Bedingungen sind im Allgemeinen nicht ungünstig. In den nächsten Tagen erfolgt die Veröffentlichung. (Tel. d. N. Corr.)

Berlin, 20. April. Der „Staatsanzeiger" enthält eine Verordnung, wodurch beide Landtagshäuser auf den 29. April einberufen werden.

Dresden, 20. April. Eine Bekanntmachung des Gesammtministeriums beruft den sächsischen Landtag auf den 29. April zu einer kurzen Session ein.

Wien, 20. April. Die „Presse" erfährt über die Mission Tauffkirchen's in Berlin und Wien: Es habe sich in erster Linie um den Eintritt der süddeutschen Staaten in den norddeutschen Bund, eventuell um ein Schutz- und Trutzbündniß zwischen Oesterreich und dem unter preußischer Führung geeinten Deutschland gehandelt. Dagegen werde auf's Bestimmteste versichert, daß Tauffkirchen eine Zusage wegen eines österr.-deutschen Bündnisses nicht zu erlangen vermochte.

Paris, 20. April. (Ueber Berlin.) Es wird als zuverlässig versichert, daß es nunmehr den vermittelnden Mächten gelungen ist, ein beiden Theilen annehmbares, französischerseits bereits angenommenes Ausgleichungsprinzip aufzustellen. Kaiser Napoleon soll sich gegen Moustier's Ansicht für Rouher's Friedenspolitik ausgesprochen haben.

Telegramm
der Neuen Würzburger Zeitung.*)

* **München,** 21. April. Die Nachricht des Münchener Telegramms im „Nürnberger Correspondenten", welche den Abschluß eines Vertrags über den Anschluß Bayerns an den norddeutschen Bund meldet, ist gutem Vernehmen nach durchaus unbegründet.

*) Einem Theil unserer Leser bereits gestern in Abschrift mitgetheilt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	62 P.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$54\frac{1}{4}$—56 G.
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	49—$49\frac{1}{2}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	$41\frac{1}{4}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	$36\frac{3}{4}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$98\frac{1}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$89\frac{3}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$89\frac{1}{2}$—90 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	85 P. $84\frac{1}{2}$ G.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	85 P. $84\frac{1}{2}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	85 P. $84\frac{1}{2}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	91—$\frac{1}{4}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$90\frac{1}{4}$ P
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	88—90 G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto	$91\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	85 P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	82 P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt. " " "	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$81\frac{1}{2}$ P.
N.Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
"	6pCt. ditto v. 1882 "	$74\frac{3}{8}$—$75\frac{1}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	123 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	630 G
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$139\frac{1}{2}$—44 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	—
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$142\frac{1}{4}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$88\frac{1}{4}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	104 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$46\frac{1}{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$69\frac{3}{5}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	142 P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	110 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97\frac{3}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{4}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105[illegible] P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{3}{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{2}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	
Triest fl. 100 k. S.	
Wien fl. 100 ö. W.	$88\frac{3}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$88\frac{1}{4}$ G
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	51 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$59\frac{1}{2}$—61 G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	101 P. 100 G.
" do. v. 1864	$62\frac{1}{2}$—$63\frac{1}{2}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$92\frac{1}{4}$—$\frac{7}{8}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	50 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	139[illegible] P.
" fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	
Neuchateler 10 Frs.-Loose	
Freiburger 15 Frs.-Loose	
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 20. April. An der heutigen Börse herrschte trotz Samstag und trotz israelitischer Ostern ein sehr reges Leben und fanden bei großen Variationen bedeutende Umsätze statt. Kreditaktien eröffneten zu etwas höheren Kursen als gestern, verflauten dann etwas, hoben sich jedoch wieder um 4 fl., Anfangs auf bessere Berliner Notirungen und dann auf ein Wagner'sches Telegramm, des Inhalts, Rußland und England hätten Vermittlungsvorschläge vorgelegt, die von Frankreich im Prinzip angenommen wären. Was Wahres hieran ist, wird sich bald herausstellen; jedenfalls wird man gut daran thun, dieser Nachricht, wie allen anderen nicht durch Angabe der Quelle vollständig beglaubigten Telegrammen in sehr reservirtem Maße Glauben zu schenken. Nach dem erwähnten Aufschwung ermattete man wieder etwas, um schließlich auf den besseren Coursen des Tages zu bleiben. Amerikaner, welche gestern arg mitgenommen wurden, haben sich, obwohl Gold heute 139 aus New-York gemeldet ist, sehr rasch wieder um 1 pCt. erholt. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 112.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 23. April 1867.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung"** kann für die Monate **Mai** und **Juni** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 20. April. Se. Majestät der König hat die kath. Pfarrei Plankstetten, Bezirksamts Beilngries, dem Priester G. Dürsch, Pfarrer in Kalldorf, desf. Bezirksamts, übertragen; zur Durchführung des von dem kath. Pfarrer J. Ritter in Tözing, Bezirksamts Beilngries, und dem Frühmeßbenefiziaten L. Falkner in Velburg, Bezirksamts gl. N., eingeleiteten Pfründetausches dem Pfarrer Ritter das Frühmeßbenefizium in Velburg übertragen und genehmigt, daß die Pfarrei Tözing dem Benefiziaten Falkner von dem Bischofe von Eichstätt verliehen werde; auf die erledigte Landrichterstelle in Abensberg den Landg.-Assessor D. Inngruber daselbst befördert und dessen Stelle dem geprüften Rechtspraktikanten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landg. Burghausen, M. Baumann, verliehen; den Landg.-Assessor K. M. Eberhard in Gräfenberg auf die erledigte Landrichterstelle in Thiersheim befördert und dessen Stelle dem früheren Bezirksg.-Accessisten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landg. Hof, K. G. Schoppe, verliehen; den Gerichtsschreiber Joh. Jak. Keßler zu Höchstadt a/A. auf Ansuchen in gl. Eigenschaft an das Landg. Münchberg versetzt und an dessen Stelle den Notariatsschreiber J. A. Seidel zu Gräfenberg provisorisch ernannt; den Distrikts-Inspektor und Landwehroberstlieutenant H. Sommer zu Günzburg von der Stelle eines Commandanten des dortigen Landwehrbataillons auf Ansuchen enthoben; den Offizialen K. Waltenberg in Nürnberg wegen nachgewiesener andauernder Funktions-Unfähigkeit in den bleibenden Ruhestand treten lassen.

Der k. Forstwart R. Ulmer zu Maierhof, Forstamts Wunsiedel, wurde, seinem Ansuchen entsprechend, in gl. Diensteseigenschaft auf die erledigte Forstwartei Jakobsruhe im Forstamte Ansbach versetzt.

Die kath. Pfarrei Rauhenzell, k. Bezirksamts Sonthofen, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 389 fl. 29 kr. 7 hl. in Erledigung gekommen.

München, 20. April. Vom königlichen Staatsministerium des Innern wurde der königlichen Regierung, Kammer des Innern, von Oberbayern die Ermächtigung ertheilt, zum Zwecke der als nothwendig erkannten Erweiterung des Münchener Staatsbahnhofes nach Antrag der königlichen General-Direktion der bayerischen Verkehrsanstalten das Expropriationsverfahren einzuleiten.

München, 19. April. Ueber die Mission des Grafen Tauffkirchen nach Berlin wird viel gesprochen, es sind aber jene Blätter nicht gut unterrichtet, welche glauben, daß es sich um den Eintritt Bayerns in den norddeutschen Bund handle. Von einem solchen Eintritt ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wie ich ganz bestimmt vernehme, ein für allemal nicht die Rede. Die Reise soll vielmehr ihren Grund in der höchst unbehaglichen Lage unserer Regierung haben, daß von zwei Seiten zugleich Bestrebungen auftauchen, Bayern von dem mit Preußen abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündniß in der bevorstehenden Krisis wegen Luxemburgs abzuziehen. Von Paris aus werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Bayern zur Neutralität zu bestimmen, wenn der Krieg wirklich ausbrechen sollte, und von Wien kommen dieselben Rathschläge, weil Oesterreich sich gekränkt fühlt, daß sein ehemaliger Bundesgenosse noch vor Abschluß des Prager Friedens mit dem gemeinschaftlichen Gegner ein Bündniß abgeschlossen, dessen Spitze sich eben so gut gegen den Kaiserstaat richten konnte, wenn der Friede nicht zu Stande gekommen wäre oder neue Verwicklungen drohen. Die Parole beider Großmächte ist: Preußen muß isolirt werden, es soll nach seinen Siegen entweder die moralische Niederlage erleiden, deutsches Gebiet freiwillig preisgegeben zu haben, oder zum Schwert greifen müssen, um die Integrität Deutschlands zu vertheidigen und allen Wechselfällen des Kriegsglücks ausgesetzt sein. Diese Situation ist aber eine sehr gefahrvolle für die Erhaltung der süddeutschen Staaten. Bei der großen Zurückhaltung, welche Oesterreich gegenüber Preußen und Frankreich beobachtet, wird es seine Neutralität um den höchsten Preis zur rechten Zeit zu verwerthen suchen, immer werden aber wir Süddeutsche zu befürchten haben, das Kompensationsmaterial abgeben zu müssen. Graf Tauffkirchen wird morgen hier wieder eintreffen. (A. Abdz.)

Der „Fr. Ztg." schreibt man aus **München,** 19. April: „Auch die Optimisten können sich nicht mehr verhehlen, daß die Kriegsgefahr viel näher gerückt ist, als sie noch vor wenigen Wochen für möglich hielten. Das Osterfest wird diesmal in einer Stimmung gefeiert, die wenig verschieden von der vorjährigen ist. Man sieht einen Krieg vorher, und nach Maßgabe der betheiligten Großstaaten muß angenommen werden, daß derselbe blutig und verheerend sein wird. Napoleon ist bereits soweit gegangen, daß sich nicht mehr absehen läßt, wie er wieder zurückweichen könnte. Außer andern Erscheinungen ist die Erhöhung des Loskaufspreises der Conscribirten auf 3000 Fr. bezeichnend. So hoch war der Betrag noch nie gesteigert. Seit Errichtung des Instituts schwankend, betrug derselbe im Minimum bloß 1800, indeß selbst während der Dauer des Krim- und des italienischen Krieges, also zur Zeit der wirklichen blutigen Kämpfe, die Summe von 2800 Fr. nie überschritten wurde. Es ist unbegreiflich, wie man das Auftreten Napoleons mitunter noch immer als eine gar nicht ernst gemeinte, somit leere Drohung ansehen mag, während die Klugheit gebietet, sich auf Alles gefaßt zu machen. War es doch vornherein undenkbar, daß eine so gewaltige Umwälzung in den europäischen Machtverhältnissen wie die vorjährigen nicht mit einem

---

Feuilleton.

Vermischtes.

München, 18. April. Vom kgl. statistischen Bureau ist in diesen Tagen das XVI. Heft der „Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern" veröffentlicht worden. Dasselbe enthält eine Statistik der gerichtlichen Polizei im Königreiche Bayern und in einigen andern Ländern, bearbeitet von Dr. Georg Mayr, Assistent des Vorstandes des k. statistischen Bureau und Privatdocent an der Universität München. Für Bayern war das nöthige Material theils in den früheren Publikationen des statistischen Bureau enthalten, theils wurde dasselbe, namentlich für die letzten Jahre der Periode 1835/61, aus den Akten ergänzt. Die Statistik der gerichtlichen Polizei gibt hienach einen vollständigen Ueberblick über die für die Wissenschaft und Praxis wichtigen Resultate der bis zum Jahre 1861 fortgeführten Erhebungen über die bei den Polizeibehörden zur Anzeige gekommenen Thathandlungen gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit (Verbrechen, Vergehen, Polizei-Uebertretungen) und über die Leistungen der Sicherheitswachen. Die auswärtigen Staaten, welche einer eingehenderen Betrachtung unterzogen wurden, sind England, Frankreich, Belgien, Niederlande, Oesterreich, Baden und Spanien. (B. Z.)

Der „Moniteur" enthält einen ausführlichen Bericht des Ministers der öffentlichen Arbeiten über den Stand der Bevölkerung Frankreichs im Jahre 1864. Nach den offiziellen Aufnahmen belief sich in dem genannten Jahre die Bevölkerung Frankreichs auf 37,924,432 Seelen, 18,960,330 männlichen und 18,964,102 weiblichen Geschlechts. Die Zahl der Geborenen (mit Ausschluß der Todtgeborenen) betrug 1,005,880, die der Gestorbenen 860,330, mithin Zuwachs von 145,550 oder von $0_{,33}$ pCt. der Gesammtbevölkerung. Die durchschnittliche Lebensdauer betrug für das männliche Geschlecht $36_{,4}$, für das weibliche $39_{,1}$, mithin für beide zusammen $37_{,6}$ Jahre. Auf hundert Geburten kamen 1864 $7_{,17}$ uneheliche. Im Allgemeinen hat sich die Zahl der unehelichen Geborenen auf dem Lande in stärkerem Verhältniß vermehrt, als in den Städten, Paris mit einbegriffen. Immer noch ist das Verhältniß dieser Geburten in Paris wie 2 : 1 zu denen der übrigen Städte und wie 6 : 1 zu denen auf dem Lande. Dieser große Abstand rührt nicht allein von der dichteren Anhäufung der Bevölkerung, als von dem Umstande her, daß viele Unverehelichte aus den Departements sich nach Paris begeben, um theils heimlicher, wohlfeiler und bequemer niederkommen

Feldzuge von etwa vier Wochen vollbracht und zugleich consolidirt sein könne. Je ernster sich die Dinge gestalten, um so mehr sollte es sich die preußische Regierung angelegen sein lassen, sowohl den Frieden im eigenen Lande zu befestigen, als insbesondere auch die verbündeten deutschen Staaten durch Gewährung aller billigen Forderungen fester an sich anzuschließen. Wir wollen die Frage nicht erörtern, in wie ferne die norddeutsche Bundesverfassung den gerechten Ansprüchen des dortigen Volkes genügen kann. Aber wir im Süden sind bei Entscheidung der großen nationalen Fragen völlig ausgeschlossen; jede Stimme ist uns dabei versagt; und doch handelt es sich auch um unser Gut und Blut, ja, bei der jetzigen geographischen Gestaltung Deutschlands gerade um unser Land in erster Linie. Unsere Truppen sollen ins Feld ziehen, und wir sind — um nur Eines anzuführen — unterdeß einer sechsmonatlichen Kündigung der Zollvereinsverträge ausgesetzt! Sollen wir für Forterhaltung dieses Zustandes schwere Opfer bringen? Nein, eine solche Gestaltung würde eine ernste Probe unmöglich bestehen! Am Berliner Cabinet ist es, rasch eine Aenderung, eine auf Grundlage wenigstens einiger Gleichberechtigung und — wahrer Freiheit beruhende gesammtdeutsche Verbindung herbeizuführen. — Ja, auch des Paniers der Freiheit wird es bedürfen in diesem Kampfe, und gerade dieses Panier könnte und würde das wirksamste sein gegen den Napoleonismus. Aber dürfen wir gerade in dieser Beziehung irgend Hoffnungen hegen? Unterdessen schleppen sich die Dinge hier ganz in der alten Weise fort. Während die gewöhnlichen Zeitungskorrespondenten ein Dutzend mal die Entfernung des Justizministers Bomhard mit aller Bestimmtheit verkündeten, kann ich Ihnen sagen, daß derselbe heute noch so fest steht wie bisher. Was das Auffallendste bei der Sache, ist die Gemüthsruhe, mit welcher die übrigen Minister, insbesondere der Ministerpräsident Hohenlohe, trotz aller vorangegangenen Demonstrationen, in dieses Verhältniß ohne Widerstreben sich fügen. Von der verheißenen Aera neuer freiheitlicher Entwicklung zeigt sich auch hier noch keine Spur. Und doch sollte sie die Veranlassung werden, daß man unsere Allianz allseitig suche und sich um dieselbe bewerbe.

München, 21. April. Se. Maj. der König war durch ein rheumatisches Leiden am Fußgelenk in Folge einer Erkältung abgehalten, gestern Abends und heute Vormittags den kirchlichen Feierlichkeiten beizuwohnen, und mußte auf ärztliche Anordnung heute zu Bette bleiben. Die hier bestehenden Kleinkinder-Bewahranstalten sind von Sr. Maj. mit einer Ostergabe bedacht worden, indem jeder derselben die Summe von 100 fl. aus der königlichen Kabinetskasse zugewendet wurde.

= Die letzte außerordentliche Schwurgerichtssitzung für Oberbayern währte vier Wochen und es sind während derselben 27 Fälle zur Verhandlung gekommen: wegen Diebstahls waren 29, wegen Raubes und Diebstahls 5, wegen Körperverletzung 5, wegen Preßvergehen 5, wegen Meineids 3, wegen Brandstiftung und Diebstahls 3 (Brüder) wegen Verletzung der Sittlichkeit 2, wegen Mords und Mordversuchs 2 Personen belangt. 2 Personen wurden zur Todesstrafe, 3 zur Festungsstrafe, 21 zur Gefängnißstrafe, 22 zur Zuchthausstrafe verurtheilt und 5 Angeschuldigte wurden freigesprochen.

Erlangen, 17. April. Prof. Delitzsch hat nach siebzehnjähriger Wirksamkeit an hiesiger Universität den von der „Allg. Ztg." schon gemeldeten Ruf in sein engeres Vaterland, nach Leipzig, angenommen, wenn auch nur nach längerem Zögern. Die Vorlesungen jedoch, welche er für das Sommer-Semester angekündigt, wird er noch hier halten. Von der kgl. Staatsregierung und der Universität war alles, aber erfolglos, aufgeboten worden, um ihn zum Bleiben zu vermögen, und so wird denn letztere mit großem Bedauern bald einen Mann von ihr scheiden sehen, der als einer der ausgezeichnetsten Kenner hebräischer Literatur und Sprache, als Gelehrter von sehr vielseitigem Wissen und ausgebreitetem schriftstellerischen Ruf, als ein Lehrer von großer Anziehungskraft für die akademische Jugend zu ihrer vornehmsten Zierde gehörte, überdieß aber durch die Liebenswürdigkeit seines Charakters allen werth und theuer geworden ist. — Den vielen Freunden des unvergeßlichen Karl v. Raumer theilen wir bei dieser Gelegenheit mit, daß ihm aus den für diesen Zweck eingegangenen Beiträgen auf dem hiesigen Kirchhof ein würdiges Denkmal errichtet, und dasselbe mit einer von Volck in Nürnberg gefertigten gelungenen Bronzebüste des Verewigten geschmückt werden konnte, welche dessen Bild in den letzten Lebensjahren mit großer Treue wiedergibt. — Gemeindekollegium und Magistrat, beide einstimmig, haben beschlossen, dem Professor Dr. Herz das Ehrenbürgerrecht hiesiger Stadt zu verleihen. Es gilt diese Auszeichnung nicht minder dem namentlich als Chirurg berühmten Arzte, dem stets hülfbereiten, uneigennützigen und patriotischen Mann, als dem erprobten Freunde der akademischen Jugend und deren eifrigem und verehrtem Lehrer. Die städtischen Collegien zeigen durch diesen Beschluß, wie sehr sie ihrerseits bemüht sind, einem Verluste vorzubeugen, welchen Stadt und Universität schmerzlich empfinden würden. (A. Z.)

Mainz, 18. April. Bei der Commission zur Auseinandersetzung des bisherigen Bundeseigenthums ist eine Angelegenheit anhängig, welche für unsere Stadt ein nicht unbedeutendes Interesse hat. Es handelt sich nämlich um die Entschädigungs-Forderung des Fonds der ehemaligen kurmainzischen Universität, der heute noch zum Unterhalte unserer höheren Studienanstalten bestimmt ist, für eine Anzahl werthvoller Gebäude, die demselben, bis jetzt ohne Entschädigung, zuerst zur Zeit der französischen Regierung Behufs ihrer Verwendung zum Militärdienst entzogen worden und noch im Besitz der Festung Mainz sind. Im Jahre 1810 wurde der Werth, resp. der Entschädigungsbetrag für diese Gebäude sehr mäßig auf 504,400 Frcs. festgestellt. Heute kann er füglich zu einer Million Gulden und noch höher angeschlagen werden. Gezahlt wurde aber diese Entschädigung zu keiner Zeit, auch nicht vom deutschen Bunde, bei welchem die Sache in den dreißiger Jahren in Verhandlung war. So hat denn die großherzogliche Regierung neuerdings durch ihren Bevollmächtigten bei der Liquidations-Commission, Geheimrath Schmitt, eine ausführliche „Denkschrift" im Interesse des Universitäts-Fonds einreichen lassen, in welcher in erster Linie der Antrag gestellt, resp. dessen Befürwortung höheren Orts erbeten wird auf Zahlung der oben genannten Entschädigungssumme, anderenfalls auf Rückgabe der Gebäude an den Bund. Würde auch nur ein Theil der Gebäude verkauft, so würde die Entschädigung leicht, auch ohne alle Schmälerung der vorhandenen Bundes-Mobiliarmasse, bewirkt werden können. Für unsere Lehranstalten würde aber die endliche Erledigung dieser alten Geschichte im gewünschten Sinne ein sehr annehmbarer Gewinn sein. (K. Z.)

Berlin, 17. April. (Reichstagsschluß.) Die heutige 35. Plenarsitzung des Reichstags ist gleichzeitig auch die letzte dieser Session. Die Tribünen sind auch heute noch überfüllt; auch sind die Abgeordneten noch ziemlich zahlreich anwesend. Unten im Sitzungssaale findet allgemeiner Austausch der Visitenkartenportraits statt, die gegenseitig mit Namensunterschrift 2c. versehen werden. Um 10½ Uhr wird die Sitzung durch den Präsidenten Simson eröffnet. Das Wort ergreift sofort der Präsident der Bundeskommissarien, Graf Bismarck: Nachdem der Hr. Präsident des Reichstags mir gestern die

---

zu können. Drei Viertel der in Paris, wie überhaupt in Frankreich unehelich Geborenen werden von ihren Vätern nicht anerkannt. Es wurden jedoch im Jahre 1864 durch 13,399 Heirathen 16,505 uneheliche Kinder nachträglich legitimirt. In Bezug auf den Bildungsgrad der sich Verheirathenden finden seit dem Jahre 1855 offizielle Aufnahmen statt, und es geht aus denselben hervor, daß von den sich verehelichenden Paaren weder lesen noch schreiben konnten: 1855 $32_{,70}$ Männer, $48_{,35}$ Frauen ($39_{,92}$ pCt.); 1860 $29_{,31}$ Männer, $44_{,90}$ Frauen ($37_{,56}$ pCt.); 1864 $27_{,98}$ Männer, $41_{,45}$ Frauen ($34_{,66}$ pCt). Von den zur Militärconscription herangezogenen jungen Leuten konnten weder lesen noch schreiben: in den Jahren 1827 bis 1829 $52_{,21}$ pCt., 1840 bis 1844 $40_{,93}$ pCt., 1850 bis 1854 $34_{,31}$ pCt., 1860 $29_{,69}$ pCt.; 1862 $28_{,21}$ pCt., 1863 $27_{,36}$ pCt. Das Sterblichkeitsverhältniß ist in Paris $2_{,65}$ pCt., in den übrigen Städten $2_{,70}$ pCt. und auf dem Lande $2_{,10}$ pCt., für Frankreich im Allgemeinen $2_{,27}$ pCt.

Palermo, 10. April. Von den säkularisirten Mönchen finden sich viele durchaus nicht in ihre neue Lage; da ihnen das Tragen der Ordenskleider verboten ist, so suchen sie auch „im Civil" noch so viel von derselben beizubehalten, als nur immer angeht. Daraus entstehen Kostüme, welche noch romantischer sind als die Kutten selbst, und einen philosophischen Gleichmuth verlangen, um von Seiten der Träger und des Publikums die Lachlust zurückzuhalten. Eine große Anzahl von Priestern und Mönchen fügt sich aber geduldig in die neuen Gesetze, namentlich was den Punkt der Verehelichung betrifft. In Syracus heirathete der Kanoniker D. Rizza die ehemalige Clarissin D. Caroline Picone; in Neapel hat nach dem Vorgang des Priesters und Universitätsprofessors Giordani, eine ganze Reihe von geistlichen Professoren und Lehrern geheirathet, ja unter einer reichhaltigen Liste von Priesterehen befindet sich sogar der ehemalige Jesuit Perez da Verra. (A. Z.)

Am 16. April ist die neue dänisch-preußische Telegraphen-Convention in Kraft getreten. Im Interesse der Schifffahrt ist die Taxe für eine einfache Depesche zwischen einer dänischen und einer preußischen Ostseestation (bis Memel) auf nur 2 Fr. (16 Sgr., resp. 70 Sch. dänisch) angesetzt. Für alle anderen preußischen Stationen (Schleswig, Holstein, Hamburg und Lübeck ausgenommen) kostet die einfache Depesche 3 Fr. Das Königreich Sachsen ist in die Convention mit eingeschlossen.

---

amtliche Ausfertigung der Beschlüsse dieses hohen Hauses über den Entwurf der Verfassung des norddeutschen Bundes überreicht, sind die Bevollmächtigten der h. verbündeten Regierungen gestern Nachmittag zu einer Sitzung zusammengetreten, und ich erlaube mir, das Protokoll dieser Sitzung zu verlesen. (Dieß geschieht.) Die Herren Bundeskommissäre waren einstimmig, den Verfassungsentwurf, wie er aus der Schlußberathung des Reichstags hervorgegangen ist, anzunehmen (Bravo!), und ersuchten den Vorsitzenden der Bevollmächtigten, diesen Beschluß zur Kenntniß des h. Reichstags zu bringen, mit dem Hinzufügen, daß die h. verbündeten Regierungen bereit seien, die Verfassung in dieser Gestaltung, nach Maßgabe der in den einzelnen Ländern geltenden Verfassungen, zur Geltung zu bringen. In Folge dessen erkläre ich auf Grund der Machtvollkommenheit, welche die h. verbündeten Regierungen Sr. Maj. dem Könige, meinem allergnädigsten Herrn, übertragen haben, und auf Grund der Vollmacht, welche Se. Maj. der König mir ertheilt hat, die Verfassung des norddeutschen Bundes für angenommen durch die zum norddeutschen Bunde verbündeten Regierungen. (Lebhaftes Bravo!) Ferner habe ich die Ehre, eine allerhöchste Botschaft Sr. M. des Königs mitzutheilen. (Sämmtliche Abgeordnete erheben sich.) Graf Bismarck verliest nunmehr die Botschaft, welche anzeigt, daß der Reichstag heute, Mittwoch den 17., geschlossen werden soll, und die Mitglieder des Reichstags zu diesem Akte auf heute Mittag 12 Uhr in das k. Schloß beruft. Endlich fügt Graf Bismarck noch hinzu: Zur Beurkundung der von mir abgegebenen Erklärung über die Annahme der Verfassung erlaube ich mir eine beglaubigte Abschrift des Protokolls der gestrigen Sitzung dem Präsidium zu überreichen. Präsident Simson: M. H.! Ich empfange dasselbe in Ihrem Namen und in Ihrer Vertretung unter dem Ausdruck unserer tiefen Befriedigung, daß unsere Arbeiten schließlich zum vollen lebenskräftigen Einverständniß mit den verbündeten Regierungen geführt haben, daß die Verfassung des norddeutschen Bundes fortan Wesen und Wahrheit für unser Volk gewonnen hat, mit der Zuversicht, daß das, was mit so entgegenkommendem Willen und mit solcher Zustimmung vollbracht worden, auch in seiner weitern Fortentwicklung Heil und Gedeihen verbreiten wird über den heil. Boden unseres Vaterlandes. Damit ist der erste Gegenstand der T.O. erledigt. Zweiter Gegenstand ist: Gesammtbeschluß über die eingegangenen Petitionen. Neu eingegangen sind noch eine Adresse aus dem Großherzogthum Luxemburg und aus München von dem dortigen Volksverein. Auf den Vorschlag des Präsidenten beschließt das Haus, sämmtliche Petitionen durch die Vorberathung und Schlußberathung für erledigt zu erklären. Damit ist die T.O. erledigt. Alterspräsident v. Frankenberg-Ludwigsdorf: M. H., bei der Eröffnung des Reichstags stand mir das erste Wort in dieser hohen Versammlung zu. Gestatten Sie mir darum, ich bitte Sie, heute auch das letzte Wort. Dieses gilt dem Danke, welchen wir dem Herrn Präsidenten schulden, welcher unsere Verhandlungen mit so großer Umsicht und Sicherheit, und, ich darf das hinzufügen, Gerechtigkeit geleitet und dadurch das große geschichtliche Werk, welches wir mitgeschaffen, so wesentlich gefördert hat. In dieser Förderung wird er seine Befriedigung finden; uns aber geziemt es, daß wir ihm unsern tiefgefühlten Dank aussprechen durch Erheben von den Sitzen, wozu ich Sie hiermit auffordere. (Sämmtliche Abgeordnete erheben sich von den Sitzen.) Präsident Simson: M. H.! Sie gestatten, daß neben den großen und dauernden Dingen, von denen unser Gemüth in diesem Augenblicke erfüllt ist, auch der geringfügigen und vorübergehenden Personen gedacht werden kann, und so kann ich diese Stelle nicht verlassen, ohne Ihnen Allen meinen innigen und tiefbewegten Dank für die Güte auszusprechen, mit der Sie mich auf diese Stelle erhoben, für das unermüdete Wohlwollen, mit dem Sie mich auf derselben erhalten und meine Amtsführung begleitet haben, und endlich für die beschämende Anerkennung, mit der Sie mich auf Antrag unseres hochverehrten Kollegen, desselben Mannes, aus dessen Händen ich vor 17 Jahren das Präsidium der Erfurter Versammlung übernahm, nunmehr aus meinem Amte entlassen. Sie haben mir damit eine der stolzesten Erinnerungen meines Lebens ertheilt. Ich weiß sehr wohl, daß eine Erinnerung an einen Augenblick, wie der gegenwärtige, das kostbarste Erbtheil ist, welches ich meinen Kindern hinterlassen kann. Mein Dank gilt allen Theilen der Versammlung gleichmäßig, er richtet sich insbesondere an die hochverehrten Kollegen in dem Gesammtvorstande des Hauses, die vom ersten Beginn unserer Thätigkeit an in allen Beziehungen in wahrhaft freundschaftlichem und kollegialischem Sinne mich begleitet haben. Ich bitte Sie, m. H., Alle, mir ein freundliches Andenken zu bewahren. Der Segen des allmächtigen Gottes aber möge fort und fort walten über unser geliebtes Vaterland, über die verbündeten Fürsten und seine edeln Stämme! Die Sitzung ist geschlossen." — Die Versammlung verläßt hierauf den Saal, um sich nach dem kgl. Schlosse zu begeben. Von 11½ Uhr an begann der weiße Saal des königl. Schlosses sich nach und nach zu füllen. Im Saale selbst bewegten sich die Abgeordneten in lebhafter Unterhaltung. In der Diplomatenloge erschien das diplomatische Korps fast vollständig, und kurz vor 12 Uhr erschienen in der königl. Loge die Königin, die Kronprinzessin, die Prinzessin Karl und Prinzessin Friedrich Karl. Kurz nach 12 Uhr erschien der König, gefolgt vom Kronprinzen und den andern Prinzen des k. Hauses, unter Vortritt der Hofstaaten und der Minister und weiter gefolgt von den Bevollmächtigten der Bundesregierungen und einer zahlreichen Generalität. Der König wurde bei seinem Erscheinen von einem dreifachen Hoch der Versammlung begrüßt, welches der Präsident des Reichstags, Simson, ausbrachte. Huldvoll grüßend, stieg der König die Stufen des Thrones hinan, und verlas dann, vor dem Thronsessel stehen bleibend, die Thronrede (mitgetheilt in Nr. 109 d. Bl.), die einen sehr guten Eindruck machte und an den Stellen wo mit Zuversicht von dem Gedeihen des Verfassungswerkes und ferner davon die Rede ist, daß die wiedergewonnene nationale Macht vor Allem ihre Bedeutung in der Sicherstellung der Segnungen des Friedens zu bewähren habe, mit lautem Bravorufe unterbrochen wurde. Nach Verlesung der Thronrede brachte, während der König sich entfernte, der sächsische Bevollmächtigte, v. Friesen, ein dreimaliges Hoch auf den König aus, worauf Graf Bismarck den Reichstag für geschlossen erklärte.

Wien, 19. April. Der belgische General Chazal wird Wien verlassen und direkt nach Brüssel zurückkehren. Den verschiedenen Meldungen gegenüber, die ihm auch hier eine politisch-militärische Mission zugetheilt, dürfte vielleicht zu betonen sein, daß, gleichwie früher in Paris und in München, so auch in Wien lediglich die Prüfung der verschiedenen Hinterladungssysteme seine Aufgabe gewesen ist.

Paris, 18. April. Auch heute enthält der „Moniteur" keine Angabe über den gegenwärtigen Stand der Luxemburgfrage. — Dagegen meldet er aus Jerusalem, daß das Nothdach der heiligen Grabkirche, über welchem das neue Kuppelgewölbe aufgeführt werden soll, nunmehr vollendet ist. Es wurde im Beisein des Gouverneurs von Palästina, sowie der Konsuln von Frankreich und Rußland auf diesem Dache feierlich ein Kreuz aufgepflanzt. Der „Moniteur" fügt jedoch nicht bei, ob dieses Kreuz die lateinische oder die griechische oder irgend eine neutrale Form hatte. — In Poissy fand gestern die Preisvertheilung des großen Konkurses von Schlachtvieh statt. Der Ackerbauminister Herr de Forcade la Roquette hielt die Festrede. Den ersten Preis und als Ehrengabe einen silbernen Becher erhielt in der Abtheilung für Rindvieh Herr Tiersonnier von Gimoeuille im Nievredepartement, den zweiten Graf Falloux. — Die „Patrie" meldet: „Eine Depesche aus dem Haag meldete uns gestern die Abreise des Herrn v. Tornaco nach Paris in Folge einer Unterredung des Prinzen Heinrich, Gouverneurs von Luxemburg, mit dem König von Holland. Wir glauben zu wissen, daß Herr v. Tornaco sich in Mission zum Tuilerienkabinet begibt, um anzuzeigen, daß die diplomatische Vertretung des Großherzogthums Luxemburg aufhört, dem bevollmächtigten Gesandten der Niederlande obzuliegen. Diese Maßregel ist die Folge eines den Erklärungen des Herrn v. Zuylen in der Deputirtenkammer entsprechenden, vom König von Holland gefaßten Beschlusses, welcher den Zweck hat, das Großherzogthum Luxemburg vollkommen vom Königreich Holland zu trennen. Das Großherzogthum wird als Repräsentanten bei den verschiedenen Regierungen nicht mehr den accreditirten Gesandten der Niederlande haben. Hr. v. Tornaco wird, so versichert man uns, bei der französischen Regierung mit den Angelegenheiten Luxemburgs betraut sein, aber als nicht ständiger Gesandter." — Der „France" zufolge ging heute das Gerücht, die Schritte, welche England gethan habe, um eine Verständigung in der Luxemburgfrage zu Wege zu bringen, hätten in Berlin keine günstige Aufnahme gefunden. Die „France" verwahrt sich vor der Verantwortlichkeit für derartige Nachrichten. „Was uns betrifft", sagt sie, „so sind wir vor derartigen Nachrichten wohl auf der Huth. Man weiß in Berlin sehr gut, daß Frankreich aufrichtig den Frieden wünscht, und daß es nur durch die Weigerung, Rechten Genugthuung zu geben, die fortan an die Sicherheit Europas geknüpft sind, kompromittirt werden könnte." — Die „Liberté" gibt bereits heute eine Karte des neuen preußischen Festungsvierecks mit den strategischen Linien der Eisenbahnen. — Der „Etendard" glaubt auf's Neue behaupten zu können, daß zwischen Frankreich und England das herzlichste Einverständniß besteht. Auch mit Rußland und Oesterreich seien die Beziehungen wegen Luxemburgs nicht minder befriedigend. — Man liest im „Temps": „Der König der Belgier hat heute mittelst eines Spezialtrains der Nordbahn Paris verlassen. Se. Majestät wird in Schloß Laeken nur übernachten und morgen früh in Begleitung der Königin nach Berlin abreisen, um der Vermählung des Grafen von Flandern mit der Prinzessin Marie von Hohenzollern-Sigmaringen beizuwohnen. Wir erfahren, daß König Leopold II. sich gestern Nach-

mittags nach den Tuilerien begeben und daselbst eine lange Unterredung mit dem Kaiser gehabt hat. In gewissen diplomatischen Kreisen schmeichelt man sich, daß diese Unterredung, am Tage vor der Abreise der belgischen Majestät nach Berlin, einen glücklichen Einfluß auf den Ausgang der schwebenden Verhandlungen über die Luxemburg-Frage üben könnte. Wir müssen indeß hinzufügen, daß dieser Eindruck mit den heute umlaufenden Gerüchten nicht im Einklange ist." — Herr Emile de Girardin ist gestern wegen seines bekannten Artikels: „Was es kostet, die Wahrheit zu sagen", vom Zuchtpolizeigericht, als der Aufreizung zur Verachtung der Regierung schuldig, zu einer Geldbuße von 5000 Frs. verurtheilt worden. Sein Drucker ist zu 100 Frs. verurtheilt worden und beide solidarisch in die Prozeßkosten. Erst um 5½ Uhr Abends wurde dieser Prozeß beendet, dessen Verhandlungen um 1 Uhr begonnen hatten. (Fr. J.)

Paris, 18. April. Gegen das neue Militärgesetz wird die Agitation immer stärker. Die Regierung bleibt jedoch bei ihrem Projekt stehen und die Concessionen, von denen in den Commissionssitzungen die Rede war, sind nur nominell. — In der Akademie kann man sich über die Wahl der neuen Mitglieder nicht einigen. Immerhin ist es ein gewiß beachtenswerther Beweis von dem Standpunkt der „Unsterblichen", daß Jul. Favre und ein liberaler Theologe von der Sorbonne die meiste Aussicht haben. Die Wahl wird am 2. Mai stattfinden und ist man hier ziemlich gespannt auf den Ausgang der Sache, da es gewissermaßen eine Proklamation des Fortschritts und der Ideen der Freiheit gilt. — Der Sold sämmtlicher Offiziere wird erhöht werden. — Für die Ausstellung wird neuer Besuch angekündigt. Eine große Anzahl von Negern aus Senegambien wurde durch ein Fahrzeug der Schiffsahrtsstation aus Senegal nach Madeira geführt und soll von dort hierher befördert werden. — Die Arbeitseinstellungen nehmen hier im höchsten Grade die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch. In der That nehmen dieselben Dimensionen an, die man bei ihrem Ursprung nicht vermuthete. Heute fand eine Versammlung der Kleiderfabrikanten statt: sie kamen den Gesellen auf halbem Wege entgegen und boten ihnen 10 pCt. Erhöhung, was jedoch zurückgewiesen wurde. Man sagt nun, daß die Meister morgen die Werkstätten schließen würden. — Die französische Travestie des bekannten Becker'schen Rheinliedes prangt in einer neuen Composition in den Schaufenstern der hiesigen Buchhändler. — Beim General Fleury fand gestern ein großes militärisches Diner statt.

Paris, 18. April. (Nachts.) Nachfolgend die Aeußerungen der meisten Journale über die Thronrede des Königs von Preußen: Die „France" findet die Sprache des Königs der hohen Stellung entsprechend, welche Preußen erlangt hat, und sagt: Die Stelle, in welcher der König vom Frieden gesprochen, beweise, daß man vom Frieden sprechen könne, ohne friedlich zu sein. Die Behauptung, den Frieden gebieten zu wollen, hieße sich einer Gefährdung desselben aussetzen. Es ist wahr, daß der Friede in den Händen Preußens liege, aber nicht, weil Preußen unangreifbar ist, wohl aber, wenn es in seiner Umgebung Gerechtigkeit und Recht anerkannt und geachtet haben wird. Die „Patrie" erwähnt blos, der König habe zweimal vom Frieden gesprochen. Die „Opinion Nationale" findet die Thronrede nicht friedlich. Der König sagt, er wolle den Frieden, aber er sagt nicht, ob er in die Abtretung Luxemburgs einwillige und ob er Nordschleswig an Dänemark zurückgeben wolle. Er möge nicht zögern, die Verpflichtungen des Prager Friedens zu erfüllen. Der „Temps" findet, die Thronrede berühre nicht die wichtige Frage. „La Presse" findet es natürlich, daß die Thronrede nicht von den internationalen Angelegenheiten spreche. Sie konnte nicht von Rußland sprechen, ohne auf die mit demselben bestehenden Abmachungen anzuspielen, sie konnte nicht Oesterreich nennen, ohne die schwierigen Beziehungen zu demselben zu bezeichnen, sie konnte nicht von Frankreich sprechen, ohne einer Kundgebung Raum zu geben, ohne den gegenwärtigen Zwist zu verbittern. „La Presse" findet in der Thronrede den Beweis, daß die Rede Bennigsen's offizieller als jene Bismarck's gewesen. Die „Gazette de France" findet, daß der König sagen wollte, Luxemburg dürfe nicht abgetreten werden. Das „Pays" will wohl, daß Deutschland sich mit den Wohlthaten des Friedens befasse, aber es dürfe nicht vergessen, daß das beste Mittel hiezu die Achtung des Rechtes und der Würde anderer Völker sei. Der „Univers" findet, die Thronrede beschwichtige nicht die beunruhigten Interessen. Die „Liberté", welche eine Karte des preußischen Festungsvierecks bringt, sagt, das deutsche Kaiserthum sei gemacht. Die Thronrede drücke klar aus, daß Preußen nichts abtreten wolle.

Paris, 19. April. Der Konflikt könnte sich diplomatisch noch bis Mitte Mai fortschleppen. Die drei Großmächte als Rechtskonsulenten ließen ihre Ansichten oder Vorschläge bereits errathen; da jedoch keine ihre Verantwortlichkeit engagiren möchte, zögern sie, eine Collektivnote oder Proposition zu unterzeichnen, worüber die Cabinette von Berlin und Paris sich weiters zu verständigen hätten. Also werden sie wohl noch einige Zeit brauchen, um eine eben nichtssagende Note oder Proposition zu vereinbaren, und die zwei gegnerischen Cabinette werden die Diskussion hierüber auch nicht sogleich abbrechen. Die Stimmung an den Höfen zu Berlin und in den Tuilerien scheint sich jedoch so zu gestalten, daß Consultation und Diskussion bald überflüssig werden dürften. Auch in den höhern Regierungskreisen kolportirt man aus Berlin angebliche Aeußerungen und sogar Drohungen, welche keine Friedenshoffnung mehr aufkommen lassen. Andrerseits will das auswärtige Amt in Paris die geschäftliche Vertretung Luxemburgischer Unterthanen übernehmen, was einer diplomatischen Besitzergreifung gleichkommt, und jedenfalls Frankreichs „Ehre und Würde" noch unwiderruflicher engagirt. Graf v. d. Goltz ließ sich im Cabinet eines Finanzpotentaten, der davon den großartigsten Gebrauch machte, sehr beunruhigende Worte entschlüpfen, und auf dem hiesigen Ministerium des Aeußern wie des Innern ist kein beruhigendes Wort mehr zu erhaschen. Die Geschäftsphilosophie und der preußische Friedensoptimismus der HH. Rouher und Lavalette erleben ein höhnendes Fiasco, und die Uebereinstimmung der Tuilerien, wo die Kriegspartei emporkommt, mit jenen zwei Bewunderern des Bimark'schen Genie's könnte keine acht Tage fortbestehen, wenn nicht Hr. Staatsminister Rouher sich auf der Höhe aller Ereignisse zu halten wüßte. In Folge der allgemeinen Kriegsaufregung hält man es für unvermeidlich, daß die Regierung sofort nach Ostern entweder im „Moniteur" oder im gesetzgebenden Körper eine Mittheilung über die Lage macht. Thatsache ist, daß die Artilleriedepots in Tours, Rheims u. s. w. Befehl erhielten, sich für den Feldzug herzurichten. Die Einberufung eines Theils der Reserve ist allerdings regelmäßig, da die Regierung dazu einen Zeitraum von sechs Monaten frei hat; aber ein Symptom und außerordentlich ist es, daß sie diese Einberufung so frühzeitig veranstaltet. Seit gestern bemächtigt sich die Panik auch der Welt, welche an der Ausstellung betheiligt ist, oder darauf speculirte. Mehr als je darf man vom Ausstellungsjammer sprechen, welcher eine Katastrophe werden könnte. Die allgemeinen Urtheile über die Erfolge der kaiserlichen Politik sind ebenso viele Verwünschungen, als der Patriotismus gegen die „preußische Anmaßung" schleudert. (A. Z.)

Paris, 19. April. Die „France" konstatirt, daß authentische Nachrichten über die Haltung Preußens fehlen, und fügt hinzu, dessenungeachtet lassen die Thatsachen und die Sprache der deutschen Journale zusammengenommen erkennen, daß die Sachlage in den letzten Tagen eine gespann'e geworden sei.

Türkei. Der Courrier „d'Orient" vom 10. April meldet, die mohamedanische Bevölkerung von Kreta habe dem Sultan den Vorschlag gemacht, er möge unter ihr rekrutiren lassen, sie werde 20,000 Mann, darunter 7000 Reiter, stellen können; der Vorschlag sei aber von der Pforte abgelehnt worden.

Neueres.

Pesth, 20. April. In der ersten Sitzung der Comitats-Commission in Bihar am 16. d. beantragte Coloman Tisza, die Commission möge aussprechen, daß sie dem Ministerium nicht allein kein Hinderniß in den Weg legen, sondern dasselbe auch gegen die Feinde des Landes vertheidigen werde. Im Siebenundsechziger-Elaborate finde sie zwar keine Beruhigung, doch werde sie dasselbe als Gesetz respektiren, wenn es dazu erhoben wird und darüber wachen, daß die darin stipulirten Feststellungen in der Ausführung nicht nachtheiliger, sondern günstiger werden. Der Antrag wurde angenommen; nur Joseph Nagy sprach insoferne dagegen, als er bemerkte, es gehöre nicht in den Wirkungskreis des Comiats, über Gesetze Beschlüsse zu fassen.

Paris, 20. April. An der Börse ging das Gerücht: Preußen habe Englands und Oesterreichs Vermittlungsvorschlag angenommen. Es herrschte in Folge dessen große Erregtheit. Die „Patrie" sagt: Oesterreich, Rußland und England hoffen auf das Zustandekommen einer friedlichen Lösung. — Auf den Boulevards nahm die Kriegsbesorgniß Abends wieder zu; die Rente fiel nach dem Schluß der Börse noch um 50 Centimes.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 113. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 24. April 1867.

= **München**, 22. April. Die in mehrere Blätter übergegangene Nachricht, daß ein Vertrag über den Anschluß Bayerns an den norddeutschen Bund abgeschlossen und zur Ratifizirung in München eingetroffen wäre; daß die Bedingungen im Allgemeinen nicht ungünstig seien und daß in den nächsten Tagen die Veröffentlichung erfolge, ist bereits ihrem gesammten Inhalt nach amtlich dementirt worden. Bei dieser Gelegenheit sehen wir uns veranlaßt, darauf hinzuweisen, wie jener Münchener Correspondent, welcher der Urheber obiger Nachrichten ist und dieselben in der bestimmtesten Weise telegraphisch verbreitet, in Erfindung falscher Nachrichten seit geraumer Zeit sich förmlich gefällt, rein erfundene Compilationen von der größten Tragweite in unverantwortlichster Weise ausstreut, hiedurch die Gemüther beunruhigt und Unfrieden zu säen und zu erhalten bestrebt ist. Fast zu gleicher Zeit sucht derselbe in einem niederbayerischen Blatt den Ausbruch von neuerlichen Differenzen zwischen einzelnen Ministern glauben zu machen, eine Nachricht, welche ebenfalls jeder Begründung entbehrt, und für welche jener Correspondent nirgends einen Anhaltspunkt — auch nicht den mindesten — gefunden haben kann. Ist das Verfahren eines solchen Correspondenten unter allen Umständen zu verdammen, so muß es einer noch härteren Beurtheilung unterliegen, das Publikum durch rein erfundene Mittheilungen irre zu führen, wenn dies in politisch so erregten Zeiten geschieht, wie es die gegenwärtigen sind. Da die Verantwortung für solche Täuschungen, in welche das Publikum durch die Presse versetzt wird, erst mittelbar jenem Münchener Correspondenten, unmittelbar aber den Zeitungsredaktionen zur Last geschrieben zu werden pflegt, so kann es nicht ausbleiben, daß diese in Zukunft mit der Aufnahme von Nachrichten vorsichtiger sein werden, welche, falls ihr Ursprung nicht auf eine unlautere Quelle zurückzuführen ist, jedenfalls einen hohen Grad von Leichtsinn Desjenigen dokumentiren, von dem sie ausgehen.

München, im April. Die juristische Fakultät der k. Universität Erlangen hat dem im Ruhestand dahier lebenden k. Oberappellationsgerichtsrath Dr. **Glück**, welcher vierzig Jahre lang dem Staate mit vorzüglicher Auszeichnung diente, das am 17. April 1817 ertheilte Doktordiplom zur Feier der fünfzigjährigen Bekleidung dieser Würde am 17. April heurigen Jahres erneuert und darin mit vollem Recht die vielen Verdienste des Jubilars — eines Sohnes des in ganz Deutschland in ehrendem Andenken fortlebenden Professors Dr. Glück — sowohl als Richter in allen drei Instanzen, als in der juristischen Literatur durch Erläuterung der im Vaterlande geltenden Gesetze und durch systematische Bekanntgebung der oberstrichterlichen Entscheidungen in protestantischen Ehestreitigkeiten lobend erwähnt.

Die „Augsb. Abendz." enthält folgenden wohlthuenden Artikel aus **Altbayern**, 20. April: Man täusche sich in der altbayerischen Hauptstadt über die Stimmungen und Anschauungen des übrigen Landes, besonders der neubayerischen Provinzen nicht, welche wir aus eigener Erfahrung genau zu kennen glauben. Aber auch über Altbayern im Ganzen würde man in einem großen Irrthum befangen sein, wenn die eine oder andere Fraktion unseres „Gesammtministeriums" einen Augenblick in dieser 11. Stunde einem verhängnißvollen Zweifel Raum geben zu können vermeinen sollte. Das ist Gottlob im Lande ein überwundener Standpunkt. „Bayerische Treue", wenn auch bisher in einer Richtung betont, verdient ihren Namen überhaupt. In der kurzen Zeit, seit der Allianzvertrag mit dem großen deutschen Bruderstamm vom 22. August v. Js. bekannt geworden ist, ist er schon mehr in das bayerische Blut übergegangen, als man ahnen konnte. Man beurtheile uns Bayern ja nicht falsch. Es steckt ein edler Kern, ein tiefes treues Gemüth hinter einer auffahrenden, polternden, oft unpolitischen Weise. Viel Vorurtheile sind seit dem unseligen Bruderkampfe der blutigen Julitage v. Js. vergessen, obwohl oder vielleicht gerade weil wir dem allerdings bisher nicht geliebten Bruder aus Preußen ins Auge geschaut. Wir haben rührende Episoden erzählen hören, wie Preuße und Bayer im Todeskampfe auf der Wahlstatt brüderlich sich umschlungen und gemeinsam als ausgesöhnte Brüder den Weg betreten haben, von dem keiner zurück kehrt. „Blut ist ein ganz besonderer Saft." Hier hat es versöhnt. Begann schon seit jenen Tagen der Umschlag, so ist er vollendet und besiegelt worden durch das bekanntgewordene Schutz- und Trutzbündniß. Schon während der Kampfstage haben wir von manchem Soldaten auf beiden Seiten erfahren, sie wünschten nur eines, nämlich miteinander gegen einen äußern Feind, besonders gegen den einen Erbfeind, der nie und nimmer Frieden halten mag, zu kämpfen. Es scheint, — wie's täglich klar wird — der ersehnte Zeitpunkt nicht mehr lange auszubleiben. Der Reichsfeind pocht lauter und lauter an den Thoren. Wer zweifelt einen Augenblick, mit wem und gegen wen, — das treue bayerische Volk ziehen will. Auch wenn kein Vertrag in deutscher Treue uns bände, es wäre genau dasselbe. Das bayerische Volk weiß von Rheinbundesgelüsten jetzt so wenig als vor 60 Jahren. Mittlerweile aber hat das Volk für das Geschick seines engeren und des großen, nie vergessenen Vaterlandes, eine entscheidende Stimme erhalten. Was Oesterreich für sich bestimmen möge, ist seinem eigenen Ermessen anheim gegeben. Ob es in dem geeinigten Deutschland einen besseren Bundesgenossen sieht, ob an Frankreich, ob es neutral bleiben zu können gedenkt, darüber haben wir uns nicht den Kopf zu zerbrechen. Für uns ist ja Gottlob die Wahl entschieden: Mit Preußen in Leben und in Tod gegen Frankreich!

Th. **Mögling**, aus dem badischen Aufstand von 1849 bekannt, darauf sieben Jahre in Bruchsal inhaftirt, ist kürzlich in der Irrenanstalt zu **Göppingen** gestorben.

Vom Main, 21. April. Während ein Darmstädter Blatt von einer Ministerkrisis in Darmstadt spricht, die im Anzuge sei, weil der Großherzog sich weigere, die mit Preußen abgeschlossene Militärkonvention zu unterzeichnen, hören wir von sonst wohlunterrichteter Seite, daß die Unterzeichnung bereits vorgestern erfolgt sei. Um die hessische Division nach und nach ganz auf den Stand einer preußischen Truppenabtheilung dieser Bezeichnung zu bringen, soll in einem Nachtrag zu der Konvention ein Zeitraum von etwa 2 Jahren vorgesehen sein. — Der Kronprinz von Preußen wird in den nächsten Tagen zum Besuch seines Schwagers (des Prinzen Ludwig) in Darmstadt erwartet. (Schw. M.)

Berlin, 20. April. Heute brachte ein Pariser Telegramm die Nachricht, daß es den vermittelnden Mächten gelungen sei, ein von Frankreich bereits angenommenes Ausgleichungsprinzip zur Geltung zu bringen. Ich bemerke, daß, so viel hier bekannt ist, die Unterzeichner der Verträge von 1839 in ihrer Gesammtheit keine Vermittlung versucht haben. Der König der Niederlande hat als Großherzog allein ein Recht, wegen der Besetzung der Festung Luxemburg durch die Preußen Erörterungen mit den betreffenden Regierungen anzuknüpfen und deren Vermittlung nachzusuchen. Das ist nicht geschehen. Frankreich fordert allerdings die Aenderung eines Vertragsrechts Preußens bei denselben Regierungen. Da aber unser Cabinet mit Frankreich gar keine Verhandlungen über die Zulässigkeit der Fortdauer der Besetzung Luxemburgs führt, so ist auch jede Vermittlung in der Sache ausgeschlossen. Uebrigens ist es wohl unzweifelhaft, daß Frankreich wegen einer Festung, die seit 50 Jahren ihm nicht als bedrohlich erschien, keinen großen Krieg zu führen beabsichtigen würde, wenn im Hintergrunde nicht die Hoffnung einer Erwerbung der Rheingränze läge. Darüber herrscht in den hiesigen politischen Kreisen auch kein Zweifel. Der Pariser Correspondent des „Journal de Genève" vom 14. d. M. bemerkt sehr richtig: daß die brennende Frage seit der Schlacht bei Sadowa nicht die luxemburgische Angelegenheit sei, sondern die Frage, ob das militärische Uebergewicht in Europa bei Preußen oder Frankreich stehe? Der Stuttgarter „Beobachter" vom 18. d. M. ist übrigens als „gelehriger Bekenner" der Realpolitik bereit, das linke Rheinufer preiszugeben, wenn nur das neue Deutschland auch Deutsch-Oesterreich umfassen und ein Parlament erhalten würde. (A. Z.)

Der +-Korrespondent der „Köln. Ztg." schreibt aus **Berlin** vom 19. April: „Es mag höhere Militärs und Politiker geben, die

in der Voraussetzung, daß ein Krieg mit Frankreich auf die Dauer doch nicht zu vermeiden wäre, ein langes Hinausziehen der Entscheidung aus mehr als einem Grunde als unvortheilhaft für Preußen ansehen. Man wird es hier und da vielleicht schwer empfinden, daß Frankreich es in der Hand haben solle, die Frage in dem Augenblick zu stellen, wo dies seinen Interessen am besten convenirt. Aber selbst diese Auffassungen setzen doch stets voraus, daß Frankreich den Krieg durchaus wolle und ihm Luxemburg nur zum Vorwande diene. Ein Ausgleich zwischen den Gegensätzen wird von den neutralen Mächten noch immer gesucht, wenn auch, nach der Meinung aufmerksamer Beobachter, von einigen derselben für jetzt mit geringerem Eifer, als es den Anschein hat. Ob die Vermittlung sich wird finden lassen, muß sich bald zeigen. — Das schon signalisirte Datum des 5. April, an welchem der am 22. März paraphirte holländisch-französische Cessions-Vertrag unterzeichnet werden sollte, was alsdann aber aus bekannten Gründen nicht geschah, ist auch dadurch bemerkenswerth, daß an jenem Tage die Erklärung Preußens im Haag erfolgte, daß Preußen Limburg als aus Deutschland ausgeschieden ansehe, wodurch dem König von Holland ein letzter Vorwand, gegen unhaltbare deutsche Ansprüche Schutz bei Frankreich zu suchen, entzogen wurde. Das Hauptmotiv seiner Reculade war allerdings die preußische am 25. März konstatirte Berufung auf die Verträge von 1839, welche, wie schon bemerkt, einen indirekten, aber deutlichen Einspruch gegen die Cession in sich schloß. — Das Geschrei der Pariser Journale über die Kiepertsche Sprachenkarte hat sich jetzt allem Anscheine nach etwas beruhigt. Man wußte dort von der Karte augenscheinlich nur vom Hörensagen. Vielleicht sind seitdem einige Exemplare nach Paris gelangt. Die künstlich erhitzten Leute hätten sich leicht überzeugen können, daß die Karte, wissenschaftlich getreu, der preußischen Stadt Malmedy die französische Farbe gegeben hat. Auch der ganze wallonische Theil von Belgien ist selbstverständlich von dem deutschen Sprachgebiet ausgeschieden. Amusant ist besonders, daß der Karte mehrfach frühere französische Arbeiten zu Grunde liegen. Bei dieser Gelegenheit möge die Bemerkung gestattet sein, daß die neue Ausgabe des Kiepert'schen Handatlas, von welchem vor einigen Tagen die dritte Lieferung mit Karten der Erde, von Europa, Brandenburg, Schlesien und Posen, sowie Skandinavien, hier bei Reimer erschienen ist, unausgesetzt den verdienten großen Erfolg hat und den allbewährten Ruf des Verfassers nur aufs Neue befestigen konnte."

Berlin, 21. April. Der „Staats-Anzeiger" veröffentlicht einen allerhöchsten Erlaß vom 5. November 1866, betr. die Organisation der Justizpflege in den von dem Großherzog von Hessen und bei Rhein abgetretenen Theilen der Provinz Oberhessen und einen allerhöchsten Erlaß vom 1. April 1867, betreffend die Justizorganisation in der ehemaligen Landgrafschaft Hessen-Homburg. Der abgetretene nordwestliche Theil des Kreises Gießen wird dem Bezirk des Landgerichts Gladenbach hinzugelegt; für diesen und die Bezirke der Landgerichte Battenberg, Biedenkopf und Vöhl wird ein Bezirksstrafgericht zu Biedenkopf errichtet; als Schwurgerichtshof und Gericht zweiter Instanz tritt für die genannten 4 Bezirke an Stelle des Hofgerichts zu Gießen das Hof- und Appellationsgericht zu Dillenburg; als dritte und Kassations-Instanz in Schwurgerichtssachen das Ober-Apellationsgericht in Wiesbaden. Der von Hessen-Darmstadt abgetretene Ortsbezirk Rödelheim und Antheil an Nieder-Ursel wird dem Bezirksgericht Homburg einverleibt. Für dieses tritt an die Stelle der Landesregierung erste Deputation in Homburg das Hof- und Appellationsgericht in Wiesbaden als Gericht zweiter Instanz in Civilsachen, sowie als Gericht erster und zweiter Instanz in Strafsachen, als Anklagekammer und als Schwurgerichtshof. Mit Aufhebung des Rechtsmittels der Revision durch Aktenversendung entscheidet als Gericht dritter Instanz in Civilsachen, sowie als Gericht zweiter Instanz in Strafsachen und als Kassationshof gegen Erkenntnisse der Anklagekammer und gegen Urtheile des Schwurgerichtshofes das Ober-Appellationsgericht in Wiesbaden.

Hannover, 18. April. Im Celler Aufruhrprozeß ist das Urtheil ergangen. Von 114 Angeklagten sind 31 gänzlich freigesprochen, 54 sind des Aufruhrs, 29 der öffentlichen Gewaltthätigkeit, beziehungsweise des Diebstahls und der Diebstahlsbegünstigung schuldig erkannt. Den obwaltenden Milderungsgründen hat das Gericht einen bedeutenden Einfluß auf das Strafmaß zugestanden, so daß die schwerste Strafe des Aufruhrs, die Kettenstrafe, nicht einmal gegen die Rädelsführer erkannt ist. Diese haben von 6 Jahren Zuchthaus absteigend erhalten, und so geht es herunter bis zur Arbeitshausstrafe und Gefängniß, welches letztere sich in einzelnen Fällen auf wenige Tage reduzirt. (Nat. Ztg.)

Luxemburg, 21. April. Der „Courrier du Grand Duché" nimmt in seinen beiden letzten Nummern mit Energie das Wort gegen die Annexion des Großherzogthums an Frankreich und entwickelt ausführlich, daß die ganze Industrie sowohl wie der Ackerbau des Landes dadurch nur verlieren könne. „Fragt unsere Eisenhüttenbesitzer, unsere Gerber, Papierfabrikanten, Tuchweber, Handschuhmacher, unsere Müller, ob der französische oder der deutsche Markt vorzuziehen ist, wo der größte und vortheilhafteste Absatz ist, wo sie die größere Sicherheit in ihren Geschäften finden, und wir sind überzeugt, daß sie alle ohne irgend welchen Zweifel Deutschland vorziehen werden." Uebrigens will der „Courrier" durchaus nur „unsere luxemburgische Existenz" bewahrt wissen, er sagt, daß alle Agenten der Annexion noch nicht ein einziges vernünftiges Wort, noch keinen einzigen triftigen Grund beigebracht hätten, um die Luxemburger zu veranlassen, diese luxemburgische Existenz mit einer anderen zu vertauschen. — Das „Luxemburger Wort" dagegen erzählt nach dem „Echo" von Arlon, daß Herr v. Tornaco geäußert habe, der Anschluß von Luxemburg an Belgien wäre die einzige Lösung, welche den Krieg verhindern könne. Das „Wort" will nicht glauben, daß Herr v. Tornaco diese Aeußerung wirklich gethan habe, und wendet sich mit großer Heftigkeit gegen die Idee einer Verbindung mit Belgien, indem es sagt: „Von dem Tage an, wo Holland, Preußen und England uns an Belgien geben wollen, rufen wir die Hülfe Frankreichs an, wollen wir französisch werden."

Wien, 20. April. Die „N. fr. Pr." schreibt: „Der vor drei Tagen aus Berlin hier eingetroffene Graf Taufkirchen ist gestern bereits nach München zurückgereist. Was über diese Mission auf Grund von in München verbreiteten Gerüchten gemeldet wird, ist theils nicht richtig, theils stark übertrieben. Wenn es sich darum handelte, Oesterreichs Zustimmung zum Eintritt der süddeutschen Staaten in den norddeutschen Bund zu erlangen und ein Schutz- und Trutzbündniß zwischen Oesterreich und dem neuen deutschen Bunde vorzuschlagen, so würde das Berliner Kabinet die eingehende Unterhandlung darüber wohl selbst besorgen und dieselbe nicht Bayern überlassen. Für so wichtige Dinge scheint uns der Graf Taufkirchen, der von München nach Berlin geschickt wird, dort einen Tag verweilt und dann nach Wien kommt, weder ausreichend instruirt noch diplomatisch hochgestellt genug zu sein. Insofern aber zwischen dem österreichischen Minister des Auswärtigen und dem bayer. Grafen von derlei Dingen vertraulich gesprochen wurde, soll Frhr. v. Beust sich durchaus nicht ablehnend verhalten haben, wohl aber eine eventuelle Allianz mit dem norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten von der vorgängigen Erfüllung ganz bestimmter Bedingungen abhängig gemacht haben. Wir beschränken uns vorläufig auf diese Andeutungen."

Aus **Paris**, 19. April, schreibt man der „Köln. Ztg.": „Die Thätigkeit des „Memorial Diplomatique", welches unter hundert Nachrichten keine zehn bringt, die ganz wahr sind, macht sich in den französischen Blättern sehr breit und beweist recht deutlich, daß die Mehrzahl der Pariser Journalisten über deutsche Strömungen und Stimmungen, wie der Blinde von der Farbe spricht. Das Schlimmste dabei ist der Umstand, daß man sieht, wie aus österreichischen und ultramontanen Kreisen geschürt wird, um die streitenden Parteien an einander zu hetzen und dem Nationalkriege die möglichst bösartige Beize beizumischen. Felix Metternich hat von je her für eine habsburgisch-bonapartistische Association zur Beherrschung Europas geschwärmt, geschmeichelt und gelitten; alle Welt hat ihn verlacht, doch jetzt geschieht alles, was diese verkannte Sache zur dominirenden in Wien erheben könnte. Die Verlängerung der Anwesenheit Gramont's in einer Epoche, wo sonst Botschafter keine Minute vom Posten entfernt zu sein pflegen, läßt es jetzt auch in solchen Kreisen, wo man bis jetzt noch fürchtete, Franz Joseph möchte sich erinnern, daß deutsches Blut in seinen Adern flösse, für wahrscheinlich gelten, daß Oesterreich Deutschlands Haut feilbietet, um daraus Riemen zu schneiden, mit denen Preußen geknebelt werden soll. Das „Memorial Diplomatique" bringt über dieses Treiben folgende Andeutungen, deren Richtigkeit wir bis auf Bestätigung zu Oesterreichs Ehre bezweifeln wollen, obgleich oder auch weil sie in diesem bevorzugten Organe der österreichischen Gesandtschaft stehen: „Die Reise des Herrn v. Gramont nach Paris deutet an, daß zwischen Frankreich und Oesterreich Verhandlungen angeknüpft werden können, um zwischen beiden Mächten ein engeres Verhältniß herbeizuführen. Wir sind davon unterrichtet, daß diese Verhandlungen Aussicht haben, wohl aufgenommen zu werden. Das wiener Kabinet scheint, obwohl es die ihm durch die jetzige Lage gebotene reservirteste Haltung einnimmt, entschlossen, alles zu vermeiden, was seine Beschlüsse in Zukunft zu Preußens Gunsten binden könnte; das Tuilerienkabinet seinerseits bekundet den Werth den es eventuell auf Oesterreichs Hilfe legte, deren hohe Bedeutung unter den jetzigen Verhältnissen zu verkennen es weit entfernt ist. Wir glauben, zu wissen, daß der Herr Baron von Beust sich persönlich mit sympathischer Zuvorkommenheit den über diese Frage eröffneten Pourparlers geneigt erweist." Ist dies richtig, so handelt es sich nur noch um den Preis, den der Kaiser Napoleon dem Kaiser von Oesterreich zu bieten hätte, um mit dem Baron Beust sein Jahrhundert in die Schranken zu rufen. Oesterreich hat oft mit Frankreich pactisirt, es

hat niemals Seide dabei gesponnen, aber jedesmal unsägliches Elend über Deutschland gebracht. Die „France“ traut ihren Augen kaum, sie kann es kaum glauben, was das „Memorial“ vom wiener Hofe ankündigt. Doch sie fügt dieser Nachricht hinzu, das „Memorial“ sei ja in der Regel über österreichische Politik vortrefflich instruirt. Was Luxemburg speziell betrifft, so bringt die „Liberté“ in einem Wiener Briefe über Beust's Politik folgende Angaben: „Das Großherzogthum Luxemburg fällt an Belgien, das dafür an Frankreich den strategisch sehr wichtigen Punkt abtritt, der südlich von Namur eine von Sambre und Maas gebildete Ecke darstellt und von der Festung Marienburg beherrscht wird.“ Bekanntlich hat Frankreich stets diese scharfe Ecke im Auge gehabt, doch ist obige Bezeichnung „zwischen Sambre und Maas“ kaum genau, da die Sambre bei Namur in die Maas mündet, und wenn dieser ganze Strich an Frankreich fiele, Belgien die zweite Hälfte von Luxemburg mit seiner halben Provinz Namur erkaufen würde. Die „Liberté“ fügt hinzu: „Es steht noch nicht fest, wie diese Vorschläge in Paris aufgenommen werden; was Hrn. v. Bismarck anbetrifft, so wird gesagt, er habe geantwortet, Preußen könne sich darüber nicht eher aussprechen, als bis die übrigen Unterzeichner der Verträge von 1839 ihre Ansicht kund gethan hätten.“ Diese Antwort, sollte man meinen, sei durchaus correct, die Wiener Correspondenz der „Liberté“ jedoch meldet: „Dieser Bescheid wurde in Wien als Ablehnung aufgenommen.“

Paris, 20. April. Die Gerüchte, daß Herr Benedetti in nicht ferner Zeit einen Nachfolger erhalten werde, gewinnen an Bestand. Auch spricht man wiederholentlich von dem eventuellen Rücktritte des Herrn v. Moustier.

Paris, 21. April. „Es ist nunmehr außer Zweifel, daß der Krieg beinahe unvermeidlich zwischen Preußen und Frankreich ist; jeder Tag, wo die Preußen Luxemburg noch nicht geräumt haben, verschlimmert die Situation, denn er ist ein Tag der Erniedrigung für Frankreich mehr; je geduldiger man war, desto nothwendiger wird die Reparation. Wenn daher auch selbst die Diplomatie die Räumung Luxemburgs erlangte, was sehr unwahrscheinlich ist, so würde sie den Krieg nur vertagen, doch keineswegs endgültig beseitigen. Frankreich liebt das Antichambriren nicht!“ Mit diesem Osterrufe begrüßt die „Liberté“ die Völker Europa's in einem Brandartikel, der den Titel führt: „La guerre nationale“. Also Frankreich will und kann nicht mehr ruhig sein; die Mächte, welche ihre Kraft anwenden, um den Frieden zu retten, werden verspottet und die Völker zum Vernichtungskampfe provocirt, wie 1814. Doch wir thäten der „Liberté“ zu viel Ehre an, wollten wir sie für die Vertreterin Frankreichs nehmen. Nur Akt davon wollen wir nehmen, daß es das Blatt eines dem Palais Royal so nahe stehenden Mannes ist, das eine so hochmüthige Sprache gegen Europa führt. Und zu welchem Zwecke soll dieser Nationalkrieg geführt werden? Nachdem dem Kaiser geradezu gedroht worden, daß, wenn er ruhig bliebe, „man an Frankreichs Geschicke zweifeln müsse“, wird ihm folgende Aussicht eröffnet: „Nein, noch einmal, das ist nicht möglich, denn es gibt Verantwortlichkeiten, die keine Regierung übernehmen mag. Ohne Krieg war die Freiheit in unseren Augen eine Nothwendigkeit, mit dem Kriege ist sie eine Nothwendigkeit in den Augen von Jedermann; denn sie allein kann, indem sie dem Kriege den Charakter eines Nationalkrieges gibt, Frankreich vor der schweren Gefahr schützen, der es vielleicht hätte vorbeugen können.“ Das ist in der That sehr deutlich. — Die Truppenbewegungen nach dem Norden hin dauern fort. Ein Theil der Artillerie, die aus Mexiko zurückgekommen, ist nach Lille unterwegs. Die Infanterie würde nach Dijon, Nancy und den übrigen Städten des Nordens rücken. An Rüstungen zur See fehlt es auch nicht, und der „Napoleon“, der in Cherbourg liegt, hat Befehl erhalten, seine 90 Kanonen, welche er im August ans Land setzte, wieder an Bord zu nehmen. — Das Wetter begünstigt das heutige Osterfest nicht. Wir haben starken Wind und ohne Aufhören Regenschauer; es ist so kalt wie im Dezember. Die Kirchen waren heute ausnahmsweise fleißig besucht. Kaum die Hälfte derer, welche die Hauptmesse besuchen wollten, konnte Platz finden. Die Fasttage wurden dieses Jahr auch sehr streng gehalten, und am Charfreitag, und dieses ist mir in Paris zum ersten Male vorgekommen, befanden sich auf den Speisezetteln nur Fastenspeisen. — Der ganze Hof wohnte der Messe in den Tuilerien an. Der Kaiser ist von seinem Unwohlsein wieder hergestellt. (K. Z.)

Mailand, 18. April. Wer die gegenwärtige Lage Italiens als eine befriedigende bezeichnen wollte, würde ein Verbrechen an der Wahrheit begehen. Nach innen und nach außen ist sie gleich unbehaglich. Das neue Ministerium gilt allerseits als Vorbote einer engeren Allianz mit Frankreich, und die Reise des Generals Govone nach Paris wird dahin aufgefaßt, daß ihm jetzt in Paris eine ähnliche Aufgabe werde, wie er sie im vorigen Jahre am preußischen Hofe hatte. Die Andeutungen Rattazzi's in seiner Kammerrede in Bezug auf Rom und den September-Vertrag lassen kaum mehr zweifeln, daß man über den Verbündeten von 1859, jenen von 1866 vergißt. Der Eintritt Campello's, eines Verwandten Napoleons, verleiht dieser Ansicht weitere Wahrscheinlichkeit, und in Paris dürfte diese Wahl beifällig aufgenommen worden sein. — Garibaldi ist mit seinen beiden Söhnen in Florenz angelangt, und wird wohl jetzt die römische Angelegenheit in der Kammer in Anregung bringen. Die Erinnerung an Aspromonte dürfte Rattazzi gerade nicht angenehm sein. — Die Reise des Kronprinzen Humbert soll auf unbestimmte Zeit vertagt sein. (Schw. M.)

Rom, 17. April. Bereits haben 400 Bischöfe ihre Anwesenheit bei dem Säcularfeste am 29. Juni zugesagt. (K. Bl.)

London, 18. April. Die englischen Freiwilligen rüsten sich zu ihrer jährlichen Heerschau, die diesesmal in Dover stattfinden soll. Bis jetzt sind 23,600 Mann dort angesagt, wozu noch 2000 Mann Reiterei und einige Infanterie von den regelmäßigen Truppen kommen. Der Hauptmanövertag ist der Ostermontag. — Einiges Aufsehen macht der Uebertritt des jungen Marquis v. Bute zur katholischen Kirche, der am Ostersonntage in Oxford öffentlich sein Glaubensbekenntniß ablegen wird. Der Marquis ist 20 Jahre alt und wird, wenn er in den Besitz seiner Güter gelangt, einer der reichsten Leute von England, man darf sagen, von Europa sein. — Der Strike auf der Nordostbahn, der seitens der Arbeiter unverändert fortdauert, ist auf Seiten der Bahnverwaltung insofern in ein neues Stadium getreten, als es ihr schon fast gänzlich gelungen ist, die in ihrem Personal entstandenen Lücken zu ergänzen. (Schw. M.)

Stockholm, 15. April. Die zweite Kammer des Reichstages nahm den Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe mit 103 gegen 53 Stimmen an; dagegen lehnte ihn die erste Kammer ab, aber mit nur 39 gegen 38 Stimmen. Der Ausschuß, der über Schwedens Vertheidigungswesen zu berathen gehabt, ist nun mit seinem Gutachten fertig. Die Friedensstärke des aktiven schwedischen Heeres soll aus 30,000 Mann bestehen, jedoch so, daß diese Zahl im Kriegsfalle je nach Bedürfniß auf 50,000, 70,000 oder 90,000 Mann gebracht werden kann; eine Armee, welche in Verbindung mit den norwegischen 15- bis 20,000 Mann Truppen zur Begegnung eines Feindes von 100,000 Mann als genügend erachtet wird. Die Verstärkungsmannschaft soll im Verhältniß zu den genannten Zahlen halb so groß sein. Die Kriegsreserve (welche hauptsächlich zur lokalen Vertheidigung und als Besatzung der Festungen benutzt werden soll) wird mit 70- bis 80,000 Mann aufgeführt. Der Landsturm (waffenfähige Mannschaft bis zum 50. Jahre) wird aus 2- bis 300,000 Mann bestehen. (K. Z.)

Athen, 13. April. König Georg begab sich am Dinstag, 9. April, nach Syra, um den telegraphisch angekündigten Prinzen Johann von Glücksburg, Oheim des Königs und designirten Regenten Griechenlands während der nahe bevorstehenden Abwesenheit des Königs, nach Athen zu begleiten. Die Ankunft erfolgte am Donnerstag, 11. April, in der Morgenstunde. — General Kalergis ist an demselben Tage mit dem französischen Dampfer aus Marseille hier angekommen, und zwar in sehr leidendem Zustande. — Die durch das österreichische Dampfschiff aus Kreta überbrachten Nachrichten beschränken sich auf die Mittheilungen über vorgefallene Kämpfe in geringer Entfernung von der Hauptstadt Canea, in welchen 60 Türken geblieben sind. Omer Pascha ist mit neuen 3000 Mann angekommen und hat das Kommando über sämmtliche Truppen übernommen. Hussein Pascha, welcher vor sehr kurzer Zeit den Mustapha Pascha im Kommando ablöste, ist zurückberufen worden. Nach dem Kampf um Canea loderte die natürliche Grausamkeit der türkischen Soldateska auf's neue in hohen Flammen auf; sie konnten es nicht ertragen, daß sie von den Insurgenten im Angesicht ihrer Hauptfestung angegriffen und geschlagen wurden. Alle Körpertheile der verwundet liegen gebliebenen oder getödteten Insurgenten waren ihnen eine willkommene Beute. Köpfe, Ohren, Nasen und Hände wurden abgeschnitten und in Säcken nach Canea gebracht, wo sie den Glaubensgenossen im Triumph gezeigt wurden. — Von der türkisch-griechischen Gränzlinie lauten die Nachrichten von Stunde zu Stunde betrübender, ja für die Aufrechthaltung des Friedens gefährlicher. Türkische Truppen rücken von allen Seiten heran. Die in Larissa und Trikala stationirten Truppen sind nach Karditza beordert worden, auch nach Phersala und Almyro, und neue Truppen rückten in Larissa ein. Auch von Thessalien wird gemeldet, daß Omer Pascha dort angekommen und das Generalkommando übernommen habe — möglicherweise will man durch diesen Doppelgänger den Insurgenten Furcht einflößen. Die Insurgenten, vereinigt in verschiedene einzelne Corps, haben viele feste Stellungen in Thessalien inne; ihre Familien, in Vereinigung mit allen denen, die an der thessalisch-griechischen Grenze wohnen, verlassen in Schaaren ihre Heimath und flüchten sich auf griechischen Boden. — Ein französischer Consul ist in diesen Gegenden

angekommen, und soll auch die Absicht haben, die griechische Provinz Phthiotis zu besuchen. (A. Z.)

Der „Messager franco-amerikain“ vom 4. April bringt Nachrichten aus **Mexiko** folgenden Inhalts: „Die Städte Mexiko, Queretaro, Puebla und Veracruz, die letzten Zufluchtsorte der Imperialisten, werden noch immer von den liberalen Truppen blokirt. Der Abgang der französischen Armee hat, indem er den Kaiser Maximilian seinen Gegnern gegenüberstellt, die Schwierigkeiten ganz eigenthümlich vereinfacht. Die klerikal-imperialistische Partei oder vielmehr das letzte Ueberbleibsel derselben ist die einzige Hülfsquelle des Kaisers Maximilian, und da diese Partei viele Anführer und wenige Soldaten in sich begreift, so wird die imperialistische Armee nur noch aus einigen österreichischen Freiwilligen und aus Mexikanern bestehen, die in der Hauptstadt und in Queretaro zwangsweise ausgehoben worden sind. Kaiser Maximilian befindet sich in der Lage der Klerikalen von 1860, und überdies hat er noch gegen sich die natürliche Antipathie der spanischen Amerikaner gegen Auswärtige. Die Hauptkorps der liberalen Truppen, die so organisirt sind, daß sie regelrechte Operationen vornehmen können, bestehen aus folgenden Truppentheilen: 1) die Armee des Generals Eskobedo, welche die Contingente des Nordens (General Trevino), des Zentrums (General Regules) und des Westens (General Corona) umfaßt, einen Effektivbestand von 30,000 Mann. Zwei Drittel dieser Truppenmacht bloiren Queretaro, während ein Theil der Truppen des Regules Michoacan besetzt hält und in Gemeinschaft mit den Milizen von Guerrero und der Südarmee gegen Mexiko agirt. 2) Die Ostarmee (General Porfirio Diaz), das Contingent von Benavides mit inbegriffen, welche gegen Veracruz operirt, wird auf 12,000 bis 15,000 Mann geschätzt. 3) Die Südarmee (General Juan Alvarez) begreift 7—8000 Mann in sich. Die Garnisonen von Orizaba, Tehuacan, Guanajuato, Guadalajara, San Luis de Potosi u. s. w. und die Guerillas bilden einen Effektivbestand von 15—16,000 Mann. Alles, was Kaiser Maximilian dieser massenhaften Volksaushebung entgegenstellen kann, sind außer seiner Armee von Queretaro (etwa 8000 bis 9000 Mann) die Garnisonen von Mexiko, die von Puebla und die Miliz von Veracruz, zusammen 6000 Mann. Die Niederlage der Imperialisten ist sogar nicht einmal mehr eine Frage der Zeit, sie ist eine Frage der Ziffern.

Neueres.

Berlin, 22. April. Zur Vermählungsfeier treffen morgen die hohenzollern'schen Herrschaften, der König der Belgier, der Graf von Flandern und der Fürstbischof von Breslau ein. Der Vermählungsakt findet am 25. d. M., Nachmittags 3 Uhr, in der Hedwigskirche Statt; der Fürstbischof vollzieht die Trauung, wobei die Fürstlichkeiten, das diplomatische Corps, die Minister und die Generalität anwesend sind. Dann findet im Weißen Saale Gala-Diner Statt, Abends Soirée beim Kronprinzen. Am 26. d. M., Vormittags, ist Kirchgang für die belgischen und hohenzollern'schen Herrschaften in der Hedwigskirche, Nachmittags Déjeuner dinatoire im königlichen Palais, Abends Empfang des diplomatischen Corps Seitens des Königs der Belgier und der hohen Neuvermählten, dann Cour im Schlosse und Hofkonzert.

Bucharest, 20. April. Heute war der Geburtstag des Fürsten und der Jahrestag des Plebiscits, welches ihn auf den rumänischen Thron gerufen hat. Der Fürst empfing die Glückwünsche aller Staatskörper und des diplomatischen Corps. Als er sich in die Metropolitankirche begab, begrüßte ihn lebhafter Zuruf der Bevölkerung. Der Fürst hat befohlen, daß die für die Illumination der öffentlichen Gebäude bestimmten Summen unter die Armen vertheilt werden sollen.

Telegramm
der Neuen Würzburger Zeitung.*)

Berlin, 23. April. Die „Nordd. Allg. Zeitung“ hebt hervor, Preußen habe nur die Ansichten der Vertragsmächte über die Cession Luxemburgs verlangt, keineswegs aber eine Vermittelung angerufen; das preußische Besatzungsrecht konnte somit dabei nicht in Frage kommen. Die Gerüchte, Preußen wolle dasselbe aufgeben, seien unbegründet.

*) Einem Theil unserer Leser bereits gestern in Abschrift mitgetheilt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	60 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	54—53$^{1}/_{2}$ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	48$^{1}/_{4}$—47$^{3}/_{4}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	4$^{1}/_{2}$pCt.	33 P.
Preussen	3$^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	96$^{1}/_{2}$ P.
„	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	85 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	80 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	80 P.
„	3$^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	88$^{1}/_{4}$ P.
„	3$^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	90$^{1}/_{4}$ P.
Baden	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl.	86 P.
„	3$^{1}/_{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3$^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	88 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	—
„	3$^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3$^{1}/_{2}$pCt. Obl.	—
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2$^{1}/_{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2$^{1}/_{2}$	—
„	6pCt. ditto r. 1882 „	74—73 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	123 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	609—3 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	135—30 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	82 P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	171 P. 170 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	88$^{1}/_{4}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4$^{1}/_{2}$ pCt.	102 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	—
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	69$^{3}/_{8}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à 4$^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	107$^{1}/_{2}$—6 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100$^{1}/_{8}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94$^{5}/_{8}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105$^{1}/_{8}$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97$^{1}/_{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94$^{5}/_{8}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105$^{1}/_{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88$^{3}/_{8}$ P. $^{1}/_{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104$^{7}/_{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	118$^{7}/_{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94$^{5}/_{8}$ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	87$^{1}/_{8}$ P.
do. in öst. W. l. S.	87$^{1}/_{8}$ P
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100$^{1}/_{2}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	51 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	57$^{3}/_{4}$—56$^{1}/_{2}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	101 P.
„ do. v. 1864	60$^{3}/_{8}$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	91$^{1}/_{4}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	49$^{3}/_{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	—
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 25 do.	37$^{1}/_{4}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	68 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2$^{1}/_{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 23. April. Von Berlin aus ward heute die Parole zu einer gränzenlosen, von Minute zu Minute sich steigernden Panik gegeben, die alles bisher in diesem Genre Dagewesene überbot. Ein Schlachten wars und keine Schlacht zu nennen! Stände Hannibal ante portas, die Kopflosigkeit könnte nicht größer gewesen sein. Man sprach von preußischer Mobilmachung, die angeblich an der Berliner Börse bekannt sei. Bei der oft und glänzend bewährten Leichtgläubigkeit der Börse, die sich erst am Samstag wieder durch eine verfehnliche Berliner „Haferdepesche“ dupiren ließ, beweist die Existenz eines solchen Gerüchts zwar nicht das Geringste, aber es genügte, um der Börse den letzten Rest von Contenance zu rauben. Außer den Spekulationspapieren und Amerikanern war heute reell fast nichts anzubringen und gab es besonders für süddeutsche Werthe nur Briefcourse. Zahlen reden. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

k. Hof- und ...
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 114.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 25. April 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 21. April. Se. Majestät der König hat in Barcelona ein kgl. bayer. Consulat errichtet und diese Stelle dem Großhändler Francisco Solernon Fernandez daselbst übertragen; dem k. Advokaten J. Simmerl dahier das Ritterkreuz erster Klasse des Verdienstordens vom h. Michael verliehen; den Registrator extra statum am Appellationsgerichte der Oberpfalz, J. Merz, wegen Krankheit für immer in den Ruhestand treten lassen; die Stelle eines Controleurs der k. Grundrentencassa dem Rechnungscommissär der k. Staatsschuldentilgungs-Commission, M. Fodermayer, seinem Ansuchen entsprechend, verliehen und den Buchhalter der k. Staatsschuldentilgungs-Hauptkassa, J. Kolb zum Rechnungscommissär der k. Staatsschuldentilgungs-Commission ernannt.

Vom k. Staatsministerium der Justiz wurde als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Hilpoltstein der geprüfte Rechtspraktikant Alois Raab, z. Z. Advokatenconcipient in Regensburg, aufgestellt.

Erledigt: Die kathol. Pfarrei Isen, Bezirksamts Wasserburg, mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 976 fl. $47\,^{3}/_{8}$ kr., die kath. Pfarrei Schildberg, Bezirksamts Aichach, mit einem solchen von 665 fl. $17\,^{3}/_{4}$ kr.; die kathol. Pfarrei Tegernheim, Bezirksamts Stadtamhof, mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 657 fl. 34 kr. und die kathol. Pfarrei Saal, Bezirksamts Kelheim, mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 1734 fl. 27 kr.

Erledigt: Durch die Versetzung des kgl. Forstwarts N. Ulmer nach Jakobsruhe die Forstwartei Maierhof im Forstamte Wunsiedel; durch den Tod des k. Revierförsters M. Stölzl das Revier St. Zeno, Forstamts Reichenhall.

Die „Bayer. Zeitung" meldet: **München,** 22. April. „Der k. Ministerialrath Graf Taufkirchen hat sich in allerhöchstem Auftrage am 12. d. M. nach Berlin und nach eintägigem Aufenthalte von da direkt nach Wien begeben, von wo er heute mit dem Frühzuge hieher zurückgekehrt ist. Die Sendung war durch die gegenwärtigen drohenden politischen Constellationen veranlaßt und entzieht sich eben dadurch der öffentlichen Besprechung. Nur soviel kann zur Widerlegung der zahlreichen Gerüchte, zu welchen diese Reise Anlaß gab, mit Bestimmtheit versichert werden, daß der Eintritt Bayerns in den norddeutschen Bund, bezüglich dessen die Regierung ihren Standpunkt schon wiederholt und bestimmt kundgegeben hat, Gegenstand der Besprechungen des Grafen Taufkirchen mit Grafen Bismarck und Frhrn. v. Beust nicht gewesen ist, geschweige denn, daß darüber ein Vertrag geschlossen worden wäre, und daß zur Zeit auch Unterhandlungen über irgend eine andere Art nationalen Anschlusses an das übrige Deutschland noch nicht eröffnet sind.

Karlsruhe, 21. April. Eine neue Regulirung der Postverhältnisse zwischen den Staaten des deutschen Postvereins und der Schweiz an Stelle des veralteten Vertrags von 1852 war seit mehreren Jahren stets beabsichtigt, mehrmals angebahnt, jedesmal aber durch eingetretene Störungen verhindert worden. Neuerdings ist die Aufnahme von Verhandlungen Seitens der badischen Verwaltung wieder angeregt und ist das schweizerische Postdepartement in Kenntniß gesetzt worden, daß sämmtliche betheiligte deutsche Verwaltungen die Beschickung einer Konferenz zur Revision der dermalen bestehenden Postverträge mit der Schweiz zugesagt haben. Es sind dies die Verwaltungen von Oesterreich, Preußen (mit Taxis), Bayern, Würtemberg und Baden. (Karlsr. Z.)

Aus Baden, 20. April. Die normalmäßige Friedensbesatzung der Festung Rastatt bestand früher zur Zeit des deutschen Bundes aus 6000 Mann, nämlich aus 3000 österreichischen, 2000 preußischen und 1000 badischen Truppen. In Folge der großen umgestaltenden Ereignisse des vorigen Jahres ist vorläufig, mit der Kriegsherrlichkeit, auch die Verpflichtung für die Erhaltung der Festung zu sorgen, an Baden allein überlassen worden. Um dieser Aufgabe zu genügen, zugleich aber auch, um einer „neuen Regelung der Besatzungsverhältnisse" in keiner Weise vorzugreifen, hat sich die badische Regierung bis jetzt darauf beschränkt, die Rastatter Garnison auf etwas mehr als 2000 M. zu erhöhen — eine Zahl, die kaum für den nöthigsten Wachtdienst der weitläufigen Festungswerke zureichend ist. Die Regierung hat sich nun schon im Interesse der nöthigen technischen Ausbildung der Truppen entschlossen, die Garnisonen anderer Städte zu mindern, und die von Rastatt wenigstens annähernd auf den angenommenen Friedensstand zu bringen. Die Ausführung dieser Maßregel wird schon in nächster Zeit erfolgen; sie trägt übrigens ebenfalls nur den Charakter eines Provisoriums, das so lange bestehen soll, bis die Regelung der neuen Besatzungsverhältnisse, die mit Verhandlungen allgemeinerer Natur zusammenhängt, ihren definitiven Abschluß — wie wir nicht zweifeln dürfen: im gemeinsamen nationalen Interesse Deutschlands — erlangt haben wird. Wir haben guten Grund, zu erwarten, daß dieses Abkommen nicht zu lange auf sich wird warten lassen, da es für „einen Staat von dem Umfang, wie Baden, eine zu schwere Aufgabe," und darum unbillig wäre, die Erhaltung einer als noth-

Ostindien.

Ein vom britischen Parlament ausgegebenes, 72 Folioseiten starkes Blaubuch, das erste der Art, enthält umfassende statistische Angaben über Britisch-Indien. Hiernach hat dasselbe einen Flächenraum von 955,238 englischen Quadratmeilen und eine auf 144,674,515 Seelen geschätzte Bevölkerung (sagen wir in runder Zahl $144\frac{1}{2}$ Mill.; denn bis auf 15 herab kann man da offenbar nicht schätzen). Die einheimischen (native) Staaten fassen ein Areal von 596,970 englischen Quadratmeilen, mit einer Bevölkerung von 47,909,000 Seelen. Französischer Besitz 188 Quadratmeilen mit 203,887 Einwohnern; portugiesischer 1066 Quadratmeilen mit 313,262 Einw. Summa: 1,553,282 Quadratmeilen und eine Bevölkerung von 193,100,000 Seelen. Die Einwohnerzahl von Calcutta betrug nach dem Census vom Januar 1866 377,924; der Stadt Bombay im Februar 1864 816,562; Madras im J. 1863 427,771. Erstaunlich ist der Handelsfortschritt Britisch-Indiens in den letzten Jahren. Im Finanzjahr 1840/41 betrug der Geldwerth der Waareneinfuhr zur See 8,415,940 Pf. St.; im J. 1864/65 war er auf 28,150,923 Pf. St. gestiegen, benebst 21,363,352 Pf. St. in Baarem. Im J. 1848/49 wurde für 2,222,089 Pf. St. Baumwollenzeug in Britisch-Indien eingeführt; 1864/65 für 11,035,885 Pf. St. Die Waarenausfuhr aus Britisch-Indien vermehrte sich, von 13,455,584 Pf. St. Werth im J. 1840/41, auf 32,970,605 Pf. St. im J. 1860/61; und auf 68,027,016 im J. 1864/65. Diese Zunahme hauptsächlich in Folge des amerikanischen Bürgerkriegs, wodurch die Ausfuhr von Rohbaumwolle, die im J. 1859/60 5,637,624 Pf. St. werth war, auf 37,573,637 Pf. St. gestiegen. Die andern vornehmsten Exportwaaren im J. 1864/65 waren: Opium im Werth von 9,911,804 Pf. Sterl., Reis 5,573,537, Sämereien 1,912,433, Indigo 1,860,141, Dschut (Jute) 1,307,844 Pf. St. Das Vereinigte Königreich nahm von diesen Exporten im Jahr 1864/65 für 46,873,208 Pf. St. Für 10,874,652 Pfd. Sterl. ging nach China und Japan, für 2,902,596 Pf. Sterl. nach Frankreich. In demselben Jahr liefen ein und clarirten in indobritischen Häfen 10,911 britische Schiffe von 5,417,521 Tonnen Gehalt, 1756 sonstige fremde Fahrzeuge von 920,532 Tonnen, und 40,227 einheimische Fahrzeuge von 1,582,864 Tonnen. Im Jahr 1864/65 waren in Indien 2747 englische Meilen Eisenbahnen eröffnet, und wurden 12,826,518 Passagiere befördert. Es bestanden 1421 Postbureaux, und 55,986,646 Briefe und Pakete wurden befördert. 17,117 Schulen wurden von der Regierung unterhalten oder unterstützt, mit 435,898 Zöglingen; Kosten 391,277 Pf. St. In demselben Jahr wurden 4,473,263 Pf. St. auf öffentliche Bauten verwendet, und waren 11,736 englische Meilen Telegraphendrath in Thätigkeit. Das Brutto-Einkommen Britisch-Indiens, welches 1839/40 20,124,038 Pf. St. betrug, war 1864/65 auf 45,652,879 Pf. St. gestiegen; aber die Ausgaben des letztgenannten Jahrs auf 46,450,990 Pf. St. Die öffentliche Schuld ist, von 34,484,997 im Jahr 1839/40, auf 98,477,555 Pf. St. im Jahr 1864/65 gewachsen. In derselben Zeit veränderte sich die Stärke der in Britisch-Indien verwendeten Truppen von 35,604 Mann Europäer und 199,839 Eingebornen (Sipahis) auf 71,880 Europäer und 118,315 Sipahis. (Times.)

wendiges Glied des deutschen Vertheidigungssystems anerkannten Festung ausschließlich seinen Kräften zu überweisen. (A. Z.)

Darmstadt, 19. April. Ueber die zukünftige Organisation der hessischen Division theilt die „Main-Ztg." Folgendes mit: Unsere Infanterie war bisher in zwei Brigaden eingetheilt; jede Brigade umfaßte zwei Regimenter, jedes Regiment zwei Bataillone zu 800 Mann. Diese beiden Brigaden werden nun in eine Einzige vereinigt und kommt damit der zweite Infanteriebrigadestab in Wegfall. Die Brigade wird künftig aus drei Regimentern bestehen und jedes Regiment in drei Bataillone zu je 1000 Mann zerfallen. Ferner wird der Brigade ein Füsilier-Bataillon beigegeben werden. Eine Pionier-Compagnie dagegen wird nicht mehr errichtet. Das Gleiche gilt auch von dem Jäger-Bataillon, da das elfte Armee-Corps, zu dem Hessen gehört, in Marburg bereits sein Jäger-Bataillon hat. In Preußen aber befindet sich bei jedem Armeekorps nur Ein solches Bataillon, welches durchgängig aus Forstleuten recrutirt wird. Bei der Artillerie tritt insofern eine Veränderung ein, als anstatt der bis jetzt bestandenen Festungsbatterie zwei neue Batterien formirt werden, so daß wir also im Ganzen sechs Batterien, jede zu sechs Geschützen, bekommen. Die Cavallerie wird auf zehn Schwadronen gebracht. Eine Sanitäts-Kompagnie existirt in Hessen nicht. Da in Folge der Convention der König von Preußen den Oberbefehl übernimmt, so wird auch der aus einem Oberst, zwei Stabsoffizieren, vier Hauptmännern und drei Subalternoffizieren zusammengesetzte Generalstab aufgelöst. Das Avancement hat vom Oberst an der König von Preußen zu bestimmen und geht bezüglich dieser Chargen durch die ganze norddeutsche Bundesarmee. Für die durch die neue Formation bedeutend erhöhte Stärke unseres Kontingents reichen unsere Kasernen nicht mehr aus; es sind daher neue Garnisonsorte dringendes Bedürfniß; wie wir hören, sind Gießen und Lich hiefür bereits in Aussicht genommen; vielleicht dürfte sich auch Reichelsheim in der Wetterau hiezu eignen. Die Errichtung von Kriegsschulen wird sich ebenfalls als nothwendig erweisen, da außerdem unsere Offiziere zu ihrer Ausbildung die Berliner Militär-Akademie besuchen müßten."

Frankfurt, 22. April. Das herzogliche Paar von Nassau hatte ursprünglich beabsichtigt, von Rumpenheim wieder nach Biebrich überzusiedeln. Indessen ist dieser Plan aus mehreren Gründen, worunter man auch den später zu erwartenden Aufenthalt des Königs von Preußen in Wiesbaden nennt, nun völlig aufgegeben, und wird der Herzog mit seiner jetzt völlig genesenen Gemahlin (deren Leiden ein Unterleibstyphus gewesen) schon demnächst an den Genfersee ziehen, wo dessen Cavalier, Graf Kastell, in der Nähe von Montreux eine Villa für die Herrschaften gemiethet hat. — Die preußische Regierung hat sich als Rechtsnachfolgerin Kurhessens bereit erklärt, die Befriedigung der Forderung des Bankhauses M. A. v. Rothschild und S. für die an den ehemaligen Bundeszivilkommissär für Kurhessen, den Geh. Legationsrath v. Baumbach, nach Bundesbeschluß vom 2. Juli 1866 verabfolgten 187,134 Thlr. nebst Zinsen vom 30. Okt. v. Js. ab zu übernehmen. Mit Zustimmung der Liquidations-Kommission wird der noch näher festzustellende Gesammtbetrag der verzinslichen Anlage bei Rothschild entnommen und dagegen die gleiche Summe, nebst 2 pCt. Zinsen vom Tage der Abschreibung bis zum Zeitpunkte der Schlußabrechnung, als Schuld der preußischen Regierung vorgemerkt. (Fr. Kur.)

Berlin, 21. April. Nur wenige Worte zur Orientirung über die sich mit jedem Tage verschärfende Situation. Wie im vorigen Jahre um dieselbe Zeit steigen zuweilen Friedensaussichten auf, die nach einer Existenz von wenigen Stunden stets wieder vor der wirklichen Lage zurücktreten. Gestern hieß es in unterrichteten Kreisen, man dürfe zwar keine nahe definitive Lösung, wohl aber eine vorläufige Vertagung der Krisis erwarten. In den Bureaus der französischen Kammer habe man, als es sich von den letzten Interpellationen handelte, auf die Abberufung des Hrn. Benedetti gedrungen, der augenscheinlich zu weit in der Frage vorgegangen sei. Auch Herr v. Moustier dürfte zurücktreten und mit diesem Desaveu der Persönlichkeiten die Vertagung eingeleitet werden, welche doch immer einer friedlichen Wendung einige Aussichten eröffnen könnte. Ein Pariser Zeitungstelegramm ging bekanntlich weiter und wollte ein von den neutralen Mächten gefundenes Lösungsmittel anzeigen, das annehmbar wäre und von Frankreich schon im Prinzip angenommen sein sollte. Die „Wiener Zeitung" hat diese Meldung sehr bald auf ihr richtiges Maß zurückgeführt. Aber auch mit der Vertagung steht es, nähern Erkundigungen zufolge, bedenklich. Die gestern und heute konstatirten Symptome lassen eher auf eine nahe sehr ernste Wendung schließen. Frankreich entsagt scheinbar den Kompensationsforderungen und verlangt nur, daß die Preußen Luxemburg räumen. Man hat hier aber glaubwürdiger Versicherung zufolge bestimmte Anzeichen, daß Frankreich den Krieg will und nach der Räumung Luxemburgs auch die Räumung von Landau, Saarlouis, Mainz fordern würde. Frankreich rüstet in umfassender Weise. Die Bestellungen von Schuhen, leichten Tornistern und ähnliche auf Feldrequisiten deutende Vorkehrungen sollen einen kolossalen Maßstab erreichen. Bis jetzt hat Preußen, so viel man weiß, keine entsprechenden Verfügungen getroffen. Man glaubt aber, daß diese nicht mehr lange auf sich warten lassen dürften. (Schw. M.)

Berlin, 21. April. Im letzten Kriege war der Generalmajor v. Knobelsdorff aus irgend einem Umstande mit seiner Brigade in Troppau geblieben, statt zum Gros der Armee zu stoßen. Verläßlichen Privatnachrichten aus Berlin entnimmt nun die „Silesia", daß der General wegen Nichtbefolgung der ihm ertheilten Vorschriften zum Verluste seiner Charge und seines Adels, sowie zu einer Festungsstrafe verurtheilt worden ist. Sein Begnadigungsgesuch soll vom Könige zurückgewiesen worden sein.

Dresden, 20. April. Wie wir hören, ist den Rekruten, deren Einübung erst in einigen Monaten vor sich gehen sollte, der Befehl zum sofortigen Einrücken zugegangen. Die zahlreichen Freiwilligen der hier garnisonirenden Regimenter sind schon in voller Einübung begriffen. — In einer gestern Abend hier abgehaltenen, von den beiden Arbeitervereinen angeregten Volksversammlung wurde von den 6—800 Anwesenden dem Reichstagsabgeordneten Dr. Wigard Dank und Anerkennung für sein Verhalten auf dem Reichstage zu Theil. — Für den auf den 29. d. einberufenen Landtag sind nur die Verhandlungen über die norddeutsche Bundesverfassung in Aussicht genommen. Die Veränderungen, welche unsere Verfassung selbst dadurch erleiden wird, sollen erst im Herbst zur Berathung gelangen. Die Annahme des Bundeswahlgesetzes auch für unser Land scheint in Regierungskreisen schon für ausgemacht angesehen zu werden. — Bekanntlich hatte der Chemnitzer Börsenvorstand sich an die preußische Regierung mit dem Gesuche um Erhebung Altona's zum Hafen des Zollvereins an der Nordsee gewandt. Die Vorsteher der Gesellschaft der Commerzirenden zu Altona, die Herren Siveking und Nopitsch, ließen im Auftrage der Mehrheit dieser Gesellschaft (denn eine achtungswerthe Minderheit hielt sich von dieser Demonstration fern) den gedachten Börsenvorstand wissen, daß er sich sozusagen um ungelegte Eier bekümmert habe, indem sie zugleich mit Lebhaftigkeit für die Beibehaltung des Altonaer Freihafens eintraten. Diesem ungehörigen Benehmen gegenüber hat sich der Vorstand des Altonaer Vereins für den freien Verkehr mit Deutschland veranlaßt gesehen, sein Bedauern darüber auszusprechen und dem Chemnitzer Börsenverein wissen zu lassen, daß er im Gegentheil sich vollständig den von ihm geäußerten Ansichten in dem an die preußische Regierung gerichteten Gesuche anschließe und gleich der Mehrzahl der Altonaer Einwohnerschaft dessen Berechtigung im allgemeinen deutschen Interesse anerkenne. — Ein vor einigen Tagen hier angelangtes Magdeburger Dampfschiff hatte uns den ersten Anblick der schwarz-weiß-rothen norddeutschen Flagge verschafft. (Fr. J.)

Hamburg, 20. April. Der Generaldirektor des preußischen Telegraphenwesens, Oberstlieutenant v. Chauvin, hat gestern die Anordnung getroffen, daß sämmtliche Depeschen politischen Inhalts, wenn dieselben nach einem Orte außerhalb des norddeutschen Bundesgebiets bestimmt sind, an die Central-Telegraphenstation in Berlin eingesandt werden müssen, um dort geprüft zu werden. Die Expedition politischer Depeschen ist dadurch sehr erschwert, und es sind bereits Depeschen konfiscirt worden, welche unter ausdrücklicher Quellenangabe lediglich Zeitungsnachrichten über französische Rüstungen reproduzirten. — Aus den altpreußischen Provinzen sind im Laufe der letzten 14 Tage sehr beträchtliche Quantitäten Kriegsgeräth jeglicher Art per Eisenbahn nach Schleswig-Holstein hier durchpassirt.

Wien, 20. April. Die vorsichtige Besprechung, welche die heutige „Abendpost" der allzu zuversichtlich redenden Berliner Friedens-Depesche widmet, ist sehr bezeichnend. Es wird darin zugegeben, daß die Vermittlungsversuche noch nicht geglückt sind, aber auch angedeutet, daß die österreichische Regierung berechtigt ist, einen Erfolg ihrer Bemühungen zu hoffen. Zur Erläuterung kann ich hinzufügen, daß Oesterreich und England nunmehr über ein Ausgleichungsprojekt vollkommen einig geworden sind, daß Rußland dasselbe zu unterstützen bereit ist, daß ferner die interessirten Mächte, in vertraulicher Weise unterrichtet, sich günstig ausgesprochen haben, daß aber inzwischen ein neues Hinderniß sich dadurch aufgeworfen hat, daß Preußen es für nothwendig erachtete, in Paris Anfragen über den Zweck der Rüstungen zu stellen. (N. C.)

Fiume, 15. April. In dem Hafen von Pola geht es sehr rührig her. Auf der Schiffswerfte wird gearbeitet, als gälte es, eine Armada auszurüsten. Auch an der Befestigung des Hafens wird unermüdlich fortgearbeitet und soll besonders das Fort Maximilian erhöht werden. (Dr. J.)

Bern, 20. April. Der Bundesrath hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Gesandtschaftsfrage in Berlin befaßt, jedoch ist

eine Wahl noch nicht erfolgt oder vermuthlich noch nicht voreilig zu publiziren beschlossen. Mit der Gesandtschaft in Washington hat sich der Bundesrath jedoch noch nicht befaßt. — Der schweizerische Generalkonsul in Petersburg übermittelt seinen Jahresbericht über den russischen Handel. Von der Auswanderung nach Rußland mahnt derselbe in diesem Augenblicke ab, indem er die Schwierigkeiten auseinandersetzt, welche gerade jetzt das befriedigende Fortkommen von Lehrerinnen und Gouvernanten findet. Gute Gesundheit, Kenntniß der russischen Sprache und tüchtige Leistungen in seinem Fache sind unerläßliche Vorbedingungen, weil die Anforderungen immer größer und die Gehalte immer geringer werden. — Die große Maschinenfabrik der Herren Escher und Wyß betheiligt sich an der Gewehrumänderung, sowie auch andere Maschinenwerkstätten an der großen nationalen Arbeit mitwirken werden. In Folge energischer Maßregeln des eidgenössischen Militärdepartements wird die Eidgenossenschaft in sechs Monaten ca. 60,000 bis 70,000 Hinterladungsgewehre besitzen. — Ueber die Bohrarbeiten am Mont Cenis vernimmt man, daß die Quarzschichte am 8. März durchbrochen wurde. Die Geologen hatten die Mächtigkeit derselben zu 384 Meter geschätzt, in Wirklichkeit war sie um eine Kleinigkeit geringer, nämlich nur 381 Meter. Seither rückt die Arbeit in der Oeffnung bei Modane nahezu ebenso rasch vor, als bei Bardormeche. Bis zum Juli wird der Angriff durchbrochen sein. — In einem Garten beim Landungsplatz in Rüschlikon im Canton Zürich sind alemannische Gräber entdeckt worden. (Fr. J.)

Aus den Niederlanden, 20. April. In den Sektionen der ersten Kammer wurden dieser Tage die von der zweiten bereits genehmigten Vorlagen in Betreff der Vorkehrungen für die Landesvertheidigung in Vorberathung gezogen. Es gab sich dabei allseitig die vollste Bereitwilligkeit kund, alle nöthigen Mittel gerne zu gewähren, wenn die Regierung innerhalb der Grenzen absoluter Selbstvertheidigung zu bleiben fortfahre. Die Regierung erwiderte hierauf: Ihr Ziel sei die Herstellung dauernder Mittel und die Ergreifung von Vorkehrungen zur Vertheidigung des Vaterlandes gegen einen unverhofften feindlichen Angriff. Der Entwurf für Bewilligung von Krediten für die Vertheidigungswerke in der Stellung Amsterdam liege schon bereit. Noch in diesem Jahre, sogar sehr bald würde man die projektirten Maßnahmen in Angriff nehmen.

Die „Köln. Ztg." enthält folgende interessante und beachtenswerthe Correspondenz aus **Paris**, 22. April: Die von mir signalisirten Vorschläge Oesterreichs, Luxemburg an Belgien zu geben, welches seinerseits dafür an Frankreich abtrete die Territorien der Festungen Philippeville und Marienbourg zwischen Namur und Mezieres, so wie die Grafschaft Bouillon zwischen Sedan, Arlon und Montmedy, wird der „Etendard" heute Abend bestätigen. Die von Preußen gegebene vorläufige Antwort, welche einen festen Entscheid erst nach Kenntnißnahme der Ansichten sämmtlicher Unterzeichner der Verträge von 1839 verspricht, wird das offiziöse Blatt gleicherweise erwähnen. Wie man hier wissen will, sei in Berlin diese ausweichende Antwort nur mit Bezug auf Frankreich ertheilt worden; wenigstens behauptete man heute Morgen im Staats-Ministerium, daß sich die Vertreter Rußlands und Englands am preußischen Hofe bereits bewogen gefühlt hätten, daselbst den Beust'schen Vorschlag zu unterstützen. Ueber die nunmehr hier gleichfalls angelangte russische Proposition verlautet nur, daß sie in dem Frankreich günstigen Theile gleichfalls die Räumung der Festung durch Preußen anrathe, während sie von vorn herein, wie der österreichische Vorschlag, von der Annexion des Großherzogthums an Frankreich absehe. Die berliner offiziöse „Correspondance de Berlin," mit Drucktypen in der Art des früher Latour-Dumoulin'schen Bulletin de Paris hergestellt und unentgeltlich an die Redaktionen der französischen Blätter versandt, hat hier durch ihre Krieg athmenden Artikel sehr viel böses Blut gemacht. Dieses Blatt, im Uebrigen eine Nachahmung der französischen Ausgabe der ehemaligen österreichischen General-Correspondenz, hat ganz allein die heutige Baisse zu verantworten, und so lange kein Dementi aus Berlin diesem Organ den halbamtlichen Charakter raubt, den man ihm hier zuschreibt, wird man Graf Bismarck für die aufreizende Sprache allein verantwortlich machen, in der sich dasselbe gefällt. Die viel bemerkte Berliner Privatdepesche des „Memorial Diplomatique", welche die Panik vom letzten Freitag verschuldete, hat dem Blatte der österreichischen Botschaft eine harte Rüge von Seiten des auswärtigen Amtes zugezogen. Um einem Prozesse wegen Verbreitung falscher Nachrichten zu entgehen, mußte der phantasie- und ententereiche neue Chef-Redakteur, Herr Pierre Baragnon, sich zum Rücktritte bequemen. Sein Nachfolger ist der bisherige Mit-Redakteur Valfrey, der die Verbindung des Blattes mit dem Quai d'Orsay zu unterhalten pflegte. Außerdem aber wurde das „Memorial" gezwungen, an der Spitze seiner nächsten Nummer zu erklären, daß es die quäst. Angst-Depesche überhaupt nicht auf telegraphischem Wege erhalten, daß es dieselbe nach Briefen zusammengestellt und also, mit Einem Worte: fabricirt habe. Im Uebrigen gibt man sich noch immer offiziell den Anschein, auf Frieden zu hoffen, meint selbst, daß die Chancen des Ausgleichs heute gestiegen seien, setzt aber delphisch hinzu: „man dürfe die Haut des Bären nicht verkaufen, ehe man dieselbe in Händen habe!" Dabei fährt man mit militärischen Vorbereitungen aller Art aufs eifrigste fort. Die nachfolgenden Angaben kann ich in jeder Beziehung verbürgen: der Kriegsminister erließ so eben an alle Divisionsgenerale ein Rundschreiben, durch das er sie davon in Kenntniß setzt, daß, da die Reserve bereits nach den Depots unterwegs sei, für deren militärische Ausbildung Sorge getragen werden müsse. Dadurch werde es nothwendig, die vollständigen Cadres in den Corps beisammen zu haben, weshalb sofort allen Offizieren, Unteroffizieren, Corporalen oder Brigadiers, die sich noch auf Semester-Urlaub befinden, die Weisung zugehen solle, sich unfehlbar bis zum 30. April bei ihrem resp. Truppentheile einzufinden. Gleichzeitig werden Pferdeankäufe in größtem Maßstabe effectuirt, die man sich Mühe gibt, dadurch zu erklären, daß man für das aus Mexiko zurückkehrende Expeditionskorps viele Pferde benöthige, weil man dieselben, wie einst nach Schluß des Krim-Feldzuges, an Ort und Stelle verkauft habe, um sich den Rücktransport zu ersparen. Bei der geringen Anzahl der Reiterei jedoch, die französischerseits in Mexiko engagirt gewesen, steht die Größe der befohlenen Ankäufe mit der Zahl der verkauften Pferde in keinem auch nur annähernd richtigen Verhältniß. — Herzog Gramont ist gestern Abend nach Wien zurückgereist. Heute Morgen verließ auch Herr v. Banneville Paris, um nach Bern zurückzukehren. Der Gesandte in Bern hatte aus klimatischen Rücksichten diese Stadt schon mit Einbruch des Winters verlassen.

Paris, 22. April. Der Marschall Mac Mahon, den man bekanntlich als den zukünftigen Befehlshaber der Rhein-Armee bezeichnet, ist am letzten Samstag mit Familie in Paris eingetroffen. Die Befehlshaber der verschiedenen Corps, welche diese Armee bilden sollen, sind bereits designirt. Mit den Pferdeankäufen hat man auch begonnen. Der Kriegsbedarf, der fortwährend nach dem Osten abgeht, ist ungeheuer.

Man schreibt dem „J. d. Deb." aus **Florenz**, 17. April: „General Garibaldi ist hier. Er begab sich nach dem Parlament, allein absichtlich vielleicht kam er erst nach dem Schlusse der Sitzung an. Die Kammer hatte sich eben bis zum 24. April vertagt. Wie es scheint, hat er die Absicht, die Frage von der Hauptstadt Rom vor die Kammer zu bringen; allein dies ist nur eine Conjektur. Er wohnt bei Herrn Crispi, woraus sich auch erklärt, warum dieser das ihm angebotene Portefeuille nicht annehmen wollte. Allem Anscheine nach gehen wir einer vielleicht entscheidenden Krisis in der römischen Frage entgegen, und durch ein eigenthümliches Verhängniß ist gerade Herr Rattazzi wieder am Ruder. Garibaldi kam in ziemlich geheimnißvoller Weise an. Seine Ankunft war nicht angezeigt worden; offenbar wollte man alles Aufsehen vermeiden. Demungeachtet sieht man es als unmöglich an, daß seine Reise keinen politischen Zweck haben soll."

Kopenhagen, 17. April. Der König ist nach fünfwöchentlicher Abwesenheit von England heute Vormittag hier eingetroffen. Auf der Rückreise hatte er sich in Brüssel und in Ballenstedt einige Tage aufgehalten. Unmittelbar nach seiner Ankunft wurde die Regentschaft aufgelöst. — Der auch im Auslande in der theologischen Welt in weiten Kreisen bekannte Bischof Grundtvig, der hier an der sogenannten „Vartloug"-Kirche als Prediger fungirt, hat seinen Abschied nachgesucht. Er ist der Stifter einer neuen, streng orthodoxen kirchlichen Sekte, der sogenannten Grundtvigianer, welche auf die Emanzipation der Kirche vom Staate hinarbeiten und sich in ihrem religiösen Dogma der katholischen Glaubenslehre nähern, aber auch dem crassen „Danisthum" in der intolerantesten Weise das Wort reden. (K. Z.)

Türkei. Der englische Gesandtschafts-Sekretär Barron in Konstantinopel hat im Auftrage Lord Stanley's über die türkischen Finanzen ein ausführliches Gutachten abgegeben, aus dem hervorgeht, daß die türkische Staatsschuld zur Zeit 69,142,270 Pfd. St. beträgt. Davon fallen auf die im Auslande gemachten Anleihen von 1854—1865 (nominell 37,037,220) nach Abzug der inzwischen geschehenen Amortisationen (im Betrage von 2,440,400 Pfd. St.) noch immer 34,596,820 Pfd. St. Dazu kommt die allgemeine innere Schuld mit 36,363,630 Pfd. St., wovon indessen 1,818,180 Pfd. St. nicht emittirt worden sind. Wieviel von diesem Nominalgelde wirklich baar in die Staatskasse gelangt ist, wer kanns wissen? Gewiß ist aber, daß letztere zur Zeit 3,670,238 Pfd. St. an Zinsen und 1,137,104 Pfd. St. zur Amortisation zu zahlen hat. Die schwebende Schuld soll, dem letzten offiziellen Ausweise zufolge, 629,075 Pfd. St. betragen. Als höchsten Betrag der Jahreseinnahme berechnet Barron 14 Millionen, wovon nach Abzug der Staatsschuldenkosten also nur 8,564,000 Pfd. St. disponibel bleiben. In die Centralkasse werden davon nur ca. 3,171,000 abgeführt; das Uebrige

bleibt in den Provinzen, wo die Steuern erhoben werden, zur Bestreitung der Verwaltungskosten zurück. Die Finanzlage ist mithin durch und durch faul. Bei einem Kriege oder bei fortgesetzter Kriegsbereitschaft ist eine Katastrophe unausbleiblich, bei der — so schließt Barron's Bericht — Millionen englischen Capitals zu Grunde gehen müssen.

New-York, 9. April. Die in Kraft tretende Rekonstruktionsakte nimmt die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch. Die Präliminarien zur Einberufung der konstituirenden Staatsversammlungen werden eifrig und von den einzelnen Distrikts-Kommandeuren mit mehr oder weniger Schärfe betrieben. Während sich die Mehrzahl der Generale darauf beschränkt, zu sorgen, daß keine der Regierung oder vielmehr den Radikalen feindlichen Elemente zu Staatsbeamten ernannt und bei der Wahl verwendet werden, hat General Sheridan vielfach die bisherigen Beamten abgesetzt, womit die Regierung keineswegs einverstanden sein soll. General Sweeny löste in Augusta (Georgia) die Negermiliz auf. Die Demokraten scheinen wieder Boden zu gewinnen und halten mehrfache Versammlungen, an denen sich auch stellenweise die Neger in beträchtlicher Anzahl betheiligen. — Das kanadische Parlament vertagte seine Sitzungen bis zum 16. Mai.

Neueres.

Berlin, 23. April. Die Nachricht von der Räumung Luxemburgs bestätigt sich nicht. Die heutige Petersburger offiziöse „Nordpost" äußert sich friedlich, während die offiziösen Journale sehr kriegerisch lauten. Die Börsenzeitung ist für eine Allianz Preußens, Italiens und Rußlands.

Bern, 22. April. Landamann Heer aus Glarus, Mitglied des Nationalraths, ist zum außerordentlichen Gesandten der Schweizer Eidgenossenschaft in Berlin und für die drei benachbarten Südstaaten ernannt worden. Er hat die Wahl angenommen. (A. Z.)

Paris, 22. April. Es wird versichert, Marschall Mac Mahon sei hier angekommen. (A. Z.)

Paris, 23. April. Ein Rundschreiben des Kriegsministers gibt den Militärkommandanten Weisung, daß das Interesse der Instruktion der Reservemänner, die auf dem Wege nach ihren Depots sind, die volle Präsenz in den Korps und die Ausfüllung der Cadres zur Vollstärke erfordere. Es ist demnach beschlossen, daß alle Offiziere, Unteroffiziere, Korporale oder Brigadiers, die sich noch im halbjährlichen Urlaub befinden, bis zum 30. April bei ihren Korps eingetroffen sein müssen.

Paris, 23. April. Das „Pays" sagt: Der Friede könne nur durch die Räumung Luxemburgs Seitens der Preußen erhalten werden, welche Holland und dem Kaiser die Sorge überlassen, das Schicksal Luxemburgs nach ihrem Belieben zu regeln. Frankreich müsse Krieg führen, wenn Preußen an den französischen Grenzen eine Festung besetzt halte, welche von ihm mit Hintansetzung des Völkerrechtes, des Königs von Holland und Frankreichs usurpirt wird. Wenn Bismarck, um Recht und Gerechtigkeit mit Füßen zu treten, sich auf preußische Forderungen und Gesinnungen berufen würde, so wäre der Kaiser gezwungen, solchen übertriebenen Einfällen (fantaisies aussi exorbitantes) durch Forderungen Widerstand zu leisten, welche durch die französischen Gesinnungen klar bezeichnet sind. Die öffentliche Meinung in Europa ist für uns, und endlich die Macht ist ebenfalls auf unserer Seite, da es von Marseille bis Dünnkirchen und von Bayonne bis Straßburg nur Ein Volk gibt, während das neue Preußen noch schlecht gekittet und zwischen unsere alte Armee und unsere Panzerflotte gefaßt, dem Drucke Frankreichs nicht widerstehen würde. Eine Niederlage am Rhein würde die Resultate von Sadowa in Frage stellen, und unsere Flotte würde den deutschen Handel auf zehn Jahre hinaus vernichten. Eine letzte Erwägung gestattet Frankreich, nicht zurückzuweichen: Das Mißlingen der edlen Expedition nach Mexiko und die loyale Neutralität im Jahre 1866 haben in der öffentlichen Meinung den Nimbus unserer Fahne berührt. Man muß derselben ihren legitimen und nothwendigen Glanz ganz zurückgeben. Der „Abend-Moniteur" meldet: Prinz Napoleon ist nach Prangins, seiner Besitzung in der Schweiz, abgereist, woselbst er wenige Tage verbleiben wird. Briefe aus Toulon und Brest melden, daß die unterbrochen gewesenen Anwerbungen von Freiwilligen für die Flotte wieder aufgenommen wurden.

Paris, 24. April. Der Kriegsminister hob am 11. d. die Dienstbefreiung für die Armee-Reserve auf. Die Regierung nahm 20,000 bei Landleuten eingestellte Pferde zurück. Der „Etendard" sagt: Oesterreich, England und Rußland werden einen neuen gleichzeitigen Vermittlungsschritt in Berlin machen.

London, 22. April. Offiziell. Spanien gibt die „Queen Viktoria" sammt dem Cargo heraus, entschädigt deren Eigner und bestraft die schuldtragenden spanischen Offiziere. (A. Z.)

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$59\frac{3}{4}$ P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$53\frac{1}{2}$—$52\frac{1}{2}$ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$47\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$34\frac{1}{2}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$95\frac{1}{2}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	86—85 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$87\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$90\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$86\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$87\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	—
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
„	6pCt. ditto r. 1882 „	$72\frac{1}{2}$—$71\frac{7}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	120 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	602—595 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$128\frac{1}{2}$—27 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	162 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$88\frac{1}{4}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$101\frac{1}{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$45\frac{1}{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	68 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$106\frac{1}{8}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	$105\frac{3}{4}$—$\frac{1}{2}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 P. $99\frac{3}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{8}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{1}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{8}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{8}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{3}{4}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{4}$ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$86\frac{1}{4}$ P. 86 G.
do. in öst. W. l. S.	$86\frac{1}{4}$ P 86 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	94 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$60\frac{3}{4}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$56\frac{1}{2}$—56 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	99 P.
„ do. v. 1864	58 P. $57\frac{1}{2}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$88\frac{3}{8}$—88 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	$49\frac{3}{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$51\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 25 do.	$37\frac{1}{4}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	68 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs. Loose	—
Mailänder 45 Frs. . . b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 24. April. Die heutige Börse war wieder sehr schwach. Man macht sich mit dem Gedanken der Unvermeidlichkeit des Krieges von Tag zu Tag vertrauter und die einlaufenden widersprechenden und halben Telegramme dienen nicht dazu, diese Meinung zu erschüttern. Die Course weichen konsequent zurück und selbst auf anscheinend bessere Nachrichten macht man kaum mehr Versuche, sie zu stärken. Heute sind wieder wesentliche Rückgänge in allen Effekten, Amerikaner trotz besseren Goldagios nicht ausgenommen, zu verzeichnen. Besonders mitgenommen wurden auch Devisen und österreich. und amerikanische Coupons, die kaum anzubringen waren. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 115. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 26. April 1867.

Zur Lage.

Nachdem man in Preußen aus der Thatsache der französischen Rüstungen die Ueberzeugung gewonnen, daß Frankreich den Krieg will, wird man sich durch keinerlei französische Künste, welche in Bewegung gesetzt werden, um die Welt glauben zu machen, daß Frankreich nachgiebig sei und nur Preußen die Erhaltung des Friedens verhindere, irre machen lassen. Als solche Künste verrathen sich leicht die neuesten Nachrichten von der Annahme fremder Vermittlungsvorschläge durch Frankreich nebst großmüthiger Verzichtleistung auf Ansprüche, zu denen Frankreich nicht eine Spur von Recht hat. Nachdem Frankreich durch das luxemburgische Handelsgeschäft, dessen Betreibung man doch nicht wird leugnen wollen, Europa aus dem Frieden emporgeschreckt hat, möchte es jetzt in aller Geschwindigkeit, noch ehe der von ihm heraufbeschworene Krieg ausbricht, Europa überzeugen, daß Preußen der Friedensstörer sei. Wie man sich im vorigen Jahr zwischen Oesterreich und Preußen darüber stritt, wer zuerst gerüstet und dadurch den Frieden gestört habe, so steht, wie es scheint, nunmehr zwischen Frankreich und Preußen ein Streit darüber in Aussicht, wer durch Unnachgiebigkeit den Krieg verschulde. Frankreich ist es, das auch diesen Streit jetzt einleitet, und es ist nur gut, daß Preußen, noch ehe derselbe in helle Flammen auflodert, seine wahre Meinung über den ganzen Sachverhalt kundgethan hat und noch kundthut. Den in den letzten Tagen in dieser Richtung erfolgten preußischen Aeußerungen schließt sich nachstehende ministerielle Berliner Correspondenz vom 21. in der „Allg. Ztg.“ an: „Den verschiedensten Blättern des In- und Auslandes gehen aus Berlin und Paris Correspondenzen über die Politik des preußischen Cabinets in der Luxemburger Frage zu, welche vielleicht den Anschauungen der Kreise, aus denen diese Berichte stammen, entsprechen mögen, aber den thatsächlichen Verhältnissen widerstreiten. Preußen hält sein Garnisonsrecht in Luxemburg völkerrechtlich für begründet und hat diese Auffassung dem niederländisch-luxemburgischen Cabinet gegenüber stets festgehalten, ohne daß die freundlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten eine Störung erlitten hätten. Von luxemburgischer Seite sind sogar im Okt. v.J. Andeutungen über das Wünschenswerthe einer besondern militärischen Vereinbarung mit Preußen gemacht worden; gewiß ein Zeichen, daß die Anwesenheit der preußischen Truppen in Luxemburg im Haag nicht als eine Bedrohung der Selbständigkeit Hollands aufgefaßt wurde. Da mit einem Mal gelang es fremden Einflüssen, die Niederlande mit der Besorgniß zu erfüllen, daß die Selbständigkeit des Landes von Preußen bedroht sei, obwohl für diese Annahme jeder Anhalt fehlte. Eine Agitation wegen Luxemburgs wäre wenigstens begreiflich gewesen; die Störung der Ruhe Hollands durch Erdichtungen kann nur als das Werk politischer Bosheit beurtheilt werden. Nachdem die Erregung der holländischen Presse und der Bevölkerung in genügender Weise durchgeführt war, wurde die Anwesenheit einiger Tausend Preußen in Luxemburg als eine Gefährdung Frankreichs, als eine Verletzung der französischen Nationalehre behandelt und die Presse zur Aufstachelung der Volksleidenschaften benutzt. Preußen wurde die Schuld aufgebürdet, daß die Pariser Industrie-Ausstellung wegen des angestifteten Kriegslärms nicht die erwarteten Einnahmen herbeiführt und nicht herbeiführen wird. Die Presse forderte die Räumung Luxemburgs, und nur dieser Schritt wurde als ein solcher bezeichnet, welcher die Kriegsgefahr zu beseitigen vermöge. Der französischen Provinzialpresse ist nun die Versicherung allgemein aus Paris mitgetheilt, daß Preußen die Festung räumen und sie ohne Bedingung dem Großherzog zurückerstatten werde, der hierüber nach seinen Interessen und den Wünschen der Bevölkerung verfügen könne. Da nun diese Nachricht jeden Grundes entbehrt, da gar keine Erklärung Preußens, auf sein Recht verzichten zu wollen, weil der mächtige Nachbar es wünscht, erfolgt ist, so muß die eintretende Enttäuschung in Frankreich der Erhöhung der Kriegsleidenschaft dienstbar sein. Aus diesem Grund ist auch wohl jene Fabel in Umlauf gesetzt. Wird das Gegentheil in Frankreich bekannt, dann trägt in den Augen der Uneingeweihten Preußen die Schuld der Verwicklung, weil es sein, ihm angedichtetes, Versprechen gebrochen und Frankreich hingehalten hat. Es ist daher wohl zweckmäßig, auf diese List hinzuweisen und zu versichern, daß Preußen nach keiner Seite erklärt hat, auf sein gutes Recht verzichten zu wollen.“ — Ganz in Uebereinstimmung mit dieser Correspondenz steht der, bereits in telegraphischem Auszug gemeldete, den 23. Abends in der „Nordd. Allg. Z.“ erschienene Artikel: „Preußen habe nur die Ansichten der Vertragsmächte über die Abtretung Luxemburgs zu hören gewünscht, aber nicht ihre Vermittlung nachgesucht. Das preußische Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg konnte dabei nicht in Frage kommen; die Gerüchte, daß Preußen dasselbe aufgeben wolle, seien unbegründet.“ — Von allen diesen und ähnlichen Aeußerungen bleibt der Eindruck zurück, daß, wenn Frankreich wirklich den Krieg um die Rheingränze will, jede Nachgiebigkeit Preußens in der Luxemburger Frage allerdings nutzlos ist, und daß Preußen alsdann es ruhig über sich ergehen lassen kann, als Friedensstörer hingestellt zu werden. — Die Geschichte wird richten.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 23. April. Se. Majestät der König hat angeordnet, daß dem vormaligen Gemeindevorsteher Peter Langheinrich zu Kemlas, Bezirksamts Naila, für sein langjähriges und ersprießliches Wirken im Gemeindedienste die allerhöchste Anerkennung ausgesprochen, und diese im Regierungsblatte veröffentlicht werde; dem quiesc. Bezirksarzt Dr. J. N. Forster in Landshut die nachgesuchte Enthebung von der ihm übertragenen Funktion eines ärztlichen Mitgliedes des

Feuilleton.

Vermischtes.

— München, 24. April. (Zur Industrie-Ausstellung.) Aus Paris erhalten wir folgende Zuschrift: Unterm 6. d. M. lieferte ein Nürnberger Industrieller dem „Fränkischen Kurier“ einen Bericht über die Pariser Weltausstellung, welcher in den Nummern 102, 103, 105, 106 dieser Zeitung mitgetheilt ist. Möge es uns gestattet sein, dieser Schilderung Einiges hinzuzufügen und auf mehrere Vorwürfe, welche der Berichterstatter der bayerischen Ausstellungskommission macht, einzugehen, da der Herr Berichterstatter selbst sagt, daß er sich gern belehren lasse, wenn er irgendwie Unrecht gethan habe. Was zuvörderst die Raumvertheilung betrifft, so wurde hiebei die Betheiligung der einzelnen Länder auf früheren Ausstellungen zur Grundlage genommen. Bayern hatte bei den Ausstellungen zu Paris 1855 und London 1862 bedeutend weniger Raum in Anspruch genommen als Württemberg, und zwar insbesondere wegen schwacher Betheiligung der Industriellen. Der Bayern zugewiesene Raum erschien der Spezialkommission gleich von vornherein zu klein. Sie protestirte deshalb bei der kaiserlichen Kommission und erhielt die Antwort, was denn Bayern wolle? Bayern sei ein vorzugsweise ackerbautreibender Staat; von seiner Industrie habe man auf den früheren Ausstellungen zu Paris und London wenig gesehen. Mit vieler Mühe konnte eine Raumerweiterung von 100 Quadratmeter erlangt werden. Bayern hat somit nur 900 Quadratmeter, während das kleine Württemberg unter Berücksichtigung der früheren Raumzuweisung und seiner verhältnißmäßig entwickelteren Industrie 1300 Quadratmeter besitzt. Bei diesem kleinen Raum nun, bei dem Umstand, daß die Wege so viel als möglich offen gelassen werden mußten, sowie in Folge davon, daß Industrielle, welchen ein Wandraum zugewiesen war, ihre Produkte auf Tischen zur Aufstellung zu bringen wünschten, daß die Maße für die Legkasten von den Meisten bedeutend überschritten waren, mußten die Kisten geöffnet werden, um behufs einer andern Aufstellung eine Uebersicht gewinnen zu können. Von Außen ließ sich natürlich der Inhalt der Kisten nicht errathen. Je nach dem Inhalt und der Art

Digitized by Google

Kreis-Medizinal-Ausschusses von Niederbayern bewilligt, und die hiedurch eröffnete Funktion dem Bezirksarzte 1. Klasse Dr. J. G. Regler in Landshut übertragen; den Bezirksgerichtsarzt und Hofrath Dr. J. Spiller in Landshut auf Grund des zurückgelegten 40. Dienst- und 70. Lebensjahres unter Anerkennung seiner langjährigen, treuen und eifrigen Dienstleistungen in den erbetenen definitiven Ruhestand treten lassen; den Bezirksarzt 2. Klasse Dr. Fr. Hoffmann zu Greding auf die Bezirksarztensstelle 1. Klasse in Hersbruck, seiner Bitte entsprechend, versetzt; zum Bezirksarzt 1. Klasse in Wolfstein den prakt. Arzt Dr. J. N. Egger in Plattling und zum Bezirksarzte 2. Klasse in Rain den prakt. Arzt Dr. M. J. Horn in Isen — beide in provis. Eigenschaft ernannt; endlich den Archiv-Sekretär J. N. Köberle zu Neuburg in gl. Eigenschaft an das Archivs-Conservatorium in Bamberg versetzt, und die hiedurch erledigte Stelle eines Archivsekretärs in Neuburg dem Reichsarchivs-Praktikanten E. v. Edlinger in prov. Eigenschaft verliehen; den Gerichtsschreiber Jakob Fürst von Schrobenhausen, seinem Ansuchen entsprechend, in gl. Eigenschaft an das Stadtg. München r/J. versetzt und zum Gerichtsschreiber am Landgerichte Schrobenhausen den Taglschreiber des Stadtgerichts München r/J., Anton Edenhofer aus Deggendorf in provisorischer Eigenschaft ernannt; unterm 24. April den Direktor der königlichen Regierung von Schwaben und Neuburg, K. d. J., E. Pfeufer, zum Präsidenten der k. Regierung der Pfalz ernannt.

Erledigt: Die Stelle eines Bezirksgerichtsarztes zu Landshut und die Stelle eines Bezirksarztes 2. Klasse zu Greding.

München, 24. April. Der Stadtgemeinde Furth ist durch eine gemeinschaftliche Entschließung der k. Staatsministerien des Innern und des Handels und der öffentlichen Arbeiten die Bewilligung ertheilt worden, wöchentlich am Mittwoch und, wenn auf diesen Tag ein gebotener Feiertag fällt, an dem nächst vorhergehenden Werktage eine Getreideschranne, sowie einen Wochenmarkt abzuhalten.

Aus Süddeutschland, 23. April. Man gewärtigt demnächst das Eintreffen von preußischen Militärbevollmächtigten in München, Stuttgart, Karlsruhe und voraussichtlich auch in Darmstadt. Der Zustand der äußeren Bedrohung läßt kleinliche Rücksichten offenbar nicht länger mehr zu.} (Schw. M.)

Stuttgart, 24. April. Die heutige „Schw. Volksztg.“ theilt mit: „Seit einigen Tagen durchschwirren die bedeutungsvollsten Nachrichten unsere Stadt. Man hat von Ministerreisen nach Berlin vernommen, man hat bemerkt, daß der Ministerrath sich in ungewöhnlich rascher Folge und zu ganz ungewohnten Tages- und Nachtzeiten versammelte, und man hat hieraus gewiß mit Recht auf den Grad der Dringlichkeit der Berathungsgegenstände geschlossen. Es sind uns denn auch über Berathungen und Beschlüsse im Ministerrathe Nachrichten zu Ohren gekommen, über welche wir uns für jetzt freiwillig Stillschweigen auferlegen zu müssen glauben, da, wenn unsere Nachrichten sich bestätigen, hier Fragen zur Sprache kommen, welche nur mit Schaden zu frühzeitig zur öffentlichen Diskussion gebracht werden könnten. Es wird aber unsern Lesern nicht schwer werden, aus dem, was wir mitzutheilen vermögen, auf die Bedeutung dessen zurückzuschließen, was wir mit Stillschweigen übergehen. Wenn wir sagen, es bestehe eine Ministerkrisis, Freiherr v. Neurath habe dem Könige gerathen, beim Ausbruch eines französisch-preußischen Krieges neutral zu bleiben, d. h. den vor wenigen Monaten mit Preußen geschlossenen Vertrag wortbrüchig zu zerreißen und die Sache Deutschlands Preis zu geben; wenn wir ferner mittheilen, daß Freiherr v. Varnbüler diesem Rath energisch Widerpart gehalten und für das Festhalten an dem geschlossenen Vertrag und an der deutschen Sache eingetreten sei; wenn wir alsdann hinzufügen, daß der Conflikt zwischen den beiden im Vordertreffen stehenden Ministern zu Gunsten des Freiherrn v. Varnbüler entschieden worden sei, so bedarf es für den kundigen Beobachter ja nur eines Blicks auf die allgemeine politische Situation, um sich klar zu machen, von welchem Charakter und welcher Bedeutung diejenigen Gegenstände sein werden, die dem Ministerrathe zur Berathung und Entschließung vorgelegen haben. Wir begnügen uns für heute mit diesen Andeutungen und konstatiren mit patriotischer Freude die Thatsache, daß, wie es scheint, Herr v. Varnbüler muthig die Thüre aufgestoßen, durch welche endlich ein frischer Luftzug in die schwere Atmosphäre eindringt, die hier seit einigen Wochen in Folge der Luxemburger Krisis die Gemüther niederdrückte. Wir haben gewiß nicht Grund, den Lobredner des Freiherrn v. Varnbüler zu machen, und unsere Partei hätte der Klagepunkte viele gegen ihn. Ist es aber wahr, was wir, gestützt auf gute Gewährsmänner, oben wiedergegeben, so wird, wenn er muthig auf der betretenen Bahn fortschreitet und sich weder durch die Falschheit unserer Radikalen noch der ihr herzverwandten Französelei vaterlandsloser Höflinge beirren läßt, die nationale Partei in Württemberg gerne ihr Schuldbuch zerreißen, und mit ihr wird jeder deutsche Württemberger auf seiner Seite stehen. Ob Herr v. Varnbüler entschieden auf dem eingeschlagenen Wege weiter gehen wird, und ob an die Aufrichtigkeit seiner nationalen Gesinnung geglaubt werden darf, muß sich indessen bald herausstellen. Denn nicht mehr lange wird sich in diesem Falle die Regierung der Nothwendigkeit entziehen können, die Kammern einzuberufen, um ihnen den Augustvertrag und den Entwurf einer neuen Wehrverfassung vorzulegen, bei welcher Gelegenheit Hr. v. Varnbüler sein wahres Gesicht wird zeigen müssen.“ — Der „Beobachter“ berichtet, es sei eine preußische Note hier eingelaufen, welche auf bestimmt formulirte Fragen eine bestimmte Antwort fordert. Ueber diese Antwort sei es zu einer Ministerkrisis gekommen; entweder scheide Herr v. Varnbüler oder Herr v. Neurath aus dem Ministerium aus. Der Zwiespalt soll nicht mehr anders auszugleichen sein. (Fr. J.)

Berlin, 22. April. Seit gestern sind Gerüchte über eine bevorstehende Kriegsbereitschaft einiger Armeekorps in der Stadt verbreitet, die, wie man erzählt, auch in offiziöser Weise nicht ganz zurückgewiesen wurden. Ob das letztere richtig ist, kann ich nicht verbürgen und jene Gerüchte bedürfen sicherlich noch der Bestätigung. Im übrigen würden auch einige defensive Maßregeln Preußens, durch Frankreichs umfassende Rüstungen hervorgerufen, die Erhaltung des Friedens noch nicht ausschließen. In sehr unterrichteten Kreisen wurde gerade gestern, wie mir noch spät Abends nach Abgang meines letzten Briefes von glaubwürdiger Seite versichert wurde, die Hoffnung, daß der Friede sich werde erhalten lassen, ausgedrückt. Ueber die Frage, ob man sich auf eine nahe bevorstehende Verschärfung der Krisis gefaßt machen müsse, sind die Ansichten in den bestunterrichteten Kreisen außerordentlich getheilt. Nirgends aber hört man von einer ernsthaften diplomatischen Lösung sprechen. Durchaus bestätigt wird, daß zwischen Preußen und Frankreich gar nicht verhandelt wird. Am Nachmorgen des andern Tages, wo Graf Bismarck die Interpellation Bennigsens im Parlament beantwortet hatte, nämlich am 2. April, hatte Hr. Benedetti eine Unterredung mit dem Grafen Bismarck, und seitdem hat der französische Botschafter den Ministerpräsidenten nicht gesehen. Die angebliche Erklärung Frankreichs, daß es Luxemburg gar nicht erwerben wolle, sondern nur verlange, daß Preußen die Festung räume, ist denn auch nicht Preußen gegenüber erfolgt, sondern in den Verhandlungen mit den neutralen Mächten. Bekanntlich hält man hier diese Erklärung für den Anfang viel weitergehender Forderungen. An demselben 2. April soll übrigens auch der Kaiser Napoleon in einer Unterredung mit dem Grafen Goltz die Rede des Grafen Bismarck in berechneter Weise, ähnlich wie der „Moniteur“, als entgegenkommend bezeichnet und im

---

der Verpackung wurden die Kisten entweder wieder zugeschlagen oder die Gegenstände wurden, wenn es sich ergab, daß sie in Folge schlechter Verpackung gelitten hatten, herausgenommen, um die Wiederherstellung derselben, theils durch die Agenten theils unmittelbar durch die Kommission zu bewerkstelligen. Diese Bewandtniß hat es mit dem im „Fränk. Kurier“ erwähnten Schweizerhaus. Dasselbe war blos mit einem Bindfaden von innen befestigt, welcher die einzelnen Bestandtheile des Hauses durchschnitten hatte. Es wurde der Agent dieses Hauses herbeigerufen und ihm die Beschaffenheit seiner Waare gezeigt. Wenn derselbe aber mit den Arbeiten gezögert hat, so kann die Verantwortlichkeit dafür nicht die Kommission treffen. Von einer rücksichtslosen Behandlung der Ausstellungswaaren kann gewiß keine Rede sein. Als gegen Ende des Monats März im „Moniteur“ ein Erlaß der Ausstellungskommission erschien, daß bis zum 28. März alle Waaren ausgepackt sein müssen, wurde die bayerische Kommission von den Ausstellern und ihren Agenten furchtbar gedrängt. Alle Gegenreden halfen nichts und viele Aussteller packten ihre Waaren aus. Nachdem die Gefahr beseitigt war und man sich überzeugt hielt, daß die Sache keine so große Eile gehabt hätte, brachten Agenten Klagen darüber vor, daß man sie zum Auspacken angehalten habe. Wenn darauf hingewiesen wird, daß in London Alles so glatt abging, so muß entgegengehalten werden, daß es bei keiner Ausstellung glatt abgeht. Wir wissen von Ausstellern in London, daß sie ihre Waaren erst in den Docks suchen mußten. Wir wissen ferner, daß ihnen zwei Tage vor der Eröffnung der Ausstellung aus irgend welchen Gründen noch kein Platz angewiesen war. Wenn ferner der Ansicht Ausdruck gegeben wird, als ob die Commission keine einheitliche Ausstellung angestrebt habe, so beruht diese Meinung auf vollständigem Irrthum. Die Commission strebte mit allen Mitteln nach dieser Richtung hin und erzielte insbesondere eine gemeinschaftliche Ausstellung der Lederfabrikation, der Pirmasenser Schuhfabrikation, der Streich- und Schlaginstrumente. Die angestrebte gemeinschaftliche Ausstellung der Nürnberger und Fürther Industrie scheiterte an den Einwendungen des dortigen Gewerbekommissärs und an dem Widerstreben der betreffenden Industriellen selbst. Daß die schönen Nürnberger Schränke mangelhaft bedeckt gewesen seien, kann um so weniger zugegeben werden, als die Eigenthümer derselben am Platze zugegen waren, und, mit der Umhüllung vollständig zufrieden, eine Erinnerung nach keiner Richtung erhoben haben.

(Schluß folgt.)

Uebrigen bemerkt haben, wenn Holland Luxemburg an Frankreich abtrete, werde Preußen doch nicht die Festung besetzt halten wollen. Damals hatte der Kaiser also noch nicht einmal der Erwerbung Luxemburgs entsagt. Einige Friedensaussichten will die diplomatische Welt noch aus dem Umstande schöpfen, daß **Frankreich für jetzt isolirt ist.** Die **österreichische** Allianz wird es ohne bedeutsame Zusicherungen schwerlich erlangen, und mit diesen würde Oesterreich in einem Maße gestärkt werden, daß Frankreichs Werk in Italien in dem Wechsel der Zeiten dadurch wieder gefährdet werden könnte. Auf Italien kann Frankreich, so weit es sich um eine aktive Unterstützung handelt, schwerlich rechnen. Rattazzi wird so gut wie Ricasoli neutral bleiben. Man hat dafür bestimmte Anzeichen. Preußen hat dagegen an **Rußland** in dem Fall des Krieges, wie auch das St. Petersburger Kabinet jetzt über die Kriegsfrage denken mag, einen zuverlässigen **Alliirten**. Man kann dahingestellt sein lassen, ob wirklich, wie die militärischen Autoritäten sich versichert halten, vier russische Armeekorps Oesterreich im Schach halten würden. Jedenfalls würden Oesterreichs Kräfte getheilt werden. Diese Isolirung Frankreichs wird in diplomatischen Kreisen als das triftigste Friedensmotiv angesehen, welches die Lage noch darbiete. Das bekannte Axiom des Kaisers Napoleon, allein keinen Krieg mit einer Großmacht zu führen, bietet dafür eine plausible Handhabe.

(Schw. M.)

Wir geben nachstehend den Wortlaut des bereits mittelst Telegramm (in Nr. 113 d. Bl.) unsern Lesern angezeigten Artikels der ministeriellen „Nordd. Allg. Ztg.“: **Berlin**, 23. April. In der Situation, welche durch die Luxemburger Angelegenheit hervorgerufen worden ist, hat sich in den letzten Tagen nichts verändert. Die telegraphische Nachricht aus Paris, wonach die vermittelnden Mächte ein Ausgleichungsprinzip in Vorschlag gebracht hätten, das von Frankreich bereits angenommen sei, konnte bei unbefangener Betrachtung der Verhältnisse nicht als eine Aenderung der Sachlage betrachtet werden. Man mußte fragen, inwiefern denn überhaupt von Vermittelungs-Vorschlägen die Rede sein könne, die Preußen wenigstens seinerseits nicht angerufen hat. Zwischen Preußen und Frankreich haben diplomatische Verhandlungen über Luxemburg nicht stattgefunden, wie auch französische Blätter einräumen. Als die preußische Regierung von Seiten des niederländischen Kabinets die Mittheilung erhielt, daß zwischen dem Haag und Paris die Abtretung Luxemburgs in Anregung gekommen, hielt dieselbe es allerdings für angemessen, die Garanten der Verträge von 1839 über ihre Auffassung der in Paris gewünschten Vereinigung Luxemburgs mit Frankreich zu befragen. Das preußische Besatzungsrecht aber, welches Preußen Kraft **früherer** Verträge völkerrechtlich in Luxemburg zusteht, konnte dabei nicht in Frage gestellt werden. Nachdem von holländischer Seite eine Abtretung des Großherzogthums Luxemburg an Frankreich nicht mehr beabsichtigt zu sein scheint, war um so weniger Grund vorhanden, eine europäische Vermittelung anzurufen und über Bedingungen zu verhandeln, unter denen das völkerrechtlich erworbene Recht Preußens zur Besetzung Luxemburgs aufgegeben werden könnte. Vermittelungen in der Luxemburger Angelegenheit würden die Ansicht zur Voraussetzung haben, daß Preußen Willens sei, auf das Besatzungsrecht zu verzichten, dies ist aber, so viel wir wissen, durchaus nicht der Fall. Für die verschiedenen Gerüchte, daß Preußen sich unter bestimmten Bedingungen bereit erklärt hätte, Luxemburg zu räumen, sind daher gar keine Anhaltspunkte vorhanden.

Breslau, 18. April. Vorgestern starb auf seinem Schlosse Ottmachau an einem Herzübel im kräftigsten Mannesalter der Frhr. Wilhelm v. **Humboldt-Dacheröden**, der Sohn des genialen Gelehrten und edlen Staatsmanns Wilhelm v. Humboldt. Wie sein Vater, gehörte der Verstorbene einer durchaus freisinnigen Richtung im öffentlichen Leben an, ohne jedoch zu den hervorragenden Politikern zu zählen. Bei der jüngsten Reichstagswahl war Hr. v. Humboldt im Falkenberg-Grottkauer Wahlkreise von der liberalen Partei als Candidat aufgestellt worden, unterlag jedoch gegen den katholischen und conservativen Grafen Frankenberg-Tillowitz.

(Sp. Z.)

Wien, 23. April. Die „Wiener Abendpost“ sagt mit Bezugnahme auf in der heutigen „Neuen freien Presse“ besprochenen Anerbietungen Preußens in der luxemburgischen Frage: Würde man französischerseits hievon Notiz nehmen, so müßte man in Paris zur Vermuthung kommen, man habe nicht sehr hoch zu bieten, um das erste Angebot zu übertreffen. Soviel glauben wir jetzt schon aussprechen zu können, daß, wenn beide Theile sich bezüglich ihrer Offerte in so bescheidenen Gränzen hielten, man über die fernere Neutralität Oesterreichs vollkommen beruhigt sein könnte.

Bern, 23. April. Der Bund schreibt: „Die Wahl eines außerordentlichen **Abgesandten der Eidgenossenschaft** nach **Berlin**, bereits Mitte der vorigen Woche getroffen, ist durch die nach kurzer Bedenkzeit erklärte Annahme des Gewählten definitiv erfolgt. Der Ernannte ist Hr. Landammann Dr. **Heer** von Glarus. Durch staats- und weltmännische Bildung, durch wohlbegründetes Ansehen in den engern und weitern Kreisen der Eidgenossenschaft und durch diplomatischen Takt ist Hr. Dr. Heer vorzüglich geeignet, die eidgenössische Politik im Auslande zu vertreten. Diese Wahl dürfte, wie wenig andere, ebenso allgemein in der Schweiz gebilligt, wie in dem Staate, dessen internationale Beziehungen zur Eidgenossenschaft sie befestigen soll, als eine wohlgetroffene erkannt werden. Wir begrüßen dieselbe somit als eine glückliche und hoffen, daß es Hrn. Landammann Heer gelingen möge, mit Umsicht und Würde die aufrichtig, aber auch entschieden neutrale Stellung der Schweiz in Berlin zur Anerkennung und Achtung zu bringen.“ — Die „N. Zür. Ztg.“ bemerkt zu dieser Ernennung: „Es bedarf keiner weitern Bemerkung, daß die Absendung eines Gesandten nach Deutschland im gegenwärtigen Augenblick hauptsächlich aus politischen Betrachtungen hervorgegangen ist. Dagegen glaubte der Bundesrath für den Fall einer friedlichen Entwicklung der Dinge bei seiner Wahl zugleich auch die Wiederanknüpfung der Unterhandlungen über den Handelsvertrag mit Deutschland im Auge behalten zu sollen, bei welchen letztes Jahr bekanntlich Hr. Landammann Heer als Specialabgeordneter mitgewirkt hat. Die Bundesversammlung wird darüber zu entscheiden haben, ob diesem Gesandtschaftsposten ein mehr dauernder Charakter gegeben werden solle.“

Die „Fr. Ztg.“ entnimmt einem Privatbriefe: Die Festung Metz ist nicht nur vollständig armirt, sondern es werden auch die Deutschland zugekehrten Glacis der Festung bereits rasirt. Man hat schon ganze Alleen beseitigt.

London, 22. April. In Folge der Niederlage der liberalen Partei in der **Reformfrage**, die durch den Abfall eines Theils der Liberalen herbeigeführt wurde, hat sich **Gladstone** entschlossen, die Führerschaft der liberalen Partei niederzulegen. Er wird nach wie vor als Soldat in den Reihen der Partei stehen, aber keine Initiative durch Anträge u. s. w. ergreifen. Gladstone erklärt dieß in einem heute veröffentlichten Brief an Crawford vom 18. April. — Die „Sonntagsztg.“ zeigt an, daß die französische Regierung in England die Anfertigung von 40,000 Gewehren mit Hinterladung bestellt hat. Eine große Zahl ist bereits abgeliefert, und der Rest wird in Kurzem folgen.

Von der italienischen Grenze, 20. April. Die Abreise des **Generals Govone nach Paris** wird von einigen Blättern in Abrede gestellt. Es wird mit der französ. Allianz von Florenz aus das nämliche Spiel getrieben werden, wie voriges Jahr mit der preußischen. Der Ministerwechsel beweist schon längst genug, und es darf nicht vergessen werden, daß derselbe den persönlichen Neigungen des Königs entsprungen ist. Frankreich hat Italien vielleicht Rom versprochen; in der Politik ist alles möglich, und die „Unità Italiana“ sagt mit Recht: „Wenn die Prinzipien in Vergessenheit gerathen sind, wird nur noch auf die Gewalt gesehen.“ — Nach der „Unità Cattolica“ lautet das von Rattazzi und Ferrara entworfene Gesetz über die Veräußerung der Kirchengüter folgendermaßen: Art. 1. Es werden 600 Millionen Bankbillete mit Zwangskurs emittirt, garantirt durch die Kirchengüter. Art. 2. Die Kirchengüter werden verkauft gegen Bezahlung in 20 Jahresraten. Art. 3. Der Staat nimmt an Zahlungsstatt die Bankbillete an, welche auf die Kirchengüter hypothecirt sind, und die Billete werden verbrannt in dem Maße, als sie in die Staatskassen zurückkehren. Die „Unità Cattolica“ fürchtet: es würden diesen 600 Mill. Banknoten noch gar viele andere folgen, so daß schließlich das System der französischen Assignaten in Italien adoptirt wäre. — Das Centralcomité der „Liberalen Union“ in Bologna hat an den deutschen Nationalverein eine neue Adresse erlassen, worin Deutschland beglückwünscht wird über den weiteren Schritt zu seiner Einigung, den es durch die Eröffnung des norddeutschen Parlaments gethan hat. Es wird schließlich die gegenwärtig beachtenswerthe Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Allianz zwischen den beiden Völkern, welche sich im letzten Jahre gemeinsam ihre Einigung erkämpft haben, eine dauernde sein werde.

Kopenhagen, 16. April. Ein verhafteter Kopenhagener Postschreiber hat seit Mitte Januar nicht weniger als 1800 Briefe unterschlagen, darunter einen aus London datirten Brief des Königs an die Prinzessin Thyra.

Stockholm, 22. April. Zeitungen sprechen von dänischen Flottenrüstungen; die Kriegsschiffe wurden seeklar gemacht. Im Sunde fahnden Schnelldampfer nach auf Kauffahrteifahrern entflohenen dänischen Seepflichtigen.

(Nürnb. C.)

Aus Polen, 20. April, berichtet man der „Allg. Ztg.“: „Aus einem neueren kaiserlichen Befehl ist ersichtlich, daß Rußland vom Abschluß seiner **Militär-Reorganisation** noch weit entfernt ist. Die schon vor ungefähr sechs Monaten anbefohlene Ausrüstung der Feld-Artillerie mit Hinterladungskanonen schreitet so langsam vor,

daß jetzt nur die zweiten Batterien sammt und sonders mit gezogenen vierpfündigen Hinterladungskanonen bewaffnet werden sollen; die ersten und dritten Batterien aber sollen ihre gewöhnlichen zwölfpfündigen und vierpfündigen gezogenen Kanonen behalten, bis alle Batterien Hinterladungskanonen haben werden. Wenn diese Ausrüstung auch nicht den neuesten Anforderungen der Artillerie entspricht, so kann sie doch auch, da sie ein gewisses Fertigsein der russischen Artillerie bezweckt, im kriegerischen Sinne gedeutet werden, und man nimmt an, daß Rußland sich von den Ereignissen nicht will überraschen lassen, wenn es auch in diesem Zustand aggressiv nicht vorgehen dürfte. Die bisher nur zum geringen Theil erfolgte Bewaffnung der Infanterie mit Hinterladungsgewehren dürfte gleichfalls ein Grund des vorläufigen Zurückhaltens für Rußland sein."

Der „Patrie" gehen Nachrichten aus **Yeddo** vom 2. März zu, welche melden, daß die französische Militär-Commission, die kürzlich in Japan angekommen ist, am 25. Februar in ihre Funktionen eingetreten war. Unfern Yokohama war ein Instruktionslager gebildet worden, wohin der Taikun zwei Bataillons seiner Privatgarde und ein Corps von 5000 Mann abgesandt hatte; diese Truppen sollen ganz auf europäische Weise organisirt werden.

Neueres.

Berlin, 24. April. Authentisch. Alle Gerüchte bezüglich der Mobilmachung, auch die angeblich angeordnete Kriegsbereitschaft der Artillerie, sind auf das Entschiedenste zu dementiren. — Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: „Die Vermittlungsvorschläge in der luxemburgischen Frage sind noch unbekannt, daher nicht diskutirbar; doch steht fest, daß Preußen weder seine Besatzungsrechte zu Gunsten der Vereinigung Luxemburgs mit Belgien, noch die diesbezüglichen Verträge mit Holland aufgeben wird.

Berlin, 24. April. Die „Provinzial-Korrespondenz" schreibt: Die Mittheilungen hinsichtlich von Preußen getroffener militärischer Maßregeln sind durchaus unbegründet. Ungeachtet der Nachrichten über militärische Vorkehrungen von Seiten Frankreichs, welche anscheinend mit der luxemburgischen Frage im Zusammenhange stehen, hat die preußische Regierung seither nichts gethan, was mit der Hoffnung, den Frieden mit Frankreich aufrecht zu erhalten, im Widerspruche stände. — Graf Bismarck kehrt heute zurück und wird den Landtag im Auftrage des Königs eröffnen.

Paris, 21. April. Die „France" schreibt: Die Pariser Nachrichten, welche man in Berlin erhalten hat, bezeigen die Lebhaftigkeit und Energie der allgemeinen Stimmung in Frankreich, welche auf die preußischen Politiker einen tiefen Eindruck gemacht haben, die sich in ernster Weise mit dem Stande der Dinge beschäftigen und die ganze Tragweite eines Conflikts ermessen, bei welchem der Ehrgeiz Deutschlands auf den einmüthigen Widerstand Frankreichs stoßen wird. Dasselbe Journal sagt in Bezug auf den Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" welcher behauptet, daß in Luxemburg der Status quo aufrechterhalten bleiben müsse, es glaube nicht, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" die Ideen der preußischen Regierung vertrete, denn dies wäre eine Politik, welche Frankreich wider sich finden würde, um sie zu bekämpfen, und Europa, um sie zu mißbilligen. In einem anderen Artikel gibt die „France" zu verstehen, daß die französische Regierung die Taktik Bismarcks annehme, welcher wenig verlangt und viel nimmt. Beispielsweise könnte sie die Abtretung Luxemburgs, die Herausgabe Nordschleswigs an Dänemark, die Annullirung der Verträge mit Süddeutschland, die Räumung von Mainz verlangen, und noch andere delikate Fragen anregen. Bismarck würde vielleicht antworten: Man müsse sehen, wer der Stärkere sei. Bismarck würde suchen, diese Fragen zu beseitigen, aber es gibt in Europa noch eine Nation, bei welcher er die Frage nicht so leicht wie bei Dänemark verrücken könnte. Die „Patrie" glaubt nicht, daß die Regierung den Kammern bei Wiederaufnahme ihrer Sitzungen Mittheilungen werden machen können. Der gegenwärtige Stand der Verhandlungen werde dies nicht gestatten. Die „Patrie", gleichfalls den Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." besprechend, glaubt ebenso wie die „France", daß derselbe nicht die Ideen der preußischen Regierung vertrete. Im entgegengesetzten Falle würde eine solche Politik das ganze Werk von 1866 gefährden. Die „Patrie" erklärt die durch die französische Regierung bewerkstelligten Pferde-Ankäufe durch den Verkauf von 8000 Pferden des mexicanischen Expeditionscorps.!

Florenz, 23. April. Die Bank hat den Eskompte auf 5 Percent herabgesetzt. Für Vorschüsse wurden jedoch die Interessen mit 7 Percent beibehalten. — Heute wurden die Handels-, Schifffahrts-, Post- und Eisenbahn-Verträge unterzeichnet. — Sektionschef v. Pretis ist nach Wien abgereist.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$58\frac{1}{4}$ P.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$52\frac{1}{4}$—$51\frac{3}{4}$ G.
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$47\frac{1}{4}$ P. $46\frac{7}{8}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	$32\frac{1}{2}$—33 G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$95\frac{1}{2}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$85\frac{1}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	—
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$86\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$86\frac{1}{4}$—86 G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$87\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	—
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt. " " "	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
"	6pCt. ditto r. 1882 "	$72\frac{1}{2}$—72 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	120 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	586 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$131\frac{1}{2}$—$30\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$82\frac{3}{4}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	174 P. 173 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt.Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	128 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$100\frac{1}{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$44\frac{1}{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	68 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$107\frac{1}{4}$ P. 107G
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	$107\frac{1}{2}$ P.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$94\frac{3}{4}$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$50\frac{3}{4}$ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$56\frac{1}{2}$—$56\frac{1}{4}$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	99 P.
" do. v. 1864	60 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$89\frac{3}{8}$—$88\frac{3}{8}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	$49\frac{3}{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	—
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
" fl. 25 do.	$37\frac{1}{4}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	66 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs. Loose	—
Mailänder 45 Frs. . . b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{1}{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{4}$ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$86\frac{3}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$86\frac{1}{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 25. April. Die Tendenz der heutigen Börse war eine unentschiedene. Die meisten Course bewahrten eine ziemlich unveränderte Haltung. Kreditaktien sonderten sich heute von den übrigen Werthen ab. Die Contremine ward durch den Plan, 10 Millionen Kreditaktien zurückzukaufen, zu zahlreichen Deckungen veranlaßt, wodurch der Preis der Kreditaktien gesteigert ward. Amerikaner waren auf schlechtere Berliner Course anfangs sehr flau, hoben sich jedoch später merklich. Von Wechseln war Wien besser, Paris und London flauer. Das Geschäft war im Ganzen nicht sehr belebt. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
Hof- und Staatsbibliothek
Würzb. Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 116.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 27. April 1867.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung"** kann für die Monate **Mai** und **Juni** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 24. April. Se. Majestät der König hat dem magistratischen Spitalmeßner F. Weckerle in München in Rücksicht auf seine 50jährigen, treu und eifrig geleisteten Dienste die Ehrenmünze des k. bayer. Ludwigordens verliehen; den Zollverwalter G. Sauter in Ansbach aus administrativen Erwägungen in den Ruhestand versetzt; den Hauptzollamtscontroleur Fr. S. Steiner zu Bayreuth unter Anerkennung seiner langjährigen und treuen Dienstleistung für immer in den nachgesuchten Ruhestand treten lassen und auf die hiedurch erledigte Stelle des Controleurs beim Hauptzollamte in Bayreuth den Zollverwalter M. Karmann in Erlangen befördert.

Vom k. Staatsministerium der Justiz wurde als Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landg. Burghausen der Bezirksg.-Accessist P. Fritz zu Traunstein, und als Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landg. Obergünzburg der geprüfte Rechtspraktikant Fr. Nußbas zu Günzburg aufgestellt.

München, 24. April. Ich glaube nicht mit Unrecht die endlich erfolgte Ernennung des Regierungsdirektors Pfeufer zum Regierungspräsidenten der Pfalz dem Einflusse des Fürsten Hohenlohe zuschreiben und damit die präponderirende Stellung des Herrn Staatsministers des Aeußern konstatiren zu sollen. Was die Ernennung selbst betrifft, so ist nicht zu übersehen, daß der neue Präsident der Pfalz die dortigen Institutionen aus seiner früheren Praxis kennt, während es andererseits der Staatsregierung darum zu thun sein muß, diesen wichtigen Posten mit einer jüngeren, ihren Intentionen näher stehenden Kraft zu besetzen, welche für die äußeren Beziehungen der Pfalz das gehörige Verständniß besitzt und für die inneren Zustände dieser in sich abgeschlossenen Provinz, wie nicht gezweifelt werden will, die nöthige Objektivität mitbringen wird. (A. Z.)

** **München**, 25. April. Der neuernannte Generalquartiermeister der Armee, Generalmajor Graf v. Bothmer, ist gestern nach Norddeutschland abgereist. Man will zwar von einer Seite behaupten, der General begebe sich in Familienangelegenheiten nach Mecklenburg, allein hiezu ist sicher dermalen, in einem so kritischen Augenblick, für den Chef des bayerischen Generalstabes keine Zeit vorhanden. Viel wahrscheinlicher und sicher auch richtig ist die andere Angabe, daß Generalmajor Graf Bothmer sich nach Berlin begebe; sind ja doch auch zur Ausführung des ursprünglich geheimen Vertrages vom 22. August v. J. mehrfache Verabredungen mit der preußischen Heerführung zu treffen und werden sich dieselben, so wie die Verhältnisse sich gestaltet haben, nicht länger aufschieben lassen.

+ **München**, 25. April. Die hiesigen „Neuesten Nachrichten" zeigten gestern an, daß die Ernennung des Hrn. Generalstaatsanwalts Steyrer zum Justizminister für die nächsten Tage zu erwarten sei. Wie wir erfahren, bestätigt sich dies nicht nur, sondern es soll diese Ernennung sogar bereits erfolgt, Hr v. Bomhard dagegen zum lebenslänglichen Reichsrath und Staatsrath im ordentlichen Dienste ernannt sein. — Die Befürchtungen, daß der drohende Krieg schon in nächster Zeit ausbrechen werde, sind hier im steten Zunehmen, obwohl die neuesten hier eingetroffenen offiziellen Depeschen noch immer Hoffnung lassen, daß Hr. v. Bismarck endlich doch zur Annahme der Vermittlungsvorschläge sich herbeilassen und damit der Friede vorläufig noch erhalten bleiben werde. Das nun schon seit länger anhaltende Fallen der Kurse, namentlich der bayerischen und überhaupt der süddeutschen Obligationen, trägt natürlich zur Erhöhung der Kriegsbefürchtungen und Sorge vor bevorstehenden großen Verlusten bei und ist die letztere nicht blos bei unseren hiesigen Geldmännern, sondern unter der besitzenden Klasse überhaupt bereits auf einen ziemlich hohen Grad gestiegen. Es zeigt sich dies u. A. auch darin, daß bei Zahlung größerer Beträge jetzt häufig auch Staatsobligationen zum Tageskurs mit in Zahlung gegeben und trotzdem, daß der nächste Kurszettel vielleicht wieder niedrigeren Kurs bringt, doch gern angenommen werden. Namentlich findet dies bei gegenwärtigem Miethzinsziele statt, welches ohnehin vielen Hausbesitzern mitunter namhafte Verluste in Folge der Zahlungsunfähigkeit des einen oder des andern ihrer Miether gebracht hat; eine Folge der jetzigen, auch hier immer fühlbarer werdenden allgemeinen Geschäftsstockung. Die Schuldklagen mit den ihnen folgenden Pfändungen mehren sich bei den hiesigen Gerichten in wahrhaft erschreckender Weise. — Seit einiger Zeit ist hier eine Gendarmerieschule errichtet worden, in welcher Unteroffiziere und Soldaten aus den verschiedenen Regimentern für den Gendarmeriedienst ausgebildet werden, zu welchem Zwecke jährlich ein Kurs von 2 bis 3 Monaten stattzufinden hat. Wie man vernimmt, ist man mit den bisherigen Resultaten dieser Schule zufrieden und würde sich vielleicht bei einer weniger wechselnden, sondern mehr stationären Verwendung der also herangebildeten Gendarmen der alte Grundsatz bewähren: „Die Soldaten jung, die Gendarmen alt."

Stuttgart, 24. April. Die Politik des Herrn v. Varnbüler, d. h. die Politik der entschiedenen preußischen Allianz, hat, wie man hört, in unserem Ministerium gesiegt, und in Folge dessen soll Herr v. Neurath, Geheimeraths-Präsident und Justizminister, gesonnen sein, seine Entlassung zu nehmen. Wie es heißt, wünscht auch Finanz-

---

Feuilleton.

Vermischtes.

= München, 25. April. (Zur Industrie-Ausstellung. Schluß.) Die Angabe, daß die Oberleitung unserer Ausstellung den Württembergern in die Hände gelegt worden sei, beruht ebenfalls auf einem Irrthum. Nachdem Bayern die angestrebte gemeinschaftliche Ausstellung der vier süddeutschen Staaten nicht erreichen konnte, blieb nichts anderes übrig, als mit dem Wenigeren sich zu begnügen und eine gänzliche Zersplitterung jener vier Staaten fernzuhalten. Bayern stellte mit Württemberg, Baden mit Hessen gemeinschaftlich aus. Der Ausstellungsplan in den beiden Abtheilungen wurde von den betreffenden Commissären in verschiedenen Conferenzen festgestellt; in Paris konnte es daher nur um die Ausführung früher gefaßter Beschlüsse sich handeln. Die Ausführung der Dekorationsarbeit war nun allerdings dem technischen Bureau in Stuttgart übertragen; hiegegen konnte um so weniger etwas eingewendet werden, als Württemberg, wie bereits erwähnt, einen größeren Raum als Bayern hat und die Dekorationen in den Hauptgängen sich auch auf Baden und Hessen erstrecken. Nur durch das einträchtige Zusammenwirken der Commissäre der vier süddeutschen Staaten wurde ein Erfolg erzielt, wie er noch bei keiner früheren Ausstellung vorhanden war. Die Ausstellung in London 1862 machte ja bekanntlich auf jeden Besucher den Eindruck eines Tändlermarkts. Die bayerische Regierung hat, um die früheren Versäumnisse wieder gut zu machen, mit großen Opfern einen eigenen Annex gebaut, der den größten Theil der bayerischen Gemälde, die Photographien, die Porzellangemälde, die Kunstgewerbschule in Nürnberg umfaßt, um in dem Ausstellungsgebäude für die Waaren Luft zu gewinnen. Nur dadurch ist es möglich geworden, die Leistungen der bayerischen Kunst und Industrie in ihren verschiedenen Richtungen vollständig zur Geltung zu bringen. — Die bayerische Ausstellung war übrigens schon unter den ersten eine, die vollständig vollendet waren. Wenn gesagt wird, daß bei Vollendung der bayerischen Ausstellung nur noch Württemberg, Portugal und Spanien im Rückstand gewesen seien, so ist dem Herrn Berichterstatter aus Nürnberg entgangen, daß auch Oesterreich und Preußen, ferner Italien, die Niederlande, Belgien, die Schweiz mit ihren Ausstellungen nicht fertig waren, als von der kaiserlichen Commission die bayerische für vollendet erklärt wurde.

H. **München**, 25. April. Die Vorstandschaft des Vereins von Lehrern an bayr. Studienanstalten hat die Mitglieder

minister Renner die Enthebung von seinem Posten, der ihm schon vor Entstehung der jetzigen Kriegsgefahr zu drückend geworden war. (K.Z.)

Darmstadt, 23. April. Die „Darmst. Ztg." schreibt offiziös: „Wie wir hören, hat die am 7. d. M. mit Preußen abgeschlossene Militärkonvention am 17. d. M. die Genehmigung des Großherzogs erhalten und sind die desfallsigen Ratifikationsurkunden inzwischen ausgetauscht worden.

Mainz, 24. April. Heute früh wurden die Redacteure sämmtlicher hiesiger Blätter vor den ersten Polizeikommissär citirt, um Kenntniß von einer Verfügung des Festungsgouvernements zu erhalten, in welcher denselben angedeutet wurde, sich fortan jeder Meldung über die Vorgänge in der Festung, Truppenbewegungen ꝛc. zu enthalten. — Für die Reserve ist im preußischen Heere die Marschbereitschaft bis heute noch bestehen geblieben und auch den hessischen Reservisten soll bereits die Bereitschaftsordre ertheilt worden sein. — Für außergewöhnliche Maßregeln ist bestem Vernehmen nach bis jetzt weder bei dem Proviantamte noch bei einer anderen Verwaltungs- oder technischen Militärbehörde irgend eine höhere Verfügung ergangen, und es scheint demnach das Gerücht, wornach ein hiesiges Handlungshaus Aufträge zur Proviantverschaffung für 30,000 Mann erhalten haben soll, nur eine Ausgeburt der herrschenden Besorgnisse zu sein. Besorglich beschäftigt sich das städtische Quartierungsbürcau mit einem besseren Vertheilungsmodus der Truppenbequartierung, und es wird hierbei ein Truppenstand von 30,000 Mann zu Grunde gelegt. — Inzwischen drückt der Zustand bereits empfindlich auf unsere Industrie, namentlich auf die größeren Fabriken, welche ohnedies, unter den Nachwehen der letztjährigen Krisis leidend, bisher nur mit Zweidrittelszeit arbeiten lassen konnten. Aber auch dieser Behelf würde bedeutend zu beschränken gewesen sein, hätte nicht ein ausgebreiteter Absatz zum Theil in die fernsten Gegenden der Erde unseren Gewerbtreibenden die schlimme Zeit weniger fühlbar gemacht. Eine Störung der überseeischen Verbindungen würde auch diesen Vortheil vernichten, und es ist deshalb von einigen Besitzern größerer Etablissements die Nothwendigkeit, bei dem wirklichen Ausbruch eines Krieges mit Frankreich die Arbeiten gänzlich einzustellen, bereits ins Auge gefaßt worden. Entlassungen von Arbeitern haben in den größeren Geschäften zwar keine oder doch nur wenige stattgefunden; aber es war übrigens auch die Zahl der Arbeiter bedeutend unter der früher gewöhnlichen Ziffer geblieben. Die trüben Aussichten für die arbeitenden Klassen steigern deren Erregtheit, und es läßt sich an ihrer Haltung erkennen, daß der Krieg sie in einen erbitterten Kampf gegen den Störenfried führen würde. (Pf.K.)

Vom Main, 22. April, schreibt man der „K. Z.": Es ist bereits in Ihrem Blatte bemerkt worden, daß über die Frage, wie weit die Festung Luxemburg gegen die verheerenden Wirkungen der heutigen Schußwaffen gedeckt und geschützt sei, sehr verschiedene Meinungen herrschen. Sicher ist so viel, daß noch nicht überall der Wirkung der gezogenen Geschütze Rechnung getragen und in dieser Hinsicht an der alten, rings von Höhen umgebenen Festung noch Vieles nachzuholen ist. In einem Militär-Berichte vom Jahre 1865 war in dieser Beziehung Folgendes gesagt: „Was die Vertheidigungsfähigkeit des Platzes betrifft, so haben die Felsen, welche ihn als tiefe Abstürze und als nackte Glacisplatten umgeben und schon im Alterthume als einen sturmtrotzenden Kriegsplatz wählen ließen, ihren Werth behalten. Viele Jahrhunderte und Nationen haben an ihm gebaut, ihn erweitert und nach den Zeitansichten verstärkt, und so bilden jetzt jene zahllossen Winkel und Linien, welche einst für und gegen unsichere und kurztragende Schießwaffen berechnet waren, an einigen Stellen ein Chaos, das mit den klar und groß angelegten neueren Festungen und mit der sicher und fernwirkenden Artillerie unserer Tage seltsam kontrastirt. Es wird daher jede Verbesserung, die man der Befestigung angedeihen lassen möchte, auf eine Beseitigung des Zuviels, auf eine Vereinfachung und Klarstellung zu richten sein." Als ein Hauptfehler der älteren Werke Luxemburgs wird bezeichnet, daß das Défilement derselben, welches den glatten Geschützen gegenüber als genügend betrachtet werden konnte, jetzt nicht mehr ausreicht. Die meisten Werke sind in Fronte, Flanke und Rücken in einer Entfernung von weniger als 3000 Schritten von den Höhen aus beherrscht, so daß es kaum möglich sein wird, sich auf diesen von allen Seiten eingesehenen Werken zu halten. Wo es thunlich ist, kann diesem Uebelstande durch Erhöhung einzelner Wallthore, durch Anlage von Erd- und Hohltraversen abgeholfen werden. An einzelnen Fronten und Werken würde aber ein theilweiser Umbau erforderlich werden, mit dem auch eine theilweise Vereinfachung der complicirten und weitläufigen Befestigungsweise verbunden werden könnte, deren Bewachung allein schon auf dem coupirten Terrain die Besatzung sehr in Anspruch nimmt. Diese Details sind den Fachmännern diesseit und jenseit des Rheins nichts Neues; sie mögen aber für das größere Publikum die bisherigen Mittheilungen über Luxemburg ergänzen.

Frankfurt, 24. April. Es ist nicht Aufgabe der „Presse," die durch die Luxemburger Frage erhitzten Leidenschaften noch mehr aufzuregen; wohl aber ist es ihre Pflicht, die Frage ruhig und besonnen nach allen Seiten zu beleuchten und aufzuklären. Ein Umstand, auf den aufmerksam gemacht werden dürfte, ist folgender. In dem von den Bevollmächtigten Oesterreichs, Großbritanniens, Preußens und Rußlands unterzeichneten Frankfurter Territorial-Rezeß vom 20. Juli 1819, dem definitiven Abschlusse der verschiedenen Verhandlungen und Arrangements, welche in Folge der Bestimmungen der Wiener Kongreßakte vom 9. Juni 1815 und des zweiten Pariser Friedens vom 20. Nov. dess. J. noch nothwendig gewesen waren, heißt es in Art. 35: „Die Stipulation des Art. 3 des Wiener Vertrags vom 31. Mai 1815 und des Art. 67 der Wiener Kongreßakte, daß die Festung Luxemburg als Festung des deutschen Bundes betrachtet werde, wird aufrecht erhalten und ausdrücklich durch den gegenwärtigen Rezeß bestätigt. Indessen (cependant) sind S. M. der König von Preußen und S. M. der König der Niederlande als Großherzog von Luxemburg, in der Absicht, die übrigen der genannten Artikel der durch den Pariser Vertrag vom 20. Nov. 1815 eingetretenen Veränderungen anzupassen und auf die wirksamste Manier für die kombinirte Vertheidigung ihrer respektiven Staaten zu sorgen, übereingekommen, in der Festung Luxemburg eine gemeinschaftliche Garnison zu halten." Wie man sieht, geht diese Bestimmung unzweifelhaft über die Eigenschaft Luxemburgs als Bundesfestung hinaus, und gibt dem Besatzungsrechte Preußens eine Bedeutung, welche bis jetzt noch in keiner Weise verändert erscheint, und welche auch nur in derselben vertragsmäßigen Weise geändert werden könnte, in welcher sie entstanden ist, und zwar nur

---

zur IV. Generalversammlung nach München eingerufen. 90 Studienlehrer und Professoren aus allen Provinzen des Königreichs haben sich demzufolge hier eingefunden und hielten in der Aula des k. Wilhelms-Gymnasiums heute Vormittag 9 Uhr die I. Sitzung. Aus dem vom Vorstand und vom Kassier abgelegten Rechenschaftsbericht war zu entnehmen, daß der Verein 373 Mitglieder zählt. Die Einnahmen desselben betrugen im abgelaufenen Jahre 1127 fl., die Ausgaben 1346 fl., das gegenwärtige Vereinsvermögen beläuft sich auf 1521 fl. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Ausarbeitung einer historischen und statistischen Darstellung der Mittelschulen Bayerns. Eisele in München wird Namens der Versammlung beauftragt, die Arbeit in die Hand zu nehmen, sich Mitarbeiter zu suchen und der Generalversammlung des nächsten Jahres die Resultate mitzutheilen. — Das Lehrercollegium der Studienanstalt Erlangen hatte auf den Umstand aufmerksam gemacht, daß die als Gymnasialassistenten verwendeten Lehramts-Candidaten im Vergleich mit den als Studienlehrer an isolirten Lateinschulen angestellten Candidaten dadurch unbillig zurückgesetzt sind, daß ersteren — abgesehen von ihrem geringen Gehalt — auch die Dienstjahre nicht in Anrechnung gebracht werden, wodurch ein oftmaliger den Anstalten nachtheiliger Wechsel in den Personen der Assistenten herbeigeführt wird. Sörgel aus Erlangen und Andere beleuchteten das Verhältniß und die Versammlung war einig bezüglich der Anerkennung des Uebelstandes als eines solchen, über den Modus der Abhülfe jedoch gingen die Ansichten auseinander, so daß schließlich ein Antrag von Frieblein aus Ansbach angenommen wurde, daß der Vorsitzende beauftragt werde, den Mißstand zur Kenntniß des Cultusministeriums mit der Bitte zu bringen, demselben abzuhelfen. Die Berathung der auf der Tagesordnung stehenden wichtigen Anträge über Aufhebung der jetzt bestehenden Trennung zwischen Gymnasium und Lateinschule, über Modifizirung des Klaßlehrersystems, über den Turnunterricht und über die Aufnahme naturwissenschaftlicher Disciplinen in den Bereich der Lehrgegenstände der Lateinschule wurde der morgenden zweiten Sitzung vorbehalten. In der heutigen Sitzung gelangte noch ein Antrag von Eisele aus München zur Besprechung, daß das Zeichnen schon in die untern Klassen der Lateinschule als obligater Lehrgegenstand aufgenommen werden soll, der Schönschreibunterricht dagegen aufhöre, obligat zu sein. Dieser Antrag fand lebhaften Widerspruch durch Hoffmann aus Zweibrücken, Metzger aus Augsburg und Andere, welche den Unterricht in der Kalligraphie nicht für entbehrlich in den untern Klassen der Studienanstalten halten. Hiemit erklärte sich auch die Versammlung einverstanden und verwarf Eisele's Antrag. — Der Sitzung wohnte auch der Referent in Sachen der Studienanstalten im Cultusministerium Herr Ministerialrath Pracher bei. — Den Gästen der Hauptstadt wurde durch die Gefälligkeit der Herrn Conservatoren heute Mittags das k. Münz-Cabinet im Akademie-Gebäude, Nachmittags das k. Antiquarium in der k. Residenz zur Besichtigung geöffnet und Abends wohnten dieselben der Darstellung des „Fiesko" von Schiller im k. Hoftheater bei.

Digitized by Google

durch die damaligen Kontrahenten, nicht aber einseitig. Das preußische Besatzungsrecht bildete also mehrseitig einen wesentlichen Bestandtheil im System der Garantieen, welche man einst gegen Frankreich aufstellen zu müssen glaubte. Dies ist ein Punkt, der nicht leicht eine Anfechtung erleiden dürfte. (Fr. K.)

Berlin, 23. April. Die „Kreuzzeitung" enthält wieder einen sehr scharfen Artikel gegen Frankreich. Aus dem Umstand, daß aus Südfrankreich Kriegsmaterial nach dem Osten des Landes gebracht wird, um die dortigen Festungen, namentlich Metz, zu armiren, und daß diese Vorbereitungen getroffen werden, ohne die Beendigung der Industrie-Ausstellung abzuwarten, zieht sie den Schluß, daß nicht die Luxemburger Angelegenheit die treibende Ursache sei. „Seit dem Prager Frieden, sagt sie, war Luxemburg mit einer preußischen Besatzung keine Bedrohung Frankreichs, — und nun sollte diese Gefahr eingetreten sein? — Frankreichs innere Zustände drängen zum Kriege; er soll das Ventil sein, durch welches die aufgeregten Leidenschaften sich Luft machen und Raum zur Bewegung schaffen können. Räumte Preußen heute Luxemburg, weil Frankreich es will, so könnte es morgen aus gleichem Grunde sich auf die Forderung des Rückzugs seiner Truppen aus Mainz gefaßt machen. Das Defensionsystem Deutschlands gegen Frankreich ist als eine europäische Angelegenheit im Jahre 1814 und 1815 von den verbündeten Mächten geregelt und im Pariser Protokoll vom 21. Nov. 1815 ausdrücklich als ein „système essentiellement européen" bezeichnet worden. Dieses System ist nicht lediglich von der Existenz der früheren Bundesverfassung abhängig und durch ihre Beseitigung nicht „einfach aufgehoben." Preußen kann daher schon im Interesse der Defensivstellung Deutschlands Luxemburg nicht räumen."

Berlin, 24. April. Der König von Belgien und der Graf von Flandern sind gestern hier angekommen. — Die „Köln. Ztg." schreibt: Ein schlesisches Provinzialblatt hatte dem Generalmajor v. Knobelsdorff wegen dessen Verhalten in dem vorjährigen Kriege allerlei Ehrenrühriges nachgesagt und die Verurtheilung des Generals gemeldet. An dem ganzen Gerede ist jedoch Alles erfunden. Der General ist gegenwärtig Kommandant von Leipzig, Beweis genug, daß er des höchsten Vertrauens genießt. — Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (Lassalleaner) hat eine Generalversammlung zum 19. Mai nach Braunschweig ausgeschrieben, auf der eine Reorganisation vorgenommen werden soll, damit derselbe in Zukunft „auf dem Kampfplatze der Politik kampftüchtig dastehe". In erster Linie sollen diejenigen Elemente ausgeschieden werden, welche sich seither in Opposition befanden.

Dresden, 23. April. Die Nachricht, daß der seit längerer Zeit hier lebende ehemalige Chef der Civilverwaltung im Königreiche Polen, Markgraf v. Wielopolski, gestorben sei, ist unbegründet. (Dr. J.)

Basel, 25. April. Wie der „Volksfreund" berichtet, machen französische Händler seit einigen Tagen in der Umgegend von Basel große Pferdeankäufe.

Paris, 24. April. Der „Abendmoniteur" sagt in seinem Bulletin: Die dänische Bevölkerung von Schleswig wünsche fortwährend sehnlich, daß Preußen nicht länger zögere, die Bestimmung des Prager Friedens, Nordschleswig betreffend, auszuführen.

Paris, 24. April. Wir hören von mancherlei Kriegsplanen. Zunächst ist es auf Süddeutschland abgesehen. Von Toulouse wurden 260 Kanonen nach Straßburg geschafft. Man glaubt hier, die süddeutschen Armeen wären in einem sehr schlechten Zustande, man würde also mit denen bald fertig werden, während ein anderes Armeekorps die Preußen im Schach halten soll. Wäre nun Süddeutschland besiegt, so wolle man von zwei Seiten her Preußen vernichten. Der Kaiser wolle selbst den Oberbefehl über die Armee übernehmen. Die „Patrie" sucht zwar wiederholt die schnellen Rüstungsarbeiten, Pferdekäufe etc. mit Ausfüllung der Lücken, welche der mexikanische Feldzug hervorgebracht, zu erklären, aber das glaubt hier jetzt Niemand mehr. Um die kleinen Staaten, namentlich Holland, auf seiner Seite zu haben, läßt Frankreich dort gehörig wühlen und verbreitet die allersonderbarsten Gerüchte. Die „France" sagt bereits, daß wenn die kleinen Staaten bedroht wären, Frankreich seine alte Politik wieder aufnehmen müßte, nämlich „die Schwachen zu vertheidigen und zu beschützen." Die Kammern werden morgen wieder eröffnet, doch ist schon jetzt bekannt, daß die angekündigten Aufschlüsse über den Stand der Luxemburger Frage nicht stattfinden sollen. Wieder ein Grund mehr für die Beunruhigungen des Publikums, welches nun einen Krieg für unvermeidlich hält. — Die kaiserliche Ausstellungskommission hat die Herausgabe eines Journals unter dem Titel „Exposition universelle" autorisirt. Die Wasserleitung auf dem Marsfelde soll so viel Wasser konsumiren wie eine mittlere Provinzialstadt. Für die nautischen Versuche während der Dauer der Ausstellung ist bereits eine Commission ernannt. — Der Expräsident der Republik Haiti wird in Kurzem hierher kommen und hier seinen dauernden Aufenthalt nehmen. — Aus den Provinzen werden wieder mehrere Arbeitseinstellungen gemeldet. Diese Greves sind eine sehr beachtenswerthe Zeiterscheinung. Die meisten hiesigen Blätter widmen dem Gegenstande große Artikel. Jedermann beschäftigt sich mit der Frage, wie dem Uebelstande abgeholfen werden könne und was die Fabrikanten gegen die sich ausbreitende europäische Arbeitercoalition zu thun haben. Die Regierungen hätten wirklich die dringende Pflicht, Alles zur Hebung der Socialwissenschaft zu thun. (Fr. J.)

Paris, 24. April. Man beurtheilt die Stimmung in Frankreich falsch, wenn man annimmt, die ganze Opposition sei in dem jetzigen Conflikte mit Deutschland höchlich erbaut von der Sprache der „Liberté", der „France", des „Avenir", der „Patrie" und des „Pays". Während Girardin und Granier de Cassagnac die Spitzen des Chauvinismus bilden, tritt der „Temps" jetzt ganz entschieden gegen die Kriegshetzereien auf; auch die „Debats" führen eine würdige Sprache, und die „Gazette de France" verspottet geradezu Girardins Kampfgeschrei: „Alles durch den Krieg"! Sie sagt: „Herr v. Girardin, welcher vor sechs Monaten glaubte, der Krieg sei ein allgemeines Unglück und werde die Civilisation zurückdrängen, und welcher sagte, daß die Kanonen, die gegen den Rhein gingen, unter ihren Rädern unsere Freiheiten zermalmen würden, Herr v. Girardin behauptet heute, daß „unsere einzige Hoffnung, zu Freiheiten zu gelangen, im Kriege liegt." Der „Temps" vergleicht Frankreich und Deutschland mit zwei Menschen, die sich für einen an und für sich ganz nichtigen Gegenstand duelliren wollen, und meint, daß bei einiger Maßen kaltblütiger Ueberlegung ein solches Duell doch gar nicht möglich sein dürfte. „Wenn wir" — fügt der „Temps" hinzu — „kein Prinzip zu vertheidigen haben, bleibt uns dann ein Interesse zu verfolgen? Gilt es, das einige Deutschland zu zerstören und diese große Aglomeration zu zerstückeln, welche das Rundschreiben des Herrn v. Lavalette uns bewundern lehrte? Aber alle Welt fühlt, wie sehr dies chimärisch ist. Sicherlich kann man der Vorliebe für die deutsche Einheit, wie sie der preußische Militarismus geschaffen hat, minder verdächtig sein, als wir; wir haben seit lange mit Beharrlichkeit gezeigt, wie wenig es die Rolle der französischen Politik war, die Errichtung eines neuen Cäsarismus zu begünstigen. Heutzutage ist es aber zu spät; eine jede äußere Drohung könnte nur dazu beitragen, die Cohäsion der deutschen Bevölkerungen zu vergrößern und die Bemühungen der übrig gebliebenen Dissidenten zu ersticken; sie würde die Wirkung des elektrischen Funkens haben, der die chemische Verbindung von Elementen, die im höchsten Grade heterogen sind, hervorzurufen vermag. In Ermangelung eines Prinzips oder eines Interesses beruft man sich auf den Ehrenpunkt und reizt, so sehr als nur immer möglich ist, die nationale Empfindlichkeit." Der „Temps" macht nun darauf aufmerksam, daß die zum Kriege aufreizenden Blätter bei früheren Gelegenheiten ganz anders gesprochen hätten. „Und", fährt der „Temps" dann fort, „beim gegenwärtigen Zustande unserer Industrie, unseres Handels, unseres Credits sieht man Publicisten, welche Krieg wegen eines Gebiets von 200,000 Einwohnern beantragen, ohne zu fürchten, ob dieser Krieg sich nicht über ganz Europa verbreiten wird und dessen erstes Resultat sein muß, wenigstens eine Milliarde zu kosten und vielleicht eine Million Menschen, und das Land vielleicht für ein halbes Jahrhundert lang zu ruiniren. Wäre es nicht an der Zeit, daß die öffentliche Meinung in Frankreich zeige, daß, wenn sie nichts vergessen hat, sie etwas gelernt habe, und daß sie nicht gesonnen ist, ihr Geschick an die falschen Schritte irgend eines unbekannten Diplomaten zu knüpfen?"

In dem Prozesse des „Avenir National" wurde Peyrat zu 100 Fr. Geldbuße und in die Kosten verurtheilt „wegen Verbreitung falscher Nachrichten". Er hatte bekanntlich über die Rüstungen in den östlichen Departements Mittheilungen gebracht.

Lissabon, 23. April. In Oporto währen die Unruhen fort. Drei Regimenter und ein Kriegsdampfboot werden von Lissabon dorthin geschickt werden.

Italien. Garibaldi hat auf eine Adresse des demokratischen Cirkels in Mantua folgende Antwort erlassen:

San Florano, den 15. April 1867.

Brüder! Ich schulde Euch lebhaften Dank für die Worte der Anhänglichkeit, die Ihr mir, als meine Wahl nichtig erklärt wurde, durch einen Deputirten Eurer berühmten Stadt aussprechen ließet. Jawohl, Ihr habt vollkommen Recht, wenn Ihr sagt: „Die Tribune der wahren Freiheit muß in Rom errichtet werden, da, wo Hortensius, Cicero und Tiberius Gracchus zur Welt redeten." Da, wo, als Hannibal das eine Thor belagerte, aus dem anderen Thore Legionen heraustraten, um in fernen Regionen zu kämpfen. Der Platz Italiens ist weder in Turin noch in Florenz, er ist in Rom; unserem Italien genügt weder der Palast Carignan noch der Saal der Fünfhundert. Was ihm noth thut, ist die berühmte Majestät des Capitols. Ja, nur aus jenen Orten, die geheiligt sind durch das Blut eines Manlius, eines Crescentius, eines Arnaldo und Savonarola, eines Cola di Rienzi und Campanella, eines Mameli und Ciceruacchio, eines Bassi und Tazzoli, kann diese neue Religion hervorgehen und wird sie hervorgehen,

diese Religion der Brüderlichkeit, der Liebe und des Friedens, welche Gott zum Gesetzgeber und alle Menschen zu Aposteln und Priestern hat. Ganz der Eurige. G. Garibaldi.

Birmingham, 22. April. Gestern fand eine große Demonstration zu Gunsten der Reform statt. Die Prozession bestand aus 100,000 Mitgliedern von Arbeiter-Gesellschaften. In einer Volksversammlung unter freiem Himmel hat man Beschlüsse zu Gunsten der Reform gefaßt. Abends wurde eine Versammlung abgehalten, bei welcher der Bürgermeister von Birmingham den Vorsitz führte. Die HH. Bright, Sholefield, Georges Potter u. A. hielten Reden.

Kopenhagen, 21. April. Bischof Grundtvig und das traurige Faktum, daß er einer, wie es scheint, unheilbaren Geisteskrankheit verfallen ist, bildete in den letzten Tagen den Hauptgegenstand der Konversation. Die Nachricht kam ganz überraschend, da man die Unregelmäßigkeiten bei dem Gottesdienste in der Wartankirche bisher aus dem exzentrischen und eigenwilligen Wesen des Bischofs sich natürlich erklärt hatte. Wie man hört, soll das Zugehen einer Fontanelle, welche der Bischof am Beine hatte, die physische Ursache geworden sein, daß die bisher dahin abgeleiteten Säfte sich auf das Gehirn geschlagen haben. Beim Gottesdienste am vorigen Sonntage ereignete es sich, daß Grundtvig die Königin Karoline Amalie anredete und daß er den Kirchendienern befahl, diejenigen der Gemeinde hinauszujagen, welche nicht am Abendmahl Theil nehmen wollten.
(Hamb. Nachr.)

Stockholm, 20. April. Prinz August, welcher in den letzten Wochen an einem Herzübel gelitten, sich jedoch in der Besserung befand, hat einen Schlaganfall bekommen. Sein Zustand soll sehr bedenklich sein. Prinz August, Herzog von Dalarne, der jüngste Sohn des Königs Oskar, ist 36 Jahre alt; er wurde 1864 mit der Prinzessin Theresia von Sachsen-Altenburg vermählt, hat jedoch keine Kinder.

Konstantinopel, 22. April. Eine Abtheilung von 200 griechischen Soldaten hat einen Angriff auf Kandia unternommen. Die türkischen Truppen trieben die Angreifer zurück und tödteten ihnen etwa 20 Mann. Die Angreifer gingen über die Gränze zurück, nachdem sie zwei Dörfer in Brand gesteckt. — Am Samstag machten bei Gelegenheit einer Theatervorstellung die Armenier energische Manifestationen gegen Rußland. — Omer Pascha beabsichtigt, zuerst die Position von Sphakia anzugreifen.

Athen, 22. April. König Georg ist heute zu Schiffe gegangen, um am nächsten Samstag über Marseille in Paris eintreffen zu können. In Kopenhagen steht seine Ankunft erst am 21. Mai zu erwarten, da er außer Paris auch noch London besuchen wird. Sein Oheim, Prinz Johann, der einstweilen die Regentschaft führt, hat den verfassungsmäßigen Eid geleistet und die Kammer-Session ist geschlossen worden.

New-York, 22. April. Ein Vorschlag wegen Vermittlung in den Angelegenheiten Mexikos, der beim Senat eingebracht worden ist, ist bis auf die nächste Session verschoben worden.

Neueres.

Berlin, 25. April. Die „Nordd. Allg. Ztg." sagt: die Rede des Ministerpräsidenten bei der Eröffnung des Landtags wird sich nur auf das deutsche Verfassungswerk beziehen; eine Mittheilung der Regierung über die politische Lage bei dieser Gelegenheit steht nicht zu erwarten.

Paris, 25. April. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers meldete der Abgeordnete Jules Favre eine Interpellation über die Luxemburger Angelegenheit an.

Paris, 25. April. Der „Etendard" erklärt: Preußen müsse aus Luxemburg abziehen, wie es auch die Großmächte verlangen. Was das zukünftige Geschick Luxemburgs betreffe, so sei Frankreichs Uneigennützigkeit dabei eine vollständige.

Kopenhagen, 2[illegible]. April. In unterrichteten Kreisen wird versichert, daß die dänische Regierung keinerlei militärische Maßregeln getroffen habe.

Konstantinopel, 24. April. Das Journal „La Turquie" erklärt die Angaben der „Liberté" in Betreff des Zustandes der Dinge auf Kandia und in Epirus für unbegründet.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	59 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$52^1/_8$—53 G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$48^1/_4$—$^3/_4$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	$38^1/_2$ G.
„	$4^1/_2$pCt.	$33^1/_4$ G.
Preussen	$3^1/_2$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
„	$4^1/_2$pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	$4^1/_2$pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$86^1/_2$—$87^3/_4$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$84^1/_4$ P. $^1/_4$ G.
„	4 pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$84^3/_8$ P. $^1/_4$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^1/_2$pCt. Obl. b. Rothsch.	88 P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4^1/_2$pCt. Obl.	86—$86^1/_2$ G.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4^1/_2$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4^1/_2$pCt. Obl. dto.	$87^1/_4$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	—
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3^1/_2$pCt. Obl.	—
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2^1/_2$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4^1/_2$pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2^1/_2$	—
„	6pCt. ditto r. 1882 „	$72^1/_4$—$72^1/_2$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	120 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	605 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$131^1/_2$—$33^1/_2$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	83 G.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	178 P. 175 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	131 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	100 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$42^1/_2$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	70 P. $69^1/_2$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$107^5/_8$ P. $^3/_8$ G
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	107 P. $106^3/_4$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$99^7/_8$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$105^1/_8$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105[illegible] P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^1/_4$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105^1/_8$ P.
London Lst. 10 k. S.	$118^1/_8$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^7/_8$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^1/_4$ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$87^3/_4$ G.
do. in öst. W. l. S.	$87^1/_4$ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$55^1/_2$—57 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	104 P. 103 G.
„ do. v. 1864	$61^3/_4$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	91—92 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	$49^3/_4$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	—
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 25 do.	$37^1/_4$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	66 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs. Loose	—
Mailänder 45 Frs. [illegible] b. R.	—
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 26. April. Schon gestern Abend in der Effektensocietät hoben sich auf verschiedene friedliche Gerüchte die Course der Spekulationseffekten. Die Besserung, die sich bei Creditaktien z. B. bis auf 139 belief, konnte jedoch nicht behauptet werden und man schloß zu herabgesetzten Coursen, die jedoch immer noch höher, als die Mittagscourse waren. Heute eröffnete man zu etwas niedrigeren Coursen. Die Tendenz der Börse war eine im Ganzen festere, unter dem Eindruck besserer Berliner Course und vager Friedensgerüchte. Die Einberufung der französischen Reserven machte keinen Eindruck. Das Geschäft war wegen des israelitischen Feiertags weniger lebhaft.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 117-18. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 29. April 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 26. April. Se. Majestät der König hat die erledigte prot. Pfarrstelle zu Sippersfeld, Dek. Winnweiler, dem bisherigen Pfarrer zu Hochspeyer, Dek. Kaiserslautern, Joh. H. Hager, die erledigte prot. Pfarrstelle zu Gönnheim, Dek. Dürkheim, dem bisherigen Pfarrer zu Vorderweidenthal, Dek. Bergzabern, G. Zimmermann, verliehen; die kath. Stadtpfarrei Amberg dem Priester Mich. Helmberger, Inspektor des Studienseminars St. Emmeran in Regensburg, übertragen.

Vom k. Staatsministerium der Justiz wurde als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Vilsbiburg der Bezirksg.-Accessist E. Ehrlich zu Landshut aufgestellt.

Se. Maj. der König hat dem Hauptmann im k. württemb. Generalquartiermeisterstabe, Fr. Frhrn. Pergler v. Perglas, das Ritterkreuz 1. Klasse des Verdienstordens vom h. Michael verliehen; dem Polizeioffizianten bei der k. Polizeidirektion München, Fr. Schnitzlein, das goldene, und dem Polizei-Bezirkskommissär J. Kerscher in München das silberne Ehrenzeichen des Civilverdienstordens verliehen; zu funktionirenden Offizianten der k. Polizeidirektion München die Funktionäre bei gedachter Polizeidirektion: M. Trattner von Biburg, J. Zeitler von Kirchenbingarten, J. Braun von Dimpfl, dann den Gend.-Brigadier G. M. Gehret von Karlberg ernannt; den Revierförster Fr. Keller in Seestetten auf sein Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen und treuen Dienstleistung, in Quiescenz treten lassen, und an dessen Stelle gleichzeitig den Revierförster Fr. Wessenschneid in Duschelberg, seiner Bitte willfahrend, auf das Revier Seestetten, Forstamts Passau, in gleicher Diensteseigenschaft versetzt.

München, 25. April. Die in verschiedenen Blättern enthaltene Mittheilung, der Gesetzgebungsausschuß der Kammer der Abgeordneten werde sich demnächst mit dem von der persönlichen Verhaftung handelnden vierundvierzigsten Hauptstücke des Entwurfes der Civilprozeßordnung beschäftigen, und es sei dieses Hauptstück im Staatsministerium der Justiz vollständig umgearbeitet worden, beruht auf einem Irrthume. Der Gesetzgebungs-Ausschuß wird nämlich morgen erst mit der Berathung des vierzigsten Hauptstückes beginnen, hat also, ehe er an die Schuldhaft kommt, nicht nur dieses Hauptstück, sondern auch noch die Hauptstücke 41, 42 und 43, von denen das letztere allein, das von der Zwangsversteigerung unbeweglicher Güter handelt, 90 Artikel umfaßt, zu erledigen. Von einer im Staatsministerium der Justiz erfolgten Umarbeitung des vierundvierzigsten Hauptstückes ist wenigstens bis jetzt nichts bekannt geworden. Dagegen ist daselbst allerdings das zweiundvierzigste Hauptstück, das von dem Beschlage auf ausstehende Forderungen handelt, umgearbeitet worden. (Bayer. Ztg.)

München, 26. April. Das Cultus-Ministerialblatt Nr. 9 enthält neben sonstigen Mittheilungen eine Entschließung des k. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten vom 19. d. M. über die bei Bewerbung um Stipendien für protestantische Candidaten der Theologie aus der Pfalz zu beobachtenden Vorschriften, dann eine Entschließung desselben k. Staatsministeriums vom 23. d. M., inhaltlich deren — gleichwie von den Pensionsbezügen der dienstuntauglichen Schullehrer aus der gesetzlichen Kreisvereinscassa, ebenso auch von den Alimentationen der älteren, vor dem Entstehen der gesetzlichen Kreisvereine quiescirten Schullehrer bei deren Ableben die für den Sterbe- und den Sterbenachmonat treffenden Raten ausbezahlt werden dürfen.

München, 27. April. Se. Maj. der König haben allerhöchst genehmigt, daß die Zahl der Polizeibezirke der k. Haupt- und Residenzstadt München diesseits der Isar um zwei, sohin im Ganzen von 12 auf 14, und die Zahl der funktionirenden Offizianten der k. Polizei-Direktion München um vier vermehrt werde. (B. Z.)

** **München,** 26. April. Unterm Heutigen nahm der Gesetzgebungsausschuß seine Sitzungen wieder auf und trat, da er bereits in der letzten Sitzung sich schlüssig gemacht hatte, das XL. Hauptstück nicht zu streichen, in die Berathung der einzelnen Artikel ein. Zunächst wurden im Art. 868 die Worte „Bodenerzeugnisse aller Art" als möglicher Weise zu weit gehend gestrichen und die Pfändung blos auf Früchte im juristischen Sinn beschränkt. Sodann wurden die Art. 868 — 874, welche die Bestimmungen über die Pfändung von Früchten auf der Wurzel enthalten, im Wesentlichen unter Abstrich des Art. 871 nach dem Entwurfe mit den vom kgl. Ministerialkommissär eingebrachten Aenderungsvorschlägen seitens des Ausschusses angenommen. Darauf wurde zur Berathung und Beschlußfassung des XLI. Hauptstückes über die Einweisung in die Bewirthschaftung und Benutzung von Liegenschaften geschritten. Zunächst wurde Art. 875, dem Antrage des Referenten entsprechend, als überflüssig gestrichen. Art. 876 und 877 enthalten die Bestimmungen über das Gesuch zur Einweisung und nahm der Ausschuß den Art. 876 in der Fassung des Referates unter Abstrich des Art. 877 an. Die Art. 878 — 880 regeln die Grundsätze über die Aufstellung eines Verwalters, der Ausschuß trat dem Entwurfe mit den Abänderungen des Referenten bei. Die Art. 881 — 884 stellen die Wirkung der Immission fest und nahm auch diese Artikel der Ausschuß unter Abstrich des Art. 881 nach dem Entwurfe mit den Vorschlägen des Referenten und den neuen Vorschlägen des kgl. Ministerialkommissärs an. Zu Art. 885 lag eine neue Fassung des k. Ministerialkommissärs vor, wonach die Anschließung nur den Gläubigern, welche ein vollstreckbares Urtheil oder Urkunde besessen, zustehen soll, während nach Abs. 2, entsprechend den bisherigen Beschlüssen, die Anschließung entweder als durch die Intervention oder durch Hauptklage zu erfolgen hat. Der Ausschuß billigte diese Fassung und nahm den Art. 886 nach dem Entwurfe mit einem Zusatze, daß die Vorzugsrechte und die Rangordnung dieselbe seien, wie bei der Veräußerung von Immobilien, und Art. 887 in einer neuen Fassung des k. Ministerialkommissärs, welche das Verfahren über, sich bei der Rechnungsstellung ergebende, Streitigkeiten regelt, an. Sodann wurde Art. 888 nach dem Antrage des Referenten gestrichen, und da das Hauptstück beendigt war, die Sitzung damit geschlossen.

Feuilleton.

Vermischtes.

H **München,** 26. April. Heute Vormittag hielt der Verein von Lehrern an bayer. Studienanstalten seine zweite Sitzung. Sorgel aus Erlangen und Friedlein aus Ansbach heben den beklagenswerthen Uebelstand hervor, der zur Zeit besonders auf den protestantischen Lehrern lastet, daß das Vorrücken der Studienlehrer so äußerst spät erfolgt, denn bei den älteren Professoren treten selten Pensionirungen ein, weil kaum ein Amtsgehalt dem Lehrer mit seiner Familie einen ausreichenden Unterhalt gewährt, geschweige denn ein Pensionsgehalt. Dieser Uebelstand bringt auch der Schule den größten Nachtheil. Das Lehrerkollegium der Studienanstalt Erlangen schlug daher vor, die jetzt bestehende Trennung des Gymnasiums von der Lateinschule aufzuheben und höheren Gehalt und Rang von der persönlichen Tüchtigkeit abhängig zu machen, nicht von der Klasse, an welcher der Einzelne lehrt. Die Individualität des Lehrers werde bei dem bisherigen Verfahren nicht berücksichtigt. Mancher Lehrer eigne sich besser für eine untere Klasse; wenn er aber nicht in's Gymnasium vorrücke, sei ihm höherer Gehalt und Titel verschlossen, daher müsse jeder Lehrer — nicht immer zum Vortheil der Schule — das Bestreben haben, eine höhere Klasse zu erhalten. Man solle keinen förmlichen Uebertritt in's Gymnasium verlangen, sondern eine andere Möglichkeit schaffen, daß der Lehrer höheren Rang und Gehalt zu einer Zeit empfange, wo er sich noch aufrecht erhalten kann und die Kraft noch nicht verloren hat, die ihm vom Staate gestellte Aufgabe zu erfüllen. Diesen letzten Umstand hebt auch Linsmayer aus München hervor, welcher in beredten und warmen Worten das bestehende Mißverhältniß schildert und seine eigenen Ansichten über die Abhülfe zum Ausdruck bringt. In Bezug auf die erwähnte bestehende Trennung zwischen Gymnasium und Lateinschule weist Hoffmann aus Zweibrücken auf den an vielen Anstalten in Bayern herrschenden Brauch hin, daß die Lehrer des Gymnasiums und die der Lateinschule allzuhäufig gesonderte Konferenzen halten, so daß die Lehrer der einen Hälfte

** München, 27. April. Sicherem Vernehmen nach ist das bereits erwähnte Enthebungsgesuch des Generalmajors und Brigadiers Herzog Ludwig in Bayern bereits genehmigt und Se. k. Hoh. zum Generalmajor extra statum, doch ohne Gagenbezüge, ernannt worden. — Herr Justizminister v. Bomhard hat sich nicht veranlaßt gesehen, ein Enthebungsgesuch einzureichen: als sicher aber kann ich Ihnen zur Bestätigung meines Telegramms mittheilen, daß dessen Enthebung nun von Sr. Maj. dem König beschlossen und Hr. v. Bomhard bereits hievon in Kenntniß gesetzt wurde. Herr v. Bomhard wird Staatsrath im ordentlichen Dienste bleiben, wogegen der hochbejahrte Staatsrath v. Schilcher, seinem Ansuchen entsprechend, in Quiescenz tritt.

= München, 27. April. Der Urheber jener Zeitungsente, nach welcher Bayern sich vertragsmäßig dem norddeutschen Bunde angeschlossen hätte, vermeint sich bei der sofort erfolgten offiziellen Dementirung nicht beruhigen zu können und den Eindruck der öffentlichen Abfertigung, welche er für seine Leichtfertigkeit verschiedenseitig erfahren mußte, durch einen phrasenreichen und orakulös gehaltenen Artikel in Nr. 113 der „Donauzeitung" verwischen zu können. Den sehr eingewickelten Kern der neuerlichen Kundgabe bildet der Satz, der König habe den Vertrag zu unterzeichnen sich geweigert, in allen übrigen Punkten müsse er seine Nachricht aufrecht erhalten. Es leuchtet ein, daß der Vorwurf grenzenlos leichtfertiger Verbreitung einer unwahren Nachricht in seiner Berechtigung nichts verlöre, wenn diese neue Behauptung richtig wäre, denn die kgl. Sanktion ist bekanntlich in einem internationalen Vertrage keine Nebensache: ein dieser Sanktion entbehrender Vertrag ist eben kein Vertrag. An einer Quelle, die mindestens ebenso sicher ist, als die, aus welcher jener Correspondent zu schöpfen sich jeder Zeit den Anschein gibt, haben wir erfahren, daß der Anschluß Bayerns an den norddeutschen Bund noch gar nicht Gegenstand förmlicher internationaler Verhandlungen gewesen ist. Wir wollen nicht annehmen, daß der fragliche Correspondent die Nachricht persönlich erdichtet habe: wahrscheinlicher ist es, daß er der Dupe einer Mystifikation gewesen ist, wozu die Emsigkeit, womit er wichtige Nachrichten aller Orten einzuheimsen pflegt und seine oft bewährte Leichtgläubigkeit allerdings in Versuchung führen konnte. Er thäte im Interesse seines publizistischen Rufes besser, aus solchen Erfahrungen den Nutzen einer größeren Behutsamkeit zu ziehen, als an dem fruchtlosen Versuche der Aufrechthaltung einer fälschlichen Insinuation sich abzumühen.

Stuttgart, 25. April. Der „Staatsanzeiger für Württemberg" bringt folgenden Bericht über eine gestern hier abgehaltene Versammlung der liberalen Partei: Die liberale Partei hatte sich bereits am 24. September vor. Js. ausgesprochen, daß es nach der politischen Abtrennung Oesterreichs Aufgabe des Volkes sei, die deutsch-nationale Idee möglichst zu erhalten und an der politischen Einigung Nord- und Süddeutschlands festzuhalten, weil eine Trennung Deutschlands in einen nord- und süddeutschen Bund unhaltbar wäre, daß es aber nach der damaligen politischen Lage, weil ein sofortiger Anschluß Süddeutschlands an den norddeutschen Bund durch die bestimmte Weigerung der preußischen Regierung, das ganze Deutschland mit Anschluß Deutschösterreichs in einen Bundesstaat unter seiner Führung zu vereinigen, ebenso wie durch die Unklarheit über die Verfassung und Entwicklung des norddeutschen Bundes unmöglich gemacht sei, zunächst Aufgabe Preußens und des norddeutschen Bundes, vor allem ihrer Volksvertretungen, sei, die Hindernisse zu beseitigen, welche der Vereinigung Süddeutschlands mit Norddeutschland auf freisinnigen Grundlagen im Wege stehen. Nachdem nunmehr die Verfassung des norddeutschen Bundes festgestellt und in dem Schlußartikel derselben der Beitritt der süddeutschen Staaten vorbehalten worden ist, erklärte gestern Abend eine sehr zahlreiche Versammlung dieser Partei im Anschluß an obige Beschlüsse einstimmig: 1) die unverzügliche nationale Einigung von Nord- und Süddeutschland betrachten wir, im Hinblick zumal auf die politische Lage der Gegenwart, im Interesse des Gesammtvaterlandes nicht weniger, als im Interesse der einzelnen süddeutschen Staaten dringend geboten. 2) Eine befriedigende Lösung dieser Aufgabe ist nur möglich durch die Theilnahme der süddeutschen Staaten an den Einrichtungen des norddeutschen Bundes für die gemeinsamen Angelegenheiten, insbesondere bedingt durch die Theilnahme derselben an dem Bundesrath und Reichstag. Die für die süddeutschen Staaten nach ihren besonderen Verhältnissen wünschenswerthen Modifikationen der norddeutschen Bundesverfassung sind durch Staatsverträge unter Vorbehalt ständischer Zustimmung festzustellen. 3) Die süddeutschen Staaten haben unter Festhaltung der Einigung mit dem norddeutschen Bunde und unter Wahrung ihres konstitutionellen Lebens die nothwendigen Aenderungen in dem Heerwesen ohne weiteren Verzug zur Ausführung zu bringen. Die Regierungen, wie die Bevölkerungen derselben können sich den Opfern nicht entziehen, welche zu Erreichung ihrer Einigung mit dem Norden Deutschlands unerläßlich sind.

Darmstadt. Der Finanzausschuß der 2. hess. Kammer hat in seiner Mehrheit beantragt, für das Jahr 1866 die für Gesandtschaften geforderten 60,000 fl. zu verwilligen, dagegen pro 1867 und 1868 bloß 12,000 fl. für die Gesandtschaft in Berlin und 2000 fl. für die Konsulate auszuwerfen, an den Höfen außer Berlin keine ständigen Gesandtschaften zu unterhalten und die privatmäßig berechtigten Gesandten mit ihren etwaigen Ansprüchen an den Pensionsfonds zu verweisen. Jedoch sollen 20,000 fl. für die Bestreitung der Auslagen für nicht ständige Gesandtschaften, vorbehaltlich des Nachweises der Art der Verwendung, gebilligt werden.

Berlin, 25. April. Graf Bismarck ist gestern Abend hieher zurückgekehrt und heute Morgen von Sr. Majestät dem Könige empfangen worden. Die diplomatischen Besprechungen mit den vermittelnden Mächten werden nun wohl alsbald beginnen. Preußen wird, wie wir vernehmen, keineswegs die „Prüfung" seines Besatzungsrechtes in Luxemburg unbedingt verweigern, aber es wird niemals einwilligen, dasselbe, das ihm wiederholt durch europäisch anerkannte Verträge von 1815—1819, und keineswegs bloß durch die deutsche Bundesakte zuerkannt und bestätigt sei, ohne ausreichenden Ersatz, insbesondere nicht ohne Bürgschaften gegen eine demnächstige Occupation durch Frankreich, aufzugeben. Die Neutralisirung des Großherzogthums und völlige Desarmirung der Festung unter bestimmter Garantie der Mächte dürfte hier zur Sprache kommen, und sie dürfte, wie in unterrichteten Kreisen geglaubt wird, preußischerseits nicht zurückgewiesen werden. Aber man zweifelt, daß Frankreich sich einer solchen Wendung unterwerfen würde. Vielleicht würde Frankreich sich bescheiden, wenn ein solcher Neutralisirungs-Vorschlag von allen drei Mächten gemeinsam vertreten würde, aber schwerlich, so lange nur eine einzelne Macht, wie etwa England, den Vorschlag vertritt. Es handelt sich in Luxemburg nicht um eine ganz vereinzelte Frage, sondern um ein 1815 vertragsmäßig festgestelltes zusammenhangendes „Defensiv-System" von wesentlich europäischem Charakter. Die französische Presse, auch die offiziöse, fängt neuerdings an, das preußische Besatzungsrecht in Mainz mit dem in Luxemburg auf gleiche Linie zu stellen. Sie abstrahirt von dem Unterschiede, daß Preußen für Mainz sein Besatzungsrecht zugleich auf neue Verträge mit dem Großherzoge von Hessen gründet, indem sie die Zuläßigkeit eines solchen

---

der Anstalt über die Vorgänge der anderen Hälfte in Unwissenheit bleiben, während doch Gymnasium und lateinische Schule ein organisch verbundenes Ganzes bilden. Die Versammlung beauftragte den Vorsitzenden, den vom Erlanger Kollegium angeregten und in der Sitzung besprochenen Uebelstand zur Kenntniß der k. Staatsregierung zu bringen und dieselbe um Abhülfe zu ersuchen. Ein auf der Tagesordnung stehender Antrag, daß das bestehende Klassenlehrersystem in entsprechender Weise modifizirt werde, wurde, weil durch die jüngst hierüber erlassene Verordnung des Kultusministeriums gegenstandslos geworden, zurückgezogen. Bezüglich des Turnunterrichts wurde Folgendes ausgesprochen: Beim Turnen an Geräthen sind Vorturner zu verwenden, für deren Heranbildung der Turnlehrer zu sorgen hat. Den Turnunterricht soll ein Mitglied des Lehrerkollegiums aus pädagogischen Gründen ertheilen. An den drei Landesuniversitäten soll den Studirenden der Philosophie und Mathematik Gelegenheit geboten werden, sich auch auf den Beruf eines Turnlehrers vorbereiten zu können. Daß sich manche Schüler dem Turnen gegenüber gleichgiltig verhalten, läßt sich nicht läugnen. Diese Gleichgiltigkeit wird aber bestehen, so lange es überhaupt Schüler gibt, die auch gegenüber anderer Unterrichtsgegenstände sich gleichgiltig verhalten. Es ist zu beklagen, daß manche Aerzte den Turnunterricht nicht fördern. Das Turnen soll dem Exerziren nicht Platz machen, da die körperliche Tüchtigkeit und Gewandtheit eine der Grundbedingungen der Wehrhaftigkeit bildet. — Schreiber aus Ansbach hatte den Antrag gestellt, daß der naturwissenschaftliche Unterricht in den Kreis der Lehrgegenstände der lateinischen Schule aufgenommen und denselben in drei unteren Klassen je eine Stunde wöchentlich eingeräumt werde. In Abwesenheit des Antragstellers begründete Zeis aus Landshut den Antrag und hob u. A. hervor, daß der Charakter der humanistischen Gymnasien dadurch nicht geändert werden solle. Die Versammlung beschloß, an die Staatsregierung durch den Vorsitzenden die Bitte zu stellen, daß der naturwissenschaftliche Unterricht angebahnt und so weit und sobald als möglich eingeführt werde. Zum nächstjährigen Versammlungsort wurde Nürnberg bestimmt. Als 1. Vorstand wurde La Roche, als 2. Vorstand Karr, als Kassier Fesenmair — sämmtlich Professoren in München — gewählt. — Mit einem dreimaligen Hoch auf Se. Maj. den König schloß die zweite und letzte Sitzung.

Vertrages nach der Auflösung des Deutschen Bundes bestreitet. Sie behauptet, daß durch die Ereignisse von 1866 mit der deutschen Bundesverfassung zugleich die ganze europäische Rechtsbasis des deutschen Defensiv-Systems von 1815 zerstört sei, auf welcher allein die vertragsmäßige Erwerbung eines preußischen Besatzungsrechtes in einem unabhängigen Staate an der Grenze Frankreichs möglich gewesen sei, ohne eine Beleidigung gegen dieses zu sein. Hier offenbart sich die gefährlichste Seite der französischen Forderungen. Es gewinnt hiernach allerdings den Anschein, daß Luxemburg nur Nr. 1 auf dem französischen Forderungszettel ist. Für den Fall wäre natürlich der Krieg ganz unvermeidlich. Allein — noch ist das nicht offiziell ausgesprochen, und es wird doch für die vermittelnden Mächte nicht unmöglich sein, auch in dieses Dunkel einiges Licht zu bringen. Viel, vielleicht das Meiste dürfte für die Erhaltung des Friedens davon abhangen, ob die vermittelnden Mächte im Interesse des Friedens ernstliche Garantieen übernehmen wollen. Anderenfalls möchten die Friedenshoffnungen wohl mit jedem Tage mehr zusammenschwinden. Inzwischen soll noch immer die beabsichtigte Reise unseres Königs nach Paris nicht völlig aufgegeben sein. Angesichts der anscheinend gesteigerten französischen Rüstungen würde sie freilich vor einer freundlichen Erklärung über diese kaum noch zur Ausführung kommen können. (K. Z.)

Die offiziöse „Correspondance de Berlin" weist die Beschuldigung, daß Graf Bismarck durch ein machiavellistisches Manöver Frankreich in die unangenehme Lage versetzt habe, entweder wegen Luxemburg einen Krieg zu beginnen oder einen unliebsamen Rückzug anzutreten, auf das Entschiedenste zurück. Die Verhandlungen über die Cession des Großherzogthums seien zwischen der holländischen und französischen Regierung allein, und, wie Hr. v. Moustier selbst zugestanden, auf eine Initiative der ersteren hin geführt, und das Berliner Cabinet weder von der einen noch von der andern Seite befragt worden — ein Vorgehen, das um so auffallender gewesen, als man im Haag noch nicht habe vergessen können, daß am 24. Juni 1866 in Berlin auf die Anfrage, wie es sich von nun an nach der erfolgten Auflösung des deutschen Bundes mit der preußischen Garnison in der Festung Luxemburg verhalten werde, in bestimmter Weise geantwortet worden sei, Preußen werde die Festung nicht mehr als Bundesfestung, sondern auf Grund der besonderen, 1816 mit Holland abgeschlossenen und 1819 ratifizirten internationalen Verträge besetzt halten. Ebensowenig sei man im Haag darüber im Ungewissen gewesen, daß die Agnatenrechte des herzogl. nassauischen Hauses auf Preußen übergegangen seien. Habe Frankreich sich trotzdem auf Unterhandlungen eingelassen, so müsse es auch die Folgen tragen.

Kiel, 26. April. Die „Kieler Zeitung" enthält ein Ausschreiben, wonach in den Herzogthümern die diesjährige Aushebung, welche sonst im Juni stattfindet, bereits am 10. Mai beginnen wird. Die Militärpflichtigen der Jahrgänge 1842 bis 1846 sind vorgeladen.

Wien, 24. April. Bezüglich der politischen Lage gibt man hier so ziemlich jede Hoffnung auf Erhaltung des Friedens auf. Ueber die einstweilige Haltung unserer Regierung waltet kein Zweifel. Die Neutralität wird so lange, als nur irgend möglich, aufrecht gehalten und im gebieterischen Momente eine den Interessen der Monarchie angemessene Stellung genommen werden. Der gestern hier angekommene französische Botschafter, Herzog v. Gramont, hatte bereits mehrere Unterredungen mit Herrn v. Beust, und wie verlautet, soll er von Seite des französischen Kaisers unserer Regierung sehr verlockende Anträge mitgebracht haben. Bis jetzt sollen sowohl diesen, als den von Preußen gemachten Anerbietungen ausweichende Antworten ertheilt worden sein. Aufsehen macht hier übrigens allgemein die gestrige Aeußerung der offiziösen „Wiener Abendpost", nämlich, „daß, wenn beide Theile sich bezüglich ihrer Offerten in so bescheidenen Grenzen hielten, man über die fernere Neutralität Oesterreich's vollkommen beruhigt sein könnte". Das klingt beinahe so, als wollte man sagen, das Bündniß Oesterreich's wird dem Meistbietenden zugeschlagen. Man darf jedoch der Sache keine besondere Wichtigkeit beilegen, denn die Artikel der „Wiener Abendpost" sind, wenn sie nicht eine besondere auffallende Form haben, nicht immer als Ausflüsse der Regierung anzusehen. — Unsere inneren Angelegenheiten werden durch die großen europäischen Tagesfragen sehr in den Hintergrund gedrängt, und man kann sich hier sogar der Besorgniß nicht entschlagen, daß diese äußeren Verwickelungen hemmend in den Gang unserer staatlichen Neugestaltung eingreifen könnten. Man spricht bereits davon, daß die Königskrönung in Ungarn aufgeschoben werden würde, was aber sehr zu bezweifeln ist, da man an höchster Stelle dieselbe unter jeder Bedingung in Vollzug zu bringen wünscht. Eher könnte eine plötzliche Unterbrechung des Friedens auf den zisleithanischen Reichsrath nachtheilig einwirken. Der Zusammentritt würde zwar schwerlich vertagt werden, wohl aber dürften die Regierungsvorlagen von anderer Beschaffenheit sein, als sie bis jetzt im Antrage sind. — In Ungarn macht die Neugestaltung der Aemter große Fortschritte. Die höheren Beamten und Obergespane werden fast alle aus dem Deak'schen Lager genommen. Der Umstand, daß der königliche Erlaß, welcher den Bischof Haynald zum Erzbischof von Kalocsa ernennt, von dem ungarischen Kultusminister gegengezeichnet wurde, hat bei unseren Klerikalen eine große Aufregung hervorgebracht. Sie sehen hierin einen thatsächlichen Eingriff in das Konkordat. — Die Ernennung von neuen zisleithanischen Pairs, etwa zwei Dutzend an Zahl, wird noch im Laufe dieses Monats erwartet. — Herr Zang, der vormalige Eigenthümer der „Presse", soll soeben den Orden der eisernen Krone dritter Klasse erhalten haben. Bestätigt sich diese Nachricht, so würde sie dem Gerüchte, daß die „Presse" für Rechnung der Regierung angekauft wurde, einen neuen Halt geben. (N. C.)

Wien, 26. April. Die „Wien. Ztg." veröffentlicht ein kaiserliches Befehlsschreiben, welches das Institut der ungarischen adeligen Leibgarde herstellt. General Graf Haller ist zum Capitän dieser Leibgarde ernannt. (A. Z.)

Aus **Krakau,** 25. April, wird der Wiener „Pr." telegraphirt: Am gestrigen und heutigen Pferdemarkt in Rzeszow wurden von Preußen große Einkäufe gemacht.

Paris, 25. April. (Sitzung des gesetzgebenden Körpers.) Die heutige Sitzung des gesetzgebenden Körpers war äußerst belebt. Obgleich man im voraus wußte, daß die Regierung keine Mittheilung machen werde, so war der Saal doch überfüllt. Nach Eröffnung der Sitzung erhält Jules Favre das Wort. Derselbe sagt: Ich habe die Ehre, ein Interpellationsgesuch bezüglich der luxemburger Angelegenheit einzureichen. Ich kann dasselbe nicht begründen, aber Jeder wird begreifen, daß, Angesichts der Angst, die im Lande herrscht, diese Interpellationen nothwendig sind. (Lärm verschiedener Art.) Präsident Schneider: Es ist überflüssig, daß Sie Ihre Interpellationen mit Commentaren begleiten. Jules Favre: Ich mache deren keine, Herr Präsident. Belmontet: Um welchen Luxembourg handelt es sich? Jules Favre: Wenn irgend Jemand in diesem Saale einen Witz über die luxemburger Frage zu machen sich erkühnt, so überlasse ich ihm die Verantwortlichkeit dafür vor dem Lande. Präsident Schneider: Ich habe nicht gehört, daß man einen Witz gemacht; ich würde es eben so wenig erlaubt haben, als Herr Jules Favre. (Sehr gut! sehr gut!) Es herrscht große Aufregung Man bemerkt, daß Rouher längere Zeit mit dem Präsidenten Schneider spricht. Die Sitzung wurde geschlossen, ohne daß der Tag für die nächste Sitzung bestimmt worden wäre. Die Bureaux haben also Muße, sich Favre's Gesuch zu überlegen.

Paris, 25. April. Der „Constitutionnel"-Artikel von heute Morgen, welcher aus dem Cabinette des Kaisers auf die Redaktion gesandt worden sein soll, wird hier allgemein als ein Ultimatum betrachtet, und nach den Artikeln der „France", des „Etendard" und der „Patrie" zu urtheilen, wäre die Frage jetzt einfach: „Räumung des Großherzogthums Luxemburg durch die Preußen oder Krieg." Was den Ausgang der Verhandlungen betrifft, so muß zugegeben werden, daß eine kriegerische Wendung wahrscheinlicher geworden; allein man ginge viel zu weit, wollte man schon jetzt den Stab über die Erhaltung des Friedens brechen. Es sind so wichtige Interessen im Spiele für die, welche handelnd aufzutreten berufen sind, wie für jene Mächte, welche sich noch damit trösten, daß sie bloß Zuschauer bleiben dürften, daß man wohl Ursache hat, sich Alles genau zu überlegen. Aus England wird telegraphirt, Lord Loftus habe aus seinen Unterhaltungen mit Herrn v. Thile und aus den Aeußerungen des gestern nach Berlin zurückgekehrten Minister-Präsidenten die Ueberzeugung geschöpft, daß noch nicht alle Hoffnung auf Erhaltung des Friedens aufgegeben werden dürfe. — Nachschrift. Graf v. d. Goltz soll seit gestern mehr Hoffnung für den Frieden aussprechen. (K. Z.)

Florenz, 18. April. Die langen Verhandlungen des Prozesses gegen den Admiral Persano sind vor einigen Tagen beendet worden. Die letzten Zeugen wurden in der achten Sitzung vernommen. Das Wesentlichste der gegen den Admiral vorgebrachten Anschuldigungen faßte sich im Folgenden kurz zusammen. Am 27. Juni habe der Admiral den Fehler begangen, die österreichische Flotte nicht anzugreifen, obgleich zu dieser Zeit der Sieg den Italienern gesichert gewesen wäre; denn Letztere vermochten damals 25 gut ausgerüstete Schiffe, wovon 11 Panzerschiffe, aufzustellen, während der Feind einestheils eine eben so große Anzahl von Schiffen nicht in das Gefecht zu führen hatte und anderntheils nur über fünf Panzerschiffe verfügen konnte. Bis zum 16. Juli habe Admiral Persano gar keinen Versuch gemacht, den Feind aus seiner Stellung zu locken. Er habe sich vielmehr darauf beschränkt, Kreuz- und Querfahrten zu machen, die ganz zwecklos erschienen. Als der Minister sich nach Ankona begeben, wo ein Kriegsrath abgehalten worden, habe der Admiral Einwendungen gegen einen Angriff auf Lissa erhoben. Als er

sich aber endlich für den Angriff entschieden, so habe er nicht einmal, diejenigen Offiziere um Rath befragt, welche Lissa genau kannten. Am 20. Juli sei die italienische Flotte zerstreut gewesen und vollständig ohne Instruktion vom Admiral geblieben. Hr. Persano sei ferner vom Bord des „Re-d'Italia" an Bord des „Affondatore" gegangen, was nicht allein gegen die Segelordnung, sondern in einem Augenblick geschehen, wo der Feind nahte. Durch diesen Umstand sei der „Re-d'Italia" verloren gegangen. Ueberdies habe der Admiral in einem Augenblicke, wo sich eine günstige Gelegenheit zu einem Stoß auf den „Kaiser" (österreichisches Schiff) dargeboten, anstatt nach Links zu wenden, ein Manöver zur Rechten ausführen lassen. Die Entlastungszeugen erklärten dagegen, daß der italienischen Flotte gute Artilleristen gefehlt, und daß auch diese nur in zu geringer Anzahl vorhanden gewesen. Der Admiral, der sich von diesem Uebelstand überzeugt gehabt, hätte bereits in Tarent seine Demission gegeben. Nur auf besonderes Bitten habe er das Commando behalten, und alle Anstrengungen, wenn auch nur vergebliche, gemacht, um die Lücken auszufüllen. Verschiedene Schiffs-Commandanten hätten den Fehler begangen, die vom Admiral empfangenen Befehle nicht zur rechten Zeit auszuführen. Wenn am 20. Juli der „Affondatore" in dem Augenblicke, wo er auf den „Kaiser" stoßen konnte, ausgewichen sei, so sei dies einerseits deshalb geschehen, weil das italienische Schiff kein Panzerschiff gewesen und anderntheils, weil noch zwei feindliche Fregatten gleichzeitig auf den „Affondatore" losrückten. In der Sitzung vom 11. April hielt Hr. Marvasi, der Substitut des General-Prokurators, in seinem Schlußantrage die Anklage aufrecht, daß Hr. Persano in seiner Pflicht und seiner Aufgabe gefehlt habe und schloß mit den Worten: „Meine Herren Senatoren, sprechen Sie das Schuldig über den Angeklagten aus; die Strafe der Amtsentsetzung, die über ihn verhängt ist, hat an und für sich keine Bedeutung; aber sie gewinnt dadurch eine hohe Wichtigkeit, daß sie von dem ersten Staatskörper und gegen einen der ersten Beamten ausgesprochen wird. Für ihn ist die größte Strafe, daß er den Unglückstag, den er verursachte, überlebt hat, aber seine Verurtheilung wird ein heilsames Beispiel geben. Verurtheilen Sie ihn." Am folgenden Freitag sprach ein Marine-Offizier, Hr. Claresana, einige Worte zu Gunsten des Admirals, um „ein Zeichen der Achtung Dem zu geben, der die italienische Flotte kommandirte." Hr. Giacosa hielt sodann eine Vertheidigungs-Rede für den Admiral, worin er die Vorwürfe, die man demselben wegen Nachlässigkeit, Unerfahrenheit und Ungehorsam mache, zurückzuweisen versuchte. Man wolle dem Admiral vorwerfen, daß er ohne Plan gehandelt; man täusche sich jedoch darin. Er habe seinen Plan gehabt, und zwar den, scheinbar auf Venedig loszugehen, um den Feind hervorzulocken und ihn sodann zu schlagen. Dadurch werde das Kreuzen der Flotte und ihre Evolutionen erklärlich, gegen die man so viel einzuwenden habe. Allerdings habe der Admiral seinen Plan Niemand mitgetheilt, aber dies sei nicht zu verwundern, da man wisse, daß die Veröffentlichung von Plänen im Allgemeinen die Leitung von Streitmassen unmöglich mache. — Das Gericht erklärte bekanntlich den Admiral als des Ungehorsams, der Unerfahrenheit und der Nachlässigkeit für schuldig und verurtheilte ihn zum Verluste seiner Charge und zu den Prozeßkosten.

Belgrad, 23. April. Heute sind serbische Truppen nach Semendria und Fetislan abgerückt, um an Stelle der abziehenden Türken daselbst Garnison zu halten. (T. N. d. N. C.)

New-York, 22. April. Der russische Vertrag, dessen Text die Zeitungen jetzt vollständig mittheilen, spricht die Cession von ganz russisch Amerika und den anliegenden Inseln aus, mit der Bedingung, daß den Einwohnern für drei Jahre die Wahl bleibt, ob sie nach Rußland zurückkehren oder Bürger der vereinigten Staaten werden wollen. Für die Kirchen des griechischen Kultus ist der Vorbehalt getroffen, daß sie den Bekennern desselben, so lange sie darauf Anspruch machen, zum Gottesdienste überlassen bleiben. Die Kaufsumme wird jetzt auf 10,000,000 Doll., 7,200,000 Gold, angegeben. — Der Senat hat durch eine Resolution Abschrift von der Correspondenz verlangt, die zwischen der diesseitigen Regierung und den kriegführenden Parteien in Mexiko in Betreff der Behandlung von Kriegsgefangenen ausgewechselt worden ist. Der amerikanische Konsul in Havannah hat gegen die Anwerbungen, die dort für den kaiserlich mexikanischen Kriegsdienst gemacht werden, als eine Verletzung der Neutralität protestirt. 200 Mann wurden, nach den in Washington vorliegenden Berichten, in Cuba angeworben.

Der fünfte Candidat für den Wiener Gesandtschaftsposten, Mr. Stockton, hat das Schicksal der ihm vorhergehenden getheilt und ist vom Senate nicht bestätigt worden.

Die Legislatur von Wiskonsin hat durch eine Bill sämmtliche Frauen, die das gesetzmäßige Alter erreicht haben, zur Wahl berechtigt erklärt und die gesetzgebende Versammlung des Staates Jersey den Negern das Stimmrecht abgesprochen.

In Albany und Hartford trugen die Demokraten in den Munizipalwahlen den Sieg davon.

Neueres.

Berlin, 27. April. Ein Pariser Korrespondent der „Kreuz-Ztg." bestätigt, Frankreich verzichte auf eine Gebietserweiterung und stimmt der Schleifung Luxemburgs zu. Die „Nordd. Allg. Ztg." sagt: In der Ruhe, mit welcher die preußische Politik bisher der Entwicklung der Luxemburger Frage entgegengesehen, liegt von vornherein ein Pfand, daß eine Phase, welche der „Constitutionnel"-Artikel signalisirt, preußischerseits keine Schwierigkeiten finden wird. Nichts ist unsererseits militärisch geschehen, was dem jenseitigen Nachbar Befürchtungen böte, um so lieber acceptiren wir des „Constitutionnels" Versicherungen, daß auch Frankreich den Krieg zu vermeiden wünscht. Die Hoffnung auf einen friedlichen Ausgleich scheint laut der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" wieder Boden zu gewinnen.

Berlin, 27. April. Die „Kreuzztg." sagt: Die Aeußerungen der Großmächte über die Luxemburger Frage sind hier eingetroffen, und sämmtlich gehen sie dahin, daß der europäische Friede womöglich erhalten werden müsse; dadurch, daß die Frage nunmehr einen europäischen Charakter bekommen hat, sind die Friedensaussichten allerdings stärker geworden. Früheren Andeutungen entgegen, welche darauf schließen ließen, daß der Ministerpräsident den Landtag eröffnen und lediglich die Bundesverfassung als Gegenstand der Berathung bezeichnen werde, heißt es jetzt in der „Nordd. Allg. Ztg.", die Landtagseröffnung dürfte durch den König selbst erfolgen; selbstverständlich würde die Eröffnungsrede nun auch eine andere Form erhalten.

Hamburg, 27. April. Sehr gut unterrichtete Berliner Telegramme melden: Günstige Nachrichten für Preußen aus Süddeutschland werden bestätigt. Würtembergs Wendung zu Preußen wirkte auf Bayern zurück, was in Paris Eindruck macht.

Wien, 27. April. Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht eine Circularverordnung des Kaisers, die neue Beförderungsvorschrift für die Generäle, Stabs- und Oberoffiziere, dann auch für die Offiziersaspiranten der Landarmee betreffend. Der Vortrag des Armee-Oberkommandanten, Erzherzogs Albrecht, motivirt die Vorschrift mit der Nothwendigkeit, ein dem täglich wachsenden Fortschritte der Wissenschaft entsprechendes Offizierkorps zu gewinnen, und mit dem Bedürfnisse, anerkannt bewährte Offiziere rascher und noch bei jüngerem Lebensalter in höhere Chargen emporzubringen.

Haag, 27. April. Der Regierungspräsident Tornaco von Luxemburg ist zur Conferenz mit dem König und dem Prinzen Heinrich hier eingetroffen, weshalb auch der König seinen Aufenthalt in Amsterdam abkürzt.

Paris, 27. April. Gestern Abend auf den Boulevards stieg Rente zu 66,70, auf das Gerücht, daß Preußen Luxemburg räumen werde. — Man glaubt, daß die Abtheilungen des gesetzgebenden Körpers die Interpellationsforderung J. Favres wegen Luxemburgs nicht zulassen werden. — Die „Standarte" sagt, ein Brief der Königin Viktoria an den König von Preußen dränge mit Nachdruck darauf, daß der König Europa die Leiden eines Krieges erspare, in welchem England nothwendig eine absolute und die übertriebenen Ansprüche Preußens mißbilligende Neutralität bewahren werde (?). — Der „Temps" zeigt an, daß zahlreiche in Paris wohnende Deutsche ein Manifest an ihre Landsleute unterzeichnen, um dieselben einzuladen, sich den im „Temps" veröffentlichten Friedenskundgebungen anzuschließen. Der „Temps" fügt bei, die öffentliche Meinung in Deutschland könne diese Absichten nur wirksam dann unterstützen, wenn sie sich für die Räumung Luxemburgs von Seiten Preußens ausspreche. (!)

Madrid, 26. April. Es wurde für die bei den Revolten im Jänner und Juni 1866 kompromittirten Soldaten und Unteroffiziere eine Amnestie erlassen; für die Annahme der Amnestie wurde ein dreißigtägiger Termin bewilligt.

London, 27. April. Sicherem Vernehmen nach wird der amerikanische Senat den Vertrag mit Rußland bezüglich des Verkaufs der russisch-amerikanischen Besitzungen für sieben Millionen Dollars ratifiziren. An Zahlungsstatt cedirt Amerika die Schiffe seiner Flotte, welche sich jetzt im Mittelmeer befindet, an Rußland.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 119. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 30. April 1867.

An die ...atsbibliothek München.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung"** kann für die Monate **Mai** und **Juni** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 28. April. Se. Majestät der König hat dem Professor der 3. Gymnasialklasse an der Studienanstalt in Landshut, J. E. Schuster, dessen Bitte entsprechend, für immer bewilligt und demselben hiebei die allerhöchste Zufriedenheit mit seiner vieljährigen treuen und eifrigen Dienstleistung ausgesprochen.

Die kath. Pfarrei Münchham, k. Bezirksamts Pfarrkirchen, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 1144 fl. 7½ kr. erledigt.

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 28. April. Seine Maj. der König hat dem Feldwebel H. Koch von der Garn.-Compagnie Nymphenburg für ehrenvoll zurückgelegte 50jähr. Dienstzeit die Ehrenmünze des Ludwigordens verliehen; die vormaligen Bataillonsärzte auf Kriegsdauer Dr. A. Heim und Dr. H. Baumann zu Bataillonsärzten in prov. Eigenschaft, Ersteren im 15., Letzteren im 13. Inf.-Reg. ernannt; dem Unterlient. D. Ruhwandl vom 16. Inf.-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; den temporär pens. Hauptmann Fr. Seekirchner bleibend im Ruhestand belassen; dem vormaligen Unterlieutenant auf Kriegsdauer A. Grafen v. Arco-Valley den Charakter als Unterlieutenant à la suite und dem pens. vormaligen Hauptmann H. Schmitt den Charakter als Hauptmann à la suite verliehen; dem Bataillonsarzt Dr. J. Hoffmann vom 6. Inf.-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; den temp. pens. Unterlient. J. v. Suckau bleibend im Ruhestande belassen; den Major Fr. Frhrn. v. Esebeck vom 2. Kür.-Reg. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; das Dienstestauschgesuch der Unterlieutenants A. Bentele vom 16. und Fr. Albrecht vom 12. Inf.-Reg. genehmigt; dem Unterlient. C. Frhrn. v. Bethmann vom 4. Chev.-Reg. die nachgesuchte Enthebung von der Charge bewilligt.

Mainz, 27. April. Der Chef des Generalstabs der preußischen Armee, Generallieutenant v. Moltke, ist zu einer umfassenden Inspektion der Festung in ihrem ganzen Bestande hier eingetroffen. Erstere hat bereits heute begonnen und wird von den kleinsten Details der Equipirung der Mannschaften der Besatzung bis zum vollkommensten Vertheidigungsbestande der Festung vom artilleristischen und strategischen Gesichtspunkte aus stattfinden. Es ist zu diesem Zwecke probeweise eine vollständige Armirung einiger Stellen der inneren und äußeren Vertheidigungslinien erfolgt, wie auch einige auf den Fall einer plötzlichen Allarmirung berechnete Truppenbewegungen vorbereitet sind. Auch auf das Proviantirungs- und Verpflegswesen wird sich die Inspektion ausdehnen. Die in Folge dieser Anordnungen nöthig gewordenen Vorbereitungen haben die Gerüchte, welche die Spannung der Lage ohnedies leicht erzeugt, bis zu Ungeheuerlichkeiten, wie z. B. der der Erhöhung der Besatzung auf 30,000 Mann ꝛc. gesteigert. Wenn auch, wie von unterrichteter Seite verlautet, die Besatzung von dem dermaligen niederen Bestande auf die Stärke, welche sie zu den Zeiten des Bundestags stets und selbst im tiefsten Frieden hatte, nämlich 11—12.000 Mann, gebracht werden wird, so ist dieses doch für jetzt noch kein Zeichen, daß der Platz in vollständig kriegerische Verfassung gesetzt werden soll. Es genügt, daran zu erinnern, daß die Besatzungen der Festungen im Kriege die Landwehr zu stellen hat, und daß bis jetzt nicht das Mindeste zur Annahme des Aufrufs derselben berechtigt. Daß alle Eventualitäten ins Auge gefaßt sind, ist indessen selbstverständlich. — Eisenbahn-Reisende sprachen von dem gestern erfolgten Einrücken einer französischen Besatzung in Weißenburg, welches aus dieser Veranlassung geflaggt gewesen wäre. (Fr. J.)

Berlin, 25. April. Die Vermählungsfeier des Grafen von Flandern mit der Prinzessin von Hohenzollern hat heute Nachmittags programmmäßig stattgefunden.

Berlin, 27. April. Garnier-Pagès ist gestern Abends hier eingetroffen. Er proponirt einen internationalen Friedenskongreß aller Liberalen Europa's zu Brüssel.

Wien, 26. April. Ein Zeichen der erregten Stimmung sind die zahlreichen und grundlosen Gerüchte, welche die Stadt durchlaufen und oft auf so willkürlichen Combinationen beruhen, daß sie höchstens als Ausdruck der Hoffnungen oder der Befürchtungen in gewissen Kreisen gelten können. In diese Kategorie gehört die Ausstreuung, daß nach der vorgestern erfolgten Rückkehr des Herzogs v. Gramont aus Paris auf seinen hiesigen Posten die Allianz zwischen Oesterreich und Frankreich gestern abgeschlossen, Herr v. Beust in Folge dessen von der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zurückgetreten und Fürst Richard Metternich, der Anwalt des österreichisch-französischen Bündnisses, an seine Stelle getreten sei. Andere behaupten, man habe den Grafen Bismarck vorgestern mit dem Warschauer Zuge Oppeln passiren gesehen, und ziehen daraus die wunderliche Folgerung, daß er persönlich ein Schutz- und Trutzbündniß mit Rußland abzuschließen eile. Kaum weniger unbegründet sind die vielfachen Versionen, welche hier noch immer über die Sendung des Grafen Tauffkirchen verbreitet werden. Diesen gegenüber kann aus zuverlässiger Quelle versichert werden, daß der bayerische Ministerialrath hier durchaus keine förmlichen Negociationen geführt hat, sondern nur beauftragt war, sich von der Stimmung Oesterreichs gegenüber dem Norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten für den Kriegsfall zu unterrichten. Demgemäß sind denn mit ihm auch keinerlei Propositionen und Gegenpropositionen verhandelt oder gar feste Abmachungen getroffen, ihm vielmehr nur ganz im Allgemeinen einige Wünsche Oesterreichs ausgedrückt und für den Kriegsfall mehr oder weniger bestimmte Zusicherungen gegeben worden. Er hat die Stimmung in den hiesigen maßgebenden Kreisen zwar vorherrschend deutsch und bereit, eventuell für die Interessen Deutschlands mit einzustehen, aber auch den lebhaften Wunsch vorgefunden, daß es Oesterreich gestattet werde, wenigstens vorläufig noch in der strengsten Neutralität zu verharren und sich, so lange noch eine Hoffnung auf

Feuilleton.

Vermischtes.

Aus Süddeutschland. Das neue französische Infanteriegeschütz, welches zunächst mit dem Nimbus des Geheimnisses umhüllt wird, um dann mit um so größerem dramatischen Effekt in Scene gesetzt zu werden, kann durch seine Feuerwirkung schwerlich als ein sehr wichtiges Kriegsinstrument erscheinen. Das Rohrkaliber dieses kleinen Geschützes, welches einestheils den Wallbüchsen, Espignolen und Amüsetten, anderntheils den modernen Magazinsgewehren verwandt ist, soll 50 Millimeter betragen, wonach sich zwar annehmen läßt, daß mit Langgeschossen dieses Durchmessers, welche je nach Construktion und Material etwa 1 bis 2 Kilogramm wiegen mögen, ein präciser Schuß auf sehr große Distanzen erreicht werden kann. Anderntheils aber ist die eigenthümliche Kraft der Artilleriegeschosse, welche in der Wirkung ihrer Fragmente und Füllung besteht, von einem so leichten Projektil ebensowenig zu erwarten, als irgendeine ausgiebige Kartätschwirkung durch ein so kleines Geschütz erreicht werden kann. Nur durch eine ganz ungewöhnliche Steigerung des Schnellfeuers kann bei einem solchen Instrument eine gewissermaßen artilleristische Wirkung unter Umständen hervorgebracht werden, und eine solche Steigerung scheint in der That durch einen mechanischen Apparat ermöglicht zu sein, der mittelst einer Kurbel getrieben wird und sowohl das Laden als das Abfeuern bewirkt. Hiezu gehört aber eine große Munitionsmenge, welche besondere Transportmittel bedingt, vorausgesetzt, daß die einzelne Patrone wirklich das für erhebliche Massenwirkung erforderliche Gewicht besitze. Nach allem dem kann die neue französische Construktion entweder nicht so ungewöhnlich wirksam oder nicht so einfach und leicht anwendbar sein, als man sich im französischen Publikum vorzustellen scheint. In Preußen ist man bekanntlich von dem ausgedehnteren Gebrauche der sogenannten Amüsetten abgekommen. (A. Z.)

Nach einem Berichte des englischen Konsuls Moore zählte Jerusalem am Schlusse des vorigen Jahres 18,000 Einwohner, nämlich 5000 Mohamedaner, 9000 Juden und 4000 Christen aller

Abwendung des Krieges bleibt, auf Friedensvermittlungen zu beschränken. Die Behauptung des Pesther Lloyd, Graf Taufkirchen habe die Aufgabe gehabt, die Zustimmung Oesterreichs zu dem Eintritte Bayerns in den Norddeutschen Bund einzuholen, ist ganz aus der Luft gegriffen. Hier hofft man noch immer, daß der auf gänzliche Neutralisirung Luxemburgs gerichtete Vermittlungsvorschlag Oesterreichs, Englands und Rußlands zuletzt doch in Berlin ein geneigtes Ohr finden werde. Man will sogar wissen, daß die Reise der Großfürstin Olga diesem Vermittlungsplane nicht fremd sei, und behauptet, es habe sich in den letzten Tagen in Berlin eine weniger schroffe Stimmung bemerklich gemacht. Daß fast ganz Europa dem preußischen Cabinette den Rath gibt, sich zur Räumung Luxemburgs zu entschließen, scheint in Berlin nicht ohne Eindruck geblieben zu sein. Wenn ein hiesiges Blatt heute behauptet: „Ganz Deutschland billigt, daß Preußen die französische Forderung verwirft, und zeigt sich bereit, für diese Sache mit Gut und Blut einzustehen," so scheint diese Aufstellung doch sehr übertrieben zu sein, und man wäre versucht, zu glauben, daß man es hier mit der allerdings in Wien existirenden Partei zu thun hat, welche Preußen schadenfroh in den Krieg hineinhetzen möchte, wenn nicht dasselbe Blatt einige Zeilen später die warnenden Worte ausriefe: „Wer auch aus diesem kolossalen Kampfe als Sieger hervorgeht, man glaube nicht, daß er die Früchte dieses Sieges genießen wird. Dieser Krieg wird Elemente entfesseln, die kein Napoleon und kein Bismarck wieder zu bannen im Stande sein wird." — Der auf den Ruf des Herrn v. Beust so eben hier angelangte österreichische Gesandte am holländischen Hofe, Feldmarschall-Lieutenant Frhr. v. Langenau, soll berichtet haben, der König von Holland sei selbst in großer Bestürzung über die unerwarteten Folgen, die aus seinem, wie er glaubte, ganz harmlosen Handel hervorgegangen seien, und er erkläre sich bereit, sein Möglichstes zur Abwendung des für ganz Europa und speziell auch für ihn so gefährlichen Krieges beizutragen. (Köln. Ztg.)

Brüssel, 26. April. Eine eben von Berlin hier eingelaufene Depesche zeigt an, daß Preußen in einen Friedenskongreß eingewilligt, den Leopold II. im Einverständniß mit Napoleon III. proponirt haben soll. Die Börse begrüßte diese Friedenskunde mit einer freudigen Hausse. Ob sie sich nicht zu sehr geeilt, wird sich nächster Tage zeigen. Jedenfalls hat die Entscheidungsstunde geschlagen. Krieg oder Frieden! die inhaltsschwere Frage muß sich innerhalb 8 Tagen entscheiden. Schon signalisirt man von Arlon aus bedeutende Truppenbewegungen an der westlichen Grenze Frankreichs und in den französischen Ardennen. Die Eisenbahn befördert unaufhörlich Züge von Artillerie und Munition aus dem Inneren und aus dem Süden Frankreichs. Die französische Grenzbevölkerung zeigt nichts weniger als kriegerischen Enthusiasmus. — Am 1. Mai ist Galavorstellung im königl. Theater de la **Monnaie**. — Nächsten Dienstag tritt die zweite Kammer wieder zusammen. (Fr. J.)

Paris, 27. April. Wie von einem Alpdrucke befreit fühlt man sich, seitdem es wenigstens gewiß ist, daß gegründete Friedens-Hoffnungen vorhanden sind. Man begegnet nur fröhlichen Gesichtern, denn es gibt kaum einen intelligenten Menschen, der den Krieg zwischen Frankreich und Preußen nicht von Grund seines Herzens aus verdammt. Rouher hat sich vorsichtig ausgesprochen und bloß angedeutet, daß die Unterhandlungen zu Gunsten der Erhaltung des Friedens fortdauern. Aber was ich sonst erfahre, bestätigt die guten Nachrichten, die ich Ihnen gestern mitzutheilen die Gelegenheit hatte. Englands Auftreten hat einen tiefen Eindruck in Berlin gemacht und die Wirkung gehabt, daß Graf Bismarck seine gemäßigten Ansichten mit größerem Nachdrucke geltend zu machen vermochte. Er hat gleich bei seiner ersten Unterhaltung mit den Gesandten der drei vermittelnden Mächte, und insbesondere in seinem Gespräche mit Lord Loftus, den guten Erfolg der englischen Bemühungen in Aussicht gestellt. Die englische Depesche enthält die letzten Anträge Frankreichs, und sie theilt dieselben in einer Weise mit, aus der unzweideutig hervorgeht, daß Englands Regierung diese Anträge billigt. Frankreich verlangt, daß Preußen „im Prinzip" in die Räumung der Festung Luxemburg willigt, und es erklärt seinerseits, auf jeden territorialen Anspruch zu verzichten. So wie diese beiden Grundlagen der Verständigung angenommen sind, soll in London eine Conferenz zusammentreten, welche die Modalität der zu treffenden Vereinbarung feststellt. Man glaubt allgemein, daß die Neutralisirung des Großherzogthums das Ergebniß dieser Berathungen sein werde. Die Conferenzen werden jedenfalls erst beginnen, nachdem man, wie gesagt, sich über die oben erwähnten Grundlagen wird geeinigt haben. Aber auch diese Conferenz wird nicht das letzte Wort der Thätigkeit der europäischen Diplomatie sein, und man zählt mit Sicherheit auf eine Zusammenkunft der Fürsten, deren diplomatische Wirksamkeit eine weitergehende zu sein verspricht. Man ist hier mit der Haltung Rußlands in der luxemburger Frage sehr zufrieden, und man versichert mir, daß die eigenhändige Einladung des Kaisers an den Czaaren, auf die man in Petersburg wartet, im Laufe der nächsten Woche abgehen soll. Der König von Preußen und der Czaar werden zusammen hieher kommen; doch wird der Besuch erst nach der Badekur des Czaaren in Kissingen, also nicht vor Ende Mai oder Mitte Juni, Statt finden. Die Vorsicht befiehlt, nicht vorzeitig schon an die Beseitigung aller Schwierigkeiten zu glauben; aber so viel darf jedenfalls als gewiß gelten, daß sowohl in Paris als in Berlin der ernste Wille gezeigt wird, diese Schwierigkeiten zu überwinden und Europa das Unheil eines so fürchterlichen Krieges zu ersparen. — Die von den in Paris anwesenden Deutschen aufgesetzte Friedens-Adresse, welche an die Mitglieder des preußischen und auch anderer deutschen Landtage gesandt werden soll, findet in der hiesigen deutschen Gemeinde sehr guten Anklang. (K. Z.)

Der „Temps" veröffentlicht nachstehende Adresse, welche die internationale Arbeiterassociation in **Paris** als Antwort auf eine Adresse von Berliner Arbeitern erlassen hat: „Berliner Arbeiter! Mit Freuden haben wir Euren Friedensgruß entgegengenommen. Wie Ihr, wollen wir nur Frieden und Freiheit. Als Bürger lieben wir allerdings unser Mutterland, aber wenn der Geist der Vergangenheit die Vorurtheile zu verewigen sucht, wenn die Anbeter der Gewalt den Nationalhaß neu erwecken wollen, dann, Arbeiter, dürfen wir nie vergessen, daß die Arbeit, die uns Alle solidarisch verbindet, sich nur durch Frieden und Freiheit entwickeln kann. Es handelt sich nicht darum, mit den Waffen die Nationalität eines Fetzen Landes zu entscheiden, sondern unsere Bemühungen zu einigen, damit daselbst die Billigkeit herrsche. Haben wir nicht genug gegen die Ursachen des Elends und der Leiden, gegen unverdientes Unglück anzukämpfen, ohne mit eigenen Händen auch noch zu zerstören und zu

---

Konfessionen. Der bedeutendste Industriezweig ist die Seifenfabrikation und die Anfertigung der sog. Jerusalemer Waaren, Crucifixe, Rosenkränze und dergleichen, die aus Perlmutter und Olivenholz hergestellt und hauptsächlich an die jährlich in der Zahl von 6—8000 nach der heiligen Stadt wallfahrenden Pilger verkauft werden. Der Export besteht in Olivenöl und Getreide; die Viehzucht erstreckt sich auf Pferde, Kameele, Esel, Maulthiere, Schafe und Ziegen; Rindvieh ist nur schwach vertreten. Die salomonischen Teiche und die alte Wasserleitung läßt der Gouverneur Izzet Pascha wieder herstellen, um die Stadt mit Wasser zu versehen. Mit Europa ist Jerusalem durch zwei Telegraphenlinien, über Beirut und über Alexandria, verbunden. (Köln. Ztg.)

Petersburg, 22. April. Ueber den berüchtigten Salz- und Eisendiebstahl liegen jetzt so zahlreiche und so eigenthümliche Details vor, daß derselbe gewiß eine der causes célèbres unserer jungen Gerichte zu werden verspricht. Piquant ist namentlich, daß der Präsident der Finanzverwaltung, bevor er den Posten in Nischnei-Nowgorod erhielt, bereits von zwei anderen Stellen wegen Unterschleifs entfernt und — befördert wurde, nicht minder der Umstand, daß er eigentlich blos die zukünftigen Elementarereignisse zu stark „escomptirt" hätte; es wird nämlich den jährlichen Ueberschwemmungen der Salzmagazine ein gewisses Defizit in den Vorräthen zugeschrieben; dieses hatte nun der gute Mann auf einige Jahre im voraus veräußert und war er dabei so weit gegangen, daß endlich keine Vorräthe mehr vorhanden waren. Ob auch die 70,000 Pud Eisen weggeschwemmt oder vom Wasser geschmolzen werden sollten, das ist noch unbekannt. Als lokaler Zug verdient noch erwähnt zu werden, daß man die Mitschuldigen des Präsidenten sofort verhaftete, diesen selbst aber vier Wochen frei herumgehen ließ, bis der von hier gesandte Untersuchungsrichter eintraf, so daß es jenem Herrn, welcher außer seiner Amtswohnung noch zwei Häuser und in jedem derselben eine Maitresse hatte, möglich war, dreißig Wagen, mit Effekten beladen, wegzuschicken. Uebrigens war der Angeklagte auch in geistiger Hinsicht ein Epikuräer und besaß eine sehr gewählte Bibliothek.

In New-Orleans hat der Direktor des dortigen deutschen Theaters, Ostermann, den Redakteur der deutschen Zeitung, Georg Förster, im Duell erschossen oder wenigstens tödtlich verwundet. Veranlassung war eine Schauspielerin Namens Fehringer.

Der Zoologische Garten in Moskau ist dem Aussterben nahe. Der letzte Winter hat eine förmliche Verheerung unter den Zwei- und Vierfüßlern angerichtet; selbst die Schlangen sind gestorben. Völlig munter auf den Beinen befindet sich nur noch das Nashorn. Die Hauptschuld der Sterblichkeit unter den Thieren trägt wohl die schlechte und unzureichende Nahrung, die nicht sowohl ein Fehler der verwaltenden Oekonomie, als der Verwahrlosung von Seiten des sehr wenig zuverlässigen Dienstpersonals ist.

Digitized by Google

verwüsten, indem wir das Land unbebaut, die Maschine unthätig lassen? Sieger oder Besiegte, werden wir immer die Opfer sein. Arbeit ist die Pflicht und das Recht, ist das Gesetz des modernen Menschen. Der Krieg zwischen Völkern kann nur als ein Bürgerkrieg, als ein Rückschritt der Civilisation betrachtet werden. Arbeiter Deutschlands oder Frankreichs! wir haben wahrlich nicht zu viel an Kraft und Energie, um uns Angesichts der Arbeit und des Austausches zu organisiren. Wir wollen Frieden und Freiheit! Frieden, um zu erzeugen und umzutauschen; Freiheit, um zwischen uns immer innigere friedlichere Beziehungen herzustellen, denn in dem Maße, als wir uns besser kennen, werden wir uns höher schätzen. Berliner und deutsche Brüder! Im Namen der allgemeinen Solidarität, welche die internationale Association anruft, tauschen wir mit Euch den Friedensgruß, der auf's Neue den unlöslichen Bund der Arbeiter kitten soll. Für die Pariser Kommission: Tolain, Fribourg, Varlin."

Florenz, 25. April. Für Provenienzen aus Dalmatien wurde wegen der Cholera eine siebentägige Quarantaine angeordnet. — Ueber einen mit Zustimmung Ratazzi's gestellten Antrag Ricasoli's hat die Kammer eine neue Untersuchungskommission eingesetzt, um die ausnahmsweisen Verhältnisse in der Provinz Palermo und die Mittel zur Abhilfe zu studiren. — Die „Gazetta di Firenze" dementirt in der entschiedensten Weise, daß der Finanzminister die Absicht habe, die Ausgabe von Münzscheinen in der Gestalt von Assignaten zu beantragen. — Der König von Griechenland ist in Messina eingetroffen.

Kopenhagen, 25. April. Bezüglich der vom „Memorial Diplomatique" über die dänische Neutralität und die Abstimmung in Schleswig gebrachten Nachrichten, glaubt die „Berlingske Tidende" aus zuverlässiger Quelle zu wissen, daß keine solche Hinwendung preußischerseits an die dänische Regierung Statt gefunden habe. Eben so dementirt die „Berlingske Tidende" das Telegramm deutscher und französischer Blätter über dänische Rüstungen zur See.

Stockholm, 17. April. Verschiedene kleinere Kriegsschiffe so wie zwei Panzer-Corvetten sind in der Ausrüstung begriffen. Später werden auch vier schwedisch-norwegische Monitors so wie die übrigen schwedisch-norwegischen Panzerschiffe ausgerüstet werden, um theils in der Nordsee, theils in der Ostsee zu manövriren. (H. B.-H.)

Beide Reichstags-Kammern sind darüber einig geworden, dem in New-York lebenden schwedischen Erfinder des Monitors, Erikson, in Anerkennung seiner Verdienste eine Dank-Adresse zu übersenden. Die Erste Kammer hat den Vorschlag in Betreff der Mündigkeitserklärung der Frauenzimmer im 25. Jahre verworfen.

Das Uebungslager auf dem Powonskower Felde bei **Warschau** wird auch in diesem Sommer abgehalten werden. Die Truppen, welche dasselbe bilden sollen, haben bereits Marschordre erhalten und sollen spätestens bis Mitte künftigen Monats hier versammelt sein. In offiziellen Kreisen will man wissen, daß der Kaiser Ende Mai oder Anfangs Juni zur Inspicirung der im Uebungslager zusammengezogenen Truppen in Warschau eintreffen wird. Wenigstens werden die Hausbesitzer von der Polizei unter dem Vorgeben, daß der Kaiser kommen werde, schon angehalten, ihre Häuser abputzen zu lassen.

Griechenland. General Kalergis, der, auf seiner diplomatischen Reise nach Washington begriffen, in Paris vom Schlage gerührt wurde und am 11. April nach Athen zurückkehrte, ist am 24. April daselbst gestorben. Er wurde 1800 zu Taganrog geboren und in Petersburg erzogen, studirte in Wien Medizin und eilte, als der griechische Aufstand ausbrach, dem Lande zu Hülfe, dem er zwar nicht durch Geburt, aber durch Abstammung angehörte. Sein Patriotismus war indessen nichts weniger als lauter. Ein Parteigänger der politischen Strömungen, arbeitete er, wenn nicht immer, so doch meist in russischem Interesse. So organisirte er z. B. mit Colokotronis die Handstreiche gegen den neugewählten König Otto 1832 und 1834, desgleichen den Aufstand vom 15. September 1843, der auch gegen den König gerichtet war und in so fern glückte, als letzterer eine Verfassung gewährte. Kalergis ging dann 1844 als „Martyrer" ins Ausland, nach London, wo er mit Louis Napoleon Bekanntschaft machte; 1848 erbot er sich, in Griechenland eine Revolution anzuzetteln, ward damit abgewiesen und lebte dann bis 1853 in Zante, von wo er endlich, als der Krimkrieg im Gange war, nach Athen zurückkehrte, um, trotz des Königs entschiedenster Abneigung wider ihn, Kriegs-Minister zu werden. Im Sommer 1859 ging er als Gesandter nach Paris, wo er auch blieb, obschon inzwischen im Herbste 1862 König Otto entthront worden und der jetzige König Georg an die Spitze des Landes getreten war.

Die projektirte Anleihe ist vollständig gescheitert. Wie über die türkischen, hat auch über die griechischen Finanzen die englische Regierung sich von ihrem diplomatischen Agenten genauen Bericht erstatten lassen. Derselbe lautet nicht minder schlimm, als der erstere.

Athen, 20. April. Der griechisch-österreichische Postvertrag wurde der Kammer vorgelegt. [illegible]

Bukarest, 25. April. Heute wurden der Senat und die Kammer ohne Ceremonie geschlossen. Der Ministerpräsident verlas die Thronrede, welche für die Thätigkeit der Kammern dankt, aber die im Senate verworfene Transferirung des Kassationshofes nach Jassy bedauert.

Konstantinopel, 20. April. Die Mission Nubar Pascha's ist fast ganz gelungen, es walten nur noch wegen des Titels Schwierigkeiten ob. — Der französische Gesandte soll die vorläufige Abtretung Kandias an den Vizekönig von Egypten anrathen, welcher es sodann an Griechenland zu übergeben hätte.

Teheran, 15. März. Persien verlangt die Absetzung des Generalgouverneurs von Bagdad, Namyk Pascha, wegen übler Behandlung persischer Unterthanen.

Frankfurter Börse (22. bis 27. April).

27. April. Seit gestern wehen Friedenslüfte und blähen die erschlafften Segel der Börsenspekulation wieder ein wenig auf, wer weiss, ob sie aber noch illusorischer als die Kriegsfanfaren sind, womit man Anfangs der Woche die Kurse niederschmetterte. Es lagert über ganz Europa eine Gewitterschwüle, die einer Explosion nicht entgehen kann und ohne welche wir keine reine Atmosphäre bekommen. Unser deutsches Vaterland vor Allem hat nur eine Alternative, entweder wir abdiziren für immer auf eine politische Machtstellung in der Weltgeschichte oder wir verfolgen konsequent das Ziel dazu auf dem dazu seit vorigem Jahre betretenen und zur guten Hälfte zurückgelegten Wege.

Die erste Hälfte der Woche stand unter dem Einfluss einer masslosen Panik. Die Verwüstungen des Kurszettels zeigt nachstehende Tabelle:

	20. April.	Niedrigster Kurs.	27. April.
5pCt. engl. Metall. v. 59	56	51 3/4	55
5pCt. National	49 1/2	46 7/8	49 3/8
Steuerfreie Met.	44	40 7/8	43 7/8
1860er Loose	61	55 5/8	61 1/4
1864er Loose	63 1/2	57 1/2	65 1/2
Oesterr. Kreditakten	144	125 1/2	145
Oesterr. Nationalbank	630	586	618
Frankfurter Bank	123 B	120 B	120
4 1/2pCt. Württemberger	91 1/4	86 1/2 B	90 1/2
4pCt. bayerische Loose	93	88	94 1/2
Ludwigshafen-Bexbacher Bahn	142	128 B	134 1/2
Bayerische Ostbahnen	110	106 1/2 B	111 1/4
Amerikaner	75 1/2	71 7/8	74 7/8
Wiener Wechsel	88 3/8	86	89 3/8

Im Verhältniss wurden österr Fonds diesmal weniger von der Panik berührt, als die süddeutschen, wo Rückgänge von 5—6 pCt. vorfielen. Und während die ersteren heute nur wenig niedriger als vor 8 Tagen schliessen, haben letztere an dem Aufschwung nur mässigeren Antheil genommen und bleiben um 1—2 pCt. in Verlust. Die süddeutschen Staaten haben im Kriegsfall vor Allem eine exponirte Lage, und die nothwendigen Reformen ihrer Wehrverfassung verlangen Kosten, welche nur durch neue beträchtliche Anleihen aufgebracht werden können, und für diese, im Andrang des Augenblicks negozirt, wird nicht mehr wie sonst der Finanzminister dem Kapital, sondern das Kapital dem Finanzminister den Kurs diktiren. — Von auswärtigen Fonds 5pCt. Russen auf 79 gewichen, andere nordische Fonds gänzlich vernachlässigt und ohne Umsatz. Eidgenössische fest zu 99 1/2, wir haben jetzt auf dem Kurszettel kein einziges 4 1/2pCt. Effekt, das sich mit diesem im Werthe messen kann. In Amerikanern waren stärkere Schwankungen als seit langer Zeit. Von 75 1/4, wie sie vor 8 Tagen schlossen, stürzten sie am Mittwoch in Folge massenhafter Verkaufsordres bis 71 7/8, erholten sich bis gestern um 1 pCt., gewannen aber heute bei animirtem Geschäft weitere 2 pCt. und schliessen 75. Es erklärt sich dies durch den Umstand, dass Amerikaner in schwerer Zeit noch immer das Papier sind, welches man mit relativ geringem Verlust zu Geld machen kann, und dann immer wieder ein Publikum kommt, um bei bessern Aussichten Anlagen darin zu machen.

Am meisten wurden österr. Kreditaktien hin und her geworfen; vorigen Samstag Mittag wieder bis 145 erholt, ging es bis Mitte der Woche, wo sie mit 125 ihren tiefsten Stand erreichten, jäh bergab, um eben so rasch von neuem zu steigen und zu 145 zu schliessen. Zu dem günstigeren politischen Luftzug kam noch der Beschluss der Generalversammlung, der einen weiteren Rückkauf der Aktien durch die Anstalt selbst in nahe Aussicht stellt und von neuem als ein drohendes Schwert des Damokles über den Häuptern der Contremine schwebt. Dieser Beschluss erscheint namentlich unter den jetzigen Verhältnissen an sich als sachgemäss, indem die Erfahrung zur Genüge erwiesen hat, dass das Institut mit allzu grossem Kapitale arbeitet und dadurch der Versuchung ausgesetzt ist, in zweifelhaften Unternehmungen Beschäftigung zu suchen. Es ist nur zu wünschen, dass dieser Beschluss in loyaler Weise ausgeführt und nicht zu Börsenmanövres ausgebeutet werde. — Von Zettelbankaktien unterlagen österr. Nationalbank ziemlichen Schwankungen. Frankfurt bis 120 offerirt.

Auch unsere hier eingebürgerten E.-B.-Aktien sahen ihre Kurse ansehnlich reduzirt und vereinzelte an den Markt gekommene Posten konnten nur zu schlimmen Bedingungen angebracht werden. Bayer. Ostbahnen, auf 106 geworfen, erholten sich heute bis 111 1/4. Bexbacher im Lauf der Woche zu 128 offerirt, schliessen wieder besser zu 134 1/2. Die Märzausweise der Ostbahnen und der pfälzischen Linien lauten weniger günstig. Auch die Weissenburger, die in den ersten Monaten des Jahres sich durch gute Mehreinnahmen auszeichnete, hatte im März

nur ein geringes Plus von fl. 355. Hessische Ludwigsbahn folgten der Baisse in Berlin und erlitten einen jähen Sturz bis 108, heute waren sie wieder gefragt zu 116 ohne Geber. Sämmtliche Prioritäten flau; namentlich die italienischen Devisen, Livorneser zu 28 nicht anzubringen, Toskaner unverkäuflich.

Obgleich Geld noch abundant, sind doch die Privatdiskontoure zurückhaltender geworden und ist Diskonto nicht viel unter Banksatz anzubringen. Unter dem Eindruck der allgemeinen Niederlage erlitten auch fremde Wechsel bei umfangreichem Verkehr empfindlichen Rückgang, zumal Gold-Devisen, Folge der starken Verkäufe von Amerikanern, Amsterdam wich bis 99⅞, Wien sogar bis 86. Letzteres nahm heute wieder einen sehr prononcirten Aufschwung bis 89⅜. Von Geldsorten 20 Fr.-Stücke und engl. Sovereigns weichend, während preuss. Friedrichsd'ors bis zu 9.58 gefragt waren, auch preuss. Kassenscheine über pari bezahlt.

	23.	27.		23.	27.
5% Oestr. National	47¾	49⅝	4% Darmstädt. do.	90¾ B	—
5% do. Metal. (1859)	53⅜	55	3½% do. do.	—	—
5% do. Lose (1860)	56½	61½	4½% Nassauer do.	88 B	92
— do. do. (1864)	60¾ B	65½	4% do. do.	—	—
Oestr. Kreditl. (58)	100½ B	105	3½% do. do.	—	—
5% Bayer. Obligat.	96½ B	97⅜	4% Kurhess. do.	87½ B	—
4½% do. do.	85½ B	90	3½% Frankf. do.	—	—
4% do. do.	80 B	84¾ B	3% do. do.	—	—
4% do. 100Thl.-L.	91½ B	95	6% Amerik. (1882)	73	75
4½% Würtemb. Obl.	88¾ B	91½	Oestr. Kredit. . .	150	144
3½% do. do.	—	—	Oestr. Nat.-Bank	603 B	618
4½% Badische do.	86 B	90½	Frankfurter do.	123 B	120
4% do. do.	—	—	Bexbacher E.-B.	—	143½
3½% do. do.	—	—	Bayer. Ostbahnen	106	111¼ (Akt.)

Neueres.

Berlin, 28. April. Englands, Oesterreichs und Rußlands einmüthiger Vorschlag auf Räumung der Festung Luxemburg gegen Neutralisirung des Großherzogthums unter Garantie der Großmächte wird von Preußen angenommen. Man hofft auch die Annahme von Seite Frankreichs und dadurch Erhaltung des Friedens.

Wien, 28. April. Die „Debatte" erfährt, daß Oesterreichs Vorschläge vom Berliner Cabinet als Grundlage einer definitiven Verständigung angenommen worden seien. Der Zusammentritt der Londoner Conferenz scheint gesichert.

Bukarest, 27. April. Die Vereinigten Staaten accreditirten den aus Californien hier eingetroffenen Dr. Czapkai als ihren diplomatischen Agenten und Konsul bei der rumänischen Regierung.

St. Petersburg, 27. April. Die „Senats-Zeitung" publizirt strenge Gesetze betreffs aller gesetzwidrigen, geheimen, schädliche Ziele verfolgenden, was immer für Namen habenden Gesellschaften. Da die Brandstiftungen den Charakter aus den Jahren 1862 und 1864 verloren haben, werden nur politische Brandstiftungen der kriegsgerichtlichen Behandlung unterzogen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

(Zum Besten armer Lehrerwaisen.) Schweinfurt, 26. April. Bereits im vorigen Jahre hat die Vorstandschaft des bayerischen Volksschullehrer-Vereins zur Gründung eines Stifts für arme Lehrerwaisen um milde Beiträge öffentlich gebeten, und Dank allen edlen Wohlthätern hat sich bereits eine schöne Summe für diesen Zweck ergeben. Dem ergangenen Aufrufe zufolge hat auch Herr Stadtschreiber Fella zu Arnstein sich erboten, dem Lehrerwaisenstifte von dem Erlöse eines geschriebenen Werkes über Gemeinde- und Stiftungs-Rechnungswesen einen Antheil zufließen zu lassen und so sein Schärflein zur Gründung eines Stiftes für die Hinterbliebenen Derjenigen beizutragen, deren Mühe wir unsere Schulbildung zu verdanken haben. Das Werk ist erschienen mit dem Titel: „Praktische Anleitung zur Behandlung des Etats-, Cassa- und Rechnungswesens der Gemeinden und Stiftungen", im Verlage der Carl Weystein'schen Buchhandlung in Schweinfurt, Preis 2 fl. 12 kr., ausgestattet mit sehr vielen Beispielen, darunter eines vollständigen Grundetats mit Durchschnitts-Berechnungen und Berathungs-Protokoll, eines Etatsvarianten, Schuldentilgungsplanes und einer vollständigen Gemeinderechnung. Dasselbe, nach dem Urtheile Sachkundiger mit vieler Gründlichkeit und Geschäftsgewandtheit bearbeitet, wird den Herren Gemeindeschreibern, Gemeindepflegern rc. in Behandlung des Rechnungswesens ein sehr verlässiger Führer sein, und vermag daher nur mit vollem Rechte dessen Anschaffung empfohlen zu werden. Auch die bei der zu erwartenden neuen Gemeindeordnung etwa möglichen Aenderungen können dieses Werkchen nicht entbehrlich machen, da höchstens der Rubrikenbau, oder sonstige äußere Formen Abänderungen erfahren, keineswegs aber auch die in demselben mit so vieler Geschäftskenntniß behandelten rechnerischen Grundsätze. Möchten doch alle Gemeinde- und Stiftungs-Verwaltungen dieses für sie so nützliche Buch sich anschaffen und so zugleich beitragen zur Vermehrung des Lehrerwaisenfondes und zur recht baldigen Linderung der Noth noch vieler armer Lehrerwaisen. — (Alle verehrlichen Zeitungs-Redaktionen werden ersucht, vorstehendem Artikel zur Förderung des guten Zweckes ihre Spalten zu öffnen.)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
	5pCt. Lomb. dito à 24	—
	5pCt. Engl. Met. v. 1852	61½ G.
	5pCt. Engl. Met. v. 1859	57¼ G.
	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
	5pCt. Nationalanl. v. 1854	60½—60 G.
	5pCt. Metall. Obligat.	—
	[illegible]pCt.	36 G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	96¼ P.
	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	—
	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	91½—91 G.
	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	84¾ P.
	3½pCt. Obl. ½jähr. dto.	84¾ P.
	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
	3½pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	91½—90½ G.
	3½pCt. Obl. dto.	—
Baden	4½pCt. Obl.	90¾—90 G.
	3½pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	
	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	
	3½pCt. Obl. dto.	
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	93 P.
	4 pCt. Obl. dto.	
	3½pCt. Obl. dto.	
Frankfurt	3½pCt. Obl.	
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	
	[illegible]pCt.	
Schweden	4½pCt. Obl. à 100 Thlr.	
N.Amerika	6pCt. à 1000 r. 1881 D. 2½	77¾ P.
	6pCt. dito v. 1882	76½—76¼ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	125½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	624—23 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	154—145½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	85 G.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	186 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	140 P. 139½ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	104½—3½ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	47½ P. 47 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	69¾ P. ½ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42¼ P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	112¾—½ G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	112 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100—⅛ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94¼ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97⅛ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94¼ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88¼ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅜—½ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99⅞ P.
Paris Frs. 200 k. S.	94¼ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	90⅛—89½ G.
do. in öst. W. l. S.	—
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	103 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	63½—64 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	112 P. 109 G.
„ do. v. 1864	66½—64½ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	96—94¾ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	50½ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	52 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 P.
„ fl. 25 do.	37¼ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	68 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. . . b. R.	—
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 29. April. Die heutige Börse war äußerst stürmisch und von den verschiedensten Strömungen beherrscht. Auf die von allen Seiten eingelaufenen günstigen Nachrichten, welche an dem Zustandekommen einer Conferenz kaum mehr zweifeln lassen, eröffnete man in gesuchter Tendenz und zu höheren Coursen als gestern, obwohl die Friedensaussichten gestern schon großentheils eskomptirt waren. Bald aber verflaute man auf schlechtere Berliner und Wiener Course. Mit politischen Ursachen oder Neuigkeiten wußte man diese Flauheit nicht zu begründen. Vorübergehend trat alsdann bessere Stimmung ein, um jedoch schließlich wieder der matteren Tendenz Platz zu machen. Es war ein tolles und wahrscheinlich auch durch nichts Anderes als Börsenmanöver in Berlin und Wien hervorgerufenes Spiel. Creditaktien stiegen z. B. um 8 fl., um dann wieder 3 fl. zu steigen und schließlich wieder 2 fl. zu fallen. Alle fünf Minuten hörte man einen andern Cours. Loose variirten um fast 3 pCt., Amerikaner um 1½ pCt. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 120.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 1. Mai 1867.

Zur Lage.

Im Augenblick, als der Brief Rouhers in der französischen Kammer vorgelesen wurde, zogen lange Reihen von Munitionswagen den Quais entlang am gesetzgebenden Körper vorbei. Diese Nachricht eines Pariser Korrespondenten bezeichnet am treffendsten den gegenwärtigen Stand der Lage zwischen Frankreich und Deutschland. Ein Friedenskongreß soll angenommen sein, aber die Kriegsrüstungen gehen in Frankreich ihren Gang weiter. „Die Armee Norddeutschlands," schreibt die „Nordd. A. Z.", „ist bisher über das gewöhnliche Maß hinaus durch keinen Mann verstärkt worden, in den preußischen Arsenalen ist seit der Luxemburger Frage keine Patrone mehr gefertigt worden, nichts ist geschehen, was unseren Nachbarn jenseits des Rheins zu einer Befürchtung Anlaß geben könnte, die Luxemburger Frage in einer anderen als einer friedlichen Weise entschieden zu sehen, und wenn nicht gerade von Frankreich aus die kriegerischen Gerüchte unterhalten würden, so dürfte die Luxemburger Frage kaum eine solche Aufregung in Europa hervorgebracht haben, als es geschehen ist." Ob freilich Alles gegründet ist, was über die französischen Rüstungen gemeldet wird, muß natürlich dahingestellt bleiben. Immerhin ist aber bemerkenswerth, wie diese Meldungen gerade in den letzten Tagen vor Bekanntwerden der Kongreßnachricht sich häuften. Dabei schien die kriegerische Stimmung innerhalb der französischen Bevölkerung je mehr und mehr an Umfang zu gewinnen. So hat nach der „Köln. Z." der Elsaßer Fabrikant Köchlin ein Gesuch an das Ministerium des Innern und des Krieges gerichtet, um die Erlaubniß zu erhalten, ein Freiwilligenkorps von 500 Mann zu errichten. Ebenso haben zahlreiche Gemeinden jener Gegend ähnliche Gesuche eingereicht, und viele Private erboten sich, 10 bis 25 Freiwillige auf eigene Kosten auszurüsten. Was die Rüstungen betrifft, so sollte am 26. das in Vincennes liegende 19. Artillerieregiment nach Straßburg abgehen, und noch vom 27. wird dem oben genannten Blatt aus Paris geschrieben: „Man ist jetzt mit der Organisation der großen Angriffsarmeen beschäftigt. Es werden 3 Armeen gebildet. Die erste, welche aus 200,000 Mann und der Garde bestehen soll, wird vom Kaiser selbst befehligt werden. Unter ihm kommandiren Bazaine und Mac Mahon; die zweite Armee wird aus 100,000 Mann bestehen, die Canrobert befehligen wird, und die dritte wird den General v. Palikao zum Oberbefehlshaber haben; dieselbe ist für die Landung an der Nordsee bestimmt und wird den Namen Elbarmee führen. Sie soll mit den Dänen und Holländern operiren."

Die Congreßnachricht stammt zunächst noch nicht aus amtlichen, wenn auch aus wohlunterrichteten Quellen. Einstweilen gibt sich das Organ des Berliner Ministeriums des Auswärtigen, die „N. A. Ztg.", „mit Freuden der neuerdings mehr befestigten Hoffnung auf Erhaltung des Friedens hin, denn Preußen-Deutschland, welches Niemanden bedroht, von Niemanden das Aufgeben auch nur des kleinsten Theils seiner faktischen oder rechtlichen Macht fordert, hegt aus sich selbst keine kriegerischen Aspirationen, und seine Politik wird stets von dem Geiste des Friedens beseelt sein, so lange man nur, wie es sich gebührt, auch unserem Staate gegenüber dieselbe Achtung vor dem Recht der bestehenden Zustände bethätigt, welche wir beobachten." Ob die „N. A. Z." überzeugt ist, daß man auch bezüglich der Festung Luxemburg „das Recht der bestehenden Zustände" achtet, sagt sie nicht. Die „Kreuzztg." bestätigt, daß „Preußen auf angemessene Unterhandlungen mit den Großmächten eingehen wird." Tags zuvor hatte sie schon sich dahin geäußert: „Selbstverständlich ist, daß wenn Preußen sich auf Verhandlungen einläßt, es bestimmte Garantien verlangen wird für die Zukunft." Hiemit deutet die „Kreuzz." einen der „delikaten Punkte" an, um die es sich noch vor Zusammentritt des Kongresses handelt, und die auch den Kongreß selbst, wenn er zusammentritt, am meisten beschäftigen werden. Weiß der Congreß jene „bestimmten Garantien für die Zukunft", Garantieen, daß Luxemburg nicht wieder einmal Streitpunkt werde, oder daß für Luxemburg eine andere ähnliche Frage erhoben wird, nicht zu finden, so ist er aussichtslos. Vorbedingung für das Finden von Zukunftsgarantieen wäre die Anerkennung französischerseits, daß das europäische Defensivsystem von 1815 Preußen ein

Feuilleton.

Vermischtes.

Die Warschauer Hochschule soll zu einer vollständigen Universität mit ausgeprägtem panslavistischen Charakter erweitert werden. Sämmtliche gebildeteren slavischen Sprachen, namentlich die russische, polnische, czechische, serbische, kroatische, sollen an der hiesigen Universität ihre Vertreter haben, so daß dieselbe zum Hauptsitz und Mittelpunkt der slavischen Gelehrsamkeit erhoben wird. Als Lehrsprache ist für die meisten Gegenstände die russische in Aussicht genommen, doch soll ihre Einführung nicht auf einmal, sondern allmälig erfolgen. Für die slavischen Stämme der Türkei besteht in Rußland bereits eine Universität mit panslavistischem Charakter, nämlich die neurussische in Odessa, die namentlich von Serben, Bulgaren und Montenegrinern zahlreich besucht wird. Um auch unbemittelten jungen Leuten slavischen Stammes die panslavische Bildung zugänglich zu machen, sind an der neurussischen Universität neuerdings aus russischen Staatsfonds 20 Stipendien, jedes 250 Silberrubel jährlich, gestiftet worden. Die Vorbereitungsanstalt für diese Universität ist das Gymnasium in Nikolajewsk, was ebenfalls reichlich mit Stipendien ausgestattet ist. (Ostseeztg.)

Weimar, 27. April. Die Herren Professoren v. Pettenkofer, Griesinger, Wunderlich und Herr Symon sind seit einigen Tagen hier anwesend zur Vorberathung für die ärztliche Conferenz, welche morgen eröffnet werden wird. Wie wir hören, ist gerade Weimar zur Versammlung von Herrn v. Pettenkofer vorgeschlagen, weil derselbe sich von einer Erforschung des vorjährigen Auftretens der Cholera in Thüringen werthvolle Resultate für das Studium der Krankheit verspricht. Derselbe beabsichtigt dem Vernehmen nach das auf Ersuchen unserer städtischen Behörden abgefaßte Gutachten über das Auftreten der Cholera in Weimar der Prüfung der Versammlung zu unterbreiten. (Weim. Z.)

Wien, 26. April. Dem Vernehmen nach ist die Aufhebung des Tabakmonopols schon für das Jahr 1868 in beiden Reichshälften im Prinzip bereits festgestellt. Dagegen wird eine Steuer auf die Tabakproduktion, auf die Tabakfabrikation und auf den Tabakhandel gelegt werden. (Karlsr. Z.)

Leipzig, 25. April. In Bezug auf die Mittheilung der „Leipziger Nachrichten," daß der Stadt Leipzig ein großer Verlust bevorsteht, weil das Contirungswesen auch andern Städten zu Theil werden solle, geht der „D. A. Z." folgende, diese Angabe als falsch bezeichnende, Mittheilung zu: „Dieses Contirungswesen haben bisher neben Leipzig in gleicher Weise auch Braunschweig und Frankfurt a. M. gehabt und in ähnlicher Weise Berlin. Der einzige Vorzug, den Leipzig vor Berlin bisher genossen, liegt lediglich darin, daß Leipzig die unversteuerten Lager unter eigenem Verschluß hat, während solche sich in Berlin unter Verschluß der Steuerbehörde befinden. Wie man nun daraus, daß andern Städten eine gleiche Bequemlichkeit zu Theil werden soll — worüber aber jedenfalls erst noch Verhandlungen mit Sachsen zu pflegen sein würden — den drohenden Schluß für Leipzig ziehen könne, daß seinem Handel ein großer Verlust drohe, ist uns nicht recht erklärlich. Außerdem dürfte es schwer fallen, große Firmen, die ihren Contrakt gekündigt, namhaft zu machen. Wir sind der Ansicht, daß Leipzigs Handel durch seine allgemein anerkannte Solidität, seine Intelligenz und die ihm zu Gebote stehenden pekuniären Mittel nach wie vor blühen wird."

Recht zur Besatzung von Luxemberg gebe. Die Räumung Luxemburgs, dieser zweite delikate Punkt, ist es ja aber eben, was Frankreich verlangt. Gibt es überhaupt Garantieen, welche Preußen es ermöglichen, vor oder nach dem Congreß die Festung zu räumen? In dieser Frage gipfelt offenbar die Schwierigkeit der Lage. Daß man in Preußen den Punkt wegen der Räumung immer noch als einen sehr delikaten ansieht, geht z. B. daraus hervor, daß den neulichen Ausführungen des „Constitutionnel" gegenüber die „Kreuzztg." neuestens noch sich veranlaßt findet, zu bemerken: „Dieß paßte auch auf Mainz, und wenn man heute auf diesem Fundament von Preußen verlangt, daß es Luxemburg räume, so könnte man nach dieser Theorie später die Räumung auch von Mainz und wer weiß was alles noch sonst verlangen." Und die „N. A. Z." deutet eine weitere Schwierigkeit an, indem sie zu verstehen gibt, daß bei der eigenthümlichen Beschaffenheit Luxemburgs (in die Felsen gehauene Gräben und Kasematten) die Schleifung, welche hiebei als Folge der Räumung gedacht ist, die Stärke und damit die Wichtigkeit des Platzes noch nicht aufheben würde. Es liegt also immerhin die Vermuthung nahe, daß durch den Kongreß nur Zeit gewonnen werden soll. Zunächst käme dieser Gewinn Frankreich zu gut, Preußen muß demnach gute Gründe haben, wenn es auf den Congreß eingeht. Es hat vielleicht u. a. erwogen, daß der Vortheil der Vertagung für Frankreich aufgewogen oder noch überboten würde durch den Vortheil für Deutschland, der darin bestünde, daß Süddeutschland, leider zunächst noch die schwache Seite Deutschlands, die Möglichkeit gewänne, sich, hauptsächlich durch innigen Zusammenschluß mit dem Norden, so erheblich zu verstärken, daß es trotz Bangemachens mit „Kugelspritzen" und andern Erfindungen Frankreich achtunggebietend gegenüberstünde. Möchten unsere Regierungen diese Zeit auf's Eifrigste benützen, möchten die Bevölkerungen nichts versäumen, die Regierungen, wenn sie sich in dieser Richtung willig zeigen, zu unterstützen. Wer für den Frieden arbeiten will, der arbeite dahin, daß Süddeutschland aus einer Lage befreit werde, welche die Angriffslust Frankreichs herausfordert. (Schw. M.)

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 29. April. Se. Majestät der König hat in Rücksicht auf die bei der k. Grundrentenkassa bestehenden Geschäftsverhältnisse den Buchhalter der kgl. Staatsschulden-Tilgungs-Spezialkassa München, Max Frauz, zur k. Grundrentenkasse und den Buchhalter dieser Kasse, A. Meindl, zur k. Staatsschulden-Tilgungs-Spezialkassa München, beide in ihrer seitherigen Diensteseigenschaft, versetzt; dem k. Telegraphen-Ingenieur E. Seifert die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des ihm von dem Kaiser von Oesterreich verliehenen Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens verliehen.

München, 27. April. Nach den neuesten Berichten aus Rom vom 23. d. wird Se. Majestät König Ludwig I. am 1. Mai Rom verlassen und nach dem schönen Perugia gehen, um dort acht Tage zuzubringen, dann aber die Heimreise antreten. (Die Ankunft in München wird bekanntlich am 13. Mai erfolgen. JJ. kk. HH. Prinz Leopold und Herzog Karl Theodor waren am 23. April (Osterdinstag) zu einem achttägigen Ausflug von Rom nach Neapel abgereist. Se. k. Hoh. Prinz Otto benützt den Aufenthalt in Rom zum fleißigen Studium der Alterthümer. Auch Frhr. v. d. Pfordten ist seit der Charwoche von Neapel zu Rom zurück. Um sich einen Begriff von der in Rom bereits herrschenden Wärme zu machen, genügt die Angabe, daß das Thermometer im Zimmer des Giardino di Malta zur Mittagszeit bereits 18⁰ R. zeigt. Auch in Südtyrol, in der Gegend von Meran, steht das Getreide bereits in der Blüthe. — Gutem Vernehmen nach stehen noch mehrere organisatorische Verfügungen in der Armee, Verleihungen von Regimentsinhaberstellen u. s. w. unmittelbar bevor. Das gegenwärtig in Dillingen und Augsburg garnisonirende 3. Chevauxlegers-Regiment Herzog Maximilian wird, wie ich höre, nach München verlegt werden. — Die Blumenausstellung der hiesigen Gärtner im Rathhaussaal ist seit heute Vormittags eröffnet, und gewährt einen großen Genuß durch den Reichthum und die Mannigfaltigkeit des Blumenflors. (A. Z.)

München, 29. April. JJ. kk. HH. der Prinz und die Frau Prinzessin Adalbert werden in einigen Tagen Madrid wieder verlassen. Höchstdieselben begeben sich zum Besuche der Ausstellung nach Paris, und werden von dort unmittelbar nach München zurückkehren und dann das Schloß Nymphenburg für die Sommermonate beziehen. (B. Z.)

München, 29. April. Se. Maj. der König hat zu Regimentsinhabern ernannt: Se. k. H. den Prinzen Ludwig von Bayern des 10. Infanterie-Regiments vacant Albert Pappenheim, und den General-Lieutenant v. Hartmann zu Würzburg des 14. Infanterie-Regiments vacant Zandt. Durch Entschließung vom 20. d. hat Se. Majestät genehmigt, daß auch im laufenden Etatsjahr von jedem Infanterie-Regiment 216 fl., und von jedem Jägerbataillon 90 fl. zu Preisen für besonders gute Leistungen der Mannschaft, vom Feldwebel und Oberjäger abwärts, im Scheibenschießen verausgabt werden. Vom 1. bis 12. Mai werden dahier Schießübungen mit dem Hinterladungsgewehre stattfinden, zu welchen von jedem Bataillon der Armee je ein Hauptmann und zwei Unteroffiziere einberufen sind, welche dann in ihren betreffenden Truppenkörpern die Leitung des Unterrichts im Gebrauche des Hinterladungsgewehres zu übernehmen haben werden. — Der vom kgl. Staatsministerium nach Untersteinach aus Anlaß der dort ausgebrochenen Rinderpest gesendete Hofthierarzt Sondermann wird schon diesen Abend hier zurückerwartet. (A. Z.)

** **München,** 29. April. Nach dem neuen Militär-Handbuche ist Folgendes der Stand der Militärbeamten im aktiven Dienst: I. Dienstpersonal: 1 General-Sekretär, 1 Oberregistrator und Archivar, 5 Geheim-Sekretäre, 17 Kanzlei-Sekret., 11 Ministerial-Sekretäre, 20 Divisions-Kommando-Sekretäre, 18 Regiments-Kanzlei-Aktuare. II. Aerztliches Personal: 1 General-Stabsarzt, 6 Ober-Stabsärzte, 11 Stabsärzte, 68 Regimentsärzte, 113 Bataillonsärzte. III. Administrationspersonal: 1 General-Verwaltungs-Direktor, 5 Oberkriegs-Kommissäre 1. und 8 2. Klasse, 17 Kriegs-Kommissäre, 75 Regiments-Quartiermeister, 63 Bataillons-Quartiermeister, 106 Unter-Quartiermeister, 112 Regiments-Aktuare, dann bei den Militär-Fohlenhöfen: 2 Verwalter 1. und 4 2. Klasse. IV. Justiz-Personal: 2 General-Auditore, 10 Ober-Auditore, 10 Stabs-Auditore, 35 Regiments-Auditore, 24 Bataillons-Auditore. V. Apotheker-Personal: 10 Ober-Apotheker, 12 Unter-Apotheker 1. Kl. und 14 2. Klasse. VI. Veterinärärztliches Personal: 1 Ober-Veterinärarzt, 17 Regiments-Veterinärärzte, 20 Divisions-Veterinärärzte, 21 Unter-Veterinärärzte. — Pensionirte Militär-Beamte. I. Dienstpersonal: 20 Ministerial-Sekretäre, Inspektoren ꝛc. II. Aerzte: 9 Stabsärzte, 16 Regimentsärzte, 14 Bataillons- und 2 Unterärzte. III. Von der Administration: 2 Oberkriegs-Kommissäre 1. und 5 2. Klasse, 13 Kriegskommissäre, 31 Regiments-Quartier-, 4 Bataillons- und 9 Unter-Quartiermeister, 1 Regiments-Aktuar. IV. Von der Justiz: 2 Ober-, 3 Stabs-, 7 Regiments- und 1 Bataillons-Auditor. V. 1 Ober- und 1 Unter-Apotheker. VI. 2 Regiments-, 1 Divisions- und 2 Unter-Veterinär-Aerzte.

* Der Landtagsabgeordnete Frhr. v. Pfetten hat gleichfalls wie Professor Dr. Edel eine Erklärung (d. d. 22. April im „Regensb. Tagbl.") veröffentlicht, worin er einerseits seine Gründe für die Nichtunterzeichnung der bekannten Adresse an Fürst Hohenlohe angibt, anderseits seiner patriotischen Gesinnung für Wahrung von Deutschlands Ehre und Integrität Ausdruck verleiht. Es heißt in dieser Beziehung: Ferne sei es nun von mir zu denken, daß bei einem solchen Anlasse (eines französischen Krieges), mag nun ein Anspruch auf Luxemburg oder was immer den Vorwand zur Bedrohung Deutschlands bieten, Bayern wo anders stehen solle, als an der Seite Preußens zur Vertheidigung deutschen Bodens. Wenn aber die erste Frucht der neuen Allianz mit Preußen und seiner Politik ein blutiger Krieg mit Frankreich ist, bei dem jedenfalls die Position Bayerns eine höchst mißliche sein wird, und der in Verbindung mit den Vorgängen des letzten Sommers und der ergiebigen Brandschatzung durch unsern theuern Alliirten im allergünstigsten Falle eine höchst fühlbare Schädigung unseres Wohlstandes und jahrelange Zerrüttung unserer Finanzen zur Folge haben muß, so kann ich das Reifen solcher Frucht zwar als eine durch Bayern nicht abzuwendende Nothwendigkeit anerkennen, aber mit Freude begrüßen, wie das fragliche Schreiben dies thut, kann ich es nicht. Mir endlich durch die Schlußworte des Schreibens schon im Voraus die Hände zur Bewilligung jeder Anforderung zu binden, finde ich ebenso wenig nöthig und klug, als durch die Erklärung überhaupt Bayern in einer Lage in den Vordergrund zu stellen, wo es zu einer herausfordernden Haltung gewiß keine Ursache hat. Bei dieser in wesentlichen Punkten abweichenden Ansicht über den Inhalt des Schreibens an Fürst Hohenlohe konnte ich es nicht unterzeichnen, ohne deßhalb minder warm für Deutschlands Ehre und Integrität zu fühlen, und ohne die patriotischen Motive und Zwecke zu verkennen, welche die Unterzeichner geleitet haben, während ich mit der Form, die sie gewählt, um denselben Ausdruck zu geben, leider nicht einverstanden sein kann.

Karlsruhe, 24. April. Wie der „Pfz. Kur." vernimmt, wäre Herr v. Varnbüler vor einigen Tagen zu einer Besprechung hier gewesen.

Weimar, 26. April. Nach der „Weim. Ztg." tritt der Landtag des Großherzogthums zu einer außerordentlichen Session am 5. Mai zusammen.

Berlin, 29. April. Se. Majestät der König hat heute im Weißen Saale des Königlichen Schlosses die außerordentliche Session der beiden Häuser des Landtages mit folgender Thronrede eröffnet:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Aus den Berathungen des Reichstages, zu welchem das preußische Volk auf Grund des von Ihnen genehmigten Gesetzes seine Vertreter entsandt hat, ist eine Verfassungs-Urkunde des Norddeutschen Bundes hervorgegangen, durch welche die einheitliche und lebenskräftige Entwicklung der Nation gesichert erscheint. Ich habe Sie um Meinen Thron versammelt, um diese Verfassung Ihrer Beschlußnahme zu unterbreiten. Das Werk nationaler Einigung, welches die Staats-Regierung unter Ihrer Mitwirkung begonnen hat, soll jetzt durch Ihre Zustimmung seinen Abschluß finden. Auf dieser Grundlage wird der Schutz des Bundesgebietes, die Pflege des gemeinsamen Rechtes und der Wohlfahrt des Volkes fortan von der gesammten Bevölkerung Norddeutschlands und von deren Regierungen in fester Gemeinschaft wahrgenommen werden. Durch die Einführung der Bundesverfassung werden die Befugnisse der Vertretungen der Einzelstaaten auf allen denjenigen Gebieten, welche hinfort der gemeinsamen Entwicklung unterliegen sollen, eine unvermeidliche Einschränkung erfahren. Das Volk selbst aber wird auf keines seiner bisherigen Rechte zu verzichten haben, es überträgt die Wahrnehmung derselben nur seinen Vertretern in dem erweiterten Gemeinwesen: die Zustimmung der frei gewählten Vertreter des gesammten Volkes wird auch im Norddeutschen Bunde zu jedem Gesetze erforderlich sein. Durch die Bundesverfassung ist in allen Beziehungen dafür gesorgt, daß diejenigen Rechte, auf deren Ausübung die einzelnen Landesvertretungen zu Gunsten der neuen Staatsgemeinschaft zu verzichten haben, in demselben Umfange der Reichsvertretung übertragen werden. Die sichere Begründung nationaler Selbständigkeit, Macht und Wohlfahrt soll mit der Entwicklung deutschen Rechtes und verfassungsmäßiger Institutionen Hand in Hand gehen. Meine Regierung gibt sich der Zuversicht hin, daß die beiden Häuser des Landtages, in richtiger Würdigung des dringenden nationalen Bedürfnisses, zur schleunigen Erledigung der vorliegenden Aufgabe bereitwillig die Hand bieten werden. Meine Herren! Der neu errichtete Bund umfaßt zunächst nur die Staaten Norddeutschlands; aber eine innige nationale Gemeinschaft wird dieselben stets mit den süddeutschen Staaten vereinigen. Die festen Beziehungen, welche Meine Regierung bereits im Herbste vorigen Jahres zu Schutz und Trutz mit diesen Staaten geschlossen hat, werden durch besondere Verträge auf die erweiterte norddeutsche Gemeinschaft zu übertragen sein. Das lebendige Bewußtsein der süddeutschen Regierungen und Bevölkerungen von den Gefahren deutscher Zerrissenheit, das Bedürfniß einer festen nationalen Vereinigung, welches in ganz Deutschland immer entschiedener Ausdruck findet, wird die Lösung jener bedeutsamen Aufgabe beschleunigen helfen. Die geeinte Kraft der Nation wird berufen und befähigt sein, Deutschland die Segnungen des Friedens und eines wirksamen Schutzes seiner Rechte und seiner Interessen zu verbürgen. In diesem Vertrauen wird Meine Regierung sich angelegen sein lassen, jeder Störung des europäischen Friedens durch alle Mittel vorzubeugen, welche mit der Ehre und den Interessen des Vaterlandes verträglich sind. Das deutsche Volk aber, stark durch seine Einigkeit, wird getrost den Wechselfällen der Zukunft entgegensehen können, wenn Sie, meine Herren, mit dem Patriotismus, der sich in Preußen in ernsten Stunden stets bewährt hat, das große Werk der nationalen Einigung vollenden helfen.

Wien, 27. April. Von Seite des Preßbureau's erhalten die Wiener Blätter über den Stand der Verhandlungen in der Luxemburger Frage die folgende Darlegung: „Bevor noch von anderen Vermittlungsvorschlägen die Rede war, hat Oesterreich beiden streitenden Parteien in Anregung gebracht und den übrigen Großmächten dies mitgetheilt, es solle entweder die Neutralisirung Luxemburgs, womit auch die Räumung und Beseitigung der Festung verbunden gewesen wäre, oder die Abtretung des Großherzogthums Luxemburg an Belgien und die Aufnahme desselben in die belgische Neutralität ausgesprochen werden. Die zweite Alternative dieses Vorschlages wurde im Hinblick auf den Anspruch gestellt, den Frankreich durch einen vereinbarten, jedoch noch nicht paraphirten Vertrag mit Holland bereits erworben hatte. Dieser Vorschlag wäre auch ganz im Interesse Belgiens gewesen. Letzteres hätte ein vergrößertes Territorium und eine Sicherung seiner Flanke erlangt. Es wäre hiedurch auch die Ueberflüssigkeit der ferneren preußischen Besatzung in Luxemburg dargethan gewesen, und Preußen hätte ohne Schädigung in seiner Ehre und seiner Macht aus Luxemburg seine Truppen zurückziehen gekonnt. Der Vorschlag wurde von Preußen und Frankreich günstig aufgenommen, stieß aber auf den Widerstand Belgiens selbst, da die belgische Verfassung in Bezug auf Veränderungen des Gebiets ganz bestimmte Normen aufstellt, deren Beobachtung im vorliegenden Falle mit großen Schwierigkeiten verbunden gewesen wäre und vielleicht auch deshalb, weil Belgien die Vortheile dieses Abkommens nicht genugsam begriff oder begreifen wollte. Die Angelegenheit trat nun in eine zweite Phase. Napoleon zog sich auf Vorschlag Oesterreichs zurück von dieser Kombination, um jeden Schein, als strebe er nach Gebietserweiterung, zu vermeiden, bestand aber auf der Forderung, daß Preußen seine Truppen aus Luxemburg entferne, da durch das Aufgeben eines von Napoleon in Folge des Vertrages mit Holland bereits erworbenen Anspruches Preußen jedenfalls eine Kompensation für das Zurückziehen seiner Besatzung aus Luxemburg geboten würde. Es tritt nunmehr nach der Entsagung Napoleons auf seine durch den Vertrag mit Holland gewissermaßen schon erworbenen Rechte wieder die erste Phase des österreichischen Vorschlages, nämlich die Neutralisirung Luxemburgs, in Wirksamkeit. Auch Rußland und England ließen diesem Vorschlage ihre volle Unterstützung zu Theil werden, und es ist gegründete Hoffnung vorhanden, daß auch Preußen die Bereitwilligkeit Frankreichs anerkennt und ein Recht aufgibt, dessen formelles Gewicht nach der Auflösung des deutschen Bundes ohnehin zweifelhaft erscheint (?), welches es aber eben im deutschen Interesse gewahrt wissen wollte. Das deutsche Interesse scheint uns aber jedenfalls besser dadurch gewahrt, wenn Frankreich keine Gebietsvergrößerung erlangt und der Krieg vermieden wird. Daß Preußen sich dieser Anschauung anschließen werde, dürfte um so mehr zu hoffen sein, als es selbst der Rechtsfrage in Bezug auf die Besatzung in Luxemburg kein besonderes Gewicht mehr beizulegen scheint."

Pesth, 27. April. „Hon" meldet, die kaiserliche Familie werde am 14. Mai in Pesth eintreffen und sich von Ende Mai bis zur Krönung in Gödöllö aufhalten. Der Reichstag wird am 8. Mai wieder zusammentreten, bis zur Krönung tagen, welche vom 2. bis 10. Juni stattfinden wird, und hierauf bis zum Herbst vertagt werden. (Wien. Bl.)

Paris, 26. April. Aus der hiesigen deutschen Kolonie ist heute an die preußische Kammer folgende Friedensadresse abgegangen:

„Die öffentliche Meinung gibt sich weder in Frankreich noch in Deutschland der Zuversicht hin, daß sie entscheidend in die Frage über Krieg oder Frieden einzugreifen vermöge. Aber sie kann jedenfalls ihre Schuldigkeit thun, indem sie die Verantwortlichkeit von sich weist, als sei ein schmach- und verhängnißvoller Krieg aus Rücksicht auf sie unvermeidlich. Wir in Frankreich wohnende Deutschen aller politischen Meinungen und aller Stände halten es für unsere heilige Pflicht, Zeugniß davon zu geben, daß der Ruf nach Erhaltung des Friedens, sowie die Betheuerung einer vorurtheilslosen und humanen Gesinnung gegen Deutschland sich mehr und mehr Bahn brechen, daß im Namen der Sittlichkeit und des Fortschritts lauter und lauter gegen den Gedanken Verwahrung eingelegt wird: es sei um einer Gebietserweiterung willen ein Krieg gegen Deutschland heraufzubeschwören. Wir erklären es daher für eine frevelhafte Entstellung, wenn hie und da in öffentlichen Organen Deutschlands die allgemeine Stimmung Frankreichs dargestellt wird, als sei sie von beschränkter Anmaßung und ruchloser Eroberungslust erfüllt. Wir können mit rückhaltloser Gewißheit hinzufügen, daß die sämmtlichen Mitglieder der hiesigen parlamentarischen Linken zu erklären bereit sind: jedwede Lösung der Luxemburger Frage sei der Barbarei eines Kriegs zwischen Franzosen und Deutschen vorzuziehen. Möge eine solche edelsinnige Erklärung in Deutschland, namentlich in der preuß. Kammer, den verdienten Widerhall finden, möge sie verhindern, daß ein unechter oder leidenschaftlicher Patriotismus dazu beitrage, den Kabineten jede versöhnliche Lösung als unausführbar erscheinen zu lassen. Jegliche in diesem Sinn von Deutschland herüberschallende Kundgebung würde diesseits von heilsamster Wirkung sein."

Diese Erklärung wird morgen im „Temps" erscheinen und zur Unterzeichnung aufgelegt werden. Was die in derselben berührte Haltung der Kammeropposition betrifft, so hat J. Favre auf die heute Morgens an ihn gerichtete Anfrage erklärt: er zweifle nicht daran, daß seine Interpellation über Luxemburg von der Mehrheit werde beseitigt werden, aber seine Genossen von der Opposition werden sich gegen den Krieg erklären, selbst für den Fall, daß die Preußen die Festung Luxemburg nicht räumen wollen. Wie Association internationale, so werden noch sämmtliche Cooperativgesellschaften im Sinne des Friedens demonstriren; J. Simon verfaßt eine von der Pariser Arbeiterschaft zu unterzeichnende Adresse. Auch werden Adressen zur Unterzeichnung der Familienväter und Mütter in Umlauf gesetzt.

Calais, 27. April. Der König Georg von Hannover ist hier angekommen. Er ist sofort nach Dover und London weiter gereist.

New-York, 17. April. General Sickles hat den Befehl erlassen, daß in Anbetracht des in seinem Bezirke herrschenden Nothstandes Niemand wegen einer während des Krieges gemachten Schuld verhaftet oder gepfändet werden solle. Versteigerungen für Schulden, die ein Jahr vor dem Kriege gemacht sind, werden um ein Jahr verschoben; Haus und Ackergeräthe bis zum Werthe von 500 D. bleiben jeder Familie vor Pfändung frei. General Sheridan kündigt an, daß bis zur Entscheidung des Attorney-Generals kein durch die Rekonstruktionsakte des Votums Beraubter auf die Wählerliste kommen darf. — Maryland hat sich mit 100,000 Stimmen Majorität für Abhaltung eines konservativ-konstitutionellen Staatskonvents am 8. Mai entschieden. — Nach Nachrichten aus Vera-Cruz war

Digitized by Google

der Staatsschatz des Kaisers Maximilian erschöpft. Die Republikaner in Alvarado sollen einen Dampfer und mehrere Schooner zur Blokirung von Vera-Cruz ausgerüstet haben. Der Staat Cohahuila hat sich gegen die Autorität des Präsidenten Juarez aufgelehnt.

Der „Messager Franko-Amerikain“ meldet, nach über Havannah erhaltenen Nachrichten, daß die Liberalen die Stadt Vera-Cruz bombardirten; der Bericht lautet wie folgt: „Havannah, 6. April. Das englische Paketboot Solent ist hier von Vera-Cruz angekommen, von wo es am 2. abgefahren war. Es bringt seine Ladung wieder zurück, welche nicht gelöscht werden konnte, da die Liberalen die Stadt bombardirten. Dies bestätigt die früher gegebenen Nachrichten, nach welchen die Liberalen nur die Ankunft von Belagerungsgeschütz abwarteten, um das Bombardement zu beginnen. Der General Zaboada befehligt die kaiserliche Besatzung. Die Stadt ist vollständig eingeschlossen, die Wasserleitungen sind abgeschnitten und seit dem 31. März fehlt es an frischen Lebensmitteln in der Stadt. Nach einem Gerüchte, welches der „Diario de la Marina“ (in Havannah) wiederholt, wäre der Kaiser Maximilian zu Cuernavaca bei Mexiko. Man sagt nicht, wie er den 20,000 Mann des Escobedo entkommen ist.

In einem Schreiben, das dem „Moniteur de la Flotte“ aus **Montevideo**, 14. März, zugeht, wird bestätigt, daß die Vermittlungsversuche der Vereinigten Staaten an der Weigerung Brasiliens gescheitert sind, jetzt, wo es Alles zu einem entscheidenden Angriff auf Humaita vorbereitet zu haben glaubt, auf einen Waffenstillstand einzugehen. Auch General Mitre hat sich dieser Weigerung angeschlossen. Die Nordamerikaner erwarten, daß, wie einmal der berühmte Angriff, der wahrscheinlich am 24. März stattfinden soll, verunglückt sein wird, die Alliirten um so bereitwilliger ihre guten Dienste wieder annehmen werden. Uebrigens tritt jetzt ein neuer, für beide Theile furchtbarer Gegner auf. Die Cholera soll sich bereits in der am Parana liegenden brasilianischen Provinz Rio Grande zeigen. Man hat sich schon oft gewundert, daß die Paraguiten bei der isolirten Lage ihres Landes und wiewohl der Krieg schon über zwei Jahre dauert, stets vollauf mit Munition und jedem andern Kriegsmaterial versehen sind, während die Alliirten, welche den Strom und das Meer hinter sich offen haben, zeitweise nur sehr knapp damit versehen sind. Nach Mittheilungen, welche der „Siglo“ aus Paraguay erhält, scheint es außer Zweifel zu sein, daß es brasilianische Spekulanten sind, welche den Feind mit Munition versehen. Präsident Lopez ist eben damit beschäftigt, die Werke von Humaita und Curupaiti mit 150 pfündigen Geschützen zu besetzen, während die Brasilianer gleichzeitig auf ihren Schiffen die in England gekauften Geschütze des gleichen Kalibers aufstellen. General Urquiza steht noch immer ruhig in Entre Rios. Er läßt wohl die einzelnen Parteien sich gegenseitig abschwächen, um dann im geeigneten Augenblicke sich zum Herrn der Situation zu machen und sein Land auf die Dauer vom brasilianischen Einflusse zu befreien.

Neueres.

Wien, 29. April. Die heutige „Debatte“ schreibt: Das Berliner Cabinet hat bereits in zustimmendster Weise bezüglich der Neutralisation Luxemburgs an die Kabinette der drei Vermittlungsmächte geantwortet.

Paris, 29. April. Der „Etendard“ schreibt: Preußen hat gestern die Räumung im Prinzipe angenommen, und die Konferenz findet bestimmt statt, wenn die Verpflichtung zur Räumung vor deren Zusammentritt oder als Folge derselben angenommen wird. Die Verhandlung hierüber wird morgen in Berlin eröffnet werden; wir betrachten aber von nun an den Zusammentritt der Konferenz in London als gesichert.

Paris, 29. April. Der „Etendard“ meldet, daß der König von Preußen nach dem Schluß des Landtags mit dem Grafen Bismarck zum Besuch der Ausstellung nach Paris kommen wird. Die Unterhandlungen sollen in Berlin fortgeführt werden.

New-York, 27. April. Es geht das Gerücht, daß die Imperialisten Puebla wieder eingenommen hätten.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger“ erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	68 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	55 1/2—55 5/8 G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	49 1/8 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	4 1/2pCt.	36 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	91 1/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 1/2 P. 88 G
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 1/2 P. 88 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	90 1/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Baden	4 1/2pCt. Obl.	90 1/2 P.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	91 1/8 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	—
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	78 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	80 1/2 P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	—
„	6pCt. ditto r. 1882 „	75 3/8—1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	125 3/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	622 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	154—145 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	88 G.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	186 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	140P. 139 1/2 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	102 1/2 P. 101 1/2 G
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	47 1/4 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	42 3/4 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	110 5/8 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	111 P.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	106 1/2 P. 105 1/2 G
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	57 1/2 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	61 1/2—3/4 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	112 P. 109 G.
„ do. v. 1864	64 3/4 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	94 3/4—95 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	50 1/2 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 P.
„ fl. 25 do.	37 1/4 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs. Loose	—
Mailänder 45 Frs. . . b. R.	—
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P. 10 1/2 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 1/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 3/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 7/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/4 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 G.
London Lst. 10 k. S.	118 1/2 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/8 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	89 3/8 G.
do. in öst. W. l. S.	—
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 30. April. Die Börse bewahrte heute eine ruhigere, im Ganzen recht feste Haltung. Nachdem sich die Sprache der Thronrede durchaus nicht als eine drohende und kriegerische herausgestellt hat und auch alle neueren Nachrichten den Charakter der Situation als durchaus nicht ungünstiger, im Gegentheil als entschieden friedlicher bezeichnen, würde die gestrige Panik in Wien und Berlin geradezu sinnlos und unbegreiflich erscheinen, wenn nicht anzunehmen wäre, daß die Contremine, welcher mit den hohen Coursen vor Ultimo keineswegs gedient war, eine verzweifelte Anstrengung gemacht hätte, dieselben noch einmal vor der Regulirung zu werfen. Auch sollen gestern in Berlin Executionen, die über einen insolvent gewordenen großen Spekulanten ergingen, die Flauheit befördert haben. Das Geschäft war heute beschränkt. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbib...
1 N. Würzb. Ztg. Münc...

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 121. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 2. Mai 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 30. April. Se. Majestät der König hat dem rechtskundigen Magistratsrathe Franz Xaver Badhauser dahier das Ritterkreuz erster Klasse des Verdienstordens vom h. Michael verliehen; die kathol. Pfarrei Osterschwang, Bezirksamts Sonthofen, dem Priester J. B. Leib, Pfarrvikar in Untermeitingen, Bezirksamts Augsburg, die kath. Pfarrei Steinkirchen, Bezirksamts Erding, dem Priester P. Scheuerl, Pfarrer in Finsing, Bezirksamts Ebersberg, übertragen.

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 29. April. Seine Maj. der König hat durch Entschließung vom Heutigen die Auflösung des 3. Kür.-Reg. Großfürst Constantin Nikolajewitsch und des 3. Uhl.-Reg., unter gleichzeitiger Bildung je einer 5. Escadron bei jedem der übrigen Cavallerie-Regimenter, genehmigt und den Oberst-Inhaber des bisherigen 3. Kür.-Reg., Se. kais. Hoh. den Großfürsten Constantin Nikolajewitsch von Rußland zum Oberst-Inhaber des 6. Chev.-Reg. (bisher vacant Herzog von Leuchtenberg) ernannt.

Se. Maj. der König hat den Generalmajor Herzog Ludwig in Bayern, k. H., auf Nachsuchen des Commandos der 2. Cavallerie-Brigade enthoben.

München. Je mehr es früher von Einzelnen bezweifelt wurde, daß die landwirtschaftlichen Bezirkskomites von den ihnen nunmehr in erhöhtem Maße zukommenden Geldmitteln nachhaltigen Gebrauch machen werden, um so erfreulicher ist die Wahrnehmung, daß schon jetzt nach so kurzer Zeit sich allerwärts in den Vereinsorganen frisches Leben regt, und daß alle in den letzten Jahren aufgetauchten, vielfach erörterten Fragen nunmehr zur praktischen Lösung gebracht werden. So ist es insbesondere das landwirthschaftliche Fortbildungswesen, welches zur Zeit, nachdem hiezu von Seite der k. Staatsregierung die gehörige Anleitung gegeben worden ist, fast alle Bezirkskomites beschäftigt. Wenn auch der Errichtung von landwirthschaftlichen Fortbildungsschulen auf dem platten Lande häufig große, hie und da auch unübersteigliche Hindernisse entgegenstehen, so ist es, was den Kreis Oberbayern betrifft, doch schon gelungen, eine Reihe von solchen Schulen zu sichern, und heben wir nur beispielsweise die Bezirke Dachau, Miesbach, Trostberg und Traunstein hervor, wo solche Fortbildungsschulen, meistens mit Unterstützung aus den Mitteln der Bezirkskomites, entstanden. Wo die Errichtung von eigentlichen Schulen zunächst nicht ermöglicht ist, wirken die Bezirkskomites doch durch Anschaffung von passenden Lehrbüchern. Daß die Theilnahme der Bezirkskomites auch hinsichtlich anderer Institute, wie z. B. bezüglich des Creditwesens eine allgemeine ist, wurde schon berichtet. Erwähnenswerth dürfte aber noch sein, daß einzelne Comites je nach der Lage und den Bedürfnissen ihrer Bezirke auch mit der Beschaffung eines tüchtigen Zuchtmaterials vorangehen, wie dies in Starnberg der Fall ist, wo von dem dortigen Comite sieben schöne Algäuer Zuchtstiere zu einer demnächst stattfindenden Verloosung angekauft worden sind. (B. Z.)

** **München,** 29. April. Um die in der vorigen Woche ausgefallene Sitzung nachzuholen, hielt der Gesetzgebungsausschuß unterm Heutigen eine Sitzung. Zunächst lag für Art 885 a, der in der letzten Sitzung vorbehalten war, eine neue Fassung des Referenten und ein neuer Vorschlag des Abg. Wiedenhofer über die Vertheilung des Erlöses aus Immissionsexekutionen vor, wonach den früheren Beschlüssen gegenüber bei derselben die Grundsätze über Mobiliarexekution zur Anwendung kommen sollten und welcher deshalb auf die Art. 885 — 889 zurückgriff. Der Ausschuß stimmte jedoch diesem neuen Vorschlag nicht bei und nahm den Art. 885 a in der Fassung des Referenten an, wonach den Hypothek-Gläubigern und den ihnen vorgehenden Gläubigern das Anschließungsrecht auch zusteht, wenn sie eine vollstreckbare Urkunde nicht besitzen. Sodann trat der Gesetzgebungsausschuß in die Berathung und Beschlußfassung des XLII. Hauptstückes ein. Die k. Staatsregierung hat hiefür eine neue Vorlage gemacht, welche in 23 Artikeln die Bestimmungen bei dem Beschlag auf ausstehende Forderungen des Schuldners enthält. Auch in dieser Materie ist in der neuen Fassung das Hauptprinzip des neuen Prozesses bei Exekutionen, daß der Gläubiger, welcher einen vollstreckbaren Titel hat, sofort durch den Gerichtsvollzieher ohne Vermittelung des Gerichtes die entsprechende Exekutionshandlung vornehmen lassen könne, durchgeführt, und der Vollstreckungsarrest von dem Sicherheitsarreste vollkommen getrennt. Der Ausschuß erklärte sich im Allgemeinen mit den Grundsätzen der neuen Fassung dieses Hauptstückes einverstanden und trat in die Berathung der einzelnen Artikel. Art. 1 umfaßt die Arrestanlegung, seine Voraussetzung ist ein vollstreckbarer Titel. Hiebei ist das Vorgehen gegen den Hauptschuldner und den sogen. Drittschuldner getrennt und in 5 Ziffern der Inhalt des dem Dritten zuzustellenden Gerichtsvollzieheraktes festgestellt, worin besonders die Aufforderung an den Dritten, sich zu erklären, ob und was er an den Arrestbeklagten schulde, hervorzuheben sein dürfte. Der Ausschuß nahm den Art. 1 im Wesentlichen in der neuen Fassung, ebenso den Art. 2, welcher die Form der eben genannten Erklärung und Art. 3, welcher den Inhalt derselben angibt, wie vorgeschlagen, an. Art. 4 gibt dem Drittschuldner die Befugniß, die dem Arrestbeklagten schuldigen Beträge bei Gericht zu hinterlegen, während Art. 5 die Normen über Beschlagnahme von Forderungen und Bezügen des Arrestbeklagten aus öffentlichen Kassen enthält. Der Ausschuß trat auch diesen Artikeln und ebenso dem Art. 6, welcher die Wirkungen der Arrestanlegung feststellt, bei. Ueber Art. 7 entspann sich eine längere Debatte, die nicht zum Abschlusse kam, und schloß der Ausschuß dann seine Sitzung.

= **München,** 30. April. Der „Nürnb. Correspondent" macht in seinem Abendblatt vom 29. April uns aufmerksam, daß durch unsere Nachricht: „Der Anschluß Bayerns an den norddeutschen Bund sei noch gar nicht Gegenstand förmlicher internationaler Verhandlungen gewesen," die Aeußerung der „Bayer. Ztg.": „es hätten über diesen Gegenstand noch gar keine Besprechungen stattgefunden", restringirt zu werden scheine. Wir können nur bemerken, daß wir nicht einzusehen vermögen, wie man unsere Aeußerungen mit denen der „Bayer. Zeitung" in Zusammenhang bringen mag, da die Unterstellung, daß unsere Korrespondenz eine offiziöse sei, lediglich eine von Außen uns imputirte, von uns noch niemals anerkannte ist.

Ludwigshafen, 27. April. Vor wenigen Tagen ist wiederum die Nachricht von dem Tode eines im fernen Lande verstorbenen politischen Flüchtlings aus den Jahren 1848/49 in der Pfalz eingetroffen. Es ist die Nachricht von dem Tode des Rechtskandidaten Jakob Bauer von Frankenthal, Sohn des daselbst verlebten k. Bezirkscassiers Georg Bauer. Er hat in Nordaustralien bei einer Bootexcursion am 12. Oktober v. J. beim Umschlagen des Bootes in den Wellen sein Grab gefunden. (Pf. K.)

Stuttgart, 29. April. Eine von der nationalen Partei veranstaltete, sehr zahlreich besuchte oberschwäbische Versammlung fand gestern in Biberach Statt und faßte einstimmig folgende Beschlüsse:

1) Nachdem der Norddeutsche Bund sich constituirt und den Beitritt der süddeutschen Staaten ausdrücklich vorbehalten hat, halten wir den möglichst baldigen Anschluß Süddeutschlands an den Nordbund durch das Interesse Gesammtdeutschlands und insbesondere der süddeutschen Staaten selbst für dringend geboten. 2) Die bedrohliche Lage, in welche sich unser Vaterland durch die drohenden kriegerischen Verwicklungen zwischen Frankreich und Preußen versetzt sieht, legt der deutschen Nation die Pflicht auf, im Süden wie im Norden einmüthig und kampfgerüstet zusammen zu stehen, um ihr Recht und ihre Ehre gegen jeden Angriff energisch zu wahren. Wir vertrauen daher zu der württembergischen Regierung, daß sie in dieser Frage eine deutsche Haltung einnehme und dem mit Preußen abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündniß ehrlich und getreu nachkommen werde. Von der Ständekammer aber hoffen wir, daß sie der Regierung die Mittel nicht versagen werde, deren sie bedarf, um ihre vertragsmäßigen Verbindlichkeiten zu erfüllen und die Wehrkräfte des Landes in kampfbereiten Stand zu setzen. 3) Wir halten es Angesichts der Gefahr von außen für die erste und heiligste Pflicht aller Patrioten, daß sie in dieser nationalen Lebensfrage mit Vertagung aller inneren Zwistigkeiten und ohne Unterschied der Parteien einig zusammenstehen. Eine neutrale Haltung Süddeutschlands wäre ein Verrath am gemeinsamen Vaterlande und würde unfehlbar zu einer bleibenden Theilung und Zerreißung Deutschlands führen. (K.Z.)

Darmstadt, 29. April. Die Militär-Convention mit Preußen, welche den Ständen zur verfassungsmäßigen Zustimmung vorgelegt worden ist, enthält 15 Artikel. Art. 1 lautet: „Die gesammten großh. hessischen Truppen treten für Krieg und Frieden als eine ge-

schlossene Division in den Verband eines der Armeekorps des königlich preußischen Heeres und damit unter den Oberbefehl Sr. Maj. des Königs von Preußen." Art. 2 lautet: „Zu diesem Zwecke findet eine entsprechende Umformation der großh. hessischen Divisien nach preußischem Organisations-Modus für Krieg und Frieden statt, welche in den Hauptpunkten mit dem 1. Okt. d. J. vollendet sein wird. Es kommt für das Großherzogthum Hessen diejenige Wehrverfassung zur Einführung, welche für die k. preußische Armee durch die Artikel 53 und 56 des Entwurfes der Verfassung des norddeutschen Bundes festgesetzt ist, resp. durch spätere Bundesgesetze festgesetzt werden wird." Nach Art. 14 wird der Aufwand für die Unterhaltung der großherzoglichen Truppen in selbständiger Verwaltung von der großherzoglichen Regierung bestritten. Die für die großherzoglich hessischen Truppen etwa nothwendig werdenden Waffen, Munition, Ausrüstungsstücke 2c. ist die königlich preußische Regierung gegen besondere Abrechnung auf Wunsch zu liefern erbötig.

Mainz, 29. April. General v. Moltke, dessen Krieg bedeutendes Gespenst ein Correspondent des „Fr. Journals" bereits um unsere Festungsmauern wandeln sah, weilt höchst wahrscheinlich noch ruhig in Berlin. Anlaß zu dem irrigen Gerüchte seiner Anwesenheit hierselbst gab wahrscheinlich die Hierherkunft des General v. Prittwitz. (Fr. Ztg.)

Kassel, 28. April. Es herrscht eine außerordentliche Rührigkeit in militärischen Kreisen, die darauf schließen läßt, daß man die nöthigen Vorbereitungen trifft, um erforderlichen Falls schleunigst gerüstet zu sein. Unter Anderem ist an sämmtliche Ortsvorstände des hiesigen Kreises die Aufforderung ergangen, binnen drei Tagen zu berichten, wie viel vier- und zweispännige Wagen (Traglast 20, bezw. 10 Ctr.) die betreffenden Ortschaften zu stellen im Stande sind. — Zufolge Beschlusses der k. Administration in Kurhessen sollen die $^2/_1$, $^1/_1$ und $^1/_3$ Guldenstücke österr. Gepräges bei den öffentlichen Kassen des ehemaligen Kurfürstenthums Hessen fortan nicht mehr in Zahlung genommen werden. (N. C.)

Berlin, 29. April. Die heutige Thronrede wurde mit der allergrößten Spannung erwartet. Man glaubte vielfach, sie würde Preußens Geneigtheit, die Luxemburgische Frage auf friedlichem Wege beizulegen, mit einigen Worten signalisiren. Statt dessen erwähnt sie Luxemburgs gar nicht und verheißt nur, daß der Friede unter der Wahrung der Würde und Ehre Deutschlands erstrebt werden solle. Die Zeit wird eine ernste genannt, wie sie es trotz der Londoner Conferenz auch ist. Man macht sich hier keine allzu große Rechnung auf einen günstigen Ausgang dieser diplomatischen Verhandlungen, schon weil die Rüstungen in Frankreich ununterbrochen fortschreiten und nach offiziösen Exposés kolossale Dimensionen annehmen. Der Widerspruch, in den sich Frankreich durch seine friedlichen Versicherungen und durch seine Kriegsvorbereitungen setzt, kann kein gutes Ende nehmen; noch rüstet Preußen nicht, aber es wird je länger je mehr dazu gezwungen, und wie dann die Diplomaten bei dem Kriegslärm, der ihre Pourparlers übertönt, sich noch verständigen sollen, ist schwer begreiflich. „Ich glaube erst an die Räumung Luxemburgs", sagte uns heute ein Mitglied des Abgeordnetenhauses von der Bethusy'schen Fraktion, „wenn ich die darauf bezügliche Ordre lese." Von den sogenannten vermittelnden Mächten haben weitaus nicht alle das aufrichtige Bestreben, den Frieden zu erhalten, und daß Preußen ihn auch nur bedingungsweise erstrebt, hat es zu wiederholten Malen ebenso offen eingestanden, wie Frankreich. Die Lage ist sehr, sehr ernst; wir haben sie nie anders darzustellen vermocht und werden durch die neuesten Wahrnehmungen darin nur noch mehr bestärkt. (Fr. J.)

Berlin, 29. April. Gegen 1 Uhr fand die Eröffnung des Landtages im Weißen Saale und durch den König persönlich Statt. Die (schon mitgetheilte) Thronrede wurden an mehreren Stellen mit lautem Beifall begleitet. Das Herrenhaus hat darauf bereits sein Bureau durch Wiederwahl bestellt; das Haus der Abgeordneten wird erst morgen zur Präsidentenwahl schreiten. — Heute Nachmittag fand unter dem Vorsitze des Königs ein mehrstündiger Ministerrath Statt, an welchem der Kronprinz, sowie auch das Militär- und Civilkabinet des Königs Theil nahmen.

Hannover, 27. April. Die Königin Marie hat ihren Baumeister beauftragt, an die Vollendung aller angefangenen Bauten zur Marienburg zu gehen, auch die Kirche herzustellen, und die Maler sind bereits wieder mit der Ausführung der Wandfresken beschäftigt. Die Königin denkt also nicht entfernt daran, die Burg zu räumen; den Berliner Regierungsblättern aber wird ihr Aufenthalt im Lande täglich unbequemer, und sie geben deutlich zu verstehen, daß Ihre Majestät, wenn nicht freiwillig, gezwungen scheiden müsse. Bei solchem Verlangen kommt ihnen die Nachricht gelegen, daß der Gemahl Ihrer Majestät jetzt damit umgehe, ein Freikorps zu bilden, daß er die Corpsführer bereits ernannt, aber noch wenig Aussicht habe, in England oder Frankreich die nöthigen Gelder als Vorschuß zu erlangen. Und nicht minder steht damit die abermalige Abführung des bekannten Burgdorfer Agitators Dr. Ulrichs nach Minden, von wo er kaum entlassen war, in Zusammenhang. Derselbe soll nämlich, wie die Einen sagen, verbotene Schriften in Umlauf gesetzt, nach Andern junge Leute nach Hietzing spedirt haben, die dann vielleicht als Erstlinge des künftigen Freikorps angesehen werden. Um einigermaßen wichtige Dinge muß es sich wohl handeln, da die Verhaftung des Dr. Ulrichs unter Entwickelung verhältnißmäßig großartiger Vorsichtsmaßregeln geschah. Die „Hannov. Ztg." gibt heute nur erst dunkle Andeutungen; bei der Haussuchung habe man neben Briefen mit dem „heißen Dank des Königs für diesen treuesten Unterthan" ein riesenhaftes Correspondenzmaterial vorgefunden, welches in furchtbarer Weise darthue, „daß die Laster und Verbrechen, welche man unter den Fluthen des rothen Meeres begraben glaubt, noch heute und gerade bei Solchen gesucht werden dürfen, welche sich als die Vorkämpfer des göttlichen Rechts und der Ehre geriren. Was heißt Das? Geh. Rath v. Stockhausen, der frühere Gesandte in Paris, und Adjutant v. Klenck wurden gestern Abend, als sie vor der Marienburg, zu deren Bewohnern sie gehören, lustwandelten, angehalten, und da sie auf die Frage nach ihrer Legitimation nichts vorzuweisen hatten, hieher vor die Polizei geführt und dann wieder entlassen. Offenbar soll den Marienburgern durch derartige Ueberraschungen der Aufenthalt verleidet und so ihr Abzug bewirkt werden. — Daß Preußen nicht rüstet, wenigstens nicht sichtbar, kann auch von hier aus bestätigt werden; viel bedeutet Das freilich nicht, denn es steht so gut wie fertig da. Wie man aber über die Lage denkt, entnehme ich daraus, daß einer unserer Offiziere um Urlaub zu einer kurzen Reise bat und ihn erhielt, aber mit dem Bemerken, er sei doch sonst vorbereitet? Denn die Befehle aus Berlin könnten jede Stunde kommen. Das war vor drei Tagen; heute ist die Börse wieder in schwindelndem Aufschwung, weil das Gerücht von preußischen Konzessionen geht. Gegen Konzessionen, die Preußen's Nimbus verdunkeln würden, eifert unsere Presse sehr, die bekanntlich bis auf den kleinsten und bedeutungslosesten Theil ganz preußisch ist. — Unsere Reichsabgeordneten haben vor ihrer Abreise von Berlin ein Gesuch um Zuziehung von Vertrauensmännern zu den Organisationsarbeiten unterzeichnet, in welchem ein Satz sich verdammend gegen jeden Herstellungsgedanken und gegen alle darauf gerichteten Agitationen wendet. Diesen Satz verlangten Bennigsen und Genossen, und die Anderen willigten ein. Ihre Namen darunter nehmen sich aber doch eigen aus: Münchhausen, der noch in diesem Augenblick wegen seiner Parlamentsrede in einer besonderen Denkschrift als unverbesserlicher Welfenmann abgekanzelt wird; Eichholz, der Redakteur der wegen ihres Preußenhasses unterdrückten „Volkszeitung", Hammerstein und Rössing, die wegen ihrer regierungsfeindlichen Agitation Suspendirten! Man kann nicht annehmen, daß Männer wie diese einen Ausspruch über dem Herzen weg thun. Zu den Agitatoren wird man sie also fortan nicht mehr zählen dürfen, kaum nur noch zu den Unzufriedenen. Hr. v. Alten, der mit Hausvisitationen heimgesuchte Schatzpräsident, setzt ebenfalls heute seinen Namen friedlich neben die der obersten preußischen Militärs, die mit ihm und andern zur Bildung eines Rennvereins auffordern. Und endlich wird das Ergebniß der jüngsten Berathungen ritterschaftlicher Herrn streng geheim gehalten, offenbar ein Zeugniß, daß es nicht in der Richtung jener früheren für die größte Oeffentlichkeit bestimmten Resolution liegt. (N. Corr.)

Dresden, 30. April. Die sächsische Abgeordnetenkammer hat beschlossen, über die Annahme oder völlige Ablehnung der veränderten norddeutschen Bundesverfassung nächsten Freitag abzustimmen.

Hamburg, 28. April. General Herwarth von Bittenfeld befindet sich zur Zeit zu militärischen Zwecken im Herzogthum Schleswig. — Bereits seit längerer Zeit hat sich in den benachbarten Herzogthümern ein fühlbarer Mangel an Dienstboten beiderlei Geschlechts geltend gemacht und zwar namentlich in Schleswig. Nach den „Fl. Bl." werden nun zur Abhilfe per Dampfschiff mehrere Hundert schwedischer Dienstboten in Flensburg erwartet. — In dem holsteinischen Flecken Preetz wird eine landwirthschaftliche Lehranstalt für die Herzogthümer Schleswig-Holstein errichtet werden, und zwar in enger Verbindung mit einem Vorbereitungs-Institut für das Freiwilligen-Examen.

Luxemburg, 27. April. Man geht mit der Armirung der Festung langsam vor sich. Das Pulver ist aus den Friedensmagazinen herausgeschafft und in den Kriegsmagazinen untergebracht. Die Kasematten sollen alsbald wohnbar gemacht werden, und man sieht sich auch sonst nach bombenfesten Unterkünften für die Truppen um. Gestern war der ganze Festungsstab mit einer Inspektion der Werke beschäftigt. (Frkf. J.)

Die „Presse" vom 29. meldet, daß das Elaborat für gemeinsame Angelegenheiten in **Pesth** in den letzten Tagen

neuerdings Gegenstand eingehender Minister-Berathungen gewesen sei; es handle sich um die Codifizirung desselben. Es soll Absicht des ungarischen Justizministeriums sein, die betreffende Gesetzvorlage sofort nach dem Zusammentritte des Reichstags, welcher zwischen dem 6. bis 8. Mai erfolgen dürfte, der Legislative vorzulegen. Das zum Gesetze umgestaltete Elaborat würde dann in erster Reihe der Sanktion Sr. Majestät des gekrönten Königs von Ungarn unterbreitet werden.

Paris, 27. April. Der „Temps" veröffentlicht einen Aufruf des Herrn von Passy zur Stiftung eines Friedensbundes, dessen Hauptstellen lauten: . . . „Es sind nicht Tausende, es sind Hunderttausende, es sind Millionen von Beitritten, die ganz besonders warm und tief sind, die nur ein Signal erwarten, um sich zu einer Friedensligue zu sammeln. Ganz Europa, welches vergeblich von dem Ehrgeiz und den diplomatischen Umtrieben bearbeitet wird, die es dazu drängen, sich zu zerreißen, weist offenkundig die Habsucht und den verjährten Haß von sich ab, den man ihm beilegt und verweigert Opfer, deren Unsinnigkeit nur ihrem Gräuel gleichkommt. Möge sich ein Ruf erheben, laut genug, um von allen Nationen gehört zu werden, und alle Nationen werden ihn mit derselben Stimme wiederholen; mit der Stimme der umsichtigen Politiker, die da wissen, daß man nicht mit dem Feuer spielt; mit der Stimme der Oekonomen und der Industriellen, welche das Fazit des Unglücks dieser freiwilligen Zerstörung gezogen haben, welche zu rühmen man beharrt; mit der Stimme der Philosophen und der Christen, in deren Augen das Menschenleben geheiligt und alle Größe verflucht ist, wenn sie um den Preis unschuldigen Blutes erkauft ist; mit den Stimmen der Mütter endlich, welche seit so vielen Jahrhunderten gegen die Gräuel des Krieges protestiren, und welche ohne Unterlaß still zum Himmel flehen gegen die Räuber ihrer Söhne."

Ein überaus merkwürdiges Aktenstück liegt aus **Madrid** vor, ein Circulär des auswärtigen Ministers Calonge an die diplomatischen Vertreter Spaniens im Auslande. Es lautet, wie folgt: „Herr Minister! Die heutige „Gazeta" enthält die Bestimmungen, nach welchen die Presse zu behandeln ist, bis die demnächst einzuberufenden Cortes des Königreichs sich über diese wichtige Frage ausgesprochen haben werden. Indem ich Ew. Excellenz ein Exemplar des offiziellen Blattes zusende, lenke ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Artikel 7 und 25 und die §§ 5 und 6 des Art. 28, welche die Beziehungen zu den auswärtigen Souveränen und deren Vertretern und diplomatischen Agenten betreffen. In diesen Bestimmungen wird Ew. Excellenz in gleicher Weise wie unsere eigenen höchsten und verehrtesten Personen und Institutionen auch alles Das geschützt finden, was überall Gegenstand der allgemeinen Ehrfurcht ist und bei uns respektirt wird. Um aber diese Verfügungen anzuwenden und die etwa vorkommenden Vergehen zu bestrafen, bedürfen wir einer vollständigen und absoluten Reciprocität; das verlangt die Gerechtigkeit und die Erfahrung. Innerhalb der vom Gesetze gezogenen Gränzen wird sich unsere Jurisprudenz nach dem von den verschiedenen fremden Ländern gegen uns beobachteten Verfahren richten, und es wird also in Zukunft nur von ihnen abhängen, dieselben Garantien zu genießen, welche sie uns zugestehen, da das Gesetz, welches Ihrer Majestät Regierung durchzuführen entschlossen ist, ihr präventives und strafendes Einschreiten gestattet. Ew. Excellenz wollen sich hieran erinnern in allen Fällen, wo Gegenstände der Verehrung, die wir als Garantien jeder geordneten Gesellschaft außerhalb aller Diskussion stellen, Angriffen ausgesetzt sind. In Folge dieser unabänderlichen Prinzipien und mit Rücksicht auf Das, was ich Eurer Excellenz in einem Circulare am 4. d. mitzutheilen die Ehre hatte, wollen Sie Ihre Aufmerksamkeit auf die täglichen Publikationen des Landes richten, wo Sie accreditirt sind, und so oft die in Rede stehenden verwerflichen Mißbräuche vorkommen, wollen Sie sofort die Aufmerksamkeit des Ministers des Auswärtigen darauf lenken, um, wenn das Vergehen nicht verhindert werden konnte, ihm die Thatsache anzuzeigen und Bestrafung zu verlangen. Von diesem Schritte wollen Sie mich dann in Kenntniß setzen, damit ich Antecedentien sammeln kann, die der spanischen Regierung in ähnlichen Fällen als Verhaltungsmaßregeln dienen werden." Man scheint sich in Madrid, wie ein Berliner Blatt sehr richtig bemerkt, des erbärmlichen Eindrucks, welchen die Wirthschaft des Gouvernements im Auslande machen muß, sehr wohl bewußt zu sein; statt aber das Uebel selbst zu heben, möchte man es nur vor der öffentlichen Brandmarkung durch die auswärtige Presse bewahren. Der Despotismus, welchen die Gewalthaber von heute — vielleicht sind schon morgen wieder Andere durch die Sonne zarter königlicher Huld beschienen — im eigenen Lande unbehindert üben, läßt ihnen das Lüstchen erwachsen, den Arm auch über fremde Länder zu strecken; sie rechnen auf conservative Genossenschaft, mit deren Hülfe sie auch in dem ketzerischen Preußen mitunter einen Journalisten, welcher sich eine Kritik des Lebenswandels Isabellens oder einen ähnlichen Frevel erlaubt hat, in das Gefängniß schleppen möchten. „Hoffentlich wird — bemerkt die „Volkszeitung" zu dieser Angelegenheit — ehe die erste derartige Anklage zur Verhandlung kommt, die jetzige miserable Wirthschaft in Madrid beseitigt sein."
(Fr. J.)

Wie die „Correspondencia" meldet, ist die Reise der Königin nach Valencia nicht sehr wahrscheinlich. Auch nach Aranjuez scheint der Hof vorläufig nicht zu gehen. — Nach demselben Blatte sollen in den Budgets der einzelnen Ministerien Ersparnisse bis zum Gesammtbetrag von 60 bis 70 Mill. vorgenommen werden. — Das „Jornal do Commercio" von Portugal vom 24. meldet, daß in Oporto keine neuen Unruhen mehr stattgefunden haben. Der Vorsicht wegen sind übrigens verschiedene Abtheilungen von Truppen aus Lissabon und Santarem dorthin abgegangen. — In der Nacht vom 23. wollen einige Personen in Lissabon ein leichtes Erdbeben verspürt haben. — In der Deputirtenkammer verlangte Herr Guetero, daß die spanische Regierung die von dem Pariser Kongreß aufgestellten seerechtlichen Bestimmungen anerkennen möge. Die Regierung erklärt, diese Angelegenheit vorher in reifliche Ueberlegung ziehen zu müssen.

Florenz, 28. April. Die „Italie" sagt: Graf Walewski habe mehrere Unterredungen mit dem Ministerpräsidenten gehabt. — Der Deputirte Carlo Poerio ist gestorben.

Southampton, 28. April. Das Packetboot „Rhone" ist diesen Abend mit der Post von Westindien und 483,373 Dollars angekommen. — Die Frage des Friedens oder Krieges zwischen Spanien und den südamerikanischen Republiken ist noch unentschieden. In Chile ist es wahrscheinlich, daß die jetzige Verwaltung eine Vermittlung annähme, aber in Peru fürchtet man, daß dies Revolution nach sich ziehen würde. — In Guatemala war die Empörung ohne Blutvergießen unterdrückt worden.

Petersburg, 19. April. Man schreibt der „D. A. Z." von hier: „Daß die Sympathieen des Kaisers und der gesammten kaiserl. Familie Deutschland gehören, darüber kann wohl kein Zweifel aufkommen. Was die öffentliche Meinung anbetrifft, geht dieselbe unbedingt dahin (so sehr sie auch sonst für den Frieden eingenommen ist), im Falle eines kriegerischen Konfliktes zwischen Frankreich und Deutschland müsse Rußland sich sofort auf die Seite dieses letzteren stellen und durch seine Machtentfaltung dem Kriege ein rasches Ende machen, Frankreich demüthigen und durch diese Demüthigung einen dauernden Frieden in Europa herstellen. Diese Ansicht wird namentlich auch von zwei größeren unabhängigen Journalen, dem „Wjest", dem Organ des Großgrundbesitzes, und der „St. Petersburger Börsen-Zeitung", einer Zeitung, welche durch ihre ernste Tendenz und ihre große Abonnentenzahl zu den einflußreichsten Zeitungen Rußlands zählt, offen vertreten. Gerade die sonst so friedliche „Börsen-Zeitung", welche bei Besprechung der Rußland doch so nahe berührenden orientalischen Frage für eine unbedingt friedliche Ausgleichung plaidirte, ist seit dem Auftreten der luxemburgischen Frage wie umgewandelt und wünscht eine aktive Betheiligung Rußlands zu Gunsten Deutschlands beim Ausbruche eines Konfliktes lieber heute als morgen."

Petersburg, 24. April. Der Hof verläßt nach Verlauf der Osterfeier St. Petersburg, und zwar begeben sich der Kaiser, der Großfürst-Thronfolger, die Großfürstin-Thronfolgerin Maria Feodorowna, sowie der Großfürst Wladimir Alexandrowitsch am 2. Mai nach Moskau, die Kaiserin aber nach Zarskoe Selo. In Moskau soll ein Aufenthalt von 10 Tagen gemacht werden. Von Seiten dieser ältesten Hauptstadt Rußlands werden bereits großartige Vorkehrungen zum Empfang der hohen Gäste getroffen. Die Kaiserin wird im Sommer zur Stärkung ihrer Gesundheit eine Cur brauchen, doch ist noch nicht entschieden wo. Kissingen, sowie das Innere von Rußland sind im Vorschlag. Der Großfürst-Thronfolger wird sich mit seiner hohen Gemahlin, der Großfürstin Maria Feodorowna, nach der Rückkehr aus Moskau und nach kurzem Aufenthalt in Zarskoe Selo zum Besuch nach Kopenhagen begeben. Dagegen erwarten wir hier den Besuch des Königs von Griechenland, der, wie es scheint, sich mit der Großfürstin Olga Constantinowna, der Tochter des Großfürsten Konstantin, vermählen wird. (A. Z.)

Aus **Gibraltar**, 26. April, meldet ein Telegramm des „Abend-Moniteur", daß das französische Dampf-Linienschiff „Le Souverain", welches den Marschall Bazaine aus Mexiko zurückbringt, in die Meerenge eingelaufen ist.

Aus **Bombay** vom 3. April wird (per Ueberlandpost) gemeldet: Shir Ali Khan concentrire westlich von Kabul seine Truppen, und da er durch die kriegerischen Stämme in der Nähe von Herat unterstützt werde, so seien seine Aussichten nicht ungünstig. Ein unverbürgtes Gerücht besagt, der russische Befehlshaber an der Gränze von Bokhara habe auf die Nachricht hin, daß die ostindische Regierung beschlossen habe, sich in die Angelegenheiten von Bokhara nicht einzumischen, den

König all seiner Würden entsetzt und zu einem der Oberbeamten des neuen russischen Staates gemacht.

Neueres.

Baden-Baden, 30. April. Die Saison wird am 1. Mai eröffnet. Unter den Curgästen, die dieser Tage bereits erwartet werden, befindet sich die Königin von Preußen, was uns mit friedlichen Hoffnungen erfüllt. (A. Z.)

Berlin, 30. April. Nach den Mittheilungen der „Kreuzztg." und der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" werden in Frankreich die Militär-Rüstungen mit dem bisherigen Eifer fortgesetzt. Die „Norddeutsche Allgemeine" fügt hinzu: Die Conferenz wird unter dem Lärm kriegerischer Vorbereitungen einen doppelt schwierigen Stand haben.

Berlin, 30. April. Das Abgeordnetenhaus wählte Forckenbeck zum Präsidenten, Stavenhagen und Eulenburg zu Vicepräsidenten. Die nationale Fraktion wird den Antrag auf Schlußberathung stellen.

Wien, 1. Mai. Die „Presse" schreibt: „Die Londoner Conferenz ist auf Grund des von Rußland aufgestellten Programms von allen betheiligten Mächten angenommen. Eine vorbereitende Sitzung der Bevollmächtigten Englands, Frankreichs, Oesterreichs, Preußens, Rußlands, Hollands und Belgiens soll unter dem Vorsitz Lord Stanley's am 12. Mai stattfinden.

Brüssel, 30. April. In der Kammer der Abgeordneten brachte die Regierung eine Creditforderung von 8,400,000 Frcs. zur Umgestaltung der Infanteriewaffen und den Entwurf einer Anleihe von 60 Millionen Fr. gegenüber den außerordentlichen Eventualitäten ein.

Florenz, 29. April. Rattazzi erklärte, in Beantwortung einer Interpellation Micelli's, das Gerücht über Landung von Briganten in Sicilien sei ganz unbegründet.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. E. Kupfer.

(Neuer Pariser Führer.) Die Internationale Buchhandlung (A. Lacroix, Verboeckhoven u. Comp. in Paris) wird Mitte Mai bei Gelegenheit der Weltausstellung einen neuen „Pariser Führer" herausgeben. Das Buch aber wird kein gewöhnliches Handbuch dieser Art sein, sondern in seinem reichen, nach einem ganz vortrefflichen Plane angelegten Inhalte, ein vollständiges, erschöpfendes Bild der französischen Hauptstadt, in sozialer, artistischer und wissenschaftlicher Hinsicht bieten. Die Herausgeber haben sich, um ganz Vollkommenes zu erhalten, an die ersten Berühmtheiten Frankreichs gewendet, und jede derselben behandelt ihr spezielles Fach. Ein kurzes Verzeichniß der Mitarbeiter wird hinreichen, um unsere Leser auf die Bedeutung dieses neuen Paris-Guide aufmerksam zu machen.

Die allgemeine Einleitung, welche die Physiognomie des heutigen Paris schildert, schreibt Victor Hugo. Für die Geschichte der Stadt, ihre wissenschaftlichen Anstalten, ihre Institutionen, sind L. Blanc, Pelletan, Fournier, Renan, Sainte-Beuve, Berthelot, Littré, Michelet, Laboulaye, Th. de Banville und Andere gewonnen. Die verschiedenen Gebiete der Kunst, die Museen, Palais, Theater ꝛc. werden Théophile Gautier, Edgar Quinet, A. Houssaye, E. Augier, die beiden Dumas, Taine, Coquerel und Andere behandeln. Das Pariser Leben, die Sitten, Moden, sozialen Zustände sind Federn wie George Sand, Jules Janin, Véron, Champfleury, Legouvé, Paul Féval, Villemot, Alphonse Karr, Paul de Kock, E. Forcade anvertraut. Die Sanitätsverhältnisse von Paris, die Spitäler, die Friedhöfe, die Morgue schildern Nélaton, Tardieu und J. Noriac; die Gefängnisse J. Simon, die Gerichtssäle Jules Favre und Berryer. Die Umgebung von Paris incl. der „braven Landleute" besorgen Victorien Sardou, L. Leroy und Paul Foucher. Die politische Presse der Hauptstadt wird durch Laboulaye und E. de Girardin, die Druckereien werden durch Firmin Didot geschildert. — Die Fremden in Paris sind nicht vergessen, im Gegentheil, das Leben und Treiben der Ausländer soll in anziehenden Bildern beschrieben werden. Jede Nation wird abgesondert und fast jede durch einen Schriftsteller aus ihrer Mitte behandelt; die Deutschen von L. Bamberger, die Italiener von Petruccelli della Gattina, die Russen, Engländer und Spanier werden durch Specialisten besprochen. — Selbst die Luft und die Kloaken finden ihren competenten Schilderer in dem unermüdlichen Nadar, der wiederholt aufgefahren und hinabgestiegen, der die eilenden Wolken, „die Segler der Lüfte", und das übelduftende Reich der Ratten photographirt.

Nicht nur der Inhalt, sondern auch die Ausstattung des Buches wird eine ungewöhnliche sein. Hundert große Illustrationen, nach Zeichnungen von Ingres, Meissonier, Barye, Francais, Rosa Bonheur, Gérome, Viollet-le-Duc, Daumier ꝛc., sowie dreißig Pläne und Karten werden es schmücken.

So wird das Buch zugleich ein praktischer, über Alles Auskunft gebender Führer, eine interessante, werthvolle, literarische Erscheinung und ein hübsches Album sein. Es ist kein „Guide de Paris", sondern vielmehr eine Encyclopädie von Paris und wird der Verlagshandlung Ehre bringen.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	62½ P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	56⅛—57 G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	50¼—½ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	4½pCt.	37½ P. 37 G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	96½ G.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	91⅝ P.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	91[illegible] P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88¼ G.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88¼ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	90¾ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Baden	4½pCt. Obl.	90[illegible] G.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	92¾ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	—
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½pCt. Obl.	79½—80 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2½pCt. „ „ „	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	78 P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	—
„	6pCt. ditto r. 1882 „	76¼—76 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	125½ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	633—35 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	148½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	88 G.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	190½ P. 189½ G
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	137¼ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	102½ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	46½ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	69[illegible] G
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	42½ P. 42 G.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	113¼ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	112 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97¼ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅜ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88[illegible] P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅜ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99⅞ P.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅝ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	89[illegible] 88¾ G.
do. in öst. W. l. S.	88⅞ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	110 P. 108 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	62⅝ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	111½ P.
„ do. v. 1864	64¾ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	94¾—95 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	51½ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	—
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 P.
„ fl. 25 do.	37¼ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. b. R.	—
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P. 10½ G.

Frankfurt, 1. Mai. Der „wunderschöne Monat Mai" findet die Börse immer noch in keiner lenzfreudigen Stimmung. Ihr Barometer zeigt im Gegentheil noch auf unbeständiges Aprilwetter. Einen Schritt vorwärts und dann wieder zwei zurück, das ist seit einigen Tagen ihre Gangart. Man sieht ihr an, sie ist dem Vorwärtsschreiten nicht abgeneigt, aber an einem gewissen Punkt wird sie von dem Damoklesschwert, das über ihren Häuptern schwebt, immer wieder gebannt. Wie sollte es auch anders sein? Das Hangen und Bangen in schwebender Pein, unter dem Alles leidet, drückt auf die Börse am Empfindlichsten. Heute war die Stimmung eine unentschiedene, im Ganzen jedoch, wie aus den Coursen ersichtlich, eher zur Festigkeit geneigte. In diesem Sinne sprachen auch die auswärtigen Notirungen. Zu bemerken ist, daß der Unterschied zwischen Comptant- und Medio-Preisen bei einigen Effekten ein bedeutender war, bei 60er Loosen z. B. ¼ pCt. Steuerfreie Amerikaner und Loose wurden heute ohne Coupons gehandelt, was bei letzteren z. B. $^9/_{10}$ differirt. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 122.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 3. Mai 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 1. Mai. Se. Majestät der König hat den Landrichter K. N. Kaiser in Regensburg wegen nachgewiesener Krankheit und hiedurch begründeter Funktionsunfähigkeit für immer in den Ruhestand treten lassen; auf dessen Stelle den Landrichter M. Zinnagl in Neukirchen, auf dessen Ansuchen, versetzt; den Landg.-Assessor A. v. Schmädel in Nabburg auf die Landrichterstelle in Neukirchen befördert und die hiedurch in Erledigung kommende Assessorsstelle am Landg. Nabburg dem geprüften Rechtspraktikanten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landg. Landau a/J., Joh. Fr. Stobaeus, verliehen.

Die Stelle eines Bezirksarztes 2. Klasse zu Ellingen ist in Erledigung gekommen.

Aus Baden, 28. April. Von Karlsruhe und den übrigen Garnisonsorten wird außer den Dragonern und dem Leibregiment das gesammte badische Militär in Rastatt vereinigt, und die Festung auf alle Fälle in Stand gesetzt. Das Festungsartillerie-Bataillon ist um drei Offiziere verstärkt worden, und bereits wurde mit Metzgern und Händlern für die eventuelle Verproviantirung der Stadt mit 500 Ochsen und 1500 Schafen unterhandelt, auch andere Lieferungsverträge verabredet. Jedoch wird ein festbindender Vertrag zur Lieferung nur in der Weise abgeschlossen, daß sich die Betreffenden verbindlich machen, auf weiteren Befehl die Lieferung zu bewerkstelligen. (A. Z.)

Darmstadt, 30. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erfolgte Bewilligung von 7 Gulden Diäten für die hessischen Mitglieder des norddeutschen Reichstags. (Fr. Z.)

Frankfurt, 29. April. Oesterreich hat in der jüngsten Sitzung der Liquidationskommission in welcher über das unbewegliche Bundeseigenthum der Bundesfestungen berathen wurde, erklären lassen, daß es, Oesterreich, sich bezüglich dieses Eigenthums nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen in so lange als Miteigenthümer ansehen müsse, als ihm nicht für seinen matrikularmäßigen Antheil eine Entschädigung zugesprochen werde. Zur Ermittlung einer entsprechenden Vergleichssumme wurden als Anhaltspunkt die auf den Grundankauf, die fortifikatorischen und anderen Bauten verwendeten Summen von dem österreichischen Bevollmächtigten bezeichnet und darnach der österreichische Antheil an diesem Aufwande in runder Summe zu 13,450,000 fl. berechnet. Diese Summe vertheilt sich für Mainz auf 3,150,000 fl., für Luxemburg auf 1,000,000 fl., für Ulm auf 5,360,000 fl.; für Rastatt auf 3,470,000 fl., für Landau auf 470,000 fl. Dieser Erklärung des österreichischen Bevollmächtigten gegenüber bezogen sich die Bevollmächtigten Preußens auf eine Erklärung ihrer Regierung vom 31. Oktober v. J. zurück, wornach die auf Grund des Prager Friedensvertrages zusammengetretene Liquidationskommission in keiner Weise kompetent sei, das unbewegliche Bundeseigenthum zum Gegenstand ihrer Verhandlungen zu machen. Die Bevollmächtigten von Bayern, Württemberg, Baden und Großherzogthum Hessen verwiesen gleichfalls auf frühere Erklärungen ihrer Regierungen, die mit der von Preußen abgegebenen vollkommen übereinstimmen. Der österr. Bevollmächtigte beharrte auf seiner Anschauung und behielt seiner Regierung jede weitere Erklärung vor.

Berlin, 29. April. Heute Mittag 1 Uhr fand die Eröffnung der außerordentlichen Session des preuß. Landtags im Weißen Saale des k. Schlosses durch den König statt. In den Diplomatenlogen, die mäßig besetzt waren, wurde u. A. der russische Gesandte v. Oubril und der italienische bemerkt, die Hofloge blieb leer. Die Versammlung im Saale bot, wie immer, ein glänzendes Schauspiel dar, zu dessen Glanz die Mitglieder des Herrenhauses wesentlich beitrugen. Von den Abgeordneten wurden Waldeck, F. Duncker, Schulze, Lüning, Lasker, Richter, Simson, beide Vincke's, v. Saucken-Tarputschen, Michaelis und Dr. Michelis bemerkt. Um 1 Uhr traten die Mitglieder des Staatsministeriums in großer Uniform ein, Graf Bismarck in der eines Cavallerie-Generals. Beim Eintritt des Königs mit den Prinzen brachte der Präsident des Herrenhauses Graf zu Stolberg das Hoch aus, das die Versammlung dreimal wiederholte. Der König verlas die Thronrede, die ihm der Ministerpräsident überreichte, wie immer, mit weithin tönender Stimme und wurde an der Stelle, welche die Beziehungen zu den süddeutschen Staaten betrifft, von der Zustimmung der Versammlung, ferner an der Stelle, welche von der Erhaltung des Friedens spricht, von ihrem lauten Beifall unterbrochen, der sich nach dem Schluß der Thronrede erneuerte. Alsdann erklärte der Minister-Präsident die Sitzung des Landtags der Monarchie für eröffnet, und unter dem dreimal wiederholten Hoch, das der Präsident des Abgeordnetenhauses, von Forckenbeck, ausbrachte, entfernte sich der König mit freundlichem allseitigen

Feuilleton.

Vermischtes.

(Auszug aus dem Jahresberichte des k. General-Konsuls in Philadelphia pro 1866.) Dampfschiffe zwischen den Vereinigten Staaten, Brasilien, Westindien, China, Japan und den Sandwichs-Inseln sind ins Leben gerufen, was sehr dazu beitragen wird, Handel und Wandel mit dem Auslande zu fördern. — Der überseeische Telegraph, der uns in tägliche Verbindung mit Europa setzt, ist seit Monaten hergestellt. Das verloren gegangene Kabel der früher beabsichtigten für unmöglich gehaltenen Legung der Telegraphen-Linie ist gleichfalls wieder aufgefunden und weiter gelegt worden, so daß jetzt zwei Telegraphen zwischen hier und England bestehen. Außerdem ist der amerikanisch-russische Telegraph zur Hälfte erfolgreich gelegt, so daß wir sehr bald überseeische Telegraphen genug haben. Daß Alles dieses den Wohlstand und die Industrie des Landes nur fördert, bedarf keiner Erwähnung. — Am Schlusse des Jahres 1866 betrug die zu verzinsende Schuld der Vereinigten Staaten von Amerika in Summa 131,737,732 Dollars 79 Cents. — Die Flotte ist nach beendigtem Kriege sehr reduzirt worden. Die Panzerschiff-Flotte besteht aus 63 Fahrzeugen mit 175 Kanonen von schwerstem Kaliber. — Postwesen. In den Vereinigten Staaten befinden sich 6980 verschiedene Postrouten; diese umfassen 180,921 Meilen. — Die in den Vereinigten Staaten von Amerika in Operation befindlichen Telegraphen nehmen eine Strecke von 52,218 Meilen ein. — Die Tonnenzahl der zum überseeischen Handel benützten Schiffe betrug im Jahre 1866 402,779 Tonnen. An Gütern wurden ausgeführt 3,383,176 Tonnen, eingeführt 3,372,060 Tonnen. Der Werth der ausgeführten Güter beträgt 565,426,494 Doll., die Einfuhr dagegen 437,638,966 Doll. — An Getreide wurde ausgeführt:

	Mehl		Weizen		Mais	
1866	43,071	Barral	1,401,535	Bushel	2,368,808	Bushel
1865	39,562	"	779,990	"	2,6?4,878	"
mehr	3,509	Barral	711,545	Bushel	—	Bushel
weniger	—	"	—	"	256,070	"
1864	38,629	Barral	1,2?2,734	Bushel	56,930	Bushel
1863	359,505	"	4,301,440	"	239,460	"

An türkischem Weizen oder Mais wurden anno 1866 geärntet 800 Mill. Bushel. — Die Baumwoll-Ernte wird auf 1,750,000 Ballen zu je 4 bis 500 Pfd. geschätzt. — Tabak wurde gewonnen circa 307,400,000 Pfd. Die Qualitäten der Tabake sind nicht besser gewesen, wie in früheren Jahren, die Quantitäten dagegen geringer. — An Weizen wird in den letzten Jahren von Jahr zu Jahr weniger geerntet. — Die Heuernte ist in diesem Jahre unzulänglich ausgefallen. — Der Viehstand sämmtlicher Staaten der Union entziffert den Gesammtwerth von 1,188,329,950 Doll. Durch den Krieg hat der Viehstand sehr gelitten. — Das im Jahre 1866 gewonnene Gold und Silber wird auf 106 Mill. Doll. geschätzt. — Die Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten von Amerika entziffert nach dem letzten Census im Jahre 1860 31,443,821 Seelen, wovon 31,148,046 den Staaten, die übrigen den Territorien angehören.

Gruß. Von hier aus begaben sich die Mitglieder beider Häuser nach den für ihre Sitzungen angewiesenen Lokalitäten; die Abgeordneten nach dem Concertsaale des Schauspielhauses, den kein älterer Berichterstatter betreten kann, ohne sich der hier tagenden Nationalversammlung zu erinnern. Die Einrichtungen sind ungefähr dieselben wie damals, doch wird es heute schwerer, sich in die Einschränkungen zu finden, die der Raum auflegt. Die Abgeordneten müssen mit ihren Commissions- und Abtheilungssitzungen in das alte Haus am Dönhofsplatze gehen, wo auch das Büreau hat bleiben müssen; für die Mitglieder des Staatsministeriums ist ein bescheidenes Versammlungszimmer geschaffen, das durch Vorhänge vom Sitzungssaale getrennt ist und erleuchtet werden muß, der Präsident hat ein kleines Zimmer, Lesezimmer und Büffet, in denen nach der Hausordnung des königl. Theaters nicht geraucht werden darf, sind überaus schmal zugemessen, und auch die Berichterstattung muß sich nach der Decke strecken und auf Arbeitszimmer verzichten, die kaum für das stenographische Büreau herzustellen waren. Aber wenn sie auch nicht verwöhnt ist, so hat sich doch der Umfang ihrer Arbeitskräfte und der Anspruch an ihre Leistungen seit 1848 so erweitert, daß sie unmöglich mit zehn Sitzplätzen, von denen aus kein Redner zu sehen ist, auskommen kann. Wir sind überzeugt, daß diesem Uebelstande nach Constituirung des Hauses abgeholfen wird. Die Akustik des Saales ist als überaus günstig bekannt. Ueber dem Tische des Staatsministeriums befindet sich Händels Büste, hinter dem Präsidium eine leere Nische, unter der der Name Meyerbeers in goldener Schrift steht.

Berlin, 30. April. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt zu einer Pariser Korrespondenz der „Allgemeinen Zeitung“ eine angekündigte Veröffentlichung gewisser, Preußen kompromittrender Aktenstücke, Folgendes: Die preußische Regierung habe die Oeffentlichkeit nicht zu scheuen, indessen hätte die letzte Zeit gezeigt, wie weit Fälschungen betrieben werden können. Es wäre daher nicht zu verwundern, wenn demnächst Schriftstücke veröffentlicht würden, welche als Aktenstücke des preußischen Kabinets figuriren, während sie aus der Phantasie des Erfinders sind. — Die „Nordd. Allg. Ztg.“ findet das stärkste Argument für das preußische Besatzungsrecht in Luxemburg auch nach der Auflösung des Bundes in dem Frankfurter Territorialreceß vom 20. Juli 1819, in welchem ausgesprochen ist, daß das Besatzungsrecht zur Vertheidigung Preußens und Hollands bestimmt ist.

Berlin, 30. April. Das Abgeordnetenhaus wählte heute sein Bureau. Zum ersten Präsidenten wurde im ersten Wahlgange wieder gewählt v. Forckenbeck mit 162 Stimmen (von 243) gegen 60, die auf Waldeck, und 13, die auf Arnim-Heinrichsdorf fielen, die andern zersplitterten sich, ebenso Stavenhagen zum ersten Vize-Präsidenten mit 132 Stimmen von 240 gegen 79 für v. Hoverbeck, 13 für v. Carlowitz, 9 für Graf Eulenburg. Bei der Wahl des zweiten Vize-Präsidenten wurde eine zweimalige engere Wahl nöthig; erst im dritten Wahlgange wurde Graf Eulenburg-Deutschkrone gewählt mit 116 Stimmen von 223 gegen 107, welche von Carlowitz erhielt.

Berlin, 30. April. Dem Vernehmen nach steht der Abschluß einer Militär-Konvention Preußens mit dem Großherzogthum Baden in Aussicht. Nach Erreichung dieses Zieles werden die großh. hess. Truppen mit dem baden'schen Armeekorps zu einem großen Corpsbezirke vereinigt werden, während die ersteren gegenwärtig dem 11. Armeekorps, dessen Stab sich in Kassel befindet, noch zugetheilt sind. — Ueber die Militärpflicht der Theologen bei Mobilmachungsfällen ist vor einiger Zeit an die oberen Provinzial-, Civil- und Militärbehörden Verfügung ergangen. Nach den bezüglichen Anordnungen sollen die katholischen und evangelischen Theologen bis zum 1. April des Jahres, in welchem sie das 26. Lebensjahr vollenden, vom Militärdienste vorläufig zurückgestellt und demnächst diejenigen, welche bis dahin die Subdiakonatsweihe empfangen, beziehungsweise die Prüfung pro licentia concionandi bestanden, von der Militärdienstpflicht gänzlich befreit werden. Für den Zeitraum nun zwischen ihrer ersten Zurückstellung vom Militärdienste und ihrer demnächstigen gänzlichen Befreiung von demselben sind die Theologen als in die Kategorie der Ersatzreservisten gehörig zu betrachten und als solche verpflichtet, sich Behufs Ableistung ihrer Wehrpflicht im Falle eines Krieges oder einer außergewöhnlichen Ergänzung des Heeres, oder eines Theiles des letzteren zur Militärstammrolle wiederum anzumelden, und zur Aushebung zu stellen, sobald die Ersatzreservisten ihrer Altersklasse von den Ersatzbehörden hierzu die Aufforderung erhalten. Deshalb sollen Ausstandsbewilligungen für Theologen nach wie vor mit dem beschränkenden Zusatze: „Für die Dauer des Friedens“ oder „des Erlöschens im Mobilmachungsfalle“ u. s. w., ausgefertigt werden. (K. Z.)

Zur Orientirung über den Ursprung und die rechtliche Natur des preußischen Besatzungsrechtes in Luxemburg, insbesondere über die entscheidende Frage, ob dasselbe bloß in den (1866 von Preußen aufgelösten) Bundesverträgen oder auch in anderen, davon unabhängigen Titeln begründet ist, entnehmen wir der „Nat.-Ztg.“ folgende Auseinandersetzung: Im ersten Pariser Frieden vom 30. Mai 1814 wurde lediglich bestimmt: „Holland, das unter die Souveränetät des Hauses Oranien tritt, wird einen Gebietszuwachs erhalten.“ Im Juni desselben Jahres ermächtigten die verbündeten vier Großmächte den Prinzen von Oranien, die Regierung über die belgischen Provinzen (zu welchen Luxemburg im strengeren Sinne nicht gehörte) vorläufig zu übernehmen; und diese Uebernahme erfolgte durch einen Akt vom 21. Juli 1814. Dieß war die Lage, in welcher der Wiener Kongreß die niederländischen Dinge vorfand. Durch Vertrag mit den verbündeten vier Mächten vom 31. Mai 1815 erhielt nun der Prinz von Oranien (jetzt König) die Grenzen seines Reiches zugewiesen. Die Hauptartikel dieses Vertrages wurden in der (auch von Frankreich unterzeichneten) Wiener Kongreßakte vom 9. Juni 1815 wörtlich wiederholt, und hier erhielt der König außer den vormals holländischen und den vormals belgischen Provinzen und außer dem vormaligen deutschen Bisthum Lüttich, was alles zu einem Königreich der Niederlande verbunden wurde, auch das vormalige Herzogthum Luxemburg mit dem Titel als Großherzog. „Dieses

---

— Canada mitgerechnet, sind im Laufe des Jahres 1866 in den Vereinigten Staaten von Amerika über 300,000 Einwanderer angekommen. — Durch die Emanzipation der Sclaven in den Vereinigten Staaten von Amerika sind im Ganzen 3,117,000 Menschen frei geworden. — In den Vereinigten Staaten befinden sich 3393 theils National-, theils Staats-, Privat- und Spar-Banken. — An Feuer- und See-Versicherungs-Gesellschaften bestehen in der Union 306 Compagnien. Lebensversicherungs-Gesellschaften gibt es 47. — An Kanälen befinden sich in den Vereinigten Staaten von Amerika 5462 Meilen und an Eisenbahnen 511 Compagnien. Diese Eisenbahnen bilden eine Strecke von 34,908 Meilen.

Was insbesondere den Staat Pennsylvania betrifft, so war die Kohlen-Produktion im Jahre 1866 daselbst bedeutender, wie je, nämlich sehr gering angeschlagen 14,853,374 Tonnen. — Vom 1. April 1865 bis dahin 1866 wurden 2,237,734 Faß oder 89,509,360 Gallonen Kohlenöl gewonnen. Ausgeführt wurden und in Consum gingen über 63,404,111 Gallonen, und blieb der Rest auf Lager. Im Jahre 1866 wurden ausgeführt in Summa 1,217,438 Faß raffinirtes und 243,901 Faß rohes Oel, oder à 40 Gallonen 48,697,520 Gall. raffinirtes und 9,756,040 Gall. rohes Oel. Der Werth des ausgeführten Oeles wird auf 24,323,680 Doll. Gold angeschlagen. — Die Produktion von Roheisen war im letzten Jahre sehr bedeutend, indem im Ganzen davon 646,268 Tonnen à 2000 Pfd. gegen 559,870 Tonnen im Jahre 1865 gewonnen wurden; der Gesammtwerth dieser Produktion beträgt ca. 31,020,884 Pfd. — Die Ausgaben der Stadt Philadelphia betrugen im Jahre 1866 6,492,204 Doll. Die Schulden der Stadt betrugen i. J. 1866 33,837,793 Doll. Todesfälle waren in der Stadt im Jahre 1866 in Summa 16,803. — Feuersbrünste kamen in Philadelphia im verflossenen Jahre 594 vor, und wurde dadurch ein Werth von 3,192,977 Doll. zerstört.

Das Luther-Denkmal in Worms hätte, wenn Rietschel nicht durch den Tod abgerufen worden wäre, im Juni d. J. vollendet sein und enthüllt werden können. Der Ausschuß macht uns jetzt die Meldung, daß bis zum Juni nächsten Jahres Alles fertig sein dürfte. Vor dem Neuthor an der städtischen Promenade ist das Fundament bereits gelegt. Im Laufe dieses Sommers werden die in Bayreuth angefertigten Granitarbeiten (Unterbau, Stufen, Postament und Zinnenmauer) aufgestellt werden. Die sämmtlichen Bildhauer-Arbeiten nach Rietschel's Entwurf umfassen 12 Statuen, 8 Porträt-Medaillons, 34 Wappen und 22 Fuß Reliefs. Als der Meister starb, hatte er erst zwei Modelle (Luther und Wiclef) vollendet. Seitdem haben die Herren Donndorf und Kietz die weiteren Modelle angefertigt und an die Gießerei in Lauchhammer abgeliefert. Rückständig sind jetzt nur noch zwei Städtefiguren (Augsburg und Speyer) und die vier Seiten Reliefbilder aus Luther's Leben. Herr Schilling in Dresden hat die Modellirung der Figur „Speyer“ übernommen. Fertig gegossen stehen bereits Luther, Wiclef, Huß, Savonarola, Reuchlin, Petrus Waldus, Melanchthon (noch nicht ganz ciselirt), Kurfürst Friedrich von Sachsen, Landgraf Philipp von Sachsen und die Städtefigur „Magdeburg“ (auch noch nicht ganz ciselirt). Beim Rechnungsabschlusse am 18. Januar 1867 waren bis dahin 106,964 Gulden 36 Kreuzer verausgabt. Schließlich sei erwähnt, daß von dem bei F. A. Brockhaus in Leipzig in einer Auflage von 60,000 Exemplaren erschienenen xylographischen Kunstblatte „das Luther-Denkmal in Worms“ heute noch über 10,000 Exemplare vorräthig sind.

(hieß es) wird einen der Staaten des deutschen Bundes bilden, und der Fürst wird in den deutschen Bund mit allen den Rechten eintreten, deren die andern deutschen Fürsten genießen." Und darauf hieß es weiter: „Die Stadt Luxemburg wird in militärischer Beziehung als eine Bundesfestung betrachtet werden; der Großherzog wird indeß das Recht haben, den Gouverneur und den Kommandanten dieser Festung zu ernennen, vorbehältlich der Genehmigung und der übrigen Anordnungen des Bundes, welche" &c. Das war der Stand der Dinge am 9. Juni 1815. Vom Tage vorher datirt die deutsche Bundesakte, in welcher der Stadt oder Festung Luxemburg keine Erwähnung geschieht. Als nun am 18. die Schlacht bei Waterloo geschlagen war, und als die verbündeten Mächte abermals in Paris versammelt waren, um verstärkte Sicherheiten Frankreich gegenüber festzustellen, richteten sie ihre Aufmerksamkeit auf das deutsche Vertheidigungswesen. Am 20. November 1815 wurde der zweite Pariser Frieden zwischen Frankreich und den verbündeten vier Mächten unterzeichnet, und in dieser Friedensakte findet sich nichts, was für die gegenwärtige Erörterung wichtig ist, wohl aber ist Das der Fall bei den gleichzeitigen Protokollen der verbündeten Mächte, welche den Friedensvertrag begleiteten und ergänzten. Vornehmlich kommen diejenigen vom 3. und vom 21. November in Betracht, Protokolle, die abgefaßt wurden mit der Kraft von Verträgen. In dem ersteren wurde (Art. 10) vereinbart: „Die Plätze Mainz, Luxemburg und Landau werden zu Plätzen des deutschen Bundes erklärt, abgesehen von der Landeshoheit derselben", und es wurden schon jetzt besondere Rechte in Betreff der Besatzung von Luxemburg für Preußen vorbehalten. Eine vierte deutsche Bundesfesturg, so wurde zugleich bestimmt, soll am Oberrhein angelegt werden. In dem zweiten der erwähnten Protokolle wurde überdieß ausgesprochen und erläutert, daß diese Vertheidigungslinien an den Grenzen Frankreich's (am Rhein, in Savoyen u. s. w.) nicht bloß dem Vortheil dieses oder jenes einzelnen Staates dienen sollten, sondern daß sie als ein „wesentlich europäisches Werk" zu betrachten seien, welches denn auch von den verbündeten Mächten zu überwachen sein würde. Was die Vertheidigung von Deutschland insbesondere betrifft, so sollten Preußen und Oesterreich alles Nähere sowohl untereinander wie mit den betreffenden deutschen Landesherren bereden und feststellen, um die Festungen aufs Zweckmäßigste anzulegen. Das waren die völkerrechtlichen Grundlagen und Verträge, auf welchen die deutschen Bundesfestungen beruhten, und kraft welcher Oesterreich und Preußen nunmehr vorgingen. Zuerst schlossen diese beiden Mächte wegen Mainz mit dem Großherzog von Hessen einen Vertrag vom 30. Juni 1816 und dann eine Militär-Konvention vom 10. August 1817, worin bestimmt wurde: die Besatzung von Mainz soll, wie bisher, zu gleichen Theilen aus preußischen und aus österreichischen Truppen und aus einem hessischen Bataillon bestehen. Ferner wegen Luxemburg schloß Preußen am 8. November 1816, und darauf am 12. Mai 1817 schlossen alle verbündeten Mächte einen übereinstimmenden Vertrag mit dem König der Niederlande, worin Folgendes bestimmt wurde: Der König-Großherzog behielt gemäß der Wiener Kongreßakte die volle Landeshoheit sowohl in der Stadt wie in der Festung Luxemburg, er trat aber das Recht, den Gouverneur und den Kommandanten dieses Platzes zu ernennen, an Preußen ab. Danach bestand ferner die Besatzung zu drei Viertheilen aus preußischen und zu einem Viertheil aus niederländischen Truppen, und hiebei behielt es sein Bewenden bis zu der Uebereinkunft vom 17. November 1856,*) wonach der König-Großherzog die alleinige Besatzung in Friedenszeiten an Preußen überließ, und nur in Kriegszeiten der niederländische Truppentheil beigezogen werden sollte. Wir haben noch zu erwähnen, daß im Oktober 1818 Preußen und Oesterreich in der Bundesversammlung zu Frankfurt erklärten: sie seien bereit, dem Bunde die Festung Mainz einzuräumen und zu überantworten. Nach den Wiener Ministerkonferenzen beschloß die Bundesversammlung am 5. Oktober 1820 in der That die Uebernahme aller drei Bundesfestungen. Die Uebergabe und Uebernahme erfolgte jedoch erst 1825 für Mainz und 1826 für Luxemburg. Die „Nat.-Ztg." schlußfolgert hieraus wie folgt: „Wir haben gesehen, die Bestimmung von Mainz, Luxemburg und Landau zu deutschen Bundesfestungen beruht auf Verträgen der verbündeten vier Mächte nach der Schlacht von Waterloo, geschlossen im November 1815. Wir haben deßgleichen gesehen, daß Preußen bei jener Gelegenheit eine Zusage erhielt, es solle in Luxemburg besondere Rechte erhalten, und daß diese Zusage erfüllt und verwirklicht wurde durch einen Vertrag zwischen Preußen und den Niederlanden von 1816, welchem dann die anderen drei verbündeten Mächte 1817 beitraten. Hiernach sind aber zwei Dinge klar und unanfechtbar. Erstens ist es klar, daß Preußen seine Stellung in Luxemburg erworben hat durch seine Kriegsthaten von 1815, und daß die verbündeten Mächte diesen Platz in Preußen's Hände gaben, weil sie nöthig fanden, an dieser Stelle einen gut vertheidigten Wall aufzurichten gegen Frankreich. Zweitens ist nach Obigem nicht weniger klar, daß alle europäischen Festsetzungen vom November 1815 in Betreff der Vertheidigungsanstalten Deutschlands nicht eigentlich gehörten zur deutschen Bundesverfassung vom 8. Juni, in welcher sie, wie schon bemerkt, gar nicht erwähnt werden; vielmehr wurde der Schutz der deutschen Westgrenze den Staaten Preußen und Oesterreich überantwortet, welche das Nähere mit den betreffenden deutschen Landesfürsten abmachen sollten und auch wirklich abmachten. Hieraus aber ergibt sich, daß es völlig halllos ist, wenn behauptet wird, Preußen habe wegen Beseitigung der deutschen Bundesakte vom 8. Juni 1815 sein auf besonderen Verträgen fußendes Recht, in Luxemburg Besatzung zu halten, verloren, oder es sei dieses Recht dadurch zweifelhaft geworden, daß diese Bundesverfassung nicht mehr besteht." Endlich heben wir aus der „Nat. Ztg." noch folgende Deduktion hervor, auf welche auch von den ministeriellen preußischen Blättern Gewicht gelegt wird: „Es verhält sich, wie wir gesehen haben, mit Mainz gerade so wie mit Luxemburg: die Protokolle der verbündeten Mächte von 1815 und der Vertrag mit dem Großh. Hessen von 1813 sind die Rechtstitel, kraft welcher Preußen in Mainz Wache hält. Diese Rechtstitel wurden festgehalten und bestätigt im Friedensvertrag zwischen Preußen und Hessen vom 3. Sept. 1866, indem dort die Rede ist von dem „„Preußen zustehenden und ihm ausschließlich verbleibenden Besatzungsrecht in Mainz."" Nun gesetzt den Fall, Frankreich verlangte heute die Räumung Luxemburg's, und Preußen gäbe diesem Verlangen Folge: was würde man morgen zu gewärtigen haben? Beinahe mit demselben Recht würde Frankreich morgen die Räumung von Mainz verlangen dürfen und vielleicht verlangen, denn zwischen diesem und dem luxemburgischen Besatzungsrecht besteht der einzige und geringe Unterschied, daß im September v. J. mit dem Großherzog von Hessen die alten Verträge ausdrücklich erneuert wurden. Sicherlich hat das aber in dessen Augen wenig zu bedeuten, der da behauptet, nur die Bundesakte von 1815 habe Preußen ein Recht gegeben, außerhalb seiner Staatsgrenzen Besatzungen zu halten."

Dresden, 30. April. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten erklärte der Präsident Haberkorn, es sei für die Vertreter der Einzelstaaten eine unvermeidliche Nothwendigkeit, nachdem die Norddeutsche Bundesverfassung eine so überwiegende Majorität im Reichstage erhalten, alle, selbst die größten Bedenken schwinden zu lassen. Der sächsische Landtag möge seine bezügliche Aufgabe rasch erledigen, damit die jetzigen unsicheren und unheimlichen Zustände schnell beseitigt werden.

Wien, 30. April. Die preußische Thronrede wird von den hiesigen Blättern zum Gegenstande ihrer Leitartikel gemacht, und die meisten begegnen sich in der Auffassung, daß die durch die gegenwärtige Phase der diplomatischen Verhandlungen gebotene Zurückhaltung derselben zur Beantwortung der Frage, ob Krieg, ob Frieden, gar keinen Anhaltspunkt gebe. Nur das „Fremdenblatt" und die „Neue Freie Presse" glauben sich zu dem Schlusse berechtigt, daß die Friedenshoffnungen durch diese Rede wieder einigermaßen in den Schatten gestellt werden. Die Börse, auf welche die Schlußstelle der Thronrede gestern einen ungünstigen Eindruck gemacht hatte, war durch die telegraphische Meldung, daß Preußen die Einladung zur Londoner Konferenz angenommen habe, heute schon wieder besseren Muthes, und als nun gar die Moniteur-Note und das (durch nichts begründete) Gerücht, daß Preußen noch vor Beginn der Conferenzen Luxemburg räumen werde, telegraphirt wurde, bekam die steigende Tendenz vollends die Oberhand. (Dasselbe war auf der Frankfurter Börse der Fall.)

Paris, 30. April. Dem „Etendard" gehen von Florenz Nachrichten zu, denen zufolge die italienische Regierung beim Hofe von Berlin Schritte gethan haben soll, um denselben zu veranlassen, solche Beschlüsse zu fassen, die geeignet sind, den gerechtfertigten Ansichten Frankreichs Genüge zu leisten. — Der „Avenir national" erfährt aus London, daß die Vorfragen, welche den Zusammentritt der Konferenz hätte erschweren können, beseitigt sind. Wahrscheinlich wird der König von Holland es übernehmen, die einzelnen Mächte brieflich zur Konferenz einzuladen. — Nach der „Presse" ist von einer neuen Mittheilung, welche die Regierung an die Kammern gelangen lassen will, die Rede. Wenn die Konferenz zu Stande kommt, soll die Regierung den Kammern die Bedingungen ihres Zusammentritts und die Grundlagen ihrer Verhandlungen mitzutheilen entschlossen sein. Auch für den Fall des Nichtzustandekommens der Konferenz würde wohl die Regierung sich veranlaßt sehen, Erklärungen abzugeben. Man glaubt, daß am nächsten Donnerstag eine Versammlung des Senats und des gesetzgebenden Körpers zu diesem Zwecke stattfinden wird. — Die „Patrie" läßt sich aus Lissabon schreiben, daß die Königin von

*) Dieses Aktenstück ist, wie die Erlanger Wochenschr. hervorhebt, preußischerseits von dem geheimen Legationsrath Otto v. Bismarck-Schönhausen (dem jetzigen Ministerpräsidenten) unterzeichnet.

Portugal in Begleitung des Bruders des Königs, des Infanten Don August, Herzogs von Coimbra, vor dem Könige ihre Reise antreten wird, um noch den Vermählungsfeierlichkeiten bei der Hochzeit des Prinzen Amadeus, ihres Bruders, beiwohnen zu können. — Der „Etendard" schreibt: „Unsere Post von Veracruz ist vom 1. April. An jenem Tage wurde die Belagerung der Stadt von den Juaristen aufgehoben, aber sie halten sich noch immer in der Umgegend auf und man erwartet mit jedem Augenblick ihre Rückkehr. Man war ohne jede Nachricht vom Innern des Landes. Zur See hatte man Nachrichten von Tampico vom 27. März gehabt. Diese Stadt, welche in der Gewalt der Juaristen ist, genoß augenblicklich vollständiger Ruhe."

Paris, 30. April. Die „France" erblickt in den Worten des Königs von Preußen den aufrichtigen Ausdruck, den Frieden erhalten zu wollen; gleichzeitig gibt sie ihrem Befremden darüber Ausdruck, daß die preußischen Journale eine Kompensation und die vollständige und absolute Einigung Deutschlands verlangen. — Der „France" zufolge ist die Luxemburger Frage eine juridische Frage. Die Mächte haben auf der Konferenz nicht das Defensivsystem von 1815 zu garantiren, welches Preußen umgestürzt hat. Die Konferenz habe sich auch nicht mit der absoluten Einigung Deutschlands zu befassen. Preußen ist durch den Prager Friedensvertrag gebunden, und der Norddeutsche Bund an der Mainlinie aufgehalten. Am Tage, wo Süddeutschland von einem Aufgehen im Norden bedroht ist, werden Oesterreich, als Unterzeichner des Prager Friedens, und Frankreich, als Nachbar Deutschlands, nur das vor Augen haben, was ihnen ihre Politik vorzeichnet. — Die „France" glaubt übrigens, daß die preußischen Journale ihre eigene Meinung ausdrücken, wiewohl der König von der nationalen Einigung gesprochen habe. Demselben Blatte zufolge gebe Italien fortwährend den Rath, Preußen Konzessionen zu machen. Die „Presse" sagt, die Thronrede des Königs bedeute Folgendes: Preußen ist zum Range eines Vize-Königthums herabgesunken, während ganz Deutschland in Hinkunft einen Kaiser hat. Dasselbe Blatt sagt außerdem, die Grundlagen für die Konferenz seien noch nicht angenommen. Preußen verlange die Neutralisirung Luxemburgs, deren Consequenz die Räumung der Festung sein würde, während Frankreich die beiden Fragen trennt und das Verlangen stellt, daß die Räumung unter allen Fällen stattfinden müsse und nicht der Neutralisirung untergeordnet werden könnte. Wenn die Mächte Preußen ein Recht zuerkennen wollten, welches Frankreich als hinfällig betrachtet, so würde dieses verweigern, hierauf einzugehen. Die „Presse" sagt auch, Preußen verlange nicht nur, daß Frankreich Luxemburg nicht besetze, sondern sich auch verbindlich mache, in Hinkunft auf jede Vergrößerung zu verzichten. Frankreich habe diesen Vorschlag, welcher die Freiheit seiner Aktion fesselt, als lächerlich und schimpflich zurückgewiesen. Nach der „Presse" verlangt das Berliner Cabinet als Compensation, daß Luxemburg niemals französisch, daß die Festung geschleift werde, daß es in Luxemburg verbleibe, bis Trier eine Festung geworden sein wird und die Zahlung von 50 Millionen vom König von Holland.

Neueres.

Berlin, 1. Mai. Im Abgeordnetenhause brachte Graf Bismarck den die Verfassung des Nordbundes betreffenden Gesetzentwurf zur verfassungsmäßigen Genehmigung ein. Auf Antrag des Präsidenten wurde die Schlußberathung beschlossen. Referent darüber ist Twesten.

Dresden, 1. Mai. Das offizielle „Dresdener Journal" erklärt die von mehreren Blättern gebrachte Nachricht von einer bevorstehenden Creditoperation für unbegründet. Die erforderlichen Bestände — sagt das amtliche Organ — seien in den Kassen vorhanden. — Dasselbe Blatt bestätigt auch die schon früher mitgetheilte Nachricht, daß Sachsen bis zum 1. Juni von den preußischen Truppen geräumt werden soll, mit Ausnahme von Leipzig, Bautzen und Königstein.

Wien, 1. Mai. Die „Wiener Abendpost" sagt: Auf Anregung der luxemburgischen Regierung wird der Conferenzzusammentritt in London am 7. d. erfolgen. Preußen, Rußland und Oesterreich werden durch die betreffenden Botschafter vertreten sein.

Telegramm
der Neuen Würzburger Zeitung.

* **London**, 3. Mai. In der gestrigen Oberhaussitzung erklärte Derby, obwohl die Präliminarbasen noch nicht definitiv festgestellt seien, werde die Conferenz doch spätestens am 7. Mai hier zusammentreten, er bezweifle nicht eine friedliche und befriedigende Lösung für die Militärehre Frankreichs, Preußens und Süddeutschlands.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. 8. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	64 G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	57$^3/_4$—58 G.
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	61$^1/_4$—$^1/_4$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	4$^1/_2$pCt.	38 G.
Preussen	3$^1/_2$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
"	4$^1/_2$pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
"	4$^1/_2$pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	92—91$^7/_8$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88$^3/_8$ G.
"	4 pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	88$^3/_8$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88$^1/_2$ G.
"	3$^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4$^1/_2$pCt. Obl. b. Rothsch.	90$^7/_8$ P.
"	3$^1/_2$pCt. Obl. dto.	77$^3/_4$ G.
Baden	4$^1/_2$pCt. Obl.	90$^1/_2$—$^3/_4$ G.
"	3$^1/_2$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4$^1/_2$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
"	3$^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4$^1/_2$pCt. Obl. dto.	93$^1/_2$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	85$^1/_8$ P.
"	3$^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3$^1/_2$pCt. Obl.	80$^1/_4$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2$^1/_2$pCt. " " "	—
Schweden	4$^1/_2$pCt. Obl. à 105 Thlr.	78 P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2$^1/_2$	77$^1/_4$ G.
[illegible]	6pCt. ditto r. 1882 "	76$^3/_4$—$^5/_8$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	125$^3/_4$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	648 P. 644 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	153 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	88 G.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	190 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	140$^1/_4$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4$^1/_2$ pCt.	104$^1/_2$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	46$^7/_8$—$^3/_4$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	71$^1/_2$ G
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	44$^1/_4$ P. 43$^3/_4$ G.
Bayer. Ostbahn à 4$^1/_2$ pCt. volleinbez.	113$^5/_8$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	112 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94$^1/_8$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104$^7/_8$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97$^1/_4$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94$^3/_8$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104$^7/_8$ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88$^1/_8$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104$^7/_8$ G.
London Lst. 10 k. S.	118$^3/_8$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99$^7/_8$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	94$^3/_8$ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	89 G.
do. in öst. W. 1. S.	—
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
" fl. 500 v. 1860 6/7	63$^7/_8$ P.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	111$^1/_2$ P. 110$^1/_2$ G.
" do. v. 1864	66$^1/_2$ P. 66 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	95$^3/_4$—96 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	52$^1/_2$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	—
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 P.
" fl. 25 do.	37$^3/_4$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. . b. R.	—
St. Lüttich mit 2$^1/_2$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P. 10$^1/_2$ G.

Frankfurt, 2. Mai. Die Börse begrüßte das nunmehr unzweifelhafte Zustandekommen der Konferenz in London mit keiner weiteren Hausse, da sie die Erwartung derselben bereits als Thatsache anticipirt und in den Coursen seit Ende voriger Woche mit Unterbrechung des Zwischenspiels am Montag schon escomptirt hatte. Außerdem ist das Vertrauen in die Situation immer noch bei Vielen sehr schwach und man hört allseitig die Aeußerung: Das Zustandekommen der Konferenz ist noch lange keine Bürgschaft dafür, daß Etwas auf derselben zu Stande kommt. Unter diesen Umständen, da Liebhaberei und Contremine gleich unsicheren Boden unter sich fühlen, wird das Geschäft in nächster Zeit voraussichtlich sehr still werden. Heute verkehrte man in sehr fester Haltung für Oesterreich und Amerika, während süddeutsche Sachen sich von ihrem jähen Sturz noch nicht in demselben Verhältniß, wie genannte Effekten, erholt haben. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 123. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | **64. Jahrgang.** | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 4. Mai 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 3. Mai. Se. Majestät der König hat dem Staatsrathe im ordentlichen Dienste Dr. M. A. v. Schilcher auf dessen eigenes gestelltes Ansuchen den wohlverdienten Ruhestand unter Anerkennung seiner durch viele Jahre hindurch geleisteten treuen und ausgezeichneten Dienste, sodann unter Einreihung desselben unter die Staatsräthe im außerordentl. Dienste, bewilligt, ihm auch das Großcomthurkreuz des Verdienstordens der bayer. Krone verliehen; den Staatsrath im ordentl. Dienste und Staatsminister der Justiz E. von Bomhard seiner Stelle als Staatsminister der Justiz enthoben und denselben als Staatsrath im ordentl. Dienste belassen und in Anerkennung seiner treuen und ausgezeichneten Dienstleistung als Justizminister ihm das Großkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael verliehen, mit der einstweiligen Verwesung des Staatsministeriums der Justiz aber den Staatsrath im ordentl. Dienste Dr. A. v. Fischer beauftragt.

Se. Majestät der König hat dem Bezirksgerichtsboten J. Kienzl zu Straubing die am Landg. Mainburg erledigte Gerichtsdienerstelle, seinem Ansuchen entsprechend, in widerruflicher Weise übertragen, und als Boten am Bezirksg. Straubing den J. Sailer aus Dillingen, z. Z. Beiboten am Bezirksg. München l/J., auf Ruf und Widerruf aufgestellt; die kathol. Pfarrei Neubeuern, Bezirksamts Rosenheim, dem Priester M. Eder, Vorstand der Staatserziehungsanstalt in Niederschönenfeld, Bezirksamts Aichach, übertragen; für die durch den Tod des Kaminkehrermeisters M. Moosbammer eröffnete Stelle eines Mitgliedes der prot. Kirchenverwaltung zu Passau den erwählten Ersatzmann, Kaufmann J. M. Maier, daselbst, bestätigt; die kath. Stadtpfarrei Ansbach dem Priester Joh. Hofmann, Domvikar in Bamberg, übertragen.

München, 1. Mai. Zufolge k. Kriegsministerialrescriptes vom 27. v. Mts., die Formation der Cavallerie betr., werden: von dem aufgelösten 3. Kür.-Regimente die erste Escadron mit dem ganzen Stande an Chargen vom Rittmeister abwärts, dann sämmtlichen Mannschaften, Pferden und Vorräthen zum 1. Kür.-Regimente, die zweite Escadron in gleicher Weise zum 2. Kür.-Reg. versetzt; die dritte und vierte Escadron werden aufgelöst; die Mannschaften und Vorräthe der ersteren, ausschließlich der Offizierschargen zum 2. Kür.-Reg., der letzteren zum 1. Kür.-Reg., dagegen die Pferde der ersteren gleichheitlich zum 1. und 2. Chev.-Reg., der letzteren zum 3. und 4. Chev.-Reg. versetzt und sind zum Zwecke einer gleichmäßigen Vertheilung die an die genannten Chevauxlegers-Regimenter abzugebenden Pferde nach Alter und Qualität in Klassen zu scheiden. Von dem aufgelösten 3. Uhl.-Reg. werden mit dem ganzen Stande an Chargen vom Rittmeister abwärts, sämmtlichen Mannschaften, Pferden und Vorräthen die erste Escadron zum 1. Uhl.-Reg., die zweite Escadron zum 2. Uhl.-Reg., die 3. Escadron zum 5. Chev.-Reg., die vierte Escadron zum 6. Chev.-Reg. versetzt. Die mit ihrem ganzen Stande versetzten Escadronen bilden bei ihren neuen Regimentern die fünfte Escadron. Das 1., 2., 3. und 4. Chev.-Reg. bilden je eine fünfte Escadron aus den Chargen und Mannschaften des Regiments und aus den von den Kür.-Regimentern und Fohlenhöfen zugewiesenen Pferden. Zu diesem Zwecke hat die Administrations-Commission der Militär-Fohlenhöfe an jedes Cavallerie-Regiment so viele von den auf den Fohlenhöfe eingestellten kräftigsten Pferden abzugeben, als jedes Regiment nach vollzogener neuer Formation auf den Stand von 626 Pferden noch bedarf. Die neue Formation und der Abmarsch der treffenden Abtheilungen in ihre neuen Garnisonen haben am 11. Mai in Vollzug zu treten. Neue Garnisonen werden durch diese Formationen nicht eröffnet, vielmehr verliert Ottobeuern das Cavallerie-Detachement. Der Stand eines Cavallerie-Regiments auf dem Friedensfuße wird zu 5 Escadronen, incl. des Stabes, 962 Mann und 626 Pferde, die Escadron 169 Mann und 125 Pferde betragen. Die Cavallerie-Regimenter werden vom 11. Mai ab in folgender Weise dislocirt sein. Generalcommando München: 1. Kür.-Reg.: Stab und 5 Escadronen in München. 2. Kür.-Reg.: Stab, 1., 2., 3., 5. Escadron in Landshut, 4. Escadron in Nymphenburg. 3. Chev.-Reg.: Stab, 3., 4., 5. Escadron Freising, 1. und 2. Escadron München. Generalcommando Augsburg: 4. Chev.-Reg.: Stab, 2., 3., 4., 5. Escadron Augsburg, 1. Escadron Kempten. 1. Uhl.-Reg.: Stab und 5 Escadronen in Dillingen. Generalcommando Nürnberg: 1. Chev.-Reg.: Stab, 4. und 5. Escadron Nürnberg, 1. und 2. Escadron Neumarkt, 3. Escadron Schwabach. 2. Uhl.-Reg.: Stab und 5 Escadronen Ansbach. Generalcommando Würzburg: 2. Chev.-Reg.: Stab, 1., 3., 4., 5. Escadron Bamberg, 2. Escadron Neustadt a/A. 5. Chev.-Reg.: Stab, 3., 4., 5. Escadron Speyer, 1. und 2. Escadron Zweibrücken. 6. Chev.-Reg.: Stab, 4., 5. Escadron Bayreuth, 1. und 2. Escadron Amberg, 3. Escadron Forchheim.

München, 2. Mai. Se. Maj. der König hat der vom Magistrate und den Gemeindebevollmächtigten der Stadt Erlangen beschlossenen Verleihung des dortigen Ehrenbürgerrechts an den außerordentlichen Universitäts-Professor Dr. J. Herz die Bestätigung ertheilt.

** **München,** 1. Mai. In seiner heutigen Sitzung setzte der Gesetzgebungs-Ausschuß die Berathung über Art. 7 des neuen Vorschlages, die Beschränkungen der Arrestanlegung betr., fort. Der Entwurf setzt eine bestimmte Quote der Besoldungen, Dienstbezüge 2c. von Staats-, Hof-, Gemeinde- und anderen bestimmten Kategorien von Personen fest, welche der Beschlagnahme unterstellt werden sollte. Der Ausschuß trat jedoch dem System des preußischen Entwurfs Art. 1085 bei und bestimmte in Art. 7 Abs. 1, daß von den Besoldungen und Dienstbezügen der genannten Personen 400 fl. und die Hälfte des Mehrbetrages, dann der noch nicht fällige oder noch nicht verdiente Lohn von Dienstboten, Gewerbsgehilfen, Fabrik- und ähnlichen Arbeitern, wenn er 7 fl. wöchentlich nicht übersteigt, endlich die Löhnungen von Unteroffizieren, Soldaten und Polizeisoldaten von der Beschlagnahme ausgeschlossen seien; dann in Abs. 2 und 3, daß dieses Maß selbst nicht mit Einwilligung des Schuldners überschritten werden dürfe, außer bei Bezügen aus Privatdiensten, Bezügen aus Pensionsvereinen, auf welche im Uebrigen die Bestimmungen des Abs. 1 Anwendung finden. Die Art. 8 und 9 enthalten weitere Beschränkungen spezieller Natur, z. B. Renten für das Sterb- und Nachmonat, Gnadengehalte, Alimente u. s. w., welche theils ganz, theils nach besonderer Richtung hin ausgeschlossen sein sollten, und nahm der Ausschuß im Wesentlichen beide Artikel in der neuen Fassung an, während er den Art. 10 als überflüssig abstrich. Die Art. 11 und 12 normiren die Bestimmungen bei der Klage auf Einweisung. Der Ausschuß entschied sich für das Prinzip, daß, wenn die Klage auf Einweisung nicht innerhalb acht Tagen erhoben werde, der Arrest ohne weitere Prozedur als nicht eingelegt zu betrachten sei, worauf der k. Ministerialcommissär auf Grund dieses Prinzipes neue Formulirung in Aussicht stellte, weßhalb Art. 11 und 12 einstweilen vorbehalten wurden, während der Ausschuß noch als Art. 12a eine Bestimmung aufnahm, daß der Arrestbeklagte sofort nach der Arrestanlegung Klage auf Aufhebung derselben stellen könne. Hiemit schloß die Sitzung.

München, 29. April. Die Kugelspritze, über die gegenwärtig so Vieles zu lesen ist, ist weder neu noch amerikanischen Ursprungs. Es ist die Steinheil'sche Fugalmaschine, von welcher Steinheil 1832 das erste durch die Kraft eines Mannes getriebene Modell ausführte und vor einer Militärkommission Proben damit anstellte, welche die zerstörende Wirkung dieses Wurfgeschosses außer allen Zweifel setzten. Auch das Prinzip, worauf das Geschoß beruht, ist kein Geheimniß. Ebensowenig die Construktion. Das Prinzip ist der Fugalschwung. Die Ausführung besteht in einer Metallscheibe, die für kleine Kaliber durch Menschenkraft, für größere durch Dampf in Rotation versetzt wird. Der Rand dieser Scheibe nimmt eine Geschwindigkeit an, welche die Geschwindigkeit der abgeschossenen Kugel übertrifft. In der Oberfläche der drehenden Scheibe ist eine radiale Rinne von etwas mehr als der Hälfte des Kaliberdurchmessers ausgearbeitet. Wenn man in die vertiefte Mitte Kugeln rollen läßt, so müssen sie in Folge des Fugalschwungs an der Rinne der drehenden Scheibe hinausgleiten und verlassen die Scheibe mit 12mal der Randgeschwindigkeit. Damit aber alle Kugeln in derselben Richtung entweichen, ist über der drehenden Scheibe eine Eisenplatte mit ganz kleinem Abstand von der drehenden Scheibe angebracht. In dieser Platte ist nun zur Aufnahme der oberen Hälfte der Kugel eine Kurve eingearbeitet (die logarithmische Spirale), durch welche alle

Kugeln bei allen Geschwindigkeiten, ohne Zwang zu erleiden, entweichen müssen. An der Platte ist ein Rohr in der Verlängerung der Seitenkurve angebracht, das allen Kugeln genau dieselbe Richtung gibt. Im Jahre 1848 hat Steinheil eine Maschine für Kartätschenkugeln, durch Dampf getrieben, ausführen lassen. Aber auch da fand eine Militärkommission den Gegenstand nicht für unsere Verhältnisse, sondern mehr für Festungen und Marine geeignet. Es scheint also die Steinheil'sche Fugalmaschine mit seinem galvanischen Telegraphen das Schicksal zu theilen, daß beide erst Werth bekommen, wenn sie über Amerika zu uns zurückkehren. Nach Obigem ist übrigens klar, daß Frankreich dieses Geschoß nicht ausschließlich besitzt, sondern daß es jeder haben kann, wenn er es ausführen will. (A. Z.)

= **München**, 2. Mai. In der Luxemburger Sache hat also Frankreich durch den Mund des amtlichen „Moniteur" zugestanden, daß es gerüstet, Beurlaubte einberufen, Pferde gekauft und die Grenzfestungen armirt habe, es kündigt zugleich aber an, daß „weitere Maßregeln nicht getroffen, im Gegentheil die einberufenen Soldaten zu Hause belassen werden sollen." Wohl mag man, wenn die Einigung zu einer Konferenz vorwärts schreitet wie bisher, und wenn die streitenden Mächte nicht nur ihre Theilnahme an ihr zugestehen, sondern auch über die Grundzüge der durch sie zu schlichtenden Punkte vorher schon sich verständigen (was bis heute noch nicht erfolgt zu sein scheint), wohl mag man dann der Hoffnung auf Erhaltung des Friedens sich hingeben. Aber früher nicht; und die obige Erklärung des „Moniteur" über die französischen Rüstungen ist so dehnbar und unbestimmt, daß sie zur Beruhigung keineswegs beitragen kann. Die Nichteinberufung der Beurlaubten ist eine Maßregel, die von Stunde zu Stunde wieder rückgängig zu machen und mit der gar nichts versäumt ist, wenn gleichzeitig die Pferdeeinkäufe und die Transporte von Kriegsmaterial an die Grenzen fortgesetzt werden. Daß dies aber geschieht, dafür sprechen alle Nachrichten und darum können wir noch gar nicht in Friedensträumen uns wiegen.

Nürnberg, 30. April. Der volkswirthschaftliche Verein für Nürnberg, Fürth und Umgegend hat in seiner am Samstag stattgefundenen Sitzung mit Besprechung der Sozialgesetzgebung und zwar zunächst des Entwurfs über Ansässigmachung und Verehelichung begonnen. Der Referent, Herr Rechtsrath Marx, bezeichnete denselben als unbrauchbar, indem er weit hinter dem Freiheit der Bewegung verbürgenden Pfälzer Gesetze zurückbleibend, unter der Maske liberaler Verbesserungen alte Schäden vielleicht auf Jahrzehnte wieder restauriren wolle. Die Versammlung trat dieser Ansicht bei. Abg. Herr Krämer von Doos theilte als Mitglied des Sozialgesetzgebungsausschusses mit, daß der Ausschuß den Vorsatz habe, in seinen Arbeiten nicht hinter der Freisinnigkeit bestehender Gesetzgebungen zurückzubleiben, sondern die etwaigen Schäden derselben zu beseitigen. Eigentliche Ausschußsitzungen hätten noch nicht stattgefunden, sondern nur sechs vorberathende Sitzungen von denjenigen Mitgliedern, deren Beihilfe Referent Professor Edel erbeten hatte. Letzterer stehe durchaus auf dem Standpunkt des Fortschritts, nicht, wie die Entwürfe, auf dem der Bevormundung; er befinde sich in Uebereinstimmung mit den andern Mitgliedern und wenn er die Zustimmung der Kammer und Regierung erhalte, könne das Land wohl zufrieden sein. Bürgermeister Fischer biete als Referent über Ansässigmachung und Verehelichung alle Garantien und stimme im Wesentlichen mit der Ansicht des Rechtsraths Marx überein. Hinsichtlich des Gewerbegesetzes wären alle 15 Mitglieder darüber einig, daß das Prinzip der Gewerbefreiheit durchgeführt werden solle, daß aber auch deshalb der Theil des Entwurfs, der dies nicht thue, einer Revision unterliegen müsse; zugleich sei beschlossen worden, daß beim Wiederzusammentritt des Landtags das Gewerbegesetz als das dringendste zuerst zur Berathung gelangen solle. Redner erklärt den Mangel eines einheitlichen Charakters des Gemeindeedikt-Entwurfs dadurch, daß am ursprünglichen Referat vier verschiedene Minister jeder in seiner Weise geändert hätten, so daß von der ersten Arbeit verhältnißmäßig wenig stehen geblieben sei. Was speziell Minister v. Pechmann betreffe, so besitze er das Bestreben, ein wirklich konstitutioneller Minister zu sein, weshalb der Schwerpunkt der Entscheidung über die Sozialgesetzgebung in der Kammer liege. (K. f. N.)

Karlsruhe, 30. April. Die „Karlsr. Z." schreibt: „Es sind aus verschiedenen Gegenden des Landes Besorgnisse laut geworden, daß im Hinblick auf die politische Lage die öffentlichen Bauten, insbesondere die Eisenbahnbauten eingestellt werden möchten. Diese Besorgnisse gründen sich wohl auf die Vorgänge im Sommer v. J. Die damals beim Einstellen der Bauarbeiten gemachten Erfahrungen haben aber bestätigt, daß eine solche Maßregel für den Baufond mit sehr großem Opfer verbunden ist, ganz abgesehen von den finanziellen und volkswirthschaftlichen Nachtheilen, welche die verzögerte Vollendung der im öffentlichen Interesse begonnenen Bauten, auf welche schon bedeutende Summen verwendet worden sind, mit sich bringt. Zur Zeit liegt kein Grund vor, die Eisenbahn-Bauten einzustellen, zumal auch die Eisenbahn-Schuldentilgungskasse genügende Mittel besitzt, die genehmigten Bauten fortzusetzen."

Berlin, 1. Mai. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses überreichte Graf Bismarck die Verfassung des norddeutschen Bundes zur verfassungsmäßigen Genehmigung. Der Minister äußerte: „Ich bin außer Stande, in diesem Augenblicke, ohne zu Wiederholungen zu greifen, über die Materie selbst mich zu verbreiten. Der Eingangspassus ist der preußischen Verfassung möglichst angepaßt worden. Ueber die geschäftliche Behandlung zu beschließen, überlasse ich dem Hause." Präsident v. Forckenbeck schlug die Erledigung durch Schlußberathung mit General- und Spezialdebatte, unter Ernennung eines Referenten, vor. Das Haus nahm diesen Vorschlag an. Zum Referenten wurde Twesten bestellt. — Bei dem gestrigen Diner beim russischen Gesandten, zu Ehren des Geburtstagsfestes des Kaisers von Rußland, brachte Graf Bismarck den Toast auf den Kaiser von Rußland aus. Herr v. Oubril erwiederte mit dem Toast auf den König von Preußen und den Erfolg der Konferenz. — Garnier-Pagès und seine Begleiter kehrten gestern Abend nach Paris zurück. Die liberalen Mitglieder des Abgeordnetenhauses gaben ihnen zu Ehren gestern Nachmittag ein Abschiedsessen. Löwe brachte dabei in französischer und deutscher Sprache ein Hoch auf den Frieden und die Freundschaft zwischen dem französischen Volke und dem deutschen Volke aus, das mit großem Beifall aufgenommen wurde. Garnier-Pagès hielt darauf eine längere Ansprache und schloß mit einem enthusiastisch aufgenommenen Hoch auf die freien Völker. — Die Idee, eine Friedensvolksversammlung in Berlin zu halten, ist fallen gelassen worden. Möglicherweise kommt eine Friedensadresse an das französ. Volk zu Stande. — Das „Militär-Wochenblatt" hört, daß nach der nunmehr erfolgten Reorganisation der sächsischen Armee die preußischen Truppen, außer dem 52. Regiment und zwei Bataillonen des 48. Regiments, zwischen dem 15. Mai und dem 1. Juni aus Sachsen zurückgezogen werden sollen. (Das amtliche „Dresd. J." enthält gleichfalls die Nachricht, daß Sachsen bis zum 1. Juni von preußischen Truppen geräumt werden soll, mit Ausnahme von Leipzig, Bautzen und Königstein). — Die „Spener'sche Ztg." schreibt: Seit Beendigung des letzten Krieges treten in auffallend großer Zahl fremdherrliche Offiziere in die preuß. Armee; so sind in letzter Zeit 6 österreichische und je ein württembergischer, braunschweigischer, französischer, thüringischer und badischer Offizier übergetreten, und noch viele dergleichen Anträge liegen dem Kriegsministerium vor. — Aus Paris wird der „Hamb. Börs. H." geschrieben: „Der französische Schiffsbaumeister Armand hatte, wie erinnerlich sein wird, während des amerikanischen Krieges den Konföderirten ein Kaperschiff gebaut. Die amerikanische Gesandtschaft hatte hierauf Armand wegen Ersatz des von dem Tornado verursachten Schadens verklagt, war aber in erster Instanz von dem kaiserlichen Gericht zurückgewiesen worden. Jetzt nun verfolgen die Amerikaner diesen Prozeß, und zwar in keiner anderen Absicht, als um in Frankreich selbst (durch die zu erwartende Bestätigung jenes ersten Urtheils) zu konstatiren, daß sie das Recht haben, ihrerseits Preußen im Kriegsfalle eventuell Kriegsschiffe zu verkaufen. Schon im vorigen Jahre haben amerikanische Diplomaten dem Grafen Bismarck ähnliche Anerbietungen gemacht, sie wurden indeß, nachdem man es vorzog, die Neutralität des Seehandels zu proklamiren, abgelehnt. Aber dieses Mal würde Frankreich nicht geneigt sein, eine solche Maßregel zu Gunsten des Seehandels zu treffen, und so würde vielleicht eintretenden Falles Graf Bismarck auf die Offerten der Amerikaner eingehen."

Berlin, 2. Mai. Der König reist im Juni nach Paris nach vollendeter Badekur in Ems oder Wiesbaden. Für Frankreichs Absicht, auf der Konferenz eine Revision der Verträge von 1815 anzuregen, fehlen sichere Anhaltspunkte. Die altliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses ist aufgelöst.

Der Bündnißvertrag zwischen Preußen und Hessen vom 11. April 1867 lautet unter Weglassung der Eingangsformel wie folgt: Art. 1. Unbeschadet des Bundesverhältnisses, welches zwischen Sr. Maj. dem Könige von Preußen und Sr. k. Hoh. dem Großherzoge von Hessen in Beziehung auf die dem norddeutschen Bunde angehörigen Theile des Großherzogthums Hessen bereits besteht, wird zwischen Sr. Maj. dem Könige von Preußen und Sr. k. H. dem Großherzoge von Hessen hiermit ein Schutz- und Trutzbündniß geschlossen. Es garantiren sich die hohen Contrahenten gegenseitig die Integrität des Gebietes Ihrer bezüglichen Länder und verpflichten sich, im Falle eines Krieges Ihre volle Kriegsmacht zu diesem Zwecke einander zur Verfügung zu stellen. Art. 2. In Beziehung auf den Oberbefehl Sr. Maj. des Königs von Preußen über die großh. hessischen Truppen bewendet es bei den Bestimmungen des Entwurfs der Verfassung des norddeutschen Bundes und der vom 7.

– d. M. abgeschlossenen Militärkonvention. Art. 3. Die Ratifikation des vorstehenden Vertrags erfolgt gleichzeitig mit der Ratifikation der in Art. 2 erwähnten Militärkonvention, also spätestens bis zum 21. April d. J. Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag in doppelten Exemplaren unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt. Der Vertrag ist zu Berlin abgeschlossen und unterzeichnet von den beiderseitigen Bevollmächtigten, dem großh. Geh. Legationsrathe Hofmann und dem preußischen Geheimrath v. Savigny.

Wien, 1. Mai. Die heute eingelangten telegraphischen Nachrichten aus Berlin und Paris sind geeignet, die schwachen Friedenshoffnungen, welchen man sich in den letzten Tagen hingegeben, noch weiter abzuschwächen. Die Konferenz kann bei solcher Schroffheit der Gegensätze wohl noch zusammentreten, dürfte aber, wenn sie zu Stande kommen sollte, schon an der Aufstellung des Programms scheitern, denn während Preußen solche Bedingungen für die Räumung Luxemburgs stellt, welche diese vollständig illusorisch machen würden, und von Frankreich unmöglich angenommen werden könnten, greift letzteres bereits über den Rahmen der Luxemburger Frage hinaus und sucht die Einigung Süddeutschlands mit dem Norden, ferner den Prager Frieden, dies sogar im Vereine mit Oesterreich, in den Kreis der friedlich oder kriegerisch zu lösenden Frage hineinzuziehen. (Frdbl.)

Wien, 1. Mai. Die „Wiener Abendpost" sagt: Auf Anregung der luxemburgischen Regierung wird die Conferenz am 7. d. M. in London zusammentreten. Preußen, Rußland und Oesterreich werden durch ihre Botschafter in England, beziehungsweise den Grafen Bernstorff, den Baron Brunnow und den Grafen Appenyi in der Konferenz vertreten sein.

Prag, 29. April. Auf die stürmisch erregte politische Fluth der letzten Landtagswochen ist nun bei uns stille Ebbe eingetreten, aber unter der ruhigen Oberfläche arbeiten doch die nationalen Elemente mit Heftigkeit. Die verwickelte Lage in Deutschland und der drohende Krieg mit Frankreich erfüllen die Feudalen, Klerikalen und Nationalen mit der Hoffnung, es werde ihren vereinigten Bemühungen gelingen, Hrn. v. Beust, den sie nun als ihren entschiedensten Gegner betrachten, zu stürzen. Zu diesem Zwecke schüren sie dazu, Oesterreich möge beim Ausbruche des Krieges sich entschieden für Frankreich und gegen Preußen erklären, während unser Staatsminister bekanntlich die Politik der Neutralität mit Eifer vertritt. Der slavische Charakter Oesterreichs soll nach Ansicht unserer Nationalen sich eben dadurch bekunden, daß auf die Interessen Deutschlands keine Rücksicht genommen werde. — Die Zeitungsnachricht, die Czechen werden den Slavenkongreß in Moskau beschicken, ist, wie ich verläßlich vernehme, unbegründet und von czechischer Seite selbst als Demonstrationsdrohung verbreitet worden. Eine Einladung ist zwar von Moskau aus an die mit russischen Orden ausgezeichneten politischen Notabilitäten ergangen, allein Dr. Palacky selbst sprach sich als österreichischer Baron dagegen aus, auf solche Weise in Moskau gegen Oesterreich zu demonstriren. Nur unsere Jungczechen, welche noch während des letzten polnischen Aufstandes am heftigsten gegen die russische Regierung auftraten, schwärmen jetzt für den von Rußland aus protegirten Panslavismus, vorzüglich aus Sucht, dem deutschen Elemente möglichst ausgiebige Opposition zu bilden. — Dieser Tage fand in der Hauptstadt Prag zum erstenmal die Einstellung der Rekruten in die Armee nach dem neuen Heeresergänzungsgesetze statt. Die Assentirung erfolgte in aller Ruhe und ganz ordnungsgemäß. — Für die Eröffnung des Reichsrathes haben unsere Nationalen bereits einen umfassenden Protest bei der Hand, durch welchen sie gleich in den ersten Sitzungen das Ausbleiben der Czechen vom historisch-politischen Standpunkte aus beleuchten und rechtfertigen wollen. Von deutscher Seite hofft man verläßlich auf eine Verständigung mit den ungarischen Staatsmännern. (Schw. M.)

Prag, 30. April. Die polizeiliche Confiskation der heutigen „Narodni Listy" erfolgte wegen des widerrechtlichen Erscheinens nach der gestern obergerichtlich verfügten dreimonatlichen Suspendirung. Die Redaktion der „Narodni Listy" will die betreffende Verfügung erst heute Früh erhalten haben und Schadenersatz für Satz und Druckpapier beanspruchen.

Bern, 29. April. Der neue preußische Gesandte, Herr General v. Röder, trug die Generalsuniform, als er heute nach dem üblichen Ceremoniell vom Bundespräsidenten und Vicepräsidenten empfangen wurde. Es hat derselbe Namens seiner Regierung die Hoffnung ausgesprochen, daß der Frieden erhalten bleiben könne, daß aber auf jeden Fall der König und seine Regierung die Neutralität der Schweiz skrupulös achten werden, sofern sie nicht von anderer Seite verletzt werde. Der Bundespräsident hat von dieser Erklärung Akt genommen. Dem Vernehmen nach sind auch von dem französ. Botschafter, Marquis v. Banneville, bei seiner Rückkehr für eine solche Eventualität analoge Erklärungen abgegeben worden. (N.Z.Z.)

Haag, 29. April. Die 1. Kammer hat die Budgets für das Innere, für die Marine und das Kriegsdepartement einstimmig angenommen. Die Verstärkung der Vertheidigungsmittel des Landes wurde im Hinblick auf die Zeitumstände allgemein gut geheißen. Die Einführung allgemeiner Wehrpflicht kam zur Sprache, ward aber als im Widerspruch mit der Verfassung des Landes betrachtet.

Paris, 1. Mai. Von dem seltsamen Gedanken einer vorausgängigen Räumung Luxemburgs ist man zurückgekommen. Die Grundlage der Unterhandlungen lautet ganz einfach: Räumung der Festung und Revision der Verträge von 1839, nebst Neutralisation des Großherzogthums unter der Garantie der neutralen Mächte. Daß der König der Niederlande beauftragt wurde, die fünf Mächte zur Beschickung einer Conferenz einzuladen, ist von Wichtigkeit; es schließt die Verpflichtung der übrigen Mächte, oder richtiger gesagt, Frankreichs in sich, keine andern Fragen anzuregen. Man darf hierin wohl einen diplomatischen Erfolg des Berliner Cabinets erblicken. Gestern sind die Einladungen des Königs von Holland von allen betreffenden Höfen angenommen worden. Die Eröffnung der Conferenz findet wahrscheinlich am 7. d. M statt. Die HH. van Zuylen und Tornaco werden den König von Holland, als Großherzog von Luxemburg, vertreten. (A. Z.)

Paris, 1. Mai. Die „France" schreibt: Die Conferenz wird ohne bestimmtes Programm eröffnet. Lord Stanley wird in derselben das Präsidium führen. Holland soll durch den Grafen Zuylen, und Luxemburg durch den Regierungs-Präsidenten Baron Tornaco vertreten sein. — Die „France" fügt hinzu: Es wäre besser gewesen, sich zuerst über die Räumung Luxemburgs zu verständigen, wonach eine endgiltige Lösung leichter gewesen wäre, während jetzt bei der Berathung noch Ansprüche und neue Fragen auftauchen können. — Die „Patrie" sagt: Die französischen Kammern werden von der Berufung der Konferenz verständigt werden. — Der „Etendard" sagt: Die Konferenz wird ohne festgestellte Grundlagen zusammentreten; aber die Besprechungen der letzten Tage haben zwei Ausgangspunkte über den stattzufindenden Austausch der Ansichten klar gemacht, nämlich: die Neutralisirung Luxemburgs und die Räumung der Festung. Die Berathungen der Konferenz sollen sich auf keinen anderen Gegenstand, als nur auf den Vertrag vom Jahre 1839 erstrecken. — Dasselbe Journal sagt: Auf Rath der drei neutralen Mächte hat der König von Holland auf den 7. Mai die Großmächte zusammenberufen, welche gestern die Einladung angenommen haben.

Paris, 1. Mai. Das „Journal des Debats" vergleicht die allgemeine Ausstellung mit einem Schauspiele, das am ersten Abend halb durchfiel, sich aber wieder hob und schließlich große Triumphe erlangte. Noch jetzt sei der Eindruck ziemlich peinlich und die Wirkung der aufgestapelten Güter noch schwer zu berechnen; ebenso habe der Beobachter vom Trocadero noch den Eindruck eines Mischmasch von Moscheen, Leuchtthürmen, Pagoden, Buden und Fabriken, die auf dem Marsfelde ständen und aus denen ein dem Ohre lästiges Tongewirre emporsteige. Aber wer den Muth habe, sich in den Wirrwarr hineinzuwagen, werde bald des ersten Eindrucks Meister und fühle sich nun reichlich belohnt; die Aufregung verwandle sich in Staunen und bald fühle man sich bezaubert; die Ausstellung von 1855 sei nur eine Schaustellung gewesen, die von 1867 sei zugleich eine Kampfhalle, eine Werkstätte, ein Museum, eine Kirche, eine Moschee, eine Wachsfigurenbude, eine Kirchweih, kurz, schön und häßlich, grotesk und wunderlich, ein Pandämonium, ein Babel, ein Mikrokosmos. — Die Stimmung ist fortwährend schwankend; die Kriegsbefürchtungen wollen trotz der Friedensbemühungen der Diplomatie in der Geschäftswelt noch nicht weichen, und in den Blättern herrscht fortwährend Groll und Verstimmung oder Besorgniß und daher Bemühen um Verbreitung größeren Vertrauens vor. (K. Z.)

Madrid, 1. Mai. Nach der „Epoca" schließt das Budget 1865/66 mit einem Defizit von 310 Millionen Realen ab. Das Budget soll durch Ersparnisse und neue Steuern ins Gleichgewicht gebracht werden. — Im Senat ist ein von der radikalen Partei gestelltes Amendement mit 117 gegen 60 Stimmen verworfen worden.

Florenz, 1. Mai. Die „Opinione" sagt: „Die Luxemburger Frage ist in eine friedliche Phase eingetreten. Die italienische Regierung, überzeugt, daß man weder in Berlin noch in Paris eine bestimmte Absicht zum Kriege habe, ja davon unterrichtet, daß ihre guten Dienste, ihre wohlwollenden und uneigennützigen Rathschläge nicht allein angenommen werden, sondern beiden Seiten erwünscht seien, zögerte keinen Augenblick, sich mit England zu verständigen, sich mit demselben zu verbinden, um eine Lösung zu empfehlen, welche mit der größten Unparteilichkeit und Billigkeit auf würdige Weise den Interessen und gerechten Empfindlichkeiten zweier großen Nationen genügen würde, welche das gleiche Anrecht auf unsere Freundschaft haben und unsere Alliirte sind.

Der „Triester Zeitung“ wird aus **Florenz** geschrieben: „Die Anzeichen mehren sich, daß seine Lösung der **römischen Frage** näher stehe, als dieses vielleicht den Anschein hat, und in hiesigen politischen Kreisen bricht sich immer mehr die Ueberzeugung Bahn, daß die strengste Beobachtung der September-Konvention von Seiten Italiens das beste Mittel sei, um ohne Mühe und Blutvergießen in den Besitz Roms zu gelangen. Man raisonnirt nämlich hier folgendermaßen: In Folge der September-Convention ist die italienische Regierung verpflichtet, nicht nur ihrerseits das päpstliche Territorium auf das gewissenhafteste zu respektiren, sondern auch jeden Freischaaren-Angriff auf dasselbe zu verhindern und Alles zu vermeiden, was sie in dieser Angelegenheit kompromittiren könnte. Dieselbe Convention stellt aber auch den Grundsatz der strengsten Beobachtung des Nicht-interventions-Princips auf, d. h. mit andern Worten, man will die päpstliche Regierung ganz und gar sich überlassen, und möge dieselbe zusehen, wie sie mit ihrer eigenen Bevölkerung fertig wird. Gelingt es ihr, dieselbe so zu befriedigen, daß sie sich nicht nach einer Aenderung ihrer Lage sehnt, desto besser für sie, wo nicht, und im Falle eine Revolution in Rom ausbricht, so möge die päpstliche Regierung zusehen, wie sie mit derselben fertig wird, für den persönlichen Schutz des Papstes wird schon Sorge getragen werden. Gelingt es nun den Römern, die ihnen verhaßte päpstliche Regierung zu stürzen, wissen dieselben anarchischen Leidenschaften den Zaum anzulegen, die Ordnung in ihrem Hause herzustellen, und drückt sich der allgemeine Volkswille entschieden für den Anschluß und die Vereinigung mit Italien aus, so kann man dem Willen der Römer keinen Zwang anthun und wird daher der Vereinigung Roms mit Italien kein Hinderniß im Wege stehen. Selbst Garibaldi soll von der Richtigkeit dieses Raisonnements so überzeugt sein, daß er seine Absicht, eine Interpellation über die römische Frage in der Kammer zu stellen, aufgegeben hat und der Regierung keine Opposition machen wird.

London, 1. Mai. Der König Georg von Griechenland ist gestern incognito hier angekommen. Morgen früh wird er nach Paris abreisen. Von da wird er sich über Berlin nach Petersburg begeben. In dieser letzteren Stadt wird seine Verlobung mit der ältesten Tochter des Großfürsten Constantin gefeiert werden. Von Petersburg wird der König Georg wieder nach London kommen.

Aus **Vera-Cruz**, 7. April, wird gemeldet, daß die Stadt noch eng eingeschlossen ist. Nach imperialistischen Quellen schlug Miramon den Escobedo und marschirte auf Guadalajara zu. Escobedo wurde in San Luis von Mejia belagert. Nach republikanischen Berichten hatte Porfirio Diaz Puebla genommen. Kaiser Maximilian versuchte die Belagerer von Queretaro zu durchbrechen, wurde aber zurückgeworfen und ist noch in der Stadt von den Liberalen eingeschlossen. Juarez hatte befohlen, den Kaiser im Falle seiner Gefangennehmung als Kriegsgefangenen und mit der der erfolglosen Tapferkeit schuldigen Rücksichten zu behandeln. Ein als republikanisches Kriegsschiff ausgerüsteter amerikanischer Dampfer war in Tampico eingelaufen.

Neueres.

Paris, 2. Mai. Die Rundschau des „Abend-Moniteurs“ bemerkt in Betreff Luxemburgs: Frankreich habe, indem es die guten Dienste Englands, Oesterreichs und Rußlands angenommen, die Aktion nicht durch direkte Betheiligung an der Debatte stören wollen; es habe ihnen die Mühewaltung überlassen, mit Preußen die Angelegenheit in Angriff zu nehmen, die in Frankreichs Augen vor Allem eine Frage des Völkerrechts und der allgemeinen Interessen sei. Dieses einsichtsvolle Verfahren habe bereits erfreuliche Ergebnisse herbeigeführt und die friedlichen Nachrichten der letzten Tage hatten hierauf den Kaiser bewogen, keinerlei Militärmaßregeln anzuordnen, welche der öffentlichen Meinung einen Vorwand zur Aufregung bieten könnte.

Paris, 2. Mai. Der „Moniteur“ zeigt an, daß der niederländische Staatsrath Jonas gestern dem Marquis v. Moustier sein Beglaubigungsschreiben als luxemburgischer Geschäftsträger überreicht hat.

Madrid, 1. Mai. Die Herzogin von Montpensier ist von einem Sohne entbunden worden.

Barcelona, 1. Mai. (Ueber Paris.) In Catalonien herrscht allgemeine Aufregung. Der Generalcapitän war während eines Stierkampfs Gegenstand feindseliger Kundgebungen. Die Truppen sind schleunigst ausgerückt in der Richtung auf Tarragona und die Berge von Figueras, wo sich bewaffnete Banden gezeigt haben sollen. Das Losungswort der Aufständischen ist: Es lebe Prim und die Republik! Nieder mit der Königin und Narvaez!

Florenz, 2. Mai. Die „Italie“ versichert, ohne jedoch ihre Nachricht verbürgen zu können, daß Herr v. Usedom, welcher sich nach Venedig begeben hatte, von dort nach Berlin gereist sei.

Bukarest, 1. Mai. Der nordamerikanische General-Consul und diplomatische Agent Czaplai überreichte heute seine Accreditive. Fürst Karl reist Samstag in die kleine Walachei.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	66 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	58 1/8—1/8 G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	52 1/2—62 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	4 1/2pCt.	37 1/4 P.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	91 7/8 P.
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	92 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	89 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	89 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 1/2 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	91 1/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	78 1/2 G.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	92 P.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	92 1/8 P. 5/8 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	85 1/2 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	80 1/4 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	80 G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	77 1/4 G.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	76 7/8—3/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	125 3/4 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	641 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	154 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	88 G.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	190 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	97 1/2 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	140 1/8 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	86 1/2 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	105 5/8 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	47 1/4 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	43 3/8 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	113 1/2 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	112 1/2 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	103 3/4 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	55 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	64 3/4—3/8 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	110 G.
„ do. v. 1864	67 P. 66 1/4 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	96 3/4—1/2 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 1/4 P.
Badische fl. 35	52 1/2 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 3/4 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	139 1/4 P.
„ fl. 25 do.	37 3/4 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs. Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11 3/8 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 3/8 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 3/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 3/8 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 G.
London Lst. 10 k. S.	118 1/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/8 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	89 5/8 G.
do. in öst. W. l. S.	89 5/8 G.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 3. Mai. Die Börse trägt der unerwartet günstigen Wendung der Situation immer noch nicht entschieden Rechnung und jedem Versuche einer durchgreifenden Hausse steht sofort eine Reaction gegenüber. So gestern Abend, so auch heute. In sehr fester Stimmung eröffnend, verflaute man auf nicht entsprechende Berliner Notirungen. Die Contremine, die das Feld noch nicht geräumt hat, benutzt natürlich jede ungünstige Strömung, um die Course noch mehr zurückzudrängen. Süddeutsche Sachen hielten sich heute am besten und wurden höher als gestern bezahlt. Amerikaner verkehrten ebenfalls in guter Tendenz. Newyorker Goldagio fehlte. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 124-25. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 6. Mai 1867.

Die Aussichten.

Die Nachrichten über die in London zu eröffnende Konferenz in der Luxemburger Frage lassen sich dahin vereinigen, daß die Bevollmächtigten ihre erste Sitzung am 7. d. halten werden. Da die ersten Sitzungen aber mit Förmlichkeiten hinzugehen pflegen, so werden die ernstlichen Verhandlungen wohl erst am 11. oder 12. beginnen und, wie man hofft, bald beendigt sein. Denn in der Hauptsache scheinen die Mächte ja bereits einverstanden. Luxemburg, auf dessen Erwerb Frankreich verzichtet, verbleibt dem Könige von Holland und wird neutralisirt. In Folge dieser Neutralität räumt Preußen die Festung. Es gibt wohl in der ganzen Welt keinen wohlgesinnten, vernünftigen Menschen, der mit einer solchen Lösung nicht sehr einverstanden sein wird, der behaupten wollte, diese Auskunft sei für Frankreich oder für Deutschland schimpflich, und folglich müßten jenem Moloch, genannt Nationalehre, wieder Hunderttausende in die glühenden Arme geworfen werden.

Wenn von einem Rückzuge die Rede sein soll, so ist es Frankreich, welches sich zurückzieht, indem es auf einen Vertrag über den Ankauf Luxemburgs, der bis zur Unterschrift fertig war, Verzicht leistete. So empörend ein solcher schnöder Länderschacher für das deutsche Nationalgefühl ist, so gebieterisch es dagegen sich erhoben hat, so läßt sich nicht wohl bestreiten, daß in abstracto der König von Holland als Souverän von Luxemburg das Recht besitze, das Ländchen einem anderen Souverän abzutreten, falls die Luxemburger selbst nicht verfassungsmäßigen Einspruch gethan, worauf bei ihrer Schlaffheit nicht mit Sicherheit zu rechnen war. Eine so eben herausgekommene Flugschrift (Preußens Rechte bezüglich des Landes und der Festung Luxemburg von F. v. Seydewitz, Berlin, F. Schneider) sucht freilich, Preußens Rechte so weit wie möglich ausdehnend, demselben auch ein Widerspruchsrecht gegen jede Veräußerung des Landes zu vindiciren. Indessen steht ein solches Widerspruchsrecht nur den luxemburger Ständen zu, und jene Behauptung ist aus den Traktaten schwerlich hinlänglich zu begründen. Es ist das lebendige Nationalgefühl Deutschlands, das besser, als todte Buchstaben, jenes Ländchen davor schützt, in Frankreichs Hände zu fallen.

Wenn man von bloßen Vertragsrechten redet, so ist es Frankreich, welches auf ein Recht verzichtet. Ob dagegen Preußen überhaupt auf ein Recht verzichtet, indem es die ehemalige Bundesfestung Luxemburg räumt, das ist mindestens sehr strittig. Eine ausführliche Besprechung über „deutsches Recht auf Luxemburg" in der „Allg. Z." vom 29. April kommt zu dem Schlusse, daß nach der 1866 erfolgten bedingungslosen Auflösung des Deutschen Bundes ein Recht Deutschlands oder Preußens, die ehemalige Bundesfestung noch ferner besetzt zu halten, sich urkundlich nicht belegen lasse. Der Verfasser des Artikels behauptet, daß gegenwärtig nur der König der Niederlande, und zwar ausschließlich, dieses Besatzungsrecht habe, und daß er nicht mehr verpflichtet sei, es mit Preußen oder sonst einem deutschen Staate zu theilen. Als Territorialherr sei der Großherzog von Luxemburg nach Auflösung des Deutschen Bundes genau in dasselbe Verhältniß getreten, wie der König von Württemberg bezüglich Ulms, wie die Großherzoge von Hessen und Baden bezüglich Mainz' und Rastatts. Letzteren drei Souveränen hat die Bundes-Liquidations-Commission in Frankfurt die respektiven Bundesfestungen zu unbedingtem freien Eigenthum ohne fernere militärische Servituten überlassen. Auch bei Luxemburg könne dies rechtlich nicht verweigert werden.

Diese Behauptungen können jetzt füglich auf sich beruhen. Gewiß ist es, daß außerhalb Deutschlands die allgemeine Meinung ein solches fortdauerndes Besatzungsrecht Preußens auf einem fremden Territorium, das nicht zum Norddeutschen Bunde gehört, gegen den Wunsch und Willen des Landesherrn nicht anerkennt. Wenn dieses Besatzungsrecht aber ebenso unzweifelhaft wäre, wie es bestritten ist, so folgt Preußen ja nur dem Beispiel Frankreichs, indem es zur Erhaltung des Weltfriedens auf ein ihm zustehendes Recht verzichtet. Und überdies ist das betreffende Recht Preußens, bei der jetzt allgemein zugestandenen Mangelhaftigkeit und Unzulänglichkeit der luxemburger Festungswerke, nicht so bedeutend, wie es vielfach angesehen wurde. Deutschlands Sicherheit wird durch Neutralisirung des Landes ebenso gut wie bisher gedeckt sein, und Preußen kann, indem es unter günstigeren Ortsverhältnissen eine den Fortschritten der modernen Befestigungskunst entsprechende Vorkehrung trifft, eine bessere Sicherung der deutschen Westgränze als bisher herbeiführen.

Unter diesen Umständen hat die friedliche Stimmung auch in Deutschland Fortschritte gemacht. Es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß die sehr große Mehrheit in Deutschland ebenso gut wie in Frankreich es für einen gelinden Wahnsinn hält, wenn wegen eines angeblichen Besatzungsrechtes in einer unhaltbaren Festung die beiden größten und gebildetsten Völker Europa's einen furchtbaren Krieg mit einander führen wollten. In Frankreich hat sich die Friedensliebe der

Feuilleton.

Vermischtes.

Weimar, 30. April. Gestern ist der hier tagende Cholera-Congreß nach einer späten Abendsitzung auseinander gegangen. Die Versammlung war eine weit zahlreichere, als anfänglich erwartet wurde, und sind zumal auch aus weiteren Entfernungen viel fremde Aerzte erschienen. Die Mitglieder sind, wie am Schluß der Debatte mehrfach ausgesprochen wurde, mit der Ueberzeugung auseinander gegangen, daß, wenn auch eine definitive Aufklärung über die dunkle Natur der Seuche noch nicht erreicht ist, sich doch eine Basis gefunden hat, auf welcher vorzugsweise die weiteren Untersuchungen sich zu concentriren haben und von welcher eine endliche Aufklärung über Natur, Verlauf und Prophylaxe der Seuche am sichersten zu erwarten ist. Einstimmig waren alle Mitglieder darin, daß auf die Verbreitung der Cholera der menschliche Verkehr den wesentlichsten Einfluß habe; fast ebenso einstimmig darin, daß für das Auftreten einer Epidemie zeitliche und örtliche Disposition des betreffenden Orts auf Grund der Bodenbeschaffenheit und der Beziehungen des Wassers zum Boden vorhanden sein müssen. Diesen von Pettenkofer vertretenen Ansichten trat nur Jlisch aus St. Petersburg mit anscheinend widersprechenden Beobachtungen entgegen. Diese Beobachtungen wurden jedoch in Abrede gestellt von Hrn. Pöhl, Architekt und Mitglied des Sanitätsrathes in St. Petersburg, welcher auf Grund sechsjähriger Grundwasserbeobachtungen und auf Grund eines vollständigen Nivellement von St. Petersburg auch das Bestehen der „Pettenkofer'schen Hilfsursachen" für St. Petersburg nachwies. Von besonderem Interesse waren die Mittheilungen des Sir John Simon aus London, Chef des englischen Medicinalwesens in London, der durch Karten die Quelle einer Choleraepidemie in einem Distrikt von Ost-London auf eine Wasserleitung zurückführte, die bei dem Wassermangel im Jahre 1866 sehr schlecht gereinigtes Trinkwasser geliefert hatte. Am Schluß der Debatten wurden von dem Kongreß, betreffs der anzurathenden sanitätspolizeilichen Maßregeln, neun Punkte formulirt, die vor Allem eine zweckmäßige und energische zwangsweise Desinfektion zum Inhalt haben. Die durch interessante Experimente der Versammlung zur Prüfung vorgeführte neue Süvern'sche Desinfektions-Methode für Gossen- und Kanalwasser wurde zur fachmännischen Prüfung anempfohlen. Schließlich ward noch auf die möglichste Reinhaltung des Bodens der Wohnungen von excrementiellen Stoffen, ferner auf Herbeischaffung möglichst reinen Trinkwassers hingewiesen. Auch dürfte die demnächst zu erwartende Veröffentlichung des stenographischen Berichts des Interessanten viel bieten. (Weim. Z.)

großen Volksmasse noch ungleich energischer kund gegeben. Die öffentliche Meinung in Frankreich spricht sich ganz entschieden dahin aus, daß wegen des Erwerbs von ein paar Quadratmeilen kein Krieg unternommen werden dürfe, dessen Anfang leichter herbeizuführen ist, als dessen Ende. (K. Z.)

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 4. Mai. Se. Majestät der König hat die kath. Pfarrei Frauenstetten, Bezirksamts Wertingen, dem Priester G. v. Mayenberg, Pfarrer in Weicht, Bezirksamts Mindelheim, und das Frühmeßbenefizium in Unterstall, Bezirksamts Neuburg a/D., dem Priester M. Galler, Benefiziumsverweser in Titting, Bezirksamts Beilngries, übertragen; den geh. Sekretär im Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten, M. Jodlbauer, zum Ministerial-Assessor daselbst befördert; an das Bezirksamt München r/J. den Bezirksamtsdiener J. Mayer von Füssen versetzt und die erledigte Bezirksamtsdienerstelle zu Füssen in widerruflicher Weise dem pensionirten Gendarmerie-Brigadier J. Förtner, zur Zeit als Laufbote am Bezirksamte Stadtsteinach verwendet, übertragen.

Se. Maj. der König hat dem geh. Sekretär Rev. Wimbäck vom Kriegsministerium das Ritterkreuz 1. Klasse des Verdienstordens vom heil. Michael verliehen; auf das im Forstamte Wolfstein in Erledigung gekommene Revier Duschelberg den dermaligen Aktuar des Forstamtes Ruhpolding im Salinenforstbezirke, L. Pettenkofer, zum provis. Revierförster ernannt.

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 1. Mai. Seine Maj. der König hat durch allerh. Entschließung vom 10. d. M. eine Vereinfachung der bisherigen instruktionsmäßigen Geschäfts-Aufgaben der Militär-Rechnungskammer, dagegen eine Erweiterung des bisherigen administrativen Wirkungskreises der General- und Corps-Commandos genehmigt und hiernach bestimmt: 1) daß das Administrations-Personal der Militär-Rechnungskammer unter Wegfall der bisherigen Respicienten künftig zu bestehen habe aus 1 Direktor, Oberkriegskommissär 1. Klasse, 7 Rechnungs-Commissaren, nämlich: 1 Oberkriegscommissär 2. Klasse, 3 Kriegscommissären, 3 Regimentsquartiermeistern 1. Klasse, 14 Rechnungs-Revisoren, nämlich: 7 Bataillonsquartiermeistern und 7 Unterquartiermeistern; 2) daß jedem General-Commando, ferner dem Artillerie-Corps-Commando an Stelle des bisherigen Unterquartiermeisters oder Regimentsaktuars ein Regimentsquartiermeister, dem Genie-Corps-Commando an Stelle des bisherigen Regimentsquartiermeisters ein Kriegscommissär und ein Bataillonsquartiermeister beigegeben werde.

Se. Maj. der König hat dem Unterlieutenant A. Schmitt vom 5. Inf.-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; den Unterlieutenant G. v. Reider vom 5. Chev.-Reg. aus dienstlichen und disciplinären Rücksichten von der Charge enthoben; den Oberlieutenant Prinzen Leopold von Bayern, k. H., zum Hauptmann im 3. reit. Art.-Reg. befördert; den Hauptmann A. Cella vom 2. Inf.-Reg. zum Adjutanten des Generalmajors und Brigadiers Pesenecker ernannt; den Hauptmann L. von der Mark vom Generalquartiermeisterstab auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt.

München, 3. Mai. Se. Maj. der König hat die von dem Architekten Hauberrisser aus Wien gefertigten Pläne über den Bau eines neuen Rathhauses in München genehmigt.

München, 3. Mai. Se. Maj. der König hat genehmigt, daß Dr. W. Vogel aus Bayreuth als Privatdocent in die Juristen-Fakultät der k. Universität Erlangen, dann Dr. Max Haushofer zu München als Privatdocent in die staatswirthschaftliche Fakultät der k. Ludwigs-Maximilians-Universität zu München aufgenommen werde. (B. Z.)

München, 3. Mai. Der Direktor Probstmayer und der Prof. Frank von der Central-Thierarzneischule dahier, welche zur Beobachtung der Rinderpest in Untersteinach vom Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten abgeordnet worden waren, sind gestern von dort zurückgekehrt; ihre Mittheilungen über die Gefahr einer Weiterverbreitung der Seuche lauten beruhigend und insbesondere zollen sie den mit Umsicht und Energie getroffenen Anordnungen, sowie der trefflichen Haltung der dortigen Einwohner und ihrer eifrigen und verständigen Mitwirkung in Bekämpfung des Uebels ihre unbedingteste Anerkennung. Zugleich ist gestern vom genannten Staatsministerium ein sachkundiger Beamte desselben nach Untersteinach abgesendet worden, um den in Folge der Rinderpest daselbst eingetretenen Bedarf an Pferdegespann zur Frühjahrs-Feldbestellung an Ort und Stelle zu ermitteln und über die desfalls etwa zu gewährende augenblickliche Abhülfe mit thunlichster Beschleunigung zu berichten. (B. Z.)

= **München,** 3. Mai. Die Enthebung des Hrn. v. Bomhard von dem Portefeuille der Justiz ist nun erfolgt, aber die Art, wie dieselbe geschah, zeugt dafür, daß an maßgebender Stelle die Gründe keineswegs getheilt werden, welche in letzter Zeit so viele Angriffe gegen ihn hervorriefen. In der That scheint es, daß im Gegentheil sein Wirken innerhalb seines Ressorts, obwohl gerade gegen dieses seine Gegner ihre Spitzen richteten, als ein vollkommen entsprechendes betrachtet wurde und daß ganz allein Differenzen bezüglich allgemeiner Grundsätze und Zielpunkte, die zwischen Hrn. v. Bomhard und seinen seitherigen Collegen auftauchten, seinen Austritt herbeiführten. Wir glauben gut unterrichtet zu sein, wenn wir sagen, er fiel als ein Opfer der Solidarität des gegenwärtigen Ministeriums, als ein Zeugniß dafür, daß wir jenes „Gesammtministerium" bereits besitzen, dessen Etablirung der in den letzten Tagen der vorigen Landtagssession von nahebei 100 Abgeordneten eingebrachte Antrag verlangt. Ist dies richtig, ist das gegenwärtige Ministerium in seinem Wollen und Wirken so einig, daß deßwegen sogar der Rücktritt eines nach seiner Ueberzeugung sehr tüchtigen Fach-Collegen nothwendig wurde, trotzdem, daß dessen persönliche Gegner diesen Rücktritt aus ganz andern Motiven forderten; ist dieß richtig, so scheint es doch völlig ungerechtfertigt, wenn gewisse Organe noch heute Verlangen stellen, wie das folgende: abgesehen von dem Fall des Justizministers muß wiederholt daraufgedrungen werden, daß wir endlich ein einheitliches Gesammtministerium bekommen, in welchem die fortwährenden Intriguen gegen einander (sic!) nicht mehr Platz greifen könnten zum Schaden des Landes.

= Von Seite des Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten ist an die General-Direktion der Verkehrsanstalten eine Entschließung ergangen, wonach die Eisenbahnbehörden alle von den Administrativbehörden zur Bekämpfung der Rinderpest getroffenen Anordnungen auf das Kräftigste zu unterstützen haben. Speziell wird angeordnet, daß an den Stationen, wo die Rinderpest herrscht (augenblicklich also nur in Untersteinach) die vom Verkehre ausgeschlossenen Thiere und Gegenstände, sowie Personen, wenn sie nicht über stattgehabte vorschriftsmäßige Reinigung sich auszuweisen vermögen, zurückzuweisen sind, und daß bei weiterer Entwicklung oder Ausdehnung der Seuche die gänzliche Sistirung des Personen- und Güterverkehrs von der betreffenden Station einzutreten hat.

Stuttgart, 2. Mai. Der Großherzog und die Großherzogin von Baden sind heute Nachmittag hier angekommen und im Residenzschlosse abgestiegen. (W. St.)

Darmstadt, 3. Mai. 2. Kammer. Metz und Genossen stellten den Antrag: noch diesem Landtage ein Gesetz über Aenderung der Ständekammer vorzulegen, basirt auf allgemeinem Wahlrecht, direkter Abstimmung und Aufhebung jedes Census. Motive: die Ansicht der Kammermehrheit für den Eintritt in den Nordbund. Der Antrag wurde mit 26 gegen 14 St. abgelehnt. Dumont's Antrag auf Revision der Gesetze über Zusammensetzung der Ständekammer wurde mit 32 gegen 8 St. angenommen. Auf Interpellation erklärte der Regierungskommissär, daß in Folge der mit Preußen geführten Verhandlung die Ausführung der Bahn Offenbach-Hanau baldigst zu erwarten sei.

Mainz, 3. Mai. Wieder ist ein treuer, warmer Kämpfer der Sache der Freiheit heimgegangen: Dr. Philipp Wittmann, seit längerer Zeit, zum Kummer seiner zahlreichen Freunde, nur noch ein Bild schwerer Leiden, ist denselben gestern Abend erlegen. Ein ächter fester Charakter, voll Gefühl für die Sache des Volkes, und seiner Ueberzeugung unwandelbar ergeben, hat er in dem Kampfe für die Sache der Freiheit und des Rechtes schwere Opfer gebracht. Nach Monate langer Haft mit 50 anderen, des Hochverraths etc. Mitbeschuldigten von den Geschworenen der außerordentlichen Assisen des Jahres 1850 freigesprochen, strich ihn die Regierung aus der Zahl der Advokaten. Das Volk aller Schichten aber erwählte ihn zu seinem Anwalte und zur Leitung volksfreundlicher und sozialer Vereine, in die zweite Kammer der Stände, in den Bezirksrath und wiederholt in den Gemeinderath seiner Vaterstadt; Ehrenstellen, die er mit einem warmen Herzen und reiner Seele nach besten Kräften ausfüllte. Die Begleitung der Leiche hatte, da sie der betreffende katholische Pfarrer aus den gewöhnlichen Gründen verweigert, der evangelische Pfarrer Bauer übernommen. Sowohl in seinen, wie den mit tiefer Bewegung gesprochenen Worten der DDr. G. Schmitz und Görz, fand das Wirken des Verstorbenen die verdiente Würdigung. (Fr. J.)

Coblenz, 3. Mai. Der erst vor drei Jahren zum Bischof von Trier erwählte frühere Feldprobst Dr. Leopold Pelldram ist heute Mittag in Trier gestorben. (Fr. J.)

Berlin, 2. Mai. Die Verfassungsvorlage ist gestern sofort in den Druck gegangen und es wird dieselbe schon bis heute Abend zur Vertheilung an die Abgeordneten gelangen. Die Schlußberathung im Plenum beginnt nächsten Montag. Der Referent, Abg. Twesten, hat heute seinen Antrag auf dem Bureau des Abgeordnetenhauses eingereicht; derselbe geht dahin: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, der Verfassung des norddeutschen Bundes, wie dieselbe aus den Berathungen des Reichstags hervorgegangen, demnächst von den Bundesregierungen genehmigt und jetzt von der Staatsregierung dem Landtage der Monarchie vorgelegt worden ist, die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen. Ein Antrag auf en bloc-Annahme kann vom Referenten nicht gestellt werden, sondern muß aus der Mitte des Hauses hervorgehen. Letzteres wird ohne Zweifel auch geschehen, jedoch, wie wir auch bereits zu bemerken Gelegenheit genommen haben, voraussichtlich resultatlos, da nach der Geschäftsordnung der Widerspruch eines einzigen Mitgliedes des Hauses schon genügt, um in die

Detailberathung eintreten zu müssen. Wenn auch, wie die Dinge liegen, die Opposition leider ohne alle Aussicht ist, irgend eines ihrer Amendements durchzubringen, so ist sie doch entschlossen, die letzte Gelegenheit nicht vorübergehen zu lassen, um die von der Reichstagsopposition gestellten Amendements im Wesentlichen nochmals zu wiederholen und die Hauptmomente, welche die Annahme der Verfassung für sie unannehmbar machen, möglichst scharf zu beleuchten. Wie es heißt, soll Löwe-Calbe mit den National-Liberalen für die unbedingte Annahme der Verfassung stimmen wollen. Man legt in den Kreisen der letzteren hierauf ein gewisses Gewicht, da der Präsident des ersten deutschen Parlaments nicht in den Reichstag gewählt war und derselbe also noch keine Gelegenheit hatte, sich über das Verfassungswerk auszusprechen. Man gedenkt übrigens, mit der Berathung unter allen Umständen bis Ende der nächsten Woche fertig zu werden, so daß dann die Vertagung eintreten würde. — Im Herrenhause fand heute eine kurze Plenarsitzung statt. Es wurde beschlossen, die Zahl der Schriftführer von 8 auf 12 zu vermehren und die Bestimmungen des Abgeordnetenhauses über Zulässigkeit der Vorberathung im ganzen Hause und der einfachen Schlußberathung auch in die Geschäftsordnung des Herrenhauses aufzunehmen, mit dem Zusatze jedoch, daß die Schlußberathung nicht zulässig sein soll, wenn 10 Mitglieder des Hauses Widerspruch gegen sie erheben. Gleichzeitig wurde beschlossen, die erwartete Verfassungsvorlage durch Schlußberathung zu erledigen, und indem der Präsident den Obertribunalsrath und Professor Dr. Heffter zum Referenten ernannte, bemerkte er, daß die Schlußberathung in den letzten Tagen der nächsten Woche stattfinden werde. Es stimmt das mit dem vorhin über den Beginn der Vertagung Gesagte genau überein. (Fr. J.)

Berlin, 2. Mai. Bei der Erörterung der Aufgabe der bevorstehenden Londoner Konferenz ist in mehreren Journalen die Erwartung ausgesprochen, daß auf derselben nicht blos die luxemburgische Frage, sondern auch andere europäische Angelegenheiten zur Erörterung gebracht und der Sanction der Konferenz unterbreitet werden möchten. Unter Anderm hätte Frankreich den Wunsch einer Revision der Verträge von 1815 und des Prager Friedens zu erkennen gegeben. Auch die „Correspondance de Berlin" zollt in ihrer letzten Nummer diesem Gedanken eine lebhafte Anerkennung. So gut gemeint diese Vorschläge aber auch sein mögen, sie entsprechen weder der thatsächlichen Stellung der Kabinette zur Konferenz in London, noch sind sie geeignet, den Frieden Europas zu fördern. Eine Erörterung der seit 1815 eingetretenen Aenderungen der Verträge von 1815 führt gewiß zu keinem friedlichen Ausgange. Uebrigens hat auch Frankreich im speziellen einen solchen Wunsch nicht zu erkennen gegeben und Preußen gar kein Interesse, die politische Lage zu kompliciren. Das Programm der Konferenz, wenn man von einem solchen sprechen kann, wird von Preußen streng inne gehalten werden. Es ist sicher, daß das preußische Kabinet im Prinzip die Räumung Luxemburgs unter der Bedingung für zulässig hält, daß Frankreich auf die Annexion verzichtet, in die Neutralisirung des Großherzogthums einwilligt, und daß die neutralen Mächte die Garantie der Aufrechthaltung dieser Vereinbarung mit übernehmen. Mit dem Bewußtsein, daß die Konferenz-Verhandlungen nach diesem Ziele ihre Richtung nehmen werden, treten die Bevollmächtigten der Regierungen in die Verhandlungen ein; aber die Hauptaufgabe bleibt noch zu lösen, nämlich die Auffindung der Bedingungen, unter denen diese Gesichtspunkte ihren vertragsmäßigen Ausdruck finden sollen. Gestern Nachmittag traf die telegraphische Einladung des niederländisch-luxemburgischen Kabinets für den Zusammentritt der Londoner Konferenz am 7. d. M. hier ein. Preußen wird durch den Gesandten Grafen v. Bernstorff vertreten werden. Die Aussicht auf eine friedliche Lösung herrscht ganz entschieden vor, die Erwartung derselben wird aber doch in nicht geringem Maß durch die energische Fortsetzung der französischen Rüstungen innerhalb des bisherigen Umfangs beunruhigt. Selbst deutschen Waffenfabriken sind französische Bestellungen, wie hier bekannt, zugegangen. Der Gedanke, daß Rüstungen die Bürgschaft des Friedens in sich tragen, muß das Gemüth über diese Vorgänge, namentlich über den Ankauf von Pferden in Deutschland für französische Rechnung, zu beruhigen suchen. (A. Z.)

Hamburg, 3. Mai. Der officiöse Berliner Korrespondent des „Hamb. Korr." sagt heute, die preußische Regierung werde auf der Konferenz daran festhalten, daß nur die Luxemburger Frage den Gegenstand der Berathungen bilde. Hinsichtlich des Besatzungsrechtes werde der preußische Bevollmächtigte sich dahin äußern, daß ein Verzicht auf dasselbe die preußisch-deutschen Interessen nicht beeinträchtige, falls wirksame Garantieen, namentlich gegen Frankreichs Expansionsgelüste, gegeben würden.

Wien, 2. Mai. Bezüglich der Befestigung Wiens bringt die „N. Fr. Pr." folgende Notiz: Die Baudirektion hat den Auftrag erhalten, die Expropriation der für die diesjährigen Festungsbauten beanspruchten Grundstücke sofort einzuleiten und den Bau zu beginnen. Die Bau-Unternehmer wurden telegraphisch avisirt, alle vorbereitenden Einrichtungen unverzüglich zu treffen und die Bauhütten aufzustellen.

Wien, 2. Mai. Den ersten Platz auf der Tagesordnung der inneren Fragen nimmt gegenwärtig die kroatische Angelegenheit ein. Der Landtag von Kroatien und Slavonien trat gestern zusammen, um die Regelung des staatsrechtlichen Verhältnisses zu Ungarn damit zu beginnen, daß er seine Abgeordneten zum Krönungslandtag nach Pest entsendet. Welche Stellung die Landtagsmitglieder den Wünschen gegenüber einnehmen werden, die in den zur Verlesung gelangten Reseripten ausgesprochen sind, läßt sich aus der telegraphischen Skizze der ersten Sitzung nicht entnehmen; so viel steht aber schon außer Zweifel, daß der Landtag diesmal die ihm zugewiesene Arbeit rasch wird erledigen müssen, denn bis 15. Mai sollen die kroatischen Deputirten bereits nach Pest entsendet werden. — Bischof Stroßmayer, der Führer der selbständigen nationalen Partei, wird im Landtage nicht mehr erscheinen, und dieser Umstand gibt dem „Wanderer" heute zu der vielleicht zu sanguinischen Vermuthung Anlaß, daß die Haltung dieser Partei schließlich „in passiver Resignation" resultiren werde. (Pr.)

Wien, 3. Mai. Dem Vernehmen nach hat der Ministerpräsident Frhr. v. Beust eine Anzahl von Abgeordneten für Sonntag Abends zu einer vorläufigen politischen Besprechung eingeladen. Die Einladung scheint sich auf Abgeordnete, die zufällig in Wien anwesend sind, beschränkt zu haben. Vermuthlich werden jedoch auch Professor Herbst und Dr. Giskra theilnehmen, während Kaiserfeld es absichtlich zu vermeiden scheint, vor Eröffnung des Reichsrathes nach Wien zu kommen. (N. fr. Pr.)

Innsbruck, 2. Mai. Heute früh verschied hier nach kurzem Krankenlager der edle Feldzeugmeister Frhr. v. Roßbach im 78. Lebensjahre. — Den Freunden des in weiten Kreisen bekannten Dr. A. Pichler theilen wir die Nachricht mit, daß derselbe zum Professor der Mineralogie und Geologie an der hiesigen Universität ernannt worden ist. Betrachten wir dies als eine günstige Vorbedeutung für die hoffentlich bald erfolgende Vervollständigung unserer Universität! — Am 28. April hat hier die feierliche Verleihung der Erinnerungsmedaillen für den vorjährigen Feldzug an die Schützen von Innsbruck und Umgebung stattgefunden, welche durch ein Festschießen an den zwei nächstfolgenden Tagen beschlossen ward. (A. Z.)

Agram, 1. Mai. Der Landtag wurde heute eröffnet. Das k. Reseript vom 23. April, welches den Landtag auffordert, Deputirte zur Krönung bis 15. Mai in den ungarischen Landtag zu senden, sagt, daß die letzte Adresse mit der pragmatischen Sanktion nicht in Einklang zu bringen sei und mit dem Art. 42 von 1861 in Widerspruch stehe. Dasselbe betont ferner die Einheit der ungarischen Krone und sagt, der Beschluß des ungarischen Landtags biete Kroatien und Slavonien hinlängliche Garantien seiner Autonomie. (Pr.)

Agram, 2. Mai. Die der Union Kroatiens mit Ungarn günstige Partei hat bei der heutigen Comitéwahl für die Berathung der Antwortsadresse auf das kgl. Reseript bloß drei Stimmen erhalten. Die Forderung des Reseripts, bis zum 15. Mai Vertreter in den ungarischen Landtag zu entsenden, wird demnach wohl zurückgewiesen werden. (Pr.)

Agram, 2. Mai. „Pozor" meldet: Bischof Stroßmayer weigert sich in Folge von Androhung von Gewaltmaßregeln im Landtage zu erscheinen. Die Vertreter von Fiume wohnten der gestrigen Landtagssitzung bei.

Paris, 3. Mai. Die „Patrie" bestätigt, daß das Lager zu Chalons am 12. Mai (anstatt am 25., wie früher bestimmt war) eröffnet werden wird. Das Blatt sagt ferner: Die militärischen Maßregeln, die gegenwärtig noch stattfinden, waren bereits vor der im Moniteur veröffentlichten Note angeordnet.

Paris, 3. Mai. Man versichert, daß die Eröffnung des Lagers von Chalons am 10. Mai unter dem Oberbefehle des Generals Ladmirault stattfinden wird. — Dem gesetzgebenden Körper wird, so hört man, morgen Mittheilung über die luxemburgische Angelegenheit gemacht werden. — Die französische Akademie wählte die Herren Jules Favre und Gratry zu ihren Mitgliedern.

Spanien. In der Senats-Sitzung vom 29. April kam der Antrag von Rodriguez Varmonde, der Senat habe mit Mißvergnügen die von der Regierung gutgeheißene Absetzung von Gerichtspersonen gesehen, zur Verhandlung. Escudero d'Azara sprach, laut der „Madrider Zeitung," zu Gunsten dieses Antrages u. A. Folgendes: „Ich glaube dargethan zu haben, daß, mit Ausnahme des Dekretes über die Organisation der öffentlichen Gewalt, die Regierung überall da, wo sie sich gesetzgebende Macht beigelegt, dies ohne wirkliche Nothwendigkeit gethan hat. Ihr Verfahren dabei war das der unbestimmten, wenn nicht permanenten Dictatur. Allein wenn schon vorüber-

gehende Dictaturen manchmal die Leidenschaften abkühlen, so regen sie auch manchmal die Leidenschaften auf, und wenn die Dictatur gar zum ständigen Regierungssystem wird, so stürzt sie und mit ihr das Volk. Gedenken Sie, meine Herren Senatoren, daß auf die Dictatur des Sulla schnell die des Marius folgte (umgekehrt vielleicht noch richtiger) und daß unter Beiden die Größe, die Macht und die Würde Roms, alles, was das römische Volk zum ersten Volke der Welt gemacht hatte, unterging. . . . ." Der besondere Antrag des Herrn Escudero, die dictatorischen Maßregeln der Regierung als ungerechtfertigt zu erklären, wurde von dem Minister der öffentlichen Arbeiten bekämpft und von dem Senate mit 117 gegen 60 Stimmen zurückgewiesen.

Lissabon, 29. April. Nachrichten von La Plata zufolge ergibt sich, daß die Versöhnungsmission des Gesandten der Vereinigten Staaten im Lager des Marschalls Lopez und in dem des Marschalls Caxias resultatlos geblieben ist. Vom Kriegsschauplatz wird keine Thatsache von einiger Wichtigkeit gemeldet.

Lissabon, 1. Mai. Dem Vernehmen nach wird die Königin am 4. d. nach Italien abreisen, wohin sie sich über Madrid begibt. Die Aerzte haben ihr anempfohlen, eine Reise zu unternehmen, um ihre angegriffene Gesundheit wieder herzustellen. Der König wird in Lissabon bleiben.

Florenz, 30. April. Die Abgeordnetenkammer gab gestern den Gefühlen des Landes über den Tod Carlo Poerio's einen warmen Ausdruck. Der Präsident Mari eröffnete die Sitzung mit einer kurzen Ansprache, worauf Pisanelli, der nächste Freund Poerio's, sich ausführlicher über dessen Lebensschicksale verbreitete. Crispi sprach dann im Namen der Linken, d'Ayala im Namen der Stadt Neapel und Michelini im Namen der Stadt Turin. Endlich erhob sich noch der Ministerpräsident Rattazzi, um im Namen der Regierung sich diesen Nachrufen anzuschließen und zugleich zu dem Antrag d'Ayala's, daß das Leichenbegängniß auf Staatskosten stattfinden solle, seine Zustimmung zu erklären. Poerio ist 64 Jahre alt geworden. Mit ihm erlischt eines der erlauchtesten und patriotischsten Geschlechter Süditaliens. Der Vater spielte eine hervorragende Rolle in allen revolutionären Bewegungen Neapels in diesem Jahrhundert, der Bruder Alessandro starb während der Vertheidigung von Venedig 1849; Carlo Poerio selbst ist am bekanntesten geworden durch seine grausame Gefangenschaft im Bagno von Nisida und von Ischia in den Jahren 1851 bis 1859. Die Enthüllungen, welche Gladstone über die Leiden dieser Unglücklichen veröffentlichte, trugen nicht am wenigsten dazu bei, die Sympathieen des gebildeten und liberalen Europa der Sache Italiens zuzuführen. 1859 sollte er mit seinen Leidensgefährten nach Amerika übergeführt werden, das Schiff landete aber in England, wo die Befreiten mit ungeheurem Jubel überall aufgenommen wurden. Poerio kam dann nach Piemont, kehrte nach Neapel zurück, und saß seitdem im ital. Parlament, wo er durch seine Milde und seinen untadligen Charakter sich die Liebe und Achtung aller Parteien erwarb. (Nach ital. Bl.)

Stockholm, 24. April. Im Reichstage begannen heute die Verhandlungen über die Umordnung des Vertheidigungswesens. Der erste Abschnitt: Errichtung eines „Truppenstammes" in der schwedischen Armee ꝛc., ist von beiden Kammern angenommen worden; in der ersten Kammer ohne Abstimmung, und in der Zweiten mit 116 gegen 39 Stimmen. Der zweite Abschnitt, daß der „Stamm" sowohl aus Wehrpflicht als aus Werbetruppen bestehen soll, wurde dagegen nur von der Ersten Kammer genehmigt. In der Zweiten Kammer verwarf man diesen Punkt mit 88 gegen 55 Stimmen. (B.-H.)

Petersburg, 2. Mai. Der Kaiser, der Großfürst-Thronfolger und dessen Gemahlin sind heute nach Moskau abgereist. — Das „J. de St. Pétersbourg" schreibt: Die Londoner Conferenz biete Hoffnung auf einen günstigen Erfolg. Der „Invalide" setzt kein allzu großes Vertrauen in das Resultat der Conferenz, weil bereits derartige Conferenzen erfolglos gewesen seien.

Amerika. (Die österr. Bemühungen für Kaiser Maximilian.) Das englische Blatt „Expreß" veröffentlicht eine Reihe von Noten, welche zwischen dem österreichischen Gesandten in Washington und Herrn Seward bezüglich der Lage des Kaisers Maximilian gewechselt worden sind. In einem Promemoria vom 6. April zeigt Herr v. Wydenbruck dem Herrn Seward an, daß ihm vom Kaiser von Oesterreich der Auftrag geworden sei, die Intervention der Vereinigten Staaten zu Gunsten des Kaisers Maximilian zu beantragen, falls derselbe von den Juaristen gefangen genommen werden sollte. Die österreichische Regierung beanstandet umsoweniger, einen solchen Schritt zu thun, als die Liberalen in Mexiko ihre Erfolge hauptsächlich der moralischen Unterstützung der Regierung der Vereinigten Staaten verdanken.

Die Antwort des Herrn Seward an Herrn v. Wydenbruck lautet folgendermaßen: „Mein lieber Graf Wydenbruck! Mit Genehmigung des Präsidenten habe ich diesen Morgen per Telegraph Herrn Campbell eine Depesche übersendet, deren Copie ich Ihnen übermache. Ich habe gleichzeitig dem mexikanischen bevollmächtigten Gesandten Herrn Romero die Gefühle der diesseitigen Regierung bezüglich der in Mexiko vorhergesehenen Umstände mitgetheilt. Ich bin u. s. w."

Die Depesche des Herrn Seward an den amerikanischen Gesandten Herrn Campbell lautet: „Washington, 6. April 1867. An den Herrn L. D. Campbell, Gesandten der Vereinigten Staaten in Mexiko. — St. Charles-Hotel, Neworleans. Die Gefangennehmung des Prinzen Maximilian in Queretaro durch die republikanischen Armeen scheint wahrscheinlich. Das strenge Verfahren, welches, wie es heißt, gegen die in Zacatecos gemachten Gefangenen beobachtet worden ist, läßt dieselbe Behandlung bezüglich des Prinzen und seiner fremden Truppen befürchten. Eine solche Strenge würde der nationalen Sache Mexicos und dem republikanischen Regierungssystem in der ganzen Welt zum Schaden gereichen. Sie wollen schleunigst dem Präsidenten Juarez den Wunsch mittheilen, den die diesseitige Regierung hegt, daß der Fürst und seine Anhänger, falls sie gefangen genommen würden, mit derjenigen Humanität behandelt würden, welche civilisirte Nationen Kriegsgefangenen zugestehen. Dies Departement wird die Kosten der dem Präsidenten Juarez gemachten Mittheilung bezahlen. Ich bin u. s. w."

New-York, 20. April. Die Petition von Mississippi um Einstellung des Rekonstruktionsverfahrens, modifizirt durch eine Klage gegen Stanton und die Generale Grant und Ord, wurde vom höchsten Gerichtshofe trotz der Einwürfe des Attorney General wegen Incompetenz, zugelassen und der 26. April als Termin für die Sache angesetzt. — General Schofield hat erklärt, daß ehemalige Conscribirte der conföderirten Armee nicht ein für allemal vom Wahlrechte ausgeschlossen seien. In vielen Städten des Südens werden republikanische und demokratische Versammlungen gehalten. Erstere sprechen sich meist für allgemeine politische Gleichstellung und Confiskation des Eigenthums der Rebellen aus, letztere gehen allgemein auf die Rekonstruktionsbill ein, bekennen sich indessen zu konservativen Prinzipien. — Die angeblich in Cuba für Maximilian angeworbenen Truppen reduciren sich auf wenige Mann, über deren Enrolirung die Regierung wirklich in Unkenntniß war. — Der Zolleinnehmer in New-Orleans legte wegen Defraudationen Beschlag auf den französischen Dampfer „Darien".

Neueres.

Florenz, 3. Mai. Die Budgetcommission beantragte die Aufhebung der Ministerien des Handels und des Unterrichtes. — Am Montag wird das Finanzexposé vorgelegt werden; dasselbe beantragt 75 Millionen Lire Ersparnisse; die Ausgleichung des Defizits von 1866/67 wird durch Finanzoperationen betreffs der Kirchengüter vollzogen werden.

London, 4. Mai. Im Haus der Gemeinen sagte gestern Disraeli, er habe seine Amtsgenossen über die Abstimmung am vorigen Abend befragt. Sie seien der Meinung gewesen, sie müßten sich der Entscheidung des Hauses unterwerfen (also auf ihren Posten bleiben. — Der Minister des Innern, Walpole, erklärte, die Regierung werde das auf Montag in den Hydepark anberaumte Reformmeeting nicht mit Gewalt verhindern.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 126.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 7. Mai 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 5. Mai. Se. Majestät der König hat den prakt. Arzt Dr. M. Dosenheimer in Otterberg zum Bezirksarzt 2. Klasse in Hornbach in prov. Eigenschaft ernannt; zum Direktor der Regierung, K. d. J., von Schwaben und Neuburg den rechtskundigen Bürgermeister von Nürnberg, M. v. Wächter, ernannt.

Vom k. Staatsministerium der Justiz wurde als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Landau a/J. der Accessist des Appellationsgerichts von Oberbayern, C. Märkl, aufgestellt.

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 3. Mai. Versetzt werden: die Majore A. Reisner Frhr. v. Lichtenstern und Th. Frhr. v. Podewils vom 3. Uhl.-Reg. zum 3. Chev.-Reg.; die Rittmeister Th. Frhr. Stromer v. Reichenbach vom 3. Uhl.-Reg. zum 2. Chev.-Reg., A. Negrioli vom 3. zum 2. Uhl.-Reg., C. Rhomberg vom 3. zum 1. Kür.-Reg., C. v. Bieber vom 3. zum 2. Kür.-Reg., A. v. Rüdt vom 3. zum 1. Kür.-Reg., J. Schulze vom 3. Uhl.-Reg. zum 6. Chev.-Reg., H. Scheffer vom 3. zum 1. Kür.-R., C. v. Rott vom 3. zum 2. Kür.-R., H. v. Nagel vom 6. zum 3. Chev.-Reg., B. Frhr. v. Malsen vom 3. zum 1. Uhl.-Reg., A. Possert vom 3. Uhl.-Reg. zum 5. Chev.-Reg., und C. Graf v. Pückler-Limpurg vom 3. Kür.-Reg. zum 1. Chev.-Reg.; die Oberlieutenants Fr. Schmauß vom 3. zum 2. Kür.-Reg., R. Frhr. v. Dobeneck, bisher Reg.-Adjutant, vom 3. Uhl.-Reg. zum 2. Chev.-Reg., A. Frhr. v. Reck vom 3. zum 1. Kür.-Reg., H. Karp vom 3. zum 2. Kür.-Reg., Fr. v. Schütz vom 3. zum 2. Kür.-Reg., O. Frhr. v. Feuri, Adjutant des Generalmajors und Brigadiers v. Schubärt, vom 3. zum 1. Kür.-Reg., O. Wieser vom 3. zum 2. Kür.-Reg., H. v. Regemann und M. Frhr. v. Stein vom 3. zum 2. Uhl.-Reg., L. Frhr. v. Gohren vom 3. Uhl.-Reg. zum 5. Chev.-Reg., M. Krauß vom 3. zum 1. Uhl.-Reg., A. v. Rüdt und A. Frhr. v. Rotberg vom 3. zum 2. Kür.-Reg.; die Unterlieutenants C. Melitor v. Mühlfeld, C. Beulwitz, bisher Reg.-Adjutant, vom 3. zum 1. Kür.-Reg., C. Rittmann vom 3. Uhl.-Reg. zum 1. Chev.-Reg., C. v. Mayer auf Starzhausen vom 3. zum 2. Kür.-Reg., C. Riegler vom 3. Uhl.-Reg. zum 6. Chev.-Reg., O. Schenk vom 3. zum 1. Kür.-Reg., L. Lindpaintner vom 3. zum 2. Kür.-Reg., A. Frhr. v. Bonnet zu Meautry vom 3. zum 2. Kür.-Reg., Chr. Ritter v. Grundner vom 3. Uhl.-Reg. zum 3. Chev.-R., O. Beckh vom 3. Uhl.-Reg. zum 5. Chev.-Reg., C. Winkler v. Mohrenfels vom 3. Uhl.-Reg. zum 3. Chev.-Reg., J. Frhr. v. Falkenhausen vom 3. Uhl.-Reg. zum 2. Chev.-Reg., O. Frhr. v. Esebeck und J. v. Forster vom 3. zum 2. Kür.-Reg., J. Bleßinger vom 3. Uhl.-Reg. zum 5. Chev.-Reg., und J. Frhr. v. Kreittmayr vom 2. zum 1. Kür.-Reg., die Regimentsärzte Dr. M. Bohlinger vom 3. Uhl.-Reg. zum 3. Jäger-Bat. und Dr. C. Buxbaum vom 3. Kür.-Reg. zum 4. Jäger-Bataillon; die Regimentsquartiermeister M. Schüle vom 3. Uhl.-Reg. zum 2. Chev.-Reg. und B. Fischer vom 3. Kür.-Reg. zum 3. Chev.-Reg.; die Regimentsauditore G. v. Bally vom 3. Chev.-Reg. zum 1. Uhl.-Reg., Fr. Feilbusch vom 2. Chev.-Reg. zum 2. Uhl.-Reg. und W. Widder vom 3. Uhl.-Reg. zum 2. Chev.-Reg.; die Regimentsveterinärärzte M. Mohr vom 1. Chev.-Reg. zum 1. Kür.-Reg., G. Raab vom 3. Uhl.-Reg. zum 1. Chev.-Reg. und R. Müller vom 3. Kür.-Reg. zum 4. Chev.-Reg.; die Bataillonsärzte Dr. Ph. Ebenhöch vom 3. Kür.-Reg. zum 1. Uhl.-Reg., Dr. A. Lang vom 3. Kür.-Reg. zum 3. Chev.-Reg. und Dr. Fr. Haltenberger vom 3. Uhl.-R. zum 14. Inf.-Reg.; der Bataillonsquartiermeister Chr. Wunderlich vom 3. Kür.-Reg. zum 3. Chev.-Reg.; der Bataillonsauditor L. Glück vom 3. Kür.-Reg. zum 3. Chev.-R.; die Divisionsveterinärärzte A. Brandl vom 3. zum 2. Kür.-Reg. und G. Schardtner vom 3. Uhl.-Reg. zum 6. Chev.-Reg.; die Unterquartiermeister J. Tiefel und J. Hiller vom 3. Uhl.-Reg. zum 2. Chev.-Reg., Jos. Wimmer vom 3. Kür.-Reg. zum 3. Chev.-Reg. und Chr. Albrecht vom 3. Uhl.-Reg. zum 2. Chev.-R.; die Unterveterinärärzte J. Mayer vom 3. Uhl.-Reg. zum 2. Chev.-Reg., B. Pfann vom 2. Kür.-Reg. zum 1. Chev.-Reg., A. Stock vom 3. Kür.-Reg. zum 2. Uhl.-Reg., und G. Ochs vom 4. Chev.-Reg. zum 4. Art.-Reg.; dann der Reg.-Aktuar C. Völkel vom 3. Kür.-Reg. zum 3. Chev.-Reg.

Befördert werden: zu Obersten: die Oberstlieutenants und Regiments-Commandanten C. v. Weinrich im 5. Chev.-Reg., Joh. Feichtmayr im 1. Kür.-R. und M. Graf v. Ysenburg-Philippseich im 1. Uhl.-R., C. Graf v. Kreith, Hofmarschall und 1. Adjutant Sr. k. H. des Prinzen Adalbert von Bayern, im 1. Kür.-R. und Fr. Frhr. v. Krauß im 6. Chev.-Regim.; zu Oberstlieutenants: die Majore C. Graf v. Froberg-Montjoye im 1. Chev.-Reg.; M. Frhr. v. Besserer-Thalfingen im 3. Chev.-Reg., A. Baumüller im 6. Chev.-Reg., A. Graf v. Deym im 1. Kür.-R., Carl Theodor, Herzog in Bayern, k. H., im 3. Chev.-Reg., C. Kiliani im 1. Uhl.-Reg. und C. Fuchs vom 3. Chev.-Reg. im 5. Chev.-Reg.

Se. Maj. der König hat den temporär pens. Unterquartiermeister M. Gapp bleibend im Ruhestande belassen; den Oberlieutenant H. v. Regemann vom 3. Uhl.-Reg. zum Adjutanten Allerhöchstihres General-Adjutanten, Generalmajors und Brigadiers Grafen zu Pappenheim ernannt.

** **München,** 4. Mai. In seiner heutigen Sitzung setzte der Gesetzgebungs-Ausschuß seine Berathungen über das XLII. Hauptstück von der Beschlagnahme auf ausstehende Forderungen fort. Zunächst lagen die Vorschläge des k. Ministerialkommissärs vor, welche die Abänderungen enthielten, die er für nothwendig erachtete, wenn das in der letzten Sitzung angeregte Prinzip zur Durchführung kommen sollte. Der Ausschuß lehnte jedoch die Vorschläge und damit das Prinzip selbst ab, und nahm dann den Art. 11, welcher die Klage auf Einweisung in den Arrest behandelt, im Wesentlichen nach dem ursprünglichen Vorschlage des k. Ministerialkommissärs an. Art. 12 wurde als selbstverständlich gestrichen. Art. 13 enthält die Vorschrift für den Sicherheitsarrest, daß bei demselben auf die Forderungen der in Art. 1 bezeichneten Art die Aufforderung des Drittschuldners unterbleibt. Der Ausschuß nahm denselben in einer durch einen früheren Beschluß ermöglichten kürzeren Fassung nach Vorschlag des k. Ministerialkommissärs an. Art. 14 regelt das weitere Vorgehen gegen den Drittschuldner, während Art. 15 den Fall regelt, wenn die in Art. 14 angegebene Erklärung des Drittschuldners nicht oder nicht genügend abgegeben wurde. Beide Artikel fanden Annahme seitens des Ausschusses; ebenso die Art. 16 und 17, welche die Normen

Feuilleton.

Vermischtes.

Die „Revue Moderne" veröffentlicht eine Arbeit von Ludwig Bamberger über die Deutschen in Paris. Es ist dieselbe, wie man erwarten durfte, eine geistreiche, anziehende Schilderung der Zustände, sowie des Lebens und Treibens der deutschen Colonie an der Seine. Die Arbeit Bambergers ist für das durch die Ausstellung ins Dasein gerufene Werk von Lacroix und Verboeckhoven, Paris-Guide, bestimmt. Bamberger hat sehr sorgfältige Nachsuchungen über die eigentliche Stärke der hier ansässigen Deutschen angestellt und ist mit Benützung selbst der neuesten offiziellen Zählungen zu einem Resultate gelangt, das so weit hinter den gewöhnlichen Annahmen von 80- bis 120,000 têtes carrées zurückbleibt, daß er selber die Genauigkeit der ihm mitgetheilten statistischen Daten in gerechten Zweifel zieht. Es befänden sich, laut der im vergangenen Jahre vorgenommenen städtischen Zählung, in Paris, mit Einschluß von St. Denis und Sceaux, 34,273 Deutsche aus den ehemaligen Bundesländern, die Deutsch-Oesterreicher mit einbegriffen, gegen 33,088 Belgier, 10,687 Schweizer, 9106 Engländer, 7903 Italiener, 6254 Holländer (wahrscheinlich zum größten Theil Luxemburger) u. s. w. Von diesen offiziell constatirten 34,273 Deutschen wohnen 3019 in der Villette, wo sich die Hauptniederlassung der Straßenkehrer um die ehemalige Richtstätte von Montfaucon, auf der heute die protestantische Mission ihren Tempel und ihre Schulen erbaut hat, immer dichter zusammenschaart. In dem Chaussee d'Antin-Quartier, einem der glänzendsten von Paris, wohnen 2700 Deutsche, größtentheils der Bank und dem höheren Geschäftsleben angehörig. Am schwächsten, durch 5- bis 600 Köpfe, ist das deutsche Element in den westlichen Stadttheilen, in Grenelle, Auteuil und Passy, vertreten.

In der internationalen Gemälde-Ausstellung zu Paris sind acht goldene Ehrenmedaillen zuerkannt worden, und zwar den Künstlern Meissonnier, Cabanel, Gérome, Th. Rousseau, Leys, Knauß, Kaulbach und Ussi, welche die französische, belgische, deutsche und italienische Kunst vertreten. Der von A. de Gasperini herausgegebene Esprit Nouveau bemerkt in Bezug auf diesen Spruch der Jury: „... Die vier französischen Künstler, welche durch Ehrenmedaillen ausgezeichnet worden sind, waren Mitglieder der Jury. Man hatte früher schon gesagt, daß die doppelte Eigenschaft von Preisbewerbern und Preisrichtern gewissen Künstlern große Verlegenheiten bereiten könnte. Man sieht nun aus dem Ergebniß des Conkurses, daß die HH. Meissonnier, Cabanel, Gérome und Th. Rousseau nichts von diesen Verlegenheiten verspürt haben." Medaillen 1r Klasse haben demselben Blatt zufolge erhalten die HH. Breton, Pils, Fromentin, Millet, Robert Fleury Bida, Français, Daubigny (Frankreich), Rosales (Spanien), Horschelt (Bayern), Willems und Stevens (Belgien), Matejko (Oesterreich), Calderon (England) (?) und Piloti (Italien) (?).

für den Fall mehrerer Arrestanlegungen nach dem Prinzipe enthalten, daß erst, wenn ein Gläubiger eingewiesen sei, ein später folgender Arrest nicht schade. Die Art. 18—23 enthalten die Bestimmungen über die Vollstreckung des Einweisungsurtheils und die Vertheilung. Auch diesen Artikeln stimmte der Ausschuß im Wesentlichen bei. Nachträglich hatte der k. Ministerialkommissär noch einen neuen Artikel als Art. 17 a vorgeschlagen, wonach bei Mieth- und Pachtzinsen gewisse Vorzugsrechte statuirt und wegen dieser Forderungen eine besondere Arrestanlegung nicht nothwendig sein soll. Der Ausschuß stimmte auch hier bei und schloß seine Sitzung, da hiemit das ganze Hauptstück erledigt war.

Der „Weser-Zeitung" wird „aus Süddeutschland" geschrieben: „Nach dem, was man früher von München und Stuttgart erfahren hatte, durfte man sich in Paris wohl der Hoffnung hingeben, daß die beiden größten süddeutschen Staaten in einem Kriege zwischen Frankreich und Preußen mindestens die Neutralität zu gewinnen suchen würden, zumal wenn Oesterreich zu dem Zwecke seine Anstrengungen mit den französischen verbände. Daß es Herr v. Beust in dieser Richtung an nichts hat fehlen lassen, dürfen Sie überzeugt sein. Aber seine übereifrige Beweglichkeit, welche überhaupt in der ganzen luxemburger Frage wieder einmal recht eclatant hervorgetreten ist, scheint Frankreich mehr geschadet als genützt zu haben.' Man muß aus verschiedenen Anzeichen fast mit Bestimmtheit schließen, daß er sehr vorzeitig mit seinem Wunsche herausgekommen sei, den Prager Frieden dahin zu modifiziren, daß Oesterreich in eine nähere Verbindung mit Süddeutschland treten könne, wo möglich nach Analogie des Verhältnisses Preußens zu Norddeutschland. Nun aber mögen die Sympathien für Oesterreich, die Antipathieen gegen Preußen in München und Stuttgart noch so groß sein, das ist doch Jedem, der politisch und wirthschaftlich rechnen kann, klar, daß eine definitive Trennung des Südens vom Norden, eine Geschäftsverbindung mit dem bankerotten Oesterreich ihn dem sicheren Ruin entgegen führen müßte. Und so kam es denn, daß, je eifriger die französischen und österreichischen Gesandten gegen Preußen arbeiteten, um so deutlicher die Regierungen von Bayern und Württemberg für Preußen sich erklärten, während sich für Baden und Darmstadt das Zusammengehen mit Preußen von selbst versteht. In dieser Hinsicht ist der Ministerwechsel in Stuttgart vor Allem bezeichnend. Ich nannte neulich Hrn. v. Varnbüler unzuverlässig. Seit einigen Tagen finden Sie ihn überall einen entschiedenen Anhänger Preußens genannt. Lassen Sie Sich dadurch nicht irre machen. Könnte er heute nach Herzenswunsch handeln, er würde Alles thun, um den alten Dualismus herzustellen und mit ihm die Politik der Mittelstaaten, welche sich so wichtig dünkten, so lange sie zwischen Oesterreich und Preußen entscheiden zu können meinten. Noch zur Zeit der Stuttgarter Conferenz gab sich Hr. v. Varnbüler gar keine Mühe, seinen Verdruß über den Gang der Dinge zu verbergen. Aber seitdem hat sich die Stellung Preußens durch die Hingebung Sachsens, durch den Verlauf des Reichstages, durch das Arrangement mit Darmstadt dermaßen verstärkt, daß Hr. v. Varnbüler schon seit Wochen es für angemessen hielt, bei jedem Anlaß sich dahin zu äußern, daß der Süden mit Preußen gehen müsse. Die Kundgebung der Liberalen Stuttgarts unter Sarwey's Führung für Anschluß an den Norden geschah nur im Einverständnisse mit Hrn. v. Varnbüler. Sie war dem durch den blinden österreichischen Eifer einiger seiner Collegen bedrängten Minister ein wichtiger Hebel, um den schwankenden König ganz auf seine Seite zu schieben. Daß auch der in Stuttgart sehr starke russische Einfluß für Hrn. v. Varnbüler gearbeitet haben wird, dürfen wir bei den gegenwärtigen Beziehungen zwischen Petersburg und Berlin wohl annehmen. Wenn nun Hr. v. Varnbüler gesiegt und seinen Freund Mittnacht an die Stelle des Hrn. v. Neurath gesetzt hat, so bezeichnet diese Ernennung seinen Standpunkt am deutlichsten. Ober-Tribunalsrath Mittnacht ist seit dem Bestehen des Ministeriums Varnbüler die wirksamste Stütze desselben in der Zweiten Kammer gewesen und hat, so viel ich weiß, alle Wandlungen der auswärtigen Politik seines Herrn getreulich mitgemacht: vor dem Kriege ein so heftiger Gegner Preußens, wie Herr v. Varnbüler selber, zog er nach dem Kriege gelindere Saiten auf, ohne aber deßwegen ein Freund Preußens zu werden.

Berlin, 4. Mai. Dem Vernehmen nach wird der König in Ems die Kur gebrauchen, und sich dann wahrscheinlich nach Paris begeben.

Berlin, 4. Mai. Die Verhandlung über die Bundesverfassung im Abgeordnetenhause beginnt übermorgen. In den Kreisen der Landesvertretung ist man der Meinung, daß das Abgeordnetenhaus bereits bis zum Donnerstag mit der Sache fertig werden dürfte, so daß die Vorlage dann sofort an das Herrenhaus gehen würde, welches seinerseits dieselbe am Freitag und Sonnabend, vielleicht auch am Sonnabend allein, erledigen dürfte. Unmittelbar nach der Abstimmung des Herrenhauses, also noch am Sonnabend (11.), soll dann die 21tägige Vertagung des Landtags eintreten, nach deren Ablauf sofort die nothwendige zweite Abstimmung über die Vorlage erfolgen und der Landtag dann ohne weitere Zögerung geschlossen werden. So ist die Berechnung innerhalb der Majorität der Landesvertretung, und es ist mit sehr großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Dinge auch in Wirklichkeit diesen Verlauf nehmen werden. Es schweben in diesem Augenblicke Verhandlungen zu dem Zwecke, die Opposition zu bewegen, von der von ihr beabsichtigten Wiederaufstellung der im Reichstage gefallenen Amendements auf Einsetzung eines verantwortlichen Bundesministeriums, Zahlung von Diäten 2c. Umgang zu nehmen. Es sind hiebei namentlich einige Mitglieder der national-liberalen Fraktion thätig und es wird zu diesem Zwecke von dieser Seite geltend gemacht: handelte es sich um eine Amendirung der Bundesverfassung, so würde unzweifelhaft auch die nationale Fraktion für die meisten, wenn nicht geradezu für alle Amendements der Opposition stimmen; aber es handle sich nicht um eine Amendirung, sondern einfach um die Frage: Annehmen oder Ablehnen? und um also in Bezug auf das Ganze Ja oder Nein zu sagen, dazu bedürfe es keiner Detailberathung. Wolle die Opposition mit Nein stimmen, so könne sie das ja thun, und die Generaldiskussion biete ihr auch Gelegenheit genug, die Gründe darzulegen, weshalb sie es thue; aber im Uebrigen möge sie, bei dieser Sachlage, und da sie auch nicht die entfernteste Aussicht habe, eines ihrer Amendements durchzubringen, nach dem Schlusse der Generaldiskussion doch darauf verzichten, sich der Abstimmung über en bloc-Annahme zu widersetzen. Da diese Gründe die Linke zum Aufgeben ihrer Ansicht nicht bewegen dürften, so rüstet man sich jenseits, dennoch unter allen Umständen im Laufe der nächsten Woche fertig zu werden. Man will die Dauer der Generaldiskussion, für welche jetzt noch vier Tage in Aussicht genommen sind, entsprechend kürzen und das Weitere gegenüber den Amendements durch die Gegentaktik systematischer Schlußanträge zu erzielen suchen. (Fr. J.)

Berlin, 4. Mai. In dem Augenblick, wo die Londoner Konferenz sich mit der Auffindung der Mittel beschäftigen soll, die Differenz zwischen Preußen und Frankreich über die Luxemburger Frage in friedlicher Weise zu regeln, werden eine Menge Gerüchte in die Presse geworfen, um das öffentliche Bewußtsein zu beunruhigen. Das englische Cabinet würde sich an die Spitze der kleinen gefährdeten europäischen Staaten stellen, denn Belgien sei von Frankreich, Holland von Preußen bedroht; Graf v. Bismarck habe während seines angeblichen Aufenthaltes in Pommern vielmehr eine Conferenz in Warschau mit dem Fürsten Gortschakoff gehabt und nicht die erwartete Unterstützung der preußischen Politik gefunden. Preußen wolle auf der Konferenz eine neue Ordnung der europäischen Verhältnisse herbeiführen und die Verträge von 1815 diskutiren. Daß diese Gerüchte keine factische Grundlage haben, wird der erfahrene Publizist sofort erkennen. Englands Stellung ist durch die offiziellen Erklärungen seines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten genügend aufgeklärt. Daß Graf Bismarck in Warschau gewesen, ist ebenso ersonnen, wie die Nachricht einer Erweiterung des Programms der Londoner Konferenz. Es dürfte daher nothwendig sein, zu bemerken, daß, nach glaubwürdigen Versicherungen, das preußische Cabinet nur Verhandlungen über die Neutralisation des Großherzogthums als Voraussetzung einer spätern Räumung der Festung zu führen gedenkt. Diese Neutralisation mußte unter der Garantie der Großmächte erfolgen. Daß Preußen vorher die Festung räumen würde, oder zu räumen zugesagt habe, ist ein Gerücht, welches gar keine Berechtigung hat. Es muß auch bemerkt werden, daß die vorhergehende Räumung von den neutralen Mächten auch niemals gefordert worden ist. (A. Z.)

Gotha, 3. Mai. Heute begeht unser Herzogspaar den 25sten Jahrestag seiner Vermählung, und zwar still und zurückgezogen auf dem reizenden Jagdschloß Oberhof, an der Straße von hier nach Coburg. Es wird erfreut durch manch sinnige Gabe aus den beiden Herzogthümern, und durch sehr werthvolle Geschenke seitens der hohen Anverwandten in Berlin, London u. a. m. — In diesen Tagen wurde der Herzog Friedrich von Augustenburg mit Gemahlin dahier erwartet, um in seiner hiesigen Villa einen längeren Aufenthalt zu nehmen. — Am 6. d. M. tritt dahier der gemeinschaftliche Landtag zusammen. Die Vorlagen betreffen zunächst die angenommene Verfassung des Norddeutschen Bundes, dann aber auch, wie ich höre, verschiedene wichtige Modifikationen in dem Landesorganismus von Gotha und Coburg. Zur Erzielung von Ersparnissen wird die Verlegung der Coburger Ministerialabtheilung hierher und deren Vereinigung mit der hiesigen, weiter die Einziehung mehrerer Justiz-Unterbehörden beabsichtigt. Diese Umgestaltungen machen eine Abänderung des Staatsgrundgesetzes nothwendig, aus welcher dann hoffentlich die Beseitigung der schwerfälligen Maschinerie, der bisherigen drei Landtage und

deren Vereinigung in einem gemeinsamen, als nothwendige Folge sich ergeben wird. — Weitere Pläne, von denen seit Monaten ständig dahier die Rede ist, z. B. Aufhebung des für Gotha und Coburg gemeinschaftlichen hiesigen Appellationsgerichts und dessen Verschmelzung mit demjenigen, welches seit 1849 zu Eisenach für Weimar und die beiden Fürstenthümer Schwarzburg besteht, dann die Garnisonirung preußischer Reiterei in hiesiger Stadt, gebe ich Ihnen als das was sie sind — als wohlaccreditirte, allgemein geglaubte Notizen. — Ganz allgemein ist bei uns in Thüringen die Stockung in allem Verkehrsleben, besonders in der Fabrikation, durchgreifend die Vertrauenslosigkeit. — Im geographischen Verlag von Justus Perthes dahier werden derzeit zum demnächstigen Erscheinen Kriegskarten gearbeitet. (A. Z.)

Wien, 3. Mai. Der ungarische Reichstag wird sich am 8. d. wieder versammeln und sich mit der Codification des Elaborates des 67er-Ausschusses und mit der Abfassung des Inaugural-Diploms beschäftigen. Ob der auf den 20. d. einberufene Reichsrath der Länder diesseits der Leitha den Ausgleich mit Ungarn einfach annehmen werde, ist noch sehr die Frage. Namentlich im Herrenhause hat die Regierung viele Feinde. Die Centralisten und die Autonomisten sind darin einig, dem Dualismus nicht hold zu sein. Man erwartet, daß Herr v. Beust einen bedeutenden Herrenhausschub vornehmen werde. (K. Z.)

Paris, 3. Mai. Das „Journ. des Deb." spricht sich in folgender Weise über die aus **Mexiko** eingelaufenen Nachrichten aus: „Die sehr widersprechenden Nachrichten, die uns von Mexiko zugehen, sind nur in einem Punkte einig, nämlich darin, zu konstatiren, daß das mexikanische Kaiserreich verloren ist, und daß binnen einer näheren oder entfernteren Frist der unglückliche Maximilian in die Hände seiner Feinde gefallen sein wird. Glücklicherweise ist Juarez nicht so schrecklich, als die Freunde des Kaisers von Mexiko ihn ehemals zu schildern beliebten in dem Augenblick, wo er für sie nur ein Bandit war, und wo die kaiserlichen Generale anzeigten, daß in Zukunft jeder gefangen genommene Dissident niedergeschossen werden solle. Hochherziger als sie hat Juarez verordnet, daß Kaiser Maximilian, wenn man ihn gefangen nehmen sollte, als Kriegsgefangener behandelt würde mit allen Ehren, die man dem unglücklichen Muth schuldig ist. Um diesen Befehl hatte Hr. Seward auf das dringende Anliegen des österreichischen Gesandten nachgesucht."

Paris, 4. Mai. Obgleich es sicher ist, daß die Rüstungen fortdauern, so ist die hiesige Stimmung zum wenigsten dem äußern Anscheine nach eine viel friedlichere geworden. Der König der Belgier soll nach seiner Rückkehr aus Paris überall versichern, wie er die Ueberzeugung mitbringe, daß der Friede als gesichert zu betrachten sei. — Der König von Griechenland kam gestern aus London wieder nach Paris zurück. Er fand seine hohe Schwester, die Prinzessin von Wales, in einem befriedigenden Zustande. Heute dinirt der König in den Tuilerieen und begibt sich morgen nach Berlin, um nach einem kurzen Aufenthalte nach Petersburg weiterzureisen, wo er seiner Braut, der Tochter des Großfürsten Konstantin einen Besuch abstatten wird. Von dort geht der König nach Kopenhagen, wo er der silbernen Hochzeit seiner Eltern beiwohnt. Zu dieser Feierlichkeit finden sich auch der Großfürst Alexander und die Großfürstin Dagmar ein. Der König begibt sich über Paris wieder nach Griechenland zurück. (K. Z.)

Paris, 4. Mai. Man will sich nun einmal in gewissen Kreisen nicht beruhigen. Alles, was zur Marine oder zum Landheer gehört, ist noch jetzt sehr kriegerisch, und die Meinung, daß Napoleon III. diese „Gefühle" nicht theilen sollte, will den Leuten nicht einleuchten. Darum wird an der so klaren Mittheilung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten herumgedeutelt, wie früher an der Rede des Königs von Preußen. Ich theile diese Befürchtung nicht, aber es scheint mir nothwendig, auf die Stimmung hinzudeuten, welche in einflußreichen Kreisen vorherrschend ist, selbst wenn diese Stimmung von der großen Mehrheit des Landes nicht getheilt wird. Derlei Erscheinungen dürfen niemals unbeachtet bleiben. In militärischen Kreisen und in der Umgebung des Kaisers wird Rouher von der enttäuschten Kriegsungeduld als „Verräther am Kaiserreiche" bezeichnet. Kurz, die Spannung zwischen den beiden Lagern ist eine große, und es wird erst eine ruhigere Beurtheilung der Verhältnisse eintreten, wenn die Conferenz ihre Thätigkeit erfolgreich beendigt hat, denn es wird einer vollzogenen Thatsache bedürfen, um die Widersacher des Friedens zum Schweigen zu bringen. — Der kaiserliche Prinz befindet sich ein wenig besser; er wird auf einige Zeit nach St. Cloud gesandt.

Paris, 4. Mai. Regierungsdepeschen aus Barcelona, Perpignan, Tarragona und Madrid dementiren die von Narvaez, der sich bedroht glaubte, in die Welt geschleuderte Nachricht von einer aufständischen Bewegung in Catalonien. Der Marschall hatte einen Moment lang gefürchtet, gegen den jetzt abgetretenen Senatspräsidenten, der gegen ihn gewirkt hatte, zu unterliegen. Miraflores setzte in einer Privat-Audienz bei der Königin dieser auseinander, daß es unmöglich sei, in der Art in Spanien fortzuwirthschaften, als dies von Narvaez und seinen Freunden geschehe. Isabella aber nahm diese Ansicht sehr übel auf und entließ den Senatspräsidenten in so wenig freundlicher Weise, daß derselbe sofort seinen Abschied nahm. — Herr Burrée, der französische Botschafter in Konstantinopel, hat im Auftrage seiner Regierung Ali und Fuad Pascha Vorstellungen machen müssen in Betreff der energischen Instruktionen, mit denen Omer Pascha bei seiner Abreise nach Kreta versehen worden. Der französische Staatsmann empfiehlt dabei wiederholt jene Politik der Konzessionen und der Mäßigung den Insurgenten gegenüber, deren Befolgung bisher so verhängnißvoll für die Türkei allein gewesen. — Der kaiserliche Prinz, dem eine Luftveränderung angerathen worden, begibt sich binnen Kurzem nach St. Cloud, das ihm als Sommeraufenthalt dienen soll. Die in belgischen Blättern aufgetauchte Variante einer Reise nach Arenenberg entbehrt jeder Begründung. — Die chinesische Regierung hat, wie aus dem Kriegs-Ministerium verlautet, unterm 5. März an das französische Gouvernement die Bitte gerichtet, ihr eine Militär-Commission zur Ausbildung ihrer Truppen in ähnlicher Weise zuzusenden, wie dies bereits für Japan geschehen. Das Gesuch ist u. A. durch die letzten unglücklichen Treffen der Regierungs-Armee gegen die aufständischen Nienfeis motivirt, welche in Peking die Ueberzeugung hervorgerufen haben, daß dem chinesischen Heere eine vollständige Reorganisation nach europäischem Muster durchaus noth thue. (K. Z.)

London, 1. Mai. Im **Unterhaus** beantragte gestern Trevelyan eine Resolution gegen das System des Offizierstellenkaufs in der Armee. Das System sei von großen Autoritäten verdammt worden und die Erfahrungen des Krimkrieges hätten gezeigt, daß in einer Zeit großen Dranges kein Verlaß darauf sei. Wenn das Parlament nicht einschreite, werde keine Reform möglich sein außer nach einem unglücklichen Kriege. Sir J. Pakington, der Kriegsminister, gab die Anomalien des herrschenden Systems zu, erinnerte aber, daß mit demselben die brit. Armee einen Grad der Berühmtheit erlangt habe, so daß sie keiner andern der Welt nachstehe. Eine Aenderung bleibe unmöglich, so lange die öffentliche Meinung nicht lauter dafür spreche; denn ohne solchen Ausdruck der öffentlichen Meinung werde das Publikum nicht in die erforderliche Ausgabe willigen. Das System habe überdies die Sanktion des Herzogs von Wellington, des Herzogs v. Richmond und anderer Autoritäten erhalten. Nächstens hoffe er den Bericht der Commission über die Militärorganisation — an deren Spitze Lord Strathnairn stehe — vorzulegen. Der Bericht enthalte viele wichtige Vorschläge, die im Zusammenhang mit jedem andern Reformplan erwogen werden sollten. Unter diesen Umständen werde wohl der Antragsteller nicht auf Abstimmung bestehen. Die Resolution wurde darauf mit 116 gegen 75 Stimmen **verworfen.** — Mit Spannung sieht man der auf nächsten Montag angesetzten **Versammlung der Reformliga** im Hydepark entgegen. Der Minister des Innern hat eine abmahnende Proklamation erlassen, worin wiederholt ist: daß die Benutzung des Parks zu solchen Versammlungen nicht erlaubt sei. Dagegen ließ sofort Beales, der Präsident der Liga, einen Aufruf an das Volk von London ergehen, in welchem er diejenigen, die des Wahlrechtes noch nicht theilhaft sind, auffordert, am 6. Mai, Abends, im Hydepark zu erscheinen, als getreue, friedliche, ordnungsliebende Bürger und Feinde jeglicher Ruhestörung, jedoch mit dem festen Entschlusse, ihre berechtigten Ansprüche durchzusetzen.

Von der polnischen Grenze, 1. Mai. Wir haben heute (wird der „Allg. Ztg." berichtet) eine Thatsache von weitgreifendem Einfluß aus dem Königreich Polen mitzutheilen: es ist nämlich eine **Verständigung** zwischen **Rom** und **Petersburg** zu Stande gekommen, in Folge deren die katholische Geistlichkeit in Polen durch ihre bischöflichen Behörden in einem besonderen Hirtenbrief angewiesen worden ist, sich fortan in keinerlei Weise mit Politik zu beschäftigen, und am allerwenigsten ihr Amt zu Gunsten irgend einer regierungsfeindlichen Partei zu benutzen, oder ihren Einfluß von der Kanzel oder dem Beichtstuhl aus in dieser Richtung geltend zu machen, wie dieß bisher so häufig geschehen. Den dieser von Rom aus ergangenen Weisung Zuwiderhandelnden wird angedroht, daß sie, außer der Bestrafung, der sie seitens ihrer staatlichen Behörde anheimfallen, von der geistlichen Macht gleichfalls Bestrafung bis zur Amtsenthebung zu gewärtigen haben. Die erste Folge dieser Verständigung ist, daß die Geistlichen, welche wegen Betheiligung am letzten polnischen Aufstand nach Rußland deportirt wurden, die Erlaubniß zur Rückkehr erhalten haben. Man scheint in Rom denn endlich doch zu der Erkenntniß gekommen zu sein, daß die russische Regierung sich vor den Bannstrahlen des Vaticans nicht fürchtet, und daß die eifrigen Agitationen des Klerus der katholischen Kirche weit mehr Schaden als Nutzen bracht haben. Für Polen haben dieselben nichts zu Stande gebracht,

wohl aber die Veranlassung gegeben, daß von den 20,000 Apostaten, die in den letzten Jahren von der katholischen Kirche zur orthodox-griechischen übergetreten sind, gewiß 12,000 zur Abtrünnigkeit verleitet wurden, denn nur die in Folge der Spaltung mit Rom ihnen gebotenen materiellen Vortheile haben sie hinüber gelockt.

Frankfurter Börse (29. April bis 4. Mai).

4. Mai. Die Montagsbörse eröffnete in sehr fester Haltung und zu bedeutend höheren Kursen als die Vorwoche geschlossen, verflaute jedoch plötzlich auf ungünstige auswärtige Notirungen; es wurden allerhand beunruhigende Gerüchte kolportirt, die sich sämmtlich als falsch herausstellten. Bereits am Dinstag hatten sich die Kurse wieder befestigt; die an diesem Tage stattfindende Ultimoabrechnung ging gut von Statten und war von dem abundanten Geldstande sehr begünstigt; der Stückemangel war nicht so gross, als man erwartet hatte; jedoch musste die Contremine für Herbeischaffung ihres Bedarfs ziemliche Opfer bringen; für Kredit und 1860er Loose wurden ganze Zinsen vergütet, für letztere sogar noch darüber. Prämien blieben fast sämmtlich ungekündigt. Nach glücklich überstandener Liquidation konnten die immer beruhigender einlangenden politischen Nachrichten nicht verfehlen, den in der jüngsten Kriegspanik so arg misshandelten Effekten aufzuhelfen. Die Haltung bleibt jedoch eine zaghaft abwartende, die Contremine hat das Feld noch nicht geräumt und jedem Versuche einer durchgreifenden Hausse folgt die Reaktion auf dem Fusse. So schliessen wir die Woche zwar mit ansehnlich gebesserten Kursen, aber lange nicht auf dem Niveau zu Anfang des Monats April, bevor der Alarm laut wurde. Oesterreich. Fonds haben sich seit 8 Tagen um 2—3 pCt. erholt, verlassen jedoch die Woche in etwas matterer Haltung. 1860er Loose, gestern bis 64½, bleiben 63⅞, National 51½ nach 52¼, neue steuerfreie Metalliques 46¼ nach 46½.

In süddeutschen Fonds war die Woche über umfangreiches Geschäft zu höheren Kursen; seitdem dieselben wieder vom grösseren Publikum zu Geldanlagen gesucht werden, macht sich der Mangel in kleinen Abschnitten fühlbar, für die über den Tageskurs gezahlt werden muss. Bayerische Loose (nach 96½) bleiben gefragt zu 96, — vor 10 Tagen wurden sie zu 88 weggeworfen. — Von auswärtigen Fonds bewegte sich der Verkehr fast ausschliesslich in Amerikanern, die immer mehr eine selbständige Stellung einnehmen. 1882er besserten sich in der Woche um nahezu 2 pCt.

Oestr. Kredit schwankten nicht unbeträchtlich, gestern erreichten sie mit 155 ihren höchsten Stand und gaben heute bis 153 nach, was gegen vor acht Tagen noch immer eine Avance von fl. 8 ausmacht. Von Zettelbanken Frankfurt wieder mit 125½ gefragt.

E.-B.-Aktien ohne lebhaftes Geschäft erholten sich um Prozente, wenn schon einzelne Kategorien seit Wochen schon ohne alle Kursnotirung verharren. Namhaften Aufschwung, von 116 bis 126, nahmen Hessische Ludwigsbahn. Prioritäten sämmtlich höher gehalten und zumal für österreichische in Silber grosse Nachfrage, so dass es oft an Waare fehlt.

Geld bleibt sehr abundant; gute Diskonten rar und im Privatverkehr zu 2¼ zu plaziren. Wechsel eher fallend als steigend, nur Berlin bis 105⅛ bezahlt, im Allgemeinen aber lange Sichten fehlend.

	29.	4.		29.	4.
5% Oestr. National	50	51½	4% Darmstädt. do.	—	—
5% do. Metal. (1859)	56¼	58	3½% do. do.	—	—
5% do. Lose (1860)	62	63⅞	4½% Nassauer do.	93 B	92⅜ B
— do. do. (1864)	64½	67¼ B	4% do. do.	—	86½
Oestr. Kreditl. (58)	—	110	3½% do. do.	—	—
5% Bayer. Obligat.	96¼ B	9[illegible]¼ B	4% Kurhess. do.	—	—
4½% do. do.	91	92	3½% Frankf. do.	—	80¼ B
4% do. do.	86	88¼ B	3% do. do.	—	—
4% do. 100Thl.-L.	94½	98	6% Amerik. (1882)	75½	76½
4½% Würtemb. Obl.	90½	91½	Oestr. Kredit.	145½	155
3½% do. do.	—	77½	Oestr. Nat.-Bank	623	632
4½% Badische do.	90	92 B	Frankfurter do.	125½	126 B
4% do. do.	84¼	—	Bexbacher E.-B.	139½	142
3½% do. do.	—	—	Bayer. Ostbahnen	112½	113½ B (Akt.)

Neueres.

Brüssel, 5. Mai. Die belgische Regierung hat eine Einladung erhalten, an den Conferenzen in London Theil zu nehmen. Man glaubt, der belgische Gesandte zu London, Staatsminister van de Weyer, werde mit der Vertretung Belgiens beauftragt werden.

Haag, 5. Mai. Der König der Niederlande, als solcher, wird durch den niederländischen Gesandten zu London, Staatsminister Frhrn. v. Bentinck, auf der Conferenz vertreten werden.

Florenz, 4. Mai. Nachdem auch Italien an der Londoner Conferenz Theil nehmen wird, hat die Regierung ihren Gesandten in London, den Marquis v. Azeglio, zu ihrem Vertreter bei der Conferenz ernannt.

Telegramme
der Neuen Würzburger Zeitung.

* **London**, 6. Mai. Das Reform-Meeting verlief ruhig. Ungeheure Menschenmasse betheiligt; Polizei und Militär wurden in Entfernung gehalten.

* **Paris**, 6. Mai. Die „Patrie“ schreibt: Morgen findet die erste Conferenzsitzung statt. Drei Sitzungen werden genügen, da über alle Fragen Uebereinstimmung gewonnen, selbst über die Frist der Festungsräumung.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	6pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	58½—⅝ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	51⅜ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	4½pCt.	37¾ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	99¼ G.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	92⅛ P.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	91⅞—92 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch	91¾ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	77¾ G.
Baden	4½pCt. Obl.	92¼ P.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto	98 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	86½ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½pCt. Obl.	80¼ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2½pCt. „ „ „	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	81 G.
N.Amerika	6pCt. à 1000r 1881 D. 2½	77¾ P.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	76⅝—½ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	125 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	612—40 G
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	152½—52 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	88½ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	193 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	103P. 102½ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	142¼ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87⅝ G.
Pfälz Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	105¼ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	47¼ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	70⅝ P. ⅜ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	113⅛ P. 112⅞ G
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	113 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100¼ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94¼ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96⅞ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94¼ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅛ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅜—½ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99⅞ P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	89⅝ G.
do. in Sat. W. l. S.	—
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	53 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	57 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 P
„ fl. 500 v. 1860 6/7	64⅛—64 G.	„ fl. 25 do.	—
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	110⅞ G.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
„ do. v. 1864	66¾ P.	Sardinische Fr. 36 b. R.	—
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	96—95¾ G.	Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—	Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Badische fl. 35	53 P.	Mailänder 45 Frs. [illegible] b. R.	—
		St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
		Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11½ P.

Frankfurt, 6. Mai. An der heutigen Börse herrschte nur wenig Leben und die Geschäfte erreichten keinen großen Umfang. Die Course variirten nur um Bruchtheile gegen gestern. Die Börse verhält sich der morgen zu eröffnenden Conferenz gegenüber immer noch abwartend und die kleinen Variationen sind lokalen Ursachen oder sonstigen durch die Spekulation veranlaßten Combinationen zuzuschreiben und daher von keiner allgemeinen Bedeutung. Wechsel wurden heute etwas höher bezahlt. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 127.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 8. Mai 1867.

An ... f- und Sta- ... irzb. Z.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 6. Mai. Die kath. Pfarrei Sulzemoos, k. Bezirksamts Dachau, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 1278 fl. 5 kr. in Erledigung gekommen.

München, 5. Mai. Als Tag der Uebersiedlung Sr. Maj. des Königs nach Schloß Berg am Starnberger See zum Sommeraufenthalte daselbst ist nun definitiv der kommende Sonnabend, 11. d., festgesetzt. Die frühere Absicht Sr. Majestät, im Laufe dieses Sommers die im letzten Herbst begonnene Rundreise durch Bayern fortzusetzen und noch weitere Landestheile zu besuchen, dürfte nun in Folge der inzwischen eingetretenen Verlobung und noch im Herbste dieses Jahres bevorstehenden Vermählung des Königs, für welche letztere übrigens ein Tag noch nicht definitiv festgesetzt ist, wahrscheinlich erst im kommenden Jahre zur Ausführung gelangen. (A. Z.)

Wiesbaden, 5. Mai. Dieser Tage treffen etwa 200 verwundete preußische Soldaten zum Gebrauche der Badekur dahier ein. Eine nicht unbedeutende Anzahl verwundeter preußischer Offiziere ist bereits eingetroffen und sollen denselben noch mehrere ihrer Cameraden folgen. — Für das in einigen Wochen hier eintreffende Berliner Ballet sind Seitens der Theaterintendantur etwa 80 Wohnungen auf mehrere Wochen gemiethet.

Berlin, 4. Mai. Die „Kreuzz." schreibt: „Eine natürliche Folge der Garantieverträge Preußens mit den süddeutschen Regierungen vom August v. J. war das Bedürfniß, die Funktionen einigermaßen zu ersetzen, welche von der Militärkommission am vormaligen deutschen Bundestage ausgeübt wurden. Zur Erreichung dieses Zweckes war von den betreffenden Regierungen eine gegenseitige Akkreditirung von Militärbevollmächtigten in Berlin und an den süddeutschen Höfen, wie solche seit langer Zeit zwischen Preußen, Frankreich, Oesterreich und Petersburg besteht, in Aussicht genommen. Nach längeren Verhandlungen werden, wie wir hören, die Ernennungen für diese militärischen Posten nunmehr erfolgen." — In Spandau werden nach demselben Blatte demnächst einige badische Offiziere mit einer kleinen Mannschaftsabtheilung zur Erlernung des Gebrauchs der neuen Waffenarten eintreffen. — Durch Kabinetsordre vom 28. v. M. ist die definitive Formirung der Landwehr-Bataillonsstämme in den Bezirken des 9., 10. und 11. Armeekorps befohlen worden, und es kann hiemit die militärische Organisation der neu erworbenen Landestheile als beendet angesehen werden.

Berlin, 5. Mai. Morgen werden also nun die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über den Entwurf der Verfassung des norddeutschen Bundes beginnen und mit einer gewissen Spannung sieht ihnen das Publikum entgegen. Denn trotz dem darüber auch nicht der geringste Zweifel herrschen kann, wie die Schlußabstimmung ausfallen wird, fragt es sich doch, auf welcher Seite der moralische Sieg bleiben wird, ob auf der Seite der National-Liberalen, welche in lebhaftester Weise für die Verfassung werden eintreten müssen, oder auf der Seite des Restes der Fortschrittspartei, deren bedeutendste Redner, (Waldeck, Virchow, Löwe-Calbe, Duncker, v. Hoverbeck, Schulze, Jakoby, v. Kirchmann) aller Wahrscheinlichkeit zufolge zum Wort kommen werden. Hängt doch von diesem moralischen Siege die nächste Zukunft der beiden Parteien ab, welche sich fast völlig von einander geschieden haben und schon bei der Reichstagswahl im Herbst d. J. heftig aufeinander platzen müssen. Twestens Antrag ist sehr einfach; er beantragt als Referent die Zustimmung zum Verfassungsentwurf, ohne auch nur den Termin in den Entwurf einzurücken, an welchem die Verfassung in Kraft treten soll, was jedenfalls wird geschehen müssen. Die hiesigen Zeitungen haben sich in den letzten Tagen mit der Frage beschäftigt, ob die Fortschrittspartei die Spezial-Berathung verlangen und Amendements einbringen werde. Letzteres wird in keinem Fall geschehen, und die Fortschrittspartei hat sogar beschlossen, einem Amendement des linken Centrums, das Lauenburg nicht als selbständiges Herzogthum, sondern als Theil des Königreichs Preußen, in die Einleitung aufnehmen will, nicht beizutreten, weil die Amendirung überhaupt nicht zweckmäßig erscheint und nicht möglich ist. Dagegen kann es allerdings zur Spezialberathung, welche die Geschäftsordnung vorschreibt und daher auch ein einzelnes Mitglied fordern kann, kommen, sobald die Generaldebatte zu früh geschlossen und der Minorität das Wort abgeschnitten wird. Geschieht letzteres nicht, so wird allen Seiten die Generaldebatte völlig genügen. Gestern fanden bereits Verhandlungen zwischen den einzelnen Fraktionen statt, welche der frühere Präsident des Abgeordnetenhauses, Abg. Grabow, vermittelte; der Vorschlag welcher am meisten Anklang fand, ging dahin, auf die Spezialdebatte allgemein zu verzichten, dagegen in der Generaldebatte keinen Schlußantrag zu stellen, sondern alle Abgeordnete, welche sprechen wollen, reden zu lassen, sollten sich dadurch die Debatten auch um einige Tage verlängern. Zu einem förmlichen Abschluß eines parlamentarischen Abkommens ist es aber nicht gekommen, denn obwohl die Fortschrittspartei zugestimmt hat, hat sie sich doch nicht gebunden, sondern mit Rücksicht auf die möglichen Eventualitäten freie Hand vorbehalten. (Fr. Z.)

Berlin, 5. Mai. Bei der morgen im Abgeordnetenhause beginnenden Plenarberathung über die Verfassung des Norddeutschen Bundes wird ein Redekampf sich wahrscheinlich nur zwischen der Linken und den National-Liberalen entspinnen, welchen letzteren die Rechte und auch wohl die Regierung die Vertheidigung der Verfassung gern überlassen wird. Da einmal eine En-bloc-Annahme, wie beide Kammern in Dresden sie beliebt haben, hier nicht durchzusetzen ist, so muß man schon dankbar alles hinnehmen, was wenigstens zur Abkürzung der unnöthigen Spezial-Diskussion dient. Die Fortschrittspartei beendete erst gestern Abend gegen 11 Uhr ihre Berathungen, deren Resultat jene bereits erwähnte Resolution war, welche in einer langen Reihe von Erwägungen und der Aufzählung von einzelnen Einwendungspunkten (es sollen deren acht sein) das ablehnende Votum begründet. Die Fraktion beschloß, den Wortlaut der Resolution noch geheim zu halten und das übrigens sehr umfangreiche Schriftstück nicht vor der Debatte bekannt werden zu lassen. Es wird daher die Einbringung und Vertheilung der Resolution erst morgen früh erfolgen. Etwa 12 Mitglieder des linken Centrums gehören zu den Unterzeichnern der Resolution. Die letztgedachte Fraktion wird übrigens für jetzt in ihrem Bestande keine Veränderung erfahren; die Absicht einzelner Mitglieder, die Fraktion Behufs Verschmelzung mit den National-Liberalen aufzulösen, ist nicht erreicht worden.

Berlin, 6. Mai. Die von süddeutschen Blättern gebrachte Meldung, daß der preußische General von Steinmetz nach Karlsruhe gehen werde, um die Leitung des badischen Militärwesens zu übernehmen, ist ganz unrichtig.

Berlin, 6. Mai. Die Einladung Belgiens zur Conferenz, welche dieses angenommen, hat in Brüssel einen sehr günstigen Eindruck hervorgebracht. Man bezweifelt indessen, daß Belgien, Angesichts seiner neutralen Stellung, die Garantie Luxemburgs in gleichem Maße wie die anderen Regierungen übernehmen könne.

Berlin. Das „Mil.-Wochenbl." schreibt: „Es sind in neuerer Zeit Gerüchte über Einberufung von Reserven in Umlauf gesetzt worden. Wir glauben, derartigen Gerüchten nicht entschiedener entgegen treten zu können, als dadurch, daß wir den offenbaren Ursprung derselben nachweisen. Es dürfte allgemein bekannt sein, daß alljährlich bei Entlassung der Reserven in der ganzen Armee eine nicht unbeträchtliche Zahl von Mannschaften von zweijähriger Dienstzeit „zur Disposition der Truppentheile" beurlaubt werden oder, wie der Volksausdruck ist, „Königsurlaub" erhalten. Diese Mannschaften stehen bis zum Herbst des nächstfolgenden Jahres derart zur Disposition der Truppentheile, daß sie von diesen bei eintretenden Manquements in der Zeit vom 1. April bis zum Herbst wieder eingezogen werden können, während die vor dem 1. April eintretenden Manquements durch Einstellung von Rekruten gedeckt werden. Wenn daher versichert wird, es seien bereits Einberufungs-Ordres gesehen worden, so ist dies sehr wohl möglich; jede Recherche wird aber in solchen Fällen ergeben, daß es sich um die Einziehung einzelner Dispositions-Urlauber handelt. Wir glauben um so mehr, hierauf aufmerksam machen zu sollen, als die Ein-

beorderung von Dispositions-Urlaubern alljährlich während des ganzen Sommers erfolgt und daher immer wieder zu neuen Gerüchten Anlaß geben könnte.

Dresden, 4. Mai. Es machte einen eigenthümlichen Eindruck, als heute sämmtliche 36 anwesende Mitglieder der ersten Kammer darunter Prinz Georg, ohne alle und jede Verhandlung ihre Zustimmung zu der norddeutschen Bundesverfassung abgaben. Das bei der gestrigen Berathung der Verfassung in der zweiten Kammer gefallene Wort eines der Opponenten, des großdeutsch-gesinnten Handelskammerpräsidenten Mammen in Plauen, daß Selbstbeherrschung in der Kundgebung seiner Ansichten zu üben, Pflicht sei, fand in dem Stillschweigen der ersten Kammer seine ernste Deutung. Nach Erledigung dieser Angelegenheit werden die Stände nur noch einige Tage zur Berathung der Ständevorlagen beisammenbleiben. — Noch nie ist hier der Zug der Auswanderer aus Böhmen so groß gewesen, als heuer. Gegen 3000 sind bereits auf der Eisenbahn über Leipzig nach Bremen expedirt worden. (Schw. M.)

Pesth, 3. Mai. Der „N. Fr. Pr.“ wird berichtet: „Der Kaiser und die Kaiserin kommen definitiv am 8. Mai hieher. Es hat sich ein Damen-Comite gebildet, welches alle Frauen des Landes auffordert, die ganze Strecke von der Landesgrenze bis Pest bei der Kaiserfahrt mit Blumenguirlanden zu schmücken. Das Krönungsbanderium wird der Kaiserin am Krönungstage ein prachtvolles Fahnenband überreichen.

Triest, 3. Mai. Die „Levantepost“ ist heute eingetroffen aus: Athen, 27. April. Durch ein Dekret der Nationalversammlung wurde Maurocordatos zum Generalgouverneur ernannt. Die griechische Bank zeichnete 5000 Aktien der beabsichtigten neuen griechischen Anleihe. Smyrna, April. Izzet-Pascha, Gouverneur von Jerusalem, wurde wegen Bedrückungen und Erpressungen abgesetzt. Konstantinopel, 27. April. Der Vizekönig von Aegypten ist mit dem langsamen Gange der Verhandlungen, die in Konstantinopel von Nubar Pascha geleitet werden, unzufrieden, und hat deshalb die Nichtbetheiligung seines Kontingents an den Operationen Omer-Pascha's anbefohlen. — Die beschlossene Errichtung einer türkischen Gesandtschaft in Washington ist rückgängig gemacht worden.

Paris, 4. Mai. In der gestrigen Sitzung des Senats kam die Dotationsangelegenheit von Lamartine zur Verhandlung. Der Bericht, welchen Silvestre de Sacy im Namen der Commission erstattete, ist ein Meisterwerk in Bezug auf gerechte und dabei schonende Würdigung des Dichters und Staatsmannes und bildet durch den Adel der Gedanken und die taktvolle Behandlung der Sache einen glänzenden Gegensatz zu dem Phrasenwerk, mit welchem Olivier seinen Gegenstand überschüttet hatte. Der Senat entsprach in generöser, ihm zur Ehre gereichenden Weise dem Antrag der Commission und genehmigte einstimmig und ohne Discussion das ihm vorgelegte Gesetz. Im Laufe der Sitzung erschien Marquis de Moustier, um im Namen der Regierung die gleiche Erklärung, wie im gesetzgebenden Körper, über den Stand der Luxemburger Angelegenheit abzugeben. — Im gesetzgebenden Körper liefen gestern, nachdem Marquis de Moustier seine Mittheilung gemacht, zwei neue Interpellationen ein, welche diesmal von Mitgliedern der Rechten herrühren und keinen politischen Charakter haben. Hr. Haentjens glaubt, daß, da die Kammer, außer ihren wichtigen Commissionsarbeiten, im Augenblick wenig beschäftigt ist, es nicht unstatthaft sei, das Ministerium über sein staatswirthschaftliches Programm zu befragen. Namentlich wollen Hr. Häntjens und seine Freunde wissen, welche Entwicklung die Regierung den öffentlichen Arbeiten zu geben und welche Mittel sie darauf zu verwenden gedenkt. Ferner verlangt die Interpellation Auskunft darüber, ob die Regierung es nicht für nöthig halte, gewisse, dem Verbrauch hinderliche Taxen herunter zu setzen; endlich, ob es nicht zeitgemäß sei, namentlich im Hinblick auf die Weltausstellung, mit den verschiedenen Eisenbahngesellschaften über Herabsetzung der Fahrpreise in Unterhandlung zu treten. Die zweite Interpellation rührt von Hrn. Lafond de St. Mur her und bezieht sich auf das von der Regierung am Schlusse der vorjährigen Session ertheilte Versprechen, das sogenannte vierte nationale Eisenbahnnetz zur Ausführung an Concessionäre zu vergeben. Beide Interpellationen erregen, wie der „Moniteur“ constatirt, verschiedenartige Bewegung und Unruhe im Hause. — In seinem Bulletin macht der „Moniteur“ bemerklich, daß in den Niederlanden von den bis jetzt vorhandenen sieben Generalmajorsposten drei aufgehoben werden sind, so daß es jetzt nur noch vier Militärdivisionen im Haag, in Herzogenbusch, in Arnheim und in Gröningen daselbst gibt. — Der Abend-„Moniteur“ zeigt an, daß der unterseeische Telegraph zwischen Marsala und Bizerti in Folge eines Sturmes unbrauchbar geworden ist, und daß deßhalb Depeschen nach Algerien und Tunis von Marseille mit den Postschiffen nach Algier, Oran, Philippeville oder Oran gebracht und von dort erst wieder durch den Telegraphen an den betreffenden Bestimmungsort weiter befördert werden. — Auf Antrag des Kriegsministers hat der Kaiser für die Dauer der Ausstellung sämmtlichen in Paris und der Bannmeile wohnenden Militärbeamten und Angestellten des Kriegsministeriums, deren Gehalt nicht 2000 Fr. übersteigt, eine Zulage von einem Zehntel ihres Gehaltes bewilligt. Bereits vor zwei Monaten haben die Soldaten der Pariser Garnison eine Soldzulage erhalten.

Paris, 5. Mai. Der „Constitutionnel“ bringt folgende halboffizielle Ankündigung: „Paris wird sehr brillant werden, und zwar nicht bloß durch den großen Zufluß von Fremden, die zum Besuche der Ausstellung in diesem Jahre hieher kommen werden, sondern auch vorzugsweise durch den Besuch der Mehrzahl der gekrönten Häupter Europa's. Es befinden sich augenblicklich in Paris der König von Griechenland, Prinz Oskar von Schweden. Binnen einigen Tagen erwartet man den König und die Königin der Belgier, die Königin von Portugal, den Prinzen von Wales, den Kronprinzen und die Kronprinzessin von Preußen. Man kündigt gleichfalls als nächstens bevorstehend die Ankunft des Kaisers von Rußland mit zweien seiner Söhne, die des Kaisers und der Kaiserin von Oesterreich, und sogar die des Königs von Preußen an. Auch der König und die Königin von Spanien werden Paris besuchen, sowie der Vicekönig von Aegypten. Seit fünfzig Jahren wird Paris nicht innerhalb seiner Mauern eine solche Versammlung von Herrschern gesehen haben.“ Der „Etendard“ meldet gleichfalls die Ankunft des Kaisers von Rußland und des Königs von Preußen mit dem Zusatze: diese Nachricht sei jetzt „authentisch bestätigt“.

Paris, 5. Mai. Man muß gestehen, daß es doch etwas langsam geht, bis die Contreordres gegen die Rüstungen in Kraft treten. So wurden gestern wieder auf dem Strasburger Bahnhof mehrere Züge Soldaten und Pferde nach dem Osten befördert. — Aus Anlaß des Todestages Napoleon's I. fallen die meisten Empfangsabende heute aus. Auch der Geburtstag der Kaiserin Eugenie, welche heute 42 Jahre alt ist, verlief sehr ruhig. — Der Redakteur des berüchtigten „Memorial diplomatique“, Ritter Debrauz de Saldapenna, ist jetzt aus der Redaktion ausgeschieden; man ist gespannt, wie sich nun das Blatt in Zukunft zeigen wird. Es ist sehr beachtenswerth, wie seit Kurzem die offiziösen Blätter auftreten. Während z. B. die „France“ noch vor acht Tagen aufregende Artikel brachte, dementirt sie jetzt energisch die von mehreren Blättern gebrachte Nachricht über preußische Rüstungen. — In einigen Departements, namentlich im Süden, hat die Auswanderung so bedenkliche Dimensionen angenommen, daß von den Präfekten an die Unterpräfekten und Bürgermeister ein betreffendes Cirkular erlassen werden mußte. — Gestern wurde in der Ausstellung das chinesische Theater eröffnet. (Fr. J.)

Madrid, 4. Mai. Nachdem gestern der Marquis Molino im Senat angefragt hatte, ob die Regierung den Artikel des Blattes „Espanol“ kenne, welcher Beleidigungen gegen den Marquis v. Miraflores enthalte, und Herr Gonzales geantwortet hatte, er kenne ihn, aber er werde sehen, ob er die Interpellation annehmen müsse, bringt heute die „offizielle Zeitung“ ein königl. Dekret, welches an Stelle des Marquis von Miraflores den Herrn Seijas Lozano zum Präsidenten des Senats ernennt. — Briefe aus Havanna schildern die dortige finanzielle Lage als wenig befriedigend.

Nach dem Gesetzentwurf, welchen der spanische Marineminister dem Senate mittheilte, soll die Kriegsmarine Spaniens für das nächste Jahr aus 6 Panzerfregatten von 800—1000 Pferdekraft und 13—34 Kanonen, 5 Schraubenfregatten von 360—680 Pferdekraft und 26—48 Kanonen bestehen. Dazu gehören noch verschiedene Schooner, Aviso's, Transportschiffe 2c., sämmtlich Dampfer. Als Flottenmannschaften sind erforderlich 5761 Matrosen, 3434 Marinesoldaten und 506 Arsenalwächter. Außerdem sollen noch neu angeschafft werden: 3 Panzerfregatten von 500, 800 und 1000 Pferdekraft und 6, 21 und 34 Kanonen, 2 Schraubenfregatten von 600 Pferdekraft und 48 Kanonen und eine von 300 Pferdekraft und 25 Kanonen und zwei Transport-Dampfer. Diese neuen Anschaffungen machen eine Vermehrung des obigen Effektivbestandes um 1233 Matrosen und 283 Marinesoldaten nöthig.

Madrid, 4. Mai. Die offizielle Zeitung veröffentlicht ein königliches Dekret, welches an Stelle des Marquis v. Miraflores den Hrn. Seijas Lozano zum Präsidenten des Senats ernennt. (T. H.)

Lissabon, 4. Mai. Die Königin, begleitet von dem Herzoge von Loulé und einem großen Gefolge, ist heute nach Madrid abgereist, von wo sie sich nach Italien begeben wird, um ihre Gesundheit wiederherzustellen und der Vermählung ihres Bruders, des Prinzen Amadeus, beizuwohnen. Der König geleitet seine Gemahlin bis Elvas.

Florenz, 4. Mai. Heute begann in der Abgeordnetenkammer die Berathung über die Abänderung des Gesetzes über die Steuer auf bewegliches Eigenthum. Melchiorre stellte den Antrag,

eine Steuer auf die Staatsrenten einzuführen. Das Ministerium erklärte sich gegen diesen Antrag, der darauf zurückgezogen wurde. Der Finanzminister Ferrara erklärte, da er noch einige Akkorde abzuschließen habe, glaube er die Auseinandersetzung der Finanzlage bis Donnerstag verschieben zu müssen. Die „Italie" sagt, einer dieser Akkorde betreffe den Vertrag mit einem auswärtigen Haus wegen der Kirchengüter. — Die „Italie" versichert, der Ritter Albert Blanc reise diesen Abend ab, um d'Azeglio, dem italienischen Gesandten in London, die Weisungen für die Konferenz zu überbringen. — Die Unterhandlungen über einen Handelsvertrag zwischen Frankreich und dem Kirchenstaat sind schon sehr vorgerückt. Man versichert, so bald ein definitives Ergebniß erzielt sei, werde Italien zum Beitritt eingeladen werden. — Bertinatti, der italienische Gesandte zu Washington, ist zum Gesandten in Konstantinopel ernannt worden.

Neapel, 3. Mai. Heute Morgen ist Poerio unter glänzenden Feierlichkeiten bestattet worden.

Rom, 3. Mai. Der Papst läßt im „Giornale di Roma" ein Dekret vom 3. Mai der Kongregation des Konziliums veröffentlichen, mit welchem der Bischof von Zytomir provisorisch zum Bischofe von Kamieniec ernannt wird. Der Papst erklärt, daß er, da das Dekret willkürlich durch Rußland unterdrückt wurde, zu dem offiziellen Journale Zuflucht nehmen mußte, weil er kein Mittel besitze, es an seine Bestimmung gelangen zu lassen, indem es den treuen Bischöfen Rußlands unter schweren Strafen untersagt ist, mit Rom zu verkehren. Der Papst hofft, das Dekret werde durch die Journale veröffentlicht werden und zur Kenntniß des Bischofs von Zytomir und der 200,000 Katholiken der Diözese Kamieniec gelangen.

London, 4. Mai. Das von der Reformliga für nächsten Montag festgesetzte Meeting im Hydepark findet, wie aus den Reden über diesen Gegenstand im Unterhause ersichtlich ist, bei keiner Partei Gnade, und es fand sich in der That nur ein Sprecher, der dieses Vorhaben befürwortete. Obgleich nun aus der Sitzung der O'Donoghue und Hr. Hughes, zwei Parlamentsmitglieder, denen man Mangel an Eifer für die Reformsache gewiß nicht vorwerfen kann, sich zu der Delegirtenversammlung der Liga begaben und von der Sache abzurathen suchten, so war doch die Stimmung der Majorität keineswegs zum Nachgeben geneigt und es wurde beschlossen, der Regierung zum Trotze, im Hydepark unter allen Umständen sich zu versammeln. Von dem sonstigen Programm ist nur soviel in das Publikum gedrungen, daß man beabsichtigt, von zehn kleinen Tribünen herab Ansprachen an das Volk zu halten; daß der Montag große Menschenmassen allein und vielleicht hauptsächlich Neugierige im Parke zusammenführen wird, dafür hat schon das Manifest des Ministers des Innern gesorgt und da bei solchen Gelegenheiten das Gesindel stets bei der Hand ist, seine Gelegenheit zu Diebereien und Unfug abzupassen, so sind Ruhestörungen nicht mit Unrecht zu befürchten. Die Regierung hat im Parlamente in Betreff ihrer Vorsichtsmaßregeln entschiedenes Schweigen beobachtet; doch erklärt die „Times", man werde innerhalb des Parkes eine Polizeimacht von 5000 Mann zusammenziehen, die Truppen sollen bereit gehalten werden und speciell die berittenen Leibgarden bestimmt sein, im Falle von Tumulten den Park zu säubern. Zugleich spricht man von Truppenverstärkungen, die vor Montag in die Stadt gezogen werden sollen. Bezüglich der Verwendung von Polizei verlautet soviel, daß der Eingang zum Park Niemanden verwehrt werden soll, auch das Zusammenstehen des Publikums nicht verhindert wird, dagegen das Auftreten von Rednern, was dem Ganzen den Charakter einer politischen Versammlung verleiht, der Behörde das Signal zum Einschreiten geben wird.

Aus **Canea,** 25. April, wird der „Patrie" geschrieben: Omer Pascha, der neue türkische Oberbefehlshaber, welcher über 25,000 Mann verfügt, hat eine combinirte Bewegung zu Land und zur See entworfen. Während er zum Angriff der Stellungen von Omalos und Sphalia, hinter welchen sich die Aufständischen verschanzt haben, vorrücken wird, soll Ibrahim Pascha, der neue Befehlshaber der türkischen Flotte, ein Corps von 12,000 Mann ausschiffen, um dieselben Stellungen im Rücken anzugreifen. Omer Pascha gedachte diese Operationen zwischen dem 8. und 10. Mai zubeginnen. (Nach Berichten desselben Blattes aus Konstantinopel hat der französische Gesandte bei der Pforte von neuem Schritte gethan, um weiterem Blutvergießen auf Candia vorzubeugen und bei den Ministern des Sultans darauf gedrungen, daß die an Omer Pascha zu erlassenden Befehle in diesem Sinn abzufassen seien.)

Chicago, 10. April. Die von den Republikanern in Connektikut erlittene theilweise Niederlage enthält die für die herrschende Partei nützliche Lehre, daß sie nur durch fortwährendes Vorwärtsgehen sich an der Spitze halten kann. Hätten die Republikaner dieses Staats 1865 den Muth des Prinzips gehabt und energisch für Zulassung der Farbigen zum Stimmrecht bei der Volksabstimmung gearbeitet, so würden jetzt statt 3 Demokraten und einem Republikaner 4 Republikaner in den Kongreß mit Hülfe eben jener Negerstimmen erwählt sein, die man 1865 zu schaffen nicht Einsicht und Muth genug hatte. Beide Häuser der Staatsgesetzgebung sind übrigens nichtsdestoweniger republikanisch ausgefallen. Barnum, dessen Buch über die Kunst des Humbugs auch in Deutschland bekannt ist, wurde trotzdem geschlagen, und seine Aufstellung Seitens der Republikaner war offenbar ein politischer Fehler, der namentlich vom New-Yorker „Herald" eifrigst hervorgehoben wurde. Barnum, der bekanntlich in New-York ein Museum von Merkwürdigkeiten, Ungeheuern rc. hält, wird, um sich zu rächen, Schlagscenen aus dem Leben des „Herald"-Herausgebers, Gordon Bennett, in Wachs ausführen und in dem Wachsfigurenkabinet dem Publikum ausstellen. Bennett hatte nämlich während seiner Journalistenlaufbahn mitunter stürmische Straßen- und Reitpeitschenauftritte. In St. Louis haben bei der neulichen Stadtwahl die radikalen Deutschen unter der Leitung der „Westlichen Presse" sich mit Ruhm bedeckt. Der radikale Bürgermeister Thomas wurde wieder erwählt und ein radikaler Stadt- und Schulrath an die Stelle der bisherigen, durch radikale Nachlässigkeit vor 2 Jahren erwählten Konservativen gesetzt. Das sieht keineswegs nach Reaktion aus. In einigen Plätzen, wie z. B. in Davenport, Iowa, ist allerdings der republ. Wahlzettel bei Stadtwahlen geschlagen, aber nicht durch demokratische, sondern mit Hülfe deutscher radikaler Stimmen. Es handelte sich nicht um Nationalpolitik, sondern um die Frage: Soll das Ausschenken von Getränken erlaubt oder verboten sein? Ein großer Theil der republikanischen Amerikaner stellte sich auf den Verbot-Standpunkt, die radikalen Deutschen auf die andere Seite. Die Mäßigkeitler wurden geschlagen, und die Demokraten, die Mangel an Siegen haben, suchen diese Ergebnisse zu demokratischen Erfolgen zu stempeln, jedoch völlig ohne Grund. Bei Nationalwahlen werden die Davenporter Deutschen gerade so radikal stimmen wie früher. Erfreulich ist, daß sie in dem Wochenblatt „The true radical" (der wahre Radikale) sich ein Organ geschaffen haben, die deutsche Lebensanschauung den Amerikanern gegenüber in englischer Sprache zu vertreten und unter ihnen Propaganda zu machen. In Massachussets haben in den letzten Monaten vor der Staatsgesetzgebung lange Debatten für und wider Getränkeverbrauch stattgefunden, Wissenschaft und Kanzel ließ sich über die Schädlichkeit und Nichtschädlichkeit des Alkohol vernehmen, sowie über die Folgen des bisherigen Verbotgesetzes, das bis dahin jedoch nur auf dem Lande vollständig ausgeführt war, in größeren Städten, und namentlich in Boston nur oberflächlich. Während die Partei der Getränkverkäufer nachzuweisen sucht, daß das Verbot des Ausschänkens in den Wirthschaften, statt die Unmäßigkeit zu mindern, sie vermehre, indem dann die Leute den Branntwein, statt beim Glas in der Wirthsstube, bei der Galone zu Hause trinken, behauptete die andere Seite, daß eine vollständige Durchführung des Verbotgesetzes nur segenbringend wirken werde. Es ist denn auch mit dieser Durchführung jetzt in Boston der Anfang gemacht, und da in den Wirthshäusern nichts mehr zu haben, versorgten sich Trinklustige mit Krügen voll Branntwein bei Großhändlern, deren Läden man vorläufig, um Unruhen zu vermeiden, noch nicht ebenso zu schließen gewagt hatte, wie die Wirthschaften. Aehnliche Bewegungen machen sich überall bemerklich. So hat eben die Staatsgesetzgebung von Wisconsin das Kegelschieben und Tanzen an Sonntagen ausdrücklich verboten. Die lebenslustigen Deutschen Milwaukees werden darob nicht wenig scheel sehen, jedoch bleibt ihnen noch das Sonntagstheater, eine Errungenschaft, die New-York, Philadelphia und anderen Städten (d. h. den Deutschen in denselben) entschlüpft ist. Amerikanische Theater spielen am Sonntag nirgends. Wisconsin ist dem Beispiele von Kansas gefolgt und wird, falls der Senat dem Hause der Abgeordneten beistimmt, die Frage, ob Frauen Stimmrecht haben sollen, zur Entscheidung vorlegen. (Schw. M.)

Vermischtes.

(Zur Ausstellung.) Aus Paris wird das Resultat des ersten Versuches mit Prüfung landwirthschaftlicher Geräthe am 23. April auf Villancourt berichtet. Die Pflüge waren, wie billig, die ersten Prüfungskandidaten und es hatten die Engländer und Franzosen vorerst allein die Ehre, in den Wettkampf einzutreten. Erstere hatten sogar ihre eigenen Pferde zum Anspann mitgebracht und wollten keine französischen Pferde. In sehr nassem und schwerem Boden machten die englischen Pflüge von Howard, Ransomes und Sims wundervolle Arbeit. Von jener der Franzosen wollten die Engländeen gar nicht reden hören und die französischen Berichter-

statter selbst gehen sehr kleinlaut darüber hinweg: beide Pflugarten sei.n gar nicht vergleichbar. Abbé Didelot erhielt unter den übrigen die größte Anerkennung, noch mehr aber der dreispännige Pflug des Herrn Casanova von Montilsaut, der „eine ganze Umwälzung in der Bodenkultur“ versprechen soll. (B. Z.)

Der bekannten Schriftstellerin, Gräfin Dora d'Istria (eigentlich Helena Ghika, 1828 in Bucharest geboren und seit 1849 Gemahlin des russischen Fürsten Alexander Koltzow-Massalsky), ist von der hellenischen Deputirtenkammer in Athen einstimmig die große Naturalisation zuerkannt und so das griechische Bürgerrecht verliehen worden, als Dank für die großen Verdienste, die sie sich um die hellenische Nation durch ihre Werke über die jonischen Inseln (1858), über „die Frauen im Orient“ (1860) und über ihre Ausflüge nach Rumelien und Morea erworben hat. Sie lebt seit 12 Jahren in der italienischen Schweiz.

Neueres.

Pesth, 6. Mai. Minister Wenckheim verständigte den Magistrat, daß ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin Mittwoch zwischen 3 und 4 Uhr Nachmittags hier eintreffen werden. Ihre Majestäten haben sich einen offiziellen Empfang verbeten. Die Spitzen der Behörden werden sich im Bahnhofe einfinden.

Agram, 6. Mai. Die Stadt Buccari hat eine Repräsentation an Se. Majestät den Kaiser abgesendet, in welcher sie um Entfernung des königlichen Commissärs Cseh von Fiume bittet. Die Nationalpartei will mit Ungarn nur mittelst Delegationen verhandeln, wie Ungarn mit Oesterreich; sie nimmt Anstoß daran, daß der ungarische Landtag die Autonomie Croatiens nicht ausdrücklich nach Artikel 42 anerkannt hat. — Die Majorität des Neuner-Comités bewegt sich auf dem Standpunkte der Parität gegenüber Ungarn. Das Gutachten des Comités dürfte, „wie verlautet“, kommenden Mittwoch oder Donnerstag vor den Landtag gelangen. Es steht höchst wahrscheinlich ein Majoritäts-Gutachten der vereinten Nationalen, welche über sechs Stimmen verfügen, zu erwarten. Die Unionisten sind mit drei Stimmen vertreten.

Bern, 6. Mai. Bei den gestrigen Großrathswahlen im Kanton Luzern siegten die Liberalen. Auf 100 Wahlen haben dieselben 57.

Paris, 6. Mai. Das Bankhaus Rothschild und der Credit Foncier übernehmen eine italienische Anleihe von 300 Mill. Francs auf die Kirchengüter.

Florenz, 5. Mai. Bei den heutigen Nachwahlen zum Parlament wurde Rattazzi in Alessandria, Pescetto in Savona, Ferrara in Salo, Chiaves zu Acqui gewählt.

London, 7. Mai. Labouchère wird morgen im Unterhaus eine Interpellation stellen, ob die Regierung die eventuelle Garantie der Neutralisirung Luxemburgs dem Parlamente vorher vorlegen werde.

Belgrad, 6. Mai. Der letzte Rest der türkischen Besatzung ist heute abmarschirt. Aali Bey bleibt als Commissär zur Ordnung aller weiteren Angelegenheiten hier. — Die Nachricht eines Wiener Blattes über eine angeblich hier stattgefundene Emeute ist vollständig grundlos.

Petersburg, 6. Mai. Heute hat der Newa-Eisgang begonnen. Die Schifffahrts-Eröffnung wird baldigst erfolgen. Der Kaiser kehrt am 14. d. M. nach Petersburg zurück. Die griechische Anleihe ist günstig aufgenommen.

New-York, 4. Mai. Der Gerichtshof von Virginien hat einen Habeas Corpus erlassen, welcher verfügt, daß Hr. Jefferson Davis am 13. Mai vor Gericht zu stellen sei. — Aus Chicago wird ein großer Arbeiter-Strike gemeldet. Die Arbeiter verlangen, daß die Arbeitszeit auf acht Stunden täglich festgesetzt werde.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger“ erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	58 1/8—3/8 G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	51 6/8—7/8 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	4 1/2pCt.	37 7/8 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	99 P. 98 3/4 G.
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	91 7/8 P.
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	92 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	87 3/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	87 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	91 3/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	79 1/4 G.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	91 1/2 P.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	93 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	86 1/2 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	80 1/2 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	82 1/4 P. 82 G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	77 P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	75 5/8—76 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124 1/4 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	637—40 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	149—51 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	87 P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	191—90 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	100 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	142 1/4 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87 3/4 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 P. 106 1/2 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	47 3/8 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	70 5/8 P. 3/8 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E. B.	—
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	113 1/8 P. 112 7/8 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	113 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/4 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 1/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 1/4 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 G.
London Lst. 10 k. S.	118 3/8—1/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	89 1/4—3/4 G.
do. in öst. W. l. S.	89 3/8—5/8 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	107 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	57 1/2 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	63 1/2—64 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858	112 1/2 P.
„ do. v. 1864	66 1/4 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	95 3/4 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	52 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	130 1/2 P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	34 1/4 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs. Loose	—
Mailänder 45 Frs. . . b. R.	—
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11 5/8 P.

Frankfurt, 7. Mai. Gestern Abend in der Effektensozietät ward wieder eines jener Manöver in Scene gesetzt, an denen die jüngstvergangene Börsenperiode nur zu reich ist. Von Paris aus war Rente 50 Centimes niedriger gekommen und daraus hatten sich erfinderische Köpfe sofort eine Vertagung der Conferenz konstruirt und diese neue Lesart eifrig kolportirt. Nach dem Grundsatz „Was man wünscht, das glaubt man,“ bemächtigte sich die Baissepartei dieser willkommenen Handhabe, um die Course wesentlich zu werfen. Unter der Nachwirkung dieses Schlages eröffnete man heute in matterer Haltung. Bald jedoch befestigte sich die Tendenz und als im Laufe der Börse nicht nur keine Bestätigung des Gerüchtes, sondern die Nachricht eintraf, daß die Conferenz, wie bestimmt, heute eröffnet wird, schloß man in sehr fester Haltung ungefähr zu den Coursen von gestern Mittag. Wenn die Börse sich doch endlich einmal von den schwindelhaften, auf die Ausbeutung Leichtgläubiger berechneten Manövern emancipiren lernte! (Synd.)

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 128.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 9. Mai 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 7. Mai. Se. Majestät der König hat der von dem Bischofe von Eichstätt beschlossenen Ernennung des bischöfl. geistl. Rathes und Lyzealprofessors Priester J. G. Suttner in Eichstädt auf das durch den Tod des Canonicus Jos. Baader und durch das sofort stattfindende Vorrücken der jüngeren Canoniker erledigte achte Canonicat in dem bischöfl. Capitel daselbst die allerh. Genehmigung ertheilt; die prot. Pfarrstelle zu Bindlach, Dek. Bayreuth, dem bisherigen Pfarrer in Eckersdorf, J. W. H. Leupoldt, verliehen.

Se. Maj. der König hat genehmigt, daß Dr. M. Ritter aus Bonn in die philos. Fakultät der k. Universität München als Privatdozent aufgenommen werde. (B. Z.)

München, 7. Mai. Seit einigen Tagen hat ein weiteres Umsichgreifen der Rinderpest zu Untersteinach, sowohl im größeren Theile des Ortes selbst, als in der nächsten Umgebung, nicht mehr stattgefunden, und man kann sich der Hoffnung hingeben, daß es dem raschen und energischen Vollzuge der getroffenen Anordnungen unter Mitwirkung der wackeren Einwohnerschaft gelungen ist, die Seuche dort möglichst zu begrenzen und zu unterdrücken. Leider ist inzwischen die Nachricht von dem Ausbruche der Rinderpest an mehreren Orten der benachbarten Herzogthümer Hildburghausen und Coburg eingetroffen, und wahrscheinlich im Zusammenhange damit steht das heute gemeldete Auftreten der Seuche zu Autenhausen im bayerischen Itzgrunde, nahe an der coburgischen Grenze, dann in Eyershausen bei Königshofen. Für die Aufstellung ständiger Militär-Patrouillen an den Verkehrspunkten gegenüber den beiden Herzogthümern ist alsbald gesorgt worden; aber es fehlt auch nicht an Stimmen, welche auf einen hermetischen Abschluß der langgestreckten dortigen Grenze, ja selbst auf einen dichten Militärcordon an der noch unverhältnißmäßig längeren österreichischen Grenze dringen. Aeußerst kostspielige Erfahrungen haben aber längst bewiesen, daß solche Militär-Cordons noch niemals im Stande gewesen sind, die Einschleppung des Ansteckungsstoffes zu verhüten, daß sie den gewagtesten, geheimsten und deßhalb doppelt gefährlichen Schmuggel unfehlbar provociren und durch die Hemmung des natürlichen Verkehrs volkswirthschaftliche Nachtheile bringen, welche mit dem mehr als zweifelhaften Erfolge solcher Absperrung in gar keinem Verhältnisse stehen. Hat doch Preußen mit seinen bedeutenden Militärkräften nicht verhüten können, daß die Rinderpest in den letzten Jahren eilfmal in sein Gebiet einbrach; aber es hat verstanden, durch energische Handhabung der nämlichen Maßregeln, wie sie jetzt auch bei uns vorgeschrieben sind und zur Anwendung kommen, die gefährliche Seuche sofort zu lokalisiren und jedesmal zu unterdrücken. Es muß daher von dem Wahne abgegangen werden, als ob es möglich sei, die auf tausend geheimen Wegen mögliche Einschleppung der Rinderpest durch militärische Absperrung weit ausgedehnter Gränzen gänzlich zu verhüten; es gilt vielmehr, jene möglichen Abhaltungs- und Controlvorschriften, welche die bayerische Verordnung, gleich jenen der Nachbarländer, gegen die Einschleppung der Krankheit in thunlichst erschöpfender Weise festsetzt, mit besonnener Umsicht durchzuführen und unsere volle Kraft auf die Lokalisirung und energische Unterdrückung der Seuche, wo sie auch immer im Lande fortan auftreten mag, zu verwenden. Die gesetzlich gewährleistete Entschädigung der Vieheigenthümer für die zur Verhütung des Umsichgreifens der Seuche auf amtliche Anordnung getödteten Thiere hat sich hiebei, wie anderwärts, so auch bei uns jetzt schon als das beste und zugleich wohlfeilste Mittel zur erfolgreichen Bekämpfung dieses gefährlichsten Feindes der Viehzucht bewährt. (B. Z.)

— **München,** 6. Mai. Ihre Maj. die Königin-Mutter ist in Begleitung der Obersthofmeisterin Gräfin v. d. Mühle und des Oberhofmeisters Grafen Pappenheim heute Morgens 6 Uhr zum Besuche ihrer Schwester, der Prinzessin Karl von Hessen, nach Darmstadt abgereist. Der Aufenthalt dortselbst wird etwa acht Tage dauern, worauf Ihre Majestät zurückzukehren und zum Sommeraufenthalt nach Hohenschwangau sich zu begeben gedenkt.

= **München,** 7. Mai. Nach Aussagen von Jägern ist der heurige Entenfall ein ganz ungewöhnlich starker und beglückt in der Regel dieselben mit reicher Beute. Nicht minder glücklich sind aber in neuester Zeit mehrere Zeitungsredaktionen, welche, ebenfalls von dem ungeheuern Zug von verlockenden Enten gereizt, nicht allein Enten, sondern auch Böcke schießen. So wird jetzt wieder ein Artikel aus der „Bad. Landeszeitung" mit Heißhunger verschlungen, wornach 50 berittene und bewehrte von einem Wachtmeister angeführte bayer. Artilleristen aus Landau desertirt wären. Zufällig liegen aber in Landau gar keine berittenen Artilleristen, und ist überhaupt an der ganzen Nachricht kein wahres Wort. Es wundert uns, daß so ein Entenfabrikant die neueste Maßregel, daß in den Garnisonen Bayreuth und Umgebung beurlaubte Soldaten einberufen werden, noch nicht nach seiner Art ausgebeutet hat, so z. B. „Bayern zieht an der Gränze bereits Truppen zusammen" u. dergl. Allerdings ist die Einberufung dieser Mannschaft erfolgt, doch der Feind ist die Rinderpest, die in Hildburghausen und Coburg ausgebrochen ist und

Feuilleton.

Vermischtes.

St. Gallen, 5. Mai. Das neu erbaute allgemeine Krankenhaus, dem Bürgerhospital gegenüber, ist nun vollendet und gestern und heute war es für Jedermann eröffnet, um auch die innere Einrichtung in Augenschein nehmen zu können. Man sieht da ein Werk, rein gegründet durch allgemeine Menschenliebe, das in Bezug auf Dauerhaftigkeit, Schönheit und Zweckmäßigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Der Kranke findet da Alles, was zu seiner Erleichterung beitragen kann. Die Zimmer sind hell, hoch und gesund, die Heizung durch Dampf-, Koch-, Wasch- und Badeinrichtungen sind musterhaft. Am Ende hat sich eine geachtete Dame noch angeboten, die Zimmer, welche für kranke Kinder bestimmt sind, auf ihre Kosten möbliren zu wollen, und sie hat ihre edle Absicht auf eine Weise ausgeführt, die jeden Menschenfreund mit freudiger Rührung erfüllen muß. Alle hier wohnenden Armen, besonders die Dienstboten, die bisher im Fremdenhospital versorgt wurden, finden darin Aufnahme und Verpflegung, aber auch alle Familien, reich oder arm, können ihre Kranken gegen kleine Entschädigung in der Anstalt verpflegen lassen, wenn die Verhältnisse es wünschenswerth machen. Die Reisenden werden es gewiß nie bereuen, wenn sie diese Anstalt selbst ansehen; sie werden ein Werk der Wohlthätigkeit finden, das den Behörden, besonders der Sanitätscommission und der ganzen Gemeinde zum höchsten Ruhme gereicht. (Schw. M.)

Pesth, 4. Mai. Ganz Ungarn schwelgt — wenn man den Zeitungsberichten trauen darf — in den Wonnen, welche das Vorgefühl der Königskrönung erweckt. Täglich bringen die Blätter neue Details über die Feierlichkeit. Heute liegt ein Bericht des „Pesther Corresp." vor, der über den Krönungsornat handelt. Demzufolge trägt Franz Joseph bei dem Akte einen rothen, reich mit Gold verzierten Dolmany, dazu ein ähnliches ungarisches Beinkleid, lichtgelbe Stiefel, deren Stulpen bis zur halben Höhe der Schenkel reichen; ferner den blauen Königsmantel mit kurzem Kragen, unter demselben das große Toison-Band, um den Hals den Orden des goldenen Vließes; auf dem Haupte die Krone und um die Hüften das Schwert des heiligen Stephan gegürtet. Der Schimmel, den er reiten wird, ist reich in Gold gezäumt; die bis zum rückwärtigen Gelenke des Thieres herabreichende Schabracke, sowie das Zaumzeug ist ringsherum mit den verschiedenen Wappen der Comitate in kleiner Form geziert. Die Mähnen des Pferdes sind mit Goldschnüren geflochten.

es kann somit ein Cordon an die Gränze nur als höchst erwünscht betrachtet werden.

Aus Süddeutschland, 5. Mai, schreibt man der „K. Z.“: Das französische Cabinet scheint durch die Sendung des bayerischen Grafen Tauffkirchen nach Berlin und Wien gewisser Maßen überrascht worden zu sein, weil dasselbe nach den dieser Sendung vorhergegangenen Erklärungen seiner Bevollmächtigten in München, Karlsruhe und Stuttgart sich der Erwartung überlassen zu dürfen glaubte, daß die süddeutschen Staaten alles vermeiden würden, woraus eine Parteinahme gegen Frankreich gefolgert werden könnte. Es ist bekannt, daß in München sowohl als in Stuttgart einflußreiche Kreise und die Ultramontanen, wenn auch zur Zeit nicht für eine Verbindung mit Frankreich, so doch für eine Neutralität beim Ausbruch eines Krieges zwischen Preußen und Frankreich thätig waren. In diesem Sinne könnte man sie die französische Partei nennen, welche für die Anbahnung weiterer und innigerer Beziehungen zu Frankreich Gelegenheit darbot. Eine kurze Zeit standen diese Ultramontanen Süddeutschlands und Frankreichs in der luxemburgischen Frage nicht auf Frankreichs Seite; sie fürchteten von Frankreich ein Preisgeben Roms zur Gewinnung der Unterstützung Italiens gegen Deutschland. Es scheinen ihnen aber in dieser Beziehung zufriedenstellende Bürgschaften, wenigstens Zusicherungen gemacht zu sein und seitdem ist die Neutralität die Grundlage ihrer Politik. In Paris scheint man in Folge dessen die Erwartung gehegt zu haben, daß Süddeutschland sich jeder preußenfreundlichen Politik enthalten werde. Als indessen die große Mehrzahl der einflußreicheren Journale, Volks- und Partei-Versammlungen sich gegen eine Vertretung französischer Interessen erklärten, als die Sendung des Grafen Tauffkirchen eine Verbindung Süddeutschlands, Preußens und Oesterreichs befürchten ließ, haben die französischen Vertreter an den süddeutschen Höfen nicht nur Vorstellungen gegen die eingeschlagene Politik erhoben, sondern auch auf die großen Nachtheile hingewiesen, welche für Süddeutschland aus einem Aufgeben einer neutralen Stellung erwachsen würden. Diese Schritte des Pariser Cabinets haben aber bei den süddeutschen Regierungen, wie von unterrichteten Personen versichert wird, keine entgegenkommende Aufnahme gefunden, vielmehr ist überall darüber kein Zweifel gelassen, daß die Regierungen in den Stunden der Gefahr für die nationale Sache eintreten würden.

Karlsruhe, 6. Mai. Die „Karlsruher Zeitung“ schreibt: „Der Muth und die Kriegslust des Auslands werden gehoben, das Selbstvertrauen und die Widerstandsfähigkeit des Inlandes geschwächt, die gewünschte Intervention wird erleichtert, wenn man täglich den Süden Deutschlands als an sich schwach, jeder Gegenwehr unfähig und die Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen als illusorisch darstellt. Daß man, wenn Niemand hilft, seine Ehre preiszugeben und sich von der nationalen Sache zu trennen habe, scheint dann selbstverständlich. Unter den Nachrichten, welche täglich zu solchem Zweck erfunden werden und die Runde durch den betreffenden Theil der Presse machen, findet sich eine in Nr. 106 des „Badischen Beobachters“ vom 5. Mai, welche diesmal den Umweg durch den „Stuttgarter Beobachter“ und „Münchener Volksboten“ nahm, des Inhalts: „„Preußen könne im Kriegsfall den Oberrhein nicht decken, also liege Süddeutschland dem Eindringen einer französischen Armee offen da. Das Berliner Kabinet habe auf die Anfrage Badens erklärt, es könne Deutschland nur bis Mainz, aber nicht weiter decken.““ Weder hat Baden eine solche oder ähnliche Frage gestellt, noch Preußen eine solche Antwort gegeben. Beide sind zu handgreiflichen Zwecken erfunden. Wir erwarten morgen im „badischen Beobachter“ zu lesen, seine Angabe sei offiziös in einer Weise in Abrede gestellt worden, daß man eher berechtigt sei, an deren Richtigkeit zu glauben; freuen uns indessen auf die Zeit, daß derartige Mittheilungen des „Beobachters“ nicht mehr gemeingefährlich und uns deren Widerlegungen erspart sein werden.“

Darmstadt, 7. Mai. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer lief eine mit 500 Unterschriften bedeckte Vorstellung der Einwohner Offenbachs ein, betreffend die Erbauung einer Eisenbahn von Offenbach nach Hanau und Verbesserung der Eisenbahnanschlüsse. Die Petenten ersuchen die Regierung dringend: 1) Baldige Verbindung der Offenbach-Frankfurter Bahn an der Luisa bei Sachsenhausen mit der Main-Neckar- und linksrheinischen Bahn zu veranlassen. 2) Alsbald Vorlage zu machen Betreffs Erbauung einer direkten Bahn von Offenbach nach Hanau. 3) Auf der Basis der von der Ludwigsbahngesellschaft gemachten Vorschläge zur Ausführung des Verlangens sub 1 und 2 baldigst mit dieser abzuschließen. Von den nun beginnenden Berathungen über das Budget bietet nur die über die Rechtsverbindlichkeit des Staates zur Fortentrichtung der Rheinzollrenten ein allgemeines Interesse. (Fr. J.)

Frankfurt, 7. Mai. Das heutige „Amtsblatt“ enthält die in dem Gemeindeverfassungsgesetz für die Stadt Frankfurt a. M. angezogenen Cabinetsordres und Gesetze. Dieselben beziehen sich auf die Verhältnisse der Staatsdiener und Pensionäre zu den Gemeindelasten, das städtische Einzugs-, Bürgerrechts- und Einkaufsgeld, die Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben, die Dienstvergehen nicht richterlicher Beamten und deren Versetzung auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand, endlich die Bewilligung von Wartegeldern an disponible Beamte und eine Modifikation letzterer Verordnung. (Fr. J.)

Berlin, 6. Mai. Die „Börsenzeitung“ sagt, es sei nicht außer Zusammenhang mit der Situation aufzufassen, daß Mitglieder der Czarenfamilie sich jetzt nach Dänemark begeben. Diese Reise wird mit Zwecken in Verbindung gebracht, welche sich auf eine, der deutschen Sache günstige Stellung Rußlands und Dänemarks beziehen sollen. — Savigny wird Bernstorff bei der Konferenz assistiren. — Einem Pariser Telegramm zufolge ist Marschall Bazaine heute in Paris angekommen. Er konferirte um 1 Uhr mit General Niel und um 3 Uhr mit dem Kaiser. (Frdbl.)

Berlin, 6. Mai. Die von der „Correspondance de Berlin“ gebrachte Nachricht, daß an Preußen das Verlangen gestellt worden sei, vor Eröffnung der Konferenz seine Besatzung aus Luxemburg zurückzuziehen, ist ungegründet, denn das bezweckte Endresultat der in London zu eröffnenden Berathungen, die Neutralisirung Luxemburgs, würde dadurch schon im voraus ohne jede Gegenleistung zu antizipiren sein. In Frankreich scheint die öffentliche Meinung in der Luxemburgischen Angelegenheit sich einigermaßen zu klären. So macht das „Journal des Debats“ unter Anderen die Bemerkung, man könne sich wohl vorstellen, daß Preußen sich vielleicht hätte bewegen finden können, dem Großherzog von Luxemburg gegenüber auf das in Anspruch genommene Besatzungsrecht zu verzichten, daß es aber einer Forderung Frankreichs gegenüber sich veranlaßt sehe, seine Stellung mit aller Energie zu wahren. Und, bemerkt das „Journal des Debats“ weiter, wenn man französischer Seits nicht wünsche, daß Deutschland seine Kanonen auf Frankreich richte, so müsse man doch zugeben, daß auch der umgekehrte Wunsch von deutscher Seite ganz in der Ordnung sei. Interessant ist es übrigens, das Verhalten derjenigen Parteien zu beobachten, deren Streben notorisch darauf gerichtet ist, die bestehenden staatlichen Verhältnisse Europas einer Umwälzung entgegenzuführen. In dem ersten Augenblick, in welchem die luxemburgische Frage in das Bereich der öffentlichen Diskussion trat, waren es in Frankreich die Organe der alten Parteien, welche erklärten, die Ehre Frankreichs sei bei dieser Frage engagirt, nun und nimmermehr dürfe es von dem erstrebten Besitz Luxemburgs zurücktreten, jetzt sei der Augenblick gekommen, den angeblichen Uebermuth Preußens zu demüthigen, und gleichzeitig die Rheingrenze zu fordern und zu nehmen. In Deutschland dagegen waren es wiederum die Parteien der Radikalen, der alten Dynastien und der Klerikalen, welche in der Presse und in Volksversammlungen das Volk zu echauffiren suchten, Deutschland müsse nicht nur Luxemburg halten, sondern auch das Elsaß zurückfordern. Diese Sprache wurde besonders in dem Augenblick lebhaft, in welchem Graf Bismarck die bekannten gemäßigten Erklärungen im Reichstage gab. Offenbar lag den Agitatoren, daran das Kriegsfeuer zu schüren. In dem Augenblick aber, in welchem die Sprache der beiderseitigen Regierungsorgane eine ernstere wurde, veränderte sich die Haltung der Gegner. Sie erklärten sich gegen den Krieg, den sie vorher geschürt, und in Berlin erschien sogar, im Auftrage der republikanischen Opposition der französischen Kammer, Hr. Garnier-Pagès, „um die bösen Pläne des Despotismus“ zu vereiteln. Jetzt aber, wo die Aussichten auf Erhaltung des Friedens sich gemehrt, wo die Konferenz zusammentritt, um die Punkte der Ausgleichung festzustellen, wird wieder von derselben Seite her verkündet, daß der Krieg eine in Frankreich beschlossene Sache und den Verhandlungen der Diplomatie keine Wichtigkeit beizulegen sei. Diese Haltung entspreche allerdings vollständig dem Charakter der „kosmopolitischen Revolutionspartei,“ welche kein Vaterland und keine Nationalität kennt; aber wenn mit dieser Partei sich sich die übrigen unzufriedenen Elemente verbinden, die derselben sonst so heterogen sind, so verdient dies allseitig die ernsteste Aufmerksamkeit. (N. A. Z.)

Berlin, 6. Mai. Die ministerielle „N. A. Z.“ meldet, daß behufs Vereinfachung des Geschäftsganges und Verminderung des Schreibwerks die Zahl der Gegenstände, für welche die Genehmigung des Königs eingeholt werden muß, beschränkt werden soll. Alle Angelegenheiten von untergeordneter Art, die keine prinzipielle Bedeutung haben, werden fortan dem Könige nicht mehr zur Entscheidung unterbreitet werden. — Der preußische Militärbevollmächtigte zu Paris, Major v. Burg, ist heute Nachmittags in einer wichtigen

Mission nach London gereist, wahrscheinlich um gleichfalls dem preußischen Botschafter Grafen Bernstorff auf der Conferenz zu assistiren.

Aus dem Hannover'schen geht der „Allg. Ztg." von einem Geistlichen, welcher der strengen kirchlichen Richtung zugethan ist und eine Zeit lang dem Landtage angehörig hier zu den Conservativen zählte, ein offenes Schreiben an den König Georg V. zur Veröffentlichung zu. Dasselbe wünscht in Hietzing eine Entschließung und eine Kundgebung darüber zu veranlassen, daß die umlaufenden Gerüchte, ein Agent Georg's V. sei in Paris thätig, um dort auf Restauration der jüngeren welfischen Linie hinzuwirken, Agenten Georg's V. seien in Hannover bemüht, den Widerstand gegen Preußen zu schüren und ständen mit französischen Agenten in Verbindung, um für den Fall, daß der Krieg mit Frankreich ausbreche, einen auf französische Hülfe gestützten welfischen Aufstand herbeizuführen, entschieden falsch seien. Ein solches Streben würde unser Geistlicher als Verrath an Deutschland ansehen; die Gerüchte darüber sieht er als Verleumdung an, welche den reinen Namen der Welfen zu beflecken bemüht seien und die niederzuschlagen er für nöthig hält. Es heißt am Schlusse dieses Schreibens: „Eine Krone von Gottes Gnaden ist eine Herrlichkeit, aber dem, der ihrer verlustig ging, ist, wenn er getreu bleibt im gottgefälligen Hoffen, eine noch herrlichere verheißen. Eine Krone aus der Hand fremden, feindseligen und selbstsüchtigen Uebermuthes ist eine Erniedrigung für den, der sie nimmt, und für das Volk, das zu ihr aufsehen soll, als zur Krone seines Herrn. Möge Gott der Herr in Gnaden Ew. Majestät und das Volk Hannovers bewahren, selbst vor der Versuchung zu einem hierauf gerichteten Versuch."

Leipzig, 6. Mai. Die sächsische Armeereorganisation nach preußischem Muster geht ihren Gang fort. Man sucht jetzt Militärärzte für die sächsische Armee. Ein Anschlag am schwarzen Brett der Universität vom 3. d. fordert zum Eintritte junger Doktoren der Medizin als Assistenzärzte in die k. sächsische Armee auf. Morgen kommt ein erster preußischer Munitionstransport aus Magdeburg hierdurch, welcher für die mit neuen Gewehren bewaffneten Infanteriedetachements unserer sächsischen Armee bestimmt ist. (Schw. M.)

Weimar, 7. Mai. Der Landtagsausschuß hat die Bundesverfassung einstimmig angenommen. Fries und Genossen beantragten die Garantirung der Grundrechte durch die Bundesverfassung und die Bewilligung von Diäten aus der Bundeskasse.

Wien, 6. Mai. Gestern Abend fand in den Salons des Ministerpräsidenten eine Soiree statt, welcher Baron Beust, der Minister des Innern Graf Taaffe, der Finanzminister Baron Becke, der Justizminister v. Komers, der ungarische Ministerpräsident Graf Andrassy, der ungarische Finanzminister von Lonyay und der ungarische Cultusminister Baron Eötvös, ferner die Abgeordneten: Giskra, Pratobevera, Berger, Mühlfeld, Kuranda, Plener, Lasser, Hopfen, Skene, Schindler, Graf Christian Kinski, Dr. Kaiser, Lippmann, Dr. Klun, Tinti, Hasner, Winterstein, Fürst Sanguszko mit noch zwei Polen, Hopfen u. A. m. beiwohnte. Die Konferenz löste sich in eine gruppenweise Conversation auf, deren nächster Zweck es war, die Abgeordneten mit den ungarischen Ministern in Verkehr zu bringen und hiedurch manche Klippe zu beseitigen, welche sonst sich gezeigt hätte. Rückhaltslos bezeichneten einzelne Abgeordnete manche Punkte des Elaborates der Siebenundsechziger-Kommission, welche in ihrer gegenwärtigen Gestalt für die diesseitige Reichshälfte unannehmbar wären. Die ungarischen Minister widersprachen vor allem jeder schroffen Interpretation, die man etwa dem Elaborate geben wollte, und bezeichneten einzelne Punkte, über welche sich, um den versöhnlichen Sinn des Pesther Landtages zu documentiren, die Verhandlungen mit diesen wohl eröffnen ließen. Die Conversation verdient nicht den Namen einer Konferenz, solche werden erst in der nächsten Woche, wieder unter Betheiligung der ungarischen Minister, beginnen. Man hat es bemerkt, daß Professor Herbst fehlte. — Aus der Ernennung H a s n e r's zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses wird nichts, denn er sowohl wie Baron D o b l h o f sind in das Herrenhaus berufen. Die erstere Berufung geschah, um die Wiener Universität, für welche der bekannte Professor Arndts berufen wurde, noch durch eine zweite Persönlichkeit vertreten zu lassen. Hasner ist ein liberaler und ein bedeutender Redner und in beiden Punkten das Gegentheil von Arndts. Zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses soll nach seinem sehr stark verbreiteten Gerüchte Dr. Moritz v. K a i s e r f e l d, der Führer der Autonomisten, berufen sein. Erster Vicepräsident wäre wahrscheinlich Hr. v. Hopfen. So scheint es denn, daß wir wirklich für die Dauer auf die Bahn eines liberalen Regiments geführt werden sollen. Thatsächlich besitzt Baron Beust das Vertrauen des Kaisers in dem höchsten Maße und empfängt hiefür fast täglich Beweise. — Der Kaiser wird den Reichsrath in Person eröffnen. (B. Z.)

Agram, 6. Mai. Der Banus hat heute sämmtliche im Landtage als Deputirte anwesende Beamte zu der Erklärung aufgefordert, daß sie im Sinne des k. Reskriptes stimmen werden. Exhofkanzler Mazuranic hat in Folge dessen sein Mandat niedergelegt. (Es wird mit großer Energie dahin gewirkt, daß endlich die ungarisch-kroatische Frage zu einer günstigen Entscheidung gelange. Den nach Agram gelangten Instruktionen scheint es an Klarheit und Entschiedenheit nicht gefehlt zu haben, und es hat allen Anschein, daß die ungarnfreundliche Partei ihren Zweck erreichen wird. Bischof Stroßmayer und Mazuranic, zwei der einflußreichsten Gegner des proponirten Ausgleiches mit Ungarn, sind von den Berathungen des Landtages sich zurückzuziehen bewogen worden.)

Haag, 7. Mai. Die Luxemburger Deputation, bestehend aus dem Bürgermeister und zwei Schöffen, conferirte gestern mit dem Prinzen Heinrich und reist heute nach London, behufs Ueberreichung der Adresse an die Conferenz.

Paris, 6. Mai. Die telegraphisch gemeldete offiziöse Note der „Patrie", wonach die C o n f e r e n z nur drei Sitzungen abhalten würde, und bereits der Termin der Räumung Luxemburgs festgestellt sei, ist in dem Blatte nicht in so positiver Form gegeben. Es heißt nämlich nur: „Es ist Grund zu glauben, daß drei Sitzungen genügen werden, um die definitive Redaktion der Berathungen zu vollenden. Wir glauben sogar, daß die Frist, welche für die materielle Inangriffnahme der Räumung der Festung Luxemburg bestimmt werden soll, schon fixirt ist." Sodann bemerkt die „Patrie" noch, daß „wie bei allen internationalen Versammlungen die Resultate von Seiten der betheiligten Regierungen geheim gehalten werden sollen bis zu endgültiger Erledigung und Ratification." — In der heutigen Sitzung des g e s e t z g e b e n d e n K ö r p e r s theilt der Präsident mit, daß die beiden Interpellationsgesuche der Herren Lafond de St. Mûr und Haentjens von den Bureaux nicht angenommen worden sind, da anstatt der erforderlichen vier sich nur zwei Bureaux für deren Inbetrachtnahme entschieden. In einem der Bureaux herrschte über die Interpellation von Haentjens Stimmengleichheit. Die Kammer entscheidet sich nach einiger Diskussion über diesen bisher in der Praxis noch nicht vorgekommenen Fall in präjudicirender Weise dahin, daß, da für jede Abstimmung im Allgemeinen eine absolute Majorität erforderlich ist, die Stimmengleichheit bei einem Antrag als gegen die Annahme desselben gerichtet angesehen werden muß. — Nach dem „Etendard" ist Hr. Lefebvre de Behaine, der erste Sekretär der französischen Botschaft in Berlin, von dort nach Paris abgereist, und wird Hr. Benedetti im Laufe des Sommers die Bäder von Karlsbad besuchen. — Der Papst geht, auf den Rath seiner Aerzte, nächstens nach seinem Palaste Albani und später nach Castel Gandolfo, wo er ein geheimes Consistorium abhalten will. — Wie man erfährt, hat der König der Hellenen seine Reise von Paris nach Berlin bis auf morgen, Dienstag, ausgesetzt.

Paris, 6. Mai. Die „France" sagt: Der Kronprinz von Preußen werde nach dem Ergebnisse der Londoner Konferenz in Paris eintreffen und in der preußischen Botschaft wohnen. Der Kaiser von Rußland wird am 28. Mai sich auf einige Wochen nach Kopenhagen begeben und sodann nach Paris kommen, woselbst er mit dem König von Preußen zusammentreffen wird. — Der Kaiser von Rußland wird im Palais Elysée und der König von Preußen in den Tuilerien wohnen. Nach ihrer Abreise sollen JJ. MM. der Kaiser und die Kaiserin von Oesterreich kommen. — Am 11. Mai werden der König und die Königin von Belgien eintreffen. Desgleichen werden das portugiesische Königspaar und der König von B a y e r n hierher kommen. Man bereitet große Festlichkeiten vor. — Die Königin von Portugal ist heute in Paris eingetroffen, um sich nach Italien zu begeben. — Der König von Griechenland hat seine Abreise nach Berlin auf morgen verschoben. — Der kaiserliche Prinz hat seit gestern seinen Wohnsitz in St. Cloud genommen.

Der „Triester Ztg." wird aus **Florenz** über die Stellung der i t a l i e n i s c h e n R e g i e r u n g bei einem etwaigen Konflikt geschrieben: Obwohl die öffentliche Meinung sich mit aller Entschiedenheit dafür ausspricht, daß Italien im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Preußen die strengste Neutralität bewahren möge, so fürchtet man doch, daß die Regierung wider ihren Willen gezwungen sein werde, sich an der Aktion, natürlich an der Seite Frankreich's, zu betheiligen. Nie so sehr, als jetzt, trat das drückende Abhängigkeitsverhältniß zu Frankreich in so schmerzlicher Weise zu Tage, wo es so zu sagen in der Hand Frankreich's liegt, Italien zu einem Spiele um seine Existenz zu zwingen. Wie überall, ist auch in diesem Punkte die finanzielle Lage Italien's die Quelle alles Unheils. Durch die Nichteinhaltung seiner Verpflichtung, den fälligen Koupon der italienischen Rente in Silber zu bezahlen, ist eigentlich Italien „börsenunfähig" geworden, und es braucht z. B. bloß der französischen Regierung einzufallen, wozu sie vollkommen berechtigt ist, die italienische Rente von der französischen, beziehungsweise der Pariser Börse auszuschließen und den französischen Geldmarkt für Italien zu sperren, um Italien zum

Staatsbankerott zu bringen, und so befindet Italien denn eigentlich sich ganz und gar in der Gewalt Frankreich's und muß nothgedrungen thun, was sein Schutzherr befiehlt. Was Italien noch hoffen läßt, seine Neutralität bewahren zu können, ist eben die positive Unmöglichkeit, bei der vollständigen Ebbe in seinen Kassen umfassende Rüstungen vorzunehmen. Um über die Mittel zu berathen, wenigstens in soweit den eventuellen Kriegsereignissen gegenüber militärisch gerüstet dazustehen, um die „bewaffnete Neutralität" bewahren zu können, fanden unter Vorsitz des Königs militärische Berathungen statt, zu welchen die Generale Lamarmora, Menabrea, Cialdini, Cugia und Revel zugezogen wurden. Einmüthig wurde beschlossen, den Friedensstand der italienischen Armee nicht zu alteriren, sondern nur die starken Lücken auszufüllen, die sich gegenwärtig in demselben ergeben, was durch die Einberufung einer der beiden in letzter Zeit beurlaubten Alterskategorien möglich wäre.

Florenz, 6. Mai. Die „Volkszeitung" zeigt an, daß Rattazzi von der preußischen Gesandtschaft Mittheilung einer Berliner Depesche erhalten habe, welche Italien den Dank für seine versöhnlichen Schritte in der Luxemburger Frage ausdrücke.

London, 6. Mai. Der englische Botschaftssekretär in Paris, Julian Fane, wird bei der Konferenz das Protokoll führen. — Die „Times" erklärt Frankreichs Plan einer Handelseinigung Luxemburgs mit Frankreich für unzulässig, dessen Verbleiben beim Zollverein für naturgemäß.

Neueres.

Berlin, 7. Mai. Abgeordnetenhaus. Der Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten. In der fortgesetzten Debatte über die Verfassung sprechen Hamm für den Entwurf unter Betonung des nationalen Standpunktes, Virchow dagegen im Sinne der Resolution der Linken. Während dieser Rede tritt Graf Bismarck ein; die Rechte und die Altliberalen erheben sich, um Bismarck eine Ovation am Jahrestage des Attentates auf ihn zu bringen. Wagener (Neustettin) spricht meist persönlich gegen Virchow und konstatirt, daß den Konservativen kein Vorwurf wegen der Haltung auf dem Reichstage gemacht werden könne. Wir Konservativen sind zuerst deutsche Patrioten, dann Parteimänner, zuerst preußische Patrioten, dann Konservative. Sie (Linke) sind weder deutsche noch preußische Patrioten, Sie sind nur Parteimänner. Präsident: Diese Aeußerung, auf eine Seite des Hauses bezüglich, kann ich für eine parlamentarische nicht halten. (Beifall links.) Kosch spricht für die Resolution der Linken. (K. Z.)

Berlin, 7. Mai. Es scheint sich zu bestätigen, daß Belgien, Angesichts seiner eigenen neutralen Stellung, nur eine moralische Garantie wegen Luxemburgs übernehmen wird. — Luxemburgs Verbleiben im Zollvereine wird um so weniger Schwierigkeiten hervorrufen, als der Vertrag vom 20. Oktober 1865 den Anschluß Luxemburgs an das Zollsystem Preußens und der übrigen Zollvereins-Staaten bestimmte. Auch hat von Einwendungen Frankreichs bis jetzt nichts verlautet.

London, 7. Mai. Die Reform-Kundgebung im Hydepark ging gestern ohne Unordnungen vorüber. Die Zahl der in den Park geströmten Personen betrug 40—50,000. Große militärische Vorsichtsmaßregeln waren getroffen, aber Polizei und Soldaten hielten sich außer Sicht. Die angenommenen Resolutionen verurtheilen die Reformbill der Regierung. Um 10 Uhr war der Park vollständig geräumt. — Im Hause der Gemeinen bestätigte Montagu auf Galway's Anfrage, daß Fälle von Rinderpest in London und in Ashby vorgekommen seien.

London, 7. Mai. Im Unterhause kündigt Disraeli Conzessionen Betreffs der Bedingung unmittelbarer Steuerzahlung an und acceptirt prinzipiell das Abmiether-Stimmrecht. Das Massenmeeting verlief vollständig ruhig. Der Prinz von Wales reist nächster Tage nach Paris. Die erste Konferenz-Sitzung wird heute Nachmittag um 3 Uhr, die nächste wahrscheinlich am Samstag abgehalten werden. Der Sitzungssaal ist derselbe wie im Jahre 1864; Lord Stanley führt den Vorsitz. Da einige Regierungen auf der Konferenz zwei Vertreter haben, wird Lord Stanley für den Augenblick Malmesbury zuziehen. Der Stapellauf der preußischen Panzer-Fregatte „Kronprinz" hat stattgefunden.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$58^{1}/_{2}$—$^{1}/_{4}$ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$61^{1}/_{4}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	$4^{1}/_{2}$pCt.	38 G.
Preussen	$3^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$99^{1}/_{4}$ P.
„	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	92 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88^{1}/_{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$88^{1}/_{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$91^{1}/_{4}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$79^{1}/_{4}$ P.
Baden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	91 G.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	93 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	87 G.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$80^{1}/_{2}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2^{1}/_{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2^{1}/_{2}$	77 P.
„	6pCt. ditto r. 1882	$75^{5}/_{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$124^{1}/_{4}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	633 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$149^{1}/_{2}$—49 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	89 P. $88^{7}/_{8}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$193^{1}/_{2}$ P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	100 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	142 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$87^{3}/_{4}$ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	$106^{1}/_{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$47^{1}/_{2}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$70^{5}/_{8}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	$113^{1}/_{4}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	113 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^{1}/_{4}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^{1}/_{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^{1}/_{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^{1}/_{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104^{7}/_{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$118^{3}/_{8}$—$^{1}/_{2}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^{7}/_{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^{1}/_{4}$—$^{3}/_{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$89^{1}/_{4}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$89^{1}/_{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$105^{1}/_{4}$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$56^{1}/_{2}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$63^{1}/_{4}$—$^{1}/_{2}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$111^{1}/_{2}$ P.
do. v. 1864	$66^{1}/_{4}$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$95^{1}/_{4}$—$^{1}/_{2}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	52 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54^{3}/_{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	139 P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$34^{1}/_{4}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. . . b. R.	—
St. Lüttich mit $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$11^{5}/_{8}$ P.

Frankfurt, 8. Mai. Die Börse ist unergründlich und bietet stets neue Ueberraschungen. Während sie bisher der günstigen Gestaltung der Verhältnisse mißtrauisch gegenüber stand, escomptirt sie heute die aus vorzüglicher Quelle (Reuter's Office) geschöpfte Nachricht von der Zögerung Englands in Bezug auf die Neutralitätsgarantie, sowie die wieder drohender gewordene Sprache der Berliner Offiziösen mit verhältnißmäßig sehr festen Coursen. Die Coursherabsetzung für Spekulationseffekten beträgt durchschnittlich kaum 1 pCt. und auf Anlageeffekten noch weniger. Die feste Stimmung hielt bis zum Schlusse an. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 129.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 10. Mai 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 8. Mai. Se. Majestät der König hat den Nachgenannten zur Annahme und zum Tragen der ihnen von dem Könige von Preußen verliehenen Dekorationen, nämlich: dem k. Oberbaurath A. v. Voit für den Kronenorden 2. Klasse; dem Direktor der k. Kunstgewerbschule A. v. Kreling in Nürnberg für den Kronenorden 3. Klasse; dem k. Kämmerer und Regierungsrath Feder Frhrn. v. Crailsheim in Ansbach, dem k. Consistorialrath S. W. Chr. Bäumler dortselbst, und dem k. Bezirksamtmann, Regierungsrath Chr. Forster in Heilsbronn für den rothen Adlerorden 3. Klasse; dem k. Kreisbaubeamten Ph. Fr. Jacobi in Ansbach für denselben Orden 4. Klasse; dem Bauführer, Maurermeister Fr. Schmidt zu Heilsbronn, für das allgemeine Ehrenzeichen die Bewilligung ertheilt; den Abtheilungs-Ingenieur Karl Saller in Reichenhall zum Betriebs-Ingenieur in Neuulm unter Fortdauer seiner provis. Diensteseigenschaft befördert; den Hauptzollamtsverwalter M. Wiedemann zu Waldmünchen unter Anerkennung seiner langjährigen, treuen und eifrigen Dienstleistung in den erbetenen definitiven Ruhestand treten lassen, sodann: zum Hauptzollamtsverwalter in Waldmünchen den dortigen Hauptzollamtscontroleur Fr. X. Koch, und auf dessen Stelle den Zollverwalter J. Bacherl in Landshut befördert; den Gerichtsdiener L. Lingl in Erbendorf wegen nachgewiesener Krankheit für immer des Dienstes enthoben und als Gerichtsdiener am Landgerichte Erbendorf den pens. Feldwebel und dermaligen Gerichtsdienersgehilfen G. Kleemann zu Amberg auf Ruf und Widerruf aufgestellt; die protest. Pfarrstelle in Alesheim, Dek. Weißenburg, dem Pfarrer H. Fr. Christ. Möller in Windelsbach, Dek. Leutershausen, verliehen; den Gefängnißwärter am Stadtg. München l/J., J. U. Wildenauer, des Dienstes enthoben und als Gefängnißwärter an diesem Gerichte den Beiboten G. Roßmann daselbst auf Ruf und Widerruf aufgestellt.

Vom k. Staatsministerium der Justiz wurde der bisherige Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landg. Schillingsfürst, L. Donle, auf Ansuchen von dieser Funktion enthoben und an dessen Stelle der geprüfte Rechtspraktikant E. Wild aus Ansbach als Staatsanwaltschaftsvertreter am genannten k. Landgerichte aufgestellt.

Der k. Forstwart Fr. Herbst zu Münchweiler im Forstamte Pirmasens wurde auf die Dauer eines Jahres quiescirt und an dessen Stelle der k. Forstgehilfe Georg Steigerwald zu Bildhausen im Forstamte Neustadt a/S. zum provis. Forstwart nach Münchweiler ernannt.

Die „Bayer. Ztg." vom 8. d. bringt in ihrem amtlichen Theile folgendes Dementi: Die „Aschaffenburger Zeitung" vom 1. Januar 1867 enthält folgenden Artikel: „* Aschaffenburg, 1. Jan. Aus den von Bayern abgerissenen Landestheilen, sowie aus Wiesbaden, sind mehrfache Packete und Schachteln mit Weihnachtsgeschenken nicht nur aller Siegel beraubt, sondern sogar Schachteln zerbrochen und der Inhalt durchwühlt angekommen. Ja nach Briefen aus jener Gegend wurde die Begleitadresse rechtzeitig abgeliefert, das von hier gesendete Poststück aber erst 3 Tage später mit abgerissenen Siegeln und ebenfalls der Inhalt durchwühlt. Selbst Briefe tragen die deutlichsten Zeichen der unberufenen Eröffnung. Ob auf höheren Befehl oder aus eigener Machtvollkommenheit die neuen preußischen Postbeamten sich mit solchen Schandthaten belasten, ist bisher unerörtert." Die preußische Regierung hat am 17. März 1867, von einem Antrag auf strafrechtliche Verfolgung absehend, das Ersuchen um amtliche Untersuchung und Berichtigung des Vorgetragenen gestellt. Diese Untersuchung hat ergeben, daß in der Weihnachtszeit ein einziges Fahrpoststück, Schachtel, Aufgabsort Wiesbaden, offenbar wegen gänzlich ungenügender Verpackung defekt in Aschaffenburg ankam, daß eine Reklamation weder wegen dieses, noch irgend eines andern ähnlichen Falles, weder in Aschaffenburg, noch an einer andern unterfränkischen Postexpedition erhoben wurde, daß ein Fall, der auf Verletzung des Briefgeheimnisses deuten könnte, nicht vorkam, daß, wie in Aschaffenburg kaum unbekannt sein konnte, beim letzten Jahreswechsel die in den von Bayern abgetretenen Landestheilen befindlichen Postanstalten noch von bayerischen Bediensteten administrirt wurden, daß endlich der Postdienst in Wiesbaden in jener Zeit von Thurn und Taxis'schen Beamten versehen wurde. Der Werth der erhobenen Verdächtigung qualifizirt sich hiemit zur Genüge. (B.Z.)

München, 8. Mai. Se. Maj. der König hat der von Johanna Angermann durch Testament vom 2. Novbr. 1865 zum Besten der Stadtgemeinde Tirschenreuth mit einem Capitale von 3000 fl. gegründeten Wohlthätigkeits-Stiftung die landesherrliche Bestätigung ertheilt.

München, 8. Mai. Die Ankunft Sr. Maj. des Königs Ludwig I. wird, wie wir bereits erwähnt haben, am Montag den 13. d. erfolgen. Se. Majestät übernachten in Innsbruck und treffen am gedachten Tage mit dem Salzburger Postzuge um 4 Uhr Nachmittags wieder in München ein. Der Aufenthalt Sr. Majestät in München dürfte sich bis Ende Juni erstrecken; den Hochsommer gedenken jedoch Allerhöchstdieselben in Berchtesgaden und später auf der Sr. Majestät gehörigen Besitzung Leopoldskron bei Salzburg zuzubringen. — Die Münchener, welche vergangenen Winter und im Frühjahre so glücklich waren, Se. Majestät in Rom zu sehen und zu sprechen, können nicht genug von dessen vortrefflichem Aussehen und Geistesfrische erzählen. Die Enthüllung der beiden Standbilder von Klenze und Gärtner auf dem Gärtnerplatze wird dem Willen Sr. Maj. zufolge am 27. Mai, dem Geburtstage des höchstseligen Königs Maximilian I., des Urgroßvaters unseres regierenden Königs, erfolgen. Die Fußgestelle zu denselben, aus Untersberger Marmor, von Steinmetzmeister Hauser gearbeitet, stehen bereits fertig da, die Erzstandbilder sind gleichfalls vollendet und ihre Versetzung wird in kurzer Zeit erfolgen. Die Statue Klenze's wurde von Bildhauer Brugger, jene Gärtner's von Professor Widenmann modellirt, und wer diese erzenen Standbilder sah, freut sich über die neue Zierde, die München durch die unerschöpfliche Munificenz des kunstsinnigen Monarchen wieder zu Theil wird. (B. Z.)

** **München,** 8. Mai. In seiner heutigen Sitzung begann der Gesetzgebungsausschuß mit Berathung und Beschlußfassung über das XLIII. Hauptstück, welches die Normen über die Zwangsversteigerung unbeweglicher Güter enthält. Da eine allgemeine Diskussion nicht beliebt wurde, wurde Art. 908 der Berathung unterstellt, und Abs. 1 desselben in der Weise seitens des Ausschusses angenommen, daß bestimmt wurde, daß die vorstehenden Bestimmungen über Zwangsversteigerung liegender Güter auf alle Rechte Anwendung finden sollten, welche Gegenstand einer Hypothekbestellung sein können. Art. 909 fand nach dem Entwurfe Annahme, Art. 910 wurde nach dem Referate gestrichen. Zu Art. 911 lag ein Modifikationsvorschlag des k. Ministerialkommissärs vor, dem Abs. 2 des Entwurfs noch den Satz beizufügen: „In der Zustellungsurkunde müssen die im Besitze des Dritten befindlichen Güter, welche der betreibende Gläubiger in Beschlag zu nehmen beabsichtigt, bezeichnet werden." Der Ausschuß nahm diesen Artikel mit diesem Zusatzantrag und einem weiteren Zusatzantrage, daß auch das Urtheil oder die vollstreckbare Urkunde mitzutheilen und damit die Erklärung zu verbinden sei, daß wenn nicht innerhalb 30 Tagen Zahlung erfolge, diese Güter mit Beschlag zu belegen seien, an, behielt aber dem Hypothekengläubiger seine allenfallsigen zivilrechtlichen Maßnahmen vor. Zu Art. 914 lag eine neue Fassung des k. Ministerialkommissärs vor, wonach die Frist, wann die Güter in Beschlag genommen werden können in dem Falle, wenn Dritte im Besitze sich befinden, von der Zustellung an den Dritten, nicht wie im Referate an den Schuldner zu laufen beginne. Nach längerer Diskussion, nach welcher statt „im Besitze des Dritten" „im Eigenthume desselben" einzusetzen beschlossen wurde, nahm der Ausschuß die neue Fassung des Art. 914 an. Ebenso fanden die Art. 915—918 im Wesentlichen Annahme nach dem Entwurfe, womit die Sitzung schloß.

München, 8. Mai. Bis zur Auflösung der deutschen Bundesversammlung war der belgische Gesandte am Bunde gleichzeitig auch an unserm kgl. Hofe accreditirt; nunmehr aber ist in der Person des Hrn. v. Westerberg ein eigener belgischer Geschäftsträger hier eingetroffen, und wird derselbe seinen ständigen Wohnsitz in München nehmen. (A. Z.)

Darmstadt, 7. Mai. Heute fand eine Sitzung der zweiten Kammer statt. Für an verschiedene Standesherren zu zahlende Rheinzollrenten, welche bisher von dem Rheinzollamt zu Mainz unmittelbar an die Berechtigten bezahlt wurden, nunmehr aber, in Folge der Aufhebung der Rheinschifffahrtsabgaben, aus der Staatskasse zu leisten sind, wird von der Regierung die Summe von 6600 fl. ge-

fordert. Der Ausschuß hat nun in Erwägung gezogen, ob nicht etwa dadurch, daß das die Zahlung leistende Objekt, der Rheinschifffahrtsoctroi, in Folge eines Krieges weggefallen ist, auch der Staat der Verpflichtung zur Fortzahlung dieser Renten als entbunden erachtet werden könne. Diese Verpflichtung gründet sich nämlich auf den Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803, welcher bestimmte, daß ein Theil der aus der Rheinschifffahrt zu erhebenden Einnahmen an verschiedene fürstliche und gräfliche Familien als Entschädigung für auf dem linken Rheinufer an Frankreich abgetretenes Land angewiesen werden solle. Die Hypothek, auf welche sich diese Zahlung gründet, das Schifffahrtsoctroi, ist nun weggefallen, und ließe sich darauf hin vielleicht auch das Weiterbestehen der Zahlungsverpflichtung anfechten. Die deutsche Bundesakte vom 8. Juni 1815 bestimmt aber weiter, daß die Fortdauer der fraglichen Renten vom Bunde garantirt werde, und ist deßhalb die Mehrheit des Ausschusses der Meinung, daß das Großherzogthum Hessen sich der in Rede stehenden Verpflichtung nicht entziehen kann, und eventuell gerichtlich dazu angehalten würde, welche Auffassung besonders von dem Abg. Dumont angegriffen wird. Abg. Heß und Consorten stellen daher, um möglichste Klarheit in die Sache zu bringen, den Antrag: 1) Die Regierungsanforderung für Rheinzollrenten mit 6600 fl. zwar zu bewilligen, jedoch dabei ausdrücklich auszusprechen, daß die rechtliche Verpflichtung des Großherzogthums zur Leistung dieser Rheinzollrenten durch diese Verwilligung nicht anerkannt werde; 2) die Regierung zu ersuchen, die Frage über die rechtliche Verpflichtung einer nochmaligen reiflichen Prüfung zu unterziehen und bei nicht vollständiger Beseitigung der bestehenden Zweifel die Auszahlung zu verweigern und die Entscheidung der Gerichte zu veranlassen." Der vorstehende Antrag wird mit 36 gegen 8 Stimmen zum Beschluß erhoben. (Fr. J.)

Frankfurt, 7. Mai. Friedrich Stoltze, der bekannte Lokal-Humorist, Herausgeber der im vorigen Sommer eingegangenen „Frankfurter Latern," war angeklagt, in dem von ihm in Frankfurter Mundart erscheinenden Witzblatt: „Der wahre Jakob," die Ehrfurcht gegen den König verletzt zu haben. Die Staatsanwaltschaft beantragte vier Monat Gefängniß. Das Zuchtpolizeigericht hat heute den Angeklagten freigesprochen. (A. Z.)

Berlin, 6. Mai. Aus der Debatte über die Norddeutsche Bundesverfassung in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses theilen wir folgendes mit: Der Referent Twesten beleuchtet den Charakter der Bundesverfassung. Es verdiene dieselbe nicht die Vorwürfe die man ihr gemacht habe. Gefahr zu Collisionen sei allerdings vorhanden, aber das sei nicht der Charakter blos dieser, sondern überhaupt jeder Bundesverfassung. Man verlange einen förmlichen, einheitlichen Bundesstaat; wo aber sei ein solcher schon da gewesen? Die Verfassung entspreche eben den Bedürfnissen der Gegenwart, und zu einer kräftigen Führung und Aufrechthaltung des neuen Bundes sei das Bundespräsidium mit genügender Macht ausgestattet. Gegen das, was die Bundesgewalt, gestützt auf die Zustimmung der Vertretung des deutschen Volkes, wolle, würden sich die Einzelregierungen nicht in Widerspruch setzen. Redner beleuchtet das Kompetenzverhältniß der Bundesgewalt näher und wendet sich dann wieder speziell gegen die Vorwürfe, welche gegen die Bundesverfassung so vielfach erhoben worden sind. Bezüglich der Militärlast insbesondere sagt er: Eine Erleichterung derselben sei allerdings noch nicht eingetreten; eine solche werde aber überhaupt nicht zu erwarten sein, so lange ganz Europa einem bewaffneten Heerlager gleiche und der Beitritt der süddeutschen Staaten noch nicht erfolgt sei. Groß sei aber, was die Bundesverfassung schaffe für das deutsche Volk, welches jetzt zum erstenmale geeint werde, um den Rang in Europa einzunehmen, der ihm gebührt. Wo das alles geboten werde, dürfe man die Bundesverfassung nicht um deßwillen ablehnen, weil in ihr nicht alles geboten werde, was man wünsche. Waldeck: Wir haben die großen Erfolge des Krieges gerne anerkannt und haben gewisse hinter uns liegende Punkte mit Stillschweigen dahin gestellt sein lassen. Wenn wir aber wollten helfen bauen die deutsche Einheit, so geschah es nur unter der ausdrücklichen Bedingung der Erhaltung und Ausbildung der durch die Verfassung verbrieften Rechte des preußischen Volkes. Wie aber stehts mit diesen Rechten in dieser Verfassung aus? Man muß festhalten an dem Prinzipe des Konstitutionalismus, dann werden auch die süddeutschen Staaten beitreten. Jung: Unsere Kompetenz geht nicht so weit, daß wir die Verfassung ablehnen dürften. Der Reichstag war auf breitester demokratischer Grundlage gewählt und wir sind es nur durch das Dreiklassensystem. Im Reichstag sind 25 Mill. Preußen vertreten gewesen, deren 235 Abgeordnete nicht majorisirt werden konnten. Der Wille des preußischen Volkes hat sich also vollständig manifestiren können. Die Rechte des Volkes und der Verfassung werden durch die Bundesverfassung nicht geschmälert, die preußischen Minister bleiben dem Abgeordnetenhause verantwortlich. Wohl aber hat die Bundesverfassung für uns noch den besonderen Vorzug, daß wir im Reichstage einen trefflichen Verbündeten gegen das zuvor in antediluvianischen Anschauungen weilende Herrenhaus finden werden. Seit dem großen Kurfürsten, dem großen Friedrich und den Freiheitskriegen hat Preußen endlich wieder einmal einen großen Schritt in seiner Entwickelung gethan, trotzdem ist die Regierung nicht gewichen von den konstitutionellen Prinzipien; das muß anerkannt werden. Preußen befindet sich in einem großen Werdeprozeß. Mag da ein Anderer sagen: „ich bin ein Mann des Prinzipes, ich will von dieser Verfassung nichts wissen." Ich betrete diesen Weg nicht. Wir haben lang genug gesungen: Was ist des Deutschen Vaterland? Gehen wir endlich zu Thaten über. Zum erstenmale sind 30 Mill. Deutsche geeinigt, und der welsche Nachbar wird unserm Deutschland keine Gesetze mehr vorschreiben können. Es stört mich in der Abgabe meines Votums auch nicht, daß einer der Herren Minister im Reichstage gegen dieses Haus sprach, daß es wie Nachtwächtertön in eine Harmonie hineinklang (lang andauernde Heiterkeit); ich sehe das große Ganze nur und freue mich dessen. (Bravo!) Jacoby: Er halte es für Pflicht, vor Mit- und Nachwelt Zeugniß dafür abzulegen, daß es noch Männer gebe, die dem militärischen Glanze und dem militärischen Erfolge gegenüber die Ruhe bewahrt haben, die es verschmähen, den Thatsachen unbedingt Rechnung zu tragen, und die nicht geneigt sind, allen trügerischen Voraussetzungen zu folgen. In meinem Namen und im Namen meiner Wähler protestire ich im Voraus gegen einen Beschluß, der uns das Schlimmste zumuthet, was überhaupt zugemuthet werden kann: Die Schmach freiwilliger Knechtschaft. (Gelächter auf der rechten Seite.) Schafft man einen unverantwortlichen obersten Kriegsherrn, so schafft man den Völkerkrieg. Ein in Freiheit geeinigtes Deutschland ist eine Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens; ein norddeutscher Bund unter preußischer militärischer Oberherrschaft ist eine Gefahr für die Nachbarn. (O! O! und sonstige Zeichen des Unwillens auf der rechten Seite.) Möge das Vaterland vor solchen Gefahren bewahrt bleiben! Abg. Graf Eulenburg: Wenn man die Thatsachen des vergangenen Jahres auch jetzt noch nicht anerkennen will, so ist das eine sehr sonderbare Auffassung, die übrigens in der persönlichen Ueberzeugung eines Mannes ihre Begründung finden kann. Viel Beifall hat diese Ansicht hier nicht gefunden. Um so größer wird dagegen allerdings der Beifall sein, den an einer andern Stelle die Versicherung finden wird, daß der norddeutsche Bund unter preußischer Führung eine Bedrohung des Auslandes sei. (Sehr gut!) v. Zoltowsky entwickelt den Standpunkt der Polen. Jacoby: Daß ein geeintes Deutschland eine Bedrohung des Auslandes sei, habe ich nicht gesagt: ich habe vielmehr das Gegentheil behauptet. Eulenburg: Wir verhandeln hier über den norddeutschen Bund, und von diesem hat der Herr Abgeordnete das allerdings gesagt. Jacoby: Ich bleibe dabei, daß der Vorredner mich falsch verstanden hat. (Unruhe.) Hierauf vertagt sich das Haus bis morgen.

Der von den Abgeordneten Waldeck, Virchow und Frhr. v. Hoverbeck eingebrachte und von 64 anderen Abgeordneten (darunter: Dr. Becker, Dr. Beitzke, Classen-Kappelmann, Dunker, Harkort, Dr. Jakoby, v. Kirchmann, v. Kleinsorgen, Dr. Kosch, Dr. Löwe, Dr. Michelis (Allenstein), Schulze 2c.) unterstützte Antrag zur Reichsverfassung lautet: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären: In Erwägung, daß der zur Führung Deutschland's berufene preußische Staat schon vor dem Bestehen der Verfassung von 1850 eine einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung durch geordnete Staatsministerien besaß; daß seit dem Bestehen der Verfassung dem preußischen Volke die (Tit. 2 der preuß. Verfassung aufgezählten) Grundrechte, die verfassungsmäßige Betheiligung seiner Vertreter an der Gesetzgebung, insbesondere das Recht zur entscheidenden Beschlußfassung über den Staatshaushalts-Etat und die Bewilligung von Steuern, somit eine Einwirkung auf die gesammte Staatsverwaltung, eine einheitliche Exekutive durch ein verantwortliches Ministerium gesichert, und alle diese Rechte als unantastbare unter den Schutz des von preußischen Königen, Beamten und Volksvertretern zu leistenden Verfassungs-Eides gestellt sind; daß die neu erworbenen Provinzen sich zwar noch nicht in dem Besitze dieser Verfassung befinden, aber ein durch die Gesetze vom 20. Sept. und 24. Dez. 1866 verbrieftes Recht auf die ungeschmälerte Einführung derselben am 1. Oktober 1867 besitzen; in Erwägung, daß diese Güter und Rechte eines Staates und Volkes von 25 Millionen nicht beseitigt oder gefährdet werden dürfen durch ein Bündniß dieses Staates mit 21 kleineren deutschen Staaten von einer Gesammtbevölkerung von 5 Millionen, welche ohnehin in das Machtgebiet des preußischen Staates fallen; daß vielmehr die Erhaltung und Fortbildung der bestehenden Freiheiten und Rechte eine der Bedingungen des Berufs Preußen's zur Zentralgewalt in Deutschland bildet; daß, wenn zum Zwecke der deutschen Einheit wegen der Existenz jener kleineren Staaten einzelne Zweige des preußischen Staatslebens ausscheiden und in eine andere

Verfassung und Administration übergehen sollen, Dieß nur auf dem Wege des Bundesstaates geschehen darf, dessen konstitutionelles Oberhaupt die Krone Preußen's mit einem verantwortlichen Ministerium ist; daß dem Parlamente dieses Bundesstaates mindestens die Rechte der preußischen Volksvertretung zustehen müssen, wie Dieß das gegenwärtige Abgeordnetenhaus in einer Adresse an Se. Majestät den König ausdrücklich gefordert hat, und wie es in der jüngsten Thronrede im Prinzipe anerkannt worden ist; in Erwägung, daß der aus den Berathungen des Reichstages hervorgegangene Entwurf der Verfassung des norddeutschen Bundes diesen Anforderungen in folgenden Hauptpunkten nicht entspricht (folgt in 8 Punkten eine eingehende Auseinandersetzung der Mängel dieser Verfassung und ihrer Widersprüche mit der preußischen) . . . . in Erwägung, daß eine so mangelhafte, die Volksrechte beschränkende und gefährdende Bundes-Verfassung für eine weitere Ausbildung im Sinne freiheitlicher Entwickelung keine Aussicht gewährt, daß vielmehr das Nebeneinanderbestehen zweier Verfassungen und Volksvertretungen das verfassungsmäßige Leben in Preußen zu beeinträchtigen und den besonders im Gemeindewesen so nothwendigen Ausbau der preußischen Verfassung in weite Ferne zurückzudrängen droht; daß alle diese Opfer an Volksrechten die Einigung Deutschland's eher hindern als fördern; daß die einheitliche militärische Macht Deutschland's nach außen hin durch die abgeschlossenen Militär-Konventionen und Bündnisse für die nächste Zukunft gesichert ist; daß kein Hinderniß entgegensteht, um den jetzt mißlungenen Versuch der Gründung eines Bundesstaates von Neuem aufzunehmen: aus diesen Gründen erklärt das Haus der Abgeordneten, daß es dem vorgelegten Entwurf der Verfassung des norddeutschen Bundes seine Zustimmung *nicht* geben kann, und fordert die königl. Staatsregierung auf, die anderweitige Regelung der deutschen Verfassungs-Angelegenheit im Sinne der oben aufgestellten Grundsätze alsbald in Angriff zu nehmen." Der von dem Abg. v. Bockum-Dolffs nebst 23 andern Abgg. gestellte Verbesserungsantrag beschränkt sich auf den bescheidenen Wunsch, daß in der Verkündigungsformel zur Verfassung das Herzogthum Lauenburg besonders genannt werde.

Gotha, 6. Mai. In Folge des Ausbruchs der Rinderpest in Oberfranken hat das fürstl. reußische Ministerium zu Gera das Einbringen von Vieh und Thierprodukten aus dem Königreich Bayern nach Reuß jüngere Linie vor wenigen Tagen bei strenger Strafe verboten. Jetzt, seit vorgestern, wissen wir nur zu unserem größten Schrecken, daß wir die Rinderpest bereits sehr viel näher, in der Entfernung von kaum 7 Meilen, und zwar im allerschlimmsten Auftreten, vor uns haben. Sie ist im Herzogthum S. *Meiningen* — Verwaltungsamt Hildburghausen — ausgebrochen, und bereits im Herzogthum *Koburg* eingeschleppt. Ueber 100 Stück Rindvieh sind bereits verendet, und die Seuche macht Riesenfortschritte. Die Verwaltungsbehörden der angrenzenden meiningischen Behörden haben die Abhaltung der nächstbevorstehenden Viehmärkte untersagt. Schleunigste Maßregeln sind dringendst geboten! Nach *Hildburghausen* — dem Hauptsitz, wie es scheint — ist bereits der Absperrung halber *preußisches* Militär gekommen, da der meiningische Truppenbestand nicht auslangt; heute halten Regierungskommissäre der thüringischen Staaten in Meiningen eine *Konferenz*, um über die ferneren die Seuche abwehrenden Mittel gemeinsame Schritte zu beschließen. — Und um das Maß voll zu machen, hat sich in *Waltershausen*, wo in einer armen Familie die *Trichinenkrankheit* ausgebrochen war, diese sich intensiv und extensiv gesteigert. Es sind bis vor wenigen Tagen 8 Personen erkrankt, davon 3 äußerst bedenklich, und 2 davon allbereits an der Krankheit verschieden. (Fr. K.)

Wien, 8. Mai. Die inneren Angelegenheiten treten wieder mehr in den Vordergrund. Der kaiserliche Hof hat sich im Laufe des heutigen Vormittags nach Pesth begeben, wo gegenwärtig die letzten Vorbereitungen zur Krönungsfeier getroffen werden; für die Länder diesseits der Leitha bringt die „Wiener-Zeitung" die Liste der neuernannten Mitglieder des Herrenhauses. Die Zahl derselben beläuft sich auf vierundzwanzig, darunter vier erbliche und zwanzig lebenslängliche; man muß anerkennen, daß diesmal die Kreise der Wissenschaft in ausgedehnterem Maße berücksichtigt worden sind, als es im Jahre 1861 der Fall gewesen. Leider wird dadurch auch das Gerücht der letzten Tage bestätigt, welches dem Abgeordnetenhause den Verlust seines bisherigen Präsidenten und zugleich eine seiner ersten Zierden in Aussicht stellte. — Die Londoner Konferenz hat zwar ihre erste Sitzung gehalten, allein die Friedenshoffnungen haben dadurch keine gesichertere Basis erlangt. Im Gegentheile, es tritt die Erscheinung zu Tage, daß selbst diejenigen französischen Blätter, welche bisher vor Allem die Friedenschancen hervorhoben, nunmehr sich mit Energie gegen diejenigen aussprechen, welche, wie sie sich ausdrücken, den Frieden um jeden Preis befürworten. Es scheinen in diesen Blättern die Maßnahmen ihr Echo zu finden, welche die preußische Regierung, angeblich veranlaßt durch die Fortdauer der Rüstungen in Frankreich, vorzubereiten für gut befunden. Inwieweit diese vorerst nur unbestimmten Befürchtungen begründet sind oder nicht, muß noch dahingestellt bleiben. Noch liegt kein ausführlicher Bericht über die erste Conferenzsitzung vor, und was von dem Ausbleiben der Garantie-Erklärung seitens Englands berichtet wird, bezieht sich wohl nur darauf, daß die englische Regierung nicht ohne vorgängige Genehmigung des Parlaments solche eventuell selbst das Budget belastende Verpflichtungen übernehmen will. Dieser Umstand erklärt auch die längere Pause, die zwischen der ersten und letzten Conferenzsitzung eintreten soll. (Pr.)

Paris, 7. Mai. Der „Moniteur" schreibt: Eine Konferenz ist zu London zusammengetreten, um die Angelegenheit des Herzogthums Luxemburg zu prüfen. Heute Nachmittag 3 Uhr wurde die erste Sitzung unter dem Vorsitz des Lord Stanley gehalten. — Die „Standarte" sagt, der Kaiser von Rußland werde von St. Petersburg am 29. Mai abreisen und am 4. Juni in Paris eintreffen. Der König von Griechenland reist heute nach St. Petersburg ab. — Die „France" erklärt das Gerücht, die Regierung beabsichtige eine Anleihe zu fordern, für unbegründet. Dasselbe Blatt sagt, die Gesundheit des kaiserl. Prinzen (der sich seit dem 5. in St. Cloud befindet) habe sich merklich gebessert.

Paris, 7. Mai. Der „Etendard" enthält einen heftigen Artikel gegen die Friedensligue. — Ein im „Semaphore de Marseille" enthaltenes Communiqué stellt es in Abrede, daß die Friedenspetitionen mit vielen Unterschriften bedeckt worden seien. — Der „Etendard" bezeichnet die gestern in der „Patrie" bezüglich der Conferenz enthaltenen Mittheilungen als in allen Punkten bestimmt (*affirmatives*). — Die „Patrie" sagt: Die gestern coursirenden Gerüchte über Vertagung der Conferenz waren dadurch entstanden, daß die englische Regierung, welche gestern Ruhestörungen aus Anlaß des Reform-Meetings befürchtete, die Vertagung der Conferenzen verlangt hatte. Nachdem aber Alles ruhig geblieben, wurde die Conferenz auf heute Mittag einberufen.

Florenz, 7. Mai. Der Gesetzentwurf über die *Armee-Reorganisation* bestimmt den Friedensstand des Heeres auf 200,000, den Kriegsstand auf 550,000 Mann, wodurch eine Reduktion um 100,000 Mann erzielt würde. Der Finanzminister hat heute einen neuen Vertrag betreffs der Liquidation der geistlichen Güter unterzeichnet.

New-York, 17. April. Im Geschäftsbericht der Herren Janßen, Schmidt und Ruperti lesen wir: Die *Arbeiterfrage* bietet in den *nördlichen* Staaten der Union immer größere Schwierigkeiten. Hier in Newyork wollen viele Handwerker, die Zimmer-, Maurer-, Maler-, Schmiedegesellen ꝛc. für 3 bis $3\frac{1}{2}$ Doll. per Tag nicht mehr arbeiten: sie verlangen $\frac{1}{2}$ bis 1 Doll. mehr Lohn. In den Fabrikdistrikten New-Englands wird für eine Reduktion der Arbeitszeit von 10 auf 8 Stunden per Tag (natürlich bei unverändertem Lohn) agitirt. In New-Jersey und Pennsylvanien hatten kürzlich die „Strikes" der Bergleute und Hüttenarbeiter einen so bedenklichen Grad erreicht, daß man mehrseitige Ruhestörungen erwartete. Ueberall, in den Städten wie auf dem Lande, stehen sich „Kapital" und „Arbeit" feindlich gegenüber. Viele der wichtigsten Produktionsbranchen des Nordens liegen gänzlich darnieder, die Schiffswerfte hier und in Boston ruhen, die Kupferminen, Zink- und Eisenwerke, die Petroleum-Kompagnien können nur mit sehr großem Verlust arbeiten, die Bleiminen hier und im Westen sind fast gänzlich verlassen, und selbst der Landmann findet in der Bebauung des reichen Bodens in den meisten Staaten keinen Lohn mehr. — Alles dieses sind natürlich die Früchte des Papiergeld-Unwesens, des Schutzzoll-Systems und der vielen höchst drückenden Abgaben. Die Vermögenssteuer allein beträgt hier in Newyork jährlich circa 3 pCt., die Einkommensteuer an die Föderal-Regierung ist 5 pCt., dazu kommen Gewerbesteuer, Accise, Stempel ꝛc. ꝛc.: Alles in so erstaunlichen Raten, daß der Schatzsekretär Newyorks die Totalsumme, welche die vier Millionen Einwohner dieses Staates jährlich zu zahlen haben, auf hundert Mill. Dollars taxirt. Ist es zu verwundern, daß hier und selbst in Ohio guter Waizen noch immer $3\frac{1}{2}$ Doll. per Bushel kostet, daß sämmtliche Lebensmittel, Hausmiethen, Kleidungsstücke, alle Werthe auf die Spitze getrieben sind, und der Arbeiterstand und sämmtliche Mittelklassen unzufrieden sind? Im Süden ist die Lage der Dinge noch um so schlimmer, weil dort allgemein Verarmung herrscht, Geld, Kredit und Lebensmittel fehlen und Alles, was zum Lebensunterhalt, zum Ackerbau ꝛc. erforderlich ist, von dem papierreichen Norden sehr theuer gekauft werden muß. Die Neger mögen sehr gern arbeiten wollen, die enormen Löhne indessen, welche in den meisten südlichen Städten bezahlt werden, das nomadenartige Herumziehen großer Negerschaaren von Süd- und Nord-Karolina, Georgia und Alabama nach dem Südwesten, von Texas dagegen nach Louisiana, und von Louisiana

nach Mississippi nach dem Nordwesten, die Versuche, Coolies von Cuba einzuführen, die Auswanderung endlich zahlreicher Familien von Weißen und Negern aus Texas 2c. nach Honduras, Brasilien 2c. liefern den Beweis, daß die Grundbedingungen der Produktion — soziale Ruhe und Ordnung — nirgends vorhanden sind und daß die Pflanzer ihre Aussichten nur deshalb nicht zu schlimm hinstellen, weil sie auf die nächste Ernte eben jetzt überall Geldvorschüsse zu erlangen suchen und darin gerade auf die größten Hindernisse stoßen.

New-York, 25. April. Herr Jefferson Davis weigert sich, nach dem „Newyork Herald", ein Gnadengesuch einzureichen, weil ein derartiges Gesuch das Bekenntniß einer Schuld in sich schließe. Dem Attorney-General gehen fortwährend aus dem Norden und Süden zahlreiche Petitionen zur Begnadigung des weiland Präsidenten der conföderirten Staaten zu. — Nachrichten aus Mexiko bestätigen die Erstürmung von Puebla. Die Imperialisten verloren 1000 Mann, während Porfirio Diaz' Verlust auf 2000 angegeben wird. Nach der Uebergabe ließ Porfirio Diaz dann eine zahlreiche Reihe kaiserlicher Offiziere erschießen. Marquez soll bei einem Versuche, Puebla zu entsetzen, ebenfalls von dem Belagerungscorps geschlagen worden sein. Republikanischen Berichten zufolge herrschte in Queretaro unter den Kaiserlichen große Noth. Maximilian hielt nur noch mit Mühe einen Theil der Stadt und Entrinnen war unmöglich. Dem widersprechend erklären die Depeschen der Imperialisten, Maximilian befinde sich in der Hauptstadt und Marquez sei auf dem Wege, Veracruz zu entsetzen. Puebla werde wahrscheinlich wieder genommen werden. Canales hatte sich in Tampico für Ortega erklärt. Hrn. Seward's Courier in Betreff der etwaigen Gefangennehmung Maximilians war dort angelangt.

Neueres.

Berlin, 8. Mai. Die „Provinzial-Correspondenz" sagt, indem sie die Fortsetzung der Rüstungen Frankreichs constatirt: Preußen halte noch die Friedenshoffnung fest; doch nur eine schleunige friedliche Entscheidung der Conferenz werde der Regierung die Nothwendigkeit ersparen, Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, welche sie der Sicherheit Preußens und Deutschlands schuldet.

Wien, 8. Mai. Die „Abendpost" hat ein Telegramm aus London des Inhalts: In der Conferenz wurde ein bereits ausgearbeiteter Vertragsentwurf vorgelegt, welcher mit Ausnahme eines einzigen Artikels allgemeine Zustimmung fand. Es ist gegründete Aussicht auf baldige Verständigung.

London, 8. Mai. Die Dienstags-Conferenz ergab unter den Großmächten keine wesentliche Meinungsverschiedenheit. Die Vertagung der weitern Verhandlung erfolgte auf den Donnerstag, weil Belgien und Luxemburg ohne Instruktionen waren.

London, 8. Mai. Das Reuter'sche Bureau sagt: England zögert, die verlangte Garantie für die Neutralität Luxemburgs zu geben; Preußen wird auf diesem Punkt bestehen.

Petersburg, 8. Mai. Der Kaiser wird am 29. Mai von hier abreisen, um sich über Berlin nach Paris zu begeben; in Berlin wird er sich nur einen Tag aufhalten. Am 22. Juni wird er die Rückreise antreten und wahrscheinlich in Warschau einen längeren Aufenthalt nehmen.

Telegramme
der Neuen Würzburger Zeitung.

* **London**, 10. Mai. Nachts 1 Uhr. Im Oberhaus theilte Derby mit: Die heutige Conferenz beseitige alle Schwierigkeiten, obwohl noch nichts unterzeichnet. Der Friede sei gesichert. Unterhaus: Auf eine Interpellation von Labouchère erwidert Stanley, daß die Conferenz ein substanzielles Arrangement erzielte. Dank der Mäßigung der Hauptbetheiligten sei das Uebrige nur noch formaliter abzuthun. Englands Garantie vermehre nicht, sondern limitire die bisherigen Garantiepflichten. Conferenzschluß wahrscheinlich baldigst. Sodann resignirte Walpole.

* **London**, 9. Mai. Der „Globe" schreibt: Der Erfolg der Konferenz ist gesichert. Luxemburg bleibt bei Holland, wird neutralisirt und durch die Großmächte garantirt. Die Festung wird geschleift. Truppen im Großherzogthum werden lediglich zur Wahrung der Ordnung gestattet.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Wasser- und Dampfbad-Anstalt.

Unterzeichneter bringt in freundliche Erinnerung, daß jeden Tag von Morgens 6 Uhr bis Abends 8 Uhr **Dampfbäder**, sowie **warme Bäder** jeder Art genommen werden können. Um zahlreichen Besuch bittet

Friedrich Seisser.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl.-Met. v. 1852	65 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	59—58⅞ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	52⅛—51⅜ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	4½pCt.	38¼ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	92 P.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	91⅞ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	91½ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	80½ G.
Baden	4½pCt. Obl.	91¾ P.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	81 G.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	93 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	87 G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½pCt. Obl.	80½ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2½pCt. „ „ „	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	77⅜ P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	76¼—76 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	638—642 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	152—51½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	89 P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	192 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	103 P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	143½ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87⅜ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	106⅛ P. 105⅞ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	47⅜ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	70⅝ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	113¼ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	113 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100¼ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94¼ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94¼ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88¼ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118¼ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99⅞ P.
Paris Frs. 200 k. S.	94¼—⅜ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	89¾—⅞ G.
do. in öst. W. l. S.	89¾—⅞ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	105 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	56½ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	64⅜ P.
„ fl. 100 Eisbl. v. 1858	112¼ P.
„ do. v. 1864	66 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	95⅛—¼ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	52¼ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	139 P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	34¾ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs. Loose	—
Mailänder 45 Frs. . b. R.	—
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11⅝ P.

Frankfurt, 9. Mai. Die Börse verkehrte Angesichts der noch keineswegs geklärten Situation in fester Stimmung, ohne daß jedoch Animo oder erhebliche Kauflust vorhanden gewesen wäre. Das Geschäft war im Gegentheil sehr still und die Course fast ohne Bewegung. Unser gestriges Privattelegramm, daß England zögere (es hieß nicht, sich absolut weigere), die verlangte Neutralitätsgarantie zu geben, bestätigt sich vollkommen, indem von anderer Seite gemeldet wird, daß England die Zustimmung des Parlaments abwarten wolle und indem die „Times" heute England räth, die verlangte Garantie doch zu geben. — Die Börse ist übrigens im richtigen Instinkte, daß das europäische Gleichgewicht eben auf einer Stecknadelspitze ruht, in letzter Zeit merkwürdig hartschlägig geworden und läßt gute und schlechte Nachrichten mit gleicher Indifferenz von sich abgleiten in Erwartung einer baldigen entscheidenden Wendung der Dinge. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

k. Hof- und
1 N. Würzb. Z.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 130.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 11. Mai 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 9. Mai. Se. Majestät der König hat dem Schullehrer C. Fr. Scherer zu Nürnberg in Rücksicht auf seine mehr als 50jährigen, treu und eifrig geleisteten Dienste die Ehrenmünze des k. bayer. Ludwigsordens verliehen; vermöge allerh. offenen Dekretes d. d. München, den 7. Mai den Staatsrath i. o. D., G. v. Bomhard, zum lebenslänglichen Reichsrathe der Krone Bayern ernannt.

Die kath. Pfarrei Sendling, k. Bezirksamts München I. J., ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 1074 fl. 1 kr. in Erledigung gekommen.

München, 8. Mai. Gleich der k. sächsischen Regierung hat nunmehr auch die k. preußische Regierung ihre Behörden angewiesen, Viehtransporten aus Oesterreich den Eintritt nach Preußen zu verweigern. (B. Z.)

München, 9. Mai. Im Interesse eines sichern Vollzuges der bestehenden Vorschriften über die Rinderpest wurde die Generaldirektion der Verkehrsanstalten Seitens des k. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten beauftragt, das Eisenbahn-Stations- und Zugsbegleitungs-Personal anzuweisen, jeden Erkrankungs- oder Todesfall, der unter den mittelst der Eisenbahnen beförderten Thieren sich ergibt, nach erlangter Kenntniß sofort der nächsten Orts- oder Distriktsbehörde behufs Constatirung und Vornahme der übrigen etwa nöthigen Maßregeln anzuzeigen.

München, 8. Mai. Zum unkündbaren Stammvermögen des oberbayerischen Kreis-Creditvereines sind seit Ende Januar 4040 fl. eingezahlt werden; davon treffen auf die Stadt München 540 fl. und auf die Bezirke Traunstein 440 fl., Wasserburg 400 fl., Erding gleichfalls 400 fl., Schrobenhausen 320 fl., Dachau 260 fl., Bruck 220 fl., Schongau 200 fl., Freising 180 fl., Starnberg 160 fl., Ingolstadt 110 fl., Pfaffenhofen 120 fl., Dorfen 100 fl., Aichach 100 fl., Mühldorf 80 fl., Tölz 60 fl., ferner Miesbach, Trostberg, Burghausen und Haag je 40 fl., und endlich Ebersberg, Prien, Neumarkt, Tegernsee, Werdenfels, Rain, Moosburg und Berchtesgaden je 20 fl. — Diesem Stammvermögen steht eine sechsprozentige Reserve zur Seite. (B. Z.)

** **München,** 8. Mai. In seiner heutigen Sitzung setzte der Gesetzgebungsausschuß seine Berathungen über das 43. Hauptstück, die Zwangsversteigerung unbeweglicher Güter betreffend, fort und wurden zunächst die Art. 919—922 der Berathung unterstellt. In diesen Artikeln sind die Wirkungen der Beschlagnahme aufgestellt. Der Ausschuß nahm den Abs. 1 im Wesentlichen nach dem Referate unter Abstrich des zweiten Satzes derselben als durch Art. 922 gedeckt an. Abs. 2 beantragte der Referent zu streichen. Es entspann sich eine längere Debatte darüber, ob man dem Systeme folgen solle, daß durch die Beschlagnahme dem Schuldner die Dispositionsbefugniß entzogen werden solle oder daß der Schuldner auch noch nachher über das Gut verfügen, es verpfänden könne u. s. w., wie er wolle, daß aber, was er nach der Beschlagnahme thue, den Gläubigern, die sich am Verfahren betheiligt hätten, unnachtheilig sei. Der Ausschuß trat dem ersteren Systeme bei, strich den Abs. 2 des Entwurfes, fügte aber als Abs. 2 die Bestimmung bei, daß die Ungültigkeit einer Hypothekbestellung gegen den bona fide Erwerber nur geltend gemacht werden könne, wenn die Erwerbung nach der in Art. 918 bezeichneten Vormerkung stattgefunden habe. Abs. 3 und 4 des Art. 919, dann Art. 920, 922 fanden nach dem Entwurf Annahme. Die Art. 923 bis 925 enthalten die Bestimmungen über den Versteigerungscommissär. Zu Art. 924 lag eine neue Fassung Seitens des k. Ministerialcommissärs vor. Der Ausschuß nahm die Art. 923 und 925 nach dem Entwurfe, Art. 924 in der oben bezeichneten Fassung an. Art. 926 trifft die Bestimmungen zur Festsetzung der Versteigerung. Der Ausschuß nahm diesen Artikel im Wesentlichen nach dem Referate an, womit die Sitzung schloß.

+ **München,** 9. Mai. Von dem zu Ingolstadt garnisonirenden 10. Infanterie-Regiment (seither v. Pappenheim) ist eine Deputation von Offizieren hier eingetroffen, an deren Spitze sich der Oberst-Kommandant genannten Regiments, Hr. Graf v. Ja[n]er-Tettenweiß, befindet, um dem neuernannten Regiments-Inhaber, Sr. k. Hoh. dem Prinzen Ludwig, sich vorzustellen. — Wir berichteten vor einiger Zeit, daß hier eine Gesellschaft sich bilden wolle, welche sich mittels eines durch Aktien aufzubringenden Fonds mit Ankauf von auf der Gant befindlichen Immobilien, Discont- und anderweitigen Geldgeschäften befassen werde. Das vor einiger Zeit zusammengetretene Gründungs-Comité veröffentlicht nun eine Einladung zur Aktiensubscription behufs der Gründung einer „Bayerischen Discento- und Versicherungs-Anstalt in München", deren Zweck der Betrieb von Discont-, Contocorrent-, Cessions-, Sconto-Lombard- und Depositen-Geschäften, Errichtung von Sparkassen ist und was sonst geeignet erscheint, landwirthschaftlichen und gewerblichen Interessen zu dienen; ferner auch der Betrieb von Versicherungsgeschäften, namentlich Feuer- und Lebensversicherungen, Transport- und sogar Spiegelglas-Versicherungen. Hiezu soll ein vorläufig auf 10 Millionen Gulden festgesetztes, in 20,000 Aktien à 500 fl. zu emittirendes Aktienkapital aufgebracht werden. Man ist hier der Meinung, daß ein derartiges Unternehmen bei der projektirten Vielseitigkeit und unter geschickter Leitung sich wohl rentiren könnte, auch besteht das an der Spitze stehende Gründungs-Comité aus jedenfalls sehr ehrenwerthen, vielleicht zum Theil auch sehr reichen Persönlichkeiten (unter denen sich auch u. A. ein chargirtes Mitglied des Verwaltungrathes des hiesigen Aktientheaters befindet); bei alledem vermißt man doch die Betheiligung eines hiesigen oder auswärtigen größeren Bankierhauses oder sonst irgend einer Finanzgröße, was der Lust zur Betheiligung, sowie dem gesicherten Bestehen eines solchen Unternehmens doch wesentlich dienen würde.

H **München,** 8. Mai. Am 7. Mai ist Se. Maj. der König Otto von Griechenland zum Badgebrauch nach Böhmen abgereist. — Dem Verein zur Errichtung eines Denkmals für Hans Sachs in Nürnberg wurde dem Vernehmen nach die Bewilligung ertheilt, in öffentlichen Blättern zu freiwilligen Gaben für genannten Zweck einzuladen. — In Zweibrücken hat sich ein Zweigverein des allgemeinen Invaliden-Unterstützungsfonds gebildet. Derselbe zählt bereits 310 Mitglieder mit 1264 fl. einmaligen und 292 fl. 45 kr. jährlichen Beiträgen. — Bei dem am 27. April in der Nähe des Nürnberger Staats-Eisenbahnhofs erfolgten Zusammenstoß zweier Güterzüge wurden zwei Bremser nicht unbedeutend verletzt. Dem einen von ihnen mußte jetzt der linke Fuß abgenommen werden. — In München sind in der vorigen Woche 18 Blattern-Erkrankungen angemeldet worden. In gleichem Zeitraum sind 19 Diebstähle, meist geringen Betrags verübt worden. Die Diebe sind fast sämmtlich ergriffen.

= **München,** 9. Mai. S. k. Hoheit Prinz Otto wird künftigen Samstag von seiner Reise nach Italien hieher zurückkehren. — Ihre Majestät die Königin-Mutter wird kommenden Montag von Darmstadt wieder hier eintreffen. — Am 1. d. M. ist von den Verkehrsanstalten ein Tarif erschienen, welcher die direkte Beförderung von Gütern, Fahrzeugen, außergewöhnlichen Gegenständen und Leichen zwischen Stationen den k. Bayr. und Großherzogl. Badischen-Staatsbahnen über den Anschluß Würzburg und respekt. via Lindau-Constanz behandelt, und bedeutende Erleichterungen erzielt. — Deßgleichen wurde eine Instruktion erlassen über die Vertheilung des Transport-Materials bei den k. Staatseisenbahnen, nach welcher unter Anderm die einzelnen Stationen angewiesen werden, tägliche Rapporte über den Stand des Materials an Gütern und Wägen einzusenden, wodurch sich die rascheste Beförderung erwarten läßt.

= Das k. Staatsministerium des Innern hat unterm 8. ds. eine Entschließung erlassen, wornach die von verschiedenen Seiten gestellten Anträge, wegen der in Oesterreich herrschenden Rinderpest die Einfuhr von Thieren und thierischen Rohstoffen aus diesem Lande zu verbieten und die Grenze durch Ziehung eines Militärkordons abzuschließen, als unthunlich erklärt wird. Die Nachtheile, welche ein Einfuhrverbot sowohl im Allgemeinen durch die Vertheuerung des Fleisches, als speziell für viele Fabriken und Gewerbe durch Entziehung der ihnen unentbehrlichen Rohstoffe entstehen würden, seien zu groß, als daß ihnen gegenüber der durch die Rinderpest zu befürchtende Schaden in Betracht kommen könne, wenn die Seuche immer

rasch unterdrückt wird. Die militärische Besetzung der Grenze aber würde, abgesehen von der Frage ihrer Ausführbarkeit, der Staatskasse einen unabsehbaren Aufwand verursachen und überdieß durch die dermaligen thatsächlichen Verhältnisse nicht begründet sein, da die Rinderpest nurmehr in Ungarn und Galizien herrscht, in Niederösterreich nur noch zwei Gemeinden in Beobachtung sich befinden, sohin sämmtliche an Bayern unmittelbar angrenzende Provinzen Oesterreichs seuchefrei sind.

Fürth, 6. Mai. Medizinalrath Dr. Mair in Ansbach, früher Gerichtsarzt dahier, hat, in Anerkennung seines segensreichen Wirkens in Fürth, von den hiesigen Gemeinde-Collegien Dankadressen erhalten. — Unsere Stadt vergrößert und verschönert sich immer mehr. Namentlich wird der Platz vor dem neuen Staatsbahnhofgebäude mit seinen Anlagen bald einen sehr erfreulichen Anblick gewähren. Im Ganzen sind über zwanzig Neubauten in diesem Frühjahre hier in Angriff genommen. (B. Z.)

Canstatt, 5. Mai. Heute fand hier eine ungemein zahlreich besuchte Versammlung der württembergischen Arbeitervereine statt. Es waren vertreten die Vereine von Aalen, Göppingen, Heidenheim, Reutlingen, Biberach, Geislingen, Cannstatt, Isny, Rottweil, Ulm, Vaihingen, Hall, Heilbronn und Eßlingen. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein Bericht über die Agitation, welche die württembergischen Arbeiterbildungsvereine für Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts einleiteten. Nach diesem Berichte zählt die Arbeiterpetition in dieser Richtung 7120 Unterschriften. Hierauf spricht sich die Versammlung dahin aus, die Schaffung eines allgemeinen deutschen Staatsbürgerrechts sei für den Arbeiterstand nothwendig, und solle dasselbe baldigst eingeführt werden. Auch für die Einführung eines Genossenschaftsgesetzes spricht sich die Versammlung Angesichts des erfreulichen Aufschwungs, den das Genossenschaftswesen in Württemberg nimmt, als unabweisbare Nothwendigkeit aus. Schließlich nahm die Versammlung noch folgende Resolution an: „Die Landesversammlung der württembergischen Arbeiterbildungsvereine schließt sich der Adresse der Berliner Arbeitervereine an die französischen Arbeiter an und spricht aus, daß ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ein Verbrechen wäre gegen die Cultur unseres Jahrhunderts; daß ein solcher Krieg unmöglich ist, wenn man auf beiden Seiten die Rechte und Ehre des andern Theils achtet; daß es die Aufgabe des französischen und deutschen Volkes ist, in friedlichem Wettkampf der Arbeit und Bildung die Freiheit und die Wohlfahrt in Europa zu fördern und zu erhalten. — Wir fordern die andern deutschen Brudervereine auf, sich dieser Kundgebung anzuschließen.“ (Fr. J.)

Berlin, 7. Mai. Abgeordnetenhaus. (Fortsetzung der gestrigen Debatte.) Haym: Die Verfassung, wie sie vorliege, befriedige ihn nicht; wäre sie aber auch noch schlechter, als sie ist, so würde er sie doch mit Freuden annehmen. (Gegen die Linke gewendet:) Worauf gründen Sie, m. H., denn Ihren Widerspruch? Sind Sie im Stande, einen Krieg zu führen? Können Sie etwa die gegebenen Machtverhältnisse abwägen und die diplomatischen Verhandlungen leiten? Sie hängen aber, ich gebe das zu, mit Aufrichtigkeit an den idealen Rechten des Volkes. Nun wohl, so stellen Sie sich auf den Boden der Thatsachen und suchen Sie von diesem allein möglichen Boden aus diese Rechte, so weit es erreichbar ist, lebendig zu machen und zur Geltung zu bringen. Jenseits des Rheins spekulirt man auf nichts mehr, als auf unsere Unfertigkeit. Zum Schutze des Vaterlandes würde ich mir eine Diktatur gefallen lassen. Bringen wir unser Werk rasch zum Abschlusse und sagen wir: „Hony soit qui mal y pense“, und sagen wir ferner mit dem Manne, dem es, nachdem er schon in Frankfurt mitgetagt, vergönnt war, dieses Werk zum Abschlusse zu bringen: „Dies ist unser Werk, so lasset uns sprechen und so es behaupten.“ Virchow kommt zunächst auf die auswärtige Politik Preußens und speziell auf diejenige des Grafen Bismarck zurück, wobei er auch die Person des Königs in die Debatte ziehen will, was ihm vom Präsidenten verwiesen wird. Redner geht hierauf auf eine Kritik der Verfassung, hauptsächlich auf den finanziellen Theil derselben, ein, der ihm sehr unklar erscheint. Man verweise auf die auswärtige Lage; aber was sei diese auswärtige Lage denn Anderes, als eine Konsequenz der von der Opposition immer bekämpften auswärtigen Politik? Wenn man den deutschen Bund auflöst und niederländische Gebietstheile rechtlos hinauswirft, kann man sich dann darüber wundern, wenn Holland sich in anderer Weise zu sichern sucht? Eine Bürgschaft für den Frieden liege nur in der Theilnahme des Volkes selbst, in der Ordnung seiner Angelegenheiten und Geschicke. Ueberlasse man zu viel dem Ehrgeize der Minister, so kommen die Empfindlichkeiten der Kabinette in Reibung und daraus folgt der Krieg. Das preußische, das deutsche Volk werde seine Rechte schon wieder finden, aber diese Reichsverfassung sei nicht der Boden dazu, wie denn überhaupt in dieser Reichsverfassung nur Das das Beste, daß sie keinen Eid auf sich selbst enthalte. Wagener: Welche Volksrechte gehen denn verloren? Auch nicht ein einziges! Man bewegt sich da in einer Phrase, die nicht mehr zieht. Nichts ist verloren gegangen, als die Autorität der Fortschrittsjunker. Glauben Sie, es werde uns etwa nicht auch schwer, uns der Verfassung mit dem Einkammersystem anzubequemen und das schwarz-weiße Banner aufzugeben, unter dem wir so lange gekämpft? Wenn wir es aber dennoch thun, so geschieht es eben nur, weil wir zuerst Preußen und Deutsche und erst dann Parteimänner sind. Sie aber, meine Herren, sind weder preußische, noch deutsche Patrioten, sondern nur Parteimänner. Präsident: Eine solche Beschuldigung, gegen eine bestimmte Partei dieses Hauses gerichtet, halte ich nicht für parlamentarisch. Wagener: Sehen Sie doch nur auf diejenigen Herren, die sich von Ihnen getrennt haben, und die Sie deshalb um so heftiger angreifen; sie sind gewiß nicht schlechter als Sie, nur sind sie ein ganz Theil klüger. Sie haben gelernt, daß man sich nicht neben die Thatsachen stellen darf, und sie wollten darum nicht eine Stellung als bloße parlamentarische Kopffechter einnehmen. Präsident: Das will ich allenfalls erlauben. Wagener: Wenn Sie sich und Ihre Partei noch immer als die alleinigen Inhaber der Volksrechte geriren wollen, wer wird Ihnen glauben? Sie fürchten nur die Konsequenzen des allgemeinen Wahlrechts. Sie fürchten, daß in Folge dieses Wahlrechts die Plätze auch dieses Hauses einmal anders besetzt werden könnten, als sie es jetzt sind. Im Einkammersystem, im allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechte läge eine Schmälerung der Volksrechte? Wer wird das, was Sie da alles sagen, glauben? Sie sprachen auch von der auswärtigen Lage. Eine Bedrohung des Auslandes ist der norddeutsche Bund gewiß nicht. Allerdings aber ist der Bund ein Anfang, um Deutschland groß, mächtig und gefürchtet zu machen. Was jedoch würde das für Deutschland sein, was Sie zu Stande brächten? Es würde eine komische Figur sein und bleiben. Kosch: Sein Eid auf die Verfassung gestatte ihm nicht, die Rechte der preußischen Verfassung aufzugeben. (Bravo! links.) v. Unruh: Der Reichstag sei berufen worden von einer siegreichen Regierung, an eine Erweiterung der Volksrechte sei deshalb nicht zu denken gewesen. Die Opposition habe sich deßhalb im Reichstage darauf beschränken müssen, dafür zu sorgen, daß kein wesentliches der vorhandenen Volks- und Verfassungsrechte verloren ginge. Und das sei auch vollkommen erreicht worden; alle gegentheiligen Behauptungen seien absolut unbegründet. Warum spreche man nicht auch von den Vorzügen der Reichsverfassung? Das Einkammersystem, das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht, die Gründung einer deutschen Marine, die Zusammenfassung der Heereskraft, die Freizügigkeit, das allgemeine deutsche Bürgerrecht u. s. w., sei das Alles kein Vorzug? Die Verfassung sei der Anfang einer unblutigen Mediatisirung der Kleinstaaten. Verlange der Abgeordnete Waldeck weitere Annexionen, so übersehe er, daß dadurch der sonst wohl gewisse Beitritt Süddeutschlands unmöglich gemacht würde. Schulze: Nur ohne Schädigung der Volksrechte haben wir in den neuen Bund eintreten wollen, so haben wir in der Adresse gesagt, die wir beim Anfange der vorigen Session an die Krone gerichtet haben. Auf diesem Standpunkte stehen wir noch, müssen wir stehen bleiben. v. Gerlach (Gardelegen; es verbreitet sich Heiterkeit in dem ganzen Hause): Es ist durch Beschluß des Obertribunals festgestellt, daß in diesem Hause jemand wegen seiner Aeußerungen strafrechtlich verfolgt werden kann; das ist in dem Entwurfe nicht der Fall. Das ist ein Mangel in der Verfassung. Dagegen freut es mich, daß die Verfassung nichts von den Grundrechten enthält; man hat sicherlich nur mit konkreten Menschen zu thun, und abstrakte Menschen gibt es nicht mehr, seitdem die Kinder nicht mehr vom Klapperstorch gebracht werden. Das allgemeine gleiche Wahlrecht gefällt mir dagegen wieder nicht; soll ein Rittergutsbesitzerskopf nicht mehr zählen als ein Bauernkopf? Dann hat auch jener englische Schriftsteller Recht, welcher dasselbe Recht auch jedem Frauenzimmerkopf ertheilt wissen will. Daß die Frauen Köpfe haben, werden Sie doch wohl zugeben. Man sagt nun, die Nichtgewährung von Diäten sei ein Correktiv dieses allgemeinen gleichen Wahlrechts. Im Allgemeinen mag dies auch wahr sein, aber am Ende ist es doch, als ob man Pflaumenmuß und Rhabarber miteinander vermischte. Der bittere Beigeschmack wird immer bleiben. Wenn ich gleichwohl für die Verfassung stimme, so geschieht es deßhalb, weil ich das Regiment meines Königs von Gottes Gnaden stützen und unterstützen will. Michelis: Die preußische Verfassung enthält, wenn sie auch noch nicht ausgebildet ist, doch alle Keime einer wirklichen Verfassung; diese Keime enthält die Bundesverfassung aber nicht. Wird diese Verfassung angenommen, so wird sich das Bild von den sieben mageren pharaonischen Kühen wiederholen. Die Bundesverfassung wird die Rechte der preußischen Verfassung aufzehren, ohne daß sie selbst dadurch besser wird. Ich

habe, wenn ich auch katholischer Priester bin, keine ultramontanen Gesinnungen. Handelte es sich darüber abzustimmen, ob der König von Preußen Kaiser von Deutschland werden soll, ich würde mit Freuden Ja sagen. Es handelt sich hier um eine Zerreißung Deutschlands, die von dem französischen Imperatorenthum immer gewünscht worden ist. Die Folge davon ist, daß bereits die über Luxemburg wehende Bundesfahne wird eingezogen werden müssen. Die von Wagener im Reichstage vom Volke gegebene Definition gehe dahin, daß das Volk nur seinem Herzen und Magen folge, also keinen Verstand habe. Jene Partei scheine jetzt wirklich dem Volke nur so etwas in den Rachen werfen zu wollen. (Große Unruhe.) Der Präsident verweist dem Redner solche Ausdrücke. Michelis: Die norddeutsche Verfassung ist nur unter Verleugnung des Geschichtlichen und Christlichen zu Stande gekommen. Ich habe eine große Idee von dem, was Deutschland sein soll. (Gelächter.) Ich bedauere es, daß Sie, m. H., für eine sittliche Idee nur Gelächter haben. (Große Unruhe.) Der Präsident verweist den Redner abermals zur Ordnung. Michelis: Dann muß ich aber auch bitten, daß man nicht lache. Wagener: Ich habe im Reichstage nur gesagt, daß die großen Interessen des Volkes geleitet würden von dem Herzen und dem Magen; davon, daß das Volk unvernünftig wäre, habe ich nichts gesagt, was übrigens nicht ausschließt, daß es mir wohl bekannt gewesen, daß einzelne Personen zuweilen unvernünftig sein mögen. (Gelächter.) Es folgen noch persönliche Bemerkungen zwischen Waldeck und v. Unruh, worauf das Haus sich bis morgen vertagt.

Berlin, 9. Mai. Das Abgeordnetenhaus nahm heute den Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Zinsbeschränkungen im Hypothekenverkehre an. — Am 29. Mai findet die Schlußberathung über den heute von Aßmann und Genossen eingebrachten Antrag statt: zu erklären, daß die unter Verantwortlichkeit des Justizministers vorgenommene Versetzung des Stader Vicepräsidenten Oberg nach Ratibor Gesetz und Verfassung verletze. — Die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs wird am 31. Mai stattfinden.

Bremen, 8. Mai. Auf Antrag des Senates genehmigte die Bürgerschaft soeben einstimmig, ohne Diskussion, die Verfassung des Norddeutschen Bundes.

Wien, 8. Mai. An der Spitze ihres „amtlichen Theiles“ bringt heute nun auch die „Wiener Zeitung“ die Liste der neuernannten Herrenhausmitglieder. Es heißt in der bezüglichen Veröffentlichung: der Kaiser hat die erbliche Reichsrathswürde dem Prinzen Wilhelm Karl August von Schaumburg-Lippe, dem Kämmerer Alphons Seraphin Fürsten von Porcia, dem Kämmerer Alfred Herzog von Beaufort-Spontin und dem Geheimrathe Otto Grafen von und zu Fünfkirchen verliehen; ferner als Mitglieder auf Lebensdauer in das Herrenhaus des Reichsrathes berufen: den Regierungsrath und Universitätsprofessor Dr. Ludwig Arndts; den Kämmerer Vincenz Christian Fürsten Auersperg; den Geheimrath und Gesandten Gustav Grafen Blome; den Grafen Ferdinand von Consolati; den Fürsten Konstantin Czartoryski; den Freiherrn Anton v. Doblhoff-Dier; den Geheimrath und Feldmarschall-Lieutenant Ludwig Freiherrn v. Gablenz; den Geheimrath und Oberstlandmarschall in Böhmen, Edmund Grafen Hartig; den Hofrath und Universitäts-Professor Dr. Leopold Hasner Ritter v. Artha; den Geheimrath und Staatsrath Karl Freiherrn v. Hock; den Geheimrath und Kriegsminister Feldmarschall-Lieutenant Franz Xaver Freiherrn v. John; den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften, Dr. Theodor v. Karajan; den Geheimrath und Feldmarschall-Lieutenant Alexander Grafen Mensdorff-Pouilly; den Geheimrath und Präsidenten des Obersten Rechnungshofes, Franz Grafen Mercandin; den Kämmerer Wladimir Grafen Mittrowsky v. Mittrowitz; den Geheimrath und Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, Anton Ritter v. Schmerling; den Vice-Admiral Wilh. v. Tegetthoff; den Geheimrath und Gesandten Joseph Freiherrn v. Werner; den Geheimrath Rudolph Eugen Grafen v. Wrbna und Freudenthal; den Geheimrath und Vice-Admiral Bernhard Freiherrn v. Wüllerstorff Urbair.“

London, 7. Mai. Der Demonstration im Hyde Park ist nichts in den Weg gestellt worden, und daher ist sie ohne jegliche Ruhestörung abgelaufen. Die Tausende ängstlicher Patrioten aus der Bourgeoisie, die sich als Specialconstabler hatten einschwören lassen, verdienen aufrichtiges Mitleid für ihre verlorene Liebesmüh'; die Volksmassen verhielten sich so anständig und friedlich, daß nicht einmal die ordentliche, viel weniger die außerordentliche Polizei ihren Arm zur Wahrung der Majestät des Gesetzes auszustrecken brauchte. Auch das vorsorglich in den Kasernen consignirte Militär fand keine Beschäftigung. Der Park, in glänzendem Sonnenscheine und im prächtigsten Frühlingsschmucke, lag noch um drei oder vier Uhr in tiefer Ruhe da, denn wenn auch vielleicht ein paar Tausende von Spaziergängern sich über seine weite Fläche hin vertheilten, so vermochten diese doch nicht, ihm den Anschein des wogenden Lebens zu geben, welches einige Stunden später in ihm pulsirte. Als gegen sechs Uhr, mit lauten und anhaltenden Begrüßungen bewillkommnet, Herr Beales, der Präsident der Liga, mit dem O'Donoghue und dem Obersten Dickson den Park betrat, war die Menge schon auf viele Zehntausende angeschwollen. Die Warnungen der Zeitungen vor der Theilnahme an der Versammlung haben also wenig gefruchtet. Da nach ähnlicher Gelegenheit erbitterte Streitigkeiten über die Kopfzahl der Anwesenden geführt worden sind, so vermeiden wir die Gefahr, indem wir die niedrige Schätzung der „Times,“ 40- bis 50,000, und die hohe der „Daily News,“ 100- bis 150,000, angeben; der Leser möge je nach seiner Neigung die eine oder die andere, oder aber das Mittel zwischen beiden annehmen. Eine Zahl aber steht fest: die der Rednerbühnen, deren zehn waren, und zwar in der bescheidenen Gestalt von Bänken. Die Bedauernswerthen, welche es unternahmen, die wohlbekannten Ansichten der Reformliga dem Publikum vorzuführen und die Resolutionen (die sich jeder Leser mit leichter Mühe selbst construiren kann) zu motiviren, mußten ihre Stimme bis zum Aeußersten anstrengen, um nur in dem Umkreise weniger Schritte das Gesumme zu übertönen, welches von einer großen, wenn auch verhältnißmäßig ruhigen Menschenmenge unzertrennlich ist. Getreulich aber pflanzte sich von dem kleinen Cirkel aus, dem die Worte der Redner noch verständlich ans Ohr schlugen, bei den eindringlicheren Stellen das Beifallrufen und Klatschen in concentrischen Kreisen weit in die Menge hinein fort und riß oft vollständig unmotivirt die angränzenden Theile fremder, einem anderen Wortführer zu lauschen versuchender Zuhörersphären mit fort. Ehe jede „Sphäre“ sich in ihre Elemente auflöste, brachte sie drei Hochs auf die Königin, auf John Bright und auf Gladstone; eine erlaubte sich den Scherz, drei Lachsalven für die Special-Constabler hinzuzufügen. Beales, der O'Donoghue und Oberst Dickson gaben das lobenswerthe Beispiel, schon um 7¼ Uhr den Heimweg anzutreten; sie wurden von einer dichten Menschenmenge escortirt, deren Enthusiasmus sie fast mit Schaden an Leib und Leben bedrohte. Allerdings blieben wider Verabredung noch viele Redner und Hörer bis zum Einbruche der Dunkelheit; doch gelang es den von der Liga angestellten Ordnern, die Ruhe völlig aufrecht zu halten, und ohne jeglichen Auflauf, ohne widrigen Zwischenfall wurde der Park schließlich geräumt. Noch wissen uns die Chroniken nur von fünf bis sechs Fällen zu erzählen, in denen die Polizei sich einzuschreiten genöthigt sah: drei oder vier Taschendiebe und zwei Vagabunden, die sich des öffentlichen Spielens um Geld schuldig gemacht hatten, wurden kurzer Hand in Sicherheit gebracht, wobei die Mitglieder der Liga der Polizei behülflich waren. Die große politische Demonstration im Hyde Park war ruhiger und friedlicher abgelaufen, als etwa ein Feiertags-Vergnügen im Krystall-Palaste. (K. Z.)

Die Nachrichten aus **Montevideo,** vom 29. März, melden, daß in Paraguay alle Kräfte der Nation auf Fortsetzung des Krieges verwandt werden. Man gießt dort Kanonen und Kanonenkugeln, man fabrizirt Pulver. Durch ein Dekret des Marschalls Lopez sind Preise von 50, 25 und 10,000 Fr. ausgesetzt zu Gunsten Derer, die die Baumwollenkultur am wirksamsten fördern. Es ist eine Staatsmanufaktur errichtet worden, um die Faserstoffe der Caraguata, der Palmen und der Kokospalmen zu spinnen, damit Kleidungsstücke für die Truppen beschafft werden. Ein anderes Dekret des Marschalls Lopez bringt zur Kenntniß, daß die Ein- und Ausfuhrzölle beiderseits zwischen Bolivia und Paraguay ganz aufgehoben worden sind, welche jetzt durch die brasilianische Provinz Matto-Grosso, die seit Anfang des Krieges von paraguitischen Truppen besetzt ist, mit einander in Verbindung stehen. Ein Contingent von 200 Mann, welches die argentinische Provinz Salle zur verbündeten Armee absandte, hat sich an Bord des Dampfschiffes „Chacabuco“ empört. Die Rebellen haben sich der Waffen und der Munition des Schiffes bemächtigt und sind in Tun Chaco desertirt, um in die Reihen der Empörer einzutreten. — Aus Buenos-Ayres, 24. März, schreibt man dem „Moniteur“, daß die in den Westprovinzen des argentinischen Bundes ausgebrochenen Unruhen damals noch nicht völlig beigelegt waren. General Paunero, der die Empörung dämpfen soll, rückt nur langsam vorwärts. Er soll jedoch, nachdem er Verstärkung an Cavallerie erhalten hat, Rio Quarto verlassen, wo er stehen geblieben war, um nach San Louis zu marschiren und sich dort mit Oberst Conesa zu vereinigen. Trotz dieser Verzögerungen, über die man sich in diesen ausgedehnten Landstrecken nicht wundern darf, zog man nicht in Zweifel, daß dieser General sich bald zum Herrn eines Ausstandes machen werde, der ohnehin keinen Boden gewann. Die militärischen Operationen gegen Paraguay zogen sich in die Länge. Die Offensivbewegung der brasilianischen Armee, die für den Monat März angezeigt worden war, fand nicht statt. Es scheint jedoch, als ob die Alliirten, welche viel von den nächtlichen Ausfällen der Paraguiten und von dem längeren Verweilen in jenen sumpfigen Niederungen zu leiden hatten, sich ernstlich anschickten, aus ihrer Unthätigkeit herauszutreten. Marschall Caxias, der Oberkommandant des

Expeditionskorps, wartet, um die Offensive zu ergreifen, nur noch auf das Eintreffen des Generals Osorio, der neue Mannschaften herbeiführt. Ueber den Zustand der paraguitischen Armee, die ebenso mitgenommen sein soll, wie die der Allürten, fehlen die Mittheilungen. Indeß verrieth der Widerstand, den General Lopez den Anstrengungen seiner Feinde entgegenstellte, noch keine Spur von Entmuthigung oder Schwäche.

Neueres.

Darmstadt, 9. Mai. Die zweite Kammer hat eine Anleihe von 1,900,000 fl. für die an Preußen zu entrichtende Kriegskostencontribution genehmigt.

Berlin, 9. Mai. Am 29. Mai soll die Schlußberathung über den heute eingebrachten Antrag Aßmanns stattfinden, welcher erklärt: Die unter Verantwortlichkeit des Justizministers vorgenommene Versetzung des Vicepräsidenten Oberg von Stade nach Ratibor verletzt Gesetz und Verfassung. Die zweite Lesung des Bundesverfassungs-Entwurfs findet am 31. Mai statt.

Berlin, 9. Mai. England hat sich mit der Uebernahme der Garantie wegen Luxemburgs zwar zuletzt einverstanden erklärt, aber anscheinend in einiger Maßen begränztem Umfange. Am Vorabende der Conferenz war constatirt, daß für den Fall des allseitigen Einverständnisses zu Gunsten der Vereinigung Luxemburgs mit Belgien der König von Holland in der Voraussetzung einer Geldentschädigung keine Einwendung dagegen haben würde. Belgien sollte 12 Mill. Fr. dafür zahlen wollen, territoriale Compensationen dagegen bestimmt abgelehnt haben. Preußen hatte Bedenken, unter Anderem wegen des Zollvereins-Interesses. Rußlands Ansicht war auf zuverlässige Weise nicht festgestellt.

Agram, 8. Mai. Im Neuner-Comite wurde an die Stelle des üheren Hofkanzlers Mazuranic Baron Hellenbach zum Obmann der Adreßkommission gewählt. Hellenbach soll, wie verlautet, dem Landtage einen neuen vermittelnden Antrag vorlegen. Jedenfalls werden dem Landtage zwei neue Entwürfe vorgelegt werden.

Paris, 9. Mai. Der gestrige „Abend-Moniteur" schreibt in seinem Wochenbulletin: Die konstitutionelle Reorganisirung des Kaiserthums Oesterreich geht mit großen Schritten vorwärts. Man könne von nun an die Stellung bezüglich Ungarns und der kaiserlichen Regierung als geregelt betrachten. Die kroatische Frage müsse desgleichen eine rasche Lösung erhalten. Der kroatische Landtag ist seit 1. Mai in Agram versammelt, und müsse sich über die Natur der Beziehungen zu Ungarn aussprechen. Das k. Reskript begründe wichtige, im Principe den Kroaten zugestandene Konzessionen, deren autonome Rechte gesichert seien. Die Stadt Fiume habe ihre Vertreter in den Landtag nach Agram senden müssen, es sei dies eine Genugthuung, für welche sich Kroatien, Dalmatien und Slavonien sehr empfänglich zeigen. Dennoch wünscht die kaiserliche Regierung, indem sie den partikularistischen Ideen dieser Länder einen weiten Spielraum gewährt, nicht die Bande zwischen ihnen und Ungarn zu zerreißen und hat Abgeordnete des Agramer Landtages zu einer außerordentlichen Sitzung nach Pest berufen.

Florenz, 8. Mai. In der heutigen Kammersitzung sagte Ministerpräsident Rattazzi, die Großmächte hätten beschlossen, Italien zur Londoner Konferenz zuzulassen als ein Element der Ordnung und des Friedens Europa's. Rattazzi verlas ferner einen Brief des Königs, worin dieser sagt, er halte es für seine Pflicht, mit dem Beispiel der Sparsamkeit in Zeiten finanzieller Bedrängniß voranzugehen. Demgemäß verzichte er auf jährlich 4 Millionen von seiner Dotation. (Lebhafter Beifall.) Der König hofft, daß alle Zweige der Staatsverwaltung seinem Beispiel folgen werden. Die Kammer beauftragte eine Anordnung, dem König hiefür zu danken.

London, 9. Mai. „Times", „Post", „Herald" halten das Resultat der Conferenz für gesichert; die beiden erstgenannten Journale sprechen sich für, „Daily-News" gegen die Betheiligung Englands an der Collectivgarantie aus.

London, 9. Mai. „Reuters Office" meldet, daß in der heute abgehaltenen zweiten Conferenzsitzung, welche um 1 Uhr begann, England zu Gunsten der europäischen Garantie für die Neutralisation Luxemburgs sich erklärte. Der Friede scheint somit gesichert. Der Termin für den Abmarsch der preußischen Truppen und die Abtragung der Festung Luxemburg soll in der nächsten Sitzung bestimmt werden.

Petersburg, 8. Mai. Nachrichten aus Central-Asien zufolge ist der Emir von Buchara nach Samarkand abgegangen, da derselbe die Ankunft der Russen befürchtet. Der Emir errichtet Festungen und lud Engländer zur Organisirung seiner Armee ein. Der Emir hat die Beziehungen mit den russischen Autoritäten abgebrochen. Die Beziehungen Rußlands zum Khan von Kokan sind außerordentlich freundschaftlich.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 21	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	65 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$61\frac{1}{4}$—$\frac{3}{4}$ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$53\frac{3}{4}$—$\frac{1}{2}$ G.
„	6pCt. Metall. Obligat.	—
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$35\frac{1}{4}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$92\frac{7}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	93 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$88\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$88\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$92\frac{1}{8}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$92\frac{1}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	81 G
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b Rothsch.	—
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$98\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$87\frac{1}{2}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$80\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
N.Amerika	6pCt. à 100 Dr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$78\frac{3}{4}$ P.
„	6pCt. ditto v. 1882	$77\frac{3}{8}$—$\frac{1}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$125\frac{1}{2}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	657 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	161—$62\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	89 G.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	194 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	319 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$145\frac{3}{8}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$87\frac{3}{4}$ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	106 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$47\frac{3}{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$113\frac{7}{8}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{4}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$91\frac{1}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{1}{8}$ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$91\frac{1}{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{1}{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{4}$—$\frac{3}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$91\frac{3}{8}$ G.
do. in öst. W. k. S.	$91\frac{1}{4}$ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	109 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	60 P. $59\frac{1}{4}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	67—68 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	115 G.
„ do. v. 1864	$72\frac{1}{4}$—72 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$96\frac{7}{8}$—$97\frac{1}{8}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	$52\frac{1}{4}$ P.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 G
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$139\frac{1}{4}$ P
„ fl. 25 do.	
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$34\frac{3}{4}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. . . b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$11\frac{1}{2}$ G.

Frankfurt, 10. Mai. Nach einem kleinen Vorspiele in der Effektensocietät von gestern Abend kam heute, wie nach der Physiognomie der Politik vorauszusehen war, eine große und entscheidende Hausse endlich zum Durchbruch. Die Contremine hat Angesichts des in Aussicht gestellten europäischen Friedensconcertes den Kampf aufgegeben und siedelt mit Sack und Pack in das bisherigen Feindes Lager über. Es war ein allgemeines Sauve qui peut. Sämmtliche Effekten hoben sich um mehrere Prozent, Mobilier um 10 fl. Die Hitze war so groß, daß — als Berlin nicht in gleichem Tempo mitrannte — eine kleine Abkühlung eintrat. Gegen den Schluß hin befestigte sich die Haltung wieder vollkommen. Nur Süddeutsche blieben im Verhältniß noch sehr zurück. Sie werden wohl ihren Lauf in den nächsten Tagen beginnen. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 131-32.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 13. Mai 1867.

Gesetzlichkeit und Freiheit.

= Die schlimmen Zustände in Bezug auf öffentliche Sicherheit haben während der letzten Monate vielfach Stoff geliefert nicht nur zu ernstlichen Klagen, sondern auch zu gründlichen Erörterungen über ihre Ursachen und zu Vorschlägen, wie ihnen abzuhelfen sei. Man hat theils mit Grund theils mit Ungrund die neue Gesetzgebung, welche die Polizei und ihre Organe lahm gelegt habe, oder die materielle Richtung unserer Zeit, welche auf reichen, gleichviel ob recht- oder unrechtmäßigen Erwerb- und auf Genußsucht abziele, dafür haftbar gemacht; man hat auf die mangelhafte Erziehung in der Familie und in der Schule hingewiesen, als welche es verabsäume, den Sinn für Recht und Gesetz schon in den jugendlichen Gemüthern zu festigen. Der Zweck dieser Zeilen ist nicht, solche Untersuchungen weiter zu führen oder neue Vorschläge zu machen, sie wollen lediglich konstatiren, daß allerdings der Sinn für Gesetzlichkeit und das Interesse an der staatlichen Ordnung bei uns in weiten Schichten der Gesellschaft — und leider nicht blos in deren unteren Kreisen — noch sehr im Argen liegt. In der vorigen Woche sind allein in den Kreisen Ober- und Niederbayern fünf Fälle von Widersetzung gegen die Gensdarmerie vorgekommen. Wenn man weiß, wie eingeschränkt die Befugnisse der Sicherheitsorgane jetzt sind und wie vorsichtigen Gebrauch dieselben auch von ihnen machen, so darf man ohne weitere Vergewisserung annehmen, daß es hiebei regelmäßig um eine direkte Auflehnung gegen das Recht und gegen die staatliche Ordnung sich gehandelt hat. Dieses Widerstreben gegen das Gesetz und seine bestellten Wächter, dieses Widerstreben, welches nicht blos bei den Uebelthätern selbst, sondern beinahe häufiger noch theils aus Unverstand, aus schlimm angebrachtem Mitleid mit den Verfolgten, theils aus althergebrachtem Vorurtheil gegen die Polizei-Vollzieher auch bei ordentlichen, unbetheiligten Personen hervortritt, dieses Bestreben ist aber ein sehr bemerkenswerthes Zeichen von Mangel an Verständniß für das, was die Grundlage ist jedes staatlichen Organismus, jedes geordneten Zusammenlebens; ein Zeichen von Mangel an Unterordnung und Gehorsam gegen das Gesetz und seine Diener. In dem freiesten Lande der Welt, in England, tritt der Konstabler ohne Waffe mitten in den aufgeregtesten Haufen und findet nicht nur Gehorsam, sondern noch Unterstützung, wenn er ihrer bedarf; bei uns legt man den Vollzugsorganen möglichst viele Hindernisse in den Weg, und es ist vorgekommen, daß ein auf der That ertappter Dieb, der aber geschwind eine Ausrede zur Hand hatte, von sonst rechtlichen Männern vor der Arretirung beschützt wurde. Das englische Volk fühlt sich frei, weil es selbst unter das Gesetz sich beugt; viele der Klagen, welche bei uns noch geführt werden, entspringen aber der Widerspruchssucht, die von Vielen für Freiheitsdrang gehalten wird. Der freieste Mann ist allerdings der, der nach Niemanden zu fragen hat; aber nur der hat nach Niemanden zu fragen, der dem die Rechte Aller schirmenden Gesetze sich unterwirft.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 10. Mai. Se. Majestät der König hat dem geheimen Hausarchivar und ordentl. Professor an der hiesigen k. Universität Dr. J. M. Söltl in wohlgefälliger Anerkennung seiner eifrigen Dienstleistungen und seiner loyalen Haltung den Titel eines k. geheimen Hofrathes tax- und stempelfrei verliehen.

Se. Maj. der König hat dem k. Staatsrathe i. o. D. und lebenslänglichen Reichsrathe der Krone Bayern, E. v. Bombard, das Großkreuz des Verdienstordens vom h. Michael und dem k. Staatsrathe i. a. o. D., Dr. M. A. v. Schilcher, das Großcomthurkreuz des Verdienstordens der bayer. Krone verliehen; auf das im Forstamte Kulmbach in Erledigung gekommene Revier Neuensorg den Revierförster Fr. Wagner zu Falkenberg auf sein Ansuchen in gl. Diensteseigenschaft versetzt und auf dessen Stelle den dermaligen Aktuar des Forstamtes Kemnath, Fr. Aign, zum prov. Revierförster nach Falkenberg, Forstamts Tirschenreuth, ernannt; den Landgerichtsdiener J. Rothhaar von Bergzabern in gl. Eigenschaft auf sein Ansuchen nach Landau versetzt und dessen Stelle dem pens. Hornisten J. Reger aus Auerbach auf Ruf und Widerruf verliehen.

Vom k. Staatsministerium der Justiz wurde dem Staatsanwaltschaftsvertreter am k. Stadtgerichte Hof, D. Wibel, bis auf Weiteres zugleich die Funktion des Staatsanwaltschaftsvertreters am k. Landgerichte Hof übertragen.

Vom k. Staatsministerium der Justiz wurde der Accessist des k. Appellationsgerichts von Oberbayern, E. Märkl, von dem Antritte der Funktion als Staatsanwaltschaftsvertreter am k. Landg. Landau a/J. auf Ansuchen enthoben.

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 9. Mai. Se. Maj. der König hat dem Unterlieut. Ph. Frhrn. v. Rummel vom 1. Kür.-R. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; den temporär pens. Hauptmann J. Frhrn. v. Riedheim, und den temp. pens. Bataillonsarzt Dr. N. Beyer, Ersteren ohne Zeitbestimmung vorbehaltlich der Wiederverwendung, Letzteren bleibend im Ruhestande belassen; den vormaligen Bataillonsarzt auf Kriegsdauer Dr. Th. Schlagintweit zum Bataillonsarzt in provis. Eigenschaft im 6. Inf.-Reg. mit dem bei seiner erstmaligen Anstellung innegehabten Range ernannt; dem Major J. Hiller vom 3. Inf.-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; den temp. pens. Bataillonsquartiermeister J. Altmann bleibend im Ruhestande belassen; dem Unterlieut. W. Grimminger vom 12. Inf.-Reg. die nachgesuchte Enthebung von der Charge bewilligt; dem Regimentsaktuar A. Volkert vom 14. Inf.-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; den Hauptmann J. Sewalder vom 4. Art.-Reg. als Conservator zur Zeughaus-Haupt-Direktion versetzt; den Unterlieut. H. Frey vom 4. Art.-Reg. und den Oberkriegskommissär 2. Klasse A. Beer von der Militär-Rechnungskammer in den Ruhestand versetzt; den vormaligen Bataillonsarzt auf Kriegsdauer Dr. J. Einhorn zum Bataillonsarzt in

Feuilleton.

Vermischtes.

Neapel, 2. Mai. Morgen um 11 Uhr finden die vom Municipium angeordneten Exequien für Poerio statt, wobei der Deputirte Abignenti eine kurze Gedächtnißrede halten wird. Auf der Höhe des Albergo dei Poveri wird der Sarg das letzte Lebewohl der Bevölkerung empfangen, und dann auf dem Kirchhof in der Gruft Imbriani beigesetzt werden. Paolo Emilio Imbriani ist nämlich der Erbe und nächste Verwandte Poerio's, dessen Schwester er geheirathet hatte, und dieser hat die Gebeine verlangt. Für das Poerio zu errichtende Monument hat der Provinzialrath 5000 Lire subskribirt, auch von Seite der Bevölkerung sind schon beträchtliche Beiträge in Aussicht gestellt. Auf Antrag Ricciardi's im „Avenire“ soll dieses Monument gemeinsam sein für Carlo und Alessandro Poerio, welch' letzterer im Jahr 1848 bei der Belagerung von Venedig gefallen ist. — In den jüngsten Tagen ist Dr. Castelnuovo von Tunis zurückgekehrt, nachdem es ihm endlich gelungen, die Schuldfrage der tunisischen Prinzen zu bereinigen. Die Forderungen der Europäer betrugen nominell 8 Mill., wofür jetzt der Bey 3 Mill. bezahlt, nachdem er anfänglich nur 1½ Mill. geboten. Es soll damit der wirkliche Capitalwerth gedeckt sein, und die europäischen Colonisten sind Italien um so mehr verpflichtet, als die Bemühungen aller übrigen Consuln vergeblich waren. Der Bey zeigt eine große Vorliebe für Italien, und hat dem König eine Kanone zum Geschenk gemacht, welche ein Meisterwerk des Florentiners Cosimo Cenni ist. Es wäre interessant, zu erforschen, auf welche Weise diese Kanone in die Hände der Tunesen gekommen ist, und welcher italienischen Stadt sie ehemals angehört hat. (A. Z.)

Bagdad, 27. April. Der Stand der Dinge dahier ist der allertraurigste. Eine seit 14 Tagen anhaltende Ueberschwemmung hat die ganze Umgegend von Bagdad dergestalt unter Wasser gesetzt, daß wir uns auf einer Insel befinden, und in Kuffa (einer Art runden Floßes) mit dem festen Land den Verkehr unterhalten müssen. Acht Tage lang waren die Bazare geschlossen, indem Jedermann an den Dämmen arbeiten mußte, um die Stadt selbst vor dem Eindringen der Gewässer zu schützen. Glücklicherweise fallen jetzt die Flüsse, allein der angerichtete Schaden ist unberechenbar. Waaren und Lebensmittel erreichten unerhörte Preise. Sie können daher leicht ermessen, welche Wirkung dieser Zustand der Dinge auf die Geschäfte im Allgemeinen hervorgebracht hat. (A. Z.)

provis. Eigenschaft im 1. Jäger-Bat. mit dem bei seiner erstmaligen Anstellung innegehabten Range ernannt.

Durch allerh. Entschließung vom 6. d. wurde die Einführung hellbrauner wollener Sattel-Unterlagdecken mit einem an beiden Enden der Decke — 8'' vom Rande entfernt — eingewebten $1^1/_2$'' breiten dunkelbraunen Streifen bei sämmtlichen berittenen Abtheilungen des Heeres, und zwar successive nach Maßgabe von erforderlichen Neuanschaffungen genehmigt. Jede Decke soll $2^3/_4$ Elle lang, $1^3/_4$ Elle breit sein, und 6 Pfund wiegen; der Normalpreis wird hiemit auf 7 Gulden festgesetzt. (M.-V.-Bl.)

München, 10. Mai. Die auch in Nr. 129 d. Blattes übergegangene Nachricht der „Allg. Zeitung.", in der Person des Herrn v. Westerberg sei ein eigener belgischer Geschäftsträger hier eingetroffen, reduzirt sich darauf, daß der k. niederländische Legationsrath v. Westerberg dahier mit der interimistischen Führung der Geschäfte der niederländischen Gesandtschaft am k. Hofe betraut ist. Belgien ist bekanntlich durch den k. belgischen Gesandten Frhrn. v. Beaulieu am hiesigen k. Hofe vertreten. (B. Z.)

Die „Bayer. Zeitung" meldet amtlich: **München**, 11. Mai. (*Rinderpest.*) Laut telegraphischer Mittheilung vom 10. Mai d. J. sind in Eyershausen weitere Erkrankungen an Rinderpest nicht vorgekommen; desgleichen hat sich zu Untersteinach keine neue pestartige Erkrankung unter den Wiederkäuern ergeben. Von Autenhausen und Ermerkshausen sind neuere Meldungen nicht eingetroffen. Laut Telegramm von Würzburg de dato 10. Mai ist jedoch im Orte Unteraltenbuch (Bezirksamts Marktheidenfeld) die Rinderpest ausgebrochen, und wurden bis jetzt zwei Thiere davon befallen.

München, 11. Mai. Se. Maj. der König ist heute Vormittag zum Landaufenthalt nach Schloß Berg abgereist. (B. Z.)

** **München**, 11. Mai. Der jüngst zum Kommandanten in Neu-Ulm ernannte Generalmajor Diell soll als Bevollmächtigter Bayerns in Berlin in Aussicht genommen sein. Derselbe ist gestern aus Ulm hier eingetroffen und hatte heute eine längere Unterredung mit dem k. Kriegsminister. Bis vor Kurzem war Hr. Generalmajor Diell bekanntlich als Generalstabsoberst dem Generalkommando Würzburg zugetheilt.

** **München**, 11. Mai. In seiner heutigen Sitzung setzte der *Gesetzgebungsausschuß* die Berathung über die Bestimmungen bei der Versteigerung der Immobilien fort. Zunächst wurde der Art. 927 der Berathung unterstellt. Mit diesem Artikel beginnen die Vorschriften über die Bekanntmachungen, welche behufs des Zwangsverkaufes zu erlassen sind. Der Referent erklärte sich mit dem Prinzipe des Entwurfs in Ziff. 6, wonach der betreibende Gläubiger von den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen abweichende Bedingungen festsetzen könnte, wie im Referate ausgeführt ist, nicht einverstanden. Der Ausschuß nahm jedoch die Ziff. 6 und den Art. 927 im Wesentlichen nach dem Entwurfe, jedoch unter Abstrich des Abs. 2 an. In Folge dessen fielen auch die zu Art. 928 seitens des Referenten gemachten Abänderungsvorschläge weg und wurde Art. 927 im Wesentlichen nach dem Entwurfe, und ebenso Art. 930, wobei nur der zu erlegende Baarbetrag die Hälfte des Preises, nicht ein Viertel, wie der Entwurf annimmt, erhöht wurde, 931 und 932 dagegen nach dem Referate und einem Modifikationsvorschlag des k. Ministerialkommissärs angenommen die Art. 933—937 enthalten die Bestimmungen über die Bekanntmachung selbst. Art. 933 wurde im Wesentlichen nach dem Entwufre, Artikel 934 in einer neuen Fassung des k. Minister-Commissärs, wornach dem Anwalt des betreibenden Gläubigers die in diesem Artikel dem Versteigerungscommissäre nach dem Entwurfe zustehenden Befugnisse gegeben sind, Art. 935 nach dem Referate, Art. 936 nach dem Entwurfe und Art. 937 nach einer neuen Fassung des k. Minist.-Commissärs seitens des Ausschußes angenommen, womit die Sitzung schloß.

Darmstadt, 10. Mai. Nach dem Majoritätsantrag des Finanzausschusses beschloß die zweite Kammer mit 23 gegen 18 Stimmen: den Großherzog um eine angemessene Minderung der Civilliste, jedenfalls um eine solche im Betrag der 1855 erfolgten Erhöhung von 50,000 fl. zu ersuchen.

Darmstadt, 10. Mai. Die *zweite Kammer* beschloß in ihrer heutigen Sitzung mit 23 gegen 18 Stimmen: „Se. k. Hoheit den Großherzog im Hinblick auf die bedrängte Lage des Landes um allergnädigste Bewilligung einer Minderung der Civilliste um einen angemessenen Theil, jedenfalls um die 1855 erfolgte Erhöhung von 50,000 fl. unterthänigst zu ersuchen", nachdem sie unmittelbar vorher die Civilliste im Gesammtbetrag von 631,000 fl. einstimmig bewilligt hatte. Der Beschluß war so, wie er gefaßt ist, von der Mehrheit des Finanzausschusses beantragt worden und wurde von dem Vertheidiger desselben hauptsächlich mit den zu erwartenden bedeutenden Militärausgaben sowie mit der Einbuße des Großherzogthums an Domanialbesitz motivirt. Von den Gegnern des Antrags wurde dagegen auf die prinzipiellen Bedenken hingewiesen, welche demselben entgegenständen, und namentlich von dem Abg. v. Gagern hervorgehoben, daß man die Initiative zu einem solchen Schritte der großh. Regierung zu überlassen habe. Als Beitrag zu den Ordenskosten wurden 3000 fl. jährlich zwar bewilligt, aber nur vorbehaltlich des Nachweises der Verwendung durch die Ordenskanzlei. Die angeforderten Apanagen werden ohne Anstand bewilligt, mit Ausnahme der neuen Anforderungen von 18,000 fl. für den Prinzen Wilhelm (jüngsten Sohn des Prinzen Karl). Diese Apanage wird nächsten Montag in geheimer Sitzung zur Berathung kommen und ist dem Vernehmen nach der Antrag der Majorität des Ausschusses auf Verwilligung von nur 12000 fl. gerichtet, während eine Minorität die Anforderung ganz ablehnen will. (Allg. Ztg.)

Berlin, 8. Mai. *Abgeordnetehaus.* (Schluß der Debatte über die norddeutsche Bundesverfassung.) *Reichensperger*: Was solle werden, wenn man den jetzigebotenen Krystallisationspunkt der Einigung nicht annehmen wollte, weil die Verfassung den doktrinären Anforderungen nicht entspreche? Das würde ein Doktrinärismus ohne Gleichen sein, der uns schließlich dahin bringen würde, wohin Polen gekommen. Selbst die Meinung, daß man seinen Standpunkt immerhin wahren und gegen die Verfassung stimmen könne, weil die Annahme derselben doch unzweifelhaft sei, halte er für ein schweres Unrecht, denn es komme vor Allem darauf an, wie stark sich das deutsche Nationalgefühl äußere, und je stärker es sich äußere, desto mehr würde es vom Auslande beachtet werden. *Löwe*: Ist diese Verfassung etwa ein Compromiß mit dem Volke? nein, sie ist nur ein Compromiß zwischen der preußischen Militärherrschaft und der Souveränetät der einzelnen Fürsten. Das alte Uebel dieser deutschen Souveränetät kehrt im Bundesrathe wieder. Und wie wird es erst sein, nachdem Bayern und Württemberg beigetreten sein werden? Dann wird von einer einheitlichen Machtentwicklung nicht mehr die Rede sein können. Die Fürsten werden sich nur so lange als gebunden betrachten, als es ihnen paßt; kommt ein günstiger Moment, so werden sie auch nach einer andern Seite hin verhandeln. *Lasker*: Die Gegner der Verfassung gehen in ihrer Opposition nicht von einem einheitlichen Gedanken aus. Das geistliche Mitglied für Allenstein (Michelis) will lieber keine Bundesverfassung, als Abgeordneter ohne Diäten sein. Waldeck will etwas Anderes, als Virchow. Löwe fürchtet Untreue Seitens der deutschen Fürsten. Wo liegt ein Beweis für die Absicht einer solchen Untreue? Verträge kann man brechen, aber eine Verfassung brechen wäre Hochverrath, und wer will diesen einem deutschen Fürsten zutrauen? Bräche Sachsen die Verfassung, so gäbe es gegen den König von Sachsen nur noch einen Hochverrathsprozeß. Die finanziellen Bedenken Virchows sind mehr als seltsam. Wie kann man annehmen, daß die Bundesstaaten *neben* den zur Bundeskassa fließenden Revenuen auch noch die 225 Thlr. pro Kopf ihres Contingents voll einzuzahlen hätten? Ich möchte aber die Regierung bitten, sich doch auch ihrerseits noch darüber zu erklären. Wir haben das Vaterland und sein Interesse immer über Alles gestellt und haben es nicht gemacht wie Diejenigen, die zuerst für den Augustenburger waren und später zu mir persönlich sagten: „was kümmert uns Schleswig-Holstein? wir haben es nur mit dem inneren Konflikt zu thun." (Große Bewegung.) *Ministerpräsident*: Nur auf den Wunsch des Vorredners nehme ich das Wort, um zu erklären, daß es niemals die Absicht der Regierung gewesen ist, daß die Bundesstaaten *neben* den eingehenden Steuern ꝛc. auch noch volle 225 Thlr. pro Kopf ihres Contingents zu zahlen hätten. Wir haben niemals eine andere Meinung gehabt und haben können, als die, daß die Regierungen nur das zuzuzahlen hätten, was durch die eingegangenen Steuern nicht gedeckt wäre. Ich würde das schon gestern erklärt haben, wenn ich hätte glauben können, daß der Abg. Virchow die betreffende Behauptung im Ernst ausgesprochen habe. v. *Hoverbeck* spricht sein Bedauern darüber aus, daß Lasker so ganz vergessen, daß er zu allen politischen Freunden spreche, und daß er das, was ihm im Privatgespräche gesagt worden, hier öffentlich mitgetheilt habe. Redner geht dann, sich gegen die Verfassung erklärend, zu einer weitläufigen Kritik derselben über. Der Schluß der Generaldiskussion wird beantragt und angenommen. In einer persönlichen Bemerkung will sich *Michelis* gegen den „jüdischen" Abgeordneten für Berlin (Lasker) wenden. (Allgemeiner Widerspruch.) *Präsident*: Es ist das ein Ausdruck, den ich nicht gestatten kann. *Michelis*: Das Haus wird begreifen, warum ich diesen Ausdruck gebrauche; Hr. Lasker hat — *Präsident*: Ihren *Stand* bezeichnet, *Sie* aber bezeichnen die *Religion* und das ist unstatthaft. *Michelis* fährt nun in seiner persönlichen Bemerkung fort, um seine Stellung zur Diätenfrage zu präzisiren. Um eine bloße „fromme Bemerkung" sei es ihm nicht zu thun gewesen. Ich kann, wenn (wüthend nach Rechts deutend) *dieses Publikum* über meine Worte lacht — (Allgemeiner Lärm). Der Präsident verweist dem Redner den gebrauchten Ausdruck. Es folgen noch weitere persönliche Bemerkungen von *Lasker*, v. *Vincke* und v. *Blankenburg*, worauf der Referent, *Twesten*, das Wort erhält, welcher den gegen

itized by Google

die Verfassung erhobenen Bedenken entgegentritt und insbesondere auch die Uebereinstimmung der großen Majorität des preußischen Volkes mit der Bundesverfassung konstatirt. Es folgen wiederum persönliche Bemerkungen. Sodann schreitet das Haus zur Spezialdiskussion. Die Annahme der einzelnen Artikel der Verfassung erfolgt ohne Diskussion mit sehr großer Majorität. Zur Eingangsformel hat v. Bockum-Dolffs die Einschaltung der Worte: „und des Herzogthums Lauenburg" beantragt; eventuell wünscht er die Vertagung der Abstimmung über die Eingangsformel, bis das andere Haus beschlossen. Beides wird abgelehnt und die Eingangsformel nach der Vorlage angenommen. Der Antrag der Fortschrittsfraktion auf Ablehnung der Verfassung wird abgelehnt. In namentlicher Abstimmung erfolgt nunmehr (wie bereits gemeldet) die Annahme der Verfassung mit 226 gegen 91 Stimmen.

Berlin, 9. Mai. Den ersten Gegenstand auf der heutigen Tagesordnung des Abgeordnetenhauses bildete die Aßmann'sche Interpellation. Der Justizminister Graf zur Lippe versetzte das Haus in Staunen durch die Erklärung, daß, da das Haus seinen Gesetzentwurf wegen der Verwendung richterlicher Beamten aus den neuerworbenen Provinzen in Altpreußen nicht angenommen habe, die Verwaltung ihrerseits die so entstehenden Lücken ausfüllen müsse, und daß das Haus seinerseits gar nicht competent sei, sich bemängelnd einzumischen. Auf eine so überraschende Erklärung konnte das Haus nicht anders, als beschließen, sofort eine weitere Diskussion eintreten zu lassen. Mehrere Redner, besonders Simson, sprachen sich energisch aus gegen die Stellung, die der Minister sich gegen das Gesetz und die verfassungsmäßige Volksvertretung beilegte, und am Ende der Sitzung reichte der Abg. Aßmann einen mit 114 Unterschriften versehenen Resolutionsantrag ein, durch welchen die Anstellung Oberg's für gegen Verfassung und Gesetz erfolgt erklärt werden soll. Im Laufe der Sitzung wurden der Lasker'sche Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Zinsbeschränkungen auch bei Hypotheken und ferner die Regierungsvorlage zur Verlängerung des Anleihegesetzes von 1866 genehmigt, noch Wahlfragen erledigt und sodann die Sitzungen bis zum 29. Mai vertagt.

Zara, 6. Mai. Die hiesige Bevölkerung folgt mit gespannter Aufmerksamkeit und lebhafter Theilnahme den Vorgängen in Agram. Die kroatische Partei — auch die Stroßmayer'sche genannt — hat in den letzten acht Tagen einen bedeutenden Anhang nicht bloß hier, sondern auch auf dem flachen Lande, wo ihre Agenten sehr thätig sind, gewonnen. — Die Regierungspartei entwickelt die größte Energie, aber — „das ist der Fluch der bösen That" — sehr Viele glauben noch immer in den Intentionen der Regierung zu handeln, wenn sie der Opposition getreu bleiben, der sie während der früheren Landtagsperioden als Regierungspartei angehörten. Die letzten Regierungsmaßregeln sind allerdings bezeichnend genug. Die Reskripte lassen an Klarheit und Deutlichkeit gewiß nichts zu wünschen übrig. Die Instruktionen, die die kaiserlichen Beamten gestern erhalten haben, präcisiren die „Wünsche" der Regierung mit einer unserem Bureaustyl sonst ganz fremden Verständlichkeit — und dennoch — dennoch gibt es sehr Viele unter den Beamten, besonders in Croatien und Slavonien, die alles bisher Geschehene für bloße Komödie halten und irgend einen Zwischenfall erwarten, der im Handumdrehen den dualistischen Ausbau in ein centralistisches fait accompli umwandeln wird. Es sind dies die Schmerling'schen Thomase. — Im Süden des Landes setzt die italienische Partei ihre stille Thätigkeit fort, während im Norden die Slaven weniger geräuschlos vorgehen. Die Befestigungen an den Küsten werden rastlos fortgesetzt, sowie die Schiffswerften von Pola eine besondere Rührigkeit entwickeln. — Kaiserliche Ingenieure besichtigen die Küsten, um die noch zu befestigenden Punkte hervorzuheben. Wenn wir uns nicht täuschen, dürfte der bisher mit Unrecht unbeachtete Hafen von Buccari endlich die ihm gebührende Aufmerksamkeit finden. Wie nun die Sachen stehen, wird Dalmatien auf dem am 20. Mai in Wien zu eröffnenden Reichstage der deutsch-österreichischen Länder, wenn auch „unter Vorbehalt", vertreten sein. (Fr. J.)

Paris, 8. Mai. In diesem Momente dürften die nachfolgenden militärischen Einzelheiten nicht ohne Interesse sein, obwohl in Betreff derselben betont werden muß, daß sie in keiner Weise mit der luxemburger Angelegenheit in irgend welchem Zusammenhange stehen. Die am letzten Samstag im Polygon von Vincennes mit dem Chassepotgewehre angestellten Schießübungen, welche wiederum vom Garde-Fußjäger-Bataillon ausgeführt wurden, haben dieselben befriedigenden Resultate ergeben, wie die vorher in Versailles und im Lager von Chalons vorgenommenen Versuche. Das verbesserte Chassepotgewehr erwies sich auch hierbei allen Konkurrenz-Modellen ungemein überlegen. Von 8000 Schüssen trafen nahezu 2000, d. h. fast 25 pCt. die Scheibe; das Feuern geschah sowohl rottenweise als in Tirailleurlinien. Auch die Cavallerie soll nach einem neueren Niel'schen Vorschlage mit weittragenden Handfeuerwaffen versehen werden. Dragoner, Husaren und reitende Jäger erhalten daher gleichfalls ein Chassepotgewehr, das ganz nach dem Modell der Infanterieflinte eingerichtet ist, nur daß an der äußeren Form einige Veränderungen angebracht wurden, welche die ungleiche Tragweite nöthig gemacht. Cuirassiere und Uhlanen dagegen werden mit einer Revolver-Pistole bewaffnet, die bereits bei den französischen Marinetruppen mit Vortheil Verwendung gefunden hat. Diese Revolver erhalten dasselbe Kaliber wie die sonstigen Chassepotgewehre um die Einheit der in der Armee gebrauchten Patronen durch diese neue Einrichtung nicht zu stören. — Der tüchtige Mitredakteur des „Etendard", Jean Masson, hat dem Senate eine Petition eingereicht, welche die Wahrung der gallicanischen Kirchenfreiheiten bezweckt, die nach der Ansicht des Verfassers durch die Versammlung der Bischöfe bedroht sind, welche im Monat Juni dieses Jahres in Rom Statt finden wird. Man erwartet um so mehr eine sehr heftige Debatte über diesen Gegenstand, als der Berichterstatter diese Petition dem Cultus-Ministerium zur Berücksichtigung überreicht haben will. — Aus offizieller Quelle wird bestätigt, daß das Lager von Chalons dieses Jahr aus 100,000 Mann bestehen wird. Die Regimenter, welche dasselbe bilden sollen, sind bereits alle unterwegs. Dieselben kommen zum großen Theil aus dem Westen Frankreichs, so daß die Garnisonen, welche sich im Osten befinden, ihre volle Stärke bewahren. Ein Theil der Truppen des Lagers von Chalons soll bereits mit Chassepotgewehren bewaffnet sein. (K. Z.)

Paris, 9. Mai. In der ersten Sitzung der Londoner Conferenz handelte es sich um die (mehrerwähnten) vier Punkte. Erstens die Neutralisirung des Landes, zweitens Räumung der Festung, drittens Schleifung derselben, viertens Verbot, in Luxemburg mehr Truppen zu halten, als zum Polizeidienste nöthig sind. Das Verlangen, daß der König von Holland nicht über Luxemburg verfügen solle, wird auf Hollands Antrag beseitigt. Die Neutralisirung Luxemburgs wird einstimmig angenommen. Der dritte und vierte Punkt werden vertagt. Preußen beantragt die Garantirung der Neutralität durch die Mächte; Frankreich unterstützt, England bekämpft diesen Antrag; Belgien lehnt ab, sich darüber zu erklären; die Bevollmächtigten beschließen, neue Instruktionen einzuholen. — Die Regierung hat eine französisch-englische Gesellschaft autorisirt, eine telegraphische Leitung zwischen Brest und Halifax (Nordamerika) zu legen.

Paris, 10. Mai. Dem „Moniteur" zufolge ist der Marquis Cadore zum Bevollmächtigten Minister in München und der Graf Mosbourg in gleicher Eigenschaft für Karlsruhe ernannt worden.

Florenz, 5. Mai. Die „Presse" schreibt: „Die Nachwehen des Prozesses Persano sind, wie vorauszusehen war, nicht ausgeblieben. Auf Befehl des Königs wird nämlich unter Vorsitz des Senatspräsidenten Castelli eine Untersuchungskommission zusammentreten, welche eine strenge Untersuchung über das Verhalten und die Conduite der Marineoffiziere vom Vice-Admiral bis zum Schiffslieutenant abwärts vornehmen und die nöthigen Vorschläge erstatten soll. Aber nur wenn diese Kommission mit rücksichtsloser Strenge und Gewissenhaftigkeit vorgeht, sich in ihren Berichten jeder Schönfärberei enthält und blos die reelle Wahrheit sagt, nur dann ist zu hoffen, daß sich die italienische Kriegsmarine zu jener Stellung hinaufschwingen werde, auf welcher sie stehen muß, wenn das Land auf sie soll zählen können."

Aus **London**, 8. Mai, schreibt ein Berichterstatter der „Köln. Z.": Die gestrige Conferenz-Sitzung eine einleitende oder vorberathende zu nennen, wie es von vielen Seiten geschieht, heißt nur in so fern den richtigen Ausdruck gebrauchen, als jede erste Sitzung bis zu einem gewissen Punkte eine vorbereitende und vorberathende ist. Irrthümlich jedoch ist es, daß gestern nur Formalitäten verhandelt wurden, vielmehr ist, nachdem Lord Stanley als Vorsitzender erwählt und die Annahme des von ihm bestellten Protocollführers ohne Anstand genehmigt worden war, der Gegenstand der Konferenz sowohl von seinem allgemeinen Standpunkte als in mehreren seiner hervorragenderen Einzelheiten einer eingehenden Erörterung unterzogen worden. Gegen die Verzichtleistung auf den Erwerb des streitigen Großherzogthums, sowie gegen die Räumung der Festung sollen weder von Frankreich noch von Preußen irgend prinzipielle Einwendungen gemacht worden sein, so daß die Basis der Verhandlungen als eine gesicherte und solide betrachtet werden darf. Dagegen hat Lord Stanley, wie es heißt, seine Bedenken über die von Seiten Englands gemeinsam mit den anderen Mächten zu übernehmende Garantie ausgesprochen und die Abneigung hervorgehoben, die im Parlamente und im ganzen Lande gegen die Uebernahme derartiger Verpflichtungen herrsche. Um diesen Punkt drehte sich nach aufgehobener Sitzung die Conversation einzelner Konferenz-Mitglieder, und diesen Punkt besprechen mit besonderer Vorliebe die meisten unserer heutigen Morgenblätter. Daß aber in ihm das größte Hinderniß für die ersprießliche

Fortentwicklung der Verhandlungen liege, ist nicht anzunehmen, und wäre es wirklich das größte von allen, dann dürfte man sich heute schon zu einer baldigen befriedigenden Lösung Glück wünschen. Denn so richtig es auch ist, daß hier zu Lande eine gewaltige Abneigung gegen die Uebernahme von Verpflichtungen herrscht, deren gewissenhaftes Einhalten England in einen continentalen Krieg verwickeln kann, während deren Umgehung die Würde des Landes bloßstellen würde, so besitzt das englische Volk doch einen zu gesunden politischen Instinkt, um mit dem beliebten Stichworte „Nichtintervention" stierköpfig an die Wand zu rennen und aus Furcht vor späteren kriegerischen Verwicklungen einem friedlichen Ausgleiche in den Weg zu treten. Einzelne im Parlamente, vielleicht kleinere Fraktionen in ihm, werden um jeden Preis einer neuen Garantie aus dem Wege gehen wollen, aber wird nur erst eine annehmbare Form dafür gefunden, was der Diplomatie, deren Hauptkunst doch im Formuliren besteht, nicht übermäßig schwer fallen kann, dann braucht Lord Stanley keine Angst zu haben, daß seine Garantiezusage auf nachhaltigen Widerstand stoße. Wenn dieser englische Garantiepunkt das größte Hinderniß von allen ist, dann dürfen wir, ich wiederhole es, uns schon heute zu einem raschen und befriedigenden Erfolge der Konferenz Glück wünschen. In der That meint die „Times", daß die Konferenz mit ihrer Arbeit ehestens zu Ende sein werde. Ja, die „Morning Post" sieht im Geiste schon das Friedenswerk am nächsten Samstag, somit in der dritten Sitzung, vollendet. — Sonst ist von hier heute wenig mitzutheilen. Die Hitze ist seit zwei Tagen ungewöhnlich heftig, so daß es in verwichener Nacht, allen Lüftungskunststücken zum Trotz, im Unterhause und dessen mit zahlreichen Gasflammen erleuchteten Corridors fast unerträglich war. Am behaglichsten fühlen sich dabei die Schneidergesellen, welche mit Wohlgefallen auf den allgemeinen Schrei nach Sommergarderobe lauschen und mit Hülfe der Temperatur die Meister zum Nachgeben zu zwingen hoffen.

London, 10. Mai. Im Unterhause fand eine lange und heftige Debatte über Disraeli's Verbesserungsantrag Betreffs der nicht persönlich steuerzahlenden Hausinhaber Statt; die Regierung siegte schließlich mit 322 gegen 256 Stimmen. Die Reformbill ist nun muthmaßlich gesichert. Gathorne Hardy soll angeblich Walpoles Nachfolger werden.

London, 10. Mai. In der heutigen Sitzung der Konferenz wurde die Redaktion des Vertrags definitiv festgestellt, der morgen von den Gesandten sämmtlicher Mächte unterzeichnet werden wird.

New-York, 27. April. Der Vice-Admiral Farragut ist zum Commandanten der Flotte der Union im mittelländischen Meere ernannt worden. — Im Distrikte Nebraska haben die Feindseligkeiten gegen die Indianer begonnen.

Philadelphia, 24. April. Die Kriegsgerüchte, die uns seit einiger Zeit aus Europa zukamen, haben Hunderte, ja ich kann sagen Tausende, die im Monat Mai Europa besuchen wollten, abgeschreckt, die Reise zu unternehmen und unsere Dampfer, die während den zwei letzten Wochen von New-York abgingen, haben nur wenige Passagiere mitgenommen. Das Riesenschiff „Great-Eastern", das nach New-York kam, in der Hoffnung, wenigstens 2500 Passagiere zu erhalten, ist mit 198 nach Brest abgefahren, worunter der österreichische Admiral Tegethoff. Die größte Anzahl nahm der Bremer Dampfer „Hermann", nämlich 460. — Das Gerücht, daß Kaiser Napoleon in den Vereinigten Staaten Waffen bestellt habe, ist widersprochen, dagegen sind viele Waffen von New-York aus nach Chili, Peru und Mexiko abgegangen. — Die japanische Gesandtschaft, die vor einigen Tagen in New-York ankam, erregt großes Aufsehen. Der Zweck ihres Hierseins ist noch nicht bekannt. Sie besucht fleißig die Schiffsbauhöfe, und will am Montag die Monitors besehen, die unterhalb Philadelphia liegen. — Noch immer kommen traurige Berichte über die Greuelthaten der Indianer aus den Gebieten Colorado und Decotah. Die Plünderungen und Mordscenen dauern noch immer fort und die Weißen sind nur noch in den Forts sicher. Es scheint, daß sich eine große Anzahl der Nord-West-Indianer eng verbunden habe, um die Bleichgesichter zu vertreiben. Mehrere Stämme sollen wohl gerüstet und wohl organisirt sein, auch gute Anführer und treffliche Spione haben. Es ist die höchste Zeit, daß unsere Regierung ernste Schritte thut, um dem Unwesen zu steuern, sonst werden sie in kurzer Zeit die Telegraphenlinie von San Francisco zerstören, und den Bau der Stillen-Weltmeer-Bahn, die jetzt wunderbar schnell voranschreitet, hemmen. Man hofft, daß diese Bahn schon in zwei Jahren, wenn keine besonderen Hemmnisse in den Weg treten, beendet sein wird, während dieses Sommers sollen dort an beiden Enden 10,000 Arbeiter beschäftigt werden. — Aus Mexiko erhielten wir heute Nachrichten bis zum 13. April. Die Stadt Puebla wurde von den Liberalen am 2. April genommen, und es sollen dabei auf beiden Seiten viele Menschen geopfert worden sein. Nachdem die Stadt genommen, sollen die Liberalen auf unmenschliche Weise mit den Gefangenen verfahren sein. General Diaz führte das Kommando der Liberalen. Er soll gleich nach der Einnahme von Puebla 3000 Mann mit schweren Geschützen nach Veracruz gesandt haben und man glaubt, daß sich diese Stadt bald ergeben werde.

(Schw. M.)

Neueres.

Berlin, 11. Mai. Die „Kreuzzeitung" erfährt, jener einzige Punkt, über welchen laut der „Wiener Abendpost" in der ersten Konferenzsitzung eine Vereinbarung nicht erzielt wurde, wäre die Frage gewesen, wer die Schleifungskosten tragen solle. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" nennt die Londoner Nachrichten die günstigsten für die Erhaltung des allgemeinen Friedens, wie für Preußens Politik insbesondere.

Wien, 11. Mai. Die inneren Angelegenheiten gehen gegenwärtig der wichtigsten und folgenreichsten Entwickelung und Entscheidung entgegen. Im ungarischen Landtage werden die Berathungen über das Inauguraldiplom beginnen, im kroatischen finden die entscheidenden Verhandlungen über die Frage der Stellung Kroatiens zu Ungarn statt. Je näher der Tag der Eröffnung des Reichsraths herantritt, desto eifriger dürften nunmehr die Conferenzen der Abgeordneten besucht, und wohl auch eine Einigung über die Hauptpunkte erzielt werden. Gestern wurde die Entscheidung bezüglich der Uebernahme des Präsidiums des Abgeordnetenhauses getroffen. Dr. Giskra wird zum Präsidenten ernannt werden. Die von Graz aus erfolgten Dementis, daß Kaisersfeld die Präsidentenstelle nicht angeboten worden sei, ist, wie wir von kompetenter Seite erfahren, unbegründet. Auf die an den gefeierten steierischen Autonomistenführer erfolgte Anfrage hat derselbe erwiedert, daß ihm Gesundheitsrücksichten es unmöglich machen, die Stelle anzunehmen. Dr. Giskra ist gestern aus Brünn hier angekommen, und es wurde sofort entschieden, daß er das Präsidium übernehmen werde. Daß Dr. Giskra mehrere Bedingungen an die Uebernahme seines hohen Postens geknüpft habe, wird als unrichtig bezeichnet. Auch der Führer der Deutschböhmen, Professor Herbst, ist gestern hier eingetroffen, und am Abend fand unter sehr lebhafter Theilnahme eine Konferenz der hier weilenden Reichsrathsabgeordneten statt, in welcher sich eine sehr eingehende Diskussion über die Verfassungsfrage entwickelte. Die Verhandlungen der Regierung mit Prof. Herbst wegen dessen Eintritt in das Ministerium dauern fort, und es ist Aussicht vorhanden, daß derselbe bald erfolgen wird. — Die nächste Konferenz der Abgeordneten bei Herrn v. Beust wird nicht morgen, wie projektirt war, stattfinden, da sich der Herr Ministerpräsident morgen zu mehrtägigem Aufenthalt nach Ofen begibt. Der Tag für die Konferenz wird daher erst bestimmt werden und dieselbe wohl Mittwoch oder Donnerstag abgehalten werden. — Die Krönung in Pest dürfte den bisher getroffenen Dispositionen zufolge an dem zweiten Pfingstfeiertage stattfinden. (Frddl.)

London, 11. Mai. „Reuter's Office" dementirt die Nachricht der „Patrie", daß Graf v. Bernstorff mehreren Mitgliedern der Conferenz die Versicherung gegeben habe, es würden drei bis vier Monat zur Räumung Luxemburgs genügen.

Belgrad, 10. Mai. Die in der Türkei ansässigen Tscherkessen wollen nach Rußland zurückkehren. Vierhundert Familien, die an der serbischen Grenze angekommen sind, verlangen und erwarten dort die Erlaubniß der serbischen Regierung zum Durchzug.

Telegramm
der Neuen Würzburger Zeitung.

* **London,** 12. Mai. Die Ratifikation des gestern unterzeichneten Vertrages erfolgt binnen Monatsfrist, worauf die Festungsräumung sofort beginnt. Das Verbleiben Luxemburgs im Zollvereine ist angeblich im Vertrage stipulirt worden.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 133. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 14. Mai 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 12. Mai. Se. Majestät der König hat den bisherigen Commandanten des Landwehrbataillons Landau a. d. J., Landwehroberstlieutenant und Distrikts-Inspektor E. Zottmann mit Belassung in der letzteren Eigenschaft, seinem Ansuchen entsprechend, von der Stelle eines Commandanten des bezeichneten Landwehrbataillons unter allerh. Anerkennung seiner vieljährigen eifrig geleisteten Dienste enthoben und den k. Notar J. Schmidtkonz zum Major und Commandanten des Landwehr-Bataillons Landau a. d. J. ernannt; den Hauptzollamts-Verwalter R. Luthardt zu Nürnberg unter Anerkennung seiner langjährigen und treuen Dienstleistung in den erbetenen definitiven Ruhestand treten lassen; zum Hauptzollamts-Verwalter in Nürnberg den Controleur beim dortigen Hauptzollamte, Fr. Freundt, befördert, sodann den Hauptzollamts-Controleur J. Tretter von Waldsassen, seinem Ansuchen entsprechend, unter Fortdauer seines Dienstesprovisoriums an das Hauptzollamt Nürnberg in gl. Eigenschaft versetzt; zum Hauptzollamts-Controleur in Waldsassen den Revisionsbeamten K. Kämmerle zu München befördert, ferner den Revisionsbeamten Chr. Popp in Lindau unter Fortdauer seines Dienstesprovisoriums in gl. Eigenschaft an das Hauptzollamt München versetzt; endlich auf die Revisionsbeamtenstelle in Lindau den zeitlich quiescirten Grenzobercontroleur J. Kuhn berufen; die Errichtung einer Post- und Bahnverwaltung in Reichenhall und die Umwandlung der Post- und Bahnverwaltung Starnberg in eine Expedition vom 1. Juni l. J. an genehmigt.

München, 11. Mai. Die von uns gemeldete Ankunft eines preußischen Militärbevollmächtigten in München hat nicht verfehlt, die öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen. Namentlich wird versucht, dieselbe als einen Anfang der Ausübung militärischer Oberhoheit Preußens in Süddeutschland darzustellen. Diese Deutung findet sich insbesondere in einem Artikel des „Standard" angeregt, nach welchem die in die südwestdeutschen Staaten gesendeten preußischen Generale mit der Oberleitung der militärischen Reorganisation dieser Staaten beauftragt sein sollen. Diese Auffassung erscheint in keiner Weise begründet. Bayern und die übrigen südwestdeutschen Staaten haben mit Preußen Allianzverträge abgeschlossen, durch welche sie sich die Integrität ihrer Gebiete gegenseitig garantirt, hiefür ihre Truppen zur Verfügung gestellt und im Kriegsfalle den Oberbefehl über die gesammte verbündete Armee dem Könige von Preußen übertragen haben. Diese Verträge — in welchen wir ein Wiederaufleben der Bestimmungen der deutschen Bundesakte über gegenseitige Gebietsgarantie und einheitliche Führung des Bundesheeres und damit eine Gewähr nationaler Einigkeit gegen jede äußere Gefahr erblicken — verbunden mit dem bestimmten Entschlusse der betheiligten Regierungen und insbesondere der bayerischen Regierung, treu und fest an denselben zu halten, ergeben von selbst nicht nur die Berechtigung, sondern die Nothwendigkeit gegenseitiger Militärbevollmächtigter, ergeben überdies und zugleich die Gränzen der von diesen Bevollmächtigten zu lösenden Aufgaben. Diese Sendungen sind kein Eingriff in die bis zum wirklichen Ausbruch eines Krieges durch jene Verträge in keiner Weise beschränkten Rechte der süddeutschen Souveraine und ihrer Armeeverwaltungen, sie bezwecken nicht mehr, aber auch nicht weniger, als die Vermittlung desjenigen gegenseitigen engerem Verkehres, desjenigen Austausches vertraulicher Mittheilungen und Vereinbarungen, ohne welche ein ersprießliches Zusammenwirken beim Eintritt eines in jenen Verträgen vorgesehenen Kriegsfalles geradezu nicht denkbar ist, und es wird in Wirklichkeit ein Beispiel ähnlicher Allianzverhältnisse ohne ähnliche Missionen nicht wohl aufgeführt werden können. Daß solche Missionen an Wichtigkeit gewinnen, je näher die Gefahr kriegerischer Complicationen herantritt, liegt in der Natur der Sache. Von diesem nach den letzten Berichten über die Beschlüsse der Londoner Conferenz nun gottlob überwundenen Standpunkte erklärt sich sehr einfach, aus welchem Grunde die preußische Regierung hochgestellte Generale mit diesen Aufgaben betraut hat. (B. Z.)

München, 11. Mai. Der zwölftägige Lehrkurs für die zur Einübung mit dem Hinterladungsgewehre von den auswärtigen Garnisonen einberufenen Offiziere und Unteroffiziere wurde um weitere 4 Tage verlängert.

München, 12. Mai. Nach langen schweren Leiden starb gestern im 72. Lebensjahre der quiesc. k. Generalzolladministrator geheime Rath Michael v. Plank, Comthur des Verdienstordens vom heil. Michael und Ritter des Verdienstordens der bayer. Krone, ein hochverdienter und allgemein geachteter Staatsbeamter. — Der k. Regierungspräsident der Pfalz, Hr. S. Pfeufer, ist seit einigen Tagen hier anwesend. (B. Z.)

München, 11. Mai. Es steht jetzt fest, daß Se. Maj. der König Ludwig II. nicht zur Industrie-Ausstellung nach Paris reisen wird. — Daß man hier den Ernst der Lage vollständig erfaßt hatte, mögen Sie daraus entnehmen, daß vorgestern Alles zur Erlassung der Mobilisirungsordre vorbereitet war. Erst die Abends 9 Uhr eingetroffenen Nachrichten aus London gaben Veranlassung, von außerordentlichen Maßregeln abzustehen. — Auch in Berlin war am selben Tage die Ordre zur Mobilmachung zur Unterschrift bereit gelegen. — Damit, daß die Kriegsgefahr in den letzten Tagen sehr hoch gestiegen war, ist die Thatsache in Verbindung zu bringen, daß Preußen eben jetzt, wo kriegerische Vorbereitungen unmittelbar bevorstunden, hervorragende Generäle zu Militärbevollmächtigten in München, Stuttgart und Karlsruhe ernannt hat. Für die Folge dürften, wie es den Anschein hat, diese Generäle wohl durch Stabsoffiziere abgelöst werden. General v. Bothmer, den mehrere Blätter schon hier angekommen sein ließen, weilt noch in Berlin. Nach seiner Rückkehr wird ein Stabsoffizier als bayerischer Militärbevollmächtigter nach Berlin geschickt werden. (Augsb. Abdz.)

Feuilleton.

Witterungsverhältnisse Europa's im Monat April 1867.

Herrieden, Anfangs Mai. Der Witterungscharakter war fast in ganz Europa, namentlich im Centrum, feucht und stürmisch, dabei von mittlerer Temperatur; nur im Südwest und Südost wärmer, und im Nordost kälter als gewöhnlich.

Das Luftmeer blieb im Durchschnitt zwar weniger unter dem mittleren Niveau als im vorigen Monat, war aber namentlich im ersten Drittheil des Monats sehr unruhig und hohlgehend. Im Ganzen zogen 11 Luftwellen, welche einen Gesammtdruck von 81mm repräsentirten, über das Centrum unseres Erdtheils. Von diesen Luftwogen waren fünf förmliche Sturzwellen, indem sie mit einer Druckhöhe von 11—15mm in der kurzen Zeit von 3—5 Tagen vorbeipassirten. Dabei war die Aequatorialluftströmung im größten Theile Europa's vorherrschend, die Luftthäler erneuerten sich immer vom atlantischen Meere her und nahmen meistentheils ihre Richtung über Großbritannien links an unserer Gegend vorbei nach dem schwarzen Meere. Erst zu Ende des Monats wurden die Luftthäler durch die rechtwinklich von beiden Seiten wegen der großen Tiefe der Thäler meist sehr heftig einströmende Luft (also bei uns als Südweststürme) allmählich ausgefüllt; denn der Wind steht immer zum Luftthal im rechten Winkel von 90°, während er vom Luftberg direkt abfließt, daher befindet sich beim steigenden Barometer, da, wo der Wind hergeht, immer ein Luftberg und wo er hingeht, immer ein Luftthal, während beim Fallen des Barometers das Luftthal nicht in der Windrichtung, sondern im Winkel von 90° seitwärts, in der Regel von links nach rechts vorbeizieht. Im Centrum von Berg und Thal herrscht dagegen meistens Windstille. Aber nicht allein bedeutende Stürme fanden im Monat April statt, sondern auch das Erdinnere erzitterte wieder an vielen Orten, auch unser Deutschland war nicht davon verschont; sie erstreckten sich selbst bis in das Juragebiet der fränkischen und schwäbischen Regionen. Wenn ungeachtet der vorherrschenden in der Regel wärmeren Aequatorialströmung sich die Temperatur fast in ganz Europa mit Ausnahme der südlichsten und südwestlichsten Gegenden nicht viel über das Mittel erhob, so mögen hieran wohl hauptsächlich die im atlantischen Meere weit herabgeschwommenen Eisberge Schuld gewesen sein, indem sie den davon herkommenden Antipassat bedeutend abkühlten. Die Stürme dagegen selbst möchten weniger mit diesen schwimmenden Eisbergen in Verbindung zu bringen sein, vielmehr dürften hieran die zahlreichen Re-

** **München**, 11. Mai.*) In seiner heutigen Sitzung setzte der Gesetzgebungsausschuß die Berathung über die Bestimmungen bei der Versteigerung von unbeweglichen Gütern fort. Zunächst wurde mit Art. 938 begonnen und derselbe unter Zustimmung der kgl. Staatsregierung gestrichen, dagegen in Art. 933 Ziffer 6 und 927 Ziffer 9 je der Zusatz beschlossen „oder ob und in welcher Weise die beiden Arten der Versteigerung (nämlich die Einzelversteigerung und die Versteigerung im Ganzen) verbunden werden wollen." Sodann wurde Art. 939 nach dem Referate, die Artikel 940—947 aber, welche die weiteren Vorschriften über die Versteigerung selbst enthalten, im Wesentlichen nach dem Entwurfe seitens des Ausschusses angenommen. Darauf wurde zur Berathung des II. Abschnitts des Hauptstücks XLIII, „das Zwischenverfahren betreffend," geschritten. Hiezu lagen neue Vorschläge des kgl. Ministerialkommissärs vor. Zunächst sollte nach Art. 793 als Art. 793 a ein Artikel in das 38. Hauptstück eingesetzt werden, welcher den Fall regelt, daß wenn im Laufe der Vollstreckung eine Anwaltsbestellung stattgefunden habe, diese Gültigkeit haben solle bis zum Schlusse des Vollstreckungsverfahrens, sowie daß im Vollstreckungsverfahren kein Verbindungsurtheil ergehen solle. Sodann solle an Stelle der Art. 948—952 ein Artikel treten, welcher die Bestimmung der Art. 948 Abs. 1, Art. 952 Abs. 2 und 3 im Wesentlichen reproduzirt. Der Ausschuß trat diesen Vorschlägen bei. Ebenso hatte der kgl. Ministerialkommissär für die Art. 953—955 neue Artikel vorgeschlagen, und zwar sollten die Art. 953—955 a die Bestimmung enthalten, wenn neben dem betreibenden Gläubiger auch noch Andere die Immobiliarexekution betreiben wollen oder betrieben haben. Die Fassung stimmt materiell mit dem Entwurfe überein und gibt nur den Inhalt klarer. Der Ausschuß trat auch diesen Vorschlägen, sowie dem Vorschlage zu Art. 55 b, der die Surrogation anderer als des ursprünglich betreibenden Gläubigers normirt, bei, jedoch mit der Bestimmung, daß die Hypothekforderung fällig sein müsse, wenn surrogirt werden wolle. Schließlich nahm der Ausschuß auch den an Stelle der Art. 956—958 seitens des Min.-Commissärs vorgeschlagenen Art. 956, worin die Abweichungen von den allgemeinen Bestimmungen des 38. Hauptstücks zusammen gestellt sind, ohne Diskussion an, womit die Sitzung schloß.

München, 12. Mai. Fürst v. Hohenlohe hat in Begleitung des Kriegsministers am Donnerstag den Platz, woselbst die Schießproben mit den zur Hinterladung abgeänderten Podewilsgewehren stattfinden, besucht. Nach übereinstimmenden Urtheilen der Offiziere und Unteroffiziere hat das Gewehr durch die Umänderung nicht nur in Bezug auf Tragfähigkeit nichts verloren, sondern in Bezug auf Treffsähigkeit durch eine Aenderung an Korn und Visir, welche ein exakteres Zielen ermöglicht, sogar gewonnen, so daß man sich gar kein neues Gewehr wünschte, wenn das umgeänderte die Einheitspatrone hätte. Auch mit der Schnelligkeit des Schießens ist man ganz zufrieden; wer sich die Handhabung des Gewehres gut zu eigen gemacht hat, feuert damit 8 Mal in der Minute. — Die Uebungszeit zum Einschießen ist vom 12. bis zum 16. incl. verlängert worden. — Die HH. Referenten des Sozialgesetzgebungsausschusses sind in vollster Thätigkeit und hoffen, wie wir vernehmen, ihre Referate in beiläufig 3 Wochen zu vollenden. Prof. Dr. Edel hat sich zur Vollendung seines Referates in Folge eines Kopfleidens mit einem Hilfsarbeiter nach Tutzing am Starnbergersee zurückgezogen. (Fr.K.)

Darmstadt, 11. Mai. Eine heute erschienene Kriegsministerialverordnung erhöht vom 1. Juni an den Dienststand jeder Kompagnie auf 96 Gemeine, und bestimmt, daß von jedem Infanterieregiment 1 Hauptmann, 1 Oberlieutenant, 1 Lieutenant und 10 Unteroffiziere, zusammen 12 Offiziere und 40 Unteroffiziere, sich nächste Woche nach Mainz begeben, um theoretisch und practisch die Dienstverhältnisse der preußischen Truppen, insbesondere die Behandlung und den Gebrauch des Zündnadelgewehres zu erlernen. Das Exerzierreglement wird bei friedlichen Zeiten auch bald eingeführt werden, wie unsere Reiterei bereits seit 14 Tagen nach preußischen Vorschriften eingeübt wird. — Die eben im Gang befindliche Rekrutirung macht aller Orten die Erfahrung, daß dieses Jahr verhältnißmäßig bei Weitem weniger und überdies körperlich schwächliche junge Leute zum Zuge kommen, was sicherlich dem Mißjahr 1846 zuzuschreiben, deren Folgen man noch nächstes Jahr fühlen wird. — Die vom Abgeordneten Volhard in der Ständekammer zur Sprache gebrachte Erhöhung der Militärpensionen, insbesondere der höheren Grade, hat lediglich seinen Ursprung in dem System des abgetretenen Kriegsministeriums, das grundsätzlich den Ständen zu lieb die Pensionirung vermied und die nächst älteste Charge in den höheren Grad vorrücken ließ, so daß beim Sturz dieses Systems jetzt viele Generale und Stabsoffiziere pensionirt werden müssen, die bei richtiger Beurtheilung der Fähigkeiten höchstens Hauptmänner hätten abgeben dürfen. (Fr. J.)

*) Als Datum des gestrigen Berichtes ist der 10., nicht der 11. Mai zu setzen, wie es irrthümlich im Manuscripte stand. D. R.

Frankfurt, 10. Mai. Von der Bundesliquidations-Commission war schon früher die Desarmirung der Festung Landau in soweit genehmigt worden, als die betreffenden Arbeiten die Conservirung des beweglichen Eigenthums, die Beseitigung und Deponirung der Pallisaden und Barrieren, sowie die Ueberführung der Pulvervorräthe aus den Kriegs- in die Friedens-Magazine bezweckten; neuerdings ist nun von der damals gleichfalls beantragten, aber vorerst verschobenen Einrichtung einiger Blockhäuser &c. zur friedensmäßigen Pulverlagerung nach dargelegtem Bedürfniß die Einrichtung einer Baracke zur Lagerung von Eisenmunition gestattet worden. — Wie eigenthümlich und weit zurückgehend die Ansprüche an die Liquidations-Commission mitunter sind, zeigt eine von den Erben des Handelsmanns Joseph Pfungst von hier eingereichte Forderung, betreffend die Bezahlung von 45,947 fl. 56 kr. für in den Jahren 1795 bis 1797 an die kaiserl. österreichischen Truppen gelieferte Naturalien. Auf diese Eingabe wurde von der Kommission in ihrer Sitzung vom 1. d. zu erwidern beschlossen, daß die Liquidationskommission nicht in der Lage sei, dem Ansuchen auf die besagte Ersatzleistung irgendwie zu entsprechen. — Die Kaufleute Schwarz und Nikolai aus Mainz und Deiß aus Offstein haben eine Restforderung von 59,322 fl. für nach Mainz verbrachte Proviantvorräthe des vormaligen achten deutschen Armeekorps, mehrere Private von Mainz eine Forderung von 3418 fl. für bei der vorjährigen Armirung der Festung geleistete Fuhrdienste eingereicht. — Gelegentlich einer Mittheilung des württembergischen Bevollmächtigten in der Sitzung vom 1. d., daß der Kriegskommissär Gaupp von hier abberufen sei, kam zur Anzeige, daß die für die Zusammenstellung und Berechnung der tabellarischen Nachweisungen der Lokalkommissionen als Hülfsarbeiter im Januar früher berufenen Beamten ihre Aufgabe in den nächsten Tagen vollendet haben werden. (Fr. J.)

Frankfurt, 10. Mai. Gestern Nachmittags verschied nach mehrmonatlichem Krankenlager Dr. Sigmund Stern, Direktor der israelitischen Realschule. Im Jahr 1855 von Berlin hierher berufen, hat er durch Thätigkeit und umsichtsvolle Leitung die von seinem Vorgänger Dr. Heß bereits auf eine achtbare Stufe erhobene Anstalt so gedeihlich weiter entwickelt, daß sie jetzt unter den städtischen Schulen in vorderster Reihe steht. Stern, der wohl zu den bedeutend-

---

volutionen im Erdinnern Schuld getragen haben. Ja vielleicht waren gerade Erdbeben im nördlichen Eismeere die Ursache vom Loslösen und früheren Herabtreten der Eisberge, die sich gewöhnlich erst im Mai in Bewegung setzen und ihnen deßhalb auch die kalten Maitage zugeschrieben werden. Wie der im äußersten Südwesten unseres Erdtheiles befindliche Luftberg, von dem unsere Stürme abflossen, dort höhere Wärmegrade zur Folge hatte, so bewirkte der andere Luftberg im Nordosten jenseits der durch das Centrum Europas ziehenden Luftthäler hartnäckige Kälte, so daß in Stockholm das Thermometer Morgens 7 Uhr noch an 15 Tagen, in Petersburg an 21, und in Haparanda an 28 Tagen unter dem Nullpunkt stand, ja am letzteren Orte bis —23,4^0 fallen konnte. Gewitter haben in diesem Monate ungewöhnlich viele stattgefunden, am 5. in Polen und Wien, hier mit Blitzschlag in den Stephansthurm, am 8. in Wien und Berlin, am 9. in Klagenfurt, Ischl, Olmütz und Augsburg, am 11. in Neualbernreuth in Böhmen und in Aystheim in Schwaben, letztere beide Male mit Blitzschlägen, am 14. in Westphalen und Hannover, am 15. in Münster, Torgau und Breslau, am 16. in Szegedin und Klagenfurt, am 17. in Krakau, am 18. in Hermannstadt, am 25. in Puttbus auf der Insel Rügen, in Ischl, Roggenburg bei Ulm (hier mit Blitzschlag) und Augsburg, am 26. in Krakau und Lemberg, am 30. in Krakau, Szegedin und Lemberg. Man sieht daraus, daß die Gewitter, wenn sie sich über größere Flächen Landes erstrecken, in der Regel von Nordwest nach Südost in der Richtung der Luftthäler ziehen und 2 Tage nothwendig haben, bis sie Deutschland durchwandern. Sämmtliche Gewitter fanden zu einer Zeit statt, wo sich am Orte derselben das Luftmeer unter dem mittleren Niveau befand.

Auch das Erdbeben in der Gegend von Wassertrüdingen fiel mit dem tiefsten Barometerstand des Monats zusammen. — In Bezug auf den dreijährigen Durchschnitt war die dießjährige Temperatur in den meisten Ländern Europas um keinen vollen Grad verschieden, zwischen 1^0 und 2^0 wärmer war es im mittleren und südlichen Spanien und am schwarzen Meere, zwischen 2^0 und 3^0 auf den westlichen Inseln des Mittelmeeres. Zwischen 1 und 2^0 kälter war es in Schweden, zwischen 2 und 3^0 in Nordrußland und zwischen 4 und 5^0 in Lappland. (Fränk. Ztg.)

sten Pädagogen der Neuzeit zu rechnen ist, erstreckte aber seine gemeinnützige Wirksamkeit auch über seinen engeren Wirkungskreis hinaus. Namentlich betheiligte er sich lebhaft bei den hier abgehaltenen Lehrerversammlungen, und hat auch als mehrjähriges Mitglied der frühern gesetzgebenden Versammlung ersprießliches für das städtische Schulwesen gewirkt. Sein Verlust wird tief bedauert werden. Als eigenthümliches Zusammentreffen erwähnen wir, daß unmittelbar vor ihm auch ein auswärts lebender Bruder Sterns mit Tod abging. (Allg. Ztg.)

Berlin, 11. Mai. In Folge von Erklärungen zwischen der französischen und russischen Regierung wurde anerkannt, daß die *französischen militärischen Maßregeln* ausschließlich einen Charakter der Vorsicht tragen. Die Luxemburger Frage wird hier als in friedlichem Sinne entschieden angesehen.

Paris, 11. Mai. Den schnellen Entschluß des englischen Kabinets, seine Garantie zur Neutralisation Luxemburgs zu geben, scheint eine preußische Note hervorgerufen zu haben, welche Graf Bernstorff Lord Stanley am letzten Mittwoch übergab. In dieser Note wird auf die Unruhe hingewiesen, welche die fortdauernden Rüstungen Frankreichs in Deutschland erregen; aus diesen Gründen könnte Preußen sich nicht mehr lange der Nothwendigkeit entziehen, auf diese Demonstration durch ähnliche Kundgebungen zu antworten. Es sei daher dringend nothwendig, daß die Konferenz ihre Arbeiten so sehr als möglich begränze, damit die Unterzeichnung des Vertrages dieser Lage schnell ein Ende mache. — In St. Etienne wird unter der Direktion des Herrn Chassepot mit erneuertem Eifer an den Hinterladungs-Gewehren gearbeitet und fortwährend eine Masse Kriegs-Material und Munition vom Westen (besonders von Bourges) nach dem Osten transportirt. Die französischen Rüstungen darf man übrigens nicht zu sehr überschätzen, denn es mußte, selbst wenn kein Krieg drohte, gerüstet werden, da, als Marschall Niel Kriegs-Minister wurde, sich die französische Armee in einem solchen Zustande befand, daß man es für nothwendig hielt, seinen Vorgänger, den Marschall Randon, nach dem Fort von Vincennes zu senden, wo er sich noch befinden soll (?). Was die französische Armee in Afrika anbelangt, so sind bis jetzt allerdings einige Regimenter nach Frankreich befohlen worden und die Anstalten zur Einschiffung der übrigen sind getroffen. Für den Kriegsfall hat man nämlich beschlossen, nur wenige französische Regimenter dort zu belassen. (K. Z.)

Paris, 11. Mai. Die „France" bringt folgende beruhigende Mittheilung: „Seit einigen Tagen ist viel Gerede über vermeintliche Erörterungen zwischen den Regierungen von Frankreich und Preußen in Bezug auf Rüstungen und militärische Vorbereitungen gewesen, die sowohl in Frankreich wie auf der anderen Seite des Rheines gemacht sein sollten. In dieser Hinsicht hat man sich indeß vollkommen im Irrthum befunden. Wie uns mitgetheilt wird, ist dieser Angelegenheit höchstens in intimen Besprechungen Erwähnung geschehen. Auch sind wir in der Lage, versichern zu können, daß auf der einen wie auf der andern Seite der Stand der Dinge in militärischer Hinsicht so gestellt ist, daß nunmehr keine Spur von gegenseitigem Verdachte mehr vorhanden ist." Diese Mittheilung bestätigt erstens, daß über die Fortdauer der Rüstungen Anfragen Statt fanden, daß diese jedoch intimster Art waren, und daß zweitens die gegenseitigen Erklärungen zur vollkommensten Zufriedenheit ausfielen, so daß jeder fernere Verdacht aufhören muß. Die Periode der Uebertreibungen wird nunmehr hoffentlich zu Ende sein und mit der ruhigeren Stimmung auch eine unbefangenere Würdigung der militärischen Vorgänge Wurzel fassen. Die Diplomatie hat sich bei dieser Gelegenheit einmal wieder zu Ehren gebracht und auch in so fern gezeigt, wie viel sie gelernt hat, als sie der öffentlichen Meinung bei ihren Arbeiten stets die schuldige Rücksicht geschenkt und nicht mehr Geheimnißkram entfaltet hat, als zum Besten der Sache durchaus nöthig war. Wir stimmen in diesem Punkte mit Freuden in das anerkennende Urtheil der „France" ein; die englische Regierung zumal hat sich in dieser Beziehung bleibende Verdienste um die Beruhigung der Gemüther erworben. Allerdings hat England an der Erhaltung des Friedens ein eben so hohes Interesse, als vielleicht irgend eine der Continentalmächte. Auch in Frankreich findet das ehrliche und so durchaus besonnene, noble Auftreten des Lord Stanley die verdiente Anerkennung. Was die Mittheilungen der englischen Minister im Parlamente anbetrifft, so können sich die Continentalregierungen ein Exempel daran nehmen; denn jemehr die Diplomatie von der öffentlichen Meinung getragen wird und je aufrichtiger sie mit dieser Hand in Hand geht, desto fester und ruhiger kann sie auftreten und desto rascher zum Ziele gelangen. Mit dem wachsenden Vertrauen auf die Erhaltung des Friedens im Abendlande taucht die orientalische Frage wieder mehr aus der momentanen Vergessenheit empor, und man prophezeit nicht bloß neue Aufstände in der Türkei, sondern auch einen Krieg der Pforte mit Persien, das jedoch mehr kühn und streitlustig, als streitbar und stark ist. Die Pforte könnte dieser Schwierigkeiten leicht Herr werden, wenn der Großherr einen eigenen, festen Willen zu fassen der Mann wäre.

Kopenhagen, 7. Mai. Die amtliche „Berlinske Tidende" schreibt: „In der „Börsenhalle" und in der „Kreuzztg." lesen wir eine Notiz, nach welcher für den Fall eines preußisch-französischen Krieges zum Zwecke einer *Neutralisirung der Ostsee* eine Annäherung Rußlands an die skandinavischen Länder vorbereitet worden sein sollte. Diese an und für sich unklare Nachricht stützt sich kaum auf Anderes, als auf Muthmaßungen oder Wünsche. Wenn es ferner in einer Berliner Korrespondenz an die „Börsenhalle" heißt, daß der Besuch der russischen Kaiserfamilie in Dänemark „mit Plänen in Zusammenhang gebracht wird, welche auf eine für die deutsche Sache vortheilhafte Stellung Dänemarks und Rußlands hinzielen," — so ist diese Deutung eines Besuches, welchen Tochter und Schwiegersohn unseres Königs in Erwägung der silbernen Hochzeitsfeier Ihrer Majestäten in Kopenhagen abstatten, so gesucht, daß dieselbe den Verdacht erzeugen muß, der Korrespondent habe nach der eigenen Einbildungskraft geschrieben." — Der Kriegsminister Raaslöff machte heute in der ersten Reichstagskammer (Landsthing) die Mittheilung, daß die königliche Regierung am 30. vorigen Monats in den Vereinigten Staaten über die Lieferung einer bedeutenden Anzahl Hinterladungsgewehre einen Vertrag abgeschlossen habe. Der Minister fuhr dann fort: „Die Versuche, welche früher bei uns vorgenommen wurden, bezweckten die Begünstigung des Peabody'schen Gewehrs, allein später wurden umfangreiche Experimente mit dem Remington'schen Gewehre eingeleitet, und diese führten darauf so günstige Resultate herbei, daß unsere Sachkundigen dem Remington'schen Gewehre den Vorzug zuerkannten. Durch die Konkurrenz zwischen beiden Systemen ist es der Regierung möglich geworden, die Remington'schen Gewehre aus den Vereinigten Staaten zu einem Preise anzuschaffen, welcher sonst nicht erreichbar gewesen sein würde. Es war einem der kundigsten Artillerieoffiziere aufgetragen, den Kontrakt abzuschließen und die Anfertigung der Gewehre zu kontrolliren. Binnen einer verhältnißmäßig kurzen Zeit wird die dänische Armee nun mit diesen neuen und zweckmäßigen Waffen ausgerüstet sein. Was die Umarbeitung der älteren dänischen Gewehre betrifft, so nimmt auch diese einen erwünschten Fortgang, und dasselbe gilt von der Munitionsfabrikation. Es liegt in der Natur der Sache, daß derartige neue Fabrikationen stets mit Schwierigkeiten verknüpft sind, welche von den Uneingeweihten nicht so leicht begriffen werden. Jedenfalls steht es aber fest, daß die ganze Angelegenheit schneller gefördert worden ist, als in den meisten sonstigen Staaten. Die Einübung der Truppen mit den neuen Waffen wird jetzt sofort beginnen können." (N.-Z.)

New-York, 27. April. Die Verhandlungen des höchsten Gerichtshofes in Betreff der Klagen aus *Georgia* und *Mississippi* gegen das Rekonstruktionsverfahren und seine Träger, die Distriktscommandeure in den Südstaaten, nahmen gestern ihren Anfang. Dagegen sprach der Attorney-General, der den richterlichen Beamten der Nation die Kompetenz absprach, gegen die Vollstrecker von Congreßbeschlüssen einzuschreiten. Die Frage, ob konstitutionell oder nicht, bezeichnete er als rein politische Angelegenheit, die auch nur auf dem Gebiete politischer Maßnahmen entschieden und geregelt werden könne. Die Kläger führten dagegen auf, daß die Eingriffe in die Rechte der einzelnen Staaten, die durch die kommandirenden Generale gemacht würden, nur vom höchsten Gerichtshofe verhindert werden könnten und daß dieses Gericht, ursprünglich zur Entscheidung ähnlicher Streitfragen konstituirt, grade speziell die Jurisdiction über einen Fall wie den vorliegenden habe. Die nächste Sitzung wurde auf den 3. Mai anberaumt. — Senator *Wilson* machte Hrn. *Davis* in den letzten Tagen in Fort Monroe einen Besuch.

New-York, 27. April. Man liest im „Courrier des Etats-Unis": „Außergewöhnlicher Weise geht uns ein direkter Brief aus Mexiko vom 6. April zu. Derselbe gibt folgende Nachrichten, welche das Verdienst haben, authentisch zu sein. Am 2. April nahm Porfirio Diaz Puebla mit Sturm. Er hatte an die Garnison zwei Aufforderungen ergehen lassen, sich zu übergeben, mit der Drohung, sie über die Klinge springen zu lassen, falls man seinem Verlangen nicht Folge gebe. Diaz hielt Wort, und alle Offiziere über dem Lieutenantsgrad sind erschossen worden. Einige Correspondenten bringen die Zahl der Opfer auf 109; andere sprechen nur von etwa dreißig. Einmal im Besitz Puebla's, sandte Diaz 3000 Mann und eine Batterie zum Angriff nach Veracruz ab, welche Stadt, da sie zur Uebergabe aufgefordert worden ist, wahrscheinlich kapituliren wird. — Der Kaiser ist noch immer in Querétaro, wo man sich vom 14. bis 31. März mit Erbitterung geschlagen hat. Die Tage des 14., 24., 25. und 26. waren sehr mörderisch und fielen zum Vortheil der Kaiserlichen aus, waren aber nicht entscheidend genug, daß man die Belagerung hätte heben können. — Das übrige Land ist ruhig.

Mexiko bleibt stets noch ohne Verbindung, aber es ist friedlich. Am 27. März kam Marquez von Querétaro mit der Machtvollkommenheit eines Generallieutenants des Kaiserreichs an. Er hat eine Zwangssteuer ausgeschrieben und reiste am 30. nach Puebla, indem er in der Stadt Mexiko als Stellvertreter Viburi zurückließ.

Frankfurter Börse (6. bis 11. Mai).

	6.	11.		6.	11.
5% Oestr. National	$51\frac{3}{4}$	$54\frac{1}{8}$	4% Darmstädt. do.	—	—
5% do. Metal. (1859)	$59\frac{3}{8}$	$62\frac{1}{4}$	$3\frac{1}{2}$% do. do.	—	—
5% do. Lose (1860)	64	$69\frac{1}{4}$	$4\frac{1}{2}$% Nassauer do.	93	94
— do. do. (1864)	$66\frac{3}{4}$ B	$75\frac{3}{4}$ B	4% do. do.	$86\frac{1}{2}$	88
Oestr. Kreditl. (58)	$110\frac{1}{2}$	118	$3\frac{1}{2}$% do. do.	—	—
5% Bayer. Obligat.	$99\frac{1}{8}$	$100\frac{1}{8}$ B	4% Kurhess. do.	—	—
$4\frac{1}{2}$% do. do.	92	$94\frac{1}{4}$	$3\frac{1}{2}$% Frankf. do.	$80\frac{3}{4}$ B	$81\frac{1}{2}$ B
4% do. do.	88	—	3% do. do.	—	—
4% do. 100 Thl.-L.	$95\frac{3}{4}$	$99\frac{1}{8}$	6% Amerik. (1882)	$76\frac{1}{2}$	$77\frac{3}{8}$
$4\frac{1}{2}$% Würtemb. Obl.	$91\frac{3}{4}$ B	$93\frac{1}{2}$	Oestr. Kredit. . .	152	$168\frac{1}{2}$
$3\frac{1}{2}$% do. do.	$77\frac{3}{4}$	—	Oestr. Nat.-Bank	640	690
$4\frac{1}{2}$% Badische do.	$92\frac{3}{4}$ B	$93\frac{1}{4}$	Frankfurter do.	125 B	$125\frac{3}{4}$ B
4% do. do.	$86\frac{3}{4}$	—	Bexbacher E.-B.	$142\frac{1}{2}$	—
$3\frac{1}{2}$% do. do.	—	—	Bayer. Ostbahnen	$112\frac{1}{2}$ B	$116\frac{3}{4}$ B

11. Mai. In der ersten Hälfte der Woche verkehrte die Börse in abwartender, mehr zaghafter Haltung, zumal von Berlin aus beunruhigende offiziöse Stimmen sich vernehmen liessen. Mit dem Bekanntwerden der offiziellen Erklärungen der englischen Minister schwand gestern der letzte Rest des durch die Berliner Allarmnachrichten wach gehaltenen Misstrauens und die Börse zögerte nicht länger, ihr Friedensfest zu feiern. Von dem Kursaufschwung profitirten namentlich österreichische Effekten. Die Steigerung seit der Vorwoche beträgt für neue englische Metalliques und 1860er Loose über 4, für National ca. 3 pCt., Kreditloose fl. 8.

Süddeutsche Staatspapiere haben sämmtlich wesentliche Preisbesserungen aufzuweisen; es wurde davon in den letzten Tagen viel für Kapitalanlage gekauft. $4\frac{1}{2}$ pCt. Bayern schliessen um $2\frac{1}{4}$, Würtemberger um 2, Nassauer und Badische um $1\frac{1}{2}$ pCt. höher. Auch die 4pCt. Kategorien zu gestiegenen Kursen gesucht. In den lange vernachlässigten Kurhessen fanden Umsätze zu 92 statt. Bayerische Loose erreichten heute wieder Pari und holten sich somit in abgelaufener Woche 4 pCt. Von auswärtigen Fonds ging auch einiges in $4\frac{1}{2}$ pCt. schwedischen Pfandbriefen zu 82—$\frac{1}{4}$ um. 1862er Amerikaner gaben im Laufe der Woche auf schlechtere amerikanische Notirungen bis $75\frac{1}{2}$ nach, erholten sich jedoch auf $77\frac{3}{8}$ und schliessen gegen vor 8 Tagen mit einer Avance von $1\frac{1}{2}$ pCt.

Von Kreditaktien eröffneten Oesterreichische die Woche zu 152, gaben bei der unsicheren Haltung in den ersten Tagen bis $148\frac{1}{4}$ nach, um dagegen in den letzten Tagen mit raschen Schritten emporzueilen; sie schliessen $168\frac{1}{2}$, um fl. 16 höher als in der Vorwoche. Auch Darmstädter holten sich fl. 4 auf 194. Von Zettelbankaktien nahmen österreichische Nationalbank an heutiger Börse einen Aufschwung von fl. 35 und bleiben mit 690 um fl. 60 höher als vor 8 Tagen. Frankfurter Bank $125\frac{1}{2}$. E.-B.-Aktien, soweit bei deren schwachen Umsätzen an hiesiger Börse von einem lebhaften Geschäft darin die Rede sein kann, gleichfalls um Prozente gestiegen. Hessische Ludwigsbahn für Berliner Rechnung zu 130 vom Markte genommen. — Der Kursaufschwung erstreckte sich auch auf Prioritäten, insbesondere italienische und in Frcs. zahlbare.

Die Abundanz des Geldmarktes hält an und wird nicht eher aufhören, als bis in Handel und Industrie Leben und Vertrauen zurückkehren. Sämmtliche Wechsel sehr fest. London bis $118\frac{1}{8}$ bezahlt, anscheinlich hat sich auch Wien erholt von $89\frac{3}{4}$ auf $91\frac{3}{4}$. (Akt.)

Neueres.

Agram, 11. Mai. Der Landtag hat einstimmig beschlossen, seine weiteren Verhandlungen zu suspendiren, insolange der Landtagsbeschluß wegen der Immunität der Landtagsmitglieder nicht bestätigt ist. Die Gleichstellung der österreichischen Serben mit den kroatischen wurde ausgesprochen. Heute findet wahrscheinlich die letzte Sitzung des Landtages statt, denn die sofortige Landtagsauflösung ist höchst wahrscheinlich.

Paris, 12. Mai. Der „Moniteur“ meldet: Der Vertrag, welcher die auf das Großherzogthum Luxemburg bezüglichen Fragen regelt, ist gestern Abend in London unterzeichnet worden. Die Regierung des Kaisers wird sich beeilen, die Bestimmungen desselben dem Senate und dem gesetzgebenden Körper zur Kenntniß zu bringen.

Florenz, 11. Mai. Die „Opinione“ erklärt sich autorisirt, die Nachricht des „Mémorial Diplomatique“ zu dementiren, nach welcher Rußland in die Zulassung von Italien zur Londoner Conferenz nur eingewilligt habe unter der Bedingung, daß dieselbe nicht als ein Präzedenzfall angesprochen werden dürfe. Rußland sei fern davon, der zukünftigen Stellung Italiens Hindernisse zu bereiten, es schätze sich glücklich, daß Italien den ihm zukommenden Rang unter den Großmächten eingenommen habe.

Telegramm
der Neuen Würzburger Zeitung.

* **Paris**, 13. Mai. Die von der Regierung der Kammer gemachten Mittheilungen über Luxemburg enthalten lediglich Bekanntes. Die französische Regierung ist durch Vertrag vollkommen befriedigt und sei damit die gegen Frankreich geschaffene, seit 50 Jahren bestandene Situation beseitigt, indem ein neuer Neutralstaat an seiner Nordgrenze errichtet und dem Großherzoge von Luxemburg volle Unabhängigkeit gesichert sei. Die Ratifikation erfolge binnen 4 Wochen. Ueber das Verbleiben oder Nichtverbleiben Luxemburgs im Zollvereine enthält die Regierungsmittheilung nichts.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62—$61\frac{3}{4}$ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	54—$\frac{1}{8}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$39\frac{1}{2}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$94\frac{5}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. ½jähr. dto.	$94\frac{5}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$91\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	$91\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93\frac{3}{4}$—$\frac{1}{2}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$94\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	81 G
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	—
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$81\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84\frac{1}{4}$ P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	79 P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	$77\frac{3}{8}$—$\frac{1}{2}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$126\frac{1}{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	675—670 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	167—$67\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$91\frac{1}{2}$ P. 91 G.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	200 P. 199 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	315 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$109\frac{1}{2}$P. $108\frac{1}{2}$G
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	149 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{1}{2}$P. 107 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$48\frac{1}{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73\frac{1}{2}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$117\frac{1}{8}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{8}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{3}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{7}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$92\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$92\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	113 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	67 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$69\frac{1}{8}$—$\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$118\frac{1}{4}$ P.
„ do. v. 1864	$73\frac{3}{4}$—$\frac{1}{2}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{1}{4}$—99 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	54 P. $53\frac{1}{2}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	141 G.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{1}{4}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. . . b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12 P. $11\frac{3}{4}$ G.

Frankfurt, 13. Mai. Die heutige Börse verkehrte ohne Animo. Der größte Theil der Hausse scheint eskomptirt. Die Course erfuhren keine weitere Steigerung, sondern verkehrten in ziemlich matter Haltung, wozu Gewinnrealisationen beitrugen. Nur Süddeutsche waren beliebt und höher, ebenso Devisen. Das Geschäft war nicht sehr bedeutend, da wenig Kaufaufträge vorlagen. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 134. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 15. Mai 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 13. Mai. Se. Majestät der König hat dem vormaligen k. hannov. Staatsminister der Justiz, Windhorst, das Großcomthurkreuz des Verdienstordens vom hl. Michael, und dem k. sächs. Oberappellationsrath Dr. Tauchnitz das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayer. Krone verliehen; den Rath des Appellationsgerichts von Schwaben und Neuburg, S. v. Renner, wegen körperlicher Leiden und hiedurch bedingter Funktionsunfähigkeit in den nachgesuchten Ruhestand auf die Dauer von zwei Jahren treten lassen, zum Rath am Appellationsgerichte von Schwaben und Neuburg den Bezirksgerichtsrath B. M. Lucas in Ansbach und zum Rath am Bezirksgerichte Ansbach den Bezirksg.-Assessor Chr. Jeruott daselbst befördert, auf dessen Stelle den Assessor des dortigen Stadtgerichts, Fr. Küster, auf dessen Ansuchen, versetzt und zum Assessor am Stadtgerichte Ansbach den Bezirksg.-Sekretär A. Brückner in Fürth befördert, dann dessen Stelle dem Bezirksgerichts-Accessisten Chr. v. Petz in Nürnberg in prov. Eigenschaft verliehen; den prakt. Arzt Dr J. B. Keller in Gangkofen zum Bezirksarzte 2. Klasse in Falkenstein in prov. Eigenschaft ernannt.

Die kath. Pfarrei Aiterhofen, k. Bezirksamts Straubing, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 1112 fl. 44½ kr. in Erledigung gekommen.

München, 12. Mai. Nachdem die Rinderpest im Großherzogthume Sachsen-Weimar-Eisenach ausgebrochen ist, hat das k. Staatsministerium des Innern mittelst einer (im nächsten Regierungsblatte erscheinenden) Bekanntmachung vom 12. ds. Mts. die Absperrung der Grenzen gegen jenes Land nach Maßgabe des § 4 der Verordnung vom 6. Dezember 1866 verfügt und die Ein- und Durchfuhr von Schlachtvieh und den in § 5 lit b jener Verordnung bezeichneten thierischen Rohstoffen auch aus seuchefreien Gegenden des genannten Landes verboten. (Bayer. Ztg.)

München, 13. Mai. Nachdem die Rinderpest in den Regierungsbezirken von Oberfranken, dann von Unterfranken und Aschaffenburg, sowie in den sächsischen Herzogthümern aufgetreten ist, hat das kgl. Staatsministerium des Innern die Anordnung getroffen, daß aus jedem Regierungsbezirk einige Thierärzte sich in die von der Seuche betroffenen Gegenden zu begeben haben, um sich daselbst durch eigene Anschauung über Wesen und Verlauf der Krankheit und über die zu deren Bekämpfung verfügten Maßregeln genaue Kenntniß zu verschaffen. (Bayer. Ztg.)

München, 13. Mai. Heute hat an den Sitzen der Kreisregierungen die praktische Konkursprüfung der zum Staatsdienste aspirirenden Rechtskandidaten ihren Anfang genommen. (B. Z.)

Die veterinärpolizeilichen Maßregeln gegen die Rinderpest im Herzogthume Meiningen werden von dem zur Zeit in Hildburghausen anwesenden Regierungsrath Heim unter technischem Beirath des Obermedizinalraths Dr. Domrich aus Meiningen, der Departements-Thierärzte Dr. Jakobi aus Erfurt und Medizinalassessors Hildebrandt aus Magdeburg und des Amtsthierarztes Schwerdt aus Saalfeldt geleitet. Den dort anwesenden bayerischen Militärärzten Hahn und Brüller aus Würzburg und dem Bezirksthierarzte Vincenti aus Prien wurde genaueste Einsicht in die bezüglichen Akten gestattet, und sind dieselben auch zur Vornahme von Sektionen und Abgabe von Gutachten bei kommissionellen Berathungen beigezogen worden. Die Rinderpest ist im Herzogthume Meiningen auch in Römhild ausgebrochen." (Bayer. Ztg.)

X Das Ministerium des Innern hat angeordnet, daß aus jedem Regierungsbezirke drei Thierärzte in die von der Rinderpest betroffenen Gegenden gesandt werden, damit diese daselbst durch eigene Anschauung über Wesen und Verlauf der Krankheit und über die zu deren Bekämpfung getroffenen Maßregeln genaue Kenntniß sich verschaffen. Jeder dieser Thierärzte erhält zur Deckung der Reisekosten und zur Ermöglichung eines wenigstens dreiwöchentlichen Aufenthalts in den betreffenden Gegenden eine entsprechende Geldsumme aus Staatsmitteln und hat ausführlichen Bericht an die Regierung zu erstatten.

Karlsruhe, 11. Mai. Acht Abgeordnete zur zweiten Kammer, darunter Herr Lamey, und drei Mitglieder der ersten Kammer, darunter Professor Bluntschli, legen ihren Collegen eine in der „Karlsr. Z." veröffentlichte Erklärung zur Unterschrift vor, in welcher unter Bezugnahme auf den Art 79 der norddeutschen Bundesverfassung (den Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund betreffend) und im Hinblick auf die Gefahren des Augenblicks und auf die Unzulänglichkeit der Augustbündnisse gesagt wird, daß die Unterzeichner den unverzüglichen Eintritt der süddeutschen Staaten und insbesondere des Großherzogthums Baden in den Norddeutschen Bund für dringend geboten erachten und hoffen, daß die großh. Regierung ihre ganze Thätigkeit zur Erreichung dieses nationalen Zieles auch ferner anstrengen werde. Ueber den wirklichen Werth der norddeutschen Bundesverfassung sagt das Aktenstück sehr treffend: „Wenn auch diese Verfassung sowohl in ihrer allgemeinen Anlage als in manchen ihrer einzelnen Bestimmungen keine volle Befriedigung gewährt, so läßt sich doch der große praktische Vorzug derselben nicht verkennen, daß sie alle zur Zeit in Deutschland wirksamen politischen Mächte und Kräfte in ihrer thatsächlichen Bedeutung anerkennt und zu nationalem Zusammenwirken einigt. Niemand wird dieselbe als ein vollkommenes Werk ansehen, aber Jedermann wird zugestehen müssen, daß sie entwickelungsfähig sei. Sie erfüllt nicht die idealen Wünsche der Nation, aber sie gewährt dem deutschen Volke, was es seit Jahrhunderten zu seinem Unheil entbehrt hat, politische Einheit und Stärke; sie sorgt besser als der bisherige Zollverein für die gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen der

Feuilleton.

Vermischtes.

(Witterungsbericht.) Der „Fränk. Z". wird aus Herrieben, 12. Mai, berichtet: Die bei uns in den letzten Tagen eingeleitete Gewitterbildung wurde gestern durch den Einfluß eines im Norden Europa's befindlichen Luftberges mit trockenem Passat wieder unterbrochen. Derselbe erhöhte am 9. in Skudesnäs den Luftdruck auf 770mm, erniedrigte in Haparanda die Temperatur an genanntem Tage Morgens 7 Uhr auf —5,2⁰ und brachte uns überdies etwas Höhenrauch. Indessen vertieft sich das Luftmeer im Centrum Europa's noch immer, und dürfte daher der mit einem Druck von nur 754mm von Irland herdringende feuchte Antipassat die Oberhand gewinnen. Die Temperatur ist im Centrum Europa's verhältnißmäßig noch immer höher, als im Westen und Osten, das Maximum war am 9. in Paris 26,9⁰ (21,5⁰ R.), in Wien 28,0⁰ (21,5⁰ R) und dahier 29,1⁰ (23,3⁰ R) und heute dahier sogar 31,3⁰ (25,0⁰ R.)

X Das Budget des norddeutschen Bundes wird im ersten Jahr sich ungefähr folgendermaßen stellen:

Einnahmen: aus Zöllen	25,500,000	Thlr.
Branntweinsteuer	9,500,000	"
Salzsteuer	8,800,000	"
Biersteuer	2,500,000	"
Tabaksteuer	100,000	"
Post und Telegraphen	200,000	"
	46,600,000	Thlr.
Ausgaben: Armee		
200,000 Mann à 225 Thlr.	67,500,000	Thlr.
Marine	6,000,000	"
Verwaltungskosten, Gesandtschaften u. s. w.	1,000,000	"
	74,500,000	Thlr.

Hiernach werden 27,900,000 Thlr. durch Matrikular-Umlagen zu decken sein.

Der „Arbeitgeber" schreibt: „Die holländische Versicherungsanstalt gegen schlechte Zahler hat nun auch nach Deutschland herübergegriffen und in Köln eine Agentur gegründet, die von den Herren Wyß, Müller u. Comp. geführt wird. Der Beitrag ist jährlich 6 Thaler. Der Verein bildet keine materielle,

Nation, sie gewährt dem Handel und der Schifffahrt erhöhte Sicherheit und Freiheit, sie fördert das Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen; zum ersten Mal entfaltet sie eine gemeinsame deutsche Flagge auf den Meeren, sie breitet ein einheitliches Consulatssystem zum Schutz des deutschen Verkehrs über alle Welttheile aus und eröffnet die Aussicht auf eine fruchtbare deutsche Colonisation. Indem die Kriegsverfassung des Bundes die Wehrpflicht über alle Klassen der Bevölkerung gleichmäßig ausbreitet, übt sie die ganze männliche Jugend in patriotischer Pflichterfüllung und männlicher Tugend, bewahrt sie den Staat vor verderblichen Eroberungskriegen und abenteuerlichen Unternehmungen, macht sie die Vertheidigung des Vaterlandes unüberwindlich und sichert sie die Segnungen des Friedens. Die Ehre des deutschen Namens, die deutschen Interessen und die Sicherheit Deutschlands haben daher weit stärkere und wirksamere Bürgschaften erhalten als in den letzten Jahrhunderten. Das deutsche Volk erhält neue lebensfrische Organe seines Willens und seiner Macht und kann, befreit von den Hemmnissen des alten Zwiespalts, mit muthiger Zuversicht vorwärts schreiten in der Entwickelung seiner reichbegabten Naturanlage und seiner schlummernden Kräfte. In die inneren Verhältnisse der einzelnen Staaten greift die Bundesverfassung nicht hemmend ein. Die uns liebgewordenen Einrichtungen unserer Verwaltung, Rechtspflege und Cultur bleiben, auch wenn wir in den Bund eintreten, unversehrt und deren Fortbildung der verfassungsmäßigen Selbstbestimmung unseres Fürsten und unserer Volksvertretung überlassen. Unsere Freiheiten werden durch dieselbe nicht bedroht, sondern erst durch die Einigung Deutschlands nachhaltig geschützt."

Berlin, 9. Mai. (Abgeordnetenhaus.) In der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten wurde zunächst nachstehende Interpellation Aßmann's verlesen: „Hatte der frühere Vizepräsident bei dem Obergerichte zu Stade, Obergerichts-Vizedirektor Oberg, vor seiner Versetzung an das Appellationsgericht zu Ratibor durch Ablegung der vorgeschriebenen Prüfungen und Verwaltung eines Richteramtes oder einer ordentlichen Professur innerhalb der altländischen Provinzen zu dem ihm übertragenen Amte sich befähigt, oder aus welchen Gründen sonst ist seine Ernennung für gerechtfertigt gehalten worden?" Justizminister: Die Regierung habe ursprünglich die Herstellung eines Personalunionverhältnisses mit den neuen Landestheilen im Auge gehabt; auf den Wunsch des Abgeordnetenhauses sei sie aber auf die Realunion eingegangen. Der in der vorigen Session vorgelegte Gesetzentwurf habe nun bezweckt, die Gleichstellung auch auf dem juristischen Gebiete herzustellen; aber dieses Haus habe die von der Regierung dargebotene Hand zurückgewiesen. Der Vizedirektor Oberg habe nicht das dritte Examen gemacht, sei nicht preußischer Richter, noch Professor an einer inländischen Universität gewesen; aber dessen bedürfe es auch nicht; seit dem 20. Sept. v. J. sei der Vizedirektor Oberg preußischer Richter und es handle sich darum hier nur um eine Versetzung in eine andere Stelle. Wenn man die Anstellung des jetzigen Vizepräsidenten Oberg als eine unberechtigte und ungesetzliche betrachte, so könne es ja einmal versucht werden, gegen ein Erkenntniß des Appellationsgerichts zu Ratibor zu protestiren. Aus den alten Provinzen seien richterliche Beamte in die neuen Landestheile versetzt worden, folglich sei es nicht mehr als billig, daß den Justizbeamten aus den neuen Provinzen auch die alten Provinzen geöffnet würden. Es hätte sonst unter den Justizbeamten der neuen Landestheile und namentlich Hannovers eine allgemeine Mißstimmung entstehen müssen, und er freue sich, daß der Vizedirektor Oberg die ihm dargebotene Hand zur Versöhnung angenommen habe. Lasker: Warum hat der Justizminister den betreffenden (vom Abgeordnetenhaus seiner Zeit verworfenen) Gesetzentwurf denn früher vorgelegt, wenn es nicht eben absolut nöthig gewesen wäre? Der Justizminister hat nur auf das Gesetz zu sehen und seine Aufgabe ist es nicht, die Leute zu versöhnen oder sonst hohe Politik zu treiben. Justizminister: Der Gesetzentwurf, den ich in der vorigen Session vorlegte, war etwas ganz Anderes; derselbe ging viel weiter. Daß das Gesetz nicht zu Stande gekommen ist, beklage ich; aber wenn in so dringenden und nothwendigen Angelegenheiten der Landtag die Regierung im Stiche läßt, so hat die vollziehende Gewalt die Aufgabe, diese Lücke selbstständig auszufüllen. (Lange andauernder Lärm. Der Präsident muß die Ruhe mit der Glocke wieder herstellen.) Schulze: Der Herr Justizminister befindet sich in jeder Beziehung im vollsten Widerspruch mit sich selbst. Und nun, meine Herren, erlauben Sie noch eine kurze Nutzanwendung. Gestern haben Sie die Reichsverfassung angenommen; wir (die Linke) haben mit Nein gestimmt. Ich dächte, es zeigte sich schon jetzt, daß wir nicht ohne guten Grund so gehandelt! Simson: Auch ich verwerfe die Interpretation des Herrn Justizministers aus meiner innersten Ueberzeugung. Diese Interpretation ist für mich nicht blos überraschend, sondern geradezu unerhört! Dem Vorredner muß ich entgegnen, daß ein Zusammenhang zwischen dem Gegenstande unserer jetzigen Verhandlung und der gestern von uns angenommenen Reichsverfassung nicht besteht und daß ich mit derselben Freudigkeit auch dann für die Reichsverfassung gestimmt haben würde, wenn die heutige Verhandlung dieser Abstimmung vorhergegangen wäre; der Vorredner mag sich ferner versichert halten, daß gerade nach der Ausführung der Reichsverfassung Niemand mehr eine solche Interpretation wagen wird, wie wir sie jetzt gehört haben. (Lebhaftes Bravo!) Kosch: Indem der Justizminister von dem Zurückstoßen der dargebotenen Hand sprach, machte er eine bezeichnende Handbewegung auf die linke Seite dieses Hauses. Das ist gegen die Würde dieses Hauses, und ich will darum hiermit Verwahrung dagegen eingelegt haben. Damit wird der Gegenstand verlassen. Das

sondern moralische Sicherheit gegen schlechte Zahler; er hält nämlich eine Liste derselben, welche allen Mitgliedern mitgetheilt wird. Es ist begreiflich, daß, wer auf dieser Liste steht, seinen Kredit auf die gefährlichste Weise bedroht sieht. Will Jemand nicht zahlen, so meldet ihn der Betreffende beim Vorstande an. Dieser fordert den Säumigen auf, binnen 12 Tagen zu zahlen oder er würde auf die Liste gesetzt. In Holland hat man bereits die besten Folgen von der kaufmännischen Fehme.

Eine Konferenz der bedeutendsten französischen Genossenschaften, die auf Einladung der Société du Credit au travail im Juli zu Paris zusammentrat, hatte beschlossen, daß für 1867 ein internationaler Kongreß des Genossenschaftswesens nach Paris berufen werde. Die zu diesem Zwecke ernannte Kommission, bestehend aus P. Blanc, Devaud, Horn, Noirot, E. Reclus, macht nun bekannt, daß dieser internationale Kongreß am 16., 17. und 18. August 1867 in Paris zusammentritt und folgende Fragen seine Tagesordnung bilden werden: 1) Gewinnstvertheilung in den Genossenschaften, und speziell in wie weit und in welchem Umfange es thunlich ist, einen Antheil am Gewinnst zuzuwenden: den Hülfsarbeitern in den Produktivvereinen, den einfachen Kunden der Konsumvereine, einem Solidaritätsfonds der Genossenschaften, für moralische Zwecke, wie Erziehungswesen, Bibliotheken u. s. w. 2) Ueber die im Interesse des Ein- und Verkaufs zwischen den Genossenschaften der verschiedenen Länder herzustellenden und zu unterhaltenden Beziehungen. Wer dieser Tagesordnung eine Frage von dringlichem Interesse hinzufügen möchte, wird ersucht, dieselbe vor dem 1. August l. J. der Kommission 3, Rue Baillet, mitzutheilen.

Nach dem soeben erschienenen Berichte des Agrikultur-Departements sind die Aussichten für die nächste Ernte in den Vereinigten Staaten von Nordamerika außerordentlich günstig. Der viele Schnee des letzten Winters und das andauernde kalte Wetter haben verhindert, daß die Wintersaat durch Frost bedeutenden Schaden erlitt. Das Frühjahr ist spät eingetreten, harte Fröste waren selten und die junge Saat kommt außerordentlich kräftig hervor. Der Bericht sagt, daß der Zucht nützlicher Hausthiere gegenwärtig größere Aufmerksamkeit zugewendet wird. Am 1. Februar befanden sich nach einer genauen Schätzung in allen Staaten 5,401,263 Pferde im Werthe von Doll. 429,271,800; 888,386 Maulesel im Werthe von Doll. 76,940,000; 11,318,900 Ochsen im Werthe von Doll. 249,351,000; 39,386,000 Milchkühe und Schafe im Werthe von Doll. 132,770,000; 24,693,000 Schweine im Werthe von Doll. 134,111,000. Diese Zahlen im Vergleiche mit denen des vorigen Jahres zeigen eine bedeutende Zunahme des Viehstandes. Der Bericht widmet einen großen Theil seines Inhaltes dem Hundeunfug, und geht von der Ansicht aus, daß die Hunderace vollständig ausgerottet werden sollte. (!) Wenige, heißt es darin, haben eine Vorstellung von den ungeheuren Verlusten, die der produktiven Industrie des Landes durch diese verderbliche Pest erwachsen. Jeder Versuch, den dadurch verursachten Schaden zu ermitteln, ergibt staunenswerthe Thatsachen. Nach den im Laufe der letzten Zeit aus 531 Grafschaften eingegangenen Berichten aus jedem Staate der Union, mit Ausnahme der Pacific Staaten, zeigt es sich, daß in beiläufig einem Viertel der gesammten Grafschaften 133,000 Schafe durch Hunde getödtet wurden. Die Gesammtzahl, hienach berechnet, würde eine halbe Million ergeben. Die Zahl der Verwundeten und Verkrüppelten, nach einer im Staate Ohio seit einer Reihe von Jahren angestellten Berechnung geschätzt, würde weitere drei Hunderttausend betragen. Somit können mehr als 800,000 Schafe jährlich von den Hunden als getödtet oder verkrüppelt berechnet werden, ein Verlust von 2 Prozent des in Schafheerden angelegten Kapitals. Nach eingegangenen Erkundigungen berechnete der Kommissär die Zahl der in den Vereinigten Staaten lebenden Hunde auf 5 Millionen, deren Unterhalt eine jährliche Ausgabe von 50 Millionen Doll. verursacht.

Digitized by Google

Haus befindet sich aber noch lange in großer Bewegung. Der nächste Gegenstand ist der Lasker'sche Antrag auf „Aufhebung der gesetzlichen Zinsbeschränkungen auch für den Hypothekar-Kredit". Es ist dies derselbe Antrag, resp. Gesetzentwurf, welcher schon in der vorigen Session vom Hause angenommen, vom Herrenhause aber gar nicht weiter in Betracht gezogen worden ist. Der Handelsminister erklärt sich auch jetzt wieder entschieden für den Gesetzentwurf. Schließlich erfolgt die Annahme des Gesetzentwurfs mit sehr großer Majorität. Dritter Gegenstand ist der Gesetzentwurf, betreffend die „Verlegung der Rechnungslegung" über die Verwendung der 60-Millionen-Anleihe in die nächste Session. Das Gesetz wird genehmigt. — Von Aßmann ist ein Antrag eingegangen: zu erklären, daß die erfolgte Anstellung des Vizepräsidenten Oberg dem Gesetze und der Verfassung widerspreche. — Nächste Sitzung den 29. Mai. (Eine Vertagung ist nicht eingetreten, sondern nur Aufschub der Sitzungen durch den Präsidenten.)

Berlin, 10. Mai. Die Session des Landtags erfährt eine Ausdehnung, an welche man, obgleich sie nahe genug lag, nicht gleich gedacht hatte. Nach Art. 62 der Verfassung müssen Finanzgesetzentwürfe dem Hause der Abgeordneten zuerst vorgelegt werden, woraus folgt, daß das Herrenhaus sich mit derartigen Vorlagen nicht eher beschäftigen kann, als bis sie ihm vom Hause der Abgeordneten zugegangen sind. Die Verfassung des norddeutschen Bundes ist nun freilich nichts weniger als ein Finanzgesetz, aber einzelne Theile derselben haben diesen Charakter doch wieder ganz entschieden. Es kommt hinzu, daß es sich um eine Verfassungsänderung handelt, und ferner der Umstand, daß die gleichzeitige besondere Vorlage eines und desselben Gesetzentwurfs an beide Häuser des Landtags überhaupt außer allem Gebrauche ist. Das Abgeordnetenhaus kann aber dem Herrenhause selbstverständlich nichts Unfertiges, sondern immer nur etwas seinerseits völlig Erledigtes zugehen lassen, und es kann somit auch die Uebersendung der Verfassungsvorlage an das Herrenhaus erst dann erfolgen, nachdem das Abgeordnetenhaus zum 2. Male über die Verfassung abgestimmt haben wird. Das ist am 30. d. der Fall. Wenn das Herrenhaus nun auch schon Tags darauf, den 31., über die Verfassung beschließen kann, so ist doch auch für das Herrenhaus eine 2malige Abstimmung mit einer Zwischenfrist von 21 Tagen erforderlich. Der früheste Termin für den Schluß des Landtags ist also der 22. Juni. Es sind alle möglichen Versuche gemacht worden, um über diese, lediglich durch Form-Vorschriften verursachte Verzögerung hinwegzukommen; aber es ging nun einmal nicht an. — Das Herrenhaus hatte heute Mittag Sitzung. Der Antrag v. Bernuth's, den vom andern Hause herübergekommenen Antrag des Abg. Lasker auf Aufhebung der gesetzlichen Zinsbeschränkungen auch für den Hypothekarkredit durch Schlußberathung zu erledigen, rief einen Protest v. Kleist-Retzow's hervor, und da dieser Widerspruch sehr stark unterstützt wurde, so ging die Sache, dem Antrag von Kleist-Retzow's gemäß, an eine besondere Kommission, womit das Schicksal des Gesetzentwurfes wohl schon entschieden ist. Den Gesetzentwurf wegen Verlegung der Rechnungslegung über die bisherige Verwendung der 60 Millionen-Anleihe will das Haus dagegen morgen in einfacher Schlußberathung erledigen. (Dies geschah in der Sitzung am 11. Die Annahme erfolgte einstimmig ohne Diskussion. Die nächste Sitzung am 1. Juni.) Es wird ein Schreiben der Regierung verlesen, welches sich in dem oben erörterten Sinne über die Unthunlichkeit einer besonderen Vorlage der Verfassung an das Herrenhaus ausspricht. Nach geschehener Verlesung bemerkt der Ministerpräsident: Ich glaube diesem Schreiben noch einige Worte hinzufügen zu müssen, weil ich selbst zu dem Glauben beigetragen habe, daß die Vorlage der Verfassung in diesen Tagen würde erfolgen können. Ich habe nicht geglaubt, daß man die Frage wegen der geschäftlichen Behandlung so juristisch auf die Goldwaage legen würde, wie es geschehen ist; an sich aber möchte die betreffende Auffassung doch wohl die korrektere sein, und es könnte darum, wenn man einer andern Auffassung folgte, diese Sachlage möglicherweise zu einem Vorwande benutzt werden, um zu behaupten, daß die Verfassung nicht auf legalem Wege zu Stande gekommen und darum ungültig sei. Bei einem Werke, welches, wie die Bundesverfassung, bleibend sein soll, muß auch schon der Möglichkeit einer solchen Annahme vorgebeugt werden. Wir müssen es unendlich bedauern, daß wir das hohe Haus nochmals bemühen müssen, hoffen aber, daß die Rücksicht, welche für uns hier so gebieterisch ist, bei Ihnen ein geneigtes Ohr finden wird. v. Waldaw-Steinhöfel: Vor 14 Tagen war die Sachlage ganz dieselbe und ich glaube, daß man mit mehr Rücksicht gegen dieses Haus hätte verfahren können. Viele Mitglieder des Hauses haben ihren Plan für den ganzen Sommer bereits gemacht, den sie auch nicht mehr ändern können. Es wird also, wenn später die Mitglieder nicht mehr in beschlußfähiger Anzahl zusammenkommen sollten, die Schuld davon nicht auf das Haus fallen. Graf Bismarck: Auch ich habe dadurch meine Plane für den Sommer ändern müssen, aber ich bringe dieses Opfer gerne für den Zweck, um den es sich hier handelt und ich hoffe, bei dem hohen Hause einer gleichen Gesinnung zu begegnen. (Bravo!) Die Sitzung wird hierauf geschlossen. (Schw. M.)

Agram, 10. Mai. Wie man vernimmt, stellt sich der Entwurf der Majorität der vereinten Nationalen der Adreßkommission in der Beantwortung des königlichen Eröffnungsreskripts durchaus auf den Standpunkt der vollständigen Parität mit Ungarn, die vorgängige Vereinbarung über die Bedingung und die entsprechende Fassung des Inaugural-Diploms von diesem Standpunkte aus als Vorbedingung aufstellend. Der Zivkovic'sche Minoritäts-Antrag der Unionisten unterscheidet sich vom ersteren in der Wesenheit dadurch, daß er die Beschickung des ungarischen Landtages unter gewissen Garantiebedingungen der Landes-Autonomie und der territorialen Integrität Croatiens zugesteht. Der Separatantrag des Vertreters Perkovac lautet dahin, daß man bezüglich der für die gesetzliche Krönung Sr. Majestät erforderlichen Vorbereitungen insolange keine Berathungen pflegen könne, bis man nicht den gerechten Beschwerden und den im Staatsrechte des dreieinigen Königreiches begründeten gesetzlichen Anforderungen, welche in den Repräsentationen und der Landtagsadresse vom Jahre 1848 ausgedrückt wurden, entsprochen haben wird. (N. fr. Pr.)

Brüssel, 12. Mai. Der Jubel über den in der eilften Stunde geschlossenen Frieden ist hier groß. Man hofft allgemein, daß die von Lord Stanley gestern vorgeschlagene allgemeine Entwaffnung durchgehen wird. Preußen und Frankreich schulden wohl diese Entschädigung ihren Völkern für die bangen Stunden, welche sie in den letzten Zeiten durchlebt und für die ungeheuren, heute noch schwer zu berechnenden Verluste. — Die Generalversammlung des internationalen Congresses für soziale Wissenschaften hat heute nach einer äußerst heißen Debatte, worin sich namentlich der ehemalige französische Volksrepräsentant, Herr Madier-Montjou, auszeichnete, mit 27 Stimmen gegen 25 und drei Stimmenenthaltungen den Vorschlag mehrerer Mitglieder des Verwaltungsraths verworfen, die diesjährige Session in Paris abzuhalten. In Folge dieses Votums gaben der Präsident, Herr Vercort, der Generalsekretär, Herr Couvreur, stehenden Fußes ihre Demission. Die Herren waren persönlich mehreren imperialistischen Persönlichkeiten gegenüber, namentlich dem Senator und Oekonomisten Michel Chevalier, wahrscheinlich gewisse Verpflichtungen eingegangen, und suchen sich nun durch Niederlegung des Mandats zu rächen. Möglich, daß die Auflösung des Congresses erfolgt. Aber jedenfalls ist ein derartiges Ende würdiger, als jenes, welches er in Paris gefunden, wo ihn der Imperialismus entehrt haben würde, bevor er ihn in seinen Umarmungen erstickt. (Fr. J.)

Paris, 11. Mai. Der „Moniteur" meldet: „Das Transportschiff „l'Aube" ist gestern (9. Mai) von Mexiko auf der Rhede von Brest angekommen. Dieses Fahrzeug, das an den Antillen angelegt hat, bringt eine Abtheilung des 12. Regiments reitender Jäger nach Frankreich zurück. Die Ankunft dieses Transportschiffes schließt die Heimfahrt unseres Expeditionscorps ab. Es ist diese Operation in glücklichster Weise und unter den befriedigendsten sanitätischen Bedingungen vor sich gegangen." — Der „Moniteur de l'Armee" zeigt an, daß Divisionsgeneral Martimprey, Commandant der 5. Militärdivision in Metz, wegen seines Gesundheitszustandes und auf sein Verlangen in Ruhestand versetzt worden ist. An seine Stelle tritt General d'Aurelle de Paladines, bisher Commandant der 9. Militärdivision in Marseille. — General Lebrun, der kürzlich erst das Commando der 3. Infanteriedivision im Lager von Chalons erhalten hatte, wird durch General Blanchard ersetzt. In welcher Weise General Lebrun verwendet werden soll, gibt der „Moniteur de l'Armee" nicht an. — Während die „France" meldet, daß der König und die Königin der Belgier heute Morgen in Paris angekommen sind, bringt der „Etendard" ein Telegramm aus Brüssel, dem zufolge die Abreise der belgischen Majestäten bis auf Dinstag oder Mittwoch verschoben ist. — Der „Temps" veröffentlicht die am letzten Montag von dem Berliner Arbeiterverein votirte Friedens-Adresse und ein ähnliches von deutschen Vereinen in der Schweiz ausgehendes Dokument. — Dem „Journal de Paris" versichert man, daß Hr. Rouher, abgespannt durch die Arbeiten seines doppelten Ministeriums und durch die energischen und hartnäckigen Anstrengungen, Dank welcher er im Rathe des Kaisers der gegenwärtig vorwaltenden friedlichen Politik zum Durchbruch verhalf, gesonnen wäre, einen ziemlich langen Urlaub zu nehmen, sobald der Stand der Arbeiten des gesetzgebenden Körpers ihm dies gestatten würde.

Paris, 12. Mai. Der „Constitutionnel" theilt die kurze Note des „Moniteur" über den Abschluß der Konferenz mit folgenden Worten mit: „Die öffentliche Meinung wird der kaiserlichen Regierung für die Eile erkenntlich sein, mit welcher sie durch die Nachricht von der vollendeten Thatsache in dieser Weise sich bemüht, die Hoff-

nu[illegible]gen zu befestigen, welche der Zusammentritt der Konferenz hatte entstehen lassen. Der Senat und der gesetzgebende Körper werden ihr gleicherweise Dank wissen, daß sie keinen Augenblick verloren hat, ihnen die bevorstehende und offizielle Mittheilung des Abkommens zu melden, welches der gestern zu London unterzeichnete Vertrag getroffen hat. Was uns betrifft, so kennen wir, ohne die offizielle Mittheilung abzuwarten und obwohl uns der Wortlaut des Vertrags selbst noch unbekannt ist, doch hinlänglich die Dispositionen, um versichern zu können, daß er den Interessen, der Würde und der Ehre Frankreichs volle und gänzliche Genugthuung gibt." — Ueber den Verlauf der letzten Conferenz-Sitzung liegen in den heutigen Blättern Details noch nicht vor. Wie die „Patrie" hört, hätten die Gesandten, bevor sie auseinander gegangen, dem Lord Stanley und dem englischen Cabinet den Dank ihrer Regierungen ausgesprochen. Nach der „France" kam die Depesche von dem Abschluß des Vertrags um Mitternacht in den Tuilerien an und um 2 Uhr Nachts erhielt der „Moniteur" vom Minister des Aeußern die obige Note. Die „France" will wünschen, daß die morgigen Mittheilungen der Regierung die Vermuthung gewisser Blätter, daß das Konferenzwerk nur eine Vertagung der obwaltenden Schwierigkeiten bedeute, entkräften möge.

(Frkf. J.)

Italien. Die „Italie" vom 9. Mai veröffentlicht folgendes Schreiben des Königs Viktor Emanuel an seinen Ministerpräsidenten:

Mein lieber Rattazzi!

Da der Augenblick gekommen, wo es gilt, durch weise Ersparnisse für die Finanz-Situation Sorge zu tragen, und unter den Umständen, wo der Finanzminister dem Parlamente zahlreiche und wichtige Reductionen in allen Zweigen der Administration in Vorschlag bringen wird, wünsche ich selbst der Nation das erste Beispiel zu geben, und bin entschlossen, die Civilliste, die mir in Folge eines Gesetzes überwiesen ist, um vier Millionen zu verringern. Ich hoffe, daß die Administrationen des Staates, meinem Beispiele folgend, sich gern zu den Opfern entschließen werden, welche die Finanz-Erfordernisse vom Lande erheischen, und ich hege die Zuversicht, daß wir auf diese Weise und Dank den Finanzmaßregeln, die bald der Sanktion des Parlamentes unterbreitet werden sollen, in einer nicht fernen Zeit im Staatsbudget zu jenem Gleichgewichte gelangen werden, welches so gerechter Weise gewünscht wird. Ich muß Ihnen indessen zur Kenntniß bringen, daß aus Gründen, die ich Ihnen mündlich dargelegt habe und die Sie, falls Sie es für nothwendig erachten sollten, dem Parlamente mitzutheilen befugt sind, die Civilliste in den letzteren Jahren genöthigt gewesen ist, gewisse Schulden zu machen, welche ihre Passiva auf sechs Millionen bringen können. Ich spreche Ihnen bei dieser Gelegenheit den Wunsch aus, diese Passiva verschwinden zu sehen, damit man für das nächste Jahr ein normales und regelmäßiges Budget der Civilliste aufstellen kann. Sie können in dieser Beziehung meinen Gedanken in einem Gesetzentwurfe formuliren, den Sie in meinem Namen dem Parlamente vorlegen mögen. Ich bin mit den Gefühlen aufrichtigster Freundschaft Ihr sehr gewogener

Victor Emanuel.

Petersburg, 8. Mai. Das „Journal de St. Petersbourg" dementirt die Nachricht über eine Zusammenkunft des Fürsten Gortschakoff mit dem Grafen Bismarck während des Osterfestes in Warschau.

Neueres.

Darmstadt, 13. Mai. In heutiger geheimer Sitzung der zweiten Kammer wurde nach lebhafter Debatte statt der von der Regierung geforderten Apanage für den Prinzen Wilhelm von 18,000 fl. jährlich, nur eine solche von 12,000 fl. mit 24 gegen 19 Stimmen bewilligt.

Wien, 13. Mai. Nur die Lösung der Luxemburger Frage, die Beseitigung dieses Conflictes, ist der allerdings nicht zu unterschätzende Gewinn, den wir der Londoner Conferenz zu verdanken haben. Nicht mehr und nicht weniger!! An der allgemeinen Lage, an der Stellung der Mächte zu einander hat die Konferenz wenig oder gar nichts geändert, und wie sehr auch Jedermann die dauernde Erhaltung des Friedens wünschen muß, so wird doch der Befestigung desselben kein guter Dienst geleistet, wenn man, namentlich bei dem fortdauernden Säbelgerassel sich taub stellt, oder den thatsächlichen Verhältnissen gegenüber blind sein wollte. Ist schon die Kühle auffallend, mit welcher der „Moniteur" die Regelung der Luxemburger Frage ankündigt, ohne auch nur mit einer Sylbe die Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens auszusprechen, so ist die Sprache der der preußischen Regierung nahe stehenden Organe und Korrespondenten beinahe kriegerischer als zur Zeit, wo die Aussichten auf eine friedliche Wendung der nunmehr gelösten Luxemburger Frage gelenkt waren. Allerdings sind die fortgesetzten französischen Rüstungen die nächste Ursache dieser Sprache, und hätte dieses Geplänkel wenig auf sich, wenn es nicht die Befürchtung wachrufen würde, es könnte aus der Rüstungsfrage selbst noch ein Conflikt entstehen. (Frkbl.)

Bern, 13. Mai. Der neuernannte Gesandte der Schweiz bei Preußen und Süddeutschland, Landammann Heer, ist gestern nach Berlin abgereist.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$66^{1}/_{2}$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62 P.
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$54^{1}/_{2}$—$^{3}/_{4}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	$46^{3}/_{4}$ G.
"	$4^{1}/_{2}$pCt.	$39^{1}/_{2}$ G.
Preussen	$3^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 G.
"	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
"	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$94^{5}/_{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	91 P.
"	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	91 P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$90^{1}/_{4}$ P.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$94^{1}/_{4}$ P.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$94^{1}/_{8}$ P.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. v. 1842	81 G
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$95^{1}/_{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$90^{7}/_{8}$ G.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$81^{1}/_{2}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2^{1}/_{2}$pCt. " " "	—
Schweden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84^{1}/_{4}$ P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2^{1}/_{2}$	$79^{1}/_{4}$ P.
"	6pCt. ditto r. 1882 "	$77^{5}/_{8}$—$^{7}/_{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$126^{1}/_{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bank-Aktien	672 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$167^{1}/_{2}$—$68^{1}/_{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$91^{1}/_{2}$ P. 91 G.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	200P. $199^{1}/_{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	315 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$108^{3}/_{4}$ P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt.Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$149^{7}/_{8}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	$107^{1}/_{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$78^{5}/_{8}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	$116^{3}/_{4}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^{1}/_{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^{3}/_{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97^{5}/_{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^{3}/_{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^{1}/_{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104^{7}/_{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$118^{7}/_{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^{7}/_{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^{3}/_{4}$ P. $^{1}/_{2}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$92^{7}/_{8}$ G.
do. in öst. W. 1. S.	$92^{7}/_{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$111^{3}/_{4}$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	68 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$69^{3}/_{8}$—$^{7}/_{8}$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	118 G.
" do. v. 1864	$74^{7}/_{8}$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99—$^{1}/_{2}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	54 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56^{1}/_{2}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$141^{1}/_{2}$ G.
" fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs. Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$11^{3}/_{4}$ G.

Frankfurt, 14. Mai. Die Welt schwimmt in einem Meer von Friedenswonne. Elihu Burrits Oelblattpapiere steigen von Tag zu Tage, nicht in dem Maße aber die Papiere an der Börse. Dieselbe zeigt sich zwar über den Anfang der napoleonischen „Entrüstung", die heute gemeldet wird, keineswegs entrüstet, aber auch nicht in dem Maße begeistert, als Viele erwartet hatten. Die Friedensaussichten scheinen in der That größtentheils in den Coursen escomptirt. Reelle Kaufaufträge lagen hauptsächlich nur für Amerikaner vor, deren Cours jetzt wieder ganz die Höhe vor dem europäischen Säbelgerassel-Concert erreicht haben. Auch Süddeutsche waren heute wiederum sehr fest, gesucht und höher. — Wir vernehmen, daß heute Versuche gemacht wurden, die kürzlich emittirten neuen Siebenbürger auch an der hiesigen Börse einzuführen. Ueber den wirklich gemachten Cours konnten wir nichts Genaues erfahren. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 135.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 16. Mai 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 14. Mai. Se. Majestät der König hat unter den für die erste prot. Pfarrstelle an der Kirche zum hl. Geist in Nürnberg in Präsentation gebrachten Geistlichen dem bisherigen zweiten Pfarrer an gedachter Kirche, J. J. Diezel die landesfürstliche Bestätigung ertheilt.

Zu Forstamtsaktuaren wurden ernannt die k. Forstgehilfen: Wilhelm Ewald von Forsthof beim Forstamte Kemnath, L. Hamm von Poppenlauer beim Forstamte Ruhpolding und H. Mayer von Freising beim Forstamte Weilheim.

Das Regierungsblatt Nr. 26 enthält eine Bekanntmachung des k. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 10. d. M. über die Hauptrechnung der allgemeinen Brandversicherungsanstalt für das Jahr 1865/66; hiernach ist das Assekuranzkapital im bezeichneten Jahre um 63,440,130 fl. gestiegen und hat am letzten September 1866 die Höhe von 1,065,832,650 fl. erreicht, wovon der I. Classe 420,302,160 fl., II. Classe 337,237,020 fl., III. Classe 68,094,980 fl., IV. Classe 240,198,590 fl. angehören. Die Brandentschädigungen entziffern für das Jahr 1865/66 die Summe von [illegible],053,144 fl. 14 $^{6}/_{8}$ kr., sohin gegen das Vorjahr um 152,663 fl. 59 $^{6}/_{8}$ kr. mehr, was den Bränden zu Partenkirchen, Wegscheid, Waldthurn und den sonstigen zahlreichen Brandfällen (in den südlichen Regierungsbezirken zuzuschreiben ist. Im Ganzen haben sich im Jahre 1865/66 861 Brandfälle ergeben, wodurch 1907 Gebäudebesitzer beschädigt wurden; gegenüber dem Vorjahre ist sohin eine Mehrung von 57 Brandfällen und 10 beschädigten Gebäude-Inhabern eingetreten. Die Veranlassung des Brandes ist in 509 Fällen unentdeckt geblieben, in 163 Fällen ist Brandstiftung theils nachgewiesen, theils wahrscheinlich gemacht. Die Hauptrechnung wird demnächst im Regierungsblatte veröffentlicht werden; die zur Deckung der hierin vorgetragenen Ausgaben, dann zur vorschriftsmäßigen Ergänzung des Vorschußfonds erforderlichen Beitragsgrößen pro 1865/66 berechnen sich hiernach in der I. Classe auf 8 kr. 3 hl., II. Classe auf 10 kr. 2 hl., III. Classe auf 14 kr., IV. Classe auf 15 kr. 3 hl. vom Hundert der Versicherungssumme; bei Gebäuden mit feuergefährlichen Anlagen kömmt hiezu noch der gesetzliche Concurrenzbeischlag. Die k. Regierungen der 7 Kreise diesseits des Rheins sind angewiesen, hiernach die entsprechenden Einleitungen zur Erhebung des Gesammt-Ausschlages nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zu treffen und bezüglich der Verwendung und Verrechnung desselben nach den bestehenden Vorschriften zu verfahren.

München, 11. Mai. Fortwährend noch mehrt sich die Zahl der uneigennützigsten Verleihungen von Heimathsrechten Seitens bayerischer Gemeinden an Militärpersonen, welche durch den Vollzug des Friedensvertrages mit Preußen mit den abgetretenen Gebietstheilen als in denselben beheimathet an diese Macht übergegangen wären, aber im vaterländischen Militärdienste zu verbleiben wünschen und durch solche neue Heimathsrechtserwerbungen hiezu in den Stand gesetzt werden; namentlich bleibt hierin auch die Rheinpfalz hinter den diesseitigen Provinzen nicht zurück. — Nach den neuesten Feststellungen beläuft sich die Gesammtzahl der Reservepflichtigen in den acht Kreisen dermalen auf 73,912 Mann — um 6353 weniger als zur selben Zeit des Vorjahres. Diese Abminderung hat ihren Grund theilweise in der in neuerer Zeit eingetretenen Erleichterung der Ansässigmachung und Verehelichung überhaupt, namentlich aber in den massenhaften Ansässigmachungen, welche vor dem Ausbruche des vorjährigen Krieges erfolgten, um dadurch der Kriegsdienstpflicht zu entgehen. — Mehrere Zeitungen haben seiner Zeit des Falles Erwähnung gethan, daß bei Gelegenheit der Occupation Aschaffenburgs durch die Preußen einige Kisten mit Effekten, welche ein im Felde stehender bayerischer Offizier der dortigen Garnison unter dem Dachraume seiner Wohnung hatte stehen lassen, weil man darin Waffen vermuthet hatte, hinweggenommen und mit ihrem vollen Inhalte nicht mehr beigebracht worden waren. Es wird vielleicht nicht ohne Interesse sein, zu erfahren, daß die preußische Regierung nunmehr diesem Offizier den ganzen ihm zugegangenen Schaden im Betrage von 843 fl. ersetzt hat. (B. Z.)

München, 13. Mai. J. M. die Königin-Mutter ist diesen Abend um 10 Uhr aus Darmstadt wieder hier eingetroffen und von Sr. Maj. dem Könige im Bahnhofe herzlichst empfangen worden; Prinz Otto war seiner erlauchten Mutter bis Ansbach entgegengereist. Se. Maj. der König begab sich noch diesen Abend nach Schloß Berg zurück, wird aber morgen abermals hieher kommen. — Wegen Ablebens der verwittweten Fürstin Emilie Friederike Caroline zur Lippe, gebornen Prinzessin zu Schwarzburg-Sondershausen, hat Se. Majestät der König eine Hoftrauer von drei Tagen, vom 14. bis 16. d., angeordnet. — Der Handelsminister v. Schlör hat einen kurzen Urlaub zu einem Besuche seines Gutes in der Oberpfalz benützt und inzwischen führt der Kultusminister v. Gresser auch dessen Portefeuille. (Allg. Ztg.)

+ **München**, 14. Mai. Die Gerüchte über die bevorstehende Reise Sr. Maj. des Königs scheinen sich immer mehr der Bestätigung zu nähern, wenigstens erfahren wir heute, daß Se. Majestät

Feuilleton.

Vermischtes.

H. **München**, 13. Mai. Im hiesigen Kunstverein ist gegenwärtig eine Zeichnung Kaulbachs ausgestellt — Maria Stuart auf ihrem Gang zum Schaffot —, welche das allgemeine Interesse in Anspruch nimmt und den drei früheren Werken des Meisters — Tell, Don Carlos, Braut von Messina — sich würdig anreiht. Das Bild ist im Auftrage Sr. Maj. des Königs Ludwig II. ausgeführt worden.

(Die ungarische Landwirthschaft.) Volkswirthschaftlicher Bericht an das k. bayer. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten von Dr. Heinrich Dietz. Leipzig 1867.) Wie der Titel zeigt, verdankt dieses interessante Buch seine Entstehung einer vom bayerischen Handelsministerium dem Verfasser ertheilten wissenschaftlichen Mission. Die Concurrenz, welche der bayer. Getreideproduktion in den letzten Jahren aus dem ungarischen Getreide-Export erwachsen war, und der vermeintliche Zusammenhang dieser Concurrenz mit der landwirthschaftlichen Krisis sollten durch genaue Erhebungen an Ort und Stelle auf ihr wahres Gewicht zurückgeführt werden. Dieser mit vielen Schwierigkeiten verknüpften Aufgabe ist, wie die in obigem Buche nun vorliegenden Ergebnisse zeigen, mit einer seltenen Umsicht und Gewissenhaftigkeit nachgekommen. Den bisher meist nur nach ihrem auswärtigen Effekt beurtheilten und nur höchst oberflächlich gekannten Verhältnissen der ungarischen Landwirthschaft hat der Verfasser mit kundiger Hand alles Nebelhafte abgestreift; dieselben stehen nun so klar und greifbar vor uns, daß wir wünschen möchten, von dem heimathlichen Agrikulturland Bayern eine ebenso detaillirte Darstellung zu besitzen, wie sie hier für das concurrirende Agrikulturland vorliegt. Nach dem reichen statistischen Material läßt sich zunächst die dem Gesammtbericht an das bayerische Handelsministerium zu Grunde liegende Frage, die Frage nämlich, in wie weit Ungarns größerer Export die Ursache der niederen Getreidepreise und dessen Concurrenz als eine nachhaltige zu betrachten sei, mit ebenso viel Leichtigkeit wie Sicherheit beantworten. Was irgend diese Frage berührt, ist in dem Buche zur vollen Evidenz gebracht. Der Verfasser ist aber bei dieser ihm zunächst obliegenden Untersuchung nicht stehen geblieben, sondern in freier Ausdehnung der ihm gestellten Aufgabe zu einem vollendeten Gemälde der ungarischen Land- und Volkswirthschaft gelangt, welche von der einschlägigen Literatur als höchst schätzbare Bereicherung begrüßt werden muß. Eine geschmackvolle und klare Darstellungsweise macht nebenbei das an sich rein wissenschaftliche Werk auch zu einer erfrischenden Lectüre für weitere Leserkreise, was bei dem allgemeinen Interesse, womit man gerade jetzt wieder nach Ungarn blickt, als besonderer Vorzug wohl in Betracht kommen dürfte. (B. Z.)

vielleicht schon Ende nächster Woche dieselbe antreten dürfte. Daß der k. Oberhofmeister Hr. Graf v. Castell nach Paris abgereist ist, um, wie man sagt, daselbst Vorbereitungen für den Aufenthalt Sr. Majestät zu treffen, erwähnen wir wiederholt. — Bezüglich der Ernennung eines Justizministers ist noch keine Entscheidung erfolgt. — Dem Vernehmen nach ist Hr. Generalmajor v. Bothmer aus Berlin hier eingetroffen, um neue Instruktionen zu empfangen und dann dorthin zurückzukehren. Ueber die Mission und namentlich über die Natur der neu zu empfangenden Instruktionen ist Sicheres noch nicht bekannt, doch ist es uns vielleicht möglich, nächstens einige Andeutungen geben zu können. — Der preußische Militärbevollmächtigte Herr Generallieutenant v. Hartmann soll nicht blos mit einzelnen Inspektionen, sondern überhaupt mit Inspizirung der ganzen bayerischen Armee beauftragt sein. Bei der Inspektion hiesiger Kasernen soll Herr v. Hartmann die Listenführung der Administration nicht ganz entsprechend, ferner das Rollen der Mäntel und Anderes nicht praktisch gefunden haben. Man ist in Erwartung, ob der Hr. Generallieutenant nach vollbrachter Inspizirung (wie solches bei den Militärbevollmächtigten des deutschen Bundes der Fall war) wieder abreisen oder ständig hier verbleiben werde, und unter welcher Missionsbezeichnung er in letzterem Falle in dem diplomatischen Dictionär einrangirt werden wird. — Wie man uns mittheilt, ist Hr. Graf v. Arco-Valley von hier nach Simbach abgereist, wo sich das Consortium für den Weiterbau der Braunauer Bahn auf österreichischem Gebiete versammeln werde, um über den Bau, über welchen nunmehr eine Vereinbarung mit der Elisabethbahn hergestellt sei, das Weitere zu berathen. Der Herr Graf ist bekanntlich Vorstand jenes Consortiums. Ueber die Art und Weise, in welcher die Einigung mit letztgenannter Bahn erreicht wurde, sagt man Verschiedenes. Der Bevollmächtigte derselben, Hr. Hofbankier v. Hirsch, war früher auch, um den Ausdruck zu gebrauchen, Bankier des oben genannten Consortiums und ist ohne Zweifel in dieser Angelegenheit im Interesse der Elisabethbahn sehr thätig gewesen.

Nürnberg. Nachdem so eben der Jahresbericht des „Germanischen Museums“ erschienen ist, dürfte es an der Zeit sein, daran zu erinnern, daß diese Nationalanstalt nach dem Auseinanderfallen des deutschen Bundes noch das einzige sichtbare Zeichen der Einheit Deutschlands, der einzige Centralpunkt, nicht allein in geistiger, sondern auch in materieller Beziehung für Gesammtdeutschland ist, indem es, wie die Aufschrift seines Eintrittsportals, über dem der deutsche Adler hoch empor steht, ausspricht, Eigenthum der deutschen Nation ist, unbekümmert um die politischen Zerklüftungen — ein Eigenthum, welches dasjenige, was die deutsche Flotte und der deutsche Bund in sich schlossen, überdauerte, und weder verhämmert noch getheilt werden darf; ein Eigenthum, welches nachträglich von allen Theilen Deutschlands gemehrt und unterstützt wird, somit seinen lebensfähigen frischen Bestand und Fortgang hat, auch wieder für alle Theile Deutschlands nutzbar sich macht. Von diesem Gesichtspunkt aus gewinnt das Germanische Museum, abgesehen von seiner wissenschaftlichen Seite, eine nicht zu unterschätzende politische Bedeutung gerade für unsere Zeit, und dürfte der Unterstützung zu empfehlen sein. (Allg. Z.)

Darmstadt, 13. Mai. Die Kammer erledigte in ihrer heutigen Sitzung die Hauptabtheilung VII des Hauptvoranschlags „Minister, Staatsrath und Cabinetsdirektion“ nach den Anträgen der Mehrheit des Ausschusses, wobei sie an die Regierung das Ersuchen richtete, bei Austritt eines oder des andern der dermaligen Minister mit Ausnahme der Gehaltsverhältnisse des Ministerpräsidenten (5000 fl. Gehalt und 7000 fl. Repräsentationsgehalt) für die Vorstände der Ministerien nur Gehalte von je 4000 fl. zu verwilligen. Bei dem Eintritt in die Berathung über die Hauptabtheilung VIII „Ministerium des großh. Hauses und des Aeußern“ entspann sich eine längere Debatte über die Rechtsverbindlichkeit des sogen. fixen Etats, die damit endigte, daß die Mehrheit die für die Besoldungen des Ministeriums angeforderte Summe von 13,535 fl. zwar für die laufende Finanzperiode bewilligte, jedoch unter der Bedingung, daß bei Vacantwerden von Stellen nur innerhalb der moderirten Bewilligungsanträge von zusammen 8682 fl. eine Wiederbesetzung stattfinde, indem dann eine weiter gehende Verausgabung als nicht verwilligt anzusehen sei. In geheimer Sitzung wurde hierauf die Apanagenforderung für den Prinzen Wilhelm berathen und mit 12,000 fl. bewilligt, nachdem die großh. Regierung sich mit dieser Herabsetzung der ursprünglich angeforderten Summe von 18,000 fl. mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage des Großherzogthums für einverstanden erklärt hatte. (Allg. Z.)

Biebrich, 12. Mai. Heute fand hier im „Hotel de Bellevue“ eine zahlreich besuchte Versammlung von Arbeitern aus den benachbarten Ländern statt; es galt der Berathung und Gründung eines mittelrheinischen Arbeiterbundes und wurde Wiesbaden als provisorischer Vorort für die Ausführung dieser Verbindung der mittelrheinischen Arbeiterbildungsvereine erwählt. Es wurde sodann eine von Herrn Prediger Hieronymi aus Mainz verfaßte schwungvolle Adresse an die französischen Arbeiter berathen und angenommen. Diese Versammlung von Arbeitern und die unter Vorsitz des Herrn J. Stumpf aus Mainz parlamentarisch geleitete Berathung erschien uns als ein erfreuliches Zeichen der Zeit. Sie zeigte uns, daß die Arbeiterbildungsvereine an humaner Bildung bereits dahin gelangt sind, daß sie die bedrohte Civilisation in Schutz zu nehmen suchen und sich gegen das Stadium der Völkerrohheit, den Krieg, auflehnen. Vor zwanzig bis dreißig Jahren lebten solche Gedanken und Bestrebungen nur erst in der studirenden Jugend Deutschlands, jetzt sind sie in die junge Arbeiterwelt, in die Massen des Volkes eingedrungen und darum wirkungsvoller. Jetzt sind diese Gedanken nicht mehr nur Ideale Einzelner, sie sind reale, in den Völkern lebende, die Politik der Herrscher beeinflussende Mächte. Und selbst der Imperator an der Seine muß diese Gedanken des Arbeitervolkes beider Länder in seinen politischen Calcul ziehen. Auf der Arbeiterbevölkerung ruht die ganze Gesellschaft in ihren Bedürfnissen und das steigende Selbstbewußtsein dieses großen schaffenden und hervorbringenden Theiles der Völker muß ein heilsames Gegengewicht bilden gegen das consumirende und zerstörende „Volk in den Waffen“. Diese Stimme der Arbeiterwelt muß dem Beobachter der Zeit ein Trost sein in den Krieg und Verderben drohenden Zuständen der heutigen Politik. (Fr. J.)

Berlin, 12. Mai. Der Gesandte der vereinigten Staaten, Herr Wright, starb heute Morgen nach sechsmonatlicher Krankheit. Die kirchliche Feier findet Montags Mittag in der Dorotheenkirche statt, dann wird die Leiche heimgesandt. (K. Z.)

Berlin, 12. Mai. Die Grundzüge des gestern Abend in London unterzeichneten Garantievertrags über die Neutralisirung des Großherzogthums Luxemburg sind im telegraphischen Wege bereits bekannt geworden. Der Pariser „Avenir national“ brachte auch Mittheilungen über die erste Konferenzverhandlung, um den Standpunkt der einzelnen Regierungen bei der Behandlung der Frage zu kennzeichnen; allein diese Angaben berühren nur in einigen Punkten die wahre Sachlage, da bei Eröffnung der Verhandlungen nicht ein Programm mit den in jenem Blatte angeführten Punkten, sondern ein Vertragsentwurf von Lord Stanley vorgelegt wurde, welcher mit einigen wesentlichen Zusatzbestimmungen den später unterzeichneten Vertrag bildet. Die wichtigste Bestimmung desselben ist die Kollektivgarantie der Neutralisation des Großherzogthums, welche die fünf Großmächte, Italien und die Niederlande übernommen haben. Der König von Holland war in der Lage, diese Verpflichtung völkerrechtlich zu übernehmen, da Luxemburg nur durch eine Personalunion mit den Niederlanden in Verbindung steht, während Belgien als neutraler Staat nicht veranlaßt werden konnte, die Vertretung der Rechte eines andern Landes zu übernehmen, die unter Umständen Konflikte im Gefolge haben und die Neutralität in Frage stellen könnte. Nach der ersten Konferenz erregte der Umstand Besorgniß, daß Luxemburg, Holland und Italien sich nicht genügend instruirt gezeigt hatten, aber in der zweiten Sitzung trat dieser Mangel nicht mehr hervor. Die neutralen Mächte hatten eine ernste Lage vor sich, Krieg und Frieden in ihren Händen, je nachdem sie sich mit der bloßen Erklärung der Neutralisation begnügten oder auch die Garantie derselben übernahmen. Die bloße Neutralisation des Landes wäre von Preußen nicht als ein Aequivalent für die Aufgabe des Besatzungsrechts betrachtet und in diesem Falle der Konflikt mit Frankreich nicht ausgeglichen worden. Pariser Blätter, welche darauf ausgingen, die schon vorhandene Differenz zu vergrößern, sprachen von der Nothwendigkeit eines vorhergehenden Rückzugs der preußischen Garnison, sie behandelten die Konferenz wie ein Schiedsgericht, welches über Preußens Recht Entscheidung treffen sollte. Ihren Drohungen, ihren Angriffen auf Preußen wurde in der deutschen Presse nur zu oft eine offiziöse, wenn nicht offizielle Bedeutung beigelegt; aber die europäischen Kabinette waren von dem Bewußtsein getragen, daß Preußen sich einem Schiedsgericht, das von ihm nicht angerufen war, nicht unterwerfen würde, und so folgte die Uebernahme jener Kollektiv-Garantie, welche Preußen stets als das Ziel der Konferenzverhandlungen angesehen hatte. In dieser Garantie liegen theils die andern Bestimmungen des Vertrags eingeschlossen, theils sind sie die Folgerungen desselben. Der Begriff einer Garantie der Neutralisation gestattet nicht die Veräußerung oder Abtretung des Gebiets durch den Souverän an eine andere Macht, weil der König von Holland recht eigentlich zur fernern Aufrechthaltung der Verbindung Luxemburgs mit den Niederlanden die Einladung zur Konferenz hatte ergehen lassen. Wenn daher das Verbot der Besitzänderung in dem Vertrage auch nicht vorhanden ist, wie versichert wird, so ist dadurch das Verbleiben des neutralisirten Landes in der Verbindung mit Holland nicht weniger gesichert. Die agnatischen Erbrechte, durch besondere Verträge 1839 geregelt, werden

von dieser Bestimmung nicht berührt. Nach dem Rückzuge der Preußen wird die Schleifung der Befestigungen seitens der luxemburgischen Regierung angeordnet werden. Sie trägt die Kosten und unterhält die zur Sicherung der öffentlichen Ordnung nöthigen Truppen. Einen Termin für die Räumung der Festung festzusetzen, ist nicht für nöthig erachtet worden. Ebenso wenig eine Bestimmung über das Verbleiben des Landes im deutschen Zollvereine, weil dadurch die militärische Stellung Luxemburgs nicht berührt wird und der Zollverein die Existenz der ehemaligen Bundesverfassung überdauert hat. (A. Z.)

Bonn, 12. Mai. Die Universität hat durch den heute Nacht erfolgten Tod des Professors der Medizin Dr. Albers einen herben Verlust erlitten. Derselbe stand im 62. Lebensjahre und hat seit beinahe 40 Jahren hierselbst eine segensreiche Thätigkeit entfaltet. Sein bedeutendstes Werk ist der „Atlas der pathologischen Anatomie," Bonn, 1833 ff. — So weit es sich bis jetzt übersehen läßt, wird die Gesammtzahl der Studirenden in diesem Semester gegen die des vorigen Winters nicht unerheblich zurückbleiben. Man vermuthet wohl mit Recht, daß der Grund davon wesentlich in den, erst glücklich beseitigten, kriegerischen Aussichten zu suchen ist. (A. Z.)

Wien, 12. Mai. Dem Vernehmen nach ist der Tag der Krönung noch nicht festgesetzt und ist nach wie vor dafür die Zeit zwischen dem 2. und 10. Juni in Aussicht genommen. Die an das diplomatische Corps gerichtete Notifikation enthält die Bemerkung, daß die Krönung am 2. oder, sofern Hindernisse eintreten sollten, an einem späteren Tage stattfinden werde. Die Verständigung zwischen Ungarn und Croatien scheint noch sehr fern.

Die „N. Fr. Pr." schreibt: „Die Bestimmung des Zeitpunktes der Krönung hängt davon ab, wann der ungarische Landtag die unerläßlichen Vorbedingungen der Krönung erfüllt haben wird. Diese sind so erheblich, daß sie sich schwerlich im Fluge werden bewältigen lassen. Zunächst bedarf die vom ungarischen Landtag acceptirte Ausgleichs-Proposition der Zustimmung des diesseitigen Reichsrathes, und wenn dieser sich auch veranlaßt sehen sollte, aus allgemeinen Gründen über manche Bedenken vorläufig und unter Vorbehalt hinwegzugehen, so wird doch die Regelung des finanziellen Verhältnisses zwischen den ungarischen und den deutsch-slavischen Ländern sich kaum mit bloßen Vertröstungen abwickeln lassen. Neben dieser wichtigen Frage aber enthält das vom ungarischen Landtage aufzustellende Inaugural-Diplom noch die Hindeutung auf eine ebenso tiefgreifende als jedenfalls umfangreiche Vorverhandlung. Das vom Kaiser zu beschwörende Diplom verlangt von ihm das Versprechen, daß er alle gegenwärtig zu Recht bestehenden und alle künftig zwischen ihm und dem Landtage vereinbarten Gesetze anerkennen, aufrechterhalten und gewissenhaft ausführen lassen werde (so ungefähr lautet die Formel). Zu den noch zu Recht bestehenden Gesetzen gehören auch die von 1848. Die jetzigen ungarischen Minister haben es zwar übernommen, sie durch den Landtag abändern zu lassen; aber diese Revision muß nothwendig der Annahme des Inaugural-Diploms von Seite des Kaisers vorhergehen, da man doch dem Kaiser nicht zumuthen kann, Artikel zu beschwören, wie sie heute noch in den nunmehr rehabilitirten ungarischen Gesetzen von 1848 stehen. Schon zu der Zeit, als die jetzigen ungarischen Minister als bloße Vertrauensmänner mit Herrn v. Beust die Ausgleichsvorberathungen pflogen, sollen diejenigen Punkte der 1848er Gesetze, welche einer Abänderung bedürfen, und die Art und Weise bezeichnet sein, wie sie abzuändern sind. Es wird sich jetzt darum handeln, daß die ungarischen Minister ihr Versprechen einlösen und die Revision auch bei dem Pesther Landtage durchsetzen. Bevor dies geschehen und die Abänderung der Gesetze auch förmlich inartikulirt ist, kann von einer Annahme des Inaugural-Diploms, also auch von der Krönung nicht die Rede sein."

Aus Ungarn. Bekanntlich hat die Noth der letzten Jahre, namentlich das 1863er Jahr, viele kleine Landwirthe des Alföld von Haus und Hof vertrieben; massenhaft zogen ganze Familien weg nach Gegenden, wo sie Brod zu finden hofften, und wanderten Viele gar über die Grenze nach der Türkei aus, wo sie in Rumelien und um Burgas herum sich niederließen. Die Unglücklichen fanden jedoch hier nicht die ersehnte Hilfe und versanken in nur noch tieferes Elend. Mehr als sechshundert der Auswanderer starben in wahren schrecklichen Sinne des Wortes den Hungertod; der Rest der Beklagenswerthen ist eben auf dem Wege zurück in die Heimath, siech und gebrochen an Körper und Seele. Viele erlagen auf der Rückreise den Strapazen und Entbehrungen. Bei Vielen kam die Rettung zu spät und sie starben unter der ersten Pflege auf vaterländischem Boden. (Pr.)

Prag, 12. Mai. Erzherzog Albrecht hat heute der Einweihung des vom Fürsten Max Egon Fürstenberg auf dem Schlachtfelde bei Chlum errichteten Monumentes beigewohnt. (W. Fr.-Bl.)

Paris, 13. Mai. Man glaubt hier, der Kaiser werde aus Anlaß der hier erwarteten Fürstenbesuche seine Lieblingsidee eines europäischen Kongresses wieder aufnehmen und Englands Wunsch bezüglich der Abrüstung der europäischen Mächte zum Ausgangspunkte wählen. Man legt besonderes Gewicht auf die veränderte Gesinnung des russischen Kabinetts, insbesondere des Fürsten Gortschakow. Das „Journal de Paris", das auf gutem Fuße mit der russischen Gesandtschaft steht, schreibt diese günstige Aenderung den weisen Rathschlägen der Großfürstin Dagmar zu (?). Letztere und ihr Gemahl, der Cäsarowitsch, werden, ebenso wie der Fürst Gortschakow, am 25. Mai hier eintreffen. Was die Kongreßhoffnungen besonders erweckt, sind zwei Absätze der Mittheilung des „Moniteurs", worin hervorgehoben wird, daß es jetzt zum ersten Male geschehen, daß eine Konferenz vor Ausbruch des Krieges mit Erfolg gewirkt hat und daß dieser Erfolg einen Beweis für die neuen Bestrebungen unserer Zeit liefert. Alle Freunde des friedlichen Fortschrittes und der Civilisation müssen sich hierzu Glück wünschen. Im Senate ist die Mittheilung der Regierung ziemlich kühl und im gesetzgebenden Körper fast unwillig aufgenommen worden. Als ein Mitglied ein „Très bien!" vernehmen ließ, wurde der Ruf unter Zischen erstickt. — Der Deputirtenklub der Rue de l'Arcade will die neuen Gesetze über die Presse und das Vereinsrecht nicht aufkommen lassen. — Es soll demnächst die Bewilligung zu verschiedenen neuen Eisenbahnlinien ertheilt werden, welche das französische Eisenbahnnetz zu vervollständigen die Aufgabe haben. — Das kaiserliche Institut hat den zehnjährigen Preis von 20,000 Fr. für die beste Oper, die in Frankreichs Großer Oper aufgeführt worden ist, Félicien David's „Herculanum," zuzuerkennen anempfohlen. Allerdings blieb dem Institute nur die Wahl zwischen Meyerbeer, Halevy (die beide todt sind), Verdi und Félicien David. — Die goldenen Medaillen für die Ausstellung sind von 100 auf 1000, die silbernen von 1000 auf 3000, die aus Bronze von 3000 auf 5000 erhöht worden. Die Zahl der ehrenvollen Erwähnungen bleibt auf 5000 festgesetzt. (Köln. Ztg.)

Wie die „France" meldet, hat der Staatsrath nun auch folgende Punkte der Armeereform im Sinne der Commission des gesetzgebenden Körpers entschieden: 1. Die gegenwärtig in aktivem Dienst stehenden Soldaten können vom 1. Januar 1868 ab nach zurückgelegtem fünften Jahre ihrer Präsenzzeit in die Reserve übertreten, um dort vier Jahre zu dienen. 2. Die Nationalgarde soll zusammengesetzt sein aus den Soldaten, welche ihre fünf Jahre in der Reserve gedient haben, und aus den jungen Leuten, die entweder wegen ihrer Nummer oder wegen gesetzlicher Befreiung im Contingent nicht inbegriffen waren. 3. Das Freiwilligen-Engagement und die Stellvertretung werden in der mobilen Nationalgarde gestattet. 4. Die Revisionsräthe können die jungen Leute, welche anerkanntermaßen die Stütze ihrer Familien sind, bis auf 10 pCt. vom Dienste in der mobilen Nationalgarde befreien. 5. Außerhalb des Arrondissements kann die mobile Nationalgarde nur durch ein kaiserliches Dekret und für mehr als 20 Tage nur durch ein Gesetz einberufen werden. 6. Die den Altersklassen von 1866, 1865, 1864, 1863 angehörigen ledigen Männern oder kinderlosen Wittwer werden je nach ihrem Jahrgange vier, drei oder zwei Jahre in der mobilen Nationalgarde dienen.

Madrid, 11. Mai. Eine Steuer von 5 Proc. wird von allen Geldbewilligungen, Gehalten und Pensionen, seien sie nun persönlicher oder corporativer Natur, sowie von allen den Staatsgläubigern gezahlten Renten, welcher Art immer, mit Ausnahme der auswärtigen und der durch Spezialverträge eingegangenen Schulden erhoben werden. Der Sold der Armee und der Flotte, sowie die den Klostergesellschaften bewilligten Credite werden durch diese Maßregel nicht betroffen. — Die „Epoca" zeigt an, daß ein Vorschlag zur Abänderung der Geschäftsordnung des Senats demnächst von der Regierung eingebracht werden wird, wiewohl die öffentliche Meinung bereits die an der Geschäftsordnung der Deputirtenkammer vorgenommenen Veränderungen ziemlich kalt aufgenommen habe.

Italien. Die „Italie" bemerkt in Bezug auf die sechs Millionen Schulden der Civilliste, deren in dem Briefe Victor Emanuels Erwähnung geschieht, Folgendes: „Diese Schuld rührt daher: eine Million, die man der Hinterlassenschaft des Herzogs von Genua, und eine Million, die man dem Consorzio nazionale schuldet. Die Verlegung der Hauptstadt nach Florenz hat außerdem eine Ausgabe von zwei Mill. Francs verursacht, und der Rest kommt endlich von den außerordentlichen Ausgaben her, welche durch den Krieg von 1866 verursacht worden sind."

Kopenhagen, 12. Mai. Die über das Befinden der Prinzessin von Wales hier eingegangenen Nachrichten stellen eine völlige Wiederherstellung der Prinzessin, wenn auch nicht in nahe, so doch in sichere Aussicht und wird die Königin von Dänemark nunmehr die Rückreise nach Kopenhagen antreten. Die erheblichen Beiträge, welche zur Anschaffung von Geschenken und zur festlichen Begehung der silbernen Hochzeit des kgl. Paares gezeichnet worden, werden auf den Wunsch

de§ Königs zu wohlthätigen Zwecken verwandt. Das adelige Stift Walløe, vielleicht eines der reichsten protestantischen Klöster, dessen Vermögen in liegenden Gründen und Capitalien auf mehr als fünf Millionen Thaler geschätzt wird, hat in Veranlassung der silbernen Hochzeit des Königs die bisherigen Klosterleistungen erhöht, 33 neue Plätze dotirt und eine Anzahl Pensionen ausgesetzt, theils für unversorgte Töchter, theils für bedürftige Wittwen verstorbener Personen von Rang. — In wenigen Tagen dürfte der Ausschuß des Folkethings den lange erwarteten Bericht, betreffend die Armee-Organisation, nun endlich erstatten. Zwischen dem Kriegsminister und der Majorität des Ausschusses ist eine Uebereinstimmung erzielt, dagegen hat die Minorität im Ausschusse, welche die Partei der Bauernfreunde repräsentirte, bisher zu einem Compromiß sich nicht herbeigelassen. Mit der Armee-Organisation, deren Annahme Seitens der Repräsentation demnach noch keineswegs gesichert ist, so wie mit der hiermit in Verbindung stehenden Einkommensteuer dürfte das Ministerium stehen und fallen. Die auf eine bevorstehende oder eventuelle Ministerkrisis bezüglichen Gerüchte sind zum Theil auf die Stellung des Ministeriums zur Armee-Organisation, zum Theil aber auch darauf zurückzuführen, daß einzelne Mitglieder des Ministeriums in dieser Beziehung sehr unverhohlen sich geäußert haben sollen. — Die Frage, ob Herr Orla Lehmann durch seine Uebersiedlung nach einem anderen Wahldistrikte die Befugniß eingebüßt, den Distrikt, in welchem er früher sein Domizil gehabt, fernerhin im Thinge zu repräsentiren, ward in der gestrigen Sitzung des Landsthings nach einer lebhaften Debatte mit 21 gegen 27 Stimmen dahin entschieden, daß das Staatsgrundgesetz an die Uebersiedelung aus einem Wahldistrikt nach einem anderen die in Frage stehenden Rechtsnachtheile nicht geknüpft habe. Herr Orla Lehmann behält demnach seinen Sitz im Landsthing. (K. Z.)

Neueres.

Darmstadt, 14. Mai. Die zweite Kammer verweigerte die Regierungsforderung von 64,000 fl. für ständige Gesandte, genehmigte 12,000 für den Gesandten in Berlin und 20,000 fl. für sonstige nicht ständige Vertretung.

Berlin, 14. Mai. Die „Norddeutsche Allg. Ztg." bezweifelt die Richtigkeit des Telegrammes der „Independance", wornach England eine allgemeine Entwaffnung bei dem Konferenzschluß proponirte. Was die Frage anbelangt, ob die Konferenzbeschlüsse thatsächlich den Frieden wahren werden, dürfte es zunächst darauf ankommen, ob dieselben auch pünktlich eingehalten werden. Während der vierwöchentlichen Ratifikationsfrist wird sich wohl hinlänglich Gelegenheit bieten, zu sehen, wie das in London erzielte Resultat aufgefaßt wurde, jedenfalls würde es allgemein für ein untrügliches Friedenssymptom angesehen werden, wenn Frankreich mit seinen Rüstungen innehalten wollte.

Köln, 14. Mai. Die „Köln. Ztg." meldet: Viktor Emanuel erhielt ein Einladungsschreiben Napoleons nach Paris, allwo er mit Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich zusammentreffen soll.

Wien, 14. Mai. Für die Zeit des kaiserlichen Aufenthaltes in Buda-Pest bei Gelegenheit der Krönung ist die folgende Tages-Eintheilung festgestellt: 1. Tag: Ankunft, Einzug, Tedeum. 2. Tag: Empfang des gesammten männlichen Adels, der Mitglieder des Landtages. Empfang der Generalität und des Offizierskorps. Nachmittags: Uebertragung der Cista mit den Kroninsignien in das innere Appartement Sr. Majestät. Abends: Damen-Cercle bei Ihrer Majestät. 3. Tag: Empfang des diplomatischen Korps. Ueberführung der Kroninsignien in die Krönungskirche. Hoftafel. 4. Tag: Krönung Ihrer Majestäten. Königstafel (Tafel der Palastdamen). Ueberführung der Kroninsignien in die Krönungskirche zur dreitägigen Exposition. Fackelzug. 5. Tag: Banket im Redoutensaale zu Pest. Stadtbeleuchtung. 6. Tag: Ueberbringung des Krönungsgeschenkes und später Ueberreichung der städtischen Naturalgeschenke. Hofball. 7. Tag: Vormittags die Ueberbringung der Cista aus der Krönungskirche in das a. h. Appartement, die Agnoszirung der Insignien und deren Uebertragung in das Kronlokale. Festschießen. Théâtre paré. — Wie der amtlichen „Prager Ztg." mitgetheilt wird, sollte die Krönung am 2. Juni vor sich gehen. Nachdem aber die auf Kosten des Primas mit allem Pomp angeordnete Restaurirung der Stadtpfarrkirche in Ofen zu diesem Tage nicht beendet sein kann, so erfolgt die Krönung erst am 10. Juni. (Frdbl.)

Lemberg, 13. Mai. Die „Gazetta narodowa" will wissen, daß Graf Alfred Potozki zum österreichischen Ackerbauminister ernannt worden sei.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$62\frac{1}{4}$ P.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$65\frac{1}{4}$—$\frac{3}{4}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	47 P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$41\frac{1}{4}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$100\frac{1}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$94\frac{3}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$91\frac{1}{4}$ P. 91 G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$91\frac{1}{4}$ P. 91 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$91\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$94\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$94\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$90\frac{7}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$81\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$79\frac{1}{4}$ P.
„	6pCt. ditto v. 1882	$77\frac{7}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	—
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	680—85 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$172\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$91\frac{1}{4}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	203 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	316 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	$151\frac{1}{4}$ P. 151 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{1}{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E. B.	—
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$116\frac{1}{8}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	$116\frac{1}{2}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Tr. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{1}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	119 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{2}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$93\frac{1}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$93\frac{1}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$70\frac{3}{4}$—$71\frac{1}{8}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$118\frac{1}{2}$ G.
„ do. v. 1864	$75\frac{1}{4}$—$\frac{1}{2}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$93\frac{3}{8}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	$54\frac{3}{8}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$141\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{1}{8}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs. Loose	—
Mailänder 45 Frs. . . b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$11\frac{3}{4}$ G.

Frankfurt, 15. Mai. Heute herrschte eine sehr günstige Stimmung für alle Effekten, die durch höhere Wiener Notirungen hervorgerufen ward und eine Steigerung der Course der österreichischen Spekulationspapiere um 1 pCt. zur Folge hatte. Auch für Amerikaner herrschte trotz des höheren New-Yorker Goldagios, das vom Wagner'schen Bureau wieder fälschlich mit 133 angegeben wurde, während es 137 war, eine feste Stimmung. Für Süddeutsche war erhöhte Kauflust vorhanden. Devisen ebenfalls höher. — Die Medioregulirung ging bei knappem Material ohne Anstand von statten. Für Prolongationen wurde durchschnittlich $\frac{2}{3}$ Zinsen bezahlt (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 136.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 17. Mai 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 15. Mai. Se. Majestät der König hat das durch den Rücktritt des k. Consuls G. Wortmann erledigte k. Consulat in Gibraltar dem Kaufmann F. Schott daselbst übertragen; das Curatbeneficium an der Maria-Verkündigungskirche zu Mindelheim, Bezirksamts gl. N., dem Priester A. Riß, Curat- und Schulbeneficiat in Nantesbuch, Bezirksamts Weilheim, übertragen; die protest. Pfarrstelle zu Unternesselbach, Dek. Neustadt a. d. Aisch, dem zweiten Pfarrer in Berg, Dek. Hof, H. R. Pfalzer, verliehen; die erledigte Bezirksamtsdienersstelle zu Nabburg in widerruflicher Weise nach den Bestimmungen der allerh. Verordnung vom 24. Februar 1862 dem pens. Gendarmen G. Hölzl aus Lab, z. Z. Laufbote am Bezirksamte Vilshofen, unter Vorbehalt des Wiedereintritts in die Militärpension, verliehen.

Die kath. Pfarrei Finsing, k. Bezirksamts Ebersberg, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 1032 fl. 33⅜ kr. in Erledigung gekommen.

München, 14. Mai. Gemäß Art. 1 und 3 des Gesetzes vom 10. Juli 1865 — die Abkürzung der Finanzperioden betreffend, werden mit Beginn der IX. Finanzperiode die zur Deckung der Staatsausgaben erforderlichen direkten Steuern jedesmal auf zwei Jahre bewilligt, und ist die VIII. Finanzperiode bis 1. Jan. 1868 erstreckt, wonach das 6. und letzte Etatsjahr der laufenden Finanzperiode fünf Quartale, d. i. die Zeit vom 1. Okt. 1866 bis ultim. Dez. 1867, zu umfassen hat. In dem 3. Absatz des Art. 3 ist noch die besondere Bestimmung getroffen, daß zur Bestreitung der vom 1. Oktober bis letzten Dezember 1867 erwachsenden Aufgaben die in dieser Zeit an den bisherigen Zahlungsterminen verfallenden direkten Steuern zu erheben seien, vorbehaltlich der Bestimmungen des künftigen Finanzgesetzes für die IX. Finanzperiode. Behufs gleichmäßiger Durchführung dieser gesetzlichen Vorschriften wurden den dem k. Staatsministerium der Finanzen untergeordneten Stellen, Aemtern und Kassen, durch Entschließung vom 10. d. M. (Finanz-Min.-Bl. Nr. 13) eine Reihe von Directiven ertheilt. In diesen ist ausgesprochen, daß: I. Von den direkten Staatsauflagen während des Uebergangsquartals (1. Oktober bis letzten Dezember 1867) in den Regierungsbezirken diesseits des Rheins nur die Grund- und Haussteuern mit dem 1. Ziele am 30. Nov. 1867 verfallen. Es haben demnach im Laufe des Uebergangsquartals nur die bezeichneten Steuern nebst Beischlägen hieraus und zwar mit der treffenden Zielrate nach Maßgabe des § 10 des Finanzgesetzes vom 10. Nov. 1861 — an dem Verfalltermin zur Erhebung zu gelangen und ist bezüglich deren Verrechnung seinerzeitige weitere Anordnung zu gewärtigen. In dem Regierungsbezirke der Pfalz werden dagegen die sämmtlichen direkten Steuern nach Monatsraten erhoben und hat solches auch während des Uebergangsquartals zu erfolgen. In Absicht auf die Verrechnung und Verbuchung sind die vorstehend getroffenen Bestimmungen gleichmäßig in Anwendung zu bringen. II. Die übrigen Staatseinnahmen, welche im Laufe des Uebergangsquartals anfallen oder während desselben an bestimmten Terminen zur Zahlung verfallen, sind hingegen nicht bloß vorschriftsmäßig einzuheben, sondern auch noch pro 1866/67 zu verrechnen. Insbesondere gilt dies 1) von den Taxen, Strafen und Stempelgebühren. Nicht minder sind 2) die Einnahmen aus der Forststrafgerichtsbarkeit (Forstruggefälle) für das Uebergangsquartal noch pro 1866/67 zu verrechnen. 3) Ebenso ist der während des Uebergangsquartals anfallende Malzaufschlag pro 1866/67 zu verrechnen. Bei der Soll-Einnahme des Jahres 1866/67 ist somit auch der Aufschlags-Anfall in der Zeit vom 1. Oktober bis letzten Dezember 1867 vorzutragen, während die Nachborge als Ausstand rechnerisch nachzuweisen ist. 4) In gleicher Weise haben die Einnahmen aus Staatsregalien, aus Staatsforsten, Jagden und Triften, sowie aus Oekonomien und Gewerben, dann an besonderen Abgaben, in so weit dieselben während des Uebergangsquartals anfallen oder nach den hiefür bestimmten Erlagsterminen zur Zahlung verfallen, wie Pachtschillinge, Miethzinse, Holzkaufschillinge, Recognitionen u. s. w. pro 1866/67 zur Verrechnung zu gelangen. 5) Anlangend die grund- und zinsherrlichen Gefälle, so sind außer den in der Zeit vom 1. Oktober 1866 bis letzten September 1867 zum Anfalle kommenden Bodenzinsen des Staates und der Ablösungskasse, insbesondere auch die am 15. Nov. 1867 verfallenden Bodenzinse in den Rechnungen pro 1866/67 zu vereinnahmen. Bei Herstellung des Verrechnungssolles an Bodenzinsen und Zinsraten pro 1866/67 ist demnach auch auf den Bodenzinsanfall pro Martini 1867 und auf die sich ergebenden, sowie bereits vorgemerkten Zu- und Abgänge geeignete Rücksicht zu nehmen. Die Fertigung zweier gesonderter Nebenrechnungen für den Ausweis des Bodenzinssolls pro Martini 1866 und 1867 wird nicht erforderlich erscheinen; vielmehr werden die Zu- und Abgänge in Einer Nebenrechnung übersichtlich vorgetragen werden können. Insofern jedoch von den k. Regierungsfinanzkammern die Herstellung gesonderter Nebenrechnungen als zweckmäßig erachtet werden sollte, ist denselben die Erlassung weiterer desfallsiger Anordnungen anheim gegeben. III. Die Kreisumlagen aus den während des Uebergangsquartals verfallenden und gemäß Ziff. I zu erhebenden Steuern sind in den allerhöchst genehmigten Kreisbudgets pro 1866/67 als Einnahmen vorgesehen und wurde zugleich über deren Verwendung behufs Bestreitung der Kreisausgaben auf die Zeit vom 1. Oktober 1866 bis letzten Dezember 1867 Bestimmung getroffen. Demgemäß hat gleichzeitig mit der Perception der treffenden Steuerraten auch die Einhebung der Raten an Kreisumlagen nach dem pro 1866/67 festgesetzten Prozentmaße zu erfolgen und sind diese Kreisumlagen in den Cassa-

---

Feuilleton.

Vermischtes.

× Würzburg. Aus Nr. 19 der vom polytechnischen Vereine dahier herausgegebenen gemeinnützigen Wochenschrift ist zu ersehen, daß seit einiger Zeit die Verfertigung von Gegenständen aus Kali-Glimmer durch Max Raphael in Breslau fabrikmäßig betrieben wird. Aus demselben werden hauptsächlich Gas- und Petroleum-Cylinder, Lampenschirme, Rauchfänger (Blacker), Taschenlaternen u. s. w. gemacht. Auch wird der Glimmer zu Windrosen, Compaßgläsern, zum Einsetzen in eisernen Ofenthüren und vielen anderen Zwecken, und außerdem präparirt zu Einlagen als Email und zu Tapeten verwendet, wie Chemiker C. Puscher im Nürnberger Gewerbeverein näher angegeben hat. Die davon gefertigten Beleuchtungsgegenstände haben den Vortheil, daß dieselben der größten Flammenhitze ausgesetzt nicht springen und sich daher besonders zu Gas- und Petroleum-Cylindern und Flachbrennern eignen. Die Fabrikation der Cylinder hat große Fortschritte und Verbesserungen gemacht und ist dies besonders bei den neu angefertigten Petroleum-Cylindern für Flachbrenner der Fall, welche nicht blos durch ihre einfachere und praktischere Construktion, sondern auch um des sehr bedeutend billigeren Preises gegen früher wohl bald allgemein sich einführen werden. — Für Mineralienkabinets werden auch ganze Sammlungen von verschiedenen Sorten Glimmer in kleinen und großen Stücken abgelassen.

H. München, 14. Mai. J. M. die Königin-Mutter hat den Buchhändler A. Riegner, Besitzer der Fleischmann'schen Buchhandlung dahier, welcher J. M. ein Exemplar des „Ehrenspiegels des Hauses Wittelsbach“ überreichte, mit einer sehr kostbaren Busennadel überrascht.

In der Beck'schen Buchdruckerei zu Nördlingen ist eine Brochüre, verfaßt von dem Apotheker A. Frickhinger in Nördlingen, „die Stellung der Apotheker im Staate nach dem neuen Gesetzentwurfe über das Gewerbewesen“, erschienen, welche der bayer. Landesvertretung den Wunsch ausspricht, sie wolle dem betreffenden Theile des von der Staatsregierung vorgelegten Gesetzentwurfes (Artikel 8 Ziffer 4) ihre ungetheilte Zustimmung geben.

---

büchern und in den Kreisfondsrechnungen pro 1866/67 ordnungsgemäß in Einnahme zu stellen. (B. Z.)

München, 13. Mai. Nach anher gelangter amtlicher Mittheilung hat die kaiserlich französische Regierung beschlossen, die aus dem Zollverein nach Frankreich eingehenden ordinären Bilderbogen (imageries) fortan in Bezug auf die Befreiung vom Eingangszoll den Kupferstichen, Lithographien, Zeichnungen u. s. w. gleichzustellen. Die französischen Zollbehörden sind zu diesem Behufe mit Anweisung versehen worden. (Bayer. Ztg.)

** **München**, 15. Mai. Im Kreise der kgl. Familie wurde heute das Namensfest der erlauchten Königsbraut, J. k. H. der Herzogin Sophie, in festlicher Weise gefeiert. Namentlich war diesen Nachmittag große Familientafel bei Sr. Maj. dem König Ludwig I., zu welcher auch Se. Maj. der regierende König aus Berg, dann J. k. H. die Herzogin Sophie mit ihrem erlauchten Bruder, dem Herzog Max Emanuel, von Possenhofen hieher kamen.

H. **München**, 15. Mai. Ihre Majestät die Königin-Mutter wird vom künftigen Sonnabende an ihren Aufenthalt auf längere Zeit in Hohenschwangau nehmen. — Se. Maj. König Ludwig I. wohnte gestern Abends der Aufführung der Mozart'schen Oper: „Die Entführung aus dem Serail" bei und wurde beim Eintritte in die Loge von allen im Theater Anwesenden durch Acclamation herzlich begrüßt.

Aschaffenburg, 14. Mai. Nachstehend geben wir eine Zusammenstellung der Kriegskosten, wie solche unserer Stadt im vorigjährigen Kriege erwachsen sind, und wie sie der von Würzburg hier eintreffenden Kriegslasten-Ausgleichungskommission von unserem Stadtmagistrate zur Vorlage gebracht werden:

1) Lieferungen auf Requisitionen . .	82,965 fl.	1	kr.
2) Einquartierungskosten der preußischen Truppen	125,978 „	23	„
3) Kriegsbeschädigungen	45,225 „	$42^1/_2$	„
4) Verpflegung der Verwundeten im Militär- und Kasernenlazareth	15,000 „	—	„
5) Verpflegung der Verwundeten im Zivilspitale und in Privatwohnungen	4,000 „	—	„
6) Verpflegung der Gefangenen . .	1,521 „	40	„
7) Vorspannleistungen	3,259 „	—	„
8) Botenlöhne und Handfrohnden .	4,780 „	30	„
9) Fourage	61,881 „	15	„
In Summa	344,611 fl.	$31^1/_2$	kr.

(Asch. Ztg.)

Stuttgart, 14. Mai. Der Wechsel im Ministerium des Kriegs hat sich seit Kurzem vollzogen, und bereits ist ein neuer Kriegsdienstgesetzes-Entwurf ausgearbeitet. Wenn wir recht unterrichtet sind, wäre es möglich, an der Hand desselben, und zwar ohne unverhältnißmäßig große Kosten, eine sehr ansehnliche und kriegstüchtige Armee aufzustellen. Nach diesem Plane würden alljährlich die sämmtlichen kriegsdiensttüchtigen jungen Leute zum Waffendienst ausgehoben; allein es käme davon nur die eine Hälfte zur Linie, die andere Hälfte würde zur Landwehr gestellt. In der Linie wären 6 Inf. Regimenter mit 2 Bataillonen à 1000 Mann, 1 Jägerregiment zu 3 Bataillonen, ebenfalls à 1000 Mann; die Artillerie wäre zu 16 Batterien formirt à 6 Geschützen in einer Mannschaftsstärke von 2800 Mann. Die Reiterei würde in drei Regimentern 3500 Mann zählen, und die Genietruppen 600 Mann betragen. Diejenige Hälfte der kriegsdiensttüchtigen jungen Leute, die nicht in die Linie eingestellt werden, kämen zur Landwehr, die aus zwei Kategorien bestehen würde, aus Landwehr-Exkapitulanten und aus reiner Landwehr, d. h. jenen jungen Leuten, die alljährlich in den Bezirken 6 bis 8 Wochen eingeübt würden. Die Exkapitulanten sollen in 15 Bataillons zu 800 Mann und die reine Landwehr in 30 Bataillons zu 800 Mann formirt werden. Auf eine tüchtige Ausbildung und auf eine militärische Erziehung der Linie würde dadurch hinzuwirken gesucht, daß dieselbe eine Präsenzzeit von 2 Jahren zu bestehen hätte; hat sie ja doch auch der etwas weniger geübten Landwehr als Stützpunkt zu dienen. Wird der Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht in dieser Form streng durchgeführt, so erreicht Württemberg eine Armee in der Stärke von 67,000 Mann aufzustellen, ohne daß dem Lande allzugroße Opfer an Geld und Arbeitskräften auferlegt würden. — Der preußische General v. Obernitz, der im Hotel Marquardt abgestiegen, ist von einem Adjutanten, Major v. Arnim, begleitet. (Schw. M.)

Wie in Baden so halten auch in Württemberg die politischen Parteien den gegenwärtigen Moment, in welchem Deutschland kaum einer Gefahr entronnen, für geeignet, sich mit der Lage des Vaterlandes ernst und dringend zu beschäftigen. Zum Zwecke einer Kundgebung in der deutschen Frage hatte die „deutsche Partei" in Tübingen auf vergangenen Sonntag eine Versammlung berufen, die unter enormer Betheiligung von nah und fern stattfand. Von Seite des Comités waren 3 Resolutionen vorbereitet worden, von denen die zwei ersten auf die Luxemburger Frage Bezug hatten. Da jedoch die neuesten Nachrichten eine Beilegung derselben in sichere Aussicht stellten, war beschlossen worden, dieselben zurückzustellen und nur die dritte, die folgendermaßen lautete, der Versammlung zur Annahme vorzuschlagen: „Ist das außerösterreichische Deutschland politisch geeinigt, so ist es jedem Feinde vollständig gewachsen und daher gesichert. So lange dieses Ziel nicht erreicht ist, ist die Lage der süddeutschen Staaten eine ganz unsichere, wahrhaft trostlose. Die Zusammengehörigkeit der Nation wie die materiellen Interessen verlangen die sofortige Herstellung des deutschen Staats. Diese ist bereits erfolgt für beinahe 30 Millionen Deutscher durch die Konstituirung des norddeutschen Bundes. Der Eintritt Süddeutschlands in denselben muß unausgesetzt mit aller Energie erstrebt werden, er ist die einzige Rettung." In der Begründung dieser Resolution bemerkte Professor Römer unter anderm mit Rücksicht auf die Luxemburger Frage, daß für den Fall eines Krieges mit Frankreich Neutralität nichts anderes sei, denn Konspiration mit dem Ausland, Verrath am deutschen Vaterland. So lange sei der Friede nicht dauernd gesichert, als Deutschland nicht einig sei. Um unsere Zukunft sicher zu stellen, müsse der deutsche Staat gegründet werden, und hiezu gebe es kein anderes Mittel, als daß auch vollends die süddeutschen Staaten in den neuen Bund eintreten, der jetzt bereits 30 Mill. Deutscher unter einer mit dem Parlament vereinbarten Bundesverfassung vereinige. Der Redner wies dann noch ausführlich die Einwendungen gegen diese Verfassung zurück, erörterte ihre Vorzüge und schloß mit dem Hinweis darauf, daß man allgemein in Norddeutschland nichts sehnlicher wünsche, als die Vereinigung mit dem Süden, daß zwar die Hauptarbeit bereits gethan sei durch die norddeutschen Brüder, daß aber uns noch immer übrig sei, durch Eintritt in das neue deutsche Reich das Werk zu krönen. Dr. Schweickardt von Tübingen besprach die Einigungsversuche in Deutschland seit 50 Jahren, die jetzt endlich, wenn auch nicht auf einem Allen erwünschten Wege, zum Ziele geführt hätten. Steiner von Stuttgart erörterte den friedlichen Austrag des Luxemburger Konfliktes, bei welchem Frankreich mehr nachgegeben habe, als Preußen, und bei welchem dieses jedenfalls bewiesen habe, daß es nicht ein Militärstaat im schlimmen Sinne des Wortes sei. Auf die Bundesverfassung übergehend, meinte der Redner, wenn das deutsche Volk dieselbe ablehnen wollte, gliche es dem Petrus in der Legende, der das unscheinbare Hufeisen nicht aufheben wollte und sich dafür hundertmal um die hingeworfenen Kirschen bücken mußte: so würde das deutsche Volk sich bald um ein Stück gemeinsame Militärverfassung, bald um ein Stück Freizügigkeit, bald um ein Stück gemeinsames Obligationenrecht u. s. w. bemühen müssen, und so tropfenweise allmälig zu seinen Forderungen gelangen, die es jetzt auf einmal haben könne. Abg. Hölder verbreitete sich über die eigenthümliche Sonderstellung, die Württemberg nicht zu seinem Ruhme in der deutschen Frage einnehme. Die Tugenden wie die Schwächen der schwäbischen Natur vereinigen sich zu dieser Erscheinung, über die man auswärts nachgerade bedenklich den Kopf schüttle. Der Rechtssinn unseres Volkes arte in Rechtseigensinn aus, ein übertriebener Idealismus lasse die Wirklichkeit der Dinge verkennen, und dazu komme noch eine gewisse Selbstüberhebung, die lieber verdrossen zur Seite stehe, als unter den Gesammtwillen sich beugen wolle. Es gelte die Ehre des schwäbischen Namens wieder herzustellen, damit es einst nicht heiße, alle Stämme hätten zum Werke der deutschen Einheit mitgewirkt, außer dem unsrigen. Nachdem noch Stadtschultheiß Wächter von Owen mit Wärme den Standpunkt derer erörtert, welche, wie er anfänglich Preußen abgeneigt, die deutsche Einheit auf andern Wegen herbeiführen wollten, der geschichtlichen Entwicklung der Dinge aber sich beugten und nun anerkennen, wie nur der rückhaltlose Anschluß an Preußen das Werk der Einheit vollenden könne, wurde die Resolution einstimmig angenommen und mit einem Hoch auf das einige Deutschland die Versammlung geschlossen. Auch sie hat, wie die Versammlungen zu Ulm, Heilbronn, Biberach bewiesen, wie sich in immer weiteren Kreisen die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer ungesäumten Durchführung des Einheitswerkes auch in unserem Lande verbreitet, und insbesondere sprach sich allgemein die Ansicht aus, daß jetzt nach Beseitigung des auswärtigen Konfliktes, der die Gefahr der Unfertigkeit unserer heutigen Zustände so empfindlich bloslegte, unverzüglich Hand an die Vollendung des Baues im Innern gelegt werden müsse. (Schw. M.)

Karlsruhe, 13. Mai. Die „Karlsr. Z." schreibt: „Heute empfing der Großherzog den preußischen Generallieutenant v. Beyer, welcher in besonderer Mission beauftragt war, demselben ein Schreiben Sr. Maj. des Königs von Preußen zu übergeben. Die Sendung

des Generallieutenant v. Beyer befindet sich ihrem Grunde nach in Uebereinstimmung mit den Sendungen des Generals v. Hartmann nach München, und des Generals v. Obernitz nach Stuttgart."

Mainz, 14. Mai. Die „Mainz. Z." schreibt: „Daß der luxemburger Handel auf friedlichem Wege gelöst ist, wird überall, in Frankreich wie in Deutschland, mit der größten Freude begrüßt. Kaum aber sieht man die Schwerter in die Scheide gesteckt, so fängt auch das Unkengeschrei in einem gewissen Theile der süddeutschen Presse wieder an. Zwar sehr schüchtern — weil sie sich der öffentlichen Meinung gegenüber ein wenig scheuen, treten diese Blätter auf, aber ihr Rabengekrächz ist doch deutlich genug vernehmlich: sie jammern über die Losreißung Luxemburgs von Deutschland und finden den Abzug der preußischen Garnison aus der Festung schmählich. Ernstlich gemeint ist dieser Jammer natürlich nicht; er bezweckt nur, dem verhaßten Preußen eins anzuhängen. Wäre das Umgekehrte geschehen, hätte Preußen nichts nachgegeben, sondern den Krieg angenommen, so versteht sich, daß dieselben Blätter ein noch viel größeres Geschrei erhoben hätten. Manche von diesen braven Patrioten freuten sich im Geheimen ja auf diesen Krieg, von dem sie hofften, daß er den preußischen Staat in Trümmer schlagen werde. Daß dabei auch deutsches Gebiet verloren gehen müsse, bedachten sie nicht oder gewöhnten sich sogar an diesen Gedanken. Deutete doch der „Stuttgarter Beobachter" einmal ziemlich verständlich an, daß er den Verlust des linken Rheinufers verschmerzen werde, wenn nur die „deutschen Brüder in Oesterreich" wieder zu Deutschland zurückkehrten. Doch diese Mißtöne haben nichts zu sagen; sie finden keinen Anklang. Wenn ihre Urheber das deutsche Volk befragen wollten, ob es den Krieg vorgezogen hätte, so würden sie mit neunundneunzig unter hundert Stimmen die Antwort erhalten: daß man mit der Erledigung des luxemburger Handels sehr zufrieden ist und sich nicht im Geringsten verletzt fühlt."

Berlin, 13. Mai. Man will vorhersehen, daß nach dem Abzuge der Preußen aus Luxemburg dort sehr bald ein Konflikt zwischen der in dem Lande sehr unpopulären Luxemburgischen Regierung und der Kammer ausbrechen wird. Die Luxemburger nennen die Regierung „das Ministerium der Barone." Tornaco gilt für einen Feudalen in der strengsten Bedeutung des Wortes, seine Kollegen nicht minder. Man bezweifelt, daß das Land alsobald zur Ruhe kommen werde. — Mit Baden soll militärisch Alles geregelt sein. Die Luxemburger Angelegenheit hat im Allgemeinen auch in den andern Theilen des Südens, wo es dringender war als in Karlsruhe, die nöthigen Vorkehrungen einigermaßen gefördert. — Seit der Rückkehr des Hrn. v. Windthorst von Wien wird ein Abkommen mit König Georg, der übrigen noch sehr hohe finanzielle Forderungen stellen soll, als wahrscheinlich angesehen. Der König von Hannover soll bis ganz vor Kurzem auf eine Entwicklung der europäischen Dinge zu seinen Gunsten gerechnet und den Tag seines feierlichen Wiedereinzuges in Hannover mit Bestimmtheit prophezeit haben. Jetzt sind seine Hoffnungen geschwunden: daher eine größere Geneigtheit zu einer Verständigung mit Preußen. (Schw. M.)

Berlin, 14. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Was die Frage anbelangt, ob die Konferenzbeschlüsse in der That den Frieden wahren werden, so dürfte es wohl zunächst darauf ankommen, ob dieselben auch pünktlich eingehalten werden. Die Ratifikation der Beschlüsse soll erst nach 4 Wochen erfolgen, und während dieser Zeit wird sich wohl hinlängliche Gelegenheit bieten, um zu sehen, in welchem Sinne die zu London erzielten Resultate aufgefaßt werden. Jedenfalls würde es allgemein für das untrüglichste Symptom einer friedlichen Zukunft angesehen werden, wenn Frankreich mit seinen Rüstungen innehalten wollte. Noch vor wenigen Tagen scheint dies nicht der Fall gewesen zu sein" — Der „Schles. Ztg." schreibt man von hier unterm 10.: „Am Mittwoch in später Abendstunde ließ sich der französische Bevollmächtigte Benedetti bei Graf Bismarck melden und erging sich, von diesem empfangen, in ziemlich hochfahrenden Phrasen über die Situation. Nachdem ihn der Graf lange ruhig angehört, erwiderte dieser, daß, wenn die Konferenz für die Erhaltung des Friedens nicht günstig ausfallen sollte, Preußen an Frankreich sofort ein Ultimatum richten würde, und daß, wenn Frankreich nicht genügende Zusicherungen wegen der Abrüstung geben sollte, eine Allerhöchste Kabinetsordre sofort 900,000 Mann, und zwar von Preußen 650,000, Norddeutsche 150,000, Süddeutsche 100,000 ins Feld rufen würde. Hierauf schlug Hr. Benedetti sofort einen anderen Ton an. Erst nach Mitternacht verließ er den Grafen Bismarck. Der Telegraph arbeitete die ganze Nacht nach Paris und an den Fürsten De la Tour d'Auvergne in London, und der gestrige Ausfall der Konferenz ergab sich von selbst. Auch erzählt man, daß Bayern aus freien Stücken durch den hier anwesenden Generalstabschef, General Grafen Bothmer, allein zwei vollständige Armeekorps zu unserer Disposition gestellt."

Ueber die neue Heeresorganisation des norddeutschen Bundes, die jetzt als zum Abschluß gelangt betrachtet werden darf, macht die „Voss. Ztg." folgende Angaben: Die Cavalleriestärke wird sich auf 75 Regimenter à 5 Schwadronen oder 375 Schwadronen belaufen, und zwar 10 Regimenter Kürassiere, 22 Dragoner- (hier wie überall die preußischen Gardecavallerieregimenter inbegriffen), 4 Reiterregimenter (Sachsen), 18 Husaren- und 21 Uhlanenregimenter. Die Infanterie besteht, einschließlich der neun preußischen Garde- und der 3 hessen-darmstädtischen Regimenter, aus 120 Regimentern à 3 Bataillonen, nebst 5 einzelnen Bataillonen (4 braunschweiger und 1 hessen-darmstädtisches Füsilierbataillon) und 15 Jägerbataillonen oder zusammen 380 Bataillonen. Die Etatsätze für den Friedensstand aller dieser Truppen sind mit Ausnahme der etwas stärker angesetzten preußischen Garden, für das Infanterieregiment 57 Offiziere 1613 Mann, das Jäger- resp. Füsilierbataillon 22 Offiziere 534 Mann, das Cavallerieregiment 28 Offiziere 712 Mann. Jedes Feldartillerieregiment endlich besitzt einen Friedensstand von 88 Offizieren 1741 Mann, jedes Festungsartillerieregiment von 45 Offizieren 873 Mann, ein Pionnierbataillon von 18 Offizieren 563 Mann und ein Trainbataillon von 12 Offizieren 227 Mann. Den Abschluß auch dieser neuen und letzten Organisationsaufgabe wird die Eintheilung der kleinen norddeutschen Staaten in Landwehrbataillonsbezirke bilden und heißt es, daß für dieselben 20 solcher Bezirke vorgesehen seien, womit dann die Zahl der in der norddeutschen Armee vorhandenen Landwehrbataillone auf 170 steigen würde, nämlich 138 preußische, 12 sächsische und 20 Contingentslandwehrbataillone, und wovon sich die 138 preußischen Bataillone schon fertig vorgebildet, die 12 sächsischen aber noch in der Bildung begriffen befinden.

Bremen, 14. Mai. Ein sehr gut unterrichteter Berliner Korrespondent der „Weser-Ztg." berichtet: Auch die bei der Londoner Konferenz nicht betheiligten Unterzeichner der Verträge vom J. 1815 werden eingeladen, dem Neutralitätsvertrage beizutreten. Die Aufrechthaltung des Londoner Vertrages als Frage europäischen Interesses anzuerkennen und dessen Verletzung als casus belli zu betrachten, soll nicht stipulirt sein.

Luxemburg, 14. Mai. Heute Morgen sind alle bis jetzt sehr lebhaften Fortifikationsarbeiten an der Festung eingestellt und die Arbeiter entlassen werden.

Paris, 14. Mai. Der „Etendard" berichtet über den feierlichen Empfang, der dem Könige und der Königin der Belgier an dem Nordbahnhof zu Theil geworden ist. Um 2½ Uhr kamen JJ. MM. an und wurden vom Marschall Canrobert, General Mellinet, dem Seine- und dem Polizeipräfekten, der belgischen Gesandtschaft, verschiedenen hohen kaiserlichen Hofbeamten rc. rc. empfangen. Um 2½ Uhr erschien der Kaiser selbst in dem für die hohen Gäste auf dem Bahnhofe bereiteten Empfangssalon und erwartete die Ankunft des Zuges. Er bot der Königin beim Aussteigen den Arm, schüttelte dem Könige freundschaftlich die Hand und geleitete die Gäste zu den bereitstehenden Hofwagen. Der Kaiser saß mit der Königin rückwärts, der König auf dem Vordersitze. — Dem „Avenir national" geht folgendes Telegramm aus London zu: „Die „Patrie" hat behauptet, die Konferenz habe die Frage des Zollvereins bei Seite gelassen und eine Kommission werde diese Angelegenheit prüfen. Das Protokoll behält ausdrücklich Luxemburg im Zollvereine bei."

Marseille, 14. Mai. Der Marschall Mac-Mahon ist heute Morgen von Algier in Marseille angelangt. (T. H.)

Venedig, 10. Mai. Der König ist mit großem Gefolge, darunter der Minister Giovanola und General Menabrea, gestern hier angekommen. Diesen Morgen kam der Kriegsminister Revel an und morgen wird Rattazzi erwartet. Beim Empfange des Stadtraths sagte der König, es sei eine Summe von 10 Mill. Fr. für die Befestigungs- und Arsenalarbeiten ausgeworfen und es solle Allem aufgeboten werden, der Stadt ihren früheren Glanz zurückzuführen. Der Minister Giovanola sprach sich gleichfalls auf's Wärmste für die Interessen der Stadt aus. Der König hat für die Armen der Stadt die Summe von 50,000 Fr. bewilligt. Morgen früh begibt er sich nach Chioggia.

Petersburg, 13. Mai. Der König von Griechenland ist gestern hier eingetroffen. Der Kaiser ist heute von Moskau nach Petersburg abgereist. — Eine aus Konstantinopel hier eingelangte Nachricht meldet, daß der englische Botschafter daselbst, Lord Lyons, in gleicher Eigenschaft nach Paris versetzt sei. (Frdbl.)

Der „Messager franco-américain" vom 26. April bringt interessante Nachrichten aus Mexiko. Der Kaiser Maximilian befand sich noch immer von der Truppenmacht Escobedos eingeschlossen in Queretaro. Mexiko ist ohne Vertheidigung gelassen; nur 2—3000 Clericale und einige Compagnien Fremde befinden sich dort und halten, so gut es eben gehen will, die Bevölkerung in Respekt. Puebla ist genommen und es bleibt den Imperialisten nur noch, mit Aus-

nahme Queretaro's und der Hauptstadt, Veracruz übrig. Ueberall sind sie auf die Defensive beschränkt. Ein Schreiben aus Mexiko vom 31. März, welches der „Messager" bringt, gibt nähere Auskunft über den letzten vom General Marquez gemachten Versuch, den Feldzug wieder aufzunehmen. Nachdem von Queretaro aus vergebens versucht worden war, mit den Liberalen zu unterhandeln, welche sich geweigert hatten, den Anhängern Maximilians die geringsten Zugeständnisse zu machen, gelangte General Marquez dazu, zum Generallieutenant des Kaiserreichs ernannt zu werden, um wo möglich durch energische Maßregeln die Stadt Puebla noch zu retten. Das Schreiben, dessen wir hier erwähnen, enthält den Wortlaut des kaiserlichen Dekretes, durch welches Marquez seine Vollmachten verliehen worden. Das Dekret war unterzeichnet vor der Umzingelung Queretaro's durch die Liberalen. General Corona hatte noch nicht die Straße von Mexiko besetzt. Marquez konnte mithin in der Nacht des 21. die Stadt verlassen und durch Gebirge nach der Hauptstadt eilen. Am 23. hielt er dort seinen Einzug und mit seiner gewohnten Raschheit ließ er sofort die Bewohner der Stadt Mexiko seine energische Hand fühlen. Die Zwangsrekrutirung begann wieder mit äußerster Strenge, während eine Zwangsanleihe von 800,000 Piastern dekretirt wurde. In weniger als 36 Stunden war die Hälfte dieser Summe eingetrieben; das Ministerium wurde entsetzt und ein neues eingesetzt und am 26. setzte sich Marquez nach Puebla in Marsch mit 4000 Mann und ließ den neuen Finanzminister Vidaurri an der Spitze der Regierung. Mexiko war in Bestürzung. Die auswärtigen Repräsentanten versammelten sich, aber ergriffen durchaus keine Maßregeln, ihre Nationalen gegen die Schritte des Marquez in Schutz zu nehmen. Der „London and South America-Bank" erpreßte man 50,000 Piaster. Von der Frau des französischen Gesandten, Madame Dano, forderte man 8000 Piaster. Da Hr. Dano protestirte, indem er auf seine Stellung als französischer Beamte aufmerksam machte, wurde er mit dem Bescheide zurückgewiesen, daß diese Kriegssteuer nicht auf ihn als auswärtigen Vertreter, sondern auf seine Gemahlin, eine Bürgerin Mexikos, erhoben werde. Einem spanischen Unterthanen, Hrn. Barmejilla, wurde so lange sein Haus von Soldaten umringt, bis er gezahlt hatte. Die Familie Gallerdo wurde auf dieselbe Weise behandelt. Man gestattete den Leuten nicht, sich mit Proviant zu versehen, man bedrohte sie sogar sehr ernstlich damit, die Wasserleitungen zu ihren Häusern abzuschneiden, und sie wurden buchstäblich durch die Hungersnoth zur Folgsamkeit gezwungen. Aber mit diesen Erpressungen begnügte sich Marquez keineswegs, denn außerdem wurde noch von den Hauseigenthümern ein Monatsmiethzins und von den Miethsleuten ein halber Monatsmiethzins eingetrieben. Als Marquez nach Puebla auszog, hatte er 4000 Mann Truppen und 400,000 Piaster bei sich. Er marschirte schleunig, aber erreichte nicht die Stadt, sondern wurde unterwegs von Porfirio Diaz angegriffen und in die Flucht geschlagen. Er selbst entkam mit genauer Noth, indem er sein Geld, seine Kanonen und seine Munition dem Feinde überlassen mußte, und flüchtete sich mit einigen seiner Reiter nach Huemontla, von wo aus er versuchen wird, nach Vera-Cruz zu entkommen. Es scheint unausbleiblich zu sein, daß Kaiser Maximilian ganz ehestens in Queretaro gefangen genommen wird. Am 21. März befanden sich die Liberalen in der Stadt, nur zwei Cuadras (Häuser-Viertel) vom Hauptplatze entfernt. Die Imperialisten vertheidigen sich in den verbarrikadirten Straßen. Der Gouverneur Gomez von Nuevo-Leon erhielt von Escobedo einen Brief, worin gesagt wird, das Hauptquartier sei in Queretaro und Maximilian verlange zu unterhandeln. Letzterer hat den Bischof von Queretaro an Escobedo gesandt, welcher sich geweigert hat, ihn zu empfangen. Später sandte er drei Commissäre an Juarez ab. Diese Commissäre sollen Garantie für das Leben und die Güter der Hauptanhänger der imperialistischen Partei nachsuchen, aber man meint, Alles was man thun könne, werde sich darauf beschränken, ihnen zu gestatten, das Land zu verlassen.

Neueres.

Florenz, 14. Mai. Finanzminister Ferrara legte heute den Gesetzentwurf über das Kirchenvermögen vor. Der Staat wird auf dasselbe 600 Millionen aufnehmen. Auf Rechnung dieser Summe werden verwandt werden die zu Gunsten des Kultus eingeschriebene Rente und 12 Millionen von den kirchlichen Etablissements. Der Rest wird vertheilt als außerordentliche Steuer auf die Kirchengüter, die halbjährlich von 1868 an zu entrichten ist. Die Unverkäuflichkeit der Güter ist aufgehoben. Was von den Gütern übrig bleibt, wird zur Bestreitung der Pensionen und des Kultus verwandt. Die genannten Operationen können einer Handelsgesellschaft übertragen werden, deren Kommissionsgebühr 3 Proz. nicht überschreitet.

Petersburg, 14. Mai. Aus sehr authentischer Quelle wird versichert, daß die Antwort des Finanzministers auf das Schreiben der Fabrikarbeiter, betreffs der russischen Handelspolitik, vom „Handelsarchiv" nicht exakt wiedergegeben wurde.

Konstantinopel, 15. Mai. Halil Pascha wurde zum Artillerie-Großmeister, Savfet Pascha zum Handelsminister ernannt. Die Ernennung Riza Pascha's zum Kriegsminister steht bevor. Der Beginn der Operation Omer Pascha's auf Candia verspricht Erfolg.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$62\frac{3}{8}$—$\frac{1}{4}$ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$54\frac{3}{4}$—$55\frac{1}{4}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	$47\frac{3}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$41\frac{7}{8}$—42 G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{1}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$94\frac{3}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	92 P. $91\frac{1}{2}$ G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	92 P. $91\frac{1}{2}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$91\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	94 P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$94\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$90\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$81\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$78\frac{7}{8}$ P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	$77\frac{7}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	—
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	683 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	171—72 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$91\frac{1}{4}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$203\frac{1}{2}$P. $202\frac{1}{2}$G
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	322 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Elsb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$149\frac{1}{4}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{1}{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$116\frac{1}{8}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	$116\frac{1}{4}$ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{3}{4}$ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$93\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$93\frac{1}{2}$ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	113 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$62\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$70\frac{1}{2}$—$\frac{3}{4}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$118\frac{1}{4}$ G.
„ do. v. 1864	$75\frac{3}{8}$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{1}{4}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	$54\frac{3}{8}$ P.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56\frac{1}{4}$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$142\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$36\frac{1}{2}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs. Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 16. Mai. Man verkehrte in anhaltend günstiger Stimmung zu gegen gestern wenig veränderten Coursen. Besonders für österr. Anlagepapiere war die Tendenz sehr gut und lagen für Steuerfreie und $4\frac{1}{2}$ pCt. Metalliques heute namhafte Kaufaufträge vor. In Speculationseffecten war weniger Leben, obwohl Wiener Course sehr fest gemeldet wurden. Berlin kam weniger gesucht. Auch in süddeutschen Obligationen war starkes Geschäft. Amerika war etwas stiller, aber nicht ohne Animo. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

liothek München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 137. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 18. Mai 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 16. Mai. Se. Majestät der König hat den bisherigen außerordentl. Professor an der Universität Gießen Dr. E. Bohn in provis. Eigenschaft zum Professor der Physik und Mathematik an der Centralforstlehranstalt in Aschaffenburg ernannt; die kath. Pfarrei Oberbergkirchen, Bezirksamts Mühldorf, dem Priester Max Apoichl, Pfarrer in Großkarolinenfeld, Bezirksamts Rosenheim, übertragen.

München, 14. Mai. Am 9. l. Mts. Morgens $7^1/_2$ Uhr explodirte aus bisher unermittelter Ursache das Mengwerk der Pulverfabrik zu Ebenhausen, in welchem sich nur etwa über 2 Ctnr. Mischungsmaterial befand, jedoch ohne erhebliche Beschädigungen anzurichten. Nur ein Arbeiter erhielt eine leichte Contusion am Kopf. — Die Reservisten des aufgelösten 3. Kürassier-Regiments wurden durch neuere Verfügung gleichmäßig zu dem 1. und 2. Kürassier-Regimente, ebenso die des aufgelösten 3. Uhlanen-Regiments zu dem 1. und 2. Uhlanen-Regimente versetzt. (B. Z.)

** **München,** 15. Mai. In der heutigen Sitzung des Gesetzgebungsausschusses wurde zunächst von dem Ausschußvorstande vorgeschlagen, den Abs. 3 des Art. 793a zu streichen, so daß die allgemeinen Bestimmungen über] das Verbindungsurtheil auch im Exekutionsstadium Geltung haben sollten. Der Ausschuß trat diesem Vorschlage bei und ging sodann zur Berathung der die Bestimmungen über das Zwischenverfahren bei der Versteigerung von unbeweglichen Gütern enthaltenden Artikel 959—967 über. Der Art. 959 des Entwurfs enthält Normen über die Beseitigung von Resolutionsrechten. Der Ausschuß nahm diesen Artikel im Wesentlichen nach dem Entwurfe an, stellte aber einen neuen Art. 959a ein, in dem die Vorschriften in Bezug auf das Vorkaufsrecht festgestellt sind. Hiebei wurde Seitens des Referenten angeregt, ob nicht in der Ziff. 8 des Art. 927 und Ziff. 5 des Art. 933 das Ablösungsrecht (jus delendi) einzusetzen sei, welchem Vorschlage der Ausschuß beitrat. Art. 960 wurde in einer neuen Fassung des, k. Ministerial-Commissärs angenommen, nach welcher die Klage gegen die festgesetzten Versteigerungsbedingungen in Form des Widerspruches geltend gemacht werden solle, sodann Art. 961, der die Nichtigkeitsklage feststellt, im Wesentlichen nach dem Entwurfe angenommen. Die Art. 964—967 enthalten die Vorschriften über die Wiederversteigerung und wurden dieselben im Wesentlichen nach dem Entwurfe angenommen. Sodann wurde der III. Abschnitt des 43. Hauptstücks, „das Rangordnungsverfahren betr.“, in Angriff genommen. Der k. Minist.-Commissär hatte für Art. 968 und 969 neue Fassung vorgelegt, nach welcher das Rangordnungsverfahren nach den in der Pfalz geltenden Bestimmungen, soweit nicht bisherige Beschlüsse eine Abänderung bedingen, geregelt ist, jedoch sollte ein Anwaltszwang hier nicht, wie bisher in der Pfalz, Platz greifen. Der Ausschuß trat prinzipiell den Vorschlägen des k. Ministerial-Commissärs bei und nahm den Art. 968 in dieser neuen Fassung an, womit die Sitzung schloß.

+ **München,** 16. Mai. Nachdem gestern die Schießübungen mit den Podewilsgewehren zu Ende gegangen sind, ist die für dieselbe gebildete Schießkommission aufgelöst worden und werden die zu derselben einberufen gewesenen Offiziere und Mannschaften morgen und übermorgen wieder zu ihren Garnisonen abgehen. Wie bekannt, besuchte dieser Tage jene Schießübungen auch der preußische Militär-Bevollmächtigte, Generallieutenant v. Hartmann, begleitet von einer Anzahl bayerischer Generale und Stabsoffiziere. Wenn wir gestern berichteten, Hr. v. Hartmann habe sich im gesellschaftlichen wie nicht minder im dienstlichen Verkehre durch sein sehr artiges und zuvorkommendes Benehmen in unseren militärischen Kreisen viele Sympathieen gewonnen, so können wir dies auch heute noch sagen; einen andern und sehr eigenthümlichen Eindruck machte es aber bei oben erwähnter Gelegenheit, die Art und Weise des Respektes zu beobachten, mit welcher alle Bemerkungen ꝛc. der preußischen Excellenz von den dieselbe begleitenden bayerischen Generalen auf- resp. angenommen wurden. . . . Wir wissen zwar nicht, inwieweit ein preußischer Militärbevollmächtigter zu dergleichen Auszeichnungen von Seite gleich Chargirter berechtigt ist, da die Stellung eines solchen wohl noch nicht präcisirt sein dürfte, in der Weise aber, wie es bei erwähntem Anlaß geschah, machte es unwillkürlich den Eindruck, als ob Hr. v. Hartmann als Kommandirender mit einem ihm untergebenen Gefolge erschienen sei. Nicht unerwähnt wollen wir jedoch lassen, daß Herr Generallieutenant v. d. Tann in dieser Beziehung doch anderer Ansicht zu sein scheint, was schon mehrfach nicht unbemerkt geblieben ist... Wie man uns von verlässiger Seite mittheilt, ist in dieser Angelegenheit auch schon vom Hrn. Fürsten v. Hohenlohe eine Vorstellung nach Berlin abgegangen, was man auch insofern angemessen findet, als Bayern doch eben noch nicht in den norddeutschen Bund eingetreten ist, für dessen Heere Preußen den Befehlshaber ernennt; auch ist kein Krieg und ein solcher in nächster Zeit wohl auch nicht zu befürchten, so daß Preußen Anspruch auf den Oberbefehl der bayerischen Armee zu machen hätte, und so ist wohl zu wünschen, daß die Mittheilung von der von Hrn. Fürsten v. Hohenlohe nach Berlin gesandten Vorstellung, welche namentlich auch gegen die Ernennung eines so hoch chargirten Militärs als Militärbevollmächtigter gerichtet sein soll, sich bestätige.

Kassel, 14. Mai. Im September v. J. hatten fast sämmtliche Mitglieder der letzten kurh. Ständeversammlung die neue Staatsregierung ersucht, bei der Ueberleitung in die preußischen Staatseinrichtungen eine Vertretung des bisherigen Kurstaats zuzuziehen. Hierauf ist niemals eine Antwort ertheilt, vielmehr sind für Hessen wichtige Anordnungen ohne weiteres eingeführt worden. Dahin gehört auch die neulich bei uns publizirte preußische Steuergesetzgebung. Gerade in Betreff dieser Sache hatte man eine Anhörung von Vertrauensmännern ganz besonders gewünscht. Seit jener Publikation ist hierzuland die Befürchtung allgemein, daß man den Staatsschatz und seine Revenüen Kurhessen nicht belassen wolle, ja es ist kaum glaublich, aber vollständig verbürgt, daß der Kurfürst, obwohl er so reichlich abgefunden ist, Ansprüche auf den Staatsschatz erhebt und nicht ohne Hoffnung zu sein glaubt. Ohne allen Zweifel werden diejenigen, welche sich in der Uebergangsperiode berufen fühlen, die Interessen des Landes wahrzunehmen, durch die Nichtgewährung ihres obigen Wunsches sich nicht abhalten lassen, an maßgebender Stelle gebührend hervorzuheben, daß die Belassung des Staatsschatzes zur Mittragung der außer den allgemeinen Steuern und noch bevorstehenden besondern Provinzial- und Kreislasten, natürlich nur für den Umfang des bisherigen Kurstaats, nicht für die ganze betreffende künftige Provinz oder die unserm Regierungsbezirk schon jetzt beigefügten seither fremden Landestheile, schon wegen der historischen Entstehung des Staatsschatzes aus den Summen, für welche früher Landesangehörige in fremde Dienste vermiethet waren, durch die Billigkeit geboten ist, und daß andernfalls sicherlich viel Mißmuth entstehen wird. (A. Z.)

Berlin, 15. Mai. Die hiesige Burschenschaft hat die Friedensadresse ihrer Straßburger Commilitonen durch eine sehr geharnischte Manifestation beantwortet. Die Elsasser werden darin ermahnt, sich zu erinnern, daß sie Deutsche sind, und das Vergessen ihres germanischen Ursprungs als eine tiefe Schmach ihnen entgegengehalten. Die Berliner Burschenschaften erklären sich durch den von der Straßburger Studentenadresse eingenommenen Standpunkt tief verletzt. „Ihr Bewohner des Elsasses“, so heißt es in der Antwort, „sprecht als Franzosen zu uns, und doch tragt ihr meist deutsche Namen; doch seid ihr deutscher Abstammung, seid Enkel jener Alemannen, die ein Jahrtausend hindurch im Elsaß nicht den schlechtesten Stamm der deutschen Nation bildeten, jener Alemannen, die mit unserer Geschichte in Staat, Literatur und Kunst aufs innigste verwachsen sind. Ein Jahrtausend hindurch hat das Elsaß einen ruhmvollen selbständigen Theil unserer Nation ausgemacht — eine starke Vormauer deutschen Reichs gebildet gegen das unruhige wälsche (romanische) Nachbarvolk. Was ist aus diesem Elsaß geworden? Heute ist es nichts weiter als eine unterjochte Provinz, worin jedes freie selbständige Leben mit deutscher Sprache und Sitte ausgerissen wird, abhängig von Paris, mißachtet von den echten Franzosen als „cea

grosses bêtes d'Alsaciens!" Wohl seid ihr als Unterthanen Frankreichs geboren; aber seid ihr deßhalb Franzosen von Nationalität? Seid ihr aus Germanen über Nacht Romanen geworden? ... Nur zwei Jahrhunderte — o Schmach! — haben hingereicht, euch eine tausendjährige Geschichte vergessen zu machen, euch vergessen zu machen, wie Elsaß, wie Metz, Tull und Werden, wie Nanzig und Straßburg französisch geworden sind... Rufen euch der deutsche Rhein, das Münster, das deutsche Lied, wenn ihr es noch versteht, nicht täglich zu: ihr seid Deutsche! Ihr wollt mit Teufelsgewalt Franzosen sein, und singt zu eurer Schande „O France, o ma patrie!" statt unseres „Deutschland, Deutschland über Alles, über Alles in der Welt!" Wir sagen euch: erkennt euch selbst!" — Sonntag Abend fand, wie der „K. Z." von hier geschrieben wird, vor Bierlokalen in der Hasenhaide eine furchtbare Prügelei zwischen Soldaten statt, und zwar waren Gardeschützen mit Gardepionieren in Kampf gerathen. Dieser nahm einen so gewaltigen Umfang an, daß Militär aufgeboten wurde und wiederholt mit gefälltem Bajonnet gegen die Kämpfenden vorgehen mußte. Verwundungen konnten bei so erbitterten Kämpfen schon nicht ausbleiben. Die Untersuchung ist eingeleitet. Bürgerliche Personen waren bei dem ganzen Handel gar nicht betheiligt. Vielleicht führt dieser Anlaß auf die bis 1848 bestandene Vorschrift zurück, daß Soldaten außerdienstlich nur unbewaffnet ausgehen dürfen. (Fr. J.)

Hannover, 15. Mai. Von der vormaligen hannoverischen Armee sollen von den nicht wieder in Dienst Getretenen ungefähr 136 Offiziere und über 1000 Unteroffiziere und Gemeine (einschließlich der bei Langensalza invalide gewordenen) pensionirt worden sein.

Koburg, 15. Mai. Durch die im hiesigen Herzogthume seit 10 Tagen ausgebrochene Rinderpest, an der bis jetzt in 10 Gemeinden nahe an 50 Stück Vieh gefallen sind, ist heute ein Gesetz publizirt worden, welches im Wesentlichen die im Königreiche Bayern geltenden Bestimmungen über die Rinderpest enthält. Zur Absperrung der von der Seuche betroffenen Ortschaften reichte das hiesige Militär nicht mehr aus und rückte deßhalb gestern eine requirirte Kompagnie von Gotha hier ein. Leider stellt sich immer mehr als Thatsache heraus, daß ganz besonders auch durch den am 30. April hier abgehaltenen Viehmarkt, an welchem Tage die hiesigen Verwaltungsbehörden Kenntniß von dem Ausbruche der Rinderpest in Obersteinach hatten, diese furchtbare Seuche in's hiesige Land eingeschleppt worden ist und durch Unkenntniß und Verheimlichung weitere Verbreitung gefunden hat. Nunmehr sind alle Vieh- und Schaafmärkte hier und in der Umgegend aufgehoben und von Seiten der Behörden die schärfsten Maßregeln ergriffen worden. (Frkf. Journ.)

Wien, 15. Mai. Freiherr v. Beust, der sich gegenwärtig zu dem Zwecke in Pesth befindet, um für die Thronrede und andere den Reichsrath betreffende Schriftstücke die kaiserliche Gutheißung und Unterschrift zu erlangen, wird schon heute oder morgen hier erwartet, und unmittelbar nach dessen Ankunft wird bei ihm eine Abgeordneten-Konferenz stattfinden, welche dieses Mal sich wohl bedeutsamer gestalten dürfte, als die vorhergegangenen, da, dem Vernehmen nach, Frhr. v. Beust offen und rückhaltslos mit seinen Absichten und Vorschlägen hervortreten werde. Unter Anderem will man wissen, daß der von ihm zu Stande gebrachte Ausgleich mit Ungarn in politischer Beziehung als unantastbar dargestellt, hingegen hinsichtlich der finanziellen Seite desselben, nach einer eingehenden Prüfung, Modifikationen nicht für unzulässig gehalten würden. — Der Ausgleich mit Ungarn ist bis jetzt nur grundsätzlich eine Thatsache, die Gliederung desselben wird noch ein schönes Stück Arbeit erfordern, und Niemand vermag dafür zu stehen, ob es nicht noch der Opposition gelingen werde, einen Strich durch die Rechnung zu machen. Es ist Dieß auch die Ursache, daß der Tag der Krönung noch nicht festgesetzt ist. Man will sogar die Möglichkeit zugeben, daß dieselbe noch auf einige Monate hinausgeschoben werden könnte. — Die ungarische Regierung legt augenscheinlich großes Gewicht darauf, daß Kroatien bei der Krönung vertreten sei, und die Kroaten scheinen sich Dieß zu Nutze machen zu wollen, um für sich überspannte Zugeständnisse zu erwirken. Auffallend schnell wurde ihnen die geforderte königliche Sanktion der Immunität der Abgeordneten bewilligt, und man wird sehen, ob sie sich jetzt gefügiger zur Beschickung des ungarischen Reichstages zeigen werden. — Die Arbeiten an der Befestigung Wien's sind nun in vollem Gange; einige tausend Arbeiter sind dabei beschäftigt. Die Regierung scheint dieses Vorhaben in keinem Falle aufgeben zu wollen, und selbst dem Reichsrath dürfte kaum mehr als ein Protest übrig bleiben. (N. C.)

Aus **Pesth**, 14. Mai, wird der „Presse" berichtet, daß in Deputirtenkreisen oppositioneller Schattirung die Frage ventilirt wird, ob es nicht räthlich wäre, an die ungarische Regierung eine Interpellation zu richten, des Inhalts: wann sie wohl und ob sie überhaupt gewillt sein werde, die Documente über die bezüglich Luxemburgs übernommene Garantie dem Unterhause vorzulegen. Diejenigen, die diese Frage angeregt, gehen vom Gesichtspunkte aus, daß die 1848er Gesetze, solange sie nicht ratificirt sind und solange die Bestimmungen bezüglich der gemeinsamen Angelegenheiten noch nicht zum Gesetze geworden, volle Rechtskraft besitzen. Durch die übernommene Garantie könne Oesterreich früher oder später denn doch in einen großen Krieg verwickelt werden, jedenfalls aber habe Oesterreich gewisse — wenn auch nur moralische — Verpflichtungen auf sich genommen. Es entspreche nur den Anforderungen des Constitutionalismus, speciell den im Siebenundsechziger-Elaborate niedergelegten Ideen, da das Delegations-Projekt noch nicht ins Leben getreten, die in Rede stehenden Documente den Parlamenten beider Reichshälften vorzulegen. Im Laufe der Discussionen in der Siebenundsechziger-Commission ist seitens der Deak-Partei das Wort fallen gelassen worden, die mit gemeinsamen Kosten erhaltene Diplomatie vertrete allerorts nicht blos den Kaiser von Oesterreich, sondern auch den König von Ungarn, es sei daher nichts als billig, wenn der Minister um die Person des Monarchen dem Hause in einer Frage die nothwendigen Vorlagen macht, die das Land nach Außen hin zu gewissen Verpflichtungen engagirt. Auf diesem Gedankengang soll die in den letzten Tagen vielfach ventilirte Interpellations-Idee beruhen. (Pr.)

Haag, 14. Mai. Die Zweite Kammer der Generalstaaten hat heute ihre Thätigkeit wieder begonnen. Es wurde derselben ein Vertrag zwischen der niederländischen und englischen Regierung vorgelegt zur Regulirung der Grenzen zwischen den englischen und holländischen Besitzungen an der Küste von Guinea und Gleichstellung des Zolltarifs daselbst. Die Regierung verlangt eine Erhöhung des Budgets des Ministeriums der Justiz für 1867 um eine Million Gulden für die Kosten der Polizei und Gensdarmerie.

Brüssel, 15. Mai. Am Schlusse der heutigen Sitzung des Senats nahm der Minister des Auswärtigen, Hr. Rogier, das Wort zu einer Mittheilung über den Erfolg der Londoner Konferenz und sagte: „Das Großherzogthum Luxemburg bleibt unter der Souverainetät des Hauses Oranien-Nassau; es ist zu einem neutralen Staat erklärt und seine Neutralität ist unter die Collectiv-Sanction und Garantie der den Vertrag unterzeichnenden Mächte gestellt. Belgien, in seiner Eigenschaft als neutraler Staat, bleibt außerhalb dieser Stipulation. Die Stadt Luxemburg wird aufhören, eine befestigte Stadt zu sein; die preußischen Truppen werden Befehl erhalten, den Platz zu räumen und der König-Großherzog in Zukunft dort nur so viel Truppen halten können, als nöthig sind, um die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Der Vertrag beseitigt große Schwierigkeiten, die unvermutheter Weise zwischen zwei mächtigen Nachbarn entstanden waren; er vermehrt eben dadurch die Sicherheit Belgiens. Der Senat wird verstehen, daß es nicht ohne Interesse für unser Land ist, zum ersten Male bei einem politischen Kongresse vertreten gewesen zu sein, welcher das seltene Glück gehabt hat, für Europa die Wohlthaten des Friedens, des höchsten Glückes der Nationen zu bewahren." Lebhafter Beifall folgte der Mittheilung des Ministers. In der Kammer der Repräsentanten machte Herr Rogier dieselbe Mittheilung, bei welcher Gelegenheit Hr. Dumortier sein Bedauern aussprach, daß das luxemburgische Gebiet, das während 4 Jahrhunderten mit dem belgischen vereint gewesen und dessen Verlust 1839 in Belgien eine so lebhafte Aufregung hervorgebracht, nicht wieder mit Belgien hätte verbunden werden können. — Man schreibt aus Ostende vom 14., daß dort für den König von Preußen und sein Gefolge Wohnung bestellt sei; die Zeit, wann der König sich dorthin begeben werde, sei aber noch nicht bestimmt.

Paris, 15. Mai. Die „Wochen-Rundschau" des „Abend-Moniteurs" enthält heute längere Betrachtungen über die Londoner Konferenz. Darin heißt es: Das Ergebniß der Londoner Konferenz und die Mittheilung des Marquis de Moustier an die Kammern sind in Frankreich und vom Auslande wohl aufgenommen worden. In fünf Tagen und drei Sitzungen haben die im englischen auswärtigen Amte versammelten Bevollmächtigten das Mittel gefunden, um eine der ernstesten und wichtigsten Fragen zu lösen, die der Fürsorge der Diplomatie aufgelegt werden konnten. Wie der Minister des Aeußern es so wohl hervorgehoben hat, war lange Zeit vergangen, ohne daß Europa eine Konferenz gesehen, der, anstatt dem Kriege zu folgen und sich darauf zu beschränken, das Ergebniß desselben zu bestätigen, es gelungen, ihn zu verhindern und dem Continente die Wohlthaten des Friedens zu erhalten. Frankreich muß sich gleichfalls beglückwünschen, zu sehen, daß die nämlichen Mächte, welche 1815 sich ihm gegenüber durch feindselige Ideen leiten ließen, heute ein Monument des Mißtrauens eines anderen Zeitalters zu Boden werfen. Luxemburg wird aufhören, eine feste Stadt zu sein. Der Vertrag erklärt, daß die preußischen Truppen, welche augenblicklich dort in Garnison stehen, den Befehl zur Räumung des Platzes unmittelbar nach der Auswechslung der Ratificationen erhalten werden, welche in höchstens

Digitized by Google

rien Wochen Statt finden muß. Der König-Großherzog, dessen Unabhängigkeit unter dem Regime des im letzten Jahre aufgelösten Deutschen Bundes eingeschränkt war, tritt fernerhin in die Ausübung und Rechte seiner vollen Souveränetät wieder ein. Er wird Luxemburg in eine offene Stadt durch Arbeiten umwandeln, welche gleich nach dem Abzuge der preußischen Garnison beginnen werden. Die den Vertrag unterzeichnenden Mächte, mit Ausnahme Belgiens, welches selbst ein neutrales Land ist, proklamiren unter Kollektiv-Garantie das Princip der Neutralität des Großherzogthums. Der wesentlichste Punkt der Debatte war der, daß Preußen unter den neuen Bedingungen, welche ihm die jüngsten Aenderungen in Europa bereitet haben, außerhalb seiner Gränzen nicht ein militärisches Etablissement bewahre, welches uns gegenüber eine offensive Position einnahm. Diesen Kapitalpunkt hat Frankreich erlangt, und zwar ohne andere Mittel in Anwendung zu bringen, als die Ideen der Mäßigung und Gerechtigkeit. Alle zu der Berathung berufenen Mächte haben bei dieser Gelegenheit ein kostbares Zeugniß ihrer Billigkeitsgefühle und ihrer Unparteilichkeit abgelegt. Frankreich hat das Bewußtsein, deren Bemühungen durch seine uninteressirte Politik erleichtert zu haben, die es sich zur Regel seiner Entschlüsse gemacht hat. Der Kaiser hat so eben angeordnet, daß alle Unteroffiziere und Soldaten der Klasse von 1860, welche der aktiven Armee angehören, so wie die freiwillig Engagirten, welche bis zum Schlusse dieses Jahres entlassen werden könnten, schon jetzt ohne Verzug in ihre Heimath geschickt werden sollen, und Alles läßt hoffen, daß nichts die allgemeine Ausstellung in ihrer Entwicklung stören werde, deren Erfolg täglich größer wird und die nach Paris einen außergewöhnlichen Zufluß von Fürsten und gekrönten Häuptern herbeilockt. Angekommen sind bereits der König und die Königin der Belgier, der König von Griechenland, die Königin von Portugal, die Großfürstin Marie von Rußland, der Herzog von Leuchtenberg, der Prinz von Oranien, der Graf von Flandern, Prinz Oskar von Schweden, der Bruder des Taikun von Japan. So eben ist der englische Thronerbe, der Prinz von Wales, eingetroffen, wie auch sein Bruder, Prinz Alfred, und in den nächsten Tagen erwartet man noch mehrere hohe Besuche. Die unter den Souverainen hergestellten persönlichen Beziehungen sind ein Unterpfand der Beruhigung und können nur einen nutzenbringenden Einfluß auf die Interessen der allgemeinen Civilisation ausüben, für deren Fortschreiten der Kaiser und seine Regierung stets vorherrschend beschäftigt waren. Der glückliche Ausgang der Konferenz stärkte die Stellung des englischen Ministeriums, und alle Parteien erkennen gern die hohe Intelligenz an, mit welcher Lord Stanley den Berathungen präsidirt hat. Die von diesem Staatsmanne angenommene Haltung war der Würde, wie den materiellen Interessen Englands gleich würdig. Eine wahre moralische und materielle Solidarität besteht seit dem Handelsvertrage von 1860 zwischen den Unterthanen des Kaisers und denen der Königin Viktoria, und keine Nation zieht mehr Nutzen aus den Garantieen, welche den Continental-Frieden sichern, als England. So weit der „Abend-Moniteur". In seiner Auslassung fällt allgemein die freundliche Sprache Betreffs Englands auf, sowie das Stillschweigen, das er in Betreff Oesterreichs, für das er bis vor acht Tagen jedes Mal ein freundliches Wort hatte, in der ganzen Wochen-Rundschau beobachtet. Einiges Bedenken erregte noch die Phrase des „Moniteurs" Betreffs der Ausstellung, worin er sagt, daß „Alles hoffen lasse, daß heute nichts die Entwicklung derselben stören werde": Was die französischen Rüstungen, die bis jetzt 75 Mill. gekostet haben, betrifft, so nehmen dieselben ihren ruhigen Fortgang, gerade wie die Friedens-Adressen des „Temps", der heute eine von „der schottischen Freimaurer-Loge Jerusalem an ihre deutschen Brüder in der Freimaurerei und an alle Freimaurer auf dem weiten Erdkreise" veröffentlicht. Heute Abends ist zu Ehren des Königs und der Königin der Belgier großes Diner in den Tuilerien. Ihre belgischen Majestäten waren heute in der Ausstellung. Die Prinzessin Clotilde und ihre Schwester, die Königin von Portugal, reisen am 20. nach Turin ab, wo am 30. die Hochzeit des Prinzen Amadeus stattfindet. Nach derselben reisen die Neuvermählten mit dem Prinzen Humbert, der Prinzessin Clotilde und der Königin von Portugal sofort nach Paris. Der König Viktor Emanuel wird zu dieser Zeit ebenfalls nach Paris kommen. (Köln. Ztg.)

Paris, 15. Mai. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers bringt Ernest Picard ein Interpellationsgesuch über die Höhe der diesjährigen Loskaufssummen ein. Die Regierung soll Auskunft darüber geben, warum diese Summe auf 3000 Fr. erhöht worden ist, sowie darüber, ob durch die inzwischen veränderte Situation eine Herabsetzung derselben nicht stattfinden kann. Der Deputirte Favre bringt eine andere Interpellation über die Maßregeln ein, welche die Regierung zur Bekämpfung der Seidenraupenkrankheit ergriffen hat.

Madrid, 3. Mai. Gestern wurde der Jahrestag der Opfer von 1808, wie man die spanischen Patrioten nennt, welche am 2. Mai 1808 im Kampfe gegen die Franzosen unter Murat fielen, feierlicher noch als sonst begangen. In großem Zuge, in welchem alle Behörden und alle Parteien vertreten waren, zog das Volk zu dem Erinnerungsdenkmal im Prado, das mit Kränzen reich geschmückt war. — Die Verhandlungen im Senate und im Kongresse sind in ihren Einzelheiten ohne besonderes Interesse für das Ausland; zu bemerken wäre nur, daß die Pläne des Marschalls Narvaez bei den Deputirten mehr Anklang finden als im Senate. Im Senate sitzen viel mehr Mitglieder der alten konstitutionellen Parteien, im Kongresse sind zu fast drei Viertheilen homines novi, und es darf nicht unerwähnt bleiben, daß sich immer lauter und häufiger die Stimmen von Männern erheben, welche auf den wahren Krebsschaden der spanischen Zustände, den Zwiespalt zwischen dem fremden Konstitutionalismus und dem Geiste und dem Gefühle des katholischen spanischen Volkes hinweisen . . . . — General Pezuela ist zum Kapitän der Hellebardiere der Königin ernannt worden und wird nächster Tage Feldmarschall (Generalkapitän) werden. Der Präsident des Senats, Marques v. Miraflores, hat seinen Abschied genommen, weil er sich beleidigt fühlte durch einen Artikel in einem offiziösen Journale; an seine Stelle kommt Seijas Lozano, der seit einiger Zeit sehr intim mit Narvaez ist. Don Rafael Jabat ist zum Unterstaatssekretär ernannt. Die Infantin Donna Luisa von Borbon, Herzogin von Montpensier, ist am 29. v. Mts. von einem Prinzen entbunden worden, welcher zufolge des kgl. Dekrets auch Infant von Spanien ist. Der Adel von Andalusien benutzte diese Gelegenheit, um der sehr beliebten Infantin eine loyale Huldigung darzubringen. Man spricht von einer Entfremdung, welche zwischen der Königin und ihrer einzigen Schwester, der Infantin, eingetreten, weil sich deren Gemahl, der Herzog v. Montpensier, entschieden gegen Narvaez ausgesprochen. Das ist nun nicht der Fall. Allerdings zählt der Herzog v. Montpensier viele Freunde unter den Liberalen, wie er denn besonders auch dem Herzoge v. Tetuan (O'Donnell) nahe stand; man muß aber dem jüngsten Sohne Ludwig Philipps zum Ruhme nachsagen, daß er sich stets mit großer Zurückhaltung und kluger Loyalität den verschiedenen Parteien und Regierungen gegenüber benommen hat. Das herzliche Verhältniß zwischen der Königin Isabel und ihrer Schwester hat niemals auch nur eine irgend nennenswerthe Störung erlitten, obwohl die Königin — darin eine echte Borbon — niemals Zuneigung für die Orleans empfunden hat. Man darf auch nicht vergessen, daß es Ludwig Philipp war, welcher die berufenen „Spanischen Heirathen" durchsetzte. (N. Pr. Z.)

Stockholm, 11. Mai. Die erste Kammer des schwedischen Reichstags hat, einem Telegramme der „Göteb. H. T." aus Stockholm zufolge, das neue Gutachten des Vertheidigungsausschusses genehmigt, aber ihren früheren Beschluß, betreffend die Anwendung der Kriegsreserve außerhalb der Grenzen des Reichs, festgehalten. — Der Staatsausschuß des Reichstages hat die Aufnahme einer neuen Staatsanleihe von 6 Millionen Rd. schw. zur Fortsetzung der Eisenbahnarbeiten in Vorschlag gebracht. Die Anleihe, welche mit 5 pCt. verzinst werden soll, gedenkt man in den Jahren 1870, 1871 und 1872 zurückzahlen zu können. — Der Erfinder des Monitor-Systems, Capt. John Ericsson in New-York, hat an die Stockholmer „Post och Inrikes-Tidningar" eine längere Zuschrift gerichtet, in welcher er sich unbedingt zu Gunsten der glattläufigen Kanonen äußert. Nachdem er verschiedene Beweise für die Vorzüglichkeit derselben beigebracht, äußert er sein Erstaunen darüber, daß in einem schwedischen Blatte von anscheinend sachkundiger Seite behauptet wurde, es müsse die Mündung des Hafens von Carlskrona unbedingt durch gezogene Kanonen vertheidigt werden, da die glattläufigen Geschütze weit geringere Tragweite besäßen. „Amerikanische Offiziere, welche die zerstörende Wirkung einer 15zölligen Vollkugel erprobt und bezeugt haben, werden ohne Schwierigkeit im Stande sein, vorherzusagen, was einem Panzergeschwader widerfahren würde, welches sich bis 10,000 Fuß Distance vor der Mündung einer 15zölligen Kanone placiren sollte."

Die „St. Petersburger Ztg." berichtet aus **Riga** über kommunistische Wühlereien in den Ostsee-Provinzen. Aus den verschiedensten Theilen der baltischen Provinzen laufen Nachrichten über eine unruhige Haltung der Landbevölkerung ein. Diese Haltung findet ihre Nahrung in den sonderbarsten Gerüchten, die systematisch ausgesprengt und weiter verbreitet werden. Das Land solle den bisherigen Besitzern (Wirthen, Gutsherren rc.) weggenommen, unter die Knechte und Tagelöhner gleichmäßig und zwar in so großen Parzellen vertheilt werden, daß diese wiederum — mit Knechten arbeiten können. Trotz der Ungeheuerlichkeit dieser Alarmirungen finden sie dennoch und erklärlicher Weise bei dem besitzlosen Theile der Landbevölkerung Glauben und hemmen dadurch den regelmäßigen Fortgang des Bauerlandverkaufs, was denn auch wohl der Zweck jener Gerüchte sein mag.

Aus **Konstantinopel**, 8. Mai, wird über Marseille gemeldet: „Das Gesetz, welches den Ausländern das Grundbesitzrecht zuerkennt, ist, wie es heißt, jetzt definitiv redigirt. Die Ausländer werden nur Grundsteuer zu entrichten haben, sonst aber nach wie vor unter der Gerichtsbarkeit ihrer resp. Konsuln stehen, mit Ausnahme der Angelegenheiten, in denen sie mit türkischen Unterthanen zu thun haben. Nach Epirus und Thessalien gehen fortwährend Truppen ab.“

New-York, 1. Mai. Die Zeit, wo die Maßregeln zur Wahl eines neuen Präsidenten getroffen werden, nämlich der Herbst, ist schon so nahe, daß man auf allen Seiten die Chancen zu erörtern anfängt, welche einzelne Persönlichkeiten für oder gegen sich haben. General Grant, der bei seiner großen, weitverbreiteten Popularität wohl im Ganzen am meisten für sich hat, ist den extremen Republikanern nicht radikal genug, und da er auf der anderen Seite ein Mann ist, den man nicht ohne Weiteres auf die Seite schieben kann, so begnügt man sich vor der Hand, auf Andere hinzuweisen und den General systematisch einem Herabsetzungs-Prozeß zu unterziehen, den man später nach Belieben verstärken oder auch aufgeben kann. Als Staatsmänner, an politischer Weisheit Grant überlegen und mehr für den Präsidentenposten geeignet, werden bis jetzt vier Kandidaten genannt: Oberrichter Chase, Colfax, Sprecher des Repräsentantenhauses, Wade, Präsident des Senats, und Hr. Stanton. Chase hat unter diesen wohl die besten Aussichten.

In den Südstaaten wetteifern inzwischen die Demokraten mit den Radikalen, den schwarzen Mitbürger, der plötzlich und zumal für die großen nationalen Wahlen hohe Bedeutung gewonnen hat, an ihre Brust zu ziehen und ihren Wünschen geneigt zu machen. Da in diesen Staaten, Tennessee und die Grenzstaaten abgerechnet, 661,000 stimmberechtigten Weißen 412,000 zur Wahl qualifizirte Farbige gegenüberstehen und letztere beispielsweise in Süd-Carolina ein größeres Kontingent als die Weißen zur Wahlurne schicken, so ist die Sache wohl der gemachten Anstrengungen werth.

Neueres.

Berlin, 16. Mai. Die Wahrung der agnatischen Rechte, obwohl von Herrn v. Moustier nicht erwähnt, ist im Vertrage ausgesprochen. Eine förmliche Einladung der anderen Unterzeichner von 1815 zum Beitritt wird schwerlich stattfinden, aber dieser Beitritt ist, wie gemeldet, offen gehalten. Von gegenseitiger Anerkennung der französisch-deutschen Gränzen ist keine Rede, gehörte auch keineswegs vor die Conferenz. — Generalmajor v. Bothmer hat hier für Bayern nur eine zeitweilige Mission. Der definitive bayerische Militärbevollmächtigte wird erst ernannt werden. — Nachträglich erfährt man, daß die Schleifung der Festung Luxemburg auf Kosten Deutschlands oder der Großmächte von luxemburgischer Seite beantragt, aber förmlich zurückgewiesen wurde. Das Großherzogthum trägt die Kosten. Das Ausscheiden Limburgs bildet keinen Zusatz-Artikel zu dem Vertrage. Es ist aber davon in einer besonderen Deklaration Akt genommen.

Hamburg, 16. Mai. Die Bürgerschaft hat Halben's Antrag: „In Erwägung, daß durch die Annahme der norddeutschen Bundesverfassung die derzeitige Hamburgische Staatsverfassung von 1860 wesentlichst modifizirt, die norddeutsche Bundesverfassung überhaupt nur unter formeller Verletzung der Hamburgischen herbeigeführt werden kann, so hält die Bürgerschaft die sofortige Revision der Hamburger Verfassung für dringend geboten, weßhalb zum Zwecke der Vorberathung der Verfassungsrevision eine gemischte Commission sofort niederzusetzen ist“, in namentlicher Abstimmung mit 72 gegen 68 Stimmen abgelehnt.

Paris, 16. Mai. Der heutige Ausweis der französischen Bank zeigt eine Zunahme des Baarvorraths von 8 1/5 Mill., der Vorschüsse auf Unterpfänder von 1/9 Mill., des Staatsschatzes von 9 3/5 Mill.; dagegen eine Abnahme des Portefeuilles von 9 1/5 Mill. und der Privatrechnungen von 15 1/4 Mill. Der Notenumlauf blieb unverändert.

Belgrad, 16. Mai. Es verlautet, daß der Fürst von Montenegro demnächst zum Besuche des Fürsten Michael hier eintreffen werde.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger“ erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	67 1/8 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62 3/8—1/4 G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	54 3/4—7/8 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	4 1/2pCt.	42 1/8 P.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 1/4 P.
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 1/2 P. 1/4 G
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 1/2 P. 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	91 1/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	91 1/8 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	91 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	93 3/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Baden	4 1/2pCt. Obl.	94 1/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	90 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 1/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	95 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	89 1/2 P. 89 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	81 1/2 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	78 1/4 P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	77 7/8—3/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	128 P. 127 1/[illegible] G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	679 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	170 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	91 5/8 P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	203—4 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	330 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	159 1/2 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	88 3/4 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/8 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	48 7/8 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 1/2 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	116 3/5—1/2 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	116 1/4 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/8—1/2 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 1/2 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 1/8 P. 96 7/8 G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 1/2 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/4 G.
London Lst. 10 k. S.	119 1/4—3/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	93 1/5 G.
do. in öst. W. l. S.	93 1/4 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	113 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	62 1/4 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	70 1/4—3/8 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	118 1/4 G.
„ do. v. 1864	75—74 1/4 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 3/8—1/2 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	54 1/4 P.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 1/2 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143 1/2 P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 1/4 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs. Loose	—
Mailänder 45 Frs. . . b. R.	—
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 17. Mai. Nachdem gestern Abend in der Effektensocietät ohne äußere Veranlassung eine kleine Abspannung in den Coursen eingetreten war, trat dies Symptom auch heute im Charakter des Börsenverkehrs hervor. Ohne daß die Stimmung gerade eine flaue zu nennen war, fehlte ihr doch das Animo. Oesterreichische Sachen waren unter gestriger Notiz zu haben, ebenso süddeutsche. Auch Amerikaner waren bei immer noch unverändertem hohem Goldagio nicht zum Steigen geneigt. Am Eisenbahnmarkte war es ebenfalls still. Selbst die neuen Siebenbürger Eisenbahnaktien, in denen zu handeln man jetzt große Anstrengungen macht, konnten den Markt nicht beleben. Unser Platz verhält sich bekanntlich gegen neue Erscheinungen, deren Werth die Zukunft erst feststellen soll, sehr reservirt und man kann es dem Publikum in der That nicht verargen, wenn es bei Eisenbahnanlagen, die es nicht genau kennt, und die voraussichtlich ihre gefährlichen Kinderkrankheiten durchmachen müssen, trotz Zinsgarantie und sonstige verlockende Momente sehr vorsichtig ist, um so mehr, als das Rütteln an derartigen Zinsgarantien von Seiten des Staats noch in frischem Andenken ist. — Das Geschäft war im Ganzen still. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 138-39.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 20. Mai 1867.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung"** kann für den Monat **Juni** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 17. Mai. Se. Majestät der König hat den Landwehrmajer M. Kuttner zu Miesbach auf sein Ansuchen von der Stelle eines Majors und Commandanten des Landwehr-Bataillons Miesbach unter Anerkennung seiner langjährigen, mit Eifer und Treue geleisteten Landwehrdienste enthoben.

Die kathol. Pfarrei Aicha a/D., k. Bezirksamts Vilsbofen, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 991 fl. 28¼ kr. in Erledigung gekommen.

München, 17. Mai. Das Kloster vom h. Franz von Assisi in Wien besitzt daselbst seit anderthalb Jahren ein Spital, worin Kranke ohne Unterschied der Confession aufgenommen werden, und namentlich auch kranke Handwerker und Dienstboten aus Bayern unentgeltliche Verpflegung finden. Se. Majestät der König hat diesem Kloster die nachgesuchte Erlaubniß ertheilt, zum Zwecke der Erhaltung des damit verbundenen Krankenhauses eine Sammlung freiwilliger Gaben in den Regierungsbezirken Oberbayern, Niederbayern und der Oberpfalz und von Regensburg auf die Dauer von drei Monaten durch Angehörige des Klosters vornehmen zu lassen. (B. Z.)

München, 17. Mai. Se. Maj. der König hat unterm 21. vorigen Monats genehmigt, daß die diesjährigen Recognoscirungs-Uebungen der Offiziere des Generalquartiermeisterstabes in der Pfalz und eventuell im Schwarzwalde stattfinden sollen. Nachdem für letztere Ausdehnung bereits auch die erforderlichen Ermächtigungen seitens der k. württembergischen und großh. badischen Regierung vorliegen, steht dem alsbaldigen Beginne dieser Uebungen, deren Details dem Generalquartiermeisterstabe überlassen bleiben, kein Hinderniß mehr entgegen. Ich glaube Ihnen dies mittheilen zu müssen, um müssigen Combinationen von vorneherein zu begegnen, welche so gerne an derartige Arbeiten von Generalstabs-Offizieren, namentlich auf fremdem Terrain, oder wenn sie sich dabei in Civilkleidung befinden, geknüpft werden. (B. Z.)

** **München,** 17. Mai. In seiner heutigen Sitzung setzte der Gesetzgebungsausschuß die Berathung und Beschlußfassung über die Bestimmungen hinsichtlich des Rangordnungsverfahrens bei der Zwangsversteigerung unbeweglicher Güter nach den neuen Vorschlägen des k. Min.-Kommissärs fort. Mit Art. 969 beginnt die Eröffnung des Verfahrens, und wurde dieser Artikel ohne Diskussion seitens des Ausschusses angenommen und dem weiteren damit verbundenen Antrag des k. Min.-Kommissärs, den Abs. 3 des Art. 945 zu streichen, beigetreten. Art. 970 enthält die Bestimmung über die Vorladung der Betheiligten. Der Ausschuß trat im Wesentlichen dem Art. 970 Abs. 1 in der Fassung des k. Min.-Kommissärs bei, setzte jedoch unter Abstrich des Abs. 2 der neuen Fassung als Abs. 2 eine Bestimmung über die Zustellung an Gläubiger, welche außerhalb des Gerichtssprengels wohnen, bei. Art. 971 und 972 wurden nach dem Entwurfe, Art. 971 unter Abstrich des Abs. 1, angenommen, da bereits im Art. 970 die Vorschrift eingesetzt wurde, daß die Beweisurkunden vorzulegen sind. Mit Art. 973 beginnt die Rangordnung selbst und zwar in 1. Reihe die Kosten des Zwangsveräußerungs- u. Rangordnungsverfahrens, in 2. Reihe die Steuern, verschiedenen Umlagen und Reallasten ꝛc. der Grundstücke, in 3. Reihe die Gläubiger, denen Resolutionsrechte zuständen, in vierter Reihe die Hypothekgläubiger, wobei der Rang unter ihnen sich nach den hierüber geltenden gesetzlichen Bestimmungen regelt, in fünfter Reihe alle anderen Gläubiger, die die Zwangsversteigerung betrieben oder Beschlagnahme erwirkt haben, während in Abs. 3 genaue Bestimmungen über die in die erste Reihe fallenden Kosten aufgenommen wurden. Der Ausschuß nahm im Wesentlichen den Artikel in der neuen Fassung des k. Ministerial-Commissärs nach längerer Debatte mit folgenden Aenderungen an, daß ein Absatz eingesetzt wurde, wornach der Richter unbegründete Forderungen abweisen könne, dann daß die nach dem Vorschlage des k. Ministerial-Commissärs in dritter Reihe aufgeführten Gläubiger hinter die in vierter, nun an dritter Stelle locirten Gläubiger gesetzt wurden, endlich daß hinsichtlich der Zinsrückstände bestimmt wurde, daß hiebei das laufende und die zwei vorhergehenden Kalenderjahre maßgebend sein sollten, mit welcher Fassung man auch die Bestimmung des Art. 17 a des XLII. Hauptstücks in Einklang brachte. Schließlich wurde nach Art. 973 a, welcher den Fall der Bildung verschiedener Massen behandelt und Art. 974, welcher die Vorschrift über die Mittheilung des Vertheilungsentwurfes enthält, nach dem Vorschlage des k. Minist.-Commissärs angenommen und hiemit die Sitzung geschlossen.

Darmstadt, 17. Mai. Die zweite Kammer bewilligte in ihrer heutigen Sitzung die von der Mehrheit des Finanzausschusses beantragten Summen für sämmtliche Mittelkollegien im Geschäftskreise

---

Feuilleton.

Ueber Blattern-Erkrankung und Impfung.

— Seit längerer Zeit sind die Blattern-Erkrankungen leider wieder ein stehender Artikel geworden und dürfte deßhalb es nicht überflüssig sein, von dem Wesen dieses Uebels und von dem einzigen Mittel, es zu besiegen, von der Impfung, einige Worte zu sagen. — Man unterscheidet vier Arten von Blattern oder Pocken: 1) die schweren Menschenpocken (Variola), 2) die leichten Menschenpocken (Variolis), 3) die Kuhpocken oder Impfblattern (Vaccina) und 4) die Wind- oder Schafpocken (Varicella). Die Blattern entstehen in unserer Zeit nie von selbst, sondern pflanzen sich lediglich durch die Ansteckung fort. Der Vermittler der Ansteckung, das Pockengift, ist im Wesentlichen unbekannt und man kennt es nur aus seinen Wirkungen; daß es flüchtig ist, beweist die Thatsache, daß die meisten Ansteckungen ohne unmittelbare Berührung der Kranken zu Stande kommen. Es ist auch nicht zu bezweifeln, daß einzelne Menschen mehr, andere weniger zur Blattern-Erkrankung disponirt sind, wie denn schon vor Einführung der Kuhpocken-Impfung es vorkam und bei Nichtgeimpften noch heute es vorkommt, daß selbst bei den schwersten Pockenepidemien Einzelne nur an den leichten Pocken erkranken. Daß aber die angeborne Anlage zur Krankheit ganz oder theilweise getilgt werden kann, wird dadurch bewiesen, daß höchst selten eine und dieselbe Person zweimal von ihr befallen wird, oder daß, wenn es doch geschieht, die zweite Erkrankung eine sehr leichte ist, sowie dadurch, daß das Ueberstehen der Kuhpocken auf viele Jahre hinaus vor den Blattern überhaupt oder wenigstens doch vor den schweren Formen schützt. Während früher die Blattern-Epidemien sehr ausgebreitet und mörderisch waren, treten sie heutzutage in Folge des allgemein verbreiteten Impfens viel gelinder auf und nur in einzelnen Fällen, besonders während des Sommers, gelangen sie zu größerer Bösartigkeit, die jedoch mit jener in früheren Zeiten nicht zu vergleichen ist. Das Alter scheint auf die Disposition keinen Einfluß zu haben, Neugeborne und Greise werden gleich leicht befallen. Außer auf den Menschen wirkt das Pockengift auch auf die Kühe, die Schafe und die Pferde (Mauke). Doch verläuft die Krankheit bei diesen Thieren meist nur örtlich, d. h. sie bekommen Pusteln an der Ansteckungsstelle, ohne daß eine allgemeine Erkrankung des Organismus eintritt. Bei den Menschen jedoch gehört — wie bekannt — die Blatternkrankheit zu den gefährlichsten und mörderischsten und da von einer Heilung derselben durch Arzneien nicht die Rede sein kann, so hat man die höchste Aufmerksamkeit auf ihre Verhütung zu richten. Dahin gehört zunächst die vollständige Absperrung der Pockenkranken, d. h. die unbarmherzige Versagung jedes Verkehrs mit ihnen, mit Ausnahme der zur Pflege nöthigsten Personen. Viel wichtiger aber noch ist die Tilgung oder Schwächung der Disposition zur Krankheit durch das Impfen oder Wiederimpfen. Es ist im höchsten Grade

des Ministeriums des Innern (Administrativjustiz und Lehnhof, Obermedicinaldirektion, Oberconsistorium und Oberstudiendirektion) und lehnte damit in ihrer Mehrheit die Anträge der Minorität ab, welche dahin abzielten, diese Mittelkollegien gänzlich eingehen zu lassen und sie durch entsprechende Referenten im Ministerium des Innern zu ersetzen. Nur bezüglich des Administrativjustizhofs, eine Behörde, deren Bildung man vor kurzem in Bayern in Gestalt eines sogenannten Verwaltungsgerichtshofs beschlossen hat, wurde das Ersuchen an die Regierung gerichtet, sämmtliche Stellen als Nebenstellen zu behandeln und zu dotiren. Für die Landesuniversität Gießen wurde ein Staatszuschuß von 89,000 fl. bewilligt, mit dessen Zurechnung sich die Gesammteinnahme der Universität auf 140,658 fl. beläuft. Bei den Schullehrer-Seminarien wurde der Regierung die Ermächtigung ertheilt, einen dreijährigen Lehrcursus einzuführen an Stelle des seither zweijährigen. Ein Antrag auf Vereinigung des evangelischen Lehrer-Seminars zu Friedberg und des katholischen Lehrer-Seminars zu Bensheim wurde von der Majorität abgelehnt. — Eine mündliche Anfrage des Abg. Metz wegen Aufhebung der Konvention mit dem Bischof von Mainz wurde von dem anwesenden Regierungskommissär auf den Weg schriftlicher Interpellation verwiesen. — Die erste Kammer berieth in ihrer heutigen Sitzung über den Gesetzentwurf die Rinderpest betreffend. (A. Z.)

Hamburg, 17. Mai. Nach einem Telegramme der „Hamb. Nachr.“ aus Schleswig sind die vorläufig suspendirten eidverweigernden Prediger Nordschleswigs definitiv, ohne Pensionsanspruch, entlassen.

Wien, 18. Mai. Das ungarische Ministerium ist gestern mit einer Reihe von Gesetzes-Vorlagen vor den Pester Landtag getreten, die nicht blos als vorbereitende Schritte zur Feststellung des Inaugural-Diploms, sondern auch eine captatio benevolentiae dem in diesen Tagen schon zusammentretenden Reichsrathe gegenüber erscheinen können. Ihrem Wesen nach bezwecken diese Gesetzentwürfe, die oft geforderte Abänderung der zumeist angefochtenen Artikel der 1848er Gesetze und sind deßhalb in gleichem Maße wichtig für die Rekonstituirung des Reiches als für die definitive Gestaltung der Verhältnisse in Ungarn. Für die Krone aber wird die Aufnahme, welche diese Gesetzentwürfe im ungarischen Landtage finden, den Gradmesser der Loyalität und des Vertrauens abgeben, welches sie für ihr offenes und bis in unsere Tage fast unerhörtes Entgegenkommen erntet. Es ist sozusagen eine Ehrenschuld, welche die ungarische Nation einzulösen hat. Die Deak-Partei steht noch immer in Macht und Ansehen im Lande; von ihren Entschlüssen wird es daher abhängen, wie die Würfel fallen. Wir wollen hoffen, daß diesmal Krone und Reich nicht in so stiefmütterlicher Weise werden bedacht werden, wie in dem Siebenundsechziger-Elaborate, dessen Bestimmungen nach der beigefügten Clausel wohl noch nicht sobald in Rechtskraft erwachsen werden. (Pr.)

Schaffhausen, 14. Mai. Das früher aufgetauchte Gerücht, die Kaiserin von Frankreich und der kaiserliche Prinz seien auf Schloß A r e n e n b e r g erwartet, bestätigt sich nun vollkommen, indem bereits vergangene Woche ein Maréchal de Logis mit mehreren Arbeitern nach dem Schlosse kam, um daselbst für den Empfang dieser Besucher die geeigneten Vorkehrungen zu treffen. Wie verlautet, werden dieselben mit Gefolge bis Ende Juni bleiben; wann sie übrigens nach Arenenberg kommen, ist nicht bekannt. (Schw. M.)

Paris, 16. Mai. Das „Siècle“ glaubt den Gefühlen der Mehrheit des französischen Volkes einen Ausdruck zu geben, indem es sein Mißvergnügen über das Resultat der Londoner Konferenzen ausspricht. Es konstatirt zuvörderst die eiskalte Aufnahme, welche die Mittheilung des Hrn. v. Moustier in der Kammer gefunden hat. „Sollen wir,“ fragt Hr. J. Vilbort, „einen Siegesgesang anstimmen, weil Preußen und weil die Mächte der Regierung die geringste Genugthuung zugestanden haben, welche Frankreich berechtigt war, zu fordern? Die Luxemburger Frage ist keineswegs gegen uns zum Beschluß gebracht worden, das ist alles, was wir heute konstatiren können. . . . Die Regierung thut uns zu wissen, daß sie die größte Sorge getragen hat, die gerechte Empfindlichkeit Preußens zu schonen. Wir bedauern, daß Preußen keineswegs uns gegenüber dieselbe Sorge getragen hat.“

Paris, 16. Mai. Das offiziöse „Pays“ schreibt: „Man hatte Frankreich das ehemalige Herzogthum Bouillon mit Philippeville und Marienburg angeboten. Dieses Anerbieten wurde zurückgewiesen. Und mit Recht, denn die vorliegende Frage betraf nicht die Vergrößerung, sondern die Sicherheit Frankreichs. Es wäre freilich eine Zurückerstattung an Frankreich und eine Reparation der Gewaltthaten von 1815, aber warum eine solche Bahn betreten, wenn die Zurückerstattung nur eine theilweise oder lächerliche sein soll? Warum Marienburg und Philippeville auf der Grenze von Belgien, welches uns nicht bedroht, und warum nicht Landau und Saarlouis nach Preußen und Bayern hin, von wo aus wir bedroht sind? Bei der jetzigen Ausdehnung Frankreichs ist dessen Vergrößerung kein Zweck, sondern ein Mittel, und die einzigen Ansichten, die einer höchsten Anstrengung werth, sind die, welche Frankreich natürliche und definitive Gränzen geben, und dadurch eine solide Grundlage für den Frieden liefern würden. Was die wegen der Gewaltthaten von 1815 geschuldeten Reparationen anbelangt, so ist dieses ein Buch, das man ganz öffnen, oder ganz geschlossen lassen muß. Im Ganzen genommen ist der Zwischenfall, der uns bis zum Kriege führte, auf ehrenhafte und friedliche Weise gelöst worden. Die Preußen verlassen Luxemburg, aber man darf sich keinem Mißverständniß hingeben: die allgemeine Frage bleibt bestehen; sie bleibt bestehen mit ihren Konsequenzen und Pflichten. Preußen mag sich vergrößern, Deutschland einig machen; dieses ist keine Frage, die Frankreich im Prinzip beunruhigen muß. Wenn Europa dadurch nicht bedroht, Frankreich nicht verkleinert wird, so tritt dieses Problem in die Reihen der Veränderungen, welche in Europa sich der Reihe nach folgen. Im entgegengesetzten Falle müssen die in ihren Interessen verletzten Nationen mit sich zu Rathe gehen. Das preußische Werk berührt viele Interessen, aber man muß sagen, daß das Recht nicht so leicht stirbt, wie die Staatsmänner. Es reicht nicht hin, die Elbherzogthümer, Hannover, Hessen, Nassau, Frankfurt erobert und Sachsen mediatisirt zu haben, diese vollendeten Thatsachen müssen auch die Sanction des europäischen Rechtes und die der gewaltsam unterdrückten Völker erhalten. Preußen hat bis jetzt weder das Eine noch das Andere erlangt. In Nikolsburg wurden mehrere Klauseln unterzeichnet, auf deren Ausführung die direkt und indirekt dabei betheiligten Mächte bestehen können. Dieses alles stellt Probleme auf und ver-

---

kurzsichtig, einiger möglichen Nachtheile wegen die Impfung überhaupt verwerfen zu wollen. Durch eine umfassende Statistik ist der enorme Nutzen der Impfung über alle Zweifel festgestellt. Vor Einführung der Kuhpocken-Impfung starben in Europa jährlich etwa 400,000 Menschen an den Pocken und eben so viel wurden durch die Krankheit entstellt; dagegen kommt die jetzige Sterblichkeit infolge der Pocken gar nicht in Betracht. Es mögen noch einige besondere Beispiele erwähnt werden: Bei einer Epidemie in Kopenhagen im Jahre 1823 starben von 659 Geimpften 5, d. h. 0,75 Proz., von 158 Nichtgeimpften 35, d. h. $22_{,16}$ Proz. In Digne starben 1827 von 478 Geimpften 1=$0_{,2}$ Proz., von 162 Nichtgeimpften 93=$57_{,4}$ Proz.; in Marseille starben 1828 von circa 2000 Geimpften 45, von 8000 Nichtgeimpften 1488. Diesen Beispielen ließen sich zahlreiche andere anreihen; stets ist die Sterblichkeit der Nichtgeimpften eine ungleich höhere gewesen als die der Geimpften, ganz besonders da, wo die Wiederimpfung nach Verlauf von höchstens 10 Jahren nach der ersten Impfung in Gebrauch war. Denn die durch die Impfung getilgte oder wenigstens sehr verminderte Disposition stellt sich allmählich wieder her, so daß es erforderlich ist, sobald eine Pockenepidemie ausbricht, schleunigst auch die Erwachsenen sämmtlich wieder zu impfen, sofern sie dies bisher versäumt hatten. Dank unsern vortrefflichen Einrichtungen und Vorkehrungen in Bayern kann nach menschlichem Ermessen diese schreckliche Seuche bei uns nicht mehr überhand nehmen. Unsere Impf-Anstalten erfreuen sich nicht nur im Inlande eines segenreichen Erfolgs, sondern auch im Auslande eines großen Rufs und Vertrauens, so daß von hier jährlich sehr viel Impf-Lymphe verlangt und nach auswärts versandt wird. Wenn nun trotzdem die Pocken-Erkrankungen in Bayern häufig sind, so ist die Ursache davon in dem jetzt so sehr gesteigerten Verkehr mit dem Auslande zu suchen, in dem Verkehre mit Ländern, wo, wie in Oesterreich, der Impfzwang nicht eingeführt ist, deßhalb die Blatternerkrankungen auch endemisch sind, und ferner darin, daß die Wiederimpfung (Revaccination), zu welcher allerdings auch bei uns ein Zwang nicht besteht, noch viel zu sehr versäumt wird.

V e r m i s c h t e s.

× (A u s w a n d e r u n g.) Vom 15. April bis 13. Mai 1867 wanderten über Bremen im Ganzen 11,419 Personen in 30 Schiffen aus und zwar nach New-York 7704 Personen in 16, nach Baltimore 2292 Personen in 7, nach Philadelphia 310 Personen in 2 und nach Galveston 407 Personen in 2 Schiffen. Seit Neujahr bis 13. Mai wanderten über Bremen aus 26,517 Personen in 75 Schiffen gegen 21,243 Personen in 68 Schiffen im gleichen Zeitraume des verflossenen Jahres. Ueber Hamburg sind seit 1. Januar bis letzten April ds. Js. 9105 Personen direkt und 1037 Personen indirekt (d. h. über Hull und Liverpool) nach überseeischen Plätzen befördert worden.

Digitized by Google

wickelt darin Verantwortlichkeiten. Die in Frankreich durch die augenblickliche Gefahr eines Krieges in Aufregung gebrachte öffentliche Meinung hat für alle diese Fragen ein offenes Auge. Alle Welt wünscht und muß wünschen, daß sie auf friedlichem Wege gelöst werden, aber Niemand würde vor einer Lösung anderer Art zurückschrecken. Avertirt durch dieses Erwachen des öffentlichen Gefühles, welches vom Patriotismus eingeflößt ist, wird die Regierung des Kaisers gewiß mit der nothwendigen Aufmerksamkeit und Sorgfalt alle Phasen einer Situation verfolgen, die noch weit davon entfernt ist, ihren letzten Ausdruck erlangt zu haben. Was wir heute für das Vernünftigste halten, ist, daß man ihr den energischsten Beistand bewahrt und sich ganz ihrer Weisheit überläßt." Andere Blätter, sogar die „France", führen eine ähnliche Sprache.

Aus **Paris**, 16. Mai, wird der Wiener „Presse" telegraphirt: „Die Armeekommission des gesetzgebenden Körpers spricht sich mit 14 von 18 Stimmen gegen ein stehendes Heer von 800,000 Mann aus und empfiehlt einen Armeestand von 500,000 Mann bei neunjähriger Dienstzeit.

Paris, 16. Mai. Der „Etendard" bestätigt diesen Abend in offiziöser Form das Vorhandensein eines Mißklangs zwischen der Regierung und der Commission für die Militär-Reorganisation. Der „Etendard", der das Verhalten der Commission mißbilligt, spricht sogar von ernstlichen Meinungsverschiedenheiten über wesentliche Punkte.

Paris, 17. Mai. Der „Moniteur" meldet, daß, nachdem sich einige Rinderpestfälle in Deutschland und speziell in Frankfurt (?) gezeigt hätten, durch ministeriellen Erlaß vom 15. Mai der Eingang und Durchgang von Wiederkauern, von frischen Häuten und anderen frischen Abfällen dieser Thiere auf der ganzen französischen Grenze von Lauterburg bis Savoyen, und dieses mitgerechnet, untersagt worden.

London, 14. Mai. Die „Times" äußert sich folgendermaßen über den Erfolg der Conferenz: „Das würde trivial sein, zu sagen, daß dieser Erfolg ein glücklicher ist; zutreffender ist es, zu sagen, daß es ein Erfolg voll Einfluß für die Zukunft ist. Nachdem jetzt alle unmittelbare Gefahr eines Krieges zwischen den zwei Ländern geendet hat, können wir mit Ruhe die Wichtigkeit der vorübergegangenen Krisis betrachten. Niemand kann zweifeln, daß vor einem Monate eine ernste Kriegsgefahr vorhanden war. Die Regierungen, trotz ihres militärischen Charakters und ihrer ausgedehnten Vorbereitungen, mögen im Stande gewesen sein, die Uebel eines solchen Conflictes zu erkennen, aber jeder Tag führte einen großen Theil des Volkes in beiden Ländern dahin, den Krieg als sicher und als nicht unwünschenswerth zu betrachten. Es ist eine Art von Zauber in der nahen Aussicht auf einen großen Kampf, welchem wenige Nationen widerstehen können, und mitunter ist die Wuth, welche sie plötzlich im letzten Augenblicke ergreift, zu stark, um von der Regierung, welche sie hervorrief, wieder beschwichtigt werden zu können. Der Verlauf des Luxemburger Streites ist jedoch beruhigend, da er bewährt, daß durch ganz Europa eine feste Neigung zum Frieden besteht. Obwohl in Frankreich die Armee und ein Theil des Volkes seit letztem Sommer mehr oder weniger gegen Preußen aufgeregt worden sind, dessen Erfolge in der Einigung von Deutschland sie als einen Schaden und eine Gefahr für sich betrachteten, so hat sich dieses Gefühl dennoch bei Weitem nicht als ein allgemeines bewiesen. Es mag eine Minorität sein; aber eine aufrichtige, eifrige und thätige Minorität betrachtet den Krieg, und besonders den Krieg mit dem meistgebildeten und gewaltigen Nachbar als ein Uebel und wie ein Verbrechen. Von einer großen Anzahl von Städten und von Leuten jeder Classe sind Proteste erhoben worden gegen die Lehre, daß Frankreich nur groß sein kann durch die Theilung der anderen Nationen, und daß diese, wenn sie Einheit und politischen Fortschritt wünschen, dieselben mit einem Stücke ihres Gebietes erkaufen müssen, an Frankreich zu bezahlen als Preis für dessen Zulassung. Die freche Unmoralität dieser Lehren hat die ganze Welt entrüstet, besonders da es klar ist, daß sie nicht nur bei einer bestimmten politischen Partei herrschen, sondern mit gleicher Unverschämtheit von Orleanisten, Imperialisten und Republikanern behauptet werden. Sie sind aber doch nicht allgemein angenommen worden, eine große Minorität der französischen Nation hat wenigstens niemals aufgehört, den Krieg mit Deutschland zu verwerfen, sowie die Prinzipien, auf die hin ein solches Unternehmen vertheidigt werden könnte. Während dieser ganzen Streitigkeiten ist eine Einwirkung auf die öffentliche Meinung bemerkbar gewesen, von denen ausgehend, die nicht nur aus Interesse, sondern aus gesundem Moralgefühl gegen den vorausgesetzten Entschluß der Regierung ankämpften. Ueber das Verfahren der europäischen Mächte darf man sich auch glücklich preisen. Wie auch der Geist der Diplomatie zu anderen Zeiten und an andern Orten sich gezeigt haben mag, hier ist er aufrichtig, ernst und erfolgreich gewesen. Auf die Gerüchte von Allianzen, die Europa in verschiedene Parteien theilen würden im Falle eines Krieges, brauchen wir nicht zurückzukommen. Es mag sein, daß, wenn der Krieg wirklich ausgebrochen wäre, andere Staaten allmälig mit hinein verwickelt worden wären und Partei genommen hätten; aber die Vermittlung und die Konferenz, welche ihr folgten, fand die Mächte einig, unparteiisch und gerecht. Ohne eine Meinung über den Ursprung des Streites auszusprechen, kamen sie zu dem einhelligen Schlusse, daß die politischen Aenderungen in Deutschland den Rückzug der preußischen Garnison erforderten, und der König von Preußen gab, was anerkannt werden muß, seine Zustimmung zu der Gerechtigkeit dieser Vorstellungen. Zum ersten Mal seit einem Menschenalter hat ein wirkliches Schiedsgericht der europäischen Mächte in einem wirklich ernstlichen internationalen Streite zwischen zweien derselben stattgefunden. Wenn dieser Präcedenzfall Nachahmung findet, so werden die Gefahren eines europäischen Krieges für die Zukunft sehr vermindert sein."

London, 16. Mai. Ein großes Reform-Meeting hat gestern Abend in der James-Hall stattgefunden. Mehrere Mitglieder des Parlaments waren anwesend. Die Versammlung beschloß, daß die Agitation für Abschaffung der Beschränkungen der Wahlfreiheiten zu erneuern sei.

Stockholm, 16. Mai. Der König hat heute Mittag den Reichstag geschlossen. In der Thronrede heißt es, die neue Verfassung habe durch den jetzt beendigten Reichstag ihre erste Probe bestanden. Die Nation habe mit Spannung dem Zusammentritte des Reichstages entgegengesehen und sei mit Aufmerksamkeit diesen Arbeiten gefolgt. Wichtige Fragen seien zur Berathung gekommen und obgleich viele derselben noch unerledigt geblieben, sei die darauf verwandte Arbeit doch keine fruchtlose gewesen. In Berücksichtigung der allgemeinen Finanzlage des Staates habe der Reichstag mehrere von der Regierung gemachten Vorlagen betreffs Fortsetzung der Eisenbahnbauten und anderer Staatszwecke Beschränkungen unterworfen. Der König erkennt die Hindernisse an, welche die Flüssigmachung der Mittel für alle Bedürfnisse des Staates erschwert haben und spricht seinen Dank aus, daß der Reichstag lieber durch Steuer-Erhöhungen als durch neue, große Anleihen das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates gesichert habe.

Kopenhagen, 16. Mai. Der österreichische Gesandte Graf Paar überreichte dem König die Insignien des Stephans-Ordens. (N. Pr. Z.)

Petersburg, 16. Mai. Der König von Griechenland wurde zum Chef des ersten Newsky'schen Infanterieregiments ernannt.

Moskau, 6. Mai. Die Eröffnung der ethnographischen Ausstellung, mit welcher bekanntlich ein mehr oder weniger improvisirter Slavencongreß verbunden ist, wurde gestern durch den Großfürsten Wladimir Alexandrowitsch feierlich inaugurirt. Freitag, den 3. d., kam der Czar mit dem ganzen Hofe bei „ungeheurem Enthusiasmus" in Moskau an; seine und des Großfürsten Alexander, wie auch dessen Gemahlin Dagmar Ankunft war ein Triumphzug; doch hatte das ganze Arrangement einen stark offiziellen Beigeschmack. Die Ausstellung selbst wurde gerade wie ihre etwas größere Schwester an der Seine erst in der elften Stunde parat gemacht — doch am Eröffnungstage stand sie da, fix und fertig, und alle die hölzernen Figuren waren mit den bezüglichen National-Musterkostüms angethan; doch birgt die Ausstellung nebstdem natürlich eine Menge von Schätzen und allerhand lebenden Bildern. Die asiatischen Nomadenvölker, auch Mitglieder der großen russischen Nation, sind ebenfalls vertreten; Zelte und Kameele umrahmen ihre Abtheilung. Nebstdem wird ein großer russischer Markt abgehalten. Man will auf diese Weise das nationale Leben zur gehörigen Anschauung bringen. Ob die Tartaren auch das Fleisch unterm Sattel gar reiten, ist nicht gesagt. Zum Ausstellungs-Gebäude selbst wurde die sogenannte „Manege", ein ausgebreitetes, mit einer Colonade versehenes Gebäude, gerade vis-à-vis dem Kreml, eingerichtet. Schon um 1 Uhr waren alle Räumlichkeiten überfüllt, die Spitzen der civilen und militärischen Behörden, der Intelligenz und des Adels, alle in blinkenden Uniformen und ordenssternbesäet, die Repräsentationen der Städte und Vereine, Vertreter der Bürgerschaft, der Kaufmannschaft, die Damen in glänzenden Toiletten, und wie so allüberall die gewohnte Ordnung bei dergleichen Festlichkeiten ist, alle waren sie da versammelt und erwarteten in gehöriger Devotion den Großfürsten. Die Geistlichkeit bestieg den über dem Eingange eigens errichteten Pavillon, woselbst altslavische Choräle gesungen und allerhand eben so ehrwürdige Gebete gesprochen wurden. Das „gemeine" Publikum drängte sich inzwischen immer mehr zu der kaiserlichen Gallerie in der gespanntesten Erwartung der Ankunft des Thronfolgers. Und als die Choräle beendet waren, stieg von dem Pavillon wider Erwarten der junge Großfürst Wladimir, der zweite Czarensohn, in Begleitung seiner Adjutanten hinab. Unten wurde er von einem Comite empfangen und durch die Abtheilungen geleitet. Inzwischen wurden slavische Weisen, darunter böhmische Nationallieder, vorgetragen und hierauf „in aller Stille" die Ausstellung eröffnet.

Der „Allg. Zeitung“ wird aus **New-York**, geschrieben: Wenn jetzt neunundneunzig Hundertstel der Deutschen im Auslande eifrige Verehrer des Grafen Bismarck sind, so braucht man nicht lange nach einer Erklärung dafür zu suchen. Denn auf ihnen allen hat seit undenklichen Zeiten der Alpdruck der Verachtung Deutschlands gelastet, die um nichts weniger peinlich wirkte, wenn sie zuweilen die Form eines geringschätzigen Mitleids und gönnerhafter Leutseligkeit annahm. Sie alle haben es, besonders bei einer Vergleichung mit der achtungsvollen Höflichkeit, die den unbedeutendsten französischen Abenteurern entgegengetragen ward, aufs bitterste empfunden, daß sie unter dem Fluche der Zerrissenheit und Ohnmacht ihres Vaterlandes litten —, einem Fluche, welchen ihre redlichsten Bemühungen, ihre entschiedensten Erfolge auf allen Gebieten des Wissens und Könnens nicht zu lösen vermochten. Und diesen Fluch hat Graf Bismarck gelöst. Nicht blos, daß die Zeitungen in London wie in New-York, in Chicago wie in San-Francisco ihn täglich als den Mann der That preisen, der Deutschland zu dem hohen Range wieder emporhebe, welchen es seit Karl V. verloren habe, auch in den Volksanschauungen macht sich ein Umschwung geltend, der jedem Deutschen im persönlichen Umgange zu Gute kommt. Nun ist die Zeit vorüber, wo man selbst gebildete Amerikaner in gelangweilt verächtlichem Tone fragen hörte: „Was hat denn eigentlich der elende Crawall um Schleswig-Holstein wohl zu bedeuten?“ Jetzt heißt es: „That Bismarck of yours is a terrible fellow! Why, bless my soul, he is going to knock old Nap into a cocked hat!“ Das klingt anders! Das thut wohl! Und man braucht jetzt nicht mehr den Leuten mühsam die geographischen und staatsrechtlichen Verhältnisse des bundestäglichen Deutschlands auseinanderzusetzen; sie haben jetzt auf einmal ihre Landkarten gefunden. Selbst die Schwaben, die sich am hartnäckigsten dagegen gesträubt, haben es zum größten Theil nachgerade unbehaglich gefunden, alles, was ihnen von Amerikanern Schmeichelhaftes über „your Bismarck“ gesagt wurde, als an die falsche Adresse gerichtet zurückzuweisen und zu demonstriren, daß Würtemberg, Bayern und Baden unabhängige Nationen seien; sie schickten sich, manche mit sauersüßer, doch die meisten mit guter Miene in die vollendeten Thatsachen.

Die Freilassung von Jefferson Davis ist, wie der atlantische Telegraph berichtet, gegen Bürgschaft erfolgt, die ihn verpflichtet, sich erforderlichen Falles wieder als Gefangener zu stellen. Diese Bürgschaft ist aber offenbar nur Form und der frühere Präsident der Südstaaten wird, wenn er sich nicht von neuem in hochverrätherische Plane einläßt, von den Unionsgerichten wahrscheinlich bis ans Ende seines Lebens nicht weiter belästigt werden. Daß dem so ist, wird der Regierung der Vereinigten Staaten ewig zur Ehre gereichen und als denkwürdiger Beweis für die Milde fortleben, mit welcher alle Theilnehmer an der großen Rebellion, und selbst ihr Haupt, von ihren siegreichen Gegnern behandelt worden sind. Man hat gut sagen, daß Davis dem Processe auf Leben und Tod nicht deßhalb entging, weil seine Gegner vor politischen Todesurtheilen zurückscheuten, sondern weil sie wußten, daß sich in Virginien keine Jury finden werde, um den Expräsidenten zu verdammen. Wohl ist dies zum großen Theile richtig, aber gerade der Umstand, daß selbst in diesem Ausnahmsfalle von dem verfassungsmäßig vorgeschriebenen Tribunale an kein anderes willkürlich appellirt worden ist, spricht sehr zu Gunsten der amerikanischen Institutionen und ihres Geistes. Anderswo wäre man vielleicht weniger scrupulös gewesen, hätte den Ausnahmsfall einem Ausnahmsgerichte übergeben, oder irgend einen plausiblen Grund ausfindig zu machen versucht, um den Angeschuldigten von andern als gerade virginischen Geschwornen aburtheilen zu lassen. In der großen Republik hielt die Regierung sich strenge an das Gesetz, und die Folge davon ist, daß Davis jetzt ein freier Mann ist. Nicht blos ihm, sondern auch der Regierung in Washington wird damit ein schwerer Stein vom Herzen gefallen sein. Nachdem diese ihn einmal in Gewahrsam hatte, konnte sie ihn offenbar nicht ohne weiteres wieder laufen lassen; das hätte sich, ganz abgesehen von anderen Gründen, schon wegen der gegen Davis herrschenden Stimmung im Congresse nimmermehr thun lassen. Da war es allerdings das Klügste, ihn gefangen zu halten, bis die Stimmung sich abgekühlt hat. Das scheint jetzt in hinreichendem Grade der Fall zu sein und Jefferson Davis' Freilassung wird in Amerika kaum mehr, ja vielleicht kaum eben so großes Aufsehen erzeugen, wie in Europa. Die Lebendigen sind unter gewissen Umständen nicht halb so gefährlich wie die Todten. Das wird auch bei Davis der Fall sein, und dieser Erfahrungssatz scheint auch die Grundidee für das Verfahren gegen ihn abgegeben zu haben. — Marshall, der Mann, der Californien zu Dem gemacht hat, was es in den letzten 20 Jahren geworden, indem er es war, der im Jahre 1848 zuerst Gold in jenen Gebieten entdeckte, hat nach Briefen von daher neuerdings fast an demselben Orte, wo er zur Zeit die ersten Spuren von Gold fand, eine reiche Silbermine entdeckt. So greift er nach 18 Jahren, die das wilde Land bevölkert und die große Stadt St. Francisco mit ihrem Welthandel geschaffen, fast an demselben Orte, wo er damals begonnen, zu Hacke und Spaten. Der Entdecker hatte seit mehreren Jahren in wirklicher Dürftigkeit von dem Ertrage eines kleinen Gartens bei seinem Hause in der Nähe von Caloma gelebt. Da er aber ein eigenthümlicher Charakter ist, der sich in einer einsiedlerischen Zurückgezogenheit gefällt und die Gesellschaft der Menschen scheut, wenig Bedürfnisse, großen Hang zu einem unstäten Leben und außerdem einen bedeutenden Stolz besitzt, so fanden die Versuche, die von verschiedenen Seiten gemacht wurden, seine Lage zu verbessern, keine besonders freundliche Aufnahme, wurden vielmehr rauh abgewiesen. (Fr. J.)

Neueres.

Pesth, 18. Mai. Das „Amtsblatt“ publizirt heute eine am 16. Juni 1867 ins Leben tretende Verordnung über die Constituirung und das Verhalten der Schwurgerichte in Preß-Angelegenheiten.

Paris, 18. Mai. Im gesetzgebenden Körper wurde gestern mitgetheilt, daß die Interpellationsforderung Picards wegen der außerordentlichen Höhe der Loskaufssumme von den Abtheilungen nicht zugelassen worden ist.

Paris, 18. Mai. „Patrie“ und „France“ bringen die übereinstimmende Mittheilung, daß der König von Preußen gestern den Londoner Vertrag unterzeichnet habe. Wie die „France“ hinzufügt, hat der Kaiser Napoleon denselben heute unterzeichnet.

Florenz, 18. Mai. Die Bureaux der Deputirtenkammer haben die Prüfung des Gesetzentwurfs über den Verkauf der Kirchengüter so lang ausgesetzt, bis das Ministerium den Vertrag mit den Banquiers vorgelegt haben wird. Der König ist nach Turin abgereist.

Rom, 17. Mai. Fünfzig Räuber haben sich freiwillig als Gefangene gestellt; zwei sind erschossen worden, überall sind energische Maßregeln getroffen. Der Papst hat diesen Morgen ein geheimes Konsistorium gehalten; er präkonisirte 4 Bischöfe, ohne eine Ansprache zu halten.

Konstantinopel, 16. Mai. Die Pforte erklärt die Gerüchte, daß Omer Pascha und Mehemet auf Kandia geschlagen worden seien, für unbegründet. Ein Bericht meldet von zwei Gefechten mit den Aufständischen. Diese verloren 200 Todte und Verwundete. Omer Pascha rückt nach der Sphakia.

New-York, 15. Mai. In Mobile hat eine Emeute stattgefunden. Hr. Kelly, Mitglied des Congresses, wurde mißhandelt. Mehrere Personen kamen ums Leben. Die bewaffnete Macht stellte die Ordnung wieder her. — Die Neger in Richmond zeigen Neigung zu Ruhestörungen.

Literarisches.

Die Deutsche Roman-Zeitung, welche den neuen (4.) Jahrgang mit zwei großen Romanen **„In der Irre“** von Edmund Hoefer und **„Verlorene Seelen“** von Leo Wolfram einleitete, hat denselben zwei weitere **„Babel“**, historischer Roman aus Oesterreichs jüngster Geschichte, von Alfred Meißner und **„Jane, die Jüdin“**, Erzählung von Phil. Galen folgen lassen, welche das Interesse der Leser in hohem Maße in Anspruch nehmen. **Die Roman-Zeitung,** welche neben den großen Romanen berühmter Schriftsteller der Gegenwart auch durch ein reichhaltiges Feuilleton ihre Leser unterhält, wird im Jahrgang 1867 einen größeren Roman Philipp Galens, betitelt: „Das Irrlicht von Argentières“ demnächst folgen lassen, welchem sich weitere neue Romane von George Hesekiel, August Becker u. A. anschließen werden.

Die Roman-Zeitung bleibt ihrem Programm getreu, wonach sie ihren Abonnenten für den in guten Leihbibliotheken bei neuen gesuchten Romanen üblichen Leih-Preis von 7 kr. für den Band die Romane als Eigenthum überläßt, welche außerdem sofort nach deren Vollendung in der Roman-Zeitung aufgenommen werden.

(In Würzburg zu beziehen durch die Stahel'sche Buch- u. Kunsthandlung.)

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger“ erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 140. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 21. Mai 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 18. Mai. Se. Majestät der König hat genehmigt, daß die kath. Pfarrei Jarzt, Bezirksamts Freising, dem Priester C. Rößle, Beneficiums-Verweser in Buch, Bezirksamts Bruck, verliehen werde; den Bezirksarzt 1. Klasse Dr. L. Rieger in Fürth zum Bezirksgerichtsarzte daselbst ernannt und demselben zugleich die Funktion eines amtlichen Arztes für den Verwaltungsbezirk der Stadt Fürth in widerruflicher Weise übertragen; die hiedurch sich eröffnende Bezirksarztensstelle 1. Klasse in Fürth dem dortigen prakt. Arzte Dr. Christ. Frommüller und die Bezirksarztensstelle 2. Klasse in Scheßlitz dem prakt. Arzte zu Bamberg, Dr. J. Fr. Strüpf — beiden in provisorischer Eigenschaft übertragen.

+ **München,** 19. Mai. Die Reise Sr. Maj. des Königs nach Paris ist nunmehr soviel als gewiß; bis jetzt ist zwar noch der nächste Samstag als Tag der Abreise bestimmt, doch wäre es auch möglich, daß Se. Majestät die Reise erst in den ersten Tagen des nächsten Monats antritt. — Zur bevorstehenden Krönung des Kaisers Franz Joseph als König von Ungarn wird sich, wie jetzt verlautet, auch ein Mitglied unseres Königshauses im allerhöchsten Auftrage als Stellvertreter Sr. Maj. des Königs nach Pesth begeben; der bayer. Gesandte in Wien hat übrigens bereits die Weisung erhalten, bei genanntem Akte anwesend zu sein. — Unsere neuliche Mittheilung, als beabsichtige Se. k. Hoh. Herzog Ludwig künftig München als ständigen Aufenthaltsort zu wählen, findet ihre Bestätigung bereits darin, daß der Herzog das von der verstorbenen Baronin v. Frankenburg (der Gemahlin Sr. k. Hoh. des Prinzen Karl) bewohnte Haus in der Königinstraße dahier käuflich erworben hat. — In den hiesigen Militärwerkstätten wird jetzt noch eifriger als selbst im vorigen Jahre an der Anfertigung von Munitions- und sonstigen Ausrüstungsgegenständen gearbeitet, und ist zu diesem Zwecke, wie wir hören, das Arbeitspersonal vermehrt worden; so sollen z. B. im Zeughause allein an hundert Tischler ꝛc. thätig sein. — Man hört wiederholt, daß das Musikkorps des ersten Infanterie-Regiments bestimmt sei, an dem großen Konkurs für Militärmusik sich zu betheiligen, welcher in nächster Zeit in Paris stattfinden wird. Bei dieser Gelegenheit wollen wir unsere neuliche Notiz zugleich dahin ergänzen, daß der genannte Concurs nicht bloß für deutsche, sondern für Militärmusik überhaupt abgehalten wird und zu demselben bereits Musikkorps aus mehreren europäischen Armeen angemeldet sind. — Der jüngst hier verstorbene Hr. Appell.-Rath v. Krafft hat zum Universalerben seines bedeutenden Vermögens die Cretinen-Anstalt zu Mühldorf (bei Altötting) eingesetzt, das erste bedeutendere Legat, welches, wie wir hören, dem genannten Institute zufällt. — Seit längerer Zeit befindet sich dahier eine Anzahl junger Serben, welche auf Kosten der serbischen Regierung an hiesiger Universität u. s. w. ihre Studien machen. Denselben ist von ihrer Regierung soeben die Eröffnung zugegangen, daß die Sustentationen vor der Hand wahrscheinlich nicht würden fortgesetzt werden können, da ein Aufstand in der Bulgarei ausgebrochen und es leicht möglich sei, daß die jungen Leute schon in nächster Zeit zur Armee einberufen würden. — Die „Berichtigung" Ihres hiesigen **-Berichterstatters bezüglich einer jüngst von uns gemachten Mittheilung über den hiesigen preußischen Militärbevollmächtigten wollen wir ganz ruhig der Zeit überlassen; dieselbe hat bereits unlängst in einem ähnlichen Falle unsere Rechtfertigung übernommen.

Ludwigshafen, 18. Mai. In der Feindschaft gegen die von Preußen angebahnte Einigung Deutschlands gehen die extremen Parteien der rechten und der linken Seite Hand in Hand. Was bleibt den Staaten des Nordbundes — fragen die Blätter dieser Parteien, und ihre Antwort lautet, wie folgt: „1) in militärischen Dingen höchstens die Gewalt etwa eines österreichischen Regimentsinhabers; 2) in Sachen der Rechtspflege etwa die Gewalt eines großen Patrimonialherrn; 3) in Sachen der Verwaltung und Polizei die eines Oberpräsidenten mit ausgedehnterem Rechte der Patronage und Stellenbesetzung; 4) in finanziellen Dingen die eines tributpflichtigen Vasallen; 5) in Dingen der Gesetzgebung fast nichts; 6) in auswärtigen Dingen, da wo der Staat dem Staate gegenübersteht, also wo er eigentlich als Staat erscheint, gar nichts. Aber nicht blos die Oberhäupter der Bundesstaaten werden durch den 225-Thalervertrag mediatisirt; die Verfassungen werden's ebenfalls." — Abgesehen von der argen Uebertreibung, die in einzelnen der angeführten sechs Punkte und namentlich im Schlußsatze zu Tage tritt, muß man unwillkürlich fragen, ob es der bunt zusammengewürfelten Opposition an Ehrlichkeit oder an Zurechnungsfähigkeit gebricht? Die deutsche Einheit zu wollen, gibt doch auch sie vor; aber den oben angeführten Ausstellungen an der norddeutschen Bundesverfassung zufolge wollen die Herren neben der Einheit auch noch den ungeschmälerten Fortbe-

Feuilleton.

Vermischtes.

H. **München,** 18. Mai. Das „Mainzer Journal" hat sich vor einigen Tagen veranlaßt gesehen, auf die verzögerte Herausgabe der deutschen Reichstagsakten aufmerksam zu machen. Diesen Auslassungen gegenüber verweisen wir auf den vorjährigen Jahresbericht der historischen Kommission bei der Akademie der Wissenschaften, welchem zu entnehmen ist, daß bereits im vergangenen Herbste von der Cotta'schen literarisch-artistischen Anstalt dahier bei weitem der größte Theil des I. Bandes der Reichstagsakten, welcher etwa 90 Halbbogen und die Zeit von 1376—1387 umfaßt, gedruckt vorlag, daß die Ausstattung durch Sorgsamkeit und Schönheit ganz dem monumentalen Charakter des Werkes entspricht, und daß die Vorarbeiten für den II. und III. Band soweit gediehen sind, daß auch diese kurz nach Vollendung des I. Bandes der Presse werden übergeben werden können. Wenn die Herausgabe des I. Bandes der Reichstagsakten sich länger verzögerte, als ursprünglich beabsichtigt war, so dürfen die mannigfachen Hindernisse, die sich dem Unternehmen entgegenstellten, nicht übersehen werden. Es sind dies insbesondere 1) der unvermeidliche Wechsel in den mit der Bearbeitung betrauten Persönlichkeiten, da nur vorzügliche Kräfte verwendet werden konnten, diese aber leicht günstige Rufe an Universitäten bekamen, wodurch ihnen die Fortsetzung der Arbeiten unmöglich wurde, so insbesondere der Uebertritt v. Sybels in fremde Dienste. 2) Die vielfachen Schwierigkeiten, die die Zugänglichkeit fremdländischer Archive bot, besonders deßwegen, weil die benöthigten Archivalien von den einzelnen mit der Durchforschung Betrauten vorher nicht genau bezeichnet werden konnten. 3) Die große Schwierigkeit, die gerade bei den Quellenforschungen für die in die frühere Zeit zurückgehenden ersten Bände, das Auffinden, Lesen und Copiren der Aktenstücke mit sich brachte; 4) der Umstand, daß das Augenmerk beim Studium der Archive selbstverständlich nicht auf das Material des I. Bandes beschränkt sein konnte, sondern gleichzeitig auch die spätere Zeit umfassen mußte, damit künftig die Bände sich ungesäumt folgen können; 5) daß gleichzeitig von der historischen Kommission eine Reihe anderer großer Geschichtswerke in Arbeit genommen ist, und die Absicht, ein vollständiges und ein erschöpfendes Quellenwerk von bleibendem Werthe zu schaffen, jede Oberflächlichkeit und Uebereilung ausschließen mußte; 6) endlich der Tod des Königs Max II., dessen persönliche Schöpfung diese historischen Unternehmungen waren, wenn schon durch die Munificenz des gegenwärtig regierenden Königs der Fortgang der begonnenen Unternehmungen gesichert ist. Gegenüber den hochherzigen Absichten der bayer. Könige, ein wahrhaft großartiges deutsches Geschichtswerk ins Leben zu rufen und hiefür die ersten Geschichtsforscher Deutschlands zu gewinnen, verdient es keine Beachtung, wenn das „Mainzer Journal" und diesem nachplaudernd selbst in Bayern erscheinende Zeitungen versuchen, aus dem Umstande, daß die Mehrzahl der mit der bezüglichen Aufgabe Betrauten Norddeutsche und Angehörige der protestantischen Religion sind, confessionelles Capital zu schlagen und diese Gelegenheit zur Verdächtigung und Verunglimpfung unseres bayer. Königshauses zu benützen.

stand der partikularistischen Einrichtungen — sie wollen, wie jenes bekannte Bäuerlein, Preßfreiheit und Censur. Daß die Lösung der deutschen Frage auf den Weg der Gewalt verwiesen war, daran sind in erster Reihe die Partikularisten mit schuld. Von der deutschen Reichsverfassung von 1849 an bis zu den Reformvorschlägen des Grafen Bismarck vom Frühjahr 1866 herab haben sie sich jedem Einigungsversuche widersetzt; und nun schreien sie, weil sie endlich zu dem gezwungen werden, was die Nation will. Und wenn gefragt wird, ob auch Bayern einen Theil seiner staatlichen Souveränetät opfern und zu gelegener Zeit dem Norddeutschen Bunde beitreten soll, so antworten wir dem „Nein und wieder Nein" der „Pfälz. Ztg." gegenüber „Ja und wieder Ja", überzeugt, daß in dieser Lebensfrage unsers Landes und unserer Provinz die große Mehrzahl der zurechnungsfähigen Bevölkerung hinter uns stehen wird. (Pfälz. K.)

Karlsruhe, 18. Mai. Auf Befehl des Großherzogs haben sich morgen Vormittag die nach Berlin kommandirten Offiziere des badischen Armeekorps bei dem Corpskommando dahier zur Entgegennahme ihrer Instruktionen zu melden. Die Abreise erfolgt sofort und werden dieselben für drei Monate dem Gardekorps agregirt werden. (Fr. J.)

Frankfurt, 19. Mai. Der gegen den Herausgeber des „Wahren Jakob", Hrn. Stoltze, eingeleitete Preßproceß wegen Majestätsbeleidigung hat mit dem freisprechenden Erkenntnisse des hiesigen Zuchtpolizeigerichts vom 7. d. seine endgiltige Erledigung gefunden, indem die Staatsanwaltschaft gegen das Erkenntniß keine Berufung eingelegt hat, dieselbe somit rechtskräftig geworden ist.

Berlin, 18. Mai. Die „National-Zeitung" versichert, die preußische Regierung habe Herrn Schulze-Delitzsch für den großen Preis der Pariser Ausstellung im Betrage von hunderttausend Francs vorgeschlagen. Mitbewerber ist Herr Dolfuß aus dem Elsaß.

Köslin, 14. Mai. Am Montag früh um 9 Uhr fand die Beerdigung der von Berlin hieher gebrachten Leiche des Majors a. D. Dr. Heinr. Beitzke statt. Die Bürgerschaft Köslins, aber auch nur die Bürgerschaft, gab dem so hoch gefeierten Kämpfer für die Freiheit und das Recht das letzte Geleit. Eine Stunde vor der zur Beerdigung angesetzten Zeit, also um 8 Uhr Morgens, wurde Generalmarsch geschlagen! (Dem Landwehr-Major v. Sack war am Samstag (11.) der Todesfall und die Begräbnißstunde angezeigt.) Wohl mancher mochte glauben, daß dieß zum Zweck geschah, den Veteran, den Freiwilligen von 1815 und den Geschichtschreiber der Freiheitskriege mit den militärischen Ehren zu beerdigen — doch den Zweck hatte es nicht; sämmtliches Militär marschirte am Trauerhause vorbei zum Thore hinaus, um 11 Uhr heimkehrend. (N. St. Z.)

Wien, 17. Mai. (Aufhebung der Protestanten-Patente für Ungarn.) Das ungarische „Amtsblatt" von heute veröffentlicht eine kgl. Entschließung vom 15. d., durch welche „zur Wahrung der religiösen Ruhe der Protestanten" die ungarischen Protestanten-Patente vom 1. September 1859 und vom 15. Mai 1860 mit den dazu gehörigen Verordnungen außer Wirksamkeit gesetzt werden. Ohne für heute die kirchliche Bedeutung dieser Maßregel zu beleuchten, begnügen wir uns, daran zu erinnern, daß diese Patente bei ihrem Erscheinen heftige Kämpfe der Protestanten gegen die damals absolutistische Regierung hervorgerufen haben. An der Spitze der Opponenten standen Hofrath Zsedenyi und der nachmalige Hofkanzler Vay, der durch sein Verhalten in dieser Frage zu einem gelinden Martyrium gelangte. Die Anhänger der Synodal-Verfassung kämpften gegen die Presbyterialen, indem sie die Fahne der kirchlichen Autonomie hoch erhoben. Der erwähnte königl. Erlaß hat eine nicht zu unterschätzende politische Bedeutung. Man kann demselben entnehmen, mit welcher Feinfühligkeit und Gewissenhaftigkeit die ungarische Regierung bemüht ist, alle jene Spuren des absolutistischen Regimes zu beseitigen, welche den Wünschen und konstitutionellen Gefühlen des ungarischen Volkes widerstreiten. Die ungarischen Staatsmänner wollen jeden Anlaß zur Unzufriedenheit und Beunruhigung beseitigen, dabei fassen sie zunächst auch die religiösen Fragen ins Auge, und bethätigen die allerdings staatsmännische Erkenntniß, daß gerade diese Fragen gefährlichen Zündstoff bergen. Nunmehr bleibt es den ungarischen Protestanten überlassen, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln, nach eigener Façon selig zu werden. Obwohl keine Lobredner der ungarischen Regierung, müssen wir dennoch zugestehen, daß das echt konstitutionell gedacht und gehandelt ist. Nicht ohne Wehmuth und Betroffenheit werden die Concordats-Schwärmer im Reiche der Aufhebung der ungarischen Protest.-Patente entnehmen können, daß ihre Hoffnung, das Concordat werde nunmehr auch in Ungarn in Wirksamkeit treten, eine eitle war. Es wurde schon längst als Lüge erkannt, daß das Concordat, wie seine Träger und Bewunderer behaupten, sich damit begnüge, der katholischen Kirche ihre Autonomie zu wahren. Dieses Gesetz geht viel weiter, indem es einerseits die freie Bewegung der Staatsgewalt behindert, andererseits die Laienwelt in Fesseln schlägt, daher einfach nur die Selbstherrlichkeit der Hierarchie im verwegensten Sinne des Wortes begründet und einen Staat im Staate schafft. Die Concordatsfreunde können nun heute bessen versichert sein, daß die ungarische Regierung den Katholiken nicht mit anderem Maße zumessen werde, als den Protestanten, daß sie denselben nicht ein Gesetz aufnöthigen werde, welches den spezifischen Stempel des Absolutismus an der Stirne trägt und zu nichts weniger als „zur Wahrung der religiösen Ruhe" geeignet ist. Wenn die Einführung des Concordats in Ungarn wirklich auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte, so wird sich der ungarische Landtag damit zu befassen haben, und nach der in Ungarn herrschenden Stimmung kann über den Erfolg weiter kein Zweifel bestehen. Durch eine ganz unwillkürliche Ideen-Association verfällt man von der Abschaffung der Protestanten-Patente jenseits auf die Aufhebung des Concordats diesseits der Leitha. Die Ultramontanen behaupten wohl, das Concordat könne nicht wie ein gewöhnliches Gesetz behandelt werden, da es einen Staatsvertrag bilde. Wäre dieses aber auch so richtig, wie es erwiesenermaßen nicht ist, so könnte eine Unthätigkeit der Regierung in dieser Frage dennoch nichts weniger als entschuldigt werden. Das erste Gebot eines constitutionellen Staatsmannes lautet: Erfüllung der berechtigten Wünsche des Volks. Darüber nun, daß das Volk wünscht, das Concordat vor das Forum des Reichsraths gezogen zu sehen, kann ebensowenig ein Zweifel bestehen, wie über die Berechtigung dieses Wunsches. Das Concordat wurde sine nobis de nobis geschlossen, als wir noch eingezwängt in die absolutistischen Kinderschuhe einhergingen. Heute sind wir mündig, und unser Verlangen, dasjenige zu prüfen, was unsere Curatoren über uns verfügten, ist daher auch ein rechtlich unanfechtbares. Wenn von irgend einem Gesetze, so gilt von dem Concordate das Wort Goethe's: „Es erben sich Gesetz und Recht, wie eine ewige Krankheit fort." Wir sind nun mit so vielen anderen, schwer heilbaren Gebrechen behaftet, daß die Beseitigung der leichter zu hebenden nicht unnöthig hinauszuschieben. Wenn den Protestanten in Ungarn ihr Recht wurde, so wird man uns Katholiken in „Cisleithanien" hoffentlich nicht lange mehr als Rechtlose behandeln. Wir erwarten, daß auch uns mit dem gleichen Maße gemessen werde. (Pr.)

Prag, 18. Mai. Die Handelskammer nahm heute die Wahl des Präsidenten und Vice-Präsidenten vor. Die Herren Dormitzer und Dotzauer wurden wiedergewählt. Kardinal Fürst Schwarzenberg reist heute Abends zur Eröffnung des Reichsrathes nach Wien.

Paris. Die „Liberté" bringt einen Artikel aus der Feder des Hrn. Cl. Duvernois, „der Friede" überschrieben, worin der Unzufriedenheit des Hrn. v. Girardin und seiner Gesinnungsgenossen über die friedliche Lösung der Luxemburger Frage in den bittersten Worten Ausdruck gegeben ist. Hier einige bezeichnende Stellen desselben: „Da man jetzt darüber einverstanden ist," sagt Hr. Duvernois, „daß das französische Volk ein sehr vernünftiges, sehr vorsichtiges, sehr bescheidenes Volk ist, so darf man wenigstens hoffen, daß man es etwas zufrieden lassen wird und daß man ihm in Ermangelung des Ruhmes den Frieden gibt. — Weil wir von durchaus keiner Vergrößerung träumen, weil wir uns resignirt haben, die Verträge von 1815 verschlimmern zu lassen, ohne auch nur einen Soldaten vorzuschieben, so wollen wir wenigstens leben wie ein altes Volk, welches sich von seinen Geschäften zurückzieht und zu seiner Ruhe zurückgekommen ist: essen wir gut, trinken wir kühl und schlafen wir bis spät am Morgen! Carpe diem! Mögen zu uns kommen die Herren der Welt, um sich von ihrer Arbeit zu erholen; beherbergen wir sie, nähren wir sie, berauschen wir sie, weil wir es nicht mehr verstehen, sie zu besiegen, und mögen sie fortan zu uns kommen, wie Perikles zu Aspasia ging, da wir es nicht mehr verstehen, zu ihnen zu gehen, wie es Bonaparte verstand! Ist Frankreich denn nicht der klassische Boden der hübschen Frauen und des guten Weines? In Ermangelung einer anderen Superiorität seien wir eitel auf diese. Und wenn sie nach Paris kommen, diese Herrscher Europas, stellen wir uns in Masse auf, wo sie vorüberziehen! Stellen wir uns in Masse auf, wenn der Kaiser von Rußland vorübergeht, der Sieger Polens, der Bestätiger des Circulars Gortschakoffs! — Stellen wir uns in Masse auf, wenn der König von Preußen vorübergeht, der Sieger von Sadowa, der Begründer des großen deutschen Vaterlandes. Eröffnen wir hie und da noch einige Boulevards; haben wir die besten Theater von der Welt, die besten Restaurants, die prächtigsten Café's, und nachdem wir die Sieger der Welt gewesen sind, denken wir ernstlich daran, ihr Gastwirth zu sein! — Nehmen wir vergnügten Herzens die politische Tradition wieder auf, vergessen wir nicht, daß unsere Väter sich im Circus von Rom zum Zeitvertreib der römischen Krieger tödteten, und denken wir daran, die Träger der Zündnadelgewehre etwas zu belustigen. Das war es, was der „Temps" wollte, das war es, was die Friedensligue wünschte! Möge sich der „Temps" Glück wünschen! Mögen die Ligueurs ihre Lampen anzünden."

Italien. Der Mittelpunkt der römischen Emigration hat, wie uns aus Paris berichtet wird, eine Anleihe von 6 Millionen Franken vermittels der Ausgabe von 100-, 25- und 5-Frankenscheinen abgeschlossen. Dieses Geld soll dazu benutzt werden, um Garibaldi Mittel zu seinem Unternehmen gegen Rom in die Hand zu geben. Die Proklamation des Komite's lautet, wie folgt: Italiener! In unserem, vom 1. April datirten Programme haben wir uns unsere Aufgabe klar vorgezeichnet. Wir beabsichtigen, koste es, was es wolle, uns in den Besitz des Rechtes zu setzen, welches die Diplomatie selbst anerkannt hat, indem wir den Satz acceptiren, daß Rom den Römern gehöre. Während wir uns vorbereiten, mit der Energie der Verzweiflung und der Entschlossenheit unserer Vorfahren den Moment des Angriffs zu beschleunigen, fühlen wir das Bedürfniß, den Unglücklichen zu Hülfe zu kommen, an deren Schicksal die schlechte Regierung der Priester die Schuld trägt. Wir haben demgemäß einstimmig beschlossen, Billete von 5, 25 und 100 Lire auszugeben, damit Jedermann nach Maßgabe seiner Mittel Theil nehmen kann an diesem Werke der Barmherzigkeit. Damit diese Noten-Emission die nöthigen Garantien habe, haben wir dieselbe ausschließlich unseren im Exile lebenden Mitbürgern anvertraut, welche unser General Garibaldi zu dem Komite der römischen Emigration in Florenz vereinigt hat, indem wir dieselben mit allen erforderlichen Vollmachten bekleidet haben. Mitbürger! Italienische Brüder! Wir appelliren heute an die nationale Wohlthätigkeit, wir thun es in der Zuversicht, daß hier unserem Rufe gern entsprochen werde, eben so, wie wir uns des Vertrauens würdig machen werden, mit dem wir beehrt sind. Rom, 30. April 1867. Das Centrum der Emigration. — Die „Italie" vom 15. ds. Mts. veröffentlicht den Wortlaut des Gesetzentwurfs über die Kirchengüter, welcher vom Finanzminister bei der Kammer deponirt ist. Derselbe besteht aus 14 Artikeln. — Wie die „Gazzetta di Torino" meldet, befinden sich augenblicklich in Florenz verschiedene Repräsentanten fremder Industrieen, besonders Franzosen, welche sich anbieten, für 20 Millionen Bronzemünzen zu prägen. Bekanntlich hat der Finanzminister einen Gesetzentwurf über diesen Gegenstand eingebracht. — Garibaldi ist plötzlich von San Fiorano am 15. Mai Abends nach Florenz aufgebrochen; er ist vollkommen hergestellt. — In Rom sind zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden.

Florenz, 13. Mai. Nach der Heirath des Prinzen Amadeus werden Viktor Emanuel, sowie der Herzog und die Herzogin v. Aosta nach Paris reisen. — In Venedig ist der König trotz der dort herrschenden Noth, gut empfangen worden. — Im Ministerium des Unterrichts ist man im Interesse der Sparsamkeit mit einer durchgreifenden Reform des Universitätswesens beschäftigt. Italien hat zu viele Universitäten; es gibt solche, die fast mehr Professoren als Studenten zählen. Man will nun künftig nur 7 Staatsuniversitäten bestehen lassen: Neapel, Palermo, Turin, Pisa, Bologna, Padua und Pavia. Florenz würde ein höheres Institut, ähnlich dem College de France, erhalten. Würden außerdem Gemeinden oder Provinzen das Bedürfniß fühlen, die aufzuhebenden Universitäten auf eigene Kosten fortzuerhalten, soll ihnen das unverwehrt sein. — Große Besorgnisse erweckt noch immer der Zustand von Palermo. Man hat den Präfekten Rudini wiederholt bitten müssen, auf seinem schwierigen Posten auszuhalten. Die vom Parlament zur Untersuchung der dortigen Zustände gewählte Kommission begiebt sich morgen nach Sizilien. — Die Wahlen in Neapel haben drei Regierungs- und einen Oppositionskandidaten ergeben. — 400 Mill. Frs. sollen von der päpstlichen Schuld auf die italienische überschrieben werden. — 30 Anhänger Garibaldis sind wieder in Rom verhaftet worden. — Das Räuber- und Diebswesen dauert in Rom noch immer fort. Als der Bischof von Orleans in Rom ankam und in der Villa Borghese seine Koffer öffnete, fand er sie voll Schmutz und Stroh; alle Effekten waren gestohlen. (Schw. M.)

Moskau, 7. Mai. Ueber die Eröffnung der ethnographischen Ausstellung schreibt man der „Nat.-Ztg." von hier: Mit großer Ungeduld wurde hier in der Osterwoche der Kaiser erwartet, der versprochen hatte, die Gemahlin des Thronfolgers seinen getreuen Moskauern vorzustellen. Der feierliche Einzug fand am 3. Mai um 11 Uhr Vormittags statt. Die Großfürstin mit zwei Damen fuhr in einer offenen, mit 6 Pferden bespannten Kalesche; der Kaiser, der Thronfolger und der Großfürst Wladimir Alexandrowitsch mit glänzendem Gefolge begleiteten sie zu Pferde. Reiterei eröffnete und beschloß den Zug. Fußvolk bildete Spaliere von der Twerschen Triumphpforte bis zum Kreml. Vor dem wunderthätigen Bilde der iberischen Mutter Gottes verrichtete die kaiserliche Familie ein kurzes Gebet, begab sich dann in die Kremlkirche und zuletzt in das Kremlschloß, wo sie in herkömmlicher Weise festlich empfangen wurde. — Der Jubel des Volkes war unbeschreiblich, das Hurrahrufen der wogenden, an- und nachdrängenden Massen ohne Ende. Die Häuser der Twerschen Straße und der anstoßenden Plätze waren mit Fahnen, Flaggen, Teppichen, Wappen, Namenszügen ꝛc. verziert. Am Abend war glänzende Illumination, theilweise mit Gas. Die bengalischen Flammen, das elektrische Licht, die Millionen Lampen beleuchteten nicht allein die Stadt, sondern auch die dunkeln Wolken am Himmel, welche die Stadt überlagerten. Die hohen Gäste werden noch acht Tage hier bleiben, und mancherlei Feste werden zu ihrer Ehre gefeiert werden. So war gestern Ball beim Generalgouverneur, Fürsten Dolgoruki. Die Kaufmannschaft gibt ein Fest am 1. Mai a. St. im Freien, für welches 30,000 Rubel votirt sind, es soll mit einem großartigen Feuerwerk enden. — Daß die Moskauer das Geldausgeben nicht scheuen, wenn es sich darum handelt, die kaiserliche Familie zu sehen und zu begrüßen, geht daraus hervor, daß beim Einzug der Balkon eines Hauses in der Twerschen Straße nahe dem Kreml für 700 Rubel gemiethet wurde. — Um die Freude über den ersten Besuch des großfürstlichen Paares zu verewigen, hat die hiesige Kaufmannschaft dreißig Freistellen für Kinder ärmerer Kaufleute in hiesigen Lehranstalten gegründet und die Bürgerschaft hat Geld gegeben zum Bau einer Abtheilung in einem der hiesigen Armenhäuser, worin hundert Betten für arme, arbeitsunfähig gewordene Bürger beiderlei Geschlechts aufgestellt werden sollen. Freudenbezeigungen, die jedenfalls mehr Dank und Anerkennung verdienen, als aller farbige und leuchtende Schmuck der Straßen. — Sonntag, den 5. Mai, wurde die ethnographische Ausstellung im Beisein des Ehrenpräsidenten, Großfürsten Wladimir Alexandrowitsch, eröffnet. Die kaiserliche Familie hat sie bereits besucht und soll sehr befriedigt gewesen sein. Daß auch das Publikum Gefallen daran findet, geht aus Folgendem hervor. Es kam vorgestern ein Kaufmann dorthin und war so entzückt über den Anblick seiner Landsleute in ihren verschiedenen Trachten, daß er den Mann zu sehen wünschte, der das Alles hergerichtet habe. Man führte ihn zu dem Professor Bogdanow. Er herzte und küßte ihn tüchtig; dann griff er nach seinem Portefeuille, nahm 1000 Rubel heraus und überreichte sie dem überraschten Professor mit der Bestimmung, daß die ethnographische Gesellschaft sie für ihre Zwecke verwenden möge.

Frankfurter Börse (13. bis 18. Mai).

18 Mai. Die Berichtswoche eröffnete in wenig animirter Stimmung; man hatte in den letzten Tagen der Vorwoche sich vorläufig an der Hausse gesättigt. Die offiziellen Erklärungen der Minister in Paris und die Abrüstungsdekrete im „Moniteur" brachten neuen Trieb. Die Medioabrechnung am 15. ging, von dem sehr günstigen Geldstande unterstützt, gut von Statten und Prolongationen wurden leicht erlangt, Mangel an Stücken machte sich nicht bemerklich. Die Contremine musste freilich ansehnliche Opfer bringen; gegen die vorhergegangene Liquidation ergaben die Compensationskurse eine Aufbesserung von $5\frac{1}{2}$ pCt. auf National und auf steuerfreie Metalliques, $9\frac{1}{2}$ pCt. auf 1860er Loose, fl. 10 auf 1864er Loose, fl. 25 auf Kreditaktien und $2\frac{1}{2}$ pCt. auf Amerikaner. Nach dem Medio, der vielfache Deckungskäufe veranlasst hatte, wurde das Geschäft stiller und die Woche schliesst in etwas matterer Haltung. Oesterr. Fonds erfreuten sich in der ersten Hälfte einer sehr günstigen Tendenz. Sehr gefragt waren namentlich $4\frac{1}{2}$ pCt. Metalliques, die ihren Kurs um $2\frac{1}{4}$ pCt. auf 42 erhöhten. National wurden bis $55\frac{1}{4}$, neue steuerfreie bis $49\frac{1}{2}$, 1860er Loose bis $71\frac{1}{4}$ bezahlt, sie schliessen jedoch, wie gesagt, sämmtlich um Bruchtheile niedriger.

In süddeutschen Fonds war der Umsatz zu steigenden Kursen ziemlich belebt. Von auswärtigen fanden die seit längerer Zeit vernachlässigten $4\frac{1}{2}$ pCt. Schweden mehrfache Berücksichtigung und waren zu 84 gesucht. In Hamburg namentlich hat sich das Publikum wieder in höherem Grade denselben zugewendet, da sie im Verhältniss zu andern Effekten ausserordentlich billig erscheinen. An einer inneren Ursache für den jetzigen niedrigen Kurs fehlt es in der That; die ganze Staatsschuld beträgt etwa 30 Mill. Thlr., welche zum grössten Theil zu Eisenbahnanlagen verwendet sind. 1882er Amerikaner streiften im Laufe der Woche den 78er und blieben $77\frac{5}{8}$, gerade so wie vor acht Tagen; es findet mehrfach Umtausch von 82ern statt.

Der Wiener Impuls hob auch bei uns österr. Kreditaktien am Mittwoch bis $172\frac{1}{2}$, doch liess er gestern und heute nach und sie schliessen 170, d. i. fl. 4 besser als vor 8 Tagen. Darmstädter haben wieder 200 erreicht, allein welch weiter Weg bleibt noch bis Pari, zumal in dem Effekt alle Spekulation erloschen ist; es verlautet von weiterem Wechsel in der Direktion. Von Zettelbanken Frankfurter bis $127\frac{1}{2}$ vom Markt genommen, während österr. Nationalbank vernachlässigt niedriger als vor 8 Tagen gegangen sind.

In den hier eingebürgerten E.-B.-Aktien war das Geschäft nicht unbelebt. Von pfälzischen Linien waren Bexbacher vielfach gefragt und erhöhten ihren Kurs seit der Vorwoche um 5 pCt. Man escomptirt die zu erwartenden besseren Ergebnisse. Die Neustadt-Weissenburger hatte im April ein kleines Plus von 1,3 pCt. — Auch für Taunus war in dieser Woche einige Frage, was bei dem sparsam vorhandenen Material den Kurs nicht unerheblich steigerte. — Hessische Ludwigsbahn konnten den im Anfang der Woche bis $132\frac{1}{2}$ erhöhten Kurs nicht behaupten, und schliessen, jedoch sehr fest, zu 128. Neu an den Markt kamen in dieser Woche die 5pCt. steuerfreien siebenbürgischen Aktien, deren Subscription zur Zeit der Kriegsbefürchtungen Fiasko gemacht hatte. Unter der Gunst der jetzigen Verhältnisse wurden bei ihrem Erscheinen am Dinstag sofort Posten zum Kurs von $54\frac{1}{4}$ mit solcher Hast genommen, dass man an ihrer Einbürgerung an hiesiger Börse kaum zweifeln darf. Namentlich wurden sie vielfach zum Umtausch gegen andere österr. Silbereffekten benutzt, jedoch konnten sie den

schnell um 2 pCt. bis 66¼ erhöhten Kurs nicht behaupten und blieben eher offerirt zu 65¾. — Von Prioritäten österr. Silberdevisen, wie böhmische und Westbahn, besonders begehrt, auch Staatsbahnen und Lombardische in besserer Frage.

Unveränderte Abundanz am Geldmarkt bei anhaltendem Misstrauen, das sich im Mangel langsichtiger Wechsel ausspricht. In fremden Devisen lebhafter Umsatz zu steigenden Kursen, London bis 119½ bezahlt, für rückgekaufte Amerikaner waren ansehnliche Rimessen anzuschaffen. Wien hat sich um 1½ pCt. gebessert. Von Geldsorten 20 Fr.-Stücke und englische Sovereigns gesucht und höher, desgleichen amerikanische Golpcoupons.

	13.	18.		13.	18.
5% Oestr. National	54⅛	55⅛ B	4% Darmstädt. do.	—	94 B
5% do. Metal. (1859)	62⅜	62⅝	3½% do. do.	—	—
5% do. Lose (1860)	69⅞	70⅞	4½% Nassauer do.	95¼ B	95⅛ B
— do. do. (1864)	73⅜	74⅛ B	4% do. do.	—	89
Oestr. Kreditl. (58)	119¼ B	119¼	3½% do. do.	—	—
5% Bayer. Obligat.	100 B	101 B	4% Kurhess. do.	—	—
4½% do. do.	94¼ B	94⅛ B	3½% Frankf. do.	81⅛ B	81⅛ B
4% do. do.	91⅞	91⅛ B	3% do. do.	—	—
4% do. 100 Thl.-L.	99	99⅞	6% Amerik. (1882)	77⅜	77⅝
4½% Würtemb. Obl.	93½	93¾ B	Oestr. Kredit. . .	167⅜	170⅛
3½% do. do.	81 B	—	Oestr. Nat.-Bank	670	679
4½% Badische do.	94¼ B	94⅛ B	Frankfurter do.	126¼ B	127⅛
4% do. do.	89	90 B	Bexbacher E.-B.	149	150⅛
3½% do. do.	—	—	Bayer. Ostbahnen	117¼ B	116⅜ (Akt.)

Neueres.

Agram, 18. Mai. In der heutigen Landtagssitzung gelangte das kgl. Reskript, betreffend die a. h. Sanktion des Immunitäts-Gesetzartikels, zur Lesung und wurde einem Komite zur Berichterstattung zugewiesen. Mrazovic, als Berichterstatter des Adreßentwurfes der Majorität des Neuner-Komites, vertheidigt deren Entwurf. Zivkovic, Berichterstatter des Adreßentwurfes der Minorität, erörtert die Motive, welche zur Zusammenstellung dieses Entwurfes Veranlassung geboten haben und nimmt im Namen der Minorität diesen Antrag zurück. Perkovac vertheidigt hierauf seinen Separatentwurf; schließlich wird der Adreßentwurf der Majorität des Neuner-Komites ohne Debatte en bloc angenommen. Nächste Sitzung Montag.

Paris, 20. Mai. Die „Patrie“ schreibt: Der Austausch der Ratifikationen des Londoner Vertrags steht unmittelbar bevor. Die Konferenz tritt Mittwoch oder Donnerstag zur Erfüllung der letzten Förmlichkeiten zusammen.

Telegramme
der Neuen Würzburger Zeitung.

* **Weimar**, 20. Mai. Der Landtag nahm die Nordbundverfassung einstimmig, die Anträge Fries', die Diäten und Grundrechte betreffend, mit 22 gegen 5 Stimmen an.

* **Berlin**, 20. Mai. Die auf heute bestimmt gewesene Abreise des Kronprinzen nach Paris ist wegen Unwohlseins desselben verschoben worden. — Heute Mittag fand mehrstündiges Ministerconseil unter dem Vorsitz des Königs statt. Bismarck, welcher erst morgen früh zurückkehrt, war durch Costenoble vertreten. — Die „Kreuzztg.“ meldet: Der König reist am 3. Juni nach Paris ab. Der Kaiser von Rußland trifft am 1. Juni in Köln mit dem russischen Thronfolger zusammen zur Weiterreise nach Paris.

* **Wien**, 20. Mai. In der Reichsrathseröffnung wirft der Präsident des Herrenhauses Rückblicke auf die jüngsten schwerwiegenden Ereignisse, betont, für Oesterreich müsse neue staatsrechtliche Grundlage geschaffen, ungestörtes Verfassungsrecht erreicht werden, forderte innigste Vereinigung aller politischen Kräfte im Gedanken: Es gelte für Oesterreich's Macht zu wirken. Der Unterhauspräsident bezeichnet die Gleichberechtigung der Nationalitäten und Confessionen, die Durchführung eines ehrlichen Constitutionalismus, sowie des Ausgleichs mit Ungarn in einer beiden Reichshälften gerecht werdenden Form als schwierige Aufgabe des Hauses.

* **Paris**, 20. Mai. Die „Patrie“ erfährt, daß die Schwierigkeiten zwischen der Kommission und der Regierung beseitigt seien. Die Kommission nimmt die diesjährige Contingentsziffer von 800,000 Mann an, aber hält zugleich an dem Recht der Kammer fest, das Contingent für folgende Jahre zu bestimmen.

* **Paris**, 20. Mai. Der „Abendmoniteur“ meldet: Auf kaiserlichen Befehl hat der Kriegsminister beschlossen, die Militärloskaufstaxe von 3000 auf 2500 Francs herabzusetzen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger“ erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	68½ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62⅝ P.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55⅛—55 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	4½pCt.	41¼ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 P.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	94½ P.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	94⅛ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	91⅛ P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	91⅛ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	91 P. 90¾ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	93½ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Baden	4½pCt. Obl.	94 P.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	84¼ P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	93¾ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94¼ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	90¼ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½pCt. Obl.	81½ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2½pCt. „ „ „	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 G.
N.Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	78¼ G.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	77¾ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	129½ P. 129 G.
K. K. Oesterr. National-Bank Aktien	678 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	170½—71½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	91⅝ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. S. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	206 P. 205 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	327 P. 325 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	112 P. 110 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	151 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	88¾ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	107 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	48⅛ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	46 P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	116½ P. ¼ G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	116¼ P. ⅛ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	114¾ P. ⅛ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	62¼ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	70⅝ P. ⅜ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	119 P. 118¾ G.
„ do. v. 1864	75 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99¼ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	9¾ G.
Badische fl. 35	54 P. 53¾ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56½ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143½ P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35¼ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. ... b. R.	—
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100¼ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Thl. 60 k. S.	105¼ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97¼ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88¼ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅛ G.
London Lst. 10 k. S.	119⅜—½ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99⅞ P.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	93½ P. ⅛ G.
do. in öst. W. l. S.	93⅜ P.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 20. Mai. Die Woche eröffnete wie sie schloß, in vollständiger Geschäftsunlust und Stagnation der Course. Das vorhandene überflüssige Capital scheint nachgerade in Papieranlagen Verwendung gefunden zu haben und sich vielleicht auch der Industrie und dem Handel wieder mehr zuzuwenden, die Speculation ruht vollständig auf ihren Lorbeeren aus, bis eine neue „Frage“ im europäischen Frag- und Antwortspiel aufgegeben sein wird. Die Stimmung war auf Wiener Course eine Schwebung fester als gestern. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 141.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 22. Mai 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 20. Mai. Se. Majestät der König hat die kathol. Pfarrei Thannhausen, Bezirksamts Krumbach, dem Priester J. B. Foag, Pfarrer in Pfronten, Bezirksamts Füssen, übertragen und genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Kottingwörd, Bezirksamts Beilngries, von dem Bischofe von Eichstädt dem Priester Jos. Preißl, Pfarrer in Heldmannsberg, Bezirksamts Hersbruck, verliehen werde.

Der k. Forstgehilfe H. Horn zu Forthammer wurde zum prov. Forstwart in Maierhof, k. Forstamts Wunsiedel, ernannt.

Die kathol. Pfarrei Söchering, k. Bezirksamts Weilheim, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 656 fl. 27¼ kr. in Erledigung gekommen.

München, 20. Mai. Nachdem die allerhöchst genehmigten Erinnerungszeichen für die Civilärzte und Wundärzte, welche sich während der letzten Kriegszeit durch Behandlung verwundeter und kranker Militärpersonen verdient gemacht haben, dann für die hiebei verwendeten Assistenten gefertigt sind, hat die Uebersendung derselben an die betreffenden Regierungspräsidien behufs Abgabe an die betheiligten Aerzte, Wundärzte und Assistenten begonnen. (B. Z.)

München, 20. Mai. Se. Maj. der König hat der von dem Stiftsdekan bei St. Johann in Regensburg, bischöflichen geistlichen Rath Georg Schuhmann, mit einem Gesammtkapitale von 14,050 fl. für katholische Angehörige der Stadtpfarrei Sulzbach errichteten Stiftung unter dem Namen „Schuhmann'sche Stiftung" mit der Bestimmung eines Capitales von 3000 fl. zu einem Stipendium für einen Studirenden der Rechte oder der Medizin, von 4000 fl. zur Erziehung verwaister oder verwahrloster Kinder, von 2550 fl. zur Versorgung eines blinden oder taubstummen Kindes in einem Institute, von 4000 fl. zur Unterstützung alter und gebrechlicher Dienstboten, von 500 fl. zu einer Schulstiftung die landesherrliche Bestätigung ertheilt und genehmigt, daß die Schuhmann'sche Stiftung unter dem Ausdrucke der allerhöchsten Anerkennung der edlen und wohlthätigen Gesinnung des Stifters im Regierungsblatte bekannt gemacht werde. (B. Z.)

München, 19. Mai. Mehrere bayerische Blätter enthalten die Nachricht, daß zwischen den süddeutschen Staaten die Unterhandlungen im Gange seien, welche zu gemeinschaftlicher Vereinbarung jener engeren nationalen Verbindung mit Norddeutschland führen sollen, die der Prager Friede offen gelassen. Auf Grund von Erkundigungen an kompetenter Stelle glaube ich bestätigen zu können, daß diese Nachricht allerdings richtig, eine andere aber, welche von der Absicht des förmlichen Eintritts der Südstaaten in den norddeutschen Bund spricht, wenigstens vorläufig noch haltlos ist. Wenn die letztere Ansicht noch hinzufügt, die Erledigung dieser Angelegenheit müsse schon in den nächsten Monaten erfolgen, weil mit dem Monate Oktober die Zollverträge ablaufen und Preußen dann bestimmt bindende Erklärung über die Stellung der süddeutschen Staaten verlangen werde, so dürfte diese Schlußfolgerung schon um deßwillen unstatthaft sein, als seit den letzten Friedensverträgen die Zollvereinsverträge nicht mehr auf einen bestimmten Termin, sondern auf halbjährige Kündigung laufen. Aber auch wer den ganzen Eintritt der süddeutschen Staaten in den Bund für noch so wünschenswerth und dringlich hält, wird doch darüber sich kaum täuschen, daß so rasch und glatt derselbe sich nicht vollziehen werde: ehe wir dahin gelangen, müssen in den Kammersälen zu Stuttgart und München erst noch zwei entscheidende Siege erfochten werden. — Der Abg. Dr. Brater, welcher während des Winters seiner leidenden Gesundheit wegen im südlichen Frankreich und zuletzt in Botzen verweilte, ist jetzt, glücklicherweise sehr gekräftigt, hier eingetroffen, um an den Arbeiten des ständigen Ausschusses für die Gesetzgebung über Gemeinde-, Gewerbe-, Armenwesen u. s. w. sich zu betheiligen. Bekanntlich gilt Dr. Brater als Autorität auf diesem Gebiete. (Schw. Merk.)

Aus **Baden,** 18. Mai, wird dem „Pfälz. Kur." geschrieben: „Die Erklärung der elf Abgeordneten, welche einen Anschluß an den Nordbund bezweckt, hat mit wenigen Ausnahmen die Zustimmung der übrigen Kammermitglieder erhalten. Darüber ist natürlich ein Theil der Presse außer sich und schildert mit den düstersten Farben die Calamitäten und Gefahren der Nordbundsverfassung. Was die Schattenseiten der letzteren betrifft, so läugnet sie Niemand; allein alle Gegner in der Presse haben bis jetzt unterlassen, uns zu sagen, was die Südstaaten denn eigentlich sonst für einen Ausweg finden sollen, wenn sie der Gefahr entgehen wollen, Compensationsobjekt oder Tummelplatz antipreußischer Einflüsse zu werden. Sollen wir etwa das unglückliche Experiment machen, den todtgeborenen Südbund oder ein Parlament ad hoc oder sonst eine unglückliche Idee in's Leben rufen zu wollen, während wir schon jetzt mit Sicherheit wissen, daß dieses Experiment kläglich scheitern wird. Unter den Unterzeichnern der Erklärung, deren Zahl sich jetzt auf 53 beläuft, fin-

Feuilleton.

Dr. Gottfried Eisenmann.

Nekrolog.

Am 23. März 1867 verschied in den Mauern Würzburgs Dr. Gottfried Eisenmann, einer der edelsten Patrioten, ohne daß bis jetzt Ausführliches über dessen Leben und Wirken in der Tagespresse mitgetheilt worden wäre, zu deren mannhaftesten Vertretern er einst gehört hat. In unserer raschlebenden Zeit werden die verdientesten Ritter vom Geiste leicht vergessen, sobald sie sich eine Reihe von Jahren von dem Kampfplatze zurückgezogen haben, vergessen oft, wie ein früher von der Gunst des Publikums getragener Schauspieler. Es wäre dieses ein gerechtes Loos für jene, welche auch in der Politik eine Schauspielerrolle spielten; Eisenmann aber war ein abgesagter Feind jeder Zungenturnerei, sein Patriotismus wohnte nicht in seinem Munde und seinen Geberden, nein, er sprach und schrieb für des Volkes Rechte mit dem tiefen Ernste eines Börne, ja mit dem Blute seines Herzens und eine durch die blindeste Reaktion über ihn verhängte langjährige Gefangenschaft konnte zwar seine Körperkraft, nicht aber seinen Muth und seine Hoffnungen auf die Zukunft brechen. — Die zu dieser kleinen Biographie dienenden Notizen sind theilweise eigenhändigen Aufzeichnungen Eisenmann's, theilweise den in seinem Nachlasse aufgefundenen Dokumenten und Briefen, theilweise zuverlässigen Mittheilungen seiner Freunde und Arrestgenossen entnommen.

Es ist nicht am Platze, bei dieser Gelegenheit den sich auf rein medizinische Fragen beziehenden Theil seiner rastlosen Thätigkeit zu besprechen, wiewohl die Zeit noch nicht lange vorüber ist, in welcher der Name Eisenmann's zu den gefeiertsten in der medizinischen Wissenschaft gezählt wurde. Dennoch glauben wir, daß er in der Entwicklungsgeschichte des deutschen Verfassungswesens seinen durch ein langes Märtyrerthum geweihten Platz länger behaupten wird, als in der Medizin. In der Gefängnißzelle war ihm die direkte Beobachtung der Kranken unmöglich gemacht; aus seinem schöpferischen Gehirne war er genöthigt, auf dem Unterbaue des Schönlein'schen Systems, medizinische Neubauten aufzuführen, ohne das Material zu Einzelforschungen und hiermit die nothwendige Kontrolle zu besitzen. So kam es, daß der auch in der medizinischen Wissenschaft so verdiente Mann durch die nämliche Macht, welche seine politische Wirksamkeit lähmte, auch in seiner wissenschaftlichen Sphäre genöthigt wurde, sich vorzugsweise auf die Gewinnung neuer Gesichtspunkte und Ideen aus den Einzelforschungen Anderer zu beschränken. Wenn es in dem Leben dieses ungewöhnlich begabten Mannes überhaupt etwas zu entschuldigen gibt, so kann man dieses reichlich dadurch, daß er nicht auf dem Markte des Lebens, sondern so lange Jahre hindurch in einsamer Gefängnißzelle die Pathologie des Menschen und des Staates zu studiren gezwungen war.

Gottfried Eisenmann, ein Sohn achtbarer Bürgersleute, wurde am 20. Mai 1795 zu Würzburg geboren; früh hervortretende geistige Fähigkeiten führten ihn der wissenschaftlichen Laufbahn zu; schon im Jahre 1810 trat er vom Gymnasium auf die Universität seiner Vaterstadt über und wählte nach zurückgelegtem philosophischen Kursus

ben sich nicht allein sogenannte Gothaer, sondern auch solche Kammermitglieder, welche noch vor Monaten einem Anschluß an Preußen keineswegs hold gewesen sind, es finden sich darunter die meisten Mitglieder der Fortschrittspartei, die nie unterlassen haben, ihre unabhängige Ueberzeugung mit Konsequenz zur Geltung zu bringen, und die in allen inneren Fragen in Zukunft gerade so handeln werden, wie sie früher zu handeln gewohnt waren. Daß sie aber verhindern wollen, daß die süddeutschen Staaten planlos der Zukunft zusteuern, und in einer ewigen Hilfelosigkeit fort vegetiren gleich den am Styx umherirrenden Schatten der Verstorbenen, — das wird den badischen Abgeordneten sicher Niemand verübeln können. Die Gegner des Anschlusses bestehen aber aus den verschiedensten Elementen, und wir haben neulich berichtet, welche unerwarteten Autoritäten sehr undemokratischer Richtung jetzt auf gegnerischer Seite auf den Schild gehoben werden. Unbestreitbar ist aber, daß der Anschluß nicht allein in der Absicht der Abgeordneten, sondern auch eines großen Theils der Bevölkerung liegt. Es ist Thatsache, daß die Erklärung der elf Abgeordneten keineswegs ein in einzelnen Köpfen entstandenes Produkt ist, sondern daß eine derartige Erklärung nothwendigerweise erfolgen mußte, da von Seiten der Bevölkerung selbst vielfach der Wunsch angeregt war, sich endlich einmal offen auszusprechen, und die Meinung Vieler sich dahin äußerte, daß es vor Allem Sache der Volksvertreter sei, hierzu die Initiative zu ergreifen. Dagegen wird nun freilich eingewendet, die jetzige Kammer vertrete nicht die öffentliche Meinung im Lande, sie müsse aufgelöst werden. Gegen eine Kammerauflösung haben wir seit jeher nichts eingewendet, wie wir schon unzählige Male ausgesprochen haben, allein man würde sich unendlich irren, wenn man glauben würde, Neuwahlen würden jetzt eine südbündlerische Majorität zu Stande bringen."

Darmstadt, 20. Mai. Unsere zweite Kammer beschäftigt sich heute mit den Volksschulen. Der prinzipiell wichtigste Antrag des Ausschusses geht dahin, „da wo die lokalen Verhältnisse es erlauben und der Wille der Gemeinden nicht entgegensteht, die Confessionsschulen durch Communalschulen zu ersetzen." Sodann soll die Regierung ersucht werden, „die Lehrer gegen jede Anmuthung zu geistlichen Exercitien oder religiösen Handlungen, die nicht nach der Instruktion oder dem Wesen des Amtes zum Schul- oder Kirchendieneramt gehören, kräftig in Schutz zu nehmen." Ueber einen präjudiziellen Antrag des Abg. Hallwachs, diese Anträge an den Gesetzgebungsausschuß zu verweisen, damit eine reifliche Erwägung stattfinden könne, entspinnt sich eine längere Debatte, aus der wir nur hervorheben, daß Metz sich nicht der Vermuthung entschlagen kann, als ob dadurch die Sache „verschleppt werden solle", während Dernburg betont, daß die Kammer gewiß hinreichend konstruirt sei und eine spätere Abstimmung kein anderes Resultat, als eine heutige haben würde. Dümont und Wernher wahren dem Finanzausschuß das Recht, derartige Anträge zu stellen, die Kammer nimmt aber trotzdem den Hallwachs'schen Antrag an und wird damit faktisch die Erledigung einer Frage, über die unzweifelhaft jeder Gebildete schon seit Jahren ein ganz bestimmtes Urtheil hat, „verschleppt." Seitz stimmte mit der Minorität für sofortige Berathung, während der Regierungskommissär einige zweifelhafte Seelen für Vertagung gewann. (Fr. Z.)

Frankfurt, 18. Mai. Gestern hat das 51er Colleg abermals eine Sitzung gehalten, in welcher die Frage wegen Trennung des städtischen von dem Stadtvermögen ganz unerwartet eine friedliche Wendung genommen hat. Herr Regierungskommissär Hoffmann soll noch Conzessionen gemacht haben, die einen annähernd befriedigenden Ausgleich mit ziemlicher Sicherheit hoffen lassen. Es geht nun keine Deputation zum König, sondern man hat eine Denkschrift an das Ministerium abgeschickt, worin nachgewiesen wird, daß die Stadt große pecuniäre Verluste erleide, wenn die Regierung keine weiteren Zugeständnisse mache. Unser jährliches Deficit soll sich auf 200,000 fl. belaufen, und da die Stadt in den nächsten Jahren außerdem noch große Ausgaben für unumgänglich nöthige Bauten (Schulen, Kanalisation, Brücken rc.) bevorstehen, so wird man wohl zu einer Anleihe schreiten müssen. Es ist von einem Lotterie-Anlehen von 5 Mill. Gulden die Rede. — Ein Bamberger Schiffer, der eine schwarz-roth-goldene Flagge aufgehißt hatte, mußte diese gestern auf polizeiliche Weisung entfernen. — Wieder ist ein Majestätsbeleidigungs-Prozeß gegen einen hiesigen Bürger eingeleitet worden. Der vierte derartige Fall seit wenigen Wochen. (Pfz. K.)

Berlin, 19. Mai. Die „Allg. Ztg." und nach ihr mehrere andere Blätter bringen die Mittheilung aus Berlin, daß von Mitgliedern der Berliner Burschenschaft an die Straßburger Studenten eine Antwort auf die Friedensadresse ergangen sei, ja, sogar der Wortlaut der Adresse und die Zahl der Unterschriften wird ganz genau mitgetheilt. Die B. B.-Z." sieht sich jetzt im Stande, nach sorgfältiger und genauer Erkundigung die ausdrückliche Erklärung abgeben zu können, daß die ganze Nachricht sammt allen Spezialitäten vollständig erfunden ist. Die Berliner Burschenschaften werden sich in den nächsten Tagen selbst noch ausdrücklich dagegen verwahren. — Wie dasselbe Blatt berichtet, war auf Donnerstag Abend nach dem „Café de Bavière," Französischestraße 21, durch Anschlag am schwarzen Brett der Universität, also mit Erlaubniß des Rektors, eine Studentenversammlung ausgeschrieben worden, welche darüber berathen sollte, ob und in welcher Weise auf die bekannte Friedens-Adresse der französischen Studenten geantwortet werden sollte. Die Versammlung war jedoch, wahrscheinlich in Folge davon, daß sie in den Zeitungen gar nicht annoncirt war, so schwach besucht (es waren von circa 2000 Studirenden kaum 50 anwesend), daß die Versammelten sich nicht für kompetent erachteten, Namens der Berliner Studentenschaft irgend welche Beschlüsse zu fassen. Dazu kam, daß, wie sich erst im Laufe der Debatte in Folge der Interpellation eines Studirenden ergab, die Versammlung bei der Polizei nicht angemeldet war, daß also gegen das Vereinsgesetz verstoßen wäre, wenn man in den Verhandlungen fortgefahren hätte. Allerdings waren Einzelne, u. A. der Vorsitzende der Versammlung, der Ansicht, daß für Studirende die Erlaubniß des Rektors zu einer solchen Versammlung ge-

---

die Rechtswissenschaft als Fachstudium, welches durch die Freiheitskriege der Jahre 1813/15 unterbrochen wurde, während welcher wir ihn in den Reihen der Kampfgenossen finden. Nach der Befreiung deutscher Fürsten und Völker von der lange getragenen fremden Zwingherrschaft theilte er im Hinblicke auf die feierlichen Verheißungen der Fürsten die Begeisterung der deutschen Jugend für den Wiederaufbau des Reichs deutscher Nation in Freiheit und Einheit und diese Begeisterung nahm er mithinüber in das Mannesalter.

Im Jahre 1816 trat er zum Studium der Medizin über und erlangte im Jahre 1820 mit der Note: „ausgezeichnet" den Doktorgrad, im Jahre 1822 nach glänzend bestandenen Staatsexamen die Befugniß zur freien ärztlichen Praxis in Würzburg.

Als Student zählte er im Jahre 1818 zu den Begründern der Burschenschaft in Würzburg, auf welche er auch noch nach seinem Abgange von der Universität großen Einfluß übte. Die Einheit des großen deutschen Vaterlands, seiner ganzen Macht war das Idol der Jugend. Vom Jahre 1821 an begann er an einer im Entstehen begriffenen politischen Verbindung Theil zu nehmen und besuchte die Versammlungen zu Erlangen, Jena rc. rc. Diese Verbindung, welche sich seiner Ansicht nach und seinen Bestrebungen gemäß nur auf den Weg der Belehrung erstrecken sollte, um einer einstigen Einheit Deutschlands den Weg zu bahnen, erhielt aber wegen der Verschiedenheit der Meinungen niemals eine wirkliche Organisation. Als diese Verbindung thatsächlich sich gelöst hatte, hielten es mehrere deutsche Regierungen für geboten, eine strafrechtliche Verfolgung derselben einzuleiten. Bei dieser Veranlassung wurde Eisenmann zum erstenmale verhaftet und in das Untersuchungsgefängniß nach München geliefert, endlich aber im Mai 1825 seiner Haft wieder entlassen, nachdem das Appellationsgericht des Isarkreises die eingeleitete Untersuchung wegen Hochverraths wegen nicht genügender Begründung des Thatbestandes eingestellt hatte.

Während dieser seiner ersten Haft wurde Eisenmann human behandelt und der edel denkende König Max I. soll geäußert haben: „wenn Ihr die jungen Leute nicht bald fortschickt, so jage ich sie selbst hinaus." Eisenmann wurde aber wider alles Recht aus seiner Heimathsgemeinde Würzburg auf ein Jahr verbannt und zur Ausübung seiner Praxis nach Hammelburg verwiesen, erhielt jedoch schon vor Ablauf des Jahres von dem inzwischen zur Regierung gekommenen König Ludwig I. die Erlaubniß, nach Würzburg zurückzukehren. In Würzburg beschäftigte er sich sodann, schon damals vielfach durch Krankheit gestört, mit dem Studium und der Ausübung der Heilkunde.

Die in jener Zeit der Presse in Bayern gestattete, etwas freiere Bewegung veranlaßte Eisenmann gegen Ende des Jahres 1828 zur Gründung eines unabhängigen Journals, „das Volksblatt." Dasselbe hatte den Zweck, auf einen besseren Geschmack des Volkes zu wirken, weil zu jener Zeit die freie Presse weder ihre hohe Aufgabe noch die Grenzen der Journalistik zu erkennen schien, und die abscheulichsten Auswüchse wie Pilse hervorschossen, z. B. in Würzburg der reißende Teufel, der deutsche Michel. Das Blatt war bestimmt, zur humanen und politischen Bildung beizutragen, die Staatsregierung mit der öffentlichen Meinung bekannt zu machen, sie in ihren konstitutionellen Bestrebungen zu unterstützen, dagegen aber auch vorkommende Gebrechen im Staatshaushalte zu rügen und so zu der Entwicklung der Verfassung auf parlamentarischem Wege nach Kräften mitzuwirken. Das Blatt fand bald allgemeine Anerkennung und Verbreitung.

(Schluß folgt.)

nüge; verschiedene Präcedenzfälle jedoch, u. A. in Breslau und Königsberg, wie der Wortlaut des Vereinsgesetzes, gaben Anlaß zu dem baldigen Abschlusse der Verhandlung. Es wurde ein Komite eingesetzt, welches eine anderweite Versammlung ausschreiben soll. — Die Nachforschungen zur Ermittlung der Mörder des Bäckerlehrlings Corny, welche nahezu wegen Erfolglosigkeit eingestellt waren, sollen jetzt nach Mittheilung hiesiger Blätter neue Anhaltspunkte geliefert haben. — Auch die Urheberin des frechen, im Hotel des britischen Ambassadeurs Lord Loftus verübten Diebstahls soll nach der „B. B.-Z." ermittelt worden sein. — Wie das letzte „Wochenblatt des Nationalvereins" mittheilt, haben die preußischen Abgeordneten Dr. Joh. Jacoby und Frhr. v. Hoverbeck ihren Austritt aus dem Ausschusse des qu. Vereins angezeigt.

Berlin, 20. Mai. Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten wegen Rekonstruktion des Zollvereins werden bald beginnen. Wegen Mecklenburgs steht ein Nachgeben Frankreichs (in der bekannten Weinzollfrage) in Aussicht, folglich auch ein früherer Eintritt Mecklenburgs und Lübecks in den Zollverein, als angenommen wurde.

Dresden, 18. Mai. Ueber das Abrücken der k. preußischen Truppen aus dem Königreiche Sachsen gehen dem „Dr. J." folgende Mittheilungen zu: Die 2 Schwadronen des brandenburgischen Dragonerregiments Nr. 2 verlassen Pirna am 19. Mai und werden am 20. Mai (an welchem Tage auch die 3. Fußabtheilung des brandenburg'schen Artillerieregiments Nr. 3 von Dresden nach Jüterbogk abgehen wird), vereinigt mit den zur Zeit in Dresden garnisonirenden 2 Schwadronen desselben Regiments, nach Schwedt, ihrem früheren Standquartier, zurückkehren. Am 20. Mai verläßt der Stab, sowie das 1. und 2. Bataillon des 2. brandenburg'schen Grenadierregiments Nr. 12 Chemnitz. Das Füsilierbataillon rückt am 21. Mai von Wurzen nach Sorau. Das Leibgrenadierregiment Nr. 8 verläßt Dresden am 23. Mai. Das Gardegrenadierregiment „Königin Elisabeth" wird Dresden am 27. Mai verlassen.

Weimar, 17. Mai. Die gestrige Landtagssitzung war der Militär-Konvention gewidmet. Auf das Bedenken, daß die Ratifikation ohne Zustimmung des Landtags erfolgte, legte der Landtag aus formellen und materiellen Gründen, die Staatsminister v. Watzdorf entwickelte, kein Gewicht und genehmigte die Konvention und das derselben beigegebene Protokoll. Dem Lande werden durch diese Konvention bis 1874 nicht weniger als 700,000 Thaler erspart,*) ein Umstand, der gewiß geeignet war, einige formelle Bedenken in den Hintergrund treten zu lassen. Durch das eben erwähnte Protokoll wird bestimmt, daß Preußen auch diesseits die Organisation der Landwehr und die Aushebungsgeschäfte übernimmt, daß die Offiziere bis 1874 zur preußischen Armee gehören, daß alle Militärerlasse direkt vom Bundesfeldherrn erfolgen, daß der Fahneneid dem Könige von Preußen geleistet wird. Dagegen schwören die Offiziere: „Das Wohl und Beste des Kontingentsherrn zu fördern, Schaden und Nachtheile aber von Höchstdemselben und seinem Lande abzuhalten." Die Uniform ist die preußische, doch kann der Kontingentsherr Abzeichen bestimmen. Dem Kontingentsfürsten steht die Disziplinargewalt eines kommandirenden Generals zu, im Uebrigen waltet der militärische Instanzenzug. Das Begnadigungsrecht übt der König von Preußen, der etwaige Wünsche des Landesfürsten berücksichtigen will. In heutiger Sitzung erklärte der Minister weiter, daß der Freiwilligendienst wie in Preußen zur Einführung komme und daß es unzweifelhaft sei, daß nach Jena Garnison komme, um so den Studenten jenen Dienst zu erleichtern. (Frkf. Journ.)

Luxemburg, 18. Mai. Gestern Abend wurde der hiesige Gemeinderath zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenberufen, in welcher die Deputation der Stadt Bericht über das Resultat ihrer Reise nach dem Haag und zur Londoner Konferenz erstattete. Es geht aus demselben hervor, daß Prinz Heinrich, der Protektor von Luxemburg, die Deputation sehr wohlwollend empfing, ihr aber erklärte, eine Reise nach London sei überflüssig, da er Alles thun werde, was im Interesse der Stadt, das man irrthümlich für gefährdet erachte, geschehen könnte. Trotzdem ging dieselbe, wie schon gemeldet, hin, traf aber von allen Gesandten, welche sie aufsuchte, Keinen zu Hause (?!), außer den Baron v. Brunnow, den Bevollmächtigten Rußlands. Dieser war es denn auch, der die früher erwähnten, per Telegraph hieher gemeldeten Veränderungen zu Gunsten Luxemburgs in der Beschlußvorlage durchsetzte. Die eine bestand in der Aufrechterhaltung der Handelsfreiheit, die andern, wenn wir recht verstanden haben, in einigen Modalitäten in Betreff der Räumung und Schleifung der Festung. Lord Stanley empfing die Deputation bei einem zweiten Besuche ebenfalls in wohlwollender Weise, meinte aber doch, es müßten schon einige Sonderinteressen Luxemburgs verschwinden, wenn es sich um eine so große Sache handele. Der Gemeinderath dankte den Kollegen für ihre Bemühungen in dieser schweren Aufgabe. Indessen ist der eigentliche Zweck der Deputation doch nicht erreicht worden, denn es bestätigt sich, daß die Festung von Holland, auf Kosten des Großherzogthums Luxemburg, geschleift werden soll. — Man will bestimmt wissen, daß ein Theil der hiesigen Garnison (wie es heißt, das 88. Regiment) nach Rastatt bestimmt sei. (Frkf. Journ.)

Wien, 19. Mai. Admiral Tegetthoff wird bis zum Ablaufe seines Urlaubes, d. i. bis Ende Juli, in England verweilen, wo ihm sehr häufig und allerorts Ovationen dargebracht werden. — Wie man erfährt, erhielt der unter dem Regime Belcredi gemaßregelte Landeshauptmann von Vorarlberg, Statthaltereirath von Froschauer, jetzt die Mittheilung, daß eine kaiserliche Entschließung ihm seine volle Pension zusichere; dieser Akt erfolgte ohne Zuthun von Seite Froschauer's. (Fr.-Bl.)

Paris, 19. Mai. Die Militärfrage ist augenblicklich fast die einzige, welche unsere officiellen Kreise in Anspruch nimmt; der Widerstand des sonst so ergebenen gesetzgebenden Körpers hat dort viel böses Blut erregt. Doch dürfte es der Regierung, falls sie zu Neuwahlen schreitet, wohl nicht gelingen, einen gesetzgebenden Körper zu erzielen, der sich in dieser Hinsicht gefügiger zeigen würde. Daß man die Reorganisation der Armee, trotz der friedlichen Beilegung der luxemburger Affaire, energisch betreiben will, liegt auf der Hand. Nach den Instruktionen, welche der Kaiser in höchsteigener Person für das Lager von Chalons ertheilt hat, sollen keine großen Manöver ausgeführt, sondern die dort versammelten Truppen, welche dieses Jahr 100,000 Mann stark sein werden, an lange Märsche zu gewöhnen und auf schnelle Evolutionen einzuüben sein. Außerdem sucht man die stehende Armee in Algerien dadurch zu reduciren, daß man eine Art von Bürgergarde errichtet, die man aus den Colonisten bildet und die mit der Bewachung ihrer resp. Distrikte betraut werden würden. Man wird diese Organisation sofort in Ausführung bringen und hofft noch vor Ende dieses Sommers mit dieser neuen Institution so weit zu sein, daß man im Kriegsfalle einen großen Theil der afrikanischen Armee nach Frankreich zurückkommen lassen kann. — Es bestätigt sich, daß die Session des gesetzgebenden Körpers bis zum 19. Juli verlängert werden wird. (K. Z.)

Konstantinopel, 14. Mai. Ein Telegramm aus Kandia, das vorgestern die englische Botschaft erhielt, meldet, daß der große Angriff, welcher unter dem Befehl Omer Paschas gegen die Sfakia ausgeführt werden sollte, dreimal von den Aufständischen zurückgewiesen worden sei. Die türkische Regierung habe sich nunmehr zur Verkündigung folgender Reformen bereit erklärt: 1) Verbesserung des Finanzsystems, 2) Errichtung eines neuen Staatsraths, 3) Reorganisation der Militärschulen, 4) Umwandlung aller Provinzen in Evalets, 5) Zugeständniß des Grundbesitzes an die Fremden, 6) Reform der Verordnungen über die Verwaltung der Kirchengüter, 7) Verbesserungen im Prozeßverfahren.

Aus **Kanea,** 7. Mai, bringt die letzte Levantepost folgenden Bericht: Im Laufe dieser Woche setzte Omer Pascha seinen Marsch fort, in Apocorono (über Trifes, Prosnero) nach Episcopy (bei Armiro Bay). Die Dörfer Dramia, Episcopy, Karoß ꝛc. wurden von Paschibozuks, die von Rythima kamen, geplündert und eingeäschert. Auf kaum eine Stunde von Kanea hat ein heftiger Kampf stattgefunden, der den ganzen 29. April währte und mit beiderseitigem Rückzug endete. Der Kampf drehte sich um den Besitz des Dorfes Keramia. Nach Beendigung des Kampfes kehrten die Türken nach Kanea zurück und die Griechen besetzen Keramia. Omer Pascha's Hauptquartier ist in Episcopy (bei Armiro Bay). Man erwartet stündlich die Nachricht, daß der Serdar die Defileen von Askifo und Kalikraty, welche von 6000 Insurgenten vertheidigt sind, angegriffen. Der Aufstand ist im jetzigen Moment auf dem höchsten Punkt angelangt und es ist sehr zu bezweifeln, daß Omer Pascha, trotz Energie und Talent mehr ausrichten wird, als Mustapha Pascha. Ungenügende Streitkräfte, größtentheils Raubgesindel, Bedrückung in Verfolgung derjenigen, die sich ergeben, schlechte Bewachung der Küste von Seite der Flotte haben den Aufstand wirklich zu einer Bedeutung gebracht, an die die Führer bei Beginn gar nicht zu hoffen wagten. Bei Keramia kommandirte Haggy Michalis von Seite der Griechen (500 Mann) und Hassan Pascha von Seite der Türken 4 Bat. à 400 Mann. In Sfakia steht Koroneo, Zimberkali in Petropoulaky.

New-York, 3. Mai. Während Senator Wilson und andere radikale Kongreßmänner den Süden bereisen, Meetings veranstalten, die Neger bearbeiten, kurz Alles thun, um eine möglichst starke Partei

*) Die zwischen der Krone Preußen und den acht thüringischen Regierungen, welche seither die Bundes-Reserve-Infanterie-Division gebildet haben, abgeschlossenen Militärconventionen bestimmen bekanntlich, daß von letzteren Staaten statt des in der norddeutschen Verfassung bestimmten Satzes von 225 Thlrn. per Kopf jährlich zunächst nur 162 Thlr. bezahlt und in sieben Jahren je 9 Thlr. zugelegt werden sollen, bis der Bundesverfassungssatz erreicht ist.

zu bilden und bei den Wahlen, wenn irgend thunlich, zu siegen, gefällt sich die Militärherrschaft, die einstweilen dort am Ruder ist, gelegentlich in Willkürlichkeiten, auf die das freie Amerika in jedem anderen Staate mit Fingern deuten würde. Das Löschkorps von **Charleston** feierte jüngst sein Stiftungsfest durch eine Parade. Als der Festzug geordnet und aufgestellt war, bereit zum Abmarsche, überbrachte eine reitende Ordonnanz einen Befehl vom Kommandirenden des Distriktes, General Sickles, des Inhaltes: der General habe in Erfahrung gebracht, daß unter den im Zuge getragenen Fahnen das nationale Banner fehle. Da Aehnliches auch bei einer früheren Parade der Fall gewesen, so lasse sich daraus eine absichtliche Mißachtung erkennen. Derartige Unloyalität dürfe nicht geduldet werden, und deßhalb sei hiermit befohlen, an der Spitze des Zuges das nationale Banner, unter Begleitung einer Ehrenwache, zu tragen und dasselbe beim Vorbeimarsche vor den die Revue abhaltenden Persönlichkeiten aufzupflanzen. Jeder Mann, der vor demselben vorbeiziehe, habe drei Schritte vorher Hut oder Mütze abzuziehen und dürfe nicht eher wieder sein Haupt bedecken, bis er drei Schritte darüber hinaus sei. Den Schluß bildete die bestimmte Ordre, jeden, der dieser Weisung nicht nachkomme, zu verhaften. Eine so kategorische Verordnung ließ keine Contravention aufkommen, und die amerikanischen Bürger wandelten unter ihrem Drucke entblößten Hauptes vor dem Sternenbanner vorüber. Auch der amerikanischen Presse ist stellenweise ein ungewohnter Zügel angelegt worden. Der Commandeur des ersten Distriktes, der Virginien einschließt, General Schofield, ließ dem Redakteur der „Richmond Times" eine Mittheilung zugehen, worin es, nach einem Hinweis auf einen bestimmten Artikel, den der General als „unerträgliche Beleidigung der Soldaten der Union" bezeichnete, hieß: dergleichen Manifestationen würden in Zukunft nicht mehr geduldet werden, und er hoffe, daß diese Warnung genüge. Das entschiedene Auftreten des genannten Offiziers hat übrigens dort auch den Erfolg gehabt, daß die Farbigen nicht länger von den Straßen-Eisenbahnen auf bestimmte Coupés eingeschränkt werden. Einzelne Wagens sind für Damen und Kinder bestimmt, sonst aber werden jetzt die Passagiere „ohne Unterschied der Farbe und Race" befördert.

Mexiko. Das Reich Maximilians ist zu Ende, er selber verschollen; so melden die letzten Nachrichten aus Mexiko über New-Orleans vom 2. Mai. Porfirio Diaz ist im Besitz eines Theils der Stadt Mexiko, sein Hauptquartier im Kloster Santo Domingo. Zwei Seiten des großen Hauptplatzes werden noch von den Kaiserlichen vertheidigt. Inzwischen litten die Belagerten in Querétaro buchstäblich Hunger; dem General Zabera gelang es, sich mit einem kaiserlichen Corps durchzuschlagen. Die Juaristen sammelten sich von verschiedenen Seiten vor Querétaro und lieferten eine Schlacht, die mit der Einnahme der Stadt und mit der, wie es scheint, entscheidenden Niederlage der Kaiserlichen endete. Miramon starb an den Wunden, die er in den letzten Gefechten erhalten; mit ihm sank die letzte Hoffnung des Kaiserreichs, nachdem auch Marquez von Diaz vollständig aufgerieben. Maximilian wurde in der eroberten Stadt vergebens gesucht; die einen vermutheten, er sei auf der Flucht und suche verkleidet die Küste zu gewinnen, die andern, daß er sich noch in der Stadt versteckt halte. Ueber das Loos des Kaisers ist man bei der Wuth der Liberalen sehr in Besorgniß, auch in Washington, wo man noch keine Nachricht hat, daß der Bote, den Seward mit Fürsprache für Max zu den Juaristen gesandt hat, dort angekommen sei.

Neueres.

Madrid, 18. Mai. Fünfhundert Ausgewanderte haben die Amnestie angenommen und sind in Irun angekommen. Der Gouverneur von Madrid macht durch Anschlag bekannt, daß das Gerücht von Unruhen in Barcelona grundlos sei.

Florenz, 19. Mai. Der König ist heute nach Turin gereist. Die „Opinione" schreibt: Der König hat diesen Morgen die Abordnung der Kammer empfangen, welche ihm zu der Heirath des Prinzen Amadäus Glück wünschte und für den Nachlaß von 4 Mill. von der Civilliste dankte. Der König unterhielt sich mit der Deputation über die Lage Italiens und Europas, äußerte seine Freude über den Abschluß des Londoner Vertrags und sagte: er sei glücklich, daß Italien daran Theil genommen. Gleichwohl, fuhr der König fort, darf man sich keinen Täuschungen hingeben, es könnten andere Verwicklungen aufsteigen und unvorhergesehene Ereignisse. Wir wären glücklich, wenn es uns in dieser Friedensperiode gelänge, unsere Finanzen zu reorganisiren. Um die Lage zu verbessern, bedarf es nur des Muths und der Ausdauer.

Bombay, 29. April, **Calcutta,** 23. April. Der englische Resident in Birmah überreichte dem Könige ein Schreiben des ostindischen Vicekönigs, welches den König vor den Folgen der von ihm eingeschlagenen Politik warnt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$68^{1}/_{4}$ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$62^{3}/_{8}$—$^{1}/_{2}$ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$55^{1}/_{4}$—$^{1}/_{2}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	$4^{1}/_{2}$pCt.	42 G.
Preussen	$3^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101[illegible] P.
„	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 P.
„	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$94^{5}/_{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	91[illegible] G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	91 P. $90^{1}/_{4}$ G.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93^{1}/_{4}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	82 G.
Baden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$95^{3}/_{8}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$93^{3}/_{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$95^{1}/_{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$90^{3}/_{8}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	83 P.
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl.	81 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2^{1}/_{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84^{3}/_{4}$ P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2^{1}/_{2}$	79 P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	$77^{3}/_{4}$—$^{7}/_{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$129^{1}/_{2}$ P. 129G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	684 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	173—[illegible] G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$91^{1}/_{2}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$205^{1}/_{2}$P. 205 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	326 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	110P. $109^{1}/_{2}$ G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	209—10 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	110 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$151^{1}/_{2}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	$107^{3}/_{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$48^{3}/_{4}$ P. $^{1}/_{2}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$45^{1}/_{4}$ G.
Bayer. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	116[illegible] P. $^{1}/_{2}$ G
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	$116^{1}/_{4}$ P. $^{1}/_{4}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^{1}/_{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94[illegible] G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$105^{1}/_{4}$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^{5}/_{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^{1}/_{2}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105^{1}/_{4}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119^{3}/_{8}$—$^{1}/_{2}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^{7}/_{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^{5}/_{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$93^{1}/_{2}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$93^{1}/_{2}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	$113^{3}/_{4}$ G.
„	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	61 G.
„	fl. 500 v. 1860 6/7	$71^{1}/_{4}$—$^{1}/_{2}$ G.
„	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$119^{1}/_{4}$ P.
„	do. v. 1864	76[illegible] G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.		$99^{1}/_{4}$—$^{3}/_{8}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose		10 G.
Badische fl. 35		54 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.		56 P. $55^{3}/_{4}$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.		$143^{1}/_{2}$ P.
„ fl. 25 do.		—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.		$35^{1}/_{4}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.		—
Neuchateler 10 Frs.-Loose		—
Freiburger 15 Frs. Loose		—
Mailänder 45 Frs. . . b. R.		—
St. Lüttich mit $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.		—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.		—

Frankfurt, 21. Mai. Für österreichische Spekulationspapiere war heute eine animirtere Stimmung, als in den letzten Tagen, ebenso für 1882er Bonds und fanden in beiden lebhaftere Umsätze zu steigenden Coursen statt. Süddeutsche Papiere dagegen waren sehr still und die Course eher weichend. Als neues Effekt hat man wieder an die Börse Staatsbahnaktien gebracht, in denen vor zehn Jahren hier gehandelt wurde. Wenn man denn doch neue Papiergattungen einführen will, so empfehlen sich Weltpapiere, die auf fast allen Börsen gehandelt werden, wie z. B. eben Staatsbahn, italienische Rente oder Lombarden jedenfalls besser, als Experimente mit Siebenbürgern, die einen sehr beschränkten Markt haben und den Besitzern, wenn das Consortium einmal seine Aktien abgesetzt hat, nur ein uncoulantes Papier in Händen lassen. Es wurden ziemliche Posten Staatsbahnaktien gehandelt. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 142. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 23. Mai 1867.

Zur Lage.

Die Ratifikationen des Londoner Vertrages sollen schon nächster Tage ausgetauscht werden, und damit würde die eigentliche Aufgabe der Konferenz beendigt sein. Dann wird wahrscheinlich auch die Veröffentlichung der Vertragsbestimmungen erfolgen, über welche noch hie und da vereinzelte nachträgliche Mittheilungen auftauchen. So erfährt die „Indep. belge", es sei zu dem Artikel über die Neutralisation Luxemburgs eine besondere Erklärung beigefügt und von allen Konferenzmitgliedern unterzeichnet worden, kraft welcher jener Artikel durchaus nicht die Bedeutung habe, daß hierdurch das Recht der andern Mächte, ihre Festungen und sonstigen Vertheidigungslinien im guten Stande zu erhalten und nöthigenfalls zu verbessern, beeinträchtigt werden solle.

Mit einer auffälligen Beharrlichkeit erhält sich die Nachricht, daß die englische Regierung bei den Großmächten Vorschläge wegen einer allgemeinen Entwaffnung gemacht habe. Wir müssen wiederholen, daß in Berlin darauf bezügliche Anträge nicht gestellt worden sind, auch nicht gestellt werden konnten, da die preußische Armee in keiner Weise den Friedens-Etat überschritten hat. Dagegen melden verschiedene Blätter, die „Köln." und „Augsburger Ztg.", daß in Frankreich die Rüstungen noch nicht eingestellt sind, um, wie es heißt, „die Lücken im Heere mit Eifer auszufüllen." Durch diesen Umstand dürfte auch die mißmuthige Sprache der Mehrzahl der Pariser Journale erklärt werden können, in denen das Vertrauen in den Frieden noch immer nicht rechte Wurzel fassen will. Einzelne Blätter, u. A. die „France" spielen sogar bereits darauf an, daß möglicherweise in kurzer Zeit andere Fragen erstehen dürften, welche den Frieden in noch höherem Grade bedrohen würden, als dies bei der Luxemburger Frage der Fall war. Dabei deuten einige Journale auf Nordschleswig, andere auf Süddeutschland, als ob dies in allem Ernste Angelegenheiten wären, in denen Frankreich ein Wort mitzusprechen hätte. Die öffentliche Meinung in Frankreich würde sich indessen durch diese Wühlereien, welche eine speciellere Beantwortung wahrlich nicht verdienen, höchst wahrscheinlich nur in geringem Grade beeinflussen lassen, wenn nicht andere Eindrücke Besorgniß erregen würden. So ist man in Paris nicht wenig befremdet durch die Thatsache, daß die Majorität der Bureaus des Korps legislativ auf Nichtzulassung der Picard'schen Interpellation wegen Herabsetzung der Loskaufstaxe erkannt hat. Es ist öffentliches Geheimniß, daß die Bureaus dem Wunsche der Regierung gemäß gehandelt haben, und man fragt sich verwundert, welche Motive das Ministerium wohl jetzt noch haben könne, seine Anschauungen über die das Land so sehr interessirende Maßregel demselben vorzuenthalten.

Das Mißtrauen ist aber nicht blos in Frankreich heimisch, es überwiegt auch in Italien und hat vor wenigen Tagen in einer Aeußerung des Königs Victor Emanuel einen beredten Ausdruck erhalten. Der König, der am 19. von Venedig nach Turin gekommen, hatte dort eine Parlaments-Deputation empfangen, die ihn zur Vermählung des Prinzen Amadäus beglückwünschte und für den Verzicht auf einen Theil der Civilliste den Dank Italiens aussprach. In seiner Erwiederung soll nun der König, wie die „Opinione" berichtet, über die Stellung Italiens in Europa gesprochen und dabei geäußert haben, er freue sich über das Zustandekommen des Londoner Vertrags und darüber, daß Italien an diesem Werke Theil genommen habe, er glaube jedoch, daß man sich nicht in Illusionen wiegen dürfe, da andere Verwickelungen und unvermuthete Ereignisse eintreten könnten. Italien würde sich glücklich schätzen müssen, wenn es ihm bis dahin gelänge, seine Finanzen in Ordnung zu bringen. (N. A. Z.)

(Militärdienstesnachrichten.) **München**, 21. Mai. Se. Maj. der König hat nachstehende Versetzungen genehmigt, und zwar: der Hauptleute: M. Häusler vom 2. Jäger-Bat. zum 15. Inf.-Reg., J. Curtius vom 6. zum 2. Jäger-Bat., B. Safferling vom 11. Inf.-R. zum 8. Jäg.-Bat., M. v. Hann vom 2. Jäger-Bat. zum 12. Inf.-Reg., F. v. Schelling vom 3. Jäger-Bat. zum 11. Inf.-Reg., Th. Gröbl vom 6. Inf.-Reg. zum 3. Jäger-Bat., L. Möllinger vom 15. Inf.-Reg. zum 8. Jäger-Bat., O. Kolb vom 14. Inf.-Reg. zum 2. Jäger-Bat., H. Zimmer vom 12. Inf.-Reg. zum 1. Jäger-Bat., J. Rohe vom 5. Inf.-Reg. zum 5. Jäger-Bat., L. Fürst vom 3. Inf.-Reg. zum 7. Jäger-Bat., W. Graf v. Butler-Haimhausen vom 8. Inf.-Reg. zum 3. Jäger-Bat. und J. Kefer vom 15. Inf.-Reg. zum 2. Jäger-Bat.; der Oberlieutenants: A. Grünwald vom 4. Jäger-Bat. zum 1. Inf.-Reg., E. Wölfle vom 15. Inf.-Reg. und Th. Gulielmo vom 2. Inf.-Reg. zum 4. Jäger-Bat., G. v. Schab vom 10. Inf.-Reg. zum 1. Jäg.-Bat., E. Abel vom Inf.-Leib-R. zum 8. Jäg.-Bat., F. Frhr. v. Feilitzsch vom 4. Inf.-Reg. zum 6. Jäger-Bat. und F.

Feuilleton.

Dr. Gottfried Eisenmann.

Nekrolog.

(Fortsetzung.)

Inzwischen hatte die in Frankreich ausgebrochene Julirevolution ihre zündenden Blitze auch nach Deutschland gesendet, wo das durch die Reaktion lange niedergehaltene politische Leben neu erwachte und das Selbstbewußtsein der Völker von einem Lichtstrahle durchdrungen wurde. Von den tiefen Schäden des Gemeinwesens wurde mit ungewohnter Energie gesprochen, und auch das Volksblatt blieb von dieser Bewegung nicht unberührt, wenn es gleich die Grenzen der Gesetzlichkeit niemals überschritten hat. Nachdem aber die anfängliche überraschende Bereitwilligkeit der Fürsten, den Forderungen der Zeit entgegenzukommen, einer zweiten Reaktion Platz gemacht hatte, griff diese mit eiserner Faust nach den Männern, welche für die Volksrechte sich erhoben hatten.

Aus den Artikeln des „Volksblattes" wurde eine Anklage wegen Hochverraths gegen Eisenmann geschmiedet; im September 1832 wurde er, obwohl schwer krank, verhaftet und nach München in das Gefängniß abgeführt, wo er eine sehr harte Untersuchungshaft zu bestehen hatte, die sich bis zum Dezember des Jahres 1836 hinauszog. Er wurde schlüßlich zur Leistung der Abbitte vor dem Bildnisse des Königs und zum Zuchthause auf unbestimmte Zeit verurtheilt.

Diese Verurtheilung des schuldlosen Mannes mögen die Richter verantworten, welche daran Theil genommen haben. Eisenmann selbst hat milde über seine Feinde geurtheilt und ihre Verfolgungen mehr auf Rechnung der Verirrungen des menschlichen Geistes gesetzt, welche Zeiten politischer Erregtheit immer im Gefolge haben.

Eisenmann war ein grundsätzlicher Vertheidiger der repräsentativen Monarchie, wie aus allen Nummern seines Volksblattes hervorgeht, dessen Spalten ebenso dem Republikanismus wie dem Aristokratismus verschlossen waren. Die ganze politische Sünde dieses mißhandelten Patrioten beruhte in dem Bestreben, in den Einzelstaaten dem unverantwortlichen, erblichen Königthume einen mit ausreichenden konstitutionellen Befugnissen ausgestatteten Landtag mit einer Kammer zur Seite zu stellen. Das Heil Deutschlands suchte er in der Herstellung eines monarchisch-repräsentativen Bundesstaates, mit der den bestehenden Verhältnissen entsprechenden Gliederung, wobei natürlich den Einzel-Souveränitäten die unabweislichen Opfer, um eine starke Centralgewalt zu gründen, nicht erspart werden sollten.

Wir haben unterlassen zu sollen geglaubt, weitläufig auszuführen, wie Eisenmann eine Zeitlang der Gnade seines Monarchen sich erfreuen konnte, daß ihm gestattet war, jede Nummer seines „Volksblattes" unter Couvert dem Könige einzusenden, daß ihm durch eine Mittelsperson die Verleihung des Physikats der Stadt Würzburg versprochen wurde, wenn er dem „Volksblatte" eine der Regierung günstigere Richtung geben wolle, daß er auf Verlangen einen Plan zu einer die Interessen der Regierung vertretenden Staatszeitung vorlegte, welcher höchsten Orts Anklang fand, daß man ihm die Redaktion einer solchen übertragen wollte, was Alles Eisenmann ablehnte, um sich die

Urban vom 11. Inf.-Reg. zum 8. Jäg.-Bat.; der Unterlieutenants: X. Bauer vom 6. Jäger-Bat. zum 6. Inf.-Reg., J. Ritter v. Stubenrauch vom 8. Inf.-Reg. zum 2. Jäger-Bat., Chr. Geyer vom 11. Inf.-Reg. zum 3. Jäg.-Bat., M. Ritter v. Appell vom 3. Inf.-Reg. zum 1. Jäger-Bat., A. Schmid vom 3. Inf.-Reg. zum 4. Jäg.-Bat., M. Narbolz vom 15. Inf.-Reg. zum 3. Jäg.-Bat., A. Kaiser vom 10. Inf.-Reg. zum 7. Jäger-Bat., W. Frhr. v. Jeetze vom 4. Jäger-Bat. zum 1. Inf.-Reg., B. Emonts vom 6. Inf.-Reg. zum 5. Jäg.-Bat., H. Dolles vom 3. Jäg.-Bat. zum 10. Inf.-Reg., J. Albert vom 1. Jäger-Bat. zum 3. Inf.-Reg., F. Döderlein vom 7. Inf.-Reg. zum 8. Jäg.-Bat., F. Adam vom 4. Jäg.-Bat. zum 1. Inf.-Reg., A. Sebald vom 6. Jäger-Bat. zum 7. Inf.-Reg., A. Knocke vom 6. Jäg.-Bat. zum 5. Inf.-Reg., A. Müller vom 1. Inf.-Reg. zum 4. Jäger-Bat., A. Pbyldius vom 4 Inf.-Reg. zum 6. Jäger-Bat., C. Spegg vom 4. Inf.-Reg. zum 8. Jäger-Bat., J. Steinweg vom 4. Inf.-Reg. zum 3. Jäger-Bat., R. Reisenegger vom Inf.-Leib-Reg. zum 4. Jäger-Bat., B. Baumgärtner vom 13. Inf.-Reg. zum 1. Jäger-Bat., J. Dörner vom Infanterie-Leib-Regiment zum 2. Jäger-Bataillon., C. Kellner vom 4. Jäger-Bat. zum 2. Inf.-R., J. Hofbauer vom 3. Inf.-Reg. zum 2. Jäger-Bat. und J. Haumann vom 7. Inf.-Reg. zum 4. Jäg.-Bataillon.

Se. Maj. der König hat den Unterlieut. E. Stengel vom Inf.-Leib-Reg. in Folge Erkenntnisses des General-Auditoriats als Revisionsgerichts der Armee zur Strafe entlassen; den Unterlieut. O. Frhrn. v. Esebeck vom 2. Kür.-Reg. zur Garn.-Comp. Königshofen versetzt; den Oberstlieut. Hugo Bosch vom 4. Chev.-Reg. auf zwei Jahre in den Ruhestand versetzt; den Major A. Reisner Frhrn. v. Lichtenstern vom 2. Uhl.-Reg. zum Oberstlieutenant im 4. Chev.-Reg. befördert; dem Regimentsaktuar J. Müller vom 12. Inf.-Reg. die nachgesuchte Enthebung von der Charge bewilligt; den temporär pens. Hauptmann J. Grafen v. Hirschberg bleibend im Ruhestand belassen; den Hauptmann A. Königsberger vom Geniestabe und den Regimentsarzt Dr. E. Hofmann vom Festungs-Gouvernement Landau in den Ruhestand versetzt; den Regimentsarzt Dr. J. Streeb von der Commandantschaft der Veteranen-Anstalt zum Festungs-Gouvernement Landau und den Bataillonsarzt Dr. W. Holzapfel vom 3. Chev.-Reg. zur Commandantschaft der Veteranen-Anstalt versetzt; den temporär pens. charakt. Major Th. Dichtel ohne weitere Zeitbestimmung im Ruhestand belassen; das Dienstestauschgesuch der Oberlieutenants Fr. Spruner v. Merz, bisher Reg.-Adjutant, vom 4. Chev.-Reg. und W. Frhrn. v. Schacky auf Schönfeld vom 2. Uhl.-Reg. genehmigt.

München, 20. Mai. Ein sich für gut unterrichtet ausgebender Korrespondent der „Augsburger Abendzeitung“ vom 18. Mai 1867 behauptet zu wissen, daß über die Modalitäten des Eintritts der Südstaaten in den norddeutschen Bund Unterhandlungen im Gange seien, und daß dieser Eintritt alsbald nach Publikation der Verfassung des norddeutschen Bundes zu erwarten stehe. Wir wissen nicht, ob diese Nachricht auf Mißverständniß oder absichtlicher Unwahrheit beruht; wir wissen aber, daß sie thatsächlich unbegründet ist. Daß die in Art. 79 der Verfassung des norddeutschen Bundes und Artikel 4 des Prager Friedens vorbehaltenen Verhandlungen über Anknüpfung nationaler Beziehungen der süddeutschen Staaten zu dem norddeutschen Bunde stattfinden werden, ist kaum zu bezweifeln und mögen wohl über die bei diesen Verhandlungen festzuhaltenden Grundlagen schon jetzt Unterhandlungen zwischen den süddeutschen Staaten stattfinden. Der Gedanke des Eintritts Bayerns in den Nordbund dagegen besteht nur — in dem Kopf jenes Korrespondenten. (Bayer. Ztg.)

** **München,** 20. Mai. Der Gesetzgebungsausschuß setzte in seiner heutigen Sitzung die Berathung und Beschlußfassung über die Bestimmungen im Rangordnungsverfahren fort. Zu den Art. 975—978, welche die Normen bei entstandenen Streitigkeiten enthalten, lagen neue Vorschläge der k. Staatsregierung vor. Der Ausschuß trat denselben im Wesentlichen mit einigen in Folge früherer Beschlüsse nothwendigen Aenderungen bei. Ebenso wurde in Konsequenz dieser Beschlüsse ein Artikel zu Art. 961 und einer zu Art. 945 als Art. 961 a und 945 a hinzugefügt und im Art. 928 Ziff. 3 die Fassung in Uebereinstimmung hiemit gebracht. Die Art. 979 bis 982 regeln den Abschluß der Rangordnung und wurde der Abs. 1 des Art. 979 gestrichen; Abs. 2 des Entwurfs aber als Abs. 1 des Art. 980, Abs. 1 des Art. 980 nach dem Entwurfe als Abs. 2 desselben mit einem neuen Zusatz, den frühere Beschlüsse bedingten, ebenso Abs. 3 im Wesentlichen nach dem Entwurfe angenommen, womit die Sitzung schloß.

Berlin, 20. Mai. Die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten wegen Rekonstruktionen des Zollvereins dürften, wie man glaubt, mit Rücksicht auf die in nicht ferner Zeit bevorstehende Verkündung der norddeutschen Bundesverfassung bald beginnen, und vielleicht sind die vorläufigen ersten Einleitungen dazu schon getroffen. Eine vorgängige Kündigung der Verträge, wovon früher hin und wieder gesprochen wurde, wird wohl nicht nothwendig erscheinen. Dagegen ist gewiß wünschenswerth, daß die Ungewißheit, welche jetzt in den gewerblichen Verhältnissen durch die temporäre Dauer des Vereins von sechs Monaten zu sechs Monaten erzeugt wird, so bald wie thunlich aufhöre. Daß die süddeutschen Staaten dazu bereitwillig die Hand bieten werden, darf sicherlich mit Bestimmtheit erwartet werden. Im Parlamente hatte Graf Bismarck für die weitere Entwicklung der Angelegenheit eine Absendung von süddeutschen Abgeordneten ad hoc, die alsdann gemeinsam mit norddeutschen eine Art Zollparlament bilden würden, in Aussicht genommen. Diese Phase mag noch nicht in nächster Zeit bevorstehen, aber wenn sie in Angriff genommen wird, dürfte die Haltung der süddeutschen Regierungen ein besonderes Interesse darbieten und es sich zeigen, ob das officielle Süddeutschland wirklich, wie man hier und da vermuthen will, mit dem Zurückweichen der Kriegsgefahr dem Nordbunde gegenüber selbst auf dem Gebiete der materiellen Interessen wieder spröde geworden ist. Die letzteren werden das wohl auf die Dauer kaum zulassen. Im Uebrigen soll wegen des bekannten Verhältnisses zu Mecklenburg eine Conzession Frankreichs zu gewärtigen sein. Mecklenburg wird danach wahrscheinlich früher, als gewöhnlich angenommen wurde, in den Zollverein gemäß der Bundes-Verfassung eintreten, und in Folge dessen auch Lübeck, von welchem es geheißen hatte, daß es seiner Lage nach kaum früher als Mecklenburg seinen Eintritt in den Zollverein bewerkstelligen könnte. — Die Annahme der Bundes-Verfassung in Weimar mit Einstimmigkeit und der Grundrechte wie der Diätenbewilligung mit einer großen Majorität wird bei der Verkündung der Verfassung von Seiten der weimarischen Regierung kein Hinderniß bereiten, nach

---

Unabhängigkeit zu bewahren. Auch wollen wir übergehen, was dem „Volksblatte“ durch eine verschärfte Censur weiter widerfuhr, bis es endlich ganz unterdrückt wurde.

Eisenmann wurde zur Erstehung seiner Strafe auf die Veste Oberhaus bei Passau, später auf die Veste Rosenberg bei Kronach gebracht.

Bis zum Jahre 1841 fanden alle Bemühungen seiner Freunde, die harte Behandlung desselben auf der Veste Oberhaus zu mildern, kein gnädiges Ohr; erst vom Jahre 1841 an wurde er menschlicher behandelt und endlich im Jahre 1847 durch die Gnade des Monarchen aus der langjährigen Gefangenschaft entlassen, ein kranker, körperlich gebrochener Mann.

Unseres Wissens war Eisenmann nicht zu vermögen, selbst um seine Begnadigung nachzusuchen; in öffentlichen Blättern wurde mehrmals darum petitionirt. Wir lassen unten eine von dem Hrn. Prof. Klenke zu Braunschweig herrührende an den König von Bayern gerichtete poetische Epistel abdrucken, weil solche auf Eisenmann's Begnadigung Bezug haben soll.

Für Eisenmann.

Wenn der Arzt im tiefen Schachte seiner ernsten Wissenschaft,
Mit dem Grubenlicht des Geistes, mit des Willens bester Kraft,
Suchet nach der Wahrheit Golde, nach der Weisen Zauberstein,
Dann erblicket oft sein Auge eines Andern Lampenschein.
Tief im Innern dieses Schachtes, wo erglänzt das reine Erz,
Sitzt ein Mann mit fleiß'gen Händen und es pocht sein warmes Herz;
Gold und Stein hat er gewonnen, Schätze seiner emsi'gen Hand,
Aber ach! er darf nicht sehen, wie sein Gold die Freiheit fand,
And're tragen es zu Tage — ihn hält fest ein schlimmer Bann,
An der Eisenkette lieget jahrelang schon Eisenmann.
Mitten in des Schachtes Erzen hält ihn eisernes Gebot —
Einsam soll er überwinden der Erschlaffung Geistestod,
Denn er sieht nicht, wie in Freiheit schöner noch das Erz erglüht,
Wie ein Ehrenkranz dem Braven längst in freier Sonne blüht,
Sieht nicht, wie die freien Männer seiner Arbeit sich erfreu'n,
Wie das Wissen mit dem Leben mächtig sind, wenn frei sie sei'n.
In der freien Kraft der Jugend wollte Freiheit er erstreben,
Freiheit für das Reich des Wissens, für den Geist und für das Leben,
Wie der Fürst auf seinem Throne, ist auch mächtig stolz der Geist,
Wenn um eines Mannes Stirne die Idee als Adler kreis't.
Darum blieb er stark im Kerker, in des äußern Lebens Nacht.
Denn er herrscht im Reich der Geister, Wissenschaft ist seine Macht,
Und was er am Staat begangen, hat er längst dadurch versöhnt,
Daß ein jeder Mann des Wissens gern sein Haupt mit Lorbeer krönt.
Ja! gesühnt hat er im Dienste heil'gen Geistes jede Schuld,
Denn der Gott hat selbst zum Priester ihn erkoren voller Huld.
D'rum, o Geist! schick' deine Flammen auf den Pfad ihm als Geleit,
Auf den Pfad, der ihm die Erde und des Lebens Freiheit beut.

König Ludwig! Fürst der Bayern, höre dieses Liedes Ton!
Du, der Griechengötter Liebling und der Musen edler Sohn!
Du, ein Dichter, hast verstanden, was der Geist vertraulich spricht,
Wenn für einen Arzt ich bitte, zürne drob dem Dichter nicht.
Vor dem Königsthrone durfte immer frei der Dichter steh'n,
Arzt und Dichter durften nahe in das Königsauge seh'n,
O! erhöre meine Bitte, löse jenen strengen Bann,
Nimm das Eisen vom Gefang'nen, gib uns ganz zurück den Mann!

Wenn er selbst nicht also bittet, König! sei ihm gnädig doch —
Wer den Geist im Innern fühlet, bleibt auch stolz im schweren Joch,
Ist's nicht schöner, wenn ein Fremder für den Fremden wagt zu fleh'n,
Den er nur im Geiste kennet, nie auf Erden hat geseh'n? —
Du, o König, liebst Apollo — ehre auch den Aeskulap,
Nicht zu fern liegt ja die Leier von des Gottes Schlangenstab,
Willst Du hohen Göttern dienen, mache Menschen froh und frei —
Zeige, daß die Friedenspalme nah' dem Königsschwerte sei! —

(Schluß folgt.)

dem bekannten Rechtsgrundsatze: utile per inutile non vitiatur, womit selbstverständlich weder die Grundrechte noch die Diäten als unnütz bezeichnet werden sollen. Der weimarische Landtag hat wohl selbst jeder Weiterung durch die einstimmige Annahme der Verfassung vorbeugen wollen. — Es bestätigt sich, daß Se. Maj. der König einige Tage später als der Kaiser von Rußland sich nach Paris begeben wird, nämlich, wie die „Neue Preuß. Ztg." meldet, am 3. Juni, während Kaiser Alexander, der hier am 31. Mai eintrifft, die Reise nach Paris schon am 1. Juni antritt, also nach einem Aufenthalte von 24 Stunden, wie bis gestern verlautet hatte. (K. Z.)

Hannover, 20. Mai. Die welfischen Umtriebe dauern fort, ohne daß es bis jetzt den Behörden gelungen wäre, den eigentlichen Leitern auf die Spur zu kommen, obwohl in dieser Richtung neuerdings eine große Thätigkeit entwickelt wird. — Zwei Haussuchungen bei hiesigen großen Bankhäusern machen von sich reden. Aus einem, vom Grafen Platen in Wien an den früheren Hausminister v. Malortie hierselbst gerichteten Briefe glaubt die Centralpolizeistelle in Berlin entnehmen zu müssen, daß das hiesige Bankhaus Adolph Meyer eine bedeutende Geldsumme für König Georg auszuzahlen habe. Sonnabends Mittags erschien der deßhalb von Berlin nach hier gekommene Polizeidirektor geh. Regierungsrath Stieber, begleitet von einigen Polizeikommissären, in dem Meyer'schen Komptoir, um sämmtliche Bücher mit Beschlag zu belegen und die Chefs des Bankhauses zum Verhöre auf die Polizei führen zu lassen. Die Vermuthung der Behörde erwies sich bei der Untersuchung indeß als eine irrige. Aus ähnlichen Gründen fand gestern eine Haussuchung in den Geschäftslokalitäten unseres ersten Bankhauses Ezechiel Simon statt. Der Chef des Hauses selbst ward auf die Polizei geführt und verhört. Da die Auskunft nicht genügend befunden wurde, so hat Herr Simon eine Reise nach Berlin angetreten, um dort weitere Aufklärungen zu geben. (Frkf. Journ.)

Hannover, 20. Mai. Agitationen, die während der Kriegsaussichten vielfach vorgekommen sein sollen, und die notorischen Werbegeschichten scheinen zu ernsten und umfassenden Nachforschungen unter dem vorübergehend hier anwesenden Geheimenrath Stieber ausgefordert zu haben. Eine gleichlautende, angeblich authentische Note in den gestrigen Morgenblättern besagt: „Bei dem Banquier Adolph Meyer erschienen gestern Mittag der Geheimerath Stieber aus Berlin, ein Polizeirath, ein Polizei-Inspektor, sowie vier Schutzleute und nahmen die Bücher des Bankhauses in Beschlag. Die Geschäftsinhaber wurden mit nach der Polizei genommen, jedoch bald darauf wieder entlassen, nachdem sich herausgestellt hatte, daß das ganze Verfahren gegen dieselben auf einem Irrthum beruhe." Ein Brief des Grafen Platen an Herrn v. Malortie hatte den Verdacht erweckt, daß dieses Haus eine bedeutende Zahlung an König Georg leisten werde. Gestern wurde dann bei dem Chef des Bankhauses, Ezechiel Simon, Nachsuchung gehalten, der in diesen Tagen von Wien zurückkam, wo er Vorkehrungen zu seiner Uebersiedelung getroffen haben soll. Nach einer Version auf der Polizei ist derselbe unmittelbar nach Berlin abgefahren, wohin sich mit demselben Zuge auch Geheimerath Stieber zurückbegeben haben soll. Eine dritte Haussuchung fand bei der Gräfin Wedel statt, deren Gemahl zur Umgebung des Königs in Wien gehört. Endlich wurde der Cigarrenhändler Freter, angeblich aus politischen Gründen, verhaftet. Zu den Werbegeschichten, die offenbar zu der erneuten schärferen Wachsamkeit beigetragen haben, wird der „Ztg. f. N." aus Hildesheim mitgetheilt, daß an der Spitze des dortigen Verführungskomite's ein früherer hannoverischer Offizier stand, bei dem Haussuchung gehalten ward, der aber bei der Verhaftung durch die Flucht entging. Er soll den bethörten Reservisten versprochen haben, daß er sich bis zum 24. ds. bei ihnen am Sammelplatze (in Holland) einfinden und sie weiter befördern werde. In Meppen wurden 16 junge Leute angehalten und nach Minden gebracht, die mit Geld wohl versehen, in's Holländische zu entkommen versucht hatten, zum Theil aber sich sehr zufrieden darüber äußerten, daß ihr unsinniges Vorhaben vereitelt sei. In Geestemünde sind gegen 20 junge Leute, die vor dem Militärdienste nach Amerika flüchten wollten, angehalten und eingestellt. (Köln. Ztg.)

Chemnitz, 17. Mai. Der König und die Königin, sowie der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin sind zur feierlichen Eröffnung der Ausstellung heute Vormittags um halb 11 Uhr hier eingetroffen. Die Feier fand dem Programm gemäß statt, indem, nach dem Vortrag einer Festcantate von hiesigen Gesangvereinen, Bürgermeister Müller die Begrüßungsrede sprach, und schließlich, nach der Ausführung des Händel'schen Hallelujah durch sämmtliche Sänger, der Vorsitzende des Ausstellungsausschusses, Rewitzer, die Industrieausstellung für eröffnet erklärte. Letzterer schloß seiner Eröffnungserklärung ein Hoch auf II. MM. und das kgl. Haus an, welches die Festversammlung dreimal begeistert wiederholte. Im Hôtel „Stadt London" findet Nachmittags um halb 3 Uhr königliche Tafel von etwa siebzig Couverts statt. Die Abreise Ihrer Majestäten nach Jahnishausen und des kronprinzlichen Paars nach Dresden erfolgt Nachmittags um 5 Uhr. Die Ausstellung macht einen ebenso großartigen wie prachtvollen Eindruck. (Dr. J.)

Vom Bodensee, 20. Mai. Die in den Zeitungen verbreitete Nachricht, die Kaiserin Eugenie werde mit ihrem Sohne nach Arenenberg kommen, um dort ihren Sommeraufenthalt zu nehmen, ist ganz aus der Luft gegriffen. Die Verwaltung hat nicht nur aus Paris keine Anzeige erhalten, um die nöthigen Vorbereitungen zu treffen, sondern wird selbst für längere Zeit von Arenenberg abwesend sein. — In Veranlassung der neuerdings in Bayern und Württemberg auftretenden Rinderpest ist von Seite des Bundesraths auf heute eine Veterinär-Kommission nach Bern berufen, zur Berathung der zu ergreifenden Maßregeln zur Abhaltung der Rinderpest vom schweizerischen Boden. — Montag und Dienstag voriger Woche haben in der schweizerischen Bodensee-Gegend starke Hagelschläge stattgefunden, welche an einigen Orten starke Verwüstungen anrichteten. Das zweite Hagelwetter am Dienstage hat auch die nördliche Seeufer-Gegend, ohne viel zu schaden, heimgesucht. (Bayer. Ztg.)

London, 18. Mai. (Parlaments-Sitzung.) Das Oberhaus hielt am 17. eine kurze Sitzung, aus der nichts erwähnenswerth ist, als daß Viscount Lifford eine Petition aus Irland zu Gunsten der zum Tode verurtheilten Fenier einbrachte, die er selber unterstützte. — Im Unterhause erklärte Lord R. Montagu, auf eine bezügliche Interpellation von Herrn Mitford, er müsse mit Bedauern sagen, daß die Rinderseuche in den letzten Tagen im Bezirke der Hauptstadt wieder heftiger aufgetreten sei, und daß sie sich an mehreren Punkten Deutschlands ebenfalls zeige. Den übrigen Theil der Sitzung, die bis 20 Minuten vor 1 Uhr Morgens währte, füllte eine Debatte über einzelne Clauseln der Reformbill, die bedeutend war, weil in ihr Disraeli eine wichtige Concession machte, durch welche der Hauptwiderstand Gladstone's und seiner Freunde vorerst gebrochen ist. Es handelte sich wieder um den oft erwähnten Compound Householder (einen Miether, der nicht persönlich Steuern zahlt, sondern sich darüber mit dem Vermiether abgefunden hat). Um allem Streite ein Ende zu machen, brachte Herr Hodgkinson ein Amendement ein, dem zufolge auf dieses bisher starkverbreitete Abfindungs-System weiter keine Rücksicht genommen und jeder Miether fortan verpflichtet werden solle, sein Steuerquotum selber zu zahlen. Das heißt: die Steuerzahlung durch den Vermiether solle aufhören, wodurch praktisch jeder Hausmiether, da er fortan persönlich Steuern zahlen müßte, das Stimmrecht erhielte. Herr Gladstone erklärte, daß, wenn die Regierung dieses Amendement annähme, die vorliegende Reformbill eine wirklich liberale Grundfarbe erhalten und eine fortgesetzte Agitation der Reformfreunde zur Erreichung einer umfassenden, ehrlich gemeinten Maßregel überflüssig machen würde. Obwohl er selber dem Prinzipe der Bill nicht gewogen sei, würde er, um des lieben Friedens willen, keine weitere Opposition machen und die Regierungsbill als das geringere Uebel annehmen, aber immer nur unter der Bedingung, daß obiges Amendement einfach angenommen werde. Geschehe dies nicht, dann würde er es für seine Pflicht halten, sich der gegen die Regierungsbill immer lauter werdenden Agitation anzuschließen. Darauf Disraeli: Das eben eingebrachte Proviso enthalte nichts, was gegen das Prinzip der Bill streite, und hätte die Regierung sich als Herrin der Lage gefühlt, wäre sie nicht vor dem muthmaßlichen Widerstande des Hauses zurückgeschreckt, sie hätte das Amendement von Anfang an der Bill einverleibt. Wohl würden dadurch große sociale Veränderungen hervorgerufen werden, doch wolle die Regierung dieser Verantwortlichkeit nicht aus dem Wege gehen. Nur das Eine erlaube er sich vorzuschlagen, daß über diesen Gegenstand eine separate Maßregel eingebracht werden möge, deren Ausarbeitung die Regierung zu übernehmen gern bereit sein würde. Der Attorney General zweifelt, daß in der diesjährigen Session die Zeit dazu hinreichen werde. Worauf Stuart Mill das Haus warnt, sich durch schattenhafte Versprechungen ködern zu lassen. Vielmehr sollte die dritte Lesung der Reformbill nicht gestattet werden, bevor die Regierung die zugesagte Maßregel nicht eingebracht und diese die zweite Lesung überstanden habe. Osborne bringt dem Schatzkanzler in bissiger Weise seinen Glückwunsch dar zu den reißenden Erfolgen die er in Reform-Wettrennen bisher errungen, und prophezeit, daß er alle Anderen um eine Pferdelänge demnächst geschlagen haben werde. Er seinerseits habe Herrn Disraeli von jeher als den gründlichsten Radicalen im Parlamente angesehen. Seine neuesten Erfolge als Führer der Tories seien über alle Maßen überraschend, denn er habe einen Omnibus voll schwerer, dummer Gentlemen vom Lande den Berg hinauf geschleppt und sie von ihrem Conservatismus zu radikalen Grundsätzen bekehrt. Wollte er mit diesen seinen Bemühungen nur noch kurze Zeit fortfahren, dann brächte er es wohl noch dahin, daß die Hochkirche in Irland durch diese Herren abgeschafft werde.

Nachdem Disraeli nochmals die Versicherung gegeben, daß die Regierung sich ernstlich und ohne Verzug mit dem beantragten Proviso befassen und darüber schon am nächsten Montage dem Hause Mittheilungen machen werde, bescheiden sich die Gegner, und das Haus geht zur Erledigung der übrigen Geschäfte der Tagesordnung über.

Aus **Konstantinopel**, 16. Mai, wird gemeldet: Dem Vicekönig von Aegypten ist der von ihm beanspruchte Titel und außerdem noch Anderes von geringerer Bedeutung gewährt worden. Die ottomanische Bank hat über ihren derzeitigen Stand einen Bericht veröffentlicht, aus welchem erhellt, daß sie 900,000 L. in Casse hat und 410,000 L. flüssig machen kann, um den Ansprüchen der allgemeinen Staatsschuld und den ausländischen Anleihen im Juli gerecht zu werden.

Rumänien. Der unter Kusa's Regierung bekanntlich als Post- und Telegraphen-Direktor angestellt gewesene und beim Sturz seines Fürsten wegen Veruntreuungen ins Gefängniß gesetzte Liebrecht ist, wie die „Independance" meldet, am 1[illegible]. Mai vor den Assisen von Crajowa von der Jury einstimmig für unschuldig erklärt worden.

Amerika. Ein Lissaboner Telegramm aus paraguiescher Quelle meldet nach Berichten aus Montevideo: „Paraguay hat das Arrangement, welches die Vereinigten Staaten vorschlugen, um dem Kriege ein Ziel zu setzen, angenommen. Der Präsident Lopez hat demzufolge einen Vertreter Paraguay's in Washington ernannt. Die Alliirten haben erklärt, nur auf den Grundlagen des geheimen Vertrags der Tripelallianz verhandeln zu wollen. Der Gesandte der Vereinigten Staaten in Assumpcion hat im Namen seiner Regierung gegen diesen Anspruch protestirt. Die Weigerung der Alliirten hat auf die Bevölkerungen von La Plata, welche den Frieden um jeden Preis verlangen, einen sehr schlechten Eindruck gemacht. Die Revolution in den argentinischen Provinzen macht neue Fortschritte. Bei dem letzten Zusammenstoß wurden die Truppen der Nationalregierung von den revolutionären in die Flucht geschlagen. Die Cholera, welche die Brasilianer nach La Plata gebracht haben, wüthet in Buenos-Ayres und in allen Städten des Küstenlandes bis nach Corrientes.

Der „Courrier des Etats-Unis" vom 7. Mai gibt Nachrichten aus **Mexiko** über Matamoras. Die Juaristen hatten einen Kurier gefangen genommen, der vom Kaiser Maximilian an Marquez abgesandt worden war; natürlich wurde derselbe erschossen. Juarez hat ein Dekret promulgirt, welches den Europäern, die Unterthanen von Nationen sind, die das Kaiserreich anerkannt haben, das Privilegium der Immatrikulation, d. h. ihre Nationalität entzieht. Diesem Dekrete zufolge sind alle Fremden, mit Ausnahme der Amerikaner, dem Militärdienste unterworfen, sowie der Zwangssteuer u. s. w.

Neueres.

Wien, 21. Mai. Das erste Debut des neuen Reichstags ist, wenn man so sagen darf, gut ausgefallen. Die Reden des Präsidenten der beiden Häuser haben in der Bevölkerung tiefen Eindruck gemacht, und die Journale sind nur der getreue Widerhall der öffentlichen Meinung, wenn sie mit Worten der Anerkennung und Zustimmung die ersten Aeußerungen des wiedererwachten parlamentarischen Lebens commentiren. Daß mit schönen Redensarten die Uebel nicht geheilt werden können, an welchen Oesterreich darniederliegt, und daß deßhalb vor allem Thaten noth thun, verhehlt sich dabei Niemand, und man erwartet rasches und entschiedenes Handeln. Die materiellen Interessen des Ganzen wie des Einzelnen sind zu tief bedroht, als daß noch lange Zeit mit der Stellung der Diagnose verbracht werden dürfte. Nur ein klares Erkennen, bestimmtes Wollen und entschiedenes, wenn auch maßvolles Vorgehen wird über die Schwierigkeiten hinweghelfen und auf Ungarn den Eindruck nicht verfehlen, um dasselbe zu bestimmen, dem Reiche zu geben, was des Reiches ist. Denn, wie die Vorgänge in Kroatien zeigen, ist es noch lange nicht mit der Gestaltung seiner Verhältnisse so weit gediehen, um mit der vollen Wucht vollendeter Thatsachen auf die Länder diesseits der Leitha zu drücken. Möge der Reichsrath dieses Moment in seinen Combinationen nicht übersehen. (Pr.)

New-York, 7. Mai. Der „Courrier des Etats-Unis" gibt Nachrichten aus Mexiko über Matamoros. Die Juaristen hatten einen Courier gefangen genommen, der von Kaiser Maximilian an Marquez abgesendet worden war; derselbe wurde erschossen. Juarez hat ein Dekret promulgirt, welches den Europäern, die Unterthanen von Nationen sind, welche das Kaiserreich anerkannt haben, das Privilegium der Immatrikulation, d. h. ihre Nationalität, abspricht. Diesem Dekret zufolge sind alle Fremden, mit Ausnahme der Amerikaner, dem Militärdienst unterworfen, sowie der Zwangssteuer u. s. w.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$68\frac{1}{2}$—$\frac{3}{8}$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$62\frac{3}{4}$ P.
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$55\frac{1}{4}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	$46\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	42 G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	93[illegible] P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$93\frac{1}{2}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$91\frac{1}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$91\frac{3}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	91 P. 90[illegible] G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	93 P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	82 G.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$95\frac{3}{4}$—$\frac{7}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$83\frac{1}{6}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	93[illegible] P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{3}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$90\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	83 P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	81 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt. " " "	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84\frac{3}{8}$ G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	79 P.
"	6pCt. ditto r. 1882 "	$77\frac{3}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$129\frac{5}{8}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bank-Aktien	685 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$172\frac{1}{2}$—73 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$91\frac{1}{2}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	205 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$88\frac{1}{2}$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	329 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$110\frac{1}{2}$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	208—7 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	110 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$152\frac{1}{4}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90[illegible] P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{1}{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$48\frac{5}{8}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	$45\frac{3}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$116\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	$116\frac{1}{2}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97\frac{1}{6}$ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{2}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{3}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	94[illegible] G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$93\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$93\frac{5}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	113 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	61 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	71—[illegible] G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	119[illegible] P.
" do. v. 1864	75[illegible] P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{1}{4}$—$\frac{1}{2}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	53[illegible] P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 P. $55\frac{3}{4}$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143P. $142\frac{1}{2}$G.
" fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{1}{4}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs. Loose	—
Mailänder 45 Frs. . . b. R.	$28\frac{1}{2}$ G.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenb. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 22. Mai. Das erhöhte Animo, das gestern die Börse belebte, war von kurzer Dauer und machte heute wieder der Geschäftsstille der vorigen Woche Platz. Einerseits fehlt es dem reellen Geschäft an seiner Basis, den Kaufaufträgen, woraus hervorzugehen scheint, daß ein Theil des Capitalistenpublikums dem Landfrieden immer noch nicht recht traut, andererseits erhält die Speculation durch die geringere Bewegung der Course nur wenig Nahrung. Die Haussepartei scheint ihre Kräfte vorläufig erschöpft zu haben und die Baisse sieht keinen Anhaltspunkt zu neuer Thätigkeit. Unter diesen Umständen kann es nicht Wunder nehmen, daß man Versuche macht, die Börse durch neue Handelsobjekte zu vermehren. Wir erwähnten schon der Staatsbahnaktien. Dieselben finden hier günstigen Boden und willige Aufnahme bei den Arbitrageuren. Man hält ihre Reception an unserem Platze für berechtigt und vortheilhaft für denselben. Die Stimmung der heutigen Börse war im Ganzen fest, nur gegen den Schluß hin ermattete sie etwas. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 143.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 24. Mai 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 22. Mai. Se. Majestät der König hat dem Dr. K. Bohn aus Gießen das Indigenat verliehen; dem Privatdocenten an der k. Universität München und fürstlich schwarzburg-sondershausischen Hofrath Dr. A. v. Franque die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des von dem Fürsten v. Schwarzburg-Sondershausen ihm verliehenen fürstlich schwarzburgischen Ehrenkreuzes 3. Klasse ertheilt; den Rechtspraktikanten M. Zeitlhöfler aus Zierbach, z. Z. Staatsanwaltschafts-Vertreter am Landgericht Bogen, zum Gerichtsschreiber am Landgerichte Bischofsheim in prov. Eigenschaft ernannt.

Se. Maj. der König hat die Funktion eines k. Commissärs bei der Hauptschützengesellschaft zu München dem k. Polizeidirektor Felix Friedrich Lipowsky übertragen.

Se. Maj. der König hat die nachgesuchte Bewilligung ertheilt, daß der Redakteur Julius Knorr und der Dichter Paul Heyse dahier durch Aufrufe in öffentlichen Blättern zu freiwilligen Gaben für den deutschen Dichter F. Freiligrath in London einladen und die eingehenden Beträge in Empfang nehmen.

(Militärdienstesnachrichten.) **München**, 21. Mai. Se. Maj. der König hat den Hauptmann Jos. Müller, vom 4. Inf.-Reg. auf ein Jahr und den Regimentsarzt Dr. G. Glocker von der 4. San.-Comp. bleibend in den Ruhestand versetzt; den Regimentsarzt Dr. B. Schirper vom 2. Chev.-Reg. zur 4. San.-Comp. versetzt.

Aschaffenburg, 21. Mai. Heute früh 9 Uhr wurde die X. Wanderversammlung bayerischer Landwirthe durch den zweiten Präsidenten, Freiherrn zu Guttenberg, eröffnet. Es hatten sich gestern Abends und heute Früh noch eine ziemliche Anzahl von Theilnehmern eingefunden. Der Vorsitzende begrüßte die Versammelten mit herzlichen Worten, machte denselben bezüglich der stattfindenden Sitzungen und geselligen Vergnügungen die nothwendigen Eröffnungen und legte sodann sein Mandat mit der Bitte nieder, zur Wahl eines definitiven Präsidiums zu schreiten. Nachdem mittelst Akklamation derselbe als der seitherige Vorsitzende des vorbereitenden Komite's zum Präsidenten der Versammlung gewählt worden war, gab derselbe nunmehr nach Kundgabe einer kurzen Geschäftsordnung, welche die Billigung der Versammlung fand, dem Gutsbesitzer Dr. Varrentrapp von Rilkheim das Wort behufs Einleitung der ersten Frage der Tagesordnung: „Worin liegen die Ursachen der gegenwärtigen Ackerbaukrisis, in welcher Weise und mit welchen Mitteln wäre derselben wirksam zu begegnen?" Nach einem ebenso geistreichen als eingehenden Vortrage gelangte der Redner zu dem Resultate, daß eine Ackerbaukrisis eigentlich zur Zeit noch nicht bestehe, daß aber dieselbe im Kommen begriffen und daß der Krisis nur durch Erhöhung der Bildung und durch Belebung des Kredits zu begegnen sei. Insbesondere widerlegte der Redner jene Gründe, welche gewöhnlich als Beweis für das Vorhandensein einer Krisis geltend gemacht werden, wie die niedrigen Getreidepreise und die Konkurrenz aus Oesterreich und Amerika. Dagegen hob derselbe den Werth der landwirthschaftlichen Produktivassoziationen und Vereine zur Erzielung und Erhöhung geistiger Bildung hervor. Der Vortrag machte allgemeinen, tiefen Eindruck und erntete die ungetheilte Anerkennung der Versammlung, wenn auch nicht alle die einzelnen Sätze desselben die vollständige Billigung der sämmtlichen Mitglieder fanden. So hob eine Stimme aus Hessen hervor, daß es allerdings die Konkurrenz von Außen sei, welche zur Entstehung der Kalamität beigetragen habe. Ebenso wurde von dieser Seite betont, daß es nicht allein die Verbesserung der Schulbildung und die Belebung des Kredits sei, welche Hülfe schaffen könnten und dies zwar schon aus dem Grunde, weil dies keine augenblickliche Besserung der Zustände bewirken könne; das einzige Mittel für eine sofortige Besserung erblickte Redner lediglich in der Erhöhung der Intensität des landwirthschaftlichen Betriebs. Von anderer Seite wurde unter einigermaßen unmotivirter Verwerfung der logischen Begründung des Referates hervorgehoben, daß die Hebung des deutschen Marktes dasjenige Mittel sei, welches sofortige Hülfe zu schaffen geeignet erscheine. Der kgl. Ministerialdirektor v. Wolfanger legte ein Hauptgewicht auf die Hebung der Bildung und insbesondere den landwirthschaftlichen Fortbildungsunterricht. Dies gab den Anlaß, daß sich die Diskussion mehr von dem allgemeinen Thema ab- und zu dem Kapitel über die Schulbildung hinwendete. Die Verhandlungen hierüber, neben denen noch der Druck auf den Kredit betont wurde, nahmen den ganzen Morgen in Anspruch. Der kgl. Regierungspräsident Freiherr v. Zu-Rhein anerkannte das Vorhandensein einer Krisis und nannte als Abhülfemittel die Hebung der geistigen und materiellen Kraft. Derselbe betonte aber insbesondere und, wie wir glauben, mit Recht, daß unser derzeitiges Volksschulwesen nicht einmal zur Erzielung einer entsprechenden Vorbildung für den landwirthschaftlichen Fortbildungsunterricht erachtet werden könne und zwar so lange nicht, als das Hauptgewicht in der Volksschule auf Memorirübungen gelegt und die eigentlichen Denkübungen bei Seite gesetzt würden. Der Gastwirth und — in welcher Eigenschaft derselbe jedoch nicht als erschienen betrachtet werden wollte — Landtagsabgeordnete Föderer von Vilshofen lieferte in seiner bekannten klaren Rede- und unumwundenen Ausdrucksweise interessante Beiträge dafür, daß die Krisis in Niederbayern am intensivsten aufgetreten sei und betonte den Umstand, daß gerade dort der Volksschulunterricht auf einer un-

---

Feuilleton.

Dr. Gottfried Eisenmann.

Nekrolog.

(Schluß.)

Hier dürfte der Platz sein, auch den Umstand anzuführen, daß Eisenmann durch das Amnestiegesetz vom 15. April 1848 für die Zukunft in die volle civilrechtliche und staatsbürgerliche Rechtsfähigkeit wieder eingesetzt und daß ihm später aus der Centralstaatskasse eine Entschädigung zu 12000 fl. bewilligt wurde. Die Annahme dieser Entschädigung hat manche hämische Bemerkung hervorgerufen. Wir halten entgegen, daß Eisenmann, wäre er nicht seiner Freiheit beraubt gewesen, für deren Verlust es gar keine Entschädigung gibt, in der Möglichkeit sich befunden hätte, ein Vermögen zu erwerben; jetzt wurde er mittellos, krank, 52 Jahre alt, in die Welt gestellt.

Aus der einsamen Gefängnißzelle sendete Eisenmann die vorzüglichsten medizinischen Werke, welche ihm einen gefeierten Namen in der Wissenschaft erworben haben. In das Gefängniß zu ihm gelangten das Diplom des ärztlichen Vereins zu München vom 27. Okt. 1838, worin er zum korrespondirenden Mitglied ernannt wird; ferner das Diplom der medizinisch-chirurgischen Gesellschaft des Kantons Zürich vom 13. Mai 1839, welche ihn zum Ehrenmitgliede erwählte. Auch die Gartenbaugesellschaft von Frauendorf wählte ihn als rühmlichst bekannten Beförderer der Gartenkultur mit Diplom vom 18. April 1838 zu ihrem ordentlichen Mitgliede.

Auf dem Oberhause hatte Eisenmann die Erlaubniß sich erwirkt, einen kleinen Garten für sich anlegen und pflegen zu dürfen.

Man sollte denken, er hätte nun genug gehabt an seinem politischen Wirken; aber kaum wehte der frische Wind des Jahres 1848 durch das stagnirende politische Leben der deutschen Nation, das wir noch so eben in seinem ganzen Jammer erkannt haben, als er, hiedurch gleichsam verjüngt, sich mit aller Kraft an den damaligen Bestrebungen betheiligte. Er begab sich von Nürnberg, wo er nach seiner Freilassung seinen Wohnsitz genommen hatte, im März 1848 nach Frankfurt, um eines der thätigsten Mitglieder des Vorparlamentes zu werden. Auf seiner Reise dorthin wurde er allenthalben mit größter Auszeichnung empfangen. In Würzburg wurde ihm von seinen Verehrern eine nächtliche Serenade gebracht. Zu Frankfurt wurde er in den Fünfziger-Ausschuß gewählt. Der Magistrat und die Gemeindebevollmächtigten der Stadt Nürnberg haben, wie das Diplom vom 14. August 1848 ausspricht, in Anerkennung der großen Verdienste, welche Herr Doctor Gottfried Eisenmann durch sein freimüthiges Auftreten für die konstitutionell-monarchische Frage bei den Vorberathungen für die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt und für das gesammte deutsche Vaterland sich erworben hat, sich bewogen

verhältnißmäßig niedrigen Stufe stehe. Er wünsche allerdings eine Aenderung des Unterrichtswesens und insbesondere die Aufstellung von pädagogisch gebildeten weltlichen oder geistlichen Aufsichtspersonen. Auch wäre eine Verminderung der vielen Feiertage wünschenswerth. Der Reichsrath und erste Vorstand des Generalkomite's des landwirthschaftlichen Vereins in Bayern, v. Niethammer, konnte sich nicht damit befreunden, daß alle zur Hebung der vorhandenen Kalamität vorgeschlagenen Mittel nur in später Zukunft wirken werden; auch erwähnte er des von vielen Seiten als wichtig anerkannten Umstandes, daß nicht eigentlich eine Ackerbau-, sondern vielmehr eine Geldkrisis vorhanden sei. Derselbe vertröstete auf den allgemeinen Aufschwung des Vertrauens, welcher auch das Institut der Pfandbriefe der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank wieder zu dem machen werde, was sie eigentlich sein sollten. Gutsbesitzer Matty von Dächsheim sah sich zu der Bemerkung veranlaßt, daß die Diskussion das eigentliche Thema verlassen, konstatirt jedoch, daß das so oft bestritten gewesene Vorhandensein einer Krisis allseitig anerkannt worden sei. Der kgl. Ministerialassessor Jodlbauer von München sprach über die Wichtigkeit des Banksystems und dessen Verhältnisse in Amerika, wo auf jeden Bezirk von der Größe unserer Bezirksamtssprengel eine Bank komme. Er erkannte an, daß dieser Zustand allerdings bei uns nicht eingeführt werden könne, daß aber von den in allen Regierungsbezirken, mit Ausnahme von Niederbayern, im Entstehen begriffenen Kreditvereinen, welche die Hebung des Mobiliar- oder Betriebskredits im Auge hätten, eine, wenn auch bescheidene Hülfe immerhin zu erwarten sei. Wir glauben — nebenbei bemerkt — dieser Ansicht beistimmen zu müssen, halten aber diese Kreditvereine für Versuche und warnen vor der Annahme, daß, im Falle dieselben nicht prosperiren sollten, auf das Nichtvorhandensein eines Bedürfnisses geschlossen werden müsse. Der kgl. Bezirksamtmann Hauck von Alzenau hob einige Mängel des Notariatsgesetzes hervor, welche dem Kredite der kleineren Grundbesitzer die empfindlichsten Nachtheile bringen müßten. Pfarrer Joseph von Uffenheim erkannte die Mängel des Volksunterrichtes an und gab Aufschluß über die Verhältnisse der Krämer'schen Kreditkasse in Uffenheim, von welcher vielleicht einige Hülfe in gewissen Gegenden zu erwarten sei, was für Niederbayern von dem Gastwirthe Föderer und für Oberfranken von dem Baron zu Guttenberg nicht recht anerkannt werden wollte. Insbesondere hob Pfarrer Joseph die großen Mißstände unseres Taxationswesens hervor und erzählte die Thatsache, daß jüngst in einem ihm bekannten Falle ein Gut behufs Aufnahme eines Passivkapitals auf 1000 fl. und acht Tage später behufs Festsetzung des Handlohnsäquivalentes auf 10 fl., sage mit Worten zehn Gulden, gewerthet worden sei. Der k. Rektor und Professor Dr. Kittel erwähnte mit großer Befriedigung einer Regierungsverordnung, wornach die Stiftungen angewiesen worden seien, ihrer Kapitalien auf Grund und Boden anzulegen und wünschte gleich dem Pfarrer Huller von Brückenau einen deßfallsigen Zwang statuirt zu sehen. Letzteres wurde von vielen Seiten — und zwar, wie wir glauben, mit Recht — bestritten, nachdem ein desfallsiger Zwang nichts Anderes wäre, als der Ausspruch der Staatsregierung, daß die Stiftungen auf einen Theil ihrer Renten, nämlich auf denjenigen, welcher ihnen in Folge Müssigliegens disponibler Gelder entgingen, verzichten sollten. Es erfolgte hierauf nach mehrfachen nachträglichen Bemerkungen der Schluß der Debatte und wurde von Seite des Vorsitzenden — wie selbstverständlich — auf Abstimmung verzichtet, dagegen durch ein kurzes Resumé das Resultat der Debatte konstatirt, womit man im Allgemeinen einverstanden war. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen. Man vereinigte sich sodann zu einem gemeinsamen Mittagsmahle im Theatersaale. Leider mußten wir hier einen großen Theil der bestellten Plätze leer bemerken. Nachdem Anfangs — sei es durch Ermattung der langen Session, sei es durch die Uebersättigung an Toasten vom vorhergegangenen Abende her — die Aufmerksamkeit mehr der materiellen als der geistigen Befriedigung zugewendet war, entwickelte sich später eine größere Zwangslosigkeit in dieser Richtung, welche zu mehrfachen geistreichen Reden Anlaß gab. Nachmittags 3 Uhr erfolgte der Abgang nach Nilkheim. Dortselbst überraschte eine geschmackvolle Aufstellung der schönsten landwirthschaftlichen Maschinen und Geräthe, so wie in den Ställen ein gediegener Viehstand holländer Schlages. Auf der Terrasse gegen den Main erwartete dann die Gäste eine auf der einen Seite den Charakter eines ländlichen Mahles nicht übersteigende, auf der anderen Seite ebenso freundliche, als opulente Bewirthung. Gegen Abend begaben sich die Gäste in den Park Schönbusch, woselbst das Musikkorps des 4. Infanterie-Regiments sich produzirte. Der freie Platz vor dem Tanzsaale, so wie letzterer selbst waren geschmackvoll mit Fahnen und Lampen geschmückt, leider aber konnten die letzteren nicht zur Verwendung gelangen, indem das rauhe Wetter die meisten Gäste veranlaßte, sich vor Eintritt der Dunkelheit in die Stadt zurückzuziehen, wo man sich zwanglos in verschiedenen Lokalen zusammenfand. Erwähnen müssen wir noch der Aufmerksamkeit der städtischen Vertreter, welche dem k. Regierungspräsidenten von Zu-Rhein, dem Reichsrathe und landwirthschaftlichen Vereinsvorstande für Bayern v. Niethammer, so wie dem Vertreter der Staatsregierung, Ministerialdirektor v. Wolfanger, beim Abgang geschmackvolle Bouquets überreichten. (Aschaff. Ztg.)

Berlin, 21. Mai. Die unter Leitung des Polizeidirektor Stieber vorgenommenen Untersuchungen in Hannover gehen nach Allem, was man hört, mit außerordentlicher Strenge vor sich, und sie erstrecken sich auf Personen aller Stände, die Königin Marie nicht ausgenommen. Daß sich der „Staatsanzeiger" bereits mit der Angelegenheit beschäftigt, beweist, daß die Regierung entweder im Begriff steht, gewichtige Maßregeln bezüglich Hannovers zu treffen, oder daß solche bereits angeordnet worden sind. Die Agitationen hatten sich auf das ganze hannöver'sche Gebiet erstreckt und es werden einige zwanzig Personen als ganz besonders compromittirt genannt. Das preußische Strafgesetz kennt — falls nicht mildernde Umstände vorwalten — für Hochverrath nur die Todesstrafe oder lebenslängliches Zuchthaus, und unter die Kategorie des Hochverraths fällt die in Rede stehende Agitation in so fern unzweifelhaft, als zu Preußen gehörende Gebiete vom Staate losgetrennt werden sollten, als ferner die angebliche Absicht der Conspiratoren darin bestand, sich mit einer feindlichen Macht gegen den Staat zu verbinden. Unter diesen Umständen wird wahrscheinlich Hannover noch lange nicht von der Militärdictatur, unter der es thatsächlich steht, befreit werden. Die Anwesenheit des dort commandirenden Generals in Berlin läßt auf erhaltene Instruktionen schließen, die sich auf die Agitation in Hannover beziehen. (Frkf. Journ.)

Braunschweig, 20. Mai. Das Präsidium der ständigen Deputation des deutschen Juristentags, welches zur Zeit seinen Sitz im hiesigen Orte hat (weil daselbst der letzte Juristentag abgehalten worden), hat die Mitglieder der ständigen Deputation zu einer Sitzung

---

gefunden, diesen ehrenfesten deutschen Patrioten in die Zahl ihrer Ehrenbürger aufzunehmen.

Darauf wurde er in Würzburg zum Parlaments-Abgeordneten gewählt. In der Paulskirche sah man den kleinen beweglichen Mann, dessen Gesichtszüge ein treuer Spiegel seines Charakters und Geistes waren, links von der Tribüne auf einem Polsterstuhle sitzen. Er war auch jetzt noch seiner früheren Ansicht getreu, weshalb er manchmal der radikalen Partei gegenüber in eine feindliche Stellung gerieth. Er hielt nun einmal die konstitutionelle Monarchie für die der Entwicklungsstufe des deutschen Volkes beste Regierungsform und die über ihn verhängte langjährige Gefangenschaft konnte ihm keinen Haß gegen das Königthum einflößen. In der Paulskirche entwickelte und vertheidigte er unter Anderem sein System der Direktorialform, nach welchem die Würde des Reichsoberhauptes wandelbar sein und unter den Monarchen von Oesterreich, Preußen und Bayern bei jedesmal fünfjähriger Regierungsperiode wechseln sollte. Um diese Zeit veröffentlichte er auch eine Reihe politischer Broschüren: Politisches Glaubensbekenntniß; Ideen zur deutschen Reichsverfassung; Aufruf zur Herstellung des Königreichs Polen rc. rc., welche vom Standpunkte der heutigen Realpolitik aus veraltet sind, aber damals ein mächtiges Ferment der Ideenbewegungen waren. Als die Reaktion abermals ihre Arbeit begann, gründete er mit Trützschler und Raveaux den Märzverein, welcher den Zweck haben sollte, die auf's Neue gefährdeten Freiheiten und Rechte des Volkes zu schützen. Er legte sein Mandat nieder, als das Rumpfparlament nach Stuttgart übersiedelte.

Eisenmann lebte von da an in Würzburg seinem wissenschaftlichen Berufe; er redigirte in Verbindung mit den Herren Professoren Virchow und Scherer Canstatt's Jahresbericht über die Fortschritte der gesammten Medizin in allen Ländern, dessen Eigenthum er erworben hatte, bis zu seinem Tode.

Der Verein deutscher Aerzte in Paris erwählte ihn am 18. Februar 1856 zum Ehrenmitgliede.

Im Monat Mai 1848 verehelichte sich Eisenmann mit seiner Jugendliebe, welche dem gefangenen Geliebten die Treue bewahrt hatte, um den Trost zu erlangen, dem Manne ihres Herzens bei herannahendem Alter und geschwächter Gesundheit eine angenehme Häuslichkeit bereiten und liebevolle Pflege bis an sein Lebensende gewähren zu können.

Wir enthalten uns jeder Schluß-Reflexion über das Leben und die schweren Leiden dieses viel geprüften Mannes; er ist zur ewigen Ruhe eingegangen; viele Genossen gleicher und noch schwererer Leiden sind vor ihm in das Grab gesunken. Wir trösten uns mit der Zuversicht, daß die Saamenkörner der Humanität, welche wohlwollende Geister in die Furchen der Zeit gestreut haben, die Frucht der allgemeinen Menschenrechte und der Freiheit zur Reife bringen werden.

**

nach Braunschweig auf den 10. Juni d. J. eingeladen, und es läßt sich wohl auch hieraus abnehmen, daß der Fortbestand des Juristentags gesichert ist. (Dr. J.)

Oldenburg, 20. Mai. Heute eröffnete Minister v. Rössing den außerordentlich einberufenen Landtag. Zum Präsidenten wird in geheimer Abstimmung der Abgeordnete Lentz mit allen gegen 1 Stimme gewählt, zum Vicepräsidenten der Abgeordnete Pancratz. Die Regierungsvorlagen betreffen die Bundesverfassung mit dem Antrage auf Zustimmung; einige Aenderungen der Geschäftsordnung in Betreff der Tagegelder und Reisevergütungen der Abgeordneten und der Mitglieder der Provinzialräthe, sodann verschiedene mit Preußen geregelte Verhältnisse wegen der Zollangelegenheiten des Fürstenthums Lübeck und wegen der Salzsteuer und Braumalzsteuer im Herzogthum. Wegen obiger Verfassungsfrage ward ein Ausschuß gewählt, bestehend aus den Abgeordneten: Bulling, Schwegmann, Lentz, Oetken II., Russell, Schomann, Hullmann, Strackerjan III. und Tantzen. Es wird eine vom Präsidenten zu ernennende Deputation an den Großherzog beschlossen. (Wes.-Z.)

Luxemburg, 20. Mai. Pariser Blätter hatten die Nachricht verbreitet, der König von Holland werde nach der Ratifikation des Londoner Vertrages und der Räumung der Festung eine Commission, zu welcher Vertreter der betheiligten Mächte (des signataires du traité) zugezogen werden sollen, zusammenberufen. Diese sollen die Gewerbsverhältnisse und die Handelsbeziehungen Luxemburgs der Art regeln, daß statt des Vertrags mit dem Zollverein Separatverträge mit Frankreich, Belgien und Preußen als Gränzmächte abgeschlossen würden. Diesen Mittheilungen, welche auch sicher nur als Sensationsgerüchte für die Pariser berechnet waren, tritt der „Courrier" in seiner heutigen Nummer ganz entschieden entgegen. Baron v. Tornaco habe auf der Conferenz in aller Form den Vorschlag gemacht, es solle eine bestimmte Entscheidung über das Verbleiben Luxemburgs im Zollverein getroffen werden. Dieselbe sei aber mit Rücksicht darauf, daß eine Neutralitätserklärung des Großherzogthums nur die politische Stellung desselben und die Räumung der Festung im Auge habe, als überflüssig abgelehnt worden. Luxemburg könne, so lange sein Vertrag mit demselben bestehe, ruhig im Zollverein verbleiben; nach dem Erlöschen desselben aber habe es wieder volle freie Hand. Diese Erklärung, abgegeben im Beisein des französischen Gesandten und sicher ins Conferenzprotokoll aufgenommen, sei gewiß Garantie genug. Und warum, meint das Blatt, solle denn dieses Mal der König von Holland eine Commission ins Leben rufen, nachdem er vorher nur sehr wenig gefragt worden ist? Die Großmächte würden doch gewiß, nachdem sie über das äußere Schicksal des Landes in ihrem Interesse verfügt, nicht auch noch bis in die Küche hineingucken wollen. — Nach der Mittheilung der „Independance belge" scheint es Graf Bernstorff, der Bevollmächtigte Preußens, gewesen zu sein, welcher obige Erklärung gab, und die schon früher von Graf Bismarck gegebene Versicherung scheint hiemit übereinzustimmen. — Die „Union" bringt heute die offizielle Kundgebung, daß Rußland sich bereit erklärt habe, das Interesse der Luxemburger im Auslande, ausgenommen in Berlin und Paris, wo eigene Geschäftsträger für sie seien, provisorisch zu vertreten.

Wien, 21. Mai. Die amtliche „Wiener Ztg." schreibt: Aus Anlaß der von einem auswärtigen Blatte verbreiteten Nachricht, daß Se. Maj. der Kaiser Maximilian von Mexiko von den Juaristen gefangen wurden und ein höchst beklagenswerthes Schicksal erfahren hätten, wurden unverweilt Erkundigungen eingezogen, deren Ergebniß uns in die erfreuliche Lage versetzt, die vorstehende Mittheilung als durchaus ungegründet zu bezeichnen. Wie wir erfahren, wird auch die kaiserlich französische Regierung selbe durch den „Moniteur" entschieden dementiren. Allerdings fehlen hier indeß augenblicklich noch alle sicheren Details über das Schicksal und den momentanen Aufenthaltsort Sr. Maj. des Kaisers Maximilian.

Paris, 20. Mai. Als der Kaiser am Samstag die elektrischen Minen-Apparate in der österreichischen Ausstellung besuchte, zersprang eine derselben, ohne daß jedoch Jemand verletzt wurde. (N. Fr. Pr.)

Madrid, 11. Mai. Zahlreiche Verhaftungen, welche seit vier Tagen vorgenommen werden, haben allgemeinen Schrecken verbreitet; es sind bereits mehr als hundert Personen, welche im Verdachte stehen, der progressistischen Partei anzugehören, eingezogen und in den Saladero (das Zivilgefängniß) gesteckt worden; den Provinzial-Gouverneuren ist die Weisung zugegangen, ihre Verwaltungsdistrikte auf das strengste zu überwachen. Man glaubt, daß dieses Wiederaufleben des Terrorismus mit dem Wiedererscheinen des geheimen Journals „Relampago" im Zusammenhange stehe; dieses Blatt wurde am letzten Montage wieder einmal in mehr als 20,000 Exemplaren verbreitet; die Königin erhielt 20 Exemplare, die Minister die für sie bestimmten Exemplare während einer Senatssitzung unter Kouvert und in Form einer telegr. Depesche zugesendet. — Carrascon, der Redacteur der in Folge der Ereignisse vom 22. Juni vorigen Jahres unterdrückten „Democratia," wurde auf das Drängen des Marschalls Narvaez zu mehreren Jahren Gefangenschaft im Presidio verurtheilt. Er wurde dieser Tage aus dem Saladero nach dem Bagno von Toledo abgeführt und zwar stark gefesselt, in einer Gesellschaft von Mördern und Dieben. Die Mißstimmung hat ihren Kulminationspunkt erreicht, wozu übrigens nicht wenig das dieser Tage der Kammer mitgetheilte Budget und Finanzgesetz beitrug. Der Inhalt desselben ist bald wiedergegeben: ein enormes Defizit, Erhöhung der Steuern und Einführung neuer Abgaben in einem Augenblicke, in dem Bankiers, Kapitalisten, Börsenmänner, Kaufleute und Industrielle ihre Geschäfte einstellen.

New-York, 4. Mai. Was einst in den Vereinigten Staaten mit Stolz behauptet wurde, daß Mißhelligkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern im Lande der Freiheit fast unbekannt und Strikes, der Krebs des europäischen Geschäftes, in Amerika ebenso unbegreiflich als unmöglich seien, ist im Laufe der letzten Jahre in kläglicher Weise zu Schanden geworden und heute stehen von einem Ende der Union bis zum andern fast allenthalben Arbeit und Kapital sich in unheilvollem Zwiespalt einander gegenüber. In Chicago haben sich neuerdings die Verhältnisse in etwas gebessert, aber anderwärts ist die Lage dafür desto trauriger. In dem Bergwerksdistrikte von Pottsville, im östlichen Pennsylvanien, ist Gewaltthätigkeit und Mord in diesen Streitigkeiten an der Tagesordnung. Nicht weniger als 50 Mordthaten hat dieser eine Distrikt in den letzten vier Jahren aufzuweisen, ohne daß es gelänge, gegen die zur Haft gebrachten Verbrecher Zeugen aufzutreiben. Ein Mann wurde in Gegenwart von einigen 50 Menschen an der Seite seines Weibes erschossen und Niemand war zum Zeugniß zu bewegen, so daß die Sache nicht erwiesen werden konnte. Eine Menge von politischen Industrierittern, die auf den Schultern einer zahlreichen, unzufriedenen Volksmasse ihre Privatzwecke zu erreichen hoffen, thun das Ihrige, den Brand zu schüren und den Streit zum offenen Kampfe zu treiben. „Die Arbeit muß das Kapital, nicht das Kapital die Arbeit kontroliren", wird den feiernden Leuten von vielen Seiten gepredigt, und sie lassen sich die Lehre nicht verloren gehen; aber Noth und Elend und Entbehrungen auf allen Seiten ist das Resultat. (Frkf. Journ.)

Neueres.

Berlin, 22. Mai. Die „Provinc.-Corresp." sagt: Die Auswechslung der Ratifikationen des Londoner Vertrags wird voraussichtlich gleichzeitig am 23. Mai geschehen. Es steht fest, daß der König im Monat Juni nach Paris zu reisen beabsichtigt. Die Festsetzung des Zeitpunkts erfolgt erst in nächster Woche. Möglicherweise entsteht ein Aufschub bis nach den Landtagssitzungen und nach Pfingsten. — Die „Prov.-Corresp." bespricht ferner die Umtriebe in Hannover und sagt: die Regierung wird im Interesse des hannoverischen Landes handeln, wenn sie den Anstrengungen jener Partei, welche selbst den Landesverrath nicht scheut, ein Ziel setzt und die bisherige Nachsicht der ausschließlichen Erwägung des öffentlichen Interesses weichen läßt. — Die Behauptung, Preußen wolle nach der allseitigen Annahme der norddeutschen Verfassung die süddeutschen Regierungen zum Beitritt einladen, wird von zuverlässiger Seite als grundlos bezeichnet. — Das Befinden des Kronprinzen ist besser, so daß seine Abreise nach Paris nahe bevorsteht. — Hannoverische Correspondenzen melden die Verhaftung des ehemaligen hannoverischen Gesandten in Berlin, des Geheimraths v. Stockhausen.

== **Wien,** 22. Mai. Der Reichsrath wurde heute durch den Kaiser eröffnet. Die kaiserliche Thronrede sagt: Was ich bei der erstmaligen Berufung des Reichsrathes gelobt, ist das unabänderliche Ziel meiner Bestrebungen geblieben. Die Herstellung constitutioneller Einrichtungen ist es, was ich unverrückt im Auge behalte. Dies Ziel war jedoch nicht zu erreichen, ohne zwischen dem Oktoberdiplom, Februarpatente und dem älteren ungarischen Verfassungsrechte einen Einklang zu gewinnen. Schwere, das Reich treffende Schicksalsschläge waren eine ernste Mahnung, dieser Nothwendigkeit gerecht zu werden. Meine Bemühungen sind nicht vergeblich geblieben. Mit den ungarischen Kronländern wurde ein befriedigendes Abkommen getroffen, welches deren Zusammengehörigkeit mit der Gesammtmonarchie, den innern Reichsfrieden und die Machtstellung des Reiches nach außen sicher stellt. Ich hoffe, der Reichsrath wird dieser Vereinbarung seine Zustimmung nicht versagen; eine unbefangene Abwägung der Verhältnisse wird etwaige Besorgnisse entfernen. Vergangenheit, Gegenwart wie Zukunft mahnen zur rüstigen Vollendung des begonnenen Werkes. Der Reichsrath, ich erwarte dies von seiner Gerechtigkeit, wird die Vortheile nicht unterschätzen, welche auf der von mir eingeschlagenen Bahn für die Stellung Oesterreichs im europäischen

Staatenverbande bereits fühlbar geworden sind. Der Reichsrath, dafür bürgt seine erprobte Einsicht, wird nicht verkennen, wie die neue Ordnung der Dinge, indem sie die verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten der ungarischen Kronländer mit neuen, unumstößlichen Bürgschaften umgibt, eine gleiche Sicherheit für die übrigen Länder im nothwendigen Gefolge haben muß. Die Verwirklichung dieser Aussicht ist aber wesentlich bedingt durch die Befestigung der Grundgesetze, des Oktoberdiploms und Februarpatents in den Ländern, deren Vertreter jetzt wieder versammelt sind. Wie mir aber der Gedanke fremd geblieben, die einzelnen Königreiche und Länder in den ihnen zustehenden Rechten schmälern zu wollen, ist es auch meine Absicht, denselben im Wege der Vereinbarung mit dem Reichsrath jede Erweiterung der Autonomie zu gewähren, die ihren Wünschen entspricht und welche ohne Gefährdung der Gesammtmonarchie zugestanden werden kann. — Die Thronrede verheißt sodann Gesetzesvorlagen über Ministerverantwortlichkeit und über die Modifikation des Verfassungsparagraphen 13. — Die finanziellen Angelegenheiten werden in hervorragender Weise die Aufmerksamkeit und die verfassungsmäßige Mitwirkung des Hauses beanspruchen. Die Thronrede verspricht auch Vorlagen über die durch den Ausbruch des Kriegs nothwendig gewordenen außerordentlichen Auslagen. Für den Bedarf im laufenden Jahre ist vorgesorgt, so daß der Reichsrath sich der Lösung der großen dauernden finanziellen Aufgaben in Folge der mit den Ländern der ungarischen Krone zu treffenden Vereinbarungen widmen kann. Dabei ist es Hauptaufgabe, daß kein Theil über eine unverhältnißmäßige Belastung zu klagen habe. Die Thronrede schließt: „Werfen wir über die nahe Vergangenheit, die dem Reiche tiefe Wunden schlug, den Schleier der Vergessenheit; beherzigen wir die von ihr hinterlassenen Lehren, aber schöpfen wir aus ihr die Kraft und den Willen, dem Reiche Ruhe und Wohlfahrt nach Innen, Ansehen und Macht nach Außen wiederzugeben. Nicht der geheime Gedanke an Wiedervergeltung sei es, der unsere Schritte leitet; eine edlere Genugthuung sei uns beschieden. Wenn es uns immer mehr gelingt, durch das, was wir leisten, was wir schaffen, Ungunst und Feindschaft in Achtung und Zuneigung zu verwandeln, dann werden Oesterreichs Völker, welchem Stamme sie angehören und welche Sprache sie reden, sich um das kaiserl. Banner schaaren und dem Worte Meines Ahnen vertrauen: Daß Oesterreich unter dem Schutze des Allmächtigen dauern und blühen werde bis in die späteste Zeit." Die Rede wurde zu öfteren Malen von einem Sturme von Beifall unterbrochen.

Bern, 22. Mai. Beim Empfang des eidgenössischen Gesandten, Hrn. Heer, am 18. Mai gab der König von Preußen die bestimmte Zusicherung, daß die Neutralität der Schweiz von Seiten Preußens werde respectirt werden.

Paris, 22. Mai. Die „Standarte" sagt, der Großherzog von Luxemburg habe am Sonntag den Londoner Vertrag ratifizirt.

London, 22. Mai. Lord Naas, der Minister von Irland, legte gestern dem Parlament eine Bill vor, zu dem Zweck, die Suspension der Habeaskorpusakte in Irland bis zum 1. März 1868 zu verlängern. Die Unterdrückung des Aufstands sei der Loyalität des Volks im Allgemeinen zu verdanken; die Zahl der Gefangenen betrage gegenwärtig 211. Auf eine Anfrage des Grafen Russell erwiderte Graf Derby, die Vorschläge, welche J. Maj. Regierung den Ver. Staaten gemacht, um die schwebenden Fragen beizulegen, hätten noch kein definitives Ergebniß gehabt. Die Regierung von Washington verlange, daß der gesammte Schriftenwechsel einem Schiedsgericht übergeben werde. England habe dazu seine Zustimmung nicht ertheilt, aber die Verhandlungen dauern in günstiger Weise fort.

Literarisches.

Roman-Magazin des Auslandes enthaltend **die besten Romane des Auslandes wie England — Frankreich — Schweden — Italien — Nord-Amerika in guten Uebersetzungen.** — Von diesem neuen, eben nur die **ausländischen Romane** liefernden Unternehmen liegt der erste Quartalband d. J. (Preis fl. 1. 48) vor, enthaltend vier große Romane der beliebtesten fremden Autoren als: **Lady Adelaide's Schwur** von Mrs. Wood — **Sein oder Nichtsein** von Marie Sophie Schwartz — **Der Garten des Domherrn** von L. Ulbach und **Die Octrone, oder die Lilie von Louisiana** von Lascelles; also einen **englischen, schwedischen, französischen und amerikanischen Roman**, den Inhalt von 12 Bänden umfassend, welche die Abonnenten sofort nach Erscheinen zu dem in Leihbibliotheken üblichen Leihpreis von 9 kr. für den Band **zu eigen erhalten.** Ein sehr reichhaltiges, belehrendes und unterhaltendes Feuilleton ist außerdem im „Roman-Magazin" enthalten und das **wohlgetroffene Porträt der beliebten englischen Schriftstellerin Mrs. Henry Wood** dem ersten Quartal-Bande hinzugefügt.

Für das zweite Quartal kündigt die Verlagshandlung unter andern Romanen auch den berühmten, in England bereits in mehreren Auflagen erschienenen Roman: **Felix Holt der Radicale** von George Eliot an, dessen Uebersetzungsrecht für Deutschland zu hohem Preise von der Verlagshandlung erworben wurde.

(In Würzburg zu beziehen durch die Stahel'sche Buch- u. Kunsthandlung.)

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	68 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	61 7/8 G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55 P. 54 3/4 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	46 1/4 G.
„	4 1/2 pCt.	41 5/8 P.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	93 7/8 P. 5/8 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	91 1/8 P. 90 7/8 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	93 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	82 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	95 [illegible] P.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	83 1/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	93 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	94 3/8 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	90 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	83 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	81 1/4 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2 pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 1/4 G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	78 G.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	77 1/2—1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	129 5/8 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	679 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	172 1/2—72 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt	91 1/2 P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	205 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	89 1/4 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	325 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. P. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	205 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	110 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	150—1/2 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/4 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	45 3/4 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 1/2 P. 1/4 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	45 1/2 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	116 1/2 P. 1/4 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	116 1/2 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/4 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105—1/8 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 3/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 1/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/8 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/2 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/4 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	93 3/4 P. 1/2 G.
do. in öst. W. l. S.	93 1/2—5/8 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	113 P.
„	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	61 1/4 G.
„	fl. 500 v. 1860 6/7	71 1/4—71 G.
„	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	119 1/4 P.
„	do. v. 1864	75 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.		99 3/8 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose		10 P.
Badische fl. 35		54 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.		56 P. 55 3/4 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.		142 G.
„	fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.		35 1/4 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.		—
Neuchateler 10 Frs.-Loose		—
Freiburger 15 Frs. Loose		—
Mailänder 45 Frs. [illegible] b. R.		28 1/2 G.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.		—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.		—

Frankfurt, 23. Mai. Die Börse bietet dem Berichterstatter im Augenblicke wenig „schätzbares Material" zur Verarbeitung. Kann es eine undankbarere Aufgabe geben, als Variationen über das Thema „still, matt und geschäftslos" zu machen? Und doch ist dies im Ganzen die Physiognomie der Börse, seit die Londoner Konferenz dem Geschäfte den letzten größeren Impuls gegeben. Auch heute verkehrte man ohne alles Animo bei matten Coursen. Besonders süddeutsche Sachen waren sehr offerirt, da man neue württembergische und badische Anleihen zu kriegerischen Friedenszwecken befürchtet. Amerikaner halten sich in Anbetracht der durch die starke Goldausfuhr in New-York immer noch hohen Goldagios (gestern 138 3/4) ziemlich fest, obwohl sie billiger zu haben waren. (Sydb.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 144.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 25. Mai 1867.

Auf die „**Neue Würzburger Zeitung**" kann für den Monat **Juni** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Die wahre Adresse der Berliner Studenten.

Während die französische Kriegspartei aus der durch einen frechen Betrug untergeschobenen Adresse der Berliner Studenten politisches Kapital zu machen sucht, der „Impartial du Bas-Rhin" zum Beispiel ein Supplement mit der Friedens-Adresse der Straßburger Studenten, der angeblichen Antwort der Berliner und der Rückantwort der Straßburger Commilitonen veröffentlicht, haben die Berliner Studenten erst vorgestern Abend wirklich eine Antwort auf die Straßburger Friedens-Adresse beschlossen. Man schreibt der „Köln. Ztg." darüber aus Berlin, 22. Mai:

„Im großen Saale des Handwerker-Vereins fand gestern Abend eine von etwa 300 Personen besuchte Studenten-Versammlung zur Berathung einer Antwort auf die Friedens-Adresse der französischen Studenten Statt. Nach vierstündiger Debatte wurde mit großer Majorität die Absendung folgender Adresse beschlossen:

„„Französische Brüder! In wahrhaft edlem Geiste habt Ihr in den Tagen, da ein unseliger Krieg unsere Völker bedrohte, Worte des Friedens, edle Worte uns zugerufen. Mit Entschlossenheit verläugnetet Ihr die eroberungssüchtigen Tendenzen egoistischer Freiheitsfeinde. Habet Dank! Aeußerliche Verhältnisse unserer Hochschule haben verhindert, Euch früher zu antworten. Die Wolken des Krieges sind zerstreut, der Friede scheint gesichert. Doch auch jetzt noch müssen wir, gleichen Sinnes mit Euch, erklären, daß es Zeit ist für die Völker, selbst ihre Stimme zu erheben, wo es ihre höchsten, heiligsten Güter gilt, und daß es für das in Freiheit geeinte Deutschland und für das freie Frankreich niemals einen wahren Grund geben kann, die Waffen gegen einander zu ergreifen. Der Krieg war schon so oft die Quelle des Despotismus; das Interesse der Völker verlangt den Frieden; Arbeit und Wissenschaft gewinnen an Boden unter den Segnungen des Friedens, das ist die Arena unseres Kampfes. Französische Brüder! Laßt uns, dem hohen Berufe der gebildeten Jugend gemäß, eifrigst bestrebt sein, diesen Ideen Eingang zu verschaffen, dann gehört uns die Zukunft. Empfanget unseren herzlichen Gruß! Möge dieser erste Austausch unserer Ideen der Anfang sein eines geistigen Verkehrs der gebildeten Jugend Frankreichs und Deutschlands!""

„Die Corps und der Wingolf bildeten die Minorität gegen die Adresse, erstere, weil sie der Versammlung überhaupt die Competenz zum Erlaß einer politischen Kundgebung nicht zuerkennen wollten. Die Opponenten stimmten jedoch für einen etwas bramarbasirend klingenden Passus des ursprünglichen Entwurfs, der jedoch, als für den Zweck der Zuschrift ungeeignet, verworfen wurde. Die oben mitgetheilte Adresse soll zwei Tage zu Unterschriften ausliegen und dann an die Universitäten Paris und Straßburg, an Herrn Garnier Pagès und an die Redaktion des „Temps" gesandt werden. Außerdem theilt die „Zukunft" eine von der hiesigen Burschenschaft Brandenburgia an die „Allgemeine Zeitung" in Folge jener Veröffentlichung erlassene Erklärung mit, welche sich dadurch kennzeichnet, daß sie Herrn Johann Jakoby als unseren „großen Mitbürger" feiert."

Es freut uns, daß die Berliner Studenten nach dem Grundsatze verfahren sind: Ein gutes Wort findet einen guten Ort. Die Adresse der Straßburger Studenten war ohne Zweifel in bestgemeinter Absicht erlassen worden, und nichts lag ihr ferner, als zu verletzen. Die unechte Adresse war in der Absicht abgefaßt, zu beleidigen, und hat diese Absicht vollkommen erreicht; die Straßburger Studenten nannten sie mit Recht ein Muster der Grobheit. In der wirklichen Entgegnung ist jeder Mißton vermieden, und so wird die in ärgerlicher Weise durch nichtswürdige Ränke getrübte Harmonie in den jugendlichen Köpfen hoffentlich wieder hergestellt sein. Die gefälschte Adresse ist, wie wir aus dem „Impartial du Bas-Rhin" ersehen, noch viel ungezogener, als die Bruchstücke, welche die hintergangene „Allgemeine Zeitung" daraus mittheilte. Es heißt darin: „Ist man ein Pferd, weil man in einem Stalle geboren ist? Man hat Euch gegen die Mauer von Frankreich wie Schmutz geworfen, und ihr seid daran kleben geblieben!" In der Uebersetzung: „Est-on cheval pour être né dans une écurie? On vous a jeté contre le mur de la France comme de la boue (le mot de Cambronne ici

Feuilleton.

Verhandlungen der physikalisch-medizinischen Gesellschaft in Würzburg.

IX. Sitzung am 18. Mai 1867.

1) Herr Schenk spricht über die Gattung Palaeoxyris.

Palaeoxyris Brongniart ist von Brongniart und allen späteren Autoren als eine den Xyris-Arten analoge fossile Gattung betrachtet worden. Jedoch spricht die Struktur derselben gegen diese Ansicht. Palaeoxyris besitzt 6 Blattorgane, welche auf der Spitze eines Stengels spiralig gerollt stehen, an der Spitze in gerade an einanderliegende Fortsätze enden. Es ist demnach dasselbe Strukturverhältniß wie bei Palaeobromelia Ettingshausen vorhanden, Palaeoxyris und Palaeobromelia sind demnach identisch. So wenig wie obige Ansicht ist jene Ettingshausen's, die Palaeoxyris-Arten seien Bromeliaceen, gegründet, da sich für einen derartigen Bau bei dieser Familie kein Analogon findet. Palaeoxyris ist entweder die Frucht einer ausgestorbenen Pflanzengattung, für welche in der Vegetation der Jetztwelt nur Helicteres als Analogon bezeichnet werden kann, oder es ist eine Blüthe und findet dann kaum in einer andern Gruppe als den Monokotyledonen ein Analogon. Besonderes Interesse bietet die Gattung noch dadurch, daß sie die einzige ist, welche der Trias und den auf die Trias folgenden Formationen mit Sicherheit gemeinsam bezeichnet werden kann, da alle bisherigen Angaben entweder auf ungenügender Kenntniß der Pflanzenreste, oder Verkennung der Arten und Gattungen, oder nicht genauer Aufnahme der Lagerungsverhältnisse beruhen. Wie sich die Flora der Steinkohlenperiode scharf von jener der Trias sondert, sondert sich die Vegetation der Trias scharf von jener, welche nach der Trias auftritt und mit dem Auftreten der Kreide ihren Abschluß findet. Mit der Kreide erst beginnt eine Vegetation aufzutreten, welche jener der Jetztwelt näher verwandt ist, aber so wenig identisch mit ihr, wie jene der Triasperiode.

2) Herr Nies referirte im Anschlusse an früher gehaltene Vorträge über Erscheinungen im Würtemberger Keuper, indem er zuerst auf die weite Verbreitung der als geologischer Horizont wichtigen sogenannten Bleiglanz-Schichte hinwies, die von Rottweil im südlichen Württemberg, von vielen Stellen im nördlichen Theile desselben Landes, von fränkischen und thüringischen Fundorten bekannt ist, ganz abgesehen von der Verknüpfung, die sie durch die in ihr vorkommenden Versteinerungen mit den sogenannten Raibler-Schichten von Kärnthen erleidet.

Bezüglich der auch bereits früher näher behandelten Umwandelung des Anhydrits in Gyps macht er unter Angabe einzelner Daten auf den Tunnel zwischen Heilbronn und Weinsberg aufmerksam, bei dem durch das Ausblähen anhydritischer Mergel in den drei Jahren des Betriebs die Eisenbahnschwellen im Ganzen um 18 Zoll gehoben worden sind, so daß man ernstlich daran denkt, den Tunnel gänzlich zu verlassen.

serait plus exact) et vous y êtes restés aplatis." Schließlich werden die Straßburger Studenten aufgefordert, ihr Bastardthum zu verlassen! Wenn man bedenkt, daß die Straßburger Studenten bei Weitem nicht alle deutscher Abkunft sind, so läßt jenes schmutzige Schriftstück an Unverschämtheit wirklich nichts zu wünschen übrig.

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 23. Mai. Versetzt werden: die Kriegskommissäre Fr. Fränkel von der Stadt- und Festungs-Commandantschaft Ingolstadt zum Fest.-Gouv. Landau, L. Trentini von der Commandantschaft München zur Stadt- und Fest.-Commandantschaft Ingolstadt und G. Gerbeuser von der Buchführung des Kriegsministeriums zur Mil.-Rechn.-Kammer; die Reg.-Quartiermeister F. Beckh von der Mil.-Rechn.-Kammer zur Commandantschaft München, Ferd. Grundler vom 12. Inf.-Reg. zur Mil.-Rechn.-Kammer, M. Wertbmüller von der Mil.-Rechn.-Kammer zum Art.-Corps-Commando, S. Böck von der Mil.-Rechn.-Kammer zum Gen.-Commando München, L. Peter von der Stadtcommandantschaft Augsburg zum Gen.-Commando Augsburg und Ph. Fix von der Mil.-Rechn.-Kammer zum Gen.-Commando Nürnberg; die Bat.-Quartiermeister J. Apberger von der Militär-Rechn.-Kammer zum 12. Inf.-Reg., M. Grünbaum von der Commandantschaft München, M. Schild von der Adm.-Commission der Mil.-Fohlenhöfe und Th. Kehl vom 1. Kür.-Reg. zur Mil.-Rechn.-Kammer, die Unterquartiermeister G. Belzner vom General-Commando München zur Militär-Rechn.-Kammer, M. Streck vom 3. reit. Art.-Reg. zum Cav.-Corps-Commando und J. Leopolder von der Militär-Rechn.-Kammer zur Adm.-Comm. der Mil.-Fohlenhöfe; endlich der Reg.-Aktuar J. Müller vom 11. zum 12. Inf.-Reg.

Se. Maj. der König hat den Rittmeister Otto v. Stetten vom 1. Chev.-Reg. auf ein Jahr, und den Regimentsquartiermeister J. Metz von der Stadtcommandantschaft Augsburg bleibend in den Ruhestand versetzt; den vormaligen Bataillonsarzt auf Kriegsdauer Dr. A. Meder zum Bataillonsarzt in prov. Eigenschaft im 4. Chev.-Reg. mit dem bei seiner erstmaligen Anstellung innegehabten Range ernannt.

Zufolge einer Entschließung des k. Staatsministeriums des Innern vom 21. d. M. werden Viehtransporte aus Oesterreich, welche für das Großherzogthum Hessen bestimmt sind, dort nicht zugelassen und sind deßhalb auch nach Bayern nicht einzulassen. Die zum Durchpassiren durch das genannte Großherzogthum bestimmten Viehtransporte sind gleichfalls an der Grenze zurückzuweisen, wenn nicht der Nachweis darüber geliefert wird, daß die Einfuhr derselben in den dahinter liegenden Ländern gestattet ist, indem ohne solchen Nachweis ein Viehtransport durch das Großherzogthum nicht stattfinden kann.

München, 23. Mai. Se. Maj. der König hat in Folge Ablebens Sr. großh. Hoh. des Prinzen Friedrich von Hessen, Oheims Sr. k. Hoh. des Großherzogs von Hessen, eine Hoftrauer von drei Tagen — vom 24. bis einschließlich 26. d. M. — angeordnet. (B. Z.)

** **München,** 22. Mai. In seiner heutigen Sitzung setzte der Gesetzgebungsausschuß die Berathung und Beschlußfassung über die Bestimmungen bei dem Rangordnungsverfahren bei der Zwangsversteigerung unbeweglicher Güter fort, und nahm die Art. 981 und 982, die noch von dem Abschlusse der Rangordnung handeln, im Wesentlichen nach dem Entwurfe und der neuen Fassung des k. Ministerial-Commissärs an. Für Art. 983 lag eine neue Fassung des k. Ministerial-Commissärs vor, welche denselben mit den bisherigen Beschlüssen über den Ausschluß verspäteter Anmeldungen und Erinnerungen in Einklang bringt. Der Ausschuß strich jedoch den Artikel hier und gab dem Art. 970 eine Fassung, durch welche die hier enthaltene Bestimmung bereits getroffen war. In den Art. 984—995 sind die Grundsätze geregelt, nach welchen bedingte oder noch nicht fällige oder solche Forderungen, die auf Entrichtung gewisser lebenslänglicher Renten oder Reichnisse gerichtet sind, behandelt werden sollen. Auch diese fanden nach dem Entwurfe und den Abänderungen, die theils von dem Referenten, theils in Consequenz früherer Beschlüsse von dem k. Ministerial-Commissär in der neuen Fassung einzelner Artikel in Vorschlag gebracht sind, im Wesentlichen Annahme seitens des Ausschusses. Für Art. 996, der die Unterverteilung regelt, lag eine neue Fassung des k. Ministerial-Commissärs vor, der der Ausschuß beitrat. Der k. Ministerial-Commissär schlug nach Art. 996 einen neuen Art. 996a vor, worin geregelt ist, wie weit im Rangordnungsverfahren Anwälte nothwendig sind. Der Ausschuß nahm diesen Artikel ohne Diskussion an. Der Art. 997, welcher Bestimmungen über den außergerichtlichen Ausverkauf enthält, wurde als überflüssig gestrichen, womit die Sitzung, da das 43. Hauptstück damit beendigt war, geschlossen wurde.

Stuttgart, 22. Mai. Bezüglich der Gestaltung unseres Militärwesens verlautet, daß der durch den „Würtemb. Korresp." veröffentlichte Entwurf im Allgemeinen der Ausarbeitung des Kriegsministeriums entspricht; dieser liegt die allgemeine Wehrpflicht mit zweijähriger Präsenzzeit zu Grunde. Man erzählt sich, diese Veröffentlichung sei vom Kriegsministerium selbst veranlaßt worden, um dem Vorwurfe der Unthätigkeit zu begegnen, der auf diesem Verwaltungszweige noch von seinem vorhergehenden Chef ruht. Im Uebrigen wird sich unser Militärwesen möglichst streng an das preußische anschließen. Wenn unsere Infanteriegewehre auch auf das Kaliber der preußischen ausgebohrt sind, so werden sie immer noch eine größere Eisenstärke haben, als die österreichischen, und ist also die in der Presse schon zum Ausdrucke gekommene Furcht, wir würden „Blechbüchsen" bekommen, eine ungegründete. — Dem Vernehmen nach wird der König seine Rundreise im Lande, welche mit Eintritt der ungünstigeren Jahreszeit im Vorjahre eingestellt wurde, morgen wieder aufnehmen und zunächst die Bezirke Neckarsulm, Künzelsau, Krailsheim und Mergentheim besuchen. (Frkf. Journ.)

Frankfurt, 21. Mai. Heute Morgen starb dahier in Folge eines Schlaganfalles im 75. Lebensjahre Hr. Joh. Heinrich Meidinger, bekannt als geographisch-statistischer Schriftsteller über das britische Reich, über die deutschen Ströme und die gemeinnützigen Anstalten seiner Vaterstadt. — Der Bau des großen Kanals, welcher unter der die Anlage umgürtenden Landstraße hinläuft und die Gemarkung entwässern soll, hat begonnen. Er wird mit allen Vortheilen der Neuzeit ausgeführt und mit Einmündungsstücken nicht nur für alle schon bestehenden Häuser, sondern auch für alle künftig zu bebauenden Grundstücke versehen. (Schw. M.)

Frankfurt, 22. Mai. An Stelle des von der Commandantur in Frankfurt a/M. entbundenen und zu den Offizieren von der Armee versetzten Generallieutenants v. Beyer ist der Generalmajor und Commandant der ersten Cavallerie-Brigade v. Frankenberg-Ludwigsdorff zum Commandanten von Frankfurt ernannt. Oberst v. Schmeling, Commandant des hier liegenden Füsilier-Regiments Nr. 34, ist unter Stellung à la suite dieses Regiments mit der Führung der 28. Infanterie-Brigade beauftragt worden.

Berlin, 23. Mai. Wie es heißt, wird die Abwesenheit des kronprinzlichen Paares von Berlin etwa 3 Wochen dauern.

Wien, 20. Mai. Die kroatische Opposition ruft in den maßgebenden Pesther Kreisen große Mißstimmung hervor. Es ist dieß leicht begreiflich. Diese Mißstimmung kann nur erhöht werden, wenn man auf die eigentlichen Motive kommt, welche die nationale Partei zu so energischem Widerstande bewegen. Aus guter Quelle will man wissen, daß die Fäden der kroatischen Opposition in Belgrad ihren Ausgangspunkt suchen, und daß in Kroatien selbst die Träume von einem großen südslavischen Reich von einer kleinen aber wichtigen Partei wieder aufgefrischt werden. Das wäre ein ernstes Symptom, welches durch die besondere Betheiligung der Kroaten am panslavistischen Kongreß in Moskau nur an Bedeutung gewänne. — Ganz abnorm ist die Lage der Nationalbank in ihrer Eigenschaft als Zettelbank. Von ihrem gesammten Notenumlaufe per 239,5 Mill. Gulden entfallen 117,3 auf Forderungen an den Staat. Ihre Noten sind entwerthet gleich den Staatsnoten und erliegen für die 239,5 Mill. Banknoten nicht weniger als 103,7 Mill. Silber in den Kellern und 44,4 Mill. Metallwechsel im Portefeuille der Bank. Letztere wird heuer jedenfalls die Garantie des Staates für ein 7 prozentiges Erträgniß in Anspruch nehmen müssen. (Schw. M.)

Prag, 22. Mai. Die Czechen-Deputation kam vorgestern Abends in St. Petersburg an; auf allen Stationen wurden sie mit Brod und Salz empfangen. In St. Petersburg hatte sich trotz heftigen Schneegestöbers eine große Menschenmenge zum Empfange im Bahnhofe eingefunden. Gestern fand ein Bankett statt. Dr. Brauner brachte einen Toast aus, indem er unter anderm sagte: „Mit Undank werden die Slaven Böhmens gelohnt; die nächsten Nachbarn drücken sie an die Wand, die russische Gastfreundschaft drückt sie ans Herz." Dr. Rieger brachte ein Hoch der Solidarität der slavischen Interessen. (Pr.)

Paris, 20. Mai. Die Reise des Marschalls Mac-Mahon hat den Zweck, eine neue Organisation der algerischen Streitkräfte herbeizuführen. Die Vertheidigung des Küstengebiets soll den Milizen übertragen werden, während die Armee im Tell zahlreiche und gegenseitig sich stützende Posten, die eine leichte Konzentration gestatten, besetzen soll. Das Saharagebiet soll in große Kommandos, an deren Spitze eingeborne Häuptlinge stehen, eingetheilt werden. — Gestern fand die Vertheilung der Preise statt, welche die hiesige polytechnische Gesellschaft alljährlich den tüchtigsten Schülern der von ihr gestifteten Abend- und Sonntagsschulen zuerkannt. Der Unterrichtsminister hielt eine Rede, worin er dem Lande zu den großen Fortschritten, die es im Unterrichtswesen, namentlich durch die zahlreichen Lehrstunden für Erwachsene, mache, Glück wünschte. Selbst die Fremden, die jetzt so zahlreich hier sich einfinden, erkennen, wie Hr. Duruy versichert, diese Fortschritte an. „Hören Sie, sagte der Minister, nur die Fremden, die jetzt in unsern Mauern weilen und durch alle die Herrlichkeiten von Paris gefesselt werden. Unsere Künste und Gewerbe ziehen sie an und sie sind von dieser großen Schulbewegung betroffen, der wir selber überrascht und freudig bewegt als Zeugen beiwohnen. Ja, sie wollten selber auf der allgemeinen Weltausstellung dies an

den Tag legen. Die internationale Jury der 10. Gruppe, deren Vorsitzender der ehrwürdige Baron Liebig, einer der berühmtesten Gelehrten Deutschlands ist, kannte erst die im vergangenen Jahre erzielten Ergebnisse unserer Schulen für Erwachsene. Doch hat diese Jury einstimmig eine goldene Medaille nicht unsern Schulen, die von vielen fremden Schulen noch übertroffen werden, sondern den Lehrern Frankreichs bewilligt, um auf diese Weise einer einzig dastehenden Aufopferung eine glänzende Anerkennung zu Theil werden zu lassen." Aus den Mittheilungen des Ministers geht hervor, daß die Betheiligung der Lernbegierigen an dem Unterrichte sich in stetem Fortschreiten befindet. Es bestehen jetzt in Frankreich 32,383 Abendschulen, in welchen 830,000 vorher beinahe völlig unwissende, erwachsene Individuen von etwa 40,000 Lehrern unterrichtet werden. Viele Lehrer unterziehen sich ohne alle Vergütung dieser Pflicht. In 10,000 Gemeinden aber haben es die Gemeinderäthe als Ehrenpflicht angesehen, den Lehrern für ihre Mühewaltung eine Vergütung von zwei Millionen Frks. im Ganzen zukommen zu lassen.

Paris, 22. Mai. Der „Abend-Moniteur" erstattet heute Bericht über die Audienz ab, welche der russische Botschafter am türkischen Hofe beim Sultan gehabt hat. Derselbe wurde mit den nämlichen Ehren empfangen, wie Bourée, der französische Botschafter in Konstantinopel. Bekanntlich beobachtete man dabei ein ganz außerordentliches Ceremoniell, welches alle übrigen Gesandten in Harnisch brachte und zu Reklamationen Anlaß gab. In Folge derselben wurde beschlossen, in Zukunft alle Gesandten à la Bourée zu empfangen. — Der „Etendard" meldet heute, daß der größte Theil der preußischen Truppen Ende nächster Woche Luxemburg verlassen haben wird. Dasselbe Journal widerlegt die Nachricht, daß der König und die Königin der Belgier sich von Paris nach Miramare begeben werden. — Gestern Nachmittag wurde mit großer Feierlichkeit die Büste Mickiewitz', des berühmten polnischen Dichters, auf dem polnischen Theile des Kirchhofes von Montmorency enthüllt. Die Ceremonie fand, wegen der bevorstehenden Ankunft des russischen Kaisers, auf Befehl früher statt, als man es Anfangs beabsichtigt hatte.

Spanien. Die „Gaceta" veröffentlicht ein unterm 17. Mai publizirtes Gesetz, wodurch das Ministerium aller Verantwortlichkeit entledigt wird für die Verwaltungshandlungen, in denen es sich die Rechte der gesetzgebenden Gewalt angeeignet hatte. — Die Deputirten haben den Vorschlag des Hrn. Nocedal über die parlamentarischen Unvereinbarkeiten verworfen. Dieser Vorschlag verlangte auch die Reform der Verfassung, die Ausdehnung des Wahlrechtes und die Dezentralisation.

London, 22. Mai. Der Telegraph meldet aus Dublin, daß die Fenier Flood und Duffy zu fünfzehn, Cody zu zwanzig und Conolly zu sieben Jahren Zwangsarbeit verurtheilt wurden; Smith wurde zu einem Jahre derselben Strafe und Mooney zu fünfzehn Monaten Gefängniß verurtheilt; eine große Anzahl von Angeklagten wurde entlassen. Capitän M'Clure und drei Andere wurden vor der Spezial-Kommission zu Cork wegen Hochverraths vor Gericht gestellt. — Die Königin wird heute Abend nach Balmoral abreisen, und zwar direkt von Windsor aus die ganze Strecke ohne Unterbrechung durchfahren. Es sind auf den Eisenbahnlinien, welche der königliche Extrazug befährt, besondere Vorkehrungen für die Sicherheit desselben getroffen. Der Zug verläßt Windsor um 7 Uhr Abends und kommt um 1 Uhr morgen Nachmittag am Bestimmungsorte an. — Der Gouverneur von Helgoland, Major Maxse, hat einen großen Sturm von Seiten der Einwohner der Insel gegen sich heraufbeschworen, indem er das Hazardspiel verboten hat. Die Bank brachte bisher der Insel so viel ein, daß Abgaben und Steuern unbekannte Dinge waren. Jetzt protestiren die Helgoländer wie Ein Mann gegen die Maßregel des Gouverneurs, der sie nach Abschaffung der Spielbank auch noch mit Besteuerung belasten will.

Türkei. Ein serbisches Blatt gibt folgende Details über die schon erwähnte Erhebung der aus Rußland ausgewanderten und in der Türkei angesiedelten Tscherkessen. Die Tscherkessen, denen die türkische Regierung vor einigen Jahren Wohnsitze auf dem geschichtlich bekannten Amselfelde und an verschiedenen anderen Stellen in den Distrikten Prisren und Prischkina angewiesen hatte, faßten den Entschluß, ihre Niederlassungen aufzugeben und wieder nach ihrem Vaterlande zurückzukehren. Sie begannen damit, daß sie ihre Hütten verbrannten und ihre Saaten durch ihre Heerden zertreten und zerstören ließen, hierauf sofort ihre Heimkehr beginnend. Am 7. erreichten sie die Ortschaft Prokuschlje, Schrecken verbreitend und Gewaltthätigkeiten ausübend. Der Mudir, welcher weiteren Ruhestörungen vorbeugen wollte, begegnete Schwierigkeiten und zu wiederholtenmalen war sein Leben bedroht, daß er sich genöthigt sah, um bewaffneten Beistand zu bitten. Ein Eilbote wurde nach Nisch entsendet und der dortige Kaimakam, Suleiman Pascha, eilte an der Spitze von 400 Reitern nach Prokuschlje und verjagte die Tscherkessen aus dem Orte, indem er auch sofort die Brücken über die Morawa bis auf zwei zerstören ließ, diese zwei besetzte er mit seinen Reitern, so daß er die Tscherkessen verhinderte, die Weiterreise fortzusetzen und Nisch zu erreichen. Die Letzteren sahen sich daher gezwungen, Halt zu machen und kampirten am Flusse Dobrisch in der Nähe der Dörfer Mramor und Potok. Am 8. ließ Suleiman Pascha die Brücke wieder herstellen; seine bewaffnete Macht steht jedoch noch immer bei Mramor und erlaubte nicht den Tscherkessen, ungefähr 400 Familien zählend, weiterzuziehen. — Der „Allg. Ztg." wird geschrieben, daß fast alle Kaukasier, die vor zwei bis drei Jahren nach der Türkei kamen, ihre Häuser den Flammen übergaben und nach Rußland zurückkehren wollen. Das Klima, die Lebensweise und das Elend haben eine große Sterblichkeit in ihrer Mitte hervorgebracht und es dürfte jetzt kaum die Hälfte der Zahl der vom Kaukasus angekommenen Individuen übrig geblieben sein.

Konstantinopel, 21. Mai. In der Begleitung des Sultans bei dessen bevorstehender Reise nach Paris werden sich die jungen Prinzen befinden. Der Schah von Persien soll eine an ihn ergangene Einladung zum Besuche der Pariser Ausstellung abgelehnt haben. — Rußland verweigert den seiner Zeit nach der Türkei emigrirten Tscherkessen die Wiederübersiedelung nach dem Kaukasus. (W.B.)

New-York, 11. Mai. Die Südstaaten nehmen fortwährend die Aufmerksamkeit des Publikums in Anspruch: Radikale Congreßmänner bearbeiten die Bevölkerung daselbst mit großem Eifer und wechselndem Erfolge. Senator Wilson, der augenblicklich in Montgomery sich aufhält, erhielt dort eine große Ovation nebst Fackelzug Seitens der Neger von Augusta und Georgia. In New-Orleans hält Senator Kelley Versammlungen und Reden. Die Farbigen, die sich in ihrer politischen Bedeutung zu fühlen beginnen, lassen sich stellenweise Ausschreitungen zu Schulden kommen, und in Richmond kam es in den letzten Tagen zum offenen Krawall. Ein wegen Schlägerei verhafteter Neger wurde von dem schwarzen Pöbel der Polizei entrissen, zwei Polizisten wurden jämmerlich zerschlagen und man mußte schließlich die Polizeimannschaften concentriren und Truppen requiriren, worauf die Straßen gesäubert wurden und die Ruhe wieder eintrat. Das Einschreiten des Militärs rief jedoch unter der farbigen Bevölkerung große Aufregung hervor. — In New-York tagt gegenwärtig eine Versammlung für die Rechte der Frauen, und das Stimmrecht der weiblichen Bevölkerung wurde dort warm befürwortet. — Eine alte Bestimmung, nach welcher Sonntags alle Läden geschlossen sein müssen, wurde von der Polizei hervorgesucht und wieder in Kraft gesetzt. Da indessen das Publikum, besonders die Ladenbesitzer, in die größte Mißstimmung geriethen und ein Aufstand auszubrechen drohte, wurde das mißliebige Verbot zurückgezogen. — Die Schutzzöllner bereiten sich zu einem neuen Sturme vor, um einen höheren Tarif durchzubringen. — Nach dem gewöhnlichen Monatsberichte des Finanz-Ministers stellte sich die Staatsschuld der Vereinigten Staaten am 1. Mai auf 2,668,575,098 D. 58 C. Zusammengehalten mit dem Ausweise für den 1. April, ergibt sich daraus eine Zunahme von 5,161,724 D. 40 C. Am 1. Januar betrug die Schuld 2,675,062,505 D. 43 C., so daß während der ersten vier Monate des Jahres die wirkliche Verminderung derselben sich auf 6,187,405 D. 85 C. reducirt. Am 1. Mai enthielt der Schatz 148,089,062 D., was einen Ueberschuß von fast 8,000,000 D. gegen den 1. April geben würde.

Neueres.

Wien, 23. Mai. In der heutigen Sitzung des Unterhauses interpellirte der Abgeordnete Mühlfeld die Minister des Krieges und der Finanzen über den Zweck und die Kosten der Befestigung Wiens. Finanzminister v. Becke versprach, die Interpellation nächstens zu beantworten. Eine Petition der Stadt Wien wegen Auflassung der Befestigung wurde verlesen. Ein Dringlichkeitsantrag Pratobevera's: die Thronrede zu beantworten und zu diesem Behufe aus dem Plenum einen Ausschuß von 15 Mitgliedern zu erwählen, wurde angenommen. Die Wahl des Adresse-Ausschusses wird in nächster Sitzung vorgenommen werden.

Wien, 23. Mai. Die Luxemburger Angelegenheit dürfte auch ein Nachspiel erhalten. Bereits wird an die das agnatische Recht aufrechterhaltende Klausel folgende Kombination geknüpft: Der König von Holland, welcher das Großherzogthum Luxemburg durchaus nicht behalten wolle, werde dasselbe an den Herzog von Nassau abtreten, der ohnehin Erbansprüche auf dasselbe besitze; der Herzog von Nassau aber werde dasselbe an Preußen abtreten, so daß die preußische Garnison bald wieder, gestützt auf einen neuen Rechtstitel, in die Festung einziehen würde." Wenn man sich erinnert, bemerkt die „Zukunft" hinzu, daß der König-Großherzog angeblich sein Recht un-

bei hränkter Verfügung sich ausdrücklich, und ohne durch einen Zweifel dazu angeregt zu sein, in dem Vertrage hat konstatiren lassen, daß ferner jene agnat. Rechte ebenfalls ihre Bestätigung in dem Altenstücke gefunden haben sollen, obwohl die französ. Regierung in ihren Erklärungen vor den Kammern nichts davon erwähnt hat, daß ferner eine Anerkennung der beiderseitigen Grenzen weder von Frankreich noch von Preußen verlangt oder ausgesprochen worden ist — so muß man dem Gerüchte wenigstens das Eine zuerkennen, daß es die bekannten Momente gut kombinirt hat.

Pesth, 23. Mai. Die Ministerialvorlagen wurden in 8 Sektionen angenommen, in der 9. Sektion (Berichterstatter Graf Raday) wurde mit 12 gegen 12 Stimmen beschlossen, daß die Ministervorlagen Landtagsbeschluß bleiben und nicht zum Gesetze erhoben werden sollen. Der Präsident der Sektion gab für diesen Beschluß den Ausschlag.

Paris, 23. Mai. Der „Moniteur“ schreibt: Der Kaiser von Rußland wird am 1. Juni in Paris eintreffen und bis zum 11. verweilen. — Die „Standarte“ glaubt zu wissen, daß vor dem Ende dieser Woche ein Theil der preußischen Truppen aus Luxemburg abziehen und nach Rastatt gehen werde. (Bekanntlich sind die zwei bisher in Luxemburg garnisonirenden Regimenter nach Mainz bestimmt.)

Paris, 23. Mai. In hiesigen sehr wohlunterrichteten Kreisen wird die Verzögerung der Hierherkunft des Königs von Preußen damit motivirt, daß Kaiser Napoleon den Wunsch ausgesprochen habe, daß der Kaiser von Oesterreich zu derselben Zeit anwesend sein möge, dieser aber vor der Krönungsfeier in Pesth nicht hieher reisen könne.

Bukarest, 23. Mai. Auf Anordnung der Regierung wurde gestern im ganzen Lande der Jahrestag des Einzugs des Fürsten Karl von Hohenzollern in Bukarest mittelst Abhaltung von Tedeums und Militärparaden, und mittelst Schießens mit Kanonen gefeiert.

Konstantinopel, 22. Mai. Der französische Botschafter hat gestern dem Sultan einen eigenhändigen Brief des Kaisers Napoleon mit einer Einladung zur Ausstellung überreicht. Der Sultan hat die Einladung angenommen und wird Ende Juni mit seinem Minister Fuad Pascha, mit seinem ältesten Sohn Izzedin und zwei Neffen abreisen.

New-York, 20. Mai. In dem Departement des Unterschatzmeisters in New-Orleans wurde ein bedeutendes Deficit entdeckt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Literarisches.

Wenn eine Zeitschrift immer das Spiegelbild geistigen Lebens und Strebens sein soll, so ist ihre Aufgabe eine um so höhere und eben deßhalb dankenswerthere in einer Zeit, die gegen früher unendlich an Inhalt und Ernst, an Verständniß ihrer Zielpunkte und vorwärtsdrängender Schöpferkraft gewonnen hat. Die „Allgemeine Illustrirte Zeitung **Ueber Land und Meer**“ (Stuttgart, Eduard Hallberger) ist sich dieser Aufgabe in ihrem vollen Umfange bewußt geworden, das bezeugen wieder die neuesten Nummern dieses weitverbreiteten und allbeliebten Blattes. In ihrem unterhaltenden Theile bringen dieselben wieder Erzählungen und Novellen von den ersten deutschen Dichtern, so „Die Feuerdore“ von Otto Müller, „Zwölf Zettel“ von Hackländer, „Die Ebeschenen“ von Max Ring, „Freier Flug“ von Bernd von Guseck, „Abu Telfan oder die Heimkehr vom Mondgebirge“ von Wilh. Raabe u. s. w., dann anziehend geschriebene Bilder von der deutschen Ostseeküste von Julius von Wickede, und solche aus Brasilien von Arnold Wellmer, eine interessante Beschreibung der Brennerbahn, des amerikanischen Eisenbahnwesens, pikante Federzeichnungen aus Baden von C. Rebenius, phrenologische Studien von G. Scheve, Skizzen über die Pariser Weltausstellung, Naturhistorisches, sehr schätzenswerthe Korrespondenzen aus unsern Hauptstädten von Kossak und A. Silberstein, reichhaltige Notizen mit steter Beziehung auf die wichtigsten Leistungen und Ereignisse der Gegenwart, Räthsel, Rösselsprung, Schach u. s. w. Von eigentlich zeitgeschichtlichen Artikeln der neuesten Nummern von „Ueber Land und Meer“ heben wir hervor: „Das ungarische Ministerium“, „Der norddeutsche Reichstag“, „Der konstitutionelle König von Ungarn in Pest-Ofen“, „Die französische Armee nach den neuesten Reorganisationsplänen des Kaisers Napoleon“, „Die geographische Lage Luxemburgs in strategischer und nationaler Beziehung“, dann die biographischen Aufsätze: „M. E. Simson, Präsident des norddeutschen Parlaments“, „Peter v. Cornelius“, Ludwig Häusser“, „Herr v. Savigny“, „Prinz Mustapha-Fazil Pascha“, „Graf Taaffe, österreichischer Minister des Innern“, „Adolph Thiers“, „E. A. Roßmäßler“, „Herzog v. Ujest, zweiter Präsident des norddeutschen Parlaments“ und „Ferdinand Freiligrath“. Die Porträte, welche die letzteren Artikel schmücken, sind sämmtlich von großer Aehnlichkeit. Die übrigen zahlreichen Illustrationen der genannten Nummern von „Ueber Land und Meer“ befriedigen in Bezug auf Auswahl und Feinheit der Ausführung alle Anforderungen eines gesunden, gebildeten Geschmacks. Besonders sprechen die Bilder aus der Pariser Weltausstellung (von Th. Weber, C. Kolb, G. Kühn und G. Theuerkauf) an. Prachtstücke unter diesen Illustrationen sind namentlich „Die Brennerbahn“ von Obermüller, „Der Frühling“ von A. Greil, „Eine Sitzung des norddeutschen Parlaments“ von C. Mende, „Königswinter und das Siebengebirge“ von C. Patschke, und „Der Bazar zum Besten der Invaliden im kronprinzlichen Palais in Berlin“ von C. Mende.

(In Würzburg zu beziehen durch die Stahel'sche Buch- u. Kunsthandlung.)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$62^{1}/_{4}$ P.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$54^{5}/_{8}$—$^{1}/_{2}$ G
„	5pCt. Metall. Obligat.	$45^{3}/_{8}$ P.
„	$4^{1}/_{2}$pCt.	41 P. $40^{5}/_{8}$ G.
Preussen	$3^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
„	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93^{1}/_{4}$P. $92^{3}/_{4}$G.
„	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$93^{5}/_{8}$ P. $^{1}/_{2}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$92^{1}/_{4}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	82 G.
Baden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$95^{1}/_{2}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$93^{1}/_{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$94^{1}/_{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$89^{3}/_{4}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	83 P.
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$81^{1}/_{2}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2^{1}/_{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$85^{1}/_{8}$ G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2^{1}/_{2}$	$78^{1}/_{2}$ P.
„	6pCt. ditto r. 1882	$77^{3}/_{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$129^{1}/_{2}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	677 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	171—70 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$91^{1}/_{2}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	206 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$89^{1}/_{4}$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	325 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$109^{3}/_{8}$ P.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$207^{1}/_{2}$—207 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	110 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	151 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	107 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$48^{5}/_{8}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$45^{1}/_{2}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	$116^{3}/_{8}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	$116^{1}/_{2}$ P. $^{1}/_{8}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^{1}/_{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^{5}/_{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$105^{1}/_{4}$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97^{7}/_{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^{5}/_{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105^{1}/_{2}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^{5}/_{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105^{1}/_{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119^{5}/_{8}$—$^{1}/_{2}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^{7}/_{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^{3}/_{4}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$93^{3}/_{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$93^{3}/_{8}$ P. $^{1}/_{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	113 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$61^{1}/_{2}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$70^{3}/_{8}$—$^{1}/_{2}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	119 P.
„ do. v. 1864	$74^{3}/_{8}$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99^{1}/_{2}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	53 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 P. $55^{3}/_{4}$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	142 G.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35^{1}/_{2}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs. Loose	—
Mailänder 45 Frs. . . b. R.	$28^{1}/_{2}$ G.
St. Lüttich mit $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 24. Mai. Immer noch müssen wir das alte Lied singen von der Lahmheit des Geschäfts, das in den verschiedensten Tonarten jetzt fast alle europäischen Börsen angestimmt haben. Von den auswärtigen Plätzen werden dieselben Symptome des Siechthums gemeldet, wie sie sich hier zeigen. Der Friede ist da, doch man sieht ihn noch nicht recht. Auch heute waren die Course matt und das Geschäft kaum nennenswerth. Am meisten Umsätze fanden noch in Amerikanern statt, süddeutsche dagegen waren kaum anzubringen. Man erzählte sich an der Börse, daß Frhr. M. C. v. Rothschild sich eben in Stuttgart befinde, um wegen eines neuen Anlehens zu unterhandeln. Inzwischen werden, um das Geschäft etwas zu beleben, die Versuche, neue Effektengattungen einzuführen, fortgesetzt. So ist z. B. italienische Rente seit gestern im Coursblatt notirt. Dieselbe war heute $52^{7}/_{8}$ erhältlich und fanden einige Umsätze darin statt. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 145-46.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 27. Mai 1867.

Auf die „**Neue Würzburger Zeitung**" kann für den Monat **Juni** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 24. Mai. Se. Majestät der König hat dem k. Revierjäger und Forsteiförster Chr. Näßl in Rücksicht auf seine 50jährigen, eifrig und treu geleisteten Dienste die goldene Ehrenmünze des Ludwigordens verliehen; den Gefängnißwärter am Neuthurme dahier, E. Eisenmann, wegen nachgewiesener Kränklichkeit, seinem Ansuchen gemäß, für immer des Dienstes enthoben; an dessen Stelle den bisherigen Boten des Bezirksgerichts München l/J., G. Fr. Mörtel, in widerruflicher Weise aufgestellt und dessen Stelle dem pens. Feldwebel und dermaligen Botengehilfen des Stadtgerichts München l/J., Jos. Bernbacher, auf Ruf und Widerruf verliehen; am Bezirksgerichte Amberg auf die Dauer von sechs Monaten einen funktionirenden Substituten des Staatsanwalts aufgestellt und diese Stelle dem Bezirksgerichtsaccessisten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Stadt- und Landgerichte Amberg, M. Luther, übertragen.

Die kath. Pfarrei Weicht, k. Bezirksamts Mindelheim, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 928 fl. 42 kr. 3 hl. in Erledigung gekommen.

Se. Maj. der König hat die prot. Pfarrstelle zu Baiersdorf, Dek. Erlangen, dem bisherigen Pfarrer in Wendelstein, Dek. Schwabach, Aug. Fr. Wagner, verliehen; dem k. Baubeamten August Rothgangel in Schwabach die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des von dem König von Preußen ihm verliehenen Kronenordens 4. Klasse ertheilt; den Offizialen H. Hermann in Neuulm wegen nachgewiesener körperlicher Dienstesunfähigkeit, seinem Ansuchen entsprechend, auf die Dauer von zwei Jahren in den Ruhestand versetzt; den Bezirksgerichtsrath K. A. Lehner in Freising wegen Krankheit und hiedurch begründeter Funktionsunfähigkeit in den nachgesuchten zeitlichen Ruhestand auf die Dauer eines Jahres versetzt; auf dessen Stelle den Bezirksg.-Assessor Ph. v. Schmitt in Aichach befördert; auf dessen Stelle den Landg.-Assessor J. Mayr in Gunzenhausen, seinem Ansuchen um Verleihung einer Bezirksg.-Assessorsstelle entsprechend, versetzt, und an dessen Stelle den geprüften Rechtspraktikanten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landg. Ebersberg, Math. Brandmaier, ernannt; den Landrichter J. Auer in Hengersberg wegen körperlicher Leiden für immer in den nachgesuchten Ruhestand treten lassen; auf dessen Stelle den Landg.-Assessor Karl Th. Frhrn. v. Lilgenau in Regensburg befördert, und dessen Stelle dem Apell.-G.-Accessisten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landger. Regensburg, K. v. Korb, verliehen; den Accessisten des Bezirksg. Amberg, A. Hubmann aus Blaueneuschacht, von dem Antritte der Gerichtsschreiberstelle am Landg. Ludwigsstadt, seinem Ansuchen gemäß, enthoben, und zum Gerichtsschreiber an diesem Gerichte den Bezirksg.-Accessisten Th. Rodler, zur Zeit Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landg. Friedberg, in provis. Eigenschaft ernannt.

** **München,** 24. Mai. In seiner heutigen Sitzung des Gesetzgebungsausschusses wurde das XLIV. Hauptstück, das von der persönlichen Verhaftung handelt, in Angriff genommen. Zu den Art. 998—1005 lagen neue Vorschläge des k. Ministerial-Kommissärs vor. Die Art. 998 und 998 a bestimmen, daß die Vollstreckung mittelst Personalhaft nur auf Grund richterlicher Entscheidung oder gesetzlicher Bestimmung und nur auf Begehren des Gläubigers erfolgen darf. Der Ausschuß trat diesem Vorschlage bei. Im Artikel 998 b werden die Fälle der Personalhaft aufgeführt. Der Ausschuß beschränkte sie auf Wechselverbindlichkeiten und 100 fl. übersteigende Forderungen von Ausländern, die kein hinreichendes unbewegliches Gut haben und flüchtige oder der Flucht dringend verdächtige Inländer. Die Art. 998 c und 998 d wurden gestrichen. Art. 999 regelt die Fälle, in denen die angedrohte Personalhaft nicht stattfinden dürfe. Der Ausschuß nahm hier blos an, daß sie nicht stattfinde gegen die Wittwen und Erben des Schuldners und das aktive Militär und strich die anderen Fälle, welche der k. Ministerial-Kommissär vorgeschlagen, in Folge des bisherigen Beschlusses. Sodann nahm der Ausschuß noch den Art. 999 a und den Art. 1000, welche die Frage, wie die Personalhaft gegen öffentliche Civil- und Militärbeamte vollzogen werde und an welchen Orten und zu welcher Gelegenheit eine Verhaftung nicht stattfinden solle, und die sich im Wesentlichen an den Entwurf anschließen, im Wesentlichen nach dem neuen Vorschlag des k. Ministerialkommissärs an. Außerdem wurde gelegenheitlich der heute gefaßten Beschlüsse eine Aenderung des Art. 810 vorgenommen, um hier einen Widerspruch mit der deutschen Wechselordnung zu beseitigen und die Sitzung geschlossen.

= **München,** 25. Mai. Se. Majestät der König bringen, wie wir hören, während des gegenwärtigen Aufenthalts zu Schloß Berg jede Woche mehrere Abende bei der königlichen Braut in Possenhofen zu. — Der König macht mehrfach kleinere Ausflüge, bis jetzt immer gegen das Gebirge hin, die höchstens 2 Tage in Anspruch nehmen, so daß die Erledigung der Staatsgeschäfte dadurch keine Beeinträchtigung erleidet. Im Laufe dieses Jahres eine größere Reise nach Paris oder Rom oder Jerusalem zu unternehmen, liegt, wie uns von unterrichteter Seite versichert wird, nicht in den Intentionen Sr. Majestät. — Der Gesetzgebungsausschuß der Kammer der Abgeordneten hat in seiner gestrigen Sitzung den 1000. Artikel des Civilprozeßentwurf erledigt.

Aus **München,** 23. Mai, berichtet man der „Frankf. Ztg.": „Nach zuverlässiger Mittheilung ist vor Kurzem eine Note des Fürsten Hohenlohe an die übrigen süddeutschen Kabinette erfolgt, deren wesentlicher Inhalt sich in nachfolgende Sätze zusammenfassen läßt. Es sei unmöglich, daß der dermalige Zustand Süddeutschlands fortdauere. Von einem Eintritt desselben in den norddeutschen Bund könne vom Standpunkt der realen Politik selbstverständlich keine Rede sein. Einerseits sei das Berliner Kabinet, mit Rücksicht darauf, daß die Verwirklichung dieser Idee einen Krieg mit Frankreich zur unmittelbaren Folge haben würde, zur Zeit, wie man auf Grund genauer Orientirung in Berlin bestimmt zu versichern in der Lage sei, fest entschlossen, auf eine solche Kombination nicht einzugehen; anderseits würde auch Bayern, — wie der bayerische Minister ausdrücklich zu konstatiren nicht unterlassen dürfe — niemals sich zum Eintritt in jenen Bund und damit zur Annahme einer Position, wie sie Sachsen aufgenöthigt worden sei, verstehen können. Unter diesen Umständen erscheine daher als einzig praktischer Weg der, daß die süddeutschen Staaten sich zuerst unter sich über eine gemeinschaftliche Basis einigten, von welcher aus dann über die in dem Prager Frieden vorbehaltene Anknüpfung nationaler Beziehungen Süddeutschlands zum norddeutschen Bunde mit letzterem in Verhandlung getreten werden könne. Das bayerische Kabinet gebe sich der Hoffnung hin, daß es sich in dieser auf die thatsächliche Lage der Dinge gegründeten Auffassung in Uebereinstimmung mit den Höfen von Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt befinde, und ersuche um baldige bezügliche Rückäußerung, um, wenn diese, wie zu hoffen, allseitig zustimmend ausfalle, dann mit weiteren Vorschlägen hervortreten zu können." (?)

Aschaffenburg, 23. Mai. Gestern Früh 9 Uhr versammelten sich die Theilnehmer der X. Wanderversammlung bayerischer Landwirthe zur zweiten Sitzung. Nachdem dieselbe von dem Präsidenten eröffnet war, übertrug dieser das Präsidium an das Komitémitglied Dr. Varentrapp und schritt zur Einleitung der Frage: „Welche Wünsche hat die ausübende Landwirthschaft Bayerns gegenüber der bevorstehenden sozialen Gesetzgebung? Die Aufgabe, welche dem Referenten durch diese Frage gestellt wurde, war — das ist nicht zu läugnen — eine große. Dieselbe war um so schwieriger, als man sich nicht in allgemeinen Betrachtungen, in Formulirung allgemeiner Wünsche und Anträge bewegen konnte, sondern den den Kammern bereits vorgelegten Gesetzentwürfen über Gemeindewesen, Ansäßigmachung und Verehelichung, Heimath und Aufenthalt, Armenwesen und Gewerbswesen gegenüber mit bestimmter greifbarer Kritik vorgehen mußte. Der gebotene Stoff war ein so umfassender, daß die Bearbeitung desselben zu dem konkreten Zwecke eine äußerst schwierige Aufgabe genannt werden mußte. Mit um so größerer Befriedigung glauben wir konstatiren zu müssen, daß die Behandlung des Stoffes eine äußerst gelungene genannt werden mußte. Mittels eines von tiefer Sachkenntniß zeugenden, eingehenden Vortrags wurde eine Reihe der schwierigsten Fragen, von denen jede ein besonderes

soziales Problem genannt zu werden verdiente, entwickelt. Nach einigen kurzen einleitenden Bemerkungen, welche davon handelten, daß die Frage wegen Verhinderung des im vorigen Jahre schon für dieselbe bestimmten Referenten erst vor kurzer Zeit dem derzeitigen Vortragerstatter übertragen worden sei, wurde auf die allgemeinen Unterschiede der neueren Gesetzgebung gegenüber der seitherigen übergegangen. Redner erkannte die Vorzüge der neuen Gesetzentwürfe vollkommen an, hob insbesondere die Erweiterung der gemeindlichen Autonomie zumal in Bezug auf die Verwaltung des Gemeindevermögens, ferner das erweiterte Wahlrecht und die verlängerten Wahlperioden hervor und glaubte in dem letzterwähnten Umstande eine Garantie für Verbesserung der gemeindlichen Polizei erblicken zu dürfen; es wurde ferner die Erleichterung der Ansässigmachung und Verehelichung und die mit wenigen gerechtfertigten Ausnahmen garantirte vollkommene Gewerbefreiheit, welche auch auf den Landwirthschaftsbetrieb von dem größten Einflusse sein müsse, betont. Hierauf ging Redner auf die den landwirthschaftlichen Grundbesitzern voraussichtlich weniger günstigen einzelnen Bestimmungen der Gesetze über. Wir enthalten uns einer genauen Aufzählung der einzelnen in dieser Richtung angeführten Punkte, weil dieselben bei der Gedrängtheit der Ausführungen, welche den einzelnen Punkten zugewendet wurden, eine nahezu wörtliche Reproduktion des Referates nothwendig erscheinen ließ, was bei dem Umfange desselben wohl nicht thunlich ist. Das Hauptaugenmerk wurde der Frage über die Pflichtigkeit zu Beiträgen zu Gemeindezwecken, wie selbstverständlich, zugewendet. Wenn hierin, was nicht zu läugnen ist, der Großgrundbesitz in den Vordergrund trat und hauptsächlich warme Vertretung fand, so müssen wir dieß als in der Natur der Sache liegend erachten, nachdem die Versammlungen zumeist aus Großgrundbesitzern bestanden. Es wurden die wichtigen Fragen über die Stellung des Grundbesitzes zu der Gemeinde bezüglich der Umlagenpflichtigkeit und Frohndepflicht, insbesondere über den Umlagenmaßstab in den verschiedenen einzelnen Richtungen einer eingehenden Kritik unterworfen. In dieser Beziehung scheint sich in der Versammlung die Ansicht Bahn gebrochen zu haben, daß die einzelnen Zwecke, zu welchen zu konkurriren wäre, ausgeschieden und die Beitragspflicht für die speziellen Zwecke normirt werden müsse, eine Ansicht, der, wenn sie durchführbar ist, gewiß Jeder wird beistimmen müssen. Einen wichtigen Theil des Vortrages bildete die Frage über die Kompetenz. Redner adoptirte die Ansicht, daß den Distrikts- und Landräthen eine gewisse Verwaltungsthätigkeit eingeräumt werden müsse, welche in der Gründung eines Verwaltungsgerichtshofes ihre Spitze zu finden habe. Durch ein Mitglied aus Baden wurden über die dortigen in dieser Weise bereits geregelten Verhältnisse interessante Aufschlüsse ertheilt und die Zustände, wie sie sich in Folge der neuen Einrichtungen in Baden entwickelten, als im Ganzen befriedigend geschildert. Der Gewerbegesetzentwurf gab zu der Frage über Freigebung des Hufbeschlages, der Bauhandwerke und der Wasenmeisterei Anlaß. Man sprach sich im Allgemeinen gegen den Erlaß einer Prüfung bei den Hufbeschlagschmieden, dagegen für die Freigebung der übrigen genannten Gewerbe aus. Mit Recht wurde bezüglich der Bauhandwerker dem Einwurf, daß die persönliche Sicherheit im Spiele sei, und daß auch bezüglich der Dampfkessel eine polizeiliche Vorsicht statuirt sei, damit entgegengetreten, daß eben auch die Bauten selbst, nicht aber die Baumeister geprüft werden sollen, wie auch die fertigen Kessel, nicht aber die Fabrikanten derselben einer Prüfung unterworfen würden. Der Armen-Gesetz-Entwurf gab zur Diskussion wichtiger sozialer Fragen Anlaß, welche hauptsächlich die Armenpflegeverbände und den Umfang der Unterstützungspflicht zum Gegenstande hatten. Die meisten Stimmen äußerten sich gegen das Referat, welches auf Verwerfung der gemeindlichen Armenpflege gerichtet war, und größere Verbände vorschlug. Uebereinstimmung herrschte über die große Wichtigkeit von Armenbeschäftigungsanstalten, in denen eine strenge Hausdisziplin gehandhabt wird. Uebereinstimmung herrschte aber auch darin, daß die gegenwärtigen Zustände die Armuth und den Bettel befördern, und eine Aenderung dringend geboten erscheine. Wir müssen der Kürze halber auf weitere Ausführungen verzichten. Die Debatte war, dem großen Umfange der Frage entsprechend, Anfangs eine nicht sehr belebte. Jeder einzelne Punkt hätte, um Gegenstand einer entsprechenden Diskussion zu sein, vorerst zum Gegenstand eines eingehenden Studiums von Seite jedes Anwesenden gemacht werden müssen. So kam es, daß die Debatte einen ziemlich matten Verlauf nahm. Dennoch nahm dieselbe den ganzen Morgen in Anspruch, so daß die beiden andern noch auf dem Programm gestandenen Fragen gestrichen werden mußten. Es wurde am Schlusse noch die Stadt Rosenheim in Oberbayern als nächster Versammlungsort gewählt. Nachdem dem Komite von einem der Theilnehmer Namens der Versammlung der Dank ausgesprochen war, wurde die Sitzung und hiermit die X. Wanderversammlung vom Vorsitzenden mit einer kurzen Anrede geschlossen. Nach einem gemeinsamen Mittagessen führte ein Extrazug die Gäste nach Unterbessenbach, wo interessante Maschinen und eine neue Drahthopfenanlage die Aufmerksamkeit in Anspruch nahm. Nach eingenommener Erfrischung führte die Bahn die Gäste wieder zur Stadt zurück, woselbst eine Abendunterhaltung in den festlich geschmückten Räumen der Kasinogesellschaft die Tagesarbeit schloß. Es war dieses ein würdiger Schluß der ganzen Versammlung. Und so wäre denn die zehnte Session des bayerischen landwirthschaftlichen Parlamentes vorüber. Mögen die Berathungen von segensreichen Folgen begleitet sein. Wir läugnen durchaus nicht, daß nicht jedes Wort, welches bei derartigen Zusammenkünften gesprochen wird, ein Evangelium ist. Daß aber immerhin die Sache einigen Erfolg hat und noch mehr Erfolg haben würde, wenn nicht manche Tadler statt ihr Scherflein zur Klärung der Ansichten beizutragen, ihr Licht unter den Schäffel stellen würden, ist klar. Nachweisbar aber ist, daß die landwirthschaftlichen Wanderversammlungen in Bayern schon vielfache wichtige Erfolge erzielten, und daß mancher Krebsschaden an den Staats- und Vereinseinrichtungen nur ihnen seine Ausrottung verdankt. Und darum wünschen wir den Wanderversammlungen noch eine recht lange und segensreiche Existenz. (Asch. Ztg.)

Kehl, 22. Mai. Verflossenen Sonntag fand hier eine Friedenskonferenz statt, welche von Franzosen aus Beford, Mühlhausen, Straßburg und vielen andern Städten, sowie von näher und entfernter wohnenden Deutschen zahlreich besucht war. Man einigte sich über eine Adresse, welche in den verschiedenen Orten deren Bewohnern zur Mitunterzeichnung unterbreitet werden soll. Wenn eine solche Adresse jetzt, nach gesichertem Frieden, eigentlich keinen hierauf sich beziehenden Zweck mehr hat, so gilt sie doch in jedem Falle für den Ausdruck einer großen Mehrheit beider Nationen um Erhaltung des Friedens, eines Friedens, der für beide Theile ebenso nöthig als ersprießlich ist. — Die Ministerialverordnung, welche vor einigen Tagen in Straßburg bekannt gemacht wurde, und nach welcher, wegen der in Deutschland vorgekommenen Rinderpest, die Einfuhr von Wiederkäuern, deren Fleisch, Felle und Haare verboten ist, hat mehrere Händler und Lieferanten hart betroffen. Es standen in hiesigen Stallungen 80—100 prächtige Ochsen und über 3000 Stück Hämmel, die nach Frankreich bestimmt waren. Von diesen letzteren ist eine große Partie nach Holland expedirt worden, und die ersteren werden in die nächsten größeren Städte verbracht, um dort verkauft zu werden. In Straßburg sind dadurch die Fleischpreise so gestiegen, daß schon vor einigen Tagen das Pfund 24 Sous kostete; die Garküchen, Restaurants, haben daher bei ihren Abonnenten den Monatspreis um 15 Fr. erhöht. — Die Citadelle, durch welche zu gehen seit einiger Zeit untersagt war, ist seit Montag wieder zum Durchgang freigegeben. — Unsere hiesige Garnison, welche vor einigen Tagen mit Zündnadelgewehren versehen worden ist, exerzirt sehr fleißig und handhabt schon mit großer Leichtigkeit die für sie neue Waffe. (Schw. M.)

In Bezug auf die weitere Ordnung des Verhältnisses Nord- und Süddeutschlands zu einander sind, wie dem „Schw. M." aus **Berlin**, 21. Mai, mitgetheilt wird, folgende Momente im Auge zu behalten. Die Bundesverfassung hält 1) den völligen Eintritt auch der süddeutschen Staaten in den norddeutschen Bund offen und 2) faßt sie die Ordnung der Beziehungen in's Auge, die zwischen Nord- und Süddeutschland für so lange zu treffen sind, als der völlige Eintritt der süddeutschen Staaten in den norddeutschen Bund noch nicht erfolgt ist. Was den Punkt ad 1 betrifft, so ist für den Eintritt der süddeutschen Staaten in den norddeutschen Bund nicht und die Erfüllung der in der Bundesverfassung vorgeschriebenen Formalien erforderlich, sondern auch eine Uebereinstimmung mit Oesterreich über die bezügliche Deklaration des Prager Friedens. Daß Oesterreich sich mit Preußen im Sinne dieser nöthigen Uebereinstimmung einigen werde, steht zu erhoffen; so lange diese Uebereinstimmung aber noch nicht vorhanden ist, kann die Ordnung der Beziehungen Nord- und Süddeutschlands zu einander auch nur unter dem vorhin sub 2 bezeichneten Verhältnisse erfolgen. Es wird sich also, vorläufig nur für so lange, als die Bedingungen ad 1 ihre Erfüllung noch nicht gefunden haben, zunächst darum handeln, daß die im verflossenen Jahre zwischen der Krone Preußen und den süddeutschen Staaten abgeschlossenen Schutz- und Trutzverträge ausgedehnt werden auf den norddeutschen Bund, so also, daß auf der einen Seite, anstatt der Krone Preußen allein, der norddeutsche Bund als vertragschließender Theil figurirt. Sobald die norddeutsche Bundesverfassung publizirt und in Wirksamkeit getreten ist, wird dies zu geschehen haben. Es liegt indessen, so lange die Vorbedingungen ad 1 noch nicht erfüllt sind, durchaus kein Hinderniß vor, daß inzwischen wichtige andere Einigungspunkte, welche den spätern völligen Eintritt der süddeutschen Staaten in den norddeutschen Bund wesentlich fördern müssen, bereits durchgeführt werden, wozu, neben dem Gebiete der zu erstrebenden Rechtseinheit, insbesondere auch die Gründung des handelspolitischen Verhältnisses auf einer andern Basis, als der der 6monatlichen Kün-

digung gehört. Daß über diejenigen Punkte, welche wir hier bezeichnet haben, die entsprechenden Verhandlungen zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten bereits schweben, soll übrigens keineswegs in Abrede gestellt werden. Was speziell die Zollvereinsfrage betrifft, so ist die Basis, welche die preußische Regierung in's Auge faßt, die der Unkündbarkeit. Nur macht die Frage in Betreff des den einzelnen Regierungen früher zugestandenen Veto noch Schwierigkeiten. In Norddeutschland existirt dasselbe nicht mehr; andererseits sind aber die süddeutschen Staaten und Regierungen noch nicht im Reichstage vertreten und so lange dies nicht der Fall, müßte also ein geeignetes Uebergangsverhältniß geschaffen werden.

Berlin, 24. Mai. Die „Berliner Börsenzeitung" meldet: Der Ankauf der Herrschaft Raudnitz in Ostpreußen steht nahe bevor. Dieselbe soll für den Kronfideicommißfond gekauft werden, um sie als Dotation dem Prinzen Friedrich Karl zu ertheilen. Der Kaufpreis beträgt $1^{1}/_{2}$ Millionen Thaler. — Aus Hietzing sollen 1,200,000 Francs nach Paris gegangen sein, um den Krieg gegen Preußen zu schüren. (?)

Berlin, 25. Mai. Der „Staatsanzeiger" publicirt einen allerh. Gnadenerlaß vom 16. Mai für diejenigen Militärpflichtigen der neuen Landestheile, welche vor dem 20. September v. J. sich der Militärpflicht entzogen, wenn sie sich binnen 6 Monaten bei den Behörden melden; ferner enthält der „Staatsanz." eine Verordnung, betreffend die Einführung des Gesetzes vom 25. April 1853 in den neuen Landestheilen, wonach daselbst dem Kammergericht die Untersuchung und Entscheidung von Staatsverbrechen übertragen ist. — Die „Nordd. Allg. Ztg." dementirt die Nachricht von der beabsichtigten Zurückversetzung Oberg's nach Hannover, indem sie hinzufügt: Die Liberalen scheinen sich über die Verlegenheiten, welche der Regierung angeblich aus dieser Angelegenheit erwachsen, erheblich zu täuschen.

Hannover, 22. Mai. (Enthüllungen.) Während die Ritterschaften der Provinz Hannover nach offiziösen Mittheilungen sich mehr und mehr der Ueberzeugung von der Dauerhaftigkeit der neugeschaffenen politischen Lage hingeben sollten, woran in Hannover selbst wohl Niemand recht geglaubt hat, ergeben die Enthüllungen der letzten Tage, daß die Ritterschaften nicht nur nicht an einen festen Bestand der gegenwärtigen Verhältnisse geglaubt, sondern, daß sie vielmehr Alles gethan haben, um der Regierung harte Zeiten zu bereiten, um — mit einem Worte — den König Georg wieder auf seinen Welfenthron zu setzen. Zu diesem Zwecke sollte eine in Holland formirte Legion ausgerüstet werden, um bei der ersten besten Gelegenheit in Hannover wie eine Räuberschaar einzufallen. Man hatte zu diesem Zweck Werbebureau's etablirt, eine Centralregierung in der Stadt Hannover geschaffen, von welcher aus die Befehle und Anordnungen in die ganze Provinz getragen wurden. Datiren diese Agitationen im Wesentlichen von der Zeit her, in welcher beim Auftauchen der luxemburger Frage ein Krieg zwischen Preußen und Frankreich in Aussicht stand, so wurden diese Umtriebe doch bis auf den heutigen Tag fortgesetzt und werden fortgesetzt werden, so lange die preußische Regierung nicht mit der größten Energie die Rädelsführer verfolgt und bestraft ohne Ansehen der Person. Wer sind die Agitatoren anders als die Ritter, welche mit Hilfe und Uebereinstimmung des Hofes in Hietzing handeln? sie sind es, die den Hannoveranern unter Verweisung auf die deutsch-englische Legion vorreden, daß mit Hilfe einer Legion König Georg nach Hannover zurückkehren werde, wie solches durch Visionen Wahngläubiger, welche die Langensalzaer am Himmel als heilige Legion ziehen sahen, vorausgesagt wurde. Seit 14 Tagen circulirten die Nachrichten von Werbungen für eine solche Legion, die Behörden untersuchten, recherchirten im Geheimen, und mit einem Schlage nahm man dann, als Beweise vorhanden waren, daß ein solches frevelhaftes Werk in's Leben gesetzt werden sollte, überall Haussuchungen, Verhaftungen vor. Diese Maßnahmen haben denn auch auf das Evidenteste ergeben, daß eine welfische Nebenregierung in der Provinz Hannover existirte, welche alle Malcontenten an sich zog, und deren Vorhaben war, bei Eintritt kriegerischer Verwicklungen dem Auslande durch eine vermittelst Werbungen gebildete Legion und durch einen Aufstand im Innern zu secundiren. Die Falschwerber in der Provinz sind fast überall ermittelt; es war denselben gelungen, zahlreiche Mannschaften gedienter Soldaten der vormaligen hannoverischen Armee für eine zu formirende Legion nach Arnheim zu verlocken; dort aber sind diese Leute, nachdem die Gelder nicht mehr fließen können, dem Elende nahe. Mit diesen Recherchen Hand in Hand ging eine andere, woher das Geld zu allen diesen tollkühnen Agitationen kam. Man war auch hier bereits auf der richtigen Fährte, als ein Zufall weitere Aufschlüsse darüber gab. In Rumpenheim machte sich ein von Exkönig Georg nach Hannover abgesandter Courier auffällig, die Frankfurter Polizei verhaftete ihn, und man fand bei diesem Abgesandten zahlreiche Briefschaften, welche, an verschiedene Personen in Hannover gerichtet, Aufschluß über die zu erhebenden Summen gaben. Man hatte nun neue Beweise in Händen, Beweise, welche König Georg selbst eben so wie seine frevelhaften Rathgeber compromittiren. Man sah aus diesen aufgefangenen Briefen, daß hier eine besondere Centralinstanz für die Werbungen eingesetzt war, deren verbrecherische Thätigkeit inzwischen vollständig klar gelegt ist. Die Organisatoren und Chefs der Insurrektion waren zum größten Theile ernannt. Aus diesen gefundenen Briefschaften entnahm man ferner, daß die Summe von 40,000 Thlr. bei dem hiesigen Bankhause Adolf Meyer erhoben werden sollte, wie Graf Platen an den früheren Hausminister von Malortie schrieb. Es fand deshalb am letzten Sonnabend unter Zuziehung des aus Berlin hierher gesandten Geh. Reg.-Rath Stieber, der inzwischen abgereist ist, zu weiteren Recherchen aber wieder hier eintrifft, eine Beschlagnahme der Bücher des erwähnten Bankhauses statt, sowie die beiden Chefs dieser Firmen behufs Verhörs nach der Polizei geführt wurden. Nachdem durch dasselbe constatirt war, was man wissen wollte, wurden die Brüder Meyer entlassen. Der Grund der Maßnahme gegen Meyer ist darin zu suchen, daß dieses Bankgeschäft die Gelder der Georg-Marien-Hütte verwaltet. König Georg lieh vor mehreren Jahren dem Georg-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein die Summe von 680,000 Thlr. mit der Bestimmung, daß davon jährlich 40,000 Thlr. an die Kronkasse gegen Rücklieferung der betreffenden Obligationen zurückgezahlt werden sollten. Im Sommer v. J. wurden wiederum 40,000 Thlr. fällig, allein der Verwaltungsrath konnte die Summe nicht zahlbar machen, weil eine Kronkasse nicht mehr existirte, und die fraglichen Obligationen mit nach London geschafft waren. Unter diesen Umständen bestimmte König Georg, daß die betreffenden 40,000 Thlr. bis zur Abforderung dem Verwaltungsrath unverzinslich verbleiben sollten. Hr. v. Malortie sollte nun diese 40,000 Thlr. erheben. Hieraus geht deutlich hervor, daß diese 40,000 Thaler, welche eben mit Beschlag belegt worden sind, zum Privatvermögen König Georgs gehörten und nunmehr in einer den getroffenen Conventionen und Anordnungen völlig zuwiderlaufenden Weise heimlich ausbezahlt werden sollten. So wie diese 40,000 Thlr. mit Beschlag belegt sind, so wurden bei dem Oberkommercienrath Ezechiel Simon, welcher Hofagent war, 20,000 Thr. mit Beschlag belegt, nachdem die auch in den Comptoirs vorgenommenen Nachsuchungen den Beweis geliefert hatten, daß das Bankhaus noch stets mit Hietzing in Verbindung stehe. Commercienrath Simon ist nach Berlin abgeführt. Eine Menge anderer Verhaftungen sind vorgenommen, bei mehreren vormaligen hannover'schen Offizieren, wie v. Mengersen, ist Haussuchung gehalten, einige Arrestationen von Personen, die nach der Marienburg zur Königin Marie wollten, sind erfolgt, und täglich werden mit den neuvorgenommenen Verhaftungen und Recherchen weitere Beweise geliefert, wie weit diese hirnverbrannte und verbrecherische Agitation gegangen ist. Daß diese Verbrechen nicht leichter Natur sind, ergibt sich daraus, daß der eine Hauptagitator, Lieutenant von Holle, der, bereits verhaftet im hiesigen Polizeigefängnisse internirt, in der Nacht vom Sonntag auf Montag entsprungen ist. Die beiden Gefängnißwärter (hannoverische), die bedeutende Summen für ihre treulose Mithilfe an dieser Flucht erhalten haben, sind nach Minden gebracht, woselbst sie wohl kein besseres Loos treffen wird, als alle Diejenigen, welche für eine durch sich selbst verlorene Sache Blut und Leben einsetzen wollten. Und doch sind diese Unglücklichen zu bedauern; die ganze harte Strafe sollte Diejenigen treffen, welche die weniger Einsichtsvollen und Ungebildeten zu solch thörichten Handlungen verleiteten. Als Gerücht coursirt die Mittheilung, daß der ehemalige hannover'sche Gesandte in Berlin, Kammerherr v. Stockhausen, auf der Marienburg verhaftet und nach Minden gebracht sei, sowie daß ein Hr. v. Lütke, Agent von Versicherungsgesellschaften, und ein früherer Trainlieutenant zur Haft gebracht sind. Der General-Gouverneur von Hannover, General v. Voigts-Rhetz, der vom vergangenen Donnerstag bis Montag in Berlin weilte, dürfte denn nun die gemessensten Befehle von dort mitgebracht haben, daß gegen alle bei dieser Verschwörung Betheiligten mit Energie vorgegangen wird. Es ist dieß wohl nur eine Pflicht, welche die Regierung ihrem Ansehen, ohne dessen Aufrechterhaltung das Bürgerthum selber Schaden leiden würde, schuldig ist. Diesen Entschluß hat die Regierung gefaßt, und es kann daher auch wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die Marienburg ihrer Gefährlichkeit entkleidet wird. (Schl. Z.)

Hannover, 23. Mai. Der „Elberf. Ztg." wird von hier geschrieben: „Es hat sich herausgestellt, daß die umfassendsten Verkehrungen getroffen waren, um die waffenfähige Mannschaft, die noch im Lande vorhanden, dergestalt zu organisiren, daß sie auf den Ruf des Königs Georg, d. h. also für den Fall eines glücklichen Vorgehens der Franzosen, zum Losschlagen im Vereine mit denselben bereit gewesen wären. Wie weit diese Vorkehrungen gingen, kam man daraus entnehmen, daß man unter den Papieren eines hiesigen hochgestellten

[Pol]izeibeamten Aufzeichnungen gefunden hat, welche die genauesten Mittheilungen über die im Lande befindlichen Pferde und deren Verwendbarkeit für eine neu zu organisirende „kgl. hannover'sche Kavallerie" enthalten haben sollen." — Dem „Mil. Wbl." wird aus Göttingen geschrieben, daß die Verführung der Militärpflichtigen meistens durch Weiber unternommen sei; „jedoch sollen auch höchst abenteuerlich ein oder einige in Weibertracht verkleidete männliche Standespersonen dabei thätig gewesen sein. Die Geworbenen erhielten die Weisung, sich an einem festgesetzten Tage, mit einem Hemde zu versehen, auf bestimmten Gestellungsplätzen einzufinden; es trafen auch einige daselbst ein" — sie fanden indessen auch die nöthige Polizei versammelt. Ebenso melden aus Duderstadt die „Hn. N.": „Dieser Tage erschien eine fein gekleidete Dame in einigen unserer Nachbardörfer, wo es ihr gelungen sein soll, mehrere junge Leute unter verschiedenen Vorspiegelungen zum Kriegsdienste anzuwerben. Die Geworbenen erhielten das nöthige Reisegeld und ist ihr vorläufiges Reiseziel Holland, wohin sie bereits abgegangen sein sollen." — Mit den Umtrieben in Verbindung bringt man die plötzliche Versetzung des ersten Beamten in Kalenberg (in dessen Bezirk die Marienburg liegt), v. Fumetti, nach Zeven und Ersetzung desselben durch Regierungsassessor Bollert, einen altpreußischen Beamten, welcher bisher das Amt Zeven verwaltet hat.

Wien, 24. Mai. Zur Parteigruppirung im Abgeordnetenhause ist bereits festzustellen, daß die beiden Führer der Dualisten aus Niederösterreich, Böhmen und Mähren (welche den Dualismus als eine unabänderliche Thatsache hinnehmen) und der Autonomisten aus Steiermark und Oberösterreich, die HH. Dr. Herbst und Kaiserfeld, vollkommen einig sind, daher eine Fusion beider Fraktionen, welche zusammengenommen die absolute Majorität im Hause haben, bereits als Thatsache zu betrachten ist. Daraus läßt sich nun folgern, daß die Adresse des Abgeordnetenhauses die Thronrede im Wesentlichen zustimmend beantworten wird. Diese Wendung erhellt auch bereits aus der Art und Weise, wie Frhr. v. Pratobevera, welcher doch seiner Gesinnung nach Zentralist ist, die Adresse beantragt hat. Aehnlich verhält es sich im Herrenhause, obgleich dasselbe aus Kourtoisie den Grafen Leo Thun in die Adreß-Kommission gewählt hat; hat doch bereits der Antragsteller Kardinal Rauscher erklärt: „Wir müssen auf das Unmögliche verzichten, um das Mögliche zu erreichen. (N. C.)

Florenz, 20. Mai. Die Garibaldischen Blätter veröffentlichen nachstehenden Brief Garibaldi's: „Florenz, 17. Mai. An die italienischen Liberalen! Da mir das Wohl der Römer am Herzen liegt, so habe ich die von mir vertrauensvoll ernannte und in Florenz residirende Centralemigration ermächtigt, Scheine zur Unterstützung der Römer auszugeben. Ich empfehle also allen Patrioten an, welche die Pflicht, des Leidenden nicht zu vergessen und die Würde des Vaterlandes begreifen, der Verbreitung dieser Scheine ihre eifrige Mitwirkung zu Theil werden zu lassen. Garibaldi." — Der „piemontesischen Ztg." wird aus Rom geschrieben: „Man habe im Vatikan die Nachricht erhalten, daß die Bischöfe Deutschlands zur Jubiläumsfeier nicht nach der ewigen Stadt kommen würden. Der hl. Vater soll darüber sehr betrübt sein.

Florenz, 20. Mai. Nach der „Italie" lauteten die Worte, welche König Viktor Emanuel vor seiner Abreise nach Turin an die Deputation des Parlaments gerichtet haben soll, folgendermaßen: „Die Lage ist schwierig, hätte Se. Majestät gesagt, aber nicht verzweifelt. Es hängt von Ihnen ab, sie zu verbessern. Wir haben in diesem Augenblicke den Frieden, allein nichts bürgt uns dafür, daß er von Bestand sein wird, und in einem halben Jahre hören wir vielleicht schon die Kanonen donnern. Wir müssen uns die Zeit, die uns die Vorsehung gönnt, zu Nutze machen." — Der Kronprinz Humbert reist, wie die „Italie" meldet, nach der Vermählung seines Bruders, am 7. Juni, nach Paris. — General Garibaldi ist am 19. in Begleitung seiner beiden Söhne und mehrerer anderer Personen nach Siena gereist.

Kopenhagen, 24. Mai. Der König von Griechenland, welchem der König und der Kronprinz von Dänemark entgegenfuhren, ist heute unter dem Jubel des Volkes hier eingetroffen. Der König von Griechenland, welcher die dänische Admiralsuniform trug, brachte vom Balkon des Schlosses ein Hoch auf Dänemark aus.

Die brasilianische Regierung beschäftigt sich mit dem Gedanken an die Aufhebung der Sklaverei in **Brasilien.** Die Frage wird bereits eifrigst studirt, und der Kaiser soll der beabsichtigten Reform sehr günstig sein. Fällt in Brasilien die Sklaverei, dann hat dieselbe auf amerikanischem Boden nur noch in den spanischen Colonien eine Stätte. Hoffentlich wird aber auch dort bald diese die Menschheit entehrende Institution ihr Ende erreichen.

Neueres.

Wien, 25. Mai. Die österreichische Thronrede ist in dem Auslande noch günstiger aufgenommen worden als in dem Inlande. Wie noch selten beschäftigen sich die Blätter mit derselben und zollen ihr insbesondere die Offiziösen in Berlin und Paris warme Worte der Anerkennung und Zustimmung. Ob diese Aeußerungen ebenso aufrichtig und ernst gemeint seien, wollen wir des Näheren nicht untersuchen. Die Sprache der Berliner Blätter hat mitunter etwas von Herablassung und großmüthigem Wohlwollen an sich, für welche wir in Oesterreich noch kein Verständniß besitzen. In den Tuilerien soll der letzte Passus der kaiserlichen Rede zu resignirt oder gar zu entgegenkommend gegen Preußen erschienen sein; man glaubt jedoch annehmen zu dürfen, daß es Oesterreich Ernst damit ist, die durch den Prager Frieden geschaffene Situation loyal zu acceptiren, und daß andererseits die Natur der Dinge für jetzt jede spezielle Annäherung zwischen den Kabinetten von Berlin und Wien, welche für Frankreich Besorgnisse erregen könnte, ausschließt.

Pest, 25. Mai. Das Amtsblatt publicirt einen Erlaß des ungarischen Finanzministers, welcher konstatirt, daß während der bisherigen Reorganisation der Jurisdiktionen im Einfließen der Steuern sich eine beträchtliche Abnahme gezeigt hat. Die Munizipien werden daher aufgefordert, den Vicegespänen und Bürgermeistern die Weisung zu geben, daß sie dem dienstlichen Ansuchen der Finanz-Inspektionen hinsichtlich der Steuereinhebung entsprechen.

Der „Lloyd" erfährt von hochansehnlicher Seite, daß der Adel und die Städte Kroatiens bei der Krönung zahlreich vertreten sein werden.

Paris, 25. Mai. Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Preußen sind gestern Abends um halb 7 Uhr angekommen und wurden am Bahnhofe vom Divisionsgeneral Grafen Reille und der gesammten preußischen Gesandtschaft empfangen.

Paris, 25. Mai. Picard und Gen. haben eine Interpellationsforderung eingebracht, des Inhalts, daß noch vor dem Zustandekommen des Vereinsgesetzes für die bevorstehenden Wahlen zu den Generalräthen und zu dem gesetzgebenden Körper das Recht der öffentlichen Versammlungen ertheilt werden möge. Die Abtheilungen des gesetzgebenden Körpers haben die Ermächtigung zu dieser Interpellation nicht ertheilt. — Der „Moniteur" hat Nachrichten aus Mexiko bis zum 5. Mai. Maximilian befand sich noch in Queretaro und setzte die Vertheidigung fort, die Belagerer machten keine Fortschritte.

Brüssel, 25. Mai. Die von der Regierung verlangte Anleihe von 60 Mill. ist gestern von der Kammer mit 63 gegen 15 Stimmen verwilligt worden.

Dublin, 24. Mai. Der Vicekönig hat erklärt, daß die Todesstrafe gegen die verurtheilten Fenier vollzogen werden werde.

Newyork, 24. Mai. Bancroft ist zum Gesandten der Vereinigten Staaten in Berlin ernannt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Literarisches.

Das siebente und achte Heft der **„Illustrirten Welt"** (Stuttgart, Eduard Hallberger), dieses echt deutschen Familienblattes, bringen wieder eine Menge Auge und Herz erfreuender Sachen: so den Schluß der frischen Waldesduft athmenden Erzählung „Der Fuchsbau" von Friedrich Gerstäcker, eine humoristisch-gemüthliche Hausgeschichte „Wie meine Großmutter Kaffee kochte" von Siegfried Kapper, die Fortsetzung des spannenden Romans „Die heimliche Ehe" von J. F. Smith, ferner eine reichliche Anzahl Artikel des mannigfaltigsten Inhalts, geographischen, naturwissenschaftlichen, kulturhistorischen, zeitgeschichtlichen, biographischen Inhalts, Genre- und Sittenbilder u. s. w. Allgemein ansprechend sind besonders die Folgenden: „Eine Reise zur Messe" von G. Hartwig, **„Ein Stück unterirdisches Würzburg" von Fr. Lampert,** „Bilder aus Brasilien" von Arnold Wellmer, „Graf Eulenburg, preußischer Minister des Innern" von Schmidt-Weißenfels, „In der dunkeln Tiefe" von Dr. Karl Ruß, „Ein Friedensfest" von Dr. C. v. Lützow, „Berliner Skizzen von Schmidt-Weißenfels, „Aus meiner Flüchtlingszeit", Erinnerungsblätter von Gustav Rasch; unter der Rubrik „Von unten herauf" lesen wir die höchst interessanten Charakteristiken zweier Industrieller der Neuzeit, des Schweizers Heinrich Moser auf Charlottenfels von August Feierabend und des Württembergers Gabler aus Schorndorf. Fliegende Blätter, Bilderräthsel, Rösselsprung u. s. w. gewähren am Schlusse eines jeden Heftes reichlichen Stoff kurzweiliger Unterhaltung. Die vorliegenden Hefte enthalten nicht weniger als einunddreißig fein ausgeführte Illustrationen, darunter das wohlgetroffene Porträt des Grafen Eulenburg und des Präsidenten Johnson, **eine hübsche Ansicht des Würzburger Schloßkellers,** eine prächtige Illustration zu Göthe's Erlkönig, Bilder aus der Pariser Weltausstellung u. s. w.

(In Würzburg zu beziehen durch die Stahel'sche Buch- u. Kunsthandlung.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 147. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 64. Jahrgang. | Dinstag, 28. Mai 1867.

Der Londoner Vertrag vom 11. Mai.

Wir haben bereits vor einigen den Wortlaut der wichtigsten Artikel des Londoner Vertrages vom 11. Mai in der Uebersetzung mitgetheilt. Der vollständige Text lautet nach dem französischen Original, wie es die „Köln. Ztg." unterm 24. d. enthält, in der deutschen Uebersetzung, wie folgt:

Im Namen der allerheiligsten und untheilbaren Dreifaltigkeit:

Se. Maj. der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg, hat mit Rücksichtnahme auf die Veränderung, welche in der Lage des Großherzogthums veranlaßt wurde, in Folge der Auflösung der Bande, welche dasselbe mit dem früheren Deutschen Bunde verknüpften, JJ. MM. den Kaiser der Franzosen, den Kaiser von Oesterreich, die Königin von England, den König der Belgier, den König von Preußen und den Kaiser von Rußland eingeladen, ihre Vertreter in einer Konferenz zu London zu versammeln, um sich mit den Bevollmächtigten Sr. Maj. des Königs-Großherzogs zu verständigen über neue Arrangements, die im allgemeinen Interesse des Friedens zu treffen wären.

Und Ihre genannten Majestäten haben, nachdem sie diese Einladung angenommen, in gemeinsamer Uebereinstimmung beschlossen, dem Wunsche zu entsprechen, welchen Se. Maj. der König von Italien kund gegeben hat, an einer Berathung Theil zu nehmen, die bestimmt ist, ein neues Pfand der Sicherheit für die Aufrechthaltung der allgemeinen Ruhe zu bieten.

In Folge dessen haben Ihre Majestäten in Uebereinstimmung mit dem Könige von Italien, indem sie zu diesem Zwecke einen Vertrag schließen wollten, zu ihren Bevollmächtigten ernannt (folgen die Namen der weiter unten bezeichneten Minister mit ihren Titeln), welche, nachdem sie ihre in vollgiltiger Form befundenen Vollmachten ausgetauscht, über folgende Artikel übereingekommen sind:

Art. 1. Se. Maj. der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg, hält die Bande aufrecht, welche das genannte Großherzogthum mit dem Hause von Nassau-Oranien verbinden, kraft der Verträge, welche diesen Staat unter die Souverainetät Sr. Maj. des König-Großherzogs, seiner Nachkommen und Nachfolger gestellt haben.

Die Rechte, welche die Agnaten des Hauses von Nassau auf die Erbfolge des Großherzogthums kraft derselben Verträge besitzen, sind aufrecht erhalten. Die hohen kontrahirenden Theile acceptiren diese gegenwärtige Erklärung und nehmen davon Akt.

Art. 2. Das Großherzogthum, in den Grenzen, wie sie durch den, den Verträgen vom 19. April 1839 angefügten Akt unter der Garantie der Höfe von Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland festgestellt sind, wird künftig einen für immer neutralen Staat bilden. Es wird gehalten sein, dieselbe Neutralität den anderen Staaten gegenüber zu beobachten. Die hohen kontrahirenden Theile verpflichten sich, den durch den gegenwärtigen Artikel stipulirten Grundsatz der Neutralität zu beobachten. Dieser Grundsatz ist und bleibt gestellt unter die kollektive Garantie der Mächte, welche den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet haben, mit Ausnahme Belgiens, das selbst ein neutraler Staat ist.

Art. 3. Da das Großherzogthum Luxemburg nach den Bestimmungen des vorhergehenden Artikels neutralisirt ist, so wird die Aufrechterhaltung oder die Errichtung von befestigten Plätzen auf seinem Gebiete ohne Nutzen und ohne Gegenstand. In Folge dessen ist man gemeinsam übereingekommen, daß die Stadt Luxemburg, die in der Vergangenheit in militärischer Beziehung als eine Bundesfestung angesehen wurde, aufhören soll, eine befestigte Stadt zu sein. Se. Maj. der König-Großherzog behält sich vor, in dieser Stadt die nöthige Zahl von Truppen zu unterhalten, um daselbst über die Aufrechthaltung der Ordnung zu wachen.

Art. 4. Gemäß den in den Art. 2 und 3 enthaltenen Stipulationen erklärt Se. Maj. der König von Preußen, daß seine Truppen, welche gegenwärtig die Besatzung von Luxemberg bilden, den Befehl erhalten werden, mit der Räumung dieses Platzes unmittelbar nach dem Austausche der Ratifikationen des gegenwärtigen Vertrages vorzugehen. Man wird gleichzeitig damit beginnen, die Artillerie, die Munitionen und alle Gegenstände zurückzuziehen, welche die Ausrüstung der genannten Festung ausmachen. Während dieser Operation wird nur die Truppenzahl dort bleiben, welche nöthig ist, um die Sicherheit des Kriegsmaterials zu überwachen und um die Expedition desselben zu bewerkstelligen, die in einer möglichst kurzen Frist vollendet sein wird.

Art. 5. Se. Majestät der König-Großherzog kraft der Souverainetätsrechte, welche er über die Stadt und die Festung Luxemburg ausübt, verpflichtet sich seinerseits, die nöthigen Maßregeln zu treffen, um die genannte Festung in eine offene Stadt zu verwandeln vermittels einer Schleifung (Démolition), welche Se. Majestät für genügend erachten wird, um die Intentionen der hohen kontrahirenden Theile zu erfüllen, die in dem gegenwärtigen Vertrage ausgedrückt sind. Die dazu nöthigen Arbeiten werden unmittelbar nach dem Abzuge der Garnison beginnen. Sie sollen mit aller derjenigen Schonung bewerkstelligt werden, welche die Interessen der Stadtbewohner erfordern. Se. Majestät der König-Großherzog verspricht außerdem, daß die Befestigungen der Stadt Luxemburg künftighin nicht wieder hergestellt und daß kein anderes militärisches Etablissement daselbst aufrechterhalten noch gegründet werden soll.

Art. 6. Die Mächte, welche den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet haben, konstatiren, daß, da die Auflösung des deutschen Bundes gleichmäßig die Auflösung der Bande herbeigeführt hat, welche das Herzogthum Limburg in collektiver Weise mit dem Großherzogthume Luxemburg an den genannten Bund geknüpft haben, so folgt daraus, daß die Beziehungen, deren Erwähnung geschieht in den Artikeln 3, 4 und 5 des Vertrages vom 19. April 1839, zwischen dem Großherzogthume und gewissen Territorien, die zu dem Herzogthume Limburg gehören, zu bestehen aufgehört haben, indem diese Territorien fortfahren, einen integrirenden Theil des Königreichs der Niederlande zu bilden.

Art. 7. Der gegenwärtige Vertrag soll ratificirt und die Ratificationen desselben in London ausgetauscht werden im Zeitraume von vier Wochen oder früher, wenn es sich thun läßt.

In Beglaubigung dessen haben die respektiven Bevollmächtigten ihn unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen zu London, 11. Mai 1867.

Stanley, Apponyi, Latour d'Auvergne, D'Azeglio, Bentinck, Van de Weyer, Tornaco, Servais, Bernstorff, Brunnow.

Erklärung.

Es ist wohlverstanden, daß der Artikel 3 dem Rechte anderer neutraler Staaten keinen Eintrag thut, ihre festen Plätze auf ihren Territorien zu erhalten und nöthigenfalls zu verbessern.

(Folgen dieselben Unterschriften.)

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 26. Mai. Se. Majestät der König hat den Gerichtsschreiber Jos. Ferstl zu Mainburg wegen nachgewiesener Krankheit für die Dauer eines Jahres in den Ruhestand versetzt und an dessen Stelle den Tagschreiber des Landgerichts Lauingen, Anton Kraus von Dillingen in prov. Eigenschaft ernannt; zum Post- und Bahnverwalter in Memmingen den Offizialen K. v. Wening-Ingenheim in Augsburg befördert; den Sekretär des Appellationsgerichts der Oberpfalz und von Regensburg, A. Salzberger, aus administrativen Erwägungen in den Ruhestand versetzt; auf dessen Stelle den Bezirksg.-Sekretär E. v. Schmauß in Amberg befördert und die hiedurch am Bezirksg. Amberg in Erledigung kommende Sekretärstelle dem geprüften Rechtspraktikanten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landg. Parsberg, M. Deisenhofer, in prov. Eigenschaft verliehen; den Betriebs-Ingenieur J. G. Laubmann in München zum Bezirks-Inspektor bei dem k. Oberpost- und Bahnamte München, den Generaldirektions-Sekretär L. Wimmer in München zum Bezirks-Inspektor bei dem k. Oberpost- und Bahnamt Augsburg befördert, sodann der Generaldirektion der k. Verkehrs-Anstalten einen weiteren Assessor beigegeben und hiezu den Generaldirektions-Sekretär C. Oswald in München befördert; den Revisionsbeamten Carl Düval zu Augsburg zum Controleur beim Hauptzollamte in Mittenwald befördert; zum Revisionsbeamten an das Hauptzollamt Augsburg den Zoll-

verwalter M. Richter zu Hindelang — seinem Ansuchen entsprechend — berufen, und den Zollverwalter J. Leeb zu Griesen in gl. Eigenschaft an das Nebenzollamt I Hindelang, Hauptzollamtsbezirks Pfronten, versetzt; die kathol. Pfarrei Diessen, Bezirksamts Landsberg, dem Priester Joseph Gschwind, Pfarrer und Distrikts-Schulinspekter zu Fahlenbach, Bezirksamts Pfaffenhofen an der Ilm, übertragen; dem Kirchenrath, Dekan und ersten Pfarrer in Hersbruck, J. S. Bullemer, unter dem Ausdrucke der besonderen allerhöchsten Zufriedenheit mit seinen langjährigen, treuen und ersprießlichen Dienstleistungen die erbetene Emeritirung bewilligt; den Landwehrmajor und Commandanten des Landwehr-Bataillons Landshut, A. Weinreich, auf sein Ansuchen von der Stelle eines Commandanten des bezeichneten Landwehr-Bataillons enthoben und den Landwehr-Hauptmann J. B. v. Zabuesnig in Landshut zum Landwehr-Oberstlieutenant und Commandanten des Landwehr-Bataillons Landshut ernannt.

Die kath. Pfarrei Matting, Bezirksamts Stadtamhof, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 811 fl. 22⁵/₈ kr. in Erledigung gekommen.

Das Finanzministerialblatt Nr. 14 enthält außer einem oberstrichterlichen Erkenntnisse vom 25. April ds. Js. und mehreren Dienstesnachrichten eine Entschließung des kgl. Staatsministeriums der Finanzen vom 20. Mai ds. Js. über die Erpachtung von Staats-, Gemeinde- und Privat-Jagden durch das kgl. Forstpersonal. Inhaltlich dieser Entschließung wird die Jagd in größeren Staatswald-Komplexen in Regie verwaltet, die Jagd in parcellirteren Staatswaldungen aber, wenn sie den Umfang von 600 Tagwerken nicht übersteigen (das gesetzliche Minimalmaß von 240, resp. 400 Tagwerk vorausgesetzt), beim Vorhandensein triftiger Gründe außer dem Wege der öffentlichen Versteigerung an die Inhaber der angrenzenden Gemeinde- oder Privat-Jagden — bei größerer Ausdehnung jedoch an das einschlägige Forst-Personal, in beiden Fällen gegen Entrichtung eines dem durchschnittlichen Jagdertrage entsprechenden Pachtschillings überlassen. Verleihungen von dergleichen Staatsjagden in Afterpacht sind unzulässig. Forstbedienstete, welche die Pachtung von Gemeinde- oder Privat-Jagden innerhalb ihrer speziellen Dienstbezirke oder in deren unmittelbarer Nähe beabsichtigen (die Pachtung abgelegener Jagden ist ohnehin unzulässig), haben die Erlaubniß hiezu für jeden einzelnen Jagdbezirk unter Angabe des Pachtanfangs auf bestimmte Zeit bei der vorgesetzten Kreisstelle, beziehungsweise der kgl. General-Bergwerks- und Salinen-Administration nachzusuchen, welche diese Bewilligung nach Würdigung aller maßgebenden Verhältnisse entweder in widerruflicher Weise zu ertheilen oder zu versagen haben. Sind Mißbräuche nicht zu fürchten, so kann selbst denjenigen kgl. Forstbediensteten, welche Regie-Jagden zu verwalten oder zu beaufsichtigen haben, die Pachtung angrenzender Gemeinde- oder Privat-Jagden ausnahmsweise gestattet werden. Jedenfalls dürfen vom Forstpersonale Gemeinde- oder Privat-Jagden nur im Wege der öffentlichen Versteigerung erpachtet werden und sind Erpachtungen unter der Hand unstatthaft; die Bildung größerer das Forstpersonal allzusehr vom Staatsforst- und Jagddienste abziehender Jagdkomplexe durch Zusammenpachten vieler kleinerer Jagdbezirke soll gleichfalls vermieden, gegenüber den Gemeinden, welche dem königlichen Forstpersonale keine Gelegenheit zur Erpachtung ihrer Jagden bieten, selbst jeder Schein von Parteilichkeit vermieden, dagegen soll auch den in dieser Beziehung willfährigen Gemeinden keinerlei Begünstigung zugewendet und bei Ausübung der Pachtjagden überhaupt die Interessen des Aerars, wie die bestehenden gesetzlichen und verordnungsmäßigen Bestimmungen sorgfältig beachtet werden.

In **Mainz** kam es vor einigen Tagen zu einem argen Tumulte, indem ein durch eine Militärwache eskortirter Arrestant, dessen Verhaftung schon einen großen Zusammenlauf von Menschen hervorgerufen hatte, auf dem Transporte zu entspringen versuchte, worauf die Soldaten auf Kommando Feuer gaben. Ein Tapeziererlehrling wurde am Beine gestreift, ein Mann am Oberschenkel schwer verwundet. Eine Untersuchung des Vorfalls, der große Aufregung hervorgerufen hat, ist eingeleitet.

Darmstadt, 24. Mai. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer brachte Back einen Antrag ein, durch entsprechende Revision der Gemeindeordnung eine Vereinfachung des Geschäftsganges herbeizuführen. Die Berathung des Etats der Hofgerichte veranlaßt Vollhard und Hallwachs, den Wunsch einer Verminderung der Vielschreiberei auszusprechen und eingehend zu begründen. Die Abg. Dümont, Oechsner und Bamberger bringen sodann eine an das Ministerium des Aeußern gerichtete Interpellation ein, welche mit Bezug auf die am Abende des 20. ds. zu Mainz vorgekommenen Ausschreitungen einer preußischen Patrouille den Wunsch einer baldigen Regelung der Befugnisse des Militärgouvernements gegenüber den Civilbehörden ausspricht und anfragt, ob die mit der preußischen Regierung vor einiger Zeit eingeleiteten Verhandlungen zum baldigen Abschlusse eines Staatsvertrages führen werden. (Frkf. Journ.)

Zur Spielbankfrage schreibt man der „Köln. Ztg." aus **Wiesbaden**: „Die Aktien der Spielgesellschaft befinden sich beinahe ausschließlich in hohen Händen. Die nächste Umgebung des Herzogs Adolf, Hof- und Staatsbedienstete des vormaligen Herzogthums rc. sind die nächststark Betheiligten. . . . . . Im Besitze der Bürgerschaft befinden sich nur sehr wenig Aktien. Sie ist gegen das Spiel, hat übrigens vielleicht nichts dagegen einzuwenden, wenn etwa dasselbe noch drei bis vier Jahre geht, um die Aktien zu amortisiren und für die Kommune, welche geneigt ist, dem königlichen Fiskus die Bade-Etablissements abzukaufen, einen Fond zu sammeln, damit sie aus dessen Zinsen und aus dem Ertrage einer Kurtaxe Alles in gewohntem Stande halten könne. Wie man versichert, beabsichtigt man in Berlin, in dieser letzteren Weise zu verfahren, nachdem der Minister der Justiz mit einem Antrage, gleichzeitig mit Einführung des preußischen Strafgesetzbuches das Spiel, als damit im Widerspruche, sofort strafrechtlich zu unterdrücken, nicht durchzubringen vermocht hat.

Paris, 24. Mai. In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde nach langen Debatten und nachdem verschiedene Amendements und Zusätze vorgebracht und zurückgewiesen worden waren, das neue Naturalisationsgesetz durch Namensaufruf mit 231 gegen 15 Stimmen angenommen. Dasselbe lautet: Art. I. Die Artikel 1 und 2 des Gesetzes vom 3. Dezember 1849 werden durch nachstehende Bestimmungen ersetzt: Art. 1. Der Ausländer, der nach vollendetem 21. Jahre, laut Art. 13 des Code Napoléon die Ermächtigung, seinen Wohnsitz in Frankreich aufzuschlagen, erlangt und sich drei Jahre hindurch daselbst aufgehalten hat, kann zum Genuß aller französischen Bürgerrechte zugelassen werden. Die Frist von drei Jahren beginnt von dem Tage an, an welchem das Gesuch um Aufenthaltsermächtigung auf dem Justizministerium eingetragen worden ist. Dem Aufenthalt in Frankreich wird der Aufenthalt in fremdem Lande behufs der Ausübung einer von der französischen Regierung übertragenen Funktion gleichgestellt. Es wird, nach einer über die Moralität des betreffenden Ausländers angestellten Untersuchung, über das Naturalisationsgesuch, auf Bericht des Justizministers und nach Anhörung des Staatsraths, durch kaiserliches Dekret entschieden. Art. 2. Die in vorstehendem Artikel bestimmte Frist von drei Jahren kann auf ein einziges Jahr heruntergesetzt werden zu Gunsten derjenigen Ausländer, die Frankreich wichtige Dienste geleistet, sei es einen Gewerbszweig, seien es nützliche Erfindungen in Frankreich eingeführt, ausgezeichnete Talente mitgebracht, große Anstalten angelegt oder einen großen landwirthschaftlichen Betrieb geschaffen haben." Art. II. Der Artikel 5 des Gesetzes vom 3. Dezember 1849 ist abgeschafft."

In der heutigen Sitzung des gesetzg. Körpers zeigt der den Vorsitz führende Vicepräsident Leroux an, daß die neun Bureaus die Interpellation Picard's über die Anwendbarkeit des zu reformirenden Versammlungsrechtes auf die bevorstehenden Generalrathswahlen nicht zugelassen haben. Die Versammlung geht hierauf zur Diskussion des § 5 des Municipalgesetzes, der durch ein Amendement des Herrn Segrès an die Commission zurückgewiesen worden war, über. Der neue Vorschlag der Commission geht dahin, daß in Städten über 40,000 Einwohner das Polizeiwesen, auf Gutachten des Gemeinderathes hin, durch kaiserliches Gesetz geregelt wird. Das Polizeipersonal wird auf Antrag des (von der Regierung ernannten) Maire von dem Präfekten ernannt. Will der Gemeinderath die Kosten für diese Polizei nicht oder nur theilweise genehmigen, so wird der Betrag kraft kaiserlichen Dekretes ins Ausgabebudget eingetragen. Die Diskussion war eine lebhafte und endigte damit, daß alle Amendements entweder zurückgezogen oder zurückgewiesen wurden und hierauf der von der Kommission umgearbeitete Art. 5, sowie das ganze Gesetz mit 215 gegen 37 Stimmen angenommen wurde. Nächsten Montag beginnt die Diskussion über das neue Handelsgesellschaftsgesetz.

Die Linke hat folgendes Amendement zum Gesetzentwurf über die öffentlichen Verhandlungen eingebracht. „Einziger Artikel. Die Bürger haben das Recht, sich außerhalb der öffentlichen Straße zu versammeln unter der Bedingung, die Behörde vierundzwanzig Stunden zuvor davon zu benachrichtigen."

Die Pariser (gewissermaßen offiziöse) „Presse" ist ganz empört darüber, daß die Preußen, die bisher in Luxemburg lagen, nach Rastatt in Garnison kommen sollen. Sie will dieser Nachricht keinen Glauben beimessen, benutzt aber die Gelegenheit, zu erklären, „daß Preußen trotz der Militär-Konvention, welche es mit dem Süden abgeschlossen, kein Recht habe, die Festungen dieser Staaten im Frieden zu besetzen." Die Verträge seien nur für den Kriegsfall abgeschlossen, und der Großherzog habe deßhalb „nicht das Recht", zu gestatten, daß preußische Regimenter sich vier Meilen von der französischen Grenze festsetzen. „Wenn", fügt die „Presse" schließlich hinzu, „Frankreich ein verschanztes Lager unter den Mauern von Thionville errichten würde, so wäre Preußen berechtigt, Erklärungen zu verlangen und aus der Aufhebung des Lagers einen Casus belli zu machen. Mit viel größerem Rechte würde also Frankreich das Recht haben, von Preußen zu fordern, daß es nicht vier Meilen von seiner Grenze auf

einem Territorium und in einer Festung, die ihm nicht angehören, Truppen installire."

Paris, 25. Mai. Kaiser Alexander wird nicht, wie irrthümlich gemeldet worden, im Elysée Bonaparte, sondern in den Tuilerieen selbst, im Pavillon Marsan, Wohnung nehmen. Für die Zeit seiner Anwesenheit ist ein Abstecher nach Cherbourg in Aussicht genommen, indem die dort befindliche russische Panzerflotille gemeinschaftliche Linien-Evolutionen mit dem französischen Ocean-Geschwader vornehmen soll. Hierauf allein und auf die besondere Freundschaft, die man für Rußland zur Schau trägt, ist das Gerücht zurückzuführen, Kaiser Napoleon wolle bei dieser Gelegenheit den Zusammentritt einer Konferenz zur Regelung der kretischen Frage (im russischen Sinne natürlich!) vorschlagen, und er rechne dabei auf den Einfluß, welchen er persönlich auf den Sultan auszuüben im Stande sein werde. Dies scheint, wie gesagt, noch sehr der Bestätigung zu bedürfen, wenn es auch außer Frage ist, daß man in Wien die ersichtliche Annäherung der Kabinette von Petersburg und Paris mit etwas mißtrauischen Augen anzusehen beginnt. Daher auch alle jene Gerüchte von serbisch-russischen Intriguen, welche den Widerstand der Croaten gegen den Ausgleich mit Ungarn unterhielten, sowie von den Fäden einer griechisch-südslawischen Verschwörung, die, von Petersburg aus geleitet, jeden Augenblick zum Losschlagen bereit sei. Thatsache aber jedenfalls ist, daß das Kabinet von St. James den Sultan nicht zu verlassen gedenkt und ihm daher soeben eine Einladung, auch nach London zu kommen, hat zugehen lassen. In der Türkei beschäftigt man sich inzwischen eifrig mit den so lange versprochenen Reformen. Die zur Ausarbeitung der Basen derselben eingesetzte Kommission hat ihre Arbeiten vollendet. Diese Reformvorschläge beziehen sich auf die Verbesserung des Finanz-Systems, Errichtung eines Staatsraths nach französischem Muster, Reorganisation der Militärschulen, Umwandlung der Provinzen in Villayets (das heißt Verwaltungsbezirke), die Erlaubniß für Fremde, Grundeigenthum zu erwerben, Vereinfachung der Verwaltung der Moscheengüter und endlich auf Modificirung der türkischen Gerichtsverfassung. Am 15. Mai wurde vom Sultan der Ferman unterzeichnet, der dem Vicekönig von Aegypten außer den andern Gerechtsamen, die ihn fast unabhängig machen, den persischen Titel eines Khidiver (d. i. illustrissimus) verleiht. Der Tribut Aegyptens hat dagegen eine ansehnliche Erhöhung erfahren. — Der Emir Abd-el-Kader wird mit seinen Söhnen in etwa 14 Tagen in Paris zum Besuche der Ausstellung eintreffen. Eben so erwartet man den Prinzen Hermann von Weimar, Schwager des Königs von Würtemberg, bekanntlich Ehren-Präsident der würtembergischen Ausstellungskommission. Auch Frhr. v. Schlör, bayerischer Handels-Minister, trifft demnächst hier ein. — Die russische Regierung hat unterm 16. Mai hier angezeigt, daß sie der Genfer Convention für internationale Pflege der Verwundeten auf den Schlachtfeldern nun ihrerseits beigetreten; somit haben sich alle europäischen Mächte dieser humanitären Idee angeschlossen. — Die Budget-Commission hält heute eine Sitzung, um über die letzten Amendements zu berathen. Am 1. Juni soll ihr der Rapport des Berichterstatters vorgelegt werden. Im gesetzgebenden Körper wurde eine Sammlung für ein Denkmal ins Werk gesetzt, welches in La Rochelle dem Admiral Duperré gesetzt werden soll. Einzelne demokratische Mitglieder der pariser Advokatenkammer hatten dem Barreau den Vorschlag gemacht, zu Ehren seines zum Akademiker ernannten Mitgliedes Jules Favre ein Fest-Essen zu veranstalten. Das Barreau lehnte dies ab, erklärte sich aber zu einer solchen Ovation bereit, wenn sie allen drei Advokaten-Akademikern, den Herren Dufaure, Berryer und Favre, gleichzeitig gelte. Die Festlichkeit wird daher nicht von der Corporation, sondern von jenen Advokaten ausgehen, denen sich einige Deputirte und Journalisten angeschlossen; doch ist vorauszusehen, daß Jules Favre das Festessen dankbar ablehnen werde. (K. Z.)

Rom, 14. Mai. Der gestrige Geburtstag des heiligen Vaters wurde durch keine offizielle Feier, wohl aber in vertrautem Freundeskreise in herzlicher Weise begangen. An der Spitze der glückwünschenden Eminenzen war Cardinal Antonelli, der seit einiger Zeit von rheumatischen Leiden weniger heimgesucht wird, unter den Prälaten fehlte der älteste Freund Msgr. Stella auch nicht. Pius IX. ist am 13. Mai 1792 geboren, trat mithin heute in sein 76. Lebensjahr. Wer ihn bei seiner Erhebung auf Petri Stuhl sah und die feinen Züge und Gesichtslinien, das lebhafte Auge und den beredten Ausdruck des Mundes nicht vergaß, wird ihn seitdem freilich gealtert finden. Er selbst pflegt bei guter Laune nicht selten zu sagen: „la mia famiglia è longeva" (meine Familie ist langlebig). Die Vorbereitungen zur Abreise in die Mai-Villeggiatur bleiben liegen. Die Entfernung des Papstes von der Stadt würde den täglich ankommenden Bischöfen die Verpflichtung auferlegen, ihm in der Campagne aufzuwarten, was bei dem vorgeschriebenen Ceremoniell für beide Theile nicht ohne manche Unbequemlichkeiten möglich ist. — Aus der Provinz Frosinone sind die Fremden-Carabiniers hierher verlegt und für ihre gegen die Briganti geleisteten Dienste vielfach ausgezeichnet worden. In Bezug auf die Letzteren glaube ich Ihnen verbürgen zu können, daß die Regierung damit umgeht, sie durch ein allerdings seltsames, aber möglicher Weise wirksames Mittel künftighin unschädlich zu machen. Es ist im Ministerrathe mehrfach besprochen, und der Papst ist ganz damit einverstanden, daß man unter Gewährung voller Amnestie diejenigen von ihnen für die Bildung eines Corps regulärer Grenzwachen in Sold nimmt, welche, des bisherigen Räuberlebens müde, ihr künftiges, auf einer gesetzlichen Unterlage als disciplinirte, wenn auch streng überwachte Truppen fortzuführen entschlossen sind. Einige fromme Patres sollen manchen Verirrten im Stillen dafür gewonnen haben. — Die eingeleitete Untersuchung wider sechs des Verdachtes der Vergiftung der päpstlichen Soldaten in Tivoli bezichtigte junge Leute wird um so strenger fortgesetzt, da man dem Thäter auf der Spur zu sein überzeugt ist. Nach dem, was sich bisher als wahrscheinlich herausstellte, wär das Attentat nicht durch ein Phosphor-Präparat, sondern durch vegetabilisches Gift ausgeführt. Der Koch, ein Italiener, wußte bisher am wenigsten den gegen ihn aufgebrachten Argwohn durch genügende Beweise zu entkräften. (K. Z.)

Rom, 21. Mai. Die Stimmung unter uns, noch mehr um uns her in den Provinzen wird täglich beklommener, es scheint, alle politischen Gährungsstoffe arbeiten durch einander, um die alte Sage von einem bevorstehenden zweiten Erscheinen Garibaldi's zu einer Thatsache zu machen. Daß die Regierung selber ihre ganze Aufmerksamkeit auf diese Bewegungen richtet, indem sie vorgestern vier Compagnieen in die Marennengegend oberhalb Civita-Vecchia, eine Dragoner-Abtheilung in die Umgegend von Ronciglione, Zuaven nach Viterbo in Eile schickte, zeigt, daß auch sie nicht ohne Besorgnisse ist. In der Stadt fürchtet man allgemein, ein Aufruhr werde während der Vorbereitungen zum Centenarium Petri versucht werden. Die an der Gränze aufgehäuften italienischen Truppen seien bestimmt, sofort einzurücken und die Ordnung wiederherzustellen, dann aber, um die Ruhe aufrecht zu erhalten, auch weiterhin zu bleiben. — Zur Erleichterung des Verkehrs während der bevorstehenden großen Kirchenfeier wird eben eine Schiffbrücke gebaut, auf welcher man von der Ripetta bei der Villa Altoviti, Eigenthum de Merode's, vorüber aus einem der belebtesten Stadttheile schnell nach dem Vatican gelangen wird. Die Stadt läßt auf ihre Kosten eine neue Straße zu der Stelle des Janikulus hinaufführen, wo der Apostel Petrus neben der Kirche San Pietro in Montorio gekreuzigt sein soll. Zweihundert Arbeiter sind täglich dabei beschäftigt. Der Papst schenkte einen Beitrag von 10,000 Scudi und wird sie durch die erste Fahrt einweihen. (K. Z.

London, 23. Mai. Eine außerordentliche Beilage der „Gazette" enthält eine königliche Proklamation, betreffend die nun vollendete Vereinigung der britisch-amerikanischen Provinzen Canada, Neu-Schottland und Neu-Braunschweig. Dieser Proklamation zufolge tritt die neue Conföderation am 1. Juli d. J. unter dem Namen „Canada" ins Leben und werden unter Einem die Senatoren ernannt (richtiger gesagt, bestätigt), die den ersten Senat der Conföderation bilden werden.

Warschau, 21. Mai. Daß die slavisch-ethnographische Ausstellung in Moskau ein Ereigniß von großer politischer Tragweite ist, unterliegt keinem Zweifel. Sie ist die erste Manifestation der offen hervortretenden Einheitsbestrebungen der slavischen Stämme, die mit jedem Jahr an Ausdehnung und Macht gewinnen und sich nicht eher beruhigen werden, als bis sie ihr Ziel, die Vereinigung aller slavischen Stämme unter russischer Herrschaft erreicht haben. In diesem Sinne ist die ethnographische Ausstellung von der ultra-russischen Partei veranstaltet, in diesem Sinne sind die Einladungen zu derselben von den Chorführern der dem österreichischen und türkischen Szepter untergebenen slavischen Stämme angenommen worden. Die Preßorgane der ultra-russischen Partei heben einstimmig als Resultat der ethnographischen Ausstellung hervor, daß sie auch dem oberflächlichsten Beobachter die Ueberzeugung aufdränge, daß der großrussische Stamm der mächtigste der slavischen Stämme sei und daß ihm die Zukunft des Slaventhums gehöre. Der großrussische Stamm, wird in diesen Organen weiter ausgeführt, habe um so gerechtern Anspruch auf die Führerschaft über die slavischen Bruderstämme, als er allein es vermocht habe, einen starken staatlichen Organismus zu bilden und die Lage der sechszig übrigen slavischen Stämme sei von der Art, daß sie, um der Vernichtung ihrer nationalen Eigenthümlichkeit zu entgehen, gezwungen seien, den Schutz des mächtigen großrussischen Bruderstammes zu suchen. Denselben Gedanken wurde auch bei dem Festmahl, welches zu Ehren der auf der Reise nach Moskau hier eingetroffenen slavischen Gäste hier veranstaltet wurde, in verschiedenen Toastreden begeisterter Ausdruck gegeben. Die russischen Redner

zeichneten sich durch politische Zurückhaltung aus und besprachen mehr die Einigung der Slaven auf geistigem und literarischem Gebiet.

(Ostf.-Z.)

Der Wiener „Presse" wird aus Jassy unterm 20. Mai von einer durch die Volkshefe in Scene gesetzten und von der Regierung nur mühsam im Zaume gehaltenen Judenhetze geschrieben und unterm 23. d. telegraphirt, seit dem 16. fänden zahlreiche Verhaftungen und Ausweisungen statt; die Stadt sei in höchster Aufregung und der Aufstand könne jede Stunde ausbrechen.

Aus **Konstantinopel**, 23. Mai, wird telegraphisch gemeldet: „Der Sultan wird auf seiner Reise, die übrigens sich auch nach England erstrecken soll, vom französischen Botschafter begleitet sein. Die Geschwader Englands und Frankreichs sollen ihm von den Dardanellen bis Toulon das Ehrengeleit geben.

Frankfurter Börse (20. bis 25. Mai).

26. Mai. Das Kapital beharrt in abwartender, reservirter Haltung und der Spekulation fehlt es an jeder bestimmenden Anregung. Die Hassepartei hat vorläufig des Guten genug gethan und die Contremine ist durch die erhaltenen Schläge gelähmt und ohne Anhaltspunkt für erneute Thätigkeit. Von der matteren Haltung der Börse wurden namentlich österr. Fonds affizirt, die nach einem momentanen Aufschwung in den ersten Tagen die Woche sämmtlich mit Kurseinbussen verlassen. Die finanzielle Auseinandersetzung mit Ungarn ist noch eine schwierige Aufgabe und man scheint in den Wiener Börsenkreisen selbst deren Bedeutung und Tragweite keineswegs zu unterschätzen.

Süddeutsche Fonds angesichts der bevorstehenden Anlehens-Operationen eher angeboten und matt, namentlich Württemberger. Das neue 4 1/2 pCt. Anlehen im Betrage von 15 Millionen ist mit dem hiesigen Bankhause der Hrn. M. A. v. Rothschild & Söhne und den mit demselben verbundenen Stuttgarter Bankfirmen bereits zum Abschluss gekommen. Von auswärtigen Fonds bleiben 4 1/2 pCt. eidgenössische sehr fest zu 100 1/2; 4 1/2 pCt. schwedische um 1 pCt. besser zu 86 1/4. Die kursirenden Gerüchte von einem bevorstehenden neuen auswärtigen Anlehen finden darin ihre Widerlegung, dass die schwedische Regierung, wie wir aus guter Quelle vernehmen, soeben in der Heimath eine 5pCt. temporäre Anleihe von 1 1/2 Mill. Thaler placirt hat. — Auf einem Kurszettel dieser Woche fanden wir auch einmal eine sporadische Notiz für 5pCt. italienische Rente, die eben so schnell wieder verschwunden ist. Wir wollen gern den auswärtigen Börsen das Spiel in Italienern überlassen, Kapitalisten unseres Rayons haben sich glücklicher Weise an diesem Effekt die Finger noch nicht verbrannt. — 1882er Amerikaner gaben im Laufe der Woche auf höhere Goldnotirungen aus New-York bis 77 1/4 nach, erholten sich jedoch heute auf günstigere Kabelberichte auf 77 3/8—1/2.

Oesterr. Kreditaktien gingen am Mittwoch bis 174, um heute auf denselben Stand (170) zurückzukehren, wie sie vor acht Tagen schlossen. Darmstädter geschäftslos und unverändert. — Von Zettelbanken Frankfurter um 1 1/2 pCt. höher auf 129; der Ausweis vom 20. Mai illustrirt die fortdauernde Geldabundanz.

Von E.-B.-Aktien pfälzische Linien fest, Bexbacher zu 151, Weissenburger zu 107, Bayerische Ostbahnen um 1/2 pCt. höher auf 116 5/8. Eine Devise, die früher an unserer Börse eine grosse Rolle spielte, tauchte in dieser Woche aus langjähriger Vergessenheit wieder auf. Oesterr. Staatsbahn-Aktien, die in letzter Zeit in Paris einen beträchtlichen Aufschwung genommen und die lombardischen Aktien, mit denen sie lange Zeit gleichen Schritt hielten, um 12 pCt. überholt haben, machten am Dinstag ihr neues Debut zu 209—10 (sie werden bekanntlich hier nicht nach Prozent, sondern das Stück von Fr. 500 in Gulden ö. W. gerechnet). Obgleich sie sich auf den Einführungskurs nicht halten konnten und bis 204 nachgaben, entwickelte sich doch ein ziemlich reges Geschäft darin und namentlich ging heute, wo sie sich auf 209 erholten, viel darin um. Der untreu gewordene Kunde scheint somit als Stammgast sich neu fixiren zu wollen. Man darf ihn auch willkommen heissen. Das Unternehmen der Staatsbahn befindet sich in fortschreitend günstiger Entwicklung. Für 1866 ist über die 5pCt. Zinsen eine Superdividende von 2 pCt. oder Fr. 10 per Aktie zu erwarten, also nach dem jetzigen Kurs eine 8pCt. Rente. Siebenbürger Aktien wurden im Anfange der Woche bis 56 1/2 gehandelt und verlassen dieselbe niedriger zu 55 3/4. — Von Prioritäten Frankendevisen in regerem Verkehr. Staatsbahnen zu 48 1/2—5/8, sie lassen die Lombarden um 3 pCt. zurück; Livorneser 52—1/8

Ueber den Geldstand ist das alte Lied von der andauernden Abundanz zu wiederholen. Gute Diskonten rar und im Privatverkehr bis zu 2 pCt. gern genommen. Von fremden Wechseln London in kurzer Sicht 119 3/8 à 1/2, in langer bis 119 3/4 bezahlt. Paris bis 94 3/4 gestiegen. Wien 93 3/8. Von Sorten 20 Fr. Stücke und Sovereigns höher, erstere 9. 28 1/2—29 1/2, letztere 11. 52—56.

	20.	25.		20.	25.
5% Oestr. National	55	54 3/4 B	4% Darmstädt. do.	—	93 1/2 B
5% do. Metal. (1859)	62 1/4 B	62 1/2 B	3 1/2% do. do.	—	—
5% do. Lose (1860)	70 1/4	70 5/8	4 1/2% Nassauer do.	94 1/4	94 B
— do. do. (1864)	75 B	75 B	4% do. do.	90 1/4	89 3/4 B
Oestr. Kreditl. (58)	115 3/4 B	118 1/2	3 1/2% do. do.	83	83 B
5% Bayer. Obligat.	101 1/4 B	—	4% Kurhess. do.	—	91 1/2
4 1/2% do. do.	94 1/4	93 3/4 B	3 1/2% Frankf. do.	81 1/2 B	81 1/2 B
4% do. do.	91 1/4 B	90 3/4 B	3% do. do.	—	—
4% do. 100Thl.-L.	99 1/4	99 1/2	6% Amerik. (1882)	77 3/4	77 1/2
4 1/2% Würtemb. Obl.	93 1/4 B	92 5/8 B	Oestr. Kredit. . .	171 1/2	170 1/2
3 1/2% do. do.	81 1/4	—	Oestr. Nat.-Bank	678	675
4 1/2% Badische do.	94 B	93 B	Frankfurter do.	129	129 B
4% do. do.	89 1/4	—	Bexbacher E.-B.	151	151
3 1/2% do. do.	84 1/4	—	Bayer. Ostbahnen	116 1/4	116 5/8 B (Akt.)

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	68 1/8 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	61 3/4—62 G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	54 3/4 P.
„	5pCt. Metall. Obligat.	45 3/4—1/2 G.
„	4 1/2 pCt.	40 1/4—3/4 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 1/2 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 1/8 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	93 5/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90 3/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	92 3/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	82 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	92 1/2 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	92 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	93 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	81 1/2 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2 pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	78 1/2 P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	77 5/8—1/2 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	129 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	670 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	169 1/4—68 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	205 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	325 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109 1/2—109 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr à 28 kr	205 1/2—208 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	110 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	151 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 3/4 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 1/4 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	45 1/4 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	116 3/8 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	112 1/4 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	60 1/2 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	70 1/8—69 3/4 G
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	118 G.
„ do. v. 1864	74 1/4 P. 73 3/4 G
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 3/8 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 1/4 P.
Badische fl. 35	53 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	142 G.
„ fl. 25 do.	38 3/4 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs. -Loose	—
Mailänder 45 Frs. b. R.	28 1/2 G.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/2—3/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 3/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/4 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 1/2 P
Brussel Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 1/4 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 3/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/8 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/8 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	93—92 7/8 G
do. in öst. W. l. S.	93 7/8 P.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 27. Mai. Die Woche eröffnet wie die vorige schloß, in matter Stimmung und geschäftsunlustiger Haltung. Man verflaute schon gestern in der Effektensocietät auf eine Mittheilung Wiener Blätter, das Verhältniß Nordschleswigs betreffend. Viele witterten in dieser Mittheilung eine neue „Frage", die am politischen Horizont auftaucht, an dessen vollkommene Wolkenlosigkeit und Sonnenbläue man sich nur schwer gewöhnen kann. Besonders gedrückt war heute der Markt für süddeutsche Sachen, die sehr offerirt waren. Dieselben litten unter der neuen württembergischen Anleihe, die bereits und billiger wie die alte Württemberger unter der Hand abgegeben wird. Oeffentlich aufgelegt soll dieselbe, wie wir hören, nicht werden. Auch in österreichischen Sachen und Amerikanern war bei matten Koursen wenig Geschäft.

(Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 148.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 29. Mai 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 27. Mai. Se. Majestät der König hat die Gründung einer Aktiengesellschaft zur Errichtung und zum Betrieb einer Anilinfabrik zu Kaiserslautern mit der Firma: „Anilinfabrik Kaiserslautern“ mit dem Sitze in Kaiserslautern und einem Grundkapitale von 150,000 fl., welches in 300 Stück Aktien zu 500 fl. je nach Verlangen auf Namen oder auf den Inhaber lautend begeben wird, auf die Dauer von 50 Jahren genehmigt und die von dem provisorischen Comite vorgelegten Gesellschaftsstatuten mit einigen Modifikationen bestätigt; den Hauptzollamts-Assistenten Chr. Höhne in Nürnberg zum Revisionsbeamten bei dem dortigen Hauptzollamte in prov. Eigenschaft ernannt; den Bezirksg.-Direktor P. Rummel in Bamberg wegen nachgewiesener körperlicher Leiden und hiedurch begründeter Funktionsunfähigkeit und unter dem Ausdrucke der allerhöchsten Zufriedenheit mit seiner langjährigen treuen und eifrigen Dienstleistung für immer in den nachgesuchten Ruhestand treten lassen; auf dessen Stelle den Direktor des Bezirksg. Neustadt a/S., Viktor Böhe, berufen und demselben zugleich die Stelle des Vorstandes am dortigen Handelsgerichte übertragen, dann zum Direktor des Bezirksgerichts Neustadt a/S. den Rath dieses Gerichtes, Th. Vollmuth, befördert, dessen Stelle aber eingezogen; den Vicepräsidenten der Pfalz, Fr. W. v. Bettinger, unter Anerkennung seiner mehr als 50jährigen treu und eifrig geleisteten Dienste in den nachgesuchten Ruhestand treten lassen, und zur Stelle eines Direktors der Regierung, K. d. I., der Pfalz den Rath dieser Kreisstelle M. Delamotte befördert; den Bahnhofverwalter A. Grafen v. Brockdorff zu Bamberg, seinem Ansuchen entsprechend, zum Post- und Bahnverwalter in Reichenhall ernannt; den Obertelegraphisten L. Znilow in München, seinem Ansuchen entsprechend, aus dem bayer. Staatsdienste entlassen.

Die kathol. Pfarrei Jankenhausen, k. Bezirksamts Bruck, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 672 fl. 59¼ kr. und das Schul- und Frühmeßbenefizium Abbach, k. Bezirksamts Kelheim, mit einem solchen von 523 fl. 29 kr. in Erledigung gekommen.

Durch das Ableben des k. Revierförsters Wenzl von Neuötting ist die Revierstelle in Neuötting, Forstamts Altötting, erledigt.

München, 27. Mai. Wie wir vernehmen, haben Se. Majestät der König die Niederlegung der in das Eigenthum der Stadtgemeinde Augsburg übergegangenen dortigen Festungswerke (mit Ausnahme einiger aus architektonischen Rücksichten zu erhaltender Objekte) allerhöchst zu genehmigen geruht. — In Preußen ist der technische Theil des Garnisonsbauwesens, d. h. die bauliche Beaufsichtigung der Militärgebäude, der Neu- und Reparaturbauten verordnungsmäßig den Civilbaubehörden übertragen und konkurrirt das Ingenieur-Corps hiebei nur bedingungsweise und in dem Maße, als die militärische und eigentliche Hauptbestimmung des Corps solches gestattet. Die Thätigkeit der Ingenieuroffiziere beschränkt sich daher dort fast ausschließlich auf den Fortifikations- und den Genie-Truppendienst. Diese Organisation bietet wesentliche Vortheile, namentlich auch im Kostenpunkte. Sicherem Vernehmen nach soll nun bei uns vorläufig untersucht und festgestellt werden, ob und in welcher Weise die Uebertragung des Garnisonsbauwesens an die Civilbaubehörden auch in Bayern zur Durchführung gebracht werden könne, und sollen die betreffenden Militärstellen hierüber ihre Gutachten erstatten. Es würde durch diese Einrichtung eine nicht unbeträchtliche Zahl von Genieoffizieren, welche dermalen mit dem Garnisonsbauwesen betraut sind, für ihre eigentliche und nächste Bestimmung im Fortifikations- und Genie-Truppendienste verwendbar werden. — Generalmajor v. Bothmer ist dieser Tage aus Berlin hierher zurückgekehrt.

Stuttgart, 25. Mai. Gestern wurde ein neues Eisenbahnanlehen im Betrage von 15 Mill. Gulden zu 4½ pCt. zum Abschluß gebracht, und zwar ist solches dem größern Theile nach an das Bankhaus Rothschild in Frankfurt und einige hiesige Bankhäuser begeben, der kleinere Theil aber, wie versichert wird, dem Publikum zur direkten Subskription vorbehalten worden. Der Emissionskurs soll auf 92½ stehen. Es wurden gestern württembergische 4½ pCt. Papiere zu 93 an hiesiger Börse bezahlt. — Es liegt bei den Kammern eine Bittschrift vom Gewerbevereine von Neckarsulm u. s. w. vor, welche die Ausgabe weiteren Staatspapiergeldes aus dem Grunde beantragt, weil in Württemberg nur 3 Millionen eigenes und recht viel fremdes Papiergeld in Umlauf sich befinden. — Die Reise des Königs in die nördlichen Landestheile hat dort große Freude erregt, und demselben ist überall ein enthusiastischer Empfang zu Theil geworden. Er kehrt heute Abend wieder hieher zurück, wird aber demnächst die Reise in andere Landestheile fortsetzen. — Heute früh war es hier sehr kalt, und aus den höher gelegenen Gegenden des Landes, namentlich vom Schwarzwald und der rauhen Alp erfahren wir, daß es gestern Schnee gegeben hat. Auch in der Umgebung des Bodensee's fehlt es nicht an Schnee, besonders in den Gebirgen jenseits desselben. (B. Z.)

Mainz, 24. Mai. Gegen den Lieutenant v. B., welcher am letzten Montag Abend die Patrouille zum Schießen auf die Menge kommandirte, ist das kriegsgerichtliche Verfahren angeordnet worden.

Feuilleton.

Graf Bismarck.

(Ein Lebensbild.*)

I.

Otto Eduard Leopold von Bismarck-Schönhausen wurde auf dem Familienschlosse Schönhausen, im zweiten Kreise Jerichow, in der Provinz Sachsen am 1. April 1815 geboren und ist der Sproß einer alten altmärkischen Adelsfamilie, aus welcher viele Glieder seit Jahrhunderten sich schon militärisch hervorgethan, und zwei im achtzehnten Jahrhundert auch als preußische Staatsminister. Otto von Bismarck ist in Berlin ein munterer und lustiger, mitunter wohl auch toller Gymnasiast gewesen. Daß er in Göttingen, Berlin und Greifswalde, wo er 1832 bis 1835 Jura studirte, auch ein ritterlicher Student war, ist aus dem Munde manches Zeitgenossen bekannt. Etwas Burschikoses ist seinem Wesen eigen geblieben, wenn man auch dahin nicht die Herausforderung des Professors Virchow rechnen darf, die vielmehr auf anderen Voraussetzungen beruhte. In Greifswalde diente der Stud. juris zugleich sein Jahr bei den Jägern ab. Im Juni 1835 trat er beim Stadtgerichte zu Berlin als Auscultator ein, ging nach Ablauf eines Jahres zur Verwaltung über und wurde Juli 1836 Regierungsreferendarius, in welcher Eigenschaft er bis gegen Ende des Jahres 1844 bei den Regierungsbehörden zu Aachen, Potsdam und Stettin arbeitete. Er wird aus dieser Zeit als ein lebenslustiger, anregender und geistvoller, cavaliermäßig sich bewegender Gesellschafter geschildert, der jedoch mitten aus zerstreuenden Aufregungen oft schnell und unvermuthet sich losriß, um Tage lang in stiller Einsamkeit in seine Gedankenwelt sich zurückzuziehen. Nach dem Tode seines Vaters verließ er die eingeschlagene Laufbahn und widmete sich der Bewirthschaftung seiner ererbten Güter Schönhausen und Kniephof, letzteres im Kreise Naugard in Pommern gelegen. Als Landwirth rettete er seinen Reitknecht vom Tode des Ertrinkens, und die ihm dafür zuerkannte Rettungsmedaille war der einzige Orden, mit dem er einige Jahre später als Gesandter unter seinen besternten Collegen in Frankfurt erschien. Daß er in den vierziger Jahren einige Zeit das Amt eines Deichhauptmanns in der Altmark verwaltete, ist in dem preußischen Landtage oft gelegentlich zur Sprache gekommen. Der Professor Tellkampf rieb dem Minister diese harmlose Vergangenheit unter die Nase, als derselbe über die politisirenden Professoren sich lustig machte, und noch im Reichstage dieses Jahres spielte der Vorsitzende der Bundescommissarien darauf an, als er in einer seiner Reden seiner früheren Beschäftigung ein Bild entlehnte.

Das ganze spätere Leben des ehemaligen Landedelmannes sondert sich leicht in drei Hauptabschnitte: die parlamentarische Thätigkeit von 1847 bis 1851, die diplomatische Carrière 1851 bis 1862 und die Leitung des Ministeriums seit 1862. Durch seinen Grundbesitz ritterschaftliches Mitglied des Provinzial-Landtages der Provinz Sachsen, begann Hr. v. Bismarck in der Session des vereinigten Landtages von 1847 (April bis Juni) seine öffentliche Laufbahn. Er hat diese selbst erst vor Kurzem charakterisirt, als er nämlich auf Angriffe Dunckers im Reichstage von sich sagte: „Ich kam nach Er-

*) Entnommen einer vor Kurzem in Berlin erschienenen Biographie Bismarcks.

Der Zustand des an beiden Oberschenkeln schwer verletzten Schuhmachers hat sich bis jetzt immer bedenklicher gestaltet. (Frkf. Journ.)

Berlin, 26. Mai. Es ist schon mehrfach auf den verhältnißmäßig so geringen Munitionsverbrauch der preußischen Infanterie im vorjährigen Feldzuge aufmerksam gemacht worden. Die Infanterie (einschl. der Jäger) der ganzen mobilen Armee hat im Feldzuge des vorigen Jahres nicht ganz 2 Millionen Patronen verschossen. Daß diese erfreuliche Erscheinung wesentlich mit ein Resultat sorgsamer Ausbildung ist, dafür spricht (wie das „Mil.-Wochenbl.“ bemerkt) die Thatsache am deutlichsten, daß dieselbe Infanterie im Frieden, also bei halber Stärke der Bataillone, alljährlich mehr als sieben Mal so viel, nämlich 15 Millionen Patronen nach der Scheibe verschossen hat. — Nach eingezogener Erkundigung auf der hiesigen Universität existirt ein Student Namens Gutsmuth, unter welchem Namen der „Allg. Ztg.“ die untergeschobene Studentenadresse zugegangen ist, hier in Berlin nicht. Es liegt also jedenfalls eine Mystifikation vor. (Schwäb. Merk.)

Hannover, 26. Mai. Durch Ordre des Generalgouverneurs sind gestern acht Offiziere der ehemaligen hannoverischen Armee, die ihren Abschied nicht genommen und sich noch fortwährend als hannoverische Offiziere gerirten, aus dem Lande verwiesen worden. Es befindet sich darunter ein Prinz Solms. — Gestern Mittag hat sich von hier ein hochgestellter preußischer Offizier auf die Marienburg begeben, wie man annimmt, mit besonderen Aufträgen an die Königin Marie. — Dem hiesigen Obergerichtsdirektor v. Werlhof ward gestern ein Ministerialreskript zugefertigt, worin ihm eröffnet wird, daß er „aus höheren Staatsrücksichten“ um seine Pensionirung einzukommen habe. Herr v. Werlhof gehörte zu den Unterzeichnern der ritterschaftlichen Erklärung. (Frkf. Journ.)

Weimar, 25. Mai. Die Nachrichten über die Rinderpest lauten aus dem Großherzogthume insofern fortdauernd befriedigend, als neue Erkrankungen nicht vorgekommen sind. Auch aus den benachbarten Staaten sind im allgemeinen beruhigende Nachrichten eingelaufen. Aus dem Herzogthume Meiningen wird neuerlich nur ein Erkrankungsfall aus Neundorf, Verw.-Amts Salzungen, vom 14. ds. Mts. gemeldet. Der letzte Erkrankungsfall in Barchfeld ist am 16. ds. Mts. vorgekommen. Nur daß in Dannheim bei Arnstadt, also hinter der Linie des gezogenen Kordons die Rinderpest zum Ausbruche gekommen, hat für die nahegelegenen Bezirke des Großherzogthums, insbesondere für das Amt Ilmenau, die Gefahr näher gerückt. Da dieser Pestfall nachweislich durch Einschleppung herbeigeführt worden, so hat der preußische Kommandeur den Kordon enger gezogen. (Weim. Ztg.)

Hamburg, 24. Mai. Der „Altonaer Merkur“ enthält die Nachricht, daß die preußisch-hamburgisch-lübeckische Militär-Konvention unterzeichnet ist.

Luxemburg, 25. Mai. Nach den neuesten Nachrichten soll einstweilen das 69. Regiment in die Gegend von Trier und Lanz, das 88. aber in die Gegend von Weilburg in Cantonnements gelegt werden, bis über ihre Vertheilung in Garnisonen verfügt ist. — Heute Morgen auf der Parade wurde es den Truppen eingeschärft, sich in den letzten Tagen ihres Hierseins musterhaft gegen die Einwohnerschaft zu benehmen, damit sie einen guten Ruf in Luxemburg hinterließen. — Die heutige Nummer des „Courrier“ schlägt vor, man solle zur Schadloshaltung der hiesigen Stadt nach dem Abzuge der Garnison eine Universität hier gründen. Sie motivirt den Plan durch den Hinweis auf andere Kleinstädte, in welchen blühende Hochschulen sich entwickelt haben, auf das Vorhandensein großer Räumlichkeiten und einer reichhaltigen städtischen Bibliothek und besonders auf die Unabhängigkeit des Landes, unter deren Auspicien die Wissenschaft die schönsten Früchte trage. (Fr. J.)

Wien, 25. Mai. In diplomatischen Kreisen ist nunmehr der Text der Collektivnote bekannt geworden, welche, nach der gemeinsamen Proposition Rußlands und Frankreichs, von sämmtlichen Großmächten der Pforte vorgelegt werden soll, um diese zu bewegen, dem Blutvergießen in Kandia Einhalt zu thun. Es handelt sich in dieser Note vornehmlich darum, die Entscheidung über das Schicksal der Kandioten nicht dem bloßen Waffenglücke, sondern der eigenen freien Entschließung der Bevölkerung zu überlassen. Wie diese Freiheit der Entschließung zu sichern, die Befragung der öffentlichen Meinung durch allgemeine Abstimmung vor äußeren Einflüssen zu schützen wäre, das bliebe näheren Vereinbarungen vorbehalten. Der österreichische Minister-Präsident Herr v. Beust hat sich, wie schon früher an dieser Stelle erwähnt wurde, der russisch-französischen Proposition vorläufig nicht angeschlossen, da er von der Ueberzeugung geleitet ist, daß ein solcher Schritt ohne die Mitwirkung Englands ein ganz vergeblicher sein würde. Uebrigens lauten die neuesten Nachrichten aus Kandia sehr ungünstig für die Pforte. Man will wissen, Omer Pascha habe eine so entschiedene Niederlage erlitten, daß man schon jetzt seinen Feldzug als einen mißglückten bezeichnen kann. Höchst wahrscheinlich wird sich aus dieser unerwarteten Wendung eine neue Phase der orientalischen Angelegenheit entwickeln, da England, das offenbar erst abwarten wollte, welchen Ausgang der von dem Serdar unternommene Feldzug nehmen werde, sich jetzt wohl veranlaßt sehen wird, aus seiner bisherigen Passivität herauszutreten. Herr v. Beust, der fortwährend auf das äußerste bestrebt war, England in die Aktion hereinzuziehen, hatte und hat dabei stets den Gedanken im Auge, daß die orientalische Frage nur durch ein freiwilliges und friedliches Zusammenwirken sämmtlicher Mächte, also in gemeinsamen Berathungen, ihres, nach mehreren Seiten hin bedrohlichen Charakters beraubt und den Interessen Europa's entsprechend entschieden werden kann. Sobald daher England sich bereit erklärt, in dieser Weise an der Lösung der Frage sich betheiligen zu wollen, ist auch die Mitwirkung Oesterreichs im voraus gesichert. — Die in den Blättern fortwährend wiederholte Nachricht, daß während

---

furt mit denjenigen politischen Anschauungen, die ich aus dem Vaterhause mitbrachte, geschärft in jener Zeit durch den Kampf gegen die Angriffe der Bewegung von 1848 auf Zustände, die mir werth waren. Im Jahre darauf, 1851, bin ich in die praktischen Geschäfte eingetreten und habe seitdem Gelegenheit gehabt, Erfahrungen in der praktischen Politik, 16 Jahre hindurch, in Stellen, wo ich ohne Unterbrechung mit der großen Politik beschäftigt war, sammeln zu können. Ich habe mich dabei überzeugt, daß aus dem Zuschauerraume die politische Welt — nicht blos die auf den Brettern, die die Welt bedeuten — anders aussieht, als wenn man hinter die Coulisse tritt, und daß der Unterschied nicht blos an der Beleuchtung liegt. Ich habe an mir selbst wahrgenommen, daß man die Politik anders beurtheilt, so lange man als Dilettant ohne das Gefühl schwerer persönlicher Verantwortlichkeit, etwa in den Musestunden, die die anderweitige Berufsart zuläßt, an ihr mitwirkt, als wo man im Gegentheil einer vollen Verantwortung für die Folgen jeden Schrittes, den man thut, sich bewußt ist.“

Die parlamentarische Thätigkeit des Hrn. v. Bismarck bis 1851 war eine Illustration seiner abfälligen Aeußerung aus dem Reichstage gegen die Bewegung von 1818. Schon im ersten Vereinigten Landtage, als über das Patent vom 3. Febr. 1847 debattirt wurde, erklärte er: „daß dasselbe nur dem guten Willen des Königs zu verdanken sei und nicht abgelehnt werden dürfe; die preußischen Monarchen seien nicht von des Volkes, sondern von Gottes Gnaden im Besitz einer faktisch unbeschränkten Macht, von deren Rechten sie freiwillig einen Theil dem Volke verliehen haben.“ Bei der Berathung des Gesetzentwurfes über die Verhältnisse der Juden äußerte er sich über seinen religiösen Standpunkt dahin, „daß er einer Richtung angehöre, welche als finster und mittelalterlich bezeichnet werde, und daß er die Vorurtheile derselben mit der Muttermilch eingesogen habe.“ Auf dem zweiten Vereinigten Landtage (April 1848) trat Hr. v. Bismarck, durch die Revolution in seinen Grundanschauungen bestärkt, noch mehr mit diesen hervor, ja er enthielt sich selbst nicht, den Umritt des Königs vom 21. März mit den deutschen Farben scharf zu kritisiren.

Während der Nationalversammlung (Mai bis Dez. 1848) trieb er wieder Landwirthschaft, aber mit schwerem Herzen, mit tiefem Schmerze über den fieberhaften Pulsschlag der Zeit. Damals war es, wo er alle großen Städte von der Erde vertilgt haben wollte, weil sie die Herde der Revolution wären. Auf dem Landtage, der im Februar 1849 auf Grund der octroyirten Verfassung zusammentrat, erschien Herr v. Bismarck in der zweiten Kammer. Er erklärte sich gegen die Frankfurter Verfassung, „weil sie den Stempel der Volkssouverainetät auf der Stirn trage.“ „Die Frankfurter Krone“, sagte er, „mag sehr glänzend sein, aber das Gold, welches dem Glanze Wahrheit verleiht, soll erst durch das Einschmelzen der preußischen Krone gewonnen werden, und ich habe kein Vertrauen, daß der Umguß mit der Form dieser Verfassung gelingen werde.“ Von besonderem Interesse ist eine Aeußerung aus der Landtagssession vom August 1849 bis Februar 1850. Indem Herr v. Bismarck sich gegen die Unionsbestrebungen Preußens und das Dreikönigsbündniß aussprach, weil sie die Frankfurter Theorien zum Muster hätten, erklärte er: „Es ist hier mehrfach die Politik Friedrichs des Großen erwähnt und diese ist sogar identificirt worden mit dem Antrage auf die Behauptung der Union. Ich glaube vielmehr, Friedrich II. hätte sich an die hervorragendsten Eigenthümlichkeiten preußischer Nationalität, an das kriegerische Element in ihr gewendet, und nicht ohne Erfolg. Er würde gewußt haben, daß noch heute, wie zu den Zeiten unserer Väter, der Ton der Trompete, die zu den Fahnen des Landesherrn ruft, seine Reize für ein preußisches Ohr nicht verloren hat, mag es sich nun um eine Vertheidigung unserer Grenzen, mag es sich um Preußens Ruhm und Größe handeln. Er hätte die Wahl gehabt, sich nach dem Bruche nach Frankfurt an den alten Kampfge-

der Anwesenheit des Fürsten Michael von Serbien in Konstantinopel Verabredungen getroffen seien, denen zufolge die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina dem Fürsten von Serbien übertragen werden soll, ist, wie auf das bestimmteste versichert werden kann, ganz aus der Luft gegriffen. Man hat hier guten Grund zu der Ueberzeugung, daß die gegenwärtige türkische Regierung es vorziehen würde, das Aeußerste zu wagen, als sich in dieser, wenn auch indirekten Weise zweier Provinzen berauben zu lassen, in welchen die türkische Bevölkerung in der Mehrzahl, jedenfalls in überwiegendem Ansehen ist. — Da es nunmehr als gesichert betrachtet werden kann, daß die Vorbedingungen zur Königskrönung in Ungarn sowohl hier als in Pesth baldigst erfüllt sein werden, so ist der Krönungstag definitiv auf den 8. Juni festgesetzt worden. Die durch die nationalen Gebräuche vorgeschriebenen Feierlichkeiten, welche dem eigentlichen Akte vorhergehen müssen, werden 5—6 Tage in Anspruch nehmen. Nach der Krönung will der Kaiser eine Rundreise durch die größeren Städte Ungarns machen. (K. Z.)

Bern, 25. Mai. Auf den Wunsch der preußischen Regierung ist die Conferenz, welche am 27. d. Mts., also übermorgen, von Vertretern der Schweiz und der zum deutsch-österreichischen Postvereine gehörenden Staaten Behufs Revision der deutsch-österreichischen Postverträge hier in Bern abgehalten werden sollte, auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Der Grund, warum Preußen diese Vertagung gewünscht hat, liegt nahe. Vor Regelung der deutsch-österreichischen Postverhältnisse müssen jedenfalls die des Norddeutschen Bundes vollständig geordnet sein. — In seiner letzten Sitzung hat sich der Bundesrath wieder mit der walliser Jesuiten-Affaire zu beschäftigen gehabt. Bekanntlich hat der Bundesrath Anfangs Februar die walliser Regierung aufgefordert, die an öffentlichen Lehranstalten ihres Cantons angestellten Jesuiten bis Ende dieses Semesters definitiv zu entfernen; da jedoch die genannte Regierung sich bis zur Stunde nicht veranlaßt sah, dem Bundesrathe über ihre Willfährigkeit, seiner Aufforderung nachzukommen, Auskunft zu geben, so hat sie der letztere wiederholt um sofortige Berichterstattung über die Art und Weise der Ausführung seiner Ordre angegangen. — Der Große Rath des Cantons Luzern, dessen kürzliche Neuwahl zu Gunsten der Liberalen ausgefallen, hat so eben den Regierungsrath aus folgenden Mitgliedern neu bestellt: Dula, J. Stocker, Rennward Meyer, J. Fingg, Wechsler, Voumatt und Wapf. Zum Schultheiß ward Rennward Meyer, zum Statthalter Fingg ernannt. (K. Z.)

London, 25. Mai. Telegraphisch langte gestern Abend aus Dublin die Nachricht ein, daß der Lord-Statthalter eine Deputation zu Gunsten der Umwandlung der Todesurtheile gegen die von der Special-Commission schuldig befundenen Fenier empfangen und freundlich aufgenommen, für eine Milderung des Erkenntnisses indessen gegen Burke, zumal dessen Hinrichtung auf den 29. festgesetzt ist, keine Hoffnung gegeben habe. Da man bis jetzt hier allenthalben die Ueberzeugung gehegt, daß die Regierung die Sache nicht aufs Aeußerste treiben werde, so wurde diese Mittheilung, besonders unter den Mitgliedern der irländischen liberalen Partei im Parlamente mit nicht geringer Aufregung aufgenommen, und der O'Donoghue, Herr O'Beirne, Sir John Gray und Herr Maguire beschlossen im ersten Augenblicke, unverzüglich mittels Extrazuges sich nach Balmoral zu begeben und sich an die Gnade der Königin zu wenden. Nach reiflicher Ueberlegung indessen und Berathung mit den übrigen Mitgliedern der Partei nahm man von diesem Schritte Abstand, und statt dessen wurde der Beschluß gefaßt, im Laufe des heutigen Tages an den Premier-Minister eine Deputation zu entsenden und die Vermittlung des Cabinettes für eine Empfehlung des Gefangenen Burke an die königliche Gnade nachzusuchen. In Canada, woher gestern das atlantische Kabel wieder beunruhigende Nachrichten über drohende Fenier-einfälle brachte, sind der Präcedenzfälle so viele vorgekommen, daß das Publikum sich nicht mit der Idee versöhnen kann, daß in Irland Männer, die genau dasselbe verbrochen, mit dem Leben dafür büßen müssen, daß keine amerikanische Regierung dringende Vorstellungen an das englische Gouvernement richtet. Einmal ein Beispiel dieser Art statuirt, würde es gegen die Billigkeit sein, Anderen die Strafe zu erlassen, welche die Einen in ihrer ganzen Strenge auszuhalten hatten. Die oft geäußerten Bedenken gegen die Todesstrafe im Allgemeinen treten ganz gegen die Argumente mehr praktischer Natur in den Hintergrund, und gewiß nicht mit Unrecht deutet die Presse darauf hin, daß das Grab neuer irischer „Martyrer" gewiß die Wiege neuer Empörungen werden würde. Einer Deputation von irischen Parlaments-Mitgliedern, welche bei Lord Derby um Umwandlung der Todesstrafe für die verurtheilten Fenier bat, antwortete derselbe in ablehnender Weise. — Der 48. Geburtstag der Königin ist in Windsor und mehreren Provinzstädten gestern festlich begangen worden. Hier wird er erst heute durch Parade, Beleuchtung und ministerielle Bankette gefeiert. — Das Wetter hat heute zum Besseren umgeschlagen. Nach acht Tagen erfreuen wir uns zum ersten Male wieder warmen Sonnenscheins. In Yorkshire und Schottland war gestern wieder Schnee in beträchtlicher Masse und das Thermometer auf 3° unter den Gefrierpunkt gefallen. Die Saaten scheinen durch das ungewöhnlich kalte Wetter bisher nicht gelitten zu haben, aber Aepfel, Pflaumen, Kartoffel und Gemüse sind hart mitgenommen. (K. Z.)

London, 26. Mai. Graf Derby hat einer Abordnung von Unterhausmitgliedern, die gestern bei ihm erschien, erklärt, daß die gegen den gefangenen Fenier Burke ausgesprochene Todesstrafe vollzogen werden wird.

Madrid, 26. Mai. Die „Correspondencia" theilt mit, daß die Königin und der König von Spanien die Pariser Ausstellung nicht besuchen werden und daß auch der Kaiser von Marocco sich nicht nach Paris begeben werde.

---

nossen, an Oesterreich, anzuschließen, dort die glänzende Rolle zu übernehmen, welche der Kaiser von Rußland gespielt hat, im Bunde mit Oesterreich den gemeinsamen Feind, die Revolution, zu vernichten, oder es hätte ihm freigestanden, mit demselben Rechte, mit dem er Schlesien eroberte, nach Ablehnung der Frankfurter Kaiserkrone den Deutschen zu befehlen, welches ihre Verfassung sein solle, auf die Gefahr hin, das Schwert in die Wagschale zu werfen. Dies wäre eine nationale preußische Politik gewesen! Sie hätte Preußen in Gemeinschaft mit Oesterreich, oder für sich allein die richtige Stellung gegeben, um Deutschland zu der Macht zu helfen, die ihm in Europa gebührt. Der Entwurf zur Unionsverfassung vernichtet aber das specifische Preußenthum."

Im Erfurter Parlamente verhielt sich der mit scharfem und prophetischem Blick begabte Mann dem todtgeborenen Kinde gegenüber nur negativ. „Meine Herren, sagte er, wenn Sie dem preußischen Geiste nicht mehr Concessionen machen, als bis jetzt in dieser Verfassung geschehen ist, dann glaube ich nicht an eine Verwirklichung derselben, und wenn Sie sich bemühen, diese Verfassung dem preuß. Geiste aufzuzwängen, so werden Sie in ihm einen Bucephalus finden, der den gewohnten Reiter und Herrn mit muthiger Freude trägt, den unberufenen Sonntagsreiter aber mitsammt seiner schwarz-roth-goldnen Zäumung auf den Sand setzt." In der Landtagssitzung von 1850 billigte Hr. v. Bismarck die Olmützer Politik, weil er Preußens Aufgabe darin sah, „daß es sich Oesterreich unterordne, damit es im Bunde mit diesem die deutsche Demokratie bekämpfen könne."

Was Preußen und Oesterreich nach gemeinschaftlicher, unabhängiger Erwägung für vernünftig und politisch richtig hielten, solle durch die beiden gleichberechtigten Schutzmächte Deutschlands gemeinschaftlich ausgeführt werden. Wenn sich Deutschland in zwei Theile spalte, würde der Schwerpunkt aller deutschen Fragen nothwendig nach Warschau oder Paris fallen. Diese Aeußerungen in der Session von 1850 waren wohl der letzte öffentliche Ausdruck des Bismarck'schen Enthusiasmus für Oesterreich.

Man fühlt es seinen Worten an, wie sehr ihm der Unwille über die Revolution am Herzen nagt, und wie sehr die ihn damals beherrschende Ueberzeugung von der Solidarität der conservativen Interessen ihn im österreichischen Lager festhielt. Schwarz-roth-gold sind für ihn nur die Farben des Aufruhrs und der Barrikaden. Ueberall stellt er zwei Prinzipien gegen einander, die sich einander ausschlössen, und zwischen denen keine Vermittlung möglich. „Das eine zieht seine Rechtsquelle angeblich aus dem Volkswillen, in Wahrheit aber aus dem Faustrecht der Barrikaden; das andere gründet sich auf eine von Gott gesetzte Obrigkeit, und sucht seine Entwicklung in der organischen Anknüpfung an den verfassungsmäßig bestehenden Rechtszustand." Man erinnert sich aus dem Juni 1866 des Gesprächs, welches der Siècle-Correspondent Hr. Vilbort mit Hrn. v. Bismarck hatte, und worin letzterer sich dahin äußerte, daß er in der Bewunderung, ja im Cultus der österreichischen Politik aufgewachsen, und noch vollständig von derselben erfüllt gewesen sei, als er an den Bundestag kam; da aber wäre es ihm wie Schuppen von den Augen gefallen, und er hätte seitdem beharrlich die Idee verfolgt, Deutschland oder doch wenigstens das durch Geist, Religion, Sitten und Interessen mit Preußen geeinte Norddeutschland dem österreichischen Drucke zu entziehen. Die diplomatische Laufbahn des Hrn. v. Bismarck, die den großen Umschwung bei ihm hervorbrachte, begann im Mai 1851, als er zum ersten Legationssekretär bei der preußischen Bundesgesandtschaft, mit dem Range eines Geh. Legationsrathes, und drei Monate später, nach Hrn. v. Rochows Abgange, zum preußischen Bundestagsgesandten ernannt wurde.

Petersburg, 23. Mai. Bei der Vorstellung der Slawen-Deputationen sagte Fürst Gortschakow: „Meine Nachfolger werden die Interessen der Slawen eben so wahren, wie ich; der gastfreundliche Empfang des russischen Volkes macht die Einmischung der Regierung überflüssig.“ Die Deputationen baten den Fürsten um Erwirkung einer Audienz bei dem Kaiser. Er lehnte es aber ab und wies die Herren an den österreichischen Gesandten, welcher die Vermittlung des Gesuches übernahm. Nach einem Telegramm der Wiener „N. Fr. Pr.“ hätte der Führer der Serben beim Banket einen Toast auf die „russische Armee“ ausgebracht, daß dieselbe die Türken aus Serbien vertreiben helfen möge.

Neueres.

Berlin, 27. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bestätigt, daß vertrauliche Besprechungen mit Dänemark eingeleitet sind behufs Verständigung über die Rückgabe der nordschleswig'schen Distrikte. Die Bedingungen wären: die Uebernahme eines Antheils der Staatsschulden der Herzogthümer und Garantie des nationalen Schutzes der abzutretenden deutschen Bevölkerung. Die Behauptungen einiger Zeitungen: Dänemark habe in einer Cirkularnote erklärt, es verzichte angesichts solcher Bedingungen lieber auf die Rückgabe, ist erdichtet. – Im Hause der Abgeordneten ist ein Vermittlungsantrag gestellt, der in der Oberg'schen Angelegenheit über den Aßmann'schen Antrag zur Tagesordnung überzugehen empfiehlt und einen Gesetzentwurf betreffs der allgemeinen Anstellungsfähigkeit der Justizbeamten aus den neuen Landestheilen einbringt. Die Hauptbestimmung des vorgeschlagenen Gesetzes ist die Anstellungsfähigkeit aller, welche in den neuen Landestheilen die richterliche Qualifikation ordnungsmäßig erlangten, bereits im Justizdienst oder bis 1. April 1868 in denselben eintreten.

Wien, 27. Mai. Die Wiener „Abendpost“ vernimmt von kompetenter Seite, daß die ungarische Krönung am 8. Juni stattfinden werde, sofern nicht unvorhergesehene Hindernisse eintreten. Dasselbe Blatt vernimmt, daß die kaiserlichen Konsuln zu Jassy und Bucharest angewiesen sind, gemeinsam mit den Vertretern Frankreichs, welche von ihrer Regierung gleichartige Instruktionen erhalten, sich auf das lebhafteste zu Gunsten der bedrückten jüdischen Bevölkerung von Jassy und Rumänien überhaupt zu verwenden.

Prag, 27. Mai. Den czechischen Blättern wird aus Petersburg über die Audienz der Czechen beim Kaiser berichtet, daß bei derselben auch die Kaiserin und die kaiserlichen Kinder gegenwärtig waren. Das Gespräch wurde in russischer und französischer Sprache geführt. Der Kaiser sagt in seiner Ansprache, daß er auf den Besuch der Czechen besonderen Werth gelegt habe. Palacky erinnerte er daran, daß er als Kronprinz bereits mit ihm in Rom zusammengetroffen sei. Rieger dankte dem Czaren für die Aufnahme. Gegen ein anderes Mitglied der Deputation sagte der Kaiser: Er betrachte die Serben als Stammesbrüder, Gott möge ihnen eine bessere Zukunft schenken! Die Deputation speiste beim Kaiser, welcher derselben beim Abschiede „Auf Wiedersehen“ zurief.

Florenz, 27. Mai. Die „Opinione“ sagt, der Vertrag über die Kirchengüter sei gestern zu Turin zwischen der italienischen Regierung und dem Diskontokomptoir zu Paris und dem Haus Erlanger unterzeichnet worden. Die Gesellschaft wird Obligationen bis zum Betrag von 430 Mill. ausgeben, die in 25 Jahren amortisirbar sind.

Petersburg, 26. Mai. Den Kaiser begleiten auf seiner Reise in das Ausland der Großfürst Wladimir, der Generaladjutant Fürst Dolgorouky, der Minister des Aeussern Fürst Gortschakoff, die Grafen Adlerberg, Schouwalow &c. Den Vicekanzler Gortschakoff begleiten Geheimrath von Hamburger, ein Mitglied des Conseils des Ministeriums des Aeußern.

Bucharest, 27. Mai. Der Fürst empfing gestern eine Judendeputation, welche eine Beschwerde gegen die Regierungsmaßregel in Betreff der Juden in der Moldau vortrug.

Scutari, 26. Mai. Seit 11 Tagen ist in Montenegro kein Cholerafall mehr vorgekommen, weßhalb der Sanitäts-Kordon aufgehoben wurde.

Telegramm
der Neuen Würzburger Zeitung.

* **Wien**, 29. Mai. Die heutige „Presse“ schreibt: Frankreich und Rußland, veranlaßt durch die Niederlage Omer Pascha's auf Candia, haben eine identische Note an die Unterzeichner des Pariser Friedens gerichtet, um dieselben zu einem Collectivschritt bei der Pforte zu Gunsten der Candioten zu bewegen. Der Notenentwurf schlägt allgemeine Abstimmung vor.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. G. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$68\frac{1}{8}$ P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	61[illegible] P.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$54\frac{1}{2}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	$46\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	41 G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$100\frac{1}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93\frac{1}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$93\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$90\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	93[illegible] P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$92\frac{3}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	92[illegible] P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto	$93\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto	88 G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$81\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$85\frac{1}{4}$ G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$78\frac{1}{2}$ P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	$77\frac{3}{4}$—$\frac{5}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$129\frac{1}{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	669 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	169—$68\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	205 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	325 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109[illegible]—109 G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	210 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	110 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	151 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{5}{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	45[illegible] P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	116 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{2}$—$\frac{3}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94[illegible] G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{3}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105[illegible] P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{5}{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	93—$\frac{3}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	93[illegible] P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$112\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$60\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$70\frac{1}{8}$—$69\frac{3}{4}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	118 G.
„ do. v. 1864	$74\frac{1}{2}$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{1}{8}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 35	53 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55\frac{3}{4}$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	142 G.
„ fl. 25 do.	$38\frac{3}{4}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. . . b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 28. Mai. Die Börse war auch heute bei nicht sehr beträchtlichem Geschäft für österreich. Spekulations- und Anlage-Effekten matt gestimmt. 1882er Amerikaner waren auf bessere Goldcourse etwas fester. Unter der im Allgemeinen gedrückten Haltung leiden natürlich auch die neu emittirten $4\frac{1}{2}$ pCt. Württemberger, die unter andern Umständen eine lebhafte Bewegung am Effektenmarkt für süddeutsche Sachen hervorgerufen hätten. Nachdem gestern einige Posten der neuen Anleihe vom Markt genommen waren, wurden heute schon von der ersten Hand Versuche gemacht, den Emissionscours heraufzusetzen, — ob mit Erfolg, werden die nächsten Tage zeigen. Die Zeit des Prestiges für süddeutsche Sachen, die des früher allerdings begründeten Rufes einer exemten Solidität genossen, ist vorüber, seit die süddeutschen Staaten durch den militärischen Verband mit dem norddeutschen Bund von allen großen politischen Fluctuationen direkt berührt werden. Dadurch wird das Publikum für die sogenannten soliden süddeutschen Anlagen immer kleiner und anderseits durch die vielen neuen Anleihen das Material immer größer. Die Ultimo-Liquidation ging bei immer noch gutem Geldstand leicht von Statten. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

An die k. Hof- und Staatsbibliothek München. 1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 149.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 30. Mai 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 28. Mai. Se. Majestät der König hat den Landrichter Fr. X. Graf in Neunim wegen körperlicher Leiden für immer in den nachgesuchten Ruhestand unter dem Ausdrucke der allerhöchsten Zufriedenheit mit seiner langjährigen treuen und eifrigen Dienstleistung treten lassen, auf dessen Stelle den Landrichter J. B. Mayr in Burglengenfeld und auf dessen Stelle den Landrichter Ant. Eder in Eschenbach — beide auf ihr Ansuchen versetzt; auf die hiedurch in Erledigung kommende Landrichterstelle in Eschenbach den Bezirksg.-Assessor Paul Sperger in Freising befördert, auf dessen Stelle den Bezirksg.-Assessor M. B. Frank in Pfarrkirchen, auf dessen Ansuchen, und auf die Assessorsstelle am Bezirksg. Pfarrkirchen den Assessor des Landg. Passau I, Hermann Höglauer, seinem Ansuchen um Versetzung an ein niederbayerisches Bezirksgericht entsprechend, versetzt, an dessen Stelle den Bezirksg.-Accessisten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landg. Deggendorf, P. Schwendler, ernannt; den Appellationsg.-Sekretär Gg. Hahn in Neuburg a/D. in den nachgesuchten Ruhestand treten lassen, auf die hiedurch am Appellationsgerichte von Schwaben und Neuburg sich eröffnende Sekretärsstelle den Bezirksg.-Sekretär C. Horner in Traunstein befördert und an dessen Stelle den Bezirksg.-Accessisten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landgerichte Tegernsee, A. v. Schneeweiß, in provis. Eigenschaft ernannt.

München, 27. Mai. Die „Pfälzer Ztg.“ bringt unter der Ueberschrift „Habt Acht“ einen gegen den Eintritt Bayerns in den norddeutschen Bund gerichteten Artikel, dessen zweite Hälfte die finanziellen Folgen eines solchen Eintritts „ziffermäßig“ beleuchtet. Darnach hätte Bayern das Vergnügen, 27,980,451 fl. an den norddeutschen Bund zu bezahlen, wodurch unsere Steuerlast um weit mehr als die Hälfte erhöht würde, da die Staatsausgaben im Budget mit 46,720,597 fl. jährlich vorgesehen sind. Zum Schluß sagt sie: „Zahlen sprechen. Wer nach dieser Sprache noch jenen Eintritt empfehlen kann, der ist entweder unzurechnungsfähig oder ein Verräther an den Interessen des bayerischen Volkes.“ Diese schwere Anklage hätte den Verfasser jener „ziffermäßigen Berechnung“ doppelt zur Vorsicht bestimmen sollen, nur richtige Behauptungen aufzustellen. Nach einer oberflächlichen Prüfung aber schon wird Jeder finden, daß dem Verfasser das erste Prädikat gebührt und derselbe in's Blaue geschrieben hat, um das bayerische Volk zu erschrecken. Bayern zählt gegenwärtig 4,774,464 Einwohner; als Mitglied des norddeutschen Bundes hätte es in Friedenszeiten ein Prozent unter den Waffen zu halten, also 47,744 Mann, und für jeden Mann 225 Thlr. oder 393 fl. 45 kr., im Ganzen 10,742,400 Thlr. oder 18,799,200 fl. in die Bundeskasse zu zahlen. Die „Pfälz. Z.“ sagt nun: „Gegenwärtig beträgt unser Militärbudget nicht ganz 10½ Mill. Gulden, so daß wir für das Militär 8,346,000 fl. oder beinahe den fünften Theil unseres Gesammtbudgets mehr aufwenden müßten, als jetzt.“ Dies ist aber nicht richtig, denn unser ordentliches Militärbudget beträgt für ein Jahr der 8. Finanzperiode schon 11,415,000 fl., und der „Pf. Z.“ sollte es doch nicht unbekannt sein, wenn sie es nicht absichtlich verschwiegen hat, daß für die Jahre 1861/63 ein außerordentlicher Militärkredit von 10,152,500 fl. bewilligt worden ist, also per Jahr weitere 5,076,250 fl., wodurch sich der Gesammtaufwand für 1861/62 und 1862/63 auf 16,491,250 fl. erhöhte. Auch für die folgenden Jahre 1863/65 wurden bewilligt für je ein Jahr als ordentlicher Mehrbedarf 1,536,528 fl. und als außerordentlicher 1,191,640 fl., sowie für einmalige Bedürfnisse für diese 2 Jahre 2,400,000 fl.; die Gesammtausgabe betrug daher für 1863/64 und 1864/65 je 15,343,168 fl. Für die beiden letzten Jahre 1865/67 wurden aber ebenfalls 5,187,000 fl. außerordentlicher Mehrbedarf und im März 1867 noch weitere 2,721,909 fl. bewilligt, was mit dem ordentlichen Budget per Jahr 15,369,454 fl. ausmacht. Der Aufwand für das Militär war demnach in der 8. Finanzperiode 94,407,745 fl., im Durchschnitt also jährlich 15,734,624 fl., oder 4,319,624 fl. mehr, als das ordentliche Militärbudget festsetzt, wobei wir billigerweise den 31½ Millionen-Kredit vom Jahre 1866 außer Ansatz lassen. Diese Zahl mit dem eventuellen Aufwand Bayerns als Mitglied des norddeutschen Bundes verglichen, ergibt nur ein Mehr von 3,064,576 fl., aber nicht 8,346,000 fl., denn das wird die „Pf. Ztg.“ doch zugeben müssen, daß, wenn fort und fort außerordentliche Militärkredite sich nothwendig zeigten, das ordentliche Militärbudget ein für allemal zu nieder gegriffen ist. Völlig unbegreiflich ist uns jedoch die Bilanz, welche die „Pf. Ztg.“ zieht, um einen Ausfall von 27,980,454 fl. für die bayerische Staatskasse zu beweisen, welche Summe durch Erhöhung der Steuer gedeckt werden müßte. Zu diesem Zwecke berechnet sie den Entgang an Gefällen, die nach Art. 38 der norddeutschen Bundesverfassung in die Bundeskasse fallen, nach den Einnahmen des Jahres 1864 (Telegraphen-Erträgnisse 33,225 fl., Post 736,913 fl., Malzaufschlag 9,424,474 fl., Zölle 6,438,842 fl.) auf 16,633,454 fl., dazu die Mehrausgabe für die Armee mit 8,347,000 fl. und 3,000,000 fl. Matrikularbeiträge, in Summa 27,980,454 fl. Summiren hat der Verfasser des „Habt Acht“ richtig gelernt, wenn er aber die norddeutsche Bundesverfassung gelesen hätte, würde er gewiß Anstand genommen haben, eine solche Schlußfolgerung als Vogelscheuche aufzustellen. Nach der „Pfälz. Ztg.“ hätte Bayern einfach diese Gefälle abzutreten und die Armee trotzdem aus eigenen Mitteln zu erhalten, aber das ist absolut falsch und eine Täuschung; der Art. 70 bestimmt ausdrücklich, daß diese Gefälle zur Bestreitung der gemeinschaftlichen Ausgaben dienen, und wenn diese nicht ausreichen, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen sind. Daß der Unterhalt der Armee somit zu den gemeinschaftlichen

Feuilleton.

Graf Bismarck.

Ein Lebensbild.

II.

Die erste Epoche des öffentlichen Auftretens des Hrn. v. Bismarck, seine parlamentarische Thätigkeit in den Jahren 1847 bis 1851 umfassend, zeigt uns die ganze Gewalt seines Wesens concentrirt in dem unversöhnlichen Kampfe mit der Revolution, in diesen Begriff alle freisinnigen Richtungen und Bestrebungen einschließend, so daß er sogar der Manteuffel'schen Regierung vorwarf, daß sie im Vollbesitze der Kraft und Macht, nach erfolgreicher Bekämpfung der Revolution, selbst dazu schreite, einen Theil des revolutionären Systems anzunehmen. „Ich bin stolz darauf, rief er noch 1851 seinen Gegnern zu, ein preußischer Junker zu sein, und fühle mich durch diese Benennung geehrt.“ Doch setzte er hinzu: „Die Whigs und Tories waren auch Ausdrücke, die ursprünglich etwas Geringschätziges bedeuteten, und seien Sie versichert, wir werden unsererseits den Namen des Junkerthums auch noch zu Ehren und Ansehen bringen.“

Ueber die Frankfurter Periode (1851—1859) wirft die Circulardepesche Bismarcks vom 24. Januar 1863 an die königlichen Gesandtschaften ein klares Licht. Sie gibt ein Resumé der Unterhandlungen mit Oesterreich über die Bundesreform, und wir erfahren aus ihr, daß der preußische Bundesgesandte 1851 mit dem damals auf dem Johannisberge wohnenden Fürsten Metternich eingehende Besprechungen hatte und daraus die Hoffnung schöpfte, Oesterreich auf andere Bahnen zu leiten, die ein gemeinsames Zusammengehen mit Preußen möglich machten. Aber ein tiefer Haß hatte sowohl Oesterreichs wie der mittelstaatlichen Regierungen sich bemächtigt, seitdem das deutsche Parlament zu Frankfurt es gewagt hatte, im Namen der Nation dem Könige von Preußen die deutsche Kaiserkrone anzutragen. Fürst Schwarzenberg, Oesterreichs Staatslenker, ließ in jenen Kreisen die Losung ergehen: Il faut avilir la Prusse, et après la démolir.

Damit war für Herrn v. Bismarck der Weg vorgezeichnet, den er zu gehen hatte, und er verfolgte denselben im Kampfe mit den größten Hindernissen und trotz heimlicher und offener Anfeindung von allen Seiten. Als Documente haben wir aus der Frankfurter Zeit zwei Briefe von 1856 und 1858 zu erwähnen, die erst 1866 im Dezember zur Oeffentlichkeit gelangt sind. Der erste gedenkt der

Ausgaben gerechnet werden muß, ist doch auf den ersten Blick dem blödesten Auge klar, und die mit Wind aufgeblasene Rechnung der „Pfälz. Ztg." stellt sich daher folgendermaßen: ordentliches Militärbudget 11,415,000 fl., außerordentliches im Durchschnitt 4,319,624 fl., dazu eventueller Mehraufwand bei dem Eintritt Bayerns in den norddeutschen Bund 3,064,576 fl., in Summa 18,799,200 fl. Ausgaben. Diese würden gedeckt worden sein durch die obigen Gefälle mit 16,633,464 fl. und demnach durch Matrikularbeiträge noch aufzubringen 2,165,746 fl., ein himmelweiter Unterschied gegenüber der schwindelhaften Ziffer der „Pfälz. Z.". Diese letztere Summe auf die bayerische Bevölkerung vertheilt, würde auf den Kopf nicht einmal einen halben Gulden ausmachen, und es ist eine große Frage, ob Bayern auch ohne den Eintritt in den norddeutschen Bund bei der neuen Organisation billiger wegkommt. (Augsb. Abdz.)

× Die in der Gründung begriffene bayerische Bank- und Versicherungsgesellschaft in München hat eine wesentliche Modifikation ihres ursprünglichen Programms und eine gänzliche Umarbeitung der projektirten Statuten beschlossen.

═ Den bereits in Nr. 146 des „Würzb. Anz." mitgetheilten Unterstützungen, welche aus dem Gewinnantheil der München-Aachener Mobiliar-Feuerversicherungs-Gesellschaft von der kgl. Staatsregierung verschiedenen Gemeinden und Anstalten von Unterfranken bewilligt wurden, lassen wir noch folgende für die übrigen Kreise folgen. In Oberbayern kommen 4000 fl. zur Vertheilung und zwar zur Herstellung von Brunnen oder Wasserleitungen der Gemeinde Grünwald 900 fl., Attaching 400 fl., Teisendorf 300 fl., Partenkirchen 1000 fl., Prien 200 fl.; der Distriktsgemeinde Moosburg für ein Distriktskrankenhaus 800 fl. — und der Gemeinde Mühlhausen zur Erweiterung des Armenhauses 400 fl. — In Niederbayern erhält die Distriktsgemeinde Roding für ein Krankenhaus 500 fl. und das Grafenauer Distriktskrankenhaus zur Herstellung einer Wasserleitung 300 fl. — In der Pfalz werden zur Bohrung von Brunnen und zur Einrichtung von Wasserleitung Unterstützungen im Betrage von 3000 fl. gegeben, nämlich für den Frühner-Hof 350 fl., für den Satzwooger-Hof 350 fl., den Gemeinden Altenbamberg, Falkenstein und Ludwigswinkel je 200 fl., den Gemeinden Zell und Weinweiler je 125 fl., der Gemeinde Wahnwegen 650 fl. und der Gemeinde Häßler 800 fl. — Zu dem gleichen Zwecke erhalten von Gemeinden der Oberpfalz Pressath 900 fl., Neuhaus 250 fl., Neuburg vor dem Walde 400 fl., Kemnath 300 fl., Kamersreuth 400 fl., Winklarn 100 fl. Der Rettungsanstalt zu Donaustauf werden 100 fl. zugewiesen, die Distriktsgemeinde Wörth zu einem Hause für verwahrloste Kinder 250 fl., der Kinderrettungsanstalt zu Kallmünz 250 fl., dem Armenhaus zu Troschelhammer 200 fl. und dem Spitale zu Waldmünchen 350 fl. Die Gemeinde Nordhalben in Oberfranken erhält zum Ankaufe von Saatkartoffeln 1500 fl. und Konradsreuth zu einer Wohnung für Arme 1500 fl. Zur Herstellung von Brunnen erhalten Weiden (bei Lichtenfels), Schachten und Stadelhofen je 200 fl.; Grafenhäusling und Pröbitsch je 150 fl. und Frensdorf 100 fl.

Aus Süddeutschland, 24. Mai, wird der „Weser-Ztg." geschrieben: „Nach wesentlich übereinstimmenden Informationen, welche mir von München und Stuttgart zugehen, scheinen sich Fürst Hohenlohe und Frhr. v. Varnbüler über das ihnen zulässig erscheinende Maß der Verbindung zwischen dem Süden und dem Norddeutschen Bunde geeinigt und die Regierungen von Baden und Darmstadt zum Beitritt zu dieser Abmachung aufgefordert zu haben. Ueber den Inhalt derselben Genaues zu erfahren, ist mir unmöglich gewesen; aber alles, was darüber verlautet, ist von der Art, daß es die letzten Illusionen über die nationalen Tendenzen ihrer Urheber zerstören muß. Wie daher auch die Details beschaffen sein mögen, es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß es den Regierungen von Bayern und Württemberg nicht gelingen wird, nur die Zustimmung der beiden anderen süddeutschen Staaten zu erlangen. Denn Darmstadt hat bereits durch den Abschluß der Militär-Convention mit Preußen und durch die Abtretung des Post- und Telegraphenwesens einen Standpunkt eingenommen, welcher zu der in München und Stuttgart nöthig befundenen Wahrung der Souverainetät nicht paßt, und was Baden betrifft, so hat dessen Regierung ihre genau entgegengesetzten Absichten zu oft und unumwunden ausgesprochen, als daß man noch ein Wort darüber zu verlieren brauchte. So werden also wohl Bayern und Würtemberg, wenn sie anders, was sehr zu beklagen wäre, ihre jetzt eingenommene Position festhalten wollen, dieselbe allein gegen Preußen vertreten müssen. Was nun Preußen angeht, so hat man bisher nicht gehört, daß es in irgend einer süddeutschen Residenz einen Schritt gethan habe, dem die Absicht untergelegt werden könnte, die betreffende Regierung zum Eintritt in den Norddeutschen Bund zu drängen. Es ist gewiß geneigt, die Souverainetät der süddeutschen Staaten im weitesten Umfange zu respektiren. Ob es aber auch die Hand bieten wird, das wirthschaftliche Leben Norddeutschlands nach wie vor von den oft sehr eigenthümlichen national-ökonomischen Ansichten abhängig zu machen, welche in den Bureaux von München und Stuttgart herrschen, das dürfte doch fraglich erscheinen. In München scheint man zwar die beneidenswerthe Meinung zu hegen, daß die bisherige Verfassung des Zollvereins nichts zu wünschen übrig lasse; aber in Berlin und überhaupt in Norddeutschland soll diese Frage etwas anders beurtheilt werden. Es ist daher nicht ganz wahrscheinlich, daß Preußen der Souverainetät von Bayern und Würtemberg zu Liebe darauf verzichten wird, den Zollverein auf eine gesunde Basis zu stellen.

Karlsruhe, 27. Mai. Die „Karlsr. Z." ist sehr ungehalten über gewisse „Sensationsnachrichten", die neuerdings wieder über und aus Baden verbreitet worden. „Heute (schreibt sie) liegen zwei solcher Mittheilungen vor. Die eine spricht von einem Protest der k. französischen Regierung wider eine Occupation der Festung Rastatt durch preußische Truppen; die andere weiß von Verhandlungen, die über die Abtretung des Großherzogthums an Preußen geführt werden." Beide Nachrichten verdienten ihrer Abgeschmacktheit wegen keiner Widerlegung. — Weiter schreibt das genannte Blatt: „Zur Kundgebung badischer Abgeordneter für die Erstrebung des Anschlusses der süddeutschen Staaten, insbesondere Badens, an den norddeutschen Bund sind noch weitere Beitrittserklärungen eingelangt und zwar: aus der Ersten Kammer von dem Fürsten Ernst von Leiningen, Erwin von der Leyen, Wilhelm von Löwenstein-Freudenberg, und vom Frhrn. August von Göler; aus der Zweiten Kammer von den Abgeordneten Roder und Grimm. Der Erklärung des Fürsten Erwin von der Leyen war die Bemerkung beigefügt, daß er den Inhalt der Motive der Kundgebung nicht unbedingt anerkennen könne, hingegen dem Schlußergebnisse der Veröffentlichung ohne Vorbehalt beitrete.

Darmstadt, 28. Mai. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer beantragten Metz und Genossen, die Staatsregierung unter Hinweis auf ihre schwere Verantwortlichkeit über die bisherige Behandlung der Eisenbahnangelegenheit aufzufordern, vor der Schlußbe-

---

holsteinischen Angelegenheit und geißelt dabei Oesterreichs heimliche Freundschaft für die Dänen, obwohl es in seiner Presse den Mund voll deutscher Phrasen hätte und Preußen die Schuld aufbürde, daß nichts geschehe. Der zweite Brief ist durch die inzwischen beim Schreiber eingetretene Aenderung in Verfassungsfragen bemerkenswerth. Da ist keine Befürchtung mehr vor parlamentarischen Ausschreitungen, wie in den letzten Revolutionsstürmen; im Gegentheil sollen Kammern und Presse ihm zur Durchführung seiner Idee mithelfen; fortan soll der preußische Landtag eine Macht in Deutschland werden. Als der italienische Befreiungskrieg gegen Oesterreich dem Ausbruche entgegenreifte, nahm Bismarck entschieden für Italien und gegen Oesterreich Partei. Er würde es am liebsten gesehen haben, wenn Preußen sofort mit aller Energie die Lage der Dinge benutzt hätte, um seinerseits auch Deutschland von dem Einflusse Oesterreichs zu befreien und den preußischen Thron auf das engste mit dem „reinen Deutschland" zu verbinden.

Da er seine Meinung rückhaltslos kund gab, so wurde dadurch seine Stellung in Frankfurt, sowie diejenige des Berliner Cabinets, Oesterreich gegenüber, compromittirt. Das Ministerium rief ihn daher von seinem Posten ab und übertrug ihm die Gesandtschaft in Petersburg. Am 1. April 1859 erfolgte seine Accreditirung daselbst und bis zum Frühling 1862 bekleidete er den preußischen Gesandtschaftsposten. Der Mann, der die deutsche Sache mit Wärme im Herzen trug, dem man freudig und mit rascher, thatkräftiger Entschlossenheit hätte entgegenkommen sollen, wurde — und mit ihm zugleich die Situation — vollständig verkannt und ein schwerer Schlag vernichtete seine Hoffnungen. In Petersburg kräftigte er die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem russischen und preußischen Cabinete, wodurch das Verhalten des letzteren während des im Jahre 1863 ausbrechenden polnischen Aufstandes, das des ersteren in dem dänischen Kriege von 1864 und dann weiterhin in der schleswig-holsteinischen Frage und deren Folgen vorbereitet wurde. So behielt Herr v. Bismarck die deutsche Angelegenheit im Auge.

Im Frühjahre 1862 wurde Herr v. Bismarck von Petersburg abberufen und mit dem Botschafterposten in Paris betraut. Nur ein halbes Jahr vereinigte ihn mit dem Kaiser Napoleon in unmittelbarem Verkehre. An demselben Tage, an welchem das preußische Abgeordnetenhaus den Beschluß faßte, die gesammten Ausgaben der Reorganisation pro 1862 auch im Extraordinarium abzulehnen, und dadurch den Conflict ausbrechen ließ, am 23. September 1862, wurde Herr v. Bismarck an Stelle des austretenden Ministers v. d. Heydt zum interimistischen Vorsitzenden des Staatsministeriums ernannt. Die Biographie Bismarcks fällt von diesem Tage an mit der inneren und äußeren Geschichte Preußens zusammen. Wir haben gesehen, daß seit

raihung des Budgets die erforderlichen Geldanforderungen an die Stände zu bringen. Die mit acht Commissären besetzte Regierungsbank verharrte aber in Schweigen. Die Kammer erkannte den Antrag für dringlich und setzte die Berathung über diese Angelegenheit auf nächsten Freitag fest.

Berlin, 26. Mai. Das Abgeordnetenhaus wird am 29. d. Mts. seine drei Wochen hindurch ausgesetzte Thätigkeit mit sehr lebhaften Debatten wieder beginnen. Auf der Tagesordnung für diese Sitzung steht der vom Abgeordneten Aßmann und zahlreichen Genossen eingebrachte Antrag, die Anstellung des vormals hannover'schen Obergerichts-Vicedirektors Oberg als Vicepräsidenten des Appellationsgerichts zu Ratibor für eine Verletzung des Gesetzes und der Verfassung zu erklären. Die Verfassungsverletzung wird aus Artikel 90 der Verfassungsurkunde begründet, welcher lautet: „Zu einem Richteramte darf nur der berufen werden, welcher sich zu demselben nach Vorschrift der Gesetze befähigt hat." Die Gesetzesverletzung wird in der Vorschrift der „Allgemeinen Gerichtsordnung" gefunden, daß zur Uebernahme eines Richteramtes das dritte Examen mit allen seinen Vorstudien erforderlich sein soll. Bekanntlich war in der letzten Landtagssession vom Justizminister ein Gesetzentwurf eingebracht, welcher die Versetzung von Richtern aus den neu erworbenen nach den alten Landestheilen speciell regeln sollte. — Diese Vorlage wurde vom Abgeordnetenhause verworfen. Die seitdem erfolgte Versetzung des Hrn. Oberg aus Hannover nach Ratibor wird von der Opposition noch insbesondere als eine Mißachtung dieses ablehnenden Votums betrachtet. Das gesammte Staatsministerium wird, so hört man, für den Grafen zur Lippe einstehen und solidarisch in den parlamentarischen Kampf eintreten. Die Gerüchte von dem angeblich nahe bevorstehenden Rücktritt des Justizministers sind grundlos. Auch das Gerücht, es sei die Absicht der Regierung, Hrn. Oberg wieder nach Hannover zu versetzen, entbehrt der Begründung. In Regierungskreisen hebt man hervor, es liege in dieser Sache nicht eine Verfassungs- und Gesetzesverletzung vor, sondern es sei lediglich ein Streit über die verschiedene Auslegung geltender gesetzlicher Bestimmungen. Durch die Ablehnung der erwähnten Versetzungsvorlage sei der Stand der bisherigen Gesetzgebung nicht geändert worden. Versetzungen von Richtern aus den hohenzollernschen Landen nach den alten Provinzen hätten schon mehrfach stattgefunden, ohne daß dagegen der Einwand der Verfassungs- und Gesetzwidrigkeit erhoben worden wäre. Durch die Einverleibung der neuen Landestheile seien deren Richter eben preußische Richter geworden, und wie sie in ihren Stellen blieben ohne drittes Examen, so könnten sie auch ohne dies Examen in anderen Provinzen Stellen erhalten. Zudem vertrage sich das vom Abgeordnetenhause verfochtene Ausschließungssystem nicht mit dem Interesse der innigen Vereinigung aller Landestheile. Dagegen macht die Opposition geltend, daß der Justizminister selbst früher dieser Ansicht nicht gewesen zu sein scheine, weil er in der letzten Session einen Gesetzentwurf einbrachte, durch den diese Versetzbarkeit ermöglicht werden sollte. Weiter wird in Regierungskreisen noch bemerkt, die Opposition suche mit diesem Systeme eine Art von bureaukratischem Schutzzöllnerthum in's Werk zu setzen (bekanntlich zählt das Abgeordnetenhaus unter seinen Mitgliedern viele richterliche Beamte), das Widerstreben gegen das Eindringen neuländischer Richter trage einen Schein von zunftmäßiger Concurrenzfurcht an sich.

Wien, 27. Mai. Die „Wiener Ztg." veröffentlicht eine amtliche Nachweisung über die im ersten Quartal 1867 eingeflossenen Staatseinnahmen und Staatsausgaben. Das reine Defizit beträgt nach diesem Bericht für die drei Monate $12^{3}/_{10}$ Mill. und würde sich also nach demselben Maßstabe auf etwa 50 Mill. für das ganze Jahr berechnen. Nun ist aber zu bemerken, daß in dem ersten Quartal an Zinsen für die Staatsschuld $22^{3}/_{10}$ Mill. ausgegeben wurden, während dieser Aufwand für das ganze Jahr $120^{8}/_{10}$ Mill. beträgt, also für ein Quartal eigentlich $30^{7}/_{10}$ Mill. ausmachen sollte. Um diese Differenz von $8^{4}/_{10}$ Millionen, die in den großen Couponsterminen, im Mai, Juli und November eingebracht werden muß, erhöht sich sohin das Defizit, so daß es für dieses Quartal eigentlich $20^{7}/_{10}$ Mill. beträgt und mit Hinzurechnung der für die Schuldentilgung in diesem Quartal geringeren Quote eigentlich noch um etwa $1^{5}/_{10}$ Millionen mehr. Das Gesammtdefizit für 1867 mag sich also, zumal in Ansehung der ungarischen Verhältnisse, wohl auf 70 Mill. stellen. Besonders unerfreulich ist die Wahrnehmung, daß der Salzverbrauch im ersten Quartal um 4 Mill. hinter dem Voranschlag zurückblieb. Die direkten Steuern sind um fast 5 Mill. zurückgeblieben, namentlich lieferte die Grundsteuer einen Minderertrag von $3^{6}/_{10}$ Mill., und Das in einem starken Getreideexportjahr. Die Biersteuer hat um 426,000 fl. abgenommen, dagegen haben Branntwein, Tabak und Lotto die veranschlagten Erträgnisse geliefert.

Paris, 25. Mai. Der „Constitutionnel" findet es angemessen, nochmals die besondere Bedeutung des Besuches, welchen der Sultan der Ausstellung abstatten wird, hervorzuheben. „Es ist, sagt er, in der That das erste Mal, daß man in einer Hauptstadt des Occidents einen Herrscher des orientalischen Reiches sehen wird, wo die alte asiatische Etiquette an die Person des Sultans so strenge Anforderungen stellt. Es ist noch nicht lange her, daß der Sultan sich kaum herbeiließ, sich seinen eigenen Unterthanen zu zeigen. Die Anwesenheit dieses Souveräns in Paris deutet die unermeßlichen Fortschritte an, welche die Civilisation und die Sitten Europas unter der Regierung von Abdul-Aziz in der Türkei gemacht haben." — Der König der Belgier frühstückt, wie der „Const." anzeigt, nächsten Sonntag bei Hrn. v. Rothschild auf dessen Schloß Ferrière. — Der „Moniteur" und die übrigen Blätter sind voll der Herrlichkeit, welche Baron Haußmann als Vertreter der Stadt Paris bei dem zu Ehren des belgischen Königspaares veranstalteten Diner und Concert entfaltet hat. Das prachtvolle Tafel-Service, welches den Glanzpunkt der Christofle'schen Ausstellung auf dem Marsfelde bildet und der Stadt Paris gehört, war für dieses Fest eigens herbeigeschafft worden und vierundzwanzig Stunden, ehe sich die hohe Gesellschaft an den Tafeln niederließ, war schon der Speisezettel durch einzelne wohlunterrichtete Journale „urbi et orbi" verkündigt worden. Der König von Belgien saß zwischen der Baronin Haußmann und der Fürstin Metternich, die Königin zwischen den Gemahlen der beiden Damen. Bei dieser Gelegenheit erfährt man auch, daß die Frauen der HH. Munizipalräthe, „les dames du corps municipal", wie sie der „Moniteur" nennt, bei festlichen Gelegenheiten eine eigene Corporation bilden und als Abzeichen ihrer Würde „das Kleinod (le bijou) mit dem Stadtwappen auf der linken Schulter tragen. Die Toaste, welche von dem Präfekten und dem König ausgebracht wurden, hielten sich in dem engsten Rahmen der bei solchen Gelegenheiten landesüblichen Courtoisie. — Wie die „Gazette de France" bemerkt, waren zu dem Diner des Hrn. Präfekten 310 Einladungen ergangen, aber nur 262 der eingeladenen Gäste

---

der parlamentarischen Thätigkeit des Staatsmannes eine große Umwandlung mit ihm vorgegangen war. Kammern und Presse sollten ihm zur Durchführung seiner Idee mithelfen; um stark zu sein, bedurfte Preußen aber auch materieller Kraft, und deßhalb der Armeereorganisation; dadurch wurde er wieder von den Liberalen abgestoßen. So sehen wir ihn schon gegen Ende des Jahres 1861 vereinzelt dastehen; weder mit den Liberalen noch mit den Conservativen kann er auf ein festes Zusammengehen rechnen. Die politischen Strömungen hatten sich in Preußen so sehr gekreuzt, daß es einer gründlichen Regulirung bedurfte. Es war notorisch seine Absicht, sich auf die zweite Kammer, auf die liberale Majorität derselben zu stützen. Daher ließ er sich, vor allem Anderen, auf vertrauliche Unterhandlungen mit Vertretern dieser Partei ein. Allein die Altliberalen setzten ihm, wie er sich ausdrückte, den Stuhl vor die Thür. Dann wandte er sich an Organe der Fortschrittspartei; er wies jede Voraussetzung einer Solidarität mit den Grundsätzen der „Kreuzzeitung" ab und bot die Hand darauf, daß er niemals Männer wie Kleist-Retzow in das Ministerium ziehen werde; andererseits verlangte er die Anerkennung der Armeereorganisation; er betonte die Schwierigkeiten seiner persönlichen Stellung und vertröstete in mancher Beziehung auf eine unbestimmte Zukunft; er eröffnete endlich eine Fernsicht auf Thaten der auswärtigen Politik. Aber er fand kein Gehör.

Nicht blos in vertraulichen Unterhandlungen mit den Liberalen bewies Bismarck sein Entgegenkommen; auch sein erstes Auftreten vor dem Abgeordnetenhause am 29. September 1862 war begleitet von einem Versuche zur Abdämmung des ausgebrochenen Conflictes. Damals verkündete er die Zurückziehung des Staatshaushaltes von 1863, „weil die Regierung in dem gegenwärtigen Falle für ihre Pflicht halte, die Hindernisse der Verständigung nicht höher anschwellen zu lassen, als sie ohnehin seien." Weiterhin versuchte er, in der Budgetcommission sich mit deren Mitgliedern zu verständigen. Allerdings mußte er hier, durch seine zum ersten Male geäußerte Eisen- und Blut-Theorie, durch welche die großen Fragen der Zeit allein entschieden werden könnten, bei den moralischen Eroberern stark anstoßen. Ein anderes Mal zog er in einer Commissionssitzung einen kleinen Zweig aus seiner Cigarrentasche, zeigte ihn dem neben ihm sitzenden Abgeordneten und sagte: „Diesen Olivenzweig habe ich in Avignon gepflückt, um ihn der Volkspartei als Friedenszeichen anzubieten; ich sehe jedoch, daß es noch nicht Zeit dazu ist." Damit steckte er seinen Zweig wieder ein. Ist diese Zeit wirklich noch nicht gekommen?

erschienen. — Für den großen Ball, der nächsten Dienstag in dem österreichischen Gesandtschaftshotel stattfindet, werden die gewaltigsten Vorbereitungen getroffen. Alphand, der berühmte Gartenarchitekt der Stadt Paris, der auch den Ausstellungspark geschaffen hat, verwandelt den Garten in einen Ballsal, zu dessen innerer Bekleidung die Fürstin die Seidenstoffe aus Lyon kommen läßt. Eine vollständige Sammlung von Wasserfällen, Blumengebirgen, Lichtströmen u. s. w. soll bei dieser Gelegenheit sich produziren. Der Wiener Strauß kommt mit seinem Orchester, und außer ihm noch eine ungarische Militär-Musikbande.

Turin, 25. Mai. Die Königin von Portugal ist diese Nacht angekommen. Sie wurde von den Prinzen Humbert und Amadeus und von dem Prinzen Eugen von Carignan, sowie von den Behörden empfangen. Eine ungeheure Menschenmenge begrüßte sie mit lebhaften Zurufen.

Petersburg, 24. Mai. Aufsehen erregt die Rede, welche der Unterrichtsminister Tolstoy bei dem gestrigen Slavenbanket gehalten hat. Sie lautet: „Sie sind keine von Ihren Mitbürgern dem Herkommen gemäß erwählte Deputirte; Sie haben keine förmlichen Vollmachten. Auch wir sind hier keine offiziellen Personen, sondern Russen, nordische und östliche Slaven, die Sie, die westlichen und südlichen, begrüßen. In unserer Versammlung, in den Ausdrücken unserer Sympathie, ist nichts Combinirtes, sind keine politischen Berechnungen. Wird dadurch die Bedeutung unserer Sympathie verringert? Im Gegentheil, sie wird vergrößert! Sie ist nicht auf schwankende äußere Verhältnisse, sondern auf einen inneren Bund zwischen uns gegründet, der in uns selbst, in unserer tausendjährigen Geschichte, in unserer Sprache, in der gemeinschaftlichen Idee der Slaven, in unserem Herzen, unserem Blute, in unseren slavischen Adern lebt. Hört, wie ein Slavenherz schlägt, schlägt so ein fremdländisches? Welche Skeptik wird an der Dauerhaftigkeit dieses Bundes, an der großen Zukunft, welche die Vorsehung dem Stamme der Slaven zugedacht, zweifeln?“ Hierauf erhob sich Professor Lamansky zu einem Toaste auf die Ausbreitung der russischen Macht zum Wohle der slavischen Föderation! Dichter Markovic meinte, der Untergang des Serben- und des Czechenreiches sei heute noch nicht gesühnt! Rieger sagte, die Slaven würden die Kultur in Europa gegen Asiens Horden retten; sie sind im Geiste einig, obschon eine materielle Einigung noch nicht erzielt sei.

Neueres.

Berlin, 28. Mai. General Bonin ist zur Dienstleistung beim Czaren kommandirt und demselben bereits entgegengereist. Feldmarschall Graf Berg begleitet den Kaiser bis zur russischen Grenzstation. — Die „Zeidler'sche Correspondenz“ schreibt: Girardin soll die Kriegspolemik gegen Preußen für einige tausend Francs Taglohn aus Hietzing betrieben haben. — In Abgeordnetenkreisen verlautet: Für die morgige Debatte des Abgeordnetenhauses sei die Majorität dem Hautscheck'schen Vermittlungsantrage keineswegs gesichert. — Der König wird am 4. Juni, in Begleitung der Generale v. Moltke, v. Treskow und v. d. Goltz, sich nach Paris begeben und am 14. Juni wieder zurückkehren, indem der russische Kaiser am 15. hier eintrifft. — Der großherzoglich hessische Gesandte dahier, Geh. Legationsrath Hoffmann, hat den rothen Adlerorden erster Klasse vom König erhalten.

Florenz, 28. Mai. Die Kammer wird ihre Sitzungen ohne Unterbrechung fortsetzen. — Die „Gazzetta di Torino“ meldet den erfolgten definitiven Abschluß des Vertrages, betreffend die Liquidation der Kirchengüter.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Literarisches.

Die neuesten Hefte (7. u. 8.) von „**Zu Hause**, Geschichten und Bilder zur Unterhaltung (Stuttgart, Eduard Hallberger), präsentiren sich wieder in ansprechendem Umschlag und gewähltem Inhalt. Sie enthalten die Fortsetzung und den Schluß der größeren, frisches Leben und Naturwahrheit athmenden Erzählung „Des Vaters Ehre“ von Ed. Hahn, ferner die Fortsetzung des in hohem Grade spannenden Romans „Schwarze Schatten“ von Rob. Stone, sodann wieder eine Menge Artikel aus dem buntbewegten Volksleben, wie: Skizzen aus dem Londoner Leben von Th. Küster, Skizzen aus dem Aztekenreiche, „Ostern und Osterbräuche“ von Frhrn. v. Reinsberg, „Die Maisängerinnen im Elsaß“, „Eine Bauernhochzeit in Neubronn ob der Lein“ von Dr. Schwarzkopf, ein Geschichtsbild von Karl Teschner: „Die Schlacht bei Zürich“, eine anziehende Beschreibung des Schlosses Possenhofen von Herm. Schmid, eine prächtige Schilderung des noch so wenig gekannten Donauthals, eine solche von Trapezunt und den Fällen des Niagara von Karl v. Glümer u. s. w. Am Ende eines jeden Heftes ergötzen wir uns an Schachaufgaben, Bilderräthseln und vor Allem an den vortrefflichen humoristischen Bildern je auf der dritten Seite des Umschlags. Außerdem bringen die beiden vorliegenden Hefte wieder eine Menge sehr hübscher Illustrationen, wie Suwarow's Uebergang über die Alpen von Falk, Eine Bauernhochzeit in Neubronn von L. Braun, An den Gräbern von Sadowa von Grögler, Das Kindersegnen am Ostertage in den Vogesen von Valentin. Auf den ersten Blick sieht man, daß die Zeitschrift „Zu Hause“ in Bezug auf Redaktion und künstlerische Ausstattung unter tüchtiger Leitung steht und von anerkannt guten Kräften bedient wird.

(In Würzburg zu beziehen durch die Stahel'sche Buch- u. Kunsthandlung.)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	68 1/8 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62—1/4 G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	54 5/8 P
„	5pCt. Metall. Obligat.	45 G.
„	4 1/2pCt.	41 1/2 P. 41 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 G.
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 1/8 G.
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	93 1/8—94 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	93—3/8 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Baden	4 1/2pCt. Obl.	93—1/8 G.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	88 1/4 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	92 1/2 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	93 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	88 3/4 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	81 1/2 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 1/4 P.
N.Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	—
„	6pCt. ditto r. 1882	77 1/2—5/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	129 1/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	673 P. 671 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	170—70 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	205 P. 204 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	325 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	110 P.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	211—12 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	110 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	150 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/2 P. 107 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	48 5/8 P. 1/2 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	45 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	116 1/8 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/8 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 1/2 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 1/4 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/8 P.
London Lst. 10 k. S.	119 5/8 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	93 3/8 G.
do. in öst. W. l. S.	93 1/4 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	114 P. 113 1/2 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	61 3/4 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	69 1/4 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	119 P. 118 1/2 G.
„ do. v. 1864	74 1/2 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 1/4 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 G.
Badische fl. 35	53 3/4 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55 1/2 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143 1/2 P.
„ fl. 25 do.	38 7/8 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	68 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs. Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 29. Mai. Auch heute zeigte die Börse keine wesentliche Veränderung in Haltung und Stimmung gegen die letzten Tage. Das Geschäft in Spekulationspapieren war ziemlich still, die Tendenz jedoch fest. In süddeutschen Effekten war heute regerer Verkehr und fand Umsatz darin zu etwas höheren Coursen statt. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland, für Wahrheit und Recht!

№ 150. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 31. Mai 1867.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung“**, kann für den Monat **Juni** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Ueberspannte Erwartungen.

XX An die bevorstehende Reform der sozialen Gesetze knüpfen sich nicht allein abergläubische Befürchtungen, sondern zuweilen auch abergläubische Hoffnungen, die zur rechten Zeit gedämpft werden müssen. Mag diese Reform so gründlich ausfallen, wie es irgend zu wünschen ist, so wird sie doch nicht die zauberhafte Wirkung haben, alle Schäden der bürgerlichen Gesellschaft zu heilen, die zumal auf der arbeitenden Klasse lasten. Sie gleicht einer ärztlichen Operation, die den Körper von künstlich eingeimpften Uebeln befreit, ohne dadurch die Ausbildung seiner natürlichen angeborenen Krankheitsanlagen zu hindern. Zur Ueberwindung der letzteren ist ein anderes Heilverfahren nöthig, und vollständig gelingt sie niemals. Unter jenen künstlich eingeimpften Uebeln sind diejenigen zu verstehen, welche die gegenwärtige Gesetzgebung dadurch fortwährend von Neuem erzeugt, daß sie der freien Entfaltung der wirthschaftlichen Kräfte, des Familien- und des Gemeindelebens Zwang anthut. Dieser Zwang soll beseitigt und die Freiheit des Gewerbebetriebes, die Freiheit der Eheschließung, die Selbständigkeit der Gemeinde, innerhalb bestimmter Grenzen, hergestellt werden. Mit vollem Rechte versprechen sich die Freunde der Reform von solchen Neuerungen die wohlthätigsten Folgen, aber ein Zustand allgemeiner Glückseligkeit wird auch dann nicht eintreten; im Gegentheil: der falsche Gebrauch der neuerworbenen Freiheiten, an dem es nicht fehlen kann, wird neue Uebel erzeugen und an die Selbstthätigkeit der Einzelnen werden größere Anforderungen als zuvor gestellt werden.

Die Freiheit der Verehelichung ist vom größten Werth für die Individuen sowohl als für die Gesammtheit. Sie bringt ein menschliches Recht zur Geltung, das bisher in tausend Fällen dem Gutdünken der Gemeinden und Staatsbehörden preisgegeben war, mindert die Zahl der unehelichen Geburten, erweitert dagegen den sittlich und wirthschaftlich heilsamen Einfluß des Familienlebens; verbessert somit im Ganzen den Zustand der arbeitenden Klasse und erleichtert durchschnittlich, auch wenn sie eine raschere Zunahme der Bevölkerung nach sich zieht, die Lasten der Armenpflege. Aber eine Menge außerehelicher Geschlechtsverbindungen wird gleichwohl übrig bleiben und andererseits werden leichtfertige Eheschließungen, die mit dem Ruin der Familie endigen, keine Seltenheit sein.

Durch die Freiheit des Gewerbsbetriebes und die mit ihr verbundene Freizügigkeit werden Kapital und Arbeit von einem schwer auf ihnen lastenden Druck erlöst; die ungehemmte Mitbewerbung kommt den Konsumenten und folglich, da Jedermann Konsument ist, dem Ganzen zu statten; ruhende Kräfte werden in Thätigkeit gesetzt, die Betriebsamkeit steigert sich, mit ihr der Wohlstand. Aber diese Freiheit ist doch kein Universalmittel, das Wunder wirken könnte, wenn durch ungünstige Zeitereignisse oder durch den Mangel an Bildung und Geschick, an zweckmäßigen Verkehrseinrichtungen, an einer guten Rechtspflege, das Aufblühen der Industrie und des Handels gehemmt wird. Die Gewerbefreiheit reizt auch zu unbesonnenen Unternehmungen und ist den Trägen und Unbeholfenen verderblich.

Durch die Selbständigkeit der Gemeinden in den Dingen, die wirklich Gemeindesache sind, wird der Staatsallmacht eine Schranke gesetzt, die natürliche Mannigfaltigkeit der örtlichen Verhältnisse vor Nivellirung bewahrt, im Bürger und Bauer der Gemeinsinn, das Verständniß öffentlicher Rechte und Pflichten genährt. Aber diese unschätzbaren Vortheile einer freien Gemeindeverfassung entwickeln sich doch nur allmälig und müssen mit manchem Opfer erkauft werden; Unfähigkeit und Selbstsucht üben ihren schädlichen Einfluß und ohne Zweifel würde in vielen Fällen die vormundschaftliche Thätigkeit der Staatsbureaukratie zu einer regelrechten und rascheren, oft auch zu einer zweckmäßigeren Erledigung der Geschäfte führen.

Man hüte sich also vor überspannten Erwartungen. Die Reform der sozialen Gesetze bringt uns einen großen Schritt vorwärts; doch läßt sie noch Vieles zu thun übrig. Sie macht uns das Leben nicht bequem, sondern fordert vielmehr vom Einzelnen und vom Staate gesteigerte Anstrengungen. Gerade diese Eigenschaft erhöht ihren Werth. Vor Allem drängt sie auf die Verbesserung des Schulwesens hin; ja so lang diese nicht erfolgt ist, kann man überhaupt nicht sagen, daß die „soziale Gesetzgebung“ in Bayern reformirt sei.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 29. Mai. Se. Majestät der König hat dem kaiserl. österr. Generalconsul G. Ghezzi in Algier das Ritterkreuz 1. Klasse des Verdienstordens vom h. Michael verliehen; angeordnet, daß dem vormaligen bürgerlichen Bürgermeister J. G. Stöckel zu Münchberg für sein langjähriges und ersprießliches Wirken im Gemeindedienste die allerhöchste Anerkennung ausgesprochen und diese im Regierungsblatte veröffentlicht werde; den Landgerichtsdiener J. Dankerl zu Abensberg wegen nachgewiesener Dienstesunfähigkeit, seinem Ansuchen gemäß des Dienstes für immer enthoben und an dessen Stelle den pens. Feldwebel und dermaligen Gerichtsdienersgehilfen J. Gerlinger zu Passau auf Ruf und Widerruf aufgestellt, dann die am Stadtgericht Bayreuth erledigte Botenstelle dem pens. Gendarmerie-Brigadier M. Schmitt, zur Zeit Botengehilfen am Bezirksgerichte Bamberg, auf Ruf und Widerruf verliehen; die kath. Pfarrei Utting, Bezirksamts Landsberg, dem Priester Dr. J. Zinsler, Pfarrer in Gablingen, Bezirksamts Augsburg, übertragen; den Kauf-

---

Feuilleton.

Ueber die Ursachen der niedrigen Getreidepreise in den letzten Jahren

enthält das eben erschienene Maiheft der Zeitschrift des landwirthschaftlichen Vereins in Bayern eine bemerkenswerthe Abhandlung. Es werden drei Gründe hiefür angeführt. Erstens die Reihe günstiger Ernten, welche sich in Westeuropa auf einander folgten, sodann die Vermehrung der für den Getreidebau bestimmten Fläche namentlich in Frankreich und Bayern in Verbindung mit einer vervollkommneten Bewirthschaftungsmethode, und erst in dritter Linie wird die vermehrte Zufuhr aus Rußland, den Donaufürstenthümern und Ungarn genannt. Da in dem letzten Umstande von vielen Seiten der hauptsächlichste Grund des Uebels für den Getreidebauer erblickt wird, so ist ein Ueberblick über den Stand des internationalen Getreideverkehrs nicht ohne Interesse und lassen sich aus demselben wichtige Folgerungen für die Zukunft ableiten. Die Mehrung der Zufuhr aus den östlichen Getreidebaustaaten steigerte allerdings den Mangel an Absatzgelegenheit auch bei uns, aber die Mehrung war keine bedeutende. Denn in Rußland hat sich die Produktion und mit ihr die Ausfuhr seit Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahr 1861 gemindert. Erst in den letzten Jahren erholt sich dort die Landwirthschaft wieder und die jetzige Ausfuhr überragt allerdings die des vorigen Jahrzehnts um Vieles. Auch in den Donauländern war Unthätigkeit der bäuerlichen Bevölkerung und Minderung der Produktion und der Ausfuhr die unmittelbare Folge der Auflösung des Frohnverhältnisses und der Befreiung des Bodens im Jahre 1864, so daß von beiden Ländern zusammengenommen das westliche Europa eine unbedeutende Mehrung der Zufuhr erfahren hat. Die Ausfuhr Ungarns dagegen hat seit zehn Jahren beträchtlich zugenommen. Aber der Einfluß der ungarischen Produktion auf die deutschen Getreidepreise ist kein entscheidender. Die ungarische Ausfuhr soll sich in der bescheidenen Grenze von 4—10 Millionen Metzen österr. bewegen, wovon der größte Theil in den cisleithanischen Ländern des Kaiserreichs consumirt wird. Aus einer auf die letzten **11 Jahre** sich erstreckenden Vergleichung des

mann R. Bitzel in Erlangen als Mitglied der kath. Kirchenverwaltung daselbst bestätigt.

** **München**, 28. Mai. In seiner heutigen Sitzung griff der Gesetzgebungs-Ausschuß nochmals in den Art. 1000 zurück und setzte daselbst die Bestimmung ein, daß zur Personalhaft sofort nach der Zahlungsaufforderung geschritten werden könne. Sodann wurde in die Berathung der weiteren Artikel über die Personalhaft eingetreten und unter Zugrundelegung der neuen Vorschläge des kgl. Ministerial-Commissärs die Art. 1001 und 1002, welche das Gehör des Schuldners regeln, im Wesentlichen nach den neuen Vorschlägen, der Art. 1004, der den Vorschuß für den Unterhalt bestimmt, nach dem Entwurfe, die Art. 1005—1007, welche die Verhaftung selbst normiren, in der Weise, daß Art. 1005 gestrichen, der Art. 1006 im Wesentlichen nach dem neuen Vorschlage, Art. 1007 nach Entwurf mit der Modifikation des Referates angenommen. Art. 1008 wurde als überflüssig gestrichen. Die Art. 1009—1011 handeln von der Anschließung anderer Gläubiger. Hiefür hatte der königl. Ministerial-Commissär 6 neue Artikel als Art. 1009—1011c vorgeschlagen, worin namentlich dem im Referate niedergelegten Bedenken gegen die Anschließung, wenn sich der Schuldner bloß in Untersuchungs- oder Strafhaft befinde, Rechnung getragen ist. Der Ausschuß trat diesen Vorschlägen im Wesentlichen bei und erledigte noch die Art. 1012 und 1013, welche von der Beendigung der Haft handeln, indem Art. 1012 im Wesentlichen nach dem Entwurfe und Art. 1013 in der neuen Fassung des kgl. Ministerial-Commissärs angenommen wurde, womit die Sitzung schloß.

** **München**, 30. Mai. Hr. Abg. Professor Edel beantragt als Referent nicht nur sehr zahlreiche, sondern zum Theil sehr wesentliche Modifikationen des Entwurfs des Gemeindegesetzes. Das sehr umfassende Referat wird bis Mitte nächster Woche gedruckt sein und ich werde Ihnen dann das Wesentlichste aus demselben mittheilen. Hr. Abg. v. Münch hat nun sein Referat über das Gewerbegesetz ebenfalls vollendet und gelangt dasselbe sofort zum Drucke. — Wie ich höre, werden die Bestimmungen über die diesjährigen Herbstwaffenübungen nächster Tage erlassen werden. Es sollen namentlich mehrere Brigaden auf dem Lechfelde zusammengezogen werden und deßhalb die Beurlaubten der Regimenter auf den 2. Septbr. einberufen und einige Tage später der Ausmarsch in das Lager erfolgen.

Ludwigshafen, 29. Mai. Diejenigen Blätter, welche die Aufhetzung gegen Preußen systematisch betreiben, haben natürlich auch die an die süddeutschen Höfe gesendeten preußischen Militärbevollmächtigten als Proconsuln geschildert, welche sich die insolentesten Eingriffe in die Militärhoheit der betreffenden Staaten erlaubten. In der Wirklichkeit verhält sich die Sache jedoch ganz anders, und vielleicht so, daß man wünschen möchte, die in Rede stehenden Bevollmächtigten hätten der Saumseligkeit der süddeutschen Regierungen gegenüber ein wenig mehr Autorität, als sie in der That haben. Der „Schwäb. Merkur" bezeichnet nämlich aus anscheinend officiöser Quelle ihre Stellung folgendermaßen: „Bei Beurtheilung der Aufgabe der Militärbevollmächtigten darf der Artikel der August-Verträge, welcher Preußen die südstaatlichen Heere „für den Kriegsfall" zur Verfügung stellt, nie außer Acht gelassen werden. Jene Vertragsbestimmung kann und will beiderseitig nicht anders verstanden werden, als daß die Südstaaten im Frieden völlig freie Hand haben, ihr Heerwesen so einzurichten, wie sie es für ihre Verhältnisse am zweckdienlichsten finden. Die Südstaaten werden in ihrem eigenen Interesse dieser Organisation eine Richtung geben, daß sich dieselbe ohne Zwang in die norddeutsche Einrichtung einfügen läßt. Ueber die deshalb zur Erörterung kommenden Punkte Auskunft zu ertheilen, Requisitionen zu vermitteln, kurz die Verbindung der beiden Militärkörper zu unterhalten, das ist der Zweck der Sendung der Militärbevollmächtigten." — Und selbstverständlich haben die von den süddeutschen Staaten nach Berlin zu entsendenden Militärbevollmächtigten dieselbe Aufgabe und werden dieselbe erfüllen, ohne daß irgend ein Berliner Blatt albern genug sein wird zu behaupten, darin liege ein Eingriff in die preußische Militärhoheit. (Pf. Cur.)

Darmstadt, 28. Mai. Einiges Aufsehen erregen die in den letzten Tagen erfolgten Pensionirungen dreier hoher Offiziere, worunter die des in Folge des letzten Feldzuges vielgenannten Obersten und früheren Generalstabschefs Becker, sowie mehrerer Hauptleute. (Frkftr. Ztg.)

Freiburg, 27. Mai. Am Samstag wurde der Redakteur des „Bad. Beobachter", Hr. A. Berberich, wegen „Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung durch Erregung von Haß und Verachtung gegen die großh. Staatsregierung und durch grobe Schmähung derselben", zu acht Wochen Kreisgefängnißstrafe, 50 fl. Geldstrafe, zwei Drittel der Prozeßkosten und in die Kosten der Straferstehung verurtheilt. (N. B. L.)

Wiesbaden, 28. Mai. Heute leisteten die Lehrer der hiesigen Inspektion auf dem Verwaltungsamte dem König den Diensteid. Vor Ablegung des Eides gaben dieselben eine schriftlich abgefaßte Erklärung dahin ab, daß sie zu der durch allerhöchste Verordnung verfügten Eidesleistung bereit seien, daß sie dieselbe aber nicht im Sinne einer Verzichtleistung auf die durch ihre bisherige Dienstführung, wie durch geleistete Geldbeiträge erworbenen Rechte, insbesondere der Anwartschaft auf Pensionirung und Reliktenversorgung nach Maßgabe der zur Zeit noch bestehenden nassauischen Gesetze aufgefaßt, ihre Ansprüche auf diese Rechte vielmehr als im vollsten Umfang reservirt angesehen wissen wollen. Diese Erklärung wurde den auf die Eidesleistung bezüglichen Akten beigelegt. (Rh. K.)

Frankfurt, 26. Mai. Die Wahl der Geschwornen für die Assisen erfolgte bisher gemäß der Strafprozeßordnung vom 16. Sept. 1856 in der Art, daß jedesmal im Oktober eine Commission von 21 Mitgliedern, nämlich dem jüngern Bürgermeister als Vorsitzendem nebst 6 weiteren Senatoren, dann 7 Mitgliedern der ständigen Bürgerrepräsentation und 7 des gesetzgebenden Körpers, 200 Geschworne zur Bildung der großen oder Jahresliste des nächsten Jahrs wählte. Für 1867 konnte in Folge der vorjährigen Ereignisse eine solche Wahl nicht stattfinden, und demnach auch kein Schwurgericht gebildet werden. Nunmehr ist aber durch eine heute veröffentlichte königliche Verordnung vom 11. d. M. über die künftige Bildung der Geschwornenliste dahier, unter Aufhebung der betreffenden Bestimmungen der Strafprozeßordnung, folgendes verfügt worden. Vom Regierungspräsidenten wird eine Liste von 400 zum Geschwornenamte tauglichen Personen aufgestellt und dem Präsidenten des Appellationsgerichts übersendet, welcher daraus 200 Geschworne zu wählen hat. Das Ergebniß der Wahl ist sofort dem Appellationsgericht mitzutheilen und von diesem im Amtsblatt zu veröffentlichen. Die Aufstellung der Geschwornenliste für 1867 hat sofort nach Verkündigung dieser Verordnung zu erfolgen. (A. Z.)

Berlin, 27. Mai. Eine Anzahl Abgeordneter ist zum Wiederbeginn der Sitzungen am Mittwoch bereits hier eingetroffen. Am meisten ist man zunächst gespannt auf die Erledigung der Oberg'schen Angelegenheit. Ein Vermittlungsantrag des Abg. Hauschteck empfiehlt den Uebergang zur Tagesordnung über den Aßmann'schen Antrag und bringt einen Gesetzentwurf ein, betreffend die allgemeine Anstellungsfähigkeit der Justizbeamten der neuen Landestheile. Eine Hauptbestimmung des Gesetzes ist: Anstellungsfähigkeit Aller, welche in den neuen Landestheilen die richterliche Qualifikation ordnungsmäßig erlangt haben und bereits im Justizdienste sind oder bis zum 1. April 1868 in denselben eintreten.

Hannover, 28. Mai. Der katholische Prediger Schloberg, am früheren Welfenhofe eine beliebte und einflußreiche Persönlichkeit, ist vom Amte entfernt, weil er sich weigerte, den Huldigungseid zu leisten. — Der gestrige Geburtstag Königs Georg ist ohne Ruhestörungen vorübergegangen. In den Straßen bemerkte man zahlreiche

---

Waizenpreises in München mit der Waizen-Ausfuhr Oesterreichs ergibt sich, daß die letztere auf den ersteren ganz ohne Einfluß geblieben ist. Die enorme Ausfuhr Oesterreichs im Jahre 1861 (5,800,000 Metzen gegen 2,800,000 des Vorjahrs) war ebenso wenig im Stande, ein bedeutendes Sinken der Preise in Bayern herbeizuführen, als das große Nothjahr in Ungarn 1863 dieselben zu heben vermochte. Sie sanken im Gegentheile. Von viel größerem Einfluß scheint Nordamerika gewesen zu sein, nicht allein, weil es die billigste Verfrachtung nach England hat und deßhalb concurrenzfähiger ist als Rußland und Ungarn, sondern auch, weil sein Export viel massenhafter ist, als der irgend eines europäischen Kornlandes. Die nördlichen Staaten Amerikas fanden früher in den südlichen ihre Hauptabnehmer, weil diese Reis, Zucker, Tabak 2c. 2c., aber wenig Brodfrüchte ziehen. Als durch den Krieg dieser Absatz gestört wurde, ging die Ausfuhr der ganzen Produktion nach Europa und während i. J. 1859 3 Mill. und 1860 4 Millionen Bushels Waizen von Amerika nach Europa ausgeführt wurden, steigerte sich die Ausfuhr i. J. 1861 auf 31, 1862 auf 37 und 1863 auf 36 Millionen Bushels. Da die Nordstaaten ihren alten Markt in den Südstaaten wieder erhalten haben, so wird die Ausfuhr nach Europa sich wieder mindern. Auch Ungarn ist nicht im Stande, die Besorgniß einzuflößen, daß es durch seine starke Produktion unsere Getreidepreise wesentlich drücke. Ungarn hat bereits seinen ganzen Boden unter dem Pfluge und die Hutweide, welche es noch zu Pflugland zu machen hat, ist gering von Ausdehnung. Da es fast alles Feld der Viehzucht und dem Futterbau genommen, wird es schon der nöthigen Düngung willen die Viehzucht haben müssen. Wohl scheint es dagegen, daß Rußland und die untern Donauländer die Erwartung einer rasch zunehmenden Getreide-Ausfuhr berechtigt sein lassen. Hier bedarf es nur des weiteren Aufbruchs ungemessener Ländereien mit ungeschwächter Bodenkraft.

Trupps von jungen Landleuten aus der Umgegend, welche, die Langensalza-Medaille auf der Brust, in die Stadt gekommen waren, um König Georg wieder einziehen zu sehen. Denn in den unteren Klassen und auf dem Lande war allgemein der Glaube verbreitet, der Exmonarch werde an seinem Geburtstage in Hannover wieder einziehen. — Unsere Blätter sind von der Polizeibehörde aufgefordert, in ihren Mittheilungen, namentlich was Personalnachrichten angehe, vorsichtig zu verfahren. Im Falle des Zuwiderhandelns ist strenge Ahndung in Aussicht gestellt. (Fr. J.)

Dresden, 27. Mai. Die letzten preußischen Truppen haben heute früh Dresden verlassen. General Bonin, welcher gestern nach Berlin berufen wurde, kehrt nächstens behufs offizieller Verabschiedung hierher zurück. Es ist nun das ganze Königreich Sachsen, bis auf die Festung Königstein und die Städte Leipzig und Bautzen, von den Preußen geräumt. In den eben gedachten Städten bleiben im Ganzen fünf preuß. Bataillone zurück (drei in Leipzig und zwei in Bautzen), welche zugleich den preußischen Antheil an der Besatzung der Festung Königstein (eine Kompagnie) stellen, während die übrige Festungsbesatzung an Artillerie rc. bekanntlich von Sachsen gestellt wird. Nach Abmarsch des Generals v. Bonin geht das Oberkommando über die Truppen im Königreich Sachsen auf unsern Kronprinzen, als Höchstkommandirenden des 12. Armeekorps des norddeutschen Bundes (Sachsen), über. Da nach den Bestimmungen der zwischen Preußen und Sachsen abgeschlossenen Militärkonvention die preußischen Truppen auch den Königstein, Leipzig und Bautzen nur „bis auf Weiteres“ besetzt halten sollen, so gibt man sich, bei dem gegenseitig freundlichen Verhältniß, welches gegenwärtig zwischen der preußischen und der sächsischen Regierung thatsächlich besteht, der Hoffnung hin, daß, wenn auch nicht der Königstein, so doch die genannten beiden Städte noch im Laufe dieses Jahrs von jeder preußischen Garnison befreit sein werden.

Weimar, 25. Mai. Die „Weimar. Ztg.“ schreibt offiziös: „Mehrfach ist in der Presse das Gerücht aufgetaucht, die thüringischen Regierungen beabsichtigten, in Folge der durch die Schöpfung des norddeutschen Bundes entstandenen Mehrkosten die Universität Jena eingehen zu lassen. Man schreibt uns heute aus Gotha, daß dort an maßgebender Stelle von einem solchen Vorhaben nichts bekannt sei. Wir sind in der Lage, versichern zu können, daß auch die diesseitige Staatsregierung keineswegs gemeint ist, durch die Steigerung in den finanziellen Ausgaben die Existenz der so hoch verdienten und alt berühmten Universität Jena gefährden lassen zu wollen.

Luxemburg, 25. Mai. Diesen Morgen hat eine hier garnisonirende Artillerieabtheilung die Festung verlassen. Damit hat die Räumung der Festung begonnen. (Lux. Wort.)

Wien, 28. Mai. In Folge des notorischen Mißerfolges Omer Pascha's auf Kandia haben so eben Frankreich und Rußland bei den übrigen Mächten einen gemeinsamen Schritt unternommen. Derselbe besteht in der Vorlage des Entwurfes der identischen Note, welche die Mächte kollektiv der Pforte überreichen sollen. In dieser Note wird eine allgemeine Abstimmung auf der Insel Kandia vorgeschlagen. So sehr nun auch das österreichische Kabinet nach wie vor überzeugt ist, daß die Pforte in ihrem eigenen Interesse wohl daran thun würde, diese Insel an das Königreich Griechenland abzutreten, so wenig ist es geneigt, dazu beizutragen, zu Gunsten dieses Projekts eine Pression auf die Pforte auszuüben. Das österreichische Kabinet hat also vor Allem, ehe es sich entscheidet, Aufschlüsse darüber erbeten, unter welchen Modalitäten, nach der Anschauung der genannten Mächte, die Abstimmung stattfinden soll. Das österreichische Kabinet glaubt, es dürfe dieselbe nicht derart in Scene gesetzt werden, daß voraussichtlich die türkischen Bewohner der Insel mit Nein, die Griechen dagegen mit Ja abstimmen werden, daß also nicht von vornherein über die Abtretung der Insel und etwa gar an Griechenland, ein Votum der Bevölkerung zu erlangen versucht werde. Abgesehen von diesen Prinzipienfragen erhebt sich auch noch das Bedenken gegen die Inscenesetzung einer Abstimmung unter Fortdauer des Kampfes. Indessen wird die schließliche Entscheidung des österreichischen Kabinets wesentlich von derjenigen Englands abhängig sein, ohne dessen Beitritt, nach der Ueberzeugung des Wiener Kabinets, jeder Schritt der Mächte bei der Pforte vergeblich bleiben würde. (N. C.)

Paris, 27. Mai. Die „Patrie“ sagt: Bezüglich der Absendung der französischen Militär-Mission nach Rumänien sei gar keine Aenderung eingetreten und sei deren Abreise blos verschoben. Die „France“ dementirt die von Wiener Journalen gebrachte Nachricht, Dänemark habe an die auswärtigen Mächte Noten betreffs Nordschleswigs abgesendet. Das „Pays“ sagt: Der König von Preußen werde Sonntag in Paris ankommen.

Paris, 27. Mai. Der Kaiser hat gestern eine Deputation von einer Gesellschaft englischer Touristen empfangen, welche eine Adresse überreichte, die von der Erhaltung des Friedens, der Beseitigung der alten nationalen Gehässigkeiten und dem Fortschritte der Civilisation handelte. Der Kaiser hat erwiedert: „Ich bin tief gerührt durch den Ausdruck Ihrer Sympathieen; der erste Punkt hängt nicht allein von meiner Regierung ab, aber ich werde Alles, was ich kann, dafür thun; bezüglich auf die anderen Punkte wird es mich freuen, Ihre Wünsche zu erfüllen; es war immer einer meiner größten Wünsche, die Sympathieen, welche schon so lange zwischen unsern beiden Ländern bestehen, zu vermehren. Ein herzliches Einverständniß zwischen Frankreich und England ist immer das Ziel meiner Politik gewesen.“

Paris, 27. Mai. Das Militär-Projekt hat wieder einen neuen Aufschub erfahren, da der Staatsrath mit der Commission nicht einig ist wegen des Aufenthaltes der mobilen Nationalgardisten. Der Staatsrath will, daß sie sich im Hauptorte des Bezirkes versammeln, die Commission besteht auf der Versammlung im Hauptorte des Cantons. Letztere Combination würde die Auslagen und Unbequemlichkeiten des allgemeinen Militärdienstes verringern, die erstere dagegen die Militär-Disponibilität vergrößern, und so erklärt sich die Vorliebe des Staatsrathes. Die übrigen Bestimmungen sind vereinbart: die jungen Leute, welche zur Aktivität berufen werden, dienen fünf Jahre in der aktiven Armee, vier in der Reserve; diejenigen, die in der Reserve belassen werden, fünf in dieser, vier in der mobilen Nationalgarde. Die letztere wird außerdem gebildet durch die Exempten, durch alle diejenigen, die nicht in das Contingent einbegriffen waren, endlich durch Freiwillige; alle diese müssen fünf Jahre in der Reserve dienen. Jeder mobile Nationalgardist kann ohne besondere Erlaubniß heirathen; eben so jeder Reservist in den letzten beiden Jahren seines Dienstes. Der Effektivbestand der Armee beträgt 800,000 Mann, aber die Ziffer des jährlich auszuhebenden Contingents und dessen Vertheilung in die aktive Armee und die Reserve wird jährlich durch ein Gesetz bestimmt. Die Reserve kann durch ein kaiserliches Dekret einberufen werden, die mobile Nationalgarde nur durch ein Spezialgesetz. Die Stellvertretung ist für die aktive Armee, die Reserve und die mobile Nationalgarde zulässig. Das Militärmaß ist auf 1 Meter 54 Centimeter herabgesetzt.

Paris, 28. Mai. Man telegraphirt dem „Avenir national“ aus London: Die Conferenz wird Freitag behufs Austausch der Ratifikationen eine Sitzung halten. (Neuerdings heißt es, daß noch die Ratifikationen Oesterreichs und Belgiens fehlten.) — Die „France“ enthält folgende Nachrichten: Der Großherzog von Sachsen-Weimar kommt gleichzeitig mit dem Kaiser von Rußland nach Paris. Der Großherzog ist bekanntlich der Schwager des Zaaren. Der Vice-König von Aegypten wird gegen den 15. Juni, der Sultan in den ersten Tagen des Juli hier eintreffen. Der König und die Königin der Belgier werden ihren Aufenthalt in Paris bis in die ersten Tage des nächsten Monats ausdehnen und daher mit dem Kaiser von Rußland hier zusammentreffen. — Heute Morgen um 11 Uhr hielt der kaiserliche Prinz auf dem Trocaderoplatze eine Revue über das kleine Corps der Freischützen der Vogesen ab. Der Prinz befand sich im Wagen und trug die Freischützen-Uniform. Nach der Revue wurde den Freischützen bei dem Restaurant Ronzé im Palast des Marsfeldes ein Dejeuner gegeben, bei welchem der General Beville, Adjutant des Kaisers, den Vorsitz führte. — Die „Patrie“ erfährt durch Privatcorrespondenz aus Berlin, daß in den mit dem Cabinette von Kopenhagen angeknüpften Unterredungen betreffs Nordschleswigs die preußische Regierung den Wunsch geäußert habe, Alsen und Düppel zu behalten. Die Wiederabtretung an Dänemark würde nur das Gebiet von Apenrade betreffen, welches etwa 30,000 Einwohner zählt. Man zweifle in Berlin nicht am Erfolge dieser Unterhandlungen. — Die Herren Lanjuinais, Pelletan und Picard haben ein Amendement zur Budgetvorlage eingebracht, welches darauf abzielt, dem Briefgeheimniß einen unzweideutigen gesetzlichen Schutz zu gewähren. — Wie das „Mem. dipl.“ meldet, wird der Sultan während seiner Abwesenheit aus dem Lande unter Vorsitz des Großveziers Ali Pascha einen besonderen geheimen Rath einsetzen. Von Paris wird sich der Sultan nach London begeben. Man erwartet die Yacht des Sultans und ihre Eskorte am 1. Juli in Toulon. — Dem „Memor. dipl.“ zufolge hätte der Sultan, da er weiß, daß der Vizekönig von Aegypten auch zum Besuch der Universalausstellung geladen worden ist, an denselben schreiben lassen, um ihm anzubieten, ihn an Bord seines Schiffes zu nehmen und gemeinschaftlich mit ihm zu reisen. — Wie die „France“ meldet, hatten die Mitglieder des diplomatischen Corps durch Hrn. Chigi dem Prinzen und der Prinzessin von Preußen ihren Wunsch aussprechen lassen, ihnen vorgestellt zu werden und ihnen ihre Huldigungen darbringen zu dürfen. Der Prinz und seine Gemahlin haben dem diplomatischen Corps durch den preußischen Gesandten antworten lassen, daß es ihnen leid thue, sie nicht offiziell empfangen zu können, daß sie indessen sich sehr freuen würden, die Bekanntschaft der Chefs der Gesandtschaften in den Salons von Paris zu machen.

Von der italienischen Grenze, 25. Mai. Graf Olivier Jenison-Walworth, ehemaliger bayerischer Gesandter, ist in Florenz gestorben, wo er seinen Ruhe-Aufenthalt genommen hatte. Graf Jenison war eine in Florenz ebenso angesehene als beliebte Persönlichkeit. Der Verstorbene hatte viele hohe Titel, war bayerischer Staatsrath a. D. und Ehrenmitglied der Münchener Akademie der Wissenschaften. (A. Z.)

Aus **Jassy,** 22. Mai, schreibt man der „N. Fr. Pr.“: Die von Bratiano genehmigten Verfügungen der Kommunal-Verwaltung gegen die Juden sind folgende: Es wurde beschlossen, den Juden die Erlaubniß zum Ankaufe von Häusern und liegenden Gründen, sowie das Pachten der letzteren zu entziehen, und den Gutsbesitzern zu verbieten, ihre Gutspropinationen an Juden zu verpachten; es wurde den Juden verboten, Spezereihändler zu sein; ferner wurde ein Gesetz zur Abschiebung von Vagabunden aus Jassy nach Ismail erlassen! Doch wie wird Dieß gehandhabt? . . . ! Unter den an Einem Tage zu diesem Zwecke zusammen verhafteten Individuen waren 12 Christen und 111 Juden. Unter diesen Juden befinden sich 60jährige Greise, die seit 30 oder 40 Jahren sich ihr Brod in Jassy verdienen.“ Der „Presse“ schreibt man ebenfalls vom 22.: „Die Verhaftungen und Deportirungen, Anfangs unbedeutend, nahmen in letzter Zeit so große Dimensionen an, daß dieselben bereits 150 bis 200 täglich betrugen; da die zahlreich vorhandenen Arreste nicht mehr ausreichten, wurde das Munizipal-Gebäude und selbst die gedeckte Militär-Reitschule zu Gefängnissen umgestaltet. Der Jammer unter den Verfolgten war und ist unbeschreiblich. Minister Bratiano ist von hier aus in Begleitung zweier stadtbekannter Agitatoren nach Bottuschan abgereist, und man meldet bereits von dorther die nämlichen Ungesetzlichkeiten und Exzesse gegen Israeliten wie hier. Auch in Bakowa fanden ähnliche Vorgänge statt.“

Amerika. Ueber „Kaiser Maximilian“ berichtet das „Memorial diplomatique“: „Einer der Adjutanten, welcher die größte Anhänglichkeit an den Kaiser Maximilian zeigte, ihn bis zum letzten Tage begleitete und sich seines besonderen Vertrauens erfreute, befindet sich seit gestern auf der Durchreise in Paris. Weder er noch seine Waffenbrüder haben den Kaiser Maximilian verlassen, sondern er hat sie verlassen. Dieser ehrenwerthe Offizier konnte von Mexiko gegen den 16. April abreisen. Den authentischen Aufklärungen zufolge, welche er die Gefälligkeit hatte, uns zu geben, war zehn Tage nach der Einschiffung der französischen Nachhut jede Verbindung zwischen der Küste und der Hauptstadt abgeschnitten. Was den Kaiser Maximilian betrifft, so war er unvermuthet „ganz allein“ mit den mexikanischen Truppen und umgeben von einheimischen Offizieren abgegangen; er hatte nicht einem einzigen Oesterreicher oder Fremden erlaubt, ihn zu begleiten. Seine Abwesenheit datirte vom 13. März. Seit jenem Tage war auf zwei Posten von Mexiko jede Verbindung unterbrochen und man hatte keine Nachricht von ihm. Von Marquez überredet, wollte Maximilian das Glück eines verzweifelten Widerstandes versuchen, aber er wollte allein stehen, einmal um der Ermordung seiner Landsleute in Mexiko vorzubeugen, und dann, um, wenn er mit den Waffen in der Hand gefangen genommen werde, zu zeigen, daß er als Adoptivsohn seines neuen Vaterlandes kämpfe. Man vermuthet übrigens, daß die Person des Kaisers stets respektirt werden würde. Dagegen ist die Lage der 500 Europäer, welche sich noch in Mexiko befinden, höchst kritisch. Das aus den Trümmern von österreichischen Husaren und verschiedenen mit Maximilian gekommenen Freiwilligenkorps gebildete Fremden-Regiment ist nichts weniger als sicher, mit dem Leben davon zu kommen. Zudem ist die Lage dieser treuen Truppen durchaus keine gute und das Elend unter ihnen groß. Diejenigen, deren Sold seit sechs Monaten rückständig ist, erhalten statt 250 nur 10 Dollars. In der Hauptstadt herrscht verhältnißmäßig Ruhe. Man fragt sich, ob eine diplomatische Intervention nicht mehr schaden als nützen würde, selbst wenn sie von den Vereinigten Staaten käme, denn Mexiko befindet sich in einem solchen Zustande der Verwirrung und Umwandlung, daß es sich wenig um auswärtige Einflüsse kümmert. In Mexiko selbst hat man seit dem 13. März keine sichere Nachricht von dem Kaiser Maximilian. Man weiß, daß er als Tapferer handelt, daß er sich mit Leib und Seele Mexiko ergeben und deßhalb alle seine Freunde verlassen hat; aber man macht sich auf eine ziemlich peinliche Lösung gefaßt.“

Neueres.

Berlin, 29. Mai. Im Abgeordnetenhause wurde der Antrag Hauschteck's mit 172 gegen 96 Stimmen verworfen und der Antrag Aßmann's mit 171 gegen 75 Stimmen angenommen, nachdem der Justizminister erklärt, die Regierung sei dem Paragraphen 73 der Verordnung vom 2. Januar 1849 bona fide gefolgt, sie sei durch ein positives Gesetz nicht verhindert, zu verfahren, wie sie verfuhr. — Graf Bismarck wird den König nach Paris begleiten. Die Zollvereinsverhandlungen mit den süddeutschen Staaten werden wahrscheinlich bald nach Pfingsten beginnen.

Berlin, 29. Mai. Graf Bismarck begleitet den König nach Paris. Der Beginn der Zollvereinsverhandlungen mit den süddeutschen Staaten wird wahrscheinlich bald nach Pfingsten stattfinden.

Hamburg, 29. Mai. Die „Hamburger Nachrichten“ erhalten aus Berlin nachstehende Mittheilung: „In hiesigen Diplomatenkreisen versichert man, daß Frankreich hierorts Aufklärung verlangt habe wegen der Besichtigung der Festung Rastatt durch preußische Offiziere, und Mißtrauen hinsichtlich der Beziehungen zwischen Preußen und Baden gezeigt habe. Dasselbe Blatt bezeichnet ferner die Nachricht von dem Abschlusse einer Militär-Konvention zwischen Preußen und Bayern für unbegründet.

Wien, 29. Mai. Die „Wiener Abendpost“ schreibt: „Im Gegensatze zur Nachricht von der Gefangennehmung des Kaisers Maximilian wird der hiesigen mexikanischen Gesandtschaft berichtet, daß die Republikaner in Queretaro vollständig geschlagen worden seien und Juarez sich auf der Flucht befinde. Für den bedauerlichen Fall, daß die Gefangennehmung sich bestätigen sollte, wurden von der österreichischen Regierung eifrigste Schritte zur Befreiung des Kaisers Maximilian unternommen.

Pesth, 29. Mai. Die Deputirtentafel nahm den Gesetzentwurf über die gemeinsamen Angelegenheiten unter Namensabstimmung mit 209 gegen 89 Stimmen an.

Agram, 29. Mai. Gestern hat in Fiume die Kundmachung des Krönungs-Einladungsschreibens des ungarischen Minister-Präsidenten in demonstrativer Weise stattgefunden. Die Nationalpartei ist vollständig passiv geblieben. (Tel. d. Presse.)

Paris, 29. Mai. Der Kaiser, die Kaiserin, der König und die Königin der Belgier, der Kronprinz und die Kronprinzessin von Preußen wohnten dem glänzenden Feste beim Fürsten Metternich bei. Der Ball dauerte bis vier Uhr Morgens. Der Kaiser und die Kaiserin entsendeten noch in der Nacht einen Adjutanten, um dem Botschafter Fürsten Metternich ihren Dank auszusprechen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Literarisches.

Allen Freunden und Verehrern Ferdinand Freiligrath's — für den sich die deutsche Nation soeben anschickt einen Nationalfonds zu gründen, um dem vielgeprüften Dichter dadurch eine sorgenfreie Existenz zu schaffen — wird die Nachricht von Interesse sein, daß derselbe gegenwärtig mit Uebertragung der Shakspeare'schen Dramen „Cymbeline“ und „Wintermärchen“ für die von Bodenstedt im Verlage von F. A. Brockhaus herausgegebene neue Shakespeare-Uebersetzung beschäftigt ist, und wahrscheinlich auch „König Lear“ sowie noch andere Shakspeare'sche Dramen für diese Sammlung übersetzen wird. Wenn ein Meister des deutschen Parnaß wie Freiligrath, der zugleich durch zwanzigjährigen Aufenthalt in der Heimath des britischen Dichters alle die feinen Nuancen der englischen Sprache sich zu eigen gemacht hat, Shakspeare's Genius in's Deutsche überträgt, so liegt darin allerdings eine Bürgschaft für die innigste Durchdringung und die getreueste Wiedergabe des Originals, wie sie wohl nicht zum zweiten mal geboten werden kann.

Außer den von Freiligrath zu erwartenden Dramen dieses neuen deutschen Shakspeare werden die nächsten Bändchen bringen: „König Richard der Zweite“ und „König Heinrich der Vierte“ von Gildemeister; „Die lustigen Weiber von Windsor“ von Hermann Kurz; „Viel Lärmen um Nichts“ von Adolf Wilbrandt; „Macbeth“ von Friedrich Bodenstedt. Auch die bis jetzt ausgegebenen drei Dramen: „Othello“ von Bodenstedt, „König Johann“ von Gildemeister, „Antonius und Kleopatra“ von Paul Heyse, bekunden durchgehends einen wesentlichen Fortschritt gegen die Schlegel-Tieck'sche Uebersetzung, welche bei allen ihren großen Verdiensten doch häufig durch manierirte und verdunkelnde Diction sowohl der Natürlichkeit und Klarheit des Shakspeare'schen Redeflusses Abbruch thut, als auch auf den Totaleindruck störend einwirkt. In Bodenstedt's Uebersetzung fesselt vornehmlich der poetische Duft und Schwung, der auch dessen Nachbildung der Sonette Shakspeare's umweht; Gildemeister bewährt seine an Byron's Werken so glänzend erwiesene Kunst, für jede Eigenartigkeit des Originals, wie unübertragbar sie auch erscheinen mag, den genau entsprechenden deutschen Ausdruck zu finden, den englischen Text gleichsam mit den Wurzeln auszuheben und in deutschen Boden zu verpflanzen; während bei Paul Heyse, dem formgewandten Dichter, die graziöse Leichtigkeit, mit der er das fremde Idiom bewältigt, uns anmuthend entgegentritt. Sehr dankenswerth sind die vorangeschickten Einleitungen; sie geben weder zu wenig noch zu viel, machen mit prägnanter Kürze den Bau des Dramas klar und rücken es dem Leser in die richtige Beleuchtung. Die Noten zur Erklärung einzelner Stellen stehen zweckmäßigerweise nicht unter dem Texte, wo sie den Genuß bei der Lektüre unterbrechen und beeinträchtigen würden, sondern zusammen am Schlusse des Bändchens. Rechnet man nun zu den reichen innern Vorzügen die gefällige Ausstattung und den außerordentlich billigen Preis (5 Ngr. für jedes Bändchen, welches ein vollständiges Drama mit Einleitung und Anmerkungen enthält), so kann man nicht zweifeln, daß dieser neue deutsche Shakspeare sich bald allgemein im deutschen Publikum einbürgern werde.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 151.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 1. Juni 1867.

München, 29. Mai. Sämmtliche bayerische Vereine, welche sich zur Pflege der Baukunst in den verschiedenen Städten bisher gebildet haben, sind nun zu einem einzigen großen, das ganze Land umfassenden Verein zusammengetreten. Als sein beständiger Vorort wurde München gewählt. Daß mit vereinten Kräften jedenfalls mehr erzielt werden wird, als in der bisherigen Zersplitterung, liegt auf der Hand. Der neue Verein zählt zur Zeit 327 Mitglieder. Am 12. Mai wurde die Wahl derjenigen Herren, welche den Ausschuß zu bilden und unter sich die einzelnen Geschäfte zu vertheilen haben, in Nürnberg vorgenommen. 246 Stimmen wurden abgegeben. In den Ausschuß wurden gewählt die Herren: Bauernfeind, Professor und Baurath, Böhm, Direktor der Maffei'schen Fabrik, v. Buz, königl. General-Major, Hügel, Architekt, Neureuther, Professor und Baurath, v. Pauli, Oberbaudirektor, Rüber, Generaldirektionsrath, Freiherr v. Stengel, Genie-Oberstlieutenant, v. Voit, Oberbaurath, und Zenetti, städtischer Ingenieur, sämmtlich in München. Der neugegründete Verein legte sich den Namen „Bayerischer Architekten- und Ingenieur-Verein" bei. (Bayer. Ztg.)

München, 29. Mai. In engeren Kreisen erfreut man sich einer eben als Manuskript gedruckten kleinen französischen Broschüre „Maximilian II., Roi de Bavière, fragments de souvenirs etc.", welche eine treffliche Charakteristik des edlen Verblichenen liefert. Wie wir vernehmen, ist sie aus der Feder des vormaligen Oberhofmeisters der Königin, Grafen Vaublanc, zu dankbarstem Andenken an den König. Es wäre zu wünschen, daß diese interessanten Blätter zur willkommenen Verbreitung in den Buchhandel gegeben würden. (Allg. Ztg.)

+ **München**, 30. Mai. Uebermorgen, Samstag, werden JJ. kk. HH. der Prinz und die Prinzessin Adalbert aus Paris, wohin sich dieselben vor einiger Zeit von Madrid aus begaben, wieder hier eintreffen und Schloß Nymphenburg beziehen. — Herr Generallieutenant v. Hartmann ist jetzt von Ulm wieder hier angekommen; derselbe soll die Besichtigung jener Festung mit großer Genauigkeit vorgenommen haben. Es heißt, daß Hr. v. Hartmann zur Besichtigung der Festung Ingolstadt nächstens ebenfalls die allerhöchste Genehmigung erhalten werde. — Gestern Nachmittags begab sich eine aus Mitgliedern unserer beiden städtischen Collegien zusammengesetzte Deputation zu König Ludwig I., um Sr. Majestät den Dank der Stadt München für das Geschenk der Standbilder Gärtner's und Klenze's auszusprechen. Se. Majestät empfing die Deputation sehr huldvoll und äußerte, wie es ihn immer gefreut habe und freuen werde, wenn er für München etwas thun könne. — München wird nun bald auch eine Filiale des Diakonissenhauses zu Neuendettelsau erhalten, nachdem es Hrn. Pfarrer Löher gelungen ist, die Genehmigung hiefür zu erlangen und ist der hiesigen protestantischen Gemeinde zur Gewinnung einer solchen Filiale wohl zu gratuliren. — Ueber den Bauplatz für eine hiesige zweite protestantische Kirche ist noch immer nichts entschieden und erwartet man, dem Vernehmen nach, erst noch einen Bescheid von hoher Seite. — Nachdem kürzlich zwei Escadrons Chevauxlegers hieher in Garnison gekommen sind, hat man jetzt eine Abtheilung Artillerie ($1\frac{1}{2}$ Batterie) nach Schleißheim verlegt. — Der Verwaltungsrath unseres Aktientheaters hat die Erklärung abgegeben, daß es nicht möglich sein werde, am 1. Juni die Gagen auszubezahlen und sieht man dem Schlusse der Vorstellungen natürlich mit Sicherheit entgegen; doch glaubt man, daß es vielleicht dem Bühnenpersonale, in Ansehung der prekären Lage, in welche ein großer Theil desselben durch den plötzlichen Schluß der Bühne kommen würde, vielleicht (natürlich unter der nöthigen Garantie) gestattet würde, noch einige Zeit fortzuspielen. — Vor Kurzem ward in der Kirche zu Dachau eingebrochen und ein bedeutender Diebstahl an werthvollen Kirchengefäßen und Paramenten verübt.

Stuttgart, 28. Mai. Der „Staatsanz. für Württ." schreibt: „Mehrere Blätter haben die Behauptung verbreitet, der Erfinder eines neuen Gewehrs, Mauser, sei vom württembergischen Kriegsministerium an den kgl. preußischen General v. Obernitz verwiesen worden. In Wirklichkeit ist der Hergang umgekehrt. Der Erfinder hat zuerst an General v. Obernitz sich gewendet, und Letzterer hat ihn an das württembergische Kriegsministerium als die zuständige Stelle verwiesen.

Feuilleton.

Vermischtes.

Ansbach. Wie die „Fr. Ztg." meldet, erhielt die Stadt Ansbach am 17. d. M. einen merkwürdigen Besuch. Aus der Biographie Platens weiß man, daß derselbe bei seiner letzten verhängnißvollen Reise nach Syrakus von einem dortigen alten Herrn, Don Mario Landolina, sehr freundlich aufgenommen wurde. In der Krankheit Platens, welcher er am 5. Dez. 1835 erlag, nahm sich Ritter Landolina desselben mit größter Sorgfalt an; neben dessen Villa liegt er auch begraben. (S. Rath. v. Schlichtegrolls „Erinnerung an Aug. Grafen v. Platen 2c., München 1852", wo sich eine Abbildung der Grabstätte befindet.) Ein Enkel Landolina's ist nun nach Ansbach gekommen, um die Vaterstadt des Dichters kennen zu lernen. Bei dem Besuch, den er dem Bürgermeister abstattete, übergab er diesem ein in italienischer Sprache verfaßtes Billet, das in der Uebersetzung wie folgt lautet: „Ansbach, 17. Mai 1867. Mario Landolina Interlandi, der, als er noch jung war, in Syrakus den berühmten Dichter Grafen Karl August Platen kannte, dessen Freundschaft sein Großvater Marchese Mario Landolina sich rühmte, hat heute eine hohe Pflicht achtungsvoller Erinnerung erfüllt, indem er die Vaterstadt des gedachten Mannes besuchte, dessen ehrbare Asche er noch in seinem Garten zu bewahren die Ehre hat."

Aus Leipzig, Ende Mai, wird dem „Schwäb. Merkur" geschrieben: „Die Abrechnungstage für die deutschen Buchhändler sind vorüber. Man konnte unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen ihrem Resultate wohl mit Spannung entgegensehen. Für Manchen mag es noch glimpflicher gewesen sein, als er gefürchtet; Viele aber hatten doch hinsichtlich des Absatzumfanges ihrer Bücher im verwichenen Jahre eine große Lücke zu empfinden: eine Lücke, die sich bei dem schnellen Veralten und Vorübergehen der Bücher in jetzigen Zeitläuften und bei dem Umstand, daß die eigenthümliche Organisation im deutschen Buchhandel die literarischen Produkte nur so kurz auf dem Markte läßt, nicht leicht gut zu machen ist. Die Zahlungen selbst gingen zwar im Allgemeinen besser ein, als man nach den so kurz zuvor noch drohenden Kriegswolken erwartet. Das konnte für jenen Entgang noch ein Trost sein. Die Ausstellung neuer Bücher und Kunstsachen war wiederum sehr interessant, wenn auch das letztere Gebiet mit den zahlreichen Photographien, Oeldrucken 2c. jene ganz in den Schatten zu stellen droht. Die politische Stimmung hier zu Lande war, für die süddeutschen Gäste besonders, deren es viele waren, eine interessante; ob angenehm oder nicht, wagen wir nicht zu entscheiden. Hier ist der Anschluß an Preußen innerlich, wie es scheint, ganz vollzogen, in der Art sogar, daß man bei dem großen, diesmal veranstalteten Festessen der Buchhändler, zu dem als Gäste die Universität, wie nicht minder die preußischen Kommandanten geladen waren, den gebührenden Toast auf den Landesherrn unterließ, dagegen aber in scherzendem Ernst und ernstem Scherz den Annexionsgedanken breite Spur gewährte. Es war dies lehrreich und Manchem vielleicht unerwartet, so daß es zum Beschluß doch einen wohlthuenden Eindruck hinterließ, als einer Ihrer engeren Landsleute auf die Herbeiführung der deutschen Einheit in der Weise hindeutete, daß Süd und Nord, Nord und Süd gegenseitig von einander annehmen möchten, was sie Gutes bei einem Jeden fänden.

Frankfurt, 28. Mai. Die 1865 zur Veranstaltung der Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte, welche 1866 wegen der Ereignisse ausgefallen ist, erwählten Geschäftsführer haben beschlossen, die Versammlung in diesem Jahre hier zu halten, und bereits die betreffende Eingabe an den Senat gemacht.

Digitized by Google

Wir konstatiren diese Thatsache als einen weiteren Beleg dafür, was von derartigen Nachrichten, die ein Theil der Presse dem Publikum zu bieten nicht müde wird, zu halten ist."

Berlin, 29. Mai. Heute war das Haus der Abgeordneten nach der dreiwöchentlichen Unterbrechung wieder zu einer Plenarsitzung zusammengetreten. Herr v. Forckenbeck als Präsident widmete zuerst dem Andenken des Abgeordneten Beitzke einige warme Worte. Dann begann sofort die Schlußberathung über den Aßmann'schen Resolutions-Antrag. Das Hauschteck'sche Amendement fand unter den Liberalen, wie auch unter den Altliberalen und selbst den Frei-Conservativen keinen Anklang. Von der Regierungsbank sprach Niemand als der Justiz-Minister, der für das Amendement auftrat und erklärte, daß seine neulichen Aeußerungen über das Verhältniß der gesetzgebenden und der Verwaltungsgewalt Angesichts entstehender Lücken mißverstanden worden. Schließlich wurde in namentlicher Abstimmung der Antrag Hauschteck mit 96 gegen 172 Stimmen abgelehnt (dafür nur die äußerste Rechte und der Antragsteller) und der Antrag Aßmann, ebenfalls unter Namensaufruf, mit 172 gegen 75 Stimmen angenommen. Der Finanz-Minister v. d. Heydt legte ein Gesetz über Maisch- und Branntweinsteuer im Jagdgebiete vor, und dasselbe wurde zur Schlußberathung (Referent: Michaelis) verwiesen. Verlesung abzulehnender Petitionen machte den Beschluß. Morgen ist des Festtages wegen keine Sitzung, und übermorgen findet dann die Beschlußfassung über die zweite Lesung der Bundesverfassung Statt.

Sondershausen, 28. Mai. In seiner heutigen Sitzung genehmigte der Landtag in der durch das Grundgesetz vorgeschriebenen zweiten Lesung einstimmig die Verfassung des Norddeutschen Bundes.

Wien, 28. Mai. Der kroatische Landtag ist endlich aufgelöst: nach dem letzten Beschlusse desselben war die Maßregel vorauszusehen. Aber es sind scharfe Worte, welche das betreffende königl. Reskript spricht. „Die Krone hatte," so heißt es darin, „mit voller Zuversicht erwartet, daß der vorausgegangene entgegenkommende Beschluß des ungarischen Landtags „die wesentlichsten Hindernisse eines vollkommen befriedigenden Ausgleiches behoben" habe; „allein" — fährt das Reskript fort — „die Adresse Kroatiens ist Unsern väterlichen Absichten in allen Punkten entgegengetreten, und nachdem von Seiten der Majorität Forderungen in einer peremptorischen Weise geltend gemacht wurden, die theilweise gänzlich, theilweise wegen Kürze der Zeit unerfüllbar, jede verfassungsmäßige Vereinbarung geradezu unmöglich zu machen beabsichtigten, es aber Unser kgl. Wille ist, die von allen Seiten erwünschte Krönung nicht länger zu verzögern, sehen Wir uns genöthigt, den Landtag, von dessen fernerer Wirksamkeit Wir unter dem Einflusse der jetzigen Majorität keinen ersprießlichen Erfolg erwarten können, hiermit aufzulösen." Die hochgespannten Selbstständigkeitsforderungen Kroatiens werden übrigens dadurch eigenthümlich illustrirt, daß das kleine Königreich fortgesetzt passiv ist und alljährlich zur Bestreitung auch nur der unerläßlichsten Bedürfnisse einen beträchtlichen Zuschuß aus Reichsmitteln in Anspruch nimmt. Auf Kosten des Reichs vom Reiche losgelöst zu leben, ist denn doch eine etwas sehr naive Zumuthung. (Allg. Ztg.)

Pesth, 28. Mai. Ludwig Kossuth hat von Paris, 22. Mai, ein langes Schreiben an Franz Deak gerichtet, worin er diesem vorwirft, vom Standpunkt der Rechtswiedererwerbung auf den schlüpfrigen Boden der Rechtsopferung gelangt zu sein. Der stürmische Zuruf, welcher Deak gestern im Abgeordnetenhaus empfing, mag eine Antwort darauf gewesen sein. Außerdem bringen Lloyd, Naplo, Magyarorszag und Pülßky im Journal „1848" heute energische Entgegnungen auf Kossuths Brief, und halten den Angriffen des Agitators dessen Donau-Conföderations-Projekt entgegen, in welchem er, der in der gemeinsamen Behandlung gewisser Angelegenheiten den Untergang der nationalen Selbständigkeit erblickt, sich bereit erklärt, die wichtigsten Rechte der Nation unbedingt und rückhaltlos zu theilen. Und die Opfer, welche er bringt, sagt „Lloyd" in Bezug hierauf, will er auf den Altar eines Bundes niederlegen, der für die Nation keinen ansehnlichen Machtzuwachs, wohl aber die Gefährdung der Nationalität und der territorialen Integrität in Aussicht stellt.

Pesth, 29. Mai. „Pesti Naplo" und das Journal „1848" warfen in ihren Entgegnungen auf Kossuth's Brief die Frage auf, ob Deak darauf antworten werde. In Folge dessen veröffentlicht Deak in den morgen erscheinenden Nummern der genannten Blätter eine Erklärung des Inhalts, daß er darauf nicht antworten werde. Kossuth habe diesen Brief nicht ihm, sondern gegen ihn geschrieben; der Brief sei also ein Zeitungsartikel, eine öffentliche Anklage, gegen welche sich zu rechtfertigen er nicht für nöthig finde. Die Gründe seiner Politik liegen offen da in seinen Reden; er habe den friedlichen Ausgleich für heilsamer gehalten, als eine Politik, die uns auf Zuwarten und weiteres Leiden anweist und die Zukunft des Staates von zufälligen Ereignissen abhängig macht. Wer keinem Machtgebote gehorcht, wer nur das Wohl des Staates vor Augen hat, der trage die Last der Verantwortlichkeit leicht. Er stehe also für seine Ansicht ein. Diese habe er Niemand aufgedrungen. Die Majorität theile eben seine Ueberzeugung und bedürfe seiner Rechtfertigung nicht. Die Regnicolar-Deputation hat sich heute Abends constituirt, Sennyey zum Präsidenten und Anton Csengery zum Schriftführer gewählt, und ein aus sechs Mitgliedern bestehendes Subcomité zur Ausarbeitung des Inaugural-Diploms entsendet. In diesem Subcomité ist auch Deak.

Prag, 29. Mai. Am 27. d. erfolgte die Abreise der Slaven-Deputation von Petersburg. Sie wurde auch nach Nowgorod und Twer eingeladen. Ueberall demonstrativer Empfang. Die Ankunft in Moskau erfolgte am 28. d. Abends. Trotz einer Zugsverspätung warteten an 10,000 Menschen, welche die Kommenden mit Musik, czechischen Liedern und Slavarufen empfingen. Die Straßen in der Nähe des der Deputation angewiesenen Hotels waren illuminirt. Bei der Festtafel brachten Dr. Rieger, Palacky und Fürst Szerbatow Toaste aus.

Bern, 26. Mai. Auf die gestrige und vorgestrige Kälte, welche an vielen Orten bedeutend schadete, folgt heute wieder eine sommerliche Hitze bei niedrigem Barometerstand, so daß ein neuer Umschlag wohl nicht ausbleiben wird. Der Schneefall erstreckte sich fast über die ganze Schweiz. — Die Postkonferenz mit Deutschland ist auf den Wunsch Preußens verschoben worden, da vorher die Postverhältnisse des norddeutschen Bundes und das Verhältniß desselben gegenüber Süddeutschland festgestellt sein müsse. Man hofft im Laufe des nächsten Jahres die Konferenz abhalten zu können. — Der neue große Rath von Luzern hat die Erwartungen der Liberalen in der ganzen Schweiz erfüllt, indem er die Regierung aus einem Gusse bestellte und daher aus ihrer schwankenden Stellung befreite. Herr v. Segesser, der Führer der Ultramontanen, tritt somit in den Privatstand zurück. Auch das Obergericht und das Kriminalgericht wurden zum Theil neu bestellt, aber nicht aus Parteirücksichten. Hr. Dr. Kasimir Pfyffer bleibt Mitglied der ersteren unter der Bedingung, daß er mit der Präsidentschaft verschont bleibe. — Der deutsche Hülfsverein in Bern hat letztes Jahr 3400 Fr. eingenommen, circa 3000 Fr. an Unterstützung vertheilt und 1000 Fr. an Zins gelegt. Ueberdieß sammelte er letztes Jahr circa 3000 Fr. für die bedürftigen den Krieg führenden Parteien ohne Unterschied. — Der große Rath von Waadt beschloß ein Anleihen von 3½ Mill. für die sogenannte Jougnebahn, welche Lausanne direkt mit Pontarlier verbinden soll. — Da die Unterhandlungen mit den kirchlichen Behörden über Verminderung der katholischen Feiertage im Jura zu keinem Ziel geführt haben, so beantragt die Regierung von Bern beim großen Rathe, alle Feiertage an Wochentagen von Staatswegen abzuschaffen, außer Weihnacht, Auffahrt, Mariä Himmelfahrt, Allerheiligen, Frohnleichnam und Neujahr. Es gibt im Jura mehr Feiertage als im extrafrommen Kanton Freiburg, was dem Volke weder in ökonomischer, noch moralischer Beziehung nützlich sein soll. — Die Landesgemeinde von Nidwalden beschloß, trotz Abnahme der Geistlichkeit und der Regierung, mit jubelndem Mehr größere Tanzfreiheit. — Ein reicher Fabrikant in Glarus, Kaspar Jenny von Ennenda, hinterließ 40,000 Fr. zu wohlthätigen Zwecken. — Das Organisationskomite des eidg. Schützenfestes in Schwyz hat an die Schützenvereine, Schützen und Freunde im Auslande einen Aufruf erlassen, aus welchem wir folgende Stelle mittheilen: „Die Schweiz ist in der glücklichen Lage, gegen alle Nationalitäten nur Gefühle aufrichtiger Freundschaft hegen und pflegen zu können. Aus diesem Grunde glaubt sie es wagen zu dürfen, die Nachbarn und Freunde allwärts zu ihren Festtagen einzuladen, welche nicht nur der Waffenübung, sondern eben so sehr dem freundschaftlichen Verkehr der Schweizer unter sich und mit den Repräsentanten anderer Völkerschaften gewidmet sind. An die Schützenvereine, Schützen und alle Freunde im Auslande ergeht somit durch gegenwärtigen Aufruf die herzliche Einladung zur Theilnahme an den schweizerischen Schützenfesttagen von 1867 in Schwyz." Das Fest selbst findet vom 7.—17. Juli statt. (Schw. M.)

Paris, 29. Mai. Es ist wieder sehr stark die Rede von einer neuen französischen Anleihe, die man kaum umgehen kann. Man gebraucht nämlich Gelder für die Einlösung der mexikanischen Obligationen, für die Erbauung des vierten Eisenbahnnetzes und für die Militär-Reorganisation. Der Finanz-Minister Rouher soll im Princip mit der neuen Anleihe einverstanden sein; er wäre jedoch vorher der Verwaltung des Finanz-Ministeriums gern enthoben. Rouher, der wieder ganz von seinem Unwohlsein hergestellt ist, wohnte dem heutigen Ministerrathe an. Nach demselben begrüßten die Minister den kaiserlichen Prinzen, der heute von St. Cloud nach Paris gekommen war und sein Freischützen-Costume trug, da er an der Seite seines Vaters der Revue anwohnen wollte, welche dieser über die Freischaar abhielt. Er fühlte sich jedoch zu schwach dazu und kehrte vor der Revue

nach St. Cloud zurück. Sein Scharfschützen-Costume scheint ihm großen Spaß zu machen. — Die „Presse" enthält heute wieder einen längeren Artikel, um darzuthun, daß der gesetzgebende Körper aufgelöst werden müsse, da er auf seiner Opposition gegen das Decret vom 19. Januar bestehe. — Nächsten Freitag wird in London die Ratifikation des Londoner Vertrags ausgewechselt. — Viele angesehene Polen haben Paris verlassen. — Die Bons, welche Garibaldi ausgegeben, tragen die Worte: „Bezahlbar nach dem Eintritte Roms in die italienische Einheit."

Florenz, 28. Mai. Die Regierung wird am Samstag dem Parlamente den definitiven Abschluß des Vertrages über die Kirchengüter anzeigen. Rattazzi erhielt den Annunziaten-Orden.

Kopenhagen, 27. Mai. Die gestrige silberne Hochzeit des Königspaars ist unter Beglückwünschungen seitens der Fremdmächte, unter allgemeinster Betheiligung des Volks, Festlichkeiten in der Hauptstadt und im ganzen Lande bestens verlaufen. — Der König von Griechenland reist morgen nach St. Petersburg und kehrt von dort hierher zurück. — Die Nachricht von einer definitiven Absetzung nordschleswigischer Prediger wird hier stark bezweifelt. (T. N. d. A. Z.)

Kopenhagen, 28. Mai. Die „Berling'sche Ztg." veröffentlicht die Allokution des Königspaares an das Volk, eine Danksagung enthaltend für die vielen Beweise der allgemeinen Theilnahme und die Bethätigung einer Treue und Hingebung, die doppelt werthvoll seien, da sie in Drangsalszeiten erwachsen wären.

London. (Parlaments-Verhandlungen vom 27. Mai.) In der Oberhaus-Sitzung gab Lord Derby auf eine Anfrage Lord Clarendon's die Erklärung ab, die eine Stunde vorher bereits im Unterhause von dem Schatzkanzler mitgetheilt worden war, daß nämlich die Königin auf den Rath ihres Cabinettes hin allergnädigst geruht habe, gegen den Fenier Burke das königliche Vorrecht der Begnadigung walten zu lassen. Es kamen darauf verschiedene, auf innere Verwaltung und Justizpflege Bezug habende Bills zur zweiten und dritten Lesung, und dann beantragte der Premier-Minister die zweite Lesung der Bill zur Verlängerung der Suspension der Habeas-Corpus-Akte. Hierbei nahm Lord Russell Gelegenheit, sich über Mißstände in Irland im Allgemeinen zu äußern, und gab zu erkennen, daß er nach den Pfingstfeiertagen die Staatskirchenfrage in Irland in Anregung bringen werde. In Betreff der Sache selbst, der Suspension der mehrgenannten Akte nämlich, schloß sich der Redner der Ansicht der Regierung über die Nothwendigkeit dieser Maßnahme an. Das Thema der Kirchenfrage gab zu einer Debatte Veranlassung, wobei Lord Derby den von Lord Russell erhobenen Vorwurf auf diesen zurückschleuderte und auf die Thatsache hinwies, daß, obgleich derselbe von den letzten zwanzig Jahren achtzehn im Cabinet gesessen, es ihm nie in den Sinn gekommen sei, Schritte zu thun, um die erwähnten Uebelstände auf dem Wege der Gesetzgebung zu regeln. Die Bill wurde darauf zum zweiten Male verlesen und das Haus vertagte sich gegen 8 Uhr Abends.

Im Unterhause erhob sich der O'Donoghue, um in Betreff der zum Tode verurtheilten Fenier in Dublin bei der Regierung anzufragen, worauf Disraeli dem Hause die Mittheilung machte, daß nach sorgsamster Erwägung der dem Ministerium in Betreff Nachlaß der gegen Burke ausgesprochenen Todesstrafe gemachten Vorschläge und mit Rücksicht darauf, daß die öffentliche Meinung in Irland wie in England bezüglich der Vollstreckung des Ausspruches und der Zweckmäßigkeit einer solchen Handlungsweise sehr getheilt sei, das Kabinet der Königin anempfohlen habe, das Leben Burke's zu schonen. Unter dem Beifalle des Hauses, besonders der Opposition, fügte der Schatzkanzler hinzu, er hoffe aufrichtig, Ihre Majestät werde keinen Grund haben, diesen Akt der Milde zu bereuen. Das Haus trat sodann in die Komite-Sitzung ein und ging zur weiteren Diskussion der Reformbill über, die weitere Fortschritte zur schließlichen Erledigung machte. Eine Reihe anderer Maßregeln kam darauf zur abermaligen Lesung und die Sitzung schloß kurz vor Mitternacht.

Petersburg, 25. Mai. Seit länger als einer Woche nehmen die slavischen Deputirten alles Interesse der Hauptstadt in Anspruch. Dieselben, gegen 80 an der Zahl, sind hier am 5./17. Mai mit einem Extrazug von Warschau aus eingetroffen. Auf dem Wege hieher wurden sie überall, besonders aber in Ostrow und Pskow, mit Freuden von der Bevölkerung begrüßt, und deshalb verzögerte sich ihre um 5 Uhr Nachmittags erwartete Ankunft bis um 8 Uhr Abends. Der außerordentlich geräumige Warschauer Bahnhof war nicht groß genug, um das Publikum zu fassen, das zur Begrüßung der ankommenden Gäste herbeigeströmt war. Lang anhaltende herzliche Freudenrufe empfiengen die endlich Eintreffenden, und das Stadthaupt Hr. Pezrebow überreichte ihnen Salz und Brod. Während der neun Tage, wo die slavischen Deputirten in unserer Hauptstadt weilen, haben sie mit den Sehenswürdigkeiten derselben nur flüchtige Bekanntschaft machen können, aber jedenfalls Gelegenheit genug gehabt, um sich zu überzeugen, daß sie zu einem Brudervolk gekommen, das ihnen Liebe und Freundschaft aufrichtig entgegenträgt. Wo sie sich nur zeigen, sind sie von Massen Volks umgeben, im Theater wurden sie mit „Slawa"-Rufen empfangen, und ihnen zu Ehren folgten sich Feste auf Feste. Mittwoch, 10./22. Mai, vereinigte Graf Kuschelew-Besborodko die Deputirten und die hervorragendsten Persönlichkeiten unserer Gesellschaft zu einer glänzenden Soirée in seinem großartigen Hotel. Tags darauf wurde den Gästen zu Ehren ein solennes Gastmahl von 500 Couverts in dem Saale des adeligen Vereins gegeben. Heut empfängt sie und die Celebritäten der Kunst und Wissenschaft an seiner Tafel der Minister des Volksunterrichts, Graf Tolstoi. Es herrscht eine freudige Bewegung in unserer Hauptstadt, die, fern von jeder offiziellen Beziehung, um so reiner und einzig dasteht, als sich die Gelegenheit, die Vertreter der stammverwandten Slavenvölker gastlich zu empfangen, früher nie in dieser Weise geboten. Und da kein einziger Pole unter den Deputirten vorhanden ist, und der Verkehr mit ihnen ohne den geringsten Mißton herzlich und offen besteht, so dürften diese Tage für die innigen Beziehungen der dem großen Slavenvolke angehörigen Völkerschaften von unberechenbarer Bedeutung sein. Morgen gehen die Deputirten nach Zarskoje Selo, um Sr. Majestät dem Kaiser vorgestellt zu werden, und am Montage darauf verlassen sie uns, um ihrem Ziele Moskau und der ethnographischen Ausstellung zuzueilen.

In Bezug auf die gegen die jüdische Bevölkerung gerichteten Verfolgungen in Jassy und dem rumänischen Gebiete vernimmt die „Wiener Abendpost", „daß die österreichischen Konsuln in Jassy und in Bucharest angewiesen sind, in Verbindung mit den Vertretern Frankreichs, denen von Seite ihrer Regierung gleichartige Instruktionen ertheilt wurden, sich auf das Lebhafteste zu Gunsten der Bedrückten zu verwenden." Wie die „Presse" berichtet, ist der österreichische General-Konsul angewiesen, volle Entschädigung für die österreichischen Unterthanen zugefügten Eigenthums-Verletzungen, sowie Garantien für Leben und Eigenthum für die Zukunft zu verlangen."

Athen, 17. Mai. An der griechisch-thessalischen Grenze hat die insurrektionelle Bewegung bereits große Ausdehnung gewonnen. Am 29. April hat der Revolutionschef Athanassoli sich im Dorfe Rencina festgesetzt und dem ihm entgegengesandten Bataillon türkischer Truppen eine Schlappe beigebracht. Vier Tage später, am 3. Mai, schiffte sich der bekannte Oberst Zami, der sich lange in Amaliopolis, einer kleinen griechischen Grenzstadt, aufhielt, nach Listoro-Castro ein, bei Calanero. Mit ihm waren die Häuptlinge Cassido, Georgios, Chiotaki und Apostoli und 150 Mann. Sie haben sich des wichtigen Ortes Milesi bemächtigt. Der türkische Kaimakam Rifaet-Pascha wollte zwar den Insurgenten eine Schlacht anbieten; diese aber wichen einer solchen aus, indem, wie es scheint, von nun an die Insurgenten den Krieg im kleinen führen werden, bis ihnen eine beträchtliche Hülfe zukommt. Mit der Rückkehr des Königs Georgios I. dürfte der Krieg zwischen Hellas und der Pforte doch ausbrechen, wenn die Türkei nicht früher Kandia an Griechenland abtritt. Es ist Thatsache, daß Frankreich, Rußland und Preußen diese Abtretung wünschen und dafür auch mit materieller Gewalt einzustehen beschlossen haben. Auch von Kandia gelangen lauter frohe Botschaften an. Selbst Omer Pascha ist ohnmächtig, die Insurrektion zu erdrücken. Allen gegentheiligen Telegrammen ist keine Bedeutung beizulegen, die Sache der Kandioten steht besser als je. Es ist zwar noch ein Geheimniß der hiesigen Diplomatie, daß der König Georgios zur Mitgift seiner Braut, der russischen Prinzessin, (die Vermählung soll schon im Juli ds. Js. stattfinden) die Versicherung erhielt, daß ihm Thessalien und Epirus wie Kandia und der griechische Archipel ausgehändigt werden wird. Das Tuilerienkabinet ist damit einverstanden, nur Lord Stanley, der Leiter des englischen Ministeriums des Aeußern, will nichts davon wissen. Indessen arbeiten an der Themse geheime griechische, dänische und russische Einflüsse, das Ministerium dazu zu bewegen, oder es aus dem Sattel zu heben — und diesem Spiele hinter den Koulissen dürfte der Prinz von Wales, Schwager Georgio's I., nicht fremd sein. Gerüstet wird bei uns in einem hierzulande noch nie gesehenen Maßstabe. Trotzdem, daß fast alle Tage Gewehre, Kanonen und Munition von Nordamerika ankommen, arbeiten unsere Arsenale Tag und Nacht; eine Armee von 50,000 Mann dürfte demnächst völlig ausgerüstet werden können. Auch in der Geldsache wird demnächst eine Abhülfe getroffen werden, indem die Nationalanleihe sehr erfreuliche Fortschritte macht. Von Hellenen im Auslande fließen reichliche Gelder ein. Ein Grieche in Odessa z. B. hat allein 20,000 Dukaten gezeichnet. (D. Allg. Ztg.)

Rhodos, 14. Mai. Die kretische Frage ist in statu quo. Der Geist der Aufständischen ist vortrefflich. Das Dampfschiff „Arkadion" macht, als wäre es ein Postdampfer, regelmäßige Fahrten hin und her, ohne daß die türkische Flotte, auf welche so viele Mil-

Flotten verwendet worden, es im geringsten behelligen könnte. Auch hat, schreibt man uns, Omer Pascha bei der Regierung in Konstantinopel darauf angetragen, die Flotte, die an der kretischen Küste doch nichts nütze, wieder auf ihren Ankerplatz im goldenen Horn zu verlegen. Und dennoch ist diese Flotte kein verächtlicher Gegenstand, allein sie müßte dann in andern Händen sein, als denen der Türken. — Die hellenische Regierung soll eine Rektifikation der Grenzen Griechenlands verlangen wollen, was eine natürliche Folge der Vereinigung Kreta's mit diesem Königreich wäre. — In Thessalien und Epirus nimmt der Aufstand immer größere Verhältnisse an. Die Aufständischen tragen das rothe Garibaldi-Hemd. — In Budrum, einer Stadt in der Nähe von Rhodos, haben sich Türken Gewaltthätigkeiten an Christen zu Schulden kommen lassen. Doch ist die Sache von geringer Erheblichkeit. (Allg. Ztg.)

New-York, 15. Mai. Negercravalle sind im Süden an der Tagesordnung und zwar scheinen diesmal die Schwarzen die Veranlassung zu sein, so daß Militär gegen sie einschreiten mußte und General Shefield sich gezwungen sah, eine aus Farbigen gebildete Cavallerie-Compagnie aufzulösen. In Richmond gab die Befreiung eines betrunkenen Schwarzen aus den Händen der Polizei zu sehr ernsten Ruhestörungen Anlaß. Vier Polizisten wurden arg mißhandelt und erst nachdem die bewaffnete Macht sich ins Mittel gelegt und 18 von den Rädelsführern abgefangen hatte, wurde es wieder ruhig in der Stadt. — Auch in Mobile kamen scandalöse Scenen vor. Dort wurde das Congreßmitglied Kelley bei einem Meeting (diesmal von dem weißen Pöbel) arg mißhandelt und entging nur mit genauer Noth dem Tode. Aber Andere wurden schwer verwundet und drei getödtet. Schließlich konnte der Cravall ebenfalls nur durch Polizei und Militär unterdrückt werden. Ueber die Veranlassung dieser Scenen lauten die Berichte verschieden. Nach Einigen waren sie von ehemaligen Rebellen angestiftet, nach Anderen war die Menge durch beleidigende und herausfordernde Reden des genannten Senators wüthend gemacht und die ersten Schüsse von den Schwarzen abgefeuert worden. — In Brownsville (Tennessee) war ein radikales Meeting durch Pöbelhaufen auseinander gejagt worden, wobei wieder fünf Personen um's Leben kamen, und in New-Orleans fehlt es fast an keinem einzigen Tage an unangenehmen Auftritten zwischen der weißen und schwarzen Bevölkerung. Das sind jedenfalls unliebsame Zustände, auf die man jedoch als unausweichliche Begleiter der gegenwärtigen Uebergangsperiode kein übergroßes Gewicht legen darf. — Jefferson Davis, der am 11. d. in Richmond eintraf, war im Hotel Spotteswood, woselbst er Absteigquartier nahm, von einer großen Anzahl seiner ehemaligen Freunde und Parteigenossen besucht worden. Am 13. erschien er vor dem Gerichtshofe, wobei ihm offiziell mitgetheilt wurde, daß die Regierung vorerst keinen Prozeß gegen ihn anstrengen wolle. Sein Anwalt stellt das Ansuchen, daß er, in Anbetracht seiner langwierigen Gefangenschaft und leidenden Gesundheit, gegen Bürgschaft auf freien Fuß gesetzt werde, und da der Staatsanwalt dagegen keine Einsprache erhob, fixirte der Richter die Summe der zu stellenden Bürgschaft auf 100,000 Dollars. Davis verpflichtete sich, am 25. November d. J. sich dem Gerichtshofe zu stellen, und die geforderte Bürgschaft wurde durch Horace Greely und 13 andere bereitwillig geleistet. Erst dann wurde Davis der Haft entlassen. Als er, den Gerichtshof verlassend, in sein Hotel zurückkehrte, empfing ihn die Menge auf der Straße mit lautem Beifallsrufe und — was sonderbar klingt — viele Schwarze drängten sich, ihm die Hände zu schütteln (vielleicht als ihrem unmittelbaren Befreier?). Am selbigen Abend noch schiffte er sich nach New-York ein, von wo er nach Canada reist, um seine, in einer dortigen Schule untergebrachten Kinder zu besuchen. — An der canadischen Grenze soll es übrigens nicht ganz geheuer sein. Wenigstens hieß es, daß die Colonialbehörden von einem neuen Einbruchsversuche der Fenier Kunde erhalten hatten.

Neueres.

London, 29. Mai. In einer fünfstündigen Debatte der gestrigen Unterhaussitzung hat die Reformbill beträchtliche Fortschritte gemacht. — Der Besuch des Sultans in England wird auf besondere Einladung der Königin erfolgen, und man erwartet, daß er acht Tage bleiben werde. Ein anderer merkwürdiger Besuch im Juli wird der des amerikanischen Expräsidenten Jefferson Davis sein.

Aus **Konstantinopel,** vom 29. Mai, wird gemeldet: Der Sultan hat das Gesetz sanctionirt, durch welches das Successionsrecht auf die Domanialgüter und ländlichen Besitzungen in den Vakufs oder Ländereien der todten Hand ausgedehnt wird.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$68\frac{1}{2}$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$62\frac{3}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$55\frac{1}{2}$—$\frac{1}{4}$ G
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	$41\frac{1}{2}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$100\frac{3}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$94\frac{1}{4}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$90\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$90\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	94 P. $93\frac{3}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$93\frac{1}{2}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto	$94\frac{3}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	89 G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$81\frac{1}{4}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt. " " "	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$85\frac{1}{8}$ P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D.$2\frac{1}{2}$	$78\frac{3}{8}$ P.
"	6pCt. ditto r. 1882 "	$77\frac{7}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$128\frac{7}{8}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	690 G
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$176\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90\frac{1}{4}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	205 P. 204 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	323 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$109\frac{1}{2}$ G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	219[illegible] G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	111 P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt.Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$150\frac{1}{2}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$90\frac{1}{4}$ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{3}{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$48\frac{5}{8}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$74\frac{3}{4}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$45\frac{1}{8}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$116\frac{3}{8}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{2}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97\frac{1}{2}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{2}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{5}{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$94\frac{1}{2}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$94\frac{1}{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	114 P. $113\frac{1}{2}$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$63\frac{1}{8}$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$71\frac{1}{2}$—$\frac{3}{4}$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	119 G.
" do. v. 1864	$75\frac{1}{4}$—$\frac{3}{4}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{7}{8}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$9\frac{5}{8}$ G.
Badische fl. 35	—
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$142\frac{1}{2}$ P.
" fl. 25 do.	$38\frac{7}{4}$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	68 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. . . b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11 G.

Frankfurt, 31. Mai. Der Monat schließt mit einem nach der bisherigen Trägheit des Geschäftes unerwarteten Aufschwung, der schon am Mittwoch Abend auf bessere Wiener Course seinen Anfang und gestern in der Effektensocietät seinen Fortgang nahm. Auch heute setzte sich die Haussebewegung für österreichische und süddeutsche Sachen fort und war die Stimmung eine überaus günstige. Nur gegen den Schluß hin ermattete man etwas. Die Bankiers und großen Geldinstitute brauchen für die vielen neuen Anlehen und finanziellen Operationen, mit denen sie dem oft erwähnten Geldüberfluß abhelfen wollen, einen willigen Markt und so darf es nicht Wunder nehmen, wenn sie die Course so fest als möglich zu erhalten suchen. Nur Amerikaner schlugen heute auf die neuesten, nicht gerade sehr aufmunternden Newyorker Nachrichten ihren eigenen Weg ein und participirten nicht an der allgemeinen Hausse, obzwar sie in fester Haltung verkehrten. — In Staatsbahnaktien, die jetzt wieder eingeführt sind, war namhaftes Geschäft zu steigenden Coursen und wurden Prämien auf Ultimo mit fl. $5\frac{1}{2}$ bezahlt. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 152-53.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 3. Juni 1867.

Rückblicke auf den norddeutschen Reichstag.

— Der norddeutsche Reichstag ist zwar seit geraumer Zeit zu Ende und die allgemeine Aufmerksamkeit ist selbstverständlich zumeist mit seinem Ergebnisse, der Verfassung des norddeutschen Bundes, beschäftigt. Gleichwohl dürften noch einige Rückblicke auf den Bestand desselben von Interesse sein. Der Reichstag, welcher bekanntlich nur „zur Berathung der Verfassung und der Einrichtungen des norddeutschen Bundes" gewählt war, und welcher in seiner diesmaligen Zusammensetzung nicht wieder berufen, sondern auf Grund der eben von ihm berathenen Verfassung neu gewählt wird, wurde am 24. Februar eröffnet und am 17. April geschlossen. Während dieser siebenwöchentlichen Dauer hat er 35 Plenarsitzungen gehalten; in seiner 6. Sitzung am 4. März empfing er den Entwurf der Regierungen; in seiner neunten am 9. März begann er dessen erstmalige Berathung, die er in seiner 32. Sitzung am 10. April beendete. In zwei Sitzungen, am 15. und 16. April, wurde die ganze Schlußberathung erledigt. Das Frankfurter Parlament 1848—49 brauchte zu seiner Verfassung zehn Monate: es hat sich am 18. Mai 1848 konstituirt, berieth während des Sommers die sogenannten Grundrechte, und wendete sich erst am 19. Oktbr. zu den anderen Theilen der Verfassung, mit der es am 27. März 1849 fertig wurde. Freilich ist diesem Parlamente keine Regierungsvorlage gemacht worden, sondern es hat sein Werk aus sich selber schöpfen müssen; freilich hat der norddeutsche Reichstag in ruhigerer Zeit und mit weniger Störung arbeiten können; und freilich war über seine Kompetenz von Seite der Regierungen schon das Nöthige zugestanden. Der norddeutsche Reichstag bestand aus 297 Abgeordneten, darunter 236 Preußen (die aus den neu erworbenen Ländern hinzugerechnet), 23 Sachsen, 6 aus Mecklenburg-Schwerin, je 3 aus Großherzogthum Hessen, Weimar, Oldenburg, Braunschweig und Hamburg, je 2 aus Meiningen, Koburg-Gotha und Anhalt und je 1 aus Mecklenburg-Strelitz, Altenburg, Rudolstadt, Sondershausen, Waldeck, Reuß ält. L., Reuß j. L., Schaumburg-Lippe, Lippe-Detmold, Lübeck und Bremen. Die Abgeordneten bestanden aus 7 Militärs (darunter Prinz Friedrich Karl von Preußen), 54 Verwaltungsbeamten (darunter die Minister Bismarck und Roon von Preußen, Watzdorf von Weimar, Oheimb von Detmold), 25 Universitätslehrern, Geistlichen und Schriftstellern, 17 Beamten außer Dienst und Privatiers, 97 Grundbesitzern und Landwirthen (unter diesen die Herzoge von Antibor und Ujest, die Fürsten Lichnowsky, Solms und Pleß und 4 ehemalige Minister), 17 Kaufleuten und Industriellen (darunter Rothschild von Frankfurt), 12 Kommunalbeamten und 67 (mit Einschluß der Advokaten) Justizbeamten. Von den 236 Preußen waren 23 zugleich Mitglieder des preußischen Herrenhauses, 69 des Abgeordnetenhauses. Dem Frankfurter Parlamente hatten 18 angehört, unter ihnen Dr. Simson, dort und wieder hier Präsident der Versammlung. Was endlich noch die Parteigruppirungen betrifft, so zählte die konservative Fraktion 60 Mitglieder, die freie konservative Vereinigung (Graf v. Bethusy-Huc, Herzog v. Ujest rc. rc.) 39 Mitglieder; die Fraktion der Altliberalen (v. Vinke, Baumstark) 27 Mitglieder; die partikularistisch-konstitutionelle Vereinigung (vornehmlich aus dem Königreiche Sachsen) 18 Mitglieder; die Fraktion der National-Liberalen 79 Mitglieder; die „freie Vereinigung" (die katholische Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses) 14 und die Fraktion der Linken 19 Mitglieder. Der sich absondernden Polen waren es 13 und der Rest schloß sich keiner Partei an, — sie waren, was man bei uns „Wilde" nennt.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 31. Mai. Se. Majestät der König hat dem k. preuß. Legationssekretär Hans v. Alvensleben das Ritterkreuz 1. Klasse des Verdienstordens vom h. Michael verliehen.

Seit dem 1. Mai sind in den Orten Essingen, Gangrehweiler und Wilgartswiesen, Regierungsbezirk Pfalz, Postexpeditionen ins Leben getreten.

** **München**, 31. Mai. Der Gesetzgebungsausschuß fuhr in der Berathung über das Gantverfahren fort und unterstellte zunächst den Art. 1021 a des neuen Vorschlags der k. Staatsregierung, welcher das enthält, was der Gantschuldner, um die Ganteröffnung zu erwirken, zu thun habe, der Beschlußfassung und trat ihm im Wesentlichen bei. Auch für Art. 1022 lag eine neue Fassung der k. Staatsregierung vor. Derselbe ist Consequenz bisheriger Beschlüsse und trat der Ausschuß diesem Artikel, sowie dem Art. 1223 und Art. 1224, welche miteinander verbunden wurden, im Wesentlichen nach dem Entwurfe und einer neuen Fassung des Referenten und unter Abstrich des Abs. 2 des Art. 1024 bei. Art. 1025, welcher in dringenden Fällen Sicherungsmaßregeln enthält, wurde in der neuen Fassung der k. Regierung angenommen. Ebenso fand Art. 1026 und 1027 unter Abstrich des Abs. 1, als durch Art. 1020 bereits gedeckt, und der Abs. 3 und 4, 1028 und 1029 nach dem Referate Annahme. Art. 1030 über die Ewiggeldsachen wurde nach dem Entwurfe angenommen. Die Art. 1031—1038 umfassen die Bestimmungen über die Ganteröffnung. Auch hier lagen einzelne Vorschläge der k. Staatsregierung und zwar zu den Art. 1031, 1032, 1034 und 1038 vor. Der Ausschuß trat diesen Vorschlägen, im übrigen dem Entwurfe mit den Modifikationen des Referates unter Abstrich

---

Feuilleton.

Von der Pariser Ausstellung.

Landwirthe aus Ländern mit vorgeschrittener Agrikultur, welche die Insel Billancourt besuchen, werden sich nothwendigerweise einigermaßen enttäuscht fühlen, da die Erwartungen, welche man von den dort zu veranstaltenden Ausstellungen und Versuchen zu hegen berechtigt war, keineswegs erfüllt werden. Der eine Theil der Insel ist bekanntlich für Kulturversuche mit landwirthschaftlichen Gewächsen, der andere für die Thier- und Maschinen-Ausstellung bestimmt. Beide lassen Vieles zu wünschen übrig; es findet sich jedoch auch noch manches Beachtenswerthe daselbst, so daß ein Besuch sich wohl der Mühe verlohnt. Die landwirthschaftlichen Kulturversuche sind wenig ausgedehnt und, soweit bis jetzt zu übersehen, nicht immer mit Glück durchgeführt. Interessant ist aber die Darstellung der verschiedenen Methoden, Obstbäume am Spalier und Zwergbäume zu erziehen. Auch sind zwei kleine Hopfengärten da, in denen der Hopfen an Draht nach den verschiedenen, in deutschen Fachschriften schon vielfach erörterten Methoden gezogen wird.

Die Viehausstellungen anlangend, so hat vom 1. bis 15. Mai Milchvieh zur Schau gestanden. Es waren bloß französ. Heerden repräsentirt, und gewährte es dem fremden Landwirthe ein großes Interesse, die hauptsächlichsten Rindviehracen Frankreichs hier vertreten zu finden: Race Bretonne, Vendéenne, Normande, Flamande, Girondaise, Lourdaise; von ursprünglich auswärtigen, jetzt aber auch in Frankreich gezüchteten Racen waren vertreten: Airshire-, Shorthorn-, Schweizer und Holländer Vieh. Unter allen Racen waren in ihrer Art sehr schöne Exemplare. Von dem eigentlichen französischen Vieh erschienen die Flamänder als die besten zur Milchproduktion; es sind schwere, dunkelroth-braune Thiere mit verhältnißmäßig feinem Knochenbau, breitem Kreuz, kurzen Beinen und langem, etwas gesenktem Rumpfe, durchgängig den Typus von Niederungsvieh in sich tragend. Einige Tage vor dem Schlusse jeder Ausstellung hat eine Auktion der zum Verkauf gestellten Thiere stattgefunden. Am 11. d. M. war die für das Milchvieh angesetzt, und hatten sich dazu die Herren, welche die Leitung des Verkaufes übernommen, mit einem Ausrufer und ein Publikum von circa 30 Menschen eingefunden. Alle verkäuflichen Thiere, und deren waren wenigstens $^3/_4$ der im Ganzen (circa 150) ausgestellten wurden auch einzeln ausgerufen, aber auf kein einziges wurde ein Gebot gemacht, weder auf die mit einer bestimmten Taxe, noch auf die ohne eine

des Art. 1037 bei. Die Art. 1039—1043 geben die Bestimmungen über die Rechtsmittel. Zu Art. 1039 und 1040 lagen neue Fassungen seitens des k. Ministerialkommissärs vor, wodurch das Rechtsmittel der Beschwerde, statt das der Berufung gegen das Ganteröffnungserkenntniß gegeben wird. Der Ausschuß trat diesen Vorschlägen bei, und strich die Art. 1041 und 1042 in Consequenz des Abschlusses zu Art. 1037 den Art. 1043 als überflüssig ab. Die Art. 1044 und 1045, welche die Wirkungen der Gant regeln, wurden im Wesentlichen nach dem Entwurfe, jedoch unter Abstrich des Art. 1045 Abs. 3 und 4 unter Annahme eines neuen von dem kgl. Ministerialkommissär vorgeschlagenen dritten Absatzes seitens des Ausschusses angenommen.

München, 1. Juni. Die Gesandtschaftsernennungen sind nunmehr erfolgt. Graf Taufkirchen ist für Petersburg, Dönniges für Bern, Graf Quadt-Isny für Haag und Brüssel, Baron Niederer für Karlsruhe, Graf Paumgarten zum Geschäftsträger in London, Baron Tautphoeus zum Legationssekretär in Florenz ernannt. Die bisherigen Gesandten Baron Cetto in London und Graf Narogna in Brüssel sind pensionirt.

Aus Schwaben. Man erzählt sich, daß am 30. Mai in Nördlingen eine Konferenz der Minister der süddeutschen Staaten stattgefunden hat. (A. A.)

Darmstadt, 31. Mai. In der heutigen Sitzung zweiter Kammer wird vorerst eine Zuschrift des Kriegsministeriums verlesen, welche besagte, daß dasselbe, um sich nicht einem Drängen von Seiten Preußens auszusetzen, im Laufe des Sommers die der Militärkonvention entsprechende Formation unserer Truppen vornehmen werde und auf eine nachträgliche Genehmigung des Hauses hoffe. Sodann beginnt die Debatte über den Metz'schen Antrag. Der erste Redner ist der Finanzminister. Die Regierung habe schon seit längerer Zeit verhandelt über die Erbauung folgender Bahnen: 1) einer Eisenbahn von Offenbach nach Hanau, veranschlagt zu 3 Mill.; 2) einer Odenwaldbahn je nach der Richtung von 5—7½ Millionen Kosten; 3) einer Bahn von Bensheim nach Worms, Kosten 2½ Millionen; 4) einer Riedbahn von Darmstadt nach Worms, Kosten 5 Millionen; 5) einer Bahn von Gießen über Grünberg, Alsfeld nach Fulda, Kosten 11 Millionen; 6) von Gießen über Büdingen nach Gelnhausen. Sie sei von geringem Interesse für das Großherzogthum. 7) Bahn von Mainz über Alzey nach Kaiserslautern; 8) von Alzey nach Bingen; 9) von Monsheim nach Grünstadt und Wachenheim. Diese rheinhessischen Bahnen von 7—9 würden etwa 8 Millionen, die starkenburgischen Bahnen würden etwa 18, die oberhessischen 19 Millionen, sämmtliche Bahnen also etwa 45 Millionen kosten, eine Summe, welche ohne beträchtliche Verluste kaum zu beschaffen sein würde. Eine solche Verantwortung unter den jetzigen Verhältnissen zu übernehmen, könne sich die Regierung nicht entschließen. Sie sei im verflossenen Jahre mit der hessischen Ludwigsbahn in Verbindung getreten über Erbauung der rheinhessischen, mit einer englischen Gesellschaft und der bergisch-märkischen Gesellschaft über Erbauung der oberhessischen Bahnen; die politischen Ereignisse hätten diese Projekte vereitelt. Darauf habe die Ludwigsbahn-Gesellschaft die bekannte Proposition über den Kauf der Main-Neckarbahn gemacht und sich für diesen Fall zur Erbauung der Bahnen südlich des Mains verbindlich gemacht. Die Regierung frage nun die Stände, ob sie diesem Projekte zustimmen und welche Linien gewünscht würden. Auch mit der preußischen Regierung sei man in Verhandlung über Abtretung der Main-Weserbahn, wodurch man die Mittel zur Erbauung der oberhessischen Bahnen erhalten könne. Auch hierüber frage die Regierung nach der Meinung der Stände. Der Vollständigkeit wegen müsse noch des Projektes der Taunusbahn, einer linksmainischen Bahn, erwähnt werden und sei zu erwägen, ob die Propositionen der Ludwigs- oder der Taunusgesellschaft angenommen werden sollten. Metz findet es auffallend, daß die Regierung die Erklärungen, die sie heute gegeben, nicht schon längst gemacht habe. Außerdem sei es sonderbar, daß man den Ständen Fragen statt Propositionen vorlege. Redner hält es dann für nöthig, das Ministerium Dalwigk Spießruthen laufen zu lassen und wiederholt in dieser Beziehung oft Gehörtes. Auch in der Eisenbahnfrage verdiene dieses Ministerium keinen Dank. Baden besaß 1866 96½, Würtemberg 81⅕ und Hessen 12½ Meilen Eisenbahn. Letzteres also gerade so viel als das eminése Mecklenburg. Im vorigen Jahre seien in diesen Staaten eben so wie in Bayern und Preußen neue Linien eröffnet worden, nur bei uns nicht. Freilich gingen seine Anträge dem Ministerium zu Leibe, aber Niemand im Hause werde das Verfahren desselben zu billigen wagen. Warum suche die Regierung nicht in Rapport mit der Landesvertretung zu bleiben? Statt dessen habe man Jahre lang den Ständen keine Antwort gegeben, weil man keine Energie, keine Entschlußfähigkeit besitze, weil sich vielleicht 2 oder 3 Seelen in unserm Ministerium befänden. Die konstitutionelle Initiative, welche sonst so streng festgehalten werde, komme in der Eisenbahnfrage absolut nicht zur Geltung. Die Regierung müsse Hoffnungen und Zweifeln ein Ende machen und endlich Propositionen machen. Er betrachte seinen Antrag durch die Erklärung der Regierung nicht für erledigt, denn durch diese Erklärung werde noch lange keine Bahn gebaut, vor Allem aber finde sich nirgends eine Lösung der Probleme, ob Staats- oder Privatbahn, ob Konkurrenzbahnen oder nicht. Die Vorlage eines Eisenbahnnetzes, welche schon seit 4 Jahren gefordert worden, müsse gemacht werden. Sein Antrag sei kein politischer, kein Parteiantrag, er verlange nur, daß die Regierung ihre Schuldigkeit thue. Der Präsident gibt der Kammer anheim, ob sie noch weiter über die maßlosen Angriffe des Herrn Metz discutiren wolle. (Forts. folgt.)

Berlin, 30. Mai. In der morgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wird der Antrag Waldeck-Virchow-Hoverbeck auf motivirte Ablehnung der Bundesverfassung wieder eingebracht werden. Eine nochmalige Diskussion über diese Verfassung herbeizuführen, liegt übrigens nicht in der Absicht der Fortschrittspartei. Dagegen werden die Herren v. Kleist-Retzow und Genossen es sich nicht nehmen lassen, nächsten Sonnabend im Herrenhause auf das patriotische Opfer hinzuweisen, das es ihnen koste, eine Verfassung mit allgemeinem Stimmrecht und ohne Herrenhaus anzunehmen. Falls die polnischen Mitglieder des Herrenhauses nicht erscheinen, dürfte die Annahme der Verfassung daselbst einstimmig erfolgen. Im Abgeordnetenhause erwartet man morgen noch einige kleinere zur Schlußberathung sich eignende Vorlagen der Regierung, so daß vielleicht noch nächsten Montag eine Sitzung stattfinden muß. Alsdann wird wieder, wie vor drei Wochen, eine Vertagung und zwar bis zum 22. Juni, dem Tage, wo das Herrenhaus die zweite Lesung der Verfassung vornehmen kann, eintreten. Es läßt sich annehmen, daß bis Ende Juni auch in allen übrigen Staaten des norddeutschen Bundes die Verfassung die Zustimmung der Landtage erhalten haben wird. Es würde daher nichts im Wege stehen, den Anfangstermin der Gültigkeit der Bundesverfassung, worüber die Bestimmung bekanntlich in dem Entwurfe offen gehalten

---

solche angesetzten. Bei jenen differirte die Forderung für junge, aber gebrauchsfähige Zuchtstiere von 460 bis 1030 Frs.

Die Maschinen-Ausstellung wird als das Beste bezeichnet, was Billancourt bietet. Leider wurden die Versuche nicht so ausgeführt, wie es zu wünschen wäre. Versuche mit Dampfpflügen sind vorläufig ganz ausgesetzt. Die „Annalen für Landwirthschaft“ fällen darüber folgendes Urtheil: „Die ausgestellte Mähemaschine von Mac Cormick trägt die Nummer 78,351, der beste Beweis für die Brauchbarkeit derselben. Neben dieser seit einer Reihe von Jahren bereits in Europa bekannten Maschine steht eine zweite, die Perry'sche Maschine, welche ganz originell construirt ist. Bei ihr liegt nämlich das Messer in der Richtung der Fahrrad-Achse, was durch eine sehr sinnreiche Construction des rechten Rades ermöglicht wird. Die Zugstange greift nämlich durch dieses Rad hindurch, zu welchem Zwecke dasselbe nicht wie gewöhnlich auf einer Nabe, sondern auf einem an dem Gestell befestigten Kranze läuft. Durch diese Construction wird der Seitenzug, welcher bei allen früheren Mähe-Maschinen schädlich wirkte, um ein Beträchtliches reduzirt, und werden die im Sommer vorzunehmenden dynamometrischen Versuche sicherlich günstige Resultate für diese Maschine ergeben. Die Maschine von Seymour, Morgan und Allen verdient ebenfalls wegen der sinnreichen Anordnung ihrer Ablege-Vorrichtung allgemeine Beachtung; sie ist auch bereits seit der Hamburger Ausstellung 1863, wo sie zuerst bei uns bekannt wurde, mehrfach mit gutem Erfolge angewendet worden. Die englischen Mähemaschinen stehen gegen die amerikanischen zurück; sie sind complicirter, schwieriger zu handhaben und schwerer. Letzterer Umstand möchte namentlich bei den Gras-Mähemaschinen ganz entschieden den Ausschlag zu Gunsten der Amerikaner geben. Ein Mittelding zwischen den englischen und amerikanischen bilden diejenigen Maschinen, welche in England nach amerikanischem Muster gefertigt werden, wie die Samuelson'sche Getreide-Mähemaschine oder Howard's neue anglo-amerikanische Mähemaschine. Die erstere ist bei uns schon sehr verbreitet und gilt zur Zeit als eine der vorzüglichsten; die Howard'sche Maschine (auf Billancourt) ist ganz neu, von dem Fabrikanten aus Amerika eingeführt und verspricht Außerordentliches, wenn sich das in der Praxis bewähren sollte, was hier constructiv als durchaus begründet anerkannt werden muß. Die übrigen englischen Maschinen, z. B. die Hornsby'sche, sind Umgehungen englischer Patente, meistens des Samuelson'schen Patents; ebenso möchte eine neue Howard'sche Getreide-Maschine, die sich im englischen Annex des Champ de Mars befindet und nicht mit der eben erwähnten Maschine dieses Fabrikanten in Billancourt verwechselt werden darf, wenig Empfehlenswerthes darbieten. (N.F.P.)

ist, auf den 1. August zu setzen. Trotz der officiösen Versicherungen, daß über die Zeit der Wahlen zum ersten ordentlichen Reichstage noch nichts bestimmt ist, erhält sich hier die Meinung, daß die Regierung diese Wahlen schon ihm August vornehmen lassen werde. Man gibt sich in officiösen Kreisen dem Glauben hin, daß bis dahin die liberale Agitation und Organisation, bei der Ermüdung der Führer von den langen und anstrengenden Sitzungsperioden noch nicht so weit vorgeschritten sein werde, um den Gegenbemühungen um regierungsfreundliche Wahlen erhebliche Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Anderntheils soll auch die Absicht obwalten, im September den Reichstag zu einer kurzen Session zusammenzuberufen behufs „Vereinbarung eines Marineetats" und Bewilligung etlicher Dotationen für den Bundesrath, die Bundesconsuln, den Bundeskanzler u. s. w. Die beabsichtigte Erhöhung der Tabaksteuer dürfte man indessen schwerlich schon unter den Vorlagen für diese Session ankündigen, man würde der liberalen Partei damit ein gar zu bequemes Agitationsmittel für die Wahlen in die Hand geben. Jedenfalls hat die liberale Partei alle Ursache, schon jetzt die Organisation für die nächste Reichstagswahl in etwa vorzubereiten. Zu diesem Zwecke wird morgen Abend eine Zusammenkunft hiesiger Abgeordneter der Fortschrittspartei stattfinden. Vielen Anklang findet der Plan, einen volksthümlichen Wahlverein zu gründen, welcher sich nach dem Muster der Organisation des Nationalvereins über das ganze Land zu verbreiten hätte. Die Mitglieder würden einen jährlichen Beitrag von einem Thaler zu zahlen haben, wovon einige Silbergroschen in die hiesige Centralkasse abzuführen wären, der Rest aber dem localen Wahlcomité zu verbleiben hätte. Man darf sich darüber keinen Täuschungen hingeben: der Modus der direkten Wahl wird den Wahlakt selbst für jede Partei mehr und mehr kostspielig machen; in Colportage von Stimmzetteln und Flugblättern, Zeitungsankündigungen, Agitationsreisen u. s. w. wird es eine Partei der anderen zuvorzuthun suchen. Wenn daher für diese Zwecke nicht bei Zeiten genügende Fonds bereit gestellt werden, dürften sich daraus in Verbindung namentlich mit der Nichtgewährung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten sehr erhebliche Hindernisse für liberale Wahlen ergeben. (Fr. J.)

Der „Weser-Ztg." wird von **Berlin** geschrieben: „Die neue Organisation der süddeutschen Streitkräfte wird lange nicht den innigen Anschluß derselben an die Wehrverfassung des Norddeutschen Bundes herbeiführen, wie man bisher annehmen zu können meinte. Der württemberg. Entwurf zu dieser Organisation, der bereits veröffentlicht worden ist und der von den offiziellen preuß. Organen im Wesentlichen als begründet bezeichnet wird, hebt darüber jeden Zweifel, und bleiben demnach als beiderseitige Einheitspunkte zwischen der nord- und süddeutschen Wehrverfassung nur die gleiche Escadrons- und Compagnie-Formation für die Kavallerieregimenter und Infanteriebataillone, die gleiche Kopfstärke für Beide bei Einnahme des Kriegsfußes und die gleiche Infanterie- und Artilleriebewaffnung. Ob auch gleiches Kommando und Exercitium, erhellt dagegen noch nicht, aber eine Gleichheit der Uniformirung wie der Organisations- und Formationsverhältnisse über den Bataillons- und Cavallerieregimentsverband hinaus findet wenigstens in Betreff der letzten beiden Punkte ganz entschieden nicht statt. Differenzpunkte zwischen der norddeutschen und zunächst der württembergischen Wehrverfassung bilden außerdem die nur zweijährige aktive Dienstzeit für die letztere, wie die Aufstellung noch einer allgemeinen Volkswehr hinter der in den wesentlichen Hauptpunkten der preußischen nachgebildeten Landwehr. Wahrscheinlich werden sich aber durch die Aufstellung dieser Volkswehr auch noch andere Differenzpunkte in Bezug auf das eigentliche Prinzip der norddeutschen Wehrverfassung, nämlich die allgemeine Wehrpflicht, anschließen, für welche der Boden in Süddeutschland noch nicht bereitet erscheint. — Für Luxemburg wird wahrscheinlich Trier befestigt oder bei Trier, zwischen den Ortschaften Conz und Schweich, eine feste Stellung geschaffen werden. Auch Wesel und Minden sollen dem Vernehmen nach weit stärker als bisher befestigt werden."

Berlin, 30. Mai. Vorgestern fand nach der „Rhein. Ztg." in dem Saale des Handwerkervereins eine allgemeine Studentenversammlung statt, welche den Zweck hatte, gegenüber der von einem Theil der hiesigen Studentenschaft erlassenen Beantwortung der französischen Friedens-Adressen den nationalen Standpunkt zu betonen. Die Versammlung war von etwa 300 Studenten besucht und die Debatte eine sehr lebhafte, da auch die Unterzeichner jener Beantwortung erschienen waren und ihrer Opposition in längeren Reden Ausdruck gaben. Kurz vor der Schlußabstimmung über die Resolution verließ denn auch ein Theil der Opponenten unter lautem Protest den Saal, und es wurde darauf mit großer Mehrheit folgende Resolution angenommen: „In der Ueberzeugung, daß bei aller Friedensliebe doch stets der deutsche Standpunkt gewahrt werden muß, daß aber dieß in der Antwort, welche auf die französischen Adressen in der Versammlung vom 21. d. M. gegeben ist, nicht genügend geschehen ist, erklärt die heutige allgemeine Berliner Studentenversammlung Folgendes: Auch wir verabscheuen jeden Eroberungskrieg. Wissen wir doch, daß alle Nationen gemeinsam Freiheit und Volkswohl fördern sollen. Wir halten aber anderseits die Aufrechterhaltung der Nationalitäten für nothwendig für die Gesammtentwickelung der Menschheit. Wo die nationalen Interessen nicht gewahrt sind, da sind auch die der Menschheit verletzt. Nichts widerstreitet mehr der Solidarität der Volksinteressen, als Beeinträchtigung einer Nation durch die andere. Darum beklagen wir, daß durch die Neutralisation Luxemburgs ein Stück deutschen Landes verloren gegangen ist. Den Straßburger Studenten gegenüber bedauern wir, daß sie durch eine erfundene Adresse, welche das Gepräge der Unwahrheit deutlich an sich trug, sich haben täuschen lassen und in ihrer Beantwortung derselben eine Gesinnung verrathen, die an der Aufrichtigkeit ihrer zuerst ausgesprochenen Meinung berechtigten Zweifel auftauchen läßt. Wir erachten uns daher einer Antwort auf jene Entgegnung überhoben, zumal sie in Ausdrücken abgefaßt ist, auf welche einzugehen den deutschen Studenten unmöglich ist."

Berlin, 31. Mai. Die „Nordd. Allg. Zeitung" schreibt: Die Ansicht des „Journal des Debats", die einzig befriedigende Lösung der Luxemburger Frage wäre die Einverleibung Luxemburgs in das Königreich Belgien gewesen, ist irrig. Die Bewohner Luxemburgs befürchteten gerade durch die Einverleibung in Belgien den Verlust der Vortheile des Zollvereins, welche so bedeutend sind, daß der Regierungspräsident Frhr. v. Tornaco bei der Conferenz in London sogar beantragte, das Verbleiben Luxemburgs im Zollvereine durch eine Vertragsbestimmung zu sichern. — Die Conferenz hatte sich jedoch nur mit der künftigen politischen Stellung des Großherzogthums Luxemburg zu beschäftigen und überdies sind die Zollangelegenheiten Sache der inneren Staatsgesetzgebung.

Wien, 31. Mai. Das „Neue Fremdenblatt" veröffentlicht den Adreß-Entwurf des Unterhauses. Derselbe kritisirt die Sistirungs-Aera, hofft glückliche Lösung und Regelung der Beziehungen zu den ungarischen Ländern und betont die Verpflichtung des Hauses, die gebotene Gelegenheit zur Verständigung über die Ordnung der Staatsverhältnisse bereitwillig zu benutzen. Der Entwurf verlangt ferner eben so vollwichtige Bürgschaften für die verfassungsmäßigen Rechte des Reichsrathes, wie sie die ungarische Verfassung genießt. Ueber den Erlaß eines Gesetzes, betreffend die Heeresergänzung ohne Zustimmung der Volksvertretung, spricht der Adreß-Entwurf Bedauern aus, begrüßt jedoch freudig die verheißene Gesetzesvorlage über Minister-Verantwortlichkeit. Auch eine Regelung des Vereinsrechtes so wie der Preßgesetzgebung im constitutionellen Geiste sei Bedürfniß. Als unabweisliche Nothwendigkeit wird eine verfassungsmäßige Revision des Concordats hingestellt.

Das Unterhaus verheißt die gewissenhafteste Aufmerksamkeit bei der Prüfung der Finanzvorlage. Weiter heißt es alsdann: Oesterreich bedürfe des Friedens im Innern; der Werth der erfolgreichen Schritte, welche die kaiserliche Regierung zur Erhaltung des europäischen Friedens unternommen habe, werde noch erhöht durch die Erklärung des Kaisers, daß jeder Gedanke an Wiedervergeltung der Regierung fremd bleibe. Oesterreich befinde sich an einem Wendepunkte, welcher für die ganze Zukunft seinen Bestand entscheide. Das Unterhaus werde bestrebt sein, mit stets bewährter Loyalität und Hingebung seinen großen Aufgaben gerecht zu werden. Mögen alle Völker Oesterreichs von der Ueberzeugung durchdrungen werden, daß nur durch vereinte Kraft die Ueberwindung der Drangsale möglich ist, welche schon in naher Zukunft über uns hereinbrechen können. Der Beginn der Adreß-Debatte in beiden Häusern des Reichsraths erfolgt nächsten Montag.

Wien, 31. Mai. Die „Wiener Abendpost" meldet: Einer Depesche der österr. Gesandtschaft in Washington vom 30. Mai, Nachts, zufolge, ist daselbst nur bekannt, daß nach Campbells Berichten Escobedo am 15. d. M. Queretaro einnahm, und daß Kaiser Maximilian bedingungslos kapitulirte. — Das neueste Bulletin über das Befinden der Erzherzogin Mathilde lautet, daß deren Zustand beruhigender sei.

Pesth, 28. Mai. In der heutigen Sitzung der Deputirtentafel wurden die vier Gesetzentwürfe und der Beschlußentwurf in der General- und Spezialdebatte mit den von der Centralkommission vorgeschlagenen Aenderungen angenommen. Die Abstimmung über die definitive Annahme erfolgte Freitag. Deak verfocht den die Palatinswürde betreffenden Gesetzentwurf in längerer Rede; von der Aufhebung dieser Würde sei keine Rede, doch müßte der Wirkungskreis des Palatins erst festgestellt werden, was einen Aufschub der Krönung zur Folge hätte. Hinsichtlich der Obliegenheiten des Palatins bei der Krönung einen Vorschlag zu machen, werde Aufgabe der wegen des Inaugural-Diploms entsendeten Regnicolar-Deputation sein. (Presse.)

Pesth, 31. Mai. Die Deputirtentafel hat die Gesetzentwürfe bezüglich der Revision einiger Gesetzartikel vom Jahre 1848 in der heutigen Sitzung angenommen.

Agram, 28. Mai. Wiener Blätter melden von hier: „Die von dem Gesangverein „Kolo" bei Gelegenheit der Vereinsfahnenweihe beschlossene Absingung der russischen Nationalhymne wurde von der Statthalterei verboten." — Der kgl. Commissär Cseh hat nationale Demonstrationen in Fiume mit Waffengewalt bedroht. — Die Wortführer der Nationalpartei treffen Vorbereitungen, die beabsichtigte Wahl der Krönungs-Deputation direkt aus den Comitaten zu hintertreiben. Der nächste Landtag soll in Essegg abgehalten werden.

Brüssel, 28. Mai. Die preußische Garnison zieht am 6. Juni von Luxemburg ab. Es bleibt nur noch die zur Ausräumung und Fortschaffung des Festungsmaterials nothwendige Mannschaft zurück. So berichtet das in Arlon erscheinende „Echo du Luxembourg." — Der König Leopold II., dem der Aufenthalt in Paris sehr zusagt, hat den Tag seiner Rückkunft noch nicht bestimmt. Der Graf von Flandern hat daher seine Abreise nach Paris verzögert, um nächsten Samstag den Kaiser von Rußland bei seiner Durchreise in Verviers begrüßen zu können. — Der Cassationshof hat gestern in demselben Sinne wie alle übrigen Instanzen die Eidesfrage dahin endgültig abgeurtheilt, daß der Eid ein entschieden religiöser Akt und die Erklärung eines auf die constitutionelle Gewissensfreiheit sich berufenden Bürgers denselben keineswegs berechtige, sich der üblichen Eidesformel mit Anrufung Gottes zu entziehen. Man ist sehr gespannt, ob der Justizminister, Herr Bara, der sich früher offen und bündig über die Unconstitutionalität des obligatorischen religiösen Eids ausgesprochen, sich bewogen finden wird, die Frage vor den gesetzgebenden Kammern anzuregen. Wir bezweifeln es sehr. Die katholische Presse würde nicht verfehlen, die Regierung des Atheismus zu beschuldigen, und von allen Kanzeln des Landes würde Sturm gegen den gottesleugnerischen Justizminister geläutet werden. — Bei den bevorstehenden Senatswahlen ist das liberale Cabinet ohnedieß mit dem Verlust seiner mühsam genug erzielten Majorität bedroht. Man spricht von fünf liberalen Senatoren, die Gefahr laufen, durch katholische Mitbewerber beseitigt zu werden. — Nächsten Sonntag findet hier abermals eine Generalversammlung des internationalen Congresses für sociale Wissenschaften statt, um einen definitiven Beschluß über die Frage zu fassen, ob dieses Jahr eine Session abgehalten werden und wo dieses geschehen soll. Die mit so viel Schimpf vereitelten Versuche, den Congreß zur Verherrlichung des zweiten Kaiserreiches nach Paris zu führen, dürften nächsten Sonntag abermals, hoffentlich vergeblich, wiederholt werden, um gewisse Verpflichtungen einzulösen, welche diese Herren in Paris eingegangen. — Es ist jetzt ganz sicher, daß eine außerordentliche Session diesen Sommer einberufen wird, um das durch die gemischte Commission angenommene System für die Reorganisation der Armee zu diskutiren und anzunehmen. — Das Lager zu Beverloo ist dieses Jahr bei Weitem bedeutender, als in den früheren Jahrgängen. Auf dem Lande murrt man über die Einberufung der Truppen in einem Augenblick, wo man der Arme für die Feldarbeiten bedarf. (Fr. J.)

Paris, 29. Mai. Die Rüstungen dauern noch immer fort. Nach der Cavallerie soll nun auch die Artillerie mit hinlänglichen Pferden versehen werden. Hierzu hat man Pferde in Ungarn aufgekauft, selbst zu den beträchtlichen Preisen von 7—800 fl. und zwar 10,000 an der Zahl. Sie werden per Eisenbahn durch Krain nach Genua gebracht und von dort zu Wasser nach Marseille spedirt. Und bei solchen ewigen Rüstungen wundert sich die Regierung, wenn das Publikum ihren Friedensversicherungen nicht traut. — In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde die Discussion des Gesetzentwurfes über die Handelsgesellschaften fortgesetzt. Der Handelsminister de Forcade la Roquette bekämpft das gestern erwähnte Amendement Olliviers, aber nicht etwa mit sachlichen Gründen, sondern mit der Phrase, Herr Ollivier stürze sich unbedachtsam auf die Freiheit, während die Regierung und mit ihr der gesetzgebende Körper langsam, aber um so sicherer auf dieselbe losmarschirten! Herr Ollivier fand freilich die Langsamkeit des Marschirens so groß, daß sie einem Stillstand täuschend ähnlich sehe. Herr Haentjens wies nach, daß das protectionistische System den allgemeinen Interessen vielmehr schade als nütze und daß besonders eine ausgedehnte Preßfreiheit nöthig sei, um den Umtrieben gewisser großer, vom Staate begünstigter Capitalisten entgegenzutreten. Trotzdem wurde das Amendement Olliviers mit 161 gegen 47 Stimmen verworfen. — Der Minister Lavallette hat in der That im Einverständniß mit dem Preßdirektor die Erlaubniß der Herausgabe der „Discussion" verweigert. Die Sache schwebt jetzt zur Entscheidung vor dem Kaiser. Mehr als die Gesetzentwürfe über die Armee, das Vereins- und Preßwesen scheint dem Minister überdies der neue Gesetzentwurf über den Luxemburg-Garten am Herzen zu liegen. — Augenblicklich ist ein wichtiger Gesetzentwurf vor dem Staatsrathe; es soll eine Unterstützungskasse für die in der Ausübung ihres Berufes verwundeten und verstümmelten Arbeiter organisirt werden.

Paris, 31. Mai. Der Kaiser, der Kronprinz und die Kronprinzessin von Preußen, der König und die Königin der Belgier und die anderen fürstlichen Gäste sind heute nach Fontainebleau gefahren. Sie werden Abends zurückkehren.

Jassy, 24. Mai. Die „Gaz. de Jassy" schreibt über die hiesigen Zustände: „Es hat sich bei uns die schrecklichste Anarchie organisirt; die fürstliche, die gesetzliche und richterliche Gewalt wird verletzt; Alles, was in der Welt heilig, wird mit Füßen getreten und der Minister des Innern selber ist hierher gekommen, um diesen Zustand der Dinge zu schaffen, um den Staat und das Land in Anarchie zu versetzen, um ein Feuer zu entzünden, von dem wir nicht wissen, wie und von wem es nun wird gelöscht werden können. Alle unsere Gesetze sind faktisch suspendirt, wir werden von Versammlungen auf den Straßen regiert, die von Behörden provozirt wurden und befinden uns unter einer Schreckensherrschaft." Und nachdem noch das Blatt die Regierung beschworen, die gesetzliche Ordnung wieder herzustellen und Ruhe zu schaffen, fährt dasselbe fort: „Es erübrigt uns noch eine Pflicht zu erfüllen, als Christen wie als Menschen. Mit tiefgebeugter Seele wegen des Unglückes, das uns bedroht, mit Scham im Gesichte über die Schande, die dem rumänischen Volke und der Nation zugefügt wird, mit Thränen in den Augen bitten wir Gott den Allmächtigen, den Gerechten und Erbarmenden, daß er Rumänien und der Stadt Jassy sein Erbarmen wieder zuwenden möge, daß er uns mit der Fackel der Wahrheit erleuchte und uns den Geist des Friedens und der Brüderlichkeit einflöße, den Christus über die Welt verbreiten wollte; daß er uns vom Geiste des Hasses und der Barbarei befreien möge, den die in der Person des Ministers des Innern incarnirte Demagogie der besten, der ruhigsten und tolerantesten aller Nationen eingeflößt, mit einem Worte, daß er uns befreien möge von . . . . . (hier soll es wohl heißen: diesem Minister. Anm. d. Corr.) diesem Uebel." Die Ankunft des Fürsten Karl wird nächsten Montag erwartet. Alles ist gespannt auf die Haltung, welche derselbe gegenüber den durch das Ministerium heraufbeschworenen Zuständen annehmen wird. — Wie man hört, sollen die Präfekten soeben durch telegraphische Ordre angewiesen sein, die Verhafteten freizulassen und die Verbannten zurückzurufen.

Neueres.

Wien, 1. Juni. Die „Debatte" veröffentlicht den Adreßentwurf des Herrenhauses, welcher, die Thronrede im Ganzen paraphrasirend und die Nothwendigkeit der Mitwirkung des Herrenhauses bei dem Ausgleichswerke anerkennend, der Versöhnlichkeitspolitik zustimmt und die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit ausspricht, sich den schöpferischen und zugleich erhaltenden Ideen der Gegenwart anzuschließen.

London, 1. Juni. Im Unterhause brachte gestern bei Fortsetzung der Reformdebatte Laing ein Amendement ein, wodurch bestimmt wird, daß kein Burgflecken, der weniger als 10,000 Einwohner zählt, mehr als einen Vertreter im Parlament haben soll. Gladstone unterstützte, Disraeli bekämpfte das Amendement, das mit 306 gegen 179 Stimmen angenommen wurde.

Madrid, 31. Mai. Es sollen den Cortes demnächst große Finanzprojekte vorgelegt werden, insbesondere die Umwandlung sämmtlicher öffentlicher Werthe in dreiprozentige Konsols betreffend.

Konstantinopel, 31. Mai. Dem „Levand Herald" zufolge übermittelte Fuad Pascha neuerdings eine Rundnote an die fremdmächtlichen Vertreter, in welcher er sämmtliche Beschwerden der Pforte wiederholt und Griechenland für die schweren Folgen verantwortlich macht.

New-York, 31. Mai. (Kabeltelegramm.) Der Finanzsekretär will die Einziehung der Noten sistiren.

Telegramm
der Neuen Würzburger Zeitung.

* **München,** 3. Juni. Fürst Hohenlohe ist gestern Nachts zu Ministerkonferenzen in der Zollvereins-Angelegenheit nach Berlin abgereist.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 154.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 4. Juni 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 1. Juni. Se. Majestät der König hat als rechtskundigen Bürgermeister der Stadt Passau in provis. Eigenschaft den Bezirksamts-Assessor Paul Stockbauer zu Passau unter Entlassung aus dem unmittelbaren Staatsdienste mit dem Vorbehalte des Rücktrittes in seine bisherige Dienstesstellung und Gehaltsklasse auf die Dauer dieses Dienstesprovisoriums landesherrlich bestätigt; den Hausgeistlichen Priester J. H. Dorfner bei der Gefangenen-Anstalt Wasserburg zum Vorstande der Staats-Erziehungsanstalt Niederschönenfeld in provis. Eigenschaft ernannt und demselben den Titel „Inspektor" verliehen; den Schreinermeister A. Senger in Bamberg als Mitglied der Kirchenverwaltung der kath. Stadtpfarrei St. Martin daselbst bestätigt; genehmigt, daß der Schuldentilgungsspezialkasse Nürnberg in Rücksicht auf die bestehenden Geschäftsverhältnisse ein weiterer Buchhalter beigegeben, dagegen die erledigte zweite Buchhalterstelle bei der Schuldentilgungs-Spezialkasse Augsburg nicht wieder besetzt werde; zu Buchhaltern befördert: den Offizianten der Spezialkasse Nürnberg, W. Reichel, bei der genannten Spezialkasse, den Offizianten der Spezialkasse Bamberg A. Lautenschlager bei der Schuldentilgungshauptkasse, und den Offizianten der Grundrenten-Ablösungskasse, Aug. Pappenberger, bei der Specialkasse Augsburg; den Offizianten der Spezialkasse Regensburg, A. Mair, unter Fortdauer seiner prov. Dienstseigenschaft, dessen Ansuchen entsprechend, zur Grundrentenablösungskasse versetzt; zu Offizianten in provis. Eigenschaft ernannt: den Rechnungscommissariats-Funktionär der k. Staatsschulden-Tilgungs-Commission, Fr. Reisenegger, bei der Spezialkasse Regensburg, den Funktionär der Schuldentilgungs-Hauptkasse, F. Meier, bei der Spezialkasse Bamberg, den Funktionär der Spezialkasse Nürnberg, K. Brunnhuber, bei der genannten Spezialkasse; den Bezirksarzt 1 Klasse Dr. A. Lindemann zu Grafenau, seiner Bitte entsprechend, auf die Bezirksarztesstelle 1. Klasse zu Rottenburg versetzt; ferner als zweiten bürgerlichen Bürgermeister der Stadt Nürnberg den in dieser Eigenschaft wiedergewählten Chr. Seiler unter Vorbehalt seiner als früherer rechtskundiger Magistratsrath erworbenen Rechte und des Wiedereintritts in diese Stelle bestätigt.

Die kath. Pfarrei Gablingen, k. Bezirksamts Augsburg, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 1037 fl. 56 kr., das Emeriten-Frühmeß-Benefizium in Moosbach, k. Bezirksamts Vohenstrauß, mit einem solchen von 703 fl. 30 kr. 4 hl. und das Frühmeßbeneficium in Wemding, k. Bezirksamts Donauwörth, mit einem solchen von 438 fl. 46 kr. 5 hl. in Erledigung gekommen.

+ **München,** 2. Juni. Die eben bekannt gewordenen Ernennungen von Gesandten geben hier Stoff zu mancherlei Gesprächen. Im Allgemeinen ist man der Ansicht, daß gerade in dieser Branche nicht unbeträchtliche Ersparungen gemacht werden könnten und glaubt, daß beim bevorstehenden Budgetlandtag die Positionen des Gesandtschaftsetats sehr wesentliche Anfechtungen erfahren dürften. In hiesigen höheren Kreisen hat man ohnedem Gelegenheit, zu vernehmen, daß, wenn man von der Repräsentation absehe, die Regierung nicht selten von mit Konsulaten betrauten Geschäftsmännern ebenso gut, mitunter besser bedient sei, als von hochbesoldeten Gesandten. — Die Ernennung des Hrn. Grafen v. Taufkirchen zum Gesandten in Petersburg, welche offiziös schon vor einiger Zeit verkündet wurde, ist erst am vergangenen Freitage definitiv erfolgt. Der Herr Graf erhält einen Gesandtschaftsgehalt von 27,000 fl. — Vielfach hört man hier die Ansicht aussprechen, daß Hr. Graf v. Taufkirchen vielleicht nicht allzulange in Petersburg bleiben werde, indem man denselben bereits als den eventuellen Nachfolger des Hrn. Fürsten v. Hohenlohe betrachtet. (?)

Stuttgart, 1. Juni. Der König hat den Grafen Wilhelm von Württemberg nebst dessen ehelicher Nachkommenschaft in den fürstlichen Stand mit der Bestimmung erhoben, daß das jeweilige Haupt der Familie Namen und Titel eines Herzogs von Urach, Grafen von Württemberg mit dem Prädicate „Durchlaucht", die übrigen Mitglieder den Namen und Titel Fürsten (Fürstinnen) von Urach, Grafen (Gräfinnen) von Württemberg gleichfalls mit dem Prädicat „Durchlaucht" zu führen haben sollen.

Darmstadt, 31. Mai. Im weiteren Verlaufe der heutigen Kammersitzung betont der Finanzminister, daß in den letzten Jahren mit ihren folgenschweren Ereignissen doch wohl kein vernünftiger Mensch an den Eisenbahnbau in Hessen gedacht habe. Jetzt könne man die Frage wieder in Betracht ziehen, und daß die Regierung das gethan, beweise ihre heutige Erklärung. Unzweifelhaft müsse aber die Frage ob Staats- oder Privatbau vorher gelöst werden, und gerade hierin wünsche die Regierung die Mitwirkung der Stände. Der Präsident stellt hierauf an die Kammer die Frage, ob sie den Antrag von Metz und Genossen durch die heutigen Erklärungen des Ministertisches für erledigt halte, welche Frage mit 31 gegen 13

Feuilleton.

Verhandlungen der physikalisch-medizinischen Gesellschaft in Würzburg.

X. Sitzung am 1. Juni 1867.

1) Herr Escherich spricht über das Auftreten der Rinderpest in Unterfranken. Die Krankheit wurde durch einen Mann eingeführt, der sich unerlaubter Weise mit Behandlung von kranken Thieren abgibt. Im Ganzen kamen bis jetzt nur 2 Fälle von Rinderpest vor, Dank der energischen Maßregeln, welche die Regierung ergriffen hat. Die Krankheit wird meistens durch Leute weiter verbreitet, welche mit pestkrankem Vieh in Berührung gekommen sind. Alle Heilverfahren gegen die Krankheit sind erfolglos; die einzigen sicheren Cautelen gegen eine Weiterverbreitung derselben bestehen darin, daß die Grenze gegen die pestkranken Gegenden hin streng bewacht, die Personen, die dorther kommen, desinfizirt werden; außerdem muß nicht allein das wirklich erkrankte Vieh, sondern auch das nur der Erkrankung verdächtige sofort erschlagen werden.

2) Herr Scanzoni v. Lichtenfels theilt einen Fall von Ovariotomie, Entfernung eines wassersüchtigen Eierstockes mit glücklichem Ausgange mit. Es handelte sich um eine unverheirathete Person in den 30ger Jahren, bei welcher im Verlaufe von einigen Jahren in Folge einer Wassersucht des Eierstockes der Unterleib unförmlich ausgedehnt war. Durch einen 4" langen Einschnitt in die Bauchdecken wurde die Unterleibshöhle eröffnet und die vorher angezapfte Geschwulst entfernt, worauf die in die Bauchdecken gemachte Wunde wieder zugenäht wurde. 4 Wochen nach der Operation konnte die jetzt vollständig gesunde Person wieder ihrer früheren Beschäftigung obliegen.

Vermischtes.

Briefe von der Insel Mauritius entwerfen ein erschütterndes Bild von dem Jammer und Elende, die auf diesem Eilande, sonst eine Perle unter den britischen Besitzungen, seit dem vorigen Jahre herrschen. Die zwei letzten Zuckerrohr-Aernten brachten nicht die Kulturkosten ein, Reiß, ein Hauptnahrungsmittel dort — fast 1,000,000 Ballen werden jährlich konsumirt — stieg durch die Trockenheit in Indien zu exorbitanten Preisen und eine Hungersnoth in schlimmster Gestalt brach aus. Dazu blieb die sonst von November bis April dauernde Regenzeit in diesem Jahre aus, so daß die Hoffnung auf die neue Aernte ebenfalls zerronnen ist. Das fürchterlichste Mißgeschick von allen aber brach über die ausgehungerten Bewohner der Insel in Form eines mörderischen Fiebers herein, das die blühende, bevölkerte Kolonie zum Leichenfelde macht. Die Beschreibung über das Wüthen der Krankheit erinnert an Schilderungen des Auftretens der Pest im Mittelalter und Alterthum. Chinin, bekanntlich das einzige zuverlässige Mittel gegen das Fieber, wurde angewendet, aber der nur kleine Vorrath ging auf und eine Unze wurde mit 34 L. bezahlt. Nicht weniger als 12,000 Menschen sind in diesem Jahre der Seuche erlegen. Am 4. April starben in Port Louis 282 Menschen. Die Post kann ihre Briefe nicht mehr befördern und die Eisenbahnen müssen ihren Betrieb einstellen, die Assisen wurden unterbrochen und die Schulen geschlossen. Die größte Schwierigkeit herrscht, die nöthige Anzahl Gräber für die Menge der Leichen bereit zu machen. Wo dieser schreckliche Zustand aufhören wird, ist nicht zu sagen, denn noch ist die Sterblichkeit im Zunehmen und an verschiedenen Stellen, besonders am Black River, ist es unmöglich, ihr Einhalt zu thun, da es absolut an ärztlicher Hilfe fehlt.

Stimmen bejaht wird. Das vom Finanzminister verlesene Schriftstück geht in den Ausschuß zur Berichterstattung. Die Kammer setzt sodann die Berathung des Budgets fort. Von etwas allgemeinerem Interesse ist nur ein Antrag des Finanzausschusses, den Hafen, resp. den Bau eines solchen in Bingen und eine Rheinkorrektion daselbst betreffend. Die Regierung will die betreffenden Bauten vornehmen und die Stadt Bingen mit 20,000 fl. daran participiren lassen, während der Ausschuß die Stadt mit 50,000 fl. belasten will. George spricht von der Tribüne aus warm für die Regierungsvorlage. Die Stadt sei nicht in der Lage, die Summe aufzubringen, die Regierung habe aber nicht allein die Pflicht, sondern nebenbei auch ein großes Interesse, einen schiffbaren Zustand des Rheines in jener Gegend zu schaffen. Der Regierungskommissär Schleiermacher weicht insofern von den Anschauungen des Vorredners ab, als er glaubt, daß Bingen die Kosten des Hafens, der Staat die Korrekturkosten zu übernehmen habe. Der Berichterstatter Kraft meint, daß Bingen, das schon die Sprache „das fette“ nenne, nicht so arm thun solle. Vom Verderben könne doch noch nicht die Rede sein, wenn diese Stadt in ihrem eigenen Interesse eine etwas höhere Summe bezahle. Er betont unter der Heiterkeit der Kammer, wie gern die dortigen Bewohner, ohne sich düsterer Sorge hinzugeben, ihren guten Wein tränken, und daß die Stadt Mainz eine Summe von 500,000 fl. zu ähnlichen Zwecken übernommen habe, im Verhältniß zu welcher das, was man Bingen zumuthe, wenig genannt werden müsse. Der Finanzminister erklärt indessen, daß die Summe von 50,000 fl. sicher zu hoch gegriffen sei. Schließlich wird ein Vermittlungsantrag angenommen, dahin gehend, daß die Stadt Bingen 35,000 fl. zu zahlen habe, wogegen ihr das durch die Anlagen zu gewinnende Gelände als Eigenthum zugewiesen werden soll.

Darmstadt, 1. Juni. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde der Ausschußantrag auf Trennung des Budgets in ordentliches und außerordentliches verworfen. — Darauf berichtete der Gesetzgebungsausschuß über den Antrag Goldmann-Hallwachs auf Eintritt des Großherzogthums Hessen in den norddeutschen Bund. Ein Mitglied des Ausschusses empfiehlt die Ablehnung; zwei verlangen unbedingte Annahme; zwei andere sofortige Verhandlungen mit Preußen und den süddeutschen Staaten wegen eines ganz Deutschland umfassenden Bundes, und, falls diese Verhandlungen erfolglos bleiben sollten, innerhalb eines Jahres beim Präsidium des norddeutschen Bundes den Eintritt Hessens in denselben, ohne die andern süddeutschen Staaten, zu beantragen; zwei weitere Mitglieder verlangen sofortige Verbindung der süddeutschen Staaten mit dem Nordbund und, falls erfolglos, Verhandlung mit Preußen wegen Eintritt Hessens in denselben. — Der Antrag des Abg. Dumont von Mainz, betreffs des Baues einer stehenden Brücke daselbst, wurde von der Kammer abgelehnt, dagegen die Regierung ersucht, mit dem preußischen Militärgouvernement und der Taunusbahn wegen Mitbetheiligung am Brückenbau zu unterhandeln und im Falle diese ablehnen sollten, der Stadt Mainz oder einer Aktiengesellschaft die Concession zur Herstellung einer stehenden Rheinbrücke zu ertheilen.

Darmstadt, 1. Juni. Wie man in militärischen Kreisen hört, sollen verschiedene Offiziere benachrichtigt worden sein, daß sie auf kein Avancement mehr zu rechnen hätten, daß aber ihre Pensionirung vorläufig wegen Ueberlastung des Pensionsfonds nicht eintreten könne. (Mainz. Z.)

Nassau, 31. Mai. Gestern begab sich der hier verweilende Graf Kielmannsegge mit Gemahlin zu Wagen von Nassau nach Ems. Etwa eine Viertelstunde vor Ems wurden die Pferde scheu, giengen durch und warfen den Wagen in den Straßengraben, daß er in kleine Stücke zerbrach. Der Graf fiel so unglücklich mit dem Kopf wider eine Mauer, daß er augenblicklich bewußtlos wurde, und heute Morgen in Ems verschieden ist, während seine Gemahlin mit einer geringen Verletzung davonkam. Daß dieses tragische Ereigniß, das den Enkel Steins betroffen, hier die allgemeinste Theilnahme erregt, ist leicht erklärlich. (Rh. K.)

Berlin, 31. Mai. Die Linke des Abgeordnetenhauses wußte, daß sie bei der heutigen zweiten Lesung der Reichsverfassung an deren Inhalt nichts mehr ändern würde, aber sie hat bis zum letzten Augenblick protestirt, um ihrer Pflicht zu genügen. So lichtvoll, so überzeugend, so scharf und klar war Virchow schon oft wie heute, aber er spricht nicht immer mit der Wärme, die seine heutige Rede durchwehte. Die Conservativen verließen, als er die Tribüne bestieg, allesammt den Saal; so herrschte endlich einmal Ruhe in der Versammlung. Es ist nämlich Mode geworden, die Opposition nicht zu widerlegen, sondern ihre Redner durch Lärmen und Lachen zu stören. Auch Michelis (Allenstein) sprach heute besser wie sonst, einzelne seiner Ausführungen waren sogar sehr treffend, nicht minder seine Aufforderung an die anwesenden Minister Graf Eulenburg, v. Selchow und v. d. Heydt, dem Hause zu erklären, ob und in wie weit das Staatsministerium die Lückentheorie des Grafen zur Lippe billige. Es erfolgte keine Antwort. Das preußische Abgeordnetenhaus wird nur noch zwei, drei Sitzungen halten, in denen es über seine bisherige Machtvollkommenheit verfügt. Mit der Reichsverfassung ist sie zu Grabe getragen. So viel deutschen Patriotismus hat jedes Mitglied der Fortschrittspartei, daß es willig die in der preußischen Verfassung enthaltenen Volksrechte fallen gelassen hätte, wenn dieselben in ihrem vollen Umfang auf die norddeutsche Reichsverfassung übertragen worden wären. Da dies nicht der Fall ist, so sind die Mitglieder der Opposition „Partikularisten für die Volksrechte“ geworden, wie sich Virchow äußerte. Und sie werden es bleiben trotz allen Geschreies der früheren Parteigenossen, die jetzt nur noch sehr wenig mit der Opposition gemein haben. (Fr. J.)

Berlin, 1. Juni. Wie die „Kreuzzeitung“ vernimmt, wird die Eröffnung des Bundesraths am 15. Juli, und am 1. August die Eröffnung des Reichstags stattfinden. Anfangs Oktober wählen die neuen Landestheile für den preußischen Landtag, welcher Anfangs November zusammentreten soll, nachdem zuvor Ende Oktober die Provinziallandtage versammelt waren. — Der „Berliner Börsenztg.“ zufolge ist Herr Ezechiel Simon gestern Abend gegen eine Caution von 10,000 Thlr. seiner Haft entlassen worden. — Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ sagt gegenüber einer Angabe der „Augsb. Allg. Ztg.“, daß bezüglich des mit Oesterreich abzuschließenden Handelsvertrages Preußen von seiner früheren Concession: Festsetzung des Eingangszolls für österreichische Weine auf 3 Thlr. per Centner, nicht abgegangen ist. — In der heutigen Sitzung des Herrenhauses theilte Bussche-Streithorst brieflich die bei ihm stattgefundene Haussuchung mit, indem er auf Ehre und Gewissen versichert, er habe an keiner Verschwörung Theil genommen und werde es niemals thun. Der Präsident drückte die Genugthuung des Hauses über diese Erklärung aus. Hierauf wurde nach kurzer Generaldebatte die Bundesverfassung einstimmig angenommen. — Im Kriegsministerium wird eine neue Eintheilung der Landwehrbezirke vorbereitet, auch für die neuen Landestheile. — Landrath v. Madai ist aus Frankfurt hier eingetroffen und hat bereits einer Conferenz im Ministerium des Innern beigewohnt.

Berlin, 1. Juni. Der Landtag wird voraussichtlich bis zum 24. d. M., an welchem Tage das Herrenhaus über die zweite Lesung der Bundesverfassung Beschluß fassen wird, Pause haben, und alsdann der Schluß der gegenwärtigen außerordentlichen Session sofort eintreten. Lange werden aber dieses Jahr die Parlamentsferien nicht dauern; viele und wichtige Dinge fordern sowohl im vergrößerten Preußen, wie im Norddeutschen Bunde ihre gesetzgeberische Erledigung, Dinge, die noch dringender sind, als die allerdings ebenfalls dringliche Naturalverpflegungsfrage. Wie es heißt, sollen die Neuwahlen zum Reichstage am 15. Juli d. J. Statt finden; am 1. August wird dann der Bundesrath, am 1. September der Reichstag zusammentreten. Anfangs Oktober wird in den neuerworbenen Provinzen gewählt für den preußischen Landtag, welcher Anfangs November zusammentreten soll, nachdem sich Ende Oktober die Provinzial-Landtage werden versammelt haben. Die außerordentlichen Zoll-Conferenzen zur Rekonstruktion des Vereins werden gleich nach Pfingsten zusammentreten, damit ihre Ergebnisse als Material dem Bundesrathe sofort bei seinem Zusammentritte zugehen können.

Die Zollvereinsfrage wird in den nächsten Wochen den Gegenstand reiflicher Erwägungen der Bevollmächtigten der General-Conferenz bilden. Das Problem, mit dessen Lösung sie sich zu beschäftigen haben, besteht zunächst in der Beseitigung des bisherigen liberum veto, welches neben der Organisation des Norddeutschen Bundes und seiner gesetzlichen Competenz nicht länger bestehen kann. Die Mängel der gegenwärtigen Organisation des Vereins sind mehrfach in der eingehendsten Weise auf den Deutschen Handelstagen erörtert worden. Schon der erste derselben forderte im Mai 1861 zu Heidelberg eine Vertretung der vereinigten Regierungen einerseits und der Bevölkerung der Vereinsstaaten andererseits, dergestalt, daß die übereinstimmenden durch Majorität gefaßten Beschlüsse dieser beiden Körperschaften als endgültige Gesetze im ganzen Zollgebiete einzuführen seien. Bei der Zusammensetzung der Vertretung sollte auf die Volkszahl der Vereinsstaaten Rücksicht genommen werden. Der zweite Handelstag zu München im Oktober 1862 wiederholte diese Resolution. Deutschlands „volkswirthschaftliche Neugestaltung“ ist durch die Verfassung des Norddeutschen Bundes in diesem Sinne angebahnt, die Durchführung der vom Handelstage in Aussicht genommenen Reform ungemein erleichtert. In dem ersten Deutschen Parlamente waren die volkswirthschaftlichen Angelegenheiten nur in zweiter Linie neben den Verfassungsfragen berücksichtigt. Man hat seit jener Zeit die Macht der sozialen Forderungen tiefer erfaßt und begriffen. Wir erinnern an die Conferenz, welche die ständige Deputation des volkswirthschaftlichen Congresses in Braunschweig am 4. August v.

J. veranstaltet hatte; auch der bleibende Ausschuß des Deutschen Handelstages hat sich mit der Frage beschäftigt. In welcher Weise soll nun das Problem einer neuen Organisation des Vereins gelöst werden? Wir wissen nicht, ob Seitens der preußischen Regierung darüber schon bestimmte Vorschläge gemacht sind, aber es mußte in Erwägung gezogen werden die Absendung von Bevollmächtigten der süddeutschen Staaten nach dem Verhältniß ihrer Bevölkerung ins Norddeutsche Parlament zur Entscheidung der volkswirthschaftlichen Vorlagen und ebenso die entsprechende Verstärkung des Reichsrathes durch Regierungs-Bevollmächtigte. Ob nun die süddeutschen Abgeordneten als Delegationen der Landtage auftreten oder nach einem bestimmten Wahlmodus für diese Aufgabe zu wählen seien, darüber wird die Entscheidung füglich den süddeutschen Regierungen überlassen werden können. Uebrigens ist die Nachricht von einem bevorstehenden Anschluß Mecklenburgs bis jetzt ohne Grund. Frankreich hat bis jetzt die mecklenburgische Regierung von dem Handelsvertrage nicht entbunden, weil preußischerseits der Satz von 3 Thlr. als Weinzoll nicht aufgegeben ist. Frankreich will jetzt, wie wir aus Paris erfahren, mit 2½ Thlr. zufrieden sein, während unsere Regierung in dem Anschluß Mecklenburgs kein genügendes Aequivalent für diese Ermäßigung findet. Die Nachricht, daß ein Zollvertrag zwischen Preußen und Mecklenburg abgeschlossen sei, beruht wohl auf der Verwechslung mit den Verhandlungen wegen eines Cartelvertrages in Zollsachen, welcher zwischen beiden Regierungen geführt wird und dem Abschlusse nahe ist.

Nach längerer Unterbrechung hat das preußische Abgeordnetenhaus am Mittwoch seine Sitzungen wieder aufgenommen und den Aßmann'schen Antrag bezüglich der Oberg'schen Angelegenheit erledigt. Herr Oberg war ein Richter im ehemaligen Königreich Hannover. Der Justizminister, Graf zur Lippe, hat ihn von Neupreußen nach Altpreußen, von Stade nach Ratibor, versetzt. Diese Versetzung bildet den Stein des Anstoßes, der Aßmann'sche Antrag will sie als eine Verfassungs- und Gesetzesverletzung erklären. Im vorigen Herbste wurde dem preußischen Abgeordnetenhause ein Gesetzentwurf vorgelegt, der dem Grafen zur Lippe derartige Richterversetzungen ermöglichen sollte. In den Motiven zum Gesetzentwurf war ausdrücklich anerkannt, daß dieselben nach der bestehenden Gerichtsverfassung unzulässig seien. Der Entwurf sollte sie zulässig machen. Das Abgeordnetenhaus aber, das tiefere Eingriffe in die bestehende Gerichtsverfassung bis zum 1. Okt. 1867 verhüten wollte, lehnte die Vorlage ab; und Jedermann mußte die Meinung hegen, daß Richterversetzungen aus Neu- nach Altpreußen vorläufig unmöglich seien. Der Graf zur Lippe bewies durch eine Thatsache das Gegentheil; er versetzte Herrn Oberg von Stade nach Ratibor. Und nun brachte der Abgeordnete Aßmann seine Interpellation ein, worin er nach den Gründen fragte, mit denen der Justizminister die Versetzung zu rechtfertigen gedenke. Nach der preußischen Verfassung darf nur derjenige zu einem Richteramte berufen werden, der nach Vorschrift des Gesetzes dazu qualifizirt ist. Die Vorschrift gibt das Gesetz vom 2. Januar 1849, und unter andern ist dort verordnet, daß Jeder, der zum Mitgliede eines Appellationsgerichts ernannt werde, das dritte Examen gemacht haben müsse. Herr Oberg, der an das Appellationsgericht in Ratibor versetzt worden ist, hat kein drittes Examen gemacht, hat ein solches gar nicht machen können, weil es im bisherigen Königreiche Hannover kein solches gab. Diese Lücke in der Qualifikation Obergs erkannte Jedermann an, aber der Justizminister fand Lücken in der Verfassung und im Gesetz, aus denen er die Zulässigkeit seines Schrittes ableitete. Die Abgeordneten mochten hoffen, daß Graf Bismarck des Friedens willen Hrn. Oberg wieder rückversetzen und seinen Kollegen opfern werde. Allein die Regierung trat solidarisch für den Schritt des Justizministers ein, den dieser in der Verhandlung von Mittwoch, wohlkontrolirt von seinen fähigeren Kollegen, nur nicht mehr mit Lücken im Gesetz, sondern mit politischer Nothwendigkeit motivirte. Der Antrag eines Vinckeaners, über Aßmann's Antrag zur Tagesordnung überzugehen und in einem Gesetz die Versetzung von Richtern aus den neuen in die alten Landestheile (mit Ausnahme des Obertribunals) zu gestatten, ward verworfen und mit der Annahme des Aßmann'schen Antrages dem Grafen zur Lippe ein Verdammungs- und Mißtrauensvotum ertheilt. (Augsb. Abdz.)

Paris, 2. Juni. Der „Moniteur" veröffentlicht ein Dekret, in welchem der Text des Londoner Vertrags conform mit der Publikation desselben in der „Köln. Ztg." mitgetheilt wird.

Der „Constitutionnel" gibt folgende Nachrichten über die große Revue zu Ehren des Kaisers von Rußland, welche ihm zufolge auf den 6. Juni festgesetzt ist: „Die beiden Infanterie-Divisionen der Garde, die ganze Kavallerie-Division und die Artillerie derselben, so wie das augenblicklich 500 Mann starke Korps der Zöglinge der Schule von Saint-Cyr werden daran Theil nehmen. Dieses Bataillon und die Infanterietruppen der Garde, die in Versailles Garnison halten, werden mit der Eisenbahn bis nach St. Cloud befördert werden und von dort nach dem Wettrennen-Felde von Boulogne marschiren, wo der Jockey-Klub Tribunen errichten läßt. Sämmtliche Truppen des ersten Armeekorps, Infanterie, Kavallerie und Artillerie, werden gleichfalls an dieser militärischen Feierlichkeit Theil nehmen. Dieses Korps besteht bekanntlich aus drei Infanterie-Divisionen zu je zwei Brigaden und einer Kavallerie-Division zu drei Brigaden. Die Garde wird von Marschall Graf Regnault de Saint-Jean-d'Angely, die Linie von Marschall Canrobert befehligt werden. Man schätzt die Gesammtzahl der Truppen, die dort versammelt werden sollen, auf 60,000 Mann. Fünf Infanterie-Divisionen, die sogenannte Reserve-Brigade, sechs Kavallerie-Brigaden und fünfzehn Artillerie-Brigaden werden dort zusammen sein."

Die „Presse" entnimmt einem Schreiben aus St. Etienne Verschiedenes über die Thätigkeit, welche in der dortigen Waffenfabrik herrscht: „Es werden gegenwärtig für Frankreich selbst, für Italien, den päpstlichen Stuhl, für den Schah von Persien, so wie für die Kaiser von China und Marokko Waffenbestellungen ausgeführt. Alle Weber, Gerber, Bandwirker von St. Etienne, die keine Arbeit haben, finden in der kaiserlichen Waffenfabrik Beschäftigung. Selbst Hunderte von Familien der Umgegend, Männer, Weiber und Kinder haben sich diesem Industriezweige jetzt ausschließlich zugewandt. Eben so eifrig arbeitet man in Meudon an der Herstellung der viel besprochenen tragbaren Kanonen. Die Zahl der Arbeiter daselbst wurde von 400 auf 1200 erhöht. Endlich berichtet man über die ungemeine Ausdehnung, welche das Haus Godillot fortwährend der Fabrikation von Militär-Effekten aller Art gibt. Selbst in den Gefängnissen wird jetzt auf Rechnung dieses Hauses gearbeitet."

London, 1. Juni. Lord Stanley hat sich von den diplomatischen Agenten, welche in der Türkei England vertreten, Bericht erstatten lassen über die Lage der christlichen Unterthanen der Pforte. Die Berichte der Konsuln geben ein sehr gemischtes Resultat; im Ganzen ergeben sie, daß die christliche Bevölkerung, trotz aller Nachtheile, unter welchen sie leidet, an Zahl, an Bedeutung und an Reichthum zunimmt. Vieles, worüber Beschwerde geführt wird, wie Mangel an öffentlicher Sicherheit, Polizeimißbräuche und dergleichen, stellt sich nicht schlimmer dar, als es auch in manchen christlichen Staaten ist. Die wirkliche Ausführung der Bestimmungen des Hat-Humayum ist nicht überall möglich. Die Konsuln melden, daß er in den asiatischen Provinzen geradezu unausführbar sein würde wegen des Fanatismus der dortigen Mohamedaner. Selbst in Smyrna werden nur Türken zu den Beamtenstellen herangezogen. Vor Gericht wird kein Zeugniß eines Christen zugelassen; Konsul Sankey in Kustendsche berichtet, daß diesem nur dadurch abzuhelfen ist und abgeholfen wird, daß die christliche Partei sich zwei türkische Zeugen kauft und die anderen Konsuln berichten Aehnliches. Uebrigens wird den Christen durchaus kein besseres Zeugniß gegeben. Sir R. Dalyell berichtet von Rustschuk, daß die bulgarischen Tschorbadjes (die Gemeindevorsteher) sowohl wie die Bischöfe sich bei den Unterschleifen und Bestechungen der türkischen Behörden gewöhnlich betheiligten; bei den Armeniern in Erzerum habe er dasselbe gefunden. Konsul Wilkinson in Salonichi berichtet, daß die dortigen Griechen so intrigant und käuflich seien, daß ihre Theilnahme an der Verwaltung dem Allgemeinwohle nur schädlich sein würde. Alle stimmen darin überein, daß die verschiedenen religiösen Sekten der Christen sich unter einander noch weit mehr hassen und anfeinden, als die Türken. In dem Berichte des Gesandten in Konstantinopel, Lord Lyons, heißt es: „Es muß hervorgehoben werden, daß in der langen, gewöhnlich aufgezählten Reihe christlicher Beschwerden die große Mehrzahl einfach die Folge eines an sich nichts weniger denn vollkommenen Regierungssystems ist, das durch eine außerordentlich fehlerhafte Verwaltung drückend gemacht wird. Muselmänner und Christen leiden darunter in gleichem Maße. Dem Vertreter einer fremden Macht wird es sehr schwer, sich in diesem Punkte nicht irre leiten zu lassen. Die Christen tragen ihm nämlich fortwährend ihre Klagen vor, während die Muselmänner nicht gewohnt sind, Hilfe und Theilnahme im Auslande zu suchen. Um zu einer richtigen Würdigung dessen zu gelangen, was die türkische Regierung gethan hat und was die europäischen Mächte mit ihren Bemühungen zur Verbesserung des Looses der Christen erreicht haben, muß man nicht blos vor sich, sondern auch hinter sich blicken. Denjenigen, die sich der Türkei vor 30 oder 40 Jahren erinnern, erscheint die Verbesserung der Lage der Christen, vornehmlich der Wechsel in dem Benehmen des Monarchen und seiner obersten Beamten gegen sie, ungeheuer zu sein. Eben so wenig wird der Fortschritt in Betreff allmählicher Gleichstellung der Christen mit den Mohamedanern einem aufmerksamen Beobachter entgehen können. Die Spuren einer 400 Jahre alten, stolzen muselmännischen Herrschaft über die Christen können

nicht mit Einem Male weggewischt werden. Noch ist die Lage der Christen im türkischen Reiche weit von dem, was sie sein sollte, entfernt. Die Masse der Mohamedaner kann sich noch immer nicht dazu bringen, ihre christlichen Mitbürger als Ihresgleichen zu betrachten. Die Folge ist, daß der Stolz und das Selbstbewußtsein der Christen oft verletzt werden und daß diese Wunden tiefer eindringen, als stärkere Injurien. Sie unterwerfen sich, weil Anarchie und Verwirrung noch schwerere Uebel wären, und in den Augen einer jeden der christlichen Racen scheint ihr Hauptverdienst darin zu bestehen, daß sie irgend einer anderen christlichen Race das Ansichreißen der obersten Staatsgewalt unmöglich macht. Behaupten, daß im Laufe der neuesten Zeit die Verhältnisse sich nicht gebessert haben, hieße unbillig urtheilen; doch unterliegt es andererseits keinem Zweifel, daß bei etwas mehr Energie und gutem Willen der türkischen Herrscher der Fortschritt ein bei Weitem rascherer hätte sein können."

Dänemark. Das dänische Journal „Fädreland" ertheilt über die preußischen Propositionen in der nordschleswigischen Frage folgenden Aufschluß: „Nach Einigen offerirte Preußen einen kleineren nordschleswig'schen Gebietsstrich, unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß Dänemark zu der Entrichtung einer verhältnißmäßig sehr beträchtlichen Summe Geldes bereit sein würde. Nach Anderen stellte Preußen gegen eine verhältnißmäßig kleinere Geldsumme fast ganz Nordschleswig in Aussicht, jedoch unter der Bedingung, daß Dänemark für die in Nordschleswig lebenden Deutschen eine ausdrückliche Garantie übernehmen würde, und unter der ferneren Bedingung, daß Preußen im Interesse des Deutschthums Etappenstraßen in Nordschleswig bewilligt erhalte. Hierauf soll jedoch Graf Frijs erwidert haben, daß er niemals derartige, die Selbständigkeit Dänemarks untergrabende Vorschläge Preußens annehmen könne." „Fädreland" ist mit dieser Erklärung des dänischen Premier zufrieden; es befürchtet jedoch unter dem Einflusse Preußens einen Kabinetswechsel in Kopenhagen.

St. Petersburg, 30. Mai. Das heutige „Journal de St. Petersbourg" bespricht die Reise des Kaisers nach Paris und sagt unter Anderem: Die Reise des Kaisers lasse Resultate erwarten, welche, hervorgerufen durch die intimen Beziehungen der beiderseitigen Regierungen und einen loyalen vollständigen Ideen-Austausch, die Gegenwart und Zukunft bestimmen und den Frieden begünstigen, — Resultate, welche mit den ewigen Principien der Gerechtigkeit und der gegenseitigen Respectirung der Unabhängigkeit der Staaten und der allgemeinen Interessen conform sind.

Athen, 25. Mai. Die von Rethymnes aus versuchte Vereinigung Omer Pascha's und Reschid Pascha's ist mißlungen, da letzterer bei Bathia von den Insurgenten zurückgeschlagen wurde. — Der Dampfer Arkadion unternimmt nächstens seine dreizehnte Fahrt. — Fünf neue nautische Schulen wurden errichtet. — Die Repräsentanten Kreta's, die in Konstantinopel protestirten, sind von dort hier angekommen. — Die zum Ankaufe von Kriegsschiffen nach Amerika geschickten Offiziere melden das baldige Gelingen ihrer Mission. — In unseren Departements wurde die mobile Nationalgarde gegen die Räuber aufgeboten. — Die aufständische Bewegung in Thessalien und Epirus ist im Zunehmen.

„La Grèce", das in Athen erscheinende französische Wochenblatt, bringt in seiner neuesten Nummer eine schwungvolle „Kandioten-Hymne" von dem französischen Dichter Camille de Labeulie.

Neueres.

Berlin, 2. Juni. Der König der Belgier wird morgen von Paris nach Brüssel zurückkehren. Der Kaiser von Rußland wird vielleicht zwei Tage länger in Paris verweilen, als zuerst beabsichtigt wurde. — Es bestätigt sich, daß Mecklenburg selbst in Paris den Wunsch kundgegeben hat, wegen der Regelung seiner handelspolitischen Beziehungen zu Frankreich in Verhandlungen zu treten, die eingeleitet sind. — Der Legationssekretär Graf Bismarck-Bohlen wird heute Sr. Majestät dem Könige nach Paris vorausgehen.

Brüssel, 2. Juni. Dem „Journal de Bruxelles" zufolge stimmt die Pforte dem neuen Vorschlag des Kaisers Napoleon bei: zur Prüfung der Beschwerden der Candioten eine internationale Untersuchungskommission niederzusetzen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	69 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$63\frac{1}{8}$—$\frac{1}{4}$ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt Nationalanl. v. 1854	$55\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$42\frac{1}{4}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$100\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$94\frac{1}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$94\frac{5}{8}$—$\frac{1}{2}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$90\frac{3}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$90\frac{3}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$90\frac{1}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$94\frac{1}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$94\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	95 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	—
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$81\frac{3}{8}$ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$85\frac{3}{4}$ P.
N.Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$78\frac{1}{2}$ P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	78—$77\frac{7}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$128\frac{1}{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	690 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$178\frac{1}{2}$—78 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	210 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	325 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$109\frac{1}{2}$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	222 [illegible] P. 222 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	111 P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	151 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{3}{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$48\frac{7}{8}$—49 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$75\frac{1}{8}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$45\frac{1}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$116\frac{3}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{1}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{5}{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$95\frac{1}{8}$—$\frac{3}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$95\frac{3}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$63\frac{1}{8}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$72\frac{3}{8}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$121\frac{1}{2}$ G.
„ do. v. 1864	—
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 35	—
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	—
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs. Loose	—
Mailänder 45 Frs. ... b. R.	28 P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 3. Juni. Die Woche eröffnet mit ausgesprochen günstiger Stimmung für Spekulationspapiere, während österr. Anlage-Effekten nur sehr langsam vorwärts schreiten, wie z. B. neue englische und $4\frac{1}{2}$ pCt. Metalliques, welche nicht die entsprechende Beachtung mehr finden. Süddeutsche Effekten waren ebenfalls fest, wenn auch der Markt mit deren Aufnahme im Großen nicht mehr so willig ist wie früher. Auch Amerikaner bewahrten eine sehr gute Haltung. — An der heutigen Börse wurde ein neues Effekt, die Siebenbürger Eisenbahnprioritäten, eingeführt. Das Publikum hat mit deren guter Aufnahme (es sind — wie wir hören — ein paarmal Hunderttausend Gulden schon heute gezeichnet worden) abermals einen Beweis geliefert, daß es weniger Sinn für Spekulation in Aktien hat, während Silberprioritäten hier immer leichteren Absatz finden. Der Emissionspreis ist 66, was im Vergleich zu ähnlichen Prioritäten niedrig genannt werden kann, da die Siebenbürger steuerfrei sind und die Zinsen an allen Hauptplätzen bezahlt werden. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die Hof- und Staatsbibliothek München. Würzb. Ztg.

(Morgenblatt.)

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 155. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 64. Jahrgang. | Mittwoch, 5. Juni 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 3. Juni. Se. Majestät der König hat die kath. Pfarrei Aicha v/W., Bezirksamts Passau, dem Priester G. Hüttinger, Pfarrer in Hals, Bezirksamts Passau, verliehen; die kath. Pfarrei Beutelsbach, Bezirksamts Vilshofen, dem Priester C. Jungbauer, Pfarrer in Asbach, Bezirksamts Griesbach, übertragen; die kath. Pfarrei Deining, Bezirksamts München r/J., dem Priester Fr. Felchtmayr, Pfarrer in Malching, Bezirksamts Bruck, verliehen; die kathol. Pfarrei Perach, Bezirksamts Altötting, dem Priester M. Bogner, Pfarrer in Haunersdorf, Bezirksamts Landau a/J., die kath. Pfarrei Spalt, Bezirksamts Schwabach, dem Priester Fr. X. Steger, Präfekt und erster Lehrer am Schullehrer-Seminar in Eichstädt, unter Enthebung desselben von seiner dermaligen Stelle, seinem Ansuchen entsprechend, übertragen; den Gerichtsdiener A. Weingärtner zu Tegernsee wegen nachgewiesener Krankheit, seinem Ansuchen gemäß, des Dienstes enthoben und die Gerichtsdienersstelle am Landg. Tegernsee dem Gendarmen G. Schedl zu Tegernsee auf Ruf und Widerruf verliehen; genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Perkam, Bezirksamts Straubing, von dem Bischofe von Regensburg dem Priester J. G. Weinzierl, Pfarrer in Aschach, Bezirksamts Amberg, verliehen werde; die kath. Pfarrei Reutern, Bezirksamts Zusmarshausen, dem Priester J. Sing, Caplan in Petersthal, Bezirksamts Sonthofen, die kath. Pfarrei Schnaid, Bezirksamts Forchheim, dem Priester Joseph Garets, Pfarrer und Distrikts-Schulinspektor in Stadelhofen, Bezirksamts Bamberg I übertragen.

Erledigt: Die Stelle eines Bezirksarztes 1. Klasse zu Grafenau und die Stelle eines Bezirksarztes 2. Klasse zu Grönenbach.

Der k. Forstgehilfe Chr. Erras in Hilpoltstein wurde zum provis. Forstwart zu Ellersdorf im Forstamte Amberg ernannt.

Durch die Ruhestandsversetzung des k. Forstwarts K. Gleißner ist die Wartei Geisleithen im k. Forstamte Tirschenreuth in Erledigung gekommen.

München, 3. Juni. Der k. Staatsminister des Handels und der öffentlichen Arbeiten, Herr v. Schlör, ist dem Vernehmen nach gestern Abend wieder von Paris zurückgekehrt und hat mit dem Heutigen die Leitung dieses Ministeriums wieder übernommen. (B. Z.)

Darmstadt, 1. Juni. Die hessische Regierung beeilt sich, „um dem Drängen und unmittelbaren Eingreifen der preußischen Regierung bei der Ausführung der Militär-Konvention vorzubeugen,“ mit der Durchführung dieser Konvention. Nachdem sie gestern den Plan zur sofortigen Umgestaltung des hessischen Heeres vorgelegt, brachte sie heute eine Anforderung von 102,000 fl. zur Beschaffung von zwei Batterien gezogener Vier- und Sechspfünder. Die gesammte Artillerie wird aus sechs Batterien bestehen; eine Sechspfünder-Batterie ist bereits da; die drei übrigen Vierpfünder-Batterien hofft die Regierung durch die Verwerthung der alten Kanonen beschaffen zu können. Bis zum 1. Oktober müssen diese da sein. Die Regierung „setzt die Genehmigung der Militär-Konvention von Seiten der Stände voraus“; sie legt deßhalb den Plan vor und verspricht seiner Zeit Rechenschaftsablage über das Geschehene. — Der Finanz-Ausschuß hatte den Antrag auf Trennung des Budgets in ein ordentliches und ein außerordentliches gestellt. Die Leute hatten sich wohl nichts Böses dabei gedacht, sie wollten nur die alljährlichen gedankenlosen Abstimmungen über gewisse feststehende Punkte vermeiden. Du Mont, der auf das Gefährliche solcher „fixer Etats“ hinwies — wovon die gegenwärtigen Budget-Verhandlungen hinreichende Proben gaben — bemerkte: „Wir werden allerdings künftig ein ordentliches und ein außerordentliches Budget haben. Aber nicht das ordentliche wird sich unserer Berathung entziehen, sondern das außerordentliche — das Militär-Budget. Das wird uns dann ein „fixer Etat“, über den die Stände nicht mehr gefragt werden!“ Der Antrag wurde darauf abgelehnt. — Dem Drängen der preußischen Regierung gegenüber ist die Regierung willfährig geworden; den Forderungen des Landes setzt sie aber einen passiven Widerstand entgegen. Auf das Verlangen nach Vorlage eines Eisenbahn-Netzes gab der Finanzminister zur Antwort eine Berechnung von 46 Millionen Gulden und die Frage: „Woher die Zinsen nehmen?“ Die Regierung will die Staatsbahnen verkaufen, die 5—7 Prozente eintragen und mit dem Gelde Aktien-Gesellschaften unterstützen, welche die neuen Bahnen bauen und auch diesen Gewinn ziehen sollen. Das Motiv ist klar: die Regierung will für Preußen, dem sie schon die Main-Weser-Bahn abtreten muß, keine neuen Bahnen bauen. — Heute wurde über den Bau einer stehenden Brücke bei Mainz verhandelt. Die Regierung meinte, das preußische Militär-Gouvernement in Mainz, auf dessen Mitwirkung hiebei gerechnet ist, würde kein Interesse beim Brückenbaue finden. Die Kammer beschloß trotzdem, die Regierung um eine Verhandlung mit dem preußischen Gouvernement und der Taunusbahn zu ersuchen. (Nürnb. Korr.)

Wiesbaden, 2. Juni. Der frühere herzoglich nassauische Oberststallmeister, General Frhr. v. Breidbach-Bürrestein, feierte dieser Tage in Aschaffenburg, wo er seit einem Jahr bleibenden Wohnsitz genommen, seine goldene Hochzeit. Nach der kirchlichen Feierlichkeit wurde das Jubelpaar durch das Erscheinen des Herzogs Adolf von Nassau überrascht, welcher von seinem Landsitz in der Schweiz (Hamilton House bei Lausanne) incognito zu Aschaffenburg eingetroffen war, um den Ehrentag des alten Generals, der schon bei Waterloo mitgefochten, feierlich mit begehen zu helfen. — Unsere Regierung hat bereits Vorkehrungen wegen der nahenden Rinderpest getroffen, namentlich ist schon ein Arzt designirt, der die betreffenden wirksamen Anordnungen bei Erkrankungsfällen zu treffen hat, und dessen Anordnungen sämmtliche Thierärzte des Landes zu gehorchen haben. Bei als nothwendig verfügten Abschlachtungen erhalten die Eigenthümer der Thiere die in Preußen festgesetzte Entschädigung, nämlich den ganzen Werth für ein gesundes und ein Drittel für ein erkranktes Thier. (A. Z.)

Feuilleton.

Die Ankunft des Kaisers von Rußland in Paris.

(Aus der „Köln. Ztg.“)

Paris, 1. Juni, Nachmittags 3 Uhr. Die Pariser Bevölkerung sieht der Ankunft des Czaaren mit einer gewissen Spannung entgegen. Die Vorbereitungen, die man getroffen, sind ungefähr die nämlichen, wie beim Besuche der Königin von England bei Gelegenheit der Industrie-Ausstellung von 1855. In der Krim ging es gerade am härtesten zu, und die Herrscherin Großbritanniens, damals der Bundesgenosse Frankreichs, wurde mit ungewöhnlicher Begeisterung empfangen. Von einer solchen kann natürlich beim Empfange des russischen Kaisers keine Rede sein. Uebrigens sind auch am heutigen Tage keineswegs, wie damals, alle öffentlichen Verwaltungen, die Börse, die Ateliers und viele Läden geschlossen, sondern Paris hat fast sein ganz gewöhnliches Aussehen; nur sind die Häuser der Boulevards und Straßen, über welche der kaiserliche Zug kommen soll, mit Fahnen, worunter auch einige russische, geschmückt und mit einer großen Menschenmasse bedeckt. Die Vorbereitungen am Nordbahnhofe sind als beendet zu betrachten. Das Innere des Bahnhofes hat ein gar festliches Aussehen. Zwei ungeheure Tribunen erheben sich auf der einen Seite der Eisenbahn. Dieselben sind festlich dekorirt. Der eine Theil des Bahnhofes ist in einen Salon umgewandelt und sehr geschmackvoll mit Blumen und Draperien dekorirt. Vor dem Bahnhofe, auf dem Platze Roubaix, der fast ganz abgesperrt ist, sind Garde- und Linientruppen aufgestellt. Man erwartet den Kaiser um 4¼ Uhr.

Abends. Die Pariser sind doch vor Allem ein neugieriges Volk. Obgleich sie im Ganzen genommen wenig Sympathie für den Czaaren haben, so kann man doch sagen, daß der Kaiser Alexander beinahe ganz Paris auf die Beine gebracht hat. Heute Nachmittag gegen 4 Uhr hatten sich alle Straßen und Boulevards, über die der Czaar nach den Tuilerien fahren sollte, immer mehr mit Menschen gefüllt; auch die Fenster aller Häuser waren ziemlich stark besetzt. Freilich hielt das Zusammenströmen der Menge den Vergleich mit dem bei der Ankunft der Königin von England im Jahre 1855 nicht aus. Besonders stark war aber das Gedränge am Bahnhofe, wo Dank der so oft übel angebrachten Sparsamkeit des Herrn Haußmann es keinen eigentlichen Platz, sondern nur einen selbst nicht einmal sehr breiten Boulevard gibt. Die Menge ward dort bald ziemlich ungeduldig. Die Personen, welche sich nach dem Bahnhofe be-

Berlin, 2. Juni. In den vorjährigen Friedensverträgen mit den süddeutschen Staaten lautet ein in allen Verträgen identischer Artikel: „Die hohen Contrahenten werden unmittelbar nach Abschluß des Friedens wegen Regelung der Zollvereins-Verhältnisse in Verhandlung treten. Einstweilen sollen der Zollvereins-Vertrag vom 16. Mai 1865 und die mit ihm in Verbindung stehenden Vereinbarungen, welche durch den Ausbruch des Krieges außer Wirksamkeit gesetzt sind, vom Tage des Austausches der Ratifikationen des gegenwärtigen Vertrages an mit der Maßgabe wieder in Kraft treten, daß jedem der hohen Contrahenten vorbehalten bleibt, dieselben nach einer Ankündigung von sechs Monaten außer Wirksamkeit treten zu lassen." Nachdem die allseitige Annahme der norddeutschen Reichsverfassung nunmehr gesichert erscheint, ist der Augenblick gekommen, wie die in obigem Artikel vorbehaltenen Verhandlungen aufgenommen werden können. Die Fortdauer auf sechsmonatliche Kündigung ist ein kümmerlicher Nothbehelf, den möglichst bald durch eine neue, dauernde Regelung zu ersetzen im Interesse aller Theile liegt. Gleich nach Pfingsten werden hier, wie bereits mehrfach gemeldet worden, Zollvereins-Conferenzen ad hoc eröffnet werden, und schon morgen werden hier Ministerberathungen der betreff. Staaten stattfinden, um über einige in den letzten Wochen bereits vertraulich ventilirte Grundprinzipien sich zu einigen. Einestheils handelt es sich darum, den süddeutschen Staaten für den Verlust des bisherigen Veto's eine angemessene Betheiligung an der Zollvereins-Gesetzgebung zu verschaffen, anderentheils handelt es sich um die Revenuen-Vertheilung. Dieser Punkt dürfte nicht geringere, vielleicht größere Schwierigkeiten bieten, als der erstere. Wie wir nach der „A. Z." früher mitgetheilt, sollte bei dem Abkommen über die gemeinschaftliche Besteuerung des Salzes von Seiten der süddeutschen Regierungen ein von Preußen übrigens nicht acceptirter Vorbehalt gemacht sein, daß auf das frankfurt-hannover-oldenburgische Präcipuum verzichtet werden müsse. Die „Bayer. Z." bemerkt, daß ein Vorbehalt bezüglich des Wegfalles der noch bestehenden Präcipuen ausschließlich von Bayern eingelegt worden sei, ohne daß sich die übrigen süddeutschen Commissäre demselben angeschlossen hätten. Bayerischerseits sei die prinzipielle Unzulässigkeit derartiger Ausnahmsstellungen bei einer Gemeinschaftlichkeit wirthschaftlicher Interessen als Ausgangspunkt für die Forderung der Aufhebung der preußischen u. s. w. Präcipuen geltend gemacht worden. Es kommt aber darauf an, wie weit die „Gemeinschaftlichkeit der wirthschaftlichen Interessen" im Zollvereine geht, d. h. ob die Revenuen wirklich für gemeinschaftliche Interessen verwendet werden, wie das im norddeutschen Bunde allerdings künftig der Fall sein wird, im alten Zollvereine aber nie der Fall war.

(Köln. Ztg.)

Berlin, 3. Juni. Die Reisedispositionen des Königs Wilhelm von Preußen sind in folgender Weise getroffen: Abreise von hier morgen Nachmittag um $3^{1}/_{2}$ Uhr; Ankunft in Kreinsen um $9^{1}/_{4}$ Uhr; Aufenthalt daselbst von einer halben Stunde; Ankunft in Verviers Mittwoch früh um $7^{1}/_{4}$ Uhr; wieder eine halbe Stunde Aufenthalt daselbst; Ankunft in Paris um $4^{1}/_{4}$ Uhr Nachmittags. Innerhalb des preußischen Staates wird der König von Preußen nur von den obersten Spitzen der Behörden begrüßt werden; durch Belgien reist er incognito.

Aus **Hannover**, 1. Juni, wird der „Allg. Z." berichtet: „Der Oberkommerzrath Simon schien nach den Darstellungen unserer offiziösen und national-liberalen Presse die eigentliche Stütze der großen Verschwörung, welche hier entdeckt sein sollte, und die „Ztg. f. Nob." sprach von ihm und von dem Hrn. van dem Bussche-Streithorst noch vor wenigen Tagen, wie von unzweifelhaften Complicen derselben. Da nun Hr. Simon gestern, als völlig schuldlos, aus seiner dreiwöchentlichen Haft entlassen worden, so erleidet die ganze Geschichte in ihrer Bedeutung einen schweren Stoß, zumal auch Hr. v. d. Bussche seine Betheiligung an derselben auf's bestimmteste in der „Magdeb. Ztg." in Abrede stellt. Gestern dagegen meldete die „N. Hannov. Ztg." die Verhaftung eines Mannes, des Rittergutsbesitzers v. Jeinsen auf Gestorf im Amte Calenberg, der nicht zu den jugendlichen Heißspornen zu rechnen sein würde, denen man hier die ganze Werbungsagitation zuschreibt. Denn Hr. v. Jeinsen war Mitglied der ersten Kammer im letzten Landtag. Er ist, wie das offizielle Blatt mittheilt, nach Berlin abgeführt worden, um unter der Anklage des Landesverraths vor den Staatsgerichtshof gestellt zu werden. Da ich den Herrn nicht näher kenne, kann ich nicht mit der Zuversicht für seine Schuldlosigkeit, wie für die des Hrn. Simon sprechen; doch hat unsere ganze Presse in diese Verschwörungsgeschichte so unbesonnen hineingeredet, daß man wohlthut, erst die sichereren Bestätigungen ihrer Mittheilungen abzuwarten. Die „Provinzial-Correspondenz" hat ihrer Haltung in der unglücklichen Geschichte ein hohes Lob ertheilt, aber wenn die Regierung nicht besser unterrichtet gewesen wäre, als durch die Auslassungen unserer Presse, so hätte sie sich zu dem schweren Mißgriff allgemeiner Maßregeln der Strenge und des Mißtrauens verleitet gesehen, und sich dadurch in das gehässigste Licht vor ganz Europa gestellt. — Zu den Richtern, welche die Aufforderung erhalten, ihren Abschied einzureichen, ist auch der Geheimrath Busch, Justizminister in dem Ministerium Lütken (1853—1855) und jetzt Präsident des Obergerichts zu Celle, gekommen. Er ist bürgerlichen Namens, gehört also nicht zu den Unterzeichnern der November-Erklärung. Man vermuthet, daß seine Gattin die Schuld seiner politischen Mißliebigkeit trägt, da sie an der Spitze Cellenser Damen gestanden, die der Königin jüngst eine kostbare Stickerei überreichten. — Die Königin wird, wie bestimmt verlautet, sich schon in den nächsten Tagen nach Schloß Hummelsheim im Altenburgischen begeben, ohne die Rückkehr des Grafen Linsingen aus Hietzing mit der Antwort des Königs auf den Wunsch seiner Gemahlin, die Marienburg verlassen zu dürfen, abzuwarten. — Als Curiosum, aber auch als ein Zeichen der Volksstimmung, theile ich Ihnen mit, daß die sog. hannoverische Kolonie in Minden durch ein Mitglied des schönen Geschlechts ihre Annehmlichkeiten gesteigert sieht. Eine Waschfrau, die auf Anordnung der Polizei nicht den am Geburtstag des Königs Georg gestreuten weißen und gelben Sand vor ihrer Thür wegfegen wollte und deshalb zur Polizeidirektion abgeführt wurde, befleißigte sich dort so rebellischer Worte, daß sie nach Minden abgeführt wurde — das erste weibliche Opfer welfischer Sympathien."

Kiel, 3. Juni. Dem Vernehmen nach sollen von den hier anwesenden drei Generalkommandos gegen Anfang August zwei nach Hamburg und eins nach Lübeck verlegt werden.

Aus dem Herzogthum Meiningen, 31. Mai. Die Rinderpest hat erheblichen Schaden gestiftet; 333 Stück Rindvieh im Werth von etwa 30,000 fl. sind theils gefallen, größtentheils aber getödtet worden; in Häselrieth allein 187 Stück. Indessen ist es durch sorgfältige Absperrung der inficirten Gehöfte und derjenigen Orte, wo die Seuche eine größere Verbreitung erlangt hatte, gelungen, sie überall

---

gaben, waren genöthigt, durch die Rue Lafayette zu fahren, und da sie nur langsam sich fortbewegen konnten, so hatten sie viel von den Witzen der dortigen Menge, die gerade nicht den höchsten Ständen angehörte, zu leiden. Gegen $4^{1}/_{4}$ Uhr fuhren die zehn Hofwagen, die den Czaaren und sein Gefolge nach dem Elysée bringen sollten, nach dem Bahnhofe. Kurz darauf kam der Kaiser die Rue Lafayette entlang. Er fuhr in einem geschlossenen Hofwagen, konnte aber nur Schritt fahren, da das Wagengedränge zu groß war. Selbst der loyalste Kutscher konnte nicht ausweichen, wenn er nicht in die Menge hätte hineinfahren wollen. Der Kaiser, dem dieses ungeheure Gedränge zu gefallen schien, sah höchst erfreut darein, und als nun bei seiner Ankunft in der Nähe des Bahnhofes viele Vive l'Empereur ertönten, nahmen seine Mienen einen höchst heiteren Ausdruck an, und man sah, daß er sich freute, daß sich das Volk um ihn herumdrängte. Der Kaiser wäre aber in Folge dieses Gedränges beinahe zu spät auf der Bahn angekommen. Es war schon 4 Uhr 20 Minuten, als er dort eintraf. Der Zug war bereits signalisirt und kaum war Napoleon III. aus seinem Wagen gestiegen, so lief der Zug des Czaaren in den Bahnhof ein. Der Kaiser eilte zu dem kaiserlichen Wagen, der Czaar aber sprang aus demselben heraus, reichte dem Kaiser die Hand und die Monarchen umarmten sich. Hierauf stellte der Czaar seine beiden Söhne dem Kaiser vor. Die Vorstellung der übrigen Personen fand in dem Empfangssaale statt. Die zahlreiche Versammlung, worunter viele Russen, verfehlte nicht, die wärmsten Hochs auf Ihre Majestäten auszubringen. Die Ceremonie auf der Eisenbahn dauerte ungefähr zwölf Minuten. Hierauf traten die beiden Kaiser und ihr Gefolge aus dem Bahnhofe heraus, um die für sie bereit gehaltenen Wagen zu besteigen. Die Trommeln wirbelten, die Musikcorps spielten die russische Nationalhymne, und die Truppen, welche bis zum Eingange des Boulevard Magenta aufgestellt waren, präsentirten das Gewehr. Dem kaiserlichen Zuge voraus ritten zwei Vorreiter, dann kamen Lanciers, ihnen folgte der kaiserliche Wagen, in welchem sich der Kaiser, der Czaar und die beiden Großfürsten befanden. Die beiden Kaiser sowie auch die russischen Prinzen trugen Generalsuniform und waren mit den Orden der beiden Nationen geschmückt. Der Kaiser von Rußland beobachtete die gewaltige Menge, die sich zusammengedrängt hatte, neugierig, und man sah es ihm an, daß er mit dem Empfange, der ihm wurde, nicht unzufrieden war; es wurde zwar nicht viel gerufen, aber das Geräusch der ungeheuren Menge durfte als Ausdruck der Liebe der Pariser zu ihrem Herrscher gelten. Man rief nicht Vive l'Empereur, sondern Vive Napoléon! und dazwischen auch, und dieses hörte ich mit eigenen Ohren, vielfach Vive la Pologne! Da das Spalier der Soldaten nur bis an den Eingang des Boulevards gebildet war, und von dort aus nur Municipalgarde zu Pferde und ungefähr 3000 Polizeidiener den Weg freihielten (beim Empfange

zu lokalisiren, neue Orte sind von ihr nicht ergriffen worden; die letzte Erkrankung trat am 20. d. in Häselrieth ein, in den meisten Orten ist seit 15 und 21 Tagen keine vorgekommen. Die von der meiningen'schen Regierung schon am 5. d. angeregten gemeinschaftlichen Maßregeln der bedrohten Staaten unter preußischer Leitung sind erst dann in's Werk gesetzt worden, als sie ziemlich überflüssig waren. Sie bestehen in einem großen Militärcordon, der von Gersfeld bis Helmershausen längs der bayerischen und von da bis Neuhaus längs der meiningen'schen Grenze läuft, und hier das meiningen'sche Gebiet durchschneidet. In Lehesten schließt sich ein reußischer Cordon und an diesen ein sächsischer an, der die ganze bayerische und böhmische Grenze sperrt. Von den seuchenfreien Gegenden des Herzogthums Meiningen ist durch diesen Cordon nur ein Theil gedeckt, der Viehstand des größeren im Werth von 4 – 5 Mill. Gulden würde den Verheerungen der Rinderpest preisgegeben sein, wenn nicht die von der meiningenschen Regierung selbst getroffenen Maßregeln ausreichenden Schutz gewährten. Auch in der preußischen Enclave Barchfeld ist die Rinderpest ausgebrochen; es währte einige Zeit, ehe dieser Ort, der von Kassel aus regiert wird, unter den preußischen Commissarius gestellt werden konnte, der für den benachbarten Kreis Schleusingen, welcher von Erfurt aus verwaltet wird, und für die gemeinschaftlichen Maßregeln der bedrohten Kleinstaaten eingesetzt worden war. (A. Z.)

Wien, 1. Juni. Von Washington ging ferner folgende telegraphische Depesche vom 31. Mai ein: „Queretaro wurde am 16. in den frühen Morgenstunden durch Ueberrumplung genommen. Der Kaiser zog sich in die obere Stadt zurück, allein ein heftiger Artillerie-Angriff zwang ihn, sich auf Discretion zu ergeben, mit Mejia und Castillo y Cos. Die Depesche Escobedo's ist vom 16. datirt. Bis dahin war kein Gewaltakt erfolgt. Ein anderes gutes Zeichen in Bezug auf die Absichten von Juarez ist die Freilassung von 600 in Puebla gefangenen Ausländern. Uebrigens verwendet sich die Regierung der Vereinigten Staaten nachdrücklich für die Freilassung des Kaisers und dafür, daß für den persönlichen Schutz Sr. Majestät bis zur Einschiffung gesorgt werde." (Wien. Ztg.)

Ofen, 1. Juni. Se. Maj. der Kaiser ist heute Morgens in Begleitung des ersten Generaladjutanten Grafen v. Crenneville, des ersten Oberhofmeisters Fürsten Hohenlohe, des Staatsraths Ritter v. Braun, der Hofräthe v. Papay und Imhof hier eingetroffen.

Man schreibt dem „Schw. M." aus **Paris**, 1. Juni: Es geht hier in der Stimmung des Publikums ein großer Umschwung vor sich. Vor noch sehr kurzer Zeit, fast noch vor einigen Tagen, war das Mißtrauen allgemein, man glaubte keineswegs an die Aufrechterhaltung des Friedens, vielleicht noch im Herbste, sagte man allgemein, würde der Krieg gegen Deutschland sicher ausbrechen. Jetzt aber geht man in das entgegengesetzte Extrem über und hat das Zutrauen, als ob in den nächsten Jahren überhaupt kein Krieg mehr möglich sein könne. Es sind verschiedene Umstände, die zu dieser plötzlichen Sinnesänderung beigetragen haben. Zuvörderst ist es die nun wirklich erfolgende Ankunft der europäischen Souveraine, der man im Augenblick ihrer Ausführung größere Tragweite zuschreibt, als da sie erst in Aussicht stand. Dann aber, und dieß ist das Wichtigste, sieht man allmälig ein, wie allgemein die Liebe zum Frieden in der Bevölkerung von ganz Europa ist, in viel stärkerer und umfangreicherer Weise, als man es sich jemals gedacht hatte; und daß diese friedliche Meinung auch in der That dieses Mal die Kraft gehabt hat, sich geltend zu machen. Außerdem sieht man in diesem Augenblicke auch wirklich keine irgendwie beunruhigenden Symptome in einer Gegend des politischen Horizontes. Preußens maßvolles Auftreten in der luxemburgischen, der schleswigischen, der süddeutschen Sache läßt von dieser Seite keine Konflikte mehr fürchten, ja es beginnen schon allmälig die Sympathien wieder zu erwachen, welche ein Theil der französischen Nation stets für Norddeutschland gehegt hat.

Paris, 1. Juni. Der „Temps" bringt ein Manifest, wodurch sich am 30. Mai ein definitives Komité für eine internationale und permanente Friedensliga gebildet hat, welches erklärt, sich eine Pflicht daraus machen zu wollen, nach allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften, die Grundsätze der allgemeinen Achtung auszubreiten. Das Manifest ist unterzeichnet von Arles Dufour, Michel Chevalier, Jean Dollfus, dem Pater Gratry, dem Großrabbiner Isidor, Baron Justus von Liebig, dem reformirten Pastor Martin-Paschoud, Frederic Passy und Dr. Varentrapp, in Frankfurt. — Das „Journal de Paris" meldet, daß Hr. Stieber, der famose Berliner Polizeichef, wie es ihn nennt, seit gestern Abend in unsern Mauern weilt. Wahrscheinlich habe er die Aufgabe, Hrn. Meding zu überwachen, der ebenfalls hier ist, und einige weitere Fäden der hannover'schen Verschwörung aufzuspüren.

Aus **Paris**, 2. Juni, wird der „K. Z." berichtet: Ein Artikel der „Debats" v. 31. Mai, der nach Briefen aus Wien über Oesterreichs friedliche Politik berichtet, ist sehr bemerkt worden. Oesterreich will nicht seine Demission als europäische Großmacht geben, sondern im Gegentheil seinen Einfluß zu Gunsten des Friedens überall geltend machen, aber nur in solchen Fällen einen thätigen Antheil an der Politik nehmen, wo seine Interessen direct auf dem Spiele stehen: dieser Politik gemäß habe dasselbe es auch abgelehnt, auf die Berliner Vorschläge bei Gelegenheit der luxemburger Angelegenheit einzugehen, dagegen den Eröffnungen Rußlands in Betreff des Orients ein williges Ohr geliehen. Was die Stelle der Rede des Kaisers von Oesterreich anbelangt, worin er auf den Krieg von 1866 anspielt, so soll, wie man den „Debats" schreibt, weder damit gesagt sein, daß Oesterreich in Zukunft wieder Hand in Hand mit Preußen gehen wolle, noch angedeutet werden, daß es sich für günstigere Zeiten eine Revanche vorbehalte. Der Kaiser habe die neue Lage der Dinge vollständig angenommen und sehe den Ausschlaß Oesterreichs aus Deutschland als eine vollendete Thatsache an, auf die in keiner Weise zurückzukommen sei. Wie ich weiß, stammen die Andeutungen der „Debats" über die Politik Oesterreichs direct aus Wiener officiellen Kreisen. Man will damit gewissen Anerbietungen entgegentreten, die in der letzten Zeit in Wien gemacht wurden, um auf die Resultate, welche die Ereignisse von 1866 geschaffen, zurückzukommen.

Das „Journal de Paris" will von seinem Münchener Korrespondenten über den gegenwärtigen Stand der zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten eingeleiteten Unterhandlungen erfahren haben: Fürst Hohenlohe und Herr Varnbühler, die Minister Bayerns und Württembergs, versuchten eine Kombination zur Geltung zu bringen, welche zwar ein Band zwischen den Südstaaten und zwischen dem Nordbunde hergestellt, aber nicht jene mit diesen verschmolzen hätte. Ihr Vorschlag wäre dahin gegangen, daß der Eintritt der Südstaaten in ein näheres Verhältniß zum Norden nicht auf Grund einer Verfassung, wie der aus dem Reichstage hervorgegangenen, sondern auf Grund identischer Verträge erfolgen solle, welche der

---

der Königin von England bildeten die Nationalgarde und die Armee Spalier vom Bahnhofe bis nach St. Cloud), so durchbrach die Menge bald die Schranke, die man ihr gesetzt, und die Hunderte von Wagen, die hinter dem kaiserlichen Zuge herfuhren, konnten sich nur mit Mühe durch die Alles überfluthende Menge Bahn brechen. Am schlimmsten kam dabei der Kutscher der Marquise de Gallifet weg, der etwas auffallend gekleidet war. Er trug nämlich eine gepuderte, gar komische Perrücke, die zu Hunderten von Witzworten Anlaß gab. Man verhöhnte den Kutscher und bewunderte die wirklich reizende Marquise, neben der sich ein Offizier in großer Uniform, wahrscheinlich ihr Gemahl, befand. Der kaiserliche Zug fuhr rasch über die Boulevards dahin, lenkte in die Rue de la Paix ein und fuhr über den Place Vendome, wo sich die Napoleonssäule befindet, bog dann in die Rue de Rivoli ein, um durch den alten Louvre auf einem Umwege in die Tuilerieen einzufahren. Ich hätte beinahe vergessen, zu sagen, daß hinter dem kaiserlichen Wagen eine Abtheilung Hundertgarden herritt; ihnen folgten die übrigen Hofwagen mit dem Gefolge und den Schluß bildeten zwei Schwadronen Lanciers. Auf dem Boulevards Montmartre erklangen nur einige „Vive". Mehr wurde auf den Boulevards des Italiens und am Eingange des Louvre gerufen, während in den Champs Elysées, wo sich fast nur feine Gesellschaft eingefunden, beinahe Niemand den Hut zog und sonst völlige Stille herrschte. Im Louvre-Hofe bildeten Truppen wieder Spalier. Dort standen die Garde-Gensd'armen mit der Musikbande Ihres Landsmannes Riedel; auf dem Carousset-Platze die Dragoner der Kaiserin und im Tuilerieen-Hofe Garde-Voltigeurs. Die Musikbanden spielten alle die russische National-Hymne. Die Kaiserin empfing den Czaaren an der großen Ehrentreppe, worauf sich Ihre Majestäten und die Großfürsten in den Privatsalon der Kaiserin begaben. Später wurde dann das Gefolge vorgestellt. Die ganze Ceremonie dauerte ungefähr drei Viertelstunden, worauf der Kaiser seinen Gast nach dem Elysée geleitete. Dort waren Garde-Jäger aufgestellt. Das Vive l'Empereur! war am Eingange des Palastes ziemlich stark. Doch auch dort fehlte die Opposition nicht, denn als man das: Es lebe der Kaiser! anstimmte, riefen Stimmen: Quel Empereur! Ich habe nicht vernommen, daß, außer an der Eisenbahn, noch anderwärts der Ruf: Vive la Pologne! erklang. Am Elysée war der Empfang am besten. Dort hörte man auch Hoch's auf den Kaiser von Rußland in russischer Sprache. Es waren nämlich daselbst eine Masse Russen, der größte Theil in Uniform, darunter auch Popen, versammelt. Die russischen Damen fehlten auch nicht. Was das Gefolge des Kaisers anbelangt, so gefiel dasselbe den Parisern ganz gut. Sie finden dasselbe nämlich schöner und geschmackvoller gekleidet, als ihre eigenen Offiziere.

N[illegible]bund von Macht zu Macht mit den verschiedenen Ländern des Südens zu schließen hätte. Baden, welches den einfachen Eintritt in den norddeutschen Bund vorzieht, habe den bayerisch-württembergischen Vorschlag zurückgewiesen. Fürst Hohenlohe und Herr v. Varnbühler hätten hierauf das Berliner Kabinet sondirt, ob dieses sich mit Baden apart verständige und ihren Vorschlag bezüglich Bayerns und Württembergs annehmen wolle; ihre Bemühungen hätten aber in Berlin nicht mehr Erfolg gehabt, als in Karlsruhe. Die Stellung des Fürsten Hohenlohe sei aus diesem Grunde gegenwärtig etwas erschüttert.

Madrid, 2. Juni. Der Senat hat das Gesetz genehmigt, welches das jährliche Contingent definitiv auf 40,000 Mann festsetzt. Nach einem Amendement des Marquis de Duero, mit welchem die Regierung und die Commission sich einverstanden erklärten, wird der Regierung die Befugniß zugestanden, durch einfaches Decret die Reserve einzuberufen.

Bucharest, 26. Mai. Heute begab sich eine Deputation der angesehensten Israeliten aus den Donaufürstenthümern in das Palais, um dem Fürsten Vorstellungen über das illegale und inkonstitutionelle Verfahren seiner Regierung gegen die jüdischen Einwohner zu machen. Die Deputation setzte dem Fürsten auseinander, daß das Gesetz, das der Minister des Innern neuerdings gegen die Juden der Moldau zur Anwendung bringe, nicht allein veraltet und durch andere Gesetze aufgehoben sei, sondern daß es auch gegen die Konstitution verstoße. Auch wurde von derselben hervorgehoben, daß solche Maßregeln, wie sie von dem Minister Bratiano gegen die Israeliten angeordnet worden, ganz dazu geeignet seien, abermals eine allgemeine Judenverfolgung hervorzurufen. Fürst Karl suchte die Abgeordneten der Israeliten zu trösten, und ihnen Hoffnung auf eine bessere Zukunft einzuflößen; aber obgleich er ihnen sein Bedauern aussprach, daß in den Donaufürstenthümern die Emanzipation der Juden noch nicht Platz gegriffen habe, gab er ihnen doch kein positives Versprechen und ließ auch die Frage unbeantwortet, ob die bevorstehende Wiedereröffnung des im vorigen Jahr zerstörten Judentempels eine öffentliche oder geheime sein solle. (Allg. Ztg.)

Neueres.

Wien, 3. Juni. Die Pariser Feste eilen ihrem Höhepunkte zu, den sie eigentlich erst mit der Ankunft des Königs von Preußen erreicht haben werden. Dieser hat dem Czaaren den Vortritt gelassen, nachdem er selbst mit demselben vorher in Potsdam konferirte. Es ist also nicht mehr daran zu zweifeln, daß es sich um ein gemeinschaftliches Arrangement der drei Monarchen handelt, das sich sowohl auf den Orient als auf die deutschen Angelegenheiten beziehen dürfte. — Schon meldet das „Journ. de Bruxelles," daß die Pforte der Niedersetzung einer internationalen Untersuchungskommission zustimme, welches denn doch nichts Anderes als eine neue Konferenz unter anderem Titel wäre. — Die heute telegraphisch gemeldete Reise des bayerischen Ministers v. Hohenlohe nach Berlin zu den dortigen sich mit der Zollvereinsfrage beschäftigenden Ministerkonferenzen ist gleichfalls von Bedeutung, denn wahrscheinlich sind diese Zollverhandlungen nur eben wieder der Deckmantel für weiter gehende Negoziationen. (Fremdenbl.)

Pesth, 3. Juni. Der Entwurf des Inaugural-Diploms erwähnt der Olmützer Abdankung des Kaisers Ferdinand, sowie die Resignation des Erzherzogs Franz Karl, und betont, daß eingetretene schwere Hindernisse die Vornahme der Krönung nach Art. III. von 1791 hinderten, daß 1861 zwar die Dokumente vorgelegt wurden, die Krönung aber noch immer nicht vorgenommen werden konnte, und daß endlich 1865 es gelungen, die Verfassung wiederherzustellen. Nach dieser Einleitung verspricht das Diplom: 1. Heilighaltung der im ersten und zweiten Artikel vom Jahre 1723 festgestellten Thronfolge, sowie der nach Artikel III. vom Jahre 1790 zu geschehenden Krönung Ungarns und der Nebenländer der Verfassung, gesetzliche Unabhängigkeit, Freiheit und Territorial-Integrität. Wir werden ferner heilig halten, heißt es weiter, die gesetzlich bestehenden Freiheiten, Privilegien, die bis jetzt geschaffenen, von Ahnen sanctionirten, sowie die erst ferner zu schaffenden, von Uns als gekröntem Könige zu sanctionirenden Gesetze. 2) Verspricht es, die Krone im Lande zu behalten. 3) Alle Länder und Appendices der ungarischen Krone, die schon zurückerlangt werden, zu Ungarn zu bringen. 4) Für den Fall des Aussterbens die freie Königswahl. 5) Daß bei jeder künftigen Krönung diese Inaugural-Garantien beschworen werden sollen.

Triest, 2. Juni. (Ueberlandpost.) Bombay, 13. Mai, Calcutta, 8. Mai. Der König von Birma will die Verpflichtungen des Vertrages vom Jahre 1862, zu deren Erfüllung ihm eine Frist bis 1. Juni gestellt wurde, nicht ausführen und trifft Vorbereitungen für den Fall, als Feindseligkeiten ausbrechen sollten.

Agram, 3. Juni. Die gestrige Fahnenfeier des hiesigen Gesangvereins „Kolo" hatte einen entschieden politisch-panslavistischen Charakter. Dem Bankete wohnten alle Landtags-Koryphäen bei; Telegramme wurden nach Moskau abgesendet.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 21	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	68 3/8 G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63 1/4 P.
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	66—65 3/4 G
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	4 1/2pCt.	42 1/4 P.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 P. 100 3/4 G.
"	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 [illegible] P.
"	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 1/2 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90 1/2 P. 1/4 G.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	90 1/2 P. 1/4 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 1/8 G.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	94 1/4 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	83 P.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	94 P.
"	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	92 1/2 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	94 3/4 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	—
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	91 1/8 G.
Sardinien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/2pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	86 3/8 P.
N. Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	—
"	6pCt. ditto r. 1882 "	78—77 7/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	128 1/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	690 P. 689 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	179 1/2 P. 178 1/2 G
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 1/2 G.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	210 P. 20[illegible] G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	325 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109 3/4 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	222 P. 221 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	112 P. 111 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	151 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90 5/8 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 3/4 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 1/4 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75 1/8 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	45—1/8 G.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	116 7/8 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/4 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 3/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 [illegible] P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 3/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/4 G.
London Lst. 10 k. S.	119 5/8—1/2 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	95 3/8 G.
do. in öst. W. l. S.	95 5/8 G.
Disconto	5 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63 1/4 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	72 3/8 G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	122 G.
" do. v. 1864	—
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100—99 7/8 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 3/8 P.
Badische fl. 35	54 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	—
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143 1/2 G.
" fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. [illegible] b. R.	27 [illegible] P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11 G.

Frankfurt, 4. Juni. Das Geschäft war im Ganzen nicht sehr belebt. Die Spekulation hat zwar eine sehr gute Meinung von G[illegible]ten und macht wiederholte Anläufe, den Markt zu stimuliren, aber sie wird darin von dem reellen Geschäft nicht gehörig unterstützt, in[illegible]t sich das Capitalien an- und ablegende Publikum immer noch reservirt zeigt. Die Stimmung war zwar anhaltend günstig, die Course m[illegible]ten aber keine weiteren Fortschritte; besonders Anlage-Effecten bleiben verhältnißmäßig zurück. Das Geschäft in österr. Prioritäten er[illegible] heute größere Ausdehnung, angeregt durch die Siebenbürger Prioritäten, welche zu Tauschgeschäften vielfach Veranlassung geben. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 156. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 6. Juni 1867.

Die bayerische Politik.

XX Unterm 23. Mai ließ sich die „Frankfurter Zeitung" aus München von einer Note des Fürsten Hohenlohe an die übrigen süddeutschen Regierungen berichten. Der bayerische Minister habe in derselben erklärt: an einen Eintritt in den Bund sei nicht zu denken; denn einerseits werde sich Bayern „niemals" auf eine Position einlassen, wie sie dem Königreich Sachsen aufgedrungen sei, andererseits könne man auf Grund bestimmter Orientirung in Berlin versichern, daß auch die dortige Regierung entschlossen sei, auf eine solche Kombination, welche den Krieg mit Frankreich augenblicklich nach sich ziehen würde, „zur Zeit" nicht einzugehen. Aber auch der bisherige Zustand Süddeutschlands könne nicht fortdauern. Der einzig praktische Weg sei der, „daß die süddeutschen Staaten sich zuerst unter sich über eine gemeinschaftliche Basis einigten, von welcher aus dann über die im Prager Frieden vorbehaltene Anknüpfung nationaler Beziehungen Süddeutschlands zum norddeutschen Bund mit letzterem in Verhandlung getreten werden könne." Fürst Hohenlohe behält sich vor, sobald er im Besitz einer zustimmenden Rückäußerung sei, seine Vorschläge weiter zu entwickeln.

Die Richtigkeit dieser Mittheilung, die vor mehr als 8 Tagen durch die bayerischen Blätter gegangen ist, hat bis jetzt — während die gleichzeitigen, aber abweichenden Angaben eines Berliner Blattes eifrig berichtigt wurden — keinen Widerspruch erfahren. Man muß daher einstweilen annehmen, daß sie im wesentlichen auf Wahrheit beruht und unter dieser Voraussetzung ist ihr Inhalt beachtenswerth. Er erneuert zunächst das Programm des Ministers von seiner negativen Seite, denn bekanntlich hat sich Fürst Hohenlohe schon bei Berathung der Adreßfrage in der Abgeordnetenkammer gegen den Eintritt Bayerns in den Bund erklärt. Es ist uns nicht erinnerlich, ob er auch da schon das verfängliche Wort „niemals" gebraucht hat, das ihm jetzt in den Mund gelegt wird, vielleicht irriger Weise. Für Staatsmänner ist es selten rathsam, zu sagen: niemals. Die Note gibt ferner „auf Grund bestimmter Orientirung" den Aufschluß, daß das Berliner Kabinet seinerseits sowenig wie das Münchener Bayerns Eintritt in den Bund wolle. Dieselbe Versicherung ist von offiziösen preußischen Federn mehrmals und noch in neuester Zeit gegeben worden; dagegen mit dem Anspruch, unmittelbar aus der Quelle geschöpft zu sein, tritt sie unseres Wissens hier zum erstenmal auf und gewinnt dadurch an Bedeutung. Aber es fehlt auf preußischer Seite das Wort „niemals". Die preußische Politik, wenn das Frankfurter Blatt genau berichtet, will nur „zur Zeit" auf den Eintritt Bayerns verzichten, und diese Klausel ist das wichtigste in der preußischen Aeußerung.

Schließlich stellt der bayerische Minister Vorschläge in Aussicht hinsichtlich der Anknüpfung nationaler Beziehungen zwischen Süd- und Norddeutschland. Dies wäre also die positive Weiterführung des Hohenlohe'schen Programmes. Da Süddeutschland kein politischer Körper ist und die Gründung eines süddeutschen Bundes bekanntlich weder im Plane der gegenwärtigen bayerischen Regierung noch im Bereiche der Möglichkeit liegt, so kann es sich nur um die Verständigung über ein gleichartiges Verhältniß der einzelnen Staaten zum Bunde handeln, analog der gleichlautenden Fassung der Allianzverträge. Aus der Richtigkeit der Frankfurter Mittheilung würde die Unrichtigkeit einer anderen jetzt umlaufenden Angabe folgen, wonach die Unterhandlungen über die Zollvereinsfrage sogleich nach Pfingsten in Berlin beginnen sollen. Denn diese Frage bildet einen so wesentlichen Bestandtheil der nationalen Beziehungen, daß die beabsichtigte Verständigung der Südstaaten, wenn sie Erfolg haben soll, nothwendig vorhergehen müßte.

Ein Urtheil über die angekündigten Vorschläge ist nicht möglich, bevor man sie kennt; zur Verdeutlichung der Lage im Allgemeinen läßt sich aber Folgendes sagen. Bayern hat zu wählen zwischen demüthiger Unterwerfung und freiwilligem Anschluß an den nationalen Verband. Die erstere steht vielleicht nicht in unmittelbarer Nähe und ist deßhalb in den Augen der Leichtfertigen und Kurzsichtigen keine ernste Gefahr. Der freiwillige Anschluß kann rasch auf geradem Wege, oder langsam auf Umwegen erreicht werden, deren Windungen Graf Bismarck in einer seiner Parlamentsreden mit gewohnter Offenheit angedeutet hat. Da in Bayern die Dynastie und ein Theil der Bevölkerung vor dem geraden Wege zurückschreckt, so bleibt noch der Umweg, auf dem wir gegenwärtig wandeln, und endlich jener Weg zum gewaltsamen Ruin, auf welchen die unverantwortlichen Rathgeber der Krone in leidenschaftlicher Verblendung hindrängen.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 4. Juni. Se. Majestät der König hat dem Vorstande und Cassier des Privat-Wittwen- und Waisen-Vereins der Schullehrer in München, quiescirten Lehrer Fr. X. Klaß in München, das Ritterkreuz 2. Klasse des Verdienstordens vom h. Michael, dann dem Controleur und Rechnungsführer des genannten Vereines, Lehrer S. Graeff in München, die silberne Medaille des Verdienstordens der bayer. Krone verliehen; auf das erledigte Landrentamt Bamberg den k. Rentbeamten von Neustadt a/D., J. Roth, seinem Ansuchen entsprechend, versetzt.

München, 4. Juni. Dem als Commissär der bayerischen Regierung bei den Verhandlungen über die Liquidation des Bundesvermögens in Frankfurt a/M. befindlichen k. Ministerialrathe v. Schubert wurde mit allerhöchster Ermächtigung auch das Commissorium für Bayern bei den wieder aufzunehmenden Verhandlungen über die Auseinandersetzung des Johanniterorden-Schuldenwesens übertragen. (B. Z.)

** **München**, 3. Juni. In seiner heutigen Sitzung setzte der Gesetzgebungsausschuß die Berathungen über das Gantverfahren fort. Zunächst wurden die Art. 1047—1051, welche noch die weiteren Bestimmungen über die allgemeinen Wirkungen der Gant enthalten, der Berathung und Beschlußfassung unterstellt und dieselben nach dem Entwurfe, jedoch mit den seitens des Referenten zu Art. 1046, 1047, 1049 und 1051 gemachten Abänderungsvorschlägen und unter Abstrich des Art. 1050 seitens des Ausschusses angenommen. Die Art. 1052—1067 enthalten Bestimmungen über die Wirkung bezüglich der von dem Gantschuldner vor der Ganteröffnung eingegangenen Rechtsgeschäfte. Die Art. 1052—1056 wurden dem Antrage des Referenten seitens des Ausschusses aus den im Referate niedergelegten Gründen gestrichen. Auch Art. 1057 fand im Wesentlichen nach dem Referate seitens des Ausschusses Annahme. Sodann wurde Art. 1058 des Entwurfes als überflüssig und bedenklich gestrichen, womit die Sitzung schloß.

= **München**, 4. Juni. Die in den Zeitungen erwähnte Konferenz der süddeutschen Minister, welche vor einigen Tagen in Nördlingen stattgefunden haben soll, reduzirt sich sicherem Vernehmen nach auf eine einfache Besprechung der beiden Staatsminister Fürst von Hohenlohe und Frhr. v. Varnbühler. — Der ausgearbeitete vollständige Entwurf eines Schulgesetzes ist im Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten einer vorläufigen kommissionellen Berathung unter dem Vorsitz des betheiligten Staatsministers unterstellt worden. Wie wir hören, beabsichtigt Staatsminister v. Gresser demnächst auch noch einige tüchtige Fachmänner zu berufen, und deren auf lange Erfahrungen und spezielle Fachkenntniß sich gründende Urtheile für den Zweck der bevorstehenden Reform des Volksschulwesens zu vernehmen. — In Bezug auf den Fortgang der Socialgesetzgebungs-Arbeiten können wir mittheilen, daß der Druck des umfassenden Edel'schen Referats über die Gemeinde-Ordnung morgen, längstens übermorgen zur Vollendung gelangen wird; das Referat des Abg. Münch über das Gewerbewesen wird ebenfalls in einigen Tagen gedruckt erscheinen, und der Abg. Fischer entwickelt die größte Thätigkeit, um mit dem Referat über das Ansässigmachungs- und Verehelichungsgesetz bald zum Ende zu kommen. Noch am Schluß dieser Woche wird wahrscheinlich der Socialgesetzgebungsausschuß zusammentreten.

Berlin, 3. Juni. Im Laufe des heutigen Tages sind die Minister Fürst Hohenlohe aus München, Frhr. v. Varnbüler aus Stuttgart, Frhr. v. Dalwigk aus Darmstadt und Herr v. Freydorf

aus Karlsruhe zu der Ministerkonferenz hier angekommen. Man zweifelt nicht, daß eine prinzipielle Verständigung über die Rekonstruktion des Zollvereins auf eine längere Zeitdauer und unter Theilnahme der Südstaaten an der Zollvereinsgesetzgebung des norddeutschen Bundes hier ohne allen Verzug gelingen wird. Ob die süddeutschen Staaten an den betreffenden Reichstagsverhandlungen durch direkt von der Bevölkerung gewählte Abgeordnete oder durch Delegirte aus den Kammern ihrer Landtage sich betheiligen wollen, kann ihrem eigenen Gutfinden überlassen bleiben. Ueber die allgemeine Richtung der nothwendig gewordenen Tarif-Reformen wird die Einigung nicht schwer sein; das finanzielle Mehrbedürfniß ist für die Südstaaten eben so fühlbar, wie für den Norden, und viel mehr als in Preußen. Die Verständigung im Einzelnen, die der nach Pfingsten zusammentretenden Konferenz von Fachmännern überlassen bleibt, wird mehr Mühe und Arbeit kosten. Ob die Herstellung eines vollständig freien Verkehrs, wie er im norddeutschen Bunde mit Beschleunigung erstrebt wird, so bald auch für den ganzen Zollverein zu erreichen sein wird, ist wohl noch sehr zweifelhaft. Eine wesentliche Annäherung liegt in der Vereinigung über Beseitigung des Salzmonopols, welche kürzlich stattgefunden hat und nach deren Ausführung das Salz nicht mehr dem gegenseitigen Einfuhrverbote unterliegen wird. Es bleibt dann aber noch die Erhebung und Erstattung der Abgaben übrig, welche bei der Ueberfuhr solcher Gegenstände aus einem Vereinsstaate in den anderen stattfinden, die in den einzelnen Vereinsstaaten mit inneren indirekten Steuern belegt sind. Für Norddeutschland und speziell für das erweiterte Preußen ist bekanntlich die völlige Aufhebung der Binnengrenzen dadurch angebahnt, daß ganz kürzlich für die neu erworbenen Provinzen durch Allerhöchste Verordnungen die gesetzlichen Vorschriften, welche über die Besteuerung des Branntweins, des Biers und des inländischen Tabaks in den älteren Landestheilen bestehen, vom 1. Juli dieses Jahres ab auf die neuen Landestheile ausgedehnt werden. Es geschieht dies zwar mit der Maßgabe, daß zur Schonung eigenthümlicher Verhältnisse die Branntweinsteuer im Hauptlande des vormaligen Kurfürstenthums Hessen für die Dauer eines Jahres noch nicht im vollen Betrage zur Erhebung gelangt und der Verkehr mit Branntwein in Folge dessen nicht sogleich völlig von der bisherigen Beschränkung befreit wird. Auch muß der Eröffnung des freien Verkehrs mit Schleswig-Holstein der Wegfall der noch bestehenden Zollschranken vorhergehen. In der Hauptsache ist aber die Freiheit des Verkehrs im Innern und die Herstellung einer gleichmäßigen indirekten Besteuerung innerhalb des Bereiches von Preußen durch die ergangenen Verordnungen sichergestellt und damit ein neuer Fortschritt auf der Bahn der Förderung der Verkehrsfreiheit errungen. Die Ausdehnung auf die übrigen Staaten des norddeutschen Bundes kann keinen übermäßigen Schwierigkeiten unterliegen. Aber bis Bayern seine Biersteuer anpassen oder gar in die Gemeinschaft einwerfen wird, darüber mag noch eine ziemliche Zeit vergehen, und über die Besteuerung des Tabaks wird voraussichtlich selbst innerhalb des norddeutschen Bundes, zumal mit Rücksicht auf den Eintritt der Hansestädte in den Zollverein, noch viel gekämpft werden. Bei der gegenwärtigen Ministerkonferenz handelt es sich natürlich um dergleichen Details noch gar nicht. (Köln. Ztg.)

Berlin, 4. Juni. Der König ist eben um 3 Uhr 40 Minuten nach Paris abgereist. In seiner Begleitung befinden sich Graf Bismarck, die Generale v. Moltke, v. Treskow, v. d. Goltz, der Hofmarschall Graf Pückler und die Adjutanten. Sämmtliche Prinzen waren auf dem Bahnhofe anwesend, unter großem Andrange des Publikums. — Die „Nordd. Allg. Ztg." meldet, daß am 15. Juli die Ausschreibung der Wahlen zum Reichstage, nicht aber die Vornahme der Reichstagswahlen selbst, erfolgen wird.

Berlin, 4. Juni. Die süddeutschen Minister und Graf Bismarck hatten gestern Nachmittag um 2 Uhr und Abends um halb 9 Uhr und heute Vormittags um halb 12 Uhr Konferenzen. Die Hauptfrage derselben betrifft angeblich das Zollparlament.

Schwerin, 2. Juni. Die Eröffnung des außerordentlichen Landtages hat gestern durch den Großherzog in Person stattgefunden, welcher in der Thronrede die Annahme der norddeutschen Bundesverfassung auf das Dringendste empfahl. In der auf die Eröffnung folgenden Sitzung kam eine landesherrliche Proposition zur Verlesung, welche ebenfalls zur Annahme der Bundesverfassung aufforderte, wenn auch die ständischen Desiderien nicht in allen Punkten Berücksichtigung gefunden hätten. Doch biete die neue Rechtsordnung Schutz sowohl nach Außen, wie gegen innere Gefahren. Ferner wurde ein großh. Rescript verlesen, welches commissarische Verhandlungen für die später einzubringenden Militärvorlagen empfiehlt. Bei der Abstimmung über die geschäftliche Behandlung der Verfassungsvorlage sprachen sich 78 Stimmen für Berathung im Plenum aus, während 61 Mitglieder für Ueberweisung an eine Commission stimmten. Die Verhandlungen werden sonach im Plenum stattfinden.

Schwerin, 4. Juni. Der Landtag hat die Bundesverfassung mit 106 gegen 16 Stimmen angenommen, mit der Erwartung, daß die Stände bei Aenderungen der Bundesverfassung vor Abgabe der Stimme des Landesherrn gehört werden.

Wien, 1. Juni. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 3. beantwortete der Kriegsminister Frhr. v. John die Mühlfeld'sche Interpellation in Betreff der Befestigung Wien's wie folgt: „Bei den in der Ausführung begriffenen Befestigungsbauten beabsichtigt die Regierung nicht etwa die Hauptstadt in eine Festung zu verwandeln, weßhalb auch die Besorgniß einer Störung des Verkehrs oder der räumlichen Ausdehnung der Hauptstadt sich als gänzlich unbegründet darstellt. Die Regierung, gestützt auf das Gutachten der kompetentesten militärischen Fach-Autoritäten, beabsichtigt lediglich in einer Entfernung von $1^{1}/_{2}$ bis 2 Meilen vom Centrum der Hauptstadt zehn Forts zu errichten, um sie als Stützpunkte für etwa nothwendig erscheinende Erdwerke bei wirklich herannahender Gefahr benützen zu können. In diesem Jahre sollen nur vier Forts hergestellt werden, welche allerdings erst nach Ausbau der übrigen ein Vertheidigungswerk bilden, ihre Bedeutung gewinnen können, um als doppelter Brückenkopf auf beiden Seiten der Donau vom größten militärischen Werthe zu sein. Die Summe der nöthigen Ausgaben wurde auf 11 Millionen veranschlagt, und es wurden für die Vorarbeiten bereits 200,000 fl. ausgegeben. Die bisherigen Ausgaben werden von jenen 5 Mill. Gulden bestritten, welche in Folge des Friedensschlusses mit Italien der Staatsverwaltung zur Verfügung stehen, und es wurden 4 Millionen für den Bau bestimmt. Die für die völlige Vollendung des Baues nöthige Summe wird successive in das Kriegsbudget eingestellt und von der kompetenten Vertretung im verfassungsmäßigen Wege angesucht werden." Das Abgeordnetenhaus ging dann zur Berathung der Adresse über, welche auch in der Sitzung des Herrenhauses an demselben Tag begonnen hat.

Wien, 2. Juni. Vereinten Bemühungen ist es gelungen, die Hindernisse zu beseitigen, welche sich dem Stattfinden der Krönungsfeier am 8. Juni entgegengestellt. Dem „Wanderer" wird nämlich aus Pesth gemeldet: „Die Schwierigkeiten bezüglich der Abdankungsfrage sind beseitigt; es ist ein Modus gefunden, der allseitig befriedigt, die Krönung nicht aufschiebt, die Rechte des Landes durch einen nach der Krönung zu sanctionirenden Gesetzartikel wahrt."

Wir entnehmen dem Adreßentwurfe der Kommission des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsraths folgende Stellen: „Das Abgeordnetenhaus fühlt sich verpflichtet, in ehrfurchtsvoller Offenheit auszusprechen, daß das allerorts tief erschütterte Vertrauen nur dann wieder wachgerufen und gefestigt und das natürliche Rechtsgefühl nur dann befriedigt werden könne, wenn die verfassungsmäßigen Rechte des Reichsraths mit Bürgschaften gleichen Werthes umgeben werden, wie jene, deren sich die ungarische Verfassung erfreut. Die Konsolidirung der staatlichen Verhältnisse ist durch die festgewurzelte Ueberzeugung bedingt, daß das Verfassungsrecht eine Wahrheit, daß sein Bestand und seine zeitgemäße Fortentwicklung gegen jede Anfechtung gesichert seien. Solche Ueberzeugung ist aber nicht möglich, wenn nicht hier wie dort unverbrüchlich gilt, daß ohne die Zustimmung der Volksvertretung kein Gesetz in's Leben treten kann." Und ferner: „Blos formelle Verfassungsgarantien, mögen sie auch noch so umfassend sein, können indessen für sich allein die gerechten Erwartungen der Bevölkerung nicht befriedigen. Die Reform der gesammten Gesetzgebung und Verwaltung im Sinne der Freiheit und des Fortschritts ist ein dringendes Bedürfniß." .... „Die politischen Rechte der Staatsbürger und insbesondere das Recht, Vereine zu bilden, sich zu versammeln und in der Presse frei zu äußern, erfordern alsbaldige Regelung im konstitutionellen Geiste und nach dem Vorbilde der Gesetzgebung in den vorgeschrittenen Staaten." Die auf das Concordat bezügliche Stelle lautet: „Wir müssen es aber auch als eine unabweisliche Nothwendigkeit bezeichnen, daß im Wege der verfassungsmäßigen Gesetzgebung an die Revision des Concordats in jenen Beziehungen geschritten werde, welche in den Bereich der Staatsgesetzgebung fallen. Wir ehren die Unabhängigkeit der Kirche und sind weit entfernt, derselben jemals zu nahe treten zu wollen. Wir sind aber auch überzeugt, daß weder ein Gesetz noch ein Vertrag für alle Zukunft Rechte unwiderruflich aufgeben könne, welche nach der heutigen Entwicklung des staatlichen Lebens zu den wesentlichen Hoheitsrechten des Staates gehören. Wir halten es für unmöglich, daß der Staat sich seiner Rechte in Bezug auf die Ausübung der Justizgewalt und auf die Gesetzgebung in Sachen des Unterrichts zu Gunsten einer von ihm völlig unabhängigen Macht habe entäußern oder sich des Rechtes begeben können, das natürlichste aller politischen Rechte, das der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze, ohne Rücksicht auf die Konfession, welcher sie angehören, im vollsten Umfange verwirklichen zu dürfen." Endlich heißt es in Betreff der Finanzlage: Schon beim Beginne der vorigen Session sprach das Abgeord-

netenhaus Ew. Majestät freimüthig seine Ueberzeugung aus, daß die Finanzlage des Reiches eine sehr ernste sei, daß die stäte Benützung des öffentlichen Credits auch in Jahren des Friedens zu schweren Bedrängnissen führen müsse und endlich zu unheilvollen Krisen führen könne. Seit jener Zeit hat sich der Ernst der Finanzlage in wahrhaft bedenklicher Weise gesteigert. Es fand eine fortwährende Vermehrung der Staatsschuld statt und haben dadurch die für Verzinsung und vertragsmäßige Tilgung der Staatsschuld erforderlichen Summen an sich und insbesondere im Verhältniß zu dem wesentlich verminderten Staatseinkommen, welches für die nächste Zeit eine Steigerung nicht hoffen läßt, außerordentliche Dimensionen angenommen. Die beständige Benützung des der Erschöpfung nahen Staatscredits, wozu noch der völlige Mangel aller Controle durch eine Volksvertretung kam, bewirkte, daß die Aufbringung der erforderlich gewordenen Anlehen nur mehr unter den drückendsten Bedingungen möglich war. So mußte denn zu dem bedenklichsten aller Mittel der Geldbeschaffung, zur ausgedehnten Hinausgabe von Staatspapiergeld geschritten werden. Dadurch wurde die Consolidirung der Landeswährung, welche mit großen Opfern nahezu erreicht worden war, neuerdings in unabsehbare Ferne gerückt. Dieser Zustand der Landeswährung, sowie die finanziellen und Creditzustände überhaupt üben in immer deutlicher wahrnehmbarer Weise die empfindlichste Rückwirkung auf die produktiven Kräfte des Vaterlandes, deren Hebung die unerläßliche Grundlage aller gedeihlichen Entwicklung bildet. Das Haus der Abgeordneten wird diesen Angelegenheiten und den zu gewärtigenden Vorlagen die gewissenhafteste Aufmerksamkeit zuwenden; es kann jedoch nicht unterlassen, schon jetzt sein tiefes Bedauern darüber auszusprechen, daß noch vor Kurzem, ohne die Mitwirkung der Volksvertretung abzuwarten, außerordentliche Verpflichtungen für den Staatsschatz eingegangen und weitaussehende Unternehmungen begonnen wurden, welche große Ausgaben für die Zukunft in Aussicht stellen. Das Haus der Abgeordneten muß die zuversichtliche Erwartung ausdrücken, daß in dieser Weise nicht mehr vorgegangen, vielmehr Alles, was davon noch ungeschehen gemacht werden kann, werde rückgängig gemacht werden. Denn jenes Vorgehen ist unter den gegebenen Verhältnissen nicht bloß für die hart bedrückten Steuerpflichtigen bedenklich, sondern auch geradezu eine Gefährdung der Rechte der Staatsgläubiger."

Pesth, 3. Juni. In Folge einer Rüge des Pesther Comitats-Ausschusses bezüglich des Landtagsbeschlusses über das Gesetz der gemeinsamen Angelegenheiten legt Graf Karolyi seine Stelle als Obergespan des Pesther Comitats nieder. — In der geheimen Sitzung des heutigen Unterhauses wurde beschlossen, daß in Ermanglung eines Palatins nicht der Judex Curiae, sondern der Ministerpräsident Graf Andrassy mit dem Fürst-Primas dem Könige die Krone aufsetzen werden. Zu Kronhütern sind Graf Georg Karolyi und Baron Nikolaus Vay designirt.

Paris, 3. Juni. Die „Patrie" hat aus Madrid ein Telegramm erhalten, worin der Pariser Besuch der Königin Isabella II. nun doch vor sich gehen soll; die Königin will schon am 20. Juni auf die Reise gehen. Auch der älteste Bruder des Kaisers von Marokko, Muley-Abbas, wird als Vertreter seines kaiserlichen Bruders in Paris erscheinen, aber erst Anfangs Juli mit einem glänzenden Gefolge von Tanger in See stechen. — Gestern nach dem Pferderennen hatte der Czaar den Wunsch ausgesprochen, dem kaiserlichen Prinzen einen Besuch zu machen; die beiden Kaiser fuhren daher nach St. Cloud und brachten daselbst eine halbe Stunde zu. — Der Kampf um den großen Preis beim Pferderennen in Longchamps blieb in so fern unentschieden, als zwei Pferde, Patricien von Herrn Delamarre, der Sieger des Jockeyclub-Preises von Chantilly, und Fervacques, dem Grafen Montgomery gehörig, völlig gleichzeitig das Ziel erreichten. Den Sieg in einem zweiten Rennen zwischen beiden Pferden trug Fervacques davon, der durch eine gewaltige Anstrengung im letzten Augenblick eine Nasenlänge Vorsprung gewann. Der erste Gewinn betrug im Ganzen 127,000 Fr. und einen von dem Kaiser gegebenen Kunstgegenstand, der zweite 10,000, der dritte 5000 Fr. — Noch selten hatte sich eine größere Anzahl von Ball-Candidaten an den Seine-Präfekten herangedrängt, wie dieses Mal für den Ball vom 8. d. Mts., dem die hohen Gäste des Hofes, vor Allen der Czaar und König Wilhelm, beiwohnen sollen. Im „Moniteur" läßt die Seine-Präfektur bekannt machen, daß die Einladungslisten bereits definitiv geschlossen sind und deßhalb keine Gesuche mehr berücksichtigt werden können.

Florenz, 30. Mai. Die Kammer hat ihre Sitzungen bis Samstag vertagt, da sämmtliche Minister des Präsidiums und zahlreiche Mitglieder des Parlaments zur Theilnahme an der Vermählungsfeier des Prinzen Amadeus mit der Prinzessin della Cisterna nach Turin abgereist sind. Künftigen Montag wird die Finanzvorlage nebst der in Turin mit den Häusern Erlanger, Fould und Oppenheim abgeschlossenen Konventionen vor die Kammer gebracht und damit das Signal zu heißen parlamentarischen Kämpfen gegeben werden, deren Ausgang Niemand mit Sicherheit voraussetzen kann. — Folgender wirklich wahre Vorfall liefert einen neuen, höchst interessanten Beitrag zur Charakteristik der italienischen Sittengeschichte. Noch vor Beginn des letzten Krieges war das Marineministerium mit einer Schiffsbau-Gesellschaft betreffs des Umbaues eines größeren Kriegsschiffes in Unterhandlung getreten, und wurde für diesen Umbau der Gesellschaft die Summe von 700,000, sage siebenhunderttausend Lire kontraktmäßig zugestanden. Da plötzlich meldete sich ein königlicher Linienschiffskapitän, welcher die Schiffsbaukunst gehörig studirt hatte, und erklärte, die gewünschte Umgestaltung um den Preis von 10,000, sage zehntausend Lire zu besorgen. Da man Eile mit dieser Umgestaltung hatte und der Schiffskapitän für den Erfolg haftete, so wurde dieselbe ihm übertragen, und wirklich gelang es ihm, blos mit einem Mehraufwande von 3000 Lire, also um den Preis von dreizehntausend Lire, den Umbau in vollkommen entsprechender Weise zu bewirken, so daß er also dem Staatsschatze eine Ersparniß von 687,000 Lire zugeführt hatte. Statt nun dem patriotischen Kapitän eine glänzende Belohnung zukommen zu lassen, wurde derselbe — incredibile dictu — zum Ersatze von 3000 Lire verhalten, um die er mehr ausgegeben, als er in Aussicht gestellt hatte. Das Schönste kommt aber erst nach. Nun tritt plötzlich die Schiffsbau-Gesellschaft, mit welcher der Kontrakt wegen des Umbaues des Schiffes für den Preis von 700000 Lire abgeschlossen worden war — mit einem Anspruch auf Schadenersatz hervor, und die Regierung bewilligt derselben einen Schadenersatz von 200000 Frcs. So geschehen im Jahre des Heiles 1867 im freien, unabhängigen Italien. Ein Seitenstück zu den papierenen Dörfern des Fürsten Potemkin. — Wie viele k. Funktionäre mögen sich bei dieser Gelegenheit den Säckel gefüllt haben? Und da wundert man sich noch über die Finanznoth Italiens? — Einem allgemein verbreiteten Gerüchte zufolge würde Prinz Amadeus zum Vice-König von Neapel ernannt werden, wo er einen glänzenden Hof halten werde. Der königl. Hof kehrt am 6. Juni hierher zurück, wo große Feste vorbereitet werden. Auch die Königin von Portugal und Prinz Napoleon sammt Gemahlin werden hier erwartet. (Pr.)

London, 1. Juni. Soviel bis jetzt bestimmt ist, wird die Königin den Sultan auf Windsorschloß empfangen, und ihm einen Gegenbesuch im Buckingham-Palast in London abstatten, woselbst der Prinz v. Wales ihm die Honneurs machen wird. Wenn die „Times" auch einen bevorstehenden Besuch des Kaisers von Rußland in England ankündigt, so widerspricht diese Notiz allem, was von dessen Reiseplan bisher bekannt geworden ist. — Nach einem Provinzialblatt meldet die „Times" einen bevorstehenden großen Akt königlicher Munificenz. „Während der fünf Jahre, welche die Königin in Zurückgezogenheit lebte, hat sich natürlich von ihrer Zivilliste viel Geld angehäuft, das J. M. unter glücklichern Umständen in fürstlicher Hospitalität verwendet haben würde. Damit nun nicht vermuthet werde, J. M. habe dieses Geld aufsparen wollen, hat sie beschlossen, eine Summe von nicht weniger als ½ Mill. Pfd. St. auf Erbauung und Dotirung eines Reconvalescenten-Hospitals zu verwenden, welches in ziemlicher Entfernung von London zu stehen kommen soll, damit die Genesenden den Vortheil reiner Luft genießen können. Der Ankauf des Areals und der Bau sollen ungefähr 200,000 Pfd. St. erfordern. — Nach dem „British Medical Journal" darf die Prinzessin v. Wales jetzt endlich den Tag über in einem Lehnstuhl sitzen, und der bisher straffe Verband des kranken Gelenks konnte etwas erleichtert werden.

Athen, 25. Mai. Die Nachricht von der Verlobung des Königs mit der Großfürstin Olga brachte die Bevölkerung in die freudigste Erregung. Die Läden und Werkstätten wurden geschlossen, und das Volk strömte in die Metropolitankirche, wo noch an demselben Tage, wenige Stunden nach der Ankunft des offiziellen Telegramms, unter Anwesenheit des Prinzregenten, der Gesandten, der Minister ꝛc. und unter Kanonendonner, durch den Erzbischof von Athen ein Te Deum abgehalten wurde. Abends war die Stadt beleuchtet, die Militärmusik spielte, und das Volk wogte durch die Straßen jubelnd und „Zito" rufend. Bereits beginnt man neugeborene Mädchen Olga zu taufen und träumt von Hofdamen. — Ein neuer unersetzlicher Verlust hat Griechenland wieder in Trauer gestürzt. Athanasios Miaulis, der vorletzte vieljährige Ministerpräsident des Königs Otto, unter dessen Verwaltung die Militärrevolution in Nauplia ausbrach, ist vor kurzer Zeit in Paris, wohin er sich zu wiederholten Malen begeben hatte, um Heilung von seinem Leiden zu finden, denselben erlegen. Seine Leiche wurde von seiner Gattin nach Athen gebracht, wo am 21. Mai deren Beisetzung mit der größtmöglichen Feierlichkeit stattfand. Athanasios Miaulis war der Abkömmling des in dem griechischen Unabhängigkeits-

Kampfe berühmt gewordenen Seehelden Andreas Miaulis, und mit allen Vorzügen seines unsterblichen Vaters ausgerüstet. (A. Z.)

Petersburg, 24. Mai. Die slavischen Gäste Rußlands sind, nach einer Aufzählung des „Golos“ 68 Personen, den verschiedensten Stämmen angehörig, und zwar Czechen 19, czechische Mähren 1, Mähren 4, Serben 25, dalmat. Serben 1, Kaschuben 1, Lausitzer 2, Croaten 4, Dalmatiner 3, Slowenen 3, Slowacken 1, Ruthenen aus Ungarn 1, Ruthenen aus Galizien 3. Die bekanntesten Namen befinden sich wohl unter den Czechen: Dr. Palacky, czechischer Geschichtsschreiber, Dr. Erben, Direktor des czechischen Museums, Rieger, Reichstagsdeputirter, Dr. Hammernik, Prof. der Medizin, Redakteur Dr. Gregr. Unter den Serben nennen wir Schafarik, einen Verwandten des berühmten slavischen Geschichtsschreibers, unter den Lausitzern die Herren Schmaler und Deutschmann und unter den Dalmatinern: Graf Wutschitsch und den Geistlichen Danilo. Am 23. ds. wohnten die slavischen Gäste einem Gottesdienste zur Feier des Andenkens der Heiligen Cyrillus und Methodius in der Isaakskirche bei. Am Abend war ein festliches Mahl für 600 Personen im Saale der Adelsversammlung angeordnet, zu welchem alle Billete vergriffen waren. Die Slaven wurden mit Beifallsklatschen und dem Rufe Hurrah! und Heil! empfangen. Der Saal war mit Fahnen und Wappen geschmückt. Zwischen den beiden der kaiserl. Loge gegenüberliegenden Säulen befand sich die Fahne des Cyrillus und Methodius; über derselben standen auf einem himmelblauen Bogen die Worte: „Die slavische und russische Sprache sind eins“; über einem anderen ruhte ein Adler. Zu beiden Seiten der Fahne prangten, von andern Fahnen umgeben, noch andere Inschriften, wie: 1612, 1812, 1. Jan. 1864, 20. Novbr. 1864, 19. Febr. 1861, 10. Juli 1774. Auf der andern Seite des Chors befanden sich gleichfalls viele Inschriften zwischen Fahnen, so z. B. folgende: Galizien: Daniel, Lew, Jachimowitsch; Bulgarien: Boris, Simeon, Johann; Serbien: Stephan Njemann, Stephan Duschan, Georg Tschernn, Milosch, Peter I., Njegutsch; Czechen: Samo, Boriwoi, Ottokar II., Schischka, J. Podjebrad; Polen: Kasimir der Gerechte, 19. Febr. 1864; Chorwaten: Swonimir, Nik. Schubitsch, Srjanski; Slowaken: Rostislaw, Wozel, Matth. Trentschinski, Janoschik; Slovenen: Samo Wladurch.“ Das Orchester und der Sängerchor der russischen Oper trugen während des Mittagsmahles czechische, serbische und russische Lieder vor.

Neueres.

Pesth, 4. Juni. Laut allerhöchster Entschließung ist der Kronhüter Baron Nyary auf seine eigene Bitte seiner Würde enthoben worden. — Dem „Hirnök“ zufolge kann der Tag der Krönung vor Ueberreichung des Inaugural-Diploms nicht offiziell bekannt gegeben werden, es sei jedoch der 8. Juni bestimmt. — Demselben Blatt zufolge wird heute zum Behuf der Kronhüterwahl eine gemischte Sitzung beider Häuser stattfinden.

Prag, 4. Juni. Die sonntägige Moskauer Parkfeier fand bedeutende Theilnahme; das Bankett zählte 800 Gedecke. Die dabei gehaltenen Reden waren bedeutungsvoll; es sprachen die Herren: Scherbatoff, Pogondin, Subotic, Aksakoff, Lizoff, Cerraky, Brauner, Rieger. Letzterer gedachte der Polenrechte. Einige Gäste sind bereits abgereist.

London, 4. Juni. Die Aktenstücke bezüglich auf den Luxemburger Traktat werden heute der Druckerei übergeben und baldigst veröffentlicht werden. Die Reform-Debatte ist bis nach Pfingsten vertagt.

Kopenhagen, 4. Juni. Das Volksthing hat mit 62 gegen 25 Stimmen das Armee-Organisationsgesetz angenommen. Dasselbe geht nun vor das Landsthing. Vermuthlich ist die Ministerkrisis dadurch beseitigt.

Petersburg, 3. Juni. Der Großfürst Alexis ging nach Moskau und tritt von dort eine Reise über Nikolajew und Odessa nach Konstantinopel an, wahrscheinlich auch nach Athen, dann nach Malta und Cadix, wo derselbe auf einem russischen Kriegsschiffe eine atlantische Reise, vielleicht bis Amerika, machen wird. Die Rückkehr erfolgt durch das Mittelmeer und das schwarze Meer nach Sebastopol, unter Bereisung der Küsten des Schwarzen und des Asow'schen Meeres, des Don und der Wolga, im Oktober. — Der Senat entschied, daß der Verwaltungs-Ausschuß der aufgelösten hiesigen Provinzialversammlung einer ungesetzlichen Kritik der Regierungsakte schuldig sei, steht aber wegen Auflösung des Ausschusses und Absetzung des Präsidenten von einem weiteren Strafverfahren ab.

Petersburg, 4. Juni. Die Kaiserin Maria reist am 17. ds. über Warschau und Wien nach der Krim. — Der finnische Landtag wurde am 31. Mai feierlich geschlossen. — Die Newa zeigt fortdauernden Eisgang.

Telegramm
der Neuen Würzburger Zeitung.

* **Wien**, 6. Juni. In der gestrigen Herrenhaussitzung wurde der Adreßentwurf nach dem Commissionsantrag mit großer Majorität angenommen und das Präsidium mit der Ueberreichung der Adresse an den Kaiser beauftragt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	63 3/8 P.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63 1/8 P.
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55 7/8 P.
"	5pCt. Metall. Obligat.	46 1/2 G
"	4 1/2pCt.	42 P.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 1/4 P.
"	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 1/4 P.
"	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 7/8 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90 1/2 P. 1/4 G.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	90 1/2 P. 1/4 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 1/4 G.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	94 1/4 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	83 1/4 P.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	93 3/4 P.
"	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	81 1/4 P. 80 7/8 G.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	92 1/2 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	95 1/4 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	89 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	83 P.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	81 1/8 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/2pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 5/8 G.
NAmerika	6pCt. à 1000r 1881 D. 2 1/2	—
"	6pCt. ditto r. 1882	77 7/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	128 1/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bank-Aktien	694 P. 690 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	178 1/2—77 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 1/2 G.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	208 P. 207 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	324 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109 1/4 G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr à 28 kr	220 219 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	112 P. 111 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	32 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	151 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90 5/8 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 3/4 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 1/4 P. 1/8 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 1/2 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E B.	44 7/8 P. 5/8 G
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	116 5/8 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/2 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Tl. 60 k. S.	105 1/4 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 3/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 1/4 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 3/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/4 G.
London Lst. 10 k. S.	119 1/2 P. 1/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	95 1/2 G.
do. in öst. W. l. S.	95 1/2 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63—1/2 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	72 1/2—1/4 G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	122 G.
" do. v. 1864	73 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100—99 7/8 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 1/8 P.
Badische fl. 35	54 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54—1/4 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	142 1/2 P.
" fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs. Loose	—
Mailänder 45 Frs. ... b. R.	28 7/8 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11 G

Frankfurt, 5. Juni. Die heutige Börse verkehrte für Spekulationseffekten Anfangs in fester, dann in matter Haltung, ohne daß ein besonderer Grund vorlag. Anlagepapiere blieben ziemlich stabil. Süddeutsche waren nicht animirt. Neue Württemberger waren, da viele erste Subscribenten jetzt ihr Material an den Markt bringen, um einen Nutzen zu erzielen, angetragen, ohne daß eine entsprechende Nachfrage gegenüber stand. Siebenbürger Prioritäten wurden 1/4 — 3/8 über dem Emissionscours gehandelt und scheint das Publikum dies Effekt für preiswürdig zu halten und sich mit demselben zu befreunden. Das Geschäft im Ganzen war nicht lebhaft. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 157.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 7. Juni 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 5. Juni. Se. Majestät der König hat den Landrichter J. Wolf in Grafenau wegen nachgewiesener Dienstesunfähigkeit für immer in den nachgesuchten Ruhestand treten lassen; auf dessen Stelle den Landg.-Assessor M. Sartor in Mallersdorf befördert; an dessen Stelle den Landg.-Assessor M. Probst in Neunburg v/W. versetzt; auf dessen Stelle den Bezirksg.-Sekretär Fr. Hanser in Pfarrkirchen befördert und dessen Stelle dem geprüften Rechtspraktikanten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landgerichte Laningen, K. Hauber, in prov. Eigenschaft verliehen.

Die kath. Pfarrei Vollenschwand, k. Bezirksamts Rottenburg, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 871 fl. 44¾ kr. in Erledigung gekommen.

** **München,** 4. Juni. In seiner heutigen Sitzung setzte der Gesetzgebungsausschuß die Berathung und Beschlußfassung über die Bestimmungen im Gantverfahren fort und nahm die Art. 1058—1060 des Referats als Art. 1059—1061 im Wesentlichen in der Fassung desselben an, strich den Art. 1062 des Entwurfes ab und nahm den Art. 1061 des Referates, der die Competenz für die Anträge der Art. 1057—1061 regelt, als Art. 1062 an. Die Art. 1063 und 1064, welche die Frage, ob und in weit die mala fides von Einfluß auf die Restitutions- und Ersatzpflichten der bei dem nichtigen oder ungültigen Akte Betheiligten ist, hatte der Referent zum Abstriche begutachtet. Der Ausschuß trat jedoch dieser Auffassung nicht bei und nahm die Artikel im Wesentlichen nach dem Entwurfe an; dagegen trat er dem Abstriche des Art. 1065 bei, nahm den Art. 1066 nach dem Entwurfe an. Nach Art. 1066 schlug der Referent einen neuen Art. 1066a, welcher eine Bestimmung über die Giltigkeit des vom Gantschuldner herrührenden Datums der Gläubigerschaft gegenüber enthält, vor; der Ausschuß lehnte denselben als bedenklich ab. Sodann wurde noch Art. 1067, welcher die Normen für die Verhaftung des Gantschuldners enthält, in der Weise angenommen, daß als Art. 1067 die Bestimmung angenommen wurde, daß die Personalhaft nach der Ganteröffnung weder von einem einzelnen Gläubiger mehr verlangt werde, sowie daß die bereits bestehende Haft mit derselben aufhöre, während im Art. 1067a dem Gerichte während des Gantverfahrens die Befugniß zur Verhaftung des Schuldners unter bestimmten Voraussetzungen gegeben wurde, und zwar so, daß Verhaftung und Aufhebung der Haft von Amtswegen erfolge. Hiemit war der 1. Abschnitt des 45. Hauptstücks erledigt und wurde die Sitzung geschlossen.

München, 5. Juni. Der umfassende Vortrag des Abgeordneten Dr. Edel an den besonderen Ausschuß der Kammer der Abgeordneten für die Gesetze über das Gemeindewesen, Ansässigmachung &c., über den Entwurf eines Gesetzes, die Gemeinde-Ordnung betreffend, hat soeben die Presse verlassen und wird nunmehr an die Kammermitglieder &c. vertheilt. In der allgemeinen Einleitung bemerkt der Herr Referent insbesondere, daß er es gegenüber dem Drängen der Zustände der Gegenwart und Angesichts des innigen Zusammenhanges mit unaufhaltsamen socialen Veränderungen für Pflicht halte, dahin zu wirken, daß der Gesetzentwurf in einer annehmbaren Gestalt zum Gesetz erhoben werde, dieses Ziel aber auch erreicht werden könne, wenn es glücken wird, daß die kgl. Staatsregierung und der Ausschuß sich in demselben Streben und Grundgedanken begegnen, und wenn namentlich, wie er nach einer günstigen allgemeinen Beurtheilung des Entwurfs hervorhebt, bei der Beschlußfassung über die einzelnen Bestimmungen folgende Anschauungen allgemeine Anerkennung finden: 1) Es darf der bestehende Rechtszustand in keinem Stücke verschlimmert, keines der Grundrechte der dermaligen Gemeindeverfassung aufgegeben werden. 2) Es muß der im Uebermaß gemachte Vorbehalt ergänzender und regulirender Verordnungen thunlichst beschränkt, und, soweit möglich, durch gesetzliche Vorschrift oder durch Zulassung der autonomischen Ordnung ersetzt werden. 3) Es muß das Recht der Selbstverwaltung bis zu jener Grenze, deren Ueberschreitung bei der noch nicht allenthalben verbreiteten Reife für gemeinnütziges öffentliches Wirken als ein schädliches Uebermaß erachtet werden müßte, erweitert, und der in dem Entwurfe enthaltene gute Keim von manchen Auswüchsen befreit werden, die als Reminiscenzen des bisher gewohnten Curatelstandpunktes erscheinen, und mitunter selbst solchen Bestandtheilen der bisherigen Praxis, denen der gesetzliche Boden gemangelt hat, einen solchen zu verschaffen suchen. 4) Es muß auf grundsätzliche Umgestaltung der zweiten, die Gemeindeangehörigkeit und das Bürgerrecht betreffenden Abtheilung, sowie der V. Abtheilung, die von Staatsaufsicht und Disciplin handelt, eingegangen werden. 5) Gleichzeitig mit der Gemeindeordnung muß ein Gesetz in das Leben treten, wodurch ein oberster Verwaltungsgerichtshof geschaffen wird, dessen Aufgabe zum größten Theile darin zu bestehen hat, das höchste unbefangene Organ zur endgiltigen Entscheidung von Streitigkeiten über besonders wichtige Gemeinde-Angelegenheiten, so wie über Beschwerden gegen Verfügungen der oberaufsehenden Staatsbehörden zu bilden.

Berlin, 3. Juni. Graf Bismarck empfing die süddeutschen Minister bald nach ihrer Ankunft, und Nachmittags ertheilte ihnen der König Audienz. — Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: „In einer Berliner Korrespondenz der „Allg. Ztg." wird behauptet, Preußen habe von den Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten wegen ihres Anschlusses an den norddeutschen Bund wieder Abstand genommen und einen politischen Rückzug angetreten. Verhandlungen der gedachten Art sind mit den süddeutschen Staaten indessen nicht geführt worden, es konnte also auch kein politischer Rückzug angetreten werden." — Die „Nat.-Ztg." schreibt: „Der einstimmigen Annahme der Bundesverfassung durch das Herrenhaus läßt sich das Zeugniß nicht versagen, daß man sich mit Anstand in das Unvermeidliche zu fügen gewußt hat. Hinter diesem Beispiele scheint denn auch der mecklenburgische Landtag nicht zurückbleiben zu wollen, welcher mit 78 gegen 61 Stimmen die Berathung im Plenum ohne vorherige Verweisung an eine Commission beschlossen hat. Hiermit scheint bereits auf allerlei Erklärungen und Vorbehalte verzichtet, mit denen die Annahme zu begleiten etwa versucht werden konnte. Wenn trotz der alten deutschen Neigung zu Protesten die neue Verfassung dennoch von sämmtlichen Landtagen angenommen wird und dadurch eine in formeller Beziehung völlig unantastbare Grundlage erhält, so liegt darin immerhin ein starkes Zeugniß für ihre geschichtliche Nothwendigkeit." — Die Liberalen und Nationalliberalen haben sich nun auch in Bezug auf die bisher gemeinsam verwalteten Fonds auseinandergesetzt. Fortschrittspartei und linkes Centrum übernehmen die eine Hälfte, die Nationalliberalen die andere Hälfte der für Wahlzwecke gesammelten Gelder.

Berlin, 4. Juni. Das Morgenblatt der „Berliner Börsen-Zeitung" vom Mittwoch meldet: „Graf Bismarck wird vom Kaiser von Rußland mit großer Auszeichnung behandelt und hat die Ueberzeugung der vollsten Uebereinstimmung mit demselben gewonnen. Rußlands Vorschläge bezüglich der orientalischen Frage sind so maßvoll, daß die Zustimmung des französischen Kabinets zu denselben gesichert ist. — Die Zollkonferenz wird auch das politische Gebiet berühren. Auf den ausdrücklichen Wunsch der preußischen Regierung sind nicht Fachmänner, sondern leitende Staatsmänner zu derselben hergeschickt. — Wie man sagt, soll jetzt die Ausgabe von Schatzscheinen im Betrage von 5 Millionen Thalern zu 4 pCt. und in neun Monaten rückzahlbar bevorstehen. — Für den gesammten Zollverein wird die Besteuerung von Salz, Zucker und Tabak eine gemeinsame sein. Die vier süddeutschen Minister haben die in Betreff dieser Besteuerung von Preußen gemachten Vorschläge als Grundlage für weitere Verhandlungen angenommen.

Berlin, 4. Juni. Der „Staatsanzeiger" enthält eine Verordnung vom 3. Mai, welche den Verkauf von Loosen und Loosantheilen zu einzelnen Gewinnziehungen von Frankfurter (?) Staatsprämienanleihen verbietet.

Berlin, 4. Juni. Se. Maj. der König trat heute Nachmittag 3 Uhr 40 Minuten die Fahrt nach Paris an. In der Begleitung Sr. Maj. befanden sich Graf Bismarck, die Generale v. Moltke, v. Treskow, v. d. Goltz, Fürst Radziwill, Graf Lehndorf, Hofmarschall Fürst Pückler, die Legationsräthe Keudell und Wesdehlen und der

Geheime Hofrath v. Bork. Bei Abfahrt waren sämmtliche Prinzen und höheren fremdherrlichen Offiziere anwesend. Auf dem Bahnhofe hatte sich eine große Menschenmasse versammelt. Die süddeutschen Minister und Graf Bismarck sind gestern Nachmittags um 2 Uhr, Abends um $8^1/_2$ und heute Vormittags nochmals um $11^1/_2$ Uhr zu Konferenzen zusammengetreten. — Ein Aufsatz des Pariser „Moniteur de l'Armee“ über Preußen und dessen Heeresverfassung hat hier in militärischen Kreisen um so größeres Aufsehen gemacht, als er aus der Feder des Kaisers Napoleon stammen soll und sich durch große Genauigkeit auszeichnet. Es heißt in der Einleitung: „Ein lange Zeit vorbereiteter Krieg überraschte im vorigen Sommer Europa durch einen in der Geschichte beispiellosen Erfolg. Ein Volk von einer Nationalität neuesten Datums, das jüngstgeborne in der großen europäischen Völkerfamilie, unterwarf innerhalb acht Tagen das ehrwürdige Oesterreich und Deutschland. Politische Berechnungen, militärische Voraussichten, Alles verschwand vor der blitzartigen Schnelligkeit der Ereignisse und den verschiedensten Gefühlen, welche der Anblick so vieler Ruinen hervorrief.“ — Während der Abwesenheit Sr. Maj. des Königs wird ein regelmäßiger Feldjägerdienst zwischen hier und Paris eingerichtet werden. Zu einer bestimmten Zeit werden die eingegangenen Schriftstücke abgesandt und nach der Erledigung hieher zurückbefördert.

Berlin, 5. Juni. Der mecklenburgische Landtag hat gestern die Bundesverfassung mit 106 Stimmen gegen 16 angenommen, mit der Erwartung zu Artikel 78, daß die Stände bei Verfassungs-Aenderungen vor der Stimmabgabe des Landesherrn gehört werden, und mit einer Reservation in der Finanzfrage. Die Regierungs-Commissäre erklärten: zu Art. 4 und 17: sie könnten Namens der Regierung keine authentischen Interpretationen über Verfassungs-Bestimmungen ertheilen, seien aber zu erklären ermächtigt, daß es die Absicht nicht gewesen, den Bundesbehörden die Stellung als Recursbehörde einzuräumen; zu Art. 33: es sei gegründete Aussicht vorhanden, daß die Hindernisse, welche in dem Separat-Vertrage mit Frankreich gegen den Eintritt Mecklenburgs in den Zollverein bestehen, würden beseitigt werden; zu dem Abschnitt 11: die nächste Aushebung werde nicht nach der bisherigen Gesetzgebung erfolgen, die Regierung vielmehr mit dem engeren Ausschusse wegen eines neuen Recrutirungsgesetzes verhandeln.

Oesterreich. Der, vom Grafen Anton Auersperg (Anastasius Grün) verfaßte und, wie wir bereits als Telegramm mitgetheilt haben, nach dem Commissionsantrag mit großer Majorität angenommene Adreßentwurf des österreichischen Herrenhauses lautet: „Ew. k. k. apostolische Majestät! Dem erhabenen Rufe folgend, mit welchem Ew. Majestät dem Reichsrathe die Bahnen seiner verfassungsmäßigen Thätigkeit wieder eröffneten, hält es das Herrenhaus bei seinem Zusammentritte für die erste und dringendste Pflicht, an den Stufen des allerhöchsten Thrones den ehrfurchtsvollsten Dank auszusprechen für den Entschluß, mit welchem Ew. Majestät eine ebenso unheilvolle als ereignißschwere Periode des bedauerlichsten Stillstandes in dem Verfassungsleben des Reiches zum Abschlusse zu führen und die in der jüngsten Vergangenheit schmerzlich entbehrte, verfassungsmäßige Mitwirkung der in diesem Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder an den höchsten Staatsaufgaben neuerdings in Anspruch zu nehmen geruhten. Mit gleichem ehrerbietigen Danke und mit wiedererwachenden Hoffnungen für unser Verfassungsleben begrüßen wir die erneuerte kaiserliche Zusage, daß die Herstellung konstitutioneller Einrichtungen auf gesicherter Grundlage das unabänderliche Ziel der Bestrebungen Ew. Maj. geblieben. Getragen von der Ueberzeugung, daß der ruhmreiche Bestand des Kaiserreiches, der dauernde innere Friede und mit ihm die Wohlfahrt aller Länder und Völker Oesterreichs nur auf dem unerschütterlichen Fundamente eines allseitig anerkannten, geachteten und unantastbaren Verfassungsrechtes zu sichern und zu erhalten sei, wird das Herrenhaus zur Erreichung dieses hohen Zieles, sowie zur Lösung aller anderen ihm verfassungsmäßig zugewiesenen Aufgaben mit redlichem Eifer und mit um so größerer Ausdauer und Hingebung hinwirken, je weniger es sich den tiefen Ernst der Lage und die zahlreichen Schwierigkeiten, von welchen diese umgeben ist, verhehlen kann und will. Denn noch nie, so weit die Blätter der Geschichte reichen, war dieses Reich gleichzeitig von einer solchen Wucht der mannigfachsten Bedrängnisse und Verwicklungen heimgesucht, wie in der letzten verhängnißvollen Epoche.

„Indem Ew. Maj. unsere Blicke auf das Feld der uns demnächst in Aussicht stehenden Wirksamkeit lenkten, treten uns in erster Reihe die staatsrechtlichen Beziehungen der in diesem Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zu dem Königreiche Ungarn vor das Auge. Bei dem hier anzustrebenden Ziele, nämlich der Herstellung des Einklangs zwischen den Rechtsansprüchen des Königreichs Ungarn und den durch das allerhöchste Diplom vom 20. Oktober 1860 und allerhöchste Patent vom 26. Februar 1861 verliehenen Staatsgrundgesetzen, sieht aber das Herrenhaus laut der demselben gewordenen allerhöchsten Mittheilung der vollen Freiheit seines Ausgangspunktes eine nicht zu umgehende Begrenzung in der Thatsache gezogen, daß mit dem Königreiche Ungarn ein vorläufiges Abkommen bereits getroffen ist, welches dessen Zusammengehörigkeit mit der Gesammtmonarchie, den inneren Frieden des Reichs und dessen Machtstellung nach Außen sicher zu stellen bestimmt ist.

„Ew. Majestät! Während die Bestrebungen aller europäischen, insbesondere der uns benachbarten Großstaaten in verstärktem Maße dahin gerichtet sind, ihre Machtstellung sowohl durch Gebietszuwachs als vor Allem durch straffere einheitliche Staatsformen zu erhöhen, muß eine staatsrechtliche Zweitheilung des schon durch seine Lage im Herzen Europa's dem Anpralle aller politischen Stürme des Welttheils preisgegebenen Kaiserreiches in diesem Augenblicke nach dem Verluste einer gesegneten Provinz und dem Ausscheiden aus dem deutschen Bundesvereine uns mit den begründetsten und schwersten Besorgnissen erfüllen. Obschon das Herrenhaus diese Besorgnisse nicht verschweigen darf und obschon es in dieser Frage den bisher festgehaltenen Standpunkt auch gegenwärtig nicht verleugnet, so kann es doch das Gewicht von Ereignissen und Thatsachen, welche aber außer seiner Verantwortlichkeit liegen, sowie die Macht der drängenden Zeitumstände nicht verkennen. Es kann sich demnach der an den Reichsrath herantretenden Obliegenheiten nicht entziehen, auch seinerseits in patriotischem und versöhnlichem Geiste zu dem von Ew. Majestät angebahnten Ausgleiche mitzuwirken, auf daß die neue Ordnung der Dinge für die verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten aller Reichstheile in Wahrheit das gleiche Ausmaß und die gleiche Sicherheit verbürge, aber auch die unerläßlichen Grundbedingungen für die gesicherte Stellung und das erhöhte Ansehen Gesammtösterreichs im europäischen Staatenverbande, sowie für dessen dauernde innere Wohlfahrt und Befriedigung gewährleiste. Wir rechnen dahin die Aufrechthaltung der Heeres-Einheit, die gerechte Betheiligung der einzelnen Reichstheile an den Staatslasten und der Staatsschuld, die Gleichmäßigkeit und Uebereinstimmung der beiderseitigen Gesetzgebung auf den Gebieten des Steuerwesens und der höheren volkswirthschaftlichen Aufgaben; ferner für die gemeinsamen Angelegenheiten einen konstitutionellen Organismus der Vertretungskörper, in welchem die geregelte Geschäftshandlung ermöglicht und zugleich die Zusammengehörigkeit aller Reichstheile ausgeprägt ist; vor Allem aber genügende Garantien für die kräftige Handhabung und Durchführung der bezüglichen legislativen Beschlüsse auch im Wege der Administration. In diesem Sinne und in stetem Hinblicke auf die unerläßlichen Erfordernisse des Gesammtreiches werden wir auch die in Aussicht stehenden Vorlagen über die nothwendig werdenden Abänderungen des allerhöchsten Patentes vom 26. Febr. 1861 einer gewissenhaften und gründlichen Prüfung unterziehen, nicht ganz ohne Hoffnung auf die Möglichkeit, das jetzt Erreichbare, wenngleich noch Ungenügende durch wohlwollendes Entgegenkommen, gegenseitige Achtung des Rechtes und durch die Gleichartigkeit vitaler Interessen jene Gestaltung gewinnen und von jenem Geiste erfüllt zu sehen, welche in der Befriedigung und im Zusammenwirken der Theile die volle Hingebung an das Gedeihen des Ganzen allseitig anzubahnen vermögen.

„Wir begrüßen die von Ew. Majestät zugesicherte Vorlage eines Gesetzes über Ministerverantwortlichkeit und einer den constitutionellen Anforderungen entsprechenden Modifikation des § 13 des allerhöchsten Patentes vom 26. Febr. 1861 als eine nothwendige Vervollständigung, Belebung und Befestigung unserer Verfassungsgesetze. Diese und alle weiteren, sowie die mit der allerhöchsten Entschließung vom 4. Febr. d. J. den Landtagen verheißenen, insbesondere die auf Erweiterung der Landesautonomie abzielenden und der Vereinbarung mit dem Reichsrathe vorbehaltenen Gesetzesvorlagen werden vom Herrenhause einer der Wichtigkeit des Gegenstandes angemessenen eingehenden Behandlung unterzogen werden. Ebenso werden wir den finanziellen Angelegenheiten, wie auch den seit der letzten Sitzungsperiode ergriffenen außerordentlichen Maßregeln unsere volle Aufmerksamkeit und die gründlichsten Erwägungen widmen und unser eifrigstes Bemühen darauf richten, daß durch die Mitwirkung des Reichsrathes die Gebahrung und Controle der Finanzen wieder in die verfassungsmäßigen Bahnen geleitet, die unterbrochenen Anstrengungen zur Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte wieder aufgenommen, die Valutaverhältnisse und das öffentliche Creditwesen allmählig wieder einer befriedigenden Gestaltung zugeführt werden. Wir müssen an der Hoffnung festhalten, daß bei der uns obliegenden Lösung der großen und dauernden finanziellen Aufgaben durch das Gerechtigkeits- und Billigkeitsgefühl der Vertreter Ungarns uns jener freie Spielraum zu Vereinbarungen mit den Ländern der ungarischen Krone offen bleibe, welcher allein es ermöglicht, die von Ew. Majestät betonte Hauptaufgabe, an welcher Wohl und Wehe von Generationen der in diesem Reichsrathe

vertretenen Länder hängt, gedeihlich zu erfüllen, nämlich Vorsorge zu treffen, daß kein Theil über eine unverhältnißmäßige Belastung zu klagen habe.

„Ew. Majestät! Oesterreichs Völker sehnen sich nach dauerndem ehrenhaften Frieden, um in ungestörter, redlicher Arbeit die Schätze, welche Gottes Segen in Fülle über dieses Reich ausgestreut hat, für sich, für ihre Kinder und für das Vaterland nutzbar zu machen; Schätze, die aber nur dann wahrhaft unerschöpflich sind, wenn sie in geregelter Thätigkeit gewonnen und mit weise haushaltendem Maße ausgebeutet werden. Gerne werfen sie nach dem hochherzigen Worte Ew. Majestät den Schleier des Vergessens über eine nahe Vergangenheit und stimmen jener Politik bei, welche im Geiste der Versöhnlichkeit nach der Genugthuung strebt, durch eigenes Schaffen Ungunst und Feindschaft in Achtung und Zuneigung zu verwandeln, eine Politik, die um so erhabener und edler bleiben wird, je mehr Oesterreich durch eigene Kraft sich wieder erhebt und erstarkt. Allein kein Schleier ist groß und dicht genug, um all' die Schäden und Wunden, an denen der Staatskörper leidet, zu verhüllen, — und er sollte es auch nicht! Denn aus ihrem Anblicke schöpfen wir die Lehre der Mittel, durch welche die dauernde Heilung der Leiden und frische Lebenskraft zu gewinnen ist. Gestatten Ew. Majestät dem Herrenhause, mit ehrfurchtsvollem Freimuthe seine Ueberzeugung auszusprechen, daß die verjüngende Wiedererstarkung des Reiches nur auf dem Wege eines weisen Anschlusses an die schöpferischen und zugleich erhaltenden Ideen der Gegenwart, durch eine einsichtsvolle Gewährung ihrer berechtigten Forderungen und durch deren Verkörperung in den Institutionen und Organen des Staatslebens zu erreichen und zu sichern sei. Die erhöhte Pflege geistiger Kultur erweist sich auch in gesteigerter materieller Wohlfahrt dankbar und die Werke und die Werthe der Friedensarbeit werden Oesterreichs Schwert, sollte es wieder zur Vertheidigung gezogen werden müssen, neuerdings stählen und schärfen.

„Mit loyaler Hingebung und pflichttreuer Ausdauer wird das Herrenhaus in seinem verfassungsmäßigen Berufe mitwirken zur Begründung des unter den Auspizien Ew. Majestät angestrebten Werkes des Friedens und der Eintracht. Möge es unter des Himmels Schutze von einem glücklichen Erfolge gekrönt werden zum Ruhme des Thrones, zur Machterhöhung des Reiches, zur Wohlfahrt aller dem Scepter Ew. Majestät anvertrauten Königreiche und Länder, auf daß das Wort des kaiserl. Ahnherrn wahr bleibe fort und fort, und Oesterreich auch in dem Boden der Neuzeit auf den unerschütterlichen Grundsäulen des Rechtes und der Freiheit bestehe, dauere und blühe bis in die spätesten Tage.

„Gott erhalte, segne und beglücke Ew. Majestät! Gott schütze und segne das Kaiserreich!

J. O. Cardinal Rauscher, Obmann.
Anton Auersperg, Berichterstatter."

Wien, 4. Juni. In der fortdauernden Adreßdebatte des Abgeordnetenhauses ergriffen nach dem Antrag auf Schluß der Generaldebatte die Minister v. Becke und Frhr. v. Beust das Wort. Der Finanzminister, welcher die bisherige Finanzgebahrung mit den Verhältnissen rechtfertigte, hob die günstigere Gestaltung der Finanzen in neuerer Zeit und die besser gewordenen Steuereingänge im ganzen Reiche hervor, konstatirte, das Angebot von 6 Millionen zu 4 pCt. erhalten zu haben und versicherte, die Wahrung des Standpunkts der Reichseinheit bei der Vertheilung der Reichssteuer festzuhalten. — Frhr. v. Beust appellirt an ein billiges Urtheil des Hauses, die Stellung Oesterreichs nach außen, der Einfluß, der Kredit Oesterreichs sei nur wieder zu gewinnen, wenn die Verständigung mit Ungarn zum entschiedenen Abschluß, in den übrigen Ländern ein freisinniges Regiment zur Geltung gebracht werde. Das Adreßprogramm werde von der Regierung nicht zurückgewiesen. Hr. v. Beust warnt vor dem Mißtrauen gegenüber Ungarn. Ohne den Ausgleich mit Ungarn hätte Oesterreich nicht die Vermittlung in der Luxemburger Frage übernehmen können. Hr. v. Beust beklagt ernstlich seine Unbeliebtheit bei den Slaven, deren Hoffnungen und Bestrebungen aber nur im Reichsrath durch offenen loyalen Kampf Befriedigung finden können. Für jede von innen herauskommende Beunruhigung der Gemüther werden die Regierung und der Reichsrath ein aufmerksames wohlwollendes Auge, für jede von außen hereingetragene Beunruhigung werden die Regierung und die Reichsvertretung ein aufmerksames, aber strenges Auge haben. (Hrn. v. Beust's Rede folgte stürmischer Beifall.) In der heutigen Nachtsitzung wird die Spezialdebatte beginnen.

Wien, 4. Juni. Immer mehr gewinnt die Befürchtung an Boden, daß Eskobedo den Kaiser Maximilian geopfert habe. Seit gestern sollen Nachrichten eingetroffen sein, welche diese Befürchtungen leider fast bestätigen. (In Paris betrachtet man den Tod des Kaisers als gewiß.) Allerdings ist es schon ein schlimmes Zeichen, daß die offizielle Kunde über das Schicksal des Kaisers so lang ausbleibt. — Aus Miramar ist heute hier die Nachricht von einem beklagenswerthen Selbstmord eingetroffen: die Kammerfrau der Kaiserin Charlotte hat sich in einem Anfall von leicht begreiflicher Schwermuth erhängt. — Die Krönung in Ungarn wird nun doch am 8. d. stattfinden. Der Reichsrath wird wohl nicht als Corporation an den Krönungsfestlichkeiten sich betheiligen, wohl aber werden zahlreiche Mitglieder beider Häuser der (gestern erfolgten) Einladung entsprechen. Ein definitiver Beschluß über diese Angelegenheit wird heute Abend gefaßt werden. (A. Z.)

Prag, 2. Juni. Die in Wiener Blättern enthaltenen allarmirenden Gerüchte über schädliche Ausdünstungen im Bereiche des Schlachtfeldes um Königgrätz haben sich als grundlos erwiesen. Es waren zur Desinfektion auch der sämmtlichen Schlachtfelder von Nachow bis Sadowa seinerzeit von der Regierung die geeigneten Maßregeln mit vollkommen entsprechendem Erfolge ergriffen worden, so daß in 32 Ortschaften mit 12,000 Einwohnern im Rayon der verhängnißvollen Kämpfe nur 5 von der Cholera befallen wurden, der Typhus aber gar nicht vorkam. Auch ist jüngst am Tage der Einweihung des Monumentes in Chlum, der einer der heißesten dieses Monats war, nicht die mindeste unangenehme Ausdünstung bemerkbar gewesen. Die Desinfektion wurde mit einem Aufwande von 600 Zentnern Eisenvitriol bewirkt — eine Aufgabe, die um so schwieriger war, als in der Schlacht bei Königgrätz am 3. Juli an 20,000 Mann des österreichischen, sächsischen und preußischen Heeres, dann gegen 4000 Pferde im Raum von etwa 3½ Quadratmeilen gefallen waren, und es während der ersten Tage nicht blos an ausreichender menschlicher Hilfe und Bespannung, sondern auch an Grabwerkzeugen zur Beerdigung jener Massen fehlte. Die dessenungeachtet rasch bewirkte Abhilfe mit den erwähnten entsprechenden Erfolgen ist der Umsicht und Energie des Sanitätsreferenten der Statthalterei, Dr. Skoda, zu danken. (A. Z.)

Brüssel, 2. Juni. In der heutigen Generalversammlung des internationalen Congresses für soziale Wissenschaften ward beschlossen, daß die diesjährige Session in Brüssel (nicht in Paris) stattfinden werde. Wahrscheinlich werden viele Mitglieder der neuen Friedensliga die Gelegenheit benutzen und dem Congreß beiwohnen, der schon für Turin die allgemeine Entwaffnungsfrage und die des Friedens in seinem Programm aufgenommen hatte, als der vorjährige Krieg und die weltbewegenden Ereignisse das Wort ergriffen. (Fr. J.)

Paris, 2. Juni. Der etwas übertriebene Enthusiasmus, mit welchem die offizielle Presse die Ankunft des Kaisers von Rußland feiert, hat bei der liberalen Presse die Wirkung, daß sie ihren Mißmuth um so unzweideutiger zu erkennen gibt. Sie ist noch kühler als das Publikum, seufzt über die verminderte Machtstellung Frankreichs, erinnert an Polen, und mehrere Blätter sind so boshaft, den diplomatischen Notenwechsel zwischen Gortschakoff und Drouyn de Lhuys wegen Polens wieder abzudrucken. Der Kaiser Alexander besuchte gestern nach seiner Ankunft das kronprinzliche Paar von Preußen und wohnte dann im Variétéstheater der Aufführung von Offenbachs neuester komischen Oper: die Großherzogin von Gerolstein (eine Verhöhnung deutscher Kleinstaaterei) bei. Das Publikum empfing den Kaiser schweigend, der sich übrigens nebst seinen beiden Söhnen vortrefflich amusirte. Heute wohnen die hohen Herrschaften dem großen Rennen im Boulogner Wäldchen bei, wo um den großen Preis von 100,000 Fr. gestritten wird.

Paris, 4. Juni. Der Czaar und Fürst Gortschakoff äußern sich hier entschieden friedlich. — Ueber das Schicksal des Exkaisers von Mexiko, Maximilian, liegt hier noch keine authentische Nachricht vor. Auf Ansuchen der französischen Regierung hat Präsident Johnson eigens zu dem Zwecke Campbell zu dem Präsidenten Juarez geschickt, um für die Freilassung Maximilians zu wirken.

Rom, 3. Juni. Diesen Morgen hielt der Papst im Vatican ein öffentliches Consistorium, welchem 20 bereits in Rom angekommene Bischöfe beiwohnten. Der Advokat des Consistoriums, Hr. Marsigli, plädirte für die Sache des polnischen Martyrers Josaphat, des spanischen Inquisitors Pedro von Arbues und der 19 Martyrer von Gorkum. (T. H.)

Florenz, 3. Juni. Der Finanz-Minister Ferrara hat der Kammer die Convention wegen der Liquidation der geistlichen Güter vorgelegt. Die Convention ist unterzeichnet von den Bankhäusern Emil Erlanger von Paris, H. Schröder von London und Erlanger von Frankfurt. Die wesentlichen Punkte sind folgende: Innerhalb eines Monats nach der Genehmigung dieses Vertrages werden die Herren Erlanger u. Co. eine anonyme Gesellschaft bilden zur Deckung der in dem von Herrn Ferrara der Kammer am 14. Mai vorgelegten Projekt erwähnten Auflage. Diese Gesellschaft wird von dem Betrage dieser Auflage eine Commissions-Gebühr von 3 pCt. erheben, dagegen dem Staatsschatze sofort den ganzen Betrag der Auflage zur Disposition stellen. Die Regierung wird so viele Obli-

gationen au porteur ausstellen, wie nöthig sein werden, um den Effektivbetrag der Auflage zum Emissionskours auszugleichen. Die Obligationen werden jede auf 500 Frcs. lauten und 50 halbjährige Coupons zu 17 Fr. 50 C. haben. Der Vertrag stellt die Bedingungen fest für die Emission dieser Obligationen bezüglich auf die Einzahlung, die Einlösung, den Titel und Cours derselben. Die Gesellschaft wird den Titel „Boden-Kreditanstalt von Italien" führen. Ihr Gesellschafts-Capital wird 50 Millionen betragen, eingetheilt in Aktien zu 500 Fr. Die Gesellschaft kann sich mit anderen Häusern verbinden, indem sie dieselben an dem gegenwärtigen Vertrage Antheil nehmen läßt. Die italienische Regierung behält sich vor über ein Dritttheil des Geschäftes zu verfügen zu Gunsten von Häusern oder Instituten von anerkannter Solvabilität.

Aus **New-York**, 23. Mai, wird gemeldet, daß die Beschießung der Stadt Mexiko durch Porfirio Diaz begonnen hat.

Die letzten ausführlicheren Nachrichten aus **Mexiko** gehen bis zum 21. Mai, von welchem Datum der „Messager Franco-americain" schreibt: Am 20. April hatte General Miramon (dessen Tod widerrufen wird) eine Unterredung mit zwei seiner alten Freunde, Generale in der juaristischen Armee. Er schlug einen Waffenstillstand vor, während dessen eine Conferenz in Mexiko zusammentreten und über die künftige Regierungsform des Landes sich aussprechen sollte. Die republikanischen Offiziere antworteten jedoch damit, daß sie Miramon die Einnahme Puebla's, die Niederlage Marquez' zwischen Puebla und Mexiko, und die Einschließung der Hauptstadt durch Porfirio Diaz anzeigten. Während General Escobedo seine Operationen gegen Queretaro fortsetzte, zogen sich die republikanischen Streitkräfte des Südens im Thal von Mexiko zusammen. Am 28. April waren die von Diaz errichteten Belagerungsbatterien im Begriff, das Feuer gegen die Stadt zu eröffnen. Die Kaiserlichen, unter dem Befehl von Marquez, zählten noch 4500 Mann. Eine Anzahl Damen aus Mexiko, und namentlich die Frau eines Adjutanten Maximilians begaben sich ins Hauptquartier von Porfirio Diaz, um zu Gunsten der Kaiserlichen dessen Menschlichkeitsgefühl anzurufen. Der republikanische General ging auf dies Gesuch ein, und gestattete die Auflösung des österr.-belgischen Korps. Auch versprach er das Leben dieser Leute zu schützen. Was aber Maximilian selbst anbelangt, so erklärte er, nicht die erforderliche Vollmacht zu seiner Amnestirung zu besitzen. Dies stehe ausschließlich dem Präsidenten Juarez zu. In Folge dieser Unterredung wurde das österr.-belgische Corps, das einen Theil der Garnison von Mexiko bildete, aufgelöst, und unter den Schutz des Consuls und der Flagge von Preußen gestellt. Marquez hatte, als er von seiner Niederlage bei Puebla nach der Hauptstadt kam, einen Kriegsrath mit seinen Generalen gehalten, worin man nach langen Berathungen übereinkam, daß die Vertheidigung Mexiko's große Schwierigkeiten biete und das einzige Mittel, das Leben der kaiserl. Offiziere zu retten, in sofortiger Capitulation bestehe. Lacunza, der Vorsitzende des Ministerraths, widersetzte sich jedoch und führte aus, man dürfe Maximilian nicht verlassen, so lange er sich noch in Queretaro verzweifelt vertheidige. Es geht aus diesen Worten hervor, daß der Fall Queretaros (der inzwischen bekanntlich am 15. eingetreten ist) das Zeichen für die Beendigung der Feindseligkeiten und für die definitive Wiederherstellung der Regierung des Juarez sein wird.

Neueres.

Paris, 5. Juni. Gestern Abend war in der großen Oper Galavorstellung. Der Czar fand sich dazu um 9$^1/_2$, der Kaiser mit der Kaiserin um 10 Uhr ein. Beide Herrscher, sowie die ganze offizielle Welt waren in Uniform. Um Mitternacht verließen die hohen Gäste das Haus. Die Menschenmasse auf den Straßen und Plätzen war ungeheuer.

Konstantinopel, 4. Juni. Der Sultan wird am 22. d. M. abreisen, und am 1. Juli in Paris eintreffen.

Belgrad, 5. Juni. Der österr. Generalkonsul v. Lenk geht heute nach Pesth zu den Krönungsfeierlichkeiten. — In einigen Bulgarendörfern an der serbischen Grenze ist die Rinderpest ausgebrochen; die serbische Regierung hat Sicherheitsmaßregeln ergriffen.

Telegramm
der Neuen Würzburger Zeitung.

* **Wien**, 7. Juni. Die „Wiener Abendpost" vom 6. Juni meldet: Der Kaiser befahl, daß ungeachtet des Ablebens der Erzherzogin Mathilde die Königskrönung am 8. Juni stattzufinden habe, nur entfallen alle mit dem Krönungsakte programmmäßig verbundenen Freudenfeste.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$68^5/_8$ P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$63^1/_8$ P.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$55^3/_4$ P.
„	5pCt. Metall. Obligat.	$46^1/_2$ G
„	$4^1/_2$pCt.	42 P.
Preussen	$3^1/_2$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 P.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$94^1/_8$ P.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$94^1/_4$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$90^1/_2$ P. $^1/_4$ G.
„	4 pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$90^3/_8$ P. $^1/_4$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$90^3/_8$ P. $^1/_4$ G
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^1/_2$pCt. Obl. b. Rothsch.	94—$93^3/_4$ G.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$83^1/_8$ P.
Baden	$4^1/_2$pCt. Obl.	$93^3/_8$—$^1/_4$ G.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. v. 1842	$81^1/_4$P. $80^7/_8$G.
Gr. Hess.	$4^1/_2$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$92^1/_2$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4^1/_2$pCt. Obl. dto.	$95^1/_4$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$88^3/_8$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$82^1/_4$ P.
Frankfurt	$3^1/_2$pCt. Obl.	$81^1/_2$ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2^1/_2$pCt. . . .	—
Schweden	$4^1/_2$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$85^5/_8$ G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2^1/_2$	$78^1/_4$ G.
„	6pCt. ditto r. 1882	$77^7/_8$—$^3/_4$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$128^1/_4$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	688—89 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$176^1/_2$—176 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90^1/_2$ G.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	208 P. $207^1/_2$G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	324 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$109^3/_4$ G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$218^1/_2$P. $217^1/_2$G
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	112 P. $111^1/_4$G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	32 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$151^1/_4$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$107^1/_2$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49^3/_4$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$78^1/_2$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$45^5/_8$ P.
Bayer. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$116^3/_8$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$63^1/_2$ P. $^1/_4$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$72^1/_4$ P.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	122 G.
„ do. v. 1864	73 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99^3/_4$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	$54^1/_4$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54^1/_4$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$142^1/_4$ P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. . . b. R.	$28^1/_4$ P.
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^3/_8$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^5/_8$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$105^1/_4$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97^3/_8$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^5/_8$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105^1/_4$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^3/_8$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105^1/_4$ G.
London Lst. 10 k. S.	$119^1/_2$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^7/_8$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^5/_8$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$94^7/_8$ G.
do. in öst. W. l. S.	$94^3/_4$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 6. Juni. Das Geschäft war heute ebenso unbelebt wie gestern und die Tendenz eine matte; eine Ausnahme davon machten Amerikaner, welche in fester Haltung verkehrten. Oesterreicher Credit eröffneten zu 177 und gingen im Laufe der Börse auf 176 zurück, alle übrigen österreicher Effekten büßten ebenfalls einen Bruchtheil ein, da Napoleond'or von Wien 6 Kreuzer höher gemeldet wurden. Süddeutsche, besonders $4^1/_2$procentige, waren sehr angeboten und reducirten ihren Cours durchschnittlich um $^1/_4$ pCt. Prioritäten unverändert; auf neue Siebenbürger lagen mehrere Kauforders vor, welche à $66^1/_4$—$^1/_2$ ausgeführt wurden. Von Wechseln Wiener $^1/_2$ pCt. niederer, alle übrigen wie zuletzt notirt. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 158. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 8. Juni 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 6. Juni. Se. Majestät der König hat dem Schullehrer C. Vollnhals in Vorbrunn in Rücksicht auf seine fünfzigjährigen, eifrig und treu geleisteten Dienste die Ehrenmünze des kgl. bayer. Ludwigsordens verliehen; dem großherzoglich badischen Staatsrath und Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes Dr. Weigel das Großkomthurkreuz des Verdienstordens vom hl. Michael, dann dem großherzoglich badischen geheimen Rath K. J. Schmitt das Komthurkreuz des gedachten Ordens verliehen; auf die Assessorsstelle am Landger. Bamberg I den Landger.-Assessor G. Renner in Scheinfeld, auf dessen Ansuchen, versetzt und die hiedurch am Landger. Scheinfeld in Erledigung kommende Assessorsstelle dem geprüften Rechtspraktikanten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Stadt- und Landger. Memmingen, J. Wißel, verliehen.

Der kgl. Forstwart J. Petzold zu Waldorf im kgl. Forstamte Kelheim wurde in temporären Ruhestand versetzt und auf die hiedurch sich eröffnende Forstwartei Waldorf der kgl. Forstgehilfe F. Dornhaber in Kusel zum prov. Forstwart ernannt.

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 6. Juni. Se. Maj. der König hat durch allerhöchste Entschließung d. d. Schloß Berg, 2. ds., Nachstehendes genehmigt: Versetzt werden: die Regimentsquartiermeister J. Buchmann vom Festungs-Gouvernement Germersheim, J. Feicht vom 8. Jäg.-Bat. und M. Schüle vom 2. Chev.-Reg. zur Militär-Rechnungskammer; die Bataillons-Quartiermeister M. Holz vom 13. Inf.-Reg. zur Militär-Rechnungskammer, G. Schmidmayr vom Art.-Corps-Kommando zum Genie-Corps-Kommando, J. Horn vom 6. Inf.-Reg. zur Militär-Rechnungskammer, J. Belmler von der 1. San.-Comp. zum 8. Jäger-Bat. und P. Krämer vom 3. Inf.-Reg. zur Stadtkommandantschaft Augsburg; die Unterquartiermeister J. Tiefel vom 2. Chev.-Reg. zur Militär-Rechnungskammer, M. Rohrmüller vom 3. reit. Art.-Reg. zum Festungs-Com. in Ulm, C. Carries vom 2. Infant.-Reg., J. Hiller vom 2. Chev.-Reg., J. Wimmer vom 3., M. Stahl vom 1. und C. Albrecht vom 2. Chev.-Reg. sämmtlich zur Militär-Rechnungskammer; die Regimentsaktuare G. Spänkuch vom 14. Infant.-Reg. und C. Völkel vom 3. Chev.-Reg. zur Militär-Rechnungskammer, J. Pfistermeister vom Inf.-Leib-Reg. zur 1. San.-Comp., F. Wittmann vom General-Kommando Nürnberg, S. Oberndorfer vom 1. Inf.-Reg. und C. Wüstner vom 12. Infant-Reg. zur Militär-Rechnungskammer.

Die zur Zeit in Würzburg versammelte **Kriegslasten-Ausgleichungs-Kommission** hat seit dem Beginne ihrer Thätigkeit (14. Mai) bis zum 1. ds. Mts. im Ganzen die Summe von 1,301,739 fl. 10¼ kr. an Kriegsentschädigungs-Geldern bei den verschiedenen Kreiskassen des Königreichs zur Auszahlung angewiesen; davon trifft insbesondere den Regierungsbezirk

Pfalz die Summe von	1,389 fl.	58½ kr.,
Oberpfalz	13,528 „	39 „
Mittelfranken	16,255 „	47¼ „
Unterfranken	1,269,407 „	3½ „
Schwaben	961 „	9¼ „

Die seit 1. bis 4. ds. Mts. weiter zur Anweisung gelangten Summen entziffern den Betrag von 147,425 fl. 56 kr.

Die Kommission wird am 9. ds. Mts. ihre Aufgabe zu Würzburg voraussichtlich zu Ende führen und alsdann am 11. ds. Mts. in Aschaffenburg in Thätigkeit treten. (Bayer. Ztg.)

(Summarische Uebersicht der Studirenden an der kgl. Universität Würzburg.)

	Bayern	Nicht-Bayern	Zusammen
Am Schlusse der Immatrikulation waren im vorigen Semester immatrikulirt	397	180	577
Hievon sind abgegangen	47	71	118
Es sind demnach geblieben	350	109	459
Für laufenden Sommer sind hinzugekommen inkl. des 1 bedingt Vorgemerkten	33	67	100
weßhalb in diesem Semester anwesend sind	383	176	559
und zwar:			
1) Theologen	50	11	61
2) Juristen	136	7	143
3) Cameralisten	—	2	2
4) Forstkandidaten	6	—	6
5) Mediziner und Chemiker	83	142	225
6) Chirurgen	—	—	—
7) Pharmaceuten	21	4	25
8) Philosophen und Philologen	87	10	97
Summa	383	176	559.

Erlangen, 4. Juni. Die Universität erfüllte heute die traurige Pflicht, einen ihrer treuesten und bedeutendsten Lehrer zum Grabe zu geleiten, den am 1. Juni an einem Lungenleiden verstorbenen ord. Professor der Mathematik Dr. C. G. Christ. v. Staudt. Er war,

Feuilleton.

Vermischtes.

— Dem Schwindel mit sogenannten **Geheimmitteln** fallen alljährlich Tausende von Gulden und Vieler Gesundheit, selbst manches Leben zum Opfer. Arglos, durch trügerische Versprechungen getäuscht, durch amtliche Atteste verlockt, die regelmäßig doch nur die Unschädlichkeit des Mittels bezeugen, und dem Reiz nachgebend, den alles Wunderbare ihm einzuflößen pflegt, läuft ein zahlreiches Publikum fortwährend in die Netze von gewinnsüchtigen, oft sogar gewissenlosen Spekulanten, die unter Posaunenstößen und mit jedmöglicher Garantie die allerordinärsten Remedien und oft aber auch, wenigstens durch verkehrten oder übertriebenen Gebrauch, schädliche Mittel ihm anbietet. Könnte es noch irgend einen Brustleidenden geben, da doch täglich neue „vollständig sicher wirkende“ Mittel gegen Schwindsucht, Brustverschleimung, Husten u. s. w. angepriesen werden? Könnte es nur einen Kahlköpfigen noch geben, wenn die beinahe unzähligen Haarerzeugungs- und Haarwuchsbeförderungsmittel blos den hundertsten Theil von Dem leisteten, was in allen Zungen und Zeitungen von ihnen gerühmt wird? Könnte es überhaupt noch Kranke geben, da doch viele Mittel angepriesen werden, die mehr Krankheiten zu kuriren vermögen, als der Arzt glücklicher oder unglücklicher Weise kennt? Wir führen nur kurz die Nachtheile an, denen sich Die aussetzen, welche sich solchen Spekulanten anvertrauen. Erstlich kaufen sie immer, seien es medizinisch wirksame oder unwirksame Stoffe, dieselben um einen unverhältnißmäßig hohen Preis, der nicht selten das Hundertfache des reellen Werthes übersteigt; zweitens bauen sie oft auf gänzlich unwirksame Mittel ihre Hoffnung; drittens setzen sie sich nicht selten der Gefahr aus, durch schädliche Mittel positiven Schaden anzurichten; viertens sind sie nicht im Stande, auch die wirksamen unter diesen Geheimmitteln stets in den geeigneten Fällen und in der passenden Weise anzuwenden, und können dadurch ebenfalls ihrer Gesundheit erheblichen Schaden zufügen, und endlich wird durch solche Quacksalberei nur allzuhäufig die günstige Zeit für eine passende Behandlung versäumt und dadurch das betreffende Uebel unheilbar gemacht. Zum Beweis hiefür greifen wir aus der ungeheueren Menge dieser Mittel nur eine kleine Zahl heraus und setzen bei einigen wenigstens den reellen Werth derselben in Klammern neben den Preis, den ihre genialen Erfinder oder Produzenten dafür verlangen. **Anaboli** oder orientalische Zahnreinigungsmasse von K. Kreller in Nürnberg; Bestandtheile: Stärkemehl, levantische Seifenwurzel, Seife, etwas ätherisches Oel. In Glasbüchsen zu 10 und 20 Sgr. (reeller Werth 1 bis 1½ Sgr.). — Augenwasser von Hette zu Regensburg. Bestandtheile: eine Auflösung von einigen ätherischen Oelen und Kampfer in Weingeist. Die Flasche 1 fl. (kaum 6 kr. werth). — Augenwasser von Dr. White, aus der Fabrik von Fr. Erhardt in Altenfeld. Bestandtheile: 3 Theile Zinkvitriol und 4 Theile Honig in 80 Theilen Wasser gelöst, mit Zusatz geringer Mengen Nelken- und Senföl. Die Flasche 3 kr. (höchstens 2 kr. werth). Kann übrigens bei vielen Augenkrankheiten positiven Schaden verursachen. — Bullrich's Salz oder chemisches Universalreinigungsmittel (!!) von Bullrich in Berlin. Besteht aus unreinem doppelt kohlensaurem Natron. Soll

aus einer alten Patricierfamilie stammend, 1798 in der ehemals freien Reichsstadt Rothenburg a. d. T. geboren. Im Anfang der zwanziger Jahre studirte er in Göttingen unter Gauß's Leitung, der seine seltene Begabung bald erkannte und ihn vor andern Schülern auszeichnete. 182[illegible] begann er seine Laufbahn als Professor der Mathematik am Gymnasium zu Würzburg und als Privatdocent an dortiger Universität. Etwas später (1827) veranlaßte ihn der damalige Rektor des Gymnasiums in Nürnberg, C. Fr. Roth, die Stelle eines Mathematik-Professors an letzterem zu übernehmen. Seine Wirksamkeit an den bayerischen Gymnasien lebt noch heute in dankbarem Andenken fort. 1835 wurde er als ord. Professor der Mathematik an die hiesige Universität berufen. Mit strenger unermüdlicher Geistesarbeit hat er während eines Menschenalters besonders ein Ziel unverrückt verfolgt: die Durchbildung und systematische Begründung einer neuen mathematischen Disciplin: „der Geometrie der Lage." Unter diesem Titel erschien 1847 sein Hauptwerk, dem eine Reihe von „Beiträgen zur Geometrie der Lage" aus den Jahren 849, 1857 und 186[illegible] folgte. Zwei Abhandlungen für das Berliner mathematische Journal verfaßte der geistesstarke Mann unter heftigen körperlichen Leiden noch kurz vor seinem Ende, und selbst an seinem Todestag noch beschäftigte ihn die Correktur eines Druckbogens. Der hohe theoretische Werth seiner, wegen ihrer Tiefe und der überaus gedrungenen Darstellung, nicht leicht zugänglichen Forschung wurde von seinen Fachgenossen in immer weitern Kreisen gewürdigt. In jüngster Zeit hatte der Verewigte auch noch die Genugthuung, die praktische Anwendbarkeit seiner Resultate anerkannt zu sehen, namentlich in der Schweiz (am Polytechnikum zu Zürich) und in Oesterreich. Seine Wirksamkeit durch Vorlesungen war bei der geringen Zahl der Studirenden der Mathematik eine äußerlich beschränkte — eine ausgedehntere nur bei populären Vorträgen über Astronomie; aber um so intensiver wirkte er auf talentvolle Schüler, die sich ihm anschlossen, und denen er sich mit Hingebung widmete. Ihnen wird die Meisterschaft, mit der er den Unterrichtsstoff beherrschte, die ruhige, sichere Klarheit, mit der er die schwersten Probleme behandelte, unvergeßlich bleiben. Allen aber, die ihn naher kannten, hinterlaßt er das in sich abgeschlossene Bild eines durch anhaltende Geistesarbeit gestählten wissenschaftlichen Charakters, eines Mannes, in dem eigenes unermüdliches Weiterstreben mit pietätvoller Berücksichtigung des Bestehenden, Pflichttreue, Rechtssinn und Strenge gegen sich selbst, mit Heiterkeit im geselligen Verkehr, mit Wohlwollen gegen andere und größter Anspruchslosigkeit wohlthuend sich vereinigten. (A. Z.)

Darmstadt, 6. Juni. Auf der heutigen Tagesordnung zweiter Kammer steht die Vorlage des Finanzministeriums die Aufhebung des Salzmonopols und Einführung einer Salzsteuer betr. Der Ausschuß beantragt, dem von den Zollvereinsstaaten vereinbarten Gesetzentwurf vom 8. Mai 1867 die verfassungsmäßige Zustimmung zu geben, jedoch nur in der bestimmten Voraussetzung, daß die großh. Regierung bei den bevorstehenden Verhandlungen über Erneuerung des Zollvereins in Verbindung mit den übrigen süddeutschen Staaten mit größter Entschiedenheit die Beseitigung der seither bestandenen Begünstigungen einzelner Staaten bei Vertheilung der Zollerträge anstreben werde. Im Verlaufe der Debatte betont Volhard das Drückende dieser Steuer und wie nothwendig es sei, gewisse ungerechte Bestimmungen, welche der Entwurf enthalte, zu entfernen, zu welchem Zwecke er einige darauf bezügliche Unteramendements stellt. Schließlich nimmt die Kammer die Regierungsvorlage nach dem Antrage des Ausschusses an und stimmt dem Volhard'schen Amendement, soweit es auf Herabsetzung der Steuer gerichtet ist, bei. Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung sind von untergeordnetem Interesse. Morgen wird die am 7. April mit Preußen abgeschlossene Militärkonvention berathen. — Herr v. Dalwigk ist gestern aus Berlin zurückgekehrt.

Kassel, 4. Juni. Durch Verordnung vom 13. Mai c. ist verfügt, daß die allgemeine deutsche Wechselordnung nebst den nachstehenden Einführungsbestimmungen in dem vormaligen Kurfürstenthum Hessen mit dem Tage der Gesetzeskraft dieser Verordnung in Kraft tritt. Die Vollstreckung des Wechselarrestes wird gemäß des Art. 2 der Wechselordnung ausgeschlossen: 1) gegen die Mitglieder der beiden Häuser des Landtages nach Maßgabe des Art. 84 der preußischen Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850; 2) gegen die Personen des Soldatenstandes, so lange sie dem Dienststande angehören; Militär- und Civilbeamte sind dem Wechselarrest unterworfen; gegen einen Beamten darf der Arrest jedoch erst dann vollstreckt werden, wenn der vorgesetzten Dienstbehörde Anzeige erstattet ist und dieselbe für die Vertretung des Beamten zu sorgen vermocht hat; 3) gegen den Schiffer, die Schiffsmannschaft, sowie alle übrigen auf dem Schiffe angestellten Personen, wenn das Seeschiff zum Abgang fertig (segelfertig) ist; 4) gegen die Personen, über deren Vermögen der Concurs eröffnet ist, wegen der früher entstandenen Forderungen, jedoch nur während der Dauer des Concurses und ohne Berücksichtigung der Rechtswohlthat der Competenz nach Beendigung desselben; 5) wenn der Schuldarrest wenigstens ein Jahr hindurch vollstreckt worden ist, wegen der früheren Forderungen desjenigen Gläubigers, welcher den Arrest beantragt hat, sofern derselbe nicht nachweist, daß dem Schuldner Befriedigungsmittel zu Gebote stehen. Die kurhessische Wechselordnung vom 26. Oktober 1859 nebst dem die Ergänzung derselben betreffenden Gesetze vom 10. August 1864 treten außer Kraft. Es bleiben jedoch die nachstehenden Bestimmungen der kurhessischen Wechselordnung vom 26. Oktober 1859 in Geltung: die Bestimmung im

---

ungefähr gegen alle Krankheiten helfen, während es faktisch nur bei einigen Arten von Verdauungsstörungen Nutzen bringen kann. — **Cirkassiawasser** (Schönheitswasser) von Kuess in Heilbronn. Vertreibt Sommersprossen, Leberflecken u. s. w., befördert den Haarwuchs und reinigt die Zähne. Bestandtheile: Alkohol, durch einige ätherische Oele wohlriechend gemacht. — **Elektromotorische Essenz** von Dr. Romershausen. Besteht aus Terpentin- und Rosmarinöl, in Alkohol gelöst, und hilft gegen alle bekannten und unbekannten Krankheiten. **Krystallisirte Kräuterbonbons** von Dr. Koch. Ein Fabrikat des im Geheimmittelschwindel wohlerfahrenen Gollberger. Sollen besser als alle ähnlichen Mittel bei jeder Art von Brustbeschwerden helfen, sind etwa 5 bis 7mal theurer als Malzzucker, leisten aber auch nicht mehr. **Morison's Pillen** als blutreinigend u. s. w. empfohlen, bestehen aus scharfen Abführmitteln, wie Gummigutt, Aloe, Koloquinten u. s. w., und gehören daher zu den entschieden gefährlichen Geheimmitteln, welche schon manches Opfer gefordert haben und deren Vertrieb daher mit Recht verboten ist. Wir stehen bereitwillig mit mehreren Recepten und Preisvergleichungen zu Diensten und werden solche, wenn gegenwärtige Anregung die verdiente Beachtung findet, gerne liefern; aber wir glauben, daß vorläufig die angeführten Beispiele zur Aufklärung des Publikums genügen könnten.

Die Ratifikations-Urkunden des Londoner Vertrages enthalten sämmtlich den Text des Vertrages selbst in französischer Sprache. Die Ratifikationsklauseln sind bei dem russischen in russischer Sprache mit anliegender französischer Uebersetzung, bei dem österreichischen in lateinischer, bei dem englischen in englischer, bei dem italienischen in italienischer, bei dem preußischen in französischer Sprache abgefaßt; die Urkunden sind in Sammt gebunden, die verschiedenfarbigen Bänder zum Oeffnen des Umschlages von Seide, die Siegel befinden sich (außer bei der Urkunde des Großherzogs von Luxemburg, bei der das Siegel auf die Urkunde selbst gedruckt ist), in Wachs abgedrückt in goldenen, resp. silbernen Kapseln, die an goldenen resp. silbernen Schnüren mit Quasten von farbiger Einlage von Seide befestigt sind. Die luxemburgische Urkunde hat einen Einband von blauem Sammt mit blauseidenen Bändern, die österreichische von Purpursammt mit schwarzgelben Bändern, die Kapsel des Siegels ist von Gold mit aufgepreßtem kaiserlichen Wappen. Die russische Urkunde in rothem Sammt mit carmoisinrothen Bändern, die Siegel-Kapsel golden mit silbernen Quasten. Die englische Urkunde in rothem Sammt mit Bändern von dunkelblauer, rother, grüner und hellblauer Farbe, das gelbe Siegel der silbernen Kapsel mit dem englischen Wappen stellt en relief die Königin Victoria im Krönungsornat mit Scepter und Reichsapfel auf dem Throne dar. Ihr zur Rechten sitzt die Gerechtigkeit, Waage und Schwert haltend, zur Linken die Gestalt des Friedens mit Kreuz und Evangelienbuch. Die französische Urkunde ist in rothen Sammt gebunden mit rothseidenen Bändern, die goldene Siegelkapsel mit dem französischen Wappen darauf, die Troddel golden mit blauseidener Einlage; die Urkunde des Königs der Niederlande, als König, in blausammtenem Einband mit blauseidenen Bändern, einer silbernen Siegelkapsel mit den niederländischen Wappen, die Quasten von Gold mit blauseidener Einlage. Das Siegel in rothem Wachs zeigt das Brustbild König Wilhem's III. mit der Jahreszahl 1849. Die italienische Urkunde in einem Einbande von dunkelbraunem Sammt mit Seidenbändern von derselben Farbe, trägt eine silberne Kapsel mit silbernen Quasten und grünseidener Einlage. Das Wappen der Kapsel stellt einen Ritter zu Pferde in getriebener Arbeit dar.

Aus **New-York**, 20. Mai, berichtet die „Nat.-Ztg.": „Am vorigen Freitag ist hier ein Mann gestorben, dessen man sich in Wien und Berlin aus dem Jahre 1848 mit gemischten Gefühlen erinnern wird, Dr. Anton Schütte. Ein geistreicher Mann, von großer Fülle positiven Wissens und einer intellektuellen Beweglichkeit, welche zuweilen an die der fahrenden Ritter des vorigen Jahrhunderts erinnerte, entbehrte er zu sehr des moralischen Schwergewichtes, um seine bedeutenden Fähigkeiten in einer bestimmten Richtung zur Geltung zu bringen und spielte hier, wie z. B. in Deutschland eine zweideutige Rolle. Doch war er nicht so schlimm wie sein Ruf."

letzten Absatz des Art. 2 über die Bereitstellung der Mittel zur Unterhaltung des Schuldners; die Bestimmungen im zweiten Absatz des Art. 18 und im ersten Absatz des Art. 35 über die Präsentation der Meß- und Marktwechsel, wenn der Meß- oder Marktort im vormaligen Kurfürstenthum Hessen liegt; die Bestimmungen im zweiten Absatz des Art. 73 über das Verfahren zum Zweck der Amortisation abhanden gekommener Wechsel und die Bestimmungen im dritten und vierten Absatz des Art 87 über die Stempelverwendung und die Gebühren der Aktuare und Notare bei der Aufnahme von Wechselprotesten.

Berlin, 5. Juli. Die „Börsenzeitung" schreibt: Die Minister der süddeutschen Staaten nahmen den Abstimmungsmodus der Majorität statt der Stimmeneinhelligkeit bei den Zollverhandlungen an. Sobald der Beschluß ratifizirt sein wird, werden technische Unterhändler für die Detailberathungen in Berlin zusammentreten.

Ueber die politischen Arbeiten dieses Jahres schreibt die „Provinzial Korrespondenz": „Es muß in diesem Jahre noch die regelmäßige Session des preußischen Landtages und vor dieser noch die erste Session des künftigen norddeutschen Reichstages stattfinden. Die Berufung des preußischen Landtages ist, abgesehen von anderen Aufgaben, schon deßhalb unerläßlich, weil der Staatshaushalt für das Jahr 1868 vor dem 1. Januar festgestellt sein muß. Die Reichstagssitzung aber muß aus dem Grunde vorhergehen, weil die Regelung des preußischen Staatshaushalts in mehrfachen wichtigen Beziehungen fortan von der Regelung des Bundeshaushalts abhängt und letzterer daher vor allen Dingen festgestellt werden muß. Da nun die Berufung des preußischen Landtages, wenn derselbe das Budget rechtzeitig erledigen soll, nicht später als zum Anfange November erfolgen kann, so werden für den Reichstag die beiden vorhergehenden Monate September und Oktober in Aussicht zu nehmen sein. Hieraus ergibt sich ferner, daß die neuen Wahlen zum Reichstage (für die erste dreijährige Zeit) bis etwa zum Anfange September vollzogen sein müssen. Die Ankündigung oder Ausschreibung des Wahltermins, also der Beginn der Wahlvorbereitungen, wird etwa Mitte Juli zu erwarten sein. Außer den Wahlen zum Reichstage werden ferner vor dem Beginne der preußischen Landtags-Session noch die Abgeordnetenwahlen in den neuen Provinzen stattzufinden haben, da diese mit dem 1. Oktober an dem preußischen Verfassungsleben betheiligt werden sollen. Die bezüglichen Wahlen werden vermuthlich im Oktober stattfinden. Sodann müssen in diesem Jahre auch noch die Provinzialstände berufen werden. Dieselben sollen sich eigentlich alle zwei Jahre versammeln und hätte bereits im vorigen Jahre die regelmäßige Session stattfinden sollen. Dieselbe unterblieb jedoch mit Rücksicht auf die Kriegsereignisse. In diesem Jahre ist die Berufung zunächst im Interesse der Verwaltung der kommunalständischen Einrichtungen unumgänglich nöthig; außerdem sollen die Stände über einige Gesetze von provinzieller Bedeutung gehört werden. Die Session wird nicht anders, als gegen Ende Oktober, zwischen dem Schlusse des Reichstages und dem Beginne des preußischen Landtages, stattfinden können."

Schwerin, 6. Juni. Der Landtagsabschied spricht die besondere Befriedigung des Großherzogs über die patriotische Haltung der Stände aus. Er erkennt die Opferwilligkeit derselben zur Wiederherstellung einer öffentlichen Rechtsordnung für Deutschland an und verheißt die thunlichste Berücksichtigung der Wünsche der Stände bei den neuen Verhältnissen. — In ähnlichem Sinne spricht sich der Landtagsabschied in Strelitz aus.

Wien, 4. Juni. In Ungarn ist die öffentliche Stimmung im Allgemeinen keineswegs befriedigend. Die Wirkung des Kossuth'schen Briefes ist doch nachhaltiger, als man zuerst meinte. Die radikale Opposition sucht dieses Schriftstück auf alle mögliche Weise zu ihren Gunsten zu benutzen. Der Brief wurde ins Slavische und Kroatische übersetzt und in vielen Tausenden Exemplaren unter Serben und Kroaten vertheilt. Da sich Kossuth in seiner Epistel gewissermaßen der Rechte Kroatiens annimmt, so kann sie nicht verfehlen, bei den slavischen Nationalitäten eine besondere Wirkung hervorzubringen. Wenn man Briefen aus Pesth Glauben beimessen darf, so ereignete sich in dieser Stadt so eben etwas, was man noch vor Kurzem für unglaublich, ja, für unmöglich gehalten haben würde: dem „großen Patrioten und größten Ungar" (Franz Deak) wurde eine Katzenmusik gebracht.

Die Stadt Essegg in Slawonien hat, im Widerspruche mit der Haltung des kroatischen Landtages, soeben beschlossen, eine Krönungsdeputation, sowie Erde zum Krönungshügel nach Pesth zu senden.

Pesth, 5. Juni. Die mit der Ueberreichung des Inaugural-Diploms betraute Deputation versammelte sich im Präsidial Bureau des Ministeriums des Innern und fuhr, nachdem der Primas die an Se. Maj. zu richtende Ansprache vorgetragen, in die Burg. Bald nach dem Eintreffen der Deputation im Thronsaale erschien Se. Maj. mit dem Hofstaate. Es schritten voran der Obersthürsteher, der Obersthofmeister, ein Träger des Apostolischen Kreuzes und der Oberststallmeister Graf Emerich Batthyany mit dem Reichsschwert. Zum erstenmale erschienen auch die ungarischen Garden. Se. Majestät in ungarischer Marschallsuniform nahm auf dem Throne Platz, worauf der Primas ungefähr Folgendes sprach: „Die von Eurer Majestät im Dezember 1865 einberufenen Magnaten und Stände halten endlich den heißersehnten Augenblick für gekommen, die Bitte vorzubringen, daß Eure Majestät sich mit der Krone des hl. Stephan krönen zu lassen geruhen. In der Zuversicht, daß Eure Majestät diesem Wunsche der treuen Stände Genüge leisten, hat der Landtag das Inaugural-Diplom vorbereitet und die Deputation legt dasselbe mit homagialer Treue auf den Stufen des Thrones nieder. Der Primas näherte sich hierauf dem Throne und überreichte das Diplom mit einer Kniebeugung. Se. Majestät antwortete kurz: Er fühle sich glücklich, dem Wunsche des Landes Folge zu leisten; auf das Diplom werde Er morgen Antwort ertheilen. Diese Worte wurden mit begeisterten Eljen aufgenommen. Darauf entfernte sich Se. Majestät unter Vorantritt des Hofstaats und des Ministeriums.

Agram, 5. Juni. Graf Jankovic, der einflußreichste Magnat Slavoniens, hat die Einladung zur Krönung abgelehnt, weil der Landtag unvertreten ist. Trotz des gegentheiligen Landtagsbeschlusses haben die meisten Municipien Krönungs-Deputationen gewählt.

Paris, 5. Juni. Der Empfang des Königs von Preußen ist, wie das nicht anders zu erwarten, ein überaus befriedigender und wohlwollender gewesen. Es waren, wo möglich, noch mehr Neugierige auf den Straßen, als bei der Ankunft des Czaaren. Ich habe von verschiedenen Punkten, die der Zug berührte, Nachrichten bekommen, und diese lauten übereinstimmend dahin, daß das Volk sich entweder ganz ruhig verhielt oder einen freundlichen Willkommruf vernehmen ließ. Die Pariser benahmen sich, wie die Bevölkerung einer großen Stadt sich bei solcher Gelegenheit zu benehmen hat: artig, ohne sich auf irgend eine politische Kundgebung einzulassen, welche allerdings nicht am Platze gewesen wäre. Man hat bemerkt, daß der König sich sehr eifrig und freundschaftlich mit dem Kaiser unterhielt, während Alexander II. steif und ruhig neben seinem Wirthe saß, als dieser ihn nach den Elysées brachte. Ebenso wurde bemerkt, daß die Kaiserin sich in der gestrigen Gala-Vorstellung der Oper fast beständig mit dem Kronprinzen von Preußen in der ungezwungensten und heitersten Weise unterhielt. Auf den Boulevards wurde heute bereits die Biographie des Königs für einen Sous ausgerufen. Man fängt immer mehr an zu glauben, daß die Anwesenheit der europäischen Fürsten in Paris der Dauer des Friedens günstig sein werde, und auch die Hoffnung, es werde möglicher Weise doch noch zum Kongresse kommen, wird in diplomatischen Zirkeln wieder hier und da ausgesprochen. — Die orientalische Angelegenheit betreffend, ist man der Meinung, daß England sich den Schritten der anderen Mächte insoweit anschließen wird, um dem Blutvergießen ein Ende zu machen. Frankreich und Rußland verlangen, es möge nach Einstellung der Feindseligkeiten das allgemeine Stimmrecht befragt und dieses durch einen europäischen Ausschuß überwacht werden. Die Pforte soll dies angenommen haben, behaupten die Optimisten. Es ist allerdings wahrscheinlich, daß der Sultan sich seinem französischen Gastwirthe wird angenehm zu machen suchen. — Die vereinzelten Kundgebungen für Polen haben auch gestern Abend fortgedauert und wurden auf den Boulevards einige von den Rufern verhaftet. Dies verhinderte nicht, daß bei der Nachhausefahrt aus der Oper der Ruf: „Es lebe Polen!" abermals erschallte. — Der Czaar besichtigt alle Merkwürdigkeiten von Paris, und er ist jeden Tag schon um 8 Uhr zu Pferde. — In Madrid ist wieder eine Militär-Verschwörung entdeckt und sind mehrere Unteroffiziere verhaftet worden. (K. Z.)

London, 4. Juni. Die siebente Woche hat gestern begonnen, seit die Londoner Schneider ihren Strike angefangen haben, und die Aussichten auf ein baldiges Aufhören dieses unerquicklichen Zustandes sind noch keineswegs sehr günstig. Seit die Meister in ihrem Trotze erklärt haben, die Union der Arbeiter solle unter allen Umständen gesprengt werden, fließen den Unionisten die Unterstützungen der übrigen Vereine reichlicher als je zu, so daß am vergangenen Sonnabend das Comite in der Lage war, den sämmtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen den vollen Betrag ihrer Strike-Zulage auszuzahlen, obwohl die Zahl der feiernden gegen die Woche vorher noch um 500 Militärschneider zugenommen hatte. Das Piquetsystem wird mit unablässigem Eifer und dem besten Erfolge fortgesetzt und wo ein Meister eine Anzahl nicht zur Union gehöriger Arbeiter aus der Provinz an sich zieht, sind die Wachen der Unionisten sofort bei der Hand, dieselben für ihre Sache anzuwerben und den Arbeitgebern abwendig zu machen. Wie es heißt, wird neuerdings von hoher und einflußreicher Stelle aus ein Versuch gemacht werden, eine Annäherung zwischen den streitenden Parteien herbeizuführen; auch hört man auf der andern

Seite, daß mehrere Herren, die sich für Cooperativ-Arbeit interessiren, mit dem Plane umgehen, jeder 500 L. einzuschießen, die besten aus den unbeschäftigten Arbeitern herauszuziehen und mehrere Vereinswerkstätten in der Hauptstadt zu etabliren. — Telegraphische Berichte aus **Irland** sprechen von einer Landung von 40—50 bewaffneten Männern, die bei Chunegar (bei Dungaroon) von einem verdächtigen Fahrzeuge bewerkstelligt wurde. 26 davon wurden als Fenier festgenommen. Weiter heißt es noch, daß 20 ausgehungerte Insurgenten bei Thurles sich auf Gnade und Ungnade ergeben hätten. Letztere scheinen von der Zahl der zur Zeit versprengten Flüchtlinge des letzten Aufstandsversuches zu sein. — Der Pfingstmontag, der, wenn auch nicht so allgemein als der Ostermontag, so doch immerhin von einer großen Anzahl des Publikums als Feiertag zu Ausflügen benutzt wird, soll in diesem Jahre in ähnlicher Weise wie ersterer zu einem Manövertage für die **Freiwilligencorps** verwendet werden, wozu die Königin denselben den Windsor Great Park als Schlachtfeld eingeräumt hat. Felddienst, Exerciren und Scheibenschießen wird übrigens von den Angehörigen der Corps mit einem Eifer geübt, als gelte es, nächstens eine Invasionsarmee aus dem Lande zu treiben. — Briefe aus **Indien** berichten über beunruhigendes Umsichgreifen der **Cholera**, die seit dem Beginn der ungewöhnlich heißen Saison sich gezeigt hat. Bei der großen Messe zu Hurdwar am Ganges, wo über 2,000,000 Pilger zusammenströmten, war, Dank großer Vorsichtsmaßregeln der Regierung, der Gesundheitszustand ein äußerst günstiger. Bei der Heimreise jedoch, wo die Anstrengungen und Entbehrungen des langen Weges zugleich mit der Sonnengluth zu wirken anfingen, trat die Krankheit in sehr verheerender Form auf. — Ueber die Verheerungen, welche die **Cholera** in Buenos-Ayres anrichtete, schreibt der dort erscheinende „Standard" vom 25. April: „Die letzten beiden Wochen waren überaus traurig. Ueber 60,000 Menschen sind vor der Seuche aus der Stadt geflohen. Trotz aller Bemühungen der Behörden war die Sterblichkeit bis zum Charfreitag in der Zunahme begriffen und erst dann minderte sie sich, Dank dem Witterungsumschlage. Seit den letzten 24 Stunden hat sich die Sterblichkeit in den Hospitälern so vermindert, daß die Aerzte endlich an ein Verschwinden der Seuche glauben. Mittlerweile stocken alle Geschäfte in Folge der strengen Quarantäne-Vorschriften auf den Flüssen. Der Hafen von Montevideo ist ganz und gar abgeschlossen worden, so daß Buenos-Ayres nicht nur von allen Häfen des Oriental, sondern auch des Parana ausgeschlossen ist."

Neueres.

Pesth, 6. Juni. (Landtagsberichte.) Die Deputirtentafel versammelte sich in voller Gala. Es wurde das Reskript verlesen, welches die Wahl Karolyi's und Bay's zu Kronhütern bestätigt. Die Wahl des Deputirten Radich von Fiume wurde unter lautem Eljenrufen verifizirt. Graf Geza Batthyany legt wegen Familien-Rücksichten sein Mandat nieder. Hierauf Abfahrt des Hauses zu Sr. Majestät. — In der Magnatentafel designirte der Präsident die Mitglieder der Deputation, welche morgen 11 Uhr Vormittags den Erzherzogen Aufwartung machen wird. Sodann wurde das die Kronhüter bestätigende Reskript hier ebenfalls verlesen und mit Eljenrufen angenommen. Schließlich Abfahrt aller im Festornat erschienenen Mitglieder zur Burg.

Agram, 6. Juni. Der gestrige „Pozor" wurde wegen eines Artikels, in welchem Jeder, der der Krönung beiwohnt, auf Grund des 1861er Landtagsbeschlusses als Landesverräther erklärt wird, confiscirt.

Prag, 6. Juni. Die Czechenblätter besprechen heute die Reichsraths-Adreßdebatte. Sie beklagen die Ideenlosigkeit derselben; befriedigend seien blos die antidualistischen Reden Toman's, Skene's, Svetecs', Arndt's und Schmerling's. — Arneths' Incompetenz-Erklärung des Reichsraths rechtfertige das Fernbleiben der Czechen. Die Haltung des Reichsraths gegenüber dem Konkordate bezeichnen die Czechenorgane als unangemessen. Die Aufhebung des Konkordats werde der erste Schritt zur Annexion Cisleithaniens an Preußen sein. — Der „Patriot" ist heute erschienen, außerdem noch ein Reserveblatt, „National-Zeitung", begründet worden.

Alexandria, 5. Juni. Der Vizekönig wird am 9. Juni nach Paris abreisen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	68 1/2 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62 3/8—7/8 G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	54 3/4 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	4 1/2pCt.	42 P.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 [illegible] P. 3/8 G.
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 3/4—94 G.
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90 [illegible] P. 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	90 3/8 P. 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	93 [illegible] P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	83 1/4 P.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	93 3/8 P.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	81 1/2 G.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	92 1/2 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	95 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	88 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	82 P.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	82 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 3/8 G.
NAmerika	6pCt. à 1000fr. 1881 D. 2 1/2	78 [illegible] P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	77 1/2—3/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	128 1/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bank Aktien	677—687 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	175 1/2—176 1/2 G
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 1/4 P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	205 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	324 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109 3/4 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	218 1/2—218 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	111 3/4 P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	151 [illegible] P. 151 1/4 G
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90 1/5 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 3/4 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 [illegible] P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 3/4 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	116 1/8 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 [illegible] G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/4 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 3/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 [illegible] P.
Hamb. Mß. 100 k. S.	88 3/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 [illegible] G.
London Lst. 10 k. S.	119 1/8 P. 1/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	94 G.
do. in öst. W. l. S.	94 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	116 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	71 5/8 P. 3/8 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	121 P. 120 1/2 G.
„ do. v. 1864	72 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 3/4 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	54 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 [illegible] G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	142 1/4 P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 1/2 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs. Loose	—
Mailänder 45 Frs. [illegible] b. R.	—
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenb. fl. 7-L.	11 G.

Frankfurt, 7. Juni. Die gestern Abend eingetretene bessere Stimmung machte gleich bei Eröffnung der heutigen Börse einer flaueren Tendenz Platz, da die von Paris gemeldete Nachricht über ein stattgehabtes Attentat die Gemüther verstimmte. Der gleiche Eindruck wurde von der Berliner und Wiener Börse gemeldet. Oesterreicher Spekulationspapiere verkehrten zu den niedrigsten Notirungen der gestrigen Börse. Süddeutsche Fonds verloren heute wieder 1/8 bis 1/4 pCt., besonders angeboten waren 4 1/2 pCt. Badische, es scheint daher, daß die zu erwartende neue Anleihe nicht in Form von Loosen, sondern von 4 1/2 pCt. Obligationen ausgegeben wird. Unverzinsliche Loose aus dem bekannten Grunde sehr flau. 1864er reducirten ihren Cours um 1 fl. Galizische Prioritäten niederer, da ein Posten gegen Siebenbürgen getauscht wurde. Amerikaner waren bei beschränktem Geschäft sehr fest und besonders comptant schwer erhältlich. Von Wechseln Wiener abermals 5/8 pCt. billiger abgegeben, auch Paris und London offerirt. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 159. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 64. Jahrgang. | Montag, 10. Juni 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 7. Juni. Se. Majestät der König hat die prot. Pfarrstelle zu Velden, Dek. Hersbruck, dem Pfarrer J. G. V. Schaitberger zu Herbolzheim, Dek. Windsheim, dann die prot. Pfarrstelle zu Wettelsheim, Dek. Dittenheim, dem bisherigen Pfarrer in Auernheim, J. G. Feldner, verliehen.

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 7. Juni. Se. Maj. der König hat den Obersten Chr. Frhrn. v. Leoprechting vom 12. Inf.-Reg. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; den Hauptmann J. Michell vom 6. Inf.-Reg. zum Adjutanten des Generalmajors und Brigadiers Straub ernannt; den Oberlieut. A. Merkel vom 8. zum 2. Jäger-Bat. versetzt; dem Unterlieut. M. Maier vom Inf.-Leib-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; dem Major J. Grafen v. Joner-Tettenweiß vom Inf.-Leib-Reg. das Ritterkreuz 1. Klasse des Militär-Verdienstordens verliehen; das Dienstestauschgesuch der Unterlieutenants J. Seebaur vom 3. Jäger-Bat. und Aug. Bosbart vom 10. Inf.-Reg. genehmigt; dem Rittmeister J. Schulze vom 6. Chev.-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere unter gleichzeitiger Verleihung des Charakters als Rittmeister à la suite bewilligt; den Div.-Commando-Sekretär Ludw. Kroneck vom Gend.-Corps-Commando zum Ministerial-Sekretär 2. Klasse im Kriegsministerium und den Kanzlei-Sekretär F. Frhrn. v. Lerchenfeld-Abam zum Div.-Commando-Sekretär bei der Militär-Fonds-Commission befördert; dem Unterlieut. M. v. Krempelhuber vom 3. reit. Art.-Reg. die nachgesuchte Entlassung von der Charge und dem pens. Unterlieut. J. v. Suckau die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt; dem vormaligen Unterlieut. vom 4. Chev.-Reg. C. Frhrn. v. Bethmann den Charakter als Unterlieutenant à la suite verliehen; den temp. pens. Unterveterinärarzt X. Kreuzer bleibend im Ruhestande belassen; den Hauptmann Frhrn. H. v. Gleißenthal vom 8. Inf.-Reg. in den Ruhestand versetzt; den temp. pens. Major W. Hölß auf ein weiteres Jahr im Ruhestand belassen; dem Unterlieut. Jos. Ball vom 8. Jäger-Bat. die nachgesuchte Enthebung von der Charge bewilligt; den temp. pens. Unterquartiermeister Chr. Kraußold bleibend im Ruhestande belassen; dem pens. Unterquartiermeister M. Gapp die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt; dem Hauptmann A. Körbling vom 7. Inf.-Reg. für das Ritterkreuz 1. Klasse des großh. badischen Ordens vom Zähringer Löwen, dem Hauptmann A. Michell vom Genie-Stab für das Ritterkreuz 2. Klasse des herzogl. sachsen-ernestinischen Hausordens und dem Gemeinen J. Ex vom 13. Inf.-Reg. für die im kaiserl. französischen Kriegsdienste verliehen erhaltene Medaille für Mexiko die Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen ertheilt; den Hauptmann W. Aign vom 4. Art.-Reg. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; den Oberlieut. Fr. Grafen v. Tattenbach vom 1. Chev.-Reg. zum Adjutanten des Generalmajors und Brigadiers v. Mayer ernannt; den temp. pens. Rittmeister A. Grafen v. Fugger-Glött bleibend im Ruhestande belassen.

Se. Majestät der König hat den bisherigen funkt. Sekretär an der Bibliothek in Bamberg, Priester K. Döring in provis. Eigenschaft zum wirklichen Sekretär an der genannten Bibliothek ernannt.

München, 7. Juni. Bezüglich der Conferenzen, welche in diesen Tagen zwischen den Ministern des Aeußern von Preußen, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen in Berlin stattfanden, um sich über die Grundlagen zu verständigen, auf welchen die bestehenden, durch die Friedensverträge des vorigen Jahres der Kündigung unterworfenen Zollvereinsverträge fortdauern können, gehen uns folgende Mittheilungen zu. Von preußischer Seite wurde im Beginne der Verhandlungen hervorgehoben, daß es unthunlich sei, die Beschlüsse des norddeutschen Bundesrathes und Reichstages in Zollvereinsangelegenheiten von der Zustimmung der süddeutschen Regierungen und Stände abhängig zu machen. Ebensowenig könne Süddeutschland zugemuthet werden, diese Beschlüsse ohne Weiteres auch für sich gelten zu lassen. Es bleibe sonach nur übrig, die Gesetzgebung in Zollvereinsangelegenheiten einem gemeinschaftlichen Organe der betheiligten Regierungen und einer gemeinschaftlichen Vertretung der Bevölkerung zu übertragen. Zugleich wurde von preußischer Seite der Entwurf einer deßfallsigen Punctation vorgelegt, welche einem abzuschließenden Vertrage zu Grunde gelegt werden soll. Inhaltlich derselben würden die bisherigen Zollvereins-Verträge unter der Modifikation in Kraft zu bleiben haben, daß die Gesetzgebung über das ganze Zollwesen, über die Besteuerung des einheimischen Zuckers, Salzes und Tabaks inskünftige durch ein gemeinschaftliches Organ der betheiligten Staaten und eine gemeinschaftliche Vertretung ihrer Bevölkerung auszuüben wäre. Bezüglich des erstgedachten Organes soll die Stimmführung sich nach Maßgabe der Vorschriften für das Plenum der ehemaligen deutschen Bundesversammlung vertheilen. Die gemeinschaftliche Vertretung der Bevölkerung dagegen würde sich zu bilden haben aus den Mitgliedern des norddeutschen Reichstags und aus Abgeordneten aus den süddeutschen Staaten, und würden die Bestimmungen des V. Abschnittes der norddeutschen Bundesverfassung hierauf Anwendung finden. Nachdem diese Punctation von den verhandelnden Ministern im Einzelnen durchberathen worden war, wurde sie von Seite Württembergs und Badens acceptirt und von den Vertretern dieser Staaten durch Unterschrift, unter Vorbehalt einer dreiwöchentlichen Ratifikationsfrist, sofort voll-

Feuilleton.

Die große Revue im Boulogner Holze.

Paris, 6. Juni. Die Truppen, welche zur Revue beordert worden, waren von 11 Uhr Morgens an alle auf den Longchamps des Boulogner Wäldchens aufgestellt. Nach ihrer Ankunft lagerten sie sich und nahmen ein Frühstück ein, bestehend aus einer Ration Wein, Fleisch und Brod. Vorsichtsmaßregeln im Interesse der Truppen, von denen viele in der Nacht angekommen waren und vor Paris campirt hatten, waren getroffen worden. So hatte man auf vier Punkten Zelte errichtet, wo sich Aerzte aufhielten und Apotheken eingerichtet waren. Die Truppen nahmen die vier Seiten der Longchamps ein, die ein ziemlich regelmäßiges Parallelogramm bilden. Die Infanterie stand vor, recht und links der kaiserlichen Tribune in Bataillons-Aufstellung und bildete 28 Colonnen. Dieselben bestanden aus dem Bataillone und der Schwadron der Schule von St. Cyr, dem Garde-jäger-Bataillon, 12 Bataillonen Voltigeurs, der Garde, 13 Bataillonen Garde-Zuaven, Gendarmen und Grenadiere, 27 Bataillonen Infanterie der Armee von Paris und endlich 2 Bataillonen der Garde de Paris und der Sapeurs-Pompiers. Die Artillerie war links vom kaiserlichen Pavillon aufgestellt und zählte in 8 Colonnen 16 Batterien und 86 Geschütze. Die Cavallerie stand in 4 Colonnen dem Pavillon gegenüber; sie bestand aus einer Division der Garde, den Guiden, den berittenen Jägern, den Ulanen, den Dragonern der Kaiserin, Cuirassieren und Carabiniers. Die berittene Pariser Stadtgarde, sowie die Gendarmen des Seine-Departements versahen den Dienst, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Den Schluß bildeten die zwei berittenen Jägerregimenter, welche in Provins, Chartres und Chateaudun liegen, das 9. und 10 Dragoner-Regiment aus Paris und endlich das 5., 8., 9. und 10. Cuirassier-Regiment, welche in und um Versaille garnisoniren. Eine ungeheure Menschenmasse war, als ich gegen 12¼ Uhr durch die Champs Elysées und die Avenue de l'Impératrice ziemlich dicht hinter dem Wagen des Königs von Preußen herfuhr, auf allen Punkten versammelt. Die Menge war fast überall von den Polizeiagenten auf den Fußweg zurückgedrängt, so daß die Fahrstraße allein für die Wagen übrig blieb. Als der Kaiser Napoleon dort durchkam, wurde ziemlich viel gerufen, was jedoch nicht der Fall war, als der König mit der Kaiserin vorbeikam. Kurz nach meiner Einfahrt in das Boulogner Wäldchen wurde das Wagengedränge so groß, daß man zuerst kaum noch fortkommen konnte; zuletzt kam sogar Alles in's Stocken. Ich hatte vorher schon meinen Kutscher im Stiche gelassen und war durch einige Seitenwege schnell, und dies ist buchstäblich zu nehmen, nach den Longchamps gelaufen. Als ich dort ankam, waren der König von Preußen und die Kaiserin bereits am Rendezvous angekommen. Die Kaiserin fuhr sofort nach der kaiserlichen Tribune, wo die Kronprinzessin von Preußen, die Prinzessin Alice von Hessen, ihre Schwester (welche beide weiß gekleidet waren) und die übrigen fürstlichen Damen bereits angekommen waren. Die Menge, welche die Longchamps umgab, war ungeheuer. So weit das Auge reichte, sah man nichts als Köpfe, und das bis in die höchsten Spitzen der Bäume; ein einziger Baum trug an 24 Personen, mehrere stürzten unter ihrer Last zusammen, an anderen Bäumen

zogen. Von Hessen wurde der baldige Beitritt in Aussicht gestellt. Bayern hat sich seine Entschließung vorbehalten.

+ **München**, 7. Juni. Das Programm der Feierlichkeiten ꝛc. zur Vermählung Sr. Maj. des Königs ist nunmehr vollständig fertig und vielleicht schon in Druck gegeben. Wir können aus demselben bereits mittheilen, daß die Trauung des königlichen Brautpaars Samstag den 12. Oktober (Maximilianstag) Mittags 1 Uhr in der St. Michaelshofkirche dahier stattfinden wird. — Der Tod der an den erhaltenen Brandwunden jüngst gestorbenen Erzherzogin Mathilde (Enkelin Sr. Maj. des Königs Ludwig I.) hat unser Königshaus, wie man sich denken kann, auf das Schmerzlichste berührt; auf Se. Maj. den König Ludwig II. soll die Nachricht jedoch einen wahrhaft erschütternden Eindruck gemacht haben. — Die Zollvereinsverhandlungen zu Berlin, von welchen Hr. Fürst v. Hohenlohe bereits wieder hier eingetroffen ist, scheinen sehr große Schwierigkeiten zu bieten und vorerst ein positives Resultat überhaupt noch nicht ergeben zu haben. Wir vernehmen wenigstens, daß Se. Durchlaucht eine Unterschrift nicht gegeben habe. — Die Nachricht, daß der Staatsvertrag bezüglich der Braunauer Bahn zu Wien endlich unterzeichnet wurde, ist hier, wie wohl überall in Bayern mit großer Befriedigung aufgenommen worden und hören wir, daß zur raschen Inangriffnahme des Bahnbaues alles vorbereitet wird. — Was die Civilprozeßgesetzgebung anbetrifft, so hören wir von guter Seite, daß zur Zeit noch wenig Aussicht bestehe, dieselbe schon beim nächsten Landtage zur Vorlage zu bringen. — Vom 1. Januar an werden in Bayern endlich auch Franko-Couverts eingeführt werden, aber nur solche zu 3 kr. Der Stempel auf denselben ist oval und von der nämlichen Farbe wie die der 3 Kreuzer-Marken. In dieser Beziehung hat die bayerische Post allerdings nur einen sehr langsamen Fortschritt gemacht; doch besser spät, als gar nicht. — Wie wir erfahren, soll es im Plane sein, dem hiesigen Magistrate auch die Polizei für die Stadt München, welche jetzt bekanntlich königlich ist, zu übertragen, doch sei über die Modalitäten sowie über die Zeit bis jetzt noch nichts Näheres bestimmt.

** **München**, 7. Juni. Diejenigen Artikel des Gesetzentwurfes über die Gemeindeordnung, welche von den Gemeindebürgern und den allgemeinen Rechten und Pflichten derselben handeln, gehören nach Ansicht des Ausschuß-Referenten, Abg. Edel, zu jenen, welche am meisten der Verbesserung bedürfen, die ohne prinzipielle Aenderungen und vollständige Umarbeitung des gesammten Materials nicht wohl erzielt werden können. Der Referent hat deßhalb die ganze betreffende Abtheilung des Entwurfes umgearbeitet. Nach dem Entwurfe soll die Begründung des Bürgerrechtes regelmäßig von der Gewinnung der Ansässigkeit in einer Gemeinde abhängig gemacht werden; der Herr Referent hält aber für nothwendig, daß aus äußeren und inneren Gründen der bisherige Ansässigmachungsbegriff aufgehoben und durch ein gehörig regulirtes Wohnsitzrecht ersetzt werde. Zur Motivirung wird namentlich angeführt, daß selbst politische Gründe dafür sprechen, in sozialen Fragen sich mit der Gesetzgebung der wichtigsten deutschen Staaten in thunlichste Uebereinstimmung zu setzen. In den Gesetzen der bedeutendsten Staaten des norddeutschen Bundes, insbesondere Preußens, kenne man aber einen besonderen Ansässigmachungsakt als Vorstufe der Erwerbung des Bürgerrechtes nicht, vielmehr wird die Erwerbung des Bürgerrechts mit dem Rechte des Wohnsitzes in der Gemeinde in Verbindung gebracht. Nach dem vom Referenten gemachten Vorschlag soll jeder selbstständige Inländer, dem kein gesetzliches Hinderniß im Wege steht, das Recht erhalten, sich in der von ihm als Wohnsitz gewählten Gemeinde als Einwohner einschreiben zu lassen, während das Bürgerrecht erst nach einer bestimmten Dauer des Aufenthalts angesprochen werden kann, wenn nicht die Gemeinde auf Ansuchen des Bewerbers dasselbe früher ertheilt. — Was den ersten Abschnitt in der dritten Abtheilung betrifft, „Von den allgemeinen Rechten und Verbindlichkeiten der Gemeinden," so wird vom Referenten der Abstrich desselben beantragt, da dieser Abschnitt Bestimmungen civilrichtlicher Natur enthält, die nicht hierher gehören, weil in den bürgerlichen Gesetzen die Befugniß der Korporationen zur Theilnahme an dem allgemeinen Rechtsverkehre, sowie ihre hieraus erwachsenden privatrechtlichen Verpflichtungen genau geregelt sind. Zu einem späteren Abschnitte, der von der Deckung der Gemeinde-Ausgaben handelt, beantragt Referent Modifikationen, welche eine freiere Bewegung der Gemeinden in der Selbstbesteuerung mittels der Erhebung indirekter Steuern bezwecken, als es durch den Gesetzentwurf geschieht.

** **München**, 8. Juni. Se. Maj. der König kam heute Vormittag aus Schloß Berg hieher und ließ alsbald den kgl. Staatsminister Fürsten v. Hohenlohe rufen, welcher Sr. Maj. einen eingehenden mündlichen Vortrag über die in Berlin bezüglich der Zollvereinsfrage stattgehabte Ministerkonferenz erstattete. — Se. Maj. der König senden Se. kgl. Hoheit den Prinzen Ludwig nach Wien, um dem Begräbniß der Erzherzogin Mathilde, sowie dem Trauergottesdienste als Vertreter unserer kgl. Familie beizuwohnen.

Berlin, 7. Juni. Die „B. B.-Z." schreibt: „Bekanntlich geht die Staatsregierung schon längere Zeit mit dem Plane um, Reformen in Betreff der Stellung der Militärärzte eintreten zu lassen. Wie uns aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt wird, sind die hierüber gepflogenen Berathungen nunmehr beendet und als Resultat derselben soll nachfolgende Einrichtung vielleicht schon am 1. Oktober d. J., spätestens aber am 1. Januar 1868, ins Leben treten: Die Militärärzte bilden in Zukunft ein gesondertes Corps, ähnlich dem Ingenieur-Corps, unter dem Titel „Sanitäts-Corps". Die einzelnen Rangabstufungen der Aerzte werden sodann nach Maßgabe der gewöhnlichen militärischen Chargen bezeichnet, so daß z. B. ein Assistenzarzt „Lieutenant vom Sanitätscorps" heißen würde. Mit dieser Bezeichnung soll gleichzeitig eine Gleichstellung der Aerzte mit den Combattanten, sowie eine allgemeine Rang- und Gehalts-Erhöhung eintreten. Jeder, der in Zukunft die militärärztliche Carrière einschlagen will, ist verpflichtet, ½ Jahr mit der Waffe zu dienen. Die Aufnahme in das Sanitäts-Corps soll sodann von einem Wahlact abhängen, ganz nach Maßgabe der bei dem Offiziercorps geltenden Bestimmungen, auch das Verhältniß derjenigen jungen Aerzte, die als einjährige Freiwillige gedient haben, würde ganz ähnlich sein wie das Verhältniß der Landwehr-

---

brachen die Aeste; die darauf Sitzenden fielen herunter. Einen malerischen Anblick gewährte der Wasserfall und der Hügel, in welchem sich die Grotte am Eingange der Longchamps befindet. Dort war kein Platz mehr frei, alle Bäume waren dicht mit Menschen besetzt; viele, denen es zu heiß geworden oder die vielleicht aus Sanitäts-Rücksichten sich einmal reinigen wollten, nahmen dort Fußbäder und marschirten, die Hosen bis an die Kniee hinaufgezogen, um den kleinen Weiher, der vor dem Hügel liegt, herum. Die Menge war eine äußerst bunte und gemischte. Man sah Leute von allen Ständen und allen Nationen unter einander: Chinesen, Siamesen, Neger, Japaner trieben sich neben Engländern, Türken, Russen, Spaniern, Italienern, Deutschen und Franzosen ganz gemüthlich herum. Besonderes Aufsehen erregte ein Japaner, der in einem weiten Gewande auf einem Pferde in der Art und Weise saß, wie die Frauen zu reiten pflegen. Er trug einen langen Säbel. Das große Publikum nahm ihn für einen weiblichen Rifleman, und er hatte von den Witzen, die man über ihn machte, viel zu leiden. Aufsehen erregte auch noch ein Mann in englischer Offizierstracht. Die Meisten hielten ihn für einen englischen General; aber es war nur ein ehemaliger Deputirter, nämlich The O'Gorman Mahon, der Offizier bei den Riflemen ist. Die Hitze auf den Longchamps war ungeheuer. Verkäufer von Erfrischungen, aber freilich nur der geringsten Art, waren in Masse vorhanden, und selbst feine Herren und Damen verschmähten es nicht, sich an Lakritzwasser und Eis, zu zwei Sous das Gläschen, Pariser Dünnbier und Suresner Wein zu laben. Als ich meinen Platz auf der Tribune einnahm, boten die Longchamps einen wirklich imposanten Anblick dar. Die 60,000 Mann Soldaten, welche ein ungeheures Viereck einnahmen, die blitzenden Waffen, die zum Theil sehr martialischen Gesichter, die drohenden Kanonen, weiterhin die ungeheure Menge, die bis zu Rothschild's Besitzung hin sich erstreckte, und unter welcher man, obgleich es kein Feiertag war, auffallend viele Blousenmänner bemerkte, die Tribune, welche mit einer Anzahl reich gekleideter Damen besetzt war — alles dies konnte schon für die vielen Strapazen entschädigen. Kaum war ich auf der Tribune angekommen, so erschienen der Kaiser, der Czaar und der König mit ihrem glänzenden Stabe am Eingange der Longchamps. Da die Hundertgarden, welche die Bedeckung bildeten, erst vorreiten mußten, so gewann ich Zeit, mir die Tribunen etwas genauer anzusehen. Die Kaiserin, die ganz veilchenblaue Toilette trug, hatte, dies fiel auf, denn es paßte nicht ganz, einen grünen Sonnenschirm in der Hand. Sie saß zwischen der Kronprinzessin und der Prinzessin Alice. Der kaiserl. Prinz war ebenfalls auf der Tribune; neben ihm stand ein kleiner Chinese, mit welchem er sich zu unterhalten schien. Allgemein bemerkte man die schöne Gräfin Hohenthal, das Hoffräulein der Kronprinzessin von Preußen, welche sich ebenfalls auf der kaiserl. Tribune befand. Der Herzog und die Herzogin von Mouchy (geborne Prinzessin Murat) waren, wie auch am letzten Sonntag, auf der Zwanzigfranken-Tribune. Als der Kaiser mit seinen hohen Gästen und Gefolge in die Longchamps einritt, wirbelten die Trommeln, schmetterten die Trompeten und die Musikbanden spielten die russische Nationalhymne. Das Gefolge der drei Monarchen war ein höchst glänzendes. Man bemerkte in demselben Offiziere aller Länder; Russen, Preußen, Türken, Belgier, Engländer, Griechen, Spanier, Italiener, Araber, Tscherkessen (Oesterreicher bemerkte ich nicht) u. s. w. Der Kaiser Napoleon ritt auf der linken Seite des Kaisers von Rußland, während der König von Preußen sich auf der

offiziere. Wie dankenswerth diese Reformen in mancher Beziehung sind, so ist doch in anderer Beziehung auch sehr viel daran auszusetzen. Denn zieht man in Betracht, daß nach Maßgabe der beim Offiziercorps geltenden Bestimmungen auch ein besonderer Ehrenrath rc. eingerichtet werden soll, der Streitigkeiten schlichten, zu Duellen zwingen und „Unwürdige" ausschließen kann, so ist es zu beklagen, daß Alles das, was an unsern militärischen Einrichtungen und speciell an den Bestimmungen für das Offiziercorps Tadelnswerthes ist, nun auch auf die Aerzte übertragen werden soll; es wird dadurch ein neuer Stand geschaffen, der nur zu leicht vom bürgerlichen Leben, dem die jetzigen Militärärzte immer noch mehr oder minder angehören, abgetrennt und womöglich in Gegensatz zu den Civilärzten treten wird, wahrlich weder im Interesse der Militärärzte selbst, noch in dem der medizinischen Wissenschaft, noch des ganzen Staates."

Luxemburg, 6. Juni. Der Handels-Minister Delafontaine hatte der hiesigen Handelskammer die Frage vorgelegt, welche Handelsverbindungen für das neutrale Luxemburg die vortheilhaftesten sein möchten. Heute hat die Handelskammer einstimmig die Antwort beschlossen: In Betracht des bestehenden Vertrages mit dem Zollvereine sei es unnöthig, mit dieser Frage sich vor Ablauf jenes Vertrages zu beschäftigen.

Paris, 7. Juni. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers gab der Präsident unter dem Beifall des Hauses den Gefühlen des Abscheues Ausdruck, die letzteres gegen das Attentat hege, und bekundete andrerseits dessen volle Sympathien für die Gäste Frankreichs und des Kaisers. — Der Kaiser und die Kaiserin wohnten heute Morgen mit dem Czaren dem Tedeum in der russischen Capelle bei. Heute Abend soll Paris festlich beleuchtet werden. — Der Pole Berezowsky befindet sich in Mazas. Er soll nur seinem eigenen Antrieb gefolgt sein; man glaubt an keine Verschwörung. — Dem „Etendard" zufolge sind in Konstantinopel mehrere Blätter suspendirt worden und haben viele Verhaftungen stattgefunden. Man fürchtet den Ausbruch einer Revolution.

Paris, 7. Juni. Die „Gazette des Tribunaux" schreibt: In dem Augenblicke, als der kaiserl. Wagen in der Nähe der Felsen und des Wasserfalls fuhr, drang der Mörder ungestüm vor und feuerte die Pistole ab. Als Raimbaud, der Stallmeister des Kaisers, die Bewegung sah, ließ er sein Pferd einen Sprung machen, um sich zwischen den Mörder und die Souveräne zu stellen. Die Kugel ging durch die Nasenlöcher des Pferdes, fuhr dann zwischen den beiden Kaisern und Großfürsten durch und verwundete eine Dame auf der andern Seite des Wagens. Die Entfernung des Mörders vom Wagen war so kurz, daß Blut aus der Wunde des Pferdes auf die Kleider des Czarewitz und des Czar spritzte. Die zweite Kugel ging nicht aus dem zweiten Lauf, der in den Händen des Mörders zersprang. Der Mörder konnte nur mit Mühe lebendig den Händen der Menge, aus welcher Rufe: Nieder mit ihm! sich hören ließen, entrissen werden. Gleichzeitig erhoben sich von allen Seiten stürmische Zurufe: Es lebe der Kaiser, Es lebe der Czar! Die beiden Souveräne, welche ihre Ruhe und Kaltblütigkeit auch nicht einen Augenblick verloren, gaben Befehl, den Weg im Schritt fortzusetzen. Der Mörder wurde beinahe ohnmächtig aufgehoben. Der Daumen seiner linken Hand ist durch die Explosion verstümmelt. Er gab an, vor zwei Tagen von Belgien angekommen zu sein, um den Czar zu tödten. Das „Journal des Debats" schreibt: Die vordere Seite der Uniform des Kaisers war beschmutzt. Napoleon erhob sich unmittelbar, anscheinend um den Ort zu bezeichnen, von wo der Schuß gekommen war. Rufe ertönten von allen Seiten: Es lebe der Kaiser! Abends ging eine Menge Personen jeden Ranges in die Tuilerien und ins Elysée, um sich einzuschreiben. Der „Siècle" sagt: Der Mörder habe angegeben, sein Vorhaben Niemand anvertraut zu haben, er habe keine Mitschuldigen. Alle Journale brandmarken diese That.

Aus **Madrid**, 5. Juni, wird gemeldet: „Der Credit Mobilier von Frankreich hat der spanischen Regierung den Antrag gemacht, contractmäßig eine Grundrentenbank mit 400 Mill. Capital in Madrid zu errichten.

London, 6. Juni. Der heutige Ausweis der englischen Bank zeigt einen Notenumlauf von 23,178,990 (Zunahme 250,820), einen Baarvorrath von 20,954,326 (Zunahme 537,048) und eine Notenreserve von 11,627,095 (Zunahme 268,510) L.

Rußland. Nach einer Correspondenz der „Allg. Ztg." ist jetzt eine Verständigung zwischen Rom und Petersburg zu Stande gekommen, in Folge deren die katholische Geistlichkeit in Polen durch ihre bischöflichen Behörden in einem besonderen Hirtenbrief angewiesen worden ist, sich fortan in keinerlei Weise mit Politik zu beschäftigen, und am allerwenigsten ihr Amt zu Gunsten irgend einer regierungsfeindlichen Partei zu benutzen, oder ihren Einfluß von der Kanzel oder dem Beichtstuhl aus in dieser Richtung geltend zu machen, wie dies bisher so häufig geschehen. Den dieser von Rom aus ergangenen Weisung Zuwiderhandelnden wird angedroht, daß sie, außer der Bestrafung, der sie Seitens ihrer staatlichen Behörde anheimfallen, von der geistlichen Macht gleichfalls Bestrafung bis zur Amtsenthebung zu gewärtigen haben. Die erste Folge dieser Verständigung ist, daß die Geistlichen, welche wegen Betheiligung am letzten polnischen Aufstande nach Rußland deportirt wurden, die Erlaubniß zur Rückkehr erhalten habe. (Weitere Bestätigung bleibt abzuwarten.)

Aus **Konstantinopel**, 4. Juni, wird telegraphirt: „Heute überbrachte Lord Lyons dem Sultan die Einladung der Königin Viktoria zu einem Besuche in London und empfing die Zusage. Am 22. ds. Mts. wird der Sultan sich von hier aufmachen, am 30. in Toulon landen und am 1. Juli in Paris sein. Das Gerede, als habe er, um die Reisekosten zu bestreiten, eine Anleihe von 50 Millionen Piaster gemacht, ist ganz grundlos. Auch der Vicekönig von Aegypten begibt sich nach Paris und wird am 9. ds., wahrscheinlich in Begleitung des Herrn v. Lesseps, von Alexandria abreisen. In Sachen Kreta's ist bis heute seitens der Großmächte kein Schritt bei der Pforte gethan worden.

Das „Diario" von Rio de Janeiro vom 9. April gibt über die Weise, wie die Abschaffung der Sclaverei in **Brasilien** ins Werk gerichtet werden soll, das Folgende: Die Sclaverei soll mit

---

Rechten des Kaisers von Rußland befand. Es war so den drei Monarchen gestattet, auf einer Linie zu reiten, während der Kaiser seinen Truppen doch der Nächste blieb. Der Kronprinz von Preußen, ihm zur Rechten der russische Thronfolger, hinter ihnen der Prinz Ludwig von Hessen und die übrigen fürstlichen Personen folgten den drei Monarchen. Graf Bismarck hielt sich immer in der Nähe des Königs. Beim Einrücken der Monarchen wurde von der Volksmenge vielfach: „Es lebe der Kaiser!" gerufen, welcher Ruf jedesmal, wenn der Kaiser vorbeikam, auch von den Truppen angestimmt wurde. Der Vorbeiritt dauerte nahe an ¾ Stunden. Als der Zug an der kaiserl. Tribune vorbeikam, sprengte der Kaiser von Rußland vor und ritt bis an dieselbe heran, um die Kaiserin zu begrüßen, der König von Preußen folgte ihm, worauf der Kaiser ein Nämliches that. Die Prinzen und das übrige Gefolge grüßten aus der Ferne. Der Vorbeimarsch begann gegen 3 Uhr. Der Kaiser, der Czaar, der König, die Prinzen und der ganze Stab stellten sich gerade vor der Tribune auf, wo sich die Kaiserin befand. Zuerst kamen die Schüler von St. Cyr, theils zu Fuße, theils zu Pferde, vorbeimarschirt; ihnen folgte die Infanterie, dann die Artillerie und zuletzt die Cavallerie. Jedesmal, wenn ein neues Regiment herankam, salutirte der Oberst mit dem Degen, die Truppen riefen: „Vive l'Empereur!" und der Kaiser Napoleon grüßte durch Hutabnehmen, während der Czaar und der König den Gruß nur mit Handanlegen an ihre Kopfbedeckung erwiederten. Mehrere Regimenter wurden von dem Publicum mit großer Begeisterung empfangen, besonders die, deren zerschossene Fahnen darthaten, daß sie gerade aus Mexiko zurückgekommen waren. Auch die Regimenter, welche noch viele Krim- und italienische Medaillen hatten, erfreuten sich der Acclamationen des Publicums. Die Cavallerie, die im Ganzen gut aussah, erregte ebenfalls den Beifall, nur spottete man eines Cuirassier-Regimentes, das nicht recht mit den Pferden umzugehen verstand. Den Kaiser von Rußland schien es sehr zu ergötzen, als einem Soldaten eine volle Weinflasche aus der Tasche fiel. Er lachte laut auf und machte einem Sapeur, der hinterher marschirte, ein Zeichen, damit er sie aufhebe. Der Kaiser sah zuerst ganz heiter, zuletzt aber abgespannt aus. Nachdem das Défilé zu Ende war, führten die Cavallerie-Regimenter noch eine Charge aus. Sie sprengten nämlich in gestrecktem Galopp gegen den Kaiser und sein Gefolge heran, und die ganze Masse machte dann einige Schritte vor ihnen Halt. Der Kaiser, der Czaar und der König, die Prinzen und ihr Gefolge stiegen hierauf von den Pferden und begaben sich auf die Tribune der Kaiserin, um dieselbe zu begrüßen. Der Kaiser Alexander und der König Wilhelm küßten der hohen Dame die Hand. Nach einer kurzen Unterhaltung und nachdem man einige Erfrischungen zu sich genommen, stiegen alle in die bereit gehaltenen Wagen, um nach Paris zurückzufahren. Die Menge auf dem ganzen Wege war, nach wie vor, unermeßlich. Man konnte kaum durchkommen. — — —

So eben erfahre ich, daß man bei der Rückkehr von der Revue auf den Wagen, worin der Kaiser mit dem Czaaren saß, geschossen hat. Der Mann, welcher den Schuß that, saß auf einem Baume. Vier Männer stürzten auf ihn zu und nahmen ihn sofort fest. Die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer durch ganz Paris. Die Aufregung ist eine furchtbare. (Aus der Köln. Ztg.)

---

dem Jahre 1900, also in 33 Jahren, gänzlich aufhören. Der Staat wird diejenigen, welche alsdann noch Sclaven besitzen, entschädigen. Vom Tage der Erlassung des betreffenden Gesetzes an sind alle neugeborenen Kinder von Sclaven frei. Kinder von Sclaven, welche in dem Hause des Herrn ihrer Eltern aufwachsen, sollen, sobald sie das zwanzigste Lebensjahr erreicht haben, frei sein. Es werden in allen Städten Gerichtshöfe eingesetzt werden, welche über die Ausführung des Gesetzes zu wachen und die Emanzipation zu legalisiren haben. Es wird ein bestimmter Geldbetrag festgesetzt werden für die Emanzipation der Staatssclaven und es soll mit den geistlichen Orden vereinbart werden, daß dieselben ihre Sclaven unter denselben Bedingungen frei geben, wie der Staat. Es wird ein Geldfonds gebildet, aus welchem jährlich eine Anzahl von Sclaven freigekauft werden soll, so daß, wenn der Moment der allgemeinen Befreiung eintritt, die Zahl der zu emanzipirenden Sclaven möglichst gering sei.

Neueres.

Berlin, 8. Juni. Die „Kreuzzeitung“ meldet: „Der Finanzminister genehmigte den Entwurf, betreffend die Auseinandersetzung des Staatsvermögens und Stadtvermögens Frankfurts.“ — Die Kronprinzessin wird in Karlsruhe einen kurzen Besuch machen. — Der König wird nach seiner Rückkehr aus Paris einige Tage auf Schloß Babelsberg residiren.

Wien, 8. Juni. Der Kaiser hat den Zaaren aus Anlaß des Mißlingens des Attentats telegraphisch beglückwünscht.

Pesth, 8. Juni. Um 1/4 4 Uhr Morgens erschütterten Kanonensalven die Luft. Die Straßen sind äußerst belebt, die Banderien sammeln sich. Die Deputirten erscheinen zur Sitzung in Galla. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr Morgens und sagt: „Jetzt gehen wir zur Krönung mit dem heißen Wunsche, daß der heutige Tag sowohl für JJ. Majestäten als auch für das Vaterland das möglichst größte Glück bringe!“ Begeistertes Eljenrufen folgte seinen Worten.

Pesth, 8. Juni 12 Uhr Mittags. Der Krönungszug ist soeben beendigt. Die hohe Feier ist auf das glänzendste ausgefallen. J. Maj. die Kaiserin und Kronprinz Rudolph, welche in ungarischer Nationalkleidung auf der Terrasse des Lloydgebäudes erschienen, wurden mit enthusiastischem Jubel begrüßt. Unbeschreiblicher Jubel brach aus, als der König auf dem Krönungshügel unter dem Donner der Geschütze und dem Geläute aller Glocken die 4 Schwertstreiche führte. — Bisher nahm die hohe Feier ohne den mindesten Unfall ihren Verlauf.

Paris, 8. Juni. Gestern Abend war Paris größtentheils glänzend illuminirt. Der Czar, welcher in einem offenen Wagen zum Besuch seiner Schwester nach dem „Grand Hotel“ fuhr, wurde während der Fahrt vom Volk mit Beifall begrüßt. Die Kronprinzessin von Preußen ist gestern Abend nach Baden abgereist.

Paris, 8. Juni. Der „Moniteur“ enthält Adressen an den Kaiser wegen des Attentats. Das offizielle Blatt berichtet, daß, nachdem der Schuß gefallen, der Kaiser dem Czaren gesagt habe: „wir waren beide im Feuer“, worauf dieser erwiderte: „unsere Geschicke sind in der Hand der Vorsehung“.

Paris, 8. Juni. In Konstantinopel herrscht eine große Gährung und eine Revolution steht zu befürchten. Die Zeitungen sind suspendirt und viele Verhaftungen vorgenommen worden. Die Minister gehen nicht ohne Escorte mehr aus. Der Großvezir Ali Pascha darf sich aus seinem Palaste gar nicht herauswagen. Die Aufregung des Volkes ist sehr groß. Unter den Verhafteten befinden sich fünf Pascha's, ferner der Divisionsgeneral Hussein Pascha und der Commandeur der Gendarmerie, Mustapha Pascha.

Petersburg, 8. Juni. Gestern Abends wurde in allen Kirchen Dankgottesdienst abgehalten. Die Kirchen waren so überfüllt, daß das Volk auf den Straßen umherstand. Für heute Abend wird eine Beleuchtung vorbereitet. Unter der gesammten Bevölkerung herrscht die größte Aufregung.

Bucharest, 8. Juni. Oberst Hadrian, ein hervorragendes Mitglied der radikalen Partei, ist zum Kriegsminister ernannt worden.

Athen, 7. Juni. Gestern beschossen türkische Fregatten den griechischen Dampfer „Arcadion“, welcher nach Cerigo flüchtete, wo er von den türkischen Schiffen blokirt wird. Die griechische Fregatte „Hellas“ bringt ihm Hülfe, auch die Gesandten der Großmächte senden Kriegsfahrzeuge nach Cerigo.

Konstantinopel, 8. Juni. Admiral Bessin-Pascha ist zum Flottenbefehlshaber ernannt. — Unter den hervorragenden Jung-Türken haben allerdings Verhaftungen stattgefunden, die vom „Levant-Herald“ angegebene Anzahl derselben ist jedoch übertrieben. — In der Provinz Bagdad ist eine Epidemie ausgebrochen, ob die eigentliche Pest, ist noch nicht konstatirt. Die Regierung hat Maßregeln dagegen ergriffen.

New-York, 6. Juni. (Kabeltelegramm.) Präsident Johnson reist nicht nach dem Süden.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. 8. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	68 5/8 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62 7/8 P. 3/8 G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55 P.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	4 1/2pCt.	42 P.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 G.
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90 [illegible] P. 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	90 3/8 P. 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	94 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	83 1/4 P.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	93 3/8 P.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	81 1/4 G.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	92 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	95 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	88 3/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	82 [illegible] P.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	82 1/2 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 3/8 G.
N.-Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	78 3/8 P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	77 7/8 P. 5/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	128 1/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bank-Aktien	682 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	176 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 1/2 P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	205 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	324 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109 3/4 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	218 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	111 3/4 P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	151 1/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90 1/4 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 3/4 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 1/2 P. 1/4 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	116 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/4 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Thl. 60 k. S.	105 1/4 P.
Brem. 50 Th. Led. k. S.	97 1/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 [illegible] P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 3/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 [illegible] G.
London Lst. 10 k. S.	119 1/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	94 1/8—1/2 G.
do. in öst. W. l. S.	94 3/8—1/2 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	116 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	71 [illegible] P. 1/2 G.
„ fl. 100 Eisb.-L. v. 1858	121 P.
„ do. v. 1864	72 3/4 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 3/4 P. 1/2 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	53 3/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 3/8 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	142 1/4 P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs. Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11 G.

Frankfurt, 8. Juni. Schon im Laufe dieser Woche hatte es den Anschein, als wenn sich das Börsenpublikum täglich mehr mit der Ruhe befreunden wollte, welche die Pfingstfeiertage ihm diesmal vergönnen, denn das Geschäft war täglich reducirter und heute am Schluß derselben beinahe Null. Der Umsatz war in keinem Effekte bedeutend genug, um eine besondere Erwähnung zu verdienen, wir können uns auf die allgemeine Bemerkung beschränken: sowohl Amerikaner, Oesterreicher als auch süddeutsche waren etwas fester wie gestern Abend. Wechsel auf Wien ebenfalls eine Kleinigkeit besser bezahlt. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
und Staatsbit
erb. Ztg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland, für Wahrheit und Recht!

№ 160. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 11. Juni 1867.

(Dienstesnachrichten der k. bayer. Verkehrs-Anstalten.) Se. Maj. der König hat den Bezirkskassier Fr. Mülbauer in Speyer in gl. Eigenschaft nach Bamberg und den Rechnungskommissär B. Wagner in München auf die erledigte Stelle eines Bezirkskassakontroleurs nach Augsburg, deren Ansuchen entsprechend, versetzt; den Obertelegraphisten J. H. Bruhn in Ludwigshafen seinem Ansuchen entsprechend aus dem Staatsdienste entlassen; den Obertelegraphisten H. Mergner in München zur Telegraphenstation Regensburg seinem Ansuchen entsprechend, versetzt; zu Obertelegraphisten 4. Klasse in provis. Diensteseigenschaft die Assistenten J. Gaßner in Nürnberg bei der Telegraphenstation daselbst, J. Patsch in Bamberg bei der Telegraphenstation in Augsburg, L. Pfeiffer in Ludwigshafen bei der Telegraphenstation daselbst, C. Schmid in München bei der Centralstation daselbst, A. Holper in München bei der Centralstation daselbst, H. Schwarz in Speyer bei der Telegraphenstation daselbst und Joh. A. Satzinger in Hof bei der Telegraphenstation daselbst ernannt; die Umwandlung der Stadtpostexpedition in Nürnberg in eine selbständige Hauptpostexpedition genehmigt, für dieselbe einen weiteren Spezialkassier bei dem Oberpost- und Bahnamte aufgestellt und hiezu den Offizialen M. Toussaint daselbst befördert.

** **München**, 9. Juni. Im Art. 52 überläßt der Entwurf der Gemeinde-Ordnung in Gemeinden mit städtischer Verfassung die Beschlußfassung über Einführung neuer oder Erhöhung bestehender Umlagen den Gemeinderäthen und Gemeindebevollmächtigten; in den Landgemeinden dagegen soll für diese Fälle der Gemeinde-Ausschuß durch eine der Gesammtzahl seiner gewählten Mitglieder gleichkommende Zahl der Höchstbesteuerten verstärkt werden. Der Hr. Referent erklärt sich entschieden gegen diese Bestimmungen und beantragt, daß, wie bisher, auch künftig in Landgemeinden die Gemeindeversammlung hierüber zu beschließen habe. — Nach Art. 63 sollen die Stiftungen die Rechte der Minderjährigen nicht mehr genießen; Referent findet diese Bestimmung nicht mehr gerechtfertigt und beantragt deßhalb, selbe zu streichen. — Nach Art. 68 sollen die nichtrechtskundigen Bürgermeister und Gemeinderäthe auf 10 Jahre gewählt werden. Referent hält die 10jährige Funktionsbehörde für zu lange, sie würde nur dazu führen, daß Gemeindeämter noch in höherem Grade gescheut oder nur mit Ueberdruß verwaltet würden, als es leider jetzt schon oft der Fall ist und beantragt deßhalb eine 6jährige Funktions-Periode. Der Art. 71 statuirt das Bestätigungsrecht für die Bürgermeister und rechtskundigen Gemeinderäthe durch das Staatsministerium des Innern- und beziehungsweise der Kreisregierung. Der Hr. Referent erkennt an, daß, so lange den Gemeindebehörden staatliche Obliegenheiten, insbesondere polizeiliche Funktionen anvertraut sind, das Bestätigungsrecht der Staatsregierung für die wichtigsten Stellen der Gemeindeverwaltung nicht umgangen werden könne; es sei aber auch unverkennbar, daß durch den unbeschränkten Gebrauch des Bestätigungsrechts das freie Wahlrecht der Gemeinde in ein Schattenbild verwandelt werden könne. Referent beantragt deßhalb einen Zusatz zu dem Artikel dahin: „Die Bestätigung kann nur wegen Mangels einer nach diesem Gesetze erforderlichen Eigenschaft oder wegen Mangels der für die Stelle erforderlichen Befähigung unter Angabe des Grundes versagt werden.“

Kassel, 7. Juni. Die hiesigen Anwälte werden sich an den Verhandlungen des preußischen Anwaltstages, welcher heute seine Generalversammlung dahier abhält, aktiv nicht betheiligen, sie wollen sich zunächst über die Zwecke des Vereines genau unterrichten, bevor sie einen Bezirksverein hier gründen. Dagegen ist beschlossen worden, alle Rücksichten der Kollegialität gegen die fremden Berufsgenossen zu beobachten. Die Betheiligung scheint übrigens, abgesehen von den kurhessischen Anwälten, keine sehr erhebliche zu sein. — Die Eisenbahnbeamten sollen künftighin, gleich den Postbeamten, ständig Uniform sowie einen Infanteriedegen mit goldenem Portepée daran tragen. — Am 1. k. M. werden die an den Herzog von Gotha abgetretenen vorhinnigen Staatswaldungen in aller Form überwiesen werden.

Pesth, 5. Juni. Es ist ein seltsames Gemisch in diesem Lande von republikanischen und royalistischen Gefühlen, Tendenzen und Institutionen. Ein antikes Rechtsbewußtsein, eine naturwüchsige Loyalität gegen den König, eine naive Freude am höfischen Prunk wirbeln als ganz unvermittelte Gegensätze durch einander und nebeneinander her, im Landtage wie in der Masse. Die Repräsentanten der Nation verhandeln mit demselben förmlichen Ernst über die Ceremonien der Krönung, wählen „Kronhüter“ u. s. w., mit demselben Ernst, mit dem sie das 67er Elaborat durchdebattirt haben; und ich habe Grund zu glauben, daß nicht Wenige von denen, die in diesen Tagen feierliche Toaste auf Kossuth ausbrachten und die Verbrüderung der Nationen und die „Unabhängigkeit“ leben ließen, demnächst dem Könige von Ungarn ein nicht minder feuriges „Eljen“ bringen werden. Wenn man sich mitunter sonderbar berührt fühlt von diesen Contrasten, so muß man einer Regierung, wie der unsrigen, indeß Anerkennung zollen für die Unbefangenheit und Unparteilichkeit, mit der sie die Contraste sich äußern und sich ausleben läßt. Auch darin liegt etwas Eigenartiges, spezifisch Ungarisches. Die Polizei stört nicht die Kundgebungen zu Gunsten Kossuth's, nicht das Verbrennen der Gegenschriften, nicht die Bankette und Toaste zu Ehren des Exilirten; sie hat ausdrückliche Ordre, nur einzuschreiten, wenn Ruhestörungen — d. h. Ruhestörungen im eigentlichen, nicht in dem anderwärts gebräuchlichen Sinne — und Excesse stattfänden. — Die Vorbereitungen zur Krönung fangen von Tag zu Tag mehr an, das Interesse für alles Andere zu verschlingen. Das Inauguraldiplom ist fertig, wer dem Kaiser die Krone aufsetzen soll, ist bestimmt — Deak hat abgelehnt und Graf Andrassy das Mandat übernommen — die „Kronhüter“ sind gewählt, der Teppich, auf dem der Kaiser in die Kirche wandeln und der dem nach Erinnerungszeichen hungernden Volke verfallen wird, ist bereits zerschnitten, — wohl mehr, um das darauf einherschreitende kaiserliche Gefolge vor dem Fall zu bewahren, wenn die Menge sich des Teppichs bemächtigt, als um den Gamins die Arbeit des Zerreißens zu erleichtern. Der sonderbaren, aus grauer Vorzeit stammenden Bräuche, die jetzt wieder auftauchen, ist überhaupt eine Fülle. Aus den Städten und Comitaten Ungarns ist z. B. Erde eingesandt, in schön verzierten, mit Silber beschlagenen Kisten; diese Kistchen sind von Großwürdenträgern Ungarns im Beisein eines Ministers geöffnet, die Erde ist aufgeschüttet, um „das Plateau am Krönungshügel“ zu bilden. Die Krönung selbst ist eine höchst komplizirte Ceremonie; man hat bereits drei Proben abgehalten, wie zu einer theatralischen Vorstellung. Die Magnaten, die Prälaten rüsten sich, um im höchsten Glanze und Schmuck zu erscheinen. Die Schneider und Sattler und Posamentirer und Juweliere haben alle Hände voll zu thun, um Schabracken von Sammet mit Gold besetzt und derlei Dinge zu fertigen. Auch in den mittleren und niederen Schichten der Bevölkerung bereitet man sich eifrig vor auf das Fest, und wer sich heut noch ein wenig kühles Blut bewahrt hat, der wird sich erwärmen und erhitzen in dem Strudel der Feierlichkeiten und in dem Gewoge der Gäste. Was strömt nicht Alles herbei zu dem „großen“ Tage? Diplomaten, Prinzen, Reichsrathsmitglieder, Bürgermeister und Deputirte der Städte, und nun gar die Leute ohne Würden und Chargen von nah und fern. (Frkf. Ztg.)

Pesth, 6. Juni. Heute Mittag fand der Empfang der Mitglieder beider Häuser des Landtages wegen der Rückgabe des Inauguraldiploms statt. Die Auffahrt der Agnaten gestaltete sich ungemein pompös und es wurde eine märchenhafte Pracht entwickelt. Die Galawagen waren von prachtvoll uniformirten Palatinal-Husaren umgeben, die Kutscher in altfränkischer Tracht. In den Straßen sind dichte Menschenmassen; Deak wurde mit lebhaften Eljenrufen begrüßt. In den Straßen herrscht heute bereits ein bewegtes Leben. Der Fremdenzufluß ist noch nicht sehr bedeutend, auch Wohnungsnoth macht sich noch nicht fühlbar. — Heute 6 Uhr Abends war Damencercle bei Ihrer Majestät. Die Auffahrt des weiblichen Adels war noch prachtvoller, als jene der Magnaten. Der Andrang des Publikums zu diesem Schauspiel war ein massenhafter; vom Brückenkopf angefangen, bis zum Schloßhof bildete das Publikum Spalier. Sämmtliche Damen waren im ungarischen Gewande mit Mentes, goldgestickten Schleiern und kleinen Schürzen aus Brüsseler Spitzen, prachtvollem Familienschmuck und Brillanten-Diademen.

Pesth, 7. Juni. Heute großer Fremdenandrang. Durch die Straßen wogt die festlich geputzte Menge. Die Stadtausschmückung ist reicher, als erwartet wurde. In den Straßen, durch welche sich der Zug bewegen wird, sind zahlreiche Triumphbögen angebracht, die Häuserreihen sind durch Guirlanden verbunden. Der Platz, auf dem die Schwurleistung erfolgt, ist glänzend dekorirt. Die Diplomaten waren vorgestern Abends im Landtagskasino. Gramont ließ sich Deak vorstellen. Es fand ein halbstündiges Gespräch statt, in welchem Gramont das politische Verhalten Ungarns pries. Dem Herzog v. Gramont wurde das prachtvollste Pferd aus dem Marstalle des Grafen Edmund Zichy überlassen. Heute Mittag überreicht die Kommunal-Deputation der Kaiserin das Krönungssouvenir, ein prachtvolles Gebetbuch mit roth-weiß-grünen Edelsteinen und Diamanten besetzt und mit Bildern der berühmtesten Maler Ungarns geschmückt, damit die Königin das Gebetbuch schon Morgen beim Krönungsakte benütze. Offiziell ist nur der Hofball und das Theater paré abgesagt.

Pesth, 7. Juni. Der Cercle bei Ihrer Majestät der Kaiserin dauerte bis 3/4 8 Uhr Abends. 70 bis 80 Damen waren erschienen, mit jeder konversirte Ihre Majestät huldvollst, meist in ungarischer Sprache. Dem Vernehmen nach wird Se. Maj. der Kaiser die Esterhazy'sche Galerie ankaufen und Ungarn zum Geschenke machen. Das Amtsblatt theilt mit, daß in Folge des betrübenden Hinscheidens der Erzherzogin Mathilde der Hofball und das Theater paré unterbleibt; während der Dauer der Festlichkeiten wird jedoch keine Hoftrauer gehalten. (Frdbl.)

Paris, 7. Juni. Die polnische Emigration hat sich nicht abhalten lassen, gegen die Amnestie zu protestiren, mit der Kaiser Alexander seinen Eintritt in Frankreich denkwürdig zu machen gedacht. Wir haben den Text des Ukases vom 29. Mai vorliegen, welcher von ganz Europa als ein Amnestie-Ukas für die Polen verkündigt ward. Dieser Ukas begnadigt keinen einzigen Verurtheilten. Somit wird kein Pole aus Sibirien zurückkehren. Keiner wird aus den Minenarbeiten erlöset werden, keiner sogar wird seine Strafe gemildert sehen. Der Ukas schlägt die noch schwebenden Processe nieder und verbietet jede neue Verfolgung wegen Handlungen, die sich an den Aufstand von 1863 knüpfen. Es sind jetzt bald vier Jahre, seit dieser Aufstand zu Ende ging. Nach vier Jahren von Belagerungszustand und summarischer Justiz, welche Processe können wohl noch schweben und auf welche Entdeckungen könnten neue Verfolgungen begründet werden? Es sind von den Wohlthaten dieses Erlasses solche Personen ausgeschlossen, welche wegen gemeiner Verbrechen verfolgt sind. Wer wird mit der Unterscheidung beauftragt sein, welche in gewissen Fällen festzustellen sein dürfte, wenn dieser Theil des Ukases Wirkung haben soll? Untersuchungs-Commissionen und die russischen Militär-Commissionen selbst. Die in Polen geborenen Personen, welche durch administrative Maßregeln in Rußland internirt sind „bis zur Herstellung des Friedens im Lande", können in ihre Heimath zurückkehren, wenn sie ein gutes Certifikat haben von denen, die beauftragt sind, sie in ihrem Exile zu beaufsichtigen. Ausgenommen sind aber die Geistlichen, die nur kraft einer besonderen Entscheidung des kaiserlichen Statthalters zurückkehren dürfen. Für diese thut der Ukas lediglich nichts. Ein administrativer Befehl hat sie verbannt, und es bedarf eines anderen administrativen und individuellen Befehles, um sie zurückzurufen. Mehr hätte es nicht bedurft vor vierzehn Tagen oder sechs Monaten. Es ist in dieser Hinsicht nichts geändert, und der Erzbischof von Warschau, Msgr. Felinski, um nur ein Beispiel zu nennen, ist, Jaroslaw zu verlassen, nicht freier wie zuvor. Der Ukas gestattet endlich den Polen der östlichen Provinzen, welche durch administrative Entscheidung in Rußland internirt sind, nicht etwa nach Hause zurückzukehren, aber sich im Königreich Polen niederzulassen, immer unter der Bedingung eines guten Certifikats, mit derselben Ausnahme für die Geistlichen. Es ist dies eine Internirung für eine andere, welche aber diejenigen, die Eigenthümer sind, nöthigt, ihre Güter bis Ende dieses Jahres an Russen zu verkaufen. Keine Konfiskation ist rückgängig gemacht, kein Sequester aufgehoben. Das ist es, worauf sich der Ukas vom 29. Mai reduzirt. (Köln. Ztg.)

Paris, 7. Juni. Der unglückselige Mordversuch, der so schrill den Festesjubel der „Revue der drei Souveräne" unterbrach, hat allgemeinste Empörung hervorgerufen. Es war gegen 5 Uhr Abends. Die hohen Herrschaften waren eben von den Pferden gestiegen. Der Kaiser Napoleon saß mit dem Czaaren und dessen beiden Söhnen in einem offenen Wagen. Der König Wilhelm folgte in einer Calesche mit der Kronprinzessin. Der ungeheuren Menschenmenge wegen konnte man nur schrittweise verrücken. Von Minute zu Minute wurde stillgehalten. So langte man bei der großen Cascade an. Napoleon III. wurde auf dem ganzen Wege lebhaft begrüßt. Die Umstehenden gehörten zum größeren Theile der arbeitenden Klasse an. Plötzlich sprang ein junger Mann von 23 Jahren mit dem Rufe: „Vive la Pologne, à bas le Czaar!" von der Seite auf den kaiserlichen Wagen zu und feuerte seine Waffe, die er aus der inneren Brusttasche seiner weißen Blouse hervorgeholt, auf den offenen kaiserl. Wagen zweimal hinter einander ab, indem er die Pistole mit der linken Hand bedeckte. In dem Augenblicke, als er den Arm ausstreckte, um die Pistole abzuschießen, bemerkte der zur Seite des Kaisers reitende Ordonnanz-Offizier Raimbeaux diese Bewegung und stürzte sich mit einem mächtigen Satze seines Pferdes auf den jungen Mann, welcher so aus der ursprünglichen Richtung seines Zielens verdrängt wurde. Der Schuß fiel, durchbohrte das eine Auge des Raimbeaux'schen Pferdes, von welchem ein Blutstrahl die Kleider der beiden Großfürsten befleckte, und verletzte das Nasenbein und die Wange einer an der anderen Seite des Wagens befindlichen Dame. Napoleon III. sagte im selben Moment mit jener Ruhe, die ihn in den aufgeregtesten Momenten seines Lebens nie verlassen, zu dem Czaaren: „Nous avons vu ensemble le feu!" Darauf erhob er sich nebst dem Kaiser Alexander, um dem Publikum sofort die Gewißheit zu geben, daß Niemand verletzt sei. Mittlerweile war das Publikum mit einem Wuthgeschrei auf den unglückseligen Mörder gestürzt, den es zu zerfleischen drohte. Mit Mühe suchten ihn einige herbeigeeilte Gardes de Paris und Sergeants de Vill dieser Lynchjustiz der aufgeregten Menge zu entreißen, die, um zu dem Thäter zu gelangen, sogar mehrere Wagen umgeworfen hatte. Die Polizeimannschaft benutzte einen derselben, der von seinen Insassen geräumt worden, um den Verhafteten, der sich einen Polen aus Volhynien und Bereyouski nennt, hineinzuwerfen, um ihn auf Seitenwegen schleunigst nach der Polizei-Präfektur zu bringen. Das Volk aber begrüßte die Fürsten, welche langsam den Heimweg fortsetzten, mit nicht enden wollenden Lebehoch-Rufen. Der Mörder, ein junger, schlanker Mann, sonnengebräunt, lag bewußtlos und blutüberströmt im Wagen. Beim zweiten Schuß war die schlechte Pistole, die er, wie gesagt, mit der linken Hand verdeckt hielt, zersprungen; so fand sich die innere Hand völlig zerschmettert und das Fleisch zwischen Daumen und Zeigefinger verbrannt, indessen die Fingerstümpfe fleischlos herabhingen. Gleich nach der Ankunft in der Polizei-Präfektur ließen es sich drei Aerzte angelegen sein, dem Verwundeten die nöthige Pflege angedeihen zu lassen. Das vorläufige Verhör, das der Polizei-Präfekt Pietri mit Bereyouski anstellte, ergab, daß derselbe ein Mechaniker sei, der früher in der großen Maschinenfabrik von Gouin in Paris (nicht zu verwechseln mit dem Vice-Präsidenten des gesetzgebenden Körpers gleichen Namens!) gearbeitet, daß er dieselbe seit längerer Zeit verlassen, sich darauf in Clermont-Ferrand in der Auvergne gleichfalls in einer Fabrik aufgehalten, und erst seit zwei Tagen wieder nach Paris gekommen sei. Angestellte Recherchen haben mittlerweile diese Angaben bestätigt und ergeben, daß ihm namentlich bei Herrn Gouin die besten Zeugnisse für sein persönliches Verhalten ausgestellt worden waren. Der Verhaftete erklärte, daß er sich wohl bewußt sei dessen, was er gethan. Er bereue seine That nicht. Seit seiner Ankunft habe er sich bereits zwei Mal in der unmittelbaren Nähe des Kaisers Alexander befunden und dabei nur bedauert, waffenlos gewesen zu sein, und sein Vorhaben, für das er allein verantwortlich und ohne Mitschuldige sei, nicht sogleich habe ausführen können. Deshalb habe er am selben Tage seinen schwarzen Rock auf das Leihamt getragen und sich für das erhaltene Geld ein billiges Pistol gekauft. Als man ihn fragte: „Unglückseliger, aber Sie zielten ja auf den Kaiser Napoleon", entgegnete er mit fast fatalistischer Ruhe: „Ich wußte, daß nie eine polnische Kugel den Kaiser der Franzosen treffen könne!" Nach dem ersten Verhör, während dessen sich der Angeklagte in fieberhafter Aufregung befunden, verlangte er zu trinken und zu essen. Der Wärter brachte ihm ein Glas Wasser und sagte mitleidig: Voilà mon brave!' „Je ne suis pas mon bravo", war die resignirte Antwort. Heute Morgen fand vor dem Untersuchungsrichter de Gonet das erste richterliche Verhör Statt. — Gestern Abend besuchten die beiden Kaiser und der König von Preußen den großen Ball des Barons Budberg, während in den Tuilerieen und im Elysée sich die aufgelegten Listen mit zahllosen Unterschriften aus allen Ständen bedeckten. Auf dem Balle selbst wurde Herrn Raimbeaux vom Kaiser Alexander der Stern des Andreas-Ordens verliehen. Heute Morgen um 12 Uhr wurde derselbe Offizier nach den Tuilerieen berufen, wo ihn der Kaiser umarmte und zum Ritter der Ehrenlegion machte. Um 1 Uhr fand in der russischen Kirche ein feierliches Tedeum statt, dem der Czaar mit seiner Umgebung nebst dem Kaiser Napoleon, der Kaiserin Eugenie und dem Marquis de Moustier anwohnten. Bei der Rückkehr nach den Tuilerien wurde den beiden Kaisern eine großartige Ovation von dem versammelten Volke bereitet. Was die Vorgänge im Justizpalaste anbetrifft, so hat der General-Prokurator den Cour de Paris, den Ordnungsrath der Advokaten, aufgefordert, über die betheiligten Advokaten, die übrigens Kaiser Alexander im ersten Moment ihrer Talare wegen für katholische Geistliche gehalten, die Disziplinaruntersuchung zu verhängen. Er beantragte ihre Streichung von der Liste der in Paris berechtigten Advokaten. Zur Stunde

des gestrigen Attentats brach in der Bibliothek des Louvre eine Feuersbrunst aus, die glücklicher Weise noch rechtzeitig gelöscht werden konnte. (Köln. Ztg.)

Paris, 7. Juni. Die Stimmung in Paris ist eine äußerst düstere. Das Attentat auf den Kaiser von Rußland hat überall Schrecken verbreitet. Die Behörden selbst befinden sich in der größten Verlegenheit. Anfangs befürchtete man, daß der Czaar sofort abreisen werde; in dieser Beziehung war man aber bald beruhigt, da er dem Kaiser, der ihm seine Besorgnisse ausdrückte, einfach entgegnete, daß dieser kleine Zwischenfall nichts an seinen Reiseplanen ändern könne und er nur bedauere, daß seine Person das Leben des Kaisers in Gefahr gesetzt habe. In Paris ist die Entrüstung über das Attentat sehr groß. Wenn man auch in den letzten Tagen vielfach rief: „Vive la Pologne!", so sollte dies doch nur eine Protestation sein, und Niemand ahnte auch nur, daß es möglich sein könnte, daß irgend Jemand Hand an den Czaaren legen würde. Sogar die Polizei, die alle möglichen Vorsichtsmaßregeln getroffen, war voll Vertrauen. Heute Morgen um acht Uhr wurde an den Stadtmauern von Paris folgender Avis angeschlagen: Polizei-Präfektur. Nach beendeter Revue wurde im Boulogner Gehölze in der Nähe des großen Wasserfalles ein Pistolenschuß auf den Wagen abgefeuert, in welchem sich der Kaiser Alexander, der Kaiser Napoleon und die beiden Großfürsten befanden. Niemand wurde verletzt. Der Mörder wurde sofort verhaftet. Er erklärte, daß er Berenouski heiße und aus Volhynien gebürtig sei.

Florenz, 5. Juni. In der gestrigen Kammersitzung verlas Finanzminister Ferrara unter tiefem Schweigen des Hauses einen Bericht über die Verhandlungen wegen der Finanzoperation mit dem Kirchengut, die bekanntlich früher mit Rothschild und Fremy angeknüpft waren, dann aber abgebrochen und mit Erlanger u. Schröder zum Abschlusse gebracht wurden. Es geht aus den mitgetheilten Aktenstücken hervor, daß der Vertrag, und zwar ein vortheilhafterer als der jetzige, mit Rothschild bereits unterzeichnet war, der dann aber, durch klerikale Einflüsse bewogen, wieder zurücktrat. Die Abtheilungen der Kammer haben die Konvention Erlanger wenig sympathisch aufgenommen, ja einige wollen dieselbe gar nicht in Betracht ziehen. Selbst der Ministerpräsident Rattazzi soll dem Werk seines Kollegen Ferrara wenig zugeneigt sein. Die Presse, selbst die ministerielle, spricht sich ungünstig gegen die Konvention aus, und die Bank von Florenz begrüßte dieselbe mit einer sehr merklichen Baisse. Ferrara hatte übrigens schon auf den Beschluß der Kammer hin, einen Gegenentwurf des Abg. Alvisi (im Sinn der Linken) in Betracht zu ziehen, seine Entlassung eingereicht und dieselbe nur auf das Ansuchen seiner Kollegen zurückgenommen. Jetzt scheint derselbe nur ein bestimmtes Zeichen der Unzufriedenheit der Kammer abzuwarten, um sich dann definitiv zurückzuziehen. Unterdessen geht aber Ansehen, Vertrauen und Kredit in die Brüche, die Unzufriedenheit des Landes steigt zu bedrohlicher Höhe.

Riga, 6. Juni. Der König von Griechenland ist mit einer russischen Escadre in Dünamünde eingetroffen und daselbst durch den Generalgouverneur begrüßt worden. Der König kömmt mit einem Passagierdampfer hierher und reist sofort mit einem Extrazuge nach Petersburg weiter.

Konstantinopel, 1. Juni. Die türkische Panzerfregatte „Sultan Mahmed" und ein Schraubenlinienschiff geben dem Sultan auf seiner Reise nach Frankreich das Geleite. Außerhalb der Dardanellen schließt sich das französische Mittelmeer-Geschwader an; dieses und wahrscheinlich auch das englische Geschwader eskortiren den Sultan bis Toulon.

Athen, 1. Juni. Omer Pascha wurde auch in den östlichen Provinzen Kandiens von den Insurgenten zurückgeschlagen und mußte sich in die Nähe der Festung Kandia zurückziehen. Koroneos griff ihn am 18. Mai an und nahm seine Stellung. Reschid Pascha, welcher ihm zu Hilfe kam, erlitt durch einen Angriff Petropolaki's bedeutende Verluste. Mehemed Pascha wurde in der Provinz Apokoronos von den Insurgenten umzingelt, welche ihm den Weg zum Meere abschnitten. — Der „Arkadion" brachte neuerdings 300 Freiwillige nach Kandien. — Gerüchtweise verlautet, der König werde in 15 Tagen hierher zurückkehren.

Süd-Amerika. La Paz, im April. Der ehemalige Präsident der Republik Peru, Marschall Castilla, ist hier eingetroffen. Bekanntlich bekleidete derselbe im Jahre 1864, als der Konflikt zwischen Peru und Spanien seinen Anfang nahm, die Funktionen des Senatspräsidenten und zeigte sich als ein heftiger Gegner der Politik des Generals Pezet. Namentlich war sein Einfluß auf die Armee bedeutend und die Regierung, um sich von einer gefährlichen Opposition frei zu machen, ließ den Marschall verhaften und auf eine nach Para abgehende Kriegsbrigg schaffen. Jetzt erscheint der Marschall wieder auf dem politischen Schauplatz und allerdings hatte er bisher eine zu wichtige Rolle gespielt, als daß man erwarten könnte, er werde fortan unthätig bleiben. Da jedoch die Haltung der gegenwärtigen Regierung seines Vaterlandes in mehreren Punkten mit den vom Marschall früher manifestirten Ansichten übereinstimmt, kann man nicht gut glauben, daß seine Gegenwart hierselbst der benachbarten Republik Verlegenheiten bereiten könne.

Nichtsdestoweniger hat die Anwesenheit des Marschalls hier eine große Aufregung hervorgebracht, was erklärlich wird, wenn man bedenkt, daß Bolivia, im Mittelpunkt des südamerikanischen Kontinents gelegen, am atlantischen Ocean nur einen einzigen, den sehr schwer zugänglichen Hafen von Cobija besitzt, so daß der Staat genöthigt ist, seinen auswärtigen Handel über das Territorium der Nachbarstaaten zu betreiben, und hierdurch bei allen Bewegungen seiner Nachbarn in Mitleidenschaft kommt. Ueberdies kann Bolivia, auf der einen Seite an Peru und Chile, auf der anderen an Paraguay und Brasilien grenzend, sich nicht von den Fragen fern halten, welche diese Staaten interessiren. Unter diesen Umständen ist es natürlich, daß Bolivia, wenn auch vergeblich, gedrängt wurde, eine Allianz mit Chile und Peru gegen Spanien einzugehen, und daß man einen Augenblick fürchten konnte, daß es ebenfalls an dem Krieg Theil nehmen werde, der jetzt zwischen Paraguay und den Alliirten entbrannt ist. Der Wunsch nämlich, sich durch Ströme oder Flüsse auch einen Zugang zu dem atlantischen Ocean zu verschaffen, hat in der Republik das Verlangen hervorgerufen, von Brasilien das Besitzthum gewisser Ufer des Paragua-Stromes zu fordern. Bolivia schien um so größeren Werth darauf zu legen, als seine ausgedehnten Ebenen, welche an Brasilien und Paraguay grenzen, unvergleichlich reicher und fruchtbarer sind, als die den Anden und dem stillen Ocean näher liegenden Gegenden.

Trotzdem scheint die Regierung vorgezogen zu haben, den Weg der Unterhandlungen zu betreten, anstatt durch Anwendung von Gewalt einen Theil der schon beschränkten Hülfsmittel des Staates unnütz zu verschleudern. Dem Vernehmen nach ist der brasilianische Gesandtschafts-Sekretär mit einem Vertrags-Entwurfe nach Rio Janeiro abgereist, laut welches die Republik auf alle streitigen Ländereien verzichtet und dafür Erleichterungen beim Transit durch Brasilien erhält.

Das nützliche und praktische Ziel der bolivianischen Staatsmänner scheint zu sein, dem einheimischen Handel und der einheimischen Produktion es möglich zu machen, bis zu jedem der großen Meere durch eine freundschaftliche Uebereinkunft mit den dazwischenliegenden Ländern zu gelangen, um auf diese Weise mit Europa in Handelsverbindungen zu treten. Es ist auch schon gelungen, dem Lande durch sein vorsichtiges Vorgehen mit Chile, bezüglich der guanohaltigen Territorien der Mejillonen, europäische Kapitalien an sich zu ziehen. Die Regierung ist mit einem bedeutenden französischen Hause in Unterhandlungen getreten, welches das Privilegium der Exploitation des Guano und außerdem das Terrain erhalten soll, das bereits von Bolivia definitiv erworben ist. Wenn sich dies Unternehmen bezahlt macht, so dürfte es den Ausgangspunkt von noch vielfältigeren Beziehungen mit Europa bilden, dessen Industrie noch viele andere Reichthümer auszubeuten vermag.

Hongkong, 15. April. Aus dem Norden lauten die Nachrichten wieder insofern beruhigend, als mehrere Ansiedlungen, namentlich Hankau, von den Nien-fei-Rebellen bedroht werden sollen. Sie haben bereits einen beträchtlichen Theil des Landes zwischen dem Jang-tse-kiang und dem gelben Fluß verwüstet, und den kaiserlichen Kommandanten Li-futai und dessen Armee vollkommen eingeschlossen. Der englische Major Doyle, welcher in Nanking etwa 400 geschulte chinesische Soldaten befehligte und gegen die Rebellen im Norden aufbrach, wurde von seinen Truppen völlig im Stich gelassen, so daß Nanking gänzlich unvertheidigt ist. Zwar wird der chinesische General Tseng-kwo-fan mit einer starken Truppenmacht erwartet, doch scheinen die Rebellen bedeutend im Vorsprung zu sein, und sich ihrer Plünderungssucht zum großen Verderben des fremden Handels hingeben zu können, bevor reguläres Militär am Schauplatz ihrer Verheerungen eintrifft. Aus allen diesen Vorgängen stellt sich jedenfalls deutlich heraus, daß alle die großen Opfer fruchtlos sind, welche die britische Regierung zur Unterstützung der einheimischen Regierung gebracht, und daß das einzige Mittel, die zahlreichen fremden Niederlassungen vor Plünderungen und Verheerungen zu schützen, in der eigenen Vorsorge besteht. Da die chinesische Regierung einmal nicht fähig ist, auf ihrem Territorium Ruhe und Ordnung dauernd herzustellen und die daselbst angesiedelten Fremden gegen Angriffe zu vertheidigen, so sollte sie zur Bezahlung einer entsprechenden jährlichen Summe angehalten werden, welche es den Fremden ermöglicht, eigene Truppen zu organisiren und zu unterhalten. Der Hauptgrund der Unzufriedenheit und Unverläßlichkeit der einheimischen Soldaten soll in der Art und Weise liegen, wie sie von ihrer Regierung, oder vielmehr von den Mandarinen betrogen werden, welche den Soldaten den Sold, den sie aus

P.ling beziehen, zum großen Theil vorenthalten und zu Privatzwecken benutzen. Für die fremden Ansiedler in entfernten Häfen wäre es daher weit zweckmäßiger und erfolgreicher, Truppen für ihren Schutz selbst abzurichten und regelmäßig zu bezahlen, als sich auf die illusorische Protektion der chinesischen „Sansquartiers" verlassen zu müssen. Das Gerücht, daß das amerikanische Barkschiff „Rover" an der Südküste von Formosa gänzlich verloren gegangen und die Mannschaft ermordet worden sei, wird leider durch den Aviso-Dampfer „Cormorant" bestätigt, der sich an Ort und Stelle begab, und so eben mit dem einzigen Ueberlebenden, einem chinesischen Matrosen, von dort zurückkehrte. Ein Theil der Mannschaft des „Cormorant" versuchte zu landen, wurde aber von einer Anzahl im Gebüsch verborgener Eingeborenen angegriffen und mußte sich zurückziehen, nachdem sie vorher noch den Ort bombardirt hatte. (A. Z.)

Afrika. Capstadt, 16. April. Die britische Regierung hat einen wichtigen Entschluß gefaßt, den Rückzug eines Theils der Truppen aus den Kolonien. Seit langer Zeit schon war die Truppenmacht, welche die englische Regierung hier auf Kosten des Staats unterhält, eine sehr ansehnliche Last für den britischen Fiscus, und da der gegenwärtige Zustand der Kolonien, sowohl was die Bevölkerung, als was die Entwickelung auf dem Gebiete des Ackerbaues und des Handels betrifft, sich dem Zustande nähert, der in den meisten übrigen Kolonien besteht, wo einige Hundert bewaffneter Bürger die Ruhe aufrecht zu erhalten vermögen, so dürfte man mit Recht wohl die Frage aufwerfen, ob die Kap-Kolonie nicht eben so gut wie die anderen Kolonien im Stande sein sollte, für ihre eigene Sicherheit zu sorgen. Auch bestehen schon gleiche Verhältnisse in den zwei kleinen Republiken im Süden des inneren Afrika's, in dem Orange- und dem Transvaalschen Freistaat. Diese Erwägungen scheinen die britische Regierung denn auch zu der Maßregel, die sie ergriffen hat, veranlaßt zu haben. Nach derselben kehrt von den 5 Regimentern, die sich augenblicklich im südlichen Afrika befinden, das eine sofort nach Europa zurück und ein anderes geht zum Theil nach der Kolonie Natal und zum Theil nach St. Helena. Was die übrigen drei Regimenter anlangt, so bleiben dieselben in der Kolonie, werden aber von derselben in der Weise unterhalten, daß die Kolonie während des Jahres 1868 für jeden Mann 40 Pfund Sterling zahlt. Vom Jahre 1869 ab werden nur noch zwei Regimenter dort verbleiben, und im Fall, daß die Zahlung Seitens der Kolonie nicht erfolgen sollte, behält sich die britische Regierung vor, die Truppen ganz oder theilweise nach Gutbefinden zurückzuziehen. Doch würde sie natürlich für den Fall, daß für die Kolonie von Seiten der benachbarten Kaffern Gefahr drohte, verpflichtet sein, die nöthigen Maßregeln für den Schutz der Kolonie zu treffen.

Im Nachbarlande, dem Orange-Freistaat, scheint indessen ein neuer Zusammenstoß mit den Bassutos-Kaffern nahe bevorstehend. Der letzte Krieg zwischen den beiden Ländern wurde bekanntlich vor etwa einem Jahre dadurch beendet, daß das Bassutos-Oberhaupt Moshesh das gesammte Bundes-Gebiet, welches die Truppen des Freistaates erobert hatten und das sich bis zum Caledonflusse erstreckt, an den Orangestaat abtrat. Der Freistaat schritt sofort zu einer Maßregel, um sämmtliche Bassutos von dem fraglichen Territorium zu vertreiben, indem dasselbe in kleine Landgüter vertheilt und diese auf öffentlichen Auktionen verkauft wurden, wodurch, nebenbei erwähnt, hohe Preise erzielt wurden. Aber diese Maßregel scheint zu voreilig gewesen zu sein, denn die Bassutos hatten nicht allein diese Ländereien noch nicht verlassen, sondern schienen überhaupt keine Lust dazu zu haben. Die Schritte hingegen, welche von der Regierung des Freistaates in dieser Beziehung bei Moshesh geschehen, hatten kein befriedigendes Resultat.

Der Freistaat findet es aber nun einmal vortheilhafter und bequemer, das Land zu nehmen, ohne die Last mit den Eingebornen zu haben, während diese noch fortwährend dabei beharren, sich da zu behaupten, wo sie sind und selbst ihre Aecker, wie in früheren Zeiten bestellt haben. Unter den vielen Meinungen, die über die Frage, ob Krieg oder Frieden, laut wurden, vertreten einige Blätter des Freistaates die Idee, die Eingeborenen zu behalten und sie familienweise unter die neuen Grundbesitzer zu vertheilen. Diese Ansicht fand jedoch bei der Regierung keinen Eingang, und es wurde vielmehr beschlossen, die Entfernung der Bassutos mit Gewalt durchzusetzen, d. h. die Ernten der Eingebornen zu vernichten, ihre Wohnungen zu verbrennen, ihr Vieh fortzuführen und alle Personen niederzumetzeln, die gegen die Ausführung dieser Maßregeln Widerstand leisten würden. Zu diesem Behufe wurden die Burghers (bewaffnete Bürger) einberufen und die Regierung bereitete alles Andere zu der Expedition vor. So weit waren die Ereignisse bis vor einem Monat gediehen. Seit dieser Zeit haben die Burghers die Feindseligkeiten eröffnet, sind an verschiedenen Punkten in das streitige Gebiet eingefallen und haben die Ernten der Bassutos vernichtet. Letztere haben natürlich auch zu den Waffen gegriffen, und an verschiedenen Orten gab es bereits Todte und Verwundete. Jetzt wird der Kampf noch heißer entbrannt sein.

Es ist leicht möglich, daß die Burghers, da sie nun einmal im Felde sind, sich nicht mit dem Territorium begnügen werden, welches das Objekt des Konflikts bildet. Die Bassutos sind nämlich an allen Hilfsmitteln erschöpft und mit einem Korps von anderthalb tausend bewaffneter und mit Proviant versehener Leute wird sich der Freistaat mit leichter Mühe des ganzen Gebietes der Feinde bemächtigen können. Doch ist zu hoffen, daß der Freistaat auch dieses Mal die Sache nicht so weit treiben, sondern, bevor er weiter geht, versuchen wird, sich in dem Territorium, mit dem er sich vergrößert hat, gehörig festzusetzen und dasselbe zu organisiren.

Neueres.

Paris, 9. Juni. Der Kaiser und die Kaiserin, der Czar und der König von Preußen begaben sich gestern Nachts um halb 11 Uhr auf den Ball im Hôtel de Ville. Eine Abtheilung Hundertgarden und Lanciers geleiteten die kaiserlichen Wagen, die von der harrenden Menge mit lautem Zuruf begrüßt wurden.— Nach dem „Droit" ist die Untersuchung gegen Berczowski bereits sehr weit vorgeschritten. Es ist nicht unmöglich, daß er noch in der zweiten Hälfte des Juni vor den Assisenhof des Seine-Departements gestellt werden wird. — Wie der „Moniteur" meldet, sind die beiden Kaiser gestern in einem kleinen Char-à-Banks nach der Ausstellung gefahren. Die Majestäten waren dort von einer ungeheuern Volksmenge umringt, die sie mit den lebhaftesten Zurufen begrüßte. Das amtliche Blatt konstatirt, daß der Czar und die französische Regierung bereits zahlreiche Beweise der Theilnahme und Entrüstung erhalten haben, welche das gegen den Czaren gerichtete Attentat in Frankreich sowohl als im Ausland hervorgerufen.

Telegramm der Neuen Würzburger Zeitung.

• **Pesth,** 10. Juni. Eine kaiserliche Entschließung amnestirt alle politischen und Majestätsverbrecher und gestattet allen Emigrirten die Rückkehr in die Heimath.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Johann Rammling
in Kleinlangheim
empfiehlt sich allen hohen Herrschaften, Jagdpächtern und allen Jagdausübenden im Anfertigen von
Kartätsch-Patronen
für die Percussions-Jagdflinte jeden Kalibers.
Da ich nur Kartätsch-Patronen wegen Trocknens der Steinpappe im Sommer fertige und die Bestellungen sich häufen, so wollen die Herren Jagdausübenden sich mit ihren Aufträgen rechtzeitig an mich wenden.
Muster und Zeichnung, sowie Gebrauchsanweisung werden auf Franco-Verlangen zugesandt.

Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:
Die „Allgemeine Zeitung" über die k. Universitäts-Bibliothek Würzburg.
Eine Entgegnung vom kgl. Bibliothekar J. B. Stamminger.
1867. gr. 8. Eleg. brosch. Preis 18 kr. oder 6 Sgr.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 161.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 12. Juni 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 7. Juni.) Die kath. Pfarrei Großkarolinenfeld, k. Bezirksamts Rosenheim, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 847 fl. 55¼ kr. in Erledigung gekommen.

(Diensttesnachrichten der k. bayer. Verkehrs-Anstalten.) Se. Maj. der König hat dem Postexpeditor Th. Häber in Dillingen den Titel und Rang eines kgl. Postverwalters verliehen; den Offizialen Karl Waltenberg in Nürnberg wegen nachgewiesener andauernder Funktionsunfähigkeit in den Ruhestand treten lassen; den Abtheilungs-Ingenieur K. Saller in Reichenhall zum Betriebs-Ingenieur in Neu-Ulm unter Fortdauer seiner prov. Diensteseigenschaft befördert; die Errichtung einer Post- und Bahnverwaltung in Reichenhall und die Umwandlung der Post- und Bahnverwaltung Starnberg in eine Expedition genehmigt; den Betriebs-Ingenieur J. G. Laubmann in München zum Bezirks-Inspektor bei dem k. Oberpost- und Bahnamte daselbst und den Generaldirektions-Sekretär L. Wimmer in München zum Bezirks-Inspektor bei dem k. Oberpost- u. Bahnamte in Augsburg befördert; der Generaldirektion der k. Verkehrsanstalten einen weiteren Assessor beigegeben und hiezu den Generaldirektions-Sekretär K. Oswald in München befördert; den Offizialen H. Herrmann in Neu-Ulm wegen nachgewiesener körperlicher Dienstesunfähigkeit seinem Ansuchen entsprechend auf die Dauer von zwei Jahren in den Ruhestand versetzt; den Offizialen K. v. Wening-Ingenheim in Augsburg zum Post- und Bahnverwalter in Memmingen befördert; den Obertelegraphisten Ludw. Zülow in München seinem Ansuchen entsprechend aus dem bayer. Staatsdienste entlassen; den Bahnhofverwalter A. Graf v. Brockdorff in Bamberg seinem Ansuchen entsprechend zum Post- und Bahnverwalter in Reichenhall ernannt; den zeitlich quiesc. Offizialen G. Klinger in Nürnberg wegen nachgewiesener fortdauernder Dienstesunfähigkeit auf weitere zwei Jahre im Ruhestande belassen und den Eisenbahnoffizialen S. Wahler in Neustadt a/A. aus administrativen Erwägungen in den zeitlichen Ruhestand versetzt.

Ernannt wurden: zu Post- und Bahnexpeditoren der Oberkondukteur Fr. Rey in Schlachters und der Amtsgehilfe Th. Martin in Heufeld; zum Billetenexpeditor der frühere Billetenexpeditor H. Müller in Salzburg; zu Assistenten die Accessisten A. Mayr in Speyer, H. Mooshammer in Nürnberg, Fr. X. Fürst in Bamberg, Ph. Voit in Gunzenhausen, A. Oehl in Landau, J. Schwarz in Passau, M. Guggemos in Kaufbeuern, K. Bernhard in Nürnberg, G. Dickaut in Immenstadt, E. Körbitz in Kaiserslautern, F. Schreiner in Passau, J. Brummer und G. Körner, beide in Ingolstadt, Chr. Ahm in Straubing und G. Schwarz in Gunzenhausen; zu Telegraphen-Assistenten die Accessisten A. Mändl, H. Schmidt und J. Schöner, sämmtlich bei der Centralstation in München; zu Amtsgehilfen der Kanzleigehilfe Joh. Fr. Hofmann in Bamberg, der Privatgehilfe Ant. Mayer in Salzburg, der Kanzleigehilfe Fr. Wünsch bei der Bauabtheilung der General-Direktion, die Privatgehilfen J. Brummer und G. Rößler, beide im Rechnungs- und Revisions-Bureau der Generaldirektion, der Privatgehilfe A. Kleinlein in Eger, der Kanzleigehilfe A. Guldner in Bamberg, die Privatgehilfen J. Pendele in Haspelmoor, W. Schwinn in Starnberg, L. Würth in Schweinfurt und der Registraturgehilfe Chr. Löhner in Nürnberg; zu Telegraphenamtsgehilfen die Privatgehilfen A. Schmer und J. B. Walz in München, zum Hausmeister der Bureaudiener M. Sturm bei der Bauabtheilung der Generaldirektion; zu Stationsmeistern in der Kategorie D I die Stationsmeister und Packer X. Freymuth in Nördlingen; zum Oberbriefträger der Briefträger J. Vogel in München; zum 1. Bureaudiener der Bureaudiener W. Jenisch bei der Bauabtheilung der Generaldirektion; zu Oberkondukteuren die Eisenbahnkondukteure J. Helmstetter, J. Strasser, A. Hartmann, Fr. Schwendtner, M. Köhler und J. Raith, sämmtlich in Augsburg, K. Helm und J. Diller, beide in Nürnberg, Chr. Schmidt, J. Jordan, J. Lohmüller, J. Popp und P. Wagner, sämmtlich in Augsburg; zu Lokomotivführern die Lokomotivführerlehrlinge W. Deuringer, Fr. Dahl und A. Haindl, sämmtlich in Salzburg, J. Backof, A. Bauer und J. Lämmermann, sämmtlich in Nürnberg, G. Jocham in Salzburg, K. Zanner in Nördlingen, Karl Blank in Gunzenhausen, K. Pöllein in Neuenmarkt, K. Moroff und Joh. Braun, beide in Hof und K. Fischer in Reichenhall; zu Bahnmeistern der Sektionspalier Fr. Seebacher in Schlachters und der Palier J. Mayr in Dinkelscherben; zu Postkondukteuren der Paquetenmacher A. Schmidbauer in Nürnberg, der Briefträger Joh. Weyrauther in Bayreuth, der Packergehilfe J. Reisch in Augsburg, der Packer J. Guckes in Ludwigshafen, der Briefstempler M. Schaffard in Zweibrücken und der Briefträger Friedrich Schleichert in Nürnberg; zu Eisenbahnkondukteuren der Briefträger Eugen Mühlig in Bamberg, der Packer Fr. Fürer in Hof, die Stationsdiener J. Hämmerle in München, der Lokomotivheizer G. Schroll und der Privatgehilfe M. Jüllich, beide in Nürnberg und der Stationsdiener E. Hofweller in München; zu Wagenwärtern die Wagenwärtergehilfen K. August und J. Sablender, beide in Nürnberg, W. Motz, Joh. Haffner und G. Kunz, sämmtlich in Nördlingen, Chr. Tröger, M. Achmüller, A. Stepper, Joh. Melzer, H. Wallrapp und J. Eisenbock, sämmtlich in München; zu Briefträgern der Eisenbahnkondukteur Fr. Feulner in Bamberg, die Bureaudienergehilfen W. Müller, M. Entrodacher, J. Göbel, C. Peterreins und die Postboten Fr. Eberer, A. Sailer, A. Förch und M. Schmidbauer, sämmtlich in München, der Briefstempler V. Rathgeber in Bayreuth, der Postbote J. Matt in München, die Briefstempler G. Gräffel in Bamberg, K. Grosch in Nürnberg, A. Greif, L. Speth, G. Stader und der Packergehilfe J. Probst, sämmtlich in Augsburg; zum Briefträger und Packer der Packergehilfe J. Ries in Ludwigshafen; zu Eisenbahnpackern die Stationsdiener J. Lauer in Lichtenfels und G. Eitler in Bamberg; zum Stationsmeister der Vorarbeiter Jos. Bauer in Augsburg; zu Lokomotivführerlehrlingen die Maschinenschlosser L. Dietrich in Kempten, J. Vollrath und Fr. Rascher, beide in Nürnberg, J. G. Angerer in Gunzenhausen, der Dampfbootmaschinist E. Kollmann in Lindau, die Maschinenschlosser C. Kuffer in Augsburg, Fr. Schneider in Kempten, P. Frank in Augsburg, A. Kofer in Hof, R. Stretz in Neuenmarkt, C. Körpel und J. Klier, beide in Bamberg, J. Ackermann in Hof; zum Schleußenoberwärter der Schleußenwärter K. Gerner am Kanal.

Versetzt wurden: die Post- und Bahnexpeditoren M. Pälz von Zeil nach Lehrberg, E. v. Schirnding von Lehrberg nach Zeil und Otto Pierle von Heufeld nach Kiefersfelden; die Assistenten G. Weiß von München, H. Schmidt von Bamberg, Ph. Krueth von Landau, A. Dorn von München und G. Brandmayer von Nürnberg, sämmtlich zum Rechnungs- und Revisionsbureau der Generaldirektion, J. Lederer vom Rechnungs- und Revisionsbureau der Generaldirektion, F. Schmid von Nürnberg, Fr. X. Neumüller von Ingolstadt, H. Heyder von Rosenheim und Joh. B. Bara von Regensburg, sämmtlich nach München, O. Rieß von Speyer, Heinr. Rathgeber von Ansbach und A. Eckardt, H. Fischer, K. Schall, Fr. Bock, R. Klingsohr, Fr. Groß und J. Wagner, sämmtlich von Bamberg nach Nürnberg, J. B. Blonner von Erlangen nach Traunstein, C. Maier von Nördlingen und M. Martin von Gunzenhausen, beide nach Erlangen, M. Lorenz von Traunstein nach Nördlingen, J. Kolb von München und Joh. Herding von Kaufbeuren, beide nach Bayreuth, J. B. Ertl von Gunzenhausen nach Ansbach, A. Achatz von Straubing nach Regensburg, Hugo Krauß von Kempten nach Lindau, A. Schaller von Gunzenhausen und J. B. Keppel von Augsburg, beide nach Kempten, L. Lesch von Kempten und J. Dochtermann von Kaiserslautern, beide nach Augsburg, Fr. Beck von Immenstadt nach Rosenheim und A. Nothafft Frhr. v. Weißenstein von München zum Fiskalate der Generaldirektion; der Telegraphen-Assistent J. N. Auwander von der Telegraphenamtskassa zur Centralkassa der General-Direktion; vom gemischten, bezw. Post- und Eisenbahndienst zum Telegraphendienst der Assistent F. Meyer von Nürnberg nach Bamberg; in ihrer bisherigen Verwendung die Telegraphen-Assistenten Jos. Handwerker von Augsburg zur Centralstation München, J. Schäffler von der Centralstation München zur Telegraphenamtskassa und X. Höttinger von München nach Ludwigshafen; die Amtsgehilfen S. Dümmler von München nach Fürth, V. Fischer von Augsburg zum Rechnungs- und Revisions-Bureau der Generaldirektion, C. Staiger von Starnberg und A. Philipp von Kempten, beide nach Augsburg, L. Stoll von Ingolstadt nach Holzkirchen, G. Chr. Zapf vom Telegraphenamt zur Bauabtheilung der Generaldirektion und K. Bach von Erlangen nach Gunzenhausen; der Telegraphenamtsgehilfe J. N. Bergl von München zum Rechnungs- und Revisionsbureau der General-Direktion; vom gemischten zum Telegraphendienste der Amtsgehilfe Carl Reiser von Lindau nach Hof; vom Telegraphen- zum gemischten Dienste der Amtsgehilfe W. Schertel von Hof nach Lindau; die Oberkondukteure A. Geißler von Augsburg und H. Hausner von Penzberg, beide nach München und J. Bauer von Bamberg nach Hof; die Lokomotivführer H. Börner von Nürnberg nach Fürth, L. Scheuerpflug von Fürth und Joh. Hermann von Hof, sämmtlich nach Nürnberg, A. Glötzl von Nördlingen und J. Preisinger von Salzburg, beide nach München, Georg Holzer von Salzburg nach Augsburg, J. Zenkel von Neuenmarkt nach Hof und Fr. Heß von Gunzenhausen nach Lindau; die Bahnmeister L. Söldner von Schlachters nach Augsburg und K. Höfle von Dinkelscherben nach Oberhausen; die Postkondukteure Gg. Ezinger von Amberg nach Regensburg und J. Hagspiel von Regensburg nach Amberg; die Eisenbahnkondukteure A. Lippold, Fr. Fürer und J. Bonn, sämmtlich von Hof nach Bamberg, C. Bogenschütz von Kufstein nach Nürnberg, M. Apfelbeck von München nach Kufstein und C. Sontheimer und G. Weiß, beide von Penzberg nach München; der Telegraphenstationsdiener E. Wittmann von Regensburg nach Augsburg.

Entlassen wurden: die Assistenten O. Steinhelmer in Bamberg und J. Dobler in Lindau, die Amtsgehilfen K. Bloos in Fürth und L. Weigenthaler in Haspelmoor, der Eisenbahnkondukteur Fr. Breul in München und der Privatpostgehilfe K. A. Mehrlich aus Partenstein, zuletzt in Wunsiedel, welcher in keiner Weise fernerhin in Verwendung genommen werden darf.

= **München,** 10. Juni. In dem Referat des Abgeordneten v. Münch über den Gesetzentwurf, das Gewerbswesen betr., werden die Hauptgrundsätze des Entwurfs mit ihren Consequenzen und nothwendigen Beschränkungen gutgeheißen. Von den wenigen Abänderungsvorschlägen und sonstigen Auslassungen des Referenten heben wir Folgendes hervor. Da nicht ausgeschlossen sei, daß Privattelegraphen-Unternehmungen früher oder später als Erwerbsgeschäfte begründet werden, so will solche der Referent unter die konzes-

sionspflichtigen Gewerbe aufgenommen wissen, ebenso wird die Aufnahme des Handels mit Pulver unter solche Geschäfte beantragt, weil die nothwendige Aufsicht über diesen Handel sehr erschwert wäre, wenn man ihn freigäbe. — Die Befugniß der Weinproducenten, ihr eigenes Erzeugniß an Most oder Wein durch Ausschank zu verwerthen, ist nach der Ansicht des Referenten so althergebracht, daß dieser Ausschanksbetrieb nicht weiter als unumgänglich nothwendig ist, beschränkt werden soll. — Die Zuständigkeit und das Verfahren bei Ertheilung gewerblicher Konzessionen soll nach dem Entwurf durch besondere Verordnung festgestellt werden. Im Hinblick auf den zu erwartenden Verwaltungsgerichtshof beantragt der Referent in dem bezüglichen Artikel die Einschaltung des Zusatzes „unter Vorbehalt der im Gesetze, die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes betr., zu gebenden Bestimmungen." — Die von mehreren Seiten gemachten Vorstellungen, welche die Konzessionspflichtigkeit für das Maurer- und Zimmerergewerbe, dann für die Kaminkehrer beantragten, kann der Referent nicht begutachten. Der Letztere erblickt nämlich in dieser Konzessionspflichtigkeit keine Garantie für das Publikum, denn es sei ganz gleichgiltig, ob derjenige, dem ein Bau übertragen ist, konzessionirt ist oder nicht, da nicht von der Konzession, sondern lediglich von der Befähigung und der Tüchtigkeit des Individuums es abhängt, ob gut bedient wird, und das Publikum bei entsprechender Konkurrenz nur gewinnen kann. Daher soll auch der Betrieb des Maurer- und Zimmerergewerbes blos von dem Nachweis der persönlichen Befähigung abhängig gemacht werden. Was die künftige Regelung der Verhältnisse der Kaminkehrer betrifft, so ist der Referent ganz damit einverstanden, daß diese durch besondere Verordnung geschehe. Die Klage der Kaminkehrergehilfen, daß ein großer Theil von ihnen niemals zu einer gewerblichen Selbständigkeit zu kommen vermag, erklärt der Referent für begründet und wünscht dem Mißstand dadurch abgeholfen, daß die Kaminkehrerbezirke im Lande vermehrt werden. — Die im Entwurf beibehaltene Konzessionspflicht für die Apotheker kann der Referent nur auf's Beste empfehlen. Nirgends seien die Apothekerzustände für das arzneibedürftige Publikum so geordnet und günstig, als in Deutschland, und andere Länder, namentlich England und Frankreich, wo der Apothekenbetrieb frei steht, ständen uns weit nach. — Photographische Aufnahmen von Personen, Kunstwerken &c. wünscht der Referent außerhalb des Gewerbegesetzes gestellt. — Hinsichtlich der Auflösung der seitherigen Gewerbevereine oder Innungen zieht auch der Referent die gänzliche Aufhebung jedem Versuche der Beibehaltung vor. Er fürchtet indessen, daß das Uebergangsstadium nicht ohne große Schwierigkeiten sein wird, besonders da, wo die sich lösenden Verbände Schulden zu decken haben oder die Innungen gewisse Etablissements, wie Schlachthäuser, Verkaufshallen &c. gemeinschaftlich benützen.

Berlin, 8. Juni. Gestern Abend ist Hessen-Darmstadt der Uebereinkunft vom 4. Juni über die Zollangelegenheit beigetreten. Die Zollkonferenz der Fachmänner wird voraussichtlich Mitte Juni, vom 17. zum 20.; zusammentreten, und es ist gegründete Aussicht vorhanden, daß Bayerns Beitritt in der Zwischenzeit, etwa zum 11. oder 12. d. erfolgt sein wird. — Das Pariser Attentat hat hier einen peinlichen Eindruck gemacht. Die Friedenshoffnungen sind dadurch zum Glück nicht gestört worden. So viel ist übrigens mit Bezug auf die Zusammenkunft der Souveräne schon jetzt konstatirt, daß von der Befestigung des Friedens abgesehen, besondere politische Abmachungen schwerlich daraus hervorgehen. Der Frieden von 1856 wird die Zusammenkunft wahrscheinlich überleben. Wie sich jetzt andererseits zeigt, war die Besorgniß derjenigen, welche eine spätere Ankunft des Königs von Preußen in Paris wünschten, damit er nicht durch den Empfang des Czaaren in den Schatten gestellt würde, unbegründet. Die Besorgniß war in Paris von preußenfreundlicher Seite angeblich sogar vom Grafen Goltz gehegt worden. König Wilhelm wurde indessen verhältnißmäßig besser aufgenommen, als der Kaiser von Rußland. (Schw. M.)

Meiningen, 7. Juni. Der Landtag hat bedeutungsvolle Gesetze im Laufe dieser Woche angenommen, nachdem er dieselben sehr eingehend berathen. Den Reigen eröffnete das Gesetz über Vereinfachung der Staatsverwaltung. Dasselbe fand die Zustimmung des Landtags unter Verwerfung all der Einzelanträge, die sich auf Erhaltung einiger Lokalbehörden bezogen. Daß auch das statistische Bureau in Jena für die thüringischen Staaten gestrichen worden, bleibt zu bedauern. — Das Gesetz wegen Aufhebung der Zinsbeschränkungen wurde angenommen. — Durch zwei Sitzungen zog sich die Berathung des neuen Preßgesetzes. Der Ausschuß fand dasselbe zwar im Ganzen annehmbar, wünschte aber für einfache Preßvergehen die Beseitigung der Freiheitsstrafen und die Aburtheilung vor Geschworenen. Gegen beide Anträge erhob die Regierung entschiedenen Widerspruch und so ließ sich der Landtag herbei, den Gesetzentwurf nur mit einigen unwesentlichen Modifikationen einstimmig anzunehmen. — Die von der Regierung geforderte Staatsanleihe wurde bis zum Betrage von 700,000 Thlr. bewilligt. — Die Proposition über die Steuererhöhung hat zu lebhafter Diskussion geführt und gingen in dieser Frage die Ansichten der Regierung und des Landtages auseinander, da erstere vom 1. Juli an einen Steuerzuschlag von einem Drittel begehrte, letzterer aber nur vom 1. Oktober an ein Sechstel bewilligen mochte und etwaige Ausfälle durch das Anlehen gedeckt wissen wollte. Die Abstimmung wurde vertagt. — Eine neue Proposition bezieht sich auf eine Gebäudesteuer, eine zweite auf Besoldungs-Erhöhung der Schullehrer. — Der wegen der Maßregeln gegen die Rinderpest vorgelegte Gesetzentwurf wird auch erst in nächster Sitzung zum Abschluß kommen; es nahm jedoch bei der Debatte Staatsrath Giseke Veranlassung, die Regierung gegen die in der Presse hervorgetretenen Angriffe, als ob von hier aus nicht genügend gegen die Seuche eingeschritten worden sei, zu vertheidigen und die Grundlosigkeit dieser Gerüchte nachzuweisen. (N. Z.)

Hamburg, 8. Juni. Innerhalb acht Tagen kamen hier für die Abgebrannten in Brody, deren Lage eine schreckliche sein soll, 7000 Mark zusammen. — Unser Senat hat bei der Bürgerschaft die Aufhebung des Bergedorfer Transitzolles beantragt. — In Bremen wurde am 1. Juni das letzte noch fehlende eiserne Joch der Eisenbahnbrücke über die Weser aufgesetzt. Als Eröffnungstag der Eisenbahn von Bremen nach Oldenburg wird jetzt der 8. Juli bezeichnet. — In Geestemünde sind dreihundert Arbeiter für den Schanzenbau an der Weser engagirt, von denen eine Anzahl gleich in Thätigkeit getreten ist. — Das Gutachten, welches der Magistrat Altonas über den Eintritt in den Zollverein oder Sonderstellung der Stadt schriftlich eingegeben hat, befürwortet den Zollanschluß ohne Hinzuziehung eines Hamburger Gebietstheils. Dem Gutachten ist ein Bericht von der Freihafenstellungspartei beigeschlossen. — Nach dem „H. C." hat die preußische Regierung ein Cirkular an die Beamten in Hannover erlassen, in welchem diesen eingeschärft wird, auf alle Vorgänge besonders aufmerksam zu sein, die mit den Falschwerbungen für eine in Holland zu errichtende Legion im Zusammenhange stehen können.

Aus Pesth, 8. Juni, wird dem Wiener „Fremdenblatt" berichtet: Soeben halb 10 Uhr ist die Krönungsfeier in der Ofener Kirche zu Ende. Die Pfarrkirche war bereits um 6 Uhr Morgens mit fast sämmtlichen Würdenträgern des Reichs gefüllt. Um halb 7 Uhr erschienen fast alle Abgeordneten des Unterhauses, für dieselben waren im Mittelschiffe Tribünen errichtet. Links vom Eingange saßen die Wiener Herrenhausmitglieder, Fürst Schwarzenberg, Fürst Paar, Graf Mensdorff, FML. Gablenz und unter Führung Giskra's die Unterhausmitglieder, ferner Dr. Zelinka mit der Wiener Deputation. Rechts saßen sämmtliche Vertreter des diplomatischen Korps. Herzog v. Gramont war der erste erschienen. An 50 Damen der hohen und höchsten Aristokratie, in mächtigen Schleppkleidern, mit strahlenden Diadems und funkelndem Familienschmuck, füllten die Fauteuils links. In der Mitte des Schiffes waren die beiden Thronsessel mit dem darüber schwebenden Baldachin für die Majestäten. Um 7 Uhr 22 Minuten trat die Arcierengarde in die Kirche und bildete Spalier. Ein dreimaliger Tusch erklang, als ihre Majestäten die Kirche betraten. Voran schritt die Geistlichkeit, ihr folgten die zehn Bannerträger. Das Banner Ungarns trug der alte Baron Orczy. Hierauf schritten die Träger der Kroninsignien: Graf Andrassy mit der Krone, Majlath mit dem Scepter, der Fürst-Primas trug den Mantel und der alte Graf Bathyani das Schwert. Im strahlenden Glanze der Schönheit und Jugend, das Haupt mit einer Krone geschmückt, im langen Schleppkleide von schwerer weißer Seide mit Silberstickerei und Brustlatz von dunkelgrünem Sammt schritt Ihre Majestät die Kaiserin und in Marschallsuniform Se. Majestät der Kaiser. Die Mitglieder des kaiserlichen Hauses, Erzherzoge Karl Ludwig, Ludwig Viktor, Joseph und Leopold stellten sich links vom Throne auf. Die kirchliche Ceremonie ist bekannt. Als der Graf Andrassy die Worte: Eljen a király ausrief, erfüllten begeisterte, nicht endenwollende Eljenrufe die Kirche. Während der Krönung Sr. Majestät war die Kaiserin sehr gerührt und auch die Erzherzoge vergossen Thränen. Der Kronprinz und die Prinzessin wohnten mit ihrem Hofstaate der Ceremonie auf einem eigens für Höchstdieselben errichteten Balkone bei. Beim Austritt aus der Kirche wurde die Königin mit stürmischen Eljenrufen begrüßt, um 8 Uhr 5 Minuten war der König gekrönt und dieser Akt durch Kanonenschüsse und Gewehrsalven dem Volke angezeigt. Die Krönung der Königin war um 9 Uhr 10 Minuten vollzogen. Der König zieht zum Ritterschlag in die Garnisonskirche, die Königin kehrt im Krönungswagen in die Burg zurück, begleitet von tausendstimmigen Eljens. Die Ordnung ist überall aufrecht erhalten. Selbst der Kampf um das Tuch, worüber das Königspaar geschritten, war nicht zu erbittert und verlief unblutig. Das Tuch hatte die Nationalfarben roth, weiß, grün. Der Anblick

von Ofen und Pesth ist großartig, überall ist eine ungeheuere Menschenmenge. Um halb 11 Uhr dürfte der Zug beginnen. Lißt's Krönungsmesse war effektvoll, Lißt selbst saß beim Dirigenten. Minister Beust erfreute sich der lebhaftesten Aufmerksamkeit von Seiten der ungarischen Aristokratie und der Mitglieder beider Häuser.

Paris, 8. Juni. Es ist natürlich noch immer das Attentat, das alle Welt beschäftigt. Ein gestern Statt gehabtes zweites Verhör, dem u. A. auch der Justiz-Minister Baroche beiwohnte, hat den sonst ziemlich starknervigen Großsiegelbewahrer tief erschüttert. Der Verhaftete soll Mittheilungen über Akte der russischen Regierung gemacht haben, welche seine nächsten Anverwandten betroffen und die in der Folge kaum verfehlen können, auf die Geschworenen, die über Bereyouski zu urtheilen haben, einen sehr peinlichen Eindruck zu machen. Dennoch fangen sich die Indicien zu mehren an, daß der Angeklagte nicht ohne Mitschuldige sei. Schon gestern wurde ein Mann verhaftet, der verdächtige Reden ausgestoßen. Im ersten Verhör soll sich derselbe jedoch als wahnsinnig erwiesen haben; es ist indeß sehr möglich, daß dieser Geisteszustand nur simulirt sei. Den ersten Anstoß, ein Complot zu vermuthen, gab den mit Nachforschungen betrauten Agenten die Wahrnehmung, daß Bereyouski sich in einer Allee befand, die der kaiserliche Wagen nach dem ursprünglichen Plane überhaupt gar nicht passiren sollte. Man glaubt daraus schließen zu müssen, daß sich auch an anderen Punkten Verschworene aufgestellt befanden. Auf dem Ministerium des Innern treffen allstündlich neue Beglückwünschungs-Adressen der Municipien des Landes ein. Die in der Stadt Mans befindlichen Polen begaben sich zum Präfekten, um bei ihm einen Protest gegen den Mordversuch niederzulegen. Dem auswärtigen Amte wurde aus Madrid telegraphirt, daß die versammelten Cortes nach einer Rede des Marschalls Narvaez und des Deputirten Castro einstimmig beschlossen haben, in einer Resolution den Herrschern von Frankreich und Rußland ihr Bedauern über diesen Vorfall auszudrücken. Beim Baron Budberg trafen Depeschen ein, nach denen das offizielle Warschau beim Eintreffen der Kunde Trauer angelegt habe. Der treue polnische Adel war sofort zusammengetreten, um eine Deputation zu wählen, die sich nach Paris begeben sollte, um dem Kaiser Alexander eine Adresse zu überreichen, in welcher der tiefste Abscheu vor diesem Mordversuche ausgedrückt wird. Der Kaiser von Rußland war noch am Abend des 6. Juni in Civilkleidung, und ehe er sich auf den Budberg'schen Ball begab, in einfacher Droschke durch die Boulevards gefahren. Er dinirte auch mit gutem Appetit, während dem Großfürsten Thronfolger die Eßlust vollständig vergangen war. Am Abend vorher hatte Alexander den Ball Mabille besucht. — Man rechnet es hier dem Kronprinzen und der Kronprinzessin von Preußen hoch an, daß sie ihre Anwesenheit in Paris zu ernsteren Studien benutzen. Die Theilnahme besonders, mit der die Prinzessin Viktoria die hier bestehenden Arbeitsschulen für Mädchen in allen Einzelheiten in Augenschein nahm, hat ihr viele Herzen zugeführt. — Das Marine-Ministerium hat die Nachricht aus Japan erhalten, daß der neue Taikun sich entschlossen habe, vom nächsten Januar ab weitere vier Häfen dem europäischen Handel zu eröffnen. — Der Divisions-General Anselme in Chartres hat sich gestern Abend eine Kugel durch den Kopf gejagt. — Heute erscheint die erste Nummer des Privatorgans des hietzinger Hofes, „La Situation". Das in einer Art Manifest an Deutschland niedergelegte Programm, das Hr. Hollander verfaßte, verlangt ein „deutsches Deutschland" neben dem alten Preußen und neben Oesterreich, aber auf das allgemeine Stimmrecht basirt. Namentlich müsse Preußen vom Rheine verdrängt werden, der rein deutsch werden müsse rc. Man scheint in Hietzing vergessen zu haben, daß Journale wohl Dynastieen zu Grunde richten helfen, dieselben schwerlich aber wieder in verlorene Besitzungen zurückführen können. (K. Z.)

Paris, 9. Juni. Das Attentat wird natürlich von allen Journalen besprochen. „Constitutionnel" sagt: ein verruchter Mordversuch wurde nach der Revue in einer Allee des Boulogner Gehölzes gegen Kaiser Alexander II., den Gast Frankreichs, unternommen. Niemand wurde getroffen und der Meuchler ist kein Franzose. Ehe er sein Reich verließ und der Gast Frankreichs und des Kaisers ward, hatte Alexander II. ein Amnestiedekret unterzeichnet, das der Beginn einer neuen Aera für Polen sein konnte; und am Tage nach Erscheinen dieses Dekretes wollte man im Namen Polens ihn tödten. Dies hat auch das Volk, das Zeuge des Attentats war, begriffen und man konnte nur mit großer Mühe den Mörder seinem Zorn entreißen. Welche Gewissenspein und welche Lehre für die Leute, welche die Phantasien entflammen und die Gemüther leidenschaftlich erregen, während sie selbst sich gegen jede Gefahr sicher zu stellen wissen, für die Leute, die noch vor zwei Tagen denselben Ruf ausstießen, der heute das Losungswort des Mörders war.

Paris, 9. Juni. Der große Ball im Hotel de Ville ist über alle Maßen glänzend ausgefallen. Die K. K. Majestäten und ihre Allerhöchsten Gäste fuhren in geschlossenen, im Innern aber hell erleuchteten Staatscarossen nach dem in einen Feenpalast verwandelten Stadthause. Längs der Rivolistraße erscholl aus den dichten Menschenreihen ein vielfaches Vive l'Empereur! und Vive le Czaar! Noch stärker und begeisterter war der Empfang, welchen die Gesellschaft im Hotel de Ville selbst den Allerhöchsten Herrschaften beim Eintritte bereitete. — Bei Herrn Rouher war gestern ein Diner, an welchem Fürst Gortschakow, Graf Bismarck, Marquis de Moustier und Marquis Lavalette Theil nahmen. — In dem Berichte, welchen der „Moniteur de l'Armée" von der großen Revue gibt, wird besonders bemerkt, daß die Truppen beim Defiliren vor den Souverainen keinerlei Ruf ausgestoßen haben, da dies ihnen sämmtlich durch höheren Befehl untersagt worden war.

Aus **Toulon**, 8. Juni, wird gemeldet: „Prinz Humbert ist durch stürmisches Wetter gezwungen worden, hier anzulegen und ans Land zu gehen. Er begibt sich um 6 Uhr mit der Eisenbahn direct nach Paris."

London, 6. Juni. Aus dem Blaubuch wegen Luxemburgs geht hervor, daß die italienische Regierung schon am 23. April durch den Marchese d'Azeglio in London ihre guten Dienste zur Förderung des Friedenswerkes antrug und später den Wunsch aussprach, an der Konferenz theilnehmen zu dürfen. Lord Stanley befürwortete diesen Wunsch bei den anderen Regierungen, die dann auch gegen die Betheiligung Italiens und Belgiens keine Einwendungen erhoben. Schlimmer erging es Spanien, das sich erst am Tage vor dem Zusammentritt der Konferenz um Zulassung bewarb (mit Berufung auf die Zulassung Italiens), aber von allen Regierungen höflich ausweichende Antworten erhielt. — Die gestrige Sitzung des Unterhauses wurde größtentheils durch eine längere Debatte über die Oxford- und Cambridge-Universitätserziehungsbill in Anspruch genommen. Diese Bill reißt bekanntlich eine weitere von den Schranken nieder, die bis in die neueste Zeit hinein die beiden ersten Universitäten Englands in rein mittelalterlichem Geiste erhalten haben. Bis zum heutigen Tage wohnt der Student noch in einem Konvikte, ist an gemeinschaftlichen Mittagstisch, gemeinschaftlichen Kirchengang und andere Regeln gebunden und lebt im Ganzen beschränkter in Bezug auf manche persönliche Freiheiten als die Schüler deutscher Gymnasien und Realschulen. Diese Zwangsmaßregeln sollen nun dem Geiste der Zeit weichen und der Studirende nicht mehr genöthigt sein, diesen Konvikten, Colleges genannt, anzugehören, um die Bildungsmittel der Universität zu benutzen und auf Zulassung zum Examen Anspruch zu haben. Obgleich dieses System, wie es in Deutschland und anderweitig besteht, auch hier nichts Neues ist und die schottischen Universitäten auf demselben gegründet sind, findet doch ein Sturm gegen jene geheiligten Einrichtungen, hauptsächlich weil sie als die Bollwerke der Staatskirche betrachtet werden, stets starken Widerstand, und bei der Abstimmung ging die zweite Lesung der Bill nur mit der geringen Mehrheit von 165 gegen 151 Stimmen durch. — Ein Konzert, das hier in den letzten Tagen die vereinigten deutschen Gesangvereine gaben, das von einem großentheils englischen Publikum mit Beifall überschüttet wurde, gab den Beweis, daß die deutschen Zugvögel auch in der Fremde die lieben Klänge der Heimath nicht vergessen oder verlernen.

Bei Gelegenheit der Reformen, welche die türkische Regierung im Innern ihres Reiches zu vollziehen gedenkt, ist öfters von den sogenannten Vakouf-Gütern die Rede gewesen und es dürfte vielleicht interessant sein, Näheres über diese Güter zu erfahren, welche nur insofern unsern Kirchengütern entsprechen, als sie gleichfalls zur Unterhaltung des mohamedanischen Klerus bestimmt sind; im Uebrigen aber sind dieselben von unseren Gütern der „todten Hand" wesentlich verschieden. In den abendländischen Staaten werden die Kosten des Kultus entweder durch den Staat oder durch eigenes Vermögen der Kirche bestritten, bei welchem der Grundbesitz bekanntlich die Hauptrolle spielt. Anders in der Türkei. Der Staat leistet für den Kultus keine Zahlungen; die Kirche bezieht zwar ihren Unterhalt aus dem Grunde und Boden, allein dieser Grund und Boden steht nicht in dem direkten Eigenthume der Kirche. Das Verhältniß ist vielmehr Folgendes: Moscheen, Schulen, Hospize, Armen-Küchen und Bäder sind in der Türkei von Privatleuten gegründet, zur Unterhaltung dieser Anstalten aber haben die Stifter immerwährende Renten ausgesetzt, welche auf Immobilien fundirt sind; solche Immobilien nennt man Vakouf-Güter. Abgesehen von jener Rente, welche der Besitzer eines Vakouf-Gutes an die betreffende Stiftung zu zahlen hat, bedingen diese Güter im Vergleiche zu anderen für den Besitzer gleichmäßig Vortheilhaftes und Nachtheiliges. Der Vortheil besteht in der absoluten Freiheit von allen Staatsabgaben; der Nachtheil im Vergleiche zu allen Nicht-Vakoufgütern aber liegt darin, daß sie nur auf die Deszendenten, nicht aber auf die Kollateranen des Besitzers sich vererben. Stirbt der Besitzer eines Vakoufgutes ohne Hinterlassung

direkter Erben, so findet der Heimfall an die Stiftung statt; aber die Administration derselben übernimmt nicht etwa die selbsteigene Bewirthschaftung des Vakoufgutes, sondern sie veräußert dasselbe auf dem Wege des Meistgebotes und schlägt es dem Höchstbietenden unter den von dem Gründer der Stiftung festgestellten Bedingungen zu, wobei der Erlös aus dem Verkaufe dem Vermögen der Stiftung gewissermaßen als eisernes Kapital zufällt. Findet sich kein Käufer für das Gut, so bleibt dasselbe brach liegen, gewährt also weder dem Staate noch der Stiftung irgend einen Nutzen, und dieses Mißverhältniß findet in gewissen Provinzen nicht selten statt, obgleich aus dem Obigen klar sein wird, daß die gezahlten Kaufsummen weit geringer sein werden als der wahre Werth der Güter. Was nun die Ausdehnung der Vakoufgüter betrifft, so umfaßt dieselbe nach zuverlässigen Nachrichten den vierten Theil des Grund und Bodens, in Konstantinopel sogar $^{2}/_{3}$ der Stadt. Hieraus ergibt sich die Wichtigkeit eines die Verhältnisse dieser Güter reformirenden Gesetzes von selbst, um so mehr, wenn man die zahlreiche Klasse der Armen bedenkt, welche in der Türkei wegen ihres Unterhaltes auf die Revenüen jener Stiftungen angewiesen sind. Die Reformideen des türkischen Ministeriums sind nun vornehmlich auf Beseitigung der Veräußerungserschwerungen gerichtet, welche der gegenwärtige Zustand nothwendig mit sich bringt. Man will vor Allem das Erbrecht auch auf die Nebenlinien ausdehnen und die Vakoufgüter gleichzeitig für die Schulden der Besitzer verbindlich machen. Diese Maßregeln werden jedenfalls, wenn auch nur allmälig, zur Aufhebung der das Staatsvermögen so schwer beeinträchtigenden Steuerfreiheit führen. Eine wesentliche Förderung aber werden die Reformprojekte jedenfalls empfangen, sobald den Fremden das Recht des Erwerbes von Grundeigenthum in der Türkei verliehen sein wird. Dieses eigenthümliche Institut der Vakoufgüter hat, wie natürlich, einen bedeutenden Einfluß auf die Stellung der türkischen Geistlichen geübt. Einen eigentlichen muhamedanischen Klerus gibt es nicht, vielmehr unterhält eine jede solche Stiftung, wie wir sie oben erwähnten, durch ihre Revenüen aus den Vakoufgütern eine Anzahl Geistliche, Imams genannt, und der Scheik-ul-Islam ist in Folge der Eigenschaft des Korans als eines nicht nur religiösen, sondern auch bürgerlichen Gesetzbuches für die Verhältnisse der Familien, der Ehen, Adoptionen, Testamente, Schenkungen u. s. w. weit mehr der Präsident eines in letzter Instanz urtheilenden Kassationshofes als ein kirchlicher Oberhirt. Es ist dem türkischen Staate zu wünschen, daß ihm die Durchführung seiner Reformen gelingen möge. Wenngleich nicht radikal, scheinen dieselben doch geeignet, sowohl den Werth des Grund und Bodens wesentlich zu heben, als auch die Finanzkräfte des Staates in erheblicher Weise zu erhöhen. (Nordd. Allg. Ztg.)

Neueres.

Paris, 10. Juni. Der König von Preußen wohnte mit dem Kronprinzen gestern dem Gottesdienste in der protestantischen Kirche nächst dem Stadthause an und wurde beim Eintritt von den protestantischen Geistlichen empfangen. Um 1 Uhr fuhren der Kaiser Napoleon mit der Kaiserin Eugenie, der Czaar, der König von Preußen, der Kronprinz von Preußen und die beiden russischen Großfürsten mit Gefolge auf der Eisenbahn nach Versailles, von wo sie um 8$^{1}/_{2}$ Uhr auf Chars-à-Bancs zurückkehrten. Gegen 10 Uhr ging der König mit dem Kronprinzen in die komische Oper, wo „Le voyage en Chine" gegeben wurde. Der König blieb mit dem Kronprinzen bis Mitternacht. — Prinz Humbert traf gestern Abend in Paris ein.

Warschau, 9. Juni. Durch eine Verordnung des Statthalters ist das Verbot, nach Mitternacht auf der Straße zu gehen, aufgehoben und die bisher nöthige Legitimirung für diejenigen, welche die Stadtbarrieren passiren, beseitigt worden.

London, 10. Juni. Der Herzog von Buckingham ist mit einer Specialmission nach Kopenhagen gereist. Mitte Juli wird eine Flottenmusterung stattfinden.

Aus **New-York.** (Ohne Datum.) Lopez verrieth den Kaiser Maximilian bei Queretaro. Am Sonnabend findet eine Verschiffung von 1$^{1}/_{2}$ Millionen statt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	68 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62$^{5}/_{8}$ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55$^{1}/_{4}$ G
„	5pCt. Metall. Obligat.	46$^{3}/_{4}$ G.
„	4$^{1}/_{2}$pCt.	42 P.
Preussen	3$^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 P.
„	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	94$^{1}/_{8}$ G.
„	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	94$^{5}/_{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	89$^{1}/_{2}$ G.
„	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	89$^{1}/_{2}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 $^{1}/_{4}$ G.
„	3$^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	94 P.
„	3$^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	83 P. 82$^{3}/_{4}$ G.
Baden	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl.	94 P.
„	3$^{1}/_{2}$pCt. Obl. v. 1842	81$^{3}/_{4}$ G.
Gr. Hess.	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	92 P.
„	3$^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	95 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	88 G.
„	3$^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	82$^{3}/_{4}$ P.
Frankfurt	3$^{1}/_{2}$pCt. Obl.	82$^{7}/_{8}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2$^{1}/_{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	85$^{3}/_{4}$ P. $^{1}/_{2}$ G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2$^{1}/_{2}$	78$^{1}/_{2}$ P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	77$^{7}/_{8}$—$^{3}/_{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	128$^{1}/_{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	684 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	177$^{1}/_{2}$—78 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90$^{5}/_{8}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	206$^{1}/_{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	323 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	221 P. 220 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	151$^{1}/_{4}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4$^{1}/_{2}$ pCt.	107$^{3}/_{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49$^{3}/_{8}$—$^{1}/_{4}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72$^{1}/_{2}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	44$^{7}/_{8}$ P.
Bayer. Ostbahn à 4$^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	116$^{3}/_{8}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz	—

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100$^{3}/_{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94$^{5}/_{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105$^{1}/_{4}$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97$^{3}/_{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94$^{5}/_{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105$^{1}/_{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88$^{5}/_{8}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105$^{1}/_{4}$ G.
London Lst. 10 k. S.	119$^{1}/_{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99$^{7}/_{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	94$^{3}/_{4}$—$^{7}/_{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	95 G.
do. in öst. W. l. S.	95 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	116 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	71$^{3}/_{4}$—72 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	122 P.
„ do. v. 1864	73$^{1}/_{4}$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	53$^{1}/_{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54$^{1}/_{4}$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	142$^{1}/_{4}$ P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs. Loose	—
Mailänder 45 Frs. . . b. R.	—
St. Lüttich mit 2$^{1}/_{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11 G

Frankfurt, 11. Juni. Der heutige Tag ist zur Hälfte noch den Pfingstfeierlichkeiten gewidmet, diesem historischen Rechte Frankfurts gab auch die Börse durch Geschäftslosigkeit Ausdruck. Auf bessere Pariser Course von gestern wurden österreichische Spekulationspapiere gleich bei Beginn des Geschäftes höher bezahlt. Kredit 177, Staatsbahn 218$^{1}/_{2}$; nachdem Wiener Morgenkourse ebenfalls günstiger gemeldet wurden, gingen erstere bis 178, letztere bis 220 hinauf. Loose von 1864 für Wiener Rechnung bis 73 gekauft. Der ungünstige Eindruck des Promessenverbots ist somit wieder verwischt. Die bessere Tendenz äußert ihren Einfluß auch auf süddeutsche Papiere, welche $^{1}/_{8}$ pCt. gewannen. Prioritäten geschäftslos, neue Siebenbürger 61$^{7}/_{8}$ gefragt. Amerikaner fast ohne Veränderung. Wechsel auf Wien, London und Paris gesucht und besser bezahlt. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

1 N. . . . liothek München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 162. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 13. Juni 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 11. Juni. Se. Majestät der König hat nachbenannten Offizieren des kaiserl. österr. 10. Kür.-Reg. König Ludwig von Bayern Ordensdekorationen verliehen: dem Obersten H. Isaacson das Comthurkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael, dem Rittmeister L. Fürsten v. Lobkowitz das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayer. Krone, dem Lieutenant L. Frhrn. v. Ditfurth das Ritterkreuz 1. Klasse des Verdienstordens vom h. Michael; den Handelsappellationsgerichtsrath Dr. O. Frhrn. v. Völderndorff-Waradein zum Ministerialrath im Staatsministerium des k. Hauses und des Aeußern befördert; an das Bezirksamt Passau den Assessor des Bezirksamts Mallersdorf, A. Hiltner, auf sein Ansuchen versetzt, und zum Bezirksamts-Assessor von Mallersdorf den Accessisten der Regierung, Kammer des Innern, der Oberpfalz und von Regensburg, Fr. X. Wagner, in provis. Eigenschaft ernannt.

** **München,** 11. Juni. Zu Art. 75 der Gemeindeordnung beantragt Referent Abg. Edel eine Modifikation dahin, daß Gemeinderathsmitglieder, Gemeinde-Beamte und Bedienstete nur, wenn sie wegen Verbrechens zur schwurgerichtlichen Aburtheilung verwiesen sind, für die Dauer des Strafverfahrens vom Amte zu suspendiren sind, nicht aber, wenn sie wegen Vergehen in Untersuchung sind, oder sich in Schuldenhaft befinden — da sich nicht absehen lasse, warum in dieser Beziehung Gemeinde-Beamte strenger als königliche Beamte behandelt werden sollen. Nach Art. 76 sollen die Amtskleidung und die Dienstzeichen der Mitglieder des Gemeinderathes, sowie des untergeordneten Dienstpersonals durch Verordnung festgesetzt werden — der Herr Referent ist aber der Ansicht, daß die Gemeinderäthe als Vertrauensmänner ihrer Mitbürger eine eigentliche Amtskleidung oder dienstliche Uniformen nicht bekommen sollen. Daß sie bei feierlichen Gelegenheiten in anständiger Kleidung erscheinen, dafür werde Sitte und Mode sorgen. Es sollen deßhalb die Artikel nur auf die Dienstzeichen beschränkt werden. Zu Art. 83, der von der Feststellung des Gemeinde-Etats handelt, werden vom Referate mehrere und besonders ein Abänderungsvorschlag gemacht, nach welchem die Feststellung des Voranschlages definitiv in die Hände der Gemeinderäthe als der Vertreter der Gemeinde gelegt ist, während im Sinne des Entwurfes bei abweichenden Meinungen der beiden Körperschaften gemäß Art. 109 Abs. 3 des Entwurfes die Entscheidung der Differenzpunkte von der vorgesetzten Verwaltungsbehörde erholt werden müßte. — In sehr eingehender Weise bespricht der Herr Referent den Art. 86 und ff., welche die wichtigsten, aber auch schwierigsten Materien, nämlich die Polizeiverwaltung der Gemeinde behandeln. Referent billigt es, daß von Seite der Staatsregierung eine Schmälerung der von den Gemeinden besessenen polizeilichen Befugnisse nicht beabsichtigt wurde und sucht eingehend die Ansichten derer zu widerlegen, welche glauben, daß die Zurücknahme der Polizeiverwaltung von Seite des Staates zur Emanzipirung der Gemeinde in inneren Gemeindeangelegenheiten führen und daß damit auch ein großer Theil der noch zurückzubehaltenden Oberaufsichtsbefugnisse hinwegfallen könne. Es würde zu weit führen, auch nur auszugsweise auf die treffliche Darlegung des Herrn Referenten einzugehen, wir beschränken uns deßhalb auf Mittheilung einiger Abänderungsvorschläge, welche der Referent beantragt. Art. 86 enthält eine wesentliche Neuerung; er überträgt die gesammte, bisher der Gemeinde eingeräumte Polizeiverwaltung lediglich an den Bürgermeister; die Ausübung der Ortspolizei und der einer Anzahl von Städten eingeräumten Distriktspolizei würde sonach aufhören ein Recht der Gemeinde zu sein, sie würde eine dem Bürgermeister übertragene Befugniß, sie würde ein Staatsamt sein, dessen Inhaber der von der Gemeinde aufgestellte jeweilige Bürgermeister ist. Der Bürgermeister würde sonach Polizeidirektor werden, mit bureaukratischer Befugniß in Polizeiangelegenheiten. Der Herr Referent kann diese Neuerung, obwohl sie manche Vortheile bieten mag, nicht zur Annahme empfehlen; es würde bei derselben noch schwerer werden als bisher, im Wege der Wahl solche Bürgermeister zu finden, welche in ihrer Person mit dem Vertrauen der Bürgerschaft alle Eigenschaften eines bureaukratischen Chefs der Polizeiverwaltung vereinigen; es würde vielmehr zu besorgen sein, daß gerade die ausschließende Uebertragung der Polizeiverwaltung und der damit verknüpften alleinigen Verantwortlichkeit an den Bürgermeister Anlaß geben würde, daß Persönlichkeiten, welche sonst die besten Qualifikationen zu einer solchen Stelle haben, die Lust verlieren, sich um die-

---

Vermischtes.

In Betreff der Jubelfeier der Universität Halle haben Rektor und Senat folgende Bekanntmachung erlassen: Die Universität Halle gedenkt am kommenden 20. und 21. Juni ihre fünfzigjährige Vereinigung mit Wittenberg festlich zu begehen und diese Feier bereits am 19. Abends durch ein Concert des akademischen Gesangvereins einzuleiten. Zu diesen Feierlichkeiten sind außer den namentlich eingeladenen Ehrengästen alle Freunde und Gönner unserer Universität, namentlich solche, welche einst hier ihre Studien gemacht, herzlich willkommen. Wir werden denselben so weit als irgend möglich und überall, wo es die Räumlichkeiten gestatten, an unsern Festlichkeiten Antheil gewähren; nur bitten wir, sich Behufs dessen bis längstens den 12. Juni unter der Adresse des Herrn Universitäts-Secretärs Dr. Loppe schriftlich anmelden zu wollen.

London, 7. Juni. Der dritte große Renntag der Saison, das Rennen in Ascot, verlief gestern unter viel besseren Witterungs-Auspizien, als seine Vorgänger Ende Mai in Epsom. Vor letzteren zeichnet sich der Haupttag in Askot hauptsächlich dadurch aus, daß wegen der größeren Entfernung von der Hauptstadt der Zulauf des Publikums lange nicht so bedeutend ist, wie bei dem Derby- und den Oaks-Rennen, und die Anwesenden sich mehr aus Sportsmen vom Fach, professionellen Wettspekulanten und der hohen Aristokratie recrutiren. Die Anwesenheit des Hofes — in den letzten Jahren repräsentirte der Prinz von Wales — gibt dabei der ganzen Sache einen gewissen offiziellen Charakter, der Viele, die sich gern im Strahlenkreise irdischer Sonnen erwärmen, heranzieht. Ihnen wurde bei dieser Gelegenheit der Genuß, die hohe Gesellschaft, den Oberst-Jägermeister zu Pferde an der Spitze und gefolgt von den Piqueurs und Jägern des königlichen Jagdzuges, in sechs Vierspännern heranrollen zu sehen. Unter den Besitzern der verschiedenen Pferde, die „gestartet“ wurden, befanden sich die Rivalen des Derby-Tages, Hr. Chaplin, der glückliche Gewinner von ca. 240,000 L. und der Marquis of Hastings, der in Folge seiner dortigen Niederlage vor einigen Tagen genöthigt war, ein Familiengut im Werthe von 300,000 L. in andere Hände übergehen zu lassen. Gestern wurde dem schwerbetroffenen Marquis die Genugthuung zu Theil, den Preis des Tages, den Pokal im Werthe von 300 L. als Besitzer des gewinnenden Pferdes „Lecturer“ davon zu tragen. Der erste „Favorit“ Hippia, dem Baron Rothschild gehörige, war der dritte Ankömmling. Die „neuen Stakes für Zweijährige“ fielen ebenfalls mit einem bereits für das Derby des nächsten Jahres angekündigten Pferde „Lady Elisabeth“ dem Sieger zu, während ein anderer Preis, die St. James-Palace Stakes, von dem letzten Gewinner des Derby, „Hermit“, ohne Anstrengung davon getragen wurde.

Aus Petersburg schreibt man der „D. Allg. Ztg.“, daß der Kaiser von Rußland auf seiner Reise ins Ausland für 300,000 Silberrubel Gold- und Brillantschmuck, Tabaksdosen, Nadeln, Bracelets ꝛc. zu Geschenken, sowie 1500 Stück verschiedene Orden zur Vertheilung mitgenommen habe. Unter den letzteren befinden sich 12 Andreas-Orden, wovon mehrere in Brillanten.

Am 6. Juni fand in Moskau ein slawisches Concert im Zoologischen Garten unter freiem Himmel Statt, das Fürst Galitzin selbst dirigirte. An 10,000 Menschen wohnten dem Concerte bei. „Domov“, „Husitska“, „Naprej“, „slawische Hymne“ wurden mit Enthusiasmus aufgenommen, ein glänzendes Feuerwerk fand am Teiche Statt. Am 8. Juni war Diner im kaufmännischen Casino.

Des russischen Kaisers bekannter Lieblingshund, welcher schon krank war, als der Monarch abreiste und deßhalb erst später nachgeschickt werden sollte, ist am 1. Juni gestorben.

selbe zu bewerben, denn gerade jene Bedeutung des Bürgermeisteramts, welche die meiste Anziehungskraft für Uebernahme einer solchen Funktion besitzt, würde verloren gehen. Aus diesen und anderen Gründen beantragt Referent, den Artikel dahin zu fassen: „Die Handhabung der Ortspolizei ist dem Gemeinderathe übertragen. In Folge der Ortspolizei steht derselben die Handhabung und der Vollzug der die Polizeiverwaltung betreffenden Gesetze und der gesetzlich erlassenen Verordnungen und polizeilichen Vorschriften und der kompetenzmäßigen Anordnungen der vorgesetzten Behörden innerhalb des Gemeindebezirkes zu, soweit hiefür nicht durch Gesetz oder gesetzmäßige Verordnung die Zuständigkeit einer höheren Polizeibehörde begründet ist."

Stuttgart, 11. Juni. Se. Maj. der Kaiser von Rußland, begleitet von seinem Sohne, dem Großfürsten Wladimir, wird am Mittwoch den 12. Juni, Nachmittags 1 Uhr 30 Min., begleitet von Ihren Majestäten dem König und der Königin, welche dem Kaiser bis Ludwigsburg entgegenfahren, hier eintreffen. Mittwoch Abend findet eine Soirée in der Wilhelma, die theilweise beleuchtet wird, statt. Am Donnerstag ist ein Ball auf der Villa mit Beleuchtung des Gartens; am Freitag Abend wird der Kaiser Stuttgart wieder verlassen. (Schw. M.)

Haag, 8. Juni. Nachdem die Zweite Kammer nach einer sehr langen Verhandlung das Gesetz über die Nationalgarden erledigt, hat sie gestern den Antrag der Regierung auf Erhöhung des Budgets für den Eisenbahnbau um 500,000 Fl. angenommen. Diese Mehrausgabe ist im Wesentlichen durch die Ueberbrückung des Moerdijk nöthig geworden, welche, schon lange projectirt, jetzt auszuführen beschlossen ist. — Der Baron van Zuylen van Nijevelt, Mitglied der Zweiten Kammer, ist zum niederländischen Gesandten in Paris ernannt und wird am 1. Juli seinen Posten antreten. Nach königlichem Beschluß vom 29. Mai werden die Festungen Bergen op Zoom, Vliessingen, Mastricht, Venloo und die Forts Bath, de Ruiter und Rammekens aufhören, Festungen zu sein und die Befestigungen derselben geschleift werden.

Paris, 9. Juni. Gestern wurde im gesetzgebenden Körper der lang erwartete Entwurf des Armeereorganisationsgesetzes eingebracht. Es ist dies die neueste zwischen der Commission und dem Staatsrathe vereinbarte Ueberarbeitung, in der jedoch erstere ihre Amendements aufrecht erhalten hat. Der neue Entwurf umfaßt 19 Artikel in vier Abschnitten. Die Hauptbestimmungen desselben sind der Effektivbestand der Armee, aktives Heer und Reserve, beträgt 800,000 Mann. Die Stärke des jährlich einzuberufenden Contingents wird von dem gesetzgebenden Körper durch ein Specialgesetz festgestellt. Dieses Gesetz theilt gleichzeitig das Contingent in zwei Theile, deren einer der aktiven Armee, der andere der Reserve einverleibt wird. Der aktive Dienst dauert fünf Jahre; an ihn schließt sich ein vierjähriger Dienst in der Reserve. Die jungen Leute, welche von vornherein der Reserve zugetheilt sind, haben fünf Jahre derselben anzugehören und können nur durch kaiserl. Dekret zum aktiven Dienst einberufen werden. Die Reservisten, welche vorher fünf Jahre in der aktiven Armee gedient haben, können ebenfalls nur durch kaiserl. Dekret und nach Jahresklassen, wobei bei der jüngsten anzufangen ist, einberufen werden. Sie können sich in den zwei letzten Jahren ihrer Reservezeit (also vom 27. Jahre an), ohne Ermächtigung einzuholen, verheirathen, jedoch nicht, wenn sie durch kais. Dekret in den aktiven Dienst zurückberufen sind. In Bezug auf das Loskaufsystem werden die auf die Armeedotationskasse bezüglichen Gesetze vom J. 1860 und vom J. 1864, sowie auch einzelne Bestimmungen des Gesetzes vom J. 1855 abgeschafft und die wesentlichsten Artikel des Gesetzes vom Jahr 1832 wieder eingeführt. Es wird eine mobile Nationalgarde geschaffen, die nur durch ein besonderes Gesetz einberufen werden kann. Doch können innerhalb 20 Tage vor Einbringung dieses Gesetzes die einzelnen Bataillone in dem Hauptort oder an irgend einem andern Punkte ihres Departements durch kaiserl. Dekret versammelt werden. In diesem Falle hat das Kriegsministerium die Kosten für den Unterhalt der Offiziere und Mannschaften zu bestreiten. Zur mobilen Nationalgarde gehören vom J. 1867 an alle jungen Leute, die durch die Ziehung nicht der aktiven Armee oder der Reserve einverleibt werden, ferner die jungen Leute, welche von Anbeginn an 5 Jahre lang in der Reserve gedient haben, endlich die, welche nach vollendeter Dienstzeit in die mobile Nationalgarde eintreten wollen. Die Verpflichtung, der Nationalgarde anzugehören, dauert für die, welche vorher nicht gedient haben, fünf, und für die ausgedienten Reservisten vier Jahre. Die mobilen Nationalgardisten können zu jeder Zeit, ohne einer Ermächtigung dazu zu bedürfen, sich verheirathen. Sie können sich durch einen Franzosen unter 40 Jahren, der dazu tauglich ist, ersetzen lassen. Die mobile Nationalgarde wird je nach Departements in Bataillonen, Compagnien und Batterien organisirt. Die Offiziere werden vom Kaiser, die Unteroffiziere und Korporäle von der Militärbehörde ernannt. Die mobile Nationalgarde erhält nur, wenn sie zum aktiven Dienst berufen wird, eine Besoldung. Regelmäßigen Sold erhalten nur die mit der Einexercirung der Mannschaften und mit der Verwaltung beauftragten Offiziere und Unteroffiziere. Die mobilen Nationalgarden müssen Uebungen in ihrem Canton und Compagnie- und Bataillons-Exercitien in ihrem Bezirk mitmachen. Ihre Gesammtdauer darf jedoch während der fünf Jahre keine 2½ Monate, und während eines einzigen Jahres keine 25 Tage überschreiten. Sobald die Uebungen mehr als 12stündige Entfernung von dem Wohnort nöthig machen, muß das Kriegsministerium für Quartier und Verpflegung der Offiziere und Mannschaften Sorge tragen. Die mobilen Nationalgarden sind während ihrer Vereinigung denselben Disziplinarbestimmungen unterworfen, wie die für die gegenwärtige Nationalgarde vorhandenen Offiziere, Unteroffiziere und Korporäle stehen während des Dienstes unter den militärischen Disziplinargesetzen. Als vorübergehende Bestimmung wird aufgestellt, daß von dem Tage der Promulgation des Gesetzes an die Junggesellen und kinderlosen Wittwer, die in den Jahren 1866, 1865, 1864 und 1863 ausgedient haben, der Nationalgarde anzugehören haben, und zwar die der Klasse 1866 vier, die von 1865 drei und die von 1864 und 1863 je zwei Jahre lang.

Paris, 9. Juni. In Bezug auf das Attentat verlauten noch folgende Einzelnheiten. Der Stallmeister des Kaisers, Raimbaud, ließ sein Pferd eine starke Volte schlagen, um es zwischen den Mörder und die Fürsten zu bringen. Die Kugel ging durch die Nase des Pferdes zwischen den beiden Kaisern und den Großfürsten durch und verwundete eine Dame an der andern Seite des Wagens. Das Blut des Pferdes spritzte auf den Czaren und den Thronfolger. Die zweite Kugel entlud sich nicht, da der Lauf platzte. Der Mörder ist durch die Explosion am Daumen verwundet, er war erst vor zwei Tagen aus Belgien gekommen. „Debats" melden, auch die Uniform des Kaisers Napoleon zeige Blutflecken. — Die Dame, welche auf der anderen Seite des Wagens stand und verwundet wurde, ist Frau Laborie, Frau eines Generalrathes im Tarn-Departement; der Schuß traf sie an der Schläfe, die Wunde ist jedoch nicht gefährlich. Das Pferd von Raimbeaux, Stallmeister des Kaisers, erlag der Kopfwunde. Berezowski hat sich die linke Hand schwer verletzt. Er fiel in Ohnmacht, als er ergriffen wurde, und erhielt erst nach einer Stunde im Stadthause die Besinnung wieder. Der Kaiser Napoleon erhob sich sofort nach dem Attentate und schwenkte seinen Hut, um dem Volke zu zeigen, daß die Kaiser unverletzt seien. Ein endloses „Vive l'Empereur, Vive le Czaar!" erhob sich auf allen Seiten. Der Czaar gerieth einen Augenblick in Besorgniß, als er seinen Sohn, den Thronfolger, ganz mit Blut bedeckt sah. Es war das Blut von dem Pferde. In mehreren Städten werden bereits Adressen an den Kaiser unterzeichnet; man hofft, daß diese Kundgebung allgemein werde. Die ersten Fragen, die man dem Mörder auf der Polizeipräfektur stellte, bezogen sich auf seine Nationalität. Er erklärte sogleich in sehr ruhigem Tone, daß er ein Pole wäre und gab ohne Zögern seinen Geburtsort und sein Alter an. „Wie konnten Sie", fragte man ihn, „auf einen Souverän schießen, welcher der Gast Frankreichs, der Gast jener Regierung ist, die Sie aufgenommen, beschützt, ernährt hat?" „Ja, das ist wahr", antwortete Bertzowski, „ich beging ein großes Verbrechen gegen Frankreich." Und er brach in Thränen aus. „Aber indem Sie auf den Czaren schossen, hätten Sie ja den Kaiser Napoleon tödten können." „O nein, die Kugel eines Polen konnte sich nicht verirren; sie mußte gerade auf den Czaren gehen. Ich wollte die Welt und den Kaiser Alexander selbst von den Gewissensbissen befreien, welche ihn erdrücken müssen." Er erklärte zu wiederholten Malen, daß er Niemanden sein Vorhaben mitgetheilt hätte, aus Furcht verrathen zu werden. Er ist sehr ruhig und legt eine bedeutende Intelligenz an den Tag. Er liest die Protokolle seines Verhörs stets aufmerksam durch, ehe er sie unterschreibt. Als er erfuhr, daß er sein Ziel verfehlt habe, soll er, wie ein Augenzeuge erzählt, vor Wuth außer sich gewesen sein.

Im Verhöre gab Berezowski (so die richtige Schreibung) an, er sei vor zwei Jahren nach Frankreich gekommen, wo er zuerst von den Unterstützungen gelebt habe, welche die französische Regierung den polnischen Flüchtlingen zukommen läßt, bis er in der Maschinenwerkstätte der HH. Weil u. Comp. und dann in der des Hrn. Gouin Arbeit gefunden habe. Die Unterstützungen habe er jedoch weiter bezogen, und noch am letzten Dinstag, als er seine Arbeit verließ, eine solche außerordentliche von 22 Frcs. in Empfang genommen. Der Gedanke, den Czaren zu tödten, sei ihm am Abend des Montag gekommen, als derselbe aus der Oper zurückgefahren sei; er habe sich damals auf dem Boulevard befunden und die Rufe: vive la Pologne gehört, aber nicht in dieselben eingestimmt, sondern bedauert, daß er keine Pistole bei sich habe. Gekauft habe er die, womit er die That verübte, am Mittwoch bei einem Waffenschmied auf dem Boulevard de Sebastopol für 9 Franken. Da er bemerkt habe, daß

die ihm gelieferten Kugeln zu klein seien, so habe er selbst solche zu gießen versucht, da ihm dies aber nicht gelungen sei, nur die empfangenen etwas vergrößert.

Paris, 10. Juni. Der Czaar und seine beiden Söhne reisen morgen nach Fontainebleau, der Kaiser, der König von Preußen und der Kronprinz werden sie begleiten. Der Czaar und die Großfürsten reisen von dort über Darmstadt und Stuttgart nach Berlin, wo sie in sechs Tagen ankommen werden. Der Großherzog und die Großherzogin von Baden werden zwischen dem 15. und 20. d. M. hier ankommen, der Kronprinz und die Kronprinzessin von Sachsen am 17., der König von Schweden kommt im Juli nach Vichy. Die Liberté versichert, der Czaar habe den Wunsch ausgesprochen, daß Beresowski nicht hingerichtet werden möge. — Der Kronprinz von Preußen begab sich um 9 Uhr in die Ausstellung und besah sich zunächst das Material für die Verpflegung der Kranken im Kriege, dann das englische Kriegsmaterial und die englische Abtheilung überhaupt. Um Mittag frühstückte er in den Tuilerien und besuchte dann um 3 Uhr das Arsenal und danach die Klinik. — Der heutige Ball in den Tuilerien war sehr glänzend. Der Czaar, der König von Preußen und die übrigen fürstlichen Gäste wohnten demselben an. Die brillante Illumination hatte große Menschenmassen herbeigezogen.

Paris, 11. Juni. Der gestrige Ball in den Tuilerien, dem der Czar, der König von Preußen und die anderen fürstlichen Persönlichkeiten beiwohnten, fiel sehr glänzend aus.

Florenz, 7. Juni. Die politische Welt ist sehr bestürzt in Folge der Schwierigkeiten, die sich dem Finanzprojekte neuerdings in den Weg setzen. Man fühlt allgemein, daß, wenn der gegenwärtige Moment verpaßt wird, Italien in endlose Verlegenheit gerathen muß. Der von Aloisi gestellte Antrag, obgleich in Folge eines Parlaments-Beschlusses in Betracht gezogen, findet im Publikum wie auch bei den Deputirten wenig Anklang. Er wurde einem Ausschusse zur Prüfung überwiesen, bloß weil auch die Convention Erlanger sich nicht der Sympathie des Parlaments erfreut. Rattazzi und Ferrara bemühten sich beide, den Deputirten klar zu machen, welche Tragweite ihre Verwerfung des Regierungsvorschlages haben würde. Der König ist sehr übel gelaunt. Auch der Tod der Erzherzogin Mathilde soll einen sehr niederschlagenden Eindruck auf ihn hervorgebracht haben. Er und seine Umgebung hatten die Verbindung zwischen dieser Prinzessin und seinem Sohne lebhaft gewünscht. Es sind neben diplomatischen Rücksichten insbesondere financielle, welche den König Victor Emanuel von dem kostspieligen Besuche in Paris abhalten. Frau Rattazzi soll sich mit Bedauern über das Unterbleiben dieser Reise aussprechen. (K. Z.)

London, 8. Juni. Die „Times" bespricht das Todesgeschick der *Erzherzogin Mathilde*, „der erhofften Stammesmutter der künftigen Könige Italiens, Sprößlings aus einem der würdigsten Zweige des Hauses Habsburg, Tochter des Siegers von Custozza und Enkelin des Siegers von Aspern", in gefühlvollen Worten. „Kaiserliche und königliche Frauen", sagt sie u. a., „haben in unserer Zeit wichtige Rollen gespielt. Eine stand in der Bresche der letzten Festung, von welcher die Fahne ihres Gemahls wehte; eine andere segelte über den Ocean in einer Mission auf Leben und Tod mit ihrem kaiserlichen Gatten. Der Hochsinn einer Marie Sophie von Neapel, die gränzenlose Hingebung einer Charlotte von Mexiko, die leidende aber würdevolle Haltung einer Königin Marie von Hannover nehmen unsere lebendige Sympathie in Anspruch, und greifen in das politische Interesse hinüber; hier aber, bei dem tiefrührenden und thränenwerthen Hinscheiden der jugendlichen und schönen Mathilde von Oesterreich, stehen wir vor einem Todesgeschick, worin der Mensch, je nach seiner Denkungsart, entweder nur das grausame Spiel eines blinden Verhängnisses, oder den Finger einer unerforschlichen Vorsehung erblicken kann. Jedenfalls, das läßt sich ohne allen Aberglauben sagen, muß der gescheiterte Plan einer ehelichen Verbindung zwischen den Häusern Savoyen und Habsburg als ein ungünstiges Ereigniß für Italien und Oesterreich betrachtet werden. . . . ." Auf die Krönung in Pesth übergehend, welche trotz dieser häuslichen Trübsal in der Hofburg stattfinden mußte, schließt das Blatt mit den Worten: „Außerhalb Englands gehören die Monarchen nicht sich selbst oder ihren Familien an; Privatsorgen müssen ihren öffentlichen Pflichten geopfert werden. Niemals seit dem Schlusse der Revolutionskrisis von 1848 schien das Glück des Hauses Oesterreich wieder mehr im Aufgang zu sein, als im jetzigen Augenblick. Versöhnt mit den Magyaren, im Frieden mit den Deutschen, konnte Franz Joseph fragen: ob ein Mensch der „Unglückliche" heißen dürfe vor seiner Sterbestunde? Er hätte wieder an sein Glück glauben können — ohne Queretaro und Miramar, ohne das offene Grab der jungen unglücklichen Mathilde. Diese Verwicklung häuslichen Leids stößt den Labebecher von der Lippe zurück, die er kaum berührt hatte, und breitet über den Volksjubel die Düsterheit eines ahnungsvollen Weh's."

London, 8. Juni. In einem Leitartikel über das Pariser Attentat spricht sich die „Times" gegen die Theorie aus, welche einen Unterschied zwischen politischem Morde und gemeinem Meuchelmorde aufstellt. Sie glaubt zwar nicht, daß das Attentat auf den Kaiser Alexander aus einer Verschwörung hervorgegangen ist, schließt aber doch mit der Warnung, die „moderne Revolutions-Partei auf dem Continente ist in Verdacht, Doctrinen zu dulden, wenn nicht zu verbreiten, welche, praktisch ausgeübt, Europa auf den Standpunkt der Anarchie bringen würden, wie Mexiko. Es ist kein gelegenerer Moment, wie der gegenwärtige, für alle, welche Einfluß in derselben haben, solche Doctrinen auf das bestimmteste zu verwerfen."

Von der polnischen Grenze, 7. Juni. Das Attentat auf den Kaiser von Rußland hat in allen Schichten der polnischen Bevölkerung die entschiedenste Entrüstung hervorgerufen, denn sie verdammen nicht nur das Verbrechen, sondern fürchten auch, und wohl nicht mit Unrecht, die politischen Folgen desselben. Anfangs suchten einzelne dasselbe als ein russisches Polizei-Manöver darzustellen, doch sie fanden keinen Glauben, am wenigsten wohl bei sich selbst. Nunmehr suchen sie sich damit zu beruhigen, daß das Verbrechen unmöglich als das Produkt einer Verschwörung, sondern nur als die That eines Wahnsinnigen angesehen werden könne, denn welche günstige Folgen der polnischen Nation selbst aus dem Gelingen der That hätten erwachsen können, ist nicht abzusehen. Allgemein aber ist die Furcht vor den Folgen des Attentats, denn man wagt es kaum zu hoffen, daß der Czaar seinem russischen Volk gegenüber das Attentat als den Akt eines Verrückten unbeachtet lassen könne, daß vielmehr der bittere Haß der großen Masse des russischen Volkes gegen die Polen den Monarchen zwingen werde, auf dem Wege der Incorporirung des Königreichs Polen entschieden vorzugehen. Viele glauben daher, daß der bekannte Spruch: „Finis Poloniae" nicht in dem Sturze Kosciuszko's, sondern in diesem unseligen Attentat seine Berechtigung finden könne; sie fürchten demzufolge zunächst, daß der Kaiser, nachdem er eben erst die Amnestie bewilligt, seinen Plan, Warschau auf der Rückreise zu besuchen, ganz aufgeben könne, und halten es daher für empfohlen, eine Deputation nach Paris zu entsenden, um den Monarchen im Namen des polnischen Volks wegen seiner Errettung zu beglückwünschen. Ob dieser Vorschlag zur Ausführung kommen wird, ist zur Zeit noch nicht zu übersehen. Jedenfalls darf an eine Aufhebung des Belagerungszustandes, die man so dringend wünscht, in diesem Augenblick wohl kaum gedacht werden. Daß dem Kaiser Napoleon durch diese That eine große Verlegenheit bereitet worden, ist nicht in Abrede zu stellen, doch hört man vielfach die Aeußerung: das sei die Folge davon, daß er sein Paris so bereitwillig zum Asyl aller compromittirten Emigranten gemacht habe, die er doch wohl eventuell als Werkzeuge habe benutzen wollen. Wenn die „Posener deutsche Zeitung" sagt, daß man in Paris wohl eine Ahnung von dem Attentat gehabt habe, weil viele dortige Polen die Stadt während der Anwesenheit des Kaisers Alexander verlassen hätten, so scheint eine solche Voraussetzung doch etwas zu gewagt, weil es sehr gut denkbar ist, daß polnische Emigranten, die in dem Kaiser den Unterdrücker ihres Vaterlandes erblicken, ihren Aufenthaltsort zeitweilig verlassen, um nicht Zeugen der Huldigungen zu sein, die zu Ehren desselben veranstaltet werden. An diesem Attentat, meint die „Posener Zeitung" stirbt die polnische Frage; beide Kaiser werden sich über das unglückliche Polen hinweg freundschaftlich die Hand reichen, um eine Frage zu lösen, welche vielleicht bestimmt ist, alle andern europäischen Fragen zu begraben. Nach dem „Czas" ist Polen nunmehr todt; nach dem Attentat ist es für den Kaiser Napoleon eine bare Unmöglichkeit noch etwas für Polen zu thun. Die „Posener Zeitung" sagt sogar, alle Welt sei jetzt berechtigt zu sagen: unter diesen Leuten werden die Meuchelmorde stationär! Jedenfalls wird die Partei der Altrussen in St. Petersburg einen entschiedenen Sieg davon tragen. (A. Ztg.)

Konstantinopel, 1. Juni. Nachdem der Scheikh-ul-Islam die letzten aus dem Koran entspringenden Bedenken, die sich der *Reise des Sultans* nach dem Auslande entgegenstellten, durch einen Fetwa beseitigt, werden nunmehr die Vorbereitungen zu derselben eifrig betrieben. Der Dampfer „Sultanieh" wurde neu decorirt und im Hauptsalon ein Thron errichtet; aus den Provinzen sind zwanzig Mitglieder der vor Kurzem entlassenen Nobelgarde einberufen worden, die des Großherrn persönliche Escorte bilden sollen, und obschon Herr Bourée erklärte, daß in den Tuilerieen keine Geschenke angenommen werden würden, da der Sultan des Kaisers persönlicher Gast sei, so hat der Sultan doch ein Modell seines Kiosk an den süßen Wassern

Digitized by Google

in Europa aus Gold und Edelsteinen anfertigen lassen, das einen Werth von mehr als 60,000 Pf. St. haben soll und zum Geschenke für die Kaiserin bestimmt ist. Die türkischen Gesandten in London, Paris, Berlin und Wien haben telegraphisch berichtet, daß die Nachricht von der Reise des Sultans an den dortigen Höfen den besten Eindruck gemacht habe. Die Panzer-Fregatte Sultan Mahmud und ein Schrauben-Linienschiff werden dem Dampfer Sultanich das Geleite geben; außerhalb der Dardanellen wird sich das französische Levantegeschwader anschließen, welches die Escorte bis Toulon bildet, und vielleicht kommt später auch das englische Mittelmeergeschwader unter Lord Paget dazu. — Die drei türkischen Zeitungen „Muhbir“, „Vatan“ und „Outarid“ wurden von der Pforte unterdrückt. Der Redacteur der ersteren, Ali Bey, dann Kemal Efendi, Exredacteur der „Tasvir-Effiar“, und Zia Bey, früher einer der Günstlinge des Sultans, zuletzt zum Gouverneur von Cypern ernannt, sind nach Paris geflohen und wurden alle drei degradirt und für immer verbannt. — Zwischen einer Abtheilung türkischer Cavallerie und einer Insurgentenschaar bei Maurokhori an der Gränze von Epirus fand ein Scharmützel Statt, wobei letztere über die Gränze zurückgeschlagen wurde. Aus Volo (Thessalien), 20. Mai, wird gemeldet, daß Insurgenten und griechische Freiwillige sich unter dem Commando von Karaouli und Alessandri bei Aspropotamos concentrirt haben. Ein Fremder „mit langem schwarzen Barte“, der nicht Griechisch versteht, soll ihre Bewegungen leiten. (Tr. Ztg.)

Neueres.

Pesth, 11. Juni. Die Rundreise Sr. Majestät des Kaisers durch die Komitate Ungarns ist wegen des Ablebens der Erzherzogin Mathilde aufgeschoben. Hunderttausend Dukaten haben Ihre Majestäten den Wittwen und Waisen der Honveds gewidmet. Am Mittwoch reisen die Erzherzoge ab, Abends findet im Nationaltheater eine außerordentliche Festvorstellung statt. Heute Abends findet ein Banket statt, das Bürgermeister Zelinka dem Pesther Festausschusse gibt. Die Mehrzahl der Fremden ist bereits abgereist. Die Rückführung der öffentlich ausgestellten Kroninsignien in die kaiserlichen Gemächer wurde unter den gleichen Ceremonien, wie am Freitage, heute Vormittags vollzogen.

Paris, 11. Juni. Der Czar wird heute mit seinen Söhnen Fontainebleau besuchen. Kaiser Napoleon, König Wilhelm und die Prinzen werden ihn begleiten. Der Czar wird mit seinen Söhnen Fontainebleau denselben Abend verlassen und sich nach Darmstadt und Stuttgart begeben. — Der Minister des Auswärtigen, Marquis de Moustier, ist zum Großkreuz der Ehrenlegion ernannt.

Madrid, 11. Juni. Der Staatsminister Calonge gab seine Demission; der Marineminister Castro wurde zu seinem Nachfolger und Marfori zum Marineminister ernannt. — Die „Epoca“ schreibt: „Nach glaubwürdigen Gerüchten soll die Königin sich nach Rom begeben, um der hundertjährigen Feier beizuwohnen und entweder früher oder später auch die Ausstellung besuchen.

Florenz, 11. Juni. Die Kommission für das Kirchengütergesetz hat sich zweimal versammelt, um gemäß des erhaltenen Mandates einen Gegenentwurf aufzustellen. Die Kommission hat Ferraris zu ihrem Präsidenten ernannt.

Belgrad, 10. Juni. Fürst Michael von Serbien begibt sich in nächster Zeit Behufs ärztlicher Consultation nach Wien und tritt hierauf die Reise nach Paris, London und St. Petersburg an.

Belgrad, 10. Juni. Heute um 11 Uhr wurde in der Metropolitankirche ein feierliches Tedeum für die Rettung des Kaisers von Rußland abgehalten. Alle Minister, sämmtliche Konsulate und Offiziere und eine große Volksmenge waren dabei gegenwärtig. Die Festung ist beflaggt und sind die meisten Läden geschlossen.

Alexandrien, 10. Juni. Der Vizekönig ist heute Morgens nach Paris abgereist.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger“ erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	68 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62¾—⅞ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55¾—⅞ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	47¾ G.
„	4½pCt.	42 P.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 P.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 G.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	94⅝ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	89¾ G.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	89¼ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	94⅛ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	83 P. 82¾ G.
Baden	4½pCt. Obl.	93¾ P.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	83¾ P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	91½ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	96 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	88 G.
„	3½pCt. Obl. dto.	82¾ P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	82 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	85½ P.
N. Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	78½ P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	78 P. 77¾ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	128¼ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	685 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	179—79½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90½ G.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	208 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	320 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	220½—21 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	151¼ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	107¾ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49½ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72¾ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	44⅞ P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	116⅜ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅛ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Thl. 60 k. S.	105¼ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97¼ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅜ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105¼ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅜ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ G.
London Lst. 10 k. S.	119¼ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99⅞ P.
Paris Frs. 200 k. S.	94¾ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	95⅜ P. ⅛ G.
do. in öst. W. l. S.	95¼—⅛ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	116 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63¾ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	72½—⅜ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	122¼ P.
„ do. v. 1864	74½ P. ¼ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99¾ P. ⅝ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	53⅛ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54¼ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	142¼ P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35¼ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs. Loose	—
Mailänder 45 Frs. ... b. R.	—
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11 G

Frankfurt, 12. Juni. Da an dem politischen Horizonte augenblicklich weder eine Wolke noch ein Wölkchen zu entdecken ist und das ewige Deportzahlen die Baissespekulanten unangenehm berührt, so genügten etwas bessere Wiener Morgennotirungen, um einige derselben so bedeutend zu beeinflussen, daß sie es vorzogen, ihre Position zu liquidiren und für den morgenden Medio die zu liefernden Effekten anzukaufen. Bei dem gegenwärtigen beschränkten Geschäft bewirkte dies bei Creditaktien eine weitere Steigerung von 1½ fl. und bei Staatsbahn 1 fl.; eben so wurden Oesterreicher Loose circa ½ pCt. und auch alle übrigen österreichischen Effekten besser bezahlt. In süddeutschen wenig Geschäft zu unveränderten Coursen. Alle Sorten 3proc. Prioritäten waren etwas mehr angeboten, Siebenbürger zu 66 umgesetzt. Amerikaner, eine Kleinigkeit besser wie gestern bezahlt, bleiben wie bisher das bevorzugteste Anlagepapier. Für Wechsel auf Wien, London und Paris wurden heute wieder höhere Preise bewilligt. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 163.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 14. Juni 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 12. Juni. Se. Majestät der König hat den k. außerordentl. Gesandten und bevollmächtigten Minister am k. großbrit. Hofe, A. Frhrn. v. Cetto, auf sein Ansuchen von diesem Posten abgerufen und unter dem Ausdrucke der allerh. Zufriedenheit mit dessen vieljährigen treuen Diensten in den Ruhestand treten lassen; den k. Ministerialrath extra statum im Staatsministerium des k. Hauses und des Aeußern, K. Grafen v. Tauffkirchen, zum k. außerordentl. Gesandten und bevollmächtigten Minister an dem kais. russischen und kgl. schwedischen Hofe ernannt; den k. Ministerresidenten an dem k. belgischen und dem k. niederl. Hofe, Legationsrath M. Grafen v. Marogna, mit Rücksicht auf dessen leidende Gesundheit von besagten Höfen abgerufen und unter dem Ausdrucke der allerh. Zufriedenheit mit dessen bisherigen Dienstleistungen in den Ruhestand treten lassen; den in Disponibilität stehenden Grafen Fr. v. Quadt-Wickradt-Isny zum k. außerordentl. Gesandten und bevollmächtigten Minister an dem k. belgischen und dem k. niederl. Hofe ernannt; den k. Ministerresidenten in der Schweiz, Legationsrath E. Frhrn. v. Niederer, von diesem Posten abgerufen und zum k. außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am großh. badischen Hofe ernannt; die hiemit erledigte Stelle eines k. Ministerresidenten bei der schweizerischen Eidgenossenschaft dem in Disponibilität stehenden k. geh. Legationsrathe Dr. W. v. Dönniges verliehen und den k. Ministerial-Accessisten im k. Staatsministerium des k. Hauses und des Aeußern, Frhrn. R. v. Tautphöus, zum k. Legations-Sekretär bei der k. Gesandtschaft am k. italienischen Hofe in provis. Eigenschaft ernannt; von der Wiederbesetzung der Stelle eines weltlichen Consistorialrathes bei dem k. protest. Consistorium Speyer bis auf Weiteres Umgang zu nehmen, dagegen dem genannten Consistorium einen Assessor mit dem Range eines Regierungsassessors beigegeben und diese Stelle dem bisherigen Bezirksamtsassessor Th. Wand in Pirmasenz und zwar unter Fortdauer seines Dienstesprovisoriums verliehen; unter den für die 1. prot. Pfarrstelle in Lindau in Präsentation gebrachten Geistlichen dem bisherigen Pfarrer in Bergen, Dek. Thalmessingen, Jos. K. M. Wörlein, die landesfürstliche Bestätigung ertheilt; den Landrichter J. Mayer in Vilseck wegen nachgewiesener Dienstesunfähigkeit in den nachgesuchten zeitlichen Ruhestand, vorerst auf die Dauer eines halben Jahres, treten lassen, und auf dessen Stelle den Landg.-Assessor A. Pettendorfer in Weiler befördert und an dessen Stelle den Gerichtsschreiber A. v. Rebay in Ottobeuren ernannt; dann auf die in Kelheim erledigte Notarstelle den Notar zu Neuburg v W. J. Stadler, seinem Ansuchen entsprechend, versetzt.

München, 12. Juni. (Rinderpest.) Laut Anzeige vom 11. d. M. wurde in Tiefenthal (Bezirksamts Ansbach) ein Rinderpestfall constatirt. (B. Z.)

** **München,** 11. Juni. Der Gesetzgebungsausschuß nahm heute seine durch die Pfingstfeiertage unterbrochenen Sitzungen wieder auf und fuhr in der Berathung des III. Abschnittes im Gantverfahren, welcher von dem Verfahren bis zur Gläubigerschaft handelt, fort. In den Art. 1099—1100 sind noch die Folgen der Versäumung der Anmeldung von Forderungen enthalten. Der Ausschuß trat im Art. 1099 dem Referate bei und ebenso im Art. 1100, nur bestimmte er noch weiter, daß eine Restitution nur noch insolange zuläßig sei, als die Masse noch nicht vertheilt ist. Sodann wurde der Art. 1101 a des Referenten als Art. 1100 a eingeschaltet, der die Bestimmung enthält, welche Forderungen anzumelden sind. Die Art. 1101—1105 handeln von der Anmeldung selbst und fand hier im Wesentlichen der Entwurf mit den Modifikationen des Referates Annahme. Im IV. Abschnitte enthalten die Art. 1106—1108 die Bestimmungen über die Betheiligung des Schuldners, Massenverwalters und Commissärs. Der Referent beantragte Begutachtung, welcher der Ausschuß im Wesentlichen beitrat. Gleiches fand statt bezüglich der Art. 1109—1110 von dem Vergleiche, nur daß im Art. 1109 noch in Konsequenz früherer Beschlüsse eine Bestimmung, daß für den Fall der Verhaftung des Schuldners derselbe sofort nach dem Vergleiche aus derselben zu entlassen sei, eingesetzt wurde, sodann bezüglich der Art. 1111—1113, die Bestimmungen über die Liquidation enthaltend. Art. 1114 wurde nach dem Vorschlage des Referenten gestrichen; die Art. 1115 und 1116, bezüglich der Beschlüsse der Gläubigerversammlung, fanden im Wesentlichen nach dem Referate Annahme, Art. 1117 wurde nach Vorschlag des Referenten gestrichen. Die Artikel 1118—1123 enthalten die Normen für den Gläubigerausschuß. Auch hier trat der Gesetzgebungsausschuß im Wesentlichen dem Entwurfe und den vom Referenten beantragten Modifikationen bei, womit der IV. Abschnitt erledigt war und die Sitzung schloß.

München, 12. Juni. Von hier aus gingen jüngst Ministerialrath Kalb und Oberstaatsanwalt Schab nach Braunschweig ab, wo die ständige Deputation darüber Beschluß fassen wird, ob heuer der Juristentag zusammentreten soll. Die genannten Herren haben von dem hiesigen Juristenverein das Mandat, München als Ort der Zusammenkunft auf's Neue in Vorschlag zu bringen, und es ist wahrscheinlich, daß der Antrag zum Beschluß erhoben wird. Als Festzeit sind der 27., 28. und 29. August in Aussicht genommen. (Fr. J.)

Heidelberg, 11. Juni. Unsere Universität hat einen neuen schweren Verlust erlitten. Heute früh starb unerwartet nach kurzem Unwohlsein (an den Folgen einer Diphteritis) der Professor der Chirurgie und Vorstand der chirurgischen Klinik, Dr. Otto Weber, der vor zwei Jahren an die Stelle des Geh. Raths Chelius von Bonn hierher berufen worden war. Dr. Weber stand noch im kräftigsten Mannesalter, er hatte das 39. Lebensjahr eben erst zurückgelegt. Sein Ruf als ausgezeichneter Lehrer und vorzüglicher chirurgischer Operateur war wohlbegründet und selbst über Deutschlands Gränzen hinaus verbreitet. Bei uns hat er hauptsächlich den Anstoß zum Neubau eines neuen großartigen akademischen Krankenhauses gegeben. — Von Seiten des großh. Kriegsministeriums ist der hiesigen Gemeindebehörde die Mittheilung geworden, daß die Regierung beabsichtige, in Folge des vermehrten Militärstandes eine ständige Garnison, bestehend in einem Bataillon Infanterie und einer Schwadron Cavallerie, hieher zu verlegen. Das Hauptmotiv scheint zu sein, um den freiwilligen Einstehern Gelegenheit zu geben, während ihrer einjährigen Dienstzeit zugleich ihre Studien fortsetzen zu können — ein Verfahren, das bekanntlich auch in Preußen eingehalten wird. (A. Z.)

Feuilleton.

Vermischtes.

Die ungarischen Reichstagsinsignien, welche bei der Krönungsfeierlichkeit eine große Rolle spielen, sind nach einer Korresp. in der „N. Zürich. Z." folgende: Die goldene, mit Perlen und Edelsteinen reich besetzte, mit den Bildnissen des Heilandes und der Apostel geschmückte Krone des heiligen Stephan, das Szepter und der Reichsapfel aus Gold, der seidene, goldgestickte, über acht Pfund schwere Krönungsmantel und das zweischneidige, damaszirte Stephansschwert. Sonst bleiben diese Insignien unter dem Siegel des Königs und des ersten Kronbeamten in einem eisernen Kasten, der Cista, verschlossen, das ganze Jahr hindurch im Schlosse zu Ofen unter strengster Aufsicht. Die Krone des heiligen Stephan, die sogenannte heilige Krone, ist, sowie der Krönungsmantel, über 800 Jahre alt; ihr Stirnband ist der Sage nach ein Geschenk des griechischen Kaisers Michael Dukas; der über dem Kronhute sich kreuzende Doppelbogen soll ein Bruchstück von jener Krone sein, welche Papst Sylvester II. seinem streitbaren Apostel, dem König Stephan d. Heiligen zum Geschenke machte. Die prachtvollen Goldstickereien auf dem Krönungsmantel rühren von der eigenen Hand der Königin Gisela, der Gemahlin Stephans des Heiligen, her. Das Schwert dagegen ist höchst wahrscheinlich neueren Ursprungs. Die hohe Bedeutung, welche die Reichsinsignien, besonders Krone und Schwert, in den Augen des Volkes für den Krönungsakt haben, läßt sich auf eine alte Tradition zurückführen, nach welcher derjenige als legitimer Herrscher Ungarns anzusehen ist, welcher die Krone des heiligen Stephan auf dem Haupte trägt und auf dem Krönungshügel zu Preßburg das Schwert desselben nach den vier Himmelsgegenden schwingt. Darum suchte auch der ungarische Diktator Kossuth, als er im Jahre 1849 sein Vaterland verließ, die Kroninsignien dem Hause Habsburg zu entziehen, indem er sie in der Nähe von Orsowa vergrub, wo sie jedoch vier Jahre später durch das kaiserliche Militär wieder aufgefunden wurden.

Darmstadt, 10. Juni. Bei dem gestrigen Festessen aus Anlaß des Geburtstags des Großherzogs brachte der Ministerpräsident, Frhr. v. Dalwigk, folgenden Toast aus: „Meine Herren! Das Jahr, seit wir aus gleichem festlichen Anlasse zum letzten Male hier versammelt waren, bis heute ist reich an schmerzlichen Erfahrungen, an ernsten Warnungen. Und der Blick in die Zukunft ist wahrlich kein wolkenloser. Aber ein Trost, ein Lichtpunkt ist uns geblieben. In dem Feuer der Prüfungen hat sich das lautere Gold der alten hessischen Treue bewährt, dieses Erbtheiles unseres Volkes. Möge Gott diese Treue belohnen, möge er immer schützend wachen über unserem theueren Vaterlande, über unserem geliebten Großherzoge und seinem Hause. Und in diesem Gefühle bitte ich Sie, meine Herren, mit mir das Glas zu erheben und einzustimmen in den Ruf: Hoch lebe Se. kgl. Hoheit der Großherzog!“ Freudig stimmten die zahlreich Versammelten in den Ruf des Ministerpräsidenten ein. Dem dreifach donnernden Hoche folgte die Volkshymne. (Darmst. Ztg.)

Darmstadt, 11. Juni. Nach einem hiesigen Blatte wäre der von Geh. Legationsrath Hofmann mit dem preußischen Gouvernement in Betreff der Post abgeschlossene Vertrag Seitens unseres Ministeriums nicht ratifizirt worden und werde Oberpostdirektor Stephan von Frankfurt zur Lösung weiterer Verhandlungen in den ersten Tagen dahier eintreffen. Drei höhere preußische Offiziere sind heute in einer militärischen Mission hier eingetroffen.

Aus Berlin, 11. Juni, berichtet die ┼ Correspondenz der „Köln. Ztg.“: „In den Angaben über die Uebereinkunft oder den Präliminarvertrag vom 4. Juni findet hier und da in der Presse, allem Anscheine nach, eine Verwechslung zwischen diesem Vertrage und dem Protokolle der Minister-Conferenz statt. Das letztere, von sämmtlichen Bevollmächtigten unterzeichnet, hat nur, wie versichert wird, den Gang der Verhandlungen constatirt, wobei sich Bayern seine Entschließungen vorbehalten hat. Der Präliminarvertrag selbst, welchem Württemberg, Baden, Darmstadt beigetreten sind, soll, wie versichert wird, neun Artikel enthalten und namentlich die Competenz, sowie die Organe der Zollvereins-Gesetzgebung in dem mehrfach bezeichneten Sinne durch den erweiterten Reichstag und Bundesrath feststellen. Die Nachricht einiger Blätter, daß die Stimmen in dem erweiterten Bundesrathe auch für die süddeutschen Staaten ganz wie im früheren Plenum vertheilt wären, stimmt mit unseren Nachrichten nicht überein. Wie von gutunterrichteter Seite versichert wird, soll Bayern im Bundesrathe für Zollangelegenheiten sechs Stimmen erhalten, zwei mehr als im früheren Plenum, wo es vier hatte. Die anderen süddeutschen Stimmen sind wie im früheren Plenum vertheilt. Die neu hinzutretenden Stimmen wären also für Bayern sechs, für Württemberg vier, für Baden drei, für das Großherzogthum Hessen drei. Von den letzteren muß die eine hessische, die schon durch die norddeutsche Bundesverfassung für Oberhessen festgestellt ist, abgezogen werden. Es treten also zu den 43 der Bundesverfassung 15 neue hinzu, im Ganzen 58. — In der Zollconferenz der Fachmänner wird es sich unter Anderem auch um die Steuern des Zollvereins handeln. Preußen soll ursprünglich den Wegfall der Uebergangssteuern im ganzen Zollverein auch für Branntwein und Bier, die bekanntlich innerhalb des Zollvereins in den verschiedenen Ländern verschieden besteuert sind, gewünscht haben und wahrscheinlich noch jetzt wünschen. Man bezweifelt indessen, daß dies, wenigstens was die Uebergangssteuern auf diese Getränke angeht, durchdringen werde.“

Berlin, 11. Juni. Der „Staats-Anzeiger“ meldet: „Das Verbot der Berner Zeitung, „Der Bund,“ vom 30. März 1863 ist mittelst Bekanntmachung vom 4. Juni wieder aufgehoben.

Wien, 11. Juni. Die Tage der Pesther Krönungsfeier sind vorüber und der Festjubel beginnt zu verrauschen, der erhebende Eindruck aber, welchen das Fest bei allen Betheiligten zurückgelassen und der durch keinen Mißklang gestört wurde, wird fortleben. Der hinreißende äußerliche Prunk der Pesther Krönungswoche bildete den glänzenden Rahmen zu einem herrlichen Bilde, dem der völligen Versöhnung zwischen einem Fürsten und seinem Volke. Daß es ein Versöhnungsfest in der vollsten und schönsten Bedeutung des Wortes war, welches in den letzten Tagen in der ungarischen Hauptstadt gefeiert wurde, tritt immer herrlicher zu Tage. Nicht blos hat der König den neuen verfassungsmäßigen Bund mit seinem ungarischen Volke eidlich besiegelt, sondern er hat auch den dichtesten Schleier über jene unselige Vergangenheit gezogen, von der sich das tiefe Zerwürfniß zwischen der Wiener Hofburg und dem Reiche einerseits und den ungarischen Ländern andererseits herschrieb. Zur Bekräftigung dessen wird ein königlicher Akt aus Pesth gemeldet, welcher drastischer nicht gedacht werden könnte. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin haben jene bedeutende Summe von hunderttausend Dukaten, welche ihnen vom ungarischen Landtage der Sitte gemäß als Krönungsgeschenk votirt worden, den Wittwen und Waisen der in den Jahren 1848 und 1849 gefallenen, sowie den verkrüppelten Honveds geschenkt. Der Kaiser sorgt für die Hinterbliebenen jener Männer, welche gefallen waren, als sie die Waffen gegen seinen Vorgänger und ihn ergriffen hatten, oder hingerichtet wurden, als der weitgehende Eifer der mit diktatorischer Gewalt ausgerüsteten kaiserlichen Generale die Ordnung im Lande wiederherzustellen begann. Hochherziger ist das „Vergeben und Vergessen“ niemals geübt, edler das wiedergewonnene Vertrauen des Fürsten zu seinem Volke niemals bethätigt worden. Der Eindruck dieses Aktes auf das Land wird ein unverwischbarer sein. Völlig ebenbürtig reiht sich hieran die kaiserliche Amnestie, welche für alle politisch Verurtheilten und Kompromittirten Ungarns erlassen worden ist. Die ungarische Emigration hat damit aufgehört zu existiren, und da auch die mit den betreffenden Verurtheilungen verbundenen Vermögens-Konfiskationen aufgehoben worden sind, so ist von Ungarn jener finstere Geist gänzlich gewichen, der die politischen Sünden der Väter straft „bis in's vierte Glied.“ Alle jene ebenso unglücklichen Männer, welche seit nahezu zwei Dezennien heimathlos in der Welt umherirrten, werden jetzt, neu eingesetzt in ihre Rechte, in das Vaterland zurückkehren. Sie werden die so schwer vermißte theuere Heimath wiedersehen, aber auch erkennen lernen, daß das gewaltsam zerrissene Band zwischen Ungarn und dem Reiche neu angeknüpft ist; daß Ungarn nicht mehr grollend und die finsteren Zeiten neuer blutiger Konflikte abwartend, abseits steht, sondern entschlossen ist, an den Schicksalen des alten Reichs, welchem es seit vielen Jahrhunderten angehört, mit frischem Muthe und Vertrauen wieder innigen Antheil zu nehmen. Hoffen wir, daß die vielen Leidensjahre den Zurückkehrenden noch so viel Spannkraft übrig gelassen haben, damit sie die veränderte Situation begreifen und freudig ihre Talente dem Wohle ihres engeren und weiteren Vaterlandes widmen können. Wenn sich in dem Amnestie-Dekrete die Klausel findet, daß Jene, welche auch nach Wiederherstellung der ungarischen Verfassung gegen die Gesetze agitirt haben, dem gekrönten Könige und den Gesetzen Treue schwören müssen, ehe auch sie des Gnadenakts theilhaftig werden können, so bezieht sich diese einzige Einschränkung auf Ludwig Kossuth, der in seinem jüngst erlassenen offenen Briefe an Deak dem Ausgleichswerke in ebenso entschiedener, wie aufregender Weise entgegentrat. Wir begreifen diese Einschränkung. Der Einfluß Kossuth's auf die politisch unmündigen Massen ist noch immer ein großer, und da er durch seinen offenen Brief gezeigt hat, daß er dem von Deak unter dem Beifalle aller denkenden und besonnenen Politiker Ungarns geschaffenen Werke feindselig gegenübersteht und noch immer von jenem beschränkten und gefährlichen Geiste beseelt ist, der ihn verführte, Ungarn für den Mittelpunkt Ost-Europas, für ein Land zu halten, welches jede Verbindung mit den übrigen Theilen des Reiches entbehren könne, so ist es begreiflich, daß die ungarische Regierung Garantien wünscht, ehe sie ihn mit dem Volke wieder in direkte Verbindung treten läßt. Ob Ludwig Kossuth unbeugsam bleiben und es verschmähen wird, für sein greises Haupt eine Ruhestätte in der ihm wiedereröffneten Heimath zu wählen, ist eine Angelegenheit, die er mit sich selbst abzumachen hat. (Presse.)

Wien. Gleich nach der Todesstunde am 6. wurde die Leiche der Erzherzogin Mathilde in ein einfaches Schlafbett umgelegt und in Tücher gehüllt, hierauf mit lebenden Blumen und Kränzen überdeckt. Am 7. schon um 6 Uhr Morgens erschien Hr. Professor Rokitansky mit einer chirurgischen Kommission, der Leichnam der Frau Erzherzogin wurde in den an das Sterbezimmer anstoßenden Saal übertragen, und daselbst auf einen großen steinernen Tisch gelegt und sofort die Secirung und Einbalsamirung der Leiche vorgenommen, was bis 9 Uhr Morgens dauerte. Durch die Secirung wurde konstatirt, daß insbesondere die unteren Extremitäten, das Fleisch am Nacken und an beiden Armen bis an den Knochen verbrannt waren, daher die Eiterung bis an den Knochen und an die edleren Theile gedrungen war, und der Tod in Folge der Erschöpfung erfolgte. Hierauf wurde der Leiche ein prachtvolles, weißseidenes Kleid angelegt, der Kopf mit einem frischen Myrthenkranz geziert und der Leichnam in den rothsammetnen Sarg gelegt, gleichzeitig aber in das schwarz ausgeschlagene Schlafzimmer Sr. kaiserl. Hoh. des Hrn. Erzherzogs Albrecht übertragen und daselbst aufgebahrt; dem ausdrücklichen Wunsch der Verstorbenen gemäß wurde derselben das Collier, welches sie mittelst einfacher Gummischnur, bei Lebzeit am Halse getragen hatte, und das kleine Medaillons enthält, worin sich in drei Kapseln die Haare ihrer verstorbenen Mutter, des hohen Vaters und kleine Familienangebinde befinden, wieder um den Hals gehängt und in den Sarg mitgegeben. Auch wurde durch den Hofphotographen Angerer die Todtenmaske der Verblichenen photographisch aufgenommen. (A. Z.)

Haag, 11. Juni. Nachdem vor einer Woche der Minister des Innern auf eine Anfrage des Herrn van der Maesen de Sombreff um Vorlage der Aktenstücke über die Luxemburger Frage eine ziemlich unfreundliche ablehnende Antwort gegeben hatte, hat sich jetzt nach

Vorgang der englischen Regierung das Ministerium doch herbeigelassen, das Protokoll der Londoner Conferenz der Kammer vorzulegen, jedoch nur das Protokoll, die der Conferenz zuvorgegangene Correspondenz glaubt der Minister noch geheim halten zu müssen. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer ist der Antrag des Herrn de Brauw auf eine Umgestaltung der Gesetzgebung über den Elementar-Unterricht zur Discussion zugelassen worden. Dieser Antrag bezweckt die Einführung von confessionellen Schulen anstatt der jetzigen, welche für alle Confessionen gemeinsam sind, und zu dem Ende eine Aenderung des Gesetzes von 1857 über den Elementar-Unterricht. Seit mehreren Jahren schon arbeitet die orthodoxe Partei sowohl der Protestanten wie der Katholiken für diesen Zweck, doch ist ihre Agitation bisher immer gescheitert, weil die Constitution selbst bestimmt, daß bei dem öffentlichen Unterricht alle religiösen Meinungen gleichmäßig respektirt werden sollen. Der Minister des Innern, Hr. Heemskerk, hat gelegentlich der Debatte über das Budget erklärt, das Cabinet würde das Gesetz von 1857 unter allen Umständen aufrecht halten.

Paris, 11. Juni. Die gerichtlichen Verhöre von Personen, die verdächtig sind, in irgend einer Beziehung zum Attentate vom 6. Juni zu stehen, mehren sich. Ein vom Unter-Staatssekretär des Ministeriums des Innern, Herrn de St. Paul, an die befreundeten Journale gerichtetes Rundschreiben ersucht dieselben, mit Mittheilungen über das Attentat von jetzt ab so „sobre“ als möglich zu sein. Das flüchtige Pariser Publikum denkt im Großen und Ganzen aber schon nicht mehr des Mordversuches, und die Reihe ist jetzt an den Provinzen, durch nicht enden wollende Adressen an den Kaiser ihr Interesse an der vereitelten Unthat darzulegen. Auch die Armee schließt sich diesen Kundgebungen an. In einer solchen Adresse des 49. Linienregiments, das durch seine Betheiligung an der Belagerung von Sebastopol sich so besonders hervorgethan, heißt es u. A.: „Es müsse jenen Mordversuch um so schärfer mißbilligen, als es noch aus der Zeit des Krimkrieges für Rußlands Volk und Heer ein „Souvenir affectueux“ besitze.“ — Der Czaar selbst empfing heute Morgen noch die französischen Minister im Elysée und wurde um 12 Uhr von Kaiser und Kaiserin zur Fahrt nach Fontainebleau abgeholt. Vorher verlieh er den Generalen Fleury und Leboeuf, so wie Herrn Haußmann und dem Baron Bourgoing das Großkreuz des Alexander-Newski-Ordens. Eben so wurden alle Würdenträger des Tuilerienhofes mit russischen Auszeichnungen bedacht, wogegen Napoleon III. sämmtliche Herren aus der Umgebung Kaiser Alexander's mit den verschiedenen Graden der Ehrenlegion bedachte. Die Söhne des russischen Kaisers begeben sich nicht mit ihm nach Darmstadt, sondern reisen vielmehr nach Nizza, um die Grabstätte ihres ältesten Bruders zu besuchen. Herrn Haußmann hat Alexander II. bei der Abreise angekündigt, daß sehr wahrscheinlicher Weise im Laufe des Oktobers die Kaiserin von Rußland auf vierzehn Tage nach Paris kommen werde. Ueber Abmachungen in politischer Beziehung verlautet natürlich nichts Bestimmtes. Nur so viel ist sicher, daß es gelungen ist, sich über die Abfassung der vielbesprochenen Note an den Sultan mit Bezug auf Kreta derart zu einigen, daß dieselbe dem letzteren noch vor seiner Abreise nach Paris überreicht werden wird. Die von England geforderten Abschwächungen des ursprünglichen Textes wurden in den Tenor des Aktenstückes aufgenommen. Der Marine-Minister Rigault de Genouilly wird Abdul Aziz in Toulon im Namen des Kaisers begrüßen. Im Auftrage des Sultans hat hier Djemil Pascha so eben einen Schmuck im Werthe von 2 Millionen bestellt, welcher zu einem Geschenk für die Kaiserin bestimmt ist. — Ein theilweiser Ministerwechsel in Spanien hat die Entschließungen der Königin Isabella aufs Neue umgestoßen. Hr. Calonge verläßt das auswärtige Amt und wird durch Hrn. Castro, bisher Marine-Minister, ersetzt. In Folge dessen hat Hr. Mon heute Morgen dem Marquis de Moustier die Anzeige machen müssen, daß seine Souverainin jetzt bestimmt entschlossen sei, nach Paris zu kommen, daß sie dort am 1. oder 2. Juli einzutreffen gedenke und sich nach längerem Aufenthalte nach Rom begeben wolle. — Die Ersatzwahl in den Landes für Walewski ist, wie vorauszusehen war, zu Gunsten der Regierung ausgefallen, deren Candidat, Hr. Darracq, mit großer Majorität gewählt worden ist. Von Seiten des Ministeriums des Innern wird, ich weiß nicht, zu welchem Zwecke, die Ente in Umlauf gesetzt, daß am 17. Juni ein preußisch-französisch-russisches Manifest der Welt eine allgemeine Entwaffnung verkünden werde. In diplomatischen Kreisen dementirt man die Sache energisch. — Die durch Hrn. Gobillot in Amerika angekauften Hinterladungsgewehre sollen in 14 Tagen abgeliefert werden. Es sind deshalb so eben 12 Waffen-Controleure unter Leitung eines höheren Offiziers zur Uebernahme derselben nach New-York abgereist. — In dem Duell des Hrn. Floquet mit Hrn. Jacques de Latouche, das gestern in St. Cloud Statt fand, ist ersterer zwei Mal, an der Hand und am Arme, verwundet worden. (K. Z.)

London, 8. Juni. Das Unterhaus schritt gestern zur Berathung des Militärbudgets. Im Ganzen wurden 8,440,471 L. für die nicht im Dienste befindliche Miliz, 90,163 L. für die Yeomanry-Cavallerie (eine Art berittener Miliz), 327,372 L. für die Freiwilligencorps und 44,395 L. für Pensionirte und Reserven genehmigt. Nach Erledigung noch einiger anderen Geschäfte wurde, nach dem Antrage des Schatzkanzlers, die Vertagung des Hauses bis zum 13. d. M. angenommen.

London, 11. Juni. Der Besuch der gekrönten Häupter in Paris und der Glanz der dortigen Festlichkeiten machen die Engländer aufmerksam auf den Contrast zwischen dem Hof des französischen Kaisers und dem der Königin von England, welche eben in Balmoral im engsten Kreise ein stilles Familienleben führt. So sehr die Engländer die häuslichen und ehelichen Tugenden ihrer Königin schätzen, so möchten sie doch gern, daß dieselbe den äußeren Glanz und Schimmer des Königthums aufrecht erhielte und sich nicht so unsichtbar machte, wie sie es seit dem Tode ihres Gemahls gethan hat. Sie soll, wie man es ausdrückt, die Leitung der Gesellschaft behalten, den Ton angeben, und es wird respektvoll angedeutet, daß jetzt der Trauer um den Verstorbenen genug gethan sei. Die heutige „Times“ kommt in einem Leitartikel wieder auf dieses Kapitel zurück und meint: „Es kann keinen größeren Irrthum geben, als die Annahme, daß Papiere unterzeichen und die unerläßlichen Staatsgeschäfte mit Pünktlichkeit erfüllen die einzige Pflicht eines Souveräns und alles Andere nur Geschmackssache für ihn sei. Es ist beinahe nicht zu viel gesagt, daß das Gegentheil der Wahrheit näher kommt. Man hat es schon möglich gemacht, die Königin von vieler persönlicher Arbeit zu befreien durch Ertheilung von Commissionen, und wahrscheinlich läßt sich eine noch größere Oekonomie in der Verwendung ihrer Zeit und Mühe erzielen. Was sie aber nur ganz allein wirksam ausüben und Niemand Anderem übertragen kann, sind diese Funktionen, welche Viele für lediglich ornamental halten: der Empfang fremder Prinzen und fremder Gesandten, das Abhalten von Levers und Drawing Rooms, gelegentliches öffentliches Erscheinen und alle die namenlosen Höflichkeiten und Gastlichkeiten eines Hofes. Diese können nicht versäumt werden ohne Gefahr von Folgen, welche Alle beklagen würden. Die englische Gesellschaft will Führer haben, und wenn der Souverain die Führung aufgibt, so werden Andere den Platz usurpiren zum Schaden vielleicht der reineren Moralität, welche herzustellen das Beispiel der Königin so viel beigetragen hat.“

Von den Gefangenen in Abyssinien ist wieder briefliche Mittheilung nach **London** gedrungen, die den Zustand derselben als im Wesentlichen unverändert darstellt. Lord Stanley soll ein Ultimatum an den König Theodor abgesandt und mit dem Verluste der Freundschaft Englands und Vorenthaltung der für ihn bestimmten Geschenke gedroht haben, wofern er die Opfer seiner Laune nicht in 3 Monaten ihrer Haft entlasse. Obgleich der schwarze Herrscher, was die innern Angelegenheiten seines Landes anbetrifft, im Ganzen in ziemlich übler Lage von Rebellen bedrängt ist, erwartet man von dieser Drohung doch wenig Wirkung. Einstweilen sitzt er mit seinen 77 Weibern in Debra Tabor, in einer vor den Aufrührern hinlänglich gesicherten Stellung, indeß seine deutschen Arbeiter in Gaffat, einem Orte der Nachbarschaft, ihm starke geistige Getränke, moderne Kriegswerkzeuge und andere Dinge anfertigen, die dem Negerpotentaten als die wünschenswerthesten Segnungen der Civilisation erscheinen.

New-York, 29. Mai. „Viva la Patria! Queretaro ist heute Morgen um 8 Uhr durch Waffengewalt genommen worden. Maximilian, Meja, Castello und Miramon sind gefangen.“ So zeigt der Präsident Benito Juarez unterm 15. d. M. von San Luis Potosi aus dem General Berriozabal den Schluß des mexikanischen Dramas an. Ueber das Nähere entnehmen wir einer Depesche des Generals Escobedo folgendes. Um 3 Uhr Morgens wurde das Kloster La Cruz von den republikanischen Truppen überrumpelt, die Garnison gefangen genommen, und die Sieger okkupirten die Plaza. Der Feind zog sich nach der Cerro de la Campana zurück, wo ihn um 8 Uhr die Artillerie zwang, sich bedingungslos zu ergeben. Bekanntlich hat sich vor Kurzem auf Bitten des Kaisers von Oesterreich die amerikanische Regierung bei Juarez für Maximilian verwendet. Die Antwort wurde geheim gehalten. Man vernimmt jetzt, daß Juarez, im Hinblick auf das Unglück, welches der Betreffende über ein Volk gebracht, das ihm nie etwas zu Leide gethan, jede Verpflichtung abgelehnt hat. Wird Maximilian gerettet, so hat er es nur Rücksichten auf die Schwesterrepublik, die für ihn um Gnade gebeten, zu verdanken. Muß er mit seinen Generälen, für die es jedenfalls keine Hoffnung gibt, sterben, so wird man das seiner selbst wegen beklagen, darf aber, um gerecht zu sein, das Gewicht der vorliegenden Provokationen nicht außer Acht lassen. Als es mit der Republik nicht halb so schlimm stand, wie in letzter Zeit mit ihm, erließ Maximilian

das verhängnißvolle Dekret, demzufolge jeder mit den Waffen in der Hand ergriffene Republikaner erschossen werden sollte, da es ein Räuber- und Mörderhandwerk sei, eine hoffnungslos gewordene Sache noch ferner aufrecht halten zu wollen. Das Dekret wurde in unzähligen Fällen zur Ausführung gebracht; es ist nie widerrufen, wohl aber noch in neuester Zeit durch den unter unmittelbarem Befehl Maximilians stehenden Miramon erneuert. Hoffnungslos war die Sache des Kaiserthums seit dem Abzug der Franzosen. Maximilian glaubte es nicht mit seiner Ehre vereinigen zu können, sie beim Abzug zu begleiten, und er marschirte nicht an die Küste, um sich einzuschiffen, sondern ins Innere, um zu kämpfen. Wer auf solche Weise va banque spielt, darf sich nicht beklagen, wenn er beim Wort genommen wird. Die amerikanische Presse spricht sich überwiegend zu Gunsten der Milde aus. Hoffen wir, daß die Republik sich menschlicher zeigen wird als die Monarchie. Wir dürfen nicht unterlassen, auf die tiefe Demoralisation hinzudeuten, welche in den kaiserlichen Reihen Platz gegriffen hatte. Aller Orten gab es Verrath, Keiner konnte sich auf den Andern verlassen. Ueberraschende Aufschlüsse gibt in dieser Beziehung ein Brief des Generals Porfirio Diaz. Als dieser in der Hauptstadt erschien, bot ihm der Kriegsminister Portilla die Uebergabe derselben und namentlich die Auslieferung des Generals Marquez an, wenn ihm selbst Garantieen für seine persönliche Sicherheit gegeben würden. Und der Marschall Bazaine offerirte ihm nicht nur den Ankauf von sechstausend Musketen und einer Million Zündhütchen, sondern auch die Auslieferung der von ihm okkupirten Plätze mit Maximilian, Marquez, Miramon rc., stellte aber dafür Bedingungen, die nicht angenommen wurden. Aus diesem Briefe erfährt man auch, daß die Gattin des früher als Oberst in der Bundesarmee kämpfenden Prinzen Salm-Salm diejenige Prinzessin war, welche aus Mexiko heraus kam, um mit Diaz zu unterhandeln. Es ist zu hoffen, daß aus der Entwicklung des mexikanischen Dramas auch die Engländer sich die Lehre ziehen, wie gefährlich es ist, dem Einfluß der Vereinigten Staaten auf diesem Continent trotzen zu wollen. Das kanadische „Dominium“, bestehend aus den beiden Canadas, Neuschottland und Neubraunschweig, ist, so weit es vom königlichen Dekret abhängt, fertig, und es werden allerlei wunderliche Reden geführt von den großen Dingen, welche dieser Complex gegen die übermüthige Nachbarrepublik ausrichten soll. Eine Eroberung Canadas liegt der amerikanischen Politik sehr fern; aber Poltern, Drohen und ähnliche Thorheiten könnten doch auf die Dauer unangenehme Folgen nach sich ziehen. — Jefferson Davis ist in Montreal angekommen und beobachtete dort bis jetzt eine kluge Zurückhaltung. Er soll die Absicht haben, ein Buch über das Verhältniß Frankreichs und Englands zur Rebellion herauszugeben. (R.-Y. H.-Z.)

Neueres.

Pesth, 12. Juni. Das heutige „Amtsblatt“ publizirt die Auszeichnungen: Dem Baron Simon Sina, der aus Anlaß der Krönung 10,000 Gulden zu wohlthätigen Zwecken gewidmet, ist die besondere Allerhöchste Anerkennung zu Theil geworden. „Hirnök“ meldet: „Ihre Majestät hat die Silberstoff-Robe und den Schleier, welchen sie bei der Krönung getragen, gestern dem Veßprimer Bischof gegeben, damit er diese Gegenstände in der Veßprimer Domkirche zum ewigen Andenken aufbewahre.“ „Magyarország“ meldet: „Se. Majestät hat Deak Allerhöchstsein Miniaturporträt mit der eigenhändig geschriebenen Widmung geschickt: „„Franz Joseph, Franz Deak zum Andenken.““ Beim Ministerpräsidenten ist heute Abends Soirée, zu welcher die Deputirten und viele andere Notabilitäten geladen sind.

Madrid, 11. Juni. Barnazallano legt der Kammer ein Projekt vor, nach welchem die tilgbaren Schulden in eine konsolidirte 3perc. Schuld verwandelt werden sollen.

Florenz, 12. Juni. Finanzminister Ferrara hat gestern zwei Gesetzesentwürfe eingebracht, den einen über die Einführung der Mahlsteuer, den anderen über Aufhebung des Zwangskurs der Staatsscheine. Der Minister kündigte an, daß er Brasseur (den Vertreter des Hauses Langrand-Dumonceau, der die Regierung öffentlich des Bruchs eingegangener Verpflichtungen bezichtigt) wegen Verläumdung verklagt habe. Er habe, sagte der Minister weiter, niemals einen Vorschlag angenommen, der dahin zielte, das Gesetz vom 7. Juli 1866 über Einziehung der Klostergüter rückgängig zu machen. Er erklärte dieses Gesetz ausdrücklich für aufrecht und ungefährdet. Es sei unwahr, daß er in eine Rückgabe der Güter an den Klerus gewilligt habe. Die Kammer habe den freien Willen, diejenigen Grundzüge, welche sie für unvereinbar mit den nationalen Ansprüchen halte, zurückzuweisen oder abzuändern.

Konstantinopel, 11. Juni. Aus Kairo wird die Eröffnung der Eisenbahnen von Gizeh nach Minieh gemeldet.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. 8. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	68 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$62\frac{3}{4}$—$\frac{3}{8}$ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$55\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	42 P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{1}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$94\frac{1}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$94\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$90\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$90\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$94\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	83 P. $82\frac{3}{4}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$93\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	82 G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$92\frac{3}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	88 G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	82 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$85\frac{5}{8}$ P.
N.Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$78\frac{5}{8}$ P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	$77\frac{3}{4}$—$\frac{7}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$128\frac{1}{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	690—88 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$178\frac{1}{2}$—79 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90\frac{1}{4}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	208 P. 207 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	315 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$109\frac{1}{2}$ G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$221\frac{1}{2}$—22 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$151\frac{1}{4}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{3}{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49\frac{5}{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73\frac{1}{8}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	45 P. $44\frac{7}{8}$ G.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$116\frac{1}{4}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97\frac{1}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{5}{8}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	95—$94\frac{3}{4}$ G.
do. in öst. W. 1. S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	116 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$68\frac{1}{8}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$72\frac{1}{4}$—$\frac{1}{8}$ G.
„ fl. 100 Elsb.L. v. 1858	122 G.
„ do. v. 1864	$73\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	$53\frac{1}{2}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$141\frac{7}{8}$ G.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{1}{4}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs. Loose	—
Mailänder 45 Frs. b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11 G

Frankfurt, 13. Juni. Die heutige Medio-Liquidation wickelte sich leicht ab, zu bemerken ist nur, daß österreichische Creditaktien mehr wie bisher in Prolongation angetragen waren. Staatsbahnaktien setzten ihre steigende Bewegung fort. Allen übrigen Effekten fehlte jede Anregung und wurden bei stillem Geschäfte zu gestrigen Coursen gehandelt. Das Prämiengeschäft war schon seit einiger Zeit so unbedeutend, daß es nicht den geringsten Einfluß heute ausübte. Der gestrige Versuch, anglo-österreichische Aktien hier einzuführen, war bis jetzt von keinem Erfolg. Prioritäten geschäftslos, mit Ausnahme von Toskanern, in welchen einige Umsätze stattfanden. Wechsel auf Wien etwas matter, andere Plätze unverändert. Von Juli-Coupons wurden heute Amerikaner zu 2. $24\frac{1}{4}$ und National 28. 20 bezahlt. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 164.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 15. Juni 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 13. Juni. Se. Majestät der König hat den Nebenzollamts-Controleur J. Huppmann in Füßen zum Zollverwalter in Ansbach befördert, sodann den Assistenten am Nebenzollamte Kitzingen H. Geyer zum Zollverwalter in Landshut und den Hauptzollamts-Assistenten A. Sattler in Nürnberg zum Zollverwalter in Erlangen (beide in prov. Eigenschaft) ernannt; die Zahl der funkt. Offizianten der Polizei-Direktion München auf acht erhöht und zu einem solchen Offizianten in widerruflicher Eigenschaft den Gend.-Brigadier Jos. Stich aus Mühldorf ernannt.

Das Curat- und Schulbenefizium Rantesbuch, k. Bezirksamts Weilheim, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 815 fl. 27 kr. in Erledigung gekommen.

** **München,** 13. Juni. Nach bereits getroffener Bestimmung werden Se. Maj. der König auch dieses Jahr an der Fronleichnamsprozession mit dem großen Cortege Theil nehmen und hiezu eigens von Berg hieher kommen. In der Zollvereinsfrage, beziehungsweise den von der Ministerconferenz in Berlin geführten Verhandlungen und gefaßten Beschlüssen, ist die definitive Entscheidung allerhöchsten Ortes bis heute noch nicht erfolgt; es scheint, daß vorerst noch weitere Verhandlungen mit Preußen nach der bevorstehenden Rückkehr Bismarcks nach Berlin stattfinden sollen.

** **München,** 13. Juni. In seiner heutigen Sitzung setzte der Gesetzgebungsausschuß die Berathungen über die Bestimmungen im Gantverfahren fort, und nahm zunächst den IV. Abschnitt, welcher die Verhandlung über die streitigen Forderungen und Ansprüche normirt und die Art. 1124—1135 umfaßt, in Angriff. Zu Art. 1125 Abs. 3 und ebenso zu Art. 1126 lag eine neue Fassung der königl. Staatsregierung vor. Der Ausschuß trat dem Vorschlage des Referenten, nunmehr in Art. 1124, statt des beschleunigten Verfahrens, das gestrichen sei, das Verfahren vor den Bezirksgerichten hier in Anwendung zu bringen, bei, nahm sodann den Art. 1125 Abs. 1 und 2 nach Entwurf, Abs. 3 und Art. 1126 in der neuen Fassung der k. Staatsregierung, die übrigen Artikel aber nach dem Entwurfe mit den vom Referenten begutachteten Modifikationen und dem Abstriche der Art. 1127—1129, 1131 und 1135 an. Sodann wurde der V. Abschnitt, die Bestimmungen über die Gantverwaltung nach der Gläubigerversammlung, berathen und trat der Ausschuß mit einigen in Consequenz früherer Beschlüsse sich ergebenden Aenderungen dem Entwurfe in den Art. 1136—1141 mit den vom Referenten beantragten Modifikationen bei. In gleicher Weise erledigte der Ausschuß auch den VI. Abschnitt, welcher von der Befriedigung der Gläubiger und der Beendigung des Gantverfahrens handelt und die Art. 1142 bis 1157 umfaßt, indem er im Wesentlichen den Bestimmungen des Entwurfes und den Abänderungsvorschlägen des Referenten beitrat. Hiemit war das XLV. Hauptstück, das Gantverfahren enthaltend, beendigt und schloß die Sitzung.

München, 12. Juni. Wie wir vernehmen, haben Se. Maj. der König dem Antrage der Speyerer Generalsynode entsprechend, zu genehmigen geruht, daß eine Feier des fünfzigjährigen Bestandes der Union in der Pfalz veranstaltet werde, daß zur Deckung der Kosten für die Errichtung eines Denkmals in der Stiftskirche zu Kaiserslautern eine allgemeine Sammlung unter den Protestanten der Pfalz stattfinde, und daß von Seite des protestantischen Consistoriums in Speyer die zur Ausführung und Vorbereitung erforderlichen Einleitungen im Benehmen mit 10 aus allen Theilen der Pfalz von jener kirchlichen Behörde auszuwählenden Vertrauensmännern getroffen werden. Diese Feier wird im Herbste des nächsten Jahres stattfinden, da die Vereinigung der früher getrennten protestantischen Confessionen der Pfalz im Jahr 1818 zu Stande kam und durch allerhöchste Entschließung vom 10. Oktober jenes Jahres die landesherrliche Bestätigung erhielt. (Bayer. Ztg.)

Stuttgart, 13. Juni. Se. Maj. der Kaiser Alexander II. von Rußland ist gestern hier eingetroffen. Die Ankunft fand um 1 Uhr 50 Minuten statt. Der Kaiser war begleitet von Ihren Majestäten dem König und der Königin. Im Salon des Bahnhofes hatte sich das diplomatische Korps aufgestellt; die Stadt war durch Oberbürgermeister Sick repräsentirt. Der Kaiser fuhr in offenem Wagen; neben ihm saß die Königin, gegenüber der König, Großfürst Wladimir und Großfürstin Vera. Der Kaiser wurde mit lebhaften Hochrufen empfangen, die Straße war beflaggt; es wurden Blumen geworfen. Der Wagen hielt beim Hauptportale, der Kaiser fand im Schlosse die Angehörigen des Hofstaates versammelt, die, fast alle dem Kaiser persönlich bekannt, demselben ihre Huldigung darbrachten und vom Kaiser einzeln begrüßt wurden. Der Kaiser begab sich sofort in die russische Kapelle, wo die hier anwesenden Angehörigen des russischen Kaiserstaates versammelt waren und ein Gottesdienst stattfand.

Feuilleton.

Der ungarische Krönungszug.

Ueber den nach dem Krönungsakte am 8. d. zu Pesth stattgehabten großartigen Krönungszug bringt der Spezialcorrespondent des „W. Fremdenblattes“ folgenden Bericht:

Endlich um halb 11 Uhr ward der sehnliche Wunsch der Menge erfüllt, der Krönungszug nahte. Eine Abtheilung Haller-Husaren eröffnete denselben, hierauf kamen zwei Hofeinspanier zu Pferde. Plötzlich stockte der Zug. Er mußte halten, denn im selben Augenblicke war der Dampfer „Rudolf“ gelandet, welcher Ihre Majestät die Kaiserin von Ofen nach Pesth gebracht hatte. Als die erhabene Monarchin sichtbar wurde, da brach donnernder Jubel los. Tausendstimmige Eljens durchbrausten die Lüfte, welche den Begrüßungsruf weiter trugen, bis er an den entfernteren Punkten einen neuen Anknüpfungspunkt bei den dort aufgestellten Volksmassen fand. Die Kaiserin wurde von den Vertretern der Lloydgesellschaft mit einer Ansprache begrüßt, welche die Regentin dankend in ungarischer Sprache erwiederte und sich hierauf auf die Terrasse begab, wo Allerhöchstdieselbe mit dem Kronprinzen Rudolf Platz nahm. Rechts davon ließen sich die zwölf Palastdamen in den prachtvollsten ungarischen Gewändern nieder. Auf der Terrasse links von Ihrer Majestät nahmen die Vertreter des diplomatischen Korps Platz, in ihren prachtvollen, farbenreichen, mit Ordenskreuzen und Sternen reich besäeten Uniformen einen bunten und glänzenden Anblick gewährend. Als die Kaiserin auf der Terrasse erschien, erneuerte sich der Jubelruf der Menge, die Bannerträger der Gesangsvereine schwangen ihre Fahnen zum Gruße, die Menge wehte mit Hüten, Kalpaks, Tüchern, und feierliche Stille trat erst dann wieder ein, als der Krönungszug sich wieder in Bewegung setzte.

Die Banderien rückten nun an, an ihrer Spitze Graf Radday in einem prachtvollen Kostüme, in der Hand den Buzogany, den goldbedeckten Schläger, die alte Waffe der Ungarn aus den Zeiten Arpad's. Umgeschlungen trug er das alte Hüfthorn des ersten Führers der Jazygier und Kumanier, ein Prachtstück, das 900 Jahre alt sein soll. Einem uralten Herkommen gemäß eröffneten die Jazygier, die Groß- und Kleinkumanier den Zug. Diese hatten eine starke Vertreteranzahl gesendet und die wettergebräunten Männer auf ihren flinken Rößlein boten einen kräftigen, kriegerischen und auch malerischen Anblick. Sie trugen dunkle Attilas mit dichten Reihen von Silberknöpfen, darüber die Mente, mit Marderfell verbrämt, einen Pelzkalpak mit dem in Silber ausgelegten Wappen im Vorderschilde und darüber hoch und stolz in die Luft hinausragend eine Geierfeder. Ihnen vorangetragen wurde die alte Fahne, die wohl etwas zerfranst war, aber dafür das stolze Zeugniß gab, daß deren einstige Träger sie mit Ehren in den Kämpfen des Landes zu behaupten verstanden hatten. Nach den Jazygiern und Kumanen kamen die Banderien von Ofen und Pesth. Letztere waren am prachtvollsten abjustirt. Die Reiter trugen weiße Attilas mit Goldtressen besetzt, die Litzen mit Goldstickereien ausgenäht, himmelblaue Dolmanys mit Hermelin reich verbrämt, himmelblaue Barette, gleichfalls mit Hermelin aufgeschlagen, und als weitere Zierde staatliche Straußfederbüsche. Quer über die Brust hatten sie blaue Seidenbänder geschlungen; wie einst

Gegen 8 Uhr fuhren gestern Abend der Kaiser, der König, die Königin und Großfürst Wladimir zu einer Soirée auf der Wilhelma. Außer den Mitgliedern der königlichen Familie waren bei der Festlichkeit nur anwesend die Herren vom kaiserlichen Gefolge, sowie von der kaiserl. russischen Gesandtschaft, und von Seiten des württembergischen Hofes Graf Taubenheim, Frhr. Maucler, Generallieutenant v. Rüpplin, der Chef des Kabinetts des Königs, Staatsrath v. Egloffstein, ferner General Taube, Graf Beroldingen, Oberst Freiherr v. Spitzemberg und die Adjutanten. Die sämmtlichen Herren waren mit ihren Damen erschienen. Die Fontaine der Wilhelma war mit elektrischem Lichte beleuchtet und gewährte so einen zauberhaften Anblick. — Heute früh fuhr Großfürst Wladimir nach dem Parke, um dort eine kleine Jagdpartie zu machen. — Morgen früh 8 Uhr findet bei Cannstatt eine große Musterung vor dem Kaiser statt. — Im Gefolge des Kaisers von Rußland befinden sich: der Generaladjutant Fürst Dolgorukoff, Oberstkammerherr; der Reichs-Vizekanzler und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Fürst Gortschakoff, mit dem Chef seiner Kanzlei, dem Geheimenrath v. Hamburger; ferner die Generaladjutanten Graf Adlerberg und Graf Schuwaloff; die Flügeladjutanten Oberst Meleieff und Oberst Weyeikoff; der Leibarzt des Kaisers Dr. v. Karell. Dem Großfürsten Wladimir sind beigegeben Generaladjutant Graf Perowski und der Kontre-Admiral v. Bock. Die Kanzlei des Kaisers bilden Oberst Soltikoff, die Herren Jlin und Tarassow, sowie der Sekretär und Kassier Popoff. (Sch. M.)

Berlin, 12. Juni. Die Nachrichten aus München in den Zeitungen deuten auf eine Spannung in den dortigen ministeriellen Kreisen wegen der Zollvereinsfrage, die sich hoffentlich bis zu einer Ministerkrisis nicht erweitern wird. Die Gegner der deutschen Einigung auch auf handelspolitischem Gebiete mögen sich mit der Hoffnung trösten, daß Fürst Hohenlohe über die Angelegenheit fallen werde. Mit dieser Hoffnung tragen sie sich indessen seit geraumer Zeit, und sie wird sich wohl auch jetzt nicht bewähren. Selbst der Rücktritt Hohenlohe's könnte übrigens den Beitritt Bayerns zu der neuen Verfassung des Zollvereins doch nicht lange hindern. Früh oder spät würde Bayern sich dazu entschließen müssen und sein Zaudern würde, ganz wie zur Zeit des französischen Handelsvertrages, nur seine eigenen und Süddeutschlands Interessen in der Zwischenzeit beschädigt haben. Was es für den eigenen Handel und Verkehr bedeutet, wenn ein Staat unter dem Einflusse einer verkehrten Politik erst in der letzten Stunde einen Schritt thut, welchen gleich zu thun ungleich verständiger und würdiger wäre, hat Bayern, sollte man meinen, bei Gelegenheit der Krisis wegen des Abschlusses mit Frankreich vor drei Jahren genugsam erfahren. Die „National-Zeitung" macht mit Recht darauf aufmerksam, daß Frankreich die Handelsverträge von 1862 mit den einzelnen Staaten des Zollvereins abgeschlossen hat, daß jeder Zollvereinsstaat Frankreich gegenüber gebunden ist, die in dem Vertrage übernommenen Verpflichtungen in Betreff des Tarifs &c. zu erfüllen, daß aber Frankreich gegenüber eine Verpflichtung, das Verhältniß der Zolleinigung zwischen den Zollvereinsstaaten aufrecht zu erhalten, gar nicht existirt. Würde Bayern gegenüber das Zollvereinsverhältniß gekündigt und aufgelöst — wozu Preußen unzweifelhaft das Recht hätte —, so bliebe Bayern an den Vertrag mit Frankreich gebunden und ebenso der übrige Zollverein; beide Theile könnten ihre Verpflichtungen vollständig erfüllen. So die „National-Zeitung." Aus demselben Verhältniß folgt, um dies beiläufig zu erwähnen, daß Frankreich, so lange der Tarif ihm gegenüber unverändert bleibt und die Zollvereinsstaaten ihren anderen aus dem französischen Vertrage sich ergebenden Verpflichtungen nachkommen, ein Recht der Einrede mit Bezug auf die Veränderungen innerhalb des Zollvereins nicht hat. Es ist auch keineswegs bekannt geworden, daß Frankreich ein solches Recht beanspruchen wolle. Im Uebrigen zweifelt nach wie vor Niemand, daß Bayerns Beitritt nur eine Frage kurzer Zeit sein wird. Die österreichischen und französischen Coterien aller Farben und aller Orten mögen sich, wie das in Zwischenstadien ihre Weise ist, an dieser Zögerung erfreuen. Schließlich werden sie sich auch diesmal darein ergeben müssen, daß ihre Hoffnungen und Wünsche sich wieder nicht verwirklicht haben. Was den Präliminarvertrag vom 4. Juni angeht, so wird in unterrichteten Kreisen nicht bezweifelt, daß Preußen in dem erweiterten Bundesrathe für Zollangelegenheiten, der mit den sechs Stimmen Bayerns 58 umfassen wird, sich ein Veto vorbehalten wird. — Privatschreiben aus Paris zufolge soll man dort in offiziellen Kreisen in Folge des Attentates, ganz abgesehen von dem traurigen Eindrucke, welchen es unter allen Umständen hervorbringen mußte, auch aus politischen Gründen sehr verstimmt sein. So wenig Unbefangene eine Komplizität zwischen einem vereinzelten Fanatiker und der polnischen Nation voraussetzen werden, kann Frankreich die polnische Frage, welche es mehrfach als Vehikel für andere Interessen zu verwerthen wußte, doch jetzt Rußland gegenüber für eine geraume Zeit nicht gleichmäßig wie bisher behandeln, was in der allgemeinen Lage und bei den möglichen Wechselfällen der nächsten Zukunft nicht ohne Bedeutung ist. (K. Z.)

Aus Holstein, 11. Juni. Heute ist es ein Jahr, daß General v. Manteuffel zu Itzehoe den Zusammentritt der Stände verhinderte, und heute vor einem Jahre war es, wo Herzog Friedrich das Land seiner Väter verließ. Die Hoffnungen, mit denen die Mehrzahl der Schleswig-Holsteiner damals, trotz des drohenden Wetters, in die Zukunft blickte, haben sich nicht erfüllt. Der Herzog ist nicht zurückgekehrt, Schleswig-Holstein ist eine preußische Provinz. Seine Bewohner haben sich ruhig in das Unvermeidliche gefügt; aber sie thaten es mit Würde. Die Zahl Derjenigen, welche plötzlich aus Gegnern der preußischen Regierung zu ihren gefügigen Werkzeugen wurden, ist nirgendwo geringer als bei uns. Die Schleswig-Holsteiner haben ihre echt liberale Gesinnung bewährt und sie werden, das unterliegt keinem Zweifel, den Mitgliedern der preußischen Fortschrittspartei tüchtige und zuverlässige Bundesgenossen sein. Noch freilich herrscht bei vielen unserer Parteiführer eine gewisse Abneigung, sich enger an die preußischen Abgeordneten anzuschließen. Der Gedanke, daß dieselben mit wenigen Ausnahmen kein Wort für das Recht der Schleswig-Holsteiner, bei Regelung ihrer Angelegenheiten mitzusprechen, gehabt haben, wirkt noch immer verstimmend auf viele unserer Lands-

---

die Ritter die Farben ihrer Damen, so trugen sie die Farben der Königin, — die Satteldecken der Rosse waren aus weißem Atlas mit Tigerfell ausgeschlagen. Ihnen voran wurde eine kostbare neue Fahne getragen, deren prächtiges Band, wie bereits erwähnt, als Andenken für die Kaiserin bestimmt ist. Die Banderien der übrigen Komitate schlossen sich nun an, sie waren alle in ihre historischen, farbenprächtigen, reichen Kostüme gekleidet, und es ist fast unmöglich, eine detaillirte Schilderung der einzelnen Banderien zu liefern. Die Reiter des neuen Zuges trugen vorwiegend ölgrün und weiß, purpurroth und Gold, schwefelgelb mit weiß, violett mit Silber, karmoisinroth mit Biberfell, hechtgrau mit Gold, scharlachroth mit dunklem Pelzwerk, kurz Sammt, Seide, Gold, Silber und Rauchwerk war auf die Gewänder der Reiter und auf die Satteldecken der Pferde mit freigebigster Hand verschwendet. An diese in der blendendsten Pracht schimmernde Cavalcade, die beinahe einen halbstündigen Zug bildete, schlossen sich die Edelknaben, sämmtlich auf prächtigen Schimmeln; diesen folgte, nachdem ein Kammerfourier zu Pferd ihnen vorangesprengt war, der lange Zug der Truchsessen, Stände, Kämmerer und anderer Dignitäre, sämmtlich zu Pferd. Boten schon deren Anzüge dem trunkenen Auge einen fast überwältigenden Anblick, so wurde man im wahren Sinne des Wortes von dem Pomp und Glanz geblendet, den die Magnaten entfalteten. Die Schatzkammern der ganzen Welt schienen benützt worden zu sein, um die Masse der kostbarsten Edelsteine zu liefern, mit denen die Kostüme der Edlen des Landes buchstäblich übersäet waren, von der in der Morgensonne in tausend wechselnden Lichtern und Farben blitzenden Agraffe, bis hinab zum Saume des Dolmany, an dem Brillanten gleich Thautropfen zitterten, Perlenreihen in reichen Bögen sich schlangen, Rubine und Smaragden eine fast unheimliche Gluth aussprühten, und das edelste Pelzwerk sich von dem hellfärbigen Sammt des Mantels, wie eine feine Federwolke vom lichten Firmamente abhob. Nicht minder glänzend waren die Rosse, welche zumeist der kostbarsten und edelsten Race angehörten, aufgezäumt. Gold- und silbergestickte, juwelenbesetzte Schabracken, das Riemzeug, je nachdem es die Farbenharmonie der Kleidung verlangte, mit Gold und Silber besetzt, Zaum, Steigbügel und das andere Schirrzeug gleichfalls aus den edelsten Metallen. Der glänzende Zug wollte gar kein Ende nehmen, immer neue, noch farbenprächtigere Gestalten zogen vorüber; die Glanzentfaltung war zu massenhaft, als daß man jedes Einzelbild genau hätte fixiren können, der kühnste Traum der üppigsten Phantasie hätte sich keinen feenhafteren Aufzug ersinnen können. Obgleich sich der Zug im Schritte bewegte, so entschwand er doch zu schnell den Augen, denen heute eine sehr schwere Aufgabe zu Theil geworden war; denn kaum waren die Magnaten und Bannerträger des Landes vorübergezogen, so kamen die Geistlichen des Landes auf wunderbar geschirrten Zeltern, die meisten goldig glänzende Tiaras auf dem Haupte, die weiten weißen, gelben und violetten golddurchwirkten Gewänder lang hinabwallend über die Kruppe der Thiere, hinter diesen geistlichen Würdenträgern zahlreiche weltliche, die Minister, Ihre k. Hoheiten die Herren Erzherzoge und dann Se. Majestät der Kaiser im Krönungsornate.

Als der Kaiser sichtbar wurde, da erhob sich ein Sturm der Begeisterung in der Menge, die sich nicht halten lassen, sondern die Spaliere durchbrechen und dem Monarchen entgegeneilen wollte. Wie Donner, so rollte und brauste und dröhnte und hallte der Eljenruf, sich immer wieder erneuernd. Die Zuschauermenge auf den Tribünen erhob sich von den Sitzen, brach gleichfalls in den begeisterten Jubel-

leute; doch steht zu hoffen, daß die Bemühungen Derjenigen, welche für die bevorstehenden Reichstagswahlen ein gemeinsames Zusammengehen der hiesigen Oppositionspartei mit der Fortschrittspartei befürworten, von Erfolg gekrönt sein wird. Während der Pfingstfeiertage haben verschiedene darauf bezügliche Besprechungen stattgefunden, die in dieser Beziehung das Beste erwarten lassen. — Die nordschleswigsche Frage verliert allmälig das Aufregende. Trotz der ohne Pension erfolgten Entlassung der eidesweigernden Prediger glaubt man sich zu der Annahme berechtigt, daß die Abtretung noch im Laufe des Sommers erfolgen wird, zumal die vacanten Predigerstellen im Norden nicht wieder besetzt worden sind, und die Steuerveranlagungen daselbst auf höheren Befehl sistirt worden sein sollen. Wenn die „K. Zeitung" behauptet, das dänische Element überwiege in Hadersleben und Apenrade „ganz beträchtlich", so möge dagegen noch einmal bemerkt werden, daß die Deutsch- und Dänischredenden in jenen Städten sich numerisch die Waage halten, was Intelligenz und Besitz anbelangt, dagegen das deutsche Element das dänische gewaltig überwiegt. (Fr. J.)

Luxemburg, 11. Juni. Die Stände-Versammlung ist auf Dienstag, den 18. Juni d. J., zu einer außerordentlichen Session einberufen, um zur Prüfung einer Gesetzvorlage, betreffend die Genehmigung des Londoner Vertrags vom 11. Mai 1867, zu schreiten.

Pesth, 12. Juni. Nach zehn Uhr Abends erfolgte die Abreise Ihrer Majestäten, der Herren Erzherzoge und des gesammten Hofstaates mittelst Separatzug. Die Straßen, durch welche die hohen Abreisenden fuhren, waren glänzend beleuchtet, namentlich war der Ofner Brückenkopf brillant illuminirt. Den ganzen Weg entlang bildeten große Menschenmassen Spalier, welche das Herrscherpaar enthusiastisch begrüßten. Im Bahnhofe waren die Minister, Bischöfe, Magnaten, Unterhausmitglieder, der Bürgermeister, eine Deputation des Honvedvereins und ein zahlreiches Publikum erschienen; bei der Ankunft des Kaisers und der Kaiserin erscholl endloser Jubel. Nach einer kurzen Ansprache ertönten ununterbrochen donnernde Jubelrufe. Ihre Majestät die Kaiserin stand allseitig freundlich grüßend am offenen Wagenfenster, der Kaiser kehrte vom Coupé nochmals zurück, um sich von den anwesenden Magnaten zu beurlauben; Ihre Majestät die Kaiserin war von dem Enthusiasmus der Bevölkerung zu Thränen gerührt. Unter nicht enden wollenden Eljenrufen setzte sich der Zug in Bewegung. (Frdbl.)

Paris, 12. Juni. Der „Moniteur" sagt: „Das auf den Czaren versuchte Attentat werde zur Folge haben, daß die Freundschaftsbande, welche Rußland mit Frankreich und die Souveräne beider Länder mit einander verbinden, nur um so enger sich schlingen werden. Der „Moniteur" constatirt, daß die Journale sämmtlich erfreut sind über die Anwesenheit des Königs von Preußen in Paris und über den freundlichen und herzlichen Empfang, der ihm Seitens des Kaisers zu Theil geworden, und fügt hinzu: tausend Luxemburger werden die Preußen in Luxemburg ersetzen. — Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin ist heute hier angekommen. Der Sultan wird am 2. Juli hier eintreffen.

Paris, 12. Juni. Der Czaar soll den Besuch der Kaiserin von Rußland für den Monat Oktober der Kaiserin Eugenie vorgestern auf dem Tuilerienball angezeigt haben. Auch die Königin von Spanien wird für den 2. Juli erwartet, die Kaiserin von Oesterreich noch früher, und die Aussicht auf den Besuch von Königinnen und Kaiserinnen soll hier ganz besonders schmeichelhaft berührt haben. Die politischen Aussichten dagegen sind wenig geändert in Folge der Fürsten-Zusammenkunft. Es stellt sich immer klarer heraus, daß keine weitgehenden Verabredungen getroffen werden konnten, und wenn die öffentliche Meinung auf die Verwirklichung der Congreß-Idee gezählt haben sollte, wird sie sich enttäuscht sehen. Es bestehen hier nach wie vor zwei entgegengesetzte Strömungen. Die Herren Lavalette und Rouher sind für den Frieden und wünschen, Frankreich solle sich im Oriente einen Schauplatz für seine Thätigkeit suchen; Herr v. Moustier ist im Gegentheile der Ansicht, Frankreich habe im Oriente nichts zu suchen und müsse in Deutschland seine Revanche nehmen. Man hat bemerkt, daß der Herzog v. Persigny sich auf dem gestrigen Balle lange mit dem Grafen Bismarck unterhalten hat. Deputirte sind wenige eingeladen worden und die Herren nicht besonders zufrieden. — Die wegen des Rufes „Es leben Polen!" verhafteten Personen sind noch immer nicht freigelassen. Der Czaar hat eine ganze Menge von Dekorationen vertheilt. Die Divisions-Generale, die bei der Revue betheiligt waren, haben das Großkreuz des St. Andreas-Ordens bekommen, die Generale der Garde und einige Minister das Großkreuz des Stanislaus-Ordens. Auch die Obersten, welche bei der Revue anwesend waren, erhielten Dekorationen. Napoleon III. hat seinerseits dem Gefolge des Czaaren Dekorationen verschiedenen Grades von Offizieren aufwärts verliehen.

Paris, 13. Juni. Der „Abend-Moniteur" sagt in seinem Wochenbulletin: alle deutschen Journale wünschen sich Glück zu der Anwesenheit des Königs von Preußen am Hofe der Tuilerieen und seinem herzlichen Empfange durch den Kaiser. Die Schwierigkeiten der luxemburger Frage finden sich jetzt zu gegenseitiger Zufriedenheit geregelt. Die ganze preußische Garnison wird nächstens die Festung und das Großherzogthum geräumt haben und wird durch tausend Mann luxemburgischer Truppen ersetzt werden. Von dem Attentat redend, sagt der „Moniteur", alle Völker danken der Vorsehung, daß sie den Kaiser Alexander geschützt hat; Frankreich und Rußland einigen sich in einem gemeinsamen Gedanken; das Attentat wird keine andere Folge haben, als das Band des Vertrauens und der Freundschaft nur noch enger zu knüpfen, welche zwischen den beiden Reichen und ihren Herrschern bestehen. — Der König hat gestern die Egouts von Paris so wie die Butte de Chaumont besucht und bei Lord Cowley dinirt. Gegen 11 Uhr hat der König auf dem Balle der preußischen Gesandtschaft den Kaiser und die Kaiserin empfangen, welche demselben mit den anderen Prinzen und Prinzessinen beiwohnten. Gegen 2 Uhr Morgens verließen der Kaiser und die Kaiserin den Ball; eine halbe Stunde später verließ der König denselben und kehrte nach den Tuilerien zurück. Der Ball war glänzend; auch der Prinz Humbert von Italien war auf demselben gegenwärtig. — Der Großherzog von

---

ruf aus, der auch von den mit Menschen besetzten Dächern herabsauste, alle Fahnen, Banner und Standarten wehten, Tücher, Hüte, Kalpaks und Säbel wurden geschwenkt; es war ein sinnverwirrendes Schauspiel, dieser Moment einer fast trunkenen Begeisterung. Beim Erscheinen des Kaisers erhob sich auch die Kaiserin von dem Sitze und begab sich zu der Seite der Terrasse, wo dieselbe dem erlauchten Gemahl etwas näher war. Der Kaiser erhob den Blick zur Kaiserin und ritt mit also der Regentin zugewendetem Antlitz, bis er hinter das Lloydgebäude gelangte. Die bereits mehrfach beschriebene, wahrhaft prächtig aussehende ungarische Leibgarde, eine Abtheilung Hofgendarmen, dann ein Zug der Husaren schlossen den Krönungszug ab, dessen Tête, den Kreisbogen um das Donauquai und die anliegenden Gassen beschreibend, bereits an der Spitze der Waitznergasse erschien, als die letzte Abtheilung noch nicht das Lloydgebäude passirt hatte. Der Zug formirte sodann ein Quarré um den Krönungshügel, die Bischöfe und die ungarischen Minister, sowie Baron Beust stellten sich zunächst des Hügels auf. Und von den Gruppen ab detachirte sich urplötzlich ein Reiter auf schneeweißem Rosse. Ungeheurer Jubel des Volkes erschütterte die Luft. Und der Reiter wandte das Roß gegen den Hügel hin. Und hinan sprengte der Reiter die steile Höhe. Hoch über dem ganzen Platze, über dem ganzen Gewühl von Gold und Sammt, von Seide und Atlas, von Reiherbüschen und stolzen Ritterhelmen, über all' die irdische Größe unter ihm, hoch erhaben stand Er da. Hoch blitzte es auf, und der gesalbte Arm führte mit männlicher Kraft die vier Hiebe gegen alle vier Gegenden der Welt. Und nun konnte die Begeisterung des Volkes keine Schranken mehr. Ununterbrochen dröhnten die stürmischen Eljenrufe dem geliebten Monarchen zu. Es schien, als könne die Menge nicht müde werden, ihm Heil! Heil! zuzurufen, denn lange schon war der König den Hügel wieder hinabgeritten (abermals auf der Seite gegen das Lloydgebäude hin), lange schon hatte er die Kettenbrücke wieder passirt und ritt den Festungsberg hinan, als die Donner der begeisterten Zurufe ihm noch immer unvermindert, ungeschwächt nachschallten. Zuletzt konnte sich die Menge gar nicht mehr halten; der Drang, den Monarchen noch einmal zu sehen, siegte über die musterhafte Mannszucht, welche ohne jede energische Ermahnung bisher fortwährend geherrscht hatte, und als das Volk sah, daß einige Offiziere und Magnaten den Krönungshügel hinaneilten, durchbrach es mit einem Male die Spaliere, nahm den Hügel mit Sturm und sandte von der Höhe desselben die letzten Grüße dem Könige nach, raffte die Erde, die nach der Sage glückbringend, vom Hügel zusammen, riß die Sammtdekoration des Hügels in Fetzen, um sich einen Lappen als Andenken zu bewahren.

Der Zug schloß sich dem Kaiser in derselben Ordnung an, wie er sich über die Brücke bewegt. Fünf Minuten nach halb 12 Uhr war die Ceremonie beendet, und der Volksstrom ergoß sich durch alle Straßen den Wohnungen zu, um sich nach den Aufregungen der mitdurchlebten Festlichkeiten eine kurze Ruhezeit zu gönnen.

Se. Maj. der Kaiser aber konnte trotz der fünfstündigen Dauer der Krönungszeremonie die nöthige Erholung noch nicht finden; denn sogleich nach dem Eintreffen des Zuges in der Burg begann das symbolische Krönungsmahl, welches in der im Ceremoniel vorgesehenen Weise verlief.

Mecklenburg-Schwerin ist in Paris angekommen. Der „Etendard" versichert, der Papst habe den Wunsch ausgesprochen, Paris zu besuchen. Der Sultan wird am 2. Juli ankommen. — Die Abreise des Königs von Preußen bleibt auf Freitag festgestellt; man behauptet, der König werde über Brüssel reisen. — Der Kaiser hat wegen der Vertheuerung der Lebensmittel den Sold der Linientruppen um 4 Centimes täglich erhöht bis zum 31. Dezember.

London, 10. Juni. Das wichtige Ereigniß der Krönung des Kaisers von Oesterreich als König von Ungarn in seinen Ursachen, in seiner ganzen Bedeutung für Gegenwart und Zukunft wird von fast sämmtlichen Blättern mit einem Interesse besprochen, bei dem der Gedanke an Rußland nicht die geringste Triebfeder bildet. Der „Star" erinnert daran, daß Graf Bismarck schon vor einigen Jahren Oesterreich den Rath gegeben, den Schwerpunkt des Reiches nach Ofen zu verlegen, und sieht in dem Tagesereignisse die Verwirklichung dieses Gedankens. Der Kaiser werde seit dem Tage von Sadowa in Wien mit Kälte behandelt, und es sei nicht unmöglich, daß das nach vollständiger Einigung ringende Deutschland schließlich auch Oesterreichs deutsche Provinzen an sich ziehe. Uebrigens finden die schweren Prüfungen, die über den jetzt rechtmäßigen Träger der Krone Ungarns hereingebrochen sind, allgemeine Sympathie. Die eiserne Krone ist seinem Haupte entsunken, seinen Rechten auf Deutschland hat er entsagt, im Innern seines Reiches traurige Zustände, seine Regierung eine Reihe von schmerzlichen Enttäuschungen. Alle seine Kämpfe nach Außen in Niederlagen endend, oder wenn auch sieg- doch nicht erfolggekrönt. Zu all diesem ist sein Krönungstag noch von einer finsteren Wolke überschattet durch den entthronten und gefangenen Bruder und die im Tod der Erzherzogin Mathilde geendigte Hoffnung auf eine ersprießliche Allianz. — Für den Besuch des Sultans werden bereits Anstalten getroffen, und von der Admiralität ist dem Bürgermeister von Portsmouth Anzeige gemacht worden, daß bei dieser Gelegenheit zu Ehren des türkischen Herrschers ein Flottenmanöver bei Spithead stattfinden soll. — Mit dem am vergangenen Samstag abgegangenen Postdampfer nach dem Kap ist die kleine Expedition zur Aufsuchung Livingstone's nach ihrem Bestimmungsort abgegangen. Sie besteht aus nur vier Personen. — Von New-York sind in Southampton ein amerikanischer Erzbischof und drei Bischöfe eingetroffen. Die Prälaten sind auf dem Wege nach Rom und bringen dem Papste als Geschenk amerikanischer Katholiken ein silbernes Modell der Yacht Henrietta, welche die atlantische Wettfahrt gewonnen. Als Ladung trägt das silberne Schiff die Summe von 50,000 Dollars in Goldstücken. Goldene Füchse in silberner Schaale!

Warschau, 9. Juni. Durch einen heute veröffentlichten kaiserlichen Ukas vom 27. v. Mts. wird nun auch die Regierungskommission des öffentlichen Unterrichts des Königreichs Polen aufgehoben und aus allen Lehranstalten und gelehrten Institutionen im Königreiche ein Warschauer Lehrbezirk gebildet, welcher unter die unmittelbare Leitung des Unterrichtsministeriums des Reichs gestellt wird.

Der Vizekönig von **Aegypten** hat, wie die „France" versichert, vom Sultan nicht den Titel „Souverän", sondern das Recht verliehen erhalten, sich fortan „Vizekönig" zu nennen; denn bisher war sein offizieller Titel „General-Gouverneur."

Neueres.

Prag, 13. Juni. Der Präsident des Landesausschusses, Fürst Auersperg, erklärte auf eine an ihn gerichtete Interpellation, die Verhandlungen mit der Regierung wegen der Ueberführung der böhmischen Kroninsignien würden eingeleitet, sobald der neue Schrank zur Aufbewahrung derselben vollendet sei. — Aus Petersburg wird den czechischen Blättern gemeldet, daß bei dem Gartenfest in Pawlowsk Großfürst Konstantin die slavischen Gäste empfing. Das czechische Hussitenlied mußte wiederholt gespielt werden. Heute soll Kronstadt besucht und morgen die Rückreise angetreten werden.

Hongkong, 29. April. Der Taikoun erklärte seinen festen Entschluß, die mit den fremden Mächten abgeschlossenen Verträge vollständig in Ausführung zu bringen. Die Vertreter der fremden Mächte werden eine Einladung nach Ojiaka erhalten. — Der Vicekönig von Canton errichtet eine Kriegsdampferflotte. Nanking, Kiungchow und Wenchow sollen für den fremden Handel eröffnet werden.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$67^{1}/_{4}$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$62^{3}/_{8}$ G.
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$55^{1}/_{8}$—55 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	$4^{1}/_{2}$pCt.	$49^{1}/_{2}$ P. $^{3}/_{8}$ G.
Preussen	$3^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 P.
"	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$94^{1}/_{8}$ G.
"	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$94^{1}/_{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90 G.
"	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	90 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$94^{1}/_{8}$ P.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$82^{7}/_{8}$ P.
Baden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$93^{5}/_{8}$ G.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$92^{3}/_{4}$ P.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$95^{3}/_{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	88 G.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$81^{1}/_{2}$ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2^{1}/_{2}$pCt. " " "	—
Schweden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$85^{5}/_{8}$ P.
N. Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2^{1}/_{2}$	$78^{1}/_{2}$ P.
"	6pCt. ditto r. 1882 "	$77^{3}/_{4}$—$^{7}/_{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	128 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	685 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	177 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90^{1}/_{4}$ P. 90 G.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	208 P. 207 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$109^{1}/_{2}$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$222^{1}/_{2}$P. $221^{1}/_{2}$G
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$151^{1}/_{4}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$90^{1}/_{2}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	$107^{3}/_{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49^{1}/_{2}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73^{1}/_{4}$ P. 73 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	$116^{7}/_{8}$ P. $^{5}/_{8}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^{3}/_{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^{3}/_{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$105^{1}/_{4}$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97^{1}/_{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^{5}/_{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105^{1}/_{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^{5}/_{8}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105^{1}/_{4}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$119^{1}/_{2}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^{7}/_{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^{5}/_{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$94^{3}/_{4}$ P. $^{1}/_{2}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$94^{1}/_{4}$—$^{5}/_{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	116 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$53^{5}/_{8}$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$63^{3}/_{8}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$141^{7}/_{8}$ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	72—$70^{7}/_{8}$ G.	" fl. 25 do.	—
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$122^{1}/_{2}$ G.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35^{1}/_{2}$ G.
" do. v. 1864	$73^{1}/_{4}$ P. 73 G.	Sardinische Fr. 36 b. R.	—
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99^{3}/_{4}$ G.	Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.	Freiburger 15 Frs. Loose	—
Badische fl. 35	$53^{1}/_{4}$P. $52^{3}/_{4}$G.	Mailänder 45 Frs. . . b. R.	—
		St. Lüttich mit $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.	—
		Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11 G

Frankfurt, 14. Juni. Die gestrigen matten Pariser und Berliner Notirungen beeinflußten heute auch die Wiener, welche uns ungünstigere Morgencourse sandten. Creditaktien wurden am meisten davon berührt und verloren 2 fl., Staatsbahnaktien 1 fl. und Loose $^{1}/_{2}$ pCt., andere österreichische Effekten waren unverändert. Süddeutsche Papiere gefragter und wurden $4^{1}/_{2}$ pCt. Badische und Würtemburger etwas höher bezahlt. Von Prioritäten fehlten heute die Abgeber für Lombardische, Elisabeth 1. Emission höher gehalten. Siebenbürger billiger, à $65^{7}/_{8}$ mehrfach gehandelt. Obschon amerikanische Course unverändert kamen, waren dieselben einen kleinen Bruchtheil höher, da viele kleine Comptantordres auszuführen waren. Unverzinsliche Loose sehr angeboten, besonders kurhessische, badische und Mailänder, letztere, weil die Stadt die Treffer immer noch nicht in Geld, sondern in Papiergeld einlöst. Augsburger Loose gesuchter. Wechsel auf Wien wieder matter, Berlin gesuchter, Paris und London unverändert. National-Coupons 28. 22. Amerikanische 2. $24^{1}/_{4}$. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 165-66. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 17. Juni 1867.

Abonnements-Einladung.

Bestellungen auf die mit dem Unterhaltungsblatte **Mnemosyne** und dem Beiblatte **Würzburger Anzeiger** verbundene

Neue Würzburger Zeitung

für das mit dem 1. Juli beginnende III. Quartal nehmen alle Postämter und Postboten an, und werden solche rechtzeitig erbeten. Der Abonnementspreis beträgt in ganz Bayern

vierteljährlich nur fl. 1. 30 kr.

(Bei außerbayerischen Postämtern findet eine geringe Preiserhöhung statt.)

Es kömmt somit jede Nummer der Zeitung nebst Anzeiger (welcher selbst an Sonntagen erscheint, was im Jahre anderen Blättern gegenüber ein Mehr von über 50 Nummern entziffert) sowie mit dem Unterhaltungsblatt Mnemosyne **zusammen** auf den außerordentlich billigen Preis von

täglich einem Kreuzer

im Abonnement zu stehen.

Die „Neue Würzburger Zeitung" bringt nach wie vor Leitartikel über jede bedeutende politische oder handelspolitische Zeitfrage, ferner Original-Korrespondenzen und bei besonders wichtigen Vorkommnissen

telegraphische Depeschen

aus den größeren Städten Europa's.

Außer dem im Hauptblatte enthaltenen Feuilleton bringt das belletristische Beiblatt „Mnemosyne" Originalnovellen u. s. w. aus der Feder bekannter Schriftsteller, und hofft mit denselben neben dem übrigen Neuesten und Interessantesten aus dem Gebiete der Unterhaltungslekture, sowie ausgewählten Erzählungen, Gedichten, Miscellen, Aphorismen, Nekrologen, literarischen und Kunst-Kritiken u. s. w. ihre Leser nach jeder Richtung hin angenehm und lehrreich zu unterhalten.

Das täglich zur Zeitung erscheinende Gratis-Beiblatt **„Würzburger Anzeiger"** (welcher auch aparte um 42 kr. vierteljährlich bezogen werden kann) liefert alle lokalen Neuigkeiten, sowie eine kurzgefaßte Uebersicht der politischen Ereignisse, Markt-, Cours- und Sitzungsberichte u. s. w.

Exped. der „N. Würzburger Zeitung".

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 15. Juni. Se. Maj. der König hat durch Entschließung vom 10. l. M. nachfolgende Veränderungen im Justizpersonale des Heeres genehmigt: Versetzt werden: die Stabsauditore K. Höß vom Generalkommando Augsburg beim Artilleriekorpskommando; dann der Bataillonsauditor A. Volkert vom Festungsgouvernement Germersheim zur Stadt- und Festungskommandtschaft Ingolstadt. Befördert werden: zum Regimentsauditor 1. Klasse der Regimentsauditor 2. Klasse M. Schleicher bei der Stadtkommandantschaft Augsburg; zum Regimentsauditor 2. Klasse der Bataillonsauditor E. Knarr von der Stadt- und Festungskommandantschaft Ingolstadt im 8. Inf.-Reg.

Se. Maj. der König hat die Hauptleute E. Ritter v. Lößl und M. du Jarrys Frhr. v. La Roche vom 3. reit. Art.-Reg. zum 4. Art.-R., ferner den Unterlieut. Maximilian Emanuel Herzog in Bayern, k. H., vom 2. Uhl.-Reg. zum 3. Chev.-Reg. versetzt; den Unterlieutenant E. Neureuther zum Oberlieutenant im 4. Art.-Reg. befördert; den Unterlieut. F. Büchele vom 10. Inf.-Reg. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; die Regimentsärzte Dr. E. Steyrer vom 3. Chev.-Reg. zum 1. Uhl.-Reg., Dr. F. Buxbaum vom 4. Jäger-Bat. zum 3. Chev.-Reg. und Dr. Fr. König vom 1. Uhl.-Reg. zum 4. Jäg.-Bat. versetzt; den Hauptmann G. Fleschuez vom Generalquartiermeisterstab zum Adjutanten des Generalquartiermeisters Generalmajors Grafen v. Bothmer ernannt; dem Oberlieut. C. Grafen v. Seyssel d'Aix vom 2. Chev.-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt.

Durch Ministerial-Rescripte wurden: der Oberlieut. und Bat.-Adjutant H. Bauer vom 6. Inf.-Reg. der Adjutanten-Funktion auf Nachsuchen enthoben, der Unterlieut. L. Frhr. v. Seefried auf Buttenheim vom 2. Chev.-Reg. als Reg.-Adjutant bestätigt.

** **München,** 14. Juni. Im Artikel der Gemeinde-Ordnung wird den Gemeinde-Bevollmächtigten in zweckmäßiger Weise das Recht eingeräumt, die Abordnung der Mitglieder des Gemeinde-Rathes zu ihren Sitzungen zu verlangen; der Hr. Referent aber beantragt, dasselbe Abordnungsrecht auch dem Gem.-Rathe einzuräumen, wenn er es für nützlich erachtet, durch einzelne seiner Mitglieder den Gem.-Bevollmächtigten Mittheilungen zu machen, um die Verständigung mit denselben zu erleichtern. Zu Art. 118 wird beantragt, daß die Gem.-Bevollmächtigten in den Landgemeinden nicht auf zehn, sondern nur auf sechs Jahre gewählt werden sollen. Zu Art. 125, die Kompetenz des (Land-) Gemeinde-Ausschusses behandelnd, wird von den Abgg. J. Wagner und Rebey eine Vorlage des Hauptausschusses zahlreicher Gemeindevorsteher aus den Bezirksämtern Dillingen, Günzburg, Illertissen und Neuulm zur Berücksichtigung empfohlen, in welcher die Gesuchsteller insbesondere die Wiederherstellung des den Landgemeinde-Ausschüssen gemäß § 117 und 118 des revidirten Gemeinde-Edikts zustehenden Strafrechts für geringe Dorf- und Feldfrevel anstreben. Der Hr. Referent vermag jedoch die Wiederherstellung dieses Strafrechtes dem Gesetzausschusse nicht zu empfehlen. So lange dasselbe bestanden habe, wurden vielfache Klagen über die Unzulänglichkeit der zulässigen Strafe und über ungenügende Handhabung dieser

Das Fest in den Tuilerien.

Paris, 11. Juni.

Der große Ball, welchen der Kaiser, oder, wie man hier sagt, die Impératrice, gestern zu Ehren der hohen Gäste, des Czaaren und des Königs von Preußen, gab, war jedenfalls eines der glanzvollsten, wenn nicht das glanzvollste, welches die Tuilerien jemals gesehen haben. Wenn es auf dem Balle des Stadthauses etwas demokratisch zugegangen war, wenn man sich dort so weit vergaß, den Majestäten „Vives" darzubringen, so zeichnete sich das gestrige Fest durch seinen ganz aristokratischen Charakter aus. Man hatte diesmal das Volk ganz abgeschlossen; nur aus der Ferne durfte es auf den ungeheueren Raum hinschauen, den man für das Fest bestimmt hatte, welches nämlich außer dem Schlosse, dem reservirten Theile des Tuilerien-Gartens auch den Theil desselben inne hatte, welcher sonst dem großen Publikum geöffnet ist. Die Menge, die sich eingefunden, die aber nicht so groß war wie am Tage, wo der Stadthaus-Ball stattfand, wurde, nachdem es 9 Uhr geworden, überall von einer Unzahl Polizeiagenten und Stadtsoldaten zu Fuß und zu Pferd zurückgedrängt, so daß die Umgebung des Gartens zuletzt ganz frei war, und das Publikum nicht allein durch das Gitter, das den Garten umgibt, durch die lebende Mauer der Polizeimannschaft, sondern auch durch die Breite der Rue Rivoli und des Quais von den hohen und höchsten Herrschaften getrennt war. Es durfte sich nur auf dem an der Seine liegenden Trottoir des Quais, unter den Arkaden der Rue Rivoli und auf einem Theile des Place de la Concorde aufhalten. . . . .

Von $8^1/_2$ Uhr ab begann das Fahren nach den Tuilerien, das erst nach 10 Uhr zu Ende war. Der Czaar fuhr, von Hundertgarden eskortirt, durch das Thor des noch nicht erleuchteten Gartens ein, welches am Place de la Concorde liegt. Wenn der Anblick, welchen das Aeußere der Tuilerien und seine Umgebung bot, so recht an die alten Zeiten erinnerte, wo sich die Majestäten vollständig vom Volke abzuschließen pflegten, so ging es im Innern des alten Königspalastes aber ganz nach dem alten Regime zu. . . . .

Wenn die Tracht der Männer (sie trugen alle schwarze und kurze Hosen) etwas bunter gewesen, wenn es noch Mode wäre, unter Perrücken selbst dichten Haarwuchs zu verbergen, so hätte man sich an den Hof von Versaille versetzt wähnen können. Die Damen, deren Toilette und Haarputz, sowohl was Pracht, Eleganz, Diamanten und Juwelenschmuck dem glänzenden Hofe Ludwigs XIV. und seiner Nachfolger keine Schande gemacht haben würden, standen in einem Halbkreis um die hohen Herrschaften herum, die, bis die seither Ausgeschlossenen Zulaß erhielten, auf ihren Thron- und anderen

Strafgewalt vernommen. Die Annahme eines strengeren Strafsystems lasse sich aber nicht rechtfertigen, wenn nicht die Untersuchung und Aburtheilung den unabhängigen Strafgerichten überlassen wird. — Nach einer Bestimmung des Art. 138 sollen die Distriktsverwaltungsbehörden befugt sein, untüchtige und unverlässige Gemeindebiener jeder Zeit ihres Dienstes zu entheben. Referent kann dem unmöglich beipflichten, da hiebei das Recht der Gemeinde zur Aufstellung ihrer Bediensteten ganz illusorisch gemacht werden könnte und die Gemeinde in eine völlig unwürdige Stellung geräth, wenn die von ihr aufgestellten Personen zu jeder Zeit von einer anderen Behörde entlassen werden dürfen. Es sei völlig genügend, daß die Gemeinde verpflichtet ist, nicht blos tüchtiges Personal aufzustellen und genügend zu bezahlen, sondern auch diejenigen Diener, deren Untauglichkeit erprobt ist, vom Dienste zu entfernen. Die wesentlichste Modifikation, welche Referent zur fünften Abtheilung vorschlägt, wurde schon erwähnt; zur sechsten Abtheilung, „Von den Gemeindeämtern," bemerkt der Herr Referent: Im Ganzen enthält diese Abtheilung wesentliche Verbesserungen und theilweise auch Vereinfachung des bisherigen Gemeindewahlverfahrens. Bei den Gemeindewahlen sei das System der direkten Wahl mit schriftlicher Abstimmung vorherrschend, bei den Wahlen der Gemeinden mit städtischer Verfassung seien die Wahlmänner als Mittelglied zwischen den Urwählern und den Gemeindebevollmächtigten beseitigt worden. Die beiden Ausnahmen von dem Systeme der direkten Wahlen — die Wahlen der Gemeinderäthe und Bürgermeister in den Städten durch die Gemeindebevollmächtigten — seien nicht zu mißbilligen; es sei zu erwarten, daß diese Wahlen so besser vollzogen werden können, als wenn diese durch den schwerfälligen Apparat direkter Wahlen von sämmtlichen Gemeindebürgern unmittelbar gewählt werden müßten und hiebei, wie kaum zu vermeiden wäre, die relative Stimmenmehrheit den Ausschlag geben würde. Auf die Bemerkungen und Modifikationen im Einzelnen, welche der Hr. Referent vorschlägt, werden wir bei der demnächstigen Berathung im Ausschusse zurückkommen.

Darmstadt, 15. Juni. Obrist **Becker**, interimistischer Commandeur der zweiten Infanteriebrigade und vorjähriger Generalstabschef der großh. Armeedivision, ist pensionirt worden.

Berlin, 13. Juni. Oesterreichs Verhalten in der Angelegenheit des Zollvereins entspricht allem Anscheine nach nicht ganz der günstigen Auffassung, welche seine Friedensanstrengungen während der luxemburger Krisis mehrfach hervorgerufen hatten. Es mag offiziös bestritten werden, aber die Vermuthung, daß Bayerns Zögern von Wien aus irgendwie ermuthigt werde, wird ihren Grund haben. Oesterreich würde damit, wenn auch in weniger ostensibler Weise, die Politik wiederholen, welche es zwei Jahre hindurch bei Gelegenheit des französisch-deutschen Handelsvertrages zum Schaden der süddeutschen Interessen befolgt hatte, ohne daß Oesterreich daraus irgend ein nennenswerther Vortheil erwachsen wäre. Auch setzt sich das Wiener Cabinet, sollte es wirklich das Zaudern Bayerns in nachhaltiger Weise unterstützen, einer unausbleiblichen diplomatischen Niederlage aus. Inzwischen zeigt sich, daß Oesterreich sich in den gegenwärtigen Zustand der Dinge in Deutschland nicht gefügt hat und daß die entgegengesetzten Versicherungen das wahre Sachverhältniß schwerlich erschöpfen. Man kann dies in Oesterreichs eigenem Interesse nur bedauern. Die Entwickelung der deutschen Nothwendigkeiten wird dadurch nicht verhindert, aber die Herstellung guter und namentlich für Oesterreich gedeihlicher Beziehungen zwischen dem Kaiserreich und dem neubegründeten Deutschland ins Ungewisse hinausgeschoben werden. — Von ministerieller Seite wird bestätigt, daß Dänemark ein Arrangement wegen Nordschleswigs, das für den deutschen Theil der Bevölkerung Garantieen verlangt, aus bekannten Gründen ablehnt. Das System der Enklaven andererseits, das von preußischer Seite in Aussicht genommen scheint, würde gleichmäßig Garantien für die dänische Bevölkerung voraussetzen, die wieder für Preußen Inconvenienzen genug hervorrufen könnten. So scheint denn eine Lösung dieser leidigen Angelegenheit, was die beiderseitige diplomatische Thätigkeit angeht, noch immer nicht in Sicht. Und doch wäre sicherlich dringend zu wünschen, daß sie in ruhigen Zeiten geregelt werde. Es ist stets ein Vortheil, daß, was in solchen Fällen geschehen muß, so schleunig wie möglich geschehe. Und daß sich Preußen in dieser seit Jahresfrist schwebenden Sache übereilt hätte, wird Niemand behaupten können. — Se. Maj. der König begibt sich Anfangs Juli nach Ems, wo bereits in den „Vier Thürmen" Wohnung bestellt ist. Von Liegnitz kehrt Allerhöchstderselbe am 22. desselben Mts. hieher zurück. Ihre Majestät die Königin kommt vorerst nicht nach Berlin, sondern reist von Baden-Baden nach Coblenz. — Auf dem Artillerie-Schießplatze in Tegel wurden heute durch die Artillerie-Prüfungs-Commission Versuche mit zwei gezogenen Vierpfündern Behufs einer besseren Ladungsweise gemacht. Morgen folgen Versuche mit blindgeladenen Granaten. — Die zu Ehren des Kaisers Alexander von Rußland befohlene große Parade wird am nächsten Montag (17.) hier in Berlin Statt finden. Heute Nachmittag fand unter großer Theilnahme, namentlich der Gewerksgenossen, die Beerdigung des am Montag erschossenen Schuhmachermeisters Seyffert Statt. Vor der gestern durch das Militärgericht angeordneten Obduktion des Leichnams mußte der Lieutenant v. Schewe letzteren recognosciren, was er auch ohne Anstand und mit dem Zusatze that, daß er zwei Kugeln auf den Entseelten abgefeuert habe. Die eine, welche den Tod herbeigeführt hatte, wurde im Körper gefunden, die zweite jedoch nicht. Nach der Obduktion folgte ein Verhör der Gattin des Getödteten durch die anwesenden Militärgerichtspersonen. Ueber den Verlauf des Prozesses wird man, da das Militärgerichtsverfahren geheim ist, nichts erfahren, kaum das später gefällte Urtheil. (K. Z.)

Berlin, 15. Juni. Der „Staatsanzeiger" publicirt heute eine königl. Verordnung vom 27. v. M., die von dem gesammten Staatsministerium contrasignirt ist, und worin die durch das Gesetz vom 24.

Sesseln Platz genommen hatten. Sie saßen ungefähr in der nämlichen Ordnung, wie im Thronsaale des Hotel de Ville. Der Czar hatte wieder seine strenge, kalte Miene angenommen und sprach fast nie ein Wort. Der Kaiser sowohl, als auch die Kaiserin sahen sehr heiter, der erstere fast freudestrahlend aus, und der König zeigte wieder das freundliche Gesicht, das ihm bekanntlich die Sympathie aller derer gewonnen hat, die sich ihm hier nähern konnten. Der Großfürst-Thronfolger sah auch nicht heiter aus; er soll noch einen düstereren Charakter haben, als sein hoher Vater; der Kronprinz und der zweite Sohn des Czaren schienen jedoch in sehr guter Stimmung zu sein. Einen seltsamen Contrast zu den höchsten Herrschaften bildete der japanische Prinz, dessen gelbes Gesicht und etwas nachlässiges Sitzen gar zu sehr gegen die Uebrigen abstach. Der Hof erhob sich alsbald, um eine Tour durch den Garten zu machen, worauf die Tänze begannen; eine Ehrenquadrille fand nicht Statt; doch tanzten die Prinzessin Mathilde und einige andere fürstliche Persönlichkeiten den zweiten Tanz. Als der Hof sich erhob und der Czaar der Kaiserin die Hand dargereicht, wurden plötzlich die Thüren geöffnet, die vom Marschallssaale in den Garten hinabführen. Der Anblick, welcher sich den Blicken darbot, war ein so prachtvoller, wie man ihn vielleicht noch nie gehabt. Der lange, breite Gang, der von dem reservirten Theile des Tuileriengartens nach dem Place de la Concorde führt, bildete einen wahren Feuerstrom, von welchem die zu beiden Seiten des Weges liegenden hohen Bäume, die nicht illuminirt waren, die Ufer zu bilden schienen. Am äußersten Ende dieser Flammenstraße prangte ein ungeheurer Stern, den russischen St. Andreas-Orden, so sagte man mir, repräsentirend. Es sollte eine neue Huldigung für den nordischen Kaiser sein. Die Bäume des reservirten Gartens waren mit Tausenden von bunten Lampen erleuchtet, die Wiesen und alle Blumenbeete von Gaslämpchen eingefaßt, fast jede Blume hatte ihr Lämpchen und darüber erhoben sich Hunderte von Feuerguirlanden. Die Springbrunnen warfen alle feurige Wasser; man bediente sich dazu des Anilin, den man mit elektrischen Funken in Brand steckte.

Um sich einen Begriff von der Unzahl von Lichtern, die man vor sich hatte, machen zu können, muß man wissen, daß in dem reservirten Theile des Gartens allein 25,000 Gaslämpchen brannten. Als die Majestäten am obersten Ende der ungeheueren und reich geschmückten Treppe, die von dem ersten Stock nach dem Garten hinabführt, (sie ist eigens für das Fest, und zwar nach dem Vorbild der berühmten eisernen Treppe von Fontainebleau gebaut worden, ist aber doppelt so groß als diese) erschienen und als plötzlich auf allen Rasenplätzen des reservirten Gartens, so wie am Fuße der großen, im tiefen Dunkel liegenden Bäume Hunderte von bengalischen Feuern aller Farben aufloderten, und dazu von allen Seiten die lieblichsten Weisen erklangen, da gewährte das Ganze einen so prachtvollen, so großartigen, so ungewöhnlichen, mit nichts zu vergleichenden Anblick, daß selbst die strengen Züge des Czaaren Erstaunen ausdrückten. Sie können danach beurtheilen, wie überraschend der Anblick gewesen sein mag. Der Mond welcher, ehe man dieses Feuermeer entzündete, das wahre Tageslicht geworfen, den Tuileriengarten mit seinem lieblichen Scheine erfüllt und dem Czaaren zu seiner Hinfahrt ganz gemüthlich geleuchtet hatte, verschwand fast ganz und gar vor dem Willen eines anderen Kaisers, der die Schatten der Nacht in Tageshelle hatte umwandeln wollen. Die Majestäten lustwandelten ziemlich lange Zeit im Garten und kamen dann nach dem Marschallssaale zurück, um von ihren Thronsesseln herab den Tanzenden zuzusehen. Der Czaar nahm wieder den Ehrensitz ein, nämlich in der Mitte des Kaisers und der Kaiserin, welche letztere ganz weiß gekleidet und buchstäblich mit Diamanten bedeckt war. Nur der Sitz des Königs, der sich zwischen der Kaiserin und der ebenfalls in der Farbe der Unschuld gekleideten Prinzessin Mathilde befand, blieb leer. Der König sah in der vierten Reihe der Zuschauer den Tanzenden zu. Das Publikum aber war so

Juni 1853 festgestellten Obliegenheiten des hannöverschen Staatsraths nunmehr dem preußischen Gesammtministerium übertragen werden.

Wien. Der Amnestie-Erlaß für Ungarn lautet in wortgetreuer Uebersetzung:

„Alle jene Verurtheilungen, welche gegen was immer für einen Bewohner Unseres Königreiches Ungarn und seiner Nebenländer in Folge politischer Anklagen oder wegen Preßvergehen bis zum heutigen Tage gefällt worden sind — ferners die aus gleichen Ursachen angeordneten Untersuchungen stellen Wir hiermit ein. Die confiscirten Vermögen der Verurtheilten geben Wir zurück und gestatten allen Denjenigen, welche aus gleichen Ursachen sich noch im Auslande aufhalten, die freie Rückkehr ins Land. Wir dehnen dies auch auf Jene aus, welche nach Wiederherstellung der Verfassung nicht aufgehört haben, gegen die Gesetze des Landes zu agitiren; indeß erheischen es die heiligsten Interessen des Landes, daß Wir von Solchen verlangen, wienach sie Treue dem gekrönten König und Gehorsam den Gesetzen des Landes feierlich angeloben sollen.

Zu diesem Ende werden Unsere Behörden bezüglich der im Auslande Befindlichen mit den nöthigen Instruktionen versehen.

Gegeben Ofen, 9. Juni 1867.

Franz Joseph m. p.
Contrasignirt: Graf Julius Andrassy."

Frankreich. Der „Etendard" bringt folgende Mittheilung: „Die „France" meldet eine Zusammenberufung eines allgemeinen Conzils der katholischen Kirche an. Diese Nachricht ist nicht unbegründet, aber doch unseres Bedünkens ein wenig zu bestimmt ausgesprochen. Man versichert in der That, daß ein hochwürdiger Bischof des südlichen Frankreichs vor einigen Tagen von Sr. Heiligkeit dem Papste Pius IX. ein Privatschreiben erhalten hat, in welchem der hl. Vater die Absicht kundgibt, den Aufenthalt der Bischöfe zu Rom dazu zu benützen, um sie zu einem ökumenischen Konzil einzuladen; dieses Konzil würde aber nicht vor dem Jahre 1869 stattfinden."

Paris, 13. Juni. Ueber die französischen Ordensverleihungen, zu welchen der russische Besuch Anlaß gab, meldet das „Journal de Paris:" Der Held des kaukasischen Kriegs, der alte Marschall Bariatinsky, erhielt das Großkreuz der Ehrenlegion, der Sohn des Fürsten Gortschakoff, ein junger Mensch von höchstens 25 Jahren, welcher bei der russischen Botschaft in London attachirt ist, das Commandeur-Kreuz. Der Sohn des Fürsten Bariatinsky, Lieutenant in der russischen Armee, wurde dem Kaiser für das Ritterkreuz vorgeschlagen: der Kaiser ernannte ihn aus eigenem Antriebe zum Offizier der Ehrenlegion, indem er sagte: „daß er nicht weniger für einen Mann thun könne, welcher einen so ruhmvollen Namen trage." — Der König von Preußen besuchte gestern die österreichische Abtheilung der Ausstellung, wo er von dem Commissär, Hofrath Schäfer, empfangen wurde. Abends wohnte der König, sowie die französischen Majestäten, Prinzessin Mathilde u. s. w. dem Balle in der preußischen Botschaft bei, welcher diese erste Serie von offiziellen Festen würdig abschloß. Bei der Tafel befand sich Graf Bismarck, wie man bemerkte in sehr kriegerischer Gesellschaft, er saß zwischen den Gemahlinnen des Herzogs von Magenta und des Generals Fleury.

— Man glaubt, schreibt die „Patrie," daß die Untersuchung gegen Berezowski bald ihr Ende erreichen werde. Man versichert, daß der bekannte Charakter des Angeschuldigten während der Haft keine Veränderung erfahren hat; nur daß er jetzt etwas weniger schweigsam ist. Was seine Antworten betrifft, so sind sie immer dieselben; entschiedener als je behauptet er, keine Mitschuldige an seinem Verbrechen zu haben. Seine Wunde, in welche man täglich Jod einspritzt, ist weit entfernt geheilt zu sein, doch ist es unrichtig, daß sich der Starrkrampf erklärt habe. Im übrigen ist das Befinden des Angeschuldigten kein schlechtes. Nur sein Schlaf ist unruhig. Berezowski wird von dem Arzt der Conciergerie, Dr. Calvo, behandelt.

Madrid, 13. Juni. Die Deputirtenkammer hat ein Amendement zum Budget angenommen, wodurch vom 1. Juli an eine Auflage von 5 pCt. auf die Capitalien der Depositen-Kassen gelegt wird.

Belgrad, 6. Juni. Unsere Regierung hat das Volksheer vollständig reorganisirt. Die ganze Armee ist in 32 Brigaden getheilt, von denen jeder eine Batterie und eine Escadron Cavallerie zugegeben worden ist. Die 32 Brigaden werden wiederum in 10 Divisionen eingetheilt, die zu mobilisiren die kürzeste Frist genügen würde. Drei Divisionen haben bereits Hinterlader bekommen. Im Ganzen hat Serbien 70 Bataillone gut eingeschulter Soldaten, zu deren Ersatzmannschaft 30 neue Bataillone, deren Formation in Bälde erfolgen dürfte, bestimmt sind. Außerdem wird ein Freicorps von 20,000 Mann gebildet. Die Reorganisations-, resp. Organisationskosten dürften, einem Ueberschlage zufolge, 40 Mill. Piaster guter Währung ($6^2/_3$ Mill. Gulden österr. Währung) beitragen. Diese Summe hat der Staat aus dem Baarfonds des Staatsschatzes entnommen.

Briefe aus **Konstantinopel** vom 5. Juni (über Marseille) melden: Die Sanitätsverwaltung ist telegraphisch benachrichtigt worden, daß in Bagdad eine wirkliche Pest unter den Beduinenstämmen ausgebrochen ist. Von den tausend Personen, aus welchen der Stamm besteht, sind schon 300 gestorben. Energische Maßregeln sind verordnet worden. Der Durchzug der Karawanen der persischen Pilger aus Mekka ist verboten. Die Sterblichkeit hat sich schon vermindert. Die Nachrichten der Karawanen, welche über Aegypten zurückkehren, lauten günstig. Alle nöthigen Vorsichtsmaßregeln sind getroffen. Alle Briefe bestätigen diese Thatsachen. (T. H.)

New-York, 29. Mai. Das Drama in Mexiko ist ausgespielt: Maximilian hat sich mit seinen Generalen in Queretaro den Liberalen ergeben müssen. Die Nachricht war schon zweimal über San Francisco und Havannah hierher telegraphirt worden; indessen wurde sie bei der anerkannten Unlauterkeit der Quelle nicht geglaubt. Jetzt ist sie aber von zwei Seiten offiziell bestätigt. Das Kaiserthum ist übrigens würdiger gefallen, als es anfing. Gestern waren es gerade drei Jahre, daß Maximilian in Vera-Cruz landete und sich in dem kurzen Wahne eines von den Franzosen in Szene gesetzten Triumphzuges mit obligatem allgemeinen Napoleonischen Stimmrechte,

---

mit dem Tanzen beschäftigt, daß der König so wenig bemerkt wurde, daß der Kaiser, welcher ihn wahrscheinlich nicht aus den Augen gelassen, sich durch die dichte Menge, die ihn umgab, buchstäblich hindurchdrängen mußte, um sich ihm nähern zu können. In seiner Nähe angekommen, meinte der Kaiser: „Si Votre Majesté aura le désir, nous prendrons une tasse de thé." Kurz vor dem Souper wurde der Cotillon getanzt; er dauerte aber nicht lange, worauf sich die höchsten Herrschaften, sowie die zum Feste Befohlenen der ersten und zweiten Kategorie, die beiden Kategorien durch einander, nach dem ehemaligen Theatersaale begaben, wo der Kaiser Napoleon I. so gern die Fürsten um sich versammelte, aus denen der ehemalige Artillerie-Lieutenant seine Vasallen gemacht. Dieser Umstand scheint über die Erinnerungen, die sich sonst an diesen Saal knüpfen, den Sieg davon getragen zu haben. Napoleon I. hatte aus dem betreffenden Lokale einen Theatersaal machen lassen; seit 1815 war derselbe aber gänzlich vernachlässigt worden, weder die Bourbonen noch Louis Philipp hatte denselben jemals benutzt, und er wäre vielleicht auch noch länger der Vergessenheit anheimgegeben geblieben, wenn es Napoleon nicht gefallen hätte, auf derselben Stelle, wo der Kaiser seinen fürstlichen Gästen Talma und die Mars zeigte, dem auserlesenen Theile seines Volkes seine fürstlichen Gäste vorzuführen. Der Saal war deßhalb auch äußerst glänzend dekorirt. Auf der ehemaligen Bühne, deren Hintergrund ein kleiner Garten mit den seltsamsten Bäumen, Pflanzen und Blumen zierte, war die Tafel aufgestellt, an der die höchsten Herrschaften soupiren sollten. Zwei prachtvoll dekorirte Treppen führten zu dem früheren Zuschauerplatze hinab, wo für die übrigen Gäste des Kaisers Tische bereitet worden waren. Dort sollten Bismarck, Gortschakoff und ein großer Theil derer, welche in dem letzten Jahrzehend so viel von sich sprechen machten, sich von den Strapazen des Abends erholen. Am Ende des ehemaligen Zuschauerplatzes hing ein großer, fast durchsichtiger Vorhang; hinter demselben hervor ertönten, als die kaiserlichen Gäste Platz genommen, die herrlichsten Männer- und Frauenstimmen, die lieblichsten Melodien vortragend. Die höchsten Herrschaften soupirten ungefähr eine Stunde, während welcher Zeit das große Publikum in dem unteren Theile des Saales in verschiedenen Abtheilungen sein Abendessen einnahm, so daß, als sich die höchsten Herrschaften von der Tafel erhoben, das Essen im unteren Theile des Saales ebenfalls beendet war. Um die Bühne herum führte eine Galerie, auf der man während des Soupers der Majestäten umhergehen und sehen konnte, wie sie ihre Speisen zu sich nahmen. Ich betrat dieselbe ebenfalls und bemerkte, daß es Allen, selbst dem Czaaren und dem persischen Prinzen, der dort auch zugelassen war, trefflich schmeckte. Der Saal, wo der Kaiser Napoleon seine Gäste bewirthete, ist der, in welchem der Convent das Todesurtheil über Ludwig XVI. fällte. Man hatte sich gegen $2^1/_2$ Uhr zur Tafel gesetzt. Gegen $3^1/_2$ Uhr war dieselbe zu Ende. Die höchsten Herrschaften begaben sich hierauf in den Thronsaal zurück, um noch einen Blick in den Garten zu werfen.

Der Tag hatte bereits zu grauen begonnen, und die Tausend und Tausende von Lichtern suchten vergebens der heraufsteigenden Sonne Trotz zu bieten. Dieses war das Signal zum Rückzuge. Obgleich Strauß und seine Leute noch aufspielten, so wurde nur noch wenig getanzt. Die höchsten Herrschaften hatten sich um $5^1/_2$ Uhr zurückgezogen; König Wilhelm, der nicht im geringsten ermüdet schien, hatte sich in seinen Pavillon begeben, der Czaar nebst seinen Söhnen und Gefolge war durch den Garten nach dem Elysée zurückgefahren und der Kaiser und die Kaiserin waren in ihren Gemächern verschwunden. Die Menge auf der Straße war nur noch unbedeutend, desto mehr fiel aber die gewaltige Streitmacht auf, die man für dieses friedliche Fest aufgeboten. (K. Z.)

mit Zuaven, Turcos und Hochamt wiegte. Damals strahlte die junge Kaiserin Charlotte in Schönheit und Anmuth, heute irrt sie geisteskrank in den Gemächern von Miramare herum und Maximilian befindet sich im festen Gewahrsam. Es gibt hier kaum Jemanden, der nicht dem Exkaiser ein aufrichtiges Mitleid zollte. Er hat sich durch sein mannhaftes Auftreten in der letzten Zeit selbst die Sympathien seiner Feinde erworben und durch seine Lossagung von den Franzosen, denen er so lange als Werkzeug gedient hatte, seine früheren Fehler zum Theil gesühnt. Er hätte leichter mit den Franzosen abziehen, als sich unter Entbehrungen und Gefahren aller Art mit seinen Soldaten in Queretaro halten können. So tritt er als Mann und achtungswerther Feind vom politischen Schauplatze ab. Was jetzt aus ihm werden wird? Wer weiß es? Ueber diese Frage lassen sich bis jetzt nur Vermuthungen aufstellen. Wie Sie wissen, hat Seward durch seinen Minister Campbell auf Veranlassung des österreichischen Gesandten bei Juarez um Gnade für Maximilian gebeten, die denn auch nach einigen Berichten vom Präsidenten der mexikanischen Republik gewährt sein soll. Mir scheint diese Angabe sehr zweifelhaft; nach zuverlässigen direkten Berichten aus Mexiko soll Juarez nur eine ausweichende, allgemein gehaltene Antwort gegeben haben. Die Monarchie hat nie Bedenken getragen, alle diejenigen, welche ihrer legitimen Regierungsform mit dem Schwerte in der Hand gegenübertraten, durch Pulver und Blei oder durch einen hänfenen Strick zu beseitigen, und Kaiser Max hat die Republikaner ohne Bedenken erschießen lassen. Uebrigens ist es sehr fraglich, ob Juarez, selbst wenn er den besten Willen für Maximilian haben sollte, noch früh genug kommen wird, um ihn aus den Händen von Perfirio Diaz zu retten. Dieser ist ein mexikanischer General, halb Bandit, halb Offizier, der jedenfalls nicht von des Gedankens Blässe angekränkelt ist und nur das Kriegsrecht kennt. Wie schwach auch sonst sein Gedächtniß sein mag, sicherlich hat er jene Proklamation Maximilians vom 2. Okt. 1865 nicht vergessen, worin es unter Anderem hieß: „Von jetzt an wird es nur noch einen Krieg zwischen den achtbaren Männern der Nation und zwischen Banden von Straßenräubern und Verbrechern geben. Von Langmuth kann keine Rede mehr sein. Die Regierung, stark in ihrer Macht, wird von nun an mit unbeugsamer Strenge die Strafen verhängen, wie die Gesetze der Civilisation, die Rechte der Humanität und die Gebote der Sittlichkeit sie erheischen." Der Commentar zu diesem Gesetze bestand darin, daß jeder Mexikaner, der, mit bewaffneter Hand im Kampfe gegen das Kaiserreich gefangen genommen, von dem Führer der Truppe, in deren Hände er gefallen war, abgeurtheilt und binnen 24 Stunden erschossen wurde. Es war keine leere Drohung: die republikanischen Generale Salazar und Artoga, etwa 20 Obersten, Majore und Hauptleute und mehr als 100 Soldaten und kriegsgefangene Offiziere wurden im Einklange mit diesem Blutgesetze in San Luis Potosi erschossen. Es macht keinen Unterschied in der Beurtheilung der Lage, daß später die Republikaner, als sie wieder die Oberhand gewannen, blutige Vergeltung übten und sich weigerten, das von den Kaiserlichen zuerst mit Füßen getretene Kriegsrecht wieder anzuerkennen. Unter diesen Umständen wird die Intervention der Union auch nicht schwer in die Wagschale fallen. Wenn je eine Nation vollberechtigte Ursache hatte, der anderen nicht zu trauen und das Gegentheil von dem zu thun, was sie ihr räth, so ist es die mexikanische gegenüber den Vereinigten Staaten. Obgleich der Krieg gegen Mexiko zugleich gegen die große nördliche Republik mit unternommen wurde, so beeilte sich Seward doch, den Franzosen, wo und wie er nur konnte, freundschaftlich zu helfen, während er Juarez überall feindselig entgegentrat. Pferde, Maulthiere, Wagen, Sättel und frischen Proviant durften die Franzosen offen in New-York kaufen, ja, sogar die von General Scott im Jahre 1847 aufgenommenen Karten des Landes wurden dem in dasselbe einfallenden französischen General mitgetheilt, während dem mexikanischen Gesandten Romero selbst der Verkauf von condemnirten amerikanischen Waffen verboten und jedes nur denkbare Hinderniß in den Weg gelegt wurde. Und wie in den offiziellen Regionen, so gab es in den gewöhnlichen Kreisen des Lebens kaum einen Amerikaner, der dem mexikanischen „greaser" (Schmierpelz) gegenüber nicht die beleidigendste Miene der Ueberlegenheit zur Schau trug und ihn im persönlichen Verkehr nicht mit dem Indianer auf eine Stufe stellte. Diese Ungerechtigkeit und Rohheit wird sich jetzt rächen, und auch Maximilian mag mit darunter bluten. Statt in dem Amerikaner den erfahrenen und einen nachzuahmenden Nachbar zu erblicken, betrachten die Mexikaner in ihm nur ihren nationalen Feind und Neider, der lüstern die Hände nach ihrem Lande ausstreckt oder im günstigsten Falle es gleichgültig zu Grunde gehen läßt, wenn es ihm keinen Vortheil bringt. Doch sei dem, wie ihm wolle, das Trauerspiel ist aus und damit zugleich das Nachspiel des hiesigen Bürgerkrieges beendigt. Es zeugte von politischer Kurzsichtigkeit oder Mangel an zuverlässiger Information, daß Napoleon in der Niederlage von Bull Run den unvermeidlichen Zusammenbruch der Vereinigten Staaten erblickte und daß er darauf das Luftschloß von der Herrschaft der lateinischen Race in Amerika zu gründen hoffte. Merkwürdig, wie in dem Kopfe dieses Mannes, wie in dem seines Onkels, die unklarsten Phantasien neben den nüchternsten politischen Zielen Platz finden! Das große katholische Kaiserreich liegt zertrümmert am Boden. Es ist ein Glück für die Menschheit, daß diese neue napoleonische Schöpfung als mißlungener Versuch endete, und es ist schade um Maximilian, daß er sein Leben für keine bessere Sache einsetzte. Er hätte ein anderes Schicksal verdient, denn als der Don Quixote der Monarchie zu fallen. (K. Z.)

Neueres.

Wien, 15. Juni. Charakteristisch dafür, daß die Anschlußfrage der Südstaaten an den norddeutschen Bund immer brennender wird, ist die Lebhaftigkeit der Diskussion dieses Gegenstandes, mit welcher die verschiedenen Organe die schwebenden Verhandlungen begleiten. Der Totaleindruck, den die Darstellungen auf uns machen, ist der, daß wir vor dem Heranreifen von Thatsachen stehen, die sich nicht mehr aufhalten lassen werden und zu welchen man schließlich wohl auch in Paris, wo dieselbe Frage — wie unzweifelhaft aus den Berichten hervorgeht — gelegentlich der Monarchenzusammenkunft gleichfalls diskutirt worden, gute Miene machen müssen wird, zumal, wenn die telegraphisch signalisirten Entwaffnungsabsichten Napoleons Ernst gemeint sind. (Frdbl.)

Triest, 14. Juni. Die „Levantepost" bringt Folgendes: Athen, 8. Juni. In der letzten Zeit sind 3000 griechische Freiwillige nach Kandia abgegangen. Drei größere Insurgentenlager haben sich bei Apokorenos, Retimo und Lassiti gebildet. Nach dem Entkommen des griechischen Dampfers „Arkadion" von Cerigotto hat der Commandant des türkischen Geschwaders am dortigen Orte einen Protest niedergelegt.

Konstantinopel, 8. Juni. Der Schah von Persien hat auf das abrathende Gutachten der Ulmas die Reise nach Paris aufgegeben. Der General-Gouverneur der Provinz Bagdad, Namik Pascha, hat die Weisung erhalten, dem dortigen Quarantaine-Direktor sämmtliche disponibeln Truppen Behufs Bildung eines Cordons gegen die Ausbreitung der Cholera, so wie die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung zu stellen.

London, 14. Juni. „Morning Post" meldet: Die Königin werde Ende Juni im Hydepark eine große Revue über die regulären Truppen abhalten. „Times" will wissen, die Revue werde am 6. oder 7. Juli stattfinden.

London, 15. Juni. Lord Stanley sagte in seiner Antwort auf die Interpellation Labouchère's: „Viele meinen, die luxemburger Frage sei nur ein Vorwand gewesen, der Abschluß des Tractates werde die Gereiztheit nicht mildern und einen späteren Kriegsausbruch nicht verhindern. Ich dagegen glaube, es gebe jetzt nichts, was den Krieg unvermeidlich, ja, nur wahrscheinlich mache. Zeit gewonnen, ist viel gewonnen; die Aufregung schwindet täglich, tausend Gründe sprechen beiderseits für, keiner gegen den Frieden. Preußen braucht weder Zuwachs seines Kriegsruhmes, noch Deutschland größere Einigung, da letzteres gesichert ist, es braucht nur Muße, um sie zu consolidiren. Frankreich wünscht kein deutsches Venetien, keine Gränzberichtigung. Die Beziehungen beider Staaten zu einander sind seit dem Conferenzschluß fortschreitend freundlicher geworden, das frühere Mißtrauen schwindet und, obwohl kein Prophet, glaube ich nicht, daß der Friede jetzt gefährdet ist. England übernahm die Garantie als einziges Friedensmittel. Das Parlament wird im gegebenen Falle durch Verweigerung oder Bewilligung der Kriegskosten die Ausführung der von England übernommenen Garantie-Verpflichtungen genehmigen oder verhindern können.

Corfu, 13. Juni. Der Dampfer „Arkadion" ist glücklich in Syra angekommen.

Petersburg, 14. Juni. Der Großfürst Konstantin empfing in Kronstadt eine Glückwunsch-Deputation der daselbst wohnenden Amerikaner und Engländer; ebenso auch eine Slavendeputation. Der Großfürst sprach seine Zufriedenheit mit dem Empfange aus, welchen das russische Volk den Slaven bereitet, und sagte, er theile die Gefühle seines kaiserlichen Bruders.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 167.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 18. Juni 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 15. Juni. Se. Majestät der König hat den Bezirksgerichtsschreiber extra statum Chr. Fr. Fickenscher zu Memmingen wegen nachgewiesener Krankheit in den nachgesuchten Ruhestand treten lassen; die kathol. Pfarrei Schambach, Bezirksamts Eichstätt, dem Priester J. Kraus, Pfarrer in Hörmannsdorf, Bezirksamts Velburg, übertragen.

Se. Maj. der König hat der von dem Fürsten Heinrich Carl Wilhelm v. Carolath-Beuthen und seiner Gemahlin Adelheid, gebornen Gräfin von Pappenheim, mittelst Urkunde vom 17. August 1818 mit einem Capitale von 3500 fl. gegründeten Aussteuerstiftung für arme unbescholtene Mädchen aus dem Bezirke der ehemaligen Grafschaft Pappenheim unter den vom Grafen Ludwig zu Pappenheim in der Urkunde vom 19. März 1867 bezüglich der Verwaltung dieser Stiftung festgestellten Bedingungen die landesherrliche Bestätigung ertheilt.

München, 15. Juni. Die „Bayer. Zeitung" theilt aus dem zwischen Bayern und Oesterreich soeben abgeschlossenen Staatsvertrag über die Braunauer Eisenbahn Näheres mit, und wir heben daraus die Hauptpunkte hervor: Beide Regierungen sind übereingekommen, daß eine Eisenbahn von München in östlicher Richtung an die bayerisch-österreichische Grenze bei Simbach-Braunau und von da zum Anschlusse an die Kaiserin-Elisabethbahn bei Neumarkt hergestellt werden soll. Die Bahnabtheilung auf bayerischem Gebiete wird von der k. bayer. Regierung als Staatsbahn gebaut. Für die auf österreich. Gebiete liegende Strecke hat die kais. Regierung unterm 22. August 1865 einem Consortium die Concession zum Bau und Betriebe dieser Eisenbahnstrecke bereits ertheilt.*) Auf österr. Gebiete soll der Bahnbau innerhalb eines Zeitraumes von längstens einem Jahre, vom Tage der Ratifikationsauswechslung gerechnet, begonnen und innerhalb drei Jahren die Bahnstrecke betriebsfähig hergestellt werden. Die bayer. Regierung wird innerhalb des gleichen Zeitraums die Bahnstrecke von München bis zur österr. Gränze vollenden lassen. Die Bahn soll an ihren beiden Endpunkten, in München und Neumarkt, mit den daselbst mündenden Bahnen in unmittelbare Schienenverbindung gesetzt werden. Die kaiserl. Regierung übernimmt die desfallsige Vermittlung bezüglich des Anschlusses an die Kaiserin-Elisabethbahn in oder bei Neumarkt. Als Gränzstation für die Zollbehandlung ist Simbach bestimmt worden, woselbst eine gemeinschaftliche Zollbehörde errichtet werden wird. Auch in Braunau wird ein Stationsplatz für den Personen- und Güterverkehr hergestellt werden.

München, 15. Juni. Ich habe Ihnen wieder eine Reihe von Akten königlicher Munificenz und Wohlthätigkeit zu melden. Se. Maj. der König hat nämlich die folgenden Spenden aus der königl. Kabinetskasse bewilligt: für die Errichtung des Hans Sachs-Denkmals einen Beitrag von 500 fl., an den Verein der freiwilligen Feuerwehr in München ein Geschenk von 300 fl., an die Heilanstalt für Augenkranke des Prof. Dr. Rothmund jun. 200 fl., an das Haunersche Kinderspital 200 fl., und an das homöopathische Spital der Aerzte Dr. Buchner und Dr. Quaglio ebenfalls 200 fl. — Das Pensionsgesuch des Ministerialraths Frhrn. v. Tautphöus im königl. Staatsministerium des k. Hauses und des Aeußern hat die Genehmigung Sr. Maj. des Königs erhalten, und ist die Ausfertigung des betreffenden Dekrets jeden Augenblick zu erwarten. — Uebermorgen, am 17. d. M., wird der zum bayerischen Militärbevollmächtigten in Berlin ernannte Generalmajor im Generalquartiermeisterstab und bisherige Adlatus des Kriegsministers, Frhr. v. Ow, auf seinen Posten nach Berlin abgehen. (A. Z.)

München, 15. Juni. Anfangs August findet in Stuttgart die deutsche Turnlehrerversammlung statt. Das bayerische Kultusministerium beauftragte sämmtliche Kreisregierungen, aus der Zahl jener Turnlehrer, welche an den Gymnasien Unterricht geben, mehrere auszuwählen und auf Regierungskosten nach Stuttgart abzusenden. Ueber die dort im Gebiete der Turnerei gemachten Wahrnehmungen haben diese dann ein genaues Referat auszuarbeiten und dasselbe der bez. Kreisregierung einzuschicken. (Nürnb. Korr.)

** **München,** 17. Juni. Nunmehr ist auch das Referat des Hrn. Abgeordneten Fischer über die Gesetzentwürfe, Anfässigmachung und Verehelichung, dann Heimath und Aufenthalt betreffend, vollendet und gedruckt. Wie wesentlich verschieden die Ansichten des Herrn Referenten von jenen des Regierungs-Entwurfes sind, ergibt sich aus folgenden Stellen der Einleitung zu dem Referate: „Die kgl. Staatsregierung glaubte bei Aufstellung ihrer Entwürfe an dem — wenn auch wesentlich modifizirten — Institute der formalen Ansässigmachung festhalten zu sollen, weil eine Beseitigung dieses „in der Volksanschauung eingebürgerten Institutes bedenklich" wäre. Ich bin anderer Ansicht. Das Volk erwartet und verlangt Aenderungen von viel größerer Tragweite, als sie dem Aufgeben des Instituts der Ansässigmachung innewohnt. Die Ansässigmachung im Sinne des vorliegenden Regierungsentwurfs ist überdies so wesentlich verschieden von dem Inhalte des bisherigen Begriffs der Ansässigmachung, daß die Annahme des Regierungsvorschlages nicht einmal als eine der Gewohnheit gebrachte Huldigung angesehen werden könnte. In den diesrheinischen Landestheilen würde man in der modifizirten Gestalt des Ansässigmachungsinstituts eine Neuerung erblicken, deren Nutzen nicht abzusehen ist; die pfälzische Bevölkerung aber, welche eine formale Ansässigmachung überhaupt nicht kennt, würde die Annahme der bezüglichen Bestimmungen des Regierungsentwurfes geradezu als einen ihre Lage verschlimmernden Rückschritt fühlen. Das Festhalten an der formalen Ansässigmachung hätte zur Folge, daß die Verehelichung in der Pfalz mehr als bisher erschwert und daß sie in den diesrheinischen Landestheilen weniger als wünschenswerth erleichtert würde. Ich beseitigte daher die formale Ansässigmachung ganz und gar. Hienach erschien es aber zweckmäßig, die von der Staatsregierung vorgelegten Entwürfe getrennter Gesetze a) über Ansässigmachung und Verehelichung, b) über Heimath und Aufenthalt in Einem Gesetzentwurf über „Heimath, Verehelichung und Aufenthalt" zusammenzufassen. Die auf Ansässigmachung bezüglichen Bestimmungen des Regierungsentwurfs sind, soweit es nach Natur der Sache geboten und zulässig war, von mir da berücksichtigt worden, wo die Voraussetzungen des Erwerbs einer neuen Heimath oder die Voraussetzungen der Verehelichung geregelt werden. Mag auch der von mir vorgeschlagene Entwurf zu mannigfachen Bedenken Anlaß geben, so wird doch zugestanden werden müssen, daß die Mangelhaftigkeit meiner Vorschläge nicht in dem Aufgeben des Instituts der Ansässigmachung ihren Ursprung hat, daß vielmehr durch das Aufgeben dieses Instituts eine Vereinfachung erzielt und ermöglicht wurde, die Verehelichung in einer Weise zu erleichtern, welche sowohl dem Reformbedürfnisse der diesrheinischen Landestheile, als auch den Volksanschauungen der Pfalz besser, als es im Regierungsentwurfe geschieht, Rechnung trägt. Die Eheschließung wird, was auch die Natur der Sache empfiehlt, nach meinen Vorschlägen als ein Akt von überwiegend privatrechtlicher Bedeutung behandelt; irgendwelche politische Folgen, wie sie der Regierungsentwurf an die als Vorbedingung einer Eheschließung gesetzte Ansässigkeit geknüpft hat, sollen mit der Verehelichung nicht verbunden werden. Das Recht, sich durch Verehelichung einen eigenen Herd zu gründen, wird als ein Ausfluß des dem Manne zustehenden Heimathrechts betrachtet, — und diese Auffassung machte es möglich, die Eheschließung in ausgedehntem Maße zu erleichtern, ohne die Interessen der Gemeinden ungebührlich zu gefährden. Uebrigens werden auch nach meinen Vorschlägen nur die Voraussetzungen und nicht die Formen der Eheschließung geregelt. Eine Regelung der Formen bleibt besonderer Gesetzgebung vorbehalten, die freilich nicht lange mehr verschoben werden sollte und die dem täglich weitere Geltung sich verschaffenden Satze, daß die Eheschließung zunächst ein dem Gebiete des Civilrechts angehöriger Akt ist, ihre Anerkennung nicht wird versagen dürfen. Als rathsam erschien es mir, Bestimmungen darüber, unter welchen Voraussetzungen Ausländer auf bayerischem Gebiete eine Ehe mit Vorbehalt ihrer Staatsangehörigkeit schließen

---

*) Die für die bayerische Bahnstrecke erforderlichen Mittel sind durch das Gesetz vom 5. Okt. 1863 (Gesetzblatt S. 29) zur Verfügung gestellt. Das Anlagecapital der von den Concessionären der österr. Bahnstrecke zu bildenden Aktiengesellschaft ist auf 6,400,000 fl. österr. W. in Silber festgesetzt, und sind die erforderlichen Mittel bereits gesichert.

können, in den Gesetzentwurf aufzunehmen, weil Eheschließungen von Ausländern auf bayerischem Gebiete häufig vorkommen, weil über die Voraussetzungen der Zulässigkeit solcher Eheschließungen Bestimmungen getroffen werden müssen und weil hier Gelegenheit gegeben ist, durch Ergänzung des vorliegenden Entwurfs die Erlassung eines besonderen desfallsigen Gesetzes zu ersparen. Durch Art. 29 meines Entwurfes habe ich die bestehende Lücke auszufüllen versucht. Das Aufgeben der formalen Ansässigmachung und die hienach als zweckmäßig erschienene Vereinigung von zwei getrennten Gesetzentwürfen in Einen Entwurf hat begreiflich eine ziemlich weit greifende Umstellung der einzelnen Artikel des Regierungsentwurfs nothwendig gemacht."

Karlsruhe, 15. Juni. Den kommissarischen Verhandlungen zur Feststellung des Gesetzentwurfs über die Militärpflicht hat, wie der „Schw. M." vernimmt, auch der preußische Militärbevollmächtigte General v. Beyer angewohnt. — Der Großherzog und die Frau Großherzogin haben heute Nachmittag von Baden aus die Reise nach Paris angetreten.

Darmstadt, 15. Juni. Nach längerer Vertagung wird die erste Kammer der Stände den 18. d. ihre Sitzungen wieder eröffnen. — Eine Gesetzesvorlage wegen neuer Bonitirung des Großherzogthums, insbesondere Steuer-Erhöhung der Waldungen, ist bei den Ständen erfolgt, da das Bedürfniß erhöhter Staatseinnahmen den früheren Widerstand der Regierung hiergegen wohl beseitigt hat. — Wie der Kaiser von Rußland, so ist auch der Prinz von Oranien von hier abgereist. Der Herzog von Nassau befindet sich noch hier. — Die Feier des 300jährigen Residenz-Jubiläums am 15. Juli, für welche der Gemeinderath 1500 fl. bewilligt, soll zwei Tage dauern, auch ein Volksfest auf dem Exerzierplatz ist in Aussicht genommen.
(Frkft. Journ.)

Köln, 15. Juni. Der Hochwürdigste Erzbischof Paulus wird sich am 20. d. Mts. auf die Reise zum achtzehnhundertjährigen Jubelfeste nach Rom begeben und dort drei bis vier Wochen verweilen.
(Köln. Z.)

Luxemburg, 14. Juni. Der Prinz-Statthalter hat sich gestern früh nach Darmstadt begeben, um dem Kaiser von Rußland einen Besuch abzustatten, und wird am 18. d. zur Eröffnung der Kammern wieder hier sein.

Wien, 14. Juni. Der Abgeordnete von Mühlfeld hegt bekanntlich die Absicht, das Elaborat des confessionellen Ausschusses des Abgeordnetenhauses aus der ersten Reichsrathssession, das sogenannte Religions-Edikt, wieder aufzunehmen und als selbständigen Antrag vor den Reichsrath zu bringen. Sollte dies geschehen, so wäre wohl noch nicht das Concordat beseitigt, allein der heißersehnte Feldzug gegen dasselbe in legalster Form eröffnet und die Regierung gezwungen, auch in Bezug auf den „unseligen Vertrag" Farbe zu bekennen. Unseres Erachtens war diese Nothwendigkeit für die Regierung schon längst vorhanden. Nicht allein mußte sie sich in Betreff dieser Frage die Initiative wahren, sie war und ist vor Allem verpflichtet, der öffentlichen Stimmung, die nicht nur offen und entschieden zu Tage getreten, sondern — man kann es ohne Uebertreibung sagen — eine erregte geworden ist, Rechnung zu tragen. Der erste Schritt dazu wäre die Ernennung eines eigenen Unterrichts- und Cultusministers gewesen, da Freiherr v. Beust schon als Protestant bei den concordatsfreundlichen Elementen auf Widerstand stoßen mußte. Es heißt aber, es finde sich unter den Koryphäen des Reichsraths und eventuellen Minister-Candidaten Keiner, der gesonnen wäre, dieses Portefeuille zu übernehmen — angeblich, weil es kein politisches sei und der Wirkungskreis sich jedenfalls nur auf die Länder diesseits der Leitha erstrecke. Als ob es nicht Ruhmes genug wäre, in Cisleithanien die Grundlagen gelegt zu haben, auf denen allein ein wahrer Neubau Oesterreichs sich erheben kann. Graf Leo Thun hat einst im Herrenhause erklärt, daß er stolz darauf sei, zu dem Zustandebringen des Concordats mitgewirkt zu haben, das nun wie ein Alp auf Oesterreich lastet und uns selbst Süddeutschland, von Norddeutschland gar nicht zu reden, entfremdet hat. Sollte es nicht mindestens ein ebenso großer Ruhm sein, Oesterreich von diesem Alp befreit zu haben? Was nützen die schönen Reden, die im Abgeordnetenhause und sonst gehalten werden, wenn man scheu zurückweicht, sobald es sich um die That handelt! Das Vorgehen der ungarischen Regierung sollte Nachahmung finden. Denn was in Ungarn als undurchführbar sich herausgestellt, kann nicht diesseits der Leitha aufrechterhalten bleiben. — Wie es scheint, trägt sich der Herr Minister-Präsident wohl schon mit ähnlichen Gedanken. Wenigstens versichert der officiöse Correspondent der „National-Zeitung", Herr v. Beust habe die Nothwendigkeit und Dringlichkeit dieser Reform wie jener der Heeresergänzungs-Verordnung anerkannt, und sei geneigt, dem Willen der Volksvertreter gemäß, dieselben ins Leben zu rufen. Der Correspondent fügt sogar bei: Wahrscheinlich werde schon in der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses, am 17. d. M., die bezügliche ministerielle Kundgebung erfolgen. Zunächst solle aus dem Gesammtcomplex dieser Fragen die Schulreform und die Regelung der interconfessionellen Verhältnisse in Angriff genommen werden, für welche Vorarbeiten aus Schmerling's Zeiten vorliegen. Dagegen glaubt man nicht, daß die Regierung sich zu Unterhandlungen mit Rom wegen Abänderung gewisser Bestimmungen des Concordats wird entschließen können, da unter Herrn v. Schmerling die Sendung des Bischofs Feßler ohne Erfolg blieb. Man glaubt sich berechtigt, die Akte der Civilgesetzgebung, welche in der schwülen Luft des Jahres 1856 aus der Interpretation des Concordats entstanden sind, freithätig durch andere zu ersetzen, welche der mittlerweile so mächtig hervorgetretenen öffentlichen Meinung entsprechen.
(Pr.)

Wien, 15. Juni. Der Präsident des serbischen Senats, Marsnovich, welcher als serbischer Gesandter den Kaiser aus Anlaß seiner Krönung Namens des Fürsten Michael beglückwünschte, hat vom Kaiser das Großkreuz des Franz-Joseph-Ordens erhalten. — Die „General Korrespondenz" erklärt das Gerücht von der angeblich stattgefundenen oder bevorstehenden Demission des Armee-Kommandanten Erzherzogs Albrecht und des Kriegsministers John für völlig grundlos.

Pesth, 14. Juni. Ein Rundschreiben des Ministeriums des Innern verordnet, daß die Funktionen der bisher bestandenen Nothstand-Comités an die Municipal-Ausschüsse übergehen sollen; doch steht es diesen frei, jene Comités in ihren Functionen zu belassen, nur müssen sie hievon dem Ministerium Meldung machen. — Das „Amtsblatt" bringt ferner eine Berichtigung, nach welcher der Primas nicht zum Kanzler, sondern zum Prälaten des Stephan-Ordens ernannt wurde. — „Naplo" dementirt nach authentischer Quelle die Nachricht, daß Deak von Sr. Majestät Allerhöchstdessen Bildniß oder sonst ein Andenken erhalten habe.

Paris, 15. Juni. Man liest im „Journal de Paris" bezüglich der Abreise des Königs von Preußen: „So wenig Sympathieen wir für die Politik des Berliner Kabinets haben, so sind wir doch zu sehr Freunde der Wahrheit, um nicht zu konstatiren, daß die Person, die Haltung und das Auftreten dieses Souveräns einen ausgezeichneten Eindruck hervorgebracht haben, und zwar nicht allein in der offiziellen Welt, sondern auch bei dem großen Publikum. In dieser Hinsicht läßt vielleicht König Wilhelm bessere Erinnerungen hier zurück, als irgend einer der Herrscher, die bis jetzt unsere Ausstellung besucht haben. Allerdings schließen wir daraus noch nicht, wie es die „Nordd. Allg. Ztg." zu thun scheint, daß der Weltfriede für immer gesichert ist." . . . . Das „Journal de Paris" zeigt an, daß die Gesundheit des kaiserlichen Prinzen, nach der förmlichen Versicherung der Aerzte, vollkommen wieder hergestellt und jede Spur des Uebels, an dem er gelitten, gründlich beseitigt ist. — Der Kaiser und die Kaiserin von Oesterreich reisen am 10. Juli nach Paris ab und werden im Pavillon Marsan wohnen. Ihnen werden in Versailles und Paris große Feste bereitet. — Heute legte Nogent Saint Laurens den Bericht über das Preßgesetz auf den Tisch des gesetzgebenden Körpers. Die Budgetdiscussion wird wahrscheinlich am 24. Juni beginnen und bis 15. Juli dauern; alsdann soll die Session auf einige Zeit vertagt werden und die Wahlen zu den Generalräthen am 31. Juli erfolgen. Am Montag oder Donnerstag sollen der Kammer die Aktenstücke über die Luxemburger Angelegenheit vorgelegt werden. Dem Abgeordneten Jules Favre, der todtgesagt war, geht es wieder besser. Die Minister Rouher und Lavallette hatten sich nach seinem Befinden erkundigen lassen.

Der Vicekönig von Aegypten traf am 15. in **Toulon** ein und wurde von den Kanonen der Forts und Schiffe salutirt.

Paris, 15. Juni. Das „Mém. Diplomat." erfährt in Bezug auf das Schicksal des Kaisers Maximilian aus guter Quelle, daß, nach einer vor drei Tagen dem amerikanischen Gesandten zugegangenen Kabeldepesche, Hr. Campbell noch nicht bei Juarez, der sich in San Luis de Potosi aufhält, eingetroffen war, folglich auch von diesem in Betreff der Begnadigung Maximilians keine abschlägige oder ausweichende Antwort, wie gemeldet worden war, erhalten haben konnte. Der Vertreter der Ver. Staaten bedurfte, da er einen großen Theil des Weges im Innern von Mexiko auf dem Rücken des Maulthiers zurücklegen mußte, zur Reise von New-Orleans bis San-Luis de Potosi zehn bis zwölf Tage. Die Instruktionen des Hrn. Campbell lauten, wie das „Mémorial Diplomatique" versichert, so bestimmt, daß Juarez unzweifelhaft den Wünschen des Washingtoner Cabinets entsprechen wird. Die Thatsache selbst, daß General Escobedo seinen hohen Gefangenen nach Mexiko gebracht hat, beweist, daß er selber die Verantwortlichkeit für das Schicksal Maximilians nicht übernehmen wollte. Außerdem soll der Gedanke, ein Lösegeld für Maximilian zu begehren, von Escobedo ausgegangen sein. Er kann also nicht wohl beabsichtigt haben, den unglücklichen Erzherzog vor ein Kriegsgericht zu stellen. — Aus Miramar erfährt das „Mémorial", daß Dr. Jilek geglaubt hat, die Gefangennahme Maximilians der Kaiserin Charlotte

nicht vorenthalten, ja ihr sogar die Gefahr, in der sein Leben schwebe, nicht verschweigen zu dürfen. Die Schreckensbotschaft brachte auf das Gemüth der Kranken eine hinlänglich starke Wirkung hervor, um sie aus dem Zustand der dumpfen Betäubung herauszureißen, in den sie durch das seitherige Ausbleiben aller Nachrichten aus Mexiko versenkt worden war. In der That schien die Kaiserin plötzlich die Klarheit ihres Geistes wieder zu gewinnen. Sie rief aus, daß die mexikanische Nation eines so gehässigen Attentates nicht fähig sei; sie könne keine mörderische Hand an einen Fürsten legen, der mit so großer Aufopferung sich der Wiedergeburt des Landes gewidmet habe, in allen Fällen aber habe der Kaiser seine Ehre gewahrt.

Paris, 15. Juni. Unter den Personen, welche russische Orden erhalten haben, befindet sich auch der Redacteur en chef des „Constitutionnel", Paulin Limayrac, und Eduard Simon, Mit-Redacteur an diesem Blatte. Der erstere erhielt das Commandeurkreuz des Stanislaus-Ordens mit Stern, letzterer das einfache Commandeurkreuz dieses Ordens. Eduard Simon gehört auch zu den wenigen Personen, welche eine Audienz beim Czaaren hatten.

Turin, 12. Juni. Kommenden 21. ds. wird vor dem hiesigen Assisenhofe der famose Prozeß gegen die Bäckerladenstürmer in den Tagen des 28. und 29. Januar ds. Js. zur Verhandlung kommen und die Panik wieder aufgefrischt werden, welche damals die gute Stadt Turin beherrschte. Es wurden damals über hundert Individuen verhaftet; doch werden nur ihrer vierzig auf der Anklagebank figuriren, da die andern wegen Mangels an Beweis freigelassen werden mußten. Ihrer 22 werden unter Begleitung von Gensdarmen vorgeführt werden; die andern 18 wurden auf freiem Fuße verhört. Die Plünderer sind in 7. Gruppen vertheilt, je nach der Schwere ihrer Schuld. Der Zeugen sind es 148, darunter 9 Gensdarmen, 24 Polizeiagenten und mehrere Mitglieder der Munizipalität. Bäckerläden wurden ihrer 62 geplündert, doch hat sonderbarer Weise kein Bäcker gerichtliche Klage eingereicht. Das Plündern begann am Morgen des 28., dauerte diesen Tag durch und den folgenden 29. Die Banden waren fast alle mit Hacken und Schaufeln bewaffnet, wie man sie zu Erdarbeiten benutzt. In einige Brodmagazine kehrten die Plünderer drei- bis viermal zurück und erneuerten ihren Raub. Der Werth des gestohlenen Brods beläuft sich auf etwa 5000 Fr. Unter den Angeklagten sind einige Brodverkäufer und mehrere Individuen vom Lande. — Das Leichenbegängniß des Armeegenerals und früheren Kriegsministers, Ritters des Ordens der Annunziata, Gouverneurs der Invaliden und Veteranen, Senators Grafen Hector Gerbaix de Sonnaz, fand am 10. ds. in pomphafter Weise statt. Armee und Nationalgarde waren in allen Waffengattungen vertreten und noch Truppenkörper aus der Provinz herbeigezogen. Eine außerordentliche Menschenmenge füllte die Straßen, durch welche der endlose Zug sich bewegte. Der einfache Sarg, worin der Bayard der piemontesischen Armee lag, ruhte auf der Laffette einer Kanone. Dem Sarge folgten die Repräsentanten des Königs, des Prinzen Amadeus, des Prinzen von Carignan, der Königin von Portugal, der Prinzessin Clotilde, der Frau Herzogin von Genua und eine Menge hohe Offiziere, darunter sehr viele Generale von auswärts. Der Turiner Lamarmora strahlte durch seine Abwesenheit, was übrigens keinen Turiner in Staunen setzte, denn das Verhältniß zwischen Lehrer und Schüler war kein freundliches geblieben, seitdem der Schüler dem Lehrer so wenig Ehre machte und letzterer sich darüber in seiner gewöhnlichen derben Weise zu äußern pflegte. Die Veteranen begleiteten ihren einstmaligen Führer, den Ritter ohne Furcht und Tadel, den alten, treuen und ehrlichen Savoyarden, ihren „Papa Sonnaz" bis zum Grabe. „So steigen sie," sagt ein hiesiges Blatt, „einer nach dem andern in die Grube, die es als eine tiefe Beleidigung ansahen, als ihnen Baron Ricasoli sein berüchtigt gewordenes Siamo onesti! zurief, während diejenigen, denen man es täglich in's Ohr donnern sollte, ewig leben zu wollen scheinen." (Allg. Ztg.)

Frankfurter Börse (10. bis 15. Juni).

15. Juni. Die Berichtswoche begann nach der Erholung während der Festtage in leidlicher Stimmung, und die Vorbereitungen zu dem am 13. (Donnerstag) stattfindenden Medio brachten einiges Leben. Die Contremine, des fortwährenden Deportzahlens müde, zog es zum grossen Theil vor, ihre Positionen zu liquidiren und die zu liefernden Stücke anzukaufen. Die Liquidation wickelte sich bei dem günstigen Geldstande sehr leicht ab. Nach Verlauf derselben wurde es in den letzten Tagen über alle Massen still. Oesterr. Fonds konnten die Avance von Anfang der Woche nicht ganz behaupten, schliessen jedoch heute fest mit einer kleinen Kursbesserung gegen vor acht Tagen. Der Krönungsjubel in Pest ist ziemlich spurlos an ihnen vorübergegangen; durch ihn hat der staatliche und mit diesem auch der wirthschaftliche Dualismus in Oesterreich seine definitive Sanktion erhalten; ob zum Vortheil der Finanzlage und der Finanzgebahrung des Kaiserstaates, muss die nächste Zeit lehren.

Süddeutsche Fonds in ziemlich regem Verkehr zu behaupteten, und für einzelne Kategorien um Bruchtheile höheren Kursen, besonders neue Württemberger, deren effektive Stücke erschienen sind, so dass jetzt die Kursdifferenz gegen ältere aufgehört hat. Von fremden Fonds 5pCt. Russen in Frage. Amerikaner ohne erhebliche Variationen. 1882er bewegten sich zwischen 77 3/4—7/8 und erreichten heute den 78er.

Eisenbahn-Aktien ohne redenswerthe Veränderung, Staatsbahnen 3 fl. höher, dagegen Taunus um fl. 8 herabgesetzt. Von den Erweiterungsbauten ist es still geworden und sie dürften in Sand verlaufen, da grössere Geldmächte und unternehmende Börsenmatadore für die neue Kombination bisher kein Interesse an den Tag gelegt haben. Das ganze Beginnen liegt auch gar sehr ausserhalb der gewohnten Sphäre der seitherigen Verwaltung und wir können nur wiederholen, dass den Aktionären weit mehr damit gedient sein dürfte, die bestehenden Vortheile zu nützen, als unsicheren und gewagten Projekten nachzujagen. Von den bayer. Ostbahnen gehen uns sehr erfreuliche Berichte zu, der ausserordentliche Getreidetransport deckt reichlich den Ausfall, welchen in Folge der Rinderpest der Viehtransport momentan erleidet. Das Mehr des laufenden Rechnungsjahres beträgt über fl. 280,000 und wenn sich die Einnahmen nur einigermassen erhalten, wird die Dividende um 1/4 bis 1/2 pCt. das Vorjahr überholen. Frankfurt-Hanauer fest zu 109 1/4; der Maiausweis zeigt noch immer bei einer Gesammteinnahme von fl. 45,090 ein Minus von fl. 2389 oder 5pCt., woran der Personentransport mit 3, der Güterverkehr mit 8 pCt. partizipirt; seit Anfang des Jahres beträgt das Minus fl. 24,419 oder 11 pCt. gegen das Vorjahr. Prioritäten behauptet; Staatsbahn älterer Emission kam gegen die billigeren neuen an den Markt und wird der Unterschied sich bald verwischen.

Oesterr. Kreditaktien verkehrten die Woche über in guter Tendenz; in den ersten Tagen den 180er berührend, bleiben sie 178, um fl. 1 1/2 besser als vor 8 Tagen. Neu eingeführt wurden die Aktien der anglo-österr. Bank zum Kurs von fl. 97 1/4—1/2 pro Stück, ohne dass sich jedoch ein lebhaftes Geschäft darin entwickeln konnte. Von Zettelbanken österr. Nationalbank stationär. Frankfurter offerirt zu 128.

Die unbezweifelt günstige Lage der österr. Donau-Dampfsch.-Ges. und die gute Aufnahme, welche deren letzte 6pCt. Silber-Prioritäts-Obligationen gefunden, rechtfertigt, wenn Kapitalisten auch der ältern 4pCt. Prämienanleihe gebührende Beachtung schenken. Wie wir hören, hat die Gesellschaft wegen des s. Z. zurückgehaltenen, nur noch unbedeutenden Restes dieser 4pCt. fl. 100 Loose jetzt eine Vereinbarung mit ihren hiesigen Bankiers, der Hrn. Goll u. S., getroffen, die deren sehr billigen Kurs von 89 mit Recht zu Statten kommen dürfte. Am 1. Juli findet die Prämienziehung statt.

Die Geldabundanz wird zur chronischen Krankheit, denn ein Symptom gesunder normaler Geschäftslage ist sie leider nicht. Fremde Wechsel wieder sehr fest und steigend. Paris 95, ein kaum da gewesener Stand und London bis 119 1/2, nur Wien hat nachgegeben; es kommen bereits viele pro 1. Juli fällige Coupons zum Verkauf und in Wien selbst hat die Regierung für Zinszahlung und Amortisation auf denselben Termin beträchtliche Anschaffungen zu machen. Von Goldsorten 20 Fr. Stücke und Golddollars höher.

	11.	15.		11.	15.
5% Oestr. National	55 1/8	55 5/8 B	4% Darmstädt. do.	92	92 1/4 B
5% do. Metal. (1859)	62 3/4	63 1/8 B	3 1/2% do. do.	—	—
5% do. Loose (1860)	72	72	4 1/2% Nassauer do.	95 B	95 1/4 B
— do. do. (1864)	73 1/4 B	72 1/2 B	4% do. do.	88	—
Oestr. Kreditl. (58)	122 B	122 1/2	3 1/2% do. do.	82 3/4 B	—
5% Bayer. Obligat.	101 B	101	4% Kurhess. do.	—	93 B
4 1/2% do. do.	94 5/8 B	94 1/2	3 1/2% Frankf. do.	82 1/2 B	82 1/4 B
4% do. do.	89 1/2 B	90	3% do. do.	—	—
4% do. 100Thl.-L.	100 B	99 3/4	6% Amerik. (1882)	77 3/4	78
4 1/2% Würtemb. Obl.	94 B	94 1/2 B	Oestr. Kredit. . .	178	178
3 1/2% do. do.	82 3/4	82 1/2 B	Oestr. Nat.-Bank	684	686
4 1/2% Badische do.	94 B	94 B	Frankfurter do.	128 1/2 B	128 B
4% do. do.	89 B	89 B	Bexbacher E.-B.	151 1/2 B	151
3 1/2% do. do.	81 3/4	—	Bayer. Ostbahnen	116 3/4 B	116 1/2 (Akt.)

Neueres.

Wien, 16. Juni. Wie es jetzt heißt, gedenken Se. Majestät der Kaiser die Reise nach Paris noch **vor** dem 15. Juli, der ursprünglich für die Abreise in Aussicht genommen war, anzutreten. Kronprinz Rudolf und Prinzessin Gisela sind gestern Früh in Begleitung ihres Hofstaates nach Ischl abgereist. Ihre Majestät die Kaiserin wird erst heute Früh dahin abreisen. (Frdbl.)

Madrid, 16. Juni. Wie man vernimmt, wird die Königin ihre Reise wegen der Sommerhitze bis zum Monat September aufschieben. (Indépendance.)

---

* Zu Konstantinopel hat das dortige provisorische Comité der deutschen Schulgemeinde folgenden, uns durch Hrn. Prof. Dr. Marquardsen zu Erlangen zugesendeten Aufruf erlassen:

Deutsche Bürgerschule in Konstantinopel.

An unsere Landsleute in der Heimath!

Seit Jahr und Tag hat sich das dringende Bedürfniß herausgestellt, eine gute deutsche Schule in Konstantinopel zu gründen, vielfach haben Berathungen darüber unter den Mitgliedern der hiesigen deutschen Kolonie

stattgefunden, auch sind beachtungswerthe Versuche gemacht worden, ein solches Institut ins Leben zu rufen, doch erst in der letzten Zeit ist es gelungen, das Projekt seiner Verwirklichung näher zu rücken.

Hervorgegangen aus Besprechungen einer Anzahl sich besonders dafür interessirender Männer, und nach eingehenden erschöpfenden Vorberathungen derselben, hat sich schließlich eine allgemeine Versammlung der Kolonie für die unbedingte Nothwendigkeit und Nützlichkeit einer Schule ausgesprochen, da das, was bisher unter diesem Namen bestand, sich als lebensunfähig erwiesen hat, und, seiner Einrichtung nach, weder allgemeines Interesse erregen, noch dem hohen Zweck entsprechen konnte. Im weiteren Verlauf der Angelegenheiten hat sich eine deutsche Schulgemeinde gebildet, welche auf Grund der Gleichberechtigung aller Glaubensbekenntnisse und der Selbstverwaltung durch die Gemeindeglieder ein Statut zur Gründung einer paritätischen Bürgerschule angenommen hat. Für die Zahl und die Vermögensverhältnisse unserer Kolonie sind sehr reichliche Beiträge, sowohl zum Gründungs-, resp. Reservefond, als auch jährlich gezeichnet worden, wobei unsere Schweizer Freunde uns in erfreulicher Weise unterstützt haben.

Wollten wir nicht dem überaus mächtigen Einfluß der unter französischem Schutz stehenden Jesuitenmission, welche, mit Ausnahme des türkischen und orthodox griechischen Elements, hier leider fast das ganze Erziehungswesen an sich gerissen hat, freie Bahn lassen, und die deutsche Jugend heimischer Sitte und Bildung entfremden, so war es die höchste Zeit, daß wir energisch ans Werk gingen, um die Zukunft der Kolonie vor Entgermanisirung zu behüten.

Es bedarf wohl keines Hinweises darauf, was die Propaganda der Jesuiten hier bezweckt; Staat und Ordenszweck haben sich seit Jahrzehnten dabei in die Hände gearbeitet, und selbst zur Zeit, als die Religion in Frankreich offiziell abgeschafft war, wurde die Mission im Orient von der französischen Republik nach wie vor unterstützt.

Zur Gründung und Aufrechthaltung einer guten Schule in Konstantinopel bedarf es großer Mittel, um so mehr, da nach unseren Statuten den Kindern armer und weniger bemittelter deutscher und schweizer Eltern der Schulbesuch ermöglicht werden soll, wir also im Schulgeld einen erheblichen Ausfall zu gewärtigen haben. Was von der Kolonie geleistet werden konnte, ist fast allseitig geschehen, aber, soll das Unternehmen gesichert sein, und wollen wir tüchtige Lehrkräfte beanspruchen, und nur auf solche reflektiren wir, so muß uns von draußen Unterstützung werden.

Zu jeder Zeit hat sich die hiesige deutsche Kolonie bereit gezeigt, jedem berechtigten Ansinnen, welches an sie innerhalb derselben, oder von Deutschland aus gestellt wurde, sei es zur Linderung von Nothfällen, sei es für patriotische Zwecke, in, wir glauben sagen zu dürfen, ehrender Weise zu entsprechen; heute ist es zum ersten Mal, daß sie sich an ihre Landsleute in der Heimath wendet, um für einen hochwichtigen Zweck Beihülfe zu erbitten: Wie wir stets ein warmes Herz für deutsche Noth und unser deutsches Vaterland, auch stets eine offene Hand zum Geben hatten, so wollen wir auch fest und bestimmt glauben, daß unser Ruf nicht umsonst erklingen wird!

Das deutsche Element in Stambul vor Entfremdung, Unbildung und Verbildung in schlimmster Form und Weise zu bewahren, gründen wir eine deutsche Bürgerschule für alle deutschen und schweizer Kinder ohne Rücksicht auf Stand und Glaubensbekenntniß, und hiezu möge uns ein Jeder daheim, denn es möglich ist, nach seinen Kräften helfen.

Konstantinopel im Mai 1867.

Das provisorische Komité der deutschen Schulgemeinde:

Siegfried Adler (Frank und Adler) aus Böhmen. Gustav Gerdes (Gerdes et Guggiari) aus Remscheid. Wilhelm Heintze aus Hannover. Frid. Heer aus Glarus. Siegfried Kurländer aus Vorarlberg. Heinrich Lange aus Wald bei Solingen. Friedr. Reeff (Friedr. Reeff und Sohn) aus Solingen. J. H. Rieckehoff aus Bremen. Chr. Roth aus Coblenz. Gustav Wülfing aus Remscheid.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	69 P.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63 P.
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$55^{3}/_{4}$ P.
"	5pCt. Metall. Obligat.	$46^{3}/_{4}$ P.
"	$4^{1}/_{2}$pCt.	$42^{3}/_{8}$ G.
Preussen	$3^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 G.
"	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$94^{3}/_{4}$ P.
"	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$94^{3}/_{8}$—$^{5}/_{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$90^{1}/_{4}$ P. 90 G.
"	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$90^{1}/_{4}$ P. 90 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	94 P.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$82^{1}/_{8}$ P.
Baden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$93^{5}/_{8}$ G.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$92^{1}/_{4}$ P.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	95 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	88 G.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$82^{1}/_{4}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2^{1}/_{2}$pCt. " " "	—
Schweden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$85^{5}/_{8}$ P.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. $2^{1}/_{2}$	$78^{5}/_{8}$ P.
"	6pCt. ditto r. 1882 "	78 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$127^{1}/_{4}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	690 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$181^{1}/_{2}$—81 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90^{3}/_{4}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$208^{1}/_{2}$P. $207^{1}/_{2}$G
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	316 P. 315 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$109^{1}/_{4}$ P. $^{1}/_{8}$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$221^{1}/_{2}$ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$151^{1}/_{8}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	$107^{3}/_{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49^{1}/_{2}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	$116^{7}/_{8}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^{1}/_{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^{3}/_{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$105^{1}/_{4}$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97^{1}/_{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^{5}/_{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105^{1}/_{4}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^{3}/_{4}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105^{1}/_{4}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$119^{3}/_{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^{7}/_{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^{7}/_{8}$—95 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$95^{1}/_{4}$ P. 95 G.
do. in öst. W. l. S.	$94^{1}/_{4}$ P. 95 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	116 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$64^{3}/_{4}$—$^{1}/_{2}$ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$72^{1}/_{2}$—$^{3}/_{8}$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$122^{1}/_{4}$ P.
" do. v. 1864	74 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99^{7}/_{8}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	$58^{5}/_{8}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54^{1}/_{2}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$141^{7}/_{8}$ G.
" fl. 25 do.	$38^{1}/_{2}$ P. 38 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35^{1}/_{2}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs.-L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11 G

Frankfurt, 17. Juni. Wiederum sollen es günstige Geschäfte sein, welche die Kreditanstalt abgeschlossen habe und an deren ebenso günstiger Abwicklung Niemand auch nur den geringsten Zweifel zu haben scheint, wie dies ja immer Brauch und Sitte war, welche den Cours der Actien bereits gestern um circa 3 fl. verbesserten. Heute eingetroffene Wiener Course waren geeignet, eine weitere Hausse zu veranlassen, da jedoch stets gesorgt wird, daß die Bäume nicht bis zum Himmel wachsen, so kam die Nachricht von einer kleinen Unpäßlichkeit Napoleons und beunruhigte einigermaßen, so daß Creditactien à $181^{1}/_{4}$ einsetzten und auf $180^{1}/_{4}$ zurückgingen, obschon sie von Wien von $189^{1}/_{2}$ bis $191^{1}/_{2}$ gemeldet wurden; spätere Wiener Course waren wieder rückgängig bis $189^{5}/_{8}$ auf starke Arbitrageverkäufe für hiesige und Berliner Rechnung. 1860er Loose verbesserten ihren Cours seit Samstag um $^{1}/_{4}$ pCt., Staatsbahnaktien unverändert. Oesterreicher Staatsfonds, insbesondere englische Metalliques, etwas fester, weil das Limitum für den Verkauf aus erster Hand etwas erhöht wurde. Der geringe Umsatz in Süddeutschen fand zu den bisherigen Coursen statt. Von Eisenbahnaktien waren Ostbahn und Taunus etwas höher, dagegen wurde ein Pöstchen Bexbacher einen Bruchtheil billiger verkauft. Frankfurter Bankaktien abermals niederer offerirt; es ist immer noch wenig Kauflust dafür vorhanden. Lombardische und Staatsbahn-Prioritäten gesuchter, Silber-Prioritäten fest bei wenig Geschäft; 1861er Loose, kurhessische und badische begehrter. Wir glauben nicht, daß Donau-Dampfschifffahrt-Loose hier einen Markt finden, da die Börse mit Loosen überladen und schon die erste Emission hier keinen Eingang fand. Amerikaner kamen ein weiteres $^{1}/_{8}$ besser von Newyork, wurden jedoch zu unverändertem Course gehandelt, da gestern ein Posten verkauft wurde, woran heute noch die Börse zu verdauen hatte. Wechsel auf Wien höher bezahlt, andere Plätze etwas mehr offerirt, jedoch ohne Coursveränderung. Von Geldsorten waren preußische Friedrichsdor und Kassenscheine sehr gesucht. National-Coupons 28. 24. Amerikanische 2. $24^{1}/_{4}$. Im Ganzen war der Umsatz etwas bedeutender und Geld gefragter. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 168.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 19. Juni 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 16. Juni. Se. Majestät der König hat auf die bei dem Handelsappellationsgerichte zu Nürnberg in Erledigung gekommene Rathsstelle den Bezirks- und Handelsgerichtsrath J. H. Stramer in Nürnberg befördert.

Die kath. Pfarrei Andermannsdorf, Bezirksamts Rottenburg in Niederbayern, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 2275 fl. 46 kr. in Erledigung gekommen.

München, 16. Juni. Der zum Vollzuge des Art. 363 Abs. 2 des Strafgesetzbuches im k. Staatsministerium des Innern ausgearbeitete Entwurf einer Verordnung zum Schutze gegen Eintritt, Verschlimmerung, Verbreitung oder Wiederkehr ansteckender Viehkrankheiten (Seuchenordnung) hat unterm 15. d. M. die allerhöchste Genehmigung erhalten und wird demnächst im Regierungsblatte publizirt werden.

Die „Bayer- Zeitung" enthält folgende amtliche Mittheilung: „**München,** 16. Juni. Ein in der „Augsb. Abendzeitung" (Nr. 161) erschienener und in die „Neuesten Nachrichten" (Nr. 166) übergegangener Artikel behauptet, daß der Leiter des bayerischen Ministeriums des Auswärtigen vor seiner Reise nach Berlin nicht mehr in der Lage gewesen sei, die allerhöchsten Befehle in der Sache einzuholen, so daß der formelle Beitritt Bayerns zu den Berliner Abmachungen vorbehalten bleiben mußte. — Diese Angabe ist vollkommen unwahr. Der Minister hat, bevor er nach Berlin abging, die Befehle Seiner Majestät eingeholt und die allerhöchste Genehmigung der von ihm beabsichtigten Maßregeln erhalten. Nachdem jedoch über die Berathungsgegenstände der Berliner Conferenz eine vorherige Feststellung nicht stattgefunden hatte, konnte auch selbstverständlich eine erschöpfende Instruktion von dem Minister nicht erbeten werden, und deshalb war derselbe erst nach Beendigung der Konferenz in der Lage, das Resultat dem Ministerrathe vorzutragen und die definitive Entscheidung Seiner Majestät einzuholen."

Leipzig, 15. Juni. Die vier Thesen, welche der Professor des Kirchenrechtes an der Universität Erlangen, Dr. v. Scheuerl, in der vorgestrigen Pastoralkonferenz über die Rechte der lutherischen Landeskirchen in den neupreußischen Landestheilen aufgestellt hat, lauten wörtlich: 1) die Folge der politischen Ereignisse des vorigen Jahres, daß lutherische Landeskirchen der landesherrlichen Kirchengewalt des Königs von Preußen unterstellt worden sind, ist eine Thatsache, in welche die davon Betroffenen sich zu fügen, angesichts welcher aber sie selbst und mit ihnen alle deutschen Lutheraner insgesammt das Recht der lutherischen Kirche standhaft zu wahren haben; 2) das in dieser Richtung zu wahrende Recht der lutherischen Kirche hat zu seinem wesentlichen Inhalt die Aufrechterhaltung des vollen lutherischen Bekenntnisses als Bestimmungsgrundes des gesammten kirchlichen Gemeinlebens; 3) damit ihr Bekenntniß in dieser Art aufrecht erhalten, nicht bloß als Bekenntniß der einzelnen Kirchenglieder und Gemeinden geschont werde, hat die lutherische Kirche, indem sie im vorliegenden Fall mit andern Bekenntnißgemeinschaften unter einer und derselben Kirchengewalt vereinigt ist, das Recht darauf anzusprechen und zu behaupten, daß sie durch eine oberste Kirchenbehörde regiert werde, welche ausschließlich mit Personen besetzt ist, die dem lutherischen Bekenntniß zugethan und dasselbe aufrecht zu erhalten förmlich verpflichtet sind; 4) deßgleichen hat die lutherische Kirche das Recht darauf anzusprechen und zu behaupten, daß sie nicht genöthigt werde, den Gliedern der mit ihr unter der gleichen Kirchengewalt stehenden Kirchen nichtlutherischen Bekenntnisses die Abendmahlsgemeinschaft zu gewähren, sondern die Freiheit besitze, dieselbe gegebenen Falls nur insoweit einzuräumen, als sie es ohne Verleugnung des Bekenntnisses thun kann. — Zu diesen vier Thesen sind Zustimmungserklärungen eingetroffen aus Bayern 130, aus Braunschweig 33, ebenso viel aus Sachsen, von wo noch mehr in Aussicht stehen, 12 aus Lippe-Schaumburg, verschiedene aus Lübeck, Oldenburg und Oesterreich, sowie von der theologischen Fakultät in Dorpat. Die Hannoveraner und Schleswig-Holsteiner hatten geglaubt, unter den obwaltenden Verhältnissen ausdrücklicher Zustimmungserklärungen sich enthalten zu müssen. (B. Z.)

Aus Thüringen, 16. Juni. Die norddeutsche Bundesverfassung wird in Kürze Gesetzeskraft erlangt und damit eine neue Ordnung der Dinge auch hier eröffnet haben. Eisenach wird seine Garnison und ein weit zahlreicheres Postpersonal erhalten als seither, wenn auch das Oberpostcommissariat für die thüringischen Staaten mit dem 1. Juli aufhört zu bestehen. Meiningen behält auch eine Garnison von zwei Bataillonen nebst dem Regimentscommando. Jena behält seine Universität und bekommt noch dazu eine Garnison, die vielleicht den burschikosen Zauber der alten Musenstadt mehr und mehr lichten wird. — Die weimarische Regierung hat mit dem schweizer Bundesrathe einen Staatsvertrag abgeschlossen, wonach „die Angehörigen des einen der beiden contrahirenden Staaten, welche in dem andern leben, ohne das Staatsbürgerrecht desselben erlangt zu haben, in demselben weder zum Militärdienste noch zu einem Geldersatz für Nichtleistung der Militärpflicht angehalten werden sollen." — Die mit den Städten Vacha und Lengsfeld im Eisenachischen hergestellte Telegraphenverbindung wird den 20. d. M. auch dem Privatverkehr übergeben. (Fr. J.)

Wien, 15. Juni. Die „N. Fr. Pr." glaubt hoffen zu dürfen, daß keine Trauerbotschaft aus Mexiko kommt; sie findet ein Moment der Beruhigung in der Nachricht, daß das Kriegsgericht, vor welches Kaiser Maximilian gestellt ist, seine Sitzungen geheim halten soll. Weiter erzählt sie, es sei dem kaiserlichen Hofe ein Telegramm zugekommen, worin Kaiser Maximilian selbst anzeigt, daß er sich in Kriegsgefangenschaft befindet und sich einer dem Gebrauche und den Gesetzen civilisirter Nationen vollkommen entsprechenden Behandlung zu erfreuen habe. — Der Vermitilung des Washingtoner Cabinets ist es wohl in erster Linie zu danken, wenn Kaiser Maximilian in die Lage versetzt wurde, direkt mit Wien zu correspondiren.

In Betreff des Kaisers Maximilian melden Newyorker Telegramme vom 14. Juni, daß das Kriegsgericht, vor welches derselbe gestellt werden sollte, bereits abgehalten worden. Die Verhandlung sei jedoch nur geheim gewesen, daher über die Entscheidung nichts bekannt. Ein anderes Telegramm von früherem Datum will wissen, die Generale des Juarez hätten gegen jedwede Nachsicht gegen Maximilian protestirt, und der „Courrier des Etats Unis" vom 1. Juni schreibt: „Die von Herrn Seward an Juarez adressirte Petition, in welcher gebeten wird, bezüglich Maximilian's nachsichtig zu handeln, hat seitens des mexikanischen Siegers eine höchst ungünstige Antwort zur Folge gehabt. Dieser fordert den Kopf seines berühmten Gefangenen kraft des Prinzips der Repressalien.

Preßburg, 14. Juni. Der Fremdenzustrom nach Ofen und Pesth während der Festtage wird auf 50,000 Köpfe geschätzt: die meisten kamen aus der nächsten Umgegend, verhältnißmäßig nur wenige Städte, wie Essek, hatten Deputationen und Gäste gestellt; man merkte recht deutlich den Mangel an wohlhabendem Bürgerstand und an Eisenbahnen in Ungarn. Aus Wien hatte die Locomotive an 3000 Personen gebracht. — Bei der ungeheuren Masse österreichischer Staatspapiere in deutschen Händen hat Deutschland ein ganz direktes Interesse an der Entwicklung der Verhältnisse zwischen Oesterreich und Ungarn: die Zahlungsfähigkeit des Staates hängt davon ab. Leisten soll Ungarn gegen 90 Millionen Gulden, nach dem bisherigen Steuermodus sind aber nur etwa 30 Millionen aufzubringen. Die unter dem Einfluß des ungarischen Ministeriums stehende Wiener „Debatte" behauptet: Ungarn stehe ein Guthaben von 7 Mill. bei der Reichskasse zu; thatsächlich ist es dagegen mit 10 Mill. im Rückstand. Zum Glück sind die Ernteaussichten in Ungarn und seinen Nebenländern hoffnungsvoll, und auch in Deutsch-Oesterreich werden sie als sehr günstig bezeichnet. Die niedrigen Bahntarife erweitern jährlich das Ausfuhrvermögen an Rohprodukten, seitdem namentlich die Mühlenindustrie Pesths — sie war unter den Geschenkebringenden am zweiten Krönungstage, befindet sich übrigens meist in den Händen von Schweizern — es dahin gebracht hat, Mehl statt des Getreides zu versenden. Leider haben Liebigs Warnungen vor der ununterbrochenen Fruchtfolge bei der Aussaat bis jetzt in Ungarn wenig Beherzigung gefunden. Man treibt mit dem einförmigen Wechsel von Mais und Korn auf

höchst selten gedüngten Feldern einen Aussaugungsbau, welcher sich bald empfindlich rächen wird. Schon jetzt erntet man in dem von der Natur so sehr begünstigten Alföld durchgehends höchstens das achte Korn, während bei der auf den an sich viel unergiebigeren Aeckern Norddeutschlands zur Anwendung kommenden Wirthschaft das zwölfte Korn erzielt wird. Der große Kornmarkt Ungarns ist Essek in Slavonien; aber es scheint, als wenn das eifersüchtige Pesth die Entwicklung dieses durch die Donau und Drau begünstigten Stapelplatzes zu hindern suche. Gegenwärtig geht der Hauptkorntransport auf der Save nach Sissek und von da auf der Achse nach Triest. Als Merkwürdigkeit werde eine eigenthümliche Spekulation erwähnt, welche sich auf der letzten Seite der Sammlung ins Deutsche übersetzter ungarischer Gedichte von Grafen Stephan Pongracz findet. Es werden dort „wahrhaft echte“ Tokaier-Weine, herbe mit 80 kr. — 1 fl. 50 kr., süße mit 1 fl. 60 kr. bis 5 fl. österr. Währung die Flasche in Kisten von 12 bis 100 Flaschen ausgeboten. Raritäten werden bis zu 15 fl. die Flasche berechnet. Zum Schlusse wird sodann bemerkt, daß Abnehmer dieser durch beliebige Pesther Häuser oder durch den Leiter des Unternehmens, Grafen Stephan Pongracz, Neue Weltgasse Nr. 8 zu Pesth, zu beziehenden Weine ein Exemplar des vorliegenden Werks unentgeltlich erhalten. Eine verlockendere Verbindung der poetischen Nationalliteratur Ungarns mit dem berühmten Produkt der Hegyallja ist kaum denkbar. Nur würde die Nachfrage, meinen wir, sich noch ungleich weiter steigern lassen, wenn, umgekehrt, jedem Exemplar der Gedichte eine Flasche Tokaier unentgeltlich beigegeben würde. (A. Z.)

Frankreich. Der neue französische Preßgesetzentwurf lautet vollständig: Art. 1. Jeder großjährige im Genuß seiner bürgerlichen und politischen Rechte stehende Franzose kann ohne vorgängige Ermächtigung eine Zeitung oder periodische Schrift veröffentlichen, mag diese regelmäßig und an bestimmten Tagen oder in Lieferungen und zwanglos erscheinen. Art. 2. Keine Zeitung oder periodische Schrift darf veröffentlicht werden, wenn nicht wenigstens 14 Tage zuvor, in Paris bei der Polizeipräfektur und in den Departements bei der Präfektur, eine Anzeige gemacht wurde, enthaltend: 1. Den Titel des Blattes und die Zeiträume, in welchen es erscheinen soll; 2. Name, Wohnung und Rechte der Eigenthümer; 3. Name und Wohnung des Geranten; 4. Anzeige der Druckerei, in welcher das Blatt gedruckt werden soll. Jede Veränderung in diesen Punkten muß in den nächsten 14 Tagen angezeigt werden. Art. 3. Der Stempel wird auf 5 Centimes für die Departements der Seine und der Seine und Oise und auf zwei Centimes für alle andern Theile des Staats herabgesetzt. Die den Wissenschaften, der Literatur, den schönen Künsten und dem Ackerbau gewidmeten Blätter oder periodischen Schriften sind stempelfrei, wofern sie nicht Ankündigungen, Reklamen oder Annoncen irgend welcher Art enthalten. Im letzteren Falle sind sie einem Stempel von 2 Centimes in den Departements der Seine und Seine und Oise und von 1 Centime anderwärts unterworfen. Für eine Ankündigung der gedachten Art wird nicht angesehen die einfache Veröffentlichung: 1. der Marktberichte, 2. des offiziellen Kurszettels der französischen Börsen. Art. 4. Als stempelpflichtige Beilagen werden diejenigen Ankündigungen, Reklamen oder Annoncen enthaltenden Blätter angesehen, welche dem Journal als Umschlag dienen, angeheftet sind, oder, wenn auch getrennt, gleichzeitig mit ihm ausgegeben oder verkauft werden. Art. 5. Stempel- und portofrei sind Beilagen kautionspflichtiger Blätter, welche keinerlei Ankündigungen, Reklamen und Annoncen enthalten, wenn die Hälfte ihres Raumes der Wiedergabe der in Art. 1 des Gesetzes vom 2. Mai 1861 aufgezählten Dokumente (öffentliche Bekanntmachungen der Behörden, diplomatische Aktenstücke 2c.) gewidmet ist. Art. 6. Uebertretungen der vorstehenden Bestimmungen werden nach Art. 10 und 11 § 1 des Dekrets vom 17. Februar 1852 geahndet. Wenn das Journal nicht kautionspflichtig ist, so darf die Strafe im Ganzen nicht den dritten Theil der Kaution übersteigen, welcher es unterworfen gewesen wäre, wenn es politische oder nationalökonomische Gegenstände behandelt hätte. Art. 7. Im Augenblicke der Veröffentlichung jedes Blattes oder jeder Lieferung sind bei der Präfektur, resp. Unterpräfektur oder Mairie zwei von dem verantwortlichen Geranten gezeichnete Exemplare zu hinterlegen. Dasselbe muß bei dem Parquet des kais. Prokurators oder in Städten, wo es kein Gericht erster Instanz gibt, bei der Mairie erfolgen. Diese Exemplare sind vom Stempel befreit. Art. 8. Keine Zeitung oder periodische Schrift kann von einem Mitgliede des Senats oder des gesetzgebenden Körpers als verantwortlichem Geranten gezeichnet werden. Im Uebertretungsfalle wird das Blatt als nicht gezeichnet angesehen, und über die Drucker und Eigenthümer eine Geldstrafe von 500 bis 3000 Frcs. verhängt. Art. 9. Die Veröffentlichung eines von einer ihrer bürgerlichen und politischen Rechte beraubten oder aus Frankreich verbannten Person gezeichneten Artikels wird an den Herausgebern oder Geranten des Blattes mit einer Strafe von 1000—5000 Frcs. geahndet. Art. 10. Bei Verfolgungen wegen Preßvergehen geschieht die direkte Vorladung vor das Zuchtpolizeigericht oder den kaiserl. Gerichtshof. Gegen den Angeklagten, welcher einmal vor dem Gerichtshof erschienen ist, kann nicht mehr in contumaciam erkannt werden. Art. 11. In allen Fällen, wo die Gesetze für Preßvergehen Gefängniß- und Geldstrafe bestimmen, wird nur auf die Geldstrafe erkannt. Diese beträgt bei den kautionspflichtigen Blättern mindestens $^1/_{15}$ und höchstens $^1/_2$ der Kaution, bei den übrigen mindestens 500 und höchstens 10,000 Frs. Art. 12. Jedes wegen Preßvergehens verurtheilte Individuum kann durch das Urtheil gleichzeitig für einen Zeitraum, welcher fünf Jahre nicht übersteigen darf, der Ausübung seiner Wählerrechte beraubt werden. Art. 13. Eine Verurtheilung wegen Preßverbrechens zieht von Rechtswegen die Unterdrückung des Blattes nach sich. Im Rückfalle binnen zwei Jahren nach der ersten Verurtheilung wegen Preßvergehens, wofern dieses nicht gegen Privatpersonen begangen worden ist, können die Gerichte auf die Suspension des Blattes von 14 Tagen bis 2 Monaten, im Falle einer dritten Verurtheilung von 2 bis 6 Monaten erkennen. Die Suspension kann schon bei der ersten Verurtheilung ausgesprochen werden, wenn diese wegen Aufreizung zu einem Attentate und Komplotte gegen das Staatsoberhaupt oder wegen Majestätsbeleidigung ausgesprochen wurde. Während der ganzen Dauer der Suspension verbleibt die Kaution im Staatsschatze und kann keine andere Bestimmung erhalten. Art. 14. Die provisorische Exekution des Erkenntnisses, welches die Suspension oder Unterdrückung eines Blattes ausspricht, kann ohne Rücksicht auf die eingelegten Rechtsmittel durch eine besondere Bestimmung angeordnet werden, was die Suspension oder die Unterdrückung betrifft, und desgleichen für die Hinterlegung der Geldstrafe. Wird diese provisorische Exekution von dem Zuchtpolizeigericht ausgesprochen, so kann der Verurtheilte sofort Appellation einlegen, und es wird binnen drei Tagen in zweiter Instanz erkannt. Art. 15. Das Drucker- und das Buchhändlergewerbe wird von der Patentpflicht befreit. Drucker oder Buchhändler können ihre Offizinen oder Magazine nur nach vorgängiger Anzeige, in Paris bei der Polizeipräfektur und in den Departements bei der Präfektur, errichten. Die Uebertretung dieser Bestimmung wird an den Geranten mit Gefängniß von einem Monat bis zu zwei Jahren und mit einer Geldstrafe von 3000 bis 10,000 Frs. geahndet. Das Etablissement wird geschlossen. Art. 16 (neu). Strafmilderungen bei mildernden Umständen sind auf Preßverbrechen, Vergehen und Uebertretungen anwendbar; doch kann, wenn mildernde Umstände zugelassen werden, die Strafe nicht unter $^1/_{50}$ der Kaution für die kautionspflichtigen und nicht unter 150 Frs. für die anderen Blätter herabgehen.

Paris, 16. Juni. Im nichtamtlichen Theile zeigt der „Moniteur“ an, daß der Kaiser die Solderhöhung von 4 Centimes täglich auch auf die Marinetruppen ausgedehnt hat, und daß vom 16. d. M. an diese Verfügung in Kraft treten wird. — Man meldet aus Rio de Janeiro unterm 24. Mai, daß die brasilianischen Kammern am 22. Mai eröffnet werden waren. Die Thronrede richtet die Aufmerksamkeit auf die Frage der Sclavenemancipation. Denselben Nachrichten nach wäre die Cholera aus dem Lager der Verbündeten verschwunden, während sie noch in demjenigen der Paraguiten herrscht. Der General Polydoro war krank nach Rio zurückgekehrt. — Die polnische Emigration hat folgende Adresse an den Kaiser Napoleon zur Unterzeichnung aufgelegt: „Sire! Die Geschichte unseres Vaterlandes in der Hand, verurtheilen wir laut, in unserem Namen und im Namen Polens, einen sträflichen und unsinnigen Akt. Wir sprechen in diesem Augenblick weder von unseren Rechten, noch von unseren Leiden. Eine Thatsache beherrscht gegenwärtig für uns alles Andere: ein Verbrechen ist versucht worden; ein Pole ist der Thäter; wir protestiren, Sire; ganz Polen protestirt vor Ewr. Majestät gegen das Attentat und seinen Urheber. Solche Werke sind nicht polnische Werke. Neun Jahrhunderte der Größe und ein Jahrhundert des Märtyrerthums beweisen es zum Ueberflusse. Sire! wir segnen Gott, der nicht gestattet hat, daß ein Unglücklicher, welcher unser Landsmann ist, unter den Augen und an der Seite Ewr. Majestät einen Souverän getroffen hat, welcher sich der Gastfreundschaft Frankreichs anvertraut hatte. Wir segnen Gott, aber wir schaudern bei dem Gedanken, daß das Leben Ew. Maj. bedroht sein, daß diese Kugel Sie treffen konnte, Sie, Sire, der Sie uns mit Wohlthaten aller Art überhäufen, Sie, den Erwählten Frankreichs, welches uns seit beinahe vierzig Jahren so großmüthige Gastfreundschaft gewährt. Unter allen Rufen der Verdammung, welche sich erheben, muß der unserige der tiefste, der energischste, der schmerzlichste sein; denn wir sprechen im Namen der christlichen Moral im Namen der Humanität, im Namen unserer nationalen Ehre selbst, jener Ehre, welche für unser Vaterland in seinem gegenwärtigen Unglück neben unserem Vertrauen zu Gott unsere letzte Stärke und unser letzter Trost ist.“ Diese Adresse ist

u. A. von den Mitgliedern der Nationalregierungen von 1831 und 1863 Barozikowski, Moranski, General Graf Zamoyski, X. Gilter, Ch. Rupprecht und Eduard Liwinski gezeichnet.

Paris, 16. Juni. Nachträglich erfährt man, daß der Kaiser Napoleon erst, nachdem er von der Revue in die Tuilerien wieder zurückgekehrt war, erfuhr, daß das Attentat gegen den kaiserlichen Wagen von einem Polen begangen wurde. Als er dieses hörte, wich plötzlich die schwere Angst, die über seine Züge verbreitet war; er hatte bis dahin geglaubt, der Schuß habe ihm gegolten. Was die Nachricht betrifft, daß der Kaiser Napoleon von einem Stück Blei getroffen wurde, so ist dieselbe ganz begründet. Es wurde dies auch sofort telegraphisch gemeldet, aber die Telegraphenverwaltung strich auf höchsten Befehl die betreffende Stelle. Das Stück, das den Kaiser traf, hatte übrigens keine Quetschung verursacht, sondern einfach einen kleinen Riß, der aber ohne alle Bedeutung war. Ueber die Resultate, welche die Zusammenkunft der drei Souveraine geliefert, verlautet für den Augenblick nichts Bestimmtes. Die „Patrie" deutet heute nur an, daß die drei Monarchen sich näher getreten seien, daß die Preußen sowohl als die Russen mit dem Empfange, der ihren Herrschern in Paris geworden, zufrieden sein müßten und daß deßhalb die Verhältnisse besser geworden, wenn man auch nicht annehmen könne, daß wirkliche Resultate erlangt seien. Nach der „Presse" hat es der Czaar jedoch nicht durchgesetzt, daß der Vertrag von 1856 revidirt werde. Frankreich hat ihr zufolge einem solchen Projekte keine zu großen Schwierigkeiten entgegengestellt, aber England, ohne welches Frankreich in dieser Hinsicht nichts thun könne, habe nicht darauf eingehen wollen. Diesem Umstande schreibt es auch die „Presse" zu, daß der Czaar nicht nach London gegangen und daß die Prinzessin Dagmar, die Gemahlin des russischen Thronfolgers, plötzlich krank geworden sei. (Köln. Ztg.)

Paris, 16. Juni. Der Erzbischof wird Dienstag nach Rom gehen. Der Vizekönig von Egypten ist um 5 Uhr angekommen, wurde mit militärischen Ehren am Bahnhofe empfangen und fuhr mit seinem Gefolge in Hofwägen in die Tuilerien, wo derselbe den Pavillon Marsan bewohnt.

Aus den Niederlanden, 15. Juni. Wie aus dem Haag von gewöhnlich gut unterrichteter Seite mitgetheilt wird, hat das niederländische Ministerium des Aeußern sich dahin ausgesprochen, daß das mit dem deutschen Bunde im J. 1832 abgeschlossene Cartell bezüglich der Auslieferung von Deserteuren und Militärdienstpflichtigen jetzt in Folge der Auflösung des deutschen Bundes aufgehört habe, für die Niederlande in Kraft zu sein; es bestände demnach keine Verpflichtung mehr für die Niederlande zur Auslieferung preußischer und überhaupt deutscher Deserteure und Militärdienstpflichtiger. (N. C.)

London, 14. Juni. Das Unterhaus fuhr gestern mit der Berathung der Reformbill und speziell der Vertheilung der Wahlsitze fort. Der Schatzkanzler setzte auseinander, welche Vorschläge die Regierung nach der letzten Abstimmung über Hrn. Laing's Resolution dem Hause zu machen habe. Sämmtliche Wahlflecken, die bis jetzt durch zwei Mitglieder vertreten seien bei einer Einwohnerzahl unter 10,000 Seelen, sollten einen Vertreter verlieren. Auf diese Weise würde die Anzahl von 30 Sitzen, über die zu verfügen sei, um 15 weitere vermehrt. Von diesen 45 Vertretern sollte die Hauptstadt vier zu ihrer bisherigen Anzahl erhalten und 15 Städte zu Wahlbezirken gemacht werden. Für die Universität London in Verbindung mit der Universität Draham wurde ebenfalls ein Sitz in Aussicht genommen. Die übrig bleibenden 25 Vertreter sollten den Grafschaften zufallen und zwar so, daß vier Grafschaften getheilt werden und zusammen sieben Sitze erhalten würden, während die übrigen 18, zu je zwei auf 9 Grafschaften vertheilt, deren bisherige Theilung in zwei Hälften zu einer Dreitheilung mit zwei Repräsentanten für jeden Theil ermöglichen sollten. Hr. Laing zeigte noch an, daß er bei dieser Gelegenheit die vom Ministerium nicht adoptirte Vermehrung der Vertreterzahl sieben größerer Städte in Anregung bringen werde, und der Schatzkanzler erwiderte in Beantwortung einer Bemerkung wegen Vermehrung der schottischen Vertreter, er sei nicht der Ansicht, daß eine solche Maßregel auf Kosten Englands zu bewerkstelligen sei. — Das Haus ging alsdann zur Berathung des Marinebudgets über. Herr Baillie erhob sich zu einem heftigen Ausfalle gegen das mit dem Kriegsministerium zusammenhängende Waffendepartament, da von diesem aus die Geschütze für die Flotte geliefert werden und die Versuche und Umänderung alter und die Adoptirung neuer Geschütze für die Marine eine seit Jahren schwebende Frage ist. Ueber die Wahl der Waffen für die verschiedenen Truppenkörper und die Marine entscheidet ein Comite, das Ordnace Select Commitee, und diese Kommission war es, gegen die der Redner eine Reihe schwerer Vorwürfe richtete. Ihre Arbeiten seien während der letzten Jahre höchst erfolglos, unglücklich und sehr kostspielig gewesen. Sie habe zu einem Preise von gegen 3,000,000 L. Armee, Flotte und sonstige Vertheidigungsanstalten mit Armstrong-Hinterladern bewaffnet, einer Waffe, die, an sich zu complicirt, durch ein complicirtes Geschoß noch unpraktischer werde. Wie man dazu gekommen sei, darüber gab der Redner folgende Andeutungen: Der verstorbene Sir B. Hauser sei Jahre lang permanenter Untersekretär des Kriegsministeriums gewesen und habe sich sehr für das Waffendepartement interessirt, ebenso wie für die Firma, die Elswick Company, der die Beschaffung der Armstrong-Geschütze überwiesen war. In diese Firma habe der genannte Untersekretär seine beiden Neffen als Theilhaber hineingebracht. Als im Jahre 1859 zuerst Zweifel über die Tüchtigkeit des neuen Geschützes laut geworden, habe das Kriegsministerium ein Subkomite ernannt, dem ein anderes Mitglied der Elswick Company, Capitän Noble, als Sekretär angehörte. Das Subcomite entschied für die Armstrong-Geschütze, das Ministerium bestätigte die Entscheidung, und mit Anfertigung der weiteren großen Bestellungen wurde fortgefahren. Um der Armstrong-Partei das Monopol zu verschaffen, sei alsdann der Chef der Geschützgießerei in Woolwich entfernt und durch Armstrong selbst ersetzt, auch aus anderen Stellen diejenigen Offiziere verdrängt worden, die gegen den mehrerwähnten Hinterlader sich geäußert. In der Folge habe sich sodann ausgewiesen, daß die Armstronggeschütze nicht ihren Anforderungen entsprächen, dem Explodiren ausgesetzt und Reparaturen im Felde fast unmöglich seien, und man habe sich nach vielem Hin- und Herschwanken und massenhaften Versuchen einem neuen Systeme, der Woolwich-Kanone, zugewendet, doch sei auch damit nicht viel erreicht, indem dieselben nicht im Stande seien, ein lang andauerndes Schnellfeuer auszuhalten. Auch die neue Sniderbüchse und ihre Patrone, sowie das Verhalten des Ministeriums bei Adoptirung dieser Waffe, wurde von dem Redner scharf beurtheilt und die Ernennung eines Specialcomites und gründliche Reorganisation dieses Departements befürwortet. An der Diskussion betheiligten sich Lord Elcho, General Peel und Sir John Packington, der zeitige Kriegsminister, worauf der Antragsteller seine Motion für ein Specialcomite zurückzog und die Berathung des Marinebudgets fortgesetzt wurde.

Türkei. Aus griechischen Quellen stammt die von Heraklion, 11. Juni, datirte Nachricht, daß Omer Pascha in seinem Marsche auf Sikia und Apokoronos mit schweren Verlusten zurückgeschlagen worden sei und sich mit dem ebenfalls geschlagenen und in ein verschanztes Lager geflüchteten Mehemet Pascha nicht habe vereinigen können; ferner, daß der türkische Kriegsdampfer Isidhi, welcher den Arkadion verfolgt und nach Cerigotto gejagt hatte, mit schwerer Havarie, Todten und Verwundeten nach Kreta zurückgekehrt sei. Der Sultan wird auf seiner Reise nach Paris, dem französischen „Moniteur" zufolge, begleitet sein von Fuad Pascha, dem ersten Kammerherrn Djemil Bey, dem Ober-Ceremonienmeister Kiamil Bey, dem ersten Sekretär Emin Bey, dem ersten Dolmetscher des Divans, Erify Bey, 6 Kammerherren, 4 Adjutanten, 6 Stabsoffizieren, 10 Subalternoffizieren, 6 Leibgardisten, mehreren Dolmetschern und Sekretären und endlich von 20 Personen Dienerschaft für Se. Maj. und die drei Prinzen.

Buenos-Ayres, 1. Mai. Die „Deutsche Zeitung" am Rio de La Plata berichtet, daß die Cholera schon mehrere Wochen lang in Buenos-Ayres herrscht und mehr als 100,000 Menschen aus der Stadt geflüchtet sind. An mehreren Tagen stieg die Zahl der Todesfälle weit über 100. Der Erzbischof hatte Bittprozessionen veranlaßt und aus sanitätischen Rücksichten alle Fasttage außer Charfreitag erlassen. Alle Hafenorte am Uruguay- und Parana-Flusse waren schwer von der Cholera heimgesucht, aber keiner mehr als Corrientes, die Reconvalescenten-Station der brasilianischen Armee. Diese selbst soll sich in dem fürchterlichsten Zustande befinden und dabei großen Mangel an Aerzten, Arzneimitteln und sogar an Lebensmitteln leiden. Wie es im paraguitischen Lager steht, weiß Niemand. Aber von einem Angriff seitens der Brasilianer bestanden keine Wahrzeichen. Man spreche zwar davon, 5000 Mann den Parana hinauf bis Itapuan zu schicken, weil Osorio nicht 8000 Mann zusammenbringen könne, um Lopez zu Land im Rücken anzugreifen. Dieser hatte jedoch noch keine 1200 Mann sammeln können. Die Stimmung in den argentinischen Staaten sei stark gegen die Fortführung des Krieges gegen Paraguay und gegen jede Truppenaushebung, deren Zweck nur sei, die Gauchos noch fernerhin als Kanonenfutter für die brasilische Politik zu benutzen. Was den Krieg noch verhaßter mache als je, sei die allgemeine Ueberzeugung, daß die Choleraplage eine ganz direkte Folge des unheilvollen Krieges gegen Paraguay ist. Diese sei zuerst in Rio ausgebrochen, sei von da nach dem alliirten Hauptquartier und von diesem wieder nach allen Städten am Parana verschleppt worden. Ein Corps des brasilischen Generals Porto Allegre habe binnen acht Tagen die Hälfte seiner Mannschaft verloren, und Briefe vom 19. März aus dem Lager berichteten: „Die Leute sterben hier wie die Fliegen."

Montevideo scheint zwar bisher von der Cholera verschont geblieben zu sein, aber die dortige Regierung habe ihren vielen blödsinnigen Streichen die Krone aufgesetzt dadurch, daß sie nach der früher bestandenen 15tägigen Quarantäne nun sogar allen und jeden Verkehr zwischen den orientalischen und argentinischen Häfen verboten habe, was um so böseres Blut mache, als man die verpesteten Schiffe von Rio nur einer dreitägigen Quarantäne unterwerfe. Die Presse von Entre Rios, wo Urquiza herrscht, sei wüthend über die erfolgte Ablehnung der nordamerikanischen Vermittlungsvorschläge und hoffe, die Union werde mit Waffengewalt dem Krieg gegen Paraguay Einhalt gebieten. Nach dieser Sprache dürfe man sich nicht wundern, wenn zu den Revolutionen im Innern und der Cholera, bei den bevorstehenden Wahlen auch noch ein Bürgerkrieg käme, der die Gauchos von Entre-Rios vor die Thore von Buenos-Ayres brächte.

Neueres.

Florenz, 17. Juni. Von Athen unter dem 15. Juni hier eingetroffene Nachrichten melden, daß Omer Pascha nach einer neuerlich erlittenen Niederlage bei Herakilon alle von den Insurgenten nicht vertheidigten Ortschaften niederbrannte und die Bewohner derselben niedermetzelte. Die Konsuln haben diese grausamen Handlungen ihren Regierungen zur Kenntniß gebracht.

Konstantinopel, 15. Juni. (Offiziell): „Omer Pascha schlug die Insurgenten bei Aiafotia Peschero und Asedichristo. Die Insurgenten hatten 500 Kampfunfähige, darunter 200 Todte; die Kaiserlichen hatten 20 Todte und 60 Verwundete. Nach Candien sind als Verstärkung 10,000 Mann und 2 Panzerfregatten abgegangen. Der Gouverneur der Donau-Provinz vernichtete zwei Brigantenbanden, die am Balkan sich festgesetzt hatten und an Türken verschiedene Gräuelthaten verübten."

Aus **Konstantinopel,** 15. Juni, wird gemeldet, daß an diesem Tage das Gesetz publizirt wurde, welches den Fremden Grunderwerbungs- und Grundbesitzrechte verleiht.

Athen, 12. Juni. Es bestätigt sich, daß Omer Pascha von den Kandioten geschlagen wurde.

Petersburg, 16. Juni. Die slavischen Deputirten richteten vor ihrer Abreise Abschieds- und Dankworte an die Russen. Die gelungene Ausstellung habe ihnen die Mittel gegeben, sowohl die gegenseitige verwandtschaftliche Verbindung der Slaven, als das große Volk der Russen kennen zu lernen; die Annäherung habe keine politische Tendenz und dürften die Bestrebungen der Slaven die Völker nicht gefährden; die allgemeine Civilisation könne dadurch nur gewinnen. Anläßlich der Adresse der polnischen Emigration an den Kaiser Napoleon sagt das „Journal de St. Petersbourg": „Die Polen protestiren gegen das Attentat als gegen etwas ihren politischen Ueberzeugungen Entgegenstehendes, halten es aber für ihrer Pflicht nicht gemäß, sich an die Person des Kaisers von Rußland zu wenden, welche Pflicht ihnen durch den Anstand auferlegt wäre." Der „Invalide" spricht: „Die Polen in Paris, in ihrem Hasse gleichsam erstarrt, geben Veranlassung zur Befürchtung, daß selbe insgeheim das Mißlingen des Attentats bedauern, obgleich sie dasselbe als hassenswerth bezeichnen und den Kaisermord laut verwünschen.

Telegramm
der Neuen Würzburger Zeitung.

* **New-York,** 17. Juni. Kaiser Maximilian verlangte vor einen Nationalkongreß gestellt zu werden. Die Verbannung desselben ist wahrscheinlich.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	69 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$63\frac{1}{8}$ P.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$55\frac{1}{2}$ P.
„	5pCt. Metall. Obligat.	$45\frac{3}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$42\frac{3}{8}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$100\frac{7}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	95 P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$95\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$90\frac{1}{4}$ P. 90 G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$90\frac{1}{4}$ P. 90 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	94 P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{7}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$93\frac{3}{8}$—$\frac{1}{2}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	82 P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$92\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	95 P. $94\frac{7}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	88 G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	82 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$85\frac{7}{8}$ P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$78\frac{1}{2}$ P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	$77\frac{3}{4}$—78 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	127 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	688 P. 686 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$180\frac{1}{2}$—$81\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$89\frac{3}{4}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$208\frac{1}{2}$ P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	315 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$109\frac{1}{4}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$221\frac{1}{2}$ G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	112 P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	151 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{1}{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49\frac{1}{2}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$116\frac{1}{4}$—$\frac{3}{8}$ G
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$102\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{1}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{4}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$95\frac{1}{8}$P. $94\frac{7}{8}$G.
do. in öst. W. l. S.	$95\frac{1}{8}$P. $94\frac{7}{8}$G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	116 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$64\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$72\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$122\frac{3}{4}$ P.
„ do. v. 1864	$72\frac{3}{4}$—$73\frac{1}{4}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{3}{4}$—$\frac{5}{8}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	$53\frac{1}{2}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$142\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„ fl. 25 do.	$38\frac{1}{2}$ P. 38 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{1}{2}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs.-L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$11\frac{1}{4}$ G

Frankfurt, 18. Juni. Die Morgendepeschen verkündeten schon die Genesung des Kaisers Napoleon, in Wien scheint man dies erst auf dem nicht ungewöhnlichen Weg über Frankfurt erfahren zu haben, denn die ersten Wiener Course kamen sehr ungünstig. Credit eröffneten daher zum niedersten Cours von gestern Abend $179\frac{1}{2}$, gingen jedoch, da die Beunruhigung geschwunden und die zweiten Course von Wien besser waren, rasch bis $181\frac{1}{2}$ hinauf, schließen $181\frac{1}{4}$. Oesterr. Creditaktien beschäftigten wieder in hervorragender Weise die Börse und dieß ist um so berechtigter, da die Anstalt im Begriffe ist, sich an der Gründung einer neuen, aber ähnlichen Concurrenz-Musteranstalt in Pesth zu betheiligen. Man erwartet, an dieser Betheiligung ein hübsches Agio zu realisiren, da man auf die vernünftige Würdigung des Publikums rechnet, welches gewiß die zukünftigen Geschäfte, welche ja nur ausschließlich gute sein können, gleich mit ordentlichem Agio escomptiren wird. 1860er Loose gingen von 72 auf $72\frac{1}{4}$, 1864er Loose gewannen im Laufe der Börse $\frac{1}{2}$ pCt., sie eröffneten $72\frac{3}{4}$ und schließen $73\frac{1}{4}$. Staatsbahn-Aktien blieben auch heute unbeweglich. In süddeutschen Effekten wurde mehreres zu unveränderten Coursen umgesetzt. Auf die 5 pCt. Pfandbriefe der Stuttgarter Rentenanstalt, welche zu 100 ausgegeben werden, lenken wir die Aufmerksamkeit des Publikums; dieselben empfehlen sich als sichere Capitalanlage. Ostbahnaktien verloren heute die gestern erzielte Avance, Bexbacher waren ebenfalls billiger erhältlich, dagegen bleiben Taunus gesucht, da wegen Mangel an Material der vorliegende Kaufauftrag immer noch nicht vollständig ausgeführt ist. 3 pCt. Prioritäten waren unverändert, von Silber-Prioritäten lagen Kaufanträge auf 2. Elisabeth vor, welche durch Abgabe der Arbitrage erledigt wurden, Siebenbürger 66 bis $\frac{1}{4}$ gehandelt. Obschon Goldagio $137\frac{1}{2}$ kam, waren Amerikaner kaum gegen gestern verändert und comptant sehr gesucht. Es ist gegenwärtig Gelegenheit, 1882er mit kleiner Differenz gegen 1881 umzutauschen. Die Juli-Coupons bringen mehr Lebhaftigkeit in den Umsatz in Wechseln, da mehr Material, besonders Pariser, dadurch an den Markt kommt, welches etwas matter wie gestern verkehrte; Wien verlor $\frac{1}{8}$ pCt. Von andern Plätzen ist nichts zu melden. National-Coupons 28. 26 Geld; Coupons 2. $24\frac{1}{2}$ gesucht. Im Ganzen war das Geschäft ziemlich belebt, der Geldstand wie gestern. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

Wegen des h. Fronleichnamsfestes erscheint morgen keine Zeitung.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 169. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 64. Jahrgang. | Freitag, 21. Juni 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 18. Juni. Se. Majestät der König hat den Gerichtsschreiber L. Anwander zu Pegnitz, seinem Ansuchen entsprechend, in gleicher Eigenschaft an das Landger. Ottobeuern versetzt und zum Gerichtsschreiber am Landger. Pegnitz den Bezirksgerichts-Accessisten S. Barthelmes von Erlangen, zur Zeit Staatsanwaltschafts-Vertreter zu Rehau, in prov. Eigenschaft ernannt.

Se. Maj. der König hat den als II. rechtskundigen Magistratsrath der Stadt Ansbach wiedergewählten G. Hartwig in dieser Eigenschaft landesherrlich bestätigt; den Bezirksgerichtsschreiber extra statum Joh. Jos. Gresser zu Regensburg wegen nachgewiesener Krankheit für die Dauer eines Jahres in den nachgesuchten Ruhestand treten lassen.

München, 17. Juni. Von vielen Zeitungen wird die Zögerung Bayerns in Betreff der Rekonstruktion des Zollvereines dahin ausgelegt, als ob die bayerische Staatsregierung gewillt sei, den Zollverein gänzlich aufzugeben. Das ist aber vollständig unbegründet. So viel ich über den Gang der Verhandlungen erfahren konnte, war dieser in großen Zügen folgender: Die süddeutschen Minister waren eingeladen worden, nach Berlin zu kommen und dort mit Bismarck über die Rekonstruktion des Zollvereins Berathung zu pflegen. Leider waren von Seite Preußens keine bestimmten Anträge gestellt, über die man in den Ministerberathungen der süddeutschen Staaten vorher hätte Beschluß fassen können. Bei uns wurden im Ministerrath die Instruktionen ausgearbeitet, welche dem Fürsten Hohenlohe zur Basis seiner Zugeständnisse in Berlin gelten sollten und die dem König vorgelegt und von ihm auch sofort unterzeichnet wurden. In Berlin stellte sich aber heraus, daß die Forderungen Bismarcks über das Maß der Zugeständnisse hinausgingen, welche Hohenlohe aus München mitgebracht hatte. Deßhalb konnte er dort keine bindende Antwort geben und nahm die Anträge Preußens ad referendum heim nach München. Durch die Unterlassungssünde Preußens wurden nun nachträgliche Verhandlungen nothwendig, die zur Zeit noch im Gange sind, aber keineswegs den Anschein haben, als führten sie zu einer Sprengung des Zollvereins durch Bayern. Im Gegentheile ist es höchst wahrscheinlich, daß schon in nächster Zeit eine befriedigende Lösung der Angelegenheit erzielt werde. — Fürst Hohenlohe ist nach Schillingsfürst abgereist, wovon er jedoch übermorgen schon wieder zurückkehren wird. (A. A.)

** **München,** 19. Juni. Se. Majestät der König ist diesen Morgen aus Berg hier eingetroffen, um die gestern Abends hier angekommene Königin Marie von Neapel zu begrüßen. Ihre Majestät wird nur bis nächsten Samstag hier verweilen und sich dann wieder nach Zürich begeben, wo die hohe Frau bekanntlich sich schon seit einiger Zeit befand. — Seit vorgestern verweilt der vormalige Justizminister Frhr. v. Mulzer, Präsident des Appellationsgerichts von Niederbayern, in unserer Stadt und wird man dessen Anwesenheit vielleicht mit dem noch immer erledigten Portefeuille der Justiz in Verbindung bringen — ob mit Grund, muß ich indessen vorerst dahin gestellt sein lassen. — In der heutigen Sitzung des Ausschusses der Kammer der Abgeordneten gelangte nur der Art. 8 von der Konzessionspflicht zur Annahme, während die Debatte über Art. 9, welcher die Ausnahme von der Regel statuirt, nicht zum Abschluß gelangen konnte und nächsten Samstag fortgesetzt wird.

Darmstadt, 18. Juni. Die Zustimmung Bayerns zu der Uebereinkunft vom 4. l. M., die Erneuerung des Zollvereins betr., ist heute erfolgt. (Darmst. Z.)

Berlin, 17. Juni. An der hier abgehaltenen Zollconferenz haben sich folgende Minister betheiligt: von Seite Preußen: Graf v. Bismarck und v. d. Heydt, nebst den Ministerialdirektoren im Ministerium des Auswärtigen und des Handels, Geh. Legationsrath v. Philippsborn und Geh. Oberregierungsrath Delbrück; von Bayern Fürst Hohenlohe und Ministerialrath Weber; von Baden Minister von Freydorf und Legationsrath Harbeck. Von Württemberg und Großherzogthum Hessen waren die Minister v. Varnbüler, den man wohl als Mann von Fach betrachten darf, und v. Dalwigk allein erschienen. — Was die einzuführende Tabaksteuer betrifft, so wird man Allem nach den bezüglichen Beschluß dem neuen Zollparlamente überlassen. Die neue Steuer soll eine ergiebige Finanzquelle werden, sonst würde man gar nicht zu ihr greifen. Dieß kann sie aber nicht, falls man auch den höchsten Satz, bis zu welchem nach dem Zollvereinsvertrag vom 16. Mai 1865 in den Vereinsstaaten eine Besteuerung des Tabaks für Rechnung des Staates soll stattfinden können, nämlich 20 Gr. vom Zollcentner, allgemein annehmen wollte (im Zollverein werden ungefähr 800,000 Centner Tabak erzeugt). Man scheint vielmehr bereits im Allgemeinen darüber einig zu sein, daß die Steuer, wenn sie eine wirklich bedeutende Einnahme, wie sie Bedürfniß ist, gewähren soll, vorzugsweise auf die Fabrikation gelegt werden müsse.

Berlin, 18. Die Zustimmung Bayerns zu der Punktation vom 4. d. M. über die Fortdauer des Zoll- und Handelsvereins ist jetzt erfolgt. Zur Feststellung des Vertrages nach den Grundlagen des Vereins wird die Zollvereins-Conferenz in nächster Zeit zusammentreten. Ueber eine Geneigtheit Frankreichs, Mecklenburg von dem mit ihm abgeschlossenen Handelsvertrage zu entbinden, verlautet nichts. Preußen hält den Weinzoll vom 3. ds. Mts. fest, während Frankreich gegen eine Ermäßigung auf $2^1/_2$ Thlr. die Concession an Mecklenburg zu machen bereit sein soll. — In militärischen Kreisen wird jetzt vielfach die Frage wegen des Ersatzes einer Befestigung, wie Luxemburg sie geboten hat, erwogen; und man ist dabei von Errichtung eines festen Lagers bei Trier abgekommen. Unter verschiedenen Entwürfen ist einer, von der „Allg. Militär-Zeitung“ befürworteter, geeignet, größere Beachtung zu finden. Derselbe setzt freilich die Erbauung einer Eisenbahn von Gladbach, an der Düsseldorf-Aachener Bahn, über Düren, Euskirchen, Kelberg, Trarbach nach Kirn voraus. Da wo die Bahn von Düren nach Kirn die Mosel

Feuilleton.

Aus Jerusalem.

Wir entnehmen dem „Schwäb. Merkur“ folgenden Bericht aus Jerusalem, 3. Juni: Am Himmelfahrtsfest, den 30. Mai, Nachmittags, fand die Einweihung des für die Aussätzigen bestimmten Asyls statt. Der Feier wohnte die ganze deutsche Gemeinde, die sämmtlichen Schulkinder des Diakonissenhauses und des Schneller'schen Waisenhauses mit eingeschlossen, bei. Diese neue Wohlthätigkeitsanstalt ist ja deutschen Ursprungs! Es haben sich übrigens auch Engländer daran betheiligt. Die Feier ward mit Gesang in deutscher und englischer Sprache eröffnet und geschlossen. Zwischen hinein wurde eine deutsche und eine englische Ansprache gehalten. Die arabische Ansprache für die Aussätzigen, welche Herr Klein zu halten übernommen hatte, fiel wegen Mangels an betreffender Zuhörerschaft weg. Es waren nämlich nur vier jener armen Kranken erschienen. Die Mehrzahl hatte sich darum nicht eingestellt, weil ihnen von Seiten böswilliger Leute allerlei Uebels vorgeredet, ja ihnen die Meinung beigebracht worden war, in dem neuen Asyl werde ihnen etwas gereicht werden, was eher ihr Lebensende als ihre Heilung herbeizuführen geeignet sei. Von den vier erschienenen Männern zeigte sich einer, bei dem die Krankheit noch nicht so weit vorgeschritten war, wie bei den andern, mit Freuden bereit, in die neue Heilanstalt einzutreten; die übrigen machten allerlei Bemerkungen und Einwendungen. Ein Mann aus Bêt Safâfa z. B. frug, seine beiden Armstumpen hinstreckend: was könnte mit mir auch noch angefangen werden? Da den Vieren ein zubereitetes Schaf, das zu einer Mahlzeit für alle Aussätzigen bestimmt gewesen war, überlassen ward, um es in ihren elenden Hütten am Zionsthor mit ihren Leidensgenossen zu theilen, zogen sie jubelnd mit ihrer Beute von dannen, indem sie insonderheit den preußischen Konsul Dr. Rosen (der die erste Anregung zur Errichtung dieses Asyls gegeben hatte) hoch leben ließen. Das neu erbaute Haus, welches am Tage der Einweihung schön geschmückt war, und auf welchem da zum ersten Mal die preußische Flagge wehte, hat acht Zimmer und zwei Liwane oder offene Hallen. Es

überschreiten würde, in Trarbach, soll sich die feste Stellung erheben; da befindet sich, auf drei Seiten eine Meile lang von der Mosel umflossen, auf ihrem linken Ufer ein Berg, der nur durch einen etwa 1000 Schritt langen und 200 Schritt breiten Hals mit den nördlich ihm vorliegenden Abfällen der Eifel zusammenhängt. Diesen Berg hatten schon Ludwig's XIV. Kriegs-Minister als besonders günstig zur Anlage einer Festung, die das ganze Rheinland schrecken sollte, erkannt. Sie erbauten darauf die starke Festung Montroyal, deren Schleifung im Frieden von Ryswick ausbedungen war. Im Jahre 1793 sollte der wichtige Punkt wieder befestigt werden, schon hatten preußische Ingenieurs die Werke abgesteckt, als die Ausführung verhindert wurde. Raum ist dort für Garnison, Lazarethe, Magazine und Werkstätten. Der Plan verdient jedenfalls eine eingehende Prüfung, zumal dort auch der Zweck eines beständigen Lagers zu erreichen ist und der Punkt, zwischen den französischen Operationslinien auf Köln und Mainz, der letztern um mehr als das Doppelte näher liegt. — Die Verwaltungs-Organisation der Provinz Hannover wird jedenfalls noch vor den Sommerreisen Sr. Majestät und der Minister begonnen werden. Die Zuziehung geeigneter Vertrauensmänner ist angeordnet. — Zu dem in Florenz stattfindenden statistischen Kongresse werden von hier aus, außer dem Direktor des statistischen Bureau's, Geh. Ober-Regierungsrathe Dr. Engel, noch zwei höhere Beamte desselben Bureau's sich begeben. (K. Z.)

Berlin, 19. Juni. Die Königin wird vom 20. bis zum 23. Juni in Coblenz verweilen und dann über Aachen nach Windsor reisen. — Herr v. Bennigsen und Graf Münster sind aus Hannover hier eingetroffen und vom Grafen Bismarck empfangen worden. Sie sollen betreffs der Organisation Hannovers gehört werden.

Weimar, 19. Juni. Die „Weimar'sche Zeitung" meint, Preußen werde einige Modifikationen, von welchen Bayern seinen Zutritt zum Zollvertrage abhängig macht, genehmigen.

Wien, 17. Juni. Das Abgeordnetenhaus hat heute seine Sitzungen wieder aufgenommen. Präsident Giskra gedachte beim Beginne der Sitzung des Ablebens der Erherzogin Mathilde und machte den von dem Hause sofort genehmigten Vorschlag, dem tief gebeugten Vater die Theilnahme auszusprechen. Ferner wurde der, von einer großen Anzahl von Abgeordneten unterzeichnete Antrag Mühlfelds in Betreff des Religionsedikts verlesen. Von Seiten des Ministeriums wurden dem Hause Gesetzvorlagen über die Ministerverantwortlichkeit, Abänderung des § 13 der Verfassung, Errichtung der Delegationen, sowie Heeresergänzungs- und Wehrsystem gemacht. Außerdem erklärte der Ministerpräsident Frhr. v. Beust, daß der Kaiser die sofortige Einstellung der Befestigungsarbeiten in der Hauptstadt angeordnet habe. Er äußerte u. A.: „So sehr die Regierung ihrerseits an der Ueberzeugung von der Nützlichkeit und Nothwendigkeit einer Maßregel festhält, deren Dringlichkeit die jüngsten Ereignisse und die Umgestaltungen an die Hand gegeben haben, so hat sie es doch als nächstes und überwiegendes Bedürfniß erkannt, an der Aufrichtigkeit der bezüglich des konstitutionellen Systems ertheilten kaiserlichen Zusage keinen Zweifel aufkommen zu lassen. (Bravo! Bravo! Sehr gut!) Die Regierung hat deßwegen die Frage der verfassungsmäßigen Behandlung in Erwägung zu ziehen gehabt, und da sie hiebei zur Ansicht gelangen mußte, daß die Bewilligung der Mittel für die Sicherstellung der Hauptstadt des Reiches eine der gemeinsamen Angelegenheiten sei, daher vor den für die gemeinsamen Angelegenheiten bestimmten Vertretungskörper gehöre, letztere Repräsentanz aber nicht sofort, sondern erst später zusammentreten könne, so haben Se. Majestät auf Antrag des Ministerrathes zu befehlen geruht, daß die Einstellung sämmtlicher Festungsarbeiten stattfinde." (Lebhaftes Bravo.) In der darauf folgenden Debatte über das Gesetz in Betreff der Behandlung umfangreicher Gesetzesvorlagen erklärte der Justizminister, daß der Kaiser bereits die Bewilligung ertheilt habe, das Institut der Geschworenengerichte in die Strafprozeßordnung aufzunehmen. — Eine nicht unwichtige Reformvorlage wird dem Vernehmen nach im Finanz- und Handelsministerium vorbereitet; es ist dies die Aufhebung des Lottospiels und dessen Ersatz durch Einführung der Klassen-Lotterie nach preußischem Vorbilde. Von rein theoretischem Standpunkte muß man sich zwar gegen beide Lotterieformen erklären. Gewiß ist aber, daß das Lotto noch viel schädlicher wirkt als die Klassen-Lotterie; theils weil die Gewinnstchancen bei Ersterem viel nachtheiliger, theils weil die kleinen Einsätze von 5 Kreuzern an, in den zweimal monatlich in 8 Orten des Kaiserreichs Wien, Prag, Graz, Linz, Brünn, Triest, Ofen und Temeswar stattfindenden Ziehungen die armen — und in Oesterreich sehr armen Volksklassen zum fortwährenden Spiel verlocken und ihre Unwissenheit und ihren Aberglauben sogar für die Staatsfinanzen ausbeuten. Das Lotto, dessen Reinertrag geradezu in unserem Budget unter den indirekten Steuern figurirte, trug in den letzten Jahren der Staatskasse ca. 6½ Millionen Gulden ein. Die zunehmende Verarmung der Bevölkerung einerseits und der Verlust Venedigs, wo sehr stark gespielt wurde, andererseits, hat die Erträge jetzt vermindert. Wenn man nun auch vom finanziellen Standpunkte diese Einnahmequelle unter den heutigen mißlichen Verhältnissen nicht völlig entbehren kann, so ist es wenigstens ein relativer Fortschritt, wenn an Stelle des Lottos die minder gefährliche Zahlenlotterie tritt.

Paris, 17. Juni. Der „Avenir national" enthält folgende, der Bestätigung sehr bedürftige Mittheilung: „Man erinnert sich, daß die Minister des Aeußern von Bayern, Württemberg, Hessen und Baden zu einer Conferenz in Berlin zusammengetreten sind, um die Grundlagen für ihren Beitritt zu dem neuen Zollverein zu legen, und daß Herr v. Bismarck am Tage vor seiner Abreise nach Paris in dieser Versammlung den Vorsitz führte. Unser Berliner Correspondent meldet uns, daß der preußische Minister in dieser Sitzung zu verstehen gab, wie die Gemeinsamkeit der Handelsinteressen zwischen Nord- und Süddeutschland nicht umhin könnte, die Gemeinsamkeit der politischen Interessen nach sich zu ziehen. Wie wäre in der That eine Scheidelinie zwischen dem Nordbund und den vier Südstaaten zu ziehen, wenn die letzteren berufen würden, Abgeordnete in das deutsche Parlament zu schicken? Wäre es möglich, dann diese Abgeordneten auf die Handelsfragen allein zu beschränken und jedesmal, wenn die Erörterung sich dem Gebiet der Politik näherte, ihnen die Debatte plötzlich abzuschneiden? Herr v. Bismarck hatte keine Mühe, zu beweisen, daß dies eine praktische Unmöglichkeit wäre, und seine energische und farbenreiche Beredtsamkeit fand für dieses fruchtbare Thema Laute, welche auf seine Hörer Eindruck machen mußten. Auch haben sie keinen Einspruch erhoben, als der Minister mit der Andeutung schloß, daß man in kurzer Zeit gezwungen sein würde, die Südstaaten einfach dem Nordbunde einzuverleiben. Indeß fragte ihn doch Jemand, ob Frankreich sich dieser Fusion nicht widersetzen würde? „Was Frankreich betrifft," sagte Hr. v. Bismarck, „so wird es vielleicht der Form wegen protestiren, aber sein Einspruch wird, wenn er überhaupt erfolgt, vor den Gründen, welche ich geltend machen werde, nicht Stand halten. Uebrigens gehe ich nach Paris und werde dort das Terrain vorbereiten." Ist das Terrain genügend vorbereitet worden? Wir werden es bald wissen, aber gewiß ist, unserem Berliner Correspondenten zufolge, daß ein vertrauliches Rundschreiben die von Herrn v. Bismarck in der erwähnten Ministerconferenz gemachten Erklärungen bestätigt hat. Bezeichnender Weise ist dieses Rundschreiben, welches

---

wird dazu nun noch ein Anbau kommen für eine Küche und Waschküche, für eine Backstube mit Backofen, für ein Badezimmer und einen Holzplatz. Der Hausvater, ein Norddeutscher, Herr Tappe, der eine Reihe von Jahren als Missionär in Grönland gelebt hatte, ist Mitglied der Brüdergemeinde, seine Ehefrau ist eine Süddeutsche aus Königsfeld. — Ich füge noch folgende kürzere Notizen bei: An dem Bau des neuen Schwesternhauses auf der Gottfriedshöhe (einem von den Deutschen gewählten Namen) wird mit allem Eifer fortgearbeitet. Es gibt das ein imposantes Gebäude. Wenn man zum Jaffathor hinaustritt, fällt es sofort in die Augen. Es ist zu einer Erziehungsanstalt für 100 Töchter bestimmt. — Mit Ernst wird auch der Kuppelbau an der heiligen Grabkirche, der vor etlichen Monaten begonnen hat, fortgesetzt. Es werden dazu lauter neue Steine, von denen das Stück roh auf 10 Franken kommt, verwendet. Die Behauung und volle Zurechtmachung dieser Steine wird auf dem freien Platze vor den russischen Gebäuden, welche die neue Vorstadt Jerusalems bilden, ausgeführt. Auf demselben Platze wird auch aller Mörtel bereitet, der dann von Eseln in hölzernen Kisten nach dem Bauplatze in der Stadt getragen wird. Die alten Steine der abgebrochenen Kuppel werden von den Griechen zu verschiedenen Bauten, die sie vor dem Jaffathor ausführen, verwendet. Die Vorstadt vor diesem Thore gewinnt eine immer größere Ausdehnung. — Der neue Gouverneur der Stadt, Zarif Pascha, geht strenge auf Förderung der Reinlichkeit aus. Auch hat er bereits für eine bessere Beleuchtung Sorge getragen. Ueberall, wo ein Bogen die Gasse überspannt, muß der betreffende Hausbesitzer eine Laterne aufhängen. — Der englische Genieoffizier Warren, welcher hieher gekommen ist, um die vor ein paar Jahren von seinem Fachgenossen, Kapitän Wilson, im Auftrag einer englischen Gesellschaft begonnenen Nachgrabungen fortzusetzen, hat in den letzten Wochen in Nablus und im Jordanthal Untersuchungen angestellt. Er erzählt, daß er in diesem Thale nur wenig Ruinen gefunden habe. Die Hügel bei Jericho hat er durchgraben lassen. — Die amerikanische Kolonie in Jaffa ist in der Auflösung begriffen. Herr Metzler hat zwei ihrer hölzernen, aus Amerika mitgebrachten Häuser gekauft. — Ueberall im Lande sind die schönen Saaten gnädig bewahrt geblieben. In Folge der reichlichen, fast überall bereits beendigten Ernte sieht man nun, Gott sei Dank, billigern Fruchtpreisen entgegen.

den Ausgangspunkt eines neuen und bedeutenden Fortschritts der preußischen Monarchie bedeutet, von Paris datirt. Es war also keine bloße Vergnügungsreise, welche der König von Preußen und sein Mentor nach Frankreich gemacht haben." — Auch der „Temps" erblickt in der am 4. Juni geschlossenen Zollconvention einen neuen Sieg der preußischen Politik: „Herr v. Bismarck ist ein großer Minister und er scheint das um so mehr, als die Eigenschaften des Staatsmannes den Rest der Welt verlassen zu haben scheinen, um sich nach Berlin zu flüchten."

Rom, 17. Juni. Der Papst hat auf die Beglückwünschungen der Kardinäle und Bischöfe am Jahrestag seines Regierungsantritts gesagt: Während seines ganzen Pontifikats habe er zu kämpfen gegen die Feinde der Religion und des heil. Stuhles, gegen die Feinde jeglicher Ordnung, die zu ihrem Zweck theils den ausschließlich materiellen Fortschritt, theils die gänzliche Umstürzung der Grundsätze der Autorität der Gerechtigkeit und der Religion haben und die Kirche ihrer ehrwürdigen Besitzthümer berauben wollen. Er, der Papst, habe versucht, die verwirrten Geister durch Enzykliken zurecht zu weisen, welche die Hauptgrundsätze des Rechts, der Ehrbarkeit und der Religion einschärfen. Indem er sich bewegt zu den Bischöfen wandte, schloß der Papst mit folgenden Worten: Ehrwürdige Brüder! Ich bitte Euch, Euere Bitten zu verdoppeln, um von Gott und von der unbefleckten Jungfrau zu erlangen, daß sie uns erretten aus den schweren Gefahren, die uns umringen. Der Statthalter Christi wird beständig die Hände gen Himmel erheben. Haltet ihm gleich wie dem Moses seine durch das Alter geschwächten Arme. Bleibt um mich, auf daß wir kämpfen können in alle Zeit, bis zum Siege.

London, 15. Juni. (Unterhaussitzung.) Im Unterhaus entspann sich gestern eine sehr lebhafte Debatte über den Antrag von Major Anson, daß eine (früher erwähnte, in starken Ausdrücken abgefaßte Petition) zu Gunsten der Fenier, welche die Hauptschuld auf die schlechte Verwaltung Irlands und das ungebührliche Benehmen des Militärs schob, vernichtet werde, da in ihr das Militär beschimpft und das Land zur Rebellion ermuthigt werde. Cochrane unterstützte den Antrag und sprach in sehr harten Ausdrücken von Bright, der sich mit besagter Petition einverstanden erklärt hatte. Dagegen mahnten Andere an das geheiligte Petitionsrecht, und läugneten, daß die Bittschrift Anstößiges enthalte. Stuart Mill bemerkte in sichtbarer Aufregung, daß, wenn diese Petition nicht zugelassen werden sollte, das Haus auch ihn hinausstoßen müßte, denn er sei bereit, jeden in ihr ausgesprochenen Gedanken zu unterschreiben. Mit Schmerz gestehe er, daß er über die Haltung nicht bloß des Militärs, sondern auch des Civils, in Zeiten öffentlicher Aufregung, geradezu entsetzt gewesen sei, und er hoffe nicht einmal mit den Bittstellern, daß dergleichen nie wieder vorkommen werde. Der Schatzkanzler suchte zu beschwichtigen und bat den Antragsteller, nicht auf der Abstimmung zu bestehen. Dieser war auch wirklich bereit, den Antrag zurückzuziehen, als aber mehrere Mitglieder auf Abstimmung bestanden, verließ der Schatzkanzler mit der Mehrheit seiner Parteigenossen den Sitzungssaal, worauf der Antrag mit 43 gegen 11 Stimmen verneint wird. Diese Debatte hatte sich bis nach Mitternacht hingezogen. Dann, es war beinahe halb 1 Uhr Morgens, erhob sich Labouchere, um die Aufmerksamkeit des Hauses auf den Luxemburger Vertrag zu lenken. Er ersuchte Lord Stanley, die neuübernommenen Verpflichtungen Englands zu definiren, sprach gegen die übernommene Garantie und verdammte diesen Absprung von der Nichtinterventionspolitik. Nachdem noch mehrere Mitglieder gesprochen, erhob sich Lord Stanley und sagte: „Es ist die Frage gestellt worden, ob wir gegen eine eventuelle Verletzung der luxemburgischen Neutralität bewaffnet einzuschreiten verpflichtet wären. Darauf antworte ich: Da Niemand das Recht des Parlaments, die erforderlichen Geldmittel zu bewilligen oder zu verweigern, bezweifelt, so steht diesem in letzter Instanz die Entscheidung über Krieg und Frieden zu, und damit wäre diese Frage erledigt. (Hört!) Andererseits ist geklagt worden, daß der Vertrag abgeschlossen wurde, bevor das Parlament um seine Meinung gefragt worden war, wodurch dem Lande ohne vorherige Befragung eine neue Verpflichtung auferlegt worden sei. Das ist richtig, aber ich will darüber nur bemerken, daß dieses Verfahren unserer Verfassung entspricht, der gemäß die ausübende Gewalt zum Abschlusse von Verträgen auf eigene Verantwortlichkeit hin ermächtigt ist. Minister übernehmen diese erst dann, wenn sie die Stimmung des Parlaments erforscht haben; doch kann dieß nicht immer förmlich geschehen, da die Zeit oft drängt. So standen die Dinge im vorliegenden Falle, es war nicht Zeit zu parlamentarischen Debatten, und deßhalb mußte die Regierung auf eigene Verantwortung hin handeln. (Hört!) Dieß war von jeher mein Grundsatz, und offen gestanden bin ich überrascht gewesen, daß das Haus gegen unsere Garantieübernahme nicht stärkere Einwendungen laut werden ließ, als bisher der Fall war. Aber auch hier muß die Dringlichkeit der Sache und die offenbare Gefahr eines großen Krieges als Entschuldigung unseres Handelns angenommen werden. Nun schilderte der edle Lord, wie die englische Regierung bemüht war, einen Ausgleich zuwege zu bringen, wie Preußen sich gesträubt und zuletzt nachgegeben, wie er selber sich tagelang gegen die Uebernahme einer Garantie gesträubt und schließlich doch nachgegeben habe. Ich that es, fuhr er fort, unter dem Drucke der augenscheinlichsten Gefahr für den Frieden Europas. Denn es stand und steht absolut fest, daß, wenn wir eine Garantie ablehnten, die Konferenz nicht zum Ziele gelangt und der Krieg losgebrochen wäre. Bedenken Sie doch, was das für ein Krieg gewesen wäre. In kürzester Zeit wären zum mindesten zwei Mächte, Oesterreich und Italien, in seinen Kreis hineingerissen worden (hört), und wenn erst 130—140 Mill. Menschen einander bekriegen, wer wollte da den Ausgang voraussagen? Was hätte sich im Osten entwickelt? Was wäre aus Belgien und Holland, was aus uns selber geworden, selbst wenn wir neutral hätten bleiben können? Auf uns wäre, mit einem Scheine von Recht wenigstens, die Schuld des Krieges gewälzt worden, den wir so leicht hätten verhindern können und den schamlosen Vorwurf hätten wir wahrscheinlich in den Kauf nehmen müssen, daß es uns darum zu thun gewesen, unsern Wohlstand auf den Trümmern der übrigen Staaten aufzubauen (hört). Das durfte nimmer geschehen. Wenn aber jetzt Jemand fragen sollte, ob wir den Krieg wirklich und nicht blos den momentanen Vorwand zum Krieg abgewendet haben, ob er nicht später trotz unserer Garantie entbrennen werde, so antworte ich: Mit Bestimmtheit lassen derartige Fragen sich nicht beantworten, aber, so weit mir ein Urtheil zusteht, glaube ich, daß gegenwärtig keine Veranlassung vorliegt, um einen Krieg zwischen Frankreich und Preußen unvermeidlich, oder auch nur wahrscheinlich erscheinen zu lassen. Zeit gewonnen, viel gewonnen. Allmählig schwindet die durch die Ereignisse des letzten Jahres nothwendig hervorgerufene Eifersucht und Aufregung, es tritt die vernünftige Ueberlegung an die Stelle der Empfindung und sind wir erst so weit, dann ist es klar, daß Preußen und Frankreich aus hundert Gründen einen Krieg vermeiden, aus keinem einzigen ihn herbeiziehen werden. (Zuruf.) Was könnte Preußen durch einen Krieg gewinnen? Militärischen Ruhm? Es besitzt davon jetzt mehr, denn je zuvor. Gebietszuwachs durch französische Eroberungen? Den braucht es nicht. Die Einigung Deutschlands? Sie ist praktisch bereits gesichert. Was Preußen braucht, ist Ruhe und Zeit, das Gewonnene zu konsolidiren und zu assimiliren, während durch einen Krieg nur reaktionäre Aufstände (ohne Aussicht auf Erfolg) angeregt würden, um Gewonnenes zu vernichten (hört). Und was könnte Frankreich durch einen Krieg erzielen? Selbst durch einen glücklich geführten kaum mehr, als einen fruchtlosen Triumph. Denn Kaiser Napoleon kennt Venedig zu gut, um nach einem deutschen Venetien in seinem Reiche Gelüste zu tragen. Frankreich braucht keinen Gebietszuwachs, braucht, bei seiner 600,000 Mann starken Armee, keine neue Deckung seiner Grenzen, und was nun gar den positiven Geldwerth eines Ländchens wie Luxemburg betrifft, so wären in drei Monaten mehr Kugeln verschossen worden, als das ganze Ländchen werth ist. Ganz abgesehen jedoch von bloßen Vermuthungen, glaube ich, nach Allem was ich weiß, als eine Thatsache hinstellen zu können, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen, die zur Zeit der Konferenz sicherlich keine herzlichen waren, sich seitdem stetig verbessert haben (hört). Daß Regierung und Volk in Frankreich den Frieden aufrichtig wünschen, glaube ich nicht blos, sondern ich weiß es. (Hört, hört.) Auch glaube ich, daß dasselbe Gefühl in Preußen obwaltet, ja ich möchte behaupten, daß in beiden Staaten von Anfang an weniger Erbitterung als Verdacht und Argwohn bestanden habe. Keine der beiden Regierungen wünschte der Angreifer zu sein, doch gab es zweifelsohne ein Gefühl, daß der andere zum Angriff geneigt sei, worauf sich naturgerecht Eifersucht und Mißtrauen entwickelten. Was jetzt geschieht, trägt bei, diese Gefühle zu bannen, und läßt sich auch nicht in die Zukunft blicken, bin ich doch zu der Ansicht geneigt, daß der Friede jetzt nicht unterbrochen werden wird. (Hört, hört.) Schließlich verbreitete sich Lord Stanley noch über den Begriff der Garantie und gab zu bedenken, daß es sich um eine Kollektivgarantie handle, worunter zu verstehen, daß für den Fall einer Verletzung der Neutralität sämmtliche Traktatmächte zur Kollektivaktion aufgefordert werden können, ohne daß eine derselben allein einzuschreiten verpflichtet wäre. (Hört.) Eine derartige Garantie besitzt offenbar mehr den Charakter einer moralischen Sanktion des Vereinbarten, denn einer eventuellen Verbindlichkeit zur bewaffneten Einmischung. Aus ihr entspringt für jeden Einzelnen das Recht, aber nicht die Verpflichtung zum Kriegführen. Schließlich würde darüber das Parlament zu entscheiden haben. Erwägen wir doch früher Geschehenes. Wir haben die Schweiz garantirt, trotzdem würden wir kaum die Verpflichtung fühlen, für sie zu den Waffen zu greifen, wenn sich das gesammte Europa zum Angriff gegen sie verbände. So waren wir bei den für Polen getroffenen Arrangements mitbetheiligt, ohne daß wir Krieg geführt

halten, als sie gebrochen wurden. Ich will damit nicht gesagt haben, daß wir die luxemburgische Garantie leichthin geleistet haben, wohl aber, daß wir einwilligten, weil das kleinere Uebel dem größeren vorzuziehen ist. Das ist so ziemlich Alles, was sich dafür anführen läßt. Die Rede wurde mit Beifall aufgenommen und mehrere Mitglieder erklärten noch ausdrücklich ihre Zustimmung. Seymour meinte, die gesicherte Einigung Deutschlands sei an und für sich die beste Bürgschaft für den Frieden Europas.

Aus **Dublin** ist die Nachricht eingetroffen von einem ernstlichen Tumult, der in Waterford stattgefunden. Vier Gefangene, angeblich zu den bei Dungarvan in so räthselhafter Weise Gelandeten gehörig, sollten nach dem Grafschaftsgefängnisse gebracht werden. Es sammelte sich indessen eine Menge Gesindel an und machte seinem patriotischen Unwillen gegen die eskortirende Polizei Luft. Von Worten kam es bald zu Thätlichkeiten und die, wie es scheint, ziemlich starke Begleitungsmannschaft der Gefangenen wurde mit einem Hagel von Steinen überschüttet. 38 Polizisten wurden mehr oder weniger gefährlich verletzt und von der angreifenden Menge 1 Mann getödtet und zwei schwer verwundet. Auch gegen den Angeber Corydon brach an demselben Orte die Wuth des Volkes aus, als er in einem Wagen durch die Straßen fuhr. Das Fuhrwerk wurde von Steinen fast zerschmettert und nur mit äußerster Gefahr und mehrfachen Verletzungen gelang es der Polizei, ihn vor den Wüthenden zu retten. Wahrscheinlich mit diesen Vorgängen zusammenhängend ist die ebenfalls von dem Telegraphen berichtete Kunde über den Transport von 24 der bei Dungarvan Gelandeten unter Bedeckung von 42 Mann Polizei von Waterford nach Dublin.

Petersburg, 18. Juni. Der Großfürst Konstantin nebst Familie wird im Laufe des Monats Juni nach Kopenhagen reisen.

Neueres.

Berlin, 19. Juni. Die „Norddeutsche Allg. Ztg." meldet: Graf Tauffkirchen hat gestern den Beitritt Bayerns zur Zollübereinkunft unterzeichnet. Die am 26. d. zusammentretende Zollkonferenz wird von den Tariffragen nur einen anderen Modus der Tabaksteuer, sonst nur die neuen Zollvereinsverhältnisse auf Grund der Uebereinkunft vom 4. d. im allgemeinen berathen. — Die „Provinzialkorrespondenz" meldet: Die Zollübereinkunft vom 4. Juni setzt fest: Die Aufrechthaltung des Zollvertrags vom 16. Mai 1865, die gemeinschaftliche Vertretung der Regierungen mit Stimmführung nach dem ehemaligen Bundesplenum mit Aenderung zu Gunsten Bayerns und Entscheidung durch Mehrheitsbeschlüsse des Zollparlaments (d. h. des durch süddeutsche Abgeordnete verstärkten Reichstags). Preußen beruft dasselbe ein und führt darin den Vorsitz; es schließt Handelsverträge im Namen aller Mitglieder, und hat ein Veto gegen Gesetzneuerungen. Bayern hat bereits zugestimmt. Der Beginn der Zollkonferenzen findet vermuthlich am 26. d. M. statt.

Wien, 19. Juni. Die „Presse" schreibt: Wie man vernimmt, wurde in der Konferenz der großmächtlichen Diplomaten während der Anwesenheit der Monarchen in Paris eine Einigung über die Mittel zur Verbesserung der Lage der Christen in der Türkei nicht erzielt, dagegen beschlossen, den Einfluß der vom Sultan ergriffenen Maßnahmen abzuwarten. Der, der Pforte am 15. d. M. unterbreitete Vorschlag einer Enquete auf Kreta erfolgte keineswegs in identischen Noten.

London, 19. Juni. Das Haus der Gemeinen setzte gestern die Berathung der Reformbill fort. Ein Amendement Disraeli's, für die Universitäten Durham und London nur Einen Vertreter im Parlament zuzulassen, wurde mit 234 gegen 226 Stimmen verworfen.

New-York, 18. Juni. Es heißt, der Kongreß würde im Juli zusammentreten.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$68^{3}/_{4}$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$63^{1}/_{4}$ P.
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$55^{7}/_{8}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	$47^{1}/_{2}$ P.
"	$4^{1}/_{2}$pCt.	42 P.
Preussen	$3^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$100^{1}/_{4}$ G.
"	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$94^{7}/_{8}$ P.
"	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	95 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$90^{1}/_{4}$ P. 90 G.
"	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$90^{1}/_{4}$ P. 90 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$90^{1}/_{4}$ P. 90 G.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	94 P.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$82^{1}/_{8}$ P.
Baden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$93^{5}/_{8}$ P.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. v. 1842	82 P.
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$92^{3}/_{4}$ P.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	95 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$88^{1}/_{2}$ P.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$83^{1}/_{6}$ P.
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$82^{1}/_{2}$ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2^{1}/_{2}$pCt. " " "	—
Schweden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$85^{1}/_{4}$ P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2^{1}/_{2}$	$78^{1}/_{8}$ P.
"	6pCt. ditto r. 1882 "	$77^{3}/_{4}$—$^{5}/_{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	692 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$187^{1}/_{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90^{1}/_{2}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$210^{1}/_{2}$ P. 209G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	107 P.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr	$223^{1}/_{2}$—$221^{1}/_{2}$ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$112^{1}/_{4}$ P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	151 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	$107^{1}/_{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49^{3}/_{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73^{1}/_{2}$ P. 73 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	$116^{5}/_{8}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^{1}/_{2}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^{3}/_{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$105^{1}/_{8}$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97^{1}/_{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^{3}/_{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105^{1}/_{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^{3}/_{4}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105^{1}/_{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119^{3}/_{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^{7}/_{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^{1}/_{4}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	
Wien fl. 100 ö. W.	95 G.
do. in öst. W. l. S.	95—$^{1}/_{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	117 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$64^{1}/_{4}$ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$73^{1}/_{2}$—$^{7}/_{8}$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$122^{1}/_{2}$ G.
" do. v. 1864	$76^{1}/_{4}$—$^{3}/_{4}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99^{3}/_{4}$ P. $^{5}/_{8}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	9 G.
Badische fl. 35	$53^{1}/_{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$142^{3}/_{4}$ P.
" fl. 25 do.	$38^{3}/_{8}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35^{1}/_{2}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs.-L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12 P

Frankfurt, 20. Juni. Der Schwindel in Creditaktien hat seit gestern größere Dimensionen angenommen, deren Cours hob sich um 5 fl.; sie nähern sich in Wien immer mehr dem Pari-Cours; sollten sie bis auf Pari oder über Pari gehen, dann hat allerdings das Institut Gelegenheit, ein günstiges Geschäft zu realisiren, nämlich seine früher angekauften eigenen Aktien wieder los zu werden. Für 1000 fl. Creditaktien bekommt man heute beinahe 3000 fl. $4^{1}/_{2}$ pCt. Metalliques, erstere mußten den geringen Reservefond angreifen, um 5 pCt. zu bezahlen, während mit letzteren bestimmt 9 pCt. gemacht werden. Von sonstigen österreichischen Effekten nahmen nur Loose einen hervorragenden Antheil an der Hausse, 1860er waren ca. 1 pCt., 1864er $1^{1}/_{2}$ fl. höher. National gewannen nur $^{1}/_{4}$ bis $^{3}/_{8}$ pCt., $4^{1}/_{2}$ pCt. Metalliques, Steuerfreie und Englische waren ganz unverändert. Staatsbahnaktien wurden in dem Haussejubel ebenfalls zu $1^{1}/_{2}$ pCt. besser bezahlt. Süddeutsche waren bei unbedeutendem Umsatze unverändert, mit Ausnahme von $4^{1}/_{2}$ pCt. Badischen, welche billiger und $3^{1}/_{2}$ Frankfurter, Nassauer, welche höher waren. Auf Darmstädter Bankaktien lagen einige Kauforders vor, welche deren Cours um 3 fl. steigerten. Von Eisenbahnaktien bleiben Taunus offerirt. Livorneser Prioritäten $^{1}/_{4}$ pCt. billiger angeboten. Staatsbahnen eben so viel höher, Lombardische, Siebenbürger und Elisabeth ohne Veränderung. Kurhessische Loose verloren einen kleinen Bruchtheil; Badische, Ansbacher und Augsburger zu höherem Cours gesucht. Goldagio 138, Bonds $110^{1}/_{2}$ übten einen geringen aber ungünstigen Einfluß auf Amerikaner aus, in welchem das Geschäft beschränkt war. Wechsel auf Wien wurden etwas besser, andere Plätze wie gestern gehandelt; National-Coupons 28. 26. Amerikanische 2 . $24^{1}/_{2}$. In Spekulationspapieren und Staatseffekten war das Geschäft von Bedeutung. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 170.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 22. Juni 1867.

Abonnements-Einladung.

Bestellungen auf die mit dem Unterhaltungsblatte **Mnemosyne** und dem Beiblatte **Würzburger Anzeiger** verbundene

Neue Würzburger Zeitung

für das mit dem 1. Juli beginnende III. Quartal nehmen alle Postämter und Postboten an, und werden solche rechtzeitig erbeten. Der Abonnementspreis beträgt in ganz Bayern

vierteljährlich nur fl. 1. 30 kr.

(Bei außerbayerischen Postämtern findet eine geringe Preiserhöhung statt.)

Es kömmt somit jede Nummer der Zeitung nebst Anzeiger (welcher selbst an Sonntagen erscheint, was im Jahre anderen Blättern gegenüber ein Mehr von über 50 Nummern entziffert) sowie mit dem Unterhaltungsblatt Mnemosyne **zusammen** auf den außerordentlich billigen Preis von

täglich einem Kreuzer

im Abonnement zu stehen.

Die „Neue Würzburger Zeitung" bringt nach wie vor Leitartikel über jede bedeutende politische oder handelspolitische Zeitfrage, ferner Original-Korrespondenzen und bei besonders wichtigen Vorkommnissen

telegraphische Depeschen

aus den größeren Städten Europa's.

Außer dem im Hauptblatte enthaltenen Feuilleton bringt das belletristische Beiblatt „Mnemosyne" Originalnovellen u. s. w. aus der Feder bekannter Schriftsteller, und hofft mit denselben neben dem übrigen Neuesten und Interessantesten aus dem Gebiete der Unterhaltungslekture, sowie ausgewählten Erzählungen, Gedichten, Miscellen, Aphorismen, Nekrologen, literarischen und Kunst-Kritiken u. s. w. ihre Leser nach jeder Richtung hin angenehm und lehrreich zu unterhalten.

Das täglich zur Zeitung erscheinende Gratis-Beiblatt **„Würzburger Anzeiger"** (welcher auch aparte um 42 kr. vierteljährlich bezogen werden kann) liefert alle lokalen Neuigkeiten, sowie eine kurzgefaßte Uebersicht der politischen Ereignisse, Markt-, Cours- und Sitzungsberichte u. s. w.

Exped. der „N. Würzburger Zeitung".

München, 18. Juni. Verschiedene Zeitungen haben von München die telegraphische Depesche empfangen, daß Fürst Hohenlohe dem König seinen Rücktritt erklärt habe, falls die Präliminarverträge vom 4. Juni nicht dessen Genehmigung finden sollten. Bei welcher Gelegenheit aber der bayer. Minister der auswärtigen Angelegenheiten eine derartige Aeußerung gemacht habe, ist nicht angegeben und es ist auch kaum zu bezweifeln, daß die Nachricht der Thatsächlichkeit entbehrt. Denn bis jetzt haben die wegen der Rekonstruktion des Zollvereins gepflogenen Verhandlungen, welche auch noch nicht außerhalb des Ministerraths geführt wurden, in keinerlei Weise eine Differenz ergeben und es dürfte dem Fürsten Hohenlohe demnach jede Veranlassung und Gelegenheit gefehlt haben, eine derartige Aeußerung dem König gegenüber zu machen. Zudem herrscht gerade jetzt unter den Ministern eine so aufrichtige Solidarität, daß es, sollten wirklich demnächst die Anträge des Gesammtministeriums die k. Genehmigung nicht finden, wahrscheinlich Hohenlohe nicht allein sein dürfte, der sein Portefeuille zurückgibt. — Wie ich höre, hat das Gesammtministerium sich in der Wahl eines Justizministers geeinigt und es hängt dessen Ernennung nur mehr von der Genehmigung des Königs ab. (A. A.)

= **München,** 19. Juni. Der Gesundheitszustand Münchens ist im abgelaufenen Monat Mai ein sehr günstiger gewesen. Die Zahl der Kranken betrug bei einer Bevölkerung von ca. 170,000 Personen 2049. Gestorben sind mit Einschluß von 44 Todtgebornen 474, darunter nur 6 an Typhus, gegen 23 im entsprechenden Monat des Vorjahres. Die Zahl der im Mai Gebornen beläuft sich auf 536, darunter 231 uneheliche. Trauungen fanden 184 statt. — Die Zahl der Blatternerkrankungen ist im Abnehmen begriffen, doch lagen immer noch 72 Personen an dieser Krankheit darnieder, und sind 7 an Blattern gestorben, und zwar sämmtlich erwachsene Personen, von denen 4 gar nicht geimpft und 3 ohne Erfolg geimpft waren. — In Wallenfels bei Kronach liegen noch immer viele Kinder am Scharlach krank. — Se. Maj. der König hat den von den Notariatskammern diesseits des Rheins entworfenen Satzungen über die Bildung eines Pensionsvereins die Genehmigung ertheilt.

= Der Vertrag wegen Aufhebung des Salzmonopols hat die Ratifikation des Königs erhalten und gegen die Ratifikations-Urkunden heute nach Berlin ab.

Die „Bayer. Ztg." veröffentlicht die k. Entschließung, wodurch dem zu bildenden Pensionsvereine für Wittwen und Waisen der Notare in den Landestheilen diesseits des Rheines die Rechte einer Korporation ertheilt werden. Derselbe hat unter der Aufsicht der Staatsregierung zu stehen. Dem Vereine sind die Geldstrafen, welche Notaren in den Landestheilen diesseits des Rheins wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des Notariatsgesetzes, mit Einschluß der im Art. 143 bezeichneten Fälle, dann wegen Verletzungen ihrer besonderen Berufspflichten auferlegt werden, zuzuwenden. Daß der Amtsantritt aller neu anzustellenden Notare von dem Nachweise des Beitrittes zu dem Vereine abhängig gemacht wird, wurde bereits mitgetheilt.

Vom 1. Juli an treten an folgenden Orten Postexpeditionen ins Leben: Röttenbach bei Lauf (Mittelfranken), Breitenbrunn (Oberpfalz), Pfatter (Oberpfalz), Neuhaus bei Velden (Oberpfalz), Ruhstorf (Niederbayern), Niederkirchen (Pfalz). (V.-Bl. d. V.-A.)

Ein Kriegsministerialrescript vom 15. d. theilt den Generalkommando's u. s. w. der Armee mit, daß der König für gesicherte Unterbringung der Instrumenten-Etuis der Militärärzte die Einführung einer am Gürtelriemen der Säbelkuppel zu tragenden Tasche von schwarzem Glanzleder genehmigt hat.

München, 19. Juni. Laut Bekanntmachung des kgl. Haupt-Münz- und Stempelamtes über die bis zum Schlusse des Jahres 1866 stattgefundenen k. bayerischen Ausmünzungen wurden im Jahre 1866 an einfachen Vereinsthalern für 1,882,904$^1/_2$ fl., an Guldenstücken 121,872 fl., an Halbgulden für 60,274$^1/_2$ fl., an Sechsern für 8737 fl., an Groschen für 28,336 fl., an Kreuzern für 42,359 fl., an Halbkreuzern für 1948 fl. und an Pfennigen für 6186 fl., im Ganzen also eine Münzsumme im Werthe von 2,142,617 fl. ausgeprägt. Die Totalsumme vom Jahre 1838 — 1866 inclusive entziffert den Betrag von 111,945,644$^1/_4$ fl. Münzen.

Darmstadt, 19. Juni. In Folge der allarmirenden Nachrichten, welche sich vor einigen Wochen betreffs Ausdehnung der Rinderpest verbreitet hatten, waren von dem Ministerium des Innern die regelmäßigen Zusammenkünfte zwischen Mäklern und Viehhändlern zum Zwecke des Abschlusses von Geschäften, Viehausstellungen sowie die Abhaltung von Viehmärkten verboten worden. Durch Ministerial-Entschließung vom 15. d. wurde dieses Verbot jedoch wieder zurückgezogen, da der Grund wegen Durchführung dieser Maßregeln in Wegfall gekommen ist.

Darmstadt, 19. Juni. Dem Vernehmen nach soll die Kanzlei der zweiten Kammer vollauf beschäftigt sein, das von der Kammer durchberathene Budget zu revidiren, d. h. die Fehler aufzusuchen, welche die allzuschnelle Budgetberathung veranlaßt hat. — Der hiesige Anwaltverein hat in seiner gestrigen Versammlung nachfolgende Beschlüsse gefaßt: 1) Der Verein der öffentlichen Anwälte zu Darm-

stadt erklärt: Es widerspricht der Ehre und Würde des Anwalts, gewerbsmäßig oder in gewinnsüchtiger Benutzung seiner anwaltlichen Stellung sich mit Wechselgeschäften, mit dem Einhandeln von zweifelhaften Forderungen, von Debit- und Concursmassen, sowie mit Güterschlächtereien und dergleichen zu befassen. 2) Vorstehende Erklärung ist von allen ihr beitretenden Anwälten zum Zeichen der Genehmigung und Verbindlichkeit zu unterzeichnen, sowie allen später ernannt werdenden Anwälten zum Beitritt vorzulegen. 3) Es ist eine ständige, aus drei Mitgliedern bestehende Commission zur Ueberwachung der Aufrechthaltung des Ausspruchs unter 1 aus dem Vereine selbst zu bestellen, und soll diese Commission insbesondere damit betraut sein: a. die vorkommenden Zuwiderhandlungen zu untersuchen und festzustellen; b. die Ergebnisse ihrer Untersuchung dem Anwaltverein vorzulegen und je nach Befund und Gestaltung der Umstände auf Ausstoßung des betreffenden Anwalts aus dem Anwaltverein, sowie auf öffentliche Bekanntmachung dieser Ausstoßung Anträge zu stellen. 4) Von vorstehenden Beschlüssen ist den Kollegen in Offenbach und dem Anwaltverein in Gießen Nachricht zu geben. (Mainz. Z.)

Wiesbaden, 18. Juni. Das noch übrige Häuflein der Veteranen aus der Schlacht bei Waterloo, etwa 20 an der Zahl, feierte heute auf dem neuen Geisberg das altherkömmliche Waterloofest. (Frkf. J.)

Berlin, 18. Juni. Am nächsten Montag findet im Herrenhause die zweite Abstimmung über die Verfassung des norddeutschen Bundes statt. Gleichzeitig kommt auch der vom Hause der Abgeordneten bereits längst genehmigte und auch von der Regierung gebilligte Gesetzesentwurf Laskers, betreffend die Aufhebung der gesetzlichen Zinsbeschränkungen auch für den Hypothekarkredit, zur Verhandlung. Die Regierung interessirt sich sehr dafür, daß dieser in der gegenwärtigen Zeit der Hypothekennoth doppelt wichtige Gesetzesentwurf endlich auch die Zustimmung des Herrenhauses erhalte, jedoch ohne Aussicht auf Erfolg. Sobald die beiden Gegenstände erledigt sind, wird die Session noch am Montage selbst geschlossen werden.

Berlin, 19. Juni. Die Königin bleibt vom 20. bis 23. in Koblenz und reist sodann über Aachen nach Windsor. — Die „Provinzial-Correspondenz" schreibt: Das Verhältniß des gegenseitigen Vertrauens, welches zwischen dem Könige von Preußen und dem Kaiser Napoleon seit Jahren besteht, befestigte sich bei der jetzigen Zusammenkunft von Neuem. Beiderseits besteht die Ueberzeugung, daß es für Preußen und Frankreich nur noch einen würdigen Wettstreit geben kann, den Wettstreit in der Förderung der friedlichen Wohlfahrt und des allseitigen Fortschrittes im Verkehrsleben, der Volksbildung und Gesittung. In den Besprechungen der Fürsten und Staatsmänner gelangte eine so wesentliche Uebereinstimmung der Auffassungen bezüglich des europäischen Friedensbedürfnisses zur Geltung, daß darin eine neue Bürgschaft für die Sicherung der friedlichen Beziehungen unter den Staaten zu erblicken sei.

Hamburg, 20. Juni. Ein offiziöser Berliner Correspondent des „Hamburger Correspondent" schreibt: Auf eine ausweichende Antwort des dänischen Cabinets hat die preußische Regierung eine bestimmte Anfrage in Kopenhagen ergehen lassen, ob und welche Garantien Dänemark der deutschen Bevölkerung in dem eventuell abzutretenden Theile von Nordschleswig gewähren wolle, um danach die Größe des abzutretenden Territoriums zu bemessen. Auch im günstigsten Falle werden solche Gebiete, worin Deutsche in großer Anzahl wohnen oder die von entschieden militärischer Wichtigkeit sind, nicht abgetreten werden.

Paris, 18. Juni. Das Supplement zum Gelben Buche über Luxemburg wurde heute im Senate vertheilt. Baron Dupin erhob, nachdem diese Vorlage erfolgt, einen energischen Protest zu Gunsten der Menschlichkeit und des Völkerrechts in Betreff des bedrohten Lebens vom Kaiser Max in Mexiko. Der Senat zollte der beredten Kundgebung, der auch der Präsident Troplong zustimmte, lebhaften Beifall. Der unglückliche Gefangene ist laut den neuesten New-Yorker Nachrichten noch am Leben und hat Aussicht, vor dem Nationalkongreß gerichtet zu werden und mit der Verbannung davon zu kommen. In Wien scheint man gleichfalls überzeugt zu sein, daß Maximilian's Leben nicht mehr gefährdet ist, denn es ist hier nun die Anmeldung erfolgt, daß Franz Joseph mit seiner Gemahlin zwischen dem 12. bis 15. Juli in Paris eintreffen wolle. Der Herzog von Koburg traf gestern in Paris ein. Die kaiserliche Familie geht in diesem Sommer früher als sonst nach Biarritz; in der Villa Eugenie werden bereits die Vorbereitungen getroffen. Der kaiserliche Prinz war heute einige Stunden in den Tuilerien: „niemals hat er sich einer besseren Gesundheit zu erfreuen gehabt," versichert die „France." Der Prinz kam und kehrte nach St. Cloud in verdecktem Wagen zurück.

Die Journale, namentlich das „Journal des Debats" und das „Journal de Paris," stellen Betrachtungen über die lehrreichen Mittheilungen an, welche häufig das bescheidene und rein den Geschäften gewidmete „Bulletin des Lois" enthält. Die letzte Nummer enthielt die Pensionirung eines Schulmeisters, der in einem Alter von 73 Jahren und nach 49jähriger Dienstzeit mit einem Ruhegehalte von 100 Fr. abgefunden wird. Ein anderer Lehrer, der um ein Jahr älter ist und 50 Jahre lang Schule gehalten hat, empfängt einen Gnadensold von nur 160 Fr. jährlich. Daneben prangt ein Diplomat zweiten oder dritten Ranges, der 1812 geboren ist und 28 Jahre lang den Staat in Brüssel und an anderen Orten vertreten hat. Seine Verdienste um das Vaterland werden mit einer Jahrespension von 10,000 Fr. belohnt.

Paris, 18. Juni. Heute ist an den Senat und an den gesetzgebenden Körper der Nachtrag zum Gelbbuche vertheilt worden, welcher die Luxemburger Angelegenheit betrifft. Die Sammlung beginnt mit zwei Depeschen des Hrn. v. Tornaco vom Sommer und Herbst vorigen Jahres, in welchen dieser von dem Berliner Kabinet Loslösung aus den Verpflichtungen gegen Deutschland für Luxemburg fordert. Am 27. Februar theilt der Marquis v. Moustier dem französischen Gesandten im Haag, Baudin, mit: Der holländische Gesandte hat uns die Befürchtungen auseinandergesetzt, welche Holland über einen bevorstehenden Angriff von Seite Deutschlands hegt. (!) Der Gesandte soll nun zu erfahren suchen, was an diesen Befürchtungen der holländischen Regierung begründet sei. Einen Tag später betont der Minister in einer zweiten Depesche an Baudin besonders die Lage Limburgs und Luxemburgs; beide Länder müßten jetzt von Deutschland losgelöst werden. Die preußische Besatzung in Luxemburg sei eine Bedrohung Frankreichs; die Sympathien der Bevölkerung seien eher für Frankreich als für Deutschland. Deßhalb müßte Preußen Luxemburg räumen. Da aber Holland in seinen hierauf gerichteten Forderungen stets gescheitert sei, so wolle jetzt Frankreich selbst die Unterhandlungen über die Sache in Berlin vertraulich einleiten, da würde Preußen wohl nachgeben. Noch deutlicher treten die Absichten der französischen Regierung in einer Depesche Moustiers an Baudin vom 21. März hervor. Der Minister freute sich, daß der König und die Einwohner des Großherzogthums so günstig für die Annexion des letzteren an Frankreich gesinnt seien; derselben stände also kein Hinderniß mehr entgegen. Indeß, man wolle Preußen schonen und deßhalb solle nicht Holland offiziell, sondern wolle das Pariser Kabinet vertraulich die Berliner Regierung um die Räumung der Festung angehen. Im Anfange schien es, als ob der König der Niederlande wirklich geneigt sei, die Initiative in dieser Sache dem französischen Kaiser zu überlassen; allein in der Angst, es mit Preußen zu verderben, ließ er am 26. März den preußischen Gesandten im Haag zu sich rufen und theilte ihm die Existenz der Verhandlungen mit, die von dem Kaiser Napoleon ausgegangen seien; der König von Preußen werde ihnen hoffentlich keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Ueber diese ängstliche Plauderhaftigkeit Wilhelms III. zeigt sich Moustier in einer Depesche vom 30. März sehr ungehalten. Inzwischen schreibt ihm am 28. März der Fürst de Latour d'Auvergne aus London, daß Lord Stanley dem preußischen und auch dem russischen Botschafter erklärt habe, er persönlich habe gegen die Annexion Luxemburgs an Frankreich nichts einzuwenden. In Berlin hat die Nachricht von der Existenz dieser Verhandlungen große Aufregung hervorgerufen; der Botschafter Benedetti meldet dies dem französischen Minister des Auswärtigen in zwei Depeschen vom 31. März. Graf Bismarck sei über die Veröffentlichung durch das Haager Kabinet höchst aufgebracht und könne jetzt dem Strome der öffentlichen Meinung nicht widerstehen. Darauf telegraphirt am 1. April Moustier an Benedetti seine Unzufriedenheit mit der holländischen Regierung und spricht seine Hoffnung aus, Graf Bismarck werde seinen früheren Andeutungen Folge geben und das Aufgeben Luxemburgs im Parlamente durchsetzen. Die holländische Regierung wird nun immer ängstlicher und will alle Verantwortlichkeit wegen etwa entstehender Zwistigkeiten auf Frankreich wälzen (1. April). Latour d'Auvergne berichtet am 2. April an Moustier, daß Preußen alle Unterzeichner des Vertrages von 1839 um ihre Meinung in der Luxemburger Angelegenheit gefragt habe. Lord Stanley habe dem Grafen Bernstorff vertraulich erklärt, nach seiner Meinung habe Wilhelm III. das Recht, Luxemburg an Frankreich abzutreten. Am 3. April macht der preußische Gesandte im Haag die holländische Regierung auf die Folgen aufmerksam, welche aus der ernsten Stimmung in Deutschland entspringen könnten. Am 4. April erklärte Graf Bismarck dem holländischen Gesandten, daß er Limburg als von Deutschland losgelöst betrachte. Am 15. April beginnt die französische Regierung ihren Rückzug. In einem Rundschreiben an die französischen Vertreter in London, St. Petersburg, Wien und Florenz beharrt Moustier nur noch auf der Räumung Luxemburgs durch Preußen, gibt aber die Annexion an Frankreich auf. Die drei neu-

tralen Großmächte suchen nun in den nächsten Tagen mit allem Gewichte ihrer Rathschläge die Annahme dieser gemäßigten französischen Forderung in Berlin durchzusetzen. Endlich am 20. April kann Talleyrand aus Petersburg telegraphiren, Fürst Gortschakoff habe ihm mitgetheilt, Preußen gehe auf eine Konferenz mit der bekannten Grundlage ein. Eine Depesche Talleyrand's vom nächsten Tage führt die Einzelheiten weiter aus. Das Uebrige ist bekannt. Diese Aktenstücke geben zu mancher Berichtigung des bisherigen Urtheils Anlaß. (Schwäb. Merk.)

Florenz, 16. Juni. Die gestrige Kammersitzung ist eine sehr stürmische gewesen: es handelte sich um das Capitel der 1,200,000 Fr. für geheime Ausgaben. Die Linke erhob sich wie Ein Mann, um die Unterdrückung derselben zu verlangen. Rattazzi erwiederte, diese Auslagen seien leider unentbehrlich und ihre Natur verbiete jede Rechenschaftsablegung; die Kammer müsse sich auf die Ehrlichkeit der Regierung verlassen. Uebrigens sei seit seinem Eintritte ins Cabinet die Hälfte des für dieses Jahr ausgeworfenen Fonds bereits ausgegeben gewesen. Diese Erklärung goß Oel ins Feuer, und Crispi erhob sich mit Wuth, um eine Untersuchung zu verlangen. Er machte bei dieser Gelegenheit einen Ausfall auf die Halbgötter, welche sich gegenseitig in der Regierung ablösen zum großen Nachtheile des Landes; aber die Zeit der Ideale sei vorbei rc. Die Linke verdächtigt die Regierung, die geheimen Fonds zu Wahlzwecken benutzt zu haben. Nun ergriff Ricasoli das Wort und bekämpfte Crispi von oben herab: Er betrachte sich nicht als ein Ideal und verlange von Niemandem, angebetet zu werden; er habe die Kammer aufgelöst und sich zurückgezogen; er sei Niemanden Rechenschaft schuldig. Endlich wurde abgestimmt mit Namensaufruf, und 162 gegen 114 Stimmen verwarfen den Antrag Crispi's. Diese Zahlen geben zugleich einen richtigen Begriff von dem Verhältnisse der beiden Parteien. Die Majorität ist ziemlich bedeutend. — Herr Erlanger ist wieder hier, um, wie man glaubt, der Regierung neue Anträge zu machen, je nachdem die Gegenvorschläge der Kammer-Commission den Beifall dieses Finanzmannes finden würden.

London, 18. Juni. In Birmingham sind ernste Unruhen ausgebrochen, welche gestern noch nicht gestillt waren. Am Sonntag hatte Herr Murphy, welcher sich einen Agenten der Londoner protestantischen Wahl-Union nennt, eine Reihe von Vorträgen begonnen über „die Irrthümer des römischen Katholizismus". Herr Murphy hatte dazu von der Munizipalbehörde die Benutzung des Stadthauses verlangt, was ihm aber abgeschlagen worden war. Man hatte deßhalb eine große Holzbude errichtet, welche etwa 3000 Menschen fassen konnte. Um 3 Uhr Nachmittags begann Herr Murphy seinen Vortrag vor einer gedrängten Zuhörerschaft. Außerhalb des Gebäudes war ein ungeheures Gedränge, hauptsächlich von irischem geringen Volke, welches seinen Unwillen laut kundgab und bald zu Thätlichkeiten überging, so daß die Polizei große Mühe hatte und nahezu überwältigt worden wäre. Erst nachdem sie sehr verstärkt worden und Gebrauch von ihren Seitengewehren gemacht hatte, gelang es ihr, den Pöbel einigermaßen zu bändigen. Viele Personen waren verwundet, auch viele von der Polizeimannschaft. Das Haus des Vaters des Sekretärs der lokalen protestantischen Association ward gestürmt, die Fenster und Möbel zerschlagen. Magistratspersonen und katholische Geistliche versuchten, den Pöbel zu beruhigen, der bis zu später Nachtstunde die Straßen füllte. Den ganzen nächsten Montag wurden die Straßen von Volkshaufen durchzogen. Abends begann der Aufruhr aufs Neue. Militär ward herbeigezogen und die Aufruhr-Akte verlesen. Ein Soldat war erschossen und ein Polizeimann tödtlich verwundet worden. Eine katholische Kapelle war von dem protestantischen Pöbel zerstört worden. Auf den Straßen tobte bis in die tiefe Nacht der größte Aufruhr, und es herrschte eine allgemeine große Besorgniß.

Die Krawalle in Waterford (Irland), über die der Telegraph Meldung gebracht hatte, waren, wie sich jetzt herausstellt, ziemlich ernster Natur, jedenfalls die allerbedeutendsten seit dem letzten verunglückten Fenier-Aufstande. Die Polizei hatte harte Arbeit, die Massen zu zerstreuen, Infanterie säuberte mit gefälltem Bayonnet die Straßen und die Cavallerie mußte wiederholt von ihrer Waffe Gebrauch machen, bis die Ruhe wieder hergestellt werden konnte. Dabei gab es von beiden Seiten harte Püffe und schwere Verwundungen. Einer von der angreifenden Masse blieb todt auf dem Platze, während an dem Aufkommen eines zweiten verzweifelt wird.

Liverpool, 19. Juni. Juarez hat am 17. Mai mit seinen Ministern zu San Luis Potosi Rath gehalten, um über das Schicksal Maximilians zu entscheiden. Der Entschluß ist nicht bekannt. Maximilian hat sich ausbedungen, daß er als Kriegsgefangener behandelt werde, und daß, wenn Einer erschossen werde, er der erste sei. Escobedo hat befohlen, sämmtliche kaiserliche Offiziere zu erschießen, welche die Uebergabe verweigern.

Türkei. Aus Konstantinopel hat der französische Botschafter telegraphisch nach Paris gemeldet, der Sultan werde seine Abreise wohl noch aufschieben, da Fuad Pascha krank geworden sei. Der ägyptische Kriegsminister ist auf Kreta gestorben. Dem Vizekönig ward dies nach Paris telegraphirt. Die Kollektivnote wegen Kreta ist von Frankreich, Rußland, Preußen und Italien unterzeichnet. Der ottomanische Bankausweis ist erschienen und bekennt einen Kassenbestand von 117 Millionen Piaster; weitere 28 Millionen sind zum 13. Juli fällig und 45 Millionen später. Für die Verzinsung der auswärtigen Anleihen sind 103 Millionen angewiesen und 86 Mill. für die allgemeine Landesschuld.

New-York, 4. Juni. Das Richter-Komité, welches ein Gutachten über die Anklage gegen den Präsidenten abgeben soll, hat sich bis zum 20. vertagt. Es verweigerte die Versetzung in Anklage mit 5 gegen 4 Stimmen, hat aber mit 7 gegen 2 Stimmen die Resolution gefaßt, daß er, wegen verschiedener offizieller Maßregeln, ein verdammendes Urtheil des Volkes und Landes verdient habe.

Mexiko. Die Correspondenz zwischen dem Gesandten der Vereinigten Staaten, Campbell, und dem Minister des Auswärtigen der Republik Mexiko wegen der Behandlung des Kaisers Maximilian im Falle seiner Gefangenschaft wird jetzt veröffentlicht. Der amerikanische Gesandte sagt in seinem Schreiben aus New-Orleans vom 6. April, die Ver. Staaten hätten aufrichtig sympathisirt mit der mexikanischen Republik und ein lebhaftes Interesse an ihrem Erfolge genommen, eine Wiederholung jedoch so strenger Maßregeln, wie man sie angekündigt habe, würde das Gefühl der Menschlichkeit verletzen und ihre Sympathien aufheben. Der Minister des Präsidenten Juarez antwortet aus San Louis Potosi am 22. April, indem er die freundlichen Gesinnungen der amerikanischen Regierung anerkennt, daß die Gerüchte über die Behandlung der Gefangenen von San Jacinto übertrieben worden seien. Die meisten seien begnadigt worden, einige, welche bestraft worden, wären nicht als Kriegsgefangene, sondern als Verbrecher gegen die Gesetze des Völkerrechts und der Republik behandelt worden. Dann heißt es weiter: „Nach dem Abzuge der Franzosen hat der Erzherzog Maximilian fortfahren wollen, das Blut der Mexikaner zu vergießen. Mit Ausnahme von drei oder vier durch die Gewalt behaupteten Städten hat er die ganze Republik sich gegen ihn empören sehen; dennoch hatte er das Werk der Verwüstung fortsetzen wollen, indem er einen Krieg ohne Zweck führte, umgeben von Leuten, die bekannt sind durch ihre Räubereien, durch Mordthaten und durch den hervorragenden Antheil, welchen sie an dem Unheil genommen haben, das die Republik bedrückt. Im Falle Personen, auf welchen solche Verantwortlichkeiten lasten, gefangen genommen würden, scheint es mir, daß sie nicht als einfache Kriegsgefangene betrachtet werden können, weil diese Verantwortlichkeiten solche sind, welche in den Gesetzen des Völkerrechts und der Republik vorgesehen sind. Die Regierung der Republik hofft, daß sie durch die Rechtfertigung ihrer Handlungen fortfahren werde, die Sympathien der Ver. Staaten zu bewahren." Es ist dies jedenfalls eine höfliche Ablehnung der amerikanischen Fürbitte. Auch ein Brief des Gesandten von Juarez in Washington, Romero, welcher veröffentlicht worden ist, sucht die Hinrichtung Maximilians im Voraus zu rechtfertigen. Er sagt, derselbe würde, so lange er lebe, immer eine Gefahr für Mexiko und ein Mittelpunkt für die Feinde der Republik bleiben. Man würde die Verschonung desselben nicht der Großmuth, sondern der Furcht der Republik zuschreiben, schließt aber dann mit den Worten: „Ich will nicht sagen, daß Maximilian nothwendig erschossen werden müsse. Ich will nur sagen, daß ihm alle und jede Macht genommen werden müsse, Mexiko zu schaden, ehe man ihm erlaubt, abzureisen."

New-Yorker Blätter schreiben über den Fall von Queretaro: Queretaro, die Hauptstadt des gleichnamigen Staates, eines fruchtbaren, aber nur dünn bevölkerten Gebirgslandes, liegt etwa 110 englische Meilen von Mexiko und etwa ebenso viele von der jetzigen Residenz des Präsidenten Juarez, San Luis Potosi, entfernt. Maximilian zog am 19. Februar mit etwa 10,000 Mann in diese befestigte Stadt ein, die ihm so verhängnißvoll werden sollte. Mit ihm kamen Marquez (der am 18. Mai in Mexiko kapituliren mußte) und Miramon (am Fieber gestorben); in der Stadt fand er bereits die Generale Mejia und Castillo (beide jetzt hingerichtet) vor. Mit einer so starken Besatzung in dem an sich festen Orte hätte Maximilian sich gegen die Republikaner unter Escobedo lange halten können; aber allmälig wurden die Lebensmittel knapp, Krankheiten decimirten

di Vertheidiger, und wie immer bei den Mexikanern, wo sie nicht von starker Hand zusammengehalten werden, brach Streit zwischen den Führern aus. Anfangs wurde die Belagerung sehr matt geführt, als aber nach dem Fall Pueblas Escobedo beträchtliche Verstärkungen erhielt, betrieb er die Sache energischer. Auf einen Sturm hatte er es nicht sofort abgesehen, er hoffte die Belagerten durch den Hunger zur Kapitulation zu zwingen; zu dem Ende kam es nur darauf an, zu verhindern, daß sie sich durchschlugen, und in der That gelang es, alle Ausfallsversuche, mit Ausnahme des von Marquez unternommenen, zu vereiteln. Maximilian erbot sich auch wiederholt, unter günstigen Bedingungen zu kapituliren; Escobedo forderte aber bedingungslose Ergebung. Als die Belagerten hinlänglich mürbe geworden, und, wie man durch Ueberläufer erfuhr, bereits Meuterei unter ihnen ausgebrochen war, ordnete endlich Escobedo den Sturm an. Der Angriff geschah am 15. Mai vor Tagesanbruch auf das Außenwerk Fort Cruz, das als der Schlüssel der Festung angesehen wird, und gelang unerwartet rasch. Die Kaiserlichen, auf der Flucht durch Kartätschenfeuer arg mitgenommen, geriethen in Verwirrung, die Republikaner drangen ihnen nach und gelangten durch eine Bresche ins Innere der Stadt. Maximilian, entmuthigt wie die Seinigen, oder weil er unnützes Blutvergießen vermeiden wollte, verzichtete nun auf weiteren Widerstand, und ergab sich auf Gnade und Ungnade. Er übergab seinen Degen dem General Escobedo persönlich. Am Tage darauf erkrankte er, und der General ließ ihn durch seinen eigenen Leibarzt behandeln. Dieß scheint die frühere Nachricht, daß man eine humane Behandlung dem Gefangenen angedeihen lasse, zu bestätigen. Wahrscheinlich wird man ihn unversehrt entlassen, aber nicht ohne vorherige „Urfehde", d. h. die Erklärung einer feierlichen Verzichtleistung auf den phantastischen Thron von Mexiko und das Versprechen, nichts gegen die Republik unternehmen zu wollen. Juarez persönlich soll von dem Verlangen eines hohen Lösegeldes für Maximilians Entlassung, das von Seiten seiner Umgebung befürwortet werde, nichts hören wollen.

Neueres.

Hamburg, 20. Juni. In der gestrigen Bürgerschafts-Sitzung wurde der Senatsantrag wegen Aufhebung des Bergedorfer Transitzolles endgültig genehmigt. Gegenüber der Senatserklärung, daß eine Verfassungsänderung mit Rücksicht auf Annahme der Nordbund-Verfassung nicht nothwendig sei, brachte ein Mitglied der Linken, Halbsen, einen Antrag auf Verfassungs-Revision ein, der dem Bürger-Ausschusse zu schleuniger Berichterstattung überwiesen wurde.

Paris, 20. Juni. Der „Moniteur" schreibt: Der Kaiser hat sich gestern nach dem Pavillon Marsan begeben, um den Vizekönig von Egypten zu besuchen. Unmittelbar darauf ging Ismail Pascha nach St. Cloud, um dem kaiserlichen Prinzen seine Ehrerbietung zu bezeugen. Der Prinz, dessen Gesundheit fast völlig wieder hergestellt ist, empfieng den hohen Besucher sehr freundlich und dankte ihm lebhaft für sein lobenswürdiges Zuvorkommen. — Die „France" sagt, eine Reise des Kaisers Napoleon nach Berlin ist nicht beabsichtigt. Das Gerücht von einer Reise des Papstes nach Paris beruhe auf keiner ernsthaften Angabe. Dasselbe Blatt zweifelt, ob die Königin von Spanien nach Paris kommen werde.

London, 20. Juni. In vergangener Woche sind bei der englischen Bank 238,000 Pf. St. eingegangen.

Petersburg, 19. Juni. Nachrichten aus Orenburg zufolge sind zwei tausend sechs hundert Bucharen gegen das Fort Karabudak vorgerückt, tödteten 15 Kosaken und unterbrachen die Verbindung mit den übrigen Festungen. Karabudak selbst ist bedrängt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. 8. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$68\frac{1}{2}$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$63\frac{1}{4}$ P.
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$55\frac{7}{8}$ P. $\frac{3}{4}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	$42\frac{1}{2}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{1}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$94\frac{1}{2}$ P
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$94\frac{3}{4}$—$\frac{7}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$90\frac{1}{4}$ P. 90 G.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$90\frac{1}{4}$ P. 90 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$90\frac{1}{4}$ P. 90 G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93\frac{1}{4}$—$\frac{3}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	82 P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$93\frac{3}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	82 P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	92 P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$89\frac{1}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$83\frac{1}{8}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$82\frac{3}{4}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt. " " "	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$85\frac{1}{2}$ P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$78\frac{1}{4}$ P.
"	6pCt. ditto r. 1882 "	$77\frac{3}{4}$—$\frac{5}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$125\frac{1}{2}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	695 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	187—$87\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90\frac{3}{4}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	210 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$107\frac{1}{2}$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$222\frac{1}{2}$ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$112\frac{1}{4}$ P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$151\frac{1}{4}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$90\frac{3}{4}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{1}{2}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49\frac{3}{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$116\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{2}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{1}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{4}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$94\frac{7}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$95\frac{1}{8}$P. $94\frac{7}{8}$G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	117 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$64\frac{1}{4}$ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$73\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$123\frac{3}{4}$ P.
" do. v. 1864	76 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	$53\frac{1}{4}$—$\frac{1}{2}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$142\frac{7}{8}$ P.
" fl. 25 do.	$38\frac{3}{8}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{1}{2}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$11\frac{3}{8}$ P

Frankfurt, 21. Juni. Der Strom des Haussespiels in Creditaktien hat gestern unsere Börse etwas zu weit fortgerissen; die Wiener, nicht entschlossen zu folgen, sandten mattere Course und verkehrten wir daher ebenfalls in matterer Stimmung. Die geringste ungünstige Nachricht müßte augenblicklich, da das Publikum nur in der Haussrichtung engagirt ist, verheerend an allen Plätzen wirken; wir bemerken dies, um rechtzeitig an die nöthige Vorsicht zu erinnern. Credit eröffneten $187\frac{1}{4}$ und gingen im Laufe des Geschäfts auf $186\frac{3}{4}$ zurück, 1860er Loose von $73\frac{5}{8}$ auf $73\frac{3}{8}$, 1864er Loose verloren $\frac{3}{4}$ fl., 1858er Loose dagegen, welche bisher vernachlässigt waren, fanden mehr Beachtung zu höherem Course. Staatsbahnaktien behaupteten ihren gestrigen Stand. Von deutschen Papieren waren 5pCt. Bayerische, $4\frac{1}{2}$ Nassauer etwas mehr gefragt, andere Sorten unverändert und der Umsatz unbedeutend. Für Hanauer und Ludwigsbahnaktien waren höhere Course zu erzielen, einiges Geschäft fand zu gestrigem Cours in Ostbahnaktien statt. Livorno-Prioritäten sind anhaltend offerirt, ohne entsprechende Kaufkommissionen. In andern Prioritäten nur Kleinigkeiten zu den letzten Coursen umgesetzt. Kurhessische Loose $\frac{1}{4}$ besser bezahlt, ein Pöstchen Mailänder 10 Frs.-Loose wurde zu 4 fl. per Stück begeben. Die gestrigen New-Yorker Course, welche Gold und Bonds $\frac{1}{4}$ niederer brachten, veranlaßten keine Veränderung dieses Effekts. Für Paris und London war starke Nachfrage, Wien dagegen $\frac{1}{8}$ niederer. National-Coupons 28. 27 gesucht. Amerikanische 2. $24\frac{1}{4}$. Das Geschäft war in keinem Effekt belangreich. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 171-72. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 24. Juni 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 21. Juni. Se. Majestät der König hat die kath. Pfarrei Vilseck, Bezirksamts Amberg, dem Priester G. Stingl, Hausgeistlicher an der Gefangenanstalt Sulzbach, Bezirksamts gleichen Namens, übertragen; den Bezirksamtmann von Vilshofen, Regierungsrath G. Fruth, wegen nachgewiesener Funktionsunfähigkeit unter Anerkennung seiner treuen und ersprießlichen Dienstleistungen für immer in den erbetenen Ruhestand treten lassen; zum Bezirksamtmann von Vilshofen den Assessor der kgl. Regierung, Kammer des Innern von Niederbayern, F. Gossinger, ernannt, sofort zum Assessor der Regierung, Kammer des Innern von Niederbayern, den Bezirksamts-Assessor von Rottenburg, H. Einsele, befördert und die hiedurch sich eröffnende Bezirksamts-Assessorstelle zu Rottenburg dem geprüften Rechtspraktikanten G. Steiger aus Indersdorf, z. Z. am Bezirksamte Rosenheim, in provisorischer Eigenschaft verliehen; auf die erledigte Rathsstelle am Bezirksgerichte Nürnberg den dortigen Assessor M. Pürckbauer befördert; auf die hiedurch sich eröffnende Assessorsstelle am Bezirksgerichte Nürnberg den Landgerichts-Assessor P. Geigel in Fürth, seinem Ansuchen entsprechend, versetzt und zum Assessor des Landgerichts Fürth den Appellationsgerichts-Accessisten E. Gös in Amberg ernannt; den Bezirksamtsdiener von Rothenburg a/T., G. Halter, auf sein Ansuchen wegen Funktionsunfähigkeit des Dienstes unter Vorbehalt der Wiederverwendung im Genesungsfalle enthoben; den pensionirten Gensdarmen G. Hölzl von dem Antritte der ihm übertragenen Bezirksamtsdienersstelle zu Nabburg unter Wiedereinweisung in die Militärpension entbunden und die erledigte Bezirksamtsdienersstelle zu Nabburg in widerruflicher Weise dem pensionirten Gensdarmen J. Besolder aus Poppenreuth, z. Z. am Bezirksamte Neumarkt verwendet, unter Vorbehalt des Wiedereintrittes in die Militärpension vom 1. Juli l. Js. an verliehen.

Se. Maj. der König hat den kgl. Kämmerer und Ministerialrath im Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeußern, C. Frhrn. v. Tautphoeus vom 1. Juli l. Js. an, seinem eigenen Ansuchen gemäß, unter allergnädigster Bezeigung ihrer Zufriedenheit mit seinen langjährigen, treuen und ersprießlichen Diensten in den Ruhestand treten lassen; die protestantische Pfarrstelle zu Hohenstadt, Dekanats Hersbruck, dem Pfarrer in Bruck, Dekanats Erlangen, G. Fr. E. Diezfelwinger, die protestantische Pfarrstelle zu Eyb, Dekanats Ansbach, dem Pfarrer zu Immeldorf, Dekanats Windsbach, J. Fr. B. Fick verliehen; den Bezirksamts-Assessor von Kaiserslautern, E. J. v. Moers, zum Bezirksamtmann von Germersheim befördert und zum Bezirksamts-Assessor von Kaiserslautern den Regierungs-Sekretär G. Schmitt zu Speyer auf Ansuchen ernannt.

Nach einer Bekanntmachung des großherzoglich hessischen Ministeriums der Finanzen vom 29. vorigen Monats ist der Termin, nach dessen Ablauf die Grundrentenscheine ihre Eigenschaft als Zahlungsmittel verlieren und nur noch bis zu einem weiteren, später bekannt zu machenden Termine bei der Staatsschulden-Tilgungskasse eingelöst werden können, auf den 1. Juli 1868 festgesetzt worden, und wurden die Inhaber von großherzoglich hessischen Grundrentenscheinen à 1, 5, 10, 35 und 70 fl. aufgefordert, diese Scheine bis zum 1. Juli 1868 entweder zu Zahlungen an die Staatskasse zu verwenden oder gegen neues Papiergeld umzutauschen. Der Umtausch findet bei der großherzoglichen Staatsschulden-Tilgungskasse und außerdem bei allen Rentämtern, Hauptzollämtern, Obereinnehmereien und Distrikts-einnehmereien statt, bei welchen Lokalstellen jedoch derselbe nur insoweit geschehen kann, als ihr Vorrath an neuem Papiergeld es gestattet.

= **München,** 21. Juni. Se. Maj. der König hat am 19. d. nach seinem Eintreffen in der Hauptstadt die Minister des Innern und des Handels zu geschäftlichem Verkehr empfangen. — Eine größere Anzahl von Blättern beschäftigt sich mit der Abschaffung mehrerer katholischer Feiertage als einer für die nächste Zeit in Aussicht zu nehmenden Maßregel. In einem so vorgeschrittenen Stadium befindet sich diese Frage nicht. Es hat nämlich erst vor Kurzem das Handelsministerium im Anlasse mehrfältiger von den Organen der landwirthschaftlichen wie der industriellen Kreise ausgegangenen Anregung diese Frage in die Hände des Kultusministeriums gelegt. An maßgebender Stelle scheint man die mannigfachen Inconvenienzen, welche namentlich in confessionell gemischten Industrieorten mit dem Bestande von Feiertagen verbunden sind, die nur für einen Theil des Arbeiterstandes gelten, ebensowenig zu verkennen, wie die wirthschaftlichen und sittlichen Nachtheile von wenigstens 10 Tagen, welche von dem jüngeren daher arbeitstüchtigsten Theile der Bevölkerung weit mehr zu sinnlichen Genüssen als zur religiösen Erbauung benützt werden; es ist aber nicht zu erwarten, daß die bayer. Regierung in dieser Sache einseitig und ohne Verständigung mit der Kirche vorgehen werde. Wenn vorerst die Arbeiterbevölkerung die selbstgeschaffenen Tage der Arbeitslosigkeit abstellen wird, die landwirthschaftliche die vom Staat und Kirche längst abgewürdigten Festtage, die gewerbliche und industrielle die 52 blauen Montage, so wird ein solches Zeichen aufrichtigen wirthschaftlichen Strebens den klerikalen Bedenken eine wesentliche Stütze entziehen.

Darmstadt, 20. Juni. Aus zuverlässiger Quelle vernimmt man, daß in Kürze noch zwei Oberstlieutenants und sechs Majore pensionirt werden und würden demnach von allen Stabsoffizieren der Stäbe und der Infanterie, welche der mobilen Felddivision angehörten, nur noch Oberstlieutenant Laue und Major Dornseiff in Aktivität bleiben.

Berlin, 20. Juni. Die „Provinzial-Correspondenz" schreibt: „Die Verhandlungen über den deutschen Zollverein, zu welchen die Minister der süddeutschen Staaten vor 14 Tagen in Berlin zusammengekommen waren, haben zu einem allseitigen erfreulichen Einverständnisse geführt. Es galt dabei, sich über die Grundlagen zu verständigen, auf denen die Fortdauer der bisherigen Zollvereinsverträge gesichert werden konnte. Einen so hohen Werth diese Fortdauer im nationalen Interesse hatte, so kam es doch zugleich darauf an, die Hemmnisse, welche sich bisher einer lebendigen Entwicklung und den Fortschritten der Gesetzgebung und Verwaltung des Vereins entgegengestellt hatten, auf eine den Bedürfnissen des Verkehrs entsprechende Weise zu beseitigen. In der Verfassung des norddeutschen Bundes sind zu diesem Zwecke wirksamste Bestimmungen getroffen, aber dieselben würden vereitelt werden, wenn die Beschlüsse des Bundesrathes und des Reichstages über Zollangelegenheiten erst noch, wie früher, von der Zustimmung der einzelnen Regierungen und Landstände Süddeutschlands abhängig blieben. Eben so wenig könnte andererseits den süddeutschen Staaten zugemuthet werden, die Beschlüsse des norddeutschen Bundesrathes und Reichstages in Zollsachen ohne Weiteres für sich gelten zu lassen. Um nun die Fortdauer des Zollvereins in seinem bisherigen Umfange mit den Bedürfnissen und den neuen Einrichtungen in Deutschland in Einklang zu bringen, blieb nur der Weg übrig, daß die Gesetzgebung in Zollvereins-Angelegenheiten einer gemeinsamen Vertretung der betheiligten Regierungen und einer Vertretung der Bevölkerungen übertragen werde. In solcher Absicht wurden denn zwischen Preußen und den Ministern der süddeutschen Staaten gewisse Bestimmungen vereinbart, welche einem weiter abzuschließenden Zollvereinsvertrage zum Grunde gelegt werden sollen.

Die Hauptpunkte der wichtigen Uebereinkunft sind folgende: Der Zollvereinigungsvertrag vom 16. Mai 1865 bleibt (vorbehaltlich der festzustellenden Abänderungen) in Kraft; die Gesetzgebung über das gesammte Zollwesen, über die Besteuerung des einheimischen Zuckers, Salzes und Tabaks u. s. w. wird durch eine gemeinschaftliche Vertretung der betheiligten Regierungen und durch eine gemeinschaftliche Vertretung ihrer Bevölkerungen (ein Zollparlament) ausgeübt. Die Uebereinstimmung der Mehrheitsbeschlüsse beider Organe ist zu einem Vereinsgesetze erforderlich und ausreichend. Unter den Vertretern der Regierungen vertheilt sich die Stimmführung (ebenso wie in der norddeutschen Bundesverfassung) nach den Vorschriften für das Plenum des ehemaligen deutschen Bundes (vorbehaltlich einer zu Gunsten Bayerns vereinbarten Aenderung). Preußen beruft die Versammlung, führt das Präsidium und ist berechtigt, im Namen aller Staaten Handels- und Schifffahrts-Verträge mit anderen Staaten einzugehen. Neue gesetzliche Anordnungen oder Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen können nicht gegen die Stimme Preußens eingeführt werden. — Die Vertretung der Bevölkerungen besteht aus den Mitgliedern des Reichstages des norddeutschen Bundes und aus Abgeordneten der süddeutschen Staaten, auf deren Wahl zc. die Bestimmungen im Abschnitte V. der Verfassung des norddeutschen Bundes Anwendung finden. Die Berufung erfolgt (nach Bedürfniß) durch Preußen. Nachdem die Regierungen von Würtemberg, Baden und Hessen ihre Genehmigung zu der Uebereinkunft unverweilt ertheilt hatten, ist nunmehr auch die Zustimmung der bayerischen Regierung ausgesprochen worden und steht die Auswechselung der Bestätigungsurkunden unmittel-

bar bevor. Demzufolge werden schon in diesen Tagen die Einladungen zur Entsendung von Bevollmächtigten behufs weiterer Berathungen des neuen Zollvereinsvertrages an alle Regierungen ergehen. Vermuthlich werden die bezüglichen Konferenzen am Mittwoch, 26. Juni, beginnen. Die Uebereinkunft vom 4. Juni ist in ganz Deutschland als ein neuer hochwichtiger Schritt zur nationalen Verbindung von Nord- und Süddeutschland mit Freude und Dank begrüßt worden."

Berlin, 21. Juni. Wie die „Kreuzzeitung" meldet, tritt Graf Bismarck morgen eine Erholungsreise nach Pommern an. — Wie die „Nordd. Allg. Ztg." hört, soll eine k. Verordnung erlassen werden, welche bestimmt, daß Alle, die in den neuen Landestheilen für die höhern Dienststellen im Verwaltungs- oder Justizfache geprüft sind, auch in den alten Provinzen für den höhern Verwaltungsdienst qualificirt sein sollen.

Oesterreich. Der wesentliche Inhalt der dem Reichsrathe gemachten Gesetzesvorlagen läßt sich in Folgendem zusammenfassen: Das Gesetz, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird, führt diejenigen Aenderungen ein, welche durch das Ausscheiden der östlichen Reichshälfte bedingt sind, z. B. die Herabsetzung der Zahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses auf 203, und bestimmt sodann, daß der Wirkungskreis des Reichsraths alle im Diplom vom 20. Okt. 1860 bezeichneten Gegenstände der Gesetzgebung umfaßt, welche sich auf Rechte, Pflichten und Interessen beziehen, die allen im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern gemeinschaftlich sind, insoweit sie nicht ausschließlich in den Wirkungskreis jener Vertretungskörper gehören, welche in Folge der Vereinbarung mit den Königreichen und Ländern der ungarischen Krone die diesen und den übrigen Ländern der Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten zu behandeln haben. Zum Wirkungskreis des Reichsraths gehören daher mit dieser Einschränkung: a) alle Angelegenheiten, welche sich auf die Art und Weise, sowie auf die Ordnung der Militärpflicht beziehen; b) alle Angelegenheiten, welche die Regelung des Geld-, Kredit-, Münz- und Zettelbankwesens, die Zoll- und Handelssachen, die Grundsätze des Post-, Eisenbahn- und Telegraphenwesens betreffen; c) alle Finanzangelegenheiten und insbesondere die Voranschläge des Staatshaushalts, die Prüfung der Staatsrechnungs-Abschlüsse und der Resultate der Finanzgebarung, die Aufnahme neuer Anleihen, die Convertirung bestehender Staatsschulden, die Veräußerung, Umwandlung, Belastung des unbeweglichen Staatsvermögens, die Erhöhung bestehender und die Einführung neuer Steuern, Abgaben und Gefälle. Die Steuern, Abgaben und Gefälle werden nach den bestehenden Gesetzen eingehoben, insolange diese nicht verfassungsmäßig geändert werden. Die Ausübung der Controle der Staatsschuld durch die Vertretungskörper wird durch ein besonderes Gesetz bestimmt werden. — Das Gesetz, wodurch der § 13 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird, bestimmt: Zur Zeit, als der Reichsrath nicht versammelt ist, können in dringenden Fällen unter Verantwortlichkeit des Gesammtministeriums auch solche Maßregeln getroffen werden, bei welchen sonst der Reichsrath verfassungsmäßig mitzuberathen hätte; jedoch sind dieselben dem nächsten Reichsrathe zur Zustimmung vorzulegen, und sobald diese versagt wird, außer Kraft zu setzen.

Die Hauptbestimmungen des Gesetzes über die Verantwortlichkeit der Minister sind: Die Minister unterliegen für Handlungen, die nach dem allgemeinen Strafgesetze strafbar sind, diesem Strafgesetze. Sie sind aber auch für jede in Ausübung ihres Amtes begangene Verletzung der Verfassung verantwortlich und können deswegen in Anklagestand versetzt werden. Die Anklage kann nur im Hause der Abgeordneten beschlossen werden. Ein hierauf gerichteter Antrag muß von 40 Abgeordneten unterzeichnet sein. Der Anklagebeschluß ist giltig, wenn er mit einer Mehrheit von wenigstens zwei Drittheil der Stimmen gefaßt wurde. Der Minister, gegen welchen ein Anklagebeschluß vorliegt, hat seine amtliche Wirksamkeit einzustellen. Der giltig gefaßte Anklagebeschluß wird an das Herrenhaus geleitet, das von Fall zu Fall aus seiner Mitte den Gerichtshof zur Untersuchung und Urtheilsfällung bestellt. Der Gerichtshof hat aus 12 Mitgliedern zu bestehen. Das Herrenhaus wählt zu diesem Ende mit absoluter Stimmenmehrheit aus seiner Mitte 24 Mitglieder, von denen 6 von dem Ankläger und 6 von dem Angeklagten abgelehnt werden können. Die Anklage wird mittelst einer vom Abgeordnetenhause bestellten Kommission von 5 Mitgliedern geführt, welche eines ihrer Mitglieder mit der Vertretung der Anklage vor dem Gerichtshofe betraut. Jeder Angeklagte hat das Recht, sich eines Vertheidigers zu bedienen. Die Verhandlung ist mündlich und öffentlich. Die Abstimmung ist geheim. — Das Urtheil hat unter Angabe der Gründe auszusprechen, ob der Angeklagte für schuldig oder für nichtschuldig befunden werde. Zur Schuldigerklärung ist eine Mehrheit von mindestens 8 Stimmen erforderlich. Wird der Angeklagte für schuldig befunden, so ist in dem Urtheile die als erwiesen angenommene Verletzung der Verfassung genau zu bezeichnen. Die gesetzliche Folge dieser Verurtheilung ist immer die Entfernung des Verurtheilten aus dem Rathe der Krone; es kann jedoch auf gänzliche Entlassung des Schuldigbefundenen aus dem Staatsdienste erkannt werden. Das Urtheil kann überdies nach Umständen auch auf die Verpflichtung zur Ersatzleistung für den dem Staatsschatze zugefügten Schaden lauten, dessen Höhe jedoch im ordentlichen Rechtswege zu bestimmen ist. Gegen das Urtheil des Gerichtshofes findet keine Berufung statt. Der Kaiser wird zu Gunsten eines schuldig befundenen Ministers das Recht der Begnadigung nicht ohne einen hierauf gestellten Antrag des Hauses der Abgeordneten ausüben. Ist der Anklagebeschluß gefaßt, so kann das Verfahren durch Versagung oder Schließung des Reichstages und selbst durch die Auflösung des Abgeordnetenhauses nicht gehemmt werden. Die Dienstentlassung des Angeklagten vor Beendigung des Prozesses ist unstatthaft. Der Umstand, daß der Minister bereits früher zurückgetreten, oder nicht mehr im Staatsdienste angestellt ist, steht der Anklage nicht entgegen.

Das Gesetz über die Delegationen im Allgemeinen und insbesondere über die Delegationen des Reichsraths setzt fest: Für jene Angelegenheiten, welche den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern einerseits, und den Ländern der ungarischen Krone anderseits gemeinsam sind, werden Delegationen berufen, von welchen die eine aus dem Reichsrathe und die andere aus dem ungarischen Reichstage hervorgeht. Die Delegation des Reichsraths zählt 60 Mitglieder, wovon ein Drittheil dem Herrenhause und zwei Drittheile dem Hause der Abgeordneten des Reichsraths entnommen werden. Es haben mittels absoluter Stimmenmehrheit zu wählen die Abgeordneten aus Böhmen 10, Dalmatien 1, Galizien und Lodomerien mit Krakau 7, Oesterreich unter der Enns 3, Oesterreich ob der Enns 2, Salzburg 1, Steiermark 2, Kärnthen 1, Krain 1, Bukowina 1, Mähren 4, Schlesien 1, Tyrol 2, Vorarlberg 1, Istrien 1, Görz und Gradiska 1, Stadt Triest mit ihrem Gebiete 1. Die Wahl der Delegirten und ihrer Ersatzmänner wird von beiden Häusern des Reichsraths alljährlich erneuert. Der Wirkungskreis der Delegationen umfaßt alle Gegenstände, welche ihnen in dem die gemeinsamen Angelegenheiten feststellenden Gesetze zugewiesen werden. Andere Gegenstände sind von der Wirksamkeit der Delegationen ausgeschlossen. Regierungsvorlagen gelangen durch das gemeinsame Ministerium in jede der beiden Delegationen abgesondert. Auch steht jeder Delegation das Recht zu, in Gegenständen ihres Wirkungskreises Vorschläge zu machen. Zu allen Gesetzen in Angelegenheiten des Wirkungskreises der Delegationen ist die Uebereinstimmung beider Delegationen nothwendig, oder, bei mangelnder Uebereinstimmung, der in einer gemeinschaftlichen Plenarsitzung beider Delegationen gefaßten zustimmenden Beschlüsse, und in jedem Fall die Sanktion des Kaisers erforderlich. Das Recht, das gemeinsame Ministerium zur Verantwortung zu ziehen, wird von den Delegationen geübt. Bei Verletzung eines für die gemeinsamen Angelegenheiten bestehenden verfassungsmäßigen Gesetzes kann jede Delegation einen der andern Delegation mitzutheilenden Antrag auf Anklage des gemeinsamen Ministeriums oder eines einzelnen Mitgliedes desselben stellen. Die Anklage ist rechtskräftig, wenn sie von jeder Delegation abgesondert oder in einer gemeinschaftlichen Plenarsitzung beider Delegationen beschlossen wird. Jede der beiden Delegationen verhandelt, berathet und beschließt für sich in abgesonderten Sitzungen. Zur Beschlußfähigkeit der Delegation des Reichsraths ist außer dem Vorsitzenden die Anwesenheit von wenigstens 30 Mitgliedern und zur Gültigkeit eines Beschlusses die absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden erforderlich. Die reichsräthlichen Delegirten und Ersatzmänner haben von ihren Wählern keine Instruktionen anzunehmen. Wird das Abgeordnetenhaus aufgelöst, so erlischt auch die Wirksamkeit der Delegation des Reichsraths. Der neu zusammentretende Reichsrath wählt eine neue Delegation. Die Sitzungen der Delegation sind in der Regel öffentlich. Ausnahmsweise kann die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden, wenn es vom Präsidenten oder wenigstens von 5 Mitgliedern verlangt und von der Versammlung nach Entfernung der Zuhörer beschlossen wird. Außerdem können Beschlüsse auch nach vorausgegangener geheimer Verhandlung nur in öffentlicher Sitzung gefaßt werden. Beide Delegationen theilen sich ihre Beschlüsse gegenseitig mit und bestreben sich, bei vorkommenden Meinungsverschiedenheiten sich wechselseitig aufzuklären und zu einigen. Dieser Verkehr findet schriftlich statt, auf Seite der Delegation des Reichsraths in deutscher, auf Seite der Delegation des Reichstags in ungarischer Sprache und beiderseits unter Anschluß einer beglaubigten Uebersetzung in der Sprache der anderen Delegation. Wenn ein dreimaliger Schriftwechsel erfolglos geblieben ist, so hat jede Delegation das Recht, zu verlangen, daß die Frage durch gemeinschaftliche Abstimmung entschieden werde. Zur

Beschlußfähigkeit der Plenarversammlung ist die Anwesenheit von mindestens zwei Drittheilen der Mitglieder jeder Delegation erforderlich. Der Beschluß wird mit absoluter Mehrheit der Stimmen gefaßt. Die Plenarsitzungen der beiden Delegationen sind öffentlich. Das Protokoll wird in beiden Sprachen durch die beiderseitigen Schriftführer geführt und gemeinsam beglaubigt.

Wien, 21. Juni. Wieder reden heute einige Blätter von der Berufung mehrerer Abgeordneten in das Ministerium. Sie bringen die Namen Herbst, Kaiserfeld, Waser u. s. w. auf die Ministerliste. Wir glauben zu wissen, daß gerade in diesem Augenblicke dazu kein Grund vorhanden ist, da man vielmehr erst aus der Verhandlung mit Ungarn die Neubildung des Ministeriums zu gewinnen scheint. — Die panslavistische Propaganda scheint sich in Oesterreich gründlich etabliren zu wollen. In Droubek bei Tobitschau in Mähren fand dieser Tage, wie das „Neue Frdbl." berichtet, eine Versammlung von mehr als tausend slavischen Bauern statt, die russische Sympathien kundgaben. Am Welehrad soll demnächst eine großartige slavische Massen-Demonstration stattfinden. Man scheint den Versuch ernstlich zu machen, den Moskauer Beschluß, daß die russische Sprache zur Schriftsprache aller Slaven gemacht werde, durchzuführen. So wurden für das Alumnat in Olmütz hundert russische Grammatiken bestellt. In Galizien versteckt sich die panslavistische Propaganda hinter kommunistischen Versprechungen. Die Agitatoren sagen den Bauern, der Czar würde ihnen die Aecker und Wälder der Gutsbesitzer übergeben, und es ist an einigen Orten zu ernsten Krawallen gekommen, die durch Militär unterdrückt werden mußten. Ein Theil der ruthenischen Geistlichkeit erklärt sich offen für Rußland. In Kroatien haben unter der Maske des Widerstandes gegen Ungarn ebenfalls panslavistische Agitationen begonnen. (N. Fr. Pr.)

Wien, 21. Juni. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses des Reichsraths gab der Justizminister v. Komers, unter Hinweis auf die vielen seit zwei Jahren von dem Kaiser, oft in eigener Initiative, wegen politischer und nicht politischer Vergehen ertheilten Strafnachlässe und Begnadigungen, folgenden neuen Amnestieakt des Kaisers bekannt: „1. Allen Unterthanen der nicht zur ungarischen Krone gehörigen Königreiche und Länder, welche seit dem 13. März 1848 bis zu diesem Tage wegen Hochverrath, Störung der öffentlichen Ruhe, Aufstand und Aufruhr, insofern beide letzteren Handlungen aus politischen Gründen oder Anlässen begangen wurden, oder wegen sonstiger Vergehen oder Uebertretungen politischer Natur, durch ein strafgerichtliches Erkenntniß, sei es auch durch ein Kontumaz-Urtheil schuldig erkannt, oder blos wegen Unzulänglichkeit der Beweismittel freigesprochen wurden, alle Strafe, welche sie dafür abzubüßen haben und zugleich alle mit dem erwähnten strafgerichtlichen Erkenntnisse verbundenen gesetzlichen Folgen nachzusehen. 2. Allen Unterthanen der erwähnten Königreiche und Länder, welche sich der strafrechtlichen Verfolgung wegen einer der genannten zwischen dem 13. März 1848 und 15. Dezember 1866, als dem Tage der zuletzt gewährten umfassenden Amnestie, begangenen strafbaren Handlungen politischer Natur, sei es durch Entfernung aus dem Kaiserstaate oder durch Verbergung innerhalb desselben, entzogen haben, die straffreie Rückkehr in den österreichischen Kaiserstaat und den nicht zu beanstandenden dauernden Aufenthalt zu bewilligen. 3. Zu erheben, welche von den wegen einer strafbaren Handlung der erwähnten Gattung seit dem 15. Dez. 1866 anhängig gewordenen Untersuchungen ohne Gefährdung der öffentlichen Sicherheit im Wege der Gnade niedergeschlagen werden können." — Dr. Ritter v. Hasner, Herrenhausmitglied und früher Präsident des Abgeordnetenhauses, soll zum Kultusminister ernannt sein.

Pesth, 19. Juni. Die Magnatentafel hielt um 12 Uhr eine Sitzung, in welcher Graf Cziraky, Weihbischof Lipownitzky, Graf Anton Szapary, Graf Emanuel Zichy und Obergespan Paul Rayner vom Präsidenten zu Mitgliedern jener Commission designirt wurden, die im Vereine mit der dießfälligen Commission der Deputirtentafel den Bericht über die Krönung ausarbeiten soll. Die Berichte der mit Uebertragung der Krone betrauten, und der an Ihre Majestäten entsendeten Dank-Deputation wurden verlesen. Die Verifikations-Commission des Hauses erstattete Bericht über mehrere Verifikationen und beantragte, daß dem Grafen Gedeon Raday, als Oberkapitän der Jazygier und Kumanier, Sitz und Stimme in der Magnatentafel ertheilt werde, worauf der Bericht mit der Bemerkung schließt, daß die Organisation der Magnatentafel zu den nächsten Aufgaben gehöre. Nachdem über Raday im Sinne des Commissionsantrags abgestimmt war, richtete der Minister Wenckheim einige Worte an das Haus mit dem Ersuchen, es möge hinsichtlich der Organisation keine meritorische Verfügung getroffen werden, da die Regierung einen dießbezüglichen Gesetzvorschlag einzubringen beabsichtigt. Hierauf wurde eine geschlossene Sitzung gehalten. — Die Gesammtauslagen der Stadt Pesth für alle aus Anlaß der Krönungsfeierlichkeiten ausgeführten Arbeiten belaufen sich auf 103,000 Gulden. — Heute Morgen ist Fürst Michael von Serbien hier angekommen und hat sofort seine Weiterreise nach Wien angetreten.

Pesth, 18. Juni. In der heutigen Sitzung der Deputirtentafel erstattete die mit der Uebertragung der Krone betraute Deputation Bericht. Koloman Tisza legte einen Antrag in Betreff der Versorgung der Honveds vor. Derselbe kommt Samstag zur Verhandlung. Miletics interpellirt das Ministerium, ob es geneigt sei, die Beschlüsse des 1861er serbischen Kongresses als Regierungsvorlage dem Hause vorzulegen. Minister Wenckheim verweist auf den betreffenden Gesetzentwurf, welcher, sobald der Landtag wieder zusammentritt, vorgelegt werden wird. Minister Horvath legt die auf die Krönung und die Verwendung des Krönungsgeschenkes bezüglichen Gesetzentwürfe vor und meldet andere an, die sich auf die Justizpflege beziehen. (Presse.)

Florenz, 17. Juni. Die parlamentarische Commission in Angelegenheit der Kirchengüter ist entschlossen, die todte Hand ganz abzuschaffen, indem die gesammte Geistlichkeit, die hohe wie die niedrige, vom Staate besoldet werden soll. Man wird es der Regierung überlassen, die 600 Millionen, deren sie bedarf, in irgend einer Weise aus den Kirchengütern herauszuschlagen, und man hat bereits neuerdings mit Herrn Erlanger Unterhandlungen angeknüpft. Die Zahl der Priester, die auf ihrer Reise nach Rom hier durch kommen, ist groß. Man begegnet ihnen überall in den Straßen, ganze Omnibusse sind angefüllt mit diesen Pilgern. Gestern Abend sind über zweihundert Priester mit der Eisenbahn von hier abgereist und das Publikum strömt nach dem Bahnhofe, um das Schauspiel anzusehen. — Frau Rattazzi hat sich nach Paris begeben. (K. Z.)

Paris, 18. Juni. Heute wurde der Bericht der Budgetkommission ausgegeben. Die Kommission findet, daß man weder über den gegenwärtigen, noch über den zukünftigen Stand der Finanzen beunruhigt zu sein brauche, niemals sei die Finanzlage Frankreich's „klarer" gewesen, als in diesem Augenblick. Auch die politische Lage sei nicht der Art, um einen schlimmen Eindruck zu rechtfertigen. Ein großer Krieg, den in diesem Augenblick nichts als wahrscheinlich erscheinen lasse, könnte allein eine ernstliche, wenn gleich kurz vorübergehende Störung in der Finanzlage hervorbringen. Dieselbe könne aber durch die Vorsichtsmaßregeln, welche mit dem Armee-Reorganisations-Entwurf zusammenhängen, nicht gefährdet werden. Die Aenderungen, welche die Kommission an der ursprünglichen Budgetvorlage bewerkstelligt hat, sind nach ihrer eigenen Versicherung sehr gering. Die Kredite für die Armee und die Flotte sind unverkürzt bewilligt, und die, welche den moralischen und volkswirthschaftlichen Fortschritt fördern sollen, nach Maßgabe des Möglichen und mit dem Bedauern, nicht mehr thun zu können, selbst noch erhöht worden. Gestrichen wurde nur da, wo es sich um ungerechtfertigte Erhöhungen oder um nichts weniger als dringliche Ausgaben handelte. Das ordentliche Budget für 1868 beträgt 1,548,800,621 Frs. in Ausgaben und 1,673,451,585 Frs. in Einnahmen. Das außerordentliche Budget beläuft sich in Einnahmen und Ausgaben auf je 146,647,964 Frs. Was das rektifikative Budget von 1867 anbelangt, so betragen die nachträglich geforderten Supplementarkredite für das ordentliche Budget 21,045,659 Frs. und die für das außerordentliche Budget 93,183,068 Frs. Dagegen belaufen sich die nicht vorhergesehenen Ueberschüsse des ordentlichen Budgets von 1867 auf 94,516,000 Frs., worunter 84,813,000 Frs. Zunahme in den indirekten Steuern. Die Zunahme der außerordentlichen Einnahmen beträgt 6,459,000 Frs., da jedoch die anfänglich in Aussicht genommene Summe von 7,500,000 Frs., welche die mexikanische Regierung zu zahlen gehabt hätte, in Abzug zu bringen ist, so schließt das Einkommen des außerordentlichen Budgets für 1867 anstatt auf ein Mehr von 6,459,000 Frs. auf ein Weniger von 1,041,000 Frs. ab. Die außerordentlichen im Budget von 1867 nicht vorgesehenen Ausgaben für das Kriegsdepartement belaufen sich auf 38,045,068 Frs., wovon 9,993,000 Frs. auf die mexikanische Expedition fallen. „Sie werden sich, schaltet die Budgetkommission hier ein, gleich uns Glück dazu wünschen, daß diese Ausgabe jetzt nicht mehr vorkommen kann." Für neue Gewehre und Patronen sind 2[illegible] Millionen angesetzt. „Diese Ausgaben, sagt die Kommission, sind die Folge der in Europa eingetretenen Ereignisse. Die Kommission dachte keinen Augenblick daran, diese als unentbehrlich angesehenen Kredite zu bestreiten. Allein sie fragte sich, im Interesse des von ihr im Budget herzustellenden Gleichgewichts, ob diese Kredite, trotz ihrer Höhe nicht in bedeutendem Verhältniß überschritten würden oder bereits überschritten seien. Dieses Vorgefühl wurde durch die Erklärungen der Regierung bestätigt. Es sollen uns nächstens neue Vorschläge zugehen, welche gleichzeitig alle außerordentlichen Bedürfnisse des Kriegs- und Marineministeriums, sowie auch die Angabe neuer Mittel, um ihnen

zu genügen, enthalten werden." Das ordentliche Kriegsbudget für 1868 beläuft sich auf 348,131,238 Frs. Die Kommission drückt jedoch ihre gerechten Zweifel darüber aus, ob man bei Einführung des neuen Wehrsystems damit auskommen könne, und sie sieht deßhalb neuen Vorschlägen der Regierung entgegen. Das außerordentliche Kriegsbudget für 1868 beträgt 11,871,000 Frs., größtentheils für Umgestaltung der Waffen. Die Kommission fragte sich dabei „mit einiger Trauer", wo dieser unausgesetzte gegenseitig wetteifernde Fortschritt in Herstellung der Vertheidigungs- und der Angriffsmittel aufhören werde, der seit allzulanger Zeit schon die europäischen und insbesondere die französischen Finanzen so schwer belaste. Auf der letzten Seite des Budgetberichtes findet sich eine Tabelle, welche die Bilanz der mexikanischen Expedition enthält. Die Ausgaben betrugen von 1861 bis 1867 einschließlich für das Kriegsministerium 231,990,000 Fr., für das Marineministerium 116,873,000 Fr., für das Finanzministerium 14,302,000 Fr., zusammen 363,155,000 Fr. Das kostspieligste Jahr war das von 1863, nämlich: Krieg 72,012,000 Fr., Marine 24,606,000 Fr., Finanzen 1,001,000 Fr., zusammen 97,619,000 Fr.; dagegen hatte im J. 1866 das Finanzministerium eine Ausgabe von 9,567,000 Fr. zu decken. Zurückerstattet wurden von Mexiko 61,975,000 Fr., so daß also, laut der Darstellung des Budgetberichtes, noch ein Defizit von 301,190,000 Fr. bleibt. Außerdem existirt im Marineministerium noch ein bis jetzt nicht entwirrtes Defizit von 31,713,000 Fr., das sich auf die verschiedenen Expeditionen nach Syrien, China, Cochinchina, Japan und Mexiko vertheilt. Im Portefeuille des Staatsschatzes befinden sich noch 95,232 mexikanische Obligationen.

Paris, 21. Juni. Der Minister des Innern hat an die Präfekten ein Cirkular erlassen, damit diese den Unterzeichnern der zahlreichen Adressen an den Kaiser Dank dafür abstatten, daß sie dem Souverän Frankreichs und dem Oberhaupte einer befreundeten Nation, das Frankreich als seinen Gast aufgenommen hatte, denselben achtungsvollen Beweis ihrer Anhänglichkeit und ihrer Verehrung dargebracht haben. — Alle Abendjournale constatiren heute den großen Triumph, den der abwesende Viktor Hugo durch die Aufführung seines „Hernani" gefeiert hat. „Pays" und „Patrie" allein sind ungeschickt genug, durch heftige Ausfälle und durch unbeholfene Witze gegen den Dichter, das Werk und das Publikum sich auszuzeichnen und dadurch gerade den Eindruck, welchen der gestrige Abend hinterlassen hat, noch zu erhöhen. Wie das „Journal de Paris" meldet, war Prinz Napoleon anwesend und gab durch Klatschen und Trommeln mit dem Stock seinen Beifall an sehr vielen Stellen in der unzweideutigsten Weise zu erkennen. — Die „Patrie" dementirt die von mehreren Blättern gegebene Nachricht, daß die Königin von England nächstens incognito die Pariser Weltausstellung besuchen werde. Die Königin Victoria, die sich jetzt in Windsor befindet, wird nach der Insel Wight gehen, um dort den Sultan zu empfangen, dessen Reise nach England beschlossen ist. — Die „Patrie" meldet, daß Lord Cowley am 1. Juli die englische Gesandtschaft in Paris verlassen, und daß sein Nachfolger, Lord Lyons wahrscheinlich erst binnen zwei oder drei Monaten sein Amt antreten wird, welches solange von Herrn Julian Fane verwaltet werden wird.

Kopenhagen, 18. Juni. „Dagbladet" läßt sich heute folgender Weise aus: „Es kann unter allen Umständen als eine abgemachte Sache betrachtet werden, daß Preußen die nordschleswig'sche Frage niemals durch Vorschläge, von deren Nichtannahme es schon im Voraus vollkommen überzeugt sein muß, aus dem Wege räumen wird, um dann nachher der Welt zu erzählen, daß Dänemark durch Nichtannahme solcher Vorschläge die Ausführung der Bestimmungen im Prager Frieden über Nordschleswig erschwere oder hindere. Ein solches Auftreten würde ganz ähnlich der Haltung sein, welche Preußen kurz vor Eröffnung der luxemburger Konferenz in London annahm; die nordschleswig'sche Frage bleibt in beiden Fällen unabgemacht und kann leicht einen europäischen Charakter annehmen, wenn die Verhältnisse solches ermöglichen" ꝛc.

London, 20. Juni. Die Ruhe ist in Birmingham wieder hergestellt. So versicherte wenigstens der Minister des Innern, Herr Hardy, in der gestrigen Sitzung des Unterhauses. Der Bürgermeister von Birmingham, erklärte er auf eine Anfrage Monsell's, habe die Regierung benachrichtigt, daß keine Tumulte mehr ausgebrochen und die Truppen zurückgezogen worden seien. Der wirklichen Unruhestifter seien nicht sehr viele gewesen, doch hätten sie einen gemeinschaftlichen Plan befolgt. Unter den 50—100,000 Menschen, die auf den Straßen hin und her wogten, seien vielleicht nur 200 gewesen, die einen Bruch des Landfriedens im Sinne gehabt hätten. Gesetzlich gegen den Prediger Murphy einzuschreiten — erklärte der Minister ferner —, fehle es an einem Anhalte, wie sehr solche Sprache auch zu bedauern und wie wenig es zu verwundern sei, daß sie derartige Folgen gehabt habe. Einen erheblichen Theil des englischen Volkes Diebe und Mörder zu schimpfen, könne nicht stark genug verurtheilt werden. — Das Telegramm, demzufolge Frankreich, Rußland, Preußen und Italien die vielbesprochene Collectivnote in Konstantinopel überreicht haben sollen, veranlaßt den „Globe", hervorzuheben, daß weder England noch Oesterreich sich an diesem Schritte betheiligt habe. Das Verhalten der englischen Regierung könne der Billigung des ganzen Landes gewiß sein; was Oesterreich betreffe, so sei dessen neutrale Haltung hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben, daß Herr v. Beust fest entschlossen sei, in der orientalischen Frage die Politik Oesterreichs nicht von der Politik Englands zu trennen.

London, 21. Juni. Auf eine Interpellation Moni's erwidert Lord Stanley: Die Schilderungen des revolutionären Kandioten-Ausschusses über die von den Türken verübten Grausamkeiten seien wahrscheinlich übertrieben, auf keinen Fall sind sie durch Consularberichte bestätigt.

New-York, 7. Juni. Die Reise des Präsidenten hat ihm bis her nur Angenehmes geboten. Am 6. hielt er in dem Gebäude der Gesetzgebung zu Raleigh großen Empfang, und am Nachmittag desselben Tages wohnte er der Einweihung des seinem Vater errichteten Denkmals bei. Oberrichter Chase, der Tages zuvor in Raleigh angekommen war, wurde von den Schwarzen mit Begeisterung empfangen. Beide sind von den Stadtbehörden Charlestons zu einem Besuche dahin eingeladen worden. Jefferson Davis hält sich mittlerweile noch in Toronto auf, und statt sofort nach England zu reisen, will er, wie verlautet, einige Zeit die Schwefelbäder von Nord-Carolina brauchen.

Neueres.

Berlin, 22. Juni. Die gegenwärtigen Ministersitzungen beschäftigen sich außer den Angelegenheiten der neuen Provinzen auch mit der Aufstellung des Bundesbudgets und der Competenz der Bundesbehörden, welche Fragen noch vor der Abreise des Grafen Bismarck erledigt werden sollen. — Eine Cabinetsordre vom 23. Mai verfügt die Eintheilung der Ersatzreserven in zwei Classen, um den Rekrutenbedarf der Ersatztruppentheile im Falle einer Mobilmachung jederzeit bereit zu stellen.

Berlin, 22. Juni. Wie die „Nordd. Allg. Ztg." meldet, wird jetzt mit der Zusammensetzung der Regierungsbehörden im Regierungsbezirk Wiesbaden vorgegangen werden. Zunächst werden die oberen Stellen der drei Abtheilungen der Regierung besetzt, eine neue Besetzung der Aemter und der Landrathsstellen erfolgt nächstens. — Die philosophische Fakultät der Universität Halle hat den Grafen Bismarck, den Kriegsminister v. Roon, den General Moltke und den Kriegsminister v. Mühler zu Ehrendoktoren ernannt. — Wie die „Kreuzzeitung" meldet, wird die Publikation der Bundesverfassung am 25. Juni erfolgen. Dasselbe Blatt konstatirt, daß die französischen Pferdeankäufe in Ungarn in ausgedehnter Weise fortgesetzt werden.

Prag, 22. Juni. Nach einer Privatmittheilung wäre Bischof Stroßmayr von Paris unmittelbar nach Rom gereist. Die „Bohemia" meldet: daß in Königgrätz und Umgebung eine Russophilomanie eingetreten sei. Alles lernt russisch.

Pesth, 22. Juni. Die Minister Graf Andrassy und Lonyay sind heute mit dem Vormittagszuge nach Wien gereist.

Athen, 20. Juni. Um die, die Ebene von Asthy umgebenden starken Positionen wird fortwährend zwischen Christen und Türken gekämpft. Die Verbindung zwischen Heraklion und der Armee Omer Pascha's ist durch die Insurgenten unterbrochen.

Konstantinopel, 21. Juni. (Direkt.) Da der Hofastrolog den heutigen Tag als glücklichen bezeichnete, ist die Abreise des Sultans in Begleitung des Thronfolgers, zweier jüngerer Prinzen, Fuad Pascha's, des französischen Gesandten, mehrerer Hofbeamten, der Adjutanten und der Nobelgarden des Sultans auf einem Kriegsgeschwader erfolgt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

die
Staatsbibliothek
München.

(Morgenblatt.)

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 173. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 25. Juni 1867.

** **München**, 22. Juni. Der Sozialausschuß der Kammer der Abgeordneten beschäftigte sich in seiner dritten Sitzung heute zunächst mit Art. 9 des Gewerbegesetzes, welcher die Ausnahme von der Regel des Art. 8 (Konzessionspflicht betr.) bestimmt. Ziff. a: „Der Handel mit Schul- und Andachtsbüchern, mit Kalendern, Bilderbögen und Heiligenbildern steht einem jeden zum Gewerbsbetriebe Berechtigten frei", fiel in Folge Ablehnung der Konzessionspflicht der Preßgewerbe (Art. 8) hinweg; angenommen wurden Ziff. b bezüglich der Medizinalgewerbe, und Ziff c hinsichtlich der Wirthschaftsgewerbe, jedoch erhielt lit. 1 folgende Fassung: „Weinbauern und schenkberechtigten Communal-Bräuern bleibt der Ausschank des eigenen Erzeugnisses nach Maßgabe des örtlichen Herkommens und der ortspolizeilichen Vorschriften gestattet. Sie unterliegen hiebei den durch Gesetze und Verordnungen festgestellten Verpflichtungen der Inhaber von Wirthschaftsgewerben." Die lit. 3: „Ob und in wie weit die Inhaber von Conditoreien sich mit Verleitgabe geistiger Getränke befassen dürfen, bleibt ortspolizeilicher Regelung vorbehalten" wurde abgelehnt, im Uebrigen aber der Art. 9 dann nach dem Regierungsentwurf angenommen. Art. 10 (welcher von der Prüfung für das Apothekergewerbe handelt) und Art. 11 (nach welchem jede Konzession persönlich ist, den Inhabern von realen und radizirten Gewerben die zur Ausübung des Gewerbes erforderliche Konzession nicht verweigert werden darf, reale und radizirte Gewerbe durch Stellvertreter ausgeübt oder verpachtet werden dürfen ꝛc.) wurde unverändert nach dem Regierungsentwurfe beigestimmt. Ueber Art. 12 (die Zuständigkeit und das Verfahren bei Ertheilung gewerblicher Konzessionen betr.) wurde die Diskussion vorerst ausgesetzt, dann noch der Art. 13 erledigt, welcher bestimmt, in welchen Fällen die Konzession erlischt. Der Artikel wurde mit Ausnahme der Ziff. 2 im zweiten Absatz (Einziehung der Konzession), über welchen die Diskussion ausgesetzt wurde, nach dem Regierungsentwurfe angenommen, dabei aber der Schlußsatz: „hinsichtlich der zeitweisen oder gänzlichen Einziehung von Verlagsbuchhandlungen und Druckereien wegen Mißbrauchs bewendet es bei den desfallsigen gesetzlichen Bestimmungen" mit Rücksicht auf den Beschluß zu Art. 8 als hinweggefallen erklärt. Der vom Referenten Abg. v. Münch zur Einschaltung beantragte Art. 14: „Die selbstständige Führung von solchen Bauten, zu welchen nach den bestehenden Verordnungen baupolizeiliche Genehmigung erforderlich ist, sowie die selbstständige Ausführung von Blitzableitungen ist bedingt durch den Nachweis der verordnungsmäßigen Befähigung" wurde abgelehnt.

München, 22. Juni. Die bayerischen Militärmusiken werden, gleich der kgl. Hofkapelle, die Pariser Orchester-Stimmung annehmen. Vorläufig ist solches für die Musiken des k. Infanterie-Leib-Regiments und des 1. Cuirassier-Regiments „Prinz Karl" dahier angeordnet, und soll deren Umstimmung bis 1. September vollzogen sein, bis zu welchem Zeitpunkte auch beim k. Hoforchester die neue Stimmung in's Leben treten wird. — Die Vertretung der nach Paris zum internationalen musikalischen Concurs abgesendet werdenden Musik des k. 1. Inf.-Regiments „König" während ihres dortigen Aufenthaltes wurde in militärischer Beziehung dem bereits in genannter Stadt verweilenden Major von Schlichtegroll desselben Regiments übertragen. Oberlieutenant Freiherr von Völdernborff wird die Regimentsmusik als Intendant begleiten. — Auch der als Photograph im topographischen Bureau verwendete Hauptmann Eugen Albert des 10. Infanterie-Regiments wird mit Mitteln des königlichen Kriegsministeriums zur Welt-Industrie-Ausstellung nach Paris abgehen, um das dortige reichhaltige Material seiner Sparte zu zweckdienlichen Studien zu benützen. — Im Militärkrankenhause zu Augsburg werden auf Anordnung des k. Kriegsministeriums Versuche mit den von Robert Mitzky dortselbst gefertigten neuen Drahtmatratzen stattfinden, je nach deren Ergebnisse eine allgemeinere Einführung derselben in Aussicht gestellt ist. — Gegen die beabsichtigte Einlegung eines Theiles der alten Befestigungsmauern der Stadt Haßfurt zum Zwecke der Straßenerweiterung und des neuen Brückenbaues über den Main wurde von Seite des königlichen Kriegsministeriums keine Erinnerung erhoben. — Zur Bewältigung der bei dem Feldpostamte während dessen Aufenthaltes zu Schweinfurt im Juni vorigen Jahres dortselbst angehäuften Geschäfte hatte von der Generaldirektion der k. Verkehrsanstalten eine besondere Commission, aus vier Assistenten und einem Bureaudiener bestehend, dahin abgeschickt werden müssen, welche zwei Monate in Thätigkeit war. Nachträglich wurde nunmehr vom k. Kriegsministerium jedem dieser vier Assistenten als Equipirungs-Entschädigung und Zulage ein Betrag von 22! fl. und dem Bureaudiener eine Zulage von 61 fl. bewilligt. (B. Z.)

München, 22. Juni. Nachdem die k. preußische Regierung die Nothwendigkeit angeregt hatte, sich über die Grundlagen zu verständigen, auf welchen die bestehenden, durch die Friedensverträge vom verflossenen Jahre der Kündigung unterworfenen Zollvereins-Verträge fortdauern könnten, erklärte die kgl. bayerische Staatsregierung ihre Bereitwilligkeit, an desfallsigen Berathungen Theil nehmen zu wollen, und der k. Staatsminister des Aeußern begab sich zu diesem Behufe am 2. Juni d. Js. nach Berlin.

Ueber die Berathungsgegenstände der Konferenz hatte eine vorherige Feststellung nicht stattgefunden; deshalb konnte von Seite des Fürsten von Hohenlohe die sofortige Zustimmung zu den in Berlin gefaßten Beschlüssen nicht erfolgen, und behielt derselbe seiner Regierung die Erklärung hierüber in allen Punkten vor.

Der von dem Ministerrath, in welchem in dieser Angelegenheit vollkommene Einstimmigkeit herrschte, an Se. M. den König erstattete Antrag führte zu der allerh. Anordnung, vor der definitiven Zustimmung mit der kgl. preußischen Regierung über einige Punkte in weitere Unterhandlungen zu treten, nach deren Beendigung zu Berlin am 18. Juni d. J. zwischen dem k. preußischen Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck und dem k. bayerischen Bevollmächtigten Grafen v. Taufkirchen und eine Uebereinkunft und ein Protokollar-Uebereinkommen unterzeichnet wurden. Diese Verträge erhielten unter dem 20. Juni ds. Js. die Ratifikation Sr. Maj. des Königs und lauten also:

I. Uebereinkunft, die Fortdauer des Zoll- und Handels-Vereins betreffend.

Preußen in eigenem Namen und vorbehaltlich des Beitritts der übrigen Mitglieder des norddeutschen Bundes einerseits und Bayern, Württemberg, Baden und Hessen für seine zu dem gedachten Bunde nicht gehörenden Landestheile andererseits, von der Absicht geleitet, die Fortdauer des deutschen Zoll- und Handelsvereins sicher zu stellen und dessen Einrichtungen in einer den gegenwärtigen Bedürfnissen entsprechenden Weise fortzubilden, sind über nachstehende Bestimmungen übereingekommen, welche einem zwischen ihnen abzuschließenden Vertrage zum Grunde gelegt werden sollen und nur mit Uebereinstimmung sämmtlicher kontrahirenden Staaten abgeändert werden können.

§. 1. Der Zollvereinigungsvertrag vom 16. Mai 1865 und die mit ihm in Verbindung stehenden Vereinbarungen bleiben zwischen den kontrahirenden Theilen in Kraft, soweit sie nicht durch die nachfolgenden Verabredungen abgeändert sind oder auf dem im § 2 bezeichneten Wege abgeändert werden.

§. 2. Die Gesetzgebung über das gesammte Zollwesen, über die Besteuerung des einheimischen Zuckers, Salzes und Tabaks und über die Maßregeln, welche in den Zollausschlüssen zur Sicherung der gemeinschaftlichen Zollgrenze erforderlich sind, wird durch ein gemeinschaftliches Organ der kontrahirenden Staaten und durch eine gemeinschaftliche Vertretung ihrer Bevölkerungen ausgeübt. Die Uebereinstimmung der Mehrheitsbeschlüsse beider Faktoren ist zu einem Vereinsgesetze erforderlich und ausreichend; auf andere, als die vorstehend bezeichneten Angelegenheiten erstreckt sich die Zuständigkeit derselben nicht.

§ 3. Das gemeinschaftliche Organ der contrahirenden Staaten besteht aus Vertretern derselben, unter welchen die Stimmführung sich nach Maßgabe der Vorschriften für das Plenum des ehemaligen deutschen Bundes vertheilt. Preußen beruft dasselbe, führt das Präsidium und ist in dieser Eigenschaft berechtigt, im Namen der contra-

hirenden Staaten Handels- und Schifffahrts-Verträge mit fremden Staaten einzugehen.

§ 4. Der Beschlußnahme der contrahirenden Staaten durch ihr gemeinschaftliches Organ unterliegen: 1) die der Volksvertretung vorzulegenden oder von derselben angenommenen, unter die Bestimmung des § 2 fallenden gesetzlichen Anordnungen, einschließlich der Handels- und Schifffahrts-Verträge; 2) die zur Ausführung der gemeinschaftlichen Gesetzgebung (§ 2) dienenden Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen; 3) Mängel, welche bei der Ausführung der gemeinschaftlichen Gesetzgebung (§ 2) hervortreten; 4) die von der einzurichtenden Rechnungsbehörde vorgelegte schließliche Feststellung des Ertrages der Zölle und der im § 2 bezeichneten Steuern. Jeder über die Gegenstände zu 1 bis 3 von einem der contrahirenden Staaten oder über die Gegenstände zu 3 von einem controlirenden Beamten (§. 7) gestellte Antrag unterliegt der gemeinschaftlichen Beschlußnahme. Im Falle der Meinungsverschiedenheit gibt die Stimme des Präsidiums bei den zu 1 und 2 bezeichneten alsdann den Ausschlag, wenn sie sich für Aufrechthaltung der bestehenden Vorschrift oder Einrichtung ausspricht, in allen übrigen Fällen entscheidet die Mehrheit der Stimmen.

§ 5. Die Vertretung der Bevölkerung der contrahirenden Staaten besteht aus den Mitgliedern des Reichstages des norddeutschen Bundes und aus Abgeordneten aus den süddeutschen Staaten. Die Bestimmungen im V. Abschnitte der Verfassung des norddeutschen Bundes finden auf diese Abgeordneten, beziehungsweise auf die gemeinschaftliche Volksvertretung Anwendung. Die Berufung der Volksvertretung erfolgt durch Preußen. Sie findet nicht in regelmäßig wiederkehrenden Zeitabschnitten, sondern dann statt, wenn das legislative Bedürfniß den Zusammentritt erforderlich macht, oder ein Drittheil der Stimmen in dem gemeinschaftlichen Organ (§. 3) denselben verlangt.

§. 6. Der Ertrag der Zölle und der Steuern vom einheimischen Zucker und Salz ist gemeinschaftlich und wird zwischen den kontrahirenden Staaten nach dem Verhältniß der Bevölkerung vertheilt. Dieser Ertrag besteht aus der gesammten Einnahme von jenen Abgaben nach Abzug: 1) der auf Gesetzen oder allgemeinen Verwaltungsvorschriften beruhenden Steuervergütungen und Ermäßigungen; 2) der Erhebungs- und Verwaltungskosten, und zwar: a) bei den Zöllen und der Steuer vom inländischen Zucker, soweit diese Kosten nach den im Zollverein bestehenden Verabredungen der Gemeinschaft aufgerechnet werden können; b) bei der Steuer von einheimischem Salze mit dem Betrage der auf Salzwerken erwachsenden Erhebungs- und Aufsichtskosten. Der Ertrag der Steuer vom inländischen Tabak wird gemeinschaftlich und nach dem Verhältniß der Bevölkerung zwischen den kontrahirenden Staaten vertheilt werden, sobald derselbe einer gleichmäßigen Besteuerung unterworfen sein wird.

§ 7. Die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern bleibt jedem der kontrahirenden Staaten, so weit derselbe sie bisher ausgeübt hat, innerhalb seines Gebietes überlassen. Für Einhaltung des gesetzlichen Verfahrens bei dieser Erhebung und Verwaltung hat das Präsidium nach Vernehmung mit den kontrahirenden Staaten in geeigneter Weise Sorge zu tragen.

§ 8. Preußen wird den Beitritt der übrigen Mitglieder des norddeutschen Bundes zu dieser Uebereinkunft vermitteln. Sobald derselbe erfolgt sein wird, sollen Bevollmächtigte der betheiligten Staaten zusammentreten, um den auf Grundlage dieser Uebereinkunft abzuschließenden Vertrag festzustellen. Sollte dieser Vertrag bis zum 31. Oktober l. Js. nicht allseitig zur Ratifikation gelangt sein, so erlöschen alle Verbindlichkeiten aus der gegenwärtigen Uebereinkunft im Verhältnisse zu denjenigen Staaten, welche die Ratifikation nicht ertheilt haben.

§ 9. Gegenwärtige Uebereinkunft soll ratifizirt, und es sollen die Ratifikationen spätestens am 25. Juni 1867 in Berlin ausgetauscht werden.

II.

Berlin, den 18. Juni 1867.

Nachdem die Uebereinkunft, die Fortdauer des Zoll- und Handels-Vereins betr., von den Unterzeichneten, nämlich kgl. bayerischerseits von dem Kämmerer, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Grafen v. Tauffkirchen und k. preußischerseits von dem Präsidenten des Staatsministeriums und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Grafen v. Bismarck auf Grund der ihnen ertheilten allerhöchsten Vollmachten heute vollzogen worden, sind sie zur Erläuterung einzelner in dieser Uebereinkunft enthaltener Bestimmungen über Folgendes übereingekommen.

1) Der in dem Protokolle vom 4. d. Mts. ertheilten Zusage gemäß wird die königlich bayerische Regierung in dem gemeinschaftlichen Organe der Vereinsstaaten (§ 3 der Uebereinkunft) sechs Stimmen führen.

2) Preußen wird, unbeschadet der im § 3 der Uebereinkunf vorbehaltenen ausschließlichen Berechtigung, im Namen des Vereins Handels- und Schifffahrts-Verträge mit fremden Staaten einzugehen, bei Verträgen mit Oesterreich und der Schweiz die angrenzenden Vereinsstaaten zur Theilnahme an den dem Abschlusse vorangehenden Verhandlungen einladen. Im Falle eine Uebereinstimmung nicht zu erzielen, wird es dessenungeachtet bei der Bestimmung des angeführten § 3 sein Bewenden behalten.

3) Beide Regierungen werden bei den im § 8 der Uebereinkunft vorgesehenen Verhandlungen dahin wirken, daß die Vertretung der Bevölkerung des Vereinsgebiets (§ 5) den Namen Zoll-Parlament erhält, und fassen den § 5 dahin auf, daß dieses Parlament seinen Geschäftsgang und seine Disciplin selbstständig durch eine Geschäftsordnung zu regeln und seinen Präsidenten, seine Vicepräsidenten und Schriftführer selbstständig zu wählen hat; jedoch sollen die Wahlprüfungen des norddeutschen Reichstages, falls solche vor dem Zusammentritte des Zollparlaments stattgefunden haben, auch für letzteres gültig sein.

4) Preußen wird zur Ausübung der ihm nach § 7 der Uebereinkunft zustehenden Controle Beamte der süddeutschen Vereinsstaaten, unter Berücksichtigung der Wünsche der betreffenden Regierungen, auch ferner verwenden.

Der Inhalt des gegenwärtigen Protokolles soll als durch die Ratification der Uebereinkunft selbst ratificirt angesehen werden. (B.Z.)

= **München, 22. Juni.** Dem Vernehmen nach gehen die k. Staatsministerien des Innern und der Justiz damit um, die Vertretung der Staatsanwaltschaft in den Stadt- und Landgerichten wieder den Distriktspolizeibehörden zu überweisen. Diese Einrichtung wird für die polizeilichen Zustände auf dem Lande von wesentlichem Nutzen sein, da die unläugbare Lahmlegung der polizeilichen Thätigkeit der Bezirksämter hauptsächlich darauf beruht, daß sie nicht nur allen Einflusses auf die Strafverfolgung der vorgefallenen Ordnungsstörungen, sondern auch der Möglichkeit beraubt waren, überall rechtzeitig diejenigen Maßregeln zu ergreifen, welche von dem Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit geboten waren. Erst wenn dieser Uebelstand gehoben ist, wird ihre Verantwortlichkeit für die Ordnungs- und Sicherheitszustände ihrer Bezirke wieder mit Nachdruck in Anspruch genommen werden können, und diese Absicht scheint es gewesen zu sein, welche der fraglichen Verständigung des Staatsministeriums des Innern mit jenem der Justiz zu Grunde lag. — Die seit dem Jahre 1818 durch Zuwachs an Vorstädten und auf den sonstigen Wegen der Populationsmehrung zum doppelten Bevölkerungsstande angewachsene Haupt- und Residenzstadt Bayerns nimmt allmählig auch in Bezug auf die Sicherheitszustände die Verhältnisse einer großen Stadt an. Gleichwohl sind Leben und Eigenthum nicht in dem Maße gefährdet, als es den Anschein gewinnen muß, wenn man den amtlich angezeigten Eigenthumsbeschädigungen noch die Raubanfälle beizählt, von denen man nicht selten auf den Bierbänken hört, oder in den öffentlichen Blättern liest, ohne daß die angeblichen Damnifikaten es für gut finden, die polizeiliche oder gerichtliche Einschreitung anzurufen. Geht nun die Polizeibehörde Gerüchten dieser Art auf die Spur, so gerathen die Urheber derselben meist in nicht geringe Verlegenheit und die Sache läuft auf einen unsaubern Liebeshandel hinaus, bei dem man einem Rivalen in die Hände fiel, oder die Börse in den geschickten Händen der abgefeimten Buhlin blieb. Auch die Fälle stehen nicht vereinzelt da, daß ein in der Trunkenheit provozirter Conflikt zu einem räuberischen Ueberfall, gegen den man sich tapfer gewehrt, umgestaltet wird, und der Betheiligte mit seinen Blessuren im Wirthshause renommirt, für die nachforschende Polizeibehörde aber entweder nicht zu finden ist, oder bei derselben zur beschämenden Darlegung des wahren Herganges genöthiget wird.

Die sämmtlichen Civilstaatsministerien haben sich in neuerer Zeit unter Anderem auch mit der gemeinschaftlichen Regelung der Gehaltsverhältnisse der Beamten beschäftigt. Dem Vernehmen nach ist hierüber zwischen den einzelnen Ministerien bereits allseitiges Einverständniß erzielt und sollen die bezüglichen Vorschläge die Genehmigung Sr. Majestät des Königs erhalten haben, so daß schon dem nächsten Landtage die entsprechende Vorlage gemacht werden kann. Der beabsichtigten neuen Gehaltsnormirung liegen insbesondere zwei Hauptgedanken zu Grunde. Es sollen nämlich — unter Beseitigung der bisher noch bestehenden Ungleichheiten — für die gleichen Beamtenkategorien der verschiedenen Dienstesbranchen gleiche Gehalte bestimmt werden. Während ferner bisher das Vorrücken in eine höhere Gehaltsklasse von der Zahl der sich ergebenden Vacaturen abhing und hiedurch ein ziemlich zufälliges war, soll für die Zukunft das System der Alterszulagen zu Grunde gelegt werden und zwar in Form von Sexennalzulagen bei den höher besoldeten, in

Form von Triennalzulagen bei den niederbesoldeten Beamtenkategorien.

Aus der Pfalz, 21. Juni. Gestatten Sie mir, bezüglich der leider in Aussicht stehenden Besteuerung des inländischen Tabaks die Ansicht von Fachmännern mitzutheilen. Sollte solche wirklich nicht zu umgehen sein, so scheint mir in der Voraussetzung, daß die Zollvereinssteuer auf ausländische rohe und fabrizirte Tabake verhältnißmäßig erhöhet wird, die Erhebung einer Produktionssteuer die zweckmäßigste, weil sie die wenigste Controle erfordert, die wenigsten Kosten macht und auf eine Zeit fixirt werden kann, wo der Producent den Erlös für den Tabak in der Regel in der Tasche hat, so daß er die Steuer nicht einmal vorzulegen braucht. Da unser Handel mit pfälzer Tabaksblättern bekanntlich seit einigen Jahren an Ueberproduktion leidet, so dürfte eine allenfallsige Reduktion der Kultur den Preisen für unseren Tabak nur vortheilhaft sein. Die größte Reduktion der Tabakscultur dürfte aber in den unserem pfälzer Tabake theilweise sehr starke Konkurrenz machenden Ländern des norddeutschen Bundes stattfinden, wodurch unser Produkt wieder nur an Werth gewinnen würde. Die Produktionssteuer hätte aber auch den Vortheil, daß selbst in unserer Pfalz in vielen Orten und in vielen Lagen, wo der Tabaksbau erst seit circa 10 Jahren auf Kosten anderer Produkte mehr oder weniger heimisch ist, derselbe mit mehr oder weniger größerem Vortheile durch den Anbau von anderen Handelsgewächsen oder jedem anderen Produkte ersetzt werden könnte, so daß diejenigen Orte, in denen Tabak seit vielen Jahren gepflanzt wird, auch wieder den Vortheil haben würden, daß deren Produkt wie früher mehr gesucht werden würde. Um so mehr, wenn man dabei voraussetzt, daß auch in diesen alten Tabaksorten der Anbau nur auf die guten und richtigen Lagen wieder beschränkt wird, und daß diese Felder dann um so besser gedüngt und die darauf gemachten Tabakspflanzungen um so sorgfältiger behandelt würden, bis der Tabak zum Verkaufe reif ist. Die meisten Producenten dürften dann für den auf kleinerer Fläche sorgfältiger gebauten Tabak, wenn nicht mehr, doch gewiß ebenso großen Erlös haben, als seither zuweilen auf größerer Fläche, die dann für die Kultur anderer Produkte übrig bleibt. Ich glaube daher, daß die allenfallsige Einführung einer Tabaksproduktionssteuer für unser Land speziell keineswegs nachtheilig ist, da solche schließlich doch nur der Consument zu tragen hat. (Pfz. K.)

Pesth, 21. Juni. In hiesigen jüdischen Kreisen wird die Frage lebhaft ventilirt, ob es nicht Angesichts der Rechtsverweigerung des Landtages zweckmäßig wäre, die Steuern zu verweigern. (!)

Haag, 22. Juni. Der Polizei-Commissar von Arnheim hat den landesflüchtigen Hannoveranern, welche sich dort bekanntlich in größerer Anzahl befinden, mitgetheilt, daß zufolge einer Bestimmung des Justiz-Ministers vom 14. d. M. dieselben innerhalb drei Wochen das Gebiet der Niederlande zu verlassen haben. Die Hannoveraner haben gegen diesen Befehl eine Adresse an den König gerichtet.

Paris, 20. Juni. Die „France" veröffentlicht einen Artikel über den Abschluß des neuen Zollvereinsvertrages. Sie konstatirt, daß Preußen jetzt Deutschland militärisch, ökonomisch und politisch beherrsche. Preußen habe nicht den Prager Friedensvertrag verletzt, wohl aber habe es diesen Vertrag umgangen (détourné). Deutschland unterwirft sich der Herrschaft Preußens. Es ist nicht Deutschland, welches Preußen absorbirt, wohl aber ist es Preußen, das Deutschland absorbirt. — Was Europa anbelangt, dessen Gleichgewicht und Ruhe alle diese Transaktionen berühren und bedrohen können, so hat es sich gesagt, daß es da eine neue Situation und Eventualitäten gebe, welche seine Aufmerksamkeit und Wachsamkeit im höchsten Grade auf sich ziehen müssen. Wir glauben nicht, sagt die „France", daß die endgiltige Konstituirung des Norddeutschen Bundes, die mit den Süddeutschen Staaten abgeschlossenen Verträge und der neue Zollverein Thatsachen solcher Art seien, um diese Pflichten zu verringern.

Der „Gr. Tel." bringt folgende abenteuerliche Mittheilung aus **Paris,** 19. Juni, die wir als Kuriosum registriren: „Während der Monarchen-Zusammenkunft wurde über ein Projekt ernstlich verhandelt, welches schon vor drei Jahren durch Bismarck angeregt worden war, diesmal aber von Gortschakoff vorgeschlagen wurde. Es handelt sich nämlich um die Herstellung eines selbständigen Königreichs Polen. Rußland würde hiezu ungefähr zwei Drittheile des gegenwärtigen sog. Kongreßpolens abtreten, Preußen den größeren Theil der Provinz Posen, und Oesterreich den polnischen Theil Galiziens bis zum San. Die Entschädigungen wären für Rußland der russinische Theil Galiziens und für Preußen die definitive Einverleibung Sachsens und ganz freie Hand in Süddeutschland. Oesterreich, welches ganz Galizien verlieren würde, wäre, wenn es auf diesen Plan einginge, auf eine eventuelle Entschädigung in Bosnien und der Herzegowina zu vertrösten. Im Weigerungsfalle stünde es allein und wäre machtlos. Für diesen neuen Thron wurden drei Prätendenten aufgestellt: ein russischer Großfürst, der Prinz Napoleon und der König von Sachsen. Letzterer hätte die meisten Chancen."

Paris, 21. Juni. Der König von Würtemberg wird auf den 8. Juli hier erwartet. — Die „Patrie" stellt es in Abrede, daß man jetzt der Ankunft der Königin von England entgegensehe. Die Reise der Königin von Spanien nach Paris ist sehr problematisch, weil in ihrer Abwesenheit der Ausbruch einer Insurrektion zu besorgen steht.

Paris, 22. Juni. Das Loos über den gesetzgebenden Körper ist nunmehr geworfen. Man wird ihn im November noch die drei Gesetze über die Presse, das Vereinsrecht und über die Armee zu Ende berathen lassen, dann aber soll er sofort aufgelöst werden. Die Diskussion des Budgets für 1869 soll bereits der neuen Deputirtenkammer übergeben werden. Die Regierung erkennt, daß die gegenwärtige Zusammensetzung des gesetzgebenden Körpers der öffentlichen Meinung nicht entspricht. Die Zögerung und der Widerwille der Abgeordneten gegen die bescheidenen Reformen vom 19. Januar zeigen dem Kaiser deutlich, daß er bei ferneren Maßregeln zur Befriedigung der allgemeinen Forderungen bei der jetzigen Majorität auf unübersteigliche Hindernisse stoßen würde. — Der Kaiser wird diesen Sommer nicht nach Vichy, sondern nach Bagnères de Luchon am Fuße der Pyrenäen gehen, um die dortigen Schwefelquellen zu gebrauchen. (K. Z.)

Madrid, 19. Juni. Der Kultusminister hat erklärt, daß eine päpstliche Verordnung existire, nach welcher die Zahl der offiziellen Feiertage reduzirt werden soll. Man erwartet die Bischöfe aus Rom um diese Verordnung bekannt zu machen. — Man liest in der „Correspondencia" vom 17. d. Mts.: Die Erkundigungen, die uns gestern zugegangen sind, bestätigen die Nachricht, daß die Königin ihre Reise nach Paris bis zum September verschieben wird. — Nach Briefen der „Liberté" aus Valencia wurde eine weitverzweigte Militärverschwörung entdeckt, in welche auch das in Valencia stehende Regiment verwickelt sei. Es wurden daselbst 16 Personen verhaftet; auch in anderen Städten seien Verzweigungen entdeckt; die Verhafteten gehören der liberalen Partei an.

Madrid, 22. Juni. Im Senate hat die Minorität der Budget-Commission einen besonderen Vorschlag eingebracht gegen die Verpachtung des Salz- und Tabaksmonopols, so wie gegen die Ausgaben von Hypothekenscheinen, und daß für die Zinsen der Fould'schen Anleihe nicht mehr wie neun Millionen angewiesen werden sollen.

Florenz, 21. Juni. Die Abgeordnetenkammer hat den Vorschlag der Commission, die Staatsfonds mit 8 pCt. zu besteuern, verworfen.

Southampton, 19. Juni. Nachrichten aus Gibraltar melden, daß Prinz Alfred nach Australien abgereist ist.

Schweden. Am 6. Juli begibt sich der König mit kleinem Gefolge nach Bäckaskog, am 9. nach Ystad und dem Auslande direkt nach Vichy, um dort die Bäder zu gebrauchen. Se. Majestät gedenkt einen Monat in Vichy zu verweilen und dann auf einige Tage nach Paris zu gehen, von wo die Rückreise angetreten wird; und auf dieser wird ein Besuch bei den Schwiegereltern des Königs, welche sich gegenwärtig auf ihrer Sommerresidenz, einem prächtigen Schlosse in Belgien, wohin die Königin und Prinzessin Louisa sich schon im Voraus begeben, abgestattet, wonach der König sich auf kürzestem Wege nach Christiania begibt, um dem großen Sommerlager am Gardemoen beizuwohnen.

Warschau, 21. Juni. Ein kaiserlicher Ukas verordnet die Einstellung der Confiscationen des Vermögens der bei dem Aufstand Betheiligten, so weit die Vermögens-Objekte noch nicht auf den Staat übertragen sind. Alle bezüglichen weiteren Recherchen wegen Betheiligung am Aufstande sollen aufhören. Ein zweiter Ukas ordnet Berathungen an zur Hülfeleistung für die bei der Umgestaltung der Administration des Königreichs brodlos gewordenen Beamten.

Frankfurter Börse (17. bis 22. Juni.)

22. Juni. Die günstige Stimmung, mit welcher die Woche für österreichische Effekten eröffnete, erfuhr einen momentanen Eintrag durch die Nachrichten über das Befinden des französischen Kaisers. Schon der nächste Tag brachte Beruhigung und da man in Wien Hausse machte, verkehrten österreichische Fonds in guter Tendenz, namentlich Staatsloose, von denen 1860er den 74er streiften, um jedoch heut niedriger zu $78\frac{1}{4}$ zu schliessen; auch 1864er gingen um fl. 4 höher auf $78\frac{3}{4}$ und bleiben 75 mit einer Avance von fl. $2\frac{1}{2}$ gegen vor acht Tagen. In neuen englischen Metalliques war regeres Geschäft; sie haben einen guten Namen in den Reihen der Kapitalisten und der Gewinn, den man bei der Couponseinlösung in Paris (wo das Pfund Sterl. zu fr. 25.50 fixirt ist) macht und der gegen den Frankfurter Preis sich auf ca. 4pCt. berechnet, trägt dazu bei, das Effekt vor anderen österreichischen Zinspapieren in Gunst zu erhalten.

In süddeutschen Fonds war der Umsatz nicht von Belang und Kurse wenig verändert. Die neuen 5 pCt. Pfandbriefe der Stutt-

gerter Rentenanstalt haben sehr gute Aufnahme gefunden; dieselben zeichneten sich vor anderen Kategorien ausser ihrer grossen Sicherheit noch dadurch aus, dass die Inhaber der Pfandbriefe zugleich Mitglieder der Anstalt sind und als solche Antheil an dem allgemeinen Reservefond, der gegenwärtig bereits $^1/_2$ Million fl. beträgt, so wie an der Dividende haben. — Von fremden Fonds war der Verkehr in Amerikanern gegen sonst schwächer, 1882er konnten den im Anfange der Woche erreichten 78er nicht behaupten und schliessen $77^5/_8$, um $^1/_4$ niedriger als in der Vorwoche.

Endlich haben österr. Kredit den Bann gebrochen, welcher sie an der Schwelle des 180er zurückhielt. Wien hat sich mit „vereinten Kräften" an den Laden gelegt und eine umfangreiche und energische Bewegung in dem leitenden Spekulationspapier zu Stande gebracht, man nähert sich dort dem Parikurs, hier folgte man Donnerstag bis 188, verlor jedoch diesen höchsten Stand gestern und heute, wo $184^1/_2$ den Schluss abgibt. Ueber die Gründe dieser bisher ganz ungewohnten rapiden Hausse herrschen verschiedene Ansichten, sowie Zweifel an deren Berechtigung und Dauer. Von Zettelbanken österreichische um fl. 7 höher gegangen. Frankfurter verloren 3pCt.

Von E.-B.-Aktien Hanauer ex Divid. $107^1/_2$, Taunus bleiben angeboten und matt, Staatsbahnen, pfälzische und bayerische Ostbahnen dagegen fest. Was wir vor 8 Tagen für letztere an dieser Stelle als wünschenswerth betonten, dass die böhmische Westbahn ihren hohen Kohlentarif ermässigen solle, ist bereits eingetroffen, und wird zumal auch für letztere gute Früchte tragen. Der Maiausweis der Hess. Ludwigsbahn zeigt bei einer Gesammteinnahme von fl. 235,852 immer noch ein Minus von fl. 6,188 oder $2^1/_2$pCt. gegen den gleichen Monat des Vorjahrs; dasselbe fällt lediglich auf Rechnung des Personenverkehrs, während der Gütertransport sowohl in der beförderten Zentnerzahl als in der Einnahme ein kleines Plus aufweist. Der Maiausweis der pfälzischen Linien ist befriedigend, die Bexbacher hat nur noch ein winziges Minus von fl. 186 gegen Mai 1866, die Neustadt-Weissenburger aber ein Plus von fl. 6,102 oder von über 11 pCt. — Prioritäten, mit Ausnahme der italienischen, die der Auszehrung immer mehr verfallen, recht fest und in einzelnen Kategorien, wie Staatsbahnen und österreichische Westbahn II. Serie, auch höher. Galizische leiden unter der Konkurrenz der neuen Emission, letztere haftet zunächst auf der neu zu erbauenden Strecke, dann aber auch auf den Reinerträgnissen der älteren Linie, „für welche," wie es im Prospekt heisst, „das Anlehen eine zweite Emission bildet." Wir können dies nicht anders verstehen, als dass die „erste Emission" unter allen Umständen ein Vorzugsrecht behält.

Geld ist wenigstens nicht noch abundanter geworden, aus dem letzten Ausweis der Frankfurter Bank (pr. 21. d.) könnte man sogar eine kleine Reaktion entnehmen. Das Portefeuille hat um fl. 343,500, der Lombard um fl. 120,400, die Kontokorrent-Guthaben um fl. 348,300 zugenommen. Der Notenumlauf hat sich dem entsprechend um fl. 939,100 vermehrt, die Giroguthaben haben fl. 1,275,200 und der Baarvorrath fl. 804,000 verloren. Fremde Wechsel sind fl. 333,100 weniger verzeichnet. Die Abnahme der Giroguthaben und der Abfluss von Silber steht wohl mit dem momentanen Bedarf für Geldsendungen nach Württemberg auf die neue Anleihe im Zusammenhang. Von Devisen London und Paris gefragt und fest, lange Sichten $^1/_4$ besser bezahlt. Wien ging am Donnerstag bis 95, schliesst aber matter zu $94^3/_8$.

	17.	22.		17.	22.
5% Oestr. National	$65^3/_4$	$65^3/_4$ B	4% Darmstädt. do.	$92^1/_4$ B	92
5% do. Metal. (1859)	63	$63^1/_2$ B	$3^1/_2$% do. do.	—	—
5% do. Lose (1860)	$72^3/_8$	$73^1/_2$	$4^1/_2$% Nassauer do.	95 B	$94^3/_4$ B
— do. do. (1864)	74 B	$75^1/_2$	4% do. do.	—	$88^1/_2$ B
Oestr. Kreditl. (58)	$122^1/_4$ B	$123^1/_2$	$3^1/_2$% do. do.	—	$83^1/_2$
5% Bayer. Obligat.	101 B	$101^1/_2$	4% Kurhess. do.	93 B	93 B
$4^1/_2$% do. do.	$94^5/_8$ B	$94^1/_2$	$3^1/_2$% Frankf. do.	$82^1/_4$ B	$82^1/_2$ B
4% do. do.	90 B	90	3% do. do.	—	—
4% do. 100 Thl.-L.	$99^7/_8$ B	$99^7/_8$	6% Amerik. (1882)	78	$77^3/_4$
$4^1/_2$% Würtemb. Obl.	94 B	94 B	Oestr. Kredit . .	181	$184^1/_2$
$3^1/_2$% do. do.	$82^3/_4$	$82^1/_2$ B	Oestr. Nat.-Bank	690 B	688
$4^1/_2$% Badische do.	$93^5/_8$ B	$93^1/_2$ B	Frankfurter do.	$127^1/_2$ B	125 B
4% do. do.	$89^1/_2$ B	$88^3/_4$ B	Bexbacher E.-B.	$151^1/_2$ B	$151^1/_2$
$3^1/_2$% do. do.	—	$82^1/_4$	Bayer. Ostbahnen	$116^1/_2$ B	116 (Akt.)

Neueres.

New-York, 19. Juni. Der Attorney General hat entschieden, daß die Militärbeamten nicht befugt sind, Staatenbeamten im Süden ihrer Stellen zu entsetzen.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$68^3/_8$ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$63^1/_8$—$^1/_2$ G.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$56^3/_4$ P.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	$4^1/_2$pCt.	$42^1/_2$ P.
Preussen	$3^1/_2$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$100^1/_4$ P.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. 1jähr. dto.	95 G.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$94^3/_4$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$90^1/_4$ P. 90 G.
„	4 pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$90^1/_4$ P. 90 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$90^3/_8$ G.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^1/_2$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93^1/_4$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	82 P.
Baden	$4^1/_2$pCt. Obl.	$93^1/_2$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. v. 1842	$82^1/_4$ P.
Gr. Hess.	$4^1/_2$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	92 P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4^1/_2$pCt. Obl. dto.	95 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$88^3/_4$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$83^1/_8$ P.
Frankfurt	$3^1/_2$pCt. Obl.	$82^1/_4$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2^1/_2$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4^1/_2$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$85^1/_4$ P.
N.Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2^1/_2$	$78^1/_4$ P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	$77^3/_4$—$^5/_8$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	692 P. 690 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	185 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90^3/_4$ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	209 P. 208 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$107^1/_2$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	223—24 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$114^1/_2$P. $113^1/_2$G
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$150^1/_4$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$90^1/_4$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$107^5/_8$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49^3/_4$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73^1/_8$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$116^3/_8$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^1/_2$—$^5/_8$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^3/_4$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$105^1/_4$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97^1/_4$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^3/_4$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105^1/_8$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^5/_8$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105^1/_4$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119^3/_4$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^7/_8$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^1/_4$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$94^7/_8$ G.
do. in öst. W. l. S.	$94^7/_8$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$116^3/_8$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$64^1/_2$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$78^1/_2$—$^3/_8$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$124^1/_4$ P.
„ do. v. 1864	76 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99^3/_4$ P. $^5/_8$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	$53^1/_4$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	142P. $141^3/_4$ G.
„ fl. 25 do.	$38^3/_8$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$34^1/_2$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	$67^1/_2$ P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$11^3/_8$ P

Frankfurt, 24. Juni. Etwas günstigere Wiener Course und die großen Capitalien, welche per 1. Juli zu erheben sind und jetzt schon täglich mehr in Circulation kommen, versetzten die Börse in feste Stimmung. Das Geschäft bewegte sich jedoch in sehr engen Grenzen und war nur für Staatsbahn etwas mehr Animo, welche $1^1/_2$ fl. besser bezahlt wurden. Oesterr. Credit, 1860er Loose und 1864er Loose ebenfalls, wenn auch nur unbedeutend, höher wie gestern. Von österr. Staatspapieren waren englische Metalliques für Capitalanlagen sehr gesucht und verbesserte sich deren Preis $^1/_4$ bis $^3/_8$ pCt. Süddeutsche, um diese Zeit gewöhnlich sehr stark gehandelt, blieben in anhaltend stillem Verkehre. Für Badische lagen Kauforders vor, welche eine kleine Besserung bewirkten. Ludwigsbahnaktien verloren $^1/_4$ pCt., Ostbahn gewannen dagegen $^1/_8$ pCt. Lombardische Prioritäten in guter Nachfrage, Staatsbahn und Livorno unverändert, eben so auch Böhmische und Siebenbürger gehandelt. Amerikaner waren für Privatrechnung gesucht. Capitalisten machen wir darauf aufmerksam, daß sie momentan 1881er mit geringem Unterschiede gegen 1882er tauschen können. Von Devisen bleiben Thaler und Paris gesucht. National-Coupon 28. 26. Amerikanische 2. $24^1/_4$. Die Auszahlung der türkischen Coupons per 1. Juli ist annoncirt. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 174. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 64. Jahrgang. | Mittwoch, 26. Juni 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 23. Juni. Der Adels-Matrikel wurde einverleibt: unterm 1. Juni l. Js. der Hauptmann im k. 4. Jägerbataillon, Fr. Chr. v. Slevogt als Ritter des Militär-Max-Josephs-Ordens für seine Person bei der Ritterklasse lit. S. fol. 66 act. Num. 4783.

Der kgl. Forstwart J. Butterhof zu Forsthaus-Horst im Forstamte Kaiserslautern wurde seinem Ansuchen entsprechend auf die erledigte Wartei Erbach im Forstamte Zweibrücken versetzt und an dessen Stelle der Forstgehilfe K. A. F. v. Reitz von Erlenbrunn zum Forstwart zu Forsthaus-Horst ernannt.

Se. Majestät der König hat genehmigt, daß die kath. Pfarrei Wiesenthau, Bezirksamts Forchheim, von dem Erzbischofe von Bamberg dem Priester Fr. Rottmann, Lokalkaplan in Unterhald, Bezirksamts Bamberg II, und die kath. Stadtpfarrei Dillingen, Bezirksamts gleichen Namens, von dem Bischofe von Augsburg dem Priester J. Wankmüller, Pfarrer in Großaitingen, Bezirksamts Augsburg, verliehen werde; die von der Aktiengesellschaft „Augsburger Kammgarn-Spinnerei“ in der Generalversammlung vom 28. Mai ds. Js. beschlossene Erhöhung ihres Grundkapitals von 1,050,000 fl. auf den Betrag von 1,400,000 fl. durch Emission von 70 neuen, auf Namen lautenden Aktien zu je 5000 fl., sowie die gleichfalls beschlossene Ausdehnung der in § 20 der Statuten der genannten Aktiengesellschaft vorgesehenen Collektiv-Prokura auf einen dritten Prokuristen genehmigt und den hienach beantragten Zusatz zu den Gesellschaftsstatuten in der vorgelegten Fassung bestätigt; die Gründung einer Aktien-Gesellschaft zur Errichtung und zum Betriebe einer Waggonfabrik in Ludwigshafen mit der Firma: „Waggonfabrik Ludwigshafen“ mit dem Sitze in Ludwigshafen a/Rh. und einem Grundkapitale von 350,000 fl., welches in Aktien zu 1000 fl., auf den Namen lautend, begeben wird, auf die Dauer von 25 Jahren genehmigt; auf die am Bezirksgerichte Amberg erledigte Rathsstelle den Bezirksgerichts-Assessor K. F. Brunner in Weiden befördert; auf die hiedurch sich eröffnende Assessorsstelle am Bezirksger. Weiden den Landgerichts-Assessor W. Heß in Waldmünchen, seinem Ansuchen entsprechend, versetzt und zum Assessor des Landgerichts Waldmünchen den Appellationsgerichts-Accessisten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Stadt- und Landgerichte Neuburg a/D., W. Landgraf, ernannt; den Gerichtsschreiber F. Schub zu Kötzting wegen nachgewiesener Krankheit für die Dauer von zwei Jahren in den Ruhestand versetzt; zum Gerichtsschreiber am Landgerichte Kötzting den Bezirksgerichts-Accessisten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landgerichte Dingolfing, Joseph Freylinger aus Oberlindhart, in provisorischer Eigenschaft ernannt.

München, 23. Juni. Se. Majestät der König haben die Einführung von Pionieren auch bei den Kürassier- und Uhlanen-Regimentern nach der bereits für die Chevaulegers-Regimenter bestehenden Vorschrift mit der Bestimmung zu genehmigen geruht, daß die Pioniere der Kürassier- und Uhlanen-Regimenter den Küraß, beziehungsweise die Lanze abzulegen haben, wenn sie die Pionier-Ausrüstung führen.

Seine Majestät der König hat genehmigt, daß zur höheren wissenschaftlichen Ausbildung, zur Vorbereitung für den Dienst im Generalquartiermeister-Stabe und der höheren Adjutantur, sowie zur Heranbildung zum Lehrfache in militärwissenschaftlichen Gegenständen jährlich eine entsprechende Anzahl von Offizieren aller Waffen in eine in München zu errichtende Kriegs-Akademie beordert werde und diese Kriegsakademie mit dem Monat Oktober l. Js. ins Leben zu treten habe. — Die Kriegsakademie hat drei Course, jeder in der Dauer von neun Monaten. Zwischen dem ersten und zweiten, sowie dem zweiten und dritten Curse finden praktische Uebungen statt. — Die Schülerzahl eines Curses soll 12 nicht überschreiten. — Zum Besuche der Kriegsakademie kann sich jeder Ober- oder Unterlieutenant melden, welcher zum mindesten 4 Jahre die Offiziers-Charge bekleidet. Die Aufnahme in diese Militär-Bildungs-Anstalt ist nur denjenigen Offizieren gestattet, welche die erforderliche Dienstkenntniß ihrer Waffengattung haben, von tadelloser Conduite, körperlich gesund, in ihren ökonomischen Verhältnissen geordnet sind und mit der ernsten Neigung zur höheren wissenschaftlichen Ausbildung hervorragende geistige Fähigkeiten verbinden. — Ueber die Befähigung zum Eintritte in die Kriegsakademie entscheidet die Oberstudien- und Examinations-Commission auf Grund einer Prüfung, deren nähere Bestimmungen besonders geregelt werden. — Die Einberufung zur Kriegsakademie erfolgt durch das Kriegsministerium und zwar jedesmal nur für Ein Jahr. Offiziere, welche nach Ausspruch der Oberstudien- und Examinations-Commission während eines Curses nicht hinreichende Befähigung und ernstes Streben zur weiteren Ausbildung zeigen oder deren militärische und sittliche Haltung Veranlassung zur Beanstandung gibt, werden zu dem nächstfolgenden Curse nicht mehr einberufen. — In Bezug auf den systemgemäßen Gang des Unterrichtes und die gemeinsame Verwendung von Lehrmitteln ist die Kriegs-Akademie der Inspektion der Militär-Bildungs-Anstalten, in allen übrigen Beziehungen dem Kriegsministerium unmittelbar unterstellt. — Für die Oberleitung der Kriegsakademie wird ein höherer Stabsoffizier des Generalquartiermeister-Stabes verwendet, dem ein Hauptmann dieses Stabes für Verrichtung der Adjutanten-Dienste zugetheilt ist. — Die Verwaltung der Kriegsakademie ist gemeinsam mit jener der übrigen Militär-Bildungs-Anstalten. — Die wissenschaftliche Ausbildung der Schüler der Kriegsakademie hat sich zu erstrecken: a) auf den Besuch entsprechender Vorlesungen der Universität und der polytechnischen Schule, b) auf höhere Vorträge in militärwissenschaftlichen Fächern und c) auf Uebung in lebenden Sprachen. Die praktische Ausbildung hat den Dienst des Generalstabsoffiziers, der höheren Adjutantur, die Kenntniß der verschiedenen Waffengattungen, sowie körperliche Fertigkeiten und insbesondere Uebung im Reiten zu umfassen. — Diejenigen Offiziere, welche sich nach Ausspruch der Oberstudien- und Examinations-Commission während des Besuches sämmtlicher Curse der Kriegsakademie

Feuilleton.

Franz Hoffmann's philosophische Schriften.

Franz von Baader ist von den ersten Geistern des Jahrhunderts schon längst als einer der tiefsinnigsten, genialsten Forscher Deutschlands anerkannt. Seine ideenreichen Schriften enthalten, wie die systematischen Werke des ihm congenialen Schelling die tiefsten und reichsten Prinzipien einer substantiellen Wahrheitserkenntniß, so daß seine Forschung nach dem Urtheile von Kennern wie J. H. Fichte, Ch. Weiße, K. Ph. Fischer*), U. Wirth — im Unterschied von Systemen, welche mit dem Zeitgeist, dessen Denkweise sie darstellten, überwunden werden — Philosophie der Zukunft ist. Aus der sie auszeichnenden Tiefe und Fülle ihres nicht zu erschöpfenden Wahrheitsgehaltes ist ihre seit dem Anfange des Jahrhunderts mit jedem Decennium steigende Wirkung auf den Geist der Zeit zu erklären. Kein spekulativer Denker der Gegenwart wird leugnen, daß er diesem Heroen mehr oder weniger verdankt und die ausgezeichnetsten, spekulativen Theologen des Jahrhunderts, Rothe, Martensen Lange und vor Allen der Schleiermachern ebenbürtige Daub haben ihre gehaltvollen Werke nicht ohne die tiefsten Impulse und Einflüsse von ihm produzirt. Aber so unverkennbar die Theilnahme der edelsten Geister an Baader's Forschung und das in immer weiteren Kreisen sich verbreitende Studium seiner Schriften die Größe seines Verdienstes und den Werth seiner Philosophie beweist, so ist doch eine lichtvollere Behandlung der Probleme des Lebens und der Wissenschaft für die meisten und wir möchten fast sagen für alle Freunde höherer Wahrheit ein tiefgefühltes Bedürfniß. Wie erwünscht wird ihnen deßhalb eine Sammlung der Schriften des durch Gesinnung und Geist ausgezeichneten, anerkannt bedeutendsten Forschers der Baader'schen Schule sein, welcher nach dem Vorgange und dem Sinne seines hochverehrten Meisters in einer würdigen und jedem wissenschaftlich Gebildeten verständlichen Form die verschiedensten Gegenstände und Gebiete beleuchtet und die Wahrheit seiner Ueberzeugungen durch eine scharfsinnige Kritik anderer Denkweisen erhärtet. Erwerben

*) In der Schrift: Zur hundertjährigen Geburtsfeier Franz von Baader's (Erlangen bei Besold 1865), eine Denkschrift, welche nach dem Urtheile eines tiefen Sachkenners das Verdienst Baaders und den ewigen Wahrheitsgehalt seiner Philosophie durch ihre Vergleichung mit den Systemen Schellings und Hegels, Daubs und Schleiermachers in einer tief eingehenden und vielseitigen Entwicklung ihres Grundcharakters und ihrer Hauptmomente beweist.

durch Eifer, Talent und Verwendbarkeit auszeichnen, werden bei ihrem Austritte aus der Kriegsakademie Seiner Majestät dem Könige für besondere Berücksichtigung namhaft gemacht.

Frankfurt. Vom 1. Juli ds. Js. ab finden nach der vollständigen Verschmelzung des bisherigen Thurn und Taxis'schen Postbezirks, so wie der früher bayerischen Gebietstheile mit dem preußischen Postgebiete folgende Ressortverhältnisse statt: Zu Kassel, Frankfurt a. M. und Darmstadt treten auf Grund der Allerhöchsten Ordre vom 8. April ds. Js. kgl. Ober-Post-Direktionen in Wirksamkeit. Von der kgl. Ober-Post-Direktion in Frankfurt a. M. ressortiren 15 Postämter, ferner das Eisenbahn-Postamt Nr. 19 zu Frankfurt a. M., 17 Post-Expeditionen erster Klasse, 70 Post-Expeditionen zweiter Klasse; von der Ober-Post-Direktion in Darmstadt 10 Postämter, 14 Post-Expeditionen erster und 108 zweiter Klasse; von der Ober-Post-Direktion in Kassel 10 Postämter, 22 Post-Expeditionen erster und 90 zweiter Klasse (unter letzteren die Post-Anstalten in den früher bayerischen Gebietstheilen Gersfeld und Orb). Der bisherige Postdistrikt der Fürstenthümer Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe wird mit dem Bezirk der kgl. Ober-Post-Direktion in Minden verschmolzen und bildet 3 Postämter, 4 Post-Expeditionen erster und 18 zweiter Klasse. Die Post-Distrikte in den thüringischen Staaten (Sachsen-Altenburg noch ausgenommen) werden mit dem Ober-Post-Direktionsbezirke Erfurt vereinigt; sie bilden 19 Postämter, 19 Post-Expeditionen erster und 94 zweiter Klasse. Das Postwesen in den hohenzollern'schen Landen wird der Ober-Post-Direktion in Frankfurt a. M. untergeordnet, die Postanstalten in Meisenheim, Merzheim und Staudernheim (kein Postamt, 1 Post-Expedition erster und 2 zweiter Klasse) der Ober-Post-Direktion in Koblenz. Von allen vorgenannten Postanstalten sind nur 14 in der Errichtung zwar projektirt, aber zur Zeit noch nicht ausgeführt. Die bisherigen Thurn und Taxis'schen Ober-Postämter in Hamburg und Bremen werden mit den in diesen Hansestädten bereits befindlichen preußischen Postanstalten verschmolzen. In Lübeck wird der Betrieb des seitherigen Thurn und Taxis'schen, vom 1. Juli ab preußischen Postamtes dem dortigen Stadt-Postamte einstweilen übertragen. Für den ambulanten Postdienst auf den Eisenbahn-Routen treten mit dem 1. Juli zu Eisenach und zu Frankfurt a. M. Eisenbahn-Postämter in Wirksamkeit. (Köln. Ztg.)

Köln, 24. Juni. Der „Köln. Ztg." wird aus Paris bestimmt gemeldet, daß zwischen James Rothschild und Emil Pereire eine Versöhnung stattgefunden habe.

Ueber die „**hannover'sche Emigration** und ihr Leiborgan in **Paris**" schreibt die „W. Pr.": „In Paris ist seit einigen Tagen die Zahl der politischen Tagesblätter durch eine „La Situation" betitelte Zeitung vermehrt worden, die zwar formell unter der Leitung französischer offiziöser Publizisten steht, von der aber das Gerücht geht, sie werde thatsächlich von dem früheren Leiter der ehemaligen hannover'schen Regierungspresse inspirirt und sei mit Geldern aus dem Privatvermögen des Königs von Hannover gegründet worden. In der That spricht auch die Haltung der „Situation" für die Wahrheit dieses Gerüchts. König Georg von Hannover weilt seit dem Vorjahre in Wien und dessen nächster Umgebung, und so ist es begreiflich, daß man die „Situation" und deren Bestrebungen vielfach in Beziehung zu Oesterreich bringt. So groß unsere persönliche Theilnahme mit dem Geschick des vertriebenen Königs, so groß die Rücksicht ist, welche uns das Gastrecht zur Pflicht macht, so glauben wir doch überzeugt sein zu dürfen, daß wir im Sinne der öffentlichen Meinung Deutsch-Oesterreichs sprechen, wenn wir Namens derselben gegen jeden Versuch protestiren, Oesterreich für die Agitation der hannover'schen Emigration mit verantwortlich zu machen. Wir mißbilligen dieselbe auf das Entschiedenste. König Georg von Hannover ist bekanntlich seit seiner frühesten Jugend blind und konnte sich daher nur durch Andere ein Urtheil von der Lage der Dinge bilden, nur durch fremde Augen sehen. Nichts ist da leichter, als bei ihm eine irrige Ansicht zu erzeugen und die Schwäche seiner Sinne zu mißbrauchen. Daß Beides leider geschehen, lehrt nicht blos die Gegenwart, sondern die ganze Geschichte der Regierung des Königs, welchem nicht einmal mitgetheilt zu sein scheint, daß er sowohl nach altem deutschen Recht, wie nach dem hannoverschen Staatsgrundgesetz, wegen seiner Blindheit gar nicht successionsfähig war, sondern gesetzmäßig nach seines Vaters Tode eine Regentschaft die Regierung bis zur Mündigwerdung des gegenwärtigen Kronprinzen hätte führen müssen. Die hannover'sche Emigration irrt, wenn sie glaubt, in Oesterreich habe man kein so gutes Gedächtniß als in Hannover, und wir schieben Frl. Baumeister, Fr. Seebach, dem Grafen Borries oder dem Friseur Lübrecht alle Schuld für diese Vorgänge zu. Der blinde Monarch konnte freilich nicht sehen, wie sehr er mißbraucht wurde, aber die sehende Umgebung wußte es. Man werfe nicht ein, daß die Vorgänge im Innern Hannovers uns wenig zu kümmern haben; hat man nicht nach Außen speziell gegen Oesterreich noch mehr gesündigt? Gerade der Partikularismus der hannover'schen Regierung ist es, welcher fort und fort die deutsche Politik Oesterreichs zum Falle brachte, und wenn wir den Schleier lüften wollten, könnten wir nachweisen, daß die Schuld der hannover'schen Regierung an den Vorgängen des Jahres 1866 noch viel größer ist, als sie scheint. Aber wir wollen nicht Holz zum Feuer tragen, wir wollen nur andeuten, daß das Geschick, welches den Thron von Hannover wegschwemmte, kein unverdientes war, und daß die Blindheit des Monarchen mißbraucht wird, wenn man ihn glauben läßt, die Opposition gegen die neue Ordnung der Dinge in Hannover sei identisch mit Sympathie für die alte. Was auch im Schooße der Zukunft schlummern mag, das **Königreich Hannover** wird sie nicht wieder in's Leben rufen, das ist unsere feste Ueberzeugung. Es ist untergegangen viel mehr durch eigene Schuld als durch fremde, und die Geschichte „ist der Fortschritt der Menschheit im Bewußtsein der Freiheit." Auch die Agenten der Emigration in Paris sollten sich das merken, und ihr eitles Thun aufgeben. Um sich behaglich in der großen Metropole zu betten, verschwenden sie das Vermögen des vertriebenen Königs, nähren ihn mit unbegründeten Hoffnungen, erschweren ihm das Gastrecht, trüben ihm die Freude daran, es zu üben

---

sich diese werthvollen Abhandlungen, Reden und Kritiken schon in ihrer einzelnen Erscheinung eine der Tiefe ihres Gehaltes und der Klarheit ihrer Darstellung entsprechende Theilnahme und Anerkennung, so werden sie in ihrer Gesammtheit desto tiefer und umfassender wirken. Diese Gesammtwirkung von Hoffmann's philosophischen Schriften ist um so eher zu wünschen und zu hoffen, da sich Baader's Philosophie des **Lebens, der Liebe** und der **Wahrheit** zu der Nichtigkeits- und Vernichtigungslehre der neuesten Phase der philosophischen Bewegung wie das Morgenroth einer seligen, durch eine ewige Sonne erhellten Zukunft zu dem Mondscheinlichte einer alles verschlingenden Nacht verhält, in der man nach Lichtenberg's Weissagung nur noch Gespenster sieht. —

Die ganze Sammlung wird zwei Bände umfassen und noch im Laufe dieses Jahres erscheinen.*)

Der erste Band wird folgende Schriften enthalten: 1) Ueber die Idee der Universitäten. Rektoratsrede 1845. 2) Franz von Baader in seinem Verhältniß zu Hegel und Schelling. 1850. 3) Ueber die Bedeutung der Fakultäten für die Entwicklung der Wissenschaften. Rektoratsrede. 1853. 4) Entgegnung auf die Ausstellung des Herrn Prof. Dr. Erdmann in seiner Anzeige der sämmtlichen Werke Baaders. 1856. 5) Ueber Weber's Schrift: Ein Blick in das Leben der Natur und des Geistes. 1857. 6) Ueber Michelis' Schrift: Der Materialismus als Köhlerglaube. 1857. 7) Ueber Frohschammers Menschenseele und Physiologie. 1857. 8) Ueber den Werth und die Bedeutung der Philosophie. Rektoratsrede 1858. 9) Akademische Festrede zur Feier des hundertjährigen Geburtstags Fr. v. Schillers. 1859. 10) Ueber die Gottesidee des Anaxagoras, Socrates und Platon. Festschrift. 1860. 11) Beleuchtung des Angriffs Thilo's auf Baader. 1861. 12) Ueber Pantheismus und Theismus. 1861. 13) Ueber Frohschammer's Schrift: Ueber die Aufgabe der Naturphilosophie und ihr Verhältniß zur Naturwissenschaft. 1861. 14) Der dualistische Theismus des Anaxagoras und der Monismus des Socrates und Platon. 1861. 15) Akademische Festrede zum hundertjährigen Geburtstag J. G. Fichtes. 1862.

Der zweite Band wird enthalten: 1) J. G. Fichte's Gotteslehre. 1862. 2) Sendschreiben an Herrn Prof. Michelet über die Persönlichkeit des Absoluten. 1862. 3) Ueber Hallands Erinnerungen an E. Lasaulx. 1862. 4) Sendschreiben an Herrn Prof. Ulrici in Bezug auf seine Schrift: Gott und die Natur. 1862. 5) Ueber Schopenhauers Lehre. 1862. 6) Ueber Carrieres Werk: Die Kunst im Zusammenhange mit der Kulturentwicklung. 1863. 7) Ueber die Baader'sche und Herbart'sche Philosophie. 1863. 8) Ueber Christenthum und Kultur von Hamberger. 1863. 9) Ueber Gwinners Biographie Schopenhauers. 1863. 10) Ueber Löwenthals Naturalismus. 1863. 11) Anzeige der sämmtlichen Werke Baaders. 1863. 12) Ueber J. J. Wagner von Rabus. 1863. 13) Ueber Fabri's Stellung des Christen zur Politik. 1863. 15) Ueber Böhners Naturforschung und Kulturleben. 1863. 15) Ueber die Baader'sche und Schopenhauer'sche Philosophie. 1863. 16) Ueber atomistische und dynamische Naturauffassung. 1863. 17) Schellings Gotteslehre. 1864.

*) Im Verlage von **Andreas Deichert** in **Erlangen**, unter dem Titel: „**Philosophische Schriften von Dr. Franz Hoffmann**, ordentlichem Professor der Philosophie an der Universität Würzburg, Ritter des Michaelordens erster Klasse und auswärtigem Mitglied der Akademie der Wissenschaften in München. **Zwei Bände.**"

und — was uns am meisten angeht — werfen auf Oesterreich ein falsches Licht."

Karlsbad, 22. Juni. Der Erbprinz von Thurn und Taxis ist heute, nachdem sich sein Zustand in den letzten Tagen bedeutend gebessert hat, begleitet von seiner Gemahlin, nach Regensburg abgereist. Er begibt sich dann nach Kreuth. (Frdbl.)

Pesth, 23. Juni. Der „Lloyd" meldet: „Die Vertagung des Landtags dürfte allem Anscheine nach Ende dieser Woche erfolgen." Der Fiumaner Abgeordnete Radich wird morgen einen Antrag bezüglich der Fiumaner Eisenbahn einbringen.

Paris, 23. Juni. Der „Etendard" enthält eine Depesche aus Brüssel, welche sagt, daß eine Depesche des Unterstaatssekretärs der Vereinigten Staaten, Seward, gerichtet an die amerik. Gesandtschaft in Wien, anzeigt, Kaiser Maximilian sei verbannt, nach Europa abgereist und werde in England landen. — Dasselbe Blatt sagt weiter: Der österreichische Internuntius in Konstantinopel, Freiherr v. Prokesch-Osten, habe am 16. Juni Fuad Pascha eine Depesche zugestellt, durch welche Frhr. v. Beust der Kreta betreffenden Kollektivnote beitritt, welche Tags vorher der Pforte durch die Vertreter Frankreichs, Italiens, Preußens und Rußlands übergeben worden ist. In dieser Depesche stimmt Frhr. v. Beust der Ernennung einer gemischten Kommission bei, um die Beschwerden der Christen zu prüfen.

Die „Independance Belge" bringt eine Correspondenz aus Madrid vom 16. Juni, welche die Zustände des Landes als sehr trostlos schildert. Nachdem die Presse schon seit vielen Monaten ein gezwungenes Schweigen bewahrt, nachdem die Regierungsmaßregeln und die Polizei auch die leiseste Aeußerung über die politischen Zustände verbot, ist jetzt auch noch die Freiheit der Rede von der Tribune der Kammern abgeschafft worden. Am 15. hat die Zweite Kammer mit 157 gegen 16 Stimmen eine Reform ihrer Geschäftsordnung votirt, trotz der energischen Protestationen des Marquis von Sardoal und des Herrn Canovas del Castillo, welcher letztere in einer feurigen Rede diese Reform als den Tod aller politischen Diskussion und das Aufgeben der Initiative der Deputirten bezeichnete. Die angenommene Reform wird wahrscheinlich sofort in praktische Wirksamkeit treten, die Regierung wird sich mit dem Präsidium der Kammer verständigen über die zukünftigen Bedingungen der Zulassung zu den Zuhörer-Tribunen; Herr Canovas del Castillo sagte in Beziehung darauf: Ich bedauere diejenigen, welche in Zukunft das Vergnügen haben werden, unseren Diskussionen zuzuhören. Ueber diese absolutistischen Tendenzen, welche sich in der Kammer kund geben und von der clericalen Presse so eifrig gefördert werden, sagt die „Epoca": „Von welchen Begebenheiten müssen wir Zeugen sein! Was bereitet sich vor für unser Vaterland! Wenn eines Tages die Freunde der neokatholischen Presse triumphiren, wenn ein Moment kommt, wo die apostolische Partei ihre Ideen in Spanien verwirklichen kann, wie sie 1814 und 1824 verwirklicht wurden, was wird geschehen? Muß man sich nicht fragen, wenn man so extravagante Sachen liest und hört, ob wir in Spanien Alle toll geworden sind? Leider ist Europa seit langer Zeit schon überzeugt, daß wir aufgehört haben, zu der Gruppe von civilisirten Nationen zu gehören." Man spricht seit gestern von einer Ministerkrisis. Die Königin besteht darauf, dem Papste 25 Millionen Realen zu schenken; für ihre Reise nach Paris will sie sich jetzt mit 15 Millionen begnügen, anstatt der Anfangs geforderten 25; der Minister Barzanallana aber behauptet, er könne diese Summen, welche nicht im Budget vorgesehen sind, nicht geben. Gegenüber dem allgemeinen Wunsche nach Ersparungen in der Staatshaushaltung gibt dieses Verlangen der Königin allerdings zu großer Unzufriedenheit Anlaß. Der Herzog von Montpensier hat seinen Namenstag zu Sevilla durch Vertheilung von Almosen im größten Maß und durch eine Geldschenkung an die Wohlthätigkeits-Anstalten der Stadt gefeiert.

Lissabon, 22. Juni. Die Deputirtenkammer hat mit großer Majorität die Abschaffung der Todesstrafe votirt.

Florenz. Man liest in der „Italie": „Es wird in unbestimmter Weise von einer Bewegung gesprochen, die in den päpstlichen Staaten ausbrechen könnte und mit dem 1800jährigen Gedenktage des hl. Petrus zusammenfiele. Wir haben über diese Angelegenheit durchaus keine genaue Nachricht. Die einzige Sache, die wir zu wissen glauben, ist, daß die Regierung alle Maßregeln ergriffen hat, damit der Vertrag vom 15. September mit größter Pünktlichkeit beobachtet werde."

London, 21. Juni. Im Oberhause will Lord Houghton am Dinstage abermals der Regierung Erklärungen über die Tragweite der luxemburgischen Garantie abverlangen.

London. In der Sitzung des Oberhauses vom 20. brachte Lord Russell die Luxemburger Angelegenheit zur Sprache. Er bemerkte, um den Frieden Europas zu erhalten, sei die von England gewährleistete Garantie, im Vereine mit den übrigen Mächten, als kein allzuschweres Opfer anzusehen. Gefahr sei wenig dabei. Ein Bruch des Friedens stehe sobald nicht in Aussicht, und angenommen selbst, daß Frankreich in einen Krieg mit Preußen hineingeriethe, dürften beide, aus Achtung vor der Kollektivgarantie, vor einem Angriff auf das neutrale Luxemburg künftig zurückscheuen. Lord Stanley habe sich durch seine Haltung vor und zu der Zeit der Konferenzen des vollen Vertrauens England's würdig gezeigt, und er für seine Person (Russell) billige jeden seiner gethanen Schritte. Lord Houghton: Auch er sei mit dem Verhalten Lord Stanley's vollkommen einverstanden, dagegen theile er nicht die hoffnungsvolle Ansicht Lord Russell's, daß Frankreich und Preußen in einem etwaigen Kriege die Neutralität Luxemburg's unbedingt heilig halten würden, was in Folge der geographischen Lage desselben kaum möglich wäre. Lord Derby bemerkte, daß eben, weil nur eine Kollektivgarantie vorliege, Verbindlichkeit und Gefahr auf ein Minimum reduzirt seien: ja er sagt gerade heraus, daß, wenn die Neutralität Luxemburg's jemals durch Frankreich oder Preußen angegriffen werden sollte, keine der andern Traktatmächte zu deren Vertheidigung verpflichtet sei, in soferne als diese ja nur kollektiv von Allen zu leisten sei. Lord Clarendon und nach ihm Lord Granville billigen, gleich den vorigen Rednern, das Verhalten Lord Stanley's in allen Punkten. Der Herzog v. Argyll fragte, ob, falls in einem europäischen Kriege Frankreich sich Luxemburg's bemächtigte, Preußen, in Verbindung mit den andern Mächten, das Recht haben würde, England aufzufordern, daß es ihnen beistehe, Frankreich wieder aus Luxemburg hinauszudrängen. Seiner Meinung nach würde England in einem derartigen Falle jeder Verpflichtung enthoben sein, da, nachdem der Angriff von einer der Garantiemächte ausgegangen, von einer Kollektiv-Vertheidigung nicht mehr die Rede sein könne. Lord Derby: Er könne nicht vermuthen, daß Preußen über den Unterschied zwischen einer Separat- und einer Kollektiv-Garantie in Unkenntniß gewesen sei. Im Uebrigen sei er (Derby) mit der Interpretation Lord Argyll's vollkommen einverstanden. Wenn demnach Frankreich, mit Verletzung des Traktats, von Luxemburg Besitz ergreifen sollte, würde England, wenngleich von Preußen zum Beistand aufgefordert, nicht verpflichtet sein, diesen zu gewähren." Lord Russell: Er seinerseits gebe dem Vertrage nicht diese Deutung. Seiner Meinung nach würden, im Falle einer Vertragsverletzung durch Frankreich, die andern europäischen Mächte verpflichtet sein, es zur Räumung Luxemburg's aufzufordern. Damit ward die Diskussion abgebrochen.

New-York, 12. Juni. Präsident Johnson und Seward sind in Washington wieder eingetroffen. — Aus Mexiko wird berichtet, Lopez habe das Hauptfort in Queretaro um 1000 Unzen Gold an Escobedo übergeben, der nach der Kapitulation eine Anzahl Gefangener mit eigener Hand tödtete. Am 16. Mai marschirte Letzterer mit bedeutender Truppenmacht gegen die Hauptstadt, um sich mit dem Belagerungskorps unter Porfirio Diaz zu vereinigen. Maximilian, dessen persönlicher Tapferkeit und Todesverachtung von seinen Offizieren das höchste Lob gespendet wird, soll eine Proklamation erlassen haben, die in den stärksten Ausdrücken den Kaiser Napoleon beschuldigt, ihn verlassen zu haben, allen unvorsichtigen ehrgeizigen Prinzen sein eigenes Schicksal als Beispiel vorhält und die Mexikaner ermahnt, ihre Sache durch Tugend zu verherrlichen.

Buenos Ayres, 11. Mai. Obgleich die Amtsperiode des derzeitigen Präsidenten der argentinischen Republik noch bis Oktbr. 1868 läuft und die Vorwahlen für seinen Nachfolger erst im Juni nächsten Jahres stattzufinden haben, ist doch schon eine ansehnliche Anzahl Kandidaten für die nächste Präsidentschaft aufgestellt worden. Endgültig dürften jedoch nur die Herren Dr. Elizalde, derzeitiger Minister des Aeußern, Dr. Alberdi, früher Vertreter der argentinischen Conföderation in Europa, und F. Sarmiento, zur Zeit bevollmächtigter Minister in Washington, sich die Wahl streitig machen. Allem Anschein nach werden die Wahlen sehr stürmisch verlaufen, und Viele glauben, darunter auch wir, daß das Hauptergebniß derselben eine förmliche Trennung der Provinz Buenos Ayres von den andern Provinzen sein und der Zustand von vor 1859 wiederhergestellt werden wird. Elizalde ist Kandidat der Regierung und vertritt die Allianz mit Brasilien. Alberdi, den man in Europa, namentlich in Deutschland für den fähigsten Staatsmann Südamerikas hält, ist schroffer Föderalist, Sarmiento der Candidat der unitarischen Partei. — Man hat bisher sich immer bemüht, das Heer von Lopez als dem Hungertode rettungslos verfallen hinzustellen. Nach zuverlässigen Nachrichten ist die letzte Ernte in Paraguay aber sehr reichlich ausgefallen, namentlich sollen ungeheure Vorräthe von Waizen, Mais und Batatas in den Regierungsdepots aufgehäuft sein. Die Feldarbeiten in Paraguay werden ausschließlich von Frauen besorgt, denn alle waffenfähige Mannschaft steht bei Tuyuti, dem Feinde gegenüber. — Das Erfreulichste, was wir melden können, ist das Aufhören der Choleraplage. Vom 22. April an ließ diese Pest sowohl hier als

in den andern davon heimgesuchten Städten stetig nach; seit vorgestern haben wir keinen Todesfall mehr zu beklagen. Die Opfer, welche die Pest erheischte, dürften ungefähr die Gesammtzahl von 6500 erreichen, nämlich 1700 in der Stadt Buenos Ayres, 450 in Rosario und Umgegend, 200 in San Nicolas, 4000 im verbündeten Hauptquartier und Corrientes und 150 vereinzelte Fälle. Als bemerkenswerthe Erscheinung möge konstatirt werden, daß wir das schnelle Abnehmen der Pest lediglich unserem so oft gepriesenen Pamperowind verdanken, mithin Buenos-Ayres mit Recht seinen bezeichnenden Namen (gute Lüfte) trägt. Ob die Cholera sich auch in das Feldlager des Heeres von Paraguay eingeschlichen hat, ist nicht in Erfahrung zu bringen. — Vom Kriegsschauplatz ist nichts zu melden. Der Gesundheitszustand des Heeres und auch seine große Schwäche hat jede kriegerische Operation bisher verhindert. Wann Marquis de Caxias in der Lage sein wird, seinen so oft ausposaunten großen Angriff vorzunehmen, ist schwer zu sagen. — Die Regierung der Provinz Santa Fe geht mit dem Plane um, eine Auswanderungspaketlinie von Deutschland auf hier in's Leben zu rufen.

Asien. Nach Briefen aus Djebdah vom 10. Mai, die dem „Moniteur" zugehen, lauten die Nachrichten über den gegenwärtigen Gesundheitszustand in Mekkah und Medinah ausgezeichnet. Man hofft, daß für dieses Jahr kein einziger Cholerafall unter den Pilgern und den Bewohnern von Djebdah nachgewiesen werden wird. Die türkischen Behörden haben große Umsicht bewiesen und die nöthigen Vorsichtsmaßregeln getroffen. Nichts ist übrigens nach der Beschreibung des Korrespondenten jammervoller und widerlicher, als der Anblick einer von den heiligen Städten nach Djebdah zurückkehrenden Pilger-Karavane.

Neueres.

Berlin, 24. Juni. Die hiesige „Post" hört, daß die Regierung ernstlich damit beschäftigt ist, eine prinzipielle Modifikation der Bier- und Branntweinsteuer vorzunehmen. Selbstverständlich käme diese Aenderung für das ganze norddeutsche Bundesgebiet in Anwendung, falls sie von den verschiedenen Vertretungskörpern gebilligt würde. Die „Post" versichert: in der letzten Ministersitzung sei beschlossen, die Zeitungsstempelsteuer aufzuheben und eine Inseratensteuer einzuführen.

Wien, 24. Juni. Die Wiener „Abendpost" dementirt die Nachricht verschiedener Zeitungen, daß Oesterreich eine Anleihe in Paris oder überhaupt beabsichtige, da die Nothwendigkeit einer wie immer gearteten Anleihe für Oesterreich nicht vorhanden sei.

Agram, 24. Juni. Anläßlich magyarischer Agitationen in der Militärgrenze hat der Oberst des 2. Banal-Regiments soeben verfügt, jeden Agitator im Betretungsfalle festzunehmen und dem Regiments-Stockhause abzuliefern.

Znaim, 24. Juni. Gestern hat die Konstituirung des Gemeinde-Ausschusses nach dem neuen Znaimer Gemeindestatut, sowie die Wahl des Bürgermeisters stattgefunden. Joseph Wandrasch wurde nahezu einstimmig wiedergewählt.

Konstantinopel, 24. Juni. Fortwährend gehen Verstärkungen nach Candia ab. Wie die offizielle „Turquie" meldet, hat Omer Pascha wiederholt bei Lassiti gesiegt und den Insurgenten bedeutende Verluste zugefügt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	68 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$63^{1}/_{2}$ P.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$55^{7}/_{8}$ P.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	$4^{1}/_{2}$pCt.	$42^{3}/_{8}$ G.
Preussen	$3^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$100^{1}/_{4}$ P.
„	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$94^{1}/_{2}$ P. $^{1}/_{4}$ G.
„	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$94^{7}/_{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90 G.
„	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	90 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$90^{1}/_{4}$ P. $^{1}/_{8}$ G.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93^{7}/_{8}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$93^{1}/_{2}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. v. 1842	82 G.
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$91^{3}/_{4}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$95^{1}/_{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$88^{3}/_{4}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$83^{1}/_{2}$ P.
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl.	82 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2^{1}/_{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$85^{5}/_{8}$ P.
NAmerika	6pCt. à 1090r. 1881 D. $2^{1}/_{2}$	$78^{1}/_{4}$ P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	$77^{5}/_{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	693 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	185 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90^{3}/_{4}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	310 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$107^{1}/_{2}$ G.
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	225 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$114^{1}/_{2}$ P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	$150^{1}/_{4}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$90^{1}/_{4}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	$107^{3}/_{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49^{3}/_{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73^{1}/_{8}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	116 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^{3}/_{4}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^{7}/_{8}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$105^{1}/_{2}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97^{1}/_{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^{7}/_{8}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105^{1}/_{2}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^{1}/_{2}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105^{1}/_{2}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119^{5}/_{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^{7}/_{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^{1}/_{4}$—$^{7}/_{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	95 P.
do. in öst. W. l. S.	95 P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	$116^{1}/_{2}$ G.
„	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$64^{1}/_{2}$ P.
„	fl. 500 v. 1860 6/7	$72^{1}/_{2}$—$^{1}/_{4}$ G.
„	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$123^{1}/_{2}$ G.
„	do. v. 1864	$75^{1}/_{4}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.		$99^{3}/_{4}$ P. $^{5}/_{8}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose		$9^{1}/_{8}$ G.
Badische fl. 35		$53^{1}/_{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.		54 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.		$142^{1}/_{4}$ G.
„ fl. 25 do.		$38^{3}/_{4}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.		$34^{1}/_{2}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.		$67^{1}/_{2}$ G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose		—
Freiburger 15 Frs.-Loose		—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.		—
St. Lüttich mit $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.		—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.		$11^{3}/_{8}$ P

Frankfurt, 25. Juni. Die Geschäftsstille scheint sich an der Börse in Permanenz erklärt zu haben, denn wieder haben wir heut viel davon zu berichten, von Umsätzen dagegen um so weniger. Die Stimmung der Spekulationspapiere war matt und jede Anregung von Außen fehlte. Credit und 1860er Loose verloren eine Kleinigkeit, 1864er Loose unverändert und Staatsbahnaktien in guter Tendenz und $^{1}/_{2}$ fl. höher. Süddeutsche etwas mehr am Markte, die Umsätze waren nicht bedeutend und die Course ungefähr wie gestern. Von Eisenbahnaktien bleiben Hanauer gefragt, Ludwigsbahn und Bexbacher etwas billiger erhältlich. Verkaufaufträge auf Taunus waren immer noch nicht ausführbar, da keine Kaufsordres gegenüber stehen. Die Magdeburg-Halberstadt-Eisenbahn gibt 4 Mill. Thlr. neue $3^{1}/_{2}$ proz. Prioritätsaktien zum Cours von 74 aus. Subskriptionen werden morgen durch das Bankhaus M. A. v. Rothschild angenommen. Gutem Vernehmen nach sollen die Commissionen zahlreich einlaufen und in Berlin schon 1 pCt. Agio geboten sein; es ist dies um so begreiflicher, als die Anleihe an Sicherheit nichts zu wünschen übrig läßt und der Emissionspreis ein sehr billiger ist, indem die $3^{1}/_{2}$ pCt. oberschlesischen Prioritäten über 80 stehen. Prioritäten waren ziemlich unverändert und geschäftslos, und nur in Livorno wurde Einiges gemacht. Die Bekanntmachung, daß die Livorno und Toskaner Prioritäts-Coupons wie am letzten Termin, erstere jedoch mit der erschwerenden Bedingung der Vorzeigung der Stücke bezahlt werden, hat keinen Eindruck gemacht. Frankfurter Bankaktien werden fortwährend niederer offerirt, was wohl der großen Geschäftsstockung zuzuschreiben ist. Goldagio $138^{1}/_{4}$ machte auf Amerikaner keinen Eindruck. Paris, London und Wien etwas billiger erhältlich. National-Coupons 28. 26. Amerikanische 2. $24^{1}/_{4}$. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 175.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	64. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 27. Juni 1867.

Abonnements-Einladung.

Bestellungen auf die mit dem Unterhaltungsblatte **Mnemosyne** und dem Beiblatte **Würzburger Anzeiger** verbundene

Neue Würzburger Zeitung

für das mit dem 1. Juli beginnende III. Quartal nehmen alle Postämter und Postboten an, und werden solche rechtzeitig erbeten. Der Abonnementspreis beträgt in ganz Bayern

vierteljährlich nur fl. 1. 30 kr.

(Bei außerbayerischen Postämtern findet eine geringe Preiserhöhung statt.)

Es kömmt somit jede Nummer der Zeitung nebst Anzeiger (welcher selbst an Sonntagen erscheint, was im Jahre anderen Blättern gegenüber ein Mehr von über 50 Nummern entziffert) sowie mit dem Unterhaltungsblatt Mnemosyne **zusammen** auf den außerordentlich billigen Preis von

täglich einem Kreuzer

im Abonnement zu stehen.

Die „Neue Würzburger Zeitung" bringt nach wie vor Leitartikel über jede bedeutende politische oder handelspolitische Zeitfrage, ferner Original-Korrespondenzen und bei besonders wichtigen Vorkommnissen

telegraphische Depeschen

aus den größeren Städten Europa's.

Außer dem im Hauptblatte enthaltenen Feuilleton bringt das belletristische Beiblatt „Mnemosyne" Originalnovellen u. s. w. aus der Feder bekannter Schriftsteller, und hofft mit denselben neben dem übrigen Neuesten und Interessantesten aus dem Gebiete der Unterhaltungslekture, sowie ausgewählten Erzählungen, Gedichten, Miscellen, Aphorismen, Nekrologen, literarischen und Kunst-Kritiken u. s. w. ihre Leser nach jeder Richtung hin angenehm und lehrreich zu unterhalten.

Das täglich zur Zeitung erscheinende Gratis-Beiblatt **„Würzburger Anzeiger"** (welcher auch aparte um 42 kr. vierteljährlich bezogen werden kann) liefert alle lokalen Neuigkeiten, sowie eine kurzgefaßte Uebersicht der politischen Ereignisse, Markt-, Cours- und Sitzungsberichte u. s. w.

Exped. der „N. Würzburger Zeitung".

Die Tabaksteuer.

XX Aus Bayern. Die in Stuttgart erscheinende „Deutsche Vierteljahrsschrift" brachte im ersten Heft des Jahrgangs 1859 ein Votum über die Besteuerung des Tabaks. „Seit etwa sechs Jahren — heißt es hier — bewegt diese Angelegenheit die Zollvereinsregierungen und die Handelswelt und es kann durchaus nicht umgangen werden, sie in der nächsten Zeit zu erledigen. Bis jetzt sind aber die darauf Bezug habenden Anträge in den einzelnen Ständekammern noch zurückgelegt worden, weil nach regierungsseitlicher Versicherung in sicherer Aussicht steht, daß durch den gesammten Zollverein eine allgemeine Tabaksteuer eingeführt werden soll. Daß im Schooße des Zollvereins derartige Anträge gestellt wurden, ist richtig; ob es aber räthlich ist, in den einzelnen Ländern das Resultat dieser Verhandlungen abzuwarten, das möchte um deßwillen zu bezweifeln sein, weil einestheils ein solches Resultat im günstigsten Fall erst in einigen Jahren zu erwarten steht, und anderntheils weil es sehr problematisch ist, ob eine Einigung je darüber stattfinden wird, da bekanntlich das Veto eines einzelnen Staates genügt, die Wünsche aller übrigen zu beseitigen."

Man sieht daraus, daß es nicht ganz richtig ist, sondern vollständig falsch, wenn jetzt die gemeinsame Tabaksteuer als eine allerneueste diabolische Erfindung der bismarckischen Politik geschildert wird, ausgesonnen, um den Beutel des norddeutschen Bundes auf süddeutsche Kosten zu füllen. Seit mindestens 14 oder 15 Jahren hat diese Frage die Zollvereinsregierungen beschäftigt, selbstverständlich ohne Erfolg, so lange das Veto bestand. Eine süddeutsche Kammer — die hessendarmstädtische, wie in der angeführten Zeitschrift berichtet wird — hat schon in den Fünfziger Jahren das Verlangen nach Einführung der Tabaksteuer ausgesprochen.

Daraus folgt zwar keineswegs, daß Jedermann verpflichtet wäre, diese Steuer gutzuheißen. Sobald sie zu irgend einer beträchtlichen Höhe gesteigert werden soll, stehen ihrer Einführung, man mag sie bei dem Tabakbauer, beim Fabrikanten, beim Kaufmann oder vollends nach dem Vorschlage der Vierteljahrsschrift beim einzelnen Raucher erheben wollen, starke Bedenken entgegen, ganz abgesehen von den konstitutionellen Einwendungen gegen eine Erhöhung der indirekten Auflagen und von dem Verdammungsurtheil derjenigen, die jede Consumtionssteuer aus wirthschaftlichen Gründen verwerfen. Daß also von den einen die ganze Maßregel bekämpft, von den andern über die Art ihrer Ausführung lebhaft gestritten wird und daß sich besonders die vermeintlich oder wirklich zunächst gefährdeten Tabakbauer mit sehr lauter Stimme vernehmen lassen, ist durchaus in der Ordnung. Allein es gibt süddeutsche Blätter, welchen dies nicht genügt: sie vergiften den Streit über ökonomische Interessen mit politischer Bosheit und fälschen den Sachverhalt durch schwindelhafte Vorspiegelungen. Das Höchste leistet in dieser gemeinnützigen Thätigkeit neben dem Münchener „Volksboten" die „Pfälzer Zeitung". Hier wird die Tabaksteuer, wie schon oben angedeutet, als ein Versuch dargestellt, die norddeutsche Bundeskasse durch Plünderung der süddeutschen Länder zu füllen. Es kümmert die „Pfälzer Zeitung" nicht, daß die Verhandlungen über diese Steuer in eine Zeit zurückreichen, wo Niemand an den norddeutschen Bund gedacht hat, daß es überdies den Steuerpflichtigen in Bayern, Baden und Württemberg finanziell völlig gleichgelten muß, ob die übrigen Zollvereinsstaaten ihren Antheil am Ertrag der Steuer zur Ausstattung der norddeutschen Bundeskasse oder für irgend einen andern Zweck verwenden. Das genannte Blatt scheut sich auch nicht, gläubige Leser mit der Berechnung in Schrecken zu versetzen, daß der „Süden" siebenmal soviel Tabaksteuer in die „Bundeskasse" zu entrichten habe, wie der „Norden". Denn — sagt man — der letztere erzeugt halb soviel Tabak, wie der Süden, während die Bevölkerung von Süddeutschland nur 28 pCt. der norddeutschen zählt. Mit demselben Recht könnte man das Loos der Münchner Bierbrauer bejammern, weil sie ein Fünftheil des gesammten Malzaufschlages an den Staat zu entrichten haben. Es wäre dabei nur übersehen, daß die Biertrinker innerhalb und außerhalb Bayerns dem Brauer seinen Aufschlag bei Heller und Pfennig zurückvergüten, sowie eine richtig bemessene Tabaksteuer schließlich von den süd- und norddeutschen und ausländischen Rauchern bezahlt wird, auch wenn der Produzent sie ausgelegt hat. Der Kalkul der „Pfälzer Zeitung" ist Lug und Trug, und so lange die Art der Besteuerung nicht feststeht, kann Niemand behaupten, daß der Süden gegenüber dem Norden ums Siebenfache oder auch nur um ein Haar breit verkürzt sei.

Das neugeschaffene Zollparlament, in welchem es den gleichartigen Interessen der süd- und norddeutschen Tabakproduktion an Vertretern nicht fehlt, wird über diese Angelegenheit zu entscheiden haben. Nach den Vorstellungen, die man uns einzuimpfen sucht, wäre freilich die Mehrheit dieses Parlaments nichts anderes, als eine Bande von Schnapphähnen, lediglich darauf bedacht, mit Hintansetzung aller Gewissenszweifel dem hülflosen „Süden" seinen letzten Sparpfennig abzujagen. Solche Albernheiten richten sich selbst, sie können aber gleichwohl Unheil stiften. Denn wenn sie in Norddeutschland als der Ausdruck der bei uns herrschenden Stimmung aufgefaßt werden, so ist zu besorgen, daß sie dort den Glauben erwecken, es bestehe zwischen den Völkern diesseits und jenseits der Mainlinie noch immer

ein Kriegszustand, in welchem das Recht des Stärkeren entscheiden müsse. Eine solche Auffassung mit ihren verderblichen Wirkungen hätten wir denen zu verdanken, die ihren starrsinnigen Widerstand gegen den Fortschritt der deutschen Einigung für Patriotismus ausgeben. Unter den Händen dieser Leute verwandeln sich alle Bemühungen zur Wahrung süddeutscher Interessen in ihr schroffes Gegentheil. Es sind dieselben, die, wenn es in ihrer Macht gelegen wäre, Bayerns Beitritt zu der Uebereinkunft vom 4. Juni hintertrieben, dadurch aber das Land in die unerträglichste Lage und endlich in die Nothwendigkeit versetzt hätten, auf Gnade und Ungnade zu kapituliren.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 25. Juni. Se. Maj. der König hat dem kaiserlich russischen Uhlanen-Oberst P. Laschkareff das Comthurkreuz des Verdienstordens vom hl. Michael verliehen; den Landwehrmajor D. Hammerer zu Augsburg wegen nachgewiesener Dienstesuntauglichkeit auf sein Ansuchen von der Stelle eines Majors im Landwehr-Regimente Augsburg enthoben.

Der kgl. Forstgehilfe Jos. Danhauser von Kirchenthumbach wurde zum kgl. Forstwart in Geieleitheu, kgl. Forstamts Tirschenreuth, ernannt.

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 25. Juni. Se. Maj. der König hat dem Feldwebel J. Fleckenstein von der Garnisons-Kompagnie Königshofen für mit 14. ds. ehrenvoll zurückgelegte fünfzigjährige Dienstzeit die Ehrenmünze des Ludwigsordens verliehen; den Unterlieutenant E. Leuchsenring vom Genie-Regiment in Folge Erkenntnisses des General-Auditoriats als Revisionsgerichte der Armee zur Strafe entlassen; den Sekondlieutenant von der Leibgarde der Hartschiere, charakterisirten Generalmajor F. Grafen v. Ricciardelli und den Oberlieutenant K. Zöhnle vom 1. Art.-Reg., Letzteren auf ein Jahr, in den Ruhestand versetzt; den Oberlieutenant K. Danzer vom 8. Inf.-Reg. zum 2. Inf.-Reg. versetzt; den temp. pens. Bataillonsarzt Dr. L. Steichele auf weitere zwei Jahre im Ruhestande belassen; das Dienstestauschgesuch der Oberlieutenants Aug. Gemming vom 14. und K. Sternecker vom 12. Inf.-Reg. genehmigt, demgemäß dieselben in den genannten Regimentern gegenseitig versetzt; den temp. pens. Rittmeister H. Frhrn. v. Truchseß-Wetzhausen bleibend im Ruhestande belassen; dem pens. Regimentsquartiermeister K. Peppel die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt; den Oberlieutenant L. Elgershausen vom 3. reit. Art.-Reg. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt.

Die Nr. 32 des Regierungsblattes enthält eine umfassende Verordnung, die Maßregeln gegen ansteckende Viehkrankheiten betreffend. Es ist dies die, besonders von den Landwirthen ersehnte, sogenannte Seuchenordnung. Dieselbe umfaßt außer der Rinderpest den Milzbrand, die Maul- und Klauenseuche, die Lungenseuche, die Pocken- oder Blatternseuche der Schafe, den Rotz- und Hautwurm, die Beschälseuche und die Räute. Im Abschnitte I sind die allgemeinen Bestimmungen enthalten über Maßregeln gegen Einschleppung vom Auslande und bei Ausbruch im Inlande, über Anzeigepflicht, über die Obliegenheiten der Orts- und Distriktspolizeibehörden, über das Verfahren bei Verdacht des Ausbruchs und bei konstatirtem Ausbruche der Krankheit, über Maßregeln zur Unterdrückung und namentlich über Absonderung, Stall-, Orts- und Weitersperre, Tödtung, Reinigung; ferner über Schlachten zum Zwecke des Fleischgenusses, über die Behandlung der Kadaver, über periodische Nachschau durch den Thierarzt und über Aufhebung der Sperrmaßregeln. Abschnitt II enthält Vorschriften gegen die einzelnen der oben aufgeführten Viehkrankheiten. Abschnitt III gibt Vorschriften über die Kosten und über das Recht zur Beschwerdeführung. — Die Verordnung befaßt sich nur mit den bösartigeren, ansteckenden Krankheiten der landwirthschaftlichen Hausthiere, indem leichtere solcher Krankheiten nur ausnahmsweise polizeiliches Einschreiten erheischen, was in den einzelnen Fällen nach den obwaltenden Verhältnissen zu bemessen ist. Weil die Verordnung sich nur auf landwirthschaftliche Hausthiere bezieht, konnte auch die Hundswuth einen Platz in derselben nicht finden.

Berlin, 24. Juni. Heute Nachmittag um 3 Uhr schloß die zweimonatliche außerordentliche Session des Landtages. Die Feier verlief sehr einfach und schmucklos. Im Weißen Saale hatten sich etwa 100 Mitglieder beider Häuser des Landtages eingefunden, fast alle erschienen im schwarzen Frack, Uniformen waren sehr vereinzelt. Die Einrichtung im Weißen Saale war unverändert, nur fehlte die Hofbedienung und der Thronsessel war verhüllt. Um 3 Uhr 10 Minuten traten die Minister v. d. Heydt, v. Roon, Graf Itzenplitz, v. Mühler, Graf zur Lippe und Graf Eulenburg in den Saal und stellten sich zur Linken des Thrones in der angegebenen Reihenfolge auf. Sie trugen die kleine Uniform, Hr. v. Roon erschien in der Uniform seines (33.) Infanterie-Regiments. Der Finanz-Minister verlas darauf die (bereits mitgetheilte) Thronrede, nach welcher der Präsident des Herrenhauses, Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode ein dreifaches Lebehoch auf den König ausbrachte; damit schloß die Ceremonie um 3 Uhr 15 Minuten. Auf den Zuhörer-Tribunen waren nur wenige Zuhörer, in der Diplomatenloge ein Attaché der russischen Gesandtschaft anwesend. Für morgen wird die Verkündigung der norddeutschen Bundesverfassung als Gesetz erwartet.

Aufsehen erregt die am Samstag im **Berliner Magistrats-Kollegium** erfolgte Ablehnung des Antrags, dem Minister-Präsidenten Grafen v. Bismarck das Ehrenbürgerrecht der Stadt Berlin zu verleihen. Der Antrag war von dem Ober-Bürgermeister Seydel ausgegangen und hätte, um Geltung zu erlangen, von der Stadtverordneten-Versammlung bestätigt werden müssen, die ihn sicher abgelehnt hätte. Der Ablehnung des Vorschlags war eine lebhafte Erörterung vorhergegangen. Es befanden sich unter den Gegnern desselben auch konservative Mitglieder des Magistrats, welche hauptsächlich die peinlichen Erörterungen vermieden haben wollten, die der Gegenstand jedenfalls in der Stadtverordnetenversammlung hervorgerufen haben würde. Andererseits gab auch die Bestimmung der Städteordnung zu dem Bedenken Veranlassung, daß die Verleihung des Ehrenbürgerrechts an den Grafen Bismarck keine rein städtische Angelegenheit sei, da jene Bestimmung die Verleihung des Ehrenbürgerrechts von der Voraussetzung abhängig macht, daß der Betreffende besondere Verdienste um die Stadt sich erworben haben müsse.

Aus **Hannover,** 23. Juni, schreibt man der „Frankf. Ztg.“: Durch einen Erlaß des General-Gouverneurs werden wir daran erinnert, daß über uns ein thatsächlicher, wenn auch kein rechtlicher Ausnahmezustand verhängt worden. Dieser Erlaß erklärt in jeder Gemeinde, in welcher Deserteure und Militärpflichtige, die sich dem Dienste entziehen wollen, dazu eine Begünstigung finden, die Einwohner für solidarisch haftbar und die Vorsteher für doppelt straffällig. Eine solche Gemeinde soll auf ihre Kosten mit Einquartierung belegt werden und zwar so, daß die Gemeindevorsteher eine doppelte Bequartierung zu tragen haben. Das Beispiel, welches von der obersten Behörde der Provinz gegeben wird, bleibt nicht ohne Nachfolge unserer Behörden. Der Magistrat von Duderstadt, dessen Bürgermeister im vorigen Jahre unter dem Verdachte preußenfeindlicher Umtriebe eine Zeitlang verhaftet war, hat den Wirthen der Stadt anbefohlen, in ihren Lokalen antipreußische Gespräche zu verbieten und davon sofort Anzeige zu machen. Verstöße gegen den Befehl hat der Magistrat mit Konzessions-Entziehung bedroht.

Wien, 24. Juni. Zuverlässigen Informationen zufolge wird Professor v. Hasner künftiger Kultus- und Unterrichtsminister für Westösterreich sein. Diese Persönlichkeit war, wie man sich erinnern wird, für den besetzten Posten ursprünglich in Aussicht genommen gewesen, aber die Verhandlung war abgebrochen worden, vornehmlich aus Rücksicht auf die ausgesprochene zentralistische Haltung des Herrn v. Hasner, welche er auch in der Adreßdebatte des Herrenhauses dargelegt hatte, dann auch, weil er Anstand nahm, die von Galizien geforderten Zugeständnisse in Betreff eines autonomen Schulwesens zu bewilligen. Eine Ausgleichung scheint sich nunmehr gefunden, und Herr v. Hasner sich dazu verstanden zu haben, ein Programm auszuführen, durch welches die Mißstände des Konkordats in Betreff der Unterrichtsfreiheit und der Gleichberechtigung der Konfessionen ausgeglichen werden sollen. Das österreichische Episkopat dürfte den zu treffenden Einrichtungen kaum ein Hinderniß in den Weg legen, wenn auch der heilige Stuhl, worauf man gefaßt sein muß, pro forma protestirt. (N. Corr.)

Paris, 23. Juni. In Hofkreisen verbürgt man die folgende Geschichte, die, obschon sich noch auf den Aufenthalt des Kaisers von Rußland beziehend, dennoch nicht ohne Interesse ist. Als mehrere Tage nach dem Attentate der Ball im Stadthause stattfinden sollte, erhielten das Ministerium des Innern wie die Polizeipräfektur von verschiedenen hochgestellten Männern Winke, dahin gehend, daß 27 Einladungsbillete für das Hotel de ville von einer Gesellschaft Polen gefälscht worden seien, die zur Einschmuggelung von Attentätern dienen sollten. Damals glaubte man mehr wie heute an die Existenz eines großen polnischen Komplottes gegen Alexander II. Man traf daher weitgreifende Vorsichtsmaßregeln, und namentlich wurde der Kaiser von Rußland von dem Augenblicke an, da er das Stadthaus betrat, von einem dreifachen Ringe Vertrauter umgeben, die dieses Mal aus den höchsten Beamten des Ministeriums des Innern und der Polizeipräfektur gebildet worden waren, deren glänzendes Aeußere Niemanden vermuthen ließ, welche Rolle sie spielten. Auch hat wirklich Kaiser Alexander II. von diesen Vorkehrungen nicht das Mindeste gemerkt, die indeß dem außerhalb des Ringes befindlichen König von Preußen nicht entgingen, welcher sofort die Gelegenheit ergriff, sich bei den Herren Lavalette und Pietri im Namen seines kaiserlichen Neffen für diese umsichtige Sorgfalt zu bedanken. — General v. Moltke hat dem Vernehmen nach seinen hiesigen Aufenthalt benutzt, um drei zum Erscheinen in der „Revue Contemporaine“ verbreitete Artikel über den vorjährigen Krieg persönlich durchzusehen und zu überarbeiten. Diese Aufsätze können somit vollen Anspruch auf Zuverlässigkeit machen. (Köln. Ztg.)

Paris, 24. Juni. Heute Morgen machte der kaiserliche Prinz, der bekanntlich Präsident der kaiserlichen Ausstellungs-Commission ist,

seinen ersten Besuch im Palaste des Marsfeldes; er hatte in Folge seiner langwierigen Krankheit dasselbe seit seiner Eröffnung noch nicht besucht. Er fand sich sehr früh, um $8^3/_4$ Uhr, ein und wurde von den Mitgliedern der Ausstellungs-Commission, Herrn Rouher an der Spitze, empfangen. Sein Gouverneur, der General Frossard, und sein Stallmeister Baron begleiteten ihn. Der kaiserliche Prinz, der, obgleich Präsident, doch seinen gewöhnlichen Anzug, d. h. eine offene Jacke und aufgeschürzte Hosen, die nach Zuaven-Manier in die Gamaschen hineingesteckt waren, trug, sah wieder recht wohl aus, wenn man ihm auch im Gehen noch etwas merkte, wie sehr er gelitten haben muß. Der Prinz wurde zuerst in den kaiserlichen Salon geführt, wo ihm die Mitglieder der kaiserlichen Commission vorgestellt wurden. Darauf sah er sich die französischen Kanonen an, durchging die ganze englische Ausstellung, machte einen Abstecher nach Afrika und wandte sich zu guter Letzt den Kanonen wieder zu, aber dieses Mal den preußischen, die ihn sehr zu interessiren schienen. Die große Krupp'sche zog besonders seine Aufmerksamkeit auf sich. Um $10^1/_2$ Uhr verließ der Prinz die Ausstellung wieder, überall mit Sympathie empfangen. Es waren übrigens in dieser frühen Stunde erst wenige Leute anwesend. In die Nähe des Prinzen wurde Niemand zugelassen. Der Officier de Paix, Larché, hatte einen besondern Dienst für ihn organisirt. Der Prinz Amadeus von Italien war auch in der Ausstellung, ohne jedoch mit dem Prinzen zusammenzutreffen. Die Prinzessin begleitete ihn nicht. Dieselbe erregt hier übrigens wegen ihrer ungewöhnlichen Schönheit allgemeines Aufsehen. Nach dem Diner war Empfang. Der Sultan hält nächsten Sonntag seinen Einzug in Paris. Er wird mit ungewöhnlichem Pomp stattfinden. Die alten Staatskarossen sollen sogar aus Versailles hervorgeholt werden. Sicher ist es jedoch noch nicht, daß dieselben in Anwendung kommen, da der Sultan seinen Einzug in Paris durchaus zu Pferde halten will. Djemil Pascha, der hiesige türkische Botschafter des Sultans, das ganze Botschaftspersonal und Kiamil Bey, der türkische Ober-Ceremonienmeister, welcher sich seit einiger Zeit zur Ordnung des Ceremoniels in Paris befindet, gehen übermorgen nach Toulon ab, um der Landung des Sultans anzuwohnen. (Köln. Ztg.)

In der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 22. Juni nahm Herr Morin bei Gelegenheit der Debatte über die Supplementar-Credite von 1866 Anlaß, der Regierung den Artikel V des Prager Friedens in Erinnerung zu bringen. Er drang auf die Ausführung dieses Artikels durch baldigste Eröffnung einer allgemeinen Abstimmung in den dänischen Distrikten von Nordschleswig. Die Demarcations-Linie sei leicht zu ziehen; sie ergebe sich aus dem Votum, welches bei den Wahlen in das Norddeutsche Parlament stattfand. Die Majorität sei damals dänisch gewesen in allen Theilen von Schleswig nördlich einer vom Flensburger Golf zur Nordsee gehenden Linie, die Insel Alsen und die Festung Düppel mit eingeschlossen. Er rechne für seinen Wunsch auf die Anstrengungen der französischen Regierung, auf die Sympathien der Kammer und auf die Weisheit des Herrn v. Bismarck selbst, welcher ein zu großer Minister sei (Lärm), um nicht zu erkennen, daß er, je gerechter er sich gegen die dänische Nationalität zeige, desto leichter auch Europa für die Ansprüche der deutschen Nation gewinnen werde. — Vom Ministertisch wurden diese Bemerkungen schweigend hingenommen. Herr Glais-Bizoin kam dagegen auf die mexikanische Angelegenheit zurück. Er habe diese Expedition stets als ein Werk der Versuchung gehalten, welches nöthig war, um dem Lande die ungeheuren Gefahren einer persönlichen Regierung, der das Glück und das Leben eines großen Volkes anvertraut ist, zu zeigen. (Stürmische Unterbrechung.) Ja, wenn das Land nicht bei den Wahlen von 1863 aus seiner Erstarrung herausgetreten wäre, so wäre die Expedition von Mexiko für das zweite Kaiserreich gewesen, was der spanische Krieg für das erste war. Wir hätten heute 80,000 Mann in Mexiko, den Krieg mit den Vereinigten Staaten und vielleicht mit der ganzen Welt. Unter den verlangten Crediten heißt es: Sold für die österreichisch-belgische Brigade 4,600,000 Francs, Contre-Guerilla und Lebensmittel 867,500 Frcs., Summe 5,467,500 Frcs. Der erläuternde Bericht fügt hinzu, daß diese Summe wegen vollständiger Erschöpfung des mexikanischen Staatsschatzes von der französischen Regierung provisorisch gezahlt wurde. Herr Glais-Bizoin möchte wissen, was dieses Wort provisorisch bedeuten solle. — General Allard: Das Wort provisorisch bedeute, daß die Summe nur vorgeschossen und auf Rechnung der mexikanischen Schuld gesetzt sei. (Ironische Rufe: Ah! Ah!) Herr Picard interpellirte die Regierung, ob und was sie für die Jecker'schen Bons gethan habe. Staatsminister Rouher produzirte zunächst den gestern begehrten Vertrag zwischen den Concessionären der mexikanischen Obligationen und dem Staate. Es geht aus demselben hervor, daß Herr Pinard, der Direktor des Comptoir d'Escompte, sich ausdrücklich ausbedungen hatte, der Vertrag solle alle Giltigkeit verlieren in dem Falle, daß die mexikanische Regierung durch einen Krieg oder eine Revolution gestürzt würde. Was die Jecker'sche Forderung betrifft, so versichert Herr Rouher, daß die französische Regierung den auf dieselbe bezüglichen Verhandlungen vom Jahre 1866 vollkommen fremd geblieben sei und ausdrücklich gegen jeden Versuch einer privilegirten Zahlung zum Nachtheile der anderen Gläubiger protestirt habe. Herr Glais-Bizoin: Es ist gleichwohl eine unbestreitbare Thatsache, daß der Vertrag von Soledad nur in Folge von Ansprüchen an dieser Forderung betheiligter Personen gebrochen wurde, Ansprüchen auf Einbegreifung in die französischen Forderungen, welche der Vertreter Frankreichs nicht zugestehen wollte. Herr Hantjens bat um Auskunft, welche Absichten die Regierung bezüglich der Inhaber mexikanischer Obligationen habe. Minister Rouher lehnte jede Antwort ab, weil eine solche nur zu Mißdeutungen Anlaß geben könne.

Florenz, 22. Juni. Garibaldi ist dem mißglückten Versuche gegen Rom ganz fremd. Er hat den Anstrengungen, ihn mit in die Unternehmung hineinzuziehen, widerstanden. Nach Berichten aus Rom zu urtheilen, ist man daselbst aber nichts weniger als ruhig. Sehr unangenehm berührt ist die päpstliche Regierung durch die Nachricht, daß die Königin Isabella von Spanien auf ihr Vorhaben, dem Papste einen Besuch zu machen, verzichtet. Es scheint, daß sehr gewichtige Einflüsse sich geltend gemacht haben, um die Königin zu überzeugen, daß ihre Anwesenheit in Rom unter den gegenwärtigen Verhältnissen unklug und bedenklich wäre. Zwar hat die Königin ihre Reise nach Rom blos zu verschieben geruht, aber diese darf schon jetzt als aufgegeben betrachtet werden. — Florenz fängt an, todt zu werden; das diplomatische Korps macht auch Anstalten, die Stadt zu verlassen. Herr v. Usedom geht in die Schweiz und von dort nach Deutschland. Die Minister von Spanien und Bayern begeben sich ebenfalls nach Deutschland; der russische Gesandte will einen Besuch in Paris machen. Der türkische Gesandte hat einen unbestimmten Urlaub erhalten und man glaubt, dieser werde sich in einen definitiven umgestalten; der englische Gesandte ist für den Posten in Konstantinopel bestimmt. Herr v. Malaret dürfte uns vor September nicht verlassen. (Köln. Ztg.)

Kopenhagen, 22. Juni. Gestern beschloß das Folkething mit 50 gegen 41 Stimmen eine Erhöhung der täglichen Löhnung der gemeinen Soldaten um 4 Sh. Danach erhält der dänische Soldat eine tägliche Löhnung von 24 Sh. Da das Gesetz indeß noch nicht im Landsthing gewesen ist, so ist dort noch eine Möglichkeit für Veränderung, so daß der Staatskasse eine Ausgabe von circa 130,000 Thlr. jährlich gespart werden kann, während der Soldat doch kaum bei der bestehenden Löhnung von 20 Sh. R.-M. Noth leidet, wenigstens zeugt das kräftige Aussehen der dänischen Soldaten nicht von Noth. (H. N.)

London, 24. Juni. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erwiedert Lord Stanley auf eine Interpellation Griffith's, seine Information bekräftige die frühere Angabe, daß die Griechen und Türken mit gleicher Grausamkeit einander bekriegen.

Die „Turquie", das amtliche Blatt der Pforte, nennt den „bulgarischen Aufstand" eine „Mystifikation". Die „Wiener Abendpost" hat Nachrichten aus **Bulgarien**, die bis zum 12. Juni reichen und bekunden, daß in den rumänischen Donauhäfen Galacz und Ibraila lebhaft dahin gearbeitet wird, eine Bewegung in Bulgarien hervorzurufen. Es bestehen in dieser Richtung griechische und bulgarische Comité's, zwischen denen griechischerseits eine Fusion angestrebt wird, um Freiwillige zu einem Einfalle in Bulgarien zu werben; die Bulgaren sympathisiren jedoch nicht mit den Griechen und wollen sich nicht als deren Werkzeuge brauchen lassen. Uebrigens wird auch in den bulgarischen Comité's viel Thätigkeit bekundet; man sammelt Geld und entsendet Emissäre, um die Bevölkerung zu bearbeiten, eine Aufgabe, die ziemlich schwierig sein dürfte, da den einlangenden Berichten zufolge die Bulgaren eben keine große Lust bezeigen, sich an irgend einer Erhebung zu betheiligen. Die angeworbenen Freiwilligen werden zunächst an das türkische Ufer gebracht und von dort nach Gabrova dirigirt. In Tultscha wird ebenfalls eine ziemliche Aufregung wahrgenommen. Bis jetzt sind diese Freiwilligen als Räuberbanden aufgetreten, die namentlich in der Nähe des Balkans Gewaltthaten verübt haben. Mehrere von ihnen, deren sich die verfolgenden Gensd'armen bemächtigen konnten, haben ausgesagt, daß sie für bedeutende Bezahlung angeworben worden seien. Ueber die Stärke dieser Banden variiren die Angaben wesentlich. Man hatte bereits von einer Ansammlung von mehr als 1000 Mann bei Gabrova gesprochen, eine sicherlich weit übertriebene Mittheilung. Glaublicher erscheint dagegen die Meldung, daß das Gros der Räuber sich in einzelne Banden getheilt habe, die nach verschiedenen Richtungen hin das Land durchstreifen.

Der „Wiener Abendpost" wird aus **Konstantinopel**, über die dort entdeckte Verschwörung geschrieben: „Unter Leitung des Nia-

Digitized by Google

[illegible]-Bey, eines ganz jungen Menschen und früheren Secretärs des ägyptischen Prinzen Mustapha Fazyl Pascha, hatte sich eine geheime Gesellschaft, eine Art Maurerverbindung mit äußeren Abzeichen in Symbolen und Costumen gebildet; von der Polizei war sie schon seit längerer Zeit beobachtet worden. Nicht 26 Verhaftungen, sondern nur 16 haben Statt gefunden, sie trafen durchwegs in Europa erzogene junge Leute im Alter von 20 bis 22 Jahren. Daß sie wirklich die Absicht hatten, die Minister zu ermorden, ist wahrscheinlich, wenigstens hatten sie 30 handfeste Leute aus der untersten Volksklasse im Solde. Drei Hauptschuldige konnten bis jetzt nicht aufgefunden werden."

Nachrichten aus **Kreta** vom 10. Juni bestätigen die Erstürmung der Höhen von Lassithi durch die Türken. Die letzteren verloren 360 Todte und Verwundete, die Insurgenten 400 Todte und 300 Verwundete. Die Türken erbeuteten auch Munition und Proviant. Die „Turquie" gibt den Verlust der Türken auf 10 Todte und 60 Verwundete an. Omer Pascha verlangte 10,000 Mann Verstärkung. Die Hälfte davon ist, mit großen Munitions- und Proviantvorräthen versehen, von Konstantinopel abgegangen, die andere Hälfte kommt aus Syrien.

Neueres.

Berlin, 25. Juni. Königin Auguste verweilt in Windsor, bis die Königin Victoria nach Osborne geht, reist dann auf dem Rückweg zu mehrtägigem Aufenthalt nach Paris, und kehrt am 18. Juli nach Koblenz zurück. Der schweizerische Gesandte Hr. Heer ist gestern nach Dresden gereist, um dort wie in Stuttgart, München und Karlsruhe seine Creditive zu überreichen; er wird im September nach Berlin zurückkehren. — Der „Nordd. Allg. Ztg." zufolge dürfte Mitte Juli der Wahlakt, Ende August die Eröffnung des Reichstags stattfinden. Die in der ersten Hälfte des Septembers bevorstehende Zollconferenz wird in Bezug auf die Tabackfrage nur eine Vorlage vereinbaren, über welche das künftige Zollparlament frei zu berathen und zu beschließen haben wird.

Pesth, 25. Juni. Das heutige Amtsblatt veröffentlicht zwei an das siebenbürgische Gubernium gerichtete allerhöchste Handschreiben vom 20. Juni; mittelst des ersteren wird der siebenbürgische Landtag aufgelöst, da die Regelung der Verhältnisse zwischen den beiden gesetzlich vereinigten Ländern und der wechselseitige Ausgleich ihrer Interessen, am schnellsten und sichersten im Wege der durch den Landtag hierzu ernannten Commission, erreicht werden kann, und da die definitive Festsetzung der Details, der Union der vereinigten gemeinschaftlichen Gesetzgebung der beiden Länder, anheimgestellt ist. Mittelst des zweiten Handschreibens werden die Beschlüsse des Hermannstädter Landtages außer Kraft gesetzt. Wie das Amtsblatt aus authentischer Quelle erfährt, wurden die beiden allerhöchsten Handschreiben gestern im siebenbürgischen Gubernium publizirt.

Paris, 25. Juni. Der Sultan ist gestern Abends in Neapel angelangt; er wird Freitag oder Samstag in Toulon erwartet und wird sodann Sonntag in Paris eintreffen. — Die „Patrie" schreibt: Es ist bis jetzt keine Nachricht eingelangt, welche bestätigt, daß die Unruhen in Bulgarien so erheblich sind, wie die „Independance" angibt. Man weiß bis jetzt nur, daß in Bulgarien große Aufregung herrsche.

Kopenhagen, 25. Juni. Laut der amtlichen „Berling'schen Zeitung" ist die Nachricht, daß sich das dänische Königspaar nach Paris begeben werde, unrichtig. — Heute ist ein französischer Regierungscourier mit Depeschen hier eingetroffen.

Petersburg, 24. Juni. Fürst Gortschakoff wird heute zurückerwartet und feiert morgen sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum; er wird wahrscheinlich zum Reichskanzler erhoben werden. — Alle Journale heben auf Grund der publicirten Dokumente den Antheil Rußlands an der Beilegung der Luxemburger Frage hervor, welche keineswegs ausschließliches Verdienst Englands und Oesterreichs sei.

New-York, 24. Juni. (Kabeltelegramm.) Der Präsident Johnson hat in Uebereinstimmung mit der Ansicht des Attorney-General die zwangsweise Durchführung der Rekonstruktions-Bill angeordnet.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	68 7/8 P. 5/8 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63 3/8 P.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	65 3/4 P. 1/2 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	4 1/2pCt.	42 1/4 P.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 1/4 P.
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	95 1/8 P.
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	95 1/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90 1/4 P. 90 G.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	90 1/4 P. 90 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 3/8 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	93 1/2 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Baden	4 1/2pCt. Obl.	93 P. 92 3/4 G.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	83 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	91 3/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	94 7/8 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	88 3/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	83 1/8 P.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	82 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 5/8 P.
N.Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	78 P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	77 1/2 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	692 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	181 1/2 P. 82 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 3/4 P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	209 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	107 1/4 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	224 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	114 1/2 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	151 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90 1/4 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 3/8 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 3/4 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	116 3/4 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 7/8 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/4 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 1/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 1/4 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/4 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/8 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/4—7/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	95 P.
do. in öst. W. l. S.	95 P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	117 1/2 P. 117G
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64 1/4 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	72 5/8—73 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	123 1/4 G.
„ do. v. 1864	75 3/8 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 7/8 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	53 1/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143 1/4 P.
„ fl. 25 do.	38 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	34 1/2 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	67 1/2 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11 3/8 P.

Frankfurt, 26. Juni. Auch in Wien scheint man jetzt den Cours der Creditaktien für zu hoch zu halten. Die dortige Spekulation fängt an, Abgeber zu werden und da Frankfurt und Berlin nicht zur Aufnahme geneigt sind, so haben die dortigen Realisationen Credit um 2—3 fl. gedrückt. Von Spekulationspapieren wurden von der flaueren Stimmung weiter berührt 1860er Loose und Staatsbahn, erstere verloren 1/2 pCt., letztere 1 fl. 1864er Loose wurden weniger berührt. Von österr. Staatspapieren waren steuerfreie Metalliques und National etwas matter. Für süddeutsche Papiere ist immer noch keine Kauflust vorhanden und war Mattigkeit auch hier das vorherrschende Gepräge des Marktes. Von Prioritäten Galizische 3/4 pCt. niederer, was auf die neue Emission zurückzuführen ist. Für 1. Elisabeth und Böhmische war mehr geboten. In Staatsbahn, Lombarden und Livornesern fanden Geschäfte ungefähr zu gestrigen Coursen statt. Oesterr. Bankaktien waren in kleinen Pöstchen etwas billiger offerirt, Frankfurter blieben bei fehlenden Käufern am Markte. Für Hanauer sind anhaltend Käufer da, jedoch mit Limiten, zu welchen die Abgeber fehlen. Ludwigsbahn und Bexbacher haben etwas nachgegeben. Die Subscription auf Magdeburg-Halberstädter ist geschlossen. Von Wechseln London, Paris und Wien billiger zu haben. Nationalcoupons 26, Goldcoupons 22 1/2. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 176. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 64. Jahrgang. | Freitag, 28. Juni 1867.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 25. Juni. Se. Maj. der König hat in Genua ein k. Consulat errichtet und diese Stelle dem Kaufmann L. Allgeyer daselbst übertragen; dem k. Regierungsrathe Dr. J. K. v. Aberner in Augsburg in Rücksicht auf seine 50jährigen treu geleisteten Dienste das Ehrenkreuz des k. b. Ludwigordens verliehen; dem quiesc. k. Rentbeamten H. Appel in Freising und dem Spital-Curatbenefiziaten Fr. X. Prestele in Dillingen in Rücksicht auf ihre 50jährigen treu geleisteten Dienste die Ehrenmünze des k. b. Ludwigordens verliehen; die kath. Pfarrei Buttenheim, Bezirksamts Bamberg I, dem Priester G. Thiem, Pfarrer in Kupferberg, Bezirksamts Stadtsteinach, das II. v. Eyb'sche Benefizium zu Eichstädt dem Priester Fr. Frieß, Seminar-Subregens daselbst, übertragen; den Landg.-Assessor J. G. Schreyer in Grafenau wegen nachgewiesener Dienstesunfähigkeit in den nachgesuchten Ruhestand auf die Dauer eines Jahres treten lassen und an dessen Stelle den Bezirksg.-Accessisten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landg. Weißenhorn, J. Kistenfeger, ernannt; den Controleur des k. Oberaufschlagamtes von Oberbayern, Mich. Sedlmaier, unter Anerkennung seiner nahezu 50jährigen treuen Dienste in den erbetenen definitiven Ruhestand treten lassen; die kathol. Pfarrei Deidesheim, Bezirksamts Neustadt a/H., dem Priester H. Kniefiel, Pfarrer in Venningen, Bezirksamts Landau i. d. Pf., die kath. Pfarrei Oberhochstadt, Bezirksamts Landau i. d. Pf., dem Priester J. Grebholz, Pfarrer in Billigheim, Bezirksamts Bergzabern, die kath. Pfarrei Thalkirchdorf, Bezirksamts Sonthofen, dem Priester M. Ruder, Pfarrer in Dösingen, Bezirksamts Kaufbeuern, übertragen.

München, 25. Juni. Der Kultusminister v. Gresser hat seinen Geschäftsurlaub angetreten und ist vorgestern zur Besichtigung der Ausstellung nach Paris abgereist.

München, 26. Juni. Die Anhänger der vormaligen freien Gemeinden in Nürnberg und Fürth haben in einer Vorstellung vom 1. Januar l. J. unter Vorlage eines neu revidirten Verfassungsstatutes wiederholt um Anerkennung dieser Genossenschaften als Privat-Kirchengesellschaften gebeten. Laut Entschließung der k. Staatsminister ien des Innern beider Abtheilungen vom 22. ds. wurde dem Gesuche der bezeichneten Staatseinwohner eine Folge nicht gegeben, da auch das neu vorgelegte Verfassungsstatut jene Grundlagen und Einrichtungen vermissen läßt, welche Angesichts der im 2. Abschnitt der II. Verfassungs-Beilage für Religions- und Kirchengesellschaften bezeichneten Voraussetzungen von einer Privat-Kirchengesellschaft im Sinne des dermalen geltenden Verfassungsrechtes nachgewiesen werden müssen, und unter diesen Umständen es nicht zulässig ist, für diese Genossenschaften die Anerkennung der Staatsgewalt in Gemäßheit des § 26 der II. Verfassungsbeilage zu bewirken. Dagegen wurde ihnen bemerkt, wie nach den Bestimmungen des Gesetzes über Versammlungen und Vereine vom 26. Februar 1850 kein gesetzliches Hinderniß obwalte, daß die Mitglieder der vormaligen freien Gemeinden von den durch Art. 1 und 11 dieses Gesetzes den bayerischen Staatsangehörigen eingeräumten Befugnissen Gebrauch machen und gleich den Gesinnungsverwandten in anderen deutschen Staaten als Vereine sich constituiren. So lang die hienach constituirten Vereine die im Art. 13 des Vereinsgesetzes gezogene Schranke nicht überschreiten, sollen dieselben nach der bemerkten Ministerialentschließung fortan als nicht politische Vereine behandelt werden, und die Ministerial-Entschließung vom 5. Nov. 1851 Nr. 18,027, die deutsch-katholischen und freien Gemeinden betreffend, außer Anwendung bleiben. Was die den Mitgliedern vormaliger Freigemeinden in Bezug auf die Wahlfähigkeit zu Gemeindeämtern, und die Eheschließung zur Zeit noch entgegenstehenden Hindernisse anbelangt, so sind bereits die erforderlichen Einleitungen getroffen, um die Beseitigung dieser Hindernisse auf legislativem Wege herbeizuführen. (B. Z.)

— **München,** 26. Juni. Die hiesige Ludwigs-Maximilians-Universität feierte heute ihr Stiftungsfest. Um 10 Uhr fand akademischer Gottesdienst statt und um 11 Uhr hielt in der Aula der Universität der Rektor Dr. v. Döllinger die Festrede. Er gab einen Ueberblick über die Schicksale der Universität seit ihrer Gründung und unterschied Kindesalter, Jünglingsalter und Mannesalter derselben. Ihr Kindesalter verlebte die Universität zu Ingolstadt, wo im Laufe dreier Jahrhunderte keine bedeutenderen Gelehrten sich hervorthaten; ihr Jünglingsalter zu Landshut, wo während eines Zeitraumes von blos 25 Jahren viele gelehrte Männer ihre Thätigkeit entfalteten; in's Mannesalter ist die Universität in München eingetreten. — Der Redner gedachte ferner der im Laufe des vergangenen Jahres heimgegangenen akademischen Lehrer, des berühmten Rechtslehrers Dr. v. Dollmann und der Professoren der Theologie Dr. v. Stadlbauer und Dr. Ritter. — Aus den vom Redner gemachten Eröffnungen bezüglich der für das Jahr 1866/67 gestellten Preisaufgaben ist Folgendes zu erwähnen. Den Preis für Lösung der medizinischen Aufgabe erhielt Stud. A. Noling aus Nürnberg, für Lösung der theologischen G. Ratzinger aus Niederbayern. Die Lösung der juristischen Aufgabe hatten 4 Studirende unternommen, von denen jedoch keiner den Preis errang; belobt wurde Stud. J. B. Fries aus München. Die Preise für Lösung der philosophischen Aufgaben erhielten G. Speiger aus Reichenau in Baden und L. Muckenthaler aus Niederbayern. Die Bearbeitungen der staatswirthschaftlichen Aufgabe wurden nicht für preiswürdig befunden;

Feuilleton.

Gedächtnißtage aus der Zeit des vorjährigen Krieges.

Nachstehend lassen wir bei der gegenwärtigen Wiederkehr der ereignißreichen Zeit des vorigen Sommers eine übersichtliche, der „Köln. Ztg." entnommene Zusammenstellung der Hauptmomente des vorjährigen Krieges folgen.

Am 22. Juni setzten sich die beiden preußischen Armeen unter den Befehlen des Prinzen Friedrich Karl und des Kronprinzen in Bewegung und überschritten die böhmische Grenze.

Am 24. Juni siegten die Oesterreicher unter dem Erzherzoge Albrecht bei Custozza über die Italiener unter dem Könige Viktor Emanuel.

Am 26. Juni warf die preußische Armee unter dem Prinzen Friedrich Karl die Oesterreicher unter Clam-Gallas und rückte bis Liebenau, Turnau und Podol vor. Am nämlichen Tage nahm die von dem Kronprinzen geführte Armee die Stadt Nachod.

Am 27. Juni führte General Herwarth v. Bittenfeld die Elb-Armee bis zur Iserlinie, überschritt die Iser und vereinigte sich mit der Armee des Prinzen Friedrich Karl, während gleichzeitig die Armee des Kronprinzen nach heftigem Kampfe aus dem Defilé zwischen Nachod und Skalitz hervortrat. An demselben Tage erlitten die von schwerer Uebermacht bedrängten Preußen unter General Flies eine Schlappe bei Langensalza.

Am 28. Juni nahm Prinz Friedrich Karl Münchengrätz; der Kronprinz nahm Trautenau und Burgersdorf und Skalitz. Die Hannoveraner streckten die Waffen bei Langensalza, und von diesem Tage an stand den Preußen in ganz Norddeutschland kein Feind mehr gegenüber.

Am 29. Juni wurden Gitschin und Königinhof genommen und alle drei preußischen Armeen bewerkstelligten ihre Vereinigung, worauf die Oesterreicher sich in vollem Rückzuge gegen Königgrätz wandten.

Am 3. Juli wurde die Schlacht von Königgrätz (Sadowa) geschlagen und gewonnen. Der österreichische Feldherr Benedek sammelte die Trümmer seiner Armee, um sie in Olmütz zu reorganisiren.

Am 8. Juli rückten die Preußen in Prag, der Hauptstadt Böhmens, ein.

Am 10. Juli bestand die von Vogel v. Falckenstein geführte Mainarmee siegreiche Gefechte bei Kissingen und Hammelburg und zwang die Bayern, hinter den Main zurückzugehen.

Am 12. Juli hielten die Preußen ihren Einzug in Brünn, der Hauptstadt Mährens.

Am 13. Juli wurden die Hessen im Gefechte von Laufach geschlagen.

Am 14. Juli siegten die Preußen im Gefechte bei Aschaffenburg über die Hessen und Oesterreicher und nöthigten auch das 8

öffentlich belobt wurde die Arbeit des Stud. G. **Böhm**. — Die neuen Preisaufgaben pro 1867/68 wurden gestellt und der Redner schloß mit dem Wunsche, daß **alle** Studirende an die Bearbeitung der Preisfragen gehen möchten. — Der Feier wohnte auch Se. kgl. Hoheit Prinz **Otto** bei.

Darmstadt, 25. Juni. Bestem Vernehmen nach wird die zweite Kammer außer der morgen stattfindenden Sitzung vorerst nur noch eine weitere, und zwar nächsten Montag abhalten, um über das Militärbudget zu berathen, und sich dann auf längere Zeit vertagen.

Berlin, 25. Juni. Die „Nordd. Allg. Ztg." hat von gut unterrichteter Seite die Ermächtigung, alle Nachrichten über die Aufhebung der Lotterieen in den neuen Landestheilen und über die Vermehrung der Anzahl der Loose der preußischen Klassenlotterie als voreilig zu bezeichnen. — Wie dasselbe Blatt mittheilt, dürften bei der Besetzung der Verwaltungsstellen in den Regierungen zu Kassel und Wiesbaden einige der dortigen Beamten Berücksichtigung finden.

Berlin, 25. Juni. Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht einen **königlichen Erlaß** vom 25. Mai, betreffend die Vereinigung der Thurn und Taxischen Postbezirke mit dem preußischen Postgebiet. Derselbe bestimmt, daß vom 1. Juli d. Js. ab die Bestimmungen des preußischen internen Posttarifs und des Zeitungs-Provisionstarifs auf den Austausch zwischen den gegenwärtig preußischen und den bisherig Thurn und Taxischen Postbezirken ausgedehnt werden sollen. — Der König wird am 4 Juli in Ems eintreffen. — Die Einberufung der hannover'schen Vertrauensmänner soll zwischen dem 15. und 20. Juli erfolgen.

Hannover, 25. Juni. Die Verhandlungen zwischen der Krone Preußen und König Georg über die Ausscheitung des **welfischen Hausguts** sind, nach der „H. V.-H.", als gescheitert zu betrachten. — In der **Prediger-Conferenz** vom 19. und 20. d. M., an der gegen 350 Geistliche theilnahmen, kam zuerst die Unionsfrage zur Verhandlung. Ungeachtet zwei hochgestellte Geistliche, deren streng lutherische Richtung bekannt ist, zur Mäßigung und Milde riethen, trug doch die große Partei der Ultraorthodoxen den Sieg davon, indem sie die Theilnahme der Reformirten am heil. Abendmahle nicht einmal als Gäste für zulässig erklärte. — Das Bankhaus Ez. **Simon** wird demnächst erlöschen und schon zum 1. Juli in Liquidation treten, da O.-Comm.-R. Isr. Simon das Geschäft aufzugeben gesonnen ist. — Eine in der hiesigen Spiegel'schen Buchdruckerei gedruckte Schrift: „Enthüllungen der Wahrsagerin Marianne Lenormand", wurde gestern aus allen hiesigen Buchbinderläden polizeilich entfernt, in der Druckerei selbst Form und Presse versiegelt und die vorhandenen Exemplare confiscirt.

Pesth, 24. Juni. In der heutigen Unterhaussitzung richtete Emerich **Ivanka** folgende **Interpellation** an das Gesammt-Ministerium: „Klarheit in der Situation ist dann am nothwendigsten, wenn das staatliche Leben auf ganz neue Grundlagen gestellt wird. Deshalb bin ich so frei, folgende Interpellation an das Ministerium zu richten: Ist es mit der Einwilligung des königlich ungarischen Landesvertheidigungs-Ministeriums geschehen, daß das Wiener Kriegsministerium dem dortigen Reichsrath einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, dessen Titel folgendermaßen lautet: „Wehrgesetz, giltig für **alle** Kronländer des österreichischen Kaiserthums mit Ausnahme der Militärgrenze"; und da ich glauben will, daß hievon das ungarische verantwortliche Ministerium nichts gewußt, welche Schritte wird in Folge dessen das Ministerium thun, daß ein derartig gesetzwidriges, mit den neuesten Grundgesetzen collidirendes Verfahren fernerhin nicht stattfinden solle, und daß späterhin vom Reichsministerium, als welches wir das gegenwärtige Kriegsministerium nicht anerkennen können, eine derartige Benennung Ungarns, die mit dessen politischer Stellung nicht vereinbarlich ist, nicht gebraucht werden möge?" — Im Namen des Ministeriums erwiderte hierauf der Justizminister **Horvath** Folgendes: „Davon, was in dieser Interpellation als etwas schon Geschehenes erwähnt wird, daß nämlich ein für das ganze Reich giltiges Wehrgesetz dem Wiener Reichsrathe vorgelegt worden, hat die Regierung gar keine Kenntniß; wenn dem wirklich so ist, wie der geehrte Abgeordnete es gesagt, so möge das geehrte Haus überzeugt sein, daß die Regierung sofort jene Schritte einleiten wird, die ihr durch die heimischen Gesetze als Richtschnur vorgezeichnet werden. Und die Regierung glaubt dem Hause die Zusicherung geben zu können, daß sie in dieser Angelegenheit nach einigen Tagen eine beruhigende Antwort wird geben können." (Presse.)

Pesth, 25. Juni. In der heutigen Konferenz der Deak-Partei, die Vormittags begonnen und Abends fortgesetzt wurde, wurde der Eisenbahn-Gesetzentwurf vorgelegt. Die Regierung beabsichtigt, dem Hause sofort die K.rlstadt-Fiumaner Bahn zu empfehlen, welche gleich nach dem Ausgleiche mit Kroatien in Angriff genommen werden soll. Als zweite Linie empfiehlt die Regierung die Großwardein-Klausenburger, Großwardein-Essegger, Kottori-Agramer, Hatvan-Miskoleczer und Szerencs-Szigether Bahn. Die Regierung will übrigens nur die Ermächtigung zur Vornahme der Vorarbeiten, die Ausführung der finanziellen Operationen will sie dem Beschlusse der Legislative überlassen. Es kam heute in der Konferenz zu keinem definitiven Beschluß. Abends wurden von den Mitgliedern der Partei die Stimmungszettel zur Wahl der Finanzkommission abgegeben. In einer Konferenz der Magnaten wurden heute für die Honved-Stiftung ungefähr 24,000 Gulden gezeichnet.

Hermannstadt, 16. Juni. Am 14. d. wurde zu Birthalm der am 12. verstorbene Superintendent der evangelisch-lutherischen Kirche Siebenbürgens, Dr. G. P. Binder, mit großer Feierlichkeit zur Erde bestattet. Der Nationsgraf, 60 Geistliche des sieb.nbürgischen Sachsenlandes, so wie eine außerordentliche Volksmenge bildeten die Begleitung der Leiche des bejahrten Mannes.

Paris, 24. Juni. Die Gerüchte, der Kaiser **Max** habe sich nach Europa eingeschifft, finden nun auch im „Constitutionnel" ihr Echo. So lange man nicht weiß, wo er sich eingeschifft hat und auf welchem Schiffe, wird man wohlthun, nicht fest daran zu glauben. Eben so wenig sicher ist es mit dem „Verrathe" des Lopez, von

---

Bundes-Armeekorps, über den Main zurückzugehen. Die Preußen wandten sich gegen Frankfurt.

Am 16. Juli, Abends, rückte die Mainarmee in Frankfurt ein.

Am 17. Juli besetzten die Preußen Lundenburg und eine Abtheilung derselben geht bei Horzitz über die March auf ungarischen Boden über.

Am 18. Juli besetzten die Preußen Darmstadt, Wiesbaden und Biebrich.

Am 21. Juli erfocht die österreichische Flotte unter Tegetthoff bei Lissa einen Seesieg über die italienische Flotte unter Persano.

Am 22. Juli fand das letzte Gefecht zwischen Preußen und Oesterreichern bei Preßburg statt und wurde zu Nikolsburg eine fünftägige Waffenruhe abgeschlossen.

Am 24. Juli nahm die Mainarmee Tauberbischofsheim gegen die Württemberger.

Am 26. Juli wurden zu Nikolsburg ein Waffenstillstand und die Friedens-Präliminarien zwischen Preußen und Oesterreich abgeschlossen.

Am 27. Juli beschossen die Preußen die Festung Marienberg (bei Würzburg) und willigten in den Abschluß einer Waffenruhe. Die in Bayern einrückende preußische Reserve-Armee unter dem Großherzoge von Mecklenburg besetzte Bayreuth.

Am 28. Juli wurde zu Nikolsburg der Waffenstillstand zwischen Preußen und Bayern abgeschlossen; derselbe soll jedoch erst mit dem 2. August in Kraft treten.

Am 31. Juli wurde Nürnberg von der preußischen Reserve-Armee besetzt.

Am 10. August begannen die Friedens-Unterhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich zu Prag.

Am 13. August kam der Friedensschluß zwischen Preußen und Württemberg und (vorerst noch geheim gehaltenes) Schutz- und Trutzbündniß zu Stande.

Am 17. August wurde der Friede und ein (vorerst geheimes) Schutz- und Trutzbündniß zwischen Preußen und Baden abgeschlossen. Am nämlichen Tage gelangte zu Berlin eine königliche Botschaft an den Landtag, worin die Annexion von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt verlangt wurde.

Am 18. August wurde der Bündnißvertrag Preußens mit den norddeutschen Staaten abgeschlossen. (Der Beitritt Meklenburgs erfolgte jedoch erst am 21.)

Am 22. August wurde der Friede zwischen Preußen und Bayern und ein (vorerst geheimes) Schutz- und Trutzbündniß vereinbart.

Am 23. August gedieh in Prag der Frieden zwischen Preußen und Oesterreich zum Abschlusse.

Am 24. August hielt der in Augsburg tagende Rumpf-Bundestag für zeitgemäß, sich aufzulösen.

Am 26. August besetzten die Preußen die bisherige Bundesfestung Mainz.

Am 3. September kam der Friedensschluß zwischen Preußen und Hessen-Darmstadt zu Stande.

Am 5. September trat die preußische Armee ihren Rückmarsch aus Oesterreich an.

Am 20. September hielten die sieggekrönten preußischen Armeen ihren feierlichen Einzug in Berlin. (Der Ausmarsch der Garde von dort hatte am 4. Juni stattgefunden.)

Am 3. Oktober wurde zu Wien der Friede zwischen Oesterreich und Italien abgeschlossen.

---

welchem die New-Yorker Depeschen-Fabrikanten so haarklein unterrichtet sein wollen: der Kaiser soll von diesem geheimnißvollsten aller Netze so fein umschlungen worden sein, daß er erst gemerkt haben soll, er sei verloren, als er es längst war. Mit dem Kaiser wurden in Queretaro 13 Generale, 18 Obersten, 15 Oberst-Lieutenants, 16 Capitäns, 36 Majors und 338 Offiziere niederen Ranges, im Ganzen 437, gefangen genommen.

Paris, 25. Juni. Der Prinz Karl von Preußen trifft hier am 9. Juli ein. Er wird in der preußischen Botschaft wohnen. Morgen ist große Revue auf dem Caroussel-Platz; 18 Bataillone Infanterie, 12 Schwadronen Cavallerie und 2 Batterieen Artillerie sind dazu kommandirt. Sie findet zu Ehren Ismail Pascha's und der italienischen Prinzen statt. Der Vicekönig macht dieser Tage einen Ausflug nach Compiègne und Pierrefonds. Es ist noch unbekannt, ob er während der Anwesenheit des Sultans hier bleiben wird. Zum Empfange des letzteren begibt sich auch der Marineminister nach Toulon. Es scheint, daß man den Sultan in Paris empfangen wird, wie den Czaaren. Die vergoldeten Wagen sollen nur bei der Fahrt nach dem Industriepalaste in den Champs Elysées, wo bekanntlich die Preisvertheilung stattfindet, in Anwendung kommen. Das Programm für den Aufenthalt des Sultans in Frankreich besteht aus Diners in den Tuilerien, Gala-Vorstellung in der großen Oper, Ball im Hotel de Ville, Fest in Versailles und großer Revue im Lager von Chalons. Der Prinz Humbert gab vorgestern ein großes Diner in der italienischen Gesandtschaft. Er wird sich erst nach Beendigung der Pariser Reise des Kaisers von Oesterreich nach Wien begeben. Der König von Schweden wird am 11. oder 12. Juli in Vichy erwartet, wo derselbe drei Wochen verweilen und dann einige Tage in Paris zubringen wird.

Italien. Das römische Insurrektions-Comité hat folgende Proklamation erlassen: Römer! Ein unbezwingbares Feuer, das Joch, welches Euch bedrückt, zu brechen, genährt durch schlecht begründete Hoffnungen, daß Alles an der Gränze zu einem Aufstande vorbereitet sei, hat mehrere unserer Mitbürger zur Auswanderung bewogen. Andere haben sich in sinnlosem Schrecken auf den freien Boden Italiens geflüchtet. Wir glauben, daß diese sinnlosen Schrecken, wie ein unkluger Enthusiasmus nur das Werk unserer Feinde sein können. Die Revolution, welche in Italien erfüllt wird, kann ihre vollständige Entwicklung nur in Rom finden, kann nur auf dem Capitol triumphiren. Unsere Feinde suchen auf alle Weise die Revolutionspartei in Rom zu schwächen, indem sie die Liberalen entfernt haben. Römer! Sagt den Furchtsamen, welche vor dem Gedanken an eine Haft erschrecken, wenn sie sich bereit erklären, dem Carabiner eines Zuaven zu trotzen, daß ein wahrer Bürger, wenn das Wohl des Vaterlandes es erfordert, ungerührt bleiben muß vor dem Gefängnisse, dem Priester, wie vor dem Säbel ihrer Schergen. Sagt denen, die ungeduldig sind, die Waffen zu ergreifen, daß Muth ohne Vorsicht stets zu kindischen, oft schmählichen Resultaten führt, daß der Name des Generals Garibaldi, den wir uns erwählt haben, jeden Verdacht abweist, als ob wir unnützer Weise zögern wollten; daß es Männer gibt, welche die geeigneten Maßregeln ergreifen, um den Erfolg einer Insurrektion zu sichern, und daß das Volk, das wahre Volk, welches weder vom Geiste der Unordnung, noch von entehrender Furcht geleitet wird, sich einzig und allein bereit halten muß, loszuschlagen, wenn die insurrectionelle Centralbehörde das Signal zum Kampfe gibt. Das Insurrektions-Comité.

Nach weiteren Nachrichten aus **Florenz** bestand der Plan der Bewaffneten, welche ins römische Gebiet einfielen und nach Viterbo wollten, darin, daß dort eine provisorische Regierung eingesetzt und von dort aus Rom in Aufstand gebracht werden sollte. Viterbo selbst war als Operationspunkt gewählt, da es die antipäpstlichste Stadt des ganzen Kirchenstaates ist, und die Leute dort mit offenen Armen aufgenommen zu werden pflegten. An der Spitze derselben stand ein gewisser Perelli, früher Unteroffizier unter Garibaldi. Die Stärke der Bande wird verschieden angegeben. Man spricht von 2- bis 400; nach sicheren Quellen sollen es aber nur 187 gewesen sein, von denen ein großer Theil nur schlecht bewaffnet war. Sechszig derselben soll es jedoch gelungen sein, die Gränze zu passiren. Ob die Bande, welche vom Neapolitanischen aus in den Kirchenstaat einfallen sollte, ihre Bewegung ausgeführt hat, weiß man noch nicht.

Die „Italie" erwähnt des Gerüchtes, daß Anfang Juli in Rom ein Aufstand losbrechen werde, mit dem Zusatze, die italienische Regierung werde thun, was in Folge des September-Vertrages ihre Pflicht sei.

Der „Corriere Italiano" meldet, daß General Garibaldi in Begleitung seiner Familie und einiger Freunde nach Pistoja abgegangen ist, von wo er sich nach den Bädern von Montecatini begeben wird.

Florenz, 25. Juni. Der König hat sich nach Genua begeben, um den dort durchreisenden Sultan zu begrüßen.

In **Verona** haben am Fronleichnamstag arge Unordnungen stattgefunden. Schon am Tage vor der Prozession machte sich eine bedeutende Aufregung bemerkbar. Die Stricke der Zeltdächer, welche zum Schutze gegen die Sonnenhitze in den Straßen aufgestellt worden waren, durch welche die Prozession passiren sollte, wurden in der vorhergehenden Nacht durchschnitten, drohende Plakate gegen die Betheiligung an der Prozession veröffentlicht, mehrere Priester insultirt u. s. w. Am Fronleichnamstage um 9 Uhr setzte sich die Prozession von der Kathedrale aus in Bewegung. Als dieselbe auf der Piazza dei Signori angelangt war, stürzte sich plötzlich ein Volkshaufen mit wüthendem Geschrei auf dieselbe und durchbrach ihre Reihen. Die Scene, die nun stattfand, entzieht sich der Beschreibung. Die erschreckte Menge entfloh nach allen Richtungen. Das Angstgeschrei der Weiber und Kinder, das wüste Brüllen des Pöbels, das Drängen, Stoßen, Drücken nach allen Seiten bot ein Bild der heillosesten Verwirrung. Einige Frauen wurden ohnmächtig, mehrere Personen fielen bei dem Fluchtversuche zur Erde und wurden mit Füßen getreten; der Priester, welcher das Allerheiligste trug, wurde zu Boden gerissen, die heiligen Gefäße, Fahnen und Standarten zertrümmert, einige Priester thätlich mißhandelt. Die bewaffnete Macht war anfangs in so unzureichender Zahl vorhanden, daß dieselbe zurückgedrängt wurde und nicht im Stande war, die Ordnung herzustellen; mehr oder minder schwere Verwundungen kamen vor, es wurde mit Fäusten, Stöcken und brennenden Wachskerzen auf einander losgeschlagen, und der Tumult wuchs von Secunde zu Secunde. In den Kasernen wurde Alarm geblasen, die Garnison rückte unter die Waffen, die Festungsthore und die Hauptstraßen der Stadt wurden militärisch besetzt, bis es endlich nach unsäglicher Mühe gelang, die Ordnung herzustellen. (Pr.)

London, 25. Juni. In der heutigen Sitzung des Oberhauses lenkte Lord Russell die Aufmerksamkeit auf die anormale Lage der protestantischen Kirche in Irland. Er erklärt sich für eine Abfindung, nach welcher die Einkommen der protestantischen Kirche um die Hälfte vermindert, und die zweite Hälfte derselben unter die katholischen Priester vertheilt werden solle. Er hofft, daß das Parlament sich mit dieser Frage unverzüglich befassen werde. Lord Cairns ist gegen jede Aenderung der jetzigen Lage. Lord Derby glaubte, daß es am besten sei, die Frage einer speziellen Commission zu übergeben. Er hofft, daß sie die Aufmerksamkeit des Parlaments auf sich lenken werde. Lord Russell schlägt vor, eine Commission für die Untersuchung der Kircheneinkommen in Irland zu ernennen, zu dem Zwecke dieselben am nützlichsten für das irländische Volk zu verwenden. 90 Stimmen gegen 30 erklärten sich für eine Modifikation dieses Vorschlags. Die Kammer nimmt einfach den Vorschlag an, eine Untersuchungskommission zu ernennen. (T. H.)

London, 25. Juni. Ein griechischer Agent, der seit dem Ausbruche des kretischen Aufstandes sehr beschäftigt ist, hat in Liverpool zwei Dampfschiffe gekauft, welche während des americanischen Krieges als Blokadebrecher gebaut worden waren. Sie sind von Eisen und besitzen eine solche Geschwindigkeit, daß ihre Verfolgung den türkischen Kriegsschiffen in den griechischen und kretischen Gewässern große Mühe verursachen wird. In wenigen Tagen sollen sie, vollständig ausgerüstet und bemannt, aus dem Mersey nach Syra abgehen, um von dort aus die Laufbahn zu beginnen, zu der sie ursprünglich bestimmt waren. Ob die englische Regierung ein Wort in die Sache hinein reden wird, ist nicht bekannt.

In so fern die Verwerfung von Amendements den Gang der Debatte beschleunigt, hat das Unterhaus den Reformentwurf in der gestrigen Sitzung um ein gut Stück weiter gebracht. Das einzige erwähnenswerthe Amendement, welches angenommen wurde — mit 200 gegen 179 Stimmen — stammte von Herrn Cardwell; es schließt die in Oxford wohnenden Professoren, Docenten und Studenten, weil ihr Leben, Wirken so wie ihre Interessen von denen der Gemeinde Oxford durchaus getrennt sind, von der Theilnahme an den Wahlen der Stadt aus. Das Ministerium ging diesmal merkwürdiger Weise mit der siegenden Opposition, während seine Anhänger in entgegengesetzter Richtung stimmten. Sehr versöhnend wirkte es, daß Disraeli sich zu den vielfach verlangten Abänderungen in der Zusammensetzung der Kommission, welche die Abgränzung der Wahlbezirke revidiren soll, verstanden hat.

Nachrichten aus **New-York** unterm 12. Juni über Galveston enthalten Details über die Einnahme von Queretaro, welche vom 28. Mai datirt sind. 450 Offiziere und mehr als 8000 Soldaten der kaiserlichen Armee sind gefangen genommen worden. Die französischen Offiziere sind nicht wieder gefunden worden. Man behauptet, Escobedo erlasse sehr strenge Befehle, um die Plünderung zu verbieten. Dennoch herrscht im Lande eine schreckliche Anarchie. Ueberall Diebstahl, überall Unordnung. Es heißt, der Kaiser Maximilian habe

beim Ueberreichen seines Degens an Escobedo gesagt: „Ich übergebe Ihnen meinen Degen, da ich das Opfer eines schändlichen Verrathes geworden bin, ohne welchen Sie vielleicht morgen genöthigt worden wären, mir den Ihrigen zu geben.“ Die Verrätherei des Lopez war so geschickt angelegt worden, daß der Kaiser und seine Generale durchaus überrumpelt wurden und sich genöthigt sahen, ohne Schwertstreich zu capituliren. Es hat allen Anschein, daß die Proklamation, die man dem Kaiser Maximilian nach seiner Capitulation zuschrieb, ein apokryphes Dokument ist. Man findet in derselben nichts, welches sich dem Style oder dem Gedanken des Exkaisers nähert.

Neueres.

Prag, 26. Juni. Die „Narodni“ sagen heute bezüglich der den Stadtbeamten zugestellten deutschen Steueramtszuschrift: „Wird uns gewaltsamer Weise deutsch zugeschrieben, so werden wir russisch antworten.“ — Die Staatsanwaltschaft erklärte: Die letzte kaiserliche Amnestie habe auf die suspendirten Zeitungen keinen Bezug. (Frdbl.)

Pesth, 26. Juni. In der heutigen Sitzung der Deputirtentafel reicht Somssich das Elaborat der Nationalitäten-Kommission ein. Auf Deak's Interpellation erklärt das Ministerium, daß es gleich nach Ende der Vertagung die Gesetzentwürfe bezüglich der siebenbürgischen Union, der Nationalitätenfrage und der Judenemanzipation vorlegen werde. Csanady interpellirt, ob das Ministerium die Rechte der ungarischen Farben rehabilitiren und dem betreffenden Gesetze auch hinsichtlich der Burg in Ofen, wo zuweilen eine schwarz-gelbe Fahne weht, Achtung verschaffen will. Deak bemerkt, die schwarz-gelbe Fahne sei die Fahne des Herrscherhauses und die Benützung derselben neben dem Landeswappen verstoße nicht gegen das Gesetz. Auf der Tagesordnung sind die Gesetze bezüglich der Krönung, der Krönungsgeschenke und der Kronhüterwahl.

Florenz, 26. Juni. Die Abgeordnetenkammer hat gestern den Antrag von Corte, Fambri, Nicotera und 50 andern Abgeordneten, die 6 großen Militärkommandos aufzuheben und auf 16 Territorialdivisionen zurückzuführen, mit 207 gegen 86 Stimmen angenommen.

Rom, 25. Juni. Der Papst hat heute im Vatican gegen 6000 Priester empfangen und eine lateinische Ansprache über die kirchlichen Pflichten in den gegenwärtigen Zeitläuften an sie gehalten.

Messina, 25. Juni. Der Sultan ist heute Mittag hier angekommen, morgen reist er nach Marseille weiter.

Kopenhagen, 25. Juni. In der heutigen Sitzung des Landthings erklärte der Conseilspräsident auf Krieger's Anfrage, die Regierung wünsche die Schließung des Reichstags zu Anfang des Juli eintreten zu lassen, bis dahin müsse der Armeegesetz-Entwurf erledigt werden; das Marinegesetz dagegen sei aufgeschoben. Der König von Griechenland und seine Braut, Großfürstin Olga, werden zum 6. Juli hier erwartet.

Konstantinopel, 25. Juni. Das bulgarische Blatt „Trutzia“ protestirt gegen die Umtriebe der Fremden, welche Bulgarien beunruhigen, und führt den Nachweis, daß die Interessen Bulgariens mit denen der türkischen Regierung solidarisch verknüpft seien.

Die westindische Post hat Nachrichten aus **Lima** bis zum 21. Mai nach St. Nazaire gebracht. General Castilla hatte sich in Caldera auf dem englischen Packetboot „Limenno“ eingeschifft, um noch einmal den Versuch zu machen, seinen Gegner, den Präsidenten Prado, in Lima zu stürzen; er wurde jedoch in Megillones verhaftet; die tausend Stück Gewehre, welche der „Limenno“ an Bord hatte, wurden mit Beschlag belegt.

Telegramme
der Neuen Würzburger Zeitung.*)

* **Rom**, 26. Juni. In der päpstlichen Allokution, welche im heutigen Konsistorium gehalten wurde, ist der Wunsch ausgedrückt, ein ökumenisches Concil bei günstigem Anlasse einzuberufen.

* **Florenz**, 27. Juni. In Folge des Beschlusses der Auflassung (Abschaffung) großer Militär-Kommandos verlangte Lamarmora seinen Abschied. Das Gerücht geht, auch Cialdini habe seine Demission verlangt.

*) Einem Theil unserer Leser bereits gestern mitgetheilt.

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. C. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	69¼ P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63¼ P.
„	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	65½—⅜ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	4½pCt.	41⅞ P. ⅝ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100¼ P.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	94⅞—¾ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90¼ P. 90 G.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	90¼ P. 90 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	93¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Baden	4½pCt. Obl.	92½ P. ¼ G.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	82 P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	91½ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	95 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	88¾ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	83⅛ P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	82⅝ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2½pCt. „ „ „	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	85½ P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	77⅞ P.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	77½—⅝ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	—
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	690 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	181½—80½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90½ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	208 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	107½ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	222½ G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	114½ P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	150⅞ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90¼ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	107½ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49¼ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	78¼ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	116¾ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	117¼ P.
„	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64¼ P.
„	fl. 500 v. 1860 6/7	72⅞—¾ G.
„	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	123 P.
„	do. v. 1864	74¼ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.		99¼ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose		10 P.
Badische fl. 35		52¾ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.		54 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.		143 P.
„ fl. 25 do.		38 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.		34½ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.		69 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose		—
Freiburger 15 Frs.-Loose		—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.		—
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.		—
Ansbach-Gunzenb. fl. 7-L.		11⅝ P

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅛ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅛ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97¼ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅞ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105¼ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ P.
London Lst. 10 k. S.	119½ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99⅞ P.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅞ P. ⅝ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	95 P. 94¾ G.
do. in öst. W. l. S.	95 P.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 27. Juni. Die Börse eröffnete in ziemlich fester Haltung, ermattete jedoch im Laufe des Geschäftes. Creditaktien vor Allem verfolgen — wie wir vorausgesehen haben — ihre seit Beginn dieser Woche weichende Richtung und sind heute wieder nahe an den 180er gerückt, nachdem sie vor acht Tagen den 190er gestreift hatten. 1860er Loose wurden von der rückgängigen Bewegung weniger influirt, als 1864er, welche ca. 1 fl. verloren. Die Ultimo-Liquidation ging zwar leicht von Statten. Aber da früher viel auf Prämien per Ultimo dieses gekauft worden war, wurde heute viel realisirt, besonders in Amerikanern, was dieselben auch etwas matter machte, obschon Gold günstiger kam. Der Umtausch der 1882er gegen 1881er ist anhaltend bedeutend, da man erwartet, daß durch Käufe für holländische Rechnung die Differenz nach 1. Juli wieder größer wird. Staatsbahn ebenfalls matter und waren solche in Prolongation etwas mehr angetragen. Von Süddeutschen Badische wiederum niederer und dadurch auch die übrigen Gattungen ungünstig influirt. Von Eisenbahnen Ludwigsbahn gefragt, Ostbahn unverändert gehandelt. Maxbahn und Taunus bleiben offerirt. Von Prioritäten Livorneser trotz der pünktlichen Couponzahlung mehr am Markte; gesucht und fehlend Lombardische. Von Wechseln London und Paris etwas fester, Wien etwas matter. (Stnb.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 177. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 64. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 29. Juni 1867.

Zur Geschichte des Zollvereins.

= Der deutsche Zollverein!, welcher eben jetzt die bedeutsamste Umgestaltung erfährt und damit in eine völlig neue Phase seines Lebens tritt, hat schon eine ziemliche Geschichte hinter sich, die freilich von nun an auf ganz neue Basen sich stellen wird. Die Veranlassung zur Einigung war nicht der Art. 19 der deutschen Bundesakte, welcher dieselbe zwar verhieß, aber niemals zur Ausführung brachte, sondern das Bedürfniß und die Nothwendigkeit. Nachdem Preußen 1818 die Zölle im Innern beseitigt und eine Douanenlinie um seine Gränzen gezogen hatte, schlossen sich naturgemäß die anhaltischen Herzogthümer und ähnliche Enklaven an; 1828 trat das Großherzogthum Hessen bei. Mit Württemberg vereinigten sich 1824 die beiden Hohenzollern. Ein Vertrag vom 18. Januar 1828 begründete den Verein zwischen Württemberg und Bayern. Sodann schlossen Hannover, Braunschweig und Oldenburg einen Zoll- und Steuer-Verein. Aus einer in Kassel am 24. September 1828 abgeschlossenen Uebereinkunft ging der mitteldeutsche Handelsverein hervor, an welchem Hannover, Sachsen, Kurhessen, Braunschweig, Nassau, Oldenburg, die sächsischen Herzogthümer, die reußischen Fürstenthümer, Schwarzburg-Rudolstadt und die freien Städte Bremen und Frankfurt theilnahmen. Dieser Verein!, dessen Gebiet kein geschlossenes Ganze bildete, gravitirte bald zu dem preußischen System; auch Bayern und Württemberg zeigten zu einer Verständigung sich geneigt, und so führte eine Reihe von Verträgen 1833—35 den deutschen Zollverein in's Leben. Der zwischen Hannover, Oldenburg und Braunschweig seit 1834 bestehende Steuerverein ist 186[illegible], inzwischen auch mehrere kleine Gebiete, Lippe-Detmold, Waldeck, Luxemburg u. s. w. beigetreten. Die allgemeinen Grundsätze des deutschen Zoll- und Handelsvereins waren: Freiheit des Verkehrs zwischen den verbündeten Staatsgebieten, indem sie einen Binnenbezirk bilden, die Annahme eines gemeinsamen Zollsystems und die Theilung der Zollerträgnisse nach einem allseitig gebilligten Maßstab. Veränderungen in der Zollgesetzgebung, mit Einschluß des Tarifs und der Zollordnung, waren nur unter Zustimmung sämmtlicher Glieder des Gesammtvereins zuläßig. Die Vollziehung der gemeinschaftlichen Gesetzgebung stand jedem Staate in seinem Gebiete zu; jeder Vereinsstaat war aber berechtigt, Beamte zu den Zolldirektionen der andern Vereinsstaaten abzusenden, um von den Geschäften Kenntniß zu nehmen und den Grenz- und Hauptzollämtern Kontroleure beizuordnen. Die gleiche Besteuerung der im Innern producirten Vereinsgegenstände, namentlich des Bieres, Branntweins, Tabaks und Weins, sollte erstrebt werden, bis dahin aber, wo solche erreicht ist, sollten bei dem Uebergange solcher Produkte aus einem Vereinsland in das andere Ergänzungs- oder Ausgleichungsabgaben erhoben werden u. s. w. Zuerst eine sechsjährige, dann zwei zwölfjährige Vertragsperioden hat der Zollverein unter diesen Grundsätzen durchlaufen und eine dritte Erneuerung für zwölf Jahre war 1865 abgeschlossen worden. Jede Vertragserneuerung hat harte Kämpfe gekostet, indem die Bedingungen derselben immer nahe an die Auflösung des Vereins streiften. So 1851, wo Preußen den Vertrag kündigte, um ihn nur mit denen wieder einzugehen, welche die Aufnahme des Steuervereins (Hannover, Oldenburg und Lippe) annehmen würden, während die südlichen Staaten die Zulassung Oesterreichs verlangten; so 1863, wo der französische Handelsvertrag lange den Fortbestand des Vereins in Frage stellte. In die jetzt und bis 1877 laufende Vertragsperiode fällt die gewaltige politische Erschütterung, welche in Deutschland so Vieles gestürzt hat, die als eine ihrer nächsten Folgen den Vereinsgenossen durch Preußen die Bedingung auferlegte, daß der bereits geschlossene Vertrag halbjährig wieder könne gekündigt werden, und welche jetzt zu einer Rekonstruktion des Vereins führt, gemäß der allerdings wenig mehr von dessen alten Grundzügen übrig bleiben wird.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 27. Juni. Se. Maj. der König hat genehmigt, daß der Diener am Oberaufschlagamte von Oberfranken, J. Geigner, bei nachgewiesener Funktionsunfähigkeit unter Anerkennung seiner treuen und eifrigen Dienstleistung in den definitiven Ruhestand versetzt werde; dem bisherigen Stadtgerichtsboten J. Ph. Bürger in Nürnberg die Gefängnißwärterstelle am Bezirksgerichte daselbst auf Ruf und Widerruf verliehen und als Boten am Stadtgerichte Nürnberg den Botengehilfen dieses Gerichts, P. Schreck aus Jettenbach, in widerruflicher Weise aufgestellt.

München, 27. Juni. Wie bereits mitgetheilt, hat der Sozialgesetzgebungsausschuß in seiner am 19. Juni abgehaltenen Sitzung den Vorschlag der Staatsregierung, daß die Gast- und Schenkwirthschaften sowie der Kleinhandel mit geistigen Getränken nur auf Grund einer Concession betrieben werden sollen, auf die sieben diesseitigen Kreise beschränken zu müssen geglaubt, weil in der Pfalz auch nach dieser Richtung hin absolute Gewerbefreiheit besteht und das Recht zur Anlegung von Schenkwirthschaften dort ein unbedingt freies ist. Wir sind mit den Verhältnissen der Pfalz einigermaßen bekannt und müssen Zweifel setzen in die Zweckmäßigkeit des vom Ausschusse gemachten Vorschlags. Wir glauben vielmehr, daß die Pfälzer Abgeordneten ihre Stimmen dafür erheben werden, daß auch in der Pfalz mit Einführung der neuen Gesetze die Errichtung der Schenkwirthschaften von besonderer Erlaubniß der Obrigkeit abhängig gemacht werde. Denn in Folge der ungemessenen Konkurrenz in diesem Gewerbe, welche, nebenbei bemerkt, auch in Frankreich nicht für zweckmäßig gefunden, sondern eingeschränkt wurde, ist in den meisten Ortschaften der Pfalz eine übermäßig große Zahl von Schenkwirthschaften entstanden. Daß nun ein Unmaß in dieser Beziehung dazu beitrage, die allgemeine Wohlfahrt zu fördern, wird Niemand behaupten. Sieht man aber selbst hievon ab, so kann man sich doch der Erscheinung nicht verschließen, daß in vielen Fällen solche Personen Schenkwirthschaften errichten, welche schon auf andern geschäftlichen Gebieten ihre Thätigkeit ohne nennenswerthe Erfolge versucht haben und ihre letzte Zuflucht zur Anlegung einer Wirthschaft nehmen. Wenn nun Jemand behaupten wollte, daß solche Personen stets die zuverlässigsten und unbescholtensten sind, so würden ihn die in der Pfalz thatsächlich bestehenden Verhältnisse Lügen strafen. Nicht selten hört man dort über diesen Umstand Klage führen. Denn es ist von großem Belange und von großem Einflusse auf die Sittlichkeit der Wirthshausbesucher, ob eine Wirthschaft gut oder übel geleitet ist. Wir glauben daher, daß gegenüber dem erwähnten Beschlusse des Sozialgesetzgebungsausschusses aus der Pfalz vielfach der Wunsch zum Ausdrucke gelangen wird, daß auch dort, mit Rücksicht auf die öffentliche Ordnung, der Befugniß, Schenkwirthschaften zu errichten, dieselben Schranken gesetzt werden möchten, wie in den diesseitigen Provinzen.

(Autogr. Corresp. Hoffmann.)

Auf den kgl. bayerischen Eisenbahnen wurden im Monate Mai ds. Js. befördert 485,170 Personen (gegen das entsprechende Monat des Vorjahres 111,808 Personen weniger) und 2,843,314 Ctr. Frachtgüter (mehr gegen den Mai v. Js. 126,885 Centner), und dafür mit Einschluß von 52,012 fl. für Bagage, Equipagen, Thiere 2c. 2c. eine Gesammteinnahme von 1,443,[illegible]41 fl. erzielt, während im Monate Mai 1866 die Einnahme nur 1,311,509 fl. betrug. Demnach beträgt die Mehreinnahme im Mai ds. Js. gegen den Mai v. Js. 131,731 fl.

** **München**, 27. Juni. In seiner morgigen Sitzung wird sich der Sozialausschuß der Kammer der Abgeordneten mit der Feststellung der Redaktion des Gewerbegesetzes beschäftigen, dann aber eine kurze Unterbrechung der Sitzungen eintreten, da der Referent über das Gemeindegesetz, Abg. Dr. Edel, und der Referent über das Gesetz bezügl. der Heimath 2c., Abg. Fischer, sich vorerst über ihre wesentlich abweichenden Ansichten verständigen sollen. — Zur Erläuterung und Motivirung der in der gestrigen Ausschußsitzung gefaßten, bereits mitgetheilten, Beschlüsse kann ich Ihnen aus den Verhandlungen Folgendes mittheilen: Das Rekursrecht für Beschwerden gegen Verfügungen der Gewerbspolizei muß im Gesetze festgestellt werden. Collegiale Berathungen in 2. Instanz sollen nicht blos da, wo es sich um kostspielige Betriebsanlagen, Verweigerung des Gewerbescheines

Einziehung oder Einstellung der Konzession handelt, sondern in **allen** gewerbspolizeilichen Sachen stattfinden. Streitigkeiten zwischen einzelnen Gewerbetreibenden über den Umfang ihrer Befugnisse dürfen nicht mehr vorkommen. Die Befugnisse, die in den Konzessionen oder den Realrechten liegen, sollen nicht geschmälert werden. **Alle** Bestimmungen, die sich auf das Gewerbewesen beziehen, **in welchen Gesetzen sie immer enthalten** sind, sollen aufgehoben sein, wie dies auch in den Intentionen der Staatsregierung liegt.

Stuttgart, 26. Juni. Der in der Ausarbeitung begriffene Entwurf eines Kriegsdienstgesetzes soll, wie man vernimmt, sein Augenmerk hauptsächlich auf eingehendere Ausbildung unserer vergrößerten Armee richten und von oberflächlicher Massendressur gänzlich absehen. — Die Commission der Abgeordneten für innere Verwaltung ist zusammengetreten, um den Bericht ihres Referenten über den Gesetzentwurf, betreffend die Entschädigung für Thiere, die im Falle von Rinderpest im Auftrage der Behörde getödtet werden, entgegenzunehmen. Berichterstatter ist der Abgeordnete für Schordorf, Herr Duvernoy.

Fridrichshafen, 26. Juni. Heute Nachmittags 4 Uhr sind JJ. MM. der König und die Königin im hiesigen Sommer-Residenzschloß eingetroffen.

Darmstadt, 25. Juni. Die erste Kammer hat heute über den **Staatshaushalt** für 1866/68 berathen; die zweite Kammer hatte mit Rücksicht auf die bedeutende Budget-Erhöhung (allein für das Militärbudget an 1½ Mill. Gulden) ein allseitiges Sparen vorgeschlagen, deßhalb den Großherzog um Minderung seiner Civilliste um 50,000 Gulden gebeten und von der Forderung für Gesandtschaften etwa 14,000 Gulden gestrichen, desgleichen eine Minderung der nicht unbedeutenden Pensionsbeträge vorgeschlagen. Die erste Kammer ihrerseits hält sowohl das Gesuch an den Großherzog, wie eine Minderung der Ausgaben für die Gesandtschaften und für Pensionen ungeeignet und hat alle Abstriche der zweiten Kammer wieder ausgemerzt. Der von der zweiten Kammer gefaßte Beschluß auf gründliche Untersuchung der Staatsschulden-Tilgungscasse ward von ihr gleichfalls verworfen. — Am nächsten Samstag wird der Kölner Männer-Gesangverein hier ein Concert geben, aus dessen Ertrag ein Fond zur Errichtung eines Denkmals für Abt **Vogler** gebildet werden soll. Abt Vogler war der Lehrer Webers und Meyerbeers. Als Theoretiker hat er das Verdienst, die Gesetze der Composition zuerst festgestellt zu haben. Von seinen Compositionen hat keine einen besonderen Einfluß auf die Vor- und Nachwelt zu üben vermocht. Sein Wirken war mehr das eines geistigen Anregers, als des wirklichen Schöpfers. Der Großherzog Ludwig I. hat ihm bereits hier ein Denkmal gesetzt. Es kommt also jetzt in Frage, ob man ihm nicht eher ein geistiges, als ein zweites steinernes Denkmal setzen soll. (B. Z.)

Darmstadt, 26. Juni. Nach mehrwöchentlicher Pause trat heute auch unsere **zweite** Kammer wieder zusammen. Gegenstände der Tagesordnung sind die in den neu erworbenen Landestheilen einzuführenden Militär- und Civilgesetze sowie Gesuche verschiedener Gemeinden um Errichtung eines Landgerichts zu Reichelsheim (früher in Nassau) und Trais a. d. Lumda (früher in Kurhessen). Bei Beginn der Sitzung wird der Abg. Ries von Nauheim für diese neu erworbenen Gebietstheile beeidigt; auf der Gallerie befinden sich verschiedene Bewohner dieser Gegenden. Zu den 12 Eisenbahnanträgen, die seither schon eingelaufen sind, kommen heute wieder einige und bemerkt auf eine Anfrage der Abg. Zentgraf als Referent des betreffenden Ausschusses, daß das Material, was ihm zu Gebote gestellt worden, in einem „kleinen Waggen" hätte transportirt werden müssen und daß die projektirten Linien in ihren feineren Nuancirungen die Zahl von 32 erreichten. Man könne daraus entnehmen, daß der Bericht unmöglich fertig sein könne. Nachdem der Präsident sodann noch eine Fluth von neuen Eingaben der Kammer mitgetheilt, tritt dieselbe in die Tagesordnung ein. Zu dem ersten Gegenstand, Einführung der Militärgesetzgebung in die neuen Landestheile betreffend, bemerkt Bürgermeister Ries von Nauheim, wie die früheren kurhessischen Bewohner des Großherzogthums stärker belastet würden dadurch, daß in dem Kurfürstenthume allgemeine Wehrpflicht bestanden habe und aus dem Jahrgange von 1845 eine größere Zahl der ehemaligen kurhessischen Bevölkerung zu den Fahnen gerufen würde, als in den alten Landestheilen stattfände und es wohl gerechtfertigt erscheine, unter den betroffenen Personen eine Loosziehung eintreten zu lassen. Der Regierungskommissär erklärt, daß auf stattfindende Reklamationen hier Abhülfe gewiß geschaffen werde, wobei sich das Haus beruhigt und einem dahin zielenden Amendement zustimmt. Von allgemeinem Interesse sind die weiteren heutigen Verhandlungen nicht. (Fr. Z.)

Berlin, 26. Juni. Der **König** begibt sich am 27. Juni früh nach der Provinz Schlesien, um der Jubelfeier des Königs-Grenadier-Regiments, dessen Chef Se. Majestät seit 50 Jahren ist, und den von den Ständen der Fürstenthümer Liegnitz-Wohlau auf diesen Anlaß veranstalteten Festlichkeiten beizuwohnen. Auf der Hinfahrt wird der König von Bunzlau aus (wo die Ankunft um 1 Uhr erfolgt) einen Besuch beim Fürsten von Hohenzollern-Hechingen auf Schloß Hohlstein machen, nach einigen Stunden aber die Reise über Bunzlau nach Liegnitz fortsetzen, wo die Ankunft Abends 6 Uhr Statt finden soll. Der Aufenthalt Sr. Majestät daselbst wird bis am anderen Abende um 6 Uhr währen. Am 3. Juli, dem Jahrestage der Schlacht bei Königgrätz, soll nach Allerhöchster Bestimmung die Feier der Fahnenweihe für alle Regimenter der drei neuen Armeekorps (des IX., X. und XI.) Statt finden, welche in Folge der vorjährigen Siege und der durch diese herbeigeführten Erweiterung des preußischen Staatsgebietes gebildet worden sind. Die bedeutsame Feier wird in der Garnisonskirche zu Potsdam Statt finden und sollen zu derselben die erwähnten Regimenter Deputationen entsenden. Am 4. Juli wird nach bisheriger Bestimmung die Abreise des Königs nach dem Bade Ems erfolgen. — Der Ministerpräsident Graf **Bismarck** hat sich nach Erledigung der dringendsten Arbeiten des Staatsministeriums vor einigen Tagen nach Pommern begeben, wo derselbe mit kurzer Unterbrechung etwa fünf Wochen in ländlicher Ruhe zu verweilen gedenkt. Die früher in Aussicht genommene längere Abwesenheit von den Staatsgeschäften wird sich der Ministerpräsident auch jetzt nicht vergönnen. Derselbe wird, der „Prov.-Corresp." zufolge, fortan auch die Stelle des Bundeskanzlers bekleiden, welchem nach Art. 15 der Verfassung des norddeutschen Bundes der Vorsitz im Bundesrathe und die Leitung der Geschäfte zufällt. Da nun der Bundesrath bereits Anfangs August berufen werden soll, um seine wichtigen Aufgaben für die Organisation des Bundes zu erfüllen und die Vorlagen für den im September zu berufenden Reichstag vorzuberathen, so wird Graf Bismarck schon Ende Juli in seine amtliche Thätigkeit zurückkehren. — Der Kriegsminister v. Roon hat einen längeren Urlaub erhalten mit der Maßnahme, daß auch er inzwischen etwa auf zwei Tage hierher kommen wird, um dringende Angelegenheiten seines Ressorts zu erledigen. Zu seiner Vertretung sind ernannt der General-Major v. Podbielski und für die Marine-Angelegenheiten General-Lieutenant v. Rieken. In den nächsten Tagen werden auch die anderen Herren Minister ihre Urlaubsreisen antreten. Der Justizminister reist dem Vernehmen nach schon heute ab. Graf Itzenplitz geht am Samstag nach Kunersdorf. — Der „Staats-Anzeiger" veröffentlicht eine Circular-Verfügung des Ministeriums des Innern vom 31. Mai 1867, betreffend den Ausweis über das **Militär-Verhältniß** der in den neuerworbenen Landestheilen heimathsberechtigten Individuen beim Verziehen in andere Provinzen ꝛc. (Köln. Ztg.)

Berlin, 26. Juni. Die „Prov.-Corr." schreibt: „Die Zoll-Conferenz ist heute eröffnet worden. Die von Seite Hessen-Darmstadts noch ausstehende Bestätigung der Zollübereinkunft vom 4. Juni wird unverweilt erfolgen. — Graf Bismarck ist nunmehr auch zum Bundeskanzler ernannt, und wird Anfangs August dem Bundesrathe präsidiren, welcher die Vorlagen für den im September zusammentretenden Reichstag vorbereiten wird. — Am 3. Juli findet die Einweihung der Fahnen für die neu errichteten Armeekorps statt.

Koburg, 24. Juni. Nach einem hier eingegangenen Telegramm ist der Herzog Ernst am kaiserlichen Hofe zu Paris auf das Zuvorkommendste empfangen worden und fand ihm zu Ehren Gala-Diner in den Tuilerien statt. (Fr. J.)

Wien, 25. Juni. Die vertraulichen Besprechungen, welche seit einigen Tagen zwischen den Ministern Beust, Taafe und den Führern der Reichsrathsmehrheit stattfinden, und denen die ungarischen Minister Andrassy, Festetits und Lonyay beiwohnen, haben das **Ausgleichswerk** wesentlich gefördert, da sie vornämlich dazu beigetragen haben, rücksichtlich des wichtigsten Theils desselben, der **finanziellen** Frage, manche Bedenken zu beseitigen. Der Reichsrath oder doch wenigstens die Mehrheit stellt es als Grundsatz auf, daß die pünktliche Befriedigung der Staatsgläubiger nicht nur als gerechtes, sondern auch als vernünftiges Gebot der innern wie äußern Nothwendigkeit anzusehen sei. Gerade in dieser Hinsicht war man aber nichts weniger als beruhigt, ob auch der ungarische Reichstag dieselbe Ansicht vertrete, zumal es in letzterer Zeit nicht an Anzeichen fehlte, daß jenseits der Leitha eine Zinsenherabsetzung nicht unbedingt verworfen werde. Der ungarische Finanzminister erklärte aber, daß die Erhaltung des öffentlichen Kredits Oesterreichs eben sowohl im Interesse der jenseitigen wie der diesseitigen Hälfte der Monarchie gelegen sei. Der ungarische Reichstag, sagte Graf Andrassy, werde gegen eine billige, den beiderseitigen Interessen entsprechende Regelung der finanziellen Frage keine Einwendungen erheben. Die Besorgnisse seien unbegründet, daß der ungarische Reichstag die Solidarität der Staatsschuld negiren könne. Diese Erklärungen sind von den Abgeordneten mit großer Befriedigung aufgenommen worden, zumal der ungarische Finanzminister noch mittheilte, Ungarn nehme keinen Anstand, eine entsprechende Quote

an den Staatslasten zu übernehmen, und er werde schon demnächst in der Lage sein, genaue Mittheilungen über die Höhe dieser Quote zu machen. Binnen Kurzem werden die Deputationen des Reichsraths und des Reichstags zusammentreten, um eine Verständigung über die Regelung der finanziellen Angelegenheiten zu erzielen, und man gibt sich jetzt, nach den Erklärungen der Minister, der Hoffnung hin, daß diese jedenfalls schwierigste Seite des Ausgleiches eine befriedigende Erledigung finden werde. (Schw. M.)

Wien, 26. Juni. (Abgeordnetenhaus.) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses legte Justizminister Komers den Entwurf eines neuen Strafgesetzes vor, die Nothwendigkeit desselben mit folgenden Worten begründend: „Das gegenwärtige Strafgesetz trägt genau das Gepräge der Zeit, in welcher es entstand" [d. i. des Jahres 1852, der Blüthezeit der Bach'schen Reaktion und der Kempen'schen Polizeiwirthschaft]. „Wie die gesammte Gesetzgebung, so soll auch das Strafgesetz dem jedesmaligen Culturstande, dem entwickelten allgemeinen Rechtsbewußtsein, und der verfassungsmäßigen Stellung der Bürger im Rechtsstaate entsprechen. Diesem Bedürfnisse trägt der Entwurf volle Rechnung. Die Regierung ist den Forschungen der neuesten Rechtswissenschaft mit Interesse gefolgt und hat sich bemüht, diese Forschungen in dem neuen Entwurfe zu verwerthen.... Der Staat muß für sich das Recht in Anspruch nehmen, gegen Jene, welche das Strafgesetz verletzen, die entsprechende Strafe zu verhängen; allein er ist andererseits verpflichtet, dafür zu sorgen, daß der Verirrte durch den Strafvollzug nicht verschlechtert, sondern als nützliches Mitglied für die bürgerliche Gesellschaft wieder gewonnen werde. Diese Ansichten waren es, welche die Regierung bewogen haben, in dem Entwurfe jede körperliche Züchtigung und die Kettenstrafe auszuscheiden, bei der Abstufung der Strafgrade darauf Rücksicht zu nehmen, ob eine Handlung aus einer verächtlichen Gesinnung entstanden ist oder nicht. Auf die allerhöchste Anordnung, daß in die neue Strafprozeß-Ordnung das Institut der Geschwornen aufgenommen werde, ist entsprechende Rücksicht genommen worden... Wer je in die Lage kam, sich an legislativen Arbeiten, insbesondere bei der Strafgesetzgebung zu betheiligen, der wird die dabei zu überwindenden Schwierigkeiten zu würdigen wissen. Ueber eine und dieselbe Bestimmung stimmen die hervorragendsten Rechtsgelehrten noch nicht überein. Für den Gesetzgeber handelt es sich dabei darum, einerseits die Rechte der Einzelnen und der bürgerlichen Gesellschaft zu schätzen, und auf der andern Seite dafür zu sorgen, daß nur derjenige dem Strafgesetz verfalle, welcher wirklich eine gemeingefährliche Handlung begangen hat. Das hohe Haus wird in die Lage kommen, zu beurtheilen, ob es der Regierung gelungen ist, diesen zwei Grundsätzen gerecht zu werden; die Regierung nimmt dabei nur das Verdienst für sich in Anspruch, daß sie von dem redlichsten Willen dazu geleitet war."

Auf Vorschlag des Frhrn. v. Pratobevera wird der Entwurf einem besonderen Ausschuß zur Vorberathung überwiesen. — Es wurde sodann noch der Ausschuß zur Vorberathung des Skene'schen Antrags auf Untersuchung der Finanzlage des Staats gewählt; es fielen auf Skene 143 von den abgegebenen 149 Stimmen, auf Perger 135, Hausner 110, Hopfen 100, Winterstein 99, Tinti 98, Plener 97, Lippmann 96 und Brestel 93 Stimmen. (W. Bl.)

Haag, 24. Juni. Dullert hat heute in der Kammer den Justizminister Borret wegen der Ausweisung der Hannoveraner interpellirt. Der Minister erwiederte im Wesentlichen Folgendes: In der Mitte des Mai hatten sich zu Arnheim 160 ehemalige hannoversche Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten eingefunden und sich nach und nach in der Provinz Geldern verbreitet. Sie verschwiegen keinen Augenblick weder den Lokal- noch den politischen Behörden, daß sie beabsichtigten, eine Legion zu bilden, sobald der Krieg ausbrechen würde, und dann einen bewaffneten Einfall in Hannover zu unternehmen. Damals schon wäre die Regierung vollkommen berechtigt gewesen, sie auszuweisen; indeß auf Grund der mir gewordenen Erklärung, daß sie auf ihre Absicht verzichtet, gestattete ich ein einstweiliges längeres Verweilen. Bald aber stellte sich heraus, daß besagte Mannschaften sich förmlich seßhaft in Gelderland machten und dabei ihre früheren Plane noch stets verfolgten und im Auge hielten. Die Regierung glaubte daher im Interesse des Landes und selbst in jenem der Flüchtlinge auf ihrer Entfernung bestehen zu müssen. Um aber jener Maßregel alles Gehässige zu nehmen, nahm selbst der Justizminister Abstand von der Ausfertigung eines königlichen Ausweisungsbefehls und begnügte sich, offiziös dem Chef der Hannoveraner, einem Hauptmann, eröffnen zu lassen, daß er und seine Leidensgefährten innerhalb drei Wochen das Land zu räumen hätten. Die ruhige und klare Auseinandersetzung des Ministers brachte einen großen Eindruck hervor, und die Kammer ging hierauf zur Tagesordnung über. (Fr. J.)

Paris, 25. Juni. Das Journal „Pays" sagt bezüglich des preußischen Projektes, Montlouis an der Mosel zu befestigen, daß dies eine Verletzung des Londoner Vertrages sei. „Pays" warnt Preußen vor dem Glauben, daß Frankreich demselben Immunität für die Vergangenheit zugestanden habe. Es möge ja nicht durch neue Prätensionen oder Prahlereien das Maß voll machen. Es war ein großes Ereigniß, den König von Preußen in Paris spazieren gehen zu sehen, ohne daß eine Kundgebung seine Zufriedenheit trübte, und dennoch kannte man die Versprechungen von Compiègne und die Luxemburger Angelegenheit. Frankreich weiß seinen Feinden Gastfreundschaft zu gewähren, aber sie mögen ja nicht auf dessen Langmuth rechnen. Wir halten auf den Frieden, aber weniger denn jemals, und besonders nach Mexiko und nach dem Zugeständnisse in der Luxemburger Angelegenheit würde Frankreich den geringsten beleidigenden Schritt oder die mindeste bedrohliche Haltung dulden. — Der „Etendard" schreibt: „England habe gleichfalls der Pforte eine Note überreicht, um den in der Kollektivnote der anderen Mächte enthaltenen Vorschlag zu empfehlen. Die englische Note ist nur in besonderer Weise abgefaßt."

Das „Journal de Paris" schreibt: „Am 26. ds. Mts. aller Wahrscheinlichkeit nach wird der hl. Vater, nachdem er dem Erzbischof von Toledo den Kardinalshut verliehen, die Einberufung eines ökumenischen Konzils auf Ende 1868 verkünden. Dieses Konzil soll den dreifachen Zweck haben: erstens, die Irrthümer der Zeit zu verurtheilen, zweitens, an der kirchlichen Disziplin Veränderungen vorzunehmen, welche sie mit den Ideen und Bedürfnissen der Zeit in Einklang bringen, drittens, die Frage der weltlichen Herrschaft definitiv zu entscheiden."

Dem „Univers" wird aus Rom geschrieben: „Man sagt (und wir glauben es wiederholen zu dürfen), daß die Bischöfe eine Adresse an die Mächte redigiren werden. In derselben soll der Beweis geführt werden, daß die Mächte das höchste Interesse haben, den Thron des hl. Vaters aufrecht zu erhalten, da dieser in seinem Sturze alle gegenwärtigen Regierungen mit begraben würde."

Das „Mémorial dipl." schreibt: Die Nachrichten, nach welchen Kaiser Maximilian von den Juaristen in Freiheit gesetzt worden sei und nach Europa sich eingeschifft habe, sind apokryph. Wahr ist nur, daß die amerikanische Regierung bei Abgang der letzten Post authentische Nachrichten über den Kaiser durch Herrn Campbell erhalten hatte. Derselbe befand sich zu San Luis de Potosi, war aber noch nicht in der Lage, seiner Regierung die Endresultate seiner Mission zur Kenntniß gelangen lassen zu können; aber aus dem, was er dort vernahm, schien hervorzugehen, daß Maximilian nicht bloß noch am Leben war, sondern daß ihm dasselbe wohl auch erhalten bleibe. Ueber die Bedingungen, welche ihm Juarez stellte, war noch nichts endgiltig abgemacht. Ob er nach Vera-Cruz, um sich dort an Bord einer österr. Fregatte einzuschiffen, gebracht, oder ob er in Brownsville den föderalen Behörden übergeben werden sollte, ob man ein Lösegeld oder einen Eid, nie mehr nach Mexiko kommen zu wollen, von ihm verlangen werde, alle diese Hypothesen hatten in San Luis de Potosi Umlauf; aber Campbell sprach sich weder für die eine noch die andere aus. Ein anscheinend unbedeutender Umstand möchte ebenfalls der Art sein, daß man zuversichtlich hoffen kann, daß Kaiser Maximilian nicht hingerichtet werden wird. In der That ist, was auch die amerikanischen Blätter sagen mögen, kein einziger mexikanischer Offizier, der in der Kapitulation von Queretaro mit inbegriffen war, erschossen worden, namentlich weder Castillo noch Mejia. Sie werden einem ordentlichen Gerichte überliefert. Nur Mendez wurde erschossen, weil er mit den Waffen in der Hand und Widerstand leistend ergriffen wurde.

London, 26. Juni. Die Fenier, welche von der Spezialkommission in Limerick ihr Urtheil empfangen haben, sind gestern nach Dublin transportirt worden, wo das Mountjoy-Gefängniß sie aufgenommen hat. In Limerick, auf dessen Bahnhof Verwandte und Freunde von ihnen Abschied nehmen durften, war ihnen bereits das Haar kurz geschnitten und die Gefangenentracht angelegt worden; doch sahen sie wohl und gesund aus und schienen guter Laune zu sein, obgleich sie je sieben oder fünf Jahren Zuchthaus entgegengingen. Es hat sich überhaupt herausgestellt, daß die in Irland laut gewordenen Klagen über grausame Behandlung der politischen Gefangenen wenig oder gar nicht begründet sind. Die von der Regierung eingesetzte Kommission, welche den Thatbestand an Ort und Stelle untersuchen sollte, hat ihren Bericht erstattet, und derselbe beweist, daß die Beschwerden grundlos sind. In der Regel wird ihnen die Pein erspart, mit gemeinen Verbrechern zusammen zu leben, und wo von dieser Regel Ausnahmen stattfanden, geschah es als Strafe gegen solche, die sich den Gefängnißvorschriften hartnäckig widersetzt hatten. Für Disciplinarvergehen wurden ihnen nicht, wie gemeinen Verbrechern, Körperstrafen auferlegt, wie sie denn in jeder Beziehung viel rücksichtsvoller als diese behandelt werden. Unter zahlreichem Zudrange des Publikums fand vor dem Polizeigerichte die Voruntersuchung gegen den Präsidenten, den Sekretär und

Digitized by Google

den Vorsitzenden des Exekutivausschusses und mehrere als Posten benutzte Mitglieder der Schneider-Union wegen Conspiration zur Beeinträchtigung der Meister statt. Der Anwalt der letzteren charakterisirte das System, worauf die Angeklagten ihren Widerstand gegen die Meister begründet, das Postenwesen, als ungesetzlich; denn es sei eine Vereinigung von mehreren Personen, um den Eintritt einer anderen in ein Geschäft zu verhindern. Es falle unter den Begriff von Einschüchterung und Terrorismus. Für die Angeklagten machte deren Rechtsbeistand geltend, es sei der Wunsch der Union, die Angelegenheit im Wege Rechtens entschieden zu sehen. In Betreff des Ueberwachungssystems sei es unnütz, Worte über einen Gegenstand zu verlieren, über den die Unionen ihre besonderen Ansichten hätten. Diesen Anschauungen gemäß sei ihr Handeln gewesen, und sie seien bereit, dieselben zu vertreten. Ueberhaupt sei es von höchster Wichtigkeit, daß die hier aufgeworfenen zweifelhaften Fragen vor einem kompetenten Tribunale zur Entscheidung gelangten. Letzterer Ansicht schloß sich der Richter an und hielt dabei seine persönliche Ueberzeugung nicht zurück, daß für eine Verurtheilung der meisten Angeklagten große Wahrscheinlichkeit vorhanden sei. Er verwies sodann dieselben zur weiteren Procedur vor das Geschworenengericht und verfügte ihre Entlassung gegen Bürgschaft. Bei ihrem Heraustreten aus dem Gerichtslokale wurden die Angeklagten von dem in hellen Haufen versammelten Schneider-Publikum mit lautem Beifalle empfangen. — Die Königin von Preußen ist gestern kurz nach Mitternacht in Dover gelandet, wo sie von dem preußischen Botschafter Grafen Bernstorff und Gemahlin, sowie von dem die Königin Viktoria vertretenden Viscount Torrington empfangen und in's Lord Warden Hotel geführt wurde. Kurz vor Antritt der Weiterreise (um 10 Uhr) erhielt sie einen Besuch von dem Prinzen Christian von Schleswig-Holstein und dessen Gemahlin Prinzessin Helena, welche auf der Reise nach dem Continente waren. In London begrüßte der Prinz von Wales die Königin und fuhr mit ihr nach Windsor, wo die Königin Victoria, die Prinzessin Louise und der Prinz Ludwig von Hessen am Bahnhofe sie erwarteten und zum Schlosse geleiteten. — Prinz Christian von Schleswig-Holstein ist sammt seiner Gemahlin (der drittgeborenen Tochter der Königin) nach dem Continent abgereist und wird wahrscheinlich Brüssel, Berlin, Holstein und die Pariser Ausstellung besuchen, um erst gegen Ende August nach London zurückzukehren. (K. Z.)

London, 26. Juni. Die Königin von Preußen bleibt bis zum 8 Juli fast ausschließlich in Windsor, woselbst sie von der Königin Viktoria am Bahnhof herzlichst empfangen wurde. (T.R d. A.Z.)

Neueres.

Berlin, 27. Juni. Neben der strafrechtlichen Verfolgung war auch noch ein Disziplinarverfahren gegen Twesten und Lasker wegen der vor dem Kriege gehaltenen Landtagsreden eingeleitet. In dem zur Verhandlung festgesetzten gestrigen Termin wurde Twesten zu 100 Thaler Geldstrafe verurtheilt. In dem Disziplinarverfahren gegen Lasker ist Termin auf den 3. Juli festgesetzt.

Petersburg, 26. Juni. Fürst Gortschakoff wurde anläßlich der gestrigen Feier seines fünfzigjährigen Dienstjubiläums zum Reichskanzler ernannt.

Konstantinopel, 27. Juni. Der Großfürst Alexis ist nach Athen abgereist.

Aus **Tampico** war in New-Orleans folgendes Telegramm vom 30. Mai eingelaufen: „General Gomez, der sich zu Gunsten Ortega's gegen Juarez erklärt hatte, hält noch immer aus. Am 14. jedoch hatte sich ein Theil der Besatzung im Interesse des letzteren aufgelehnt und es entspann sich ein Straßenkampf, welcher mit der Flucht der Juaristen endete. Viele von diesen flüchteten an Bord des amerikanischen Dampfers und verschiedener im Hafen liegenden Kauffahrer, manche aber wurden, bevor sie diese erreichen konnten, niedergeschossen. Die Truppen von Juarez ziehen ihre Linien immer enger um die Stadt, so daß eine entscheidende Schlacht nicht lange mehr ausbleiben kann."

Verantwortlicher Interims-Redakteur: Dr. E. Kupfer.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$68\frac{1}{2}$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63 P. $62\frac{7}{8}$ G.
"	5pCt. Venet. Coupon b. R.	—
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55 P. $54\frac{3}{4}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	$41\frac{3}{8}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$100\frac{1}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$94\frac{7}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$90\frac{1}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$90\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$90\frac{1}{2}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	93 G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$92\frac{3}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$82\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$90\frac{3}{4}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{7}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$88\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$83\frac{1}{8}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$82\frac{5}{8}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt. " " "	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$85\frac{1}{2}$ P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
"	6pCt. ditto r. 1882 "	$77\frac{1}{2}$—$\frac{3}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	687 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	179—78 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90\frac{3}{4}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 100 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$207\frac{1}{2}$ P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	313 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$107\frac{1}{2}$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	221—$\frac{1}{2}$ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	112 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$150\frac{7}{8}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{1}{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49\frac{1}{2}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$116\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

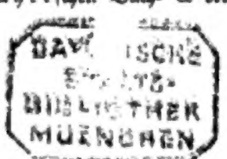
Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{2}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97\frac{1}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{2}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{2}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{2}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$—$\frac{7}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$94\frac{5}{8}$ P.
do. in öst. W. 1. S.	$94\frac{1}{2}$ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$72\frac{1}{4}$—72 G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$120\frac{1}{4}$ P.
" do. v. 1864	73 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{1}{2}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P.
Badische fl. 35	$53\frac{1}{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$53\frac{7}{8}$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$143\frac{1}{4}$ P.
" fl. 25 do.	38 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$34\frac{1}{2}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	69 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$11\frac{3}{4}$ P

Frankfurt, 28. Juni. Wie die Tage sich folgen, so bringen sie auch in der laufenden Woche in steter Folge niedrigere Course für Creditaktien. Täglich wurden sie flauer und so auch heute; sie verloren seit gestern wiederum 4 fl. und ist nur zu bedauern, daß alle Effekten, besonders die österreichischen, dabei in Mitleidenschaft gezogen werden. 1860er und 1864er Loose büßten circa 1 pCt. ein und Staatsbahnaktien mußten die Flauheit mit über 1 fl. bezahlen. Süddeutsche blieben matt, erlitten jedoch keine weitere Einbuße. Badische wurden etwas höher gehandelt. Ostbahn- und Taunusbahn-Aktien, auf welche einige Kauforders vorlagen, gewannen erstere $\frac{3}{4}$ pCt., letztere 1 fl. Wiener, Darmstädter und Frankfurter Bankaktien billiger begeben. Elisabeth 2. Emission waren sehr gefragt. Galizische 1. Priorität niederer umgesetzt in Wirkung der zur Emission ausgeschriebenen zweiten Priorität, für welche sich hier kein Interesse zeigt. Lombarden und Livorneser Prioritäten durch Verkaufsaufträge gedrückt. Obschon Gold wiederum $\frac{1}{4}$ günstiger von New-York kam, konnten Amerikanische der allgemeinen Börsenströmung wegen doch keine Avanzen erzielen. Wien $\frac{3}{8}$ pCt. niederer begeben, andere Plätze unverändert. National-Coupons verloren einige Kreuzer, 28. 25. Amerikanische Coupons 2. $24\frac{1}{4}$. Von Goldsorten sind effektive Dollars $\frac{1}{2}$ Kreuzer zurückgesetzt worden. (Synd.)

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.



Digitized by Google

Digitize... ogle



Digitized by Google